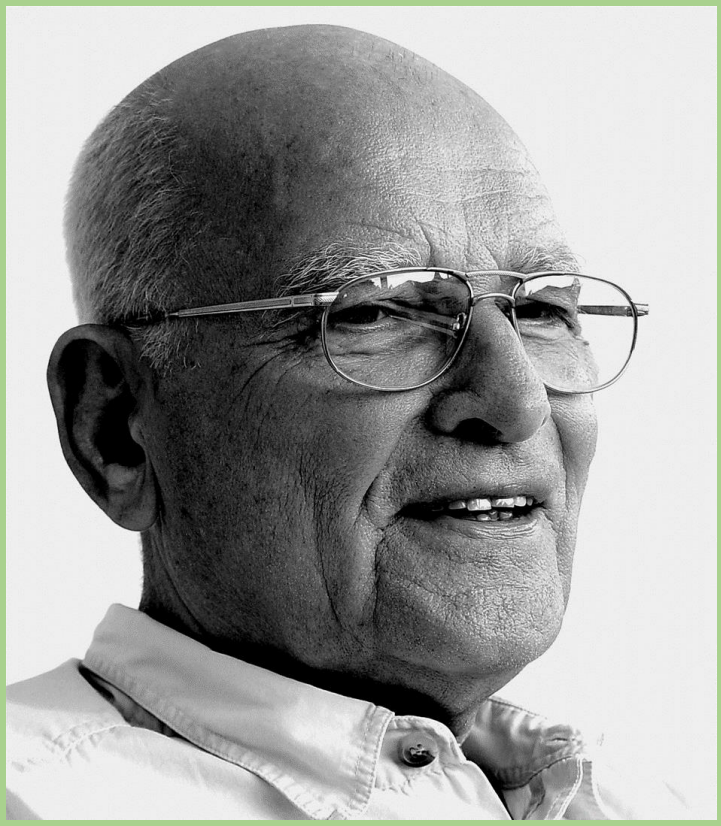
Kurt Pätzold

Vorwärts und nicht vergessen



Reden, Vorträge, Aufsätze,
Rezensionen, Glossen
aus dem Nachlass
Band 1: 1990-1998

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer
Marburg 2024

Kurt Pätzold
(1930-2016)

Vorwärts und nicht vergessen

Reden, Vorträge, Aufsätze, Rezensionen, Glossen aus dem Nachlass

Band 1: 1990-1998

Herausgegeben
von
Friedrich-Martin Balzer

in Zusammenarbeit
mit dem Max-Stirner-Archiv Leipzig

Marburg 2024

Für Dr. Barbara Pätzold mit herzlichem Dank für Ihre Genehmigung von Veröffentlichungen aus dem Nachlass.

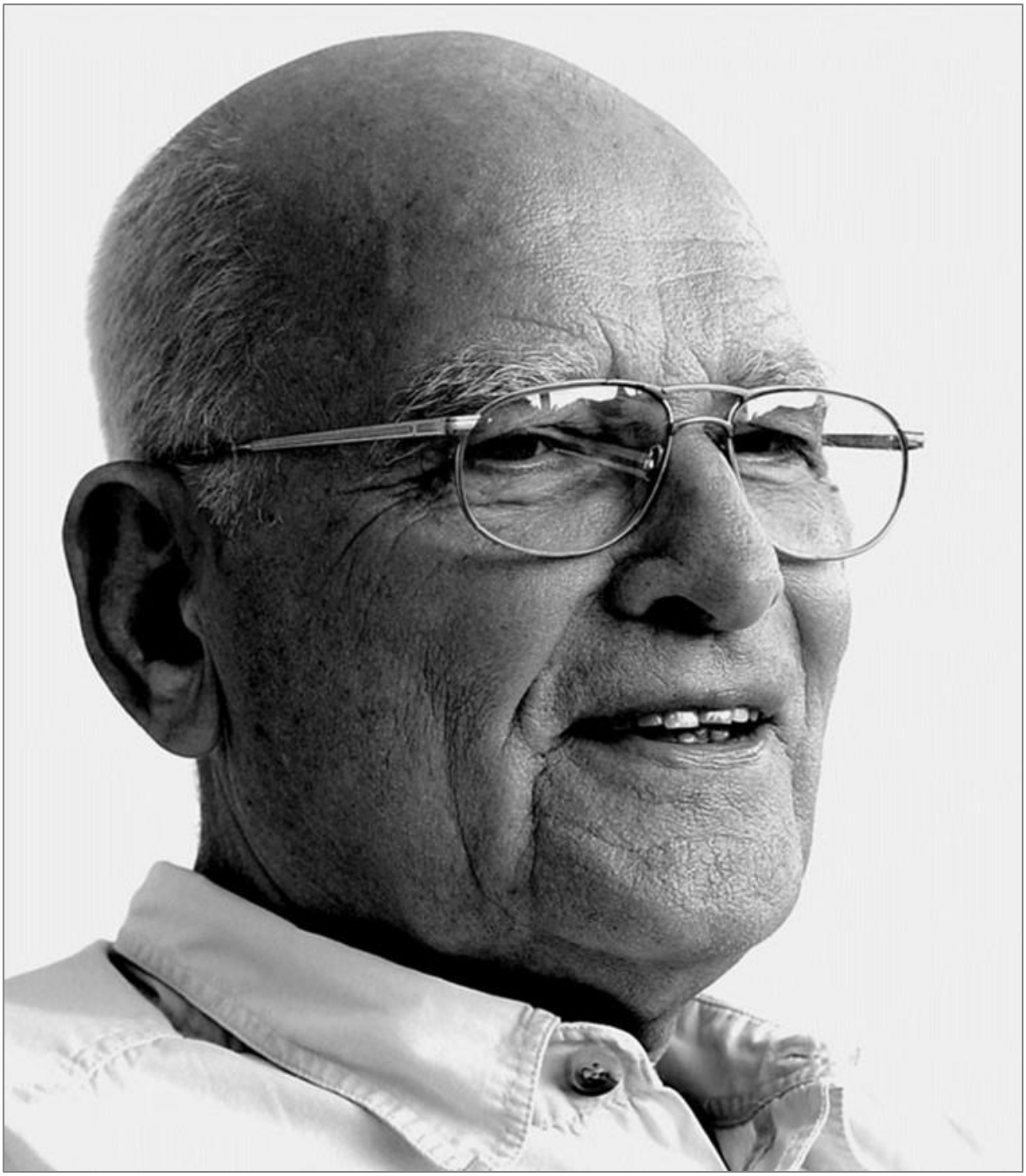


Foto: Friedrich-Martin Balzer

Inhalt Band 1

Friedrich-Martin Balzer: Anstelle eines Vorwortes ... 9
Von der Vertreibung zum Genozid ... 15
Überlieferte Anschauungen und Kampfformeln überprüfen ... 39
Nachwort zu Erika Mann, Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich ... 44
Faschistische Gewalt gegen Juden (1933-1939) ... 49
Hitlers fünfzigster Geburtstag am 20. April 1939 ... 55
Von den Triebkräften der faschistischen Judenverfolgung ... 85
Antikommunismus und Antibolschewismus
als Instrumente der Kriegsvorbereitung und Kriegspolitik ... 92
Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit – ein Versuch. Nachwort ... 101
„Kyffhäusergeist“ ... 109
Anschluss-Gedanken (I) ... 117
Anschluss-Gedanken (II) ... 119
Reichlich verspäteter Schlussstrich (I) ... 121
Reichlich verspäteter Schlussstrich (II) ... 124
Der Pakt an der Schwelle zum Kriege ... 126
Finsterstes Mittelalter ins 20. Jahrhundert geholt ... 135
Eine geistig dürftige Bettelsuppe serviert ... 137
Schritt zu fälligem Gedenkbuch ... 139
Carl von Ossietzkys Analyse des Faschismus (1929-1933) ... 140
Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR ... 150
Die Organisation der „Endlösung“ ... 159
Zweifel an der Rechtmäßigkeit ... 163
Fortdauernde Pflicht zu nationaler Selbstkritik ... 165
Die Deutschen und der 22. Juni 1941 ... 167
Marschälle sterben anders als ihre Soldaten 169
Nach dem Massaker gingen sie zu ihren Familien 171
Systemzeit hieß der pejorative Begriff ... 173
Fakten wider die Phrase vom „gemeinsamen Kriegselend“ ... 174
NS-Prozesse in der DDR ... 176
Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik ... 185
Die Wannsee-Konferenz – zu ihrem Platz in der Geschichte der Judenvernichtung ... 189
Der „Vorhof“ von Auschwitz-Birkenau ... 207
Judenmord und Kriegsaufwand ... 210
„Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet“ ... 223
Das Verbrechen an den Juden war schon vorher geplant ... 235
„Dolchstoß“ und Auschwitz ... 237
Wahl-Erfahrung ... 238
Schicksale der Roma reflektiert ... 239
Antifaschismus und NS-Geschichte ... 240
Aktuelle Erinnerung: der Pogrom von 1938 ... 251
Mahnungen wider Ungeist ... 254
Der geschichtliche Ort des 30. Januar 1933 ... 255
Spediteur des Todes ... 266
Kopfgeburt „IM Heiner“ wartet auf den zweiten Tod ... 270

Auch ein Denkmal für Ludwig Nestler ... 274
Die „Dimitroff-Formel“ ... 276
Kalt wie Kaltenbrunner ... 279
Gleichschaltung und Abwicklung ... 280
Die Intellektuellen und die Macht ... 283
Nazi-Diplomat Ribbentrop ... 284
Das Ringelblum-Archiv im Warschauer Ghetto ... 285
Wenn Kleinigkeiten unter den Teppich geraten 286
Bis in den Tod verfolgt ... 288
Terror und Kollaboration ... 289
Die Belanglosigkeiten der „Bella“ ... 290
Vorauseilender Gehorsam und mörderischer Ehrgeiz ... 291
Hans Frank – Henker Polens ... 292
Leben mit Vorurteilen ... 293
Wessen Herrschaft? ... 294
Auschwitz oder Kollaboration! ... 296
Die Legende vom „verordneten Antifaschismus“ ... 298
Zur Diskussion mit Rechten ... 309
Führerkult und Massenwahn im deutschen Faschismus –
ein beunruhigendes und vernachlässigtes Thema ... 312
Erinnerung an die Zukunft ... 322
Juden in Weißensee ... 326
Ordnung und Vernichtung ... 327
Zufall oder entschlossene Tat? ... 332
Die Tagebücher des Joseph Goebbels ... 334
Die Umdatierung der Befreiung ... 338
Gut, dass es nichts kostet ... 340
Der braune Antisemitismus – Von Urhebern und Nutznießern ... 344
Was sonst sollten sie tun? ... 349
Die Kontinuität imperialer deutscher Politik ... 352
Völkermord unter Anklage ... 354
Zweierlei Freiheiten ... 355
Keine Stunde null der Forschung ... 365
Nach langer Vorgeschichte ... 371
Langbeins Fazit ... 372
Streit um Buchenwald – ein Streit um deutsche Geschichte ... 373
Sauberer Anti-Antifaschismus ... 382
Unter Reinefarth gegen den Mongolensturm ... 388
Mit offenem Visier ... 390
Die Macht der Bilder ... 391
„... ein Denkmal über den Massengräbern“ ... 392
Nach einem Vierteljahr: „Ruhe vor dem Sturm“? ... 394
Die Deutschen als ethnische Saubermänner ... 396
Zwischenbemerkung ... 398
Gegen das Versinken in Namenlosigkeit ... 400
Der fehlende Mann auf der Anklagebank ... 402
Klemperers Tagebücher ... 404

Die Utopie einer pluralistischen Universität. ... 405
Sein Werk war Herausforderung ... 410
Wahrheit und „Auschwitzlüge“ ... 412
Im Streit um Hitler – Nach dem Schreiben einer Biographie ... 413
Die verweigerte Herausforderung ... 425
„Die Schattenseiten der deutschen Herrschaft“ ... 448
„An Herrn Generalissimus Stalin ...“ ... 450
Kein Schaum vorm Maul? ... 452
Juden, Israel, DDR ... 457
Mit den Waffen des Geistes gefochten ... 458
Helle Erinnerungen und düsterer Abgesang ... 459
Neue Antworten und alte Fragen ... 460
Auf allen Vieren ... 461
Instrument auf dem Weg an die Macht ... 464
Hitlers Mörderschwadronen ... 465
Das Spektakel am 21. März 1933 ... 466
Das Weißbuch, das nie erschien ... 467
Mehr als ein Geburtstagsgeschenk ... 469
Material- und argumentationsreich ... 470
Seltene Begegnung in Wien ... 471
Mörder in weißem Kittel ... 473
Vorzeitig verlassener Kampfplatz ... 474
Weitere Sicht auf den Eichmann-Prozess ... 476
Auf der breiten Spur der deutschen Täter ... 477
„Zwangsvereinigung“ ... 480
Das Ehrenmal in Laboe ... 490
Tatbeitrag im Gerichtssaal ... 492
Sonnenrad und Segensbringer? ... 493
Die „Weltkrieg-II-Lügen“ – von Ursprüngen, Methoden und Absichten ... 494
Sachlich, fair, verantwortlich ... 499
Eine dienstvolle Herausforderung ... 500
Empfehlung zum kritischen Gebrauch ... 502
Analytisches, nicht Wunschdenken ... 503
Martin Bormann, der dem Galgen entkam ... 504
Zuviel Schuldzuschreibung? ... 506
In Eichentruhe und auf Samt ... 507
Das Seekriegerdenkmal Laboe – seit Jahren ein Ärgernis für Antifaschisten ... 509
Leute vom Baumschulenweg ... 510
„Vergesst uns nicht!“ ... 511
Editorial ... 513
Wider Hetze und Ignoranz ... 515
Sind die Helden müde? ... 516
Notwendige Erwiderung ... 526
Demokratie ohne französische Revolution? ... 529
Judenfeindschaft ... 530
Vom hohen Lob bis zur totalen Verurteilung reicht
die Reaktion auf Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ ... 531

Nach-, nicht unterbelichtet ... 532
Dem Galgen entkommen ... 533
Wir sind noch lange nicht quitt ... 534
Entnazifizierung ... 536
Von aktuellem Interesse ... 543
Überarbeitung geboten ... 544
Sie wurden nicht verbrannt ... 545
Das hässliche Deutschland ... 546
Theodor Dannecker. Ein Judenjäger in Aktion ... 548
Besatzungsterror und Kapitalinteressen ... 550
Bereicherung der „Holocaust“-Forschung ... 551
Schuld ist nicht erblich, aber ... 552
Zur Geschichte der sozialen Demagogie: das Beispiel des Nazifaschismus ... 556
Vom erneuten Tiefflug des Roten Adlers – diesmal über Treuenbrietzen ... 561
Ungeschminkte Wahrheit ... 563
Mein evangelischer Kindergarten ... 565
Medienkurse und politische Rechtstendenzen ... 567
Paradiesruinen ... 569
Weder Parzival noch Tor – der Stellvertreter ... 572
Arm und Reich – ein tückischer Unterrichtsgegenstand ... 575
Sein märchenhaftestes Jahr ... 579
Schlechte Nachricht aus Würzburg ... 580
Die Legenden um Zeiss ... 584
Teaching the Holocaust ... 585
„Weiße Flecken“ auf der Landkarte des Holocaust verschwinden ... 588
Eine besondere Spezies in der Gruppe der Staatsdiener ... 589
Ein seltenes Dokument ... 591
Ein legitimer Versuch ... 592
Innerdeutscher Pädagogentreff in Braunschweig ... 594
„Abwanderung mit allen Mitteln“ ... 597
Salut, Genosse Kurt! ... 598
Der vergessene Jahrestag ... 600
Von altem und neuem Geschichtskitt ... 603
Salve, dem Historiker Kurt Gossweiler ... 605
Wo Lessing den „Nathan“ schrieb ... 607
Wendezeit – Zeitwende. Bericht über einen Abbruch ... 608
Historikerstreit en miniature und nahezu intern ... 660
In Memoriam Daniel J. Goldhagen? ... 665
Streit unter den Clio-Jüngern ... 669
Goldhagens ungefeierte Rückkehr in die deutsche Presse ... 671
„... aber ausgerechnet den?“ ... 675
Hitler und Mussolini waren keine historischen Exoten ... 677
„Deutschsein“ unter Flammenzeichen ... 679
Der rechte Rand – Herkunft und Perspektiven ... 681
Germania docet, und Marianne will nicht lernen ... 687
Germania docet oder: Wie es wirklich nicht gewesen ist ... 690
Tabuzonen eintrainiert ... 692

Joseph Goebbels – Selbstzensor seines Tagebuchs 694
Nützlich und ergänzungsbedürftig zugleich 697
Zu vergangenen und aktuellen Streitfragen
über das theoretische Verständnis des Faschismus 698
Gewohnheitsmacht 705
Bubis' Buch neben braunen Elaboraten 708
Es geschah in Garsden am 22. Juni 1941 710
Ende, Abschied oder Neubeginn? 711
„Sie haben den Dolch unter dem Talar getragen“ 713
Die Köpfe weiter in den Sand? 715
Wenn hinten, weit in der Türkei 717
Gauck an alle 719
Auschwitz, Gulag und die kleinere Variante 721
Partielle Sichtblenden, halbe Wahrheiten 724
Plädoyer für den „aufrechten Gang“ 726
Kritik nach rechts und links 727
Bewältigungsprobleme 729
In den Koordinaten deutscher Geschichte 731
Proarabisch, antiisraelisch 733
Hitlers Feldwebel 735
Zeitgeist. Was ist das? 736
Das Treffen in der Londoner Stern Hall 737
Von bewundernswerter Sachlichkeit 739
„... so viel Leichen wie möglich ...“ 741
Von kindischen und ernsten Reaktionen 750
Ein „neuer Sternburg“ 753
Süße Spenden für das Ostheer 755
München 1938 758
Vom Weggehen, Ankommen und Zusammenwachsen in der Geschichtswissenschaft 760
Festschrift für Hans Mommsen 765
Marx als Wegweiser 767
Eine heilsame Einmischung 768
Schön, schöner, am schönsten 769
Der Pogrom des 9./10. November 1938. 771
Soll und Haben 776
Alte Kameraden 778
Die Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale 781
Knopps Bombe 799
Urteile im Vergleich 800
Der Platz des Führers 802
„Wann ist Weihnachten?“ 808
Personenregister 810

Friedrich-Martin Balzer: Anstelle eines Vorwortes

„Die Hoffnung muss man ja nicht aufgeben“.

Ich lernte Kurt Pätzold bei Manfred Weißbecker im Jenaer Mühltal kennen. Es war die Zeit vor der Veröffentlichung der gemeinsam mit Weißbecker herausgegebenen Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs am Ende der Weimarer Republik. Sie erschien 2002 unter dem Titel „Blick in den Abgrund“*. Kurt Pätzold war neben Reinhard Kühnl, Georg Fülberth, Wolfgang Ruge und Gert Meyer einer der Kommentatoren dieser Wochenberichte.

In der Folgezeit schrieb Kurt Pätzold zahlreiche Rezensionen zu meinen Veröffentlichungen. In seiner Rezension zu „Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60“ hieß es 2006 in *Ossietzky*: „Wer die Masse des in jüngerer Zeit ermittelten, geordneten und edierten geschichtlichen Materials vor Augen hat und es nicht anders weiß, möchte in Marburg eine komplette Werkstatt von Herausgebern historischer Dokumente vermuten, die alle auf ein Thema deutscher Vergangenheit konzentriert sind: die geistige und praktische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Eintreten für – weltweit – menschenwürdige und friedliche Zustände. Indessen handelt es sich um die Früchte der Arbeit eines Mannes, des Pädagogen und Historikers Friedrich-Martin Balzer, der, eigene Kräfte und Mittel nicht schonend, mit Ausdauer und Leidenschaft sich wieder und wieder vor allem jener Hinterlassenschaft annimmt, von der er sicher ist, dass sie nicht in Vergessenheit geraten darf, zumal er weiß, dass es genügend Interesse gibt, eben das zu bewirken.“

Persönlich trafen wir uns viele Male in Berlin, Marburg, auf der Insel Rügen (mit und ohne Wolfgang Ruge) und in Hamburg. Wie Kurt Pätzold in seinem Grußwort anlässlich meines 65. Geburtstages im Beisein u.a. von Hans Heinz Holz, Klaus Fuchs-Kittowski, Ekkehard Lieberam, Georg Fülberth, Wolf-Dieter Gudopp, Gert Meyer, Peter Römer und Matin Baraki sagte: „Wir beide sind, jeder für den anderen, eine späte Entdeckung. Das lässt sich an Zahlen belegen. Die unserer Begegnungen bewegt sich (noch) im einstelligen, die unserer Telefonate im zweistelligen, die der elektronischen Postsendungen (mit Anhang) im dreistelligen Bereich. Die Orte unseres Aufeinandertreffens waren Berlin, Marburg und Bäder an der Ostsee. Ich erinnere mich an die mir denkwürdige Veranstaltung mit den Schülern der Steinmühle, denen wir, Du, Johannes M. Becker und ich, Dein Buch über die politischen Verdienste zweier religiöser Sozialisten vorstellten. Unvergessen sind mir Gespräche, Spaziergänge, – nicht zu vergessen – Abendessen und die Besuche auf dem Mönchsgut bei Wolfgang Ruge.“

Die Hauptverkehrsader aber wurde die Mailkorrespondenz, gelegentlich unterfüttert mit direktem Telefonkontakt. Annähernd 500 E-Mails von Kurt sind allein im Zeitraum von 2004 bis 2010 auf der Festplatte erhalten geblieben. Es waren zumeist kurze Nachrichten, „rasch“, „in großer Eile“, „zwischendurch“ oder nach längeren Pausen als „Lebenszeichen“ thematisiert. Der Inhalt waren Fragen der Zusammenarbeit, Bitten, Anfragen, Durchsehen von und Kritik an Manuskripten, Übersetzungen, jeweils aktuelle Befindlichkeiten, Erkundigung nach dem Wohlergehen bzw. Genesungswünsche, wenn es einmal mit der Gesundheit haperte. Der Tenor ist „knapp, aber ganz herzlich“ (28.08.04).

Das elektronische Mail-Medium

Seit Alters her ist der Austausch von Kommunikation in Briefform eingebürgert. Später kam das Telefongespräch dazu, in dem in direkter Aussprache gemeinsam interessierende Fragen ausgetauscht werden konnten. Mit Flat-Rate ist das heute kostenmäßig verkraftbar. Aber wer erinnert sich noch, was in diesen Gesprächen erörtert wurde? Anders die neueste elektronische Erfindung, das Schreiben von E-Mails. Die Möglichkeit, ganze Texte im Attachment mitzuliefern, liefert die Grundlage für sachlichen Informations- und Meinungsaustausch, auch wenn sie nicht immer gleich gelesen werden. Der Umfang der Mails ist gewöhnlich geringer als bei Briefen. Die Kurzmitteilung

---

* Siehe *philosophie digital 2.0* [max-stirner-srchiv-leipzig.de]

ist schnell und kostensparend. Sie erreicht den Adressaten unmittelbar. Dieser kann sich den Zeitpunkt auswählen, auf die Kurzmitteilung zu antworten. Annähernd 500 Male hat sich Kurt allein in diesem Zeitraum an die „Kiste“ begeben, um seinen Adressaten in Marburg teilhaben zu lassen an seinem Leben.

Das rastlose Leben des Kurt Pätzold

Aus den elektronischen Briefen kann die rastlose Tätigkeit von Kurt Pätzold als Vortragender und Diskutant auf ungezählten Veranstaltungen zwischen Hamburg und Dachau, zwischen Bremen und Platzdorf abgelesen werden. Der Radius reicht weit über die fünf neuen Bundesländer hinaus. Einladungen ergehen aus dem gesamten Bundesgebiet. Von den 20 größten Städten hat er kaum eine ausgelassen. Die Mailkorrespondenz gibt Aufschluss über ca. 50 Städte, in denen Kurt – vielfach wiederholt – gesprochen hat. Veranstalter waren u. a. die VVN/BdA, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Schulen, Volkshochschulen, Freidenkerorganisationen, Friedensrat, Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Leibniz-Gesellschaft, ver.di, Arbeitskreise linker Sozialdemokraten, die Bildungsakademie der Volkssolidarität und das Marxistische Forum. „Ich erhole mich derzeit auf Reisen: vorige Woche Neustrelitz und Schwerin, wo Vorträge zu halten waren, das setzt sich in der kommenden Woche in Wiesbaden und Saarbrücken fort, dazwischen kurzes Treffen mit meinen Breslauer Mitschülern in Bergzabern. Dann habe ich am 24. eine Veranstaltung in Suhl; den Juni habe ich zu einem Teil auf die 60. Jahrestage von D-Day und 20. Juli verwendet, mit den Schreibarbeiten dazu bin ich schon am Ende“ (13.6.04). Es geht mitunter hektisch zu und bedarf einer ausgefeilten Logistik. „Die Woche wird abends bewegt. Morgen Konzert, Dienstag Marzahn in der Bibliothek reden, Mittwoch eine Veranstaltung besuchen (Rückblick auf 1956), Donnerstag wieder reden – weit im Westen, bei der Gewerkschaft“ (19.02.06).

Immer wieder schleichen sich Zweifel ein, ob die häufigen Vortragsreisen sinnvoll sind, denn es drängt sich ihm die Frage auf, „wie es mit Aufwand und Effekt steht“ und führt ihn zu dem Schluss, „dass ich schreibend vielleicht mehr bewirken könnte als bei derlei aufwändiger Herumfahrt in Sachsen und nach Völklingen, wo ich freilich meinen guten Freund Luitwin Bies sah“. Am 8.2.05 schreibt Kurt von der gelegentlichen Einsamkeit, aus der dann immer wieder die Frage erwächst, „worauf richte ich meine Kräfte noch“. Aber dennoch „wenn und solange sich noch ein paar jüngere Leute von uns angesprochen fühlen, machen wir weiter“ (13.02.06).

Das publizistische Wirken von Kurt Pätzold

Die Korrespondenz von Kurt bietet Einblicke in sein unermüdliches publizistisches Wirken: u.a. in *junge Welt, Neues Deutschland, Ossietzky, konkret, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft,* mit vier Dutzend Büchern u. a. in den Verlagen *Pahl-Rugenstein, PapyRossa, edition ost, Militzke, Verlag am Park.* Interviews mit dem Deutschlandradio (über den Film „Der Untergang“), dem Moskauer Rundfunk und ein einstündiges Gespräch beim Hessischen Rundfunk runden das Bild der Publizistik ab. Unermüdlich treibt es ihn zur Arbeit an. „jetzt, da die Kühle der Nacht hereinzubrechen beginnt, werde ich wieder etwas werkeln [...] morgen noch mal on tour und am Wochenende, das sommerlich angekündigt ist, in den Garten“ (26.4.07).

Häufig genannte persönliche Kontakte verbinden ihn mit Erika Schwarz, Anna, Ulrike, Jutta von Petersdorff, Manfred Weißbecker, Eckart Spoo, Walter Schmidt, Luitwin Bies, Heinrich Fink und Hartmut Drewes. Im Übrigen lesen sich die in den E-Mails erwähnten Personen wie ein *Who's Who* derer, die sich mehr oder weniger kritisch mit Geschichte befassen: Von Wolfgang Abendroth bis Moshe Zuckermann.

Am 05.03.05: „Es ist unglaublich, was, je länger wir uns vom Jahre 1990 entfernen, in Historikerkreisen so geschrieben wird**.** Es scheint, als wären alle Hemmungen gefallen“. Den angepassten Historikern will Kurt widersprechen. „ein wenig wollen wir ihnen noch aufspielen“ (24.05.06). „Zuviel Zeit mit der aktuellen Publizistik vertan, aber das ist eine bequeme Form der Ablenkung“ (24.03.07). „Heute Morgen schrieb ich mir ein wenig Frust vom Hals, was mir so beiläufig zukam, soll in die

‚junge Welt'" (04.10.07), „vor allem am nächsten Buch werkelnd, es wächst und macht Spaß" (17.04.07); „Ich schreibe mich wie üblich durch die Zeiten" (08.10.08).

Kurt Pätzold ganz privat

Die Mails geben auch Auskunft über das Freizeitverhalten: Radeln bis zu 75 km am Tag, Schwimmen, Sauna, Gartenarbeit in Berlin und Stuttgart, Lesen, Theater, Konzerte, Kino-Besuche, Besuch von Ausstellungen, Veranstaltungen und Bibliotheken, Recherchen im Internet.

Immer wieder legt Kurt Arbeitspausen ein, um sich zu erholen. „dann in den Garten, Gras gemäht, dann zurück, das waren allein auf dem Fahrrad 35 km, man merkt, wenn man ein paar Tage am PC gesessen hat" (22.09.05). Und: „Gruß dir und Brigitte aus Stuttgart, wo ich zwischen Garten- und Gedankenarbeit angenehme Tage verbringe" (14.07.08).

In diesen Phasen reflektiert er seine Arbeit und seine Existenz. So zitiert er z. B. die Zeilen von Ernst Ginsberg: „Das war das Leben? Die rasche Sekunde – Dir aber schien sie wie Stunde um Stunde – Endlose Zeit, nicht zur Vergeudung gegeben – Plötzlich ein Ende – Das war das Leben" (26.3.05). „Wenn man nicht so alt wird, erlebt man tatsächlich weniger" (7.10.07).

Angesichts der schweren Krankheit, die ihn heimsucht („ich habe die 40 Besuche in der Klinik hinter mir" (24.06.07), schreibt er am 29.03.07: „das Beste dürfte mein Schuss Optimismus sein".

Trotz der Krankheit bleibt er „bester bis guter Dinge, soweit nicht schlechte Nachrichten gesandt werden, was vorkommt" (30.04.07). Rings um ihn herum erreichen ihn die Nachrichten über Todesfälle und Krankheiten ehemaliger Kollegen und Kolleginnen. „ein Kollege tot, ein anderer in kritischem Zustand in der Charité, die unlängst 90 gewordene Kollegin nach Zusammenbruch im Hedwigs-Krankenhaus". Vielen spricht er Trost zu und hält die Beerdigungsrede, beispielsweise bei seinem Freund Luitwin Bies, bei seinem Ziehvater Kurt Goldstein, bei den hochgeschätzten Günther Wieland und Wolfgang Schumann.

Obwohl die Erkrankung inzwischen chronisch geworden ist, arrangiert er sich mit ihr, wie seine „Berichte eines geduldigen Patienten" deutlich machen: „mit meinem Tablettenmix lebe ich ohne alle Beschwerden" (19.08.09).

Dies trifft vielleicht auf den Tablettenmix, nicht aber auf die Folgen und Nebenwirkungen der wiederholten Bestrahlungen zu. Über Kurts eigenes Befinden wird trotz wiederholter gesundheitlicher Probleme ganz ohne Wehleidigkeit, aber mit viel Optimismus berichtet.

Die Familie

Der verheiratete Kurt Pätzold lebt allein. Doch als Family-Man kommt die Familie nicht zu kurz. In den Mails finden sich auch immer wieder kurze Hinweise auf seine familiären Bezüge; so berichtet er von Unternehmungen mit Barbara, ihrer Arbeit, leistet Beistand bei ihren Erkrankungen und schildert Treffen mit den Kindern und den Enkeln, an deren Entwicklung er großen Anteil nimmt: „Die Enkel sind wirklich mal an einem Tisch: Johanna ist aus Stuttgart gekommen, Maria aus Schottland zurück und hier Cello lernend bis sie nach Trier geht, Jonas im letzten Jahr an der Schauspielschule und wohl dort auf dem lange ersehnten Erfolgsast, welche Folgen das immer zeitigen kann" (7.6.06). Seine Kinder, Sabine aus erster Ehe und Armin aus zweiter Ehe, haben Kurt zum siebenfachen Großvater gemacht.

Im Vordergrund stehen Hinweise auf Besuche bei den jüngsten Enkelkindern, die ihn gern als Spielgefährten annehmen und mit denen er viel unternimmt: einen Ausflug in den Tierpark, Spielen im Garten und Einkaufen, Essen beim Chinesen. Auch die Einschulung der Zwillinge ist eines Kommentars wert: „zurück von der Einschulung – die mich ziemlich verstimmt hat, das ist nicht mehr meine Kultur – ein Event" (1.9.07). Einer der Enkel „bemerkte vor kurzem treffend, dass Opa ‚Bücher für Erwachsene'" schreibt. In einer persönlichen Aufarbeitung seiner politisch motivierten Dienstentlassung im Jahre 1992 „Wendezeit Zeitenwende. Bericht über einen Abbruch", 2001 in 8. Auflage erschienen, heißt es auf Seite 1: „geschrieben für meine Kinder und Enkelkinder ..."

Zwischendurch gibt Kurt Einblicke in seine aktuelle Befindlichkeit: „Ich grüble und bastele so vor mich hin“ (03.10.05). „Hüte bei diesen Temperaturen das Haus meist. Gestern Abend bei den Enkeln, morgen kurz zum Optiker, Brille holen, das sind die Ausflüge. Mittwoch nun wieder bin ich auf Achse“ (23.01.06). „Mit den Verpflichtungen bremse ich weiter, doch kann ich den VVN/BdA-Leuten schlecht nein sagen“ (13.02.06).

Verwaltungsarbeiten wie z. B. die Meldungen bei VG Wort sind nicht sein Ding. „Heute Bürokratie – ich hasse sie“ (22.07.09). Angst vor Parteinahme und Unannehmlichkeit hat Kurt nicht. „Dem Spießertum gehört die Angst, Partei nehmen zu müssen, es könnte die falsche sein und Ungemach bereiten“ (29.06.06). Konstantin Wecker zitiert er zustimmend mit den Worten: „Man darf nicht träge sein und darf nicht ruhen, denn vom Genuss bekommt man nie zu viel“. Innere Zweifel und offene Fragen sind ihm nicht fremd. „Die Sache mit dem Subjekt ist nicht ausgestanden, theoretisch nicht und praktisch sowieso nicht“ (16.09.06). Mit Galgenhumor schaut er auf seine Arbeit: „Es gibt Tage, da verliert man, und es gibt Tage, da gewinnen die anderen. Mal sehen, was heute für einer ist“ (16.01.07). Mit großem Engagement verfolgt Kurt die Debatten unter den Linken. „Oskar Lafontaine, der Mann wird in der neuen Partei Schwierigkeiten kriegen. Er ist zu klug und zu grundsätzlich. Jedenfalls legt er sich auch über Grenzen des Mitmachens fest, womit er schon herausfällt“ (31.01.07).

Verzweifelt über das, was er in den Zeitungen und im Internet findet, schreibt er: „Die Welt wird nicht an Dummheit allein zugrunde gehen, aber wenn sie zugrunde geht, wird die Gesellschaft vorher schon sehr verdummt worden und verdummt sein“ (18.03.07).

Seinen Korrespondenten in Marburg richtet Kurt immer wieder nach Enttäuschungen und Frust auf. In der Auseinandersetzung mit dem Sohn von Wolfgang Ruge schreibt er: „Wenn der Mann auch nur eine annähernde Vorstellung davon besitzen würde, was Du und Brigitte für Wolfgang in den letzten Jahren warst und wie Du auch um seine Person, Gesundheit und Produktion gesorgt hast, dann würde es sich ihm verbieten, Dir mit dem Thema überhaupt zu kommen, selbst wenn man in Jahrzehnten gelernt und erfahren hat, dass die Menschheit sehr viele Exemplare aufweist“ (08.07.07).

Zwischendurch registriert er, wie *Die Welt* mit ihm umgeht: „*Die Welt* hat mich zum Ex-Staats-Historiker ernannt“. Das Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung vermerkt in der Rezension von Kurts Memoiren „Die Geschichte kennt kein Pardon“, der wissenschaftlichen Debatte seien Pätzolds Äußerungen „sicherlich nicht förderlich. Sie erinnern fatal an die praktizierte ‚einzig wissenschaftliche Weltanschauung‘ und diffamieren faktisch Kollegen, die sich nicht als Marxisten verstehen“. Wie kann man nur so ein falsches Bild von Kurt zeichnen?

Zur morgendlichen Erbauung schickt Kurt ein Zitat von Victor Klemperer aus seinem Tagebuch (16.08.1936, S. 36): Klemperer würde, wenn es eines Tages zur Abrechnung käme und über die Besiegten zu urteilen wäre, „alles Volk laufen“ lassen „und vielleicht sogar etliche von den Führern, die es vielleicht doch ehrlich gemeint haben könnten [...]“. „Aber“, fährt er fort, „die Intellektuellen ließe ich alle aufhängen und die Professoren einen Meter höher als die anderen“. „Wie bescheiden“, schreibt Kurt, „stehe ich da? Ich wollte immer nur die Journalisten [...]“ (06.08.08).

Zu aktuellen Ereignissen äußert sich Kurt in seiner prägnanten Art, mit Scharfsinn, Parteilichkeit, mit Ironie und Humor: „Die Kommunisten konnten eben doch nicht den Osten Deutschlands sowjetisieren. Selbst ein Marxist wie Engelberg ist doch ein Deutscher geblieben. Er scheint sich für diese Version geradezu perfekt zu eignen. Kommunisten weg, schon sind wir wieder alle Deutsche. Das hatten wir schon – in braun. Jetzt in anderer Farbe und nun sind wir natürlich Globaldeutsche“ (22.04.09). Die Bankenkrise kommentiert er mit den Worten „Gier, die über Leichen geht“ (22.12.08).

Kurts rastlos-produktives Leben setzt sich fort. Er kann aber auch innehalten: „damit Du nicht besorgt denkst, ich arbeitete nur. Also gestern war ich bei Jutta zum Geburtstag und heute in der Sau-

na und schwimmen. Will mich noch weiter bessern“ (18.04.10). Obwohl die äußeren Bedingungen manchmal seine Situation erschweren, bleibt er positiv gestimmt und bezieht ironisch Stellung: „Bin heute früh aus dem Bett gefallen, der liebe Gott scheint mir den Nachmittagsschlaf in der folgenden Nacht abzuziehen. Mit manchen ist er halt streng, vorwiegend mit Atheisten“ (08.02.10).

Aus der vorerst letzten Mail: „Der April geht zu Ende und die Stunden bei euch gehören zu den besten des Monats vor dem Salto (mortale???) ins nächste Lebensjahrzehnt“ (30.04.10), zwei Tage vor seinem 80. Geburtstag.

Lieber Kurt, vor der Sterblichkeit kann ich Dich und uns nicht schützen. Ich danke Dir für Deine jahrelange Freundschaft und wünsche Dir und uns im Kampf für die beste Sache der Welt noch viele gemeinsame Jahre. Vielleicht sehen wir uns ja im Sommer auf Rügen wieder. Und wenn ich wieder mehr Zeit habe, würde ich gerne die CD „Kurt Pätzold für Einsteiger und Fortgeschrittene“ (einschließlich Gesamtbibliographie und ausgewählten Texte) erfassen.

In aller Freundschaft (30. April 2010)

Dein Martin

P. S.

Die enge Verbindung mit Kurt Pätzold setzte sich nach seinem 80. Geburtstag in unverminderter Intensität – auch durch Austausch gegenseitiger Manuskripte vor ihrer Veröffentlichung – bis kurz vor seinem Tod fort. 300 E-Mails von Kurt sind ab 2011 auf der Festplatte aufgehoben.

Am 23. August 2012 lautete das Thema seiner Mail: „Könnte über meiner Todesanzeige stehen“. Der Text – nach einer Idee von Platon – lautete: “Denken, was wahr, erinnern, was war, fühlen, was schön, genießen, was genießbar, sich wehren gegen den Irrationalismus, aufklären und handeln, nach guten Gründen, von den Besten lernen und unterrichten, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, wollen, was gut ist: Das ist ein vernünftiges Leben.“

Bald acht Jahre nach dem Tod von Kurt Pätzold hat sich nunmehr erfüllt, was ich mir 2010 gewünscht und erhofft hatte. Sowohl ein Publikationsverzeichnis, unter *Philosophie digital 2.0* einsehbar, als auch diese Auswahl aus Kurt Pätzolds umfangreichem publizistischem Gesamtwerk sind durch die Ausgrabung seines digitalen Nachlasses und die freundschaftliche Erlaubnis der Urheberrechtsinhaberin Dr. Barbara Pätzold, seine publizistischen Texte erneut zu veröffentlichen, möglich geworden – analog zu der von mir herausgegebenen Serie von CDs „Für Einsteiger und Fortgeschrittene“ mit den Autoren Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder, Hans Heinz Holz, Wolfgang Ruge, Eric Hobsbawm, Gert Wendelborn und Heinz Düx.

Die Anordnung der Texte folgt teilweise den Planungen von Kurt Pätzold nach weiteren Sammelschriften mit den Arbeitstiteln „Geschichte und Politik“ und „Quo Vadis, Terra?“ ergänzt durch zahlreiche weitere Texte, die nicht ganz mühelos aus dem digitalen Dschungel-Nachlass herausgefischt wurden.

Die Auswahl der publizistischen Texte bezieht sich auf den Zeitraum von 1990 bis zu seinem Tod im Jahre 2016. Die *vor* dem Zeitraum von 1990-2016 aufgenommenen Texte dienen zur exemplarischen Skizzierung von Pätzolds Forschung in der DDR.

Die Herausgeber entschieden sich für eine größtmögliche Sammlung der Veröffentlichungen von Kurt Pätzold außerhalb der selbständigen Buchpublikationen. Das Prinzip der angestrebten Vollständigkeit führt unvermeidlich zu Wiederholungen. Doch diese sind verkraftbar, da der Autor über eine flüssige Schreibweise und eine Kämpfernatur verfügt. Zu den Print-Publikationen kommen zahlreiche Vorträge, Reden und unveröffentlichter Manuskripte aus dem digitalen Nachlass.

Bibliographisch ist anzumerken, dass der ungeordnete digitale Nachlass Publikationen enthält, die nicht in der Bibliographie auftauchen, und andererseits in der Bibliographie Publikationen verzeichnet sind, die nicht im digitalen Nachlass gefunden werden konnten. Eine Autopsie, d.h. die Publikationen, außer den selbständigen Buchveröffentlichungen, in die Hand zu nehmen und den

Publikationsort zu verifizieren, war nicht immer möglich. Den regelmäßigen Publikationsorganen *(jW, ND, Ossietzky, konkret, antifa, Weltbühne, Tribüne, Deutsche Lehrerzeitung)* danken wir jedoch für die freundliche Überlassung der Texte.

Annähernd 500 Texte sind allein in der *jungen Welt* veröffentlicht, über 260 Texte im *Neuen Deutschland*, über 190 in *Ossietzky*, 56 in *antifa*, 64 in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 45 in *konkret, 28* im *Bulletin für Faschismus- und Nachkriegsforschung*, 22 in der *Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, 18 in den *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform* der PDS bzw. der Partei Die Linke, jeweils 15 in der *Deutschen Lehrerzeitung* und im *Jenaer Forum für Wissenschaft und Bildung e. V*, um nur die Spitzenreiter zu nennen.

Kommerzielle Interessen werden hierdurch nicht tangiert, da die Nutzung dank des Max-Stirner-Archivs in Leipzig kostenlos unter *Philosophie digital 2.0* vorgenommen werden kann.

Unabhängig von der alten und neuen Rechtschreibung, die zum Zweitpunkt der Publikation galt, sind die Herausgeber um eine einheitliche Rechtschreibung bemüht, wobei die neue Rechtschreibung grundsätzlich zugrunde gelegt wird. Rechtschreibungs-, Zeichensetzungs- und syntaktische Fehler wurden stillschweigend korrigiert.

Da, wo Beiträge keinen Fundort aufweisen, konnte die Quelle nicht ausfindig gemacht werden bzw. handelt es sich um Manuskripte im digitalen Nachlass als Erstveröffentlichung.

Dank gebührt dem *„Neuen Deutschland“* und der Stiftung „Willi Münzenbergs Erben“, Kay Sokolowsky von *konkret*, André Leisewitz, Redakteur der *Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung*, Ralf Riedl für die *„Deutsche Lehrerzeitung“* (DLZ), Thomas Hecker und Volkmar Vogel für die *„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform*“, Nils Becker von *antifa* und der Redaktion der *Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, Ekkehard Lieberam und Jochen Siegel für das *Marxistische Forum* sowie Dr. Uta Puls vom *Antiquariat Agrotinas* (Fredersdorf/Berlin) für die kostenlose Überlassung zweier Pätzold-Artikel aus der *Weltbühne*. Zahlreiche der in der Bibliographie genannten Texte konnten antiquarisch beschafft werden.

Das Copyright verbleibt selbstverständlich bei den Organen und Verlagen, z. B. bei der jungen welt/Verlag 8. Mai GmbH, in dem Kurt Pätzold am meisten publizierte bzw. bei der Urheberrechtsinhaberin Dr. Barbara Pätzold.

Ganz besonderer Dank gilt dem Max-Stirner-Archiv-Leipzig; ohne dessen Unterstützung hätte das hier vorgelegte publizistische Gesamtwerk von Kurt Pätzold nicht erscheinen können.

Bleibt der Wunsch der Herausgeber, dass die Leserinnen und Leser sowohl Erkenntnisgewinn als auch Lesevergnügen bei der selbstbestimmten Lektüre erfahren.

Marburg, den 15. Juli 2024.

Friedrich-Martin Balzer

Von der Vertreibung zum Genozid

Zu den Ursachen, Triebkräften und Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus

In der bürgerlichen Geschichtsliteratur ist die Behauptung in Mode gekommen, die materialistische Geschichtstheorie versage vor dem Phänomen des Faschismus. Die allgemeine Aussage quasi belegend, wird ihr eine andere, ebenso unbewiesene hinzugefügt: Marxistisches Denken sei insbesondere gegenüber dem Versuch der faschistischen Machthaber, die jüdische und jüdisch-herkünftige Bevölkerung[1] Europas restlos auszurotten, ganz und gar hilflos. „Marxisten sind nicht in der Lage", so schreibt der amerikanische Religionshistoriker Erich Goldhagen, „auf derartige Fragen befriedigende Antworten im Rahmen ihrer Theorie zu geben."[2] Die unmittelbare Absicht, die mit derartigen Auslassungen verfolgt wird, liegt wohl darin, die eigenen idealistischen und an Apologie interessierten Deutungen des Genozids als allein wahr anzubieten und eine prinzipiell andere Fragestellung von vornherein als abwegig und falsch zu kennzeichnen.

Innerhalb der bürgerlichen Historiographie setzt sich jene Betrachtungsweise immer mehr durch, die Rassismus und Antisemitismus zum Ausgangs- und Endpunkt jeglicher Faschismusforschung erklärt. Die gesamte faschistische Politik und der zweite Weltkrieg sollen einzig aus der vermeintlich zentralen und höchsten Zielsetzung des Hitlerfaschismus begriffen werden, die „Juden" zu vernichten; alle Entscheidungen und Maßnahmen des Regimes seien dem zu- und untergeordnet gewesen. Rassismus und Antisemitismus werden schlechthin als Wesen und Hauptcharakteristikum des deutschen Faschismus ausgegeben.

So meint Andreas Hillgruber, die „Hitlerschen (!) Kriegsziele" hätten eine „rassenideologische Komponente" besessen, die „den Verlauf und den Charakter des Krieges" entscheidend prägten und „in der systematischen Ausrottung des europäischen Judentums ihren Ausdruck" fanden. Diese Version, die von den komplexen, letztlich im sozialen System des Imperialismus wurzelnden Ursachen und Zielen des zweiten Weltkrieges weglenkt, gilt Hillgruber als „quellengesättigt" und er glaubt, die „westlichen Historiker" besäßen mit ihr eine den Marxismus „aus den Angeln bebende Argumentation".[3]

In einer nur wenig abgeschwächten Form vertrat unlängst Martin Broszat die gleiche These. Der Krieg sei „gerade deswegen auch *gewollt*" worden, weil er neue „Möglichkeiten des gewaltsamen Vorgehens" gegen die jüdischen Menschen schuf. Die Absicht der „Judenvernichtung" wäre „selbst ein Stück Kriegsmotivation" gewesen. Imperiale Zwecke der Aggression werden demgegenüber von Broszat nur nebenher erwähnt und nicht näher bezeichnet.[4] Auch er will es dabei belassen, dass der Rassismus und insbesondere der Antisemitismus die alleinige oder dominierende Triebkraft bei allen wesentlichen Schritten des Regimes und die hauptsächliche Kriegsursache gebildet hätten. Historiker der BRD meinen offenkundig von den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus und Faschismus, Bourgeoisie und NSDAP dadurch weglenken zu können, dass sie Rassenwahn und Judenhass der faschistischen Führungsclique zum gedanklichen Ansatz jedweder Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Faschismus erklären.

---

1 Zur Terminologie Kurt Pätzold, Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1935) Berlin 1975, S. 84 ff.

2 Erich Goldhagen, Weltanschauung und Endlösung, in: VfZ, 4/1976, S. 394.

3 Siehe die Besprechung Andreas Hillgrubers zu Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Leitung Gerhart Hass, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Leitung Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, in: Historische Zeitschrift, Bd. 223, H. 2, S. 366.

4 Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung". Aus Anlass der Thesen von David Irving, in: VfZ, 4/1977, S. 770 f.

Hitler, Rosenberg, Göring, Goebbels, Streicher, Himmler, Hans Frank, Reinhard Heydrich und viele weitere Faschistenführer dachten über die jüdischen Menschen im allgemeinen und die Deutschen jüdischer Herkunft im Besonderen nicht nur abfällig und verächtlich, sondern auch sadistisch und mörderisch. Das ist unbestritten. In ihren Reden, Artikeln und Büchern bezeichneten sie die „Juden“ lange vor 1933 immer wieder als „Parasiten“ und „Schmarotzer“. Diese von den Nazis nicht erfundene, aber massenhaft verbreitete und durch zahllose Verdrehungen der Geschichte der Völker „glaubhaft“ gemachte Diffamierung bereitete ideologisch auf lange Sicht Verfolgungen der jüdischen Deutschen vor, die durch keinen Anflug eines humanen Gedankens oder menschlichen Gefühls gehemmt waren.

Schon im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 wurde, ungeachtet seiner Verschwommenheit in anderen innen- und insbesondere wirtschaftspolitischen Passagen, die klare Absicht ausgedrückt, den deutschen Staatsbürgern jüdischer Herkunft im faschistischen Staat die Lebensgrundlagen zu entziehen und sie über die Grenzen zu treiben. Aus dem Programm konnten bereits Schritte, Methoden und selbst Vorwände der Judenverfolgung, wenn auch noch unvollständig, abgelesen werden. Beispielsweise ging aus seinem Text hervor, dass der Faschismus an der Macht unter den Juden zuerst die Geistes- und Kulturschaffenden verfolgen und ihnen die Arbeitsmöglichkeiten entziehen wollte. Allein dieses Detail wirft ein Licht auf die politische Funktionalität der nationalsozialistischen Judenfeindschaft, ging es im Kern dieser Forderung doch nicht darum, dass die Angehörigen der jüdischen Intelligenz „undeutsch“ dachten und schrieben, sondern um die Tatsache, dass sie als Demokraten, Republikaner, Liberale, auch als Sozialisten und Kommunisten in Wort und Schrift, mit den Mitteln der Wissenschaft und Kunst gegen jedwede, insbesondere aber gegen die faschistische Reaktion wirkten.

Zweierlei war also bereits vor 1933 vorhanden: die mörderische rassistisch motivierte judenfeindliche Ideologie nationalsozialistischer Prägung und eine politische Programmatik, die zwar nicht alle denkbaren Ableitungen enthielt, nichtsdestoweniger aber erkennen ließ, dass die jüdischen Deutschen im „Dritten Reich“ der Willkür der Machthaber recht- und schutzlos ausgesetzt werden sollten.

Der Judenhass der faschistischen Ideologen und Politiker hätte indessen geschichtlich niemals seine grausigen Folgen hervorbringen können, wäre ihnen nicht 1933 die Macht übertragen worden. Hier ist auf eine noch wenig analysierte Tatsache zu verweisen. Weder die extrem antijüdische Ideologie noch die vergleichsweise begrenzte, aber auch in dieser Begrenzung verbrecherische Parteiprogrammatik der NSDAP hinderten die am meisten chauvinistischen und imperialistischen Kreise des deutschen Finanzkapitals daran, die Nazipartei zu fördern und ihre Führer schließlich als diejenige Kraft zu favorisieren, welche die offene terroristische Diktatur aufrichten sollte. Wie ist das zu erklären, zumal da es doch nicht das kleinste Zeichen dafür gab, dass die Hitlerfaschisten Rassismus, Antisemitismus und Judenfeindschaft lediglich – was abscheulich und abstoßend genug gewesen wäre – als zeitweiliges Mittel zur Gewinnung eines vorwiegend kleinbürgerlichen Massenanhangs zu benutzen gedachten? Wie ist die von allen einschlägigen Quellen erteilte Auskunft zu begreifen, dass Hitler während seiner vielen Treffen, die er vor 1933 mit Angehörigen der Kapitalistenklasse hatte, zwar gezwungen war, immer wieder die Besorgnisse seines Publikums über die sozialdemagogische Propaganda und insbesondere über die antikapitalistische Demagogie der NSDAP zu zerstreuen, sich aber nie genötigt fühlte, intern auch nur die schärfsten antisemitischen Drohungen abzumildern?

Die Feststellung, dass in der deutschen Bourgeoisie der Antisemitismus weit verbreitet und tief verwurzelt war, genügt zur Erklärung offenkundig nicht. Erst wenn bedacht wird, dass die herrschende Klasse in Deutschland Krieg, Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise hinter sich hatte, Jahre, in denen sie kalt über Millionen Tote hinwegschritt und nicht nur den Massenmord an den Kriegstoten verantwortete, sondern am die Massaker an Spartakisten, Kommunisten und anderen revolutionären Kämpfern, die Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an Leo Jogiches, Kurt Eisner, Eugen Leviné, an Walther Rathenau und Matthias Erzberger, schließlich auch den Terror der Fememörder – erst wenn also das ganze Ausmaß der Verrohung der Politik der

Bourgeoisie, namentlich seit dem Eintritt in das imperialistische Stadium und seit dem ersten Weltkrieg, in Betracht gezogen wird, kann verstanden werden, warum die Kirdorf, Thyssen, Flick, Schacht, die IG-Farben-Chefs und viele andere ihresgleichen sich von einer Partei angezogen fühlten, die tagtäglich Morddrohungen gegen deutsche Marxisten und gegen Deutsche jüdischer Abkunft ausstieß. Um von diesen Zusammenhängen abzulenken, ist nach 1945 oft gesagt worden, was der Machtübergabe folgte, hätte sich nicht absehen lassen. Indessen hat nicht ein einziger stichhaltiger Beweis dafür beigebracht werden können, worauf sich denn vor 1933 die Erwartung hätte stützen lassen, dass der mörderischen Ideologie nicht eine adäquate verbrecherische Praxis folgen werde.

Das Vorhandensein einer Ideologie, die den Massenmord an „Rassefeinden“ rechtfertigte und vorbereitete, besagt freilich nichts über die Existenz eines generellen unwandelbaren Mordplans der hitlerfaschistischen Führer. Für den faschistischen Antisemitismus und die Judenverfolgung gilt, was schon in der Anklageschrift des Internationalen Militärgerichtshofs von 1945 über das Regime als Ganzes geschrieben wurde: „Die Ziele und Zwecke der Naziverschwörer waren nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern entwickelten und erweiterten sich im gleichen Maßstabe, wie ihre Macht sich erweiterte und wie sie imstande waren, wirksamer mit Gewalt und Angriffskrieg zu drohen.“[5]

Im Gegensatz zu dieser Auffassung, die Ziele, Bedingungen und Politik des deutschen Faschismus an der Macht in ein dialektisches Verhältnis setzt, hat sich die Meinung, „die Judenvernichtung sei die unvermeidliche Folge der von den Nazis seit ihrer Machtübernahme konzipierten Rassenpolitik gewesen“, auch unter bürgerlichen Historikern jener Staaten weit verbreitet, deren kompetente Vertreter 1945 an der Herstellung der Nürnberger Anklageschrift maßgeblich beteiligt waren. Rita Thalmann, französische Germanistin und Historikerin, die diese Feststellung trifft, bemerkt über die Funktion jener haltlosen Hypothese, dass sich mit ihr „ein bequemes Alibi“ für die Vorkriegspolitiker „der großen westlichen Nationen“ liefern ließe, „deren schwächliche, wenn nicht gar völlig ausgebliebenen Reaktionen“ auf die faschistische Politik eine Bedingung dafür schufen, dass sich „die Gewalt ... bis zur Ausrottung von Millionen von Juden, Slawen oder Zigeunern“ eskalieren konnte.[6]

Auch Martin Broszat polemisiert dagegen, „die Judenvernichtung als eine Art metahistorisches Ereignis“ aufzufassen und einzig „als konsequente Erfüllung eines Programms“ zu begreifen, „lange vorgeformt in den ursprünglichen Denkansätzen, methodisch und ‚logisch‘ Stufe um Stufe ins Werk gesetzt“.[7] Er fasst indessen Entwicklung und Radikalisierung der faschistischen Judenverfolgung lediglich als Folge von Veränderungen in den Plänen und Entscheidungen Hitlers auf. Damit aber wird die Geschichte der Judenverfolgungen nicht in die Totalität des geschichtlichen Prozesses hineingestellt, sondern einem seiner Faktoren zugeordnet. Und in der Tat bettet Broszat die Erkenntnis, dass die antisemitische Politik der Faschisten sich bis zu ihrer abschließenden Stufe, dem Genozid, entwickelte, fest in die von ihm verfochtene extrem personalistische Interpretation des Faschismus ein, die auf alle Fragen nach Ursachen und Triebkräften des Regimes letztlich stereotyp mit der Formel „Hitler“ antwortet und auf diese Weise dem deutschen Monopolkapital das umfassendste Alibi ausstellt.[8]

Das strategische Ziel der Judenverfolgung im faschistischen Staat bestand seit seiner Etablierung bis zum Kriegsbeginn darin, die jüdischen Deutschen außer Landes zu treiben. Die politischen, ökonomischen und juristischen Regierungsmaßnahmen, die sich auf dieses strategische Ziel richteten, setzten 1933 ein, als vorwiegend jüdische Angehörige der deutschen Intelligenz gezwungen wurden, ihr Vaterland zu verlassen. Die Politik der Vertreibung gipfelte vor und nach dem Pogrom des 9./10. November 1938 darin, den jüdischen Bourgeois die Profitchancen und der kleinbürgerlichen Schicht die ohnehin zusammengeronnenen Verdienstmöglichkeiten restlos zu entziehen.

---

5 IMG, Bd. 1, Nürnberg 1947, S. 32.

6 Rita Thalmann Das Protokoll der Wannseekonferenz: Vom Antisemitismus Zur „Endlösung der Judenfrage“, in: Wie war es möglich? Die Wirklichkeit des Nationalsozialismus Neun Studien, hrsg. von Alfred Grosser, München 1977, S. 149.

7 Broszat, S. 770, S. 746.

8 Ebenda, bes. S. 770.

Ökonomischer und sozialer Druck, politische Drohung und terroristische Gewalttat verstärkten sich nun unausgesetzt und gewannen eine neue Qualität. Sie sollten gemeinsam mit der absichtsvoll erzeugten Furcht vor sich steigernden Pogromen bewirken, dass die Deutschen jüdischer Herkunft ihrer Heimat den Rücken kehrten, selbst wenn sie die ungewisseste Zukunft auf sich zu nehmen hatten. Das erklärte Vorhaben der Faschisten war es nun, das Deutsche Reich „judenrein" zu machen. In einem an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen gerichteten Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939 heißt es unumwunden: „Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden." Das „Schicksalsjahr 1938" habe „die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht".[9]

In der ausnahmslosen Vertreibung aller Deutschen jüdischer Herkunft erblickten die faschistischen Machthaber 1938/39 also die „Endlösung der Judenfrage" – ein Begriff, der seit 1933 im Sprachgebrauch der Staatsbürokratie bereits angetroffen wird und anfänglich vor allem die Vorläufigkeit der ersten antijüdischen Maßnahmen des Regimes hervorheben sollte.[10]

Zu dem staatspolitischen Organ, das die Strategie der Vertreibung plante, leitete und organisierte, entwickelte sich 1935/36 der Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers SS. An seiner Spitze stand Reinhard Heydrich. Er leitete das 1935 geschaffene Sicherheits-Hauptamt und auch die im Juni 1936 entstandene erweiterte Institution, das Hauptamt Sicherheitspolizei. Heydrichs Verbindungslinien zu den mächtigsten Politikern im faschistischen Herrschaftsapparat liefen direkt zu seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Reichsführer SS und (seit 1936) de-facto-Polizeiminister Heinrich Himmler, zu Hermann Göring, der am Vorabend des Krieges unumstritten der zweite Mann im Staate war und als der einzige Generalfeldmarschall im Reiche Entscheidungsbefugnisse und Einflussmöglichkeiten weit über seinen eigentlichen und ohnehin riesigen ökonomischen, politischen und militärischen Kompetenzbereich hinaus besaß, und schließlich zu Hitler selbst.

Während sich die Mitarbeiter Heydrichs zunächst darauf konzentrierten, die „Judenfrage" zu studieren, antisemitische Pamphlete für den Gebrauch im SD und in der SS auszuarbeiten und anderen Institutionen des faschistischen Herrschaftsapparates Vorschläge für die Verfolgung und Vertreibung der Deutschen jüdischer Herkunft zu unterbreiten, setzten sie sich ab 1937 zum Ziel, jegliche „Entscheidungen über die weitere Lösung der Judenfrage" maßgeblich mitzubestimmen und, vor allem durch Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und dem Auswärtigen Amt, „direkten Einfluss auf die praktische Durchführung der Auswanderung zu bekommen". Intern wurde die Absicht offen ausgesprochen, das Hauptamt Sicherheitspolizei zur zentralen und allgewaltigen Reichsstelle für die Judenverfolgung zu entwickeln: „Das Endziel ... ist die Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapo."[11]

Diesem Ziel kamen Heydrich und seine Mitarbeiter rasch näher. Sie stellten stabile Beziehungen zu den wichtigsten Ministerien her, deren Entschlüsse und Aktivitäten sich auf die Art und Weise und das Tempo der Vertreibung auswirkten. Durch ihre besonders enge Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, dem Auswärtigen Amt, dem Reichswirtschafts- und dem Reichskriegsministerium bzw. der Wehrmachtführung lernten die SD-Mitarbeiter die verschiedenen Aspekte kennen, die in die Vertreibungspolitik hineinspielten. Sie fanden sich in den Komplikationen zurecht, die für die Außenpolitik aus unbedachten Schritten entstehen konnten, und erhielten Einblick in die vielschichtigen wirtschaftspolitischen Rücksichten, welche im Interesse des Fortgangs der Aufrüstung bei der Judenverfolgung noch zu nehmen waren.

Während dieser praktischen Tätigkeit festigte sich in der SD-Führung die Auffassung, dass die energische, nichtsdestoweniger Zeit erfordernde Vertreibung der einzig gangbare Weg wäre, die jüdischen Deutschen zu beseitigen. Heydrichs Dienststelle versuchte folgerichtig, auch die gesamte

---

9 Arch. GKBZHP NTN 332; Rundschreiben des AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen im Ausland vom 25.1 1939, betr. „Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938".

10 Pätzold, S. 138 f.

11 BA Koblenz, R 58/991, Bl. 89; Schreiben von 11/112 an 11/1 vom 7.12.1937.

antijüdische Hetze so auszurichten, dass sie den Strom über die Grenzen beleben und unterhalten half. Dem dienten Verbindungen zu den zahlreichen pseudowissenschaftlichen Instituten, die sich mit der „Lösung der Judenfrage“ beschäftigten, u. a. zur „Judenabteilung“ des „Reichsinstituts für die Geschichte des Neuen Deutschland“. Mitarbeiter des Hauptamtes sprachen vor Besuchern von SS-, SD-, SA- und BDM-Schulen, vor Kursanten der Kriegsakademie und vor Offizieren des Marineoberkommandos; dabei erhielt ihr Publikum die Gelegenheit, die Berliner SD-Zentrale zu besichtigen und sich an Ort und Stelle über die Funktionsweise des Apparates der Judenvertreibung zu unterrichten.

Die SD-Führer nahmen, wie Heydrich sich rückblickend ausdrückte, „angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten“ jene Nachteile bewusst in Kauf, die aus ihrer Praxis erwuchsen.[12] Durch diese Praxis wurde ein Prozess gefördert, den die Faschisten selbst als „Aufjudung“ (analog zu der Zielstellung faschistischer Rassenpolitik, das deutsche Volk „aufzunorden“) bezeichneten. Sie sahen, dass der geistige Einfluss des Zionismus wuchs und die praktische Rolle der in Deutschland bis 1933 nahezu bedeutungslosen zionistischen Organisationen zunahm. Sie hielten diese unerwünschten Auswirkungen der Judenverfolgungen aber für unabänderlich und machten sie sich sogar zunutze, indem sie die zionistischen Führer bei der Verwirklichung der „SD-Linie“ als Helfer heranzogen.

Nichtsdestoweniger existierten noch Anfang 1938 unter den Mitarbeitern des Hauptamtes Sicherheitspolizei, die sich mit der Lösung der „Judenfrage“ befassten, Zweifel darüber, wie weit man es mit der bisherigen Praxis der Verdrängung der jüdischen Deutschen ins Ausland bringen werde. Über die zwischen 1933 und 1937 erreichten Ergebnisse der Judenverfolgung herrschte Unzufriedenheit. Es tauchte die Idee auf, statt der sukzessiven Vertreibung einzelner Personen und Familien eine außenpolitische Generallösung zu suchen, die den massenhaften Abtransport in andere Staaten ermöglichte. Bereits in diesem Zusammenhang wurde in Heydrichs Amt das sogenannte Madagaskar-Projekt erwähnt. Die vagen Vorstellungen über eine andere Methodik der Vertreibung, die rascher zum Endziel führen könnte, galten indessen schon bald als überholt. Würde die Tendenz, das Deutsche Reich zu verlassen, unter den Verfolgten gleichbleiben, so errechneten die Nazispezialisten, dann dürfte es „in mindestens 10 Jahren“ innerhalb der deutschen Grenzen nur noch 60.000 meist alte jüdische Menschen geben.[13]

Ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms aber wurde von einer Radikalisierung und Vereinheitlichung aller antijüdischen Maßnahmen erwartet. Die umfassendste Gelegenheit dazu entstand, als die faschistischen deutschen Imperialisten im März 1938 den ersten souveränen europäischen Staat liquidierten.

Das eroberte Österreich bot nicht nur Gelegenheit, die bisherigen Praktiken und darüberhinausgehende Pläne der Judenvertreibung in großem Stil anzuwenden, sondern stellte auch eine Herausforderung an die Okkupanten dar, sie weiter zu entwickeln und zu effektivieren. Hinzu kam, dass sich mit dem „Anschluss“ Osterreichs die Zahl der jüdischen Bewohner Deutschlands mit einem Schlage vergrößerte und alle Ergebnisse der Judenvertreibung quantitativ zunichte gemacht waren. In „Großdeutschland“ lebten nun mehr jüdische Menschen als 1933 im „Altreich“.

Es wäre indessen verfehlt, das Vorgehen der faschistischen Eindringlinge gegenüber den österreichischen Juden in erster Linie aus dem freilich vorhandenen Vorsatz erklären zu wollen, diesen quanti-

---

12 Die Frage nach den langfristigen außenpolitischen Folgen der Judenvertreibung wurde von den Mitarbeitern des SD gesehen, aber geradezu verdrängt, um das Konzept nicht zu gefährden. Auf eine Aufforderung des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS vom 8.7.1937 hatten die Spezialisten der Judenverfolgung im SD sich auch zu der Frage zu äußern, was aus Palästina durch die gesteigerte Einwanderung von jüdischen Menschen werden würde. In der Vorlage für ein SS-Leitheft wurde darauf geantwortet: „Wir können der Entwicklung dieses jüdischen Gemeinwesens nicht gleichgültig gegenüberstehen.“ Eines Tages würden seine Vertreter im Völkerbund sitzen. Die zitierte Passage wurde nach Beratungen in der Zentrale des SD gestrichen (BA Koblenz, R 58/989, El. 9 ff., Dl. 29).

13 BA Koblenz, R 58/979, unpag.; Schreiben von II/112 an II/1123, o. D. (etwa März 1938).

tativen Rückschlag rasch wettzumachen. Dieses Vorgehen war vielmehr grundlegend dadurch bestimmt, dass in der faschistischen Politik 1938 ganz allgemein die langfristigen außenpolitischen und Expansionsziele und der Krieg als das Instrument zu ihrer Erreichung immer mehr in den Vordergrund traten. Für Antisemitismus und Judenverfolgung bedeutete dies ebenfalls, dass deren strategische Funktionen das Übergewicht gewannen. Daraus erklärte es sich, dass die antijüdischen Verfolgungen auf dem Territorium Österreichs nicht an jenem Punkte begannen, an dem sie 1933 in Deutschland eingesetzt hatten. Die einleitenden Schritte stellten nicht einmal eine verkürzte Rekapitulation der judenfeindlichen Politik dar, die in den fünf Jahren seit der Machtübergabe so viel Qualen für die jüdischen Deutschen gebracht hatte. Sie richteten sich, die ersten Stufen gewissermaßen überspringend, direkt auf das Ziel der Vertreibung.

Sicherheitsdienst, Gestapo und die anderen Organe des faschistischen Repressivapparates waren auf den Einfall in Österreich sorgfältig vorbereitet. In Wien etablierte sich sogleich ein Sonderkommando des SD unter der Leitung von Adolf Eichmann. Es ging unverzüglich daran, die unter den jüdischen Österreichern entstandene Panik auszunutzen und durch Terror, u. a. durch die Verschleppung von führenden jüdischen Persönlichkeiten in Konzentrationslager, zu verstärken, um einen breiten Flüchtlingsstrom aus Angehörigen aller sozialen Klassen und Schichten, vor allem aber der weniger bemittelten und armen Juden, in Gang zu bringen und in Gang zu halten. Gnadenlos wurden die österreichischen Juden aus den neugeschaffenen österreichischen Gauen nach Wien verdrängt. Dort vegetierten sie in elenden Quartieren unter ghettoähnlichen Bedingungen. In einem noch vor Kriegsbeginn vom Verband der jüdischen Kriegsopfer, Invaliden, Witwen und Waisen in Wien an Hitler gerichteten Notschrei hieß es, dass die jüdischen Angehörige der k. u. k.-Armee, die einst an der Seite der Heere des kaiserlichen Deutschlands gekämpft hatten, „in engen Räumen zusammengedrängt“ hausten, „in denen für Kranke ein Leben undenkbar ist“.[14]

Im okkupierten Österreich offenbarte sich zuerst die grausige Konsequenz der faschistischen These, dass „jüdisches Leben“ angeblich „unwertes Leben“ sei. Sie trat aber zunächst als eine Art Nebenerscheinung der Vertreibungspolitik hervor. Noch erreichten Tausende jüdischer Menschen die Grenzen. Noch lebten in Österreichs einstiger Hauptstadt die Verfolgten. Erstmalig aber begannen die Organisatoren der Judenverfolgungen ihre Opfer unter objektive Bedingungen zu zwingen, denen nicht mehr jeder gewachsen war. Physische Liquidierung war noch nicht das Ziel, störte aber die Faschisten nicht, trug der Tod einiger jüdischer Menschen doch dazu bei, die Vertreibung vieler zu beschleunigen.

Die Einzelheiten der Praxis des Kommandos Eichmann sind bekannt und zusammenfassend im Eichmann-Prozess festgestellt worden. Für das hier zu untersuchende Problem ist zweierlei wichtig: Erstens betrachtete die Berliner SD-Zentrale Österreich als das Exerzierfeld für eine radikalisierte antijüdische Politik, die bald auch im „Altreich“ angewendet werden sollte. Zweitens galten die von Eichmann und dessen Mitarbeitern gemeinsam mit der Gestapo erreichten Erfolge als der unwiderlegbare Beweis dafür, dass die „SD-mäßige“ Behandlung der „Judenfrage“ die einzige Methode sei, die zu einer „Endlösung“ führen würde. Zu dieser Auffassung konnten die Spezialisten der Judenvertreibung im SD freilich nur gelangen, weil sie 1938 noch nicht in Betracht zu ziehen hatten, dass ein europäischer Krieg die Wirksamkeit ihrer Methode entscheidend beeinträchtigen könnte. Tatsächlich war die Entscheidung darüber, wann der große Krieg, der den militärischen Zusammenprall mit England und Frankreich, vor allem aber mit der Sowjetunion bedeutete, riskiert werden sollte, selbst im engsten Kreis der faschistischen Machthaber noch nicht gefallen. Nur so konnte sich im leitenden und organisierenden Zentrum der Judenvertreibung die Auffassung bilden, der Verfahrensweg für die „Endlösung“ sei gefunden worden.

In Wien wurde seit Frühjahr 1938 die Judenvertreibung in einer Weise gehandhabt, die eine neue Stufe der Verfolgungen darstellte. Ihr Wesen wird allerdings nicht erfasst, wenn sich der Blick nur auf

---

14 Ebenda, R 43 II/599 b, Bl. 142 f.; Schreiben des Verbandes der jüdischen Kriegsopfer, Invaliden u. Waisen in Wien an Hitler vom 7.7.1939.

das bürokratische Zentrum der Tätigkeit des Kommandos Eichmann im Palais Rothschild richtet, das jüdische Menschen nach vielen Zeugnissen Überlebender als Antragsteller reich oder doch begütert betreten konnten, das sie aber pauperisiert wieder verließen, wenn ihnen schließlich die Papiere zur legalen Flucht ausgehändigt wurden. Dass die Zentrale der Vertreibung funktionierte und sich sogar noch den Anschein eines geregelten, von den „Juden“ selbst gebilligten und unterstützten Wirkens geben konnte, war hauptsächlich das Resultat der brutalen Verfolgungen, denen die jüdischen Menschen durch Gestapo, nazistische Organisationen und alle Institutionen des faschistischen Staates tagtäglich ausgesetzt blieben. Dies allein sollte es verbieten, Legenden um die Tätigkeit des SD in Wien zu bilden.

Dennoch wird in bürgerlichen Geschichtsdarstellungen das sich in Wien 1938 ereignende Verbrechen an jüdischen Menschen beschönigt und als eine „milde Praxis“ des Antisemitismus dargestellt. Es wird darauf verwiesen, dass, wer vertrieben worden sei, doch nicht hätte deportiert und ermordet werden können. Den SD-Mitarbeitern wird für eine Zeit ihrer Tätigkeit nachträglich das objektive Verdienst zugeschrieben, ihre Opfer immerhin vor der Vernichtung bewahrt zu haben – ein Verdienst, das auch Eichmann im Jerusalemer Prozess für sich beanspruchte. Indem das Überleben einer Minderheit gegen den Mord an der Mehrheit aufgerechnet wird, erscheinen Vertreibung und Vernichtung als zwei völlig entgegengesetzte Praktiken und außerhalb ihres engen historischen Zusammenhanges.

Das allgemeine, fortwirkende Resultat der in Wien geübten Praxis bestand aber objektiv in einer Annäherung an die Vernichtungspraxis, gingen doch die Vertreibung und das Bestreben, die Zahl der Fliehenden zu erhöhen, mit der Radikalisierung aller antijüdischen Maßnahmen einher, insbesondere mit einem wachsenden ökonomischen Druck, der sich bis zur faktischen Enteignung steigerte, die Betroffenen wirtschaftlich für das Regime wertlos machte und sie sozial von Stufe zu Stufe hinabstieß, bis sie schließlich, nachdem die letzten eigenen Mittel aufgebraucht waren, nur noch durch Almosen dahinvegetieren konnten.

Die verbrecherische faschistische These von dem „unwerten“ jüdischen Leben verwirklichte sich gewissermaßen im faschistischen Staat in der Unwertigkeit der arbeits- und funktionslos gemachten jüdischen Menschen – einer Unwertigkeit wohlgemerkt, die sich nach den Verwertungskriterien der Tauglichkeit für Kriegsvorbereitungen und Krieg bemaß. Der Flüchtlingsstrom und das organisierte Elend, die radikale Zerschlagung aller wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Bindungen der jüdischen Deutschen und Österreicher zur Mehrheit ihres Volkes und zu seinem Leben, bilden zwei Seiten einer Sache, der „SD-mäßigen“ Behandlung und Lösung der „Judenfrage“. Wer zurückblieb, der konnte sich ausrechnen, wann er unweigerlich auf die Stufe des Paupers gesunken sein würde. Die Frage, wie diese jeder finanziellen Mittel beraubten und weitgehend um ihre physischen und psychischen Kräfte gebrachten Menschen über die Grenze abzuschieben sein würden, beschäftigte die SD-Spezialisten früh.[15]

Die Politik der Vertreibung, richtiger wäre zu sagen: der forcierten Vertreibung, im besetzten Österreich erprobt und alsbald auf das „Altreich“ übertragen, besaß also ein doppeltes Resultat. Sie führte zur Flucht des kleineren Teils der Deutschen und Österreicher (nach der Okkupation der Tschechoslowakei auch der im „Protektorat Böhmen und Mähren“ lebenden Tschechen jüdischer Herkunft), und sie versetzte bis Kriegsbeginn den größeren Teil, der im faschistischen Machtbereich verblieb, zwangsweise in einen fluchtwilligen Zustand. Als dieses Teilziel der faschistischen Führung erreicht war und die Bereitschaft, außer Landes zu gehen, als Folge des Pogroms vom 9./10. November 1938 auf dem Höhepunkt, die Hoffnung, in Deutschland selbst noch einmal bessere Zeiten zu

---

15 Eine Lösung schien mit der Ausraubung der reichen und begüterten Menschen in Osterreich gefunden. Siehe Schreiben Eichmanns an II/112 vom 14.9.1938, in dem die Absicht geäußert wird, einen reichen „Juden“ zu zwingen, neun ärmere mit sich zu nehmen (ebenda, R 58/1353, unpag.). Um die tatsächliche Verwendung der geraubten Geldbeträge entbrannte zwischen SD, Gestapo und anderen faschistischen Stellen des Staates und der Partei eine Auseinandersetzung, siehe ebenda; Schreiben Eichmanns an Herbert Hagen vom 10.5. u. 16.6.1939.

erleben, auf dem Tiefpunkt angekommen waren, da ließen Krieg und Kriegsereignisse den Flüchtlingsstrom rasch versiegen. Nur wer dieses zweifache Ergebnis ignoriert, kann einen Satz niederschreiben wie den, dass die „Auswanderungspolitik Heydrichs ... sich aus der Rückschau ... als eine Art großangelegter Rettungs-Aktion für Hunderttausende von Juden entpuppte“.[16] Wenn von den objektiven Wirkungen dieser Politik die Rede ist, muss vor allem betont werden, dass sie einen Zustand herbeiführte, der die faschistische „Lösung der Judenfrage“ in immer radikalere Bahnen drängte.

Der Blick auf das doppelte Resultat der Vertreibungspolitik macht auch deutlich, dass die Unterscheidung innerhalb der führenden faschistischen Politiker zwischen einer „Partei der Extremisten“ des Antisemitismus und der Judenverfolgung, die vor allem von Hitler, Streicher und Goebbels gebildet worden sein soll, und deren Widersachern mit Heydrich als personellem und dem SD als institutionellem Mittelpunkt, konstruiert und unhaltbar ist.[17] Ideologisch und programmatisch können Unterschiede, die eine solche Differenzierung rechtfertigen, ohnehin nicht nachgewiesen werden. Praktisch wirkten die faschistischen Führer 1938/39 bei der forcierten Verdrängung der jüdischen Menschen, ungeachtet abweichender Auffassung über Methode und Tempo des Vorgehens, einträchtig zusammen. Praktisch bildete die hemmungslose antijüdische Hetze Streichers und der „Stürmer“-Redaktion, die bereits die Aufputschung zum Mord einschloss, eine Art Motor der Vertreibungspolitik. Heydrichs und des SD verbrecherische Erfolge können so mit Recht die Erfolge von Streicher und Goebbels genannt werden.

Die Praxis der forcierten Vertreibung widerlegt alle Behauptungen, wonach die faschistischen Machthaber vor dem Kriege bereits einen generellen Mordplan besessen hätten, dem sich alle anderen und namentlich die Kriegspläne des deutschen Imperialismus untergeordnet hätten. Die Judenverfolgung zur Kriegsursache zu erklären, heißt die geschichtlichen Zusammenhänge geradezu auf den Kopf zu stellen. Im Zentrum der faschistischen Politik stand als das nächste strategische Ziel unverrückbar, das Deutsche Reich materiell und geistig zum frühestmöglichen Termin in Kriegsbereitschaft zu versetzen. Dieser Strategie dienten Antisemitismus und Judenverfolgung. Die Hauptfunktion der antijüdischen Ideologie und Praxis der Vorkriegsjahre bestand aber darin, die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“ aggressiv zu formieren und sie sukzessive auf ihre Rolle als Kriegsgemeinschaft vorzubereiten. Für die den Deutschen zugedachte Bestimmung, Instrumente imperialistischer Eroberungspolitik zu sein, sollten sie hassen, verachten, knechten, quälen, foltern, töten und morden lernen. Sich verbrecherisch gegenüber Angehörigen anderer Völker und Rassen zu benehmen, sollte ihnen geradezu als das natürliche Vorrecht ihrer „Rasse“ erscheinen. Judenfeindschaft und -verfolgung drillten vielen Deutschen jene unmenschliche Weise des Denkens und Fühlens ein, die, als sie sich seit 1939 austobte, Millionen Menschen in der Welt vor Entsetzen erstarren ließ.

In der geistigen und moralischen Kriegsvorbereitung der Deutschen erschöpften sich Antisemitismus und Judenschinderei aber nicht. Sie dienten dem Regime vor dem und auch noch im Kriege dazu, sich als revolutionär auszugeben. Die „Arisierungen“, das Verschwinden der jüdischen Banken und industriellen Firmen, der jüdischen Warenhäuser, Geschäfte und Läden sollte darüber hinwegtäuschen, dass diese vorgebliche „nationalsozialistische Revolution“ in Wirklichkeit an den Eigentumsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft nicht einmal gerüttelt hatte. In seiner Anwendungsform als Revolutionsersatz hatte sich der Antisemitismus 1938 nicht erschöpft. Waren die „jüdischen Plutokraten“ auch im faschistischen Staat schließlich liquidiert, so existierten sie doch in London, Paris und anderswo fort und leiteten angeblich von da aus den Kampf gegen das „neue Deutschland“. Die antijüdische Aufstachelung gegen „den Juden“ als den angeblichen inneren Feind ging bruchlos in die Legende vom „Weltfeind Judentum“ über. Die Aufrufe, die dem deutschen Volk Anfang September 1939 begründeten, warum es nun Krieg zu führen hätte, zeugen da-

---

16 Günther Deschner, Reinhard Heydrich. Statthalter der totalen Macht. Biographie, Esslingen 1977, S. 174.

17 Beispielsweise ebenda, S. 166.

von, wie die faschistische Führung die Volksmassen von einer „blutsmäßigen“ Erkenntnis zur folgenden, d. h. von einer antisemitischen Lüge zur nächsten, noch ungeheuerlicheren drängte.[18]

In seiner Anwendung für den Krieg, auf den das Regime vom Tage seiner Errichtung an zugestrebt hatte, konnte sich der faschistische Antisemitismus praktisch niemals vernutzen, solange auf dem Erdball noch irgendwo „Juden“ lebten, wirkliche oder deklarierte. Nach der pragmatischen, auf die Bedürfnisse des deutschen Imperialismus zugeschnittenen Struktur des faschistischen Antisemitismus war es unmöglich, dass die „Juden“ den Hitler und Goebbels, den Himmler und Heydrich ausgehen konnten, bevor dieser Imperialismus an seinem Endziel, der Beherrschung der Welt, anlangte. Waren die jüdischen Menschen aus Berlin, Wien und Prag, aus Warschau, Amsterdam, Brüssel und Paris viehisch umgebracht, so wirkte der „Weltfeind“ in seiner angeblich zwiefachen Gestalt doch in Moskau und New York weiter als der „jüdische Bolschewismus“ und das „jüdische Plutokratentum“.

Die Anstrengungen, die der Vertreibung der jüdischen Menschen aus dem faschistischen Machtbereich galten, lassen sich in ein Geschichtsbild nicht einpassen, das einen vorgefassten faschistischen Stufenplan der Judenverfolgung bis zum Massenmord zeichnet. Deportation und Vernichtung waren nicht, wie Karl Dietrich Bracher schreibt, „nur eine Frage der Zeit und Gelegenheit“[19]. Sie bildeten 1939 noch keine von der faschistischen Führung für irgendeine künftige Situation beschlossene Politik. Daher stellte die Vertreibung der jüdischen Einwohner bis zum Kriegsbeginn eine reale Alternative zu jener Vernichtungsstrategie dar, die in einem späteren Stadium geplant und verwirklicht wurde. Diese zeitweilige Alternative konnte hunderttausendfache Lebensrettung aber nur unter der Bedingung bringen, dass die faschistischen Machthaber durch Abschreckung zum Frieden gezwungen wurden. Dieser Fall trat nicht ein. Als die Faschisten zur forcierten Vertreibung übergingen, erreichte die Münchner Politik ihren Höhepunkt, jene Politik, aus der für die Faschisten die stärkste Ermutigung zu immer abenteuerlicheren kriegerischen Schritten erwuchs.

Eine Darstellung der faschistischen Judenverfolgung, die sich von dem wissenschaftlich nicht haltbaren Schema „Am Anfang war der Mordplan, am Ende der Massenmord“ löst und von ihrer Geschichte selbst handelt, wird den Schritt von der Strategie der Vertreibung zur Strategie des Genozids dann und dort verfolgen müssen, wo er sich vollzog: während des Krieges und auf dem Territorium Polens. Eine derartige Untersuchung hat aber nur Erfolgsaussichten, wenn sie den imperialistischen Krieg der Hitlerfaschisten als eine soziale Totalität auffasst und ihn nicht lediglich als eine Folge von Ereignissen ansieht. Von der Frage nach dem Charakter des Krieges und den Zielen, die der deutsche Imperialismus durch ihn zu erreichen suchte, kann dabei nicht abgesehen werden.

Der zweite Weltkrieg begann als europäischer Krieg und militärische Auseinandersetzung imperialistischer Mächte. Er wird schon durch seinen Namen in Beziehung zum Krieg der Jahre 1914 bis 1918 gesetzt. Beide Kriege entstanden aus dem Bestreben imperialistischer Mächtegruppen, die zwischen ihnen existierenden und aufs Äußerste zugespitzten Widersprüche mit militärischer Gewalt, durch Expansion und Okkupation zu lösen. In beiden Fällen war es der deutsche Imperialismus, der – vor allen anderen an einer Neuaufteilung von Territorien, wirtschaftlichen Ressourcen und Einflusssphären interessiert – auf den Krieg drängte und ihn auslöste.

Imperialistisch wie die Kriegsziele und ihnen angemessen war auch die Ideologie, durch deren Verbreitung die herrschenden Kreise in Deutschland die Massen auf die Politik der militärischen Eroberungen geistig und psychisch eingestellt hatten. Maß- und grenzenlos wie jene war diese eine extreme Aufgipfelung geistiger Aggressivität gegen andere Völker und Nationen. Die Absicht der deutschen Imperialisten, in einer Kette von aufeinanderfolgenden Kriegen die Vorherrschaft auf dem Erdball zu erlangen und sie dauernd zu behaupten, besaß ihre ideologische Entsprechung in ei-

---

18 Siehe die faschistischen Appelle an das Volk und die Mitgliedschaft der NSDAP nach den Kriegserklärungen Frankreichs und Englands, Völkischer Beobachter, vom 4.9.1939.

19 Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 397.

ner Weltanschauung, der zufolge die Deutschen ein von der Vorsehung auserwähltes Volk waren, dazu berufen, über andere „verjudete“ und „vernegerte“ Nationen zu herrschen. Die Deutschen sollten glauben, dass sie einem geheimen, von ihren faschistischen Führern erkannten Weltplan folgten, wenn sie über andere Völker herfielen, um sie sich – in Wirklichkeit jedoch den realen ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Finanzkapitals – untertan zu machen.

Die hier schon gekennzeichnete Rolle, die insbesondere der Antisemitismus in der faschistischen Kriegsideologie und bei der Beantwortung der Fragen spielte, warum der Krieg entstand und wer an ihm interessiert sei, ließ von vornherein Schlimmes für die jüdischen Menschen befürchten, die sich bis zum 1. September 1939 noch nicht zur Flucht entschlossen hatten oder deren Pläne der Kriegsausbruch durchkreuzte.

Mit dem Kriegsbeginn trat eine objektive Lageveränderung ein. Dieser Wandel berechtigt dazu, ungeachtet der anfänglich noch ausbleibenden schärferen antijüdischen Maßnahmen und Verfolgungen, den Kriegsbeginn als den Ausgangspunkt einer neuen Etappe des antisemitischen Rassismus der Faschisten zu bewerten. So sah übrigens auch der SS-Offizier Dieter Wisliceny rückblickend die Sache an, als er im Herbst 1946, kurz vor seiner Hinrichtung, im Gefängnis von Bratislava schrieb: „Der Ausbruch des Krieges, die schnelle Besetzung Polens und Hitlers Entschluss, die polnischen Gebiete zu annektieren, schufen eine völlig neue Situation und brachten neue Konsequenzen.“[20]

Wodurch war die neue Situation im Einzelnen charakterisiert?

Erstens erschwerte der Kriegsbeginn die organisatorischen, ökonomischen, finanziellen und technischen Maßnahmen zur Vertreibung der „Juden“ aus dem Reichsgebiet. Die Tätigkeit den „Auswanderungszentralen“ mit so weitgesteckten Hoffnungen begonnen, stieß auf immer größere Hindernisse.

Zweitens waren gelegentlich erwogene Generallösungen, die so oder so darauf hinausgelaufen wären, die jüdischen Menschen gegen eine möglichst hohe Devisensumme an das Ausland zu verkaufen – Devisen, die wiederum der Kriegsvorbereitung dienen sollten –, durch die Ereignisse überholt. Nun sollte der Krieg den Krieg ernähren, die Eroberung eines Landes die materiellen Ressourcen für den Angriff auf das nächste schaffen.

Drittens vermehrte sich mit jedem Kilometer, den die faschistische Militärmaschine nach Osten vorrückte, die Zahl der jüdischen Menschen im deutschen Machtbereich. Sie vergrößerte sich wegen des relativ hohen Anteils der jüdischen Bevölkerung Polens ungleich rascher, als die Zahl der Deutschen, Österreicher und Tschechen jüdischer Herkunft durch die versiegende Emigration abnahm.

Viertens ließ sich von vornherein erkennen, dass die Organisierung der Auswanderung dieser auf polnischem Territorium lebenden Menschen eine unlösbare Aufgabe sein würde. Unter ihnen befanden sich, gemessen an den Verhältnissen im Deutschen Reich und den okkupierten Gebieten Österreichs und der Tschechoslowakei, eine ungleich höhere Anzahl sehr armer Juden. Die Emigration der jüdischen Armut bereitete aber, wie es namentlich die österreichischen Erfahrungen gezeigt hatten, den Faschisten besondere Schwierigkeiten.

Fünftens stellte sich schon in den ersten Kriegswochen heraus, dass die faschistischen Eroberer mit den jüdischen Menschen, die ihnen in Polen während eines Feldzuges in die Hände fielen und nicht nur als „Juden“, sondern obendrein als „Juden in einem Feindvolk“ galten, augenblicklich rabiater, brutaler und – im wahrsten Wortsinn – sogleich auch mörderisch verfuhren. In Polen begann die faschistische Judenverfolgung im September 1939 auf einer anderen Stufe als in dem im Frieden okkupierten Gebiete des ehemaligen österreichischen und tschechoslowakischen Staates. Zusammentreibung, Ghettoisierung, erste Deportationen und Massaker gaben ihr von Anbeginn das Geprä-

---

[20] ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 773.

ge. Diese auf dem Territorium Polens geübte Praxis konnte auf die Dauer nicht ohne Rückwirkungen auf die Misshandlung der jüdischen Menschen in allen anderen Teilen des faschistischen Machtbereiches bleiben.

Sechstens ließ der Krieg das Bedürfnis der imperialistischen Machthaber nach rassistischer und antisemitischer Ideologie unausgesetzt weiter steigen, zumal der innere Zwang des Regimes fortexistierte, dem eigenen Volke immer wieder einzuschärfen, warum es Krieg zu führen hätte. Das galt auch für das Interesse, die deutschen Besatzungssoldaten in Polen mit einer Rechtfertigungsideologie für die allen internationalen Rechtsnormen widersprechenden Gewalttätigkeiten und Grausamkeiten auszustatten, die buchstäblich Tag für Tag begangen wurden.

Aus dieser hier im thesenhaften Aufriss gegebenen Situation konnte über kurz oder lang für alle jüdischen Menschen im faschistischen Herrschaftsbereich nur Unheil erwachsen: Es war nur abzuwenden, wenn sich der Kriegsverlauf grundlegend und rasch zuungunsten der deutschen Imperialisten veränderte. Daran aber war im Herbst 1939 nach dem für sie so erfolgreichen Feldzug gegen Polen angesichts der Untätigkeit der imperialistischen Westmächte nicht zu denken.

Noch während der letzten militärischen Kämpfe gegen die Reste der polnischen Armee befassten sich die faschistischen Spezialisten mit den veränderten Umständen für die „Lösung den Judenfrage“. Heydrich, den wenige Tage später an die Spitze des neugeschaffenen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) gestellt wurde, rief am 21. September 1939 die Chefs der sogenannten Einsatzgruppen der SS, die in Polen auch nur jeden Gedanken an Widerstand durch abschreckendsten Blutterror zu ersticken suchten, zu einer Besprechung nach Berlin, die der „Judenfrage im besetzten Gebiet“ galt. Ihr Ergebnis wurde am gleichen Tage in einem Erlass[21] zusammengefasst. Er enthielt, noch bevor über die Organisation des Okkupationsregimes insgesamt entschieden war, den Generalplan für die Judenverfolgungen in Polen.

Heydrichs Erlass unterschied zwischen einem Endziel, dessen Erreichung eine längere Frist erfordere, und „den Abschnitten der Erfüllung dieses Endziels“, die kurzfristig zurückzulegen wären. Es ging allerdings nicht daraus hervor, was im Rahmen dieses ersten antijüdischen Generalplans für die eroberten polnischen Gebiete unten den Begriffen „Endziel“ oder – dieser Ausdruck wurde synonym gebraucht – „geplante Gesamtmaßnahmen“ verstanden wurde. Jedenfalls wurde ausdrücklich bestimmt, dass dieses „Endziel“ streng geheim zu halten wäre. Indessen wiesen die einzuleitenden Schritte bereits in eine eindeutige Richtung. „Als erste Vorausnahme“ (das dürfte ein Schreibfehler sein und dem faschistischen Sprachgebrauch entsprechend „Vorausmaßnahme“ heißen) sei, so hieß es, „die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte“ vorzunehmen. Da weiter bestimmt wurde, es solle sich in allen Fällen um Eisenbahnknotenpunkte, wenigstens aber um Orte mit Eisenbahnstationen handeln, war nicht daran zu zweifeln, dass es sich um vorläufige Konzentrierungsräume handelte, aus denen die jüdischen Menschen zu gegebener Zeit in fernere Gebiete deportiert werden sollten.

Bereits dieser ersten Entscheidung der faschistischen Machthaber vom September 1939 lag die – allerdings, wie sich bald zeigte, in ihren Folgen für die faschistischen Eroberungs- und Kriegsinteressen auch nicht annähernd durchdachte – Überlegung zugrunde, dass sie nun selbstherrlich über ein Territorium verfügen konnten, in das sich Polen und „Juden“ vertreiben ließen, ohne dass mit irgendeiner ausländischen Regierung verhandelt, Einwanderungsquoten und -bedingungen beachtet werden müssten. Auch andere Rücksichten, insbesondere wegen unerwünschter propagandistischer Wirkungen im Ausland, schienen nun ganz überflüssig zu sein. Unter diesen Umständen gewann die Politik der Vertreibung eine neue Qualität, und auch ihre Methoden wurden von Anbeginn brutaler. Vor allem unterschied sich das Ergebnis der Vertreibung grundlegend von jenem, das bis zum 1. September 1939 erreicht wurde. Jetzt blieben die Vertriebenen im faschistischen Bereich und damit der Entscheidung und dem Zugriff ihrer Peiniger ausgesetzt.

---

[21] Ebenda, Dok. 775.

Diente Heydrichs Erlass vom 21. September 1939 der Vorbereitung der Deportationen, bestimmte eine von Himmler am 30. Oktober 1939 in seiner neuen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gegebene Anordnung Beginn, Umfang und Fristen der Vertreibung.[22] Binnen vier Monaten, zwischen November 1339 und Februar 1940, sollten aus den ehemals west- und nordpolnischen, „jetzt reichsdeutschen Provinzen und Gebieten“ alle Juden, alle in Danzig-Westpreußen ansässigen „Kongresspolen“ und eine noch nicht näher bezeichnete Gruppe „besonders feindlicher polnischer Bevölkerung“ ins Generalgouvernement transportiert werden. Die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) und die Inspekteure bzw. Befehlshaber der Sicherheitspolizei wurden beauftragt, den „Umsiedlungsplan“ gemeinsam festzulegen.

Bereits am 31. Oktober 1939 informierte der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, SS-Brigadeführer Bruno Streckenbach, seinen Vorgesetzten Hans Frank Łódź, wo dessen Zentralbehörde vor ihrer Etablierung in Krakau arbeitete, über den bevorstehenden Auftrag, Hunderttausende vertriebener Polen und „Juden“ in geschlossenen Transporten aufzunehmen und zu verteilen. Frank beauftragte seinerseits den HSSPF im Generalgouvernement, Wilhelm Krüger, die „Flüchtlingstransporte“ zu organisieren.[23] Praktisch fühlte sich die Sicherheitspolizei nun dafür zuständig, die Opfer der Deportation zusammenzutreiben, zu verladen, die Eisenbahnzüge während der Fahrt zu bewachen, damit niemand entkam, und für den raschen Rücktransport der Waggons zu sorgen, damit der Vertriebenenstrom nicht unterbrochen wurde. An den Bestimmungsorten waren die polnischen Behörden und die nach Heydrichs Erlass geschaffenen Judenräte[24] für die Unterbringung der Deportierten verantwortlich.

Berücksichtigt man, dass sich als Folge der Aggression in weiten Gebieten Polens eine furchtbare soziale Katastrophe anbahnte, dann wird die verzweifelte Lage derjenigen vorstellbar, die, enteignet und vertrieben, mit Handgepäck und einer ihnen zugestandenen winzigen Barschaft in fremder Umgebung und widrigsten Umständen einer ungewissen Zukunft ausgesetzt wurden. Hinzu kam, dass die Organisation der Vertreibung hastig und zum Teil improvisiert war und die Witterungsverhältnisse sich täglich verschlechterten.

Am 12. November 1939 erließ der HSSPF Posen die für den Reichsgau Wartheland gültigen Durchführungsbestimmungen zu Himmlers Anordnung, die als Maßnahmen zur „Durchführung der vom Führer gestellten großen historischen Aufgabe“ charakterisiert wurden.[25] Ihr Text machte die besatzungspolitischen Zwecke der Deportation besonders deutlich, wurde als Ziel doch „die Säuberung und Sicherung der neuen deutschen Gebiete“ und „die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen“ bezeichnet. Mit den Juden zusammen sollten „die geistig führende Schicht, die gesamte Intelligenz“ sowie alle politisch tätigen Polen, insbesondere maßgebliche Mitglieder von Parteien und Verbänden, engagierte Katholiken, Priester wie Laien, gewaltsam abtransportiert werden. Insgesamt waren während der „Erstaktion“ 200.000 Polen und 100.000 „Juden“ aus dem Warthegau ostwärts zu treiben.

Polen und „Juden“ wurden allerdings seit Beginn der „Germanisierung“ nach ungleichen Grundsätzen behandelt. Für jene existierten, wenn auch nur grob umrissene politische Maßstäbe, nach denen die Deportierten auszuwählen waren, für diese galt prinzipiell keine Ausnahme. Diese Verfahrensweise entsprang vor allem dem unterschiedlichen Urteil der Faschisten über die Tauglichkeit von Polen und „Juden“ als Arbeitssklaven. Die jüdischen Einwohner, zumeist Händler, Handwerker und auch Angehörige der Intelligenz, schienen für die Ausbeutung in industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben weniger geeignet und nicht notwendig zu sein und galten deshalb als durchweg de-

---

22 Arch. GKBZHP, NTN 332, Bl. 10; Anordnung 1/II des Reichsführers SS als Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums vom 30.10.1939.

23 Ebenda, Hans Franks Tagebuch, (im Folgenden: Frank Tgb.); Empfang des SS-Obergruppenführers Krüger durch Frank am 31.10 1939; siehe auch Stanisław Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963, S. 279

24 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 775.

25 Arch. GKBZHP, NTN 332; Rundschreiben des HSSPF Posen vom 12.11.1939, betr. Abschiebung von Juden u. Polen aus dem Reichsgau „Warthe-Land“.

portationsfähig. Die generelle Vertreibung der Polen hätte hingegen Arbeitskräfte betroffen, die – so hieß es auch in den Bestimmungen des HSSPF Posen – „nicht zu entbehren sind“.[26] Hinzu kam, dass der Wert der polnischen Arbeitskräfte namentlich den ostelbischen Großgrundbesitzern seit langem bekannt war. Diese beuteten seit Jahrzehnten Saison- und andere Arbeiter aus Polen schamlos aus, ließen sie vom Morgengrauen bis zur Finsternis auf ihr Gütern schuften, in kasernenähnlichen, menschenunwürdigen Unterkünften vegetieren und gestanden ihnen keinerlei politische, gewerkschaftliche oder allgemeine Menschenrechte zu. Dieses Pariadasein der polnischen Saisonarbeiter gab für die faschistische Kolonialpolitik in Osteuropa eine Art Leitbild ab. Gleichzeitig galt die nichtjüdische Bevölkerung Polens als Arbeitskräftereservoir für die gesamte Landwirtschaft des „Altreichs“, die als Folge der Einberufung von Bauern und Landarbeitern zur Wehrmacht dringend Arbeitskräfte benötigte.

Die faschistische Deportationspraxis wurde also von realen strategischen und taktischen Überlegungen bestimmt, von denen die materiellen letztlich ausschlaggebend waren. Gleichzeitig sind in ihr auch die direkten Einflüsse der Rassenideologie auf die Handelnden nachweisbar, denen die „Juden“ einzig als parasitäre Subjekte galten, nicht produzierend, aber konsumierend, als „Schmarotzer“ also, die angeblich überall von den Arbeitsfrüchten anderen zehnten und den Körper ihrer „Wirtsvölker“ aussaugten und schwächten. Aus diesem Gesichtspunkt mussten die „Juden“ in Polen den Eroberern geradezu als lästige Konkurrenz erscheinen, wollten sich doch nun die deutschen Imperialisten an den Polen, ihrer Arbeitskraft und ihrem Eigentum schadlos halten.

Auf der faschistischen Skala der Wertigkeit der Völker standen die „Juden“ am untersten Ende, sozusagen unterhalb des Nullwertes und damit jenseits der Marke, die zwischen Brauchbarkeit und Unbrauchbarkeit entschied. Selbst als „Händlervolk“, als das die Nazipropaganda die „Juden“ diffamiert hatte, waren sie in Polen nun zeitweilig und bedingt vonnöten, wollten die Okkupanten doch nicht handeln, sondern requirieren, nicht kaufen, sondern rauben.

So sicher wie das faschistische Zerrbild vom „Judentum“ selbst zur Quelle antijüdischer Pläne und Verfolgungen wurde, so sicher widerspiegelte dieses Bild – im weitesten und vollständigsten Sinne – materielle Interessen des Imperialismus und diente ihnen. Mehr noch: Das verlogene Bild vom unwerten „Juden“ wurde selbst von den fanatischsten Rassisten dann aufgegeben, wenn reale Macht- und Ausbeutungsinteressen es geboten erscheinen ließen. Dann konnten sich die angeblich unproduktiven und unschöpferischen Opfer der Verfolgungen augenblicklich in brauchbare, unter Umständen sogar gesuchte Arbeitssklaven verwandeln. Darüber gibt vor allem die Geschichte der Judenverfolgungen im Generalgouvernement Aufschluss.

Der Entschluss zur Deportation löste im Rahmen des faschistischen Eroberungsprogramms unweigerlich den Zwang zu weiteren Entscheidungen aus. Sie lauteten: Ghettoisierung und Arbeitslagerhaft. Auf einer weiteren Beratung Heydrichs mit leitenden Mitarbeitern am 30. Januar 1940 wurde davon ausgegangen, dass in den annektierten Gebieten auf Grund der Deportationen eine „Judenfrage“ bald nicht mehr existieren werde. Im Generalgouvernement aber sollte sie dadurch gelöst werden, dass Frauen, Kinder und andere nicht arbeitsfähige Personen in Ghettos und die arbeitsfähigen Männer – Heydrich sprach von mehreren Hunderttausend Juden – in Zwangsarbeitslagern zusammengepfercht wurden. Dabei war daran gedacht, die jüdischen Arbeitssklaven beim „Bau des Walles (gemeint waren militärische Anlagen an der Grenze zur UdSSR – K. P.) und sonstigen Vorhaben im Osten“ einzusetzen.[27]

Diese Besprechung bildet das früheste Zeugnis dafür, dass die faschistischen Machthaber die Tötung tausender jüdischer Menschen als Ergebnis ihrer judenfeindlichen Politik zumindest einkalkulierten. Der Weg in die Zwangsarbeitslager, den die jüdischen Männer zu gehen hatten, würde ebenso wie die Ghettoisierung aller anderen Personen ihre physische und psychische Zermürbung,

---

26 Ebenda.

27 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 468; Besprechung Heydrichs mit Seyß-Inquart, HSSPF aus den besetzten Gebieten Polens u. a. SS-Führern vom 30.1.1940.

schließlich ihre Dezimierung durch Arbeit, Hunger, Seuchen, Schikanen jeder Art, klimatische und Wetterunbilden bedeuten. Die mörderische antisemitische Idee, bisher in einer allgemeinen, abstrakten Form existierend, begann die Gestalt eines konkreten Vorhabens anzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war der Entschluss zur Ermordung von Millionen noch nicht gefallen, aber gedanklich wie praktisch war ein Schritt auf ihn hin getan.

Dennoch hing das weitere Schicksal der jüdischen Menschen im Machtbereich des deutschen Imperialismus nicht nur von den Entschlüssen der faschistischen Machthaber ab. Die innere Logik ihres antijüdischen Denkens musste nicht notwendig zur Logik der Geschichte werden. Konnten die Deportationsmaßnahmen in Polen überhaupt nur unter den Bedingungen des „Komischen Krieges" vorangetrieben werden, so vermochte der Krieg in Westeuropa, einmal entbrannt, die Pläne und Möglichkeiten der Judenverfolgung unter Umständen nachhaltig zu verändern.

Der Plan, die jüdische Bevölkerung massenhaft als die billigsten Zwangsarbeiter einzusetzen, beherrschte die Spezialisten der Judenverfolgung, seit sich mit Kriegsbeginn die Arbeitskräftesituation des deutschen Imperialismus drastisch verschlechtert hatte. Es lag auf dieser Linie, dass eines der ersten antijüdischen Gesetze im Generalgouvernement am 26. Oktober 1939 den Arbeitszwang für alle „Juden" und deren Einsatz in geschlossenen Zwangsarbeitstrupps bestimmte.[28] Wichtiger noch war die gleichzeitige Ermächtigung des HSSPF im Generalgouvernement, die Durchführungsvorschriften zu erlassen. Damit sollte das gesamte Leben der „Juden" einschließlich ihrer Arbeitstätigkeit direkt der Polizei, d. h. den Inspekteuren und Befehlshabern der Sicherheitspolizei und deren Apparaten, unterstellt werden. Der im SD ursprünglich gefasste Vorsatz, führenden Einfluss auf alle Fragen der Judenverfolgung zu erlangen, hatte sich nun dahin ausgeweitet, dem RSHA das uneingeschränkte Verfügungsmonopol über alle jüdischen Menschen zu übertragen.

Indessen stellte sich bald heraus, dass Heydrichs weitgesteckte Pläne zur Errichtung von Zwangsarbeiterlagern sich nicht verwirklichen ließen. Zwar wollten die Faschisten die jüdischen Menschen schamlos ausbeuten, gleichzeitig aber scheuten sie die Kosten, die bereits die Errichtung der vier ersten Konzentrationslager für jüdische Zwangsarbeiter verursachen würden.[29] Auch die Schwierigkeit, das Minimum an Baumaterial für diese Lager herbeizuschaffen, waren angesichts der Anforderungen, welche die Zentralbehörden des Reiches u. a. an Holzlieferungen aus dem Generalgouvernement stellten, zunächst unüberwindbar.

So reduzierte sich die Absicht, hunderttausende „Juden" in Zwangsarbeitslager zu sperren, auf die nicht weniger brutale Praxis, die jüdischen Einwohner des Generalgouvernements einschließlich der arbeitsfähigen Männer in Ghettos zu treiben, die in Städten errichtet wurden. Das verursachte nicht jene finanziellen und technischen Probleme, die mit dem Aufbau von besonderen Lagern verbunden waren; denn die Ghettoisierten wurden einfach in Wohnviertel gezwungen, in denen entweder bereits jüdische Menschen wohnten oder aus denen Polen gewaltsam verdrängt wurden. Und die Insassen der Ghettos waren stets abrufbereit, besonders für ihre Kommandierung zu beliebigen Arbeitseinsätzen. Die Idee der Ghettoisierung und der Zwangsarbeit wurde derart auf die für die Faschisten billigste, für die Opfer folgenschwerste Weise kombiniert.

Ghettos entstanden, da der Abtransport aus den Reichsgauen in das Generalgouvernement nicht in dem geplanten Tempo erfolgte und schließlich im Zusammenhang mit Schwierigkeiten im Generalgouvernement sowie wegen des Feldzugs gegen Frankreich weitgehend zum Erliegen kam, auch in den annektierten Gebieten. Eines der berüchtigtsten befand sich seit Dezember 1939 in Łódź, das die Eroberer Litzmannstadt nannten. In diese Stadt, deren Zugehörigkeit zum Reichsgau Warthe-

---

28 Albert Weh (d. i. der Leiter der Abteilung Gesetzgebung im Amt des Generalgouverneurs), Das Recht des Generalgouvernements Krakau 1940, Dok. 250. – Die vom HSSPF erlassenen Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung siehe ebenda, Dok. 251, Dok. 252.

29 Arch. GKBZHP, Frank Tgb. 1940/1/III, Bl. 25 f.; Vortrag von Finanzpräsident Spindler beim Generalgouverneur über Etatlage vom 15.1.1940. – Im Gespräch wandte sich Frank gegen die hohen, auf 90 Mill. Zł. bezifferten Kosten für die Organisation der Zwangsarbeit.

land oder zum Generalgouvernement zunächst ungeklärt blieb, ließ Gauleiter Greiser die jüdischen Einwohner in der Erwartung treiben, dass sie von dort – so oder so – in den Verantwortungsbereich Franks geraten würden.

An der Geschichte jener Hölle in Łódź lässt sich am deutlichsten erkennen, welche Konsequenzen die rigorose Deportations- und Ghettoisierungspraxis mit sich brachte und dass sie wiederum auf das Denken und die Entscheidungen der faschistischen Führer zurückwirkte. Als Greiser im Sommer 1940 Krakau besuchte, wollte er vom Generalgouverneur u. a. die Zustimmung erhalten, die 250.000 Insassen des Łódźer Ghettos in das Generalgouvernement „abzuschieben". Dieses Ansinnen begründete Greiser damit, dass sich die Situation im Ghetto so zugespitzt habe, dass man weder ernährungspolitisch noch seuchenpolizeilich über den nächsten Winter kommen werde. Der HSSPF des Warthegaues sprach von einer sich von Tag zu Tag verschlimmernden Lage. Aber Greisers Ansicht scheiterte an der bestimmten Ablehnung Franks: Das Generalgouvernement sei nicht in der Lage, die Viertelmillion Juden „auch nur interimistisch aufzunehmen". Der zu Greisers Begleitung gehörende zuständige Regierungspräsident Mehlhorn erklärte dennoch, „die Judenfrage" müsse „auf irgendeine Weise gelöst werden".[30]

Wie die geheimen Verhandlungen in Krakau zeigten, hatten die faschistischen Judenverfolgungen den kritischen Punkt erreicht, da sich die Frage nach der künftigen Politik auf die Entscheidung über Leben und Tod zuspitzte. Die bisherigen Misshandlungen der „Juden" hatten die Arbeits- und Lebenskräfte vieler Menschen bereits weitgehend ausgezehrt. Tagtäglich wurden mehr Opfer in den Zustand des Nicht-leben-und-nicht-sterben-Könnens versetzt. Was im September und Oktober 1939 als „historische Lösung" ins Werk gesetzt worden war, entpuppte sich im Frühjahr und Frühsommer 1940, als der Feldzug in Westeuropa die Aufmerksamkeit der Welt bannte, als Organisierung sich ausweitender katastrophaler und chaotischer Zustände. Im Sinne der Heydrichschen Forderung, an Ort und Stelle „praktische Überlegungen" anzustellen, gingen die faschistischen Potentaten in Polen – wie das Gespräch Frank-Greiser enthüllt – daran, selbst Auswege aus einer Lage zu suchen, deren Entwicklung ihren Verursachern zu entgleiten drohte.

Zunächst aber existierte in der Führung des faschistischen Reiches, nachdem die erste Deportationswelle verebbt war und „wilde Transporte" ins Generalgouvernement ausdrücklich verboten wurden[31], nichts, was ein verbindliches Gesamtkonzept zur „Lösung Judenfrage" genannt werden könnte. Über Denkrichtungen, Kontroversen und ferne Pläne geben Reden Franks einen gewissen Aufschluss, die zwischen März und Mai 1940 gehalten wurden. Demnach hatte sich bei den deutschen Zentralstellen die Meinung gebildet, das Generalgouvernement „östlich der Weichsel immer mehr als eine Art Judenreservat in Aussicht" zu nehmen, in das die jüdische Bevölkerung aus den neu annektierten wie aus den alten Gebieten des faschistischen Staates vollständig deportiert werden sollte. Frank sprach von „einer nach Belieben festzusetzenden Zahl von Juden", die aus dem Reich herbeigeschafft werden würde.[32]

Meinungsverschiedenheiten gab es innerhalb der faschistischen Führung in jener Zeit darüber, so geht aus einer Rede Franks vor Kreis- und Stadthauptleuten des Distrikts Lublin am 4. März 1940 hervor, in welchem Tempo die „Juden" herantransportiert werden sollten. Erst nachdem „der schwierigste Kampf" geführt worden sei, habe sich der Standpunkt durchgesetzt, dass das Reich nicht schon während des Krieges „judenrein" gemacht werden könne.[33]

Im Verlauf des ersten Halbjahres 1940 entstand jedoch zumindest in den Köpfen einzelner faschistischer Machthaber die Idee, das Generalgouvernement werde nicht die letzte Station der Judendepor-

---

30 Ebenda, 1940/2/IV, Bl. 741 ff.; Besprechung Franks mit Greiser u. Angehörigen seiner Begleitung am 31.7.1940.

31 Nach einer Mitteilung Franks hatte Göring am 12.2.1940 in Anwesenheit Himmlers entschieden, keine Deportationen ohne Genehmigung durch den Generalgouverneur vorzunehmen (ebenda, 1940/2/IX, Bl. 176; Rede Franks auf einer Dienstversammlung der Kreis- u. Stadthauptleute des Distrikts Lublin am 4.3.1940).

32 Ebenda, Bl. 176 f.

33 Ebenda, Bl. 177.

tationen sein. Sie entsprach auch den persönlichen Wünschen Franks am meisten, der es offenbar für nicht sehr ehrenvoll hielt, Machthaber eines „Judenreservats“ zu sein. Zwar wusste er nicht, „was noch alles an Generalgouvernements und Protektoraten entstehen wird“[34], aber in einer vagen Form beschäftigte ihn der Gedanke immer häufiger, die „Juden“ eines Tages weiter ostwärts treiben zu können. Schon Anfang Mai 1940 sagte Frank, dass Veränderungen an der Ostgrenze des Generalgouvernements darin bestehen könnten, dass diese Grenze „durch Ereignisse weiter nach Osten getrieben wird“.[35] Als die faschistischen Truppen auf Paris marschierten, führte er am 30. Mai 1940 vor leitenden Mitarbeitern der Polizei aus: „Vielleicht ist die Ostgrenze, die wir heute haben, nicht die letzte Entwicklung.“ Das Generalgouvernement sei „eines der wichtigsten Gebiete des kommenden Weltreiches der Deutschen“ und ein Teil „der großen Brücke nach dem Osten, deren Ende wir noch nicht sehen“.[36]

Zur zentral nicht beschlossenen, nichtsdestoweniger im Generalgouvernement aber als Provisorium betriebenen Politik der Judenverfolgungen trat also die adäquate Auslegung hinzu. Alles was geschah, wurde zur Zwischenlösung erklärt, das Generalgouvernement nur als ein zeitweiliges „Aufnahmebecken“ für Polen, Zigeuner und „Juden“[37] betrachtet, als Gebiet, in dem die „polnische arbeitende Unterschicht auf weite Sicht“ germanisiert werden sollte, für die nicht germanisierungswürdigen „Juden“ also auf die Dauer Platz nicht sein könne. In neuen Kriegen und mit neuen Siegen werde sich alles lösen ...

In der Tat veränderten die faschistischen Eroberungen in Nord- und Westeuropa während des Frühjahrs und Sommers 1940 die Situation. Nachdem große Teile der jüdisch-herkünftigen Bevölkerung in sechs weiteren europäischen Staaten in die Hände den Faschisten gefallen waren, erhielt die „Lösung der Judenfrage“ auch praktisch jene Dimension, die sie im Denken der extremen antisemitischen Rassisten schon vordem besessen hatte. Offen wurde nun über „eine künftig vom Deutschen Reich ausgehende gesamteuropäische Regelung den Judenfrage“ geschrieben.[38] In den Beratungen innerhalb der Reichszentrale des faschistischen Regimes und zwischen den Machthabern im besetzten Polen tauchte eine neue Formel auf: Deportation der europäischen „Juden“ nach Übersee. Darauf setzten auch Frank und Greiser ihre zunächst noch unbestimmten Hoffnungen.[39]

Der Umstand, dass die Planungen den faschistischen Rassisten bei Kriegsbeginn in ein neues Stadium getreten waren, hatte nicht sofort eine generelle Änderung der Judenpolitik im gesamten Machtbereich des deutschen Imperialismus bewirkt. Vorerst bestand ein erheblicher Unterschied zwischen den judenfeindlichen Maßnahmen in Polen und innenhalb der Grenzen des Reichsgebietes, wie es bis zum 31. August 1939 bestanden hatte. Hier wurde nach wie vor die Strategie der Vertreibung ins Ausland befolgt. Auch unter Kriegsbedingungen galt der Erlass weiter, den Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan am 24. Januar 1939 gegeben hatte und dessen einleitender Satz besagte: „Die Auswanderung der Juden aus Deutschland ist mit allen Mitteln zu fördern.“[40] In einer Mitteilung des RSHA an die Stapostellen und deren nachgeordnete Einrichtungen hieß es noch am 20. Mai 1941: „Gemäß einer Mitteilung des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches (Göring – K. P.) ist die Judenauswanderung aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren auch während des Krieges verstärkt im Rahmen der

---

34 Ebenda, 1940/4/IX, Bl. 402; Rede Franks auf der Reichsarbeitstagung des Hauptamtes für Kommunale Politik in Kattowitz am 15.3.1940.

35 Ebenda, 1940/1/IX, Bl. 65; Rede Franks vor dem Reichsverteidigungsausschuss des Generalgouvernements in Warschau am 2.3.1940.

36 Ebenda, 1940/3/IX, 131. 340, Bl. 370; Rede u. Schlusswort Franks auf der Polizeisitzung am 30.5.1940.

37 Ebenda, Bl. 335 f.

38 P. H. Seraphim, Der Rassencharakter der Ostjuden, in: Das Vorfeld, 1. Jg. 1940, 3. Folge (November 1940), S. 11.

39 Arch. GKBZHP, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 741; Besprechung Franks mit Greiser u. Angehörigen seiner Begleitung am 31. 7. 1940.

40 Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München 1977, S. 291; Schreiben Görings an den Reichsminister des Innern vom 24.1.1939.

gegebenen Möglichkeiten unter Beachtung der aufgestellten Richtlinien für die Judenauswanderung durchzuführen.“[41]

Zu diesem Zeitpunkt umfasste das faschistische Okkupationsgebiet außer Polen bereits Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, große Teile Frankreichs, Jugoslawien und Griechenland. Faktisch bestimmten die deutschen Machthaber auch die Innenpolitik einer Reihe weiterer europäischer Staaten, so beispielsweise die des klerikal-faschistischen Satellitenregimes in der Slowakei. In allen diesen Staaten und Territorien lebten jüdische Menschen, die ihren Peinigern zu entfliehen trachteten. Daher legte der Mai-Erlass des RSHA – übrigens nicht zum ersten Mal – den absoluten Vorrang der Vertreibung aus dem Reichsgebiet fest, die vor allem über die Route Spanien und Portugal betrieben werden sollte. Weitere Erfolge dieser Politik ließen sich nach Meinung des RSHA nur erreichen, wenn die Emigration namentlich aus dem besetzten Frankreich und aus Belgien verhindert würde, da nach Lage der Dinge ein Auswanderungsstrom aus diesen Ländern nur zu Lasten der „Lösung der Judenfrage“ im „Großdeutschen Reich“ gehen könne. Lediglich einzelnen Personen in den eroberten Territorien sollte erlaubt werden, ins unbesetzte Frankreich überzusiedeln. Das Hauptamt behielt es sich jedoch vor, darüber in jedem Fall selbst und gesondert zu entscheiden.

Zweimal erwähnte Heydrich im Erlass vom 20. Mai 1941 ausdrücklich „die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage“. Dieser Hinweis enthielt nicht nur eine Absichtserklärung. An „Endlösungsprojekten“ war im RSHA, dem Auswärtigen Amt und in anderen Dienststellen des faschistischen Staates und der NSDAP seit dem Sommer 1940 intensiv gearbeitet worden. Das geschah, nachdem die französisch-englischen Streitkräfte auf dem Territorium Frankreichs geschlagen worden waren, in der größenwahnsinnigen Annahme, die Herren Europas zu sein und zu bleiben. Die faschistischen Projektanten der europäischen Nachkriegsordnung wähnten, den Besiegten in einem Friedensvertrag alles und jedes zudiktieren zu können, den Krieg also mit einem „Üben-Versailles“ zu beenden und dann nach Belieben zu entscheiden, wann sie den nächsten, über den Kontinent hinausgreifenden Krieg vom Zaune brechen wollten.

Da den sich im Frühsommer 1940 herausbildenden Plan, binnen kurzem und womöglich von der Kapitulation Großbritanniens die UdSSR anzugreifen und zu vernichten, nur wenige führende Faschisten in Hitlers Umgebung kannten, wurde er noch nicht in die Überlegungen jener Stellen einbezogen, welche neue Pläne für die „Endlösung“ ausarbeiteten. Diese Stellen gingen von der Vorstellung eines nahen Friedensschlusses aus. In der Ausarbeitung „Die Judenfrage im Friedensvertrage“, die der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes Franz Rademacher am 3. Juli 1940 anfertigte, wurde einleitend festgestellt: „Der bevorstehende Sieg gibt Deutschland die Möglichkeit und meines Erachtens auch die Pflicht, die Judenfrage in Europa zu lösen.“[42] England wurde demnach bereits für besiegt – weil für unfähig gehalten – sich auf die Dauer allein gegenüber dem Deutschen Reich und dessen Verbündeten zu behaupten.

In diesem vermeintlichen Endstadium des Krieges bemühte sich das RSHA, an allen Debatten, Ausarbeitungen und Entscheidungen beteiligt zu werden, die im Hinblick auf den Friedensschluss erfolgten. Unter seiner Federführung sollte auch die „Endlösung der Judenfrage“ bindend projektiert werden. Dieses Interesse des RSHA war von der Vorstellung mitdiktiert, dass die bisherige Politik der Vertreibung nicht zum Ziele führen werde.

In einem Schreiben Heydrichs an Ribbentrop vom 24. Juni 1940 wurde zwar der Erfolg der Vertreibungspolitik noch einmal herausgestellt und darauf verwiesen, dass es seit dem 1. Januar 1939 gelungen sei, etwa 200.000 jüdische Menschen aus dem Reichsgebiet zu drängen, und dass der Flüchtlingsstrom „selbst auch während des Krieges“ nicht ganz versiegt sei. Dann aber konstatierte Heydrich:[43] „*Das Gesamtproblem* – es handelt sich bereits um rund 3¼ Millionen Juden in den *heu-*

---

41 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 441.

42 Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag. (= Nürnberger Dok. NG-2586).

43 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 464.

te deutscher Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten – kann aber *durch Auswanderung* nicht mehr gelöst werden. Eine territoriale Endlösung wird daher notwendig."

Im faschistischen Machtapparat suchte man also im Frühsommer 1940 nach einer neuen Gesamtstrategie zur „Lösung der Judenfrage", die die im Verlauf der faschistischen Okkupation entstandenen unterschiedlichen „Judenprobleme" als Ganzes und einheitlich behandeln sollte. In der neuen Strategie, die sich zu dieser Zeit herauszubilden begann, gab man die Linie der Vertreibung der jüdischen Menschen aus dem Machtbereich des deutschen Imperialismus auf, die faktisch mit der von den Faschisten unkontrollierten Dispension der Vertriebenen in weite Teile der Erde verbunden war, und strebte die Konzentrierung der „Juden" in einem Gebiet an, in das sie zwangsweise deportiert und in dem sie gewaltsam festgehalten werden sollten. Konkreter konnte sich Heydrich Ende Juni gegenüber dem Leiter des Auswärtigen Amtes, dem bei der Vorbereitung eines Friedensdiktats eine federführende Rolle zukam, noch nicht auslassen. Er bat Ribbentrop lediglich darum, „bei bevorstehenden Besprechungen, die sich mit der Endlösung der Judenfrage befassen, falls solche von dort aus vorgesehen sein sollten (!), durch das RSHA beteiligt zu sein."[44]

In den folgenden knapp zwei Monaten wurde das „Madagaskar-Projekt" als Vorschlag für die „territoriale Endlösung" ausgearbeitet. Seine Leitidee lautete: „Alle Juden heraus aus Europa".[45] Die Urheberschaft dieses Planes, der ältere antisemitische Vorhaben aufnahm und sie im Sinne deutscher imperialistischer Weltherrschaftspolitik umprägte, schrieb Rademacher sich und dem von ihm geleiteten „Judenreferat" im Auswärtigen Amt zu. Nachdem der Reichsaußenminister „den Vorarbeiten zur Abschiebung der Juden aus Europa zugestimmt" habe, sei das Projekt in einer frühen Ausarbeitungsstufe „vom Reichssicherheitshauptamt begeistert aufgenommen" und in „einen bis ins Einzelne gehenden Plan für die Evakuierung der Juden nach Madagaskar" konkretisiert worden. Himmler habe den Plan gebilligt[46], so dass er am 15. August 1940 an die beteiligten faschistischen Zentralstellen, darunter das Auswärtige Amt, versandt wurde[47].

Die gedankliche Prämisse, die dem mehrseitigen Dokument vorangestellt war, lautete: „Die bisherige Praxis zeigte, dass schon die Lösung des jüdischen Problems im Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren *im Wege der Auswanderung* ... in absehbarer Zeit schwer zu Ende geführt werden kann. Nach dem Hinzukommen der Massen des Ostens ist eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden."[48] Daraus folgerten die Spezialisten der Judenverfolgung im RSHA, es müsse ein anderer Weg beschritten werden, um vier Millionen „Juden" – so hoch wurde die Gesamtzahl im faschistischen Einflussbereich beziffert – endgültig loszuwerden.

Das Madagaskarprojekt gehörte außenpolitisch zu jenen vielschichtigen Planungen, die sich sämtlich auf die Errichtung einer Nachkriegswelt unter deutscher Vorherrschaft richteten. Insofern ist es ein Zeugnis für die absolute Maßlosigkeit, welche das Denken und Trachten der faschistischen Machthaber sowie ihrer willfährigen Staatsbürokraten charakterisierte. Lag doch der infamen Gesamtidee die Erwartung zugrunde, die deutschen Imperialisten würden als Ergebnis des Krieges so viel Macht gewinnen, dass sie die besiegten Staaten in einem Friedensdiktat verpflichten könnten, ihre Bürger jüdischer Herkunft den Hitlerfaschisten auf Gedeih und Verderb auszuliefern. Selbst die neutralen Staaten sollten gezwungen werden, ihre jüdischen Bürger den Organisatoren der „territorialen Endlösung" in die Arme zu treiben.[49] Solche Pläne konnte nur für realisierbar halten, wer davon ausging, dass sich in

---

44 Ebenda.

45 Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Die Judenfrage im Friedensvertrage. Ausarbeitung Rademachers vom 3.7.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

46 Ebenda; Aufzeichnung Luthers vom 21.8.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

47 Ebenda; Schreiben des SS-Obersturmführers Dannecker, Reichssicherheitshauptamt, an Rademacher, AA, vom 15.8.1940 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

48 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5435, Dok. 172.

49 Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Rademachers vom 12.8.1940 „Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa" (Nürnberger Dok. NG-

allen besiegten und neutralen Staaten dauerhaft Regierungen und Machtapparate etablieren ließen, die durchweg faschistisch oder parafaschistisch beschaffen waren. So setzte der Madagaskar-Plan gewissermaßen stillschweigend die Konsolidierung eines vom deutschen Imperialismus beherrschten Europas voraus.

Im Einzelnen sah der Madagaskar-Plan[50] die Abtretung der französischen Kolonialinsel im Indischen Ozean an das Deutsche Reich und die Aussiedlung der dort ansässigen Franzosen vor. Dann sollte die Insel einem zweifachen Zweck dienen: Die deutschen Imperialisten gedachten sie in einen militärischen Stützpunkt für Luft- und Seestreitkräfte und gleichzeitig in ein riesiges Konzentrationslager für die jüdischen Menschen Europas zu verwandeln. Die Deportation dieser Menschen nach Madagaskar war binnen vier Jahren vorgesehen, da sich nach den Schätzungen der Urheber dieses Projektes jährlich nicht mehr als eine Million Menschen über See abtransportieren ließ. Auf der Insel, an denen Spitze ein faschistischer „Polizeigouverneur“, also ein SS-General, stehen sollte, war den Deportierten die schwerste Arbeit bestimmt, an der sich die faschistischen Machthaber ebenso zu bereichern gedachten wie bereits vorher an der Enteignung der zum Abtransport bestimmten Menschen. Tatsächlich beabsichtigten die Projektanten des Madagaskar-Plans, die Regierungen aller europäischen Staaten dazu zu zwingen, nicht nur die jüdischen Einwohner auszuliefern, nicht nur Schiffsraum für den Abtransport bereitzustellen, sondern auch das Eigentum der Opfer einer „intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa“, die selbstredend als Institution des deutschen Faschismus gedacht war, zu übertragen.[51]

So stellte der Madagaskar-Plan auch eine Art Zusammenfassung jener niederträchtigen Ideen und Praktiken dar, welche die faschistischen Judenverfolgungen seit Jahren prägten. In ihm konzentrierten sich die Vorhaben der Beraubung und Enteignung, der gewaltsamen Wegschaffung der Einpferchung in Arbeitslager, der Herauspressung der Arbeitskraft bei Strafe des Hungertodes und der Leitung und Lenkung aller dieser infamen Maßnahmen durch die Sicherheitspolizei Heydrichs. Zugleich sollten die Millionen jüdischer Einwohner Madagaskars ein gigantisches Faustpfand in den Händen der Faschisten bilden, das sie gegen jene vorwiegend in den USA lebenden „Juden“ zu gebrauchen beabsichtigten. Millionen von Geiseln – auch das sollten die Deportierten sein.

Den Projektanten im RSHA und Auswärtigen Amt galt weder das Schicksal der Einwohner Madagaskars etwas noch das Leben der zur Deportation bestimmten Opfer. Was verhüllend „Judenwohnstätte“ genannt wurde und überhaupt erst durch ein polizeiliches Vorkommando in Augenschein genommen werden sollte, erschien den Faschisten als Verbannungsstätte und Konzentrationslager doch deshalb geeignet, weil dort die Bedingungen erwartet wurden, die eine „natürliche“ Dezimierung der verschleppten Opfer herbeiführen mussten. Die „Überseelösung insularen Charakters“, die nach Ansicht der RSHA „jeder anderen vorzuziehen“ sei[52], war darauf angelegt, die Vertriebenen widrigen klimatischen und Witterungsbedingungen, verheerenden Seuchen und auszehrende Arbeitsqual, ständigem Mangel an Nahrungsmitteln und anderen Lebensquellen, geistiger Dumpfheit und dem allgegenwärtigen SS-Terror auszusetzen – Bedingungen also, denen viele der Opfer nicht oder nur kurze Zeit würden standhalten können. Der Madagaskar Plan bedeutete folglich mehr als nur eine „territoriale Endlösung“.

Für eine kurze Zeit wurden auch die antijüdischen Maßnahmen im eroberten Polen durch die Ausarbeitung dieses Projektes beeinflusst.

Zwei Tage nach einem Gespräch mit Hitler, das Frank am 8. Juli 1940 geführt hatte, unterrichtete der Generalgouverneur seinen HSSPF Krüger von der Neuregelung, der zufolge Judenaussiedlun-

---

2586). – Darin wurden Staatsverträge vorgeschlagen, „die mit den einzelnen europäischen Ländern über die Regelung der Judenfrage abzuschließen wären.“

50 Nicht alle im faschistischen Staatsapparat zum „Madagaskar-Plan“ angefertigten Ausarbeitungen enthalten die im Folgenden zusammengefassten Charakteristika des Projekts.

51 Arch. GKBZHP NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Rademachers vom 12.8.1940.

52 Ebenda; Madagaskar-Projekt in der Fassung des Reichssicherheitshauptamtes, wie sie am 15.8.1940 versandt wurde.

gen aus dem Reichsgebiet nicht mehr stattfinden würden. Alle „Juden“, die des Generalgouvernements eingeschlossen, würden „nach den Kolonien Afrikas überführt [...], die die französische Regierung zu diesem Zweck an das Deutsche Reich ausliefern muss“.[53]

Am 25. Juli 1940 kündigte Frank Beamten und Angestellten der faschistischen Distriktverwaltung in Lublin an, das Generalgouvernement werde auf Grund eines besonderen „Programms“ in absehbarer Zeit „judenfrei“ sein. Lublin könne dann „eine anständige, dienstliche, berufliche und auch menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen werden“.[54]

Sorgen bereitete den faschistischen Machthabern im besetzten Polen im Juli 1940 allerdings die Frage, in welchen Fristen sich diese „Endlösung“ verwirklichen lasse. Während den Verhandlungen zwischen Frank und Greiser am 31. Juli wies der HSSPF Krüger zwar darauf hin, dass zur Sache bereits Denkschriften existierten, der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, Streckenbach, dämpfte aber übertriebene Erwartungen mit der Bemerkung, dass das Wann und Wie eine „Frage des Friedensschlusses“ sei und dann überhaupt erst endgültig bestimmt werde, ob die „Juden“ tatsächlich nach Madagaskar kommen sollten.[55]

Insgesamt bestätigen die Aufzeichnungen in Franks Tagebuch, dass die faschistischen Machthaber im Juli 1940 die Konzentrierung von mehreren Millionen „Juden“ im Osten Polens nicht mehr als eine Lösung ansahen, die den immer weitergesteckten Germanisierungsplänen in Osteuropa angemessen war.

Obgleich der Madagaskar-Plan ein Stück Papier blieb, prägte sich während seiner Ausarbeitung doch die mörderische Denkwelt weiter aus, in der sich die Projektanten der Endlösung“ bewegten. Während die Mehrzahl der faschistischen Politiker, Militärs und Wirtschaftsspezialisten die militärische Eroberung der UdSSR plante, vorbereitete und organisierte, entwarfen Dienststellen des gleichen Machtapparates in engstem Kontakt mit Hitler, Himmler und Heydrich die abscheulichsten, streng geheim gehaltenen Vorhaben, die sich immer klarer auf das Ziel richteten, die Menschen jüdischer Herkunft massenweise zu töten. In dem Maße, wie sich neue Vorstellungen über die Dauer des Krieges herausbildeten, rückten die Erfahrungen und Probleme der faschistischen Judenverfolgungen in Polen, besonders im Generalgouvernement, „in dem die Judenfrage am drängendsten ist“, wieder in das Zentrum der Planungen.[56] Öffentlich wurde geschrieben, die räumliche, soziale und wirtschaftliche Enge der Ghettos fordere „eine Druckentlastung und eine Lösung“.[57]

Während der Winter 1940/41 jüdische Menschen innerhalb und außerhalb von Ghettos und Zwangsarbeiterlagern auszehrte und das Leben vieler auslöschte, wurden die Arbeiten an einem anderen verbrecherischen Plan gegen die „Juden“ beendet. Am 28. März 1941 teilte der Oberdienstleiter in den Parteikanzlei, Viktor Brack, Himmler den Abschluss von Untersuchungen mit, welche die massenhafte Sterilisation von „Juden“ zum Ziele hatten. Die lebende Generation jüdischer Menschen sollte demnach noch am Leben bleiben, ihre Fortpflanzung aber verhindert werden. Zu diesem Zweck wäre die Konstruktion von etwa 20 Anlagen notwendig, mit deren Hilfe man täglich etwa 3.000 bis 4.000 Menschen sterilisieren könne, ohne dass die Betroffenen sogleich bemerkten, welche Untat an ihnen verübt wurde.[58] Auch dieser teuflische Plan setzte gedanklich voraus, dass die „abzufertigenden Personen“ territorial konzentriert und streng isoliert wurden.

Die Monate nach der Kapitulation Frankreichs, in denen die faschistischen Machthaber auf den Höhepunkt ihres Einflusses in Europa gelangten und sich in naher Zukunft als die unumschränkten

---

53 Ebenda, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 646; Besprechung Franks mit dem HSSPF Krüger am 10.7.1940.

54 Piotrowski, S. 331.

55 Arch. GKBZHP, Frank Tgb., 1940/2/IV, Bl. 743; Besprechung Franks mit Greiser u. dessen Begleitung am 31.7.1940.

56 Seraphim.

57 Heinrich Gottong, Die Juden im Generalgouvernement, in: Das Vorfeld, Jg. 1, 1940, 3. Folge, November 1940), S. 20.

58 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 556.

Herren des Kontinents wähnten, waren also auch dadurch gekennzeichnet, dass sich die Inspiratoren und Organisatoren des rassistischen Terrors und namentlich der Judenverfolgungen gedanklich schrittweise jenem Plan näherten, bereits die lebende Generation jüdischer Menschen physisch zu vernichten. Die Formel von der „Endlösung der Judenfrage“, die schon bald nach der Übergabe der Macht an die Hitlerfaschisten im Sprachgebrauch der Staatsbürokratie anzutreffen war, erhielt jetzt ihren berüchtigten, grausig-verbrecherischen Inhalt.[59] Der Prozess des Übergangs von der Strategie der Vertreibung in das Ausland, die ohnehin nur noch als ein Überbleibsel aus der Vorkriegszeit existierte, zur Strategie der Massenvernichtung trat in sein abschließendes Stadium.

Wie die faschistischen Dokumente und die Judenverfolgungen beweisen, entstand der schließlich verwirklichte Mordplan im Verlauf der ersten beiden Kriegsjahre über mehrere gedankliche und praktische Stufen. Auf der ersten Konstruktionsstufe des Projekts sollte noch nicht der millionenfache direkte Mord die Vernichtung der „Juden“ bewirken, sondern es war beabsichtigt, die Opfer solchen Bedingungen auszusetzen, unter denen ihr Leben früher oder später, nur in Abhängigkeit von ihrer unterschiedlichen Widerstandskraft, zwangsläufig erlöschen musste. Auf einer zweiten Konstruktionsstufe befand sich jenes Vorhaben, das die Nichtfortpflanzung der lebenden Generation jüdischer Menschen durch Sterilisation vorsah, die de facto bereits einen direkten tätlichen und tödlichen Angriff auf das existierende Leben und nicht nur Auslöschung potentiellen menschlichen Daseins bedeutete.

Von diesem Punkt aus war es für die Faschisten nur noch ein kleiner Schritt zum Massenmord: denn, wenn es eine kommende Generation jüdischer Herkunft nicht geben sollte, warum eigentlich dann mit der lebenden so viele Umstände machen? Diese Frage musste sich in der Gedankenwelt der Planer – man möchte sagen: mit Notwendigkeit – einstellen und sich in neuen „Endlösungs“entwürfen niederschlagen, zumal ihnen die selbstverursachten katastrophalen und infernalischen Zustände auf dem Territorium Polens während einer längeren Kriegsdauer als nicht haltbar schienen.

Für die verbrecherischen und schließlich mörderischen Dokumente, die seit Kriegsbeginn in den faschistischen Zentralen angefertigt wurden, ist es charakteristisch, dass ihr Inhalt nahezu ausschließlich durch die Frage bestimmt wird, *wie* die Menschen jüdischer Herkunft erfasst, konzentriert, weggeschafft und ausgebeutet werden könnten. Allgemeine Begründungen für die Judenverfolgung spielten in den internen Ausarbeitungen kaum noch eine Rolle. Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit den „Juden“ galten den fanatischen Faschisten als Axiom. Jetzt wurde nur noch praktiziert, was aus der These folgte, wonach die „Juden“ – wie Himmler es schon 1935 öffentlich ausgesprochen hatte – das Volk wären, „das aus den Abfallprodukten sämtlicher Völker und Nationen dieses Erdballs zusammengesetzt“ sei.[60] Auf dem Höhepunkt ihren Macht, den sie selbst freilich erst als einen Anfang und nicht als einen Kulminationspunkt begriffen, befassten sich die faschistischen Rassisten wie selbstverständlich damit, diesen „Abfall“ aus der Geschichte zu beseitigen. Soweit sie sich seit Kriegsbeginn überhaupt noch der Mühe unterzogen, Rechtfertigungen für die Verfolgung den „Juden“ für die Öffentlichkeit zu ersinnen, machten sie unter sich bereits keinen Hehl daraus, dass es sich nur um Zweckbehauptungen handelte.

Die entscheidende Phase im Übergang zur Strategie des Genozids fiel in das zweite Halbjahr 1941. Am 31. Juli 1941 – die faschistischen Imperialisten waren in die UdSSR eingefallen, und ihre Armeen marschierten in Richtung Moskau, Leningrad und Kiew – erteilte Göring Heydrich die neue Weisung, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“. Heydrich hatte dafür „in Bälde einen Gesamtentwurf“ vorzulegen, der die „Vorausmaßnahmen“ für die „Endlösung“ enthalte sollte.[61] Der Madagaskar-Plan war, wie es rückblickend in einer Aufzeich-

---

59 Siehe Pätzold, S. 138 ff.

60 Heinrich Himmler, Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation, München 1936.

61 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 461.

nung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Luther, heißt, „durch die politische Entwicklung überholt“.[62]

In Görings Weisung an Heydrich vom 31. Juli 1941 wurde einleitend noch einmal auf die voraufgegangene vom 24. Januar 1939 Bezug genommen, die angeblich den Auftrag enthalten hätte, „die Judenfrage in Form der Auswanderung und der Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen“. In Wirklichkeit war von „Evakuierung“ nach dem Pogrom der „Reichskristallnacht“ nicht die Rede gewesen. Diese Korrektur sollte lediglich die These ermöglichen, der neue Erlass ergänze den alten. In Wirklichkeit aber wurde die bisherige Strategie der Judenverfolgungen aufgegeben. Jetzt ging man daran, die teuflischen Planungen für das Genozid zu systematisieren und in einer abschließenden, praktisch durchführbaren Fassung vorzulegen. Eine solche Fassung wurde ein halbes Jahr später den Teilnehmern der sogenannten Wannsee-Konferenz bekanntgemacht.

Die Vorbereitung und der Beginn des Überfalls auf die UdSSR markieren damit auch den tiefsten Einschnitt in der Geschichte der faschistischen Judenverfolgungen. Dass der 22. Juni einen „Wendepunkt in der Leidensgeschichte“ zumal des polnischen Judentums bezeichnet, wurde in Forschungen polnischer Historiker nach Kriegsende hervorgehoben. Von da an seien die faschistischen Eroberer „von vereinzelten Pogromen, Exekutionen und vor allem Einzelermordungen“, wie sie an der jüdischen Bevölkerung Polens vom ersten Augenblick des Einfalls an begangen worden waren, zum Massenmord übergegangen. Auf die „Vorhölle“, wie die Zeit zwischen September 1939 und Juni 1941 auch bezeichnet wurde, sei die wahre Hölle gefolgt.[63]

Nicht grundsätzlich anders sahen diejenigen die Entwicklung, die das blutige Handwerk betrieben. Wisliceny schrieb 1946: „Vom Zeitpunkt des Ausbruchs des Krieges mit Russland und dem Kriegseintritt der USA begann sich eine grundlegende Wandlung in der Behandlung des jüdischen Problems zu vollziehen. Diese Wandlung erfolgte nicht von heut auf morgen, sondern stufenweise.“[64] Anfang 1942 beurteilte Rademacher die Bedeutung der Aggression gegen die UdSSR für die Genesis der „Endlösungs“pläne ganz ähnlich: „Der Krieg gegen die Sowjetunion hat inzwischen die Möglichkeit gegeben, andere Territorien für die Endlösung der Judenfrage (als Madagaskar – K. P.) zur Verfügung zu stellen. Demgemäß hat der Führer entschieden, dass die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen.“[65]

Während der ersten Monate des Feldzuges gegen die UdSSR scheiterte zwar bereits die Blitzkriegskonzeption der faschistischen Machthaber; doch sie eroberten zunächst weite Gebiete des Landes. An diese Anfangserfolge knüpfte sich die Hoffnung, im Jahre 1942 das schon für 1941 gesteckte Ziel zu erreichen und die UdSSR niederzuwerfen. Dementsprechend euphorisch beschäftigte man sich noch einmal mit Nachkriegsplanungen, namentlich für Osteuropa. Das Generalgouvernement erhielt im Denken der faschistischen Projektanten eine neue politisch-geographische Bewertung. Auf lange Sicht sollte es vollständig germanisiert werden, um jene Funktion im „Vorfeld“ zu erfüllen, an die Frank bereits seit längerem dachte.

Im Rahmen dieser alles bisher Dagewesene übertreffenden Planungen muss auch das Problem analysiert werden, das in der physischen Vernichtung von Millionen Menschen liegt, die kapitalistischen Grundsätzen der Ausbeutung von Arbeitskraft und der Profitmacherei so vollkommen zu widersprechen scheint. An dieses Problem knüpfen bürgerliche Autoren immer wieder die Frage, ob ein Regime, das so handelt, überhaupt noch als kapitalistisch bezeichnet werden kann und nicht vielmehr antikapitalistisch genannt werden muss.

---

62 Arch. GKBZHP, NTN 332, unpag.; Aufzeichnung Unterstaatssekretär Luthers vom 21.8.1942 (= Nürnberger Dok. NG-2586).

63 Dokumenty i Materialy do Dziejów Okupacji Niemieckiej w Polsce, Bd. II. Akcje i Wysiedlenia, Część, bearb. von J. Kermisz, Warschau, S. IV, S. XI.

64 ZStA Potsdam, Filmsammlung Nr. 5436, Dok. 773.

65 Ebenda, Dok. 762; Schreiben Rademachers an Bielfeld vom 10.2.1942.

Der Überfall auf die UdSSR und die damit verbundene Notwendigkeit, die annektierten polnischen Gebiete und das Generalgouvernement zu einer funktionstüchtigen Nachschubbasis zu machen, ließ den Wert der Arbeitskraft auch der jüdischen Menschen in diesem Gebiet bis zu einem gewissen Grad und für eine beschränkte Frist steigen. Greiser erklärte auf einer Tagung der Reichstreuhänder der Arbeit der Ostgebiete am 9. Oktober 1941, er sei froh darüber, „dass er 200-300.000 Juden im Gau habe. Die könnten viele Arbeiten verrichten, die sonst nicht zu leisten wären.“ Diese Wertbestimmung wurde sogleich durch den Zusatz näher charakterisiert, dass „Juden“ und Polen als „eine Arbeitskraft“ zu betrachten wären, „der wir ohne Gefühl gegenüberzutreten hätten“. Die „Volkstumsfrage“ bleibe immer das „oberste Prinzip“.[66]

Wichtiger als solche kurzfristig angelegten pragmatischen Erörterungen ist die Tatsache, dass die faschistischen Eroberer – wie es sich insbesondere in den Ausarbeitungen zum „Generalplan Ost“ zeigte – aus dem Bewusstsein heraus planten, in den eroberten Gebieten bereits einen Überfluss an Menschen zu besitzen. In einer Stellungnahme, die von der Verschleppung, Verdrängung und Vernichtung von Millionen Menschen – Russen, Polen, „Juden“ – handelte, spiegelte sich diese Denkweise in dem lakonischen Satz wieder: „Wir haben das ungeheure Menschenreservoir des Ostens vor uns.“[67] Probleme der dauernden Unterwerfung dieser Menschen, die mit den Angehörigen anderer in faschistische Gewalt geratener Völker die Zahl der Reichs- und „Volksdeutschen“ bereits weit übertrafen, beherrschten 1941/42 die Projektanten der Neuordnung des europäischen Ostens bis zum Ural, und nicht Sorgen um einen Mangel an Arbeitskräften.

Die Frage, wie der Entschluss zur massenweisen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Machtapparat eines kapitalistischen Regimes zustande kam, wird unhistorisch gestellt, wenn man sie aus den konkreten historischen Umständen herauslöst, auf die sie sich bezieht, und sie in die spätere Situation der Wende des Krieges und der sich abzeichnenden Krise des Regimes transponiert. Zu diesem späteren Zeitpunkt sahen die faschistischen Führer viele Fragen anders an. Der mörderische Apparat zur „Endlösung der Judenfrage“ war da aber bereits in vollen Gang gebracht.

Den Krieg – das war zum Zeitpunkt, da die unvorstellbar barbarischen Entschlüsse fielen, in erster Linie der Krieg gegen die UdSSR. Er wurde im Sommer 1942 durch eine Offensive der faschistischen Wehrmacht geprägt, die wiederum riesigen Landgewinn eintrug und bis zum Kaukasus und nach Stalingrad führte. Dieser Erfolg ließ noch einmal die größenwahnsinnigsten und verbrecherischsten Ideen und Pläne grassieren. Jetzt, da sich Deutschland mit allen Großmächten, ausgenommen Japan, im Krieg befand, fielen angesichts des unabweisbaren Entweder-Oder, das im totalen Sieg oder in der totalen Niederlage des deutschen Imperialismus bestand, auch die letzten politischen und ideologischen Barrieren, die der grausamsten, vollständigen und kurzfristigen „Endlösung der Judenfrage“ im Wege gestanden hatten.

Es war letztlich der Grundgedanke, die Weltgeschichte ganz unter den Stiefel des faschistischen deutschen Imperialismus treten zu können, der die auf der Wannsee-Konferenz vorgetragenen Entscheidungen zeitigte und ihre Verwirklichung leitete. Die jüdischen Menschen Europas wurden das Opfer einer Strategie, die einem umfassenderen imperialistischen Konzept zugehörte: dem Plan des deutschen Imperialismus, die Welt zu beherrschen, in ihr für alle Zeiten faschistisches „Recht“ zu setzen und über Leben und Tod von Dutzenden von Völkern zu entscheiden.

Das Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas entsprang also nicht einfach einer mörderischen Ideologie, die in den Köpfen einiger wenigen Naziführer hauste. Es wurde letztlich durch die maßlosen Ziele des deutschen Imperialismus hervorgerufen, dessen Grund- und Gesamtinteresse jene faschistischen Führer verfochten. Zu einem Zeitpunkt, da ein stabiler sozialistischer Großstaat existierte und viele Völker ihre Wege zu nationaler und sozialer Befreiung suchten und beschritten,

---

66 Arch. GKBZHP, Prozess Greiser, Bd. 37/IV, Bl. 627; Bericht über die Tagung der Reichstreuhänder der Arbeit der Ostgebiete in Posen am 9.10.1941.

67 Zit. in VfZ, 3/1958, S. 311 f.; Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS (von Dr. Erhard Wetzel).

ein faschistisches Weltreich von Dauer errichten zu wollen, war anachronistisch, war historisch objektiv aussichtslos. Aber schon der Versuch musste seine spezifischen barbarischen Mittel und Methoden zeitigen.

Faschismus-Forschung. Positionen – Probleme – Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, 2., durchgesehene Auflage, Akademie-Verlag Berlin 1980, S. 181-208.

Überlieferte Anschauungen und Kampfformeln überprüfen

Das Kabinett Hitler war achtundsechzig Tage im Amt, als es den Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhob. Am 7. April 1933 verabschiedete es ein Gesetz, das einen Paragraphen enthielt, wonach „Beamte, die nichtarischer Abstammung sind“. zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden sollten. Damit war der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Staatsbürger aufgehoben, der in der Verfassung des Kaiserreichs wie in der der Weimarer Republik verankert war.

Die einstimmige Annahme des Gesetzes erfolgte in einem Kabinett, in dem mit Hitler nur drei weitere Mitglieder der von ihm geführten Partei saßen und das in seiner Mehrheit aus konservativen Politikern bestand. Auch das machte deutlich, dass in Deutschland eine breite Front von Antisemiten existierte. Sie wollten allesamt, was immer sie sonst unterschied, die Juden von jenem mühsam erklommenen Weg herabstoßen, auf dem sie zu Mitgliedern des deutschen Volkes geworden waren und sich Deutschland erst vollends zum Vaterland gemacht hatten. Diesen Weg hatten in langwierigen Auseinandersetzungen mit den Judenfeinden deutsche Liberale und Demokraten, Sozialisten und Kommunisten freigemacht. Mit dem Gesetz vom 7. April sollte ein Zugang zu weitgesteckten Zielen geöffnet werden, die von den faschistischen Politikern öffentlich noch nicht eingestanden wurden. Diese gaben vielmehr vor, einen angeblich existierenden übermäßigen Einfluss jüdischer Wissenschaftler, Künstler und anderer Angehöriger vorwiegend geistiger Berufe beseitigen zu wollen. In Wahrheit wurde im Frühjahr 1933 die Politik der Vertreibung der Juden eingeleitet, der jüdisch-gläubigen wie der jüdisch-herkünftigen Menschen, die von den Machthabern zu „Rassejuden“ erklärt wurden. Nicht der Ruhestand, wie es im verlogenen Gesetzestext hieß, war also den aus ihren Berufen und Tätigkeiten verdrängten Hochschullehrern, Ärzten. Dirigenten, Schauspielern und allen denen, die an unterschiedlichsten Stellen in staatlichen Einrichtungen arbeiteten, zugedacht. Auf ein Deutschland ohne Juden – „judenrein“ nannten es die Nazis – gingen die antisemitischen Politiker von Anfang an aus.

Der „Nichtarien-Paragraph des Gesetzes vom 7. April traf auch Tausende von jüdischen Deutschen, die im Status von Beamten an wissenschaftlichen Einrichtungen des Staates, an Forschungsanstalten, Universitäten, Hoch-, Fach- und allgemeinbildenden Schulen arbeiteten. Gelehrte von nationalem und internationalem Rang, mit höchsten Verdiensten um Wissenschaft und Kultur wurden ebenso aus ihrer Tätigkeit herausgerissen wie junge Menschen, die am Beginn ihres Weges standen und auf einmal aller Aussicht auf weitere Ausbildung und Bewährung ihrer Kräfte in Deutschland beraubt waren. Infam und scheinheilig zugleich war es, Menschen, die zu den regesten und produktivsten Geistern ihres Vaterlandes gehörten, von Staatswegen ein Dasein ohne Wirkungsmöglichkeiten verordnen zu wollen. Es konnte gar keinen Zweifel geben, dass gerade sie außerstande sein würden, sich in private oder öffentliche Bibliotheken zurückzuziehen, um dort eine Änderung der deutschen Zustände abzuwarten. Ungesäumt mussten sie jenseits der Reichsgrenzen nach Möglichkeiten zur Betätigung ihrer Fähigkeiten suchen, um nach selbstgewählten Maximen weiterleben zu können.

Auf die Universitäten in Deutschland wirkte die Durchführung des Gesetzes verheerend. Es traf sie ausnahmslos, wenn auch nicht gleichermaßen. Selbst jene Lehranstalten, an denen die Zahl der jüdischen Wissenschaftler gering und der Eingriff in den wissenschaftlichen Bestand daher weniger umfassend war, wurden doch in ihrer moralischen Substanz getroffen. In der mehrhundertjährigen Geschichte der deutschen Universitäten, die sich etwas auf ihre eigenen Rechte und Normen zugutehielten, sie freilich meist stärker gegen die Bestrebungen des Fortschritts als gegen diejenigen der Reaktion zur Geltung gebracht hatten, hatte es dergleichen nicht gegeben.

Für keine Universität brachte – gemessen an Rang und Zahl der Betroffenen – das Gesetz vom 7. April härtere Konsequenzen als für die 1810 gegründete Friedrich-Wilhelm-Universität in der Reichshauptstadt. Nur zwei weitere Hohe Schulen waren annähernd in gleichem Umfang berührt: die jüngst gegründete Universität im hessischen Frankfurt und die Heidelberger Ruperto Carola, eine der ältesten Universitäten im deutschsprachigen Raum.

In Berlin begann die Entfernung der Hochschullehrer, die unter eine der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. April fielen, wie überall mit der Beurlaubung der ausgesprochenen politischen Gegner des Faschismus. Unter den sechzehn Professoren an Hochschulen im Land Preußen, deren Tätigkeit schon durch eine ministerielle Verfügung vom 13. April 1933 beendet wurde, befand sich auch der Nationalökonom Emil Lederer. Inzwischen erhielten beamtete wie nichtbeamtete Mitarbeiter der Universität Fragebogen zugestellt, mit deren Hilfe vor allem die Personen ermittelt werden sollten, die unter den „Nichtarier"-Paragraphen fielen. Auch in Berlin fasste keine Fakultät den Beschluss, der nach Absicht und Ziel eindeutigen Aktion durch ihren Boykott zu begegnen. Die zuständige Behörde gelangte komplikationslos in den Besitz der papiernen Unterlagen, anhand derer sie über Verbleib oder Entfernung entscheiden konnte.

Die Mehrheit der betroffenen Wissenschaftler der Berliner Universität und der Ärzte der Charité erhielt im September 1933, noch im Rahmen der vom Gesetz bemessenen Frist und vor Beginn des Winter-Semesters, eine verbindliche und gegen jede Berufung geschützte Mitteilung über ihr zwangsweises Ausscheiden. Davon waren insgesamt 139 Hochschullehrer – Professoren der unterschiedlichsten Bestallungskategorien und Privatdozenten – betroffen.

Die weitaus größte Gruppe der Entlassenen machte diejenigen aus, gegen die der „Nichtarier"-Paragraph angewendet wurde. Sie zählte 113 Personen, die meisten von ihnen Mitglieder der Medizinischen Fakultät. Die Zahl der Vertriebenen vergrößerte sich noch durch die von der Universität verwiesenen Assistenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte. Sie nahm weiter zu, als gegen Ende des Jahres 1935 die den Geltungsbereich des Gesetzes einschränkenden Bestimmungen wegfielen und unter anderen die jüdischen sog. Frontkämpfer des Weltkrieges ihre bevorzugte Behandlung einbüßten. Die Berliner Universität dürfte schließlich insgesamt mindestens 230 Professoren und andere wissenschaftliche Mitarbeiter verloren haben, denen auch die Gelehrten noch hinzuzurechnen sind, die wie der Österreicher Erwin Schrödinger dem Entscheid der faschistischen Behörden durch eigenen Entschluss zuvorkamen. Unter den Wissenschaftlern, die als „Nichtarier" vertrieben wurden, befand sich auch an der Berliner Universität nur eine sehr kleine Zahl direkter politischer Gegner des Faschismus, die sich diesem bereits im Weimarer Staat widersetzt hatten. Unter diesen wenigen waren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sowie Verfechter demokratischer, liberaler und pazifistischer Bestrebungen, die in inzwischen verfolgten und verbotenen Zusammenschlüssen aktiv gewesen waren. Aber auch der Vertreibung der Gelehrten, die politisch nie hervortraten, lag ein präzises politisches Kalkül der Machthaber zugrunde. Auch diese Wissenschaftler neigten nämlich – mit wenigen Ausnahmen – naturgemäß bürgerlich-freiheitlichen Ideen zu. Ihnen und deren Vorkämpfern verdankten sie schließlich den Platz, den sie in der deutschen Gesellschaft einnahmen. Selbst wenn diese Universitätslehrer, ebenso wie ihre als „Arier" eingestuften Kollegen, bereit waren, sich der neuen Macht bis zu einem gewissen Grad anzupassen, so war von ihnen doch nicht zu erwarten, dass sie sich zum Rassismus bekannten. Die Vertreibung der Juden von Kanzeln und Kathedern der Universitäten bedeutete mithin auch das Eingeständnis, dass die im Zentrum der faschistischen Ideologie stehende Rassendoktrin den Regierenden als unverzichtbar galt. Sie war und blieb das weltanschauliche Banner einer Politik, die auf imperialistische Eroberung, auf die Unterdrückung und teilweise oder vollständige Ausrottung anderer Völker ausgerichtet war.

Gegenüber diesem strategischen Grundinteresse, in das sich die Verdrängung der jüdischen Wissenschaftler einordnete, waren die sonstigen Vorteile, welche den Machthabern aus der Judenverfolgung in deren früher Phase zuwuchsen, zwar wichtig, aber doch zweit- und drittrangig. Zu ihnen gehörte das Freimachen von Arbeitsplätzen für erwerbslose „arische" Akademiker, der Gewinn von begehrtem Wohnraum vor allem für die neue Nazi-Elite und die demagogisch ausgebeutete Gelegenheit, der eigenen Anhängerschaft eine „Revolution" vorzutäuschen, die ihr versprochen, aber nie beabsichtigt war, und die nun auch nicht stattfand.

Die Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler von der Berliner Universität war in keiner Phase allein ein juristischer Akt. Sie ging mit einem erbarmungslosen physischen und mehr noch psychischen Druck einher, der an allen Universitäten wirkte, aber kaum irgendwo stärker als in unmittelbarer Nähe des Zentrums der faschistischen Staatsmacht. Schon vor Erlass des Gesetzes hatten in

der Universität Nazi-Studenten gemeinsam mit anderen Reaktionären eine Atmosphäre des Terrors gegen jüdische Hochschullehrer entfacht, die es diesen bald unmöglich machte, ihre Vorlesungen und Seminare noch abzuhalten. Doch auch dort, wo vor Hörsälen und Institutsräumen nicht schon provokatorisch faschistische Wachposten aufzogen oder Spitzel Lehrveranstaltungen und deren Teilnehmer observierten, war die Agitation gegen den „jüdischen Geist“ allgegenwärtig. Die Hetze steigerte sich zur Aktion, so als die Faschisten während des Autodafés am 10. Mai demonstrativ auch Werke jüdischer Wissenschaftler und Schriftsteller verbrannten. Das geschah in Berlin absichtsvoll gegenüber dem Hauptgebäude_ der Universität, in der zuvor eine schändliche Kundgebung stattfand, die später nur noch durch den Auftritt des Julius Streicher im Auditorium maximum überboten wurde.

Dennoch: es waren nicht die fanatisierten antisemitischen Studenten und der mit ihnen zusammenwirkende faschistische Mob, die die jüdischen Wissenschaftlervertrieben. Die eigentliche Aktion fand unter Beteiligung vieler „arischer“ Wissenschaftler statt, die noch nach herkömmlichem akademischem Modus zu Rektoren, Prorektoren und Dekanen gewählt worden waren und ihre Ämter großenteils schon vor dem 30. Januar 1933 angetreten hatten. Ohne ihre Tat wäre das Gesetz ein bloßes Stück Papier geblieben. Es waren die Fakultäts- und oftmals auch die Fachkollegen der jüdischen Wissenschaftler, die veranlassten, dass die Fragebogen ausgegeben, ausgefüllt und wieder herbeigeschafft wurden, damit sie schließlich an die Kultusminister der Länder weitergereicht werden konnten. Die Motive dieser Beteiligung waren gefächert und reichten von eigener Verblendung bis zum blanken Opportunismus. Der Vorgang insgesamt legte jedoch bloß, was an humanistischer Substanz an den deutschen Universitäten vorhanden war.

Vor dem Gesamtbild hob sich die Haltung der Wissenschaftler ab, die einzeln oder gemeinsam für die Weiterarbeit ihrer jüdischen Kollegen eintraten. In Erklärungen und Bittschriften, die das bewirken wollten, griffen sie auf Argumente zurück, mit denen sie – fälschlich – glaubten, die Machthaber beeindrucken zu können. Folglich war von Gewinn und Verlust die Rede, die der Verbleib oder Weggang eines Wissenschaftlers bedeuten würde. Die Grundfragen, die Recht und Gesetz, Anstand und Vernunft betrafen, blieben außer Betracht.

Unbekannt wird die Zahl derjenigen bleiben, die mit den Vertriebenen, insbesondere solange diese in Deutschland lebten. kollegiale oder private Beziehungen aufrechterhielten. Zumeist namenlos ist jene Minderheit der Studentenschaft, die noch die letzten Seminare jüdischer Hochschullehrer besuchte, als dies schon gefährlich war, und die später durch Gedanken und Tat den Überzeugungen, die sie ihren Lehrern verdankten, treu blieb. Dem bestimmten Bild vom Vorantreiben, Mitmachen und Gewährenlassen steht das unbestimmte Bild von jenen gegenüber, die sich widersetzten, mit untauglichen Mitteln Unheil abwenden wollten und sich eine menschliche Haltung bewahrten, als die Barbarei in Deutschland auf dem Vormarsch war. Wer sich über das Geschehene heute ein Urteil bilden will. wird die Maßstäbe nicht zu klein wählen dürfen. In den besetzten Niederlanden streikten Studenten gegen die Entlassung ihrer jüdischen Professoren ...

Das Geschehen und die Menschenschicksale, die Rudolf Schottlaender in diesem „Gedenkwerk“ dokumentiert hat, wurde auch die Austreibung des Geistes aus Deutschland genannt. Die Kennzeichnung hat die Vorstellung prägen helfen, dass im faschistischen Staat das pure Machtinteresse über den Geist triumphierte. Wie alle Verkürzungen stellt auch diese eine Vereinfachung dar. In weiten Gebieten der sog. Geisteswissenschaften, aber auch in vielen naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen setzten sich seit 1933 Scharlatane und Obskuranten fest. Was sie lehrten, stand jenseits von Wissenschaft und diente letztlich der Manipulation für Krieg und Raubzug. Doch war der Aderlass, den die faschistischen Politiker der Wissenschaft durch die Vertreibung jüdischer Gelehrter zufügten, nicht von tödlicher Wirkung. Hitlers in einem Gespräch mit Max Planck entwickelte absurde Idee, Deutschland könne auch ein Jahrhundert lang ohne Chemie und Physik existieren, kam nicht auf den Prüfstand der Geschichte. Wären tatsächlich ganze naturwissenschaftliche und technische Disziplinen erloschen, um wieviel kürzer wäre der Zweite Weltkrieg gewesen! Hätten ihn selbst Abenteurer vom Schlage der politischen und militärischen Führer des deutschen Faschismus überhaupt beginnen können? Aber Deutschland verfügte am Beginn der dreißiger Jahre

über ein großes mobilisierbares wissenschaftliches Potential, so dass ihm trotz der Vertreibung so vieler jüdischer Wissenschaftler genügend Kräfte blieben, mit denen in hohem Tempo die Rüstungswirtschaft aufgebaut und jene Waffen geschmiedet werden konnten. mit denen nahezu ganz Europa erobert wurde. Kurzfristig zeitigte die Vertreibung also keine katastrophalen Folgen für die Pläne und die Politik des deutschen Imperialismus.

Zudem sorgte sich mancher der Vertriebenen um eine reibungsarme Weiterarbeit des Instituts, das er verlassen musste. Liebe zur Wissenschaft, Anhänglichkeit an die Arbeitsstätte, Verbundenheit mit langjährigen engen Mitarbeitern bewogen sie dazu, die „Übergangsprobleme“ mit zu beraten, ohne zu wissen, wem sie damit in Wirklichkeit einen letzten Dienst erwiesen. Fritz Haber hat sich noch an der Erörterung der Frage beteiligt, ob die in der Institutsbibliothek verwahrten Ergebnisse von „Untersuchungen auf dem Gebiet der Gaskampfstoffe“ nicht am besten dem Reichswehrministerium übergeben werden sollten. Georg Schlesinger beantragte, ihm die Abschlussarbeit an seinem Buch über Werkzeugmaschinen zu ermöglichen, das er ausdrücklich als „für den unmittelbaren Gebrauch der deutschen Industrie und des deutschen Nachwuchses“ bestimmt sah.

Je weiter sich die Geschichte von den Jahren der Vertreibung entfernte, umso deutlicher trat der Verlust hervor, den diese verursacht hatten. Alle Versuche, ihn quantitativ zu erfassen, sind gescheitert. Lässt sich die Zahl der vertriebenen Wissenschaftler, Ärzte, Juristen und Angehörigen anderer ganz oder vorwiegend durch geistige Arbeit gekennzeichneten Berufe noch annähernd ermitteln, so sind genaue Angaben über diejenigen, die ihr Vaterland mitten in einer Ausbildung verlassen mussten, weit schwerer zu gewinnen. Auf noch unsichereren Boden führt die Überlegung, was die Kinder der Vertriebenen im Land ihrer Väter und Vorfahren hätten bewirken können.

Viele Wissenschaftler konnten außerhalb von Deutschlands Grenzen wiederum an wichtigen oder gar herausragenden Plätzen tätig werden, Studenten und Doktoranden ausbilden, Bücher schreiben und drucken lassen, Patente anmelden und erhalten. Doch die nur geringfügige unterbrochene Kontinuität des Forschens und Lehrens bildete die Ausnahme. Nirgendwo wurden die Vorhaben verzeichnet, die an neuer Wirkungsstätte nicht wieder aufgenommen werden konnten. Niemand erfasst die nicht zu Ende geschriebenen Manuskripte. Keine Auskunft ist darüber zu erhalten, was an Gedankenkraft selbst derjenigen verloren ging, die im Ausland ihren Beruf unter günstigen Umständen wieder ausüben konnten. Was hätte Gustav Mayer, der Biograph Ferdinand Lassalles und Friedrich Engels’, noch hervorbringen können, wäre ihm die Möglichkeit des Wirkens an der Berliner Universität und in den Archiven in Deutschland geblieben! Und wie vielen wurden äußere und innere Gründe zu unüberwindlichen Barrieren gegen einen neuen Anfang!

Unter denen, die 1933 aus politischen Gründen oder unter rassistischen Vorwänden von den Universitäten verdrängt wurden, befinden sich Menschen, die weder nach Brüssel noch nach Basel, weder nach Stockholm oder Ankara·, nicht nach Cambridge. Berkeley oder an eine der ungleich weniger bekannten Orte des Forschens und Lehrens gelangten. Sie blieben in Deutschland – von vielen vergessen. nur nicht von ihren Verfolgern. Dieses „Gedenkwerk“ erinnert, stellvertretend nur, an den Mathematiker Robert Remak, den Chemiker Wilhelm Traube, den Germanisten und Theaterwissenschaftler Max Hermann, deren Lebenswege in Theresienstadt oder in Auschwitz endeten oder deren Spur sich in einer der zahllosen anderen Mordstätten der Faschisten verliert.

Rudolf Schottlaender schrieb das Manuskript dieses Buches vor mehr als fünfundzwanzig Jahren und war einer der ersten Gelehrten, der systematisch in den Archiven nach den Dokumenten der Verfolgung fahndete. Nachdem die seinerzeitige Philosophische Fakultät der Humboldt-Universität das von Schottlaender angeregte und ausgeführte Unternehmen gebilligt hatte, unterblieb nach dessen Beendigung der Druck aus verschiedenen Gründen. Das wird aus der Rückschau umso mehr bedauern, wer sich erinnern kann. wie wenig zu Beginn der sechziger Jahre über das Thema noch publiziert worden war. Doch die in den verflossenen Jahren in großer Zahl erschienenen Darstellungen, die der Verfolgung der jüdischen Bürger und deren Wegen ins und im Exil gelten, haben den Wert der hier vorliegenden Arbeit nicht gemindert. Gerade die auf der Geschichte der Wissenschaften und der Wissenschaftler in Berlin gerichtete Forschung kann aus Text und Dokumenten bis

heute Anstöße und Anregungen beziehen. Umso erfreulicher ist die Drucklegung, die der bloßen Verfügbarkeit des Manuskriptes in wenigen Spezialbibliotheken ein Ende setzt.

Rudolf Schottlaender wollte, dass die Ereignisse und das Schicksal der Personen, von denen er berichtet, als Mahnung verstanden werden – in erster Linie gegen den Antisemitismus, doch darüber hinaus in einem weiteren politischen Sinne. Diese Mahnung wird bis heute gebraucht, denn die Welt konnte in den verflossenen fünfundzwanzig Jahren nicht derart verändert werden, dass auf die Ermahnungen der Geschichte verzichtet werden könnte.

Einer der Vertriebenen, einstmals Historiker an der Berliner Universität, riet seinen Mitmenschen 1938. um ihrer Zukunft willen „ihre überlieferten Anschauungen und Kampfformeln zu überprüfen“. Besitzt Arthur Rosenbergs Vorschlag nicht heute noch mehr Gewicht, da nicht eine einzelne Gruppe verfolgter Menschen, sondern die Menschheit insgesamt nach Möglichkeiten des Weiterlebens sucht und sie verwirklichen muss?

Verfolgte Berliner Wissenschaft. Ein Gedenkwerk. Zusammengestellt von Rudolf Schottlaender. Mit Vorwort von Wolfgang Scheffler und einem Nachwort von Götz Aly (= Reihe Deutsche Vergangenheit, Bd. 23), Berlin 1988, S. 8-11.

Nachwort zu Erika Mann, Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich

Als Thomas Mann diesem Buch im Mai 1938 ein einführendes Wort an den Leser in den Vereinigten Staaten voranstellte, nannte er seinen Gegenstand unumwunden abscheulich. Dem fügte er, gleichsam besänftigend, aber hinzu, dem Leser werde sich das „Entsetzen in Heiterkeit“ doch auflösen können. Das werde die Art bewirken, in der seine Tochter Erika über das Thema geschrieben habe.

Es mag dahinstehen, ob sich damals, ein Jahr bevor der deutsche Imperialismus den Zweiten Weltkrieg entfesselte, dieses Gefühl tröstlicher Heiterkeit wirklich hat einstellen können. Heute kann das mit Sicherheit nicht mehr geschehen. Erika Manns Hoffnungen, im Buchtext wiederholt ausgesprochen, dass auf die Erziehung zum Kriege *der Krieg nicht wirklich folgen werde* – Hoffnung, die sich auf überzeugende Tatsachen nicht gründen ließ –, erfüllten. sich nicht. Die Schüler, die 1937 als Vierzehnjährige in den abschließenden Klassen der Volksschulen saßen und mithin die Hälfte ihrer Schulzeit in Nazideutschland hatten absolvieren müssen, marschierten 1942 und 1943 in den Armeen des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR. Jene, die – Erika Mann zitierte es aus einem Liederbuch der Hitlerjugend – ahnungslos gesungen hatten „Nach Moskau wollen wir hinein!“, verloren vor Stalingrad und bei Kursk ihr Leben, kamen im Dienst für die schlechteste Sache um. Bevor sie selbst Opfer des faschistischen Militarismus wurden, bildeten sie seine Instrumente, als Soldaten an den Fronten, als Angehörige von Besatzungstruppen. Manche waren auch im direktesten Sinne zu Verbrechern geworden, in den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die eine grauenhafte Mordsspur namentlich durch; die okkupierten Staaten Osteuropas zogen. Andere hatten Kriegsgefangenenlager bewacht, in denen Soldaten der Roten Armee zu Hunderttausenden verhungerten oder infolge des Mangels an jeder medizinischen Versorgung zugrunde gingen.

„School for Barbarians“ lautete der Titel der amerikanischen Ausgabe des Buches. Wie viele lasen es 1938 und lasen es als eine eindringliche Warnung zur Wachsamkeit, als Aufruf zu unheilabwehrender Tat? Denn was hier vor den Lesern ausgebreitet wurde, bewies unwiderlegbar die aggressive Grundnatur des faschistischen Regimes in Deutschland *von Anfang an*, seine Absicht, der Jugend kriegerische Tüchtigkeit anzudrillen zu einem Zweck und Ziel – „der Eroberung der Welt“. Vermochten sich Bürger der Vereinigten Staaten 1938 aber schon vorzustellen, dass ihre Söhne, Brüder oder Freunde, die damaligen. Schüler amerikanischer Lehranstalten, es sein würden, die nur wenig später als Soldaten in Nordafrika, dann an der schmalen Front im Süden Italiens, schließlich von der französischen Atlantikküste bis an die Elbe gegen diejenigen würden Krieg führen müssen, von deren Erziehung hier gehandelt wurde?

Soviel historische Phantasie besaßen damals nur wenige. In einer Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 14. Mai 1938 – eine Woche zuvor hatte Thomas Mann die Einführung zu diesem Buch geschrieben – hieß es: „So treibt Hitler mit erschreckender Geschwindigkeit Deutschland und das eigene Volk in einen Weltkrieg!“ Die junge Generation wurde einem sich immer mehr verschärfenden vormilitärischen Drill unterworfen. Schon am 1. Dezember 1936 war ein Rahmengesetz erlassen worden, das die Hitlerjugendorganisation zum Staatsjugendverband erklärte. Ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn, im März 1939, wurde durch eine Jugenddienstordnung bestimmt, dass jeder für „arisch“ geltende deutsche Junge vom zehnten Lebensjahr an und ebenso die gleichermaßen eingeordneten Mädchen in dieser Hitlerjugend Dienst zu leisten habe. Eltern oder andere Erwachsene, die junge Menschen von diesem Zwangsdienst, der an zwei Nachmittagen in der Woche absolviert werden musste, fernhielten, hatten Geld- oder Gefängnisstrafen zu gewärtigen. So gerieten diejenigen, die im Kriege als Landsknechte des deutschen Imperialismus funktionieren oder seinen Zielen auf andere Weise als Hilfskräfte nützlich sein sollten, unter einen immer schärferen organisatorischen und zugleich geistigen Druck von faschistischen Jugendführern. Den Antifaschisten, die sich vorsetzten, dieser ebenso skrupellosen wie raffinierten Enthumanisierung der Gedanken- und Gefühlwelt der Jugend entgegenzuwirken, standen demgegenüber nur begrenzte Möglichkeiten und Kräfte zur Verfügung. Zudem blieb ihnen angesichts des Tempos der Kriegsvorbereitung nur noch wenig Zeit, für die Bewahrung des Friedens einzustehen.

Erika Manns Buch gehört in eine lange Reihe von Publikationen deutscher Antifaschisten, von deren Erscheinen im faschistischen Deutschland nur wenige überhaupt wussten. Erst nach der Befreiung vom Faschismus gelangten Exemplare dieser Bücher in deutsche Spezialbibliotheken. Nun, Jahrzehnte später, werden sie durch Nachdrucke und in Reprintausgaben einem größeren Lesepublikum zugänglich gemacht – Zeugnisse eines schweren und sehr ungleichen Kampfes.

Als Bücher wie das Erika Manns entstanden, wurden sie häufig in doppelter Absicht geschrieben: Sie dienten der Selbstverständigung unter deutschen Nazigegnern, und sie wandten sich an die Öffentlichkeit in den Exilländern, um ihr authentisch zu enthüllen, was von diesem näheren oder ferneren Nachbarn Nazideutschland allein erwartet werden musste.

In jenen Jahren Bücher wie das hier vorliegende Werk zu schreiben erforderte *Wissen und Mut.* Wer gegen das faschistische Regime die Stimme erhob oder zur Feder griff, hatte nicht nur mit Ausbürgerung oder dem Verlust seiner in Deutschland gebliebenen Habe zu rechnen. Die Nazis verfolgten ihre Gegner bis ins Ausland. Das hatten sie auch mit der Familie Mann vor. Schon 1933 schlug ein Nazifunktionär vor, Thomas Mann in das Konzentrationslager Dachau zu verschleppen und ihn dort in sogenannter Sippenhaft zu halten, um dadurch einen Druck auf dessen Sohn Klaus auszuüben, der im niederländischen Exil für die Formierung einer breiten antifaschistischen Front eintrat. Der Plan scheiterte allein an der Tatsache, dass sich Thomas Mann bereits nicht mehr in Deutschland aufhielt.

Doch war persönliche Standhaftigkeit von deutschen Antifaschisten auch noch in anderer Hinsicht verlangt. Der politisch aktive Teil der deutschen Emigration stieß in den kapitalistischen Exilländern nicht nur auf Gleichgesinnte und Kampfgefährten. Faschistische Kräfte und andere Reaktionäre, die mit dem Nazistaat sympathisierten, suchten das Wirken seiner geflüchteten Gegner zu unterdrücken und fanden nicht selten die Unterstützung herrschender bürgerlicher Kreise, die Konflikte mit den Machthabern in Berlin vermeiden wollten, mit ihnen einen Ausgleich erstrebten und deshalb die Tätigkeit deutscher antifaschistischer Organisationen und Personen als störend ansahen.

Erika Mann hat sich von den ersten Tagen ihres Exils an – sie war im März 1933 siebenundzwanzigjährig zur Flucht gezwungen worden – dem über ihr Vaterland gekommenen Verhängnis furchtlos entgegengestellt. Nahezu vor der Haustür des faschistischen Regimes gründete sie in Zürich das politische Kabarett „Die Pfeffermühle“ neu, das kurz zuvor in München entstanden war. Mit der Künstlergruppe reiste sie in den folgenden Jahren durch sieben Staaten Europas, bevor sie 1936 in die USA ging. Doch kehrte sie bald nach Europa zurück; 1938 berichtete sie aus Spanien vom Kampf gegen den Francofaschismus. 1940, nach dem Beginn des Weltkriegs, arbeitete sie in Großbritannien bei der British Broadcasting Corporation (BBC). 1943/44 hielt sie sich als Kriegskorrespondentin im Nahen Osten, Ende 1944 in Westeuropa auf. Im November 1945 gehörte sie zu den Journalisten, die dem Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg beiwohnten. Vor sich sah sie auf der Anklagebank eine Gruppe jener Politiker, die auch dafür verantwortlich war, dass ganze Jahrgänge deutscher Kinder mit rassistischen, antisemitischen, geopolitischen, sozialdarwinistischen und anderen menschenverachtenden Ideen vollgestopft wurden. Bernhard Rust, der Erziehungsminister des Nazistaates, fehlte in der Verbrecherreihe. Er hatte wie Hitler, der Propagandaminister Goebbels und weitere Nazigrößen im Frühjahr 1945 Selbstmord begangen, um dem Prozess, dem Urteil und der Strafe zu entgehen, welche die alliierten Mächte in gemeinsamer Erklärung denen angedroht hatten, durch deren Schuld Europa in den mörderischsten aller Kriege gestürzt worden war. Das Internationale Militärtribunal richtete jedoch nur die Untaten, die von den Faschistenführern an anderen Völkern begangen worden waren.

Dass sich die Schriftstellerin und Journalistin Erika Mann während der zwölf Jahre eines ruhelosen Lebens und Kampfes in einer eingehenden Untersuchung der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen im faschistischen Staat zugewandt hatte, war kein Zufall. Schon in jungen Jahren hatte sie begonnen, selbst Bücher für Kinder zu schreiben. Eins davon war gegen Ende der Weimarer Republik noch in Deutschland erschienen, ein anderes bald nach ihrer Emigration in der Schweiz herausgegeben worden. Mit „Zehn Millionen Kinder“ kehrte Erika Mann auf andere, durch den Faschis-

mus erzwungene Weise zu dem Lesepublikum zurück, das ihr noch auf unabsehbare Zeit genommen war. Ihr analytisches Buch sollte helfen, den Kindern im Nazistaat – und deren Zahl war 1938 durch die Einverleibung Österreichs und der sogenannten Sudetengebiete um weitere Hunderttausende gewachsen – eine humanistische Welt zurückzugewinnen.

Aufgrund eingehender Studien vieler und verschiedenartiger Zeugnisse gab Erika Mann ein Bild der faschistischen Pädagogik, dessen Grundaussagen auch vor den inzwischen vorliegenden Arbeiten zur Schul- und Erziehungsgeschichte Bestand haben. Treffend bestimmte sie den zentralen Platz des Rassismus bei der ideologischen und psychischen Verführung der Massen und namentlich von Jugendlichen. Überzeugend zeigte sie, dass die Erziehung im Naziungeist nicht nur das Werk einzelner Lehrer war, sondern, dass das gesamte Schulwesen, der Unterricht vom Fach Geschichte. bis zum Fach Mathematik, darauf ausgerichtet worden war, aggressives Denken und Fühlen zu erzeugen. Diese Jugend sollte nicht nur bereit sein, in den imperialistischen Krieg zu ziehen. Sie sollte das auch in dem Wahn tun, dass sie aus ihm nur als Sieger zurückkehren könne. Die Blitzsiege der Jahre 1939 bis 1941 schienen dies zu bestätigen. Der geistige Betrug, der in den Nazischulen vollbracht worden war, hatte die Grundlage für verhängnisvoll missdeutete eigene Erfahrungen geschaffen.

So treffend Erika Mann die geistigen Zustände und Prozesse in Deutschland zu charakterisieren wusste – was nicht ausschloss, dass sie den Grad der Militarisierung des Lebens namentlich innerhalb der Familien mitunter überzeichnete –, so schwierig war es für sie wie für viele andere deutsche Antifaschisten, das materielle Dasein der deutschen Bevölkerung sicher zu beurteilen. Als Folge immer weiter gesteigerter Aufrüstung wurden in jenen Jahren viele Deutsche permanent falsch oder schlecht ernährt, ohne im Vorkrieg jedoch blanken Hunger zu leiden. Informationen, die der Verfasserin noch während ihres Aufenthaltes in der Schweiz zugekommen und von den Nachwirkungen der verheerenden Weltwirtschaftskrise geprägt waren, mögen ihre Schilderung der materiellen Verhältnisse der Schuljugend in Deutschland mit beeinflusst haben. Doch hatten sich trotz der riesenhaften Aufwendungen für die Rüstung – gemessen am tiefsten Elendsjahr 1932 – für Millionen merkliche Verbesserungen ihrer materiellen Lage ergeben. Und dies wiederum half nicht nur, die Massenbasis des Regimes zu stabilisieren. Es ließ viele auch an die verlogenen Beteuerungen der Naziführer glauben, sie wollten dem Volke ein Leben in Auskömmlichkeit und Wohlstand schaffen.

Hinzu kam ein anderes, das aus großer Entfernung in seinen Proportionen schwer richtig zu erfassen war: Die faschistische Praxis der Gewinnung und Verführung gerade der Jugend war ein Gemisch aus Drohung und Lockung. Wenn sich Kinder oder Jugendliche aus eigenem Antrieb der Langeweile und den Strapazen der Märsche und anderer, auf eine vorinfanteristische Ausbildung zielenden Übungen entzogen, wurden sie bei nächster Gelegenheit nicht nur mit Strafdiensten belegt, sondern hatten auch Benachrichtigungen an Schulen oder Betrieben zu fürchten, woraus ihnen weitere Nachteile erwachsen konnten. Zum anderen aber wurde eine sehr beträchtliche Zahl junger Menschen, insbesondere physisch und geistig aktive Kinder und Jugendliche, für die faschistische Jugendorganisation, durch ein Angebot von Betätigungsmöglichkeiten geworben, auf die niemand sonst mehr verweisen konnte. In Gruppen des Modellbaus und später beim Segelfliegen, in Einheiten, die sich mit Nachrichtentechnik beschäftigten, in wieder anderen Formationen, in denen Kenntnisse auf dem Gebiet des Sanitärwesens und der Medizin vermittelt wurden, konnte zusätzlich gelernt werden, ließen sich Fertigkeiten ausbilden. Dieses Angebot erfasste eine Minderheit. Sie entging auf diese Weise dem Drill nicht, aber sie fand ihn doch zeitlich begrenzt und gemildert. Ihr gefielen Beschäftigungen, von denen sie nicht wusste oder nicht fürchtete, dass deren Drehachse der Erwerb von im Kriege verwendbaren Fähigkeiten war. Geschickt verstanden es die Faschisten auch – darin freilich von einfallsreichen und pädagogisch geschulten Jugendführern abhängig, an denen es ihnen stets mangelte –, die Lust von Kindern und Jugendlichen am Kräftemessen, an Abenteuern, ganz allgemein ihre Bereitschaft zu gemeinsamen Erlebnissen jenseits von Elternhaus und Schule für ihre antihumanistischen Erziehungsziele auszunutzen.

Indem Erika Mann ihren Lesern die ungeschminkte Wirklichkeit des faschistischen Erziehungswesens zeigte, öffnete sie ihnen die Sicht auf den deutschen faschistischen Staat als Ganzes. Auf die Bloßlegung von dessen Zielen konzentriert, lag es weniger in ihrem Plan, erklären zu wollen, woher dieser Faschismus gekommen war und wodurch er gesiegt hatte. Ihr Vorgehen ordnet sich ihrem Anliegen ein, ergab sich aber wohl auch daraus – und hierin zeigt sich die Autorin in einer ähnlichen Lage wie andere bürgerliche Hitlergegner, dass ihr ein bündiges Urteil über die Wurzeln und Ursprünge des Nazifaschismus noch fehlte. Dass Hitler, den sie auch den „Kurpfuscher-Erlöser“ nannte, aus dem Dunkel kam, durfte sie selbst schwerlich als eine befriedigende Erklärung des komplizierten Aufstiegs des Faschismus, der von einer wachsenden Zahl deutscher Finanzkapitalisten, Großagrarier und Militaristen favorisierend von deren einflussreichsten Kreisen schließlich an die Staatsmacht gebracht worden war, angesehen haben. Ähnliches mag auch für die Sicht auf den Weimarer Staat gelten, in dem sie 1924 das Abitur an einer Lehranstalt der Reichen und Begüterten abgelegt hatte, die für das gesamte Schulwesen jener Zeit wenig typisch gewesen sein mag. Gewiss: Spuren hatte die Novemberrevolution 1918/19 trotz ihrer Niederlage auch in den Schulen hinterlassen. Eine Minderheit von sozialdemokratischen und strikt republikanisch gesinnten Lehrern konnte unterrichten. Ganz vereinzelt wirkten Pädagogen, die der Kommunistischen Partei Deutschlands angehörten. Doch die Kräfte, die sich zur Republik bekannten und im Bund entschiedener Schulreformer eine demokratische Erziehung erstrebten, bildeten eine Minderheit. Das geistige Klima der Schulen prägten Direktoren und Lehrer, die der Monarchie nachtrauerten, den verlorenen Krieg beklagten, die Dolchstoßlegende vom im Felde unbesiegten deutschen Heer verbreiteten und auch schon geistig darauf vorbereiteten, die als „Schmach von Versailles“ diskriminierten Ergebnisse des Krieges von 1914 bis 1918 gewaltsam zu revidieren.

Die Schule der Weimarer Republik war nicht faschistisch, aber sie war weit davon entfernt, antifaschistisch zu sein. Hier liegt auch die Antwort auf die Frage, warum die Machthaber nach dem 30. Januar 1933 aus dem vorgefundenen Schulwesen so rasch ein politisch qualitativ neues schaffen konnten, ohne die Masse der Lehrer – Kommunisten, Sozialdemokraten und Republikaner wurden mit einigen Ausnahmen binnen kurzem entfernt – ersetzen zu müssen. Die Elternbeiräte, die im Weimarer Staat geschaffen worden waren, wurden 1934 ganz aufgelöst, nachdem ein Jahr zuvor bereits diejenigen Mitglieder aus ihnen entfernt worden waren, deren Wahl auf kommunistische oder sozialdemokratische Kandidatenvorschläge zurückging. Erika Mann belegt diese relative Leichtigkeit eines so folgenschweren Wandels. Indem sie darauf verweist, dass die Nazischule mit einer Vielzahl von schmalen Zusatzheften und anderen ergänzenden Materialien zu arbeiten begann, macht sie einerseits klar, dass die Faschisten zunächst nicht über eigene Kräfte verfügten, um Lehrbücher herauszugeben, die ihren Ansprüchen vollständig Genüge taten, und sie verdeutlicht daran andererseits auch, dass die neuen Orientierungen angesichts der Grundhaltung der Lehrerschaft ausreichten, um jenen Unterricht zu gewährleisten, dessen bedrückende Wirklichkeit auf den Seiten dieses Buches so wahrheitsgetreu dargestellt wird.

Erika Manns Blick auf die Jugend im faschistischen Staat ist auf jene insgesamt 7.865.411 Schüler gerichtet, welche die offizielle Statistik für das Schuljahr 1935/36 unter der Rubrik „arisch“ auswies. Anhand ebenso unabweisbar wie bedrückender Tatsachen aus dem Alltag der Nazischule zeigte die Autorin, in welchem geschichtlich beispiellosen Maße die Köpfe und Herzen dieser nahezu acht Millionen Kinder und Jugendlicher durch die menschenfeindliche Rassenlehre verdorben wurden. Mit Nachdruck wird die außenpolitische Funktion dieses Rassismus bloßgelegt, der sich gegen die „Juden“ innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen richtete, aber nicht gegen sie allein, sondern ebenso gegen Franzosen und Engländer, gegen „die Slawen im Allgemeinen, die Russen im Besonderen“.

Zugleich zeigte Erika Mann, sich dabei auf authentisches Material stützend, welchen seelischen Qualen in der faschistischen Schule diejenigen ausgesetzt waren, die als „minderwertige Juden“ mit ihren zu „Ariern“ erklärten Altersgenossen noch eine Klasse besuchten. Von den 17.134 Schülern, welche in der Nazistatistik als „jüdisch“ erschienen – 7389 galten als „jüdische Mischlinge“, und weitere 2250 figurierten unter „sonstige Fremdrassige“ –, besuchte ein sehr großer Teil bereits jene

Schulen, die von der Reichsvertretung der deutschen Juden neu geschaffen worden waren, um die Kinder der Verfolgten im Rahmen des Möglichen zu schützen. Aus ländlichen Gebieten, in denen solche Lehranstalten nicht geschaffen werden konnten, gaben jüdische Deutsche ihre Kinder in die Städte, wenn nicht ganze Familien die relative Anonymität der Großstadt suchten, um unbehelligter leben zu können als auf dem Lande. Nicht wenige jüdische Eltern hatten ihre Kinder, wenn sie das finanziell ermöglichen konnten, auf Internatsschulen und andere Lehranstalten des Auslands geschickt. Wieder andere mussten sich schweren Herzens von ihnen trennen und ließen sie ins erzwungene Exil ziehen, um ihnen so eine bessere Lebensperspektive zu eröffnen. Die faschistischen Behörden, die schon im September 1935 die „vollständige Rassentrennung“ in den Schulen angeordnet hatten, ohne sie bereits praktisch durchsetzen zu können, verwirklichten diesen Entschluss 1938. Doch blieben sie später dabei nicht stehen: Sie schlossen, als die Deportation der Verfolgten zum Zwecke ihrer Ermordung eingesetzt hatte, die jüdischen Schulen zwangsweise und untersagten jegliche Unterrichtung der jüdischen Jugend.

Als dieses Buch 1938 geschrieben und gedruckt wurde, war es besonders schwer, an ein geschichtlich nahes Ende der faschistischen Herrschaft in Deutschland zu glauben, Erika Mann tat das – trotz der außenpolitischen Erfolge des Regimes, trotz der im Münchener Abkommen gipfelnden Politik Großbritanniens und Frankreichs, eines Kurses der antisowjetischen Spekulation und schrittweiser eigener Kapitulation vor Nazideutschland. Erika Mann hoffte noch, diese Entwicklung werde dennoch nicht in den Krieg einmünden. Ihre Gedanken an das Ende des faschistischen Deutschlands, das inzwischen „Großdeutsches Reich“ genannt wurde, verknüpften sich nicht mit der Vorstellung einer künftigen Kriegsniederlage des Aggressors. Sie wünschte, dass sich in ihrem Vaterland selbst rechtzeitig Kräfte finden möchten, die „den endlichen Sieg der gerechten Sache“ heranführen könnten. Käme dieser Tag aber – und sein Kommen war Erika Mann ganz sicher –, dann würde die erste Begegnung junger deutscher Menschen mit der Wahrheit „die Gewalt des Ungeahnten, des überwältigend Neuen, ja der Offenbarung gewinnen“. So hat es sich zugetragen. Da die Überlebenden jener zehn Millionen Kinder bisher kaum Lebenserinnerungen geschrieben haben, berichteten uns vor allem Schriftsteller in Romanen und Novellen davon, viele aus eigenem Erleben schöpfend.

Die Erwartung der Freiheit und die Wirklichkeit der Befreiung aber waren durch sieben lange Jahre voneinander getrennt, durch die Zeit zwischen dem Mai 1938 und dem Mai 1945.

Erika Mann, Zehn Millionen Kinder. Die Erziehung der Jugend im Dritten Reich. Mit einer Einführung von Thomas Mann. Nachwort von Kurt Pätzold, Verlag Neues Leben, Berlin 1988, S. 193-202.

Faschistische Gewalt gegen Juden (1933-1939)

Thesenhafter Überblick

1. Demonstration, Androhung, Anwendung und Verherrlichung von Gewalt gegen ihre Widersacher gehörte schon vor 1933 zum festen Bestand faschistischer Kampfmethoden. Dieses Vorgehen diente dazu, die Gegner – die wirklichen wie die vermeintlichen – einzuschüchtern, abzuschrecken und zu schwächen. In den Reihen der Faschisten selbst sollte gewalttätiges Vorgehen den Glauben an eigene Kraft und später an eigene Unüberwindlichkeit stärken, den Zusammenhalt in den paramilitärischen Verbänden festigen und eine nach außen und zum Teil auch nach Innen gerichtete brutale Kameraderie ausbilden.

Das Training von Gewalttätigkeit gegen antifaschistische Kräfte, in erster Linie gegen diejenigen der revolutionären und der reformistischen Arbeiterbewegung, war in der Frühphase faschistischer Entwicklung – insbesondere bis 1923 – auch Vorbereitung auf die damals noch als Putsch gedachte Machtergreifung. Auch als dieser Plan aufgrund der Erfahrungen des misslungenen Münchener Putsches aufgegeben wurde, blieb und erhielt sich die gewalttätige Aktion, die sich jetzt mit einem Pseudolegalismus paarte.

2. Ideologisch gründete sich das gewaltsame Vorgehen auf die Auffassung, dass die eigenen Ziele letztlich nur durch rücksichtslose Bekämpfung der Gegner, durch deren gnaden- und seelenlose Niederhaltung oder Vernichtung erreicht werden könnten. Dabei galt dieses Gewaltprinzip von vornherein sowohl für die Innen- als auch für die – für die Zeit nach der Machtübernahme geplante – Außenpolitik des Faschismus als unverzichtbar. Hitler und viele andere Naziführer um ihn waren Anbeter des Gewaltprinzips und erblickten ihre Aufgabe als Agitatoren darin, ihre Anhänger zu bedenkenloser Gewaltanwendung gegenüber Menschengruppen und gegenüber einzelnen Personen zu erziehen und aufzuputschen. Durch ideologische Beeinflussung der Gefolgschaft und mehr noch durch deren praktischen Einsatz erfolgte eine Enthumanisierung vor allem der aktivsten Anhänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP), insbesondere der Mitglieder der Sturmabteilungen (SA) und der (bis 1934) ihr eingegliederten Schutzstaffeln (SS). Dafür hatten Erfahrungen und Erlebnisse des 1. Weltkrieges, an dem Naziführer und deren Gefolgsleute als Offiziers-, Unteroffiziers- oder Mannschaftsdienstgrade teilgenommen hatten, eine Vorarbeit geleistet.

3. Viele Antifaschisten prangerten die Gewalttätigkeit der Nazis während der Jahre des Weimarer Staates an und wiesen darauf hin, welche verheerenden innen- und außenpolitischen Folgen die Übergabe der Macht an diese Politikergruppe haben würde. In diesem Zusammenhang wurden die Staatsorgane immer wieder kritisiert, weil sie die Verfassung und die auf sie gegründeten Gesetze nicht oder nur halbherzig gegen die faschistischen Umtriebe und deren Akteure anwandten. Ungestraft tönten in der bürgerlichen Republik durch die Straßen und auf Plätzen deutscher Städte die Rufe „Rotfront verrecke“ und „Juda verrecke“, erschallten Lieder wie „Wenn’s Judenblut vom Messer spritzt“ oder „Die Rote front, schlagt sie zu Brei“. Überfälle auf Versammlungen von Nazigegnern, Angriffe auf antifaschistische Arbeiter, Übergriffe auf Juden und auf Menschen, die als Juden oder als Ausländer galten, häuften sich. Anfang der dreißiger Jahre zog der deutsche Faschismus bereits eine tiefe Blutspur insbesondere durch die deutschen Großstädte und Industriezentren. Auch auf dem platten Lande ereignete sich Totschlag und Mord; am bekanntesten wurde der brutale Mord im oberschlesischen Ort Potempa, zumal sich Hitler ausdrücklich mit den Mördern identifizierte.

4. Über die Praxis der Innenpolitik, die von den Faschistenführern zu erwarten war, wenn ihnen die Inbesitznahme der Staatsmacht gelang und die reaktionäre Diktatur errichtet wurde, konnte es mithin bereits vor 1933 keinen Zweifel geben. Die „Ausrottung des Marxismus“, wie die nazistischen Demagogen die Vernichtung der Arbeiterbewegung nannten, war öffentlich angekündigt. Von der Einrichtung von Konzentrationslagern war ebenso schon die Rede gewesen wie davon, dass ein faschistisches Volksgericht zu gegebener Zeit „legal“ die Köpfe von Antifaschisten fordern und „rollen“ lassen würde.

Auch die Gefahren, die den jüdischen Deutschen und den anderen in Deutschland lebenden Juden drohten, waren erkennbar. Sie konnten ebenso dem Programm der NSDAP von 1920 abgelesen werden, in dem kaum verhüllt die Vertreibung der Juden aus ihrem Vaterland angekündigt war, wie an den ruchlosen Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen und an Synagogen, auf denen den Juden der Galgen angedroht wurde. In der antifaschistischen Losung der Kommunistischen Partei Deutschlands von 1932, „Wer Hitler wählt, wählt Krieg“, war eine Warnung an die deutsche Bevölkerung und an das Ausland ausgesprochen. Es ist eine hier nicht zu erörternde Frage, warum derartige Wahrnehmungen und Warnungen nicht ernster genommen wurden.

5. Nach dem 30. Januar 1933 erhob sich in Deutschland eine Welle faschistischen Terrors, die sich in erster Linie gegen die Arbeiterorganisationen (KPD, SPD, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Rotfrontkämpferbund, Gewerkschaften 2. a.) richtete und deren Mitglieder traf. Sie zwang viele der bekanntesten antifaschistischen Politiker sofort zu einem ganz- oder halblegalen Leben oder zur Flucht über die Grenzen. Vom „Eislebener Blutsonntag“ bis zur „Köpenicker Blutwoche“ (Februar bzw. Juni 1933) wüteten die bewaffneten Truppen der SA unter Funktionären und einfachen Mitgliedern der Arbeiterparteien und brachten vielfach auf grausamste Weise eine bis heute nicht ermittelte Zahl von ihnen teils auf offener Straße oder in deren Wohnungen, teils und vor allem in den SA-Kasernen und den gefürchteten „Braunen Häusern“ um. Dieses Vorgehen besaß, ungeachtet der Spontaneität vieler einzelner Terroraktionen, die vollständigste Deckung durch die Naziregierung. In der verhüllenden Sprache der neuen Machthaber hieß diese Praxis, es müsse zuerst „die Politik in Ordnung gebracht“ werden, bevor wirtschaftliche und soziale Erfolge erreicht werden könnten. So gewiss also in vielen Aktionen Rachegelüste sich austobten, so sicher besaß der Terrorismus Methode und Ziel. Er diente der äußersten Abschreckung der Gegner und der raschesten Festigung der eigenen, noch instabilen Macht.

6. Das entscheidende Datum für die Entfaltung des hemmungslosen Terrorismus war der Tag des Reichstagsbrandes (27./28. Februar 1933), nach dem – wie schon vorbereitet – Grundrechte der Verfassung von 1919 außer Kraft gesetzt und mit der Verschleppung von Antifaschisten aller politischen Lager in Gefängnisse, Zuchthäuser und in die zunächst von SA-Formationen eingerichteten Konzentrationslager (KZ) begonnen wurde. Vor allem in diesen zumeist innerhalb oder im Weichbild von Städten und in der Nähe von Industriegebieten gelegenen KZ ereigneten sich bereits im Verlauf des März 1933 Grausamkeiten, die in der deutschen Geschichte zuvor erst wieder während der Jahre des Dreißigjährigen Krieges aufgefunden werden können.

Unter den nach dem Reichstagsbrand inhaftierten politischen Gegnern des Faschismus befand sich auch eine erhebliche Zahl von Juden. Sobald sie als solche erkannt wurden, unterlagen sie doppelten Quälereien und Schikanen, erhielten die schwersten und schmutzigsten Arbeiten zugewiesen, wurden (etwa bei der Einnahme von Mahlzeiten) von den nichtjüdischen Häftlingen abgesondert usw. Diese zusätzliche Misshandlung jüdischer Antifaschisten während der Haft steigerte sich bis zu Mord und Totschlag. Auf solche Weise „feierte“ beispielsweise die SS die Übernahme des Lagers Dachau in ihre Regie. In diesen noch vereinzelten, aber signifikanten Vorfällen hinter Kerkermauern und Stacheldraht kündigte sich an, dass im Denken und in der Praxis der Faschisten „der Jude“ auf die unterste menschliche Daseinsstufe gestellt wurde, ja als Mensch nicht galt. Während nichtjüdische Gegner im Prinzip als erziehungs- und besserungsfähig angesehen wurden, was an ihrer brutalen und auch mörderischen Behandlung nichts änderte, während Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten als von Juden wie Karl Marx, Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rosa Luxemburg u. a. „verführt“ betrachtet wurden, war „der Jude“ der durch nichts zu wandelnde Feind von blutswegen.

7. Die Terrorisierung der gefangenen Antifaschisten in den Haftanstalten war nicht geheimzuhalten, und sie sollte auch nicht geheim bleiben. Die Publizität der faschistischen Gewaltanwendung diente dem Zweck, andere Nazigegner dazu zu bewegen, sich aus den Reihen des Widerstands zurückzuziehen oder sich in sie nicht einzureihen. Dennoch dürfte insgesamt in der deutschen Öffentlichkeit nur ein Teil der Untaten der Nazis bekannt gewesen sein, die sich 1933 in staatlichen Haftanstalten und in den KZ ereigneten. Im Ausland aber verbreiteten viele Presseorgane permanent Meldungen

über das blutig-barbarische Vorgehen der Machthaber, die diese wiederum mit dreisten Dementis und der Behauptung beantworteten, es seien die Juden des Auslands, die durch Gräuelmeldungen das Ansehen des „neuen Deutschland“ herabsetzen und seinem Aufstieg Barrieren entgegensetzen wollten.

In Wahrheit ereigneten sich in Deutschland öffentlich, d. h. für jedermann wahrnehmbar, immer mehr Gewalttätigkeiten. Sie trafen seit März 1933 auch Gruppen deutscher Juden, die nicht aktive Gegner des Regimes waren. Die erste von ihnen waren jüdische Rechts- und Staatsanwälte, die von faschistischen Trupps aus den Gerichtsgebäuden – zuerst in der Stadt Breslau – vertrieben wurden. Gleichzeitig organisierten Truppe des faschistischen Studentenbundes mit Angehörigen anderer reaktionärer studentischer Verbände den Boykott von Vorlesungen und Seminaren von jüdischen Hochschullehrern. Das Ziel dieser Aktionen war, soweit es die direkten Opfer betraf, klar: Die jüdischen Juristen und Wissenschaftler sollten aus ihren Tätigkeiten und von ihren Arbeitsplätzen vertrieben werden, und dies wiederum sollte den Auftakt für ihre Vertreibung aus Deutschland bilden.

8. Dem Gedächtnis der Nachwelt hat sich der 1. April 1933, der Tag des Boykotts gegen jüdische Geschäfte, Läden, Warenhäuser, Rechtsanwalts- und Notariatsbüros, als der reichsweite Auftakt organisierter Verfolgung am stärksten eingeprägt, womit sich zugleich die Absicht der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen der deutschen Juden vorankündigte. Die als Antwort auf die angebliche ausländische Gräuelhetze getarnte Aktion diente dazu, die angestaute antijüdische Aggressivität der faschistischen Verbände zu kanalisieren und sie zunächst zu begrenzen. Ein Generalangriff auf das Eigentum der jüdischen Kleinbürger und Kapitalisten, wie er von vielen aufgehetzten Gefolgsleuten des Faschismus erhofft wurde, war 1933 aus innen- wie aus außenpolitischen Rücksichten nicht möglich.

Die Waffen, die die Machthaber seit dem 7. April 1933 gegen die deutschen Juden einsetzten, waren die Erhebung des Antisemitismus zur Staatsdoktrin, die antijüdischen Gesetzgebungen und die Verfolgung durch die bürokratischen Staatsorgane. Die Gewaltanwendung gegen die deutschen Juden ging von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP mehr und mehr auf die traditionellen und die sie ergänzenden neugeschaffenen Staatsorgane über. Der Hauptadressat der Verfolgung war 1933 die jüdische Intelligenz, aus der sich folglich auch die übergroße Zahl der schon im ersten Jahr der Nazidiktatur aus Deutschland vertriebenen Menschen rekrutierte. Diese Vertreibung besaß ideologisch antisemitische Wurzeln und ging mit aufhetzenden Parolen einher („Deutsche! Lasst euch nicht von Juden unterrichten, juristisch beraten, ärztlich behandeln ...“ usw.), doch wohnte ihr auch politische Bedeutung inne, denn unter den Vertriebenen befanden sich viele, die Anhänger demokratischer, republikanischer und liberaler Ideen waren.

9. Schon die anfängliche Verfolgung der Juden durch die Nazi-Organisationen und dann durch die Staatsorgane besaß eine im Einzelnen durch die Forschung schwer zu erfassende und nicht zu quantifizierende Bedeutung für die Disziplinierung der nichtjüdischen deutschen Volksmehrheit. Die Aktionen der SA vor Gerichtsgebäuden, Hörsälen und an Geschäftseingängen erzwangen durch Gewaltandrohung die Unterordnung von vielen Menschen unter faschistische Gebote, die ihnen innerlich vielfach widerstrebten. Es begann die Gewöhnung an faschistische Befehle, und das geforderte Verhalten gegenüber den Juden wurde ein wesentliches Feld, auf dem Gehorsam eingedrillt wurde. Diese Wirkung der antijüdischen Aktionen und Gesetze, mochten sie selbst sogar momentan die Abscheu der Nichtbetroffenen erwecken, war dauerhaft und von den Machthabern gewollt. Sie erklärten unverblümt, dass große Teile des deutschen Volkes durch sie erst wieder zu „deutschem“ Denken und Verhalten erzogen werden müssten, nachdem sie durch die Einflüsse von Marxismus, Liberalismus und Pazifismus angeblich denaturiert worden wären. Der Begriff „Deutschsein“ wurde von den Machthabern ganz wesentlich mit dem Inhalt „Antisemitsein“ aufgefüllt.

10. Die Praxis der frühen antisemitischen Verfolgungen schuf aber nicht nur Disziplin im faschistischen Sinne, sie brauchte Kollaborateure in den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft, vor allem im Staatsapparat, aber auch weit darüber hinaus. Wer an leitendem Platz an Hochschulen, in Theatern, Krankenhäusern, an allgemeinbildenden Schulen arbeitete, hatte die Wahl, diesen Platz

zu verlassen oder sich zum Handlanger von antijüdischen gesetzgeberischen Maßnahmen zu machen. Diese Menschengruppe, zumeist Angehörige der deutschen Eliten, entschied sich – wie es beispielsweise die Rektoren und Dekane der deutschen Universitäten taten – für die Mitwirkung. Sie halfen mit den Fragebogen-Aktionen des Jahres 1933 bei der Suche nach den Juden, die einzig zu dem Zweck aufgespürt werden sollten, um sie aus ihren Tätigkeiten zu drängen und sie so zum Verlassen Deutschlands zu zwingen. Der Kreis der Kollaborateure reichte schon 1933 über den staatlichen Bereich hinaus und insbesondere in die sogenannte private Wirtschaft, wo Juden aus ihren Stellungen in Aufsichtsräten, Vorständen, Geschäftsleitungen entfernt wurden oder diese Plätze „freiwillig“ verließen, damit die Geschäfte mit den neuen Machthabern nicht gestört würden. Die Tatsache, dass dieser sich in erheblicher Zahl ereignende Vorgang unter Beachtung der Normen bürgerlichen Rechts vor sich ging, bedeutete nichts im Hinblick auf seine Rückwirkung auf die an ihm Beteiligten „ansehen“ Partner: sie hatten sich, bevor sie noch durch Staatsgesetz dazu gezwungen waren, zu Mithelfern der faschistischen antisemitischen Politik gemacht.

11. Dass seit Sommer 1933 und vor allem seit Januar 1934 Gewaltanwendung gegen Juden vor allem Anwendung von Staatsgewalt wurde, die sich auf faschistische Gesetze stützte, hieß nur bedingt und. für relativ kurze Zeit, dass die betroffenen Juden sich die Vorgehensweise der Machthaber ausrechnen konnten. Es blieb offen, auf welcher Stufe die faschistische Regierung die antijüdische Gesetzgebung anhalten und wie lange sie von deren Eskalation absehen würde. Schon Anfang 1935 traten die faschistischen paramilitärischen Verbände (SA, SS und vielerorts auch die Hitlerjugend – HJ) in Städten wieder offen hervor, um einen Dauerboykott der jüdischen Unternehmen des Einzelhandels, insbesondere der Kaufhäuser, zu erzwingen. Gleichzeitig wurde durch vielfältige Schikane die Judenverfolgung auf dem platten Lande verschärft, so dass für viele jüdische Deutsche zunächst nur die Flucht in Mittel- und Großstädte blieb, wo sich der Schutz einer größeren Gemeinde oder auch eine gewisse Anonymität gewinnen ließen. Im Verlauf des Jahres 1935 wurde durch diese Aktionen, die im faschistisch-bürokratischen Sprachgebrauch „Einzelaktionen“ genannt wurden und insgesamt die Billigung der faschistischen Parteiführer besaßen, deutlich, dass innerhalb Deutschlands nicht nur die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten von Juden sukzessive eingeschränkt wurden, sondern dass die faschistischen Verfolger auch die Lebens- und Daseinsmöglichkeiten immer stärker zu beschneiden begannen. Sie erstrebten eine fortschreitende gesellschaftliche Isolierung der Juden im Reichsgebiet.

12. Mit den Nürnberger Gesetzen und deren Durchführungsbestimmungen (September bzw. November 1935) erreichte die Judenverfolgung in Deutschland eine neue Stufe. Wieder, wie schon 1933, wurden die Aktionen der paramilitärischen Verbände zurückgedrängt und durch besondere Befehle (August 1935) auch verboten, während zu gleicher Zeit die Staatsbürokratie die Gewaltanwendung verschärfte. 1936 und 1937 geschah dies – der Generalangriff auf die Betriebe und anderen Unternehmungen von Juden unterblieb noch, wenngleich die „Arisierung“ sich beschleunigte – vor allem durch die Justiz, die als Akteur der sogenannten „Rassenschande-Prozesse“ hervortrat, woran sich der Grad der Faschisierung des Rechtswesens weiter enthüllte. Es war nicht einmal die Bildung besonderer, aus Nazi-Aktivisten gebildeter Senate notwendig, um die mit übelster Denunziation einhergehenden Justizakte zu praktizieren, deren Zweck nicht allein in der Erfassung und Bestrafung einzelner „Täter“ lag, sondern in der widerwärtigsten Diffamierung von Juden und Judentum und in der weiteren Isolierung der verfolgten Menschengruppe.

13. Die Jahre 1935 bis 1937 waren vor allem durch die von der Öffentlichkeit im In- und Ausland wenig bemerkte Vorbereitung des Generalangriffs auf die deutschen Juden gekennzeichnet, als dessen Endziel den Faschisten damals die restlose Vertreibung der „Rassefeinde“ aus Deutschland galt. Diesem Zweck dienten Kompetenzverlagerungen innerhalb des faschistischen Staatsapparates, deren wichtigste der Aufstieg des Sicherheitsdienstes (SD) der SS zum strategischen Führungsorgan aller gegen die Juden gerichteten Maßnahmen war. Gleichzeitig wurde die von den Nazis schon vor 1933 begonnene Erfassung aller in Deutschland lebenden Juden durch die Staatsbürokratie vorangetrieben und vollendet. Zu diesem Zweck wurde schrittweise bestimmt, wer eine „jüdische Person“ und was ein „jüdischer Betrieb“ war.

Mit diesen Maßnahmen ging die weitere geistige und praktische Unterordnung von Millionen Deutschen unter die Normen des faschistischen Staates einher. Das geschah u. a. durch die Forderung, den eigenen „Ariernachweis“ zu erbringen und urkundlich zu belegen, dass man selbst kein Jude, vielmehr durch Generationen ein rassereiner, zur Herrschaft berufener und befähigter „Arier“ war. Die Kampagne zur Beschaffung der „Ariernachweise“, die von den faschistischen Organisationen ausgehend systematisch auf das ganze deutsche Volk ausgedehnt wurde, zielte auf die Schaffung eines überheblichen Sonderbewusstseins der faschistischen Gefolgsleute. Auch sie verband sich mit der Gewinnung weiterer Kollaborateure für die rassistisch begründete imperialistische Politik. Ohne die Mitwirkung der Kirchen und die nur durch sie zu erlangenden Auskünfte aus den Kirchenbüchern war den Ansprüchen des „Ariernachweises“ bis in die Großelterngeneration (für die SS-Mitglieder bis zum Jahre 1750) nicht zu genügen.

14. Bis 1938 blieb die Anwendung brutaler physischer Gewalt gegen Juden – trotz der Bluttaten in den Konzentrationslagern, der Überfälle auf Juden, des Pogroms in der fränkischen Stadt Gunzenhausen und weiterer – die Ausnahme. Eine neue Situation trat mit der Liquidierung des österreichischen Staates im März 1938 ein. Österreich wurde in den folgenden Wochen und Monaten zum Exerzierfeld gesteigerter faschistischer Judenverfolgung. Von der Reinigung der Wiener Straßen von antinazistischen Wahlparolen durch dabei grob misshandelte Juden, über die blanke Erpressung von Geld und Waren bei jüdischen Geschäftsleuten durch faschistische Trupps bis zur Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen reichte die Verfolgungswelle. Sie führte zur Massenflucht aus Österreich (das jetzt „Ostmark“ hieß), und darin bestand auch ein Ziel der gewalttätigen Kampagne. In Wien wuchs die Zahl der Juden an, die ihrem Leben selbst ein Ende setzten. Goebbels kommentierte dies öffentlich beifällig-zynisch, so dass klar wurde, dass die neuen Machthaber das Wüten der von ihnen formierten und aufgeputschten Antisemiten billigten. Erstmals traten nun auch die faschistische Sicherheitspolizei und der SD, die Reinhard Heydrich in Personalunion kommandierte, als Organisator schärfster Judenverfolgung hervor. In ihren Händen lag die Verschleppung von Wiener Juden in die Konzentrationslager, vornehmlich nach Dachau, dann auch nach Buchenwald, wovon vor allem begüterte Juden betroffen wurden. Die ganze Aktion richtete sich darauf, die österreichischen Juden rasch außer Landes zu treiben und die Besitzenden unter ihnen zur billigsten Hergabe ihres Eigentums zu pressen.

15. Was in der „Ostmark“ erprobt war, wurde in großem Stil am 9./10. November 1938 im gesamten Reichsgebiet praktiziert. Gewalttaten gegen Juden, verübt von SA, SS, Hitlerjugend und Angehörigen anderer faschistischer Organisationen, wurden zu einer massenhaften Erscheinung. Hunderte von Juden kamen während des Pogroms um, erlagen physischen Verletzungen oder gingen an psychischen Martern zugrunde, die ihnen während der rage und Stunden des Wütens der Antisemiten zugefügt wurden. Mehr als 26.000 jüdische Männer, unter ihnen Greise, Junglinge, Schwerkranke, wurden in Konzentrationslager verschleppt. Die Zahl der dort Ermordeten und als Folge von Qual, fehlenden Medikamenten, menschenunwürdigsten Zuständen umgekommenen Menschen ist nicht zu ermitteln. Schlagartig war die jahrelang verbreitete Lüge der Machthaber durch sie selbst widerlegt, sie seien Verfechter eines „wissenschaftlichen“ Antisemitismus, der sich auf Erkenntnisse der Naturwissenschaften stütze, und keine Pogromhelden. Gerade der Pogrom diente ihnen als das schärfste Mittel, um die Massenflucht der Juden aus Deutschland zu erzwingen und auf diese Weise die Enteignung der Juden weitgehend abzuschließen, konnten doch die meisten der Fliehenden nur einen Bruchteil ihrer Habe mit sich nehmen. Die Flut von Gesetzen, Durchführungsbestimmungen und Polizei–Verordnungen, die auf den Pogrom unmittelbar folgte, sollte die Juden vor die Alternative stellen, auch angesichts schlechtester Aussichten ins Ausland zu gehen oder vor sich die Perspektive eines Ghetto-Daseins in Deutschland zu sehen.

16. In weitesten Kreisen des Auslands löste der Schock des Pogroms die Bereitschaft aus, mehr zu tun, um die aufs Äußerste gefährdeten Juden, denen weitere Pogrome angedroht waren, aus Deutschland herauszuholen und sie vor den offenkundig in ihren Aktionen nicht mehr berechenbaren Machthabern zu schützen. Doch die lange bestehenden und sorgfältig verteidigten bürokratischen Schranken gegen die Einreise bzw. Einwanderung von deutschen Juden konnten in dem er-

forderlichen Tempo nicht niedergerissen werden. Manche Opfer sahen auch nicht, wie wenig Zeit ihnen bleiben würde, das rettende Ausland zu erreichen, obwohl insgesamt unter dem Eindruck des fruchtbaren Erlebnisses die Bereitwilligkeit, das selbst oder von den eigenen Vorfahren so schwer erworbene Vaterland zu fliehen, rasch angewachsen war. So befanden sich in Deutschland, das sich jetzt „Großdeutsches Reich“ nannte, und zu dem mit der Ostmark inzwischen auch die annektierten Gebiete des Westens der zerschlagenen Tschechoslowakei gehörten, noch Hunderttausende von Juden, als der zweite Weltkrieg begann und mit seiner Ausweitung aus dem Fluchtstrom alsbald ein Rinnsal wurde.

17. Die Opfer des Antisemitismus der faschistischen Tat waren deutsche, österreichische, tschechische und staatenlose Juden, von denen manche früher im Zarenreich oder in Polen lebten. Mit ihnen solidarisierte sich nur eine antifaschistische Minderheit von nichtjüdischen Deutschen, die sich über die staatlichen Gebote der Judenverachtung hinwegsetzten, den Rassenwahn brandmarkten und in seinen Funktionen bloßstellten, Juden Beistand und Hilfe leisteten. Unter diesen Solidarischen waren Menschen aus allen sozialen Klassen, von sehr unterschiedlicher politischer Überzeugung und von abweichenden Glaubensgrundsätzen. In dieser tatbereiten Minderheit wirkten christlich-humanistische und bürgerlich-aufklärerische Grundsätze ebenso wie das von der Arbeiterbewegung verbreitete Wissen, dass die faschistischen Regenten Rassismus und Rassenantisemitismus als das „Narrenseil“ (Franz Mehring) benutzten, an dem sie Millionen deutscher „Arier“ hinter sich her und in den Krieg zogen, vermeintlich um des Lebensvorrechts dieser „Arier“ willen, in Wahrheit, um aus imperialistischem Machtinteresse Länder, Rohstoffe und Arbeitssklaven zu erobern.

Deutscher Faschismus – Terror und Widerstand. Zur 2. Tagung der IREX-Unterkommission „Faschismus – Theorie und Praxis“ von Historikern der USA und der DDR in Princeton, N. J., im Mai 1989. Beiträge der Historiker der DDR. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1989, S. 45-55.

Hitlers fünfzigster Geburtstag am 20. April 1939

„... niemand ist der Beschäftigung
mit seiner trüben Figur überhoben ...“
Thomas Mann im Jahre 1938.

Im Frühjahr 1939 beging Adolf Hitler seinen 50. Geburtstag. Er war am 20. April 1889 in der oberösterreichischen Stadt Braunau als Bürger eines ca. 50 Millionen Bewohner zählenden Vielvölkerstaates geboren worden, zu deren herrschender Nation er gehörte.

Der „Geburtstag des Führers“, wie das Ereignis seit Jahren von der faschistischen Propaganda genannt wurde, wäre auch in einer relativ ruhigeren Phase innen- und außenpolitischer Entwicklung des Regimes zu einem herausragenden Staatsakt und Volksschauspiel geraten. 1939 erhielt es seine Dimensionen aber dadurch, dass der faschistische deutsche Imperialismus auf jene Gerade gelangt war, die ihn direkt in den Krieg um die Hegemonie in Europa führen sollte und später in weitere Auseinandersetzungen um die absolute Weltmachtstellung. Der „Geburtstag des Führers“ wurde zu einem Ereignis auf dem Weg in den Krieg. Die Zeitzeugen erinnerten sich dessen, wenn sie sich der Bilder von jener Wehrmachtsparade entsannen, die ihre Veranstalter ohne Übertreibung als die größte militärische Heerschau aller Zeiten bezeichnen konnten. Am Tage danach erschien in den Zeitungen des faschistischen Deutschlands die fettgedruckte gefahrdrohende Überschrift: „Der Aufbau der Wehrmacht ist vollendet!“[1]

Im Folgenden soll dargestellt werden, von welchen innen- und außenpolitischen Interessen und Zielen die Inszenierung des Tages bestimmt wurde. Daran wird sich die ausgefeilte Methodik erkennen lassen, mit der in erster Linie Millionen Deutsche von der Macht des Faschismus, seiner Unüberwindbarkeit und Sieghaftigkeit überzeugt werden sollten. Denn die den Tag beherrschende Idee bestand darin, die Volksmassen fester noch an die Führung und namentlich an den Führer zu binden und ihnen Mut für den Krieg zu machen. Im Weiteren wird sich die Untersuchung den Fragen zuwenden, wie Adolf Hitler selbst die Tatsache aufnahm, dass er das fünfzigste Lebensjahr überschritten hatte, ob er sich in einer neuen Lebenssituation sah und daraus irgendwelche Schlussfolgerungen zog. Der Mann, der am 20. April 1939 sich als „der größte Deutsche aller Zeiten“ feiern ließ und auch davon überzeugt war, dass ihm diese Charakteristik gebühre, war der deutsche Politiker geworden, der seine Vorgänger sämtlich an persönlicher Macht übertraf. Seit 1933 als Reichskanzler an der Spitze des Reichskabinetts stehend, seit 1934 auch zum Staatsoberhaupt erhoben, hatte er zudem Anfang 1938 den direkten Oberbefehl über die Wehrmacht an sich gezogen.

Bevor jedoch Wirkungen und Rückwirkungen des Tages erörtert werden können, dessen Ablauf unter der Oberregie des Reichspropagandaministeriums und seines Ministers Joseph Goebbels aufs sorgfältigste geplant und organisiert wurde, soll die Entwicklungsstufe charakterisiert werden, bis zu der das Regime im Frühjahr 1939 fortgeschritten war.

1935, der „Führer“ des Deutschen Reiches war bereits zu einer Person geworden, die jenseits aller öffentlichen Kritik stand, erschien in Amsterdam eine Hitler-Biographie. Es war die erste im Ausland publizierte.[2] Ihr Verfasser, Rudolf Olden, ehedem Mitherausgeber und politischer Redakteur des „Berliner Tageblattes“, ging gegen Ende seiner Arbeit auf die Frage ein, „die heute auf Vieler Lippen brennt“ und lautete: „Was ist von ihm zu erwarten?“ Der antifaschistische Publizist antwortete: „Es hängt nicht von ihm, es hängt von den Umständen ab, und also von der Macht. Von ihm ist Alles zu gewärtigen.“[3] Das war wie vieles andere, was deutsche Nazigegner im Exil schrieben, als eine Warnung vor allem an die Deutschen und deren Nachbarn gemeint. Sie war nur zu berechtigt.

Oldens Buch erschien am Ende des Jahres, in dem das faschistische Regime nach einer sehr kurzen Vorbereitungsphase zur forcierten Aufrüstung übergegangen war. Seitdem waren, bis Hitler seinen

---

1 VB, 21. April 1939.

2 1936 erschienen Übersetzungen ins Englische in London und New York. Neudruck: Rudolf Olden, Hitler. Vorwort von Werner Berthold, Frankfurt a. M. 1984.

3 Ebenda, S. 362.

50. Geburtstag beging, wenig mehr als drei Jahre vergangen. In ihrem Verlauf hatten sich die „Umstände“, die Machtverhältnisse in Europa erheblich verändert – in der Summe durchweg zugunsten des deutschen Imperialismus. Thomas Mann schrieb 1938, in dem hilflosen Europa fließe „dank einer Verkettung phantastisch glücklicher –das heißt unglückseliger – Umstände“ zufällig kein Wasser, das nicht Hitlers „Mühlen triebe“.[4]

Die außenpolitischen Aktionen, die mit dem Wirken und dem Namen Hitlers verbunden waren, hielten den Kontinent mehr und mehr in Atem. Immer stärker verbreitete sich der Eindruck, Europa sei dabei, einen neuen Weltkrieg zu gebären. Sein Geburtshelfer war nach dem Urteil vieler ebendieser Hitler. Das Interesse, das er auf sich zog, nahm weithin zu, wie beispielsweise auch die Verkaufszahlen des Buches „Mein Kampf“ in Großbritannien bewiesen.[5]

In den USA stellte das Magazin „*Time*“ zu Jahresanfang 1939 Hitler als „Mann des Jahres 1938“ vor. Die Absicht, die sich damit verband, machte das Titelblatt deutlich: es zeigte Hitler als Organisten, der in einer geschändeten Kirche seine Hymne des Hasses spielt. Über der Orgel dreht sich ein Feuerrad, an dem die Opfer des Nationalsozialismus hängen.[6] Die Zeitschrift vermerkte zustimmend, dass der Aufrüstung Nazideutschlands inzwischen durch andere Staaten mit eignen höheren Rüstungsanstrengungen begegnet werde. Doch waren die Autoren nicht sicher, ob militärische Abschreckung hinreichen werde, Hitlers außenpolitische Gelüste zu zähmen. Das Fazit der Betrachtung hieß: der Mann an der Spitze des Deutschen Reiches beabsichtige, das Jahr 1939 zu einem „denkwürdigen Jahr“ zu machen.[7]

Damit war das Vorhaben Hitlers richtig beschrieben. Es hatte seine fundamentalen Voraussetzungen im Verlauf des Jahres 1938 erhalten. Das faschistische Deutschland war der gedachten Kriegsausgangsstellung entscheidende Schritte nähergekommen. Es hatte Österreich liquidiert und dadurch sein demographisches, wirtschaftliches und militärisches Potential beträchtlich vergrößert; seine militärgeographische Lage war durch die verlängerte, deren gesamten Westteil umklammernde Landgrenze zur Tschechoslowakei ebenso verbessert wie durch die direkten Verbindungen zu zwei verbündeten faschistischen Staaten, zu Mussolini-Italien und Horthy-Ungarn.

Unter dem Blickwinkel des geplanten europäischen Krieges war die gelungene Liquidierung der bürgerlich-parlamentarischen, mit Frankreich verbündeten Tschechoslowakei noch wichtiger. Was von diesem Staatswesen nach der Amputation der Sudetengebiete und seiner inneren Wandlung übriggeblieben war, ordnete sich den deutsch-faschistischen Plänen ein. Die Prager Regierung war bereit, den Platz eines nazideutschen Satelliten zu besetzen.[8]

Deutschland erhielt 1938 in der Sprache der Machthaber eine neue Bezeichnung: sie nannten es jetzt das „Großdeutsche Reich“. Es war mit Hilfe militärischer Drohung und durch Annexion entstanden, aber ohne kriegerische Aktion. Seine Einwohnerzahl war um ca. 12 Millionen Menschen angewachsen. In seinen Grenzen wurde die Aufrüstung weitergetrieben und zusätzlich beschleunigt. Aufkeimende Bedenken, die sich auf die denkbaren Folgen der hochgradigen rüstungsbedingten Verformung der Volkswirtschaft richteten, wurden beiseite gewischt. Der siegreiche Krieg würde, so lautete das Argument, alle Probleme lösen, die seine Vorbereitung entstehen ließ. Dem Abenteurertum des Krieges ging das – noch unblutige – Abenteurertum der Hochrüstung voraus.

---

4 Thomas Mann, Bruder Hitler, in: Zeit und Werk. Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen, Berlin 1965, S. 772.

5 Von der 1933 erschienenen gekürzten englisch-sprachigen Fassung waren bis Ende 1937 35.547 Exemplare verkauft. Im Jahre 1938 hingegen fanden allein 89.285 Exemplare ihre Käufer. Die Verkaufsziffern in den USA lagen weit darunter und betrugen bis März 1939 insgesamt 21.305 Bücher einer ebenfalls gekürzten Fassung. Gerhard Schreiber, Hitler-Interpretationen 1923-1945. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 84 ff.

6 Zit. nach ebenda, S. 85.

7 Ebenda, S. 87.

8 Vgl. auch die Eintragung vom 7. Oktober 1938 in: Bertolt Brecht, Arbeitsjournal 1938–1945, Berlin 1977, S. 22: Durch die Niederlage von München wären in Prag „andere klassenkräfte ans ruder gekommen“. und der Nach-München-Staat sei „eine völlig andere rechtsperson“ geworden.

Zwanzig Jahre nach der Kapitulation des kaiserlich-imperialistischen Deutschland starrte das faschistische Deutschland von modernen Waffen. Es hatte die Fähigkeit neu gewonnen, Krieg zu führen. Unter seinen führenden Militärs waren, als die Probleme der militärischen Macht ihren akademischen Charakter verloren hatten, Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, welches Ausmaß der Krieg haben dürfte, damit er auch gewonnen werden könne. Doch war das eine bloße Episode geblieben. Die Zauderer verloren im Jahre 1938 ihre Positionen. Um Hitler formierten sich in der faschistischen Wirtschaft wie in der Naziwehrmacht die Kräfte, die geradewegs auf den Krieg zu steuerten. Das Fortschreiten dieses Prozesses war nicht weniger wichtig als der erreichte territoriale Gewinn und die daraus gezogenen Vorteile.

Auch außerhalb Deutschlands wurde gesehen, dass Deutschland inzwischen kriegsfähig gemacht worden war. Damit verband sich die Frage, ob es innerhalb des technisch und organisatorisch hochgerüsteten Staates Kräfte gäbe, die dem Kriegskurs im Wege stünden. Bertolt Brecht, sich auf Beobachtungen im Exil beziehend, notierte, kurz vor seiner Übersiedlung nach Schweden noch in Dänemark: „das pferdchen, auf das man liebsten setzt, der favorit, ist die ‚friedenssehnsucht des deutschen volkes'". Das kommentierte der Dichter so: „nun besteht tatsächlich eine furcht vor dem krieg in Deutschland, aber das ist für das regime doch nur eine psychische erstheinung oder fundierung, durch propaganda zu überwinden. es hat da gute gründe und trümpfe in der hand."[9] Brecht meinte, die Bedeutung dieser Furcht vor dem Kriege dürfe nicht überschätzt und es müsse an die geschichtlichen Beispiele gedacht werden, die dafürstünden, wie leicht sich eine Bevölkerungsmasse in einen Eroberungskrieg führen lasse.

Mit der Lösung ebendieses Problems waren die Machthaber intensiv befasst. Seit sie 1938 praktisch auf die tiefe Abneigung gestoßen waren, die weite Teile des Volkes einem neuen Kriegsabenteuer entgegenbrachten, galt die Überwindung der Diskrepanz zwischen der materiell-technischen und der militärisch-organisatorischen Kriegsbereitschaft und der Kriegsunwilligkeit als eine Hauptaufgabe faschistischer Innenpolitik. Hitler formulierte sie in der Beratung mit ca. 400 Spezialisten der Meinungsmanipulation am 10. November 1938.[10]

Wie weit die Demagogen in den folgenden fünf bis sechs Monaten mit dem Vorsatz kamen, die Mehrheit der Deutschen in eine aggressive Kriegsstimmung zu versetzen, kann anhand der Quellen nur schwer beurteilt werden. Die Beziehungskrise, die zwischen dem Regime und Millionen seiner Gefolgsleute im September 1938 entstanden war, als befürchtet wurde, die antitschechische Politik der faschistischen Führung werde in den Krieg münden, war kurzfristig, und sie wiederholte sich nicht. Daraus lässt sich jedoch nicht einfach auf gewachsene Risiko- und Kriegsbereitschaft im Volke schließen. Die aggressiven außenpolitischen Unternehmungen des Regimes im März 1939, die militärische Besetzung des tschechischen Teils der von der faschistischen Führung nun vollständig liquidierten Tschechoslowakei und die militärische Inbesitznahme des von der litauischen Regierung unter Drohung und Druck preisgegebenen Memelgebiets, vollzogen sich unter wesentlich anderen internationalen Umständen, als sie sich im September 1938 entwickelt hatten. Nach faschistischem Urteil gebührte der Nazipresse das Verdienst, dass es im März 1939 „in den entscheidungsvollen Tagen nicht zu jener nervösen und pazifistischen Stimmung gekommen" war, die im Herbst des Jahres 1938 festgestellt werden musste. Doch wurde auch zugegeben, dass die deutsche Bevölkerung von der Zerschlagung der Tschechoslowakei überrascht worden sei, so dass „Unsicherheit und Ängstlichkeit" vor möglichen Folgen des außenpolitisch-militärischen Handstreichs diesmal gar nicht entstehen konnten.[11]

Der Griff nach Prag erschütterte indessen in einer nach ihrem Ausmaß nicht zu bestimmenden anderen Weise das Vertrauen mancher Gefolgsleute zu den faschistischen Machthabern. Viele dieser Getreuen hatten bis dahin geglaubt, das außenpolitische Generalziel des Regimes richte sich aus-

---

9 Ebenda, S. 25, Eintragung vom 19. Februar 1939.

10 Den Wortlaut der Rede, die Hitler am Tage nach der Reichskristallnacht in München hielt, vgl. VfZ, 2/ 1958.

11 Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. und eingel. von Heinz Boberach, Herrsching 1984, Bd. 2, S. 246, 287 f.

schließlich auf die Zusammenfassung aller Angehörigen deutscher Nationalität in einem Staatswesen. So war es ihnen in autoritativen Erklärungen wiederholt beteuert worden. Slawen, namentlich Tschechen, hatte es geheißen, „wolle“ man nicht.

Nun erhob sich Kritik, wie die Beobachter gegnerischer und nonkonformer Stimmungen im Reich vermerkten, gegen „die völkische Unterdrückung der Tschechen“.[12] Zur Verurteilung des Gewaltaktes durch „gegnerische Gruppen“, eine Umschreibung für die politisch-organisierten Illegalen, die den Berichterstattern selbstverständlich anmutete, kam hinzu, dass nun auch in kirchlichen und liberalen bürgerlichen Kreisen „von imperialistischen Bestrebungen des Nationalsozialismus“ gesprochen wurde.[13] Faschistische Zeitungen hatten zudem gewisse Schwierigkeiten – so hieß es umschreibend –, das „erfolgte Hinausgreifen der Staatsgrenzen über den Volkstumsbereich“ demagogisch zu kaschieren. Kurzzeitig entstand, wie aus Königsberg gemeldet wurde, eine Unsicherheit im Umgang mit Begriffen wie „imperial“ und „Imperialismus“.[14]

Die Stimmen, die sich zur Zerschlagung der Resttschechoslowakei kritisch äußerten, sollen an Zahl nicht überschätzt werden. Doch gilt, dass die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Ereignis himmelweit von der Hochstimmung entfernt war, die ein Jahr zuvor der „Anschluss“ Österreichs ausgelöst hatte. Die Möglichkeiten, außenpolitische Vorkriegsakte national zu tarnen und sie dazu zu benutzen, zugunsten des Systems Begeisterung und Hysterie zu entfachen, waren ausgeschöpft. Der Übergang zu einer ideologischen und psychologischen Kriegsvorbereitung, die sich unverblümt imperialistischer Parolen bediente, versprach der deutschen Bevölkerung jedoch wenig Erfolg. Propaganda ohne Visier verbot sich zudem aus außenpolitischen Rücksichten.

Einige Quellen sprechen dafür, dass Hitler diese Situation wahrnahm. Mehrfach kam er intern auf die Frage zurück, ob sich die Stimmungslage der Deutschen vor Beginn der Schlachten zugunsten von Krieg und Eroberung noch entscheidend wandeln lasse, und beantwortete sie negativ. Zwar behauptete er in seiner Rede vor den Oberbefehlshabern im Frühjahr 1939 im Widerspruch zu den Tatsachen, das deutsche Volk befände sich „im Zustand (der) nationalen Begeisterung“, und dies treffe auch auf die Italiener und Japaner zu.[15] Doch war ihm bewusst geworden, dass die Millionen Deutschen, die sich nach einem Urteil des Sicherheitshauptamtes 1938 mehr für außenpolitische Entwicklungen zu interessieren begonnen hatten als für innenpolitische Vorgänge, unter dem Eindruck einer ungewissen Zukunft lebten und Friedensgewissheit wünschten. Auch darauf bezog sieh wohl Hitlers Feststellung, dass der „Spannungszustand auf die Dauer unerträglich“ sei.[16] Das führte ihn freilich nicht zu dem Schluss, etwas für den Abbau der Spannungen zu tun. Umgekehrt wurde ihm die durch die provozierende Außenpolitik der deutschen Regierung hervorgerufene psychische Belastung zum zusätzlichen Argument für den baldigen Kriegsbeginn. Die Spannung der Ungewissheit sollte sich in die Anspannung im Kriege entladen.

Hitler hielt im Frühjahr 1939 und in den folgenden Vorkriegsmonaten einen Stimmungsverfall zuungunsten des Regimes für möglich, falls zwischen den Eroberungen ohne Schuss und der Auslösung des Krieges zu viel Zeit verginge. Propaganda allein vermochte dem nicht vorzubeugen. Das faschistische Regime konnte das Mittel fortgesetzter Erfolgsbestechung nicht entbehren, um Millionen Deutsche wieder und wieder an sich zu binden und zu seiner stabilen Basis zu formieren. Auch später, angesichts der Ungewissheit, die sich nach dem rasch und leicht errungenen Sieg im Polenfeldzug im Volke hinsichtlich der Weiterführung des Krieges auszubreiten und in vielfältigen Friedensspekulationen zu äußern begann, gelangte Hitler zu der Feststellung: „Hinter mir steht das deutsche Volk, dessen Moral nur schlechter werden kann.“[17]

---

12 Ebenda, S. 239.
13 Ebenda, S. 215/216.
14 Ebenda, S. 289.
15 IMG, Bd. 37, S. 548, Dok. 079-L, „Bericht über Besprechung am 23.5.1939“ in der Neuen Reichskanzlei (sog. Kleiner Schmundt-Bericht).
16 Ebenda, S. 553.
17 IMG, Bd. 26, S. 336, ok. 789-PS, „Besprechung beim Führer“ am 23. November 1939.

Die Befürchtung, dass rapider Verfall der politischen Moral der Bevölkerung den Kriegsplan gefährden oder dessen Verwirklichung zusätzlich komplizieren könnte, hatte sich offenbar anhand von Erfahrungen aus dem Jahresverlauf 1938 gebildet. Die Wirtschaft des faschistischen Staates war „schon vor Ausbruch des neuen Krieges in verschiedener Beziehung (in das) Stadium einer Kriegswirtschaft“ manövriert worden.[18] Millionen Deutsche bekamen das auf die verschiedenste Weise zu spüren. Das forcierte Rüstungstempo und die anderen Maßnahmen der Kriegsvorbereitung hatten zwar noch nicht zu schwerwiegenden Abbrüchen an der Massenbasis des Regimes geführt, aber die Prozesse, die dahin münden konnten, waren in Gang gesetzt. Dass sie in ihrem Frühstadium nicht schärfere soziale Konflikte auslösten, hatte seine Ursache ebenso sehr in der Funktionstüchtigkeit des Unterdrückungsapparates wie in der Ungleichmäßigkeit und Widersprüchlichkeit der Entwicklung der materiellen und sozialen Lage der werktätigen Klassen und Schichten. Im Alltag von Millionen existierten positiv und negativ bewertete Erfahrungen und Lebensumstände nebeneinander. Unter diesen Umständen konnten die immer stärker spürbaren nachteiligen Auswirkungen der Hochrüstung auf das Leben der Produzenten bis zu einem gewissen Grad kompensiert werden.

Vor allem profitierte das Regime stimmungsmäßig noch immer von der Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit 1938 faktisch beseitigt war. An ihre Stelle war ein schier unerschöpflicher Arbeitskräftebedarf getreten, so dass Hunderttausende von Erwerbslosen im neugewonnenen Österreich und in den Sudetengebieten alsbald Verdienstmöglichkeiten erhielten. Im „Altreich“ stiegen die Familieneinkommen weiter, weil sich die Zahl beschäftigter Familienangehöriger vergrößerte und der Arbeitstag über acht Stunden hinaus verlängert wurde. Diese positiv bewertete Tatsache der Verfügbarkeit von mehr Geld verlor offenbar dadurch nicht vollständig an Wirkung, dass eine spürbare Verknappung bei bestimmten Lebensmitteln und bei Industriewaren des zivilen Bedarfs eintrat.[19]

Auch die Masse der Angestellten konnte ihre Arbeitsplätze und Einkünfte als gesichert ansehen. Besonders die geringer bezahlten unteren Kategorien der Angestelltenschaft litten aber unter dem Preisanstieg für Konsumgüter, zumal sie – anders als Fach- und Spezialarbeiter – die zunehmende Konkurrenz um Arbeitskräfte selten zugunsten eigener Einkommenserhöhung auszunutzen vermochten.[20]

Die gewachsene kaufkräftige Nachfrage eröffnete Zehntausenden von Einzelhändlern die Möglichkeit, höhere Umsätze zu erzielen und dadurch ihren Verdienst zu erhöhen. Dieser Vorteil wurde offenbar dadurch nicht gänzlich wettgemacht, dass die faschistischen Behörden die Einzelhandelsspannen beträchtlich beschnitten. Manchem Händler kam auch die Liquidierung des jüdischen Einzelhandels und der Verbrauchergenossenschaften zugute, die Chancen der Umsatzsteigerung eröffneten.[21]

Mit der gestiegenen Zahlungsfähigkeit weiter Bevölkerungskreise hatten sich auch die Aufträge für die Handwerksbetriebe vermehrt. Dem stand freilich gegenüber, dass deren Zugriff zu den streng bewirtschafteten rüstungswichtigen Rohstoffen immer schwieriger wurde.[22]

Absatzprobleme kannten die deutschen Bauern 1938 nicht mehr. In ihren Kreisen, aus denen der Nazipartei so viele frühe Gefolgsleute zugelaufen waren, gab es indessen vielfältige Klagen über die faschistische Landwirtschaftspolitik. Die weiter um sich greifende Landflucht, verursacht durch den Anreiz der höheren Industrielöhne und den Wunsch, der Stupidität des Dorflebens zu entflie-

---

18 Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. 1: 1939-1941, Berlin 1969, S. 13.

19 Meldungen aus dem Reich 1938-1945, Bd. 2, 1. Vierteljahreslagebericht 1939, S. 298 f. Es hieß, dass die Verknappung von Butter, Speisefett und Speiseöl „noch eine Verschärfung“ erfahren habe; es fehle insbesondere an Wäschestoffen, Baumwollwaren und Berufsbekleidung.

20 Ebenda, S. 300. Dennoch mußten, um die Abwanderung von Angestellten in besser bezahlte Berufe und Tätigkeiten aufzuhalten, Zugeständnisse durch Gehaltserhöhungen gemacht werden.

21 Ebenda, Jahreslagebericht 1938, S. 166, 168 f., 172.

22 Ebenda, S. 174.

hen, wurde zum stärksten Hemmnis der Produktions- und damit der Einkommenssteigerung von Mittel- und Großbauern. Auch die Reglementierung von Anbau, Viehhaltung und Absatz bildete eine Quelle ständiger Unzufriedenheit, die sich vor allem gegen die Organisation des Reichsnährstandes richtete.[23] Politisch dürfte diese Missstimmung den Machthabern wegen der Vereinzelung der bäuerlichen Existenzen indessen am wenigsten problematisch erschienen sein.

Die faschistische Führung musste sich Ende 1938 folglich fragen, wie die Masse der Bevölkerung auf eine längerfristige und sich verschärfende Belastung durch die Rüstungswirtschaft reagieren würde. Sie hatte gleichzeitig zu veranschlagen, dass die kriegsorientierte Wirtschaftspolitik in der Volkswirtschaft immer mehr und viele unwägbare Probleme schuf. Faktisch war sie bereits hochgradig deformiert. In ihr hatte sich ein Bündel von Widersprüchen entwickelt, in dem diejenigen zwischen der angeheizten Rüstungsproduktion mit der Aufblähung der Abteilung 1 und der gedrosselten Zivilproduktion mit der zunehmenden Verkümmerung der Abteilung II, zwischen der Konzentration auf den durch Staatsaufträge enorm erweiterten Inlandmarkt und einer Abwendung von den Auslandsmärkten mit den entsprechenden devisenpolitischen Folgen, zwischen der Ausweitung der Produktion und dem katastrophendrohenden Zurückbleiben des Transportwesens die wichtigsten waren.[24]

Weder die sozialen Auswirkungen der Rüstungspolitik auf die Massen noch die aus ihr herrührenden Probleme für die künftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft waren jedoch derart beschaffen, dass sie die Führung des Regimes vor die Wahl gestellt hätten, in den Krieg zu fliehen oder einer Revolution oder einer Art von Palastrevolte entgegenzutreiben. Vor der Revolution schützten die nachhaltigen Folgen der schweren Niederlage, die der Faschismus der Arbeiterklasse 1933 zugefügt hatte. Die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung wirkten illegal im Untergrund, waren aber von der Bevölkerungsmehrheit weitgehend isoliert worden. Das hatte sich auch während der Septemberkrise 1938 gezeigt.[25]

Gegen eine Revolte opponierender Kräfte aus den ökonomischen und militärischen Eliten sicherte sich das Regime durch die – oben erwähnte – Ausschaltung der Gegner eines überstürzten Kriegsabenteuers. Mehr noch war es gegen diese Möglichkeit aber dadurch gewappnet, dass die einflussstärksten Kreise des Monopol- und Großkapitals, die den Faschismus etabliert hatten, mit diesem Regime zu den vorausberechneten Vorteilen gelangt waren. Hitler war nicht nur im Urteil „tumber Toren“, sondern auch nach der nüchternen, auf Bilanzen gestützten Bemessung der Großbourgeoisie zu einem wahren Wundertäter geworden.

Während die faschistische Propaganda weiter mit der Parole vom „nationalen Sozialismus“ operierte, stellte eine interne Bilanz mit selbst in Geheimdokumenten seltener Offenheit fest: „Als Hauptnutznießer der größen- und kapitalmäßigen Ausdehnung der Entwicklung im Jahre 1938, die sich in Überbeschäftigung und in risikolosen hohen Gewinnen der Industriewirtschaft ausdrückte, erscheinen die Großbetriebe und Konzerne.“ Diese Tatsache wurde als zwangsläufige Folge der Rüstungspolitik gewertet, die sich auf die Großunternehmen habe stützen müssen. Daraus sei wiederum zu erklären, dass „seit der Machtübernahme“ eine Verlagerung des Kräfteverhältnisses „zugunsten der Großbetriebe und Konzerne“ eingetreten sei. Sie wäre nicht nur das dem Kapital quasi automatisch zugefallene Ergebnis der staatlichen Politik, sondern auch Resultat eigenen Machtstrebens dieser

---

23 Schon der Jahresbericht für 1938 stellte fest, dass der „Höhepunkt der Erzeugungsschlacht“ offenbar erreicht sei. Ebenda, S. 159. Im Bericht für das 1. Vierteljahr 1939 hieß es dann, die „Anzeichen eines Stillstands bzw. Rückgangs der Erzeugungsschlacht“ würden zunehmen (S. 295).

24 Die schwerwiegendste Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung für das 1. Quartal 1939 lautete, dass eine Überbeanspruchung der im „Gesamtreich vorhandenen bzw. durch das Gesamtreich mobilisierten Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Rohstoffe und sonstige(r) für die Produktion bzw. (den) Bau von Anlagen notwendigen Halbfertigwaren und anderen Materialien“ eingetreten sei. Ebenda, S. 292.

25 Referat Wilhelm Piecks auf der „Berner Konferenz“ am 30. Januar 1939 und Diskussionsbeitrag Otto Niebergalls, in: Die Berner Konferenz der KPD (30. Januar-1. Februar 1939). Hrsg. und eingel. von Klaus Mammach, Berlin 1974, S. 62 f., 103.

„wirtschaftlichen Gebilde“.[26] Die unverblümten Feststellungen entsprangen, wie dem Text anzumerken ist, nicht offener Parteinahme für das Finanzkapital; dessen Nutznießerschaft wurde als Ausfluss des Kurses auf das „wehrwirtschaftliche Interesse“ gewertet, nicht aber als Ausdruck des Wesens faschistischer Herrschaft.

War die Entwicklung im Vorkrieg also auch nicht zu einem Punkt gelangt, da aus ihr durch dramatische Wendungen herrschaftsbedrohende Situationen entspringen konnten, so legte eine unbeschönigte Analyse doch die Einsicht nahe, dass der eingeschlagene Kurs nicht ad infinitum fortgetrieben werden konnte. Dem Risiko weiterer Vorkriegsanstrengungen stand das freilich mindestens ebenso schwer kalkulierbare Risiko baldigen Kriegsbeginns gegenüber. Zwischen beiden Möglichkeiten musste eine Entscheidung getroffen werden. Hitler hatte sich, gestützt auf die aggressivsten Kräfte der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten, zugunsten des kürzesten Wegs in den Krieg entschieden. Dieser Gedankenschritt, der am 20. April 1939 hinter ihm lag, spricht gegen die These, er sei ein „schwacher Diktator“ gewesen.[27] In der für das System und die europäische Geschichte entscheidenden Frage, der Wahl zwischen Krieg und Frieden, spannte er sich vor alle jene imperialistischen Kräfte, die frühzeitig und „blitzartig“ zuschlagen wollten, zog er andere mit, die noch nach stärkeren Siegesgarantien strebten.

Diese vorwärtsdrängende und extrem kriegstreiberische Rolle Hitlers gewann in den seinem 50. Geburtstag unmittelbar vorausgehenden Wochen erheblich an Bedeutung; denn die europäische Situation begann sich – freilich schleppend – zuungunsten des deutschen Imperialismus zu wandeln. Nicht mehr alle in Europa fließende Wasser, um Thomas Manns Sprachbild zu zitieren, trieben Hitlers Mühlen. Der sich anbahnende Wandel war durch die Vernichtung der Resttschechoslowakei ausgelöst und eingeleitet worden. Dieser provozierende Bruch des Münchener Abkommens dämpfte die Erwartungen derjenigen großbürgerlichen Kreise Großbritanniens und Frankreichs sehr, die auf eine Generalverständigung mit dem faschistischen Deutschland spekuliert und auf sie hingearbeitet hatten.

In der politischen Führerschaft Großbritanniens musste man sich auf neue Entwicklungsmöglichkeiten einrichten und auch einen Krieg unter eigener Beteiligung in die Rechnung einbeziehen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde gefordert; ohne sie war das Land nicht in der Lage, auf dem Kontinent wirkungsvoll in einen Krieg einzugreifen.[28] Unter innenpolitischen Druck geraten, schlug Chamberlain, nachdem die Hakenkreuzfahne über der Prager Burg wehte, öffentlich neue Töne an. In einer Rede in Birmingham warnte er am 18. März nun seinerseits Hitler – freilich ohne eine ausdrückliche Adressierung auszusprechen – den Willen Großbritanniens zu unterschätzen, seine Interessen auch bewaffnet zu wahren.[29] Noch vollzog sich keine vollständige Abkehr Großbritanniens vom Kurs der Münchener Politik, aber seine Modifizierung setzte ein. Den Kräften der konservativen Opposition und deren Haupt Winston Churchill galt die Korrektur als zu geringfügig. Sie forderten, die Londoner Regierung möge auf die Initiative der Sowjetunion eingehen und gemeinsam mit Frankreich eine politisch-militärische Allianz schaffen, die den deutschen Imperialismus von einem Kriegsabenteuer abschrecken oder die Voraussetzungen schaffen könnte, ihm im Kriege eine frühzeitige Niederlage zu bereiten.[30]

In der Tat hatte die UdSSR die durch die Liquidierung der Resttschechoslowakei entstandene neue Lage zu dem Versuch genutzt, die in München geschaffene Front vollständig aufzusprengen und

---

26 Meldungen, Bd. 2, Jahreslagebericht 1938, S. 187 f.

27 Im Urteil von Zeitgenossen fand sie sich schon, so beispielsweise apostrophierte Thomas Mann Hitler als den „großen Feigling und Erpressungspazifisten, dessen Rolle am ersten Tag eines wirklichen Krieges ausgespielt wäre“. Thomas Mann, S. 778.

28 Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erfolgte nach langwierigen parlamentarischen Auseinandersetzungen erst am 26. Mai 1939.

29 Vgl. auch William L. Shirer, Das Jahrzehnt des Unheils. Meine Erlebnisse und Erfahrungen in Deutschland und Europa 1930-1940, Bern 1986, S. 284 f.

30 W. G. Truchanowski, Winston Churchill. Eine politische Biographie, Berlin 1972, S. 301.

durch einen Zusammenschluss der nichtaggressiven Mächte für sich selbst mehr außenpolitische Sicherheit zu gewinnen. Sie war aber schon mit ihrem ersten diplomatischen Schritt, dem Vorschlag zu einer Konferenz europäischer Groß- und Kleinstaaten, bei keiner kapitalistischen Regierung auf ein positives Echo gestoßen.[31] Sie glaubten, so geringfügig ihre eigenen Kräfte und Mittel auch waren, alle noch, sich ohne und besser ohne – die UdSSR behaupten zu können. So ging auch von Kleinstaaten wie Polen und Rumänien keinerlei Druck auf die beiden kapitalistischen Großmächte in Westeuropa aus, der den oppositionellen, die eigene Gefährdung erkennenden Kreisen hätte voran helfen können.

Die hier nur in Umrissen skizzierte europäische Entwicklung nach dem 15. März 1939 lag auch für weniger informierte Beobachter zutage, als es die faschistischen Führer in Deutschland waren. Wenn auch noch unklar blieb, welche Tendenz sich letztlich durchsetzen würde, so deutete doch nichts auf jähe Wendungen hin. Ein antifaschistisches Staatenbündnis zeichnete sich nicht ab. Mehr noch: in Europa war der Faschismus weiter auf dem Vormarsch.

Nach dreijähriger Verteidigung fiel Madrid am 28. März in die Hände der Faschisten, und das Ende der letzten republikanischen Bastionen stand bevor. Die nichtfaschistischen Mächte nahmen es dadurch vorweg, dass sie die neuen Machthaber Spaniens, die einzig mit Hilfe der Achsenmächte Deutschland und Italien sich hatten durchsetzen können, sogleich diplomatisch anerkannten. General Francisco Franco steuerte den faschistischen Staat diplomatisch an die Seite der antikommunistischen Hauptmächte und erklärte am 7. April den Beitritt zum Antikominternpakt. Diesen Schritt war die Regierung des faschistischen Ungarn schon am 23. Februar 1939 gegangen, die am 11. April auch den Austritt aus dem Völkerbund erklärte, nachdem sie aus der Zerschlagung der Tschechoslowakei eigenen Landgewinn hatte ziehen können. Zu den Erfolgen, die bei der Konsolidierung und Machtausweitung des europäischen Faschismus erzielt wurden, gehörte schließlich der militärische Handstreich, mit dem sich Italien am 7. April Albanien einverleibte, wodurch es einen Brückenkopf auf dem Balkan gewann.

Während also im März/April in Europa einerseits weithin ergebnislos diplomatische Kontakte angebahnt wurden, veränderten die faschistischen Mächte die Landkarte des Kontinents. Binnen eines Monats hatten drei von ihnen – Deutschland, Italien und Ungarn – ihr Gebiet vergrößert. Und mit Spanien und der Slowakei waren zwei neue faschistische Staaten entstanden. Wohin und wie weit sollte das führen? Nicht zu einer Zerstückelung Polens! So lautete die Antwort, welche die Regierung Großbritanniens in einem zunächst einseitigen außenpolitischen Akt erteilte. Chamberlain erklärte am 31. März 1939 vor dem Unterhaus, sein Land werde für die Unabhängigkeit Polens kämpfen, wenn dessen Regierung selbst einem Angriff bewaffneten Widerstand entgegensetzen würde.[32]

Diese Verlautbarung, der Frankreich beitrat, bedeutete für den Kriegsplan des deutschen Imperialismus und für Hitlers Versuch, Polen vor dessen Vernichtung politisch-militärisch zu isolieren, den Störfall schlechthin. Davon zeugte auch, dass sich Hitler keine Zeit ließ, auf die britische Garantie-Erklärung für Polen zu antworten. Er hatte sich nach dem 15. März mit der Inbesitznahme der neugewonnenen Gebiete persönlich nicht lange aufgehalten. Nach seinem Einzug auf der Prager Burg hatte er hastig das annektierte Brünn besucht und sich dann im eben militärisch besetzten Memel gezeigt, wohin er an Bord eines Schlachtschiffes gekommen war. Für die ersten Apriltage plante er eine kurze Seereise auf der Nordsee, die er auf dem Flaggschiff der KdF-Flotte unternehmen wollte. Zu diesem Zweck reiste er nach Wilhelmshaven, um sich dort einzuschiffen. Zuvor hielt er – am 1. April – auf dem Rathausplatz der Hafenstadt vor einer versammelten Menge eine Rede, in der er auf die Reaktionen des Auslands – und vor allem auf die Großbritanniens – antworten wollte, die durch die Zerschlagung der Resttschechoslowakei verursacht worden waren. Der geographische Ort bot sich dafür besonders an.

---

31 Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden. Hrsg. von einer Hauptredaktionskommission unter dem Vorsitz von A. A. Gretschko, Berlin 1975, Bd. 2, S. 153.

32 Shirer, S. 285.

Vor dieser Rede ergingen einige von der Regel abweichende Anordnungen über deren Verbreitung. William L. Shirer berichtete, dass ihm eine direkte Übertragung der Ansprache in die USA unmöglich gemacht wurde.[33] Das könnte darauf hindeuten, dass Hitler den Gebrauch erst noch kontrollieren wollte, der sich von dieser Ad-hoc-Reaktion machen ließ. Sei dem, wie es sei: Hitler verzichtete auch diesmal nicht auf seine Verständigungs- und Friedensdemagogie, wobei sich die Wendung „Deutschland denkt nicht daran, andere Völker anzugreifen" nach dem Einfall in Böhmen und Mähren blasphemisch ausnahm. Dann attackierte er alle, die Deutschland angeblich einkreisen wollten. Schließlich ging er zur nackten Drohung über: „sollte sich jemand messen wollen", so wäre das faschistische Deutschland bereit.[34] Offensichtlich glaubte Hitler, er könne Polens Isolierung durch die Einschüchterung Großbritanniens erreichen, eine Einschüchterung durch Worte und durch – Kriegsschiffe. Denn bevor Hitler redete, hatte er mit der gesamten Admiralität am Stapellauf eines Schlachtschiffs teilgenommen. Es war auf den Namen Alfred v. Tirpitz getauft worden, des kaiserlichen Admirals und Ministers, der ein Einpeitscher des maritimen Wettrüstens gegen England gewesen war. Auch die Schiffsreise auf der Nordsee wurde genutzt, die gewachsene Seemacht zu demonstrieren. Zu diesem Zweck wurde auf offener See eine Begegnung mit Unterseeboten arrangiert, von deren Besitz sich die Nazi-Admiralität ein Gegengewicht gegen die Überlegenheit der britischen Überwasserstreitkräfte erhoffte, die durch kein noch so ehrgeiziges Rüstungsprogramm zu beseitigen war.

Kurzum: dass sich die deutsch-britischen und in ihrem Gefolge auch die deutsch-französischen Beziehungen zu verschlechtern begonnen hatten, konnte Ende März/Anfang April 1939 niemandem verborgen bleiben, der dem Gegenstand auch nur geringe Aufmerksamkeit schenkte. Großbritannien und Frankreich hatten nach dem 15. März ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland aufrechterhalten, ihre Botschafter jedoch demonstrativ aus Berlin zurückgerufen. Dahin waren sie noch nicht wieder zurückgekehrt. Das taten sie auch bis zu den Geburtstagsfeierlichkeiten nicht.

Bevor sie begannen, trat ein Ereignis ein, das eine moralische Bestärkung derjenigen europäischen Kräfte bedeutete, die an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert waren. Erstmals mischte sich Präsident Franklin D. Roosevelt demonstrativ in die kritische europäische Entwicklung ein. Das konnte nur als Ausdruck der – in den Vereinigten Staaten nicht unumstrittenen – Erkenntnis gewertet werden, dass die USA früher oder später in die Ereignisse hineingezogen werden würden und folglich vor der Alternative standen, den Prozessen ihren Lauf zu lassen oder – gemessen an der Situation, wird man sagen müssen: verspätet – zu versuchen, sie zu beeinflussen. In einem Telegramm, das unmittelbar durch die Liquidierung Albaniens veranlasst worden war, wandte sich Roosevelt an Mussolini und an Hitler mit der Frage, ob sie bereit wären, namentlich genannten Staaten – insgesamt waren es 31, worunter sich faktisch alle europäischen Staatswesen und auch die UdSSR befanden – zuzusichern, deren Territorium weder anzugreifen, noch es als Durchmarschgebiet zu benutzen.[35]

Später wurde darüber gerichtet, ob der Telegrammtext ein Meisterstück der diplomatischen Auseinandersetzung mit den faschistischen Regimen darstellte. Wesentlicher war, dass das Hervortreten der USA jene ermuntern konnte, die in Großbritannien und Frankreich sich gegen ein weiteres Zurückweichen vor dem kriegerisch-erpresserischen Druck der Achsenmächte wandten. Roosevelt begünstigte eine noch nicht erreichte Wende in der Deutschlandpolitik der beiden Mächte. Diesem Schritt folgte in den nächsten Monaten allerdings kein weiterer, der den Prozess kollektiver europäischer Sicherheitsbildung befördert hätte.[36]

Hitler hatte am 15. April aus Washington so etwas wie ein vorzeitiges Geburtstagsgeschenk erhalten, auf das er eine Erwiderung nicht sofort parat hatte, so dass er, anders als im Falle des britischen

---

33 Ebenda, S. 286.
34 VB, 4. April 1939.
35 N. N. Jakowlew, Franklin D. Roosevelt. Eine politische Biographie, Berlin 1977, S. 353.
36 Ebenda, S. 358.

Schritts zugunsten Polens, zunächst schwieg. Inzwischen war bei einem Besuch des polnischen Außenministers Beck in London zwischen den beiden Mächten zudem ein Beistandspakt unterzeichnet worden, dessen militärischer Wert gering veranschlagt werden mochte, der aber ein weiteres Indiz dafür war, dass sich das faschistische Deutschland in außenpolitische Schwierigkeiten manövrierte. Nicht auf diese Komplikationen, sondern auf die Macht des Faschismus sollte die Volksaufmerksamkeit in den folgenden Tagen gelenkt werden. Daher ließ Hitler bekanntgeben, er werde Roosevelt erst am 28. April in einer Rede vor dem faschistischen Reichstag antworten.

Die Nachricht verlautete am 17. April. Sie war dem Reichspropagandaministerium eine Sonderpressekonferenz wert, auf der den Nazijournalisten die Vertagung bis nach dem „Geburtstag des Führers“ mitgeteilt wurde. Inzwischen sollten sie Roosevelts Botschaft mit scharfen Kommentaren versehen, dabei jedoch den Eindruck vermeiden, es handele sich um offizielle Verlautbarungen.[37] Dieses Vorgehen beweist, dass die faschistische Führung, die diplomatisch in die Defensive geriet, nicht auch auf dem Felde der Inlandsund der Auslandspropaganda ins Hintertreffen kommen wollte. Doch ihr „Krieg“ der Gegenerklärungen zeigte schon an, dass der deutsche Imperialismus an jenem Punkte angekommen war, an dem die Methode „friedlicher“ Eroberungen hinter ihm lag. Die Zahl der „vereinzelten, hilflosen Opfer“ hatte sich erschöpft. Hitler müsste, so meinte Heinrich Mann, „gegen eine Koalition von Großmächten seinen Krieg entfesseln und müsste ihn an mindestens zwei Fronten führen. Das ist seine Lage. Er fängt an, sie zu begreifen.“[38] In welchem Grad er das vermochte, und welche Schlussfolgerungen er dann zog, das war aber das Ausschlaggebende.

Jenen Zweifrontenkrieg, den das kaiserlich-imperialistische Deutschland seit 1914 geführt hatte, meinte Hitler gerade vermeiden zu können. Davon überzeugte er sich offenbar auch während eines Gesprächs, zu dem er wenige Stunden vor dem Beginn seiner Geburtstagsfeierlichkeiten am 19. April den Außenminister Rumäniens empfing.[39] Gafencu, der vor seiner Reise nach Berlin in Warschau mit Außenminister Beck gesprochen hatte, versicherte Hitler das Desinteresse seiner wie der polnischen Regierung an einer Verständigung mit der Sowjetunion. Ohne die Mitwirkung dieser beiden Staaten, die sich wie ein Sperrriegel zwischen Deutschland und die UdSSR legen ließen, mussten aber alle denkbaren Abmachungen über koordinierte militärische Maßnahmen der UdSSR, Frankreichs und Großbritanniens nur akademische Übungen bleiben.

Auch in einem anderen Punkte bedeutete das Gespräch eine weitere Ermutigung für Hitler. Er betraf die nach wie vor prekäre Rohstofflage Deutschlands. Rumänien werde sich, so beteuerte Gafencu, strikt an den zwischen beiden Staaten am 23. März geschlossenen umfassenden Handelsvertrag halten und Deutschland die unentbehrlichen Rohstoffe – vor allem Erdöl – liefern. Diese Erklärung war umso wichtiger, als sich in Rumänien der Faschismus zwar auf den Vormarsch befand, das Land aber außenpolitisch von Großbritannien heftig umworben wurde, das ihm – ebenso Griechenland – erst vier Tage vor dem Berlin-Besuch Gafencus eine Garantieerklärung gegeben hatte. London war auch die nächste Station der diplomatischen Reise des rumänischen Außenministers, und dorthin, gerichtet an Chamberlain und Gafencus kommenden Gesprächspartner Halifax, gab Hitler eine Nachricht mit. Sie war mit der in Wilhelmshaven ausgesprochenen identisch: „Wenn England Krieg wolle, so könne es ihn haben ...“[40]

Buchstäblich bis in die letzten Stunden vor der ihm geltenden Gratulationscour, die bereits am Abend des 19. April begann, befasste sich Hitler demnach mit der Vorbereitung des Krieges gegen Polen, mit der Isolierung des nächsten Opfers. Das spricht, worauf zurückzukommen sein wird, gegen das Klischee, das ihn als notorischen Faulpelz erscheinen lässt. Er befand sich in einer Phase äußerster nervlicher Anspannung. Nichts deutet darauf hin, dass ihn die außenpolitischen Entwick-

---

37 Walter Hagemann, Publizist im Dritten Reich, Hamburg 1948, S. 392.

38 Heinrich Mann, Die Geburtstagsrede, in: Heinrich Mann, Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin 1973, S. 344.

39 Grigore Gafencu, Europas letzte Tage. Eine politische Reise im Jahre 1939, Zürich 1946, S. 92 ff.

40 ADAP, Serie D., Bd. VI, S. 241, 243.

lungen nach dem 15. März in seinen Entschlüssen ernstlich irritiert hätten. Sein Stern schien ihm noch weit vom Zenit entfernt. Welcher andere Staatsmann hatte in wenig mehr als einem Jahr, gemessen seit seinem Einzug in Wien, Erfolge erreicht, die den seinen auch nur nahekamen?

Inzwischen steuerte das Reichspropagandaministerium nach dem Rezept, das im Vorjahr während der Kampagne gegen die Tschechoslowakei erprobt worden war, die antipolnische Vorkriegshetze. Wie 1938 mit den Meldungen von den aus dem Sudetenland flüchtenden Deutschen nationalchauvinistische Gefühle gegen die Tschechen mobilisiert worden waren, so sollten Meldungen über die aus Polen in Danzig eintreffenden Flüchtlinge jetzt die Meinung verbreiten helfen, dass „etwas“ geschehen müsse, weil es so nicht weitergehen könne. Dieses „Etwas“ waren: Einmischung, Intervention, Aggression.

Mit der Ausarbeitung der Pläne für den „Geburtstag des Führers“ wurde bereits Ende 1938 begonnen. Die Federführung lag herkömmlich beim Reichspropagandaministerium, also in den Händen von Joseph Goebbels. In dem Ministerium existierte eine eigene und stets hochbeschäftigte Dienststelle für die nazistischen Großkundgebungen, die ein SA-Brigadeführer namens Fink leitete. Am 5. Januar 1939, nachdem Goebbels seine Zustimmung erteilt hatte, wurde das dort ausgearbeitete „Rohprogramm“ für die Veranstaltungen des 20. April 1939 der Adjutantur des Führers übersandt, die Hitlers Einwilligung erwirken sollte.[41]

Das Interesse, das dieser erste Entwurf beanspruchen kann, ergibt sich vor allem aus den Abweichungen, die zwischen ihm und dem endgültigen Programm für den Festtag existieren. Sie entstanden in einem mehrstufigen Bearbeitungsprozess, in dem der Geburtstag Hitlers erst ganz den Zwecken eingepasst wurde, denen er zugeordnet werden sollte. Der ursprüngliche Entwurf bewegte sich gedanklich noch vollständig in den Ritualen, die alljährlich die Feierlichkeiten zu „Führers Geburtstag“ geprägt hatten.[42] Damit wollte sich am wenigsten Hitler begnügen.

Allerdings machte das „Rohprogramm“ vom Jahresanfang 1939 schon zwei Leitlinien kenntlich, die über alle Veränderungen hinweg festgehalten wurden. Wie bei ähnlichen Massenveranstaltungen sollte eine spektakuläre Selbstdarstellung des Regimes und seiner Macht erfolgen und damit verbunden der Kult um Adolf Hitler gesteigert werden. Während dieser sich aber bereits als Feldherr kommender Schlachten und Siege dachte, schlugen ihm die Bürokraten noch vor, sich am 20. April 1939 mehrfach als der „erste Baumeister der Nation“ ins Blickfeld zu rücken. Hitler sollte, einer noch unausgereiften Idee Albert Speers, des Generalbauinspekteurs der Reichshauptstadt, folgend, an verschiedenen Orten Berlins Grundsteinlegungen vor- und also eine Pose einnehmen, in der er sich seit 1933 mit Vorliebe zur Schau gestellt hatte. Ein Verwaltungsgebäude der AEG oder der Allianz-Versicherung, das faschistische Ärztehaus oder ein Komplex im immer weiter zusammenschrumpfenden Wohnungsbauprogramm wurden in Erwägung gezogen, um Hitlers so gedachtem Auftritt Kulisse zu bieten. Alles das verschwand auf einer frühen Stufe aus den weiteren Planungen. Und man geht in der Annahme kaum fehl, dass dies geschah, weil Gesten der gedachten Art dem Tag ein unwillkommenes friedliches Gepräge gegeben haben würden. Als dürftiges Symbol faschistischer Sozial- und Gesundheitspolitik blieb einzig der Vollzug des ersten Spatenstichs für eine Sportanlage am Rande Berlins. Hitler nahm daran nicht teil. Der Berliner Stadtpräsident Julius Lippert, Reichssportführer Hans v. Tschammer und Osten und Speer, die die Naziprominenz vertraten, gaben bei dieser Gelegenheit das haltlose Versprechen, es handle sich um die erste von sechzig Einrichtungen der gleichen Art.

---

41 BA, Koblenz, NS 10/46, B1. 4, Schreiben des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an die Adjutantur des Fuhrers vom 5. Januar 1939.

42 Dies wird hervorgehoben von Peter Bucher, Hitlers 50. Geburtstag. Zur Quellenvielfalt im Bundesarchiv. in: Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte. Hrsg. von Heinz Boberach und Hans Booms, Boppard/Rhein 1977. Diese traditionelle Komponente verabsolutiert Bucher indessen und gelangt zu dem – wie zu zeigen sein wird – nicht stichhaltigen Gesamturteil, dass Hitlers Geburtstagsfeiern „unabhängig von den aktuellen politischen und militärischen Ereignissen“ geplant und ausgeführt worden seien, „jedenfalls bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges“ (S. 445).

In das militaristische Generalkonzept für die Feierlichkeiten passte schließlich nur einer der die faschistischen Bauten betreffenden Vorschläge des frühesten Entwurfs: der Staatsakt zur Eröffnung eines Straßenzuges im Zentrum Berlins. Die Faschisten nannten ihn „Ost-West-Achse“ und gaben ihn als Beginn einer durchgreifenden modernen Neugestaltung der „Reichshauptstadt“ aus. Diese Verkehrsader war von vornherein auch als Kulisse mächtiger Demonstrationen gedacht. Ihre erste Bestimmung bestand darin, der Wehrmachtsparade zu Hitlers Ehren Raum zu bieten. Diese Parade war schon im ersten Entwurf für die Festlichkeiten vorgesehen, hatten doch aus gleichem Anlass in den Jahren zuvor militärische Aufmärsche stattgefunden. Das Ausmaß des diesmaligen war freilich nicht erkennbar und nicht im Propagandaministerium zu bestimmen. Es hatte lediglich den Wunsch angemerkt, dass 1939 auch Einheiten der Polizei am Defilee teilnehmen könnten.[43]

Bevor Wehrmachtsstiefel aber auf der Prachtstraße dröhnen und Panzerketten über sie hinwegfahren sollten, war an ihre höchst feierliche Einweihung gedacht. Sie sollte am Vorabend des Geburtstages mit abendlich-nächtlicher Illumination erfolgen und Hitler die Gelegenheit geben, sich den an die Straßenränder kommandierten oder freiwillig sich dort einfindenden Gefolgsleuten in grellem Licht zu zeigen. Das war eine Idee nach dem Geschmack Hitlers, die mit einer allerdings charakteristischen „kleinen“ Änderung auch ausgeführt wurde.

In keiner Phase der Planung war daran gedacht worden, unter den – noch zu erwähnenden – Gruppen von Gratulanten auch eine Abordnung der nazistischen Deutschen Arbeitsfront vor Hitler erscheinen zu lassen. Das lief, da andere – wie die Faschisten vernebelnd formulierten – „Stände“ dem Führer ihre Aufwartung machen konnten, auf eine gewisse Hintansetzung der Arbeiter hinaus. Es war entweder Goebbels selbst oder einer der aus seinem Holze geschnittenen Mitarbeiter des Propagandaministeriums, der auf die Idee kam, diesen Mangel im demagogischen Kalkül dadurch zu beseitigen, dass aus der Schar derer, die am Bau der „Ost-West-Achse“ teilgenommen hatten, ein leibhaftiger Arbeiter für einen Moment vor Hitler treten sollte. Demnach würde sich, sobald dieser am Ausgangspunkt des Straßenzuges eingetroffen war, ein Maurerpolier mit kurzer Ansprache, eher einer Art militärischer Meldung, an ihn wenden. Überdies sollte danach, als eine weitere wohlberechnete Geste, eine Gruppe jener vielberufenen „Arbeiter der Faust“, die beim Straßenbau beschäftigt gewesen waren, in einigen Omnibussen der Autokolonne folgen dürfen, die sich mit Hitler an der Spitze durch das Menschenspalier bewegen würde.

Beide Vorschläge wurden aus dem „Minutenprogramm“ gestrichen; und Maurerpolier und Omnibusmitfahrer waren aus dem erneut überarbeiteten Programm bereits am 16. April verschwunden.[44] Hitler hatte fraglos selbst entschieden, dass ihm, bevor die Nobelkarossen vom Mercedes-Typ mit den auserwählten obersten Führern sich seinem Wagen zur Fahrt über die Prachtstraße anschlossen, lediglich Speer deren Fertigstellung meldete. Den Erbauern der Straße wurden im endgültigen Ablaufplan Schauplätze auf beiden Seiten der „Achse“ zugewiesen.

Die Episode, so nebensächlich sie ist, charakterisiert auf eigene Weise doch das Regime und Hitler. Der gänzliche Verzicht auf seine direkte Begegnung mit einem einzigen ausgesuchten Arbeiter drückte aus, wie abgrundtief verlogen die Legende vom „Führer“ als dem angeblichen einstigen Bauarbeiter war, der die Qual extremer körperlicher Arbeitsanstrengung am eigenen Leibe erfahren habe und deshalb mit den Schwerarbeitenden so besonders verbunden sei. Die Arbeiterklasse, der Hitler nicht einmal zeitweilig angehört hatte, und deren Gedanken- und Gefühlswelt er trotz aller gegenteiligen Beteuerungen weltenfern stand, interessierte ihn stets nur als Teil der Masse. Auf sie konnte er freilich, da er mit ihr, aber gegen sie Geschichte machen wollte, nicht verzichten. Wo es sich vermeiden ließ – das war nicht immer möglich, wie sich anlässlich der Einweihung des Gebäudes der Neuen Reichskanzlei gezeigt hatte – sollten die kapitalistischen Lohnarbeiter als besondere soziale Gruppe nirgendwo mehr hervortreten. Konnte sie das Regime schon nicht abschaffen, so wollte es die Proletarier in der von ihm gestellten Öffentlichkeit hinter dem „Volksgenossen“ ver-

---

43 BA, Koblenz, NS 10/127, Bl: 40-42, Rohentwurf.

44 Ebenda, Bl. 48 f.

schwinden lassen. Als solcher tauchten sie in den Sprachregelungen des Regimes auf, die die Wirklichkeit verdecken, aber sie nicht umstülpen konnten.

Die Masse wurde für den „Geburtstag des Führers“ als Hauptteil der Machtkulisse gebraucht. In Spalieren ergriffenen und jubelnden Menschen sollte sie sich an den Straßenrändern zur Eröffnung der „Achse“ und tags darauf zu Wehrmachtsparade versammeln. Wieder und wieder sollte sie sich am Geburtstag zu hysterischen Treuekundgebungen auf dem Wilhelmsplatz vor der Neuen Reichskanzlei einfinden und Hitler ein um das andere Mal feiern. Auf diese Weise wollten die Organisatoren dem In- und Ausland einen Staatsmann präsentieren, der wie kein zweiter in aller Welt von der eigenen Bevölkerung gestützt und von ihr auch verehrt und geliebt wurde. Erst wenn das gelang, und daran bestand nach früheren ähnlichen Kundgebungen kein Zweifel, würde auch die Vorführung kriegerischer Gewalt vollständig eindrucksvoll sein.

Um nach Hunderttausenden zählende Menschenmengen auf die Straßen der Berliner Innenstadt zu bringen und sie dort ihre – ihnen zumeist nicht bewusste – Rolle spielen zu lassen, musste der 20. April 1939 zu einem arbeitsfreien Tag erklärt werden. Ähnlich waren die Machthaber schon bei früheren Anlässen verfahren, so beispielsweise 1937 während des Staatsbesuchs Mussolinis, als die Werktätigen aber nur an den Orten zu einem außerordentlichen arbeitsfreien Tag kamen, an denen sich die beiden Diktatoren zur Schau stellten. Diesmal war eine gesetzliche Regelung zu treffen, die nach den Worten des Reichsinnenministers Wilhelm Frick den „Führer“ der „Notwendigkeit“ entheben sollte, „ein Gesetz zu unterzeichnen, das seinen eigenen Geburtstag zum Gegenstand hat“.[45] Nachdem der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, der im Innenministerium für Feiertagsgesetze zuständig war, bei Hitler hatte anfragen lassen, ob dessen Geburtstag im ganzen Reich oder lediglich in Berlin arbeitsfrei sein solle,[46] ließ Frick über Reichsleiter Martin Bormann, den Stabschef im Amt Stellvertreter des Führers, klären, ob auch die dem Reich gewaltsam einverleibten Tschechen im „Protektorat Böhmen und Mähren“ in eine entsprechende Regelung einzubeziehen seien. Erst nachdem auch das bejaht worden war, unterzeichnete der Reichsinnenminister, zuvor durch ein Gesetz mit einer Generalermächtigung für den Erlass von Feiertagen ausgestattet, dessen erste Durchführungsverordnung, wonach der 20. April „in Großdeutschland nationaler Feiertag“ war.[47]

Bereits Wochen vor dem 20. April arbeitete die faschistische Propaganda daran, die Bevölkerung auf den „Führer-Geburtstag“ einzustellen und sie in nationalistische Festtagsstimmung zu versetzen. Zu diesem Zweck wurde vor allem der jüngste außenpolitische Erfolg des Regimes benutzt, sein Vordringen nach Prag. Über die Aufnahme des aggressiven Akts durch die deutsche Bevölkerung äußerten sich Berichterstatter des Sicherheitsdienstes aber äußerst zurückhaltend. Demnach war „die Größe des Geschehens“ im Volke nicht sofort verstanden worden, doch habe sich „schließlich ein Gefühl des nationalen Stolzes“ ausgewirkt, „dass der Nationalsozialismus stimmungsmäßig auf sein Konto setzen konnte“.[48]

Dies war beobachtet worden, obwohl Zeitungen die Liquidierung der Tschechoslowakei überschwänglich gefeiert hatten. Schon am Tage nach dem Einmarsch der Naziwehrmacht in Prag musste in einer Pressekonferenz des Propagandaministeriums darauf hingewiesen werden, dass die von einem Tageblatt als Überschrift gewählte Wendung vom „großdeutschen Weltreich“ verfrüht sei und für spätere Zeit aufgespart bleiben solle. Von Hitler, so erfuhr das gleiche Gremium vier Tage darauf, dürfe nicht als „Mehren des Reiches“ geschrieben werden. Die SS-Zeitschrift „Das Schwarze Korps“ gab durch eine von ihr veröffentlichte Karte, auf der die „historischen Grenzen von 800“, also zurzeit Kaiser Karls des Großen, gezeigt wurden, zu der warnenden Anmerkung

---

45 BA, Koblenz, R 43 11/1266, Bl. 43, Schreiben des Reichsinnenministers Frick an den Chef der Reichskanzlei, Minister Lammers, vom 8. April 1939.

46 Ebenda, Bl. 50, Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich an den Chef der Reichskanzlei, Minister Lammers, vom 6. April 1939.

47 RGB1., T. 1, 1939. S. 762, 764.

48 Meldungen, Bd. 2, 1. Vierteljahreslagebericht 1939, S. 228.

Anlass, solche Karten wären „zwar sehr schön“, doch könnten sie als Beweis imperialistischer Absichten interpretiert werden.[49]

Die Quellen lassen keine definitive Aussage darüber zu, wie groß der Teil der deutschen Bevölkerung war, den nach dem 15. März 1939 Unbehagen über die weitere Außenpolitik zu beschleichen begann. Während in den unterschiedlichen, zum Teil tief verfeindeten Lagern des deutschen politischen Exils weithin die Meinung herrschte, dass der Bruch des Münchener Bündnisses durch die Machthaber in Berlin eine neue oder zumindest veränderte Konstellation geschaffen habe,[50] arbeitete die Nazipropaganda daran, den Gewaltakt als Tat eines großen Politikers darzustellen und schwieg sich über deren – im Einzelnen noch nicht erkennbare – internationale Folgen aus.

Einen gewissen Eindruck davon konnte ein aufmerksamer Beobachter gewinnen, wenn er die außenpolitisch-diplomatische Gästegruppe zu Hitlers Geburtstag durchmusterte. Am 13. März 1939 informierte eine Hausmitteilung die Abteilungsleiter des von Alfred Rosenberg geleiteten Außenpolitischen Amtes der NSDAP darüber, der Führer habe entschieden, „dass zu seinem 50. Geburtstag durch den Reichsminister des Auswärtigen etwa 200 Ausländer nach Berlin eingeladen werden“. Es sollten vorwiegend Angehörige europäischer Staaten sein, jedoch wurden die Tschechoslowakei, deren Liquidierung zwei Tage später erfolgte, das von Italien alsbald annektierte Albanien, die Schweiz und die UdSSR ausgenommen. Auch an Personen aus Staaten außerhalb Europas war gedacht, Iran, Afghanistan, Saudi-Arabien, Ägypten, der Irak und das verbündete Japan wurden genannt. Das Auswärtige Amt schlug Hitler zudem die Einladung von Siamesen vor. Die dem Unternehmen zugrunde liegende Absicht wurde so beschrieben: „Mit der Einladung soll bezweckt werden, Ausländer mit politischem Einfluss durch die Kraft des nationalsozialistischen Deutschlands besonders zu beeindrucken, wobei auf Soldaten nicht ausschlaggebender Wert gelegt werden soll, sondern vielmehr auf politisch einflussreiche Persönlichkeiten.“ Es war, so hieß es abschließend ohne Begründung, nicht an solche aus Regierungsstellen gedacht.[51] Hinter dieser Einschränkung verbarg sich offenbar das Bewusstsein, dass diese bombastische Feier für einen Politiker aus dem Rahmen weit herausfiel, der für internationale Kontakte üblich war, – und sei es für solche reiner protokollarischer Höflichkeit. Im sozialdemokratischen Exil wurde daran erinnert, dass der 50. Geburtstag Friedrich Eberts, den er 1921 als Reichspräsident beging, „in der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt“ blieb und keinerlei offizielle Feier stattgefunden habe. Die SPD-Zeitung „Vorwärts“ hätte eine Zwanzig-Zeilen-Meldung gebracht und angemerkt, dass ihr dies „hoffentlich nicht als Byzantinismus“ angerechnet werden würde.[52]

Die Öffentlichkeit erfuhr von den ergangenen Einladungen durch eine Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom 17. April 1939. Die Nachricht lautete nun bezeichnenderweise, Minister Joachim v. Ribbentrop habe im Auftrage Hitlers „eine größere Anzahl namhafter Persönlichkeiten des Auslands“ für den 20. April (nicht zu „Führers Geburtstag“, sondern) zu einer Truppenparade eingeladen.[53]

Die Liste der offiziellen Gäste, die von ausländischen Staaten eigens nach Berlin gesandt wurden oder persönlichen Einladungen gefolgt waren, blieb trotz aller Anstrengungen der Machthaber kurz. Es fehlten alle kapitalistischen Großstaaten; Großbritannien und Frankreich schickten ihre Botschafter Nevile Henderson und Robert Coulondre demonstrativ erst am 23. bzw. 24. April nach Berlin zurück. Dass die Antikomintern-Mächte Italien, Spanien und Ungarn mit Delegierten vertreten waren, verwunderte nicht. Ansonsten ließen europäische Klein- und Mittelstaaten ihre Aufwartung machen: Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, die Türkei, alle baltischen und alle nordeuropäischen Staaten. Schweden hatte mit der Entsendung des Chefs des Generalstabs diplomatisch hochgegriffen.

---

49 BA, Koblenz, Zsg. 102/15, Bl. 259, 277, 297.
50 Meldungen, Bd. 2, 1. Vierteljahreslagebericht 1939, S. 239 ff.
51 BA, Koblenz, NS 43/5, B1. 248.
52 Sopade, (6.) April 1939, S. 435.
53 VB, 17. April 1939.

Die höchstgestellten Staatsgäste kamen, die Geringfügigkeit der ausländischen Gratulanten sicher eher hervorhebend als sie verbergend, ausgerechnet aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ und der soeben von deutsch-faschistischen Gnaden geschaffenen Slowakei, beides Produkt der stufenweisen Zerschlagung der bürgerlich-parlamentarischen tschechoslowakischen Republik. Weder mit dem in Prag etablierten „Staatspräsidenten“ Emil Hácha noch mit dem Klerikalfaschisten Jozef Tiso ließ sich dem Festtag internationaler Glanz verleihen. Rumäniens Außenminister Gafencu berichtete, dass er dazu veranlasst werden sollte, die Tribüne der Militärparade an exponiertem Platz zu besetzen, um so eine bedeutendere ausländische Präsenz vortäuschen zu helfen. In dramatischer und womöglich dramatisierter Darstellung erzählte er, wie er sich dem habe entziehen können.[54] Protokollgemäß erschien das diplomatische Corps zur Gratulationscour, angeführt von seinem Doyen, dem Apostolischen Nuntius Orsenigo.

Die offiziellen Veranstaltungen zu Hitlers 50. Geburtstag begannen am Vorabend des 20. April in der Neuen Reichskanzlei, wo sich die älteste Führerschaft der NSDAP und andere ausgesuchte Würdenträger einfanden. Die mit den Jahren faschistischen Aufstiegs und nazistischer Herrschaft immer prunkvollen gewordenen Uniformen der Politischen Leiter der NSDAP – die nur noch durch ihre Farbe an das vielberufene „schlichte“ Braunhemd erinnerten – prägten das Bild dieses Zusammentreffens, das den Charakter eines Treue-Appells besaß und damit in einer Traditionslinie stand. Über aller staatspolitischen und militärischen Aktivität, die seine Hauptzeit in Anspruch nahm, versäumte es Hitler nie, sich demonstrativ mit dem Führerkorps der Nazipartei zu verbinden, mit den ältesten seiner Parteigänger, deren blinder Gefolgschaft er nach den mörderischen Säuberungen vom Juni/Juli 1934 sicher war und denen er wiederholt das Gefühl geben wollte, sie seien die maßgebenden Kräfte des Regimes. Letzteres erschien um so wichtiger, als sie bei aller territorialen Machtfülle in Wirklichkeit auf die grundlegenden rüstungs- und militärpolitischen Entscheidungen des Systems keinerlei Einfluss besaßen und vor allem anderen dafür verantwortlich waren, in ihren jeweiligen Regionen die Stabilität des Regimes durch vollständige Indoktrination der Bevölkerung zu sichern. Deshalb waren sie dafür zuständig, Krisensituationen vorzubeugen, die sich zwischen der Macht und den Massen ergeben konnten. In dieser Hinsicht bildete diese oberste Führerschaft das politische Rückgrat des Herrschaftsapparats.

Bevor diese für ihre langjährige Zugehörigkeit zur nazifaschistischen Bewegung durchweg mit dem „Goldenen Parteiabzeichen der NSDAP“ dekorierten Gäste in die nach Speers Plänen erbaute Neue Reichskanzlei in der Wilhelmstraße vorgelassen wurden, hielt ihnen Josef Goebbels in den Krollschen Festsälen eine Ansprache, in deren Zentrum wiederum die Aufgaben bei der Sicherung der Gefolgstreue der Massen standen. Goebbels erklärte, dass es „weder möglich noch notwendig sei, dass jeder Einzelne sein politisches Urteil aus der Erkenntnis“ schöpfe. „Im Gegenteil, die Klarheit und Sicherheit der Partei sei viel besser gewährleistet, wenn das Gros der Bewegung sie aus dem Glauben schöpft. Der Glaube und die Gefolgschaft aber klammere sich niemals so sehr an ein Programm wie an die Kraft der Persönlichkeit.“[55]

Sowenig dieser Grundsatz den Zuhörern neu sein konnte, enthielt er doch ein bezeichnendes Eingeständnis der aktuell veränderten Situation des Regimes. Es hatte sich in der Mitte der dreißiger Jahre auch der Methode bedient, die Ergebnisse der ersten Regierungsjahre als die Verwirklichung des 1920 verkündeten Programms der NSDAP hinzustellen, und geradezu dazu herausgefordert, das programmatische Wort von einst mit der faschistischen Wirklichkeit zu vergleichen. Nun waren die Leute an den Schalthebeln der Demagogie natürlich dessen gewahr geworden, dass im Volke das Auseinanderklaffen von einstigem Versprechen und aktueller Tat immer stärker vermerkt wurde. Im Gegenzug sollte die Gefolgschaft ganz auf den Führer und den Glauben an ihn fixiert werden.

In dieser Weise stimmte auch die Nazipresse die Bevölkerung auf das „hohe Fest der Nation“ ein. Berlin sei in diesen Tagen die „glückliche Hauptstadt einer glücklichen Nation“. Und vom ganzen

---

54 Gafencu, S. 88.

55 BA Koblenz, Zsg. 116/213, B1. 75; DNB, 19. April 1939.

Reichsgebiet hieß es, „ein Rausch von Freude und Glück beseeligt das deutsche Volk“.[56] Besonders schamlos wurde die Unerfahrenheit der Kinder und Jugendlichen ausgenutzt. Darauf war Reichsjugendführer Baldur v. Schmach spezialisiert, der seinen Auftritt auch schon am Vorabend von Hitlers Geburtstag hatte, als – wie alljährlich – stellvertretend für Zehntausende von Zehnjährigen eine Gruppe von ihnen in einer abendlich-nächtlichen Veranstaltung im Remter der Marienburg in die faschistische Hitlerjugend aufgenommen wurde. Ahnungslos sangen die Kinder eine der HJ-Hymnen, in deren erster Strophe zwei Verse lauteten: „Wir fühlen nahen unsre Zeit, die Zeit der jungen Soldaten.“ Schmach erklärte ihnen, sie lebten im „Zeitalter Adolf Hitlers“, in dem sie als „die glücklichste Jugend der Welt aufwachsen“ und „das Volk der Zukunft“ werden würden. Als Schirach um Mitternacht während einer sogenannten Ringsendung im Rundfunk (an ihr wirkten auch Angehörige der faschistischen Hitlerjugend im Ausland mit) noch einmal sprach, rief er aus: „Wir werden treu sein, wir werden gehorsam sein.“[57] Diese Gelöbnisse waren in den folgenden Stunden aus dem Munde der obersten Führerschaft als Appelle wieder und wieder zu hören.

Hitler trat am Beginn der Feierlichkeiten das erste Mal selbst auf, als er – wie erwähnt – die „alten Kämpfer“ empfing. Einziger Redner dieses abendlichen Treffens war der Stellvertreter des Führers (für die Parteiangelegenheiten), Reichsminister Rudolf Heß. Er schlug die politischen Töne an, die in Variationen alle faschistischen Verlautbarungen, Gratulationen und Kundgebungen charakterisierten: Hitler wurde als ein Wunder und als Wundertäter verherrlicht, die Erfolge des „neuen Deutschland“ ausnahmslos seinen einzigartigen Fähigkeiten zugeschrieben. Hitlers Leben und Wirken erschien als wichtigste Voraussetzung für die Fortsetzung des faschistischen Weges. Mit den üblichen pseudoreligiösen Phrasen der Naziideologen richtete Heß daher die „Bitte an den Höchsten“, er möge diesen Führer gesund erhalten und dessen Werk seinen Segen verleihen.

Die Rede des „Stellvertreters“ klang mit ihrer wichtigsten und zugleich verräterischsten Wendung, nämlich der Versicherung der unbedingten Vasallentreue aus, selbst für den Fall, dass „die Hetzer in der Welt es zum Äußersten treiben“ sollten.[58] Das war bereits der nicht mehr verhüllte Treueschwur an den Kriegsherrn Hitler. Den schon mit ihrem Auftakt auf Krieg und kriegerisches Denken zielenden Tenor der Geburtstagsfeierlichkeiten drückte auch das Geschenk der Politischen Leiter aus. Heß übergab eine Sammlung von 50 Originalbriefen aus der Feder des Mannes, dessen Name sich in deutscher Geschichte in besonderem Grade mit militärischem Abenteurertum und Eroberungslust verband; sie stammten aus der Feder Friedrichs II. von Preußen.[59] Wieweit die engste Umgebung Hitlers seine Fixierung auf diesen Preußenkönig kannte und förderte, zeigte auch das von Heinrich Himmler überreichte Präsent, ein Gemälde Friedrichs von der Hand Adolph v. Menzels.[60]

Während sich die oberste Führerschaft in Berlin zur Einweihung der Ost-West-Achse begab, verbreiteten alle Rundfunksender die Geburtstagsansprache von Josef Goebbels. Die in Deutschland vollzogenen Veränderungen als „revolutionären Umbruch“ ausgebend, erhob er den Führer in den Rang eines Staatsmanns, der der Geschichte Europas eine neue Richtung gewiesen habe. Mitteleuropa habe seinen Frieden durch Hitler erhalten. Doch gab der Reichspropagandaminister dem Friedenszustand eine ominöse Interpretation: Es sei „ein Frieden praktischer Realität“, der sich auf die Macht und – natürlich – auf die „instinktsichere“ Politik Hitlers gründe. Eher nebenbei erwähnte Goebbels die „Neider in den demokratischen Weststaaten“. Auch er wandte sich zugunsten Hitlers an den „allmächtigen Gott“.[61]

Die faschistischen Zeitungen des 20. April waren angefüllt mit Elogen auf Hitler. Ganze Ausgaben füllende Bild-Text-Berichte erschienen in den Zeitschriften. Der von der Nazipartei amtlich herausgegebene „Illustrierte Beobachter“ stellte auf den Seiten einer Sondernummer, die nur Hitler gewidmet

---

56 Ebenda, 20. April 1939, Bl. 2; 19. April 1939, Bl. 26.
57 Ebenda, 19. April 1939, Bl. 44, 20. April 1939, Bl. 11.
58 VB, 20. April 1939.
59 Konrad Barthel, Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild, Wiesbaden 1977, S. 13.
60 Himmlers Geheimreden. Hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Petersen, Frankfurt a. M. 1974, S. 128 f.
61 VB, 20. April 1939.

war, seine Biographie unter die Schlagzeilen „Treuer Kamerad und Sucher“, „Redner und Soldat“, „Baumeister und Künstler“, Bringer von „Arbeit und Brot“, „Freund der Arbeiter, der Bauern, der Jugend, des Sports, Erzieher des Volkes und Erhalter der Rasse“, „unermüdlicher Arbeiter“, Bringer von „Freude und Erholung“, „Staatsmann“, „Befreier des Saarlandes, des Rheinlandes, der Ostmark, der Sudeten, der alten Reichslande (womit die Gebiete des sogenannten Protektorats Böhmen und Mähren gemeint waren), der Memel“. Seitenweise erschien Hitler als der Geliebte und Umjubelte.[62]

Die gesamte Darstellung des „Führers“ lief darauf hinaus, Hitler ins Überirdische zu erheben und ihn zu einem politischen Gott zu erklären, dem gegenüber sich jeder Deutsche aller Kritik zu enthalten, dem er sich stets nur gläubig zu nähern habe. Dieses Hitlerbild wurde nicht erst im Frühjahr 1939 kreiert. Es war seit Jahren systematisch ausgemalt und verbreitet worden.[63] Einer der bekanntesten Nazibarden, Heinrich Anacker, hatte schon 1931 ein Gedicht veröffentlicht, in dem er Hitler „unsere Zuversicht“, „unseren letzten Halt“ und den nahenden „Befreier“ nannte. Damals erschien der Text in einer Zeitungsbeilage für die SA.[64] Inzwischen waren Anackers Gedichte in die offiziellen Schulbücher aufgenommen, und die Kinder hatten sie auswendig zu lernen. „Wenn ich nur zweifle, tret’ ich vor Dein Bild ...“ hatte ein anderer faschistischer Lyriker, Herybert Menzel, Hitler angedichtet.[65] Die beiden Verse drückten am knappsten aus, dass die Führung ein einschränkungslos irrationales Verhältnis der Massen zu diesem Manne erstrebte, forderte und auch weithin erreichte.

„Credere, obedire, combattere“* – diese Devise der italienischen Faschisten sollte auch für die Nazianhängerschaft gelten. „Glauben, gehorchen, kämpfen“ hieß deshalb die Forderung, die von der Zeitschrift der SA-Führer anlässlich des „Führer-Geburtstages“ oben angestellt wurde. Dort schrieb ein SA-Sturmhauptführer in einem Huldigungsartikel:

„Wir glauben an unseren Führer und an die von ihm verkündete nationalsozialistische Idee, und wir glauben daran, dass sich Deutschland zu strahlender Größe und Herrlichkeit erheben wird, weil es einen Adolf Hitler zum Führer hat.“[66] Das war im Stil des Apostolischen Glaubensbekenntnisses verfasst, das die meisten Führer und Mannschaften der SA aus religiöser Unterweisung in Schule und Kirche kannten. Wichtiger noch war, dass das Gelöbnis –en passant – der Vorstellung entgegenwirkte, es könnte Hitlers Werk sich bereits vollendet haben. Das hatte voreilig und fälschlich die sächsische amtliche Nazizeitung verbreitet, als sie anlässlich des Einmarsches in die Sudetengebiete schrieb, nun sei des Führers „Lebenswerk durch die letztmögliche Ausgestaltung des Großdeutschen Reiches gekrönt“ worden.[67]

Den offiziellen, an das deutsche Volk gerichteten Aufruf zeichnete Hermann Göring, womit dessen Stellung als die des designierten Nachfolgers Hitlers hervorgehoben wurde. Im Gleichklang mit Heß und Goebbels formulierte er, dass der Gefeierte „der größte Deutsche aller Zeiten“ sei, ein Mann von genialer Geisteskraft und der Fähigkeit zu überragender Staatskunst, der ein Wunder vollbracht habe. Ihm werde das Volk folgen und bis in den Tod Treue bewahren, „wohin er uns auch führt“. Wiewohl Göring die blühende Schaffenskraft Hitlers rühmte, schloss auch er pathetisch, im Stile des andachtsvollen Gebets: „Herrgott schütze den Führer, segne sein Werk.“[68]

Die Menge des historischen Lorbeers, den seine engste Umgebung auf Hitler häufte, suchte Alfred

---

62 Illustrierter Beobachter, Sondernummer, April 1939.

63 Siehe auch Eva Pfeifer, Das Hitlerbild im Spiegel einiger rechtsgerichteter Tageszeitungen in den Jahren 1929-1933, München 1968.

64 VB, 6. August 1931, zit. nach Pfeffer, S. 6.

65 Das Gedicht hieß „Vorm Bild des Führers“ und wurde auch im VB, 20. April 1939 veröffentlicht. Als einen dem durchschnittlichen Menschenverstand ganz unzugänglichen „Führer“ charakterisierte auch Gerhard Schumann Hitler in dem gleichnamigen Gedicht, in dem sich die Strophe findet: „Auch wenn wir dich einmal nicht fassen, werden wir mit dir gehn. Einst wirst du uns schauen lassen, was du vor uns gesehen.“

* glauben, gehorchen, kämpfen

66 Der SA-Führer, Zeitschrift der SA-Führer der NSDAP, 1939, Nr. 4 (April-Ausgabe).

67 Der Freiheitskampf, 30. September 1938.

68 VB, 20. April 1939.

Rosenberg, Herausgeber des „Völkischen Beobachters“, in einem Beitrag mit der Überschrift „Unser Dank heißt Bereitschaft“ noch zu übertreffen. Hitler sei der „Gründer des größten kontinentaleuropäischen Reiches“. Mit ihm habe eine der größten Epochen deutscher Geschichte begonnen, konstatierte er, um dann in dunkel geschichtsphilosophischer Wendung zu verkünden: „Die große europäische Mission des alten Deutschen Reiches beginnt wieder“.[69] Keine Frage: Die faschistische Führungsgruppe nutzte den Tag, um jeden Gedanken daran zu verdrängen, dass die außenpolitischen Unternehmungen des faschistischen Staates beendet seien und seine Entwicklung in einen innenpolitischen Ausbau münden könnte.

Die Wahrnehmung des Hitler-Kults, der am 50. Geburtstag des Führers exzessive Formen annahm, führte in der ausländischen Presse und insbesondere auch in Organen des deutschen Exils erneut zu Erörterungen über Hitlers Stellung, sein Ansehen im Volke und die Ursachen für seine sich bis zur Anbetung steigernde Verherrlichung in manchen Schichten der Bevölkerung, die nach ihrer Zahl keineswegs als geringfügig abzutun waren. Eine nach ihrer Fragestellung anspruchsvolle Analyse, die in den Deutschlandberichten der Sopade veröffentlicht wurde, ging von der angesichts der Rede- und anderer Texte verwunderlichen Behauptung aus, dass die Personen, „die sich auf der Stufenleiter der Parteihierarchie dem Führer am nächsten befinden, in ihren Äußerungen noch am meisten Zurückhaltung“ gewahrt hätten. Daran wurde das Urteil geknüpft: „Die Hemmungslosigkeit der Anbetung wächst mit dem Maße der Entfernung.“ Die obersten Faschistenführer würden selber dem Heroenkult nicht „in übertriebenem Maße“ huldigen.[70]

Die Ansicht, Hitlers engste Vertraute hätten ein richtiges Bild von seiner Person und würden deren kultische Erhöhung nur instrumental einsetzen, hielt auch späteren biographischen Forschungen nicht stand. Die Paladine des Führers, in subjektivistischen Vorstellungen vom Gang der Geschichte groß geworden und sich später ganz in sie hineinlebend, sahen auch ihre eigene Rolle maßlos überhöht. Erfahrungen schienen ihnen vor wie nach 1933 die Überlegenheit von Hitlers Denken und Entschlüssen vielfach zu bestätigen. Mit Überzeugtheit konnten sie folglich von Hitler so sprechen, wie sie es am 20. April 1939 taten. Der Glaube an ihren genialen obersten Führer stärkte zudem ihr Selbst- und Zukunftsbewusstsein und kam damit Bedürfnissen entgegen, die immer häufiger gestillt werden mussten, da der Weg an Hitlers Seite doch merklich abenteuerlicher wurde.

Ein anderes Fehlurteil in den zitierten zeitgenössischen Analysen des Führerkultes betraf die Ursachen für sein Aufkommen und seine Vorbereitung, die der seelischen Bedürftigkeit „eines nicht geringen Teils des deutschen Volkes“ zugeschrieben wurden und als Zeugnis „der primitiven Denkweise gewisser Schichten des Volkes“ angesehen wurde.[71] Das Volk habe nach 1918 einen Ersatzkaiser gebraucht und nach ihm mit den wachsenden Notzeiten um so stärker verlangt. Drei Faktoren wurden für die Ausbreitung der Hitlergläubigkeit verantwortlich gemacht: die angeblich einmalige Fähigkeit des obersten Faschistenführers, „Glaubensströme“ zu wecken, das Wirken der „losgelassenen Dichter“ und die sich gleichsam selbstmanipulierenden „kleinen Leute aus dem Volke“.[72] Diese Betrachtung, wiewohl sie auf Vorleistungen aus den vorfaschistischen Jahren verwies, ging allzu leicht an der Tatsache vorbei, welche verheerende Macht das Meinungsmonopol der Nazis besaß und in welchem Umfang Wissenschaftler, Künstler, Kirchenobere, auch führende Personen aus der kapitalistischen Wirtschaft – also gerade die sogenannten gebildeten und „studierten“ Schichten – bei der Stilisierung jenes Bildes von Hitler mitwirkten, das tragendes Element der von ihnen gestützten Herrschaft geworden war.

Die Verlautbarungen der Paladine Hitlers drückten durchweg aus, dass sich ihrer vor allem als Folge der gelungenen Expansion des faschistischen Staates ein Größenwahn ohne Beispiel zu bemächtigen begonnen hatte. Die Maßstäbe – wenn sie solche je besessen hatten – waren ihnen, begünstigt

---

69 Ebenda.

70 Sopade, (6.) April 1939, Abschnitt 5, Hitlers 50. Geburtstag, S. 443.

71 Ebenda, S. 438, 443.

72 Ebenda, S. 441, 443.

durch ordinäre geschichtliche und sonstige Unbildung, weitgehend verlorengegangen. Mit Hitler würden die Deutschen „den Völkern dieser Erde in ein neues Jahrtausend wegweisend vorausmarschieren“, schrieb die schon zitierte Zeitschrift „Der SA-Führer“. Das Schicksal der Welt werde in Berlin und Rom entschieden, war dort zu lesen, und auch, auf welche Weise das geschehen würde: „... wenn der Führer den Marschbefehl gibt, dann wird dieses Volk marschieren, und niemand auf der Welt wird diesen Marsch aufhalten können!“[73] Hitler wäre „einer der wenigen Großen der Weltgeschichte“, dessen war sich das Blatt sicher. Doch erst die Nachwelt werde ermessen können, ob er „vielleicht der Größte“ sei.[74]

Damit war die inhaltliche Spannweite der Lobpreisungen restlos ausgeschöpft. Ihre Wirkung wurde vielfach erst dadurch erreicht, dass an ihrer Verbreitung – wie früher schon – keineswegs nur Faschistenführer verschiedenster Ränge und Stufen beteiligt waren. Nazi-Dichter publizierten unter anderem eine Anthologie mit dem Titel „Dem Führer“.[75] Würdenträger der Kirchen veröffentlichten Huldigungen, Dankgottesdienste fanden statt.[76] In Wort und Schrift wurde Hitler von Wissenschaftlern gerühmt. In manchen Verlautbarungen wurden die nächsten und fernen Pläne des deutschen Imperialismus ungleich unumwundener ausgesprochen, als es wegen außenpolitischer Rücksichten an der Reichsspitze geschehen konnte.

Auf einem Festakt in der Universität Innsbruck sprach Rektor Harold Steinacker, ein dort seit 1918 tätiger Hochschullehrer, in der Aula vor einem nach einem Gemälde von Hubert Lanzinger gestalteten Mosaik, das Hitler als mythische Figur zeigte, als Bannerträger in stilisierter mittelalterlicher Ritterrüstung – einem unvergleichlich kitschigen Kunstprodukt, das eher den Gedanken an den Ritter Don Quichotte de la Mancha aufkommen ließ als den an einen Weltpolitiker. Steinacker rühmte Hitler als einen Mann von „eiserner Ruhe“ und „unerhört geballter Willenskraft“, von „dämonischer Leidenschaft“, „wunderbarer Einfachheit“ und „schlichter Größe“,[77] der es dahin gebracht habe, dass Deutschland „wieder der mächtigste Staat in Europa“[78] geworden sei. Dann kam er, ganz im Sinne der bereits entfachten antipolnischen Propaganda, auf die „offene Wunde des Korridors“ zu sprechen, verlangte, das Dasein der „vorgelagerten Volksgruppen“ zu sichern, und vergaß nicht, den Anspruch auf „Kolonien“ zu erheben.[79] Zu all dem hatten Faschisten an der Alpen-Nordkette am Stadtrand von Innsbruck Hitlers Namen in einer Flammenschrift aufleuchten lassen. Auf den Bergen ringsum brannten Feuer.

Am Morgen des 20. April wurde vor der Parade nur eine kleine Auswahl von Gästen zu Hitler vorgelassen. Vollständig war darauf verzichtet worden, Hitler in Bild und Geste als Volkskanzler zu präsentieren. Für Gratulanten aus den das Volk bildenden Klassen und Schichten standen Nebengebäude der Neuen Reichskanzlei offen. Dort konnten sie Glückwünsche und Geschenke hinterlegen. Doch machte die Presse in den folgenden Tagen darum nicht viel Wesens; es wurde erwähnt, dass zu der Geschenkmasse auch von Hitler-Verehrerinnen gestrickte Wollsocken für Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst gehörten.

Alle Geburtstagsgäste, die vor Hitler traten, waren absichtsvoll ausgewählt. Zu ihnen gehörte der NSDAP-Gauleiter Albert Forster aus Danzig sowie dessen faschistische Regierung. Sie durften Hitler die Urkunde eines Ehrenbürgers der Stadt überreichen und auf diese Weise provokatorisch verdeutlichen, dass ihnen das Staatsoberhaupt des „Großdeutschen Reiches“ als oberste Autorität galt.

---

73 Der SA-Führer, 1939, Nr. 4 (April-Ausgabe), S. 4. Das Bild von den Deutschen als von einer marschierenden Kolonne, die Hitler anführe, tauchte in der nazistischen Propaganda immer wieder auf. Im Tagesbefehl, den der Führer des Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps (NSKK), Adolf Hühnlein, anläßlich des 20. April 1939 erließ, war das Gelöbnis enthalten, die Männer des NSKK werden zu jeder Stunde Hitlers „Marschtritt – wohin er auch führen mag – stets dichtauf“ folgen. BA, Koblenz, Zsg. 116/213; DNB, 19. April 1939, Bl. 29.

74 Der SA-Führer, S. 4 f.

75 Erschienen in Stuttgart 1939.

76 John Toland, Adolf Hitler, Bergisch-Gladbach 1977, S. 687.

77 Harold Steinacker, 1889 – 1919 – 1939. Rede am 50. Geburtstag des Führers, Innsbruck 1939, S. 7 f.

78 Ebenda, S. 16.

79 Ebenda, S. 17.

Die Bedeutung des Auftritts der Danziger Faschisten wurde durch die Kürze der Gratulantenreihe noch unterstrichen. Wiewohl Hitler sich nicht als Grundsteinleger von friedlichen Zwecken dienenden Bauten hatte zeigen wollen, verzichtete er doch nicht auf die Hervorhebung seiner Rollen als Förderer der Technik und Mäzen der Künste, denen er sich – vorgeblich wegen seiner politischen Mission – nicht habe vollends zuwenden können. Er empfing den Reichsleiter und Führer der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley in Begleitung von Ferdinand Porsche, einem dem Regime treu ergebenen und von ihm hoch profitierenden Kapitalisten und Techniker. Diese Begegnung diente der Propaganda für den sogenannten Volkswagen und für einen „Volkspflug“, der im Modell existierte und dessen Produktion nie aufgenommen wurde. Unter den handverlesenen Gratulanten befand sich dann eine von Albert Speer angeführte Delegation, der unter anderem Josef Thorak, Hermann Giesler, Arno Breker und der Maler Adolf Ziegler angehörten. Goebbels schenkte namens des von ihm geleiteten Nazigaus Berlin in Kassetten eine Dokumentation über die 700-jährige Baugeschichte der Stadt. Das bekräftigte Hitlers Anspruch, Berlins architektonisch-städtebauliche Zukunft selbstherrlich festzulegen.

Mit der Errichtung der Ost-West-Achse, zu der er sich danach begab, hatte Hitler damit bereits begonnen. Er nahm vor dem Gebäude der Technischen Hochschule seinen herausgehobenen Platz ein, auf dem er, wie hundertfach geübt, mit zum Heilgruß erhobenem Arm stand und vier Stunden lang die Einheiten des Heeres sowie die der Luftwaffe zugeordneten Abteilungen der Fliegerabwehr (Flak) an sich vorbeiziehen ließ. Auch Militärflugzeuge dröhnten in Staffeln über die Prachtstraße.

Die faschistischen Militärs führten der Öffentlichkeit alles vor, was sie zum Zwecke der Aggression angehäuft hatten. Beeindruckend waren Technisierung und Motorisierung der Landtruppen. Absichtsvoll wurden Verbände der Luftabwehr zur Schau gestellt, um den Berlinern den Eindruck zu machen, es stehe ein Instrument zur Verfügung, mit dem der Luftkrieg von ihnen wie überhaupt von der deutschen Zivilbevölkerung ferngehalten werden könne. Neuartig waren die defilierenden Truppen der sogenannten Fallschirmjäger, dazu bestimmt, aus Flugzeugen weit im Hinterland des Kriegsgegners abgesetzt zu werden. Das faschistische Deutschland präsentierte sich waffenstarrend. John Toland untertreibt die Bedeutung dieses Aufmarsches weit, wenn er schreibt, man beging den Geburtstag „wie üblich mit einer riesigen Militärparade“.[80] Dergleichen hatte es in den Jahren zuvor weder bei diesem noch bei einem anderen Anlass gegeben.

Hitler mag durch den Umfang und die Präzision des zur Schau gestellten auch selbst beeindruckt worden sein. Fremd war ihm diese moderne Armee nicht mehr. Sein direkter Kontakt zur Wehrmacht und ihren Befehlshabern war kontinuierlich. Ins neugewonnene Memel hatte er sich von Swinemünde aus auf dem Panzerschiff „Deutschland“ mit großem Kriegsschiffgeleit begeben. Nur Tage später war er mit der Admiralität bei dem schon erwähnten Stapellauf in Wilhelmshaven zusammengetroffen, wobei er das Schlachtschiff „Scharnhorst“ besuchte. Während der Kurzreise auf der Nordsee an Bord des KdF-Schiffes „Robert Ley“ begleiteten ihn Militärs; mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel und dem Wehrmachtsadjutanten Oberst Rudolf Schmundt hatte er dabei Angriffspläne gegen Polen beraten.[81] Noch vier Tage vor seinem Geburtstag war er gemeinsam mit dem Oberbefehlshaber des Heeres Walther v. Brauchitsch in St. Pölten in der „Ostmark“ gewesen, um Einheiten verschiedener Waffengattungen des Landheeres zu besichtigen.

Zu diesem Programm eines einzigen Monats gehörte auch, dass Hitler mehrfach höchstgestellte Militärs geehrt und befördert hatte. Keitel und Brauchitsch wurden für ihre Verdienste bei der Okkupation der Tschechoslowakei, da geeignete Militärorden noch nicht gestiftet waren, mit dem „Goldenen Parteiabzeichen“ der NSDAP dekoriert. Erich Raeder war zum Großadmiral befördert worden, wiewohl die von ihm kommandierten Seestreitkräfte das kaum rechtfertigten. Wilhelm List, einer der militärischen Führer des Handstreichs gegen die Tschechoslowakei, wurde General-

---

80 Toland, S. 687.

81 Below, S. 159.

oberst. Welches andere Staatsoberhaupt in Europa hätte zu dieser Zeit einen vergleichbaren Teil seiner Zeit und Kraft auf das Militär und die Militärtechnik verwandt? An einem Itinerar Hitlers für jene Wochen konnte aufs einfachste abgelesen werden, was den Mann vor allem anderen beschäftigte.

Seine Weise, den Regierungsgeschäften nachzugehen – und das eben hieß: den Krieg vorbereiten – setzte sich nach dem Geburtstag bruchlos fort. Zwei Tage darauf; am 22. April, war Hitler bereits auf der Infanterieschule in Döberitz und besuchte den Fliegerhorst Elsgrund. Im Mai begab er sich auf eine ausgedehnte Inspektionsreise entlang des Westwalls, die ihn von Aachen bis nach Kehl und Lörrach führte. Unmittelbar danach erschien er bei den militärischen Verbänden der SS in deren Ausbildungsstätte Münsterlager in der Lüneburger Heide. Kurzum: Es gab zu jener Zeit keinen anderen Bereich des faschistischen Staates, mit dem Hitler so eng in Verbindung stand wie mit der Wehrmacht, es gab keine zweite Personengruppe, die er so oft sah, wie deren Generale und Offiziere. Hitlers Lebensstil, ohne dass er den grauen Rock schon angezogen hatte, war der des Vorkriegs, und die Parade am 20. April war ein Teil davon. Ihre Hauptbestimmung bestand darin, die Opfer kommender Überfälle zu schrecken und ihre denkbaren Verbündeten abzuschrecken.

Ein Beobachter des martialischen Schauspiels, William L. Shirer, Europa-Korrespondent für Rundfunkstationen der USA und am 20. April 1939 eigens nach Berlin geflogen „für den Fall, dass Hitler zur Feier seines 50. Geburtstages eine Überraschung bereithielt“ erinnerte sich seiner Eindrücke von der Parade: „Auf mich jedenfalls, das muss ich gestehen, verfehlte sie ihren Eindruck nicht – dergleichen hatte ich noch nie gesehen. Schwärme von Bombern, Kampfflugzeugen und den neuen Stukas (Sturzkampfflugzeuge – K. P.) dröhnten über uns hinweg, endlose Kolonnen schwerer Panzer, großer Panzerabwehr- und Flugzeugabwehrkanonen zogen vorbei. Beim Anblick eines motorisierten Artilleriegeschützes, das fünf Schlepper zogen, stockte den deutschen Zuschauern der Atem, dann applaudierten sie begeistert. Wie konnte man nur unbelebten Dingen, wie Kanonen und Panzern, Beifall zollen?“ Es sei „ein glücklicher und zugleich gebieterischer Hitler“ gewesen, der diesem Vorbeimarsch salutierte.[82] Hätten diejenigen, die zur Verwunderung des amerikanischen Reporters Militärmaschinen Beifall spendeten, das auch getan, wenn sie gewusst hätten, dass der 1. September als Tag X in den Kalendarien der Generalität bereits markiert war? Sie hatten die Wahl, ihren Augen zu trauen oder ihren Ohren. „Deutschland denkt nicht daran, andere Völker anzugreifen“, hatte Hitler zweieinhalb Wochen vor seinem Geburtstag wieder feierlich versprochen und zugleich angekündigt, die NSDAP werde den alljährlich in Nürnberg stattfindenden sogenannten Parteitag diesmal vom 2. bis 11. September als „Parteitag des Friedens“ begehen.[83]

Es ist nicht zu klären, wie viele der nach Hunderttausenden zählenden schaulustigen Berliner am Straßenrand sich in diesem Moment jener Äußerungen Hitlers erinnerten, die seine Ansicht über die Funktion der nun geschaffenen Wehrmacht vorwegnehmend eingestanden:

„Man kann keine Armee ausbilden und zu hohem Eigenwert bringen, wenn die Aufgabe ihres Daseins nicht die Vorbereitung zum Kampfe ist. Armeen zur Erhaltung des Friedens gibt es nicht, sondern nur zum sieghaften Durchfechten des Krieges.“[84] So offen wurde die Absicht, die mit dem Aufbau der Streitkräfte von Anfang an verfolgt worden war, in den Berichten tags darauf nicht zugegeben. Sie waren nichtsdestoweniger klar. Der „Völkische Beobachter“ schrieb, die Wehrmacht habe sich „in ganzer Vollendung dargestellt“, und sie sei „ein Organismus von unvorstellbarer Kraft und technischer Vollendung“.[85]

Eine Spezialeinheit der faschistischen Wehrmacht nahm mit keiner Abordnung an der Parade teil. Es war die Einzige, die praktische Kriegserfahrungen gesammelt hatte. Die Legion Condor befand sich noch bei den Siegesfeiern der spanischen Faschisten, wobei Franco sie für ihre Verdienste im

---

82 Shirer, S. 293.
83 VB, 3. April 1939, Rede Hitlers auf dem Rathausplatz in Wilhelmshaven.
84 Zit. nach Olden, S. 362.
85 VB, 21. April 1939.

„Kreuzzug gegen den Kommunismus“ dekorierte. Als die Legionäre im Mai über Hamburg nach Berlin zurücktransportiert wurden, enthüllte sich in Reden und Artikeln jener Geist noch klarer, der in der politischen und militärischen Führung des faschistischen Staates herrschte. Göring sagte in seiner Empfangsrede in der Hansestadt ganz im Stil der Gratulationsansprachen des 20. April: „Mag kommen, was kommen will. Ihr habt bewiesen, dass wir unbesiegbar sind und bleiben werden.“[86] In einer Artikelserie, welche die Totengräberrolle der Legion an der spanischen Republik verherrlichte und die UdSSR attackierte, schrieb das Parteiblatt: „Wir aber fühlen einen unbändigen Stolz, Deutsche zu sein und als solche geachtet, geehrt und auch – gefürchtet zu werden.“[87] Eben das war der Geist, den die Geburtstagsparade der deutschen Bevölkerung zu infiltrieren suchte. Die nach wie vor vielfach zu beobachtende, von den faschistischen Lokalbehörden gemeldete Kriegsfurcht im Volke sollte durch den Glauben an den Sieg gedämpft und abgetötet werden.[88]

Hitler stärkte an diesem 20. April 1939 auch in sich selbst den Gedanken, dass der Sieg im Kriege nur dieser Wehrmacht und ihrem Oberbefehlshaber zufallen könne. Vieles trug dazu bei, ihm diese Gewissheit einzugeben. Als Geschenk der Luftwaffe wurden ihm sämtliche damals bei diesem Wehrmachtsteil befindlichen Kriegsflugzeuge im Modell überreicht; ein danach aufgenommenes Foto überliefert, wie fasziniert Hitler sie betrachtete. Am beziehungsvollsten war ein Präsent Albert Speers, das Modell eines Triumphbogens für Berlin, dessen Entwurf in lakaienhafter Bescheidenheit dem Beschenkten zugeschrieben wurde.[89]

Gemessen an der Wehrmachtsparade war alles, was den Geburtstag danach noch ausfüllte, von geringer Bedeutung, wenn auch nicht ohne demagogischen Akzent. Es gab kein riesenhaftes Galadiner, keine kostspielige Festivität, wie sie Göring und andere neureiche Bonzen zu veranstalten pflegten. Hitler lud seine Gäste zu einem Tee-Empfang. Danach schickte er sie zu einer festlichen Theateraufführung mit einem nach seinem Geschmack ausgewählten Programm. Die Geladenen durften „Die lustige Witwe“ sehen, während er seine unmittelbare Lakaienschaft um sich versammelte: Nazis aus seiner Ordonnanz, dem Begleitkommando, Fahr- und Flug- und Hauspersonal. Namentlich ragten aus dieser Versammlung nur wenige heraus, der Kommandeur der Leibstandarte Sepp Dietrich, der Hof-Fotograf Heinrich Hoffmann, der unvermeidliche Speer, ständiger Gast von Hitlers kulturloser Abendgeselligkeit, die Reichsleiter Martin Bormann und Philipp Bouhler.

Von den verschiedensten Seiten war Hitler mit sehr kostspieligen Geschenken überhäuft worden, wovon – um seinen Ruf als bedürfnisloser Führer zu wahren – wenig Aufhebens gemacht wurde. Das galt insbesondere für die teuerste aller Gaben auf Staatskosten, deren Idee auf Martin Bormann zurückgehen soll. Sie bestand in einem kostspieligen Ausbau des Geländes am Obersalzberg bei Berchtesgaden, der eine Mischung von Privat- und zweitem Regierungssitz faschistischer Führer und insbesondere Hitlers geworden war. Auf dem Kehlstein, einem mehr als 1800 m hohen Gipfel, wurde mit einem extremen Aufwand an Arbeitskraft und Material ein Haus errichtet, zu dem waghalsig angelegte Zufahrtstraßen und schließlich ein in den Fels gebauter Aufzug führten. Die Kosten beliefen sich auf die horrende Summe von 30 Millionen Reichsmark; zu den Gesamt„kosten“ gehörten auch die bei dem Vorhaben zu Tode gekommenen Arbeiter. Eigens waren im alpinen Straßen- und Tunnelbau erfahrene italienische Proletarier angeheuert worden. Hatte Hitler den Erbauern der exklusiven und protzigen Neuen Reichskanzlei in Berlin bei deren Einweihung versichert, all dieser Aufwand sei nicht für ihn, sondern aus Gründen staatlicher Repräsentanz getrieben worden, so wurde dieser Kehlstein-Komplex kaum zu einem anderen Zwecke genutzt als zur Verlustierung

---

86 VB, 2. Juni 1939.

87 VB, 4. Juni 1939.

88 Ian Kershaw zitiert aus den Berichten faschistischer Führer in Bayern über die Stimmung der Bevölkerung u. a. das Urteil des Landrats von Ebermannstadt in Oberfranken, der Ende Juni 1939 berichtete: „Mit einer Begeisterung, wie sie 1914 war, könnte heute nicht gerechnet werden.“ Der Kreisleiter von Aichach klagte am 31. März 1939 über die zeitlich eng begrenzte Wirkung außenpolitischer Erfolge des Regimes: „Die Nöte und Sorgen des Alltags sind aber so groß, dass bald wieder die Stimmung getrübt wird.“ Jan Kershaw, Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 124 f.

89 Below, S. 100.

der parasitären Umgebung Hitlers und der Eva Braun.[90]

Während der gesamten Feierlichkeiten im Verlauf des 19./20. April 1939 hatte Hitler geschwiegen. Keine Äußerung gegenüber einem der Gratulanten wurde gedruckt, kein Satzfetzen auf irgendeinem Tonträger festgehalten. Hätte die Ehrung einem Toten gegolten, die Überlieferung wäre in diesem Punkte identisch. Der Mann war zu einer weltgeschichtlichen Gestalt von unvergleichlicher Größe erklärt worden und ließ es sich ohne ein einschränkendes oder gar abwehrendes Wort gefallen. Über ihn wurde geschrieben, dass „die Persönlichkeit des Führers in ihrer Totalität“ von niemandem erfasst werden könne, und er hielt es für überflüssig, auch nur einen halben Einspruch zu erheben. Von ihm wurde behauptet, es ginge „ein geheimnisvolles Fluidum auf uns über, das gleiche Schwingungen in unserm Seelenraum erweckt“, und auch diese mystischen Anhimmlungen waren ihm nicht zuwider.[91]

Es erscheint müßig, darüber zu spekulieren, welche Erwägungen den Jubilar bestimmten, weder im Rückblick auf seinen eigenen Weg, noch vorausschauend zu Künftigem sich zu äußern. Nichts hätte die Sprache der Militärparade verstärken können. Zudem hatte sich Hitler, wie erwähnt, auf den Auftritt am 28. April 1939 vor dem Reichstag festgelegt, um Roosevelt zu antworten. Dieses Schweigen eines Mannes, der sonst anscheinend jede Gelegenheit nutzte, sich in endlosen Reden zu ergehen, war für manchen Zeitgenossen mit dem eigenen Hitlerbild schwer vereinbar. So erging es offenbar Heinrich Mann, der die acht Tage später gehaltene Rede in einem Beitrag kommentierte, den er „Die Geburtstagsrede“[92] überschrieb.

Hitler zeigte sich an diesem Tage vor den „Männern des Deutschen Reichstags“ hochgestimmt. Einer der ausländischen Zuhörer notierte in sein Tagebuch, dass der Redner „mit Bezug auf Beredsamkeit, List, Ironie, Sarkasmus und Heuchelei einen neuen Höhepunkt erreicht“ habe.[93] Die Antwortrede an Roosevelt offenbarte allerdings, nach der heuchlerischen Wendung, er – Hitler – sei verglichen mit dem Präsidenten der USA „in einen viel bescheideneren und kleineren Rahmen gestellt“, was sich dieser Führer als Verdienst vor aller Öffentlichkeit zuschrieb. Was seit 1933 sich im Innern und in der äußeren Stellung Deutschlands verändert hatte, galt Hitler ohne jede Einschränkung als sein ureigenes Verdienst. „Ich habe ...“ und „Es ist mir gelungen ...“, so leitete er die auch nicht von dem geringsten Anflug von Bescheidenheit gemilderte Aufzählung seiner Verdienste ein: der Überwinder des Chaos, der Hersteller der Ordnung, der Retter der nationalen Wirtschaft, der Beseitiger der Erwerbslosigkeit, der Einiger des Volkes, der Zertrümmerer des Versailler Vertrages, der Schöpfer der Aufrüstung usw. Wenn auch in anderer Diktion, so feierte Hitler sich auf ebendiese Weise, in der ihn seine faschistischen Gratulanten eine Woche vorher gefeiert hatten.[94]

Der Platz, den der 20. April 1939 auf dem Weg in den Krieg einnahm, kann nicht vollständig bestimmt werden, ohne dass der Versuch unternommen wird, die schon mehrfach berührte Frage genauer zu beantworten, welche Wirkung der Tag auf Hitler selbst ausübte und welche Bedeutung dieser dem Umstand beimaß, dass er eine von ihm selbst als ominös angesehene Altersmarke überschritten hatte. Dabei war es selbstredend zufällig, dass Hitlers 50. Geburtstag mit einer sich anbahnenden Wendung in der europäischen Szene zusammenfiel, deren Ausmaß, Richtung und Tempo sich schwer übersehen ließ. In den Tagen und Wochen nach dem Einmarsch der faschistischen Truppen in Prag suchten Nazigegner aufmerksam nach Zeugnissen, die womöglich dafürsprachen, dass Hitler von diesen Veränderungen selbst etwas aufnahm. Besonders diejenigen, die die Reaktionen des Auslands auf die totale Liquidierung der Tschechoslowakei überschätzten, und wie Leopold Schwarzschild von einem „Drehpunkt der Zeitgeschichte“ und einer „Wandlung der Welthaltung“ schrieben, wollten ergründen, ob Hitler zum Krieg noch eine Alternative besaß, die nicht Ver-

---

90 Der Obersalzberg im Dritten Reich, Berchtesgaden 1982, S. 68 ff.

91 Zit. nach Sopade, (6.) April 1939, S. 444 f. Die Äußerungen waren der Geburtstagsausgabe der SS-Zeitschrift „Das Schwarze Korps“ entnommen.

92 Heinrich Mann, Verteidigung der Kultur. Antifaschistische Streitschriften und Essays, Berlin 1973, S. 343 ff.

93 Shirer, S. 295.

94 VB, 29. April 1939.

fall und Untergang des Naziregimes bedeuten würde. Der Herausgeber des „Neuen Tage-Buchs“ gelangte zu dem Schluss, dass allenfalls ein Aufschub des Kriegsentschlusses gedacht werden könne; denn eine wirkliche Alternative zum Krieg sei „nicht in die Person Hitlers hineinzudenken“.[95]

Diese Sicht auf den Mann an der Spitze des Regimes war richtig, aber in ihrer personalistischen Zuspitzung einseitig und unvollständig. So gewiss Hitler sich auf Krieg festgelegt hatte, was er nach dem Sieg über Polen der Generalität mit den Worten eingestand, dass die Absicht „zu schlagen“ immer in ihm gewesen sei, so wenig steuerte er in jenem Frühjahr doch auf einen Krieg zu, der allein „sein“ Krieg war. Er sann, entschied und handelte in einer ausdrücklich vereinbarten oder stillschweigenden Übereinkunft mit den einflussstärksten Kreisen des deutschen Finanzkapitals, den großen Landeigentümern und den höchstgestellten Militärs. Die weitgehende Deckungsgleichheit – Kongruenz im Wesentlichen, nicht im einzelnen – von Wünschen und Wollen aller dieser die Expansion erstrebenden Gruppen und Personen war in einem längeren bis in die Jahre vor 1933 zurückreichenden Prozess hergestellt oder festgestellt worden. Die Chance eines Mannes wie Hitler unter den Bedingungen der deformierten Weimarer Republik Reichskanzler zu werden, hatte sich überhaupt erst ergeben, weil er samt seiner Führungsgruppe für fähig gehalten wurde, auf einem politischen Weg voranzugehen, auf dem die europäische und Weltstellung des deutschen Imperialismus in der Weise und in dem Maße vergrößert werden sollte, wie es den Geschlagenen seit ihrer Kriegsniederlage, mit deren Resultaten sie sich gedanklich nicht einen Moment abgefunden hatten, vor Augen stand.

Das ungestillte Expansionsinteresse, das sich unter bürgerlich-parlamentarischen Bedingungen nach innen wie nach außen nur begrenzt durchsetzen ließ, war vor 1933 Chance Hitlers und der Politiker um ihn gewesen (deren Angebot bei Fehlen einer entsprechenden Nachfrage bedeutungslos geblieben wäre), und es bedingte nach 1933 weitgehend deren Machtstellung. Denn die militärische Auseinandersetzung mit einer Übermacht von Gegnern konnte nur dann Erfolgsaussicht besitzen, wenn die äußerste Kräftekonzentration im Innern erreicht wurde, was die Minimierung aller sozialen und politischen Reibungsflächen einschloss. Nicht nur die Disziplinierung der Volksmassen durch Terror, psychischen Druck und Betrug jeglicher Art folgten aus dem Kriegsplan. Auch in den wirtschaftlich mächtigsten und militärisch kommandohöchsten Schichten und Kasten war eine Selbstdisziplinierung erforderlich, um die gewollte Hauptlinie des außenpolitischen, d. h. von einem bestimmten Punkt an: kriegerischen Vorgehens verfolgen zu können.

Das Risiko, das vor 1933 existierte, als es keine restlose Garantie dafür gab, dass die Machtübertragung an die nazifaschistische Führungsclique wirklich die von ihren Initiatoren und Wegbereitern gedachten Resultate nach sich ziehen werde, war 1938/39 auf neue, variierte und vermehrte Weise reproduziert. Diesmal konnte es keine absolute Siegesgarantie für die militärische Auseinandersetzung geben, deren rüstungswirtschaftliche Vorbereitung unter aktivster Mitwirkung der Bankherren und Konzernführer erfolgte. Ebenso wenig wie 1914 vermochten diese über die Umsetzung der Expansionsinteressen in Kriegspolitik zu befinden. Die Politiker und Militärs an der Regimespitze waren diejenigen, die über die Reihenfolge der Kriegszüge, über den Moment des Angriffs und damit zusammenhängende militärische und außenpolitische Fragen entscheiden mussten. In diesem Prozess besaß Hitler eine übermächtige Stellung, wie an jenem 20. April 1939 und da besonders deutlich spürbar geworden war. Doch hatte Hitler diese Stellung nicht durch Usurpation erworben, nicht dadurch, dass er sich über Kapitalinteressen hinweggesetzt, sondern – im Gegenteil – dadurch, dass er ihnen Rechnung getragen und sie ins Militärisch-Kriegerische übersetzt hatte.

Nahezu überflüssig erscheint es, dem hinzuzufügen, dass er das selbstredend nicht allein und nicht gegen die Militärs tat. Erst der auf hohen Touren reibungsarm arbeitende Apparat an der Wehrmachtspitze ermöglichte es, in derart kurzen Fristen die allgemeine Kriegsidee und deren Varianten in konkrete Angriffs- und Feldzugspläne und sich darauf gründende Befehle zu fassen. In Deutschland agierte im politischen, ökonomischen und militärischen Bereich eine arbeitsteilig operierende

---

95 Leopold Schwarzschild, Die Frist, in: Das Neue Tage-Buch, 1939, S. 442.

Verschwörung gegen den Frieden mit ihren jeweiligen Aufgaben und Kompetenzen.

Kontrafaktischen Überlegungen wohnt keine Beweiskraft inne, doch können sie durch die gedankliche Vergegenwärtigung des Nichtgeschehenen das Geschehene schärfer sehen helfen. Hitler brauchte in den Monaten, in denen die entscheidenden Entschlüsse über den Krieg fielen, keine Zeit darauf zu verwenden, sie – wie er es vor 1933 auf dem Weg in die Macht wiederholt getan hatte – mit den Finanzkapitalisten zu beraten oder ihnen auch nur in Umrissen die nun bevorstehenden Schritte zu entwickeln. Die Kontakte zwischen den einschlägigen obersten Reichsbehörden und den Wirtschaftsführern waren bereits ganz auf das Praktische der Kriegsvorbereitung gerichtet. Hätte es sich so auch verhalten können, wenn als Folge der Abenteuer von 1938 in Führungskreisen des Kapitals nachdrücklich Bedenken laut geworden wären?

Stattdessen hatten sich die Mächtigen der Wirtschaft in jedes eroberte Gebiet mit Vehemenz gestürzt und sich auch um die Beute untereinander zu raufen begonnen.

„Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank? Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank!“ lautete eine zeitgenössische Redewendung, die treffend die Aufeinanderfolge von militärischer und ökonomischer Expansion ausdrückte. Dabei waren die Rasches nichts weniger als Gelegenheitsdiebe. Die Monopolherren, je stärker und folglich einflussreicher, umso mehr, hatten – wie von der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR vielfach nachgewiesen – die Expansionsstrategie aktiv mit beeinflusst und gemeinsam und auch getrennt Vorstellungen und Vorgehensweisen fixiert, nach denen sie die militärisch erst noch zu erzwingenden Veränderungen zu ihrem Nutzen verwerten wollten.

Kann also auch keine Rede davon sein, dass in jenem Frühjahr 1939 „Hitlers Krieg“ angesteuert wurde, so war das faschistische Regime in jenen Jahren seiner Existenz doch erst wirklich zu Hitlerdeutschland geworden, und dies in einem doppelten Sinne. Die herrschenden Schichten, begeistert von den bereits erreichten außenpolitischen Erfolgen, mit deren Transformation in Wirtschaftsmacht sie befasst waren, hatten sich stärker noch als im Januar 1933 auf diesen Mann als den verlässlichen Vollstrecker ihrer Interessen fixiert, und breite Teile des Volkes, was ihnen wirklich nützte, ebenso verkennend wie die Pläne der Führung, verhielten sich zum „Führer“ kritiklos-vertrauensselig. So gewann Hitlers geistige und psychische Verfassung tatsächlich einen außerordentlichen geschichtsmächtigen Stellenwert. Dieser Mann aber war besessen von der Idee, in den Krieg zu kommen, und verfolgt von dem Gedanken, er könne den günstigsten Zeitpunkt für seinen Beginn verpassen. Mit jenen Soldaten und Offizieren, die am 20. April an ihm vorbeizogen, wollte er noch 1939 losschlagen.

Zu diesem Zweck hatte er am 3. April die Weisung für den „Fall Weiß“ unterzeichnet, die der Wehrmacht am 11. April zugestellt worden war.[96] Polen sollte vor Jahresende überfallen und ausgelöscht werden. Auf seinen Trümmern sollte sich „Großdeutschland“ weiter nach dem Osten Europas ausdehnen als das Kaiserreich der Hohenzollern. Nach dem Vorbild des Vorgehens gegen die Tschechoslowakei war an dem faschistischen Staat direkt einverleibte und ihm als Kolonie vorgelagerte Gebiete gedacht. Das alles sollte bei „passender Gelegenheit“ erledigt werden. Angriffsabsicht und Expansionsziel wurden den höchstgestellten Personen in der Militärclique unumwunden mitgeteilt.

Die Verschwörung der Eroberer schloss sich im April/Mai ohne irgendwelche herausragenden Ereignisse oder gar dramatische Zwischenfälle endgültig zusammen. Es geschah, als sei alles längst abgemacht. Das war es auch. Bemerkenswert war jedoch, dass Hitler den Kriegsbeginn gegenüber früher ins Auge gefassten Terminen weit vorverlegt hatte. 1937 hatte er noch von der Zeitspanne zwischen den Jahren 1943 bis 1945 gesprochen.[97] Anfang April, als die „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40“ in neuer Fassung angekündigt und vorab die

---

96 IMG, Bd. 34, S. 380 ff., Dok. 120 – C.

97 IMG, Bd. 25, S. 408 f., Dok. 386 – PS, Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. 11. 1937 (sog. Hoßbach-Protokoll).

veränderte Version von „Fall Weiß“ herausgegeben wurde, war die Forderung erhoben, alle Vorbereitungen für den Überfall auf Polen so zu treffen, dass er „ab 1.9.1939 jederzeit möglich ist“.[98] Ohne weitere Beratung mit den Befehlshabern der drei Wehrmachtsteile hatte Hitler den Termin für die Kriegseröffnung um drei bis sechs Jahre vorverlegt. Sein Vorgehen charakterisiert die Beziehung, die sich zwischen ihm, Brauchitsch, Erich Raeder, dem OKW-Chef Wilhelm Keitel und den höchstgestellten Generalstäblern nach dem Revirement vom 4. Februar 1938 herausgebildet hatte.

Alle verfügbaren Dokumente belegen, dass Hitler zum Zeitpunkt seines 50. Geburtstages nicht mehr mit der Frage beschäftigt war, *ob* oder *wann* er die Aggression beginnen solle. Ihn beherrschte – man möchte sagen: nur noch – die Überlegung, zu welcher außenpolitisch-militärischen Konstellation der Überfall auf Polen führen werde und wie auf sie zu antworten sei. Keine seiner Äußerungen deutet darauf hin, dass ihn eine der denkbaren Wandlungen der europäischen Situation von dem gefassten Entschluss hätte abbringen können, den Krieg zu beginnen. Dies besagt nicht, dass die Möglichkeiten der Gegenkräfte des deutschen Faschismus bereits erschöpft oder versäumt waren. Hitler war zu einer Modifizierung seines Entschlusses noch zu zwingen. Indessen hätte ihn nur eine einschneidende Veränderung des europäischen Kräfteverhältnisses zu einem Neuansatz für den Kriegsplan bewegen können.

Hitler erörterte im Frühjahr 1939 vor einem ausgesuchten Kreis von Militärs drei Entwicklungen, die auf den Einfall in Polen folgen könnten. Die erste, ihm unter allen willkommenste, war der separate Ablauf der Aggression, der es dem faschistischen Staat erlaubte, Polen zu okkupieren und dadurch einen offenen Zugang zu den reaktionären Regimen im Baltikum – Litauen, Lettland und Estland – zu gewinnen. Das eroberte Terrain Polens und die drei Kleinstaaten waren als sichere Hilfsquellen gedacht, auf die sich Deutschland im anschließenden Kampf gegen die Westmächte würde stützen können. Alle Überlegungen Hitlers für diesen Fall stehen dafür, dass auf den gedachten Sieg über Polen nach einer nur kurzen Kriegspause der Schlag gegen Frankreich 1940 folgen sollte.

Er sah es als die außenpolitisch-diplomatische Hauptaufgabe des Jahres 1939 an, Polen zu isolieren. Doch konnte er am 20. April nicht mehr sicher sein, dass sie noch lösbar war. Nach Großbritanniens Garantieerklärung für Polen musste er mit der Möglichkeit rechnen, dass die Hauptrivalen den deutschen Imperialismus in Osteuropa nicht weiter nach Belieben gewähren lassen würden. Dies zwang Hitler – mochte er vor den Militärs auch noch die Hoffnung nähren, England werde „aus dem Spiele“ bleiben[99] – doch mehr und mehr dazu, jene Situation zu durchdenken, da Großbritannien und Frankreich auf den Einfall in Polen mit Kriegserklärungen antworteten.

Hitler kalkulierte diese Folge jedenfalls ein und nahm sie von Anfang an in Kauf. Er hatte den Entschluss gefasst, es auch auf den *großen* Krieg ankommen zu lassen und den zweiten Weltkrieg in Europa zu beginnen. Er hielt, obwohl die von ihm in der Vierjahresplan-Denkschrift abgelaufene Zeitspanne von vier Jahren noch nicht verstrichen war, das faschistische Deutschland schon für fähig, im Westen einen mehrjährigen Krieg gegen die beiden stärksten kapitalistischen Konkurrenten in Europa zu führen und zu gewinnen[100]; denn er rechnete, trotz seines Vertrauens auf die Übermacht der eigenen Armee, keineswegs mit einem so raschen Feldzug und Sieg, wie er sich im Mai/Juni 1940 auf französischem Boden tatsächlich ereignete.

Die dritte Entwicklungsmöglichkeit, die nach einem Überfall auf Polen eintreten könnte, das gemeinsame Auf-den-Plan-Treten der beiden kapitalistischen Großmächte im Westen und der UdSSR im Osten, hielt Hitler für wenig wahrscheinlich. Er konnte daraufsetzen, dass das reaktionäre polnische Regime, das dem jungen Sowjetstaat 1921 erhebliche Teile seines Territoriums abgepresst hatte, kein Bündnis mit der UdSSR suchen würde. Zu diesem Urteil mag – neben direkten Informationen wie der erwähnten aus dem Munde Gafencus –die Erfahrung beigetragen haben, dass sich

---

98 IMG, Bd. 34, S. 380, Dok. 120 – C, Betr. Weisung für die Wehrmacht 1939/40.

99 IMG, Bd. 37, S. 550, Dok. 079 – L.

100 IMG, Bd. 26, S. 523 f. Dok. 1014 – PS, Zweite Ansprache des Führers am 22.8.1939.

nicht einmal die bürgerlich-parlamentarische Tschechoslowakei 1938 auf jenen Vertrag stützte, den sie drei Jahre zuvor mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte. Zwischen Polen und der UdSSR aber bestand keinerlei Beistandsverpflichtung.

Die Frage, die sich unvermeidlich stellt, lautet: Was machte den ersten Mann im faschistischen Staat so sicher, dass er einen Krieg gegen drei europäische Staaten – Polen, Frankreich und Großbritannien – gleichzeitig austragen könne? Welche Siegesrechnungen stellte er an, da er doch die Erfahrung der Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 im Gedächtnis hatte?

Hitlers Geistesverfassung wurde durch eine Mischung seiner Fähigkeiten bestimmt, Tatsachen wahrzunehmen, zu verdrängen oder auch glatt zu ignorieren. Immer stärker hatte sich seine Neigung ausgeprägt, diejenigen Fakten unberücksichtigt zu lassen, die gegen seine Pläne und Entschlüsse sprachen. Beispielsweise nahm er wahr, dass gegenüber anderen Staaten ein Rüstungsvorsprung erreicht worden war. Gleichzeitig übersah er nicht, dass die künftigen Kriegsgegner Deutschlands fähig waren, diesen Vorsprung durch eigene Anstrengungen wettzumachen. Das ließ ihn – von anderen zu dem gleichen Schluss führenden Überlegungen wird noch zu handeln sein – zu dem Resultat gelangen, die Wehrmacht müsse dem zuvorkommen und so zeitig wie möglich angreifen. Aber der naheliegenden Frage, ob die Gegner Frankreich und Großbritannien in einem auch von ihm selbst erwarteten längerwährenden Krieg nicht in der Lage sein könnten, im Kriegsverlauf rasch aufzuholen, was sie vordem versäumt hatten, stellte er sich nicht. Hitler dachte in die Kriegszukunft so weit, wie seine Rechnungen aufgingen. Das ließe sich mannigfach beweisen. So verdrängte er auch die – im Sommer 1940 dann praktisch auftauchende – Frage, wie Großbritannien nach einer Niederlage Frankreichs zur Kapitulation gezwungen werden könnte. Er entwickelte vor hohen Militärs die unrealistische Idee, durch Luftwaffe und Kriegsmarine einen für Schiffe undurchdringlichen Minengürtel um das Inselreich zu legen.[101]

Hitlers Denken war um die Zeit seines 50. Geburtstages auf die nüchterne Abwägung objektiver Faktoren gerichtet und durch das Jonglieren mit dem willkürlich bestimmten Gewicht subjektiver Faktoren charakterisiert. Unter letzteren sah er sich selbst als den wichtigsten an. Das führt uns zu der Frage zurück, wie er seine eigene Rolle im Krieg beurteilte, und zu der damit verbundenen, welche Bedeutung er der Tatsache beimaß, dass er, damaliger Lebenserwartung zufolge, mit 50 Jahren rund gerechnet noch etwa eine Lebensfrist von anderthalb Jahrzehnten besaß – was also ihm noch zu tun blieb. Jedoch: Das war nicht die Art, wie er die Frage stellte. Was er zu seinen Lebzeiten noch tun *müsse*, weil nur er es zu erreichen vermochte – das war die Weise, in der er über sich und die Welt nachdachte. Hitlers „Gefühl politischer und intellektueller Überlegenheit“ über alle seine Paladine und alle denkbaren Konkurrenten hatte sich in einem längeren Prozess herausgebildet, der bis in die Jahre vor 1933 zurückreichte.[102] Längst vor seinem 50. Geburtstag war er zu dem Urteil gelangt, dass er eine ganz außergewöhnliche Persönlichkeit sei, ein Übermensch. Folgerichtig sah er sich als die entscheidende Größe im Kriegsplan und in der Siegesrechnung. Der 20. April 1939 mochte dieses Selbstverständnis weiter gestärkt haben, wenn das überhaupt noch möglich war. Denn Hitlers Geistes- und Gefühlszustand hatte schon im Verlauf seines 50. Lebensjahres eine neue Dimension erhalten.

Die Erfolge seiner Außenpolitik und die Zugeständnisse, die britischer- und französischerseits dem faschistischen Staat gemacht worden waren, verbuchte er als Beweise seiner überlegenen Strategie und Taktik, als Ausdruck eigener Genialität und – umgekehrt – als Zeugnis der Beschränktheit seiner Kontrahenten. Das Treffen mit den Ministerpräsidenten der beiden kapitalistischen Mächte Europas, die er zunächst als die Haupthindernisse für die Erreichung der expansionistischen Ziele ansah, hatte ihn davon überzeugt, dass er mit ihnen fertig werden würde – als handele es sich im Kriegsfall darum, welcher Exponent einer Macht größere Intelligenz oder mehr Schläue besäße. Zu den Faktoren, aus denen sich 1939 die Gunst der geschichtlichen Stunde bilde, rechnete Hitler aus-

---

101 IMG, Bd. 26, S. 327 ff., Dok. 789 – PS, Besprechung beim Führer (23. November 1939).

102 Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 24.

drücklich, dass die „maßgebenden Persönlichkeiten“ auf der Gegenseite „ein negatives Bild“ ergäben. Großbritannien wie Frankreich besäßen „keine Persönlichkeit von Format“. Diesen Gedanken konnte er in einer einzigen Rede dreimal variieren. „Unsere Gegner haben Führer, die unter dem Durchschnitt stehen. Keine Persönlichkeiten. Keine Herren, keine Tatmenschen.“ Und schließlich: „Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München“.[103] Die Steigerung der Aussage ist interessant: Zuerst wurde den Führern der Westmächte noch in nahezu akademischer Formulierung das „Format“ abgesprochen, dann wurden sie statistisch unter den „Durchschnitt“ gesetzt, am Ende waren sie „Würmchen“, Wesen, die sich leichthändig zerquetschen ließen.

Verglichen mit Chamberlain und Daladier sah Hitler sich als einen Riesen, als den „Tatmenschen“ seiner Zeit. Schon in der Schule der k. u. k.-Monarchie in der Vorstellung ausgebildet, die Geschichte sei Produkt des Handelns überragender Persönlichkeiten, stellte er sich längst in deren Reihe und war absolut unfähig, sich die äußeren Bedingungen der seit 1935 erreichten Erfolge des deutschen Imperialismus klarzumachen. Alles Erreichte, wie die zitierte Reichstagsrede vom 28. April bewies, schrieb er im Grunde sich selbst zu, insonderheit auch seiner Risikobereitschaft.

Selbst, wenn die Absicht in Rechnung gestellt wird, die Hitler 1939 wieder und wieder zu Erörterungen über das „Risiko“ führte – nämlich die inneren Hemmnisse von Politikern und Militärs gegen ein allzu gewagtes Vorgehen zu bekämpfen –, so äußerte sich bei diesen Gelegenheiten doch seine Überzeugung, dass das Risiko geradezu eine notwendige Begleiterscheinung des Erfolgs, mehr noch: dessen unerlässliche Voraussetzung sei. Bismarck und vor allem Friedrich II. von Preußen galten ihm als Vorbilder äußerster Risikobereitschaft schlechthin.[104] Auch in dieser Hinsicht sah er sich in ihrer Erbfolge, und rückblickend übertrieb er das jeweils vorhandene Risiko seiner außenpolitischen Aktionen noch, zu eigenem höheren Ruhme und um zu erneuter Waghalsigkeit anzustacheln.

Hitlers Selbstbeweihräucherung und Selbstüberschätzung erreichten auf dem Weg in den Krieg und nach Kriegsbeginn einen neuen Gipfel. Den Entschluss, den Krieg 1939 und nicht später zu beginnen, stützte er am 22. August 1939 in seiner Rede vor den Wehrmachtsoberbefehlshabern in erster Linie auf „meine eigene Persönlichkeit und die Mussolinis“. Erschien ihm ein möglicher Tod des Duces aber nur als Gefährdung der Bündnistreue Italiens, so sagte Hitler über sich: „Wesentlich hängt es von mir ab, von meinem Dasein, wegen meiner politischen Fähigkeiten.“ In der Zukunft werde es wohl niemanden geben, der wie er „das Vertrauen des ganzen Volkes“ besitze und eine höhere Autorität habe. Damit hatte Hitler nicht mehr und nicht weniger behauptet, als dass er selbst eine auch in der künftigen deutschen Geschichte unübertreffbare Erscheinung darstelle. Der Mann, der sich als Gründer des vielberufenen Tausendjährigen Reiches verstand, fällte en passant ein Urteil über das Format aller seiner Nachfolger.

„Mein Dasein ist also ein großer Wert-Faktor“, erläuterte er den Generalen. Der müsse, so die Schlussfolgerung, jetzt eingesetzt werden, zumal er, wie er mehrfach wiederholte, durch ein Attentat irgendeines „Verbrechers“ oder „Idioten“ beseitigt werden könne.[105] Dass Hitler seiner Zuhörerschaft den Gedanken eines gegen ihn gerichteten Attentats als Grund für raschesten Kriegsbeginn offerieren konnte, wirft nebenbei auch ein Licht auf deren Anspruchsniveau; denn es war doch von da nur ein Denkschritt zu der Frage, was geschehen würde, wenn diesen „Wert-Faktor“ am zweiten Kriegstag ein Geschoss oder eine Bombe niederstreckte.

Schon wenige Wochen später setzte Hitler den Oberbefehlshabern, jetzt um ihre Bedenken gegen einen baldigen Frankreichfeldzug zu beseitigen, „als letzten Faktor“ wiederum „in aller Bescheidenheit“ seine eigene Person als Argument für einen sofortigen Angriff vor. Er sei weder durch „eine militärische noch eine zivile Persönlichkeit“ zu ersetzen. Dem fügte er hinzu: „Ich bin überzeugt von der Kraft meines Gehirns und von meiner Entschlusskraft.“ Wieder operierte Hitler mit

---

103 IMG, Bd. 26, S. 339 f., Dok. 798 – PS, Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern 22.8.1939.

104 IMG, Bd. 26, S. 523, Dok. 1014 – PS, Zweite Ansprache des Führers am 22. 8. 1939.

105 IMG, Bd. 26, S. 339, Dok. 798 – PS, Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern am 22.8.1939.

dem Beispiel Friedrichs II.; er dozierte, Preußen verdanke seinen „Aufstieg dem Heroismus eines Mannes“.[106] Was gewöhnlich nur in den theatralischen Auftritten des „Führers“ vor Massenansammlungen zu hören war, das bot Hitler im Kreis der Oberbefehlshaber im November 1939 an, um die Möglichkeit des Sieges über Frankreich zu beweisen: seinen Bund mit der „Vorsehung“. Die Niederschrift verzeichnete: „Nur wer mit dem Schicksal kämpft, kann eine günstige Vorsehung haben. In den letzten Jahren habe ich viele Beispiele der Vorsehung erlebt. Auch in der jetzigen Entwicklung sehe ich die Vorsehung.“[107] Das sollte wohl besagen, dass, wer das größte Risiko eingeht und sich grenzenlosem Abenteurertum hingibt, obendrein als eine Art Bonus die Unterstützung überirdischer Mächte erhält.

Für den Mann, der sich als Übermensch sah, wie es auf Jahrhunderte hin keinen zweiten mehr geben werde, der zugleich aber die Endlichkeit seines Lebens nicht leugnen konnte, musste sein 50. Geburtstag logischerweise zu einem Argument werden, sich vor dem nahenden Abfall seiner physischen, geistigen und psychischen Kräfte auf den imperialistischen Kriegspfad zu machen. Auch diese Art, in der Hitler selbst den 20. April 1939 innerlich verarbeitete, war eine akute Gefahr- und Katastrophendrohung. Sie wurde es freilich nicht per se, sondern erst durch die Stellung, die er in der Gesellschaft einnahm, weil sie ihm ermöglicht und zugebilligt wurde. Denn wann vorher hätte ein Oberbefehlshaber vor der Generalität in einem Stil sprechen können, der sich passagenweise von einer Geisterstunde mit einem Hellseher nicht unterscheiden ließ? Der kriegskündende Verlauf des 50. Geburtstages Hitlers mahnte die deutschen Nazigegner im faschistischen Staat wie im Exil, wie wenig Zeit ihnen blieb, das Unheil von ihrem eigenen Lande und von Europa abzuwenden. Einer von ihnen, Heinrich Mann, schrieb seinem Bruder Thomas über diesen letzten Beweggrund seines Handelns: „Mein Ziel ist bei allem das Deine: die deutsche Erhebung muss dem Krieg zuvorkommen.“[108]

Die Chancen, dieses Ziel noch zu erreichen, verschlechterten sich 1938/39 vor allem durch das Tempo, in dem der deutsche Imperialismus auf den Krieg lossteuerte. Dennoch verfochten die standhaftesten unter den deutschen Antifaschisten es weiter. Sie wollten sich nicht vorzeitig mit dem Gedanken abfinden, dass das Regime erst nach einem Krieg und als Folge seiner militärischen Niederlage beseitigt werden könnte. Zudem ahnten sie den Preis, den dieser Weg zur Vernichtung des Faschismus den Völkern abverlangen würde. Heinrich Mann, unermüdlich in dem Bestreben, in das faschistische Reich hineinzuwirken und seine Landsleute gegen Hitler zu mobilisieren, warnte mit dem schon erwähnten Text „Die Geburtstagsrede“ die Deutschen eindringlich vor der Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses. Er werde nicht einfach in einen Krieg münden, sondern sie selbst in den Untergang, in „die furchtbarste Niederlage“ und an „das Ende Deutschlands“ führen.[109]

Da Hitler durch das Spektakel des 20. April in den Mittelpunkt des Interesses gestellt war, umriss der Romancier und Essayist sein Bild von dem Manne und charakterisierte dessen Rolle in Europa. Von „wütendem Wahnsinn“ geleitet, sei er dabei, sich ganz auf „Welteroberungen“ zu konzentrieren, wobei ihn das Schicksal der Deutschen, ihre wie aller anderen Völker Ängste vor dem Krieg und dessen Folgen gänzlich gleichgültig ließen. Heinrich Manns Fazit und sein Appell bestanden aus jeweils drei Worten. Sie lauteten: „Er muss fort!“, und „Kämpft ihn nieder!“[110] Im gleichen Sinne und aus gleichermaßen verstandener Verantwortung für den Frieden hatte wenige Monate zuvor die Berner Parteikonferenz der KPD den „Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler“ als die „höchste nationale Aufgabe aller Deutschen“ bezeichnet.[111]

An jenem 20. April 1939 wurde diese Warnung aber von der Mehrheit der Deutschen nicht verstan-

---

106 IMG, Bd. 26, S. 327 ff. Dok. 789 – PS, Besprechung beim Führer (23. November 1939).

107 Ebenda, S. 336.

108 Zit. nach Heinrich Mann, S. 512, Brief vom 25. Mai 1939.

109 Ebenda, S. 346.

110 Ebenda, S. 345 f.

111 Resolution der Konferenz: Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik, in: Die Berner Konferenz, S. 119.

den. Und die Minderheit der Nazigegner war von der Möglichkeit, aus ihren Landsleuten eine Volksfront gegen das Regime zu formieren, weiter entfernt als dieses Regime vom Beginn des Krieges. In den wenigen Monaten bis Ende August erwies es sich als unmöglich, die Schere zwischen der Entwicklung der sich rasch verschärfenden Vorkriegskrise und dem dahinter weit zurückbleibenden Prozess des nationalen und internationalen Zusammenschlusses der Friedenskräfte zu schließen. Zwar zauderte auch Hitler, so wie fünfundzwanzig Jahre vorher führende Politiker des kaiserlichen deutschen Imperialismus vor der letzten, unwiderruflichen Entscheidung für den Kriegsbeginn gezögert hatten, im August 1939 einen Moment. Doch die Gegenkräfte, die er wahrnahm und wahrhaben wollte, schreckten ihn nicht ab. Die Wehrmacht, deren Einheiten am 20. April 1939 in Glanz und Wichs paradierten, fiel am 1. September sengend, verwüstend, plündernd und todbringend in Polen ein. Dazwischen hatten noch 133 Tage gelegen. Ein Jahr später, am 20. April 1940, als Hitlers Geburtstag im achten Kriegsmonat begangen wurde, war die Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerung vor allem durch das erste direkte militärische Aufeinandertreffen von deutschfaschistischen und britischen Truppen in Norwegen beansprucht. Wie sehr der Fortgang des Krieges und seine künftigen Konstellationen viele Deutsche beschäftigten, davon zeugt eine Passage im Bericht des Sicherheitsdienstes: „Dabei machte man sich vielfach Gedanken über das Fehlen der Glückwünsche des Kaisers von Japan, des Königs von Schweden, der Schweiz und vor allem Stalins. Gerade die Tatsache, dass Stalin und Molotow dem Führer nicht gratulierten, obwohl der Führer erst vor kurzem Stalin seine Glückwünsche übersandt hatte, gab Anlass zu neuen Kombinationen.“[112]

Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegszeit (1935-1939). Gemeinsam mit Dietrich Eichholtz. Akademie-Verlag Berlin 1989, S. 309-343.

---

112 Meldungen aus dem Reich, Bd. 4, Herrsching 1984, Nr. 81, S. 1045, 24. April 1940.

Von den Triebkräften der faschistischen Judenverfolgung

I

Wer sich mit dem Hergang von Judenverfolgung und Judenvernichtung in den Jahren der faschistischen Diktatur befasst, stößt wieder und wieder auf die Frage, wer diesen Prozess in Gang gesetzt, vorangetrieben und bis zu jenen massenmörderischen Exzessen gesteigert hat, die die Namen Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Belzec und von Hunderten von Städten und Ortschaften auf dem Territorium der UdSSR tragen, wo alsbald nach dem 22. Juni 1941 die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD zu wüten begannen. Wer oder was – so unser Thema – waren also die treibenden Kräfte dieser Verbrechen? Es liegt auf der Hand, dass dies alles andere als eine bloßakademisch-historische Frage darstellt. Ihre Beantwortung konnte nach 1945 für die einen über Freiheit oder Haft, für die anderen über Leben oder Tod entscheiden. Heute, da die juristische Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit nur noch in einigen Restfällen zu bewältigen ist, da die Nachgeborenen längst die Mehrheit der Bevölkerung stellen, ist das Interesse an den Personen in den Hintergrund getreten. Die Fragen richten sich in einem mehr oder weniger weiten Sinne auf die Zustände, die geistigen, politischen und sozialökonomischen Verhältnisse, die Judenhass hervorbrachten, Judenverfolgung in einem geschichtlich beispiellosen Ausmaß erzeugten oder begünstigten.

Der erste Blick auf die antisemitischen Aktionen der faschistischen Machthaber zeigt zunächst handelnde Personen. Keine Frage, dass Frick und Himmler, Goebbels und Streicher, Rosenberg und Sauckel und immer wieder der Oberste der Faschistenführer treibende Kräfte der Judenverfolgung und ihrer Steigerung von Stufe zu Stufe waren. Sie standen im Zentrum aller gegen die unter rassistischen Vorwänden zusammengepresste Menschengruppe ergriffenen Maßnahmen. Hitler rühmte sich in einer Rede vor den Nazi-Kreisleitern 1937, dass alle Entscheidungen über die Eskalation der Judenverfolgung letztlich bei ihm lägen, und fügte hinzu, dass er sich unerbetene Vorschläge verbitte. Er wisse selbst und selbst am besten, wann welcher weitere Schritt zu gehen sei. Die Autoren, die, wenn sie von der Geschichte der Juden im faschistischen Staat schreiben, wieder und wieder den Namen Hitler erwähnen, tun dies fraglos mit Recht.

Nun existiert unter den Geschichtsschreibern kein Zweifel, dass der fanatische Antisemitismus einer kleinen Gruppe von Politikern nahezu folgenlos geblieben wäre, wenn sie nicht andere in großer Zahl zu judenfeindlicher Aktion hätten mobilisieren können. Die Menschen machen ihre Geschichte selbst. Menschenwerk war auch die Politik der faschistischen Judenverfolgung bis hin zum Massenmord. Durch Justiz und Geschichtsschreibung wurde seit Jahrzehnten bewiesen, dass die faschistischen Machthaber an den Schalt- und Steuerhebeln des Antisemitismus eine mindestens sechsstellige Zahl von Helfern besaßen, die in der unterschiedlichsten Weise und an den verschiedensten Plätzen gegen die deutschen und seit 1938 auch direkt gegen nichtdeutsche Juden verbrecherisch „tätig wurden“. Da war zunächst einmal die nach Zehntausenden zählende Gruppe von Beamten und Angestellten im Staatsapparat der Faschisten – von den Obersten Reichsbehörden bis in die Büros auch kleiner Dorfgemeinden, in denen Juden ansässig waren. Es gab schon 1933 kein einziges Reichsministerium, das nicht mit den Maßnahmen der Hintenansetzung der Juden, der Einschränkung ihrer Verdienst- und Lebensmöglichkeiten zu tun hatte, und folglich waren auch die diesen zentralen Machtapparaten nachgeordneten Dienststellen in Ländern, Kreisen und Kommunen frühzeitig in die – zunächst noch meist auf faschistische Gesetzesakte gestützten – judenfeindlichen Aktionen einbezogen.

An dieser frühen Phase ist besonders bemerkenswert, dass sie unter Bedingungen an- und ablief, da die Staatsbehörden noch keineswegs total faschisiert oder – wie die Nazis sagten – gleichgeschaltet worden waren. Das erste der judenfeindlichen Gesetze, das den beirrenden Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ trug und am 7. April 1933 erlassen wurde, war das Produkt eines Beschlusses in einem Reichskabinett, dessen Mehrheit aus Personen bestand, die nicht Mitglieder der Nazipartei waren. Was für die Reichsregierung zutraf, galt weithin und erklärt erst das Tempo, in dem die Judenverfolgung wenige Wochen nach der Machtübergabe in Gang gesetzt werden konnte: die Zahl der tatbereiten Antisemiten in Deutschland war weit größer als die der Aktivis-

ten der Nazipartei. Erst dadurch konnte die Aktion gegen die Juden zu einem integrierenden Element, zu einem die Konsolidierung der faschistischen Herrschaft befördernden Faktor werden.

In der Aula einer deutschen Universität ist es naheliegend, daran zu erinnern, dass es die Rektoren und Dekane aller Fakultäten aller Universitäten und Hochschulen in Deutschland waren, die im Frühjahr 1933 an alle Hochschullehrer und an weitere beamtete Mitarbeiter Fragebogen verteilen ließen, deren einziger Zweck darin bestand, die „Juden“ zu suchen (denn die wenigen Sozialdemokraten und anderen antifaschistischen Republikaner in der Hochschullehrerschaft waren ohnehin bekannt). Keine Fakultät hat erklärt, dass sie da nicht mitmachen wolle und werde. Die Ursachen für dieses frühe systemkonforme Verhalten mögen von blankem Opportunismus über sklavische, als „Pflicht“ gedeutete Staatsdisziplin bis zum Judenhass gereicht haben – Mittäterschaft war es allemal: Mittäterschaft bei der Ermittlung der Juden zum Zwecke ihrer Entfernung von den angestammten und zumeist durch außerordentliche Leistung erworbenen Arbeitsplätzen, Mittäterschaft bei der Durchsetzung eines Berufsverbots gegen eine Gruppe, die zu erheblichem Teil auch aus politischen Gründen verfolgt wurde, denn unter diesen jüdischen Hochschullehrern befand sich eine beachtliche Zahl von liberal und demokratisch gesinnten Persönlichkeiten.

Schon aus dem bis hierher Gesagten mag deutlich geworden sein, dass die handelnden Personen der antisemitischen Maßnahmen von Anfang an in aller Regel nicht auf eigene Faust vorgingen, sondern dass sie organisiert und strukturiert wirkten. Im weitverzweigten Staats- und Behördenapparat, in den politischen Parteien (NSDAP und DNVP) und den ihnen angeschlossenen oder nahestehenden Verbänden, in Institutionen der verschiedensten Art von nichtstaatlichem Charakter war 1933 eine Vielzahl von Menschen (noch nicht hauptsächlich oder gar hauptberuflich) mit Maßnahmen gegen die Juden befasst. Ihre Aktivitäten richteten sich in dieser Anfangsphase der Verfolgungen der Minderheit keineswegs allein darauf, die „Weisungen von oben“, also die Reichsgesetze und die sich an sie anschließenden Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zu verwirklichen. Aus der praktischen Tätigkeit auf den mittleren und unteren Ebenen des Geschehens ergab sich eine Unmenge praktischer Fragen, und unter den Gefolgsleuten des Faschismus, die mit ihnen befasst waren, fand sich eine erhebliche Zahl erfinderischer Geister, die „nach oben“ ihre Vorschläge für die Steigerung der Verfolgungsschritte richteten. Es handelte sich um eine spezifische Form von „Verbesserungsvorschlägen“, manche geboren aus lustvollem Antisemitismus, manche aus bürokratisch-menschenfeindlicher Ordnungssucht, andere wieder entstanden aus ungestilltem Geltungstrieb. Allesamt zeugten sie von einer vorhandenen und fortschreitenden Dehumanisierung der Gesellschaft.

Zur Strategie und Taktik der Judenverfolgung im faschistischen Deutschland haben ungleich mehr pervertierte Hirne beigesteuert als die der Hitler, Himmler, Streicher usw. Um dies an einem Komplex zu verdeutlichen, sei auf die Tätigkeit des Deutschen Städte- und Gemeindetages verwiesen, dessen Aktenbestand relativ gut überliefert ist. Diese Institution entwickelte sich zu einer Umschlagstelle des Erfahrungsaustausches zwischen den Kommunen, namentlich der größeren und mittleren Städte, über die Handhabung der judenfeindlichen Maßnahmen. Da fragte die eine Stadt an, wie es anderwärts mit den Zahlungen an verarmte Juden gehandhabt werde, und die Zentrale des Städtetages organisierte augenblicklich eine Rundfrage. Da wollte eine andere Stadtverwaltung wissen, wie mit den nicht mehr in Gebrauch befindlichen jüdischen Friedhöfen verfahren werde und was, wenn man sie planierte, mit den Grabsteinen zu geschehen habe. Die Tendenz der Fragen wie der erteilten Auskünfte richtete sich in aller Regel auf die Anwendung der jeweils extremsten Praxis.

II

Es war zunächst, sehr lückenhaft, von Erscheinungen an der Oberfläche die Rede. Dabei kann es selbstredend nicht bleiben. Es ist nach den Beziehungen von Kapitalinteresse und Massenmord an den europäischen Juden zu fragen, nach äußerst verwickelten Zusammenhängen in der faschistischen deutschen Gesellschaft; denn Judenmord und Judenmassenmord ereigneten sich unbestritten auf dem sozialen Boden des Kapitalismus. Allerdings: andere kapitalistische Gesellschaften, die in

den zwanziger bis vierziger Jahren existierten und ebenfalls faschistisch strukturiert waren, brachten nicht entfernt einen dem deutschen Fall vergleichbaren Antisemitismus der Idee und der Untat hervor. Damit ergibt sich die Frage, warum die kapitalistische Entwicklung in der deutschen Geschichte dieses Verbrechen hervorbrachte und wie die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse in Deutschland beschaffen waren, so dass hierzulande – da fallen dann zumeist die Namen von Goethe und Schiller, von Bach und Beethoven, von Kant und Hegel – sich etwas zutrug, das bis heute weltweit als das Entsetzlichste angesehen wird, was die gesamte bisherige Weltgeschichte hervorbrachte. Nur nebenher sei erwähnt, dass bis heute Versuche zu beobachten sind, dieser Frage auszuweichen. Der jüngste verknüpft sich mit dem Namen des Westberliner Ordinarius Ernst Nolte, der eine Art historiographische „Endlösung“ der Judenvernichtung dadurch glaubt gefunden zu haben, dass er die Vorgeschichte von Auschwitz aus der deutschen in die sowjetische Geschichte verlegte.

Die Haupttriebkräfte , die zu Verbrechen vom Ausmaß des an den Juden verübten führten, und nicht nur zu jenen, sondern auch zu den Massakern unter Sowjetbürgern und Angehörigen so vieler anderer Völker und Nationen, unter Zigeunern und unter den wirklich oder vermeintlich unheilbar Geisteskranken, die Deutsche und Nichtdeutsche waren, hat die marxistische Historiographie seit langem in jenem anachronistischen Vorhaben entdeckt und Schritt für Schritt verfolgt, das sich auf die Errichtung der Weltherrschaft des deutschen Imperialismus richtete. Dieses Vorhaben, das über verschiedene Stufen zum politischen Plan und schließlich zum Kriegsplan reifte, verband sich von Anfang an mit einem extrem reaktionären Denken, das sich ebenso auf und gegen das eigene Volk wie gegen die verschiedensten anderen Völker richtete. Die den Weltherrschaftsplan ausarbeiteten und verfolgten, benötigten zu seiner Verwirklichung nicht nur Marschälle und Soldaten, Panzer und Flugzeuge, sondern auch eine extrem reaktionäre Ideologie, die Millionen auf dem Weg des Verbrechens gegen andere Völker missleiten konnte.

In dieser Beziehung zwischen der Welteroberungsabsicht und dem Rassismus als der dieser Absicht zugemessenen Ideologie liegt die grundlegende, die konstitutive Beziehung zwischen der sozialökonomischen Basis der deutschen Gesellschaft und dem Verbrechen. Diese Beziehung realisierte sich nicht in menschenleeren Strukturen, sondern durch handelnde Personen und Personengruppen, von denen die eine durch die faschistischen politischen Abenteuer um Hitler gebildet wurde, die andere aus der durch die von Kapital- und das heißt Herrschafts- und Expansionsinteressen geleitete extrem reaktionäre Fraktion des deutschen Monopolkapitals bestand, die – in einem hier nicht darzustellenden Prozess – während der zwanziger und frühen dreißiger Jahre zu gemeinsamer, zuerst gegen die Republik, die Arbeiterbewegung und die Demokratie gerichteten Aktion zusammenfanden und aus ihr als Sieger hervorgingen. In diesen beiden Gruppen, von denen die Fraktion der Monopolbourgeoisie in sich stärker differenziert war als die der Faschistenführer, bestand über das Vorhaben des Volksbetrugs und der Volksformierung für den gigantischen Eroberungskrieg von Anfang an Übereinstimmung. Das bedeutete nicht auch, dass die einflussstärksten deutschen Finanzkapitalisten durchweg im gleichen Maße Antisemiten waren wie beispielsweise Hitler oder Rosenberg. Sie waren aber in einem weit stärkeren Grad, als gemeinhin angenommen, wenn auch in anderer Weise antijüdisch vorgeprägt und nahmen keinen Anstoß daran, dass die von ihnen favorisierten Führer der NSDAP rasende Judenfeinde waren. Sie akzeptierten diese Tatsache im Bewusstsein, dass deren verlogener Aufruf zum Rassenkampf als Instrument der Ablenkung vom Klassenkampf und von der wirklichen Lösung der sozialen Probleme der Volksmassen doch ihnen zugutekam.

Kein Dokument steht dafür, dass einer der großbürgerlichen, adligen oder aus Militärkreisen stammenden Gesprächspartner Hitlers während der geheimen Zusammenkünfte, auf denen so oft Sorgen wegen der antikapitalistischen Demagogie der Nazis vorgetragen wurden, seine Einwände gegen die Rassendemagogie und die Judenfeindschaft geltend gemacht hätte. Nichts steht auch dafür, dass diese Gesprächspartner, die mächtigsten Förderer des Faschismus, den Antisemitismus der NSDAP in einer Art gekoppelten Geschäfts hätten in Kauf nehmen müssen, quasi unter dem Zwang: Wenn wir den Faschismus brauchen, müssen wir dessen Judenfeindschaft mit in Kauf nehmen. Neuere

Forschungen haben auf die verschiedenste Weise bestätigt, dass im gesamten deutschen Bürgertum der Antisemitismus vor 1933 weit verbreitet war, eine Judenfeindschaft, die den Teil des antijüdischen Programms, der in dem offiziellen Parteiprogramm der NSDAP von 1920 offen eingestanden wurde, einschränkungslos mittrug. Und dieser Teil betraf immerhin die Rückgängigmachung des langwierigen Assimilations- und Emanzipationsprozesses der deutschen Juden, ihre rechtlich verminderte Stellung in der deutschen Gesellschaft, was – logisch – nur die Verdrängung mindestens eines Teils der deutschen Juden aus ihrem Vaterlande bedeuten musste.

Das heißt nicht, dass die führenden deutschen Finanzkapitalisten, die von Hindenburg 1932 die Einsetzung Hitlers als Reichskanzler verlangten, auf den Massenmord an den europäischen Juden ausgegangen wären oder ihn auch nur geahnt hätten. Doch die mörderische antijüdische Propaganda, die ein Markenzeichen der Nazipartei seit ihrer Gründung war, verursachte ihnen keine Skrupel. Es entsprach ihrer gesamten Denkweise, die Menschen nicht als gleich, nicht als gleichberechtigt und sich selbst als privilegiert anzusehen.

Die führenden Kreise des deutschen Großkapitals sahen folglich nach dem 30. Januar 1933 die ergriffenen antijüdischen Maßnahmen nicht unter moralischem, sondern einzig unter dem Gesichtspunkt von Herrschafts- und Profitvorteil. Daraus ergab sich während der ersten Jahre des Regimes ein durchaus differenziertes Verhältnis zu den Schritten der Regierung. Die Praxis des Antisemitismus wurde von den führenden Personen und Verbänden der Industrie. der Banken und des Handels teils mitgetragen, teils auch abgebremst.

In einer im Einzelnen noch nicht festgestellten Aktion trennten sich Aufsichtsräte, Vorstände, Direktionen von Groß- und Monopolbetrieben von ihren leitenden jüdischen Mitarbeitern. Das geschah unter anderem auch hier in Jena mit einem der leitenden Wissenschaftler und Manager des Zeiss-Konzerns, Professor Rudolf Straubel, und mag in dem einen Falle der politischen antisemitischen Denkweise der „arischen“ Manager entsprochen haben, im anderen Falle nacktem Kalkül entsprungen dein, das in dem „Juden“ ein Hindernis für gute Staatsgeschäfte erblickte. Die Aussonderung der Juden aus führenden Positionen in der kapitalistischen Wirtschaft eilte der Gesetzgebung der Machthaber voraus, so dass nicht davon gesprochen werden kann, die Initiatoren dieser antijüdischen Maßnahmen hätten unter staatlichem Zwang gehandelt. Denn: um antijüdische Maßnahmen handelte es sich, auch wenn die Verdrängung von jüdischen leitenden Mitarbeitern mit ihnen geschlossene Verträge nicht verletzte und in der Mehrzahl aller Fälle die davon betroffenen Personen nicht in finanzielle Nöte gerieten, wie das alsbald bei den kleinen Angestellten geschah, die in das Räderwerk der Judenverfolgung gerieten.

Bremsend wirkten deutsche kapitalistische Unternehmen anfänglich auf den Prozess der „Arisierung“ der jüdischen Konkurrenz ein. Da zunächst aus auswärtigen Geschäftsrücksichten die Praxis der offenen Enteignung nicht gangbar war, ging die Verdrängung der jüdischen Eigentümer aus der Wirtschaft mit Kaufakten einher, für die Kapital erforderlich war, das als Folge der Wirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 nicht ausreichend zur Verfügung stand. Dies war vor allem der Grund, warum industrielle und andere Verbände ihren Einfluss auf die Regierungsorgane dahin geltend machten, dass die Bedingungen für die Geschäfte der jüdischen Eigentümer nicht drastisch verschlechtert wurden; denn die potentiellen Käufer wollten die jüdischen Unternehmen nicht in heruntergewirtschaftetem Zustand übernehmen. Die national aufgeputzte Formel, hinter der sich diese „Arisierungs“-Taktik dürftig verbarg, lautete, es müsse dafür gesorgt werden, dass die Betriebe der Juden in die „richtigen“, fachlich versierten Hände gelangten. Das waren natürlich diejenigen dieser im Hintergrund operierenden Ratgeber.

Am 10. November 1938 gab es neben den sich bereichernden, am Pogrom direkt beteiligten Faschisten, den Mitgliedern von SA, SS, NSKK und Hitlerjugend, auch nicht wenige Gelegenheitsdiebe, die zulangten, weil die Gelegenheit günstig war und die Polizei ohnehin befohlenermaßen untätig abseitsstand. Das ist nicht das Bild, das sich für die Rolle der deutschen Konzerne und Großunternehmen zeigt, deren planvoll handelnde „ansehe“ Manager wussten, dass sie ihr Geschäft mit den verkaufenden Juden nur machen konnten, weil diese aufgrund von außerökonomischem

Zwang aufgeben mussten oder dass sie verkauften, um Deutschland sobald wie möglich und unter leidlichen oder günstigen Bedingungen verlassen zu können.

Die Möglichkeit, sich an den Geschäften mit den verdrängten Juden zu bereichern, war gewiss nicht der Spitzencoup der deutschen Großunternehmen – dieser ergab sich aus Rüstung und Krieg – aber die Geschäfte waren doch gewinnbringende Aktionen von außerordentlichem Ausmaß, in denen sich die Investitionen in die Nazibewegung auch auszahlten.

Es greift im Übrigen viel zu kurz, wenn nur das Verhältnis von Käufern und Verkäufern gesehen wird. Solange in Deutschland noch industrielle Betriebe und Warenhäuser und auch Banken existierten, besaßen viele deutsche Juden als Arbeiter und Angestellte die Möglichkeit, in ihnen unterzukommen und zu verdienen. Die Gewinne dieser Betriebe bildeten zum Teil die Finanzquelle für die in immer schwierigere Situationen geratenen jüdischen Organisationen und Gemeinden. Mochte also der jüdische Unternehmer, der verkaufen musste, noch relativ glimpflich davonkommen, seine Liquidierung mit – zumeist – anschließender Flucht aus Deutschland bedeutete einen weiteren Schmitt in jenem Prozess der Pauperisierung der in Deutschland verbleibenden Juden.

Gegenüber der Aneignung der lukrativen Unternehmen von Juden, darunter auch der an Zahl nicht sehr umfangreichen landwirtschaftlichen Besitztümer, Forsten und Jagden trat das Interesse der „ansehen“ Kapitalisten an der Ausbeutung der jüdischen Arbeitskräfte zunächst zurück. Zum einen waren 1938 unter den noch in Deutschland verbliebenen Juden kaum die am meisten gesuchten Fach- und Spezialarbeiter anzutreffen, zum anderen waren in den Jahren zuvor gerade die jüngeren und mittleren Jahrgänge der jüdischen Deutschen ins Ausland gegangen. Das führte dazu, dass sich die faschistischen Behörden vor Ort mit dem Arbeitseinsatz von Juden hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt befassten, sie nicht der kommunalen Fürsorge anheimfallen zu lassen. Es wurden ihnen vielfach die dreckigsten und die schlecht bezahltesten Arbeiten, beispielsweise in der Straßenreinigung und auf Müllplätzen, zugewiesen.

Die Lage änderte sich nach Kriegsbeginn und dann zunehmend. Um an den Staatsaufträgen, die alsbald die Möglichkeiten der deutschen Industrie weit überschritten, Maximalprofite machen zu können, forderten deutsche Kapitalisten in immer größerer Zahl arbeitsfähige Menschen – Kriegsgefangene, Insassen von Konzentrationslagern, Zwangsverschleppte aus den okkupierten Staaten und Gebieten und schließlich auch Juden – an, sofern sie nur den speziellen Zwecken der jeweiligen Produktion dienstbar gemacht, das heißt ausgebeutet werden konnten. In keiner Phase seiner Geschichte zuvor gebot das deutsche Kapital über eine so große Zahl derart billiger Proletarier. Und man muss bis in die Zeiten des frühen Kapitalismus zurückdenken, um vergleichbare Behandlungen und das heißt Misshandlungen der Objekte des Ausbeutungsprozesses zu finden, wie sie während der Jahre des Zweiten Weltkriegs in Deutschland weit und breit gang und gäbe wurden. Diese Situation war nicht automatische Kriegsfolge. Sie entstand für die Opfer aus einem bewussten, absichtsvollen Zusammenwirken von Kapitaleignern, Managern und faschistischen Staatsfunktionären sowie Offizieren und Instanzen der Wehrmacht.

Die kapitalistischen Wirtschaftsführer, inzwischen zu Wehrwirtschaftsführern aufgestiegen und hochdekoriert, waren auf keiner Stufe der Judenvernichtung direkt an den Entscheidungen über die jeweils nächsten Schritte beteiligt. Die Entschlussbildung über den Übergang zum Massenmord, noch immer ein in seinen Einzelheiten schwer zu rekonstruierender Vorgang, ging ohne sie vor sich. Doch sie haben diesen Prozess der Dissimilierung, der Isolierung und der Enteignung und schließlich der zunehmenden Pauperisierung der deutschen Juden direkt durch ihren entscheidenden Anteil an der Machtübertragung und am Machtausbau in Gang gesetzt. Sie wirkten – zweitens – steuernd, regelnd, mal beschleunigend, mal abbremsend, zumeist aber bevorteilt und profitierend auf den verschiedensten Stufen der antijüdischen Praxis mit. Einige von ihnen besitzen einen direkten Anteil daran, Menschen in eine physische und psychische Verfassung gebracht zu haben, dass sie entweder durch Arbeit getötet oder durch Arbeit für die Vergasung selektionsreif gemacht wurden.

Und dennoch: der Hauptnutzen, den die deutschen Kapitalisten und großen Grundbesitzer aus dem Antisemitismus der Idee und der Tat zogen, war nicht ökonomischer Natur, er entsprang auf politi-

schem Feld. Der Rassenantisemitismus wie die faschistische Rassenlehre, die den Anspruch der Deutschen auf Weltvorherrschaft begründete und rechtfertigte, war über Jahre hinweg vor allem – um ein Wort Franz Mehrings zu benutzen – das „Narrenseil“, an dem Millionen Deutsche hinter dem Hakenkreuz formiert, gegen ihre eigenen Grundinteressen gestellt und auf fremde Völker als Rassekrieger losgelassen wurden. Diese politische Funktion des Indoktrinierens, des Formierens und Mobilisierens von Menschenmassen war für den Versuch ausschlaggebend, die Kriegsziele des deutschen Imperialismus zu erreichen. Ohne dieses Interesse einer sozial klar bestimmbaren Oberschicht wäre die ganze nazistische Partei schon in den zwanziger Jahren ein bloßes Angebot ohne Nachfrage geblieben.

Dieser Gedankengang bedeutet nicht, dass die Rolle der Volksmassen in Deutschland einzig unter dem Gesichtspunkt gesehen werden könnte, dass sie, und dies je länger der Faschismus herrschte um so mehr, Opfer der imperialistischen Kriegsabsicht und der Kriegswirklichkeit geworden wären. Bevor sie in einem besonderen Sinne Opfer wurden, waren sie Instrumente dieses Systems, das sie durch ihre Handlungen wie durch ihre Unterlassungen stärkten, dem sie Spielraum für seine Verbrechen gaben, an denen viele auf diese oder jene Weise direkt oder indirekt mitwirkten. Die Verantwortung für diese Rolle wird nicht aufgehoben, ja nicht einmal gemindert, wenn gesehen wird, dass sie aus Betrug, Missverständnis, Verführung und aus vielfacher Repression hervorging. Aber: das Verbrechen an den deutschen und an den europäischen Juden ging nicht aus einem objektiven Interesse der Volksmassen, sondern aus dem des Kapitals hervor.

Zum Schluss: der 50. Jahrestag des Pogroms gegen die deutschen Juden wurde in der DDR zum Anlass genommen, die Anstrengungen zur Pflege, zur Restaurierung und zum Neuaufbau von Stätten zu vermehren, die an Leben und Wirken dieser in ihrem übergroßen Teil vernichteten Minderheit der Deutschen erinnern. In sie sind die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte einbezogen worden. Besitzen diese Anstrengungen gegenwärtig beinahe den Charakter einer Kampagne, so wird Aufgabe und Kunst der kommenden Jahre darin bestehen, dort kontinuierlich und nach Maßgabe unserer Möglichkeiten fortzufahren, wo wir jetzt Beachtliches und Beachtetes und auch Missdeutetes vollbringen.

In der Geschichtswissenschaft hat sich an vielen Orten der DDR viel geregt. Manches ist erst sichtbar geworden, nachdem das Interesse lokaler Behörden und Autoritäten auf private Initiativen gelenkt wurde, die bislang eher als abseitig galten. In Thüringen wurden von Gera bis Suhl und in die Rhön Arbeiten bekannt und manche mit ihren Ergebnissen bereits vorgelegt, die sich auf die Geschichte der Juden beziehen. All das verdient viel tätige Unterstützung, besonders innerhalb der Historiker-Gesellschaft und vor allem durch Wissenschaftler der Universitäten und Hochschulen, da es anders häufig nicht nur zur Publikationsreife gelangen kann.

Alle diese Initiativen entspringen antifaschistischer Absicht und wollen Fundamente befestigen und ausbauen, auf denen diese Gesellschaft gegründet ist. Deshalb möchte ich abschließend ein Wort zu jenem Bild sagen, das ein angesehener Schriftsteller unseres Landes, Stephan Hermlin, der, selbst schreibend, so viel dazu beigetragen hat, antifaschistischen Geist zu verbreiten und antifaschistische Haltung zu wecken, in einem Interview mit der Zentralzeitung der FDJ gebraucht hat. Wörtlich sagte er: „Das ist das Schicksal der Antifaschisten – Sisyphus zu sein und einen unablässigen Kampf zu führen, der nie aufhört.“ Der Rückgriff in die Welt der griechischen Sage hat der Redaktion so gut gefallen, dass sie das ganze Interview unter die Überschrift stellte: „Dies ist das Schicksal der Antifaschisten: Sisyphus sein“. Dieses Bild hat, soweit ich sehe, bisher nur ungedruckte Proteste hervorgerufen. Namentlich Antifaschisten, die bereits an den Kämpfen der Jahre 1933 bis 1945 teilnahmen, sehen sich und ihr Leben nicht so. Manche erregte Reaktion erscheint mir auch vorschnell. Was mir an dem Bild des Sisyphus, jenes Sagenheros, gefällt, ist der Umstand, dass es sich mit äußerster Anstrengung verbindet, mit Ausdauer und Konzentration, wie uns viele bildkünstlerische Aufnahmen der Sagengestalt vor Augen führen. Zu dieser Vorstellung gehört auch diejenige der Wiederholung eines Kraftakts. Doch dann beginnen schon die Einwände.

In den Versionen der Sisyphus-Sage ist nicht völlig eindeutig, warum der Heros das Werk des Steinwälzers in der Unterwelt eigentlich verrichten musste. Doch stimmen die Deutungen darin

überein, dass er es wegen eines begangenen Gesetzesbruchs zu tun hatte, eine Erklärung spricht von Verrat. Diese Beziehung von Ursache und Tat macht mir das Bild an sich schon zweifelhaft, doch mag man sich vielleicht darüber mit dem Gedanken hinwegbringen können, dass die Tat ungleich bekannter geworden ist als die Umstände, die zu ihr führten.

Die Unstimmigkeit des Bildes ergibt sich aber vor allem aus der Tatsache, dass Sisyphus absichtsvoll und strafweise vor eine unlösbare Aufgabe gestellt, ja zu ihr verdammt wurde.

Die Geschichte der antifaschistischen Bewegung im Osten Deutschlands zeigt hingegen, dass die selbstgestellte Aufgabe lösbar ist. Während dem Sagengriechen der Stein unvermeidlich „entgleitet“, sind die Antifaschisten in der DDR bei dieser Aufgabe geblieben, wenn auch vielleicht nicht mit dem gewünschten und dem vorgestellten Totalerfolg, wenn auch nicht immer mit dem gleichen Geschick.

Hinzu kam: die Aufgabe selbst blieb, wenn auch das Ziel sich nicht veränderte, während der Jahrzehnte seit 1945 nicht die gleiche. Immer mehr Menschen beteiligten sich an ihr, und neue Generationen hatten sich antifaschistisch zu orientieren. Das veränderte die Aufgabe, entwertete aber vorausgegangene Erfahrungen nicht oder nicht durchweg. Und hier liegt der entscheidende Punkt meines Einspruchs. Sisyphus kann aus der unternommenen Anstrengung nichts lernen, was ihn zu weiterem und vollem Erfolg führen könnte. Wir vermögen das, wir müssen es aber auch tun. Nur eine der zu verwertenden Erfahrungen sei ausdrücklich erwähnt. Unsere Darstellung deutscher Geschichte während der zwanziger bis dreißiger Jahre hat sich je länger je mehr auf die Geschichte der Vorbilder konzentriert. Doch ist die Geschichte dieser Jahrzehnte angefüllt von Bewährung und von Versagen. Erst wenn beides zur Sprache kommt, können Überlegungen angestellt werden, die sich auf Alternativen des Denkens und Verhaltens beziehen.

Judenhass und Judenmord – Unerklärlich! Unbegreiflich? Beiträge einer Veranstaltung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und des Bezirkskomitees Gera der Historiker-Gesellschaft der DDR am 29. September 1988. Jenaer Reden und Schriften, 1990. Friedrich-Schiller-Universität, S. 6-14.

Antikommunismus und Antibolschewismus als Instrumente der Kriegsvorbereitung und Kriegspolitik

Keine zweite außenpolitische Aktion hat den faschistischen deutschen Staat als einen Vorkämpfer des Antikommunismus vor dem Zweiten Weltkrieg international so herausgestellt wie der zwischen ihm und dem fernen Japan am 25. November 1936 unterzeichnete „Antikominternpakt“. Dabei waren die im Vertragstext niedergelegten gemeinsamen Absichtserklärungen und gegenwärtigen Verpflichtungen eher von dürftigem Inhalt. Artikel I besagte, dass beide Seiten sich über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale unterrichten, sich über deren Bekämpfung konsultieren und dabei eng zusammenarbeiten wollen. Im Artikel II war der Vorsatz ausgedrückt, weitere Staaten zu antikommunistischer Zusammenarbeit zu gewinnen und sie zu Vertragspartnern zu machen. Angesichts des grundsätzlichen Charakters des Vertrages mochte es eher verwundern, dass er nur fünf Jahre gelten sollte.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs traten weitere europäische und asiatische Staaten dem Abkommen bei, 1937 Italien, 1939 Ungarn und das japanische Satellitenregime Mandschukuo sowie nach dem Sieg der Franco-Faschisten auch Spanien. Misst man dies an der Tatsache der Existenz vieler erklärtermaßen strikt antikommunistischer Regime und Regierungen in und außerhalb von Europa, dann war das keine sehr beeindruckende Reihe. Erst als die faschistischen Armeen bis vor Moskau gelangt, dort allerdings zum Stehen gebracht worden waren, wurde der Beitritt weiterer Staaten zum Pakt demonstrativ am 25. November 1941 vollzogen. Die neuen Mitglieder waren Rumänien und Finnland, sowie die beiden Satellitenstaaten Slowakei und Kroatien, die 1939 bzw. 1941 im Ergebnis faschistischer Aggressionen entstanden. Sie alle befanden sich mit der UdSSR im Kriegszustand. Außerdem traten Bulgarien, Kriegsverbündeter Deutschlands und Italiens gegen Großbritannien, und das deutsch besetzte Dänemark dem Pakt bei, dessen Gültigkeit um fünf Jahre verlängert wurde.

Der Vertrag von 1936 schloss ein geheimes Zusatzabkommen ein, das von dem Szenario eines nicht provozierten Angriffs oder einer – nicht näher definierten – nicht provozierten Angriffsdrohung der UdSSR gegen einen der beiden Vertragspartner ausging. Für diesen Fall wollten sich Deutschland und Japan über Maßnahmen zur Wahrung ihrer Interessen verständigen und alles unterlassen, was in einem Krieg eines der beiden Staaten gegen die UdSSR dieser einen Vorteil verschaffen könnte. In einem weiteren Artikel wurde abgemacht, dass keine der beiden Parteien mit der UdSSR irgendeinen Vertrag schließen werde, der dem „Geist dieses Abkommens“ zuwiderliefe.

Hier kann nicht die Geschichte des Antikomintern-Paktes geschildert werden. Wesentlich erscheint in unserem Zusammenhang die Feststellung, dass mit dem Vertrag eine Fahne aufgerichtet und ein Signal zum Sammeln ausgesendet werden sollte. Die beiden geographisch so entlegenen Staaten, die zudem im Ersten Weltkrieg Kriegsgegner gewesen waren, machten im Kampf gegen den Kommunismus ihre Führungsansprüche geltend und den Eindruck, dass ihre Außenpolitik vom Prinzip des Antikommunismus und Antisowjetismus geleitet sein werde. Denn hätte es sich allein darum gehandelt, sich mit Informationen über den *inneren* Kampf gegen die Kommunisten und diejenigen, die als solche bezeichnet und verfolgt wurden, zu versorgen, dann wäre eine Abmachung zwischen den Innen- oder den Polizeiministern denkbar und ausreichend gewesen. Ein derartiges Abkommen hätte kaum irgendjemandes besondere Aufmerksamkeit beansprucht, denn die am 15. Juli 1923 gegründete Kommunistische Partei Japans war von Anfang an illegal (sie blieb es bis 1945), und die KPD arbeitete seit 1933 in tiefer Illegalität; viele ihrer Kader waren ins Ausland getrieben oder in die Konzentrationslager verschleppt worden.

Der Antikominternpakt stand für ein außenpolitisches Programm. In beiden Staaten befand es sich allerdings, wie namentlich die Jahre 1939 und 1941 zeigen sollten, selbst noch in einem frühen Entwicklungsstadium. Es erhielt seine weitere Ausprägung durch strategische und taktische Überlegungen darüber, wie die jeweiligen imperialistischen Interessen am vollständigsten verwirklicht werden könnten. Keine der beiden Führungen hatte die Reihenfolge ihrer Aggressionen bereits fest fixiert. In Deutschland wurde in der Vierteljahresplan-Denkschrift niedergeschrieben, dass man 1940 kriegsbe-

reit sein wolle. In Japan war die Eskalation des Krieges gegen China und andere schwächere Gegner fest im Visier der aggressivsten Kräfte, aber ebenfalls nicht darüber entschieden, ob und wann Krieg gegen die imperialistischen Hauptmächte Großbritannien und die USA riskiert werden sollte. Dabei machten sich – in Japan stärker als in Deutschland – Meinungsverschiedenheiten über die aussichtsreichsten Wege bemerkbar.[1] Auch untereinander gerieten die Programme in Konflikt. Zwei Tatsachen offenbarten das deutlich:

1939 schloss Deutschland mit der UdSSR einen Nichtangriffsvertrag in einem Moment, da sich japanische Truppen nach einem Aggressionsakt in schwere Kämpfe mit sowjetisch-mongolischen Truppen verwickelt sahen, in deren Verlauf sie eine Niederlage erlitten. Und 1941 schloss Japan mit der UdSSR einen Nichtangriffsvertrag, nur wenige Wochen bevor Deutschland in die UdSSR einfiel.

Nichtsdestoweniger: Die Vertragsschließenden von 1936 machten – indirekt, aber doch leicht entschlüsselbar – deutlich, dass sie sich der UdSSR konfrontieren und im Osten wie im Westen auf deren Kosten bereichern wollten. Das setzte die Zerschlagung des Sowjetstaates durch Krieg voraus. Der Vertrag von 1936 bedeutete, dass sich beide Staaten auf einen noch zu konkretisierenden Kurs gegen die UdSSR vorverständigten. Gleichzeitig war er ein Instrument der Täuschung: Weder die herrschenden Kreise Deutschlands noch Japans richteten ihre räuberischen Begierden allein gegen die UdSSR. Japan hatte das 1931 durch den Einfall in Nordostchina, die Okkupation von drei Provinzen und deren Separation als Kaiserreich Mandschukuo bereits bewiesen. Deutschland trat diesen Beweis 1938/39 mit der Liquidierung Osterreichs und der Tschechoslowakei an. In beiden Fällen konnten die Aggressoren auch die Früchte ihrer Taktik ernten, sich als internationale Vorkämpfer gegen die Revolution und für „Ordnung“ darzustellen. Es war also nicht Hitler, der als erster einen Akt der Aggression – den gegen die Tschechoslowakei – mit der verlogenen Behauptung von der Gefahr des Vordringens des Bolschewismus rechtfertigte. Sein Vorgehen kopierte japanisches Original. Schon 1931 waren die herrschenden Kreise in Tokio, um ihren Angriff auf China zu begründen, in der Pose der Ordnungsmacht und des internationalen Sachwalters gegen Revolution und Bolschewismus aufgetreten. Es würde die Arbeit eines Sisyphus bedeuten, wollte man alle Belege zusammentragen, die von dem Versuch zeugen, Deutschlands Außenpolitik auf die Feindschaft gegen die UdSSR zu reduzieren. Im Jahr, als der Antikominternpakt geschlossen wurde, hieß es in den „Richtlinien für die antibolschewistische Propaganda“: „Der Kampf gegen den Weltbolschewismus ist die Generallinie der deutschen Politik. [...] Das deutsche Volk [...] hat die große Mission, in dem Ringen gegen die Gefahr unseres Jahrhunderts an der Spitze zu marschieren.“[2]

Die Täuschung durch die verabsolutierte Hervorkehrung der Feindschaft gegen die Sowjetunion brach deshalb nicht schon im Versuchsstadium in sich zusammen, weil sie gleichsam auf zwei Stützen ruhten. Zum einen hatten Deutschland und Japan wirklich aggressive Pläne gegen die UdSSR. Zum anderen gab es in den Staaten, an die jene Täuschung adressiert war, genügend einflussreiche Kräfte, welche die Vorreiterrolle beider Mächte gegen die UdSSR aus zwei weit gefächerten Motiven wünschten und daher bereit waren, die Aggressoren beim jeweiligen Vorrücken an die Grenzen der UdSSR gewähren zu lassen und ihnen dabei selbst unter Bruch des Völkerrechts aktive Beihilfe zu leisten.

Antikommunismus und Antibolschewismus trugen – dies als eine erste Zwischenbilanz – auf außenpolitischem Feld fraglos dazu bei, dass das faschistische Deutschland auf dem Weg in den Krieg so ungehindert und hurtig vorankam. Der realistische Blick auf seine wirklichen, allseits aggressiven und wenn auch im Einzelnen unberechenbaren Absichten und Pläne war aber prinzipiell möglich. Dafür steht die Vielzahl und Vielfalt ganz unprophetischer Vorhersagen, die stets Warnungen

---

1 Vgl. Karl Drechsler, Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin-Tokio, Berlin 1978, S. 24 f.

2 Zentrales Staatsarchiv der DDR, Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, Nr. 211, Bl. 113 ff.

an die Regierungen in Paris und London und auch in Washington enthielten. Doch dieser ungetrübte Blick lag den Analysen und Entschlüssen nicht zugrunde, die in den Hauptstädten an der Themse und der Seine angestellt und gefasst wurden. Wichtiger aber noch war die Instrumentalisierung von Antikommunismus und Antibolschewismus bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs in Deutschland selbst. In dessen politischer Führung galt der Krieg gegen die UdSSR als das Hauptstück, das zu dem seit langem fixierten Ziel, der Aufrichtung eines mächtigen Kolonialreiches auf dem Territorium der zerschlagenen Sowjetunion führen sollte.

Welche Rolle der Antikommunismus spielte, wie weit er die Massen ergriff und deren Verhalten bis hin zu extrem verbrecherischer Gefolgstreue leitete, das wird ein Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Forschungen bleiben. Auch die Quellenüberlieferung spricht dafür, dass bei der Beantwortung dieser Fragen ein größeres Feld bleiben wird, das für Mutmaßungen und Spekulationen zur Verfügung steht. Wenn, um hier nur auf zwei Quellengruppen hinzuweisen, die Feldpostbriefe deutscher Soldaten samt den Antwortbriefen genauer analysiert und die Berichte über die Anfangssituation in deutschen Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR ebenso wie in den USA, Kanada und Großbritannien anhand von Bewertungen der jeweiligen Lagerkommandanten ausgewertet würden, ließen sich manche Aussagen der Geschichtswissenschaft überprüfen und auf solidere Grundlagen stellen. Indessen verurteilt uns das Nichtgeleistete nicht zu Ratlosigkeit gegenüber einigen Kernfragen. Letztlich wird das Handeln der deutschen Truppen in okkupierten Territorien der UdSSR, von den befehlsgewaltigen Generälen bis zum – sprichwörtlichen – letzten Soldaten, und das Verhalten auch der deutschen Zivilbevölkerung im Hinterland gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen und den zwangsverschleppten Personen als Gradmesser dafür gelten müssen, was und wieviel von jenem die Köpfe und die Herzen vergiftenden Antikommunismus und Antibolschewismus in die deutsche Bevölkerung eingedrungen war.

Zuvor erscheint ein Wort zur spezifischen Struktur des faschistischen Antikommunismus und Antibolschewismus deshalb nötig, weil sie Spielarten und Entwicklungsformen einer ungleich umfassenderen älteren Erscheinung darstellten, mit denen sie durch Elemente der Kontinuität ebenso verbunden waren, wie sie sich durch solche der Diskontinuität von ihr unverwechselbar unterschieden. Kommunismus und Bolschewismus waren seit ihrem Entstehen von Gegenbewegungen „begleitet“, und nichts war natürlicher als das, bildeten beide doch die schärfste Herausforderung an alle Verteidiger der überkommenen sozialen, politischen und geistigen Zustände. So hatte der Antikommunismus lange vor Hitler und den deutschen Faschisten existiert und in die Geschichte mehrerer Völker eine breite Blutspur gezogen. Zuerst geschah das 1871, als die Sieger mit den Pariser Kommunarden abrechneten. Der Kampf gegen den Kommunismus hatte längst alle seine Formen ausgeprägt, die sich später auch im Faschismus antreffen lassen, einschließlich des Massen- und des individuellen Terrors.

In der faschistischen Ideologie und Praxis erhielt er dann doch eine neue Dimension. Nie zuvor hatten sich Antikommunismus und Rassen- und Völkerhass derart eng und unauflösbar miteinander verflochten wie im Denken der Nationalsozialisten. Marxismus, Kommunismus, Bolschewismus – im faschistischen Gebrauch werden die Begriffe meist zufällig eingesetzt und auswechselbar[3] – galten als das Produkt jüdischen Denkens und jüdischen Zersetzungswillens, die sich angeblich gegen alle Völker und auf deren Versklavung richteten. Der Marxismus war demnach vergiftende Spätfrucht des Jahres 1789. Kampf gegen den Marxismus hieß im faschistischen Verständnis zumeist Kampf gegen den „jüdischen Marxismus“ oder das „marxistische Judentum“; er wurde nicht allein als Auseinandersetzung mit einer Denkrichtung und deren geistigen wie organisatorischen

---

[3] Wenn es in der Hetze gegen die Revolution im faschistischen Sprachgebrauch eine Steigerungsstufe gab, so lautete sie „Bolschewismus“. Goebbels hob am 12.2.1943 ausdrücklich hervor, „dass wir immer Bolschewismus sagen müssten und nicht Kommunismus, weil das Wort Kommunismus einen anderen Klang habe und vielleicht in der Lage sei, bei diesen oder jenen vergangene Zeiten anklingen zu lassen.“ Zit. nach Willi A. Boelcke (Hrsg.), „Wollt Ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, München 1969, S. 441.

Trägern und Verfechtern angesehen, sondern als Bekämpfung einer „Rasse“, deren Angehörige angeblich von Bluts wegen Träger des „Ferments der Zerstörung“ sein sollten.

Nach dieser abstrusen, aber zweckvollen Weltsicht erfolgte auch die Interpretation der „Antikominternpakt“-Politik, etwa in Hitlers Rede vom 20. Februar 1938, in der das sozialistische Land als das Produkt „einer kleinen jüdisch-intellektuellen Oberschicht“ hingestellt wurde, „die ein großes Volk in den Zustand des Wahnwitzes gebracht“ habe. Mit der Formel, wonach das faschistische Deutschland dem Bolschewismus, „wo er uns selbst bedroht, in Feindschaft“ gegenüberstehe,[4] eine dehnbare Formulierung für die deutsche Außenpolitik gefunden, deren Lenker nach Gutdünken behaupten konnten (und es auch alsbald taten), es drohe aus irgendeiner Richtung der Bolschewismus.

Der faschistische Antikommunismus setzte die Juden und die Kommunisten auf die Stufe von Schwerverbrechern, Mördern, Gewalttätern, Betrügern und betrachtete sie als eine Menschenkategorie auf der Grenze zum Tierreich, die mindestens isoliert, unschädlich gemacht, am besten ausgerottet werden müsste. Kurzum: Diese Spielart des Antikommunismus, die sich –das hatten freilich andere vorher und nachher auch im Blick – eine Welt ohne Kommunismus schaffen wollte, war von Anfang an von dem Prinzip geleitet, der Kampf gegen den Kommunismus rechtfertige jede gemeinhin als Verbrechen geltende Tat, mache sie notwendig und heilige sie gleichsam.

Die Frage, wie weit dieser Antibolschewismus in die Massen des deutschen Volkes gedrungen war und seine Handlungen bestimmte, wurde am 22. Juni 1941 auf die eigentliche Probe gestellt. Das geschah, nachdem der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag und dessen Folgeverträge über nahezu 22 Monate Grundlage der beiderseitigen Beziehungen gewesen und die faschistische Regierung daran gehindert war, ihre kriegerische Propaganda in jener Weise weiterzubetreiben, in der sie es zwischen 1933 und 1939 getan hatte.

Stützt man sich auf die Beobachtungen des SD, so gelangt man zu der Annahme, dass der Vertrag und die durch ihn bewirkte Zurückhaltung der Nazipropaganda gegen die UdSSR im Bewusstsein der Bevölkerung kaum irgendwelche Spuren hinterließen. Keine Meldung sprach davon, dass die Tatsache des deutschen Vertragsbruchs überhaupt diskutiert worden wäre. Das mag auch daran gelegen haben, dass die Deutschen seit 1919 anhand des Versailler Vertrages zu einer Haltung erzogen worden waren, die darauf hinauslief, unliebsame Verträge zu brechen, sobald sich dazu nur die Möglichkeit ergab. „Lehrstücke“ wie die Aufrüstung, die Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone, dann die Aggressionen zwischen 1938 und dem Kriegsbeginn, die sämtlichen internationalen Verträge verletzten und Völkerrecht brachen, mochten diese Haltung noch verfestigt haben. Doch war es mit Sicherheit nicht allein diese allgemeine Basis, sich über Vertragsverletzungen keine Skrupel zu machen, die jene leichtfertigen und leichtsinnigen Reaktionen auf den Überfall auf die UdSSR hervorbrachten. Mit Hitlers Aufruf an das deutsche Volk vom 22. Juni 1941 wurde die faschistische Propaganda wieder auf jene Tonart gestimmt, die von der Parteigründung bis 1939 geherrscht hatte: „Allein seit über zwei Jahrzehnten hat sich die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus bemüht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken“.[5] Demnach zogen die deutschen Armeen aus, um eine unheimliche Bedrohung zu beseitigen. Unheimlich–so lässt sich womöglich in einem Wort das politisch-psychologische Grundgefühl beschreiben, das nicht erst die Nazipropaganda den Deutschen gegenüber Russland vermittelt hatte. Dieses Gefühl setzte sich aus vielen Elementen zusammen, die sich auf einer Skala zwischen Fremdheit und Feindseligkeit bewegten. Bilder vom verschlagenen Slawen-, Russen- und Asiatentum, von Rückständigkeit, Rohheit und Unberechenbarkeit, von Gottlosigkeit und Anarchie, spukten in den Köpfen von Millionen, waren in ihnen in einer Weise „gespeichert“, dass sie sich 1941 abrufen und mit historisch-konkreten Argumente anreichern ließen. Darunter war auch die Lüge, dass es die UdSSR war, deren Haltung daran gehindert habe, zum vernichtenden Schlag gegen Großbritannien auszuholen. Sie „erklärte“ die Erfolglosigkeit des Krieges mit dem Inselreich auf

---

4 Zitiert in: Keesings Archiv der Gegenwart 1938, S. 3432.

5 Zit. nach Völkischer Beobachter vom 23.6.1941.

einfachste Weise und nährte die Hoffnung, nach dem Sieg über die UdSSR werde der Sieg über Großbritannien „ungehindert“ erfochten werden. Uber Siege zum Frieden – auf diese Denklinie hatte die Nazipropaganda die Deutschen seit Kriegsbeginn festgelegt. Die UdSSR sollte von nun an als das Haupthindernis auf dem Wege zur siegreichen Beendigung des Krieges bekämpft werden.

Es war ein Ergebnis der antisowjetischen Propaganda der Jahre zuvor, dass Millionen Deutsche – nach anfänglicher Aufregung und Unsicherheit – alsbald glaubten, diese Vorbedingung für den Endsieg werde sich binnen weniger Wochen, allenfalls innerhalb einiger Monate herstellen lassen. Während vor dem Angriff auf Frankreich in den unterschiedlichsten Volkskreisen ungute Erinnerungen an den Kriegsverlauf von 1914 wach wurden, fehlten sie im Falle der UdSSR ganz – wie wohl es den Mittelmächten zwischen 1914 und 1917 doch nicht gelungen war, das Riesenreich im Osten zur Kapitulation zu zwingen. Die Weite des russischen Landes und dessen geographische Struktur gaben 1941 hingegen zu Erörterungen Anlass, wonach sich unter diesen Bedingungen das Feldherrngenie deutscher Armeeführer besonders gut entfalten werde.[6]

Offenkundig hatte sich im Herbst 1939 die Mehrheit der Deutschen, deren Aufmerksamkeit alsbald durch Kriegsbeginn und Polenfeldzug in Anspruch genommen war, die sowjetischen Motive, die das Zustandekommen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags mitbewirkt hatten, nie klarzumachen versucht. Die faschistischen Interpretationen, die den vermiedenen Zweifrontenkrieg hervorhoben und von der Ausschaltung „raumfremder“ Mächte aus der Regelung der osteuropäischen Fragen gesprochen hatten, umgingen die Beweggründe der UdSSR. Damit ließen sie den Argumentationsspielraum für eine neue Wendung offen, und die Kehrtwendung der Nazipropaganda in rüdesten Antisowjetismus war nicht verbaut. Mit dem Überfall auf die UdSSR wurde der uneingeschränkte Rückgriff auf das antibolschewistische Grundmuster möglich. Von nun an durfte der „Bolschewismus“, wie Goebbels am 5. Juli 1941 ausführte, wieder als ein „teuflisches System“ dargestellt werden, in das die „Völker der Sowjetunion“ durch „den Juden“ hineingestoßen worden seien. Die UdSSR sollte fortan in den ekelerregendsten Farben dargestellt und ihr Bild den Segnungen des „Nationalsozialismus“ gegenübergestellt werden. Die Propagandisten wurden angestachelt, in den okkupierten Gebieten der UdSSR und unter ihrer in den Krieg gezwungenen Bevölkerung Schmutz und Dreck, Armut und Verzweiflung, vor allem aber „vertierte bolschewistische Typen“ auf Fotos und Filmstreifen zu bannen. Damit sollte eine Grundidee unter das eigene Volk, aber auch unter Menschen in besetzten Gebieten und in neutralen Staaten gebracht werden; sie lautete in der Formulierung des Reichspropagandaministers: „Der Kampf im Osten bedeutet die Befreiung der Menschheit von diesem Verbrechen.“[7]

Unter der Überschrift „Der Schleier fällt“ schrieb Goebbels am 6. Juli 1941, der „Marschbefehl des Führers“ sei eine „welthistorische Tat“, die „wahrscheinlich als die entscheidende in die Geschichte dieses Krieges eingehen“ werde. Die deutschen Soldaten feierte er als „die Erretter der europäischen Kultur und Zivilisation gegen die Bedrohung durch eine politische Unterwelt“. Die alte, schon in der „Kampfzeit“ eingenommene Frontenstellung sei nun wieder hergestellt: gegen „Bolschewismus“ und gegen „Plutokratismus“.[8]

Von den ersten Tagen des Überfalls auf die UdSSR an unternahm die deutsche Führung den Versuch, diesen Krieg zu einem „Aufbruch Gesamteuropas gegen den Bolschewismus“ zu stilisieren. Goebbels am 27. Juni 1941: „Europa marschiert gegen den gemeinsamen Feind in einer einzigartigen Solidarität [...] Diese Geburtsstunde des neuen Europas vollzieht sich ohne Forderung und Zwang deutscherseits.“[9] In derartigen Sentenzen sprach sich eine maßlose Überschätzung der Zustimmung aus, die der Einfall in die UdSSR von Schweden bis nach Spanien bei kriegerischen An-

---

6 Vgl. dazu und zum Folgenden Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 24274 2429, 2440.

7 Goebbels-Konferenzen, S. 238.

8 Leitartikel in: Das Reich vom 6.7.1941.

9 Goebbels-Konferenzen, S. 237.

tikommunisten gefunden hatte. Als dominierend erwies sich hingegen nicht deren Beifall und Aktion, sondern die Ermutigung, die das faschistisch besetzte Europa aus der Tatsache schöpfte, dass an einer hunderte von Kilometern langen Front die Kräfte der Peiniger aufgeboten und zusehends verbraucht wurden. Damit wuchsen auch Möglichkeiten zu eigener befreiender Tat.

Beim Angriff auf die UdSSR zeigte sich, dass die faschistische Maschinerie der Meinungsmache keine besonderen Anstrengungen zu unternehmen hatte, um der deutschen Bevölkerung die zweite Wende im deutsch-sowjetischen Verhältnis zu erklären. Ob die Massen der Lüge von der Bedrohung aus dem Osten Glauben schenkten, ob sie auf die These vom genialen, dem sowjetischen Angriff angeblich zuvorkommenden Schritt auch nur einen Gedanken verwandten – das Hauptinteresse galt in Deutschland der Frage, ob und wie lange sich durch diesen Feldzug der Krieg verlängern werde. Den dadurch aufgeworfenen Fragen hatte Goebbels ebenfalls schon durch Weisungen am 22. Juni entgegenzuwirken gesucht. Die Unausweichlichkeit des vollzogenen Schrittes zu erklären, erschien im „für die psychologische Haltung des ganzen deutschen Volkes in diesem Kampf entscheidend“.[10]

Nicht anders als die Wehrmachtsgeneralität hielt die Bevölkerung den Krieg für leicht und rasch gewinnbar. Aktuell hatte diese Meinung durch die militärischen Siege über Jugoslawien und Griechenland und zuletzt noch über die Truppen des britischen Expeditionskorps auf Kreta Nahrung erhalten. Vor allem aber zeigte sich, dass das Bild, dass die Antikommunisten vor und nach 1933 über den Sowjetstaat verbreitet hatten, in den Jahren der Wirksamkeit des Paktes unbeschädigt geblieben war.

„Verhältnismäßig selten ist bisher“ – dieses „bisher“ im SD-Bericht vom 26. Juni 1941 ist immerhin bemerkenswert und erscheint wie eine Vorahnung – „der Hinweis auf das Schicksal Napoleons, der an der Weite des russischen Raumes gescheitert sei.“[11] Dass die deutschen Soldaten auf eine Armee stoßen würden, deren Generale, Offiziere und Soldaten den Okkupanten mit einem ungleich anderen Verteidigungswillen entgegentreten würden, als er ihnen bisher begegnet war, lag außerhalb einer Sicht auf den Bolschewismus, in der das Bild vom „Koloss auf tönernen Füßen“ mit den Vorstellungen von Knute und Revolver der Sowjetkommissare und wild-unorganisiertem „Asiatentum“ verschwamm. Millionen Deutschen, die den träumerischen Wünschen nach Sieg und Siegfrieden anhingen, stand ein böses Erwachen bevor.

Präsenz und Aktivierbarkeit eines kriegsbereiten Antibolschewismus lassen sich 1941 nicht nur in Kreisen der Bevölkerung feststellen, denen ein eigenes Urteil durch das Monopol faschistischer Meinungsmache immer schwerer wurde. Auch ein über das tatsächliche sowjetische Verhalten so gut unterrichteter Mann wie Ribbentrops Stellvertreter, Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, machte in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Er, der sich in einer von Ribbentrop geforderten Stellungnahme Ende April 1941 noch gegen einen Krieg gegen die UdSSR ausgesprochen hatte, weil er sich von ihm keine durchschlagende, siegbringende Wirkung auf Großbritannien versprach,[12] ging auch in privaten Notizen nicht mit einer Nebenbemerkung auf die Tatsache ein, dass zwischen den beiden Staaten ein Nichtangriffsvertrag bestand.

Nicht nur der Vertragsbruch machte Weizsäcker keine Probleme: „Wäre jede niedergebrannte russische Stadt für uns ebenso viel wert wie ein versenktes englisches Kriegsschiff, dann würde ich den deutsch-russischen Krieg in diesem Sommer befürworten.“ Und am Vorabend des Überfalls schrieb er in einem Brief, dass nun „die Nemesis“ an die Arbeit gehe, „um 25jährige Schuld des kommunistischen Wütens zu sühnen“. Von Weizsäcker war bereit, den bevorstehenden Krieg entgegen seinen bisherigen Bedenken als „einen Racheakt“ zu akzeptieren, hoffte auf die Erhebung der sowjetischen Bevölkerung gegen „ihre bisherige bolschewistische Herrschaft“ und schloss, sich selbst ermuti-

---

10 Goebbels-Konferenzen, S. 236.

11 Meldungen aus dem Reich, S. 2441.

12 Fernschreiben des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker an den Reichsaußenminister vom 28.4.1941, zitiert in: Leonidas E. Hill (Hrsg.), Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950, Frankfurt 1974, S. 249 f.

gend und wieder ganz in die faschistische Reihe stellend mit dem Blick auf den Siegfrieden: „Man muss doch ein neues Ziel vor Augen haben.“[13]

Weit lagen die Denkweisen des gemeinen Mannes und der Faschisten am Staatsruder mithin nicht auseinander, und Skrupel wegen der „niedergebrannten Städte“ auf dem Territorium der UdSSR plagten weder jene noch diese. Nicht erst der Kriegsverlauf, nicht die Hartnäckigkeit des sowjetischen Widerstands, nicht der Partisanenkrieg – nicht also eine Reaktion auf die Aktion der Opfer – bestimmten das Planen und Handeln der deutschen Faschisten und namentlich der höchstgesteilten Militärs, sondern ihr eigener Vorsatz. Wie weit die von Hitler und seinem engstens Mitarbeiterstab im OKW und QKH entwickelten Grundsätze akzeptiert wurden, zeigte schon die widerstandslose Reaktion auf jene Rede, die Hitler am 30. März 1941 vor 200 bis 250 hohen Offizieren hielt. Zu den von Generalstabschef Halder festgehaltenen Kernsätzen der Ansprache gehörte das Verlangen: „Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad [...] Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden. [...] Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft.“[14] Die Erwähnung der Zukunft ist entlarvend, verrät sie doch, dass das Vorgehen der eigenen Truppe nicht durch die Notwendigkeiten des Krieges, sondern von vornherein durch das Ziel dauernder Beherrschung des eroberten Gebiets geleitet sein sollte.

Bedenkenlos machten sich Generale und Offiziere aller Wehrmachtsteile jegliches Völker- und Kriegsrecht missachtende Grundsätze zu eigen. Dafür mag, pars pro toto, die Anweisung des Stabschefs der Seekriegsleitung, Admiral Kurt Fricke, stehen: „Es ist beabsichtigt, die Stadt eng einzuschließen und durch Beschuss mit Artillerie aller Kaliber und laufenden Lufteinsatz dem Erdboden gleichzumachen. Sich aus der Lage der Stadt ergebende Bitten um Übergabe werden abgeschlagen werden, da das Problem des Verbleibens und der Ernährung der Bevölkerung von uns nicht gelöst werden kann und soll. Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teiles dieser großstädtischen Bevölkerung besteht in diesem Existenzkrieg unsererseits nicht.“[15] Leningrad, das die Wiege der Revolution von 1917 genannt wurde, galt den Faschisten noch vor Moskau als der Urherd aller Herde des Bolschewismus. Im absoluten Desinteresse an seiner Einwohnerschaft drückte sich das konterrevolutionäre Wesen dieses Krieges besonders krass aus. Die antibolschewistische Propaganda nach dem Überfall auf die UdSSR bildete den Auftakt einer Kampagne, die bis zu der Zerschlagung des deutschen Faschismus anhielt und sich noch in den letzten Wochen der Naziherrschaft zur Hochflut steigerte. Während dieser knapp vier Jahre können zwei Etappen voneinander unterschieden werden, die durch die Kriegswende voneinander getrennt sind. Lassen sich die Funktionen der antibolschewistischen Propaganda 1941 mit Schlagworten benennen wie Rechtfertigung des Krieges, Aufstachelung der auf dem eroberten Territorium operierenden Militärs und Zivilisten zu äußerster Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegenüber Einwohnern wie Kriegsgefangenen, ideologische Fundierung des „Generalplans Ost“ und anderer Okkupationsprojekte, so zeichnete sich Anfang 1943 ein Wandel ab, nicht ein Bruch. Die verlogen-hasserfüllten Grundthesen über den Bolschewismus wurden beibehalten, doch wurde, dem unerwarteten Kriegsverlauf entsprechend, nicht mehr die Abwendung der „bolschewistischen Gefahr“ durch Hitler und die Wehrmacht in den Vordergrund gestellt, sondern die Realität dieser Gefahr beschworen. Der „Bolschewistenansturm“, bis dahin eher eine nebelhafte Vorstellung, wurde nun als eine reale Möglichkeit europäischer Entwicklung hingestellt, die sich verwirklichen würde, bräche der „Schutzwall“ des deutschen Heeres im Osten.

An die Stelle der großsprecherischen Behauptung von der „Abwehr der bolschewistischen Gefahr“ trat nun also die Feststellung von ihrem „Näherrücken“.[16] Diese Wendung verband sich mit der

---

13 Brief Ernst von Weizsäckers vom 21.6.1941, in: Papiere, S. 260.

14 Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 335.

15 Ursachen und Folgen, Bd. XVII, S. 380 ff.

16 Goebbels-Konferenzen, 12.2.1943, S. 440.

Notwendigkeit, den Deutschen, den Verbündeten und selbst den unterjochten Völkern gegenüber auch davon zu sprechen, dass der Ausgang des Krieges bisher nicht entschieden sei, was den Widerruf der Thesen vom Oktober 1941 und damit, da Hitler sie selbst zuerst verfochten hatte, auch eine gewisse Beschädigung seines Bildes bedeutete. Goebbels sprach zu Beginn des Jahres 1943 in einer Pressekonferenz davon, „es sei von der Vorsehung nicht vorherbestimmt, wer den Krieg gewinne und wer ihn verliere“ und fügte dem hinzu, dass, würden nicht alle Kräfte angespannt, Deutschland „selbstverständlich“ den Krieg auch verlieren könne.[17]

Das waren neue Töne. Die sie vor das Ohr des Volkes bringen wollten, betraten einen sehr schmalen Pfad. Zum einen wollten sie den Ernst der Kriegssituation einbekennen, der ohnehin nicht länger geheim zuhalten war. Zum anderen wollten sie, statt Resignation und Pessimismus zu erzeugen, auf die äußerste Kraftanstrengung hinaus. Die Furcht vor dem möglicherweise Kommenden schien ihnen ein Element zu sein, das sich erfolgreich in ihre Methodik der Massenmobilisierung einbringen ließ, wenn diese Furcht nur so dosiert wurde, dass sie nicht lähmend wirkte. Bevor noch die deutschen Truppen, ausgehungert, verlaust, mit Erfrierungen ohne Zahl, viele Soldaten schon vom Tode gezeichnet, in Stalingrad kapitulierten, entwickelte Goebbels am 21. Januar 1943 die Idee, den Deutschen klarzumachen, dass „wenn wir besiegt würden, jedem der Hals abgeschnitten werde“. Eine Woche später sollte herausgestellt werden, dass die Sowjetregierung die Absicht habe, „nach dem Kriege das deutsche Volk zu Zwangsarbeiten nach Russland zu verschleppen“.[18] Unter einer Bevölkerung, der von den eigenen Machthabern die Geschichtsvorstellung von Rache und Gegenrache (man denke nur an die „Rache für Versailles“) eingegeben worden war, mochte diese Ankündigung leicht Glauben finden, und dies um so mehr, als inzwischen Millionen Deutsche die zwangsverschleppten Arbeiter und Arbeiterinnen, die wie vorher die Juden mit speziellen Abzeichen sich kenntlich machen mussten, um sich hatten. Dennoch wurde schon 1943 die Absicht nicht durchweg erreicht, die Deutschen mit dem Schreckbild von den „roten Horden“ aus dem Osten zu mobilisieren und ihnen die Zukunftsalternative von „Leben oder Tod“ und „Überleben oder Sterben“ einzugeben. Nach wochenlanger antibolschewistischer Aktivität vor und nach dem Ende der Stalingrader Schlacht forderte der Reichspropagandaminister ausdrücklich dazu auf, einer in Deutschland in Umlauf befindlichen Parole entgegenzutreten, die er mit den Worten zitierte: „Die Bolschewiken werden nur die Nazis aufhängen.“[19]

In einem sieben Punkte umfassenden Programm für die weitere Propagandaarbeit, das Goebbels in seiner Eigenschaft als Reichspropagandaleiter der NSDAP am 15. Februar 1943 herausgab, figurierte wie seit jeher „der Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus“ an erster Stelle.[20] Von der Herausstellung der angeblichen europäischen Mission Deutschlands und seiner Wehrmacht versprachen sich die führenden Nazipropagandisten auch Anziehungskraft auf die Neutralen und selbst die Beeindruckung von Personen und ganzen Gruppen in den kapitalistischen Staaten ihrer Kriegsgegner. Goebbels’ Ausführungen zeigen, dass er sich vom Zurückweichen der deutschen Truppen im Osten sogar einen eigenen Effekt auf die Antibolschewisten vieler Länder und aller Couleur erhoffte: Es begann das Schielen nach Rissen in der Anti-Hitler-Koalition. Sie könnten unter den Briten, meinte Goebbels, durch die Vorstellung entstehen, dass der Bolschewismus, wenn er erst „an der Kanalküste angekommen“ sei, „über den schmalen Kanal hinüberspringen und auch England erfassen“ werde.[21]

Der Glaubwürdigkeit der Parolen vom faschistischen „Schutzwall Europas“ stand freilich entgegen, dass die deutschen Machthaber nach langem Zögern 1941 und vor allem 1942 begonnen hatten, ihre eigenen Kriegsziele im Osten zu decouvrieren und öffentlich von Dingen sprachen, von denen Hitler vor der Generalität offenherzig bereits im November 1939 geredet hatte: von Erdöl und anderen

---

17 Vgl. Goebbels-Konferenzen, 4.1.1943, S. 416.
18 Goebbels-Konferenzen, S. 424 bzw. 433.
19 Goebbels-Konferenzen, 17.2.1943, S. 445.
20 Vgl. Goebbels-Konferenzen, S. 442 f.
21 Goebbels-Konferenzen, 28.1.1943, S. 431.

Bodenschätzen und Reichtümern, die es zu erobern gelte. Ohne seinen eigenen Beitrag während dieser Phase, in der den Deutschen materielle Segnungen des Sieges versprochen wurden, mit einem Wort zu erwähnen, erklärte der Propagandaminister nun, Äußerungen, wonach „Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik betreiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsprojekte betrachte“, seien völlig verfehlt. Am 20. Februar 1943 gestand Goebbels das bisherige Vorgehen mit zwei Wörtern ein: „Wir sollten [...] heute *nicht mehr* von unseren Eroberungen im Osten sprechen, sondern von dem Kreuzzug gegen den Bolschewismus.“[22] Der Propagandaminister sorgte sich, dass diese Grundidee nicht durch eine Vielzahl anderer Parolen verwischt werde. Mehrfach wurde an Parteitage und Kampagnen der Jahre 1936 und 1937 erinnert, in denen nach eigenem Urteil der „Kampf gegen den Bolschewismus“ erfolgreich zur einzigen und beherrschenden Formel gemacht worden sei. Diese Bezugnahmen waren bezeichnend und verräterisch zugleich, denn bis 1937 konnte sich das Naziregime in der Tat – die Annexionen vor dem Krieg und nach seiner Eröffnung standen erst noch bevor – als pur antibolschewistisch drapieren. Nun aber, da Polen und Tschechen, Nord- und Westeuropäer, Griechen, Albaner und die Völker Jugoslawiens unter faschistischer Herrschaft litten und ihre nationale Befreiung ersehnten, war die Vorstellung, sie alle und selbst die „Ostvölker“ ließen sich im Zeichen des Antibolschewismus gegen die Anti-Hitler-Koalition mobilisieren, nichts denn ein Wunschgedanke.

Anders stand es um Deutschland selbst. Doch war es ein durch die geschichtswissenschaftliche Analyse nicht zu separierendes Gemisch von propagandistischen Einflüssen, das Millionen Deutsche zum Weiterfunktionieren im Sinne der Machthaber brachte und sie in eine Stumpfheit und Dumpfheit des Weitermachens und Durchhaltens verfallen ließ. In diesem Gemisch findet sich die Bolschewistenfurcht, der immer noch vorhandene Glaube an den Übermenschen Hitler, die planvoll genährte Erwartung auf kriegswendende Wunderwaffen, die Weigerung, die Tatsache anzuerkennen, dass der Preis für die Gefolgschaft schließlich doch bezahlt werden müsse und dass er sich mit der Länge der Gefolgschaft und der Masse der Verbrechen nur erhöhen würde – und selbst das Unvermögen, sich eine eigene Zukunft vorzustellen. Der Antibolschewismus aber stellte unter allen diesen Elementen mit Sicherheit die Peitsche dar, von der sich Millionen Deutsche bis in den Mai 1945 auf Seite derer halten ließen, zu deren Instrumenten sie sich selbst gemacht hatten oder gemacht wurden. Selbst als der Führerglaube verfiel, Hitler schon tot war, niemand mehr auf Wunderwaffen setzen konnte, blieben die antibolschewistischen Schreckbilder. Sie waren nun aber nicht einfach das Produkt der Nazipropaganda, sondern auch durch das Wissen aufrechterhalten, dass die Deutschen nirgendwo in Europa mörderischer gehaust hatten als in seinem Osten, zuerst in Polen und dann in der UdSSR, von Riga bis Babi Jar, von Kulmhof bis Charkow.

Norbert Frei/Hermann Kling, Der nationalsozialistische Krieg. Campus Verlag, Frankfurt/Main 1990, S. 122-136.

---

22 Goebbels-Konferenzen, 20.2.1943, S. 446 f.; Hervorhebung von mir.

Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit – ein Versuch. Nachwort

Den Entschluss, dieses Buch „Bilanz der deutschen Judenheit 1933“ zu schreiben, fasste Arnold Zweig wenige Wochen nachdem ihn die faschistischen Machthaber aus seiner Heimat vertrieben hatten. Zunächst war er, nachdem ihn im Ausland die Kunde von Hitlers Reichskanzlerschaft erreicht hatte, noch einmal nach Deutschland und an seinen Wohnsitz Berlin zurückgekehrt. Doch wurde ihm alsbald klar, dass ihm Verfolgung, Haft, Konzentrationslager bevorstanden. So floh er unter dem Eindruck des sich steigernden Naziterrors zuerst in das deutsch-tschechische Grenzgebiet und hielt sich einige Zeit in einem grenznahen tschechischen Ort auf, wie andere Emigranten noch unentschieden, wohin ihn die weitere Entwicklung der deutschen Zustände schließlich zwingen würde. Er erkannte, dass an eine Rückkehr an seine angestammte Arbeitsstätte nicht mehr zu denken war. Sein Fluchtweg führte den Dichter zu kurzem Aufenthalt zunächst nach Prag, dann nach Wien. Von da reiste er Mitte Mai nach Basel, um schließlich über weitere Stationen an die Mittelmeerküste nach Sanary sur mère zu gelangen.[1]

Während dieser unsteten Wochen holten ihn überall Schreckensnachrichten aus Deutschland ein. Sie berichteten von den Jagden auf Nazigegner in deutschen Straßen, von der Errichtung der Konzentrationslager und dem Blutregiment der SA und immer wieder von Schmähungen, Demütigungen, Drangsalierungen und tätlichen Angriffen auf Juden und Menschen, die für Juden gehalten wurden. Unter dem Eindruck dieser Meldungen und ihrer – wovon zu handeln sein wird – außerordentlich klaren Bewertung durch Zweig entstand die Vorstellung von jenem Buchprojekt, dessen Ergebnis sein Autor später „ein durchaus notwendiges Kampfbuch“[2] nennen wird. Der vertriebene Dichter wollte sich den neuen Machthabern doch nicht kampflos unterwerfen und auf seine Weise ein Zeichen seiner Entschlossenheit geben, sich mit dem Wandel, den er als einen Absturz der europäischen Kulturentwicklung insgesamt ansah, nicht tatenlos abfinden. Was innerhalb der Grenzen Deutschlands seit dem 30. Januar 1933 geschah, betrachtete Zweig als eine Warnung,[3] die auch andere Völker betraf und von ihnen verstanden werden müsste. Die „Bilanz“ war ein Versuch, dabei zu helfen.

Nach einem am 23. Mai 1933 niedergelegten Plan diktierte der Dichter den Text des Buches zwischen dem 27. Juni und dem 23. August 1933 und fragte sich nach dem Abschluss dieser in erstaunlich kurzer Frist vollbrachten Leistung doch, „ob der so hingebrachte Frühling und Sommer gut angewandt war“.[4] Indessen beschäftigte ihn die von seinem Verleger zustimmend und anerkennend aufgenommene Arbeit[5] noch weit in den Herbst hinein und bis in die letzten Tage seines Aufenthaltes auf dem Kontinent.

---

1 Zweig charakterisierte seine eigene Lage nach dem 30. Januar 1933 so: er habe „ohne persönlich belästigt worden zu sein, Haus, Garten, Manuskripte und Bücher der Beschlagnahme durch die politische Polizei überlassen und für sich und seine Kinder in Palästina eine neue Heimat suchen“ müssen. Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Ein Versuch. S. 140 (fortan zitiert: Bilanz).

2 So Zweig im „Vorwort zum Neudruck 1960“, Bilanz S. 1. Eine quellengestützte Darstellung der Geschichte des „Bilanz“-Buches trug Dieter Schiller unter dem Titel „Bilanz der deutschen Judenheit 1933 – eine Betrachtung deutsch-jüdischer Kulturgeschichte von Arnold Zweig“ in einer Veranstaltung der Akademie der Künste der DDR im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde Berlin (Ost) am 1. Dezember 1988 vor. Der Herausgeber dankt Dieter Schiller für die freundliche Überlassung des Textes. – Eine Einordnung des Zweigschen „Kampfbuches“ in gleich oder ähnlich gerichtete Bestrebungen gab Dieter Schiller in seinem Aufsatz „Die antifaschistische Publizistik der dreißiger Jahre im Kampf gegen Antisemitismus und Rassenwahn“, in: Weimarer Beiträge, Jg. 1988, Heft 11, S. 1774 f.

3 Wie Zweig seinem ganzen Buch den Untertitel „Ein Versuch“ gab, so bezeichnete er auch sein spezielles Anliegen als „den Versuch einer Warnung“ (Bilanz, S. 109). Schon in der „Vorrede“ vom Herbst 1933 nannte Zweig es eine „Warnung für die Völker rundum und für die Juden“ (Ebenda S. 8). Diese Warnung bezog er auf die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr (Ebenda, S. 28 und 310) ebenso wie auf den international aufkommenden Antisemitismus (S. 309).

4 „Vorrede“ (Bilanz, S. 5). Noch als der Autor mit dem Diktat des Textes weit vorangekommen war, vermerkt er ein Bedauern über den Zwang, „diese schönen Sommermonate mit Darlegungen wie diesen hier ... verbringen“ zu müssen. (Bilanz, S. 109).

5 Auf einen entsprechenden Brief von Fritz Landshoff an Arnold Zweig vom 28. September 1933 weist Dieter Schiller in dem oben zitierten Vortrag (Manuskript, Blatt 12) hin.

Zweig verließ Europa in der Dezembermitte, nachdem er letzte Hand an die Drucktexte gelegt hatte. Ein Schiff brachte ihn von Marseille nach Palästina, wohin seine Familie ihm bereits vorausgereist war. Die Heimat der Vorväter, die seit 1919 ein als Mandatsgebiet bezeichnetes Besitztum Großbritanniens war, hatte sich der Dichter nicht nur als Zufluchtsstätte auf Zeit gewählt. Ältere, in die Schlussphase des Weltkrieges zurückreichende und während der Anfangsjahre der Weimarer Republik gehegte, dann aber zurückgedrängte Pläne wieder aufnehmend – jetzt unter dem Zwang faschistischer Gewalt – wünschte sich der vertriebene Jude und Zionist, dass ihm das Land Palästina neue Heimat würde. Die alte hielt er auf Dauer für verloren, sowenig er auch bereit war, dem Regime Hitlers jene Tausend Jahre zuzubilligen, von denen im Zusammenhang mit dem Dritten Reich in Berlin so oft die Rede war.

Die Zweigs lebten auf dem Mount Carmel in Haifa, als der in Amsterdam befindliche Querido-Verlag im zeitigen Frühjahr 1934 das „Kampfbuch“ auf den Markt brachte. Dieser Markt für deutschsprachige Bücher jenseits der deutschen Grenzen – in Berlin und anderswo hatte man am 10. Mai 1933 auch Zweigs Romane, Essays und andere Schriften ins Feuer geworfen – war weitgehend unübersichtlich, unerkundet und höchst ungewiss. Seine potentiellen Käufer bildeten die wachsende Zahl der aus Deutschland vertriebenen Nazigegner und Juden, von denen jedoch viele über keine oder nur über geringfügige Zahlungsmittel verfügten, und jene ausländischen Antifaschisten, die der deutschen Sprache kundig und begierig waren, authentisch über die Vorgeschichte jener Entwicklung unterrichtet zu werden, die Deutschland in den Faschismus gestürzt hatte und nun auch und vor allem seine Nachbarn bedrohte.

Die erste knappe Nachricht, die Lion Feuchtwanger, Zweigs enger und verlässlicher Freund, gegen Ende April 1934 über die Aufnahme des Buches an den Ostrand des Mittelmeeres sandte, klang hoffnungsvoll: „‚Bilanz‘ hat viel Beachtung gefunden; überall habe ich Teile daraus abgedruckt gesehen.“[6] Sieben Wochen später las sich die Nachricht aus Europa düster. „Das Erscheinen von ‚Bilanz‘“ schrieb Feuchtwanger nun, „fiel wohl in eine recht unglückliche Zeit. Das lesende Publikum, vor allem jenes Publikum, das Bücher kauft, hat übergenug von allem Essayistischen über jüdische Dinge und wendet sich fluchtartig ab, wenn man ihm damit kommt. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass das Buch später einmal eine Renaissance erlebt; aber jetzt nachdrucken zu wollen, scheint mir hoffnungslos.“[7]

In der Beschreibung wie im Rat Feuchtwangers war die sich wandelnde Situation eingefangen. Sie betraf nicht nur das Thema des „Bilanz“-Buches. Allgemein gesprochen ließ die gespannte Aufmerksamkeit des Auslandes gegenüber den deutschen Ereignissen nach, zumal sich andere europäische Geschehnisse – etwa die Kämpfe in Wien und die Massenbewegungen gegen den französischen Faschismus, wiewohl dem deutschen Thema so eng verwandt – in den Vordergrund drängten. Zudem begannen auch Menschen, die nach Gesinnung und Haltung klar dem antinazistischen Ausland zuzurechnen waren, allmählich und womöglich für sie selbst noch unmerklich, sich mit der Tatsache abzufinden, dass sie mit diesem „neuen“ Deutschland auf längere Zeit würden koexistieren müssen. Die faschistischen Machthaber schienen sich fest in den Sattel gesetzt zu haben, und zunächst war nirgendwo eine Kraft sichtbar, die diesen Reiter des Todes hätte ausheben können.

So stellte sich auch Zweig die Tendenz der deutschen Dinge dar. Schon zu einer Zeit, da vielerorts noch Erörterungen darüber angestellt wurden, ob sich das Naziregime in Deutschland würde behaupten können oder ob es nicht an seinen inneren Widersprüchen alsbald zerbrechen werde, schrieb er nüchtern: „Zehn Jahre sind für ein Volk wenig“[8], und räumte mit dieser lapidaren Feststellung die Möglichkeit ein, dass der faschistische Staat eine gewisse Dauerhaftigkeit gewinnen könnte.

Zehn Jahre, nicht eintausend – aber was würden sie für die deutschen Juden bedeuten? Zweig war ganz sicher, dass dieser bedrohte Volksteil aus dem Inneren Deutschlands keine Hilfe mehr erhalten

---

6 Lion Feuchtwanger/Arnold Zweig, Briefwechsel 1933-1958, Bd. 1, Berlin 1984), S. 43.

7 Ebenda, S. 50.

8 „Vorrede“, Bilanz, S. 8.

würde. Diese Einschätzung gründete er zum einen auf die Tatsache, dass die deutsche Arbeiterbewegung mit ihren reformistischen und revolutionären Hauptströmungen gründlich geschlagen worden war, und zum anderen auf seine bereits vor Jahren gewonnene Einsicht, dass es jenseits dieser Bewegung keine Verteidiger der deutschen Judenheit gab, was immer die nun betroffenen Menschen geglaubt haben mochten. Anders als Zweig, der sich auch in der Phase der Tolerierungspolitik nach dem Oktober 1930 öffentlich zur deutschen Sozialdemokratie bekannt hatte, hatte die Mehrheit der deutschen Juden auf die bürgerlichen Parteien „der Mitte“ gesetzt, die eben in den Wochen, da Zweig sein Manuskript beendete, sang- und klanglos das politische Feld räumten und obendrein ihre erzwungene Selbstauflösung noch mit dem Aufruf verbanden, sich hinter die neue „nationale Regierung“ zu stellen, hinter ein Kabinett von – ausgewiesenermaßen – Judengegnern.

Zweigs Sicht auf die deutsche Entwicklung ließ ihn zu einem doppelten Schluss gelangen. Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung und der an Zahl geringfügigen bürgerlichen Nazigegner war nicht beendet, doch würde er erst nach einer längeren Phase eine geschichtliche Wende heraufführen können. In der Geschichte der deutschen Juden jedoch sei ein tiefer Einschnitt erreicht, der das Ende einer ganzen Periode ihrer Entwicklung markiere, die an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert mit den Prozessen der Emanzipation der Juden und ihrer fortschreitenden Assimilierung begonnen hatte und nun abrupt und unwiderruflich abgeschlossen wäre. Da dieser Punkt erreicht sei, argumentierte der Autor der ‚Bilanz‘, so sein Vorhaben weiter kennzeichnend und zugleich eingrenzend, könnte die seit Moses Mendelssohn anderthalb Jahrhundert währende Entwicklung in einer Zusammenschau dargestellt werden.[9]

Freilich galt ihm gerade für die Jahre der Weimarer Republik, dass die „Sache der deutschen Juden“ so eng mit der „Sache der Linken“ verwoben war, dass jene nicht dargestellt werden könnte, ohne dass von dieser gehandelt würde. So scharf wie Zweig diesen Zusammenhang sah, hatte er doch nicht die Absicht, eine Geschichte des Kampfes zwischen Republikanern und ihren Gegnern, also eine Darstellung des Wirkens und des Unterganges des Weimarer Staates zu schreiben. Dennoch ist er im Verlauf seiner Darstellung notwendig wieder und wieder gerade zu diesem Gegenstand zurückgekehrt und hat, kaum dass die Ereignisse zu einem relativen Abschluss gelangt waren, eine Vielzahl scharfsichtiger und auch späteren Analysen standhaltender Urteile über jene Prozesse gefällt, die in den 30. Januar 1933 mündeten.[10]

In diesen Urteilen äußerten sich – wie hier im Einzelnen nicht gezeigt werden kann – nicht Zweigs Ansichten allein. Es begegnen uns darin auch die Auffassungen vieler seiner Zeitgenossen, mit denen er in mehr oder weniger engem geistigen, politischen, mitunter auch organisierten Kontakt stand, und die, streitbare Republikaner wie er, zu der Minderheit der deutschen Intellektuellen gehörten, die in dieser oder jener Weise eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände erstrebten. In jenem Kreis von Liberalen und demokratischen Republikanern, in dem neben gemeinsamen Überzeugungen auch eine Masse abweichender Anschauungen vertreten und mit notwendigen Diskussionen manche überflüssige Geistesfehde ausgetragen wurde, hatte sich eine der Wahrheit sehr nahekommende Vorstellung von dem gebildet, was der deutsche Faschismus und namentlich die von Hitler geführte Partei waren und welche Gefahren sie gerade für die deutschen Juden heraufbeschworen. Die Juden ihrerseits besaßen nach Zweigs Überzeugung indessen nicht annähernd eine wirklichkeitsgemäße Sicht auf ihre Situation in der 1919 gegründeten Republik.[11] In ihrer Masse überschätzten sie den Rechts- und Personenschutz, den ihnen das Staatswesen zu geben in der Lage war, und besaßen kein oder viel zu wenig Gespür für dessen eigene Gefährdung durch die fortgesetzten Angriffe seitens der Rechtskräfte. Zu ihnen gehörte nach Zweigs Urteil eindeutig auch jene Partei, die unter dem Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) hervortrat und Massenanhang gewonnen

---

9 Ebenda, S. 6.

10 Diese Urteile betrafen insbesondere die Unentschlossenheit der Demokraten in ihren Auseinandersetzungen mit den rechten Gegnern der Republik (Bilanz, S. 172) und auch die Unduldsamkeit der linken Strömungen, Organisationen und Personen gegeneinander (Bilanz, S. 248/249).

11 „Vorrede“, Bilanz S. 6.

hatte. Durch deren Etikettenschwindel nicht einen Moment irritiert, galt ihm diese Partei weder als sozialistisch, „weil sie, das italienische Beispiel nachahmend, die Arbeiterschaft unter wohltönenden Worten den Unternehmern ausliefern“ wolle, noch als national, „weil sie die schöpferische Entwicklung des ganzen Volkes zu ersticken, nämlich zurückzudrosseln wünscht“. Das hatte Zweig unter dem Titel „Was ein Nazisieg bedeuten würde“ (What a Nazi Win Would Mean) am 29. Juli 1932 in einem Artikel für *„Manchester Guardian Weekly“* in der Absicht geschrieben, englischen Lesern zu helfen, hinter Reklame und Phraseologie der Hitlerpartei zu blicken. Und das war kaum zwei Tage gedruckt, als die NSDAP bei den Reichstagswahlen mehr als 13 Millionen Stimmen verbuchen und sich als die bei weitem wählerstärkste Partei ausweisen konnte.

Zweig waren die im Vordergrund der politischen Szene agierenden Hitler, Göring und Goebbels nicht die letzten treibenden Kräfte der Nazibewegung. Sie erblickte er in jenen Kreisen, die schon im Kaiserreich unheilvoll gewirkt und Deutschlands Politik in den Weltkrieg gesteuert hatten. Extrem reaktionäre Grundbesitzer, Herren aus dem Bankwesen und der Industrie und – wieder und wieder – unbelehrte Militärführer hatten sich erneut gegen die Republik zusammengeschlossen und erreichten 1933, was sie – oder jedenfalls manche von ihnen – bereits 1920 beim Kapp-Putsch und dann wieder 1923 mit dem Putsch in München vergeblich versucht hatten.[12]

Was in Deutschland gelungen war, reichte in seiner Bedeutung aus zwei Gründen über dessen Grenzen weit hinaus. Zum einen – wie erwähnt – weil sich auch in anderen Staaten faschistische Kräfte regten und nach der Macht gierten, zum anderen, weil das außenpolitische Programm der neuen Machthaber in Berlin auf Krieg hinauslief. Sie wollten, schrieb Zweig, „Deutschlands Wiederaufrüstung, seine militaristische Regeneration“.[13] Aus dieser Sicht erschien es ihm geradezu absurd, das, was sich in Deutschland vollzog, eine Revolution zu nennen. Wenn Zweig auch wiederholt die Ereignisse als einen Putsch bezeichnete, durch den sich ein Parteiheer – die SA – in den Besitz der Staatsmacht gesetzt habe, so schloss er aus dieser Vorstellung doch nicht, dass der Machtwechsel ausschließlich auf Rechnung der Braununiformierten verlaufe. „Alle Gehälter bleiben hoch, jeder Großunternehmer bleibt groß, kein Grundbesitzer braucht von seinem Boden abzutreten, nichts mehr von Siedlung, von Sozialisierung oder gar von Sozialismus.“[14] Zu den alten Herren hatte Deutschland ein paar neue hinzuerhalten, die auf den verschiedensten Stufen des Apparates des Staates und der NSDAP ihre Pfründe suchten und fanden.

Zweig durchschaute das Wesen der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“, doch täuschte er sich nicht darüber, dass das Regime dennoch die gewonnenen und noch zu mobilisierenden Millionen fest an sich zu binden vermochte. Dies setzte der Dichter in Beziehung zu der ihm gewissen Absicht der Machthaber, einen Angriffskrieg vorzubereiten und zu führen. Unter diesem Blickwinkel war die massenhafte Hinwendung gerade der Jugend zu Hitler, ihre Annahme faschistischer Lebensformen eine Entwicklung, aus der für Europa womöglich die schlimmsten Folgen erwachsen könnten.[15] Gewiss vermochte Zweig Ausmaß, Charakter und Wirkung dieses Krieges nicht vorherzusehen, doch er erblickte – und diese Warnung bedeutete eine geistige Vorahnung des Schrecklichsten unter allem sich Anbahnenden – im Dritten Reich schon jene Typen, deren blutrünstige Rohheit sich hinter „zivilisatorischer Korrektheit“ verbarg.[16] Wem fielen da rückschauend nicht die Namen der Himmler, Heydrich, von einem Dutzend SS-Generale und nicht zuletzt der des Adolf Eichmann ein?

---

12 Ebenda, S. 8.

13 Zweig konstatierte, dass heute in Deutschland „der Krieg zum Sinn des Lebens erhoben“ werde (Bilanz, S. 59) und zwar eindeutig der „Angriffskrieg“ (Bilanz, S. 88).

14 Bilanz, S. 91. Zweig kehrt zu dem Thema mehrfach zurück: Wenige Unterscheidungen der NSDAP seien „so rein demagogisch wie die zwischen schaffendem und raffendem, zwischen Industrie- und Leihkapital“ (Bilanz, S. 162). Und an anderer Stelle bemerkt er: „Man kann das Wort Sozialismus stehlen und jene Missbildung daraus machen, die als Nationalsozialismus unseren Widerwillen so erregt, dass wir uns weigerten, diese Missbildung zu verwenden. Ganz gleich, ob nationaler Sozialismus als solcher möglich ist oder nicht: der Hitler-Faschismus hat nichts mit ihm zu tun.“ (S. 277)

15 Bilanz, S. 88 und 92.

16 Ebenda, S. 302.

Dass die deutsche Geschichte jenen 30. Januar 1933 durchlaufen hatte, sah Zweig nicht als ein unausweichliches Resultat des historischen Prozesses an. Nach seiner Auffassung hatten Menschen die Geschichte gemacht, mit den Deutschen auch die deutschen Juden. Sowenig wie aus irgendeiner anderen Völkergruppe formte sich der Dichter aus ihnen ein geschichtslos höheres Wesen. Er ging, wie er die Vorzüge, Verdienste und Leistungen so vieler einzelner lobte und sie auch hymnisch preisen konnte, mit den Juden als einer Gruppe nicht anders als mit den übrigen Deutschen ins Gericht. Sie hätten an Entwicklungen, die Deutschlands Geschicke auf die falschen Gleise führten, ihren Anteil. Der rühre nach seinem Urteil nicht erst aus der Zeit der Novemberrevolution[17], sondern schon von den Vorkriegsjahren des Kaiserreiches her, als es auch die Juden versäumt hätten, sich dem deutschen Nationalismus aufrecht entgegenzustellen, anstatt sich von ihm mitreißen zu lassen – wie übrigens auch Zweig selbst. Damals, erinnerte sich Zweig, hätten die Juden in den Reichen der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanows – den Monarchien gab er die Hauptschuld am Kriege – die Partei der regierenden Mächte genommen.[18] Jetzt aber gab es keine bedrohtere Menschengruppe in Europa als eben diese Juden. Nun waren die Naziführer auf die Zerstörung der deutschen Judenheit aus und bedienten sich, um ihre Politik zu rechtfertigen, abstrusester Geschichtsfälschungen und -legenden. Das Geflecht aus Lügen, das wie ein undurchdringliches Netz auf das Denken der nichtjüdischen Deutschen gestülpt wurde, war zu zerreißen. Darin erblickte Zweig seine Aufgabe, darum unterzog er sich der Arbeit an der „Bilanz der deutschen Judenheit 1933“. Denn konnte er schon nicht direkt etwas zur Rettung der deutschen Judenheit unternehmen, deren Los er für entschieden hielt – obwohl er auf die Intervention des Auslands 1933 noch Erwartungen setzte, die kaum gerechtfertigt waren[19] –, so wollte er doch unwiderlegbar zeigen, dass dieser Menschengruppe blankes Unrecht geschah. Aus ihren Reihen waren zu Hunderten und Tausenden begnadete Geister, selbstlose Charaktere, entsagungsvolle Forscher und Denker hervorgegangen, die nach ihrem eigenen Selbstverständnis als deutsche Juden gewirkt und unwägbar viel zu Ansehen, Achtung und Ruhm des Volkes beigetragen hatten, dem sie sich und ihre Nachfahren unablösbar zugehörig glaubten.

Was Zweig an schöpferischem Hervortreten deutscher Juden über mehrere Generationen bilanziert hat, braucht keinen Kommentar. Auf Kenntnisse zurückgreifend, die er in jahrelanger Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen Judentums gewonnen hatte, war der Dichter – auch frühere eigene Publikationen weiterführend[20] – imstande, das Panorama eines unvergänglichen Wirkens zu geben. So geriet die Arbeit zu einem Klassiker jüdischer Selbstdarstellung und Geschichtsschreibung, ohne dass das Buch später – und das hieß dann: während der vierzig Jahre der Existenz zweier deutscher Staaten – wie Feuchtwanger sich dachte und wünschte, eine Renaissance erlebt hätte. In der Deutschen Demokratischen Republik scheiterte der Plan des Autors, mit dem Rudolstädter Greifenverlag eine überarbeitete und ergänzte Neuausgabe zu bewerkstelligen.[21] In der Bundesrepublik Deutschland gab der Kölner Joseph Melzer Verlag 1961 das Buch in der Textfassung von 1934 und mit einem Vorwort Zweigs heraus, doch fand diese Ausgabe „nur wenig öffentliche Resonanz und wurde ein finanzieller Misserfolg“.[22] Der Band erschien, als der kalte Krieg eine seiner äußersten Zuspitzungen erfuhr. Das Interesse an der geistigen Auseinander-

---

17 Zweig kritisierte an der in Deutschland am Ende des Weltkriegs verbreiteten „Lebensstimmung“, dass sie in ihrem Wollen nicht wirklich revolutionär gewesen sei, nicht „den Willen zur Tat, zum Selbsteinsatz gegen die mächtigen Gegner besessen“ habe, „der im Russland Lenins und Trotzkis den Kampf mit einer Welt von Feinden aufnahm“. (Bilanz, S. 80)

18 Bilanz, Einleitung S. 11/12.

19 Zweigs Urteile schwanken in diesem Punkt, vergleiche Bilanz, S. 17, anders aber in der „Vorrede“ S. 8.

20 Frucht einer lebenslangen Beschäftigung mit der Geschichte der Juden waren unter anderem: Arnold Zweig, Juden auf der deutschen Bühne, Berlin 1927 und ders., Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften dargetan am Antisemitismus, Potsdam 1927.

21 Zweig verfolgte den Plan noch bis in das Jahr 1955; er verband sich mit der Absicht, die „Bilanz“ zeitlich bis in das Jahr 1945 zu führen. Lion Feuchtwanger/Arnold Zweig, Briefwechsel, Bd. II, S. 259 f.

22 Diesen Befund über das Schicksal des Neudrucks, den Dr. Achim von Borris mit einem Nachwort versah, traf Dieter Schiller in dem oben erwähnten Vortrag (Manuskript Bl. 12).

setzung mit der faschistischen Herrschaft war weit zurückgegangen. Die Verdrängung der Vergangenheit herrschte vor. Eine Wende trat mit den Ereignissen des Jahres 1968 und der unabweisbaren Forderung der jungen Generation an den Universitäten der BRD ein, über die Geschichte des Naziregimes und die damalige Rolle der höchsten Bildungsstätte nicht länger zu schweigen. Die Nachgeborenen warfen die Frage auf, was den jüdischen Hochschullehrern, den Ärzten und Assistenten 1933 und während der folgenden Jahre geschehen war, wer sie aus ihren Wirkungsstätten und über die Grenzen vertrieben hatte.

Inzwischen legten Historiker und Fachleute, die sich mit der Geschichte einzelner wissenschaftlicher Disziplinen befassen, eine Vielzahl von Untersuchungen zum Thema der nazistischen Judenvertreibung vor. Längst existieren verlässliche Daten darüber, wie viele Juden Deutschland verlassen mussten, wie viele von ihnen der Intelligenz zugehörten, in welche Staaten sie sich wandten, wie sie dort aufgenommen wurden und welche Leistungen sie jenen hinzufügen konnten, die vordem in Deutschland vollbracht, häufig aber abrupt abgebrochen worden waren. Sozialwissenschaftler haben inzwischen erörtert, wieviel geistiges Potential Deutschland allein durch den Verlust der Vertriebenen einbüßte. Sie konnten auch nachweisen, welchen Zuwachs an schöpferischen und hochproduktiven Geistern die Staaten, die Zufluchtsländer deutscher Juden wurden, durch die Immigranten und deren Nachfahren erhielten.[23]

Trotz dieser nur noch von Spezialisten überschaubaren Literaturmenge, der Frucht hochspezialisierter Forschungen, angestellt vor allem in den USA, in Israel, der Bundesrepublik Deutschland, entstand über die Jahrzehnte hinweg kein Buch, das der Zweigschen „Bilanz“ ihre Unverwechselbarkeit genommen und deren Einzigartigkeit streitig gemacht hätte. Das gilt selbstredend für den politisch-historischen Atem der Schrift. Es trifft weiter auch auf die Breite der Fragestellung zu, mit welcher der Dichter den Leistungen der deutschen Juden in Vergangenheit und – seiner – Gegenwart nachspürte, denn sie reichte von der Philosophie und der Psychologie bis in die technischen Wissenschaften und das Bankwesen, sie ließ Dirigenten sowenig aus wie Gründer und Leiter großer Handelsunternehmen.

Zweig gestand in seinem Text mehrfach, dass die Arbeit, der er sich unterzog, ihre Risiken und Gefahren besaß. So sehr er darauf bestehen musste, angesichts der dreistesten Verleumdungen jeden Namen und jedes Verdienst in Schwert und Schild gegen die faschistischen Antisemiten zu wandeln, sosehr suchte er zu vermeiden, die Leistung der jüdischen Deutschen aus einem Organismus zu lösen, der sie hervorgebracht hatte und ohne dessen Lebenskraft sie undenkbar gewesen wären. Zweig war sich des „unauflöslichen Geflechts gegenseitiger Befeuerung und Steigerung“[24], in dem die produktivsten Geister des 19. und 20. Jahrhunderts agierten, viel zu stark bewusst, als dass er „das Jüdische“ nun gleichsam unter einem Operationsmikroskop und mit dem Skalpell hätte herauspräparieren können. Und so hat er, als seine Darstellung bereits weit vorgeschritten war, dem Leser noch einmal bekannt, dass ihm die von den Judenfeinden aufgezwungene Vorgehensweise im Kern zuwider war, ja ihn mitunter einfach anekelte.[25] Selbstvorwürfe hatte sich der Mann, der Deutscher und Jude mit einem hochentwickelten Bewusstsein und Gefühl seines Europäer- und Weltbürgertums war, freilich nicht zu machen. Sie wären allein durch den wichtigsten Schluss erledigt gewesen, den Zweig für die Juden selbst aus ihren Verdiensten um die Fortschritte von Kultur und Zivilisation herleitete. Er sah diese Menschengruppe aufgrund ihres durch die Geschichte nachgewiesenen Vermögens in besonderer Weise verpflichtet, an der Verbesserung der Weltzustände mitzuwirken.[26]

Diese Forderung führt uns zum – nach der Darstellung des Untergangs der Weimarer Republik und der Bilanz der Leistungen der deutschen Judenheit – dritten Bestandteil des Buches. Er besteht aus

---

23 Siehe: The Migration of the Academic Intellectuals by Herbert A. Strauss, in: International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Volume 11/Part 1: A-K, General Editors Herbert A. Strauss/ Werner Röder, München 1983, S. LVII ff.

24 Diesen Zusammenhang betont Zweig immer wieder. Vgl. Bilanz, S. 111, 117 f, 149.

25 Bilanz, S. 208.

26 Ebenda, S. 315.

dem Suchen und Antworten des Autors auf die Frage, was die deutschen Juden jetzt zu tun hätten, welcher Handlungs- und Entfaltungsspielraum ihnen in einer Welt bliebe, deren generelle historische Tendenz Zweig ungebrochen in ihrer Höherentwicklung erblickte. Denn wiewohl er mit dem Blick nach Deutschland feststellte, dass die Menschheit das Mittelalter noch nicht hinter sich gelassen habe, ließ er nicht von seinem Fortschrittsvertrauen.[27] Er glaubte daran, dass die menschliche Gesellschaft so eingerichtet werden könnte, dass in ihr weltweit keine Begabung und Fähigkeit unentfaltet bliebe. Von dieser Grundüberzeugung vermochte ihn auch nicht der Absturz der deutschen Geschichte in einen Zustand abzubringen, der die Gefahr der Austreibung und Ausrottung der Juden heraufbeschwor. Darauf seien die „Völkischen aller Nationen“ aus, und das würden sie auch vollbringen, wenn sie ihr Vorhaben „ungestört und gefahrlos“ verrichten dürften.[28]

Palästina galt Zweig in dieser extremen Krisenlage der deutschen Juden als oder einzige praktische Weg in die Zukunft“.[29] Dort sollten die Zufluchtsuchenden sich nicht absondern, sondern auf ihre Weise an der Menschheitsaufgabe mitwirken, eine gerechtere Gesellschaftsordnung zu schaffen. Zweig sah sie durch sozialistische Ideen gespeist und vorentworfen, die aus ganz unterschiedlichen Quellen herrührten.[30] Palästina dachte er daher als nichts weniger denn als einen Abklatsch kapitalistischer Zustände Westeuropas oder Nordamerikas. Er wollte es als ein großes Experiment, durch dessen Fortschreiten auch das Gesicht des nahen Orients „gründlich zu verjüngen“ sei.[31]

Im Zweigschen Entwurf für Palästina, einer richtungweisenden Utopie, fanden sich Ideen, die regional wie weit nichts an Aktualität verloren, an herausfordernder Kraft eher noch gewonnen haben. Da ist der Gedanke, dass die Juden als eine geschichtliche Antwort auf jahrhundertewährende Anfeindungen und Verfolgungen durch Angehörige anderer Menschengruppen nun ihr Zusammenleben mit den arabischen Nachbarn gutnachbarlich und friedvoll gestalten könnten.[32] Da wird gefordert, menschliche Verhältnisse zu schaffen, in denen die „Unvernunft des Verwirtschaftens und Vergeudens“ ein Ende hätte.[33] Da gilt die eigene Freiheit als Pflicht, sich für die Befreiung aller Unterdrückten – vor allem auch der Millionen Bewohner des „schwarzen Kontinents“ – einzusetzen.[34] Er denkt an eine Welt, deren Bewohner den Krieg „als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht mehr genehmigen.[35]

Hat Zweig sich im Hochsommer 1933 ein Deutschland ohne Juden vorgestellt, die Massenflucht als eine Tatsache geistig vorweggenommen? Dagegen lassen sich im „Bilanz“-Buch Textstellen anführen.[36] Doch aufs Ganze gesehen betrachtete er Palästina als die einzig mögliche und richtige Antwort der deutschen Judenheit auf den 30. Januar 1933. Und für sich selbst, auch wenn ihn die Sehnsucht nach den zerstörten Verhältnissen nicht verlassen hatte[37], war kein anderer Vorsatz annehm-

---

27 Die Entscheidung zwischen den Kräften der „Einsicht“ und jenen der Macht würde „auf lange Sicht“ zugunsten der letzteren ausfallen, glaubte Zweig durch die jahrtausendelange Geschichte erwiesen (Bilanz, S. 13/14). Zu den Schlussgedanken des Buches zählt die Feststellung: „Die Zukunft gehört der Einsicht.“ (Bilanz, S. 314)

28 Ebenda, S. 309.

29 Ebenda, S. 308.

30 Unter den Kräften, die den „besseren Neubau der Gesellschaft heraufführen“, sah Zweig neben dem Genius anderer Völker auch den jüdischen. (Bilanz, S. 315)

31 Ebenda, S. 309.

32 Ebenda, S. 310.

33 Nur zwei Gruppen von Menschen hätten versucht, „den Trieb nach schrankenloser Verwendung und ichsüchtigem Gebrauch erzeugter Güter einzudämmen: die Frommen und die Sozialisten“. (Bilanz, S. 279)

34 Ebenda, S. 283.

35 Ebenda, S. 60.

36 So heißt es etwa, dass, würden sich die Juden dem „Angriff der völkischen Psychose“ entgegenstellen, „Hoffnung für eine bessere Zukunft der deutschen Juden“ existiere. (Bilanz, S. 125). Vergleiche ferner S. 148/149 und 201. An anderer Stelle handelt Zweig demgegenüber von der Möglichkeit, dass die „Stätten jüdischen Wirkens, geistige Gebäude diesmal, den Deutschen anheimfallen, die sie nicht geschaffen haben“ (S. 188).

37 Noch im Frühjahr 1933, Zweig hatte den Gedanken zum „Bilanz“-Buch schon gefasst und ihn zu verfolgen begonnen, notierte er in seinen Taschenkalender, dass er am liebsten wieder „nach Hause gefahren“ wäre. Die Bemerkung zitiert Jost Hermand in seinem Vortrag „Arnold Zweig und die Weimarer Republik“, den er im Oktober 1989 auf einem Carl von Ossietzky gewidmeten Colloquium in Oldenburg hielt. (Manuskript, Bl. 19).

bar, als die strikteste Besinnung auf das jüdische Erbteil und das Land im Osten des Mittelmeeres. Darauf konzentrierten sich seine Hoffnungen, dort wollte er auf der „linken Seite“ weiterwirken, nicht aus der anfälligen Stimmung eines „ruchlosen“ Optimismus, aber als Unermüdlicher, den eine wissenschaftlich fundierte Weltbejahung leitete und antrieb.

Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit – ein Versuch. Berlin 1990. Nachwort, S. 258-274.

„Kyffhäusergeist“

Zur Ideologie einer Organisation des preußisch-deutschen Militarismus

Im Jahr 1941 erhielt der Name Barbarossa einen neuen Sinn, der jedoch nur in den höheren militärischen Stäben der Naziwehrmacht bekannt wurde. „Barbarossa“ hieß die Tarnbezeichnung für die Vorbereitungen des deutschen Imperialismus auf den Überfall, dessen Opfer am 22. Juni 1941 die UdSSR wurde. In den Kommandozentralen tauchten schon seit Ende 1940 Weisungen und Befehle auf, die den „Fall Barbarossa“, das „Unternehmen Barbarossa“, dann auch das „Gebiet Barbarossa“ betrafen, womit das im Osten zu erobernde Terrain gemeint war. Die Verschlüsselung war wohl so zufällig wie andere davor und danach; sie hatten „Fall Grün“ „Fall Weiß“ geheißen oder waren „Seelöwe“ und „Tannenbaum“ genannt worden. Zum Stauferkaiser besaß die Aggression gegen den sozialistischen Staat keine Beziehung, zu dessen Politik wies sie nicht den dürftigsten Traditionsstrang auf. Friedrich I. hatte seinen Fuß nie auf einen Quadratmeter des Bodens gesetzt, den deutsche Soldaten nun erobern sollten. Kein Kaiserheer war je in diese Fernen entsandt worden.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wurde 1941 auch mit dieser Tarnbezeichnung nicht bekannt. Später erst erfuhren die Überlebenden des Krieges von ihr. Da verband sich der Feldzug gegen die Sowjetunion bereits mit ganz anderen Namen und Bezeichnungen, mit „Stalinorgel“ und mit Stalingrad. Die Nazipropaganda hatte jedoch während des anfänglich erfolgreichen Vorstoßes in die Richtungen von Moskau, Leningrad und Kiew Bezugnahmen zur Stauferzeit hergestellt. Durch sie war unter anderem die im Volk aufgekommene Frage beantwortet worden, was die deutschen Heere in den Weiten des osteuropäischen Raumes eigentlich suchten und zu erobern hätten. Diese Frage hatte sich auch dadurch gestellt, dass die Eroberungen der Jahre 1938 bis 1940 mit historischen Argumenten gerechtfertigt worden waren. So geschah es im Falle Österreichs 1938, so bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939, als Böhmen und Mähren zu altem deutschen Reichsboden erklärt wurden.

In einem Artikel des „*Lübecker Volksboten*“, den die Geheime Staatspolizei als vorbildlich ansah, behauptete ein Faschist Ende September 1941, dass das hochmittelalterliche Vordringen nach Osten, das er als „große Wanderung“ bezeichnete, eine „Volkstat der staufischen Zeit“ gewesen sei. Die Berichterstatter der Gestapo verlangten nach mehr Geschichtsdeutungen, die nachwiesen, „dass wir in diesen Gebieten, in denen schon einmal Deutsche gewesen sind und Städte gebaut haben, auch in Zukunft eine Aufgabe hätten“. Barbarossa und die Stauferzeit als Rechtfertigung für einen imperialistischen Vorstoß, der dem faschistischen Reich ein riesiges Kolonialgebiet politisch-geographisch direkt angliedern und weitere weltweite Eroberungen möglich machen sollte!

Die faschistischen Machthaber befanden sich mit dem Gebrauch, den sie von dem Namen und der Zeit Friedrichs I. machten, keineswegs in Neuland. Schon im „Zweiten“ Reich, vor seiner Gründung und während seiner knapp ein halbes Jahrhundert währenden Geschichte, wurden beide benutzt, um dem Kaiserreich der Hohenzollern grellsten historischen Glanz aufzuschminken und dessen Großmachtansprüche geschichtlich zu untermauern. Dieser Traditionslinie folgten die Faschisten. Davon soll im Folgenden in gebotener Kürze die Rede sein.

Im Grunde fehlte es dem 1871 nach dem Sieg über Frankreich geschaffenen und in Versailles ausgerufenen Kaiserreich an historischer Legitimation, die in allgemeinen Bestrebungen der deutschen Nation wurzelte. Die Weise, in welcher dieses Kaiserreich zustande kam, und die Form, die es annahm, verwiesen am stärksten in die preußische Geschichte und auf jene Politik der Hohenzollern, mit der sie ihr Königreich auf Kosten anderer deutscher Dynastien ausweiteten und in Deutschland die Vorherrschaft gewinnen wollten. Diese preußische Politik, so stark sie auch durch die Legende von der nationalen Mission des Hohenzollerntums verklärt wurde, erzeugte das starke Bedürfnis nach einem alle Volksteile des neuen Reichs wirklich geistig und emotional verbindenden geschichtlichen Ausweis. Er bot sich in der Legende vom Kaiser Barbarossa an, dem im Kyffhäuser schlafenden Recken, der so lange auf seinen Tag gewartet habe und den Deutschen nun neu erstanden sei. Freilich nicht in persona, was der fortschreitend aufgeklärten bürgerlichen Gesellschaft im letzten Drittel des 19. Jh. denn doch nicht hätte aufgetischt werden können, jedoch in neuer Gestalt.

Friedrich I. sollte in Wilhelm I., der sich nur widerwillig zum Deutschen Kaiser hatte proklamieren lassen, gleichsam auferstanden sein. Die volkstümliche Ausprägung des Vorgangs wurde mit dem Bild vom toten Rotbart und dem in Berlin und Potsdam residierenden „Weißbart“ – literarisierend auch „Silberbart“ genannt – gefunden. Die Traditionskonstruktion war ziemlich einfach, ihr Ausdruck vielfach einfältig, aber sie unterlag keiner geschichtlichen Nachprüfung durch die Volksmehrheit, die in den Schulen der deutschen Einzelstaaten schon bis dahin im Geschichtsunterricht ohnehin mit Herrscherlegenden massengespeist worden war.

In der Tat hatte eine nicht mehr genau feststellbare Zahl von Dichtern und Reimern bereits lange vor 1871 in Deutschland die Vorstellung verbreitet, dass das Kaisertum der Hohenzollern und die Thronerhebung Wilhelms I. endlich bewerkstelligen würden, dass der sagenumwobene Insasse des Kyffhäuserbergs aus seinem Dauerdämmerzustand in einen ewigen, ihn gleichsam erlösenden Schlaf verfallen könne. Das zu schaffende Deutsche Reich wurde vielfach auch mit einer zu freienden Braut verglichen und der Kaiser als deren Freier. Das las sich 1870 nach der Schlacht bei Sedan in einem Gedicht dann so:

Die Braut, sie ist nun heimgeführt
In wildem Kriegsgetümmel:
So lasst uns, dem der Dank gebührt,
Lobpreisen Gott im Himmel.

Und in einem anderen, dessen Überschrift den Namen des Hauptschlachtortes des deutsch-französischen Krieges trug, war aus Ernst von Wildenbruchs Feder zu lesen:

Ich will den gold’nen Schatz der heiligen Sagen
Aus dem versunk’nen Schacht zum Lichte zieh’n.
Den Reif, den Hohenstaufen einst getragen,
Auf Hohenzollerns Stirne nehm’ ich ihn.

Die in der Literatur unterschiedlicher Grade hergestellte Beziehung zwischen den beiden so unterschiedlichen geschichtlichen Gestalten wurde ein Vierteljahrhundert nach der Reichsgründung den Deutschen auch in Stein gehauen. Nachdem 1895 im Kaiserreich der „Sedantag“ gefeiert worden war, bildete am 18. Juni 1896 die Einweihung eines Denkmals auf dem Kyffhäuser den Höhepunkt einer Kette von Gedenkfeiern, mit denen an die Reichsgründung erinnert wurde. Auf dem Bergzug inmitten Deutschlands, der sich aus der Goldenen Aue heraushebt, war eine Denkmalsanlage geschaffen worden, die durch einen hochragenden Turm weithin auf sich aufmerksam machte, der selbst wieder als Wegweiser für einen Wallfahrtsort gedacht war. Die beiden zentralen Gestalten des Komplexes bildeten der in Stein gehauene, am Fuße des Turmes in einer Art Felsendom schlafend-schlaff thronende „Rotbart“ und der meterhoch über ihm zu Pferd reitende, aus Kupfer getriebene „Weißbart“, dessen Bart freilich auch zu Staub zerfiel, war er doch 1888 neunzigjährig verstorben. Schöpfer des Monuments, dessen Entwurf nach Ausmaß und Rang von vornherein mit dem 1883 eingeweihten „Nationaldenkmal“ auf dem Niederwald oberhalb Rüdesheim konkurrierte, war der Berliner Architekt Bruno Schmitz. Mit der Ausführung seines Entwurfs, eines von 24, die aufgrund eines im Oktober 1889 ausgeschriebenen Wettbewerbs eingereicht worden waren, wurde noch im Herbst 1890 begonnen. Das hauptsächliche Baumaterial gewann man aus einem Steinbruch unweit der Anlage.

Die Ausmaße des Projekts wie seiner einzelnen Teile waren wirklich riesenhaft. Der Turmbau, den ein sinnenartiges Gesims mit einer eichenlaubbekränzten Kaiserkrone nach oben abschließt, maß eine Höhe von 57 m; die des Reiterstandbildes Wilhelms I. betrug 9,5 m. Die Gesamthöhe des Denkmals, von seiner untersten halbkreisförmig angelegten Terrasse gemessen, wurde mit 90 m angegeben. Riesenhaft waren auch die Kosten, welche die vorausberechneten gewaltig übertrafen und sich schließlich auf 1.453.000 Mark beliefen.

Schmitz selbst erläuterte, was ihm vorgeschwebt hatte: „Ein Erinnerungs- und Siegesmal der Nation, die Betätigung des Dankes für den Gründer der deutschen Einheit – der Ausdruck der Wehrhaf-

tigkeit und Größe des neuen deutschen Kaiserreichs.“ Keine Frage, dass ihm der künstlerische Ausdruck dieser monarchistischen, Herrschaft ebenso symbolisierenden wie Herrschaftsanspruch geltend machenden Ideen gelungen war. Auch die Schöpfer der Barbarossa-Figur und des Reiterstandbildes mit den es umgebenden allegorischen Figuren, Geiger und Hundrieser, hatten dazu beigetragen.

Schon für die Grundsteinlegung im Jahre 1892 war ein denkwürdiges Datum gewählt worden, der Jahrestag des Abschlusses des Frankfurter Friedens. Seine Architekten hatten dem besiegten Nachbarn 1871 nicht nur eine Millionensumme an Kriegskontributionen auferlegt, sondern ihm auch seine westlichen Departements entrissen. So ließ das Deutsche Kaiserreich, an dessen Spitze inzwischen der „Weißbart“-Enkel Wilhelm II. stand, ein Vierteljahrhundert nach den Ereignissen später keine Gelegenheit aus, um Frankreich und die Franzosen nun durch demonstrative historische Gesten zu demütigen.

Entstehung und Weihe des Denkmals auf dem Kyffhäuser erhielten ihre signalisierende Bedeutung aber durch die Tatsache, dass seine Stifter die Kriegervereine waren, die in den deutschen Ländern existierten und sich nach 1871 im neuen Reich auf den langen Weg ihres Zusammenschlusses begeben hatten. Es war nicht nur die freilich mitspielende Vereinsmeierei, die es diesen Vereinen schwer werden ließ, auf ihrer Ebene nachzuvollziehen, was sich 1871 auf staatlicher ereignet hatte. Schließlich gehörte zur Traditionspflege der jeweiligen Vereine, dass sie jener Kriege und Schlachten gedachten, die einst deutsche dynastische Heere gegeneinandergeschlagen hatten, und das machte die ideologisch-historische Schwierigkeit erst aus. Auch da konnten Erinnerung an sehr ferne Vergangenheit, in der sich niemand so ganz genau auskannte, und der Name von Barbarossa wie der seiner Schlafstelle im Thüringischen als eine Art Nothelfer willkommen sein. Es kam der Gedanke auf, den einzelnen Kriegervereinen, ihnen eine gewisse Selbständigkeit belassend, ein gemeinsames Dach in einer Organisation mit dem Namen „Kyffhäuser“ zu geben. Die Vorgeschichte des Denkmal-Baus und die jener zentralen Organisation verwoben sich so miteinander, und die Stiftung des Denkmals wurde‘ zur ersten und demonstrativen gemeinsamen Aktion, zum Vehikel der Vereinigung. Mit der Einweihung des Denkmals wurde aus dem Ausschuss, der den Bau organisiert hatte, „die Gesamt-Verwaltung aller deutschen Kriegerverbände“.

An diesem Tage, dem 18. Juni 1896, bestimmten die Redner der Einweihungsfeier zugleich, was fortan unter jenem „Kyffhäusergeist“ verstanden werden sollte, der in den Publikationen des Kriegerbundes, in seinen Parolen und Deklamationen wieder und wieder angerufen wurde. Das war zuvörderst der Monarchismus mit dem Gebot striktester Unterordnung unter die staatlichen Obrigkeiten und deren höchste Spitze, den Hohenzollern-Kaiser. ER, der – wie es in der seinerzeit verbindlichen Anrede hieß – „allerdurchlauchtigste Kaiser“, die „Königlichen Majestäten“ und die „Durchlauchtigsten Fürsten“ fanden sich denn auch in einer Versammlung von Teilnehmern, die im ausgesprochenen Wissen um den vergangenen Glanz des Staufertums die Ewigkeitsdauer des Hohenzollerntums nicht nur proklamierten, sondern offenkundig auch glaubten, dass so anachronistische Erscheinungen wie die deutschen Winkelmonarchen Bestand haben würden. Einer von ihnen, Günther, Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, hatte als Landesherr und Eigentümer jenes Kyffhäuserberges im Denkmal-Ausschuss eine besondere Rolle gespielt.

Mit dem Monarchismus war die Verherrlichung des Krieges Dreh- und Angelpunkt des „Kyffhäusergeistes“. Der Festredner, Alfred Westphal, ließ keinen noch so fernen Bezug aus, der zu einem Kriegszug oder zu einer Feldsohlacht hergestellt werden konnte. König Heinrichs I. Kämpfe gegen die Ungarn wurden ebenso angerufen wie der „fünfte, so unglücklich verlaufene Römerzug“ Kaiser Friedrichs I. In Rede kam die Schlacht bei Fehrbellin, die auch auf einen 18. Juni gefallen war, ebenso wie die bei Belle-Alliance, die am nämlichen Tage stattgefunden hatte. Erinnert wurde an die „Siege des großen Königs“ Friedrichs II. von Preußen, selbstredend nicht an seine Niederlagen, und vor allen anderen an die Schlachten des Krieges von 1870/71. Als Wilhelm II. das Wort nahm, bezeichnete er Denkmalsweihe und Bauwerk als den „würdigen Schlussstein für die Gedenkfeiern der Siegestage des großen Krieges“.

Aus dieser Verherrlichung vergangener Kriege und einstiger Kriegsherren, unter denen die Führer der Kriegerverbände Kaiser Wilhelm I. „den Großen“ nannten – ein Beiname, der sich angesichts der tatsächlichen Rolle dieses Hohenzollern nicht durchsetzen ließ –, erwuchs gleichsam organisch die Orientierung auf kommende Schlachten und die Feindschaft gegen alle, die sich zu Sprechern oder gar zu Vorkämpfern des Gedankens an Völkerverständigung und Völkerfrieden machten. Damit war das dritte Kernelement des „Kyffhäusergeistes“ bezeichnet, seine strikte Frontstellung gegen die deutsche Arbeiterbewegung und insbesondere gegen die Sozialdemokratische Partei. Ohne ihren Namen vor das kaiserliche Ohr zu bringen, sprach Pestredner Westphal von der den Kriegervereinen neuerstandenen Aufgabe, die in den Vordergrund aller Bestrebungen getreten sei, seit „fanatische Verführer die breiten Massen des Volkes mit dem Gifte vaterlandsloser Gesinnungen“ durchtränken würden. Der Kampf gegen das Umsichgreifen der „Irrlehren“ rücke vor alle Kundgebungen, wie sie beim Tode von Kriegskameraden stattfanden und den Bänden häufig den Namen „Begräbnis-Verein“ eingetragen hatten. Im Zentrum stünde die Pflicht zu geistigem Wirken gemäß dem „Feldgeschrei: Für Kaiser und Reich!“ Auch Hinterbliebenen-Fürsorge und bloße Erinnerungspflege an die Vergangenheit hätten in der Arbeit des Bundes demgegenüber hintere Plätze zu besetzen. Wilhelm II. fasste die Aufgabe am Schluss seiner Ansprache auf dem Kyffhäuserberg in die Mahnung: „Möge es dem deutschen Volke nie an Männern fehlen, welche in Treue, Opferwilligkeit und Vaterlandsliebe denen gleichen, welche dem Großen Kaiser dienen ... durften.“

In den folgenden achtzehn Jahren wirkten die im Kyffhäuser-Bund der deutschen Landeskriegerverbände, unter diesem Namen wurde die Organisation am 15. August 1900 in das Vereinsregister eingetragen, zusammengeschlossenen Kriegervereine exakt in der bei ihrer Gründung bestimmten Weise. Das Denkmal und ein in seiner unmittelbaren Nähe entstandenes Hotel dienten den Führungskreisen des Bundes und Angehörigen vieler Vereine als Wallfahrtsort und Stätte immer erneuerter Treueschwüre sowie als Beratungszentrum für Organisations-Angelegenheiten. Hier mag denn auch das „Krieger Kyffhäuser-Lied“, das 1896 in der Zeitschrift mit dem beziehungsreichen Namen „Parole“ veröffentlicht worden war, erklungen sein, an dessen Ende es hieß:

Wir stehen wie der Kyffhäuserthurm
Im Frieden wie im Kriegessturm
Stets fest, mit Gut und Blut mit Herz und Hand
Zu unserem Kaiser und zum Vaterland!

Mit Gut und Blut! Das wurde verlangt, als am 1. August 1914 der kaiserliche deutsche Imperialismus zu den Fahnen weltweiter Eroberung rief. „Das Vaterland, nicht die Partei“, so hatte eine Parole geheißen, die auch bereite 1896 beim Einweihungsfest ausgegeben worden war. Sie war so verlogen wie jene nun bei Kriegsbeginn durch den Kaiser postulierte, der vorgab, keine Parteien mehr zu kennen, sondern nur noch Deutsche. In Wahrheit war der Kyffhäuserbund in all den Vorkriegsjahren nie überparteilich gewesen. Er hatte mit seinen 2,9 Mill. Mitgliedern, die er 1914 zählte, fest an der Seite der monarchischen Parteien gestanden und ihnen gemeinsam mit anderen verwandten Organisationen das Wahl- und Fußvolk zugeführt.

Zu den ersten Resultaten der Novemberrevolution von 1918 gehörte der Sturz der Hohenzollernmonarchie und der anderen „durchlauchtigsten“ deutschen Königs- und Fürstenhäuser. Der Monarchismus erhielt einen Schlag, von dem er sich in Deutschland nie wieder erholen konnte, aber er wurde nicht zu Tode gebracht, denn die Revolutionäre erlitten eine. Niederlage. Daher überdauerten auch andere reaktionäre Ideen und – verhängnisvoller noch – Organisationen. In der bürgerlich-parlamentarischen Republik, die gegenüber dem Kaiserreich einen erheblichen geschichtlichen Fortschritt darstellte, existierten die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kräfte fort, auf deren Interessen- und Schuldkonto deutscherseits der Erste Weltkrieg vor allem kam. Zu ihnen gehörte auch der Kyffhäuserbund. Ihr Fortwirken war in seiner Gesamtbedeutung lange Zeit mit einem Schwelbrand vergleichbar, in dessen dann auflodernden Feuer die Republik vierzehn Jahre nach ihrer Gründung unterging.

Für den Kyffhäuserbund konnte gesagt werden, was auch auf andere der einstigen Organisationen des Kaiserreichs zutraf: er marschierte mit den alten Fahnen in die neue Zeit, die er freilich nicht im

bürgerlich-parlamentarischen Staat verkörpert sah, sondern in jenem, der auf ihn erst folgen sollte. Der Kampf gegen die Revolution galt in diesen reaktionären Kreisen 1919 und auch 1923 nicht als abgeschlossen und auch der Krieg nicht als beendet. Dreist erklärten diese Reaktionäre beispielsweise am 10. Jahrestag des Kriegsbeginns 1924, der Abschluss des 1914 begonnenen Krieges stünde erst noch bevor, ein Abschluss, den sie sich als Wiederbeginn der Feldzüge vorstellten, an deren Ende diesmal sie als Sieger hervorgehen wollten. Der Kyffhäuserbund nahm in dieser Gesellschaft der sogenannten „Vaterländischen Verbände“ seinen Platz ein, den eines Kämpfers gegen die Republik und die Kraft, aus deren Kämpfen sie hauptsächlich hervorgegangen war, die Arbeiterbewegung.

Der neue geschichtliche Bezugspunkt des „Kyffhäusergeistes“ war der Weltkrieg, hinter dem die Erinnerungen an 1870/71 zu verblassen begannen, zumal in den Kriegervereinen nur noch wenige seiner Teilnehmer lebten, die allerdings hochgeehrt und bei jeder Gelegenheit ordensbestückt in erster Reihe zur Schau gestellt wurden. Waren sie doch aus einem gewonnenen Krieg heimgekehrt, was sich vom Weltkrieg nicht behaupten ließ. Jedoch wurde auch in den Kyffhäuser-Organisationen die Legende vom „im Felde unbesiegten Heer“ verbreitet, dem eben jene stets als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichneten Kriegsgegner den „Dolch“ in den Rücken gestoßen hätten. Die Schlussfolgerung aus dieser Geschichtslegende war klar: im kommenden Krieg und am besten schon lange vor seinem Beginn sollten die Kriegsgegner noch schärfer unterdrückt werden, als es mit den Liebknecht, Luxemburg, Mehring und anderen Sozialdemokraten und deutschen Linken während der Kriegsjahre geschehen war.

Der Vorbereitung und mehr noch der Rechtfertigung des kommenden Krieges diente im Kyffhäuserbund die strikte Ablehnung jedweder deutschen Kriegsschuld und die – alsbald auch von den deutschen Faschisten – aufgenommene Version der Kriegsursachen, wonach Deutschland wegen des Aufstiegs im „Zweiten“ Reich beneidet, gehasst, schließlich von seinen Feinden „eingekreist‘ und zum Kriege gezwungen worden sei. In diesem Feindbild spielte, der Tradition des Bundes gemäß, Frankreich nach wie vor die Hauptrolle. Im Lande des „welschen“ Nachbarn waren die Kyffhäuserkrieger schließlich geschlagen worden, dort wollten sie vor allem Revanche und Rache suchen. Und wie sich nach 1871 keine versöhnende Siegerhand aus dem Bund nach Westen ausgestreckt hatte, so nach 1918 erst recht nicht die des Unterlegenen. Die Ausbeutung des Sieges durch den französischen Imperialismus und seine Kriegsverbündeten erschwerte das, machte es aber nicht unmöglich. In der revolutionären und auch in der Mitgliedschaft der reformistischen Arbeiterbewegung, in pazifistischen Organisationen und Klubs der Weimarer Republik wurde von einer erheblichen Minderheit ein neuer Anfang deutsch-französischer Beziehungen gesucht, doch davon wurde der Geist der Republik trotz aller Beteuerungen herrschender Kreise in keiner Phase geprägt.

Zum „Erbfeind“ war für den Kyffhäuserbund aber durch den Sieg der Oktoberrevolution in Russland ein neuer hinzugekommen. Als der Gesamtvorstand des Bundes 1930, auf dem Kyffhäuser tagend, die politische Grundlinie des Bundes für seine wiederum 2,5 Mill. Mitglieder formulierte, lautete einer der vier Punkte: Kampf gegen den Bolschewismus. Bolschewistisch war im Verständnis der Bundesführer selbstredend nicht nur Gesellschaft und Staat der Sowjetunion, war nicht allein alles, was in der Deutschen Arbeiter- und demokratischen Bewegung zur UdSSR hielt und dem Aufbruch ihrer Völker sympathisch gegenüberstand. Als bolschewistisch galt jede prinzipielle Kriegsgegnerschaft.

Mit allen reaktionären Kräften, denen die Republik Spielraum gewährte und die sie teils direkt förderte – denn „Präsident“ des Kyffhäuserbundes war nun das Staatsoberhaupt der Republik, der einstige kaiserliche Feldmarschall und Herzensmonarchist Paul von Hindenburg geworden –, betrieben die Kriegervereine unter ihrer Mitgliedschaft auch eine im höchsten Grade irrationale, an eine mysteriös-nationalistische Gefühlswelt mehr denn an den Verstand appellierende Propaganda. Zu ihr gehörte die Forderung nach dem „Glauben an die deutsche Zukunft“, die selbstredend eine „größere“ sein sollte. Unumwunden hieß es in der Vier-Punkte-Plattform von 1930: „Was deutsch war, muss wieder deutsch werden. Das merke Dir, deutsche Jugend“. Die Krieger von gestern, selbst bereit, wieder auf die Schlachtfelder zu ziehen, suchten die Krieger von morgen aus den nachwach-

senden Generationen zu mobilisieren: für die Rückgewinnung Elsass-Lothringens, dessen deutschsprachige Bevölkerung es nicht ins Deutsche Reich zurückgelüstete, für die erneute Hineinpressung von Polen und Dänen in das Deutsche Reich, für die Wiedereroberung von Kolonien in Afrika, Asien und Ozeanien usw. usf.

Zehn Jahre nach Kriegsende versammelten sich auf dem alljährlich stattfindenden Reichskriegertag, der 1929 nach München einberufen worden war. mit den Repräsentanten des bayerischen Monarchismus, an deren Spitze sich der einstige Kronprinz Rupprecht eingefunden hatte, auch der Ministerpräsident des Landes Bayern, und dies, obwohl die Kyffhäuser-Führer sich geweigert hatten, die schwarz-rot-goldene Staatsfahne aufzuziehen. Zu den im schwarzen Uniformrock defilierenden Kriegern gehörten „alte Kameraden“ aus den inzwischen polnischen und tschechischen Gebieten der Kaiserreiche, aus Österreich, dem Saargebiet und aus Danzig. Es fehlten auch Traditionsverbände der einstigen Kolonialtruppen nicht, die hinter dem Schild „Vergeßt unsere Kolonien nicht!“ aufmarschierten.

Derartige republikfeindliche Demonstrationen wiederholten sich, zuletzt noch am 15. Januar 1933, als insgeheim bereits über Zustandekommen und Zusammensetzung der Hitler-Regierung verhandelt wurde. Da feierten die Kyffhäuser-Bündler im Berliner Sportpalast in Anwesenheit des einstigen Kronprinzen Wilhelm und des Hohenzollern-Prinzen Eitel Friedrich, des ehemaligen Reichskanzlers Franz von Papen und von Mitgliedern der amtierenden Reichsregierung den Jahrestag der Reichsgründung von 1871 unter anderem mit der Forderung, „das Werk der Hohenzollern“ fortzusetzen. Und erneut richtete sich die Parole, die Deutschen müssten „ein Volk werden“, in erster Linie gegen die Arbeiterbewegung, die seit eh und je als Störer der militaristischen Volksgemeinschaft angefeindet wurde.

Die Tätigkeit des Bundes war Investition in eine neue kriegerische Zukunft. Anders als bis 1918 machten dem Bund im Weimarer Staat aber die verschiedensten Konkurrenten den Platz streitig. Neugebildet hatte sich der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, der sich parteipolitisch auf die (bis 1929) stärkste rechtsextreine Partei, die Deutschnationale Volkspartei, orientierte. Im Anwachsen waren gegen Ende der zwanziger Jahre die paramilitärischen Organisationen der faschistischen Nazipartei begriffen, deren Sturm-Abteilungen (SA) mit der Schutz-Staffel (SS), deren Reihen zu erheblichem Teil von Offizieren und Soldaten des Weltkrieges formiert wurden. Während diese Konkurrenten auf das im Wesen gleiche Ziel wie der Kyffhäuserbund hinarbeiteten, hatten die Arbeiterparteien sich ihrerseits Organisationen geschaffen, in denen einst in den Kaiserrock gezwungene Proletarier sich gegen den imperialistischen Kriegsgeist betätigten und für eine soziale oder eine sozialistische Republik kämpften.

In den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um Bestand oder Untergang der Republik stand der Kyffhäuserbund fest auf Seiten des Mannes, der in einem besonderen Grad Totengräber des bürgerlich-parlamentarischen Staates werden sollte: Hindenburg. Das brachte die Kyffhäuser-Kameraden Anfang 1932 unvermeidlich in einen taktischen Gegensatz zur nazifaschistischen Bewegung, konkurrierten doch bei der notwendig gewordenen Reichspräsidenten-Wahl zum Bedauern vieler auf die Sammlung aller reaktionären Kräfte und Organisationen setzenden Kräfte Hindenburg und Hitler gegeneinander.

Aus diesen Auseinandersetzungen trug der Kyffhäuserbund 1933 eine gewisse Erblast in das „Dritte Reich“, den faschistischen Staat. In den Augen vieler faschistischer Führer galten die Krieger des Bundes zudem in ihrer praktischen Aktion als zu lasch. Doch blieb diese Minderbewertung für die Existenz des Bundes folgenlos. Im Gegenteil: da – wie Hitler der Spitze der Generalität schon am fünften tage seiner Kanzlerschaft versichert hatte – der Kampf gegen den Pazifismus nun bis zu seiner Vernichtung geführt werden sollte, waren Helfer und Helfershelfer gefragt und vergangene Rivalität vergessen, wenn sie sich nur der neuen Reichsführung fest unterordneten.

Die Kyffhäuser-Krieger marschierten jetzt mit den alten Fahnen in jene Zeit, die sie als ihre neue betrachteten. Zum zweiten Mal begann der Bund seine Rolle bei der direkten Vorbereitung eines imperialistischen Krieges zu spielen. Wieder war seine Aufgabe in erster Linie die geistige Aufput-

schung, zumal im weitverzweigten Organisationsgefüge der Nazipartei in Gestalt der SA und der Hitler-Jugend, die zwischen 1936 und 1939 zur Zwangsorganisation für alle jungen Deutschen zwischen 10 und 18 Jahren ausgebaut wurde, genügend Kräfte existierten, welche den praktischen vormilitärischen Drill sich zur Aufgabe und zum Monopol gemacht hatten.

Der „Kyffhäusergeist“ aber war gefragt, wenn auch in einer gewissen, seine Aggressivität nach außen nicht beschädigenden Modifizierung. Sie betraf den Monarchismus: die Hoffnungen der Kaiser und namentlich der Hohenzollerntreuen mussten 1934 endgültig begraben werden. Zum einen war das Kaiserhaus durch seine letztlich bankrotte Politik wie auch durch den Lebensstil mancher seiner Angehörigen, namentlich des einstigen Kronprinzen Wilhelm, hochgradig diskreditiert, zum anderen hatte die nazifaschistische Führungsgruppe nicht die Absicht, dem Vorbild der italienischen Faschisten zu folgen und die Macht zu teilen, u. a., weil sie dadurch womöglich in ihrer Geschlossenheit und Funktionstüchtigkeit herabgesetzt worden.

Die vergleichsweise geringfügige Amputation am Kyffhäusergeist fand ihren Ausdruck auch in der Auswechselung einzelner Bundesführer, von denen die an der Spitze die wichtigste war.

1934 trat Oberst a. D. Wilhelm Reinhard an die Spitze des Kyffhäuserbundes. Er war noch Ausgang des 19. Jh. in die kaiserliche Armee eingetreten und hatte im Weltkrieg als Infanterie-Offizier seine Soldaten in Galizien, Kurland und Frankreich gnadenlos in Schlachten und Tod gejagt. Er aber überlebte, ausgezeichnet mit dem höchsten preußischen Kriegsorden, dem Pour le Mérite mit Eichenlaub, und nahm 1918/19 in Berlin und anschließend in Oberschlesien an führendem Platz an der blutigen Niederschlagung der Revolutionäre teil. Unter diesem Arbeitermörder, den der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, in den Rang eines Generals der Waffen-SS erhob und der von Hitler auch zum Wehrmachtsgeneral befördert wurde, erfolgte die nahtlose Einordnung des Bundes in das faschistische System. 1938 wurde ihm das Monopol der Vereinigung aller ehemaligen deutschen Soldaten erteilt, so dass sich in ihm nicht nur die einstigen Angehörigen der kaiserlichen Armee und der Reichswehr, sondern ebenso die Reservisten der neugeschaffenen Naziwehrmacht zusammenschlossen. Seit dem 1. Januar 1939 firmierte die Organisation unter dem neuen Namen Nationalsozialistischer Reichskriegerbund, ohne dass damit ihr Traditionsbezug zum Kyffhäuser aufgegeben werden musste. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, den der deutsche Imperialismus durch den Überfall auf Polen auslöste, und vor allem durch die auch von den Kriegervereinen enthusiastisch gefeierten Siege der Jahre 1939 und 1940 erfüllten sich die Hoffnungen derer, die in militaristischer Verblendung seit 1919 darauf hingearbeitet hatten, den Krieg, wie sie es verstanden, weiter und zu Ende zu führen.

Als sich aber 1941 eine Wende abzuzeichnen begann, die der Sieg der Sowjetarmee vor Moskau erst ankündigte, und das faschistische Regime gezwungen war, alle Kräfte anzustrengen, um die drohende, sich alsbald als unausweichlich erweisende Niederlage abzuwenden, wurden Tätigkeit und Existenz des Bundes fragwürdig. Denn wer als Krieger des deutschen Imperialismus irgend brauchbar war, wurde zur Wehrmacht gezwungen, und wer im Hinterland, obwohl kriegstüchtig, aus der Rüstungsproduktion absolut nicht herauszunehmen war, der schuftete Überstunden bis zur Erschöpfung und war für irgendwelche zusätzliche militärische Schulung oder Ausbildung unansprechbar. Der totale Krieg entzog dem Kriegerbund seine Aktionsbasis, so dass im Zusammenhang mit generelleren Anstrengungen zur Erfassung und zum zweckmäßigsten Einsatz aller Kräfte des Regimes die zentrale Leitung des Bundes und die regionalen Führungen ein 22. April 1943, zum Leidwesen der Führerschaft, aufgelöst wurden. Die Kriegervereine existierten vor Ort weiter, und mancher von ihnen spielte eine wenig bedeutende und ruhmlose Rolle, als der Faschismus im „Volkssturm“ sein allerletztes Aufgebot formierte.

Die Auflösung der Führungen des Bundes nach der Niederlage bei Stalingrad und im Zeichen der Durchsetzung des „totalen Krieges“ schuf indessen den Boden für eine neue, diesmal den Kyffhäuserbund betreffende Legende. Sie erzählte von seiner angeblich gegen den Nazistaat gerichteten Haltung und wurde in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet, als der Bund 1951 im Zuge der Remilitarisierung unter seinem ursprünglichen Namen wiedergegründet wurde. Das war die Zu-

rücknahme einer Entscheidung der alliierten Siegermächte, die ihn nach der Zerschlagung des Faschismus ganz zu Recht den Organisationen zugezählt hatten, die wegen ihrer faschistischen kriegstreiberischen Rolle aufgelöst werden mussten und für immer verboten bleiben sollten.

Der Wallfahrtsort des Bundes aber befand sich jenseits der territorialen Grenzen, in denen „Kyffhäusergeist“ unverfälscht oder moderat noch verbreitet werden konnte. Aber die Denkmalsanlage hat überdauert. Am Kyffhäuser kann man von dort angesessenen Zeitzeugen des Jahres 1945 hören, dass deutsche Antifaschisten, als die Sowjetarmee das Gebiet im Sommer 1945 entsprechend den Abmachungen der Alliierten besetzte, sich an Offiziere dieser Besatzungsmacht mit dem Ansinnen gewandt hatten, dieses Wahrzeichen militaristischen Geistes in die Luft zu sprengen. Das geschah nicht, und man ist auf Vermutungen darüber angewiesen, ob sich die Sowjetoffiziere über den Aufwand im Klaren waren, den die Ausführung dieses Vorschlages verlangt hätte oder ob sie einfach andere Aufgaben für drängender hielten. Schriftliche Dokumente über den Vorgang existieren nicht oder wurden bisher nicht aufgefunden, doch muss er deshalb nicht in das Reich der Legende verwiesen werden. Die Idee, von der da berichtet wird, passte durchaus zu Moment und Geist des antifaschistischen Aufbruchs zu einem neuen Wir.

Nach Jahrzehnten sichtbaren Verfalls der Anlage, in der sie nichtsdestoweniger auch antimilitaristische Ausstellungen und ein kleines Museum zur Geschichte der Burg und der Sage beherbergte, wurde in jüngster Zeit mehr Aufwand betrieben, den vielbesuchten Ausflugsort in. eine Stätte der Belehrung zu verwandeln. Ein „Nationaldenkmal der DDR“, wie in einer BRD-Publikation unwissend oder böswillig behauptet wird, ist das Kyffhäuser-Denkmal nicht geworden und wird es künftighin nicht werden. Aber ein Ort, an dem – im Sinne von Peter Weiss – Geschichte gegen den Strich von Steinen abgelesen werden kann, das könnte die Anlage wohl sein, wenn in ihr selbst durch fachkundige Gestaltung dazu weitere Denkanstöße gegeben würden. Historiker, haben auch dort eine Aufgabe noch zu lösen.

Friedrich Barbarossa 1152-1190. Politik und Wirkung. Anlässlich der 800. Wiederkehr seines Todestages am 10. Juni 1990, Berlin 1990, S. 38-53.

Anschluss-Gedanken (I)

Fällt das Wort „Anschluss“ – und wo begegnet es uns in diesen Tagen in den Spalten von Zeitungen, aus dem Radio oder dem Fernsehgerät nicht –, stellen sich bei mir Geschichtsbilder ein. Zumeist jene des Jahres 1938. Nur diejenigen, die den siebzigsten Geburtstag hinter oder alsbald vor sich haben, besitzen noch eigene Erinnerungen an die Märztage, in denen durch Österreichs Anschluss jener Staat entstand, den seine Machthaber und nicht nur sie fortan „Großdeutschland“ nannten. Die Mehrheit der Heutigen hat irgendwann aber Fotos von jenem „Blumenfeldzug“ genannten Einmarsch der Wehrmacht in den südlichen Nachbarstaat gesehen oder Filmstreifen angeschaut, die bei Hitlers Einzug in Wien auf dem Heldenplatz gedreht wurden. Damals meldete der nun auch „Führer“ der Österreicher gewordene Kanzler „vor der Geschichte", dass seine Heimat in’s große und nun noch größere Reich „heimgekehrt“ sei.

Ich begegnete den ersten Österreichern einige Jahre später in einem niederschlesischen Dorf, es waren Mädchen, die dorthin „dienstverpflichtet“ worden waren. Fern dem Leben der Städte, aus denen sie kamen, unter Menschen, die eine fremde Mundart sprachen, vor allem aber wegen der ungewohnt schweren Landarbeit fühlten sie sich nicht sonderlich wohl und zählten die Tage bis zu ihrer Rückkehr. Damals war Krieg, und dass der schon geplant war und nahe bevorstünde, hatten die Naziführer den Österreichern im März und April 1938, als die Abstimmungskampagne für den „Anschluss“ auf Touren gebracht wurde, vorsichtshalber verschwiegen.

In der Tat: wie wäre beispielsweise jene Kundgebung verlaufen, die Göring in Wien bestritt, hätte er den Versammelten verraten, dass Hitler wenige Monate zuvor in einem nicht mehr als ein halbes Dutzend Vertrauter zählenden Kreis den Plan entwickelt hatte; über die „friedliche“ Einverleibung Österreichs und danach der Tschechoslowakei schließlich zum Tag X zu gelangen. Das war dann der 1. September 1939.

Nach diesem Krieg wurde im südlichen Nachbarstaat des besetzten Österreichs eine Anklageschrift gedruckt. Sie trug den Titel „Die Verbrechen Österreichs und der Österreicher an den Völkern Jugoslawiens“. Darin wurde die Rolle rekonstruiert, die namentlich aus Österreichern bestehende Wehrmachtseinheiten bei der Besetzung und Unterdrückung der slawischen Nachbarvölker gespielt hatten. Als sie das taten, war ihnen vom einstigen Staat allerdings nicht einmal mehr der Name geblieben. Aus Österreich war die Ostmark geworden. Niederösterreich hatte sich in Niederdonau, Oberösterreich in Oberdonau verwandelt. Und die einstige Landeshauptstadt Wien war zu einer Gauhauptstadt herabgesunken, regiert von dem „Altreichsdeutschen“ Baldur von Schirach.

Ja, wie wäre hätten die Österreicher das Kommende auch nur vorausgeahnt – sie hätten es angesichts vieler Warnungen auch vorauswissen können –, jene Göring-Kundgebung in Wien verlaufen, vor der der Generalfeldmarschall sich übrigens auf einer Donaureise mit führenden Vertretern der deutschen und (noch) österreichischen Finanzwelt über die „Anschlussprobleme" beraten hatte, die nicht vor die Ohren der Massen gehörten. Und wie hätte mit dieser Vorausahnung das Abstimmungsergebnis wohl gelautet? Denn: der mit einem Putsch im Innern gekoppelte Wehrmachtseinmarsch war gerade am 13. März 1938 erfolgt, um einer von der klerikal-faschistischen österreichischen Regierung anberaumten Abstimmung zuvorzukommen, als deren Ergebnis ein Ja zu Österreich vorausgesehen werden konnte, wenn sich – was zu erwarten stand – die Oberhäupter der katholischen Kirche im Lande für den Fortbestand des Staates einsetzten. Wenige Wochen später, angesichts der geschaffenen vollendeten Tatsachen, hatten die Oberhirten aber ihre Hälse gewendet und halfen den „überwältigenden“ Wahlerfolg der großdeutschen Nazis garantieren,

So wichtig die „christlichen“ Ratschläge in jenen entscheidenden Wochen auch waren, es hieße ihre Wirkung übertreiben, wollte man ihnen allein zuschreiben, dass im Frühjahr 1938 so viele Österreicher um den politischen Verstand gebracht wurden. Wer in die Gesichter der Menschen in den „Spalieren“ an den Straßenrändern und im Menschengewimmel des Heldenplatzes blickt, entdeckt in ihnen, was derzeit auch auf vergleichbaren Veranstaltungen in der DDR ausgemacht werden kann: Heilserwartung. Die Bereitschaft, Versprechungen kritiklos hinzunehmen und sie für die Wirklichkeit von morgen zu nehmen.

Dass dies den Österreichern passierte, hatte eine längere Vorgeschichte, die bis in den Ausgang des ersten Weltkriegs zurückreicht. Seitdem existierten in vielen Volkskreisen Zweifel, ob die auf Österreich zusammengeschrumpfte einstige Donau-Monarchie überhaupt ein lebensfähiger Staat werden könne. Die wirtschaftlichen Krisen der Republik und später des autoritären klerikalen Regimes hatten diesem Zweifel immer neue Nahrung gegeben. Schließlich war es die Nachbarschaft des vermeintlich aufblühenden „anderen deutschen“ Staates, die einen Sog entwickelte, der „heim ins Reich“ zog. Während Österreich der Arbeitslosigkeit nicht Herr zu werden vermochte, waren die Millionen deutscher Arbeitsloser wieder zu Arbeit und Brot gekommen. Dass dies vor allem eine Folge von Aufrüstung, Militarisierung und Kriegskurs war, wer fragte 1938 in Österreich danach? Und die, die sich das klargemacht hauen, waren entweder schon außer Landes getrieben oder wurden nun nach Dachau, später in das „österreichische“ KZ Mauthausen verbracht.

Geschichtliche Entwicklungen wiederholen sich nie auf die gleiche Weise. Doch verläuft Geschichte selten so gänzlich anders, dass sie nützliche Vergleiche völlig ausschließen würde. Jedenfalls ist sich die überwiegende Mehrheit der Österreicher heute darin einig, dass sich ihre Vorfahren 1938 falsch und nicht nur zu ihrem eigenen Nachteil entschieden, als sie sich der Anschluss-Euphorie hingaben. *(Ein zweiter Teil über den Anschluss des Saarlandes 1957 folgt.)*

Die Weltbühne, 13. März 1990, Heft 11, S. 324-326.

Anschluss-Gedanken (II)

Das Regionalgeschichtliche Museum im Saarbrücker Schloss ist für viele historisch interessierte Saarländer eine anziehende Adresse. Seit einigen Wochen wurde die dort zu besichtigende Ausstellung, die die Geschichte des Saarlandes zwischen den Jahren 1933 und 1945 dokumentiert, in die Gegenwart gleichsam „verlängert“. Der Titel, der dem neuen Teil der Exposition gegeben wurde, heißt „Von der Stunde 0 zum Tag X“.

„Stunde 0“, ein eingebürgerter, aber nicht auf die Apothekerwaage zu legender Begriff, meint den Tag, an dem amerikanische Truppen das Saarland von der Naziherrschaft befreiten; „Tag X“ bezeichnet jenen geschichtlichen Moment, an dem auf die politische auch die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland folgte. Dieser· Augenblick, der den Anschlussprozess vollendete, wurde schon von den politischen und wirtschaftlichen Planern derart geheimnisvoll benannt –·und auch lange geheimgehalten. Denn: es wurde befürchtet, dass die vorzeitige öffentliche Bekanntgabe des wirtschaftlichen Anschlusstermins das Vorhaben nur erschweren könnte. Spekulanten diesseits und jenseits der Grenzen sollten daran gehindert werden, ihren großen Schnitt zu machen.

Der Besucher der Saarbrücker Ausstellung kann in den Kellergewölben des Schlosses in einer weitgehend objektiven Darstellung Schritt für Schritt verfolgen, was in den Jahren zwischen 1955 und 1959 geschah, in denen die Entscheidungen über die Zukunft des Saarlandes fielen. Nach Kriegsende wurde es aus der französischen Besatzungszone herausgelöst und war rund gerechnet ein Jahrzehnt lang ein Teil der Republik Frankreich gewesen: Im Herbst 1955 wurden die Saarländer aufgerufen, in einer Volksabstimmung darüber zu entscheiden, ob ihr Territorium künftig einen „europäisierten“ Status erhalten sollte oder nicht. Zwei Drittel der Abstimmenden lehnten diesen Vorschlag ab, der darauf hinausgelaufen wäre, französische Sonderrechte zu konservieren. Dieses Nein zur „Europäisierung“ war bei weitem nicht für jeden der Wähler auch ein Ja zum Anschluss an die Bundesrepublik. Die KPD beispielsweise, kurze Zeit später in dem an die BRD angeschlossenen Saarland verboten, hatte den Sonderstatus mit der Begründung abgelehnt, auf diese Weise werde der Weg zu einem einheitlichen deutschen Staat zusätzlich verbaut. Andere Parteien, die das Nein-Votum propagierten, waren hingegen auf den Anschluss an das Adenauer-Reich ausgewesen.

Wie gegensätzlich die Motive der Abstimmenden auch gewesen sein mochten, das Wahlergebnis leitete außenpolitische Aktivitäten zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ein, in deren Zentrum die Aushandlung der Konditionen stand, unter denen die Entlassung des Saarlandes aus dem französischen Staatsverband und sein Anschluss an Westdeutschland erfolgen sollte. Das Resultat langwieriger Verhandlungen der unterschiedlichsten Experten-Kommissionen bildeten die – nach dem Ort ihrer Unterzeichnung genannten – Luxemburger Verträge, unter die die beiden Außenminister Frankreichs und der BRD schließlich ihre Unterschriften setzen konnten. Man sprach, angesichts des mehrhundertseitigen Dokuments, von dem umfangreichsten diplomatischen Papier, das zwischen beiden Staaten je unterzeichnet worden war.

Auch in einer weiteren politisch-geographischen Dimension fand sich was die Papiermasse anlangte, kaum etwas Vergleichbares. Dabei handelte es sich um ein an Ausdehnung kleines Territorium, das etwa eine Million Einwohner zählte, aber freilich für Frankreich wie für die Bundesrepublik wegen seines Kohlereichtums und seiner bedeutenden industriellen Potentiale von besonderer Bedeutung war. Immerhin, das Saarland, das politisch am 1. Januar 1957 zur Bundesrepublik gelangte, wirtschaftlich aber noch bis in das Jahr 1959 im Währungsgebiet des französischen Franken verblieb, also auch eine Zollgrenze zur Bundesrepublik weiter besaß, war ein „kleiner Happen“. Verglichen mit der DDR des Jahres 1990. Das vermerken übrigens auch großbürgerliche Zeitungen in diesen Tagen, soweit sich deren Autoren der Geschichte dieses „Anschlusses“ erinnern ...

Weniger ist hingegen von den Vorkehrungen die Rede, die seinerzeit getroffen wurden, damit dieser Schritt von Frankreich nach Westdeutschland, aus einem kapitalistischen Staat in den anderen, nicht zum Nachteil der arbeitenden Saarländer ausschlug. Diese genossen nämlich seit 1946 eine Reihe von Vorteilen, welche die französische Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung verglichen mit

der westdeutschen zu bieten hatte. Und diese Vorteile gingen wiederum auf Parlaments- und Regierungsbeschlüsse in Paris zurück, die im frühen Nachkrieg unter Mitwirkung der Kommunisten des Landes zustande gekommen waren. Den kürzeren Arbeitstag, das günstigere Tarifsystem, Zuschüsse in Abhängigkeit von der Größe der Familie und der Kinderzahl wollten die Saarländer nicht preisgeben, und sie verlangten und erhielten auch die Zusicherung, dass ihre in den Nachkriegsjahren schwer erarbeiteten – nicht sehr hohen – Ersparnisse über den Tag X auf die neuen Westmark-Konten gelangten.

Auf der Tafel, die in der Saarbrücker Ausstellung die Geschehnisse dieses Tages ·in dürren Worten resümiert; ist zu lesen: „Am 6. Juli 1959 fielen die Zollschranken zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Abstimmung vom 23. Oktober 1955 und der politischen Rückgliederung am 1. Januar 1957 wurde nun der wirtschaftliche Anschluss vollzogen. Mit der Einführung der D-Mark überschwemmte ein riesiges Angebot von deutschen Produkten den saarländischen Markt. Die Verwandlung des Lohnsystems (z. B. Wegfall von Familienzulagen) führte jedoch zu erheblichen Einkommenseinbußen ... So kam es neben häufigen Unmutsäußerungen vereinzelt auch zu Demonstrationen.“ Und schließlich wird konstatiert, dass viele Saarländer „jetzt den Nachbarn Frankreich positiver als zuvor gesehen“ hätten. Von Konkursen wären vor allem Klein- und Mittelbetriebe betroffen gewesen.

Ein Jahr nach vollzogenem Anschluss, veranstaltete im Sommer 1960 ein Forschungsinstitut der BRD unter Saarländern eine Umfrage. „Wenn Sie einmal alles zusammennehmen: Geht es Ihnen heute besser als vor dem Tag X, schlechter oder etwa gleich?“ 7 Prozent der Befragten antworteten, dass es ihnen besser gebe, 47 Prozent meinten, dass sich ihre Lage verschlechtert habe, 36 Prozent erklärten, es gehe ihnen gleich gut, 6 Prozent sahen ihre Lage gleich schlecht an, 4 Prozent lieferten keine Angabe.

Ein Foto aus jenen Tagen zeigt Arbeiter der Harber Hütte, die vor sich ein Transparent tragen. Darauf die Aufschrift: „Runter mit den Preisen. Die Preistreiber an den Galgen.“ Ein Zeugnis jener vereinzelten Demonstrationen ...

Die Geschichte wiederholt sich nie auf die gleiche Weise. Nur den Denkstoff, den sie bietet, sollte niemand ausschlagen.

Die Weltbühne, 20. März 1990, Heft 12, S. 369-371.

Reichlich verspäteter Schlussstrich (I)

Bevor der zweite Kongress der Volksdeputierten der UdSSR seine Arbeit beendete, hörte er Berichte seiner Ausschüsse. Einen davon erstattete Alexander Jakowlew, der zum Vorsitzenden einer Kommission gewählt worden war, die sich mit der politischen und juristischen Bewertung des Vertrages befasst hatte, den das Deutsche Reich und die Sowjetunion am 23. August 1939 in Moskau schlossen. Das Abkommen, in der internationalen Publizistik und Geschichtswissenschaft meist als Hitler-Stalin-Pakt oder auch – nach seinen beiden Unterzeichnern als Ribbentrop-Molotow-Pakt bezeichnet, bestand aus zwei Teilen: dem seinerzeit in Berlin wie in Moskau publizierten Nichtangriffsvertrag und einem „Zusatzprotokoll“, dessen strikteste Geheimhaltung die Vertragsschließenden vereinbarten.

Lew Besymenski, Mitherausgeber der Moskauer Wochenschrift „Neue Zeit“ und Kenner deutscher Geschichte, namentlich der des Faschismus, schilderte den Verlauf besagter Sitzung. Nachdem schon während des Vortrags, der die Ergebnisse der Kommissionsarbeit zusammenfasste, im Saal Unruhe und Empörung hörbar wurden, habe sich nach der Abstimmung an der elektronischen Tafel ablesen lassen, dass die Mehrheit der Anwesenden den Vorschlag des Ausschusses nicht angenommen hatte, mit einer Verspätung von Jahrzehnten sich politisch und rechtlich und damit auch moralisch vom Inhalt des „Zusatzprotokolls“ zu distanzieren.

Die Szene war mehr als grotesk. Irgendwie erinnert sie an die Weigerung derjenigen, die vor Jahrhunderten nicht durch astronomische Fernröhre sehen wollten, damit ihr Weltbild nicht ins Wanken gerate. Ja, die Mehrheit der Abgeordneten war zunächst nicht bereit, die eigene Vorstellung von der Rolle der UdSSR in einem dramatischen Augenblick der Weltgeschichte auch nur partiell zu korrigieren. Der arge Weg der Erkenntnis...

Dabei hatte die Kommission die Deputierten keineswegs mit unbekannten Fakten überfallen. Während der turbulenten Ereignisse des vergangenen Herbstes hierzulande mag nur von wenigen bemerkt worden sein, dass das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR einen klaren Schlussstrich unter einen der langfristigsten Versuche gezogen hatte, sich aus geschichtlicher Vergangenheit und Verantwortung davonzustehlen. In der September-Ausgabe der von diesem Ministerium herausgegebenen Zeitschrift „Internationales Leben“ war mit anderen Dokumenten der Text des „Zusatzprotokolls“ nun erstmalig in der UdSSR offiziell gedruckt und dadurch klargemacht worden, dass gegen seine Echtheit nicht länger Zweifel erhoben würden. Damit waren „quellenkritische“ Einwände aufgegeben, die für die sowjetische Politik, Geschichtswissenschaft und Kriminaltechnologie gleichermaßen blamabel waren. Denn in der Tat: hätten nicht Außenpolitiker, Historiker und Chemiker längst in Archiven der USA, später der Bundesrepublik prüfen können, ob es sich bei dem auf einem Mikrofilm vorliegenden, inzwischen von ungezählten Fachleuten benutzten und als authentisch anerkannten Dokument um eine Fälschung handelt oder nicht?

Doch hatten diejenigen, deren Arbeit und Verantwortung das gewesen wäre, Gorbatschow selbst noch vor dessen Reise nach Polen mit Informationen versehen, deren Gebrauch weniger den Staatsmann ins Zwielicht rückte, als auf einem Teilgebiet erkennbar machte, wie schwer der Durchbruch zu „neuem Denken“ in Gesellschaft mit Verlaub mit sehr alten Köpfen sich vollziehen ließ. Scheinbar unausrottbar geisterten Argumente durch die Debatten sowjetischer Historiker; durch die Zweifel darüber erhalten oder wiederbelebt werden sollten, ob das in kapitalistischen Staaten vielmals gedruckte „Zusatzprotokoll“ wirklich den von den Außenministern seinerzeit unterzeichneten Text wiedergäbe oder ob es nicht mindestens eine partielle Fälschung oder irgendeine Arbeitsstufe zum endgültigen Abkommen darstelle. Mit Solchen Einwänden hatten die Vogelstrauß-Historiker bereits ihre allerletzte Verteidigungslinie bezogen. Dass ihnen dort einer der dienstältesten Diplomaten der UdSSR, der damals gerade pensionierte Andrej Gromyko, durch ein Interview, das er 1989 der BRD-Zeitschrift „Spiegel“ gab, zu Hilfe kam, hat die Chance, diese Stellung zu halten, nicht mehr vergrößern können.

Die Volksdeputierten sind – von wenigen abgesehen keine Historiker und waren wohl auch nicht verpflichtet, die Dokumente zu kennen, die „Internationales Leben“ inzwischen gedruckt hatte.

Doch standen sie nun im Begriff, ihrem Parlament eine internationale Blamage zu bereiten. Das verhinderten schließlich diejenigen, die am Tage nach der Abstimmung ein aus dem Archiv des Außenministeriums stammendes Dokument vorlegten, das auf den April. 1946 datiert war. Aus ihm ging hervor, dass das Original des Geheimen Zusatzprotokolls ,aus dem Sonderarchiv dieses Ministeriums einem Mitarbeiter Molotows übergeben worden war. Außerdem wurde mitgeteilt, dass sich im Archiv auch eine beglaubigte sowjetische Kopie dieses Protokolls habe finden lassen. Dagegen ließ sich nicht mehr anstimmen.

Was wäre geschehen, hätten sich Dokumente dieser Qualität, nach denen von ausländischen Historikern immer wieder gefragt, wurde, in Moskau nicht finden lassen? Was, wenn Stalin und Molotow die Spuren des 23. August in den eigenen~ Staatsarchiven noch gründlicher hätten tilgen lassen? Zweifel an den Ereignissen und Ergebnissen des 23. August 1939 hätten auch dann nur Ignoranten aufrechterhalten können. Die Tatsache nämlich, dass an jenem Tage in Moskau mehr vereinbart als publiziert worden war, wurde durch die geschichtlichen Ereignisse selbst offenkundig. Am 17. September 1939 drangen von Osten her Verbände der sowjetischen Armee nach Polen ein, dessen Truppen seit dem 1. September vor der Übermacht der faschistischen Wehrmacht wichen; Keine Frage, dass die Angreifer in nur wenigen Wochen das gesamte Territorium Polens würden okkupieren können. War es da denkbar, dass die Rote Armee – hätte die deutsche Absicht ernsthaft bestanden, bis an die alte polnisch-sowjetische Grenze zu gelangen – dem deutschen Eroberer mir nichts, dir nichts ins Gehege geraten konnte?

Obendrein beruhigte die deutsche Presse ihre Leser augenblicklich. Was geschehe, sei bereits vor dem 17. September vereinbart worden, was besagen sollte: es bewegten sich nicht zwei feindliche Armeen aufeinander zu. Alsbald begannen Kommissionen die Demarkationslinie zwischen den inzwischen aufeinandergetroffenen Heeren exakt festzulegen, im Einklang mit dem Geheimprotokoll und entsprechend einer Korrektur, die es durch einen weiteren Vertrag am 28. September 1939 erfuhr.

Da war also noch etwas vereinbart worden. Das erfuhr jeder deutsche Wehrmachtsangehörige, der einen Haltebefehl erhielt, bevor Polen „zu Ende war“, oder der sich gar westwärts wieder zurückzuziehen hatte. Die Eingeweihten schwiegen indessen wie abgemacht. Und die diplomatischen und technischen Mitarbeiter in der deutschen Botschaft in Moskau mussten eigens durch ihre Unterschrift sich zu striktestem Schweigen verpflichten. Das hat – nebenbei gesagt – einen Mitwisser nicht daran gehindert, einem Diplomaten der USA schon am 24. August 1939 eine Information darüber zuzuleiten, dass die beiden Mächte nicht nur den publizierten Nichtangriffsvertrag vereinbart hatten. Für die Information der Öffentlichkeit blieb das jedoch folgenlos.

Weltöffentlich kam die Rede auf das „Zusatzprotokoll“ erst im Nürnberger Prozess, als es um den Kopf auch eines der Unterzeichner des Paktes von 1939 ging. Ribbentrop versuchte, sich gegen die mit Aktenbergen gestützte Anklage der Urheberschaft am zweiten Weltkrieg unter anderem durch die Behauptung zu schützen, dass – wenn es überhaupt Kriegsschuldige gegeben habe – von zweien die Rede sein müsste: von Deutschland und der UdSSR. So war es einer der Faschistenführer aus der nicht sehr langen zweiten Reihe hinter Hitler, der die These von der sowjetischen Kriegsmitschuld zuerst in die Welt setzte. Das Manöver wurde von Ribbentrops Verteidiger unterstützt, der auf bis heute nicht aufgeklärte Weise in den Besitz des Textes des „Zusatzprotokolls“ gelangte. Er war amerikanischen Spezialeinheiten mit anderem archivalischem Beutegut in die Hände gefallen.

Doch die Taktik, Ribbentrops herausragenden Anteil an der außenpolitischen Kriegsvorbereitung auch nur zu relativieren, verfing nicht. Das Gericht ging zur Tagesordnung über. Und der sowjetische Hauptankläger, General Rudenko, der bei Stalin hatte nachfragen lassen, wie er sich zu verhalten hätte, bekam die Weisung, die Existenz der geheimen Abmachung zu leugnen. Doch wäre es möglich, dass eben jene Episode in Nürnberg den Anstoß dafür gab, dass das Sonderarchiv des Auswärtigen Amtes von Stalin nicht länger als der richtige Aufbewahrungsort für die Akten des 23. August 1939 angesehen und ein Mitarbeiter ausgesandt wurde, sie an einen noch sichereren Platz zu bringen. Das könnte eine spezielle „Papiermühle“ oder ein besonderer Ofen gewesen sein. Denn zu

den unfassbaren Argumenten gegen die Existenz des geheimen Vertragsteils gehörte über Jahrzehnte die Aussage, in der UdSSR sei sein Text nicht auffindbar. Wer Millionen Menschen vernichtete, so viele von ihnen im vollständigsten Sinne spurlos, der dürfte auch vermocht haben, ein paar Blätter diplomatischen Papiers beiseite schaffen zu lassen, wenn und sobald er das als zweckdienlich erachtete.

Die Weltbühne, 27. März 1990, Heft 13, S. 389-391.

Reichlich verspäteter Schlussstrich (II)

Der Streit um das Vorhandensein einer echten Version des Geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 hat sich auch hierzulande über Jahre hinweg ausgewirkt und die Geschichtswissenschaft in diesem Punkte in eine schizophrene Situation gebracht. In Vorlesungen an den Universitäten, bei öffentlichen Vorträgen und auf internationalen Kongressen ließen Historiker der DDR an der Existenz des Zusatzprotokolls seit längerem keinen Zweifel mehr. In ihren Veröffentlichungen aber wurde das Dokument weder erwähnt noch zitiert. Manche Autoren benutzten verwickelte sprachliche Wendungen, durch die sie zwischen den Zeilen kenntlich machen wollten, dass die UdSSR und das Deutsche Reich über ihr Vorgehen im Kriegsfall weiterreichende Vereinbarungen getroffen hatten ...

Erst auf dem Berliner Historiker-Kongress im Januar 1989 wurde in einem Arbeitskreis in Anwesenheit sowjetischer und polnischer Gäste ohne Tabus von den Vorgängen vor und nach dem 23. August 1939 gesprochen. Die Tagespresse, soweit sie davon Notiz nahm, berichtete, dass es in besagtem Arbeitskreis V besonders interessant zugegangen sei. Im Wesentlichen wurde dort jene Sicht diskutiert, die sich Monate später gedruckt in Aufsätzen nachlesen ließ, die der Band „Der Weg in den Krieg“[1] enthält.

Das Ende des müßigen Streits, der bezeugte, wie lang „der Schatten Stalins“ war und wie schwer es fiel, aus ihm herauszutreten, belebte die Kontroverse über die sowjetische Außenpolitik am Vorabend des zweiten Weltkriegs neu. Sie fand in der UdSSR nun mit Vehemenz statt und führte rasch zur Herausbildung von Ansichten, die sich – bis heute – diametral gegenüberstehen. Auf Fragen wie „Welche Wirkung besaß der Vertrag im Hinblick auf den Kriegsbeginn“, „Hatte die Außenpolitik der UdSSR im August 1939 eine Möglichkeit alternativen Handelns“ (mit der Unterfrage: „Waren die Verhandlungen mit den‘ Westmächten Großbritannien und Frankreich ernsthaft und ausdauernd genug geführt worden“), „Wer war Gewinner, wer Verlierer des Vertrages und seiner Gültigkeit bis zum 22. Juni 1941“ wurden anfänglich kaum differenzierende Antworten gegeben. Die biblischen Urteile nach dem Schema „Ja, ja – nein, nein“ herrschten vor, und sie scheinen Preis und Ausfluss eines Geschichtsdenkens zu sein, das über Jahre in striktester Apologie geübt war und sich nur durch Rundumschläge aus dieser eigenen Vergangenheit befreien zu können glaubte. So entstand eine Situation, in der sich sowjetische Historiker „weit rechts“ von abgewogenen Urteilen platzierten, die nichtmaterialistische, aber ohne antisowjetische Vorurteile arbeitende Geschichtsforscher in kapitalistischen Staaten gefällt haben.

In den Debatten anlässlich des 50. Jahrestages ‚des Vertragsabschlusses von 1939 tauchte zur Veranschaulichung des wichtigsten aller Probleme immer wieder ein Bild auf. Es wurde gesagt, dass in jenem Spätsommer die deutsch-faschistische Kriegslokomotive unter Dampf gestanden und ihr der deutsch-sowjetische Vertrag das grüne Signal gegeben habe, worauf sie sich in Bewegung setzte. Dagegen stellten andere Historiker ein Gegenbild: Diese Lokomotive, auf deren Führerstand Hitler steuerte und, unterstützt von anderen, auch von Ribbentrop, kräftig heizte, hätte sich im August 1939 in rasender Fahrt befunden, so dass die Sowjetunion keine Möglichkeit besessen habe, diese Fahrt auch nur abzubremsen. Das Gefährt, ob ihm Signale Grün oder Rot gezeigt hätten, wäre unter allen Umständen weitergerast.

Die zuletzt genannte Version wird durch Tatsachen und Dokumente am meisten gestützt. Das erkennt freilich nur an, wer auch zuzugeben bereit ist, dass sich die Chance, in politisch relevanter Zeit noch zu einem dreiseitigen Pakt zur Abschreckung Nazideutschlands, also zu einem politischen Vertrag und einer ihm erst Gewicht gebenden Militärkonvention, zu gelangen, faktisch nicht mehr bestand. Die Regierung Großbritanniens und in ihrer Kiellinie die Frankreichs wollten durch Verhandlungen in den Herbst kommen, da dann Polens Felder aufgeweicht sein würden und ein Blitzkrieg mit beweglichen motorisierten Verbänden schwerer zu führen war. An der Spitze des faschis-

---

[1] Der Weg in den Krieg – Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939); hrsg. von Dietrich Eichholz und Kurt Pätzold, Akademie-Verlag 1989.

tischen Staates aber liefen die Uhren auf den 1. September (vorher schon auf den 26. August) als den Tag des Kriegsbeginns hin. Den sowjetischen Außenpolitikern war dieser Zeitplan wenn auch nicht auf den Tag, so doch in seinem Kern durch ihre diplomatischen Kontakte bekannt.

Was würde folgen, wenn die Naziwehrmacht in wenigen Wochen in Polen einfiel? So stellte sich im Kreml die Frage. Würden Großbritannien und Frankreich dann mit Kriegserklärungen antworten, oder würden sie sich verhalten wie eben noch im Fall der Tschechoslowakei, die nicht mehr existierte? Wenn sie Krieg erklärten, würden sie ihn dann auch führen? Und wenn sie den Krieg nicht erklärten, wie würde sich Hitler entscheiden, da beide Staaten erstmals eine gemeinsame Grenze besäßen und seine aufmarschierten Kräfte vor den Grenzen der UdSSR stünden? Und: Wie würde Deutschland reagieren, schlug man in Moskau das Angebot eines Vertrags aus, der deutscherseits erkennbar gesucht wurde, um Polen in die Zange zu nehmen und die beiden Westmächte zum Stillhalten zu bewegen?

War Selbstisolation, ein sich zumindest zeitweiliges Heraushalten aus der Europapolitik eine Lösung für die sowjetischen Sicherheitsprobleme?

Wer eine Ideallinie sowjetischer Außenpolitik für die Jahre 1939 und 1940 zeichnen wollte, könnte sie so legen: Im August 1939 hätte die UdSSR ihren europäischen Status quo gewahrt, sich mit einem vertragslosen Zustand abgefunden und den Kriegsbeginn abgewartet, danach gesehen, wie ~Deutschland nach der Okkupation ganz Polens sich westwärts wandte, und wäre erst, nachdem der Krieg zwischen den drei oder (mit Italien) vier kapitalistischen Staaten durch den Angriff Deutschlands auf Frankreich wirklich geführt werden würde, auf den Plan getreten, so faktisch das Bündnis, mit den nichtfaschistischen Staaten in Westeuropa erzwingend und sich als Retter bedrohter und versklavter Völker aus eigenem Entschluss erweisend. Schöne Linie, nicht wahr? Und wie einfach hätte sich sowjetische Geschichte nach solchem Sieg über den Faschismus schreiben, wie erfolgreich sowjetische Außenpolitik treiben lassen!

Nur eben: im August 1939 saßen im Kreml weder Propheten noch Hellseher. Und was spricht dafür, dass der Krieg ohne den Nichtangriffsvertrag verlaufen wäre, wie er begann? Schlimmer noch war, dass Stalin und mit ihm die wenigen Gehilfen seiner engsten Umgebung im August/September 1939 nicht nur gleichsam nachrechenbare sowjetische Sicherheitsinteressen verfochten, sondern mit ihnen machtpolitische Ambitionen verbanden, die sie obendrein durch weltrevolutionäre „Theorien“ verbrämten. So bruchstückhaft verlässliche Informationen über die Motive Stalins aus jener Zeit noch sind (möglicherweise auch bleiben werden), als gesichert kann gelten, dass der Mann an der Spitze der UdSSR auch ein Politiker bar jener Moralprinzipien war, die der Außen- und Nationalitätenpolitik Lenins zugrunde lagen.

Ein Revolutionär im Kreml hätte sich unter Umständen auch zu einem Vertrag mit diesem Deutschland entschließen müssen. Doch dann hätten Wortlaut, Sinn und Wirklichkeit unzweifelhaft anders ausgesehen. Die richtige Taktik, dem nach dem Baltikum strebenden deutschen Imperialismus dieses Territorium nicht zu überlassen und es der eigenen „Interessensphäre“ vertraglich zuzuschreiben, musste nicht auch bedeuten, sich dieser Staaten zu bemächtigen und sie von der politischen Landkarte auszulöschen. Die Forderung an die deutschen Faschisten, Finnlands nicht als ihre Aktionssphäre zu betrachten, musste nicht dahinführen, das Nachbarland mit Krieg zu überziehen und es so erst zu einem Verbündeten Deutschlands zu machen. Die Aufzählung der Alternativen ist unvollständig. Sie deutet aber Möglichkeiten an, selbst in dieser Situation Entschlüsse zu fassen, die geschichtlichen Prüfungen standhielten und unter Berufung auf eigene Prinzipien jederzeit vertreten werden konnten.

Die Debatte über den 23. August 1939, seine Ursachen und Folgen hat neu begonnen. Mit dem Thema will sich im kommenden August auch der in Madrid tagende turnusmäßige Internationale Historiker-Kongress in einer Sektion befassen. Das wird mit Sicherheit wieder kontrovers geschehen, aber nach einem notwendigen Schlusspunkt und von einem neugewonnenen Ausgangspunkt her.

Die Weltbühne, 10. April 1990, Heft 15, S. 462-465.

Der Pakt an der Schwelle zum Kriege

Die *Weltbühne* veröffentlicht in dieser Beilage Dokumente, die von der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR am 23. August beziehungsweise am 28. September 1939 unterzeichnet, aber – bis auf eine Ausnahme – der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht worden sind. Die beiden ersten Dokumente wurden an einem Tag vereinbart, aber zu sehr unterschiedlichen Zeiten öffentlich bekanntgemacht. Beide Regierungen gaben den Nichtangriffsvertrag sogleich nach dem 23. August 1939 bekannt. Das Geheime Zusatzprotokoll veröffentlichte zuerst die USA-Zeitung „St. Louis Post-Dispatch“ in ihrer Ausgabe vorn 23. Mai 1946, also vor 44 Jahren. Seitdem erschien dieser Text außerhalb der DDR in vielen Veröffentlichungen, so in wissenschaftlichen Dokumenten-Publikationen, worin sich ausdrückte, dass an der Echtheit des Dokuments kein Zweifel mehr geltend gemacht werden konnte. In der DDR wurde dieses Dokument (in deutscher Sprache) nie abgedruckt. Nur ein einziges Mal erschien in Buchhandlungen der DDR ein Band aus einer vom Kölner Pahl-Rugenstein Verlag herausgegebenen Reihe, in dem auch das Geheime Zusatzprotokoll enthalten war. Vom Standpunkt derjenigen, die die Publikationspolitik in den seinerzeitigen Bahnen steuerten, eine Panne, die sich nicht wiederholte. Die Vereinbarungen vom 28. September 1939 sind in der DDR-Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Wir haben unseren Autor Dr. Kurt Pätzold, ordentlicher Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin, gebeten, diese Dokumente zu kommentieren. – Offensichtliche Schreibfehler in den maschinenschriftlichen Originaldokumenten wurden von der Redaktion korrigiert.

NICHTANGRIFFSVERTRAG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

Die Deutsche Reichsregierung und

die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel I.

Die beiden Vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jedes Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jedes Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel II.

Falls einer der Vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere Vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel III.

Die Regierungen der beiden Vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Fühlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen berühren.

Artikel IV.

Keiner der beiden Vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel V.

Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den Vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Einsetzung von Schlichtungskommission bereinigen.

Artikel VI.

Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, dass, Soweit nicht einer der Vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch für weitere fünf Jahre als verlängert gilt.

Artikel VII.

Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, am 23. August 1939

Für die

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll

Aus Anlass der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Teile in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert. Diese Aussprache hat zu folgendem Ergebnis geführt:

1. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessenssphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt,

2. Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessenssphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt.

Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.

In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

3. Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteressement an diesen Gebieten erklärt.

4. Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Moskau, den 23. August 1939

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

* * *

Die beiden vorstehenden diplomatischen Dokumente, die am 23. August 1939 den Gegenstand und das Ziel der Verhandlungen zwischen dem deutschen Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und seinen sowjetischen Partnern, Josef Stalin und Wjatscheslaw Molotow, bildeten, wurden im Moskauer Kreml in den frühen Stunden des 24. August 1939 endgültig formuliert und unterzeichnet.

Der Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und das Geheime Zusatzprotokoll bilden genaugenommen nicht zwei Verträge, sonders

müssen als Teile *eines* Abkommens betrachtet werden. Das hat nicht ausgeschlossen, dass beide zum Zwecke historischer Analyse immer wieder gesondert betrachtet worden sind. Wo dieses zulässige Verfahren darauf hinauslief, den Nichtangriffsvertrag als einen Pakt hinzustellen, wie er in jenen Jahren auch zwischen anderen Staaten geschlossen wurde, und die Kritik einzig auf das Geheime Zusatzprotokoll zu richten, begann die Fälschung der Geschichte beider. Denn das Protokoll fixierte den Preis, den die faschistische Regierung für die Unterzeichnung und augenblickliche Veröffentlichung des Nichtangriffsvertrags der UdSSR anbot und den die sowjetische Seite – nach allem, was wir wissen: bedenkenlos – aushandelte und annahm.

Hitler hat im Verlauf seines fluchwürdigen Lebens viele Augenblicke durchlebt, da seine Nerven zum Zerreißen gespannt waren, doch war die Belastung, der er sich Mitte August 1939 ausgesetzt sah, nur jener vergleichbar, die sich zu Anfang des Jahres 1933 eingestellt hatte, als entschieden wurde, ob sich ihm die Türen zur Berliner Reichskanzlei öffnen würden. Diesmal ging es um die Frage, ob er – Staatsoberhaupt, Reichskanzler und oberster Befehlshaber der stärksten Militärmacht jener Zeit das Tor zum Krieg *unter seinen Bedingungen* würde aufstoßen können Hitler hatte der deutschen Wehrmacht den Befehl erteilt, den polnischen Staat zu liquidieren. Zu diesem Zweck sollte das Opfer isoliert werden.

Auf diese Weise würde die militärische Aufgabe erleichtert und ein Zweifrontenkrieg vermieden sein. Ein begrenzter Krieg zum Auftakt, so stellte sich Hitler den Beginn jener Kette gewalttätiger Auseinandersetzungen vor, als deren Ende ihm die Zerschlagung der „bolschewistischen“ Macht im Osten vorschwebte, die Aufrichtung eines riesigen Kolonialterritoriums in direktem geographischem Anschluss an das „Großdeutsche Reich“.

Der 26. August war als der Termin des Einfalls in Polen bestimmt, doch die Gewähr dafür, dass dem Land niemand zu Hilfe kommen würde, war nicht gegeben. Frankreich und Großbritannien hatten im Frühjahr 1939 Polens Bestand garantiert. Nun verhandelten die beiden Mächte, die Hitler als nächste Kriegsgegner zu einem von ihm gewählten Zeitpunkt herausfordern wollte, seit Monaten in Moskau über einen Vertrag, der offenkundig aus einem politischen und einem militärischen Teil bestehen und die drei Mächte zu gegenseitiger Hilfe verpflichten sollte. Die Gefahr, dass es dazu trotz aller ruchbar gewordenen Konfliktfelder doch kommen könnte, ließ Hitler seit Ende Juli/Anfang August alle Bedenken zurückstellen und den Plan verfolgen, die UdSSR aus diesen Dreierverhandlungen herauszubrechen und sie sich für einen gewissen Zeitraum zum Verbündeten zu machen.

Die in die Gespräche am Rande von deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen eingeführten deutschen Unterhändler wurden deshalb immer ranghöher bestimmt. Anfang August trat der Reichsaußenminister in Berlin gegenüber dem sowjetischen Geschäftsträger selbst auf den Plan. Doch die Politiker im Kreml hielten die deutschen Werber hin, und als sie sich Mitte August bereit erklärten, Ribbentrop in Moskau zu empfangen, knüpften sie daran einen Terminvorschlag, der nach dem Zeitpunkt lag, da die deutschen Truppen schon über Polens Felder stürmen sollten. So trat Hitler schließlich selbst hervor; er telegrafierte Stalin die dringliche Bitte, dass Ribbentrop im Kreml nicht später als am 22., allenfalls am 23. August zur Vertragsunterzeichnung eintreffen könne.

Hätte die sowjetische Seite nur diese Vorgeschichte gekannt, so musste sie allein als schlüssiger Beweis dafür gelten, dass es der faschistischen Führung einzig um ihre außenpolitische Kriegsausgangssituation zu tun war. Dafür sprach noch deutlicher der offerierte Preis: die Deklarierung Finnlands, der drei baltischen Staaten und von Teilen Polens und Rumäniens zur „Interessensphäre“ der UdSSR, also das Zugeständnis, beim weiteren Vordringen nach Osteuropa eine vereinbarte Grenzlinie nicht zu überschreiten. Obendrein, und damit schließt sich die Beweiskette, die davon zeugt, dass Stalin und Molotow sich den deutschen Kriegsplan und seine Termine restlos klargemacht hatten, kannten beide durch Geheimdienstinformationen den ursprünglichen, dann noch einmal um sechs Tage aufgeschobenen Angriffstermin der Wehrmacht. Zweierlei wussten die beiden Politiker, als sie Ribbentrop empfingen, nicht: wie sich die faschistische Führung nach der Niederwerfung Polens weiter entscheiden würde oder müsste und ob sich Nazideutschland „nach Polen“ dann mit Großbritannien und Frankreich im Kriege befände.

Jede kritische Analyse des Vertrags vom 23. August mündet in eine Frage: Besaß die UdSSR am Vorabend des Krieges, dessen politische Entwicklung – wie erwähnt – unvorhersehbar war, eine andere Entscheidungsmöglichkeit? Hätte sich folglich, so wird die Frage auch oft übersetzt, „ein anderer“ erster Mann im Kreml entschieden wie Stalin, hätte er einen anderen Ausweg finden können? Jeder sowjetische Staatsmann musste seinerzeit den Sicherheitsinteressen des Landes Rechnung tragen. Sie schienen am ehesten gewährleistet, wenn sich die UdSSR mit den Großmächten in Westeuropa zu einer Abschreckungsmacht verband, vor der die expansionshungrigen Politiker in Berlin kapitulieren mussten. Die auf sowjetische Initiative erfolgte Revitalisierung der dreiseitigen Beziehungen, die zu den Verhandlungen zwischen April und August führten, zielte auf eine derartige Sicherheitsgarantie, die freilich nicht ausschließen konnte, dass sich die deutsche Seite dennoch in das Abenteuer stürzte. Doch wäre dann die Wehrmacht von vornherein jener Konstellation begegnet, mit der sie es erst nach dem 22. Juni 1941 zu tun bekam ...

Selbst wer die Haltung der UdSSR während der dreiseitigen Verhandlungen äußerst kritisch betrachtet, wird einige Tatsachen anerkennen müssen: die UdSSR bestimmte ihre Außenminister zu Verhandlungspartnern der Botschafter der Westmächte in Moskau, setzte ihrerseits so die höchste diplomatische Ebene fest. Die Antworten, mit denen der Kreml auf die anglo-französischen Vorschläge reagierte, kamen – wie sich unter anderem der französische Botschafter erinnerte – prompt, während die westlichen Unterhändler wochenlang auf Stellungnahmen ihrer Regierungen zu warten hatten, dann unpräzis instruiert wurden, wodurch sich Rückfragen notwendig machten usw.

Als die Verhandlungen endlich das Stadium der Militärbesprechungen erreichten, bot nur die UdSSR ihre ranghöchsten Befehlshaber auf. Der schleppende Ganz der Gespräche wurde jedenfalls nicht vom sowjetischen Partner diktiert. Dieses Tempo musste den Berg von Misstrauen notwendigerweise vergrößern, der schon am Beginn der Verhandlungen angehäuft war und in ihrem Verlauf, sollten sie zu einem positiven Ende kommen, doch hätte abgetragen werden müssen. Zu diesem Berg hatte die westliche Seite durch die Münchener Politik beigesteuert, mit der die UdSSR 1938 aus der europäischen Politik hinausmanövriert worden war, die sowjetische Seite durch die Unheimlichkeit einer verbrecherischen Innenpolitik, zu deren Opfern höchstgestellte, befähigte Militärführer und massenhaft Offiziere aller Ränge gehörten.

Obendrein war Stalin misstrauisch. Zwischen faschistischen und nichtfaschistischen Staaten und ihren führenden Politikern sah er keine großen Unterschiede, und offenkundig trieb ihn der Gedanke des Zustandekommens einer allimperialistischen Front um, der in seinem Kopf das Ausmaß eines riesenhaften Gespenstes annahm. Als sich wenige Wochen vor Kriegsbeginn die nicht von Stalin geschaffene Möglichkeit abzeichnete, sich anstelle der nicht zum Ziele zu bringenden Verhandlungen mit den Westmächten mit Deutschland zu vergleichen, entschied sich der „rote Zar“ – so titulierte ihn die von Josef Goebbels gelenkte Nazipresse – für ein Abkommen mit dem verbrechenbeladenen, nun den direkten Kriegskurs steuernden Regime.

Hätte „ein anderer“ sowjetischer Staatsmann die Westmächte zum politischen und militärischen Dreierpakt bewegen können? Das ist angesichts ihrer beharrlich befolgten Taktik, allein durch die Tatsache des Stattfindens von Verhandlungen abschreckend zu wirken, einen bindenden Vertrag aber zu vermeiden, schwer vorstellbar. Musste „ein anderer“ dann aber nicht den Weg in die Isolierung wählen, sich von jeder Vertragsbindung freihalten und abwarten? Das wäre jedenfalls risikoreich gewesen, denn es war schwer zu bestimmen, wie Hitler auf ein *ausgeschlagenes* Angebot reagiert haben würde, hätte er erst ganz Polen in seiner Hand. Blieb also auch für „jeden anderen“ nur das Ausweichen auf eine vertragliche Beziehung mit Deutschland?

Dafür spricht vieles, doch musste dann der Vertrag nicht lauten, wie er tatsächlich geschlossen wurde. Die Grenzlinie der „Interessensphären“, die das Ausgreifen der Eroberer nach Osten limitierte, musste nicht mitten durch Nachbarstaaten der UdSSR – Polen und Rumänien – geführt werden. Was gewann, um einen der fragwürdigsten Aspekte des völkerrechtswidrigen Zusatzprotokolls zu erwähnen, die UdSSR an Sicherheit, wenn sie das rumänische Bessarabien für sich beanspruchte? Welcher Sicherheitsvorteil wuchs ihr aus der Inbesitznahme der von Ukrainern, Weißrussen, Polen und Juden bewohnten Gebiete Ostpolens zu, die das junge Sowjetrussland preisgegeben hatte? Ent-

weder Hitler entschloss sich, „nach Polen“ und einer kurzen Atempause die UdSSR sogleich anzugreifen, dann reichte die Zeit ohnehin nicht, diese Gebiete als eine Art Vorfeld zu befestigen. Oder aber Hitlers Armeen verwickelten sich nach dem Sieg über Polen in langwierige Kämpfe mit den Westmächten, dann stand Zeit zur Verfügung, die vorhandenen Befestigungsräume auf dem eigenen Territorium zu verstärken.

Stalin dachte in anderen Kategorien. Sicherheitsinteressen vermischten sich ihm mit machtpolitischen Ambitionen, die er obendrein weltrevolutionär verklärte. Die Liquidierung Polens war ihm nichts anderes als die Beseitigung eines „faschistischen Staates“ von Europas Landkarte. Und im erwarteten Krieg der kapitalistischen Großmächte Europas gegeneinander erblickte er die Möglichkeit, „alte Rechnungen“ zu begleichen. So steuerte er und an seiner Seite der getreue Molotow die Sowjetunion in abenteuerliche Bahnen und schon kurzfristig in ein Dilemma. Denn: was war zu tun, wenn die faschistische Wehrmacht in Polen ostwärts stürmte? Sollte ihr dann zuerst ganz Polen überlassen und anschließend gefordert werden, dessen Osten „herauszugeben“? Oder sollte die Rote Armee noch vor Kriegsende in Aktion treten, das heißt unter Völkerrechtsbruch auf ein Territorium vordringen, in dessen Westen auf Leben und Tod gekämpft wurde? Sollte also Polen zwischen dem faschistischen Staat und der Macht geteilt werden, auf die bis dahin Millionen von Menschen in Europa, darunter viele Nichtkommunisten, ihre Friedenshoffnungen gesetzt hatten?

* * *

Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern. Zu diesem Zwecke haben sie sich über folgendes geeinigt:

Artikel I

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR legen als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die in der anliegenden Karte eingezeichnet ist und in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll.

Artikel II

Beide Teile erkennen die in Artikel 1 festgelegte Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen als endgültig an und werden jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Regelung ablehnen.

Artikel III

Die erforderliche staatliche Neuregelung übernimmt In den Gebieten westlich der in Artikel 1 angegebenen Linie die Deutsche Reichsregierung, in den Gebieten östlich dieser Linie die Regierung der UdSSR.

Artikel IV

Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten die vorstehende Regelung als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern.

Artikel V

Dieser Vertrag wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und russischer Sprache.

Moskau, den 28. September 1939

Deutsche Reichsregierung:

v. Ribbentrop

In Vollmacht
der Regierung der UdSSR:
W. Molotow

Geheimes Zusatzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten stellen das Einverständnis der ‚Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR über folgendes fest:

Das am 23. August 1939 unterzeichnete Geheime Zusatzprotokoll wird in seiner Ziffer 1 dahin abgeändert, dass das Gebiet des litauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt, weil andererseits die Woywodschaft Lublin und Teile der Woywodschaft Warschau in die Interessensphäre Deutschlands fallen (vgl. die Karte zu dem heute unterzeichneten Grenz- und Freundschaftsvertrag). Sobald die Regierung der UdSSR auf litauischem Gebiet zur Wahrnehmung ihrer Interessen besondere Maßnahmen trifft, wird zum Zwecke einer natürlichen und einfachen Grenzziehung die gegenwärtige deutsch-litauische Grenze dahin rektifiziert, dass das litauische Gebiet, das südwestlich der in der anliegenden Karte eingezeichneten Linie liegt, an Deutschland fällt.

Ferner wird festgestellt, dass die in Geltung befindlichen wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und Litauen durch die vorstehend erwähnten Maßnahmen der Sowjetunion nicht beeinträchtigt werden sollen.

Moskau, den 28. September 1939

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

Geheimes Zusetzprotokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten haben bei Abschluss des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages ihr Einverständnis über folgendes festgestellt:

Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf die Gebiete des anderen Teiles hinüberwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten.

Moskau, den 28. September 1939

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

Vertrauliches Protokoll

Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, dass diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und dass dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben.

Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in. ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.

Moskau, den 28. September 1939

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

**Erklärung der Deutschen Reichsregierung
und der Regierung der UdSSR vom 28 September 1939**

Nachdem die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR durch den heute unterzeichneten Vertrag die sich aus dem Zerfall des polnischen Staates ergebenden Fragen endgültig geregelt und damit ein sicheres Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa geschaffen haben, geben sie übereinstimmend der Auffassung Ausdruck, dass es dem wahren Interesse aller Völker entsprechen würde, dem gegenwärtig zwischen Deutschland einerseits und England und Frankreich andererseits bestehenden Kriegszustand ein Ende zu machen. Die beiden Regierungen werden deshalb ihre gemeinsamen Bemühungen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit anderen befreundeten Mächten, darauf richten, dieses Ziel sobald als möglich zu erreichen.

Sollten jedoch die Bemühungen der beiden Regierungen erfolglos bleiben, so würde damit die Tatsache festgestellt sein, dass England und Frankreich für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich sind, wobei im Falle einer Fortdauer des Krieges die Regierungen Deutschlands und der UdSSR sich gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren werden.

Moskau, den 28. September 1939

Deutsche Reichsregierung: In Vollmacht der Regierung der UdSSR:

v. Ribbentrop W. Molotow

* * *

Zwischen dem 23. August und dem 28. September 1939, an dem – wiederum bei einem Besuch des deutschen Außenministers Joachim von Ribbentrop in Moskau – die vorstehenden Verträge, Protokolle und Verlautbarungen vereinbart wurden, lagen nur fünf Wochen. In dieser Zeit war die schwerwiegendste Entscheidung seit dem 11. November 1918 gefallen, dem Tag, an dem deutsche Militärs im Salonwagen des französischen Marschall Foch im Walde von Compiègne die Kapitulationsurkunde unterzeichnet hatten, womit der erste Weltkrieg endete. Nun hatte der zweite begonnen, vorbereitet, geplant, ausgelöst von den reaktionärsten Politikern und Generälen des deutschen Imperialismus.

Allerdings: dieser Krieg ließ sich nicht exakt nach Hitlers Vorstellung an. Als der deutsche Diktator am 22. August 1939 das Telegramm mit der Nachricht Stalins erhielt, Ribbentrop dürfe zur Vertragsunterzeichnung nach Moskau kommen, hatte ihm das als Garantie für Polens Isolierung gegolten. Augenblicklich ließen die deutschen Agenturen die Nachricht von der sensationellen Wende der europäischen Situation in die Welt gehen. Indessen wollten nicht nur uninformierte Personen zunächst an ihre Richtigkeit nicht glauben. Als der Diensthabende in Paris sich entschloss Daladier zu unterrichten, verlangte der französische Premier zunächst zu prüfen, ob es sich nicht um eine Journalisten-Ente handele.

Die Regierenden Großbritanniens hatten nach dem 22. August versucht, durch bestimmteste Erklärungen und am 25. August durch den Abschluss eines britisch-polnischen Beistandspaktes zu verdeutlichen, dass Polen im Falle eines deutschen Überfalls von ihnen nicht im Stich gelassen werden würde. Hitler ließ sich davon nicht schrecken. Nach kurzzeitigem Aufschub des Angriffsbefehls griff die Wehrmacht am 1. September 1939 an. Ultimativ, aber folgenlos verlangten die Westmächte darauf den sofortigen Rückzug der deutschen Truppen auf die Reichsgrenze. Am 3. September musste Ribbentrop Hitler mitteilen, dass die Botschafter die Kriegserklärungen überreicht hatten.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag bewirkte also nicht, was sich die faschistische Führungsclique von ihm versprach. Doch war durch seinen Abschluss zumindest erreicht worden, dass die in einer Sackgasse steckenden Verhandlungen zwischen der UdSSR und den jetzigen Kriegsgegnern Deutschlands aus ihr nicht herausgeführt werden konnten. An eine Wiederaufnahme war nicht zu denken, so dass sich die deutsche Streitmacht „nach Polen“ westwärts wenden konnte. Deutschlands Kriegswirtschaft vermochte sich obendrein auf das am 19. August in Berlin unter-

zeichnete Wirtschafts- und Kreditabkommen mit der UdSSR zu stützen, das nächst dem schon im März geschlossenen Handelsabkommen mit Rumänien vor allem die Erdölversorgung sicherte

Und Stalin? Seit dem 3. September 1939 wusste er die Sowjetunion vor einem alsbaldigen Überfall durch die deutschen Faschisten sicher. Mehr noch: das Gespenst des allimperialistischen Krieges gegen die UdSSR schien gebannt. Dass von nun an Proletarier, Bauern, Angehörige der Intelligenz in einem Krieg umkamen, den sie nicht gewollt und viele von ihnen gefürchtet, allerdings zu viele von ihnen auch nicht bekämpft hatten, bereitete dem Führer im Kreml offenbar keine Skrupel. Alle früheren, auch die von ihm selbst öffentlich vorgetragenen Einschätzungen der Verantwortlichkeit für den Krieg ignorierend, die richtige Differenzierung der Marxisten, die zwischen aggressiven und nichtaggressiven Staaten unterschieden hatten, preisgebend, erklärte Stalin das Geschehen zum bloßen Krieg kapitalistischer Mächte, in dem die Volksmassen weder für die eine noch für die andere Seite Partei zu ergreifen hätten.

Das war eine zynische Auffassung von einem Krieg, dessen Urheber ein faschistisch versklavtes Europa erstrebten, das ihnen wiederum als Basis für eine über den Kontinent hinausgreifende Weltmachtpolitik galt, mit. der sie die USA ebenso wie ihren bisherigen japanischen Verbündeten eines Tages noch herausfordern wollten. Stalins „Analyse“ der internationalen Situation – eine sich theoretisch gebende Apologie auf seine seit dem 23. August eingeschlagene Außenpolitik. In ihren Bahnen begünstigte er jene imperialistischen Verbrecher, die an Europa die Kriegsfackel legten.

In dem Maße, wie die deutschen Truppen in Polen ostwärts vordrangen, stellte sich die Frage, ob und wann die Rote Armee ihrerseits in Aktion treten sollte. Das geschah am 17. September 1939 und bedeutete, wiewohl vom Geheimen Zusatzprotokoll keine Nachricht an die Öffentlichkeit gelangt war, doch eine partielle Decouvrierung der Tatsache, dass die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR weiterreichte, als es aus dem publizierten Vertragsteil entnommen werden konnte. Von da an ging das Wort von der „vierten Teilung“ Polens um, zumal in dem Augenblick, da die Sowjetregierung ihren Entschluss bekanntgab, die deutsche Seite durch eine Erklärung ihre Gefolgsleute beruhigte: es handle sich nicht um einen feindseligen sowjetischen Schritt. Was besagte das anderes, als dass er auf einer Vereinbarung beruhte, denn wer konnte glauben, dass die faschistischen Eroberer sich von der UdSSR einen Teil ihrer sicheren Beute entreißen ließen?

Ribbentrops zweiter Moskau-Besuch führte zum Abschluss jenes Grenz- und Freundschaftsvertrages, der die Respektierung der jeweiligen „Interessensphären“ bekräftigte und deren Grenze – wieder insgeheim – modifizierte. Der südlichste der baltischen Staaten, Litauen, wurde dem sowjetischen Machtbereich zugeschlagen, während Gebiete in der Mitte und im Süden Polens ostwärts der Weichsel, die ursprünglich der UdSSR zugedacht waren, in den faschistischen Bereich gerieten. Vom künftigen Geschick der dort lebenden Polen war nicht die Rede, Mehr noch: in einem weiteren geheimen Papier verständigten sich beide Seiten, die Wiedererrichtung eines polnischen Staates nicht zuzulassen, weshalb jeder Partner alle darauf gerichteten Bestrebungen zu verhindern versprach. Das Deutsche Reich und die UdSSR hatten sich auf das Ende der polnischen Staatlichkeit festgelegt und deklarierten dies „als ein sicheres Fundament für eine fortschreitende Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Völkern“.

Die Erklärung, die beide Seiten vereinbarten und publizierten, bezeichnete obendrein die Verhältnisse als „endgültig geregelt“ und als „Fundament für einen dauerhaften Frieden in Osteuropa“. Den beiden Kriegsverbündeten Polens wurde das Ansinnen gestellt, sich mit diesem Tatbestand abzufinden und den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden. Die Regierung der UdSSR erklärte sich auch bereit, „gemeinsam“ mit dieser deutschen Regierung den Frieden anzustreben. Das war nackteste Blasphemie, denn tatsächlich suchte Hitler mit seinen Komplizen nur eine weitere Gelegenheit, dem deutschen Volk die Mär vom „uns aufgezwungenen Krieg“, den angeblich der „Führer“ nicht gewollt hatte, aufzuschwatzen und – gleichzeitig – die vor einem Angriff auf Frankreich zögernden deutschen Generäle davon zu überzeugen, dass der Feldzug im Westen eröffnet werden müsste. Diese demagogische Helfershelferschaft war aber noch nicht der Tiefpunkt. Ihn bezeichnete

die an London und Paris gerichtete Ankündigung, Deutschland und die UdSSR würden sich „gegenseitig über die erforderlichen Maßnahmen konsultieren“, falls sich die anglo-französischen Partner gegen die ultimative Friedensforderung sperrten.

Stalin hatte, wie Kenner der sowjetischen Akten bezeugen, ohne Wissen auch nur der Mitglieder des Politbüros, die sowjetische Europa-Politik in den Sumpf der Komplizenschaft mit den Regierenden Nazideutschlands gesteuert. Hitler, der unentwegt behauptete, nun seien die Beziehungen zur UdSSR auf alle Zeiten neu, friedlich und freundschaftlich geregelt, unterbreitete am 6. Oktober von einer Sitzung des „Großdeutschen Reichstags“ aus ein „Friedensangebot“ an die Kriegsgegner, das deren Unterwerfung unter die neugeschaffenen Tatsachen, also die Kapitulation‘ verlangte. Stalin glaubte indessen, in das Bündnissystem mit Deutschland – das schon nicht mehr erlaubt, die Stellung der UdSSR als neutral zu bezeichnen – so viel investiert zu haben, dass ihm dessen vollständiger Preis nicht mehr entgehen könne. Er meinte zudem, sich Hitler ausgerechnet zu haben und vor irgendwelchen Überraschungen sicher zu sein.

Der Preis, den die UdSSR bei der Endabrechnung zu entrichten hatte, sah indessen ganz anders aus. Hitler, seine Generäle und deren Armeen stellten ihn am 22. Juni 1941. Weit über das Jahr 1945 hinaus aber geriet mit der Politik, die im August und September 1939 eingeleitet wurde, eine Erblast in die sowjetische Geschichte. Erst die Männer und Frauen der Perestroika waren bereit, sie zu tragen. Auf dem Weg zum Frieden, von dessen Barrieremasse bisher niemand mehr beiseite geräumt hat als Gorbatschow, war verlangt, der eigenen Geschichte auch die bittersten Wahrheiten zu entnehmen, um sie zu beherzigen.

Die Weltbühne, 29. Mai 1990, Heft 22, S. 1-11.

Finsterstes Mittelalter ins 20. Jahrhundert geholt

Im September 1935 leiteten die „Nürnberger Gesetze“ die juristisch drapierten Judenverfolgungen ein

Aus der Flut der Gesetze, die nach Errichtung der faschistischen Staatsmacht in Deutschland in Kraft gesetzt wurden, prägten sich der Mit- und Nachwelt kaum anderes so stark ein wie die „Nürnberger Gesetze“. Beschlossen wurden sie am 15. September 1935 in der Hauptstadt Frankens, die damals „Stadt der Reichsparteitage“ hieß. Es handelte sich dabei um juristisch drapierte Willkürakte.

Vor 55 Jahren wurde den deutschen Juden staatsrechtlich ein Zustand gleich jenem wieder aufgezwungen, unter dem sie in den deutschen Staaten des Heiligen Römischen Reiches leben mussten: bar jeder bürgerlichen Gleichstellung und auf einem schwankenden Rechtsgrund. Dieser Zustand war als Folge der Großen Revolution der Franzosen und durch deren zunehmende Ausstrahlung im Verlauf des 19. Jahrhunderts Zug um Zug beseitigt worden, bis kurz vor der Reichseinigung auch das letzte Gesetz fiel, das in einem deutschen Teilstaat Juden juristisch noch in eine mindere Rechtskategorie gestuft hatte.

Um sich zu vergegenwärtigen, was 1935 geschah, mag ein Vergleich dienen. In Nürnberg hätte ebenso gut beschlossen werden können, dass man in der Armee den Korporalstock wieder einführen wolle und die Soldaten Spießruten zu laufen hätten, falls sie sich irgendwelcher Vergehen schuldig machten. Das geschah natürlich nicht. Das kriegsvorbereitende Interesse und die auf Grund der technischen Entwicklung absehbare immer größere Nähe von Offizier und Soldat auf dem Kampffeld diktierten für das künftige Verhältnis beider ganz andere Befehle und Weisungen. Nur eben: das Spießrutenlaufen wäre aus derselben Zeit geholt gewesen wie die sich gegen die Juden richtenden Gesetze.

Was ihren Urhebern nicht vorgeworfen werden kann, ist Hinterhältigkeit. In diesem Punkte hatten sie sich klar ausgedrückt. Schon während ihrer Agitation in der Weimarer Republik hatten die Nazis bekannt, dass sie die Geschichte nicht nur hinter das Jahr 1917, sondern das Revolutionsjahr 1789 zurückrollen wollten. Forderungen wie die nach der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, oder Vorstellungen von einer Erde, die Raum für alle bietet, galten ihnen als Abkehr und Versündigung an den Rassengesetzen. Nach deren faschistischer Deutung besaß die Herrenrasse das uneingeschränkte Recht, sich über die Interessen der „niederen“ Rassen hinwegzusetzen, sie auszubeuten, sie von ihren Lebensplätzen zu vertreiben, sie selbst physisch zu vernichten. Die späteren Behauptungen der Parteigänger des deutschen Faschismus, wonach die Barbarei des braunen Rassismus frühzeitig nicht erkennbar gewesen wäre, stellen nichts als faule Ausreden dar. Die Rassenlehre besaß einen verbrecherischen Kern, der – seit ihre Propheten Hitler, Rosenberg, Goebbels, Streicher u. a. sie verkündeten – unschwer bloßgelegt werden konnte.

Nun also – 1935 – wurden die deutschen Juden zu Staatsangehörigen minderen Rechts durch ein „Reichsbürgergesetz“ erklärt, das eigens zu diesem und keinem weiteren Zweck beschlossen wurde. Die unmittelbaren praktischen Ableitungen allerdings, die aus dieser Abstufung bezogen werden würden, waren zunächst nicht erkennbar. Befürchtet wurde im Herbst 1935 vor allem, dass damit der Boden für einen Generalangriff auf die wirtschaftlichen Positionen der jüdischen Deutschen geschaffen werden sollte. Der unterblieb vorerst noch. Er wurde, wie sich später erwies, bis 1938 hinausgeschoben, um wirtschaftliche Störungen in dieser frühen Aufrüstungsphase, namentlich Komplikationen, im Außenhandel, zu vermeiden. Doch war mit dem „Reichsbürgergesetz“ ein Rahmen gezimmert, in den später insgesamt 13 Durchführungsverordnungen eingepasst wurden. Die letzte stammt vom 1. Juli 1943. Sie entzog den Juden jeglichen Rechtsschutz und unterstellte sie der Gewalt der von Heinrich Himmler kommandierten Polizei. Zu diesem Zeitpunkt war die Vernichtung der europäischen Juden, die in den besetzten Teilen der Sowjetunion durch die Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes begann und in die seit 1941 auch deutsche Juden einbezogen wurden, bereits zwei Jahre im Gange.

Klarer und in seinen Wirkungen sofort erkenn- und spürbar, war das zweite der „Nürnberger Gesetze“. Es stellte Eheschließung ebenso wie außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen den „Reichsbürgern deutschen Blutes“ und als „Rassejuden“ diffamierten Personen unter schwere Strafen. Damit waren auch alle in sogenannten Mischehen lebenden Partner und selbstredend deren Kinder herabgesetzt und ins Abseits der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ gestellt.

Dieses Gesetz mit dem unsäglich verlogenen Titel „zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ stürzte Tausende von Menschen ins Unglück und andere in schwerste seelische Konflikte. Es führte zu Ehescheidungen, zu tatsächlichen und manchen vorgetäuschten. Mehr und mehr flüchteten deutsche Juden aus ihrem Vaterlande ins Ausland. Vor allem jenes zweite der „Nürnberger Gesetze“ winkte, weit über den Kreis der direkt betroffenen Menschen hinaus, auf die – freiwillige oder unfreiwillige – Gefolgschaft des Regimes disziplinierend. War doch mit diesem Gesetz klargestellt, dass es keinen Bereich menschlichen Lebens mehr gab, in dem der Staatswille und das Staatsgesetz nicht regierten. Die Verhaltensweisen der Geschlechter waren ihnen „blutsmäßig“ bis ins Bett vorgeschrieben. Der Schnüffelei, der Bespitzelung und der Denunziation war ein weites Betätigungsfeld eröffnet.

Vor diesem düsteren Hintergrund treten umso stärker die Lebensbilder jener Menschen hervor, die zusammenhielten und dem sich immer mehr verstärkenden Druck auf Trennung widersetzten. Der „Jude“ Victor Klemperer, ein von der Technischen Hochschule Dresden vertriebener Romanist, hat in seinem mehrfach verlegten Buch „LTI – Sprache des Dritten Reiches“ gleichsam am Rande nur, aber umso eindrucksvoller seiner „arischen“ Frau Eva ein literarisches Denkmal gesetzt. Ungeachtet aller Schmähungen hielt sie wie viele andere in einer „Mischehe“ aus, riskierte durch die fortgesetzte Umgebung antijüdischer Gesetze und Verordnungen selbst schwere Bestrafung und rettete Klemperer das Leben. Denn Ehescheidung bedeutete schließlich, seit dem Jahre 1941, für den jüdischen Partner die Beseitigung des einzigen Hindernisses, das ihn noch vor der Deportation in den Tod schützte.

Hohelieder dieser unantastbaren Menschlichkeit gibt es viele. Weniger zahlreich sind die überlieferten Zeugnisse von ihr. Die Geschichte der jüdischen und dar nichtjüdischen Frauen jener Zeit, die mit jüdischen Männern zusammenlebten, wurde erst in Teilstücken erforscht und geschrieben, aber kaum bekannt.

Die diffamierendste unter allen Bestimmungen des „Blutschutzgesetzes“ besagte, dass „Arierinnen“, die jünger als 45 Jahre waren, in jüdischen Haushalten als Hilfe nicht länger beschäftigt werden durften, wenn in ihnen auch eine erwachsene männliche Person lebte. Damit wurden die jüdischen Männer „von Rechtswegen“ durchweg als mindestens potentielle Sexualverbrecher hingestellt, und das lag voll und ganz in der Absicht der nazistischen Gesetzgeber, in deren schmutzigen Hirnen sich die Hetze gegen die Juden, die allwöchentlich der „Stürmer“ in Wort und Karikatur verbreitete, längst festgesetzt hatte. Judenhass und mitunter auch blanker Sexualneid spielten da, zusammen mit Wahnvorstellungen, ihre Rolle. Doch besaß der Wahnsinn auch hier seine Methode.

Die „Nürnberger Gesetze“ sollten zum einen die Fluchtbewegung der Juden aus Deutschland antreiben, mit deren Ausmaß und Tempo die Machthaber nicht im Geringsten zufrieden waren. Deren Erwartungen wurden jedoch nur zum Teil erfüllt, und erst der Pogrom vom November 1938 gab der Vertreibung einen durchschlagenden Impuls. Zum anderen stellte diese Gesetzgebung eine Art rassistische Vorschule für alle Deutschen dar, denn die Angehörigen der Herrenrasse sollten auf Krieger- und Barbarentum vorbereitet werden, damit sie eines Tages, von keinen Skrupeln geplagt, ihre Rolle spielen konnten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. September 1990, S. 13.

Eine geistig dürftige Bettelsuppe serviert

Nicht anders als Bierbrauereien und Schokoladenfabriken kämpfen die Verlage der DDR um ihre Existenz. Das vorliegende Buch mag sein Erscheinen dieser Situation verdanken. Es wäre hier nicht anzuzeigen, gälte sein Inhalt nicht einem Thema, das im galoppierenden Prozess des Anschlusses kritische Aufmerksamkeit verlangt. Denn: Wie es die Deutschen in diesem Augenblick ihrer Geschichte mit den Jahrzehnten Ihrer jüngsten Vergangenheit halten, namentlich mit jenen, die so viele europäische Völker in schlechter Erinnerung behielten, wird in West und mehr noch in Ost allenthalben gefragt und als ein Indiz dafür angesehen, was vom künftigen einheitlichen Staat zu erwarten ist.

Was die Zeit der faschistischen Diktatur angeht, so haben in DDR-Verlagen früher erschienene Bücher vor allem zwei große Themen ausgespart oder sträflich knapp behandelt: Hitlers Rolle und die der Volksmassen im und unter dem Naziregime. So mag die Idee geboren worden sein, mit einem verkaufsträchtigen Buch zugleich Versäumtes nachholen zu können. Aber wie denn mit dieser Lizenznahme aus München? In ihr wird die übrigens auch von den meisten Historikern in der BRD mit Verachtung behandelte Legende von Hitler, dem self-made-man, erzählt, dem anfänglich vom Münchner Wehrkreiskommando, dann von ein paar begüterten führerversessenen Damen, schließlich irrtümlich von Alfred Hugenberg Unterstützung zuteilwurde, der sich „buchstäblich zur Macht“ redete.

Es war einmal ein Demagoge und ein ziemlich dummes Volk. Nach diesem Denkmuster sind die Kapitel geschrieben, soweit sie sich auf die Jahre vor 1933 beziehen. Jener Umstand, der vom Autor „Großes Geld“ genannt wird, habe auf dem Weg zur Macht jedenfalls am wenigsten mitgewirkt. Denn was Hitler nicht zusammenreden konnte, das pumpte er, wird einem Leser aufzuschwatzen versucht, der sich nicht fragen mag, wer die Gläubiger gewesen waren und ob sie nicht in Krisenzeiten besondere Sicherheiten verlangt haben müssten.

Das ist eine geistig so dürftige Bettelsuppe, die auch durch eine Gewürzprise nicht aufgebessert wird, die „kommunistische“ Geschichtsschreiber zeiht, sie hätten in ihren Forschungen über Hitlers Weg zur Macht nichts anderes anzugeben gewusst als die Beziehungen zwischen der Nazipartei und dem Kapital. Von diesen sagen heute an Diskussionstischen, vor denen keine Fernsehkameras stehen, Historiker ganz unterschiedlicher theoretischer Ansätze, dass sie genauer – und nicht allein unter monetären Gesichtspunkten – untersucht werden müssten.

Das Thema wird vor erst in ein umfassenderes eingebettet, das der „deutsche Faschismus und die alten Eliten“ genannt worden ist, wozu auch die „alten“ Wirtschaftskapitäne gehören. Davon hat der Autor dieses Bild-Text-Bandes freilich ebenso wenig gehört, wie er je die Untersuchungsberichte der US-amerikanischen Kommissionen gelesen hat, die sich mit den Beziehungen von Großbanken und der IG Farben zum Naziregime befassten und in der BRD nachgedruckt wurden.

Das edles mag nur ärgerlich sein. Wenn aber die ersten der besagten zwölf Jahre dann als „Friedensjahre des Diktators“ bezeichnet werden, er selber „Vater des nationalsozialistischen Wirtschaftswunders“ heißt, von dem alle profitiert hätten, die nur die „wirtschaftliche Gesundung“ wollten, wird es unbehaglich. Wenn von Hitler behauptet wird, er habe 1935 den „ersten Ring der Kette des Versailler Vertrages“ gesprengt, stimmen die Fakten ebenso wenig (denn schon die Regierungen des Weimarer Staates waren mit der Reparationspflicht praktisch zu einem Ende gekommen), wie bei der Aussage, die SS sei der „eigentliche Machtfaktor“ im Staat gewesen. Denn dieser „Machtfaktor“ hatte weder im Bankwesen noch in Industrie und Landwirtschaft oder bei der Kriegsplanung und -führung irgendetwas Entscheidendes zu sagen.

Den Höhepunkt legendenfördernder Darstellung erreicht der Band aber mit dem 22. Juni 1941. Zum Erfolg, so wird mehrfach betont, hätten genau „die fünf Wochen“ gefehlt, die der Überfall auf die UdSSR gegen „Mussolinis griechischem Abenteuer“ später habe begonnen werden können. Diese Verzögerung führte dann zum Sieg der Generale „Raum“, „Herbst“ und „Winter“. Besiegt wurde die Naziwehrmacht, aber befleckt hat sie sich nicht, denn „bis zum bitteren Ende erfüllten die Land-

ser tapfer und gehorsam ihre harte Pflicht“. So steht es unter einem Foto. Zu einem anderen wird mit General Guderian kommentiert, dass die Militärverwaltungen „wohlwollend“ über die Bevölkerung der besetzten Gebiete regierten. Als hätten nicht die Forschungen im Militärhistorischen Institut Potsdam wie im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/BRD das Bild von der soldatischen Pflichterfüllung längst als haltlos nachgewiesen.

Genug. Ein einzelnes Buch ist kein Verlagsprogramm. Dennoch, sein Erscheinen bezeugt – was immer über die Geschichte des Dietz Verlages noch festzustellen sein mag – nicht nur einen Abstieg, sondern einen Fall.

Christian Zentner: Adolf Hitler. Eine Biographie in Texten, Bildern, Dokumenten. Dietz Verlag, Berlin, 1990. 160 S. Pappband 29,80 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 22./23. September 1990, S. 14.

Schritt zu fälligem Gedenkbuch

„In den Fängen des NKWD“ – Dokumentation

Nachdem kürzlich der Band „Weiße Flecken in der Geschichte“, den der Mannheimer Historiker Hermann Weber 1989 publizierte, in zweiter Auflage erschien, melden sich nun 25 Autoren des Berliner Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung zu Wort in gleicher Sache, die das traurigste und entsetzlichste Kapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung ausmacht. Sie verzeichnen die Namen von 1136 ihr zu zugehörigen Personen, die vor allem in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, manche noch im Kriegsjahr 1941/42 Opfer jener blutigen Verfolgung wurden, die unter der falschen Flagge der Stärkung und Verteidigung des Sozialismus von Machtorganen der UdSSR ins Werk gesetzt wurde.

Gestützt auf Quellen, die im zentralen Parteiarchiv der SED (seit Mitte der siebziger Jahre!) unter strengem Verschluss lagen, fußend auf Beständen sowjetischer Archive und auf Informationen, die aus der UdSSR zu erhalten waren, zurückgreifend auf Berichte betroffener Menschen und von deren Nachkommen, und auch Webers Arbeit verwertend, die 345 Kurzbiographien von Verfolgten gibt und darüber hinaus 100 Opfer nennt, entstand ein Band, dessen Hauptteil bisher ermittelte Daten zu den Biographien deutscher Nazigegner bietet, die in das Räderwerk des NKWD gerieten.

Insgesamt stellt dieser Band ein Zwischenergebnis dar, einen Schritt hin zu einem längst fälligen Gedenkbuch. Es kann mit den Autoren nur gewünscht werden, dass sich die vielfach beklemmend lückenhaften „Kurzbiographien der Verfolgten“ (S. 23-262) anhand weiterer Quellen und Zeugnisse ergänzen lassen werden.

Dem Band wurden 16 Dokumente (sechs davon früher publiziert) beigegeben, von denen mehrere Reaktionen der KPD-Führer unter Komintern-Spitze auf die Verfolgung erkennbar machen. Nahezu an das Ende ihres Buches haben die Autoren einen Text gestellt, dem sie die Überschrift „Zur Thematik“ gaben. Es handelt sich um eine Einleitung, deren merkwürdige Platzierung wohl zusätzlich verdeutlichen soll: Was auf wenig mehr als zwanzig Druckseiten zur Geschichte der verbrecherischen Verfolgungen und bis in das Jahr 1989 hineinreichenden Verhältnis der SED zu diesen Verfolgungen gesagt wird stellt nicht mehr dar, als das Ergebnis sehr vorläufiger Überlegungen.

Die Verfasser bekennen, dass ihre Publikation zwar viele Fakten enthält, aber „doch kaum jene Fragen beantwortet oder auch nur ausreichend gestellt hat, die die Ursachen und die historische Tragweite“ des Geschehens betreffen. Das ist unbestreitbar und angesichts der jahrzehntelangen Versuche, Geschehnisse zu verdecken und sie auch hinter gedrechselten allgemeinen Aussagen zu bagatellisieren, unvermeidlich. Manche Fragestellung hätte freilich schärfer ausfallen können. Zwei Beispiele: Dass Wilhelm Pieck durch den ersten der Moskauer Prozesse „verunsichert“ wurde, beschönt die Reaktion, die in dessen Brief an Florin ebenso nachgelesen werden kann wie in der Resolution des KPD-Zentralkomitees vom 17. September 1936. Unsicherheit verrät das Bündel von Schlussfolgerung am wenigsten, das Pieck aus seinem Urlaubssitz sogleich anbot und dass die erste „ernste Durchleuchtung unserer gesamten Emigration und die Rücksendung von ⅔ der Emigration“ zur politischen Arbeit nach Deutschland vorschlug. Es war dem Parteivorsitzenden vielmehr möglich, das Unerwartete, seinem Partei- und Geschichtsverständnis einzuordnen.

Bohrender muss auch gefragt werden, warum die Gunst einer sehr kurzen geschichtlichen Stunde, die Chruschtschows Parteitagsrede 1956 eröffnete, ungenutzt blieb. Der Versuch, „das politische Problem bürokratisch zu ‚lösen‘ und systematisch zu verdrängen“, besaß inzwischen seine Ursachen nicht allein darin, dass eine zwanzig Jahre zurückliegende Beteiligung bis zur seinerzeitigen Mitgliederschaft aufzuarbeiten war, sondern altem Unrecht inzwischen neues hinzugefügt worden war.

Dieses Buch wollen seine Autoren auch als Ausdruck ihrer Bereitschaft mitgelesen wissen, sich aus eigener Vergangenheit zu befreien. Sein Erscheinen wird jenen, die den Besen mit der Aufschrift „Die DDR-Geschichtswissenschaft ist aus sich heraus nicht erneuerungsfähig“ schwingen, das Handwerk ein wenig erschweren.

Neues Deutschland, Freitag, 28. September 1990, S. 6.

Carl von Ossietzkys Analyse des Faschismus (1929-1933)

In den vergangenen Wochen richteten sich die Blicke der Historiker und vieler geschichtlich interessierter Menschen aus dem Abstand von 50 Jahren auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1./3. September 1939. Stärker noch als bei früheren Anlässen verdichtete sich das Fragen auf ein Thema: War das Einmünden der europäischen Geschichte auf einen Weg, der in den verheerendsten Krieg der Weltgeschichte führte, unausweichlich oder existierten in den zwanziger und dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts Möglichkeiten, den Frieden zu erhalten – Möglichkeiten, die ausgelassen wurden?

Soweit sich Nachdenken über Alternativen der europäischen Geschichte auf Deutschland konzentriert, findet es im Wesentlichen mit dem Jahr 1933 sein Ende. Die Niederlage, die der deutsche Faschismus der Arbeiterbewegung, den Kräften der Demokratie, des Liberalismus und des Pazifismus beibrachte, wirkte so nachhaltig, die Naziherrschaft gelangte so fest in den Sattel, dass sie von ihren Widersachern in Deutschland selbst zu keinem Zeitpunkt vor und nach 1939 mehr ernsthaft gefährdet, ja nicht einmal in ihren Aktionen wirkungsvoll gestört werden konnte.

Die Chance, der deutschen Geschichte eine andere Entwicklung zu geben und den Faschismus vor den Toren der Staatsmacht abzuwehren, war Anfang 1933 vertan, obwohl eine starke Minderheit der Deutschen über Jahre hinweg versucht hatte, den Vormarsch der Nazibewegung aufzuhalten. Diese Minderheit rekrutierte sich aus dem linken Lager, das durch seine Gespaltenheit und die permanenten inneren Kämpfe einen erheblichen Teil seiner Kräfte aneinander verbrauchte.

Auf dieses Lager setzte unter den republikanisch gesinnten Angehörigen der Intelligenz in Deutschland auch Carl von Ossietzky. Was in seinen Kräften stand, die Abwehrfront gegen die sich vereinende Rechte herzustellen und d. h. die Verständigung der Nazigegner auf eine – Erfolg verheißende – Strategie und Taktik herbeizuführen, hat er in den Jahren 1929/1930-1932 versucht. Die Vergeblichkeit seiner Anstrengungen, in deren Verlauf er sich wie kaum ein anderer Publizist in der Weimarer Republik unerschrocken exponierte, besagt nichts über den Wert der Erfahrungen, die durch ein mutiges Leben auf uns gekommen sind. Mit ihnen suchen wir zu eigenem Nutzen umzugehen. Sich um Gegenwart und Zukunft zu sorgen, heißt auch, sich Ossietzkys zu erinnern.

Aus der Vielzahl von Bezügen, die das Thema bietet und verlangt, sollen im Folgenden nur zwei hergestellt werden. Der erste betrifft Ossietzkys theoretisches Verständnis des Faschismus, der zweite sein Urteil über die Perspektiven deutscher Geschichte am Jahresanfang 1933, enthalten in seinen letzten publizistischen Äußerungen.

Der erste der ausgewählten Gegenstände verlangt womöglich eine Vorbemerkung, die ein Missverständnis zu vermeiden sucht. Es kann sich nicht darum handeln, Ossietzky vom Publizisten und Journalisten zum Theoretiker hinauf – oder (das käme auf den Standpunkt des Betrachters an) herabzustufen. Doch kann ernsthaft nicht bezweifelt werden, dass Ossietzkys geistige Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf ihren theoretischen Gehalt hin analysefähig ist und dass deren Aussagen systematisierbar sind. Wer das versucht, muss dem Publizisten nicht notwendig etwas wegnehmen oder – umgekehrt – ihm etwas beilegen, was in seinen Artikeln nicht aufgefunden werden kann.

In Dutzenden seiner Aufsätze ist Carl von Ossietzky auf den Faschismus – den italienischen, vor allem aber den an die Macht drängenden deutschen – eingegangen, kam er auf dessen Ursprünge und Triebkräfte, Tarnung und Gefolgschaft, Kampfmethoden und Ziele zu sprechen. In keinem seiner „Weltbühnen“-Aufsätze leitete ihn der Ehrgeiz, eine Darstellung einer eigenen Theorie des Faschismus zu geben. Nichtsdestoweniger: der Herausgeber des Blattes besaß ein in immer wiederholter Beobachtung und Beschäftigung sich bereicherndes Bild von jener neuartigen Erscheinung, die seit den frühen zwanziger Jahren das Spektrum der Ideen, der Parteien und früh schon auch der Staaten der bürgerlichen Gesellschaft um eine unheilverkündende Färbung vermehrte.

Hier kann der Entstehung und Ausformung dieses Bildes in der Arbeit Ossietzkys nicht nachgegangen, nicht Gedankenschritt für Gedankenschritt verfolgt werden, der den streitbaren Demokraten zu

einem Gesamturteil führte, das dem der besten historisch materialistischen Analysen seiner Zeitgenossen ebenbürtig an die Seite gestellt werden kann und das manche dieser Analysen an Konsequenz der politischen Ableitung übertraf. Wie sich dieses Bild durch geistige Kontakte mit Mitarbeitern und Autoren der „Weltbühne“ und auf andere Weise bereicherte, ist auch durch künftige Studien erst noch aufzuklären. Thesenhaft soll skizziert werden, was das nach Ansicht des Herausgebers der roten Blätter war: der Faschismus (den er, auf dessen italienische Ausprägung hinweisend, stets „Fascismus“ zu schreiben pflegte).

1. Bei Ossietzky gibt es keinen Zweifel über den sozialen Urgrund, in dem der Faschismus wurzelte und seinen Nährboden fand. Allgemein gesprochen war das die bürgerliche Gesellschaft in einem chronischen Krisenzustand, den Ossietzky namentlich in seinen politischen und geistigen Erscheinungsformen, weniger in seinen wirtschaftlichen, immer wieder beschrieb und nachwies. Daraus folgte für ihn, dass wirkungsvoller Kampf gegen den Faschismus von den gründlichsten Bestrebungen nicht zu trennen war, die kapitalistischen Zustände gleichsam in eine faschismusresistente Form umzuwandeln. „Es ist eine Illusion“, schrieb er Anfang 1932, „den Faschismus ‚abwehren‘ zu wollen. Man muss ihn auf seinem eigenen sozialen Terrain angreifen.“[1] Daran schloss sich in einem Aufsatz, der die von reformistischen Arbeiterorganisationen soeben vorgenommene Gründung der sog. Eisernen Front kommentierte, die Feststellung: „Wenn die Parteien der Arbeiterklasse das endlich begriffen haben, erst dann werden wieder proletarische Kräfte in Deutschland entstehen, die Geschichte machen, anstatt sie zu bremsen.“[2]

2. Ossietzky fasste den Faschismus nicht als das spontan entstandene Produkt der bürgerlichen Gesellschaft auf. Er fand ihn von seiner Entstehung an gefördert und aufgepäppelt von klar auszumachenden sozialen Kräften. Nicht einen Moment durch die antikapitalistische Tarnung der Faschisten irritiert,[3] hat er in dieser Bewegung den „antikapitalistisch aufgeputzten Betriebsanwalt der Schwerindustrie“[4] und den „rotgestempelten Klopffechter der weißen Reaktion“ erkannt,[5] in den „Hitler- und Seldte-Kohorten“ die „Maskierung von Agrar- und Industriefeudalismus“[6] erblickt und einen Tag nach der Machtübergabe an die Hitlerregierung das Geschehen als das Werk einer Kamarilla um Hindenburg bezeichnet, als einen konterrevolutionären Vorgang, der die Interessen des in seinen wirtschaftlichen Wurzeln bedrohten Junkertums ebenso sichern solle wie diejenigen von Großindustriellen, „die eine neue Konjunktur schnuppern und die der öffentlichen Hand wieder entreißen möchten, was sie im Krisenjahr an sich genommen hat.“[7] Aus diesem Befund über die Triebkräfte und Interessenträger des Faschismus folgte ein Hauptargument für die mehrfach erhobenen Forderungen nach der Sozialisierung von Kohle und Stahl und der Enteignung des großen Grundbesitzes, Forderungen, die Ossietzky irrtümlich als „waschecht“ sozialistisch bezeichnete, die sich ihm jedoch stets mit dem Gedanken an die Schwächung des Militarismus bis zur Ausschaltung seines Einflusses auf die Geschichte der Republik verbanden.

3. Ossietzkys Urteil über die soziale Basis des Faschismus bewahrte ihn davor, sich an den in den letzten Monaten der Republik grassierenden Spekulationen über das Ende des nazifaschistischen Aufstiegs zu beteiligen, die in vielen bürgerlichen und sozialdemokratischen Kreisen wirkliches und vor allem wirkungsvolles Einsetzen gegen die bei weitem nicht abgewandte Gefahr ersetzten. Als nach der Wahlniederlage der Nazipartei im November 1932 Erörterungen über den Zerfall der Hitlerbewegung ins Kraut schossen und von der von General Kurt von Schleicher verordnete Burgfrie-

---

1 Carl von Ossietzky (künftig: CvO), Eiserne Front, in: „*Die Weltbühne*“ 1932/2, 12. Jan. 1932, S. 43. (Alle weiteren, nicht besonders ausgewiesenen Daten beziehen sich auf diese Zeitschrift.)

2 Ebd.

3 CvO, Der Flaschenteufel, 1933/2, 10. Jan. 1933, Ossietzky machte wieder und wieder darauf aufmerksam, dass „dem angeblich antikapitalistischen Hitler die zärtlichste Fürsorge“ von „Wirtschaftsgebietern“ zuteilwerde. S. 41.

4 CvO, Wer hat gesiegt? 1933/11, 15. März 1932, S. 389.

5 Der Flaschenteufel, a. a. O., S. 42.

6 CvO, Kamarilla, 1933/5, 31. Jan. 1933, S. 154.

7 CvO, Wintermärchen, 1933/1,3. Jan. 1933, S. 3.

de am Jahresende 1932, mehr noch aber die Erschöpfung der Kämpfenden eine trügerische Beruhigung brachte, warnte Ossietzky vor „überspannten Erwartungen“ und schrieb, dass „die Gefahr nicht geringer“ werde, „weil sich so viele heute in dem Glauben schaukeln, sie wäre längst vorüber und alles wieder halbwegs normal.“[8]

4. Ossietzky hat den deutschen Faschismus nicht mit jener Bewegung gleichgesetzt, die sich des Namens „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) bediente und damit den skrupellosesten und zugleich wirkungsvollsten Etikettenschwindel in der Geschichte des bürgerlichen Parteienwesens in Deutschland betrieb. Der Faschismus galt ihm als eine breitere soziale, politische und geistige Erscheinung, die er in Institutionen und Personen, Presseorganen und Verlagen sowie deren Erzeugnissen, in staatlichen Maßnahmen und auf verschiedene weitere Weisen schon vorhanden und agieren sah. Seine Wahrnehmungen verleiteten ihn jedoch nicht zu einem inflationären Gebrauch des Begriffs „Faschismus“, verstellten ihm nicht die unterscheidende Sicht auf die Tatsache, dass es Faschisten abgestufter, wenn auch durchweg gefahrdrohender Grade gab.

Diese Herangehensweise äußerte sich etwa in dem wiederholt gebrauchten Begriff „vollfaschistisch“,[9] der doch das Wissen um vor- und halbfaschistische Entwicklungsstadien und -formen der Reaktion einschloss. Alle diese Ausformungen des Faschismus waren in der Sicht Ossietzkys von anderen reaktionären Bewegungen und Ideen nicht prinzipiell getrennt, sondern ihnen verwandt und – worauf es für das Urteil über den Gang der deutschen Entwicklung ankam – bei aller hervorstechenden und zeitweilig dominierenden Rivalität untereinander kooperations- und bündnisfähig. Daraus leitete sich eine zutreffende Vorstellung von der Größe der Gefahr ab, die der Republik drohte, und die Forderung her, den Widerstand nicht allein auf und gegen die NSDAP zu fixieren.

5. Ossietzky sah, dass sich der Faschismus – aus unserer Perspektive wäre zu sagen: längst vor dem 30. Januar 1933 – tief in die Poren der Republik hineingesetzt hatte und in viele Institutionen des Weimarer Staates eingedrungen war, so dass er sie allesamt – bis hin zum Auswärtigen Amt, das er 1932 als „naziverseucht“ bezeichnete[10] – auszuhöhlen begonnen hatte. Seine Äußerungen über die Zwischenresultate dieses Prozesses waren häufig zugespitzt und mögen mitunter sogar überzogen erscheinen. Wesentlicher war, dass aus diesem Blick auf die schleichende Faschisierung der deutschen Gesellschaft die Forderung erwuchs, die Abwehrkräfte nicht auf einen Tag der Zerschlagung des Generalangriffs auszurichten, sondern tagaus und tagein der immer mehr Feld gewinnenden äußersten Reaktion entgegenzutreten.

6. Ossietzky hat in einem Anfang 1930 geschriebenen Artikel nahezu selbstverständlich darauf hingewiesen, dass die Existenz faschistischer Regime in Europa auf dem Kontinent eine neue internationale Situation schon geschaffen habe, durch welche die Konfrontation zwischen den kapitalistischen Staaten einerseits und der UdSSR andererseits überdeckt und zeitweilig in den Hintergrund gedrängt werden könnte. Die Entstehung eines „fascistischen Mächteblocks unter italienischer Führung“ – gemeint war ein sich abzeichnendes Bündnis Italiens mit Österreich und Horthy-Ungarn, an das sich Deutschland anschließen könnte, dessen Spitze Ossietzky „scharf gegen Frankreich gerichtet sah“ – würde zwangsläufig zu einer Gruppierung führen, „wo Weiß und Rot in eine Reihe treten müssen.“[11] Die gleiche Erkenntnis lag nur ein knappes Jahr nach dem Sieg des Faschismus in

---

8 CvO, Der Flaschenteufel, 1933/2, 10. Jan. 1933, S. 43/44.

9 CvO, Rechenschaft, 1932/19, 10. Mai 1932, S. 700. Ossietzky sah einen Wandel in der Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes, das zu Zeiten des Ministers Gustav Stresemanns „noch nicht naziverseucht“ gewesen sei.

10 CvO, Rotkoller, 1930/8, 18. Febr. 1930, S. 263.

11 Die Frage, wieviel von der Weimarer Demokratie noch existiere, hat Ossietzky wieder und wieder beschäftigt und ihre drohende totale Liquidierung veranlasste ihn zu einer nahezu lückenlosen Kette von Warnungen, die sich namentlich seit Jahresanfang verfolgen lässt. So beispielsweise in der Äußerung, die Republik werde „stückweise an die Generalität verhandelt“, die sich in seinem Artikel „Eiserne Front“ vom 12. Januar 1932 findet. Zugleich hielt Ossietzky unbeirrbar an dem Grundsatz fest, dass die „Reste der bürgerlichen Demokratie“ verteidigt werden müssten. Er schrieb den sozialdemokratischen Arbeitern in seinem Aufsatz „Wer hat gesiegt?“ am 15. März 1932 das Verdienst zu, mit ihrer Stimmabgabe im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl diese Demokratie vor der „letzten Demolierung“ bewahrt zu haben.

Deutschland der sowjetischen Außenpolitik der kollektiven Sicherheit zugrunde, die 1938 mit dem Münchener Abkommen von „Weiß“ auf den toten Punkt gebracht wurde und nach dem 15. März 1939 trotz aller Anstrengungen von „Rot“ nicht revidiert werden konnte. Erst 1941 und als Folge von Entscheidungen, die an der Spitze des deutsch-faschistischen Regimes gefallen waren, traten „Rot und Weiß“ gegen den Block der aggressiven Mächte gemeinsam an.

7. Ossietzky sah die Gefährlichkeit des Faschismus nicht allein aus dem perspektivischen Gesichtswinkel, der von der Frage ausging, ob die extreme Rechte tatsächlich an das Staatsruder zu gelangen vermochte. Die bloße Existenz faschistischer Kräfte verdarb ihm einen republikanischen Staatskörper und namentlich die Weimarer Demokratie, von der er, als sie nach seinen Worten ein „Schattendasein“[12] weiterführte, aufs Bestimmteste schrieb, dass „wir auch in den Glanztagen des parlamentarischen Regimes niemals zu den Zufriedenen gezählt“ haben.[13] Diese Glanztage aber waren vergangen, als Ossietzky im März 1932 darauf aufmerksam machte, dass ein Anpassungsprozess in Gang gekommen sei, der keineswegs nur die dem Faschismus verwandten Parteien erfasst habe, denn auch Reichskanzler Heinrich Brüning suche sich doch dem Hitler anzugleichen, während sich die Sozialdemokratie wiederum an Brüning bilden würde.[14] Und zu Anfang 1933 meinte er, dass selbst wenn die Hitlerpartei die Atome zerspränge, die „nicht leicht zu beseitigende Tatsache“ bliebe, dass sich 15 Millionen Deutsche zeitweilig von der Brutalität, Großmäuligkeit und Hirnlosigkeit der Nazis nicht abgeschreckt, sondern angezogen fühlt.[15] Unschwer lässt sich denken, welche Überlegungen Ossietzkys die nahezu zwölfjährige Gefolgschaft hervorgerufen haben würde, in der sich eine Mehrheit von Deutschen mit dem faschistischen Regime verband.

In Ossietzkys Denken und Schreiben, das mag das bisher Gesagte bereits hinreichend erwiesen haben, verbanden sich Analyse der Zustände und die Erörterung darüber, wie ihre weitere und schließlich katastrophale Verschlechterung aufgehalten werden könnte, unlösbar. Keine Frage hat ihn im – wie es genannt worden ist – „Schicksalsjahr 1932“ mehr beschäftigt und umgetrieben wie die nach der Formierung von Kräften, die den Vormarsch der faschistischen Gegenrevolution stoppen konnten. Er sah diese Kräfte schon in einer Analyse, die nach dem auch als „Erdrutsch“ bezeichneten Wahlsieg der NSDAP im September 1930 geschrieben wurde, einzig in der politisch organisierten Arbeiterschaft. „Der Kampf gegen den Fascismus liegt heute allein bei der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei“, schrieb er am 7. Oktober, bevor noch der verhängnisvolle und die Arbeiterbewegung weiter spaltende Tolerierungsentscheid der rechten Führer zugunsten des Präsidialkabinetts Brüning gefallen war. „Das Bürgertum mag dazu einige beachtliche intellektuelle Kräfte stellen, organisierte Potenzen hat es nicht mehr aufzuweisen.“[16]

Aus dieser Diagnose folgte logisch die Frage, ob und wie die beiden großen Arbeiterparteien gegen den Faschismus in eine kämpfende Front gestellt werden könnten. Ossietzky hat dazu Vorschläge gemacht, die ihre Basis in einer äußerst nüchternen Bestimmung des jeweiligen historischen Standorts beider Arbeiterparteien besaßen.

Der *„Weltbühnen“*-Herausgeber sah die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, längst in der Kommunistischen Partei verkörpert, lebe und kämpfe in ihr doch, mitten in der Weltwirtschaftskrise „jene mitreißende Unzufriedenheit, die nicht an kleinen Errungenschaften klebt, sondern neuen Anfang verheißt.“ Die KPD gewinne „die jungen Elemente immer mehr, [...] weil das, was sie zu bieten hat, nicht abgestanden, nicht satt, nicht pharisäisch wirkt“.[17]

Ossietzkys Sympathie galt dieser Haltung, wenngleich er meinte, wie wir aus einer Erörterung wissen, die noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise niedergeschrieben wurde, dass die Parteien der

---

12 CvO, Bankrott der Autorität, 1933/3, 17. Jan. 1933, S. 81.
13 CvO, Gang eins, 1932/9, 1. März 1932, S. 314.
14 CvO, Wintermärchen, a. a. O., S. 4.
15 CvO, Romulus Augustulus, 1930/41, 7. Okt. 1930, S. 536.
16 CvO, Zum Leipziger Parteitag, 1931/22, 2. Juni 1931, S. 785.
17 CvO, Die Internationale der Angst, 1929/33, 13. Aug. 1929, S. 228.

Dritten Internationale außerhalb der UdSSR derzeit nicht die Kraft besäßen, die Kapitalherrschaft ernsthaft zu bedrohen. Sie seien „weniger Mächte der Gegenwart als vielmehr Zellen der Gärung und Unzufriedenheit, dazu bestimmt, vielleicht in ferner Zukunft als festgewordene Form in die Entscheidung geführt zu werden.“[18] Diese Vorhersage gründete er nicht nur auf die Kenntnis des begrenzten Masseneinflusses der Kommunisten, sondern mehr noch auf die Beobachtung, dass ihre Führungsgruppen ungefestigt waren, wofür ihm Fraktionsstreitigkeiten ein Indiz bildeten.

In der deutschen Sozialdemokratie sah Ossietzky hingegen eine unrevolutionäre Partei, die den „Verzicht auf den Kampf um sozialistische Ziele für diese Gegenwart ausgesprochen“[19] habe. Sarkastisch schrieb er unter dem Eindruck des einjährigen Wirkens der von Hermann Müller begleiteten Regierung der Großen Koalition: „Sozialismus bei der Sozialdemokratie suchen, nein, das hieße, von einem Brombeerstrauch Bananen verlangen.“[20] Indessen meinte er, dass gerade die sozialdemokratische Fixierung auf den bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Staat das Verlangen rechtfertige, dass diese Partei für die Verteidigung und Verwirklichung der Verfassung eintreten und kämpfen müsse. Ossietzkys Kritik an der reformistischen Arbeiterpartei richtete sich in der Weltwirtschaftskrise nicht darauf, dass sie keine sozialistischen Forderungen erhob, sondern auf ihr zunehmendes Versagen bei der Verteidigung des 1918/19 schwer Errungenen. Sein Befund und seine Frage lauteten: „[...] die Sozialdemokratie ist von ihrer genialen Führung ganz sanft nach rechts kutschiert worden. Wo werden die ahnungslosen Genossen, die ihren Lenkern gehorsam vertrauten, eines Tages aufwachen?“[21]

Das Wissen um die Entstehung und die Tiefe des weltanschaulichen und politischen Grabens, der die beiden Arbeiterparteien trennte und von ihnen noch immer befestigt wurde, hat Ossietzky nicht entmutigt, nach einer Brücke zu suchen, die über ihn hinweg- und die feindlichen Brüder zu vereinter Aktion gegen die äußerste Rechte führen könnte. „Wann“, so fragte Ossietzky 1927 mit Bezug auf eine Rede Albert Grzesinskis, „findet endlich ein sozialdemokratischer Minister für die Kommunisten einen neuen, freien, nicht von Erinnerung an jahrelangen Bruderzwist durchtränkten Ton?“[22] Dieser Zwist, konstatierte Ossietzky zwei Jahre später, noch bevor den Nazis beim Young-Plan-Volksbegehren der Durchbruch gelang, behindere nicht nur den Kampf gegen rechts, sondern nähre den Faschismus auch, der eines „traurigen Tages“ dann „das Prävenire spielen“[23] könne.

Dann aber würde in Deutschland die Partei an die Macht gelangen, die nach Ossietzkys sicherem Urteil deutlicher als jede andere in Deutschland die imperialen Illusionen des 4. August 1914 verkörperte, jenes Tages, der dem „Weltbühnen“-Herausgeber als das „traurigste Datum“ der gesamten neueren deutschen Geschichte galt.[24] Ein Ende des Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung schien Ossietzky, wie er mahnend, fordernd, dann wieder, durch Enttäuschungen verbittert, auch anklagend schrieb, nur denkbar, wenn sich die Führer der KPD wie der SPD zu einer großen intellektuellen und moralischen Anstrengung aufrafften und sich den Weg zu wirklich neuem Denken freimachten. Initiative in diese Richtung vermochte der Publizist indessen über die längste Zeit nur an den Rändern der Parteien festzustellen, und er sah sie durch parteiinterne Situationen behindert, in denen das Statut über das Programm gestellt, Freiheit der Meinungsbildung behindert, Denken und Entscheiden erstarrt war. Diese Situation bewertete Ossietzky im Übrigen als eine Verletzung eines Prinzips, das ihm in der Politik als unverzichtbar galt. In jenem Artikel, in dem er seine Stimmabgabe für den Reichspräsidentschaftskandidaten Thälmann begründete und sich mit den sozialdemokratischen Argumenten zugunsten Hindenburgs auseinandersetzte, findet sich der denk-

---

18 CvO, Kommunistengesetz? 1929/21, 21. Mai 1929, S. 769.
19 Ebd.
20 Ebd.
21 CvO, Noskes Schatten, 1927/13, 29. März 1927, S. 481.
22 Kommunistengesetz? a. a. O., S. 774.
23 CvO, Wintermärchen, 1933/1, 3. Jan. 1933, S. 4.
24 CvO, Gang eins, 1932/9, 1. März 1932, S. 315.

würdige Satz: „Wo man das Recht zu fragen als grobe Ungebühr ablehnt, da mag ein Reich beginnen, das schöner und edler ist als das der Politik, aber [...] die Politik hat da aufgehört.“[25]

Während einiger Jahre sah Ossietzky offenbar keine andere Möglichkeit der Annäherung der beiden großen Arbeiterparteien als das Wirken jener Minderheiten, die in jeder von ihnen in Opposition zu den Führungen und den Hauptkräften der Partei standen. Aus diesem Nachdenken über einen immer dringender werdenden Brückenschlag wurde 1929 die Bemerkung niedergeschrieben, wonach in der KPD „die Gruppe Brandler-Thalheimer [...] die letzte schwache Brücke zwischen den beiden feindlichen roten Parteien“ darstelle.[26] Aus ihm entsprang auch die sich in der „*Weltbühne*“ wiederholt äußernde trügerische Hoffnung, die sich 1931 als Absplitterung von der Sozialdemokratie bildende Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) könnte diese Brückenfunktion erfüllen. 1932 hatte Ossietzky sich von derartigen Vorstellungen wohl restlos getrennt und sah, dass die Initiative zu einer Annäherung von den jeweiligen Hauptkräften entwickelt und vor allem von deren Führungen ausgehen musste, wobei er auch an die fördernde Mitwirkung einzelner Persönlichkeiten dachte, die außerhalb der Parteien standen. Dafür spricht die Erleichterung, mit der der *„Weltbühnen“*-Herausgeber den Aufruf der KPD und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) begrüßte, der unter dem Eindruck der Wahlerfolge der Nazifaschisten bei Landtagswahlen vom April 1932 zur Antifaschistischen Aktion rief. „Niemals war die Gelegenheit zu einer Annäherung der beiden großen sozialistischen Parteien günstiger, niemals auch sprach die Notwendigkeit diktatorischer“, schrieb er am 3. Mai 1932 in dem vielzitierten Artikel „Ein runder Tisch wartet“. Ossietzkys grundlegender Ratschlag für das ersehnte Treffen war klar: niemand dürfe „allzu weitgesteckte Ziele“ aufstellen, es handle sich „um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse“.[27] Das bedeutete – theoretisch gesprochen –, dass der Begriff der „Einheitsfront“ der Arbeiterklasse, frühere Inhalte kritisch aufnehmend und auch überwindend, angesichts der augenblicklichen Hauptaufgabe neu zu definieren war.

„Republikanisches oder fascistisches Deutschland“,[28] so sah Ossietzky 1932 die Entscheidungsfrage.

Ossietzkys Artikel, neun Monate vor der Machtübernahme an die Faschisten geschrieben, lässt sich bis heute wohl von niemandem, der sich mit den Geschicken der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung verbunden fühlt, ohne innere Bewegung lesen. Klarster, sich in dürren Worten ausdrückender Vorausblick auf die Folgen eines faschistischen Sieges wird von beschwörenden Appellen abgelöst. „Ich frage Euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: – werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben? Wird man Euch das morgen noch erlauben?“[29] In diesem wie in anderen Sätzen sprach sich die doppelte Erkenntnis aus, dass in Deutschland auf Jahre hinaus über eine Alternative zu entscheiden war und dass die Gunst der geschichtlichen Stunde von den Handelnden nicht beliebig herbeirufbar ist.

Als Ossietzky kurz vor Weihnachten 1932 aus dem Gefängnis freikam, hatte Deutschland die Regierung des Franz von Papen hinter sich und einen Reichskanzler, der aus dem Bürodienst im Reichswehrministerium bis zu dessen Chef aufgestiegen war und von da in die Wilhelmstraße gelangen konnte. Was die Zeitgenossen nicht wussten, was erst der Rückblick in die Endphase des Weimarer Staates aus größerer historischer Entfernung zu sehen erlaubte, war die Tatsache, dass auch die relativ beste Chance, den Weg in das faschistische – „Dritte“ Reich zu vermeiden, schon hinter den Deutschen lag. Die Wahrscheinlichkeit, da sich die Republik noch retten ließ, war sicher

---

25 Kommunistengesetz? a. a. O., S. 773.

26 CvO, Ein runder Tisch wartet, 1932/18, 3. Mai 1932, S. 651.

27 C. v. Ossietzky konstatierte Anfang 1933 nach seiner Haftentlassung den Eintritt in „eine Periode allgemeiner psychischer Erschöpfung“, die der Etablierung des Systems Schleicher zugutegekommen sei. Der Flaschenteufel, a. a. O., S. 42.

28 S. Anm. 7.

29 CvO, Wintermärchen, a. a. O., S. 6.

in den Jahren seit 1930 in keinem Augenblick besonders hoch gewesen. Doch unter allen Konstellationen, aus denen eine Bewegung herauswachsen konnte, die der deutschen Geschichte eine neue Tendenz zu geben vermochte, war die des Juni/Juli 1932 gewiss die günstigste.

Der Sturz der Regierung Brüning und die Inthronisation Papens an der Spitze des Kabinetts der Barone hatte eine Herausforderung nicht nur der arbeitenden Klasse bedeutet. Durch Hindenburg war eine Politikergruppe an die Regierungsspitze gesetzt worden, deren Basis in der Gesamtbevölkerung minimal war und deren politisch und aggressives Vorgehen diesen ihren Grund noch weiter verkleinerte.

Die relative Gunst des geschichtlichen Moments ergab sich nicht zuletzt aus der offenkundigen Uneinigkeit der Herrschenden, die in der Rivalität ihrer Vertreter bei den Reichspräsidentenwahlen im März/April sich ebenso ausgedrückt hatte wie nun in dem „Griff“ nach diesem Reichskanzler.

Doch die Herausforderung, die in Papens Ernennung und Politik lag, wurde nicht angenommen, sondern hingenommen. Und das bedeutete mehr als ein böses Omen. Für die Zukunft des Weimarer Staates wirkte schließlich vorentscheidend, dass die Positionen, welche die Sozialdemokratie in Preußen bis zum 20. Juli 1932 behauptet hatte, kampflos preisgegeben wurden. Angesichts des Staatsstreichs im größten und wichtigsten Land des Reiches musste sich die Frage stellen, was denn überhaupt noch passieren könne, bevor die Führungen von SPD und ADGB und Eiserner Front zu Mitteln des außerparlamentarischen Widerstands griffen. Die Antwort lautete: Alles!

Die Mitte 1932 erscheint aus der Retrospektive auch deshalb als der Zeitpunkt, an dem alternative Wege noch hätten beschritten werden können, weil die Kraft der Anhänger von Demokratie und Sozialismus nicht in jenem Grade erschöpft war, den Ossietzky am Jahresende vorfand.[30] Da zeigte sich, dass die Arbeitermassen, die den weiteren Rechtsruck der Republik und die Aufrichtung eines autoritären Staates verhindern wollten, nicht in dauerndem Zustand der Mobilisation oder gar des Enthusiasmus gehalten werden konnten. Ihre faktische Demobilisierung war freilich auch Resultat der vertröstenden, auf den entscheidenden Kampftag orientierenden Taktik ihrer reformistischen Führer. So wenig sich Kampfgeist ständig hochpeitschen ließ, zudem wenn seiner Betätigung die greifbaren Ergebnisse fehlten, so wenig konnte Kampfbereitschaft gleichsam auf Flaschen gezogen und konserviert werden.

Ossietzky sah und fühlte das offenbar, als er aus Tegel kam. Seine letzten Artikel, publiziert in der Ära Schleicher, wurden mehr von dem Versuch der scharfsichtigen Analyse geprägt als von der Absicht des vorwärtsreißenden Appells, die aus jenem denkwürdigen Artikel mit der Überschrift „Ein runder Tisch wartet“ gesprochen hatte. Der Autor suchte sich und seine Leser in der unübersichtlichen Situation zu orientieren, die seit dem 3. Dezember 1932 eingetreten war. Er hatte damit Mühe, und nicht er allein. Die Frage, welche Chance Hitler nun noch besäße, nachdem er das Angebot ausgeschlagen hatte, Reichskanzler in einer Koalition aus Deutschnationalen, Nazis und Zentrum zu werden, die im Reichstag eine absolute Mehrheit aufzubieten hatte, war schwer zu entscheiden. Zudem ging der Masseneinfluss der NSDAP zurück, ein Vorgang, der Ossietzky allerdings Anlass gab, vor „überspannten Erwartungen“ zu warnen.[31] Hatte Hitler den Moment des Eintritts in die Staatsmacht nicht eben verpasst? Und würde sich also Schleicher, gestützt auf die Reichswehr und andere militaristische Kreise für eine längere Periode etablieren können?

In den ersten beiden Heften des Jahrgangs 1933 äußerte der *„Weltbühnen“*-Herausgeber die Ansicht, dass sich der General an der Kabinettsspitze der die „Reihe der Prätorianer-Kanzler“ eröffne, wahrscheinlich lange halten werde.[32] Er sei am Staatsruder derzeit die „stabile Figur“ und eine „Al-

---

30 CvO, Der Flaschenteufel, a. a. O., S. 4344.
31 CvO, Bankrott der Autorität, a. a. O., S. 85.
32 Ebd., S. 81.

leinherrschaft“ der Reichswehr erscheine möglich.[33] Eine Woche später aber befand er anders: mit dem Vorhaben des Alleinregiments habe sich der „militärische Sektor“ übernommen?[34]

Ossietzkys so rasch wechselnde Beurteilung der Perspektive des Schleicher-Kabinetts erwuchs auch aus einem Mangel an greifbaren Tatsachen. Zwar sah er richtig, dass eine Kette von Intrigen geschmiedet wurde. Auch die daran beteiligten Kräfte vermochte er noch auszumachen – Ossietzky spielte am 17. Januar in einer Zwischenbemerkung auf das von Schleichers Spitzeln aufgedeckte Treffen zwischen Hitler und Papen in Köln an,[35] das zum Ausgangspunkt jenes Zusammenschlusses wurde, der sich am 30. Januar als Regierung Hitler-Hugenberg präsentierte. Doch das Kräfteverhältnis, das in diesem Intrigenspiel wirkte, seine Dauer, sein Verlauf und schließlich seine Ergebnisse bestimmte, war für keinen Außenstehenden zu entschlüsseln.

Schleicher, so hatte Thälmann bereits Anfang Dezember gesagt, sei der Platzhalter für ein Kabinett Hitler.[36] Doch selbst wer das erkannte, konnte nicht vorhersagen, wie lange diese Platzhalterschaft gebraucht werden würde.

Als sie in den letzten Januartagen endete, konstatierte Ossietzky als Hauptursache für Schleichers Scheitern die Tatsache, dass er für die Herrschaftsinteressen von Großagrariern und Großindustriellen nicht die gewünschte Sicherheit bot.[37] Damit war auch die innenpolitische Hauptaufgabe beschrieben, die zu Hitlers Ermächtigung führte. Ossietzky erblickte in ihr einen Sieg der Konterrevolution. Nicht einen Augenblick war er sich über die volksfeindliche Klassennatur des Kabinetts der „nationalen Erhebung“ im Zweifel, und nicht einen Moment zögerte er, sein Urteil ungeschminkt unter seine Leser zu bringen, so die Wirklichkeit hinter der Phrase erkennbar machend, die nun eine beispiellose Konjunktur erlebte.

Indessen erhob sich vor Ossietzky im Hinblick auf die neue Regierung die alte Frage: Episode oder Dauerherrschaft? In dem am 7. Februar veröffentlichten Leitartikel ließ er die Antwort offen. Er hielt beide Entwicklungen für möglich und konzentrierte sich auf die Beschreibung der Bedingungen, an denen sich das Schicksal der Regierung entscheiden werde. Auf ihrer Habenseite sah Ossietzky, dass die „Wirkung“, die von der neuen Situation „auf alle kleinbürgerlichen Elemente, die noch immer gern hoffen, [...] groß sein“ könne.[38]

Dass die Machthaber die Erwartungen der kleinen Leute eines Tages zerstören müssen, war Ossietzky auch sicher. Doch negierte er nicht, dass Hitler und Hugenberg Manövrierräume zur Verfügung standen. Die Frage nach Stabilisierung oder Destabilisierung des Regimes werde deshalb nicht zuletzt von den Handlungen der Männer an seiner Spitze abhängen: würden sie mit äußerster sozialer Aggressivität vorgehen oder nicht und welche Fähigkeit konnten sie entwickeln, die sozialen Konfliktstoffe innerhalb der Koalition zu beherrschen. Einen aus Wunschdenken entspringenden Optimismus, der mit einer kurzlebigen Hitler-Regierung rechnet, wird sich aus der Analyse des 7. Februar 1933 nicht herauslesen lassen.

Der Autor sah die Möglichkeit, dass diese Regierung ein „System“ schaffen könnte, „das für ein gutes Menschenalter vorhält“.[39] Ossietzky blieb bei seiner Überzeugung, dass die Prozesse letztlich von den Entschlüssen und Handlungen der Beteiligten abhängen und dass – in einem jeweils zu bestimmenden Grad – Alternativen des geschichtlichen Fortgangs existieren.

---

33 Thälmann sprach am 4. Dezember 1932 vor dem Bezirksparteitag der KPD-Organisation Wasserkante und nannte in seiner Rede die Regierung des Generals Kurt von Schleicher „ein Übergangskabinett“ und „Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung“. Zitiert in: Ernst Thälmann, Eine Biographie, von einem Autorenkollektiv, Berlin, 1979, S. 631.

34 CvO, Kamarilla, a. a. O., S. 154.

35 CvO, Kavaliere und Rundköpfe, 1933/6, 7. Febr. 1933, S. 195.

36 Ebd.

37 CvO, Deutschland wartet, 1933/7, 14. Febr. 1937.

38 Ebd., S. 235.

39 Ebd., S. 236.

Diesem Urteil scheint jener nur eine Woche später publizierte Artikel mit der Überschrift „Deutschland wartet“[40] zu widersprechen. Nicht dass der Autor seine Ansicht über das Wesen der Regierung um ein Jota geändert hätte. Was in Anlage und Aussage des Aufsatzes irritiert, ist die Gelassenheit der nun in vielem fehlerhaften Situationsbestimmung. Gewiss: „Deutschland wartet“, das konnte angesichts der Grundtatsache, dass die Machtübertragung keine Massenaktionen der Hitlergegner ausgelöst hatte, noch zustimmend gelesen werden. Doch müsste diese Feststellung sich nicht sogleich mit der Frage verbinden, ob Deutschland das Warten sich auch leisten könne und wieviel Zeit zum Zuwarten ihm denn bleiben werde? Nicht auf das Be- und Einklagen unterbliebener Gegenwehr hin wurde dieser Artikel geschrieben, sondern aus einem erkennbaren Vertrauen auf die inneren Sprengkräfte der Koalition.

Ossietzky meinte, dass Hugenberg „das eigentliche Haupt der Regierung“ sei und sie „auf abschüssiges Gelände“ ziehen werde[41] – eine Vorher sage, die sich freilich an die einzige wirtschaftspolitische Maßnahme knüpfen konnte, die von der Regierung bis dahin ergriffen worden war und durch die sich die großen Agrarier bevorteilt fanden. Aus diesem Blick auf das Verhältnis von Nazi- und deutschnationalen Politikern in der Regierungskoalition erwuchs Ossietzkys Meinung, dass der neue Wahlkampf weniger ein Appell an das ganze Volk als vielmehr eine interne Auseinandersetzung der Harzburger Koalition sei.[42] Die hochgradige Gefahr einer abrupten Veränderung der politischen Kampfbedingungen für die Nazigegner war dem Autor für einen Moment aus dem Auge geraten. Man könne, so konstatierte er, nahezu beruhigend Deutschland „nicht leicht in die Primitivität einer geduldigen Kuli-Stummheit zurückschrauben“.[43]

Der Grundirrtum der Analyse aber bestand darin, dass Ossietzky Mitte Februar 1933 meinte, dass allein die Regierung „jetzt unter dem unerbittlichen Gesetz“[44] stehe, Leistung zu zeigen. Dieses Gesetz galt mindestens ebenso unabweisbar, ja wohl stärker noch für ihre Gegner, von deren Leistung letztlich abhänge, ob sich die neue Herrschaft würde konsolidieren können.

„Deutschland wartet“, das las sich fast wie „Deutschland kann warten“ und genau das konnte es nicht. Eine Woche später endete der „Richard-Wagner-Aufsatz“[45] anders. Sein Schlussgedanke heißt: „Wir werden also etwas unternehmen müssen [...]“. Was? Was jetzt noch? Denn jeder Tag, an dem die Regierung Hitler nicht von ihren Gegnern politisch scharf attackiert worden war, hatte ihr genau das verschafft, was sie für den Moment am meisten brauchte: Zeit. Zeit sich zu verständigen, Richtung und Konditionen des weiteren Vorgehens auszuhandeln, ihrer Gefolgschaft die neue Situation zu erklären und ihr den Platz im „Klassenkampf von oben“ zuzuweisen. Zeit vor allem, den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung und alle republikanischen Bestrebungen vorzubereiten.

Wo Ossietzky die Chance zur Gegenwehr noch gesehen hatte, das verdeutlichte er in der *„Weltbühnen“*-Ausgabe vom 17. Januar 1933, als er in der Rubrik „Wochenschau des Fortschritts“ zwei Meldungen einrücken ließ. In der einen wurde mitgeteilt, dass in Breslau an der Beisetzung eines von den Nazis umgebrachten Arbeiters Mitglieder der KPD, der SAP, der SPD und der Eisernen Front teilgenommen und Redner dieser Organisation am Grabe gesprochen hätten. Die zweite Meldung besagte, dass in Leipzig ein Sozialdemokrat zum Präsidenten des Stadtparlaments hatte gewählt werden können, weil die Arbeiterparteien gemeinsam votierten, und dass durch dasselbe Vorgehen Pirna ein kommunistisches Präsidium erhalten habe. Nun aber ging es nicht mehr um die Sammlung an Gräbern und die Kooperation von Parlamentsfraktionen. Konnte da für Ossietzky noch eine Hoffnung bleiben?

---

40 Ebd.
41 Ebd., S. 232.
42 Vgl. *Die Weltbühne*, 1933/8, 21. Febr. 1933, S. 286.
43 „Wochenschau des Fortschritts“, 1933/3, 17. Febr. 1933, S. 110.
44 CvO, Herr Walter Bloem, 1933/9, 28. Febr. 1932, S. 321.
45 Vgl. *Die Weltbühne*, 1933/8, 21. Febr. 1933, S. 265 ff.

Beziehungsreich schließt sein letzter Aufsatz mit jenem Zitat aus Shakespeares Drama „Julius Caesar“: „Bei Philippi sehen wir uns wieder.“[46] Dort hatten 42 vor unserer Zeitrechnung die Verteidiger der römischen Republik eine Niederlage erlitten. Es war, folgt man der Biographie des Plutarch, Caesars Geist, der die Vergeltungsschlacht an gleichem Orte ankündigte.

Die Schlacht, die Ossietzky verhieß, fand statt, als er selber schon tot war. Sie musste von den Armeen der Antihitlerkoalition in den Weiten Europas und selbst in Afrika geschlagen werden.

Gerhard Kraiker, Dirk Grathoff (Hrsg.), Carl von Ossietzky und die politische Kultur der Weimarer Republik. Symposium zum 100. Geburtstag. Schriftenreihe des Fritz-Küster-Archivs. Hrsg. von Stefan Appelius und Gerhard Kraiker, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg 1991. Oldenbourg Verlag 1991, S. 81-97.

46 Die Weltbühne, 1933/9, 28. Febr. 1933, S. 321.

Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR

Ein kritischer Rückblick

Millionen Menschen, die in der DDR gelebt haben, suchen ein neues Selbstverständnis, das sie ohne das Begreifen ihrer eigenen Geschichte schwerlich finden können. Auch wenn dieses Geschichtsinteresse der Bürger in den neuen Bundesländern gegenwärtig gleichsam übertönt wird durch die Gefangenheit von so vielen in Gegenwartssorgen und Zukunftsängsten, so werden die Fragen an die eigene gemeinsame und individuelle Vergangenheit doch nicht absterben, sondern durch künftige Entwicklungen in einer nicht vorherbestimmbaren Weise revitalisiert werden. Mit der „Verdrängung" von Vergangenheit besitzen gerade die Deutschen ihre unguten Erfahrungen.[1]

Die Notwendigkeit, Geschichte neu zu durchdenken und frühere Ergebnisse historiographischer Arbeit kritisch und selbstkritisch zu überprüfen, erstreckt sich für die einstige DDR-Geschichtswissenschaft aber keineswegs nur auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Das politische Interesse, die DDR und in ihr insbesondere die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die gesetzmäßigen „Sieger der Geschichte" auszuweisen, die durch keinerlei Wechselfall der Geschichte wieder beseitigt werden könnten, hinterließ auch in der Geschichtsbetrachtung unverkennbar wissenschaftsfremde und -deformierende Spuren. Das galt namentlich für die Geschichte der deutschen (als Teil der internationalen) Arbeiterbewegung und da wiederum für die Zeitspanne seit der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands an der Jahreswende 1918/19.

Die Kampfe jenes Vierteljahrhunderts zwischen dem Ende des Ersten und dem des Zweiten Weltkriegs wurden als die unmittelbare Vorgeschichte der DDR gedeutet und die eigenen Leistungen und Wirkungen der kommunistischen Bewegung in Deutschland mehrfach unzulässig vergröbert und vergrößert.[2] Wichtiger aber und folgenschwer wurde, dass die Nachwirkungen dieser Etappe deutscher Geschichte in die DDR hinein ausschließlich unter dem Gesichtspunkt positiver Traditionslinien (oder als positiv anerkannter Traditionslinien) gesehen wurde. Auch als in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der wachsenden (im Vergleich zur Bundesrepublik aber geringen) Zahl von in der DDR lebenden Ausländern deutliche Erscheinungen der Ausländerfeindlichkeit zu bemerken waren und sich – freilich sehr vereinzelt – Jugendliche antisemitisch „hervortaten", wurde nicht gefragt, ob die Lehren aus deutscher Geschichte wirklich gezogen waren, sondern alles Negative als nichtverhinderter ideologischer Westimport kategorisiert, anstatt die übergroße Mehrheit der durch diese Vorkommnisse aufgescheuchten DDR-Gesellschaft zu alarmieren und geistig und moralisch zu mobilisieren. Voraussetzungen und Vorleistungen dafür existierten auch und gerade dank einer Vielfalt von geschichtswissenschaftlichen Anstrengungen.

Was immer über Herangehensweise und Resultate der DDR-Historiographie an die Faschismusforschung kritisch gesagt werden muss, sie war durch beachtliche Forschungen und Publikationen seit den siebziger Jahren hervorgetreten und hatte sich auch eine unbestritten internationale Achtung erworben.[3]

---

1 Sie vollzog sich in weiten Kreisen der Bevölkerung schon nach dem Ende des ersten Weltkriegs, als mit der Anti-Versailles-Kampagne, getragen von der Mehrheit der politischen Parteien, die Frage nach der deutschen Kriegsschuld nahezu ganz überdröhnt wurde, und mit der Dolchstoß-Legende, derzufolge das deutsche Heer „im Felde unbesiegt" geblieben sei, von der militärischen Niederlage abgelenkt wurde.

2 Einerseits wurde wahrheitsgemäß betont, dass der Beitrag der deutschen Antifaschisten cum Sturz des Hitlerregimes bescheiden war und dessen Vernichtung durch die militärischen Kräfte der Anti-Hitler-Koalition erkämpft wurde, andererseits verursachte die Art und Weise der Darstellung des deutschen Widerstands und die gleichzeitige weitgehende Ausblendung des Verhaltens der Bevölkerungsmasse zum Naziregime aber ein weit überdimensioniertes Bild von den deutschen Gegenkräften und ihren Aktionen.

3 Orientierende Überblicke von den historischen Forschungen in der DDR legte die „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft" in Sonderbänden im Abstand von jeweils zehn Jahren anlässlich von Internationalen Historiker-Kongressen vor (1960, 1970 und 1980). Der für 1990 anlässlich des Madrider Kongresses vorbereitete Band kam nicht mehr zum Druck, da sich zu dieser Zeit eine neue und in ganz anderer Weise kritische Sicht auf die eigenen Leistungen anzubahnen begann.

In der DDR-Geschichtsschreibung zur Geschichte des deutschen Faschismus hatten sich einige Schwerpunkte herausgebildet, die sich zum Teil mit jenen in der Historiographie der Bundesrepublik decken, zum Teil davon abwichen. Besondere Aufmerksamkeit zog die Frage auf sich, warum die Nazipartei sich im Weimarer Staat zu einer Massenpartei, der größten in Deutschland, entwickeln konnte und welche Faktoren ihr schließlich den durchschlagenden Erfolg des 30. Januar 1933 sicherten. Zeitlich und gedanklich daran anschließend, widmeten Historiker in der DDR der Analyse des Wesens des Nazistaates und seiner Ziele besonderes Interesse. Das Regime wurde als ein von Anfang an (ohne eine auch nur kurze „Friedensperiode") dem Krieg zustrebendes Staatswesen begriffen und sein Weg in den Krieg nachgezeichnet.[4] Dessen ökonomische, politische und ideologische Vorbereitung bildete ebenso den Gegenstand eingehender Untersuchungen wie der Verlauf des Krieges selbst. Ja, die Kriegsjahre wurden sogar eingehender erforscht als die Zeitspanne von 1933 bis 1939[5], und das stand – berücksichtigt man den Zusammenhang von wissenschaftlichem und politischem Interesse, wie er in der DDR verstanden und hergestellt wurde – sogar in einem deutlichen Widerspruch zu dem erklärten und ernstgemeinten Vorsatz, künftig Kriege zu vermeiden.

Als die DDR-Geschichtswissenschaft mit dem Staat zerbrach, war klar, dass eine gewisse Umgruppierung der Faschismus-Experten dringend bevorstand und mehr Kräfte auf die Erforschung der Vorkriegsjahre gelenkt werden mussten. Doch ging es um mehr als nur um eine verhinderte Kräfteverteilung. Zu den kaum untersuchten Themen gehörte die Aufklärung der Motivstruktur und der anderen Faktoren, die dem Regime eine Massengefolgschaft von beispiellosem Ausmaß eingetragen hatte.[6] Neuerdings wird gefragt, ob die weitgehende Vernachlässigung gerade dieses Themas nicht aus dem Kalkül der führenden Politiker der DDR erwuchs, Gedanken an die Identität oder Ähnlichkeit von Herrschaftspraktiken im Faschismus und im DDR-Staat gar nicht erst aufkommen zu lassen. Anhand von Dokumenten oder anderen verlässlichen Quellen lässt sich darauf (noch?) nicht antworten. Auszuschließen ist nicht, dass solche Berechnungen existieren. Sicher ist aber, dass der Gegenstand vielfach von Politikern als abseitig und uninteressant angesehen wurde.[7]

War noch verständlich, dass in den fünfziger Jahren unter den Bedingungen des Kalten Krieges auch die Schärfe und Zuspitzung der Auseinandersetzung über die jüngste faschistische Vergangenheit nachließ und der unbestreitbare Wandlungsprozess im Denken und Verhalten vieler einstiger Gefolgsleute des Faschismus zum Argument diente, „ihnen die verflossenen Jahre nicht ständig um den Kopf zu schlagen", so war es doch nicht zu rechtfertigen, hier eine Forschungslücke entstehen zu lassen, die das ganze Bild des Naziregimes schief und auch unbegreifbar werden ließ. Denn wenn von den Massen und den Beweggründen ihres Verhaltens, dieses System zu stützen, nicht gehandelt wurde, dann blieben nur die faschistische Führungsgruppe (die politischen, wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Eliten) mit ihrem engsten Anhang und Instrumentarium und die Nazigegner im Blick. Von einer wirklichen Volksgeschichte konnte dann nicht mehr die Rede sein. Die Kinder und Enkelkinder fanden in ihren Geschichtsbüchern das Leben der Väter- und Großvä-

---

4 Siehe den Aufsatzband von Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold (Hrsg.), „Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre 1935/36-1939". (Berlin 1989).

5 Für die Kriegsjahre 1939 bis 1945 liegt eine Darstellung in sechs Bänden vor „Deutschland im Zweiten Weltkrieg." (Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin 1974-1985). Demgegenüber folgte der Darstellung von Erich Paterna u. a. „Deutschland von 1933 bis 1939" (Berlin 1969) über zwanzig Jahre keine weitere zusammenfassende Abhandlung der Vorkriegsjahre.

6 Der Autor dieser Zeilen dazu eine konzeptionelle Anregung und befasste sich selbst u. a. mit der Rassen- und Friedensdemagogie des Regimes. Vgl. Kurt Pätzold: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. In: Grundlagen und Herrschaftsmechanismus des deutschen Faschismus. Antifaschistischer Kampf. Teil I. In: Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1980/42 (C 16). Halle 1950.

7 Das war in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht so, als sich die SED mit anderen Parteien gegen die im Osten – nicht anders als im Westen – Deutschlands verbreitete Haltung wandte, eigene geschichtliche Verantwortung und Schuld abzulehnen. Ohne die anfängliche geistige und moralische Auseinandersetzung über die Rolle der Volksmassen wäre es unmöglich gewesen, die schmerzende Grenze im Osten zu akzeptieren oder die Reparationspflichten zu rechtfertigen, die für die Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone, welche deren Hauptlast trug, schwerwiegende materielle und soziale Folgen mit sich brachte.

tergeneration nicht wieder, es sei denn, ihre Vorfahren waren exponierte Faschisten oder – Antifaschisten. Dieses Resultat war folgenschwer, denn es schränkte die Möglichkeit, sich mit der Geschichte der Massen in der deutschen Geschichte – die in den ersten Jahren nach Kriegsende in der Sowjetischen Besatzungszone durchaus streitbar und kritisch erörtert worden war – erheblich ein und nahm, wie erwähnt, den Faschismus sozusagen aus der eigenen Familiengeschichte weitgehend heraus.[8]

Diese Feststellung enthält eine gewisse Übertreibung. Die professionelle Historiographie in der DDR und die Geschichtspublizistik, die zu einem erheblichen Teil von Historikern bestritten wurde, besaß und behielt in einem Punkt eine weiße Weste. Er betraf die deutliche Beschreibung und Wertung der imperialistischen Expansionspolitik und der verbrecherischen, barbarischen Mittel, mit denen sie gegen die Lebensinteressen anderer Völker durchgesetzt wurde.[9] Verhüllende Kennzeichnungen wie die von den Verbrechen „in deutschem Namen“ oder selbst auch „von deutscher Hand“ (als ob die nicht an einem Körper sich befunden hat, in dem ein Herz schlug und auf dem ein Kopf saß) wurden abgelehnt als verschämte Beschönigungen. Betont wurde demgegenüber die Verantwortung des deutschen Volkes als Ganzem, wobei diese Verantwortung abgestuft war und dargestellt werden musste. Unterschieden wurde auch zwischen der Schuld der Zeitgenossen und der Verantwortung der Nachgeborenen für den Umgang mit der Geschichte der eigenen Nation.

Aber – und das führt zu der oben geübten Kritik zurück – dieser richtigen Herangehensweise fehlte es sehr an Konkretheit, so dass auch für die Minderheit der geschichtlich Interessierten, die „letzte“ Antworten suchten, die langewährende Gefolgstreue der Deutschen ein Geheimnis blieb. Als der Aufbau-Verlag (Berlin) in den achtziger Jahren eine Konvolut von Feldpostbriefen eines Unteroffiziers der Naziwehrmacht veröffentlichte, der zweifelsfrei faschistisch dachte und fühlte und seiner Ehefrau seine Hitlerkonformen Überlegungen regelmäßig mitteilte, wurde in einer Kulturzeitung der DDR gefragt, ob denn eine derartige Publikation nötig sei.[10] Auch ein Blick in die Schulgeschichtsbücher der DDR würde rasch davon überzeugen, dass das darin Gebotene, insbesondere das Quellenmaterial, eine ins einzelne gehende Auseinandersetzung mit der Haltung der Volksmassen zum Faschismus nicht ermöglichte.

Das führt zu einer unter Historikern in der DDR intern und d. h. auch: ohne publizistischen Niederschlag geführten Debatte, welche den Wahrheitsgehalt der historisch-materialistischen Definition des Faschismus an der Macht betraf, wie sie die Kommunistische Internationale zuerst auf einer Tagung gegeben hatte, die Ende 1933 stattfand.[11] Wie jede Definition ist auch sie ärmer als die Theorie und diese wieder ärmer als die Wirklichkeit. Zurecht konnte daher immer nachgewiesen werden, dass die Rede von Georgi Dimitroff aus dem Jahre 1935, in der sich diese Definition wie-

---

8 Viele Diskussionen in Seminaren insbesondere mit eben immatrikulierten Studenten seigten dem Autor bis in die jüngste Vergangenheit, wie groß das Interesse der Enkel war, sich die Lebenssituation der Großeltern vorstellen zu können und aber deren Entscheidungen und Handlungen ein Bild zu gewinnen. Der Geschichtsunterricht an den Schulen hatte dafür kaum faktische Anhaltspunkte geliefert.

9 An diesem Prinzip wurde strikt festgehalten, wie die nicht abgeschlossene Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ zeigt, um deren Herausgabe sich der kürzlich verstorbene Faschismus- und Weltkriegsforscher Wolfgang Schumann gemeinsam mit Ludwig Nestler besonderes Verdienst erwarb. Die Buchfolge, welche die faschistische Okkupationspolitik in den einzelnen Staaten und Gebieten dokumentiert, umfasst bisher die Bände zu Osterreich und der Tschechoslowakei (jeweils Berlin 1988), Polen (1989), Belgien, Luxemburg und die Niederlande (1990), Frankreich (1990) und die UdSSR (1991) und soll weitergeführt werden.

10 Briefe des Soldaten Helmut N. 1939-1945. Hrsg. von Marlies Tremper mit einem Nachwort von Kurt Pätzold. Berlin 1988. Die Meinungen waren allerdings geteilt. Ein Kritiker meinte, die publizierten Briefe stellten einer „antifaschistischen Sisyphusarbeit neues Material zur Verfügung“, eine Kritikerin berief sich auf Bertolt Brechts Forderung, kriegsverherrlichenden Schriften keine Verbreitungsfreiheit zu gewähren. (Sonntag. Nr. 19 und 23, 1989.)

11 Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien. Thesen, angenommen vom XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Dezember 1933. In: Die Kommunistische Internationale, Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongress bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale. 1928-1943. Berlin 1956, S. 266.

derfand, ungleich gedankenreicher war.[12] Doch so richtig diese Kurzcharakteristik die imperialistische Grundverfassung und die expansive Zielsetzung faschistischer Regime (natürlich in Abhängigkeit von ihren jeweiligen Kräften) erfasste und so furchtbar sich diese Kennzeichnung bewahrheitete, dieser Definition haftete doch ein doppelter Mangel an. Zum einen vernachlässigte sie die Massenbasis der Regime ganz und zum anderen enthielt sie nichts über die spezifische, unverwechselbare Ideologie des Faschismus.

Mit einem gewissen Recht ließe sich sagen, dass die konkrete Forschung in der DDR in manchem Belang bereits über diese Definition von 1933 bzw. 1935 hinausgelangt war, dass die Forscher – der Autor dieses Artikels ist miteingeschlossen – sich aber nicht dazu aufrafften, ihre neuen oder weiterführenden Erkenntnisse bis zu einer partiellen Korrektur theoretischer Aussagen zu führen. Es wäre ihnen mit hoher Wahrscheinlichkeit entgegengehalten worden, da sie die „Klarheit" der Definition durch eine Erweiterung nur verwässern und die antiimperialistische Anklage, welche die sogenannte Dimitroff-Definition enthält, abschwächen würde. Entscheidend ist aber, dass auch der naheliegende Versuch nicht unternommen wurde. So blieb die Definition unangetastet, und dies hatte – unabhängig vom Wollen der Historiker – eben die Konsequenz, dass im gesellschaftlichen Denken in der DDR wesentliche Seiten der „Erfahrung Faschismus" nicht problematisiert wurden.

Das traf bis zu einem gewissen Grad auch auf das Thema der Judenverfolgung im faschistischen Reich zu. Die DDR-Historiographie hat das Verbrechen an den deutschen Juden in seinen einzelnen Schritten und Stufen bis zum Massenmord dargestellt[13] und ging in Spezialuntersuchungen der Frage nach, welchen Platz Antisemitismus und Judenverfolgung im Gesamtsystem des Regimes einnahmen. Dabei existierte – verglichen mit der Bundesrepublik – ein deutlicher Rückstand in der Zahl der Publikationen und mehr noch im Grad der Untersuchung der lokalen und regionalen Ereignisse. Erst Mitte der achtziger Jahre wurde durch einzelne Initiativen begonnen, diesen Rückstand aufzuholen, wobei seine Beseitigung nicht in Sicht war.[14] Was aber über die Vernachlässigung der Aufklärung des Verhältnisses von Volksmassen und Regime im Ganzen festgestellt werden musste, das traf auch auf die Erörterung der Frage nach dem Verhältnis der Bevölkerungsmehrheit zu den judenfeindlichen Maßnahmen und zum Pogrom von 1938 und seiner Folgen zu. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Quellenlage gerade in diesem Punkte außerordentlich lückenhaft ist (und deshalb wie in allen ähnlichen Fällen für Mutmaßungen und Spekulationen viel Raum bleibt), und selbst wenn bedacht wird, dass erst in jüngster Zeit konkret nachgewiesen wurde, wie zahlreich sich nichtjüdische Deutsche an den Verfolgungen von Juden beteiligten und dabei bereicherten[15], fällt das Bild doch unbefriedigend aus, weil die Skala der Verhaltensweisen nicht deutlich wurde, die von Mittäterschaft bis zur Akzeptanz und weiter bis zur seelenlosen Gleichgültigkeit reichte. Damit trat aber nicht hervor, dass die Zeitgenossen insgesamt eine Pflicht der Wiedergutmachung haben (die es im eigentlichen Sinne freilich nicht gibt), und dass auch auf den Nachgeborenen eine besondere Verantwortung lastet.

---

12 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Referate auf dem VII Kongress der Kommunistischen Internationale (1935). Berlin 1957, S. 85-108. (Dimitroffs Referat enthielt bei aller Selbstkritik die Hauptschuldzuweisung für die Niederlage des Jahres 1933 an die „sozialdemokratische Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie". Vgl. ebd. S. 108.)

13 Als Standardwerke gelten: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Hrsg. von Helmut Eschwege. Berlin 1966 (und weitere Auflagen). Für den Band hatte der bei seinem ersten Erscheinen schon verstorbene Arnold Zweig ein Vorwort geschrieben. Klaus Drobisch, Rudi Goguel u. a: Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1973.

14 Es erschienen u. a. Untersuchungen zur Geschichte der Juden und der Judenverfolgung in den Städten Rostock, Plauen und Görlitz.

15 Hier haben lokale regionale Untersuchungen das bisherige Bild z. T. erheblich korrigiert und gezeigt, dass nicht nur in der Anonymität der Großstädte geraubt und geplündert wurde, sondern auch in einem sozialen Umfeld, in dem die Täter sofort bekannt waren. Vgl. beispielsweise: Die Kristallnacht im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938. Eingeleitet und bearbeitet von Anselm Faust. Düsseldorf 1987.

Erst im Jahre 1988 anlässlich des 50. Jahrestages des Pogroms von 1938 bahnte sich ein Wandel an, der sich beispielsweise in der Wiederherstellung und Pflege jüdischer Friedhöfe, in der Anbringung von Erinnerungs- und Mahntafeln und anderen Initiativen äußerte.[16] Wie weit dieser Impuls trug, der von Gruppen in der evangelischen Kirche, von Arbeitskreisen im Kulturbund, von Mitgliedern der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und von Heimatforschern ausging, lässt sich derzeit schwer sagen, denn mancher mag durch den jüngsten politischen Wandel zurückgedrängt worden, manch anderer gefordert und vorangetrieben worden sein.

Zur Verkürzung der „Erfahrung Faschismus“ gehörte auch die Hinnahme des Tabus, das die sowjetische Politik und Geschichtsschreibung bis in die Jahre der Perestroika aber das Thema der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1939 und deren Gestaltung zwischen 1939 und 1941 verhängte. Über Jahrzehnte galt, dass das Thema, zu dem ja die schandbare Auslieferung deutscher antifaschistischer Emigranten an das Naziregime gehörte, öffentlich nicht diskutiert werden sollte, bevor die sowjetische Historiographie sich dazu geäußert hatte, was wiederum ohne ein „grünes Licht“ aus dem Kreml undenkbar war. Chruschtschow hatte es bei seiner Auseinandersetzung mit der Politik Stalins und seiner Gefährten nicht gegeben. Aber selbst als es unter Gorbatschow schließlich geschaltet wurde, suchte die politische Führung der DDR den Folgeschritt zu vermeiden, denn sie strebte danach, sich von der Erneuerungspolitik in der UdSSR abzukoppeln und sie als eine Äußerung der Abweichung vom Marxismus-Leninismus „auszusitzen“. So kam es erst im Januar 1989 auf einem Kongress der Historiker-Gesellschaft der DDR zum ersten Mal zu einer offenen Diskussion über diese Kapitel deutsch-sowjetischer Beziehungen und seine Folgen für die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung und für die antinazistischen Bestrebungen überhaupt. Spät endete damit eine schizophrene Situation: in Vorlesungen und Seminaren an den Universitäten war längst kritisch von dieser Zeit gesprochen worden, auf internationalen und bilateralen Zusammenkünften der Historiker standen die DDR-Geschichtswissenschaftler nicht an, zu debattieren, was allgemein bekannt war (das brachte ihnen den ausgesprochenen oder angedeuteten Vorwurf ein, mit einer Art Export-Version von Geschichtswissenschaft aufzutreten), aber auf dem Buchmarkt der DDR erschien bis 1989 keine Veröffentlichung, die unbestreitbar echte Dokumente allgemein zugänglich gemacht hätten.[17]

Der – wenn der saloppe Ausdruck erlaubt ist, der doch die Sache allein trifft – „Eiertanz“ um die diplomatischen Papiere, die die Regierungen der UdSSR und des Deutschen Reiches im August/September 1939 unterzeichneten und die Grundlage einer folgenschweren Politik wurden, zeigt besonders drastisch, dass die Politiker durch Verdrängen und Totschweigen sich und die Gesellschaft insgesamt um die Möglichkeit und die Fähigkeit brachten, sich mit der Geschichte kritisch zu befassen, dadurch die eigene Gegenwart schärfer zu sehen und in ihr eigenes Gelingen und Versagen nüchtern wahrnehmen zu können. Indem die Geschichtswissenschaftler bis in die Endkrise der DDR diese Verfahrensweise hinnahmen, anstatt gegen sie aufzustehen (mit welchem Erfolg auch immer), trugen sie selbst zur Unfähigkeit der DDR-Gesellschaft bei, sich zu erneuern.

Diese Feststellung findet ihre Bestätigung bei eingehenderer Analyse der Forschung und Publizistik zur Geschichte des deutschen Antifaschismus. Auf den ersten und zweiten Blick springen die unbestreitbaren Verdienste ins Auge, welche sich die Spezialisten dieses Gebiets bei der schwierigen Rekonstruktion des illegalen Kampfes der Nazigegner in Deutschland und bei der Erforschung des

---

16 Einen Überblick über diese Initiativen gibt Uwe Hecker: Das historische Gedenken in der DDR zum 50. Jahrestag des Pogroms (von 1938). Kommentierte Bibliographie. (Diplomarbeit am Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1991, Maschinenschrift.)

17 1990 publizierten Zeitungen und Zeitschriften die deutsch-sowjetischen Verträge von August/September 1939 in der DDR zum ersten Mal. Im gleichen Jahr wurde noch ein Geschichtsbuch für die 12. Klasse (Abiturstufe) im Verlag Volk und Wissen gedruckt, das eine kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Außenpolitik bot. (Das Buch gelangte nicht mehr in die Schulen, da inzwischen die Verwendung westdeutscher Geschichtsbücher angewiesen wurde.) – Neuerdings: Sowjetstern und Hakenkreuz 1938-1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Herausgeben und eingeleitet von Kurt Pätzold und Günter Rosenfeld. Berlin 1990

politischen deutschen Exils der Jahre von 1933 bis 1945 erwarben.[18] Internationale Beachtung fanden auch die Leistungen der Literaturhistoriker der DDR, welche dem Kampf der Schriftsteller, Dichter und Publizisten gegen Hitler nachgingen.[19] Eine beachtenswerte Forscherarbeit richtete sich auf die Geschichte der Konzentrationslager, Zuchthäuser und anderen Gefangenen-Anstalten und das Schicksal von deren Insassen.

Im Zentrum aller Forschungen stand der antifaschistische Kampf der Kommunisten, was seine sachliche Rechtfertigung in der Tatsache fand, dass aus ihren Reihen die Masse der antifaschistischen Widerstandskämpfer kam. Hervorgehoben wurden die Anstrengungen, Barrieren niederzureißen, die vor 1933 die Wirkungsmöglichkeiten der gespaltenen antinazistischen Kräfte so stark behindert hatten. Die Erforschung des Themas der Einheits- und Volksfront gegen Hitler besaß die absolute Priorität.[20]

Über lange Jahre hinweg entwickelte sich die Forschung zum Antifaschismus in einer Gegenposition zur westdeutschen. Wahrend diese sich vorzugsweise mit der Bewegung des 20. Juli 1944 befasste und manche Historiker die Kommunisten als „Totalitaristen“ aus der wirklichen Gegnerschaft zum Faschismus auszugrenzen suchten, betonten DDR-Geschichtswissenschaftler die Inkonsequenz bürgerlicher und adliger Opposition gegen Hitler und trachteten danach, das Urteil über sie vor allem aus der großdeutschen Programmatik eines Carl Goerdeler herzuleiten. In den achtziger Jahren wandelte sich die Situation in der DDR wie in der Bundesrepublik, und es kam zu ergebnisreichen gemeinsamen Diskussionen der jeweiligen Spezialisten.[21]

Trotz dieser Fortschritte und des Vorrangs der Antifaschismus-Forschung, der ihr auch eine besondere Forderung von Staats wegen und durch die SED eintrug, blieben die Resultate selbst an den eigenen Maßstäben gemessen doch begrenzt und außerordentlich lückenhaft. Über Jahrzehnte gelang keine Gesamtdarstellung der deutschen Opposition gegen das Naziregime. Ein biographisches Lexikon der Antifaschisten liegt nicht vor. Darstellungen zur Geschichte der Leidensstätten der Hitlergegner, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnten, kamen nicht zustande. Der Vorsprung, den die Antifaschismus-Forschungen in der DDR gegenüber jenen in Westdeutschland einst besaßen, ging deutlich verloren. Der akribischen Untersuchung der Geschichte des Gestapo-Hauptquartiers in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße[22], wie sie von Westberliner Forschern vorgelegt wurde, oder dem Niveau der „Dachauer Hefte“[23], um nur zwei Beispiele zu nennen, hatten die Historiker in der DDR kaum etwas Gleichrangiges zur Seite zu stellen.

Dieses Zurückbleiben hinter den wachsenden Ansprüchen an eine moderne Forschung besaß sicher mehrere Ursachen, die selbst erst wieder durch Recherchen eindeutig bestimmt werden müssen. Eine (wenn nicht die Haupt-) Ursache dürfte aber darin bestanden haben, dass die Antifaschismus-

---

18 Siehe Anmerkung 23.

19 Siehe vor allem die siebenbändige Reihe „Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945“ (Leipzig 1978 ff.), die von dem Literaturwissenschaftler und Brecht-Forscher Werner Mittenzwei herausgegeben wurde.

20 Einen Eindruck von den Proportionen, in denen sich die Forschung den einzelnen Strömungen des Widerstands zuwandte, vermittelt der einzige Überblick über dessen Verlauf, der in der vierzigjährigen Geschichte der DDR erschienen ist: Klaus Mammach: Widerstand 1933-1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration. Berlin [1]1974 und [2]1983; ders.: Widerstand 1939-1945, Berlin 1986.

21 Die Zäsur, an der eine neue Konstellation sichtbar wurde, bildeten die Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Attentate auf Hitler am 20. Juli 1944 sowie aus diesem Anlass erschienenen Publikationen. Fortschritte und deren Grenzen macht der Aufsatz von Olaf Groehler und Klaus Drobisch „Der 20. Juli 1944“ deutlich, den die von der SED herausgegebene Zeitschrift „Einheit“ (Nr. 7/1984, S, 633 ff.) druckte. – Zu den Historikern, die sich in der DDR um eine ausgewogenere Darstellung der Verschwörung verdient machten, gehört Kurt Finker, dessen Forschungen vor allem Claus Graf Schenk von Stauffenberg und dem Kreisauer Kreis galten.

22 Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation. Hrsg. von Reinhard Rürup. Berlin 1987.

23 Dachauer Hefte. Studien zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Im Auftrag des Comité International de Dachau, Brassel. Hrsg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel. Dachau 1985 ff.

Forschung, auch nachdem sie sich der Breite des Themas öffnete, doch weiter unter fremden oder selbstgesetzten einschränkenden Vorgaben litt. Die schwerwiegendste war die unkritische Darstellung des Widerstandes der Kommunisten. Sie betraf schon die Analyse der Haltung der KPD gegenüber dem aufkommenden Faschismus, was sich vor allem in der Verweigerung der lange anstehenden Detailuntersuchung über die tatsächlichen Folgen der Sozialfaschismus-These der Komintern äußerte. (Nebenbei: solche quellengestützte Forschung wurde auch außerhalb der DDR bisher nicht unternommen, und man mag über die Ursachen vorerst nur spekulieren, die dazu führten, dass ein so brisantes Thema, dessen Abhandlung wissenschaftliche Meriten verspricht, nirgendwo tieflotend angegangen wurde.)

Die glättende, d. h. die inneren Auseinandersetzungen nicht berücksichtigende Herangehensweise setzte sich bei der Darstellung des Weges zu den Beschlüssen der Komintern und der KPD von 1935 fort, die eine einschneidende Korrektur früherer Positionen brachten. Doch es wurde schon nicht gefragt, ob an der Spitze der Komintern alle entscheidenden Kräfte und Personen die neue Generallinie mittrugen.[24] Die Rückschlage, welche die Versuche zu ihrer Durchsetzung erfuhren, als die „Moskauer Prozesse“ veranstaltet wurden, fanden dann allenfalls beiläufige Erwähnung.[25] Und die Wirkungen der deutsch-sowjetischen Verträge vom August/September 1939 auf die Beziehungen von Kommunisten und Sozialdemokraten (national wie international) verfielen der gleichen Art von faktischer Nichtbehandlung.[26]

Das alles lief auf eine durchgängige Begradigung der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland hinaus, die verhängnisvoll wurde, denn sie machte nicht nur gegenüber den tatsächlichen Problemen vergangenen Handelns unsensibel, sondern begünstigte immer wieder auch den selbstgerechten Blick in die jeweilige Gegenwart. Indem der Gesellschalt die Wahrheit auf allgemeine oder direkte Weisung der politischen Führung, rationiert wurde und die Geschichtswissenschaftler sich auf solches Vorgehen einließen, wurde zugleich ein Unrecht gegenüber den Menschen begangen, die durch ihre Handlungen wie durch ihre Unterlassungen, durch ihre Erkenntnisse wie durch ihre Irrtümer und nicht wenige durch die Hingabe ihrer Gesundheit oder selbst ihres Lebens im Kampf gegen den deutschen Faschismus doch Erfahrungen angehäuft hatten, die wahrlich eine andere Umgangsweise erfordert und verdient hätten.

Man mag eine Tragik daran sehen, dass die überlebenden kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen Antifaschisten, die zur politischen Führungsspitze der DDR gehörten und die einst an den geistigen und sonstigen Auseinandersetzungen um Weg und Ziel ihrer Anstrengungen teilgenommen hatten, mitunter den wirklichen komplizierten Verlauf der Kämpfe und deren Ursachen intim kannten, zu den Initiatoren und Wächtern einer Geschichtsbetrachtung wurden, die mit Worten von Karl Marx „ohn’ Aug’, ohn’ Ohr und Zahn“ genannt werden muss. Wie kam das? Die Antwort auf diese Frage wird vollständig erst gegeben werden können, wenn die ideologischen und auch die moralischen Wandlungen festgestellt sind, die diese Führungsgruppe auf dem Weg in die Macht und während der Jahre ihrer Herrschaft durchlief.

---

24 Ganz ausgeklammert wurde die Frage, wie sich der mächtigste Mann in der Kommunistischen Internationale, J. W. Stalin, zu den Beschlüssen von 1935 stellte, die doch eine deutliche Kritik auch an von ihm vertretenen und vor allem mit seiner Autorität gedeckten Positionen enthielt. Isaac Deutscher urteilte 1966: „... man hat doch den gerechtfertigten Eindruck, dass Stalin in den Jahren 1935 bis 1937 und auch noch später ernsthaft und ehrlich eine Koalition gegen Hitler auf die Beine bringen wollte.“ (Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1990, S. 538), was bedeutete, dass er die Komintern-Beschlüsse von 1933 mindestens aus taktischen Erwägungen mittrug.

25 Von der Marginalisierung des Themas, kaum dass nach dem XX. Parteitag der KPdSU ein Jahrzehnt vergangen war, zeugt die parteioffizielle Darstellung: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 3: 1933-1945, Berlin 1966, insbes. S. 206/207, wo Stalin von „verbrecherischen Kräften wie Berija, Jeshow und andere[n]“ deutlich vorteilhaft abgehoben wurde.

26 Vgl. ebd. S. 234/235.

Die Antifaschismus-Forschung diente, bei allen unstreitigen und in der wissenschaftlichen Literatur ausgewiesenen Verdiensten, dieser Gruppe vor allem als Herrschaftslegitimation, nicht als alleinige, aber doch als eine wesentliche. Dieser Zweck interessierte, und in ihm findet sich – diese These mag ausstehenden Untersuchungen vorweg gewagt sein – mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der letzte Grund für die deutlichen Stagnationserscheinungen der Antifaschismus-Forschung in der DDR namentlich in der Ära des Generalsekretärs Honecker.[27] Was bekannt war, genügte diesem Hauptzweck, und kritische Differenzierung von Aussagen hätte ihn mitunter gefährdet.

Die äußere Erscheinungsform dieses oberflächlichen Verhältnisses zu einer begradigten Geschichte war das Ritual. Es brauchte seine Kulisse. Die größte von ihnen wurde in Form des monumentalen Denkmals von Ernst Thälmann im Berliner zentrumnahen Stadtbezirk Prenzlauer Berg geschaffen. Hilflos und beziehungslos standen die Schüler der Pionierorganisation vor diesem klotzigen Bronzekopf und in einem architektonischen Ensemble, zu dem auch in Metall gegossene Honecker-Worte gehörten. Gewiss, dieses Unwerk hatten die Historiker nicht direkt zu verantworten, doch konnten die Autoren der SED-offiziellen und in deren politischem Lehrjahr benutzten Biographie Thälmanns[28] von sich auch nicht sagen, dass sie dieser Art von Huldigung irgendein gedankliches Hindernis in den Weg gelegt hätten. Sie haben ihr eher Vorschub geleistet.

Angesichts der widerlichen Demonstrationen kleiner Gruppen vorwiegend junger Menschen, die sich dem Neofaschismus verschworen und sich auch bei „Hitlers Geburtstag“ in Städten des neuen Bundesgebietes bemerkbar machten[29], wird besorgt und anklagend gefragt, ob die antifaschistische Erziehung der Jugend, auf die sich die DDR-Regierung und nicht nur sie soviel zugute hielt, tatsächlich bewirkte, was doch zweifelsfrei beabsichtigt war, eine Immunisierung gegen faschistisches Denken und Handeln. Das Auftreten dieser Kleingruppen erlaubt keine sichere Antwort auf die bedrängende Frage. Noch zu Zeiten der Existenz der DDR wurde bemerkt, wenn auch nicht öffentlich diskutiert, dass eine sicher prozentual schwache Minderheit von Jugendlichen durch den antifaschistisch geprägten Unterricht in den Schulen und andere Aktivitäten der Gesellschaft, die in die gleiche Richtung zielten, nicht erreicht worden war. Dieser Tatbestand und die Notwendigkeit, sich mit ihm auseinanderzusetzen, wird nun in den einheitlichen deutschen Staat mitgenommen. Dabei wird man nicht bei der sicher berechtigten Feststellung stehen bleiben können, da sich in demonstrativen Äußerungen zugunsten faschistischer Gedanken, Zeichen und Symbole, aber auch in faschistisch geprägter physischer Aggressivität eine allgemeine Unzufriedenheit mit den vorgefundenen sozialen und politischen Zuständen äußert. Das Problem besteht darin, da sich ein in seinem Zustandekommen nachzuvollziehender Protest eben faschistisch ausdrückt und die Nahe zu den Verbrechen, die namentlich der deutsche Faschismus in die Weltgeschichte brachte, nicht abschreckt.

Aus sehr verschiedenen geistigen und politischen Zonen in Deutschland wurde 1990, im Jahr der Schaffung des einheitlichen deutschen Staates gefordert, sich gerade in diesem geschichtlichen Moment zu einer kritischen, nun gemeinsamen Aufarbeitung deutscher Vergangenheit zu bekennen und sie zu betreiben, bisherige Leistungen aufnehmend, bisherige Versäumnisse tilgend. Inzwischen wurde besorgt gefragt, ob die Deutschen nicht eher dabei sind, nun „gemeinsam zu verges-

---

27 In welchem Grade Erich Honecker seine eigene Biographie schon für die Jahre 1933 bis 1945 schönte, kann an jetzt veröffentlichten Dokumenten nachgeprüft werden. Honeckers Autobiographie erschien unter dem Titel „Aus meinem Leben“ (Berlin 1981).

28 Ernst Thälmann. Eine Biographie. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und verfasst von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Günter Hortschansky. Berlin 1979. Das Buch fand vor allem in einer preisgünstigen zweibändigen Paperback-Ausgabe weite Verbreitung.

29 Am 20. April 1991 versammelten sich Neonazis aus verschiedenen Gegenden Deutschlands in Dresden. Gleichzeitig fand eine Gegendemonstration der Antifaschistischen Jugend statt. An „Hitlers Geburtstag“ kam es auch in Berlin, Magdeburg, Dessau, Cottbus, Oberweser bei Kassel und Osnabrück zu Ausschreitungen von Neonazis. (Berliner Zeitung, Ausgabe vom 22. April 1991). Zuvor schon war in Dresden ein Mozambiquaner vor eine Straßenbahn gestoßen und so zu Tode gebracht worden. Ausländer und Ausländerwohnheime bilden das bevorzugte Angriffsziel von Rechtsradikalen.

sen“. Maßnahmen, die das verhindern sollen, wurden auf den Weg gebracht.[30] Was sie bewirken können, muss sich zeigen. Denn: was die übergroße Zahl der Deutschen in den neuen Bundesländern angeht, so fordern ihnen die eingetretenen Veränderungen nahezu die ganze Konzentration ab. Gegenwartssorgen und Zukunftsängste überanspruchen ihre physischen und psychischen Kräfte. Dies sind Umstände, die der gemeinsamen und individuellen Auseinandersetzung mit nationaler Geschichte widrig entgegenstehen. Sie begünstigen die permanent nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes zu beobachtende Neigung, die eigene Verantwortung für geschichtliche Entwicklungen und Ereignisse abzuleugnen oder sie möglichst gering zu bemessen.

Mitteilungen des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 3, Leipzig 1991, S. 3-16.

30 So lud die Landeszentrale für politische Bildung von Nordrhein-Westfalen 1991 zu einer Tagung unter dem Titel „Vereint vergessen? Justiz und NS-Verbrechen in Deutschland“ ein.

Die Organisation der „Endlösung“*

Vor 50 Jahren: Die Wannsee-Konferenz der Judenmörder

[Mitautorin: Erika Schwarz]

Wenn sich an ein geschichtliches Ereignis oder eine historische Persönlichkeit Legenden gleichsam anlagern, wenn sich auch nur irrtümliche Versionen von tatsächlichen Geschehnissen zählebig gegen wissenschaftlich begründete Darstellungen und Urteile behaupten können, dann lässt sich nicht an gemeinen Irrtum glauben, der an der Wirklichkeit ungeprüft von Autor zu Autor weiter- und das heißt: abgeschrieben, von Person zu Person weitergesagt wird. Solche Zählebigkeit lässt mit Sicherheit darauf schließen, dass eine bestimmte mehr oder weniger wirklichkeitsfremde oder wahrheitswidrige Lesart von Geschichte reale Bedürfnisse von Menschengruppen befriedigt oder aber, dass sich mit ihr auch ein Interesse verbindet, die wirklichen Abläufe außerhalb des Bewusstseins zu halten.

Von der Besprechung, zu der der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, eine Gruppe von Staatssekretären und SS-Generalen und -Offizieren am 20. Januar 1942 um sich versammelte – sie erhielt später den Namen „Wannsee-Konferenz“ –, hat sich hartnäckig eine abwegige Vorstellung erhalten. Es sei da, ist immer wieder zu lesen und gesprächsweise zu hören, der Mord an den Juden beschlossen worden, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Gewalt des NS-Regimes befanden oder demnächst noch in seinen Machtbereich geraten würden.

In Wahrheit war zum Zeitpunkt der Staatssekretär-Besprechung in jener Villa in der Straße Am Großen Wannsee der systematische Massenmord an den Juden bereits in Gang gesetzt. Das Verbrechen war mit dem Einfall auf das Territorium der UdSSR begonnen worden, und sein Auftakt lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf Tag und Stunde bestimmen. Am 24. Juni 1941 metzelte eine Einheit der in Memel stationierten Ordnungspolizei gemeinsam mit Beamten und Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) im grenznahen litauischen Ort Garsden, den die Wehrmacht zwei Tage zuvor erobert und schon weit hinter sich gelassen hatte, eine Gruppe von Juden nieder. Das Massaker von Garsden bildete später den Gegenstand des sogenannten Ulmer Einsatzgruppen-Prozesses.

Im zweiten Halbjahr 1941 hatten die Einsatzgruppen A, B, C und D mit ihren Spezialkommandos und unter Inanspruchnahme anderer militärischer Verbände bereits Hunderttausende sowjetischer Juden mit Infanteriewaffen niedergeschossen. Systematische Aktionen zur Ausrottung der Juden hatten auch auf serbischem Boden im Weichbild von Belgrad stattgefunden. Im Dezember 1941 begann ein Spezialtrupp der Massenmörder im polnischen Ort Chełmno, den die Nazis Kulmhof nannten, mit der Erstickung von Juden, die aus der unmittelbaren Umgebung und dann vor allem aus dem Ghetto von Łódź, das die Okkupanten in Litzmannstadt umtauften, herbeigeschleppt und getrieben wurden. In die Massenmorde auf lettischem Boden unfern Riga wurden auch deutsche Juden zu Tausenden einbezogen, die mit Eisenbahntransporten aus „Großdeutschland“ dorthin gebracht worden waren.

Diese und zahllose andere Tatsachen über den Beginn des Mordes an den Juden Europas waren bereits alsbald nach Kriegsende bekanntgeworden und hatten 1945/46 während des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg für Anklage und Urteil eine wesentliche Rolle gespielt. Später gaben Historiker überzeugende, quellengesättigte Darstellungen der Geschichte des ungeheuerlichen, geschichtlich beispiellosen Verbrechens.

---

* Die Autoren dieses Beitrages veröffentlichen gleichzeitig in einer vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und dem Metropol-Verlag Berlin publizierten und von Wolfgang Benz herausgegebenen Reihe den Band „Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der ‚Endlösung‘.“ Auf die dort publizierten Dokumente und Belege wird verwiesen; sie werden hier aus Platzgründen nicht vermerkt. *Red. d. Tribüne*.

Wie konnte sich also dennoch über Jahrzehnte eine Vorstellung behaupten, die in der Besprechung vom 20. Januar 1942 den Auftakt der Untaten erblickte – eine Vorstellung, die doch die Annahme einschloss, ausdrücklich oder stillschweigend, was zuvor geschehen war, sei ohne den Beschluss eines kompetenten Gremiums ins mörderische Werk gesetzt worden?

Dass sich die falsche Vorstellung über Zweck und Resultat der Wannsee-Konferenz behauptete, geht offenbar – hier sind nur Vermutungen möglich – auf das Bedürfnis zurück, sich vom geschichtlich en Ausgangspunkt dieses „Jahrhundertverbrechens“, das in seinem Gesamtverlauf wie in seinen Einzelheiten menschliche Vorstellungskraft übersteigt, eine konkrete Vorstellung zu bilden. Die Wannsee-Konferenz bot dafür einen festen Anhaltspunkt. Da waren ein geographischer Ort und ein fixierter Tag, da war die überlieferte Gruppe der 15 Teilnehmer samt ihrer Namen und Dienststellungen, und da existierte eine Niederschrift, die einwandfrei belegte, dass die Tagesordnung dieser Besprechung, wenn dies auch nicht durch eine Überschrift ausgewiesen war, „Judenmord“ gelautet hatte.

Die Historiker mit ihrer Rekonstruktion der geschichtlichen Abläufe konnten dazu keine Alternative bieten. Sie konnten mit keinem vergleichbaren Fixpunkt dienen, der das Bedürfnis nach konkreter Vorstellung stillte. Statt dessen rangen sie sich selbst in langwierigen Forschungen und nach kontroversen Diskussionen zu einem Bild von der Funktionsweise der Naziherrschaft und insbesondere von deren Spitze durch und gelangten, jedenfalls was die Mehrheit der Spezialisten angeht, zu dem Urteil, dass der Schritt von der Judenvertreibung aus dem Machtbereich des NS-Regimes zum systematischen Mord an Mann und Frau, Greis und Kind zwischen wahrscheinlich nur drei Personen beschlossen, vereinbart, abgesprochen und danach die entsprechenden Ermächtigungen erteilt und Befehle erlassen wurden.

Diese drei waren Adolf Hitler, dessen letztgültiges Wort unentbehrlich war, Hermann Göring, der Heydrich auf dessen Ersuchen am 31. Juli 1941 beauftragte, die „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ zu planen, zu leiten und durchzusetzen, und Heinrich Himmler, der Heydrichs höchster und unmittelbarer Vorgesetzter auf der Stufenleiter der SS-Hierarchie war. Die früheste Initiative dieser drei obersten „Schreibtischtäter“ des Judenmordes kann als ebenso sicher gelten, wie ungewiss ist, ob sie überhaupt zu dritt direkt über den Beginn der Massaker auf sowjetischem Territorium sprachen, bevor sich die Heeresgruppen der Wehrmacht in Richtung Moskau, Leningrad und Ukraine militärisch in Bewegung setzten.

Keine Frage: Diese Rekonstruktion des planerischen und befehlserzeugenden Beginns der Mordaktion an den europäischen Juden verlangt mehr geschichtliche Vorstellungskraft als die falsche Fixierung auf die Wannsee-Konferenz. Das der Wirklichkeit weitgehend angenäherte Bild, das Elemente der Bestimmtheit wie der Unbestimmtheit enthält, ist ungleich schwerer zu gewinnen und gedanklich festzuhalten, setzt es doch einen Einblick in die Strukturen und Funktionsweisen des Herrschaftsmechanismus und insbesondere in die Abläufe voraus, nach denen Pläne, Entschlüsse und Befehle an der obersten Spitze des Naziregimes zustande kamen.

Zur Jahreswende 1941 – der Dezember war der ursprünglich festgesetzte Termin für das Zusammentreffen der Staatssekretäre und SS-Führer – war über Leben oder Tod der in Nazigewalt befindlichen Juden Europas jedenfalls nicht mehr zu entscheiden, und die am Wannsee versammelten Männer, wie einflussreich ihre Position auch immer war, hätten auch nicht die Befugnis besessen, einen derartigen Beschluss zu fassen. Was war dann Zweck und Ziel ihrer Zusammenkunft? Was wollte insbesondere Reinhard Heydrich, der Einladende, durch diese Besprechung erreichen?

Als Adolf Eichmann in Jerusalem über diese Fragen im Polizeiverhör durch den israelischen Hauptmann Avner Less angehört wurde, geriet der Untersuchungsgefangene in eine gewisse Verlegenheit und lieferte Erklärungen, die noch weitschweifiger waren als die seinen zu anderen Sachverhalten und Themen. Das geschah ausnahmsweise nicht, um eigene Verantwortung und Untat zu verschleiern, denn Eichmann war, wenngleich nicht – wie gelegentlich zu lesen – der rangniedrigste SS-Dienstgrad unter den teilnehmenden Schwarzuniformierten, so doch *während* der Besprechung eine Nebenfigur. Eichmann erklärte, die Zusammenkunft habe dazu gedient, die Schwierigkeiten

und Hindernisse beseitigen zu helfen, die sich bei der Durchsetzung des Mordplans immer wieder ergeben hätten. Diese Aussage hält keiner ernsthaften Kritik stand. Das Massenmorden, das sich bis dahin hauptsächlich im eroberten Gebiet der UdSSR ereignet hatte, war auf keinerlei gravierende Hemmnisse gestoßen. Anders als noch während und nach dem Polenfeldzug 1939 waren Einwände oder gar Einsprüche aus Kreisen des Generals- und Offizierskorps weitgehend verstummt. Stattdessen hatten höchstgestellte Befehlshaber eindeutig für das Vorgehen der Einsatzgruppen Partei genommen und ihren Untergebenen befohlen, den gleichen Standpunkt einzunehmen.

Eichmann war dann auch auf die Machtbesessenheit und Eitelkeit seines Hauptamts-Chefs Heydrich zu reden gekommen, der die Beratung am Wannsee einberufen habe, um seine Befugnisse vor entsprechender Kulisse zu verdeutlichen und für alle Zukunft geltend zu machen. Diese Deutung besitzt Wahrheitsgehalt, hatte doch Heydrich mit den Einladungen zur Konferenz den Adressaten auch jene Ermächtigung schriftlich zur Kenntnis gebracht, die ihm von Göring vier Monate zuvor erteilt worden war (und dessen Unterschrift, diejenige des zweiten Mannes in der Staatshierarchie, war so gut wie die Hitlers), und ließ er noch einmal ausdrücklich vermerken, dass er – und dabei war mitzulesen: nur er – der bestellte „Beauftragte für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“ sei. An- und Rückfragen an ihn und seinem Hauptamt vorbei erübrigten sich mithin, sobald diese entschieden oder befohlen hatten.

Heydrich selbst hatte in seinen einleitenden Ausführungen am 20. Januar 1942 die „Parallelisierung der Linienführung“ als den Wunsch Görings und das Anliegen der Zusammenkunft bezeichnet, die zudem „Klarheit in Grundsatzfragen“ schaffen sollte. Das las auch Eichmann in seiner Untersuchungshaft noch einmal, nachdem ihm Avner Less eine Vervielfältigung der Niederschrift überreicht hatte, und er erinnerte sich selbstredend daran, dass er sich von da an auch auf die Abreden und Übereinstimmungen stützen oder beziehen konnte, die zwischen den „Päpsten“ – das ist ein Ausdruck Eichmanns, der das verlogene Bild von der Geringfügigkeit seiner eigenen Stellung bekräftigen sollte – getroffen worden waren.

Was also wurde tatsächlich am 20. Januar 1942 grundsätzlich geklärt? Erstens und vor allem, dass ausnahmslos alle Juden im eigenen Machtbereich umgebracht werden sollten, dass mit der damals noch erwarteten (denn die Tragweite der Niederlage vor Moskau konnten oder wollten die Teilnehmer sich nicht bewusstmachen) Ausdehnung dieses Bereichs weitere Massen von Juden in das Vernichtungsprogramm einbezogen und dass für eine bestimmte Zeit im Kriege nur jene Gruppen von Juden von der Ermordung zurückgestellt werden sollten, die in der Kriegswirtschaft wirklich unentbehrlich waren, d. h. nicht durch andere nicht jüdische Ausbeutungsobjekte ersetzt werden konnten. Diese Absichten und Grundsätze waren der überwiegenden Mehrzahl der Anwesenden aber bekannt, bevor sie Heydrichs Rede hörten, mehr noch: Sie waren an der Massenmordaktion an den verschiedensten Plätzen beteiligt, sei es an den Schreib- und Konferenztischen ihrer Ministerien, sei es – wie im Fall des Kommandeurs eines Einsatzkommandos, SS-Sturmbannführer Lange – an den Erschießungsgräben und -gruben. Mithin besaß die geheime Zusammenkunft am Wannsee den Charakter einer Verschwörung, das bereits ins Werk gesetzte Verbrechen weiter zu betreiben und es auf den höchsten Wirkungsgrad zu bringen. Es genügte Heydrich, sich auf diese grundsätzliche Handlungs- und Ziellinie zu verständigen, auf die sich danach jeder der Beteiligten berufen oder beziehen konnte.

Einzelheiten standen in diesem Kreis nicht zur Debatte, und zwar vorsätzlich nicht. Darauf deutet auch das Ergebnis einer Durchmusterung der Teilnehmerliste hin, die in den vorliegenden Analysen kaum darauf befragt wurde, wer von den Zentralinstanzen des Regimes am Judenmord direkt beteiligt war, ohne dass sie durch einen Staatssekretär oder anderen höchstgestellten Beamten vertreten und also auch nicht geladen gewesen wären. Obwohl das Reichsverkehrsministerium und die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn seit dem Einsetzen der Todestransporte aus „Großdeutschland“ eine der wichtigsten Befehlsstellen für das reibungslose Funktionieren des Mordplans waren, hatte der zuständige Staatssekretär keine Einladung erhalten. Das gleiche trifft für den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium zu, obzwar dessen Apparat – namentlich die Oberfinanzdirektionen – die Schaltstellen für die Beschlagnahme und Verwertung allen Eigentums bildete, welches die in

den Tod deportierten Juden zurücklassen mussten. Es fehlte schließlich auch ein Offizier aus dem Oberkommando der Wehrmacht.

Die Durchmusterung der Teilnehmer aus den Ministerien und ihnen mehr oder weniger gleichzustellenden Reichs- und Parteibehörden weist indessen auf ein weiteres Ziel der Wannsee-Konferenz hin, das gleichberechtigt neben dem erwähnten, der Durchsetzung und Effektivierung des Massenmordes an den europäischen Juden, stand. Während die Grundsatzfrage des Massenmordes aber entschieden war, stand die Klärung der komplementären Frage, wo die Grenze zwischen Leben und Tod verlaufen sollte, aus. Sie war bislang unscharf gezogen worden, und das bereitete den Judenverfolgern in den Jahren zuvor die diversesten bürokratischen Schwierigkeiten, hatten sie doch die Behandlung der Drangsalierten nach Juden, Halb- und Vierteljuden (und wie die Stuckart-Globkeschen Kategorisierungen sonst weiter lauteten), nach Juden in Mischehen und nach „sogenannten“ Mischehen, nach in-, ausländischen und staatenlosen Juden zu differenzieren. Jetzt lautete die Frage der barbarischen Rassisten: Wer „geht auf Transport“ in den Tod, und wer bleibt davon ausgenommen? Dabei lag der Gesichtswinkel, aus dem über diese Entscheidung überhaupt beraten wurde, auf Deutschland und dem Geltungsbereich der sogenannten „Nürnberger Gesetze“ von 1935.

Die Niederschrift vermerkt, dass Heydrich, als er auf diese Frage zu sprechen kam, diese Gesetze nur „gewissermaßen“ als Grundlage des Vorgehens bezeichnet hatte, was sich aus seinem Munde nicht anders deuten lässt, als dass er die Verlegung, d. h. Ausdehnung dieser Grenze im Visier hatte. Tatsächlich unterbreiteten die Konferenzteilnehmer in dem Gespräch, das sich an Heydrichs Orientierung anschloss, eine Vielzahl von Vorschlägen, die allesamt darauf hinausliefen, weitere Gruppen der unter rassistischen Vorwänden verfolgten Menschen entweder direkt in den Tod zu schicken oder sie „vor die Wahl“ zu stellen, sich umbringen oder sterilisieren zu lassen.

Die Teilnehmer der Besprechung gingen, was diesen Punkt anbetraf, in dem Bewusstsein auseinander, dass Hitler die verbindliche Entscheidung noch zu fällen hatte, und sie konnten nicht im Zweifel sein, dass er die radikalsten Vorschläge gutheißen würde. Das aber hielt der „Führer“ während des Krieges für unzweckmäßig. Er verschob die von Heydrich und seinen Komplizen erwartete Klärung auf die Zeit nach dem „Endsieg“. Nichtsdestoweniger steht die Wannsee-Konferenz in der Geschichte der Nazidiktatur als ein bündiger Hinweis darauf, dass den Machthabern die Opfer ihres Rasse-, Blut- und Herrschaftswahns nicht und niemals „ausgegangen“ wären. Es war der Sieg der Anti-Hitler-Koalition, der diesem Verbrecherturn ein Ende bereitete und verhinderte, dass es sich noch in weitere ungeheure Dimensionen entfalten konnte.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 30. Jahrgang, Heft 120, 1991, S. 193-194, 196-198.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit

Nachrichten-Magazin, Wochenzeitschrift, Regionalblatt oder Illustrierte – in kaum einer besseren Redaktion wurde das Thema in den letzten Wochen des Jahres 1990 ausgelassen: das ungerechte Schicksal, das der Einigungsvertrag, publiziert am 6. September 1990 im Bulletin der Bundesregierung, den Großgrundbesitzern bereitete, die in der seinerzeitigen Sowjetischen Besatzungszone ihr Eigentum als Folge der Bodenreform einbüßten. „Gänzlich leer“ sollen sie ausgehen, wurde konstatiert und gefragt: „Soll Friedrich-Carl von Ribbeck im Havelland sein Schloss wiederbekommen? Der Nachfahre derer von Ribbeck fordert, wie viele andere ehemalige Großgrundbesitzer, in Protestaktionen gegen die Bonner Politik Gerechtigkeit für sich und die Seinen.“

Wer hätte sich träumen lassen, dass derart edle Sprosse ausgehen und aussenden würden, um ihren Politikern Transparente entgegenzuhalten wie jenes, auf dem in Großlettern zu lesen stand: „Was Ulbricht erdacht – Kohl hat’s vollbracht.“ Was immer man Walter Ulbricht nachrühmen oder nachwerfen mag, die Enteignung des Großgrundbesitzes, namentlich des ostelbischen, hielten Leute nach dem Jahre 1918 für verpasst, die den Kommunisten damals und auch später mehr oder weniger fernstanden. Vorgedacht war diese Reform jedenfalls schon seit langem ... Wenn das Los derer, die sich nun „zum zweiten Mal“ enteignet nennen, auch den Lesern im „Nicht-Beitrittsgebiet“ die Tränen nicht brennend in die Augen treibt, so mag daran eine gewisse bunte Presse nicht schuldlos sein, die in ebendiesem Territorium erscheint. Sie feuert wochenweise quer, freilich nicht in den Kopf, eher ins Gemüt, da aber ins Schwarze. Ihre Berichte von Hochzeiten und anderen Festen des hohen und nicht ganz so hohen Adels, die Fotos von Schlössern und anderen Nobelherbergen, die Schilderungen der Speisenfolgen, die Beschreibung der Roben und des herbei- und herumgeschleppten Geschmeides samt Angabe von Kaufpreis oder Wert zerstören in nicht so geringem Grad den Eindruck, es ginge den Nachfahren, Erben und Anverwandten der Blaublütigen echt dreckig. Nein, davon kann nicht die Rede sein, aber: die Herrschaften werden doch wie jeder andere Bürger eines freien Landes ihre Rechte einfordern dürfen. Die wohlerworbenen ...

Aufs Juristisch-Historische lassen sich die Enteigneten samt ihren Fürsprechern nicht so gern ein. Wie eine zeitlose Zauberformel dreht Busso Graf von Alvensleben den Begriff der „Rechtstaatlichkeit“ hin und her und verweist dezent auf die wohltuenden Entschädigungen, die der westdeutsche Steuerzahler, als es ihm übrigens viel schwerer fiel als heutzutage, herzugeben hatte, damit bodenreformerische Maßnahmen in den Westzonen die Reichen nicht etwa ärmer machten. An diese Gaben erinnert sich auch Frau Eva von Kalckreuth gern.

Wo dennoch die Geschichte der Rechtstitel des großen Grundbesitzes waghalsig bemüht wurde, führten schon die ersten Schritte aufs Glatteis. „In Wahrheit“, schreibt Wolf Graf von Schwerin, so mit kühner These der Bodenreform auf den nächstliegenden historischen Rechtsboden zielend, „bestand eine wechselseitige Abneigung zwischen Adel und Nazis“. An Klarheit und Verallgemeinerungsgrad lässt die Behauptung nichts zu wünschen übrig. Und – die Worte sind zudem wohlgedrechselt – man war einander *abgeneigt.* Was ist der Gradmesser solcher Beziehung? Am besten, man hält sich an Tatsachen und vornehmlich, damit wir nicht zu weit vom Thema kommen, an solche, die etwas mit Rechtstiteln zu tun haben.

Es war einmal – zum Beispiel – Rittmeister Alexander Graf zu Erbach-Erbach, der sich am 2. März 1942 an das Reichswirtschaftsministerium (wo ein dem Adel so „abgeneigter“ Faschist wie Walther Funk regierte) und an dessen „Judenreferat“ in einer Rechtsfrage wandte, die er „Vertragserfüllung“ nannte, die aber Vertragsbruch geheißen zu werden verdiente. Der Graf gedachte ihn an einem Kammerdirektor, dem Dr. jur. Werner Kunkel, zu begehen, von dem er immerhin sagte, dass er sich „um meine Verwaltung des 300.000 Morgen großen Besitzes große Verdienste erworben hat“. Nur eben, diesem Kammerdirektor haftete ein Makel an, den der Herr Graf auch auf sich fallen und seine Beziehungen zur NSDAP-Gauleitung schmälern sah. Kunkel wurde von den Rassisten den „Halbjuden“ zugezählt, und ausgerechnet mit ihm war ein noch weitere sechs Jahre gültiger Vertrag geschlossen worden, in den der Herr Graf nach dem eben erfolgten Tode seines Bruders hatte eintreten müssen, den er aber nicht erfüllen wollte.

Der „Halbjude“, auf Schlimmeres gefasst, war vergleichsbereit, so dass der Erbach-Erbach den Reichswirtschaftsminister eigentlich gar nicht hätte behelligen müssen. Indessen: „Trotzdem möchte ich nicht zahlen, wozu ich nicht mehr verpflichtet bin“, und das heißt im Klartext, wovon er sich durch die infame antijüdische Politik entbunden glaubte. Das Schreiben schließt mit einer kennzeichnenden Bitte: es möchte die Antwort, die als zustimmend vorausgesetzt ward, so abgefasst werden, „dass ich dieselbe unbeschadet dem Dr. Kunkel zeigen kann“ – vorgewiesen mit gräflich sauberen Fingern. Abgeneigt war der Adelsspross mithin einzig den hemdsärmelig-rabaukenhaften Methoden und Manieren der braunen „höheren Gewalt“. Und darin bestand in der Tat das gemeine Wesen adliger Abneigung, jedenfalls solange es mit der faschistischen Herrschaft bergauf und dem Endsieg noch entgegenzugehen schien.

Das sei ein Beispiel nur? Die Akten des faschistischen Reichsnährstandes überliefern für das Jahr 1939 den Andrang der – auch adligen – Bewerber, die die lukrativsten land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke an sich bringen wollten, die sich bis dahin im Besitz deutscher Juden befanden. Da fehlt weder der Name eines Herzogs noch der des Herrn Franz von Papen, vorletzter Reichskanzler der schon gebeutelten und auf den Tod gebrachten deutschen Republik.

Im deutschen Adel gab es, nicht erst als es „schiefging“, einige unwandelbare prinzipielle Gegner des Naziregimes. Dieser Minderheit und selbst jenen, von denen – auch sie Minderheit – gesagt werden konnte: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt“, hätte die Bodenreform im Osten Deutschlands Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. Wo sie das antinazistische Verdienst nicht gelten ließ, sondern ignorierte, *dort* hatte sie ihren politischen Sündenfall.

Die Weltbühne, 15. Januar 1991, Heft 4, S. 88-90.

Fortdauernde Pflicht zu nationaler Selbstkritik

Am Ende eines Colloquiums von deutschen und italienischen Geschichtswissenschaftlern, das dem zu früh verstorbenen Münchner Faschismusforscher Martin Broszat gewidmet war, wurde gefragt: Ändert sich mit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit nicht auch die Sicht der Deutschen auf die Jahre 1933 bis 1945? Habe nicht die Distanz zu den Ereignissen und Prozessen, die in den zweiten Weltkrieg und zu Kriegs- und Menschheitsverbrechen ohne Zahl führten, eine geschichtlich neue Dimension erhalten?

In der Tat. Im Zeichen der Wahlkämpfe 1990 ist auf die Deutschen im „Beitrittsgebiet“ eine Art Trommelfeuer niedergegangen, das ihnen gleichsam ein neues Geschichtsbewusstsein „einschießen“ sollte. Die These von den sechsundfünfzig Jahren Unrechtsstaat, die sie angeblich zu erleiden hatten, Nazidiktatur und SED-Regime, schmeichelt jenen eine Opferrolle an, die sich gegen nationale Selbstkritik als resistent erwiesen. Sie wollen bis heute nicht wahrhaben, dass die Mehrheit der Deutschen Instrument der faschistischen Herrschaft war, bevor auch sie in besonderer Weise Opfer wurde. Die Totalitarismus-Doktrin, von der Mehrheit auch der Historikerzunft in Deutschland-West seit langem abgetan, feiert fröhliche Urständ.

In diesem Moment mag ein Buch hochwillkommen und zugleich auch unzulänglich erscheinen, das sich mit den „Tätern neben Hitler“ befasst. Hochwillkommen: weil es ein Zeichen dafür setzt, dass Autoren und Verlage, der Plural drückt eine Hoffnung aus, im einstigen DDR-Gebiet bei der Verpflichtung bleiben, diesen Prozess nationaler Selbstkritik nicht nur fortzusetzen, sondern ihn unter neuen Bedingungen zu vertiefen. Unzulänglich: weil die „Tätermassen unter Hitler“ nicht ins Visier kommen oder nur am Rande erwähnt werden.

Das wird man Peter Przybylski jedoch nicht anlasten können. Sein Vorhaben richtete sich darauf, mit juristisch-historischen Argumenten jenen Bestrebungen entgegenzuwirken, die hinter der ins Überdimensionale aufgeblasenen Hitlergestalt schon die Verbrecher der „zweiten Reihe“ nur als Befehlsempfänger erscheinen lassen will.

Przybylski weiß Geschichte interessant zu schreiben. Dabei stülpt er sich nicht die Kappe des Historikers über. Deren Werke kennt er und deren Erkenntnisse stellt er vielfach lebendiger dar als mancher Zunftgenosse. Er blickt auf die Jahre der Naziherrschaft als Jurist und nimmt als Ankläger das Wort. Das zeigt allein schon die Anlage des Buches, das mit der juristischen Vorgeschichte des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses von 1945/46 beginnt und mit der Begründung und Würdigung der Urteile endet, sie aber auch einer differenzierten Kritik unterzieht.

Dabei diskutiert der Autor – was wenig überrascht – nicht nur die Freisprüche, mit denen Franz von Papen und Hjalmar Schacht davonkamen, nicht allein die Höhe des Strafmaßes, wo es ihm zu niedrig erscheint, sondern er erörtert mit aller Vorsicht auch, ob der Gerichtshof in dem gegen Julius Streicher gefällten Urteil den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit von Tat und Strafe wirklich beachtet hat. Das ist lesenswert, wird mit Sicherheit Einspruch hervorrufen, kann aber niemandem dienen, der das Tribunal als „Gericht der Sieger“ verunglimpfen will. Denn Przybylski fragt auch, wer von den Führern des Nazistaates noch auf die Anklagebank des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gehört hätte, aber von der Anklage ausgelassen wurde.

Am meisten beeindruckt das Buch dort, wo aus dem geschichtlichen Abstand eines fast vollendeten halben Jahrhunderts die Leistung ins Licht gesetzt wird, die nur wenige Monate nach dem Kriegsende von amerikanischen, sowjetischen, britischen und französischen Juristen vollbracht wurde. Schärfer beleuchtet hätte man sich die Rolle der Verteidiger gewünscht. Doch wird auch an dem wenigen, was Przybylski dazu schreibt, deutlich, dass schon vor diesem Gericht jene unverfrorene Haltung sichtbar wurde, die sich später – vor Gerichten der BRD – geltend machen konnte. Man denke auch daran, dass Robert Servatius, der in Nürnberg Fritz Sauckel und das Korps der Politischen Leiter verteidigte, 1961 in Jerusalem als Anwalt den Freispruch jenes Adolf Eichmann verlangte, der sich als der „kleine Oberstleutnant“ hinstellte, der nichts zu entscheiden hatte.

Der Band ist nicht für Historiker geschrieben. Doch die Herangehensweise des Juristen an die Geschichte des Faschismus wirft eine alte Frage neu auf. Muss das Vorgehen der Geschichtsschreiber, die von dieser Zeit handeln, nicht etwas vom Richter und Staatsanwalt an sich haben? Kann die Auseinandersetzung mit dem Regime ohne Beispiel auf die gleiche Weise geschehen, kann darüber in der gleichen Art geschrieben werden, wie über die Zeiten davor und danach? Das ist kein Plädoyer für eine, um einen Ausdruck Martin Broszats zu gebrauchen, „sprachliche Sonderbehandlung“ der faschistischen Herrschaft. Aber muss nicht Auschwitz, die Gipfelung aller Verbrechen, stets mitgedacht werden?

Peter Przybylski: Täter neben Hitler. Brandenburgisches Verlagshaus, Berlin 1990. 638 S., Leinen, 29,80 DM.

Neues Deutschland, Dienstag, 5. Februar 1991, S. 10.

Die Deutschen und der 22. Juni 1941

Als Saddam Hussein mit Adolf Hitler verglichen und als dessen „Wiedergänger“ charakterisiert wurde, zog man auch eine Parallele zwischen den Völkern beider Diktatoren. Sie hätten sich zu Gefolgschaften ihrer Henker formiert. Die Väter und Großväter der heute lebenden Deutschen, schrieb Hans Magnus Enzensberger, seien mit „Todesenergie“ aufgeladen gewesen, die sich in einem Volk ewiger Verlierer angesammelt habe. Sie hätten sich Hitler „als Schlächter und als Schlachtopfer zur Verfügung“ gestellt und marschieren wollen, bis eben alles in Scherben gefallen war. Einem „Todesrausch“ verfallen, neigten sie gar „zum kollektiven Selbstmord“. Ihre Verhaltensweise könnte – wie die anderer Völker – nur begriffen werden, wenn man sie als „anthropologische Tatsache“ verstünde.

Der Autor dieses Geschichtsbildes scheint keinerlei Zweifel zu hegen. Wie aber steht es um die überprüfbaren Fakten?

Als am Morgen des 22. Juni 1941 der Einfall der Wehrmacht in das sowjetische Gebiet bekanntgegeben wurde, angeblich zur Zerschlagung eines angriffsbereiten Feindes, dauerte der Mehrheit der Deutschen dieser Krieg bereits zu lange. Obendrein hatte Hitler ihnen im Neujahrsaufruf versprochen, 1941 werde die „Vollendung unseres großen Sieges“ erreicht werden. Das wurde als Bekräftigung wachsender Friedenshoffnungen aufgenommen, von Joseph Goebbels aber schon zurückhaltender als „verpflichtendes Wort“ interpretiert. Der Reichspropagandaminister war erleichtert, dass Hitler sich zweieinhalb Monate später am „Heldengedenktag“ nicht erneut öffentlich derart festlegte. Das sei, notierte er in seinem Tagebuch, „psychologisch besser“, und schloss daran eine Erörterung über die Nachteile leicht überprüfbarer Politiker-Aussagen.

Goebbels wusste, wovon er schrieb. Die Kriegslage komplizierte sich, obwohl größere Kampfhandlungen nirgendwo stattfanden. Am Ende des Winters 1940/41 war nach seinem Urteil die Versorgung – sogar der wichtigsten Berliner Betriebe – mit Kohle katastrophal. Mit gleicher Vokabel charakterisierte er die Lage auf dem Schuhmarkt. Auch „die Ernährung gibt zu Sorgen Veranlassung“. Das Warten auf kriegsentscheidende, das heißt kriegsbeendende Ereignisse machte die Menschen spürbar nervöser. In einem Situationsbericht, eine Woche vor dem Überfall auf die UdSSR angefertigt, hieß es, die Bevölkerung betrachte alle Nachrichten unter dem Gesichtspunkt, ob das Mitgeteilte „sich für die Dauer des Krieges verkürzend oder verlängernd auswirken könnte“. Am 4. Mai 1941 nämlich hatte Hitler die Fortdauer des Krieges auch noch für das folgende Jahr angekündigt.

Die Fortdauer des „uns aufgezwungenen Krieges“! Das war seit dem 1. September 1939 die gebräuchliche Propagandaformel. Auslandspropagandistisch berechnet, enthielt sie auch ein Eingeständnis der Unpopularität des Krieges und sollte im Innern helfen, Hitler als Politiker hinzustellen, der alle Streitfragen lieber friedlich gelöst hätte. Kriegserfolge dämpften alsbald den anfänglichen Kriegsschock. Sie führten bis zu seiner vollständigen Überwindung, als Frankreich 1940 kapitulierte. Als die siegreichen Wehrmachtstruppen durchs Brandenburger Tor einzogen, äußerte sich Massenhysterie. Genauere Analyse aber ließ erkennen, dass der Rausch über den Erfolg sich mit der Erwartung paarte, das Kriegsende sei nahe. Das „schnöde Albion“ werde auf sich allein gestellt nicht lange durchhalten. Einige vernichtende Schläge der U-Boot- und der Luftwaffe, und der letzte verbliebene Kriegsgegner müsste die weiße Fahne hissen ...

Als das nicht geschah, folgte Ernüchterung. Wie dieser Krieg zu Ende gehen könnte, vermochten sich schon Anfang 1941 immer weniger Deutsche vorzustellen. An der schmalen Landfront im Norden Afrikas, wo italienische Truppen Niederlagen erlitten hatten, war Großbritannien nicht zu besiegen. Im entscheidenden Punkt wurde die Lage der Nazipropaganda fatal. Davon zeugte auch Hitlers noch am 22. Juni 1941 abgegebene Erklärung, es sei die Bedrohung Deutschlands durch die UdSSR gewesen, die den Totalsieg im Westen verhindert habe. Das sollte besagen: sei die Sowjetunion geschlagen, werde sich Churchill oder sein Nachfolger kapitulationswillig zeigen.

Diese Argumentation gefiel der Mehrheit der Deutschen wenig. Sie schockierte die Nachricht vom Krieg gegen die UdSSR ungleich stärker als jene vom Überfall auf Polen. Anders als die Propagan-

da glauben machen wollte, erkannten viele für einen Augenblick richtig, dass der Friede nun weiter entrückt war. Mehr noch jedoch beunruhigte die Tatsache des Zweifrontenkrieges. Manche erinnerten sich der Bilder, die sie in ihren Schulbüchern gesehen hatten: die Grenadiere Napoleons im Schnee und Eis des russischen Winters, darunter die Zeile: „Mit Mann und Ross und Wagen hat sie der Herr geschlagen."

Alle diese Stimmungen erfassten die Beobachter des Sicherheitsdienstes in den „Meldungen aus dem Reich", die nur ausgesuchten Führern des Nazistaates zugänglich gemacht wurden. Da war keine Rede von „Todesenergie". Wer seinen Ehemann, Sohn oder Vater in Frankreich oder Dänemark als Besatzungssoldat wusste, wünschte ihm und sich, dass er dort bleiben könnte. Jedoch wandelte sich die gedämpft-gedrückte Stimmung des 22. Junitages unter dem Eindruck sich jagender Erfolgsmeldungen erneut. Als Hitler Anfang Oktober 1941 verkündete, der Feind sei geschlagen, waren die Besorgnisse für kurze Zeit vergessen. Es verbreitete sich die Vorstellung, vor den eigenen Truppen befänden sich nur noch Reste der gegnerischen Streitmacht, die sich wie Hasen einfangen ließen.

Dann folgte ungläubige Verwunderung. Die Wehrmachtsberichte deckten sich nicht mit Hitlers Ankündigung. Dennoch: Befürchtungen, der Krieg im Osten werde 1941 nicht enden, konkurrierten mit vagen Hoffnungen, dass mit Moskaus Einkreisung dieser unerwartete Feldzug doch abgeschlossen werden könnte. Schließlich die Kunde vom tatsächlichen Zustand der Fronttruppen: von der wachsenden Zahl der Toten und Verwundeten, der kranken und von Erfrierungen geplagten Soldaten. Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, sprach intern von einer „nervenangreifenden Zeit". Den Deutschen begann zu dämmern, in was für einen Krieg sie sich hatten stürzen lassen. Goebbels' dramatischer Appell zur Sammlung von Winterbekleidung für die froststarren Soldaten an der Ostfront setzte aufgestaute Energien frei und bewirkte für eine kurze Weile auch eine erneute Selbstbetäubung.

Eine einfache Formel erfasst das Verhältnis der Mehrheit der Deutschen zu diesem Krieg nicht. Die Struktur der Motive, die Millionen der Führungsgruppe um Hitler folgen ließen, wechselte zwischen 1939 und 1945 mehrfach. Ihre weitere Untersuchung ist keineswegs von rein akademischem Interesse. Durch exakte Analyse des historischen Geschehens bleibt aufzuklären, wie Menschen dazu gebracht werden, ihrem Selbsterhaltungstrieb zuwiderzuhandeln und dabei auch noch zu glauben, sie würden sich nützen. Historiker und Anthropologen, Psychologen und Schriftsteller, Soziologen, Theologen usw. könnten ihre zumeist gesondert gewonnenen und separat formulierten Erkenntnisse darüber zusammentun, vergleichen, kritisieren. Leider aber lassen die derzeit eingehenden Einladungen und Programme zu wissenschaftlichen Veranstaltungen, die der Besinnung auf jenen 22. Juni 1941 dienen sollen, davon wieder wenig erkennen.

Die Weltbühne, 14. Mai 1991, Heft 21, S. 612-614.

Marschälle sterben anders als ihre Soldaten ...

Je näher der Kalender auf diesen 22. Juni 1991 vorrückt, umso zahlreicher dürften Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, Sendungen im Rundfunk und Fernsehen dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion gewidmet sein. Die Rede wird kommen auf die lange Beziehungsgeschichte der Deutschen und der „Russen“, auf die Teilbarkeit und die Unteilbarkeit ihrer Geschicke, auf Annäherung und Entfremdung, auf Freundschaft und eben auf jenes antibolschewistisch geprägte Feindbild, mit dem Millionen Deutsche auf „Führerbefehl“ vor einem halben Jahrhundert ostwärts stürmten. Ohne Sehergabe lässt sich schon jetzt sagen: Es wird auch – wieder – geschrieben und gesprochen werden vom „gemeinsamen Schicksal der Deutschen in verhängnisvoller Vergangenheit, das sich nicht wiederholen dürfe“. So uneingeschränkt sich dieser Schlussfolgerung zustimmen lässt, hinter die These von der Gemeinsamkeit verflossener Geschichte gehört mehr als nur ein Fragezeichen. War das Schicksal der Deutschen nach jenem 22. Juni 1941 wirklich ein gemeinsames? War der Krieg tatsächlich der große soziale Gleichmacher? Ich will mal konkret fragen: Starben die Marschälle nicht anders als ihre Soldaten?

Als das deutsche Landheer im Frühjahr 1941 vor den Grenzen der UdSSR aufmarschierte, zählte es mehr als drei Millionen Soldaten. Es wurde in drei Heeresgruppen gegliedert: die im Norden angesetzte Gruppe sollte durch das Baltikum nach Leningrad vorstoßen, die in der Mitte antretende über Minsk und Smolensk in Richtung Moskau, die im Süden in Richtung Kiew und Winniza. In vier Monaten – Propagandaminister Joseph Goebbels spekulierte sogar mit nur zwei – sollte die UdSSR zerschlagen, die Linie Wolga-Archangelsk erreicht sein.

An die Spitze der drei Heeresgruppen setzte Hitler Militärs, die sich in den vorangegangenen Feldzügen bewährt und nach dem überraschend schnellen Sieg über Frankreich die Marschallstäbe erhalten hatten. Im Norden befehligte Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, in der Mitte Fedor von Bock und im Süden Gerd von Rundstedt – drei Männer mit Adelstiteln, die allerdings von etwas unterschiedlichem Wert waren. Das meiste Gewicht besaß der altmärkische Adel des von Rundstedt, das geringste der des Ritters von Leeb, der erst 1915 für seine Verdienste an der Ostfront während des ersten Weltkrieges geadelt worden war. Zwei der drei Oberbefehlshaber waren übrigens Preußen, der dritte im Bunde – der spätgeadelte – ein Bayer. Alle drei hatten, wie der Volksmund sagt, die besten Mannesjahre 1941 schon hinter sich, die 60 überschritten. Das sei hier nur erwähnt, um deutlich zu machen, welche Lebensperspektive die drei Marschälle an jenem 22. Juni 1941 noch erwarteten im Gegensatz zu ihren oftmals noch blutjungen Soldaten.

Mit Sicherheit gehörten die drei Generalfeldmarschälle zu den damals bestausgebildeten Heerführern. Sie hatten ihren Dienst in der kaiserlichen Armee begonnen, wechselten dann in die republikanische Armee über und bauten schließlich die faschistische Wehrmacht an maßgeblichsten Stellen auf. Zwanzig Jahre hatten sie sich auf ihre Wiederverwendung im Krieg vorbereitet.

Und dennoch: Keiner der drei Feldmarschälle vermochte 1941 mit seiner Heeresgruppe die vorgegebene Ziellinie zu erreichen. Von Rundstedt, der Befehlshaber der Heeresgruppe Süd, die anfänglich gegenüber dem gedachten Zeitplan am weitesten zurückgeblieben war und im Herbst schwere Rückschläge erlitt, ersuchte daher schon im November 1941 um seine Ablösung. Er wurde in die Reserve versetzt. Wenig später, am 16. Januar 1942 – die Soldaten der Heeresgruppe im Norden waren durch die Kämpfe, die sie bis an die Stadtgrenze von Leningrad ausgefochten hatten, ebenso erschöpft wie von Erfrierungen geplagt – erhielt Ritter von Leeb „auf eigenen Wunsch“ seinen Abschied. Fedor von Bock löste man Mitte 1942 vom „ungemütlichen“ Platz an der Ostfront ab, stellte ihn außer Dienst.

Von Bock konnte sich nach Oberbayern zurückziehen, von Leeb lebte nicht weit davon in Hohenschwangau bei Füssen, einer schönen, vor allem sichereren Gegend als es die Ostfront des Jahres 1942 war. Nur von Rundstedt wurde nach kurzer Erholungspause reaktiviert und als Oberbefehlshaber an die Westfront beordert. Kurz vor Kriegsende erhielt er seinen endgültigen Abschied.

Sie hätten alle drei den 8. Mai 1945 erleben können, wäre nicht einer von ihnen auf die Nachricht von Hitlers Tod hin auf den Gedanken gekommen, sich der Regierung von dessen Nachfolger im Norden Deutschlands zur Verfügung zu stellen. Fedor von Bock kam bei einem Angriff britischer Tiefflieger um. Trotzdem hat auch er – wie die anderen beiden – die Mehrheit seiner Soldaten, die er 1941 gen Osten anführte, überlebt.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Juni 1991, S. 13.

Nach dem Massaker gingen sie zu ihren Familien ...

Sommer 1941: Im litauischen Garsden begannen SS, Gestapo und Polizei mit der „Endlösung der Judenfrage“

Am Abend des 22. Juni 1941 traf SS-Brigadeführer Walter Stahlecker in der Dienststelle der Staatspolizei im ostpreußischen Tilsit ein. Bei Anbruch des Tages war die deutsche Wehrmacht in die Sowjetunion eingefallen. Die Heeresgruppe A drang nord- und ostwärts in das Baltikum ein. Stahlecker überbrachte dem Leiter der Stapostelle, dem Regierungsrat und SS-Sturmbannführer Hans Joachim Böhme, und zwei weiteren alsbald hinzugezogenen örtlichen Führern der SS bzw. des Sicherheitsdienstes den Befehl, aus eigenen Kräften eine Formation zu bilden, die in einem ca. 25 km breiten Grenzstreifen auf dem von der Wehrmacht bereits eroberten Gebiet Litauens operieren sollte. Ihr Auftrag: die dort „greifbaren Juden“ und mit ihnen alle des Kommunismus verdächtigen Litauer zu erschießen.

Böhme, so sagte er später aus, will sich die Richtigkeit diesen „Führer-Befehls“, auf den Stahlecker sich berufen hatte, in Berlin noch ausdrücklich bestätigen lassen haben. Dann ging er ans Werk. Er unterrichtete einige Offiziersdienstgrade unumwunden, diese wiederum eröffneten ihren Untergebenen, sie würden zur Exekution von Personen eingesetzt, die Soldaten der Wehrmacht aus dem Hinterhalt erschossen oder zumindest angegriffen hätten. So instruiert, übten bereits am Nachmittag des 23. Juni im Hof eines Polizei-Reviers in Memel ca. 20 Angehörige der Schutzpolizei, Männer, die zu der sogenannten Polizei-Reserve gehörten und keine Berufspolizisten waren, unter dem Kommando eines Offiziers, wie sie sich in einem Erschießungs-Peleton zu verhalten hätten. Inzwischen wurden im grenznahen litauischen Ort Garsden die Opfer aufgespürt und gefangengesetzt.

Am späten Vormittag des 24. Juni brachten dann zwei Transporte die Mörder nach Garsden. In dem einen, der mehrere Personenkraftwagen umfasste, befanden sich die Beamten der Tilsiter Staatspolizeidienststelle, verstärkt durch dortige Mitglieder des Sicherheitsdienstes – insgesamt etwa anderthalb Dutzend SS-Leute, die mit Karabinern und Maschinenpistolen bewaffnet waren. Der andere bestand aus einem Lastkraftwagen, auf dem die ca. 20 stahlbehelmten und karabinerbewaffneten Schutzpolizisten aus Memel aufgesessen waren. In Garsden trafen sie auf den Polizeidirektor von Memel, Bernhard Fischer-Schweder, auf den Kreisleiter der NSDAP von Memel sowie auf Polizisten aus den nahegelegenen Grenzpolizeistationen.

Während die Offiziere die Rollen verteilten, überzeugte Fischer-Schweder den Gestapo-Chef davon, dass seine Polizisten nicht, wie vorgesehen, nur die Absperrung des Tatorts sichern, sondern auch die Erschießungen übernehmen sollten. Die Gefangenen beschäftigte man derweil teils damit, bei den Grenzkämpfen gefallene Rotarmisten zu beerdigen, teils einen Graben zu verbreitern und zu vertiefen, der zwei Tage zuvor den Überfallenen noch als Verteidigungsstellung gedient hatte. Nun war er zum Massengrab bestimmt.

Den Schutzpolizisten, die die Gefangenen bewachten, musste bald klar werden, dass sie nicht eine Gruppe von „Heckenschützen“ zu exekutieren hatten, sondern in der Hauptsache Juden. Unter den Bewachten befanden sich zahlreiche junge Menschen, darunter ein Bursche von etwa zwölf Jahren, und auch Greise. An Kleidung, Haartracht und auch an den Gebeten, die manche der Opfer sprachen, waren die Juden unverwechselbar auszumachen. Unter ihnen befand sich auch ein Rabbiner. Einige der Schutzpolizisten erkannten sogar Bekannte wieder, mit denen sie bis zum März 1939 in Memel gewohnt hatten, die dann aber ins Litauische geflohen waren.

Als alle Absprachen und Vorbereitungen getroffen waren, begann das Massaker. Die erste Gruppe der Gefangenen wurde von den Gestapo- und SD-Leuten an den Rand des Grabens getrieben, dann knallten 20 Schüsse. Die nächsten Gruppen, jeweils zehn Personen, mussten jene Ermordeten, die nicht in das Massengrab gestürzt waren, in den Graben hinabstoßen. Dann kamen sie selbst an die Reihe, die einen knieend, die anderen stehend, Mörder und Opfer einen Moment lang von Angesicht zu Angesicht. Einer der Juden, der Seifenfabrikant Feinstein, rief einem grünuniformierten „Bekannten“ und früheren Nachbarn zu: „Gustav, schieß gut!“

Die SS-, SD- und Polizeileute töteten an diesem Tag 201 Menschen. Es wurde sogar ein Foto von den Tätern gemacht, das aber nicht überliefert ist. Die Gestapo-Beamten verteilten Schnaps. Dann fuhren alle an ihre Standorte zurück. Die nicht kaserniert waren, gingen zu ihren Familien.

An jenem 24. Juni, dem dritten Tag der Aggression gegen die UdSSR, mag den Mördern noch nicht bewusst gewesen sein, dass sie mit ihren Schüssen das begonnen hatten, was im faschistischen Sprachgebrauch die „Endlösung der Judenfrage“ genannt wurde. Tatsächlich gaben die Schüsse bei Garsden den Auftakt für den systematischen, im Folgenden unablässig perfektionierten Mord an den Juden Europas, die in den faschistischen Machtbereich gefallen waren.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. Juli 1991, S. 13.

Systemzeit hieß der pejorative Begriff

Nachdem die Republik von Weimar dem Würgegriff des Faschismus erlegen war, folgten zwölf Jahre, in denen Kübel von Lügen über dieses deutsche Staatswesen ausgeschüttet werden durften. „Systemzeit“ – hieß der pejorative Begriff dafür. Er wurde aufgefüllt mit Abwertungen wie Korruption, Misswirtschaft, Vaterlandsverrat, Marxisten- und Judenherrschaft.

Im deutschen Exil konnte und musste zum Zwecke der Selbstverständigung und antinazistischer Gegenstrategie über die Republik neu nachgedacht werden. Wie weit Standpunkte und Urteile auch voneinander abwichen, die Sicht auf Weimar war bestimmt vom Ende dieses Staatswesens und vom Ausbleiben aller Gegenwehr derer, die ein Interesse an seiner Fortexistenz besaßen.

Dieses Herangehen bestimmte die Diskussion der Nazigegner auch noch lange nach 1945. Gesucht wurden die Konstruktionsmängel der Republik, die Abweichungen der Wirklichkeit von der Verfassung. Gestritten wurde über die vertane Chance der Revolution, aus welcher jener Staat hervorging, teils als ihr Resultat, teils als Antwort der Gegenrevolution.

Weder im Hinblick auf die Geburts- noch auf die Todesstunde ist die Streitmasse aufgebraucht. Allerdings scheint die platte Apologie auf die sozialdemokratische Politik 1918/19 ebenso erledigt wie diejenige, die sich auf die Strategie und Taktik der Kommunisten in den Jahren zwischen 1930 und 1932 richtete. Freilich: Wer die parlamentarische Herrschaftsform des Kapitals als die in ihren Werten unüberbietbare Organisationsform staatlichen Lebens ansieht, wird weiter anders in diese Republik zurückblicken als jene, die auch an ihr die Unfähigkeit wahrnehmen, Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Jenaer Historiker, als Kenner der Zeit vor allein durch ihr „Lexikon zur Parteiengeschichte“ (4 Bände, 1983-1986) ausgewiesen, geben in vier Kapiteln einen Überblick über die Geschichte der Republik. Sie wählten sich dafür einen speziellen Blickwinkel, der das „beziehungsreiche Mit-, Neben- und Gegeneinander der verschiedensten Institutionen und Organisationen“ staatlicher und nichtstaatlicher Herrschaft umfasst.

Die Autoren gehen davon aus, dass diese Republik selbst ein Ausdruck fortschrittlicher Entwicklungen war, machen aber deutlich, wie klassenbedingt und aufgefächert das Verständnis von Fortschritt war. In Kapitalkreisen erwuchs es wesentlich aus der Erfahrung, dass traditionelle Formen eigener Interessenverfechtung verbraucht waren und sich durch flexiblere ersetzen ließen.

Das Manuskript wurde abgeschlossen, als die DDR noch nicht Geschichte war. Es widerlegt nun auf eigene Weise jene üblen Nachreden, mit denen historiographische Arbeit in der DDR billig auf Politikverlängerung herabgestuft werden soll. Zugleich zeigt der eindrucksvoll illustrierte Band, dass die Verfasser neu ins Nachdenken gekommen sind.

Da erscheint allerdings ein Schlussgedanke, der 1932 nur noch die „Reste der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie“ existieren lässt, wie ein alter Zopf. Denn die zweifelsfrei weit vorangekommene Amputation und Selbstamputation von Einfluss und Tätigkeit der parlamentarischen Körperschaften, namentlich des Reichstages, sollte nicht dem bürgerlichen Demokratismus gleichgesetzt werden, der nun in der Tat ein umfassenderes System darstellt.

Manfred Weißbecker u. a.: Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik. Rudolf Haufe Verlag, Berlin 1990. 200 S., Abb., Schemata, Glanzpappe, 48,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 12. Juli 1991, S. 14.

Fakten wider die Phrase vom „gemeinsamen Kriegselend“

In der schon zu DDR-Zeiten bekanntgewordenen Publikationsreihe ist der Dokumenten-Band erschienen, der ihren Abschluss bilden sollte. Es war beabsichtigt, jeweils zum Zeitpunkt, da sich die faschistischen Überfälle auf europäische Staaten zum 50. Mal jährten, Sammlungen von Schlüssel- und anderen charakteristischen Dokumenten vorzulegen, die ein umfassendes Bild davon zu geben vermögen, was das war „Europa unterm Hakenkreuz“, das seit der Liquidierung Österreichs und der Tschechoslowakei 1938/39 schrittweise Wirklichkeit wurde und mit dem Vordringen der deutschen Wehrmacht bis in den Kaukasus und an die Wolga seine geographisch-politisch weiteste Ausdehnung fand. Zwei Bände fehlen noch in der Reihe, der eine soll die Besetzung Dänemarks und Norwegens dokumentieren, der andere die Besetzung Jugoslawiens und Griechenlands. Die editorischen Arbeiten sind, wie zu erfahren war, weit vorangekommen. Nun scheint sich auch eine verlegerische Lösung anzubahnen, die als Folge der Verlagskrise in den neuen Bundesländern neu gefunden werden musste.

Der UdSSR-Band ist der voluminöseste der Reihe geworden, dem Platz entsprechend, den die Ost-Eroberungen in den Plänen der faschistischen Machthaber besetzten. Das Baltikum germanisiert, die weitesten Teile der Sowjetunion in deutsche „Reichskommissariate“ (mit den Namen Ostland, Ukraine, Kaukasus und Moskowien) verwandelt, deutsche Militärkolonien auf der Krim, an der Wolga und anderswo, ein paar Brocken vom Tisch des Herrn für die finnischen, rumänischen und ungarischen Verbündeten – so sahen die noch nicht endgültig festgeronnenen Vorstellungen der Faschistenführer in Berlin über die Zukunft des europäischen Teils der UdSSR aus.

Zudem: die dortige Bevölkerung durch aktiven Massenmord, Hunger, Vertreibung in unergiebige Landstriche dezimiert, die Verbleibenden auf Stufen eines Helotentums herabgepresst, das sich an den reaktionärsten Vorbildern aller bisherigen Klassengesellschaften orientierte, das Gebiet zeitweilig „aufgefüllt“ mit verdrängten Bewohnern aus dem einstigen Polen und dem Westen der liquidierten Tschechoslowakei. Das alles waren nicht nur Visionen wahnwitziger Rassisten, sondern Leitlinien ihrer Politik, begonnen mit dem Tage des Eindringens der Wehrmacht in das sowjetische Territorium.

Was sich auch hier als „Neuordnung“ deklarierte, schuf in Wahrheit Chaos. Es breitete sich umso rascher aus, weil rigoroseste Ausbeutung und Ausplünderung des Gebiets den Eroberern augenblicklichen Vorteil im Krieg gegen Großbritannien und die immer deutlicher an dessen Seite tretenden USA einbringen sollte. Endzielvorstellungen und Nahpläne vermischten sich so und gebaren eine Okkupationspolitik, die an Schrecknissen und Leiden alles übertraf, was in Feindeshand geratene Menschen je zu erdulden hatten.

Wer den dokumentarischen Zeugnissen der Blutspur folgt, die SS, Polizei, Wehrmacht und zivile Besatzungsorgane vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete bis zu den Wirtschaftsinspektionen und den Beauftragten der Konzerne in den Ostgesellschaften gezogen haben, wird“– so wenig er das individuelle Leid im Kriege prinzipiell unterscheiden will – die zu neuer Konjunktur gelangte Phrase vom „gemeinsamen Kriegselend“ als Lüge erkennen, hinter der sich nicht selten die Absicht der Aufrechnung nur dürftig verbirgt.

1945 besaß hingegen eine nicht so kleine Zahl von Deutschen, eine durchaus realistische Vorstellung davon, was ihnen widerfahren müsste, wenn der Grundsatz des Auge-um-Auge, Zahn-um-Zahn praktiziert würde. Sie waren erleichtert, als das nicht geschah. Diese Befindlichkeit ist nicht nur mit den meisten der Zeitzeugen dahingestorben. Auch die rechten Wahlkampfparolen des Jahres 1990, die das Bedürfnis nach Geschichtsverdrängung und Selbstmitleid bedienten, trübten manche frühere Einsicht.

So kommt der Band nicht nur zu einem Jahrestag, sondern in einer von seinen Gestaltern womöglich unerwarteten Weise zur rechten Zeit. Norbert Müller, dem das über Jahrzehnte gewonnene Verdienst zukommt, anhand akribischer Studien das Okkupationssystem in der UdSSR rekonstruiert (und dabei auch die Legende vom unbefleckten Schild der Wehrmacht als solche bloßgestellt) zu haben,

setzte den 270 Dokumenten – das früheste stammt vom 13. März 1941, das späteste trägt das Datum des 28. November 1944 – eine eher nüchtern wirkende analytische Einleitung voran. In ihr werden die Schritte der Eroberung von der Planung über die Perioden der Blitzkriegserwartungen, der Einsicht in eine längere Kriegsdauer, der Tatsache des Rückzuges und der Flucht bis zur Praxis der verbrannten Erde beschrieben.

Was diesem Text fehlt, ist die historiographische Dimension. Das mag dem Bedürfnis nach Kürze geschuldet sein, weist aber auf einen offenkundig nicht einfach zu behebenden Mangel der Geschichtsschreibung aus DDR-Zeiten hin. Wie das heutige Niveau unseres Wissens zustande kam, über welche Hindernisse es erreicht wurde, welche Lücken es aufweist, welche weiteren Schritte Forschung und Edition zu gehen hätten, das scheint nicht einmal am Rande auf. Dass die DDR-Geschichtswissenschaft, auch auf Feldern, wo sie es war, den Lesern nicht als lebendige Wissenschaft erschien, das haben wir Historiker auf eben diese hier noch anzutreffende Weise vor allem selbst verschuldet.

Dem Herausgeber-Kollegium der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ standen als seine beiden Leiter Ludwig Nestler und Wolfgang Schumann vor. Der letzte hat das Erscheinen dieses Bandes nicht mehr erlebt, er starb im Frühjahr dieses Jahres. Ein dem gleichen historischen Gegenstand verpflichteter Niederländer, Louis de Jong, erwarb sich in seinem Lande den inoffiziellen Titel „Mister Zweiter Weltkrieg“. Hätte es in der DDR eine ähnliche Hervorhebung eines über Jahrzehnte angehäuften Verdienstes gegeben – Schumann wäre sie zugekommen.

Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von Norbert Müller (Mitarbeit von Uwe Label und Ulrich Freye). Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1991. 660 S., 92 Abb., geb., 178,00 DM.

Neues Deutschland, 9.-14. Oktober 1991, S. 6.

NS-Prozesse in der DDR

Die Jahrzehnte, in denen zwei deutsche Staaten existierten, waren auch durch eine permanente geistige – das will nicht heißen auch geistvolle – Auseinandersetzung gekennzeichnet, bei der Politiker und Publizisten, aber auch Wissenschaftler und Künstler jeweils in den ersten Reihen standen. Kaum ein Feld oder Thema, kaum eine Aussage oder Frage von Gewicht blieben von dieser Grundsituation unbeeinflusst. Zu den Gegenständen, die in besonderem Maße Konfrontationen hervorriefen, gehörte auch der Umgang mit der deutschen Vergangenheit im Ganzen und insbesondere mit dem Jahrzwölft zwischen 1933 und 1945.[1] Die DDR wurde von ihren Gründern und Parteigängern als derjenige deutsche Staat legitimiert, der mit allen reaktionären und namentlich mit den faschistischen Traditionen deutscher Geschichte gebrochen habe. Auf der anderen Seite wurde dieser Anspruch bestritten, mindestens kritisch in Frage gestellt.

Das Ende der DDR und die Entstehung eines deutschen Staates haben eine neue politische Situation geschaffen, von der angenommen werden kann, dass sie der auf die Zukunft gerichteten kritischen Erörterung des Verhältnisses der Deutschen zu ihrer Vergangenheit ein besseres Klima verschaffen und der hochgradigen Politisierung und zweckvollen Instrumentalisierung der Herangehensweisen ein Ende setzen wird. Diese Annahme scheint indessen erst auf längere Sicht gerechtfertigt. Momentan ist der Umgang mit der DDR-Geschichte weitgehend von dem politischen Interesse geprägt, den Anschluss zu vollenden. Dem kommt die Grundtatsache entgegen, dass ihre Geschichte nicht nach dem Prinzip „gut oder schlecht“ oder irgendeinem verwandten Grundsatz sortiert und beurteilt werden kann. Subtilere Differenzierung ist geboten, aber derzeit noch kaum gefragt. Wer sie anrät, kommt rasch in den Ruf des Nostalgikers, wenn ihm nicht überhaupt die Fähigkeit abgesprochen wird, mit Geschichte und eigener Vergangenheit kritisch und seine Person einbeziehend umgehen zu können.

Nichtsdestoweniger: Im Osten Deutschlands kommt die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR schleppend in Gang. An ihr nimmt, und das dürfte auch auf längere Sicht gelten, eine Minderheit jener teil, die – wie ich – diese Geschichte mitgestalteten und für sie Verantwortung tragen. Unter den großen Themen, die zu erörtern, und nicht nur zu erörtern, sondern in wissenschaftlicher Arbeit aufzuklären sind, besetzt die Frage nach einem objektiven, von aller Selbstbestätigung und Selbstbeweihräucherung freien Bild über die Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit einen besonderen Platz.

Die Resultate dieses Prozesses waren schon vor dem Pogrom in Hoyerswerda in Frage gestellt. Zweifel an der Wirksamkeit und Reichweite antifaschistischer Erziehung wurden bereits in den letzten Jahren der DDR-Existenz laut und auch laut geäußert, wenn auch die Stimmen nicht weit drangen. Nun gilt manchem die totale Erfolglosigkeit vergangener Bemühungen als erwiesen. Die These vom lediglich „verordneten“ (aber nicht angenommen) Antifaschismus scheint erhärtet. Der Kampfbegriff, der in die Zeit der geschichtlichen Konfrontation der beiden deutschen Staaten zurückverweist, hat eigentlich erst Konjunktur.

Die wenig spektakuläre – und daher übrigens in den Medien auch leicht zu marginalisierende oder totzuschweigende – Auseinandersetzung darüber, wie während der DDR-Jahrzehnte mit der Nazizeit umgegangen wurde, betrifft auch die juristische Auseinandersetzung, und da namentlich die sogenannten NS-Prozesse. Historiker haben begonnen, bisher geheim gehaltene Dokumente, die sich auf diese Prozesse beziehen, zu analysieren und Teilergebnisse ihrer Forschungen in Zeitungen und Zeitschriften zu publizieren. Wie sich die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber seit 1989/90 insgesamt auf Gegenstände und Themen gerichtet hat, die zur Hinterlassenschaft der „weißen Flecken“ – das Wort verträgt die Goldwaage nicht – gezählt wurden, so auch in diesem Falle. Die sogenannten Waldheim-Prozesse des Jahres 1950 gerieten folgerichtig ins Zentrum des Interes-

---

[1] Der Autor dieses Betrags hat zu diesem Thema publiziert: Faschismus- und Antifaschismus-Forschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick, in: Mitteilungen des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 3, Leipzig 1991, S. 3 ff.

ses. Das war und ist verständlich und – mehr noch – notwendig, denn den seinerzeit zu Unrecht Verurteilten soll und muss Gerechtigkeit widerfahren und – soweit dies überhaupt möglich ist – Wiedergutmachung geleistet werden. Zugleich aber verlangen diese Prozesse die ihnen jetzt zugewandte Aufmerksamkeit auch und vor allem deshalb, weil sie offenkundig einen Markstein in einer Entwicklung darstellen, die als „Stalinisierung der DDR-Justiz“ bezeichnet worden ist, einer Entwicklung, die freilich nicht erst mit diesen Prozessen beginnt. Aus diesen und weiteren Gründen hat die Zeitschrift „Neue Justiz“ in mehreren Ausgaben des Jahrgangs 1991 mit der politischen und juristischen Qualifizierung dieser Waldheim-Prozesse begonnen, Historiker und Juristen mit ihren partiell kontroversen Ansichten zu Worte kommen lassen und am 9. Oktober 1991 in der Humboldt-Universität eine öffentliche Debatte veranstaltet.[2] Davon wird hier noch berichtet werden.

Die jetzt zu beobachtende Hinwendung zu jenen Gegenständen, Tatsachen, Strukturen und Entwicklungen, über die zu DDR-Zeiten geschwiegen wurde oder geschwiegen werden musste, bringt – das muss mitbedacht werden – ihrerseits neue Ausblendungen hervor und begünstigt zumindest einseitige Urteile. Das ist unvermeidlich und muss ausgehalten werden, anders ist – ein großes Wort – die Wahrheit nicht zu gewinnen.

Für die Energie und Konsequenz, mit der im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone diejenigen Personen aufgespürt und vor Gericht gestellt wurden, die begangener Nazi- und Kriegsverbrechen im Sinne der von den Alliierten gesetzten Normen verdächtig waren und überführt wurden, war die Haltung der sich formierenden politischen Kräfte wichtig. Schon in ihrem ersten am 11. Juni 1945 publizierten Aufruf, der übrigens ein deutliches Bekenntnis zu eigener Schuld am Aufkommen und Sieg des Nazismus in Deutschland enthielt, forderte die Kommunistische Partei Deutschlands: „Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banditen. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben.“[3] Diese Forderungen standen an erster Stelle des vorgelegten 10-Punkte-Aktionsprogramms. Auch als im April 1946 in Berlin auf dem Gründungsparteitag der SED die Grundsätze und Ziele der Partei beschlossen wurden, begannen die Gegenwartsforderungen unter Punkt 1 mit der „Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher.“[4]

Die Strafverfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher bildete zwischen den drei Parteien der Sowjetischen Besatzungszone – das Verhältnis der CDU und der LDPD zur SED verdiente noch keineswegs die später zutreffende Charakterisierung der „Blockflöten“ – keinen Streitpunkt. So kam im Block der antifaschistischen Parteien bereits am 30. Oktober 1945 ein Beschluss zustande, in dem es hieß: „Die deutschen Gerichte haben über Straftaten, die von Deutschen aus nazistischer Gesinnung heraus begangen worden sind (Naziverbrechen) und die nicht von den Gerichten der Verein-

---

2 Die Auseinandersetzung über die Waldheim-Prozesse kam in Gang, nachdem Günther Wieland auf sie in einem Artikel „Ahndung von NS-Verbrechen in Ostdeutschland 1945-1990“ eingegangen war, der Widerspruch hervorrief. (Neue Justiz, Zeitschrift für Rechtsetzung Rechtsanwendung – weiterhin zitiert als NJ – 1991, 5. 49 ff.) Zuvor waren in der Tagespresse Publikationen zum gleichen Thema erschienen, u. a.: W. Eisert, Licht bringen in die Waldheim-Prozesse, in: Märkische Volksstimme (Brandenburg), Ausgabe vom 13. Juni 1960; S. Pohl, Auferstehung in Waldheim, in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe vom 30./31. März 1991; Wilfriede Otto, 142 Fälle pro Tag, in sechs Wochen war alles vorbei, in: Neues Deutschland, Ausgabe vom 4/5. Mai 1991. Zu Wielands Artikel äußerten sich Karl Wilhelm Fricke, Das justitielle Unrecht der Waldheimer Prozesse, in: NJ, 1991, 5. 209 f.; Rudi Beckert, Halbe Wahrheiten über Waldheimer Prozesse, NJ, 1991, 5. 301 f.; Wilfriede Otto, Die „Waldheimer Prozesse“ – altes Erbe und neue Sichten, NJ, 1991, S. 355 ff. Der zuletzt genannte Artikel gibt einen Überblick über den Forschungsstand der Historiker.

3 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1965, S. 196/197.

4 Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Ebenda ,S. 203.

ten Nationen abgeurteilt werden, in eigener Zuständigkeit entschieden.“ Im Weiteren richteten die Vertreter der Parteien an die „zuständigen deutschen Strafverfolgungsbehörden“ die Erwartung, dass sie alle in der gekennzeichneten Richtung „erforderlichen Maßnahmen sofort und mit äußerster Energie in die Wege leiten“ werden.[5]

Als dieser Beschluss gefasst wurde, hatte das erste Strafverfahren dieser Kategorie bereits stattgefunden. Vor einem Gerichtshof in Dresden waren fünf Personen angeklagt und von ihm verurteilt worden, die als Angehörige der Gestapo und anderer Polizeiorgane sich in einem sogenannten Arbeitserziehungslager in Radeberg bei Dresden an polnischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen und italienischen Gefangenen verbrecherisch vergangen hatten.[6]

Eine 1979 publizierte Statistik weist für die Sowjetische Besatzungszone im Jahr 1945 insgesamt sechs Strafurteile aus: zweimal wurde die Todesstrafe ausgesprochen, ein Urteil lautete auf lebenslänglich, zwei Täter erhielten Haftstrafen zwischen drei und zehn Jahren, einer wurde zu einer Zeitstrafe unter drei Jahren verurteilt. Aus diesen wenigen Angaben ist doch zu entnehmen, dass die deutschen Richter und Schöffen nicht anders als Gerichtshöfe der Alliierten um differenzierende Beurteilungen und Urteile bemüht waren.

In den folgenden Jahren während der Existenz der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR bildete die strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern einen wesentlichen Teil der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Sie richtete sich von Anfang an auch gegen die sogenannten Schreibtischtäter. Im Juni/Juli 1947 verhandelte beispielsweise das Schwurgericht beim Landgericht Dresden gegen eine Gruppe von Angeklagten, die an den Morden der Aktion „T4“ beteiligt waren. Hauptangeklagter war der Professor für Psychiatrie Paul Nitsche, der an dem Verbrechen planend und als sogenannter Obergutachter mitwirkte.[7]

Vor deutschen Gerichten wurden auch Personen angeklagt, die sich vor Beginn und während des Krieges der Teilnahme an Verbrechen gegen Deutsche schuldig gemacht hatten. Zu dieser Kategorie zählten vor allem diejenigen, die den Terror gegen Hitlergegner praktiziert, Menschen gefangengesetzt, verschleppt, misshandelt und getötet hatten, und Faschisten, die an Pogromen und Gewaltakten gegen jüdische Deutsche, an ihrer Verschleppung in Lager und Ghettos und an ihrer Ermordung beteiligt waren. 1950 klagte das Landgericht Berlin eine Gruppe von Personen an, Mitglieder der ehemaligen SA-Standarte 15, die im Juni 1933 während der sogenannten Köpenicker Blutwoche deutsche Nazigegner, zumeist Sozialdemokraten, Kommunisten und Angehörige anderer linker Organisationen, in deren Wohnungen und in SA-Lokalen barbarisch misshandelt, auf Lebenszeit zu Krüppeln geschlagen und getötet hatten. Diese blutige Aktion „begleitete“ damals das offizielle Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; in ihrem Verlauf wurde auch der Reichstagsabgeordnete Johannes Stelling, ein Mitglied der SPD-Fraktion, umgebracht.[8]

Die Strafverfolgung von NS-Tätern schloss auch jene Personen ein, die als Richter oder Staatsanwälte an der selbst verbrecherischen Rechtsprechung von Nazigerichten beteiligt waren und durch ihre Anträge und Urteile in Deutschland und in den okkupierten Staaten und Territorien Zehntausende von Menschen den Henkern ausgeliefert hatten, Deutsche und Angehörige nahezu aller Nationen und Völker Europas. Während der Verhandlungen und in ihren Urteilsbegründungen argumentierten die Juristen in der DDR gegen die Vorbringungen und Einlassungen der Angeklagten und die Argumente der Verteidiger, die im Wesen nicht anders auftraten, als es zuvor die Hauptangeklagten und ihre Verteidiger im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess und während der Nachfolgeprozesse vor amerikanischen Gerichtshöfen getan hatten.

---

5 Zitiert in: Peter Przybylski, Zwischen Galgen und Amnestie. Kriegsverbrecherprozesse im Spiegel von Nürnberg, Berlin 1979, S. 152.

6 Przybylski, a. a. O., S. 154.

7 Im Faksimile abgedruckt: Ebenda, 5. 159.

8 Ebenda S. 158. Siehe ferner: Günther Wieland, a. a. O., S. 50, der darauf verweist, dass von den 57 Angeklagten 24 flüchtig gewesen seien. An die Bundesrepublik gerichtete Auslieferungsbegehren seien erfolglos geblieben, eigenständige Anklagen von Tätern der Köpenicker Blutwoche unterblieben.

Bis zum Ende des Jahres 1949 waren in der Sowjetischen Besatzungszone insgesamt 8055 Personen wegen ihrer Beteiligung an Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt worden. Mehr als die Hälfte dieser Urteile waren in Prozessen des Jahres 1948 gefällt worden. Von diesen mehr als 8000 Verurteilten hatten 41 die Todesstrafe ausgesprochen erhalten. 32 waren zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Mehr als drei Viertel aller Angeklagten – insgesamt 6.529 Personen – hatten Zeitstrafen unter drei Jahren erhalten.

Seit dem Jahre 1951 ging die Kurve der Bestrafungen rasch nach unten. Sie sank von 331 Urteilssprüchen 1951 bis auf 23 im Jahre 1955. Nachdem 1956 keinerlei Urteilsspruch erfolgt war, wurden in den Jahren von 1957 bis 1964 insgesamt 46 Urteile ausgesprochen. Von diesen 46 Urteilen lauteten 12 auf Todesstrafe und 11 auf lebenslängliches Zuchthaus, woraus zu entnehmen ist, dass sich diese Prozesse vor allem gegen Schwerst- und Schwerverbrecher gerichtet hatten, die spät aufgespürt worden waren. Strafzumessungen unterhalb drei Jahren tauchen in dieser Übersicht für die Jahre 1957 bis 1964 nicht mehr auf.[9]

In diesem Jahr 1964, am 25. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall Deutschlands auf Polen, beschloss die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen, das die schon bis dahin eingenommene Grundhaltung bekräftigte.[10] Bis zu diesem Zeitpunkt (Ende 1964) waren der offiziellen Statistik zufolge 12807 Personen von Gerichten der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR wegen ihrer Teilnahme an solchen Verbrechen bestraft worden.[11] Die Zahl ist unkorrekt und bedarf der Korrektur nach unten, denn sie schließt die bisher unerwähnten 4092 Verurteilungen des Jahres 1950 ein, zu denen die Urteile der sogenannten Waldheim-Prozesse hinzugezählt worden sind, die heute insgesamt auch von den ehemaligen Juristen in der DDR als rechtsunwirksam angesehen werden und von denen der größte, quantitativ schwer zu bestimmende Teil Personen traf, die entweder unschuldig waren oder nicht unter die Anklagen gestellt werden durften, denen sie ausgesetzt wurden.

Die Waldheim-Prozesse 1950 führen mit ihrer Vorgeschichte in die etwa zur Gründungszeit der DDR beschlossene Auflösung der von der UdSSR in ihrem Besatzungsgebiet unterhaltenen Internierungslager zurück, die dem sowjetischen Innenministerium unterstanden.[12] Die dort gefangengehaltenen Deutschen wurden Ende 1949 in drei Gruppen sortiert: die erste, 15038 Personen umfassende, bildeten die sofort zu Entlassenden, die zweite bestand aus 10.510 Abgeurteilten, die von sowjetischen Gerichten zu Zeitstrafen verurteilt worden waren, zu deren Verbüßung weiter in Haft bleiben sollten und mit dieser Weisung deutschen Strafvollzugsanstalten überstellt wurden, die dritte – hier zu analysierende – Gruppe machten 3442 Personen[13] aus, die zumeist seit 1945/46 inter-

---

9 Siehe Anmerkung 7.

10 Es blieb bis zum 7. April 1977 in Kraft und wurde dann durch das 2. Strafänderungsgesetz aufgehoben, weil der Ausschluss der Verjährung für Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen inzwischen in der DDR-Verfassung und im Strafgesetzbuch festgeschrieben war.

11 Siehe Anmerkung 7.

12 In der Literatur, die in der DDR zur eigenen Rechtsgeschichte herausgegeben wurde, fanden die Waldheim-Prozesse kritiklose Erwähnung. Vgl. Zur Geschichte der Rechtspflege 1949-1961, Berlin 1980, S. 278 ff. In anderen Publikationen wurden diese ganz übergangen, so z. B. bei Peter Przybylski, der sich am Schluss seines oben zitierten Buches auch auf die Rechtsprechung in NS-Prozessen durch DDR-Gerichte bezieht. Soweit sich die jetzt vorliegenden Darstellungen der Waldheim-Prozesse auf Archivalien stützen, wurde in der Hauptsache auf die Bestände des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED, zurückgegriffen. Inzwischen sind auch zwei Schlüsseldokumente publiziert. Es handelt sich um den von Paul Hentschel angefertigten und eigenhändig unterzeichneten Abschlussbericht über die Prozesse, der vom 5. Juli 1950 stammt, und um den Auszug aus einem Beschluss-Protokoll der Sitzung des Politischen Büros des ZK der SED vom 5. August 1952, mit dem die Bildung einer Kommission zur Überprüfung der Urteile von 1950 beschlossen worden war. Diese Kommission sollte ihren Arbeitsbericht bereits am 20. September 1952 unterbreiten. Die Dokumente s. in: NJ, 1991, S. 392 ff.

13 Die Zahlenangaben über die überstellten Internierten weisen geringfügige Abweichungen auf. Wilhelm Fricke gibt sie mit 3432 an (A. a. O., S. 209). – Als die Zeitung „Neues Deutschland“, Ausgabe vom 17. Januar 1950, die Übergabe der Häftlinge bekanntgab, war von 3432 Personen die Rede. In den Akten findet sich die Angabe 3442. Es kann sich möglicherweise um einen Druckfehler handeln. Vgl. Wilfriede Otto, a. a. O., S. 355.

niert, aber nicht vor Gericht gestellt worden waren und nun von deutschen Kammern abgeurteilt werden sollten. Ihre Schuld galt den sowjetischen Organen durchweg als erwiesen. Die Internierten dieser Gruppe wurden aus den Lagern in das Zuchthaus Waldheim/Sachsen gebracht. Den deutschen Polizeiorganen wurde sowjetischerseits für jeden Gefangenen schriftliches Material übergeben, das sich auf die bisherigen Ermittlungen stützte und sie knapp zusammenfasste. Für eine, juristischen Normen entsprechende Anklage war dieses Schriftgut nach bisherigen Urteilen über die zur Verfügung stehenden Akten vollständig unzureichend.[14]

Wer in die dann folgenden Ereignisse Licht bringen will, stößt auf viele Hindernisse der Aktenüberlieferung, von denen das Fehlen der Prozessunterlagen, die bisher nicht aufgefunden werden konnten, nur eines, sicher das Beträchtlichste ist.[15] Dennoch erlaubt der gegenwärtige Stand der Aufhellung Antworten auf einige Grundfragen, die die Vorbereitung, den Ablauf, die Resultate und Folgen der Prozesse betreffen. Auf dieser Faktenbasis lässt sich auch eine Antwort auf die Frage nach dem Warum geben, denn es ist nicht leicht zu ergründen, warum Gerichte in der eben gegründeten DDR, nachdem zuvor Gerichtsprozesse im Einklang mit den Normen des internationalen und des herkömmlichen und neugesetzten Rechts stattgefunden hatten, sich nun auf eine von politischen Interessen und Zielen diktierte, rechtswidrige Verfahrensweise einließen und massenhaft Urteile fällten, von denen das (Westberliner) Kammergericht bereits 1954 feststellte, dass sie null und nichtig waren.

Die Vorbereitung der Aktion Waldheim, jener Prozesse, die zwischen dem 26. April und dem 14. Juli 1950 beim Landgericht Chemnitz stattfanden, hatte ihr Zentrum im. Sekretariat des Parteivorstands der SED in Berlin. Es beschäftigte sich im März und April, nachdem die Überstellung der Internierten im Februar erfolgt war, mehrmals mit den nun entstandenen Fragen.[16] Dort wurde beschlossen, die Richter, Staatsanwälte und Schöffen durch die Landesleitung der SED auszuwählen, sie dann durch eine eigene Kommission bestätigen und durch das Justizministerium nach Waldheim delegieren zu lassen. Zur Anleitung dieser Gruppe von Juristen und Laien wurde eine Kommission gebildet, der hochgestellte Funktionäre des Justizministeriums und höhere Offiziere der Volkspartei sowie der Leiter der Abteilung staatliche Verwaltung beim Parteivorstand der SED, Paul Hentschel, angehörten.[17] Der Letztgenannte wurde darüber hinaus beauftragt, die politische Schulung und Instruktion der Richter, Staatsanwälte und Schöffen am Ort selbst vorzunehmen.

Da aus Zeitgründen hier der bisher gefundene Erkenntnisstand nicht referiert werden kann, seien lediglich die wichtigsten Fakten und Daten der Waldheim-Prozesse genannt. Insgesamt wurden 3324 Urteile gefällt, die am 14. Juli 1950, nachdem ein Revisionssenat 1317 Einsprüche verhandelt hatte, rechtskräftig wurden.[18] Nur in sechs Fällen galt durch die Haftzeit die Strafe als verbüßt, so dass die Internierten auf freien Fuß gesetzt, allerdings, wie auch später alle Haftentlassenen, poli-

---

14 Die Rolle der Sowjetischen Militär-Administration vor, während und nach den Waldheim-Prozessen gehört ebenfalls zu den erst noch anhand der Akten aufzuhellenden Themen, wofür der Zugang zu dem ehemaligen Schriftgut der SMAD unerlässlich ist.

15 Nur der Weg der Akten ist bisher rekonstruiert worden. Nachdem die Prozess-Unterlagen zunächst in Waldheim blieben, gingen sie später an das Ministerium des Innern nach Berlin. Von dort kamen sie zur weiteren Verwahrung in das Zuchthaus Brandenburg und schließlich in das Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit.

16 Die richtungsweisenden Anordnungen wurden durch die Sitzung am 4. März 1950 getroffen. Ihnen zufolge sollten die Urteile nicht „in einem zu großen Kontrast zu den von den sowjetischen Tribunalen gefällten Urteilen stehen“. Wilhelm Fricke, a. a. O., S. 209.

17 Zur Kommission gehörten weiter: die Inspekteure der Volkspolizei, Heinz Marquardt und Mellmann, die Hauptabteilungsleiterin im Ministerium der Justiz, Hildegard Heinze, der Oberreferent im gleichen Ministerium, Erwin Reisler, und der Oberstaatsanwalt Richard Krügelstein. Vgl. Wilfriede Otto, a. a. O., S. 357.

18 Die Zahl der Urteilssprüche, die bis zum 14. Juli 1950 gefällt worden waren und die Wilfriede Otto mit 3324 angibt, weicht geringfügig von der Gesamtzahl der Urteile ab, die sich gleichfalls in ihrem Artikel finden. Dann nämlich ergibt sich die Summe von 3328. (A. a. O., S. 356 f.). Wesentlicher ist, dass die Zahl der Verurteilten um 109 von der Zahl der überstellten Personen abweicht. Das erklärt sich daraus, dass 66 Personen während der Zeit der Waldheimer Prozesse von 1950 verhandlungsunfähig waren und 42 Internierte in der Zeitspanne zwischen ihrer Übergabe an die DDR-Behörden und dem Beginn der Prozesse verstarben. S. Karl Wilhelm Fricke, a. a. O., S. 209.

tisch-polizeilich überwacht wurden. Fünf Personen hatten Haftstrafen bis zu vier Jahren erhalten. 290 waren zu Strafzeiten zwischen fünf und neun Jahren verurteilt worden, zehn bis vierzehn Jahre sollten 947 Verurteilte inhaftiert bleiben. In 1901 Fällen lauteten die Urteile auf 15 bis 25 Jahre. Lebenslänglich sollten 146 Personen in Haft bleiben. Die Zahl der reduzierten Todesstrafen belief sich auf 33. Von diesen Urteilen bezogen sich übrigens 162 auf wirkliche oder behauptete Straftaten, die nach dem 8. Mai 1945 begangen worden waren bzw. verübt worden sein sollten. Diese Urteile waren von zehn Ausnahmen abgesehen von Personengruppen gesprochen worden, die aus zwei Richtern, drei Schöffen, einem Staatsanwalt bestanden. An deren Verhandlungen nahm außer den Angeklagten jeweils ein Justizangestellter teil, der das Protokoll führte. Die Öffentlichkeit war zu den Verfahren ebenso wenig zugelassen wie ein Offizialverteidiger. Vor einer begrenzten und sortierten Öffentlichkeit fanden einzig die – erwähnten – zehn Prozesse statt, in denen auch Entlastungszeugen auftraten und Offizialverteidiger mitwirkten. Sieht man von diesen Prozessen in Chemnitz ab, so dürften die „Verhandlungen“ im Durchschnitt nicht länger als jeweils 20 bis 45 Minuten gedauert haben und damit wirklich das Freislersche Tempo unterboten worden sein.[19]

Von den ergangenen Todesurteilen, die noch einmal auf 26 reduziert wurden, sind 24 tatsächlich vollstreckt worden. Zwei Verurteilte waren verstorben. Die Tatsache der Hinrichtung unterlag jedoch einer bisher nicht aufgefundenen Geheimhaltungs-Anweisung. Den Hinterbliebenen wurde vorgetäuscht, die Verurteilten seien eines natürlichen Todes gestorben. Auch die Schriftstücke in der Haftanstalt Waldheim enthielten keine Vermerke über das tatsächliche Ende dieser 24 Personen.[20]

Die abschließende[21] Einschätzung, die u. a. der erwähnte Paul Hentschel anfertigte, lassen keinen Zweifel darüber, dass sich eine erhebliche Zahl der Teilnehmer an dieser Aktion und auch er selbst über die Tatsache durchaus Rechenschaft zu geben wussten, dass sie in Waldheim an einer Vielzahl von Urteilen mitgewirkt, sie beantragt, ausgesprochen und hingenommen hatten, die, wenn nicht überhaupt durch keinerlei Beweisführung begründet, so doch fragwürdig waren. Das war auch dem Staatssekretär im Justizministerium der DDR, Dr. Helmut Brandt, schon zum Zeitpunkt des Stattfindens der Aktion bekannt, weshalb er offenbar den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CDU, Otto Nuschke, veranlassen wollte, sich mit ihm vom Ablauf der Geheimprozesse selbst zu überzeugen. Nuschke reiste zwar nicht nach Waldheim, beantragte aber am 18. August 1950 die Einsetzung eines Ausschusses, der die Waldheim-Urteile nachprüfen sollte. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ministerrats am 31. August 1950 mit Mehrheit abgelehnt.[22]

Obwohl das Ministerium für Staatssicherheit zum Zeitpunkt der Vorbereitung und Durchführung der Aktion Waldheim schon bestand, war es an ihr nicht beteiligt. Im Sommer 1952 wurde seine Leitung für eine Überprüfung der Urteile von 1950 verantwortlich gemacht, die vier Wochen dauerte, zur Entlassung von 907 Verurteilten und zu 1024 Strafreduzierungen führte. Weitere Überprüfungen erfolgten Anfang 1954 und im Oktober 1955. Zu diesem Zeitpunkt saßen noch 968 der ur-

---

19 Die Angaben über die durchschnittliche Dauer der Verfahren – der mehrfach zitierte Karl Wilhelm Fricke spricht von 30 bis 45 Minuten – beruhen auf Schätzungen.

20 Die Todesurteile wurden am 4. November 1950 vollstreckt. Ein sowjetischer Offizier sei bei der Vollstreckung anwesend gewesen. Vgl. Wilfriede Otto, a. a. O., S. 356. – Nachdem der Autor den hier gedruckten Vortrag in Düsseldorf gehalten hatte, informierte ihn jedoch der Sohn eines der in Waldheim Hingerichteten davon, dass seine Mutter amtlich von dieser Hinrichtung unterrichtet worden sei.

21 Die wegen Verhandlungsunfähigkeit der Inhaftierten später durchgeführten Verfahren bedürfen ebenfalls noch einer weiten Aufklärung. Angaben darüber, die sich jedoch zu keinem Gesamtbild fügen, macht Rudi Beckert, a. a. O., S. 201 f.

22 Ausführlicher dazu Rudi Beckert, ebenda. – Am 19. Juni 1951 hatte Thomas Mann, der Ostdeutschland 1949 besuchte, um einen Vortrag zum Goethe-Jahr im Weimarer Nationaltheater zu halten, Walter Ulbricht in einem Brief aufgefordert, diejenigen in Waldheim Verurteilten freizulassen, die gleichsam zum Durchschnitt der Nazi-Gefolgschaft gehört hatten. Vgl. Wilfriede Otto, a. a. O., S. 358. Sie zitiert die entscheidende Briefpassage, in der Mann Ulbricht auffordert, den Nachweis zu erbringen, dass die „totalitäre Staatsidee“ des Kommunismus eine andere sei als die des Faschismus.

sprünglich Verurteilten ein. Von Ihnen wurden 709 vorzeitig entlassen. Vermutlich befand sich der letzte Inhaftierte 1964 auf freiem Fuß, so dass – geht man von der Gefangensetzung 1945/46 aus – die Haftzeiten der zuletzt Freigekommenen nahezu zwei Jahrzehnte gedauert hatten.[23]

Die schon aufgeworfene Frage, warum 1950 Verurteilungen unter Missachtung von Recht und Gesetz und Norm erfolgten, wie das in Waldheim geschah, führt zu einer Reihe vorläufiger Antworten und Thesen:

Erstens wollte die Politikergruppe an der Spitze der SED, dieses Ausgangsmotiv bleibt ihr im Ganzen wohl unbestritten, die Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern entsprechend den internationalen Auflagen und im Einklang mit eigener Überzeugung und Programmatik vornehmen lassen. Dass unter den in Waldheim verurteilten Personen Verbrecher dieser Kategorie waren, ist erwiesen. Eine sorgfältige Ermittlung hätte in manchen Fällen rasch zutage gefördert, dass ein Teil der Inhaftierten sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht hatte. Das Motiv, die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit voranzubringen, hätte sich aber nur durch korrekte und faire Verfahren erweisen können, während es in Wirklichkeit durch andere Motive nahezu bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurde, so dass es im gesamten Prozesskomplex kaum noch auffindbar ist. Denn: *zweitens* galt für die Prozesse von vornherein der Grundsatz, dass die zu fällenden Urteile die Sowjetischen Besatzungsorgane zufriedenstellen sollten, keinesfalls aber ihre Internierungen und Untersuchungen desavouieren durften. Konflikte mit der UdSSR-Regierung und dem allgewaltigen KPdSU-Generalsekretär Stalin sollten unter allen Umständen vermieden werden. Freisprüche, niedrige Strafen oder gar der Verzicht auf Anklagen hätten dieser Absicht widersprochen. *Drittens* wurden Vorbereitung und Durchführung der Prozesse von einer Art Schlussstrichmentalität geleitet. Die eben gegründete DDR, selbst auch ein Produkt des Kalten Krieges und in seinen Wind gestellt, sollte nicht noch über längere Zeit mit der Abhaltung einer Vielzahl von Prozessen gegen Nazi- und Kriegsverbrecher befasst werden. Nach Stalins Worten und nach ihrem Selbstverständnis bedeutete diese Gründung nicht weniger als einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas“. Es prägte sich auf den verschiedensten Gebieten das Interesse aus, diese These zu begründen und zu erhärten. Der Wunsch, die konkrete Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit – d. h. nicht auch die allgemeine Erinnerung – rasch hinter sich zu lassen, ist in jener frühen Entwicklungsphase mehrfach nachweisbar.

In der gegenwärtigen Debatte über das geschichtliche Umfeld der Waldheim-Prozesse und den mit ihrer Durchführung verbundenen Absichten ist auch behauptet worden, sie seien von vornherein ein Vehikel gewesen, die Stalinisierung der Justiz im neuen Staat voranzubringen, also eine Gruppe von Richtern, Staatsanwälten, Schöffen, Justizangestellten und auch von Mitarbeitern des Justizministeriums der politischen Bevormundung zugänglich zu machen und ihnen zu verdeutlichen, was künftig generell von ihnen verlangt werden würde. Dass diese Disziplinierung bis zur Unterwerfung unter die Weisung politischer Organe geschehen ist, kann nicht bezweifelt werden. Nach Abschluss der Prozesse wurde von dem politischen „Oberberater“ Paul Hentschel angeregt, Juristen durch die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission überprüfen zu lassen, die nach seinem Urteil in Waldheim zu erkennen gaben, dass sie unter dem Einfluss von „bürgerlichem Objektivismus“ und von „Sozialdemokratismus“ standen.[24] Jedoch muss dieser Art der Auswertung, über die auch noch kaum etwas bekannt ist, nicht schon der Vorsatz derer zugrunde gelegen haben, die im März! April 1950 die politischen Vorgaben beschlossen und sie dann durchsetzen ließen.

Bleibt die für das Gesamturteil über das Thema „Die DDR und die NS-Prozesse“ schwerwiegende Frage, ob und wie die Waldheim-Praktiken in spätere Verfahren hineingewirkt haben – beispielge-

---

23 Wilfriede Otto, a. a. O., S. 357.

24 Archivmaterial zu den Waldheimer Prozessen, in: NJ. 1991, S. 394. Nach dem Ende der Verfahren wurde in einer besonderen Kommission, deren Zusammensetzung nicht bekannt ist, die mit der „Anleitungs-Kommission“ (S. Anm. 17) identisch sein könnte, für jeden der beteiligten Richter und Staatsanwälte eine Beurteilung ausgearbeitet. Eine nicht bekannte Anzahl („einige“) dieser Beurteilungen wurden der Zentralen Partei-Kontrollkommission der SED zugeleitet. Sie erhielt auch namentliche Hinweise auf Personen und Personengruppen, die sich in irgendeiner Weise zugunsten von Internierten ausgesprochen hatten.

bend oder abschreckend. Die Frage wird kontrovers diskutiert. Es werden mit Bezug auf einzelne Prozesse auch späterer Jahre Fakten mitgeteilt oder Behauptungen aufgestellt, die solche Prozesse in die Nachfolge der von 1950 in Sachsen rücken.[25] Andererseits haben Prozessbeobachter, die keinerlei Sympathien für die DDR-Justiz insgesamt besaßen, noch zu DDR-Zeiten ihre Eindrücke über NS-Prozesse niedergeschrieben und bei aller kritischen Betrachtung festgestellt, dass sie sich in Übereinstimmung mit den geltenden internationalen und inneren Rechtsnormen befanden.[26]

Günther Wieland, über Jahrzehnte in der Generalstaatsanwaltschaft der DDR mit der Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen befasst, ein Mann, der die Fähigkeit zu kritischer Sicht auf den eigenen Arbeits- und Verantwortungsbereich nicht erst nach dem Oktober 1989 gewann, hat kürzlich darauf bestanden, dass sich die Justizorgane der DDR bei der juristischen Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit zwischen 1933 und 1945 ihre Verdienste erworben haben. Sein Urteil, das bestritten worden ist, kann sich unter anderem auch auf die Rechtshilfe stützen, welche die einschlägigen Dienststellen der DDR auf der Grundlage vertraglicher Regelungen oder auch ohne sie den Justizorganen anderer Staaten gewährten, die ihrerseits mit der Aufspürung, Dingfestmachung und Überführung von NS-Tätern befasst waren. Es steht außer Frage, dass eine kleine Gruppe von Staatsanwälten in der DDR zäh daran gearbeitet hat, diejenigen, die sich ihren Richtern entziehen wollten, bis „an das Ende der Welt“ und an das Ende von deren Tagen zu verfolgen.

Die juristische Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit in den NS-Prozessen gegen das politische Verbrechertum der Jahre von 1933 bis 1945 war Bestandteil eines umfassenderen Prozesses, in dem sich das Verhältnis der DDR zur jüngsten, ihr unmittelbar voraufgegangenen Vergangenheit ausdrückte. Daher kann und muss gefragt werden, ob und wie die Tätigkeit der Juristen dazu beitrug, das geistige und mentale Verhältnis von Angehörigen mehrerer Nachkriegsgenerationen zum Hitlerfaschismus zu beeinflussen. Gesicherte Antworten werden auch auf diese Frage erst möglich sein, wenn wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen, deren Resultate nicht durch Vorurteile vorausbestimmt sind.

Der wichtigste Mittler zwischen der die Rolle von Nazi-Verbrechern aufklärenden Arbeit der Juristen und der Öffentlichkeit war die Presse. Sie wurde durch Eigenberichte oder durch Korrespondenzen der Nachrichtenbüros über die stattfindenden Prozesse unterrichtet und war verpflichtet, über sie zu berichten. Häufig wurde die Art und Weise dieser Berichterstattung bis auf die Platzierung auf den jeweiligen Zeitungsseiten angewiesen. Sicher ist, dass auf diese Weise am konkreten Ereignis immer wieder ins Bewusstsein gerückt wurde, welcher Verbrechen sich Deutsche an den Völkern und nicht zuletzt, sondern zeitlich zuerst an Deutschen schuldig gemacht hatten. Namentlich im Zusammenhang mit den späten Prozessen, die gegen Personen geführt wurden, die über Jahrzehnte hinweg in der DDR gelebt hatten und die inzwischen gleichsam eine „zweite Biographie“ gewonnen hatten, belebte sich die Diskussion über Verantwortung und Schuld, Verjährung von Schuld und Wiedergutmachung. Jedoch wurde durchweg die Chance vertan, diesen Diskussionen ein breiteres öffentliches Forum zu geben und die Frage nach der persönlichen Verantwortung zu aktualisieren.

Indessen gab es auch Fälle, in denen die Berichterstattung über NS-Täter restriktiven politischen Weisungen unterlag. So konnte eine wahrheitsgemäße Unterrichtung der Öffentlichkeit in einem Prozess, der 1974 stattfand, trotz der Argumente beteiligter Juristen deshalb nicht durchgesetzt werden, weil der angeklagte frühere Nazijurist sich nach 1945 unerkannt in der Justiz der Sowjetischen

---

25 So schreibt Karl Wilhelm Fricke, dass „auch in anderen Strafverfahren gegen NS-Verbrechen ... keineswegs immer nach Recht und Gesetz vorgegangen wurde“ und bezieht sich ausdrücklich auf den am 28. Februar 1974 vom Bezirksgericht Potsdam zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilten Edmund Langer. Dessen Prozess habe unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden, und über ihn sei in Medien der DDR nicht berichtet worden. (A. a. O., S. 210)

26 Vgl. beispielsweise den Bericht über den 1983 vor dem Stadtgericht Berlin-Ost gegen den ehemaligen SS-Offizier Heinz Barth geführten Prozess in: Heiner Lichtenstein, Im Namen des Volkes? Eine persönliche Bilanz der NS-Prozesse, Köln 1984, S. 140 ff.

Besatzungszone als Staatsanwalt hatte betätigen können. Wie auf anderen Gebieten auch galt hier der törichte Grundsatz, unliebsame und das Ansehen der DDR wirklich oder auch nur vermeintlich beschädigende geschichtliche Tatsachen totzuschweigen. Die Denkweise, die solchen Weisungen zugrunde lag, ist schwer nachzuvollziehen.

Obwohl sich die DDR-Führung auf ihren Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit auf dem Gebiet der Politik, der Wissenschaft und Kunst, der Publizistik und auch der Justiz etwas zugutehielt, wurde von ihr doch keinerlei Gesamtdarstellung dieses Teils der DDR-Geschichte angeregt. Auch die Teilbereiche blieben unerforscht, so dass bis heute kein Überblick über die Geschichte der NS-Prozesse vorliegt. Dieser Zustand ist zumindest mitverantwortlich dafür zu machen, dass die Schulgeschichtsbücher der DDR, namentlich diejenigen, die in den neunten und zehnten Klassen verwendet wurden, den Schülern keine Vorstellung davon vermittelten, mit welchen Konsequenzen das Jahr 1945 für diejenigen verbunden war, die im Naziregime Verbrechen begangen oder zu seinen herausragenden Aktivisten gehört hatten. Unterhalb der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher schien es diese Konsequenzen nicht gegeben zu haben. Das galt nicht nur für die Prozesse vor Gerichten der SBZ und später der DDR. Es betraf auch die Tätigkeit sowjetischer Justizorgane in ihrem Besatzungsgebiet, die Internierungen in Lagern, die Entnazifizierungsverfahren mit ihren Entscheidungen, die doch Hunderttausende aus ihren Berufen und Tätigkeiten gebracht und in das Leben von Familien tief eingegriffen hatten. Der geschichtlichen Darstellung fehlte es aber damit weitgehend an jener Konkretheit, ohne die die Herausforderung zum Denken und zur Parteinahme schwer oder nicht zu erreichen ist. Anders ausgedrückt: Eine schwer zu bestimmende Zahl von Schülern der DDR erfuhr von der Geschichte ihrer Eltern, in späteren Generationen schon ihrer Großeltern, nichts, denn die Phantasie dieser Schüler war selbstverständlich überbeansprucht, wenn man darauf vertraute, dass sie die allgemeinen Aussagen der Lehrbücher in die Geschichte der eigenen Familie transponieren konnten, in der doch zumeist auch – und nicht anders als in Familien des „Westens“ – über die Parteigängerschaft zugunsten des Naziregimes nicht oder nur höchst allgemein und entschuldigend gesprochen wurde.

Wer über Erfolg oder Misserfolg antifaschistischer Anstrengungen in DDR-Zeiten zu gesicherten Befunden gelangen will, wird diese Abstraktheit des Antifaschismus, seine Formulierung und Ritualisierung zu analysieren haben. Doch scheint es zu kurz gegriffen, die Überzeugungskraft oder den Überzeugungsmangel antifaschistischer Ideen und Theorien einzig von ihrer inneren Beschaffenheit und den Methoden der Vermittlung abhängig zu sehen. Es war in zunehmendem Maße die Wirklichkeit der DDR selbst, die zu einer Barriere gegen die vorbehaltlose Aufnahme auch jener Wahrheiten über die deutsche Geschichte wurden, die die Deutschen in Ost und West auch im Jahre 1991 und noch im nächsten Jahrtausend brauchen werden.

NS-Prozesse in der DDR. Referat auf der Tagung „Vereint vergessen“ in Düsseldorf am 17. Oktober 1991. In: Nationalsozialismus und Justiz. Die Aufarbeitung von Gewaltverbrechen damals und heute, Agenda Verlag Münster 1993, S. 35-49.

Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik

Aus der Rede anlässlich der Beisetzung von Wolfgang Schumann am 19. März 1991

Wir sind zusammengekommen, um Wolfgang Schumann zu Grabe zu geleiten und uns zuvor seiner zu erinnern.

Viele von uns haben Wolfgang Schumann aus unterschiedlichen Gründen zu danken. Die bis in die letzten Wochen und Tage mit ihm Verbindung besaßen, erkannten, dass diese Stunde näher rückte. Nun, da sie da ist, wissen wir auch, dass „Erlösung“ seinen Tod nicht treffend bezeichnet.

Wer sich das Leben Wolfgang Schumanns vergegenwärtigt, dem Sinn, dem Rhythmus und vielleicht mehr noch: dem Gesetz auf die Spur kommen will, nach dem er sich sein Dasein eingerichtet hat, der muss wohl auf sein Grunderlebnis zurückgehen, das das einer ganzen Generation ist: der deutsche Faschismus und der von ihm verursachte und angezettelte zweite Weltkrieg.

Als dieser Krieg begann, war Wolfgang Schumann, der am 27. November 1925 in Magdeburg geboren wurde und in dieser Stadt heranwuchs, fast 14 Jahre alt. Zum Notabitur gejagt, wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Doch hatte er das Glück, in der Kriegsmarine einer langwierigen Ausbildung unterworfen zu werden. Das hat ihn vor dem Fronteinsatz bewahrt und ihn das Kriegsende in Stralsund unversehrt erleben lassen. In jenen Eindrücken und Erfahrungen, gesammelt bis zum 8. Mai 1945, liegt wohl der Schlüssel für die Jahre später getroffene Entscheidung, seine Kräfte der Beschäftigung mit jenem Völkerkrieg zu widmen und gegen einen neuen Krieg anzuschreiben.

Wolfgang Schumann entging der Gefangenschaft und begann, über Zwischenstationen in die Magdeburger Börde gelangt, sich als Landarbeiter zu ernähren. Dann erlernte er das Maurerhandwerk, womit er auch eine Voraussetzung erwarb, um sich für einen Studienplatz an der Hochschule für Architektur in Weimar bewerben zu können. Nach einem Kurs an der Vorstudienanstalt inskribierte er sich in den Fächern Kunstgeschichte und Architektur.

1950 wechselte Wolfgang Schumann an die Friedrich-Schiller-Universität Jena, begann dort, sich dem Studium der Geschichte zu widmen, und belegte die Nebenfächer Philosophie und Politische Ökonomie. In dieser Kombination absolvierte er das Fakultätsexamen mit einem Ergebnis, das es ihm erlaubte, an der Hochschule zu bleiben und als Assistent zu arbeiten. 1956 legte er seine Dissertation vor, deren Gegenstand die sozialen und politischen Kämpfe in Oberschlesien am Ausgang des Ersten Weltkrieges bildeten.

Wolfgang Schumann hat in jenen Jahren wissenschaftliches Denken und Arbeiten, das Handwerk des Historikers, bei Karl Griewank, Friedrich Schneider und Hugo Preller und dann auch bei Max Steinmetz und Felix-Heinrich Gentzen gelernt, die beide selbst noch Beginner waren. Von den ersten drei beeinflusste ihn Griewank mit Sicherheit am meisten und das durch seinen Jahrhunderte umgreifenden Blick, sein systematisches Vorgehen als Lehrender und auch durch seine Sachlichkeit und Freundlichkeit im Umgang mit seinen Studenten, mochten sie seinen eigenen Überzeugungen zugeneigt sein oder nicht.

Wolfgang Schumann wirkte bis 1961 am Historischen Institut der Salana*, zuletzt als junger Dozent, der die Geschichte des 20. Jahrhunderts bis zum Ausgang des Weltkrieges lehrte, für die Beschäftigung mit diesem Gegenstand alsbald Studenten gewann, deren Arbeiten betreute und so für die Linderung des Mangels an wissenschaftlichen Nachwuchskräften sorgte, unter dem die Geschichtswissenschaft in der DDR litt.

Seit den Anfängen seiner Arbeit als Hochschullehrer gehörte Wolfgang Schumann zu den nicht so zahlreichen Dozenten, die zu ihren Schülern kameradschaftlichen Kontakt herzustellen wussten. Damals wie in späteren Jahrzehnten ist anderen sein Vermögen zugutegekommen, Menschen Fähigkeiten entdecken zu helfen, die sie bis dahin an sich selbst nicht kannten. Stets hat er auf · einen

---

* Gelegentliche Bezeichnung für die Alma Mater Jenensis (Friedrich-Schiller-Universität).

seinem Wesen gemäßen leisen Umgangston gesetzt, auf eine – wenn notwendig – Kritik, die nicht verletzte, auf die Ermutigung derjenigen, die Grund hatten, mit sich unzufrieden zu sein.

Diese Eigenschaften befähigten Wolfgang Schumann auch in besonderem Maße, Historiker zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen, was ihm freilich nur gelingen konnte, weil er sich selbst durch ausgeprägte Unternehmungslust und die Fähigkeit zu konzeptionellem Denken auszeichnete. So entstand in Jena das erste, sich mit Wolfgang Schumanns Namen verbindende Gemeinschaftswerk, die Geschichte der Zeiss-Werke und des Zeiss-Konzerns, an der Historiker, Philosophen, Ökonomen, Archivare und Lehrer mitarbeiteten. Das Buch gehört zu den ersten in der DDR herausgegebenen Betriebsgeschichten, die in außerordentlichem Umfang aus den Quellen gearbeitet waren, gehoben: aus der Fundgrube des Zeiss-Archivs. Dort fand Wolfgang Schumann auch Thema und Materialbasis für seine Habilitationsschrift.

Schon für die Zeiss-Geschichte gilt, was sich für viele weitere Unternehmungen ähnlicher Art sagen lässt, die sich in Wolfgang Schumanns Leben anschlossen. Er war das Zugpferd im Arbeitsprozess und besaß am fertigen Produkt in aller Regel mehr Anteil, als auf der Titelseite oder im Vorwort ausgewiesen war. Er konnte Arbeit verteilen, aber sie sich auch selbst überreichlich aufpacken.

Als die Zeiss-Geschichte 1963 erschien, lebte Wolfgang Schumann schon zwei Jahre in Berlin. Er war an den Lehrstuhl für Geschichte am damaligen Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gerufen worden, den er alsbald leitete, bis er stellvertretender Direktor des Instituts wurde. Was Schumann aus Jena mitbrachte, war Jene Entscheidung, die sein gesamtes weiteres Wissenschaftlerleben bestimmte, ihm die thematische Richtung gab. Er hatte sich die Geschichte des deutschen Faschismus und namentlich die Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges zum Gegenstand seiner Arbeit gewählt. Seine nahezu drei Jahrzehnte betriebenen Forschungen auf diesem Gebiet haben ihm nicht nur im deutschsprachigen Raum einen Namen gemacht.

Wolfgang Schumann war ein Mann des Quellenstudiums, des Quellensammelns und der akribischen Quelleninterpretation. Seine Darstellungen ließen, so könnte es einem vorkommen, etwas von der Fugenfestigkeit erkennen, die er als Maurer erlernt hatte. Wenn einer seiner Schüler, Student oder Doktorand, sich von allzu dünner Faktengrundlage zu freiem Gedankenflug erhob, dann wurde er – zumeist sanft – wieder auf den Boden und zur Kärrnerarbeit des Historikers zurückgeholt. In dieser Art wirkte er seit 1962 auch als Mitglied des Redaktionskollegiums der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“.

Wolfgang Schumanns forscherisches Interesse bewegte sich vor allem im Beziehungsgewirr von Wirtschaft, Politik und Krieg während der zwölf Jahre faschistischer Diktatur. Wie sich Kapitalmacht in politische Herrschaft umsetzt, wie und in welchem Grade Profitinteressen Kriegsbereitschaft und Kriegswilligkeit hervorrufen, wie militärische Siege – planvoll oder spontan – in materiellen Vorteil umgemünzt werden, das hat ihn unter den verschiedensten Blickwinkeln immer wieder zu neuen Untersuchungen und Überlegungen herausgefordert. Gleichermaßen galt seine Aufmerksamkeit dem Zusammenwirken der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Elitekräfte wie den Widersprüchen zwischen ihnen, die in der Krise und der Agonie des Nazisystems hervorbrachen. Damit hat er – in Gemeinschaft mit seinen Kollegen – Grundlagen für ein tieferes und in mancher Weise auch neues Verständnis des deutschen Faschismus geschaffen, freilich, ohne dass es bis zur Überwindung aller erstarrten und formelhaft fortlebenden Vorstellungen getrieben worden wäre.

Seine Arbeit als Weltkriegsforscher hat Wolfgang Schumann vorwiegend in der Zeit geleistet, in der er dem Institut und späteren Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften angehörte und in das er 1968 eingetreten und an dem er als Bereichsleiter gewirkt hat. Während dieser Jahre entstand auch das Werk, mit dem sein Name in besonderer Weise verbunden bleibt: „Deutschland im zweiten Weltkrieg“. Das schließlich auf sechs Bände anwachsende Unternehmen war das Arbeitsergebnis eines an Zahl großen Mitarbeiterkreises, den Wolfgang Schumann leitend

in Bewegung setzte und hielt. Noch über sein Ausscheiden aus dem Akademie-Institut hinaus beschäftigte ihn das Nachfolge-Unternehmen „Europa unterm Hakenkreuz“, das unvollendet ist.

An diesem wie an früheren Vorhaben Wolfgang Schumanns verdeutlichte sich ein Grundsatz seiner Auseinandersetzung mit der Geschichte: das, was von Deutschland und den Deutschen anderen Völkern und Nationen angetan worden war, als der Faschismus herrschte, musste ohne Abstrich ans Tageslicht gebracht werden. Die Umsetzung dieses wissenschaftlichen und moralischen Prinzips hat Wolfgang Schumann die Achtung vieler Fachkollegen des Auslands gewinnen lassen und ihm manche, über die geistige Verbindung hinaus, persönlich sehr nahegebracht. Es hat ihn befähigt, als Wissenschaftler und als Staatsbürger auch ein Botschafter zu sein und das schon zu einer Zeit, in der das Eis des kalten Krieges nur sehr langsam abzuschmelzen begann und den Historikern der DDR international noch ein minderer Status zudiktiert war. Dass dieser Zustand überwunden wurde, daran besaß Wolfgang Schumann einen Anteil, namentlich durch sein Wirken im Internationalen Komitee zur Erforschung der Geschichte des zweiten Weltkrieges, dessen Mitglied er über lange Jahre war. Aus dieser Arbeit erwuchsen stabile Beziehungen zu Historikern in der UdSSR und in Frankreich, in der Tschechoslowakei und den Niederlanden, in Ungarn und in Belgien und besonders auch in Polen, einem Land, von dem Wolfgang Schumann wusste, dass ihm gegenüber die Deutschen ein besonderes moralisches Reinlichkeitsbedürfnis zu entwickeln hatten und haben.

Wolfgang Schumann hat in der nationalen und internationalen Erforschung gerade des zweiten Weltkrieges eine Verständigung und Frieden stiftende Möglichkeit erkannt und sie verwirklichen wollen. Er besaß ein Gespür dafür, dass Völker notwendig auf verschiedene Weise, aus unterschiedlichen Perspektiven in die Geschichte zurückblicken, die eigene und die fremde, und er hat dieses Wissen bei Begegnungen ebenso wie schreibend nutzbar gemacht.

Es hat den Historiker Wolfgang Schumann in besonderem Maße herausgefordert, zwischen den Fachleuten in beiden deutschen Staaten Beziehungen des wissenschaftlichen Gedankenaustausches und des fairen Streits der Meinungen herzustellen. In der Mitte der achtziger Jahre· half er eine Kooperation anzubahnen, als deren Mindestergebnis die gemeinsame Präsentation gesondert gewonnener Forschungsergebnisse gedacht war. Auch wenn dieses letzte Vorhaben, die Herausgabe des Bandes über die Rolle der deutschen Eliten im Vorkrieg, scheiterte, so waren jene vor allem zum Institut für Zeitgeschichte in München, zum Militärischen Forschungsamt in Freiburg und zum Bundesarchiv Koblenz entwickelten und gepflegten Beziehungen Schritte, die auf beiden Seiten – ohne dass unterschiedliche Ausgangs- und Zielvorstellungen unbenannt blieben – Respekt vor wissenschaftlicher Anstrengung und deren Resultaten hervorbrachten.

Gegenwärtig scheinen diese Ergebnisse ganz entwertet. Gegen die absichtsvolle Mode, das Schaffen der Historiker in der DDR auf zweckdienliche politische Deklamation herabzustufen, erheben sich Einwände der Besserwissenden kaum. Das Spannungsfeld von Geschichtswissenschaft und Politik hat sich eigenartig· umgepolt.

Das wird auf die Dauer das Verdienst des Forschers Wolfgang Schumann, so wenig wie das anderer, nicht verdunkeln können. Sie alle bewegten sich in untergegangenen Zustanden, vielfach den unverzichtbaren Anspruch der Wissenschaft schlecht oder gar nicht verteidigend und damit auch ihrem ureigenen politischen Anliegen den schlechteren Dienst erweisend.

Darüber hat Wolfgang Schumann in den letzten Jahren seines Lebens nachgedacht und mit seiner Familie und manchem Vertrauten noch sprechen können. Der Mann, der in jungen Jahren – auch unter dem Eindruck des Erlebnisses Faschismus – sich zur sozialistischen Idee bekannte und konsequent für ihre Verwirklichung mit seinen Mitteln eintrat, hat am geschichtlichen Scheitern jenes Versuchs wie viele seinesgleichen schwer getragen. Die Niederlage lastete um so schwerer auf ihm, als er sich nicht wie andere vornehmen konnte, sich auf die Suche nach einem neuen Ausgangspunkt zu machen und sich zu sagen: An diesem Punkt fangen wir wieder, aber anders, von vorn an – bitter belehrt, doch in dem Wissen, dass die Menschheit ohne die Utopie ihres künftigen Daseins abgrundtief stürzen muss. Die Kräfte haben Wolfgang Schumann in einem Moment verlassen, da er hätte weiter mittun wollen. Das Wort von der „Erlösung“ stimmt nicht.

Wolfgang Schumann – der Historiker: das war mit Sicherheit mehr als der halbe Mann, aber doch bei weitem nicht der ganze. In seinen vielfältigen Arbeitsbeziehungen hat er menschliches Interesse am Leben und an den Sorgen anderer genommen und nicht nur gezeigt. Man konnte ihn um Mithilfe bei Kleinigkeiten des Alltags bitten und sicher sein, dass er sie nicht vergaß. Auf das Gehabe des Wissenschaftsmanagers und auf repräsentativen Aufwand hat er keine Stunde seines Lebens verschwendet.

Wer sich Wolfgang Schumanns Vergnügen an körperlicher Arbeit erinnert und weiß, welchen Genuss ihm geistige Betätigung bereitete, mag die Schwere und Langwierigkeit seines Entschlusses ermessen können, sein Arbeitsverhältnis 1988 lösen zu müssen, nicht seine Arbeit zu beenden. Manche haben das nicht gesehen, und das war auf Wolfgang Schumann bis zu einem gewissen Grad selbst zurückzuführen. Er war, was sein gesundheitliches Befinden anging, ein Theaterspieler, ein guter obendrein. Das war ein Teil seiner Weise, sich mit einer Krankheit auseinanderzusetzen, der mehr Widerstand zu leisten vermochte, als medizinisches Wissen es für möglich hielt. Schließlich waren auch seine letzten Kräfte aufgebraucht.

Wir alle wollen Wolfgang Schumanns gedenken. Manche werden ihn nicht vergessen können. Einige werden sich fragen, was dieses Leben für sie heute bedeuten kann. Das Wir und das Uns nehmen hierzulande neue Inhalte an. Noch sind sie auch nicht für eine begrenzte Zeit ausgeprägt. In Wolfgang Schumanns Dasein, das nicht ohne Brüche war, lag etwas Menschen Verbindendes. Und es ist für uns, seine Zeitgenossen, Mitstreiter und Freunde und für seine Familie vielleicht das Wesentliche seiner Hinterlassenschaft an der Schwelle in dieses Frühjahr 1991.

Geschichtsforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Aus der Rede zur Beisetzung von Wolfgang Schumann am 19. März 1991. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 39. Jg. 11/1991, S. 1107-1111.

Die Wannsee-Konferenz – zu ihrem Platz in der Geschichte der Judenvernichtung

Teilnehmern der Wannsee-Konferenz sei am 20. Januar 1942 die „Endlösung der Judenfrage“, der Massenmord an den europäischen Juden, *beschlossen* worden. Diese Ansicht erwies sich gegenüber allen gegenteiligen und unabweisbaren Feststellungen der Geschichtswissenschaft, die den Platz der Konferenz längst anders und genauer bestimmt hatte, als außerordentlich resistent.

Warum nahmen Publizisten, die sich nicht selbst forschend in den Gegenstand vertieft hatten, einfach nicht zur Kenntnis, dass die Entscheidung, die Juden Europas umzubringen, erhebliche Zeit vor der Besprechung am Stadtrand Berlins gefallen war? Schrieb da einer gedankenlos einfach vom anderen ab? Das mag mitunter der Fall gewesen sein, dürfte aber keine vollständige Antwort auf die Frage hergeben, warum das viel weniger plastische Bild der Geschichtswissenschaft über den Hergang der Entschlussbildung[1] nicht oder nur sehr allmählich angenommen wurde.

Die Historiker konnten nicht mit einer anderen Beratung höchster faschistischer Machthaber aufwarten, die den Übergang von Judenverfolgung und -vertreibung oder Judenvernichtung beschlossen hatte. Es ließ sich nicht nachweisen, dass Hitler mit Göring, Himmler und Heydrich – dies waren die vier Zentralfiguren am Beginn des Massenmordens – konferiert hatte und dass dieses Verbrecher-Quartett eines Tages mit dem Vorsatz auseinandergegangen war, nun einen Teil der Kräfte der mächtigen Staatsmaschinerie darauf zu konzentrieren, Europa „judenfrei“ zu machen.

Jenen, die Geschichte begreifen wollten, konnte also kein alternativer gedanklicher Festpunkt bezeichnet werden, und dies dürfte den „Rückgriff' auf die Wannsee-Konferenz wieder und wieder begünstigt haben. Denn wer wollte glauben, dass in einem von 1933 herrührenden praktischen Prozess der Barbarisierung der Barbaren schließlich ein Moment erreicht worden war, an dem gleichsam en passant bestimmt wurde, die Möglichkeit der Ermordung von 11 Millionen Juden – die geschätzte Zahl der jüdischen Bewohner Europas ist erst später ermittelt worden – in den eroberten Gebieten im Osten des Kontinents zu nutzen, wo die Masse des europäischen Judentums seit Jahrhunderten lebte? Wer wollte sich vorstellen, dass die politischen Verbrecher nicht einmal – wie es eine gewöhnliche Bande vor der Ausführung eines Einbruchs tut – um einen Tisch gesessen hatten, an dem sie das Dafür und das Dawider ihres Plans erörtert hatten?

Doch weisen alle auffindbaren Beweismittel darauf hin, dass der teuflische Entschluss in den Wochen vor dem 22. Juni 1941, dem Tag des Einfalls in die UdSSR, in eben dieser beiläufigen Weise gefasst wurde. Das Thema stand nicht einmal für begrenzte Zeit im Zentrum des Planes Hitlers und der anderen exponierten Judenmörder um ihn und hat in deren Denken nie Platz eins besetzt, sondern war und blieb eine Teilfrage der „Neuordnung Europas“.

Mit dem Gemetzel unter den sowjetischen Juden im eroberten Territorium der UdSSR wurde der Anfang der „Endlösung“ gemacht. Alsbald nach diesem 22. Juni überdröhnten die Salven der ostwärts stürmenden Armeen der Wehrmacht die Schüsse der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinter den Frontlinien, die Juden, Mann und Frau, Greis und Kind, niederstreckten.[2] Der Massenmord war mithin im Gange, als die Tagung am Wannsee zusammentrat. Sie hatte über ihn nicht mehr zu beschließen, nachdem – wie sich Heydrich ausdrückte – die Genehmigung des Führers[3] vorlag. Die Teilnehmer sollten sich aber auf einige grundsätzliche Fragen[4] verständigen,

---

1 Das Thema beschäftigte 1984 in Stuttgart ein internationales Symposium von Historikern drei Tage lang. Darüber liegt ein stark gekürztes Protokoll vor: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, hrsg. v. Eberhard Jäckel, Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985.

2 Die umfassendste Untersuchung der Tätigkeit der Einsatzgruppen gaben: Helmut Krausnick, Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981. Im ersten Teil, der von Krausnick verfassten Gesamtdarstellung findet sich auf den S. 173-204 ein allgemeiner Überblick zur „Tätigkeit der Einsatzgruppen während des Russlandfeldzuges“.

3 Wörtlich ließ Heydrich formulieren: mit der „Evakuierung der Juden nach dem Osten“ sei nach „vorheriger Genehmigung durch den Führer“ begonnen worden. „Besprechungsprotokoll“ der Wannsee-Konferenz vom

die mit der Ausweitung des Mordens vor allem auf das Territorium Großdeutschlands zu klären waren. Dies festzustellen, heißt der Zusammenkunft nichts von ihrem beispiellos verbrecherischen Charakter zu nehmen. Niemals in der ganzen modernen Menschheitsgeschichte saßen vordem 15 Männer um einen Konferenztisch und besprachen die Durchführung einer auch nur annähernd vergleichbaren Untat.

Das Treffen war selbstredend streng geheim zu halten. Andererseits mussten mindestens seine wichtigsten Ergebnisse weit über den Kreis der Anwesenden hinaus bekanntgemacht werden, wenn der beabsichtigte Effekt – die Sicherung und Beschleunigung des Mordes – erreicht werden sollte. Obwohl eine mindestens dreistellige Zahl von faschistischen Beamten der Reichsministerialbürokratie, SS-Generalen und den SS-Offizieren von dem Stattfinden der Besprechung Kenntnis erhalten hatte, nicht wenige außerdem die Niederschrift[5] lasen, in der Verlauf und Resultate der Beratung konzentriert festgehalten worden waren, dauerte es doch nach der Zerschlagung des Faschismus geraume Zeit, bis Juristen, Historiker, Dokumentenfahnder und weitere Helfer der alliierten Siegermächte auf die sichere Spur jener Zusammenkunft gerieten, die – von ihren Veranstaltern als Staatssekretär-Besprechung bezeichnet – ihre Entdecker dann Wannsee-Konferenz nannten.

1. Die Entdeckung

Dass in Berlin mitten im Kriege eine Konferenz stattfand, die sich mit dem Judenmord befasst hatte, war schon zur Zeit des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses 1945/46 bekannt und während seiner Verhandlungen zur Sprache gekommen. Den dokumentarischen Beweis dafür lieferte das Tagebuch des einstigen Generalgouverneurs Hans Frank, eines der Hauptangeklagten. Daraus ging hervor, dass Frank am 16. Dezember 1941, am Schluss einer Sitzung seiner „Regierung“ auf der Krakauer Burg, davon gesprochen hatte, dass demnächst in Berlin bei Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, eine Beratung stattfinden und deren Gegenstand die Liquidierung der Juden sein werde. Staatssekretär Josef Bühler, der Stellvertreter des Generalgouverneurs, werde daran teilnehmen.[6]

Josef Bühler war von den Alliierten gefasst und wurde in Nürnberg als Zeuge vernommen. Obwohl die Anklagebehörde noch über keinen Beweis verfügte, dass die von Frank erwähnte Sitzung auch tatsächlich zusammengetreten war und Bühler zu ihren Teilnehmern gehört hatte, gab dieser doch unumwunden zu, er sei aus besagtem Anlass und vordem schon zu einer von ihm erbetenen „Einzelbesprechung“ bei Heydrich gewesen.[7] Tatsächlich hatte er gemeinsam mit dem in Krakau residierenden Höheren SS- und Polizeiführer, Friedrich Wilhelm Krüger, den Chef der RSHA Ende November 1941 aufgesucht, was Heydrich übrigens wohl veranlasste, beide zu der ursprünglich auf den 9. Dezember anberaumten Sitzung in die Villa am Wannsee einzuladen.[8]

---

20. Januar 1942 (im folgenden: Protokoll) S. 5. Die Seitenangaben beziehen sich auf die maschinenschriftliche 16. Ausfertigung, die wiederholt fotomechanisch reproduziert und publiziert wurde. Es wurde der Abdruck in Documenten van de Jodenvervolging in Nederland 1940-1945, Amsterdam 1979, S. 14-28 benutzt.

4 Protokoll, S. 2.

5 Robert M. W. Kempner vermutete, dass jede der 30 Ausfertigungen in die Hände von vier oder fünf Offizieren der SS oder Mitarbeitern von Obersten Reichsbehörden gelangte. Durch seine Verhöre erfuhr er ferner, dass die Konferenz Gesprächsgegenstand unter Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes während gelegentlicher Zusammentreffen am Rande ihres Dienstes war. In einigen überlieferten Schriftstücken wird nach der Konferenz auf sie ausdrücklich Bezug genommen.
Von der Niederschrift wurden 30 Exemplare hergestellt, während die Teilnehmer insgesamt nur zwölf Dienststellen vertraten bzw. angehörten.

6 Stanisław Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963, S. 346.

7 Über die Visite Bühlers und Krügers bei Heydrich existiert lediglich ein knapper „Vermerk“ vom 1. Dezember 1942 (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/122 unpag.). Bühler datierte seine „Einzelbesprechung“ bei Heydrich vor dem Internationalen Militärgerichtshof fälschlich auf Februar 1942.

8 Ebenda.

Bühler log dem Gericht vor, er habe von Heydrich „die Überzeugung mitgenommen, dass die Umsiedlung der Juden ... in humaner Weise vor sich gehen würde“.[9] Er wollte geglaubt haben, die Juden sollten im Nordosten Europas, in Russland, angesiedelt werden.[10] Obendrein stellte Bühler sich im Nürnberger Zeugenstand als Gegner der Maßnahmen der Polizei und namentlich des SS-Generals Krüger hin.[11] Bühlers tatsächliche Rolle interessierte den Gerichtshof indessen nicht, wurde jedoch enthüllt, als Franks Stellvertreter entsprechend den alliierten Vereinbarungen an die polnischen Justizbehörden ausgeliefert wurde, die ihm den Prozess machten, an dessen Ende das Todesurteil gesprochen und vollstreckt wurde.

Bühler war der einzige Teilnehmer jener Staatssekretär-Besprechung am Wannsee, der den Saal des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses im Nürnberger Justizpalast betrat. Auf das Ergebnis war aber schon vorher ausdrücklich Bezug genommen worden, als der einstige Chef der Reichkanzlei und Reichsminister, Hans Heinrich Lammers, der eigentlich auf die Anklagebank gehört hätte, im Zeugenstand vernommen wurde. Während Bühler die Zusammenkunft der Staatssekretäre mit Heydrich zeitlich annähernd richtig datiert hatte, verlegte sie Lammers auf Anfang 1943. Er habe, log Lammers, den Teilnehmer der Reichskanzlei nur als Horchposten und mit dem ausdrücklichen Auftrag teilnehmen lassen, keine Stellungnahme abzugeben.[12] Dieser Aussage zufolge hatte, was unrichtig war, Gottfried Bohle an der Beratung teilgenommen und einen kurzen schriftlichen Bericht erstattet, woraus nicht zu entnehmen gewesen wäre, „dass Eichmann die Vernichtung plante“. Er, Lammers, habe aufgrund seiner Informationen beabsichtigt, dem „Führer“ Vortrag zu halten.[13] Die Tendenz dieser Darstellung war klar: der Zeuge wollte sich als am Judenmord ganz unbeteiligt, als unwissend und – das machte die Maske der Unwissenheit freilich durchscheinend – auch abwehrend ausgeben. Doch ließ das Gericht, das Lammers’ Person kein Interesse abgewann, die Ungereimtheiten im Raum.

Jedenfalls hatten sich Vertreter der Anklagebehörde bereits eine Vorstellung vom Geschehen zu bilden begonnen. Der Lammers vernehmende Major Elwyn Jones bezog sich auf „die berühmte Konferenz, bei der Eichmann den Vorsitz führte“.[14] Das hatte der SS-Obersturmbannführer nicht getan, dessen Name während des ersten der Nürnberger Prozesse mehrere dutzende mal erwähnt wurde, mit dessen Träger aber keiner der Angeklagten etwas zu tun gehabt haben wollte. Auch Ernst Kaltenbrunner nicht, der als Heydrichs Nachfolger seit 1942 Eichmanns höchster Vorgesetzter gewesen war. Der letzte RSHA-Chef behauptete, er habe Eichmann während seiner Amtszeit nie zu Gesicht bekommen,[15] und ein zugunsten Kaltenbrunners aussagender Zeuge, der zur SS-Verbrechergruppe gehörte, behauptete gar zu wissen, dass dieser Kaltenbrunner jedwede Unterredungen mit Eichmann, obwohl dieser solche gewünscht habe, abgelehnt hätte.[16]

War im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess auch das Ereignis am Wannsee erwähnt worden, so vermied doch jeder die Erwähnung einer Niederschrift, die festhielt, was seinerzeit geredet und verabredet worden war. Die amerikanischen Dienststellen, die nach dem Ende des Hauptprozesses mit der Vorbereitung weiterer Prozesse gegen führende Faschisten begannen, verfügten über versierte Fahndungsgruppen, die durch ihre Recherchen die Masse der bereits aufgefundenen Dokumente noch unausgesetzt vermehrten. Eine dieser Gruppen entdeckte in Berlin erhebliche Teile

---

9 Bühler-Aussage als Zeuge, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14.11.1945-1.10.1946, Bd. 1-42, Nürnberg 1947-1949, (im Folgenden: IMT) Bd. 20, S. 79.

10 Ebenda, S. 114.

11 Ebenda.

12 Lammers konnte oder wollte sich im Nürnberger Zeugenstand an eine Besprechung über die Endlösung, nach der er von Kaltenbrunners Verteidiger Kauffmann gefragt wurde, nicht erinnern. Möglicherweise verwechselte er diese Wannsee-Konferenz auch mit den Nachfolge-Konferenzen, die sich gesondert mit der „Mischlingsfrage“ befasst hatten. IMT, Bd. 11, S. 305.

13 Ebenda S. 162, 305.

14 Ebenda S. 305.

15 Ebenda, S. 297. Kaltenbrunner behauptete, Eichmanns Berichte seien um ihn und Müller „herum“ direkt an Himmler gegangen.

16 Hoettl-Aussage als Zeuge, IMT, Bd. 11, S. 156 f.

des Archivs des einstigen Auswärtigen Amtes. Es war, wie sich Robert M. W. Kempner in seinen Memoiren erinnerte, seine Überlegung, dass sich in diesem Bestand auch Dokumente befinden müssten, die mehr Aufschluss über die Zusammenarbeit der Diplomaten Ribbentrops mit dem Reichssicherheitshauptamt geben müssten.[17] Allerdings besaß auch Kempner keine Vorstellung davon, dass es ein Schriftstück geben könnte, das den Mordplan in seinem ganzen Ausmaß und seiner ganzen Ungeheuerlichkeit enthalten würde.

In diesem Punkte täuschte ihn seine Kenntnis der preußisch-deutschen Bürokratie. 1947, wieder nach Deutschland zurückgekehrt und zum stellvertretenden Leiter der amerikanischen Anklagebehörde ernannt, noch bei der Überlegung, in welche Prozesse die anzuklagenden Personengruppen sortiert werden sollten, erhielt er aus Berlin einen Anruf, der ihn von der Auffindung jener Eichmann-Niederschrift über die Zusammenkunft am 20. Januar 1942 unterrichtete. Er ließ sich den Fund durch Boten und per Flugzeug in sein Büro bringen und konnte nicht einen Moment im Zweifel sein, dass sich eines der Schlüsseldokumente der Judenvernichtung und der faschistischen Herrschaft überhaupt in seinen Händen befand.

2. Ermittlungen in Nürnberg und Jerusalem

Die Niederschrift, die seitdem – irreführend – zumeist Wannsee-Protokoll genannt wird, spielte fortan bei den Verhören vor dem sog. Wilhelmstraßenprozess gegen Ernst von Weizsäcker und Genossen sowie dann im Gerichtssaal selbst eine wichtige Rolle. Zunächst hatte Kempner Auftrag erteilt, die in Internierungslagern bzw. in Untersuchungshaft befindlichen Teilnehmer der Konferenz ausfindig zu machen und sie zum Verhör zu ihm nach Nürnberg zu bringen. Wie die Aufzeichnungen dieser Verhöre,[18] die im Stil von Gesprächen geführt wurden, ganz deutlich machen, wollte sich – mit der Ausnahme von Wilhelm Kritzinger, dem einstigen Staatssekretär in der Reichkanzlei (zum Zeitpunkt der Konferenz war er noch Ministerialdirektor – niemand erinnern, was an jenem Tag am Stadtrand Berlins besprochen worden war. Doch ließ das Papier, aus dem Kempner zitieren konnte, wenig Möglichkeiten für Ausflüchte.

Weiter als durch den Prozess, der 1948 stattfand, wurde die Niederschrift bekannt, als sie in Deutschland 1952 gedruckt erschien.[19] Später ist ihr Text in vielen Dokumenten-Ausgaben ganz oder verkürzt publiziert worden. Die Geschichtswissenschaft verfügte bis 1960 über ein knappes Dutzend von Dokumenten, die im Zusammenhang mit der Staatssekretär-Besprechung – vor ihrem Stattfinden und zum Zwecke ihrer Auswertung – entstanden waren. Ein Bild vom äußeren Ablauf des Ereignisses, von dem Verhalten der Beteiligten während der Zusammenkunft und von Heydrichs Reaktion auf den Verlauf der Tagung ergab sich erst, als Eichmann in Argentinien gefangengenommen, nach Israel verbracht und dort verhört wurde. Er sagte vor dem israelischen Polizeihauptmann Avner Less und im Gerichtssaal mehr, als aus ihm aufgrund der vorhandenen Dokumente hätte allenfalls herausgefragt werden können. Das tat er übrigens auch in anderen Zusammenhängen.[20]

Freilich war Eichmanns Redseligkeit in diesem Punkte von der Absicht diktiert, seine eigene Rolle vor und während der Konferenz zu minimieren und sich als der „kleine Oberstleutnant“ auszugeben, der mit einer Sekretärin an einem Tisch abseits der Verhandlungstafel gesessen, ihr Hinweise

---

17 Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt a. M. 1983, S. 310.

18 Sie wurden bisher geschlossen nicht publiziert. Auszüge aus den Mitschriften, die Robert M. W. Kempner besaß, finden sich in dessen Buch Eichmann und Komplicen, Zürich 1961, S. 151-161.

19 Das Wannseeprotokoll zur Endlösung der Judenfrage und einige Fragen an die, die es angeht. Düsseldorf 1952.

20 Das betraf namentlich seine Dienstreisen zu Vernichtungsstätten. Eichmann schilderte diese Reisen in der 87. Sitzung des Jerusalemer Gerichtshofes am 6. Juli 1961 (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/66, BI. X1, Y1). Demnach war er vor der Wannsee-Konferenz in Lublin und sah die Vorbereitung für die Erstickung der Juden durch Abgase eines Dieselmotors · und wurde in Kulmhof Augenzeuge von Vergasungen in eigens präparierten Fahrzeugen. Vgl. auch Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek 1983, S. 288.

für ihre Arbeit gegeben und sie und sich mit einem Imbiss versorgt hatte. Mehr noch: Eichmann schmückte seine Empfindungen an jenem Tage penetrant aus; er sei für eine andere – nicht mörderische – „Endlösung“ gewesen, doch habe er sich ganz schuldlos fühlen können, denn er sei an der Ausarbeitung des neuen Planes der „Endlösung“ unbeteiligt gewesen. Seit der Konferenz habe er sich in jeder Weise rückversichert und nur getan, was ihm anbefohlen worden sei.[21]

Behält man sein Verteidigungsinteresse im Angesicht des Galgens im Gedächtnis, so lässt sich aus Eichmanns Aussagen doch über den Hergang der Zusammenkunft etwa folgendes Bild gewinnen: Zunächst hörten die Geladenen den Vertrag Heydrichs, für den ihm Eichmann das Material herbeigeschafft und geordnet hatte. Der RSHA-Chef sprach wie auch bei anderen ähnlichen Gelegenheiten frei, hielt sich aber an die Papiere Eichmanns mit Sicherheit dort, wo er Zahlenangaben referierte. Wenn die Anordnung des Protokolls auch die zeitliche Reihenfolge wiedergibt, dann ließ Heydrich nach seinen Ausführungen, die den Vernichtungsplan umrissen, zunächst eine Aussprache darüber zu, wie gewährleistet werden könne, dass wirklich alle im faschistischen Machtbereich befindlichen Juden ergriffen und deportiert würden, damit niemand dem Tode entginge. Dann entwickelte er seine Auffassungen über die Behandlung der „Mischlinge“ und der in „Mischehen“ lebenden Juden, worüber innerhalb der faschistischen Führungsspitze und Bürokratie unterschiedliche Ansichten herrschten und abweichende Pläne existierten. Danach wurde dieser Fragenkomplex diskutiert. Schließlich kehrte die Diskussion wieder zum ersten Teil, dem Massenmord, zurück.

Diese abschließende Debatte erfolgte, immer nach Eichmanns Berichten, in aufgelockerter Stimmung, zu der beigetragen haben mochte, dass Ordonnanzen Heydrichs Gästen auch Cognac anboten. In Eichmanns Gedächtnis blieb, dass sich die Anwesenden mit deutlichen Temperamentsunterschieden an der Diskussion darüber beteiligten, wie man die Juden umbringen und mit welchen Gruppen von ihnen man beginnen sollte. Besonders verwundert zeigte sich Eichmann noch in Jerusalem über das Engagement des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium, Wilhelm Stuckart, von dem er am 20. Januar 1942 ein ganz neues Bild gewann.[22]

Nachdem die Gäste die Villa am Wannsee verlassen hatten, blieben Heydrich, Gruppenführer Heinrich Müller, Leiter des Amtes IV im RSHA, der auch „Gestapo-Müller“ genannt wurde, und Eichmann, der in diesem Amt das Dezernat IV B4 leitete, noch am Ort. Ihre Besprechung diente der Instruktion Eichmanns durch Heydrich, der ihm auseinandersetzte, wie die Niederschrift angefertigt werden sollte. Zugleich entspannten sich die drei Herren und nahmen noch einige Gläschen Alkohol zu sich, bevor sie auseinandergingen. Eichmann hatte sich die Szene besonders eingeprägt. Zum einen ergab sich keineswegs oft die Gelegenheit, den von ihm offenbar ebenso bewunderten wie auch wegen seiner Arbeitsanforderungen gefürchteten Heydrich außerhalb der Geschäfte zu beobachten und zu erleben, und zum anderen präsentierte sich Heydrich in diesem Augenblick entspannt und – was er öffentlich nicht tat – rauchte obendrein.[23] Nach 18 Jahren vermochte Eichmann

---

21 Eichmanns handschriftlicher Kommentar zu S. 11 des Protokolls lautet: Er habe sich „stets gerade von jetzt an noch mehr nach oben wegen der Verantwortung abgesichert, ... und zwar so, dass ich durch die hierdurch bedingte bürokratische Mehrarbeit diesbezüglich bei allen meinen Nachgeordneten bekannt wurde“. (Die von Eichmann benutzte Fotokopie ist im Nachlass seines Verteidigers Dr. Robert Servatius überliefert, der das Material dem Bundesarchiv übergab, wo es unter Allgemeine Prozesse 6 zugänglich ist. Der Autor benutzt die Gelegenheit, sich bei den Mitarbeitern dieses Archivs für ihre Unterstützung zu bedanken.)

22 Eichmann notierte auf der ihm während des Polizeiverhörs in Jerusalem überlassenen Fotokopie des „Besprechungsprotokolls“ schon auf S. 1: „Stuckart war ich sehr erstaunt“ und schrieb ab den Rand von S. 10: „nur über Stuckart wunderte sich wohl alles. Denn er galt als vorsichtig“.

23 In der Version der Zeitschrift „*Life*“ (28. November 1960) war das Zusammensein zu dritt so geschildert: But we sat around peacefully after our Wannsee Conference, not just talking shop but giving ourselves a rest after so many taxing hours.“ [„Nach unserer Wannsee-Konferenz aber saßen wir friedlich herum, nicht nur einfach fachsimpelnd, sondern uns eine Ruhepause gebend nach so vielen strapazierenden Stunden.“] In Jerusalem legte Eichmann dann Wert darauf, eine Nebenfigur gewesen zu sein und vermied jeden Ausdruck gleichberechtigter Beteiligung wie „*our* Wannsee Conference“. Doch berichtete Eichmann über diese Runde am Kamin mit den gleichen Worten, die sich in der US-Zeitschrift fanden. Er sprach wieder davon, dass man „friedlich“ beisammengesessen habe, „nicht um zu fachsimpeln“, sondern um sich „nach den langen anstrengenden Stunden

jedoch nur den Eindruck dieses Beisammenseins zu vermitteln; worüber dann noch gesprochen wurde, daran erinnerte er sich nicht.

Anschließend beschäftigte sich Eichmann mit der Anfertigung des Papiers, das zur Versendung an die Teilnehmer und weitere Behörden und Dienststellen bestimmt wurde. Was ihm dazu als Vorlage diente – eigene Aufzeichnungen oder ausgearbeitete Notizen der Sekretärin – wurde nie erfragt. Von solchen Mitschriften existiert auch keine Überlieferung. Merkwürdigerweise wurde Eichmann nie nach dem Namen der Frau gefragt, die als ebenso vertrauenswürdig wie gefühlskalt galt, dass ihr die Aufgabe zugetraut wurde, dieser Zusammenkunft mit ihrem Notizblock beizuwohnen. Worauf es bei der Bewertung der Niederschrift ankommt, ist aber vor allem, dass Eichmann, der sich des Außergewöhnlichen dieser Besprechung bewusst war, offenbar unmittelbar nach ihrem Stattfinden seinen Text für Heydrich niederschrieb. Die endgültige, dann versandte Fassung der „Geheimen Reichssache“ wollte er jedoch nicht verantworten. Es sei denkbar, sagte er aus, dass sein Entwurf über Müller zu Heydrich und dann mit Änderungsanweisungen wieder an ihn zurückgegangen sei und dass sich dieser Vorgang mehrmals abgespielt habe.[24] Es ist offenkundig, dass diese Darstellung, die durch keinerlei Hinweise aus den Dokumenten gestützt wird, zusätzlich den Eindruck erwecken sollte, der Hauptautor sei Heydrich gewesen. Das ergab sich aber allein schon aus der Tatsache, dass er referiert und angewiesen hatte, wie er den Verlauf dargestellt haben wollte.

Zu Heydrichs Anspruch gehörte, und dies dürfte die Verlässlichkeit der Niederschrift erhöhen, mit Sicherheit auch, dass die rege Anteilnahme der Gäste ausgewiesen wurde. So kann angenommen werden, dass keine Namen und kein wesentlicher Gedanke verlorengingen. Darauf kann auch geschlossen werden, wenn eine wesentliche Funktion der Niederschrift in Betracht gezogen wird. Heydrich hatte von Göring am 31. Juli 1941 die Weisung erhalten, an der „Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa“ soweit erforderlich „andere Zentralinstanzen“ bereits in der Vorbereitungsphase zu beteiligen und Göring „in Bälde einen Gesamtentwurf' zuzuleiten.[25] Möglicherweise – das lässt sich aber anhand von Dokumenten nicht nachweisen – wurde diese Niederschrift auch mit der Absicht angefertigt, stellvertretend für diesen „Gesamtentwurf" zu stehen und Göring vorgelegt zu werden. Jedenfalls fehlt jeder Hinweis darauf, dass es ein umfassenderes Papier gegeben hat, in dem das augenblickliche und künftige Vorgehen der Massenmörder nach Zeiträumen, Methoden, Orten etc. fixiert worden wäre.

3. Termine und Teilnehmer

Nach dem auf der ursprünglichen Einladung angegebenen Termin sollte die Staatssekretärs-Besprechung am 9. Dezember 1941 am Wannsee stattfinden.[26] Heydrich musste diesen Termin jedoch absagen und verlegte die Zusammenkunft auf den 20. Januar 1942, schob sie also um sechs Wochen hinaus. Diese Veränderung deutet darauf hin, dass der Chef des RSHA entweder keine besondere Eilbedürftigkeit für die zu besprechenden Fragen sah oder dass ihm die Situation so unbestimmt erschien, dass er keinen früheren Termin festsetzen wollte, der womöglich wiederum nicht einzuhalten war.

---

der Ruhe hinzugeben“. Diese Passage aus dem Polizeiverhör verlas der Staatsanwalt während der 75. Sitzung des Jerusalemer Gerichts. (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/54, BI. L1.).

24 Eichmann suchte in Jerusalem glaubhaft zu machen, dass sein Name überhaupt nur infolge dieser mehrfachen Bearbeitung des Protokolls in dessen Text aufgenommen worden sei. Es könne ihn die Stenotypisten oder einer seiner Mitarbeiter hineingeschrieben haben. (Protokoll der polizeilichen Vernehmung Eichmanns durch Avner Less am 4. Juli 1960, Bd. 2, BI. 879).

25 Görings Schreiben siehe: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, hrsg. v. Kurt Pätzold, Leipzig 19873 , S. 298.

26 Überliefert sind die Einladungen, die Heydrich an den Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes Otto Hofmann und an Unterstaatssekretär Martin Luther, Auswärtiges Amt, richtete. Das Treffen wurde kurzfristig abgesagt. Erst die neuen Einladungen bestimmten die Villa Am Großen Wannsee 56-58 (die in Publikationen fälschlich als Sitz der Internationalen Polizei-Kommission bezeichnet wird) zum Tagungsort. Zum Erwerb dieses Hauses durch eine von Heydrich ins Leben gerufene Stiftung und zu seiner Bestimmung siehe neuerdings: Johannes Tuche!, Die „Stiftung Nordhav“ und die Wannsee-Konferenz, in: Berliner Geschichte, 1990, H. 1, S. 89-93.

Es ist vermutet worden, dass Heydrich auf einen späteren Tag auswich, weil einige der Eingeladenen am 8. Dezember 1941 noch direkt an Massenerschießungen von Juden beteiligt waren.[27] Diese Ansicht bezieht sich auf die Tatsache, dass am 8./9. Dezember 1941 im Weichbild von Riga unter den in die Stadt deportierten und im Ghetto gefangengesetzten deutschen Juden ein Massaker, eines der blutigsten des Jahres 1941, angerichtet wurde. Zum einen war an jenem Tage aber von den späteren Konferenzteilnehmern einzig der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Generalbezirk Lettland, SS-Sturmbannführer Dr. Lange, als Befehlshaber an den Massenerschießungen beteiligt. Zum anderen lagen genügend Erfahrungen aus der verbrecherischen Tätigkeit der Einsatzgruppen bereits während der Monate Juni bis November 1941 vor, die u. a. in Riga – zuletzt bei den Untaten Ende November – gesammelt worden waren.

Mehr Wahrscheinlichkeit kommt demgegenüber einem anderen Ursachenkomplex zu, der die Verlegung der Besprechung erzwang. Heydrich dürfte sich spätestens Anfang Dezember klargemacht haben, dass sich an der Front im Osten ein Wandel zu vollziehen begann, der auch die Verwirklichung der „Endlösung der Judenfrage“ in einer noch nicht vorhersehbaren Weise betreffen musste. Am 3. Dezember, nachdem die Hoffnungen auf ein Kriegsende im Osten noch im Jahre 1941 schon geschwunden waren, erwähnte der Wehrmachtsbericht zum ersten Mal „örtliche Gegenstöße des Feindes“ an der Front vor Moskau. An den folgenden vier Tagen schwieg sich der Bericht über die Lage vor der sowjetischen Hauptstadt völlig aus, sprach aber am 7. Dezember unbestimmt von sowjetischen Angriffen an „mehreren Stellen der Ostfront“. Am 8. Dezember 1941 hieß es schließlich, die „Art der Kampfführung im Osten (sei) von jetzt ab durch den Einbruch des russischen Winters bedingt“.[28]

Dass dies nicht für die sowjetischen Truppen galt, wurde in den folgenden Tagen und Wochen den besorgten Deutschen gleichsam tröpfchenweise verabreicht. Erst am 17. Dezember entschloss sich die Wehrmachtführung zur Mitteilung über „Frontverbesserungen und Frontverkürzungen“,[29] womit der eigene Rückzug zwar beschönigt, aber kaum noch verschlüsselt wurde. Entsprechend veränderte sich die Stimmung der Bevölkerung. Hatte der SD-Bericht vom 1. Dezember noch von Hoffnungen berichtet, so musste er am 8. Dezember Enttäuschungen wegen des Ausbleibens größerer Erfolge konstatieren, die sich der drei Tage später erstatteten Meldung zufolge noch verstärkt hatten.[30]

Heydrich war sich zu diesem Zeitpunkt darüber klar, dass die veränderte Lage eine Umstrukturierung der Kriegsanstrengungen notwendig machte. In der Niederschrift der Besprechung am 20. Januar 1942 ist davon die Rede. Heydrich erklärte, dass der Beginn der größeren Evakuierungsaktionen „weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein werde“. Aus einer Äußerung Bühlers geht weiter hervor, dass sich die Konferenzteilnehmer auch über die Schwierigkeiten verständigt hatten, die der Transport der Opfer zu den Vernichtungsstätten machen würde.[31]

Spricht die veränderte Lage an der Ostfront und die Unübersichtlichkeit ihrer weiteren Entwicklung für die relativ lange Vertagung der Zusammenkunft, so dürfte für die Absage des ursprünglichen Termins Hitlers Entschluss, sich zum Verbündeten Japans im Krieg gegen die USA zu machen, ausschlaggebend gewesen sein. Nachdem Japan am 6. Dezember 1941 mit dem Überfall auf die amerikanische Militärbasis in Pearl Habor eröffnet hatte, stand Deutschlands Stellungnahme an. Hitler gab sie mit der Kriegserklärung am 11. Dezember, für die er den „Großdeutschen Reichstag“ und die Kroll-Oper in Berlin als Kulisse benutzte. Welche Faktoren Heydrichs Termin-Änderung auch im Einzelnen oder in einer Mischung bestimmt haben mochten, er hätte in der Situation um

---

27 Gerald Fleming, Hitler und die Endlösung. Vorwort v. Wolfgang Scheffler, Wiesbaden 1982, S. 89-93.

28 Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Bd. 1: 1. September 1939 bis 31. Dezember 1941, München 1985, S. 738-742.

29 Ebenda, S. 748.

30 Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945. Bd. 8, hrsg. v. Heinz Boberach, Herrsching 1984, S. 3043, 3069, 3073 f.

31 Protokoll, S. 9, 14.

den 9. Dezember nicht mit der gewünschten Aufmerksamkeit seiner Teilnehmer und dem Engagement der Dienststellen rechnen können, die er erreichen wollte.

Am 20. Januar 1942 versammelten sich im Konferenzzimmer der Wannsee-Villa insgesamt 15 Personen. Sechs von ihnen waren aktive Mitglieder der SS, drei von ihnen – Heydrich, Müller und Hofmann – besaßen Generalsränge (Obergruppenführer bzw. Gruppenführer), die drei anderen waren hochgestellte Offiziere, deren Ränge den Stufen vom Hauptmann zum Oberst entsprachen. Eichmann war nicht, wie gelegentlich erwähnt wird,[32] der Rangniedrigste unter den SS-Leuten; der aus Riga angereiste Lange stand noch eine Stufe unter ihm. Es ist leicht zu entschlüsseln, warum Heydrich ihn an den Tisch der Beratung geladen hatte, nennt ihn das Protokoll doch den Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für das Reichskommissariat Ostland. Mit dem Leiter dieses okkupierten sowjetischen Territoriums, Reichskommissar und Gauleiter Lohse, hatten sich Schwierigkeiten ergeben, als er noch im November 1941 den Standpunkt vertrat, ihm sei ein genereller Befehl zur Liquidierung aller Juden ohne wirtschaftliche und Kriegsrücksichten unbekannt.[33]

Sieht man vom Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS-Gruppenführer Hofmann ab, dann waren alle geladenen SS-Chargen weniger für den unwahrscheinlichen Fall anwesend, dass Heydrich auf ihre Auskünfte angewiesen sein sollte, sondern um direkt informiert zu sein und rasch an die Verwirklichung der beratenen Linie gehen zu können. Da sie also nicht mit beraten sollten, erscheint die Bezeichnung „Staatssekretär-Besprechung“ gerechtfertigt. Heydrich zielte auf die „zivilen“ Gäste, von denen einige selbst wieder hohe SS-Ehrenränge bekleideten. Jedoch war bezeichnenderweise nur Klopfer von der Parteikanzlei nicht mit seiner Dienststellung im „Protokoll“ ausgewiesen, sondern mit seinem SS-Rang, dem eines Oberführers. Tatsächlich war er in die Dienststelle, die Heß geleitet hatte und der nun Martin Bormann vorstand, aus dem Repressiv-Apparat übergewechselt, wo er unter Heydrich gearbeitet hatte.

Von den neun – mit dem erwähnten Vorbehalt – „zivilen“ Teilnehmern waren fünf im Rang eines Staatssekretärs. Aus dem Auswärtigen Amt nahm Unterstaatssekretär Luther teil, dessen Abteilung D permanent die Verbindung zum RSHA hielt. Aus der Reichskanzlei, in welcher der Posten des Staatssekretärs nicht besetzt war, seit Hitler Heinrich Lammers zum Reichsminister hochgestuft hatte, erschien mit Ministerialdirektor Kritzinger der Beamte, der später tatsächlich den freigewordenen Staatssekretärssessel einnehmen sollte. Die niedrigste Dienststellung unter diesen „Zivilisten“ bekleidete der in Begleitung von Staatssekretär Meyer teilnehmende Georg Leibbrandt, der es im Korps der Politischen Leiter bis zum Reichsamtsleiter gebracht hatte und im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete der Hauptabteilung Politik vorstand, zu der auch das „Sonderdezernat Rassenpolitik“ gehörte.

Analysiert man die Anwesenden unter dem Blickpunkt der politisch-geographischen Ausdehnung ihrer Befehlsgewalt und Zuständigkeit, so war ganz im Sinne der Göringschen Weisung das „ge-

---

32 Auch bei Hannah Arendt heißt es über Eichmann: „Dienstlich wie gesellschaftlich stand er weit unter allen anderen Anwesenden“. (Eichmann in Jerusalem, S. 149). Handelt es sich hier um ein nicht wesentliches Detail, so erscheint, gerade angesichts der eingehenden Untersuchungen und scharfsichtigen Urteile Hannah Arendts, ihr Bild von den zur Konferenz geladenen Staatssekretären ebenso verwunderlich wie abwegig. Sie repräsentierten insgesamt weder „die Elite des guten alten Staatsbeamtentums“, sondern verdankten ihren Aufstieg – womöglich mit Ausnahme des erst später in den Staatssekretärs-Rang erhobenen Kritzinger – dem Naziregime, noch traf zu, dass sie „häufig nicht einmal Parteigenossen“ waren, auf die Hitler wegen des Fehlens eigener Fachleute angewiesen geblieben wäre. (Ebenda, S. 148 f.)

33 Zwischen dem Reichskommissar für das Ostland Lohse und dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete kam es im November/Dezember 1941 zu einem Briefwechsel, der durch Lohses Zweifel hervorgerufen war, ob die Juden ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Verwendbarkeit umgebracht werden sollten. (IMT, Bd. 32, S. 435 ff.) Die im Schreiben vom 18. Dezember 1941 erwähnte mündliche Unterrichtung könnte auf eine Instruktion des Höheren SS- und Polizeiführers Friedrich Jeckeln zurückgehen, die er in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße, dem Sitz des RSHA, erhielt. Dort sei ihm, Jeckeln, aufgetragen worden, Lohse vom Befehl der Judenvernichtung zu informieren. So nach dem Zeugnis Jeckelns vor sowjetischen Untersuchungsorganen am 14. Dezember 1945. (Vgl. Fleming, S. 88)

samte deutsche Einflussgebiet in Europa“ erfasst. Am weitesten reichte der Arm des Reichssicherheitshauptamtes; Heydrich vermochte die Judenverfolgung und -vernichtung vom Hinterland der deutschen Ostfront bis an die französische Atlantikküste und vom besetzten Jugoslawien bis an das okkupierte Norwegen zu befehlen. Über das Auswärtige Amt und dessen Missionen in den verbündeten Staaten war Einfluss auf deren judenfeindliche Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen gewonnen. In den diplomatischen Vertretungen waren eigens „Judenreferenten“ installiert worden. Es konnte kein Zweifel darüber aufkommen, das, was hier verabredet wurde, ließ sich auch in die Tat umsetzen. Zudem zeigte die Zusammensetzung der Besprechungs-Teilnehmer, dass das Vernichtungswerk sich in Osteuropa vollziehen sollte, worauf auch der Umstand hinwies, dass SS-Befehlshaber aus den eroberten west- und nordeuropäischen Territorien am Beratungstisch fehlten.

In publizistischen Darstellungen der Wannsee-Konferenz kann die Behauptung nachgelesen werden, die Teilnehmer seien quasi ahnungslos zu der Besprechung bei Heydrich gekommen. Nach Toland konnten sie sich „unter dem Begriff ‚Endlösung‘ kaum etwas vorstellen“.[34] Nichts davon ist wahr. Was die sechs teilnehmenden SS-Generale und -Offiziere angeht, so waren sie präzise darüber informiert, dass die „Endlösung der Judenfrage“ bereits ins Werk gesetzt war. Sie standen doch an deren Befehlsstellen. Heydrich, Müller und Eichmann aus der RSHA-Zentrale kannten die Berichte der Einsatzgruppen, die bei Müller zusammengestellt und von Heydrich selbstredend gelesen wurden, Eichmann hatte jedenfalls einzelne Nummern dieser Berichte zur Kenntnis erhalten, was u. a. in Jerusalem nachgewiesen wurde.[35] Obendrein gab er selbst zu, dass er vor der Konferenz – was ihm anhand von Dokumenten nicht hätte nachgewiesen werden können – an Ort und Stelle Vernichtungsaktionen beobachtet hatte. Von Langes mörderischer Rolle in Lettland war schon die Rede. Schöngarth wiederum hatte ein spezielles Mörderkommando befehligt, das als eine Art Hilfsgruppe die Einsatzgruppe B „entlastete“, indem es in Galizien Massenerschießungen vornahm.[36] Was Hofmann angeht, so spricht allein seine Stellung an der Spitze eines SS-Hauptamtes gegen jedwede Unkenntnis.

Wie aber stand es um die „Zivilisten“? Unterstaatssekretär Luther war über die Massenerschießungen in Serbien aus erster Quelle informiert und hatte vordem an der Entscheidung über die Liquidierung der dortigen Juden aktiv mitgewirkt, obwohl er sich mit Leichtigkeit als unzuständig hätte erklären können. Staatssekretär Bühler war zumindest durch die Besprechung, die am 16. Dezember 1941 bei Frank stattgefunden hatte, und schon vordem durch seinen Besuch bei Heydrich Ende November 1941[37] davon unterrichtet, dass in Berlin die Praxis des Massenmordes verhandelt werden würde. Er wurde dafür mit ausdrücklichen Instruktionen Generalgouverneurs Frank ausgestattet. Meyer vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete kam aus einer Dienststelle, die sich mit unterschiedlichen Auffassungen über die Rigorosität des mörderischen Vorgehens auseinandersetz-

---

34 John Toland, Adolf Hitler, Bergisch Gladbach 1977, S. 881. Tolands Darstellung ist allein im Hinblick auf die Wannsee-Konferenz mit Behauptungen und Ausschmückungen gespickt, die allesamt verraten, wie wenig wählerisch der Autor im Hinblick auf seine Quellen verfuhr. So wird behauptet, Heydrich, Müller und Eichmann seien bei ihrer „Feier“ nach Konferenzende „in ihrer Hochstimmung auf Tische und Stühle“ geklettert. ... (S. 883) Diese Darstellung entstammt der amerikanischen Zeitschrift „Life“. Sie hatte, nachdem Eichmanns Ehefrau Vera mit der Redaktion Anfang Juni 1960 durch Vermittlung des niederländischen Journalisten Wilhelm Sassen einen Vertrag über 15.000 Dollar abschloss, am 21. November 1960 mit dem Abdruck von „Eichmann-Memoiren“ begonnen. Offenbar genügte die Kaminszene den Herausgebern des Magazins nicht; sie wollten den Lesern, Sensationshunger erzeugend und stillend, ein noch makabreres Bild auftischen.

35 Hannah Arendt (Eichmann in Jerusalem, S. 288) zitiert in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des Jerusalemer Gerichts, wonach Eichmann ihn diskriminierende Sachen zugegeben hat, die prima facie, abgesehen von seinem Geständnis, unnachweisbar gewesen wären, insbesondere in Bezug auf seine Reisen nach Osten.“

36 Vgl. Krausnick, Wilhelm, S. 233.

37 Aus Franks Rede am Schluss einer Regierungssitzung in Krakau am 16. Dezember 1941 ging hervor, dass die verschobene Sitzung im Januar 1942 stattfinden und Frank dort auf Maßnahmen drängen lassen werde, die „zu einem Vernichtungserfolg führen“. Auf den Besuch Bühlers bei Heydrich Bezug nehmend, sagte der Generalgouverneur, er habe „Verhandlungen ... angeknüpft, sie (die Juden – K. P.) nach dem Osten abzuschieben“. Und weiter: „Im Januar findet über diese Frage eine *große Besprechung* in Berlin statt, zu der ich Staatssekretär Bühler entsenden werde.“ Zit. nach Piotrowski, S. 346 f.

te, nachdem Gebiets- und Generalkommissare darüber klagten, dass die Einsatzgruppen die Juden ohne Rücksicht selbst auf Arbeitskräfteanforderungen der Wehrmacht niedermachten. Leibbrandt aus dem gleichen Ministerium war direkt an jenem Briefwechsel beteiligt gewesen, der diese Klage zum Gegenstand hatte.[38] Weder Meyer noch Leibbrandt haben jedoch, folgt man der Niederschrift, vor Heydrich auch nur diese Wehrmachtinteressen geltend gemacht.

Demnach blieben fünf Personen – ein Drittel der Teilnehmer – die bisher nicht in dieser oder jener Weise bei der „Endlösung" direkt verbrecherisch tätig geworden waren. Dass dies nicht als Folge irgendwelcher Skrupel geschehen war, scheidet für Stuckart, Freisler und Klopfer von vornherein aus. Bleiben Staatssekretär Neumann, der bald darauf aus der Vierjahresplan-Behörde Görings ausschied und einen maßgeblichen und höchstdotierten Posten in der Kriegswirtschaft übernahm, und Ministerialdirektor Kritzinger, der – wie erwähnt – sich später nicht unwissend stellte und als einziger vor Robert M.W. Kempner seine Schuldgefühle zugab.[39] Beide sollten nicht gehört haben, was viele deutsche Soldaten inzwischen in die Heimat berichteten? Beispielsweise schrieb ein Bremer Kaufmann, der einem Bataillon der Polizei-Reserve angehörte, aus dem Baltikum am 7. Juli 1941 an seine Frau: „Ich möchte in keiner Judenhaut stecken ... Von was sie eigentlich leben, weiß ich nicht ... Man kann den Juden nur noch einen gut gemeinten Rat geben: Keine Kinder mehr in die Welt zu setzen. Sie haben keine Zukunft mehr."[40]

Einige Oberste Reichsbehörden und andere Dienststellen, die direkt und mit den ihnen unterstehenden Apparaten an der „Endlösung" beteiligt waren, waren am Wannsee nicht vertreten. Teils mochten mit den Verantwortlichen bereits Absprachen getroffen worden sein, teils sollten sie auf anderem Wege erreicht werden. Zu den Abwesenden gehörte aus dem Polizeibereich die von Kurt Daluege kommandierte Ordnungspolizei, die bei den ersten Deportationen bereits in Aktion getreten und u. a. Begleitmannschaften für die Eisenbahnzüge gestellt hatte.[41]

Aus dem ministeriellen Bereich fehlte ein leitender Beamter des Reichsfinanzministeriums, das durch seine Finanzdirektionen die materielle Hinterlassenschaft und die Konten der Deportierten erfasste, die Räumung der Wohnungen und die Verwertung ihres Inventars veranlasste. Auch das von Joseph Goebbels geleitete Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda war nicht vertreten, das sich zuletzt bei der Einführung des „gelben Sterns", des von den Juden seit September 1941 in der Öffentlichkeit zu tragende Kennzeichens, an der Aufhetzung gegen die Juden maßgeblich beteiligt hatte. Dass die Tagung ohne einen Vertreter des Reichsverkehrsministeriums stattfand, mochte darauf hindeuten, dass Eichmanns Dezernat dahin bereits über feste Verbindungen verfügte und die Bereitstellung von Transportraum durch die Reichsbahn im Wesentlichen von der Vereinbarkeit mit den militärischen Anforderungen abhing. Nicht eingeladen war auch das Oberkommando der Wehrmacht. Was mit ihm bzw. mit den Kommandos der Heeresgruppen und der Armeen zu regeln war, wurde von Fall zu Fall im jeweiligen Operationsgebiet vereinbart.

Es gibt jedoch keine Unterlagen, die ein unbezweifelbares Urteil darüber zulassen würden, warum Heydrich auf die Anwesenheit von Vertretern der genannten Ministerien und Dienststellen verzichtete. Doch legt gerade der Blick auf die fehlenden, aber zweifellos beteiligten „Zentralinstanzen" den Gedanken nahe, dass die Tagung und ihre Zusammensetzung zumindest nicht allein von der Absicht bestimmt wurde, die Führungsrolle des RSHA und Heydrichs zu verdeutlichen, den Ver-

---

38 Siehe Anm. 33.

39 Kempner, Eichmann und Komplicen, S. 157 f.; siehe dazu auch: ders., Ankläger einer Epoche, S. 337 f.

40 Ludwig Eiber, „... ein bisschen die Wahrheit". Briefe eines Bremer Kaufmanns von seinem Einsatz beim Reserve-Polizeibataillon 105 in der Sowjetunion 1941, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 1991, H. 1, S. 71.

41 Da die Kräfte der Sicherheitspolizei nicht ausreichten, um die Deportationen zu organisieren, hatte Heydrich mit Kurt Daluege, dem Chef der Ordnungspolizei, vereinbart, dass dessen Polizeikräfte die Deportierten während der Fahrt in die „Durchgangsghettos" bewachten. Dort übergaben sie die Opfer an die Beauftragten der Sicherheitspolizei und den SD und kehrten in ihre Standorte zurück. In den Orten, aus denen die Juden abtransportiert wurden, beteiligten sich an der Aktion außerdem auch besonders ausgesuchte SA-Leute. (Vgl. Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, S. 311)

nichtungsplan in seiner Totalität bekanntzugeben und zu erörtern,[42] sondern dass für die Bestimmung der Teilnehmerschaft der Vorsatz gleichberechtigt war, die ausstehende Entscheidung über „Mischlinge“ und die „Mischehen“ voranzubringen. Dieser zweite Teil der Konferenz rückt in geschichtswissenschaftlichen und publizistischen Darstellungen zumeist in den Hintergrund, was angesichts der Ungeheuerlichkeit von Heydrichs Aussagen über die Ermordung von 11 Millionen Menschen und die dazu gegebenen Kommentare der anderen Anwesenden niemand verwundern kann. Aus der Optik des RSHA-Chefs aber war die Tatsache des Massenmordes bereits eine entschiedene, also keine grundsätzliche Frage“ mehr, wohl aber die nicht endgültig getroffene Entscheidung, wo die Grenzlinie zwischen denen verlaufen sollte, die zum Tode bestimmt wurden, und den anderen, die man am Leben lassen wollte.

Heydrich bezeichnete es schon einleitend als „wichtige Voraussetzung ... für die Durchführung der Evakuierung überhaupt“,[43] dass der Personenkreis genau bestimmt werde, der erfasst werden sollte. Das Interesse daran und Heydrichs Kenntnis der Kontroversen, die es bei der Bestimmung des Begriffs „Jude“ in Deutschland und in den okkupierten Gebieten gab und die auch zum Zeitpunkt der Konferenz existierten, mag für die Fixierung der unentbehrlichen Teilnehmer des Treffens am Wannsee eine wichtige Rolle gespielt haben. Dafür spricht die Anwesenheit des Vertreters der Reichskanzlei, auf deren Stellungnahme sich Heydrich referierend stützte,[44] des Reichsinnenministeriums, des Reichsministeriums der Justiz und der Partei-Kanzlei, aus der die rigorosesten Forderungen für die Verfolgung der „Mischlinge“ und der „Mischehen“ kamen. Zieht man dieses Interesse in Betracht, so erscheint das Gesamtanliegen der Besprechung in einem – gegenüber den üblichen Bewertungen – etwas verändertem Licht. Der Platz der Konferenz als eines Ereignisses im Prozess der *Durchführung* der „Endlösung“ tritt deutlicher hervor. Das nimmt ihm nichts von seinem verbrecherischen Charakter, lässt es aber stärker als einen Vorgang in einem bereits in Gang gesetzten mörderischen Getriebe erscheinen. Die Wannsee-Konferenz war ungeheuerlich und gleichzeitig verkörperte sich in ihr – im Sinne Hannah Arendts – ein Stück Normalität oder Herrschaftsalltag in einem extrem menschenfeindlichen System.

In diesem Charakter dürften auch die Schwierigkeiten begründet liegen, die Eichmann in Jerusalem während. des Verhörs und vor Gericht hatte, die Frage zu beantworten, warum diese Besprechung eigentlich stattfinden musste. Ähnlich wie Kempner es bis März 1947 nicht für möglich gehalten hatte, dass ein Papier wie das „Protokoll“ der Wannsee-Konferenz überhaupt existieren könnte, fragten sich die israelischen Beamten und Juristen 1960/61 immer wieder nach den Motiven, aus denen dieses Treffen hervorgegangen war. Eichmann besaß keine überzeugende Antwort. Einmal berief er sich auf die zu behebenden Schwierigkeiten, die es angeblich in großer Zahl gegeben habe, seit mit dem Massenmorden begonnen worden war.[45] Sie bildeten aber eher Randerscheinungen, und dem Protokoll zufolge hatte Heydrich keinen Grund, überhaupt auf sie zu verweisen. Dann zog Eichmann gar Heydrichs Charakter zur Erklärung heran, sein Bestreben sich vor diesem Kreis in die Pose des letztlich entscheidenden Mannes zu setzen.[46] Dieser Gesichtspunkt relativiert sich al-

---

42 Heydrich ließ einleitend im Protokoll hervorheben, dass „die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage“ in seiner Dienststelle liege und diese Betonung richtete sich insbesondere gegen Zweifel im Hinblick auf „geographische Grenzen“ seiner Zuständigkeit. (Protokoll, S. 3)

43 Protokoll, S. 8.

44 Heydrich bezog sich auf „ein Schreiben des Chefs der Reichskanzlei“, also von Hans Heinrich Lammers, das als eine mit Hitler abgesprochene Stellungnahme gelten konnte, vgl. Protokoll. S. 10.

45 Eichmann notierte 1960 auf der ihm übergebenen Fotokopie des Protokolls (S. 3) die Stichworte: „Dienststellen hatten gewöhnlich Einwendungen, verschleppten; in ihrem Sinne zu drehen“. Und in dem am 16. Juni 1960 im Jerusalemer Gefängnis beendeten Text „Meine Memoiren“ hieß es: „Jedenfalls waren ähnlich wie früher bei der Auswanderung nunmehr im verstärkten Maße bei der Evakuierung Schwierigkeiten aufgetaucht.“ (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/119, BI. 112).

46 Einerseits hat Eichmann in Jerusalem Heydrich als den Autor des in der Besprechung entwickelten totalen Vernichtungsplans bezeichnet (sich selbst aber als den Autor des Madagaskar-Plans). Andererseits versuchte er gar, seinen ehemaligen Chef als den Verfechter eines Minimalprogramms der Judenvernichtung hinzustellen, der die Vernichtung der Juden in den Ostgebieten und im Großdeutschen Reich geplant habe, dann aber durch

lein durch die eng begrenzte Teilnehmerzahl, die – wie gezeigt – sich begründet hätte erweitern lassen. Der Wahrheit am nächsten dürfte kommen, dass der RSHA-Chef die Zusammenkunft brauchte, um die Beteiligung der Spitzen der „Zentralinstanzen“ nachzuweisen, deren Aufmerksamkeit auf die ihm übertragene Aufgabe zu lenken und deren Mitwirkung zu sichern und die Klärung der wirklich offenen Frage – der nun praktisch unaufschiebbaren Grenzziehung zwischen Leben und Tod – zu beschleunigen.

4. Das „Besprechungsprotokoll“

Die 15 Schreibmaschinenseiten umfassende Niederschrift der Wannsee-Konferenz wurde von einer Vielzahl von Historikern, Juristen und Publizisten wieder und wieder analysiert. Übereinstimmung herrscht darüber, dass dieser Text keinen Zweifel darüber ließ, was den Juden schon geschah oder – wie Heydrich es hinstellte[47] – geschehen sollte.

Heydrich eröffnete seine Ausführungen mit einem – wie Reitlinger sich ausdrückte – „langen Rückblick auf die Auswanderung der Juden seit 1933“.[48] Was er ausführte, war für keinen der Beteiligten von irgendeinem Neuwert. Alle besaßen fundierte Kenntnisse über die Politik der Vertreibung und hatten zumeist an ihr aktiv mitgewirkt, so dass man sich fragen kann, welche Funktion dieser Partie der Rede eigentlich zukam, die einerseits eine Art Erfolgsbilanz der Judenvertreibung gab und sie zugleich als ein unbefriedigendes Provisorium hinstellte. Wahrscheinlich wollte Heydrich vor allem die bisherige Rolle der Sicherheitspolizei und des SD herausstellen. Dafür könnte auch sprechen, dass er den Anteil keiner anderen Institution, in erster Linie hätte er das Reichsinnenministerium nennen müssen, auch nur am Rande erwähnte. Jedenfalls schrieb er die Zahl der Vertriebenen und die Überwindung der Schwierigkeiten, die sich der Vertreibung in den Weg gestellt hatten, sich und der Sipo zu. Von 1933 bis zum 31. Oktober 1941 seien – die Ostmark und das Protektorat Böhmen und Mähren eingeschlossen – rund gerechnet 537.000 Juden „zur Auswanderung gebracht“ worden. Dabei wären dem Ausland rund 9,5 Mill. Dollar abgepresst worden, um eigene Devisen zu schonen.[49]

Dem Protokoll zufolge hat Heydrich keine Anstrengungen darauf verwendet, die verfolgte Politik noch einmal zu rechtfertigen. Er sprach wie selbstverständlich „über den bisher geführten Kampf gegen diesen Gegner“.[50] Nur an wenigen Stellen geriet in die nüchtern-bürokratische Sprache des Protokolls der antijüdische Jargon: es sei das „Aufgabenziel“ gewesen, „auf legale Weise den deutschen Lebensraum von Juden zu *säubern*“.[51]

Die Formulierung gab das gedankliche Anschlussstück für die folgenden Ausführungen. Das generelle Ziel hatte sich demnach nicht grundlegend geändert, aber zweifach modifiziert. Der „deutsche Lebensraum“ war in dauernder Vergrößerung begriffen und für die „Säuberung“ hatten sich neue Möglichkeiten ergeben.

Von der Bilanz zur Planung übergehend, unterließ es Heydrich gänzlich, noch einmal an die zeitweilig verfolgten Pläne zur Deportation der Juden in entlegene Gebiete zu erinnern. Als wäre auf

---

Ribbentrop über Luther zur „europäischen Regelung“ angeregt worden sei. Auf diese Version dürfte ihn erst das Studium der Arbeit von Gerald Reitlinger gebracht haben, die ihm in seiner Zelle zur Verfügung gestellt worden war. Darin war auf ein Gespräch hingewiesen, das Ribbentrop mit dem bulgarischen Gesandten Popow am 27. November 1941 hatte und in dessen Verlauf von einer europaweiten „Lösung“ gesprochen worden war. (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/264, unpag.)

47 Die Existenz der Einsatzgruppen der Sipo und des SD und deren zu den „Ereignismeldungen“ zusammengefasste Berichte über die Massaker auf sowjetischem Territorium wurden – dem Protokoll zufolge – mit keinem Wort erwähnt. Jedoch ließ sich aus der von Eichmann angefertigten Statistik auf ihre mörderische Tätigkeit rückschließen, hieß es doch zu Estland ‚judenfrei“, während die Zahl der in Lettland noch lebenden Juden mit 3500 angegeben wurde. (Protokoll, S. 6)

48 Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, Berlin 19795, S. 107.

49 Protokoll, S. 4 f.

50 Ebenda, S. 3.

51 Ebenda.

die Verdrängung und Aussetzung der Juden in den Osten Polens und nach Madagaskar[52] nie ein Gedanke oder eine Initiative gerichtet worden, entwickelte der RSHA-Chef, sich auf Hitler und Himmler berufend, was anstelle der „Auswanderung“ geschehen sollte. Gleichsam nebenher und ohne jeden Kommentar bezeichnete er die Auswanderung nicht nur als nachteilig, sondern im Kriege gar als gefährlich[53] – eine These, deren Lächerlichkeit jeder Anwesende sich augenblicklich klarzumachen vermochte. Denn weder war die Masse der Juden wehrfähig oder militärisch ausgebildet, noch verfügte sie über Informationen, welche der deutschen Kriegführung hätte abträglich sein können. Dennoch machte keiner der Anwesenden auch nur einen zurückhaltenden Versuch, die Frage zu erörtern, ob nicht auch unter Kriegsbedingungen für Frauen, Kinder und alte Menschen die Möglichkeit bestand, sie über Wege wie die Türkei, das unbesetzte Frankreich, Spanien und Portugal aus dem deutschen Machtbereich zu schaffen. Alle begnügten sich damit, von Heydrich erinnert zu werden, dass Himmler als Chef der deutschen Polizei verboten hatte, dass noch ein Jude legal den Zugriffsbereich der Sipo verließ.[54]

Wo Heydrich zum künftigen Schicksal der Juden überging, ist bei dessen erster Erwähnung in der Niederschrift noch von der „Evakuierung der Juden nach dem Osten“[55] die Rede, doch wird hinzugefügt, dass diese Evakuierung für die „Endlösung der Judenfrage“ zwar von wichtiger Bedeutung sei, aber noch nicht diese Endlösung selbst darstelle. In nicht näher beschriebenen Gebieten sollten, Heydrich zufolge „die Juden in geeigneter Weise ... zum Arbeitseinsatz kommen“.[56] Eindeutig war in diesem Zusammenhang nur die Aussage, dass an Ort und Stelle die „Trennung der Geschlechter“ erfolgen werde. Wie Heydrich sich die „großen Arbeitskolonnen“ vorstellte, wenn er sie sich überhaupt real dachte, wie sie leben sollten, während sie sich „straßenbauend“ ostwärts bewegten, das alles blieb unklar. Unmissverständlich aber war schließlich, dass dabei eine massenhafte Vernichtung durch brutale Auszehrung der Lebenskräfte der Juden erfolgen würde, die einer „entsprechenden Leitung“, d. h. einer Gefangenschaft nach KZ-Beispiel, unterworfen wären. Heydrichs Darstellung schien zunächst mehr Fragen offen zu lassen als zu beantworten: Was würde mit den Kindern geschehen? Was mit den nicht arbeitsfähigen alten Menschen unterhalb des 65. Lebensjahres? Was mit den Kranken? Alle Fragen erledigten sich jedoch durch die Ankündigung, dass diejenigen, welche die Strapazen der Sklavenarbeit überstanden, „entsprechend behandelt werden müssen“.[57]

Im einzelnen benutzte Heydrich in seiner Rede und bei ihrer Übertragung in das „Besprechungsprotokoll“ wie bisher zumeist verhüllende Formulierungen. Das Wort „töten“ kam ebenso wenig vor wie die Wörter „erschießen“ oder „liquidieren“. Im Ganzen aber war Klartext gesprochen. Niemand konnte das Haus am Wannsee verlassen und noch darüber Zweifel haben, dass von nun an das Ausmaß der Menschenvernichtung allein von den Möglichkeiten der Mörder abhing, von ihrer Entschlossenheit und ihrem Organisationstalent.

Eichmann war sich in Jerusalem, zumal sein Gedächtnis durch das Lesen des Protokolls aufgefrischt worden war, völlig bewusst, dass am 20. Januar 1942 über ein beispielloses Verbrechen gesprochen wurde. Er wollte sich an dessen Planung als völlig unbeteiligt hinstellen. Das war der Grund dafür, dass er sich als Heydrichs Ghostwriter stets auf den Redetext bis zur Seite 7 bezog, also auf die Bilanz der Vertreibung und die Zahlenangaben.[58] Von jener Passage an, da Heydrich den Evakuierungsplan, die Vernichtung durch Arbeit und die Tötung des „Restbestandes“ darge-

---

52 Kurt Pätzold, Von der Vertreibung zum Genozid, in: Faschismus-Forschung. Positionen – Probleme – Polemik, hrsg. v. Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 198 ff.

53 Protokoll, S. 5.

54 Ebenda.

55 Ebenda.

56 Protokoll. S. 7.

57 Protokoll. S. 8.

58 Als der Verteidiger Eichmanns, Dr. Robert Servatius, vor dem Jerusalemer Gericht davon sprach, sein Mandant habe die Rede Heydrichs verfasst, fragte ihn Eichmann durch eine Notiz, ob nicht in der folgenden Sitzung eine Korrektur angebracht wäre. Er, Eichmann, habe „Material geliefert bei Formulierung bis Seite 7“, nicht aber für die Hauptpunkte. Servatius nahm diesen Vorschlag an. (BA Koblenz, Allgemeine Prozesse, 6/115, unpag.)

stellt hatte, beteuerte Eichmann seine eigene Überraschung. Die Idee einer systematischen Ausbeutung in „großen“ straßenbauenden „Arbeitskolonnen“ habe er zuvor nicht gekannt. Tatsächlich ist das ebenso wenig auszuschließen wie die Möglichkeit, dass Heydrichs Erwähnungen dieser Kolonnen ad hoc, aber in dem Wissen geschah, dass Hitler gleichzeitig ungelöste Transportprobleme (mit anderen Faktoren) dafür verantwortlich machte, dass die UdSSR 1941 nicht geschlagen werden konnte.[59]

Was den Teilnehmern der Konferenz und den Lesern der Niederschrift auch ersichtlich sein musste, war die Tatsache, dass der RSHA-Chef kaum Vorstellungen referierte, wie der beispiellose Massenmord ins Werk gesetzt und zum erklärten Totalziel geführt werden sollte. Heydrich sprach von dem Gesamtplan, der Göring übersandt werden sollte. Er nannte die Evakuierungen „Ausweichmöglichkeiten“ und Aktionen, bei denen „praktische Erfahrungen gesammelt“ werden sollten.[60] Er machte deutlich, dass über die Reihenfolge des Vorgehens nicht endgültig entschieden war. Er entwickelte ein zweistufiges Vorgehen, bei dem die Deportierten „zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghettos verbracht“ und von da „weiter nach dem Osten transportiert“ werden sollten.[61] Er räumte ein, dass der Personenkreis nicht endgültig fixiert sei und mithin alle Zahlen zusätzlich ungenau waren. Zugleich verschwieg er – vorausgesetzt, dass seine Rede und ihre verkürzte Wiedergabe hier nicht voneinander abweichen – bereits eingeleitete Maßnahmen: der Name Auschwitz blieb unausgesprochen, über die Vernichtungslager, die sich in Ostpolen um Bau befanden, gab es keine Andeutungen, die Sterbeziffern in den Durchgangsghettos blieben ebenso unerwähnt wie die Vernichtungsaktionen in Serbien. Von Zeiträumen war nicht die Rede. Sie würden sich aber, wie mehrere Teilnehmer aus eigenen Erfahrungen wussten, bedeutend verkürzen, wenn der organisatorische und namentlich der Transportaufwand sich verkleinern ließen. So verständigten sie sich auf „vorbereitende Arbeiten ... in den betreffenden Gebieten“, was im Klartext hieß: es sollten im Generalgouvernement und in den in deutscher Hand befindlichen Gebieten der UdSSR die Juden an ihren Wohnplätzen oder in deren Nähe umgebracht werden, wobei allerdings – und dies bezeugte die Kenntnis der Berichte über die Wirkungen der Massenerschießungen der Einsatzgruppen – „eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden“ sollte.[62] Die Formulierung verriet, dass die Rassen-Antisemiten die Juden schon nicht mehr zur Bevölkerung zählten. Es gab am 20. Januar 1942 eine „Linie“, keinen Gesamtplan. Die einleitende Aufgabenstellung der Zusammenkunft, die Heydrich als „Parallelisierung der *Linienführung*“ bezeichnete“ drückte dies ebenfalls aus.

Als die Teilnehmer auseinandergingen, dürfte ihnen klargewesen sein, in welcher Reihenfolge das Massenmorden ablaufen sollte. Es würde sich zunächst auf Osteuropa konzentrieren. Nach der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR und im Generalgouvernement sollten die Juden der Slowakei und Kroatiens in die Vernichtung einbezogen werden, zumal die beiden Satellitenregierungen keine Schwierigkeiten zu machen schienen, der deutsch-faschistischen Vernichtungspolitik zu folgen. Gleichzeitig würden aber die Deportationen aus dem „großdeutschen“ Territorium fortgesetzt werden, aus dem sog. Altreich, der Ostmark und dem Protektorat. Dann sollten die Juden aus den okkupierten Teilen Westeuropas und aus dem unbesetzten Teil Frankreichs an die Reihe kommen. Diese Ausdehnung galt ebenfalls als relativ problemlos. Schwierigkeiten erblickten die Teilnehmer zum einen in Ungarn und Rumänien (trotz der Tatsache, dass sich rumänische Verbände seit dem 22. Juni 1941 an entsetzlichen Massakern auf dem sowjetischen Territorium schon beteiligt hatten) und in Dänemark und Norwegen, wo eine vergleichbar geringe Anzahl von Juden lebte.[63]

Doch glaubten die Konferenzteilnehmer fest, ihren Kurs auch dort durchsetzen zu können.

Sodann wandte sich die Besprechung den Sonderregelungen, den „Mischlingen“ und „Mischehen“ zu. Heydrich charakterisierte die Funktion des „jüdischen Altersghettos“, wofür Theresienstadt vor-

---

59 BA Koblenz, NS 6/819, BI. 37.
60 Protokoll. S. 5.
61 Protokoll. S. 8.
62 Protokoll. S. 15.
63 Protokoll. S. 9.

gesehen war.[64] Dorthin sollten nach den Berechnungen Eichmanns mehr als 80.000 Juden aus dem Altreich und der Ostmark gezwungen werden, u. a. die, die das 65. Lebensjahr überschritten hatten, außer ihnen auch jüdische Teilnehmer des Weltkrieges 1914-1918, die entweder schwerkriegsbeschädigt oder mit der Auszeichnung „Eisernes Kreuz, 1. Klasse“ aus den Kämpfen zurückgekehrt waren. Heydrich legte Wert darauf, dass im Protokoll festgehalten wurde, dass die Ausnahmeregelung für die einstigen Soldaten der kaiserlichen Armee allein aus taktischen Gründen und nicht als Anerkennung eines nationalen Opfers – das war doch Kriegseinsatz im Verständnis der Nazis – erfolge.

Man wollte einfach „mit einem Schlag die vielen Interventionen“ loswerden, mit denen sich die Judenverfolger seit 1933 zu beschäftigen hatten. Noch auf Hindenburg hatten deutschnationale Kreise Druck ausgeübt, die jüdischen Kriegsteilnehmer von den schärfsten Benachteiligungen auszunehmen, und tatsächlich war im „Berufsbeamtengesetz“ vom 7. April 1933 mit der Frontkämpfers-Klausel eine Sonderregelungen geschaffen worden, die eine Gruppe jüdischer Beamter bis 1935 vor der Entlassung schützte.[65] Nun wurde mit der vorgesehenen Zwangseinweisung in das Ghetto Theresienstadt für einige Kriegsteilnehmer wieder eine abweichende Bestimmung getroffen, die mit jener von 1933 gemein hatte, dass auch sie nur einen Aufschub bedeutete. Waren auch die Überlebenschancen in Theresienstadt größer als in „Durchgangsghettos“ wie Łódź oder Riga, so würde doch auch die Stadt in Böhmen für sie ein Sterbeort, für andere gleichfalls Durchgangsstation auf dem Weg in den Tod von Auschwitz. Die Art, in der Heydrich über Theresienstadt sprach, machte dieses Schicksal der „Privilegierten“ durchaus vorhersehbar.

Eingehender als die Deportationen· in das Altersghetto erörterte Heydrich die Behandlung der „Mischlinge 1. und 2. Grades“ und der „Juden in Mischehen“ sowie deren nichtjüdischer Ehepartner.[66] Stillschweigend wurde davon ausgegangen, dass die zu treffenden Entscheidungen sich nur auf den Geltungsbereich der „Nürnberger Gesetze“ bezogen, während außerhalb der Grenzen des „Großdeutschen Reiches“, namentlich in Osteuropa, ohnehin ein weiterer Begriff „Jude“ gelten sollte, der es von vornherein ermöglichte, auch „Halbjuden“ und andere zu Juden zu erklären oder ihnen gleichgestellte Personen in die Vernichtungsaktionen einzubeziehen.

Heydrich, der sich – wie erwähnt – auf ein Schreiben der Reichskanzlei stützte, das diese Fragen zum Gegenstand hatte, machte kein Hehl daraus, dass die im Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen erfolgte Begriffsbestimmung „Jude“[67] künftighin nicht mehr als Abgrenzung von „deutsch“ und „jüdisch“ gelten, sondern nur „gewissermaßen die Grundlage“ bilden solle. Faktisch bedeutet dies, dass die Grenzlinie von 1935 *gerade nicht* länger als bindend betrachtet wurde und die Absicht bestand, die „Halbjuden“ oder „Mischlinge 1. Grades“ in die Deportation einzubeziehen, um auch sie zu ermorden. Ausnahmen ließ dieser Vorschlag unter bestimmten Bedingungen zu, doch sollte jeder Ausgesonderte sterilisiert werden. Selbst aus der Gruppe der „Mischlinge 2. Grades“, der „Vierteljuden“, die in ihrer Mehrheit den „Deutschblütigen“ zugeschlagen werden sollten, war noch eine Reihe exakt bestimmter Untergruppen für die Tötung vorgesehen.

Dann ging Heydrich die Vorschläge für die Behandlung der verschiedenen Kategorien von „Mischehen“ durch, wobei die einen zur Deportation und andere zur Einweisung in Altersghettos (hier wurde der Eindruck erweckt, als sei die Gründung von mehreren vorgesehen) bestimmt waren. Auch in diesem Punkte war die Tendenz der weiteren Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen unverkennbar. Die radikal-rassistische Position, wie sie vor allem im Korps der Politischen Leiter, aber auch an der Basis der NSDAP vertreten wurde und sich seit 1933 immer wieder in Unzufriedenheit mit den ergriffenen Maßnahmen der Judenverfolgung geäußert hatte, prägte Heydrichs Ausführungen. Die Vor-

---

64 Protokoll. S. 8.

65 Kurt Pätzold, Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus 1933-1935, Berlin 1975, S. 92 ff.

66 Protokoll. S. 10-14.

67 Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz (14. November 1935), §5, in: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung, S. 118.

schläge ließen die seit 1933 praktizierte Methode erkennen, die am wenigsten geschützten Menschen zuerst und am rücksichtslosesten zu drangsalieren. Denn ganz konnten die Auswirkungen der Deportation von Juden aus „Mischehen“ nicht unberücksichtigt bleiben. Daher wurde, um Komplikationen mit einflussreichen nichtjüdischen Verwandten auszuweichen, auch in diesen Fällen die Wegschaffung in ein Altersghetto vorgesehen.[68]

Staatssekretär Stuckart schien das von Heydrich kommentar- und kritiklos dargestellte Verfahren als viel zu kompliziert, erwartete er doch, dass die Regelungen und Sonderregelungen „in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich bringen würde“.[69] Deshalb schlug er kurzerhand vor, generell zur Zwangssterilisierung zu schreiten. Das Problem der „Mischehen“ wollte er durch ihre zwangsweise Scheidung auf einem vereinfachten Verwaltungswege gelöst wissen, wonach der jüdische Teil der aufgelösten Ehegemeinschaft deportiert und in den Tod geschickt werden konnte. Auch Hofmann trat dafür ein, „von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch“ zu machen.[70] Man mag sich vergegenwärtigen, dass in diesem Teil der Besprechung über Menschen geredet wurde, von denen manche Soldaten der Wehrmacht und andere Mütter solcher Soldaten waren, die an diesem 20. Januar 1942 womöglich im klirrenden Frost der Ostfront lebten.[71]

Die Konferenzteilnehmer hatten das Schicksal der „Mischlinge“ und der „Mischehen“ nicht zu entscheiden. Es wurde Gegenstand weiterer Besprechungen. Doch war am Wannsee darin Übereinstimmung erzielt, dass die bisher im deutschen Reichsgebiet eingehaltenen Grenzen neu bestimmt und weitere Nicht-Deutschblütige – im Besprechungsprotokoll fehlen die Ausdrücke „Arier“, „Nichtarier“ usw. – in das Tötungsvorhaben einbezogen oder sterilisiert werden sollten, um die Geschichte der Juden in Deutschland auf immer zu beenden.

Laut Protokoll nahmen außer Heydrich sechs weitere Teilnehmer am Konferenztisch das Wort: Hofmann, Stuckart, Bühler, Meyer, Luther und Neumann. Nur Neumann machte darauf aufmerksam, dass die in „kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden“ nicht evakuiert werden können.[72] Das stieß nicht auf Heydrichs Widerspruch, denn schon bisher hatten solche Rücksichten gegolten. Nach dem Willen des RSHA-Chefs sollten jedoch auch diese Juden sobald wie möglich durch die Mobilisierung von Ersatzkräften entbehrlich gemacht und deportiert werden. Immerhin konnte Kempner zu Neumann später in Nürnberg sagen, dass er sich als einziger für die Schonung einer Gruppe von Juden eingesetzt hatte. Das war eine sehr freundliche Interpretation des amerikanischen Anklagevertreters.[73]

Die Dauer der Besprechung am Wannsee wurde im Protokoll nicht verzeichnet. Nach Eichmanns Erinnerung dauerte sie nicht länger als etwa 1 ½ Stunden. Die Teilnehmer gingen mit der Verabredung auseinander, Heydrich „bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren“.[74] Nachdem zuvor die „verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten“ – Eichmann erläuterte in Jerusalem, dass sie Tötungsmöglichkeiten bedeutet habe – besprochen worden waren, musste jeder wissen, dass er an einem gigantischen Mordkomplott teilnahm. Weitere Arbeiten sollten die Sachbearbeiter verrichten, wofür Eichmann von Heydrich ausdrücklich als sein zuständiger Referent bezeichnet worden war. Eine zweite Besprechung nach der Art jener vom 20. Januar 1942 hat sich in den folgenden Jahren für die Judenmörder nicht notwendig gemacht. Was bekanntgegeben und verabredet worden war, wurde verwirklicht. Das Morden dauerte bis in die letzten Stunden der faschistischen Herrschaft. Die Organisatoren der Endlösung, von den Planern in

---

68 Protokoll, S. 13.

69 Protokoll, S. 14.

70 Protokoll, S. 13.

71 In einer Rede vor stellvertretenden Gauleitern der NSDAP erklärte der leitende Mitarbeiter der Partei-Kanzlei Friedrichs am 5. März 1940: „Jüdische Mischlinge an der Front versuchen, durch den Fronteinsatz ihre blutmäßige Gleichstellung zu erreichen. Das müssen wir natürlich glatt ablehnen.“ (BA Koblenz, NS 6/784, BI. 201)

72 Protokoll, S. 14.

73 Kempner, Ankläger einer Epoche, S. 314.

74 Protokoll, S. 15.

Berlin über die Fänger vor Ort, welche die Deportationszüge füllten, bis zu den seelenlosen Handlangern in den Vernichtungsstätten, töteten über Jahre auf Hochtouren. Häufig wurde ihre Tätigkeit als industrielle oder fabrikmäßige Menschenvernichtung bezeichnet. Diese Charakteristik verdeckt, dass massenhaft „handwerklich“ gemordet wurde, so dass sich mit mehr Recht wohl von einer „Manufaktur“ sprechen ließe. Die Mörder und ihre freiwilligen oder erzwungenen Helfer waren ihren Opfern viel näher als Begriffe wie „Industrie“ und „Fabrik“ dies verdeutlichen können.

Die Teilnehmer der Besprechung am Wannsee befassten sich mit dem Plan der Ermordung von elf Millionen Juden Europas – einer grob geschätzten Zahl. In ihr waren auch die Juden in Staaten einbegriffen, in die der Arm der faschistischen Antisemiten nicht reichte und die er glücklicherweise nie erreichte. Tatsächlich fiel etwa die Hälfte der angenommenen Zahl europäischer Juden den Mördern in die Hände. Historiker beschäftigen sich bis auf den heutigen Tag damit, die annähernd genaue Totenziffer aus einer Unmasse von Quellen zu ermitteln.[75] Sie leisten eine Arbeit, deren Bedeutung sich aus der Notwendigkeit permanenter Auseinandersetzung mit zeitgenössischen rassistischen, faschistischen und namentlich antijüdischen Publikationen und Äußerungen ergibt. Leichter war es, das Ende jener 15 Teilnehmer der Wannsee-Konferenz festzustellen. Heydrich wurde wenige Monate nach dem Treffen in Prag Ende Mai 1942 von einer tschechischen Widerstandsgruppe tödlich verwundet. Müller verschwand bei Kriegsende, nachdem er im Mai 1945 noch in Berlin gesehen worden war. Alle Fahndungen, die sein Verbleiben oder sein Ende aufklären sollten, blieben erfolglos. Eichmann tauchte zuerst in Norddeutschland unter, setzte sich dann nach Argentinien ab, wurde 1960 vom Geheimdienst Israels nach Israel gebracht, angeklagt, zum Tode verurteilt und am 31. Mai 1962 hingerichtet. Schöngarth, der zuletzt die Sicherheitspolizei der Niederlande befehligte, fiel den Engländern in die Hände. Sie machten ihm 1946 in Enschede den Prozess, verurteilten ihn zum Tode und vollsteckten das Urteil. Lange kommandierte 1945 eine Polizei-Einheit in der von der sowjetischen Armee eingeschlossenen „Festung“ Posen und kam während der Kämpfe um. Von den an der Wannsee-Konferenz beteiligten SS-Generalen kam Otto Hofmann am glimpflichsten davon. Er wurde in Nürnberg im Prozess gegen den letzten Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS Greifelt und 13 weitere Mitarbeiter dieser und anderer SS-Dienststellen angeklagt und zu 25 Jahren Haft verurteilt. Alsbald erfolgte eine Reduzierung der Haftzeit um 10 Jahre. Schon 1954, dem Jahr des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, war Hofmann auf freiem Fuß.

Von den „zivilen“ Teilnehmern nahm sich Meyer bei Kriegsende das Leben. Freisler gehörte 1945 zu den Toten eines Fliegerangriffs auf Berlin. Luther, bei Ribbentrop in Ungnade gefallen, verbrachte die letzten Kriegsjahre im Konzentrationslager Sachsenhausen und verstarb im Mai 1945 in einem Berliner Krankenhaus. Bühler wurde von den Alliierten gefangengesetzt, dann – wie erwähnt – von einem Gericht in Warschau angeklagt, am 20. Juli 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Stuckart kam im gleichen Jahr vor ein amerikanisches Gericht, doch wurde er im „Wilhelmstraßen-Prozess“ lediglich zu einer geringfügigen Zeitstrafe verurteilt, die durch die Haftjahre als verbüßt galt. Staatssekretär Kritzinger, der wohl gemeinsam mit Stuckart und weiteren höchsten Beamten angeklagt worden wäre, entging dem aus Krankheitsgründen. Er starb 1948 in einem Nürnberger Krankenhaus. Ähnliches geschah dem Staatssekretär Neumann, den die Alliierten Anfang 1948 auf freien Fuß setzten, wobei erwartet wurde, dass seine Rolle und Schuld durch ein deutsches Gericht aufgeklärt und festgestellt werden würde. Doch starb Neumann, bevor es dazu kam.

Zwei Teilnehmer der Wannsee-Konferenz gerieten in Ermittlungsverfahren, die deutsche Gerichte in der Bundesrepublik anstrengten. Das passierte zuerst dem Reichsamtsleiter Leibbrandt, der 1949 aus der alliierten Internierungshaft entlassen worden war. Das Landgericht Nürnberg-Fürth stellte mit Urteil vom 10. August 1950 Leibbrandts weitere Strafverfolgung mit der Begründung ein, es habe sich kein Beweis dafür erbringen lassen, dass er „zur Ausrottung der Juden in den besetzten

---

75 Eine umfassende Untersuchung dazu wurde im Institut für Zeitgeschichte, München, angestellt. Die Publikation der Ergebnisse steht bevor.

Ostgebieten durch Rat und Tat wissentlich Beihilfe geleistet oder als Amtsvorgesetzte(r) strafbare Handlungen (seiner) Untergebenen wissentlich geduldet“ habe.

Klopfer, der in der SS-Ehrenhierarchie den Rang eines Obergruppenführers erreichte, bevor das Naziregime zerschlagen wurde, sah sich in ein Ermittlungsverfahren verwickelt, das auf Drängen der Ludwigsburger Zentralstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen durch die Staatsanwaltschaft Ulm durchgeführt, aber am 29. Januar 1962 ohne Anklage-Erhebung eingestellt wurde. Auch die Ulmer Juristen vertraten den Standpunkt, dass die Teilnahme an der Wannsee-Konferenz keinen Straftatbestand bilde. Klopfer, der zu dieser Zeit als Rechtsanwalt praktizierte, starb Anfang 1987 in Ulm, damit der nach aller Wahrscheinlichkeit letzte Zeuge der Wannsee-Konferenz. Die teilnehmende Stenotypistin hat sich niemals zu einer Aussage gemeldet und nach ihr ist wohl auch nicht gefahndet worden.

Die Wannsee-Konferenz. Zu ihrem Platz in der Geschichte der Judenvernichtung. In: Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer. (Hrsg.). Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann, Akademie Verlag 1992, S. 257-290.

Der „Vorhof“ von Auschwitz-Birkenau

Internationale Konferenz über die Geschichte des KZ Theresienstadt

Im Oktober 1941 tauchte der Name der böhmischen Ortschaft Theresienstadt zum ersten Mal in einem Dokument in jener Bedeutung auf, die wenige Jahre später die einstige in der k. u. k.-Monarchie vor den Grenzen Sachsens und Preußens errichtete Festung bekannt werden ließ: Als Synonym für das Leiden und Sterben von Juden aus dem Westen der Tschechoslowakei, aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Dänemark, der Slowakei und weiteren europäischen Ländern.

Das Ghetto Theresienstadt, von dem Heydrich, zu seinem Amt als Chef des Reichssicherheitshauptamtes soeben auch zum De-facto-Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt, auf einer Sitzung in Prag zum ersten Mal sprach, war ein Konzentrationslager besonderer Art, ein Durchgangslager auf dem Weg in die unvorstellbaren Tode von Auschwitz und Treblinka und vieler anderer Orte „im Osten“. Doch kamen – aus der Sicht der NS-Schergen wäre zu sagen: programmgemäß – viele noch in den Mauern der Stadt um, bevor sie „auf Transport“ gingen. Was von ihnen der Erde übergeben werden konnte, befindet sich außerhalb der Wälle, wo Steine und ein Denkmal das riesige Gräberfeld bezeichnen. Der Erde übergeben – das ist eine Beschönigung. Die Leichen der Opfer wurden vielmals in das niedrige Grundwasser dieses Geländes versenkt, das nur dazu berechtige Mithäftlinge betreten durften ...

Wer in den letzten Jahrzehnten die Straße durch Theresienstadt (tschechisch: Terezín) befuhr, die nach Prag führt, bemerkte kaum einen Hinweis auf die Geschichte des Ortes zwischen 1941 und 1945. Mit dem Ortsnamen verband sich auch für jene, die sich jener Zeit erinnern wollten, zumeist nur das Gebiet der sogenannten Kleinen Festung am Rande des Ortes, die schon in Zeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie als Gefängnis benutzt worden war und in der die deutsche Sicherheitspolizei nach der Liquidierung der Tschechoslowakei eine Gefangenenanstalt für die Widerstandskräfte errichtete, deren sie habhaft werden konnte und an denen sie grausame und tödliche Rache nahm.

Über der denkwürdigen Geschichte dieses Ortes, in der auch Juden – später solche aus dem Ghetto – gequält und umgebracht wurden, war von dem Konzentrationslager in der eigentlichen Stadt über Jahrzehnte kaum die Rede. Das soll sich grundlegend ändern. Und in der Tat: Zeichen des Wandels sind schon erkennbar.

Im Zentrum der Stadt, die vor dem Kriege 7000 und gegenwärtig etwa 5000 Einwohner hat, denen die Offiziere und Soldaten in den vielen Kasernen hinzuzählen wären, wurde nach 1945 ein Gebäude, das während der Ghetto-Zeit eines der Kinderheime war, zu einem Polizei-Museum ausgestaltet. Nun wird ein anderes Museum eingerichtet, das mit der von seinen Initiatoren als vorläufig bezeichneten Exposition schon ein Bild von jener Vergangenheit gibt, die ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Auch an anderen Stellen der Stadt ist zu bemerken, dass sich in der Tschechoslowakei Kräfte durchgesetzt haben, welche die Erinnerung neu beleben und damit die Schuld abtragen wollen, die zumeist nicht sie, sondern andere auf sich luden, denen das Leben, Leiden und Sterben der Juden als geringer galt denn die Opfer aus Kreisen des politischen Widerstands. Im Hof eines Hauses kann man einen verwinkelten Raum betreten, der einst als Synagoge gestaltet und genutzt wurde. An anderen Stellen weisen Schrifttafeln darauf hin, welchem Zweck Gebäude oder Gebäudeteile dienten, als Terezín Theresienstadt und Theresienstadt ein Konzentrationslager war.

Die Arbeit, die vor Historikern, Museologen und Pädagogen liegt, ist langwierig und schwierig – gibt es doch in ganz Europa keinen Ort, der eine der nordböhmischen Kleinstadt vergleichbare Geschichte besitzen würde: 1942 unterschrieb Heydrich einen Befehl, wonach die Stadtgemeinde „abzuwickeln“ sei, was die zwangsweise Aussiedlung auch ihres letzten einstigen Bewohners bedeutete. Nach 1945 entstand eine neue Gemeinde, Ausgetriebene kamen zurück, nicht alle Bürger aus anderen Landesteilen fanden hier eine neue Bleibe. Die heute in Terezín Lebenden sind Nachgeborene, von einer Minderheit abgesehen. Wollen sie, dass die Steine zum Reden gebracht werden?

Auf die Frage, an Teilnehmer der Konferenz gerichtet, die im November 1991 vom neugeschaffenen Museum veranstaltet wurde, ob sie, wäre erst der bedrückend verwahrloste Zustand des Ortes beseitigt, in dieser Stadt leben wollten, war die Antwort einhellig negativ. Das macht die Probleme noch deutlicher. Und gelegentlich zu hörende Argumente, dass die Entstehung einer vielgestaltigen Gedenkstätte auch der Gemeinde Vorteile bringen werde, kämen denn doch Besucher in größeren Zahlen herbei, erscheinen eher als bedenklich.

Jedenfalls waren die tschechischen Historiker und Museologen gut beraten, den fünfzigsten Jahrestag der Errichtung des Konzentrationslagers, in das zunächst ein Arbeitskommando aus tschechischen Juden gezwungen wurde, zum Anlass zu nehmen, um gemeinsam mit Gästen aus Israel, den USA, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Österreich, Polen und Deutschland eine kritische Bilanz der Forschungen zur Geschichte des Konzentrationslagers zu ziehen, denn ohne Forscherarbeit kann weder das museologische Vorhaben bewältigt werden, noch das Museum sich zu einer Stätte des Lernens für – vor allem – junge Leute aus verschiedensten Ländern entwickeln.

Miroslav Kárný, Häftling in Theresienstadt, Überlebender von Auschwitz – zuletzt, als in das schon für „judenfrei“ erklärte Reichsgebiet Juden als Zwangsarbeiter wieder nach Deutschland geholt wurden, in Bayern in einem Außenlager von Dachau ausgebeutet – hat sich unter allen tschechischen Historikern während der Jahrzehnte, in denen in der Tschechoslowakei die Geschichte der Juden eine Art Aschenputtel-Rolle spielte, ein längst auch international anerkanntes Verdienst um die Aufhellung der Geschichte Theresienstadts und der Leidenswege seiner Insassen erworben. Er eröffnete die Konferenz mit einem historiographischen Beitrag, der Verdienste und Defizite benannte und stützte sich auf eine von ihm und seiner Ehefrau, die wie er Theresienstadt und Auschwitz durchlitt, zusammengestellte Bibliographie zur Theresienstadt-Forschung, die mehr als 400 Artikel, Studien und Bücher erfasste und der ein baldiger Druck zu wünschen ist. Nahezu 250 dieser Beiträge konnten in der Tschechoslowakei publiziert werden, doch litt gerade die Arbeit während der siebziger Jahre, die als Zeit der „Normalisierung“ bezeichnet wurde, unter der von den Machthabern in der ČSSR geschaffenen „Atmosphäre ein er politischen und polizeilichen Sonderbehandlung der jüdischen Thematik“. Sie hat auch die Auswahl der Forschungsthemen einseitig beeinflusst, so dass die vorliegenden Untersuchungen vor allem die Politik der deutschen Okkupanten und deren Vernichtungspraxis und – andererseits – das Leben der Kinder-Häftlinge und die kulturellen Aktivitäten zur Selbstbehauptung der Zwangsgemeinschaft zum Gegenstand hatten.

Vor allem die eingehende Untersuchung der reichen geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen des Willens, die eigene Persönlichkeit auch unter dem grausamen Zugriff der antisemitischen Peiniger nicht preiszugeben und zerstören zu lassen – hat das Entstehen eines Bildes über das KZ Theresienstadt hervorgerufen, wonach es – wie *Albert Friedländer* (London) in einem Beitrag über „Leo Baeck in Theresienstadt“ formulierte – „dort nicht so schlimm gewesen sei“. In Wahrheit aber lebten die Gefangenen in den Festungswällen, seit die ersten Transporte „nach dem Osten“, zumeist mit dem Ziel Auschwitz-Birkenau, abgegangen waren, unter der tagtäglichen Drohung, die sehr relative Sicherheit des Ortes – es starben dort bis zur Befreiung des Lagers etwa 35.000 Menschen – und damit die ohnehin geringe Chance des Überlebens zu verlieren.

Künftige Untersuchungen, so schlugen Kárný und die seinen Beitrag ergänzende *Livia Rothkirchen* (Jerusalem) vor, sollten die Totalität dieser Zwangsgemeinschaft in den Blick nehmen. Nötig wären Forschungen zur Rolle der jüdischen Selbstverwaltung, deren Mitglieder unausgesetzt unter der Todesdrohung durch die SS arbeiteten, zur Tätigkeit der im Lager illegal wirkenden zionistischen, kommunistischen und anderen Organisationen und Zusammenschlüsse, zu dem Komplex der materiellen und sonstigen Existenzbedingungen in Theresienstadt.

Die mehr als 30 Beiträge und die viel größere Zahl von Diskussionsrednern, die aus dem Gastgeberland, aus Deutschland, Österreich, Israel, den USA, Großbritannien, Polen, Dänemark und den Niederlanden kamen, lassen hoffen, dass die vorliegenden Erkenntnisse rasch vertieft und neue Einsichten hinzugewonnen werden können, zumal dann, wenn sich die Gedenkstätte zugleich auch zu einem koordinierenden Organ für Forschungsarbeiten entwickeln kann.

Diese Möglichkeit kündigte sich auch in der Breite der Themen an, welche die Redner erörterten. *Ruth Bondy* (Rokach/Israel) sprach über den ersten Judenältesten in Theresienstadt, Jacob Edelstein, über den sie eine Monographie soeben vorgelegt hat. Über dessen Nachfolger referierte *Wolfgang Benz* (Berlin), der Paul Epsteins Weg von seiner Rolle in der Reichsvertretung der deutschen Juden bis zu seinem Tode (er wurde in der Kleinen Festung erschossen) darstellte. *Jonny Maser* (Wien) setzte sich mit den vorliegenden Urteilen über Benjamin Murmelstein, den letzten der drei Judenältesten, auseinander. Den einzigen speziellen Beitrag über die Täter gab *Gabriele Anderl* (Wien), die sich mit den Biographien der drei (aus Österreich stammenden) SS-Offiziere Siegfried Seidel, Anton Burger und Karl Rahm, die als Kommandanten des Lagers aufeinanderfolgten, befasste und über deren Verbleib nach 1945 sprach.

Eine große Gruppe von Beiträgen war einzelnen Häftlingsgruppen gewidmet. Den bewegendsten davon sprach *Keren Nili* (Tel Aviv), der die Erziehung der Kinder und Jugendlichen unter den Lagerbedingungen darstellte. *Hans Sode-Madsen* (Kopenhagen) charakterisierte die allgemeinen und speziellen Bedingungen, die dem nazistischen Plan, auch die dänischen Juden zu vernichten, Grenzen zogen und dazu führten, dass selbst die Zwangsverschleppung der von den Okkupanten ergriffenen Menschen nach Theresienstadt unter besonderen Bedingungen geschah, die vielen trotz Qualen das Überleben ermöglichten.

Diese Aufzählung der Konferenz-Beiträge ist unvollständig und höchst ungerecht gegenüber den hier nicht ausdrücklich erwähnten. Es kann nur dringend gewünscht werden, dass die Veranstalter in den Besitz der Mittel gelangen, die eine weitere Verbreitung der Forschungsergebnisse durch den Druck der Referate ermöglichen. Genannt werden sollen jedoch zumindest die Themen, die von zwei der jüngsten Teilnehmer der Konferenz erörtert wurden. *Karel Margry* (Utrecht) gab eine mikroskopische Analyse des Nazi-Propagandafilms, der 1944 in Theresienstadt hergestellt, aber nie fertiggestellt wurde, und wies u. a. nach, dass der häufig benutzte Titel dieses Filmstreifens („Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“) sich in den zeitgenössischen Akten nirgendwo nachweisen lässt, sondern später geprägt wurde. *Edith Raim*, die in Durham unterrichtet, sprach über das Schicksal der Theresienstädter Häftlinge, die bei Kriegsende, nachdem sie Auschwitz überlebt hatten, in Außenlagern des KZ Dachau Zwangsarbeit leisten mussten. Es war das Hervortreten von Angehörigen dieser jüngeren Generation, das die Hoffnung gibt, dass die Forschungen und mit ihnen die aufklärerischen Initiativen weitergetrieben werden – auch nach jenem absehbaren Zeitpunkt, da die Zeitgenossen von einst die Feder schon nicht mehr führen werden.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 31. Jahrgang, Heft 121, 1992, S. 12, 14-18.

Judenmord und Kriegsaufwand

Kein anderes unter den vielen Verbrechen der deutschen Faschisten wurde von der internationalen Historiographie so gründlich untersucht wie der Massenmord an den europäischen Juden, einer nicht exakt bestimmbaren Zahl von Menschen, die durch gründliche Einzeluntersuchungen inzwischen auf 5,29 bis 6 Millionen Opfer eingegrenzt wurde.[1] An den Forschungen waren Geschichtsschreiber vieler Länder beteiligt, Spezialisten in den USA und in Israel, in Frankreich und Polen, in Großbritannien und in Ungarn. In allen Staaten, die in den Zugriffsbereich der deutschen Eroberer gerieten und in denen Juden ergriffen, deportiert und umgebracht wurden, existieren heute eingehende Darstellungen der Geschichte des Genozids. Eine Ausnahme von diesen jahrzehntelangen Anstrengungen machte die Sowjetunion. Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in ihren Grenzen blieb von Forschungsrichtungen unbeeinflusst, die sich in Ungarn oder in Polen – mit welchen Hindernissen und unter welchen Schwierigkeiten auch immer – doch herausgebildet hatten.

In den Staaten, die aus der Zerschlagung des Großdeutschen Reiches hervorgingen oder nach dessen Liquidierung wiedererstehen konnten, hat sich die Geschichtswissenschaft dem Gegenstand der Massenvernichtung der Juden ebenfalls, aber mit sehr unterschiedlicher Intensität angenommen. In Osterreich trugen Historiker von ganz unterschiedlichen methodologischen und weltanschaulichen Orientierungen zur Aufhellung der Geschichte der österreichischen Judenheit zwischen 1938 und 1945 bei. Gleiches gilt für die (Alt-)Bundesrepublik. In beiden Staaten fanden aus verschiedenen Anlässen internationale wissenschaftliche Colloquien statt, die sich mit dem Generalthema bzw. mit einzelnen Fragen befassten.[2] Im Vergleich mit diesen Anstrengungen und ihren Ergebnissen blieben die Leistungen der Geschichtsschreiber in der DDR bescheiden. Das kann nicht nur damit erklärt werden, dass es im ostdeutschen Staat vergleichsweise viel weniger Zeithistoriker gab als im Westdeutschen, was wiederum sich zu einem Teil aus der Gesamtzahl der Geschichtsforscher erklärt, die in den beiden Staaten wirkten. Gerade der Blick nach Österreich, einem Staat mit einer erheblich kleineren Bevölkerungszahl als sie die DDR besaß, zwingt zu gründlicheren Überlegungen, bei denen in Rechnung gestellt werden kann, dass in der Alpenrepublik – anders als in der DDR – überlebende Juden einen erheblichen Anteil an der Darstellung der Geschichte des „Holocaust“ besitzen. Der geschichtswissenschaftliche Kader in der DDR, der sich mit der Historie der letzten 100 bis 150 Jahre forschend befasste, war nicht klein. Er stellte die bei weitem stärkste Gruppe der Geschichtsforscher. In ihr existierten aber erhebliche Disproportionen. Die wesentlichste war eine Überkonzentration der Kräfte auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und da wiederum namentlich auf die Geschichte der KPD und der SED. Die personelle, institutionelle und finanzielle Sonderstellung diese Spezialdisziplin schlug zu Lasten anderer Disziplinen. Dennoch gehörten zu der Gruppe von Forschern, die sich mit der deutschen Geschichte während der Weimarer Republik und der faschistischen Herrschaft befasste, eine Anzahl hochproduktiver Wissenschaftler. Ihre Aufmerksamkeit war vorwiegend der innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen und Gruppen zugewendet. Die Auseinandersetzung mit etwa einem Vierteljahrhundert deutscher Geschichte richtete sich auf diese Periode als eine Nach- und Vorgeschichte von Weltkriegen und auf diese Kriege selbst. Das wurde als ein Beitrag zur Verbreitung der Friedensidee verstanden und war es auch.

Ein Übriges tat die theoretische und methodologische Konfrontation, die – wie heute kaum mehr bestritten wird – die Geschichtsschreibung der (Alt-)Bundesrepublik zur An- und Aufnahme von

---

1 Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 17.

2 Unter ihnen besetzte die Tagung, die 1984 in Stuttgart stattfand und sich mit dem Prozess der Entscheidungsbildung an der Spitze des Dritten Reiches befasste, einen besonderen Platz, zumal auf ihr eine gründliche Bestandsaufnahme der Forschung und eine sachliche Konfrontation der Standpunkte der sogenannten „Intentionalisten“ und „Funktionalisten“ stattfand. Davon gab die Publikation der durchweg stark gekürzten Beiträge und Debatten einen Eindruck: Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.

Themen und Fragestellungen zwang, die anders kaum in ihr Visier gekommen wären, oder nur an dessem äußersten Rande.

Bei der Darstellung der Geschichte der NSDAP und der Naziherrschaft wurden Antisemitismus und Judenverfolgung nicht ausgespart oder auch nur hintangesetzt. Dass dies heute leichthin gesagt und geschrieben wird[3], von den einen kenntnislos, von den anderen in der Absicht, „NS-“ und „SED-Diktatur“ so nahe aneinander zu rücken, wie es nur irgend noch glaubhaft gemacht werden kann, sie am besten auch gleichzusetzen, stillt nur politische Bedürfnisse. Dokumente zur Judenverfolgung und zum „Holocaust“[4] waren in Buchhandlungen und Bibliotheken ebenso greifbar wie Darstellungen aus der Feder von Publizisten und Historikern.[5] Weit zurückgeblieben war die regional- und lokalgeschichtliche Darstellung der Ereignisse.[6] Rückstände in der Tatsachenuntersuchung existierten selbst auf Gebieten, auf denen sie kaum vermutet wurden, so beispielsweise im Hinblick auf die Initiatoren, Nutznießer und anderen Partizipatoren der „Arisierung“.

Das bemerkenswerteste Defizit entwickelte sich aber aus der Nichtwahrnehmung der theoretischen Implikationen des Gegenstandes von Judenverfolgung und Judenvernichtung. Dass nach den Massakern der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD auf sowjetischem Territorium, nach Auschwitz, Kulmhof, Belzec, Sobibor und Treblinka das materialistische Faschismusverständnis überprüft und geschärft werden musste, ging DDR-Spezialisten des Gegenstandes dann noch nicht auf, als über die Einordnung des Verbrechens an den europäischen Juden in die deutsche Geschichte unter Historikern der (Alt-)Bundesrepublik scharfe Kontroversen entbrannten. Diese Abstinenz, selbst wieder Ausdruck des Unvermögens, theoretische Fragestellungen zu vertiefen und dafür auch nur das selbst gefundene Faktenmaterial zur Grundlage zu nehmen, kam am meisten denen zugute, die in der rassistisch-antisemitischen Massenmord-Praxis das fundierende Element idealistischer Faschismus-Deutungen erblickten, die nicht nur aus jedem Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus herausführten, sondern ihn letztlich ganz in das Reich des Unerforschlichen verwiesen. Als die Schlussglieder in Beweisketten, die zu diesen Resultaten führen sollten, galten zwei Aussagen: Während der Kapitalismus an der Existenz ausbeutbarer Arbeitskräfte interessiert sei, habe der Faschismus solche Arbeitskräfte massenhaft vernichtet, folglich sei er antikapitalistisch.

---

3 So und meist im Stil einer Tatsachenbehauptung, die keines Beweises bedarf, jüngst auch bei Harry Stein, Juden in Buchenwald 1937-1942, Gedenkstätte Buchenwald 1992, der seine verdienstvolle Studie mit dem Bemerken einleitet, in der DDR habe es „lange Zeit“ eine „dominante Verweigerung der Erinnerung an 6 Millionen jüdische Opfer des Holocaust“ gegeben, die „nicht einfach nachlässig, sondern interessengeleitet“ gewesen wäre. Ein derartiges Interesse hätte sich am deutlichsten in der Gestaltung der Schulgeschichtsbücher ausdrücken müssen, die besonders gründlich auf ihre Übereinstimmung mit der staatsoffiziellen Geschichtsschreibung geprüft wurden. Ein auch nur flüchtiger Blick erweist die „dominante Verweigerung“ als eine Erfindung.

4 Der wichtigste Dokumentenband ist dem Dresdner, im Jahre 1992 verstorbenen Historiker Helmut Eschwege zu danken: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945. Hrsg. von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik von Klaus Drobisch, Berlin 1966 (zweite Auflage 1981). Zur Geschichte der Entstehung dieser Publikation siehe die Memoiren des Herausgebers: Fremd unter meinesgleichen, Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 184 ff.

5 Die erste und einzige Gesamtdarstellung der Geschichte der Judenverfolgung und -vernichtung erschien in der DDR 28 Jahre nach dem Ende der faschistischen Diktatur: Klaus Drobisch, Rudi Goguel, Werner Müller unter Mitwirkung von Horst Dohle, Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden 1933-1945, Berlin 1973. Die Autoren dankten Helmut Eschwege in einer knappen Vorbemerkung für dessen Anregung und Vorarbeiten. Eschwege hat seine Sicht auf die Geschichte des Manuskripts in den oben erwähnten (Anm. 4) Memoiren gegeben.

6 Im April 1988, mit dem Blick auf den 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938, veranstaltete die Historiker-Gesellschaft der DDR gemeinsam mit dem Komitee der Antifaschisten und Widerstandskämpfer der DDR eine Tagung, die Regional- und Lokalforscher zusammenführte und außerordentlich regen Zuspruch fand. Sie bezeugte, dass in einer Anzahl von Städten meist auf Initiative einzelner Forscher Anstrengungen im Gange waren, lange Versäumtes zu tun. Das galt unter anderem für Görlitz, Leipzig, Plauen, Rostock, Greifswald (für Stettin) und betraf auch Recherchen zur Geschichte der in den Konzentrationslagern gefangenen Juden, so beispielsweise Ravensbrück.

Während imperialistisches Eroberungsstreben im Kriege sich auf den militärischen Sieg konzentriert und seiner Erreichung alles unterordnet, habe der Faschismus den Aufwand für den Massenmord an den europäischen Juden vor den für den „Endsieg“ gesetzt, was beweise, dass es sich faschistischerseits nicht um einen Krieg in der Traditionslinie kapitalistisch-imperialistischen Eroberungsstrebens gehandelt habe, sondern um etwas Anderes und Neuartiges, einen rasseideologischen Vernichtungskrieg.[7] Man muss zugeben, dass sich die historisch-materialistischen Forscher der DDR verhalten haben, als existiere für sie keine Notwendigkeit, sich mit diesen Faschismus-Deutungen auseinanderzusetzen. Das gilt jedenfalls, wenn an eine frontale Debatte gedacht wird. Stattdessen blieben Forschungen und Dokumenten-Editionen darauf gerichtet, die Rolle der Banken- und Industriekonzerne bei der Vorbereitung und Führung des Krieges und im Prozess ihrer Bereicherung und Expansion in den liquidierten Staaten und den eroberten Ländereien bloßzulegen.[8] Einen Schwerpunkt bildeten die Untersuchungen über die Pläne und Schritte zur faschistischen „Neuordnung Europas“ und der Nachweis, dass sie von Kapitalinteressen dominiert waren und bei aller spezifisch faschistischen Ausprägung auch beherrscht blieben.[9] Es ist leicht einsehbar dass die Forschungs- und Interpretationslinien gleichsam aneinander vorbeiliefen. Indessen gab es in den Verhaltensweisen der Forschergruppen in den beiden deutschen Staaten einen bemerkenswerten Unterschied. Während Historiker der nachgewachsenen Generation sich schließlich in der (Alt-)Bundesrepublik des Gegenstandes „Neuordnung Europas“ in eigenen Untersuchungen annahmen, wurde die Herausforderung, den Teil der Neuordnungspläne, der „Judenmord“ hieß, zu einem Gegenstand von Forschungen in der DDR zu machen, im Grunde von der Zunft nicht angenommen. So konnte in Auseinandersetzungen leicht behauptet werden, der historische Materialismus versage vor der Aufgabe, das „Jahrhundertverbrechen in seinen Ursachen und Triebkräften zu

---

7 Kaum jemand hat dieser Version vom Ersatz-Endziel der Judenvernichtung zu größerer Verbreitung verholfen als der auch in diesem Punkte um die Fakten weithin unbekümmerte Publizist Sebastian Haffner, der in „Anmerkungen zu Hitler“ (München 1978) glaubhaft machen wollte, Hitler habe sich von der Jahreswende 1941/42 an „für den Sieg nicht mehr interessiert, sondern nur noch für etwas anderes“.(S. 153) Nachdem er das erste seiner beiden Ziele verfehlt hatte, den Kriegssieg, habe er sich auf das zweite „konzentriert“, die „Ausrottung der Juden“. Im Januar 1942 sei die „Endlösung der Judenfrage“ angeordnet worden. (S. 154) Hier stimmen einfach die Tatsachen nicht. Der Entschluss, den Schritt von der Vertreibung, Ghettoisierung und der (gedachten) Einpferchung in sog. „Reservaten“ zur Massenvernichtung zu gehen, war vor dem Debakel in der Schlacht bei Moskau und dem Kriegseintritt der USA gefallen.

8 Aus diesen Anstrengungen sind eine Anzahl von Dokumenten-Editionen von bleibendem Wert hervorgegangen: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingeleitet von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1973; Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann; Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin 1975. Der zuletzt genannte Band erschien exakt zu der Zeit, da in Weimar auf Initiative von DDR-Spezialisten und namentlich von Wolfgang Schumann eine internationale wissenschaftliche Tagung stattfand, zu der zum ersten Mal auch eine Anzahl renommierter westdeutscher Geschichtsforscher erschien. Es kam zu scharfen Konfrontationen der Sichten auf die Ursachen und Triebkräfte des Krieges, namentlich zu Auffassungen von Andreas Hillgruber. Zugleich wuchs die Wahrnehmungsfähigkeit von BRD-Historikern für die Forscherarbeit in der DDR, und die Tagungskontakte rissen von da an nie ab.

9 Als das letzte Zeugnis dieser Arbeiten muss die Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)“ gelten, die unter der Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler mit dem Band über Osterreich und die Tschechoslowakei 1988 zu erscheinen begann. Inzwischen sind sieben von insgesamt acht Bänden erschienen, die beiden letzten gab das Bundesarchiv Koblenz heraus. Die Reihe hat mithin die Abwicklung der Geschichtswissenschaft der DDR überdauert, was ebenso von der Solidität der ihr zugrundeliegenden Arbeiten der einstigen DDR-Historiker zeugt wie von der Fähigkeit von Archivaren in der (Alt-)Bundesrepublik, zwischen den absichtsvollen Generalabfertigungen aus Siegermund und überprüfbaren und wertbeständigen Arbeitsergebnissen zu unterscheiden.

erklären, soweit eine solche Erklärung für erreichbar gehalten wurde.[10] Dem wurde mitunter hinzugefügt dass dieses Versagen wegen der Stellung des Gegenstandes einem Generalbankrott gleichkäme.

Was die beiden oben erwähnten Thesen anlangt, die als Beweise dafür gelten, dass der deutsche Faschismus an der Macht ein anti- oder zumindest unkapitalistisches System dargestellt habe, so geht die erste von einer falschen Prämisse aus, die sich daraus ergibt, dass das unbestrittene Kapitalinteresse an verfügbaren Arbeitskräften im Überfluss gleichsam enthistorisiert wird. In Wahrheit besaß dieses Interesse immer eine begrenzte Reichweite, es war nie absolut. Die gesamte Geschichte der kapitalistischen Kolonialisierung, in deren Verlauf Millionen und Abermillionen Menschen in die Verfügungsgewalt von Mächten gerieten, in denen sich bürgerlich-kapitalistische Interessen durchsetzten und schließlich triumphierten, belegt diese Begrenztheit, die wiederum durch die jeweilige Nachfrage bestimmt wurde.

Die deutschen Faschistenführer entschlossen sich, von ihren bisherigen Plänen, für die Juden Europas fernab vom „germanischen“ Kernland irgendwelche Reservate (auf der Insel Madagaskar, im entlegensten Osten Europas) zu schaffen, die ohnehin nichts anderes als riesige Konzentrationslager dargestellt hätten, vollständig ab- und zur Judenvernichtung überzugehen, als ihre Hoffnungen auf den „Endsieg“ noch ganz und gar ungetrübt waren. Auch die ersten praktischen Maßnahmen fallen in diese Zeit. Ende September 1941 waren die Pläne für die Deportationen von Juden aus dem Alt-Reichsgebiet, dem liquidierten Osterreich, der Ostmark und dem Westteil der einstigen Tschechoslowakei, dem Protektorat Böhmen und Mähren, fertig. Anfang Oktober 1941 hatten sich Juden Wiens in einem Sammellager der Stadt einzufinden. Sie warteten auf ihren Abtransport. Der erste Zug fuhr am 15. Oktober 1941 ab. Der Schritt vom Massenmord, den die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Juni 1941 auf sowjetischem Territorium begonnen hatten, zum Herantransport weiterer Opfer in die Nähe ihrer Mörder und der Mordplätze und -stätten wurde in einem Augenblick getan, als Hitler verkündete, der Feind im Osten „sei gebrochen“, und er werde sich „niemals wieder“ erheben.[11] Das war keine Propagandalüge. Es war ein Irrtum. Das früheste Dokument das die Verwirklichung der Absicht beweist, stationäre Mordstätten zu schaffen, trägt das Datum des 18. September 1941. Es setzte der Aufbau von Kulmhof im Osten des Reichsgaus Wartheland in Gang, wo die Vernichtung vor Juden seit dem 9. Dezember 1941 systematisch in fahrenden Lastkraftwagen begonnen wurde, deren Abgase in die eigens dafür hergerichteten Aufbauten geleitet wurden.[12]

Mithin kann keine Rede davon sein, dass der Entschluss zum Massenmord an den europäischen Juden – wie Sebastian Haffner, um Zeit und Stunde der Entschlüsse unbekümmert, behauptet hat – gefallen sei, als Hitler die Unerreichbarkeit seiner Kriegsziele erkannt und an die Stelle des bisherigen Ziels, des militärischen Triumphs, das Ziel des judenfreien Europa gesetzt habe.[13] Die Vernich-

---

10 Anders hingegen, wenngleich kritisch: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 168.

11 Hitler war, um den Triumph über den Bolschewismus zu verkünden, Anfang Oktober 1941 aus seinem Hauptquartier eigens nach Berlin gekommen. Er hatte in öffentlicher Rede prophezeit, dass „Herr Molotow morgen oder übermorgen nicht mehr in Moskau“ sein werde, was von der Mehrheit der Deutschen dahin gedeutet wurde, dass die Einnahme der sowjetischen Hauptstadt, die mit dem Ende des Ostfeldzugs gleichgesetzt wurde, unmittelbar bevorstünde. Die Deportationszüge mit den jüdischen Opfern verließen die „großdeutschen“ Städte in einem Augenblick, da die Bevölkerung ganz in äußerste Siegeserwartung gesetzt worden war. Zur Aufnahme der „Führer-Rede“ vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, Bd. 8, Herrsching 1984, S. 2835 f., 2847 f., 2864. Zur gleichen Zeit durften die Juden im Reich sich in der Öffentlichkeit nur noch mit dem ihnen aufgezwungenen Abzeichen, dem „Judenstern“, zeigen.

12 Chełmno, Sobibor, Belzec und Majdanek. (Gekürztes) Referat von Wolfgang Scheffler auf der Stuttgarter Tagung 1984, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (S. Anm. 2), S. 148.

13 Zusammenfassend heißt es bei Sebastian Haffner (S. Anm. 7): „Kurz, im Dezember 1941, innerhalb weniger Tage, traf Hitler zwischen den beiden nicht miteinander zu vereinbarenden Zielen, die er von Anfang an ver-

tung begann im Moment des (falschen) Bewusstseins der nazistischen Führungsclique, sie verfüge über unbegrenzte Möglichkeiten, die nur mobilisiert werden müssten. Tatsächlich gebot der faschistische Koloss über eine außerordentliche große Zahl ungenutzter Möglichkeiten – unbegrenzt waren sie nicht, und verglichen mit denen seiner Gegner, das galt namentlich seit Dezember 1941, dem Kriegseintritt der USA, waren sie einfach geringer.

Es genügt, sich Hitlers mitgeschriebene Monologe im Führerhauptquartier während der Januartage 1942 anzusehen, um zu erkennen, dass das verfehlte Kriegsziel des Jahres 1941 in ihm keine Vorahnung aufkommen ließ. Er hielt sich, sprach er über die Ursachen, die seine Pläne hatten scheitern lassen, bei zweit-, dritt- und viertrangigen Faktoren auf.[14] Zugleich war er unbeirrt des Glaubens, über ausreichende Ressourcen an Menschen, Rohstoffen und Kapazitäten zu verfügen.

So dachte Hitler in einem Augenblick, da am Berliner Wannsee unter Reinhard Heydrichs Vorsitz jene Staatssekretär-Besprechung zusammentrat, die sich mit der Absicht befasste, die Juden Europas umzubringen. Nirgendwo wurde in einer beratenden Führungsgruppe des Regimes deutlicher gemacht, dass die Juden, die sich in der Hand der Eroberer schon befanden, zu diesen Menschenreserven nicht gezählt wurden. Heydrichs Bemerkung, wonach die deportierten Opfer im Osten zum Straßenbau verwendet werden sollten[15], gab den Historikern Anlass zu schwer beantwortbaren Fragen. Bekannt, wenn auch im Einzelnen noch nicht exakt untersucht ist, dass eine – gemessen an der Gesamtzahl – geringfügige Gruppe der Opfer tatsächlich bei Schwerstarbeit am Straßenbau geschunden und ausgezehrt worden ist. Doch dürfte Heydrich, schon als er die „straßenbauenden“ Juden erwähnte (wenn es sich nicht, was auch nicht ausgeschlossen werden kann, nur um eine nachträglich in das Besprechungsprotokoll eingefügte verhüllende Floskel handelt), bewusst gewesen sein, dass die Millionen zur Vernichtung bestimmten Opfer sich aus objektiven wie aus subjektiven Gründen für die Errichtung strategischer Verbindungswege auf sowjetischem Territorium nicht einsetzen ließen.

Für eine relativ kleine Gruppe von Juden in dem „großdeutschen“ Reich wie in besetzten Ländern galt, dass sie aus der Kriegsaufwand-Rechnung noch nicht ausgegliedert, d. h. zur Deportation noch nicht freigegeben waren. Dabei handelte es sich um Fach- und Spezialarbeiter. Deren Ersetzung war vorgesehen, aber nicht rasch zu bewerkstelligen. Heydrich sagte am Wannsee entsprechende Rücksichtnahmen zu.[16] Seine Mannen vor Ort markteten mit Arbeitsämtern indessen um die Herausgabe jedes Juden, damit er „auf Transport“ geschickt werden könnte.[17]

---

folgt hatte, der Weltherrschaft Deutschlands und der Ausrottung der Juden, eine endgültige Entscheidung: er gab das erste als unerreichbar auf und konzentrierte sich ganz auf das zweite.“(S. 179/180)

14 Zwei Beispiele: Am 17118. Januar 1942 meditierte er darüber, dass die Vorhersagen über das Eintreten von Schnee und Frost in Russland falsch gewesen wären. In der Nacht vom 18/19. Januar 1942 erklärte er laut einer Mitschrift: „Das Schwierige unserer Lage ist nicht der Winter an sich, sondern: Menschen haben und sie nicht transportieren können, Munition haben und sie nicht vorbringen, Waffen haben und sie nicht hinbringen. Die Eisenbahn, wenn sie das nächste Mal mir das nicht anders macht!“ Kein Wort darüber, dass nach seinen eigenen Plänen der Krieg vor dem Wintereinbruch beendet sein sollte. Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann, München 1982, S. 210 u. 213.

15 Das „Besprechungsprotokoll“, das Adolf Eichmann anfertigte, gibt Heydrichs Ausführungen so wieder: ~In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete (im Osten – K. P.) geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.“ S. Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992, S. 107.

16 Während der Debatte am Wannsee hatte der Staatssekretär in der von Hermann Göring geleiteten Vierjahresplan-Behörde, Erich Neumann, die Aufmerksamkeit auf die „in kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden“ gebracht. Heydrich sicherte zu, dass „solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht“, diese Juden nicht evakuiert werden würden. A. a. O., S. 111/112.

17 So zog im März 1942 das Arbeitsamt in Essen unter Berufung auf einen Erlass des Reichsarbeitsministers von 27. März 1942 die ursprüngliche Zusage, Juden für den Abtransport mit einem Deportationszug freizugeben, der Düsseldorf am 22. April 1942 verließ, teilweise wieder zurück. Es würde andernfalls die Stromversorgung

Das gesamte besetzte Europa und namentlich sein eroberter Osten schien den deutschen Machthabern ein völlig ausreichendes Reservoir von Arbeitskräften aller Art zu bieten die für den Endsieg schuften konnten und sollten. Sie mussten nur erfasst, transportiert und zu den Arbeitsplätzen gebracht werden, an denen sie gebraucht wurden. Zur gleichen Zeit, da der Heydrich-Eichmannsche Apparat im ersten Halbjahr 1942 begann, Juden aus dem Reichsgebiet, aus westeuropäischen Ländern und der Slowakei in die Ghettos Osteuropas oder direkt zu Vernichtungslagern und -stätten zu schaffen, wurde das Programm des Herantransports von mehr als 1½ Millionen Arbeitskräften nach Deutschland in Gang gesetzt. Dafür war am 21. März 1942, als eine neue Reichsbehörde, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz GBA) geschaffen worden, an deren Spitze mit dem NSDAP-Gauleiter in Thüringen, Fritz Sauckel, ein Mann gestellt wurde, der nicht nur als genügend brutal galt, sondern dem auch organisatorische Erfahrungen bei der Steigerung der Rüstungsproduktion in Mitteldeutschland zugeschrieben wurden.

In einem Vortrag, den Sauckel auf einer Tagung der Leiter der Reichspropaganda-Ämter gab, die am 13./14. Juli 1942 in Berlin im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda stattfand, rühmte sich der GBA, dass er die ihm und seiner Behörde gestellte Aufgabe so gut wie gelöst habe. Täglich würden Züge mit bis zu 25.000 Arbeitskräften nach Deutschland rollen. Die zahlenmäßige Erfüllung des Programms mache ihm keine Sorgen mehr. Bis zum Monatsende werde die vorgesehene Zahl von 1.600.000 Arbeitskräften überschritten sein.[18] Aus einem weiteren Bericht Sauckels geht hervor, dass der 24. Juli 1942 als der Tag galt, an dem diese Zahl erreicht worden war. Die Mehrzahl dieser Arbeitskräfte, insgesamt 1.300.000, seien „Ostarbeiter“, also Menschen aus den eroberten Gebieten der UdSSR, aus Galizien, also einem Teil des einstigen Polen, der 1939 sowjetisch besetzt wurde, und Kriegsgefangene. Die zeitweise entstandenen Schwierigkeiten der Transportraum-Bereitstellung seien gemeistert worden. Die herangeschafften, teils durch Anwerbung unter Täuschung über die realen Arbeitsbedingungen, teils durch bloßen Menschenfang gewonnenen Arbeitskräfte würden in der Waffenproduktion, bei der Herstellung von Panzern, Flugzeugen und U-Booten und beim Lokomotiv- und Waggonbau eingesetzt, wofür besondere Dringlichkeitsstufen existierten.[19]

Kurzum: die Schaffung der Bedingungen für den Endsieg erschien den Machthabern als eine lösbare, vorwiegend von geschickten Organisatoren zu meisternde Aufgabe. Sie vertrauten auf den eigenen „deutschen“ Erfindergeist und das vermeintlich allen anderen Nationen und im konkreten Fall den Kriegsgegnern überlegene Organisationstalent. Der Aufwand für die in Gang gesetzte Judenvernichtung stellte in ihren Berechnungen keinen Posten dar, über den sie ernsthaft nachdachten. Das galt im doppelten Sinne: weder wurde generell gefragt, welchen Nutzen die Arbeitskraft der Juden ausmachte und wer, wo sie ausgebeutet wurden, wie in den in den Ghettos befindlichen Werkstätten, sie ersetzen sollte, noch wurde geprüft, welchen Aufwand die verbrecherische Aktion des Massenmordes erforderte. Dieses Verhalten war in einem nicht quantifizierbaren Grade mit Sicherheit ideologiebestimmt. Die Juden galten den Rasse-Antisemiten als unnütz und unbrauchbar. Sie wurden als Desorganisatoren der „nationalsozialistischen Musterwirtschaft“ und als „unnütze Esser“ angesehen. In der Logik dieser Vorurteile lag, dass die Juden sowohl die Erreichung des Endsiegs behinderten, als auch der Gestaltung eines deutsch-faschistischen Weltreichs im Wege standen. Diese Grundüberzeugung schloss nicht aus, dass eben diese Juden von zivilen wie von militärischen Dienststellen für die verschiedensten Zwecke als Arbeitskräfte eingesetzt wurden, dass konkurrierende Instanzen um die Zuteilung oder Belassung von jüdischen Arbeitskräften buchstäblich stritten, und führte selbst dazu, dass sehr kleine Gruppen von zur Vernichtung bestimmten

---

für kriegswichtige Betriebe der Stadt gefährdet werden. 50 ursprünglich für die Deportation vorgesehene Juden entgingen dem zunächst. Geheimer Schnellbrief der Staatspolizeileitstelle Düsseldorf an das Reichssicherheits-Hauptamt, Ref. IV B 4, vom(?) April 1942 betr. Erfahrungen bei der Deportation der Juden im Transportzug „Da 52“, in: Landesgericht für Strafsachen Wien, Prozess-Akte Franz Novak, Band IX, Bl. 261.

18 Institut für Zeitgeschichte München, Archiv, Fa 511, Bl. 67 und 73.

19 Ebd., u. Bl. 92.

Juden das Nazireich überlebten, weil sie als unersetzbar galten. Insgesamt aber ging die Strategie von Judenältesten, die vielen Juden eine Überlebenschance in hochproduktiven Wirtschaftsbetrieben von Ghettos eröffnen wollten, nicht auf. Der „Ersatz“ für die zu ihren Mördern transportierten oder an Ort und Stelle niedergemachten Juden ließ sich immer wieder finden, wenn das auch mit Schwierigkeiten und also mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden sein mochte.

Die Frage aber nach dem Gesamtaufwand für die Verwirklichung des verhüllend „Endlösung der Judenfrage“ genannten Programms wurde an der Führungsspitze des Machtsystems nie gestellt, und sie wäre auch von quasi akademischer Natur gewesen. Erfahrungen über den Aufwand, den das Terrorregime erforderte, der beispielsweise für die Errichtung und Unterhaltung der Konzentrationslager notwendig war, lagen vor. Erkenntnisse über die massenweise Ermordung von wirklich oder vermeintlich unheilbar Geisteskranken besaßen die Verbrecher auch. Doch was besagten sie für den Vorsatz, geschätzte elf Millionen europäische Juden[20] umzubringen? Hitler ließ eine kleine in Absicht und Ziel eingeweihte Gruppe seiner engen Vertrauten, von denen an erster Stelle der Reichsführer der SS Heinrich Himmler und der Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes, Reinhard Heydrich, zu nennen sind, gestützt auf einen Teil ihrer jeweiligen Apparate, mit dem Massenmorden beginnen. Mochten die verantwortlichen SS-Offiziere auf mittlerer und unterer Ebene sich bei der ihnen übertragenen Aufgabe bewähren und Lösungswege erproben, verwerfen oder als die effektivsten erkennen und einschlagen. Und das taten die Mörder in den Befehlszentralen und an den Vernichtungsplätzen dann auch.[21] Eine Erörterung der Frage, welchen personellen und anderen Aufwand das Verbrechen erfordern würde, fand nicht statt, bevor und als es begonnen wurde. Die Täter hielten sich für gerüstet genug, es verüben zu können, ohne ihr Hauptanliegen, den Krieg zu gewinnen, irgendwie zu gefährden.

Erst die Historiker des deutschen Faschismus konnten sich der makabren Aufgabe unterziehen, zusammenzuzählen, an wie vielen Einsatztagen die Mörderschwadronen der Sicherheitspolizei und des SD Juden jagten und niedermachten[22], wie viele Personen zu Kommandos gehörten, die in den Vernichtungsstätten mordeten, wie viele Büttel in Uniform von Norwegen bis Griechenland daran beteiligt waren, die Juden zu ermitteln, zu erfassen, gefangenzusetzen und sie „nach dem Osten“ zu verfrachten. Niemand hat diese Rechnung bisher angestellt, die Schätzungen zeitigen könnten. Auch ohne sie ist aber klar erkennbar: die Zahl der Personen, die vom Eichmann-Apparat in der Berliner Kurfürstenstraße bis in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau tagaus und tagein ausschließlich damit befasst war, die Opfer in die Gaskammern zu treiben, war relativ gering. Ungleich größer war die Zahl derjenigen, die zeitweilig und neben ihrer hauptsächlichen Tätigkeit daran beteiligt wurden, die Juden auf den Weg zu ihren Mördern zu bringen. Dazu zählten Mitarbeiter der Gestapo- und der Kripo-Dienststellen, die nicht „Judenreferenten“ waren, Offiziere, Unteroffiziers- und Mannschaftsdienstgrade der Ordnungspolizei, mitunter eigens mobilisierte Angehörige der SA und der Allgemeinen SS, Personal der Deutschen Reichsbahn vom Fahrdienstleiter bis zum Lokomotivführer und Weichensteller, Mitarbeiter der Finanzämter, Nazis der Organisation Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Angestellte auf den Einwohnermeldeämtern und in den Stellen für die Verteilung der Lebensmittelkarten. Sie alle hatten zusätzliche Arbeiten zu verrichten, wenn in einer deutschen Stadt ein Transport von 1000 Juden „abgefertigt“ wurde. Daran waren, die Transportbe-

---

20 Heydrich führte laut „Besprechungsprotokoll“ am 20. Januar 1942 während der Zusammenkunft am Wannsee aus: „Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht“. Kurt Pätzold/Erika Schwarz, a. a. O., S. 105. In diese Zahlenangabe waren auch die Juden in England und Irland, Portugal, Spanien und im europäischen Teil der Türkei sowie in Schweden und der Schweiz „eingerechnet“.

21 Einen eindrucksvollen Nachweis dieser Aktivitäten und ihrer Bedeutung für das Fortschreiten der Täter liefert di(Monographie von Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien 1993.

22 Vom Umfang des personellen und sonstigen Aufwands für die auf dem Territorium der besetzten UdSSR operierenden Einsatzgruppen liefert die eingehendste Information: Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942. Stuttgart 1981, insb. S. 147.

gleitung eingeschlossen, für die Dauer von wenigen Arbeitsstunden bis zu etwa einer Arbeitswoche schätzungsweise mehr als 100 Personen beteiligt (eine Feststellung, die – nebenbei bemerkt – auch ein Licht auf das Thema des Wissens und Nichtwissens der nichtjüdischen Deutschen wirft). Doch handelte es sich für die meisten der eingesetzten Mittäter um eine einmalige Aufgabe, die sie von ihren generellen Kriegspflichten nicht ablenkte, sie allenfalls zu irgendwelchen Überstunden zwang, die obendrein in der „Heimat" jedem Fronteinsatz vorgezogen und daher meist mit besonderer Exaktheit ausgeführt wurden. Mit Sicherheit kann zudem hinzugefügt werden, dass sich manche der an der Untat beteiligten Personen, wenn sie nazistisch ausgerichtet waren, zusätzlich für den Alltag ihres Kriegseinsatzes motiviert fühlten.

Als das wichtigste Argument, mit dem die These, wonach der Aufwand für den Judenmord vor dem für den Kriegssieg rangiert habe, gestützt wird, gilt aber der Hinweis auf den Einsatz der Transportmittel, die – wie geschrieben oder einfach gedanklich nahegelegt wird – Juden nach Auschwitz statt Soldaten und Waffen an die Front gebracht hätten. Das Argument unterstellt, dass die Planer und Organisatoren des Eisenbahnwesens im nazi-faschistischen Machtbereich tatsächlich vor einer derartigen Alternative gestanden und sich aufgrund von Befehlen für die „Judenzüge" entschieden hätten.

Zudem: das Argument besitzt eine gewisse Plausibilität für alle, die sich der Kriegszeiten erinnern können, die Historiker und Publizisten eingeschlossen, die es verbreiten. Zu dieser Erinnerung gehören total überfüllte Züge, Zugverspätungen, wartende Frachten, Zugunglücke, und dies alles schon zu Zeiten, als sich der Luftkrieg über Deutschland noch nicht entwickelt hatte. Die Berichte, die im Reichssicherheits-Hauptamt als „Meldungen aus dem Reich" angefertigt und einem begrenzten Kreis von führenden Politikern und Militärs zugänglich gemacht wurden, sind immer wieder angefüllt mit Klagen über die Transportsituation. Nahezu wie das Bild vom „Kohlenklau" und die Parole „Feind hört mit" hat sich den Zeitgenossen des Zweiten Weltkriegs in Deutschland die Kampagne unter der Parole „Räder müssen rollen für den Sieg" eingeprägt, die im Frühjahr 1942 mit Vehemenz in Gang gesetzt wurde, wobei nicht so sehr die Forderung nach Verzicht auf unnötige Privatreisen im Vordergrund stand, sondern die Erhöhung der Wagenumlaufzeiten durch Verkürzung der Be- und Entladefristen.[23] Kurzum: die Behauptung vom kriegsschädigenden Aufwand der „Judenzüge" schien eine so starke Evidenz zu besitzen, dass sie keiner eigenen Beweisführung bedurfte.

Obendrein gab es einen Kronzeugen, dessen Aussage als subjektives Zeugnis doch hätte mit objektiven Tatsachen konfrontiert werden müssen. Es handelte sich um Erklärungen, die der einstige SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny bei Vernehmungen zu Protokoll gab. Er, der als Beauftragter des Reichssicherheitshauptamtes in der Eigenschaft eines „Judenreferenten" zur klerikal-faschistischen Regierung der Slowakei nach Bratislava delegiert worden war – wo er vor allem wegen seiner aktiven Teilnahme am Judenmord 1948 von einem Gericht zum Tode verurteilt und dann hingerichtet wurde –, behauptete, die Züge mit den jüdischen Opfern u. a. aus den Staaten des Balkans hätten vor jenen der Wehrmacht Vorrang besessen.[24] Diese von Historikern und Publizisten dann verallgemeinerte These geht häufig mit der vom „immensen" Aufwand einher, welche der Herantransport der Juden in die Ghettos und Vernichtungsstätten erfordert habe.[25]

---

23 Räder müssen rollen für den Sieg! Zur Aufklärungsaktion der Deutschen Reichsbahn. Sonderdruck aus den DNV Deutsche Verkehrsnachrichten (Hamburg-Berlin), Nr. 134, 137 und 140 vom 12., 16. und 19. Juni 1942. Schor wenige Wochen nach der Eröffnung der Kampagne erklärte Staatssekretär Albert Ganzenmüller vom Reichsverkehrsministerium in einem noch zu erwähnenden Vortrag (s. Anm. 33) vor Propaganda-Spezialisten man solle die Verkehrspropaganda etwas zurücknehmen, da die „Waffe" sonst stumpf würde.

24 Wisliceny antwortete bei einer Vernehmung, die am 18. November 1946 stattfand, auf die Frage, warum der Eichmann-Apparat so erfolgreich gewesen wäre: „Das Reichsverkehrsministerium hat Eichmann trotz aller Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Waggonmaterials stets *bevorzugt* die notwendigen Transportmittel zur Verfügung gestellt." (Hervorhebung von mir, K. P.). Eichmann-Prozess, Dokument 773, S. 7.

25 So nennt Eberhard Jäckel ohne irgendeine Begründung die Deportationen „ein gewaltiges Transportproblem". Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986, S. 116.

Diese gleichsam komplementäre Behauptung wäre durch die Vertreter eines Spezialzweigs der Geschichtswissenschaft leicht zu entkräften gewesen. Indessen haben die Fachleute für die Geschichte des Eisenbahnwesens, die in der Bundesrepublik mit umfangreichen Abhandlungen über den Einsatz der Deutschen Reichsbahn während des Zweiten Weltkriegs hervorgetreten sind[26], über die längste Zeit das Thema der Deportationszüge mit den jüdischen Opfern ganz ausgespart und stattdessen das Hohelied der Pflichterfüllung der „Männer mit den silbernen Spiegeln" niedergeschrieben. In den meisten Abhandlungen wurde die Teilnahme der Reichsbahn an dem Programm der „Endlosung der Judenfrage" nicht einmal erwähnt. So erübrigte sich auch die anschließende Frage, wie groß dieser Aufwand gewesen sei und in welchem Verhältnis er zum Gesamtpotential stand, über das die Verkehrspolitiker und -organisatoren geboten, nachdem die Schienenfahrzeug-Produktion in Deutschland auf immer höhere Kriegstouren gebracht war und zudem das rollende Material in den eroberten Ländern dem deutschen Zugriff offen lag.

Verlässliches Tatsachenmaterial, das die Aufwandsrelationen hervortreten lässt, wurde indessen von Juristen und Historikern in der Bundesrepublik in den vielen Jahren zusammengetragen, in denen die Ermittlungen gegen den einstigen Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Dr. Albert Ganzenmüller[27], betrieben wurden, die nach der Überwindung vieler Hindernisse zu dessen Anklage und einem sehr kurzen Gerichtsprozess in Düsseldorf führten. Ganzenmüller, der sich zuletzt noch bei der Organisierung des Transportwesens im Süden der eroberten Teile der UdSSR bewährt hatte, wurde auf einen Vorschlag Albert Speers von Hitler im Mai/Juni 1942 auf den zweiten Platz im Verkehrsministerium berufen und in Personalunion zum stellvertretenden Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn gemacht. Auf diesem Platz hatte er sich u.a. direkt in die Bereitstellung von Zügen eingeschaltet, mit denen die Insassen des Warschauer Ghettos zur nahegelegenen Vernichtungsstätte Treblinka in einem Pendelverkehr gefahren wurden. Im Wissen um diesen seinen Anteil am Massenmord war Ganzenmüller nach Kriegsende zunächst in Südamerika untergetaucht, Mitte der fünfziger Jahre aber bereits dauernd in die Bundesrepublik zurückgekehrt, wo ihn der Hoesch-Konzern als einen Transportfachmann an maßgeblichem Platze beschäftigte.

Im Zusammenhang mit der Anklage gegen den einstigen Staatssekretär, der bis zum Kriegsende auf seinem Posten geblieben war, wurden zwei Fragen einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die erste

---

26 Hermann Teske, Die silbernen Spiegel, Heidelberg 1952; Ders., Die militärische Bedeutung des Verkehrswesens, in: Bilanz des Zweiten Weltkriegs, Oldenburg 1953; Hans Pottgießer, Die Reichsbahn im Ostfeldzug 1939-1944, Neckargemünd 1960; Eugen Kreidler, Die Eisenbahnen im Machtbereich der Achsenmächte während des Zweiten Weltkriegs. Einsatz und Leistung für die Wehrmacht und die Kriegswirtschaft, Göttingen 1975. Eine kritische Auseinandersetzung mit Kreidlers Darstellung bietet Heiner Lichtenstein, Mit der Reichsbahn in den Tod. Massentransporte in den Holocaust, Köln 1985, S. 131 ff. Ob das Buch von Alfred B. Gottwaldt, Deutsche Eisenbahnen im Zweiten Weltkrieg. Rüstung, Krieg und Eisenbahn (1939-1945), Stuttgart 1983 (2. Auflage 1985) eine Trendwende anzeigt, kann noch nicht entschieden werden. Der Bild-Text-Band erwähnt immerhin, dass die Eisenbahnen bei der Ermordung der Juden eine erhebliche Rolle spielten, die Züge fahrplanmäßig durchgeführt und die entstandenen Kosten korrekt abgerechnet worden wären. Von den ca. 500 Fotografien dokumentieren zwei die Judendeportationen. Dieser Publikation war freilich die Veröffentlichung von Raul Hilbergs Arbeit „Sonderzüge nach Auschwitz" (Erstdruck in den USA 1976, deutsche Erstveröffentlichung in der Bundesrepublik 1981, dann wieder Frankfurt a. M. 1987) vorausgegangen, worin der Verfasser in einer Anmerkung zu Kreidlers Darstellung schrieb: sie „liefert uns den erschöpfenden Bericht über die Reichsbahn während des Krieges, aber die Juden finden darin kein einziges Mal Erwähnung." S. 25.

27 Ganzenmüller war sechsundzwanzigjährig während seiner auf das Studium folgenden Tätigkeit als Baureferendar bei der Deutschen Reichsbahn am 1. April 1931 in die NSDAP eingetreten. 1933 wurde er auch SA-Mitglied. Seine steile Karriere war damit gesichert. Das Ermittlungsverfahren gegen ihn setzte am 25. Mai 1961 ein, der Beschluss über die Eröffnung der Hauptverhandlung wurde am 10. April 1973 durch das Oberlandesgericht Düsseldorf gefasst. Kurz nach deren Eröffnung erlitt der Angeklagte einen Herzinfarkt. Er wurde verhandlungsunfähig und blieb es aufgrund wiederholter ärztlicher Gutachten, so dass das Verfahren durch einen Entscheid vom 2. März 1977 endgültig eingestellt wurde. Aus seiner Vorbereitung und Einleitung gingen für die Geschichtswissenschaft wichtige Dokumente hervor. Zuerst hat sie Rau! Hilberg benutzt (s. unsere Anm. 26), der im Anhang auch Presseberichte über den Ganzenmüller-Prozess wiederabdruckte. (S. 232-247) – Seine Eindrücke als Prozess-Beobachter schilderte Heiner Lichtenstein, Im Namen des Volkes? Eine persönliche Bilanz der NS-Prozesse, Köln 1984, S. 50-62.

lautete: Wie viele der etwa sechs Millionen jüdischer Opfer waren überhaupt auf Schienenwegen zu ihren Mördern, die einen direkt, andere in zwei oder mehreren Etappen, von denen die erste in Ghettos führte, gebracht worden. Auf diese Frage hat als Gutachter der Historiker Wolfgang Scheffler geantwortet, nachdem er das zugängliche Tatsachenmaterial über die Transporte und die Zahl ihrer Insassen zusammengetragen hatte.[28] Die Antwort lautete schließlich, dass drei Millionen Juden, mithin etwa die Hälfte der Opfer, in Eisenbahnwaggons, zumeist in Güterwagen, gepfercht und oft in tagelangen Fahrten „nach dem Osten" gebracht wurden. Die einen traten den Weg ahnungslos an, wenn sie auch Schlimmes befürchteten, die anderen, namentlich die in Gegenden lebten, die näher zu den Vernichtungsstätten lagen, wussten oft sicher, was ihnen bevorstand. Die notwendigen Lokomotiven und Waggons wurden aus dem Eigentum der Deutschen Reichsbahn, aus dem Fuhrpark, der erobert worden war, und auch von den Eisenbahndirektionen der verbündeten Staaten zur Verfügung gestellt.

Geht man von der ursprünglich für die ersten Deportationen aus dem „großdeutschen" Reichsgebiet erlassenen Weisungen des Reichssicherheits-Hauptamtes aus, wonach jeder Transport nicht mehr und nicht weniger als 1000 Juden umfassen musste, so errechnet sich ein Gesamtaufwand von 3000 Eisenbahnzügen, mit denen drei Millionen Juden transportiert werden konnten. Diese Zahl ist aber nachweislich falsch, denn mitunter wurde die doppelte Zahl von Menschen in die Züge getrieben. Als das Eichmann-Kommando zwischen Mai und Juli 1944 sich in Budapest etablierte und den Abtransport der Juden des Landes vor Ort in die Hand nahm – in Gemeinschaft mit ungarischen Dienststellen – lag die Zahl der über das Territorium der Slowakei abtransportierten Juden pro Eisenbahnzug noch höher. Andererseits wird berücksichtigt werden müssen, dass jüdische Opfer beispielsweise zuerst per Zug nach Theresienstadt gebracht wurden und nach längerer oder kürzerer Frist des Elendsdaseins im dortigen KZ nach Auschwitz oder zu anderen Mordstätten weitertransportiert wurden.

Ungeachtet der sich aus diesen Tatsachen ergebenden Fehlerquellen bietet die Zahl von 3000 Eisenbahnzügen doch einen gedanklichen Anhaltspunkt, von dem her sich weiterfragen lässt, welchen Teil sie wohl von der Gesamtzahl der sich bewegenden Züge ausgemacht haben könnten. Diese Zahl schwankte in Abhängigkeit von der Ausdehnung des faschistischen Machtbereichs, den eigenen Produktionsziffern der Höhe der Kriegsverluste, dem Zugriff auf den Schienenfuhrpark in den besetzten Gebieten und der Bereitschaft auch der Verbündeten, ihr rollendes Material zur Verfügung zu stellen. Zum Zeitpunkt der größten Machtausdehnung fuhren nach einer Aussage Ganzenmüllers pro Tag etwa 24.000 bis 32.000 Eisenbahnzüge.[29] Diese Schätzung des späteren Angeklagten stand ersichtlich in Verbindung mit einer daran geknüpften Schutzbehauptung. Der frühere Staatssekretär wollte glaubhaft machen, dass eine Größenordnung von zehn Eisenbahnzügen pro Tag für einen beliebigen Zweck unterhalb der Schwelle lag, die seine Aufmerksamkeit und Beteiligung verlangt hätte. Darüber, so seine Aussage, hätte im Ministerium selbst noch ein Referent ent-

---

28 Scheffler stützte sich auf die überlieferten Dokumente, die für die besetzten Länder und Gebiete Westeuropas, für Griechenland und die verbündeten Satelliten-Staaten Slowakei, Kroatien, Ungarn, Bulgarien und Italien exakte Angaben über die Zahl der „Judenzüge" ermöglichen, in vielen Fällen auch über die Gesamtzahl ihrer Insassen oder doch wohlbegründete Schätzungen. Unsicherer werden die Angaben über die Deportationen im Gebiet des 1939 zerschlagenen polnischen Staates. Die Angaben enthält die Anklageschrift gegen Albert Ganzenmüller, Zentrale Stelle Ludwigsburg, Archiv, 208 AR – Z 230/59 (8 Js 430/67 StA Düsseldorf), Bl. 177/1 78.

29 Für diese Größenordnung verbürgte sich während der Ermittlungen gegen seinen früheren Vorgesetzten auch der seinerzeitige Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Dr. Fritz Schelp, der die Verkehrs- und Betriebstarifabteilung geleitet, nach 1945 aber einen anderen Weg als Ganzenmüller genommen hatte. Er war 1950 Präsident der Bundesbahndirektion Hamburg geworden und gehörte von 1952 an zehn Jahre lang dem aus vier Personen bestehenden Vorstand der Deutschen Bundesbahn an. Rau! Hilberg, a. a. O., S. 109. Schelp gab die Zahl der täglich fahrenden Züge bei einer Zeugenvernehmung durch Staatsanwalt Alfred Spieß, dem am Zustandekommen des Ganzenmüller-Prozesses ein Hauptverdienst zukommt, mit 25 000 bis 30 000 an. Heiner Lichtenstein, a. a. O., S. 26. Die Angaben finden sich auch in Anklageschrift Ganzenmüller, a. a. O., Bl. 96.

scheiden können. Nun konnte nicht verfangen, nebenbei bemerkt sich auf diese bequeme Weise an der Bereitstellung und Lenkung der „Judenzüge“ als unbeteiligt hinzustellen. Für die hier in Rede stehende Frage aber gibt die unbestrittene Angabe über die Masse des verfügbaren Transportmaterials doch einen Bezugspunkt. Es wird deutlich, dass für die Verübung des Verbrechens an den europäischen Juden ein geringfügiger Bruchteil an Lokomotiven und Waggons bereitgestellt wurde. Ernsthaft kann keine Rede davon sein, dass der an der Front stehenden Truppe Schwierigkeiten oder auch nur Nachteile entstanden wären, weil die Züge rollten, die das Reichssicherheits-Hauptamt als Kunde der Deutschen Reichsbahn geordert hatte.

Anders als das Zeugnis des SS-Offiziers Wisliceny spricht eine Zahl wichtiger Dokumente davon, dass diese Züge auf der Prioritätenliste des Transportwesens zu keinem Zeitpunkt Platz eins besetzten. Die Wehrmacht, die Rohstoffversorgung der Industrie, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln (ein wesentlicher Faktor für die Beeinflussung der Stimmung im Hinterland) besaßen Vorrang vor jenen Bestellungen, die zumeist über Eichmanns Transportoffizier Franz Novak[30] im Reichsverkehrsministerium eingereicht und abgefordert wurden. Wenn die Wehrmacht die Bereitstellung und Beförderung von Urlauberzügen verlangte, die möglichst viele an den Fronten und in den besetzten Gebieten entbehrliche Soldaten zu Weihnachten zu ihren Familien brachten, dann fuhr kein „Judenzug“. Wenn, wie beim Aufmarsch für die deutsche Offensive im Sommer 1942 an der Ostfront, Spitzenbelastungen eintraten oder auch nur die Schienenstränge extrem belastet wurden, auf denen sich auch Züge mit den jüdischen Opfern bewegen sollten, dann musste der Heydrich-Eichmann-Apparat mit seinen Interessen zurücktreten. In solchen Situationen wurde dann immer noch versucht, auf den verschiedensten Wegen an Lokomotiven und Waggons zu gelangen, um die eigene Aufgabe voranzubringen, aber nicht einmal dem Reichsführer SS Himmler wäre es eingefallen, die Dringlichkeitsstufen, die Gültigkeit besaßen, ändern oder umstoßen zu wollen. Er warf dann wohl die Autorität seines Amtes zugunsten der Fortführung des Mordprogramms in die Waagschale, so seine Untergebenen um Eichmann unterstützend, aber er trat als Bittsteller, nicht als Befehlender auf. Nichts zeigt das klarer als der Briefwechsel, der wegen des Abtransports der Insassen des Warschauer Ghettos im Juli/August 1942 zwischen dem Chef des Persönlichen Stabs von Himmler, SS-Obergruppenführer Karl Wolff, und dem Staatssekretär Ganzenmüller entstand und nicht vernichtet worden war, so dass er zu den Schlüsseldokumenten der Prozessvorbereitung gehörte. Zunächst hatte Wolff im Auftrag seines Chefs den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium darum ersucht, die Möglichkeit der Bereitstellung von Zügen zwischen Warschau und Treblinka zu prüfen, die offenbar kritisch geworden war, da auf der längsten Fahrstrecke der Schienenweg Warschau-Białystok benutzt werden musste, der durch die Wehrmachtsanforderungen für die Ostfront hochbelastet war.

Auf diesen telefonischen Vortrag hin setzte sich Ganzenmüller offenkundig selbst oder über einen Beauftragten mit der Generaldirektion der Ostbahn (Gedob), die ihren Sitz in Krakau hatte und für den beanspruchten Bereich zuständig war, in Verbindung und erhielt von da die Zusage, die er am 28. Juli 1942 Wolff in einem Brief bekanntgab. Es werde ab dem 22. Juli täglich ein Zug mit jeweils 5000 Juden von Warschau nach Treblinka fahren und zweimal wöchentlich ein Zug von Przemysł nach Belzec, so lautete die Zusage aus Krakau. Für diese Mitteilung bedankte sich Wolff „auch im Namen des Reichsführers SS“ herzlich und gab in diesem mit mehrfachen Dankesformeln versehenen Schreiben seiner Freude darüber Ausdruck, dass „nun schon seit 14 Tagen täglich ein Zug mit 5000 Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt“. Das Schreiben schloss mit der an den Empfänger gerichteten Bitte, „diesen Dingen auch weiterhin ihre Beachtung zu

---

30 Novak wurde vor dem Landesgericht für Strafsachen in Wien, nachdem er 1961 verhaftet worden war, in vier Prozesse gezogen und schließlich zu einer Haftstrafe verurteilt, die durch eine mehr als fünfjährige Untersuchungshaft als verbüßt galt. Wie die Akten des Ganzenmüller-Verfahrens, so bilden auch die der Novak-Prozesse eine wichtige historische Quelle, aus der sich die Praxis der Deportation und der Platz des Eichmann-Referats rekonstruieren lässt. Die folgenden Angaben stützen sich auch auf diese Akten, die demnächst an anderer Stelle eine umfassendere Auswertung erfahren sollen.

schenken".[31] Derartige telefonische und briefliche Kontakte wären offenbar ganz überflüssig gewesen, wenn – was wohl dem zuständigen Staatssekretär hätte gewärtig sein müssen – das Judenmord-Programm die Dringlichkeitsliste angeführt haben würde. Ohne dass hier weitere Beweise ausgebreitet werden sollen, welche die Beauftragten des Eichmann-Apparats – beispielsweise in Paris – als Verhandlungspartner mit den Transportoffizieren (und -gewaltigen) der Wehrmacht zeigen[32], kann festgestellt werden, dass der verbrecherische Erfolg, den die „Endlösungs"-Spezialisten im Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes verbuchten, sich nicht aus ihrer privilegierten Stellung im Herrschaftsapparat ergab, sondern aus ihrer Fähigkeit und Findigkeit hervorging, sich den jeweiligen Bedingungen und Möglichkeiten anzupassen, die sich ihnen in den wechselnden Kriegssituationen boten.

Nicht permanent war ihr Auftrag unter besonderen Schwierigkeiten zu erledigen. Zudem war die Situation in ihren Aktionsräumen zur gleichen Zeit von Ort zu Ort ganz verschieden. Während Himmler sich über den Chef seines persönlichen Stabes einschaltete, um die Vernichtung der Juden in Warschau voranzutreiben, existierte insgesamt ein Überfluss an Eisenbahnwaggons. In der schon erwähnten Tagung der Leiter der Reichspropaganda-Ämter Mitte Juli 1942 referierte auch der eben ernannte Staatssekretär Ganzenmüller und teilte vertraulich mit, „dass wir zur Zeit zusätzlich über einen Wagenraum von 300.000 Wagen verfügen, für den wir im Augenblick kein Gut haben". In den letzten Wochen sei Kohle in einem Umfang gefahren worden, wie selbst in Friedenszeiten nicht. Freilich könne die Situation sich in acht Tagen bereits wieder verändert haben, räumte er ein.[33] Und umgekehrt: Während sich insgesamt als Folge der Niederlagen im Osten wie an der durch die Invasion eröffneten zweiten Front auch die Transportlage – und nun irreversibel – verschärfte, fand das zur gleichen Zeit in Ungarn operierende Eichmann-Kommando zur Überraschung des SS-Hauptsturmführers Novak, der mit den ungarischen Verkehrsexperten kooperierte, Lokomotiven und Waggons in ihn überraschender Zahl vor, so dass sich die Deportation der Juden – Novaks späteren Aussagen zufolge – mit weniger Störungen und Änderungen bewerkstelligen ließ, als er sie aus seiner Berliner Zeit gewohnt war.[34]

Die These vom siegschädigenden Aufwand, der für den Judenmord betrieben wurde, gehört in das Reich der Legende. Sie bedient freilich, und darin mag ihre Entstehung ebenso begründet sein wie ihre Zählebigkeit, ein Geschichtsbild, in dem sich die „Endlösung der Judenfrage" als ein eigenständiges oder mindestens sich verselbständigendes Ziel der deutsch-faschistischen Machthaber darstellt, dessen Erreichung höher bewertet und daher energischer betrieben wurde als die Verfolgung des Vorhabens, das sich auf die europäische Vorherrschaft richtete, die ihrerseits wiederum als das Fundament zu weltbeherrschendem Ausgreifen galt. Vielmehr gibt auch die Art und Weise, in der das unvorstellbare Verbrechen an den europäischen Juden begangen wurde, Aufschluss darüber, dass es sich dem Gesamtplan der deutschen Führungsclique um Hitler einordnete, aus diesem Plan zu keinem Zeitpunkt herausbrach oder zu ihm in ein alternatives Verhältnis trat.

Im „Europa unterm Hakenkreuz", das als Ergebnis des Endsieges auf den Schlachtfeldern gedacht war, einem Kontinent, in dem die deutschen Bank- und Industriekonzerne vom Atlantik bis zum Ural zu von ihnen bestimmten Konditionen ausbeuten und profitieren wollten – in diesem Europa

---

31 Die beiden Briefe finden sich im Faksimile bei Rau! Hilberg, a. a. O., S. 177 u. 181.

32 Von den tatsächlichen Prioritäten zeugt beispielsweise ein Fernschreiben des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Paris, SS-Standartenführer Helmut Knochen, an das Reichssicherheits-Hauptamt, Referat IV B 4, vom 20. März 1942, das im Zusammenhang mit dem Abgang des ersten Transportes von 1000 in Frankreich gefangenen Juden hervorging. Nach Berlin wird mitgeteilt, dass der Militärbefehlshaber die „endgültige Entscheidung" getroffen habe, seinerseits keine Bewachungskräfte für den Transport zu stellen. In Paris war die Frage nicht zu klären, und der Absender regte an, entsprechende Weisungen über das Oberkommando des Heeres zu erwirken. Landesgericht für Strafsachen Wien, Prozess Franz Novak, Bd. XI, Bl. 1085.

33 Referat Albert Ganzenmüllers auf der Tagung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda am 13/14. Juli 1942. Institut für Zeitgeschichte München, Archiv, Fa 511, Bl. 61-66.

34 Landesgericht für Strafsachen Wien, Prozess Franz Novak, Bd. XIII, BI. 331 (217). Knapp zwei Monate lang fuhren im Tagesdurchschnitt zwei bis drei Züge vom ungarischen Staatsgebiet nach Auschwitz.

würde nach den Plänen der von Rassenwahn beherrschten deutschen Eroberer kein Jude mehr leben. Dieses Charakteristikum ihres „neugeordneten“ Europas setzte ein verübtes Verbrechen ohne Beispiel voraus, mit dessen Verwirklichung die Faschistenführer bis in den Mai 1945 weit vorangekommen waren. Vom Standpunkt ihres Gesamtziels aus gesehen bedeutete das Kennzeichen „judenfrei“ aber nicht mehr als ein *wesentliches* Detail.

Der Platz, den das Verbrechen „Endlösung der Judenfrage“ im Gedächtnis von Menschen einnimmt, die unseren Kontinent am Ende des 20. Jahrhunderts bewohnen, und der Platz, den die Untat im Sieges- und Zielkonzept ihrer Urheber und Täter besetzte, sind zweierlei. Es nimmt dem Verbrechen nichts von seiner Ungeheuerlichkeit, wenn die schwer begreifbare, aber nachprüfbare Tatsache anerkannt wird, dass es von seinen Tätern, gemessen am Gesamtpotential, über das sie geboten, mit geringem materiellen und (was in diesem Aufsatz im einzelnen an Fakten nicht erörtert wurde) auch personellen Aufwand verübt wurde. Aus dieser Tatsache leitet sich aber eine Warnung her. Noch bis zum Vorabend des von ihnen vorbereiteten und dann begonnenen Krieges waren selbst die Machthaber in Deutschland, die wütendsten Judenfeinde eingeschlossen, nicht der Vorstellung fähig, sie könnten Millionen von Juden, die Judenheit Europas, Mann und Weib, Greis und Kind, umbringen. Ihre auch da schon unmenschlichen Pläne reichten noch bis in die Anfangsphase des Krieges dahin, den „Rassenfeind“ aus dem eigenen, als „Lebensraum“ reklamierten Machtbereich zu verdrängen. Kaum dass diese Pläne vage Gestalt angenommen hatten, wurden sie ersetzt durch das Programm des Massenmordes. Der Prozess, in dem aus der Judenvertreibung die Praxis der Judenvernichtung wurde, ist die Geschichte eines Kontinuitätsbruches. An ihm, und eben darin liegt die Warnung, erweist sich, dass Vorstellungen von politischen, wirtschaftlichen und – ganz allgemein – sozialen Entwicklungen, die jähe, unvorhersehbare Wenden ausschließen, die realen Möglichkeiten unzulässig reduzieren.

Initial. Berliner Debatte, Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, 5/1993, S. 47-58.

„Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet“

Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942

I.

Im Jahre 1947 waren in Deutschland Spezialistengruppen aus den Vereinigten Staaten damit beschäftigt, eine noch nicht bestimmte Anzahl von Prozessen gegen Personen vorzubereiten, die im NS-Staat planend, vorbereitend, organisierend und ausführend an jenen ungezählten Verbrechen beteiligt waren, die sich durch die Geschichte des „Dritten Reiches“ ziehen. Robert M. W. Kempner, der in der Anklage-Behörde der USA bereits beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess mitgewirkt und Erfahrungen gesammelt hatte, kehrte mit dem Auftrag nach Deutschland zurück, das Beweismaterial gegen führende Personen des Regimes zusammentragen und sichten zu helfen und es zu Anklageschriften zu verdichten. Mit dieser Arbeit beschäftigt, drängte sich ihm anhand der Dokumente, die bereits aufgefunden worden waren, wie durch seine eigenen Überlegungen über die Funktionsweise der Diktatur der Gedanke auf, dass sich auch in den Akten des einstigen Auswärtigen Amtes Beweise auffinden lassen müssten, welche die Mitwirkung von Beamten an der Vernichtung der europäischen Juden belegten.

Es war diese Vermutung, die Kempner die in Berlin tätigen, das schriftliche Beutegut sichtenden Mitarbeiter seiner Dienststelle antreiben ließ, gerade in dieser Richtung nach Spuren zu suchen. Sie wurden fündig. Und als Kempner telefonisch die Mitteilung erhalten hatte, dass ihnen ein Schriftstück von besonderem Rang in die Hände geraten war, ließ er es sich augenblicklich per Flugzeug nach Nürnberg bringen.[1] Kempner hielt alsbald jenes „Besprechungsprotokoll“ in Händen, das von einer Zusammenkunft Zeugnis ablegte, die am 20. Januar 1942 unter dem Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, auf dessen Einladung in Berlin stattgefunden hat. Das Schriftstück war in einem Hefter aufbewahrt worden, der einmal in der zum Auswärtigen Amt gehörenden Abteilung D (D für Deutschland) gestanden hatte. Er enthielt auch das Einladungsschreiben, das Heydrich an die Teilnehmer gerichtet hatte. Daraus ging hervor, dass die Besprechung in der im Berliner Stadtrandbezirk Zehlendorf gelegenen Straße Am Großen Wannsee stattfand. Das Gebäude erwies sich als eine geräumige Villa, die einst dem Sicherheitsdienst (SD) der SS gehört hatte, in der Heydrich also der Hausherr war.[2] Das Gelände grenzte unmittelbar an den Wannsee. So lag es nahe, dass die Fahnder und Juristen der einfacheren Verständigung halber der Zusammenkunft den Namen „Wannsee-Konferenz“ gaben. Von ihren Teilnehmern selbst hatte sie die anonyme Bezeichnung „Staatssekretär-Besprechung“ erhalten, in Dokumenten scheint auch der Name „Staatssekretär-Sitzung“ auf.

Für die weitere Tätigkeit der amerikanischen Fachleute, welche die Anklagen vorbereiteten, war am wichtigsten, dass das aufgefundene „Besprechungsprotokoll“[3] eingangs eine vollständige Liste der Teilnehmer enthielt, die Heydrich um sich versammelt hatte. Es waren insgesamt 14 Personen gewesen. Um den Platz dieser Beratung und die Verantwortlichkeit der Teilnehmer genau zu bestim-

---

1 Zur Geschichte der. Auffindung des „Besprechungsprotokolls“ vgl. Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen. In Zusammenarbeit mit Jörg Friedrich, Frankfurt/M. 1983, S. 312. Zur Rolle des Auswärtigen Amtes: Christopher R. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940-1943, New York 1978.

2 Zur Geschichte des Konferenzortes vgl. Johannes Tuchel, Die „Stiftung Nordhav“ und die Wannsee-Konferenz, in: Berliner Geschichte, (1990) 11, S. 89 ff.

3 Das „Besprechungsprotokoll“ wurde als Beweisdokument der Anklage zuerst im sog. Wilhelmstraßen-Prozess vorgelegt. Es kann heute in vielen Dokumenten-Publikationen im Wortlaut oder in wesentlichen Auszügen nachgelesen werden, so in: Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, hrsg. von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, Berlin 19812, S. 251-260. Ein vollständiger Faksimile-Druck findet sich in: Documenten van de Jodenvervolging in Nederland 1940-1945, Hrsg. Joods Historisch Museum, Amsterdam 1979. Wird im weiteren aus dem „Besprechungsprotokoll" zitiert (fortan WK-Prot.), so verweisen die Seitenangaben jeweils auf die durchnummerierten Seiten der maschinenschriftlichen Ausfertigung, die insgesamt 15 MS umfasst.

men, lag es nahe, nach deren Verbleib zu fahnden. 1947 war eine Anzahl von ihnen bereits nicht mehr am Leben, was aber nicht in jedem Falle besagte, dass ihr Tod mit Sicherheit festgestellt und bekannt war. Gewiss war der Tod folgender Teilnehmer: Reinhard Heydrich war bei einem Attentat tschechischer Widerstandskämpfer in den Straßen Prags schwer verwundet worden, wenige Tage später verstorben und mit einem spektakulären Staatsbegräbnis in Berlin beigesetzt worden. Dr. Roland Freisler, Staatssekretär im Reichsministerium der Justiz, starb während eines Luftangriffs gegen Kriegsende in den Ruinen der Reichshauptstadt. Dr. Rudolf Lange, SS-Sturmbannführer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalbezirk Lettland, war während der Kämpfe in der zur Festung erklärten Stadt Posen umgekommen. Martin Luther, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, in dessen bürokratischer Hinterlassenschaft sich die 16. Ausfertigung des Besprechungsprotokolls (insgesamt hatten 30 Exemplare existiert) aufgefunden hatte, befand sich seit 1943 im KZ Sachsenhausen in Sonderhaft und war Anfang Mai 1945 in einem Berliner Krankenhaus verstorben. Dr. Alfred Meyer, Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, hatte seinem Leben selbst ein Ende gesetzt, als das NS-Regime unter den Schlägen der alliierten Armeen zerbrach. Dr. Eberhard Schöngarth, zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement mit dem Dienstsitz Krakau, zuletzt in gleicher Funktion im Reichskommissariat der Niederlande, war in britische Gefangenschaft geraten und von einem Militärgericht 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Der Verbleib einer Anzahl weiterer Personen, die an der Besprechung teilgenommen hatten, war ungewiss; bisher war nach ihnen vergeblich gefahndet worden. SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Leiter des Referats IVB 4, des sogenannten Judenreferats im RSHA, war schon während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses 1945/46 immer wieder als einer der wichtigsten SS-Offiziere genannt worden, als eine Zentralfigur bei der Organisation des Massenmords an den europäischen Juden. Es wurde angenommen, dass er bei Kriegsende umgekommen sei, doch gab es dafür keinen einzigen sicheren Anhaltspunkt. Eichmann war unter falschem Namen in Gefangenschaft geraten, dann aus einem Gefangenenlager entflohen und arbeitete 1947 unerkannt als Waldarbeiter in einem Forstwirtschaftsbetrieb im Niedersächsischen. Unbekannt war auch der Aufenthalt oder das Ende von Eichmanns unmittelbarem Vorgesetzten, dem Leiter des Amtes IV im RSHA, Gruppenführer Heinrich Müller („Gestapo-Müller“), der zu den am meisten gesuchten SS-Generälen gehörte. Ob er das Kriegsende überlebt hatte, konnte trotz aller Anstrengungen nie aufgeklärt werden.

Nichtsdestoweniger: Die Träger einer Anzahl von Namen, welche die Teilnehmerliste des Besprechungsprotokolls aufführte, konnten aufgrund von Kempners Ersuchen alsbald aufgespürt werden. Sie befanden sich als Internierte oder Untersuchungsgefangene im Gewahrsam der westlichen Siegermächte. Kempner konnte damit beginnen, sie in der Sache „Wannsee-Konferenz“ zu vernehmen. Er befragte Friedrich Wilhelm Kritzinger, der als führender Mitarbeiter der Reichskanzlei von Heydrich eingeladen worden war und noch 1942 zum Staatssekretär aufstieg. Weiter ließ er sich Erich Neumann kommen, einen der Stellvertreter Görings in dessen Eigenschaft als Chef der Behörde für den Vierjahresplan, gleichfalls ein Mann im Range eines Staatssekretärs. Schließlich hatte Kempner es mit Dr. Wilhelm Stuckart zu tun, Staatssekretär im Reichsinnenministerium, der sich gemeinsam mit Hans Globke als Kommentator der Nürnberger Gesetze von 1935 hervorgetan und seitdem die Vertreibung der Juden aus Deutschland systematisch vorangetrieben hatte.

Keine dieser Befragungen führte über jene Erkenntnisse hinaus, die sich dem Text des Besprechungsprotokolls entnehmen ließen. Mehr noch: Im Punkte „Wannsee-Konferenz“ ließ eigenartigerweise das Gedächtnis alle Befragten im Stich. Sie konnten sich nicht oder kaum erinnern und wollten, als sie den Tagungsort verlassen hatten, nicht gewusst haben, dass ihnen Heydrich dort das Programm der „Endlösung der Judenfrage“ rückhaltlos entwickelte, ihre Teilnahme allein sie also zu Mitwissern, wenn nicht gar Mittätern an einem geschichtlich beispiellosen Verbrechen machte. Einzig das Gespräch mit Kritzinger nahm nach Kempners Bericht einen etwas abweichenden Ver-

lauf. Er, der altgediente Beamte der Reichsministerialbürokratie, bekundete jedenfalls rückblickend seine Scham darüber, dass er diesem Regime gedient hatte[4].

Ob die Zeichen von Reue auch das Auftreten des einstigen Staatssekretärs in der Reichskanzlei während des Prozesses bestimmt hätten, blieb ungeklärt. Kritzinger starb in einem Nürnberger Krankenhaus, ohne vor Gericht angeklagt worden zu sein. So wurden im Verlauf der sogenannten Nachfolgeprozesse vor dem in Nürnberg tagenden Gerichtshof der USA einzig zwei ehemalige Teilnehmer der „Wannsee-Konferenz“ auf die Anklagebank gesetzt. Im „Wilhelmstraßen-Prozess“ (Fall XI) befand sich Konferenzteilnehmer Wilhelm Stuckart unter den insgesamt 21 angeklagten ehemaligen Ministern, Staatssekretären und weiteren hochgestellten NS-Beamten. Otto Hofmann, der als Chef des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes (RuSHA) der SS an der Beratung am 20. Januar 1942 teilgenommen hatte, gehörte im RuSHA-Prozess (Fall VIII) zu den 14 Angeklagten, besetzte jedoch nicht Platz 1 der Beschuldigten, der für seinen Amtsnachfolger bestimmt war.

Die ersten Spuren, die zur „Wannsee-Konferenz“ führten, sowie deren Ausdeutung und Bewertung waren mithin das Werk von Untersuchungsbeamten, Fahndern und Juristen der USA. Die Historiker traten erst später auf den Plan. Während das Interesse der Ankläger und Richter der Aufklärung der Frage galt, welcher Anteil an dem unter rassistischen Vorwänden verübten Massenmord an den europäischen Juden einzelnen Personen zuzumessen war, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber auf die Fragen, warum und wie es zur Besprechung Heydrichs mit den Staatssekretären gekommen war, welche Ziele mit ihr verfolgt wurden und welche Bedeutung diese Konferenz im Prozess der Judenvernichtung und darüber hinaus im Zweiten Weltkrieg hatte.

Die Zahl der Quellen und Dokumente, die zur Untersuchung und Beantwortung dieser Fragen zur Verfügung steht, war und bleibt begrenzt, denn es steht nicht zu erwarten, dass sie in irgendeiner wesentlichen Weise ergänzt werden könnte. Überliefert ist der Text der ursprünglichen Einladungsschreiben, die am 29. November 1941 ergingen, sowie der am 8. Januar 1942 von Heydrich unterzeichnete Text, mit dem die Teilnehmer auf den endgültigen Termin geladen wurden. Dann existiert als das Schlüsseldokument die von Adolf Eichmann auf Weisungen Heydrichs angefertigte Niederschrift, das „Besprechungsprotokoll", das unmittelbar nach Ende der Zusammenkunft hergestellt wurde. Seine Versendung an die Teilnehmer erfolgte mit einem Begleitschreiben, das Heydrichs Unterschrift trägt. Vor der Konferenz ließ sich Unterstaatssekretär Luther von dem ihm unterstellten „Judenreferenten“ einige Stichpunkte formulieren, die ihm für das eigene Auftreten während der Sitzung als Gedächtnisstütze dienen sollten. Auch dieses Schriftstück wurde gefunden.[5] Damit ist die Liste der Quellen, über die die Historiker verfügen, soweit es sich um zeitgenössische Dokumente handelt, bereits erschöpft.

Eine Aufstellung der Schriftstücke, die zwischen Ende November 1941 und Ende Januar 1942 im Zusammenhang mit der „Wannsee-Konferenz“ entstanden sein könnten, wäre mindestens gleichlang: Eichmann hat auf Heydrichs Weisung hin für dessen einleitende Ausführungen Fakten und Zahlenmaterial zusammengestellt. Heydrich stützte seine Darlegungen am Beginn der Beratung darauf und wahrscheinlich auf eigene Notizen. Während der Besprechung dürften sich eine Anzahl der Anwesenden Notizen gemacht haben. Mit Sicherheit besaß die – nach Eichmanns Zeugnis – anwesende Sekretärin ebenfalls Aufzeichnungen über den Verlauf der Aussprache. Dem schließlich versandten Text des „Besprechungsprotokolls“ dürfte mindestens ein Entwurf, Eichmann legte die Existenz mehrerer solcher Entwürfe während seines Verhörs nahe,[6] was allerdings wohl eher in der

---

4 Kritzinger wurde vom Kempner am 11. März 1947 vernommen. Auf eine Frage antwortete der ehemalige Staatssekretär: „Das Furchtbarste war für mich die Behandlung in den besetzten Gebieten und der Juden. Ich schämte mich, in meine Heimat zu fahren, das Grab meines Vaters zu besuchen.“ (Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplicen, Zürich 1961, S. 157 f.)

5 Die vorstehend genannten Dokumente sind sämtlich abgedruckt in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992.

6 Mit dem Hinweis auf eine größere Zahl von Entwürfen, die dem endgültigen und dann versandten Protokoll-Text vorausgegangen sein könnten – Belege dafür existieren nicht –, wollte Eichmann den Gedanken nahele-

Absicht eigener Verteidigung geschah, vorausgegangen sein. Von alldem hat sich nichts auffinden lassen. Manches mag bald nach dem Treffen, anderes später vernichtet worden sein. In den Akten der beteiligten Ministerien und anderer Behörden haben sich keine Aufzeichnungen von Mitarbeitern finden lassen, die von Teilnehmern der Konferenz über deren Stattfinden und Ergebnisse zusammenfassend unterrichtet worden wären.

Umso wichtiger erscheinen daher für die Geschichtswissenschaft die Aussagen des Mannes, der nach Heydrich und Müller sich am meisten mit der Vorbereitung der Staatssekretär-Beratung hatte befassen müssen und in dessen Referat dann über Jahre die organisatorischen Stränge der Deportation von Millionen Juden in die Vernichtungslager zusammenliefen. Adolf Eichmann, 1960 vom Geheimdienst Israels in Argentinien gekidnappt, sagte 1960/61 als Untersuchungsgefangener und als Angeklagter mehrfach zum Thema „Wannsee-Konferenz“ aus, zuerst vor dem ihn verhörenden Polizei-Hauptmann Avner Less, dann vor dem Gerichtshof. Diese Aussagen wurden ebenso exakt protokollarisch aufgenommen und von Eichmann abgezeichnet wie die Schriftstücke, die er in der Haft für den Vernehmer, seinen Verteidiger und für sein eigenes Auftreten anfertigte.[7]

Wer auf sie zurückgreift, muss sich mit quellenkritischem Misstrauen wappnen. Zum einen hatte Eichmann bereits vor seiner Gefangennahme und dann während der Untersuchungshaft sich mit inzwischen erschienenen Publikationen bekanntmachen können, deren Gegenstand Judenverfolgung und Judenmord, darunter auch Eichmanns Anteil daran, bildeten.[8] Was er aus eigener Erinnerung wusste, was ihm erst durch die Lektüre bewusst geworden war, vermochte er nach eigenem Zeugnis mitunter nicht genau zu unterscheiden. Zudem hatte er schon während der fünfziger Jahre – seine eigene Enttarnung und Entführung nicht ahnend – einem niederländischen Journalisten, ohne seine Identität preiszugeben, die dieser aber erraten hat, die „Eichmann-Story“ erzählt,[9] sich dabei also seine Version des Geschehenen zurechtgemacht; die Antworten Eichmanns auf die Fragen von Less und später der Richter und Ankläger können also nicht als ursprünglich oder spontan gewertet werden.

Am wichtigsten ist aber, dass Eichmann sich zu verteidigen, genauer: seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen trachtete. Das führte dazu, dass er seine eigene Rolle bei der Vorbereitung der Konferenz und während ihres Verlaufs zu marginalisieren suchte. Er stellte sich als der „kleine Oberstleutnant“ (das war der entsprechende militärische Wehrmachtsrang zu dem eines Obersturmbannführers der SS) dar, der, ein wenig abseits am Tisch der Sekretärin platziert, in der Gesellschaft der Staatssekretäre und Generäle, die er auch die „Päpste“ nannte, nur hätte zuhören und sich wundem dürfen.

Dies alles wird bedenken müssen, wer die beiden Komplexe betrachtet, zu denen Eichmanns Auskünfte bisher Unbekanntes hinzufügte: Der eine betrifft die allgemeine Atmosphäre der Beratung,

---

gen, dass an den abschließenden Formulierungen Heydrich und Heinrich Müller beteiligt gewesen wären, ihn dafür also nur eine bedingte Verantwortung träfe.

7 Eichmanns umfangreiche Aufzeichnungen aus der Haftzeit in Israel sind über den Nachlass seines Rechtsanwalts Dr. Robert Servatius in das Bundesarchiv Koblenz gelangt und finden sich dort im Bestand Allgemeine Prozesse 6.

8 Damals lag die erste Gesamtdarstellung der Vernichtung der Juden im faschistischen Machtbereich schon vor: Gerald Reitlinger, The Final Solution –The Attempt to Exterminate the Jews of Europa 1939-1945, London 1953. Das Buch war in deutscher Übersetzung 1956 in der Bundesrepublik (mit dem veränderten Untertitel „Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945“, der die Verantwortung für den Massenmord verkürzen wollte) erschienen und hatte 1957 die zweite, 1960 die dritte Auflage erlebt. Es wurde Eichmann zur Verfügung gestellt. Während Eichmanns Haft erschien in den USA und in Großbritannien Raul Hilbergs fundamentale Monographie: The Destruction of European Jews (New York 1961), dessen deutsche Übersetzung erst 1982 (Berlin-West) vorlag. Eine auf den Ergebnissen der Forscher vieler Länder fußende Darstellung des Ausmaßes des Massenmordes gibt: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1991 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 33).

9 Mit dem Abdruck der „Eichmann-Memoiren“, die auf den Gesprächen zwischen Eichmann und Willem Sassen fußten, begann die amerikanische Zeitschrift „Life“ am 28. November 1960, als sich der einstige Leiter des Referats IVB 4 in Israel angeklagt sah.

über welche die Niederschrift keine Schlussfolgerungen zulässt, und der andere bezieht sich auf den Anteil der einzelnen Personen und ihren Beitrag zum Ergebnis des Treffens, soweit er nicht aus den knappen Aufzeichnungen des „Besprechungsprotokolls“ hervorgeht. Zudem suchte Eichmann 1960/61 in Jerusalem auch ein Bild von seinen eigenen Empfindungen über den Verlauf und die Folgen der „Wannsee-Konferenz“ zu geben. Es war durch und durch verlogen, suchte er doch wirklich diesen 20. Januar 1942 als den Tag seiner SS-Karriere auszugeben, an dem sein angebliches Vorhaben, eine „glimpfliche“ Lösung der Judenfrage durchzusetzen, als gescheitert anzusehen sei. Er hätte nach Beratungsende eine „pilatussche“ Situation empfunden,[10] mit welchem schiefen Bild der einstige Leiter des Referats IV B 4 ausdrücken wollte: er habe den Massenmord nicht gewollt, er habe ihn aber auch gegen die Mächtigen nicht verhindern können.

Tatsächlich gab es im Besprechungsraum in der Villa nur eine Person, die später unvoreingenommen und von Strafe unbedroht hätte bezeugen können, wie die wenigen Beratungsstunden verliefen: die anwesende Sekretärin. Doch wurde nach ihr offenbar nie ernsthaft gefahndet. Sie hat sich aus freien Stücken zur Zeugenschaft nicht gemeldet. Auch ihr Name ist unbekannt.

II.

Wer sich mit dem Abstand eines halben Jahrhunderts erneut mit der „Wannsee-Konferenz“ befasst, stößt nicht nur an die Grenzen der Quellen, zwischen und hinter denen Raum für Mutmaßungen bleibt, sondern hat sich auch mit einem mittlerweile entstandenen und verbreiteten Bild von diesem Ereignis auseinanderzusetzen, das man Legende nicht nennen mag, das aber doch zu ihren engen Verwandten gehört. Es ist von dieser Beratung am 20. Januar 1942 wieder und wieder gesagt und geschrieben worden, ihre Teilnehmer hätten den Mord an den Juden Europas *beschlossen*. Diese Vorstellung hat sich gegenüber dem tatsachengesättigten Widerspruch der Historiker als außerordentlich resistent erwiesen. Das falsche Bild bedient offenbar ein Bedürfnis, erlaubt es doch, die ungeheuerliche Absicht, Millionen von Menschen kaltherzig zu töten, an einen bestimmten Personenkreis zu binden, den Entschluss auf Tag und Stunde zu datieren und sich einen Ort vorzustellen, an dem „es sich ereignete“.

Die vorurteilsfreie Kenntnisnahme des „Besprechungsprotokolls“ überzeugt davon, dass die Versammelten nichts beschlossen, was als gedanklicher und befehlsmäßiger Ausgangspunkt des Verbrechens gewertet werden könnte. Doch konnte die Geschichtswissenschaft das Bedürfnis nach konkreter geschichtlicher Vorstellung nicht befriedigen, ihre Vertreter vermochten zum falschen Geschichtsbild keine anschauliche Alternative zu bieten. Statt dessen vertraten sie voneinander abweichende Versionen darüber, wann, wie und in welchen Zusammenhängen der Entschluss, von der Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zu ihrer ausnahmslosen Tötung in diesem Machtbereich überzugehen, gefällt worden war. Das komplizierte Thema bildete den Gegenstand weitläufiger Forschungen, wurde auf internationalen Tagungen von Spezialisten erörtert und die gefundenen Erkenntnisse erwiesen sich als sehr spröde, sollten sie in allgemeinverständlichen Publikationen „verdolmetscht“ werden.[11]

---

10 Eichmann bestand während des Prozesses darauf, dass er für Heydrichs Ausführungen zu Beginn der „Wannsee-Konferenz“ nur Material geliefert habe, das sein Chef für jene Passagen verwenden konnte, die im „Besprechungsprotokoll“ bis S. 7 wiedergegeben seien, d. h. dass er keinerlei Vorschläge für die mörderische „Endlösung“ vorgelegt habe; BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6, Bd. 2, Bl. 817-849, 875-879. Am Rande des in Faksimile ihm überlassenen Exemplars des „Besprechungsprotokolls“ notierte sich Eichmann (S. 11): „... ich konnte vor mir selbst nachweisen, dass ich mit meinen unmaßgeblichen Kräften alles getan hatte, nach einer glimpflichen Lösung Ausschau zu halten“. Derartige Beteuerungen beeindruckten Vernehmer und Richter wenig, die Eichmann nachweisen konnten, dass er auch in Einzelfällen darauf bestanden hatte, buchstäblich noch den letzten Juden auf den Weg in den Tod zu deportieren.

11 Der Forschungsstand wurde 1984 während einer internationalen Konferenz in Stuttgart debattiert. Das sehr stark gekürzte Protokoll der Referate und Diskussionsbeiträge gibt dennoch ein Bild davon, welche Fragen in Expertenkreisen als geklärt, welche als offen angesehen werden und in welchen Fällen die Interpretationen von

Immerhin scheint es gelungen zu sein, den landläufigen Irrtum zumindest zu erschüttern. Indessen las man neuerdings in Presseveröffentlichungen abgewandelte Versionen, die von der Wahrheit nach wie vor einigermaßen entfernt sind. So hieß es etwa, dass am 20. Januar 1942 am Wannsee die „Ausführungsbestimmungen erlassen“ worden wären, denen ein Göring-Befehl an Heydrich zur „Endlösung“ vorausgegangen sei. In einer anderen Darstellung wird geschrieben, dass die Teilnehmer der „Wannsee-Konferenz“ „koordinierende Maßnahmen zur Ermordung von über 11 Millionen Juden aus europäischen Ländern beschlossen“ hätten.[12]

Dennoch scheint die Erkenntnis um sich zu greifen, dass die Entscheidung, die Juden Europas umzubringen und ein „judenfreies“ Europa unterm Hakenkreuz zu schaffen, schon vor der „Wannsee-Konferenz“ gefallen und die grausige Untat bereits ins Werk gesetzt war, bevor sich die SS-Generäle und -Offiziere sowie die Staatssekretäre am 20. Januar 1942 zu ihrer Konferenz versammelten. Der Entschluss, soviel ist sicher, fiel in den Monaten vor dem Überfall auf die UdSSR, der am 22. Juni 1941 erfolgte. Er gehörte im weitesten Sinne zu den in dieser Zeit intensivierten Planungen für die „Neuordnung Europas“ nach deutsch-faschistischen Grundsätzen. In diesen Monaten ergingen nicht nur die Befehle zur Formierung der Mörder-Einheiten, die als „Einsatzgruppen“ der Sicherheitspolizei und des SD hinter der in die Sowjetunion einfallenden Wehrmacht mit den Massakern begannen.[13] Gleichzeitig wurden sich die Eroberer auch darüber schlüssig, dass sie innerhalb des kolonialen Riesenreichs, das sie bis an die Grenzen des Ural zu errichten trachteten, großen Gruppen von Menschen, die Rede war von „... zig Millionen“, die Lebensgrundlagen entziehen würden, indem sie sie in Landstrichen isolierten oder in Gebiete abdrängten, in denen sie auch bei angestrengtester Arbeit der Natur ausreichende Nahrung nicht abgewinnen konnten.[14]

Lässt sich also der Zeitpunkt, an dem der Beschluss über den Massenmord an den Juden gefasst wurde, mit großer Sicherheit auf das Frühjahr 1941, in die abschließende Planungsphase des Krieges gegen die UdSSR, datieren, so wird die Aussage unsicherer, wenn die Frage beantwortet werden soll, wer an der verbrecherischen Entscheidung beteiligt war. In allererster Linie ist da Hitler zu nennen, der in allen Jahren zuvor – wenn er das auch nicht öffentlich kenntlich machte – darauf bestanden hatte, die oberste Instanz in allen die Verfolgung und Drangsalierung der Juden betreffenden Fragen zu sein und der sich es mitunter verbeten hatte, in diesem Punkte mit unverlangten Ratschlägen belästigt zu werden.

Ohne Hitlers ausdrückliches „Ja“ war das Verbrechen nicht zu befehlen. Doch muss das nicht bedeuten, dass der Vorschlag, den letzten Schritt von der verbrecherischen Idee zu ihrer Verwirklichung zu gehen, zuerst von ihm gemacht wurde. Es ist nicht auszuschließen, dass Himmler oder Göring während der Gespräche über den „Ostkrieg“, das Okkupationsregime und die Fernziele der Kolonisatoren zuerst die Rede auf den Mordplan brachten. Damit sind die Namen der beiden Männer genannt, mit denen Hitler (oder die mit Hitler, die Unterscheidung ist nicht sehr groß) mit höchster Wahrscheinlichkeit übereinkam, ihren führenden Part in einem Verbrechen zu übernehmen, das – wie viele Tatsachen die Geschichtswissenschaft über seinen Hergang auch zu Tage gefördert hat und künftig noch feststellen wird – menschliches Vorstellungsvermögen weit übersteigt.

Dokumenten, Ereignissen und Prozessen kontrovers geblieben sind: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, hrsg. von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985.

12 Vgl. Peter Neuhof, Gebrandmarkt mit dem gelben Stern, verschollen in Auschwitz ...; Hans Pinter, Judenmord mit deutschen Filmen, beide in: Neues Deutschland vom 9. /10. November 1991.

13 Die umfassendste Darstellung der Formierung und der Rolle der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD bei: Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1982 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22, Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte).

14 Vgl. Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa, angefertigt am 2. Mai 1941, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1948, Bd. XXXI, S. 84.

Himmler berief sich später auf einen „Befehl“, den ihm Hitler erteilt habe; Göring unterzeichnete am 31. Juli 1941 die Ermächtigung[15], mit der er dem RSHA-Chef Heydrich auf dessen Verlangen hin bescheinigte, dass er die verantwortliche Person und sein Hauptamt die Zentralstelle sei, von der die Fäden zur mörderischen „Endlösung der Judenfrage“ ausgingen und bei der sie wieder zusammenliefen. Wann Heydrich diese Rolle tatsächlich übernahm, kann auf Tag und Stunde nicht bestimmt werden. Es geschah dies aber geraume Zeit vor dem 22. Juni 1941, hatte er doch im Zusammenwirken mit anderen Hauptämtern des SS-Apparates zuvor bereits die Einsatzgruppen formiert, geschult und deren Führer über ihre Aufgaben instruiert.

Die Feststellung, dass die Geschichte des Massenmords an den Juden Europas mit dem Überfall auf die UdSSR beginnt, mit hoher Wahrscheinlichkeit war das Massaker im grenznahen litauischen Ort Garsden, dem am 24. Juni 1941 201 Juden zum Opfer fielen, die Bluttat, die am Anfang des systematischen Tötens steht bedient nicht nur das (wie mitunter gemeint wird: übertriebene) Interesse an historiographischer Genauigkeit. Sie macht deutlich, dass der Ausgangspunkt des Verbrechens in einem Moment liegt, da die Machthaber um Hitler keinen Zweifel daran hegten, dass sie ihre Ziele wirklich erreichen könnten. Sie waren ihrer Endsiegerwartungen ganz sicher. Damit erledigt sich aber auch die Behauptung, der zufolge der Judenmord eine Art Ersatzfunktion für Hitler und seine Gefolgsleute besessen habe, die den „Sieg“ über die Juden, d. h. deren Ausrottung, betrieben hätten, weil sie den Sieg über ihre Kriegsgegner nicht mehr hätten erreichen können.[16] Das Verbrechen wurde aber beschlossen und ins Werk gesetzt, als die politischen und militärischen Führer damit rechneten, in etwa zwei Monaten die UdSSR geschlagen zu haben, woraus sie sich den Gewinn versprachen, einen beliebig langen Krieg gegen Großbritannien und die USA führen und siegreich beenden zu können.

Im zweiten Halbjahr 1941 begann der Judenmord auf dem Territorium der Sowjetunion, in deren baltischen, weißrussischen und ukrainischen Gebieten sowie in jenen Landesteilen, die sich die UdSSR angeeignet hatte, als die Wehrmacht Polen im September 1939 zerschlug. Mit Gewehren, Pistolen und Maschinengewehren wurden von den Angehörigen der Einsatzgruppen Hunderttausende Opfer niedergemacht. Im Dezember 1941 begann ein SS-Spezialkommando im Reichsgau Wartheland in einem Ort namens Kulmhof (polnisch: Chełmno), Juden aus der näheren Umgebung in für das Verbrechen speziell umgebauten Lastkraftwagen zu ersticken. Die Motorabgase wurden in den Laderaum geleitet, in den die Opfer unter Täuschung und mit Gewalt hineingetrieben wurden. In Serbien begann in der Nähe Belgrads zur gleichen Zeit die Massenerschießung von Juden, die als „Geiseln“ genommen worden waren. In Auschwitz hatte an sowjetischen Kriegsgefangenen und kranken Lagerinsassen die Erprobung des Massenmords unter Einsatz des Gases Zyklon B stattgefunden. Im äußersten Osten des Generalgouvernements waren die Vorbereitung für die Errichtung von Vernichtungsstätten im Gange, in denen das Judentum Polens und Juden aus den angrenzenden Staaten und Gebieten umgebracht werden sollten.

Nachdem im September die Juden im „großdeutschen“ Reichsgebiet gezwungen worden waren, sich – sofern sie das sechste Lebensjahr überschritten hatten – öffentlich mit dem „Judenstern“ zu kennzeichnen, setzten im Oktober die Deportationen deutscher, österreichischer und tschechischer Juden „nach dem Osten“ ein. Sie wurden in Ghettos in Polen und im eroberten sowjetischen Territorium gepfercht, die Wartestationen auf den Tod waren. Ende November 1941 wurden Juden aus Deutschland bei Riga in einem Waldgebiet zu Hunderten erschossen.

Was die „Endlösung der Judenfrage“ genannt wurde, das hatten die Täter an den Schreibtischen wie die an den Erschießungsgruben mithin ins Werk gesetzt. Von Tag zu Tag wuchs die Zahl ihrer Opfer. Die Mörder kamen befehlsgemäß voran und sie stießen auf weniger Hindernisse und Schwierigkeiten, als sie erwartet haben mochten. Zwar hatte die nichtjüdische Bevölkerung in den erober-

---

15 Vgl. ebd., Bd. XXVI, S. 266 f.

16 Diese Version hat vor allem Sebastian Haffner (Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 179 f.) glaubhaft zu machen gesucht.

ten Gebieten sich nicht in jenem Maße zu Pogromen anstacheln lassen, wie das Befehlshaber der Einsatzkommandos der SS wünschten, aber die vom Krieg und der Besatzung überrumpelten Menschenmassen waren eingeschüchtert, verschreckt, gelähmt. Generals- und Offizierskorps der Wehrmacht, aus deren Reihen während des Feldzugs in Polen 1939 Proteste gegen das barbarische Vorgehen von SS-Einheiten in Wort und Schrift erhoben worden waren, verhielten sich diesmal kooperativ.

Die „Probleme" derjenigen, die an den Schalthebeln des Verbrechens saßen und die es vor Ort ausführten, waren im Wesentlichen organisatorischer Natur. Der hereinbrechende Winter und der rasch tiefgefrierende Boden erschwerten die Beseitigung der Leichen. Die Schienenwege, auf denen die Opfer aus „Großdeutschland" in die Ghettos und zu den Vernichtungsstätten transportiert wurden, waren verstopft und das durch den Krieg überbeanspruchte und verschleißende rollende Material der Reichsbahn stand nur begrenzt zur Verfügung.

Doch hatten diese Schwierigkeiten keineswegs jenes Ausmaß angenommen, von dem Eichmann in Jerusalem in freier Phantasie sprach, um zu begründen, warum die „Wannsee-Konferenz" eigentlich hätte stattfinden müssen. In das Reich der Fabel gehört auch seine Behauptung, dass eine Unzahl von bürokratischen Barrieren hätte aus dem Weg geräumt werden müssen.[17] Im „Besprechungsprotokoll" findet sich eine Erwähnung der Abhängigkeit des Tempos der „Endlösung" von der Bereitstellung des Transportraums – mehr nicht.[18] Und von auch nur einem leisen Ordnungsruf an die Adresse von Bürokraten, die das Fortschreiten des Mordens behindert hätten, kann dort nichts nachgelesen werden.

So erhebt sich die Frage, was Heydrich tatsächlich veranlasste, jene Besprechung einzuberufen, die nach der ursprünglichen Terminplanung am 9. Dezember 1941 stattfinden sollte, dann wegen des Kriegsbeginns gegen die USA verschoben wurde, jedoch auf einen relativ späten Termin, der den Schluss zulässt, dass eine besondere Dringlichkeit für das Treffen nicht vorlag. Einen Schlüssel für die Beantwortung der Frage mag das Schreiben liefern, das Heydrich fünf Tage nach der „Wannsee-Konferenz" an den Chef des SS-Personalhauptamtes sandte.[19] Heydrich schickte SS-Gruppenführer Schmitt in Fotokopie jenes schon erwähnte, vom 31. Juli 1941 datierte „Bestellungsschreiben des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches/Beauftragten des Vierjahresplans und Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung", das Heydrich als den Beauftragten „für eine Gesamtlösung der Judenfrage" auswies. Der RSHA-Chef, der um Kenntnisnahme und Beachtung bat, wünschte offenbar, dass seine Ermächtigung durch Göring der eigenen Personalakte beigefügt würde. Heydrichs Begleitbrief aber schließt mit dem Satz (der diesem Artikel als Überschrift vorangestellt ist): „Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet."

Die Möglichkeit, dass Heydrich mit dieser Wendung zu verschleiern suchte, wie weit das Massenmorden bereits vorgeschritten war, scheidet gegenüber einem Adressaten aus, dessen Amt an der Auswahl der Kommandeure der Einsatzgruppen direkt beteiligt war. Dass Heydrich die bis zum Zeitpunkt der „Wannsee-Konferenz" verübten Massaker als „vorbereitende Arbeiten" ansah, bezeugt demgegenüber, dass er sich bewusst gemacht hatte, dass er und sein Apparat erst am Beginn der Verwirklichung jener „Lösung" stand, die – dem „Besprechungsprotokoll" zufolge – „der Füh-

---

17 In einem Text, den Eichmann im Gefängnis schrieb (127 Bl. handschriftlich) und der die Überschrift „Meine Memoiren" trägt, heißt es: „Jedenfalls waren ähnlich wie früher bei der Auswanderung nunmehr in verstärktem Maße bei der Evakuierung Schwierigkeiten aufgetaucht." Die Arbeit sei trotz des Drängens von Hitler und Himmler „im bürokratischen Leerlauf und in tatsächlichen Schwierigkeiten" erstorben. BA Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/119, Bl. 112. Diese Schilderung war ein Produkt von Eichmanns Phantasie. Tatsächlich rollten im Januar 1942 aus deutschen Städten die Züge mit den Opfern „nach dem Osten".

18 Und diese Bereitstellung von Lokomotiven und Waggons hing wiederum vom Kriegsverlauf ab. Im Protokoll heißt es: „Der Beginn der einzelnen größeren Evakuierungsaktionen wird weitgehend von der militärischen Entwicklung abhängig sein" (WK-Prot., S. 9).

19 Heydrich an den Chef des SS-Personalamtes, Gruppenführer Schmitt, vom 25. Januar 1942; Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien, E 20952, Bl. 149.

rer genehmigt“ hatte.[20] Es waren ganz andere Vernichtungszahlen zu erreichen, wenn die – geschätzten – elf Millionen Menschen, die Judenheit Europas, umgebracht werden sollten. Zu diesem Zweck und mit diesem Ziel war das reibungslose Zusammenwirken aller Obersten Reichsbehörden und der weiteren beteiligten Instanzen erforderlich. Es zu sichern, gleichsam vorbeugend denkbare Hemmnisse auszuschließen, darin vor allem lag die Absicht des RSHA-Chefs, dem es offenkundig um die allgemeine, aber strikt verbindliche Orientierung der Teilnehmer viel mehr zu tun war als nur um „Ausführungsbestimmungen“.

Um sie konnte es an diesem Tage auch deshalb nicht gehen, weil die Hauptinstrumente der Massentötungen, die Vernichtungsstätten, sich noch im Aufbau befanden und sich über deren Einsatz- und „Funktionstüchtigkeit“ nichts Bestimmtes sagen ließ. Es ist unwahrscheinlich, dass Heydrich die Namen Auschwitz, Belzec, Sobibor und Treblinka während der Beratung überhaupt erwähnt hat. Hätten Heydrich die praktischen Fragen der „Endlösung“ vorrangig beschäftigt, dann hätte er nicht auf die Anwesenheit der Staatssekretäre aus dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsministerium der Finanzen verzichten können, hätte er zudem Vertreter der Generaldirektion der Reichsbahn und der Direktion der Ostbahn einladen müssen und auch auf der Anwesenheit eines Generals oder Offiziers aus dem Stab der Ordnungspolizei bestanden haben, welche die Begleitkommandos für die Judentransporte „nach dem Osten“ stellte.

Heydrich ging es, wie er im „Besprechungsprotokoll" vermerken ließ, um die Klarheit in Grundsatzfragen.[21] Die erste dieser Fragen betraf seine Zuständigkeit und Kompetenz und mithin die seines Amtes und seiner Mitarbeiter, insbesondere Adolf Eichmanns, an den er die „Judenreferenten“ in den einzelnen Ministerien und Dienststellen ausdrücklich verwies.[22] Schon als der RSHA-Chef Ende November 1941 die erste Einladung an die Teilnehmer versenden ließ, hatte er jeder von ihnen seine Ermächtigung durch Göring beifügen lassen. Dessen Unterschrift, das wussten die Adressaten aus ihrer eigenen Praxis, war die höchste, die sich in jedem vergleichbaren Falle überhaupt erreichen ließ. Görings Namenszug, des designierten Nachfolgers Hitlers, war so viel wert wie dessen eigener. Und dies bedeutete wiederum, dass sich in irgendwelchen die „Endlösung der Judenfrage“ auch nur berührenden Angelegenheiten alle Rückfragen um Heydrich herum erübrigten, ja verboten. Solche Schritte hatte es im Verlauf des zweiten Halbjahrs 1941 aus dem nazistischen Macht- und namentlich aus dem Okkupationsapparat auf sowjetischem Territorium gegeben.[23] Sie betrafen insbesondere pragmatische Aspekte, leuchtete doch nicht sogleich allen Zivil- und Militärpersonen ein, dass die Juden ohne Rücksicht auf ihre Verwendbarkeit als Arbeitskräfte vielerorts ausnahmslos vor die Erschießungskommandos geschleppt worden waren.

Das betraf die zweite Grundsatzfrage, in der Heydrich vor den Teilnehmern restlose Klarheit schaffen wollte. Er machte in seinen einleitenden Ausführungen unmissverständlich klar, dass kein Jude den Mördern entgehen sollte. Die Ausbeutung und Ausmergelung der Juden als Zwangsarbeiter galt dem RSHA-Chef immer nur als eine vorübergehende, von zeitweiligen Kriegsnotwendigkeiten diktierte Maßnahme, mehr noch: sie galt ihm selbst als ein Mittel, das Töten voranzutreiben, denn er ging davon aus, dass die zu Schwerstarbeit getriebenen Juden massenweise zugrunde gehen würden.

Eichmann behauptete in Jerusalem, er sei in Heydrichs Rede von der Ankündigung, dass die Juden „straßenbauend“ nach Osten gebracht werden sollten, überrascht worden.[24] Das ist ebenso wenig auszuschließen wie die Möglichkeit, dass diese Ankündigung eher beiläufig erfolgte und in das Pro-

---

20 WK-Prot., S. 5.

21 Vgl. ebd., S. 2.

22 Vgl. ebd., S. 9. Es war die Nennung des „zuständigen Referenten der Sicherheitspolizei und des SD“ –eben Eichmanns – im „Besprechungsprotokoll“, die später die Versuche des Angeklagten, sich als eine Nebenfigur ohne Macht und Einfluss hinzustellen, erledigte.

23 Vgl. den Schriftwechsel zwischen dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und dem Reichskommissar Ost-land (Riga), Oktober-November 1941, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (Anm. 14), Bd. XXXII, S. 435-437.

24 WK-Prot., S. 7.

tokoll dann deshalb Aufnahme fand, um allen, denen es unbefugt vor Augen kam, die Vorstellung zu vermitteln, dass die „Endloser“ nur den Erfordernissen des Krieges Rechnung trugen. Immerhin war Heydrich zur gleichen Zeit damit beschäftigt, die sicherheitspolitischen Vorkehrungen für den massenhaften Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeitern“ zu treffen, der ursprünglich nicht vorgesehen war.[25]

Heydrich ließ Eichmann in der Niederschrift ausdrücklich festhalten, dass der Zeitpunkt kommen würde, da man auch die letzten dann noch lebenden Juden als Arbeiter nicht mehr brauchen und sie, den „Rest“, töten würde. Angesichts dieser Ankündigung blieb auch nicht der kleinste Gedankenspielraum, in den sich die Vorstellung eines der Anwesenden hätte zurückziehen können, es würden noch Juden am Leben bleiben. Sie konnte sich auch nicht an der Ankündigung bilden, dass eine Anzahl von Juden aus dem Reichsgebiet in das „Altersghetto“ Theresienstadt geschafft werden würde, denn Heydrich kennzeichnete diese Sonderregelung sofort als eine lediglich aus taktischen Rücksichten getroffene Maßnahme.[26] Wer auch nur einen Augenblick darauf verwendete, sich die engen Grenzen dieser kleinen Stadt, der einstigen Festung der k. u. k. Monarchie vorzustellen, der konnte zumindest ahnen, was auch denen bevorstand, denen Theresienstadt zur Wartestation auf den Tod bestimmt werden sollte.

Indem Heydrich diese zweite Grundsatzfrage klärte, machte er die Anwesenden spätestens an diesem Tage zu totalen Mitwissern des Verbrechens, das begonnen worden war, dessen Hauptteil aber noch bevorstand und die Mitwirkung der Beratungsteilnehmer verlangte. Spätestens – das will besagen, dass keine Rede davon sein kann, dass auch nur einer der aus den nicht zum SS-Bereich gehörenden Dienststellen kommenden NS-Funktionäre sich ahnungslos in der Wannsee-Villa eingefunden hätte. Für Heydrich und die ihm unterstehenden Angehörigen des RSHA und der Sicherheitspolizei erübrigt sich die Frage des Vorwissens ohnehin. Doch trifft auch für die Staatssekretäre – die, wie die interne Bezeichnung des Treffens beweist, die eigentlichen Adressaten von Heydrichs Veranstaltung waren – uneingeschränkt zu, dass sie von den Judenmassakern zumindest unterrichtet waren. Bis zu diesem 20. Januar 1942 mochten sie vielleicht den Umfang des Mordens und das ganze Ausmaß der Planungen nicht ermessen haben. Als sie den Tagungsort verließen, waren sie die in Sachen „Judenmord“ bestunterrichteten Personen des gesamten Regimes. Genau das aber suchten die Teilnehmer, mit denen Kempner im Verhör sprach, zu bestreiten. Dieser Versuch war ebenso aussichtslos wie jämmerlich. Die dritte Grundsatzfrage, in der Heydrich Klarheit zu schaffen wünschte, war die Einzige, die im eigentlichen Sinne die Bezeichnung „Frage“ verdiente. Sie betraf ausschließlich die Juden im Reichsgebiet, und sie war entstanden, seitdem mit der Deportation der Juden „nach dem Osten“ begonnen worden war. Dabei hatte sich rasch das Bestreben von NS-Funktionären auf unterer und mittlerer Ebene geltend gemacht, „ihre“ Juden ausnahmslos „abzuschieben“ und sich über die seit 1933 mit bürokratischer Akribie und juristischer Spitzfindigkeit getroffene Entscheidung, wer „Volljude“ sei und wer als „Halb-“ oder „Vierteljude“ von den schärfsten Diffamierungen und Verfolgungen ausgenommen wurde, hinwegzusetzen.

In dieser Praxis drückte sich namentlich die in Kreisen der NSDAP permanent vorhanden gewesene Unzufriedenheit mit den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 aus. Auch in den Führungsgruppen und -instanzen des Regimes wirkten Kräfte, die auf eine Eskalation des Begriffs „Jude“ zielten. Heydrich wusste um die Meinungsverschiedenheiten, die es über die Frage der Behandlung der verschiedenen Gruppen von „Nichtariern" gab, die entweder nicht den „Volljuden“ zugezählt wurden oder als Partner in Ehen mit Nichtjuden („Mischehen“) lebten. Auf diesem Feld konnten in einer schwer vorhersehbaren Zahl von Fällen Komplikationen entstehen, denn von nun an ging es nicht mehr um die Unterscheidung, wer brutal und wer weniger brutal behandelt wurde, sondern um die Sonderung derer, denen ein Lebensrecht noch zugestanden wurde, von jenen, die ermordet werden sollten. Heydrich hielt sich, folgt man den Aufzeichnungen des „Besprechungsprotokolls“, in diesem zu-

---

25 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, R 16/162 unpag. Siehe auch Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985, S. 137 ff.

26 Vgl. WK-Prot., S. 8 f.

letzt erörterten Punkt zurück, nannte aber einleitend die Markierung einer scharfen Trennlinie zwischen denen, die getötet werden sollten, und jenen, denen die Machthaber begrenzte Lebensrechte noch zugestanden, die „wichtigste Voraussetzung ... für die Durchführung der Evakuierung überhaupt“.[27] Er beschränkte sich darauf, eine Ausarbeitung zu referieren, die aus der Reichskanzlei stammte und bisherige Vorstellungen über die Be- oder richtiger wäre zu sagen: Misshandlung der „Halb-“ und „Vierteljuden“ sowie der Juden in „Mischehen“ zusammenfasste.[28]

Die entscheidende Frage lautete: Sollten Menschen aus jenem Kreis der „Nichtarier“, die nicht den nach nazistischen Maßstäben bestimmten Juden zugezählt worden waren, nun neu „sortiert“ und in die Fänge der Mörder deportiert werden? Während zu Heydrichs bisherigen Ausführungen im Grunde nur Anmerkungen gemacht wurden, entspann sich darüber dem Protokoll zufolge eine zum Teil auch kontroverse Debatte, in deren Verlauf sich die Bereitschaft der Teilnehmer zeigte, die Grenzziehung der „Nürnberger Gesetze“ aufzugeben und weitere Gruppen von Personen zur physischen Liquidierung zu bestimmen. Schon der Vorschlag des Chefs der Reichskanzlei wollte die „Halbjuden“ oder „Mischlinge 1. Grades“ künftig nicht anders als die Juden behandelt, also ermordet sehen. Für eine Reihe von Ausnahmen sollten Einzelfallprüfungen erfolgen, bei denen wiederum De-facto-Todesurteile gefällt werden konnten. Wer einem solchen Urteil entging, würde vor die Wahl gestellt werden, sich sterilisieren zu lassen oder ebenfalls des Reiches verwiesen zu werden, wobei offenbar an Ghettos gedacht war, über deren wahren Charakter kaum Zweifel aufkommen konnten. Einzelfallprüfungen sollten auch die Juden unterworfen werden, die in „Mischehen“ lebten. Taktische Winkelzüge und Zugeständnisse schienen den Rassefanatikern auf diesem Gebiet unverzichtbar, so dass sie mit Rücksicht auf einflussreiche „deutsche Verwandte“ vorsahen, den zwangsweise von seinem Ehepartner gerissenen jüdischen Teil in ein „Altersghetto“ zu deportieren.[29]

Gegen diesen Verfahrensweg und die weiteren „Mischlinge 2. Grades“ sowie die „Ehen von Mischlingen“ betreffenden Vorschläge erhob vor allem der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Wilhelm Stuckart, entschieden Einspruch. Er wie auch der SS-Gruppenführer Otto Hofmann, Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, plädierten für möglichst einfache bürokratische Lösungen, die wenig Verwaltungsaufwand erforderten. Wer nicht in die Vernichtungsstätten deportiert werden würde, der sollte zwangssterilisiert werden.

Die Versammelten waren nicht befugt, über die „restlose Bereinigung des Problems“, als die Heydrich die „Lösung der Mischehen- und Mischlingsfrage“ galt[30], zu befinden und zu entscheiden. Sie konnten Hitler allenfalls ihren gemeinsamen Vorschlag machen, der aber während der Beratung nicht entstand. Auf der Ebene der Referenten sollte daher die weitere Debatte erfolgen. Heydrich musste mit diesem Ausgang nicht unzufrieden sein.[31] Zunächst galten „die Nürnberger Gesetze gewissermaßen (als) die Grundlage“ des Handelns der Sicherheitspolizei weiter. Eichmann und sein Stab hatten bei den Gestapo-Stellen im Reich darauf zu dringen, dass von ihnen abweichendes, eigenmächtiges Vorgehen lokaler Dienststellen unterbunden wurde. Die endgültige Entscheidung war damit aufgeschoben. Hitler fällte sie während des Krieges nicht, doch lässt auch die Debatte während der „Wannsee-Konferenz“ keinen Raum für Zweifel darüber, wie diese Entscheidung „nach dem Endsieg“ ausgesehen haben würde. So viele Juden die Machthaber schon bis zu diesem gedachten Zeitpunkt umgebracht haben würden, es wären ihnen die „Juden“ ganz doch nie ausgegangen, denn sie hätten sich auf der Suche nach dem „jüdischen Blut“ schließlich unabhängig von allen Ahnentafeln all jene vorgenommen, die – wie eine Formulierung im Protokoll besagt – ein „rassisch

---

27 Ebd., S. 8.

28 Ebd., S. 10.

29 Ebd., S. 12.

30 Ebd., S. 10.

31 Mit der Übersendung des „Besprechungsprotokolls“ an die Teilnehmer der Beratung, die im Februar 1942 erfolgte, lud Heydrich die Referenten der einzelnen Ministerien und Dienststellen für den 6. März 1942 zu einer Sitzung in das RSHA, Referat IVB 4 ein, auf der die Fragen der „Mischlinge“ und der Juden in „Mischehen“ weiter diskutiert werden sollten.

besonders ungünstiges Erscheinungsbild“ aufwiesen und daher „schon äußerlich zu den Juden“ zu rechnen waren.[32]

Tatsächlich wurde auf der „Wannsee-Konferenz“ im eigentlichen Sinne nichts beschlossen. Heydrich traf auch nicht in einem einzigen der von den Teilnehmern vorgetragenen Punkte eine neue Entscheidung. Auf den Einwurf des Staatssekretärs Neumann, dass die im Kriegseinsatz stehenden Juden nicht deportiert werden sollten, konnte der RSHA-Chef antworten, dass entsprechende Richtlinien von ihm bereits genehmigt worden wären.[33] Gegenüber dem auftragsgemäßen Drängen des Staatssekretärs Bühler, mit der „Endlösung“ im Generalgouvernement zu beginnen, übte sich Heydrich offenbar in Zurückhaltung. Zu diesem Vorschlag vermerkt das Protokoll keine Reaktion des RSHA-Chefs, der natürlich wusste, dass auf dem Territorium des Generalgouvernements die Vernichtungsstätten bei Lublin bereits geplant bzw. errichtet wurden. Der Niederschrift ist auch nicht zu entnehmen, dass Heydrich sich zustimmend zu den Vorschlägen der Staatssekretäre Meyer und Bühler geäußert hätte, die Juden „gleich in den betreffenden Gebieten“, d. h. in der Nähe ihrer Wohnstätten zu töten.[34] Auf dem Territorium der UdSSR war das ohnehin täglich geschehen. In dem Gebiet des Generalgouvernements sollten andere Verfahren angewendet werden.

Ganz am Ende wird im Protokoll vermerkt, dass „die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen worden“ seien. Eichmann, in Jerusalem daraufhin befragt, übersetzte „Lösungsmöglichkeiten“ mit Tötungsmöglichkeiten[35] und erweckte den Eindruck, es sei schließlich ganz unverhüllt über die Mordpraktiken geredet worden, die er – ebenso wie Lange und Schöngarth – aus eigener Anschauung und Mitwirkung kannte. Diese Darstellung des Untersuchungsgefangenen kann aber auch nur der Bekräftigung jenes Bildes von den „Päpsten“ gedient haben, von denen er doch wissen konnte, wie glimpflich sie nach 1945 davongekommen waren, während ihm der Galgen drohte. Stuckart befand sich schon 1949 in der Bundesrepublik wieder auf freiem Fuß und hätte noch lange leben können, wäre er nicht 1953 bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Und die gegen Hofmann ausgesprochene Strafe, die ursprünglich auf 25 Jahre gelautet hatte, war alsbald auf zehn Jahre reduziert worden, die der einstige Chef des Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes ebenfalls nicht vollständig zu verbüßen brauchte.

Die „Wannsee-Konferenz“ schloss mit der im Protokoll verzeichneten, an alle Teilnehmer gerichteten „Bitte“ Heydrichs, „ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren“.[36] Nicht anders könnte die Vorstandssitzung eines Bank- oder Industrieunternehmens schließen, mit eben dieser Bitte der Vorsitzende eines Universitäts-Kuratoriums ein Arbeitstreffen als beendet erklären. Vieles spricht dafür, dass die Beratung an jenem 20. Januar 1942 nur einen Tagesordnungspunkt in der Agenda der Staatssekretäre darstellte und Hannah Arendts Diktum von der „Banalität des Bösen“[37] selbst mit dem Blick auf dieses Ereignis bedacht werden muss. Von seinem beispiellos verbrecherischen Charakter aber ist damit nichts genommen.

Politik und Zeitgeschehen. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 3. Januar 1992, S. 14-23 (Bl-2/92)

Verkürzte Version in: Antisemitismus und Massenmord. Texte zur politischen Bildung. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben von Lutz Höll und Manfred Neuhaus, Heft 16. Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig 1994, S. 31-50.

---

32 WK-Prot., S. 12.

33 Vgl. ebd., S. 14.

34 Ebd., S. 15.

35 Vernehmung Eichmanns durch den Richter Itzchak Raveh vor dem Bezirksgericht Jerusalem während der 106. Sitzung des Gerichts am 21. Juli 1961, Bundesarchiv Koblenz, Allgemeine Prozesse 6/77, B. A 1, B 1, K 1, L 1.

36 WK-Prot., S. 15.

37 So im Untertitel ihres Buches: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1986. Zur zeitgeschichtlichen Gesamtbeurteilung der „Wannsee-Konferenz“ siehe neuerdings auch: Miroslav Kámy, Konference ve Wannsee a jeji misto v historii „Konecneho reseni“, in: Rocenka obecnych dejin, Praha 1991, S. 247 ff.

Das Verbrechen an den Juden war schon vorher geplant

Die Wannsee-Konferenz deutscher Schreibtischmörder vor 50 Jahren – Ihr Platz in der Geschichte des Holocausts

Zwei Jahre nach Kriegsende waren in Deutschland amerikanische Spezialistengruppen intensiv beschäftigt, u. a. nach Dokumenten zu forschen, die Planung und Durchführung des Völkermordes der Nazis an den Juden belegen. Robert M. W. Kempner, US-Ankläger beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, vermutete entsprechende Akten im Auswärtigen Amt. Er drängte die Mitarbeiter seiner Dienststelle, dort nach Spuren zu suchen. Als er eines Tages telefonisch die Mitteilung erhielt, dass ihnen ein Schriftstück von besonderem Rang in die Hände geraten sei, ließ er sich rasch per Flugzeug nach Nürnberg bringen. Hier wurde ihm jenes „Besprechungsprotokoll“ vorgelegt, das von einer Zusammenkunft Zeugnis ablegt, die am 20. Januar unter dem Vorsitz des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, in Berlin, Am Großen Wannsee, stattgefunden hatte.

Das „Besprechungsprotokoll“ der sogenannten Wannsee-Konferenz enthielt auch eine Liste der Teilnehmer – insgesamt 14 Personen. Viele von ihnen waren 1947 schon nicht mehr am Leben: Heydrich war wenige Tage nach einem Attentat tschechischer Widerstandskämpfer verstorben; der Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Dr. Roland Freisler, kam während eines Luftangriffs gegen Kriegsende in Berlin ums Leben; Dr. Rudolf Lange, SS-Sturmbannführer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland, war in der zur Festung erklärten Stadt Posen umgekommen; Martin Luther, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, starb Anfang Mai 1945 in einem Berliner Krankenhaus; Dr. Alfred Mayer, Staatssekretär im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, beging 1945 Selbstmord; Dr. Eberhard Schöngarth, z. Z. der „Wannsee-Konferenz“ Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im besetzten Polen, war 1946 von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden.

Es begann mit einem Massaker in Litauen

Nach den weiteren Teilnehmern der in internen NS-Dokumenten „Staatssekretärs-Besprechung“ (bzw. Sitzung) genannten Konferenz war bis dato vergeblich gefahndet worden. Man nahm an, dass SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung der „Wannsee-Konferenz“, bei Kriegsende umgekommen sei. Doch war dieser unter falschen Namen untergetaucht. Im Fall „Wannsee-Konferenz“ konnte Kempner nur Friedrich Wilhelm Kritzinger, Mitarbeiter der Reichskanzlei, Erich Neumann, einer der Stellvertreter Görings, und Dr. Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichsinnenministerium, vernehmen. Eichmann wurde 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt und in Jerusalem vor Gericht gestellt ...

Vieles ist seitdem über die Konferenz vom 20. Januar 1942 geschrieben worden, die – wie es im Allgemeinen heißt – die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen hätte. Damit wurde sicherlich ein allgemeines Bedürfnis bedient – nämlich dieses ungeheuerliche Vorhaben der Nazis, alle europäischen Juden zu ermorden, an einen bestimmten Personenkreis zu binden, den Entschluss hierzu auf Tag und Stunde genau zu datieren und sich auch einen Ort vorzustellen, an dem dies geschah. Doch ist dadurch ein falsches Bild entstanden. Das „Besprechungsprotokoll“ belegt, dass die versammelten Staatssekretäre nichts beschlossen, was als gedanklicher und befehlsmäßiger Ausgangspunkt des Völkermordes an den Juden gewertet werden könnte. Der Entschluss, ein judenfreies Europa unterm Hakenkreuz zu schaffen, war bereits viel früher getroffen worden, mit der grausigen Untat war lange vor der „Wannsee-Konferenz“ begonnen worden. Monate vor dem Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 war in geheimen Zusammenkünften von Naziführern und hohen Beamten des Regimes über den Mord an Millionen unverhüllt gesprochen worden. So während einer – Wochen vor dem Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ – stattgefundenen Besprechung beim „Beauftragten für den Vierjahresplan“, dem designierten Nachfolger Hitlers, Hermann Göring.

Der Massenmord an den Juden

Europas begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war das Massaker im grenznahen litauischen Ort Garsden, dem am 24. Juni 1941 201 Juden zum Opfer fielen (siehe ND vom 6./7. Juli 1991), die Bluttat, die am Anfang des systematischen Tötens stand. Mörder-Einheiten, sogenannte „Einsatzgruppen“, wüteten in der Folge im Baltikum, „Weißruthenien“ und in der Ukraine. Nachdem im September 1941 Juden im „großdeutschen Reichsgebiet“ gezwungen worden waren (ND vom 31. August/1. September 1991), den Judenstern zu tragen, verschleppten im Oktober die ersten Deportationszüge deutsche, österreichische und tschechische Juden gen Osten, in Ghettos, Wartestationen auf den Tod (ND vom 19./20. Oktober und 9./10. November 1991). Ende November 1941 wurden Juden aus Deutschland bei Riga zu Hunderten erschossen (ND vom 30. November/1. Dezember 1991). Und im Dezember 1941 begann ein SS-Spezialkommando im polnischen Chełmno Juden der Umgebung in umgebauten Lastkraftwagen mit Motorabgasen zu ersticken ... Was die „Endlösung der Judenfrage“ genannt wurde, so war diese also längst vor der „Wannsee-Konferenz“ in Angriff genommen worden. Von Tag zu Tag wuchs die Zahl der Opfer. Die Probleme derjenigen, die an den Schalthebeln des Verbrechens saßen und die es vor Ort ausführten, waren im Wesentlichen organisatorischer Natur (tiefgefrorener Boden erschwerte die Beseitigung der Leichen, die Schienenwege waren verstopft etc.), doch hatten diese Schwierigkeiten noch nicht das Ausmaß angenommen, von dem Eichmann in Jerusalem sprach, um zu begründen, warum die „Wannsee-Konferenz“ stattfinden musste. Was hatte also Heydrich veranlasst, jene Besprechung einzuberufen?

Heydrich wollte Klarheit schaffen

Heydrich ging es, wie er im „Besprechungsprotokoll“ vermerken ließ, um Klarheit in „Grundsatzfragen“, Die erste betraf seine Zuständigkeit und Kompetenz sowie die seines Amtes und seiner Mitarbeiter, insbesondere Adolf Eichmanns, an den er die „Judenreferenten“ in den einzelnen Ministerien und Dienststellen ausdrücklich verwies. Den Ende November 1941 verschickten Einladungen hatte Heydrich bereits jenes Ermächtigungsschreiben vom 31. Juli 1941 beigefügt, in dem. Gering dem RSHA-Chef bescheinigte, dass er die verantwortliche Person und sein Hauptamt die Zentralstelle für die „Endlösung der Judenfrage“ sei. Zweitens wollte Heydrich ein für alle Mal klarstellen, dass kein Jude den Mördern entgehen sollte – die Ausbeutung von Juden als Zwangsarbeiter war für ihn nur eine vorübergehende, von den Zwängen der Kriegswirtschaft diktierte Maßnahme. Und drittens ging es ihm um Klärung der Frage, wo die Grenze zwischen Leben und Tod gezogen werden sollte – sollten die „Halb- und Vierteljuden“ und die Juden von sogenannten Mischehen dem Mord entgehen? Hier gab es eine heftige Diskussion, Einigung wurde nicht erzielt, das Thema vertagt. Die „Wannsee-Konferenz“ schloss mit der im Protokoll verzeichneten, an alle Teilnehmer gerichteten „Bitte“ Heydrichs, „ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. Januar 1992, S. 13.

„Dolchstoß“ und Auschwitz

Geschichtslegenden und Geschichtslügen befriedigen vielerlei Bedürfnisse. Politischen Kräften, die bei aller Verwandtschaft von Absichten und Zielen zueinander nicht finden, kann das gemeinsame Interesse an gefälschter Geschichte zum kräftigen Vehikel werden, das sie schließlich doch auf einen Pfad und zu gemeinschaftlicher Aktion gelangen lässt. In deutscher Vergangenheit finden sich dafür Paradebeispiele. Halfen in der Weimarer Republik doch „Kriegsschuldige“ und „Dolchstoßlegende“ dabei, rechte und rechtsextreme Politiker, Parteien und Verbände einander anzunähern und zu verbinden, die sonst um die Gunst von Ziehvätern erbittert buhlten und sich Anhänger gegenseitig abzujagen suchten. Absolut einig wurden und blieben sie sich in der unausgesetzten Wiederholung der geschichtswidrigen These, der zufolge das Deutsche Kaiserreich unschuldsengelgleich in die Vorkriegskrise und schließlich in den 1914 beginnenden Krieg hineingeraten sei. Übereinstimmend behaupteten sie dreist, Deutschland habe 1918 vor dem militärischen Sieg gestanden, ihn aber nicht erreicht, weil der Front aus der Heimat der Dolch in den Rücken gestoßen worden sei. Diente die erstgenannte These der chauvinistischen Aufputschung gegen die einstigen Kriegsgegner, so richtete sich die zweite innenpolitisch gegen Parteien und Führer, die an der Spitze der Republik standen und zielte auf deren Beseitigung. Gewiss, das gemeinsam verfochtene Zerrbild von deutscher Geschichte stellte nur ein Element im damaligen Formierungsprozess der antidemokratischen Reaktion dar. Sein Anteil an der Vernichtung des Weimarer Staates ist nicht zu quantifizieren, aber er ist unzweifelhaft.

In unseren Tagen schicken sich die von Schwarz-Weiß-Rot bis nazibraun gefärbten Rechtsextremisten an, vergangene Erfahrungen auszubeuten und sich zunutze zu machen. Ein Ruf, mit dem sie sich heute zum Sammeln auffordern, heißt „Auschwitz-Lüge“. Ihr Kalkül: Ist der deutsche Faschismus erst von der Anklage des Massenmords an einer nur zu schätzenden, aber durch akribische Forschungen erwiesenen Zahl von 5 bis 6 Millionen Juden freigesprochen, dann ließe sich doch über alles andere weiterreden. So rechneten die Rechten einst auch: War erst Deutschlands Kriegsunschuld für das Jahr 1914 gezeigt, dann wäre die stärkste Barriere beseitigt, dem Revisionismus nach außen und innen der Weg freigemacht ...

Der zentrale Platz, den die „Auschwitz-Lüge“ im Sammlungskonzept der fanatischen Nazis und ihrer politischen Verwandtschaft einnimmt, erlaubt es nicht, die Verfechter dieser Lüge einfach zu missachten, ihre Thesen kurzerhand abzutun und deren unausgesetzte Anstrengungen zu marginalisieren. Zudem: Wie Hitler seiner (anfänglich auch meist jugendlichen) Gefolgschaft zwei renommierte Gelehrte, Nobelpreisträger obendrein, zum Zwecke der Erhöhung eigenen Ansehens vorstellte, so sollen heutzutage wieder zu Kapazitäten hochstilisierte wirkliche oder vorgebliche Spezialisten die äußerste Seriosität einzelner Aussagen wie des ganzen politischen Unternehmens bezeugen. Niemand stillt dieses Werbebedürfnis derzeit mehr als der englische Historiker David Irving, der nun auch in den neuen Bundesländern, in deren Gebiet er vor 1989 nur als öffentlich kaum beachteter Reisender gelangen konnte, sein Publikum sucht und findet – nach München und Passau folgten Dresden und Halle. Da diese Zeilen geschrieben wurden, scheint der Plan von seinem Einzug in Berlin fürs erste abgewendet. Das Verdienst käme vielen zu, die sich tätig um die antifaschistische Hygiene in dieser Stadt sorgen, die Hauptstadt des vergrößerten Deutschlands werden soll. Den Erfolg sollte niemand mit der notwendigen Generalmobilmachung gegen eine Gefahr verwechseln, deren momentane Ausbreitungschance – man möchte meinen: wie einst – darin liegt, dass es den Bedrohten vielfach an Phantasie mangelt, sich denkbare Entwicklungen deutscher (und nicht nur deutscher) Geschichte an der Wende ins nächste Jahrtausend vorstellen zu können.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. Mai 1992, S. 13.

Wahl-Erfahrung

Wieder einmal haben die wahlberechtigten Bürger Berlins ihre Abgeordneten zu wählen. Sie könnten sich dabei Erfahrungen von mehr als einhundertachtzig Jahren zunutze machen. Denn wer stimmberechtigt war, durfte zum ersten Mal in den Apriltagen des Jahres 1809 in seiner Stadt mitentscheiden, wer Stadtverordneter werden sollte. Das Gebiet des damaligen Berlins wurde zu diesem Zweck in 102 Bezirke eingeteilt und zudem bestimmt, dass die Wahl in den 22 Kirchen der Stadt vor sich gehen sollte, und das wiederum bedingte, dass sich die Wahlen über volle fünf Tage hinzogen. Sie gingen, wie es in einem Bericht an den preußischen Minister des Inneren, Graf Dohna, hieß, „ruhig und still ab“, wie es sich eben in Gotteshäusern gehörte.

Die Stadtordnung gab übrigens auch den königlichen Prinzen das Recht, sich zu Bürgern deklarieren zu lassen und damit das Stimmrecht zu gewinnen, vorausgesetzt, sie waren Hausbesitzer. Prinz Ferdinand von Hohenzollern erfüllte diese Bedingung; er besaß außer zwei Privathäusern auch das am Wilhelmplatz gelegene St. Johanniter-Ordens-Palais, das ihm – wie heute formuliert werden würde – als Hauptwohnsitz diente. Der Palast gab übrigens einem jener Wahlbezirke den Namen. Seiner Königlichen Hoheit, die sich zu keiner Dienststelle zu bemühen hatte, wurde in seinem Haus prompt eine „Stimmfähigkeits-Karte“ ausgestellt, und die erlaubte es ihm gar, sich selbst den Weg in die nahe gelegene Kirche zu ersparen. Dorthin schickte er vielmehr seinen „Domainen- und Ordens-Kammerrat Giesecke“, der das Wahlgeschäft im prinzlichen Auftrag zu erledigen hatte. Nachdem das geschehen war, erstattete der Ausgesandte seinem Herrn „unterthänigst Anzeige“ über das Vorgefallene, und Do wissen wir, wie es an jenem 20. April 1809 in der Neuen Kirche auf dem Friedrichs-Markt, der später Gendarmenmarkt und dann Platz der Akademie geheißen wurde, zugegangen ist.

Es hatten sich um 9 Uhr morgens von insgesamt 59 wahlfähigen Bürgern aus dem Ordens-Palais-Bezirk 49 eingefunden, was gemessen an jüngsten Beteiligungsziffern eine ganz anständige Versammlung ausmachte, denn umgerechnet waren das immerhin 83 Prozent. 32 der Anwesenden wählten den Apotheker Wendland den Jüngeren zum Stadtverordneten, und der durfte sicher der Bewertung des Gesamtergebnisses zugerechnet werden, das im Bericht an den Minister des Inneren lautete: „Die Leute, die“ gewählt worden, sind mehrenteils Kaufleute und Meister, meist Männer von gutem Ruf.“

Bevor aber der „Commissarius Krieges-Rath Oeding“ vom Altar aus das eigentliche Wahlgeschäft eröffnet hatte, war gemeinsam gesungen worden. Zuerst erklang „Es wolle Gott uns gnädig sein“ und dann „Nun danket Alle Gott“ (die beiden letzten Verse). Die Gesänge rahmten die Rede des Predigers Stegemann ein, der sich als Motiv seiner ermahnenden Ansprache Worte aus dem zweiten Buch Moses gewählt hatte: „Siehe Dich um unter allem Volk nach redlichen Leuten, die Gott fürchten, wahrhaftig und dem Geiz feind sind.“ Der Ratschlag entbehrt der Aktualität nicht.

Die Wähler des Jahres 1992 sollten ihre Favoriten möglichst genau darauf festlegen, wofür sie Geld reichlich oder doch wohlbemessen ausgeben sollten und gegen welche Geldforderungen sie sich ganz taub zu stellen hätten. Und sie sollten die „Wahrhaftigen“ verpflichten, eine Stadtordnung zu erstreben, nach der in Lichtenberg oder in Köpenick entschieden wird und bezahlt werden kann, was besser „vor Ort“ geregelt wird anstatt in Schöneberg.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. Mai 1992, S. 13. Kürzel P. K.

Schicksale der Roma reflektiert

Schon während einer früheren Veranstaltung des rührigen Rosa-Luxemburg-Vereins in Leipzig war daran erinnert worden, dass in der Geschichtswissenschaft der DDR – nicht anders im öffentlichen Bewusstsein der Gesellschaft – das Schicksal der Roma unter der Nazidiktatur kaum reflektiert worden war. Nun hatte der Verein zwei kompetente Redner geladen, die sich seit vielen Jahren mit dem Thema beschäftigen, als Forscher, Publizisten, aber auch als praktisch- politische Partner jener Minderheit, die selbst so viel weniger Möglichkeiten besitzt, über die an ihr begangenen Verbrechen Zeugnis abzulegen und auf ihr gegenwärtiges Dasein und dessen Probleme aufmerksam zu machen, als sie anderen vergleichbaren Minderheiten zu Gebot stehen.

Joachim S. Hohmann (Hünfeld/Hessen), Herausgeber der „Studienreihe zur Tsiganologie und Folkloristik“ und Autor einer in mehreren Auflagen erschienenen „Geschichte der Zigeunerverfolgung in Deutschland“, referierte über den Leidensweg dieser unter rassistischen Vorwänden gehetzten Menschengruppe, die ähnlich und doch nicht gleich den Juden zuerst bürokratisch erfasst, juristisch und praktisch ausgegrenzt, in Lager gezwungen oder deportiert und schließlich „liquidiert“ wurde. Die geschätzte Zahl der ermordeten europäischen Zigeuner wurde mit 400.000 angegeben.

Reimar Gilsenbach (Brodowin/Brandenburg), der über Jahrzehnte mit Roma-Familien in freundschaftlichen Kontakt steht, sich als ihr praktischer Helfer schon zu DDR-Zeiten erwies und seinerzeit mit wechselndem (meist geringerem) Erfolg der Geschichte und Gegenwart dieser Gruppe im Bewusstsein und in der Gefühlswelt von Herrschenden und – ganz allgemein – der Bevölkerung einen angemessenen Platz zu verschaffen suchte, gab einen kenntnisreichen Einblick in das jeweilige Bild „vom Anderen“ Stereotypen, wonach die Roma „arbeitsscheu“, „kriminell“, „asozial“, „minderwertig“ seien und dem „Untermenschentum zugerechnet wurden, hat er ebenso entlarvt wie romantisierende Bewunderungen des „freien“, ungebundenen“, „lustigen“, „fahrenden“ Lebens der Roma. Gilsenbach wusste kenntnisreich auch die Wandlungen des Bildes darzustellen, das sich die Minderheit aufgrund ihrer wechselvollen Erfahrungen in Jahrhunderten von der Mehrheit machte, in der sie – immer wieder drangsaliert – lebte. Wichtig und weit über das dargestellte Thema hinaus war der Schlussappell des Schriftstellers, sich endlich für das Selbstverständnis „der Anderen“ zu interessieren und deren Leben nicht ausschließlich und verengt durch die jeweils eigene Brille zu sehen und dann zu beurteilen.

Auf der Veranstaltung wurden des Weiteren u.a. die Rolle der „Rasseforscher“ in braunen Hemden und weißen Kitteln sowie das Verhalten der Deutschen zur Verfolgung und Deportation erörtert. Zugleich wurde auf die nicht nur in den neuen Bundesländern nach wie vor zu leistende Arbeit orientiert, sich dieses Teils deutscher Geschichte nicht nur zu erinnern, sondern ihn auch als Herausforderung für die Gegenwart anzunehmen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. Mai 1992, S. 13.

Antifaschismus und NS-Geschichte

Was hat die DDR-Geschichtsschreibung zur ‚Aufarbeitung' der nationalsozialistischen Judenverfolgung geleistet? Zu wenig, behauptete in KONKRET 5/92 der ehemalige DDR-Historiker Olaf Groehler und warf ihr „Gleichgültigkeit, Intoleranz und theoretische Enge" vor. Nach seinen Kollegen Jürgen Kuczynski und Kurt Gossweiler („Material fürs Sieger-Tribunal?", KONKRET 8/92) antwortet nun der Historiker Kurt Pätzold auf diese Vorwürfe

An den Verfasser des Vortrags an der Evangelischen Akademie in Arnoldshain* mögen mancherlei Versuchungen herangetreten sein. Ein Versucher hat ihn verschont (oder hat er sich seiner erwehrt?), jener, der ihn zu der Überlegung hätte drängen können, ob in der Geschichtsschreibung der DDR, soweit sie sich mit der Geschichte der Judenverfolgung und des Judenmords in den Jahren der faschistischen Herrschaft befasste, irgendetwas Eigenes hervorgebracht wurde. Wer danach sucht und es womöglich findet, sieht sich vor einer Anschlussfrage: Entstand zu DDR-Zeiten etwas Bewahrenswertes und, wenn es denn (inzwischen wäre einzufügen: noch) vorhanden ist, welchen Platz soll es künftig einnehmen? Das Objekt, der Vortrag, barg für das Subjekt, den Redner, eine Tücke ...

Wer freilich geschichtswissenschaftliches Forschen und Nachdenken in der DDR, soweit dies die Jahre 1933 bis 1945 betraf, an die Dimitroff zugeschriebene, zuerst in eine 1933 verfasste Komintern-Resolution aufgenommene Faschismus-Definition gefesselt sieht, für den erledigen sich die eingangsformulierten Fragen von vornherein. Wahr ist, dass die Geschichtsforscher in der DDR an den Akademie-Instituten wie an denen der Universitäten, obwohl sie intern über Erkenntniswert und Mängel des definitorischen Zugriffs aus dem ersten Jahr der Naziherrschaft in Deutschland (der selbstredend wie jeder andere ärmer war als die jeweilige Basis der Abstraktion) diskutierten, sich doch nie entschlossen, ihr Faschismus-Verhältnis auf einen reiferen, auch ihre eigenen Forschungen angemessen widerspiegelnden Begriff zu bringen, der die ideologischen Charakteristika des Systems und dessen Massenbasis hätte einbegreifen müssen.

Damit ist festgestellt, dass die Faschismus-Forschung in der DDR nicht auf dem Niveau verharrte, das 1933/35 in der internationalen kommunistischen Bewegung erreicht war. Einzelforschungen ermöglichten ein komplexeres Bild, fremde und eben auch eigene. Das galt auch und gerade von den Forschungen über den Antisemitismus und die sich bis zum millionenfachen Mord steigernde Verfolgung zuerst der deutschen, dann aller Juden im Zugriffsbereich des imperialistischen Eroberers. Kaum ein zweiter Gegenstand zwang stärker dazu, sich zum einen mit dem verwickelten Prozess des Umschlagens von (extrem reaktionärer) Ideologie in (geschichtlich beispiellose, verbrecherische) Gewalt auseinanderzusetzen und zum anderen das nicht weniger komplizierte Beziehungsgeflecht zu sezieren, das die deutsche Gesellschaft als Ganze und den Nazistaat verbanden.

Zunächst aber scheint es notwendig, ein Missverständnis zu korrigieren, das durch den diese Diskussion einleitenden Beitrag nicht verursacht, durch ihn möglicherweise aber belebt worden ist. Die Geschichtswissenschaft in der DDR war bei weitem nicht die einzige, zeitlich nicht die erste und niemals die erstrangige Quelle, aus welcher der Bürgerschaft in Ostdeutschland Wissen über das Leben, Leiden und Sterben der Juden unter der Naziherrschaft zufloss. Die Auseinandersetzung mit der Rassenideologie und ihrer grauenvollen Ausprägung in der Praxis des Antisemitismus begann, lange bevor sich Geschichtsforscher daran machten, zu leisten, was von ihnen im geistigen Kampf gegen den Faschismus, seine Vorläufer und Verwandten erwartet werden konnte. Deshalb kann von Leistungen, Fehlleistungen und Unterlassungen der Historiker rechtens nicht auf den gesellschaftlichen Gesamtbefund zurückgeschlossen werden.

Die ersten Nachkriegsaufführungen auf deutschen Bühnen (z. B. dem Deutschen Theater in Berlin, dem Nationaltheater in Weimar) boten noch 1945 mit Lessings „Nathan der Weise" eine der eindringlichsten antinazistischen Botschaften der Weltliteratur. Kurt Maetzigs DEFA-Film „Ehe im Schatten" führte Hunderttausenden von Deutschen auf der Leinwand vor Augen, was mitten unter

---

* Gemeint ist Olaf Groehler. Vgl. seinen Beitrag „Aber sie haben nicht gekämpft!" in konkret 5/92. Anm. d. Red.

ihnen geschehen war, als die meisten von ihnen weggesehen hatten. Kein Buch, das von jüngster deutscher Geschichte berichtete, machte in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre insbesondere auf die nach einer neuen Orientierung suchende Jugend einen solchen Eindruck wie des Juden Viktor Klemperer Bericht über sein und seiner Leidensgenossen Leben, der unter dem Titel „LTI (für Lingua Tertii Imperii). Aus dem Notizbuch eines Philologen“ erschien und später wiederholt als Taschenbuch aufgelegt wurde. (Die Frage, warum sich über Jahrzehnte kein Verlag in Westdeutschland fand, der sich zu einer Lizenznahme entschlossen hätte, kann hier nicht beantwortet werden.)

Intendanten und Regisseure von Theatern, Filmemacher und Buchautoren blieben über die gesamte Dauer der DDR-Existenz diesen verpflichtenden Anfängen treu, und es waren eher ihre Leistungen als die vergleichsweise bescheidenen und in ihrem Einfluss begrenzten der Historiker, die jenseits der Staatsgrenzen bezeugten, dass es bei aller Formalisierung, Instrumentalisierung und Ritualisierung von staatsoffiziellem Antifaschismus eine verwurzelte Haltung des „Nie wieder Faschismus“ gab, die Betätigung suchte und fand. Es waren auch – dies wäre freilich biographisch im Einzelnen aufzuklären – gerade die frühen Leistungen von Kunst und Literatur, gewiss im Verein mit Kindheits- und Jugenderfahrungen, die Absolventen, die ihr Studium zu Beginn der fünfziger Jahre abschlossen, zu der Entscheidung führten, sich mit der Geschichte der Nazijahre forschend zu befassen. Von ihren Hochschullehrern kam ihnen die Anregung nicht zu, denn die hatten den Gegenstand – im Osten nicht anders als im Westen – zunächst ausgelassen, sofern unter ihnen nicht ein Antifaschist war, der aus einem KZ oder Zuchthaus wieder in die Freiheit gelangte oder aus der Emigration früh nach Deutschland zurückkehren konnte. Die in dieser Debatte schon erwähnten Publikationen des Dietz Verlags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die 1948 erschienenen Broschüren von Siegbert Kahn und Stefan Heymann, besaßen für jene, die sich anschickten, Geschichtslehrer oder -schreiber zu werden, den Charakter von erstrangigen Studienheften, in denen nach Alternativen zur Überfülle des historisch-idealistischen Studienangebots in Vorlesungen und Institutsbibliotheken gesucht, ja geradezu gefahndet wurde. Diese heute kaum vorstellbare Bedeutung jener schmalbrüstigen Drucke macht es lohnend, noch einmal zu fragen, was Kahn und Heymann an materialistischem Geschichtsdenken in ihren Analysen von Antisemitismus und Judenverfolgung im unmittelbaren Nachkrieg, als noch zu keiner Teilfrage irgendwelche Detailforschungen vorlagen (freilich: die wichtigen Einsichten aus dem Hauptkriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg!), zur Geltung brachten.

Heymann und Kahn legten in ihren Arbeiten vor allem die Beziehungen von Rassismus und Antisemitismus zu Expansionsdrang, Kriegsvorbereitung und Krieg, also zu dem Vorsatz bloß, Europa und die Europäer zu versklaven und den Kontinent nach den Bedürfnissen des deutschen Imperialismus „neuzuordnen“. Sie verwiesen mithin auf den historischen Platz und die konkreten sozialen Funktionen der absichts- und zweckvoll erfolgten Aufputschung von Millionen gegen die Juden. Zugleich bezeichneten sie die zentrale Stellung des Rassismus im Gebäude der Nazi-Ideologie (eine Erkenntnis, die später vielfach aufgegeben wurde zugunsten der Hervorhebung des nazistischen Antikommunismus). Sie zeigten, dass die Verbreitung des Antisemitismus den Machthabern in Deutschland dazu diente, den Rassismus insgesamt „zu begründen“ und zu rechtfertigen. Tatsächlich stellte die Verhetzung gegen die Juden so etwas wie die Verabreichung einer Einstiegsdroge dar, die den deutschen Rassekrieger formen und befähigen sollte, sich auf jede ihm bezeichnete Menschengruppe zu stürzen, sie zu verfolgen, zu vertreiben und zu ermorden. Manches, was Heymann und Kahn über den Zusammenhang von materiellem Expansionsinteresse und dessen ideologischer Verkleidung schrieben, musste holzschnittartig ausfallen. Indessen war es beider Sache nicht, die komplizierten Fragen ins Vulgärmaterialistische zu vereinfachen. Sie wussten um die Macht, die eine reaktionäre Ideologie, wenn sie denn Millionen ergriffen hatte, gewinnen konnte; sie fragten nach den Urhebern dieser Ideologie, nach den Prozessen, die ihre Verbreitung beförderten, nach den Nutznießern.

Was die Haltung der deutschen Bevölkerungsmehrheit zu Rassismus und Antisemitismus während der Jahre der Nazidiktatur anlangte, so äußerten sich Heymann, der zwischen dem Januar 1933 und dem April 1945 sich nur wenige Tage auf freiem Fuß befunden, Zuchthaus, KZ Buchenwald und

Vernichtungslager Auschwitz überlebt hatte, und Kahn, der im Exil den Mördern entgangen war, ganz zurückhaltend. Dennoch ließen sie keinen Zweifel an Ausbreitungsgrad der antihumanistischen Ideologie im Volke. Der Antisemitismus sei schon vor Hitler „Massenerscheinung“ gewesen, so dass die NSDAP daran anknüpfen und die antijüdische Denk- und Gefühlshaltung von Millionen zur „Gewinnung des deutschen Spießbürgers, der Bauern und auch der Arbeiter“ ausbeuten und zugleich vertiefen konnte. Die Deutschen seien schließlich den „rassistischen Rattenfängern“ nachgelaufen und auf deren „Schwindel“ hereingefallen.

Wesentliche Gedankenlinien aus den Schriften von Heymann und Kahn sind hier deshalb in Erinnerung gebracht worden, weil sie spätere Forschungen zur Judenverfolgung in der DDR stärker beeinflussten als Beschlüsse und Direktiven des Politischen Büros an der Spitze der Sozialistischen Einheitspartei. Was die beiden deutschen Kommunisten jüdischer Abkunft schrieben, klärte den Lesern eigene, bis dahin vielfach unverstandene Erfahrungen, die sie im Schulunterricht, während Kursen in der Hitlerjugend oder in der Wehrmacht gemacht hatten, als ihnen die Theorie der Herrenrasse eingebläut worden war.

Heymann/Kahn schlossen jeweils mit der eindringlichen Forderung, Rassismus und Antisemitismus mit den Wurzeln auszuroden. Damit fanden sie die Zustimmung gerade vieler Jüngerer, die erkennen wollten und zu begreifen begannen, welcher Sache sie gedient hatten und wie sie dahin gebracht worden waren. Kahn verlangte zudem – wie wir wissen: folgenlos –, „im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Wiedergutmachung für die an den Juden begangenen Verbrechen zu leisten“, soweit solche Wiedergutmachung überhaupt denkbar war. (In diesem Punkte erscheint mir Kurt Gossweilers Argumentation nicht stichhaltig.)

Es war auch Kahn, der die unversöhnliche Kampfstellung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung in der deutschen Arbeiterbewegung hervorhob und dennoch feststellte, dass sie es versäumte hatte, „einen direkten Kampf gegen den Antisemitismus“ zu führen und „eine breite Aufklärungsarbeit unter den Volksmassen“ zu leisten. Sein Hinweis, dass sich diese Feststellung auf Zeiten bezog, da die Erfahrung des faschistischen Massenmords noch nicht gemacht war, sprach für ein um Historizität bemühtes Urteil, schwächte die Herausforderung, die in dieser Selbstkritik lag, aber nicht ab. Heymann/Kahn waren beide überzeugt, dass ohne tiefgreifende sozialökonomische Veränderungen der deutschen Gesellschaft Rassismus und Antisemitismus nicht dauernd überwunden werden könnten. Keiner von beiden sah jedoch eine einfache Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen der Ökonomie der kapitalistischen Gesellschaft und der Geistes- und Moralverfassung der Massen. Nichts weist in den Schriften des Jahres 1948 darauf hin, dass sich deren Autoren die zu lösende Aufgabe leicht vorstellten und geglaubt hätten, dafür bräuchte es nur eine kurze Frist. Dennoch erlebten sie, dass zwölf Jahre später, es war exakt die Zeitspanne vergangen, welche die Geschichte des „Dritten Reiches“ umfasst hatte, Eichmann war in Argentinien gefangengenommen worden und wartete in Israel auf den Prozess, in einer Vielzahl offizieller und nichtoffizieller Publikationen festgestellt wurde, die Aufgabe sei gleichsam schon restlos gelöst worden. Folgte man der Logik dieses Befunds, dann war die eigentliche „volkspädagogische“ Problematik an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren, von der die Entstehung einer eigenen Geschichtswissenschaft in der DDR etwa datiert, bereits erledigt.

Indessen wurden die Beginner von solcher Ruhmredigkeit nicht beeinflusst, zumal sie sich offenbar mit den an die Historiker gerichteten Appellen gut vertrug, die Herausbildung eines sozialistischen Bewusstseins zu fördern, als deren unverzichtbarer Bestandteil der Antirassismus galt. Die Geschichtsschreibung zur Judenverfolgung blieb in der DDR in Fragestellung und Forschungsrichtung in den von deutschen Antifaschisten gewiesenen Bahnen. Das erklärt sich erstens daraus, dass die Vorgänger wie die Nachfolger auf die gleichen Quellen zurückgingen, auf Marx und Engels, Kautsky und Mehring, aber auch auf die Schriften demokratischer und liberaler Gegner von Rassismus und Antisemitismus. Es rührte zweitens daher, dass die im unmittelbaren Nachkrieg geschriebenen Pamphlete – Gossweilers Bemerkung, dass von der bedruckten Papiermenge nicht auf deren Bedeutsamkeit geschlossen werden darf, erscheint gerade in dieser Hinsicht als völlig berechtigt – auf Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse hinwiesen, die Forschergruppen in einer Zahl beschäf-

tigen konnten, wie sie für diesen Gegenstand in der DDR jedoch später nie formiert wurden. Weder an einem Institut der Akademie der Wissenschaften noch an einem solchen an einer der Universitäten wurde auch nur eine Abteilung geschaffen, die sich speziell mit der Geschichte der Juden und der Judenverfolgung in Deutschland befasst hätte, und – wiederum – die Historiker sind dafür nicht eingetreten, nicht einmal im zeitlichen Vorfeld des Gedenkens anlässlich des 50. Jahrestages des November-Pogroms, als 1988 die Aussichten dafür günstig waren.

Die Geschichtsschreibung in der DDR richtete ihre Studien vor allem auf zwei Komplexe des in Wahrheit unendlichen Themas von Judenverfolgung und Judenmord im Zeichen des Hakenkreuzes. Der eine betraf die Funktionen des Antisemitismus der dreißiger und vierziger Jahre. In einer Reihe von Untersuchungen wurde nachgewiesen, welche Bedürfnisse seine Verbreitung vor und nach der Errichtung der Nazidiktatur befriedigte: Der Antisemitismus sollte – ganz in den jahrhundertealten Traditionsbahnen – sozialen Protest gegen die Juden lenken und damit von wahren Urhebern der Missstände ableiten; er diente in einem in der deutschen Geschichte bis dahin unbekannten Ausmaß der Sammlung von Menschenmassen um eine extrem reaktionäre Führungsgruppe, die im Innern wie nach außen die menschenfeindlichste Programmatik vertrat; er spielte im Etablierungs- und Konsolidierungsprozess der Nazidiktatur eine Ersatzrolle für die ausbleibenden grundstürzenden Veränderungen der Gesamtgesellschaft, die als „nationaler Sozialismus“ angekündigt worden waren; er lieferte während der anfänglich schleichenden, dann galoppierenden „Arisierung“ eine Begründung für die Bereicherung von Angehörigen aller Schichten der nichtjüdischen Bevölkerung, wobei das staatlich geregelte und kontrollierte Prinzip galt, dass, wo schon viel war, auch viel hinzukommen hatte; er half den Herrschenden, einen schwer zu quantifizierenden Teil ihrer Gefolgsleute – keineswegs nur aktive Nazis – zu korrumpieren, materiell durch Arbeitsstellen, die als Folge des Hinauswurfs und der Vertreibung der Juden aus Deutschland freigeworden waren, durch Wohnraum, den Juden zwangsweise hatten verlassen müssen, durch Beförderungsmöglichkeiten und auf viele weitere Weise sowie ideell dadurch, dass die in Wahrheit erniedrigte Anhängerschaft als „Herrenrasse“ umschmeichelt wurde; er diente lange vor Kriegsbeginn zur rassenchauvinistischen Aufpulverung der Bevölkerung gegen die UdSSR, den „jüdischen Bolschewismus“, und gegen die westlichen bürgerlichen Demokraten, den „jüdischen Plutokratismus“; er wurde – auch keine Erfindung der Goebbels-Propaganda – benutzt, um den Krieg als Verbrechen dieses zwiegestaltigen „internationalen Judentums“ auszugeben, das Deutschland angeblich vernichten wolle. Die Historiker der DDR haben diese – hier summarisch aufgezählten – Funktionen nicht „entdeckt“, aber ihre Rolle im System bestimmen geholfen.

Der zweite, hier eben nur zu erwähnende Komplex, dem die Historiographie der DDR sich im Rahmen des größeren Gegenstands zuwandte, betraf die verbrecherischen Folgen des Antisemitismus. Sie wurden vor allem für die Kriegsjahre nachgewiesen und gezeigt, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die westdeutsche Geschichtsschreibung sich in diesem Punkte, gelinde gesagt, zurückhielt, dass die Mörder nicht nur schwarze und braune Uniformen trugen, sondern in großer Zahl in Feldgrau und Zivil, vor Ort und an Schreibtischen an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt waren. Diese Forschungs- und Publikationslinie lässt sich bis in die mehrbändige, von dem verstorbenen Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler herausgegebene Dokumenten-Publikation „Europa unterm Hakenkreuz“ verfolgen, deren Teile jeweils zum 50. Jahrestag der Okkupation europäischer Länder durch die Naziwehrmacht erschienen. Das Unternehmen ist nicht abgeschlossen. Es gehört zu jener Forschungsarbeit, die weder ausließ noch schönte, die den Beteiligten als Personen, aber auch der Historiographie der DDR Anerkennung einbrachte, zu Einladungen auf nationale und internationale Konferenzen ins Ausland führte und – nebenbei bemerkt – zu deren „Fernwirkungen“ heute ein gewisses Interesse nichtdeutscher Forscher für das Ergehen ihrer Kollegen nach Evaluation und Abwicklung zählt.

Gegenüber diesen beiden Komplexen des Gegenstands traten andere und manche ungerechtfertigt in den Hintergrund. Mit der Struktur, Geschichte und Vorgeschichte der Nazi-Ideologie und ihres antisemitischen Wesenskerns befassten sich – einzelne – Philosophen und auch Literaturwissenschaftler in gründlichen Studien mehr als Historiker, von deren Arbeiten jene von Joachim Petzold

aus den siebziger und achtziger Jahren herauszuheben sind. Die gründlichste frühe Analyse aber ist dem Philosophen Wolfgang Heise zu danken, der in seinem Buch „Aufbruch in die Illusion“, das 1964 erschien und nie wieder aufgelegt wurde, die Beziehung des Antisemitismus und der Rassentheorie zu den anderen Bestandteilen der Nazi-Ideologie untersuchte und – ganz im Sinne von Heymann/Kahn – schrieb: Die „Proklamierung der germanisch-arischen Rassenherrschaft im Verein mit der Praxis des Antisemitismus war – auf der Grundlage des Terrors gegen alle antifaschistischen Kräfte – das entscheidende ideologisch-politische Einschüchterungs-, Korrumpierungs- und Bestialisierungsmittel.“

Als am folgenreichsten dürfte sich aber die Tatsache erweisen, dass es die Historiker in der DDR nicht zu einer Studie brachten, die gezeigt hätte, wie Millionen von Menschen gegen die Juden eingenommen wurden, sich gegen sie aufhetzen ließen oder sich – was für die Volksmehrheit gilt – deren Schicksal gegenüber gleichgültig und teilnahmslos verhielten, aus Gedanken- und/oder Seelenträgheit oder weil sie es „mindestens“ zu einem Teil für gerechtfertigt ansahen. Dies hing jedenfalls indirekt mit einer Haltung innerhalb der Partei- und Staatsführung der eben gegründeten DDR zusammen, die sich mit den beginnenden sozialökonomischen Veränderungen herausbildete und sich durch den Kalten Krieg verfestigte. Es galt ihr nämlich die Beteiligung am Aufbau einer alternativen Gesellschaft als die beste und bald als die einzige Form praktischer Wiedergutmachung für die den Nazis geleistete Gefolgschaft und die daraus erwachsenen Folgen und eben als Beweis dafür, dass die jeweilige eigene Biographie aus Nazizeiten bewältigt war. Das Wachhalten der Erinnerung daran, welche Rolle die ältere Generation mit seltenen, rühmenswerten Ausnahmen in einem Regime gespielt hatte, dessen Verbrechen Schritt um Schritt weiter aufgedeckt wurden, wurde als Störfaktor gegen den Zusammenschluss um neue Programme und Ziele angesehen – und war es wohl eher vermeintlich als wirklich, was indessen durch kein Experiment entschieden werden kann.

Es setzte sich ein „schonender“ Umgang mit den einstigen „Reichsbürgern“ durch, deren Lebensläufe sich ohne eigenes Zutun 1945 abrupt gewandelt hatten, und diese Veränderung kann zureichend kaum erklärt werden, wenn nicht der „schonende“ Umfang und mehr noch die massenhafte Wiederverwendung von einflussreichen und mitunter auch führenden Nazis (Richtern, Ideologen u.a.) mitgedacht wird, die sich in der Bundesrepublik zutrugen. So entstand im Osten Deutschlands eine merkwürdige Ungleichzeitigkeit: Als in den allerersten Nachkriegsjahren offensiv über Mitverantwortung und Mitschuld von Massen für das Naziregime und dessen Verbrechen geredet werden musste – vor dem Hintergrund der hart in das Leben der Menschen eingreifenden Reparationsforderungen, die doch einen Teil der Rechnung für die vieljährige Gefolgschaft darstellten – gab es eine Geschichtsschreibung über den deutschen Faschismus in der sowjetischen Besatzungszone und der noch jungen DDR nicht; als Historiker sich zur Darstellung jener Jahre befähigt hatten, galt das Thema schon als „unaktuell“. Es wuchs das Gras des sozialistischen Aufbaus.

Wer den hier angedeuteten Zusammenhang weiter erklären will, wird auch fragen müssen, welche Wirkung von dem Bestreben gerade der deutschen Antifaschistischen ausging, mit den Massen der einstigen Nazigefolgschaft im Zeichen der neuen Ziele einen Schulterschluss zu gewinnen. Diese Herangehensweise lässt sich auch bei Heymann/Kahn erkennen, die jeden Eindruck der Hervorhebung eigener Verdienste vermieden, ja die ihren Lesern nicht mit einem einzigen Wort zu erkennen gaben, was ihnen und ihren Familien geschehen war. Nichts hätte als Ausdruck einer Haltung des „Wir-und-Ihr“ gedeutet werden können. Diese Feststellung wird hier auch eingefügt, weil aus den viel späteren Jahren der DDR sich dem Gedächtnis ganz andere Bilder einprägten, als der schon verwirkte diktatorische Führungsanspruch einer kleinen Gruppe, die mit der Mehrheit der deutschen Antifaschisten nicht gleichgesetzt werden sollte, immer aufs Neue aus alten und unbestreitbaren antinazistischen Leistungen abgeleitet wurde.

Zu den zentralen Themen, denen sich die DDR-Geschichtsschreibung im hier erörterten Zusammenhang zuwandte, gehörte das Geflecht der Beziehungen von Theorie und Praxis des Antisemitismus mit den Interessen der großen Kapitalgesellschaften und der Rolle der großen Bourgeoisie auf den verschiedenen Stufen der Judenverfolgung, angefangen bei der „Arisierung“ von Aufsichtsräten und Direktionen bis zur „Arisierung“ des jüdischen Eigentums an Bank- und industriellen

Unternehmungen, und schließlich selbst im Prozess der Massenvernichtung. Schon Kahn bot eine knappe Liste meist namhafter Konzerne und Firmen, die sich bereichert hatten. Doch ließ er die Frage offen, ob die hauptsächlichen Nutznießer zugleich die Initiatoren oder mindestens die mittreibenden Kräfte des Angriffs auf das Bank-, Industrie- und Bodeneigentum zuerst der deutschen, dann der österreichischen und vieler anderer Juden waren, ob sie nach Plan handelnde und wohlorganisierte Räuber oder „nur“ Gelegenheitsdiebe dargestellt hatten.

Je weniger in der Geschichtsschreibung und -publizistik der Bundesrepublik die Ergebnisse der US-amerikanischen Fahndungs- und Ermittlungsgruppen, die der Rolle nichtjüdischer Kapitalgesellschaften im „Arisierungs“-Geschäft nachgegangen waren, überhaupt noch zur Kenntnis genommen wurden, je stärker sich Ignoranz gegenüber den Feststellungen der Nürnberger Gerichtshöfe ausbreitete, umso mehr sahen sich Historiker in der DDR herausgefordert, neue Tatsachen ans Licht und altbekannte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Das geschah aus einer Lage, da die Masse einschlägiger Quellen den Forschern nicht zugänglich war und – heute nahezu vergessen – es auch auf diesem Feld Embargo-Maßnahmen gab. Während jeder ehemalige SS-General sich auf dem Markt nach Angebotsliste verfilmte Nazi-Akten kaufen konnte, entwickelten Historiker und Archivare in der DDR ein verwickeltes „Bestellsystem“, um für ihre Zwecke an Dokumente zu gelangen.

Das Beziehungsgeflecht von Kapitalinteressen – Staatspolitik – Judenverfolgung und -mord bildete über Jahrzehnte eines der wichtigsten Themen der ideologischen Auseinandersetzungen und des Streits zwischen konträren Auffassungen in der Geschichtsschreibung über den Faschismus. Es handelte sich, wie offenkundig ist, nicht um eine Teilfrage allein, und die jeweiligen Antworten betrafen die Sicht auf das ganze System und seine Charakterisierung. Nun, nach der Zäsur des Jahres 1989, soll das Thema gleichsam vom Tisch. Helmut Eschwege, dem die Historiker und mehr noch die interessierten Leser in der DDR den in Anlage und Aussage auf dem deutschen Büchermarkt wohl noch immer unübertroffenen Bild-Text-Band „Kennzeichen J“ verdanken, der 1966 zuerst erschien und dann nur einmal und erst wieder 1981 neuaufgelegt wurde, konstatierte in öffentlicher Debatte in Dresden etwa vor Jahresfrist, dass es nach der Rückkehr der Dresdner Bank in die Elbestadt schon schwer sei, weiter über deren Rolle bei der „Arisierung“ zu sprechen. Und dies betrifft eben jenes Institut, von dem mit Bezug auf einen seiner Direktoren und dessen Aktivität in den Jahren 1938/39 das Wort geprägt worden war: „Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank (den Panzerwagen der Wehrmacht – K. P.)? Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank.“

In geschichtswissenschaftlichen und mehr noch in publizistischen Arbeiten aus DDR-Zeiten gab es bei der Darstellung der Zusammenhänge von ökonomischen Interessen einerseits und Gesetzen, Maßnahmen und Aktionen der Politiker und ihrer Werkzeuge nicht selten Vereinfachungen. Ihre Wurzel lag nicht in der „Faschismusformel“, ein Ausdruck, der von den Gegnern materialistischer Faschismus-Analyse vorzugsweise gebraucht wird, um sich die Beschäftigung mit der Theorie als ganzer zu ersparen. Es waren mehr die Unfähigkeit von Autoren, in hochkomplizierte Prozesse sich hineinzudenken oder sie darzustellen und mitunter das gegen die eigenen Absichten schlagende Prinzip „Hauptsache: den Imperialismus anklagen“, die Verflachungen gebaren. Dennoch: Sie waren nicht so zahlreich und zumeist in ihrem Inhalt nicht einmal so platt wie die in „westlichen“, vorzugsweise bundesrepublikanischen Veröffentlichungen unausgesetzt wiederkehrende Behauptung, besagter Zusammenhang sei eine dogmatische, wirklichkeitsfremde Konstruktion. „Dogmatismus“ steht auf dem selbstklebenden Etikett, dessen Benutzung die Auseinandersetzung mit Erkenntnissen erübrigen soll, die das Zeitbild der erfolgreichen Gesellschaft und der sie prägenden Kräfte trüben könnten. Die Verfahrensweise ist jener eng verwandt, die sich mit Etiketten wie „Kosmopolitismus“, „Opportunismus“, „Sozialdemokratismus“, „Objektivismus“ – die Aufzählung ist unvollständig – zeitweilige Hilfsmittel zur Befestigung geistiger Herrschaft schuf.

Was in der DDR-Historiographie an Einsichten über den Zusammenhang von ökonomischen Motiven, Initiativen und Zielen mit den Praktiken der Judenverfolgung und des Judenmords, namentlich der Vernichtung durch Arbeit, zutage gefördert wurde, hat eine Gesamtdarstellung nicht gefunden, die am ehesten wohl von Mitarbeitern des Instituts für Wirtschaftsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften hätte vorgelegt werden können. Das unterblieb aus Gründen, die eine Aufhellung

auch noch erfahren könnten. Doch gehört keine prophetische Gabe dazu, vorherzusehen, dass im vergrößerten Deutschland das Gedränge nicht groß sein wird, das sich auf die Schließung dieser Lücke richten könnte. Es gibt erste Anzeichen der Übertragung der in der Bundesrepublik üblichen Praktiken der Darstellung gerade dieses Themas in das „Beitrittsgebiet“: In einer lokalgeschichtlichen Studie werden statt der Personennamen der „Ariseure“ deren (wirkliche oder erfundene) Initialen angegeben, wodurch man an eine Bemerkung von Brechts Herrn Puntila erinnert wird: So lange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert.

Historiker der DDR nahmen auch an der Debatte über die in der internationalen Geschichtsschreibung nach wie vor vielumstrittenen Frage teil, welchen Platz der Mord an den europäischen Juden im Gesamtkonzept des deutschen Imperialismus einnahm. Sie traten dabei der Auffassung entgegen, dass dieses Verbrechen von den übrigen der auf die Weltvorherrschaft zielenden Eroberer separiert werden könne, weil es ein eigenes Ziel dargestellt habe, ja schließlich zum Ersatzziel geworden sei, das an die Stelle des unerreichbaren militärischen „Endsiegs“ getreten wäre. Demgegenüber verwiesen namentlich die Spezialisten auf dem Gebiet der Weltkriegsgeschichte darauf, dass das neugeordnete „Europa unterm Hakenkreuz“ ein Kontinent ohne einen einzigen Juden sein sollte, dass in diesem Großgermanischen Reich aber ebenso für andere deutsche und nichtdeutsche Menschengruppen kein Raum bleiben sollte. Die geplanten Deportationen aus dem „deutschen“ Kernland, in erster Linie der Tschechen und der Polen, sind nicht ohne das Massensterben jener Opfer vorstellbar, die in die Weiten Russlands und Gebiete jenseits des Urals getrieben werden sollten. Und: Welche Garantie existierte, dass das Leben von Millionen von Westslawen nach dem „Vorbild“ des Verfahrens mit den Juden nicht in Auschwitz endete, dessen Anlagen nach den grausigen Plänen ihrer Betreiber eines nicht fernen Tages für die Judenvernichtung nicht mehr gebraucht werden würde, weil im eigenen Zugriffsbereich keine mehr lebten? Es bedarf, da die Prinzipien des nazistischen Okkupationsregimes, wenn auch in einer durch Kriegsnotwendigkeiten umgeprägten, aber eher reduzierten Form, seit 1938/39 praktisch angewendet wurden, keiner besonderen Anstrengung, sich vorzustellen, dass die Verfolgung großer Menschengruppen bis zu ihrer systematischen Ausrottung nach dem Kriegssieg zu einer Dauererscheinung des barbarischen Systems geworden wäre.

Die Feststellung dieses Zusammenhangs nimmt dem Massenmord an den Juden nichts von seinem spezifischen, ihn mit den anderen Verbrechen ebenso verbindenden wie von ihnen unterscheidenden Charakter. Die Juden besetzten in der Hierarchie der zu verfolgenden Menschengruppen nach dem Maßstab ihrer Peiniger den ersten Platz. Sie wurden bis in die Maitage 1945 in einem Grad verfolgt und vernichtet, der das Ausmaß der an anderen Gruppen begangenen Untaten – mit Ausnahme der Zigeuner – noch weit übertraf. Die Juden waren dem Tierreich zugeordnet, galten als „unbrauchbar“ und obendrein als die gefährlichsten unter allen Gegnern. Diese Kategorisierung schloss nicht aus, dass sich die Mörder zeitweilig der Arbeitskraft der in ihre Fänge geratenen Juden bedienten. Dienststellen der Wehrmacht, Arbeitsämter, Betriebe und auch Kommandos der SS erwirkten Zurückstellung von Deportation und Mord. In Riga beschäftigte die SS beispielsweise Juden vor ihrer Ermordung mit der Pflege von Tennisplätzen für Offiziere ...

In der Historiographie zu Judenverfolgung und -mord existiert eine Argumentationslinie, die in beidem den unumstößlichen Beweis dafür erblickt, dass sich der Nazistaat von jenen Interessen, die er ursprünglich vertrat, ganz entfernte, so dass seine relative Selbständigkeit gegenüber denen, die Hitler und seine Führungsgruppe einst hochpäppelten, an die Macht schoben und deren Etablierung förderten, in die absolute umgeschlagen sei. Der Massenmord an den europäischen Juden erscheint derart als der Schlussteil der Beweiskette für ein Geschichtsbild, das die Naziherrschaft zunehmend und schließlich total als ideologie- und hitlerbestimmt darstellt. Von seiner kapitalistischen Grundlage, sofern diese überhaupt für die Anfangsphase des Regimes als prägend anerkannt wird, wäre es gleichsam in astronautische Höhen abgehoben. Der Judenmord soll Dafür stehen, dass Kapitalinteresse und Naziherrschaft sich wie Feuer und Wasser zueinander verhielten, denn jenes erfordere die Erhaltung der Arbeitskraft, diese aber habe sie millionenweise vernichtet.

Die Historiker der DDR haben dieser Beweisführung zugunsten der These vom „antikapitalistischen Faschismus“ kaum genügend Aufmerksamkeit geschenkt, und mitunter wurden die theoretischen Implikationen, die in dieser Ausdeutung der Vernichtung der Juden enthalten waren, nicht einmal wahrgenommen. Dabei ist die Behauptung, dass der Judenmord ein schlechthin das Profit- und Expansionsstreben ignorierendes und verletzendes Verbrechen gewesen sei, unbeweisbar. Sie geht von der – falschen – Prämisse aus, Kapital sei immer und überall am Vorhandensein eines absoluten Überflusses an Arbeitskräften interessiert. Die gesamte Geschichte des Kolonialismus zeigt hingegen, dass dies nicht der Fall ist. Und was das Naziregime 1940/41 anbetrifft, das die Judenverfolgung zum Massenmord steigerte, so geboten die deutschen Machthaber zu diesem Zeitpunkt über ein schier unerschöpfliches Potential an Arbeitskräften. Mehr noch: Arbeitslose Massen drohten in den eroberten Gebieten eine zusätzliche Gefahr für die Sicherung des geraubten Raumes und seiner Reichtümer zu werden. Die „jüdische Arbeitskraft“, von Ausnahmen abgesehen, galt als ebenso leicht und beliebig ersetzbar wie auch die Arbeitskraft all der Zivilpersonen und Kriegsgefangenen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland gelockt oder verschleppt wurden.

Als der Massenmord an den Juden ins Werk gesetzt wurde, das ist für den Entschluss und seine anfängliche Verwirklichung von grundlegender Bedeutung, war der Glaube an den Endsieg und die Unerschöpflichkeit der eigenen Potenzen und Ressourcen ganz ungetrübt. Während die Juden zu Zehn- und Hunderttausenden ermordet wurden, belieferten die Eroberer die Kriegsindustrie mit Arbeitssklaven. Produktions- und Profitinteressen befanden sich fest im Kalkül und schienen auf Dauer gesichert. Nach dem Scheitern der Kriegspläne für 1941 und 1942 begannen sich die Bilanzen anders darzustellen. Doch führt es nur in den Sumpf der Spekulation, würde gefragt, ob der vor dem 22. Juni 1941 getroffene Entscheid, der die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ostwärts zu den Stätten der Judenmassaker in Marsch setzte und sie die „Endlösung der Judenfrage“ einleiten ließ, auch gefällt worden wäre, nachdem die Siegeszuversicht infolge der militärischen Rückschläge dahinzuschwinden begann.

Keine Frage: Die Geschichte von Judenverfolgung und Judenmord bildete, je weiter die Detailuntersuchungen vorankamen, ein Forschungsfeld, auf dem Faschismustheorien sich bewähren beziehungsweise ihre Unzulänglichkeit oder Haltlosigkeit erweisen konnten. Gemessen an dieser Tatsache beteiligten sich die Faschismusforscher in der DDR insgesamt zu wenig an den zahlreichen internationalen Debatten, die – eben keineswegs zufällig – geführt wurden und mitunter hell entbrannten. Das galt insbesondere für jene Auseinandersetzung, die als „Historikerstreit“ weit über die Zunft hinaus Aufmerksamkeit und Aufsehen erregte. Darin wird man auch einen Traditionsverlust sehen müssen, wurde doch in der theoretischen Arbeit, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen mitcharakterisiert, polemischen Formen der Darstellung eigener Standpunkte häufig der Vorzug gegeben.

Was die Spezialisten der Faschismusforschung in der DDR veröffentlichten, ist in allererster Linie von ihnen selbst zu verantworten. Direkte Eingriffe von politischer Seite waren auf ihrem Gebiet – im Unterschied zu Teildisziplinen wie Geschichte der DDR oder Geschichte der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – viel seltener, als mancher Zeitzeuge sich nach dem November 1989 zu erinnern glaubt. Noch weniger waren „ältere“ Epochen und Perioden von Interventionen der Politiker betroffen. Dass beispielsweise die Geschichte von Emanzipation und Assimilation der Juden in der auf 12 Bände konzipierten „Deutschen Geschichte“, die 1981 unter der Verantwortung des Zentralinstituts für deutsche Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften zu erscheinen begann, im vierten Band, der die bürgerliche Umwälzung der Jahre 1789 bis 1871 behandelt, nicht vorkommt, geht allein zu Lasten von Herausgebern und Autoren.

Auch dass die bedeutenden, zum Teil international herausragenden Verdienste deutscher Juden in Wissenschaft und Kunst keine zusammenfassende, allgemeinverständliche Darstellung fanden, gehört zu den Versäumnissen der Geschichtsschreiber. Gewiss: In Abhandlungen zur Geschichte der Literatur und der Kunst, der Wissenschaften und ihrer Institutionen, namentlich in Werken zur Geschichte der Universitäten, wurde der Anteil der jüdischen Intelligenz gewürdigt, der die Entwicklung und vor allem den Fortschritt des geistig-kulturellen Lebens mitprägte und ihm auf vielerlei

Weise internationalen Rang verlieh. Doch davon und vom leidvollen Leben der Mehrheit der seit 1933 ins Ausland getriebenen Wissenschaftler und Künstler drang wenig in das allgemeine Bewusstsein, und dies, obwohl sich die Historiker der DDR etwas darauf zugutehielten, dass sie nicht zu gegenseitiger Belehrung und Erbauung publizierten.

Das spezielle Thema, das womöglich nicht nur verflossene ostdeutsche Zustände betrifft, macht übrigens eine für eine gewisse Zeit verständliche und mehr noch auch notwendige Verschiebung in der Darstellung der Geschichte der Juden deutlich. Von den Untaten ihrer Peiniger und den Leiden und dem Sterben der Opfer wurde ungleich mehr berichtet als von den Verdiensten der Frauen und Männer, die als „undeutsch“, „deutschfeindlich“, „materiell und geistig schmarotzend“ diffamiert, verjagt oder umgebracht wurden, sowie von deren Vorfahren. Je länger je mehr erwies sich dies auch als ein Mangel in der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus. Der Aufbau-Verlag Berlin entschloss sich nie, obwohl er das literarische Werk Arnold Zweigs betreute, zur Herausgabe von dessen 1934 bei Querido in Amsterdam erschienenem Buch „Bilanz der deutschen Judenheit“, das eine Streitschrift gegen die ungeheuerlichen Lügen darstellte, die in Deutschland verbreitet wurden, seit die Judenfeindschaft durch die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung zur Staatsdoktrin erhoben worden war. Zweigs Buch blieb die bis heute unübertroffene Darstellung von Verdiensten jüdischer Wissenschaftler und Künstler, die blindwütiger Neid und Hass aus der deutschen Geschichte herauszuschneiden versuchte. Schließlich erwarb der Reclam-Verlag in Leipzig die Lizenz und machte das Werk, erst in der Agonie der DDR, seinen Lesern wieder zugänglich.

Die Episode wird hier mitgeteilt, weil sie auch auf aufzuklärende Widersprüche hinweist und Gelegenheit bietet, darauf aufmerksam zu machen, dass die Geschichte der DDR in vieler Hinsicht zu einem Forschungsgegenstand erst noch werden muss. Besagter Aufbau-Verlag, der in einem Falle offenkundig versagte, ermöglichte auch durch das ausdauernde Engagement seiner Lektoren, dass Rosemarie Schuder und Rudolf Hirsch, ein Schriftsteller-Ehepaar, dessen Partner sich bis dahin ganz unterschiedlichen Gegenständen und Genres zugewandt hatten und die jeder für sich eine große Leser- und auch Verehrergemeinde besaßen, ihr gemeinsames Buch „Der gelbe Fleck“ 1987 erscheinen lassen konnten. In einer eng verzahnten Reihe von Essays gaben die Autoren eine Geschichte von Judenhass und Judenverfolgung in Deutschland, die im Zeichen des Antijudaismus begonnen und sich im 19./20. Jahrhundert zum mörderischen Rassenantisemitismus gesteigert hatten. Die erste Vorstellung des Buches in Berlin wurde ein Ereignis. Mehr als 90 Lesungen in Ost- und Westdeutschland bezeugten das breite Interesse. Auf Antisemitismus, berichteten Hirsch/Schuder, seien sie bei ihren Begegnungen mit Lesern in den späten achtziger Jahren nicht gestoßen.

Wenn die Verantwortung von Historikern sowie jene von Verlegern und Lektoren betont – und womöglich ein wenig überbetont wird im gewollten Gegensatz zum Versuch, deren Fremdbestimmung zu übertreiben – so geschieht das zu niemandes Entlastung. Die Geschichtswissenschaft in der DDR unterlag außerwissenschaftlichen Einflüssen, was übrigens kein Spezifikum darstellt. Die indirekten Einflüsse waren zumeist stärker und daher wirkungsvoller als die direkten. Über Jahrzehnte regierte die absolute Bevorzugung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, obendrein verengt auf die der revolutionären und namentlich der kommunistischen Strömung. Angesichts der nicht beliebig zu erweiternden Forscherzahl ging dies zu Lasten anderer Disziplinen des Fachs. Diese Ausrichtung bestimmte auch die Verteilung von Mitteln. Die Zunft hat sich insgesamt gegen ungerechtfertigte Bevorteilungen und Hintansetzungen nicht gewandt, obwohl es kein Geheimnis war, dass gerade in den privilegierten Einrichtungen Aufwand und Resultat häufig weit auseinanderfielen. Wie auf anderen Gebieten auch richteten es sich die Benachteiligten in ihren bescheideneren Verhältnissen ein und versuchten, in ihnen das Beste zu machen.

Die Historikerschaft der DDR hat ihre eigenen Belange in den Gremien, die sich dafür anboten (sie existierten innerhalb der Historikergesellschaft, aber auch im Rat für Geschichtswissenschaft) nicht oder schlecht vertreten. Sie hat sich auf die bürokratischen Schliche eingelassen, die am Ende in das Büro Hager führten, und sich etwas darauf zugutegehalten, wenn ihre Sprecher mit ihren Vorschlägen zu einem (meist überbewerteten) Teilerfolg gelangten, sich andernfalls aber auch mit ablehnenden Bescheiden abgefunden. Kurzum, und um es noch einmal ausdrücklich zu betonen: Auch, was

der Autor dieses Beitrags über Juden und Judenverfolgung in der DDR und im Ausland, zumeist im kapitalistischen, publizierte, war Resultat seiner Arbeit, in deren Darstellung niemand ungerufen hineinredete. Wenn politisch motivierte Eingriffe versucht wurden – wie in das gemeinsam mit Manfred Weißbecker verfasste Manuskript „Geschichte der NSDAP“ –, blieb doch folgenlos die Möglichkeit (und zwar nicht erst vom „Range“ eines Universitätsprofessors an), entweder von einer Veröffentlichung ganz zurückzutreten oder zu entscheiden, welche Konzessionen im Interesse der „Rettung“ des Gesamttextes für akzeptabel gehalten wurden und welche nicht.

Anders war die Situation, handelte es sich um Veröffentlichungen in der weitverbreiteten Tagespresse. Ging es im Fall einer Monographie oder eines wissenschaftlichen Fachaufsatzes darum, was Historiker einem relativ kleinen Leserkreis mitteilen wollten, so handelte es sich bei Zeitungsartikeln um die Kommunikation der Geschichtsschreiber mit einem ungleich größeren Publikum. Da hatte sich ein Beitrag, betraf er Friedrich II. von Preußen oder den 30. Januar 1933, in das „nationale“ Geschichtsbild einzufügen. Und es waren Vereinfachungen von der Art verlangt, dass alle Probleme ausgespart blieben, die unerwünschte Assoziationen zur Gegenwart der DDR hervorrufen konnten. Manche Einsprüche von Redaktionen waren noch mitzudenken, manche Tabus ganz unverstehbar. Daher erscheint es zu einfach, jeden Eingriff, versuchten oder misslungenen, einem ideologischen Konzept oder einem machtpolitischen Kalkül zuzuordnen. In nicht wenigen Fällen, aber nicht weniger wirksam, war pure Gedankenträgheit am Werk, die sich jedem neuen Aspekt verschloss, in anderen wieder – und womöglich damit verbunden – wirkte die Angst, sich die Kritik eines Vorgesetzten einzuhandeln, in dritten mochte das Hindernis einfach aus Dummheit gebaut sein.

Was Antisemitismus und Judenverfolgung anlangt, so kam sie in der Presse der siebziger und achtziger Jahre einmal jährlich obligatorisch zur Sprache, am Jahrestag des Pogroms von 1938. Die Bezugnahme kannte ein Gebot und ein Verbot. Jenes verlangte, die gegen die Untat protestierende Erklärung des Zentralkomitees der KPD zu erwähnen. Dieses betraf die – unter anderem Gesichtspunkt bereits erörterte – Frage, wie sich die Volksmassen gegenüber den Weisungen der Machthaber verhalten hatten. Die Beweggründe für Gebot und Verbot scheinen leicht zu entschlüsseln. In einem Fall handelte es sich um die Idealisierung der eigenen Tradition. Und im anderen? Die Antwort, dass Antidemokraten, die sich als Demokraten ausgeben, sich nicht gern in eine gedankliche Parallele zu anderen Antidemokraten setzen lassen mögen, die nun wirklich niemand mehr als Demokraten missverstehen kann, erscheint plausibel und logisch. Aber: War das Logische auch das Historische? War es das instinktsichere Machtbewusstsein von versagenden Politikern, denen längst das „Geht mit Gott, aber geht“ zuzurufen war, die das Verhältnis von Herrschern und Beherrschten in Nazideutschland nicht mehr erörtert wissen wollten? Noch und wohl für längere Zeit besitzen wir mehr Fragen und inzwischen auch schon eilfertig gegebene Antworten, als dass wir uns schon auf dem Boden unabweisbar rekonstruierter Zusammenhänge bewegen könnten.

Was sich an Umgang mit dem Gedenktag des November-Pogroms erkennen lässt, ist dies: Das Ereignis wurde nicht mehr in allen seinen Dimensionen wahrgenommen, es galt nicht als Warnung für alle Zeit. So verstand es eine Minderheit von DDR-Bürgern dennoch, wie sich beispielsweise 1988 während einer Veranstaltung in der Französischen Kirche zu Berlin zeigte, während der – übrigens unter der Leitung von Heinrich Fink – auf die offiziell nie eingestandenen Erscheinungen von Ausländerfeindlichkeit Bezug genommen und gefragt wurde, wie in Erinnerung an die Judenfeindschaft und ihre Opfer nun dagegengehandelt werden müsse. Der Vorfall erscheint über seine unmittelbare Aussagekraft hinaus als ein Indiz dafür, dass in der Beschäftigung mit wesentlichen Seiten deutscher Geschichte der ihnen innewohnende herausfordernde gedankliche Bezug zur Gegenwart der DDR mehr und mehr und mitunter ganz verloren ging oder aber – und dies wohl häufiger – nur in einer völlig sterilen Weise hergestellt worden ist. Die unausgesetzt erhobene Forderung, aus der Geschichte zu lernen, galt nicht der deutschen Vergangenheit in ihrer Totalität.

Die Historiker besaßen gute Argumente genug, diese Art von „Geschichtspropaganda“, an der die einen noch teilnahmen, der sich andere verweigerten, als systemschädigend zu qualifizieren. Das haben wir nicht getan. Wir haben auf der Freisetzung der Potenzen unserer Wissenschaft für unsere

– richtig oder falsch wahrgenommenen – Interessen nicht bestanden. Und wie weit wir von dem Gedanken daran entfernt waren, zeigte sich, als die politische Szene in der Sowjetunion, bis dahin die „Führungsmacht“, sich zu wandeln begann. Das Bewusstsein, dass eine Wende im Sozialismus notwendig sei und versucht werden musste, war nur in Ausnahmefällen mit der Vorahnung verbunden: bei Strafe des Untergangs, und ging einher mit Ratlosigkeit. Entsprechend unangemessen gerieten alle Bestrebungen.

Was bleibt? Die Frage allein führt, wie erwiesen, zu wütenden und hirnlosen Attacken gegen jene, die sie stellen. Die Liquidatoren zielen aufs Ganze, wie jene, die mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor im Verlauf eines Anschlusses aus Österreich die Ostmark machten, aus Niederösterreich Niederdonau usw., und bestrebt waren, alle Erinnerungen an die eigene, besondere Vergangenheit auszutilgen, ausgenommen die ablehnenden, verurteilenden, hassgeleiteten. Auf dem Felde der Wissenschaft hat es damit seine Schwierigkeiten. Die Vokabel von der „Wissenschaftswüste DDR“, die eine Zeitlang die Zerschlagung auch renommierter Forschergruppen rechtfertigte, scheint inzwischen schon aus dem Verkehr gezogen. Das Werk ist auch getan. Inzwischen wurden Urteile auch über Leistungen in Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft geschrieben und gedruckt, die Verdienste anerkennen. Die Herablassung der Formulierungen fiel häufig majestätisch aus und deutet auf das nichtaufgegebene Gesamtziel.

Für das hier erörterte Thema, aber nicht nur für dieses allein, muss indessen gefragt werden, ob sich die Deutschen des Jahres 1992 den Umgang mit Ergebnissen zweifelsfrei antinazistischer Anstrengungen leisten können, der derzeit in politische Mode gekommen ist.

konkret, 11/1992, S. 52.

Aktuelle Erinnerung: der Pogrom von 1938

Nicht anders als andere und auch ganz gegensätzliche politische Kräfte und Bewegungen haben sich die Antifaschisten ihrer selbst immer wieder auf zweierlei Weise zu vergewissern gesucht: durch den Blick in die Vergangenheit und den in die Gegenwart. Sie haben das jeweils Aufgenommene dann zueinander in Beziehung gesetzt, um herauszufinden, welche Erfahrungen der Geschichte sie bei ihrem Denken und Handeln in der Gegenwart leiten und welche sie womöglich auch missleiten konnten. Denn in der Geschichte der Nationen und Völker, der politischen Parteien und Organisationen existieren Kontinuität und Diskontinuität. Wer das eine nicht vom anderen zu sondern weiß, läuft Gefahr, sich zum Sklaven geschichtlicher Erfahrungen zu machen.

Mein Bezugspunkt ist ein Tag deutscher Geschichte: der 9. November 1938, ein neunter November in der Jahresfolge, auf den sich in historischer Besinnung der Pogromtag von 1938 20. Jahrhundert mehr und mehr Ereignisse häuften. Über Jahrzehnte schon konkurrierten bei und der Revolutionstag von 1918. Nun ist ein drittes Ereignis 1989 hinzugetreten: die Öffnung des Grenzwalls in Berlin, verkündet von einer isolierten Staatsführung an der Spitze der DDR, vollzogen von Zehn- und Hunderttausenden von Berlinern und von Menschen aus dem engeren und weiteren Umfeld der Stadt. Wie die Deutschen künftig mit jenem Tag umgehen werden, ist unentschieden. Die Diskreditierung von Revolution und Sozialismus deutet darauf hin, dass vom 9. November 1918 für eine längere Zeitspanne weniger die Rede sein wird und jene Geschichtsschreiber sich in den Vordergrund spielen können, die den Tag als einen Irrtum oder eine Verirrung abtun wollen. Die Welle des Nationalismus, die sich im größeren Deutschland erhoben hat, läßt fürchten, dass der 9. November 1989 in den Rang einer nationalen Heldentat erhoben wird. Die Verteufelung des Staates DDR als der zweiten deutschen Diktatur und des eigentlichen Unrechtsstaates über vierzig Jahre relativiert die Verbrechen des Naziregimes – und das betrifft auch und insbesondere jenes vom 9. November 1938, von dem heute die Rede sein muss, auch aus der begründeten Sorge, dass sich ein neues deutsches Geschichtsbild ausbreitet, das nach dem Muster geschrieben ist: Hitler hat (wenigstens) die Autobahnen gebaut. Ulbricht und Honecker haben nur eine „marode Wirtschaft“ hinterlassen.

Die unbestrittene Notwendigkeit, sich mit der Geschichte der DDR und deren Erbmasse auseinanderzusetzen, wurde verbunden mit der gleichzeitigen Verweigerung, die ganze deutsche Geschichte der Nachkriegsjahre daraufhin zu befragen, was aus ihr ersehen, geschlussfolgert, womöglich gelernt werden kann. Und dies wiederum geht einher mit der eitlen These, der zufolge die Lektion der Jahre 1933 bis 1945 im (Alt-)Bundesgebiet gelernt worden sei, während die Bürger des sogenannten Beitrittsgebiets einen Nachhol-Unterricht in deutscher Geschichte erst noch zu absolvieren hätten, nachdem sie den verordneten Antifaschismus über sich hätten ergehen lassen müssen. Schlimm genug es zu sagen: diese für Anschlusspolitiker so griffige Lesart ist nicht an Tatsachen und Argumenten der Besserwissenden gescheitert oder durch sie auch nur erschüttert worden. Die Korrektoren waren die nazistischen und ihnen verwandten Gewalttäter, die in Deutschland-Ost wie Deutschland-West hervortraten und sich in Angriffen auf Ausländer austobten. Sie haben jene Ausdeutung deutscher Befindlichkeit gleichsam nebenbei mit bestätigt, wonach in Deutschland-West die Gymnasial- und Hochschulabsolventen deutscher Geschichte lebten, in Deutschland-Ost aber die Hilfsschüler, die von allem und jedem nichts verstanden hätten und erst lernen mussten, dass man Ausländer nicht umbringt, ihre Behausungen nicht zertrümmert oder niederbrennt, sondern dass und wie man mit ihnen zusammenleben kann. Um nicht missverstanden zu werden: Mich beschämt, was in den Städten und in Ortschaften der einstigen DDR geschehen ist und weiter geschieht. Ich frage mich mit anderen, was wann falsch gemacht, was unterlassen wurde, wodurch unsere eigenen antifaschistischen Bestrebungen in Wirkung und Reichweite begrenzt blieben, und ich befrage meine eigene Arbeit als Historiker, der sich über Jahrzehnte mit Judenverfolgung und Judenmord im nazistischen Deutschland forschend und lehrend und schreibend beschäftigte – und der das, jedenfalls forschend und schreibend, weiter tun will.

Aber ich lasse mir nicht einreden, dass sich die Erbmasse antifaschistischen Denkens und Handelns im untergegangenen Staat in jenen instrumentalisierten Begriff vom „verordneten Antifaschismus“

hineinpressen läßt, einen Begriff, der inzwischen in den Rang eines politischen Schimpfwortes erhoben worden ist. Ich halte die Verfahrensweise, die auf die Frage „Was bleibt?“ programmatisch antwortet: Nichts – programmatisch, denn eigentlich ist doch gemeint: Es soll nichts bleiben. Ich halte diese Verfahrensweise für luxuriös und der wirklichen politischen Situation Deutschlands für ganz unangemessen. Ich halte sie mit dem Blick auf die antifaschistische Arbeit von Schriftstellern und Künstlern, von Filmemachern und von Theaterleuten, von bildenden Künstlern wie Cremer und von Schauspielern und Sängern wie Ernst Busch auch – um mich nicht undeutlich auszudrücken – für Kulturbarbarei, für den letztlich aussichtslosen Versuch, aus deutscher Geschichte Leistungen herauszupräparieren und sie dann in Vergessenheit zu bringen, die in außerdeutschen Staaten von den USA bis nach Japan im Gedächtnis nicht nur von Bildhauern, Musikern und Germanisten aufbewahrt sind und bleiben.

Antifaschismus heute – und ich versuche nur auf einem sehr begrenzten Gebiet eine Antwort zu geben, was das meint – hat zuerst mit dem Blick in die Vergangenheit die Forderung zu erheben, dass die nun in einem Staat lebenden Deutschen sich ihrer ganzen Geschichte seit dem Jahre 1933 stellen, dem Jahre, in dem in einem weiteren Sinne die Vorgeschichte der Teilung Deutschlands begann. Antifaschismus heute hat sich gegen die bereits weitverbreitete Ansicht zu wenden, wonach mit der deutschen, friedlichen (da soll immer mitklingen: vorbildlichen) „Revolution des Jahres 1989“ nun auch abgegolten sei, was die Deutschen gegenüber ihren nahen und fernen Nachbarn abzugelten haben und abgelten können, durch Übernahme einer Verantwortung, die Mitverantwortung ist und gerade das nicht meint, was uns von den Herrschenden als „deutsche Verantwortung für Europa“ serviert und angetragen wird. Denn hinter dieser Art von Verantwortung verbirgt sich doch nur schwach der Anspruch auf Führung und auf (vor allem) ökonomisch-politische Dominanz. Antifaschismus heute bedeutet – immer mit dem Blick auf den Umgang mit unserer Geschichte – klarzustellen, dass es nicht in erster und nicht in zweiter Linie um das „Ansehen Deutschlands im Ausland“ geht, das in vielem auch nur eine Ersatzformel für den Platz und die Geltung Deutschlands als Handelspartner, Investitionsraum und einige andere wirtschaftliche Interessen bildet. Es geht vielmehr darum, wie die Deutschen sich selbst ansehen, wie sie sich selbst im Spiegel vorkommen. Denn wann und wo in Deutschland Hass gegen wirklich oder vermeintlich Fremde aufflammte und sich ausweitete, da war es um die Deutschen und um ihre eigenen Lebenssituationen und Lebensmöglichkeiten stets schlecht bestellt. Schlecht bestellt um Bürgersinn und Bürgerfreiheiten.

Die Forderung, die Ausländer, die Fremden oder wie immer die vom rechten politischen und unpolitischen Pöbel attackierten Menschen genannt werden – diese „Ausländer zu schützen“, so ehrlich und ehrenwert sie gemeint sein mag, greift in Wahrheit zu kurz. Denn wahr ist: Nur wenn und indem Ihr die Angegriffenen schützt, schützt Ihr Euch selbst – vor Euren eigenen schlimmen Zeitgenossen und deren Sympathisanten und womöglich auch vor Eurem eigenen schlechteren Ich, schützt Ihr Eure Gesellschaft vor einer Talfahrt in das Reichjenes nationalen und transnationalen Egoismus der Reichen, Begüterten und der Satten. Dieses Reich baut sich zur Festung Europa gegen die Armut des „Restes“ der Welt. Das zeichnet sich ab in den Abwehrmaßnahmen der Spanier an der Straße von Gibraltar gegen das Anlanden der Boote mit Afrikanern, in vollzogenen oder erst noch verhandelten Regierungsabkommen zur Regelung dessen, was „Ausländerfrage“ geheißen wird und was andere in der kaum noch verhüllten Absicht der Panikstiftung und der Instinktmobilisierung „Ausländerflut“ nennen.

Nicht um das Ansehen Deutschlands geht es also, sondern um seine Befindlichkeit, seinen jetzigen Zustand und seine künftige Entwicklung. Antifaschismus schloss nach seinem ursprünglichen Selbstverständnis das Eintreten für demokratische Verhaltensweisen und deren staatlich-gesellschaftliche Voraussetzungen ein. Wo Antifaschisten selbst diesen Zusammenhang preisgaben – und das war in DDR-Zeiten zunehmend der Fall – konnte das Grundanliegen, ihr eigenes, nicht unbeschädigt bleiben. Und umgekehrt: Wo die bürgerlich-demokratischen Handlungsräume eingeengt oder ganz liquidiert wurden, da schrumpfte auch der Aktionsradius der Antifaschisten. Im Angesicht von Konzentrationslagern, Fallbeil und Galgen für Menschlichkeit zu kämpfen, war in Deutschland nur wenigen gegeben. Heute hat im Osten Deutschlands schon die Verwirklichung und

selbst die bloße Drohung der „Abwicklung“ Menschen mit zweifelsfrei antifaschistischer Grundhaltung aus der Reihe treten lassen, in der sie einst standen. Das ist ein massenweiser Vorgang. Er hat, was gemeinhin vergessen wird, die Szene erst in dem zu beobachtenden Maße für die Gewalttäter und ihre Clique freigemacht. Diese Szene erinnert, so wenig sie mit ihr identisch ist, an die Geschehnisse jenes Novembertages 1938. Nicht identisch will besagen: der Pogrom fand in einem faschistischen Staat statt, und er wurde von Staats wegen anbefohlen und organisiert. Letztlich auf Befehl des Führers Hitler traten die Kolonnen der Sturmabteilungen (SA) in Aktion, begleitet, unterstützt und in ihrem Zerstörungs- und Mordwerk beaufsichtigt durch andere Nazikräfte, die SS. Nicht identisch heißt weiter: der Pogrom war Bestandteil des Übergangs zur forcierten Austreibung aller, ausnahmslos aller Juden aus Deutschland – so war Ende 1938 noch die antijüdische Strategie der Machthaber bestimmt. Nicht identisch auch, bedenkt man, dass der Pogrom gegen die Juden in einem gewissen Sinne eine große Exerzierübung war, die einen Teil des strikt im Visier der Herrschenden befindlichen Kriegsplans bildete. Er richtete die Deutschen auf das Verhalten als Herrenmenschen ab, als die sie sich in den zu erobernden Ländern erweisen sollten. Und dennoch und zweifelsfrei bedeutet die Erinnerung an den 9. November 1938 im Zusammenhang mit den Verbrechen an Ausländern heute keine Überzeichnung der Gegenwart. Keine Überdramatisierung. Denn: Die Köpfe der Gewalttäter sind 1992 nicht anders beschaffen als die der Gewalttäter von 1938. In ihnen haust eine irrationale Vorstellung von sozialen und politischen Zusammenhängen, und vor allem sind sie von Denk- und Gefühlsstrukturen beherrscht, die geschichtlich vor das Jahr 1789 gehören. Das Argument, dass in diesen Köpfen nicht viel sei, stimmt, zählt aber nicht. Auch einige wenige Stereotype sind Ausdruck, ein stark kondensierter Ausdruck, einer Ideologie. In diesem Falle in aller Regel der faschistischen.

Identität auch, was den Zustand der beifallklatschenden Menge angeht. Darüber war über lange Zeit, jedenfalls in der DDR, mit Bezug auf den 9. November 1938, viel zu wenig gesprochen und geschrieben worden. Hinter den im Vordergrund handelnden SA-Leuten und SS-Gewalttätern verschwanden jene „Arier“ im Großdeutschen Reich, die sich gesetzlich oder außergesetzlich bereicherten am Eigentum und am Elend der verfolgten Juden und die nichts anderes beklagten als die zerstörten Werte, womit die Waren und Einrichtungen der Geschäfte gemeint wurden, und die sich also um die traktierten Menschen nicht kümmerten und sorgten. An den betroffenen Opfern vorbeizusehen, um später dann auch an ihnen vorbeidenken zu können, das war 1938 massenhaft antreffbar. Das ist es 1992 wieder. Identität auch, was den Platz des Pogroms von 1938 und der pogromartigen Aktionen des Jahres 1992 im Herrschaftskalkül angeht. Gewiss: Die heute Herrschenden wollen die Beherrschten nicht auf Krieg abrichten. Aber von ihren Herrschaftsproblemen und -zielen ablenken, das wollen sie mit Sicherheit auch. Und sie sind nicht nur diejenigen, denen die zweifelsfrei anzutreffende Spontaneität der verbrecherischen Aktionen gleichsam nur recht kam. Sie haben das gesunde Volksempfinden hochgestachelt und das Aufwallen des Volkszorns gewollt, gewiss nicht in diesen barbarischen Formen, in denen er dann hervortrat. Aber sie hätten doch wissen können, dass das Anstacheln der Ausländerfeindlichkeit durch parteiinterne Instruktionen, durch die Massenpresse und auf anderem Wege in eine Situation ausmünden musste, wo sich die Nazis ihre Aktionen nicht limitieren lassen würden. Das herrschaftsinteressierte Hochputschen der sogenannten „Ausländer“ oder „Asylantenfrage“ war das politische, geistige und psychologische Vorspiel. Hoyerswerda und Rostock und die Namen anderer deutscher Städte auch weit westlich der Elbe bezeichnen ein Problem, gewiss – aber sie stehen nicht für das Problem. Soll es mit einem Städtenamen schon markiert werden, dann heißt er eher Bonn. Die Regierenden dort haben eine Aktie an der Entwicklung, wegen deren Folgen sie sich plötzlich um Deutschlands Ansehen sorgen. Die Teilnahme oder Entsendung einiger Minister zu Demonstrationen gegen Ausländerhass ist für diese Haltung keine angemessene Wiedergutmachung. Sie kann nur in der Korrektur eines falschen Kurses bestehen.

Droht uns ein neues 1938? Analysen zum heutigen Rechtsextremismus. Texte aus der Arbeitsgruppe 4 des Europäischen Antirassismuskongresses des Bundesvorstandes und der PDS/Linke Liste im Bundestag, 13.-15. November 1992 in Berlin. Resolution des 3. Parteitages der PDS zum 60. Jahrestag des Beginns der Nazidiktatur. edition Ost Berlin 1993, S. 34-37.

Mahnungen wider Ungeist

Helmut Eschwege und seine Bücher

Keine Frage: Seine Stimme wäre an diesem 9. November 1992 zu vernehmen gewesen, unter jenen Stimmen, die besorgt und empört gegen den neuaufkeimenden Antisemitismus des Wortes und der Tat sich wenden und aufrufen, sich wieder jene Erscheinungen von Ungeist und Irrationalität zu wenden, die Anfänge schon nicht mehr genannt werden können. Nun ist seine Stimme verstummt, die Feder ihm aus der Hand genommen. Helmut Eschwege starb an einem Oktobertag. Geschichtsschreibung und Publizistik haben einen Aufrechten verloren. Selbst ein Überlebender des ebenso rasenden wie kalt berechneten Judenhasses der deutschen Faschisten, verbrauchte Eschwege seine reiche, ihm bis ins weit vorangeschrittene Alter gegebene Arbeitskraft an einer Aufgabe: die Geschichte der Juden, ihrer Leistungen und ihrer Leiden, dem Gedächtnis von Juden und vor allem von Nicht-Juden aufzubewahren – zum Nutzen der lebenden und kommenden Generationen.

Helmut Eschwege hinterlässt Bücher von bleibendem Wert. Ihre Entstehungsgeschichte samt der Hindernisse, die sich vor oder gegen ihre Publikation in den DDR-Jahrzehnten stellten, dem Autor die Produktivität minderten und das Schaffen erschwerten, wird und muss geschrieben werden. Hier sei vor allem an „Kennzeichen J“ erinnert, einem Bild-Text-Band zur „Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945“ – zuerst erschienen mit einem Geleitwort von Arnold Zweig im Jahre 1966. Dann das zweite (und bislang letzte) Mal wieder aufgelegt nach zu langer Pause – erst 1981. Das Buch, entstanden lange bevor dieses Genre in „Mode“ kam, blieb nach Inhalt und Anlage unübertroffen. Seine Herausgabe durch einen kleinen linken Verlag in der Bundesrepublik hat ihm dort nur eine geringe Verbreitung verschaffen können. Ein beziehungsreicher, verkaufsstarker Verlag hatte sich zur Lizenznahme nicht entschließen können, und dies nicht allein deshalb, weil es „aus der DDR kam“. Es gab darin ein Kapitel unter der Überschrift „Vernichtung durch Arbeit“ und in ihm Dokumente, in denen nicht nur der Name der IG Farben AG vorkam, sondern auch die von Siemens und der Deutschen Bank, der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der Firma des Dr. August Oetker und auch jener der Dresdner Bank.

Als wir uns – zum vorletzten Mal – in Dresden begegneten, es war während einer Veranstaltung aus Anlass des 50. Jahrestages der Wannsee-Konferenz von 1942, sprach Eschwege zu den in einem Gemeindesaal versammelten Christen und Atheisten. Seine Gravamina an die Adresse von gutachtenden, genehmigenden oder verweigernden Behörden der DDR waren mit deren Untergang verstummt. Die Welt freien Denkens, Schreibens und Drückens schien ihm nicht erreicht. Seit die Bank mit dem Namen der Stadt an der Elbe sich wieder etabliere, sei es schwerer geworden, über ihren Anteil am Holocaust zu publizieren, sagte er, nahezu beiläufig.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 14./15. November 1992, S. 13.

Der geschichtliche Ort des 30. Januar 1933

Erscheint uns dieser vorletzte Januartag des Jahres 1933 mit dem Abstand von sechs Jahrzehnten in einem neuen oder auch nur wesentlich veränderten Licht? Und wenn er das denn täte, wodurch wurde dieses Licht erzeugt? Durch neue geschichtliche Erfahrungen, die in der Welt und im Besonderen auch in Deutschland zwischen dem 50. und dem 60. Jahrestag des Ereignisses gewonnen wurden? Durch Fortschritte in der Geschichtswissenschaft? Oder durch ein neues Kräfteverhältnis zwischen den historiographischen Strömungen, verursacht durch die Implosion des sozialistischen Weltsystems und die Krise des Marxismus, die ihm vorausging, sie begleitete und sich in deren Folge noch immer zu vertiefen scheint?

Zwei politische Blickwinkel auf das Ereignis bezeichnen die anhaltende geistige Auseinandersetzung um dieses Kerndatum deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert, einem Tag, dem wenige von gleicher Bedeutung an die Seite gestellt werden können. Aus dem einen Blickwinkel erscheint es in ferner, nahezu entschwundener Vergangenheit platziert. Die Wege deutscher Entwicklung, wird behauptet, hätten weit von ihm weggeführt. Schlussmarke dieser Entwicklung sei das Jahr 1989/90 gewesen, als aus zwei deutschen Staaten einer, die um 5 Länder erweiterte Bundesrepublik entstand. Gleichsam nebenbei erscheint in dieser Perspektive der 10. Januar 1933 als der Tag, da die deutsche Geschichte auf den Untergang des Deutschen Reiches und die Spaltung Deutschlands zusteuerte. Hitler und die NSDAP und das Naziregime werden post festum zu den Spaltern des 1871 gegründeten, dann mehrfach gewandelten Staatswesens erklärt. So hätte sich denn Hitlers Spur – um den deutschen Faschismus auf den Namen zu bringen – endgültig mit dem 3. Oktober 1990, dem Tag, da die politische Union Deutschlands entstand, verloren. Der Weg der Deutschen wäre in jene Bahnen zurückgelangt, die mit der Gründung der Weimarer Republik begangen wurden, sich aber als nicht genügend befestigt erwiesen hätten. Nun aber seien alle Deutschen in der Zweiten Republik angekommen, die Minderheit der einstigen DDR-Deutschen mit sehr großer Verspätung, auf einem langen – dem realsozialistischen – Umweg, aber eben doch – freilich noch sehr lernbedürftig, was ihr Verhältnis zu dieser Republik anlange und obendrein nicht eben durchweg auch lernfähig.

Diesem Bild stehen im neuen, vergrößerten Deutschland ein paar Tatsachen entgegen. Die die historische Idylle erheblich stören. Da sind die ermordeten Ausländer, ihre brennenden und verwüsteten Privatquartiere und Massenunterkünfte, die Demonstrationen und Krawalle der vor allem jungen Faschisten, die Sympathie eines erheblichen Bevölkerungsteils für deren brutales, die Tötung von Menschen mindestens einkalkulierendes Treiben, die lange Untätigkeit der Regierenden und ihre bis heute halbherzige und in vielem in die falsche Richtung wirkende Maßnahmen. Beliebte Formeln wie „Bonn ist nicht Weimar“, die immer doch die Assoziation hervorrufen sollen, dass ein zweiter Hitler nicht ins Haus stehe, erscheinen als zu einfach und als bloße Ablenkung von heraufgezogenen Gefahren.

Angesichts dieser Entwicklungen und Reaktionen auf sie gilt anderen Zeitgenossen der 30. Januar 1933 heute näher als er den Deutschen zehn Jahre zuvor – 1983 – war. Diese Zweite Republik droht ihnen auf ein Gleis zu geraten, das demjenigen zumindest ähnelt, das von der ersten auch befahren wurde, will sagen: sie entwickelt sich politisch und geistig nach rechts. Es lässt sich erneut ein Vorgang beobachten, der eintritt, wo in bürgerlich-parlamentarisch verfassten Staaten rechtsextreme Kräfte hervortreten und Masseneinfluss gewinnen. Es wird die ganze politische Gesellschaft nach rechts gezogen. Von den Parteien der Mitte bis zu jenen, die sich noch eben links nennen oder nennen lassen, richten sich alle aus wie eine militärische Kompanie. Nach dem rechten Flügelmann, dessen Nasenspitze der Nachbar und dann wieder dessen Nachbar zu suchen und festzuhalten hat. Der Vorgang konnte während der sog. Asyldebatte studiert werden. Als die Demokraten damit zu einem Ergebnis gelangt waren, triumphierten nicht sie, sondern am meisten die Antidemokraten.

Es sind nicht die Agitatoren der Linken, die Schwarzmaler der Zweiten Republik, welche hierzulande und häufiger noch im Ausland die Gedanken auf das Ende der Weimarer Republik und den 30. Januar 1933 lenken – es tun das die Ereignisse und die Reaktionen von deutschen Politikern und

in deutscher Bevölkerung selbst. Ein Beispiel für viele: Es wird wieder darauf gehofft, dass die selbstheilenden Kräfte des kapitalistischen Marktes und also der wirtschaftliche Aufschwung die Wende bringen würden, welche die rechtsextremen Kräfte, Parteien, Gruppierungen usw. in das Abseits drängen könnte, aus dem sie eben hervorgetreten sind. Und was, wenn sich die Krise vertieft, verlängert, die Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit von Millionen andauert, die Gesellschaft auf den verschiedensten Feldern weiter verwildert, verkommt, immer mehr Menschen aus dem abgezirkelten Bereich heraustreten oder herausgedrängt werden, in dem die Spielregeln der Demokratie gelten? Die Politiker seien am Ende ihres Lateins sagen die einen, andere zeihen sie „nur“ der Versuche mit den falschen Mitteln und Methoden.

Beide Blickwinkel auf den 30. Januar 1933 entstehen aus einer grundverschiedenen, entgegengesetzten Bewertung der Gegenwart und der gegenwärtigen Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung. Sie wurzeln in politischen Erfahrungen und Kalkülen, sie widerspiegeln weltanschauliche Standpunkte. In ihnen drückt sich häufig auch ein geistiges oder praktisches Verhältnis zum Kapital und seinen Existenzfolgen aus.

Es sind, um auf unsere Ausgangsfragen noch einmal zurückzukommen, also nicht Ergebnisse der Forschungen, die neue Sichten hervorbrachten. Vielmehr werden die Resultate der Historiker-Arbeit durch die eingetretenen geschichtlichen Veränderungen auf eine Art Prüfstand gestellt. Sie werden ungleich härteren Befragungen ausgesetzt als vor einem Jahrzehnt. Eine einzige Situation, die sich tagtäglich hundertfach zwischen Saarbrücken und Frankfurt a. O. in Deutschland abspielt, kann das verdeutlichen, denn zu fragen ist: Was helfen die mehr oder weniger dickleibigen Bücher über die Vorgeschichte des 30. Januar 1933 und die Naziherrschaft den Lehrern, die vor sich in Schulbänken Schüler sitzen haben, die in Wort, Haltung und Kleidung unmissverständlich ausdrücken, dass sie von diesem deutschen Staat, der Zweiten Republik, nichts halten.

Die Geschichtswissenschaft im DDR-Staat hat über Jahrzehnte bei der Enthüllung der Geheimnisse, die dem 30. Januar 1933 vorausgingen und zu ihm hinführten, Beachtliches geleistet. Eine derzeit in Mode befindliche Methode, diese Leistungen zu disqualifizieren, besteht darin, die vorliegenden Ergebnisse in Bausch und Bogen als bloße Ableitungen der sogenannten Dimitroff-Formel auszugeben und diese selbst wieder als Ausdruck dogmatischen Geschichtsdenkens zu charakterisieren. Praktisch geschieht alles von Staats wegen nur irgend zu Organisierende, um die Resultate der historisch-materialistischen Geschichtsarbeit aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein zu verdrängen, sie als ersten Schritt wenigstens zu marginalisieren. Am raschesten wurden bekanntlich die Geschichtsschulbücher ausgewechselt.

Nicht dieser Vorgang gibt Anlass zur Verwunderung, wohl aber die weitgehend ausgebliebene Reaktion der Historiker, deren Arbeitsergebnisse und Publikationen Von einem Büchersturm ohne Scheiterhaufen und Freudenfeuer betroffen sind. Die Historiker befassen sich zumeist mit den Versäumnissen eigener Arbeit, weißen Flecken in ihren Forschungen, mit Übertreibungen von Faktoren und der Vernachlässigung anderer. Vom Standpunkt der Moral ist das ehrenwert, aber ehrenwert ist doch wohl ebenso, dass ein Forscher, und hätte er noch so viel Grund und Ursache, sich mit seiner Theorie und Methodologie kritisch zu befassen, auf dem besteht und es verteidigt, was er nach wie vor als wahr ansieht? Es ist den Siegern des Jahres 1989/90 gelungen, und darin besteht womöglich einer ihrer unerwarteten Triumphe, einer erheblichen Anzahl von Geschichtswissenschaftlern die Furcht einzujagen, in die Dogmatiker-Ecke abgedrängt und ähnlich diffamiert zu werden, wie jene, die einst mit dem Begriff vom „jüdischen Denken“ verdächtigt und beschimpft wurden. Dieser Begriff war genauso buntschillernd und beliebig einsetzbar, wie heute der des Dogmatismus. Jener hat wie dieser eine gewisse – im Sinne der Machthaber – eine Disziplinierungsfunktion besessen.

Die Rede war von den Geheimnissen vor dem 30. Januar 1933, und in der Tat gibt es nur ganz wenige annähernd gleichwertige Ereignisse deutscher Geschichte in unserem Jahrhundert, bei denen die Täter ähnlich verdeckt handelten, wie bei der Vorbereitung der Machtübergabe an Hitler und seine Führungsgruppe. Tatsächlich sind über das zumeist Holocaust genannte Verbrechen an den europäischen Juden aus der Entscheidungs- und Befehlsebene mehr Schriftstücke überliefert als

über die Vorgeschichte des vorletzten Januartages. Von keinem der entscheidenden Zusammentreffen in Köln und in Berlin, die am 4. Januar 1933 und in den beiden darauffolgenden Wochen stattfanden, besitzen die Historiker auch nur einen Notizzettel von der Hand eines der Teilnehmer. Das aufschlussreichste Papier ist die in die Spalten des „Völkischen Beobachters“ eingerückte, im Stile eines Dementis verfasste Erklärung, die offenkundig auf Hitler zurückgeht, mit der die Naziführung auf die Enthüllung des Zusammentreffens Hitler-Papen in der Schröder-Villa reagierte. Es wurde mitgeteilt, dass die Behauptung, Hitler habe die NSDAP an die Wirtschaft verkauft, unwahr sei.

Der Mangel an Dokumenten hat naturgemäß den Kampf um die Echtheit und die Interpretation einzelner überlieferter Zeugnisse besonders genährt. Um kein Schriftstück entbrannten stärkere Kontroversen als über jenes Papier, in dem eine kleine Gruppe einflussstarker Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten gegen Ende November, also nach dem Wahltag vom 6. November 1932 mit den 2-Millionen-Verlusten der NSDAP, verlangte, Hitler an die Spitze einer neuen Regierung zu setzen. Diese Auseinandersetzung ist heute nahezu vergessen, wozu auch beigetragen haben mag, dass sich keiner der einstigen DDR-Historiker – wer sonst – die Aufgabe stellte, den Umgang mit diesem Dokument historiographisch zu rekonstruieren. Zunächst wurde bei Enttrümmerungsarbeiten in Köln auf dem Gelände des Bankhauses Schröder ein Exemplar dieses – später fälschlich oft – Industriellen-Eingabe genannten Schriftstückes gefunden. Da waren noch die verschiedensten Deutungen möglich. Hat es das Büro Hindenburgs überhaupt erreicht? Wer waren die Unterzeichner? Wenn es das Büro des Reichspräsidenten erreicht hatte, war es dann auf seinen Schreibtisch gelangt und von ihm gelesen worden oder hatte es Meissner im Vorzimmer behalten? Und wenn es das Staatsoberhaupt gelesen hatte, wurden seine Handlungen dann durch diesen Appell überhaupt beeinflusst? Alle diese Fragen besaßen eine Tendenz, nichtsdestoweniger war ihnen Berechtigung nicht abzusprechen. Beantwortet wurde aber ein erheblicher Teil dieser Fragen dadurch, dass Albert Schreiner im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam, wie es damals hieß, im Bestand des Reichspräsidenten die Spur weiter und exakt verfolgen konnte. Die Zweifler waren damit nicht zufriedengestellt. Selbstredend wäre selbst eine gehirnpathologische Untersuchung Hindenburgs nicht imstande gewesen, darüber Auskunft zu geben, ob sich „der alte Herr“, als er die Ernennungsurkunde für den Reichskanzler Hitler unterschrieb, der Eingabe von Industriellen, Bankiers, Großgrundbesitzer und Adligen erinnerte, die ihm Meissner einst, ca. zwei Monate zuvor, unterbreitet hatte.

Die Methode, Dokumente, die Kreise des Kapitals der aktiven und entscheidenden Mitwirkung bei der Errichtung der Nazidiktatur überführten, abzuwehren, war denkbar einfach: es wurden Fragen gestellt, die ihrer Natur nach nicht beantwortet werden konnten und gleichzeitig blieben die einschlägigen Konzern-Archive geschlossen. Dieses letzte Hilfsmittel, die Intrige zu verschleiern, die in Deutschland zwischen November 1932 und Januar 1933 ablief, hat keinerlei entschlossenen Protest der Geschichtsschreiber der (alten) Bundesrepublik ausgelöst. Sie haben die offenkundige Behinderung der Forschungen akzeptiert, was hier nur deshalb angemerkt wird, weil gegenwärtig der Eindruck erweckt wird, es sei das Monopol der „kommunistischen Machthaber“ gewesen, Geheimarchive anzulegen und zu hüten und nur sie hätten Gründe gehabt, die Geschichte zu eigenem Nutzen zu „begradigen“.

Die Geschichtsschreibung in der DDR ist stringent der Frage nachgegangen, wer objektiv und subjektiv das Hauptinteresse daran besaß, Hitler in der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße zu sehen. Je intensiver die Forschungen betrieben wurden und je weiter sich die Forscher von vereinfachenden Darstellungen lösten, umso tiefenschärfer wurde das Bild von den Antrieben und den Hemmungen, die jene beeinflussten, die so viel Macht und Einfluss besaßen, dass sie überhaupt die entscheidende politische Frage am Jahreswechsel 1932/33 mitbestimmen konnten. In einer knappen Aufzählung lauten die Resultate so: *erstens* hie Entscheidung für Hitler fiel nach langwierigen Auseinandersetzungen über unterschiedliche Lösungen der gesellschaftlichen und staatlichen Krise und nachdem andere Lösungsversuche (Papen, Schleicher) gescheitert oder unbefriedigend verlaufen waren; *zweitens* diese Entscheidung war bis zuletzt von Zweifeln begleitet, ob Hitler wirklich eine Lösung sei, denn es blieb die erst durch die Praxis zu widerlegende Befürchtung, seine Regierung könne unter dem Druck der Massen auf eine populistische, lies: partiell antikapitalistische oder auch nur

Kapitalinteressen ernsthaft gefährdende Linie abgleiten, *drittens* die Entscheidung für Hitler wurde aus grundsätzlichen und/oder aus taktischen Überlegungen keineswegs von allen Groß- und Finanzkapitalisten getragen, doch diejenigen, die sie nicht mittrugen und andere Lösungen bevorzugten, haben in der Geschichte keine Spur irgendeiner Gegeninitiative hinterlassen.

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik und auch in der amerikanischen Historiographie, da namentlich von Henry Ashby Turner, wurde versucht, eine solche Gegeninitiative zu konstruieren. Als Dokumentenmaterial diente diesem Zweck die überlieferte Parteinahme mächtiger Kapitalisten und Grundbesitzer für die Deutschnationale Volkspartei Hugenbergs von den Wahlen am 6. November 1932, die zum prinzipiellen Eintreten gegen die NSDAP aufgewertet wurde. In Wahrheit sorgten sich die Protagonisten der Deutschnationalen im Spätherbst 1932 darum, dass die Partei Hugenbergs, die einzige, welche die total isolierte Papen-Regierung unterstützte, auf den Tod geschwächt wurde. Sie sorgten sich um das Kräfteverhältnis auf der extremen Rechten, eine Einparteien-Regierung unter Hitlers Führung wurde nicht favorisiert und tatsächlich auch verhindert.

Kurzum: es war die Historiographie in der DDR, und es waren einige „linke“ Historiker in der (Alt-)Bundesrepublik, die in Deutschland die wenigen Trittsiegel minutiös verfolgt haben, an denen sich Hitlers Schleichweg auf den Reichskanzlerstuhl verfolgen lässt. Die Interpretation dieser Spuren war mitunter vereinfacht, aber die Spuren waren nicht nachträglich gelegt, sondern sie besaßen ihre realen Urheber. Die Historiker der DDR blieben bei dieser Arbeit und hielten sich zu Spurensicherung umso mehr verpflichtet, als die Spurenverwischung permanent unternommen wurde. Eine Vielzahl von Interpretationen des 30. Januar konkurrierte in der „westlichen“ Historiographie um die überzeugendste Widerlegung der These, dass der Reichskanzler Hitler letztlich ein Geschöpf von Kapital – d. h. von Profitinteressen war. Es setzte sich demgegenüber lange das Deutungsmuster durch, dass den „Führer“ als Geschöpf des Massenwillens ausgab. Zeitweise wurde diese Deutung staatsoffiziell, so etwa, wenn aus dem Mund eines Staatsoberhauptes in der Schlosskirche zu Bonn bei feierlichem Gedenkanlass erklärt wurde, Hitler sei gewählt worden. Dagegen verteidigte die DDR-Historiographie das deutsche Volk – zu Recht und zu Unrecht.

Zu Recht: Die NSDAP auch in der Kombination von Hitler- und Hugenberg-Partei besaß am 30. Januar 1933 keine Majorität deutscher Wähler. Sie kam am 6. März 1933 knapp über die 50 Prozentmarke und verdankte dies der Regierungsmacht, die sie bereits besaß und dem Solidarisierungsschub, den der „Tag der Machitergreifung“ auf Seiten des Kapitals bewirkte. Denn: wie immer die großen Bourgeois zu den risikovollen politischen Experiment Hitler *vor* dem 30. Januar gestanden hatten – nachdem es eingeleitet war, durfte es nicht scheitern, denn es war ein Experiment ohne Netz.

Zu Unrecht: Hitlers Partei hatte auf dem Tiefpunkt der Krise des Weimarer Staates nahezu 40 Prozent der Wähler mobilisiert und war trotz Verluste gegen Enten 1932 noch immer bei weitem die stärkste Partei unter allen deutschen Parteien. Sie behauptete am 6. November 1932 ein Drittel der wir stimmen und gegenüber der zweitstärksten Partei, der Sozialdemokratie, einen Vorsprung von nahezu 4½ Millionen Wählern. Die der NSDAP folgten, wollten deren Führer auch in der Wilhelmstraße sehen, wo sie ihm seit dem 30. Januar wieder und wieder huldigten. Und selbstredend wäre dieser Hitler eine politisch völlig uninteressante Figur gewesen, hätte er nicht jene Massengefolgschaft zusammengetrommelt, die er im Weimarer Staat als eine Oppositionsbasis formierte und die im neuen Reich – erweitert – dessen stabile Massenbasis Abgaben.

Diese Millionen traf, diese Bewertung teilte auch die DDR-Historiographie, eine Mitverantwortung für den 30. Januar 1933. Sie war gegenüber der Verantwortung der die grundlegenden Entscheidungen beeinflussenden Eliten der Wirtschaft, des Staates und auch des Militärs nicht prozentual zu bemessen. Sie war unbestreitbar, aber sie war unbestreitbar geringer, denn nicht das Votum der Krauses in den Wahlkabinen, sondern das Stimmgewicht der heimlichen Kanzlermacher hatte den Anschlag für Schleichers Sturz und für Hitlers Nachfolge gegeben. Nichtsdestoweniger: Herrschafts- und Profitinteressen und Massenverhalten am Ausgang des Jahres 1932 gehören zusammen. Jene hätten sich ohne diese nicht auf Hitler gerichtet. Die Massengefolgschaft war nächst dem

Programm der nazistischen Führungsgruppe die wichtigste Bedingung für Hitlers Aufstieg zum Staatsmann.

In der Tat darf das Programm in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, denn die Massengefolgschaft war für die Mächtigen in Deutschland doch eben nur insofern interessant, als sie sich auf ein Programm festlegen ließ, das kommunisten-, sozialdemokraten-, gewerkschafts- und ganz allgemein demokratiefeindlich war. Nicht zufällig haben die verschiedensten Kapitalkreise vor dem 30. Januar 1933 daher einen erheblichen personellen Aufwand betrieben, das wirkliche Programm der NSDAP-Führungsgruppe zu ergründen, und Hitlers und anderer Naziführer Auftritte in Kreisen des Kapitals bezeugen, dass die an die Macht drängenden Faschisten sich dieses Interesse bewusst waren und es zu befriedigen trachteten.

Die DDR-Historiographie hat den Platz des 30. Januar 1933 durch die Bezugnahme auf zwei Ereignisse deutscher und internationaler Geschichte näher zu bestimmen gesucht. Das eine war die Kriegsniederlage von 1918 und die Novemberrevolution. Das andere der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929 und deren verheerende Wirkungen in Deutschland. Mit der einen Dimension wurden strategische Interessenlagen erfasst, mit der anderen eher taktische.

Die deutsche Gesellschaft hatte sich zu Ende der zwanziger Jahre mit der Niederlage und dem Versailler Friedensdiktat nicht abgefunden. Wie sollte sie auch, wenn ihr zehn Jahre nach dem Vertragsabschluss eine bis in das Jahr 1988 reichende Reparationszahlungsforderung präsentiert wurde? Alle Parteien forderten die Revision, ein Satz, der nur wahr ist mit dem Zusatz, dass die Parteien der Arbeiterbewegung einen Revanchekrieg ablehnten. (Es ist eine andere Frage, ob dieser Zusatz von ihren Anhängern immer mitgehört und auch dann noch behalten wurde, als diese Parteien illegalisiert waren. Weit verbreitet war der Gedanke, eine Rechnung noch zu begleichen. Niemand forderte ihn lauter als die Agitatoren der Nazibewegung. Ihr Durchbruch zur Massenpartei in Deutschland war das Ergebnis der Anti-Versailles-Kampagne des Jahres 1929, bekannter unter der Bezeichnung Volksbegehren gegen den Young-Plan, ein Durchbruch am Vorabend der sich explosionsartig ausbreitenden Wirtschaftskrise.

Das Massenelend der Weltwirtschaftskrise wurde zum Lebens- und Aufstiegselixier der NSDAP und es führte zugleich zu einer deutlichen politischen Polarisierung der deutschen Gesellschaft. In den Kreisen des Kapitals existierten und verschärften sich zwei Befürchtungen: eine ökonomische, die als Folge der nicht endenwollenden Krise einen ernsten Rückschlag im schwer gewonnen Kräfteverhältnis zu den ausländischen Konkurrenzmächten kommen sah – und eine politische, die den Umschlag der sozialen in eine politische und Herrschaftskrise einkalkulierte. Es ist nicht zu klären, welche dieser beiden, ja in den Personen nicht separat existierenden Befürchtungen die von Hitler geführte Partei attraktiver machte, die sowohl die Überwindung der wirtschaftlichen wie der politischen Krise versprach.

Noch schwieriger scheint die Aufgabe, zu klären, welche der beiden Dimensionen – die zum Jahr 1919 oder die zum Jahr 1929 – für die Entscheidungen zugunsten der NSDAP-Führungsgruppe den Ausschlag gab. Wie stark war 1932 in den Eliten von Wirtschaft, Staat und Militär bereits die Fixierung auf den Revanchekrieg und wie stark wirkte das akute Interesse an einem Anti-Krisen-Management. Hat sich die DDR-Historiographie die Beantwortung dieser Frage zu einfach gemacht und die Zustimmung führender Kapitalisten zu Hitlers Kanzlerschaft und zur Liquidierung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie von vornherein mit der Zustimmung zu jenem Kriege gleichgesetzt, der am 1. September 1939 begann? Waren die Kanzlermacher 1933 nicht außenpolitisch friedfertiger als sie von einer doch insgesamt den Imperialismus anklagenden Historiographie dargestellt worden? Kurzum: Sind DDR-Historiker nicht mit dem Wort von den „imperialistischen Kriegstreibern“ zu leichthändig, pauschalisierend umgegangen? Haben wir uns womöglich den Prozess, in dem sich ein Verbund von Eliten zu Kriegsvorbereitung und Krieg entschloss, vereinfacht vorgestellt?

Für die Frühphase der DDR-Historiographie mag das gelten und auch imperialistische Drohungen mit dem Atomkrieg mitbeeinflusst worden sein. Später wurde die Abbildung des Weges in den

Krieg und der Haltung führender Politiker, Militärs und Wirtschaftler zum Kriegskurs differenzierter. Eine prinzipielle Antikriegsfraktion konnte bei diesen Forschungen freilich nicht entdeckt werden. Der Krieg galt in den deutschen Eliten als ein legitimes Instrument der Durchsetzung der eigenen, als national ausgegebenen Interessen. Das traf natürlich in erster Linie auf die Militärs zu, denen Hitler schon am 5. Tag seiner Kanzlerschaft über seine langfristigen Pläne den klarsten Wein einschenkte.

Methodologisch könnte gefragt werden, ob wir uns die Angehörigen der herrschenden Klasse nicht alles zu statisch vorgestellt haben, etwa in der Art: sie suchten einen Mann für die terroristische Diktatur nach innen und den brutalsten Eroberungskrieg nach außen und am 30. Januar 1933 hatten sie ihn. Diese Vorstellung, die so vereinfacht, wie sie hier referiert wird, in Forscherköpfen sicher nicht gesteckt haben mag, konnte auch in einer wenigen, weniger groben Form die Sicht auf Entwicklungsprozesse in den sogenannten Eliten selbst verbauen. Nichtmarxistische Historiker haben diesen Angehörigen der Eliten Entlastung von ihrer maßgeblichen Verantwortung für den Krieg dadurch zuteilwerden lassen wollen, dass sie ihnen – nicht anders als dem Volke insgesamt – eine bloße Gefolgschaftsrolle zuschrieben, sie – nicht anders als die Massen – als Verirrte oder Vorführte darstellten, die mitgemacht hätten, weil auch ihnen keine Wahl geblieben sei.

Diese Apologie erledigt sich auch mit dem Blick auf die Vorgeschichte und Geschichte des Ersten Weltkrieges, als die größenwahnsinnigen imperialen Forderungen deutschen Politiker, militärischen Führern, großen Kapitalisten und Grundbesitzern noch locker von den Lippen und in die Schreibfedern gingen. Gefragt werden kann und muss aber, ob die Entscheidung für Hitler vor dem 30. Januar 1933 nicht auch für jene, die sie trafen, forderten oder mindestens stillschweigend billigten, der Beginn eines qualitativ neuen Abstiegs war, denn wer sich einen Barbaren als Regierungschef favorisiert, kann sich vorher und nachher zwar wie Pilatus öffentlich oder – anders als er – insgeheim die Hände waschen, unbeschädigt bleibt er von diesem Entschluss und seinen Folgen nicht.

Wenn die Physiognomie der Kapitalistenklasse und der Kaste der großen Grundbesitzer zwischen den beiden Weltkriegen noch so viele weiße Flecken aufweist, so liegt das auch daran, dass die politischen, militärischen und – mit Abstand – die geistigen Prozesse in der deutschen Geschichte jener Jahre vergleichsweise eingehender erforscht wurden als die wirtschaftlichen. Diese Tatsache steht in einem merkwürdigen Kontrast zum historisch-materialistischen Ansatz der DDR-Historiographie. Sie hat bezeichnenderweise keine Biographien zu Personen wie Schacht, Hugenberg, Funk, Keppler vorgelegt. An den historischen Sektionen der Universitäten war die Wirtschaftsgeschichte insgesamt durch eigene Lehrstühle und Arbeitsbereiche nicht vertreten. Das zeigt Disproportionen, die man wohl als Folge einer Entfernung vom marxistischen Ansatz werten und sich eingestehen muss.

Die kürzeste und umstrittenste – über Jahrzehnte und bis in unsere Tage umstrittene Bewertung des Ereignisses vom 30. Januar 1933 erfolgte durch die Aussage, es sei an diesem Tage „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ errichtet worden. Diese Definition des Faschismus an der Macht wird Dimitroff zugeschrieben und von ihr – in pejorativer Absicht – auch als die „Dimitroff-Formel“ gehandelt. Die Geschichtsliteratur der DDR hat zu dieser Zuschreibung beigetragen, so, wenn im Wörterbuch der Geschichte von 1983 die zitierte Definition mit der Quelle „Dimitroff, Schriften, Bd. 2, S. 525“ angegeben wird. In Wahrheit findet sich die Charakteristik zuerst im Dezember 1933 in einem Beschluss-Text des XIII. Plenum des Exekutiv-Komitees der Komintern. Sie wurde formuliert, da Dimitroff hinter den Gefängnismauern in Deutschland saß und gegen ihn gerade vor dem Reichsgericht in Leipzig prozessiert wurde.

Wäre zuerst zu fragen, warum diese Zuschreibung auf das Jahr 1935? Die Antwort erscheint einfach, weil die Thesen dieses Plenums unter der Überschrift „Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien“ in vielen Passagen nichts von dem neuen Denken erkennen lassen, das sich zögernd, schleppend und mit vielen Rückschlägen im Prozess der gedanklichen Aufarbeitung des Januar-Ereignisses in Deutschland auszubreiten begannen. Da fand sich die Behauptung vom Übergang in die revolutionäre Krise (S. 269), von der gleichzeitig erschwerten

wie beschleunigten revolutionären Entwicklung (270), vom Kampf gegen die Sozialdemokratie, für die Einheitsfront von unten (S. 276).

Meines Wissens ist dieser Text in der DDR ein einziges Mal und das in einem Manuskript vom Januar 1956 wieder gedruckt und für Zwecke der innerparteilichen Lehre benutzt worden. Seine Aufnahme in eine Broschüre, die die Parteihochschule herausgab, erscheint angesichts der bereits erfolgten Auseinandersetzungen um den Zugang zu den Originaltexten der KPD aus der Zeit der Weimarer Republik eher als verwunderlich. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen war beispielsweise Erich Paterna 1952 von der Schule verdrängt und an die Humboldt-Universität abgeschoben worden.

Die Feststellung, dass die zitierte Formulierung von 1933 stammt, besitzt für ihre Bewertung einige Bedeutung. Bevor dazu einige Worte gesagt werden, sei daran erinnert, dass es – obwohl sich die Attacken gegen die marxistischen Faschismus-Analysen immer auf diese Definition bezogen und sie sich auch auf sie verkürzten – nie dazu kam, dass die Historiker zu DDR-Zeiten in eine Prüfung der Frage eintraten, inwieweit diese Definition „ein Kind ihrer Zeit“ war und ob nicht die darauffolgenden 11 Jahre Herrschaft des Faschismus in Deutschland Tatsachen hervorgebracht und Prozesse erzeugt hätten, die eine erneute Analyse verlangten. Die Definition ist eher als ein Erzeugnis marxistischer Voraussicht von Geschichtsprozessen herangezogen worden, und dies wiederum war keineswegs ein Akt der Willkür, denn es ist und bleibt wahr, dass die Faschismus-Analysen der Komintern von 1933 wie von 1935 eine Vielzahl prinzipieller wie einzelner Aussagen boten, die durch den weiteren Geschichtsverlauf als völlig zutreffend bestätigt wurden.

Wenn, was doch geschah, der deutsche Faschismus als die ausgeprägteste Form dieses Staatstyps angesehen wurde, dann war zu fragen, ob seine Herrschaft, die Entwicklung zum und im Zweiten Weltkrieg, das Okkupationsregime mit seinen Massenmorden und schließlich das Massaker an etwa 6 Millionen Juden nicht auch für die definitorische Kennzeichnung des Faschismus folgen besaß? Fragen in dieser Richtung wurden aufgeworfen, doch besaßen sie nie die erforderliche Zielstrebigkeit und Konsequenz. Es mag auch die Befürchtung mitgewirkt haben, dass eine Ergänzung und Korrektur der Grundaussagen das Wesen verwischen würden. Erst eine historiographische Darstellung der Faschismus-Forschung in der DDR wird die Frage sicher beantworten können, wie mit der Definition von 1933 umgegangen wurde, inwieweit Forschungen im Detail über sie hinausführten und ob die Bezugnahme auf diese Charakteristik eher erkenntnisleitend oder stärker erkenntnishemmend gewesen ist.

Ich will wenige kritische Ergänzungen vortragen:

Die erste bezieht sich auf die Aussage, dass es sich bei der faschistischen Diktatur um eine *offene* terroristische Herrschaft des Kapitals gehandelt habe.

Diese Aussage scheint mir unter dem Eindruck der blutigen Aktionen formuliert worden zu sein, die sich wie eine Kette im ersten halben Jahr der Naziherrschaft aneinanderreihen: die Verfolgungen nach dem Reichstagsbrand, die Errichtung der Konzentrationslager, die Torturen, von denen Geflohene in den ersten gedruckten Berichten im Ausland berichteten, die schauerlichen Untaten der Köpenicker Blutwoche, die Todesurteile gegen die Kommunisten durch ein Hamburger Gericht und die vollstreckten: Urteile ... Verbrechen, die das Ausland in vielen seiner politischen Strömungen empörte und zum Protest herausforderte. Man könnte fragen, warum unter dem Eindruck dieser zweifelsfrei bezeugten: Nachrichten das Wort „verbrecherisch“ nicht in die Charakteristik des Regimes einging? Und weiter fragen, ob drei oder vier Jahre später, da wären wir in den Tagen der Olympiade von 1936, mit dem gleichen Recht vom *offen* terroristischen Regime geschrieben: werden konnte? Hatte es sich nicht, und nicht nur für die Wochen der Spiele, ein gesitteteres äußeres aufgeschminkt und verstand es nicht, diese Maske zu tragen? Exzessiv wie 1933 wurde der Naziterror wieder gegen Ende des Krieges 1944/45, namentlich darin in der Stunde der Agonie, und da tobte er wieder offen, was doch auch heißt: Öffentlich, für jedermann sichtbar, nicht versteckt. Fraglich wäre also, ob dieses durchweg, an jedem Tage seiner Existenz verbrecherische Regime nicht gerade dem Bedürfnis Rechnung trug, sein Verbrechertum zu verstecken?

Eine zweite Frage, die an die Definition von 1933/35 zu knüpfen ist – und vor allem sie wurde ja auch zu DDR-Zeiten gestellt –, lautet, ob die Massenbasis des Regimes, die in deutscher (aber auch in italienischer) Geschichte für ein kapitalistisches Regime ganz außerordentlich war – wenn man Jahre im Auge hat und nicht einzelne Tage wie etwa die des Sieges von Sedan 1870 oder den August 1914 in Deutschland – ganz außerhalb auch einer verkürzten Charakteristik bleiben konnte. Diese Frage war bereits für 1933 zu stellen, denn welcher Wandel hatte sich in der Regimebasis binnen weniger Monate vollzogen, verglich man Hitlers Stellung zum Zeitpunkt der Volksabstimmung über den Völkerbundsaustritt im November 1933 mit der Stellung eines Reichskanzlers Papen oder der Schleichers ein: Jahr zuvor! Diese Basis war in ihren Kernbezirken stabil und weitete sich zu einer Übereinstimmung von Führung und Volksmassen aus, von der die gegenwärtige deutsche Regierung nicht einmal an den erinnerlichen Tagen des Jahres 1990 rechtens reden konnte. Wo lagen die Hemmungen, diesen Tatbestand anerkennen und ihn als eine Quelle der furchtbaren Macht dieses Regimes sich einzugestehen? 1933 möge der Autor oder die Autorin der Faschismusdefinition noch an die große Desillusionierung der Massen im Jahre 1934 oder 1935 geglaubt haben, aber 1936 und dann erst 1938 beim „Heimkehren“ Österreichs ins Reich und 1940 beim Triumph über das schlecht geführte Frankreich? In dieser Richtung hat nach meinem Urteil der Mangel in der Definition auch erkenntnishemmend gewirkt.

Drittens und letztens: 1933 konnte noch geglaubt werden, dass die spezifisch faschistische Ausprägung bürgerlicher Ideologie mit ihrer zentralen antijüdisch aufs Äußerste zugespitzten These vom Rassenkampf als dem Beweger der Weltgeschichte über die Bedeutung einer Parteiideologie, über die Bedeutung einer wahnhaften Vorstellung in einer fanatischen Minderheit nicht hinausgelangen werde. Dieser Grad geistiger Verblendung und gefühlsmäßigen Aufpulverung, der dann erreicht wurde, schien nicht recht vorstellbar, und man fragt sich, mit dem Blick auf den schon erwähnten Augusttag 1914: Warum eigentlich nicht? Jedenfalls war das die Zeit, da über die Nazi-Ideologie noch Witze gemacht werden konnten, die einem später schon vor den Lippen erstarben. Die Schwierigkeit, um es verkürzt zu sagen, „Auschwitz“ in die Definition des Faschismus zu bringen, schien evident, denn „Auschwitz“ gehört den Deutschen, doch gehörte es auch den Faschisten in Italien, in Kroatien, in der Slowakei und in den Niederlanden und anderswo, die Auschwitz belieferten, wenn diese es auch nicht erfunden, installiert und in Gang gesetzt hatten, so belieferten sie es doch. Wissentlich. Auch eine Kurzcharakteristik des Faschismus kann an dieser Aufgipfelung der Barbarei nicht vorbeigeschrieben werden. Meine eigenen Forschungen hätten mich am ehesten zu einem Fürsprecher dieser „Ergänzung“ machen müssen.

Die Überlegungen, die auf Mängel verweisen oder Fragen erst einmal anbringen, die womöglich zu deren Aufdeckung führen, sind aus meiner Sicht aber eine wesentliche, aber keine Fundamentalkritik. Ich vertrete die Aufrechterhaltung des Begriffs Faschismus in der Soziologie. In seiner Preisgabe und in der Übernahme der Selbstkennzeichnung „Nationalsozialismus“ erblicke ich einen Rückschritt. Das Ausweichen auf das Kürzel vom „NS-Regime“ ist ohne jeden gedanklich herausfordernden oder gar orientierenden Wert, sondern nur ein verschämtes Eingeständnis, das man sich letztlich nicht aus einem Etikettenschwindel der Urheber befreien kann.

Die keineswegs einzig in den Rahmen des marxistischen Denkens gestellte Frage nach der Beziehung von Kapital und Faschismus, von sozialer Basis und politischer Bewegung, später von Staatsmacht ist keine gekünstelte oder erkünstelte Fragestellung von Kapitalismusfeinden auf der linken Seite der Gesellschaft, sondern der Beobachtung der Wirklichkeit selbst entnommen. Bis 1933 war im marxistischen Denken klar, dass diese extrem rechten Führungsgruppen nicht das Kapitalinteresse insgesamt repräsentieren können, das in sich selbst widersprüchlich und nur in den Momenten versöhnbar ist, da es existenzbedroht wird oder sich existenzbedroht fühlt. Die Charakterisierung der faschistischen Herrschaft als eines Regimes, das vor allem anderen expansionistische Kapitalinteressen nach innen und außen verfolgt, wurde durch die Geschichte auf dramatische, für Millionen Menschen tödliche Weise erwiesen. Die Forschungs- und Erkenntnisprobleme begannen gleichsam hinter der Grundaussage: Welche und wessen Kapitalinteressen, wie übersetzen sich diese Interessen im faschistischen Staat in politische Entschlüsse und von Massen getragene oder zu-

mindest hingenommene Aktionen, welche Verwerfungen zwischen dem Profitinteresse und den strategischen Konzeptionen des Staates und deren Umsetzung ergaben sich. Fragen in dieser Richtung wurden in der DDR-Historiographie früh aufgeworfen, mitunter auch verworfen. Einer, der sie formulierte, Günter Paulus, verlor seinen Posten am Geschichtsinstitut der Akademie. Von ihm stammt das einprägsame Sprachbild, wonach Hitler anfangs der beste, später der schlechteste Mann des Finanzkapitals war. Daran ließen sich viele Fragen festmachen. Sie betreffen das zentrale Basis-Überbau-Verhältnis und dessen Entfaltung während der 12 Jahre der faschistischen Herrschaft. Das führt über die begrenzte Aufgabe dieses Vortrags weit hinaus zum Generalthema der Wirkungen und Folgen der Machtübergabe auf das Kapital selbst.

War bisher im Zusammenhang mit dem 30. Januar 1933 von jenen die Rede, die auf Hitlers Kanzlerschaft hinwirkten und sie durchsetzten, so soll im Weiteren kürzer ein Wort zur Darstellung der Gegenkräfte in der DDR-Historiographie gesagt sein. 1933/34 war schon der Weg, den 30. Januar 1933 als eine folgenschwere Niederlage der Arbeiterbewegung einzugestehen, steinig und lang. Länger noch wurde seine Fortsetzung, diese Niederlage partiell als selbstverschuldet zu bewerten. Das politische Bekenntnis dazu, abgegeben in der viel zitierten Erklärung vom Juni 1945, wurde durch solide wissenschaftliche Untersuchungen nie befestigt. Die mit den Jahren immer deutlicher werdenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Historikerschaft der DDR über diese Seite der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 wurden auch intern nur ansatzweise ausgetragen. Den Eklat gab es erst bei der Diskussion der Manuskripte für den später nicht bis zum Druck geratenen Band 7 der Deutschen Geschichte, der die Jahre 1918-1933 umfassen sollte.

Das im Institut für Marxismus-Leninismus entstandene Manuskript, das die Rolle der KPD in den Jahren 1929 bis 1933 behandelte, stellte selbst gegenüber früheren Publikationen einen Rückschritt dar und konnte nur aus einem Selbstverständnis geschrieben werden, das die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ jeder selbstkritischen Rechenschaftspflicht enthoben glaubte. Die alte und falsche These, wonach 1932 in Deutschland nur noch Reste der Demokratie existiert hätten, folglich nicht mehr viel an demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution zu verteidigen gewesen sei, diente wieder dazu, das Versagen vor der Notwendigkeit einer tiefgreifenden eigenen Kursänderung in der KPD-Politik vergessen zu machen. Dass diese Verweigerung zu einer in die Geschichte gerichteten Selbstkritik mit der Verweigerung einer politischen Kurskorrektur an der SED-Spitze zusammenfiel, mag man als einen Zufall ansehen oder nicht. Zweifelsfrei trug die in den siebziger und achtziger Jahren weiter absinkende Bereitschaft, die KPD-Geschichte nach den gleichen Maßstäben kritischer Geschichtsbeschreibungen zu untersuchen, die auch sonst gelten, dazu bei, auch den Blick in die Gegenwart zu entschärfen.

Die These, wonach die Weimarer Republik im Würgegriff ihrer rechten und linken Gegner untergegangen sei, hat gewiss mit dazu beigetragen, für die KPD den „Gegenbeweis“ antreten zu wollen. Sie sollte als die Verteidigerin der Ergebnisse von 1918/19 erscheinen; die von den Faschisten ermordeten kommunistischen Arbeiter dienten als die unwiderlegbaren Beweise für diese Verteidigung. In Wahrheit wollte die KPD über Weimar hinaus nach Sowjetdeutschland. Dies galt den Führern wie den Massen als die Alternative zu Nazideutschland. Die sich nicht erst aus dem Rückblick aufdrängende Frage, was zu tun sei, wenn diese Alternative nicht durchsetzbar war, ob dann nicht ein bescheideneres, aber erreichbares Alternativziel zu formulieren und anzustreben sei, wurde nie ernsthaft gestellt und erwogen. Die KPD hat ihre eigenen Kräfte überschätzt und mehr noch ihre Perspektiven.

Es ist eine hypothetische Frage, welche Folgen eine Kurskorrektur zur strikten Verteidigung des Weimarer Staates, so schlecht wie er seit Brüning geworden war, für die KPD selbst gehabt haben würde. Nach allem was wir wissen, wäre jeder, der sich in dieser Weise engagiert hätte, als ein „Rechter“ abqualifiziert worden. Die KPD hat den Weimarer Staat nicht erwürgt, aber sie hat ihn schlecht und mit einer falschen akuten Zielsetzung verteidigt. Sie hat Hitler so nicht verhindern können. Das ist nicht ihre Schuld, aber es ist ihre Mitschuld.

Die Geschichtsschreibung der DDR hat sich in der Kritik dieser KPD-Politik nicht weiter „vorgewagt“ als bis zur Linie, die 1935 auf dem 7. Weltkongress und der auf ihn folgenden Parteikonfe-

renz erreicht worden war. Immer wieder wurden auch Stimmen laut, die diese Kritik als zu weitgehend und aus dem deprimierenden Augenblick erklärten. Dass damals eine neue Generallinie gefunden worden sei, wurde bestritten; der Ausdruck wäre allein der Absicht geschuldet, pädagogisch einprägsam zu formulieren. Das führte – wieder intern – zu ermattenden Diskussionen.

Die Frage, wie nach einer angeblich grundlegenden Wende dann im Jahre 1939 die alten Geschütze gegen die Sozialdemokratie wieder hervorgeholt und abgefeuert werden konnten – mit der Beschuldigung vor den sozialdemokratischen Kriegstreibern – wurde nicht ernsthaft gestellt. Sie hätte, richtig beantwortet, zu der Erkenntnis führen müssen, dass die tatsächlich neu formulierte Generallinie im Denken und Handeln vieler Kommunisten kaum tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Es wäre auch zu fragen gewesen, warum die Kritik des Jahres 1935 im kurzen Lehrgang Stalins keine Erwähnung für Wert gehalten wurde. Auf dem Wege dieser und weiterer Fragen hätte sich ein Bewusstsein entwickeln können, dass die Lehren des Jahres 1933 nicht so leicht als gelernt ausgeben konnten. Das Ringen um den – zunächst immer geistigen – Realitätsgewinn und gegen den – zuerst immer geistigen – Realitätsverlust innerhalb der deutschen Linken wartet ebenfalls noch auf eine adäquate geschichtliche Darstellung.

Der 30. Januar 1933 war, als er sich ereignete, ein Datum deutscher Geschichte. Er wurde durch seine Folgen ein Datum europäischer Geschichte. Die weitsichtigsten Köpfe im Ausland, unter ihnen Revolutionäre und Konservative, haben diese Entwicklung vorhergesagt. Ihre wichtigste Warnung war die, dass dieses Regime auf einen Krieg zusteuern wollte und würde, wenn man es daran nicht rechtzeitig hindere. Das hatten die deutschen Kommunisten schon 1932 erklärt, ohne aus ihrer Erkenntnis die strategischen und taktischen Schlussfolgerungen zu ziehen, die ihr eigentlich innewohnten. Der Krieg galt in den Reihen der Kommunisten als eine furchtbare Geisel der werktätigen Massen. Die ihn wollten, wurden bekämpft, aber er galt doch auch noch mit und aus dem Rückblick auf das Jahr 1917/18 als ein Beschleuniger der revolutionären Prozesse. Dieses Doppelverhältnis zum Kriege gehört auch zu den kaum untersuchten Themen, dabei hat es doch das Verhältnis zum Faschismus mindestens indirekt nur beeinflusst. Und es hat sich dieses Verhältnis in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, also nach der Produktion der Atomwaffen noch behaupten können. Chruschtschow konnte in Berlin noch drohen, dass Westdeutschland, würde die NATO einen Krieg auslösen, in diesem Krieg mit Atombomben verlöschen werde wie eine Kerze.

Das führt mich zum meiner letzten Bemerkung in diesem Zusammenhang: Die Stellung und der Kampf der Kommunisten in Deutschland gegen Hitlers Aufstieg und die Errichtung der faschistischen Diktatur, der in seinen Anstrengungen und mit seinen Opfern für immer denkwürdig bleibt, wurde nicht in erster Linie aus der Wahrnehmung dieser Kriegsgefahr hergeleitet. Sie wurde vielmehr als eine zusätzliche Herausforderung aufgefasst, die eigenen proletarisch-revolutionären Ziele bald und vollständig durchzusetzen. Diese Sicht hat etwas von jener Haltung, die viel später als das Lösen der Probleme im Vorwärtsschreiten bezeichnet worden ist. Es wurde 1932 nicht verstanden, dass sich die ganze Linke auf Verteidigung umstellen musste, Angriff galt als die beste Verteidigung. Hier ist dann weiter zu fragen: inwieweit nicht das Geschichtsdenken der Kommunisten in einer falschen Ausdeutung des Jahres 1917 nur ein Denken in den Kategorien des Angriffs zuließ, jedenfalls bis 1933. Die internationalen Kämpfe des Jahres 1934 bezeugen in ihrer Anlage und ihrem Verlauf – Frankreich, Österreich – ein verändertes Denken.

Meine abschließenden Feststellungen sind alles andere als beruhigend. Die grundlegenden Lehren des 30. Januar 1933 sind entweder nie gelernt oder zu einem erheblichen Teil vergessen worden. Bewiesen wird das zum einen durch die famose These, ein gut funktionierender, wenigstens zwei Drittel der Gesellschaft sozial und vor allem materiell zufriedenstellender Kapitalismus, der obendrein das übrige Drittel einigermaßen durchfüttert, sei die sicherste Barriere gegen einen erfolgreichen Faschismus. Diese These, hält den faschismus-resistenten Kapitalismus für machbar, abstrahiert von Unwägbarkeiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, vertraut auf die cleveren Macher und zeichnet sich vor allem durch eine durch ein Klischee gebremste Phantasie aus, die sich Faschismus nur als eine Wiederholung seiner Vorgänger aus den zwanziger und vierziger Jahren vorzustellen vermag.

Bewiesen wird die These von Lernunfähigkeit und Vergesslichkeit im Hinblick auf den 30. Januar 1933 aber auch durch die von wenig Kenntnis oder gar Einsieht in die Geschichte zeugenden Kämpfe innerhalb der Linken, die über den Kapitalismus nach wie vor hinauswill. Sie könnte, selbst in eine lange Phase der Verteidigung und Selbstbehauptung gedrängt, aus der Vorgeschichte der Vernichtung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes lernen und den geistigen Kämpfen innerhalb der Arbeiterbewegung manches entnehmen, was ihr deren Wiederaufführung ersparen würde. Denn mit dem Eintritt in eine neue Periode von Auseinandersetzungen um die Menschheitszukunft sind nicht alle Erfahrungen der Vergangenheit entwertet, muss daher nicht unbedingt dasselbe Lehrgeld noch einmal entrichtet werden, dass die vorausgegangenen und toten Generationen schon haben bezahlen müssen.

Vortrag in einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Jena. In: 1933-1993. Fragen an die deutsche Geschichte – Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Hrsg. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1993, S. 7-22.

Spediteur des Todes

Franz Novak – der Transportoffizier im Eichmann-Apparat

Der Mann, von dem auf den folgenden Seiten die Rede sein wird, war eine der Schlüsselfiguren im Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin. Im Zentrum der Stadt, in der Kurfürstenstraße 116, arbeitete er, gemeinsam mit einer Sekretärin und zeitweilig mit einem weiteren Mitarbeiter, Wand an Wand mit seinem Referatsleiter Adolf Eichmann. Verließ er seinen Büroraum, gelangte er in ein großes Vorzimmer, das er sich mit Eichmann und dessen Stellvertreter Rolf Günther teilte. So war ganz umständelos sein Kontakt mit den beiden Vorgesetzten im „Judenreferat“ gewährleistet – eine Verbindung, die er brauchte und nutzte.

Franz Novak war von September 1941 bis spät in das Jahr 1944 damit beschäftigt, den Transport der Juden aus Deutschland und aus den von Deutschland besetzten oder mit ihm verbündeten Ländern zu den Vernichtungsstätten und -lagern oder in die Ghettos, die teils Stätten der Vernichtung, teils Wartestationen auf den Tod waren, zu organisieren. Von seiner Aktivität, seiner Ausdauer und Verlässlichkeit hing der Erfolg des ganzen Eichmann-Apparates entscheidend ab. Novak sicherte mit seinem Tagewerk, dass die Gaskammern in Auschwitz und in den Vernichtungsstätten der „Aktion Reinhard“ (Belzec, Sobibor, Treblinka) mit jüdischen Opfern gefüllt werden konnten. Se in Einsatz wurde von den ihm übergeordneten SS-Offizieren anerkannt. Mehrfach wurde er befördert. Er galt als unentbehrlich und gelangte nicht einen Tag als Soldat an eine der Fronten des Zweiten Weltkriegs, jedenfalls nicht, solange Auschwitz existierte und „arbeitete“.

Über Franz Novak wäre wenig bekannt, hätten gegen ihn nicht in Wien vier Gerichtsprozesse stattgefunden, deren Akten im dortigen Landesgericht für Strafsachen aufbewahrt werden und der historischen Forschung zugänglich sind. Dem war am 20. Januar 1961 Novaks Verhaftung durch ein Kommando der Wiener Polizei vorausgegangen. Und davor wieder hatte ein Verlangen der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main gelegen, die darum gebeten hatte, nach diesem Novak, dessen Aufenthaltsort bis dahin unbekannt war, zu fahnden und ihn hinter Schloss und Riegel zu setzen. Dass dieses Ersuch en aus der Bundesrepublik Deutschland nach Österreich gerichtet worden war, hatte seinen Grund in Novaks Biographie. Er war in Österreich, genauer: vor dem Ersten Weltkrieg in der k. u. k. Monarchie geboren worden, hatte später aber die österreichische Staatsbürgerschaft aberkannt bekommen und war „Reichsbürger“ Nazideutschlands geworden. Wie es sich mit seiner Staatsangehörigkeit nach dem Mai 1945 verhielt, war zunächst noch unbekannt.

Novaks Verhaftung nahezu fünfzehn Jahre nach dem Ende des Krieges und mithin nach dem Ende seiner Teilnahme an jenem Verbrechen, das zu Recht als das „Jahrhundertverbrechen“ bezeichnet wurde, stand offenbar mit der Ergreifung Adolf Eichmanns in Argentinien und seiner Entführung nach Israel in Verbindung. Die Historiker werden die Folgen dieser israelischen Initiative erst noch ganz zu rekonstruieren haben. Sicher erscheint aber bereits beim heutigen Stand der Forschungen, dass der bevorstehende Prozess gegen den Leiter des Referats IV B 4 die Fahndungs- und Ermittlungsorgane andernorts anspornte. Es war doch zu erwarten, dass im Gerichtssaal, in dem gegen Eichmann verhandelt werden würde, die Namen mindestens seiner maßgeblichen Mitarbeiter fallen mussten. Und dies wiederum würde die Frage provozieren, was denn aus ihnen geworden sei, ob und wo sie lebten, ob und wann und wo sie von Gerichten zur Verantwortung gezogen worden waren und wie hoch die ihnen zugesprochenen Strafen waren.

Novaks Name und seine Rolle im Eichmann-Apparat waren bald nach der Zerschlagung des Naziregimes öffentlich zur Sprache gekommen. Davon war schon während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses in Nürnberg die Rede. Novak galt als einer der Haupttäter und zudem als ein SS-Offizier, der über das Ganze der Vernichtungsplanung und -praxis informiert gewesen war. In Gerald Reitlingers Buch über die „Endlösung“ fand sich Novaks Name ebenfalls, und der Autor dieser Pionierarbeit konnte sich auch bereits auf Dokumente beziehen, die eine – noch unvollständige und lückenhafte – Beweiskette für Novaks Untaten bildeten. Trotz dieser Feststellungen und Hinweise gab es keine ernsthaften Anstrengungen, Novak in seinem – wie man doch wohl annehmen musste – Versteck aufzustöbern.

Indessen: Gegen Ende der fünfziger Jahre hielt es dieser enge Eichmann-Mitarbeiter schon nicht mehr für notwendig, sich zu tarnen oder auch nur abseits der Orte zu halten, an denen mit einiger Wahrscheinlichkeit nach ihm gesucht werden konnte. Novak lebte seit 1947 in Wien, und zwar seit 1957 unter seinem vollständigen und richtigen Namen. Er arbeitete in einer Druckerei, zu deren Leiter er aufgestiegen war, und er wohnte in einem Ort nahe der österreichischen Hauptstadt, in Langenzersdorf. Die Wiener Polizei hatte tatsächlich keine Mühe, ihn am 20. Januar 1961 in seinem Büroraum anzutreffen und ihn in die Zelle einer Untersuchungshaftanstalt zu bringen.

Man kann und muss sich folglich fragen, ob es anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des „Dritten Reiches“, zu dessen Bestand seit 1938 Österreich als die „Ostmark“ gehört hatte, in Nachkriegsösterreich noch Behörden und Beamte gab, die den Schwerstverbrechern des untergegangenen Regimes auf die Fährte kommen und sie vor die Schranken der Gerichte bringen wollten. Eine Frage, die sich nicht nur an Instanzen und Personen der Alpenrepublik richten lässt ...

Franz Novak war einer der aus Österreich stammenden Mitarbeiter des Eichmann-Apparats, über die soeben der Wiener Historiker Hans Safrian eine profunde Monographie vorgelegt hat. Und Novaks Weg in das Reichssicherheitshauptamt ähnelt in manchem den Wegen seiner aus seiner weiteren Heimat stammenden Komplizen. Novak, Sohn eines Zugführers der k. u. k. Eisenbahnen, der früh starb, wurde in Wolfsberg in Kärnten geboren, besuchte die Volks- und Bürgerschule und begann danach in seiner Geburtsstadt einen anspruchsvollen Beruf, den eines Schriftsetzers, zu erlernen. Während seiner Lehrzeit schloss er sich, vermutlich unter dem Einfluss seines Arbeitgebers und Lehrherrn, sicher aber durch die politische Atmosphäre seiner Umgebung den österreichischen „Nationalsozialisten“ an. Er wurde Mitglied der Hitlerjugend und trat dann, gleichsam automatisch, der Sturmabteilung, der SA, bei.

Zu diesem Zeitpunkt siegte in Deutschland der Nationalsozialismus, Hitler wurde Reichskanzler. Das ließ die Erwartungen der österreichischen „Nationalsozialisten“ überall steigen und sie verstärkt auf ihren eigenen Aufstieg und Sieg hinarbeiten. Sie unternahmen 1934 einen Versuch, durch einen Putsch an die Macht und damit zu einem „Großdeutschland“ zu gelangen. Mehrere Tage wurde bewaffnet auch in und um Wolfsberg, im Lavanttal, gekämpft, und Novak war dabei. Mit anderen musste er alsbald über die nahe Grenze ins Jugoslawische fliehen, dort die Waffen abliefern und darauf warten, wer den Geschlagenen zu Hilfe kommen würde. Das tat der Führer im Reich. Mit Schiffen wurden die Putschisten nach Deutschland gebracht und hier für einen kommenden, noch nicht bestimmten Tag zur „Österreichischen Legion“ formiert. Im Gefolge der Wehrmacht, die im März 1938 in Österreich in einem sogenannten „Blumenfeldzug“ einrückte, kam Novak in seine Heimat zurück – als einer der Sieger über den bis dahin selbständigen, wenn auch nicht mehr republikanischen Staat.

Noch 1938 wechselte Novak von der SA zur Schutzstaffel, der SS, über. Er erhielt einen untergeordneten Posten, aber in einem wichtigen und – wie sich zeigen sollte – zukunftsträchtigen Amt: in der neugeschaffenen, dem Sicherheitsdienst unterstehenden Zentrale für die jüdische Auswanderung, die die Vertreibung der Juden aus Österreich nach ihrer möglichst vollständigen Ausplünderung betrieb. Er hatte die Unmasse von Papieren entgegenzunehmen, auf ihre Vollständigkeit zu prüfen und weiterzuleiten, welche die „Auswanderungswilligen“ den Judenjägern in den schwarzen Uniformen zu präsentieren hatten, damit sie über die Grenze und in Sicherheit gelangten. Novak erwies sich bei dieser nicht sehr anspruchsvollen Tätigkeit als so anstellig und geschäftig, dass seine Vorgesetzten ihn für geeignet hielten, ihn dauernd zu verwenden. So kam er 1939, die Tschechoslowakei war eben liquidiert worden, mit anderen SD-Leuten nach Prag, um die in Österreich gesammelten Erfahrungen auf das gerade neugeschaffene „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu übertragen, will sagen: auch dort die Austreibung der Juden nach ihrer Beraubung in Gang zu setzen.

Prag bildete für Novak indessen nur eine kurzzeitige Zwischenstation. Ende 1939/Anfang 1940 arbeitete er bereits in Berlin in jenem anfänglich mit wechselnden Bezeichnungen versehenen Referat des Adolf Eichmann, einem Teil des Amtes IV (Gestapo) im Reichssicherheitshauptamt. Es war bei Kriegsbeginn nach einem schon älteren Plan geschaffen worden und war so etwas wie das poli-

tische Polizeiministerium des Regimes – eines Ministeriums, dessen Befugnisse mit jeder Eroberung sich geographisch erweiterten und dessen Entscheidungen sowohl Europäer zu spüren bekamen, die an der französischen Atlantikküste wohnten, wie andere, die weit im Osten des europäischen Russlands lebten.

Novak war zuerst damit beschäftigt, Transportprobleme zu lösen, die im Zusammenhang mit der Vertreibung von Polen und Juden aus den einstigen polnischen Gebieten entstanden, die direkt annektiert wurden. Aus Danzig-Westpreußen, aus dem Warthegau und aus Polnisch-Oberschlesien, das ebenfalls zu Großdeutschland kam, fuhren Transporte mit Menschen in das Generalgouvernement. Sie sollten Platz für die „Volksdeutschen“ und also für die „Germanisierung“ des Gebiets machen, dem eine Brückenfunktion zu den riesigen Kolonien zugedacht war, die im weiteren Kriegsverl auf im Osten Europas erst noch erkämpft und in Besitz genommen werden sollten.

Dabei sammelte der agile Novak seine Erfahrungen. Er kam in Kontakt mit dem Reichsverkehrsministerium und der Deutschen Reichsbahn. Er verhandelte über die Bereitstellung von Zügen, über Fahrtermine und Fahrstrecken. Er lernte die komplizierten Tabellen der Reichsbahnspezialisten lesen und für weniger Kundige übersetzen. Er kam in Verbindung mit den weitgefächerten Dienststell en der Sicherheitspolizei und des SD. Er entwickelte sich zu einem Spezialisten der Organisation, der keine Einarbeitungsschwierigkeiten hatte, als ihm im September 1941 der Auftrag zuteilwurde, den Abtransport der im „Großdeutschen Reich“ lebenden Juden in Angriff zu nehmen, als deren erstes Ziel das Ghetto Litzmannstadt in der einstmals polnischen Stadt Łódź festgesetzt worden war. Das Unternehmen „klappte“, und die vorgegebene Zahl der 20.000 Deportierten aus deutschen Großstädten wurde nahezu ganz erreicht, obwohl ein Teil der Opfer, statt sich an den Sammelplätzen einzufinden, sich selbst das Leben genommen hatte, andere auch untergetaucht waren.

Von da an war und blieb es Novaks Tagewerk, mit seinem Partner im Reichsverkehrsministerium, das sich unweit sein er eigenen Dienststelle in der Berliner Voßstraße in unmittelbarer Nachbarschaft der Reichskanzlei befand, die Bereitstellung von Zügen zu vereinbaren, die entsprechenden Dienststellen von ihrem Eintreffen zu unterrichten, die Weisungen für die Transportregelungen zu treffen, die von der Ordnungspolizei zu stellenden Wachmannschaften anzufordern, die Berichte über den Abgang der Züge entgegenzunehmen, die „Zielorte“ von der Zugankunft in Kenntnis zu setzen, von da wieder die Bestätigung des Eintreffens zu registrieren und seinen Vorgesetzten regelmäßig Informationen über den Fortgang des als „Endlösung der Judenfrage“ bezeichneten Massenmords zu geben.

Novak war und blieb zwischen dem Frühherbst 1941 und dem Frühjahr 1944 der Prototyp des Schreibtischtäters. Anders als sein Referatsleiter Eichmann sah er niemals ein Vernichtungslager, stand er keine Minute an einem Erschießungsgraben; auch erblickte er nie einen der Gaswagen, in denen die Opfer zu Tode gebracht wurden. Scheinheilig und verlogen erklärte er noch während der Prozesse in Wien, was ihm die Geschworenen schließlich doch nicht abnahmen, für ihn seien Namen wie Auschwitz eben nur die Bezeichnungen von Bahnhöfen gewesen. Er habe nicht gewusst, was den Menschen geschah, deren Transporte er organisierte, sondern sich als deren Aufgabe den Einsatz in Rüstungswerken und bei anderen kriegswichtigen Tätigkeiten vorgestellt. Den Einsatz von Kindern, von Krüppeln, von Greisen, von Schwerstkranken, die sich nicht einen Meter aus eigenen Kräften noch fortbewegen konnten?

Im März 1944 wurde Novak zu einem Kommando nach Mauthausen befohlen. Dort sammelte sich mit anderen eine von Eichmann befehligte Gruppe von SS-Offizieren, die seit April 1944 daranging, die Juden Ungarns zur Vernichtung nach Auschwitz zu schaffen, eine Aufgabe, die sie in Tätergemeinschaft mit hohen Beamten des ungarischen Innenministeriums und den einheimischen Polizeikräften bis zum 8./9. Juli 1944 voranbrachten. Insgesamt rollten 147 Eisenbahnzüge von ungarischem Gebiet via Slowakei nordwärts, und schon im Angesicht des nahen Zerfalls der faschistischen Mächtekoalition teilte nahezu eine halbe Million Juden Ungarns das Los derer, die wie sie unter rassistischen Vorwänden vernichtet wurden.

Novak war wiederum auch hierbei für die Regelung der Transportfragen zuständig, und wieder löste er sie komplikationslos. Die Kooperation mit den ungarischen Partnern war so reibungsarm, deren Eifer so ausgeprägt, dass Novak – während seine Opfer bei glühender Hitze, durstig und verzweifelt in verschlossenen Güterwaggons den Gaskammern entgegenfuhren – in Budapest sich beim Tennisspiel und beim Baden auf der Margarethen-Insel erholen und es sich wohl sein lassen konnte. Über die Bedingungen des Transports habe er ebenso wie über das Ziel der Fahrten keinen Grund für eigenes Nachdenken gehabt oder empfunden, erklärte er später.

Novak, der im Dezember 1944 nach Berlin zurückkommandiert wurde, dann nur wenige Tage bei einer Einheit der Waffen-SS in Pommern an Kämpfen teilnahm, sich schließlich über Stettin, Berlin, Prag in die Alpen durchschlug, wurde im Mai 1945 von Adolf Eichmann ganz offiziell von seinem Eid auf den Führer Hitler entbunden, und das bedeutete faktisch den Auftrag, nun irgendwo unterzutauchen und der Gefangennahme zu entgehen, wartend auf „bessere“ Zeiten. In der Nähe von Hitlers Geburtsort in Oberösterreich kam Novak unter falschem Namen bei einem Bauern als Landarbeiter unter. Bei einem nochmaligen Namenswechsel beschaffte er sich Papiere, die weniger leicht als Fälschungen erkannt werden konnten. So ausgestattet, siedelte er – wie erwähnt – 1947 nach Wien über, begann in seinem Beruf zu arbeiten, zog mit seiner Familie zusammen, freilich als ein Untermieter, der auf den Namen Ewald Tragbauer eingetragen war.

Zehn Jahre später hielt es Novak für möglich, sich gefahrlos wieder als der auszugeben, der er laut Geburts- und Taufregister wirklich war. Er erhielt von den Behörden in Wolfsberg nicht nur bescheinigt, dass er der Franz Novak sei, sondern auch, dass er 1934 nur aus wirtschaftlichen Gründen (also nicht wegen der Putsch-Teilnahme) Österreich verlassen hätte, seiner erneuten Anerkennung als österreichischer Staatsbürger also nichts im Wege stünde. Von einem Tag auf den anderen verwandelte sich der Druckerei-Betriebsleiter Tragbauer in einen Mann namens Novak, und das erregte keinen seiner Untergebenen, die damals wohl schon wussten, dass ihr Chef einmal ein SS-Offizier gewesen war. In dessen Schreibtisch fand sich nämlich bei seiner Verhaftung ein Foto, das Novak in der Uniform eines SS-Hauptsturmführers zeigte, und dieses Dokument dürfte der Eigentümer schwerlich dort deponiert haben, um sich nur selbst seiner eigenen Vergangenheit zu erinnern.

Hier ist nicht der Ort und vor allem nicht der Raum, die Geschichte der Novak-Prozesse zu erzählen. Schon die Eröffnung des ersten kam unter Schwierigkeiten zustande. Im zweiten Prozess wurde er gar von den Geschworenen freigesprochen. Erst das 1972 gesprochene vierte Urteil wurde rechtskräftig. Da befand sich Novak längst wieder auf freiem Fuße. Er hatte etwas mehr als fünf Jahre in Untersuchungshaft verbracht. Die wurde dann als ausreichend angesehen, von seiner Inhaftierung als Strafgefangener ganz Abstand zu nehmen. Die Strafverbüßung wurde zunächst aufgrund eines medizinischen Gutachtens ausgesetzt. Schließlich wurde ihm durch einen Entscheid des österreichischen Bundespräsidenten die Strafe ganz „nachgesehen“.

In den Prozessen gegen Novak spielte wiederholte die Frage eine Rolle, ob vor den Richtern, den Geschworenen und den Staatsanwälten noch derselbe Mann stände, der einstmals in Berlin und in Budapest einer der verlässlichsten Gehilfen Eichmanns gewesen sei. Novak hatte diese Frage wiederholt selbst beantwortet; aber nicht alle, die seine Antworten hören konnten, hatten sie offenbar auch verstanden. Er war absolut unbußfertig. Er erklärte sich zu einem niederrangigen technischen Gehilfen. Er bezeichnete sich als einen kleinen Dreck, ähnlich wie es sein einstiger Vorgesetzter vor dem Gerichtshof in Israel tat. Er behauptete, nichts selbst entschieden zu haben. Er wollte glaubhaft machen, dass er nichts anderes gemacht habe als Hunderte und Tausende deutscher Offiziere während des Krieges. Er sagte tatsächlich, dass er nichts getan habe, was er sich rückblickend vorwerfen müsste. Er rühmte sich gar, bei der Abfertigung eines Deportationszuges mit dem Ziel Bergen-Belsen Juden gerettet zu haben, denn er habe zugelassen, dass in diesen Zug Personen zusätzlich hineingeschmuggelt wurden, die über die vorgesehene Transportzahl hinausgegangen wären. Er verstand nicht einmal, dass diese Selbstdarstellung als „Judenretter“, so ekelhaft sie war, zugleich doch ein Eingeständnis darstellte – ein Geständnis seines Wissens, dass es ein „Privileg“ war, nach Bergen-Belsen verschleppt zu werden anstatt nach Auschwitz.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 32. Jahrgang, Heft 127, 1993, S. 111-114, 116-117.

Kopfgeburt „IM Heiner“ wartet auf den zweiten Tod

Die Lebensgeschichte eines informellen MfS-Mitarbeiters, den es nie gegeben hat

Das ist die Geschichte von der zweimaligen Geburt, dem zweimaligen Leben und dem zweimaligen Sterben eines informellen Mitarbeiters (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, den es nie gab und der nichtsdestoweniger durch nahezu ein Vierteljahrhundert deutscher Geschichte geisterte. Diese Geschichte zieht sich durch zwei deutsche Staaten und diente ihnen zu ganz unterschiedlichen Zwecken. Im Leben dieser merkwürdigen Nichtperson ist ein Gutteil jüngster deutscher Vergangenheit enthalten.

I.

Die erste Geburt jenes IM unter dem Oberstkommando des Erich Mielke dauerte nach der Erinnerung der Geburtshelfer mehrere Jahre. Der Ort des Geschehens waren Räumlichkeiten im Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung Kirchenfragen. In ihnen entstand während der Beratungen und Grübeleien über Aktenstücken jene fiktive Figur, die schließlich den Namen „Heiner“ erhielt.

Dieser Heiner war kein Kind der Liebe. Er war ein Erzeugnis, an dessen frühesten Ursprüngen alteingewurzeltes Misstrauen stand. Bei Zeugungen ist das eher ungewöhnlich. In diesem besonderen Falle aber begann die Geschichte der unbeseelten und fleischlosen Person damit, dass Offiziere des MfS sich intensiv mit dem Innenleben der evangelischen Kirche im Allgemeinen und der evangelisch-theologischen Fakultäten der DDR im Besonderen befassten, deren vermutete unchristliche Aktivitäten ins Visier zu bekommen suchten, Verbindungen aufzuhellen gedachten, die zu Staatsfeinden oder gar zu gegnerischen Geheimdiensten führten. Dabei stießen sie auf einen Theologen und dessen Familie, der ein politisch aktiver und kontaktreicher Mensch war und ein gastoffenes Haus besaß. In ihm verkehrten mitten im kältesten kalten Krieg Leute mit Pässen, die in den USA und Israel ausgestellt worden waren.

Des Verdachts verdächtig gemacht

Dr. theol. Heinrich Fink und seine Familie wurden – mit Tucholsky zu sprechen – „des Verdachts verdächtig“, die Sicherheitsbehörde begann sie auszuforschen. Das geschah über Personen seiner Umgebung, durch den „Einbau“ einer Sekretärin und technischer Mittel, mit denen die Schnüffler ein Ohr in der Wohnung des Wissenschaftlers gewannen. Was sie hörten, lag quer zu den Vermutungen. Der vermeintliche Staatsfeind erschien ihnen als ein Mensch mit eigenen Gedanken über Gott, Gesellschaft und Staat. Den Abhörern begann zu dämmern, dass sie auf einen Christen gestoßen waren, der sich mit der Geschichte der Kirche und namentlich ihrer Rolle während der Nazidiktatur längst kritisch auseinandersetzte. Waren die Auswerter der Informationen gebildet genug, so vermochten sie den Mann jenen Theologen und Kirchenleuten zuzurechnen, denen die vom Kapital beherrschte Welt nicht als das letzte Wort der Geschichte galt.

Dieses Bild hätten sich die Mitarbeiter des MfS auf einfachere, für den DDR-Steuerzahler billigere und vor allem auf anständige Weise machen können. Der Observierte war ein gesprächsbereiter Mann, am Gedankenaustausch interessiert, fähig, anderen genau zuzuhören, um seine Antworten nicht an ihnen vorbei zu platzieren. In dem Grad nun, wie die auf Fink angesetzten Geheimdienstler sich von der bloß eingebildeten Person verabschiedeten, begann aber vor ihrem phantasiebegabten Auge ein neues Bild zu entstehen: dasjenige eines ihrer informellen Mitarbeiter (IM). Es schlug sich in Papieren nieder, die mit dem Fachterminus „Vorlaufakte“ genannt wurden. Waren sie genügend aussagefähig, sollte entschieden werden, ob eine Anwerbung des Theologen für die Zwecke des MfS aussichtsreich sei.

Die Absicht ist mehrfach geprüft und eines Tages endgültig aufgegeben worden. Die Motive dafür waren vielschichtig. Ausschlaggebend waren Zweifel, ob Fink solchem Ansinnen auch nur einen Millimeter entgegenkommen würde. Und diese Zweifel erscheinen denen, die das Subjekt geheimdienstlicher Begierden kannten, als die klarsten Gedanken, die man im Hause Mielke über den Theologie-Dozenten hegte. Die „Vorlaufakte“ wurde geschlossen und – der „IM Heiner“ geboren.

Denn die Offiziere der Kirchenabteilung trennten sich nur von dem Plan, Fink in ihre Dienste zu nehmen, nicht aber von der bereits geübten Praxis, ihn als Nachrichtenquelle „abzuschöpfen“. Dafür boten sich Möglichkeiten, die in dem Maße zunahmen, wie der Theologe durch Persönlichkeit und Aufgabenkreis Verantwortung und Einfluss gewann. Fink wurde mit Kontaktpersonen gleichsam umstellt, die keine Anlässe brauchten, um mit ihm über seine Arbeit ins Gespräch zu kommen. Was diese Personen hörten und verstanden, das dürfte nicht immer das gleiche gewesen sein, gaben sie weiter. Aus dem Ministerium für das Hochschulwesen, dem Staatssekretariat für Kirchenfragen, aus der Universität, von Personen, mit denen der Wissenschaftler Fink aufgrund seiner Tätigkeit zusammentraf, gelangten Mitteilungen zu den MfS-Offizieren, deren Quelle jeder Übermittler anzugeben wusste.

Erst die Empfänger kamen auf den Gedanken, diese Quelle zu verschlüsseln und sie als einen verpflichteten Mitarbeiter auszugeben, als den „IM Heiner“ Es fiel dem Richter am Landesarbeitsgericht sichtlich schwer, diese auf den ersten Blick ganz unsinnig und zudem arbeitsaufwendig erscheinende Metamorphose einer vom MfS verdeckt angezapften persönlichen Quelle in einen fiktiven Informanten der Kategorie IM zu verstehen. Die auf Zuhörerstühlen sitzenden Insider des untergegangenen Staates vermochten rascher zu begreifen, worin das Geheimnis der Kopfgeburt des „IM Heiner“ bestand. In diesem Ministerium galt nicht anders als in anderen Arbeitsstätten der DDR die Losung „Erfolg haben ist Pflicht“ Erfolg aber wurde im MfS in den operativen Bereichen zuvörderst daran gemessen, wie viele IM ein Führungsoffizier besaß und wie wichtig deren Informationen waren. Dies gab den Nährboden für die Idee und Praxis an, das „anfallende“ Informationsmaterial, dessen Herkunft ohne sein Wissen auf Fink zurückging, als direkt von einem IM bezogen auszugeben. So hatte die Kirchenabteilung zum eigenen Ruhm nicht nur einen „Mitarbeiter“ mehr. Sie vermochte gegenüber ihren Vorgesetzten einen Teil ihrer Informationen aufzuwerten, denn was auf einen IM zurückging, wurde im Apparat des Hauses höher bewertet als unverdeckt gewonnene Nachrichten, die leichter zu beschaffen waren.

„IM Heiner“ begann mit den Jahren in den Schriftstücken eines Oberstleutnants, der sich als Führungsoffizier der Nichtperson ausgab, eine immer lebendigere Rolle zu spielen und verschiedensten Nutzen zu stiften. „Heiner“ hielt sich in einer konspirativen Wohnung auf, die bei Kontrollen als gut ausgelastet gelten musste, damit sie nicht aufgelassen wurde, „Heiner“ tauchte auf Rechnungen auf, denn er war in Wohnung und Gaststätte bewirtet worden. Selbstredend fehlte er nicht in Berichten – denn „Erfolg haben“ war ja Pflicht.

Diese hausinterne Rolle des „Heiner“ legten die als Zeugen vor dem Arbeitsgericht geladenen früheren Offiziere des MfS bis in die Details dar. Man hatte den Eindruck, sie taten es wegen der zuhörenden einstigen DDR-Bürger nicht ohne Beklemmungen. Am Ende hatte jeder verstanden, dass dieses MfS auf eigene Weise eine Art Tischlerei war, in der tragende Teile für den Sarg hergestellt worden waren, in dem die DDR begraben wurde.

Zeitlich ein wenig vor ihr starb „IM Heiner“ Sein Aktentod konnten nur die wahrnehmen, die ihn gezeugt und mit Papier großgepäppelt hatten. Etwa seit Mai 1989 begann der „Führungsoffizier“ dieser Nichtperson seine Handakten zu vernichten. Anfänglich mochte dabei nur das Interesse leiten, einem Nachfolger keinen Einblick in seine Aufzeichnungen zu geben. Alsbald trat die Erkenntnis hinzu, dass die Zukunft der DDR ungewiss zu werden begann. Im Oktober setzte die Vernichtung mit System ein, aber nicht mit Totalerfolg, und das sicherte – nein, nicht die Auferstehung – die zweite Geburt des „IM Heiner“. Auch sie besitzt ihre Vorgeschichte. Sie begann und blieb verknüpft mit dem langen Einzug der Sieger in die Berliner Humboldt-Universität, nachdem die „Sieger der Geschichte“ abgetreten waren.

Erfolg an Anzahl der IM gemessen

II.

Die Universität Unter den Linden besaß, seit sie den Namen der Humboldts trug, keinen Rektor, dessen Arbeit sich auf eine so breite, wenn auch durchaus nicht genügend tätige Zustimmung stüt-

zen konnte, wie den Theologie-Professor Fink. Mit einer Konzils- und Senatsmehrheit entwickelte er ein Konzept der Erneuerung der Hochschule aus den Innenkräften der Anstalt in Kombination mit Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern und in Kontakt mit ausländischen Gelehrten. Wie andere glaubte er, das Beste an humanistischen Gehalten und methodologischen und organisatorischen Erfahrungen in einer Neugestaltung „seiner“ Universität zusammenfließen lassen zu können. Sein Konzept entwickelte sich im Dialog mit Wissenschaftlern und mit denen, um derentwillen Universitäten mindestens zu „51 Prozent“ existieren sollten, mit Studierenden.

Wie Aktenruinen zu Beweisen wurden

Es hätte diese Herangehensweise an eine in der Geschichte der Berliner Universität beispiellose Situation allein schon genügt, Wissenschaftsbeamte, Abwickler und jene, die in den Startlöchern zum Lauf zu neuen Pfründen hockten, nach einem Nachfolger für den unbequemen Mann Ausschau halten zu lassen. Hinzu kam aber, dass Fink, der sich als ein kritischer Parteigänger des gescheiterten Projekts „sozialistischer deutscher Staat“ bekannt hatte, allen Universitätsangehörigen eine Chance geben wollte, eigene Biographien gründlich, keine Schmerzstelle auslassend, aber aufrecht zu überdenken und nachzuweisen, ob sie an der Erneuerung nach wissenschaftlicher Befähigung und persönlicher Eignung mitwirken konnten. Von diesem Grundsatz existierten begründete Ausnahmen. Sie waren im Einigungsvertrag markiert und in der Praxis des Universitätslebens zu konkretisieren.

Da sind wir bei der zweiten Geburt des „IM Heiner“ angelangt. Sie fand wieder in Berlin statt, wieder in Amtsstuben, während Sitzungen und Rapporten. Fink hätte als Rektor der größten Universität in den neuen Bundesländern auf der Liste derjenigen, die auf Beziehungen zur Staatssicherheit zu überprüfen waren, auch weit oben gestanden, wäre er von seinen Vorgesetzten weniger angefeindet worden. Die Zahl der Mitarbeiter des Pfarrers Gauck, die Finks Überprüfung vornahmen, werden Historiker möglicherweise später auch benennen können. Möglicherweise war sie nicht geringer als die Zahl jener, die vordem im MfS-Auftrag den Theologen umstellt hatten. Nun geschah das mit dem „IM Heiner“, genauer: mit den kümmerlichen Resten, die als sein Aktenleichnam aufgefunden wurden. Wieder wurde Heinrich Fink des Verdachts verdächtigt.

Im Umgang mit den Trümmern der „Heiner“-Akte war von der vielberufenen Verantwortung im Umgang mit der Vergangenheit nichts zu spüren. Ohne dem Rektor auch nur die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu lassen, erschien, nachdem die ebenso sensationshungrige wie zielstrebige agierende Presse es bereits in die Öffentlichkeit posaunt hatte – der Bundesbeauftragte Gauck mit seinem Stellvertreter Geiger vor dem Universitätskonzil, um ihr „Beweismaterial“ auszubreiten, demzufolge Fink ein IM des MfS gewesen sei. Das geschah in öffentlicher Sitzung des Gremiums in einem samt Gängen und Fensterbänken vollbesetzten Auditorium maximum.

Vorgänge bewerten, kann auch bedeuten, sich Alternativen vorzustellen. Der Leiter der Behörde des Bundesbeauftragten und der zuständige Senator hatten die Möglichkeit, nicht nur Fink zu hören. Sie konnte die Offiziere der Kirchenabteilung zu den von ihnen hinterlassenen Aktenruinen befragen. Sie konnten, sie haben nicht. Sie hätten sonst vor das Konzil und die Hunderte von Universitätsmitarbeiter hintreten und bekennen müssen, dass es zwei Interpretationsmöglichkeiten des Aktenfundes gab. Die eine, die für eine reale Existenz, die andere, die für das fiktive Dasein des „IM Heiner“ sprach.

Künftige Universitätshistoriker werden über die Stunde der Demagogie noch zu berichten haben, die Gauck, nachdem er die Zuhörerschaft provokatorisch als PDS-gelenkte Versammlung bezeichnet hatte, gemeinsam mit Geiger inszenierte. Fink wurde zunächst gefragt, ob er sich mit der Verlesung der aufgefundenen Dokumente aus dem MfS einverstanden erklären wolle – Dokumente, die er bis dahin nicht kannte. Der Rektor stimmte dem spontan zu, er hatte nichts zu verbergen. Dann las Geiger bedächtig, was sich auf den Schriftstücken entziffern ließ und vergaß auch die nichtssagendsten Aktenzeichen und -nummern nicht. Die Zuhörerschaft saß zumeist ebenso andächtig wie hilflos. Wäre die Vorstellung vor einer Historikergruppe abgelaufen, sie hätte mit einer Blamage geendet. So aber war deutlich, dass aller Skepsis, die viele gegenüber den Enttarnern hegen moch-

ten, der Zweifel an der persönlichen Integrität des Rektors doch gesetzt war. Wer Fink kannte, der bestimmt erklärt hatte, er sei nie IM gewesen, teilte diesen Zweifel nicht. Doch nur eine Minderheit wusste sicher, dass der Mann unfähig war, um seine Haut zu retten, eine ganze Universität zu verkaufen.

Das Weitere ist bekannt. Finks Arbeitsverhältnis wurde vom Senator fristlos gekündigt. Das war der einleitende Schritt zum langverfolgten Ziel, ihn vor allem als Rektor loszuwerden. Dieser Entscheid wurde auch nicht korrigiert oder wenigstens vorläufig ausgesetzt, als der einstige Leiter der Kirchenabteilung des MfS, Oberst Wiegand, bei einer Zusammenkunft in einer Berliner Privatwohnung das Geheimnis des „IM Heiner“ enthüllte. Während dieses Zusammentreffens waren übrigens Geiger und Frau Professor Dürkop zugegen, die damals noch nicht als Präsidentin Finks Nachfolge angetreten hatte. So blieb dem Gefeuerten nur die Möglichkeit, sich mit seinen Anklägern vor dem Arbeitsgericht auseinanderzusetzen, um mit dessen Hilfe den „IM Heiner“ ein zweites Mal und nun endgültig sterben zu lassen. Die erste Instanz hat das besorgt, aber die Beerdigung ist ihr missglückt. Zwar musste die Universität nach dem in erster Instanz verlorenen Prozess Heinrich Fink an der Theologischen Fakultät wieder lehren lassen. Doch die Senatsbehörde, an deren Spitze ein Mann steht, der zwischen Richtern und Arbeitsrichtern fein zu unterscheiden weiß, ging in die Revision und – triumphierte.

Beerdigung in zweiter Instanz misslungen

Wer den Prozess verfolgt, insbesondere die Zeugenvernehmung der einstigen MfS-Offiziere angehört hatte, mochte seinen Ohren nicht trauen. Das Gericht, dass diese Zeugen auf Verlangen der Vertreter der Landesregierung geladen hatte, erklärte sie ausnahmslos für unglaubwürdig und die von ihnen hinterlassenen Aktenruinen zu Quellen der Wahrheit. Eben das hatte der Richter in erster Instanz abgelehnt. Fink wurde auch der Grundsatz verweigert, im Zweifel sei zugunsten des Angeschuldigten zu entscheiden. Vielmehr lastete ihm das Gericht in grotesker Umkehrung der Beweispflicht auf, er solle nachweisen, dass er jener „IM Heiner“ nicht gewesen sei. Dieses Urteil dürften sich Juristen noch annehmen, und sie sollten sich damit nicht allzu viel Zeit lassen.

Während einer Verhandlung hatte der Vorsitzende Richter bemerkt, es handle sich nicht um einen „Null-Acht-Fuffzehn“-Prozess. Dieser Negativcharakteristik wäre hinzuzufügen, dass das Revisionsverfahren von Anbeginn unter dem Verdacht stand, die christ-sozialdemokratische Landesregierung von Berlin wolle sich an einem Manne rächen, der als Rektor mit der erfolgreichen Klage gegen den seinerzeitigen Abwicklungsbeschluss der regierenden Koalition, der das personelle Ausräumen der Universität Unter den Linden leichthändig und rasch einleiten sollte, ein Bürgerverständnis bezeugt hatte, das im neuen Staat so wenig gefragt ist wie im alten, der DDR. Indem die Landesregierung Heinrich Fink wieder einmal „des Verdachts verdächtig“ machen ließ, stellte sie sich selbst unter den Verdacht, Rache mithilfe von Richtern zu üben. Die Zuhörer, die den Gerichtssaal verließen, hatten Grund über die Gewaltenteilung wieder und neu nachzudenken, und mancher mochte sich erinnern, dass er darüber selbst bei sonst dogmatischen Unterweisungen einst manches Richtige gelernt hatte.

Neues Deutschland, Dienstag, 12. Januar 1993, S. 10.

Auch ein Denkmal für Ludwig Nestler

Der erste Band der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ erschien 1988 unter der Verantwortung eines Herausgeberkollegiums, dem ausschließlich DDR-Historiker angehörten. Exakt fünfzig Jahre nach der Liquidierung Österreichs und der Tschechoslowakei wurde der Auftakt zu einem der anspruchsvollsten Unternehmen gegeben, das sich Geschichtsschreiber und Archivare des inzwischen untergegangenen Staates vorsetzten. Dass das bis zum fünften von acht projektierten Bänden fortgeschrittene Vorhaben weitergeführt werden konnte, sagt über die Qualität der Faschismusforschung, die im östlichen deutschen Staat in den achtziger Jahren erreicht wurde, mehr aus als die dumm-dreisten Herabsetzungen, von denen Abwicklung und Scheinevaluierung begleitet sind. Nicht unerwähnt bleiben soll daher die Objektivität derer, die sich für die Zuendeführung der zeitweilig gefährdeten Edition in den alten Bundesländern einsetzten.

Da dieser Band erscheint, ist auch der zweite Leiter des wissenschaftlich-dokumentarischen Werkes nicht mehr unter den Lebenden. Ludwig Nestler verstarb kürzlich an den Folgen einer Krankheit, gegen die ärztliche Kunst ein „Kraut“ noch nicht erfand. Sein Wirken wird vor allem mit der Tätigkeit jenes Dokumentations-Zentrums über den deutschen Faschismus verbunden bleiben, dem er über Jahre vorstand und dessen zu schreibende Geschichte zum zwiespältig-widersprüchlichen Bild der Historiographie im Staat DDR gehört. Nestler hat den gescheiterten Versuch mitgetragen, zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs erstmalig eine von Autoren aus beiden deutschen Staaten unter jeweils eigener Verantwortung geschriebene historiographische Bilanz vorzulegen und sich zu ihr in einem Aufsatz „Über den Verlust zumutbarer Standfestigkeit“ bekannt.

Nun ist, zum Zeitpunkt seines Todes, das Erscheinen dieses sechsten Bandes auch ein Denkmal für Ludwig Nestler, dessen Verdienst ein Geleitwort von Friedrich P. Kahlenberg, Präsident des Bundesarchivs, im Namen des neuen Herausgebers benennt. Ihm ist auch zu entnehmen, dass die beiden ausstehenden Bände des Projekts bald folgen sollen. Kahlenberg nennt Band 6 ein „Dokument der ‚Wende‘“, ohne diese Kennzeichnung weiter zu erläutern. Ihm und seinen (West-?)Kollegen sei bei der Herausgabe bewusst gewesen, dass „gewisse terminologische Wendungen, wie sie in der Historiographie der DDR üblich geworden waren, nur äußerst schwer veränderbar sein würden.“ Da ist ein heikles Thema des Pluralismusverständnisses berührt, das Akzeptanz der jeweils eigenen wissenschaftlichen Begrifflichkeit wohl einschließt.

Der Schwerpunkt der Edition liegt auf Jugoslawien, das auch in der umfänglichen, dennoch auf das Wesentliche konzentrierten Einleitung von Martin Seckendorf „Okkupationspolitik in Südosteuropa“ den Hauptteil beansprucht. Darin spiegeln sich eigene wie fremde Forschungsleistungen wider sowie der nicht durchweg gesicherte sprachliche Zugang zur Literatur, die in den einst von den deutschen Faschisten besetzten Staaten entstand.

Es sind vor allem die 365, aus Platzgründen großenteils im Auszug veröffentlichten Dokumente, die ein Bild von den militärischen, politischen, wirtschaftlichen Interessen und Maßnahmen der Okkupanten vermitteln. Das erste stammt vom Februar 1941 und enthält einen Bericht des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, der sich vor dem Einfall in Jugoslawien und Griechenland mit der wirtschaftlichen Durchdringung Südost-Europas befasste, das letzte bildet ein Schreiben, das den Hitler-Nachfolger Dönitz vom Waffenstillstand in Italien unterrichtete. Ohne dass die Bearbeiter es vorausahnen konnten, enthalten die über Jugoslawien unterbreiteten Aktenstücke manche historische Entschlüsselung für gegenwärtige Ereignisse im zerfallenden, bürgerkriegs-erschütterten Staatengebilde.

Treu geblieben sind die Bearbeiter dem Grundsatz, freilich nur einen Teil jener Verbrechen zu dokumentieren, mit denen die Eroberer ihre Herrschaft begründeten, behaupten konnten und schließlich zu verlängern suchten. Wie schon die voraufgegangenen Bände legt auch dieser den Wunsch nahe, in einer sich anschließenden, womöglich international bestrittenen Publikation einen Überblick darüber zu erhalten, wie die Untaten der Okkupanten und ihrer Kollaborateure nach der Befreiung aufgedeckt, bekanntgemacht und verfolgt worden sind.

Europa unterm Hakenkreuz, Band 6: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945). Hrsg. vom Bundesarchiv. Hüthig Verlagsgemeinschaft Heidelberg-Berlin 1992. 438 S., Abb., geb., 89,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 29. Januar 1993, S. 13.

Die „Dimitroff-Formel“

Zur Geschichte, Wirkung und Kritik einer Definition vom Faschismus an der Macht

Selbst wer in DDR-Jahren sich wenig für deutsche Geschichte interessierte, dem ist in einem Schulbuch, einem Nachschlagewerk oder während eines Kurses doch jene Definition mindestens einmal untergekommen, die viele heute noch aus dem Gedächtnis zitieren können: „Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Sie galt als treffendste und einzig wahre Charakteristik jenes von 1933 bis 1945 existierenden Naziregimes und seiner Verwandten in Europa. Sie wird dem, bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff zugeschrieben, ihr Ursprung mit dem Jahre 1935 angegeben. Beides ist falsch. Die Charakteristik findet sich zuerst in einem Beschluss des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern vom Dezember 1933.

Einsichten und Rückschläge

Wie erklärt sich diese fehlerhafte, aber zählebige Zuordnung? Die Thesen jenes Plenums, auf dem noch der Übergang in eine revolutionäre Krise und Entscheidungskämpfe um die Macht in Deutschland prophezeit wurden, lassen erkennen, wie schleppend und von vielen Rückschlägen begleitet sich neue Einsichten über den Faschismus anzubahnen begannen. Sie konnten schwerlich die Behauptung „Die Partei hat immer recht“ stützen.

Die Feststellung, dass die zitierte Definition vom Jahresende 1933 stammt, besitzt für ihre Bewertung mehrerlei Bedeutung. Die Charakteristik, der die geistige Nähe zu Lenin‘schen Imperialismustheorie abzulesen ist, war keineswegs deren bloße gedankliche Ableitung. Sie entsprang einer über zehn Jahre währenden Auseinandersetzung wie theoretischen Beschäftigung vieler kluger Köpfe in- und außerhalb der Arbeiterbewegung mit jener neuen politischen Bewegung, die Anfang der 20er Jahre zuerst in Italien an die Staatsmacht gelangt war.

Als sich in der DDR eine eigene Historiographie herauszubilden begann, hatte die Definition des Faschismus an der Macht nahezu drei Jahrzehnte „auf dem Buckel“ – Grund genug, ernsthaft zu prüfen, ob und inwiefern diese Definition nicht auch ein Kind ihrer Zeit sei. Die Kurzcharakteristik bietet zwar eine Vielzahl prinzipieller wie einzelner Aussagen, die sich im Geschichtsverlauf bestätigten, doch war zu bedenken – gerade, weil der deutsche Faschismus als der „klassische“ gilt –, ob die weitere Ausprägung der NS-Diktatur, Okkupationsregime und Holocaust nicht auch für die definitorische Erfassung Folgen besaß. Diesbezügliche Fragen wurden in der Zunft zwar gestellt, aber inkonsequent und ergebnislos, obgleich Detailforschungen auf vielen Feldern darüber hinausgingen.

Kritisch zu beleuchten war bereits die einleitende Feststellung der KI-Definition, dass es sich bei faschistischen Diktaturen um offene terroristische Herrschaften handele. Beschreibt diese, unter dem Eindruck des blutigen Terrors, mit dem die Nazis in Deutschland ihre Macht etablierten, getroffene Aussage z. B. auch das NS-Regime von 1936, als es sich vor dem In- und Ausland ein gesitteteres Äußeres aufzuschminken verstand?

Eine zweite Frage, die an die Definition zu stellen war, betraf die Massenbasis faschistischer Regime. Wo lagen die Hemmungen, diesen Ende 1933 bereits erkennbaren Tatbestand anzuerkennen und zu verarbeiten? 1933 mögen die Autoren der Faschismus-Definition noch an die alsbaldige Desillusionierung der Massen geglaubt und auf den Zerfall der Gefolgschaft gehofft haben. Aber 1936? Und 1938 bei der „Heimkehr der Ostmark“? Und 1940 beim Triumph über Frankreich? Dass die später mögliche und notwendige Analyse der lange stabilen Massenbasis faschistischer Herrschaft unterblieb, wirkte selbst wieder erkenntnishemmend. Das gleiche gilt für die Tatsache, dass zu diesem Staatstyp unentbehrlich ein Führer – mehr noch: der jeweils größte Führer aller Zeiten (GRÖFAZ) – gehörte. Davon ließ sich so wenig absehen, wie die bloße Charakteristik des Regimes als „Führerstaat“ unzulänglich blieb.

Schließlich: 1933 konnte noch geglaubt werden, dass die spezifische deutsch-faschistische Ausprägung bürgerlicher Ideologie mit der These vom „Rassenkampf als dem Beweger der Geschichte“

über die Bedeutung einer Parteiideologie nicht hinauskommen werde. Später indes nicht mehr. Die Schwierigkeit, „Auschwitz“ in die Definition des Faschismus zu bringen (ohne ihn auf ein judenmörderisches Regime zu verkürzen), blieb ungemeistert.

Die hier eher summarisch genannten Mängel der Vorkriegs- und Vor-Holocaust-Definition des Faschismus gelten zumindest heute auch unter Marxisten als die weniger umstrittenen. Doch standen nicht diese Mängel im Zentrum des Streits um das Wesen faschistischer Diktaturen, sondern vielmehr die Beziehung, welche die KI-Definition zwischen dem faschistischen Staatstyp und jener nicht näher bestimmten Gruppierung des Kapitals herstellte, die als extrem reaktionär, chauvinistisch und imperialistisch charakterisiert wurde. In ihr schlug sich scharfe Abgrenzung von anderen Faschismus-Deutungen nieder, z. B. jener, die faschistische Bewegung wie auch Herrschaft als eine Macht des Kleinbürgertums interpretierte (spätestens seit der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ im Juni 1934 unhaltbar). Eine andere Auffassung sah den Faschismus als eine Bewegung politischer Hasardeure, die auf eigene Rechnung hin operierte und alle, die sie zeitweilig bzw. längerfristig als Mitläufer oder Förderer gewann, ausnahmslos hinters Licht führte. Demgegenüber hob die „Dimitroff’sche“ Definition auf jene Kräfte ab, welche die entschiedensten Gegner des bürgerlich-parlamentarischen Systems, die striktesten Feinde der Arbeiterbewegung (extrem reaktionär nach innen), und die Revision der Kriegsniederlage von 1918 – freilich nicht Unisono – mit Weltkriegsforderungen zu erreichen suchten (extrem imperialistisch). Die maßgebliche Rolle dieser Gruppe des Finanzkapitals bei der Vorbereitung und Durchsetzung der Kanzlerschaft Hitlers sowie im Konsolidierungsprozess der Nazidiktatur wird auch in der nichtmarxistischen Historiographie nicht mehr bestritten. Ebenso nicht mehr die Tatsache, dass diese Kapitalkreise in Kontakt mit gleichgesinnten Angehörigen des großen Grundbesitzes wie mit Spitzen des preußisch-deutschen Militärs handelten.

Doch wird den Marxisten entgegengehalten, die aktive Pro-Hitler-Gruppe sei – verglichen mit „der Industrie“ oder „der Wirtschaft“ – relativ klein gewesen. Anklage im historischen Sinne könne allenfalls gegen diese Minderheit erhoben werden, der zugleich entschuldigend zugebilligt wird, sie habe sich in Hitler geirrt bzw. ein ungleich bescheideneres reaktionäres Programm vertreten.

Da erhebt sich jedoch erstens die Frage, warum die Mehrheit von Mächtigen sich nicht gegen die Minderheit von Mächtigen durchzusetzen vermochte. Hatte jene seit den Tagen des Kanzlers Heinrich Brüning, in dessen Regierung die IG Farben AG zeitweilig einen Minister stellte, soviel an Einfluss auf die Politik eingebüßt? Oder war sie angesichts des Scheiterns der Brüning-Nachfolger dabei, sich mit dem „Projekt Hitler“ anzufreunden, weil sie eigene Favoriten nicht mehr besaß? Warum verfügen die Historiker nur über die – fälschlich Industriellen-Eingabe benannten – Papiere an den Reichspräsidenten von Hindenburg, in denen Hitlers Kanzlerschaft gefordert wurde, und nicht über Eingaben, die einen anderen Vorschlag unterbreiteten oder Einwände gegen den Naziführer geltend machten?

Diese Fragen werden mithin nicht gestellt, man zieht sich auf die unbestrittene Tatsache zurück, dass ein erheblicher Teil der deutschen Großkapitalisten die Partei des einstigen Krupp-Direktors und „Medien-Zars“ Hugenberg finanziell unterstützte, womit dann bewiesen sein soll, dass dieser und nicht Hitler gewünscht war. Warum aber wird nicht die Frage nach dem Widerstand von Kapitalkreisen gegen den Kanzler-Aspiranten Hitler gestellt? Jene waren doch sehr wohl in der Lage, Regierungskoalitionen zu sprengen (1930) und Minister ihrer Wahl ins Reichskabinett zu bringen (1931).

Thyssen finanzierte, wie Karl Kraus bemerkte, sowohl Reinhardts Deutsches Theater wie die „Gewitterwolke“, womit Hitler und seine Partei gemeint waren. Wen aus welchen Motiven? Das Theater, um „sich für seinen Reichtum ein gutes Gewissen zu verschaffen“, die „Gewitterwolke“, um ein Regime zu installieren, in dem die Arbeiter sich nur noch zum Ton der Fabriksirenen versammeln würden. Ein Theater zu finanzieren und einen Politiker, der dieses dann „abwickelt“, erscheint so nur als ein vermeintlicher Widerspruch.

Hugenbergs Partei zu sponsern – womit jener auf den Posten eines „Wirtschaftsdiktators“ ins Hitlerkabinett gebracht werden konnte – bedeutete nicht gegen Hitler zu agieren. Und nicht einmal die bereitwilligsten Apologeten der politischen Herrschaft des Kapitals können auch nur einer der – sicher divergierenden – Gruppierungen der „deutschen Wirtschaft“ für 1932 die Treue zur Republik und Demokratie attestieren.

Die Machtübergabe löste zunächst einen Solidarisierungseffekt aus. Auch diejenigen Großkapitalisten stellten sich hinter die „nationale Regierung“, die dieses politische Experiment nicht gewollt hatten. Ihr Schritt mag durch profitorientiertes Kalkül und namentlich die Absicht diktiert worden sein, rechtzeitig tief in das Staatssäckel greifen zu können. Schließlich sahen auch diejenigen, die in den Chefetagen der Bank- und Industriekonzerne daran gezweifelt haben mochten, ob die Hitler-Crew wirklich ihre Leute sein würden, ihre Befürchtungen alsbald zerstreut. Sie erkannten, wie der Historiker Günter Paulus formulierte, dass Hitler auch ihr – gemessen an den existierenden Möglichkeiten – „bester Mann“ war. Und dies merkwürdigerweise in dem Moment, da in den kleinbürgerlichen Kreisen das Wort von der „zweiten Revolution“ umging.

Das deutsche Großkapital war im Ganzen im Dritten Reich angekommen – ausgenommen die „jüdischen“ (obendrein noch angeblich bolschewistischen) Kapitalisten. Sie waren, um noch einmal Kraus zu zitieren, in dem Staat angekommen, in dem Streikbrecher nicht mehr gebraucht wurden, denn die Arbeitenden hatten das Streikrecht und mit ihm alle anderen Rechte verloren. Die Ende 1933 den „Faschismus an der Macht“ definierten, hätten das richtig gesehen.

Gegenstand von Forschungen

Was die Definition, die wie jede andere ärmer ist als die Wirklichkeit, nicht aussagte, aber später den Gegenstand vieler Forschungen der DDR-Historiographie bildete, war die Differenzierung des Verhältnisses der Kapital-Gruppierungen zur Staatsmacht während der Vor- und der Kriegsjahre. Dass das Jahr 1933 eine Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses zwischen den Kapitalgruppen zur Folge hatte, dass ihre Stellung im Aufrüstungsprozess voneinander abwich, dass die einen ihre Positionen auf dem Weltmarkt ausbauen wollten, während andere ganz auf die Staatsaufträge setzten, Expansionsinteressen und folglich die Stellung zu den variierenden Kriegsplänen voneinander abwichen, ideologische Positionen einzelner Kapitalisten unterschiedlich waren, dass sie allesamt also nicht einen monolithischen Block darstellten – dies und anderes war in der Fachliteratur der DDR nachzulesen. Deren Autoren müssen sich aber fragen, warum die gestanzt verkürzte Charakterisierung des nicht widerspruchsfreien Verhältnisses von Wirtschafts- und Staatsmacht nicht zu einer öffentlichen Diskussion über die „Dimitroff-Definition“ führte. In der Massenpropaganda über die Jahre der faschistischen Diktatur blieb das ideologische Interesse dominierend, „den Imperialismus anzuklagen“, übrigens nicht ganz ausnahmslos, wenn außenhandelspolitische Interessen der DDR dies zu diktieren schienen.

Nach der Zerschlagung der Diktatur musste von den marxistischen Historikern darüber nachgedacht werden, dass Hitler am Ende zum „schlechtesten Mann“ deutschen Großkapitals (Paulus) geworden war. In eine Definition des „bankrotten Faschismus“ muss diese sehr allmähliche Wandlung ebenso eingehen wie die Tatsache, dass die Verteidigung „bis zum letzten Mann“ im Interesse nicht dieses „Letzten“ lag, sondern Pläne bediente, die Zeit brauchten: zu retten, was in die Nachkriegszeit zu retten war. Der Grenzfall des im Stadium seines Untergangs befindlichen Systems und Regimes kann rückwirkend nicht auf das Ganze projiziert werden, wie dies – umgekehrt – auch nicht mit dem Vor- und Frühstadium geschehen sollte.

Alles in allem: Die kritische Diskussion der marxistischen Faschismus-Theorie, die nicht auf die Definition reduziert werden kann, ist nicht zuletzt auch durch aktuelle Entwicklungen geboten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Januar 1993, S. 13.

Kalt wie Kaltenbrunner

Gegen Ende eines langen Juristenlebens beschrieb Robert M. W. Kempner, beteiligt an der Anklage gegen führende Naziverbrecher in Nürnberg, eine seiner Erfahrungen so: Es sei derjenige, der vor Gericht lüge, gegenüber jenem, der die Wahrheit sage, im Vorteil, denn die Lüge dränge den Richtern die Frage auf, ob es nicht schließlich so gewesen sei, wie der Beschuldigte behaupte. Ernst Kaltenbrunner hielt sich vor dem Tribunal strikt an den Grundsatz, bei der Lüge zu bleiben. Geholfen hat ihm das nicht. Die Beweise für seine Verantwortung für die Verbrechen des Regimes an Juden, an – vor allem sowjetischen – Kriegsgefangenen, an KZ-Häftlingen sowie viele weitere Untaten waren so erdrückend, dass Zweifel nicht entstehen und einzig die Geduld Bewunderung erregen konnte, mit der sich Richter und Staatsanwälte anhörten, was dieser einstige SS-General, Chef des Reichssicherheits-Hauptamtes in der Nachfolge Reinhard Heydrichs, zuletzt auch Heinrich Himmlers Stellvertreter im Amt des Reichsministers des Inneren über sich und seine Rolle zusammenphantasierte.

Anders als im Falle der meisten Angeklagten war Kaltenbrunners Name vielen Deutschen kaum bekannt, und dies gilt in noch höherem Maße für seinen Aufstieg. Der in Oberösterreich geborene Rechtsanwaltssohn, war nach Abitur, Jurastudium und Promotion in die Fußstapfen seines Vaters getreten und Anwalt geworden. Knapp 30jährig schloss er sich 1932 der NSDAP und der SS in einem Moment an, da die „Machtergreifung“ in Deutschland nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein schien. Dann würden auch die Tage, des selbständigen Staates Österreich gezählt sein. Kaltenbrunner kalkulierte richtig. Er gelangte in der SS-Hierarchie so weit nach oben, dass er im März 1938 als Staatssekretär in der letzten nazistisch geführten Regierung in Wien den Anschluss betreiben und damit den Grundstein für weiteren Aufstieg legen konnte. Er hatte es bis in die Generalsränge der SS und der Polizei gebracht, als ihn Himmler zum Hausherrn in der Berliner Terrorzentrale der SS erhob und damit auf den einflussreichsten Platz nach seinem eigenen setzte. Das geschah exakt in den Tagen des Untergangs der 6. Armee im Kessel von Stalingrad. Was in seiner Macht stand, die Niederlage des Regimes hinauszuzögern, das befahl Kaltenbrunner. Unter den Kriegsverlängerern war er einer der brutalsten.

Sein Rechtsanwalt wollte den Richtern 1946 versichern: „Ich glaube, Kaltenbrunner möchte noch einmal geboren werden ...“ Diesen Wunsch mochten manche Mörder im Angesicht des Galgens zuvor und danach gehegt haben. Nur würde dadurch keinem ihrer unschuldigen Opfer das Leben zurückgegeben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. April 1993, S. 13. Maximilian Reich, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Gleichschaltung und Abwicklung

7. April 1933: „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ Von Nutz und Tücken eines Vergleichs

Auf einem Treffen ernsthafter Leute war unlängst zu hören, 1933 seien in Nazideutschland weniger Leute von „Abwicklungen“ betroffen worden als 1989 und in den folgenden Jahren im Osten Bundesdeutschlands. Die Assoziation, die der Vergleich nahelegen sollte, liegt zutage: „Schlimmer als die Nazis ...“ Das Vorbeisehen an wesentlichen Unterschieden besitzt nicht nur in der Geschichte der Linken Tradition. Flache Vergleiche können der Bewertung der Tatsachen nur hinderlich sein.

Gravierender sozialer Wesensunterschied

1933, als sich das neue Regime in Deutschland zu etablieren und auf tausend Jahre einzurichten suchte, hat der Begriff „Abwicklung“ noch keine Rolle gespielt. Das schon bekannte Wort ist später in den faschistischen Sprachgebrauch eingegangen, nicht massenhaft, aber in eindeutiger Verwendung. Nach der Liquidierung Österreichs 1938 hieß es beispielsweise, die „österreichische Nationalbank“ werde abgewickelt. Und 1941 gab Reinhard Heydrich in seiner Eigenschaft als stellvertretender (de facto-) Reichsprotektor von Böhmen und Mähren einen Erlass heraus, in dem er bekanntgab, dass die Stadtgemeinde Theresienstadt abgewickelt werde – man brauchte Platz für ein riesiges KZ für Juden.

Der Begriff, mit dem vor allem Veränderungen im zu Beginn des Jahres 1933 von den Nazis übernommenen Staatsapparat umschrieben wurden, lautete „Gleichschaltung“. Obwohl gerade dieses Wort das analoge Vorgehen des Jahres 1990 und danach ungleich treffender bezeichnet haben würde als das Wort „Abwicklung“, verwandte man es aus naheliegenden Gründen nicht. Es war belastet und vernutzt. In beiden Fällen, nach dem Ende der Weimarer Republik und dem der DDR, wurde im staatlichen Bereich ein Personenwechsel vollzogen, der vom Standpunkt der neuen Herren ein notwendiger Akt zur Etablierung ihrer Macht darstellte. 1933 jedoch vollzog sich die Transformation einer kapitalistischen Staatsform in eine andere – von der parlamentarischen Republik in die faschistische Diktatur –, und dies ermöglichte (ganz abgesehen von Anpassungsbereitschaft) die Übernahme eines erheblichen Teils des alten Personals. Eingriffe, die. über das, was die neue Führungsgruppe als notwendig ansah, hinausgingen und sich an der Basis häufiger ereigneten als an der Staatsspitze, kamen auf das Konto der ämter- und postengeilen braunen und schwarzen Gefolgsleute. Sie wurden bald korrigiert oder doch unterbunden. Gegen Ende 1933, kaum ein Jahr nach seinem Einzug in das preußische Innenministerium, wies Hermann Göring in einem Erlass darauf hin, dass es nicht notwendig und der eigenen Sache nicht dienlich sei, wenn man auch den letzten kleinen sozialdemokratischen Staatsbediensteten aus seinem Amte herauswürfe.

Die absichtsvoll hergestellte Gedankenverbindung „Schlimmer als die Nazis ...“ geht an der Tatsache vorbei, dass zwischen der geschichtlichen Wendung des Jahres 1933 und der des Jahres 1989/90 ein sozialer Wesensunterschied besteht. Ein Detail allein macht diesen schon deutlich: 1933 wurden aus Aufsichtsräten und Vorständen deutscher Großbanken und industrieller Großunternehmen – übrigens bevor noch ein Gesetz dazu zwang – nur einige Personen gedrängt: Juden. 1990 kehrten die Banken und Industrieunternehmungen, viele, nachdem ihre Vorgänger enteignet worden waren, in ein Territorium zurück, das auch Optimisten für lange Zeit oder gar für immer verloren geglaubt hatten. 1933 ging in zahlreichen Unternehmen (wie Instituten und Amtsstuben) in vorauseilendem Gehorsam eine „Selbstgleichschaltung“ vor sich. Diese konnte sich 1990 in einer ganz anders gelagerten Situation nicht wiederholen, was die „Selbstgleichschaltung“ Einzelner nicht ausschloss.

1933 erfolgte die Ausrichtung des Staatsapparates auf die veränderten Inhalte und Ziele der Politik durch eine Serie von Gesetzen, die das Reichskabinett erließ. Zwei wurden direkt als „Gleichschaltungs-Gesetze“ bezeichnet. Zu ihnen ist aber auch das am 7. April 1933 publizierte, mit den Unterschriften des Reichskanzlers, des Reichsministers des Innern, Wilhelm Frick, und des Reichsfinanzministers Lutz Graf Schwerin von Krosigk in Kraft tretende „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zu zählen. Der Titel war absichtsvoll irreführend gewählt: Im Gegensatz zur

„Juden- und Marxisten-Republik“ sollten im Staatsapparat allein wieder sachkundige Leute beschäftigt werden.

Antisemitismus nun Regierungsgrundsatz

Das Gesetz traf vor allem die zu „Nichtariern“ erklärten Juden, und es war das erste Staatsdokument des Naziregimes, das den Antisemitismus zum Regierungsgrundsatz erhob. Doch richtete es sich zugleich gegen alle republiktreuen oder dieser Treue verdächtigen Männer und Frauen, die noch im Staatsdienst tätig waren. Vorarbeit hatten ja bereits die letzten Regierungen des Weimarer Staates und insbesondere das Papen-Kabinett geleistet, indem sie sozialdemokratische Beamte zwangsweise in den Ruhestand geschickt und an deren Stelle deutschnational orientierte postiert hatten, die sich zumeist auch unter der NS-Herrschaft als verwendungsfähig erwiesen.

Mit dem 9. November sollten alle Beamten, die nicht die „für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung besitzen“ (§ 2) entlassen werden. Das gleiche galt für diejenigen Beamten, „die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (§ 4). Dies war als Kann-Bestimmung formuliert, sie ließ mithin einen Spielraum, so dass sich die Betroffenen den neuen Machthabern noch andienen konnten.

Den Regierenden galt im Lande keineswegs der großspurige Grundsatz „Viel Feind, viel Ehr’“. Sie stuften die von Entlassungen betroffenen Personen ab. Während den einen noch Bezüge für die Dauer von drei Monaten belassen wurden, sie aber keinerlei Ansprüche auf Warte- oder Ruhegeld, Hinterbliebenenversorgung oder die Weiterführung von Amtstiteln besaßen, wurden anderen Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Das Gesetz enthielt sogar einen Paragraphen (§ 16), der die Korrektur „unbilliger Härten“ vorsah. Und so kamen einst einflussreiche Beamte, die der Zentrumspartei oder der SPD angehört hatten, zu Ruhegeldern, die ihnen gestatteten, in ihren gewohnten Lebensverhältnissen zu verbleiben. Diese Chance wurde denen, die unter den „Arier-Paragraphen“ (§ 3) des Gesetzes fielen, nur beschränkte Zeit gegeben.

Diesem Paragraphen zufolge waren Beamte, „die nicht arischer Abstammung sind“ in den Ruhestand zu versetzen, sofern sie nicht bereits vor 1914, im Kaiserreich, Beamte gewesen waren oder an Kriegsfronten gekämpft hatten. Die Ausnahme konnte auch gelten, wenn Väter oder Söhne jüdischer Beamter an den Fronten von 1914/18 gefallen waren. Mit Blick auf den anvisierten neuen Krieg wurden „Heldentode“ gewürdigt. Im Zuge der zunehmenden Juden-Verfolgungen fühlten sich die braunen Machthaber nicht mehr an diese Ausnahmeverfügungen gebunden.

Hatten sich die Autoren des Gesetzes bereits mit der Bestimmung über die „nationale“ Verlässlichkeit einen breiten Handlungsspielraum geschaffen, so hielten sie auch mit der Festlegung, dass Entlassungen „zur Vereinfachung der Verwaltung“ erfolgen könnten, Türen offen. Würden Beamte aus diesem Grund in den Ruhestand gedrängt, „so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden“, heißt es zwar in Paragraph 6, doch war damit der Praxis, durch eine bloße Neustrukturierung der Einrichtungen die Bestimmung zu umgehen und getarnte Neueinstellungen vorzunehmen, kein Riegel vorgeschoben.

Damit auch der letzte Gemeindediener nicht durch die Maschen rutschen konnte, wurde bestimmt, dass für Angestellte und Arbeiter im Staatsdienst die Vorschriften „sinngemäße Anwendung“ finden sollte (§15). Hierließen sich Pöstchen für die sogenannten „alten Kämpfer“ der NSDAP freimachen, denen es an Qualifikation fehlte.

Das „Berufsbeamten-Gesetz“ bot zudem die Handhabe für einen Knüppel besonderer Art. Es ermöglichte die Einleitung von „Dienststrafverfahren“ auch noch gegen Beamte, die bereits entlassen oder in den Ruhestand versetzt worden waren. Allein die Androhung zeitigte Wirkung, ließ die bereits „Gefeuerten“ sich stillverhalten. Dass diese Strafandrohung am 31. Dezember 1933 ablief; belegt das Interesse der obersten NS-Clique an einer Beruhigung dieses Personenkreises. Mit dem politischen Strafrecht, der Gestapo und dem System der Konzentrationslager standen inzwischen andere Instrumentarien der Disziplinierung und Ausschaltung zur Verfügung.

Die blutigen Folgen der Säuberungen

Wird „Abwicklung“ mit „Gleichschaltung“ verglichen, dann dürfen nicht nur die jeweiligen Gesetze und ihre direkten Folgen in Betracht gezogen werden. Zur „Gleichschaltung“ gehörte, dass sozialdemokratische, pazifistische, liberale Beamte und Angestellte bzw. ihre wenigen kommunistischen Kollegen den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt waren, verhaftet, in Zuchthäuser und KZ verschleppt und ermordet wurden. Es muss auch erinnert werden, dass die „Gefeuerten des Jahres 1990 Möglichkeiten der Gegenwehr besaßen und besitzen (wie immer sie diese auch nutzten oder nutzen), während die von 1933 sich allenfalls im Untergrund antinazistisch betätigen konnten.

Gemeinsam ist indes den „Gleichschaltungs-“ und Abwicklungsprozessen von Anfang der 30er und Anfang der 90er Jahre, dass sich außerordentlich rasch zwischen Betroffenen, Nichtbetroffenen und Noch- oder Vermeintlich-Nichtbetroffenen eine Desolidarisierung anbahnte und um sich griff. Gemeinsam ist beiden schließlich auch die Heuchelei, mit der die Täter ihre eigentlichen Absichten partiell zu verschleiern suchten. Sie nahmen alle für sich in Anspruch, für das Volk das Beste zu wollen ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 3./4. April 1993, S. 13.

Die Intellektuellen und die Macht

Jürgen Kuczynskis Historikerstreit

Der Vergleich hat in der Geschichtswissenschaft und Politik derzeit Hochkonjunktur. Auch diesem Buch ist ein Vergleich vorangestellt: Im Mittelalter bis in die Zeit der Renaissance, in der die Macht über Leben und Tod der „klerikalen Intelligenz“ zugestanden habe, seien Savonarola und Giordano Bruno und Zehntausende „von kleinen Leuten“ auf die Scheiterhaufen gebracht worden, sofern sie nicht bei milderen Anklagen die Chance des Widerrufs erhielten. „Und ähnlich“, heißt es anschließend, „ging es in der Deutschen Demokratischen Republik zu.“ In ihr habe zwar die Intelligenz nicht die Macht besessen: „Wohl aber gab es die gleichen Verbrechen.“ An die Stelle des „Teufels“ sei hier das „Monopolkapital“ oder einfach der „Kapitalismus“ getreten. An der Textstelle angekommen, mag sich mancher Leser, zurückblätternd noch einmal vergewissern, ob er sich beim Bucherwerb im Namen des Verfassers nicht verlesen hat, oder sich fragen, wie ihm, sofern er in der DDR gelebt hat, die Scheiterhaufen entgangen seien und der Gestank des brennenden Fleisches ...

Wer weiterliest, lernt Kuczynskis Version einer erbittert geführten und von dem Kurt Hager unterstehenden Teil des ZK-Apparats angeregten, gesteuerten, kontrollierten und schließlich auch als erledigt erklärten Kontroverse kennen. Sie war ausgelöst worden durch zwei Artikel und ein Buch Kuczynskis, die 1957/58 erschienen, in einem Moment, da die Hoffnungen auf die befreiende Langzeitwirkung des 20. Parteitags der KPdSU gerade zerrannen. Kuczynski nennt diese beiden Jahre für sich „die schlimmste Zeit“.

In ihnen habe er, der „universale Gesellschaftswissenschaftler“, sich mit nahezu der gesamten Historikerzunft der DDR auseinandersetzen müssen, sich gegen eine pogromähnliche Anklage als „Revisionist“ zu verteidigen gehabt, ermutigt von einigen Gelehrten außerhalb der DDR. Dabei sei er mit einem erschreckend niedrigen wissenschaftlichen und menschlichen Niveau konfrontiert worden. Am Ende sei er Parteiverfahren, Parteiausschluss und Schlimmerem entgangen – mit einer die eigene Würde behauptenden Selbstkritik auf einer Hochschulkonferenz und seinem nicht ernstgemeinten, aber von der Wissenschaftsabteilung des ZK akzeptierten Vorschlag: „Ich bliebe weiter Leiter der Wirtschaftshistoriker an der Akademie, würde jedoch aufhören, Artikel zu schreiben, und mich ganz auf meine geplante vierzigbändige Geschichte der Lage der Arbeiter konzentrieren“.

Kuczynski, der Aktenstücke dieser Auseinandersetzung aus dem einstigen SED-Archiv im Wortlaut abdruckt, verlangt zu Recht, dass die Gesellschaftswissenschaftler der DDR ihre Geschichte aufarbeiten. Er will sie durch die Publikation des Materials, die er als eine Pionierarbeit versteht, dazu konkret anregen, denn bisher sei „außer allgemeinem Geschwätz und lobender Erwähnung von Opfern noch sehr, sehr wenig – besser: praktisch nichts Konkretes geschehen“.

Diesem Urteil mag man zustimmen oder nicht, die Berechtigung der Forderung kann nicht bestritten werden. Dabei wird mit dem Blick auf die seltenen öffentlichen Auseinandersetzungen und die häufigeren internen ohne Rechthaberei und Legitimationssucht nicht nur zu fragen sein, ob die Streitenden die Wirklichkeit tatsächlich adäquat erfaßt haben. Es wird auch zu prüfen sein, ob sich nicht in den Standpunkten der Kontrahenten eine – wie auch immer verursachte – begrenzte Sicht äußert, deren Bestimmung und Überwindung nur gemeinsam in Angriff genommen werden könnten.

Kuczynskis Standpunkt, dass seinen Widersachern von einst Verständnis entgegengebracht werden könnte, ihnen aber nicht verziehen werden dürfe, bildet da eine Barriere. Namentlich der damalige Streit um die Frage, wann Menschen Geschichte machen, und wann sie sich von dieser Tätigkeit ausschließen, wäre wieder aufzunehmen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund jener Erfahrungen, die in der DDR seit Mitte der achtziger Jahre gemacht wurden, und die, zusammen mit anderen Ereignissen und Prozessen, uns dazu zwingen, über die Rolle der Volksmassen und jene der Persönlichkeit in der Geschichte neu nachzudenken und forschend Rechenschaft zu geben, auch individuell.

Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Elefanten Press, Berlin 1993. 133 S., 19,90 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. April 1993, S. 13.

Nazi-Diplomat Ribbentrop

Fünf Jahre und neun Monate waren seit dem Kriegsausbruch, den Joachim von Ribbentrop mit der durch ihn betriebenen Außenpolitik mitvorbereitet hatte, vergangen, als Fahnder der Siegermächte den ehemaligen Reichsaußenminister in Hamburg aus einem Bett holten, verhafteten und mit anderen Nazigrößen nach Nürnberg schafften. Dort wurde er vor dem Internationalen Tribunal angeklagt, für schuldig befunden und am 30. September 1946 durch Urteilsspruch zum Tode bestimmt. Das ruchlose Leben von Hitlers engstem diplomatischen Mitarbeiter endete am Galgen, nachdem seine Karriere schon mit dem Selbstmord seines „Führers“ zu Ende gegangen war. Die kurzlebige Dönitz-Regierung hatte für ihn im Mai 1945 keine Verwendung mehr gehabt.

Ribbentrops Name war in Deutschland erst 1935 in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit bekannt geworden. Da schickte ihn Hitler als Botschafter nach London, in das Land, das er unter den künftigen Kriegsgegnern aufgrund der Weltkrieg-I-Erfahrungen am meisten fürchtete. Doch hatte der einer preußischen Offiziersfamilie entstammende, am Niederrhein geborene, in Kanada zum Bankkaufmann ausgebildete und dort mit einem Handlungsunternehmen beschäftigte Ribbentrop, der im Kriege Offizier geworden war und im Alter von 30 Jahren durch Adoption zum Adelstitel kam, der Nazipartei schon zuvor wichtige Dienste erwiesen. Der Schwiegersohn des Sektfabrikanten Henkell brauchte sich um Hitlers Wohlgefallen nicht sonderlich zu bewerben, suchte der doch auf dem Wege zur Macht die Gunst einflussreicher Männer, die ihm die Türen zu immer mehr Salons öffneten. In Ribbentrops Haus im vornehmen Berlin-Dahlem hatte am 22. Januar 1933 eine der entscheidenden Zusammenkünfte getagt, bei dem besprochen wurde, wie der Republik der Garaus gemacht werden sollte.

Kein Zivilist aus der Naziführungsgruppe arbeitete so ohne jeglichen Skrupel auf den Krieg hin wie dieser Diplomat. Lang ist die Liste der gebrochenen Verträge, unter denen seine Unterschrift steht. Zahlreich sind die Dokumente, die seine Menschenverachtung bezeugen. Unwiderlegbar waren die Beweise für seine Aktivität, andere Staaten an die Seite Nazideutschlands in den Krieg zu ziehen. Nicht entkräften ließen sich die überlieferten Weisungen an seine Mitarbeiter, damit sie aus den Ländern der Verbündeten und Satelliten die Juden zur Vernichtung in den deutschen Machtbereich lieferten. Und: jämmerlich war die Rolle des Angeklagten Ribbentrop, der einst in Diplomaten-Uniform pfauengleich sich als Mitregent Europas aufgespielt hatte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 24./25. April 1993, S. 13.

Das Ringelblum[1]-Archiv im Warschauer Ghetto

In metallenen Kisten und zwei Milchkannen hat man sie gefunden, nach Hinweisen von Überlebenden in den Trümmern des einstigen Warschauer Ghettos: Teile des illegalen Archivs, das Emanuel Ringelblum begründet und wie so viele andere nicht überlebt hat. Die Papiere sind heute Eigentum des Jüdischen Historischen Instituts in der polnischen Hauptstadt. Ruta Sakowska veröffentlicht 1986 erstmals 15 Dokumente und Dokumentengruppen in polnischer Sprache.

Die Schriftstücke bezeugen Verfolgung und Leiden, Widerstehen und Tod der Juden Polens, nicht nur derjenigen, die in Warschau im Ghetto umkamen oder von dort in die Vernichtungsstätten, vor allem nach Treblinka, geschafft wurden, sondern auch vieler anderer, über deren Leben und Schicksal Ringelblum und seine Genossen Nachricht erhielten. Obendrein sammelten und verwahrten sie nicht nur, was ihnen an dokumentationswürdigem Material zukam (z. B. Postkarten, die ins Ghetto gelangten, solange ein Postverkehr mit der Außenwelt noch gestattet war), sie hielten die Geschehnisse auch selber fest.

Von Kindern erbaten sie Aufsätze zum Thema „Was hat sich bei uns verändert?“ und bekamen Berichte vom Hinsiechen und Dahinsterben der Eltern und Geschwister. Sie verfassten Berichte nach mündlichen Aussagen, unter denen der von „Szlamek“, der in das Totengräberkommando der Vernichtungsstätte Kulmhof gepresst wurde und fliehen konnte, zu den grauenvollsten authentischen Nachrichten gehört.

Der die Hälfte des Bandes ausmachende Essay von Ruta Sakowska fasst das Wissen über das Leben, die Organisations- und Widerstandsformen im Warschauer Ghetto von seiner Errichtung bis zu seiner barbarischen Liquidierung zusammen. Ausgewogen würdigt die Herausgeberin die Erhebung der Wenigen gegen die Übermacht – in ihrer Bedeutung für die Geschichte und das Selbstverständnis der Juden und als einen Bestandteil des Kampfes gegen die deutschen Faschisten zu einem Zeitpunkt, da den Aufständischen angesichts ihrer Situation und der allgemeinen Kriegslage nur die Aussicht blieb, kämpfend zu sterben.

Gedanken zum Ersten Mai 1941:

„Berlin des Untergrunds, wo bist Du geblieben? Das Getöse der Militärkapellen hat Deinen Ruf übertäubt, Tausende Standarten, Plakate und Losungen haben Dein gequältes Antlitz verdeckt. Und doch weiß ich, es gibt Dich, Du lebst und wartest, heute, am Ersten Mai, zählst Du Deine Kräfte, sie sind, das weiß ich, gewachsen, sie sind ganz sicher gewachsen.

Du weißt nichts von mir, wie auch ich nichts von Dir weiß. Aber wenn der Tag kommt – dann trittst auch Du hervor. Auch von Deinen Plätzen schauen dann Marx und Lenin, auch Deine Straßen füllen sich dann mit der lachenden Menge, dann finde auch ich – der gemarterte Sohn eines gemarterten Volkes – mein Recht zu leben.“

Veröffentlicht in der illegalen Zeitschrift „Negered Haserem“ im April 1941. Aus dem Warschauer Ghetto heraus richtete der unbekannt gebliebene Autor seine Hoffnungen noch auf Berlin. Der Text aus dem Ringelblum-Archiv dokumentiert zugleich die Stimmung und Haltung der im Widerstand aktiven Jugendlichen, die später in der Jüdischen Kampforganisation standen und 1943, trotz der Übermacht des Feindes, den Aufstand führten.

Ruta Sakowska: Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer. Ein historischer Essay und ausgewählte Dokumente aus dem Ringelblum-Archiv 1941-1943. Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Edition Hentrich, Berlin 1993. 275 S., br., 36,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 30. April 1993, S. 13.

---

[1] Emanuel Ringelblum (1900-1943) gründete und leitete das Untergrund-Archiv im Warschauer Ghetto, das in Blechkisten und Milchkannen verborgen wurde.

Wenn Kleinigkeiten unter den Teppich geraten ...

Hitlers später Triumph?
Gedanken zum Tag der Befreiung und zu neuer deutscher Größe

Das große Kapital in Bundesdeutschland und die seine Interessen vor allen anderen vertretenden Politiker hätten an der Wende von den 80er zu den 90er Jahren die Ziele erreicht, die etwa ein halbes Jahrhundert zuvor Hitler erstrebt, aber verfehlt habe. So lautet das Fazit eines geschichtlichen Vergleichs, das einem in Gesprächen nahezu nebenher erzählt wird. Die Aussage verfehlt das Urteil über einen vergangenen Plan, der nicht in die europäische Wirklichkeit umgesetzt werden konnte, ebenso, wie sie die Gegenwart nicht trifft. Die Verzeichnung ist das Produkt einer verengten, einzig auf Kontinuitäten wirtschaftlicher Zielsetzungen abhebenden Geschichtsbetrachtung, die glaubt, von den Mitteln, mit denen Politik ökonomische und andere Herrschaftsinteressen durchsetzte oder erstrebte, ganz absehen zu können. Auf diese Weise geraten ein paar „Kleinigkeiten“ unter den sprichwörtlichen Teppich.

Zur Sache: Dass deutsche Konzerne in Tschechien, als es noch die Tschechoslowakei war, locker einziehen konnten, ist ein sinnfälliges Zeichen der Niederlage aller (nicht nur der „realsozialistischen“) Bestrebungen, die sich auf eine sozialistische Welt richteten. Wer sich dieser Tradition verbunden fühlt und in ihr das Wirken einer emanzipatorischen Bewegung von weltgeschichtlichem Rang erblickt, den mag das niederdrücken, traurig stimmen oder auch wütend machen. Er wird darin seine Niederlage und den Sieg des Kapitals, der nicht einmal mit Sicherheit vorläufig genannt werden kann, diagnostizieren. Vielleicht erinnert er sich heute, gehört er der älteren Generation an, der 1938/39 aufgekommenen Verse, die da lauteten: „Wer kommt gleich hinter dem ersten Tank? Das ist Direktor Rasche von der Dresdner Bank!“ Sie reflektierten den Einzug eines der größten Finanzunternehmen des damaligen (und heutigen) Deutschland in die Hauptstädte der schon vor den ersten scharfen Schüssen liquidierten Staaten, in Österreich und in die Tschechoslowakei.

Nun also, nachdem deutsche Großbanken und -firmen, die ihre Büros, Zweigstellen, Betriebe, Unternehmungen aller Art in Osteuropa weithin wieder oder erstmalig eröffnen konnten, erscheint manchem, dass sie jenes erreicht hätten, was seinerzeit im Zeichen des Hakenkreuzes zeitweilig durchgesetzt werden konnte. Die Ziele, die 1939 und in den folgenden Jahren verfolgt wurden, da zuerst der „Reichsprotektor“ Konstantin Freiherr von Neurath, ein deutschnationaler Faschist, dann Reinhard Heydrich und schließlich Kurt Daluege in dessen Nachfolge auf der Prager Burg residierten) reichten indes ein „klein wenig“ weiter und wurden intern unumwunden formuliert. Den Tschechen war ein Verbleiben in Mitteleuropa nur noch für einen begrenzten Zeitraum zugedacht. Dann sollten sie in ihrer Mehrheit nach Osten deportiert werden, und es kann gar keinen Zweifel darangeben, dass für einen erheblichen Teil dieses Volkes diese Vertreibung in irgendeiner Art Auschwitz geendet haben würde. Eine Minderheit von Tschechen sollte auf ihre Germanisierungsfähigkeit geprüft werden. Jedenfalls sollte von den Bewohnern des „Protektorats“ niemand in seiner nationalen und ethnischen Verfassung belassen werden, die dortigen Deutschen ausgenommen, soweit sie nicht als Widerstandskämpfer zu liquidieren waren. Die Herren von der Dresdner Bank hätten also, wäre es zur Verwirklichung dieses Germanisierungsplans gekommen, irgendeinen Tschechen nicht mehr zu bedienen gehabt.

Es ließe sich am Beispiel Polens und weiterer okkupierter Gebiete Osteuropas zeigen, welche Zukunft den Bewohnern des „Großgermanischen Reiches“ zugedacht war. Sie war nicht gleich, aber sie bedeutete in allen Fällen Vergewaltigung, Versklavung, Vertreibung und schloss die Anwendung der mörderischsten Mittel ein, wenn sie nur für zweck- und zieldienlich gehalten wurden. Wer von Hitlers Sieg am Jahrhundertende faselt, weiß nicht, wovon er redet und sollte doch wissen, dass er mithilft, das Naziregime zu verharmlosen.

Das Zerrbild vom späten Sieg ist, und das mag seine vermutliche Zählebigkeit erklären, aber auch bequem. 1938 und 1939, um bei den Beispielen Österreichs und der Tschechoslowakei zu bleiben, gingen zwei Staaten Europas infolge des äußeren Drucks des übermächtigen feindlichen Nachbarn unter. Ihre eigenen Handlungsspielräume waren gering. Zudem wurden sie von ihren wirklichen

oder vermeintlichen Verbündeten im Stich gelassen. Doch gehörte dies zu den sekundären Faktoren. Diesmal liegen die primären Faktoren – wie immer die äußeren Einflüsse noch aufgedeckt und bewertet werden mögen – des Untergangs aber im Inneren eines Systems, das an Möglichkeiten der „Verteidigung“, genauer: seiner Behauptung, prinzipiell ungleich reicher war, ohne sie (aus hier nicht zu erörternden Gründen) mobilisieren zu können. Das Wort von „Hitlers spätem Triumph“ verdeckt auch diese Zusammenhänge ganz. Seine Verwendung schreibt, womöglich und zumeist unbeabsichtigt, dem Geschichtsverlauf in unserem Jahrhundert eine Zwangsläufigkeit des Sieges des großen Kapitals zu, hinter der die Resignation lauert.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Mai 1993, S. 13.

Bis in den Tod verfolgt

Das vielzitierte Wort von den homosexuellen Männern und Frauen – die Reihenfolge bezeichnet hier den Grad ihrer Verfolgungen während der Nazi-Diktatur – als den „vergessenen“ Opfern mag so uneingeschränkt nicht mehr zutreffen. Doch die Frage, warum so viele von ihnen bis auf den Tod verfolgt wurden, gehört mit Sicherheit zu jenen, über die sich Zeitgenossen wie Nachgeborene zu wenig Gedanken gemacht haben.

Günter Graus’ Einleitung instruiert da knapp und treffend: der Wahnsinn hatte Methode, passten doch Schwule und Lesben nicht in die nazistische Zielvorstellung vom hochgezüchteten, sich unausgesetzt und rasch vermehrenden „arischen“ Kernvolk der Deutschen, das Herr in Europa und der Welt werden sollte. Methode, das will freilich nicht besagen, dass die Führer des „Dritten Reichs“, die stufenweise vorgingen, einen Gesamtplan bis zur „Endlösung der Homosexuellen-Frage“ besessen hätten, als sie an die Macht gelangten – so wenig, wie sie einen analogen Plan im Hinblick auf die Juden, die Behinderten oder andere Menschengruppen besaßen. Doch sie „arbeiteten“ sich an die jeweiligen „Endlösungen“ heran.

Im Falle der Homosexuellen lag der Schwerpunkt der Verfolgung auf den Schwulen. Sie steigerte sich von den anfänglichen öffentlichen Diskriminierungen über die Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen (1935) bis zu den radikalen Nachstellungen, die im Kriege in Deutschland und in den okkupierten Gebieten eskalierten. Die im Band in thematischer Ordnung unterbreiteten Dokumente aus Archiven in Koblenz, Potsdam, Freiburg i. Br. und weiteren Beständen (die Akten der 1936 im Reichskriminalpolizeiamt etablierten „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ müssen allerdings als verloren gelten) eröffnen den Blick auf die Täter: Politiker, Rasseforscher, Mediziner, Juristen, KZ-Aufseher, ihre Motive und „Gegenmaßnahmen“, die von der „Normalisierung“ durch Schwerstarbeit, die zur Vernichtung durch Arbeit wurde, bis zur Kastration und Experimenten zur „hormonellen Umpolung“ reichten – ein Gemisch von sich als Wissenschaft aufputzender Scharlatanerie und äußerster Brutalität.

Claudia Schoppmanns Studie „Zur Situation lesbischer Frauen in der NS-Zeit“ macht deutlich, wie wenig hierüber heute bekannt ist. Und der gesamte Band, der einem studierten Volkswirt und Psychologen zu danken ist, der sich an der Leipziger Universität zu einem Spezialisten der Geschichte der Sexualforschung entwickelte, ist eine Herausforderung an die Historiker, das Thema in den Gesamtzusammenhang ihrer Forschungen aufzunehmen.

Homosexualität in Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung. Hrsg. von Günter Grau. Mit einem Beitrag von Claudia Schoppmann. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1993. 373 S., 19,90 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 7. Mai 1993, S. 13.

Terror und Kollaboration

Das Bundesarchiv hat Wort gehalten: Der Band, der ursprünglich 1990 aus Anlass des 50. Jahrestages der Nazi-Okkupation der beiden nordeuropäischen Staaten erscheinen sollte, ist dem über Südosteuropa rasch gefolgt. Es ist die letzte Frucht einer Arbeitsgruppe, die an der Universität Greifswald seit den sechziger Jahren wirkte und aus Spezialisten für die Geschichte und Kultur Nordeuropas bestand. Von den ursprünglich 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind zwei und „zwei Drittel“ Personen noch eben mit Zeitverträgen ausgestattet. Die Zeitschrift „Nordeuropa“ hat ihr Erscheinen schon einstellen müssen. Dabei besaß die Gruppe im Norden der „Alt-Bundesrepublik“ nicht einmal ein Konkurrenzunternehmen, in diesem Falle genügte der blanke Wahn der Abwickler. Petrick präsentiert das Buch mit der Bescheidenheit eines Spezialisten, der weiß, dass er einen Baustein liefert. Die Dokumente seien mit wenigen Ausnahmen in Fachkreisen bekannt. Gerade aber ihre zusammenfassende Publikation erhellt die Eigenart der Besatzung und die Besonderheiten der Kollaboration in Dänemark und Norwegen.

Jochen von Lang, Autor vielgekaufter Bücher über das Naziregime, hat sich mit der Untersuchung über die Gestapo ein weiteres Mal das Verdienst erworben, die faschistischen Verbrechen im Bewusstsein der Mitwelt wachzuhalten. Die Taschenbuchausgabe folgt der Erstveröffentlichung mit einem Abstand von drei Jahren. Merkwürdig verklemmt wirkt die im Vorwort von Claus Sybill bezogene Kampfstellung gegen die Historiker-Zunft, ohne deren reichlich genutzte Arbeitsresultate das Buch doch nicht hätte geschrieben werden können. Sie mag eine Replik auf die von Geschichtswissenschaftlern freilich bestrittene Auffassung sein, wonach die Gier nach Posten, Einfluss und Macht einer Handvoll von Naziführern das treibende Moment von zwölf Jahren deutscher Geschichte gewesen sei.

Die Gestapo war allgegenwärtig, bemerkt Lang. Das erinnert uns daran, dass nach wie vor eine Untersuchung darüber fehlt, wie eine regionale Gestapo(leit)stelle im Alltag der Diktatur wirkte – im Wohnhaus, im Betrieb, in der Öffentlichkeit. Immer noch bleibt der Blick zu stark auf die Haupt- und Staatsaktionen gerichtet, auf herausragende Täter (wie Heydrich) und prominente Opfer. Aktenvernichtung erschwert die Aufgabe, unmöglich erscheint ihre Lösung aber nicht.

Bundesarchiv (Hrsg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung Fritz Petrick. Europa unterm Hakenkreuz, Band 7. Hüthig Verlagsgemeinschaft, Berlin-Heidelberg 1992. 264 S., geb., 72,00 DM.

Jochen von Lang: Die Gestapo. Instrument des Terrors. Unter Mitarbeit von Claus Sybill. Wilhelm Heyne Verlag, München 1993. 320 S., br., 16,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 14. Mai 1993, S. 13.

Die Belanglosigkeiten der „Bella“

„Als Hitler mir die Hand küsste“

Vor Jahren erschien in einem Leipziger Verlag eine Sammlung der antifaschistischen Publizistik Dorothy Thompsons, die als liberale Korrespondentin amerikanischer Zeitungen kreuzgescheite Analysen der Nazipolitik geschrieben hat und schließlich aus dem „Dritten Reich“ verwiesen wurde.

Nun die Belanglosigkeiten der „Bella“. Mit diesen Buchstaben unterzeichnete sie seit 1928 als Reporterin der „Vossischen Zeitung“ (Ullstein-Verlag) ihre Hofberichte über Ereignisse der ewig gleichen Art: Frühstücke und Bälle, Modeschauen und Pferderennen. Sie hielt fest, wer was getragen hat, wer neben wem platziert wurde und vor allem, was ihr bei diesen Treffen zu Ohren kam, denn ihre eigenen Ansichten waren eher von der schlichteren Art: „Ich bin der Meinung, dass die breite Masse von den höheren Schichten gar nicht erwartet, dass sie in derselben spartanischen Art leben wie sie.“

Die Bella wurde in die „höheren Schichten“ hineingeboren. Nach Scheidung und Inflationsverlusten blieben der Frühwaise die elterlichen Weinberge im Maintal und ein Anwesen in Berlin, das Reitpferd und das Auto, die Mitgliedskarten eines exklusiven Renn- und eines ebensolchen Tennisklubs, selbstredend ausreichend Dienstpersonal, eine Erzieherin für ihre Tochter inbegriffen. Ererbt und entwickelt hatte Bella aber vor allem Beziehungen zur politischen und militärischen Oberschicht. Eine Frau, die mit dem Besitzer des Warenhauses Wertheim dinierte und anderntags mit einem Chef der Kruppwerke, taugte für die Ullstein-Presse, auch wenn sie in der Rechtschreibung nie ganz sicher war.

Bella bediente mehrere Zeitungen des Unternehmens, schrieb außerhalb Berlins unter dem Pseudonym „Isa von Franken“, ein Name, der sich neben dem eines Hohenzollernprinzen in den Mitgliederlisten der NSDAP gut ausgenommen haben würde. Doch hatte die „Nichtarierin“ gegen die Hitlerleute, auf die sie in Gesellschaft schon vor dem 30. Januar immer häufiger traf, gewichtige Einwände: Sie waren so schlecht gekleidet, soffen und fläzten sich in Salons herum.

Wer den Hindenburg-Handkuss, bei dem Bella ihre Knie „weich werden fühlte“ auf S. 34 hinter sich und nicht genug hat, liest auf S. 112 „Er (das ist nun der Buchtitel-Held) ergriff meine Hand, presste sie an seine Lippen.“ Aber: „Tatsache ist, ich habe nicht einmal das Gefühl gehabt, dass er dem anderen Geschlecht angehört.“

Der Nachwortschreiber hat das Buch offenbar nur selektiv gelesen, sonst wäre er nicht auf die Idee verfallen, die Tagebuchblätter hätten die Funktion gehabt, ein Gegengewicht gegen die oberflächlichen Presseberichte zu bilden, die Bella schrieb, um ihre Lebenswegzehrung zu verdienen. Doch verrät er uns, dass der Fromm-Nachlass in der Universität Boston liegt. Da kann überprüft werden, was in der Buchfassung von den seinerzeitigen Notizen weggelassen, wieviel ihnen hinzugesetzt wurde. Wie es um den Wahrheitsgehalt der Angaben Bellas steht, fragt Sich der Leser spätestens, wenn sie für Anfang 1937 von der Einweihung der Neuen Reichskanzlei berichtet. Die fand zwei Jahre später, im Januar 1939, statt.

Bella ist den Judenverfolgern entkommen und in die USA emigriert. Dennoch bleibt die Frage, was 1943 einen englischen und ein Jahr darauf einen amerikanischen Verleger bestimmte, die Texte der „Bella“ herauszubringen. Möglicherweise erregten die vielen Hinweise der Fromm auf die Verquickung von großem Kapital und Naziführern gewisses Interesse, stand doch in den eigenen Plänen für die Zeit nach dem militärischen Triumph auch die Abrechnung mit der Konkurrenz. Doch wird dieses Motiv nur vermutet.

Bella Fromm: Als Hitler mir die Hand küsste. Rowohlt-Berlin 1993. 330 S., 39,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 21. Mai 1993, S. 13.

Vorauseilender Gehorsam und mörderischer Ehrgeiz

Hans Safrian: Die Eichmann-Männer

Den österreichischen Historikern verdankt die Forschung zur Geschichte von Judenverfolgung und Judenvernichtung viel. Grundlegend gewirkt haben Arbeiten von Jonny Moser, Herbert Rosenkranz, Gerhard Botz, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands und die Forschungen von Erika Weinzierl. Bei der an der Wiener Universität tätigen Geschichtswissenschaftlerin hat Hans Safrian seine Dissertation eingereicht, die nun als Buch vorliegt und davon zeugt, dass die „Fackel“ von einer Generatio zur nächsten weitergegeben werden konnte.

Die Intensität, mit der sich die Wissenschaftler dem Gegenstande zuwandten, hat ihre Ursache zum einen in der Verpflichtung, die sie gegenüber den ermordeten Juden empfanden, und entstand zum anderen aus der Tatsache, dass die „angeschlossene Ostmark“ wiederholt ein besonderes Experimentierfeld für judenfeindliche Aktionen war. In Wien wurde die erste bürokratische Zentralstelle geschaffen, die sich auf die Vertreibung der Juden ins Ausland spezialisierte. Aus Wien erfolgten die Deportationen nach Ostpolen an die deutschsowjetische Interessengrenze, als in den Köpfen der Judenhasser noch die Vorstellung von einem „Judenreservat“ herumgeisterte. Wiener Juden wurden im Oktober 1941 als erste in die systematischen Deportationen „nach dem Osten“ mit dem Ziel Ghetto Litzmannstadt (Łódź) einbezogen. Die Stadt erhielt eines der höchsten Transport-Kontingente ...

Und aus Österreich kam zugleich ein erheblicher Teil jener Täter, die bei der Planung der Verbrechen wie bei Massakern grausam hervortraten. Der Eichmann-Typus war unter den Faschisten aller Länder zu finden, ebenso seine Handlanger. Der relativ große hervorgegangen, dass Eichmann seine Karriere recht eigentlich 1938 während seines Wien-Einsatzes begann und zu seinen Landsleuten rasch engen Kontakt bekam. Mit ihm stiegen sie auf, viele nahm er nach Prag und Berlin mit, anderer entsann er sich, als an den verschiedensten Stellen des okkupierten Europa Spezialisten der Judenjagd gebraucht wurden.

Safrians Darstellung beginnt anhand der „Zentralstelle“ in Wien mit der Herausbildung dessen, was er das „Wiener Modell“ der Vertreibung nennt. Er gibt – auch auf den Prozessakten fußend, die während der Anklagen gegen Franz Novak, Richard Hartenberger und weitere SS-Offiziere aus dem Referat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes in Wien entstanden – die Biographien der Täter, analysiert und vergleicht sie. Er schildert aus seiner profunden Dokumenten-Kenntnis Schritt für Schritt die Aktionen, die der „Endlösung der Judenfrage“ vorausgingen und zur hochorganisierten Menschenvernichtung hinführten. Bei der Verwirklichung des Genozid-Programms schließlich gilt seine Aufmerksamkeit – geographisch gesehen – insbesondere den „Menschenjagden“ in Griechenland und Frankreich, in Ungarn und der Slowakei.

Kaum eine Abhandlung hat für die Jahre 1940/41 so detailliert nachgewiesen, wie viele Aktivitäten auf der mittleren Ebene des weitverzweigten Herrschaftsapparats den Massenmord einleiteten. Safrian .verfolgt und; rekonstruiert ihre Spuren in Litzmannstadt und in Posen, in Belgrad und in Krakau. Er legt die Fäden bloß, die von da zu Eichmann und von diesem wieder zu denen zurückführten, die darauf drängten, ihnen die Juden „abzunehmen“, sie endlich irgendwohin in die Weiten des europäischen Ostens zu schaffen oder sich dieser „Feinde“ auf die rascheste, eben mörderische Weise zu entledigen.

Mit der Hervorhebung der Rolle dieser Faschisten polemisiert der Autor zu Recht gegen die Reduzierung des Geschichtsbildes auf Hitler, Göring, Himmler, Heydrich und deren Verantwortung. Dabei – gleichsam „im Eifer des Gefechts“ – unterläuft auch ihm eine Überzeichnung seines Gesichtspunktes. Aber vielleicht gerade dadurch mag das Buch die Debatte anregen, die über die Frage nach den treibenden Kräften des „Jahrhundertverbrechens“ mit Gewissheit noch andauern wird.

Hans Safrian: Die Eichmann-Männer. Europa Verlag, Wien 1993. 358 S., 54,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 18. Juni 1993, S. 13.

Hans Frank – Henker Polens

Nicht wenige der großen Naziführer hatten bereits zu Lebzeiten Beinamen erhalten, die über ihr fluchwürdiges Leben hinaus bekannt blieben – so für Hitler „Gröfaz“ und für Göring „Meier“, da er selbst so hatte heißen wollen, würde je ein feindliches Flugzeug deutschen Luftraum erreichen; Goebbels war die „Großschnauze“ bzw., auch mit Anspielung auf sein teuflisch-betrügerisches Wesen, der „Klumpfuß“. Von Hans Frank blieb die Bezeichnung „der Henker Polens“.

Der studierte und promovierte Jurist galt 1933 im Führungszirkel der NSDAP bereits als „alter Kämpfer“. Im November 1923 war er Teilnehmer am Putsch gegen die junge Weimarer Republik gewesen, 1928 organisierte er die der Nazipartei nahestehenden bzw. die ihr angehörenden Juristen, ein Jahr später wurde er Leiter des „Rechtsamtes“ der NSDAP in München. 1930 folgte sein spektakulärer Auftritt vor dem Reichsgericht in Leipzig: Er führte Hitler als Zeugen im „Ulmer Reichswehroffizier-Prozess“ vor, damit dieser einen verlogenen Legalitätseid leisten konnte.

Unter den ehrgeizigen, postenbesessenen, machthungrigen Paladinen des Führers, war Frank einer der Übelsten. Reichsleiter der NSDAP, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichsrechtsführer, Präsident der Akademie für deutsches Recht – das waren nur einige Titel, die er sich „erkämpfte“, bevor er nach der Okkupation Polens als „Generalgouverneur“ auf die Krakauer Burg zog, auf der er sich als der erste Kolonialherr seines Führers fühlte und benahm. Unzählige Verbrechen gingen auf das Konto jenes Mannes, der von sich selbst ruhmredig behauptete, er besitze Nerven wie ein Kälberstrick.

Schließlich endete er selbst am Strick. Die Zeugenaussagen vor dem Nürnberger Gepicht der Alliierten, die zahllosen Dokumente millionenfacher Verbrechen wie auch sein „Tagebuch“ – 38 Bände mit Reden Franks, Protokollen, amtlichen Niederschriften sowie persönlichen Diktaten – belegten seine Schuld. „Dead by hanging“ lautete das schließliche Urteil. Franks verzweifelter Versuch, einen internen Konflikt 1942 zwischen ihm und anderen Nazigrößen, in dem es um Machtorganisation und Machtverteilung im Nazireich ging, für seine Verteidigung aufzuwerten, konnte nicht verfangen.

In einem seiner Vorträge 1942 an deutschen Universitäten über den „nationalsozialistischen Rechtsstaat“ hatte Frank verkündet: „Unser Staat und unser Reich sind so stark, dass sie mit jedem Professor fertig werden ...“ Zu jenem Zeitpunkt war unter seiner Führung und Verantwortung ein erheblicher Teil der polnischen Intelligenz bereits „liquidiert“.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. Juni 1993, S. 13.

Leben mit Vorurteilen

Der Mann, dessen Biographie sich wie jene von Hunderttausenden anderer deutscher Juden unter den Einwirkungen rassistischer Vorurteile gestaltete, legt hier freilich keine Anleitung für das Leben mit Vorurteilen vor. Vielmehr will er, aufklärerisch gestimmt, zu ihrem Abbau beitragen, zu ihrer Reduktion bis auf den Grad der Ungefährlichkeit für die anderen, seien es die des anderen Geschlechts, der anderen Nationen, der anderen Religionen oder beliebiger anderer Ansichten, die menschenfeindlichen wohl ausgenommen, die immer auch in ihren Resten gefahrdrohend bleiben.

Der Untertitel zeigt einzig an, dass sich Silbermann nicht nur die Welt, sondern auch den einzelnen Erdenbürger ohne Vorurteile über Personen, Gruppen, Sachen und Zustände nicht vorzustellen vermag. Er, der diese Erscheinung nach Herkunft, Quellen, Natur und Wirkungsbedingungen lange untersucht hat, nimmt sich da selbst nicht aus. Einen Beweis seiner Vorurteile liefert er spätestens, wenn er, auf den Zusammenhang von Fremdenhass und Rassismus eingehend, „Vorgänge in afrikanischen Staaten, in den USA, in Frankreich, in der Schweiz und nicht zuletzt in der ehemaligen DDR“ gleichsetzt. Merkwürdigerweise schenkt der Autor den sozialen Bedingungen, die für die mitunter seuchenartige Ausbreitung von Vorurteilen günstig sind, nur geringe Aufmerksamkeit. Wo er darauf zu sprechen kommt, nimmt er auf Familie und Schule Bezug, lässt die Interessen von Gruppen, Schichten und Klassen, die ihm präsent sind, aber weitgehend unausgelotet. Wieviel Material zur Anschauung und Demonstration hätte ihm etwa für die Erörterung nationaler Vorurteile die deutsche Geschichte seit 1990 hergeben können – vom „Unrechtsstaat“ über die „faulen Ossis“ bis zur „Wissenschaftswüste DDR“.

Doch der Leser kann sich zu Silbermanns Texten vieles Nötige hinzudenken, so, wenn der. Autor, gegen, die innere Hohlheit von nationalen Gemeinschaftsparolen gewandt, fragt: „Denn welche Gemeinschaft besteht schon zwischen einem Konzernmanager und einem Straßenarbeiter? Zwischen einem Bundeswehrgeneral und einem Gemüsehändler? Einem Kameramann und einem Schuhverkäufer? Einer perlenbehangenen Industriellengattin und einer Bäuerin? Einer Regierungsrätin und einer Küchengehilfin – kurzum zwischen den intellektuell und materiell Ausgestatteten und den Nicht-Ausgestatteten?“

Der Attacke gegen den Gemeinschaftsrummel, der auf nationale Gefühlsergüsse der verschiedensten Art zielt, mag man zustimmen – und zugleich erfahren haben, dass eine Küchenhilfe „intellektuell ausgestattet“ sein kann, nach dem „Elitewechsel“ im deutschen Osten zuweilen nicht schlechter als eine „Regierungsrätin“.

Alphons Silbermann: Alle Kreter lügen. Die Kunst, mit Vorurteilen zu leben. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach 1993. 174 S., br., 28,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 23. Juli 1993, S. 13.

Wessen Herrschaft?

„Wenn Worte einen Sinn haben ...“
Anmerkungen von Autoren des ND zu Beiträgen im ND

In dieser Zeitung (Ausgabe vom 10./11. Juli 1993, Seite 13) war zu lesen, dass mit dem 14. Juli 1993 vom Reichskabinett beschlossenen Gesetz gegen die „Neubildung von Parteien“ die „totale Alleinherrschaft der Nazipartei als einziger Staatspartei einschließlich ihrer alle Bereiche umfassenden Gliederungen“ zementiert worden sei. Wenn Worte einen Sinn haben, dann besagt diese – nicht in allen antimaterialistischen Strömungen der Geschichtsschreibung – vertretene These, dass im Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 einige Millionen Deutsche (die Mitgliederzahl der NSDAP gegen das Ende ihrer Existenz kann nur geschätzt werden, sie tendierte gegen zehn Millionen, lautet eine dieser Schätzungen) über andere Millionen, die Mehrheit, herrschten und zwar allein und total. Es herrschten demnach, um den Schwachsinn nicht zu ernst zu nehmen, in diesem zwölf Jahre währenden Reich der „Führer“ Hitler und das Hitlermädchen Sieglinde, denn die eben gehörte zu einer jener Gliederungen der Nazipartei.

Dieses Bild führt hinter die sehr vorläufigen Erkenntnisse zurück, die bürgerliche und stalinistisch ausgerichtete Juristen besaßen, als sie in Nürnberg 1946 ihr Urteil auch über die deutsch-faschistischen Organisationen fällten, das für die Behandlung von Millionen von NSDAP-Mitgliedern große Bedeutung gewann. In die Kategorie der „Mitläufer“ eingestuft und entsprechend nachsichtig behandelt zu werden, galt als das Nahziel vieler dieser einstigen organisierten Gefolgsleute des deutschen Faschismus. Worin soll deren Anteil an der Herrschaft denn bestanden haben? Entschieden sie in irgendeiner Weise über die Sozial- und Wirtschaftsgesetze? Besaßen sie irgendeinen Einfluss auf die ideologische Ausrichtung von Kunst und Wissenschaft? Hatten sie ein Mitspracherecht, als die Expansionen vor dem Krieg einsetzten und dann der direkte Marsch in den zweiten Weltkrieg angetreten wurde? Die Fragen stellen, heißt auch schon: sie verneinen.

Die Millionen Mitglieder spielten vor wie nach 1933 eine unentbehrliche Rolle. Vor dem 30. Januar 1933 stellten sie eine notwendige Vorbedingung für den Schritt der Führungsgruppe in die staatlichen Machtzentren dar. Diese Mitgliedschaft und die 1932 zeitweilig 13 Millionen Wähler aufbietende Partei verhießen Aussicht auf eine Stabilisierung der deutschen Zustände im Kapitalinteresse. Notwendige Vorbedingung, d. h. nicht auch: die entscheidende, denn ein gleichgroßes Massenaufgebot hätte einer Partei, die ein antikapitalistisches, antimilitaristisches Programm verfocht, nicht einmal den Weg in die Pförtnerlogen der Wilhelmstraße freigemacht. Dann, nachdem die Führungsclique etabliert war, wirkten die Millionen ihrer organisierten Anhänger als eine unentbehrliche Stütze der Macht und als deren Instrumente. Und wiederum gilt: als eine, nicht als die einzige. Eine andere, ebenso notwendige bildete die Reichswehr, die spätere Wehrmacht. Eine dritte existierte in Gestalt des vorgefundenen weitverzweigten Staatsapparats, in dem nur ein relativ geringer Teil des Personals ausgewechselt zu werden brauchte.

Eine Herrschaft stützen, bedeutet doch aber nicht auch selbst herrschen. Ist diese Herrschaft von verbrecherischer Natur, was für die des deutschen Faschismus nur Lügner bestreiten, dann macht sich derjenige, der sie stützt, wissend oder unwissend, gewollt oder nicht, zu einem Helfershelfer von Verbrechern. Mithin besagt die Feststellung, dass die Millionen von NDSAP-Mitgliedern, SA-Männern, Angehörigen der verschiedensten „Gliederungen“ nicht herrschten, nichts über Verantwortung und Schuld.

Der Charakter und die Struktur sowie die Funktionsweise der Herrschaft, die in Deutschland, von 1933 bis 1945 existierte, werden nach wie vor wissenschaftlich ergründet und kontrovers diskutiert. Politische Interessen spielen in diesen Vorgang unausgesetzt hinein und sind nicht vollständig zu eliminieren. Im Kern geht es aber um schwerwiegende Fragen, die neu bedacht werden wie vor allem das Verhältnis von ökonomischen Interessen und deren politisch-staatlicher Verfechtung und Durchsetzung, den Grad und die Grenzen der relativen Selbständigkeit einer diktatorischen Staatsmacht vom faschistischen Typus, das Gewicht des historischen „Faktors“, der in Deutschland Hitler, in Italien Mussolini, in Spanien Franco hieß.

Die These von der „totalen Alleinherrschaft der NSDAP“ steht außerhalb solcher Debatten. Sie gehört in den Bereich der politisch dominierten Interpretationsmuster und hilft derzeit, die Legende von der „Diktatur der NSDAP“, auf welche die „Diktatur der SED“ folgte, unter die gut- bis blindgläubigen Leute zu bringen.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 24./25. Juli 1993, S. 13.

Auschwitz oder Kollaboration!

Der vollständige bürgerliche Name der Titelgestalt dieses außergewöhnlichen Buches lautete: Stella Goldschlag. Die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in Berlin geborene Frau – da waren die schlimmsten Nachwirkungen von Schlachten und Niederlage eben überwunden – lebte zu Anfang der neunziger Jahre in einer vom Autor des Buches ungenannten Stadt unter einem ebenfalls nicht bekanntgemachten Namen. Der Autor des Bandes hat sie dort insgesamt dreimal besucht und ist der Frau wieder begegnet, neben der er in der Gruppe der Sopranstimmen in einem Schulchor gesungen hatte. Das war 1936 und 1937 gewesen, als beide in Berlin-Grunewald die private Dr.-Goldschmidt-Schule besuchten, die junge Deutsche, die als Juden aus ihren bis dahin besuchten Lehranstalten vertrieben worden waren, auf ein Leben im Ausland vorbereitete.

Peter Wyden verließ mit seinen Eltern Deutschland Anfang 1937 – rechtzeitig. Stellas Familie blieb und geriet in das Räderwerk der eskalierenden Judenverfolgungen. Die Eltern wurden ermordet, Stella überlebte.

Davon erfuhr Peter Weidenreich (später: Wyden), als er in der Uniform der US-Streitkräfte 1945 als ein Mitarbeiter einer Abteilung für psychologische Kriegsführung nach Deutschland kam. Für kurze Zeit wurde sein Arbeitsplatz Berlin, die Trümmerwüste. Hier half er, eine amerikanische Zeitung für deutsche Leser herauszugeben. Sein Tagewerk brachte es mit sich, dass er die von der sowjetischen Konkurrenz herausgegebene *„Tägliche Rundschau“* durchzusehen hatte. In deren Spalten entdeckte er eine Meldung, die ihm, der Nachrichten aus kommunistischer Quelle ohnehin misstraute, ganz unglaubwürdig erschien. Berichtet wurde von einer jüdischen Mitarbeiterin der Geheimen Staatspolizei, die darauf spezialisiert gewesen sei, in der Reichshauptstadt versteckt lebende Juden, sogenannte U-Boote, ausfindig zu machen und ihren Mördern zu übergeben. Die Frau, die in den Kreisen der Gejagten auch als „blonde Bestie“ bezeichnet wurde, eine der gefürchtetsten „Greiferinnen“, war aber niemand anderes als jene Mitsängerin aus fernen und doch erst ein Jahrzehnt zurückliegenden Schultagen. Zweifel ließen sich ausschließen.

Sie war entdeckt, im sowjetischen Sektor der Stadt der mit sehr begrenzten Vollmachten ausgestatteten, eben gegründeten Volkspolizei übergeben und von da sowjetischen Besatzungsbehörden überstellt worden. Ein Militärgericht hatte sie zu zehn Jahren Haft verurteilt, die sie in verschiedenen Gefangenenanstalten der Sowjetischen Zone, zuerst in Sachsenhausen, dem ehemaligen Konzentrationslager der Nazis, zuletzt im Zuchthaus Waldheim in Sachsen, verbrachte. 1955 erfolgte die Entlassung, 1957 eine Anklage vor einem Gericht in Berlin-Moabit, also in den Westsektoren der Stadt. Das Urteil lautete wieder auf zehn Jahre Haft, die aber als verbüßt galten.

Das alles erfuhr Wyden erst, nachdem er sich 1988 entschloss, der Lebensgeschichte der Stella Goldschlag nachzugehen und sie niederzuschreiben. Wie die Dinge lagen, war er bei seinen Recherchen vor allem auf mündliche Quellen angewiesen, sieht man von der schriftlichen Hinterlassenschaft des Prozesses von 1957 und einiger weiterer Verhandlungen ab, die zustande kamen, weil das erste Urteil – vergeblich – angefochten worden war. Wyden sprach mit der bei Kriegsende geborenen, in Israel lebenden Tochter. Er ermittelte einen früheren Ehemann in einem berlinnahen Ort in den neuen Bundesländern. Er fand Menschen, die von dem unheilvollen, verbrecherischen Wirken der Stella Goldschlag aus eigener Erfahrung oder aus verlässlicher Überlieferung wussten, die zustande kam, weil einige Juden als „U-Boote“ überlebten, andere die Hölle von Theresienstadt überstanden, wo die Insassen des KZ auch über Personen gesprochen hatten, die sich in die Dienste der Massenmörder pressen ließen.

Stella Goldschlag gehörte zu ihnen. Nachdem sie 1941 als Jüdin zur Zwangsarbeit in eine Rüstungsfirma gepresst worden war, war sie nach dem Beginn der Deportation in die Ghettos und Vernichtungslager 1942 selbst untergetaucht. Doch man hatte sie 1943 entdeckt, verhaftet, in dem Gestapo-Quartier in der Burgstraße gefoltert, ihr dann das Angebot zur Mitarbeit als „Greiferin“ gemacht und ihr im Falle der Zusage versprochen, die bereits in der Großen Hamburger Straße in einem Sammellager sitzenden Eltern von der Verschickung in den Tod zu verschonen.

Auschwitz oder Kollaboration? Wer sich auf die Schilderung einer Lebensgeschichte einlässt, in deren Verlauf diese Alternative „vorkam“, gerät als Autor unversehens in die Rolle des Staatsanwalts oder des Verteidigers. Wyden wollte beide vermeiden. Er hat sich selbst befragt, was ihm bevorgestanden, wie er gehandelt haben würde, wäre er in der Gewaltzone der Judenmörder verblieben. Das Urteil, das in und zwischen den Zeilen dieses Buches doch gesprochen werden musste, erleichterten zwei Tatsachen: Nach der Überlieferung verrichtete Stella Goldschlag 1943/ 44 ihre Rolle, die einer Beihelferin der Eichmann-Männer, kaltblütig, hinterlistig, wahrscheinlich angetrieben vom Hass auf ihr und ihrer Opfer Judesein. Und nach der eigenen Beobachtung Wydens während der Zusammentreffen mit seiner einstigen Mitschülerin, die sich inzwischen im siebten Lebensjahrzehnt befand, sah sie selbst sich als Opfer, nicht als Täterin. Auch nur der Anflug eines Gefühls der Reue war bei diesen Begegnungen nicht feststellbar gewesen.

Die geschichtlichen Zustände, in denen Stella Goldschlag half, die Gaskammern von Auschwitz zu füllen, geben für Wyden keinen Entschuldigungsgrund. Doch weigerte er sich bei aller Analyse und Bewertung der psychologischen Struktur Stella Goldschlags, ihr Verhalten allein aus ihrem Charakter herzuleiten. Er stellte sich die – freilich hypothetische – Frage, was aus ihr geworden wäre, hätte sie wie er den braunen Staub Deutschlands von ihren Schuhen entfernen können. Als 1992 die Originalausgabe des Buches in den USA erschien, wurde die Meinung geäußert, Wyden hätte, anstatt seine Bekannte aus Jugendtagen zu befragen, sie kurzerhand umbringen sollen. Des Verfassers Ziel aber war, Lesende zum Nachdenken über die Geschichte zu zwingen, damit sie sich nicht wiederholt.

Peter Wyden: „Stella“. Aus dem Englischen von Ilse Strasmann. Steidl-Verlag, Göttingen 1993, 397 S., DM 39,80.

Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 32. Jg., H. 127, 1993, 3. Quartal (September), S. 213-214.

Die Legende vom „verordneten Antifaschismus“

Kein zweiter Begriff ist nach dem vom „Unrechtsstaat“ von den Politikern, die das Prinzip Anschluss gegen das Prinzip Vereinigung durchsetzten, derart demagogisch instrumentalisiert worden wie der vom „verordneten Antifaschismus“. Von der inneren Beziehung beider wird noch zu handeln sein. Wenden wir uns zuerst dem Gehalt jenes Begriffs zu, der älter ist als seine Verwendung zum Zwecke der Fälschung der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik.

Dem Begriff „verordneter Antifaschismus“ lässt sich ein Sinn durchaus entnehmen, freilich nicht der, welcher sich mit seinem inflationären Einsatz in der politischen Auseinandersetzung der Sieger mit den Verlierern verbindet. Denn den Deutschen, genauer: ihrer Mehrheit, wurde gegen Ende des zweiten Weltkrieges tatsächlich dringend geraten, es ließe sich durchaus auch formulieren: verordnet, sich in jeder Weise von allen ihren Bindungen an den Faschismus zu befreien und eine gegen ihn gerichtete geistige und praktische Haltung einzunehmen. Die diesen Rat erteilten, waren die Mächte der Anti-Hitler-Koalition, und sie kündigten ihn in ihren Beschlüssen bereits vor Kriegsende an. Mehr noch: Die Lossagung vom Faschismus wurde deutlich als die unerlässliche Voraussetzung charakterisiert, ohne deren Erfüllung das deutsche Volk nicht in die in Bildung begriffene, aus der Frontstellung gegen den faschistischen Mächteblock hervorgegangene Völkergemeinschaft aufgenommen werden könnte.

Was sollten die alliierten Staaten den Deutschen eigentlich anderes verordnen? Dass ein Volk inmitten Europas wegen seiner erwiesenermaßen beträchtlichen Anfälligkeit gegen kriegerische Ideen und Pläne dauernd unter eine Art internationale Sonderbewachung gestellt werden könnte oder sollte, war kaum denk- und jedenfalls nicht machbar. Die Hoffnungen richteten sich folgerichtig auf einen Wandel der Gedanken- und Gefühlswelt, in die die Mehrheit der Deutschen sich freiwillig oder erzwungen, bewusst oder unbewusst begeben hatte und in der sie sich bei Kriegsende noch befand. Diese Tatsache hatten viele Menschen außerhalb des Deutschen Reiches, das seine Machthaber das „Dritte“ nannten, schwer zu erkennen und zu glauben vermocht. Als sie ihnen aber unzweifelhaft wurde, sich alle Hoffnungen darauf, dass wenigstens eine nennenswerte Minderheit des deutschen Volkes noch vor Kriegsende sich von den Naziführern lossagen würde, völlig zerschlagen hatten, erschien ihnen der Zustand dieser Deutschen als eine Verseuchung, eine Art epidemischer Krankheit, von der sie geheilt werden müssten, durch die Verordnung der radikalsten, also an die Wurzel des Übels greifenden Mittel.

Tatsächlich tauchte der Begriff von der „Seuche“, welche sich unter den Deutschen im Nazistaat ausbreite, bereits lange vor 1945 in der Publizistik über Deutschland und die Befindlichkeit seiner Bewohner auf. Er war – wie jede Anwendung eines medizinischen Begriffs zur Kennzeichnung sozialer und politischer Zustände – ungenau, und vor allem enthielt er eine Entschuldigung, denn Seuchenopfer kann auch werden, wer das nicht im Geringsten verschuldet hat. Das aber traf für die Mehrheit der Deutschen nicht zu, ausgenommen diejenigen im Alter von Kindern und Jugendlichen.

Kurzum und um noch einmal die Bilder anzurufen; Gegen die „Seuche“ des Faschismus lag die „Verordnung“ des Antifaschismus nahe. Doch begnügten sich die Politiker der Alliierten mit dem Ratschlag nicht. Vom Tage der Errichtung ihrer Besatzungsmacht an, das hieß; der Übernahme der Regierungsfunktionen in Deutschland, ergriffen sie die verschiedensten Maßnahmen, um die Lossagung der Deutschen vom Faschismus zu unterstützen. Dafür bildete die Einsicht, dass die Politikergruppe um Hitler schließlich das eigene Volk in eine Katastrophe gerissen hatte, die in der deutschen Geschichte beispiellos war, einen gewissen Ausgangs- und Anknüpfungspunkt. Nur darf diese – massenhaft – Selbstmitleid wachrufende Einsicht nicht mit einer inneren Auseinandersetzung und einer mehr als gefühlsmäßigen Abwendung von dem militärisch geschlagenen System und seinen Führern gleichgesetzt werden.

Der Prozess, in dem sich die Massengefolgschaft der faschistischen Führer ein kritisches Verhältnis zur jeweils eigenen Biographie aneignete, befand sich erst ganz am Anfang, und es wird – übrigens – für die Geschichtswissenschaft auch in Zukunft unentscheidbar bleiben, wie viele Parteigänger

des Nazisystems sich nach 1945 diesem Prozess unterzogen und wie viele sich den neuen politischen Zuständen bloß anpassten. Die Staaten der Anti-Hitler-Koalition hatten bereits vor dem Mai 1945 in zweierlei Richtung gearbeitet, um zu erreichen, dass die deutsche Geschichte nach dem militärischen Sieg einen neuen Ausgangspunkt gewann. Im Bewusstsein, dass ihre eigenen besatzungspolitischen Möglichkeiten begrenzt bleiben würden, suchten sie sich des Beistands deutscher Politiker oder jedenfalls politisch engagierter Deutscher zu versichern, die als Hitlergegner im Ausland Zuflucht gefunden hatten. Hier ist nicht der Platz, die darauf gerichteten Schritte – die in der UdSSR ganz anders verliefen als in Großbritannien – nachzuzeichnen. Zum anderen wurden die Siegermächte, wiederum in sehr unterschiedlicher Weise, in den Lagern deutscher Kriegsgefangener aktiv und versuchten, durch deren geistige Beeinflussung Bindungen an die faschistische Ideologie zu lösen.

Die Vorsätze der Alliierten deckten sich ganz oder doch weitgehend mit den Absichten der deutschen Nazigegner, jener, die sich „im Lande“ behauptet hatten, in relativer Freiheit oder in Gefängnissen und Konzentrationslagern, und jener, die aus dem Exil zurückkehrten. Diese Minderheit verstärkte sich allmählich durch Deutsche, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und dort antifaschistisch geschult worden waren, und durch – vornehmlich jüngere – Deutsche, unter ihnen viele Angehörige der sogenannten Hitlerjugend-Generation, die in jeder Weise gedrillt, aber nicht mehr zum Kriegseinsatz gekommen waren und nun an der Schwelle zum Erwachsenen-Dasein eine tragfähige Zukunft für ihr Leben suchten.

So lagen die Verhältnisse in allen Besatzungszonen. Überall ergriffen die Militärbehörden der Siegermächte auch Maßnahmen, um den Prozess des Umdenkens, der „Entnazifizierung“ der Köpfe, voranzubringen. Dem dienten die Herausgabe von Zeitungen und die Gründung eigener Verlage, die Eröffnung von Klubs, in denen Vorträge gehalten und Diskussionen veranstaltet wurden, die Vorführung antifaschistischer Filme und 1945/1946 vor allem anderen die Verbreitung der Erkenntnisse über den Faschismus und seine Verbrechen, welche im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess gegen Göring und die anderen Naziführer in Uniform und Zivil zutage gefördert wurden.

Den Hauptanteil an den Anstrengungen, die sich darauf richteten – wie es damals hieß – den Faschismus mit „Stumpf und Stiel“ auszurotten, tragen alsbald die politischen Parteien und Organisationen, die neu- oder wiedergegründet worden waren, und die sich entwickelnden demokratischen Einrichtungen der im Entstehen begriffenen deutschen Nachkriegsgesellschaft. Dabei trat alsbald das Gemeinsame und das Unterscheidende im Verständnis von Faschismus und Antifaschismus hervor, das die politischen Kräfte verband oder trennte, sie zusammenführen oder bis zur strikten Gegnerschaft treiben konnte.

Für die Ausprägung des Antifaschismus als Idee und als Tat in der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Sicht darauf, was Faschismus war, wie sein Aufkommen und sein Sieg zustande kamen und was insbesondere der deutsche Faschismus angerichtet hatte, soweit sein verbrecherischer Arm reichte, von grundlegender Bedeutung. Das Schwergewicht der Aufklärung über das Naziregime lag im Osten Deutschlands eindeutig auf dem Bewusstmachen dessen, was Deutsche anderen Völkern angetan hatten, als sie unter der Führung ihrer extrem-imperialistischen Politiker ausgezogen waren, andere Länder zu überfallen, zu erobern und zu berauben. Die Formulierungen waren klar: Nicht von „deutschen Händen“ und vom „deutschen Namen“ und wie die abschwächenden Floskeln immer anderswo gewählt wurden, wurde gesprochen und geschrieben, sondern von der Teilnahme eines ganzen Volkes an einer geschichtlichen Untat, wobei Verantwortung und Schuld seiner Angehörigen abgestuft waren.

Diese schonungslose Weise der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte der eben verflossenen zwölf Jahre und deren Vorgeschichte geschah nicht ohne äußere Bedingungen und Zwangslagen. Die Sowjetische Besatzungszone befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Staates, der im Kriege als erster zerschlagen und – nächst dem Westen der Tschechoslowakei – am längsten unter deutscher Besatzungsherrschaft gelitten hatte. In Polen und im Staat, dessen Besatzungsmacht im

Osten regierte, waren zwischen 1939/1941 und 1944/1945 Verbrechen begangen worden, die nicht ihrer Natur nach, aber doch wegen ihrer Massenhaftigkeit das Unheil noch weit übertrafen, das deutsche Eroberer nach Frankreich oder Norwegen gebracht hatten.

Eine permanente Herausforderung, sich einzugestehen, was Deutsche ihren nahen und fernen Nachbarn in Osteuropa angetan hatten, existierte in Ostdeutschland aber vor allem dadurch, dass die Zeit für die Begleichung der Rechnung – soweit davon überhaupt gesprochen werden konnte – gekommen war. Gewiss, die einzige Wiedergutmachung, die Deutsche leisten konnten, war, in ihrem eigenen Hause, das damals noch nicht ihr Haus wieder war, dafür zu sorgen, dass sich die Geschichte des Faschismus nicht wiederholte. Doch zunächst waren Reparationen zu leisten, in Gestalt rigoroser Demontagen, folgenreicher Eingriffe in die Produktion und auch durch die Verbringung deutscher Arbeitskräfte, vorwiegend von Wissenschaftlern und Ingenieuren, in die UdSSR zur Arbeitsleistung.

Es bleibt das Verdienst der antifaschistischen Parteien im Osten Deutschlands, dass sie sich zum Prinzip und zur Praxis dieser Wiedergutmachung bekannten (was später die Auseinandersetzung über die Formen und den Abschluss der Zahlungen in Warenform nicht ausschloss). Dieses Bekenntnis war weithin unpopulär, und es war den gleichzeitigen Bemühungen, den neuen politischen Kräften eine Massenbasis zu verschaffen, keineswegs zuträglich. Das Wort von den „Russenknechten“ lief um.

Heute, nach Jahrzehnten, wird nicht mehr bestritten, wenn auch vielfach und mitunter absichtsvoll vergessen, dass die Bevölkerung der SBZ/DDR die Hauptlast der Wiedergutmachungsleistungen trug.

Ganz der Vergessenheit aber soll anheimgegeben werden, dass es eine geschichtliche Leistung der politischen Parteien und der Gewerkschaften war, dass diese Reparationspflicht bis in die Anfangsphase des beginnenden kalten Krieges hinein erfüllt wurde, ohne dass es zur irgendwie nennenswerten Ausbreitung revanchistischer und nationalchauvinistischer Stimmungen kam.

Die Ausprägung des Antifaschismus im Osten Deutschlands war, je stärker die sozialistischen Kräfte (hier verstanden als diejenigen, die ein sozialistisches Ziel anstrebten) wurden, umso mehr von deren Geschichtsverständnis bestimmt. Ihm galt der Faschismus weder als ein „Betriebsunfall“ noch als ein Abweg von der Hauptstraße der deutschen Geschichte, sondern als das Produkt von Klassenauseinandersetzungen, deren Gegenstand die Innen- und Außenpolitik Deutschlands ein Jahrzehnt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gebildet hatte. In diesen Kämpfen waren die revolutionäre wie die reformistische Strömung der Arbeiterbewegung und die immer mehr an Einfluss verlierenden bürgerlich-demokratischen und -liberalen Parteien unterlegen. Gesiegt hatten die nach ihrer Programmatik reaktionärsten Kreise, denen die Errichtung einer Diktatur als die innenpolitische Voraussetzung für den Weg zu einem Krieg galt, der nicht nur die „Revanche für Versailles“ bringen, sondern zu den Zielen führen sollte, die 1914 bis 1918 verfehlt worden waren.

Dieses Verständnis von den Ursprüngen, dem Aufkommen und dem Sieg des Faschismus als Resultat imperialistischer Bestrebungen führte konsequent zu einem Antifaschismus, der sich nicht in ideellen und politischen Forderungen erschöpfte, sondern die Frage nach sozialen Basisveränderungen einschloss. Diese Betrachtung war übrigens keineswegs spezifisch „marxistisch“. Die Überzeugung, dass sich das Deutschland „nach Hitler“ von der Nazigesellschaft wie von der Weimarer Republik durch grundlegende Wandlungen der wirtschaftlichen Machtverhältnisse unterscheiden müsse, war weit verbreitet und diente außerhalb der Arbeiterbewegung keineswegs hauptsächlich zu demagogischen Zwecken, wenn auch im Begriff „Sozialismus“ nicht die gleichen Zukunftsvorstellungen enthalten waren.

Im Osten Deutschlands blieb es unter dem führenden Einfluss der Sozialistischen Einheitspartei dabei, dass Antifaschismus Wandlungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens einschloss und erforderte und dass die Träger des deutschen Imperialismus und Militarismus, welche die deutsche Geschichte im 20, Jahrhundert nahezu bis in dessen Mitte bestimmt hatten, künftighin ihren Ein-

fluss auf die deutsche Entwicklung nicht mehr ausüben sollten. In dieser Frontstellung gegen Militarismus und Krieg lag eines der wesentlichen Kennzeichen des Antifaschismus, aus ihr gewann er womöglich seine stärkste Anziehungskraft gerade unter den Generationen, die zu erkennen begannen, dass die „Herren Generale“ und die Interessenten am Kriege und an Eroberungen sie um viele Jahre ihres Lebens gebracht hatten, die man gemeinhin als die „besten Lebensjahre“ bezeichnet. Parolen wie „Nie wieder Krieg“, Bilder wie das von der Hand, die verdorren soll, wenn sie wieder ein Gewehr ergreift, gehörten in der Sowjetischen Besatzungszone zu den populärsten, und nicht wenigen Menschen erschien der Aufbau einer Armee im Prozess der sich zuspitzenden Auseinandersetzung der Systeme als eine Abwendung vom Antifaschismus.

Der Antifaschismus als Idee und Tat wurde ein Bindemittel in der Nachkriegsgesellschaft im Osten Deutschlands, und er blieb es während der gesamten Zeit der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik. Ursprünglich von einer Minderheit angeeignet und verfochten, gehörte die Ablehnung faschistischer Bewegungen, Programme, Ziele und Methoden zur Grundüberzeugung der übergroßen Mehrheit der DDR-Deutschen, die sich mit der Gewissheit verband, im eigenen Lande besäßen irgendwelche Nachfolger der Hitler, Himmler und Heydrich keine Chance. Als sich in der Endphase der DDR nazistische Kleingruppen vorwiegend von Jugendlichen grölend und dann auch gewalttätig bemerkbar machten, löste das in der Bevölkerung weithin Erschrecken und Entsetzen aus, das die Machthaber in Massenmobilisierung hätten verwandeln können, wären sie nicht darauf aus gewesen, das Geschehen bis in die Gerichtssäle zu schönen. Dieser Antifaschismus, anfänglich im beschriebenen Sinne „verordnet“, war von Millionen Bürgern verinnerlicht. Dazu hatten viele beigetragen. Politiker und Künstler, Schriftsteller und Lehrer, Wissenschaftler und über Jahrzehnte die immer kleiner werdende Schar von Nazigegnern, die das Hitlerreich illegal bekämpften und mitunter Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern hatten verbringen müssen. Die nachhaltigsten Wirkungen verdankte die DDR-Gesellschaft mit Sicherheit der Arbeit von Künstlern und Schriftstellern, denen, die aus dem Exil zurückkehrten, und den zumeist jüngeren, die häufig unter dem Einfluss dieser älteren sich und ihre Wege bestimmten. Mit Romanen, Novellen und Gedichten, durch Filme, Gemälde und Skulpturen verbreiteten sie die Ideen und weckten sie Gefühle des Antifaschismus in vielen Generationen. Niemand verordnete ihnen die Gegenstände und Themen ihrer Schöpfungen, wenngleich es nicht an gelungenen und misslungenen politischen Reglementierungen fehlte. Häufiger aber waren doch die Impulse, die aus einer Gesellschaft entsprangen, die sich auch als eine Handlungsgemeinschaft gegen Faschismus und Krieg verstand.

Niemand hat die Gedanken und die Gefühle des Antifaschismus stärker stimuliert als die Generationen von Lehrern, die in der DDR wirkten. Die Lehrpläne für den Deutsch-, den Geschichts- und auch für den Musikunterricht bezeugen den Platz, den die Verbreitung des Wissens über die Geschichte des Antifaschismus in der Arbeit der Schulen einnahm. Gewiss, diese Pläne waren nun im direkten juristischen und verwaltungsmäßigen Sinne verordnet. Aber wo in der Welt, wo es ein obligatorisches Schulsystem gibt, werden von Ministerien eigentlich nicht verbindliche Vorgaben für die Inhalte des Lehrens und Lernens erteilt? Die vergleichende Untersuchung des antifaschistischen Gehalts von Lehrplänen und Lehrbüchern und darüber hinaus von allem was man Schulleben nennt, steht zwischen der (Alt-)Bundesrepublik und der DDR noch aus. Die derzeit modische Bezugnahme auf die Rituale des „sozialistischen“ Schullebens, auf Praktiken seiner Militarisierung und der Repression von Schülern, kann diesen im Vergleich nicht ersetzen. Und was eigentlich lässt sich dagegen vorbringen, dass die übergroße Zahl der Schüler in der DDR in einer gewissen Altersstufe Stätten des Leidens antifaschistischer Widerstandskämpfer, von Zwangsverschleppten, Kriegsgefangenen, Juden und anderen Menschen besuchten, die von den Machthabern des Nazireiches verfolgt und massenhaft umgebracht wurden?

Die Besatzungsbehörden der USA hatten nach der Befreiung Thüringens angeordnet, dass Bürger Weimars, vorwiegend solche aus bürgerlichen Schichten, das Gelände des Konzentrationslagers Buchenwald zu besuchen hätten. Die Szenen überliefert ein Dokumentarfilm. Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück und andere Orte der Erinnerung wurden, als sie schon Museen waren, von Millionen Schülern und Lehrlingen besucht. Manche waren auf diese Ausflüge nicht genügend vor-

bereitet. Viele entsannen sich dennoch des Tages, gingen später mit ihren eigenen Kindern an die Stätten, die sie zuerst mit ihren Schullehrern aufgesucht hatten.

Warum, ließe sich schon hier – einhaltend – fragen, wehren sich gegenwärtig nicht mehr einstige Bürger der DDR gegen die Behauptung, ihnen sei der Antifaschismus „verordnet“ worden, eine These, die doch nicht nur die „ideologischen Gewalttäter“ an der Staatsspitze treffen soll, sondern einigen Millionen Ostdeutschen unterstellt, sie wären eigentlich keine Antifaschisten und hätten eine Entwicklung erst noch nachzuholen, die – sei sie auch anders verlaufen (Globke, Kiesinger, Schröder und einige weitere Bundesminister scheinen da verschämt durch) – hinter den Westdeutschen läge. Doch soll zunächst nach den wirklichen Grenzen und Mängeln des Antifaschismus gefragt werden, nach seinen Defiziten, nach denen Menschen in den neuen Bundesländern fahnden, die sie sich aber nicht aufschwatzen lassen sollten.

Die richtige Feststellung, dass die faschistische Diktatur in Deutschland ein kapitalistisches Herrschaftssystem war und dass einflussreiche Kreise seiner politischen, wirtschaftlichen, militärischen und geistigen Elite gemeinsam der bürgerlichen Republik von Weimar den Todesstoß versetzten, hat im Bild des DDR-Antifaschismus die andere Grundtatsache mehr und mehr marginalisiert, dass unter den Bedingungen freier Wahlen zeitweilig nahezu zwei Fünftel der wahlberechtigten Deutschen, in manchen Gegenden Deutschlands deren absolute Mehrheit für Hitler und seine Partei stimmten. Diese Anhängerschaft von Millionen, die noch im Verlauf des Jahres 1933 auf weit mehr als die Hälfte aller Deutschen anwuchs, trug eine eigene Verantwortung für die deutsche Geschichte, die durch jene der – hauptsächlich doch – Männer an den Schalthebeln der Gesellschaft nicht aufgehoben und nicht aufgewogen wurde.

Von dieser Verantwortung, die – wie erwähnt – in den ersten Nachkriegsjahren durchaus und immer wieder in Erinnerung gerufen wurde, war in der DDR, je länger sie währte, umso weniger noch die Rede. Die Frage, die allen nachgeborenen Generationen in Deutschland bleiben sollte; Wie wurden eure Vorfahren zu Anhängern dieses Hitler, zu Instrumenten jenes verbrecherischen Systems (bevor auch sie dann zu seinen Opfern wurden), verschwand mehr und mehr aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein. Nach der Auffassung der politisch Mächtigen im Staat DDR, von denen nicht wenige Widerstandskämpfer waren und doch ihre Isolierung von den Hitler zujubelnden Massen im Gedächtnis hatten, schien sich diese Frage im doppelten Sinne erledigt zu haben. Zum einen, das betraf die Zeitgenossen der Jahre von 1933 bis 1945, hatten sie neue Einsichten gewonnen und sich beim Aufbau einer antifaschistischen Gesellschaft bewährt (wobei – dies nebenbei – vielfach ein Verhalten im Arbeitsprozess mit seinen objektiven Resultaten als Ausdruck geistiger, eben antifaschistischer Motivation gedeutet wurde). Zum anderen galt die Möglichkeit, dass erneut faschistische Führer und Parteien hervortreten könnten, Anhänger betrügend und formierend, als erledigt und jenseits des weiteren Verlaufs der Geschichte liegend. Wieviel Realitätssinn man diesen Erwägungen immer zubilligen mag, – sie stellten jedenfalls keine reinen Phantasiegebilde dar –, der Verzicht auf das Wachhalten der quälenden Frage nach den Ursprüngen und Ursachen der nazistischen Massengefolgschaft bedeutete eine folgenschwere Amputation des Nachdenkens über die Geschichte und die Verantwortung des Individuums für sein gesellschaftliches Tun und seine Unterlassungen.

Um diese Konsequenz zu begreifen, muss bedacht werden, dass mit dem Verdrängen des Bildes von der Massengefolgschaft das Ausmalen eines anderen einherging. Auf ihm erschienen die deutschen Antifaschisten in einer Zahl, in der es sie tatsächlich nie während der Nazizeit gegeben hatte. Nicht, dass in Büchern und Aufsätzen darüber gefälschte Zahlen verbreitet wurden, wenngleich beispielsweise durch die Zahlenangaben über die Insassen der Konzentrationslager für Ende 1938, als sich zeitweilig in ihnen etwa 25.000 Juden befanden, auch direkt falsche Vorstellungen über die Masse der Widerstandskämpfer verbreitet wurden. Wesentlicher war, dass das Schweigen über die Millionengefolgschaft der Minderheit eine realitätsferne Dimension gab, so dass die Befragungen von Schülern und Studenten über die Anzahl der deutschen Widerstandskämpfer nicht so selten zu verblüffenden Antworten führten ...

Wichtiger noch aber war, dass im Bild der Widerstandskämpfer neben den „Farben“ des Mutes, der Überzeugungstreue, der Unbeugsamkeit, der Gemeinschaft und Solidarität im Angesicht des Todes andere immer mehr fehlten. Angst und Einsamkeit, Gewissensnot bis zur Gewissensqual, Resignation und Verzweiflung, wiewohl in den großen Werken der Kunst und Literatur dargestellt, waren mit der Erinnerung an den Widerstandskampf und seine Helden im allgemeinen Bewusstsein wenig verbunden, ja schienen mit ihr unverträglich. Man denke an die Retuschen, die Erich Honecker an seiner Biographie während der Jahre der Nazidiktatur vornahm.

Mit der Vereinfachung der Bilder vom Deutschen als verführtem Gefolgsmann Hitlers und vom deutschen Antifaschisten ging aber die Frage verloren, was Menschen befähigt, sich gegen einen Mainstream zu stellen und zu stemmen, und was andere – und zumeist die Masse – dazu bewegt, kaum dass sie die Strömung auch nur wahrgenommen haben, sich von ihr treiben oder mitreißen zu lassen. Im gleichen Sinne könnte gefragt werden: Was bedeutete zu Zeiten der DDR die Besinnung auf antifaschistische Traditionen für eine Erziehung zur Demokratie, die doch den Namen nicht verdient ohne die Möglichkeit und die Wirklichkeit zu Widersprach und Widerstand, wenn sie mehr als nur marginale Gegenstände betreffen? Was blieb von dem Programm der antifaschistischen Demokratie, wie es maßgeblich von jenen Kommunisten entwickelt wurde, die später im Staat DDR an führendem Platz standen? Die Fragen stellen heißt, vom rahmlosen Untergang des Staates handeln.

War, so müsste aber zuvor gefragt werden, das seit der Mitte der dreißiger Jahre entwickelte Projekt der antifaschistischen Demokratie von seinen Autoren überhaupt ernst gemeint oder nicht ein bloßer politischer Etiketten Schwindel? Das vielbemühte Wort Walter Ulbrichts aus der frühesten Nachkriegszeit, wonach alles nur demokratisch aussehen müsste, lässt an seinem Verhältnis zur Demokratie wenig Zweifel, wenn auch im Hinblick auf den späteren Generalsekretär der SED zweierlei mitbedacht werden sollte. Ganz unabhängig von seinen Überzeugungen zwangen ihn die Umstände zumindest zeitweilig zu demokratischen Verhaltensweisen, und selbst zum Zeitpunkt seiner größten Machtentfaltung während der sechziger Jahre war Ulbricht niemals die Partei allein, weshalb die Historiker in eingehendere Untersuchungen auch dieser Materie werden eintreten müssen und die gestellte Frage sich nicht beantworten lassen wird unter Berufung auf einen Ausspruch eines Mannes, der nach Ideologie und Charakter sicher nichts weniger war als ein Demokrat.

Die Verankerung des Gedankens der antifaschistischen Demokratie in den Köpfen und – man möchte sagen – in der politischen Mentalität der deutschen Kommunisten konnte nur erfolgen, wenn sie sich von den Einflüssen jenes Partei- und Politikverständnisses befreiten, das seine theoretische Quelle im Stalinschen Leninismus besaß und durch die jede Opposition verfolgende Praxis seit den zwanziger Jahren tief verwurzelt war. Nichts in dieser Richtung geschah. Folgerichtig und nicht zufällig entwickelten sich die ersten Auseinandersetzungen über Weg und Ziel innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei schon bald nach deren Gründung ungebrochen, d. sh. in eben jenem Stil, in dem Kontroversen seit der „Bolschewisierung“ der KPD ausgetragen worden waren.

Die Geschichte des Verrats an der Idee des antifaschistischen Demokratismus begann mit der Eliminierung, zuerst der geistigen Diffamierung, alsbald auch der juristischen Verfolgung der von der Generallinie abweichenden Genossen. Niemals besaßen diese Vorgänge nur innerparteiliche Bedeutung. Die Freiheit der Meinungsäußerung gerade gegen eine Ansicht der Mehrheit, die dem Individuum oder der Minderheit doch geistige und charakterliche Anstrengung abverlangt, galt nicht als Wert oder gar als Verdienst. Im minderen Falle wurde sie als Störung, im schwereren als Ausdruck von Feindschaft gedeutet, also abgetan oder bestraft. Das einst beschlossene Programm des Antifaschismus wurde praktisch zunehmend entdemokratisiert, und die Forderung nach eigenem Nachdenken und eigener Initiative, die im Untergrund eine so große Rolle spielte, sinnentleert und durch das Verlangen nach Disziplin ersetzt. Losungen wie „Plane mit, arbeite mit, regiere mit“ standen mehr und mehr in Widersprach zur staatlichen Wirklichkeit und verkamen schließlich zur Phrase. Nicht anders erging es dem unaufhörlich angerufenen Schöpfertum der Massen und den Rufen nach „Kreativität“. Längst vergessen war Bebels Appell, den Führern auf die Finger zu sehen. Es kam darauf an, ihre immer öfter „einsam“ gefassten Beschlüsse zu verstehen, zu rechtfertigen und zu

befolgen. Die äußeren Existenzbedingungen, die Praxis des Kalten Krieges mit der vieljährigen planmäßigen Abschnürung der DDR von erheblichen Teilen der Welt gemäß der Hallstein-Doktrin, haben die Herausbildung jener Festungsmentalität begünstigt, aber sie nicht notwendig erzwungen. Ihr zufolge aber bewirkten Auseinandersetzungen über Wege, Ziele und Methoden angeblich nur Vorteile für den – ja nicht eingebildeten, sondern real existierenden – Feind, der auf den Untergang des Staates DDR aus war und hinarbeitete.

Die Abkehr von den gewiss schwach ausgeprägten demokratischen Traditionen im Antifaschismus der deutschen Linken (nicht nur der kommunistischen) trat besonders krass im erneuten Aufkommen des Führerkults hervor. Selbst noch zu Zeiten Stalins und ungeachtet des Kults um seine Person war in den ersten Nachkriegsjahren im Osten Deutschlands doch auch eine geistige Abgrenzung von einer Geschichtsauffassung erfolgt, welche die Rolle der „großen Männer“ als die entscheidende politische und geschichtsbildende Kraft ansah. Das Lesen von Georgi Plechanows Arbeiten über die Rolle von Persönlichkeit und Massen im historischen Prozess wirkte auf viele Köpfe, die dem braunen Führerkult gehuldigt hatten, befreiend. Die Liedverse, wonach das Volk sich selber um sich selber zu kümmern habe, weil kein Führer es „aus dem Salat“ führe, waren den vielen jungen Leute, die sie sangen, nicht verordnet, sondern drückten ein neues Verhältnis zum Ich und seiner Rolle in der Gesellschaft aus. Der neubelebte Kult um die Führer, der sich auf Parteitagen der SED und vielen anderen Kundgebungen ebenso zeigte wie in dem Denkmal-Komplex am Prenzlauer Berg in Berlin, in dessen Zentrum sich die überdimensionale Thälmannbüste befindet, drückte die zunehmende Ausschaltung und auch Selbstausschaltung der Massen von den grundlegenden und vielen Einzelentscheidungen im Staatsleben aus.

Ein wesentlicher Teil der antifaschistischen Propaganda während der Jahre der Nazidiktatur hatte darin bestanden, illegal jene Informationen zu verbreiten, die den Deutschen vorenthalten wurden und ihnen dadurch die Möglichkeit zu bieten, sich über Gegenwart und Zukunft ein eigenes und richtiges Bild zu machen. Die Antifaschisten traten nach 1945 mit dem Vorsatz und dem Versprechen an, an die Stelle des betrügerischen Verhältnisses zwischen Führern und Massen eine von Grund auf ehrliche Beziehung zu setzen. Zitiert wurde Lenins Aussprach, wonach der Staat dann stark sei, wenn die Massen „alles wissen“.

Indessen hatten die deutschen Kommunisten, die aus dem sowjetischen Exil zurückkehrten, Wahrheiten in ihrem Gepäck, die sie den eben aus der Nazidiktatur befreiten Deutschen, die sie doch zu ihren Gefolgsleuten machen wollten, strikt verschwiegen – bis in die Zeit nach dem 20. Parteitag der KPdSU, als bereits drei Jahre seit Stalins Tod vergangen waren. Wer sich über dieses Verhalten zum Richter machen will, eingedenk der Anwesenheit der sowjetischen Siegermacht und ihres terroristischen Geheimdienstes, der mag das tun. Gegen jede Kritik ungeschützt aber bleibt die von den an Einfluss gewinnenden Politikern in der DDR frühgeübte Praxis, der Bevölkerung Informationen zu unterschlagen, deren Bekanntgabe nicht mit der Gefahr verbunden war, „Kopf und Kragen“ zu verlieren.

Die Praxis, die Wahrheit über den Zustand von Gesellschaft und Staat zu schönen oder ganz zu verschweigen – ein Verfahren, das wegen der Erfahrung der Bürger freilich nie vollständig gelingen kann –, minderte die Urteils- und Kritikfähigkeit aller, die nicht an geheim gehaltene Fakten und Daten gelangten. Unter dem Eindruck des Aufruhrs vom 17. Juni 1953 und nach dem 20. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 wurden demokratische Umgangs- und Entscheidungsformen der frühesten Nachkriegsjahre wiederbelebt, doch erwiesen sich diese Entwicklungen als kurzfristig, und gegen Ende der DDR nahm der Widersprach zwischen dem Wort der Regierenden (bis sie noch vor ihrem Abtreten in Schweigen verfielen) und der gesellschaftlichen Wirklichkeit groteske Formen und zerstörerische Ausmaße an.

Die Idee der antifaschistischen Demokratie war wesentlich aus der Erkenntnis geboren, dass der Machtantritt des Faschismus in Deutschland durch die Spaltung und Verfeindung seiner Gegner ermöglicht worden war. Im deutschen Untergrund wie im Exil verbanden sich die Projekte für den Sturz des Naziregimes und die Programme für die Zeit „nach Hitler“ daher folgerichtig mit der Fra-

ge, wie eine Sammlung und ein dauerhaftes Bündnis der Antifaschisten zustandekommen könne. Die Antworten fielen sehr unterschiedlich aus, und viele waren von den Nachwirkungen der teils mit äußerster Erbitterung ausgetragenen Kämpfe unter den Hitlergegnern mitgeprägt. Sammlung ohne die Kommunisten propagierten beispielsweise rechte Führer der Sozialdemokratie im Exil.

Im Lager der Kommunisten kam, anfänglich schleppend, eine Auseinandersetzung mit den sektiererischen Positionen in Gang, über welche die Partei auch in der Phase der Agitation für die Antifaschistische Aktion (1932) nie entscheidend hinausgekommen war. Die Einsicht, dass ein Bündnis gegen das faschistische Regime von ganz anderer Breite und Programmatik notwendig war, hatte sich 1935 weitgehend durchgesetzt. Das bedeutete einen ganz erheblichen Fortschritt und war dennoch, was in späteren Geschichtsdarstellungen „nicht vorkam“, ein Fortschritt in Grenzen. Sie drückten sich vor allem in der Bestimmung des eigenen Platzes in einem antifaschistischen Bündnis aus. Beansprucht wurde die Rolle der „konsequentesten Antifaschisten“ und damit die der Führenden, auch wenn das nicht zu allen Zeiten öffentlich ausgesprochen wurde.

Nun waren die kommunistischen Nazigegner während der Jahre der Diktatur diejenigen, die am entschlossensten den Kampf für deren Erschütterung und mit dem Ziel ihres Sturzes führten sowie die zahlreichsten Blutopfer brachten. Das begründete ihre hohe und von den unwandelbaren Antikommunisten gefürchtete Autorität in Nachkriegsdeutschland. Den Führungsanspruch gründeten die Kommunisten aber vor allem auf ihre Gewissheit, dass sie die tiefsten Einsichten in den Gang der Geschichte besäßen und sicher wüssten, welche Wege zu sozialer und individueller Befreiung führten. Gewiss war unbestreitbar, dass die deutschen Kommunisten die Gefahr der nationalen Katastrophe, in welche der Faschismus das deutsche Volk steuerte, früh und erheblich früher erkannt und bekämpft hatten, als es andere Nazigegner taten. Doch musste man – es genügt an den Intellektuellen-Kreis um die Zeitschrift „Weltbühne“ zu erinnern – nicht Kommunist sein, um vorauszusehen, was eine faschistische Regierung in Berlin bedeuten würde. Und zum anderen: Von der zutreffenden Erkenntnis des Wesens des Faschismus und seiner Bewegungsgesetze ließ sich nicht zwingend darauf schließen, den passenden Schlüssel für alle verschlossenen Türen in die Nachkriegsgesellschaft zu besitzen. In der Überzeugung, die Zukunft vorauszuwissen, lag eine Quelle für die Selbstüberschätzung der Kommunisten, für manche von ihnen auch eine Quelle des Hochmuts, die mit den Jahren Bündnisbeziehungen, die schwer gewonnen worden waren, beschädigten sowie dazu führen mussten, dass sich der antidemokratische Führungszirkel nur noch in seinen eigenen Gedanken bewegte und sich von keinen Zweifeln mehr erreichen ließ.

Die Idee und die Wirklichkeit des antifaschistischen Bündnisses bestanden in der frühen Nachkriegsperiode viele Prüfungen. Die Politiker, die aus bürgerlich-demokratischer Tradition an der Spitze ihrer Parteien standen und später Regierungsfunktionen bekleideten, waren mit jenem Typ schwer vergleichbar, dem später das Wort von den „Blockflöten“ nachgerufen werden konnte. Sie waren Antifaschisten eigener Prägung, und ihr persönlicher Anteil an den Entscheidungen zur Ausgestaltung der ostdeutschen Gesellschaft „nach Hitler“ wird von unvoreingenommener Geschichtsschreibung auch erst noch zu rekonstruieren sein. Dennoch fielen schon in der zweiten Jahreshälfte 1945 Entscheidungen, die zum Nachdenken darüber zwingen, wie stabil das Prinzip des antifaschistischen Bündnisses als Handlungsvorsatz wirklich war.

Als die Bodenreform durchgesetzt wurde, war auch die Frage nach dem Schicksal derjenigen Großgrundbesitzer aufgeworfen, – es waren nicht so viele –, die zu den Nazigegnern gehört hatten, es jedoch meist erst in einer späten Phase des Terrorregimes wurden. Nichtsdestoweniger; Sollten sie, mit denen beispielsweise in den Kriegsgefangenenlagern für Offiziere auf sowjetischem Boden politische Beziehungen angeknüpft worden waren, die zum Umkreis der Bewegung des 20. Juli 1944 oder des Nationalkomitees Freies Deutschland gehört hatten, der gleichen Behandlung – der entschädigungslosen Enteignung ihrer Güter, Gutshäuser und Schlösser – unterworfen werden wie jeder x-beliebige militaristische Parteigänger des deutschen Faschismus? Konnte ihnen nicht ein Angebot für einen Platz in der sich neustrukturierenden Gesellschaft gemacht werden, der altes historisches Unrecht und eben erworbenes historisches Verdienst berücksichtigte? Es ist und bleibt eine offene Frage, ob eine derartige Offerte angenommen oder ausgeschlagen worden wäre, denn

sie wurde nicht unterbreitet. Das Problem betraf eine nicht so sehr große Zahl von Personen und Familien, aber es berührte mit ihrem Schicksal viele Grundfragen antifaschistischer Sammlung. Es betraf Werte wie das Verhältnis zur Gerechtigkeit, zu Verlässlichkeit und Ehrlichkeit.

Die faschistische Diktatur in Deutschland wurde wie kein anderer Staat dieses Typs von aggressivem Nationalismus und einem mörderischen Rassismus gekennzeichnet, in dessen Zentrum der Judenhass stand. Zur Geschichte des deutschen Antifaschismus gehört daher die geistige und praktische Bekämpfung jener Ideen und jener Praxis, die im Massenmord an den Juden gipfelte und deren Opfer Millionensowjetische Kriegsgefangene und vor allem, aber nicht nur, Bewohner in den eroberten osteuropäischen Ländern und Gebieten wurden. Der Ertrag auch dieser Anstrengungen war gering, solange sich das Naziregime behaupten konnte. Doch seit den ersten Tagen nach der Befreiung und der legalen Formierung antifaschistisch-demokratischer Kräfte richtete sich ein wesentlicher Teil ihrer Aktivitäten darauf, diesen widerwärtigsten Teil des geistigen Erbes des Nazireiches zu liquidieren. Im Gedanken- und Gefühlshaushalt der Deutschen war Platz zu schaffen für die Wieder- und Neubesinnung auf die Ideen des Humanismus. Der Vorsatz, ein sich auf Wissen und Achtung, auf Verständnis für ihre Geschichte und Gegenwart gründendes Verhältnis zu allen nahen und fernen Nachbarvölkern zu schaffen, ging mit dem anderen zusammen, anders als nach 1918, keinerlei Raum für das Aufkommen von Plänen der „Revanche“ zu lassen. Die strikte Befolgung dieses einmal bestimmten Kurses hat, nicht zuletzt vor dem sich davon vielfach abhebenden „Hintergrund“ der Entwicklungen im anderen deutschen Staat, in der DDR, ebenso innere Bindungen von Dauer geschaffen wie ihre Freunde im Ausland erworben. Auch die Geschichte dieses Wandels ist noch zu erforschen und nachzuzeichnen, freilich nicht durch die Brille von Geschichtsdeutern, die von den grausigen Ereignissen, in denen sich Ausländerfeindschaft und Ausländerhass zu Beginn der neunziger Jahre austobten, kurzen Geistes auf die Vergangenheit DDR zurückschließen und ihr anlasten, was zum erheblichen Teil Ausdruck und Folge von Prozessen ist, die aus dem Untergang des Staates und der Art und Weise der Bemächtigung seines Erbes entsprangen.

Darüber hinaus wird eine kritische Bilanz nicht daran vorbeisehen, dass der Grad der Verwurzelung völkerverbindender Ideen und Gefühle in der Bevölkerung der DDR nicht nur von den politischen Machthabern, sondern auch von vielen ihrer Bürger erheblich überschätzt worden ist. Die Zählebigkeit des Nationalismus bewies sich durch seine Revitalisierbarkeit, die 1989 so rasch noch kaum jemand für möglich gehalten haben mag, selbst wenn er die sich a tempo verändernde Meinungsmanipulation vorauszusehen vermochte.

Zur Geschichte des Antifaschismus in der DDR gehört die geistige und praktische Frontstellung gegen Antisemitismus und Judenfeindschaft. Die Verbreitung der Wahrheit über die Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung und den Massenmord an den europäischen Juden und – umgekehrt – die Unterbindung des Beschönigens oder Weglügens dieser Verbrechen ohne Beispiel gingen auf den gemeinsamen Entschluss der antifaschistisch-demokratischen Kräfte im Osten Deutschlands zurück, jeder nur neues Verderben heraufbringenden Legendenbildung über Faschismus und Krieg rechtzeitig entgegenzuwirken. Dabei ist es geblieben, und es gehört zu den Entstellungen der geschichtlichen Wahrheit über die DDR, wenn ihr gleichsam ins Grab ein „antisemitischer Grundzug“ ihrer Politik nachgerufen wird. Schul- und Bildungswesen, Politik und Propaganda, Wissenschaft und – wiederum mit besonderem Anteil – Kunst und Literatur teilen sich in das Verdienst, die Erinnerung an Opfer, Täter und Mittäter im gesellschaftlichen Bewusstsein bewahrt zu haben, wozu auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften beitrugen.

Die Kritik an der DDR, soweit es ihr staatsoffizielles Verhältnis und das vieler ihrer Bürger zur Judenheit betrifft, operiert derzeit vorwiegend mit der Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus sowie der Formel, wonach der Antizionismus so etwas wie der Antisemitismus der sozialistischen Staaten gewesen sei. Wer diese Schablonen ablehnt, wird sich doch nicht gegen die Frage sperren, welche Folgen sich für die geistige Befindlichkeit von Bürgern der DDR aus der Parteinahme für die arabischen Befreiungsbewegungen und die aus ihnen hervorgegangenen Staaten, von denen manche als erste die Hallstein-Doktrin durchbrachen, ergeben haben. Ein unkritisches Verhältnis zum arabischen Nationalismus, Schemen- und schablonenhafte Vorstellungen über

den Zionismus, seine Geschichte, seine Strömungen und deren Ziele, Falschinformationen über Staat und Gesellschaft Israels, über dessen Nachbarn und Gegner, selbst Verständnis- und Empfindungslosigkeit gegenüber jedweder sich auf religiösen Glauben gründenden Haltung – dieses Bündel von Faktoren hat im Bewusstsein von Bürgern der DDR in einem schwer zu bemessenden Grade Vorarteile und Vorbehalte gegen Israel erzeugt, aber den Antisemitismus in der Gesellschaft, in der es Antisemiten gab, nicht zu einer irgendwie relevanten Unterströmung werden lassen.

Ernstere Defizite existierten in der DDR bei der Behandlung der Geschichte der Juden. In Schulbüchern und auch in Gesamtdarstellungen mit wissenschaftlichem Anspruch tauchten sie erst im Zusammenhang mit ihrer Verfolgung auf. Der Verlag, der in der DDR das literarische Werk Arnold Zweigs betreute, brachte dessen 1934 zuerst in Amsterdam, dann in den frühen sechziger Jahren ohne nennenswerte Beachtung in der Bundesrepublik erschienene „Bilanz der deutschen Judenheit“ nicht heraus, vergab die Lizenz schließlich an einen Leipziger Verlag, wo die Neuausgabe erschien, als die DDR soeben untergegangen war. Dass die Juden nicht, wie nicht erst die deutschen Faschisten behauptet hatten, die Schmarotzer am „arischen“ Wirtsleib gewesen waren, wussten die DDR-Deutschen; was die jüdische Minderheit in der deutschen Geschichte geleistet hatte, blieb weitgehend unbekannt. Diese Tatsache geht gewiss auch zu Lasten der Regierenden, aber nicht auf deren Konto allein, denkt man etwa an die – gelinde gesagt – höchst lückenhafte Weise, in der an den Universitäten der vertriebenen jüdischen Hochschullehrer, Ärzte und Studenten gedacht und ihre Verdienste gewürdigt wurden.

Ungleich stärker war die Obrigkeit in der DDR aber für die Art und Weise verantwortlich, in der die verfolgten politischen Gegner des Naziregimes abgegrenzt wurden von den anderen Verfolgten, unter denen die Juden die größte Gruppe bildeten. Ausgesprochen oder nicht richtete sich gegen die jüdische Minderheit in Deutschland der Vorwurf, sich nicht in die Front der Hitlergegner eingereiht zu haben. Warum sich die Mehrheit der Juden nicht wehrte, nicht wehren konnte (denn ihr fehlten dazu alle geistigen und praktischen Vorbedingungen), wurde nie ernsthaft erörtert. Und ebenso wenig wurde wahrgenommen, wie viele Anstrengungen des Widerstehens mit dem Ziel des Überlebens es in den freiwilligen und erzwungenen jüdischen Gemeinschaften gegeben hatte, die der Erinnerung und der Befragung wert sind. Erst die späte Inangriffnahme lokal- und regionalgeschichtlicher Untersuchungen deutete in dieser Hinsicht einen Wandel an, ohne dass er zu Zeiten der DDR noch vollzogen worden wäre.

Die DDR war nicht jenes makellose antifaschistische Gemeinwesen, als das sie von ihren Führern, namentlich wenn sie sich bei ritualisierten Gedenkveranstaltungen präsentierten, gefeiert wurde. Aber diese DDR war zweifelsfrei ein antifaschistischer Staat. Nicht dieses Charakteristikum war es, das seine Bürger zur Politik der Machthaber auf Distanz gehen ließ und schließlich Massenproteste hervorrief. Ob es jedem Teilnehmer der Kundgebungen und Proteste des Herbstes 1989 bewusst war oder nicht: Viele der seinerzeit erhobenen Forderungen schlössen die Rückkehr zu Prinzipien ein, die sich im antifaschistischen Kampf herausgebildet und in den frühen Jahren der DDR noch gegolten hatten. Das galt namentlich für den Grandsatz, den Volkswillen zum Ausgangs- und Zielpunkt des Willens derjenigen in den Machtzentralen zu nehmen – den wirklichen Volkswillen und nicht den bloß eingebildeten oder vorgegebenen. In dieser Feststellung liegt selbstredend nicht einmal die halbe Antwort auf die Frage nach den Ursachen des Scheiterns der DDR. Nur eben: Es war nicht der „verordnete Antifaschismus“, der den Bruch zwischen den Regierenden und den Regierten verursachte.

Kehren wir zu den beiden Fragen zurück, die im Verlauf unserer Betrachtung schon erwähnt, deren Beantwortung aber aufgeschoben wurde: Warum also wehren sich so wenig einstige Bürger des untergegangenen Staates dagegen, dass sie sich ihre antifaschistische Gesinnung und Haltung hätten von Staats wegen verordnen, also doch unverlangt aufzwingen lassen? Wer dieses Bild als ein Zerrbild zurückweist, sein eigenes Verdienst an der Bestimmung seines Standpunktes geltend machen will und daran erinnert, wie er in der „alten“ Gesellschaft ein Antifaschist aus freien Stücken wurde, der lässt doch – wie wenig er ihr nachtrauem kann und mag – der DDR ein Verdienst. In ihr ist er zur Schule gegangen, in ihr hat er Bücher gekauft, Filme gesehen. Theater besucht, an antifaschisti-

schen Bekundungen teilgenommen und von Gerichtsprozessen erfahren, in denen – mitunter späte – Abrechnung mit faschistischen Tätern erfolgen musste. Wer aber dieser DDR auch nur dieses Verdienst lässt, der wird im neuen Staatswesen – mit Kurt Tucholsky, dem Antifaschisten, zu sprechen – des „Verdachts verdächtig“, er sei nicht bereit, sich den neuen Herrschaftsverhältnissen stromlinienförmig einzuordnen und komme womöglich von der Überlegung nicht los, dass antifaschistische Erfahrung aus DDR-Zeit, kritisch geprüft, der Ausgestaltung der deutschen Gesellschaft dienen könnte. Wer will sich solchem Verdacht denn aussetzen? Und so besteht die Gefahr, dass über schwer gewonnene geschichtliche Erfahrungen mit der Souveränität der Sieger hinweggegangen wird, und dies in einem Moment, wo Deutschland wegen der (neo-)nazistischen Umtriebe in seinen Grenzen ins Gerede gekommen ist und mancherorts die Besorgnisse über das Gerede noch stärker sind als über dessen Verursachung.

Und zweitens; Warum besteht die Autorenschaft des neuen Geschichtsbildes von der DDR wider leicht zu erwerbendes besseres Wissens auf der Leerformel „verordneter Antifaschismus“? Weil ihre Preisgabe und Ersetzung durch ein wirklichkeitsgerechtes Bild von der Geschichte des Antifaschismus und der Antifaschisten im Osten Deutschlands folgerichtig dahin führen müsste, dass – von allen überzeugenden juristischen Kritiken an dem Begriff abgesehen – auf die Benutzung des Begriffs „Unrechtsstaat“ auch aus Gründen der geschichtlichen Redlichkeit verzichtet werden müsste. Bevor das geschieht, ist aber eine ganze Kamelkarawane durch ein Nadelöhr gegangen.

Ansichten zur Geschichte der DDR, Band 3, Hrsg. Dietmar Keller, Verlag Kirchner, Eggersdorf 1994, S. 111-130.

Zur Diskussion mit Rechten

Zunächst eine Erfahrung aus einer nächtlichen, mehrstündigen Diskussion am Stadtrand von Berlin mit einer Gruppe junger Nazis. Das Verdienst am Zustandekommen dieser Runde hatte eine Mitarbeiterin des Kulturhauses, in dem diese Diskussion stattfand. Das Gespräch konzentrierte sich sehr bald auf das Thema, das mich seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Forschung beschäftigt – die sogenannte Endlösung der Judenfrage, der Mord an den Juden Europas. Das brachte mir bei meinen Gegenübern ein gewisses Plus.

Ich will die Diskussion nicht referieren, nur meine Schlussfolgerung wiedergeben: Trennen wir uns von Klischees über die Zusammensetzung solcher Gruppen.

Ich weiß nicht, ob sie in diesem Falle repräsentativ war. In dieser Gruppe gab es von Anfang an Ablehnung – aber keine ausgemachte Feindseligkeit. Die jungen Männer wussten, dass sie mit jemandem zusammenkommen, dessen Positionen sie nicht teilen. Aber sie waren bereit, zuzuhören. Und ich habe ihnen zugehört. Ich hatte das Gefühl, dass einige auf der Suche waren. Ein Teil zumindest in dieser ziemlich festgefügten Gruppe, die – wie ich hörte – nach dem Fall der Mauer auch an gewalttätigen Aktionen in Westberlin beteiligt war. Inzwischen hätten sie diese Gewalttätigkeiten aber aufgegeben. Meine Schlussfrage brachte sie in größte Verlegenheit. Warum, so wollte ich wissen, versuchten sie die schwärzeste Zeit aus der deutschen Geschichte weiß anzustreichen? Wieso verwenden sie darauf ihre Energie? Und niemand, auch die beiden offenkundigen Führer der Gruppe nicht, gab darauf eine Antwort.

Das heißt, durch bestimmte Fragen, die ihre eigene Rolle betreffen, kann man Diskussionsansätze finden oder auch Denkanstöße geben.

Sie haben ganz sauer auf die Bemerkung reagiert, dass sie ihre besten Jahre nicht damit vertun sollten, falschen Führern zu folgen. Da kam der Zwischenruf: Sollen wir vielleicht Kohl als Führer anerkennen?

Das zeugt davon, dass die Leute suchen. Das war nicht nur ein Gag. Ein anderer fragte, warum ich mit solchen pädagogischen Losungen über die falschen Führer käme.

Da habe ich ihnen zwei Dinge gesagt:

1. weil ich selber in meiner Jugend aufgefordert worden war, einem Führer zu folgen, und dass ich dies nicht so ganz im Gleichschritt tat, was ich meinen Eltern verdanke,

2. ob es ihnen lieber wäre, ich erzählte meinen PDS-Genossen, was ich über sie dächte – oder ich sagte es besser ihnen ehrlich ins Gesicht, was ich über sie denke?

Ich mache mir keine Illusionen über den Grad der Nachwirkungen solcher Veranstaltungen. Wir sollten dennoch solche Möglichkeiten suchen. Und wer solche Kontakte hat, dem sage ich hier ausdrücklich, dass er mich anrufen soll. Ich gehe dahin und diskutiere mit diesen Leuten, solange, wie man eben miteinander diskutieren kann. Ich halte es für unabdingbar notwendig, dass wir direkte Gespräche führen, wo es möglich ist.

Sollen wir nicht auch einmal über die Lehrer reden? Sicher gibt es Veränderungen in der Lehrerschaft. Aber: Ich weiß aus persönlichen Begegnungen, dass vielen Lehrern das, was sie an den pädagogischen Hochschulen der DDR über den Antifaschismus gelernt haben – bei allem, was wir dazu kritisch anmerken müssen – als Fakten noch gegenwärtig ist. Ich sehe dort Ansprechmöglichkeiten. Die können wir als Partei oder linke Kräfte zwar nicht direkt nutzen. Aber besteht nicht die Gelegenheit, über Parlamente Einfluss darauf zu nehmen, dass gerade für Lehrer in den neuen Bundesländern eine systematische Auseinandersetzung über Fragen des Neonazismus geführt wird? Eine Art Unterweisung für diese Lehrer, die die „Bereinigung“ der Schulen oder die Abwicklung überstanden haben. Die haben zu DDR-Zeiten von uns an den Universitäten keine konkrete Auseinandersetzung mit den Argumenten der Neonazis erhalten. „Gutachten“ über die angebliche Auschwitz-Lüge und dergleichen sind für die meisten dieser Pädagogen Böhmische Dörfer, wäh-

rend es beispielsweise für die Neonazis, mit denen ich am Stadtrand von Berlin diskutierte, alles geläufige Sachen waren. Die kannten das ganze braune Einmaleins. Ob von kanadischen, französischen, österreichischen oder anderen Nazis in die Welt gesetzte Behauptungen – sie konnten sie herbeten. Sie konnten die Aussagen darin zwar nicht begründen, sie gerieten sogar in Verlegenheit, als ich Gegenfragen stellte, aber sie kannten das. Und das steckt nun in den Köpfen vieler Schüler, die vor den Lehrern sitzen. Und diese sind hilflos. So sind die Verhältnisse.

Die dritte Bemerkung ist kurz und richtet sich gegen die Anlage unserer Veranstaltung. Wir in der DDR, aus den neuen Bundesländern, sind sehr stark auf die Auseinandersetzungen mit der Zeit von 1933 bis 1945 fixiert gewesen, und sind es auch noch. Davon will ich uns auch nicht abbringen. Aber – und das habe ich schon in einem anderen Zusammenhang vor der Historischen Kommission gesagt – wir laufen Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Der Mehrheit der Ideologiebildner in der Bundesrepublik ist es doch klar, dass die Methode nicht sehr weit führt, den deutschen Faschismus besser zu machen, als er war. Und ferner: In jeder Woche erscheinen in dieser Bundesrepublik mehrere Bücher über die Verbrechen des Faschismus. Unter solchen Bedingungen fällt es natürlich viel schwerer, ein falsches Bild der Zeit bis 1945 zu verbreiten. In Japan zum Beispiel hatte niemand in der Schule eine Chance, über die Verbrechen der japanischen Armee zu reden. In der BRD war das nicht so.

Stattdessen praktiziert man nach meiner Beobachtung hierzulande eine andere Methode: die der „Öffnung“. Es heißt: Konzentriert Euch doch nicht auf diese zwölf finsteren Jahre die mehr als 1000 Jahre deutscher Geschichte bieten so viel Schönes, so viel Erhebendes, so viel neu zu Entdeckendes, so vieles, was die Kommunisten in der DDR verschwiegen haben. Das funktioniert viel effektiver als die plumpe Aufforderung der Rechten, die lediglich sagen: Deutsche Geschichte ist eigentlich normal gelaufen – minus 12 Jahre. Wir haben uns keine Rechnung vorzumachen.

Seht euch mal den Schullehrplan an, etwa den in Brandenburg gültigen. Da ist völlig von der Normalität der Deutschen die Rede. Wir unterscheiden uns nicht von den anderen Nationen. (In Parenthese noch eine Bemerkung zum Thema Nation: Alles, was man Dämliches über das Thema deutsche Nation sagen kann, ist von einigen Rednern auf dem Hamburger konkret-Kongress im Frühherbst 93 gesagt worden. Die Frage ist nicht, wie wir über Nation und Volk denken und sie definieren, sondern dass Deutsche sagen:

„Wir haben als deutsche Nation Aufgaben in der Welt, etwa in Somalia, Kambodscha und sonst wo. Wir können nicht so tun, als gäbe es diese Diskussion nicht. Darum müssen wir als Linke unsere Auffassung mitteilen, was wir glauben, dass Deutsche am Ende des 20. Jahrhunderts in der Welt anrichten sollten – nämlich im Sinne ihrer Verbesserung. Wenigstens versuchsweise.)

Wir sollten mit Deutlichkeit sagen, wo es in dieser Hinsicht in den Lehrplänen in Berlin, Brandenburg und anderswo Defizite im Geschichtsbild gibt. Kapitalismus gibt es nicht nur im Wirtschaftsteil, wenn vom DAX die Rede ist, sondern heute und in der geschichtlichen Vergangenheit, namentlich zwischen 1933 und 1945. Das kann man nicht aussparen, wenn wir über das Thema Faschismus reden.

Letzte Bemerkung: Wenn man durch Brandenburg fährt, sieht man, wie die Denkmäler für die Soldaten des Zweiten Weltkrieges aufgerichtet werden. Es werden Tafeln angebracht usw. Manche ganz ohne öffentlichen Kommentar. Was ich gefunden habe, das ist natürlich sehr selektiv. Ich bekenne selbstkritisch, dass wir an diesem Thema vorbeigegangen sind. Das war eine der großen Dummheiten der SED. Wir kommen an dem Bedürfnis von Nachfahren nicht vorbei, irgendwo auch an den Großvater oder Onkel erinnern zu wollen, der – wir sollten aus unserem Sprachgebrauch das Wort „gefallen“ streichen, man kommt in den Kriegen ziemlich elend um, man „fällt“ nicht einfach – unter einem Stahlhelm zu Tode kam. Wir haben die deutschen Toten des Krieges wenig sensibel behandelt. Das halte ich für eine Dummheit, die wir jetzt – wie andere Dummheiten auch – teuer bezahlen. Das sollten wir ehrlich sagen und unsere Genossen in Parlamenten, in den Städten und Dörfern auffordern, dies auf eine anständige, antifaschistische Weise in Ordnung zu bringen. Mal ein Beispiel: Wir hatten im Jahre 1958 – ich sage das jetzt nicht zu unserem Ruhme –

beim Aufräumen im Hof der Jenaer Universität drei Gedenktafeln für die gefallenen Studenten gefunden. Was machen wir nun, fragten wir uns. Aus aller Welt kamen Gäste zur 400-Jahrfeier der Universität, und die bewussten Tafeln waren uns peinlich. Wir hängten dieses bekannte Brecht-Wort von den drei Kriegen als vierte Tafel daneben. Die anderen beließen wir an ihrem Platze. Es kam ein Oberst aus dem ersten Weltkrieg, Professor für Mineralogie, und meinte: Ach ja, Kommentar des Tages.

Vorwärts in die Vergangenheit? Mit einem Vorwort von Lothar Bisky, edition ost, Berlin 1994, S. 72-76.

Führerkult und Massenwahn im deutschen Faschismus – ein beunruhigendes und vernachlässigtes Thema

Der Beitrag, mit dem ich einen der denkbaren Einstiege zu einem viel weiteren Thema zu geben versuche, gilt einem zu DDR-Zeiten von der DDR-Geschichte vernachlässigten und von der Partei- und Staatsführung zumindest unverlangten Geschichtsthema. Karl Gass, der im untergegangenen Staat wohl 100 Dokumentarfilme machte, wurde mit drei seiner Vorschläge abgewiesen: der eine bezog sich auf eine dokumentarische Darstellung des Führers Hitler, ein anderer auf das Massenverhalten im Naziregime.

Über die Ursachen für diese Abneigung wurden in letzter Zeit sehr bestimmte, aber keineswegs quellengestützte Behauptungen aufgestellt. Unter den Erinnerungen besetzt diejenige Platz eins, die den führenden Politikern in der DDR nachsagt, sie hätten Parallelen in den Herrschafts- und Machttechniken des eigenen Staates und der Nazidiktatur nicht in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken wollen. Es ließe sich der Widerwille gegen die wissenschaftliche und künstlerische Bloßlegung der Führer-Massen-Beziehung zwischen 1933 und 1945 übrigens auch damit plausibel machen, dass die Führungsfiguren an der Spitze der DDR nicht darauf aufmerksam machen wollten, dass sie selbst in den Jahren ihrer breitesten Massenunterstützung nicht von einer derartigen Zustimmungswoge getragen wurden, wie sie Hitler hob und immer weiter emporhob. Doch wäre auch das nicht mehr als eine Vermutung, die wissenschaftliches Weiterfragen und Prüfen verlangt.

Sicher ist, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema „Hitler und die Deutschen“, das während des antifaschistischen Exils eine bedeutende und zunehmende Rolle im Nachdenken über Deutschland gespielt hatte, in der Geschichtswissenschaft der DDR keine angemessene Fortsetzung fand. Was Manfred Weißbecker und ich dazu schrieben, kann in dem 1981 erschienen Buch „Hakenkreuz und Totenkopf“[1] nachgelesen werden. Das war etwas weniger, als wir über den Gegenstand wussten, und Walter Schmidt schalt mich damals in einem Privatbrief, dass wir die Analyse nicht weitergetrieben hätten.

Nach meinem Dafürhalten macht man sich die Antwort auf die Frage, warum eines der beunruhigendsten Themen unseres Jahrhunderts so wenig Aufmerksamkeit seitens materialistischer Historiographie fand, sehr einfach, wenn man die Ursache nur und in erster Linie bei einer Forschungen behindernden Politik sucht. Genauer: wenn man sie nur auf Seiten der sozialistischen Politik in Deutschland sucht. Es war die bürgerliche deutsche Nachkriegspolitik in den Westzonen, die alsbald nach Kriegsende den Faschismus auf Hitler zu verkürzen suchte, was treffend in dem Titel des (übrigens ganz schlechten) Theaterstücks ausgedrückt wurde „Ich bin’s nicht, Adolf Hitler ist’s gewesen“. Diese historisch-politische Amputation des deutschen Faschismus bediente sehr verschiedene, aber gleichgerichtete Interessen, diejenigen der Mächtigen und Einflussreichen aus Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Elitegruppen des Naziregimes und auch solche der kleinen Leute, deren Biographien unauflöslich in die Jahre der faschistischen Herrschaft verwoben waren, und die auch nicht wünschten, dass von ihrer Verantwortung geredet würde.

Gegen diesen massengestützten Versuch, sich aus der deutschen Vergangenheit rasch und billig wegzustehlen, haben Politik, Publizistik und später auch Geschichtswissenschaft in der DDR mobilgemacht. Das ergab eine Frontstellung mit Verdiensten, aber auch mit deutlicher Einseitigkeit. Politisch gesehen, brauchte in den ersten Nachkriegsjahren, als die unbelehrten oder verdienten Nazis sich in die Mauselöcher verkrochen, wirklich nicht darüber geredet zu werden, dass es Hitler gewesen war, sondern darüber, dass er es nicht allein war. Nur eben: über den „Führer“ musste (und muss) geforscht werden, wenn es darum ging, Funktionsweise, Macht und Stabilität des Regimes zu erklären. Indessen: Als die DDR-Geschichtsschreibung sich Voraussetzungen erarbeitet hatte, das schwierige Thema anzugehen, hielten das einflussreiche Ideologen nicht mehr für nötig. Der Faschismus galt als eine erledigte, im eigenen Lande geschichtlich ein für alle Mal überwundene An-

---

1 Bei Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1981.

gelegenheit. Die Antifaschisten, so die allgemeinste Auffassung, hatten hier gesiegt, und zwar für immer. Diese Herangehensweise besaß allerdings, abgesehen von dem ungeschichtlichen Hochmut, der aus ihr sprach, einen mächtigen Haken: ohne den „Faktor Hitler“ (ein von Martin Broszat geprägter Begriff) erklärt zu haben, behielt die ganze Faschismus-Erklärung ein Loch. Niemand wäre vergleichsweise auf den Gedanken verfallen, die europäische Geschichte des beginnenden 19. Jahrhunderts ohne den „Faktor Napoleon“ zu erklären oder die deutsche Geschichte der Reichseinigung 1871 zu interpretieren und dabei sich nicht eingehend mit Bismarcks Rolle zu befassen. Tatsächlich wurden sich Historiker in der DDR Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre darüber schlüssig, dass eine Hitler-Biographie geschrieben werden müsse. Das Vorhaben geriet, wie nachlesbar, in einen Forschungsplan. Doch wurde es über anderen Aufgaben ernsthaft nie in Angriff genommen.

Und wie stand es mit den Massen? Im Grunde nicht sehr viel besser. Selbstredend kamen sie in sehr vielen Publikationen vor. Doch nachdem in den ersten Jahren nach 1945 von der Mitverantwortung der Massen für das Aufkommen, den Sieg und die Verbrechen des Regimes noch geredet und geschrieben wurde, ging das politische Interesse an der die Antifaschisten im Exil schwer schockierenden Gefolgstreue der Millionen hinter dem Hakenkreuz mehr und mehr zurück. Die Teilnahme am Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung und eines antifaschistischen Staates schien die weitere Beschäftigung mit dem Thema überflüssig zu machen. Ein Teil der von ihren Posten und aus ihren Funktionen auf unterer und mittlerer Ebene entfernten Nazi-Aktivisten galt nach Jahren in untergeordneter Produktionstätigkeit auch als rehabilitiert. Die einstigen Mitglieder von faschistischen Organisationen wie DAF, NSV, Hitlerjugend waren gewandelt und gewendet. Viele hatten sich der SED, weniger anderen Parteien des Blocks angeschlossen. Für sie war zudem speziell die Nationaldemokratische Partei geschaffen worden.

Das alles hatte sich bereits vollzogen, als sich im Osten Deutschlands eine neue Historikergruppe formierte, die wissenschaftliche Voraussetzungen besaß, über das Massenverhalten im Naziregime zu forschen. Inzwischen aber war der Kalte Krieg immer kalter geworden, und folgerichtig traten die Anklagen des deutschen Imperialismus, die Charakteristik seiner Rolle in Europa und in der Weltpolitik in den Vordergrund. Zwar stand die Geschichtswissenschaft der DDR stets aus Kräftegründen vor dem Problem, das eine zu tun und dann das andere – wenigstens für eine gewisse Zeit – lassen zu müssen. Doch entscheidend wirkte die These, derzufolge die Massen in der DDR auf der richtigen Seite Partei ergriffen, sich den Siegern der Geschichte auch nicht einfach opportunistisch zugesellt hätten, sondern – vermeintlich – selbst schon entscheidende und unverlierbare geschichtliche Siege miterrungen hätten. Warum also die Alten noch an ihre Jugend erinnern? Warum den Nachgeborenen die Irrwege und Sünden ihrer Eltern und Großeltern auseinandersetzen? In Wahrheit – wer an Universitäten in der DDR arbeitete, weiß das aus eigener Erfahrung – erachteten Studenten der siebziger und achtziger Jahre kein Thema als spannender, als dasjenige, das ihnen dokumentarische Fotos und Filme über das Führer-Massen-Verhältnis immer wieder aufdrängten. Geschichtsseminare wurden nicht selten zum Ausgangspunkt des Befragens von Eltern und Großeltern. Es war mehr als auf die deutsche Geschichte gerichtete Neugier, die dieses Fragen bewirkte, lieferte doch das Fernsehen permanent aktuelle Bilder von Führerkult und Massenwahn aus Staaten von sehr unterschiedlichem Charakter, und aus Gesellschaften auf weit auseinanderliegenden Entwicklungsstufen.

„Hitler und die Deutschen“ kann als ein sinnfälliges Beispiel für ein Verhältnis stehen, das zum politischen Alltag unserer Zeit gehört. Was geschieht denn regelmäßig auf den Wahlpartys der US-amerikanischen Parteien mit Menschen, die weder unter Alkohol noch unter „härteren“ Drogen stehen? Was ereignete sich 1990 während der ersten Kundgebungen, die Helmut Kohl und der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf öffentlichen Plätzen in der noch nicht liquidierten DDR bestritten? Was besagen die Wahlparteitage in Deutschland, auf denen es (von Journalisten mit Stoppuhren gemessene) minutenlange Zustimmungskundgebungen für Politiker gibt, die sich von den rhythmischen Klatschchören auf SED-Parteitagen wenig oder gar nicht unterscheiden? Bei aller Identität der Erscheinungen sollen Unterschiede nicht ignoriert werden: solche Ausbrüche finden in unterschiedlich verfassten Staaten statt. Die im Mittelpunkt der Szenen stehenden Führer sind in dem einen Falle durch bürgerliche Wahlsysteme an die Staatsspitze gelangt, im anderen Fal-

le als alternativlose Führer auf Lebenszeit in ihren Ämtern (sofern sie nicht durch Palastrevolten oder Fraktionskämpfe ihre Plätze verlieren). Die Inhalte der Politik unterscheiden sich grundlegend.

Und dennoch: im Kern handelt es sich, gleichgültig ob solche Exzesse des Führerkults sich in Systemen bürgerlichen oder sozialistischen Rechts abspielen, doch um klare Erscheinungen des Antidemokratismus. Derartige Huldigungen bezeugen doch, dass der eigene Gedanke und die eigene Tat gleichsam an die verehrten Subjekte abgetreten werden. Die sollen es sich ausdenken und machen, während das massenhafte Ich auf die Rolle des Objekts, des Helfers und des Werkzeugs reduziert wird.

Diese Begegnungen der Mächtigen (wie immer sie zu ihrer Macht gekommen sein mögen) mit den Ohnmächtigen (wieviel Schuld sie selbst an ihrer Ohnmacht immer tragen müssen) stellen für die Gesellschaftswissenschaftler eine Herausforderung, mitunter auch eine Quelle intellektueller Resignation dar. Die Bilder, die herangezogen werden, das Anschauliche sich noch anschaulicher zu machen, stimmen nachdenklich. Bemüht wird die Geschichte vom Rattenfänger von Hameln. Zitiert wird das Sprichwort von den Metzgern, die nur von den allerdümmsten Kälbern selbst gewählt würden. Erklärt ist damit nichts, mehr noch: der Weg zum Verständnis wird versperrt, sind doch die Menschen weder Ratten, noch Kälber, noch bleiben sie Kinder. In der Geschichtswissenschaft und -propaganda der DDR blieb die Analyse auf halbem Wege stecken. Über die Beziehungen von Führern und Massen in faschistischen Regimen, namentlich in Nazideutschland (mit den anderen verwandten Staaten gab es zu DDR-Zeiten kaum eine nennenswerte Beschäftigung), wurde die Schablone von den „Verführern“ und „Verführten‘ gelegt. Politisch besaß ihr Gebrauch zudem eine Reihe von Vorteilen. In den Kreis der „Verführten“ eingestuft zu werden, bedeutete eine vergleichsweise geringfügige Beschuldigung, ja schon eine partielle Entlastung von Verantwortung und Schuld. Man war Betrügern aufgesessen und konnte sich obendrein rechtens darauf berufen, dass man mit ihnen keinerlei eigene Erfahrungen gemacht hatte, ja, dass es mit ihnen nicht einmal eine fremde geschichtliche Erfahrung gab. Nun war man klüger und würde es bleiben.

Intellektuell aber bezeugte die Sicht auf das Führer-Gefolgschafts-Verhältnis als Beziehung von „Verführern“ und „Verführten“ eine Reduzierung des eigentlichen Problems auf die Demagogie und die Künste der Demagogen. Ihr wandte sich die Forschung tatsächlich mit Vorrang zu. Massenhaft ist folglich die Literatur über die Rolle des Rundfunks und des Films im Nazistaat, über die der Künste (vorrangig der Malerei und Bildhauerei, weniger der Literatur, obgleich die Lyrik vor allem durch die Schulbücher, das Lied, auch durch die Kalender-Literatur weite Verbreitung fand), über die politischen Rituale, insbesondere über die alljährlichen auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg.

Diese Forschungsrichtung drückte sich auch im biographischen Interesse aus, das sich – nächst Hitler – vorzugsweise auf den Propagandaminister Goebbels richtete. Spät erfahren Naziführer, die in der zweiten Reihe vor Goebbels standen, die historiographische Aufmerksamkeit, die ihrem Platz entsprach. Ihrer aller Einstufung als gerissenste Demagogen der deutschen Geschichte zeitigte die unvermeidliche Folge, dass die Millionen „Opfer“ des Betrugs als leichtgläubig (das war der vornehmere), ja, als dumm (das war der volkstümlichere Ausdruck) erschienen. Sie gehörten gleichsam einer niederen Stufe politischer Bewusstheit an, und die Nachfahren, die sie unter der erwähnten Schablone betrachteten, konnten sich als fortgeschrittene Generationen vorkommen. Viele Universitäts-Seminare bezeugten, dass sich in den Ansichten der Studierenden über ihre Eltern und Großeltern Unverständnis und Nachsicht bunt mischten. Zugegeben wurde das „Wer weiß, wie es einem seinerzeit selbst ergangen wäre“. Gewissheit herrschte, dass es einem selbst nun nicht ein zweites Mal passieren könne.

Um ein mögliches Missverständnis zu vermeiden, soll hier am Rande festgestellt werden, dass die Naziführer Demagogen von Format waren, welche die Gewinnung von Massen in vielen Jahren von der Pike auf erlernt hatten. Durch wie viele Versammlungssäle waren die Hitler, Goebbels und Ley gegangen! Wie oft hatten sie die Wirkung von Wortkaskaden und Gesten erprobt! An die Spitze der NSDAP konnte, von Ausnahmen abgesehen, nur gelangen, wer sich auch als Volksredner bewährte, den Millionenanhang zusammenzutrommeln verstand.

Keine bürgerliche Politikergruppe in Deutschland hatte sich auf diesem Felde so geübt. In deren Reihen galt vielfach noch immer die Parlamentsrede als das Non-plus-ultra. Doch das waren selbst in einer noch (weitgehend) rundfunk- und (total) fernsehlosen Zeit schon Anforderungen von gestern. Nicht der argument- oder bloß trickreiche Debattenredner konnte in der Zeit der massenhaften Politisierung zu Einfluss gelangen, wohl aber der Messias und seine Apostel. Hitler hatte das früh begriffen. Davon zeugt seine – nicht nur dadurch – begründete Entscheidung, nicht in ein Parlament zu gehen. Das Schlussbild am Ende des ersten Teils von „Mein Kampf“ ist zweifelsfrei von biblischer Abkunft: das Heil ist bezeichnet, seine Verkünder verlassen, eben bekehrt und beseelt, den Biersaal zu München.

Die Kraft der Demagogie der Naziführer war aber nicht in erster Linie eine Funktion des Geschicks und der Instrumente, mit der sie betrieben wurde. Der Terror hat ihrer Wirkung die günstigsten Bedingungen geschaffen, doch bildet auch er nicht den Schlüssel zum Verständnis von Massenentscheidungen. Das leuchtet für die Jahre vor 1933 sofort ein, als dieser Terror schon blutig, aber in seiner Reichweite doch äußerst begrenzt war. Es gilt auch für die Jahre nach 1933, als Kritik am sich etablierenden Regime alsbald vollständig unterbunden wurde, die weitgehende Abschottung der Massen von Auslandsinformationen erfolgte, antifaschistische Agitation schwer, schließlich das Hören von Radiosendern der Feindmächte mit dem Tode bestraft wurde.

Mit den Mitteln des Terrors konnte man nicht Millionen Menschen eine Ideologie in die Köpfe schlagen. Die Frage lautet folglich: was war an dieser Ideologie, was an ihren Inhalten, das Millionen Deutsche, die Mehrheit des Volkes, anzuziehen vermochte, sie fester an dieses Regime band als drohende gesetzliche und außergesetzliche Repressalien. Warum entschieden sich unter den spätrepublikanischen Zuständen Mitte 1932 im Reichsdurchschnitt mehr als 37% der Wähler für diese Partei, in manchen Territorien mehr als die Hälfte? Warum wandte sich ihr bereits kurz nach der Machtübergabe im Verlauf des Jahres 1933 mit Sicherheit die Volksmehrheit zu? Geschah das, weil sie die Ideologie der NSDAP nicht kannten? Oder weil sie nur Bruchstücke ihres Programms zur Kenntnis genommen hatten? Oder einzig, weil sich die Hinzustoßenden dem großen Strom anschließen wollten?

Wer sich der Antworten der DDR-Historiographie entsinnt, kennt das Erklärungsmuster: die Erfolge der Nazis beim Kampf um die Massen wurden der Enttäuschung, ja der Erbitterung über die Politik der traditionellen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zugeschrieben. Die Naziwähler erschienen (der Begriff kommt jüngst erst richtig in Mode) als „Protestwähler“, die sich gesagt hätten, dass sie es den Versagern einmal in der Wahlkabine zeigen werden, oder die es mit den „Neuen“ eben doch versuchen wollten, nachdem die „Alten“ im Massenelend der Weltwirtschaftskrise kurslos herumzurudern schienen. Viele Zeitgenossen, keineswegs nur die Kommunisten, trauten den Faschistenführern allenfalls einen kurzfristigen Erfolg zu. Manche glaubten die Tendenzwende schon bei den Novemberwahlen 1932 eingetreten. Andere erwarteten die massenhafte Ernüchterung binnen weniger Monate nach der Machtübergabe und hielten dann nicht nur nach ihr Ausschau, sondern konstatierten sie in einem tatsächlich nicht vorhandenen Grad.

Nun existierte zweifelsfrei zwischen den Erfahrungen der Massen mit den regierenden Parteien der Weimarer Republik und der Hinwendung von 13 bis 14 Millionen Deutschen zur NSDAP eine dialektische Beziehung. Nur fehlte in besagtem Erklärungsmuster ein Aspekt: Besaß die Ideologie der „Nationalsozialisten“, wie sich die deutschen Faschisten nannten, nicht in sich Anziehungs- und Überzeugungskraft? Erschien sie den Massen nicht in sich schlüssiger und – um nun den entscheidenden Gesichtspunkt ins Wort zu fassen – zukunftsträchtiger als alles, was andere anboten? War die Gefolgschaft der Naziführer also nicht zu einem erheblichen Teil das Ergebnis der Bejahung ihres Angebots, ihrer Utopie und nicht nur Resultat des Verneinens der bisher angenommenen Offerten, deren Absender Demokratische, Volks-, Zentrums- und Sozialdemokratische Partei hießen?

Die Fragen betreffen den nervus rerum der Faschismus-Analyse und -Kritik. Dass es eine solche positive Anziehungskraft gab, wurde im Verständnis der Linken nicht bestritten. Doch war dann die Rede von einzelnen Idealisten, Leuten, die sich gleichsam nicht nur in durchschnittlichem Grad,

sondern bis tief in Kopf und Herz hinein hätten verführen lassen. Massenhafter Idealismus schien in der Geschichte – hier liegt auch eine Klippe der Sinngebung des Begriffs – immer nur auf Seiten der Fortschrittskräfte zu existieren. Besagte braune Idealisten galten als tragische Figuren. Manche waren schließlich „richtige“ Idealisten geworden und zu den Kommunisten gestoßen. Andere hatten sich auf andere Weise zu Rebellen gegen die falschen Führer entwickelt. Dritte wieder flohen in den letzten Kriegstagen verzweifelt in den Selbstmord.

Das Zugeständnis, dass es unter den betrogenen Gefolgsleuten des Faschismus in der Masse der Einfältigen, Armgeistigen, Opportunisten auch einige Idealisten gegeben habe, wobei besonders auf die jüngsten unter den Gefolgsleuten, die Hitlerjungen, verwiesen wurde, geht an der Grundtatsache vorbei, dass die deutschen Faschistenführer nicht nur einen Ausweg aus einer politischen und ökonomischen Krise zu wissen und zu verwirklichen beanspruchten, sondern die Verkünder und Verfechter einer sozialen Utopie waren, die sie den Massen nahebrachten und für die sie sie zu begeistern und zu mobilisieren verstanden. So sicher der deutsche Faschismus Menschen einfach mit Schlagworten und Parolen einfing („Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, „Brechung der Zinksknechtschaft“, „Drittes Reich“, „Tausendjähriges Reich“, „nationale Erhebung“, „Arbeitsschlacht“, „Ernährungsschlacht“ u. v. a.), so erkennbar führten diese keine selbständige, bloß demagogische Existenz, sondern entsprangen oder entsprachen einem Gedankengebäude, der relativ geschlossenen Ideologie vom kommenden Deutschland, dem Deutschland des „National-Sozialismus“ Die Attraktions- und mehr noch die Überzeugungskraft der einzelnen Grundsätze, Versprechungen und Verheißungen ergab sich erst vollständig aus ihrer Zugehörigkeit zu eben jenem verheißungsvollen Gebäude.

Einige Faschismus-Kritiker verlangten frühzeitig, dieses soziale Gedankensystem ernstzunehmen und sich mit ihm auseinanderzusetzen Andere erklärten, um ein viel zitiertes Wort in Erinnerung zu bringen, ihnen falle zu Hitler nichts mehr ein. Das sollte besagen, das Angebot der Nazi-Ideologen sei zu platt, zu primitiv, als dass es notwendig sei, sich mit ihm gründlich zu befassen. Diese Haltung war nicht politisch – sie bedeutete die Verabschiedung von der Politik. Es blieben der intellektuelle Ekel und das Nachgrübeln darüber, warum sich das „Volk der Dichter und Denker“ zur Massengefolgschaft eines vermeintlich Primitiven gemacht hatte.

Diejenigen, welche die Auseinandersetzung auch auf dem Felde der Ideologie vornahmen und in sie eintraten, konzentrierten sich zumeist darauf, die wissenschaftliche Haltlosigkeit der Nazi-Lehren nachzuweisen, ihre eklektische Abkunft und Struktur zu verdeutlichen und ihren antihumanistischen Gehalt bewusst zu machen. In dieser Traditionslinie standen auch die „Sozialistischen Bildungshefte“, die ab 1945/46 herauskamen und in der sich vereinenden Arbeiterpartei als Schulungsmaterial dienten. Da war es, das schmälert das Verdienst der Autoren und die Bedeutung dieser Aufklärung nicht um ein Jota, natürlich ein leichtes, das Versprechen mit seinen Resultaten zu konfrontieren. Die einzelnen Hefte befassten sich übrigens mit jeweils verschiedenen Seiten der Nazi-Ideologie, dem Rassismus, der Geopolitik. dem Sozialdarwinismus. Auf die Darstellung der relativen Geschlossenheit des faschistischen Staats- und Gesellschaftsentwurfs kam es nicht an, möglicherweise wurde sie auch da nicht gesehen.

Von dieser Herangehensweise ist jedoch etwas in die Forschung zu DDR-Zeiten gekommen. Es drückte sich etwa in der Ansicht aus, dass der Autor Hitler nur als Politiker ernstgenommen werden könne, und dies wegen der Wirkungen, die er auszulösen vermochte. Eine wissenschaftliche Analyse der Publikationen Hitlers würde, hieß es dann akademisch, „bereits eine ungerechtfertigte Überhöhung des Forschungsgegenstandes zur Folge haben“.[2] Aus der Tatsache, dass der Verfasser von „Mein Kampf“ in diesem Buch seine Auffassungen von Gesellschaft und Staat nicht systematisch entwickelt, wurde hergeleitet, dass es sich beim Faschismus überhaupt nicht um ein Gedankensystem handele.

---

[2] J. Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, Berlin 1982, S. 190.

In Wahrheit war das Zukunftsbild von der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ der Deutschen keineswegs ein bruchstückhaftes, nebulöses Gebilde, sondern besaß feste Konturen und klare innere Konstruktionen. Es war das Bild von einer kapitalistischen Gesellschaft ohne Widersprüche, Krisen, Erschütterungen, Ungerechtigkeiten, Unsicherheiten und Gebrechen, einer Gesellschaft, die sich erklärtermaßen auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln gründen, aber von den Folgen dieses Eigentümer- und Nichteigentümer-Verhältnisses befreit haben würde. Diese neue Ordnung würde wesentlich das Resultat des Wirkens einer gänzlich neuen Staatsmacht sein, die alle Deutschen (nicht also die zu nichtdeutschen erklärten Juden und einige weitere Minderheiten) zu neuem, eben volksgemeinschaftlichem Zusammenleben und Zusammenarbeiten erziehen, organisieren und führen werde.

Die grundlegenden Kennzeichen des Alltags dieser Gesellschaft würden darin bestehen, dass erstens in ihr jeder Arbeit finden werde und arbeitend der Gemeinschaft zu dienen habe, zweitens jeder an den Platz gelangen könne, den er aufgrund seiner Leistung verdiene und drittens der Weg zur Leistung für den Einzelnen vom Staat freigemacht werden würde, so dass Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder und Jugendlichen ganz unabhängig von Stand und Vermögen der Eltern entwickelt werden könnten. (Nebenbei bemerkt: die biographische Legende vom durch die sozialen Verhältnisse verhinderten beruflichen Aufstiegs Hitlers zum Künstler und sein angeblich so erzwungenes Dasein als Bauarbeiter in Wien schienen den Führer der Volksgemeinschaft aufgrund eigener Lebenserfahrung geradezu zum Garanten eben dieses Grundsatzes zu machen.)

Die genannten Prinzipien wurden als Programm und Verwirklichung des „deutschen Sozialismus“ ausgegeben, der sich im Innern von jedem sozialen Schmarotzertum (das selbstredend die Juden verkörperten) befreit haben und nach außen hin durch geeignete Maßnahmen gegen die das wirtschaftliche und soziale Leben verheerenden Einflüsse des internationalen Börsenkapitals“ schützen würde.

Kurzum: im „nationalsozialistischen Deutschland“ werde diesen „Verheißungen“ zufolge der Kapitalist nicht mehr in der Weise existieren, wie er bislang vorkam, und der Arbeiter werde nicht mehr derselbe sein, als der er im Deutschland der Weimarer Republik und des Kaiserreiches gelebt hatte. Das Bild vom „neuen Kapitalisten“ war wesentlich an seine Leistung als Organisator der Produktion und womöglich als erfindungsreicher Wissenschaftler und Techniker gebunden. Das Bild vom neuen Arbeiter knüpfte sich an Vorstellungen von gutbezahlter Arbeit, menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Aufstiegsmöglichkeiten im zivilen und militärischen Leben, Einflusswegen zu Führern ganz neuen Typs, die aus dem Volke kamen und ihm verbunden bleiben würden.

Manche Ideologen und Propagandisten sind bei der Entwicklung dieser „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ in Schrift und Wort über das Hitler und anderen in seiner Führungsgruppe vorschwebende Ziel hinausgeschossen. Es kam zu Auseinandersetzungen, Korrekturen, Widerrufen immer dann, wenn die Kapitalismuskritik in Kapitalismusnegation umzuschlagen drohte oder tatsächlich umschlug und sich in hemmungslosen Attacken gegen das Finanz(„Börsen“-)kapital, gegen bestimmte seiner Existenzweisen (wie Aktiengesellschaften) äußerte. Geistig hatten sich innerhalb der NSDAP-Führung bereits vor dem 30. Januar 1933 die gemäßigten Kritiker der kapitalistischen Gesellschaft durchgesetzt. Praktisch wurde nach der Machtübernahme mit Kräften und Auffassungen aufgeräumt, die mit der „zweiten Revolution“ in das „vierte Reich“ strebten.

Die Ideologen des „deutschen Sozialismus“ täuschten Kritik des Kapitalismus nicht allein aus Gründen billigen Massenfangs vor, sondern vertraten wirklich eine kritische Position. Sie hielten die Zustände des deutschen Nachkriegskapitalismus für nicht verteidigungsfähig. Ein Teil der Kapitalistenklasse hatte nach der Überzeugung dieser Ideologen und Politiker die ihnen geltenden Zeichen der Zeit nicht verstanden und das lehrreiche Ergebnis des Weltkriegsendes und der Revolutionen verdrängt, statt es zu verarbeiten. Das Antibürgerliche in der Kritik der führenden deutschen Faschisten war nicht Attacke gegen die Bourgeoisie und alles Bürgerliche, sondern ein Angriff auf all jene Angehörigen der überkommenen Eliten, seien es Politiker, Wirtschaftler, Beamte, Militärs, Wissenschaftler oder wer immer, die vermeinten, mit den Herrschaftsgrundsätzen des 19. Jahrhunderts, mit denen sie schon vor 1914 in kritische Situationen geraten waren, in das 20. gelangen zu können.

Diese Kritik, von der es auf den Seiten von „Mein Kampf“ geradezu strotzt, wurde vom „gemeinen Mann“ (oder der „gemeinen Frau“) viel grundsätzlicher (und damit miss-)verstanden, als sie angelegt war. Doch sie trug ihren Autoren unvermeidlich auch die Vorbehalte, das Misstrauen und die Ablehnung aus Kapitalkreisen ein, die den traditionellen Herrschaftspraktiken verhaftet blieben. Dass Hitler und seine engen Mitstreiter schrittweise dennoch in die Großbourgeoisie eindringen und schließlich sehr einflussreiche Angehörige für ihre Programmatik aufschließen konnten, hatte sicher etwas mit dem aktuellen Interesse an der Profitsicherung und -maximierung zu tun, wurzelte aber zugleich im mehr oder weniger klaren Bewusstsein, eine geschichtliche Existenzkrise meistern zu müssen und in der Erkenntnis, dass die Politiker um Hitler einen gesellschaftlichen und politischen Entwurf anboten, der nicht notwendig ausgeschlagen werden musste, ja anzunehmen und zu erproben war, zumal auf anderen, weniger konzeptionellen Wegen ein Ausweg nicht erkennbar wurde oder nicht erreichbar schien.

Die Ideologie des deutschen Faschismus war wie die politische Bewegung und schließlich auch das Regime ein Produkt der Krise des Kapitalismus am Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie zielten auf einen Umbau der kapitalistischen Gesellschaft im Deutschen Reich. Der betraf in erster Linie den politischen Bereich, doch nicht ihn allein. Er umfasste auch eine Modernisierung des Wirtschaftens und der Ausbeutungsmethoden, die Massenansprüche und Massenverhalten im Ansatz brauchten. Die Herrschaftsprobleme waren diesem Konzept zufolge nicht mehr von den Eigentümern des Kapitals zur Bewältigung kurzerhand an die regierenden Politiker und Parteien zu überweisen, sondern die Ausbeuter mussten gemeinsam mit dem Staat selbst aktiv werden, um den Alltag des Profitmachens arbeiterverträglich zu gestalten. Weiterdenkende Kapitalisten hatten das schon in Angriff genommen und gelangten alsbald auf die Rangstufe des vorbildlichen volksgemeinschaftlich verfahrenden Unternehmertums. Hitler und die Seinen verstanden sich und waren auch so etwas wie die Lehrer rückständiger Kapitalisten, nur dass deren Erziehung zu Volksgenossen im „nationalsozialistischen Deutschland“ über Ehrengerichtshöfe stattfand und in Konzentrationslagern ausdrücklich verboten wurde.

Die Ideologen des deutschen Faschismus projektierten und propagierten den Aufbruch in eine stabilisierte, stärkere kapitalistische Gesellschaft. Dass sie über den Kapitalismus hinauswollten, ist eine Legende. Sie nahmen jedoch für sich in Anspruch, gemeinsam mit dem Italien Mussolinis anderen Nationen auf einem geschichtlichen Weg vorauszugehen, d. h. sie postulierten eine breitere (ich würde nicht sagen: die Allgemein-) Gültigkeit ihrer „Revolution“ und ihres Ziels. Damit gaben sie selbstredend ihren Bestrebungen eine höhere Wertung und Weihe: Sie befanden sich nicht auf einem Sonderweg, sondern waren der Vortrupp. Im Grunde war der „Nationalsozialismus“, von dem wiederholt auch erklärt wurde, er sei keine Exportware, so etwas wie ein Projekt für die germanischen oder jedenfalls für die höherstehenden Völker (glücklicherweise gab es für den ersten und einzigen Verbündeten Italien die klassische römische Vergangenheit). Doch diese breitere Gültigkeit betraf weder die Abessinier noch die Kongolesen, von denen die einen durch Italiens Faschisten schon unterworfen waren, die anderen aus Untertanen des Königs der Belgier zu Sklaven des großgermanischen Reiches gemacht worden wären. Wo sich Führer nach seinem Vorbild etablieren konnten (wie der kroatische Poglavnik nach der militärischen Zerschlagung Jugoslawiens 1941), da philosophierte Hitler in seinem Hauptquartier darüber, ob sie (in diesem Falle die Kroaten) nicht doch mehr germanisch (als slawisch) geprägt seien.

Es gelang den NS-Ideologen, glaubhaft zu machen, dass der „nationalsozialistische“ Weg Deutschlands und der parallele Weg Italiens die Wege der jungen Völker seien, denen gegenüber die Demokratien das Veraltende und schon Überholte repräsentieren würden. Da Gerede, Unfähigkeit und Zwietracht, hier Tat, Genie und Einheit – so etwa wurden die Zustände in den bürgerlichen Demokratien und den faschistischen Staaten knapp gegenübergestellt.

Hat die Bevölkerung – es wird auf dieses Thema noch kurz zurückzukommen sein – diese Klischees angenommen? Konnte sie davon überzeugt werden, dass Deutschlands und Italiens Aufbruch eine neue Geschichtsperiode eröffnete? 1937 fanden in Berlin zwei Kundgebungen statt, die darüber einen gewissen Aufschluss geben. Mussolini besuchte Deutschland. Er weilte mit Hitler bei

Wehrmachtsmanövern in Mecklenburg, dann in Essen in der Krupp'schen Waffenschmiede, schließlich kam er nach Berlin. Vom Flugplatz bis in die Innenstadt führ sein Auto durch Menschenspalier, das ununterbrochen „Duce, Duce" rief. Der italienische Faschistenführer, an hysterische Kundgebungen (man denke an diejenigen beim Überfall auf Äthiopien 1935) wahrlich gewöhnt, wurde durch dieses Dauergeschrei wirklich noch überrascht und in Erstaunen versetzt. Darauf folgte die nächtliche Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld, wo Duce und Führer sprachen. Wie kann dieser Empfang, für den die Berliner extra einen arbeitsfreien Tag erhalten hatten, erklärt werden? Was hatte dieser Italiener für Deutschland getan, dass ihm ein derartiges, hunderttausendfaches Willkommen entboten werden konnte? Der Duce war aus dem Versailler System ausgeschert. Er hatte Hitler in Italien empfangen. Das war nicht eben viel. Doch er stand für ein sich mit Deutschland verbündendes Italien. Er war ein Führer neuen Typs. Auch er orientierte sein Land auf Arbeit. Er hatte sich selbst in die Ernsteschlacht im Neuland aus den Pontinischen Sümpfen begeben. Er war mit freier Brust arbeitend auf Landmaschinen zu sehen gewesen. Mussolini versicherte an jenem Abend in Berlin den im scheinwerfererhellten Dunkel stehenden Massen, er und Hitler verkündeten der Welt nicht Krieg, sondern Frieden. Und es wurde ihm geglaubt. Der erst ein Jahr zurückliegende, unter Einsatz von Giftgas gegen ein afrikanisches Volk geführte Krieg zählte für die Berliner offenbar nicht als solcher.

Dieser Frühherbst des Jahres 1937, mehr als viereinhalb Jahre nach der Machtübergabe, sah stabilisierte faschistische Regime. Für Deutschland galt das mehr noch als für Italien. Die Arbeitslosigkeit war auf einen politisch und sozial unbedeutenden Rest geschrumpft. Die Lebensverhältnisse hatten sich gegenüber dem Krisenjahr 1932 für die meisten Familien merklich verbessert. Es wurde nicht mehr gehungert, nicht mehr in kalten Wohnungen gefroren. Die berufliche Zukunft der Kinder ließ sich wieder planen. Nichts schien den weiteren Weg zum Besseren zu verbarrikadieren oder auch nur zu bedrohen. Krieg schien nicht in Sicht. Deutschland arbeitete, wie die Naziführer es versprochen hatten. Die ältesten der heute in Deutschland lebenden Menschen, sofern ihre Angehörigen nicht bewusste Hitlergegner waren, erinnern sich jener Jahre von 1935/36 bis 1938 als einer Zeit schöner Hoffnungen, angenehmer Tage und bleibender Erlebnisse in der Familie und im Kreis von Freunden.

Wer hatte denn diesen Wandel bewirkt? Die NS-Propaganda antwortete: Hitler. Und wer wollte bestreiten, dass eine Wende eingetreten war, seit der Führer an der Staatsspitze stand? Der Massenwahn und der sich in seinen Äußerungen vor allem ausdrückende Führerkult besaß mithin seine realen, keineswegs eingebildeten Grundlagen und war auf sie hin rational überprüfbar. Unausgesetzt hatte das Regime irgendetwas vorzuweisen, das als beispiellose Leistung ausgegeben wurde – sei es auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem, künstlerischem oder sozialem Gebiet. Das geschah stets mit einem sich raffinierendem Reklameaufwand, doch handelte es sich nicht um bloßen Bluff.

Um nicht missverstanden zu werden: Zustände, die Unmut, Kritik, Unzufriedenheit auslösten, existierten massenhaft. Die Wohnungsnot stand an erster Stelle. Doch es konnte glaubhaft gemacht werden, dass es sich dabei um zeitweilige Erscheinungen handele, die alsbald behoben werden würden. Jeder würde an die Reihe kommen, kein Deutscher vergessen werden usw. Diese Versprechungen vermochte freilich nur ernst zu nehmen, wer an Hitlers fortgesetzte Friedensversprechungen glaubte, wer meinte, die massenhaft Arbeitsplätze schaffende Aufrüstung und Militarisierung diene einzig dazu, das Werk des „nationalsozialistischen" Aufbaus gegen die „Neider" und „Hasser" im Ausland zu verteidigen. Die Platzierung von Krieg und Frieden in der deutsch-faschistischen Ideologie und in der NS-Propaganda (zwischen 1933 und 1939/41 ist das nicht dasselbe) ist nicht einfach zu bestimmen. In einem Fall drückt sich die Überzeugung des Autors aus, in einem anderen werden das Ziel und der Weg unumwunden eingestanden, im dritten wiederum regiert die betrügerische Absicht gegenüber dem eigenen Volk oder dem Ausland.

Für den Imperialisten Hitler war die Gesellschaft des „deutschen Sozialismus" ein Zustand, der *nach* dem Sieg der Krieger der Herrenrasse hergestellt werden könnte. Die deutschen Arbeiter sollten dann nicht allein aufgrund eigener Leistung, sondern zugleich auf Kosten anderer Völker und

Nationen, die kolonisiert waren, im Wohlstand leben. Die deutschen Müllers und Krauses würden alle in irgendeiner Weise Führer- oder Kommandoposten besetzen, Vorarbeiter sein, das Gesinde von Wehrbauernhöfen im Osten dirigieren, als Kolonisten herrschen usw. Sie würden eine Oberschicht bilden, eben die herrschende Herrenrasse. Dieses Zukunftsbild wurde schon in „Mein Kampf“ entworfen, und es kann nicht bezweifelt werden, dass sein Autor es damit ernst meinte. Dass sich die Herren der IG Farben AG, der Krupp-, Siemens- und anderen Werke am Kriege und Siege gesundstoßen sollten und würden, machte den Faschismus allein nicht aus. Der Krieg sollte auch dem gemeinen Mann mit dem Endsieg eine ungekannte Möglichkeit des Aufstiegs eröffnen. Die kleine Bereicherung sozusagen am Kriegswege, die Brecht im Gedicht von der Soldatenfrau treffend beschrieb, das Erlebnis des kriegerischen Streifzugs durch fremde Länder, die man als Zivilist kaum je zu sehen bekommen hätte, waren das Entscheidende nicht. Erst die Ausbeutung des Endsiegs würde „nationalsozialistische“ Dimensionen annehmen.

Von der Anziehungskraft dieser Vision waren die Nazi-Ideologen aber offenbar selbst nicht überzeugt. Durch Arbeit zum „deutschen Sozialismus“, das war eine Sache, der Weg über den Krieg dahin jedoch eine ganz andere. Da türmten sich die Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg. So blieb – Ideologie hin, Ideologie her – in der NS-Propaganda das Heilsversprechen des „Nationalsozialismus“ zunächst auf den Friedensweg festgelegt. Das erst schuf ihm jene Glaubwürdigkeit, die seine Verkünder erreichten. Das erst brachte ihnen das Maß an Massengefolgschaft, über die sie gebieten konnten. Die Friedensdemagogie der Faschistenführer war nicht nur eine Demagogie für die Friedensjahre. Sie reichte in die Kriegsjahre hinein und hatte mit der Formel vom „uns aufgezwungenen Krieg“ vom ersten Kriegstag an ihren knappsten Ausdruck gefunden. Im propagandistischen Kontext aber besagte diese Formel: wir „deutsche Sozialisten“ wurden aus unserer friedlichen Arbeit gerissen, da die verrotteten Regime der Plutokraten ihre Herrschaft durch unseren Weg gefährdet sehen. Mussolini richtete an der Jahreswende 1939/40 einen nicht zur Veröffentlichung bestimmten Brief an Hitler, in dem er ihm von der Aufnahme des Kampfes im Westen abriet und dafür eine doppelte Begründung gab: diese Regime würden ohnehin untergehen, und die faschistischen Staaten hätte ihre Aufgabe im Kampf gegen den Bolschewismus, den der Duce demnach als stabiler und gefährlicher ansah.

Mein Fazit ist knapp: Führerkult und Massenwahn, in den Vorkriegsjahren in Deutschland entstanden, in die ersten Kriegsjahre fortdauernd und mit den anfänglichen Siegen sich noch steigernd, erscheinen weniger geheimnisvoll, als sie bis heute vielen beim Blick auf Bilddokumente und schriftliche Zeugnisse noch immer vorkommen. Dieser Massenwahn war weitgehend irrational, aber er ist nicht auf Irrationalität (oder Dummheit) reduzierbar. Er besaß einen festen und sich verfestigenden rationalen Kern. Die bis zur Hysterie gesteigerte Begeisterung drückte Zustimmung zu einer Politik aus, die Millionen vielfach bescheidene, aber wirkliche und verheißungsvolle Vorteile gebracht hatte. Als Urheber dieser Politik, mithin aller Gewinne, erschien Hitler. Ihm galt eine zunehmende kultische Verehrung, auf ihn richtete sich der Massenwahn, auf ihn wurde er selbstredend auch planvoll gerichtet.

Ob die den Faschismus akzeptierenden Deutschen das „Werk des Führers“ bereits als eine Verwirklichung des „deutschen Sozialismus“ ansahen, wie viele das taten, wie viele sich für diese geschichtliche Wertung nicht interessierten, ist schwer entscheidbar. Zu berücksichtigen ist, dass über den Sozialismus ohnehin sehr verschwommene Vorstellungen im Volke existierten. In Rechnung zu stellen ist, dass die weitgehende Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, die der Kapitalismus nur in außerordentlichen Situationen erreichen kann, als die Erfüllung einer sozialistischen Grundforderung erscheinen konnte – freilich nur, wenn die pervertierte Weise ihrer Realisierung übersehen wurde. Beachtet werden muss, dass Faschismus an der Macht Aufstiegschancen eröffnete, wobei nicht an den Weg von Arbeitern- und Bauernkindern an die Universitäten gedacht werden muss, sondern zunächst einmal an den wiedereröffneten Weg zu Facharbeitern, nachdem während der Jahre der Wirtschaftskrise der Lehrlingsbedarf gegen Null gesunken war.

Die Historiographie der DDR hat, wenn von dem Masseneinfluss des Naziregimes gehandelt wurde, zumeist und in erster Linie auf die Wirkung der nationalen Demagogie abgehoben. Diese Demago-

gie wurde zugleich als durchweg nationalistisch im Sinne von nationalchauvinistisch, also kriegerisch-aggressiv verstanden und gedeutet. Das war richtig und einseitig. Die deutschen Faschisten erreichten ihre Massenakzeptanz nicht zuletzt durch die Verbindung von Nationalem und Sozialem: die Angehörigen der deutschen Herrenrasse, von zersetzenden jüdischen Einflüssen befreit, seien der Gestaltung der ihrer Art angemessenen Lebensordnung fähig.

Es gab eine „nationalsozialistische“ Utopie. Daran zu erinnern, macht diesem deutschen Faschismus nicht einen Deut weniger antihuman und verbrecherisch, als er von Anfang an war und bis in die Stunde seines Untergangs blieb. Daran zu erinnern scheint nicht nur geboten, weil neue Faschisten diesen Vorstellungen erneut Gewicht geben wollen. Die Erinnerung tut not in einer Zeit, in der soziale Utopien in klar antisozialistischer Absicht im leichteren Fall als Hirngespinste abgetan, im schwereren als Projekte denunziert werden, die nur in diktatorische Regime ausmünden könnten. Im Moment gewinnen die Autoren reaktionärer Utopien an Terrain. Es ist ungenau, von einer Verwissenschaftlichung und Intellektualisierung faschistischer und verwandter Bestrebungen zu sprechen. Im Kern geht es dabei darum, ein Zukunftsbild zu konturieren, das einen Ausweg aus der Krise darstellt, der sich ein anderer Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts gegenübersieht, an dessen Anfang er den Faschismus gebar.

Gesellschaftliche Umbrüche und politischer Umgang mit den Schatten der Vergangenheit im 20. Jahrhundert. Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Jena 1994, S. 82-95.

Erinnerung an die Zukunft

Eindrücke von und nach einem Kongress

Die Redaktion dieser Zeitschrift hätte ein Team von Berichterstattern aussenden müssen, um über die Zweite Internationale Konferenz „Erinnerung und Zukunft“ vom 13. bis zum 17. März 1994 in Berlin in der Humboldt-Universität angemessen zu informieren. Nach den Hauptvorträgen, mit denen die Arbeitstage jeweils eröffnet wurden, trennten sich die Teilnehmer in zwanzig Arbeitsgruppen, deren Debatten sinnvollerweise die Hauptzeit des Treffens vorbehalten blieb. Für diese Gruppen waren 211 angemeldete Beiträge notiert und ausgewiesen worden. Allein vier Arbeitsgruppen gingen theologischen Fragen nach, die das Generalthema des „Holocaust“, seiner Voraussetzungen und seiner Folgen und Lehren betrafen oder berührten. Vier weitere widmeten sich pädagogischen Aspekten, drei befassten sich mit Antisemitismus und dem ihm häufig eng benachbarten Fremdenhass, zwei betrafen die Geschichte des „Holocaust“ im engeren Sinne, zwei erörterten den „Holocaust und die Heilberufe“.

Angesichts dieses Programms würde jeder „Konferenzbericht“ den Tatbestand publizistischer Hochstapelei erfüllen. Im Folgenden werden also Eindrücke von Veranstaltungen mitgeteilt, die nach der Absicht der Organisatoren im Konferenzverlauf einen besonderen Platz einnehmen sollten.

Die Mehrheit der Referenten kam von Universitäten der USA. Sie stellten in manchen Diskussionsgruppen 80 bis 90 Prozent. Die nächststärksten Gruppen der aktiven Teilnehmer waren aus Israel, England und Kanada angereist. Zu den Experten gehörten außerdem Frauen und Männer aus Schottland, den Niederlanden, Belgien, Österreich, Finnland, Griechenland, Nigeria, Trinidad, Südafrika und aus Russland. Die Referenten aus Deutschland waren zahlreich, doch kamen nur zwei aus den neuen Bundesländern: der eine von der neugegründeten Universität Frankfurt an der Oder, der andere aus Jena. Das ist auch wegen des zu erwartenden Echos anzumerken. Nachdenklich kann stimmen, dass kein einziger Natur- oder Gesellschaftswissenschaftler beteiligt war, der sich aus DDR-Zeiten im Staat und außerhalb seiner Grenzen durch seine Forschungsergebnisse einen Namen erworben hatte.

Für das den ersten Arbeitstag eröffnende Referat war mit Yehuda Bauer (Hebrew University, Jerusalem) einer der kompetentesten unter den „Holocaust“-Forschern eingeladen worden, den die internationale Geschichtswissenschaft derzeit aufzubieten hat. Sein Vortrag „The Impact of the Holocaust on Culture, Society and Politics“ war in Fragestellung und Analyse breit angelegt. Er wurde mit der Überlegung eingeleitet, warum die Gedanken nicht nur der Sozialwissenschaftler am Ende unseres Jahrhunderts immer wieder zum Massenmord an den europäischen Juden zurückkehrten. Der Holocaust, so die Antwort, sei so etwas wie ein Code für das Böse in der menschlichen Gesellschaft.

Bauer verglich den Antisemitismus und seine Existenz in der Gesellschaft mit der Magmaschicht unter der Erdoberfläche, die zu den bekannten und gefürchteten Ausbrüchen führe. Dabei war Bauer bewusst, dass derartige aus der Natur hergeholte Bilder ihre Tücken besitzen. Denn diese Eruptionen kann der Mensch nicht beseitigen; er kann sich nur das Ziel setzen, sie vorauszusagen und ihre schlimmsten Folgen auf diese Weise zu mildern.

Was die konkrete Analyse des deutsch-faschistischen Antisemitismus angeht, so erblickt Bauer in ihm eine quasi-religiöse Bewegung. Ohne die wesentlichen Verbindungen zwischen der mörderischen Verfolgung der Juden, der Sinti und Roma, der Behinderten und der unterworfenen slawischen Völker zu negieren, besteht Bauer doch darauf, die Unterschiede zu betonen, die nach Motiven und Zielen den jeweiligen Verbrechen zugrunde lagen. Sie festzustellen – dies wieder ein Bild aus der Natur und ihren Wissenschaften – sei so wichtig wie das Differenzierungsvermögen in der Medizin, die Typhus, Aids und andere epidemische Krankheiten eben nur bekämpfen könne, wenn sie ihre separaten Ursachen ergründet haben. Bauer forderte, bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte des Naziregimes die Aufmerksamkeit nicht von den Hauptfragen wegzulenken. Er sieht die Gefahr, in einer modischen Alltagsgeschichte auf Abwege zu geraten, welche die Untaten

ausblendet und damit gewollt oder ungewollt zu ihrer Marginalisierung beiträgt. Die Nachgeborenen, die keine Schuld treffe, denen aber die Verantwortung geblieben sei, müssten sich der in Deutschland ebenso wie in Israel, also bei den Nachfahren der Täter wie der Opfer, anzutreffenden Schlussstrich-Mentalität widersetzen. Das Argument, die Erinnerung entzweie die Völker, könne nicht gelten. Umgekehrt sei richtig: Weil die Völker, die Deutschen und die Israelis, einander brauchten, müssten sie sich der Vergangenheit stellen, der sie ohnehin nicht entfliehen können. Bauer verlangte von den Wissenschaftlern, entsprechenden Druck in ihren Gesellschaften auszuüben.

Man mag den so eng an den deutschen Historismus angelehnten Interpretationen des deutschen Faschismus, der Kriegsursachen und des „Holocaust“ zustimmen oder wie ich sie ablehnen – die abschließende Forderung dürfte von vielen gutgeheißen und als Maxime ihres Handelns akzeptiert werden. Die Fragen beginnen freilich dort, wo nach Feldern, Inhalten und Methoden gesucht wird, die solchem Einfluss Gewicht verschaffen könnten.

Genau da setzte das zweite tragende Referat den Kongress gleichsam fort. Es wurde von Rita Thalmann (Universität Paris 7) geboten. Das Thema: „Menschenverachtende Gesellschaften und die Intellektuellen.“ Thalmann zeigte, wie im Verlauf des 19. Jahrhunderts in der Wissenschaft in- und antihumane Denkmuster produziert und eine „Verwissenschaftlichung“ von Ideen betrieben wurden, die sich gegen Lebensrechte von Menschengruppen richteten. Dabei gerieten vor allem die Beiträge der Biologie und der Medizin ins Blickfeld, in denen sich die „Rassenpfleger“, „Rassenhygieniker“ und verwandte Vorkämpfer von Abschottung, Vertreibung, Ausgrenzung, Sterilisierung und der Tötung des vorgeblich unwerten Lebens zusammenfanden.

Dieses geistige Vorreitertum, das der Politik die wissenschaftlich aufgeputzten, gar als humanistisch ausgegebenen Argumente für Gewalttaten bis zum Massenmord lieferte, betätigte sich beispielsweise in Frankreich zur Jahrhundertwende und in Deutschland während der Weimarer Republik – also in liberal verfassten Staaten. Zur Illustration diente Thalmann exakt hundert Jahre danach die Dreyfus-Affäre, an der sie beispielhaft zeigte, was Solidarität von Intellektuellen bewirken kann. Dieses Beispiel, wie auch die Kampagne zugunsten Carl von Ossietzkys machen freilich deutlich, dass das außerordentliche Schicksal eines einzelnen Intellektuellen jedenfalls auf einen Teil seiner „Zunftgenossen“ besonders mobilisierend wirken können.

Eindrucksvoll legte Rita Thalmann dar, dass auch die Existenz vieljähriger freiheitlicher Traditionen die Gefährdung ihrer Bewahrung und Tradierung in die Gegenwart keineswegs ausschließe. Kein Blick in eine noch so heil erscheinende Geschichte dieses oder jenes Landes gäbe also zur Beruhigung Anlass. „Die Gefahren liegen nicht hinter uns, sie stehen vor unserer Tür“ lautete eine der Kernaussagen, womit nicht gemeint war, sie lägen vor der Tür des Nachbarn. Was Ausländer an den Problemen in Deutschland beunruhigt, sollte indessen „nicht ghettoartig“ gesehen, also nicht isoliert analysiert und behandelt werden. Frankreich hätte damit in seiner Politik gegenüber dem Deutschen Reich nach 1918 die schlechtesten Erfahrungen gemacht.

Aus diesem Verständnis formulierte Thalmann ihre Forderungen an die Intellektuellen. Wolle man verhindern, dass jener Typus nachwachse, der sich zu Bütteln einer menschenverachtenden Politik mache, müsse Studenten an den Universitäten die Geschichte der eigenen Wissenschaft nahegebracht werden. An der Universität Paris 7 werde das versucht. Entsprechende Lehrangebote existierten, sie müssten aber obligatorisch gemacht werden und überall zur Ausbildung gehören. In der allgemeinen geschichtlichen Unterrichtung von Jugendlichen sollte der Blick nicht nur auf die Verbrechen, die Verbrecher und die Kollaborateure des Naziregimes gerichtet werden. Dessen Vorgeschichte und Nachwirkungen seien in Beziehung zu den aktuellen Anfälligkeiten gegen Rassismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Gelegentliche Demonstrationen würden der Verantwortung der Intellektuellen nicht gerecht. Sie hätten ständig die grundlegenden Fragen der Gegenwart aus der Kenntnis ihres jeweiligen Fachgebiets aufzuwerfen und auf praktische Beantwortungen zu drängen. Dazu brauchten sie nicht in die Parlamente ihrer Staaten zu drängen, sondern „jeder in seinem Land“, aber auch grenzüberschrei-

tend Stimmen laut zu erheben. Das gelte auch und insbesondere für das solidarische Wort im Fall von Angriffen auf Intellektuelle und deren Verfolgung zum Zwecke ihrer Disziplinierung oder Ausschaltung. Mit anderen französischen Wissenschaftlern habe sie die Behandlung des entlassenen Rektors der Humboldt-Universität, des Theologen Heinrich Fink, zur Sprache gebracht, und immerhin eine Initiative der Botschaft Frankreichs in der Bundesrepublik erreicht. (Allerdings nicht, wie hier hinzugefügt werden mag, ihr Ziel: Fink saß als Teilnehmer der Konferenz im Auditorium, freilich als ein von der Universität Verwiesener, dem selbst das Recht streitig gemacht wurde, auf Einladung von Studenten zu ihnen zu sprechen.)

Einige Fragen blieben ausgespart, die derzeit in Deutschland noch immer ausschließlich an Wissenschaftler gestellt werden, die „im Osten“ gelebt haben. Warum verhalten sich so viele Angehörige der Intelligenz staatstreu, und mehr noch: regierungstreu, was praktisch bedeutet, dass sie die Politik heute dieser, morgen einer anderen Partei oder Koalition hinnehmen? Nur ansatzweise und ohne tiefere Auslotung klang auf, dies habe etwas mit ihrem sozialen Status und auch mit der Abhängigkeit ihrer Arbeit von staatlicher Förderung zu tun. Die entscheidende Lücke in Vortrag und Debatte betraf das Verhältnis der Intellektuellen zu anderen Schichten der modernen Gesellschaften. Das Wort Gewerkschaften fiel nicht ein einziges Mal. Auch die Frage nach den Vorteilen gegenüber den Intellektuellen und ihren Ursprüngen bei den Regierten wurden nicht erörtert.

Immer wieder mündete die Erinnerung an den Holocaust in die Überlegung, wie der Einzelne oder eine größere Gemeinschaft der Verantwortung in den gegenwärtigen Krisen der Gesellschaft gerecht werden könnten. Diese Optik wurde in einer offenen Abendveranstaltung unter dem Titel „Vom Vorurteil zur erneuten Vernichtung?“ eigens auf Deutschland nach der Vereinigung gerichtet. An den Podiumstisch waren Deutsche verschiedenen Alters mit ganz unterschiedlicher Berufs- und Lebenserfahrung gebeten: die Psychologin Sophinette Becker (Frankfurt a. M.), der Schriftsteller Ralph Giordano (Köln) und Altbischof Albrecht Schönherr, der zu DDR-Zeiten an der Spitze der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg gearbeitet hatte. Schwer fiel den drei Befragten eine bündige Analyse der Ursachen des Ausbruchs von politischen und unpolitischen, jedenfalls aber gesellschaftlich verursachten Gewalttaten in den alten wie in den neuen Bundesländern, die von wüstem Hass gegen Ausländer und Juden begleitet sind. Ihr Ausmaß bewerteten alle Diskutierenden übereinstimmend unterhalb jener Schwelle, da es zu irgendeiner Neuauflage des Nazismus kommen könne. Die eigentliche Bedrohung von Liberalismus und Demokratie rühre vielmehr aus dem „Rechtsruck der Mitte“ und werde durch die Untätigkeit einer Regierung verstärkt, von der man – so Giordano – nicht wisse, „ob sie überhaupt imstande sei, sich von rechts bedroht zu fühlen“. Die Konsequenz dieses Befunds führte zu der Frage zurück, wie sich ein gesellschaftliches Klima schaffen lasse, das dem Agieren von Antidemokraten ein Ende setzen könne. Viele sähen die Probleme mit den militanten Rechten bereits als unlösbar an – eine Sicht, die auch eigene Untätigkeit rechtfertigen könne oder vielleicht gar solle.

Eine zweite Podiumsrunde mochte von den Veranstaltern speziell dafür gedacht gewesen sein, ausländischen Teilnehmern Antworten auf die vielgestellte Frage zu geben: „Nach dem Fall der Mauer: Wie stabil ist die Demokratie in Deutschland?“ Der Auftritt des Bundestagsabgeordneten Konrad Weiß (Bündnis 90/Die Grünen), dessen Wahlkreis sich im Gebiet um die Stadt Schwedt an der Oder befindet, und von Michel Friedman (CDU), der dem Stadtparlament in Frankfurt am Main und dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland angehört, wäre wohl interessanter verlaufen, hätte es ein gedankliches Zusammentreffen mit den Diskutierenden der ersten Runde gegeben. Beide würden mit Sicherheit der Feststellung zugestimmt haben, dass die Gefährdung des demokratischen Gemeinwesens kein Phantasieprodukt ist und es in Deutschland keine ausreichende gesellschaftliche Mobilisierung gegen diese Gefahr gibt. Weiß wie Friedman konstatierten die „schleichende Gewöhnung an Rechtsradikalismus“, wobei der Abgeordnete aus Brandenburg seinen „autoritätshörigen Landleuten“ im Osten besondere Anfälligkeit gegen rechts glaubte bescheinigen zu müssen.

Steffen Heitmann, der fallengelassene Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten, wurde als Ausdruck der „dumpfen Volksseele“ bezeichnet. Friedman fragte, wie ein Angriff von Rechtsext-

remisten auf die Bundesbank in Frankfurt am Main verlaufen wäre, ob die Polizei dann auch die Szene den Gewalttätern überlassen und sich – wie in Hoyerswerda geschehen – darauf beschränkt haben würde, die Opfer zu evakuieren. Ermutigend für die antidemokratischen Kräfte und entmutigend für ihre Kontrahenten müsse auch das Urteil des Bundesgerichtshofes die Auschwitz-Lüge betreffend wirken. Nach Friedman „parken“ in den großen „Volksparteien“ durchaus Mitglieder, deren Gedanken von denen der extremen Rechten schwer zu unterscheiden seien. Ein Ende haben müsse die „Sprachlosigkeit“, war wieder zu hören. Die strapazierte Vokabel aber gehört zu denen, die mehr ver- als aufdeckten, denn gesprochen wird tagaus, tagein. Konstatiert werden muss vielmehr, zu welchen Fragen geschwiegen, bei welchen die Ausflüchte erfolgen und zu welchen die Antworten falsch und womöglich absichtlich irreführend gegeben werden.

Schwer zu sagen, welche Eindrücke ausländische Zuhörer von beiden Veranstaltungen mitnahmen, die wie alle Plenarzusammenkünfte dem Publikum außerordentlich begrenzte, zum Teil gar keine Mitwirkungsmöglichkeiten ließen. „Erinnerung an die Zukunft“ machte das breite internationale Interesse der Intelligenz deutlich, die Warnungen der Geschichte ernst zu nehmen. Die verdienstvollen Organisatoren der Konferenz stehen vor dem Problem, ihren Ertrag möglichst weit zu verbreiten. Den Eindruck, dass die Intellektuellen den Menschheitsproblemen erheblich hinterherhinken, vermochte das Treffen in Berlin nicht zu tilgen.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 33. Jahrgang, Heft 131, 1994, S. 33-34, 38-40.

Juden in Weißensee

Die Geschichte der Friedhöfe gehört zu den am besten erforschten Seiten der Geschichte der Juden in Weißensee und hat durch eine Schilderung des Lebens der jüdischen Bewohner der Lothringerstraße eine wichtige Ergänzung gefunden, führte die Existenz des Friedhofs der „großen Gemeinde“ doch dazu, dass sich in ihr Händler und Handwerker (Steinmetze) niederließen, die ihr Auskommen durch Aufträge der Hinterbliebenen und Friedhofsbesucher fanden.

Der vorliegende Band richtet aber den Blick auf das Leben der Juden, die der Weg nicht nur aus traurigem Anlass und um der Totenehrung willen zeitweilig nach Weißensee führte, sondern auf die dort ständig lebenden Menschen. Es war eine kleine Gruppe, die sich bei der Volkszählung des Jahres 1933 zum jüdischen Glauben bekannte: insgesamt 1.366 Personen, fast zu gleichen Teilen Männer und Frauen. Das waren knapp anderthalb Prozent der Gesamteinwohnerschaft von Berlin-Weißensee. Wie die Nichtjuden gehörten sie zumeist zum Kleinbürgertum. In den nördlichen und nordöstlichen Stadtrandbezirken siedelten sich auch soziale und karitative Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde an. In Weißensee existierten die Israelische Taubstummenanstalt für Deutschland und eine jüdische Arbeiterkolonie, in der arme Juden, vielfach sogenannte Wanderbettler, zeitweilig Aufnahme fanden. Sie mussten nach einem strengen Reglement leben, das eher an den von aufgeklärten Grundsätzen geleiteten Strafvollzug späterer Zeiten erinnert denn an ein Leben in Freiheit. Als diese Kolonie Anfang der zwanziger Jahre geschlossen wurde, dienten ihre Gebäude als Heime für jüdische Schwachsinnige.

Seine Insassen gerieten wie alle jüdischen Bürger Weißensees, die aus Deutschland nicht rechtzeitig hatten fliehen können, in das mörderische Räderwerk nazistischer Judenverfolgung. Die Autoren des Bandes haben an seinen Anfang chronologisch geordnet die Liste der Namen der Weißenseer Juden gesetzt, die zwischen dem 1. November 1941 und dem 27. Oktober 1944 auf die Fahrt zu ihren Mördern gezwungen wurden. Nur in den wenigsten Fällen konnten den Namen, den Geburtsdaten und den Geburtsorten, die für die Herkunft der jüdischen Einwohner Berlins aufschlussreich sind, auch die Zielorte der Todestransporte hinzugefügt werden.

Der Band ist das Gemeinschaftswerk von Berufs- und Laienhistorikern. Die Edition Hentrich hat ihn vorzüglich gestaltet und mit vielen Reproduktionen von Fotos, Ausschnitten aus Zeitungen und im Faksimile wiedergegebenen Dokumenten ausgestattet. Mit der Publikation ist eine weitere Lücke in der Geschichte der Juden Berlins geschlossen, die von der schwach entwickelten Regionalgeschichtsschreibung der DDR gelassen wurde. Gespannt darf man vor allem auf die Resultate der Forschungen sein, die sich zeitlich parallel auf die Vergangenheit der Juden am Prenzlauer Berg und in Berlin-Mitte richten, aber ungleich umfangreichere Recherchen verlangen. Am schwierigsten scheint es zu sein, das belegt auch dieser verdienstvolle Band, nachzuzeichnen, dass und wo Juden und Christen bewusst und bejahend miteinander lebten. Hier liegt eine schwer zu nehmende Hürde sozialgeschichtlich orientierter Geschichtsschreibung.

„Ich hatte einst ein schönes Vaterland“. Hrsg. Kulturamt Weißensee und Stadtgeschichtliches Museum, Edition Hentrich, Berlin 1994, 272 S., Preis 28,00 DM.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 33. Jg., 1994, H. 132, S. 202-204.

Ordnung und Vernichtung

Zwei neue Veröffentlichungen beschäftigen sich mit dem Schwerpunkt der nationalsozialistischen Eroberungspolitik: den Plänen zur Neuordnung der eroberten Ostgebiete und der Durchführung des Krieges gegen die Sowjetunion

Als in Osteuropa die sozialistischen Staaten untergingen, die Führungsmacht Sowjetunion zerfiel und sich riesige Gebiete dem Zugriff des Kapitals zu öffnen begannen, war gelegentlich zu lesen, nun habe Hitler doch noch gesiegt. Die das behaupten, wissen schwerlich, wovon sie schreiben. Mit Sicherheit haben sie kaum ernsthaft wahrgenommen, mit welchen Endzielen die Deutschen am 22. Juni 1941 den Krieg begannen, zu dem die stärkste Streitmacht aufgeboten werden musste, die je ein Eroberer formiert hatte.

Die Beschäftigung mit diesen Zielen wird mit unterschiedlichen Begründungen auch in historisch interessierten Kreisen nicht selten für überflüssig gehalten. Die einen meinen, dass die Wahnvorstellungen, die der künftigen Gestaltung des östlichen Teils eines „Europas unterm Hakenkreuz“ galten, einzig in den Köpfen Hitlers und einiger weniger führender Nazipolitiker hausten. Das Thema könne folglich allenfalls die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber beanspruchen, die sich mit den Biographien der braunen Imperialisten befassen. Andere wieder verweisen darauf, dass deren Ziele zutiefst anachronistisch, also unter keinen Umständen erreichbar gewesen wären, und sprechen ihnen historische Relevanz ganz ab. Im ersten Fall wird die Tatsache unberücksichtigt gelassen, in welchem Ausmaß deutsche Spezialisten (mit und ohne Anführungszeichen) – Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute – daran beteiligt waren, die Gestaltung des gedachten deutsch-faschistischen Kolonialreiches im Osten Europas zu planen. Im zweiten wird davon abgesehen, dass von den ersten Tagen der Eroberung an vorbereitende Maßnahmen ergriffen wurden, um die „Reichslande“, „Reichskommissariate“, „Generalgouvernements“ usw. künftig in Übereinstimmung mit den erarbeiteten und weiter bearbeiteten Entwürfen gestalten zu können. Weder kann also von bloßen Hirngespinsten einiger „verrückter“ Welteroberer die Rede sein noch von Phantastereien an Schreib-, Zeichen- und Konferenztischen.

Beides belegt überzeugend das erste der beiden Bücher, die hier vorgestellt werden. Es enthält wissenschaftliche Aufsätze von Historikern zu einer Thematik, deren erste Erörterung und Bewertung Juristen der USA vornahmen. Sie waren als Ankläger oder Richter am Prozess gegen „Greifelt und andere“ führende Mitarbeiter des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums (dem als „Fall VIII“ bezeichneten sogenannten Nürnberger Nachfolge-Prozess) beteiligt. Auf der Anklagebank hatte auch der Hauptautor einer der überlieferten Fassungen des „Generalplans Ost“ gesessen. Konrad Meyer-Hetling war am 27. Mai 1945 gefangengesetzt worden. Er gehörte zur Gruppe der Schreibtischtäter. Der Gerichtshof sah keinen Grund, den Mann, den Heinrich Himmler 1939 sofort nach der Gründung des Reichskommissariats zum Leiter des „Staatshauptamtes für Planung und Boden“ gemacht hatte, für sein Tun strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Dabei hatte der Professor der Universität Berlin mit Unterstützung vieler seiner Mitarbeiter über Jahre die Gestaltung des Kolonialraums zwischen den deutschen Reichsgrenzen von 1937 und dem Ural geplant. Angelastet wurde ihm im Urteil vom 10. März 1948 einzig seine Mitgliedschaft in der SS. Der Gerichtsmarschall musste Meyer auf freien Fuß setzen. Er begann, wie in Mechthild Rösslers Aufsatz zu lesen, „eine zweite Karriere in den Planungswissenschaften der Bundesrepublik Deutschland“.

In einem profunden Beitrag behandelt Karl Heinz Roth den inzwischen durch die internationale Historiographie erreichten Forschungsstand, die Quellenprobleme und neugewonnenen Erkenntnisse, die auch in den übrigen 16 Beiträgen bilanziert und zugleich bereichert werden. Sichtbar wird, in welchem Umfang zumeist an Universitäten des Weimarer Staates ausgebildete Spezialisten die in Hitlers Programmbuch *Mein Kampf* entwickelte Grundidee, die Eroberung eines riesigen Kolonialreiches im direkten geographischen Anschluss an den deutschen Osten, in konkrete Pläne umsetzten – unbekümmert um Besitztitel und Lebensrechte anderer Völker und Nationen, keinen Gedanken auf Normen des Völkerrechts wendend, geleitet vom Grundsatz aller imperialistischen Räuber, dem alleinigen Recht des Stärkeren.

Landes-, Raum-, Siedlungs-, Stadt- und Bevölkerungsplaner, Geographen und Volkswirte, Architekten und Soziologen, Ostforscher, die an universitären und außeruniversitären Instituten oder direkt in Behörden des NS-Regimes arbeiteten, entwarfen ehrgeizig und skrupellos in Denkschriften, auf Landkarten und Messtischblättern, in Skizzen und an Modellen aller Art das Bild vom „germanisierten“ Osten, das in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten – über die Fristen stritten sich die Planer mehr als über die Ziele – nach dem Endsieg verwirklicht werden sollte.

Der Schritt vom Plan in die Realität setzte voraus, dass jene „Räume“ freigemacht würden. Vernichtung oder Vertreibung war das 30 bis 50 Millionen Menschen zugedachte Schicksal – es betraf vorwiegend die slawischen Völker, in erster Linie Tschechen, Polen, Russen, Weißrussen und Ukrainer, aber auch solche nichtslawischen Nationen, wie beispielsweise einen Teil der Esten. Diese „Freimachung“ begann mit der „Freimordung“. Die Opfer waren die Juden.

Ohne dass die Autoren bereits exakt nachzuweisen vermögen, dass, wo und wie die Pläne zur Vertreibung und Vernichtung mit jenen für die „Neuordnung“ abgestimmt wurden, können sie doch deutlich machen, dass die Planungsstränge der verübten Verbrechen und derjenigen, die im Stadium der Vorbereitung steckenblieben, in den Ämtern des Reichssicherheitshauptamtes zusammenliefen, wo eine eigene, nicht überlieferte Variante des „Generalplans“ ausgearbeitet wurde.

Die Vernichtung der Juden in *Ost*europa erscheint derart als Teil einer Generalplanung und als Auftakt zu deren Verwirklichung. Eichholtz definiert in diesem Zusammenhang den „Generalplan Ost“ als die „extrem rassistische, genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion“. In dieser Zuordnung erschöpft sich nicht, was die Massenmörder als die „Endlösung der Judenfrage“ sprachlich zu tarnen suchten. Doch wird deutlich: Der antisemitische Rassenwahn besitzt einen Bezug zum auf reale Interessen zielenden imperialistischen Expansionsprogramm. Dieser Wahn, der die Machthaber und viele ihrer Planungsgehilfen leitete, widerspiegelt ökonomische und damit verbundene Herrschaftsinteressen und ist auf diese Beziehung doch nicht reduzierbar. Es wird eine offene, weil – glücklicherweise – an der Geschichte nicht überprüfbare Frage bleiben, wie die erkennbaren Widersprüche zwischen den Inhalten der im Wesentlichen auf die Reagrarisierung Osteuropas ausgehenden, stark ideologiebestimmten Plänen und dem industriekapitalistischen Verlangen nach profitabler Ausbeutung der Bodenschätze gelöst worden wäre. Forderungen, welche die Monopole an die Gestaltung des Kolonialgebiets mit Gewissheit noch gestellt haben würden, sind – anders als für die eroberten Gebiete Westeuropas – nicht überliefert. Die reichsdeutschen Großfirmen „begnügten“ sich 1941/42 damit, Hand auf lukrative sowjetische Betriebe im Hinterland der Ostfront zu legen. Das weitere überließen sie der nahegeglaubten Zukunft. Die wurde aber alsbald durch die Rote Armee diktiert.

Der Band berührt mithin Grundfragen der Charakterisierung der deutschen Gesellschaft im faschistischen Jahrzwölft. Auf einigen Seiten klingt die Kontroverse über das „Moderne“ und das „Antimoderne“ des NS-Regimes an. Wolfgang Wippermann etwa begründet seine Sicht, in der als das Neue, aber keineswegs Moderne die Verknüpfung von Antisemitismus und Antislawentum erscheint. Der Streit wird nicht sonderlich ausgewalzt und lässt doch erkennen, dass das Begriffspaar „Moderne/Antimoderne“ keinen Schlüssel für die Einordnung der Jahre von 1933 bis 1945 in die deutsche Geschichte zu liefern vermag.

Es ist ein Verdienst des Unternehmens, das auf eine Tagung zurückgeht, die der Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik mit Unterstützung der Stiftung für Sozialgeschichte 1989 in Hamburg durchführte, dass es Autoren verschiedener Forschergenerationen zusammengeführt hat. Hinter dem polnischen Historiker Czesław Madajczyk, der in einem Warschauer Verlag 1990 etwa 100 Dokumente zum „Generalplan Ost“ publizieren konnte, liegen Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit, die sich auf die deutsche Ostexpansion in den dreißiger und vierziger Jahren richtete. Jüngere machen überzeugend weiter. Leider fehlt dem Band die im Inhaltsverzeichnis ausgewiesene Seite 379, auf der die Autorinnen und Autoren vorgestellt werden sollten.

Insgesamt ist der Aufsatzband ein weiterer Beweis für das fortgeschrittene Niveau und den hohen Spezialisierungsgrad der internationalen Faschismusforschung – beeindruckend und beklemmend zugleich. Beklemmend, sobald die Frage gestellt wird, was denn von den unabweisbaren Tatsachen, die solches Spezialistentum zutage fördert, in das allgemeine Geschichtsbewusstsein gerät. Eichholtz schreibt: Die Rezeption und Verarbeitung der Thematik „in der Öffentlichkeit ist gleich Null". Man kann seiner Vermutung zustimmen, dass die Bedingungen dafür, dass sich die Publizistik des Gegenstands annehmen und ein lückenloses Bild der deutschen Kriegsziele 1939/41 verbreiten werde, sich eher verschlechtert haben. Die Versuche, die Totalitarismus-Doktrin in ihrer grobgehobelten Version zu revitalisieren, und die Gleichsetzung von „NS-" und „SED"-Diktatur liegen quer auf dem Weg zur geschichtlichen Wahrheit über den deutschen Imperialismus. Allzu präzise Kenntnisse sind da nur hinderlich, und der „Generalplan Ost" kann eben nicht durch die Präsentation eines bolschewistischen „Generalplans West" kompensiert oder relativiert werden.

Jörg Friedrichs Buch über den Krieg gegen die Sowjetunion weist mit dem über den „Generalplan Ost" eine enge thematische Verwandtschaft auf. Sein Autor hatte den marktschreierischen Klappentext nicht nötig: Vor läge nun die „Enzyklopädie des Verhaltens der Menschen im Kriege", die „Kriminologie des Militärhandwerks", entstanden sei „ein bisher einzigartiges Buch". Friedrich hätte sich das wohl verbitten und auch mit dem Verleger den Buchtitel überdenken können. *Das* Gesetz des Krieges, das die Kämpfe zwischen Indianerstämmen und den Eroberungs-, Ausrottungs- und Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht gegen die UdSSR regiert hätte, ließ sich doch nicht finden.

Friedrichs Text entstand in Verbindung mit einem Projekt, das sich auf die Erschließung der im bayrischen Staatsarchiv Nürnberg befindlichen Akten des Prozesses gegen das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) richtete. Er wurde gegen Feldmarschall Wilhelm Ritter von „Leeb und andere" vor einem amerikanischen Militärgericht geführt. In dem Buch, das weder Vor- noch Nachwort enthält, nennt ein angehängtes Editorial die Namen von sechs Mitarbeitern, die mit dem Verfasser die Quellenmasse „erschlossen und diskutiert" haben. Welche Arbeit da hinter den Beteiligten liegt, mag sich an der Zählung allein des Stenographischen Protokolls der Hauptverhandlung ermessen lassen, die bis zur 10.167. Seite reicht. Dazu kommen die Schriftsätze der Anklage und der Verteidigung und anderes mehr.

Dass der Aktenbestand so lange kaum erschlossen worden ist, dürfte kein Zufall sein. Als Keitel, Jodl, Raeder, Dönitz und anschließend die Generäle im OKW-Prozess vor Gericht standen, kamen massenhaft Verbrechen zutage, welche das deutsche Heer im Osten an der Front und im Hinterland begangen hatte. Dennoch fand die Legende vom „unbefleckten Schild" der deutschen Wehrmacht und vom „unpolitischen Soldatentum" bereitwillige Aufnahme unter den (West-)Deutschen. Sie war der Wiederverwendung von Hitlergeneralen beim Aufbau der Bundeswehr dienlich, ebnete neuer militärischer Bundesgenossenschaft den Weg und stillte Verdrängungsbedürfnisse deutscher Soldaten, die es „nicht gewesen sein wollten".

Das bis zur Grundierung verlogene Bild ließ sich nicht behaupten. Historiker – maßgeblich die Mitarbeiter des Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamtes um Manfred Messerschmidt – gaben eine rückhaltlos kritische Sicht auf den Krieg, der von 1941 bis 1944 auf dem Territorium der UdSSR getobt hatte. Tot ist die Legende dennoch nicht. Meist lebt sie in modifizierter Form weiter. Sie stützt sich auf Krücken jener Art von Lebensweisheit, der zufolge es unter den Menschen, also auch unter Generalen, Offizieren und Soldaten, immer und überall „solche und solche" gegeben habe. Derart wird nach wie vor auch von Staatswegen differenziert. Der nördlichste unter den „Ostgeneralen", Eduard Dietl, dessen Divisionen noch jenseits des Polarkreises fochten und froren, figuriert bis heute als Namensgeber einer Bundeswehrkaserne in Füssen. Friedrich apostrophiert ihn als „Hitlers Lieblingsgeneral". Auch Goebbels war von ihm begeistert, insbesondere seit der „Sieger von Narwik" ihm seinen Glückwunsch zum Sportpalastauftritt mit dem hysterisch aufgenommenen Appell zum „totalen Krieg" geschickt hatte. Nun sollen sich Bundeswehrsoldaten an Dietl ein Beispiel nehmen. Dafür scheint er nicht einmal durch seinen im September 1943 geäußerten Wunsch disqualifiziert, lieber in Italien gegen die abtrünnigen Italiener und die anglo-amerikanischen Streit-

kräfte kämpfen zu wollen, als nach Finnland zurückzumüssen, wo er es mit der Roten Armee zu tun hatte.

Friedrich zielt nicht auf Einzelpersonen, sondern auf Strukturen, Traditionen, Institutionen, Befehlsketten, Gruppenverhalten an der Spitze von Heeresgruppen, Armeen, Armeekorps und Divisionen. Er wendet seine Aufmerksamkeit dem Geschehen an den Fronten und im Okkupationsgebiet zu. Er verfolgt die blutigen Wege von Truppenverbänden, die von den angeklagten Militärs kommandiert wurden. Er schildert das Schicksal der Kriegsgefangenen und die spezielle Verantwortung des u. a. für das Kriegsgefangenenwesen zuständigen Generals Hermann Reinicke, eines der Angeklagten.

Das Hauptanliegen des Autors aber ist so formuliert: „Sein Thema ist übrigens das Verhalten und die Regeln der Menschen im Kriege, dargestellt am Fall des Russlandfeldzugs der Deutschen Wehrmacht.“ Das richtet die Überlegungen auf Fragen nach Kontinuität und Diskontinuität in der Geschichte der Kriege. Tatsächlich setzt die Darstellung mit einer Episode aus dem sogenannten Hundertjährigen Krieg ein, die sich 1379 abspielte, und das ist nicht nur ein Einstieg. Es ist kaum ein Buch über den Russlandfeldzug 1941 bis 1944 denkbar, das ihn historisch und systematisch in ein weiteres Blickfeld nehmen könnte. Die berüchtigte Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 wird erwähnt, nachdem bereits ein Viertel des Textes geschrieben war. Das mag nicht jedermanns Aneignungsweise entsprechen.

Der Autor breitet aus, was er beim Studium der Akten und einer gedruckten Quellen- und Literaturmasse sich gedacht hat, die in einem Verzeichnis mit etwa 400 Titeln ausgewiesen ist. Es ist bemerkenswert, dass darin keiner der Erforscher des „Generalplans Ost“ auftaucht, nicht die im eben erwähnten Band und auch nicht Rolf-Dieter Müller, der 1991 eine Studie über Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik vorlegte, die im Besonderen die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS untersuchte. Das ist wohl ebenso wenig ein bloßes Versehen wie die Tatsache, dass der Autor lediglich vier Verfasser bzw. Buchtitel aus DDR-Zeiten nennt, abgesehen von den seinerzeit in Übersetzungen in Berlin-Ost herausgegebenen Memoiren sowjetischer Heeresführer. Eine politische Erklärung dieser Beschränkung, welche die Geschichtswissenschaft in der DDR schemen- und schablonenhaft als Wüste mit wenigen Oasen erscheinen lässt, griffe jedoch fehl. Dass das Standardwerk der DDR-Weltkrieg-II-Forschung „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ übergangen wird, die Dokumenten-Edition „Europa unterm Hakenkreuz“ mit dem 1991 erschienenen Band über die „faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion“ unerwähnt bleibt, die Arbeiten des Potsdamer Historikers Norbert Müller, namentlich sein Quellenband „zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium“, der schon 1980 herauskam, ignoriert sind – die Liste ließe sich fortsetzen –, mag seinen Grund, der ein solches Vorgehen freilich keineswegs rechtfertigt, doch eher in der abweichenden Konzeption Friedrichs besitzen.

Er erklärt die Art und Weise, *wie* Krieg geführt wird, vorwiegend aus dem Kriegs*geschehen* selbst, aus dessen organisatorischen, technischen, kriegswissenschaftlichen u. a. Voraussetzungen sowie auch aus dem Denken der Feldherren, Befehlshaber und Offiziere über sich selbst und ihren Gegner. In den mehr als 50 Überschriften, die Friedrich den Teilen, Kapiteln und Abschnitten seiner Abhandlung gab, taucht der Begriff „Kriegs*ziel*“ nirgendwo auf, die Dialektik von Kriegs*führung* und Kriegs*ziel* bleibt unthematisiert. Ohne deren Aufdeckung ist aber der bis zum Massenmord reichenden Brutalität und Barbarei des deutschen „Ostkriegs“ nicht auf den Grund zu kommen, kann nicht begriffen werden, weshalb dieser Krieg bei aller nachweisbaren Vorläuferschaft im Denken und in der Tat eine einzigartige verbrecherische Qualität annahm. Das Doppelziel, den Bolschewismus auszutilgen und das Großgermanische Weltreich zu schaffen, dessen östliche Grenze nach Hitlers Idee 200 bis 300 Kilometer jenseits des Ural verlaufen sollte, prägten die Kriegsführung gegen die Rote Armee und gegen die Völker der UdSSR. Dass in dem gedachten Imperium nach dem Urteil der Eroberer zu viele Menschen lebten, führte zum Todesurteil gegen Millionen Gefangene und zur absoluten Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Millionen Zivilisten. Dass die eroberten Ländereien agrarisiert werden sollten, die Großstädte mit ihrer Industrie und den Arbeitermassen als

überflüssig angesehen und zudem als herrschaftsgefährdend bewertet wurden, gab den Ausschlag für die Belagerungsmethodik gegen die Leningrader, deren Stadt ebenso wie Moskau ausgelöscht werden sollte.

Das Kriegsgeschehen, das in aller Regel diejenigen verrohte, die sich ihm nicht entziehen konnten, brachte unmittelbar massenhaft „zusätzliche“ Untaten und Gräuel hervor. Es lieferte jenen Tätern Rechtfertigungsgründe, die solche noch brauchten. Es erzeugte mörderische Affekthandlungen. Doch im Hinblick auf diese drei Kriegsjahre zu konstatieren, dass „der Entschluss zum Kriegsverbrechen ... aus der Dienstfunktion und der militärischen Lage“ folgte, geht an der – an anderer Stelle mitgeteilten – Tatsache vorbei, dass der Entschluss, den Krieg gegen die UdSSR als Ausrottungs- und Vernichtungskrieg zu führen, fiel und akzeptiert wurde, *bevor* es überhaupt einen „Kriegsschauplatz“ und darauf eine „militärische Lage“ gab. Das führt zu allerlei gedankenarmen Sprüchen, die der Autor sich und der Lektor ihm reichlich durchgehen ließ. „Ohne Legende ist schlechterdings kein Krieg zu führen“; „Generäle streben nicht nach Wahrheit, sondern nach Erfolg.“ Oder: Generäle wissen, „dass jeder Nachbar geschwind (zum Feind, K. P.) werden kann.“ Oder: „Insgesamt lud der Aggressor eine ungeheure Wut auf sein Haupt.“ Oder: „Die Befehlshaber vollstrecken keine persönlichen Ziele, sondern den Ruf des Lebens.“

Das letzte Zitat leitet schon zum eigentlichen Ärgernis des Buches über. Denn mit vielen seiner Wertungen und Urteile lässt Friedrichs Buch an einen Selbstbedienungsladen denken, der auch durch die „rechte“ Tür betreten und verlassen werden kann. Einiges aus dem Angebot: „So unterband die Wehrmacht nicht den sowjetischen Angriff, sondern eine Absicht zum Angriff.“ „Immerhin haben selten so viele des Rassismus unverdächtige Köpfe so dünkelhaft (?) gehaust wie die Wehrmachtsgeneräle in Russland.“ Schließlich wird vom „Ostkreuzzug“ behauptet: „Doch predigte die verwendete Ideologie gar keine Verbrechen.“

Das ist eine Lese von nur wenigen Seiten. Diese Sätze aber sind keine Empfehlung und mögen mit anderen zur Folge haben, dass den Wälzer mit arg zwiespältigen Gedanken beiseitelegt, wer ihn bewältigt hat.

Literaturhinweis:

Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Herausgegeben von Mechthild Rössler und Sabine Schleiermacher unter Mitarbeit von Cordula Tollmien (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts), Akademie Verlag, Berlin 1993, 378 Seiten, 98 Mark.

Jörg Friedrich: Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Russland 1941 bis 1945. Der Prozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht. R. Piper Verlag, München/Zürich 1993, 1085 Seiten, 128 Mark.

konkret, 2/1994, S. 56.

Zufall oder entschlossene Tat?

Juden unterm Hakenkreuz: Leben zwischen Zwangsarbeit und Deportation
Gedanken zu Spielbergs Film „Schindlers Liste“

Nahezu vier Jahre lang wurden in Deutschland und im gesamten von den Nazis besetzten Europa die Juden gejagt. Von Bürokraten, Denunzianten und Kollaborateuren unterstützt, fahndeten deutsche Judenmörder buchstäblich nach dem letzten „Rassenfeind“ Gleichzeitig lebten und überlebten weit mehr als eintausend jüdische Frauen, Männer und Kinder nur wenige Kilometer entfernt von jener Stadt, deren deutscher Name in der Welt einen schauerlichen Klang besitzt – Auschwitz/Oswiecim.

Wie kann dieses Geschehen, mit dem sich der markanteste Abschnitt in der Lebensgeschichte des Oskar Schindler verbindet (ansonsten wäre sie wohl kaum der Erinnerung wert), begriffen werden? Die einen mögen das Überleben der sogenannten „Schindler-Juden“ in einer Zeit millionenfachen Mordens ein Wunder nennen, andere einen puren Zufall, dritte darin eine Bestätigung der Verheißung erblicken, wonach ein „Häuflein“ bleiben, alles Unheil überdauern werde. Wieder andere, und nicht nur Historiker, fragen nach Voraussetzungen und Bedingungen, die möglich machten, was selbst die Geretteten – so sehr sie darauf hoffen mochten – für unmöglich halten mussten.

Keine Frage: Die Errettung dieser Juden – unter ihnen vor allem Krakauer – ist ohne die Existenz Schindlers undenkbar. Die Vorstellung, dass sich nach einem doch denkbaren tödlichen Unfall des Fabrikeigentümers ein zweiter Deutscher seines Typus zur richtigen Zeit und am gleichen Ort gefunden und diesen Juden beigestanden haben könnte, steht in krassem Widerspruch zu der Tatsache, dass es so wenige Schindlers im deutschen Volk gab. Doch beginnen die Fragen genaugenommen „hinter“ der Person jenes Ausnahmedeutschen.

Unter den klischierten Bildern, welche die deutschen Antisemiten von den Juden in Wort, Schrift, Karikatur, Fotografie und durch Bildstreifen verbreiteten, war kaum ein anderes gängiger als das vom „arbeitsscheuen Schmarotzer“. Dass es von so vielen Deutschen angenommen wurde, anstatt Proteste auszulösen, mag den Nachgeborenen unverständlich sein. Denn ihre zu „Ariern“ erhobenen Vorfahren wussten in der Mehrheit doch aus eigener Erfahrung, eigenem Erleben, dass ihr jüdischer Nachbar oder Kollege, der jüdische Angestellte in Büro oder Kaufhaus nicht weniger fleißig tätig war, der jüdische Kleinhändler an der nächsten Straßenseite sich nicht weniger zu plagen hatte als sie selbst, jüdische Ärzte ihnen und ihren Kindern bei Tage und manchmal auch in bangen Nächten über Krankheiten hin weg geholfen hatten. Arbeitsscheu?

Die Nazi-Wochenschau zeigte, kaum dass die nach Polen eingedrungenen deutschen Truppen Hunderttausende von Juden in ihre Gewalt gebracht hatten, „Bilddokumente“ von Juden, die angeblich das erste Mal in ihrem Leben arbeiteten – aus einer Gegend Europas, in der Juden sich tagein, tagaus placken mussten, um auch nur das Minimum an Existenzmitteln zu erwerben. Spitzelberichte des Sicherheitsdienstes hielten fest, wie sehr „arische“ Kinobesucher sich an diesen Aufnahmen belustigt hätten ...

In Deutschland selbst waren den Juden nach dem 30. Januar 1933 sukzessive ihre gewohnten Möglichkeiten des Arbeitens und Verdienens entzogen worden. Schlecht bezahlt, später auch vom Bezug vieler rationierter Waren ausgeschlossen, ohne Ansprüche auf Urlaubsgeld, Krankenversicherung und Zahlungen bei Invalidität oder im Alter, auch abgesondert in „jüdischen Arbeitskolonnen“, so mussten die Juden im Reichsgebiet an den ihnen zugewiesenen Plätzen, in staatlichen, kommunalen und privaten kapitalistischen Unternehmen schuften. Noch bevor der erste Schuss fiel, die braunen Machthaber den zweiten Weltkrieg entfachten, waren Pläne – wenn auch noch nicht einheitlich und vollständig – erdacht, die Juden als Zwangsarbeiter auszubeuten. Wer weiß heute noch, wenn er an der Hohenwartheschleuse oder der Rappbodetalsperre steht, über Deiche an regulierten Flussläufen entlangwandert, dass an ihrem Bau Juden als Zwangsarbeiter beteiligt waren, von denen viele in Arbeitslagern lebten, die von Gefängnissen, manche von Konzentrationslagern kaum noch zu unterscheiden waren?

Jüdische Zwangsarbeiter hatten Teile von Kriegsflugzeugen zu produzieren, waren an der Fertigung von Panzern beteiligt, stellten optisches Kriegsgerät ebenso her wie Munition, wickelten und pressten Kautabak, der z. B. zum Proviant der U-Boot-Besatzungen gehörte. Mit Kriegsbeginn wurden auch die Juden in den besetzten Gebieten in das Zwangsarbeitersystem gepresst. Viele von ihnen mochten glauben, dass sie – solange sie für die deutschen Eroberer schufteten – vor weiteren Nachstellungen sicher seien. Tatsächlich galt, nachdem der Beschluss über die Deportation der Juden in die Vernichtungslager gefasst war, der Grundsatz, dass Kriegsinteressen nicht gefährdet werden dürften. Die Judenjäger waren zu Abstrichen an ihrem mörderischen Programm, das sie „Endlösung der Judenfrage“ nannten, gezwungen. Während die einen Juden auf die „Fahrt in den Tod“ geschickt wurden, wurden andere „vorläufig wegen Mangel an Arbeitskräften“ zurückgestellt.

Offensichtlich entfaltete sich ein Interessenkonflikt: zwischen der Notwendigkeit, die Kriegsproduktion zu sichern und ständig zu erhöhen, und dem verbrecherischen Plan, nach dem auch der „letzte Jude“ umgebracht werden sollte. Dieser Interessenkonflikt entzündete vielfach auch Konflikte zwischen den verschiedenen Instanzen des militär-bürokratischen Systems. Die einen wollten die eingearbeiteten, angelernten und“ durch die stetig lauernde Gefahr der Deportation auch zu äußerster Schufterei angetriebenen Juden als „ihre“ Arbeitskräfte behalten, die anderen hingegen ihrer habhaft werden und sie „nach dem Osten“, in die Vernichtungslager, schicken. Die einen beriefen sich auf kriegswichtige Aufträge der Rüstungsinspektionen der Wehrmacht, die anderen versprachen und lieferten in zunehmender Zahl sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“, damit sie die Juden ersetzten.

Es war dieser Interessenkonflikt, der die Möglichkeit eines Zufalls bot, der die Tat eines Mannes namens Schindler ermöglichte, ihm Handlungsraum eröffnete, den allerdings auch andere besaßen. Mit wieviel Aussichten auf Erfolg, das mag von Ort zu Ort, entsprechend dem konkreten Umfeld, verschieden und nachträglich schwer zu beurteilen sein. Aber es gab eben diverse Möglichkeiten. Die meisten, die jüdische Zwangsarbeiter beschäftigten, lieferten diese jedoch schon auf das erste Verlangen der Gestapo her. aus. Die deutschen Juden, die in den Berliner Werken des Siemens-Konzerns, in den Dresdner und Rathenower Betrieben des Zeiss-Konzerns, in Fertigungsstätten vieler weiterer deutscher Unternehmen eine Zeitlang die Plätze der zur Wehrmacht einberufenen „Arier“ auszufüllen hatten, wurden aber – zwar wie geplant „nach Möglichkeit am Schluss“ – dann doch noch in die Eisenbahnwaggons gepfercht, die zu den Mordstätten rollten.

Die humanistische Tat des Oskar Schindler bleibt ein denkwürdiger Beweis dafür, dass es selbst im repressiven und scheinbar vollkommen organisierten Herrschaftssystem der Nazis auch individuelle Handlungsräume gab. Sich in ihnen mit Erfolg zu bewegen, war umso aussichtsreicher, je schärfer die Widerstrebenden sich über die Interessengegensätze in diesem System Rechenschaft zu geben verstanden, sich ihre Menschlichkeit bewahrten und die nötige Entschlusskraft aufbrachten.

Neues Deutschland, Montag, 14. März 1994, S. 13.

Die Tagebücher des Joseph Goebbels

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands herausgegeben von Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941-1945, Bd. 7: Januar-März 1943, bearbeitet von E. Fröhlich, 702 S; Bd. 8: April-Juni 1943, bearbeitet von Hartmut Mehringer, 591 S.; Bd. 9: Juli-September 1943, bearbeitet von Manfred Kittel, 655 S. K. G. Saur, München/New York/London/Paris 1993.

Mit vier Bänden und einem Interimsregister begann 1987 die Herausgabe der „Tagebüchern von Joseph Goebbels“. Die als Teil I deklarierte Edition lag schon in den Händen von Elke Fröhlich und wurde im Münchener Institut für Zeitgeschichte, seinerzeit noch unter dem Direktorat von Martin Broszat, in Verbindung mit dem Bundesarchiv bearbeitet. Nun folgt eine als Teil II bezeichnete Serie, die „Diktate 1941-1945“. Sie sollen in ca. 15 Bänden untergebracht werden und bis 1995 erschienen sein. Nebenbei: ihr Anschaffungspreis liegt außerhalb der abgelaufenen Subskriptionsfrist bei nahezu 2.000 DM.

Die Ausgabe eröffnen die Bde. 7 bis 9 mit zusammen 1948 Seiten. In ihnen kann nachgeprüft werden, was der Reichspropagandaminister, Reichsleiter der NSDAP, Gauleiter von Berlin und dessen Reichsverteidigungskommissar vor einem halben Jahrhundert der Nachwelt überliefern wollte, aus Zeiten, in denen sich Weltgeschichte dicht ereignete, freilich im Gegenlauf zu den Wünschen des von ungezügeltem, nahezu krankhaften Drange zur Selbstdarstellung getriebenen Autors.

Allen Bänden ist ein gleichlautendes Vorwort des Direktors des Instituts für Zeitgeschichte vorangestellt. Es beginnt mit der Frage nach der Rechtfertigung des aufwendigen Unternehmens, das in vieler Hinsicht neben den Hauptforschungsrichtungen platziert ist, denen deutsche Zeithistoriker derzeit folgen. Die „Tagebücher“ seien „von singulärem Wert“, weil sie „das einzige Selbstzeugnis eines nationalsozialistischen Spitzenpolitikers über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten darstellen (Bd. 7, S. 7). Die Begründung wackelt, denn eine singuläre Stellung setzt nicht auch einen „singulären Wert“. Über ihn, räumt Horst Möller ein, werde „letztlich nur die spätere wissenschaftliche Auswertung und Rezeption entscheiden können“ (ebd.). Dem wäre hinzuzufügen, dass eine Vorentscheidung mit Forschungen verflossener Jahrzehnte schon gefallen ist, so dass die Beteiligten ermessen werden können, was zu den gewonnenen Kenntnissen, die aus bekannten Schriftstücken und Reden, Artikeln und Büchern Goebbels’ sowie aus seinen bereits publizierten Tagebuch-Aufzeichnungen, inzwischen auch von Goebbels-Biographien herrühren, an wirklich neuen Einsichten hinzukommen kann. Gewiss ist, dass Historiker, die weiter an der Biographie des Mannes aus der nicht so zahlreichen zweiten Reihe deutscher Naziführer arbeiten wollen, nun über eine leicht zugängliche Fundgrube verfügen. Grundstürzend neue Einsichten erwarten auch die Herausgeber, um den Gehalt des Ganzen wissend, nicht mehr. Angekündigt wird „eine Fülle neuer Einsichten in Detailfragen, in politische Entscheidungsprozesse und die Herrschaftsstruktur des NS-Regimes, schließlich vielerlei Aufschlüsse über sein Führungspersonal“ (ebd.).

Die Bde. bestätigen vor allem den ersten Posten in dieser Aufzählung. Zeitlich erfassen sie die Entwicklung, die Möller „die Deutschland in den Abgrund reißende Katastrophe“ nennt, was als eine Abgrenzung von jenem Verständnis gelesen werden kann, das die Wende des Krieges in die Befreiung auch der Deutschen vom Nazi-Faschismus ausmünden sieht. Die Formulierung hätte übrigens auch der Urheber der „Tagebücher“ noch gutgeheißen, den im Verlauf des Januarmonats 1943 eine Vorahnung beschleicht. Er beginnt die eigene Niederlage als einen möglichen Kriegsausgang zu erwägen. Doch hält er sie für abwendbar. Was er tagein tagaus – zunächst nicht zur Veröffentlichung – diktiert, erfüllt offenbar zu einem erheblichen Teil den Zweck, ihn wieder und wieder selbst davon zu überzeugen, dass der Endsieg erreichbar ist.

Goebbels gibt sich, widerstrebend nur, Rechenschaft über die Kräfte der Kriegsgegner. Er weiß, dass die Entscheidung auf den Schlachtfeldern im Osten fällt. Er gesteht zu, dass ihm die Reserven der Sowjetunion ein Rätsel sind (7/66, 79). Er bemerkt den Auftrieb, den Widerstands- und Partisanenkampf durch die Niederlage bei Stalingrad erfahren, und notiert die Erfolglosigkeit der eigenen Gegenmaßnahmen (7/149). Er ist über die inneren Krisenerscheinungen im verbündeten Rumänien, Italien und Finnland informiert, hofft aber auf die dauerhafte Abschreckung durch die Aussicht auf

die bolschewistische Herrschaft. Er rechnet mit der Eröffnung der zweiten Front, was ihm, wegen der unlösbaren Probleme, die er damit kommen sieht, „etwas Herzbeklemmung“ (7/315) verursacht, während ihm die Lage im Osten dagegen „manchmal direkte Herzbeklemmungen“ (7/351) hervorruft. Aber: die Nüchternheit des Gedankens wird dem Autor nicht testiert werden können. Er unterlässt eine Gesamtrechnung auch dann, wenn sie sich ihm geradezu aufdrängen könnte, und weicht am 30. Januar 1943, dem 10. Jahrestag der Machtübertragung, ins Metaphorische aus, spricht er doch von einem Zustand, bei dem man „geradezu auf Eiern gehen“ müsse (7/205). Tageweise verweigert er sogar das bloße Lesen des sowjetischen Kriegsberichts.

Goebbels stützt seinen angegriffenen Siegesglauben auf die „Totalisierung des Krieges“ (7/61), worunter er die rücksichtslose Auspowerung aller deutschen Volkskräfte versteht. Er schreibt sich wieder und wieder zu – erst an den früheren Diktaten wird das zu verifizieren sein –, das schon vor dem „Krisenwinter 1941“ gefordert zu haben. Auf diesem Wege, so sein Urteil, hätte der Sieg im Osten 1942 errungen werden können. Indem Goebbels die Niederlagen deutschen Versäumnissen, nicht aber der Kräfteentfaltung des überlegenen Gegners anrechnet, verschafft er sich die Selbstbetäubung, die er eitel als seine Nervenstärke bewertet. Er misst sich die Rolle des Mannes zu, der wie kein zweiter nach und mit dem „Führer“ nun – verspätet zwar – die Bedingungen für die Erreichung des Endsieges herstellen wird. Den militärischen Sieg über die UDSSR erwartet er anfänglich im Sommer 1943 (7/52, 79, 125), erkennt aber schon Mitte Februar, dass infolge der eigenen Verluste die Offensivpläne auf ein Minimum reduziert werden müssen (7/347). In Wahrheit weiß er nicht, wie der Krieg noch zu Deutschlands Gunsten gewendet werden kann, denn dass dessen Fortdauer die eigenen Kräfte mehr und mehr überfordern muss, ist ihm nicht zweifelhaft.

Nicht weniger stimmungswichtig wie die Vorstellung von der irgendwie erreichbaren Wende im Osten ist für Goebbels das berauschende Untertauchen in seine Tagesarbeit. Ihr Zentrum bildet die Freisetzung von männlichen kriegstauglichen Arbeitskräften, über die Hitler im Kampf gegen die Rote Armee als Kanonenfutter verfügen können soll – über „wenigstens eine Million Soldaten“ (7/47). Zunächst aber muss der in Berlin tätige Gefolgsmann das bei Rastenburg befehlende „Genie“ (7/164) davon überzeugen, dass alle Rücksichten fallen müssen, die bislang gegenüber dem Kriegseinsatz deutscher Zivilisten gegolten haben. Dass es ihm im Verein mit gleichgesinnten Mitstreitern, von denen er Speer besonders hervorhebt, gelingt, Hitlers – unerwähntes – Trauma vom November 1918 zu neutralisieren, rechnet sich Goebbels als historisches Verdienst an. So sieht er sich: als den“ Theoretiker“ des Krieges, dem sein Führer schließlich beipflichtet (7/287), als den Programmatiker (7/175) und den „psychologischen Diktator“ (7/177) des totalen Krieges, als den Führer der „Heimatfront“ (7/283), als den Inaugurator der „politischen und zivilen Kriegführung (7/230), als den ,;harten Mann“ (7/266), der „wie ein Löwe kämpft“ (7/228), der – vom Erhabenen ist auch zum Abgedroschenen nur ein Schritt – „auf die Tube drückt“; Widerstrebenden immer wieder „Zunder gibt“; gegen sie auch „die Peitsche gebrauchen“ wird, Dampf macht usw. Endlos.

Goebbels hat mit seinem alles geliebten Führer in jenen Monaten zu Jahresbeginn 1943 noch ein zweites Problem. Mit den Heerführern sorgt er sich um die den Eroberern mehr und mehr aus der Kontrolle geratene Situation im sowjetischen Hinterland. Er sinnt wie manche Generalstäbler nach einer List, mit der sich eine massenweise Wendung zur Kollaborationsbereitschaft gegen den „Bolschewismus“ erreichen ließe (7/894 ff., 110 f., 227, 252, 304, 311, 321 u. a.). Er weiß, dass der Eroberer den in seine Hände gefallenen Millionen Russen, Weißrussen und Ukrainern nichts zu bieten hat, und denkt doch an eine „Rahmenproklamation“ des Führers, die der Bevölkerung in den besetzten Gebieten „einige Avancen“ macht, ihr religiöse Freiheit verspricht, die Angst vor einem Sklavendasein nimmt und im Falle der Bewährung den „Eintritt in das kommende Europa“ in Aussicht stellt. Den Widerspruch zur Politik der „harten Hand“ (7/110), wie der Imperialist die Praxis des Aushungerns, Vernichtens und Deportierens umschreibt, sieht Goebbels und zeigt sich damit zufrieden, dass Hitler in einer Proklamation das russische Volk „nicht wieder als minderwertig angriff“ (7/237) – ein Verzicht, der eher der Stalingrad-Erfahrung geschuldet war.

Goebbels schildert im Hinblick auf Fragen, die er für kriegsentscheidend hält, einen zaudernden Führer. Doch auch ein Fazit zum „Faktor Hitler“ liegt ihm fern. Der selbst Größenwahnsinnige sieht

sich als erste Hilfskraft des vermeintlichen Lenkers der Weltgeschichte, dem freilich, dem kann auch der Tagebuchschreiber sich nicht entziehen, soeben die größte Niederlage der deutschen Militärgeschichte bereitet und die Kriegsinitiative entwunden wurde (7/248). Später gibt Goebbels Hitler geradezu beiläufig einen bemerkenswerten Titel, er sei der „Herr der Rückzugsbewegungen im Osten“ (9/566). Dessen Einschätzung folgend, gibt Goebbels die Schuld an allen Niederlagen den versagenden Truppen der Verbündeten (7/162, 285).

Sieben Monate später, im September 1943 – soweit führt Bd. 9 – sind Goebbels’ Träume von der erneuten Kriegswende zerstoben. Auf die „Winterkrise“ (7/46) sind die des Frühjahrs und des Sommers gefolgt. Krise heißt das Schlüsselwort in den Diktaten des Ministers, er unterscheidet eine neue und eine erwartete, eine gegenwärtige und eine kommende, eine schwere, eine sehr ernste und eine sehr ernstzunehmende, eine latente von einer regelrechten und diese alle wieder von einer ausgewachsenen. Er muss sich eingestehen, dass zu den nicht endenden Niederlagen an der Ostfront ein Luftkrieg über Deutschland gekommen ist, gegen den durchgreifende Abwehrmittel nicht verfügbar sind. Er notiert den Abfall des Hauptverbündeten in Europa und die Landung der angloamerikanischen Truppen auf dem italienischen Festland, wo sie eine Nebenfront eröffnen können. Auch die Hoffnung, die auf den U-Boot-Krieg gesetzt wurden, sind enttäuscht.

Worauf spekuliert Goebbels in dieser Lage? Zum einen auf die Erschöpfung der Kräfte aller Kriegsgegner, zum anderen darauf, dass sich die der deutschen Seite ein wenig langsamer verbrauchen würden als die der Alliierten, zum dritten auf die wenigstens zeitweise Stabilisierung der militärischen Lage, die er als die Voraussetzung für politisch-diplomatischer Initiativen ansieht. Es sind durchweg Wunschträume, denn das Ende der mitunter fluchtartigen Rückzüge im Osten sieht er als Resultat der herbeigesehnten Regen- und Schlammperiode (9/429). Die Unterbrechung der verheerenden Luftangriffe erhofft er sich vom Nebel über den britischen Inseln (9/448). Es entstehen ihm verschwommene Bilder vom Zerbrechen des Feindbündnisses, als Sprengkraft glaubt er den Antibolschewismus der Konservativen und das Vormachtstreben Stalins identifizieren zu können. Erwogen wird die „Umschau nach einem Arrangement“ (9/464), soll heißen die politische Beendigung der militärischen Kämpfe mit der östlichen oder mit der westlichen Seite, bevor noch der nicht zu gewinnende Zweifrontenkrieg beginnen würde. Gleichzeitig stellt sich bei der Besetzung Norditaliens die vom Führer geteilte Vorstellung ein, die künftige Reichsgrenze werde südlich von Venetien verlaufen und alle Gebiete umfassen, die einst zur österreichischen Monarchie gehörten (9/485). Goebbels setzt Hitler am 23. September 1943 auseinander, dass „wir mit der einen oder der anderen Seite ins Klare müssen“ (9/583). Keine Antwort ist vermerkt, keine Ahnung angedeutet, dass es nicht nur die dem Wesen des Systems entspringenden, daher unaufgebbaren Ziele sind, die in jeder Richtung einen Separatfrieden verbarrikadieren, sondern die Unzahl der Verbrechen, die den Weg der deutsch-faschistischen Führungsgruppe markieren. Verdrängungskünstler, der Goebbels in hohem Grad auch ist, gesteht er sich nicht einmal auf den Blättern dieses Tagebuches ein, dass die deutschen Machthaber den Krieg wollten und begannen. Der Krieg sei „dazwischengekommen“ (7/132). Noch immer gelüstet es ihn, wie eine Unzahl von abwertenden und abfälligen Bemerkungen über seine Ministerkollegen verrät, den sichtbaren zweiten Platz hinter Hitler einzunehmen.

Den Bänden wurden Informationen über die „Einrichtung der Edition“ vorangestellt, die über ihre Quellen und deren Überlieferung, das Chronologisierungsprinzip, die Gestaltung der Kopfregesten, die Textbearbeitung und die Anlage der Register Auskunft geben. Die Regesten beschränken sich auf knappe Angaben zur Quelle, deren Beschaffenheit und Umfang. Hinweise auf den Inhalt der Diktate, die eine erste Orientierung ermöglichen würden, werden nicht gegeben. Die signalartige Nennung der behandelten Gegenstände, Themen und Fragen hätte wegen der ständigen Wiederholungen indessen wenig Hilfe bedeutet, und ausführlichere Texte würden das Unternehmen noch erheblich haben anschwellen lassen.

Die Arbeit mit den Tagebüchern dürfte erleichtert werden, sobald das in zwei Teilen angekündigte Gesamtregister vorliegen wird, wofür ein Zeitpunkt nicht angegeben ist. Es soll die Teile I und II der Edition umfassen und damit auch das Interimsregister ablösen, das die bereits erschienenen 4

Bde. erschloss. Sie würden in einer Neuausgabe noch folgen, die das inzwischen zugängliche Material aufnehmen wird. Jetzt ist den jeweiligen Bänden eine Bestandsübersicht, ein geographisches und ein Personenregister angehängt. Gesamtindices werden das Unternehmen abschließen. Da bieten sich Korrekturmöglichkeiten. Die Herausgeber können den Entschluss überdenken, auf ein Sachregister zu verzichten, dessen Fehlen vielerlei Benutzung erschweren würde.

Bei dem im Text wie im Register auftauchenden sowjetischen Heerführer „Manilowski“ dürfte es sich um den späteren Marschall Rodion Malinowski handeln. Er ist übrigens der einzige hohe sowjetische Militär, den Goebbels während der „zweiten Winterkrise“ eher zufällig erwähnt. Ganz anders seine Aufmerksamkeit für die deutschen Generale. Paulus hätte den Tod suchen oder sich vor der Gefangennahme umbringen müssen. Dann, so der Propagandaminister, wäre er lupenrein in die Weltgeschichte der Kriege eingegangen. So bereitete sein wie seiner Generale Überleben propagandistische Schwierigkeiten. Der Eindruck sei unabweisbar, dass die Soldaten geopfert wurden, die Befehlshaber aber ihre Haut retteten.

Dies führt zu jenem Teil der Goebbels-Diktate, der bis heute die meisten Fragen aufgibt: das Bild des schlauen Demagogen vom deutschen Volk, insonderheit auch von der Berliner Bevölkerung. Goebbels bleibt auch nach dem enttäuschenden Kriegsverlauf der Jahre 1941 und 1942 der festen Überzeugung, dass man diesem Volke Opfer, Leiden, Strapazen weiter und weiter aufbürden kann, ohne gewärtigen zu müssen, dass es die Gefolgschaft verweigert. In diesem Punkte behielt er – leider – Recht.

Die Tagebücher des Joseph Goebbels. Hrsg. Elke Fröhlich, München 1993. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 42/1994, Heft 6, S. 554-557.

Die Umdatierung der Befreiung

Nachbetrachtung zu einem Jahrestag / Wie mit dem D-Day der zweite Weltkrieg zweigeteilt wird

Dass die Geschichte ständig umgeschrieben wird, ist eine Binsenwahrheit. Zuvor wird sie von Politikern meist „umgesprochen“. Wenn die Gesellen der Feder – oder des Computers – in Aktion treten, die letztgültigen Erkenntnisse über die Vergangenheit schwarz auf weiß unter die Leute gebracht werden, ist häufig an die Stelle des einen ein anderes Zerrbild gesetzt, eine Legende gegen eine andere ausgewechselt oder eine schon gewonnene Einsicht ganz oder teilweise wieder preisgegeben. Letzteres war jüngst zum 50. Jahrestag des D-Day zu beobachten.

Bemerkenswertes Europa-Verständnis

Gleichsam bis dato galt als unbestritten, dass die Sowjetunion über Jahre die Hauptlast des zweiten Weltkrieges zu tragen hatte. Als die Wehrmacht in ihr Gebiet einfiel, gab es keine Landfront, an der sich Truppen Nazideutschlands mit denen Großbritanniens hätten schlagen müssen. Die Kämpfe in Afrika, auf libyschem und ägyptischem Boden, fanden an einem Küstenstreifen statt, an dem sich auf beiden Seiten nur wenige Divisionen einsetzen ließen. So blieb die Situation mehr als zwei Jahre. Dann landeten die West-Alliierten im Süden Italiens. Die Front war länger, die eingesetzten Kräfte zahlreicher Niemand behauptete, „die zweite Front“ sei errichtet worden. Der Begriff war schon eindeutig auf den Großangriff in Westeuropa gemünzt. Er begann am 6. Juni 1944. Auch seine Bezeichnung Decision-Day deutete auf seinen Rang: Tag der Entscheidung. Von da an wurde das Nazi-Regime in die Zange genommen. Sie schloss sich bei Torgau an der Elbe. Nun wird erklärt, mit dem D-Day habe die Befreiung Europas begonnen. Der These liegt ein bemerkenswertes Europa-Verständnis zugrunde. Bis zu jenem Junitag 1944 hatte die Rote Armee ihre Landsleute aus faschistischer Sklaverei befreit. Sie alle, Russen, Ukrainer, Weißrussen und Angehörige weiterer Völker, gelten einigen Geschichtsschreibern heute aber offenkundig nicht als Europäer. So ähnlich dachte auch Hitler, der behauptete, Deutschland kämpfe gegen die „Steppe Asiens“ und wende einen neuen „Mongolensturm“ ab.

Die Umdatierung der Befreiung trennt aber nicht nur zwischen sowjetischen und französischen Dörfern, deren Bewohner – bei aller Unterschiedlichkeit der Besatzungsregimes – gleichermaßen unter den faschistischen Okkupanten litten. Diese Neudeutung geht glatt (und kaltherzig) über Millionen Soldaten hinweg, die ihr Leben verloren oder zu Krüppeln wurden während der nahezu drei Jahre Krieg, da es keine „zweite Front“ gab. Vor dem D-Day wurden die Schlachten vor Moskau, bei Stalingrad und im Kursker Bogen geschlagen, gab es zahlreiche Feldzüge und Gefechte. An ihren Ausgang knüpfte sich von der Biskaya bis Galizien, von Norwegen bis nach Griechenland lange Zeit allein die Hoffnung, dass die faschistische Macht zur Strecke gebracht werden würden.

In manchem Munde geriet nun aber die Landung in der Normandie ein halbes Jahrhundert danach zur „größten Schlacht der Weltgeschichte“. Unter den Rednern der Gedenkfeiern hat einzig Frankreichs Staatspräsident, François Mitterand, die Verdienste des fernen Verbündeten, der einstigen Sowjetunion, erwähnt. Das machte aber auch nicht ungeschehen, dass deren Veteranen planvoll ferngehalten wurden. Wie hätten sich ignorante Festredner auch ausgenommen, wären die Fernsehkameras von ihnen zu Kriegsteilnehmern der Roten Armee hinübergeschwenkt. Geschichtsfälschung dieser Art braucht passende Kulisse. Sie wurde hergestellt.

Die historische Wahrheit ist: Die Wehrmacht hatte auf sowjetischem Gebiet einen Kräfteschwund erlitten, der die Landung am 6. Juni erleichterte, wenn nicht erst ermöglichte. Im Augenblick, da die Armeen der USA, Großbritanniens, Kanadas, Neuseelands und Formationen aus okkupierten Staaten auf der Halbinsel Cotentin in erbitterte und verlustreiche Kämpfe gezogen waren, zerschlugen die am 22. Juni zur Offensive angetretenen sowjetischen Armeen die deutschen Truppen im Mittelabschnitt der Ostfront binnen vierzehn Tagen und zwangen sie zu Rückzügen und Fluchten bis an die Weichsel. Das war ihr Beitrag zur Entfaltung der gelungenen Landung und dazu, dass die Verbündeten im Westen die Enge des Kampfgebiets aufsprengen und zum Bewegungskrieg übergehen

konnten. Der deutsche Plan, eine großspurig „Ostwall“ genannte Verteidigungslinie zu behaupten und sich auf die Kriegführung im Westen zu konzentrieren, war erledigt.

Und fest steht auch: So naiv, wie der Oberbefehlshaber der Wehrmacht dieser Tage in diversen Artikeln geschildert wurde, war er nicht. Das Bild vom verschlafenen „Führer“, den in Berchtesgaden niemand mit der Nachricht vom Großangriff über See wecken wollte, erinnert an eine – schon überwunden geglaubte – Geschichtsfälschung, der zufolge die deutschen Generale alles besser gemacht haben würden, hätte dieser Dilettant sie nicht behindert.

Zwar hatte Hitler im Stil des Maulhelden 1941 und 1942 über die „Invasion“ gesprochen: Die Engländer möchten ihm nur mitteilen, wo sie zu landen wünschten. Dann würde er das Gebiet von deutschen Soldaten freimachen, sie eintreffen lassen, um sie erneut zu schlagen. Oder „Herr Churchill“ möge doch kommen, er würde sich keine neun Stunden an Land halten können. 1943 aber wurde in Weisungen und Befehlen klar ausgesprochen, dass eine Landung der Briten und Amerikaner in Frankreich bevorstehe. Verboten wurde, weitere Truppen aus dem als bedroht geltenden Gebiet nach Osten abzuziehen. Als spätester Termin der Offensive wurde das Frühjahr 1944 angesehen. Es galt als sehr wahrscheinlich, wenn auch nicht als sicher, dass der Ort der Landung die Halbinsel Cotentin sein werde. Die anlandenden Truppen sollten zurück ins Meer gejagt werden. Diese Aufgabe verband sich mit einem politischen Ziel. Den Regierungen in Washington und London sollte bewiesen werden, dass ihre Truppen Deutschland nicht in die Knie zwingen könnten. Der erhoffte zweite Sieg auf Frankreichs Boden war – anders als der von 1940 – als Auftakt für die Verständigung zwischen den kapitalistischen Kriegsgegnern gedacht. Hitler, der den Gedanken an den totalen Endsieg aufgegeben hatte, glaubte, an der Kanalküste die Anti-Hitlerkoalition aufbrechen zu können. Die Wehrmacht sollte im Westen einen Separatfrieden erkämpfen, um dann und mit Unterstützung der Eben-noch-Kriegsgegner im Osten über den „Bolschewismus“ triumphieren zu können.

Das Kalkül ging nicht auf. Die alliierten Soldaten, Offiziere und Generale, die die Nazi-Truppen aus Paris und Warschau vertrieben, verteidigten ein Bündnis, das schwer zustande gekommen war. In ihm wirkten gemeinsame und auseinanderlaufende Interessen. Das Gemeinsame dominierte noch. Man mag fragen, warum in einem Augenblick, da unausgesetzt „europäische Gemeinsamkeiten“ herbeigerufen und beschworen werden, an jene Denkwürdigkeit nicht erinnert wurde. Drückt sich im militanten Sprachbild des Präsidenten der USA, wonach die Schlacht weitergehe, womöglich die Ansicht aus, dass Teile Ost- und Ostmitteleuropas den Interessen der großen Kapitale „des Westens“ noch nicht hinreichend zu- und untergeordnet sind?

Naiveren Gemütern wurde in diesen Tagen eine andere Frage als die wichtigste aufgetischt: Warum sind „die Deutschen“ nicht geladen worden? Gemeint war dabei vor allem jener Deutsche, der von der „Gnade der späten Geburt“ sprach. Es leben in Deutschland aber noch einige Mitkämpfer der Antihitlerkoalition, von denen die einen in der französischen Resistance kämpften, andere in England gegen Hitler unternahmen, was sie konnten und was man sie tun ließ. Warum war da nicht eine Vorschlagsliste deutscher Frauen und Männer parat, deren Opfermut so unvergessen bleiben sollte wie der der alliierten Soldaten des 6. Juni?

Hat Hitler doch ein wenig „mitgesiegt“?

Geschichte wird nicht nur mit der Feder umgeschrieben. Ihre Neudeutung kann mit Demonstrationen beginnen, wie sie eben zu beobachten waren. Es wird auf die Zweiteilung des Krieges gezielt, den eine spät zustande gekommene Koalition zwischen 1941 und 1945 führen musste. Hat Hitler in diesen Junitagen im Nachhinein nicht doch ein wenig „mitgesiegt“?

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 11./12. Juni 1994, S. 11.

Gut, dass es nichts kostet

Am 15. Juni ist das Bonner „Haus der Geschichte“ eingeweiht worden, ein Museum, in dem die Bundesrepublik ihre Erfolgsgeschichte abfeiert. Der Historiker Kurt Pätzold hat sich darin umgesehen

Bibelfest oder nicht – der Christ, der am 13. Oktober 1982 die Stufen zur Rednertribüne des Deutschen Bundestags hinaufstieg, um seine erste Regierungserklärung vorzulesen, hielt sich jedenfalls an des Jesaja Rat: „Bestelle Dein Haus, denn Du wirst sterben und nicht lebendig bleiben.“ Freilich: Er nahm’s schöpferisch und nicht sklavisch, und das will sagen, er bestellte sich ein Haus, das „Haus der Geschichte“, das „gewidmet“ sein sollte der „Geschichte unseres Staates und der geteilten Nation“.

Die unabgewogene Formulierung leistet dem hässlichen Verdacht Vorschub, es sollte da ein „Staats-Museum“ entstehen. So führte der lange Weg von der Idee zur Wirklichkeit nicht nur durch Ausschüsse und Kommissionen, besetzt mit Parlamentariern, Gutachtern, Sachverständigen und solchen, die sich dafür bloß hielten, er musste immer wieder auch mit Dementis gepflastert werden. Gezielt werde nicht auf „eine Harmonisierung des Geschichtsbewusstseins“, schon gar nicht auf eine „simple Harmonisierung“ (der Zusatz lässt stutzen), nicht auf „einseitige Geschichtsbilder“ oder gar ein „regierungsamtliches Geschichtsbild“, das es in einer pluralistischen Gesellschaft ohnehin nicht geben könne, und beileibe nicht auf ein „Museum Kohl“.

Beziehungsreich sei der gewählte Standort dennoch, bekannte sein Direktor, eröffne sich doch aus dem Haus ein „herrlicher Blick auf das Bundeskanzleramt“, wenn erst das Gebäude des Bundespresseamtes unter die Abrissbirne gekommen sei. Doch sollte des Besuchers Blick da lange nicht verweilen, sondern sich auf das Hausinnere richten. Und dies wieder nicht in der im Dichterwort beschriebenen Weise, sondern suchend nach sich selbst. Denn das war eine Sorge, die sich früh einstellte, als die Gestaltung des Hauses beraten wurde: Wie könnte sich der Bürger darin wiederfinden? Schon wurde ihm angeraten, was er zu tun habe, hätte er sich vom erwartungsfrohen Besucher in einen glücklichen Finder verwandelt. Er solle sich „selbstkritisch fragen, ob der eingeschlagene Weg der richtige war“. List war vor dem 15. Juni 1994, dem Eröffnungstag, da also auch schon im Spiel, denn das ist ein rechtes Staatsbewusstsein, dass eine sechzehnjährige Schülerin sich nach den viertausend Quadratmetern Ausstellungsfläche „selbstkritisch“ befragte, anstatt undankbar nachzudenken, ob die Herrschenden und deren Gefolgschaft in den Jahrzehnten vor ihrer Zeit irgendetwas falsch gemacht hätten, das sie womöglich korrigieren müsse.

Genug der Vorgeschichten, wäre da zwischen die Grundsteinlegung des Museumsbaus und das Richtfest nicht ein Ereignis gefallen, das die ursprüngliche Widmung an die „geteilte Nation“ erledigte. Die Verlegenheit schien indessen nicht groß, war doch von vornherein daran gedacht gewesen, die „Schnittstellen“ von deutscher Geschichte West und deutscher Geschichte Ost unter Dach und Fach zu bringen. „Schnittstellen“ genannt wurden da, ohne den doppeldeutigen Sinn des Begriffs in dieser Verwendung wahrzunehmen, vor allem zwei Daten: der 17. Juni 1953 und der 13. August 1961.

So standen oder lagen die Dinge noch gegen Ende des Jahres 1992. Da machten sich in Sachsen und Brandenburg ähnlich lautende Kritiken hörbar. Der Aufbaustab des Hauses kam nicht umhin, „Vertreter der neuen Bundesländer“ (korrekt: Beamte aus Ministerien) zu einer „Gesprächsrunde“ einzuladen, und bekam zu hören, dass das Konzept nicht länger haltbar sei, „die DDR durch ‚Fenster‘ in den Blick zu nehmen“. Kämen „DDR-Bürger“, hieß es in einem leichthändig geschriebenen Protokoll – wie das fehlende „ehemalige“ erkennen lässt –, in diese Ausstellung, „müssten sie sich wie im ‚Büßerhemd‘ vorkommen“. Deshalb, so hätte ein Schelm hier einwerfen können, brauchten sie nicht an den Rhein zu kommen, das könnten sie in ihrer engeren Heimat so kostenlos haben wie den Eintritt in das Haus ohne ihre Geschichte.

Solch Schelm war nicht geladen, und die beiden Ostdeutschen quengelten an und für sich schon genug. Es müssten, wagte sich einer von ihnen vor, „auch die Utopien und Hoffnungen sichtbar werden, die die Menschen trotz des Scheiterns der DDR bewegt hätten“. Nun konnte hier freilich

ein Museologe billig einwenden, dass sich bei aller Findigkeit Träume wie Utopien schlecht ausstellen lassen. Solch halbherzige Antwort ließ der Mann nicht zu, der den wissenschaftlichen Beirat vertrat. Hermann Weber, vielberufener intimer Kenner der Geschichte der Ostdeutschen, befand „die Bedeutung von Träumen und Utopien in der DDR-Geschichte für gering“. Aus solchem Gedankenholz sind Denker geschnitzt, die sich über Wahlergebnisse zwischen Zinnwald und Kap Arkona wundern.

Treten wir endlich ein, im Ohr noch das Versprechen eines Gestalters der Ausstellung, wonach deren Aussagen „niemals unangemessen eindeutig sein“ würden. Wer der Ankündigung geglaubt hat, mag enttäuscht werden. Die Grundaussagen lauten: Die Geschichte der Bundesrepublik ist die Geschichte eines Aufstiegs. Dessen Fundamente bildeten die Westintegration und die Wahl des richtigen politischen Systems. Dessen Motoren aber waren Arbeit und eine Gruppe bedeutender deutscher Politiker, aus der der erste Bundeskanzler noch herausragt. Das ist so angemessen unzweideutig wie das offerierte Gegenbild vom deutschen Staat hinter dem Eisernen Vorhang, von dem ein Kritiker gesagt hat, es diene den Ausstellungsmachern einzig als Folie, vor der die Erfolgsgeschichte umso augenfälliger sich darstelle. Lassen wir das einen Moment.

Unruhe und Unruhestifter gab es in den Jahrzehnten des glatten Weges, den schon die Innenarchitekten sinnfällig gemacht haben, indem sie dem Besucher nur auf der Strecke in das Jahr 1949 ein Paar Treppenstufen zumuten. Auch politische und wirtschaftliche Krisen blieben nicht aus. Da ist oder scheint nichts weggelassen: nicht die frühen Auseinandersetzungen um „Wiederbewaffnung“, die doch eine Erstbewaffnung war, nicht die Massenaktionen gegen die Stationierung von Atomwaffen, nicht die vor allem von Studenten getragene Bewegung gegen Ende der sechziger Jahre, deren Forderungen etwas unklar bleiben und als deren Ergebnis sinnbildlich im Modell die neugegründete Universität Konstanz erscheinen kann. War es denn das, und wenn es das war, war es das allein?

Das Loch tut sich indessen schon zwei Ebenen tiefer auf, dort, wo sich Auslassungen zur Vor- und Frühgeschichte des Staates Deutschland-West nicht finden, aber doch bemerken lassen. Sie betreffen den Umgang mit der Erblast, die NS-Vergangenheit geheißen wird und nicht etwa NS-Imperialismus, würde doch das allein schon den Gedanken provozieren können, ob es von dieser Spezies etwa andere geschichtliche oder gegenwärtige Ausgaben noch gab oder gibt.

Nein, die Verbrechen dieses mysteriösen NS werden da nicht umschifft. Den an einem der Monitore abrufbaren bewegten Bildern von drei Nürnberger Prozessen, darunter dem gegen Industrielle, sind andere direkt konfrontiert, welche in Nahaufnahme in Gesichter von Aufsehern und Aufseherinnen der Konzentrations- und Vernichtungslager blicken lassen. Der hörbare zeitgenössische Begleittext zu den Aufnahmen aus den Gerichtssälen scheint sorgfältig ausgewählt: Es richteten die Sieger über die Verlierer. Doch mag das ein ganz ungerechtfertigter Verdacht sein. Womöglich wollten die Gestalter anhand eines Originaldokuments nur verdeutlichen, wie früh die Diffamierung von Richtern und Urteilen im sich erst herausbildenden demokratischen Gemeinwesen begann. Wollten sie?

Die Frage kehrt wieder und lautet: Was ist nur Gedankenlosigkeit, was auch dem Zeitdruck geschuldet, und worin drückt sich jenes von niemandem verordnete pluralistische Geschichtsbild aus, das „niemals unangemessen eindeutig“ angeboten wird? Nahezu 50 Jahre nach dem Ende des Tötens und Mordens geraten die Textschmiede und der Gutachterstab, der zu deren Entwürfen seine Zustimmung gab, in Schwierigkeit, wenn es um Zahlenangaben geht. Nicht immer und nicht in jedem Falle. Genau wissen sie, dass bei Kriegsende zunächst etwa 10 Millionen Deutsche sich in Kriegsgefangenschaft befanden. Kommt der Text auf die im Frühjahr 1945 in Deutschland befreiten Kriegsgefangenen, Zwangsverschleppten, Insassen von Lagern und Haftanstalten, so waren es schlicht „Millionen“, und wo die Ermordeten benannt werden, da waren es „viele“. Schlampigkeit? Das gezählte Leid der „Eigenen“ und das ungezählte der „Fremden“.

Oder irgendetwas zwischen schlechtem Gewissen und Unbehagen? Darauf könnte kommen, wer – noch im dunkel gehaltenen Eingangsbereich – unter dem Stichwort „Entnazifizierung“ liest: „NS-Verbrecher werden hart bestraft; später gehen viele straffrei aus“ und sich weitergehend dann fragt, wie es zu solcher Nachsicht denn gekommen ist. Die Frage nimmt er/sie mit ins Freie. Das Thema

verschwindet. Kein weiteres Wort über die „Hartbestraften“, von denen nicht wenige rasch wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Kein Wort über deren Rolle im zeitigen Nachkriegsleben der westdeutschen Gesellschaft – ausgenommen die Zurschaustellung einer DDR-Propagandapappe, die ein Zerrbild vom „Klassenfeind“ gab. Zweifellos: Die Charakteristik der frühen Bundesrepublik als ein von Faschisten regierter Staat, Made in GDR, dient hier bequem dazu, Tatsachen und mit ihnen Fragen an die Geschichte unter den Teppich zu kehren. Später, nur noch an Gräbern abzustattender Dank an Albert Norden und seine Gesellen von der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED. Vom Nutzen der beendeten Existenz der DDR. Aber das hatten wir schon und „kriegen“ wir noch mal.

Die Erblast wollten – es sei ihnen nicht Unrecht getan – die Ausstellungsmacher dennoch nicht billig abwerfen. Sie kommen auf sie, zunächst verschlüsselt, zurück mit Hilfe eines Ausschnitts aus einem Film, der nicht so unpolitisch war wie sein Titel. „Grün ist die Heide“, ein Streifen, in dem Alteingesessene und „Vertriebene“ aufeinandertreffen und der in die versöhnlichste Begegnung beider mit Gesang des „Liedes der Schlesier“ mündet, hat seinen – mit Verlaub – gedanklichen Höhepunkt erreicht, wenn der Sprecher der „Vertriebenen“ sagt, nein eingesteht: „Ich weiß, wir sind ja manchmal auch nicht so gewesen, wie wir hätten sein sollen“, um sogleich fortzufahren, „aber wir sind auch am härtesten bestraft worden“. Das war das Niveau der Selbstkritik, gegen das die Studenten gegen Ende der Sechziger rebellierten. Dass ihnen dieses moralische Verdienst nicht angerechnet wird, sondern der Anstoß zur Konstanzer Universitätsgründung, mag mancher der seinerzeit Beteiligten als eine Gemeinheit empfinden, und es sollte ihm nicht ausgeredet werden. Wichtiger hingegen ist, dass sich darin ein Grundverhältnis zur Massenbewegung ausdrückt, wenn sie sich nicht auf den Gang zur Wahlurne reduziert.

Solche Massenbewegungen, an deren zurückhaltender Darstellung erkannt werden soll, dass sie ihre Ziele niemals erreichten, und aus der nicht zu ersehen ist, wie oft sie die Zeitpläne der Herrschenden durchkreuzten, besaßen Geist und waren mit Geistern von Rang verbündet. Welche Kopfbefindlichkeit aber hat jenen Satz geboren und akzeptiert, der im Kontext zu dem Eichmann- und dem ersten Auschwitz-Prozess steht: „Heftig umstrittene Theaterstücke über die NS-Zeit heizen die politische Diskussion zusätzlich an“? Dramatiker und Dramaturgen „heizen an“. Da kommt Erinnerung auf an jene sich durch die Geschichte der Bundesrepublik ziehende Spur, in der sich ein Verhältnis von Geist und Macht auffinden lässt. Es taucht sonst in der Ausstellung nicht weiter auf, und deshalb sei den Endredakteuren gedankt, die in diesem Falle sich zur angemessenen Eindeutigkeit entschlossen, denn ursprünglich hatte der Text unter der Dachzeile „Gegenwärtige Vergangenheit“ sachlich-neutral gelautet: „In der politischen Diskussion und auf den Bühnen der Theater findet diese Auseinandersetzung ebenfalls statt.“ Das war nun wirklich dem Herrgott keine Kerze und dem Teufel kein Schüreisen.

Später wird des Endes eines Bundestagspräsidenten gedacht. Hochrangige Politiker seien über den Umgang mit der Geschichte gestolpert, wird mitgeteilt. Damit aber soll der mündige Bürger sich nicht beruhigen, sondern sich unter dem Stichwort „Schatten der Vergangenheit“ fragen lassen: „Haben 13 Prozent der Bundesbürger ein rechtsextremes Weltbild, wie Untersuchungen erkennen lassen?“ Er wird, wieder auf der Adenauer-Allee, das sofort zu überprüfen beginnen, da ihm die Ausstellungsmacher mit ihrem Fragezeichen den Stachel des Zweifels ins Fleisch gesetzt haben. Dabei mag er ein wenig von der großen Plakatwand abgelenkt werden, auf der ihm vor einer Parteizentrale versichert wird: „Jetzt geht’s los“. Doch erinnert er sich der eben betrachteten Wahlplakate aus den frühesten Nachkriegszeiten, deren Texte noch nicht auf Fußballplätzen abgehört und irgendwie konkreter waren – bis dem mündigen Bürger so viel Klartext nicht mehr zugemutet werden sollte. Seinerzeit war dem Wähler immerhin noch gesagt worden, wer für die „beste deutsche Schule“ eintrat und wer zeitig für die Beseitigung der „Bürger zweiter Klasse“ focht, also für das Wahlrecht der aktiven Nazis, denen es anfänglich nicht zugestanden wurde. Das war die Partei, die sich später einen Ritterkreuzträger – pikant übrigens die Kurzdarstellung der Geschichte des EK, ist sein Entwurf doch von einem gewissen Schinkel – zum Vorsitzenden nahm, der ihr später abhanden, zuvor aber in ein Ministeramt kam.

Und jetzt folgt der Seitenblick auf die Geschichte der DDR, sinnig platziert hinter metallnen Rosten, die Mauer, Stacheldraht, Gefängnisgitter und Schuhabtreter („Haxen abkratzen!“) in einem symbolisieren. Es war dieser zweite deutsche Staat gekennzeichnet durch Fahnen und Trommeln, Plakate und Plaketten, Orden und Uniformen, Politkitsch jeglicher und Repression alltäglicher und allgegenwärtiger Art. Zudem besaß er einige sich entweder anpassende oder sich abkehrende Intellektuelle, namentlich Schriftsteller. Seine Hinterlassenschaft bestand aus Nahrungsmitteln in unappetitlich-grauen Verpackungen mit Beschriftungen wie „Speisevollsalz“, „Malzkaffee“, „Himbeerdessert“ und „Nährgries für Kleinkinder“ sowie aus Unmassen von Stasiakten.

Wer in der Überfülle des Gebotenen sich erinnert, dem wird nicht entgehen, dass doch mancher Hinweis zu tieferlotender Analyse gegeben ist. Da heißt es, wo etwas über die Kommandowirtschaft in der DDR zu sehen ist: „In der DDR fehlen Arbeitskräfte. Die SED drängt Frauen deshalb zur Ganztagsarbeit.“ Von den Frauen in Deutschland-West indessen wird an gehörig entfernter Stelle mitgeteilt: „Immer mehr sind erwerbstätig. Die Industrie wirbt um ihre Arbeitskraft.“ Über solche Unterschiede lässt sich nachdenken, und über die Sprache, die auch ein Verräter ist.

Das führt zum Thema: zu erwartende Beschwerdeführer. Denn es sind in dieser Ausstellung Kräfte und Leute, die die Geschichte der Bundesrepublik permanent oder zeitweilig bestimmt oder doch mitgeprägt haben, ganz oder erheblich zu kurz gekommen. Zuvörderst die Vertriebenenverbände, dann die Industriellen und die Bankiers, gleichermaßen in Persona und als Institution, und die großen Verbände. Klagend sollte sich das Bundesverfassungsgericht bemerkbar machen, das gleichsam beiläufig zu einem Instrument der Exekutive entstellt worden ist. Denn wo nahe am DDR-Rost die 1956 verbotene KPD aufscheint, wurde leichthändig getextet: „Die KPD bekämpft die Politik der Bundesregierung. Mit ihrem Verbot verliert die DDR einen wichtigen Verbündeten im Westen.“ Bisher war gelehrt worden, die Partei sei wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit illegalisiert worden. Nun erscheint das Urteil als Bestrafung für Widerstand gegen eine Politik. So lässt sich Schrecken verbreiten. Die Texte seien in ihren Überschriften, erklärt eine „Handreichung“ treffend, „auf die Botschaft hin formuliert“. Und der eigentliche Text „holt den Besucher ab“, kaum zu erraten weshalb und wo – „beim visuellen Eindruck“.

Alles in allem: Das Haus ist seit seiner Eröffnung ein Besuchermagnet, mit dem Gang durch die Segmente eines „Rosinenbombers“ und dem strahlenden Mercedes-Wagen des Kanzlers, mit dem Kino und der Eisdiele aus vergangener Zeit und vielem anderen, wovon die Tagespresse reiselustigen und neugierigen Bürgern schon einen Vorgeschmack gab. Eine Eintragung auf den ersten Seiten des Besucherbuches versichert das Wiederkommen. Von Kinderhand ist da auch niedergeschrieben: „Gut, dass es nichts kostet.“ Da spricht sich Erleichterung über den verschonten schmalen Taschengeldbeutel aus und zugleich ein Irrtum. Mutti und Vati haben beigesteuert zu geplanten und verbrauchten 116 Millionen Deutschmark. Und das ist nicht alles. Was die Geschichtsbilder kosten, die Massen „ergreifen“, stellt sich erfahrungsgemäß immer erst später heraus.

konkret, 1994, Heft 8, S. 50.

Der braune Antisemitismus – Von Urhebern und Nutznießern

Kein zweites Verbrechen der deutschen Faschisten ist in dem halben Jahrhundert seit der Zerschlagung des Dritten Reiches so gründlich und vielseitig untersucht worden wie der Massenmord an den europäischen Juden, den die Täter als „Endlösung der Judenfrage“ bezeichneten und auch tarnten. Der gegenwärtige Stand unseres Wissens über den Verlauf der Untat, die in der modernen Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist, ging aus der Arbeit von Forschern vieler Länder hervor. Diejenigen in den USA, in Israel, in Frankreich und weiteren westeuropäischen Staaten, aber auch Historiker in Deutschland haben sich durch den Gegenstand in besonderem Maße herausgefordert gesehen.

Heute erwartet kaum jemand noch Quellenfunde, die das existierende Bild auch nur in wesentlichen Teilen modifizieren könnten. Dennoch ist die Diskussion unter den Spezialisten über die Zusammenhänge, insbesondere über die Ursprünge und Triebkräfte des Verbrechens, keineswegs abgeschlossen und in Abständen nimmt sie den Charakter mehr oder weniger heftig geführter Kontroversen an. Sie betreffen vor allem den Platz des Judenmords im System der Verbrechen und seine Einordnung in die Gesamtentwicklung des faschistischen Deutschlands. Denn der ungeheure Gegenstand führt – nolens volens – in die auch im Hinblick auf das Naziregime am meisten umstrittene Thematik, und die gilt dessen sozialem Wesen. Letztlich erhebt sich die Frage: Waren Antisemitismus und mörderische Judenfeindschaft, die in den Massenmord an den europäischen Juden mündeten, das Grundcharakteristikum der faschistischen Diktatur in Deutschland, und – in anderer Formulierung – stellte die Vernichtung der Judenheit das selbständige übergeordnete Ziel der deutschen Machthaber dar, neben dem es kein weiteres gleichwertiges, hinter dem es aber andere Ziele gab? Oder – um die Gegenposition ebenso kurz zu formulieren – war das Verbrechen an der europäischen Judenheit Bestandteil eines faschistisch aus- und umgeprägten imperialistischen Eroberungsprogramms, das in seiner ersten Etappe auf ein „Europa unterm Hakenkreuz“ und in einer weiteren auf das Ausgreifen dieses von Deutschland geführten Europa über den Kontinent hinaus zielte?

Die Kontroverse zwischen den Vertretern dieser beiden Interpretationen wird fortdauern. Sie kann nicht einfach durch die Heranziehung von Quellen entschieden werden. Sie ist mit gegensätzlichen Gesamtvorstellungen von der Geschichte unseres Jahrhunderts verbunden. Und – last but not least – in sie spielen fortdauernde Interessen hinein.

I.

Der Massenmord an den europäischen Juden besitzt eine Vorgeschichte, die ideologisch weit vor das Ende des Weimarer Staates reicht, politisch aber mit dem 30. Januar 1933 einsetzt. Da kam in Deutschland eine Regierung von Antisemiten an die Macht. Die Judengegnerschaft war nicht ihr einziges Kennzeichen, aber es war eines, das die beteiligten Politiker auch zusammenschloss, woran hier vor allem erinnert wird, weil in den gängigen Geschichtsdarstellungen der Antisemitismus auf die Kabinettsmitglieder reduziert wird, die zur NSDAP-Führerschaft gehörten. Hitlers ebenso berechnender wie fanatischer Judenhass steht außer Frage. Wilhelm Frick spielte bereits 1933 in der judenfeindlichen Gesetzgebung, für die sein Ministerium federführend war, die Hauptrolle. Hermann Göring trat 1937/1938 als Organisator und Koordinator des abschließenden Angriffs auf die wirtschaftlichen Positionen in das Zentrum der Judenverfolgung. Joseph Goebbels, der nach der Gründung des Propagandaministeriums im März 1933 in die Regierung gelangte, rechtfertigte von Anfang an Schritt für Schritt die Maßnahmen, mit denen den Juden das Leben in Deutschland erschwert, verleidet, schließlich zur Hölle gemacht wurde.

Doch bildeten diese vier im Kabinett eine Minderheit. Aber die Mehrheit der Regierungsmitglieder, die kein Parteibuch der NSDAP besaßen, erhob keinen prinzipiellen Einwand, als ihnen Reichskanzler Hitler vor der ersten judenfeindlichen Aktion, dem sogenannten Boykott-Tag am 1. April 1933, mitteilte, was geschehen würde. Schon wenige Tage später beschlossen sie ohne eine Gegenstimme die ersten Gesetze, mit denen der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Deutschen aufgehoben wurde und die Diffamierung der Juden als Nicht-, Un- und Antideutsche begann.

Hier ist nicht der Ort, die Steigerung der Judenverfolgung seit jenem ersten Apriltag 1933 auch nur im Überblick darzustellen. Erwähnt sei lediglich, dass kein Minister, der als „Nicht-Nationalsozialist“ Hitler in das Kabinett begleitet hatte, auf irgendeiner Stufe der eskalierenden Verfolgungsmaßnahmen um seinen Abschied ersuchte. Sie trugen die Nürnberger Gesetze, durch die die deutschen Juden als rassisch minderwertig markiert und diffamiert wurden, ebenso mit wie die 1938 erlassenen Gesetze, mit denen Juden die Möglichkeiten, in Deutschland etwas zu verdienen und ihr Leben zu bestreiten, aufs äußerste beschnitten wurden, damit sie schließlich über die Grenzen flohen. In diesen Jahren, da der Generalkurs der faschistischen Judenverfolgung sich auf die restlose Vertreibung dieser erst durch Drangsalierung eigentlich zur Gruppe gewordenen Menschen richtete, beteiligten sich alle Minister in ihrem Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereich an der Eliminierung der Juden aus dem Staatsdienst. Sie erließen die verschiedensten Verordnungen, die Juden ausgrenzten, benachteiligten, demütigten und dazu beitrugen, ihnen den Lebensfaden innerhalb der Reichsgrenzen zu verdünnen und schließlich ganz abzuschneiden.

Die Rolle der Minister Konstantin Freiherr von Neurath (Außen), Hjalmar Schacht (Wirtschaft), Paul Freiherr Eltz von Rübenach (Post und Verkehr, er schied am 2. Februar 1937 aus der Regierung) und Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (Finanzen) verdeutlicht, dass der „braune“ Antisemitismus keineswegs nur von Männern im Braunhemd getragen und praktiziert wurde. Und was für die Minister gilt, das trifft auch weithin „nach unten“ zu, wo die SA- und SS-Leute und weitere NSDAP-Aktivisten zwar die entschiedensten, aber keineswegs die einzigen oder gar von der übrigen Bevölkerung isolierten Judenfeinde waren.

Die deutschen Juden wurden binnen weniger Vorkriegsjahre von Stufe zu Stufe aus der staatsbürgerlichen Stellung gestoßen, die sie in einem langwierigen Prozess, dessen Wegbereiter vor allem die deutsche Arbeiterbewegung und einige demokratische und liberale Kräfte waren, erreicht hatten. Wer aber waren die Nutznießer dieser Entwicklung? In wessen Interesse lag sie? Davon ist in den meisten Darstellungen der Geschichte der Judenverfolgung meist nur nebenher die Rede, während die Schilderung von Einzelheiten der Verfolgungen dominiert. Das mag und soll Abscheu erzeugen, doch kann die Kenntnis von Tausenden von Details mitunter die Frage nach dem Warum, die das Zentrum allen historischen Forschens bildet, mehr verdrängen als schärfen.

Die Judenverfolgung befriedigte in den Jahren vor dem Beginn des Massenmordens vor allem zwei Gruppen von Interessen: sie diente der Befestigung der Herrschaft, und sie bediente direkt materielle Interessen. Beide Dimensionen der judenfeindlichen Politik gehören zusammen und verwoben und überlappten sich. Die Existenz des materiellen Gewinns, der aus der Verfolgung der Juden erwuchs, ist unbestritten. Doch wurde wenig getan, um die Art und Weise, wie er erzielt wurde, und welches Ausmaß er schließlich annahm, im Geschichtsbild zu rekonstruieren. Vereinfacht, in der Sache aber korrekt, ließe sich feststellen: je größer der Gewinn war, der auf Kosten der Juden erzielt wurde, umso weniger kann darüber heute in den Geschichtsbüchern nachgelesen werden. Das war übrigens nicht gleich nach dem 8. Mai 1945 so. Ermittlungsbehörden der amerikanischen Besatzungsmacht fertigten beispielsweise sehr sorgfältige Berichte über die „Arisierung“ gerade der lukrativsten Objekte des jüdischen Eigentums – von Banken und von Großbetrieben – an. Damals waren die Arme der einflussstärksten „Ariseure“ sehr kurz geworden, und sie besaßen nicht die Kraft, ihnen unangenehme Wahrheiten über ihre Rolle während der Jahre 1933 bis 1945 im Massenbewusstsein zu marginalisieren.

Erzielten auch die Mächtigsten der Wirtschaft die stärksten materiellen Vorteile der Jagd auf das jüdische Eigentum, so waren sie doch keineswegs die einzigen Nutznießer. Die 1933 einsetzende Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ bevorteilte den Detailhandel von den „arischen“ Warenhäusern bis zu dem kleinen Kaufmann, dessen Laden nur wenige Meter neben dem seines jüdischen Konkurrenten lag. Die parallelen Kampagnen, die sich gegen jüdische Ärzte in Privatpraxen, jüdische Rechtsanwälte und Notare u. a. richteten, verringerten deren Kundschaft und führte sie den „Armen“ zu. Die Gesetze des Jahres 1933, die jüdischen Staatsbeamten und Staatsangestellten bis in die kleinste Kommune und das unbedeutendste städtische Provinztheater ihre Arbeitsplätze nahm, ließ „Arier“ deren Stellen einnehmen oder eröffnete manchen von ihnen auf der Stufenleiter der

Bürokratie Aufstiegschancen. Doch blieb dieser Prozess nicht auf den staatlichen Bereich beschränkt. In der privaten Wirtschaft beeilten sich die Vorstände von Banken und Industrie-Werken, Juden aus leitenden Stellungen zu entfernen, und das umso rascher, je stärker sie auf Staatsaufträge oder ganz allgemein auf staatliche Förderung angewiesen waren.

Wer an den Aktionen gegen Juden teilnahm oder aus ihnen – aktiv oder passiv – Gewinn zog, verband sich dem Regime in den meisten aller Fälle enger. Jedenfalls konnte er nicht wünschen, dass es beseitigt würde und damit womöglich die Vertriebenen die Wiedereinsetzung in ihre Rechte forderten.

Zu den materiellen Vorteilen der Judenverfolgung zählte früh auch die Tatsache, dass durch die Flucht aus Deutschland Wohnungen frei wurden. Anfangs waren das zu einem erheblichen Teil die sogenannten „herrschaftlichen“, denn die jüdischen Wissenschaftler und Künstler, die in das Ausland gehen mussten, weil ihnen innerhalb der Reichsgrenzen jegliche Möglichkeit der Betätigung entzogen war, räumten ihren Wohnraum als erste. In ihm etablierten sich nicht wenige der mit den Machthabern aufgestiegenen Neureichen. Später, als sich nach dem Pogrom des November 1938 eine allgemeine Fluchtwelle erhob und mehr noch während des Krieges – der Generalkurs der Vertreibung war durch den der Vernichtung ersetzt worden –, wurden Behausungen frei, die kleinbürgerlichen und proletarischen Ansprüchen genügten und insbesondere in den Großstädten Betroffenen des Luftkrieges zugewiesen wurden.

Kurzum: der Kreis der „arischen“ Nutznießer der judenfeindlichen Politik des Regimes war groß; er ließe sich annähernd errechnen, und es kann wohl nicht als Zufall angesehen werden, dass Wirtschaftshistoriker sich bisher nicht die Aufgabe gestellt haben, eine derartige Gesamtrechnung anzustellen. Weniger greifbar zutage liegen die Gewinne, welche die Judenverfolgung für die Befestigung der faschistischen Herrschaft eintrugen. Sie waren politischer und – meist zugleich – ideologischer Natur. In den ersten Wochen der Etablierung des Regimes, als die mit antikapitalistischen Phrasen überfütterte Gefolgschaft der NSDAP grundstürzende soziale Veränderungen erwartete, diente der Angriff gegen die Juden als Ersatz für die ausbleibenden allgemeinen Maßnahmen, die namentlich der krisengeschüttelte „arische“ Mittelstand von den neuen Machthabern erhofft hatte. Der Boykott-Tag wurde fälschlich als Auftakt für einen Generalangriff auf das jüdische kapitalistische und kleinbürgerliche Eigentum verstanden, den die Regierenden jedoch aufschoben, weil sie damals noch Schäden für die Gesamtwirtschaft vermeiden mussten.

In diesen ersten Wochen und Monaten ihrer Herrschaft fürchtete die Politikergruppe um Hitler durchaus noch, dass eine sich unvermeidlich ausbreitende Enttäuschung in den Reihen ihrer Gefolgschaft eine Regimekrise hervorrufen könnte. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1934, nach der Niederschlagung der vielgestaltigen inneren Opposition im Zeichen den vorgeblichen Röhm-Revolte, war diese Sorge behoben. Zwar drängten die in der NSDAP organisierten antijüdisch aufgeputschten Kleinbürger permanent auf raschere Maßnahmen gegen die Juden im wirtschaftlichen Bereich, doch konnte Hitler jetzt gegenüber solchen Forderungen rundheraus und drohend erklären, er wisse selbst am besten, wann er den „Feind“ endgültig vernichten könne.

Den wichtigsten, schwer zu bemessenden Nutzen gewannen die Machthaber aber aus der antijüdischen Propaganda und Politik dadurch, dass sie als ein Disziplinierungsmittel auf die „arischen“ Deutschen einwirkten. Sie wurden unter den Zwang gesetzt, sich dem antisemitischen Kurs anzupassen und einzuordnen. Sie wurden in wachsender Zahl aufgefordert, ihre „Arier-Nachweise“ zu erbringen. Sie hatten zu befürchten, als „weiße Juden“ oder als „Judenfreunde“ diffamiert zu werden, wenn sie „nationalsozialistische“ Prinzipien missachteten, indem sie etwa ihre privaten oder geschäftlichen Verbindungen mit Juden aufrechthielten. Es wurde ihnen dann vorgeworfen, nicht „deutsch“ zu denken und zu handeln. „Undeutsch“ aber wurde gemeinhin mit „jüdisch“ gleichgesetzt.

Die Hetze gegen die Juden und denen Verfolgung wirkte mithin weit über den Bezirk hinaus, den sie unmittelbar betraf. Die tagtägliche Herabsetzung der Juden in Wort und Schrift den deutschen Faschisten bildete die komplementäre Seite der „Volksaufklärung“ über die „arische“ Herrennasse,

als denen Kern niemand anders angesehen wurde als die (nicht-jüdischen) Deutschen. Geistig wie praktisch bildete der Antisemitismus für sie mithin eine Vorschule, in der sie –meist noch ohne es zu wissen, denn lange glaubten viele von ihnen an die Friedfertigkeit des „Nationalsozialismus“ – auf ihre Rolle im Krieg als Eroberer fremder Länder und deren Besatzer vorbereitet wurden. Auch diejenigen, die sich dieser Zurichtung zum Antihumanismus widersetzten, wurden doch dahin gebracht, Ungerechtigkeit und Untat hinzunehmen – bis 1939 noch als Zivilist, nach dem 1. September dieses Jahres in zunehmender Anzahl als Soldat in der faschistischen Wehrmacht in den okkupierten Staaten und Gebieten.

II.

Mit dem Beginn des Krieges setzte ein Prozess der Wandlung der judenfeindlichen Strategie des Regimes ein, der in den Wochen von dem Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, also im späten Frühjahr 1941, zu einem Abschluss kam. Während dieser etwa eineinhalb Jahre vollzog sich den Übergang von der Politik der Vertreibung zu jener Politik, die der verhüllenden Bezeichnung „Endlösung den Judenfrage“ ihren definitiven Inhalt gab. Der Begriff war im faschistischen Sprachgebrauch seit 1933 bereits anzutreffen, bezeichnete aber zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Ziele. Seit der Jahresmitte 1941 besagte er, dass die deutschen Judenhasser sich das Ziel setzten, die europäische Judenheit ohne Rest zu ermorden. Sie verfolgten es vom Tage des Kriegsbeginns gegen die UdSSR an. Das erste Judenmassaker verübten sie wenige Kilometer hinter der Grenze auf litauischem Boden bei dem kleinen Ort Garsden. Daran schloss sich eine Kette von Verbrechen, die bis in die letzten Tage und Stunden des Regimes reichte, denn auch als die Vernichtungslager in Auschwitz wegen des Herannahens der Roten Armee gesprengt worden waren, wurden doch Juden fortgesetzt umgebracht, auf den „Evakuierungs“-Märschen, bei Zwangsarbeiten, in den Lagern.

Wieder und wieder wird gefragt, ob in diesen mörderischen Exzessen noch irgendeine Methode erkennbar ist, ob sie überhaupt Politik noch genannt werden können oder ob sich in ihnen nicht einzig der pure Rassenwahn austobte, der nichts anderes mehr im Sinn hatte als die Millionen toter Juden. Diese Frage betrifft – wie eingangs angedeutet – den Punkt der Punkte: das Bild von den Bewegungsgesetzen und den Endzielen des deutschen faschistischen Regimes. Es ist nach allen Forschungen nicht zu bezweifeln, dass alle seine immensen Anstrengungen auf die Errichtung der deutschen Vorherrschaft in Europa zielten und dass als Basis dieser Machtstellung ein unmittelbar an das „germanische“ Kernland Deutschland oder, wie die Faschisten es nannten, Großdeutschland angrenzendes riesiges Kolonialgebiet galt, dessen Grenzen etwa 200 bis 300 Kilometer jenseits des Ural verlaufen sollten. Die Tatsache, dass diesen Plan anachronistisch war und unten den Schlägen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition in Trümmer ging wie das ganze Reich, besagt nichts gegen seine reale Existenz und dagegen, dass er über Jahre den Entscheidungen und Handlungen der Regierenden zugrunde lag und den – freiwilligen oder unfreiwilligen – Lebensinhalt von Millionen Deutschen ausmachte. Dieser Plan war imperialistisch, woran auch nichts änderte, dass er gegenüber seinen im Ersten Weltkrieg entworfenen Vorgängern faschistisch umgeprägt worden war, was sich teils in einer anderen Rang- und Reihenfolge den Eroberungen – z. B. Minderbewertung des überseeischen Kolonialbesitzes – ausdrückte, teils und mehr noch in weitenentwickelten barbarischen Vorstellungen von der Gestaltung der Herrschaft über andere Völker niederschlug.

Zu den faschistischen Grundbestimmungen des geplanten und für eine kurze, aber folgenschwere Zeitspanne verwirklichten „Europa unterm Hakenkreuz“ gehörte, dass es in ihm zwei Menschengruppen nicht mehr geben sollte: die Juden und die „Zigeuner“ (Sinti und Roma). Mit deren systematischer Ausrottung wurde 1941 begonnen. Anderen Menschengruppen, von allem slawischen und anderen Bewohnern Osteuropas, wurden die Lebensrechte nicht anders als diesen beiden von den Eroberern ebenso abgesprochen, aber sie galten ihnen partiell als beherrschbar, brauchbar und für ihre Zwecke als unentbehrlich. Die Bewohner Russlands sollten zu „Zigmillionen“ umkommen, die Einwohnerschaft ganzer Großstädte wie Leningrad und Moskau zugrunde gehen. Sie alle rangierten im Zukunftsbild den Herrenmenschen als unnütze Essen, deren Konsum der Ausplünderung der Ländereien hinderlich sein würde. Irgendwo, abgedrängt von den Gebieten, auf die sich das Kolonisierungsinteresse richtete, sollten sie Hungers sterben, und es gehört wenig Phantasie dazu,

sich vorzustellen, wie die deutschen Rassisten verfahren wären, wenn die Gaskammern von Auschwitz die „Endlösung den Judenfrage“ bewältigt haben würden. Wie viele Tschechen, deren Umsiedlung in den hohen Norden Russlands vorgesehen war, würden diese unwirtlichen Gebiete überhaupt erreicht haben? Den Massenmord an den Juden, dem eine von der Forschung inzwischen gesicherte Zahl von Menschen, die zwischen 5,29 Millionen und über 6 Millionen liegt, zum Opfer fiel, ordnete sich mit dem Fortschreiten des Krieges in eine imperialistische Zielprojektion ein. Diese Feststellung wind nicht selten dahin missverstanden oder missgedeutet, sie würde die Untat an der europäischen Judenheit den anderen Verbrechen des Regimes gleichstellen und ihr die Besonderheit nehmen, durch die sie zweifelsfrei charakterisiert ist. Die derzeit vorherrschende Tendenz zerreißt vielmehr, was in der imperialistischen, rassistisch geprägten und auch ideologisch umgeprägten Programmatik der Machthaber zusammengehörte. Die Ermordung der Judenheit ohne Rest war ein erklärtes, aber nicht ein von ihren Gesamtplänen abgetrenntes Ziel. Und dass seine Verfolgung, wie behauptet worden ist, gar den verfehlten Kriegssieg ersetzen sollte und wider alle militärischen Notwendigkeiten durchgesetzt wurde, gehört in das Reich den Legenden.

Antisemitismus. Geschichte, Interessenstruktur, Aktualität. Hrsg. Gudrun Hentges, Guy Kempfert, Reinhard Kühnl. Reihe Distel Hefte. Beiträge zur politischen Bildung. Band 26, Hrsg. v. Uli Dieterich und Marion von Hagen. Distel Verlag Heilbronn 1995, S. 115-123.

Was sonst sollten sie tun?

Über die Dokumentenedition „Der ‚gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald"

Lesen zwei Personen das gleiche Buch: Sie werden es am Ende meist mit unterschiedlichen Eindrücken beiseitelegen. Um wieviel mehr gilt das für eine Quellen-Publikation von der Art, wie sie jüngst herausgegeben wurde. Wer als Häftling das KZ Buchenwald überlebte und sich verpflichtet fühlt, vom Leiden, Kämpfen und Sterben seiner Kameraden zu berichten, liest die Dokumente anders als ein einstiges Mitglied der SED, das sich fragen mag, wie wenig es von dieser Partei und Auseinandersetzungen an deren Spitze wusste.

Das letzte weist auf den Gewinn hin, den die Kenntnis der publizierten Dokumente allen eintragen kann, die sich als Linke kritisch mit einer Vergangenheit auseinandersetzen, die – in Kürzeln – DDR und SED heißt. Was aus dem Archiv des ZK der SED gehoben ist, kann hier hilfreich sein. Nun war dies wohl nicht die Absicht des Jenaer Professors Lutz Niethammer und seiner Mitherausgeber, dennoch scheinen mir Wert und Wirkungsaussicht der Edition gerade darin zu liegen. Vorausgesetzt, es wird gegen diese Art Nutzung nicht eine Barriere aus Stimmungen errichtet, die sich problemlos bauen kann, wer das janusköpfige Unternehmen nur zur Hälfte wahrnimmt und sich dabei auf jene kapriziert, welche die Geschichte des KZ betrifft.

Menschen an der Grenze

Diese Möglichkeit ist freilich nicht geringzuschätzen, zumal die Herausgeber – die keine Spezialisten der Geschichte der SED und der DDR sind – die Leser gerade auf diesen Bezug lenken. Einleitend erklären sie ihre Absicht, die über eine „Geheimakte Buchenwald" entstandene Diskussion auf „sachliche Grundlage zu stellen", denn von ihr sei sie durch die Boulevard-Presse weggeführt worden, welche „die schlechtest mögliche Variante" für den Umgang mit dem Thema gewählt habe. Das Anliegen der Herausgeber ist begrüßenswert. Doch will nicht einleuchten, warum eine „beschleunigte" Arbeit – deren Folgen zu erwähnen sein werden – so dringend war. Glaubt man ernsthaft, BILD-Machern (und -Gläubigen) sachlichen Umgang mit Dokumenten beizubringen, die sich so bequem gegen Kommunisten wenden lassen?

Schwerlich ist ein Gegenstand denkbar, der an Forschung und Darstellungskraft höhere Ansprüche stellt, als sie die Geschichte eines jener Lager verlangt, die den deutschen Faschisten zur Befestigung ihrer Macht dienten. Wer über die Gefangenen des KZ Buchenwald schreibt, hat von Menschen in außerordentlichster Situation, vom Dasein an der Grenze zwischen Leben und Tod zu schreiben. Er hat mitzudenken, dass der Name Buchenwald austauschbar ist. Für Buchenwald können andere Orte in Deutschland stehen, auch Theresienstadt oder die Ghettos in deutsch besetzten Gebieten.

Überall stand den mordenden Machthabern nicht eine undifferenzierte Masse von Gefangenen gegenüber. Überall forderten sie zur Erleichterung ihrer „Arbeit" die Mitwirkung von Lagerinsassen, die an einer Stelle Häftlings-„Selbstverwaltung", an anderer „Judenrat" genannt wurde – die eine Bezeichnung so beirrend wie die andere. In ihnen wirkten Häftlinge von unterschiedlichster Herkunft, verschiedenartiger Lebenswege und mit konträren Überzeugungen. Wer in solcher „Verwaltung" oder solchem „Rat" eine Funktion einnahm, lebte weiter an der Grenze zwischen Leben und Tod, er konnte ihr ein wenig ferner, ihr aber auch näher gerückt sein. Über die Bewertung dieser von den SS-Machthabern geschaffenen Einrichtungen mussten unter jenen, die das Martyrium überlebten, unvermeidlich Meinungsverschiedenheiten herrschen. Zehntausende Häftlinge hatten mit den Häftlings- oder Ghetto-Funktionären nicht die gleichen Erfahrungen gemacht.

Mehr noch als die Einrichtung als Ganze erscheint das Wirken ihrer einzelnen Angehörigen in unterschiedlichem Lichte. Die einen hatten sich zu Bütteln der SS-Herren gemacht. Andere waren in unvorhersehbare Zwangslagen geraten, in denen sie sich rasch und unwiderrufbar entscheiden mussten. Dritte wurden (vor allem nach der Befreiung) gefragt und fragten sich, ob sie alle Möglichkeiten erkannt und genutzt hatten, die ihnen ihre Stellung bot oder ließ, um Mitgefangenen zu

helfen. Dabei galt stets, dass, wer immer half, auszuwählen gezwungen war. Denn es war niemandem gegeben, allen gleichermaßen ihr Los zu erleichtern.

Fragwürdige Begriffe

Wer Sachkenntnis über die Geschichte des KZ Buchenwald verbreiten will, hätte diese Dimension bezeichnen können, anstatt sich sogleich der „Zwischenstellung der deutschen Kommunisten in der Verwaltung des KZ Buchenwald“ zuzuwenden. Die Formulierung unterstellt die Existenz einer Verwaltung, in der die SS die erste, die Kommunisten die zweite Rangstellung eingenommen hätten. Sie stellt derart beide auf die eine, die Häftlingsmasse auf die andere Seite des Lagers. Das ist vom Ansatz der Boulevard-Presse nicht eben weit entfernt.

Zudem wird diese Zuordnung in die Nähe der Aussagen zweier Zeitzeugen gerückt, die dafür nicht in Anspruch genommen werden können. Eugen Kogon, der eine, betonte die Schutzfunktion, die diese „Selbstverwaltung“ auszuüben vermochte. Jorge Semprun, der andere, charakterisierte die Posten, welche Kommunisten einzunehmen verstanden, als „illegale Gegenmacht“, die unablässig erweitert werden konnte und internationalen Charakter gewann. Die Herausgeber der Dokumentation haben aus Gründen, die sie nicht angeben, sich dieser Begrifflichkeit verweigert. Sie unternahmen stattdessen einen sprachlichen Rückgriff auf den ausdrücklich als „vorläufig“ bezeichneten Bericht, den zwei Mitarbeiter der Abt. für Psychologische Kriegsführung der 12. US. Armeegruppe am 24. April 1945 anfertigten. Darin findet sich u. a. der bezeichnende Satz: „Nicht alle kommunistischen Führer sind schlecht“. In dem Bericht wird von der „Herrschaft der Kommunisten“ gesprochen und behauptet, dass die Kapos der Arbeitsstatistik „die Macht“ hatten, „über Leben und Tod aller anderen zu entscheiden“. In dieser Tradition benutzen die Autoren Wendungen wie „Vorherrschaft der KPD im Lager“ oder sprechen von „Institutionen der Kapo-Macht“.

Die Übereinstimmung von Aussage und Sachverhalt ist aber auch da verfehlt, wo schwerwiegende Behauptungen durch besondere Sorgfalt der Recherche gestützt werden oder aber, wo sie nicht zu eindeutigem Ergebnis führen konnte, zurückhaltende Formulierungen stehen müßten. Von Fritz Wolf, eine Zeitlang Lagerältester, heißt es, die Kommunisten hätten ihn der SS denunziert, worauf er in ein Außenkommando verschickt wurde, „wo er bald umkam“ Wenige Seiten später wird über ihn festgestellt, er „soll nach Peenemünde geschickt und dort umgekommen sein“ An dritter Stelle ist formuliert, er wurde „1943 von der SS als Funktionskraft auf Transport nach Peenemünde geschickt, wo er bei einem Bombenangriff ums Leben kam“ Solches ist kein Einzelfall.

Kogon und Semprun benannten die Schwere der Entscheidungen, die von Funktionshäftlingen zu treffen waren. Sie nahm mit der Dauer der Existenz des Lagers noch zu, insbesondere seit der Errichtung der Außenkommandos und der Anwendung der Methode „Vernichtung durch Arbeit“. Vor allem Lagerinsassen in der „Arbeitsstatistik“ sahen sich mit jenen Mitgefangenen, auf deren Rat sie sich stützten, vor Forderungen der SS gestellt, die nur mit denen vergleichbar sind, die in Ghettos an Judenräte gerichtet wurden. Kogon verwies auf das Außerordentliche der Situation, in der „die Bewusstseinsinhalte sich wandelten, die sittlichen Wertmaßstäbe bis zum Zerbrechen sich bogen, Orgien begangen und Messen gefeiert, Treue gehalten, Liebe erwiesen und Hass gegeifert, kurzum die tragoedia humana in absonderlichster Weise exemplifiziert wurde.“ Und Semprun über den Druck, unter denen jene handelten, denen von der SS die Häftlingsliste für einen Transport zu einer Arbeitsstätte abverlangt wurde, in der die Überlebenschancen geringer waren als im „Stammlager“ auf dem Ettersberg: „Gott würde sich sicherlich weigern, die dreitausend Deportierten für (das KZ) Dora auszuwählen.“

Auch Walter Bartel, 1953 – Stalin war schon tot – von einer Gruppe der Zentralen Kontroll- Kommission seiner Partei, der SED, über die eigene Rolle und die seiner Leidensgenossen in Buchenwald inquisitorisch befragt, hat von der Unvermeidlichkeit des Dilemmas gesprochen, dem sich Funktionshäftlinge gegenübersahen, die solche Listen zusammenzustellen hatten. Die einzig denkbare Alternative zum Boykott solcher Funktionen durch die „Roten“ wäre die Rückkehr einer Bande von „Grünen“ auf diese Posten. Die Herausgeber: Bartel wären „unter dem Druck der spätstalinistischen Verhöre ... einprägsame strukturelle Einsichten“ gelungen.

Wie „weit“ die Übernahme von Funktionen die „Politischen“ von der Grenze zwischen Leben und Tod wegbrächte, zeigt das Schicksal des Kapos des Häftlingskrankenbaus Walter Krämer und dessen Vertreter Karl Peix, die auf ein Außenkommando nach Goslar geschickt und dort 1941 durch die SS ermordet wurden. Und noch am 4. April 1945 wurden im KZ Dora der I. und II. Lagerälteste, die Kommunisten Georg Thomas und Ludwig Szymczak, erschossen.

Dieses Ende ist zwei anderen Kommunisten erspart geblieben, die über Jahre im System der „illegalen Gegenmacht“ an vorderster Stelle standen: dem Lagerältesten Erich Reschke und dem Kapo im Krankenbau, Ernst Busse. Die Rolle der Beiden und ihr späteres Schicksal nehmen in der Dokumentation einen zentralen Platz ein. An der Auseinandersetzung um ihre Tätigkeit im Lager wird krass deutlich, wie sich das Interesse weniger anderer Häftlinge, mit den beiden „alte Rechnungen“ zu begleichen, nach 1945 mit der Initiative sowjetischer Machtorgane verknüpfte. Diese begannen aus unaufgeklärten Gründen die Verfolgung der beiden Kommunisten, die zunächst in den sich bildenden antifaschistischen Machtorganen der SBZ maßgebliche Stellungen einnahmen, der eine als Chef der Deutschen Zentralverwaltung des Innern, der andere als Innenminister in Thüringen, und folglich in besonderem Grade Arbeitskontakte mit Besatzungsbehörden zu halten hatten. Es muss bis heute fraglich erscheinen, ob diesen „Partnern“ die Anschuldigungen von Mitgefangenen gegen Reschke und Busse für sich Anlass zu repressivem Vorgehen waren oder ob ihnen solche Schuldzuweisungen aus gänzlich anderen Motiven gerade rechtkamen, sie gar auf Bestellung geliefert wurden.

Keine Frage gab es bisher aber darüber, dass die 1950 erfolgte Verhaftung, die Aburteilung zu lebenslänglicher Haft (1951) und die folgende Verbringung in ein sowjetisches Lager bei Workuta, aus dem Reschke zurückkehrte und in dem Bus starb, zu den Stalin‘schen Verfolgungen zu zählen sind. Doch den Herausgebern sind in diesem Punkte Zweifel gekommen. Sie haben an nicht genanntem Ort Zeugen ausgemacht, die ungenannt sein und bleiben wollen, jedoch nicht nur von jenen Vernehmungen genauestens Bericht erstatten, sondern auch Passagen damals gemachter Aufzeichnungen, darunter wörtliche Mitschriften der „Geständnisse“, vorlesen konnten. Der aufschlussreichste Hinweis über diese Sorte von Zeugen liegt in deren Behauptung, es habe sich beim Vorgehen gegen Reschke und Busse „nicht um einen der üblichen spätstalinistischen (im Jahre 1951 – K. P.) Terrorprozesse“ gehandelt, „sondern um eine sachkundige und sorgfältige Ermittlung“ Auf diese Zeugenschaft wollten Niethammer und Mitarbeiter „bei allem Vorbehalt ihrer Unüberprüfbarkeit“ nicht verzichten.

Die Aussagen der „Gewährsleute“ – einer ist als Major Majorow apostrophiert – belasten die beiden Kommunisten. Nahezu überflüssig anzumerken, dass diese „Quellen“ auch nicht ein geringes Anzeichen von Scham darüber zu Protokoll gaben, dass sie mitwirkten, zwei Menschen „lebenslänglich“ in ein Straflager des Gulags zu bringen (auf einer Zuschauertribüne können diese Kronzeugen während der Vernehmungen nicht gesessen haben). Und es gehört zu den Merkwürdigkeiten der Edition, dass diese Zeugenschaft den Eindruck verbreiten darf, Busse und Reschke seien während der Prozessvorbereitung korrekt behandelt worden ...

Quellen und Tümpel

Die neuen Quellen über die „roten Kapos“ sind kaum geeignet, das Bild von der Geschichte Buchenwalds über das in der Wissenschaft bisher Bekannte hinaus konturenschärfer zu machen. Einige Quellen erweisen sich als Tümpel. Das Deutungsangebot, das den Dokumenten voransteht (auf 167 Seiten), offeriert Revision. In der Tat: Der „neue Blick“ kann mit seinem erneut einseitigen Bild von der Rolle der KPD-Organisation und der politischen Funktionshäftlinge allen helfen, die den Antifaschismus der deutschen Linken deshalb demontieren möchten, weil er eine ihrer stärksten Legitimationen bildet. Daher ist das Lob, das den Herausgebern „von rechts“ zuteilwurde, nicht geheuchelt.

Sich darauf beziehend, hat ein Leser des Werkes gemeint, Niethammer und seine Mitarbeiter hätten sich zwischen alle Stühle gesetzt. Das haben sie sicher nicht gewollt. Schuldlos aber sind sie daran nicht.

Lutz Niethammer (Hrsg.): Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Akademie Verlag, Berlin 1994. 566 S., Abb., br., 58,00 DM.

Neues Deutschland, Dienstag, 21. März 1995, S. 12.

Die Kontinuität imperialer deutscher Politik

Annäherungen an die Geschichte des Holocaust

Selbst wer nur die deutschsprachige Geschichtsliteratur durchmustert, gelangt unschwer zu der Feststellung: Es vergeht keine Woche, in der nicht ein weiteres Buch über den Nazimord an den europäischen Juden auf den Markt gebracht wird. Die Neuerscheinungen gehören ganz unterschiedlichen Genres an.

Götz Aly, einer der produktivsten Forscher der „mittleren“ Generation, hat ein Thema aufgegriffen, das 1984 einen in Stuttgart tagenden internationalen Historiker-Kongress beschäftigte: „Die Entscheidungsgeschichte des Holocaust“ Der Autor datiert sie in die Zeit zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und den Jahresanfang 1942 und ist dem Einfluss eines Faktors nachgegangen, dem er für diesen Prozess eine besondere Bedeutung beimisst. Er hat sich auf den bisher zumeist vollständig ignorierten Zusammenhang von „Um- und Einsiedlung der Volksdeutschen“ und der Vertreibung, Ghettoisierung, Deportation und Ermordung der Juden konzentriert. Seine abschließende These, die Vorgeschichte des Massenmords sei ohne die Berücksichtigung dieser Korrelation nicht vollständig zu entschlüsseln, ist überzeugend entwickelt. Doch wie in der vieldiskutierten Arbeit, die Aly gemeinsam mit Susanne Heim über die „Vordenker der Vernichtung“ vorlegte, gehen auch in der neuen sowohl Blickerweiterung wie auch -verengung eine merkwürdige Verbindung ein. Die Vernichtungsabsicht, die sich auf *alle* europäischen Juden richtete, kann nicht generalisierend zum Vorsatz der „Germanisierung des Bodens“ in Beziehung gesetzt werden. Diskussionswürdig erscheint auch die hier gegebene Bewertung der Rolle des „Führers“ und – wohl mehr noch – die Ansicht, die in einem „totalen Biologismus“ und seiner Verwirklichung die zentrale Zielidee des deutschen Faschismus erblickt. Damit wird der Faschismus deutscher Prägung aus den Kontinuitäten deutscher imperialer Politik genommen, die nur nebenher und ohne jede nähere Bestimmung erwähnt werden.

Einem ganz anderen Literaturtyp gehört die neueste Arbeit Hermann Langbeins an, ohne dessen Wirken die Historiographie über das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz kaum gedacht werden kann. Der Österreicher, der in den Internationalen Brigaden am spanischen Bürgerkrieg teilnahm, in Frankreich interniert und dann den Deutschen ausgeliefert worden war, zuerst in Dachau, dann von 1942 bis 1944 in Auschwitz gefangen gehalten und 1945 in einem Außenlager des KZ-Neuengamme befreit wurde, beschäftigt sich seit nahezu vier Jahrzehnten mit der Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers. Er hat zahlreiche (in der umfänglichen Bibliographie ausgewiesen) gedruckte und archivierte, schriftliche und mündliche Erinnerungsberichte ausgewertet und deren Inhalt unter systematischen Fragestellungen („Die Gefangenen“, „Die Bewacher“ und deren Befinden und Rolle nach der Befreiung) verdichtet.

Wie schon in früheren Publikationen äußert sich Langbein erneut zu spezifischen Problemen in der Quellenkritik. Jeder Häftling habe eine sehr persönlich gefärbte Erinnerung, „jeder hat ‚sein‘ Auschwitz erlebt“ Von sich berichtet er in diesem Zusammenhang, dass er als Schreiber des SS-Standortarztes nicht vom täglichen Kampf um das Elementarste erdrückt worden sei, zur „Oberschicht der Lagerprominenz“ und zur „Leitung der internationalen Widerstandsbewegung“ gehörte. Da er gegenüber der SS aber nie wie jeder Kapo oder Blockälteste „Verantwortung für Mithäftlinge zu tragen“ hatte, hält er sich für befähigt, die mit der Position eines „Häftlingsfunktionärs“ verbundenen Probleme „ohne persönliches Engagement“ zu analysieren. Das tut er mit Bedacht und klaren Unterscheidungen.

Sein über Auschwitz hinausgreifendes Fazit lautet: „Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich von der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten; aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? Wie hätte man die Schläger und Betrüger aus Schlüsselstellungen entfernen können? Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle, deren Moral nicht gebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?“ Fragen, die sich wie ein Kommentar zur neu-

entbrannten Debatte über die Häftlingsfunktionäre in Buchenwald lesen und deutlich machen, dass allein die Begrenzung der Problemstellung auf das Lager am Ettersberg ein Irrtum ist.

Neues Deutschland, 23. bis 26. März 1995, S. 10.

Völkermord unter Anklage

„Kinder in Auschwitz. Das war der dunkelste Punkt im Meer der Leiden, der Verbrechen, des Todes“, schreibt Alwin Meyer, Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. In Viehwaggons gepfercht, nach oft tagelanger Fahrt auf der Rampe von Auschwitz angekommen, wurden sie zumeist mit ihren Müttern sofort in die Gaskammern getrieben. Sie begriffen nicht, was ihnen geschah. „Sonderbehandlung“ hieß dies im Jargon der SS. Nur wenige Kinder haben die Hölle von Auschwitz überlebt. Und die, die überlebten, leiden noch heute an dem Erlittenen. Alwin Meyer, auch Mitautor einer filmischen Dokumentation zu diesem Thema, erzählt die Geschichte von dreizehn Auschwitz-Kindern, Ein erschütterndes, mahnendes Buch.

Erst 1961 gelang es, einen der maßgeblichen Holocaust-Mörder vor die Schranken des Gerichts zu bringen. Harry Mulisch, niederländischem Schriftsteller, reiste aus eigenem Antrieb als Beobachter zum Prozess gegen Adolf Eichmann nach Jerusalem. Seine Reportage gibt eine subjektive Sicht auf den Angeklagten und das System, in dem er wirkte. Die Irrtümer im Faktischen sind zahlreich. Mulisch schrieb schon vor nahezu dreieinhalb Jahrzehnten an den damaligen Erkenntnissen von Historikern vorbei. Nun zu behaupten – das tut der Verlag –, der Verfasser vermochte Rassenwahn und Massenmord schlüssig zu deuten, grenzt an Hochstapelei.

Um die Ahndung nazistischer Verbrechen geht es auch dem Berliner Professor für Strafrecht Gerhard Werle und seinem Mitarbeiter Thomas Wandres. Sie analysieren den Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965. Voran stellen sie einen kritischen Überblick über die ihm vorausgegangene Strafverfolgung (und Nicht-Verfolgung) von NS-Verbrechen in der BRD seit 1958. Die Hälfte des Bandes dokumentiert den Prozess anhand des archivierten schriftlichen und Tonband-Materials. Erklärtermaßen blieb die Erörterung des geschichtlichen Prozesses, der Auschwitz hervorbrachte, ausgespart. Das Buch ist auch ein wertvoller Beitrag zur Auseinandersetzung mit Auschwitz-Leugnern.

Ganz anderen Niveaus und anderer Colour ist der Band des Essener Geschichtsprofessors Dan Diner, der das Institut für Deutsche Geschichte in Tel Aviv leitet. Das Büchlein vereint einen Originalbeitrag mit sechs Zeitschriften-Aufsätzen „fragmentarischen Charakters“, die aus den „Notwendigkeiten des Tages“ erwachsen seien. Sie erschienen in den Jahren 1990 bis 1994. Und da findet sich eben auch solch eine (die Agitationsabteilung des ZK der SED wahrlich hochbenotende) These, es sei der DDR gelungen, über sich eine „antifaschistische Illusion“ zu verbreiten. Diner bietet platte Sichten.

Wesentlich interessanter, vor allem substantieller, sind da die Berichte von 30 jüdischen Frauen über ihr Leben in Deutschland „nach der Shoa“. Sie reflektieren ihr Verhältnis zum Judentum, ihre Eindrücke aus ihren Elternhäusern, Einflüsse und Erfahrungen, denen sie in der deutschen Gesellschaft, zumeist der in der (Alt-)Bundesrepublik, ausgesetzt waren oder sind. Vieles stammt aus eigener Feder, anderes wurde zu Protokoll genommen. Geboren wurden die Autorinnen in Istanbul, New York, Tel Aviv, Budapest, Vilnius, Wien, Toulouse, Harare, Messina, Teheran, Bagdad, Moskau, Johannesburg, wenige (wie Esther Bejarano) in Deutschland. Sie sind als Schriftstellerin, Psychologin, Journalistin, Pädagogin, Sozialarbeiterin und in anderen sog. geistigen Berufen tätig. Deutsche, die zumeist nicht viel über Minderheiten in ihrer Mitte wissen, sollten dieses Buch lesen.

Alwin Meyer: Die Kinder von Auschwitz. Lamuv Verlag, Göttingen 1995. 240. S., br. 29,80 DM.
Harry Mulisch: Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1995, 236 S., br. 19,80 DM.
Gerhard Werle/Thomas Wandres: Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils. Verlag CM. Deck, München 1995. 241 S., br., 19,80 DM.
Dan Diner: Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis, Berlin Verlag, Berlin 1995. 143 S. br., 20,00 DM.
Jessica Jacoby/Claudia Schoppmann Wenda Zena-Henry (Hrsg.): Nach der Shoa geboren. Jüdische Frauen in Deutschland, Verlag Elefanten Press, Berlin 1994 239 S., 29,90 DM.

Neues Deutschland, 23. bis 26. März 1995, S. 10. Maximilian Reich, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Zweierlei Freiheiten

Die Phantasie des Historikers und des Filmemachers beim Umgang mit dem „Holocaust“

I.

Es existiert kein zweites Feld in der Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges, das von der internationalen Historiographie so intensiv erforscht worden wäre wie der Massenmord an den europäischen Juden. Allerdings haben die Geschichtsforscher das Thema vergleichsweise erst spät angenommen. Gerald Reitlinger war mit seiner profunden Arbeit *The Final Solution – The Attempt to Exterminate the Jews in Europe 1939-1945*, die 1953 in London erschien, ein einsamer Vorreiter.[1]

Selbst in dem Staat, in dem die größte Gruppe von Bürgern jüdischer Religion bzw. Herkunft lebt, in den USA, machte sich über Jahrzehnte kein gesellschaftliches Interesse geltend, die Erforschung des „Holocaust“ besonders zu fördern oder sie als einen Schwerpunkt wissenschaftlicher Anstrengungen zu favorisieren. Der Mann, der durch seine Forscherarbeit über Jahre und Jahrzehnte und – ohne Übertreibung lässt sich sagen – bis auf den heutigen Tag das Niveau der Forschung bestimmte, war Raul Hilberg. Er wurde 1926 in Wien geboren und konnte mit seinen Eitern rechtzeitig über Frankreich und Kuba in die USA gelangen. Nachdem er in der amerikanischen Armee gedient hatte, gegen Kriegsende auch nach Europa kam, begann er in New York Politik und Staatswissenschaften zu studieren. Schon während seines Studiums wählte er die Geschichte des Massenmords an den Juden als sein Forschungsthema. Das blieb es bis auf den heutigen Tag.

Hilbergs Hauptwerk *The Destruction of the European Jews* kam 1961 gleichzeitig in Chicago, in einem kleinen Verlag, und in London heraus. Es dauerte zwanzig Jahre bis es wiederum ein sehr kleiner Verlag, der später Bankrott ging, in Berlin-West in deutscher Übersetzung herausbrachte.[2] Diese Verspätung hob sich merkwürdig von der im kapitalistischen Deutschland inzwischen geübten Praxis ab, namentlich englisch- und amerikanisch-sprachige Bücher zu gesellschaftswissenschaftlichen Themen rasch in deutscher Übersetzung auf den Markt zu bringen.

Kürzlich erschienen in deutscher Ausgabe Hilbergs Memoiren unter dem Titel *Unerbetene Erinnerungen*.[3] Erzählt wird mit äußerster Sachlichkeit und unter Verzicht auf jede Klage, dass und mit welchen faulen Argumenten sich in den fünfziger Jahren in den USA Druckereien von Universitäten weigerten, das Resultat von Hilbergs Forschungen zu publizieren. Auch ein Versuch, die obendrein preisgekrönte Arbeit in Zusammenarbeit von amerikanischen und israelischen wissenschaftlichen Institutionen herauszubringen, scheiterte. Hilberg benennt die Gründe und Faktoren, die diese Blockaden verursachten. In den USA war das Interesse an dem Thema so unausgebildet, dass Hilbergs Lehrer und Mentor ihm schon am Beginn seiner Forschungen glaubte voraussagen zu müssen, dass er mit seiner Wahl sich jede wissenschaftliche Laufbahn verbauen würde.

Die Drucklegung kam über Jahre aber deshalb nicht zustande, weil die Resultate der Forschungen mehreren Gutachtern nicht behagten. Das betraf insbesondere die Darstellung der Haltung von Juden und jüdischen Organisationen in den Jahren der Verfolgung und der Ausrottung. In den sechziger Jahren waren es ausschließlich politische Befürchtungen, die renommierte deutsche Verlage davon abhielten, sich des Werkes anzunehmen. Heute mag die Erinnerung an diese Tatsachen aus den Anfängen der „Holocaust“-Forschung wie eine Meldung aus grauer Vorzeit erscheinen. Das Einwirken politischer und ideologischer Interessen auf diesen Zweig der geschichtswissenschaftlichen Arbeit hat sich abgeschwächt.

---

1 Die deutsche Übersetzung erschien in der Bundesrepublik bezeichnender Weise mit einem veränderten Untertitel: „Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945“. Sie charakterisierte die dominierende Tendenz, die Verbrechen des Faschismus auf Hitlers Urheberschaft und Alleinverantwortung zu verkürzen. Diese ist bis heute nicht überwunden.

2 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982.

3 Raul Hilberg, Unerbetene Erinnerungen, Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt a. M. 1994.

Eine Gruppe von Forschern, die ihre wichtigsten institutionellen Basen in den USA, in Großbritannien, Israel, Frankreich und in der Bundesrepublik und auch hier in Österreich besitzt, hat das eingangserwähnte Resultat hervorgebracht, ohne dass irgendjemand der Meinung wäre, die Arbeiten seien zu einem auch nur vorläufigen Abschluss gelangt. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit sind verkürzt in Nachschlagwerken leicht (und neuerdings auch billig in Paperback-Ausgaben) zugänglich.

In der Bundesrepublik zeigt das Hervortreten von Spezialisten einer jüngeren Generation in der „Holocaust"-Forschung nicht nur an, dass das Begonnene und Weitgetriebene fortgesetzt wird. Es lässt sich auch deutlich erkennen, dass gleichsam die Scheinwerfer an neuen Plätzen aufgestellt werden. Die Ausleuchtung des Feldes hat sich damit verändert, sie ist tiefenschärfer und vor allem breiter geworden. Wer das Thema „Holocaust" auf Hitler eingrenzt, diese Sichtweise hat freilich noch immer ihre Vertreter, wirkt in der Gruppe der Spezialisten eher als ein Exot. Mehr noch: es lassen sich Tatsachen anführen, die davon zeugen, dass in der Frontstellung gegen diese Art von monokausaler personalistischer Geschichtsauffassung der Antisemit Hitler und seine Rolle eher zu weit aus dem Blickfeld geraten sind. Doch dürfte die Korrektur dieser „Abweichung" leichter zu bewirken sein als die Überwindung der apologetischen Darstellung von Hitler als dem Alleintäter.

Die Erforschung des Massenmords an den europäischen Juden hat in vielen europäischen Staaten zu einer bis in die Regional- und Lokalgeschichte reichenden Rekonstruktion der Verfolgungen von ihren Anfängen bis zur Deportation der Opfer geführt. Ungleich weniger genau wurden die Geschichte der Vernichtungsstätten und -lager von der Geschichtswissenschaft erforscht. Über den Mordkomplex Auschwitz, über die Vernichtungsstätten Kulmhof (polnisch Chełmno) im Reichswarthegau und die der „Aktion Reinhard" in Belzec, Sobibor und Treblinka im Osten des Generalgouvernements existieren keine annähernd so detailliierten Monographien wie etwa über Organisationen und Institutionen der Täter.

Die internationale „Holocaust"-Forschung war und ist seit Jahrzehnten von der Frage geleitet, ja beherrscht: Wie konnte es geschehen? Diese Frage hatte die Konzentration der Recherchen und der Interpretationen auf die Seite der Täter zur Folge, denn die Geschehnisse waren von ihnen und nicht durch die Opfer bestimmt worden. Die Täter planten, entschieden, befahlen, ordneten an, deportierten, mordeten, informierten, registrierten. Was waren deren Antriebe, was ihre Ziele? Welche Rolle hatten Personen, welche die politischen, militärischen und ideologischen Machtzentren des deutschen Faschismus gespielt, als das Verbrechen vorgedacht, geplant und verübt wurde?

In der deutschen Historiographie prägte sich diese Fragerichtung besonders aus. Das erscheint ebenso verständlich wie gerechtfertigt. Unter den Opfern waren zu Tausenden und Zehntausenden Deutsche jüdischen Glaubens und/oder jüdischer Herkunft. Sie waren den Verfolgungen am längsten ausgesetzt. Deutsche vor allem waren die Täter und keiner ihrer nichtdeutschen Mittäter hätte vollbringen können, was er zu dem Gesamtverbrechen beitrug, hätte ihm nicht die Einladung oder Forderung zur Kollaboration dazu die Gelegenheit gegeben. Aus dieser Grundtatsache ergab sich eine besondere Pflicht der Historiker in den beiden deutschen Staaten, sich mit der Erforschung der beispiellosen Untat auseinanderzusetzen. Mit einigen Ausnahmen waren es vor allem Wissenschaftler, die der später sogenannten Hitlerjugend-Generation angehörten oder die gegen Kriegsende eben noch in den Volkssturm oder die Wehrmacht gezwungen wurden, die sich des Gegenstands annahmen.

In das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit traten zwei Themenkomplexe: Der eine betraf den Übergang von der Politik der Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zur Vernichtung der Juden. Dessen Untersuchung mündete in die vielumstrittene Frage, wann und wie der Entschluss zum Judenmassenmord getroffen worden war. Der andere galt der Struktur der Täterschaft und vor allem dem Anteil der „deutschen Eliten" an dem Verbrechen. Er erforderte die Beschäftigung mit den Rollen der Beamtenschaft, insbesondere der Reichsministerialbürokratie, der Wissenschaftler und der Juristen, des Generals- und Offizierskorps, der Wirtschaftsführer.

Der erstgenannte Themenkomplex – der Übergang des Regimes von der Vertreibung zur Vernichtung der Juden – bot und bietet den Forschenden eine beträchtliche Anzahl von Tücken, Stolper-

und Fallstricken. Schlüsseldokumente, die Antworten erleichtern könnten, sind rar und manche von geradezu irreführendem Inhalt. Nachdem die Idee oder auch die Hoffnung mancher Spezialisten, es würde sich ein Hinweis auf eine an Ort und Zeit festzumachende Entscheidung Hitlers und seiner engsten Vertrauten und Ratgeber auffinden lassen, vollständig aufgegeben wurde, tat sich erst vollends eine Menge ungeklärter Probleme auf. Sie wurden 1984 auf einer internationalen Konferenz in Stuttgart diskutiert.[4] Ihr Verdienst war es, den Wissensstand zu bilanzieren und die Zonen voneinander abzugrenzen, in denen sich „Holocaust"-Forscher bewegen. In der ersten können die gefundenen Antworten als fix und gewiss gelten, die zweite stellt eine Art Grauzone dar, in der abweichende oder kontroverse Antworten konkurrieren, und die dritte ist die Dunkelzone.

In den zweiten Themenkomplex der Forschungen – die Bestimmung des Anteils der „deutschen Eliten" – wirken nach wie vor politische Interessen forschungshemmend hinein. Das zeigte sich dieser Tage besonders deutlich, als im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung wieder versucht wurde, die deutsche Wehrmacht von dem durch massenhafte Tatsachen gestützten Urteil freizusprechen, eine verbrecherische Organisation gewesen zu sein. Diese wissenschaftsfremden Einflüsse erinnern an die Hindernisse, die Hilberg zu überwinden hatte. Sie verlangsamen den Erkenntnisfortschritt vor allem dadurch, dass sie auf jüngere Forscher abmahnend wirken. Doch folgen manche den Spuren Hilbergs und lassen ihre Entscheidungen nicht durch Karrierebeflissenheit bestimmen.

Unter den „Holocaust"-Forschern herrschte 1995 nahezu ausnahmslos Übereinstimmung darüber, dass sie sensationelle Quellenfunde nicht mehr zu erwarten haben. Was sich in einstmals sowjetischen Archiven finden lassen wird, mag insbesondere weiteren, aber kaum grundstürzenden Aufschluss über die Rolle der SS, des Reichssicherheitshauptamtes und des SD liefern können. Ergiebiger erscheint demgegenüber die systematische, aber äußerst aufwendige, weil langwierige Auswertung von „Massenakten und -daten" wie etwa den überlieferten Beständen der Oberfinanzdirektionen oder auch die vollständige Durchsicht von Archivalien, welche die Rolle einzelner Institutionen im Prozess der Judenvernichtung aufklären können.

Kontroversen und Streit in der Geschichtswissenschaft knüpfen sich heute vor allem an voneinander abweichende Interpretationen von Dokumenten, Tatsachen und Abläufen. Die Debatten ereignen sich vor allem auf jenen Feldern, wo sich die Phantasie des Forschers betätigen kann und muss. Diese richtet sich zum einen auf die überlieferten schriftlichen Dokumente und ist an sie gebunden. Schon während der Universitätsjahre macht die Unterweisung im Umgang mit Quellen einen erheblichen Teil der Ausbildung der künftigen Geschichtswissenschaftler aus. In ihrem Verlauf wird sowohl gelehrt, wie die Schriftstücke zum „Sprechen" zu bringen sind, und gleichzeitig davor gewarnt, der eigenen Phantasie einen allzu ungehemmten Lauf zu lassen.

Kurzum: die Phantasie des Historikers ist einerseits quellengebunden und andererseits – das betrifft freilich nur den Zeithistoriker – kann und soll sie sich auch quellenschöpfend betätigen. Das letzte ist der Fall, wenn der Forschende sich durch Befragungen von Zeitzeugen mündliche Quellen erschließt und ihnen eine autorisierte schriftliche Form gibt. Doch richtet sich die Vorstellungskraft unvermeidlich darüber hinaus. Einem Sog gehorchend, bewegt sie sich auch auf den gleichsam quellenfreien Felder der Vergangenheit. Denn: Bevor sich ein Forscher zu dem Eingeständnis entschließt: Non possumus, fragt er seine geschulte Vorstellungskraft, wie es gewesen sein könnte, und erwägt, ob sich nicht mit dem Anspruch auf einen mehr oder weniger hohen Grad von Wahrscheinlichkeit sagen ließe, wie es „wirklich gewesen ist".

Indessen grenzt sich die Historiographie längst nicht mehr auf das Wie des Geschehenen ein, sondern konzentriert sich auf das Woher und das Warum. Da die Handelnden nur in den wenigsten Fällen ihre Motive und Antriebe selbst preisgeben und, wenn sie es tun, häufig Selbsttäuschungen unterliegen und/oder Fremdtäuschung betreiben, erweist sich die Leistungskraft der Geschichtswis-

---

4 Ihr sehr stark verkürztes Protokoll s.: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Herausgegeben von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer, Stuttgart 1985.

senschaft erst, wenn sie mit raffinierten Mitteln und Methoden über das Wie und das Wer hinausgelangt.

In welcher Weise der einzelne Forscher dieser Forderung genügt, unterliegt einer doppelten Abhängigkeit: der schon erwähnten von den Quellen und deren Aussagewert sowie der handwerklichen Versiertheit des Historikers und – zweitens – der hier hinzuzufügenden Gebundenheit an die jeweils eigenen theoretischen Vorstellungen vom allgemeinen Gang der Geschichte. Diese Vorstellungen machen sich im Streit der Meinungen zumeist stärker geltend, als die Kontrahenten es sich und voreinander eingestehen.

Um vom Allgemeinen zum Konkreten zurückzukehren: Die Auseinandersetzung um den Übergang von der Politik der Vertreibung zur Praxis der Vernichtung, bei der sich die „Intentionalisten“ und die .. Funktionalisten“ gegenüberstanden, war und blieb auf beiden Seiten von den jeweiligen Vorstellungen über den Charakter des Naziregimes und seinen bewegenden Kräften bestimmt. Wer Hitler als den Allesbeweger ansah, konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf dessen Rolle. Das trug der Wissenschaft die ziemlich lückenlose Sammlung der Äußerungen Hitlers zu Antisemitismus und Judentum (Reden, Befehle, Gesetze, Entscheidungen, gesprächsweise Bemerkungen u. a.) ein, führte aber am Ende nur zurück in die von der Mehrheit der Forscher längst als unbefriedigend erkannte Denkweise des deutschen Historismus, der die großen Männer als die Schöpfer des Geschichtsprozesses ansah. Der Entschluss zum Judenmord konnte demnach aus dem Kopfe des „Führers“ hervorwachsen; alle weiteren Fragen konzentrierten sich nur noch darauf, wann *er* sich entschlossen hatte.

Forscher, die das Regime hingegen als eine Polykratie betrachteten, in der sich verschiedene, gleichgerichtete und widerstreitende Interessen durch ihre Träger geltend machten, forschten nach deren Rolle im Prozess dieses Übergangs. Sie stießen dabei auf die intellektuellen Wegbereiter, die Organisatoren und Koordinatoren der Judenverfolgung, die Praktiker der Besatzungsherrschaft während des Krieges, die Kommandeure der Konzentrationslager und der Ghettos, die Mitarbeiter von wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich mit Generalplänen, insbesondere mit dem „Generalplan Ost“ befassten.

Ihr Fazit lautete: Der Massenmord an den europäischen Juden war ein Gemeinschaftswerk nicht erst auf der Stufe seiner Verwirklichung, sondern schon vordem auf der Stufe der Planung, die sich mit der Ingangsetzung des Verbrechens fortsetzte und spezialisierte. Die „Holocaust“-Forschung, sofern sie die Seite der Täter untersucht, wurde von den Vorstellungen über den Charakter des Naziregimes beeinflusst, und sie wirkte mit ihren Ergebnissen auf diese Vorstellungen selbst wieder zurück, sie verfestigend oder korrigierend.

Dabei blieb die Frage, wie und wann und wodurch der point of no return erreicht worden war. Bei aller Blickerweiterung über Hitler hinaus war unvorstellbar, dass der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, oder der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, auf eigene Faust befohlen hatten, mit der systematischen Ausrottung der Juden auf dem eroberten Territorium der UdSSR zu beginnen, wo das Massaker am 24. Juni 1941 unmittelbar hinter der ostpreußisch-litauischen Grenze einsetzte. Es blieb unvorstellbar, dass die Massentötung von Juden seit dem 9. Dezember 1941 in Kulmhof hinter des „Führers“ Rücken ins Werk gesetzt wurden. Solchen Annahmen widersprachen, um nur einige Tatsachen aufzuzählen, der mehrfach erhobene Anspruch Hitlers, in Sachen des Antisemitismus der Spezialist schlechthin zu sein, seine bestimmte Erklärung, ihn mit ungeforderten Ratschlägen gerade auf diesem Gebiet zu verschonen, seine Rolle bei der Auslösung des Pogroms am 9./10. November 1938, auch seine Unterschrift unter den auf den 1. September 1939 rückdatierten „Euthanasie“-Befehl, schließlich auch seine nachweisbare Unterrichtung über die einzelnen Phasen der Judenvernichtung und endlich seine aktive Rolle bei der Forderung, den deutschen Mördern die letzte große Gruppe der im faschistischen Einflussbereich lebenden Juden auszuliefern, die Ungarns, des noch verbündeten Staates, in dem einflussreiche Kreise schon einem Absprung aus dem Bündnis suchten.

Wie also könnte es gewesen sein, als die Entscheidung fiel, über die alle Quellen jede Auskunft oder auch nur einen Hinweis verweigern? Denkbar wäre, dass Hitler sich über das Vorhaben, zur Ausrottung der Juden überzugehen, mit Göring besprach. Dafür steht die Tatsache, dass Göring 1941 sein engster Vertrauter und Ratgeber, sein verlässlicher und verschwiegener Paladin war. Dafür könnte sprechen, dass Göring am 31. Juli 1941 die von Heydrich erbetene Generalvollmacht für die „Vorbereitung“ aller Maßnahmen der „Endlösung der Judenfrage“ unterschrieb, denn der Chef des RSHA brauchte ein solches Dokument, um es gegenüber den anderen Obersten Reichsbehörden vorweisen zu können. Denkbar wäre auch, dass Hitler das Vorhaben mit Göring und Himmler gemeinsam. erörterte und dabei oder danach seine Entscheidungen traf, aufgrund eigenen Überlegens oder entsprechend ihm unterbreiteten Vorschlägen. Jedenfalls wurde Himmler von Hitler früh mit der Gesamtleitung des Massenmordens beauftragt.

Wer das Geschehen in einem historischen Film darstellen wollte, könnte sich für eine der genannten Möglichkeiten entscheiden oder seiner Phantasie eine weitere Richtung geben. Dem Historiker steht das nicht zu. Er hat Gewissheit auszudrücken oder Zweifel anzumerken. Und im Zweifelsfall muss er im Konjunktiv bleiben und den Wahrscheinlichkeitsgrad kenntlich machen. Jedes andere Verfahren verstößt gegen die strikten Gebote der Zunft.

Dieses Verhalten wird mitunter als hochgradig unbefriedigend empfunden. Zum einen durch die Forschenden selbst, die nicht selten dazu neigen, ungesicherte Forschungsresultate durch die Art ihrer Darbietung aufzuwerten. Zum anderen auch durch die sich mit der Geschichte befassenden Laien und dies zumal dann, wenn der Wunsch nach abschließenden Antworten sich geltend macht, die ein Geschichtsbild gleichsam abrunden sollen. Wie die Öffentlichkeit in solchen Fällen reagiert, war und ist noch immer auch im Fall des Entscheidungsprozesses über den Übergang zur Judenvernichtung zu beobachten. Die These, derzufolge diese Vernichtung am 20. Januar 1942 auf der „Wannsee-Konferenz“ beschlossen worden sei, ist von einer ungeheuren Zählebigkeit, obwohl sie von der Geschichtsschreibung seit langem als falsch nachgewiesen wurde. Dass der Legende im öffentlichen Bewusstsein dennoch nicht der Garaus gemacht werden konnte, liegt wohl daran, dass die Historiker außerstande sind, eine überzeugende und einprägsame Alternative zur falschen Vorstellung zu bieten. Das Publikum aber wünscht eine Entscheidung von diesem Ausmaß an Personen, Ort und Stunde zu binden, und die Konferenz in der Villa am Wannsee gibt dazu bequeme Gelegenheit.

Schon eine „dokumentarische Inszenierung“ von geschichtlichen Ereignissen im Film oder auf dem Theater eröffnet – verglichen mit dem Historiker – Möglichkeiten eines freieren Umgangs mit der Vergangenheit. Solche Inszenierungen – wie beispielsweise die (weniger gelungene und im Folgenden nicht weiter erörterte) des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses von 1945/1946 oder des Jerusalemer Eichmann-Prozesses von 1961/1962[5] (beide wurden unter anderem vom Deutschen Theater in Berlin aufgeführt) – machen ungeachtet aller Kommentare in Programm und von Erläuterungen in der Presse den Eindruck, es werde hier Geschichte nachgestellt und dem Publikum vor Auge und in das Ohr gebracht, „wie es wirklich gewesen ist“. In beiden Fällen mussten, was jeder bemerkte und als unvermeidlich hinnahm, die authentischen Texte der Prozessprotokolle gekürzt und bearbeitet werden. In „Bruder Eichmann“ hatte der Autor die Kürzungen so angelegt, dass das Bild dieses Haupttäters charakteristisch verzeichnet wurde. Der SS-Obersturmbannführer erschien einzig als ein Rädchen in einem Befehlsgefüge. In Jerusalem aber hatte sich Hauptmann Avner Less, der die polizeiliche Vernehmung Eichmanns vornahm, stundenlang geschunden, um unwiderlegbar nachzuweisen, dass der vor ihm sitzende Mann nicht nur Befehle ausgeführt hatte, was schändlich und barbarisch ohnehin war, sondern auch eigene Entscheidungen getroffen hatte und es sein persönlicher Ehrgeiz war, keinen Juden entkommen zu lassen.

Eine dokumentarisch-künstlerische Rekonstruktion in einem vielgesehenen (west-) deutschen Fernsehfilm erfuhr auch die bereits erwähnte Wannsee-Konferenz. Er gestaltete die Szenerie vom Ein-

---

5 Heiner Kipphardt, Bruder Eichmann, Schauspiel, Berlin 1985.

treffen der Teilnehmer am Tor der Villa bis zur Verabschiedung Heydrichs von seinen Untergebenen, dem Gestapo-Chef Heinrich Müller und Eichmann. Filmautor und -regisseur konnten sich in diesem Falle auf ungleich weniger authentisches Material stützen, als es in Gestalt der Nürnberger und Jerusalemer Prozessakten vorlag. Sie verfügten über die von Eichmann gefertigte Konferenz-Niederschrift, von der sich in den Akten des Auswärtigen Amtes ein einziges Exemplar erhalten hatte, über die einsilbigen Aussagen von Teilnehmern der Konferenz, die von Robert M. W. Kempner vernommen worden waren, und über die Schilderungen Eichmanns, der sich noch in Argentinien gegenüber einem niederländischen Journalisten geäußert hatte und dann vor Avner Less und dem israelischen Gericht Rede und Antwort stehen musste.

Die Filmemacher folgten der Version Eichmanns vor Gericht und verschärften sie noch zu dessen Gunsten. Er, der sich im Rahmen seiner generellen Verteidigungsstrategie neben den großen Männern, die um Heydrich versammelt waren, nur als „kleinen Dreck“ dargestellt hatte, wurde im Film an einen Nebentisch abseits der Staatssekretäre und SS-Generäle und -Offiziere platziert. Die Figur Eichmann wurde auf den Rang einer neben ihn gesetzten Sekretärin herabgestuft. Deren Anwesenheit während der Beratungen ist nicht erwiesen. In der Inszenierung erhielt sie im Kreis der Männer eine besondere Rolle und Funktion. Dem Stück sollte die auf germanisch-blond aufgeputzte Nazistin eine pikante Note beifügen. Das mag als unwesentliches Detail erscheinen, ist es auch und soll hier nicht mehr plausibel machen, als die legitime Existenz von zweierlei Freiheiten im Umgang mit dem geschichtlichen „Stoff“.

Wesentlicher war, dass die Filmemacher aus Eichmanns Zeugnis, er habe nach der Veranstaltung mit Heydrich und Müller bei einem oder zwei Gläsern Cognak zusammengesessen, eine dem Alkohol reichlich zusprechende Runde von Konferenzteilnehmern werden ließen. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, von den Staatssekretären bis zu den schießenden Haufen der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sei der Judenmord eine Sache einer alkoholisierten Bande gewesen. Schließlich wurden in einer Szene einem Staatssekretär tiefe Zweifel „unterschoben“. Tatsächlich aber spricht kein Dokument dafür, dass es eine Person dieses Typus am Wannsee gegeben habe. So entstehen Bilder von der Regimespitze, die zu zerstören die Geschichtswissenschaft sich bemüht.

Diese Bemerkungen wären missverstanden, wenn sie als Generalurteil über die erwähnten „dokumentarischen Inszenierungen“ zur Geschichte des „Holocaust“ verstanden würden. Beider Verdienst – und es ist durch seine Wirkung weit größer als das vergleichbare der Geschichtswissenschaft – besteht im Bewusstmachen oder Bewussthalten des verbrecherischen Charakters des deutschen Faschismus. Das kann zum wenigsten in einer Zeit geringgeschätzt werden, in der von verschiedenen Seiten der deutschen Gesellschaft, nicht nur von ihrem rechten Rande her, sondern auch aus ihrer Mitte Versuche unternommen werden, die Nazivergangenheit zu schönen, – von den einen, um irgendeine Nazizukunft vorzubereiten, von anderen, um hinter einem blankgeputzten deutschen Schild eigene politische, ökonomische und geistige Interessen besser verfolgen zu können.

Der Einwand des Historikers richtet sich im Kern jedoch gegen alle Darstellungen, die dem deutschen Faschismus – wie an Beispielen der Inszenierung der „Wannsee-Konferenz“ gezeigt – eine besondere Exotik andichten. Denn mit ihr werden Interessen bedient, die das Regime weit aus allen Kontinuitätslinien deutscher Geschichte herauslösen und es durch die Verabsolutierung seiner unstreitigen Besonderheiten letztlich als Produkt eines Zufallsspiels der Geschichte erscheinen lassen möchten. So wenig es Sache des Geschichtsforschers sein sollte, den Abstand zwischen seiner Sicht und jener, die sich in einer künstlerischen Inszenierung ausdrückt, mit der Eile nachzumessen, so sehr bleibt ihm die Pflicht, Differenzen zu bezeichnen. Zudem bleibt der Historiker derjenige, der von den Wirkungen des Theaters und des Films profitiert. Sie erhöhen auch seine Einflussmöglichkeiten, denn in einer nicht nachprüfbaren Zahl von Fällen gehen die Anstöße zu eingehender Beschäftigung mit der Geschichte von der Kunst aus. Ihre geistigen und emotionalen Anregungen sind zumeist die ursprünglicheren – verglichen mit jenen der Geschichtswissenschaft, die auch von ihren strengen Vertretern gelegentlich und besonders bei feierlichen Anlässen die Muse Klio genannt wird.

II.

In Deutschland ist jüngst ein Streit darüber entstanden, wie sich Geschichtswissenschaft und Kunst zueinander verhalten dürften, – ein Streit, der von vielen für nicht revitalisierbar gehalten wurde. Er erwuchs aus einer politischen Situation, die sich seit 1990 entwickelt hatte, und ist eine Begleiterscheinung der Konstituierung der größeren Bundesrepublik, in deren Verlauf die „neuen Bundesländer“ nach dem sozialen, wirtschaftlichen, politischen, moralischen und kulturellen Zuschnitt der „Altbundesrepublik“ gestaltet werden. Dazu gehört, dass das in dieser Republik dominierende Geschichtsbild den Neubürgern angetragen und – wie man an der Einführung der Schulbücher erkennen kann – auch verordnet wird. Da jedoch das Geschichtsbild der DDR nicht allein durch die Historiographie und Geschichtspublizistik unter die Leute gebracht wurde, geht dessen Liquidierung mit einer breitangelegten systematischen Kampagne gegen alle Personen und Sachen einher, die es erzeugten und verbreiteten. Dazu gehören Kunstwerke der verschiedensten Art, Denkmäler, Romane und auch Filme. An sie werden „Wahrheitskriterien“ gestellt, die – abgesehen von ihrer inhaltlichen Fragwürdigkeit – auch alle Eigenständigkeit von Wissenschaft und Kunst ignorieren. Der verbreitetste Vorwurf lautet, es handele sich bei den Erzeugnissen der DDR-Kunst nur um Produkte, die ein politisches Legitimationsinteresse bedient hätten. Dies wiederum wird als dasjenige eines „Unrechtsstaates“ denunziert.

Der Vorgang lässt sich an einem begrenzten Gebiet besonders klar verdeutlichen: dem Streit um die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar. An ihrer Darstellung und Vergegenständlichung waren Historiker ebenso beteiligt wie – und dies ungleich wirkungsmächtiger – ein Romanautor, ein Filmemacher und ein Bildhauer. Fritz Cremer, der Bildhauer, der den Besuchern von Mauthausen durch das Denkmal nach dem Brecht-Diktum von „Deutschland, der bleichen Mutter“ bekannt sein kann, schuf die beherrschende Skulpturengruppe im Denkmal-Komplex auf dem Ettersberg. In ihr drückte sich das Leiden und Sterben aller und auch der Kampf der politisch aktivsten Häftlinge des Lagers aus.

Bruno Apitz schrieb den Roman *Nackt unter Wölfen* der 1958 erschien, in der DDR Auflage um Auflage erlebte und durch seine vielsprachigen Übersetzungen das Bild von der Geschichte dieses Konzentrationslager weltweit mitprägte. Dieser Roman wiederum bildete die literarische Vorlage für einen Spielfilm, den Frank Beyer gedreht hatte, und der in der DDR 1964 in die Lichtspieltheater kam. In ihm übernahm Erwin Geschonneck die Hauptrolle, der selbst einst Gefangener eines Konzentrationslagers gewesen und bei Kriegsende dem Tode in der Kieler Bucht nur knapp entronnen war.

Die Anklage, die sich gegen das Denkmal, den Film – übrigens auch die (aus DDR-Zeiten stammende, inzwischen beseitigte und ersetzte) museale Ausstellung in Buchenwald – und gegen den Roman richtet, behauptet die Verfälschung, Heroisierung und Beschönigung der Rolle der deutschen und ausländischen Kommunisten, besonders aber der deutschen, die es verstanden hatten, im Lager entscheidende Häftlingsfunktionen an sich zu bringen. Als Korrektoren dieser behaupteten Verzeichnungen und mit dem Anspruch, der „Rettung“ des Bildes vom Widerstand in Buchenwald, treten der nach Jena neuberufene Geschichtsprofessor Lutz Niethammer[6] und ein ebenfalls neuberufener Direktor der Gedenkstätte auf dem Ettersberg auf. Die Auseinandersetzung reicht mit ihrem Wellenschlag über die deutschen Grenzen weit ins Ausland. Germania docet – diesmal den Umgang mit dem kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime. Echos bleiben nicht aus. Ernst Federn, sieben Jahre Buchenwald-Häftling, nachdem er wie viele nach dem „Anschluss“ verhaftete Österreicher in Dachau gefangengehalten wurde, hält Apitz in einem Interview wieder entgegen: So sei es ja nicht gewesen.[7]

---

6 Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niethammer, Berlin 1994.

7 Nackt/Wolf unter Wölfen? Interview mit Ernst Federn, in: „Ich“, Berlin, Jahrgang 1995, Nr. 1. Das Interview stammt vom Oktober 1994 und fand in Berlin statt.

Der Einwand, nach Charakter und Kontext mehr ein Protest, mutet merkwürdig an. Apitz hatte seine Arbeit als Roman geschrieben und deklariert, sie ausdrücklich nicht als seine Memoiren bezeichnet, wenngleich in dessen Handlung viel persönliches Erleben und Erfahren eingegangen war. Zudem besaß Apitz' literarisch-künstlerisches Interesse eine Vorgeschichte. Der gelernte Stempelschneider, der in den Jahren des Weimarer Staates im Buchhandel und als wissenschaftlicher Antiquar sein Geld verdiente, war 1927 in die Kommunistische Partei Deutschlands eingetreten und drei Jahre später in den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller.

Die Romanhandlung *Nackt unter Wölfen* besitzt eine breite Beziehungsfläche zur Vernichtung der Juden, wenngleich sie in Buchenwald spielt, das kein Vernichtungslager war und in dem dennoch mehr als 50.000 Menschen umgebracht wurden. Das am 18. Januar 1941 im deutsch-besetzten Krakau geborene jüdische Kind, Stefan Zweig mit Namen, dessen – noch einmal: literarisch gestaltetes – Schicksal die eine der beiden Hauptachsen des Romans bildet, kam aus einem Nebenlager von Auschwitz am 5. August 1944 nach Buchenwald. Sein Vater, ein promovierter Jurist und Rechtsanwalt, hatte seinen Sohn und sich selbst bis dahin retten können, während die weiblichen Mitglieder der Familie von den Mördern umgebracht worden waren. Der Junge wurde im Lager von kommunistischen Häftlingen der Registrierung entzogen, von dem Vater getrennt und versteckt. Willi Bleicher, ein Mitglied der Kommunistischen Partei Opposition und Häftlingsfunktionär in der Effektenkammer, erwarb sich ein besonderes Verdienst um das Überleben des Kindes.[8]

Der geschichtliche Hintergrund dieser Episode ist breit. Den 11. April 1945 erlebten in Buchenwald 904 Kinder und Jugendliche, und viele von ihnen hätten das – als die schwächsten unter allen Gefangenen – kaum tun können, wäre ihnen nicht die Hilfe der Stärkeren zuteilgeworden. Zu denen, die sie gewährten, gehörte der österreichische Häftling und Kommunist Franz Leitner, der eine Zeitlang Blockältester im Kinderblock 8 war.[9] Die Helfer aber gewannen wiederum aus dem Durchhalten und Durchbringen der Kinder und ihrer anderen soviel jüngeren Leidensgefährten Zuversicht, die Naziherrschaft zu überleben. Solidarität mit den jüngsten Lagerinsassen ließ sie vielfach zusätzliche Kräfte mobilisieren, die sie sich womöglich selbst nicht mehr zugetraut hatten.

Gestatten Sie mir hier eine persönliche Erinnerung einzuflechten: Der Winter 1945/1946 führte mich in einer Internatsschule in einem Zimmer mit einem dieser Jugendlichen zusammen. Daniel Klowski, heute Professor für Physik in Samara, war mit seiner gesamten Familie in Grodno den deutschen Judenmördern in die Hände gefallen. Seine Mutter wie alle seine jüngeren Geschwister wurden aus dem Ghetto in Białystok deportiert und in Gaskammern getötet. Er und sein Vater überlebten das KZ Stutthof, dann Auschwitz-Monowitz und schließlich Buchenwald. Dass Daniel in Monowitz der Selektion entging, verdankte er einem deutschen Häftlingsfunktionär im Krankenbau. Sein Name war Stefan Heymann. Er entstammte einer bürgerlichen jüdischen Familie in Mannheim. Während des Ersten Weltkrieges wurde er Jagdflieger und mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse dekoriert. Im Weimarer Staat schloss er sich den Kommunisten an und arbeitete als Redakteur ihrer Zeitungen. In den zwölf Jahren der Nazidiktatur befand er sich nur wenige Wochen auf freiem Fuße. Heymann hatte Daniel Klowski, der an einer Knochentuberkulose schwer erkrankt war, gerettet. Später hörte ich ihn sagen, er habe seit Monowitz zwei Väter, denen er das Leben verdanke: den leiblichen David und jenen Stefan Heymann, der Botschafter der DDR in Warschau wurde. Nach seinem Tode war in Thüringen eine Schule nach ihm benannt worden. Sie hat diesen Namen inzwischen wieder verloren.

Die Überlebensgeschichte des „Juschu" Zweig, der später in Wien lebte, ist ein Extrem-, aber eben keineswegs ein Einzelfall, dem andere nicht an die Seite gestellt werden könnten. Im Roman wie im Film ist sie frei gestaltet. Das Kind gelangt nicht mit seinem Vater nach Buchenwald, sondern mit

---

8 Näheres im Abschnitt: „Juschu, ein Buchenwaldkind" in: Buchenwald, ein Konzentrationslager. Bericht der ehemaligen Häftlinge Emil Carlebach, Paul Grünewald, Helmuth Röder, Willy Schmidt, Walter Vielhauer, Berlin 1986, S. 88 ff.

9 Ebenda, S. 87.

einem ihm nicht verwandten Häftling, der an dem Kind liebevoll hängt. Dieser und sein Schützling werden schmerzlich voneinander getrennt. Das geschieht aus Sicherheitsgründen für alle Beteiligten. Unter ihnen, den vorwiegend kommunistischen Häftlingsfunktionären, entstehen unüberbrückbare Gegensätze über ihr weiteres Verhalten. Während die einen, um die illegale politische Organisation nicht zusätzlich zu belasten und der Enttarnung auszusetzen, was den Tod von vielen bedeutet haben würde, das Kind samt dem Pflegevater auf einen Transport in ein anderes Lager schicken und damit einem womöglich noch ungewisseren Schicksal preisgeben wollen, setzen andere sich durch, die es im Lager behalten und dort über die schwer absehbare Zeit bis zur Befreiung durchbringen möchten. Das gelingt ihnen schließlich.

Am Beispiel dieser Auseinandersetzung um ein Kind und dessen Überleben hat vor allem der Film *Nackt unter Wölfen* anschaulich gemacht, welche Entscheidungs- und Handlungsspielräume die Häftlingsfunktionäre besaßen, in welche Konflikte sie in ihren Funktionen gestürzt wurden und wie unterschiedlich sie sich in ihnen, je nach der persönlichen Abwägung des „höheren Gutes“ entschieden und verhielten. Denn die Romanhandlung um den kleinen und hilflosen Jungen ist ebenso wie die des Films unauflöslich mit einem zweiten Hauptstrang verbunden: der Vorbereitung der illegalen Organisation der Häftlinge für das Herannahen ihrer Befreier. Die Lagerinsassen müssen befürchten, in einem Exzess ihrer Bewacher allesamt doch noch umgebracht zu werden. Mehrfach und auch heißblütig wird im illegalen Komitee über den Moment gestritten, da die Häftlinge selbst zu den wenigen und unter äußerster Lebensgefahr in das Lager gebrachten oder dort zusammengebauten Waffen greifen sollen.

Wie die kommunistischen Häftlingsfunktionäre 1994 – zum wievielten Male eigentlich? – einer nur auf sie gerichteten Überlebensstrategie bezichtigt werden, der gegenüber die Rettung anderer Häftlinge nur als Zufalls- und Nebenprodukt erscheint, so wird auch ihr Verdienst um die Durchkreuzung der Maßnahmen der SS im Augenblick der Befreiung in Zweifel gezogen. In Wahrheit kam der weitgehend durchgesetzte bzw. befolgte Boykott der geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Evakuierung der Gefangenen und der Sturm auf Wachttürme und das Lagertor, unternommen als die SS-Herrschaft schon zerfiel, Tausenden und Abertausenden von Häftlingen zugute, die selbst am politischen Widerstand im Lager nicht teilgenommen hatten oder daran nicht teilnehmen konnten.

Im Film ist diese Aktion in einer szenischen Überhöhung dargestellt, aber die steht turmhoch über dem scholastischen Streit, ob es unter kommunistischer Führung eine Selbstbefreiung der Buchenwälder KZ-Insassen gegeben habe oder nicht. So gewiss, wie es zu einer gewalttätigen Aktion der Häftlinge nicht hätte kommen können, solange die US-Truppen am Rhein standen, sondern erst, als der Donner ihrer Geschütze hinter den Stacheldrähten bereits hörbar war, so gewiss hätten die Kämpfer in Buchenwald den eintreffenden Befreiern nicht mehr als 200 SS-Leute übergeben können, die sie gefangengesetzt hatten, wären sie nicht zur Tat geschritten.[10]

Im Mittelpunkt des DDR-Films nach dem Apitz-Roman steht die Rettung eines Menschen, eines Kindes, vor dem Tod in Auschwitz, denn die Entdeckung des Knaben hätte ihn zu einem Zeitpunkt, da die Gaskammern und Krematorien von Birkenau noch nicht gesprengt waren, dahin zurück und zu seinen Mördern geführt. Häftlinge, die wie Vater und Sohn Zweig – um nun zu den realen Personen zurückzukehren, die hinter den Romanfiguren stehen – während der Räumung von Auschwitz und seiner Außen- und Nebenlagern nach Buchenwald verschleppt wurden, berichteten später, dass das KZ Buchenwald selbst noch in dieser späten Phase der Naziherrschaft verglichen mit dem Mordkomplex Auschwitz nahezu eine andere Welt darstellte. Die Situationen unterschieden sich vor allem als Folge der Tätigkeit der politischen Häftlingsfunktionäre im Lager. Ihr Ver-

---

[10] Siehe dazu die entgegengesetzten Thesen von Ernst Federn, a. a. O.: „Und die Geschichte vom Aufstand, die der Apitz erzählt, ist auch ein Märchen. In Wirklichkeit sind die Amerikaner mit ihren Tanks gekommen und dann wurden ein paar Waffen, die von den Häftlingen versteckt worden waren, verteilt. Aber befreit worden ist das Lager von den Amerikanern ...“

dienst ist vielfach bezeugt, u. a. von Benedikt Kautsky, der sich der letzten Phase des Lagers erinnerte und 1948 schrieb:

„Das Lager wahrte im allgemeinen Disziplin und ordnete sich freiwillig den deutschen Politischen unter, die in diesen letzten Tagen in meisterhafter Weise, Mut und Klugheit richtig mischend, das Lager geführt und 21.000 Häftlingen das Leben gerettet hatten. Ich als Sozialdemokrat lege auf diese Feststellung um so größeren Wert, als es sich in den verantwortlichen Stellen fast ausschließlich um Kommunisten handelte, die in vorbildlicher internationaler Solidarität allen Antifaschisten ohne Unterschied der Partei, Nation oder Konfession halfen.“[11]

Und trotz dieser vielfach lebensrettenden Unterschiede zwischen dem Konzentrationslager Buchenwald und dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz: Wer sich die Bilder des Films *Nackt unter Wölfen* ansieht und sie sich wieder und wieder vor das geistige Auge stellt, kann sich schwerlich des Eindrucks erwehren, dass selbst die Hinzugabe äußerster, an vielen Tatsachen gebildeter Vorstellungskraft doch an die Wirklichkeit auch dieses Lagers nur sehr entfernt heranführt Die in Rezensionen gelegentlich zu lesende Behauptung, es ließe sich durch das Ansehen von Filmen über die faschistische Barbarei und den Massenmord an Juden, Zigeunern, Slawen und Angehörigen weiterer Völker und Nationen das Schicksal der Opfer „nacherleben“, wird – was schlimm genug ist – entweder gedankenlos niedergeschrieben oder bezeugt einen auch ziemlich widerwärtigen Selbstbetrug. Es gibt keine Möglichkeit, die Wirklichkeit der Lager – hießen sie Buchenwald oder Auschwitz, Mauthausen oder Neuengamme – auch nur annähernd in Spielfilme zurückzuholen. Das Abgleiten in „pseudo-naturalistische“ Szenen des Leidens und Sterbens mag echte Tränenstürze bewirken, die mit dem falschen Empfinden verbunden sein können, nun habe man gesehen, wie es gewesen sei.

Im Film *Nackt unter Wölfen*, der die Gefühle aufwühlt und Meinungen herausfordert, wurden Rührszenen vermieden. In seinem Zentrum stehen Entscheidungs- und Konfliktsituationen von Menschen an der Grenze von Leben und Tod. Geschonneck, der einstige KZ-Häftling, vermochte die inneren Kämpfe deutlich zu machen, die Häftlinge an der Spitze der sogenannten Lager-Selbstverwaltung immer aufs Neue zu bestehen hatten. Wer bin ich denn, fragt er sich, dass ich solche Entscheidungen über Menschen, meine Mitgefangenen, treffe? Wenn Kunstwerke, die den „Holocaust“ und im weiteren Sinne die Barbarei des deutschen Faschismus sich zum Thema wählen, den Zuschauer einzig mit dem Empfinden entlassen: Das möchte ich nicht erleben, und das soll auf der Weit nirgendwo ein Mensch mehr erleben müssen, erwerben sie sich gewiss ein Verdienst um die Verbreitung von humaner Gesinnung. Wenn sie jedoch Menschen abbilden, die in Grenzsituationen sich gegen Brutalität und Barbarei nicht nur entschieden, sondern auch dagegen aufstanden, wie begrenzt ihre Mittel und wie beschränkt ihre Erfolge auch immer gewesen sein mochten, dann kann von ihnen eine gedankliche und praktische Mobilisierung ausgehen.

Diese Überlegung führt auf anderem Wege auch an eine Grenze, die der filmkünstlerischen Darstellung des Leidens und des Sterbens in den Fängen der faschistischen Massenmörder gesetzt ist. Die Möglichkeit, sich zu entscheiden, zu handeln, der Gefahren sich zu erwehren, lagen zumeist lange vor der Zeit, da die Menschenjäger zuschlugen. In dieser Frühzeit waren sie von den späteren Opfern nicht erkannt, nicht ernst genommen, jedenfalls nicht genutzt, auch vertan worden. Die Wahrheit, dass es Widerstand von Juden gab, und die Wahrheit, dass ihre Mehrheit, als die deutschen Faschisten ihr „Endlösungs-Programm“ begannen, keine Chance des Widerstands mehr besaß oder zu sehen vermochte, sind keine Konkurrenten. Seide Aussagen spiegeln die Wirklichkeit.

Auschwitz Filmen oder Die Darstellbarkeit der Geschichte. In: IWK-Mitteilungen, Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst, 4/1995, S. 24-31.

---

[11] Zitiert in: Buchenwald – ein Konzentrationslager, a. a. O., S. 156.

Keine Stunde null der Forschung

Historiker im Streitgespräch: Kurt Pätzold und Lutz Niethammer über das Buch „Der ‚gesäuberte' Antifaschismus

Fast drei Stunden führten die Historiker Kurt Pätzold, früher Humboldt-Universität Berlin, und Lutz Niethammer, ab 1989 Präsident des Wissenschaftszentrums – Kulturwissenschaftliches Institut" in Essen, seit 1993 an der Uni Jena, in der ND-Redaktion ein Streitgespräch über die Darstellung des kommunistischen Widerstands in dem Ende 1994 erschienenen Buch „Der ‚gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald", herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Es enthält vor allem Dokumente aus der Zeit der Disziplinierung der SED nach sowjetischem Vorbild über Verhöre früherer Buchenwaldhäftlinge durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED sowie das NKWD in Vorbereitung eines Prozesses vor einem sowjetischen Militärtribunal. Insbesondere Vokabeln wie „Kapo-Macht", „Mittäterschaft" oder „Opfertausch" in der 167-seitigen Einleitung, mit denen der Widerstand deutscher Kommunisten belegt wurde, die Funktionen in der von der SS angeordneten „Selbstverwaltung" der Häftlinge übernommen hatten, führten zu heftigen Reaktionen.

Herr Professor Niethammer, das von Ihnen herausgegebene Buch hat sehr unterschiedliche Reaktionen erfahren. Sie reichen von schroffer Zurückweisung durch Überlebende und scharfer wissenschaftlicher Kritik, wie sie Prof. Pätzold in seiner ND-Rezension formuliert hat, bis zur öffentlichen Zustimmung, auch von Leuten, die sich in ihrer Meinung über Kommunisten als Mördergesindel bestätigt sehen. Würden Sie aus dieser Erfahrung heraus Ihr Buch anders anlegen?

Niethammer: Anders rangehen würde ich nicht. Ich glaube, dass ich im Vorwort noch stärker betonen würde, dass dies ein Buch über die Behandlung des Gedächtnisses der Kommunisten von Buchenwald durch die SED und die Sowjetunion ist. Und ich würde in Fettdruck unterstreichen, dass es sich um eine vorläufige Skizze und einen Interpretationsversuch handelt, wie man die Aussagen aus diesen Verhören der Nachkriegszeit in ein Bild des kommunistischen Widerstands in Buchenwald einsortieren könnte.

Pätzold: Man kann sich ja fragen, ob die Aufnahme, die das Buch gefunden hat, nicht gerade in der Art und Weise der einleitenden Interpretation der Dokumente begründet ist. Meine Beschäftigung mit der Judenverfolgung hat mich zum Gegenstand „Judenräte" geführt, mitunter auch Selbstverwaltung genannt. Aus dieser Kenntnis glaube ich, dass eine weitwinkelige Perspektive auch auf Buchenwald notwendig ist, dass eine Einleitung die Chance des Vergleichs des Verhaltens von verschiedenen Gruppen in vergleichbaren Situationen bieten soll. Außerdem bewegt mich, dass ich im Osten die Demontage eines Andenkens erlebe, das nicht demontiert werden darf.

In der öffentlichen Reaktion wird das Buch zum Teil da eingeordnet. Was waren die Motive, warum Sie diesen Stoff angepackt haben?

Niethammer: Ich habe gemerkt, dass über die lange im Parteiarchiv geheim gehaltenen Dokumente über die Verhöre ein missbräuchlicher öffentlicher Diskurs entstanden ist, der versucht, sofort auf schlaglichtartige Weise Langzeitbewertungen aus dem Verhalten von kommunistischen Funktionären und Funktionshäftlingen auf die Kommunisten insgesamt, auf das Andenken an das KZ usw. zu übertragen. Mein Hauptmotiv war, dass ich dachte, gegen solchen Missbrauch hilft am besten, zunächst einmal die Dokumente selber vorzulegen. Herr Pätzold sagt, dass man das in weiteren Zusammenhängen sehen muss. Da stimme ich natürlich zu. Aber das haben wir in diesem Fall nicht als unsere Aufgabe betrachtet. Der Zusammenhang mit den Judenräten steht in dem Buch drin als Vergleichsperspektive.

Pätzold: In einer Fußnote ...

Niethammer: Nun gut ... Aber ich glaube, da ist gar kein Dissens, dass Widerstandshandeln häufig nur Macht gewinnen konnte, wenn es gleichzeitig kollaborierendes Verhalten war. Ich sehe die Debatte in einem vergleichbaren Horizont wie die Debatte in der jüdischen Welt über die Frage, ob man sich hätte überhaupt in solche Funktionen begeben dürfen. Und ich finde es sehr schwer für die Nachgeborenen, darüber Urteile zu fällen. Das Buch ist eher ein Versuch, die Schwierigkeit der Urteilsbildung anhand der Dokumente vor Augen zu führen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir uns heranarbeiten an eine Anschauung, was denn im Konzentrationslager tatsächlich geschehen

ist. Und nicht mit vorschüssigen Urteilen, dass das ganz böse oder dass das ganz gut gewesen sei, uns diese Anschauung vom Leibe halten. Der DDR-Überlieferung werfe ich vor, dass dies eben kein gutes Gedenken war, weil es große Teile der Wirklichkeit ausgeblendet hat, weil es unglaubwürdig geworden ist.

Pätzold: Den Vorwurf muss sich die DDR-Geschichtsschreibung gefallen lassen. Dieses Defizit sehe ich in der Tatsache, dass die gesamte Zwangssituation, die Unsäglichkeit der Entscheidungen, vor denen die Beteiligten standen, all diese Widersprüche des Alltags in den Lagern, nicht deutlich gemacht worden sind. Ich sehe in Ihrer Einleitung eine Tendenz, die man beschreiben könnte: vom Postament der Helden auf die historische Anklagebank.

Zudem: Mit der einen Quelle kann man dies und mit der anderen das Gegenteil beweisen. Hier existiert ein Dilemma des Historikers in besonderer Schärfe, mit extremen Anforderungen an Quellenkritik und an die Phantasie, mit der er an diese Quellen herangehen muss. Wolfgang Benz hat im Zusammenhang mit dem Judenältesten in Theresienstadt die Aufgabe des Historikers in die Worte gefasst, „auf der Suche nach Gerechtigkeit“. Wir haben doch eine ungeheure Quellenmasse über diese Lager, im Wesentlichen Berichte von denen, die darin überlebt haben. Das Buch scheint mir darauf angelegt zu sein, für künftige Geschichtsschreibung über Buchenwald das Feld abzustecken.

Niethammer: Das ist eigentlich nicht das Ziel. Die bisherige Darstellung im Osten Deutschlands war genau auf den Gegenstand der kommunistischen Führung des Widerstandes fixiert. Es ist weitgehend ausgeblendet, dass die Macht dieses Widerstandes darauf beruhte, sich auf eine in der ganzen Konzentrationslagergeschichte einzigartig weitgehende Weise auf die Übernahme aller dieser Funktionen in der sogenannten Selbstverwaltung in den Jahren 1939-41 und wieder ab 1943 einzulassen.

Wir bringen eine Korrektur einer Verengung. Diese Korrektur soll den Blick freimachen auf die Geschichte des KZ als Ganzes, auf die Vielfalt der Häftlingsgruppen und -erfahrungen, auf den Rassismus und auf die in der DDR-Zeit kaum ernstlich erforschte SS. Ich glaube, dass die gerade unter Kommunisten heftige Abwehrreaktion auf einige unserer Darlegungsversuche zum großen Teil darauf beruht, dass ich in der Einleitung versuche, ein Geschehen zu historisieren und zu repolitisieren, das in einer Legende von moralischen Aussagen vorlag.

Wenn Sie von „kollaborierendem Widerstand“, von „Mittäterschaft“ reden, ist das aber auch eine Form moralischer Bewertung. Bei einer Diskussion mit ehemaligen Häftlingen an Ihrem Institut sagte eine junge Frau: „Wir Historiker befassen uns mit Dokumenten und beschädigen Menschen.“ Sie werden ja auch von Leuten in Anspruch genommen, die Thesen vertreten, die Kommunisten waren die Helfershelfer oder gar noch schlimmer als die Nazis.

Niethammer: Diese Absicht war lange da, bevor das Buch vorlag. Dazu haben wir keinen Beitrag geleistet. Wenn Leute sich das in den Kopf gesetzt haben, dann machen sie das auch weiter.

Pätzold: Historiker sind ja gegen Selbsttäuschung nicht gefeit. Wenn Sie eine andere Begrifflichkeit bevorzugen und eine vorhandene Begrifflichkeit vermeiden, dann ist das natürlich eine Vorgabe für künftige Geschichtsschreibung.

Niethammer: Vorgaben gibt es doch in unserer Welt nicht.

Pätzold: Sie argumentieren nicht nur in Konfrontation mit der Geschichtsschreibung der DDR, sondern in Konfrontation zu einer viel weiteren Überlieferung. Sie stammt von Leuten, die keine Kommunisten waren. Sie berufen sich auf Eugen Kogon[1]. Da steht: „Leuchtend hebt sich aus den Scharen verkommener Gestalten, die als Kapos fungiert haben, eine Reihe alter Häftlinge hervor, die von Anfang bis zum Ende des Lagers ein Beispiel der Sauberkeit, Menschlichkeit und des persönlichen Mutes gegeben haben.“ Diese und ähnliche Passagen werden in der Dokumentation nicht vorgeführt. Das widerspricht eigentlich ihrer Forderung nach Ausgewogenheit.

---

[1] Eugen Kogon (1903-1987) war in Buchenwald u.a. Sekretär des Leiters der Impfabteilungen. Er veröffentlichte 1946 das Buch „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“, das als Standardwerk gilt.

Niethammer: Wieso?

Pätzold: Ich will es zuspitzen: Wo Sie von der Rolle der Kommunisten in den Lagern handeln, geben Sie eine Prioritätenliste der Herangehensweise und der Ergebnisse der Kommunisten. Darin erscheint der Gewinn, den der kommunistische Widerstand den nichtkommunistischen Häftlingen brachte, als nicht beabsichtigtes Nebenprodukt.

Niethammer: Wir beziehen uns da auf wiederholte Selbstaussagen der führenden Kommunisten, darunter Walter Bartels. Danach wollte man zunächst einmal die kommunistischen Kader schützen – sozusagen eine kollektive Überlebensstrategie. Kein moralisch denkender Mensch kann irgendeinem KZ-Häftling den Wunsch nach Überleben vorwerfen und insofern auch nicht eine kollektive Strategie des Überlebens. In diesem Buch werden sie keine Zeile finden, die einen derartigen Vorwurf enthält. Dieser Aspekt kontrastiert nur so stark, weil er in der Traditionsbildung der DDR seit den 60er Jahren einfach nicht vorgekommen ist. Es waren alles vollkommen selbstlose Engel, die für alle anderen gehandelt haben.

Zweitens ist immer gesagt worden, dass man politisch Verbündete in diesen Schutzverband mit aufnimmt. Das dritte ist, dass eine solche Schutzklientel sich natürlich nicht auf 230.000 Häftlinge beziehen kann. Dadurch tritt ein Selektionskriterium auf. Jenseits davon ist aber ein weiterer positiver Effekt festzustellen, der von uns auch anerkannt wird: Es ist dieser Kapo-Struktur gelungen, zwischen den unmittelbaren Angriffen der SS und der Masse der vereinzelten Häftlinge eine Art Puffer zu schaffen durch vermehrte Ordnung, durch Konfliktregelungen, durch Hygienisierung und ähnliche Dinge. Das hat die Überlebenschancen im Lager insgesamt verbessert.

Die Frage ist doch: Was war das übergreifende Moment? Jorge Semprún[2] spricht von illegaler Gegenmacht, Sie sprechen von Mittäterschaft.

Niethammer: Wenn wir gelegentlich das Wort Mittäterschaft verwenden, geschieht es ja in Bezug auf in der Regel sowjetische Vorwürfe oder auf Vorwürfe anderer Häftlinge: Dass nämlich vor allem in der Leitung des Häftlingskrankenbaus und der Arbeitsstatistik Machtpositionen entstanden sind, die zugleich die größte Rettungsmacht und die größte Kompromittierung in Mittäterschaftsstrukturen hatten.

Pätzold: Ein Begriff, den Sie in diesem Zusammenhang verwenden, heißt „Opfertausch“ Sie bezeichnen damit eine Entscheidung, die von vielen getroffen wurde, an verschiedenen Orten. Diese Praxis gab es, als die ersten Deportationen von Wiener Juden erfolgten. Zu reden wäre dann auch davon, wie die Züge von Theresienstadt nach Auschwitz zusammengestellt; worden sind? Bei allen Unterschieden meine ich, immer muss man das Gesamtanliegen derer sehen, die am Anfang gar nicht wussten, in welche Zwangssituationen sie bei Übernahme der Funktionen noch geraten würden.

Deshalb komme ich noch mal auf Kogons Generalurteil zurück. „Das Verdienst der Kommunisten um die Konzentrationslager-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden, in manchen Fällen verdanken ihnen die Lagerinsassen buchstäblich die Gesamtrettung.“ Warum soll man sich von Formulierungen wie Lebensrettung distanzieren? Vokabeln wie „Puffer“ scheinen mir unzureichend, um die Rolle der Funktionshäftlinge zu kennzeichnen.

Zu den Möglichkeiten der Gefangenen in der Arbeitsstatistik so viel: Die Aufnahme in ein Arbeitskommando außerhalb Buchenwalds bedeutete ja nicht generell, dass die Überlebenschancen geringer waren. Wenn Sie an den Steinbruch die Gärtnerei im Lager denken, das waren auch Todeskommandos. Kurt Goldstein z. B. ist nur ganz kurze Zeit im Stammlager Buchenwald gewesen, hat dort seine Identität als Jude „abgelegt“, sich zum Franzosen deklariert, war aber dann sofort in der Gefahr, dass andere, die auch von Auschwitz kamen, das womöglich mitteilten. Und so ist er mit

---

[2] Jorge Semprún (geb. 1923-[2011]) arbeitete in Buchenwald in der Arbeitsstatistik. Der spanische Schriftsteller und ehemalige Kommunist veröffentlichte 1980 den autobiographischen Roman „Was für ein schöner Sonntag“, in dem er auch seine Erfahrungen in Buchenwald verarbeitete.

Hilfe der kommunistischen Lagerorganisation sofort wieder in ein Außenlager gekommen, in dem die Überlebenschancen größer waren.

Niethammer: Die von Ihnen zitierten Kogon-Sätze sind in unserer Dokumentation übrigens enthalten, einschließlich des relativierenden Umfelds. Ich will nichts anderes, als dass man sich die erhebliche Mitwirkungsmacht wieder vor Augen stellt, die in meinen Augen unausweichlich in tragische Schuldsituationen führt.

Aber eben unausweichlich.

Niethammer: Unausweichlich, wenn man sich dafür entschieden hat, diese Art der Machtposition innerhalb der Häftlingsgesellschaft anzustreben und sie festzuhalten. Und das ist eine Frage, die ich persönlich moralisch nicht beurteile.

Aber haben die Leser nicht Anspruch auf eine klare Beantwortung der Frage, ob der Widerstand, so wie er geführt wurde, gerechtfertigt war?

Niethammer: Die Rezipienten wollen immer sofort ein moralisches Urteil haben, und ich halte dieses Bedürfnis, entweder die Kommunisten reinzuwaschen oder sie sozusagen als Täter in die Pfanne zu hauen, für einen Abwehrversuch, die Wirklichkeit im Konzentrationslager und ihre unausweichlichen Verstrickungen überhaupt wahrnehmen zu wollen.

Pätzold: „Reinwaschen“ oder „in die Pfanne hauen“ – da gibt es noch die andere Möglichkeit, den Kommunisten ihre Verdienste zu lassen. Ich meine, dass der Historiker sein Urteil sprechen soll. Eine buchhalterische Kosten-Nutzen-Rechnung halte ich für irreführend. Da muss man nach Verdienst und Versagen in bestimmten Situationen fragen.

Niethammer: Ich glaube, dass der Urteilsbildung zunächst eine möglichst konkrete Rekonstruktion vorausgehen muss. Ich werfe der DDR-Geschichtsschreibung vor, dass sie seit den 60er Jahren eine Urteilsbildung zugunsten der Kommunisten vorgenommen hat und die widersprechenden Zeugnisse, die in ihrer eigenen Partei angesammelt worden waren, vollkommen aus der Rekonstruktion ausgeblendet hat. Nicht ich habe doch diese Konstellation aufgefunden, sondern die Zentrale Parteikontrollkommission der SED, nicht ich, sondern das sowjetische Militärtribunal in Berlin hat Leute wegen des Opfertauschs verurteilt. Der untersuchungsführende Funktionär der Zentralen Parteikontrollkommission bedrängt im Frühjahr 1953 den politisch führenden Kopf des Widerstandes in Buchenwald, Walter Bartel, diese Art des kollaborierenden Widerstandes sei Kapitulantentum von Anfang an und immoralisch gewesen.

Machen Sie sich das zu eigen, Herr Niethammer?

Niethammer: Ich bringe die Problematisierung, die in der Nachkriegszeit vorgenommen worden ist, zunächst einmal ins Öffentliche. Wir haben nicht die Erinnerungen der Opfer, wir haben die Erinnerung der Überlebenden. Die Überlebenden haben eine menschliche Dankespflicht, dass sie gerettet worden sind aus solchen Strukturen. Der Historiker muss sich meines Erachtens auch zum Anwalt der anonymen Opfer machen. Das vorschüssige Urteil ist mir bedenklich.

Ich will den Blick auf folgendes lenken: In der Phase zwischen dem Urteil des sowjetischen Militärtribunals 1950 gegen Ernst Busse[3] und Erich Reschke[4] sowie dem Hereinziehen von Walter Bartels[5]

---

3 Ernst Busse (1897-1952) war zeitweilig Lagerältester in Buchenwald, ab 1942 Kapo im Krankenbau. Er gehörte dem Internationalen Lagerkomitee an. Nach 1945 war er u. a. Innenminister und stellv. Ministerpräsident Thüringens. 1950 verhaftet, wurde er von einem sowjetischen Militärtribunal (SMT) als „Kriegsverbrecher“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Er starb 1952 im Gulag.

4 Erich Reschke (1902-1980) war in Buchenwald Kapo im Baukommando, dann erster Lagerältester Von 1946 bis 1948 leitete er die Deutsche Verwaltung des Inneren. 1950 verhaftet, wurde er von einem SMT als „Kriegsverbrecher“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach Haft in Workuta kehrte er 1955 in die DDR zurück und wurde dort rehabilitiert.

5 Walter Bartels (1904-1992) war ab 1943 Vorsitzender des illegalen Internationalen Lagerkomitees. Von 1946 bis zu seiner Funktionsenthebung 1953 war er persönlicher Referent Wilhelm Piecks. Wie Bartels geriet mit Leo

1953 in die Vorbereitung eines deutschen Schauprozesses – mit genau denselben Vorwürfen über den Buchenwald-Widerstand – fällt das Politbüro der SED den Beschluss, die Relikte Buchenwalds abzuräumen, die existierenden Baracken zu vernichten, dort eine tabula rasa zu schaffen. Es fällt den Beschluss, wie dort eine Neuinszenierung des Gedenkens stattzufinden hat. Unter Tabuisierung alles dessen an Problematisierung, was es zwischen 1945 und 1953/54 gab, wurde ein total entkerntes Gedächtnis geschaffen, zu dem dann nach 1956 die Überlebenden als Staffage ihrer eigenen Zeugnisse hinzugezogen worden sind.

Pätzold: Sie sprechen von einem vorschüssigen Urteil. Das impliziert, die bisher vorliegenden Urteile enthielten keine Elemente der Wahrheit. Da gehe ich nicht mit. Wir haben die Urteile von Semprún, Kogon und vielen anderen über Kommunisten und Nichtkommunisten in Funktionen in den Lagern. Da liegen doch Elemente der Wahrheit. Wie die dann kombiniert und womöglich überhöht worden sind, ist eine andere Frage. Aber die Forschung stand doch keineswegs am Nullpunkt.

Außerdem: Die Untersuchungen gegen Buchenwalder durch die sowjetische Besatzungsmacht und die SED bis in die 50er kann man nicht als die kommunistische Urteilsbildung generalisieren. Das berührt nochmal die Frage der Quellenkritik. Die Art und Weise, wie damals untersucht und geurteilt wurde, war absolut interessengeleitet. Das geschah doch in der Absicht, diese Gruppe des Widerstands in der Hierarchie zurückzustufen, durch die Bank. Davon kann man nicht absehen. Ernst Reschke hat nach der Rückkehr aus dem Gulag deutlich beschrieben, wie man mit ihm umgegangen ist, wer die Zeugen der Anklage waren. Warum Sie angesichts dessen heutigen russischen Quellen glauben, die sich nicht ausweisen wollen oder können und die jene Prozesse gegen Busse und Reschke vor einem sowjetischen Militärtribunal 1950 (!) als nicht spätstalinistisch einordnen, habe ich nicht verstanden.

Niethammer: Mir sind die Untersuchungsführenden persönlich zutiefst unsympathisch. Das schließt aber nicht aus, dass ich ihnen als Historiker auch einen Teil berechtigter Motive unterstellen kann: Dass sie glaubten, in Buchenwald sei etwas geschehen, was nicht zu vertreten ist.

Pätzold.: Es ist gewiss nicht kritikwürdig, dass sich eine Partei in Deutschland nach 1945 um die Vergangenheit ihrer Mitglieder kümmerte, namentlich derer, die an exponierter Stelle standen. Es wäre wünschenswert gewesen, dass sich alle Parteien darum gesorgt hätten. Die Art und Weise dieser Befragungen war aber absolut inquisitorischer Natur Ich spüre dort kaum etwas von der Suche nach Gerechtigkeit, um das noch mal aufzunehmen.

Nochmals zu den Quellen: Die Inquisition gegen Buchenwalder war ja nur ein Teil umfassender Vorgänge. Man denke nur an den Slánský-Prozess in der ČSR. Moskau betrieb so die brutale Disziplinierung der nationalen kommunistischen Parteien, auch in der DDR. Daraus ergibt sich selbstverständlich die Frage, wie hoch der Aussagewert in diesem Kontext entstandener Dokumente ist.

Pätzold: Meiner Meinung nach kann man überhaupt nicht davon sprechen, dass die Verhörenden Unrecht aufdecken wollten.

Niethammer: Als westdeutscher Liberaler komme ich hier in die kuriose Situation, Stalinisten gegen Redakteure des Neuen Deutschland zu verteidigen. Aber wir haben ja ansonsten praktisch kein Stück Papier als Primärquelle, abgesehen von gleich nach der Befreiung niedergeschriebenen Erinnerungen von Funktionshäftlingen. Da gab es Hinweise auf die Kompromittierungsstrukturen im Lager. Die wurden aber bei Veröffentlichungen weggelassen.

Pätzold: Ich habe mich gefragt, warum Sie aus der Vielzahl von Erklärungen von Häftlingen nach 1945 über ihre Erlebnisse im Lager, die doch deutliche Aussagen treffen, nicht eine einzige zitieren. Ich denke etwa an den Aufruf der politischen Häftlinge aus der Tschechoslowakei, die ihren Kame-

---

Zuckermann ein weiterer persönlicher Mitarbeiter Piecks in das Getriebe der von Moskau initiierten „Säuberungen“ Zuckermann entzog sich dem. 1952 durch Flucht in den Westen. Außerdem war bereits 1936 im Sinowjew/Kamenew-Prozess in Moskau Fritz David als früherer Sekretär Wilhelm Piecks zum Tode verurteilt worden.

raden sagen: Keine Rache an den deutschen Kommunisten, die haben sich um uns verdient gemacht. Nehmen Sie diese Erklärungen alle quellenkritisch als bestellte Arbeiten oder als Zulieferung von Kommunisten für Kommunisten? Ich nicht. Diese Aussagen unmittelbar nach der Befreiung konnten niemandem abgepresst werden.

Niethammer: Was mein Hauptpunkt ist, will ich noch mal sagen. Das Wichtigste, was in der historischen Bearbeitung und im Gedächtnis von uns Deutschen in Bezug auf die Konzentrationslager geschehen muss, ist zunächst einmal die Sinnlosigkeit und die entmenschlichten Situationen für die Häftlinge selbst unter der SS darzustellen. Und wir sollten ganz zurückhaltend denen gegenüber sein, die diesen Situationen Sinn, vor allem auch Traditionssinn, abgewinnen.

Pätzold: Ich würde dem nur hinzufügen, dass ich mit dem Andenken an die rekonstruierten Ereignisse das Nachdenken über Widerstand erhalten wissen will.

Das Gespräch moderierten Holger Becker und Claus Dümde

Neues Deutschland, Donnerstag, 13. April 1995, S. 9.

Nach langer Vorgeschichte

Im Jahr 1993 wurde der Konstanzer Professor für Soziologie, bekannt durch die Herausgabe der vielbändigen Reihe „Jüdische Überlebensschicksale“ und weitere Schriften, auf die Arbeit eines Mannes aufmerksam, der sich im südthüringischen Suhl seit Jahren mit der Geschichte der Juden forschend befasst hatte. Wien stand zudem in Verbindung mit einem der wenigen Juden, die sich dem Zugriff der deutschen Judenmörder hatten entziehen können und der, in New Jersey lebend, seine Geschichte erzählt hat. Sie soll demnächst folgen (Weil ich übriggeblieben bin. Ein jüdisches Überlebensschicksal aus Suhl in Thüringen 1924-1994).

Die Brücke zwischen der Universität am Bodensee und den am Fuße des Thüringer Waldes lebenden Autoren wurde geschlagen und bald tragfähig. Im März 1995 konnte das hier anzuzeigende Werk vorgestellt werden. Es zeugt von Fortschritten, die auf dem Feld der Geschichte der Juden in den neuen Bundesländern erreicht werden konnten. In diesem Falle entsprangen sie vor allem der Arbeit des einstigen Suhler Ortschronisten. Sein Manuskript entstand zwischen 1985 und 1989. Es kam jedoch nicht zu dessen Publikation. Die Gründe dafür legt Hans Nothnagel (Jg. 1927) unter Rückgriff auf sein Privatarchiv offen.

Inzwischen hatte Nothnagel in Ewald Dähn (Jg. 1915) einen Mitstreiter gefunden, der aus eigenem Erleben und Nachforschen die Geschichte des Betriebes kennt, durch den Suhl weithin als Produktionsstätte für Fahrzeuge, Waffen und Präzisionsinstrumente bekannt wurde. Deren außerordentlicher Ruf erzeugte bald nach 1933 die zusätzliche Begehrlichkeit der antijüdischen Räuber um den Thüringer NS-Gauleiter Fritz Sauckel. Dähn, der frühere Oberingenieur und Chefkonstrukteur, hatte sich unter technischen Gesichtspunkten bereits mit der Geschichte der in jüdischem Besitz befindlichen Simson-Werke befasst, aus denen nach 1945 das VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk „Ernst Thälmann“ wurde. Nun steuerte er sachkundig das Kapitel „Aufstieg und Ende der Unternehmerfamilie Simson“ bei. Es ist bis zur Auseinandersetzung und dem Vergleich der Erben mit der Treuhand geführt.

Der Band enthält eine Chronik, die mit dem 1315 erteilten Niederlassungsrecht für Juden einsetzt und bis in die Gegenwart geführt ist. Für die jüngste Vergangenheit verzeichnet sie Besuche in und Kontakte von Juden nach Suhl, die selbst oder deren Vorfahren in der Stadt lebten. (Der letzte jüdische Bürger der Stadt starb 1966.) Nahezu 100 S. umfasst die leider nicht chronologisch geordnete Dokumentation, die den Band beschließt. Sie enthält eine Vielzahl faksimilierter Archivalien, reproduzierte Bilder und Fotos.

Hans Nothnagel u. Ewald Dähn, Juden in Suhl. Ein geschichtlicher Überblick, hrsg. von Erhard Roy Wiehn, Hartung-Gorre-Verlag Konstanz 1995, 313 S. 38,00 DM.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 34. Jahrgang, Heft 134, 2. Quartal (Juni) 1995, S. 200, 202.

Langbeins Fazit

Man muss kein Prophet sein, um dem hier anzuzeigenden Buch unter der nicht mehr überschaubaren Literatur, deren Gegenstand oder Thema das Vernichtungslager Auschwitz ist, einen besonderen Platz vorauszusagen. Hermann Langbein, 1912 in Wien geboren, in Frankreich als Spanienkämpfer interniert, dann den Deutschen ausgeliefert, zunächst im KZ Dachau, danach von August 1942 bis August 1944 in Auschwitz gefangen gehalten, war zuletzt im KZ-Neuengamme, Außenlager Lehrbeck. Von sich schreibt er, dass er in Auschwitz, wo er Schreiber des SS-Standortarztes war, zur „Oberschicht der Lagerprominenz“ gehörte und während seiner Zeit als Häftling des Naziregimes unter „ungleich günstigeren Bedingungen als die allermeisten in den Lagern“ habe leben können, so dass er auch „bedeutend weniger durchmachen musste“ (S. 13/14, 695, 718). Diese „Gunst“ war höchst relativ, die Drohung des Todes nicht von ihm genommen.

Langbein, der in Auschwitz zum Internationalen Lagerkomitee gehörte und nach der Befreiung viele Jahre Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees war, trat früh mit einem in den Jahren 1947/48 geschriebenen Bericht (Die Stärkeren, Wien 1949) als Zeuge und Chronist des Lagers hervor und hat sich seit 1955 immer intensiver mit dessen Geschichte beschäftigt. Sein Buch bietet in vieler Hinsicht ein Fazit. Es gründet auf eine Quellenmasse, die kaum einem zweiten zugänglich ist. Nach seinen eigenen Erfahrungen stützt sich Langbein auf gedruckte und ungedruckte Berichte von Überlebenden (wobei er seine Schwierigkeiten mit den in polnischer Sprache erschienenen anmerkt), auf Hunderte von Gesprächen, die er führte, auf seine Eindrücke und Erkenntnisse aus Prozessen, die gegen SS-Angehörige und deren Büttel geführt wurden, und schließlich auch auf die inzwischen entstandene wissenschaftliche Literatur.

Langbeins Buch erscheint in einem Moment, da durch eine Kampagne in der Boulevard-Presse und durch eine Veröffentlichung von deutschen Historikern (Lutz Niethammer [Hrsg.], Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente, Akademie Verlag Berlin 1994, 566 S.) eine Debatte über die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern tätigen Funktions-Häftlinge entstanden ist. Sie wird leidenschaftlich und kontrovers geführt. Langbein schreibt, dass er „immer wieder verantwortungsbewusste Kameraden zu überzeugen versuchte, die Binde (des Häftlings-Funktionärs – K. P.) anzunehmen“, und fährt fort: „Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich vor der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten, aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? ... Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle, deren Moral ungebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?“ (S. 252) Und an späterer Stelle wird unumwunden erklärt: „Nur wer selbst als Capo, Blockältester, Häftlingsarzt oder in ähnlicher Funktion den Druck kennengelernt hat, dem jeder Funktionär ausgesetzt war, und ihm ... widerstehen konnte, vermag über sie (diese Gruppe von Häftlingen – K. P.) zu urteilen“ (S. 759).

Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Europaverlag München-Wien, 1995, 800 S.

Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jahrgang, Heft 134, 2. Quartal (Juni) 1995, S. 206-207.

Streit um Buchenwald – ein Streit um deutsche Geschichte[1]

Vortrag an der Fachhochschule Düsseldorf

Jähe Wendungen in der Geschichte der Völker wurden stets, gleich in welche Richtung sie wiesen, von Hoffnungen und auch von Illusionen der Zeitgenossen begleitet. Das war nicht anders, als in Deutschland 1989/1990 eine Entwicklung sich durchsetzte, in deren Ergebnis die Bundesrepublik Deutschland in ihren jetzigen Grenzen entstand. Hoffnungen und Illusionen wurden damals vor allem in jenen Teilen des Landes gehegt, die als Beitrittsgebiet bezeichnet wurden und einmal die Deutsche Demokratische Republik waren. Nicht nur in jenen Gruppen von Menschen, die man abschätzig als politisch unalphabetisiert oder als naiv bezeichnen kann, wurden seinerzeit Gedanken und Gefühle gehegt, die sich alsbald als illusionär erwiesen. Die Gesellschaftswissenschaftler, die nahezu einhellig bekannten, sie hätten die Wendung der deutschen Geschichte nicht vorausgesehen, ja nicht einmal vorausgeahnt, machten keine Ausnahme. Inzwischen hat sich auf dem politischen Feld eine Debatte darüber entwickelt, was damals erkennbar gewesen sei und was tief verborgen, wer sich 1990 mehr, wer weniger geirrt habe.

Unter manchen Historikern der neuen Bundesländer tauchte vor etwa fünf Jahren die angenehme Vorstellung auf, es werde im gemeinsamen Staat Bundesrepublik in der Zunft auch einen gemeinsamen Versuch geben, die deutsche Vergangenheit, namentlich die der Jahrzehnte seit dem Jahre 1933, neu zu befragen und zu überdenken – frei von den Zwängen der geistigen und kulturellen Konfrontation in der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit. Hoffnungen dieser Art knüpften sich nicht zuletzt an die Erfahrung, dass seit dem Ende des Kalten Krieges sich allmählich auch veränderte Beziehungen zwischen den Geschichtswissenschaftlern der beiden Staaten ergeben hatten. Die Treffen auf Colloquien und Symposien im einen wie im anderen Staatsgebiet oder auch die Debatten in dritten Ländern mit internationaler Beteiligung schienen erwiesen zu haben, dass sich die Vertreter unterschiedlicher und auch ganz unvereinbarer theoretischer und methodologischer Ansätze zu beiderseitigem Nachdenken etwas zu sagen hatten. Gerade weil der Gedankenaustausch die „kritischen Felder“ nicht vermied, zunehmend aber von Toleranz geprägt war, konnte durch diese Kontakte auch entstehen, was sich Respekt vor der Leistung des jeweils anderen nennen lässt.

Dann kam die politisch motivierte Anklage, die sich in dem Wort von der „Wissenschaftswüste“ ausdrückte, das doch nicht mehr und nicht weniger besagte als: Man könne künftig in Deutschland ohne diejenigen weiterkommen, die ohnehin in zu großer Zahl diese Wüste bevölkert hätten. Darauf folgte das Schweigen derjenigen, die es anders und besser wussten. Erst allmählich wagten sich Stimmen hervor, die auf die Existenz von „Oasen“ in dieser Wüste verwiesen. Derartige Einsprüche bestätigten das Gesamtzerrbild mehr, als sie dessen Preisgabe verlangten. Die Abwicklungen und – wo sie aus rechtlichen Bedenken oder als Folge erfolgreicher Klagen vor Gerichten nicht durchgesetzt werden konnten – ihre Ersatzpraktiken begannen. Heute sind sie im Wesentlichen zu einem Ende gebracht, zu dem sich die Initiatoren nicht mehr bekennen wollen, sich wohl oder übel aber jene positiv eingestellt haben, die als Profiteure leben.

---

[1] Der Streit um die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald, das von 1937 bis 1945 existierte, entstand nach der 1994 erfolgten Veröffentlichung eines Dokumentenbandes, den der nach Jena berufene Geschichtsprofessor Lutz Niethammer, der auch einer der Kuratoren der Gedenkstätte auf dem Buchenwald ist, mit einigen Mitarbeitern herausgegeben hatte. Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher. Eingeleitet von Karin Hartewig und Lutz Niethammer, Akademie Verlag Berlin 1994, 566 S. – Der Autor dieses Vortrags hat sich zum Gegenstand mehrfach geäußert und mit Niethammer auch eine mehrstündige Diskussion geführt, die auf Einladung der Zeitung *Neues Deutschland* zustande kam und in Auszügen gedruckt wurde. Siehe: Keine Stunde null der Forschung. Historiker im Streitgespräch: Kurt Pätzold und Lutz Niethammer über das Buch „Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus“ in: *Neues Deutschland* (Berlin), Ausgabe vom 13. April 1995. Vordem war eine Rezension des Buches erschienen: Kurt Pätzold, Was sonst sollten sie tun? Über die Dokumentenedition „Der ‚gesäuberte‘ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald“ in: *Neues Deutschland* (Berlin) Ausgabe vom 21. März 1995. Zuletzt und ausführlicher siehe: Sauberer Anti-Antifaschismus, in „konkret“ (Hamburg), 1995, Heft 7, S. 20-24.

Mit anderen Worten und mich auf das Thema unserer Veranstaltung beziehend, lautet das Fazit dieses Prozesses, dass die ostdeutschen Historiker, deren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sich auf die Marxsche Geschichtstheorie gründet, ihren Einfluss auf die Art und Weise, in der sich die Deutschen ihrer Geschichte erinnern, weitgehend verloren haben. Das ist die historisch-logische Folge der gesellschaftlichen Veränderungen, die sich seit 1989/1990 vollzogen. Die Sieger schreiben die Geschichte, ihre eigene und die der Unterlegenen. Diese Erfahrung ist so alt wie die Historiographie. Das Bedürfnis, den eigenen Platz im Geschichtsprozess zu legitimieren und den der Konkurrenten als unrechtmäßig zu erklären, regierte in allen Auseinandersetzungen, jedenfalls seitdem Herrschaftsverhältnisse eine Begründung verlangten. Angesichts dieser Tatsache erscheint das modische Gerede und Klagen über die Instrumentalisierung von Geschichte als einigermaßen hirnlos. Wer diesen Umgang mit der Vergangenheit abschaffen wollte, müsste vordem die Politik abschaffen.

Diese Vorbemerkung schien mir notwendig angesichts der Kostümierungen und Maskierungen, insbesondere der sprachlichen, hinter denen sich ein Prozess verbirgt, der sich im Gang der Entwicklung von Völkern und Nationen und Staaten schon ungezählte Male ereignete. Die Beteiligten mochten oder mögen glauben oder nicht, dass sie an die Stelle von Geschichtsmythen (der Unterlegenen) die „Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ (der Sieger) setzen, sie mochten oder mögen sich über ihre Rolle täuschen oder sie begreifen, die Auswechslung von Geschichtsbildern besaß noch stets politische Dimension und Funktion.

Das gilt auch – und lässt sich leicht erkennen – am Beispiel des Geschichtsbildes, das zu Zeiten der DDR vom Konzentrationslager Buchenwald gegeben wurde und das nun durch ein anderes ersetzt worden ist. Es war nur – im beschriebenen Sinne – folgerichtig, dass die Landesregierung in Thüringen, als die Gremien gebildet wurden, die sich mit der Auswechslung des Geschichtsbildes befassten, die beiden Faschismus-Spezialisten der DDR, die in ihnen mitwirken sollten, von der Liste strich. Grotesk, um ein stärkeres Wort hier zu vermeiden, war nur zweierlei: Erstens die Täuschung oder Selbsttäuschung, es werde nun nach pluralistischer Manier ein denkbares Bild von der Geschichte dieses KZ angeboten, neben dem frei und gleichgewichtig andere offeriert werden könnten. Und – zweitens – die Täuschung oder Selbsttäuschung, dieses neue Bild setze fernab jedes außerwissenschaftlichen Interesses an die Stelle einer Legende im Rahmen des jetzt Möglichen die Abspiegelung der Realität.

1. Das Geschichtsbild aus DDR-Zeiten

Das Bild, das über Jahrzehnte der Bevölkerung der DDR und vielen ausländischen Besuchern von der Geschichte dieses Konzentrationslagers gezeichnet wurde, besaß drei Schwerpunkte: Es enthüllte die Zwecke und Ziele der faschistischen Herrschaft und namentlich ihres von der SS exekutierten Terrorsystems. Anders ausgedrückt: es beantwortete die Frage, warum Konzentrationslager geschaffen worden waren und insbesondere dieses auf dem Ettersberg bei Weimar. Es markierte – zweitens – mit den politischen Urhebern des Systems der Menschenschinderei und Menschenvernichtung zugleich auch die Nutznießer des KZ, die Ausbeuter der Arbeitssklaven, die in der staatlichen und der privaten Industrie und andernorts ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit zu Produktionsleistungen angetrieben wurden. Mit anderen Worten: es legte bloß, dass und wie aus Blut Profit wurde. Es würdigte – drittens – den Widerstand der Häftlinge gegen das SS-Regime, ihren Kampf um das Überleben, das eigene und das der Mitgefangenen, die an diesem Widerstand, aus welchen Gründen auch immer, nicht teilnahmen oder nicht teilnehmen konnten.

Dieses Bild wurde auf dreierlei Weise weithin verbreitet und angenommen: durch die ständige Ausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald, durch den 1958 erschienenen Roman von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“ und durch dessen Verfilmung durch Frank Beyer Anfang der sechziger Jahre.[2] Autor und Regisseur halten sich an die Geschichte der Rettung eines jüdischen Jungen, der mit seinem Vater

---

[2] Lutz Niethammer muss die Konfliktsituationen in Roman und Film, den er einen „antifaschistischen Welt-Bestseller“ nennt, schlechterdings nicht verstanden haben, zählt er beide doch zu den Instrumenten, mit denen das „legendäre Bild“ des „heldenhaften, kompromisslosen und mit der Gesamtheit der Häftlinge solidarischen Widerstands der Kommunisten“ verbreitet worden sei. S. Lutz Niethammer, Zerstörung eines Mythos. Beiträge zur Aufklärung über das Konzentrationslager Buchenwald, in: „Forschungsmagazin“ (Jena), WS 1994/1995, S. 14.

1944 von Auschwitz nach Buchenwald gelangte und im Lager überlebte. Sie gestalten diese Episode frei, verknüpfen sie mit der Geschichte der Endphase des Lagers und verschärfen die Konflikte gegenüber dem tatsächlichen Hergang.[3] Die Hauptfiguren des Romans und im Film sind politische Häftlinge, Kommunisten zumal, die im System des Lagers Funktionen besetzt und mit ihnen eine „Gegenmacht“ wider die SS-Herrschaft aufgebaut hatten. Die Rolle des Lagerältesten übernahm Erwin Geschonneck, einer der bekanntesten und hochangesehenen DDR-Schauspieler. Er war nach der Ausweisung aus der UdSSR in Prag verhaftet worden und Häftling in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Dachau und Neuengamme. Im Mai 1945 entging er dem Tod in der Ostsee beim Untergang der „Cap Arkona“ nur knapp. Geschonneck, der selbst Blockältester gewesen war, wusste, was er darstellte. Es sei das Schwierigste gewesen, „sich anzupassen und trotzdem anständig zu bleiben.“[4]

Die schriftstellerische wie die filmkünstlerische Arbeit erlauben ein unvoreingenommenes Urteil darüber, in welchem Lichte die Rolle der „roten Kapos“ zu DDR-Zeiten mit einer Massenwirkung dargestellt und gezeigt werden konnte, welche die Reichweite jedes beliebigen Geschichtsbuches weit übertraf. Es wird verdeutlicht, in welche Konflikte die Häftlingsfunktionäre gerieten und dass und woran sich die Geister schieden. Herausgearbeitet ist namentlich der Grundkonflikt zwischen der Wahrung jener Interessen, die sich auf den Bestand der illegalen Organisation und die Belange der Gesamtheit der Gefangenen richteten, und der Sicherung des Lebens eines Einzelnen, eines Kindes. Am Beispiel der Geschichte des Jerzy („Juschu“) Zweig, so sein realer Name, wurde verdeutlicht, dass diese politischen Häftlinge ihre Entscheidungen keineswegs allein nach dem Grundsatz ihrer Selbstrettung trafen. Roman wie Film geben ein Bild von den Antrieben der Häftlinge, die in Buchenwald – weil die SS das Lager anders nicht beherrschen und deren Häftlinge ausnutzen konnte – in der Lage waren, das Leben der Mithäftlinge zu erleichtern oder zu erschweren. Kommunisten erscheinen als Menschen, die unter extremen Bedingungen sich nicht von gruppenegoistischen Motiven leiten ließen, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten praktizierten, was im religiösen Sprachgebrauch mit dem Wort „Nächstenliebe“ bezeichnet wird. Dieser Teil des Bildes von Buchenwald in den Jahren 1937 bis 1945 gibt den Kernpunkt des Streits.

Seinen Anknüpfungspunkt aber hatte die professionelle Geschichtsschreibung der DDR selbst hinterlassen. In ihren Veröffentlichungen waren die Konflikte des Widerstandskampfes in Buchenwald – anders als in Roman und Film – weitgehend ausgeblendet. In dieser Ungleichheit von Literatur und Filmkunst einerseits und der Geschichtswissenschaft andererseits äußerte sich nicht nur der Nachteil, den alle historiographische Darstellung gegenüber der künstlerischen besitzt und nicht loszuwerden vermag. Die konfliktlose Schilderung der Geschichte der Kommunisten in Buchenwald entsprach dem allgemeinen Niveau einer Parteigeschichtsschreibung, die einen kerzengeraden Weg zeichnete, der in Wahrheit gewunden und vielverschlungen war. Sie erschien im Falle der Geschichte des Lagers auf dem Ettersberg umso unsinniger, als den kommunistischen Häftlingsfunktionären nach der Befreiung vielstimmig nachgerühmt wurde, sie hätten sich – von Ausnahmen abgesehen – um das Überleben von Tausenden und Abertausenden von Häftlingen unter allen Gefangenen das größte Verdienst erworben.

Dieses Urteil wurde gerade auch im Hinblick auf die Endphase der Existenz des Konzentrationslagers getroffen. Neuerdings wird sie wiederum in der unsinnigen Gegenüberstellung von „Befreiung“ und „Selbstbefreiung“[5] diskutiert, und dieser sophistische Streit erzeugt den Nebeneffekt, dass von den

---

3 Es entspricht nicht den Tatsachen, wenn ein Historiker, der Roman und Film kennen und es von seiner Arbeit in der DDR besser wissen könnte, schrieb: „Man tabuisierte restlos moralische Probleme und Grenzfälle einer Existenz, die von Extremsituationen und ununterbrochenem Überlebenskampf geprägt war.“ (Olaf Groehler, Erinnern ohne Heldenkult. 50 Jahre nach der Befreiung des KZ Buchenwald wird seine Geschichte neu geschrieben. In: „Das Sonntagsblatt“, Ausgabe vom 7. April 1995, S. 11).

4 Erwin Geschonneck im Interview „Mich haben die Götter nie geliebt“, in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe vom 4./5. März 1995. In einem Rundfunk-Interview hatte der Schauspieler 1987 auch geschildert, wie sich ein junger Kommunist im Lager zum Schläger der SS gemacht hatte. Die Sendung war verboten worden.

5 Nachdem der Ministerpräsident des Landes Thüringen, Vogel, in seiner Rede anlässlich des Gedenkens auf dem Ettersberg den amerikanischen Soldaten dankte, die befreiende Tat der Häftlinge aber unerwähnt ließ, kam

wirklichen Gefahren und deren Abwendung im April 1945 weggelenkt wird. In Beyers Film war auch die Dialektik von Befreiung und Selbstbefreiung in beeindruckenden Bildern lebendig geworden. Die Männer an der Spitze der illegalen Organisation entscheiden die Frage, wann sie zu den wenigen Waffen greifen können, in einem Augenblick bejahend, da sich die SS-Herrschaft schon im Zustand der Auflösung befindet und in Abhängigkeit von der Nähe der US-Truppen. Erst als der Geschützdonner der Schlacht auf dem Hügel nördlich von Weimar schon wahrnehmbar ist, erfolgt der Angriff auf die verbliebenen SS-Wachen. So sicher, wie er fehlschlagen musste, als die Amerikaner am Rhein standen, so sicher hätten die Häftlinge den eintreffenden Truppen nicht einen einzigen ihrer Peiniger übergeben können, wenn sie ihn nicht vorher zu ihrem Gefangenen gemacht hätten und das durch – wie anders – bewaffnete Gewalt. Der Spielfilm hat auch in diesem Punkte die Realität deutlicher eingefangen, als sie sich in manchen mündlichen Erinnerungsberichten und in schriftlichen Darstellungen ausdrückte.

Das Geschichtsbild des KZ Buchenwald – und in ähnlicher Weise auch die Darstellungen über die Geschichte anderer Lager, die später auf dem Gebiet der DDR zu Gedenkstätten ausgestaltet wurden – besaß nicht die Hauptmängel, die ihm heute im Streit angedichtet werden. Seine schwerwiegenden Lücken, auf deren Beseitigung Mitarbeiter dieser Gedenkstätten schon vor 1989 vergeblich hinzuwirken suchten, entstanden durch die Ausblendung der die Masse der Lagerinsassen bildenden Häftlingsgruppen. Sie spielten zwar im Widerstand keine herausragende Rolle und hatten sie meist auch nicht spielen können. Doch verlangten deren Leiden und Widerstehen nicht anders als das der politischen Gefangenen Gedenken und Würdigung: Juden und Zigeuner (Sinti und Roma), Homosexuelle und „Asoziale“ und die Tausenden von zivilen und Kriegsgefangenen, die aus den verschiedensten besetzten Staaten und Ländern herbeigeschleppt worden waren. Dass sich die Historiker der DDR und namentlich diejenigen, deren Forschungsgegenstand der Faschismus war, für die Ergänzung des Geschichtsbildes vom Leben, Leiden und Widerstehen nicht eingesetzt haben – für manche von ihnen wird man sagen können: nicht entschiedener verwandten – bleibt ihre Verantwortung und ihre Schuld.

2. Der Bildertausch

Vier Jahre waren seit dem Inkrafttreten des Vertrages über die deutsche Einheit vergangen, als gemeinsam von einer Gruppe von Historikern der Universität Jena und der Gedenkstätte Buchenwald eine Darstellung der Geschichte des KZ Buchenwald vorgelegt wurde.[6] Das geschah in einer etwa 150 Druckseiten umfassenden Einleitung zu einer Quellenedition, die sehr unterschiedliche Quellengruppen zusammenfasste. Ihren Kern und Neuwert machten Dokumente aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED aus, die entstanden waren, als innerhalb der Partei Befragungen von ehemaligen politischen Häftlingen erfolgten, die inzwischen auf mehr oder weniger einflussreiche Posten in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der eben gegründeten DDR gelangt waren. Während dieser z. T. nach inquisitorischer Manier durchgeführten Ausforschungen einstiger Häftlinge stand naturgemäß deren Verhalten im Mittelpunkt des Interesses. Nun ist die Perspektive derer, die vor vier Jahrzehnten ihre eigenen Genossen beschuldigten, im Kampf gegen die SS um ihr und ihrer Mitgefangenen Überleben falsche Methoden angewendet zu haben, auch in das Zentrum einer neuen Darstellung der Geschichte des Buchenwälder Lagers geraten.[7]

---

es im Landtag zu Erfurt am 18. Mai 1995 darüber zu einer Debatte, in der PDS-Abgeordneten diese Art des Gedenkens kritisierten.

6 Ihr Erscheinen war der Presse bereits frühzeitig avisiert worden. „Die gar nicht so geheime Akte Buchenwald. Wozu die Lagergeschichte hat dienen müssen – und was aus einem von denen geworden ist, die sie durchlebt hatten“ überschrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, Ausgabe vom 21. Juni 1994 ihre Vorankündigung. In der gleichen Zeitung wurde nach dem Erscheinen des Buches der „Bildersturz, der zumindest die Leser in der ehemaligen DDR erwartet“ begrüßt. Die Interpretation, die der Publikation gegeben wurde, lassen nichts von einer Frontstellung der Herausgeber erkennen. Der Rezensent sah darin die Behauptung gerechtfertigt, die Kommunisten hätten in ihren Funktionen „die Weichen des Todes gestellt“. Ausgabe vom 20. Dezember 1994.

7 Die neugestaltete, anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung des KZ Buchenwald eröffnete Ausstellung in der Gedenkstätte auf dem Ettersberg hat der Autor dieses Vortrags bisher nicht sehen können. Ein Rezensent wies da-

In Diskussionen, die diese Veröffentlichung auslöste, ist von ihren Urhebern erklärt worden, es handele sich gar nicht um das Vorhaben, eine Gesamtgeschichte des Lagers vorzulegen. Das Argument hält einer Nachprüfung allein aus logischen Gründen nicht stand.[8] Angesichts der – schon erwähnten – Stellung, welche sich eine Gruppe von Kommunisten in der „Häftlingsgesellschaft" errungen hatte, führte die Darstellung von deren Geschichte notwendig in alle wesentlichen Lebensbereiche des Lagers: vor allem aber waren (und wurden) die Beziehungen gezeichnet, die diese Gruppe einerseits zur SS, andererseits zur Masse der funktionslosen Häftlinge unterhalten musste bzw. herstellte.

Das Unternehmen wurde zudem als ein Rettungsversuch vorgestellt, er sollte das von Verklärungen verdeckte Verdienst der kommunistischen Häftlingsfunktionäre ins rechte historische Licht rücken. Von den wenigen Überlebenden, deren Verhalten und Handeln die Autoren neu darstellten, ist das so nicht erkannt und anders empfunden worden. Das ausgetauschte Bild rief ihre harschen Proteste hervor. In der Tat, und um es vorwegzunehmen, waren die „roten Kapos" von Buchenwald vom Postament der Helden auf die Anklagebank der Mittäter gerückt worden.[9] Ausdrücklich wurde vom Herausgeber in einer Äußerung zum Buch geschrieben, das vorhandene Material sei nicht „zu einer juristischen Abrechnung mit Mittätern unter den Häftlingen geeignet". Es braucht wenig Phantasie sich vorzustellen, welche Reaktionen eine derartige Aussage bei denen hervorrufen musste, die in den zumeist wenigen Jahren des Lebens, die ihnen noch geblieben sind, das Andenken jener pflegen, die im Lager umkamen oder in den Jahrzehnten seit der Befreiung verstarben.[10]

Da in der Debatte über das neue Buchenwald-Bild wieder und wieder der Begriff Mythos auftauchte und von Kult gesprochen und geschrieben wurde, der mit den Widerstandskämpfern getrieben worden sei, erscheint eine Zwischenbemerkung nicht überflüssig. Das Wort in Sinn und Ohr, wonach das Volk glücklich sei, das keine Helden brauche, besteht kein [Grund], die Vorstellung von den Nazijahren dahin zu revidieren, dass die Deutschen damals Helden nicht nötig gehabt hätten. Gewiss: unglücklich fühlte sich die deutsche Mehrheit über die längste Zeitspanne des „Dritten Reiches" nicht. Dieses Gefühl lernten sie erst seit der Mitte des Jahres 1941 kennen, und es steigerte sich gegen Ende des Krieges und im Nachkrieg bis zu jenem elenden Befinden von Millionen, das von viel Selbstmitleid begleitet oder durchsetzt war.

Deutschland brauchte in jenen Jahren Helden und es besaß zu wenige davon. Das Wort ist belastet mit jenem Begriffsgehalt, der ihm von der deutschen Propaganda gegeben wurde, die schon im Blick auf den Ersten Weltkrieg von den Helden der Luft, der See, der Kolonien usw. gesprochen hatte. Nahezu in jenem Dorf entstand zu Zeiten der Weimarer Republik auf Angern und Friedhöfen

---

rauf hin, dass die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*" einen Tag nach der Eröffnung des Museums die „Korrekturen an den roten Legenden" lobte. Partiell folgt die Ausstellung offenkundig der Darstellung, die von Niethammer und Hartewig gegeben worden war, so wenn geschrieben wird, dass sich die Kommunisten in der von der SS durchgesetzten „rassistischen Hierarchie der Häftlingsgesellschaft verstrickt hätten." Die Zitate entstammen aus: Die Wahrheit ist versteckt. Eindrücke von der seit 8. April 1995 offenen Ausstellung in Buchenwald, in: „antifa"(Berlin), 1995, Heft 5, S. 30. – Ein anderer Rezensent resümierte seinen Eindruck von der Ausstellung so: „Über das ‚Was' erfährt der Besucher insgesamt weit mehr als früher, wenn auch nicht über den Widerstand. Beim ‚Wie' ist vieles offen gelassen worden, auf das die Geschichtsforschung schon lange gesicherte Antworten hat." Claus Dümde in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe vom 10. April 1995.

8 In dem erwähnten Artikel für das Jenaer Forschungsmagazin stellte Niethammer demgegenüber klar: „Was diese Akte in der Gegenwart interessant machte, war [...], dass in den Vernehmungen (der SED-Mitglieder durch die Kontrollkommission – K. P.) ein Verhalten führender KPD-Funktionäre im Lager sichtbar [...] wurde, das krass von der in der DDR weitverbreiteten Darstellung [...] abstach." Mit anderen Worten: dass sich das Material zur Begründung des Bildertausches eignete. Vgl. Forschungsmagazin, a. a. O., S. 14.

9 Des 1. Vizepräsidenten des „Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos" Urteil über den Platz, den die Quellenedition politisch besetzt, lautete: „Dieses Buch entspricht der Atmosphäre, die Obrigkeitlicherseits gewünscht wird." Emil Carlebach im Interview mit der Zeitung *junge Welt*, Ausgabe vom 6. April 1995.

10 Groehler vermag demgegenüber in der veränderten Situation einen Gewinn für die Überlebenden zu entdecken, die in der DDR lebten, und schreibt, sie können „heute endlich berichten, ohne das Gefühl, sich politisch missbrauchen zu lassen". Er fordert sie geradezu auf, ihre „letzte Chance" zu nutzen. Erinnern ohne Heldenkult, a. a. O. (S. Anm. 3)

in Stein gehauen oder auf Holztafeln im Innern von Kirchen ein Erinnerungszeichen für diese „Helden“, die zumeist doch Opfer des imperialistischen Krieges gewesen waren. Soll das Wort jenen überlassen bleiben, die es wieder und wieder missbrauchten? (Und die ihn – man erinnere sich der weltweit verbreiteten Bilder über die „Helden“ der US-Army, jüngst erst des Fliegeroffiziers, der den Abschuss seines Flugzeugs in Serbien überlebte – weiterhin zur Lobpreisung eines Heldentums verwenden, das höchst nicht ehrenwerten politischen Zwecken dient.) Oder soll, dem Ratschlag Victor Klemperers folgend, nicht doch anders verfahren werden, so dass denjenigen, die den Begriff ihren Zwecken einordnen, nicht noch der Triumph bleibt, ihn für diese ihre Zwecke monopolisiert zu haben? Was hindert wen, mit Bezug auf die Mutigsten unter den Widerstandskämpfern in Buchenwald von Helden zu schreiben, die Menschen waren und die daher das Lager nach dessen Befreiung nicht verlassen konnten, wie Pallas Athene dem Haupt des Zeus entstieg.[11]

Damit ist die Frage nach dem gesellschaftlichen Kontext des Bildertausches aufgeworfen. Er erfolgt in einer Zeit, die die Kennzeichnung „Kommunistenjagd“ verdient, wenn – um Verwechslungen zu vermeiden – beachtet wird, dass sie nicht auf die biologische, sondern auf die soziale Existenz und vor allem die hochgradige Isolierung der Angehörigen dieser Gruppe, einer „Isolierung in Freiheit“, zielt. Diese Feststellung besagt nichts über die Motive derjenigen, die den Bildertausch vorgenommen haben. Aufeinanderfolge konstituiert keine Ursache-Wirkungs-Beziehung, Gleichzeitigkeit beweist keinen Anstifter-Täter-Zusammenhang. Nur sollte am wenigsten Historikern entgehen, in welches politische Umfeld sie publizieren. Wissen doch der sprichwörtliche Mann, die weniger sprichwörtliche Frau „auf der Straße“ allein aufgrund des permanenten Kampfes um die Umbenennungen von Straßen, welche Erinnerung in Deutschland getilgt, welche an ihre Stelle treten soll. In Berlin haben sich die unter Beteiligung von Geschichtsprofessoren erarbeiteten Vorschläge dazu noch nicht gänzlich durchsetzen können, so dass der Clara Zetkin noch gedacht wird, an deren Stelle der Name der Frau des ersten Königs in Preußen wieder treten soll, zumal die Einmündung der Straße auf das Gebäude des Reichstags trifft.

Der Streit um Buchenwald – das ist gewiss – bildet einen Teil der Auseinandersetzungen darum, was in Deutschland von Vergangenem bewahrt wird und wie das geschieht, seien es Ereignisse oder Personen, und was der Vergessenheit preisgegeben wird und anheimfallen soll. Die Autoren haben sich in diesem Streit zweifelsfrei platziert. Ihre Grundaussagen lauten zusammengefasst: Die Buchenwälder Kommunisten waren ein erfolgreiches Selbstrettungskollektiv. Das Ziel all ihrer Handlungen oder Unterlassungen im Lager war die „Kaderschonung“, ihr Überleben und das ihrer Gruppe. Auch deutsche und internationale Bündnispartner seien in erheblichem Umfange geschützt worden. Über diesen Kreis hinaus aber habe es lediglich individuelle Solidaritätsakte gegeben.[12] Die „Kosten“, das soll heißen: die Folgen der Handlungen und Unterlassungen, hätte die Masse der Häftlinge tragen müssen. Sie empfand die deutschen Kommunisten als Exekutoren der SS.

Dieses Bild wird unter wohlabgewogener Verwendung von Begriffen präsentiert, die im Gegensatz zur überaus schlampigen, in einer Masse von Tatsachen bis zur Peinlichkeit unzuverlässigen Kommentierung[13] der Dokumente steht. Die kommunistischen Funktionäre werden insgesamt als eine „Zwischenschicht“ bezeichnet und in ihrer Rolle eher auf die Seite der SS zugeordnet als zur Masse der Lagerinsassen. Gegen diese Kommunisten wird der zuerst von der SED-Kontrollkommission erhobene Vorwurf wiederholt, sie hätten nicht gegen die SS-Leute gekämpft.[14]

---

11 Es lenkt von der eigentlichen Frage ab, wenn sie sogleich darauf verengt und banalisiert wird, ob man sich von einem „Heldenkult“ verabschieden soll. Siehe unsere Anm. 2.

12 Dieses Fazit gibt Niethammer, Zerstörung eines Mythos, a. a. O., S. 19.

13 Ein ahnungsloser Autor, vermutlich aus dem Umkreis der Studentenschaft Niethammers, schrieb demgegenüber in „Jenas führender Uni-Zeitung“, Ausgabe vom 26. Januar 1995, tatsächlich: Die Dokumentation sei „in ihrer Gründlichkeit, Differenziertheit und des praktizierten Umgangs mit der Materie als beispielgebend für jene hinzustellen, die in den vergangenen zwei Jahren allzu schnell glaubten, die Geschichte der DDR abhaken zu können.“

14 Niethammer formuliert ihn so: „Hingegen sind Opfer des kommunistischen Widerstands unter der SS vor der Befreiung des Lagers nach den Akten weder belegt noch wahrscheinlich.“ Zerstörung eines Mythos, S. 19.

Dieses Bild nimmt seine kräftigste Stütze aus der unbestrittenen Tatsache, dass Häftlingsfunktionäre, die in der sog. „Arbeitsstatistik“ tätig waren, bei der Zuordnung in Arbeitskommandos (darunter Kommandos in Außenlager des KZ), die als besonders günstig oder auch als besonders gefährlich galten, Personen auswechseln konnten. Das wird „Opfertausch“ genannt. Das Bild, das von den Privilegien der „roten Kapos“ oder einzelnen Zugehörigen dieser Gruppe gegeben wird, setzt sich aus einer Vielzahl von Mosaiksteinchen zusammen. Erwähnt werden u. a. das Vorrecht der „zivilen Kleidung“ und des „zivilen Haarschnitts“, die größeren Möglichkeiten der persönlichen Hygiene, der Zugriff zu Sonderrationen, die Befreiung von eigener körperlicher Arbeit, der kurze Weg in das Bordell, den einige trotz der ablehnenden Haltung der KP-Leitung gingen.[15] Demgegenüber wurde der tagtägliche Kampf ignoriert, der zur Bildung und Behauptung jener „Gegenmacht“ führte, welche die Kommunisten wie die Masse der Lagerinsassen vor der Willkür der SS-Mannschaften – selbstredend in keinem Moment vollständig – zu schützen vermochte. Als das einzige wesentliche Resultat dieser lebensgefährdenden Anstrengungen gilt den Autoren der Einleitung, dass die Kommunisten die Lagersituation für alle Häftlinge „berechenbarer“ oder „kalkulierbarer“ gemacht hätten. Der Begriff „Lebensrettung“ kommt in diesem Bild von der Geschichte des kommunistisch dominierten Widerstands im KZ Buchenwald jedenfalls nicht vor.

Damit setzen sich die Verfasser nicht nur in Widerspruch zu irgendeinem Mythos, sondern zu einer Vielzahl von Aussagen Überlebender, von Deutschen und Nichtdeutschen, die keine Kommunisten waren. Folgerichtig werden deren Aussagen marginalisiert, beiseitegelassen oder als bestellte Zeugnisse qualifiziert. Die Berufung der Autoren auf Zeitzeugen wie Eugen Kogon, Hermann Langbein, Primo Levi und Jorge Semprun erscheint in diesem Zusammenhang als unredlich, denn es bleiben gerade jene Passagen ihrer Schriften unerwähnt bzw. unzitiert, in denen in deutlich positivem Sinne von der Rolle der politischen Häftlinge in Lagerfunktionen berichtet wird. Semprun hat seine schon früher niedergeschriebenen Urteile in der Rede bekräftigt, die er auf der Veranstaltung der Thüringer Landesregierung anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung des KZ Buchenwald hielt, in dem er selbst als ein Gefangener lebte und als Beauftragter der spanischen Kommunisten in der „Arbeitsstatistik“ tätig war: „An erster Stelle muss man die Notwendigkeit des antifaschistischen Widerstands bekräftigen. Nicht nur des Widerstands ganz allgemein, abstrakt gesehen, als offenkundiger moralischer Imperativ. Man muss die Notwendigkeit des Widerstands sogar unter den konkreten Bedingungen von Buchenwald bekräftigen, innerhalb des schmalen reellen Spielraums der existierenden Möglichkeiten und trotz der klaren Gefahren moralischer Verirrungen, die besagte Aktivitäten beinhalten [...] Daher kann man den von den deutschen Kommunisten organisierten antifaschistischen Widerstand in Buchenwald moralisch legitim und politisch positiv beurteilen. Innerhalb der Grenzen, die von der objektiven Situation auferlegt waren, ermöglichte er die Entfaltung einer internationalen Solidarität, die Entwicklung der Prinzipien und der Praxis einer Moral des Widerstands. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, darf und muss die Erfahrung der kommunistischen deutschen Organisation von Buchenwald vom historischen Gedächtnis des wiedervereinigten Deutschlands akzeptiert werden: sie gehört zu seiner Tradition des Widerstands, zu seinem Erbe von Kämpfen gegen den Nazismus.“[16]

---

15 Carlebach hat in dem schon erwähnten Interview mit der „jungen Welt“ (s. Anm. 9) an einigen Beispielen dargestellt, dass und wie Details dieses Bildes gefälscht wurden. So erklärt er, warum die älteren Häftlinge eine bessere Kleidung besaßen als die später eingelieferten, denen eine Zellwollkluft übergeben wurde. Er verweist darauf, dass es kein Privileg Ernst Busses war, als Kapo des Krankenbaus einen weißen Kittel zu tragen, sondern dass alle Sanitäter ebenso wie das Häftlingspersonal in der Küche einen solchen Kittel trugen.

16 Zitiert nach der partiellen Wiedergabe der Ansprache in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe vom 11. April 1995. In der gleichen Rede und mit dem oben zitierten Text schwer vereinbar nannte Semprun die Arbeit des Jenaer-Buchenwälder Historikerteams „von entscheidender Bedeutung“. Es bleibt abzuwarten, ob die Herausgeber der Quellenedition in der noch für 1995 angekündigten zweiten Auflage nicht nur die Vielzahl von sachlichen Fehlern in ihrer Kommentierung tilgen, sondern sich auch dem Urteil annähern werden, das sich anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung des Lagers wiederum mehrstimmig äußerte. S. auch das Interview mit dem Präsidenten des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald-Dora und Kommandos, Pierre Durand, in: Neues Deutschland (Berlin), Ausgabe vom 10. April 1995.

3. Buchenwald – pars pro toto

Die Offerte des neuen Buchenwald-Bildes erfolgt – und das lässt nun freilich auch die Motive der Autoren fragwürdig erscheinen – verbunden mit seiner nahezu vollständigen Isolierung von ähnlichen Erscheinungen. Nun stellte das KZ Buchenwald in der Tat insofern einen Sonderfall dar, als es kein zweites Lager dieses Typs gab, in dem deutsche kommunistische Häftlinge einen derartigen Geschlossenheits-, Organisations- und Einflussgrad erreichten. Doch die Grundsituation des Lagers auf dem Ettersberg unterschied sich nicht von jener in anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern und in vielen Ghettos, in denen Juden zusammengepfercht worden waren, auch nicht vom Sonder-Ghetto und KZ Theresienstadt. Überall setzten die Gründer und Beherrscher dieser Lager Insassen ein, die Funktionen im Auftrag der SS auszuführen hatten. Überall fanden sich Inhaftierte, die solche Funktionen übernahmen. Überall entbrannten Auseinandersetzungen darüber, ob sich dieser Schritt rechtfertigen lasse. Überall waren unter den Inhabern dieser Funktionen solche, die sich korrumpieren ließen, und manche wurden zu Bütteln der Mörder. Mit Bezug auf alle diese Zwangsgemeinschaften entbrannten unter den Überlebenden nach der Befreiung Diskussionen über die Rolle der Häftlingsfunktionäre, der Lagerschutzmannschaften und der Ghettopolizei. Historiker beteiligten sich daran namentlich im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess und der sog. Hannah-Arendt-Kontroverse.

Merkwürdigerweise wurde die Neubehandlung der Rolle der Kommunisten in Buchenwald von dieser Kontroverse ganz abgekoppelt. Mehr noch: das Verhalten der „roten Kapos“ erscheint nicht in erster Linie durch die extreme, von ihnen bei der Übernahme ihrer Posten nicht vorherzusehende Situation bestimmt, deren Koordinaten die SS festlegte, sondern erwächst aus der „kommunistischen Ideologie“. So unbestritten es ist, dass diese Ideologie die Grundhaltung zum Widerstand auch unter den Haftbedingungen eines KZ bestimmte, so verkrampft erscheint die Sichtweise, welche die einzelnen Handlungen in der „Arbeitsstatistik“ oder im „Krankenbau“ als ideologiedeterminiert darstellt.

So haben es sich die Autoren zuzuschreiben, dass gefragt wird, warum sie Verhaltensweisen als spezifisch kommunistisch ausgeben, die sie doch unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen vielerorts hätten wahrnehmen können. Die Praxis des „Opfertausches“, dessen Rechtfertigung in einem elitären Selbstverständnis der „roten Kapos“ erblickt wird, kann beispielsweise in der Israelitischen Kultusgemeinde angetroffen werden, als die Listen mit den ersten Wiener Juden zusammengestellt wurden, die auf Anforderung der Machthaber „nach dem Osten“ transportiert werden sollten. Niemand hat angesichts der seit Langem bekannten Tatsache die an den Korrekturen der Namensverzeichnisse beteiligten Juden verdächtigt, ihr Handeln sei aus ihren religiösen Überzeugungen, aus ihrer spezifischen Ideologie, hervorgewachsen.

Es ist Sache der Autoren des neuen Buchenwald-Bildes, die Frage zu beantworten, ob es das Eiltempo ihrer Arbeiten oder eigene begrenzte Kenntnis war, die ihnen den Blick so verengten und sie an dem vielstimmigen Urteil vorbeisehen ließ, die dieser wiederkehrenden Grundsituation gelten. Zusammengefasst lautet es: Die Situation der Lagerinsassen eines KZ oder Ghettos verbesserte oder verschlechterte sich auch in Abhängigkeit von der Rolle der Häftlingsfunktionäre. Wo politische Häftlinge Einfluss gewonnen hatten, wirkte dies innerhalb von nicht zu überschreitenden Grenzen schützend. Diese Erfahrung ließ viele Häftlinge, die selbst Funktionen nicht besaßen, deren Übernahme durch andere gutheißen, die sie dafür für geeignet hielten. Das geschah im Bewusstsein der Konflikte, die mit der Annahme solcher Posten verbunden waren. Unter denen, die sich trotz vieler Bedenken für Häftlingsfunktionen zur Verfügung stellten, waren naturgemäß vielfach politische Häftlinge mit organisatorischen Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen, die sie mit ihren Gegnern in Freiheit bestanden hatten. Aus der langen Reihe dieser „Kapos“ sind die Namen mancher, die sich durch besondere physische und psychische Widerstandskräfte auszeichneten, den Überlebenden dauernd im Gedächtnis geblieben.

Häftlinge, die vordem in anderen Lagern – darunter in Auschwitz – sich befunden hatten, bezeugten die für sie unerwartete besondere innere Situation im KZ Buchenwald. Sie vermittelte ihnen selbst

noch in der Endsituation des Naziregimes das Gefühl einer Überlebenschance. Namen wie der von Willi Bleicher, der zur Kommunistischen Partei Opposition gehört hatte, später in der Bundesrepublik lebte und ein weit über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekannter Gewerkschaftsfunktionär der IG Metall wurde, und der von Walter Bartel, der aus der Kommunistischen Partei kam, nach der Befreiung im Osten Deutschlands lebte, zeitweilig Sekretär Wilhelm Piecks in dessen Eigenschaft als Staatsoberhaupt der DDR war und später in die Geschichtswissenschaft „abgeschoben" wurde, wo er sich mehrfaches Verdienst erwarb, sind in diesem Zusammenhang wieder und wieder genannt worden.[17]

* * *

Wer einen Text publiziert, kann für das Echo, das er hervorruft, rechtens nicht haftbar gemacht werden. Jedoch kann er sich zu diesem Echo verhalten. Die Herausgeber des Buches „Der ‚gesäuberte' Antifaschismus" haben das Tempo, in dem sie bei der Edition der Quellen vorgingen, unter anderem durch ihre Absicht gerechtfertigt, dass sie deren auswahlweiser und missbräuchlicher Benutzung den Boden dadurch zu entziehen wünschten, dass sie den Dokumentfund lückenlos der Öffentlichkeit zugänglich machten. Das Verdienst bleibt ihnen so unbenommen, wie die Naivität und Selbsttäuschung, die sich in diesem Anspruch ausdrückte. Die *„Bild"*-Zeitung hatte Denunziation und Diffamierung der „roten Kapos" mit Schlagzeilen wie „So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden" und „Wer KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen" eingeleitet. Nach einer Vorstellung des Buches, sie hatte in Potsdam stattgefunden, gab der *„Tagesspiegel"* seinem Bericht die Überschrift: „Elite des Grauens: Deutsche Kommunisten in Buchenwald"[18]. Ein Unterschied ist nicht erkennbar. So bleibt die an die Herausgeber gerichtete Frage, die schon mehrfach gestellt wurde, ob sie dieses Echo als adäquat empfinden oder, wenn das nicht der Fall ist, warum sie es dann bisher kommentarlos hinnahmen.

Quelle: Digitaler Nachlass. Kurzfassung unter dem Titel „Sauberer Anti-Antifaschismus. Der Streit um Buchenwald und der Analphabetismus in der neudeutschen Geschichtsschreibung. Ein Resümee." konkret 07/1995, S. 20-24.

---

17 Nur über wenige aus dem Kreis der „Kapos" sind biographische Darstellungen oder Sammlungen erschienen. Zuletzt publizierte Horst Gobrecht, Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden, Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald, Köln 1995. Mit der Biographie dieses letzten Lagerältesten I befasste sich jüngst auch der Aufsatz von Beate Dorfey, Zur Problematik des kommunistischen Widerstands im Konzentrationslager Buchenwald. Der Fall des Trierer Kommunisten Hans Eiden, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin, 1995, Heft 6, S. 515-534). Die Historikerin gelangt zu dem Gesamturteil: „Er hatte eine feste kommunistische Überzeugung, den Mut, sich in herausgehobene Positionen zu begeben, auch wenn das für ihn persönliche Gefahr bedeutete, da die SS sich bei allen Vorgängen im Lager immer zuerst an die Funktionäre wandte, und eine solide Parteidisziplin verbunden mit der Bereitschaft, die Beschlüsse der Widerstandsleitung nicht nur mitzutragen, sondern auch gegenüber der SS zu vertreten." S. 521.

18 *„Der Tagesspiegel"* (Berlin), Ausgabe vom 4. März 1995. Wie die Zeitung berichtete, hatte Niethammer auf dieser Veranstaltung dann auch die Linie von dieser „roten KZ-Elite" zur „Stasi, Polizei", zu den Betriebsleitern und Botschaftern" der DDR gezogen, wobei nicht immer klar wird, welche Formulierungen vom Vortragenden, welche vom Berichterstatter stammen. Damit ist dann der Brückenschlag zur Geschichte der DDR, des „Unrechtsstaates", erfolgt.

Sauberer Anti-Antifaschismus

Der Streit um Buchenwald und der Analphabetismus in der neudeutschen Geschichtsschreibung. Ein Resümee

Noch vor Jahresfrist schien es, blickte man auf die einstigen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, die den Bundesländern Thüringen und Brandenburg „zugefallen“ sind, kein dringenderes Thema für Forschung und museale Gestaltung zu geben als die Geschichte der sowjetischen Speziallager. Nun ist die Aufmerksamkeit auf die ursprüngliche Bestimmung jener Stätten zurückgelenkt worden. In den Mittelpunkt des Interesses wurden jedoch nicht Fragen nach der Funktion der Lager, den Verbrechen der SS und deren Verfolgung (oder Nichtverfolgung) in den Nachkriegsjahren gestellt. Als das aufzuarbeitende Thema schlechthin gilt vielmehr seit einiger Zeit die Rolle einer Opfergruppe: der in Buchenwald gefangenen Kommunisten. Neuerwachter Forschergeist richtet sich insbesondere auf jene, die als Häftlinge Funktionen übernommen hatten, Lager- oder Blockälteste waren oder als sogenannte Kapos Arbeitskommandos vorstanden, die innerhalb und außerhalb des Lagers eingesetzt wurden. Die Wendung entbehrt nicht der Logik. Würden die mit dem roten Winkel am gestreiften KZ-Kittel der antikommunistischen Generalabrechnung entgehen, müsste das Gruselbild unvollkommen bleiben, das derzeit ausgemalt wird. Dessen Funktion ist kein Geheimnis: Fällt künftig das Wort „Kommunist“, soll es den vereinigten Deutschen kalt den Rücken hinab- und wieder hinauflaufen.

Professor Niethammer, der Herausgeber der Quellenedition *Der „gesäuberte“ Antifaschismus*, lebt und lehrt seit kurzem in Jena. Dort besetzte er den Lehrstuhl für Geschichte, den vor ihm der Faschismusexperte Manfred Weißbecker innehatte, bis er ihn per „Abwicklung“ verlor. Niethammer und seine Mitarbeiter erwecken, den Reklamepraktiken folgend, die auch um die Wissenschaft keinen Bogen machen, in der Einleitung des Bandes den Eindruck, sie hätten ein Thema zutage gebracht, das in DDR-Zeiten gleichsam auf einer Liste historischer Staatsgeheimnisse gestanden hatte. Wahr ist hingegen, dass Situation und Rolle der Häftlingsfunktionäre im Konzentrationslager Buchenwald in einer Weise öffentlich dargestellt worden waren, die jede denkbare Wirkung geschichtswissenschaftlicher Anstrengung übertraf. Nachdem 1958 Bruno Apitz’ Roman *Nackt unter Wölfen* erschienen war, der Auflage nach Auflage erlebte, nahm sich der Regisseur Frank Beyer Anfang der sechziger Jahre des Stoffes an. Im Zentrum seines Spielfilms wie in dem des Romans steht die wahre Geschichte eines aus Polen stammenden jüdischen Kindes, das mit seinem Vater 1944 aus Auschwitz nach Buchenwald gelangte. Es überlebte wie Hunderte anderer Kinder durch die Hilfe (nicht nur, aber vor allem) der politischen Mitgefangenen.

In Wort und Bild, die allein in der DDR eine Millionenzahl von Menschen erreichten, waren in *Nackt unter Wölfen* auch Konflikte deutlich gemacht worden, denen sich die politischen Häftlingsfunktionäre ausgesetzt hatten. Sie entschieden beispielsweise in der „Arbeitsstatistik“, wer welchem Kommando in Buchenwald oder in dessen Außenlagern zugeteilt wurde. Derartige Einweisungen konnten wegen der extrem unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen die Rettung oder den Tod bedeuten. Verzweifelt verlässt der Häftling, der den Knaben nach Buchenwald brachte (und bei Apitz wie bei Beyer nicht dessen Vater ist), mit einem solchen Außenkommando das Lager. Die illegale Organisation hatte aus Sicherheitsgründen die Trennung von seinem Schützling durchgesetzt. Mehr noch: Einige Angehörige des politischen Komitees wollten auch den Knaben aus dem Lager schaffen. Andere widersetzten sich – anfangs heimlich – und erzwangen sein Bleiben. Diese Version der Geschichte bedeutete gegenüber den tatsächlichen Ereignissen um „Juschu“ Zweig, so der Name des Jungen, eine Verschärfung. In Wirklichkeit waren Vater und Sohn im Lager geblieben, jedoch an unterschiedlichen Plätzen untergebracht worden. Im Konflikt zwischen dem Gesamtinteresse des Lagers und dem Erhalt des Lebens eines einzelnen Menschen schieden sich die Geister – auch die der Kommunisten. Das war eine der Aussagen des Films, und sie traf, indem sie im Detail von der Realität abwich, doch die historische Wirklichkeit.

Niethammer und seinen Mitarbeitern scheinen bei ihrer Beschäftigung mit dem Umgang, der in der DDR der Geschichte Buchenwalds galt, Roman und Film entgangen oder deren Botschaften ver-

borgen geblieben zu sein. Sonst hätten sie wohl auf die Pose von Entdeckern verzichtet. Denn präsentiert wird von ihnen nicht die Entdeckung eines verschwiegenen Themas, sondern eine Umwertung, die ältere Aussagen wiederbelebt, ohne dass Argumente und Gegenargumente vergangener Kontroversen redlich abgewogen würden: Sie stufen die Opfergruppe mit den roten Winkeln – insbesondere die Häftlingsfunktionäre – als „Mittäter“ ein. Sie sortieren sie als deren Helfer auf die Seite der SS. Das löste Beifall und Proteste aus. Schärfer noch als Kritiker aus den Reihen der einstigen politischen Häftlinge, die sich zu Wort meldeten, hatte sich zu dieser Sichtweise Primo Levi kurz vor seinem Tode geäußert. Er schrieb in seinem 1986 erschienenen Buch *Die Untergegangenen und die Geretteten*: „Ich weiß, dass es Mörder gegeben hat, nicht nur in Deutschland, und dass es sie noch gibt, sowohl im Ruhestand als auch noch im aktiven Dienst, und dass sie mit ihren Opfern zu vermengen auf eine kranke Moral, ein ästhetisierendes Getue oder ein unheimliches Anzeichen für Komplizenschaft hindeutet; aber vor allem wird damit jenen, die die Wahrheit bestreiten, ein wertvoller Dienst erwiesen – ob beabsichtigt oder nicht.“

Der gesellschaftliche Kontext, in dem die Gemeinschaft der Geschichtsrevisionisten wirkt, ist beschreibbar. Deutschland gedenkt angerührt des Lebensretters Schindler, des Kapitalisten mit dem guten, wenn auch mit keiner Sonde so richtig auszumessenden Herzen. Es gibt sich ungeteilt diesem Rührstück hin, denn es steht nicht zu fürchten, ein Fortsetzungsfilmwerde von jenen Kapitaleignern und deren Managern handeln, die ihre Häftlingssklaven als verbrauchte „Muselmänner“ nach Auschwitz-Birkenau lieferten. Gleichzeitig aber soll in diesem betroffen gemachten Deutschland vergessen werden, dass deutsche politische Häftlinge in Buchenwald, Kommunisten zumal, in ungleich anderer Lage als jener Betriebsinhaber, dessen Verdienst ungeschmälert bleibt, eine erheblich größere Zahl Juden retteten, als sie die „Schindler-Juden“ darstellten. Schwer denkbar, dass diejenigen, die auf dem Ettersberg dank „roter“ Hilfe lebend davonkamen, mit analoger Formulierung hierzulande als „Kommunisten-Juden“ eingebürgert werden könnten.

Unter dem Druck scharfer Kritiken, die es neben allerlei Lob von rechts auch gab, schlugen Niethammer und Co. in Diskussionen über ihr Buch einen Haken. Es sei nicht ihr Anliegen gewesen, Pflöcke für ein Feld einzuschlagen, auf dem sich die künftige Geschichtsschreibung über das KZ Buchenwald zu bewegen habe. Ihr Interesse habe sich vielmehr auf den Umgang der SED mit den Häftlingen gerichtet, die im Lager Funktionen ausübten und später in der sowjetischen Besatzungszone zeitweilig führende Positionen innehatten. Dieser Behauptung widersprechen Anlage und Inhalt des einleitenden Textes. Die Dokumentation wird geradezu mit dem Anspruch vorgestellt, einen Rettungsversuch zugunsten der „Politischen“ zu unternehmen. Er sei notwendig geworden, um die Folgen der Mythologisierung der Geschichte Buchenwalds in DDR-Zeiten zu überwinden. Überlebende Häftlinge haben diesen Anspruch als Hohn empfunden, wird ihr „Verdienst“ doch auf die Durchsetzung einer auf die eigene Gemeinschaft gerichteten, außerordentlich erfolgreichen Überlebensstrategie herabgestuft, für die die Masse der Häftlinge habe zahlen, d.h. bluten und sterben müssen.

Der Streit entzündete sich nicht an Erwägungen über den Wahrheitsgehalt, sondern an der Interpretation und Benutzung der Dokumente. Er wurde nicht auf dem Nebenfeld geführt, auf das die Herausgeber gleichsam zufällig geraten waren. Doch die Diskrepanz zwischen der Orientierung der Einleitung und dem Aussagewert der Dokumente trug dazu bei, die Rezeption des Bandes von jenem Thema wegzulenken, dem die unterbreiteten Quellen vor allem zuzuordnen sind. Die im einstigen Parteiarchiv der SED gefundenen, aus der Frühgeschichte der Einheitspartei stammenden Akten geben Auskunft über Vernehmungen, denen Parteimitglieder unterworfen wurden, die in Buchenwald in der Organisation der KPD Funktionen besetzt und auf das Verhalten ihrer Genossen in den Lagerfunktionen eingewirkt hatten. Diese Archivalien erlauben auf einem begrenzten Feld Einblicke in Geschichte und Charakter der SED, namentlich in ihre Personalpolitik. Sie lassen persönliche und Gruppeninteressen erkennen sowie die Methoden, mit denen diese verfolgt wurden. Weitere Forschungen werden das noch bruchstückhafte Bild vervollkommnen. Doch schon seine jetzt verfügbaren Teile können für all jene zu einer ebenso bitteren wie bitter notwendigen Lektüre werden, die – aus der SED kommend – sich auf den langen Weg zu einer sozialistischen Partei von demokratischem Zuschnitt gemacht haben.

Selbst wer zu DDR-Zeiten nicht an von der Berliner Parteizentrale weit entferntem Ort und untergeordnetem Platz arbeitete, hat mittlerweile erschüttert wahrgenommen, was sich in den Dokumenten an Geist und Haltung ausspricht. Dabei erscheint nicht die Tatsache als kritikwürdig, dass eine Partei ihre Mitglieder nach den Jahren der Naziherrschaft fragte, wie sie deren Prüfungen bestanden hatten (ein geradezu vorbildliches Verfahren, dem sich alle neu- oder wiedergegründeten Parteien im Nachkriegsdeutschland hätten unterziehen sollen). Die Unaufrichtigkeit des Verfahrens offenbart sich im selektiven Vorgehen seiner Betreiber. Noch die Protokolle atmen Eiseskälte und lassen nicht die Spur von Gleichheit der Gesinnung, von einer Anstrengung erkennen, sich in die Lage der einst gefangenen Genossen hineinzuversetzen. Da die „Buchenwälder“ bei jenen Befragungen die Konflikte, in die sie gekommen waren, mehr oder weniger freimütig schilderten, mitunter auch gegenseitige Anschuldigungen aussprechen, erhielten die Mitglieder der Kontrollkommission, was sie wünschten. Begründungen waren gefunden, um die „Belasteten“ aus den vorderen Reihen der politischen Hierarchie zu entfernen und ihnen einflussärmere Funktionen zuzuweisen.

Für sich genommen, d.h. ohne weitere dokumentengestützte Aufschlüsse, erlauben die Quellen keine vollständige Rekonstruktion der Motive und Ziele dieses rücksichtslosen Umgangs der SED-Spitze mit den einstigen Häftlingsfunktionären. Doch richten sich Aufmerksamkeit und Interesse derer, die von der Existenz der Archivmaterialien „Wind“ bekamen, auch nicht dahin. Die Papiere scheinen bestens geeignet, das Verdienst der „roten Kapos“ von Buchenwald herabzusetzen. Den Auftakt gab die „Bild“-Zeitung mit Schlagzeilen wie „So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden“ und „Wer KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen“. Obendrein erfanden ihre Redakteure eine prokommunistische Verschwörung, die die Archivalien vor der Öffentlichkeit verbergen wolle. Eben einem solchen Treiben hätten nach eigenem Bekunden Niethammer und seine Mitherausgeber nicht untätig zusehen wollen und sich daher entschlossen, die Dokumente rasch zu publizieren. Sie sollten zunächst 1995 erscheinen. Dann stellten sich Bedenken ein, ob der Band so dicht am 50. Jahrestag der Befreiung des Lagers richtig platziert sei. Jedenfalls beschleunigten die Herausgeber ihr Arbeitstempo – mit dem Resultat, dass niemand Gefahr läuft, seinen Einsatz zu verlieren, der darauf wettet, es werde sich hierzulande aus jüngerer Zeit kein zweites Quellenwerk finden, das derart schludrig bearbeitet worden ist.

Und diese gemeinschaftlich mit dem Akademie-Verlag begangene Schädigung eigenen und fremden Rufs soll durch das Vorhaben gerechtfertigt sein, das „Bild“-Bild zu konterkarieren? Dessen Konsumenten sind ja bekanntlich darauf aus, abends durch Studium historischer Dokumente zu überprüfen, ob ihnen am Morgen die Wahrheit ganz und unverfälscht mitgeteilt worden ist. Oder sollte der Dokumentenband womöglich bloß anderen Zeitungen Material für sachliche Gegendarstellungen bieten? Daran muss zweifeln, wer etwa die Überschrift liest, die der „Tagesspiegel“ am 4. März 95 einem Bericht von der Vorstellung des Buches gab, die Niethammer in Potsdam veranstaltet hatte: „Elite des Grauens: Deutsche Kommunisten in Buchenwald“. Die Mehrheit der anderen (nichtkommunistischen und nichtdeutschen) Häftlinge, so wird der Herausgeber zitiert, habe die Mitglieder der KPD „als Teil der deutschen Herrschaft über das Lager“ erlebt. Demnach besaß die „deutsche Herrschaft“ zwei Exekutoren: die SS und die Kommunisten.

Das lässt die behauptete Frontstellung als Selbstbetrug oder absichtsvolle Täuschung erscheinen. In Wahrheit konfrontieren sich die Herausgeber auch keineswegs nur, wie sie beteuern, dem entproblematisierten, geglätteten und geschönten Bild vom antifaschistischen Widerstandskampf, das in den Geschichtsbüchern der DDR vorherrschte. Sie erledigen stillschweigend, was Zeitzeugen berichteten, die kommunistischer Überzeugung ebenso unverdächtig sind wie irgendeines politischen Legitimationsinteresses. Die ignorante Haltung mag die Einbildung stützen, die seriöse Erforschung der Geschichte des Lagers stünde gleichsam beim Punkte Null. Daran kann sich das Selbstwertgefühl von Historikern bilden, deren Beschäftigung mit der Geschichte des Naziterrors und dessen Radikalisierung in den Konzentrations- und Vernichtungslagern gerade erst begonnen hat.

Die Erinnerungs- und Forschungsliteratur befasst sich bereits seit Jahrzehnten auch und besonders mit der Frage nach der „inneren Struktur der Häftlingsgesellschaft“. Schon die Gefangenen hatten sich der quälenden Frage gestellt, welchen Platz sie im Machtgefüge der Lager einnehmen, vor sich

und anderen rechtfertigen konnten. Sie hatten zu entscheiden, ob sie sich für Aufgaben zur Verfügung stellen sollten, welche die SS-Kommandantur von ihnen ausgeführt wissen wollte. Sie haben grundverschiedene Antworten gegeben. Ihr Ja oder Nein lässt sich keinen bestimmten Gefangenengruppen zuordnen.

Nach 1945 setzte sich die Kontroverse unter den Befreiten fort. Nun besaß sie eine abgeschlossene geschichtliche Erfahrungsbasis. Was hatten Häftlinge in den „Selbstverwaltungen“ der KZs und Mitglieder von „Judenräten“ in den Ghettos bewirkt? Waren sie, wie die einen befürchtet hatten, zu Handlangern der Wächter, Ausbeuter und Mörder geworden, oder hatten sie über ihr eigenes Schicksal hinaus das ihrer Mitgefangenen erleichtern, womöglich die Zahl der schließlich Überlebenden vergrößern können?

Hermann Langbein, der sich als Gefangener in Auschwitz zu den Kommunisten bekannt und später in Österreich seine Bindungen zu ihnen gelöst hatte, fasste in seinem großen Bericht *Menschen in Auschwitz* sein Urteil in die Form der Frage: „Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich vor der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten; aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? Wie hätte man die Schläger und Betrüger aus Schlüsselstellungen entfernen können? Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle, deren Moral nicht gebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?“

Zu Beginn der sechziger Jahre erreichte die Auseinandersetzung einen vorläufigen Höhepunkt, als Hannah Arendt nach ihrer Teilnahme am Prozess in Israel ihr Buch *Eichmann in Jerusalem* veröffentlichte und darin die These aufstellte, die Zahl der Opfer wäre nicht so hoch gewesen, hätten nicht Juden und jüdische Organisationen sich den „Endlösern“ zur Verfügung gestellt. Jüdische Funktionäre wurden als Mittäter kategorisiert. Gershom Sholem hielt der Autorin entgegen: „Ich finde in Ihren Darlegungen des jüdischen Verhaltens unter extremen Umständen, in denen wir beide nicht gewesen sind, kein abgewogenes Urteil, sondern vielmehr ein oft ins Demagogische ausartendes Overstatement.“ Wer Niethammers Einleitung liest, mag sich an diese Replik erinnern.

Tatsächlich kann sich ein Geschichtsforscher auf kein komplizierteres Feld begeben, als es eine Zwangsgemeinschaft von Menschen an der Grenze zwischen Leben und Tod ist. Wieder und wieder haben Überlebende davon gesprochen, dass sie – die einzigen Kronzeugen – außerstande wären, zu berichten, was ihnen und ihren toten Leidensgefährten geschah. Doch geht es nicht nur um eine prinzipielle Grenze des Erzählbaren. In zahlreichen Überlieferungen schwingen Rücksichten der Erzählenden mit. Kurt Goldstein, auf seiner Flucht aus Deutschland nach Palästina gelangt, nach seiner Teilnahme am Kampf für die spanische Republik ins französische Lager Vernet gebracht, wurde von dort nach Auschwitz verschleppt. Als Kapo stand er einem Arbeitskommando jüdischer Häftlinge vor, das in einer Grube schuften musste. Ein Überlebender, ein ehemaliger Viehhändler aus dem Friesischen, berichtet in seinen Memoiren, er verdanke Goldstein sein Leben. Der habe ihm erlaubt, sich während einer Selektion unter einem „Bettgestell“ zu verstecken, wodurch er – ein „Muselman“ – dem sicheren Gastod entgangen sei. Goldstein teilte dem Autor mit, so könne es nicht gewesen sein, denn Selektionen hätten nie in Baracken stattgefunden. In Wahrheit habe er während eines Appells den Gefährdeten schimpfend und mit einem kräftigen Tritt zum Stubendienst „abkommandiert“ und ihn so den Augen und dem tödlichen Wink des Selektierenden entzogen. Der Autor entgegnete, das entspreche auch seiner Erinnerung, doch habe er den Vorgang so nicht niederschreiben wollen, weil dann die Schilderung womöglich als Beweis gelesen worden wäre, wie schändlich Juden noch im Angesicht ihrer Mörder miteinander umgegangen seien. Um nun das Bild der Quellenüberlieferung zu vervollständigen, denke man sich zu dieser Episode einen dritten Häftling hinzu, der den Vorfall ohne Kenntnis der Zusammenhänge aus der Ferne beobachtete. Dessen Urteil über den seinen Leidensgenossen misshandelnden Kapo ist kaum zweifelhaft. Wenig zweifelhaft erscheint auch, auf welche der drei Quellen diejenigen zurückgreifen würden, die sich auf dem Forschungsfeld bewegen wie analphabetische Erstbesucher eines Selbstbedienungsladens.

Von der Geschichtsschreibung wird gemeinhin verlangt, dass sie Ereignisse und Ereignisfolgen in ihre Zusammenhänge stellt und dadurch begreifbar macht. Im vorliegenden Fall bedeutete das, zu Buchenwald Auschwitz und Dachau, Neuengamme und Groß-Rosen, auch Łódź, Warschau und Theresienstadt hinzuzudenken. Selbst wenn das die Möglichkeiten der Herausgeber überstieg, standen ihnen doch Aussagen über Aussagen zur Verfügung, die einzelnen dieser „Buchenwälder“ mit dem roten Winkel wie ihrer Gesamtheit Anerkennung und manchen auch höchstes Lob zollten. Nicht wenige dieser Urteile stammen aus den ersten Tagen und Wochen nach der Befreiung des Lagers. Niemand konnte die vielstimmigen Zeugen, Deutsche, vor allem aber Ausländer, zur Ausstellung von Papieren zwingen, in denen immer wieder die Alternative mitgedacht wird, was dieses Buchenwald ohne die deutschen politischen Häftlinge und ihre Erfahrung im Kampf gegen die SS gewesen wäre. Zahlreich sind die Berichte der Häftlinge, die nach dem Durchleiden der Torturen anderer Lager nach Buchenwald kamen und dort unterhalb der SS-Herrschaft eine andere Atmosphäre antrafen, als sie ihnen bis dahin begegnet war.

Auch in späteren Verlautbarungen haben Überlebende, nachdem sie in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, diese Urteile bestätigt, und selbst in den kritischsten Stellungnahmen zum Verhalten der Häftlingsfunktionäre wiederholt sich die Aussage, dass – von namentlich benannten Ausnahmen abgesehen – die kommunistischen Mithäftlinge im KZ Buchenwald – mit wiederum namentlichen Hervorhebungen – kraft ihrer Ideologie, ihrer Erfahrungen, ihres Mutes und ihres Zusammenhalts sich die größten Verdienste um das Überleben des Großteils der Lagerinsassen erwarben. Das galt vor allem für die Endphase des Lagers, als die Gefahr abgewendet werden konnte, dass die SS im Exzess ein letztes Blutbad anrichtete.

Die Methode des Weglassens von Dokumenten oder ihrer ungerechtfertigten Vernachlässigung, der sich Niethammer und seine Mitarbeiter bedienten, besitzt Vorläufer. Sie steht nicht in der Traditionslinie der unrühmlich untergegangenen, von Partei- und Staatsführung der DDR dirigierten Geschichtsschreibung. Die ließ weg, was den Anspruch „Die Partei hat immer recht“ gefährdete (der eigentlich nicht besagte, was er formulierte, sondern: „Die Parteiführung hat immer recht“). Die neue Ignoranz ist importiert, und ihre Quellen sind nicht weniger trübe.

In diesem Zusammenhang kann der groteske Teil der Kontroverse nicht unerwähnt bleiben: der dogmatische Streit um Befreiung und/oder Selbstbefreiung des Lagers. Er drang bis in den Landtag zu Erfurt. Frank Beyers eingangserwähnter Film zeigt, dass und wie sich Mitglieder der illegalen Organisation in Buchenwald erhitzt darüber stritten, wann sie zu ihren wenigen verborgenen Waffen greifen sollten, um die SS niederzukämpfen. Die Frage und das Argument der Besonnenen lauteten: Wie weit sind die Truppen der US-Armee noch entfernt? Erst als die Salven der Herannahenden zu hören waren und die SS sich im Zustand der Auflösung befand, schlugen die Mutigsten zu. So sicher, wie ihre Tat misslungen wäre, hätten sie zu den Waffen gegriffen, als die Westalliierten noch am Rhein standen, so gewiss hätten die Häftlinge, die Gefangene schon nicht mehr waren, den eintreffenden amerikanischen Soldaten nicht die SS-Wachleute als Gefangene übergeben können, hätten sie diese nicht angegriffen und überwältigt.

Niethammer hat vor wenigen Monaten in einem Forschungsmagazin der Jenaer Universität zusammenfassend (und sein zwischenzeitlich partiell geleugnetes Hauptinteresse doch wieder bekennend) festgestellt, die veröffentlichten Akten seien „nicht zu einer juristischen Abrechnung mit Mittätern unter den Häftlingen geeignet“. Er befindet, dass „die Kosten“ des kommunistischen Widerstands „eher nicht-politische und nicht-deutsche Häftlinge als die SS zu tragen“ gehabt hätten. Er billigt den Kommunisten, die er als erfolgreiches „Selbstrettungskollektiv“ qualifiziert, huldvoll zu, „für alle Häftlinge kalkulierbarere Bedingungen“ erwirkt zu haben. Letzteres gilt ihm nicht als erstrebtes Ziel der Handelnden, sondern als bloßes Neben- und Folgeprodukt ihrer gruppenegoistischen Aktivitäten.

Kosten und Kalkulation – es ist zu hoffen, dass Sprache und Denken des Buchhalters sich in der Geschichtsschreibung über die nationalsozialistischen Zwangs- und Vernichtungslager auf Dauer nicht werden festsetzen können. Die Hoffnung ist schwach, zeigt mir eine Erinnerung: Im Winter

des Jahres 1945/1946 teilte ich das Zimmer eines Internats mit einem jungen Burschen, der wenig älter war als ich selbst. Er stammte aus Grodno. Seine Mutter und seine jüngeren Geschwister waren aus dem Ghetto Białystok zur Vernichtung abtransportiert worden. Er und sein Vater hatten Auschwitz und Buchenwald überlebt. Daniel Klowski, heute Professor für Physik in Samara, hat später davon gesprochen, er habe seit Auschwitz zwei Väter, den eigenen und den Funktionshäftling, der im Krankenbau verhinderte, dass man ihn, den schwer Tbc-Kranken, nach Birkenau schaffte – in den Gastod. Der deutsche Kapo hieß Stefan Heymann. Er stammte aus Mannheim, ein hochdekorierter Kampfflieger des 1. Weltkriegs, der Kommunist geworden war. In Thüringen erhielt, er war lange tot, eine Schule seinen Namen. Daniel kam zur Namenstaufe.

Die Schule im „grünen Herzen“ Neudeutschlands aber wollte diese Erinnerung nicht bewahren. Sie säuberte sich vom Antifaschismus. Sie gab ein Beispiel kalkulierten Umgangs mit deutscher Geschichte. Und äußerster Korrektheit: Die Familie erhielt die Erinnerungsstücke zurück.

Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher, Akademie Verlag Berlin 1994, 566 S., 58,00 Mark.

Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz. Europaverlag Wien-München 1995, 800 S., 54,00 Mark.

konkret 7/1995, S. 20.

Unter Reinefarth gegen den Mongolensturm

Auf Speisekarten und im Hardcover: Heimatgeschichten in preußischen und braunen Farben

Über Jahre wirkte der frühverstorbene Joachim Streisand auch als Redakteur der Reihe von Hochschullehrbüchern zur deutschen Geschichte. Sie waren nicht nur an DDR-Universitäten im Gebrauch. Nach vergriffenen Bänden fahndete mancher in Westdeutschland auf dem Wege einer Zeitungsannonce. Zugleich hat der Redakteur mit der fixen Feder Mitarbeiter und Studenten gewarnt, die gedankliche Reichweite solcher Darstellungen zu überschätzen. Die Begegnung der Mehrheit der Menschen mit der Geschichte vollziehe sich auf andere Weise: während Besuchen in Städten und Dörfern, bei Ausflügen zu Schlössern und Burgen, vor technischen und künstlerischen Denkmälern.

Die Erkenntnis hat zu DDR-Zeiten aufs Ganze gesehen wenig bewirkt. Das galt lange auch für die besonders mit der Tätigkeit von Max Steinmetz und Willibald Gutsche verbundenen Anstrengungen, die zur Belebung von lokaler und regionaler Geschichtsforschung und -publizistik unternommen wurden. Selbst an Ausflugszielen, die Wallfahrtsorten gleichkamen, so auf dem Kyffhäuser oder der Burg Stolpen in Sachsen, konnte man bei der Frage nach knapper geschichtlicher Information auf Achselzucken stoßen. Entweder lag nichts vor, oder man musste auf die Papierzuteilung warten.

Die Szene ist gründlich verändert. Das Angebot bringt Nachfragende mitunter bereits in die Rolle von Loskäufern. Lokale Forschungen haben sich erfreulich ausgeweitet. Ihre Qualität ist ganz unterschiedlich.

Nachdem über Jahrzehnte mancherorts kaum anderes als Geschichte der Arbeiterbewegung betrieben wurde, ist eine Gegenbewegung entstanden. Gegenstände, die wirklich oder vermeintlich fernab der Politik liegen, werden bevorzugt. Die Geschichte technischer Geräte und Denkmäler ist ein besonderer Favorit. Liebevoll wird die Entwicklung des Feuerwehrschlauches dargestellt. In heimatgeschichtlichen Periodika kann ebenso über Entstehung und Entwicklung des Friedrich-Wilhelm-Kanals, um dessen kulturhistorische Restaurierung sich ein 1992 gegründeter Verein bemüht, nachgelesen werden, wie über Pläne, in einem Teilbereich des Riesenkomplexes bei Prora auf Rügen ein Museum zur Geschichte des projektierten „KDF-Bades“ zu schaffen.

Es entstehen Zeitbilder, nicht selten von konservativstem und reaktionärem Gepräge. Deren Autoren kommen in der Pose des befreiten Denkers einher, der endlich der Mitwelt mitteilen kann, was „Kommunisten“ ihr vorenthielten. Ein Gastwirt bei Neuruppin lädt zur „Aufarbeitung“ von Geschichte ein und will dem in vierzig DDR-Jahren „unterdrückten Bewusstsein zur brandenburgisch-preußischen Geschichte“ aufhelfen. Er präsentiert ein Heft, das über die Schlacht bei Fehrbellin berichtet, vom Kurfürsten „und seinen tapferen Brandenburgern“, welche die „ruhmvolle brandenburgisch-preußische Militärgeschichte“ begründeten. Das mag man als Ausfluss von Geschäftstüchtigkeit belächeln oder nicht. Geschichtsschreibung ähnlichen belorussischen Stils auf Speisekarten ist à la mode.

Anders steht es mit Veröffentlichungen zur Geschichte der Festung Küstrin. Während die dreisprachige Information, die im Museum der polnischen Neustadt erworben werden kann, auf die Erwähnung unstrittiger und blutloser Fakten eingegrenzt ist, hat ein Autor, der sich als „Verteidiger Küstrins“ vorstellt, eine Geschichte der Festung vorgelegt, die passagenweise das Plazet des Goebbels-Ministeriums erhalten haben würde. Die Publikation ist in Guben erschienen, in Poznań gedruckt und als Produkt für „optimale Objektivität“ angepriesen, die sich in DDR-Zeit nicht habe äußern dürfen. Jetzt sollen die deutschen Soldaten, die „zur Kameradschaft als einer ihrer wichtigsten Tugenden“ erzogen worden waren und „auf deutscher Erde für die Heimat“ starben, nicht länger „negativiert“ werden. Diese tapferen, anständigen, wenn – wie zugegeben wird – auch verführten Kerle also kämpften gegen die Rote Armee, „eine Kriegsverbrecherin übelster Art“, deren Mehrheit bis zur deutschen Kapitulation plünderte, vergewaltigte, brannte, zerstörte, tötete und mordete. Was geschah, lässt „sich nur mit dem Einfall der Mongolen vor 700 Jahren vergleichen“.

Die Stimme eines Einzelnen? Gleichen Sinn offenbart ein nun auch ungehindert in ostdeutsche Lande gelangender Rundbrief der Schulvereinigung einer einstigen Mittelschule zu Breslau: „Wie schon fast genau 700 Jahre zuvor (1242) rückte das Verhängnis aus dem Osten unaufhaltsam unserer Heimat näher“ Im Jahr 1945 schickte „die Hölle das Grauen... die siegreichen Peiniger“ Die „optimale Objektivität“ würdigt auch den Kommandeur der Festung Küstrin. Das war Generalleutnant der Waffen-SS Heinz Reinefarth, der bis zum Verlust des Gebiets Höherer SS- und Polizeiführer im annektierten Reichsgau Wartheland mit Dienstsitz Posen war Von ihm heißt es, er sei vordem „bekanntgeworden“ durch seinen Einsatz beim Warschauer Aufstand. Fakt ist: Im August 1944 hatte er dort eine „Kampfbrigade“ angeführt, die gegen die Bevölkerung der Stadt einen mörderischen Rachefeldzug unternahm. Danach tat sie sich beim Abtransport des Beuteguts hervor, wofür Tausende von Eisenbahnwaggons benötigt wurden. Kein Wort davon in der Biographie des Mannes, der die Besatzung auf den „Weg der preußischen Pflichterfüllung bis zum Ende“ zwang. Doch kritisiert ihn der Autor, weil er den Ausbruch des Restes seiner Truppe nicht strikter geleitet, nicht mehr Soldaten zum weiteren Kampf geführt habe.

Aufwendiger in der Ausstattung ist Woltersdorfs Ortsgeschichte: „Ein Dorf im Dritten Reich“ Auch deren Autor gesteht, nun könne er aufschreiben, was er vor Jahren noch für sich „behalten musste“ Das ist eine idyllische Darstellung, die weder das „segensreiche Winterhilfswerk“ noch die Taten der NS-Frauenschaft vergisst, aus unbeschwerten Feldpostbriefen zitiert, das Programm eines Wunschkonzertes in Erinnerung bringt Und den einstigen Bürgermeister zu Worte kommen lässt. Er versichert, dass der Ortsgruppenleiter der Nazipartei ein „gewandter Mann war, der in die Welt passte“ Das ist wahr Er nutzte nicht nur mit seiner kleinen Berliner Fabrik die Kriegskonjunktur, sondern eignete sich zudem eine „abgewickelte“ jüdische Fabrik im niederländischen Appeldoorn an.

Die Ortschronik aber attestiert ihm, niemandem etwas zu Leide getan zu haben. Das gelte auch für die Besitzerin einer Konservenfabrik, die einzig auf die Arbeitsdisziplin der Zwangsarbeiter achtete. Eigentliche Nazis hätte es demnach in dem östlich der Reichshauptstadt gelegenen Vorort, wo 1932 NSDAP und Deutschnationale mehr Wähler mobilisierten als die Arbeiterparteien, nur als Ausnahmen gegeben. Ins Bild passen Folterungen und Morde an Widerstandskämpfern nicht. Zudem: Dem Autor ist die „nutzbringende Wirkung“ einer Widerstandszelle ohnehin wegen der „stellenweise widersprüchlichen Darstellungen“ recht fraglich. So lässt er „differenzierte“ Wertung lieber ganz beiseite. Vollends zum Skandal wird die Chronik in den Angaben über das Schicksal der Juden. Die meisten von ihnen, heißt es, konnten „geordnet auswandern“ Und eines der Opfer wird im Eichmann-Stil mit „Jude Otto Feldstein“ apostrophiert.

Das Erscheinen dieses Machwerks hat unter Woltersdorfer Bürgern Protest wachgerufen. Manches, was sich als „befreite Geschichtswissenschaft“ räkelt, verlangt nichts anderes. Alle, die dergleichen „Unterdrückten“ das Feld nicht überlassen wollen, wären gut beraten, wenn sie an der Arbeit von Geschichtsvereinen teilnähmen. Nicht belehrend, sondern mitarbeitend, anregend, selbst nachforschend und schreibend. Das zu DDR-Zeiten unterschätzte Bedürfnis, die Geschichte des eigenen Ortes oder der heimatlichen Region zu kennen und aus ihr Anstöße oder Abmahnungen für Denken und Verhalten zu beziehen, sollte nicht durch diejenigen gestillt werden, die mit der wehleidigen Miene der Mundtotgemachten ihre alten Suppentöpfe ans Feuer rücken.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 19./20. August 1995, S. 11.

Mit offenem Visier

August Thalheimer: Internationale Übersichten 1945-48

„Nach 1945 trat Thalheimer mit Publikationen hervor, in denen er die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten verleumdete.“ So das Biographische Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das vor 25 Jahren in der DDR erschien. Von der Unwahrheit des Satzes kann sich überzeugen, wer zu den wiedergedruckten Analysen der weltpolitischen Entwicklungen greift, die Thalheimer in Havanna verfasste und Monat für Monat an Gesinnungsgenossen versandte. Sie erschienen nach zwei „Vorläufern“ (Juli und September 1945) seit dem August 1946 in insgesamt 24 Ausgaben. Die letzte schickte der deutsche Kommunist, der 1940 in Kuba Zuflucht gefunden hatte, wenige Tage vor seinem Tode am 19. September 1948.

Selbstredend ist inzwischen von den ersten Jahren nach Kriegsende ein exakteres Bild entstanden, als es der Autor zu geben vermochte. Der wurde von dem Interesse geleitet, namentlich seinen Freunden in Deutschland, die solange von verlässlichen Informationen über die Weltentwicklung abgeschnitten waren, eine Hilfe für ihre politische Neuorientierung geben. Thalheimer schrieb mit offenem Visier. Seine Parteinahme gegen die Bestrebungen, den sozialen Wandel in Europa und Asien mit allen Mitteln, kriegerischen und friedlichen, zu blockieren, ist ebenso klar ausgedrückt wie sein Bekenntnis zur sozialistischen Umgestaltung. Das ging mit einem kritischen Verhältnis zur Innen- und Außenpolitik der UdSSR einher, das frei von herabsetzender Absicht war. Davon zeugen seine Wertungen der Gründung des „Kominform“-Büros und der Verdammung Jugoslawiens für den Austritt aus dem sowjetisch geführten Staatenblock.

In einem Augenblick, da die Weltgeschichte der letzten 50 Jahre in das Demokratie-Diktatur-Klischees gepresst werden soll, kann das Lesen der am Marxschen Politikverständnis geschulten „Übersichten“ helfen, die Voraussetzungen und Bedingungen zu würdigen, unter denen die politischen Kämpfe seinerzeit ausgetragen wurden. Das gilt vor allem für die Entstehung und die Frühgeschichte des Kalten Krieges. Leider nimmt die Einleitung das Denkangebot, das Thalheimers Texte dem Rückblickenden bieten, nicht an. Der Frage nach Erkenntnis und Irrtum wird nicht nachgespürt. Dabei ließe sich gerade an einem Standpunkt, der zum wenigsten als „stalinistisch“ abgetan werden kann, fragen und zeigen, wie weit in der Jahrhundertmitte der theoretisch-politische Denkhorizont eines hochgebildeten Mannes reichte, der auf eigenem Urteil bestand.

Denn auch die Ansichten des Autors waren nicht frei von schematischen Revolutionsvorstellungen, und nicht nur Informationsmangel, sondern zudem Wünsche schränkten seine Fähigkeit ein, die Wirklichkeit uneingeschränkt wahrzunehmen. Wie die Dinge liegen, kann aber auf die Sonde der Kritik nicht verzichtet werden, wenn – gleich welcher Provenienz – Ideen und Programme, Organisationen und Personen aus der Geschichte der sozialen Bewegungen am Ende dieses Jahrhunderts in Rede kommen. Jedenfalls nicht folgenlos.

Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-1948 von August Thalheimer. Erweitert durch Briefe und Dokumente. Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik. GFSA e. V., Postbox 106426, 20043 Hamburg.

Neues Deutschland, Freitag, 25. August 1995, S. 13.

Die Macht der Bilder

Den Besuchern tönen beim Betreten der Eingangshalle des Wiener (neuen) Rathauses aus Lautsprechern in unterschiedlicher Stärke Schmähworte gegen Juden entgegen. Sie stammen aus Aufzeichnungen anonymer Telefonanrufe, mit denen Antisemiten auf Sendungen in Fernsehen und Rundfunk reagierten. So „erledigen“ die Autoren der vom Jüdischen Museum geschaffenen Ausstellung „Die Macht der Bilder“ Fragen nach den Antrieben, denen sie bei ihrer Arbeit gefolgt sind. Im Ausstellungsbereich, der „Volkshalle“, wird eindringlich veranschaulicht, über welche Bilder und Texte Antijudaismus und Antisemitismus seit Jahrhunderten und bis auf unsere Tage in die Köpfe und – häufiger noch – in den Gefühlshaushalt von Menschen, „Christenmenschen“ vor allem, doch ebenso in jene von „Neuheiden“, gelangt sind. Thematisch gruppiert um die Grundanklagen gegen die Juden seit den Anfängen ihrer Verfolgung werden Gegenstände der überraschendsten Art dargeboten, auf denen Judenhasser ihre Spuren hinterlassen haben.

Die Sammlung beginnt mit Exponaten aus Kirchenräumen: Abbildungen auf Glas, Leinwand und Holz, Skulpturen aus unterschiedlichem Material. Zu ihnen gehören die bis in das vergangene Jahrzehnt offiziell verehrten Bilder des angeblich von Juden ermordeten „Anderl von Rinn“ ebenso wie die aus Deggendorf stammende, nahezu lebensgroße Holzplastik eines Juden, der mit dem Hammer auf eine Hostie eindrischt. Davon mochten viele Beschauer schon gehört oder gelesen haben. Dann aber folgen Schmähung, Hetze und Verleumdung auf Tintenfässern, Tellern und Pfeifenköpfen, auf Vasen und Kännchen aus Porzellan, auf Brieföffnern und selbst auf einem Bierseidel, auf Plakaten, Flugblättern und Streuzetteln, in Zeitungen und Illustrierten auf Postkarten und Briefaufklebern, in Büchern und Broschüren.

In solcher Massivität und Vielfalt wurde das betrügerische geistige und zugleich Gewinn eintragende materielle Geschäft mit der Aufwiegelung gegen die Juden bislang kaum gezeigt – auch, dass Stimmungsmache gegen Juden heute nicht nur vom „rechten Rand“ der Gesellschaft ausgeht. Auf einem Wahlplakat präsentiert sich der ÖVP-Kandidat und damalige Bundeskanzler Dr. Klaus mit dem Angebot „Ein echter Österreicher“, und diese Kennzeichnung war gegen seinen Rivalen Bruno Kreisky gerichtet, gegen den – wie sich die Betrachter hinzudenken sollten – „unechten“.

Stündlich können sich Besucher von sachkundigen Interpreten durch die Ausstellung führen lassen. Leider ist dabei von ökonomischen Hintergründen und politischen Herrschaftsinteressen, denen viele dieser Bilder dienten, nur für die früheren Jahrhunderte und mit Bezug auf „Herzöge“ und „Kleinbürgertum“ die Rede. Jedoch böte allein der März 1938 viele Tatsachen und Gründe, von industriellen und finanziellen Imperien zu sprechen. Sie profitierten vom mörderischen Antisemitismus der Nazimachthaber, ohne dass sie die Bilder des „Stürmer“ entwarfen, autorisierten oder verbreiteten.

Es ist zu wünschen, dass sich die Eigentümer der Ausstellung dazu bereitfinden können (viele Stücke stammen aus privaten Sammlungen), ihr Werk auf Reisen zu schicken. Dazu brauchte man öffentliche Geldgeber, die die Präsentation der „Macht der Bilder“ an anderem Ort finanzierten.

Nur einen Fußweg von wenigen Minuten braucht der Wien-Besucher, um in die sehenswerte Ausstellung „Neue Sachlichkeit in Österreich 1918-1938“ zu gelangen. Sie befindet sich im Kunstforum der Bank Austria. Dort werden Gemälden und Zeichnungen kurze Biographien der Maler und Malerinnen vorangestellt. Deren Ehepartner sind mit Vor- und Familiennamen erwähnt, ohne dass Geld und Besitz erwähnt werden. In einem einzigen Falle lautet die Mitteilung anders: Er heiratete „eine vermögende Jüdin“. Sie bleibt namenlos. An Gedankenlosigkeit möchte man nicht glauben. Der Text gehört in die Ausstellung in der „Volkshalle“.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 34. Jahrgang, Heft 135, 3. Quartal (September) 1995, S. 60-61.

„... ein Denkmal über den Massengräbern“

Wassili Grossman, Ilja Ehrenburg (Hrsg.): Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Hrsg. der deutschen Ausgabe Arno Lustiger. Deutsch von Ruth und Heinz Deutschland. Rowohlt Verlag, Reinbek 1991. 1150 S., 88,00 DM.

Mit diesen Worten erklärten die Herausgeber in einem Geleitwort eines der Anliegen, die sie mit ihrem Buch verfolgten. Da hofften sie noch, die Dokumentation über den Massenmord an den Juden in den eroberten Gebieten der Sowjetunion den Zeitgenossen des Verbrechens vorlegen zu können. Die Hoffnung zerrann, als die zuständige Hauptabteilung des Zentralkomitees der KPdSU Ende des Jahres 1947 den Abbruch des Vorhabens durchsetzte. Nun liegt der rekonstruierte Urtext des „Schwarzbuches“ erstmalig gedruckt vor – in der Sprache der Mörder. Markiert sind in dem Band auch die Forderungen der Zensoren, Textstellen zu streichen. Damit bildet das Buch zugleich ein aufschlussreiches Dokument zur Ideologiegeschichte der UdSSR, in der sich wiederum politische Interessen und deren Wandel niederschlugen.

Die Bereitschaft der Herausgeber um die beiden sowjetischen Schriftsteller, sich Eingriffen zu unterwerfen, wurde auf die letzte Probe nicht gestellt. Das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAK) bekam aus der Druckerei die fertigen Teile zurück. Wie und wo sich Manuskriptteile, Druckfahnen, verschiedene Fassungen erhielten, berichtet Ilja Altman. Der Dozent für Geschichte des „Holocaust“ an der Jüdischen Hochschule in Moskau hat das Schicksal des „Schwarzbuches“ anhand Moskauer Aktenbestände rekonstruiert. Seine Erkenntnisse wurden bereits in dem russischsprachigen, 1993 in Moskau und Jerusalem publizierten Werk „Das Unbekannte Schwarzbuch. Zeugnisse von Augenzeugen der Katastrophe der sowjetischen Juden 1941-1944“ bekanntgemacht. Es enthielt wiederum in Auswahl im Archiv des JAK gefundene Quellen, die keine Aufnahme oder Berücksichtigung in das von Ehrenberg und Grossman geleitete Unternehmen gefunden hatten.

Demnach beginnt die Vorgeschichte des „Schwarzbuches“ Ende 1942 mit einer in den USA geborenen Idee. Sie wurde den Vertretern des Moskauer Komitees bei deren Besuch im Sommer 1943 nahegebracht. 1944 bildete sich unter dem Vorsitz von Ehrenburg und Grossman beim JAK eine Literarische Kommission. Sie begann mit der Sammlung der Dokumente und wäre mit ihrem Vorhaben gegen Kriegsende weiter vorangekommen gewesen, wäre es zwischen der Kommission und dem Komitee über die Gestaltung des Werkes nicht zum Streit gekommen. Angesichts von Gegenstand und Vorsatz, dem die Publikation galt, erscheint er unverständlich und kann heute noch traurig stimmen. Ein stell vertretender Minister, zugleich Mitglied des JAK, hatte zu schlichten. Ehrenburg zog sich aus der Kommission zurück, deren Konzept er nicht mittragen konnte. Die Sache verlor er nicht aus dem Sinn.

Noch existierte auch das Interesse der maßgebenden politischen Kräfte an dem Vorhaben. Während der Nürnberger Prozess tagte und die sowjetische Anklagevertretung ein Exemplar des Manuskripts erhielt, konnte das JAK mit Genehmigung sowjetischer Behörden Anfang 1946 eine fortgeschrittene Fassung der Dokumentation in zwölf Länder versenden: nach Österreich, England, Bulgarien, Ungarn, Italien, Mexiko, Frankreich, Polen, Rumänien, in die USA, die Tschechoslowakei und nach Palästina. In den USA, wohin bereits während des Krieges an den Jüdischen Weltkongress Beweismaterial für den Massenmord übersandt worden war, di ente sie mit aus anderen Quellen stammenden Zeugnissen zu einer eigenen Buchausgabe. Auch in Rumänien, dessen Antonescu-Regime und Armee im Krieg gegen die Sowjetunion Judenmassaker verübt hatten, wurden die Materialien für eine Publikation verwandt. (Deren nicht erhellte Geschichte könnte Gegenstand besonderer Forschungen noch sein.) An dritter Stelle fanden die Dokumente erst 1980 wieder publizistische Verwendung. Sie wurden in Israel zunächst für eine russisch-sprachige Ausgabe benutzt. Darin waren die Abschnitte über Litauen ausgespart. Im Jahr darauf folgte eine sich darauf gründende Ausgabe in New York. 1984 bzw. 1991 erschien das Buch in Israel auch in jiddischer und hebräischer Sprache. Vom Inhalt dieses „Schwarzbuches“ kann hier nicht allein aus Platzgründen nicht berichtet werden. Welches Menschenschicksal sollte sonst genannt, die Namen welcher Ermordeten, der Untergang welcher jüdischen Gemeinde hervorgehoben werden? Wer wissen will, was die

SS, die Wehrmacht, der Sicherheitsdienst und andere Polizeieinheiten taten, um die jüdische Bevölkerung im eroberten Gebiet ohne Rest auszurotten, findet auf den gut 1.000 Druckseiten des Bandes Antworten. Sie entstammen den Zeugnissen von Überlebenden, den letzten niedergeschriebenen Worten von Umgebrachten, den Aussagen von Tätern. Was die 40 Mitarbeiter des Bandes, von denen zwei 1952 während des Prozesses gegen das JAK und seine führenden Mitglieder zum Tode verurteilt und erschossen wurden, vorlegten, sei eine „Enzyklopädie des Grauens“. Schade nur, dass die Kenntnisse über die Untaten nicht direkter, als es der von Yitzhak Arad gegebene Überblick tun kann, mit dem heutigen Erkenntnisstand konfrontiert und zugleich dessen Lücken benannt worden sind.

Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jahrgang, Heft 135, 3. Quartal (September) 1995, S. 188, 190-191.

Nach einem Vierteljahr: „Ruhe vor dem Sturm“?

Marxistisches Forum will zur Diskussion um geschichtlichen und aktuellen Platz der PDS beitragen

Seit der Veranstaltung in Berlin, zu der die Unterzeichner des Aufrufs „In großer Sorge“ aufgerufen hatten, sind drei Monate vergangen, längstens angefüllt mit dem Sommer 1995. Weithin Urlaubszeit. Die Diskussion um die aufgeworfenen Fragen zur Politik der PDS wurde weniger laut und nicht so intensiv geführt. Verstummt ist sie nicht. Gelegentlich geraten die Unterzeichner doch wieder in die Koordinaten, in die sie schon ein Echo der Maitage platzierte.

Das PDS-Blatt im Berliner Stadtbezirk Köpenick mit dem Namen „*Der rote Bote*“ rät den „Gelehrten“ unter den 38 Besorgten, sich ihre Köpfe entleeren zu lassen. In der Mitgliederzeitung der PDS *„disput“* werden Angriffe auf das Pluralismusprinzip verschärft fortgesetzt. Anders in dieser Zeitung. In ihr war „Ruhe vor dem Sturm“ festgestellt worden.

Boden scheint eher verhärtet als bereit

Da vom Widerhall des Aufrufs und von Vorhersage die Rede ist, soll gesagt sein, dass das Echo, das die kritische Initiative von Mitgliedern und Sympathisanten der sozialistischen Partei auslöste, von allen vollständig analysiert und verwertet werden sollte, die sich dieser PDS verbunden fühlen. Einzig den jeweils gewonnenen Beifall zu zählen, wäre der Sache kaum angemessen. Am ertragreichsten könnte eine gemeinsame Zwischenbilanz sein. Dafür fehlt der Boden, er scheint eher verhärtet, denn dafür bereit.

Die „38“ und diejenigen, die deren Fragen und Kritik als begründet und berechtigt ansehen, haben sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass eine nicht gezählte Gruppe der Parteimitgliedschaft ihr Hervortreten als das von Störenfrieden ansah, welche Arbeit und Einfluss und mehr noch die Zukunft der PDS gefährden würden. Vielfach sprach sie die Befürchtung aus, dass der Streit über Grundsatzfragen in den eigenen Reihen verwirrend und auf Anhänger und Wähler der Partei abstoßend wirken werde.

Da schwingt praktische Erfahrung ebenso mit, wie sich undialektisches Denken über die Beziehungen des Heute zum Morgen äußert. Da das gedachte und als sicher geglaubte Morgen einer klassenlosen Gesellschaft auch in Deutschland mit den Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 entschwand, scheint der nächste Tag, die nahe Aktion, die zu bestehende Wahl das einzig vernünftige Kriterium für das Handeln einer erneuerten Partei des Sozialismus herzugeben. Werden da die zu schätzenden und für die Zukunft unentbehrlichen Erfahrungen, welche die PDS im Kampf um ihren Beistand und gegen die Gefahr des Absinkens zu einer Sekte machen konnte, nicht verabsolutiert?

Die „38“ sind jedenfalls in den Geruch geraten und auch absichtsvoll in ihn gebracht worden, die in Schwerstarbeit (an der sie – dies nebenbei – übrigens beteiligt waren) gewonnenen politischen Kenntnisse, Fertigkeiten und Positionen des zurückliegenden Jahrfünfts geringzuschätzen. Dieses strikt ablehnende Echo ist für sie so wichtig wie die zustimmenden Erklärungen, diejenigen eingeschlossen, die Mitdenken und Mitarbeit versprechen. Denn, noch einmal sei daran erinnert: mit der Kritik verband sich ein Arbeitsangebot. Das ist zwar nicht angenommen worden, hat sich dadurch aber nicht erledigt.

Der Aufruf vom Mai rief auch ein Echo hervor, mit dem sich die Mitgliedschaft der jungen Partei mit der langen und widerspruchsvollen Tradition doch als Ganzes wird befassen müssen. Gemeint ist das abstinente Verhalten gegenüber der Theorie und dessen komplementäre Erscheinung, eine Intellekt(uellen)feindlichkeit, die durch ihre Inhalte und mitunter durch ihren rüden Stil sprachlos machen konnte. Die Duldsamkeit gegenüber solchen Erscheinungen haben linke Parteien in der deutschen Geschichte mehrfach so bitter bezahlt, dass neue Erfahrungen auf diesem Feld nicht gesammelt werden müssen. So sind, unabhängig von der jeweiligen Haltung im Streit, Fragen aufgeworfen worden. Sie betreffen sowohl die Zusammenführung des geistigen Potentials, über das die PDS gebieten kann und das ihr im Kampf, Auseinandersetzung oder auch Zusammenarbeit von Vorteil ist und womöglich mehr noch werden könnte. Und sie gelten der praktisch schwer zu lösenden, sich auch seit Generationen durch die Geschichte der Arbeiterbewegung ziehenden Frage, wel-

cher Aufwand für die Befindlichkeit der Köpfe der anderen und welcher für die der eigenen betrieben werden muss. Die unseligen Erinnerungen an das Parteilehrjahr der SED mögen es erleichtern, das Thema Bildungsarbeit zu verdrängen. Aus der Welt geschafft ist es damit nicht.

Die Gesellschaft, in der wir leben

Die „38“ könnten die schleppend in Gang kommende Debatte über Theorie und Bildung in ihrer Partei und die selbstkritischen Bemerkungen aus dem Bundesvorstand zu seinem eigenen Anteil auf diesen Feldern als eine Frucht ihrer Bestrebungen werten. Wichtiger erscheint ihr eigener Beitrag zur Fortsetzung der innerparteilichen, aber nicht exklusiven Diskussion. In deren Zentrum steht und bleibt die Frage nach dem geschichtlichen und dem aktuellen Platz der PDS. Seine Bestimmung besitzt eine Voraussetzung: die Verständigung darüber, in welcher deutschen Gesellschaft und in welcher internationalen Um- und Mitwelt wir leben, wie sich diese Gesellschaft zu ihren Vorgängern verhält und welche Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung ihr innewohnen. Mit der Beantwortung dieser Fragen können keine politischen Rezepturen gemixt werden. Nur ist diese Tatsache kein Argument, auf das sich demokratische Sozialisten zurückziehen können. Die nächste öffentliche Veranstaltung, zu der die „38“ einladen, will eine Antwort auf eben die Kernfrage „In welcher Gesellschaft leben wir?“ suchen helfen. Und sie wird schon einleitend und absichtlich Redner zu Worte kommen lassen, die in dem Verdacht stehen, darauf nicht die gleiche Antwort zu geben.

Neues Deutschland, Donnerstag, 7. September 1995, S. 5.

Die Deutschen als ethnische Saubermänner

Vor 60 Jahren wurden die Nürnberger Rassengesetze verkündet

Was mag dem heutigen Leser der Protokolle des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses mehr Verwunderung abnötigen: die Unverfrorenheit, mit welcher der Angeklagte Hermann Göring dem Gerichtshof seine Ausdeutung antijüdischer Gesetze vortrug, oder die gemeinhin nur Engeln zugesprochene Geduld, mit der sich die Mitglieder des Tribunals und der Anklagevertretung auch diesen Teil der durchweg verlogenen Verteidigungsreden anhörten? Unweit der Stätte, an der sich der einstige Reichsmarschall verantworten musste, hatte er als Präsident des Deutschen Reichstages am 15. September 1935 zwei Gesetzentwürfe vorgetragen, der eine „Reichsbürgergesetz“, der andere „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ überschrieben. Keiner der Männer in dieser Faschistenversammlung hätte damals oder in den folgenden zehn Jahren der Existenz des Naziregimes sagen können, was ein „Reichsbürger“ in diesem Staat ohne Bürgerrechte denn sei. Und undenkbar auch, dass ein einziger unter diesen „Ariern“ hätte erklären können, wodurch sich deutsches von irgendeinem anderen Menschenblut unterscheide. Doch darauf kam es diesen meist braun-, schwarz- oder auch feldgrau uniformierten Praktikern der „germanischen Demokratie“ auch nicht an. Sie stimmten den Texten triumphierend zu. Als hätten sie einen Mut fordernden Sieg über einen Gegner errungen. In Wahrheit stießen sie eine schon verfolgte, diffamierte Gruppe von Deutschen weiter jene Stufen hinab, die sie im 19. und im 20. Jahrhundert vor allem mit Unterstützung sozialistischer und demokratischer Kräfte mühsam hinaufgestiegen waren.

Hitler hatte es sich selbst vorbehalten, diese „Nürnberger Gesetze“ zu begründen. Er phantasierte eine „jüdische Bedrohung“ des Deutschtums zusammen. Das Hirngespinst bot Göring noch im Nürnberger Gerichtssaal an. Es wäre einzig darum gegangen, eine reinliche Scheidung von Deutschen und Juden vorzunehmen und die Erscheinung des „Mischlings“ für alle Zukunft zu beseitigen. Dass Einhunderttausend jüdische Deutsche wie er im kaiserlichen Heer am Weltkrieg teilgenommen hatten, 12.000 dabei ein eben noch auch für sie „Heldentod“ genanntes Ende gefunden hatten, focht den Fettleibigen im Präsidentensessel 1935 nicht an. Und das tat es auch ein Jahrzehnt später nicht, als das Ende aller Weltherrschaftsträume, die Ungewissheit des Gefangenendaseins und eine ungewohnte Kost ihn hatten abmagern lassen.

Die Gesetze dienten drei Zwecken: Erstens der weiteren Vertreibung der Juden aus Deutschland. Davon versprachen sich die Machthaber vielerlei materiellen und immateriellen Gewinn – für sich, alle herrschenden „Arier“ und einen Teil ihrer minderen Gefolgschaft. Zweitens zielten sie auf die schärfste Disziplinierung der nichtjüdischen Deutschen. Ihnen wurde auferlegt, die jüdische Minderheit zu isolieren und zu ächten, was – anders gewendet – doch bedeutete, dass die Bevölkerungsmehrheit sich noch in ihrem privatesten Verhalten den Staatsanforderungen unterwarf. Der Forderung verlieh die Strafandrohung gegen „rasseschänderischen“ Geschlechtsverkehr äußersten Nachdruck. Drittens schworen Text und Praxis der Gesetze die deutsche Volksmehrheit auf die Rassenideologie ein, und dies bildete wiederum einen – Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung. Die Mehrheit der Deutschen ließ die Verfolgten, die zeitlebens und viele über Generationen in ihren Städten und Gemeinden gelebt und gearbeitet hatten, ungeschützt. Wenige ahnten, dass die Gesetze zwar in erster Linie die Juden trafen, in zweiter jedoch ihre eigene Unterwerfung unter das terroristische, auf Expansion zielende System vorantrieben.

Nürnberg, September 1935 – da waren seit der Vernichtung des Weimarer Staates noch keine drei Jahre vergangen. Doch wie gründlich hatte sich die Szene verändert und wie radikal war bloßgelegt, dass die Mehrheit der Deutschen diese Republik nicht vermisste. Mehr noch: Die Masse schien nicht einmal zu registrieren, dass ihr Staatsoberhaupt – der „Führer“ – sie von der Tribüne in Nürnberg herunter nachprüfbar belog, denn von einem dreisten Auftreten der noch in Deutschland lebenden Juden – insgesamt wenig mehr als 400.000 – konnte nicht die Rede sein. Keiner der Offiziere und Soldaten, die sich auf die „Schützengraben-Kameraderie“ etwas zugutehielten, rührten die einstigen Kriegsgenossen, die nun als Un- und Antideutsche markiert wurden. Kaum jemand empörte sich, dass sie als Sittenstrolche von Bluts wegen verleugnet wurden, in deren Haushalten „ari-

sche“ Mädchen und Frauen nicht länger mehr Dienst tun dürften. Hätten sie alle im Regime der Gestapo und der Konzentrationslager nicht mehr bewirken können? Haben sie denn tatsächlich etwas tun wollen? Als sie 1936 wieder aufgerufen wurden, wie schon 1933 und 1934 für Hitlers Politik mit „Ja“ zu stimmen, hätten sie da nicht in Massen zu Hause bleiben können? Die Vorstellung erscheint absurd, das Gedankenbild unhistorisch. Die Chance, die Herrschaft der Gemeinheit des Gedankens zu verhindern, mit dem die Gemeinheit der Tat begründet wurde, war schon vertan. Und zu viele hatten den Verlust nicht einmal bemerkt.

Der Kern der Gefolgschaft der Faschisten war aggressiv-antijüdisch und erblickte – wie sich herausstellte: drei Jahre verfrüht – in den Gesetzen den Auftakt zum Generalangriff auf die jüdische kapitalistische und kleinbürgerliche Konkurrenz. Die Masse der Deutschen, die der braunen Aktivitas nicht zugehörte, dem Regime jedoch auch gute Seiten abgewinnen konnte und es deshalb stützte, verwandte keinen Gedanken auf Solidarität. Die „Arier“ waren und blieben mit sich beschäftigt: mit der Überwindung der im Leben vieler Familien nachwirkenden Folgen der Wirtschaftskrise, mit der Ausnutzung von Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten im neuen Regime, mit ihrer Anpassung und ihrem Andienen bei der neuen Obrigkeit, mit vielerlei Aktionen und ebenso vielen Unterlassungen.

Noch aus den Gräbern der Zeitgenossen tönt die Frage, was sie denn hätten tun sollen – 1935, 1938 beim Pogrom, 1941 bei der Deportation der Juden „nach dem Osten“ Erst wenn diese Frage als nachträgliche Maskierung erkannt und die Entlarvung vorgenommen ist, lässt sich bohrender nach der deutschen Geschichte jener Jahre fragen. Die eigene Untätigkeit angesichts von erkennbarem Unrecht wurde keineswegs als belastend oder schuldhaft empfunden. Und wenige Monate später waren diejenigen Kräfte im Ausland gescheitert, die in diesen Nürnberger Gesetzen ein weiteres Faktum erblickten, das gegen das Stattfinden der Olympischen Spiele in Garmisch-Partenkirchen, Berlin und Kiel sprach. Die Alternative, die dieser Jahrestag wie zahlreiche ähnliche bietet, lautet: Vielgeübte Worte und Gesten der Betroffenheit ob der Opfer des antijüdischen Rassismus oder und endlich Nachdenken über ein Staatswesen und seine Bürger, deren Masse unter den Fahnen der „Volksgemeinschaft“ sich zu einer Tätergemeinschaft formieren ließ. Zu Lasten der Ausgeschlossenen. Die zweite Verhaltensweise verhindert, dass das Ereignis in eine allzu ferne Vergangenheit entrückt wird.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. September 1995, S. 11.

Zwischenbemerkung

Der Einwand, der sich gegen meine einleitende Feststellung richtete, dass es nicht möglich sei, den geschichtlichen Platz der Deutschen Demokratischen Republik heute zu bestimmen, beruht nach meinem Erachten auf einem Missverständnis. Zu unterscheiden ist zwischen dem Charakter eines Staatswesens, und darüber lassen sich im Hinblick auf die DDR wohl begründete Aussagen treffen, und seinem historischen Ort oder Platz. Den letzteren bestimmt ein Staat nicht, wie Führer und auch Historiker mehrfach in der Geschichte glaubten – die in der DDR standen da in einer langen Reihe – selbst. Dieser Platz wird erst im Weiteren – und wie schmerzhaft gelernt werden musste – offenen Gang der Ereignisse festgelegt. Sie entscheiden letztlich und womöglich erst eines sehr fernen Tages unwiderlegbar, wie auf einen Staat zurückgesehen wird, an welche Stelle des historischen Koordinatensystems er gehört.

Wichtiger ist mir eine Bemerkung, die in anderer Weise das Herangehen an die Geschichte der DDR und die Auseinandersetzungen betrifft, die sich an ihre Existenz wohl auf lange Zeit verknüpfen werden. Offenkundig ist es nach wie vor notwendig, den Streit an zwei geistig-politischen Fronten gleichermaßen auszutragen. Die eine richtet sich gegen die Auffassung, und ich nenne sie hier absichtlich zuerst, die sich dieses Staatswesen gleichsam „schöndenkt“ und noch immer nicht wahrhaben will, dass es in ihm in krassem Widerspruch zu allen Vorsätzen und Zielen nicht nur historisch bedingte Ungerechtigkeiten, sondern Willkür von Herrschenden, Verletzungen der eigenen Gesetze und auch Verbrechen gab. Und diese Tatsachen können nicht nur dem Versagen einzelner Personen, hoch oder niedrig im Staate, angelastet werden. Sie sind auf ihre systembedingten Wurzeln hin zu untersuchen. Und sie sollten gleichermaßen in Zusammenhang mit dem Massen- und dem eigenen Verhalten gebracht werden. Die Frage nach der Rolle der Individuen ist nicht nur eine Frage, die „nach oben“ zu richten bleibt. Wird sie aber an die führenden Personen in Parteien und Staat der DDR gestellt, dann unterscheiden sich der Ursprung und deshalb auch die Tendenz unseres Fragens – übrigens nicht immer und überall – indessen grundlegend von den Befragungen durch Richter, die ausgewählte Personen der DDR auf ihre Anklagebänke setzen. Und dies um immer wieder das eine zu beweisen: dass die DDR nichts anderes war als ein „Unrechtsstaat“.

Und das führt mich zu der zweiten unserer geistig-politischen Frontstellungen auf Dauer. In den Reihen der PDS und in ihrem sympathisierenden Umfeld geht es nicht in erster Linie oder kaum noch um die diffamierende „Unrechtsstaat“-These, über deren Funktion zu reden, nur heißen würde, die sprichwörtlichen Eulen in Richtung Griechenland zu tragen. Auch von jenen, deren DDR-Bild gänzlich anders beschaffen ist, wird es mitunter merkwürdig verkürzt. So beispielsweise von den Autoren der Erklärung des Bundesvorstandes der PDS zum 5. Jahrestag des 3. Oktober 1990. Da wird erwähnt, dass die einstigen Bürger der DDR aus ihrer Vergangenheit ihre Biographien und Lebenserfahrungen mitgebracht haben. Das bestreiten doch auch diejenigen nicht, die eben diesen Bürgern einreden wollen, sie seien durch diese Jahre oder Jahrzehnte makelbehaftet. Erinnert sei nur an die famose Idee, die DDR-BürgerInnen sollten ihre Lebensläufe den Altbundesrepublikanern erzählen – und sich so nach der Art einer Psychotherapie gleichsam freireden von jenen Schuldkomplexen, die ihnen vorher von den Siegern eingeredet worden sind.

Aus DDR-Zeiten stammt mehr, was bewahrt werden muss, gefährdet ist, beseitigt werden soll und tatsächlich auch in einem permanenten Prozess liquidiert, „abgewickelt“, abgerissen, zum Verschwinden gebracht wird. Dieser Prozess ist nach den Vorsätzen seiner Initiatoren lange nicht an sein Ende gelangt. Hans Modrow hat hier auf das Erbe an Eigentum und Eigentumsrechten verwiesen, das aus DDR-Zeiten rührt und um dessen Behauptung sich die Volkskammer und namentlich die PDS-Fraktion in ihr mit unterschiedlichen Ergebnissen bemühte. In den Zeiten des dann untergegangenen Staates sind viele Werte entstanden, die es verdienen, bewahrt zu werden. Deren Urheber gehören zu den Lebenden wie zu den Toten. Und das Bestehen auf diesen Werten ist, um nur einen und nicht den geringsten Bereich zu erwähnen, eine Aufgabe, die ohne jede Einschränkung „Verteidigung der Kultur“ genannt werden kann. Dabei handelt es sich gar nicht und nicht mehr einmal in erster Linie um ein Vergangenheitsbild, sondern um die Gestaltung von Gegenwart. So

notwendig es ist, sich um die kleinste Verbesserung der Lebensverhältnisse der Ostdeutschen in den Regional- und Lokalparlamenten und Behördenapparaten zu bemühen, so unerlässlich scheint es mir auch, den Teil des Erbes DDR zu bewahren, der das verdient. Den soll niemand sich größer machen, als er ist, und ebenso niemand verkleinern oder missachten.

Lassen wir uns aus dieser doppelten Frontstellung – die Vokabel ist mehrfach vorbelastet und doch trifft das Bild unsere Situation – nicht verdrängen. Lassen wir uns, wenn wir von den furchtbaren Tatsachen der DDR-Geschichte reden, nicht von dem in DDR-Zeiten zur Disziplinierung immer wieder bemühten Motto fehlleiten, es dürfe „dem Feind“ keine Munition geliefert werden. (Diese Forderung stand übrigens in bemerkenswertem Gegensatz zu der gleichzeitigen, diesem „Feind“ keine einzige Frage und kein noch so geringes Thema zu überlassen.) Lassen wir uns aber ebenso wenig durch die groteske Anschuldigung zum Schweigen bringe, die behauptet, dass eine abwägend-kritische Weise der Auseinandersetzung mit der DDR nur die Tarnwand sei, hinter der sich die „Ewig-Gestrigen“ formierten, die angeblich die DDR „wiederhaben“ möchten.

Marxistisches Forum, Heft 3, November 1995, S. 18-19.

Gegen das Versinken in Namenlosigkeit

Anmerkungen zur Diskussion um das Denkmal für die ermordeten europäischen. Juden in Berlin

In der emotionsgeladenen Debatte über das Denkmal, mit dem in Berlin an den Massenmord an den europäischen Juden erinnert werden soll, sind Argumente und Gegenargumente postiert worden, die, wie immer es sich mit ihrer Überzeugungskraft verhält, nachdenklich stimmen können. Das gilt auch für die Aussage, es solle mit dem jetzt favorisierten Entwurf dem Versinken der Opfer in die Namenlosigkeit, ihrem Vergehen in einer Millionenzahl entgegengewirkt werden. So berechtigt die Absicht: Sachlich bewegt sich das Argument auf dem Niveau einer Werbung, die zum Kennenlernen einer Millionenstadt mit der Einladung auffordern würde: „Sie wollen unsere Bürger kennenlernen? Blättern sie in unserem dreibändigen Telefonverzeichnis!“ Denn die Namen der Erschossenen, Verhungerten, Erfrorenen, im Gas Erstickten, in Arbeitsqualen Zugrundegegangenen vermitteln den Heutigen von den Toten von Auschwitz, Majdanek, Kulmhof und in den vielen anderen Stätten des Mordens so wenig eine Vorstellung wie eben jene Namen in einem Nachschlagewerk der erwähnten Art von den lebenden Stadtbewohnern.

Der Leidensweg der Kirsteins

Solange meine Beschäftigung mit der Geschichte des Verbrechens dauert, das gemeinhin und fälschlich mit dem Wort „Holocaust“ benannt wird und so wenig auf die deutsche Täterschaft verweist, der Gedanke an die Opfer verbindet sich mir mit den Kirsteins, die in Breslau gelebt hatten und an unbekanntem Ort ermordet wurden. Die Eheleute hatten im als vornehm geltenden Süden der Stadt in der Kürassierstraße gewohnt. Dann waren die Kinderlosen, er, ein früh per Nazigesetz aus seiner Tätigkeit gestürzter Jurist, und sie, in Johannesburg im Süden Afrikas geboren, zwangsweise in ein „Judenhaus“, lebten dort zusammengepfercht mit anderen Leidensgenossen.

Eines Tages waren die Kirsteins „abgeholt“ Jahrzehnte später fand ich in der Jüdischen Gemeinde in der Oranienburger Straße den Namen der beiden noch auf einer Karteikarte, die aus der Judenzählung des Jahres 1939 stammte. Das war das einzige Zeugnis, das von ihnen geblieben war. Was in meiner elterlichen Wohnung, an Gegenständen, die sie selbst nicht mehr besitzen durften. in der Hoffnung versteckt worden war, es könnte den Verfolgten „nach Hitler“ zurückgegeben werden, verbrannte in den letzten Tagen der Festung Breslau.

Der Massenmord an den europäischen Juden, so vielen anderen Lebenswegen ich später folgte, die in den Vernichtungsstätten endeten, heißt für mich „Kirstein“. Im Winter 1945 auf 1946 erhielt er noch einen weiteren Namen: Daniel Klowski, dessen Mitschüler ich war. Er überlebte mit seinem Vater Auschwitz und Buchenwald, während seine Mutter und alle seine jüngeren Geschwister umgebracht worden waren. Doch unbestreitbar: die Zeiten, da Menschen sich auf diese Weise erinnern können – es mögen aus der Generation um den Geburtsjahrgang 1930 schon am Tage der Befreiung nicht sehr viele gewesen sein – gehen zu Ende. Ob und wie sich die Späteren und Künftigen besinnen werden, denn im eigentlichen Sinne zu erinnern vermögen sie sich nicht, werden sie letztlich selbst bestimmen. Unentschieden ist, wie viele Anstöße in den verbleibenden Jahren, da es Untat- und Zeitzeugen noch gibt, dafür gegeben werden können. Auch angestrebte Phantasie vermag sich nicht vor das Auge zu stellen, welche derartigen Anstrengungen in eben jener Weise wirken werden, die heutige Stifter beabsichtigen.

Vorurteilsfreie Politik des Erinnerns

Das mag sich pessimistisch lesen. Doch sollte es als Plädoyer für Vielfalt der Bestrebungen verstanden werden, die für eine Erbschaft sorgen, die angenommen und nicht ausgeschlagen wird. Solches Erbe ist in vorzeigenswertem Grad auch schon angehäuft. Es ist aus der Arbeit, vielfach einer quälenden Arbeit Von Menschen vieler Länder hervorgegangen. Es ist Hinterlassenschaft von Schriftstellern und Künstlern, von Filmemachern und Schauspielern und vor allem eben auch von jenen direktesten Untatzeugen, denjenigen, die den Mördern entgingen.

In diesem Erbe stammt nicht wenig aus DDR-Zeiten. In ihnen gab es – anders als heute kenntnisarm und auch böswillig niedergeschrieben und daher gesagt wird – mehr Initiativen gegen den Antisemitismus als es Antisemiten und antijüdisches Verhalten gab. Das sei festgestellt, um daran zu erinnern, dass dem Versinken der Opfer in die Namenlosigkeit vielfach und vielerorts auch in Ostdeutschland begegnet wurde. Wer dagegen also in Deutschland heute Barrieren errichten will, könnte die Ernsthaftigkeit seiner Bestrebungen auch dadurch dokumentieren, dass er sich gegen den verbreitet leichtfertigen Umgang mit vorhandenen Werten zur Wehr setzt. Zu ihnen gehören beispielsweise Arbeiten, die Victor Klemperer, Rudi Goguel, Helmut Eschwege – um drei der Verstorbenen zu nennen – zu danken sind. Vorurteilsfreie Ernsthaftigkeit kann sich auch äußern, indem gegen die auf Unkenntnis spekulierende Diffamierung von Roman und Film „Nackt unter Wölfen“ angegangen wird. Nicht alle der mehr als 900 überlebenden „Buchenwald-Kinder“ sind mit ihren Namen überliefert. Dieser eine Junge, Jerzy Zweig, den Bruno Apitz und Frank Beyer für Millionen erkennbar machten, steht für die vielen, denen auch angestrengteste Recherchen kein Gesicht, geschweige denn eine Lebensgeschichte werden geben können. Von diesen spricht auch die Leidensgeschichte der Anne Frank, deren Tagebuch zu den meistgelesenen Büchern vieler Generationen von Schülern in Ostdeutschland gehörte.

Nicht zu verkürzen auf eine bloße Zahl

Dass die etwa sechs Millionen Opfer des deutschen rassistischen Imperialismus sich nicht auf eine bloße Zahl verkürzen, dagegen ist vieles an Hindernissen schon aufgetürmt. Was weiter mit Vernunft getan werden kann, wird von der Bereitschaft abhängen, sich dem bisherigen Umgang mit dem „Holocaust“ in beiden deutschen Staaten kritisch, womöglich auch vergleichend, zu stellen. Wie das geschehen kann, dafür hat der israelische Publizist und Historiker Tom Segev, allen obrigkeitsstaatlichen Respekt missachtend, kürzlich ein Beispiel mit seinem Buch über die Politik des Erinnerns in Israel gegeben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 4./5. November 1995, S. 11.

Der fehlende Mann auf der Anklagebank

Wenn Hitler im Gerichtssaal in Nürnberg dabei gewesen wäre – Ein Gedankenspiel

Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als der Sieg der Alliierten schon greifbar nahe war, wurde im Parlament zu London gefragt, ob ein britischer Soldat, wenn er denn auf Hitler stoße, das Recht habe, ihn zu erschießen, oder ob er ihn gefangen nehmen müsse. Die Antwort von der Regierungsbank lautete, dies wolle man dem betreffenden Soldaten überlassen.

Die Szene stellte sich auch der deutsche „Führer“ vor – freilich anders. Nicht nur, dass er in der „Festung Berlin“ fest damit rechnen musste, dass der eines Tages ihm gegenüberstehende Soldat die Uniform der Roten Armee tragen würde. Er war sich ziemlich sicher, dass ihn der Weg in die Gefangenschaft und – wie angekündigt – von da eines nicht zu fernen Tages vor die Schranken des Gerichts führen würde. Hitler zog es vor, den Platz eins der Anklagebank nicht zu besetzen. Und damit er ganz sicher war, dass er dorthin nicht gelangte, stellte sich der zitternde Held nicht in die Frontlinie. Er beendete sein Leben auf dem Sofa seines Bunkers. So fehlte der erste Mann des Nazistaates in Nürnberg. Sein Platz blieb aber nicht frei.

Die Organisatoren der Gerichtsszene waren nicht im Zweifel, wer ihn einzunehmen hatte. Göring, 1939 noch vor Heß öffentlich zum Nachfolger des „Führers“ bestimmt, nach dem England-Flug des „Stellvertreters“ insgeheim allein in diesen Rang erhoben, musste die Reihe der Angeklagten anführen. Jede andere Sitzordnung hätte der Reichsmarschall übrigens als eine Zurücksetzung empfunden. Dönitz, der von Hitler kurz vor „Ende“ zum neuen Nachfolger auserkoren worden war, wurde in die zweite Reihe gewiesen. Heß beorderte die Regie neben Göring ...

Hitler war dennoch im Verhandlungsraum des Justizpalastes gegenwärtig. Kein Name eines Nichtanwesenden fiel so häufig wie der seine. Im Register der 42-bändigen offiziellen Ausgabe des Protokolls und der Dokumente füllen allein die Verweise auf ihn rund 25 Druckseiten.

Wie nun aber wäre dieser Prozess verlaufen, wenn der Mann in persona angeklagt, als Zeuge gehört und über ihn das Urteil gesprochen worden wäre? Die Vorstellung der fiktiven Situation ist nicht ohne Grotesken. Man stelle sich das Wiedersehen des „Führers“ mit dem entflogenen Heß vor oder an seine Begegnung mit dem schließlich aller Ämter enthobenen Göring. Oder an das Vis-à-vis mit Schacht, dem einstigen Reichsbank-Präsidenten, kommissarischen Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigten für die Rüstung, der schließlich ein Gefangener der Gestapo war.

Das Gedankenspiel kann aber auch weitergeführt werden, zum Nachdenken anregen. Das gilt vor allem für die Vorstellung, wie sich die angeklagten Paladine neben oder hinter Hitler verhalten hätten. Ist es denkbar, dass sie sich dann derart auf seine Befehle berufen, auf sie herausreden konnten? Welches Bild wäre bei Anwesenheit des obersten Anführers von den jeweiligen Anteilen der Politiker, Militärs, Diplomaten und Parteiführer an den Verbrechen des Regimes gezeichnet worden? Womöglich aber hätte der Mann, der auf Platz eins der Anklagebank gehört hätte, auch vor Anklägern und Richtern die Rolle des alleinigen Schöpfers der Weltgeschichte beansprucht, als der er dereinst gefeiert worden war.

Wie auch immer, jedenfalls hätten es Verbreiter der Hitler-Legende – eben wird sie wieder in Serie über eine deutsche Fernsehstation ausgestrahlt – mit ihrem Handwerk womöglich doch ein wenig beschwerlicher gehabt. Denn was würde Hitler selbst, wäre er zum Reden gebracht worden, über seine Gespräche mit deutschen Bankiers und Industriellen mitgeteilt haben? Was über die Rolle jener Eingabe, die etwa zwei Monate vor dem Antritt seiner Kanzlerschaft seinen Einzug in die Wilhelmstraße verlangte? Was über seine zahlreichen Besuche bei dem für verhandlungsunfähig erklärten und nur deshalb den Anklägern entwischten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach? Der „Führer“ wäre danach gefragt worden. Denn noch interessierten sich die Anwälte der Anklage durchaus für den Beitrag der Mächtigen der deutschen Wirtschaft zu Aufstieg und Sieg des Faschismus und für deren Interessen an Krieg, Raub, Plünderung, Ausbeutung und Expansion. Und wäre der Hauptangeklagte, nach den „Endsieg“-Zielen gefragt, wirklich darauf verfallen, sich auf den „nationalen Sozialismus“ herauszureden, den ihm Geschichtsschreiber heute andichten?

Robert M. W. Kempner, einer der besten Kenner nicht nur der Materie des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher, sondern auch der vor amerikanischen Gerichten geführten sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse, hat das Gedankenspiel des anwesenden Hitler noch ein wenig weitergetrieben. Er fragte, wie dieser denn hätte verteidigt werden können. „Mildernde Umstände“ vermag niemand zu entdecken. Doch kommen mit dieser Frage die Bedingungen noch schärfer in den Blick, die den Mann ermöglichten, der auf die Geschichte unseres Jahrhunderts fraglos einen überragenden Einfluss gewinnen konnte. Von Thomas Mann stammt das Bild, demnach eine Zeitlang alle Wasser die Mühlen dieses Politikers und dieses Regimes anzutreiben schienen.

An einem lässt die Fiktion nicht zweifeln: Es wäre dieser Hitler der erste gewesen, den man in Nürnberg unter den Galgen geführt haben würde.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 18./19. November 1995, S. 11.

Klemperers Tagebücher

Sollte ich das Dutzend Titel aufschreiben, von denen ich meine, dass sie für die Bücher lesende Minderheit von Ostdeutschen in den ersten Nachkriegsjahren am wichtigsten waren – LTI. Notizbuch eines Philologen – erschienen 1947, würde sich mit Sicherheit darunter befinden. Das Buch war an die Jugend adressiert, genauer noch: an jenen Teil der Deutschen, die als junge Soldaten oder in die Reihen der Hitlerjugend den Hakenkreuzfahnen gefolgt waren. Und der Hochschullehrer, das war Klemperer nach der Zerschlagung des Naziregimes in Dresden wieder geworden, hatte sich vor allem versprochen, dass Studierende seinen Rat hören und annehmen würden. Er besagte, sie sollten sich bewusst machen, durch wie viele Poren sie die unmenschliche Lehre der Faschisten in sich aufgenommen hatten, und wie sehr sie sich anstrengen müssten, um den Unrat aus ihren Köpfen – und das hieß auch von ihren Zungen – zu bekommen.

Nun liegen die Tagebücher Klemperers, die in der Dresdener Landesbibliothek aufbewahrt werden, in einer Druckfassung vor. Seit die Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ daraus vor Jahren ganz knappe Auszüge veröffentlichte, haben viele auf das literarische Ereignis gewartet. Wer LTI las, wird staunend bemerken, zu welchem Grad von Verdichtung Klemperer seine unter Lebensgefahr gemachten Aufzeichnungen nach seiner Befreiung führte, wie sehr er die Geschichte des Leidens und Widerstehens, des Verzweifelns und des Hoffens – seine und die seiner Freunde und Bekannten – verkürzte und seiner Arbeit unterordnete, von der Vergangenheit zu schreiben, um in die Gegenwart des Nachkriegs zu wirken.

Obwohl der Aufbau-Verlag nun, dreieinhalb Jahrzehnte nach des Autors Tod zwei umfängliche Bände präsentiert, war doch einschneidend zu kürzen. Dem fielen vor allem Notizen zur Literatur zum Opfer, die nicht nur Romanisten gern gelesen hätten. Walter Nowojski, den Klemperers Witwe unterstützte, ist für eine immense Arbeit (ca. 90 Seiten umfassen allein die Anmerkungen zum Text) zu danken. Er hat das Nachwort ganz auf die Person des Tagebuchschreibers gerichtet. Manch einer hätte wohl auch etwas über den klippenreichen Weg von Manuskripten zum Buch erfahren wollen.

Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-45. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hedwig Klemperer, 2 Bände, 763 und 928 S. Aufbau-Verlag Berlin 1995, 98,00 DM

antifa, Dezember 1995, S. 28.

Die Utopie einer pluralistischen Universität.

Nachbemerkungen zum Rektorat Heinrich Finks an der Humboldt-Universität zu Berlin. Diskussionsbeitrag auf der Konferenz des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. am 24. und 25. November 1995

Mit der Zerstörung des DDR-Hochschulwesens und darüber hinaus dessen, was man die Wissenschaftslandschaft des untergegangenen Staates nennen kann, werden sich erst Historiker künftiger Generationen anhand von Dokumenten auseinandersetzen können, die mehr Aufschluss geben, als es die für die Öffentlichkeit bestimmten, heute zugänglichen tun. Soll der Historiker deshalb besser schweigen? Er kann sich zu Worte melden, wenn er zuvor eingesteht, wie begrenzt sein Wissen noch ist. Aber er muss sich wohl zu Worte melden, nicht so sehr als ein Fachmann eines bestimmten Spezialgebiets der Geistes-, Wissenschafts- oder Universitätsgeschichte, sondern als ein denkgeschulter Zeitgenosse, der mehr als durchschnittliche Voraussetzungen und Möglichkeiten besitzt, über gegenwärtige Entwicklungsprozesse nachzudenken und Zeitereignisse, selbst solche von episodenhaftem Charakter, in sie einzuordnen.

Zumeist werden die Geschehnisse beim Untergang der DDR und – mit ihr – ihres Hochschulwesens noch immer unter dem vordergründigen Gesichtswinkel gesehen, wer die Sieger und wer die Unterlegenen, wer die Gewinner und wer die Verlierer des Vereinigungsprozesses waren und sind. Das ist eine wissenschaftlich (und keineswegs nur moralisch oder nur persönlich) zu rechtfertigende Fragestellung, und sie soll nicht ausgelassen werden. Andere wieder sehen die Resultate ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Objektiv-Gewonnenen. Aber welche Maßstäbe liegen dem zugrunde? Leiten sich nicht von einem Wissenschafts- und Universitätsbild her, das tiefer gehender Befragung – so viel vorweg – nicht standhalten kann und aus einer Zeit entnommen ist, die schon der Vergangenheit angehört?

Zunächst und um ein naheliegendes Missverständnis zu vermeiden: dass die Universitäten in den neuen Bundesländern nach der Gestalt derjenigen in den alten zugerichtet wurden, war nicht in irgendeiner Weise – um das verpönte, weil missbrauchte Wort hier zu benutzen – gesetzmäßig. Das es geschah, hatte zwei Ursachen: das Interesse der politisch herrschenden Schicht in Bonn, ein geistiges Oppositionspotential, das zu Recht oder nicht, dies sei dahingestellt, in den ostdeutschen Wissenschaftlergruppen an den Universitäten gesehen wurde, zu zerschlagen. Daher richteten sich die zerstörerischen Angriffe zwar in erster Linie gegen die Gesellschaftswissenschaftler, beschränkten sich aber nicht auf sie. Die Geschichte der Berliner Charité könnte das illustrieren. Wohl nicht zu Unrecht wurde vermutet, dass Wissenschaftler der verschiedensten Fachrichtungen, die sich zu DDR-Zeiten in vieler Hinsicht von Staatswegen hatten indoktrinieren lassen, dieser Prozedur sich nicht ein zweites Mal unterwerfen würden. Die Botschaft, nun sei zu ihnen die Freiheit gekommen, würden viele von ihnen ernst nehmen. Das war nicht so gewollt. Inzwischen wird denen, die in der DDR Demokratie nicht gefordert hatten, mehr oder weniger unverblümt auch gesagt, dass sie dadurch das Recht verwirkt hätten, sie nun für sich in Anspruch zu nehmen.

Und die zweite der den Prozess begünstigenden und vorantreibenden Ursachen bestand darin, dass die Wissenschaftler an den Hochschulen der Altbundesrepublik, was ihren Kollegen in den Neuen geschah, teilnahmslos hinnahmen oder als eine gerechte Strafe oder auch als ein unvermeidliches, vielleicht eben noch als persönlich tragisch wahrgenommenes Geschehen ansahen. Um es im Klartext zu sagen: Nur ein energischer Protest aus den Kreisen der Hochschulintelligenz und da wieder durch (oder unter führender Teilnahme) ihre einflussreichsten und angesehensten Vertreter hätte den Kahlschlag gegen die Wissenschaft im Osten verhindern können.

Es ist nicht mein Thema und nicht meine Sache, einen Erklärungsversuch für dieses Verhalten zu geben, das sich mit hoher Wahrscheinlichkeit aus einem Motivbündel herleitete, zu dem Antisozialismus, Botmäßigkeit gegenüber der eigenen Regierung, berechnendes Konkurrenzverhalten, Gleichgültigkeit und Dummheit gehört haben könnten. Jedenfalls: wie die Kräfte sich verteilten, war der Gang der Abwicklung (mit und ohne Anführungszeichen) ohne jede Alternative, und er war auch

vorhersehbar. Was sich vollzog, vollzog sich nicht zufällig und war nicht das Ergebnis irgendwelcher „Fehler“ aus Unkenntnis und Unerfahrenheit.

Historiker, und von ihnen soll im Folgenden einzig die Rede sein, die sich doch nahezu allesamt auch mit der Rolle von Staaten und von ihnen verfochtenen Interessen vertraut gemacht hatten, teilten die Illusionen, einschließlich der grotesken, sie könnten als Staatsangestellte von einem Staat angenommen werden, der in Ostdeutschland die Restauration des Kapitalismus betrieb und durchsetzte. Dieses naive Verhalten wäre – ohne jeden Zynismus sei das gesagt – eigentlich und für sich genommen ein zu rechtfertigender Grund gewesen, sie abzuwickeln. Diejenigen, die das taten, wurden wie erwähnt freilich von gänzlich anderen Motiven geleitet.

Das Jahr 1989/1990 war auch an den Universitäten und Hochschulen der noch existierenden, aber ihrem Untergang entgegengehenden DDR von vielen Illusionen begleitet. Sie lassen sich in zwei Phasen einteilen, wenn man Gruppen und nicht einzelne Individuen im Blickfeld hat. In der ersten richteten sich unbegründete Hoffnungen noch darauf, in einer erneuerten sozialistischen Gesellschaft eine Universität zu schaffen, die sich weitgehend aus sich selbst demokratisch gestalten könnte. In der zweiten, nachdem der Weg zur größeren deutschen Bundesrepublik sich klar abgezeichnet hatte, herrschte die ebenso wenig begründete Hoffnung vor, es könnten Universitäten in den Neuen Bundesländern entstehen, die nicht einfach Strukturen und Praktiken „des Westens“ zu übernehmen hätten (oder übergestülpt bekommen würden). Dabei wurde daran gedacht, dass der Zustand der Hohen Schulen in den alten Bundesländern selbst Gegenstand mehr oder weniger kritischer Betrachtung war. Diese Illusion entsprang oder verfestigte sich bis zu einem gewissen und nicht geringen Grad auch aus den Wünschen, den eigenen Platz an der Universität und damit sich selbst eine Zukunft als Wissenschaftler behaupten zu können.

An keiner ostdeutschen Universität hat das Projekt, eine demokratische Erneuerung der Hochschule durchzusetzen und sie zu einer wirklich pluralistischen Bildungsstätte zu gestalten, so lange und so entschiedene Parteigänger besessen wie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr ausdauerndster war der Theologe Heinrich Fink. Er wurde durch eine miese Intrige zu Fall gebracht, als Rektor gestürzt durch die haltlose Anklage ein Informeller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit gewesen zu sein. Die Methode war alt. In ihrer blutigen Form vollzog sie sich in der Geschichte nach der Formel „Schlagt ihre Führer tot“. Die unblutige erfolgte nach der Devise „Schlagt ihre Führer moralisch tot.“ Das kann als ein Fortschritt an Humanität gelten und wurde so ja auch interpretiert.

Die – gemessen am Gesamtverlauf des Anschluss-Prozesses – Episode des Rektorats Fink führt zu jener Strategie und Taktik, mit der nicht ein Erneuerungsversuch des Sozialismus abgewürgt wurde. Dieses Projekt, das nie feste Konturen annehmen konnte, war schon erledigt. Das geschah übrigens durch politische Kräfte, die gleichzeitig und bis heute mit dem Vorwurf operieren, die DDR-Wissenschaftler hätten sich 1968 nicht gegen das Erschlagen des Erneuerungsversuchs in der ČSSR gewandt, ihn vielfach – was unbestritten ist – öffentlich gutgeheißen. Erneuerungsversuche des Sozialismus werden sichtlich mit sehr unterschiedlichen, vom jeweiligen Bedarf hergeleiteten Maßstäben gemessen.

Die längste Zeit des Rektorats Fink fällt indessen in die Zeit, da es bereits um die Ausgestaltung einer Hochschule innerhalb der größer werdenden Bundesrepublik ging. Vordergründig wurde dieses Rektorat von Freund und Feind als ein Zusammenschluss von Widerständlern gesehen, die sich der Bonner Politik und der des Berliner Senats gegenüber der größten Universität der DDR nicht konzept- und willenlos unterwarfen. Das war es auch, aber in ganz anderem Sinne, als offiziell und öffentlich dargestellt. Es wurde behauptet, die Kräfte um den Rektor widersetzten sich der Erneuerung der Universität und gingen vor allem darauf aus, die Plätze des alten Mitarbeiterstammes um jeden Preis und gegen jedes Argument zu verteidigen. Selbstredend gab es solche Bestrebungen, aber sie wurden nicht vom damaligen Senat getragen. Der beabsichtigte eine Veränderung, die zum einen sich von überholten Einrichtungen aus DDR-Zeit trennte, zugleich bisherigen Mitarbeitern (keineswegs durchweg) die Chance der Bewährung und unter Umständen auch der Rehabilitierung unter den veränderten Umständen geben wollte (also auf der sogenannten „Einzelfallprüfung“ be-

stand) und gleichzeitig durch Neustrukturierungen und die Berufung und Anstellung von Wissenschaftlern aus den alten Bundesländern eine Situation schaffen wollte, die für beide – die alten und die neuen „Humboldtianer“ – sich zu einer Herausforderung gestalten sollte.

Erste Schritte in diese Richtung wurden gegangen. Im Übrigen ließ sich leicht errechnen, in welch raschem Tempo allein aufgrund der Altersstruktur der Professorenschaft der Universität ein vollständiger Wechsel des wissenschaftlichen Führungspersonals eintreten musste. Am Institut für Geschichte beispielsweise wären allein aufgrund dieses Faktors von den im Jahre 1990 dort tätig gewesenen – heute – 1995 noch drei Professoren verblieben, zwei ordentliche und ein außerordentlicher. So aber stellten sich die neuen Machthaber den Prozess nicht vor. Nachdem die Abwicklung der Sektion am Einspruch des Gerichts gescheitert war, begannen die individuellen Kündigungen. Nur eine Minderheit davon war Mithilfe der Behörde des Herrn Gauck möglich. Im Gefolge dieser und der „ordentlichen“ Verweise aus der Universität begannen Arbeitsgerichtsprozesse, deren Kosten – dies nebenbei – zumeist die Steuerzahler zu begleichen hatten. Die Praxis hatte eine disziplinierende Wirkung über die betroffenen Institute hinaus.

Dieser Weg war langwieriger als der ursprünglich vorgesehene der kurzhändigen Abwicklung, doch führte er mit Verzögerung auch zum vorgedachten Ziel. Es ist bemerkenswert, dass schon heute niemand der Beteiligten aus den Kreisen der Wissenschaftler aus den Altbundesländern so recht zu dem Verfahren stehen will. Ein Informationsblatt für die neuimmatrikulierten Historikerstudenten, das dieser Tage an der Humboldt-Universität unter Verantwortung des Institutsdirektors herausgegeben wurde, erfüllt den Tatbestand der Geschichtsfälschung glatt. Es wird behauptet, der Personalwechsel sei in einer Kommission beschlossen worden, der mehrheitlich ostdeutsche Mitglieder angehört hätten. Den Studenten wird verschwiegen, dass auch keiner der emeritierten Professoren der Humboldt-Universität, wenn man schon die amtierenden als nicht geeignet ansah, für würdig befunden wurde, in der Struktur-Berufungs-Kommission mitzuwirken. Da standen immerhin der Mediävist Eckhard Müller-Mertens, der Neuzeitler Gerhard Schilfert, der Osteuropa-Historiker Günter Rosenfeld, durchweg international angesehene Forscher, zur Verfügung. Und es bleibt unerwähnt, dass von den beiden herbeigerufenen Wissenschaftlern aus Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR der eine aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden war (er verstarb bald) und der andere (wie es schien nicht ganz) freiwillig seinen Platz räumen musste. Künftige Wissenschaftshistoriker werden sich auch mit dieser Fährten- und Spurenverwischung zu befassen haben. Doch geht es darum nicht allein. Wie geistig flach ist dieses Willkommen für Geschichtsstudenten, die am Ende dieses Jahrhunderts und damit in einer Situation in die Universität eintreten, die sich grundlegend von jenen Studentengenerationen unterscheidet, die ihnen voraufgingen!

Selbst im engeren Sinne gilt das im Osten des größeren Staates vollbrachte Werk inzwischen Experten als misslungen. Am klarsten hat das der seinerzeitige Vorsitzende des Wissenschaftsrates ausgesprochen, allerdings unter vornehm-zurückhaltender Auslassung seiner eigenen Beteiligung und Verantwortung. Misslungen – das ist ein Urteil, dass sich aus vielen Federn allerdings auf ganz verschiedene Sachverhalte und gedachte Ergebnisse bezieht. Das führt zurück zu dem nahezu vergessenen und wesentlichen Teil der Bestrebungen des Rektorats Fink. Gezielt wurde auf eine – das mag man nun uneingeschränkt illusionär nennen – Neugestaltung der Universität von innen und unter Einbeziehung von äußeren Kräften, aber eben doch wesentlich durch Kräfte der Wissenschaft selbst. Als Resultat von deren Wirken, wobei freilich die „Anwesenheit“ der Staatsmacht nicht weggedacht werden konnte, galt eine pluralistische Universität.

Nun war und ist dieser Terminus in vieler Munde und manche halten diesen Universitätstyp ja in den alten und nun auch in den neuen Bundesländern für hergestellt. Während die einen aber – dies bestreitend – mit dem Begriff der pluralistischen Wissenschaft ein Spektrum bezeichnen, das philosophisch-materialistische Ansätze einbegreift – und dies eben gehörte auch zum Konzept des Rektorats Fink –, zielten andere auf dessen engeres Verständnis. Während, um wieder mich auf die Historiker zu beziehen, der Direktor des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichtswissenschaften meinte, es handele sich nur darum, den historischen Materialismus aus seiner Monopolstellung zu stürzen, nicht aber ihn von der Universität zu vertreiben, deklarierte der stellvertretende Vorsitzende

der Struktur-Berufungs-Kommission für die Geschichte, was vom Marxismus wissenschaftlich wertvoll sei, habe die westdeutsche Wissenschaft längst in sich aufgenommen. Er betrachtete den Marxismus gleichsam als ein ausgekohltes Bergwerk, dessen Stollen nun verschüttet und dessen Bergleute irgendwo umgeschult werden könnten. (Sofern er sich über deren Zukunft überhaupt Gedanken machte.) Und der Gründungsdirektor des neuen Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität konnte sich nicht enthalten, Faschismusauffassungen, die der seinen widersprachen, in einem Kündigungsschreiben zu erwähnen, um freilich hinzuzufügen, sie bildeten nicht den Grund des Begehrens nach einem weiteren freien Arbeitsplatz.

Das Rektorat Fink ist mit seinem Konzept einer pluralistischen Lehre gescheitert. Dies hatte vor allem äußere, aber auch innere Ursachen. Das mag nun einzig als eine Niederlage der „Marxisten“, der auf Marx zurückgehenden oder von ihm ausgehenden Wissenschaftler erscheinen, als Ausschaltung der „Linken“. Zum einen aber sind solche Siege stets auch Niederlagen der Demokratie. Dies dämmert inzwischen manchen Wissenschaftlern in den alten Bundesländern. Zum anderen aber gehört der Vorgang des Endes der DDR-Universitäten in einen Zusammenhang, den nur eine Minderheit von Wissenschaftlern heute herstellt.

Bei allen Unterschieden wurde am Ende der achtziger Jahre an den Universitäten der BRD und der DDR im Großen und Ganzen so gearbeitet, als ob die Menschheit und mit ihr auch die Bürger der damals existierenden beiden Staatswesen nicht vor existentiellen Fragen stünden. Die in vielen Lippenbekenntnissen geäußerte Wahrnehmung, dass so nicht weiter gewirtschaftet, gearbeitet, auch nicht gegessen, gewohnt, sich bewegt, kurzum: nicht gelebt werden könne, jene Wahrnehmung, die doch besagt, dass zunächst einmal – da die Dinge durch die Köpfe der Menschen hindurchmüssen – so nicht weitergedacht werden kann, blieb auch an den Universitäten und Hochschulen „hüben wie drüben“ weitgehend folgenlos. Was geschah, besaß den Charakter von Palliativmittelchen. Wo aber soll eigentlich dieses Neue Denken beginnen, wenn nicht in Instituten, Labors, Seminarräumen und Hörsälen? Wer eigentlich soll in der Gesellschaft sich zum Sprecher – das ist vielleicht ein viel zu schwaches Wort – für einen grundstürzenden, also revolutionären Wandel in der Auseinandersetzung zwischen „Mensch und Natur“ machen, in deren Ergebnis beide überleben können – und beide können ja nur gemeinsam überleben, wer, wenn nicht die Intelligenz? Und was bedeutet das für deren Heranbildung an den Schulen und den hohen Schulen? Es ging und geht ja gar nicht allein – wie schon seit langem – um dieses oder jenes Modell von Universitätsarbeit, um Reformen, die sich im Ausmaß an frühere anschließen und auf deren Niveau bewegen. Es geht um den Generalinhalt nahezu aller wissenschaftlichen Anstrengung und Lehre, um deren neue, den krisenhaften Menschheitszuständen angemessene Gestaltung.

Kann, um von meinem Gebiet zu reden, über die Geschichte der vergangenen Jahrhunderte, die von einer Auseinandersetzung der Menschen mit der Natur in einer Weise beherrscht wurden, die nun – wird sie fortgesetzt – tödlich wirkt, so weiter geredet werden wie bisher? Muss nicht auch die Geschichtslehre darauf eingestellt werden, den objektiv schon eingetretenen Umbruch und seine Konsequenzen deutlich bewusst zu machen? Muss über die Wege der Geschichte nicht in ganz anderem Maße als bisher mit dem Ziel geredet werden, die Auswege für die Gegenwart und Zukunft zu finden? Müssen – um nur ein Beispiel zu nennen – die Geschichte von Wirtschaft und Arbeit nicht einen ganz neuen Platz erhalten? Brauchen wir nicht auch – um es provokatorisch zu formulieren – ein die Disziplinen übergreifendes obligatorisches Grundstudium, das aus interdisziplinärem Zusammenwirken erwächst, weil vielleicht weder der Historiker noch der Physiker allein plastisch und einprägsam genug vermitteln können, was die Menschheitsstunde geschlagen hat?

Es kann nicht gut bestritten werden, dass die materialistische Herangehensweise an diese Fragen – im Wettbewerb mit anderen – zur Erforschung und Diskussion der Welt- und Menschheitsprobleme einen Beitrag zu leisten vermag. Das praktische Verhalten gegenüber den Wissenschaftlern der DDR aber lief darauf hinaus, dass auf ihn gut verzichtet werden kann. Man erinnere sich nur der unsäglichen These von der Wissenschaftswüste und – was bedenklicher war und erinnernswerter ist als diese These selbst – des fehlenden Protestes derer, die es doch anders und richtig wussten. So offenbarte sich 1990 mehr als nur Voreingenommenheit der etablierten Wissenschaftler in den Alt-

bundesländern. Denn im Augenblick, da der Einheitsstaat auszugestalten war, konnten Antriebe entstehen, eine kritische Durchsicht eigener Positionen vorzunehmen. Das unterblieb, aus welchen Gründen auch immer. Die Selbstzufriedenheit der einen mochte das für überflüssig halten. Andere wollten womöglich nicht als Störenfriede auftreten. Wieder anderen mochten vom antikommunistischen Triumph aus zu keiner Frage vordringen können. Vierte arbeiteten weiter, als sei nichts sie Betreffendes geschehen.

Der Versuch, der Universität im deutschen Staat einen anderen Platz zu erstreiten, als ihn die Humboldt-Universität im DDR-Staat eingenommen hatte, entsprang nicht zum wenigsten einer bitteren Selbstkritik. In diesem Versuch drückte sich auch ein Schuldbekenntnis aus, das nach produktiver Betätigung suchte. Nur: solcher Art Bekenntnis wurde nicht verlangt und nicht angenommen. Ein Wissenschafts- und Universitätskonzept, das nicht nur reformerischen, sondern auch das System selbst in Frage stellenden Ideen Raum lassen sollte, erwies sich als nicht durchsetzbar. Dies erscheint äußerlich als eine Niederlage der einen und als ein Sieg anderer politischer Kräfte – und das ist es auch. Dies erscheint als die intendierte und erfolgreiche Vertreibung der Marxisten aus den Universitäten der Neuen Bundesländer – und das ist es auch. Der Vorgang reicht in Bedeutung und Wirkung aber viel weiter. Er ist signifikant, denn er hat ein Schlaglicht nicht nur auf die politische Verfassung der maßgeblichen Kräfte der deutschen Intelligenz geworfen. Die Wissenschaftler des deutschen Ostens wurden als gleichberechtigte Mitstreiter nicht angenommen, und dieser Verzicht, der als solcher gar nicht wahrgenommen worden sein mag, zeigt eben auch den Grad von Krisenbewusstsein an.

Die deutsche Intelligenz denkt und wirkt als Ganzes in den Koordinaten von gestern und lässt sich – wieder als Ganzes – von denen (es sind vor allem Naturwissenschaftler, Philosophen und politische Ökonomen) nicht aufschrecken, die aus diesen Koordinaten gedanklich schon ausgebrochen sind. Sonst hätte sie einen in der deutschen Geschichte beispiellosen Kahlschlag an ausgebildeten Forschern nicht zulassen können. Denn – um dies zu dem Bogen zu sagen, den das Thema unserer Veranstaltung schlägt – die Vergleiche des Geschehens an den Universitäten im Jahre 1945 und im Jahre 1990 mögen im Einzelnen viele fruchtbare Fragen ergeben und Forschungen anregen. Im Ganzen missleiten sie, denn die Grundsituation der Menschheit hat sich in den sechziger und siebziger Jahren unumkehrbar verändert. Nach 1945 stand auf der Prioritätenliste für das Ethos der Wissenschaftler das Thema „Atombombe“ an oberster Stelle. Meine Antwort auf diese Frage lautete, als ich 1948 als Student in die Friedrich-Schiller-Universität eintrat: eine sozialistische Welt. Wie aber ist diese Liste fünfzig Jahre später beschaffen? Und wie lauten unsere Antworten heute?

In: Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu: Ergebnissen und Erfahrungen hochschulpolitischer Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90. Protokoll einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., 24./25. November 1995 in Jena, Jena 1996, S. 105-110.

Sein Werk war Herausforderung

In Memoriam: Olaf Groehler, Militärhistoriker und Publizist

Die Leser seiner Bücher, nicht nur die deutschsprachigen, werden Olaf Groehler vor allem als den Historiker der Geschichte der Flugzeuge, des Luft- und des Bombenkrieges in Erinnerung behalten. Den bei Ende des Zweiten Weltkrieges Zehnjährigen haben Kindheitseindrücke und die Erlebnisse des Nachkriegs nicht losgelassen.

Nach dem Studium alsbald an das Geschichtsinstitut der Akademie gelangt, verschrieb er sich der Erforschung des Zeitraums deutscher Vergangenheit, der metaphorisch als der düsterste oder schwärzeste bezeichnet wird. So hat ihn Olaf Groehler gesehen und durch seine Fragestellungen und Antworten mit ausgeleuchtet. Trotz seiner Vorliebe für die verästelten Details von Technik- und Militärhistorie verselbständigte sich ihm sein Gegenstand nie. Indem er über den Krieg schrieb, wandte er sich gegen neue Kriege.

Sein Name bleibt mit der sechsbändigen Geschichte „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ verbunden, zu deren Entstehen er in einer Historikergruppe viel beitrug. Das Werk wurde eine Herausforderung auch an die Zunftgenossen jenseits der westlichen Staatsgrenze. So ist es auch aufgenommen worden. Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten, ihn stabilisierende Beziehungen auf allen denkbaren Ebenen, das gehörte zu Groehlers Leitmotiven. Dafür setzte er sich ein und hat er umso mehr wirken können, je mehr Verantwortung ihm übertragen wurde. Früh mit Idee, Plan und Praxis grundstürzender Weltveränderung verbunden, hat er in den siebziger und achtziger Jahren mit seinen Mitteln geholfen, den Kalten Krieg zu beenden. Er war wie die frühverstorbenen Kollegen Wolfgang Schumann, Gustav Seeber und andere davon überzeugt, dass deutschen Historikern eine besondere Verpflichtung auferlegt sei, forschend auszugraben, was irgend dazu dienen könne, „damit es nicht wieder geschieht“. Und er meinte, dass unaufhebbare Differenzen in theoretischen und methodologischen Fragen keinen Grund abgeben könnten, sich dem zu entziehen.

Mit anderen hat Olaf Groehler deshalb auch an Scheinfronten selbsterrichtete geistige Hindernisse niedergerissen. So etwa durch die Korrektur des langeverengten Bildes vom antifaschistischen Widerstand, das durch den befreienden Blick auf die Täter des 20. Juli erst am vierzigsten Jahrestag des Ereignisses erweitert wurde. Seine Hinwendung zu einem bis dahin von ihm nicht bearbeiteten, umstrittenen Thema verriet auch sein Interesse an gesprächsweiser Rede und Widerrede. Sie waren sein Element, nicht lärmender Streit. Drohte der über einer Frage auszubrechen, brach er das Gespräch lieber ab und ließ sich und anderen Zeit zu ungestörtem Nachdenken.

Zu der Minderheit von Mitarbeitern der Akademie-Institute, die der Prozess der Abwicklung nicht in Arbeitslosigkeit und berufsfremde Tätigkeit warf, gehörte auch Olaf Groehler. Er begann die „magische Marke“ des Jahres 1945 forschend zu überschreiten. Mehrere seiner letzten Publikationen galten Spuren von Antisemitismus und Judenfeindschaft in der Vor- und Frühgeschichte der DDR. In den Befunden hat uns sein Urteil gegeneinandergestellt, im Anliegen doch nicht entfernt.

Groehler wurde kein Vorzeigeobjekt des gewendeten „roten Geschichtswissenschaftlers“. Sich mit den sozialen Zuständen auszusöhnen, in die er 1990 geriet, und deren Folgen zu akzeptieren, war ihm seit der weitesten seiner Reisen in Sachen Geschichtswissenschaft unmöglich. Sie führte ihn bis nach Kalkutta und war ihm Gelegenheit, sein Bild von den Welten zu überprüfen.

Jene, die ihn von seinem neuen Arbeitsplatz in Potsdam im Sommer vergangenen Jahres verjagten, konnten den Forscher nicht zur Strecke bringen. Bis zuletzt, als seine tägliche Schaffenskraft schon auf wenig mehr als eine Stunde reduziert war, blieb er an dem Manuskript einer Biographie von Hugo Junkers, der Verwirklichung einer Idee, die er zwanzig Jahre zuvor gefasst hatte.

Olaf Groehler verstarb am 27. Dezember, im Alter von erst 60 Jahren. Er hatte versucht, mit dem, was er von der Geschichte wusste, weit über seine Zunftgenossen hinauszuwirken. Er hat Filmemacher beraten, in Rundfunkmikrophone gesprochen und vor Fernsehkameras argumentiert. Sein Bedürfnis nach gedanklicher Verbindung drückte sich, als er schon in weitgehender Isolation lebte,

auch in den Spalten dieser Zeitung aus. In ihr hat er sich noch vor kurzem zu Ereignissen und Büchern geäußert. Da trug ihn, wie er mir Anfang dieses Monats schrieb, noch die Hoffnung, dass „ich mich aus meinem Gesundheitstief hochrappele“. An Lebenswillen hat es dem Manne nicht gefehlt, dem viele ein achtendes Andenken bewahren könnten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Dezember 1995, S. 12.

Wahrheit und „Auschwitzlüge“

Das neue Buch aus der produktiven Werkstatt des Dokumentationszentrums des österreichischen Widerstandes in Wien enthält Beiträge von Historikern, Politologen und Publizisten aus Deutschland und vor allem aus Osterreich. Es kann als Handbuch und im besten Sinne als Anleitung für alle dienen, die genötigt sind, sich mit dem Gedanken-bluff, der „Holocaust“-Leugner und anderer Geschichtsverdreher auseinanderzusetzen. Manches war an anderen Stellen schon zu lesen.

Zwei kritische Darstellungen gelten der aktuellen Rechtslage in Osterreich und der BRD in Hinsicht auf die Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden. Hilfreich ist eine kleine biographische Übersicht über „revisionistische“ Autoren und deren Publikationen, die den Band beschließt.

Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Benz, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.) Wahrheit und „Auschwitzlüge“. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda. 304 Seiten Deuticke Wien 1995.

antifa, Januar 1996, S. 29.

Im Streit um Hitler – Nach dem Schreiben einer Biographie

[Mitautor: Manfred Weißbecker]

„Es ist nicht allein aktuellen Debatten über historisch-politische Themen zuzuschreiben, wenn die Verfasser einer im Frühjahr 1995 vorgelegten Hitler-Biographie“[1] an dieser Stelle Erfahrungen mitteilen, die im Streit um das antifaschistisch-biographische Herangehen an ihr Thema zu gewinnen waren. Sie wollen mit ihrem Beitrag zugleich Respekt bekunden und Dank abstatten: Beides gilt Reinhard Kühnl. Sie kennen ihn seit langem als einen Wissenschaftler, der sich ebenso wie sie verpflichtet fühlt, Geschichte und Strukturen faschistischer Bewegungen und Herrschaftsformen sowie das verhängnisvolle Wirken ihrer „Führer“ zu erhellen. Ihm ist wie ihnen die um Aufklärung bemühte „antifaschistische Volkspädagogik“[2] ein politisches und humanistisches Grundanliegen geworden, auch ihn leitet als Lebensmaxime, Faschismus und dessen Voraussetzungen und Bedingungen konsequent zu bekämpfen. Seit Jahrzehnten eng, ja freundschaftlich mit ihm verbunden, achten sie Reinhard Kühnl als einen kreativen antikapitalistischen Gesellschaftsanalytiker, oft nachdenklich gestimmt durch seine Kritik an den Erstarrungen im marxistischen Denken. Seine regelmäßige Teilnahme an den zwanzig Jenaer Faschismus-Colloquia, die seit 1971 stattfanden, gehörten zu den seltenen Fällen Staatsgrenzen überschreitender geistiger Kontakte zwischen Gesellschaftswissenschaftlern. Bei diesen Zusammenkünften hat er gerade durch die Übermittlungen seiner Erfahrungen aus einer der Mehrheit der Teilnehmer fremden, weit über die Marburger Universität hinausreichenden Praxis außerordentlich anregend gewirkt. In den lebhaften, mitunter recht kontroversen Debatten kam die Rede notwendig auch immer wieder auf Adolf Hitler.[3] Mancher der damals diskutierten Gedanken ist in die Arbeit eingeflossen, nach deren Abschluss der vorliegende Aufsatz geschrieben wurde.

* * *

Unter den Vertretern materialistischer Geschichtsauffassungen existieren unterschiedliche Vorstellungen von Hitlers Platz in der deutschen Gesellschaft sowie zu seinen Wirkungen über den Untergang des Regimes und seinen Tod hinaus. Sie haben in publizierten biographischen und anderen Forschungen ihren Ausdruck gefunden, waren aber womöglich mehr noch Gegenstand von Streitgesprächen. Um vieles größer waren und blieben bis auf den heutigen Tag die Auffassungsunterschiede in puncto Hitler, wenn die Differenz zu Forschungen und Deutungen in Rede kommt, die aus ganz anderen, völlig entgegengesetzten politischen und sozialökonomischen Interessen resultieren. Trotz enormer Wissensverbreiterung und -vertiefung: Unterschiedliches und Gegensätzliches wird es in den Aussagen über Hitler auch künftig geben. Die einen schreiben dem Manne weiter die Rolle zu, Weltgeschichte nach seinem Glauben und Willen gestaltet zu haben. Deren Denken bewegt sich in den Bahnen des deutschen „Historismus“. Es entspringt der Vorstellung, wonach einzelne Subjekte den Verlauf der Geschichte gestalten und prägen. Sie drückt sich am knappsten in dem Slogan aus „Männer machen Geschichte“. Die Zahl der Verfechter dieser monokausalen Geschichtsdeutung ist zwar in der Zunft der Wissenschaftler im Abnehmen begriffen, doch bedeutet dies nicht auch abnehmenden öffentlichen Einfluss. Die Mehrheit der Forscher betrachtet hingegen Hitler als Bestandteil und „Faktor“ der Gesellschaftsgeschichte. Ihre gleichsam „inneren“ Auseinandersetzungen gelten eher der Frage, welches spezifische Gewicht dieser Faktor unter und neben anderen besaß und inwieweit es sich dabei um ein Eigengewicht handelte.

Wenige neigen dazu, Hitlers Rolle gegen Null tendieren zu lassen. Diese Ansicht von der Bedeutungslosigkeit Hitlers wurde – mit welchem Recht auch immer, das sei hier dahingestellt – den

---

1 Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995.

2 Der von Martin Broszat stammende Begriff meint anderes, als ihm die Verfechter eines konservativen Geschichtsrevisionisten heute unterstellen.

3 Siehe Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien. Biographische Aspekte in der Geschichte der politischen Parteien des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 4/1979, S. 299-315.

Kommunisten zugeschrieben. Sie sähen, hieß und heißt es häufig, in Hitler nur eine Marionette – also eine willenlose Puppe – die von für das Publikum unsichtbarer Hand an Fäden bewegt worden sei. In ähnlicher Version und womöglich häufiger noch, wird die kommunistische Auffassung von Hitlers Rolle mit dem Kürzel „Agententheorie“ charakterisiert. Demnach wäre Hitler ein von den Mächtigen der kapitalistischen Gesellschaft gekauftes Subjekt gewesen, das nichts anderes getan hätte, als deren Aufträge auszuführen. Solche Auffassungen hat es in der politischen Linken in Deutschland, nicht nur in der kommunistischen, gegeben. Jedoch dürfte es schwerfallen, einen marxistischen Forscher zu benennen, der dieses naive Hitlerbild vertritt. Wenn die gegenstandslose Anklage gegen vorgebliche Verfechter der „Agententheorie“ dennoch nicht aufgegeben wird, so hat das seine Ursache zumeist nicht in Missverständnissen, sondern in dem bequemen Vorteil, der sich aus ihr gewinnen lässt. Nach Art eines Spiegelfechters kann daran direkt anschließend erklärt werden, es blieben die Marxisten jeden Beweis für dieses Verhältnis von Auftrag und Ausführung schuldig. Das Paradebeispiel dafür gibt der Entschluss zur Ermordung der europäischen Juden ab; es solle doch „der Monopolkapitalist“ vorgewiesen werden, der das Verbrechen in Auftrag gegeben hätte ...

Wenden wir uns wieder dem tatsächlichen, nicht dem erfundenen Spektrum heutiger Differenzen zu: Wohl auch provoziert durch das Bestreben, Hitlers Rolle ins Übermenschliche zu steigern und ihn auf den Platz des Alleintäters zu setzen, wurde die Gegenthese von Hitler als einem „schwachen Diktator“ vertreten und er gar auf den Rang einer bloßen Appellationsfigur gestuft. Nicht so weit davon entfernt ist die Ansicht, die ihn lediglich als *die* repräsentative (und das soll oft nicht mehr heißen als: repräsentierende) Figur des Regimes betrachtet – unentbehrlich für das Funktionieren des Systems, aber nur mit äußerst begrenzter Gestaltungskraft. An Einfluss gewinnt eine Sicht, die in Hitler jene Persönlichkeit der Epoche erblickt, die deren charakteristische Eigenschaften überdimensional verkörpert hätte, als ein Spiegel aller Traumata, Brüche und Verwerfungen der deutschen Gesellschaft in der ersten Hälfte dieses 20. Jahrhunderts. Wiederum andere wollen in ihm denjenigen sehen, der in der modernen Industriegesellschaft partiell gesellschaftlichen und technologischen Modernisierungstendenzen zum Durchbruch verholfen hat, wenngleich wider seinen Willen. Nicht nur in geschichtsrevisionistischen Darstellungen taucht Hitler als „Revolutionär“ und Verfechter einer „sozialistischen“ Zukunftsordnung auf. Über alle Differenzen behauptet er zweifellos eine „Zeitgenossenschaft, deren Schatten beständig tiefer wird“ und in „chimärische Unschärfe“ entrückt.[4]

Die Meinungsvielfalt lässt sich punktuell an den abweichenden Ansichten illustrieren, welche über Hitlers Rolle bei der „Endlösung der Judenfrage“ existieren. Abgesehen von der außerwissenschaftlichen Deutung Hitlers als dem Unwissenden und gar (von Himmler und anderen) Hintergangenen, die in der sogenannten „revisionistischen“ Geschichtsliteratur angeboten wird, bleiben auch hier zwei ganz unvereinbare Positionen erkennbar. Die eine besagt, Hitler habe über den Massenmord an den europäischen Juden vollkommen allein entschieden und nach und hinter ihm hätten nur Personen und Personengruppen existiert, die seine Befehle ausführten. Die andere legt die Vorstellung nahe, der Vorschlag, den Schritt von der Ghettoisierung der Juden zu deren Vernichtung zu gehen, sei an ihn herangetragen worden, und er habe – auch mit Rücksicht auf die „Sachzwänge“, die als Folge von Judendeportation und Ghettoisierung entstanden seien – ihm lediglich zugestimmt. Im ersten Falle ist der „Führer“ geistiger Urheber und bewegende Kraft, im zweiten sind es seine Berater und Mitführer, denen er auf deren Drängen hin „nur“ freie Hand gelassen hätte. Ähnlich weit gehen die Aussagen über die Motive für das Handeln des Antisemiten Hitler auseinander. Die einen behaupten, er habe vom Beginn seines Eintritts in die Politik an das Hauptziel verfolgt, die Judenheit auszurotten. Andere erblicken in seiner Entscheidung eine Reaktion auf die ihm im Dezember 1941 angesichts der Niederlage vor Moskau gewordene Erkenntnis, dass Deutschland diesen Krieg gegen seine militärischen Gegner nicht gewinnen könne, weshalb er – Hitler – wenigsten den „Krieg“ gegen die Juden hätte gewinnen wollen.

---

4 Joachim C. Fest: Zeitgenosse Hitler. Versuch, das Unbegreifliche begreifbar zu machen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.1995 (Bilder und Zeiten).

Nicht alle diese Kontroversen wurzeln in unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen der Historiker an ihr Thema. Manches ist ziemlich faktenfern und schlicht ausgedacht. So vor allem die – eben erwähnte – These vom gleichsam alternativen Krieg gegen die Juden. Ihre Verbreitung hat wohl nichts mehr bewirkt als die vielgelesenen „Anmerkungen zu Hitler“ von Sebastian Haffner. Doch kann der Publizist nicht beanspruchen, diese Deutung als erster gefunden zu haben. Er ist allenfalls ein selbständiger „Wiederentdecker“. Geäußert wurde die Version nach unserem Wissen zuerst von Julius Streicher während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses Ihm, der nichts mit dem Massenmord zu tun, ja nicht einmal etwas von ihm gewusst haben wollte, erschien Hitlers Entschluss, den er für sich erst durch die Kenntnisnahme des politischen Testaments für erwiesen ansah, als rätselhaft. Er deutete ihn vor Gericht – ähnlich wie es später Haffner tat – als den Entschluss „eines verzweifelnden großen Mannes der Weltgeschichte“, der wusste, dass er „nicht siegen werde“.[5]

* * *

Der Mann, um dessen Lebensbeschreibung es den Verfassern ging, hat zweifelsfrei nur eine Biographie, doch existieren von ihr zahlreiche Abbilder, die dem „Original“ mehr oder weniger nahe kommen mögen. Mit Sicherheit lassen sich diese Bilder ganz unterschiedlichen Strömungen oder Konzeptionen von Geschichtsforschung zuordnen. *Das* Hitlerbild ist jedenfalls nicht in Sicht. Und dies besitzt seine Ursache wiederum nicht in Profilierungs- und Neuerungssucht, die manchen Forscher leiten und deren marktwirtschaftliche Notwendigkeit gar nicht bestritten werden soll.[6] Die Vielfalt rührt vor allem von unbewältigten methodologischen Problemen her und geht auch auf erkenntnismindernde politische Interessen zurück.

Kurzum: Der Streit über den spezifischen Beitrag oder den individuellen Anteil Hitlers an der Geschichte im Verlauf der 20er bis 40er Jahre unseres Jahrhunderts wird fortdauern. Trotz einer immensen Fülle von Tatsachen über sein Wirken, über das seiner Mitführer und der Ge- bzw. Verführten, ungeachtet der nicht mehr zu überschauenden Masse von Fakten über seinen Aufstieg, seine Entscheidungen usw. ist die Skala, auf der sich die voneinander abweichenden Hitlerbilder befinden, nicht kleiner geworden. Das schließt eine Annäherung der Urteile im Detail nicht aus.

* * *

Auch die Verfasser dieser Hitler-Biographie sahen sich durch die Aufgabe in mehrfacher Hinsicht herausgefordert. So wenig wie ihre Vorgänger gingen sie voraussetzungslos (und das heißt immer auch: nicht unbelastet) zu Werke. Zunächst hatten sie Umstände und Ergebnisse zu berücksichtigen, die in der DDR mit dem Genre der geschichtswissenschaftlichen Biographie verbunden waren. Denn es bildete diese Annäherung an Geschichte zu keiner Zeit einen bevorzugten Gegenstand, wenngleich Forschungen, die herausragenden oder bedeutenden Personen der deutschen und der allgemeinen Geschichte galten, in den 70er und 80er Jahren deutlich zunahmen und deren publizierte Resultate mitunter Aufmerksamkeit und – mehr noch – auch Verwunderung erregten. Sie schienen nicht in das klischierte Bild von der DDR-Historiographie hineinzupassen. Wie andere Tatsachen der Wissenschaftsentwicklung aus den Jahren zwischen 1949 und 1989 ist auch dieses kurze Gedächtnis schon entschwunden.

Die Hinwendung zu biographischer Forschung und Darstellung traf auf Schwierigkeiten, die zumeist aus der „Vor“-DDR-Zeit herrührten. Marxistische Historiker begannen mit ihrer Arbeit nach einem Abschnitt deutscher Geschichte, in dem der Personenkult seinen absoluten Höhepunkt er-

---

5 Siehe IMT, Bd. XII, S. 412.

6 Das jüngste Beispiel lieferte Guido Knopp mit einer sechsteiligen Filmserie und dem titelgleichen Begleitbuch „Hitler. Eine Bilanz“ (in Zusammenarbeit mit Stefan Brauburger, Christian Deick, Rudolf Gültner, Peter Hartl, Jörg Müllner. Dokumentation: Sönke Neitzel, Ursula Nellessen, Klaus Sondermann, Berlin 1995). Siehe dazu unsere Besprechungen in: Neues Deutschland, 15.11.1995 und 23/24.12.1995, sowie in: junge Welt, 28. November 1995, S. 13.

reicht hatte, gleich ob in Politik und Geschichtsschreibung oder in Literatur und Publizistik. Solcher Kult wurde nicht erst seit dem Jahre 1933 weit verbreitet. So fanden sich in den Bücherschränken der deutschen Bildungsbürger zu Zeiten der Weimarer Republik selbstredend Werke wie die von Emil Ludwig, des damals meist gelesenen Publizisten von Herrscher-Biographien aus deutscher und allgemeiner Geschichte. Doch die bald nach 1933 einsetzende und 1938 ihren ersten Höhepunkt erreichende Erhebung Hitlers ins Übermenschliche, Gottähnliche, ja Gottgleiche – man denke an die Stilisierung des „Führers“ zum Erlöser der Deutschen – war beispiellos.

Jene Generation unter den Historikern der DDR, die den Geburtsjahrgängen zwischen 1920 und 1930 angehörte, war zu einem Teil schutzlos dieser Ideologie ausgesetzt gewesen. Sie hatte auf den Schulen die Gedichte auf Hitler auswendig gelernt und die Hymnen auf ihn dort und in der Hitlerjugend gesungen. In dieser sich formierenden Forschergeneration bildete sich früh aufgrund eigener Erfahrungen und dann der Studien der Werke von Marx, Mehring und Plechanow ein Widerwille dagegen aus, die eigene Geschichtsbetrachtung auf eine Auswechslung des positiven durch den negativen Personenkult zu reduzieren. Diese Haltung verstärkte sich 1956 mit den Enthüllungen und Eingeständnissen des 20. Parteitags der KPdSU über das Regime Stalins noch. An diesen sozialen Zusammenhängen sowie an dem Wirken von gruppen- und individualpsychologischen Faktoren geht, wenn heute – 1995 – über die Historiographie im ostdeutschen Staat geschrieben wird, die Masse der Autoren noch immer vorbei. Es ist auch zu bequem, alles und jedes in nichts anderem verwurzelt zu sehen als in dem unbestrittenen politisch-bürokratischen Geflecht eines Machtapparats

Diese Lebensgeschichten und der vorsätzliche Bruch mit den Traditionen des deutschen Historismus ließen folgerichtig die Annäherung an die Geschichte auf dem Wege über die Darstellung des Wirkens einzelner herausragender Personen in den Hintergrund treten. Obendrein lautete eine Gegenthese: Die Volksmassen machen die Geschichte. Sie war nicht weniger holzschnittartig und irreführend wie ihre Vorgängerin. Dass sie unter strikter Berufung auf die Altmeister der historisch-materialistischen Geschichtsschreibung verfochten wurde, war selbst wieder eine Verfälschung. So unterschied Friedrich Engels, um dafür nur einen Beweis anzuführen, zwischen Zeiten, in denen die Volksmassen historisch aktiv und gestaltend wirkten, und anderen, in denen sie – wie beispielsweise am Ausgang der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – so seine Formulierung – „völlig unbewegt“ blieben, ungeachtet der dramatischen Ereignisse in der französischen Nachbarschaft. Schon in seinen ersten Veröffentlichungen über die jüngste deutsche Geschichte unterschied er zwischen Phasen, da Massen in den Strom geschichtsverändernder Bewegung hineingerissen werden und darauffolgenden Abschnitten, in denen „jede öffentliche Bewegung“ ausgestorben war.[7] An anderer Stelle findet sich das Bild von den „schlafenden“ Volksmassen.

Wer sich unbewegt zeigt, gar schläft, überlässt aber anderen das Handeln und kann nicht gut als Schöpfer der Geschichte klassifiziert werden. Das Bild forderte mithin geradezu, einen anderen und vielzitierten Lehrsatz des historischen Materialismus gründlicher zu durchdenken, wonach die Menschen – wenn auch nicht aus freien Stücken und also nicht nach Gutdünken – ihre Geschichte machen. Doch ist darüber, dass die einen den Gang der Entwicklung durch aktive Handlungen beeinflussen, die anderen – daran durch Unterlassung von Handlungen ihren Anteil haben, kaum gründlicher geforscht worden. Es war zumeist nicht Sache der DDR-Historiker, sich mit derartigen Widersprüchen öffentlich auseinanderzusetzen, zumal dies unvermeidlich auch in politische Konfliktsituationen geführt haben würde. Denn in der Propaganda der Herrschenden galt das Postulat vom Schöpfertum der Volksmassen der DDR, ungeachtet ihrer – teils durch Selbstüberhebung hervorgerufenen, teils von schlecht verhohlenem Misstrauen geleiteten – zunehmenden praktischen Ausschaltung von der Mitbestimmung in Grundsatzfragen von Staat und Gesellschaft. Das gleiche gilt für das Verhalten der Historikerschaft in der DDR gegenüber der zeitigen Neubelebung des geschichtlichen und politischen Personenkultes unter neuem Vorzeichen. Er richtete sich zunächst auf

---

7 Friedrich Engels: Deutsche Zustände, in: MEW, Bd. 2, Berlin 1958, S. 567 u. 583.

Stalin, dessen Biographie das Thema von Parteilehrjahren in der SED bildete, und später auf Ernst Thälmann, dessen parteioffizielle Lebensgeschichte, die wiederum in Partei- und FDJ-Zirkeln gelesen und besprochen wurde, nicht nur die geschichtliche Tat des Vorsitzenden der KPD überhöhte und partiell auch beschönigte, sondern den Lebensgang des Helden ebenso verfälschte wie den Weg der von ihm geführten Partei.

Die Liste der von DDR-Historikern verfassten Biographien historischer Persönlichkeiten – diejenigen über Dichter (man denke allein an die exzellente von Werner Mittenzwei über Brecht), Schriftsteller u. a. Personen bleiben hier außer Betracht – ist lang. Aus ihr ragt vor allem die Bismarck-Biographie Ernst Engelbergs hervor, deren erster Band 1985 im Akademie Verlag erschien. Er wurde sogleich von dem vorwiegend durch die Herausgabe von konservativer Geschichtsliteratur bekannten Siedler-Verlag mitgedruckt. Das inzwischen abgeschlossene zweibändige Werk ist die Frucht eines langen Gelehrtenlebens. Zuvor schon hatte Ingrid Mittenzwei, man schrieb 1979, ihre Biographie über Friedrich II. vorgelegt, der zu vieler Verwunderung in einer Rede Erich Honeckers staatsoffiziell den Namen „der Große“ zurückerhielt. Damit ist schon angezeigt, dass sich im Verhältnis zur deutschen Geschichte in der DDR in Politik und Wissenschaft ein Wandel zu vollziehen begann. Die Geschichte als Ganze geriet in das Visier der Forschung. Die Urteile wurden differenzierter. In diesem Prozess drückte sich zunehmende Souveränität gegenüber der Vergangenheit aus, die allerdings gerade die ureigene Geschichte der DDR und ihre in die deutsche Arbeiterbewegung weisenden Traditionslinien nicht betraf.

Diese Entwicklung wäre als bloße Folge veränderter politischer Interessen und Losungen zu monokausal interpretiert. Die Historiker selbst hatten sich durch ihre Studien in den Stand gesetzt, Forschungen zu unternehmen, die immer mehr auch internationale Aufmerksamkeit und manchmal auch Anerkennung fanden. Jedenfalls waren die Biographien Friedrichs II. und Bismarcks die meist beachteten Anzeiger und Erzeugnisse von Veränderungen in Geschichtsforschung und -publizistik. An ihre Seite könnten, weil auch sie einen besonderen Bezug zur Politik des Staates aufwiesen, die beiden im „Lutherjahr“ 1983 erschienenen Biographien des Reformators aus den Federn des Historikers Gerhard Brendler und des Theologen Gert Wendelborn gestellt werden. Es wäre auch daran zu erinnern, dass Gerhard Zschäbitz schon 1967 eine Teilbiographie Luthers vorlegte, die dessen Weg bis zum Jahre 1526 verfolgte. Stärker als die Luther- war die Müntzerforschung in der DDR seit den 60er Jahren durch eigene Unternehmungen fundiert; Max Steinmetz, Manfred Bensing (dessen Biographie zuletzt 1983 in dritter Auflage erschien) und Günter Vogler haben sich an ihr durch herausragende Arbeiten besonders beteiligt.

Von den Gestalten, die im 20. Jahrhundert zu den herrschenden Klassen und Eliten gehörten, haben nur wenige eine biographische Darstellung erfahren. Dass sich die Arbeit der Historiker überhaupt auf dieses zeitliche Feld ausdehnte, ist zuerst Wolfgang Ruges Verdienst gewesen, aus dessen Feder die Lebensbilder von Gustav Stresemann, Matthias Erzberger und Paul von Hindenburg und Beneckendorff stammen. Neben Ruge hat sich Willibald Gutsche mit Personen biographisch befasst, die der Endphase des deutschen Kaiserreiches zugehören, und u. a. eine Arbeit über den Reichskanzler Bernhard von Bülow vorgelegt. Zahlreiche weitere Werke und Autoren wären noch zu nennen; sie belegen die Vielfalt und den in Gang gekommenen Prozess der Vervielfältigung der Interessen von Historikern, auch der Anregungen, die ihnen zukamen. Sie bezeugen, dass Forschern mehr Zeit und Gelegenheit gegeben wurde (oder mancher von ihnen sie sich auch zu nehmen verstand), speziellen Neigungen und eigenständigen Ideen nachzugehen – sofern sie nicht auf unumstößliche Tabus oder unerschütterliche Vorgaben des parteioffiziellen Geschichtsbildes stießen. Doch es entstand bis zum Ende der 80er Jahre bei aller Bewegung kein grundsätzlicher Situationswandel. Weite Felder, auf denen ein biographisches Interesse vorlag oder erwartet werden konnte, blieben unbeackert. Das Genre war in der Geschichtsforschung und -publizistik der früheren BRD mit ungleich mehr Erzeugnissen vertreten.

Mit Biographien jener Personen, die der Geschichte des deutschen Faschismus zugehörten, stand es am schlechtesten (obgleich nicht ganz so schlecht, wie heute gemeinhin vermutet und behauptet wird). Wenn über biographische Forschung gesprochen und nachgedacht wurde, ging es natürlich

um Hitler und seine Rolle. Vor allem Wolfgang Ruge und Kurt Gossweiler haben sich mit seiner Biographie befasst und Teilbiographien über ihn vorgelegt. Ruges Buch, das in der DDR-Ausgabe „Das Ende von Weimar“ heißen musste und den Untertitel „Monopolkapital und Hitler“ erhielt, ist als eine solche Teilbiographie geschrieben worden.[8] Gossweilers Monographien enthalten wesentliche Aussagen über Hitler im Zusammenhang mit dem Putsch und dem Münchener Prozess für die Jahre 1923/24 und im Kontext der Röhm-Affäre für 1933/34.[9] Das ist aber auch schon alles Nennenswerte, abgesehen vielleicht von einer Studie über Hitlers 50. Geburtstag und die Befindlichkeit und die Pläne des Jubilars am Vorabend des Krieges.[10] Die Faschismusforscher in der DDR haben die Lücke ihrer Forschungen, je weiter sie diese trieben um so mehr, wohl empfunden. In einem der Forschungspläne des Zentralinstituts für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR findet sich in den 80er Jahren auch das Vorhaben einer Hitlerbiographie mit drei Autoren notiert. Doch ist es dazu aus verschiedenen Gründen nicht gekommen. Entsprechende biographietheoretisch angelegte Forderungen wurden in der „*Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*“ zwar gedruckt,[11] blieben aber folgenlos wie alles Wissen um die eigene „Schwachstelle“, das sich durch die Kenntnisnahme der Arbeiten von Joachim C. Fest und Sebastian Haffner gebildet oder weiter vertieft hatte.

* * *

Nun ist die 1995 vorgelegte Biographie Hitlers so etwas wie eine „Nacharbeit“ geworden (was in das Wort „Strafarbeit“ unrichtig übersetzt wäre). Der Text hätte aus mehreren objektiven wie subjektiven Gründen zu DDR-Zeiten so nicht erscheinen können. Diese Feststellung stützt sich u. a. auf Erfahrungen aus jenen Jahren, in denen die Verfasser ihre „Geschichte der NSDAP“ erarbeiteten, und insbesondere auf eine Diskussion mit einem abgesandten Mitarbeiter des ZK der SED aus dem Büro Hager, die Passagen des im Verlag vorliegenden Manuskripts betraf und bis zu der ultimativen Forderung reichte, welche Personen in den Text aufgenommen werden müssten. Wichtiger noch war, dass die Erfahrungen des Jahres 1989/90 einen nachhaltigen Anstoß dafür gaben, sich von Positionen zu verabschieden, die den Rang subjektiver Faktoren unzulässig begrenzten und verkleinerten, die Rolle sozialökonomischer Strukturen hingegen überhöhten und materialistisch-dialektischem Denken mechanistische Geschichtsvorstellungen beimischten. Angesichts vieler Erfahrungen war damit zu rechnen, dass sich gerade aus dem Kreis unserer Kollegen und Freunde auf diese „Nacharbeit“ besondere, sehr weitgespannte und möglicherweise auch überhöhte Erwartungen richten würden.

Das Schreiben über Hitler galt und gilt stets einer der „umstrittensten Persönlichkeiten des Erdballs“, wie Konrad Heiden bereits 1936 am Beginn seiner – bis heute – anregenden großen Biographie schrieb. Daraus zu schlussfolgern, es müsse in einem mehr als ein halbes Jahrhundert später geschriebenen Text – zumal die meisten Fakten bekannt seien – vorwiegend über Interpretationen und Meinungsunterschiede geschrieben werden, war nicht Anliegen der Verfasser, wenngleich eine derartige Streitschrift aus marxistischer Feder außerordentlich wünschenswert wäre. Dennoch verfassten sie ihre Hitler-Biographie in der Absicht, ihren eigenen, aus der Tradition der materialistisch-dialektischen Historiographie herkommenden und in ihr verwurzelten Standpunkt zu verdeutlichen. In ihr wird Hitler als ein Mann betrachtet, der durch Voraussetzungen und Bedingungen ermöglicht wurde und der sich selbst zugleich möglich machte. Damit kamen auch die Subjekte, Individuen, Gruppen, Parteien usw. *neben* Hitler in den Blick, aber – wie schreibend bald zu bemer-

---

8 Der Pahl-Rugenstein-Verlag brachte 1983 das Buch unter dem von Ruge gewünschten Titel „Hitler und das Ende von Weimar“ heraus.

9 Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, Berlin 1982; ders.: Die Röhm-Affäre. Hintergründe – Zusammenhänge – Auswirkungen. Köln 1983 (diesem Band liegt die Dissertationsschrift aus dem Jahr 1963 zugrunde).

10 Kurt Pätzold: Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939, in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 309-343.

11 Siehe Manfred Weißbecker/Herbert Gottwald: Zur Rolle der Führer bürgerlicher Parteien, a. a. O.

ken war – mitunter nicht scharf genug oder völlig unzureichend. Weitere Fortschritte zur Erkenntnis der Rolle Hitlers, auch seines Charakters und der Motive mancher seiner Entschlüsse sind nicht durch überraschende Entdeckungen dieses oder jenes Details oder durch grundstürzende Dokumentenfunde zu erwarten, sondern eher durch die Aufdeckung seines Zusammenwirkens mit den Personen um ihn. Da existieren aber einschneidende Lücken, wenn nur daran gedacht wird, dass eine Biographie Görings fehlt, die den Schwerpunkt nicht auf seine Rolle als Befehlshaber der Luftwaffe oder auf seine vergleichsweise weniger wichtige als Außenpolitiker legt. In einer – andere Akzente setzenden – Biographie wäre er als der – seit der Liquidierung Osterreichs und dem abschließenden Generalangriff auf das Eigentum der deutschen Juden unermüdlich tätige – Organisator von plündernder und räuberischer Aneignung wirtschaftlicher „Filetstücke" in den angeschlossenen und eroberten Ländern ins Visier zu nehmen. Aufzudecken bleibt die Arbeitsteilung zwischen Hitler und Göring, die nicht nur den Reichsmarschall als Imperialisten charakterisiert, sondern kaum weniger über den Platz und die Partie Hitlers in diesem auf kriegerische Expansion programmierten System aussagt. Und was für diese beiden vor allem gilt, das betrifft viele der Mitführer und Paladine, etwa auch die Aufteilung der Rollen zwischen Hitler und Streicher, den der „Führer" nach dem Endsieg von seinem fränkischen Gut wieder zurück nach Nürnberg holen wollte.

Jeden Biographen fordert schließlich auch das Wissen um das schwierigste Problem der Aufhellung des Wirkens einer historischen Persönlichkeit heraus: Es ergibt sich generell aus der unaufhebbaren Tatsache, dass die Geschichtswissenschaft über kein verlässliches Instrumentarium gebietet, mit dem das jeweilige spezifische Gewicht der Faktoren gemessen werden könnte, die Richtung und Tempo geschichtlicher Abläufe bestimmen. Friedrich Engels verglich den Gang der Geschichte mit einem Kräfteparallelogramm: an einem gedachten „Punkt" des Entwicklungsprozesses greifen verschiedenste Kräfte an und wirken in unterschiedliche Richtungen. Diese Kräfte können sich ganz oder teilweise summieren oder auch aufheben. Jedenfalls entspricht die tatsächlich eintretende Bewegung keiner der einzelnen Zugrichtungen. Die Zeitgenossen und mehr noch die Nachfolger vermögen die tatsächlich erfolgte Gesamtbewegung zu erkennen, können aber von ihr nicht exakt auf die quantitative Beteiligung der einzelnen an ihr beteiligten und sie verursachenden Kräfte zurückschließen. Konkret: Wieviel von jenem Ereignis, das sich in der deutschen Geschichte mit dem Datum des 30. Januar 1933 verbindet, „gehört" zu Hitler? Und wieviel – um nur von Personen zu reden – seinem Vorvorgänger Franz von Papen, wieviel dem Staatsoberhaupt Paul von Hindenburg und Beneckendorff, wieviel den Unterzeichnern jener an den Reichspräsidenten gerichteten Eingabe,[12] die im November 1932 verlangte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen? Die Fragereihe ließe sich fortsetzen, und sie müsste von den Individuen auf die Gruppen, von den Zeitgenossen auf die Vorläufer, vom Nationalen ins Internationale erweitert werden.

Wer heute eine Biographie Hitlers schreibt, sieht sich zum einen vor die Frage gestellt, wie er mit der Masse der inzwischen angehäuften unbezweifelbaren Fakten über Hitler, ihn und die Eliten, ihn und die Deutschen schlechthin verfahren soll. Wer alles Bekannte angeben wollte, müsste eine mehrbändige Darstellung liefern. Zum anderen erhebt sich die Frage, wie mit der Vielzahl von Interpretationen umgegangen werden soll. Sie sind inzwischen selbst Gegenstand von Büchern, die nur Sichtweisen und Resultate referieren, deren Stärken und Schwächen erörtern und gegeneinander abwägen.[13] Die Autoren entschieden sich dafür – ohne die vorhandenen Darstellungen und Deutungen zu ignorieren – nicht in eine explizite Polemik einzutreten, sondern – unter Einbeziehung der wesentlichen Ergebnisse bisheriger Hitlerforschungen – ihre Sicht neben die vorhandenen zu stellen. Mehr noch: ihnen kam es so vor, als ob mittlerweile vielfach Deutungen, Erklärungen, auch Legenden und nicht zuletzt die Masse des aufgewerteten Nebensächlichen, ganz allgemein also: Er-

---

12 Siehe Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten, Monopolisten und Junker an Hindenburg für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932); in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 3/1956, S. 366 ff.

13 Siehe zu den Auseinandersetzungen vor allem Gerhard Schreiber: Hitler. Interpretationen 1923-1983, Darmstadt 2. Auflage 1988.

örterungen zu und über Hitler die schlichte Kenntnisnahme der wesentlichen Fakten überwucherte. Deshalb meinten sie, es käme darauf an, gleichsam „zur Person“ und ihren Spuren in der Geschichte zurückzukehren. Dieses Vorgehen war mit dem Risiko behaftet, der Faktologie bezichtigt zu werden und unter den Erwartungen derer zu bleiben, die aus der Feder zweier Historiker aus der Schule des Materialismus „die Gegenbiographie“ zu allen vorhandenen Büchern erwarteten. Rezensionen, die diese Haltung erkennen ließen, erzeugen ihrerseits den Wunsch, dass die Debatte über den Mann an der Spitze des Nazisystems bald durch Darstellungen weitergeführt und neubelebt wird, die im geschichtstheoretischen Ansatz von gleichen oder ähnlichen Positionen ausgehen und die doch in vielem andere Gesichtspunkte bevorzugen werden.

* * *

Die Person Hitler führt, wird sie nicht – absichtsvoll oder beiläufig –verkürzt, in den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus und damit – um von anderem zu schweigen – auf ein Feld, auf dem sich im Deutschland von 1995 kaum eine Historiker-Karriere gründen lässt. Mit der Erörterung der Beziehung von Person, Führungsgruppe, Partei und Staat zum ökonomisch-politischen Wesen der Gesellschaft ist das strittige Thema schlechthin angeschlagen. Dass Hitler ein Eroberer, ein Imperialist war, der auf die Weltherrschaft zielte und dafür alle Mittel einsetzte, erscheint nicht mehr fraglich. Aber: In welchem Verhältnis standen sein Aufstieg in die Wilhelmstraße und dann seine Politik als Reichskanzler sowie als oberster Befehlshaber der Wehrmacht zum gleichsam klassischen Streben[14] deutscher Unternehmer, Militärs, Diplomaten, Beamter usw., das auf die Vorherrschaft eines „Groß“-Deutschlands in Europa wie auch auf anderen Kontinenten zielte? Der Blick auf die Behandlung dieses Themas führt auf eine Fährte, die häufig von anderen Spuren überlagert wird. Manches Dokument, das auf die Beziehungen von Hitler und einflussreichen Personen oder Personengruppen des deutschen Kapitals hinwies, wurde Gegenstand einer häufig bis zur Spitzfindigkeit getriebenen Erörterung, die sich als Quellenkritik verstand, ausgab oder vielleicht sich auch so nur zu tarnen suchte. Das gilt für die Industriellen-Eingabe vom November 1932 ebenso wie für Hitlers letzte vor einem leibhaftigen Publikum gehaltene Rede, zu der er von Albert Speer angeführte deutsche Wehrwirtschaftsführer im Juni 1944 auf den Obersalzberg geladen hatte.

Hitler und das Kapital, der Nationalsozialismus und der Kapitalismus – das bleiben erstrangige Fragen im Zentrum aller Hitler- und Faschismusforschung. Das gilt besonders auch in Deutschland, wo sich 1989/90 zwar das Kräfteverhältnis zwischen den Strömungen der Geschichtswissenschaft und deren jeweiliger Reichweite in die Öffentlichkeit einschneidend veränderte, wo dennoch die Konfrontationen bisher nicht aufgehoben werden konnten. Daher mag an den beiden erwähnten Episoden, der des Jahres 1932 und der des Jahres 1944, versucht werden, Ansichten und Argumente dazu in ihrem Wandel zu verdeutlichen. Zur Grundsituation nur so viel: 1932 stand Hitler vor der Schwelle der Macht, und er wollte über sie hinweg. 1944 stand er vor der Schwelle in den Absturz, und er wollte sie natürlich nicht einmal betreten. Beide Daten erweisen sich nicht nur für seine Biographie, sondern nicht weniger für die deutsche Geschichte als schwerwiegend.

Ende 1932 führte Hitler die stärkste politische Partei an. Sie rekrutierte eine Wählerzahl, die beide Arbeiterparteien zusammen nicht aufzubringen vermochten, übrigens nicht zuletzt deshalb, weil sie den Faschismus gefährlich unterschätzten und die jeweils eigene Kraft unverständlich überschätzten. Die NSDAP hatte die bürgerliche Konkurrenz dezimiert. Und dennoch war sie bei allen Versuchen, an die Staatsmacht zu gelangen und Hitler an die Staatsspitze zu setzen, gescheitert. Zuerst bei ihrem Wahlsieg von 1930, als sie Ansprüche auf entscheidende Reichsministerien anmeldete, dann 1931 als sie mit einem Volksentscheid den Einstieg in die Macht über das größte Land, Preußen, zu finden trachtete, dann im März/April 1932, als sich Hitler bei der Reichspräsidentenwahl Hindenburg entgegenstellte und unterlag, darauf im August, als nach einem weiteren Wahlsieg Hit-

---

[14] Siehe u. a. Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin 1995. Siehe auch Wolf-Dieter Gudopp: Auf dem Weg in den Dritten Weltkrieg? (= Publikationen des Vereins Wissenschaft und Sozialismus e. V.), 2., korrigierte Aufl., Frankfurt a. M. 1993.

ler nur der Posten eines Vizekanzlers hinter Franz von Papen angeboten wurde. Die Transformation von Masseneinfluss in Regierungsgewalt erwies sich als schwieriger denn geahnt, was die Mitglieder und Anhänger unruhig werden ließ. Innerhalb weniger Monate sprangen zwei Millionen von ihnen ab. Während die einen vorschlugen, sich mit weniger als dem Reichskanzlerstuhl für Hitler zufrieden zu geben, wollten andere die Rückkehr zur Putschtaktik, von der sich Hitler allerdings nach dem Desaster von 1923 offiziell losgesagt hatte. Es bahnte sich eine Parteikrise an. Hitler wusste, dass sein deutlich gestiegener politischer Kurswert steil absinken würde, wenn weitere Anhängermillionen abtrünnig werden sollten. Diese Millionen waren sein Kapital, das er im Kampf um die Macht in die Waagschale einzubringen hatte. Aber diese Millionen waren nicht der Schlüssel in die Wilhelmstraße und in das Zimmer, in dem einst Bismarck regiert hatte.

Die Zeit drängte, aber sie bedrängte nicht nur Hitler. Seit März 1930 waren in Deutschland Regierungskonstellationen und -konzepte gleichsam „durchgespielt“ worden, ohne dass die politisch-ökonomische Krise gemeistert worden wäre. In diesem Augenblick ergab sich eine Situation, die in der Geschichte zu verschiedenen Zeiten und an ganz unterschiedlichen Orten wiederholt entstand. Die Mehrheit der Kräfte, die bis dahin die grundlegenden Entscheidungen im Staate beeinflussten, waren rat- und konzeptlos. Eine Minderheit wusste, was und wen sie wollte, und sie verfügte über Köpfe und Instrumente, ihr Programm durchzusetzen. Dieses Programm hieß aber: Reichskanzlerschaft Hitlers. Die letzte Wegstrecke des „Führers“ an die Staatsspitze besaß, wie Carl von Ossietzky richtig sah, den Charakter einer „Intrigue“, an der Politiker, Militärs, Kapitalisten und Großagrarier beteiligt waren.

Jenes Dokument, das einen Blick hinter die Kulissen ermöglichte, die diese Intrige vor dem Blick der Öffentlichkeit und vor allem auch vor dem der Hitlerschen Anhänger schützen sollte, war die – eigentlich unexakt so genannte – Industriellen-Eingabe vom November 1932. Ein Zeugnis dieser Initiative wurde zuerst bei Enttrümmerungsarbeiten in Köln nach dem Kriege auf dem Gelände des Bankhauses Stein gefunden. Damit war nicht erwiesen, dass die Eingabe Hindenburg wirklich erreicht hatte. Dann stieß der DDR-Historiker Albert Schreiner bei Forschungen in Potsdam auf den Vorgang in den Akten der Reichspräsidialkanzlei. Augenblicklich setzten Versuche ein, den Fund in seiner Bedeutung zu verkleinern. Hatte das Schriftstück Hindenburg wirklich vorgelegen? Das konnte zwar nicht definitiv bewiesen, aber angesichts der Reihe der Unterschriften schwer bezweifelt werden. Hatte es aber die Entscheidung des „alten Herren“, Hitler zu ernennen, beeinflusst? Nun ist bloße zeitliche Folge kein Beweis eines ursächlichen oder auch nur logisch-historischen Zusammenhangs. Dennoch erschien der Zweifel hier bloß konstruiert. Der Kontext sprach für sich, und er sprach für die Ansicht der Linken über den Aufstieg Hitlers und über seinen Einstieg in die Macht.

Das hier grob skizzierte Bild von den erfolgreichen Kanzlermachern der Jahreswende 1932/33, die eine Minderheit darstellten, ist nicht mit früheren Erklärungen der (kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen) Anhänger marxistischer Gesellschaftsanalyse identisch. Das politische Interesse, das Kapital insgesamt und nicht nur einzelne seiner Zugehörigen anzuklagen, ließ die Differenzierungen beiseite und setzte sich – dies nebenbei – selbst unter den Zwang nachzuweisen, dass das Monopol- und Großkapital in toto Hitler wollte und auf den Thron lanciert habe. Das führte zu verkrampften Argumentationen, die leicht ad absurdum geführt werden konnten. Dabei ist die ökonomisch einflussstärkste Schicht in viel größerer Zahl an Hitlers Aufstieg beteiligt gewesen, als die relativ kleine Gruppe derer, die seine Reichskanzlerschaft schließlich direkt verlangte und durchsetzte. Dieser indirekte Anteil ergab sich hauptsächlich aus der Unterstützung einer Krisenpolitik in den Jahren der Brüning-Regierung, die mit der zusätzlichen Produktion von Arbeitslosigkeit und Elend erst der NSDAP den Wind in jener Stärke in die Segel blies, der sie fähig machte, alle bürgerlichen Konkurrenten weit hinter sich zu lassen, ja deren Mehrheit – eigentlich nur mit der Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei – zu marginalisieren.

Dieser grundlegende Zusammenhang ist von der DDR-Historiographie ungleich weniger in den Blick genommen worden als der vergleichsweise unwichtigere, der die Frage betraf, wer wann und wieviel Geld auf die Konten der NSDAP gezahlt hatte. Auch eine nur annähernd vollständige Re-

konstruktion dieser Seite der Vorgeschichte des 30. Januar 1933 verspricht kaum noch Erfolge. Die politischen und erst recht die materiellen Beziehungen von kapitalistischen Förderern zu Hitler und seiner Partei gehörten für beide Seiten zu den wohlgehüteten Geheimnissen. Als Hitler Reichskanzler geworden war, existierte dieses Tabu weiter. Sobald auch nur ein Zipfelchen jenes Vorhangs gelüftet wurde – und das geschah wiederholt sowohl durch die Arbeiterparteien wie durch die bürgerliche Konkurrenz –, der diese Verbindungen verdeckte, erfolgten die heftigsten Dementis. Als das Treffen Hitlers und Papens im Bankhaus Stein am 4. Januar 1933 bekannt wurde, lautete die offizielle Erklärung der NSDAP im „Völkischen Beobachter“: Es sei nicht wahr, dass Hitler seine Partei an das Kapital verkauft habe. Man mag schwerlich an einen bloßen Zufall glauben, dass sich unter den vielen vor dem 8. Mai 1945 vernichteten Akten ausgerechnet auch die des Reichsschatzmeisters der NSDAP befanden.

Die Kompliziertheit der Beziehungen zwischen der Führungsgruppe der NSDAP und Kapitalkreisen vor 1933 – und die Entschlüsselung des Bildes wird für die Jahre der Diktatur selbstredend nicht einfacher – war in der DDR-Geschichtsforschung zunehmend Gegenstand von Untersuchungen und von Debatten. In die allgemeine Geschichtspropaganda ist dies allerdings kaum gedrungen. Deren Interpretationen blieben zum großen Teil auf dem Niveau, das die Agitation des Kampfes der Arbeiterparteien gegen die faschistische Bewegung vor und nach 1933 geprägt hatte. Heartfields entlarvende Fotomontagen bewirkten Vorstellungen der schlichteren Art über den Faschismus, auch wenn es andere, treffendere Bilder gab, wie beispielsweise jene Karikatur aus dem kommunistischen „Eulenspiegel“ vom Mai 1932, die einen anderen, einen entgegengesetzten Akzent setzte und auf das Schröpfen der Anhänger durch die NSDAP verwies.

Um jedoch für einen Moment noch bei Heartfield zu bleiben: Ist es wirklich dem Künstler anzulasten, dass viele, allzu viele gedanklich über jene Grundaussagen („Hitler schlucke Gold und rede Blech“ oder „Hinter mir stehen Millionen!“) nicht hinauskamen? So wenig sich – sein Name mag hier für andere stehen – etwa Hans Mommsen für das Hitlerbild der Fernsehserie „Hitler. Eine Bilanz“ verantwortlich machen ließe, so wenig würden – herrschte tatsächlich Fairness – Historiker der DDR auf den Anklagestuhl gesetzt werden für Vereinfachungen und Umformungen zu Kampfinstrumenten, die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft stets erfahren, wenn sie einer Geschichtspolitik jeweiliger Parteien und Interessengruppen zugrunde gelegt werden.

Von Instrumentalisierung und Missbrauch der Geschichte ist ja auch heute zu reden, etwa dort, wo eine endgültige Erledigung der Frage nach dem Verhältnis von Hitler und Kapital, von Faschismus und Kapitalismus mit dem Nachweis erbracht werden soll, dass Hitler ein „nationaler Sozialist“ gewesen sei, ein Mann, der über den Kapitalismus hinauswollte, einer, der nichts anderes im Sinne hatte als eine Vernichtungsstrategie, gerichtet zuerst gegen die Kommunisten, dann gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter und schließlich und am Ende auch gegen die Kapitalisten. Da wird tatsächlich behauptet, „nach dem Endsieg“ wären die Mächtigen der deutschen Wirtschaft an die Reihe gekommen. Habe Hitler in dieser deutschen Gesellschaft, die er vorfand, zwar nicht das Unterste zu Oberst gekehrt, so sei dies doch seine Absicht gewesen, eine Zukunftsvision, die er nicht verwirklichen konnte, weil ihm die Alliierten dazwischenkamen.

Dem stehen viele Tatsachen entgegen. Zuletzt noch die im Buch ausführlich behandelte Rede Hitlers vor den Wehrwirtschaftsführern im „Platterhof“ auf dem Obersalzberg. Glaubt man Speer – und in diesem Falle spricht einiges dafür – dann war er es, der seinem „Führer“ gesagt hatte, dass innerhalb der Führungskreise der Wirtschaft Unruhe über die unvermeidlichen Zwangsmaßnahmen existieren würde, die sich aus den Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft ergaben. Hitler hat sich der Sorgen angenommen und in seiner Ansprache klar gesagt, niemand solle glauben, dass er nach dem Sieg es bei den kriegsbedingten Maßnahmen belassen oder staatliche Wirtschaftsbüros eröffnen werde. Dann beginne, so wörtlich „die große Zeit der Privatwirtschaft“. Es ist in unserem Zusammenhang uninteressant, ob ihm das im Juni 1944 von seinen Zuhörern noch oder nicht mehr geglaubt wurde. Interessant ist jedoch, mit welchem Aufwand an Spitzfindigkeit auch dieses Faktum als verlogen abgetan werden soll. Jahrzehnte danach ist einer der Hitlerkenner darauf gekommen, dass Hitler während dieser Ansprache unkonzentriert gewesen sei, was seinen Redefluss und

seine Überzeugungskraft beeinträchtigt habe. Diese Verfassung wird als Beweis für die These genommen, Hitler habe die Unwahrheit gesagt. Solche Deutung erscheint abstrus, denkt man allein daran, in wie vielen Auftritten des Mannes ihm die unverfrorensten Lügen fließend von den Lippen kamen. Doch wenn es darum geht, Hitler post mortem in einen Antikapitalisten zu verwandeln, erscheint manchem kein Argument zu primitiv.

* * *

Das Thema Hitler und die Mächtigen der deutschen Wirtschaft – Industrielle, Bankiers, Großagrarier – wird gegenwärtig nicht nur einfach ignoriert und mit dem demagogischen Hinweis auf politische Absichten und Interessen der „Linken“ abgetan. Vor die Sicht darauf wird mehr und mehr ein anderer Gegenstand geschoben: Hitler und die Massen. Natürlich darf der Nachweis der herausragenden Schuld der deutschen Eliten für den Aufstieg der NSDAP nicht dazu dienen, die Verantwortung der Massengefolgschaft zu verringern. Es gilt aber ebenso wenig das Umgekehrte. Das ernstzunehmende Thema des Massenverhaltens der Deutschen zwischen den 20er und 40er Jahren unseres Jahrhunderts sollte niemandem dazu dienen, auf eine von anderen Fragen und Problemen ablenkende Funktion reduziert zu werden.

Seit Hans Syberberg Ende 1989 gefordert hat, Hitler „neu zu bedenken“, reißt die Kette von Buch- und Filmpublikationen nicht ab, welche die geschichtliche Figur des „Führers“ im „fatalen Glanz des Bösen“ erstrahlen und einzig deren „sozialpsychologische Funktion“ hervortreten lässt.[15] Am Ende dieser Kette befindet sich derzeit eine Fernsehproduktion aus dem Jahre 1995, deren Autor versprach, einen Weg durch das „Labyrinth“ der Hitlerforschung zu bahnen, eine „Schneise durch den Dschungel unseres Wissens über Hitler“ zu schlagen,[16] und den Anspruch erhob, derart eine „Bilanz“ aller bisherigen biographischen Forschung zu geben. Es ist gemeinhin und unakademisch als Etikettenschwindel zu bezeichnen, wenn behauptet wird, es werde mit Text und Bild so etwas wie die auf dem neuesten Stand der Forschung befindliche Biographie Hitlers vorgelegt. Denn in Wahrheit sind die Ansichten, die über den Mann und das Regime vertreten werden, so kontrovers, dass sie jeder Zusammenführung spotten.

Die sechsteilige Film-Serie Guido Knopps wurde zunächst im Sommer des vergangenen Jahres vom Fernsehsender Arte und danach im November/Dezember 1995 durch das ZDF ausgestrahlt. Gleichzeitig, der Autor versteht sich seit längerem auf dem Markte der Meinungen zu bewegen, gelangte ein Begleitbuch zum Film in die Buchhandlungen. Zusätzlich fand im Sender 3 Sat am 12. November 1995 ein zweistündiges „Aschaffenburger Gespräch“ zum Thema statt. In der Anordnung der Filme, teilweise auch in ihrer Ankündigung, war mancher bemerkenswerte Unterschied zu erkennen. So wurde Hitler beim internationalen Sender Arte zunächst als „Eroberer“ und kriegsbesessener Politiker vorgestellt. Das Buch für den deutschsprachigen Leser aber bietet den „Verführer“ zum Auftakt an. Das zum öffentlich-rechtlichen Bereich des Fernsehens gehörende ZDF hingegen zeigte zuerst den „Privatmann“ Hitler, was nicht nur nichts Erhellendes zu den Ursachen seines Aufstiegs darbot, sondern eher zu deren Verdunkelung (des „Führers“ angebliche Hervorkommen aus einem Obdachlosenasyl) beitrug. Das Verfahren, jeglichen gesellschaftlichen Kontext unerwähnt zu lassen oder ihn allenfalls zu marginalisieren, führt weit hinter den erarbeiteten Forschungsstand zurück und gleicht eher einem Abstieg vom Niveau des vorhandenen Wissens in die Niederungen psychohistorischer Deutungen. Diese vorgeblich aktualisierte Biographie enthielt den Zuschauermillionen die Aufklärung über die gesellschaftlichen Wurzeln jener erstaunlichen Karriere und der Wirkungskraft Hitlers weitgehend vor und führte in dieser Hinsicht auch hinter die Biographie von Joachim C. Fest zurück.

Obendrein werden Zuschauer und Leser im Bereich der Tatsachen und ihrer Wertung in mehrfacher Hinsicht in die Irre geführt. Das geschieht zum einen durch die quellenmäßig nicht zu belegende These, Hitler habe nach der verlorenen Schlacht vor Moskau die Vernichtung der europäischen Ju-

---

15 Joachim C. Fest: Zeitgenosse Hitler, a. a. O.

16 Guido Knopp: Hitler. Eine Bilanz, a. a. O. S. 197.

den betrieben, um wenigstens diesen „Krieg“ gewinnen zu können. Das erfolgt zum anderen mit der Einordnung des ungeheuren Expansionsprogramms Hitlers und des Zweiten Weltkrieges in die „normale“ Kriegsgeschichte der Menschheit. Diese Art Kategorisierung des Krieges von 1939 bis 1945, die sich auch bereits bei Sebastian Haffner findet und durch keinen seriösen Vergleich der Kriege bestätigt werden kann, scheint nun aber heutigen politischen Interessen angepasst. Sie ordnet sich direkt dem politischen Denken amerikanischer und europäischer Politiker ein, die den bewaffneten Einsatz ihrer Armeen als geeigneteres Mittel zur Lösung internationaler und nationaler Konflikte ansehen denn die politischen und wirtschaftlichen Instrumentarien, über die sie gebieten.

Hitler ist in einer bestimmten Gesellschaft groß geworden, und diese war nun einmal kapitaldominiert. Von der ausschlaggebenden Verantwortung deutscher Industrieller, Bankiers, Großagrarier, Militärs und Beamten sowie von der Bündnispolitik konservativer Parteien ist in den Filmen Knopps keine Rede. Dafür aber um so mehr von den Massen, von ihrem Verlangen nach einem Diktator, von ihrer Bereitschaft, sich unterzuordnen. Wer die deutschen Eliten so aus dem Blick drängt, engt seinen Blickwinkel außerordentlich ein. So bleibt es schließlich bei der Verkürzung der deutschen Gesellschaft auf zwei subjektive Faktoren:

Hitler auf der einen, die Massen auf der anderen Seite. Das führt u.a. zu dem allen Ernstes vertretenen Urteil, dass Hitler nie gegen (!) sein Volk regiert habe.[17] Als Alfred Rosenberg in Nürnberg vor seinen Richtern stand, verteidigte er sich u. a. schon mit der Behauptung: „Das Volk fiel darauf, Hitler zu einem Idol zu erheben und ihm zu blinder Treue verpflichtet zu sein.“[18] Selbstverständlich fühlte er sich völlig zu Unrecht angeklagt. War – so ließe sich der Gedanke logisch fortführen – am Ende auch Hitler nicht mehr und nichts anderes als ein unschuldiges Opfer der Deutschen? Wer den Faschismus vordergründig als eine Art Infektionskrankheit des deutschen Volkes zu erklären versucht, darf sich nicht wundern, wenn ihm eine solche Frage entgegengehalten wird.

Nein: Insgesamt muss dieser Hitler als ein Mann gesehen, erforscht und verstanden werden, der in die kapitaldominierten gesellschaftlichen Verhältnisse während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts gehört, mit einer Vielzahl von Wirkungen auch in dessen zweite Hälfte. So unzulässig es ist, ihn aus diesen Beziehungen herauszulösen, so haltlos ist es natürlich auch, schlichte Erbschafts- und Traditionslinien leichthändig in die Gegenwart zu ziehen – auch das hat bekanntlich das Hitler- und Faschismusbild zu DDR-Zeiten vielfach verdorben. Hitler, die NSDAP, das Naziregime waren eine Möglichkeit politischer Entwicklungen auf dem Boden des Kapitalismus oder – wem das Gleichwort geläufiger ist – der Marktwirtschaft. Angesichts der Verbrechen des Mannes, der Partei, des Regimes und seiner deutschen Anhängermassen kann es keinen Schlussstrich geben, der unter diese zu verheerender Wirklichkeit gewordene Möglichkeit und unter die Erforschung aller gesellschaftlichen Voraussetzungen von Hitlers Aufstieg und Herrschaft gezogen werden könnte.

Antifaschismus. Hrsg. v. Frank Deppe, Georg Fülberth, Rainer Rilling, Heilbronn 1996, S. 290-309.

---

17 Ebenda (Klappentext).

18 Zit. nach Gustave M. Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1995, S. 101.

Die verweigerte Herausforderung

Daniel J. Goldhagens Buch und seine Kritiker

„Hitlers willige Vollstrecker“[1] war zweifelsfrei das Buch zur deutschen Geschichte, das im Jahresverlauf 1996 die stärkste öffentliche Aufmerksamkeit erregte. Das gilt für das Land, in dem der Autor geboren und ausgebildet wurde und arbeitet, ebenso wie für Deutschland. Was es diesseits des Ozeans bewirkt habe, wurde von Rezensenten in vielen Bildern ausgedrückt. Es habe „einen Nerv getroffen“, meinte der eine, „in eine offene Wunde getroffen“, schrieb ein anderer Kritiker, ein dritter sah einen „Stachel im Fleisch“.[2]

In den USA setzte eine außergewöhnlich intensive Reklame für Goldhagens Buch schon vor dessen Erscheinen ein.[3] Die „New York Times“ veröffentlichte darüber binnen einer einzigen Woche fünf Artikel. Alsbald folgten die einflussreichen Zeitungen von der Ost- bis zur Westküste. In Washington versammelten sich vor Publikum die bedeutendsten Kenner der Materie, um mit dem Buchautor zu diskutieren. Dabei war nächst deren wissenschaftlichen Gehalt bemerkenswert, dass die „fundierte Fachkritik“ der Spezialisten „von den Zuhörern mit eisernem Schweigen“ quittiert, „die leidenschaftlichen Antworten Goldhagens hingegen mit brausendem Applaus begrüßt“ wurden. Früh begannen Erscheinen und Diskussion des Buches den Charakter eines Medienspektakels anzunehmen, das von einem Teil der Zuschauer und Zuhörer mitunter nur mit einer Art sportlichen Interesses und der Frage verfolgt wird, wer denn der Sieger sein werde. Es begann auch eine Debatte im Internet, die zuerst in mehreren Netzwerken geführt wurde. Nach dem Urteil eines Beobachters dieses Auftakts, wäre das Wort „wohlwollend“ für die Aufnahme, die Goldhagens Arbeit in den Massenmedien erfuhr, „eine maßlose Untertreibung“.[4] Die deutsche Botschaft erachtete es für angezeigt, die Vorgänge in einem mehrseitigen Papier zu bewerten und das Außenministerium in Bonn zu unterrichten.[5]

Schon wenige Wochen später wiederholte sich der Vorgang in Deutschland. Auch hier war das Buch noch nicht auf dem Markt und erst für den Mitsommer angekündigt, als die „Zeit“ am 12. April die Aufmerksamkeit deutscher Leser in einem Frontkommentar auf die Neuerscheinung lenkte und verkündete „Historiker auf zum Streite“. In den folgenden Tagen veröffentlichten nahezu alle überregionalen Zeitungen erste Rezensionen aus der Feder von Historikern und Publizisten zu Goldhagens Buch.[6] Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Vorgängen bestand darin, dass vom Willkommen diesseits des Ozeans nicht gesagt werden kann, es sei sein Grundton auf reinste Freude gestimmt gewesen.[7]

---

1 Daniel J. Goldhagens Buch erschien im März 1996 in den USA und gleichzeitig in Großbritannien unter dem Titel „Hitlers Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust“. Die deutsche Ausgabe folgte im August 1996. „Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust“ (Fortan beziehen sich alle Zitate und Seitenangaben auf die dt. Ausgabe.)

2 Siehe die Besprechungen von Heinrich Senfft und Thomas Rothschild, in: „Freitag“, 13. September 1996 und von Hans-Ulrich Wehler: Wie ein Stachel im Fleisch, in: „Die Zeit“, 24. Mai 1996, abgedruckt in: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, hrsg. von Julius H. Schoeps, Hamburg 1996 (im Folgenden: Goldhagen-Kontroverse), S. 193-209. Der Band umfasst Artikel, die bis Juni 1996 in den USA und in Deutschland erschienen waren. Merkwürdigerweise summiert der Herausgeber auch Publikationen, die in österreichischen und schweizerischen Zeitungen bzw. Zeitschriften gedruckt wurden, unter der Überschrift „Reaktionen in Deutschland“.

3 Henryk M. Broder bezeichnete das Ausmaß der Werbung als „PR-Lawine“. In: „Der Spiegel“, Jg. 1996, Nr. 21, S. 59. Efraim Zuroff konstatierte, das Buch sei mit einem „ Mediengetöse“ auf den Markt gekommen.

4 Mitchell G. Ash Die Debatte über Goldhagen im Internet in „die tageszeitung“, 16. Juli 1996.

5 Hausmitteilung, „Der Spiegel“, Jg. 1996, Nr. 21, 20. Mai 1996, S. 3.

6 In der Ausgabe vom 13/14. April folgte die „Süddeutsche Zeitung“, am 15. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, am gleichen Tage „Der Spiegel“, am 16. April „Die Welt“, die am 17. sogleich einen weiteren Beitrag folgen ließ, am 19. April begann „Die Zeit“ die Diskussion, zunächst mit der Äußerung eines amerikanischen Historikers, Christopher Browning, der zu den hauptsächlichen Diskussionspartnern und Kontrahenten Goldhagens in den USA gehört hatte.

7 Mitchell G. Ash, a. a. O.

Inzwischen hat die teils emotionsüberladene Debatte ihren Höhepunkt überschritten.[8] Er war hierzulande erreicht, als Daniel J. Goldhagen die deutsche Übersetzung präsentierte und sich auf Diskussionen mit einem ausgewählten Kreis von Kritikern einließ. Das Dafür und das Dawider, bislang in Zeitungen und Zeitschriften des Massenkonsums, in Sälen vor einem nach Hunderten und über das Tausend zählendem Publikum und vor Fernsehkameras vorgetragen, waren niedergeschrieben und ausgesprochen. Die Argumente der Kontrahenten schienen erschöpft zu sein.

Neue Aufmerksamkeit hätte die Diskussion auf sich ziehen können, wenn die Veranstalter des 41. Historikertages, der vom 17. bis 21. September in München stattfand, eine zusätzliche Veranstaltung dem Buchthema gewidmet haben würden. Oder wenn, wie von einer der Parteifraktionen beantragt, der Deutsche Bundestag eine aktuelle Stunde darüber abgehalten hätte, die sich mit einem kaum verdeckten antisemitischen Kommentar befassen sollte, der aus der Führerreihe einer der im Parlament vertretenen Parteien zu Goldhagens Deutschlandbesuch zu lesen gewesen war. Im ersten Fall jedoch, befand der Verbandsvorsitzende Lothar Gall, und das könnte sich als ein Irrtum erweisen, das Thema sei „ausdiskutiert".[9] Also kam es nur am Rande der Zunftversammlung, die unter ihren 40 Sektionen eine einzige mit einem Thema aufführte, in der das Wort „Nationalsozialismus" vorkam[10], zu einer von Verlagen anberaumten Debatte. Im zweiten Falle entschied das Präsidium des Parlaments, dass kein Grund vorhanden sei, dem Antrag Rechnung zu tragen.[11]

Das Buch könnte nun Gegenstand wissenschaftlicher Erörterung dort werden, wo sie über Bücher mit vergleichbar brisantem Inhalt gewöhnlich beginnt: in der Fachpresse. Da ließe sich verdeutlichen, dass bislang häufig nur in den Untiefen des Gegenstands gestritten wurde. Wieviel gewonnen werden kann, wenn die Herausforderung, die das Buch bietet, angenommen wird, zeigte indessen ein Beitrag Rainer Erbs. Dessen Überschrift weist bereits eine charakteristische Abweichung von jenen Dachzeilen auf, mit denen frühere Anzeigen Aufmerksamkeit und Parteinahme zu wecken trachteten. Erbs Titelzeile lautet nämlich: „Unangenehme Fragen neu gestellt."[12]

1. Alte und wiederbelebte kontroversen

In der Tat, Goldhagen hat Fragen an die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden in Erinnerung gebracht und für die Behandlung des Generalthemas eine Perspektive gewählt, die in der Wissenschaft zwar nicht neu war, aber mit dem Fortgang der Forschungen auf einen Platz gerückt worden ist, der ihrem Gewicht offenkundig nicht gerecht wird. Das kann man sich an der Analyse der internationalen und deutschen „Holocaust"-Forschung verdeutlichen, die einer ihrer besten Kenner vornahm. Das Thema „Die deutschen Tätermassen als notwendige (d. h. nicht, um es hier gleich zu sagen, hinreichende) Bedingung des Verbrechens" kam in der grundlegenden historiographischen Arbeit Jan Kershaws nicht vor.[13] Und dies nicht deshalb, weil er es 1994 absichtlich oder unversehens ausgelassen hätte, sondern weil die Forscher mit der Klärung anderer Fragen beschäftigt waren und ihm keine besondere Aufmerksamkeit zumaßen, andere Kontroversen austru-

---

8 Die Vorhersage von Heinrich Senfft „Goldhagen und kein Ende. Der Streit um sein Buch geht jetzt erst richtig los." („Freitag", 13. September 1996) hat sich nicht erfüllt.

9 So nach einem Bericht „Schreckbild oder Vorbild?", in: „Berliner Zeitung" 21 ./22. September 1996.

10 Das Generalthema des Historikertages lautete: Geschichte als Argument. Das Programm siehe u. a. in: „Geschichte, Politik und ihre Didaktik", 24. Jg., 1996, Heft 3/4, S. 182/183. Das auch die Jahre 1933 bis 1945 betreffende Sektionsthema: Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. Nationalsozialismus, Bundesrepublik und DDR im Vergleich.

11 Die Antragsteller aus der Fraktion der Grünen bezogen sich auf einen Artikel des bayerischen CSU-Landtagsabgeordneten Peter Gauweiler, der im „Bayernkurier" am 12. Oktober 1996 erschienen war. Darin wurde über Goldhagen u. a. geschrieben: „Der ökonomische Ertrag, den der Doktorand heim nach Amerika nimmt, wird von Fachleuten auf über eine Million Deutschmark geschätzt". Siehe: Goldhagen kein Thema, in: „junge Welt", 19./20. Oktober 1996.

12 Rainer Erb: Unangenehme Fragen neugestellt. Anmerkungen zur Goldhagen-Kontroverse, in: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft", 1996, Heft 9, S. 827-832.

13 Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Reinbek 1994. Siehe insbesondere Kapitel 5: Hitler und der Holocaust.

gen, sich in manche geradezu verbissen. In diese kritische Feststellung will der Autor dieses Aufsatzes seine eigene Arbeit einbezogen wissen.

Auch bei Abraham J. Edelheit, der Ende der achtziger Jahre seinen Beitrag „Geschichtsschreibung" für die inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienene „Enzyklopädie des Holocaust"[14] schrieb, fehlte das Thema „Die deutschen Täter". Dabei zählte Edelheit „wenigstens sechs" kontroverse Themen auf, die in der Historiographie über die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden unter Historikern und darüber hinaus in der Öffentlichkeit anzutreffen wären und im Zentrum größerer Auseinandersetzungen stünden: „die Entscheidung zur Durchführung der Endlösung; die Rolle der Juden bei dem Tötungsprozess; Widerstand; Rettungsbemühungen; das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden und die Reaktion der freien Welt".[15]

Israel Gutman, Hauptherausgeber der „Enzyklopädie des Holocaust"[16], selbst ein Kritiker grundlegender Thesen Goldhagens, erklärte: „Die Bedeutung des Buches liegt vor allem darin, dass Goldhagen den Rahmen dieser Forschungen verschoben hat." Und er begründete diese Feststellung mit dem Hinweis auf die bisherigen Schwerpunkte der Forscherarbeit: „Gerade in Deutschland ging es in der letzten Zeit vor allem um Fragen wie: Wer hat wirklich den Befehl zur Ermordung der Juden gegeben, war das Hitler oder nicht, gab es überhaupt einen Befehl, und wenn ja, wurde er schriftlich oder mündlich gegeben usw. Da gibt es die Intentionalisten und die Funktionalisten in der Holocaust-Forschung und all diese Debatten darüber, ob der Holocaust nun eine einzigartige geschichtliche Erscheinung war oder nicht vielmehr fast eine normale Sache im zwanzigsten Jahrhundert. Viel weniger wird darüber gesprochen, worin die Rolle des Antisemitismus in der Nazizeit bestand, wie weit der Holocaust verbunden war mit der Entwicklung des Antisemitismus durch die Jahrhunderte."[17] Gutman gelangte zu seiner Wertung der Wirkung des Buches, trotz seiner Ansicht, dass die von Goldhagen gegebene „Analyse des Antisemitismus ... weit von streng wissenschaftlichen Kriterien entfernt ist". Es seien die in der Arbeit unterbreiteten Fakten und nicht deren Interpretation, die dazu herausfordern würden, sich dem Thema des Antisemitismus erneut zuzuwenden. (Auch in der Internet-Diskussion in den USA bildete die „maßlose Vergröberung der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland", einen „zentralen Kritikpunkt".[18])

Gutman machte auf einen Vorgang aufmerksam, der sich in der Geschichte der Wissenschaft immer wieder zuträgt. Die Scheinwerfer werden neu aufgestellt, so dass das Forschungsfeld anders ausgeleuchtet und an anderer Stelle „gegraben" wird. Mitunter gelangen sie auch wieder auf Plätze zurück, auf denen sie schon einmal gestanden haben. Dabei kommt es dann vor, und das ist der „Fall Goldhagen", dass der Gräber behauptet, nur wo er arbeite, sei das Gesuchte zu finden, nämlich der Schlüssel zur Beantwortung der „ganzen Frage". Auch Autor Goldhagen forderte – wie er sagte – „nur", die „ganze intellektuelle Aufmerksamkeit" auf eben jene Frage zu richten, die er behandelt habe, die „Motivation der Täter".[19] Solche Haltung zeugt von wenig Bekanntschaft mit der Geschichte wissenschaftlichen Denkens und Forschens. Und sie wiederum kann gedankliche Verklemmungen erzeugen.

---

14 Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, hrsg. von Israel Gutman. Die deutsche Ausgabe wurde herausgegeben von Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius H. Schoeps, München 1993, (Im Folgenden: Enzyklopädie Holocaust).

15 Ebenda, Bd. II, S. 526/527.

16 Israel Gutman, der Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem und Direktor der Forschungsabteilung von Yad Vashem wurde, besitzt nicht nur die Kompetenz des Forschers, sondern auch die des Zeitzeugen. Er war nach dem Warschauer Ghettoaufstand zuerst nach Majdanek und dann nach Auschwitz verschleppt und von dort am 20. Januar 1945 auf einen der „Todesmärsche" nach Westen getrieben worden. Nahe Mauthausen wurde er am 5. Mai 1945 befreit.

17 Wie antisemitisch sind die Deutschen? Gespräch mit Professor Israel Gutman, Jerusalem, in: „Neues Deutschland", 10. September 1996.

18 Mitchell G. Ash: Die Debatte über Goldhagen im Internet, in: „die tageszeitung", 16. Juli 1996.

19 Interview von Malte Lehming mit Daniel J. Goldhagen „Können Sie wie ein Nazi fühlen?", „Der Tagesspiegel", 6. September 1996.

Jedoch: Den Äußerungen Gutmans können viele weitere zur Seite gestellt werden, die das Verdienst Goldhagens gerade in seiner Fragestellung sehen und feststellen, dass die bisher vorliegenden Forschungen insgesamt auf das brennende Problem, wie Massen von Menschen zu Mördern an ihresgleichen werden und dies in einem europäischen Land, dessen Bevölkerung gemeinhin als „aufgeklärt“ galt, keineswegs befriedigende Antworten gegeben haben. Häufig wurde dieser Befund aber mit dem Bemerken verbunden, dass dies gerade auch für die Antwort gilt, die das Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ anbietet.

2. Drei Thesen über deutsche Täter

Jedenfalls hat Goldhagen, um auf Edelheits Aufzählung zurückzukommen, im Jahre 1996 die Zahl der kontroversen Themen um ein weiteres vermehrt. Dieses Thema betrifft die Rolle der Deutschen beim Judenmord (1941-1945), ihre Taten, ihre Motive und Antriebe und deren Herkunft. Diese Frage ist in vielen Besprechungen des Buches aufgenommen und auf jeweils eigene Weise formuliert worden. „Warum haben die Deutschen das getan?“ lautet ihre ebenso einfache wie eindringliche Verkürzung. Es lässt sich nur darüber spekulieren, ob dieser Effekt auch eingetreten wäre, wenn die an der Harvard-Universität angenommene und preisgezierte Dissertation mit weniger Aufwand und Reklame an die Öffentlichkeit gelangt und der Autor fähig gewesen wäre, seinen Platz im Forschungsprozess realistisch und also in nüchterner Einschätzung und Abwägung fremder und eigener Verdienste zu bestimmen.

Goldhagens Antworten auf die Frage nach der Rolle der Deutschen beim Massenmord an den Juden lassen sich verkürzt in drei Thesen formulieren: *Erstens:* Die Deutschen nahmen in weit größerer Zahl als bis dahin angenommen, am Massenmord direkt teil. Über die Zahl der Täter unterbreitet er Schätzungen. *Zweitens:* Die Deutschen verrichteten die Untaten mit besonderer Grausamkeit, und dies erzeugte ihnen wiederum eine besondere Befriedigung, ja Lust. *Drittens:* In der Art, in der die Deutschen das Verbrechen verübten, drückte sich aus, dass sie, lange bevor Judenverfolgung und Judenmord Staatspolitik wurden, extrem judenfeindlich gestimmt, von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ beherrscht gewesen wären, so dass geradezu von einem „nationalen Projekt“ der Deutschen gesprochen werden könne.

Keine Frage, dass in einem Land, in dem die Minderheit der noch lebenden Zeitgenossen der Untat und manche Nachfahren es sich bei dem Gedanken bequem gemacht haben, die Täter seien Hitler, Himmler, Heydrich, Eichmann, Höß, Streicher, die SS und einige Spezialeinheiten – irgendwelche Tausend oder Zehntausend fanatische Nationalsozialisten – gewesen, die prononciert formulierte und immer wiederholte These von der Täterschaft der Deutschen auf Emotionen treffen musste. Und dies umso mehr, als bis in die Staatsspitze hinein noch immer, ist von den Verbrechen der Naziperiode die Rede, Formulierungen bevorzugt werden wie die, es seien die Untaten „von deutscher Hand“ und „in deutschem Namen“ und „in dunkler Zeit“ verübt worden.

Widerspruch konnten indessen nicht die von Goldhagen dargestellten, durch Quellenmassen belegten Tatsachen hervorrufen, die er und vor ihm und mit ihm andere Forscher in ungleich weniger beachteten Arbeiten ausgebreitet hatten. Mit Bezug auf des Autors dokumentarische Basis wurde – davon muss die Rede noch sein – aber mit dem Bemerken reagiert, sie sei bekannt und böte „nichts Neues“.[20] Das gab die Begründung dafür, sich bei ihr nicht weiter aufzuhalten und sich deren fraglos anfechtbarer Ausdeutung und den schwachfüßigen Verallgemeinerungen zuzuwenden. Auf diese konzentrierten sich Kritik und Protest. Denn: Goldhagens Befund über die Deutschen zur Nazizeit gipfelte in der unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptung, es hätten in Deutschland mit und

---

[20] So auch noch in einem Nachwort zur Goldhagen-Debatte von Lew Kopelew: Im Widerspruch zur Geschichte. Daniel Goldhagen versteht die Situation der Menschen in Diktaturen nicht, in: „Die Zeit“, 27. September 1996. Kopelew reproduziert erneut die von der Wissenschaft erledigte These, wonach „Hitler und Himmler nach den ersten schweren Niederlagen an allen Fronten und nach den ersten großen, vernichtenden Luftangriffen auf deutsche Städte“ die Entscheidung für die „Endlösung“ getroffen haben. Solcherlei Feststellung kann schwerlich als Ausweis dafür gelten, darüber zu entscheiden, was in der Geschichtswissenschaft Neuwert besitzt.

nach den Hunderttausend Tätern weitere Millionen bereitgestanden, die sich als Ersatztäter hätten mobilisieren lassen, wären die Plätze im System des Verbrechens nicht schon hinreichend besetzt gewesen. Goldhagen formuliert bereits in der Einleitung seines Buches dessen Kernthese so: „Die Schlussfolgerung dieses Buches lautet, dass der Antisemitismus viele Tausende ‚gewöhnlicher' Deutscher veranlasste, Juden grausam zu ermorden, und dass auch Millionen anderer Deutscher nicht anders gehandelt hätten, wären sie in die entsprechenden Positionen gelangt."[21] Sie alle befanden sich angeblich in einer geistigen und mentalen Verfassung, die sie leicht zu lustvollen und grausamen Judenmördern hätte werden lassen.

Einer der ersten, der Widerspruch gegen diese eindimensionale Erklärung der erwiesenen hunderttausendfachen Täterschaft erhob, war Christopher Browning, ein herausragender Kenner der Materie. Er hatte sich schon vor Goldhagen z. T. mit dem gleichen Quellenmaterial auseinandergesetzt, war jedoch zu anderen Resultaten gekommen.[22] Browning erwiderte mit äußerster Sachlichkeit, wie es in wissenschaftlichen Kontroversen üblich ist und zudem gerade diesem Thema angemessen erscheint.[23]

3. Erste Reaktionen in Deutschland

Vergleicht man seinen Einspruch mit den Äußerungen vieler deutscher Fachleute, drängt sich zunächst und vor der Erörterung der Streitfragen im Detail eine Frage auf: Warum konnten Historiker hierzulande, deren Verdienst um die Erforschung des Verbrechens unbestritten ist, sich nicht mit gleicher Souveränität an der Debatte über das Buch beteiligen, das samt seinem Echo in Deutschland während der Sommermonate zunehmend öffentliches Aufsehen erregte? Die Tatsache, dass der Autor sein Forschungsresultat mit Ansprüchen versah, die zweifelsfrei vermessen sind, vermögen allein so viel Aufgeregtheit nicht zu erklären. Goldhagens Anspruch, eine „radikale Revision" der „Holocaust"-Forschung zu bieten und seine Behauptung, „bisherige empirische Leerräume" zu füllen, haben gewiss manches Echo mitgeprägt.[24]

Dennoch erscheint Goldhagens Selbstinthronisierung als erklärender Grund für die Weise nicht ausreichend, in der die „Platzhirsche" den „Jungen" annahmen. Wieder und wieder und mit geradezu penetranter Herablassung wurde auf das Alter des Autors hingewiesen. Peter Glotz, der als Gründungsrektor einer thüringischen Universität wirkt, nannte das Buch einen „Erstling aus der Feder eines jüdischen Gelehrten".[25] Ein mit Goldhagen gleichaltriger Rezensent apostrophierte ihn als „jungen amerikanischen Historiker".[26] Der „Freitag" avisierte eine „vor allem publizistisch hochgespielte Dissertation eines jungen Historikers".[27] Eberhard Jäckel fertigte das Buch mit dem Bemerken ab, es sei einfach schlecht[28] und strafte es und den Autor später mit Nichtachtung; er erklärte, er werde an Diskussionen nicht teilnehmen, die für das Buch Reklame betrieben.

---

21 [Goldhagen] S. 22.

22 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Reinbek 1993.

23 Eine Zusammenfassung seiner Einwände findet sich in dem erwähnten Artikel in „Die Zeit" unter der Überschrift „Dämonisierung erklärt nichts." Diese Stellungnahme ist mit anderen Äußerungen zu Goldhagens Buch wiedergedruckt in: Goldhagen-Kontroverse, S. 118-124.

24 Hans Mommsen hat das ausdrücklich erklärt, wenn er in einem Interview sagte: „Also mich wurmt es besonders, dass in dieser Debatte nun behauptet wird, die deutsche und die internationale Forschung hätten den Holocaust bisher zu wenig behandelt. Das ist dummes Zeug. Der Holocaust ist so genau erforscht wie kaum ein anderes historisches Problem. Es gibt schätzungsweise 25.000 wissenschaftliche Bücher zu diesem Thema. Und dieser Vorwurf, dass die sogenannten Funktionalisten unter den Historikern die Funktion des Antisemitismus vergessen hätten – über diese Selbstverständlichkeit als Voraussetzung hat man natürlich nicht immer im Einzelnen gesprochen." Hans Mommsen: „Wenn die Dinge so einfach lägen." In: „Berliner Zeitung", 24. Juli 1996.

25 Peter Glotz: Nation der Killer? In: Goldhagen-Kontroverse, S. 125.

26 Siehe dazu: Heinrich Senfft, a. a. O.

27 In seiner Ausgabe vom 14. Juni 1996.

28 Eberhard Jäckel: Einfach ein schlechtes Buch. In. Goldhagen-Kontroverse, S. 187-192.

Manfred Weißbecker hat sich über diese Reaktionen Gedanken gemacht, die über den Gegenstand der Ablehnung hinausführen, und daran erinnert, dass einige der sich so äußernden (westdeutschen) Historiker, derartigen Umgang mit wissenschaftlichen Arbeiten und deren Autoren kurz vor dem im Prozess der „Abwicklung" der ostdeutschen Geschichtswissenschaft gerade geübt hatten. Von daher waren ihm Urteile wie „unwissenschaftlich", „Mangel an originärer Leistung", „keine neuen Quellen", „fragwürdige Ergebnisse" frisch im Gedächtnis. Schließlich fragte er, ob es in Deutschland nicht einen bedenkenswerten Umgang mit Büchern gäbe, der sich in den Bücherverbrennungen des 10. Mai 1933 ebenso geäußert habe wie in dem kürzlichen Buchverriss des jüngsten Romans von Günter Grass.[29]

Genug davon, nur eben noch: Goldhagen seinerseits verstand sich übrigens auch auf einen der Sache ausweichenden Diskussionsstil und zahlte mit gleichsam ins Akademische umgeprägter Münze zurück.[30] Er nannte die Kritik, die von Forschern in Deutschland an seinem Buch geübt wurde, pauschal „bedeutungslos". Was der – danach war er gefragt worden – „sozial-liberale Flügel der deutschen Historikerzunft" zu seinem Buch sage, habe mit diesem nichts zu tun.[31] Und in einem weiteren Interview erklärte er tatsächlich: „Es gibt nicht eine einzige Kritik, die ich nicht bereits vor dem Schreiben meines Buches berücksichtigt habe".[32]

Man muss lange zurückdenken, um einen Fall zu entdecken, in der eine wissenschaftliche Arbeit in Deutschland von Historikern, Politikern und Publizisten derart „begrüßt" worden ist. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zweifelte Frank Schirrmacher rundheraus an, dass der Autor des Buches von wissenschaftlichen Antrieben bestimmt und „an wirklicher Forschungsleistung überhaupt interessiert" gewesen sei. Mit „Wissenschaft und Beweisfähigkeit" jedenfalls habe das Buch wenig zu tun.[33] Auch „Die Welt" denunzierte in ihrer Rezension die Motive des amerikanischen Forschers, wenn sie das Buch nicht nur schlecht, sondern „vor allem aber kalkuliert skandalös nannte."[34] Rudolf Augstein konstatierte im „Spiegel", das Ergebnis der Arbeit „ist gleich null" und belehrte den Autor in der Art eines seinen Lehrling scheltenden Meisters, er solle „sein Handwerkszeug" beisammen haben.[35] Später wurde in der gleichen Zeitschrift in Frageform unterstellt, dass Goldhagen womöglich das eine wisse, aber etwas anderes schreibe.[36] Michael Wolffsohn dozierte, Geschichte habe es „mit Tatsachen zu tun" und der Autor sei verpflichtet gewesen, „als Wissenschaftler sorgfältig zu arbeiten". Jedoch fehle es ihm „an historischem Grundwissen", das ein Professor „zumal in Harvard" besitzen sollte.[37] Die letzte Anmerkung zielt bereits über den Verfasser und dessen Qualifikation hinaus. Kaum versteckt wurde der renommierten Universität, die einen anderen Ruf genießt als die Lehranstalt des Kritikers, angeraten zu prüfen, ob der Mann am richtigen Platze sei. Schirrmacher war noch einen Schritt weitergegangen. Er fragte „nach dem intellektuellen Zustand einer Gesellschaft (gemeint war die Gesellschaft der USA – K. P.), die solche Thesen für einen gedanklichen Fortschritt hält."[38] Dieser Wurf erwies sich freilich alsbald als der mit

---

29 Manfred Weißbecker: Goldhagens Suche und die Reaktionen, in: „antifa" (Berlin) 1996, H. 10, S. 27.

30 So beispielsweise, wenn er sein Urteil über die in Deutschland geübte Kritik in Bausch und Boden abwies: „Die vermeintlich kritische Polemik hatte höchstens die Verwirrung des künftigen Lesers zum Ziel." Damit war allen Kritikern wissenschaftliches Vermögen oder Interesse oder beides abgesprochen. So in einem Interview. Da hat nicht Hitler einfach nur den Schalter angeknipst. In: „Neues Deutschland", 26. August 1996. An anderer Stelle sprach er vor seiner Reise nach Deutschland zurückhaltend von „Missverständnissen".

31 Interview von Katia Davis mit Daniel J. Goldhagen „Überschätzen Sie die Entnazifizierung?" In: „junge Welt", 22. August 1996.

32 Interview von Malte Lehming, „Können Sie wie ein Nazi fühlen?" In: „Der Tagesspiegel" , 6. September 1996.

33 Frank Schirrmacher: Hitlers Code. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 105.

34 Frank Ebbinghaus: Warum ganz normale Männer zu Tätern wurden. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 140.

35 Rudolf Augstein: Der Soziologe als Scharfrichter. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 106 u. 109.

36 Ein Volk von Dämonen? In: „Der Spiegel", 20. Mai 1996, S. 77.

37 Michael Wolfssohn: „Die Deutschen" – ein Volk von willigen Judenmördern? In: Goldhagen-Kontroverse, S. 133/134.

38 Frank Schirrmacher, a. a. O., S. 105.

dem Bumerang. Josef Joffe, der sachliche Schärfe der Kritik mit [39]der Benennung der Verdienste verband, das Buch zusammenfassend „brillant, aufrüttelnd und fragwürdig zugleich“ nannte und es „zur Pflichtlektüre“ empfahl, schrieb: „Man fühlt sich versucht, den Spieß umzudrehen“ und die Frage „nach dem seelischen Zustand einer Gesellschaft zu stellen, nämlich jenem Teil der deutschen, der ein solches Buch so vehement abblockt.“ Und Klaus Bittermann formulierte rückblickend auf die Deutschlandtour des Autors, die Reaktionen auf Goldhagen würden mehr über die Deutschen heute aussagen, als dessen Buch über die Deutschen von einst.[40]

4. Dafür und Dawider in den USA

Schirrmachers Bemerkung über die USA-Gesellschaft war, von aller Anmaßung abgesehen, schlicht irreführend. Das Buch von Goldhagen war in den USA keineswegs einheitlich lobend aufgenommen worden. Ja, überschwängliche Stimmen waren zu lesen. Richard Bernstein nannte die Arbeit „meisterhaft und schlüssig argumentierend“ und gar „wegweisend“.[41] Robert Harns sprach von einer „großen Leistung“, doch verband er diese Feststellung mit schwerwiegenden Einwänden. Goldhagen ignoriere, was nicht in seine Argumentation passe, und gelegentlich zöge er aus relativ fadenscheinigen Belegen stark verallgemeinernde Schlüsse.[42] Elie Wiesel, der den Massenmord an den europäischen Juden für unerklärlich hält, wertete das Buch dennoch als „beachtlichen Beitrag zum Verständnis und zur Vermittlung des Holocaust“ und fand in ihm „Schärfe der Analyse“. Doch merkte er an, dass der Autor „heikle und schmerzliche Probleme“, so die Rolle der Judenräte und der jüdischen Kapos in den Lagern, nicht berührt habe.[43]

Alle Kritiker in den USA, Fachleute im engeren wie im weiteren Sinne, haben zwischen Verdiensten und Mängeln von Goldhagens Arbeit unterschieden, die sie freilich nicht einhellig abwogen und bewerteten. Eine der scharfsinnigsten Erwiderungen auf die Zentralthese des Buches schrieb Omer Bartov in „The New Republic“. Die Behauptung, „die Deutschen seien durch die Bank Monster gewesen, und die einzige Rolle des Naziregimes habe darin bestanden, ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihre bösen Phantasien in die Tat umzusetzen“, wäre nicht neu, jedoch „wertlos und unhistorisch“. Der „Holocaust“ sei ein zu komplexes geschichtliches Ereignis, „um auf vereinfachende Interpretationen reduziert zu werden.“ Denn diese – und damit fügte Bartov seiner wissenschaftlich-methodischen Kritik einen wesentlichen aktuellen Gesichtspunkt hinzu – würden dieses grauenhafte Kapitel „seiner Bedeutung für unsere heutige Zeit“ berauben.[44]

Keine Rede kann also von einer einhellig unkritischen und zustimmenden Aufnahme des Buches in den USA sein. All das Zitierte war zumeist geschrieben und lesbar, bevor die Hamburger Wochenzeitschrift „Die Zeit“, längere Passagen des Buchtextes vorab druckend, die deutschen Historiker am 12. April 1996 zu Stellungnahmen aufrief. Sie meinte, es könnte sich ein neuer und „noch schärferer Historikerstreit“ ergeben als jener der Jahre 1986/1987. Dafür, befand sie, sei der „Auftakt gesetzt“. Die Einladung gab zugleich die Frage vor, die nach Ansicht der Redaktion ins Zentrum des Streits gehören würde: „Waren die Deutschen doch alle schuldig?“[45]

Damit war eine Richtung für die Auseinandersetzung mit Goldhagens Buch vorgegeben, die sogleich vom Material des Buches weg-, auf dessen Interpretation zu- und zur Neubelebung einer beliebten Debatte hinlenkte. Sie konnte sich wieder auf der Skala mit den Endmarken „Kollektivschuld“ und „Kollektivunschuld“ bewegen.

---

39 Josef Joffe: „Die Killer waren normale Deutsche, also waren die normalen Deutschen Killer“. Der Beitrag (Goldhagen-Kontroverse, S. 160-170) fasst den Inhalt von zwei Artikeln des Autors zusammen und ist nicht datiert, offenbar aber erst entstanden, als sich auch das Echo in Deutschland analysieren ließ.

40 Klaus Bittermann: Goldhagen und die deutsche Elite, in: „junge Welt“, 16. September 1996.

41 Richard Bernstein: Haben die Deutschen den Judenmord begrüßt? In: Goldhagen-Kontroverse, S. 33.

42 Robert Harris: Die schreckliche Wahrheit. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 21.

43 Elie Wiesel: Little Hitlers. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 46.

44 Omar Bartov: Ganz normale Monster. In: Goldhagen-Kontroverse. S. 77 u. 80.

45 Volker Ullrich: Hitlers willige Mordgesellen. In: Goldhagen-Kontroverse, S. 89.

5. Das Ausweichen auf die Schuldfrage

„Der Spiegel“ nannte Goldhagens Buch rundheraus ein „Kollektivschuld-Werk“.[46] Es werde ein ganzes Volk auf die Anklagebank gesetzt, es würde ein zweiter Nürnberger Prozess stattfinden, und Goldhagen argumentiere wie ein Staatsanwalt, nicht wie ein Historiker.[47] Da glaubte jeder mitreden und mitschreiben zu können, wie wenig er immer von den Tatsachen kennt und verarbeitet hat, die in den Kapiteln von Goldhagens Buch vorgestellt werden.

Es verging keine Woche und „Die Welt“ nahm sich des Buches in der bezeichneten Richtung auf ihre Weise an. Sein Erscheinen wurde als eine geschichtlich unvermeidliche und gar zu erwartende Erscheinung gewertet und Goldhagen „der jüngste Interpret der deutschen Schuld“ genannt. Wieder werde den Deutschen „Kollektivschuld“ angelastet. Mehr noch: Der Völkermord werde unversehens zu ihrer „Erbsünde“ erklärt. Die Spekulationen des Autors würden die Deutschen „in die Verdammnis zurückstoßen.“[48] Eine weitere Woche später, noch immer im April 1996 und weit vor dem Erscheinen der für August angekündigten deutschsprachigen Ausgabe, ließ die „Berliner Morgenpost“ ihren Rezensenten vermuten, Goldhagen habe gar das Ende des Kalten Krieges ausgenutzt. Für ihn sei nun Zeit und Gelegenheit gekommen, Deutschland und die Deutschen nicht mehr schonend zu behandeln, wie das vordem „aus blockpolitischen Gründen“ offenbar geschehen war und – das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Politik hin oder her – auch gebilligt werden konnte. Dieser Gedanke gefiel den Herausgebern des „Rheinischen Merkur“ dermaßen, dass sie den Artikel sogleich auch in ihrer Zeitung abdrucken ließen.[49]

Der Appell an die deutsche Nationalseele, sich zu empören, war damit ergangen. Die Volksgemeinschaft der Gekränkten und Beleidigten konnte sich formieren und erneut beteuern, dass dem unwissenden Teil der Deutschen nichts, dem wissenden allenfalls Gleichgültigkeit angesichts der Judenverfolgung angelastet werden könne, wobei die „meisten Deutschen“ in eigenen „persönlichen Sorgen“ (i. e. die Belastungen durch den Krieg und insbesondere durch den Luftkrieg) „befangen“ gewesen seien.[50] Und das müsse zu ihren Gunsten doch mildernd in Ansatz gebracht und in Rechnung gestellt werden. Solche Deutungen und Verlangen sind in der Goldhagen-Debatte erneut formuliert worden und sollten mit dem Verweis, der Judenmord sei eine „Geheime Reichssache“ gewesen, von der nicht einmal alle Gauleiter der NSDAP etwas gewusst hätten, auf deren Verrat die Todesstrafe gestanden haben würde, gerechtfertigt werden.[51]

Der „Zeit“-Aufruf, die Schuldfrage zu debattieren, und dessen Echo in Presseorganen, die sonst nicht zu den engsten Verwandten der Wochenzeitschrift gehören mögen, ergaben keine Frontstellung gegeneinander. Das offenbarte ein Nachwort zum ausgebliebenen Streit, das Lew Kopelew schrieb. Seine Bilanz schloss mit der Feststellung, Goldhagens Buch, bei dem es sich um eine „journalistisch-sensationelle Anklageschrift“ handele, erfülle den Tatbestand „einer üblen Nachrede, die antisemitische und deutschfeindliche Emotionen beleben kann“.[52] Demnach besäßen die Deutschen in eigener Sache oder in der ihrer Vorfahren hinreichend Grund, bei Gericht eine Kollektivklage gegen den Schreibtischtäter Goldhagen einzureichen.

Hätte nicht die Wahrnehmung dieser „Antwort“ alle, die sich in Deutschland zum liberalen und demokratischen Flügel der Historikerzunft rechnen, hellhörig und ihnen bewusst machen können,

---

46 Hausmitteilung, „Der Spiegel“, Jg. 1996, Nr. 21, 20. Mai 1996, S. 3.

47 „Der Spiegel“, Jg. 1996, Nr. 21, 20. Mai 1996, S. 72 und 77.

48 Jost Nolte: Sisyphos ist Deutscher, in: „Die Welt“, 16. April 1996, abgedruckt in Goldhagen-Kontroverse, S. 110-113.

49 Michael Wolfssohn: „Die Deutschen“ – ein Volk von willigen Judenmördern? in den jeweiligen Ausgaben der beiden Zeitungen vom 24. bzw. 26. April 1996 und in: Goldhagen-Kontroverse, S. 130-1 34.

50 Schuld und Entschuldigung der Deutschen, in: „Der Spiegel“, 20. Mai 1996, S. 71. Es erwies sich nicht erst in der Goldhagen-Kontroverse, dass das Heruntertransformieren der Fragen – nicht nach der Tat, sondern nach dem Grad des Ahnens und Wissens wird gefragt – eine bewährte Methode ist, die tatsächlichen Abläufe zu schönen.

51 „Der Spiegel“, Jg. 1996, 20. Mai 1996, S. 52.

52 Lew Kopelew: Im Widerspruch zur Geschichte, a. a. O.

dass sie – nolens volens – in eine Position gedrängt waren, in der sie zum einen in eine sachliche Auseinandersetzung mit Goldhagens Buch einzutreten und zum anderen und gleichzeitig sich mit dem Versuch auseinanderzusetzen hatten, über die faktische Substanz der Forscherarbeit hinwegzugehen?

Aber: Trotz der Vorläuferschaft der Diskussion in den USA und der erwähnten frühen Reaktionen in Deutschland konnten sich nur wenige Historiker und belesene Rezensenten hierzulande entschließen, die Auseinandersetzung mit dem Buch bei aller Schärfe der Entgegnungen im „amerikanischen" Stil aufzunehmen und sie unter Berücksichtigung der „deutschen Zustände" fortzusetzen. Offenkundig waren sie auch außerstande, sich zwei naheliegende Fragen zu stellen, die über das Für und Wider des Buches hinausgreifen. Woher bezog die Debatte in den USA „ihre populäre Attraktivität"[53] und war ein ähnlicher Effekt auch in Deutschland denkbar, wenn erst die deutschsprachige Ausgabe erscheinen und der Autor sie selbst vorstellen würde? Und zweitens: Was konnten deutsche Leser, obzwar Goldhagen für sie nicht geschrieben hatte, aus diesem Buch für Erkenntnisse gewinnen? Einigen deutschen Rezensenten erschien die Debatte über das Buch als „künstlich". Sie hätten es offenbar am liebsten gesehen, wenn in Deutschland zur Tagesordnung übergegangen worden wäre. Peter Glotz sprach sich gegen einen „Streit über schiefe Thesen" aus.[54] Doch diese Totalblockade war allein schon angesichts der öffentlichen Aufmerksamkeit in den USA nicht durchsetzbar und wurde wohl auch als unzweckmäßig erkannt.

6. Weder Historikerstreit noch Einheitsfront

Schon am Tage nach dem „Zeit"-Aufruf zum Streite hatte sich Norbert Frei dahin geäußert, dass das Buch für eine Auseinandersetzung unter Fachleuten zu wenig „historisch-empirische" Substanz besitze. Jedoch ließ er dem Autor das Verdienst, Leser „in einer Eindringlichkeit und Anschaulichkeit mit den entsetzlichen Einzelheiten der Mordaktionen und der Todesmärsche kurz vor Ende des Krieges konfrontiert (zu haben), wie man sie in der wissenschaftlichen Literatur bisher noch kaum gelesen hat."[55] Darauf und auf die Direktheit und Unverblümtheit von Goldhagens Sprache war auch in Besprechungen in den USA hingewiesen worden. Ellen K. Coughlin vermerkte die „höchst emotionale und fast schon ans Obszöne grenzende drastische Sprache", in der das Verbrechen geschildert werde.[56]

Was jedoch die Rolle der Deutschen betraf, begnügte sich Frei mit der lapidaren Formulierung: „In ihrer moralischen Indifferenz sind, die Deutschen damals doch fast alle schuldig geworden".[57] Damit war aber die Frage nach Täterschaft und Mittäterschaft, die in Goldhagens Abhandlung den

---

53 So Moshe Zimmermann: Die Fußnote als Alibi. In: „Neue Züricher Zeitung", 19. April 1996 und: Goldhagen-Kontroverse, S. 154. Zimmermann charakterisiert in seinem Aufsatz auch knapp die Aufnahme der Arbeit in der israelischen Öffentlichkeit. S. 147.

54 Peter Glotz: Nation der Killer, in: „Die Woche", 19. April 1996 und in: Goldhagen-Kontroverse, S. 129.

55 Eine scharfe Gegenposition bezog in dieser Frage Hans Mommsen: „Überdies setzt die Schilderung sadistischer und grausamer Gewaltanwendung durch Goldhagen ein gewisses voyeuristisches Moment frei, was die seriöse Holocaust-Forschung durch zurückhaltende Schilderung der Verbrechen bewusst vermieden hat." In: „Die Zeit", 30. August 1996. Und in einer öffentlichen Diskussion fragte Mommsen einen Fürsprecher der Darstellungsweise des Buches von Goldhagen: „Wollen Sie, dass unsere Bücher unters Jugendverbot fallen?" So nach dem Bericht „Schreckbild oder Vorbild?" in: „Berliner Zeitung", 21./22. September 1996. Norbert Frei räumte in einem Interview, das er und Mommsen gaben, immerhin ein: „Über das Problem, wie man über den Holocaust schreiben kann, ... ist hierzulande relativ wenig nachgedacht worden in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren". Mommsen vertrat demgegenüber den Standpunkt: „Abschreckung erzeugt nur Abstumpfung." Interview: „Wenn die Dinge so einfach lägen ...", in: „Berliner Zeitung", 24. Juli 1996. Jedoch wurden auch andere und weitergehende Einwände gegen die Sprache Goldhagens geäußert. Klaus Bittermann meinte, durch sie könnten zwar Emotionen wie Abscheu gegen die Täter und Mitleid mit den Opfern erzeugt werden, doch dem Begreifen der Geschehnisse sei damit weniger gedient als eine Barriere entgegengestellt. Was hat Goldhagen bewirkt? In: „junge Welt", 21/22. September 1996.

56 Ellen K. Coughlin: „Willige Vollstrecker". In: Goldhagen-Kontroverse, S. 38.

57 Der Beitrag erschien in der „Süddeutschen Zeitung": Norbert Frei: Ein Volk von „Endlösern" In: Goldhagen-Kontroverse, S. 94 u. 98.

zentralen Platz besetzt, herabgestuft, entschärft und abgelenkt auf Mitwisserschaft, Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit. In diesem Bezirk aber lässt es sich seit langem bei der Beschäftigung mit der deutschen Geschichte der Jahre 1941 bis 1945 bequem machen.

Ja, in der Kontroverse um das Buch Goldhagens haben sich in Deutschland merkwürdige Schulterschlüsse ergeben. Doch Heinrich Senfft übertreibt weit, wenn er meint, es habe sich „eine bislang nicht gekannte deutsche Einheitsfront von links bis rechts formiert."[58] Wolffsohn hatte gar eine „alldeutsche Einheitsfront" ausgemacht.[59] Diese Urteile ignorieren Stimmen wie die Wolfgang Wippermanns. Niemand hat so nachdrücklich wie er eine Wirkung des Buches hervorgehoben: Indem auf seinen Seiten Klartext über die Verbrechen an den Juden geschrieben wurde, sei – ganz unabhängig von der Absicht des Autors – gegen die Praxis der Verniedlichung des Regimes und seiner Untaten durch aufrechnende Vergleiche gewirkt worden, die sich derzeit in Deutschland weit verbreitet habe.[60] Geradezu erleichtert schrieb Wippermann: „Wann hat es das schon gegeben? Eine zeithistorische Kontroverse, bei der Joachim Gauck nicht um seine Meinung gebeten wird. Bei der es nicht um die Untaten der Stasi geht, die angeblich über mehr IM verfügt habe und daher auch viel schlimmer als die Gestapo gewesen sein soll. Eine Kontroverse, in der nicht diskutiert wird, ob die kleine DDR viel aggressiver als das Großdeutsche Reich gewesen ist, und in der niemand Hitler mit Honecker, Bautzen mit Auschwitz vergleicht und behauptet, dass es in der DDR zwar kein reales, dafür aber ein, wie der Schriftsteller Jürgen Fuchs gemeint hat, ‚Auschwitz in den Seelen' gegeben hat."[61] In einer Diskussion mit Goldhagen hat der an der Freien Universität lehrende Historiker, auf die nach 1990 in Deutschland sich abzeichnende Rechtsverschiebung von Geschichtsbildern bezugnehmend, dem Buch des amerikanischen Kollegen gar das Verdienst zugeschrieben, dass „die anschwellenden Bocksgesänge der selbstbewussten Nation wenigstens vorübergehend verstummt" seien.[62]

Die Warnung vor Verharmlosung und Verniedlichung des deutschfaschistischen Regimes findet in vielen Tatsachen der deutschen Gesellschaft ihre Berechtigung. Sie erscheint auch nötig, wenn der Regisseur eines Films, der einer „aesthetisierenden Darstellung des Faschismus" in seiner Romanvorlage folgt, dazu erklärt: „Ich habe eigentlich ein Vergnügen daran, diese aufgedonnerten Nazis und die Begeisterung der Hitlerjugend darzustellen, ohne mich dauernd davon zu distanzieren."[63]

Wippermanns Lob für Goldhagen ergab sich auch aus der Verwandtschaft der historisch idealistischen Forscherpositionen. Beide sehen den deutschen Faschismus an der Macht ideologisch bestimmt. Während dieser jedoch den Antisemitismus als die Drehachse allen Geschehens betrachtet, besteht jener darauf, dass der Rassismus das „Zentrum des Nationalsozialismus" gewesen sei und kritisiert folglich die Verengung der Fragestellung, die den Massenmord an den wirklich und vermeintlich unheilbar Kranken, an Sinti und Roma und an den Angehörigen slawischer Völker nicht in angemessene Beziehung zum „Holocaust" setze.[64]

Gegen die These von der „Einheitsfront"[65] steht weiter auch, was Reinhard Kühnl schrieb, der die Kritik an Goldhagens Buch in den Zusammenhang mit dem nicht nur von Überzeugungen, sondern

---

58 Heinrich Senfft, Goldhagen und kein Ende, a. a. O.

59 Nach einer dpa-Meldung, in der die Ergebnisse einer ersten Umfrage unter Historikern mitgeteilt wurden, die sich zu Goldhagens Antwort an seine deutschen Kritiker äußerten.

60 So in dem Gespräch in der Redaktion der jungen Welt (abgedruckt in der Ausgabe vom 21./22. September 1996).

61 Wolfgang Wippermann: Die Vollstrecker in uns? In: „Mitteldeutsche Zeitung", 10. August 1996.

62 Siehe den Bericht über die Debatte im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde Berlin „Ein Buch gegen nationale Bocksgesänge" , in: „Neues Deutschland", 9. September 1996.

63 Georg Seeßlen: Neue Deutsche Unbefangenheit im Faschismusfilm. Im Kino: „Der Unhold" von Volker Schlöndorff. In: „Freitag", 6. September 1996.

64 So auch in der Diskussion: Was hat Goldhagen bewirkt? In: „junge Welt", 21./22. September 1996.

65 In einem anderen Sinne benutzte sie Moshe Zimmermann in der erwähnten Diskussion am Rande des Historikertags, als er mit dem Blick auf die mit ihm Debattierenden davon sprach, er sehe sich einer „Einheitsfront der entrüsteten Wissenschaftler" gegenüber. Gunter Hofmann: Die Welt ist, wie sie ist. In: „Die Zeit", 27. September 1996.

nicht weniger von Interessen geleiteten „Kampf ums Geschichtsbild“[66] setzte, der seit der Zerschlagung des deutsch-faschistischen Regimes ausgetragen werde. Er rühre heute nicht mehr wie über Jahrzehnte hinweg in erster Linie daher, dass Angehörige der Tätergeneration sich der Wahrheit über ihre eigene Rolle verweigerten, sondern gelte dem geschichtlichen Urteil über den Kapitalismus als jenes gesellschaftliche System, das den Faschismus hervorbrachte, und ebenso dem Urteil über den deutschen Nationalstaat und seine Rolle.

7. „Das Schweigen der Ostdeutschen“

Heinrich Senffts Konstrukt von der „Einheitsfront“ übergeht schließlich auch, was marxistische und andere Gesellschaftswissenschaftler in den „neuen Bundesländern“ in der Goldhagen-Diskussion schrieben. In diesem Punkte befindet er sich in einer Reihe mit der „Zeit“. Deren Autor fragte in einem Bericht über den Historikertag, in dem das Auslassen einer Diskussion über das umstrittene Buch als „ein kleines Selbstporträt“ der Disziplin gewertet wurde: „Und die Ostdeutschen?“ Er forschte indessen nicht nach dem Debattenbeitrag der an Universitäten und Forschungsinstitute zwischen Greifswald und Chemnitz gelangten Neuostdeutschen. Die Frage meinte die in DDR-Zeit wirkenden oder in ihr ausgebildeten Geschichtswissenschaftler. Die generalisierende Feststellung lautete dann: „Kein Historiker aus Ostdeutschland hat in der Goldhagen-Debatte ernsthaft interveniert.“ Und auf diese Unwahrheit folgte die dämlich-denunziatorische Frage:

„Hat der ritualisierte Antifaschismus sie alle verstummen lassen?“[67] Das Bedürfnis, die Ende 1996 modifiziert und daher verspätet bis auf Reste erreichte Abwicklung der Historiker aus dem DDR-Bestand verlangt offenbar noch immer ihre Rechtfertigung.

Wahr ist, dass „Ostdeutsche“ sich – mit einer Ausnahme[68] – im Streit um „Hitlers willige Vollstrecker“ anders einzustellen vermochten als viele der zünftigen westdeutschen Teilnehmer.[69] Das konnte in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik weniger, von recherchierenden Journalisten aber doch unschwer wahrgenommen werden. Diese Ostdeutschen waren, als Goldhagen nach Deutschland kam und seine Vortragsroute durch die alten Bundesländer – Hamburg, Frankfurt und München – unternahm, nicht zu Tische gebeten. Gleiches galt für die Veranstaltung im (West)Berliner Haus der Jüdischen Gemeinde. Auch von den Debatten in Fernseh- und Rundfunkstationen blieben sie ausgeschlossen.[70] Kurzum: Sie wurden in eingeübter Wiese und gemäß dem „Einheitsplan“ be-

---

66 So die Überschrift seines Beitrags in: „junge Welt“, 24. Juni 1996.

67 „Die Zeit“, 27. September 1996.

68 Es handelt sich um die Äußerung eines dem Unabhängigen Historikerverband zuzuzählenden Autors, der sich dem Urteil „wenig Neues“ anschloss, dessen Beitrag aber vor allem in die von Wolfgang Wippermann bezeichnete „Richtung Gauck“ weisen wollte. Eines erschien ihm besonders bedenklich zu sein: Mit der Goldhagen-Diskussion bestehe die Gefahr, dass es mit eben jenem Geschichtsbild „vorbei sein“ könne, das sich „nach 1989 langsam Bahn zu brechen begann“. Er gab seiner Meinung Ausdruck, dass nicht Auschwitz „der Zentralpunkt der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ sei, sondern „die Verbrechen zweier totalitärer Diktaturen“. Leserbrief von Dr. Rainer Eckart: Verkürzung der historischen Perspektive. In: „Der Tagesspiegel“, 15. September 1996.

69 Von den Besprechungen in Zeitungen und Zeitschriften seien, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit, genannt: Kurt Pätzold: Unglaubliche Tatsachen, glaubhafte Beweise. Über die Merkwürdigkeiten der Geburt eines Buches und sein Erscheinen auf dem Markt der Meinungen, in: „Junge Welt“, 5. Juli 1996; ders.: Unbekümmert um deutsche Zusammenhänge. Über die missbräuchliche Verwendung von Klemperers Tagebüchern in der Goldhagen-Debatte, in: „Junge Welt“, 13./14. Juli 1996; ders.: Auf der breiten Spur der deutschen Täter. Anmerkungen zu Goldhagens Buch über Hitler, die Deutschen und den Judenmord, in: „Neues Deutschland“, 17. August 1996; ders.: Ein „Führer“ und sein Volk der Täter. Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ ersetzt eine historische Vereinfachung durch eine andere, in: „Leipziger Volkszeitung“, 16. August 1996; Was hat Goldhagen bewirkt? jW-Gespräch mit Wolfgang Wippermann, Kurt Pätzold, Klaus Bittermann und Jürgen Elsässer, in: „Junge Welt“, 21/22. September 1996; Manfred Weißbecker: Goldhagens Suche und die Reaktionen, „antifa“ (Berlin), Jg. 1996, Heft 10; Mario Keßler: Täter und Mittäter des Judenmordes. In: „Sozialismus“ (Hamburg), Jg. 1996, Heft 10.

70 Es diskutierten u. a. in Hamburg: unter der Regie des Chefredakteurs der „Zeit“ Jan Philipp Reemtsma, Götz Aly, Reinhard Rürup, in Berlin: Hans Mommsen, Jürgen Kocka, Wolfgang Wippermann, in Frankfurt: Micha Brumlik, Dan Diner, Norbert Frei, in einem Fernsehgespräch vor Publikum in Aschaffenburg: Arnulf Baring,

handelt, der für die Bewohner der einstigen „Wissenschaftswüste“ nach wie vor gilt. Er wurde im Zeichen des Meinungspluralismus einträchtig befolgt.

Die Frage worin – bei vieler Übereinstimmung in der Kritik – der deutlich auszumachende Unterschied in der Wahrnehmungsweise der Arbeit Goldhagens durch West- und Ostdeutsche seinen Ursprung hat, ist nicht leicht zu beantworten. Letzteren war womöglich nicht nur das Generalthema, das Goldhagen wieder angeschlagen hatte, vertrauter. Denn sie hatten sich mehr in Gesprächen denn in öffentlichem Disput mit der „Rolle der Volksmassen“ wieder und wieder herumgeschlagen und dafür manches Lehrgeld entrichten müssen. Auch wussten sie aus früherer politischer Erfahrung, dass das Fragen nach dem Verhältnis von deutschen Volksmassen und deutschen Führern den Machthabern in Deutschland-Ost von einem bestimmten Punkte der geschichtlichen Entwicklung an unbequem und in der von einem breiten Publikum konsumierten Presse mindestens unerwünscht geworden war. Da machen nun die Herrschenden in dem vergrößerten deutschen Staat aber offenbar keine Ausnahme, wiewohl die jeweiligen Motive sich erheblich unterscheiden mögen.

8. Geschichte und Zeitgeist

Der Zeitgeist, dem die Regierenden in Bonn in die Segel blasen und blasen lassen, wirkt spätestens seit den Tagen von Bitburg darauf hin, unter die deutsche Vergangenheit der Jahre von 1933 bis 1945 den sanften Schlussstrich zu ziehen. Immer wieder dagegen angehende Störenfriede, wie beispielsweise die Autoren der Hamburger Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen, machten da schon genug Ärger. Nun kam dieser Goldhagen und erzeugte das spürbare Interesse eines Teils der amerikanischen Öffentlichkeit an einem Thema, das nach dem Urteil der Politiker ihren ideologischen und außenpolitischen Vorsätzen nicht förderlich sein konnte. Denn den tschechischen Nachbarn sollte gerade unter Berufung darauf, dass man selbst die Lektionen der Geschichte gelernt und verinnerlicht habe, eine Erklärung abgefordert werden: das auf diplomatischem Papier angefertigte Schuldbekenntnis. Mit diesem Buch – gleichgültig ob der Autor das beabsichtigte oder nicht – erhob sich indessen erneut die Frage, ob, wann, wodurch und was die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt hatten. Und sie erhob sich so, dass sie sich nicht nach der seit 1990 praktizierten Weise abtun ließ, wonach es die Ostdeutschen seien, die nach den Jahren des ihnen „verordneten Antifaschismus“ und der „Instrumentalisierung der Geschichte“ durch die DDR-Führung nachholen müssten, was die westdeutsche Volksmehrheit längst hinter sich gebracht habe. Gegen diese Wirkung half auch nichts, dass Goldhagen beteuerte, die Deutschen des Jahres 1996 seien ganz und gar andere Menschen als ihre in seinem Buch beschriebenen Vorfahren[71], dass er den Heutigen demokratisch-humanistische Gesinnung und Haltung attestierte und erklärte, die Gesellschaft, die sie bilde-

---

Klaus Hildebrandt, Hans Mommsen, Erich Mende (das ist der frühere Vizekanzler der Bundesrepublik und vormalige Ritterkreuzträger der deutschen Wehrmacht) und Ralph Giordano und in München: Christian Meier, Manfred Messerschmidt und der israelische Historiker Moshe Zimmermann und von der FAZ Frank Schirrmacher. Es ist nicht bekannt, dass einer der Moderatoren oder ein Teilnehmer den faktischen Ausschluss von „Ostdeutschen“ auch nur bemerkt hätte. Hingegen war es einer der „Ostdeutschen“, der in einer Betrachtung nach und zu „Goldhagens Reise durch Deutschland“ kritisch fragte: „Wäre nicht wenigstens ein marxistisch geprägter Historiker oder Schriftsteller angemessen gewesen?“, dem er indessen sogleich seine Rolle zuwies. Er wäre nämlich der Öffentlichkeit einen „Offenbarungseid“ schuldig gewesen und hätte zu dem „zu Recht bestehenden westlichen Vorwurf“ sich äußern müssen, wonach „die DDR sich unter Berufung auf den Antifaschismus (der einer der Führung war) aus der gemeinsamen Schuld und Verantwortung herausgenommen“ wurde. In: Neues Deutschland, 21/22. September 1996. Doch ist nichts bekanntgeworden, dass die Veranstalter nach einem Historiker oder Schriftsteller gesucht haben würden, der sich derart gegen Goldhagen hätte vorführen lassen. Denn der hatte in allen seinen Stellungnahmen zum gegenwärtigen Deutschland und seinen deutschen Bewohnern darauf verzichtet, sich – was ihm bekannt sein mochte – dazu zu äußern, warum alle bisherigen Umfragen noch immer ausweisen, dass die Verbreitung von antisemitischen Ansichten und Stereotypen in den einst zur DDR gehörenden Gebieten geringer ist als in jenen der Altbundesrepublik.

71 Im Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches äußerte sich Goldhagen so: „Die Niederlage im Krieg und der Aufbau eines demokratischen Systems in Nachkriegsdeutschland sorgten dafür, dass im öffentlichen Bereich an die Stelle der alten antidemokratischen und antisemitischen Vorstellungen neue demokratische Überzeugungen und Werte traten.“ S. 13.

ten, sei so gefestigt, dass er Strafgesetze gegen Nazitaten als vollständig überflüssig ansehen könnte.[72]

Welchen Wert man solchen Aussagen auch immer beimisst, Goldhagen hat es in allen seinen Äußerungen unterlassen, zwischen den heutigen Deutschen in den alten und den neuen Bundesländern zu differenzieren. Dabei ist es unwahrscheinlich, denn er verhielt sich gegenüber der historiographischen Literatur der DDR mit Nichtachtung, dass er darum wusste, dass sie wie die Geschichtspublizistik dem Thema „Die Deutschen und die Verbrechen der faschistische Diktatur an Deutschen und den Angehörigen anderer Völker und Nationen“ zeitiger Aufmerksamkeit schenkte als die westdeutsche. Kein Zufall, beispielsweise, dass die für Laien schwer erreichbare und wegen ihres Umfangs kaum lesbare 42-bändige Ausgabe des Protokolls und der Dokumente des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher von 1945/46 durch den Völkerrechtler Peter Alfons Steiniger, der an der Humboldt-Universität lehrte, auf eine informative zweibändige Ausgabe verkürzt wurde, die in den fünfziger Jahren mehrfach erschien[73] und der ein Pendant in der BRD nicht an die Seite gestellt werden kann. Kein Zufall, dass in den achtziger Jahren die vielbändige Dokumentation „Europa unterm Hakenkreuz“ in Gemeinschaftsarbeit von Historikern und Archivaren begonnen wurde. Ihr Erscheinen war 1990 nicht abgeschlossen. Sie überdauerte die „Wende“ und konnte unter der Herausgeberschaft des Bundesarchivs weitergeführt werden.[74]

Was die Deutschen auf dem Kontinent verbrochen hatten, wurde so mehrfach dokumentiert und schuf mit vielen anderen Publikationen dem Antifaschismus einen Teil seiner geistigen und emotionalen Basis. Dass Schuld und Verantwortung für Aufkommen, Sieg und Verbrechen des deutschen Faschismus in der Historiographie der DDR auf „das Kapital“ reduziert worden sei, ist eine Legende, die sich von vereinfachenden Darstellungen nährt. Nur haben die Geschichtsschreiber im ostdeutschen Staat es abgelehnt, die Sicht auf die Deutschen im Naziregime auf die gleichmacherische Melodie zu stimmen „Sie waren allzumal Sünder“, sondern sich an die alsbald nach Kriegsende unter anderem von amerikanischen Juristen gerichtsnotorisch gemachte Tatsache gehalten, dass es im Hinblick auf Verantwortung und Schuld der Deutschen Abstufungen gibt. Deren Einebnung war selbstredend das Anliegen von Personen und Kräften, denen solch differenzierende Betrachtung einen größeren oder herausragenden Schuldanteil zumessen musste.

9. Das früherworbene Verdienst von Georg Lukács

Die von Ausnahmen aufs Ganze gesehen geteilte Reaktion von (nach ihrer Herkunft, nicht nach ihrem gegenwärtigen Arbeitsort[75]) west- und ostdeutschen Historikern mag sich mehr noch daraus erklären, dass im marxistischen Geschichtsdenken die Frage, welchen Anteil Massen von Deut-

---

72 Diese Auffassung vertrat Goldhagen in einem Fernsehgespräch, dem ersten, das mit ihm von einem deutschen Sender aufgenommen und ausgestrahlt wurde. Es diente der Vorbereitung seiner Deutschlandtournee. Sein Gesprächspartner war der Bundestagsabgeordnete der CDU, das (damalige) Mitglied des CDU-Bundesvorstands, Friedman, der zugleich Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland ist.

73 Der Nürnberger Prozess. Aus den Protokollen, Dokumenten und Materialien des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P. A. Steiniger, Bd. 1 u. 2, Berlin 1957.

74 Die achtbändige Dokumentenedition wurde von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nester herausgegeben. Der erste Band erschien 1988: Die faschistische Okkupationspolitik in Osterreich und der Tschechoslowakei (1938-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Helma Kaden. Es folgten: 1989 der entsprechende Band über Polen (Werner Röhr), 1990 die beiden über Belgien! Luxemburg/Niederlande und Frankreich (jeweils Ludwig Nestler), 1991 Sowjetunion (Norbert Müller), 1992 – von da an mit der Zählung und unter der Herausgeberschaft des Bundesarchivs als Bd. 6 Jugoslawien! Griechenland/Albanien! Italien/Ungarn (Martin Seckendorf) und Bd. 7 Dänemark/Norwegen (Fritz Petrick), schließlich als Ergänzungsband: Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik (Werner Pöhr). Der die Reihe abschließende achte Band ist Ende 1996 erschienen.

75 Dazu siehe neuerdings eine Bilanz über die zwischen 1990 und 1996 eingetretenen personellen Veränderungen, die den wissenschaftlichen Stab der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin betreffen: Dokumente gegen Legenden. Berlin 1996.

schen an den Verbrechen des Regimes besaßen, früh gestellt und mit der Einschränkung der Vorläufigkeit auch beantwortet wurde. Einer der ersten, der das Thema aufnahm, welches die politische Linke doppelt peinigte – denn es widersprach auch allen ihren Hoffnungen, Erwartungen und Vorhersagen –, war der ungarische Philosoph Georg Lukács. Er schrieb 1941(42), von Moskau nach Taschkent evakuiert, eine Studie[76], deren Grundgedanken zum Teil später in sein Werk „Die Zerstörung der Vernunft" eingingen. Seine Erkenntnisse wurden gewonnen, als das Massenmorden an unheilbar Kranken noch nicht bekannt und die Tötung der Juden und Zigeuner (Sinti und Roma) noch nicht auf jene menschenfressenden Touren gebracht worden war, die erst im Verlauf des Jahres 1942 erreicht wurden. Lukács schrieb, als er sich wohl noch kaum vorzustellen vermochte, dass Millionen sowjetische Soldaten in deutscher Gefangenschaft zugrunde gingen, an Nahrungsmangel, Unbehaustheit, Seuchen, Misshandlungen und durch nackten Mord.

Werden die Aussagen des Philosophen denen Goldhagens zugeordnet, dann ergibt sich eine gleichsam konfrontative, aufschlussreiche Struktur. *Erstens*: Die Machthaber im faschistischen Deutschland erreichten bereits in den Vorkriegsjahren im Kampf gegen die politischen Widersacher eine quantitative Steigerung der an den Exzessen Beteiligten, und zwar in einem Ausmaß, „dass diese Steigerung ins Qualitative umschlägt".[77] Seit der Etablierung des Regimes würden auch Kreise außerhalb von Militär und Polizei zu Tätern, zu Exekutoren des Terrors, gemacht. *Zweitens*: Die deutschen Machthaber hätten „breiteste Massen" des deutschen Volkes nicht nur innenpolitisch, sondern „auch außenpolitisch und militärisch" an den barbarischen Untaten mitschuldig gemacht.[78] *Drittens*: Die ideologische Wurzel und zugleich ein wichtiger Antrieb dieses Verbrechertums sei in den national- und rassenchauvinistischen Lehren des deutschen Faschismus zu erblicken, denen zufolge gegenüber „rasse-" und „volksfremden" Menschen „alles erlaubt sei" und „den Untermenschen gegenüber jede moralische Hemmung, jedes sittliche Gebot aufhört".[79] *Viertens*: Was sich im Innern wie nun in den eroberten Ländern sadistisch austobe, sei nicht allein durch die verheerenden Wirkungen der barbarischen Ideologie, sondern auch durch weitere Faktoren verursacht: durch moralische Korruption, durch den momentanen Sog der Propaganda, durch den Druck des Terrors und durch das Beispiel der „Vorbilder", die mordend vorangingen.[80] Dazu komme der „Führermythos", der stärkste Erzeuger des bedingungslosen Befehlsgehorsams. Dieser Mythos rufe gedanklich wie praktisch die Widerstandsunfähigkeit derjenigen hervor, die nicht zu den entschlossenen Faschisten zählten.[81]

Dieses Bild ist offenkundig erheblich differenzierter als das Goldhagens. Hingegen steht Brownings Interpretation ihm nahe, mochte dieser die Arbeit des Marxisten gekannt haben oder nicht, bevor er sich in die Akten vertiefte. Lukács vermochte vor allem zu sehen, dass es zwischen den Verbrechen der deutschen Faschisten während der sogenannten „Kampfzeit" in den Jahren der Weimarer Republik, dann jenen in der Phase ihrer Herrschaft vor dem Kriege an ihren Gegnern und denen, die sie dafür hielten, und den Untaten seit Beginn von Krieg und Eroberung einen Zusammenhang gab, dass die eskalierende Barbarei zunehmend Opfer und Täter forderte. Er erkannte einen Prozess, den man Barbarisierung der Barbaren nennen kann.

Die geschichtliche Aufklärung über Täter- und Mittäterschaft der Deutschen bewegte sich nach 1945 im Osten Deutschlands, bevor es noch eine Geschichtswissenschaft gab, die sich der Frage zuwandte, auf dieser „Lukácsschen" Linie. Eine Verkürzung der Urheberschaft der unübersehbaren Zahl von Untaten auf Hitler, seine Clique und die SS wurde abgelehnt. Für viele andere Beweise

---

76 Georg Lukács: Wie ist Deutschland zum Zentrum der reaktionären Ideologie geworden. In: Ders.: Zur Kritik der faschistischen Ideologie, Berlin 1989. Das 1941 in Taschkent begonnene, dann nach der Rückkehr nach Moskau offenkundig beendete oder überarbeitete Manuskript wurde zuerst 1982 in Budapest veröffentlicht. Siehe darin besonders Abschnitt IV: Der Faschismus als theoretisches und praktisches System der Barbarei. Jedoch finden sich die Passagen, aus denen im Folgenden zitiert wird, nicht in der „Zerstörung der Vernunft".

77 Ebenda, S. 352

78 Ebenda, S. 355.

79 Ebenda, S. 369.

80 Ebenda, S. 356.

81 Ebenda, S. 357/358.

mag stehen, dass der erste in den Studios der DEFA gedrehte Spielfilm mit dem Titel „Die Mörder sind unter uns“ als den Organisator eines Massakers in Polen die Figur eines Wehrmachtsoffiziers vorführt. Doch spielte das Thema der Täterschaft nicht allein deshalb eine besondere Rolle, weil der zunächst von der antifaschistischen Minderheit getragene Wille zur grundlegenden Wende existierte. Seine Erörterung im politischen Alltag war auch erzwungen durch die kollektive Haftung, in welche die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone genommen wurden, die nach einer Begründung verlangte. Allein die Last von Reparationszahlungen und -lieferungen erforderte – man denke an die ideologische Ausbeute der Reparationsbestimmungen nach dem Ersten Weltkrieg und deren Folgen – eine Antwort auf die Frage, warum nicht nur die Führer, sondern auch die Gefolgschaft im direkten wie im übertragenen Sinne zahlen müssten.

10. Ältere und jüngere Forschungen

Obwohl also die „ostdeutschen“ Historiker Grund hatten, auf eine Vorläuferschaft zu verweisen, die nicht nur Fragen formuliert hatte, sahen sie doch keinen Grund, Goldhagens Buch mit abwinkenden Kommentaren wie „Nichts Neues“, „Hinter den Forschungsstand zurückführend“ und ähnlichen zu versehen und derart davon abzuraten, es zu lesen. Das Gewicht ihrer Kommentare lag zunächst auf der Feststellung, dass Goldhagens Untersuchung des Massenmordens vorhandene Erkenntnisse weiter fundiert habe. Dieses Verdienst würde auch dadurch nicht geschmälert, dass keines seiner speziellen Themen aus der Geschichte des „Holocaust“ eine Neuentdeckung darstellte. Über die Rolle der Polizeibataillone hatte Heiner Lichtenstein vor allem aufgrund seiner Beobachtungen während der Gerichtsprozesse, die in der Bundesrepublik stattgefunden hatten, eine Studie geschrieben, die sich mit den „grünen Helfern“ der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und der SS befasste.[82] Doch trat deren Anteil an der Judenvernichtung keineswegs tief in das allgemeine Bewusstsein. Übrigens fehlte auch in der schon erwähnten „Enzyklopädie des Holocaust“ ein Stichwort „Polizeibataillone“, es kommt darin nur als Kennzeichnung für litauische kollaborierende polizeiliche Einheiten (Policiniai Bataliónai) vor. Erst bei der Abhandlung des Stichwortes „Ordnungspolizei“ werden die deutschen Bataillone erwähnt, die sich in Polen und auf dem Gebiet der UdSSR durch besondere Grausamkeit bei „Gewaltakten gegen Juden“ hervortaten.[83]

Was sich hinter Begriffen wie „Lager“ und „Arbeitslager“ verbarg und absichtsvoll verborgen wurde, ist ebenfalls in vielen Arbeiten, vielfach erst in jüngster Zeit, enthüllt und aufgedeckt worden. Aus der Vielzahl der in Deutschland vorgelegten Forschungsarbeiten sei auf diejenigen von Hermann Kaienburg[84] ausdrücklich verwiesen, weil sie über den speziellen Wert der Tatsachenermittlung hinaus die vielzitierte Textstelle aus der Eichmann-Niederschrift über Reinhard Heydrichs Rede auf der „Wannsee-Konferenz“ entschlüsseln hilft, wonach „im Zuge der Endlösung“ die „arbeitsfähigen Juden straßenbauend“ in Gebiete des Ostens „geführt“ werden sollten.[85] An einem Spezialfall, den Lagern an der strategischen Trasse mit dem Namen „Durchgangsstraße IV“, konnte er zeigen, dass die an der Judenvernichtung beteiligten deutschen Täter über die polizeilichen Wachmannschaften der Lager hinausreichten und sich die Juden unter der Aufsicht von Angehörigen der Albert Speer unterstehenden „Organisation Todt“ und auch von Mitarbeitern privater deutscher Straßenbaufirmen bei Schwerstarbeit zu Tode schinden mussten. Nachdrücklich zu verweisen ist auf die Arbeit von Gudrun Schwarz, die einen weiten Blick auf das Ausmaß und die Typen der Lager eröffnet hat.[86]

---

82 Heiner Lichtenstein: Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“, Köln 1990.

83 Enzyklopädie Holocaust, S. 1069/1070.

84 Hermann Kaienburg: Jüdische Arbeitslager an der „Straße der SS“, in: „1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts Hamburg 1996, Heft 1, S. 13-39.

85 Nürnberger Dok. NG-2586. Mehrfach abgedruckt, u. a. in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz: Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“, Berlin 1992, S. 102-112.

86 Gudrun Schwarz: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt 1990 (in einer überarbeiteten Ausgabe als Bd. 13215 in der vom Fischer Verlag herausgegebenen Reihe „Die Zeit des Nationalsozialismus“).

Die Deportationsmärsche in der Endphase des Krieges, in deren Verlauf sich Massaker auf Massaker und wahre Orgien der Judenvernichtung ereigneten, waren mehrfach Gegenstand von juristischen und historischen Recherchen und Darstellungen und sind es bis zum heutigen Tage in Polen, Deutschland und Österreich. In der DDR waren die Leidens- und Todeswege, auf die Häftlinge der Lager Sachsenhausen und Ravensbrück getrieben wurden, in Ortschaften besonders markiert. Es fanden wiederholt Gedenkmärsche zur Erinnerung an die Opfer statt. Gegenwärtig bemühen sich im sächsisch-bayerisch-tschechischen Grenzgebiet deutsche und tschechische Organisationen darum, die Verbrechen jener Endzeit der Naziherrschaft im Gedächtnis von Nachgeborenen zu halten, die sich in der direkten Lebenswelt ihrer Großeltern und Eltern und häufig vor deren Augen zutrugen.

Auf einem Symposium in Wien wurden im Juni 1996 Ergebnisse von Forschungen österreichischer Wissenschaftlerinnen über die „Todesmärsche" referiert, so unter anderem über die der ungarischen Juden im „Reichsgau" Steiermark und im Burgenland im März und April 1945. Die Recherchen befassten sich auch mit der Rolle der britischen und der österreichischen Gerichte, von denen Täter angeklagt und abgeurteilt wurden.[87] Dass Angehörige der Gendarmerie, des rasch formierten Volkssturms und der herbeigezogenen Hitlerjugend auf den Märschen ungarischer Juden in Richtung auf das Konzentrationslager Mauthausen zu Massenmördern wurden[88], ist jedenfalls in der österreichischen Geschichtsschreibung seit langem bekannt und durch Gerichtsprozesse alsbald nach den Untaten festgestellt worden, zu deren Urteilen Todesstrafen gehörten, die vollstreckt wurden.

Diese ganz unvollständige Aufzählung mag zweierlei verdeutlichen. Zum einen, dass die zentralen Themen der Untersuchung Goldhagens von jüngeren Wissenschaftlern in mehreren Ländern erforscht worden sind und weiter untersucht werden. Und zum anderen, dass keines der aus anderer Feder vorliegenden Werke auch nur annähernd die Aufmerksamkeit in Medien und dann in der Öffentlichkeit gefunden hat wie das Buch des Amerikaners. (Josef Joffe, mit der deutschen Journalistik als Leiter des Ressorts Außenpolitik in der „Süddeutschen Zeitung" vertraut, hat gefragt: „Hätte das Buch den gleichen Furor entfacht, wenn der Autor Peter Müller hieße und an der Universität Oldenburg lehrte?") Daran mag sich wiederum eine doppelte Frage anschließen, der hier jedoch nicht nachgegangen werden kann: Welche Rolle spielt in der Ausbildung von Studenten der Geschichte und dann in der Betreuung von Doktoranden der Gedanke, wie deren Arbeitsergebnisse, wenn sie es denn verdienen über die Fachgenossen hinaus bekanntgemacht werden? Und: Denken die Medienmächtigen in Deutschland an ihre alle anderen Möglichkeiten weit überragende Fähigkeit, Arbeiten junger Wissenschaftler bekanntzumachen, d. h. zunächst einmal die Aufmerksamkeit auf ihr Vorhandensein zu lenken?

Auch als sich in Deutschland vor Fernsehkameras die Debatten über das Buch Goldhagens zutrugen, blieb die Chance solche neueren Arbeiten und deren Autoren ins Gespräch zu bringen, weitgehend ungenutzt. Weder ein deutscher Verleger noch ein Fernsehdirektor haben offenbar erwogen, Goldhagen jüngere deutsche Kollegen als Partner von Debatten vorzuschlagen. Dabei besteht kein Mangel an Forschern, die an den gleichen oder ähnlichen Archivbeständen gearbeitet haben, aus denen Goldhagen schöpfte. Vielleicht hätte er sich auch selbst eine solche Konfrontation wünschen können?

11. Der Autor in deutschen Großstädten

Was zu seinem Buch und dem aktuellen Umfeld seiner Forschungen immer gesagt werden kann, es ist inzwischen erwiesen, dass es Vergessenes und Verdrängtes, aber auch nie in dieser Schärfe Wahrgenommenes ins öffentliche Bewusstsein der Deutschen rufen konnte, denn das geschah, wie sich nun schon mit Bestimmtheit sagen lässt – wenn auch in einem freilich schwer zu bestimmenden Grad. Walter Manoscheks Feststellung bezeichnet den Punkt, an dem das Verdienst des ameri-

---

87 So äußerte sich Eleonore Lappin vergleichend über die Gerichtsprozesse gegen Täter der „Todesmärsche" in der Steiermark, die vor britischen und österreichischen Gerichten stattfanden, und Eva Holpfer behandelte den Umgang der politischen Öffentlichkeit im Burgenland mit den Prozessen, deren Gegenstand die Massaker entlang der österreichisch-ungarischen Grenze bildeten.

88 Walter Manoschek: Der Judenmord als Gemeinschaftsunternehmen, in: Profil, 29. April 1996, und in: Goldhagen-Kontroverse, S. 159.

kanischen Forschers einzuordnen ist: „Je detaillierter die Forschung, desto erschreckender das Gesamtbild.“[89]

Wie in Veranstaltungen, die in den USA stattgefunden hatten, so gehörte die Sympathie des Publikums in den großen Sälen, in denen Goldhagen mit deutschen Forschern debattierte, dem Gast aus den USA. Diese Reaktion mag auf beiden Seiten des Ozeans gleiche und voneinander abweichende Gründe haben. In ihnen drückte sich wohl nicht immer sachbezogene Parteinahme aus. Subjektives mischt sich da umso mehr ein, je stärker die breite Öffentlichkeit vor allem durch das Fernsehen in ihren Beobachtungs- und Urteilsgewohnheiten geprägt wird. Die Art des Auftretens, das Reden, Schauen und Gestikulieren, Zurückhaltung oder Schlagfertigkeit, ganz allgemein: der Unterhaltungswert, woran immer er gemessen werden mag, lenken vom eigentlich zu Beurteilenden mindestens ab, wenn sie nicht überhaupt objektive Bewertungen ganz in den Hintergrund drängen. Die Organisatoren der Talkshows, und zu dieser Kategorie gehörten die Veranstaltungen, interessiert nicht das denkbare aufklärerische Resultat, sondern die Einschaltquote.

Die Historiker selbst können sich in dieser Entwicklung längst nicht nur als Objekte oder gar als Opfer sehen. Sie sind kräftig beteiligt, die ‚Ansprüche“ von Medien zu bedienen und sie, nicht immer nur für uneigennützige, aufklärerische Zwecke zu nutzen. Nicht anders verfuhr auch Goldhagen. Es mag für Leser von Büchern hilfreich sein, wenn ihnen Klappentexte und Reklamezettel Aufschluss über den wissenschaftlichen Werdegang und frühere Arbeiten von Autoren geben. Warum aber muss sich ein Erforscher der Geschichte im Zusammenhang mit seiner Arbeit überhaupt dazu äußern, ob er das morgendliche Zeitungslesen mit dem Anzeigen- oder mit dem Sportteil beginnt? Warum muss er seine Leser darüber informieren, dass er schon als Schulkind in unterer Klassenstufe ein „sehr akademisches“ Verhältnis zum jetzigen Gegenstand seiner Forschungen besaß?[90] Mittlerweile gibt es – sicher nicht sehr viele – Künstler und Sportler, die darauf bestehen, nach ihren Leistungen beurteilt zu werden und sich rundheraus weigern, zum Medientratsch beizusteuern. Kurzum: Auch der Beifall für Goldhagen in den Sälen deutscher Großstädte mag bunten Motiven entsprungen sein. Er könnte nur durch Befragungen nach verursachenden Faktoren gesondert werden. Die erwähnten Hinweise auf das Alter des Forschers mögen insbesondere den jugendlichen Teil des Publikums, der ähnliche herablassende Behandlung im Arbeitsalltag erfahren mag, für Goldhagen eingenommen haben.

Doch spricht manches dafür, dass nicht nur die jüngeren Teilnehmer ausdrücken wollten, dass sie mit der ganzen und zudem mit der in jeder Hinsicht ungeschminkten Wahrheit über die deutsche Geschichte zu leben wünschen. Es könnte in dieser Zustimmung auch ein Element des Protestes dagegen sich geäußert haben, dass in Deutschland Kräfte auf dem Marsch sind, die diesen Anspruch zurückdrängen, mehr noch: seine Befriedigung verhindern wollen. Schlimm wäre es, wenn sich in der Parteinahme für den ausländischen Gast aber vor allem ein Verhalten gezeigt hätte, dass gemeinhin in die Kategorie „Generationskonflikt“ eingestuft wird. Die ältere Generation der (west)deutschen Forscher hat zur Geschichte des „Holocaust“ wissenschaftliche Leistungen von internationalem Rang vorgelegt. Und es wäre nichts anderes als dumm, würden sie im eigenen Lande – nach dem bekannten Sprichwort – geringgeschätzt. Nur bleibt die Frage, warum diese Verdienste sich für die Nichtfachleute bisher nicht oder kaum an Büchern festmachen lassen. Es wäre wohl zu einfach, die Antwort darauf einzig in einem Defizit an Reklame zu suchen. Zu viele Vermutungen! Daher: Zurück von der Aufnahme des Autors in deutschen Landen zu seinem Werk.

12. Goldhagens Buch als Herausforderung

Die Mängel- und Irrtumsliste von „Hitlers willige Vollstrecker“ ist lang. Der Autor hat Bekanntes ignoriert, das sich in den eigenen Gedanken- und Argumentationsgang nicht einordnete und das schon bewiesen Geglaubte wieder fraglich machte. Seine Methodologie erweist sich im höchsten

---

89 Ebenda, S. 157.

90 Das berichtete Daniel J. Goldhagen Henryk M. Broder, der es auch nicht für sich behalten konnte und es in der Zeitschrift „Der Spiegel“ (20. Mai 1996, S. 58) mitteilen musste.

Grad als angreifbar, u. a. durch die Verweigerung der vergleichenden „Gegenprobe“. Und dennoch haben Kritiker in allen Ländern auf den Gewinn verwiesen, der sich aus dieser Arbeit beziehen lässt. Er ergibt sich nicht nur auf den erwähnten Themenfeldern seiner Forschungen, die mit den drei Stichworten Polizeibataillone, Lagersystem, Todesmärsche bezeichnet worden sind. Goldhagens aggressives Hervortreten fordert dazu heraus, wieder und neu über festgeronnene Praktiken des gedanklichen und sprachlichen Umgangs mit der deutsch-faschistischen Vergangenheit nachzudenken. Das gilt für die internationale Zunft der Historiker und in einem speziellen Sinne für ihren deutschen Zweig. Beginnen wir mit dem letzteren.

Goldhagen schreibt von „Deutschen“, während hierzulande eingeübt und zweifelsfrei zumeist von „Nationalsozialisten“ geschrieben wird. Damit ist jener Etikettenschwindel übernommen, dessen sich die Parteigründer der NSDAP bedienten. (Gleichzeitig wird denjenigen, die den Terminus „deutsche Faschisten“ bevorzugen, das Vergehen der Verharmlosung unterstellt, weil sie die Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem „deutschen Nationalsozialismus“ einebnen würden.) Das landesübliche Verfahren, das in der wissenschaftlichen Monographie ebenso angetroffen werden kann wie im Schulbuch und in der Politikerrede, könnte hingehen, wenn der Gebrauch des Begriffs aufgelöst würde. Wer ist jeweils gemeint? Die Parteimitgliedschaft? Und wenn, dann nur sie? Gab es nicht – in der Wehrmacht geregeltermaßen – „Nationalsozialisten“ ohne Parteibuch? Wie viele waren das? Es kann kaum bestritten werden, dass der eingebürgerte Sprachgebrauch eine intensivere Untersuchung der Massenbasis des Regimes blockiert und seiner bis heute beunruhigenden Wahrnehmung im öffentlichen Geschichtsbewusstsein entgegensteht. Denn Massenbasis bedeutete nicht nur Stimmvieh, Jubelspaliere, hysterische Kundgebungen, marschierende Kolonnen und all das, was Fernsehsender in deutsche Wohnzimmer regelmäßig zur Unterhaltung liefern, sondern es bedeutete eine vielfache und sich verbreiternde Täter- und Mittäterschaft – auch beim Morden. Dass Goldhagen mit dem Begriff „die Deutschen“ vielfach unabgewogen umgeht, sollte nicht als Ausflucht benutzt werden, sich dem ungelösten Problem zu stellen, die Beteiligten so deutlich wie möglich zu benennen, statt sie durch die Verwendung von nichtssagenden und unausgefüllten Begriffen schwer erkennbar werden zu lassen.

Goldhagen hat Frage und Antwort nach den Antrieben der deutschen Täter und nach deren Herkunft verkürzt, und das erregte den einhelligen Widerspruch der Fachleute und stieß darüber hinaus auf die Ablehnung auch derer, die, ohne Spezialisten des Problems zu sein, um die Komplexität geschichtlicher Erscheinungen und Prozesse wissen. Gleichzeitig war die Akzeptanz des Vereinfachten verbreitet. Goldhagen selbst hat sich vor allem darauf berufen, dass die überlebenden Opfer seiner Deutung zustimmten. Das ist selbstredend kein Wahrheitsbeweis. Mehrere Kritiker haben darauf verwiesen, dass die Version von den „willigen Vollstreckern“ gerade simple Vorstellungen bedient. Mitchell G. Ash hat für die USA die Wahrscheinlichkeit hoch angesetzt, dass Goldhagens Interpretation bereits vorhandene Stereotype verfestigen werde.[91] Und für Israel schrieb Moshe Zimmermann, dass „der grausame Charakter der Deutschen und der ‚ewige deutsche Antisemitismus‘“ dort stets „als gängige Erklärung für die Schrecken der Shoah herangezogen wurden“, so dass die Laien – anders als die Historikerschaft – Goldhagens Werk „als bloße Bestätigung ihrer Positionen“ und also keineswegs mit Überraschung hätten annehmen können.[92] Diese Mitteilungen könnten für deutsche Historiker zusätzlicher Anstoß sein, zu prüfen, ob ihre bisherigen Forschungen die Antwort auf die Frage nach den Tätern, denen an den Schreibtischen, in den verschlungenen bürokratischen Linien der Befehle, Weisungen und Anordnungen und denen „vor Ort“ auf genügend breiten und festen Grund gestellt haben.

Auf der Grundlage internationaler Gemeinschaft entstand in der Bundesrepublik das Werk „Dimension des Völkermords“.[93] Dessen Autoren wiesen nach, wie groß die Zahl der Opfer unter den eu-

---

91 Mitchell G. Ash: Die Debatte über Goldhagen im Internet. In: „die tageszeitung“, 16. Juli 1996.

92 Moshe Zimmermann: Die Fußnote als Alibi, in: Goldhagen-Kontroverse. S. 147.

93 Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz, München 1991 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, 33)

ropäischen Juden war. Die Bedeutung dieser Forschungsergebnisse ist für die Auseinandersetzung mit politisch interessierter oder einfach bornierter Ignoranz kaum zu überschätzen. Ein „paralleles“ Werk über die Zahl der Täter existiert bisher nicht. Es könnte gegen eine andere Art von Geschichtslügen stehen. Und es müsste die komplexe Motivstruktur der Mörder und ihrer Büttel und Helfer zu erfassen suchen und würde so – in diesem Punkte ein „Anti-Goldhagen“ – ebenso gegen Beschönigungen (der Täterzahl) wie gegen Vereinfachungen (ihrer Antriebe) stehen. Solches Werk ließe sich auch als eine Gemeinschaftsarbeit von Historikern, Rechtshistorikern und Sozial- und Individualpsychologen vorstellen.

Den Schnüfflern nach dem „ritualisierten Antifaschismus“ in der DDR ist auch der „ostdeutsche“ Beitrag eines Psychologen entgangen. Hans-Dieter Schmidt verband seine Kritik an Goldhagens Verabsolutierung „des individuell verinnerlichten eliminatorischen Antisemitismus als Motivationsquelle“ der Täter mit der Feststellung, dass der Autor sich bei seiner Motivationssuche nicht um die Einbeziehung der – gerade auch durch amerikanische Wissenschaftler vorangetriebenen – soziologischen und psychologischen Aggressionsforschung bemüht, ja deren Ergebnisse negiert oder leichthin abgetan habe. Jedoch dürften Erkenntnisse zur „strukturellen Gewalt“, über Gewaltakzeptanz und latente Gewaltbereitschaft, zu sozial-situativen „gruppendynamischen Stimulationsbedingungen“ und weitere nicht unbedacht bleiben. Sie wären, selbst wenn sie nicht mit dem Blick auf den Judenmord, sondern bei der Beschäftigung mit späteren historischen Fakten, mit Erscheinungen des Alltags und im Experiment gewonnen wurden, für seine Analyse unentbehrlich.[94]

13. Ignoriertes und Ausgelassenes

Goldhagens Herausforderung sollte nicht nur im Streit über Erforschtes und gegen Behauptetes angenommen werden. Eine Auseinandersetzung im Disput wie durch Forschungen erfordert auch das ‚Ausgelassene“. Dazu ist vieles schon angemerkt worden. Insbesondere gilt das für seine Sicht auf die Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgung in Deutschland vor dem 30. Januar 1933. Die Erwiderung an die Kritiker, er – Goldhagen – hätte über dieses und jenes noch mehr schreiben können, kann nicht bezweifelt, aber auch nicht ernst genommen werden. Denn die Einwände betrafen das Vorbeidenken und Vorbeischreiben an gewichtigen Tatsachen und das erwiesene Unvermögen, die Entwicklung der geistigen, emotionalen und praktischen Judenfeindschaft in Deutschland als einen Prozess darzustellen, der Kontinuitäten und Diskontinuitäten aufwies. Dadurch wurden mehr Geheimnisse „geschaffen“ als enträtselt. Und gleichzeitig geraten dadurch denkwürdige Zusammenhänge, Verdienste von politischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen aus dem Kampf gegen den Antisemitismus aus dem Blickfeld. Sie erscheinen als ganz zu vernachlässigende Größen. Davor warnend, schrieb Reinhard Kühnl: „Wir würden uns geistig wehrlos machen, wenn wir die humanistischen, demokratischen, sozialistischen und antifaschistischen Traditionen, die – obgleich immer wieder unterdrückt – doch auch in Deutschland lebendig waren, aus unserem Bewusstsein löschen lassen würden.“[95]

Nur eben: So viele hochverdienstvolle Einzelforschungen aus „deutschen“ Federn und Computern geschrieben wurden, wer könnte für die anderthalb Jahrhunderte ‚vor Hitler‘ auf eine „Geschichte von Antisemitismus und Anti-Antisemitismus in Deutschland“ verweisen?[96] Es würden darin namentlich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Verdienste der deutschen Linken ebenso wie die Grenzen ihrer Konzepte und Handlungen einen besonderen Platz besetzen. Damit erscheint jedoch die Aussicht auf ein solches Werk begrenzt, denn die Mehrheit der deutschen Historiker-

---

94 Hans-Dieter Schmidt: Die Bestialität im Menschen, in: „Neues Deutschland“, 21./22. September 1996.

95 Reinhard Kühnl: Kampf ums Geschichtsbild, in: „junge Welt, 24. Juni 1996.

96 Die Situation ist auch durch eine Bemerkung Hans-Ulrich Wehlers bezeichnet, der in einer dpa-Umfrage zur Reaktion Goldhagens auf seine Kritiker in Deutschland u. a. dessen fehlende Bereitschaft kritisierte, den Antisemitismus in Deutschland mit dem in anderen Ländern zu vergleichen und hinzufügte: „Das wären 20 Bücher mehr gewesen, die er hätte lesen müssen, dann hätte er eine ganz nuancierte Geschichte des Antisemitismus gehabt.“ Für den Forscher Goldhagen war das zweifelsfrei zumutbar. Doch ist damit auch die Lage charakterisiert, in die ein „Normalkonsument“ nach wie vor versetzt ist, der sich zu informieren trachtet.

schaft „wirkt“ nicht nur konservativ.[97] Und es gibt Themen, mit denen sich in Deutschland Historiker-Karrieren nicht fundieren lassen.

14. Der geschichtliche Ort des „Holocaust“

Ausgelassen, genauer verfehlt hat Goldhagen aber vor allem eine Antwort auf den geschichtlichen Ort des Massenmords an den europäischen Juden in der deutschen und der europäischen Geschichte. Ihm schien die Behauptung ausreichend, das Verbrechen sei das Produkt des Zusammentreffens der von „eliminatorischen Antisemitismus“ beherrschten willfährigen Deutschen mit Hitler und jener Führungsgruppe, die von den gleichen Gedanken und Wünschen des Judenmords beherrscht wurden. So geriet – Goldhagen zufolge – die deutsche Entwicklung definitiv in Richtung nach Auschwitz. Keine der leisen Einschränkungen, die Goldhagen zu dieser seiner ehernen These im Buch und in Diskussionen nach dessen Erscheinungen bot, korrigieren dieses sein Bild auch nur nennenswert.

Wie er die Ideologie des deutschen Faschismus und der deutschen Tätermassen auf den Antisemitismus zusammenschrumpfen lässt, so reduziert er den deutschen Faschismus als politische Aktion und staatliche Herrschaft „auf ein Unternehmen zum Zwecke des Judenmords“.[98] Wie Kühnl kritisiert auch Manfred Weißbecker, dass das Gesamtprogramm der faschistischen Machthaber ganz außerhalb des Gesichtsfeldes geblieben sei: das Ziel „Großdeutschland“ und die kriegerische Expansion mit den sich vor allem auf Osteuropa richtenden „Germanisierungsplänen“.[99] Lakonisch merkte Kopelew an: „Goldhagen scheint wirklich zu glauben, dass Sinn und Zweck des von Hitler begonnenen Krieges ein globaler Holocaust, eine Vernichtung aller Juden gewesen sei. So werden Mittel und Zweck verwechselt.“[100]

Doch – wie erwähnt – verkürzt sich auch bei Goldhagen nicht nur die Vorstellung vom Zweiten Weltkrieg auf die eine Figur und „mörderisch rassistische“ Ziele. Hitler mit einer Clique von Antisemiten gelten ihm als die Urheber der faschistischen Herrschaft, in der sie „ihre privaten mörderischen Wahnvorstellungen“ zu verwirklichen trachteten.[101] Gemeinsam hätten sie sich von der Errichtung des Regimes an ganz auf den Kampf gegen die Juden konzentriert. Wer solche These stützen will, muss weglassen. Und so beginnt der Naziterror 1933 auch nicht mit der Verfolgung der politischen Gegner, der Errichtung von Konzentrationslagern, der Illegalisierung der entschlossensten Widersacher, sondern mit einem „eliminatorischen Anschlag“ gegen die Juden, wie Goldhagen den Boykott des 1. April nennt.[102] Es erweist sich als eine zu ermüdende und natürlich auch unerfreuliche Arbeit, die Spur solcher Auslassungen von wesentlichen Fakten schon für die Zeit des Vorkriegs zu verfolgen.

Und was den Zweiten Weltkrieg anlangt, so erstrebte ihn Hitler vor allem, um die Gelegenheit zu gewinnen, „die sogenannte Judenfrage zu lösen“, wie Goldhagen den „Spiegel“-Lesern in einem Gespräch mit dessen Herausgeber erklärte.[103] Die Veränderung Europas nach Hitlers „Ideal“ bedeutet im Verständnis des Buch-Autors einzig die Schaffung eines Kontinents ohne Juden. (Daneben existieren für ihn nur „andere Politikbereiche“, die zu beschreiben er schon für überflüssig hält.[104])

---

97 Im Untertitel des „Zeit-Berichts über den 41. Historikertag hieß es: „Die Geschichtswissenschaft wirkt in ihrer Mehrheit konservativ und zufrieden“. (Ausgabe vom 27. September 1996) Was ist das, die „Mehrheit“ einer Wissenschaft?

98 Reinhard Kühnl: Kampf ums Geschichtsbild, in: „junge Welt“, 24. Juni 1996.

99 Manfred Weißbecker: Goldhagens Suche und die Reaktionen, in: „antifa“, Jg. 1996, Heft 10, S. 27. Ähnlich äußerten sich der Autor der Ausstellung über die Wehrmachtverbrechen, Hannes Heer, und – diesem zustimmend – Ulrich Schneider in: Die Debatte um „Hitlers willige Vollstrecken“, hrsg. von der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Hannover o. J., S. 10.

100 Lew Kopelew: Im Widerspruch zur Geschichte, in: „Die Zeit“, 27. September 1996.

101 [Goldhagen] S. 199 und Vorwort, S. 9.

102 [Goldhagen] S. 197.

103 Jg. 1996, Heft 33.

104 [Goldhagen] S. 196.

Angesichts dieses Bildes des deutschen Faschismus an der Macht muss man kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, dass sich noch ein ganz anderes Echo les- und hörbar machen wird, nachdem diese Verkürzung in Staaten Ost- und Südosteuropas wahrgenommen worden ist.

Ja, aus Goldhagens Buch ist nichts zu gewinnen, was die Antwort auf die Frage nach dem geschichtlichen Ort des Verbrechens und den Triebkräften vertiefen würde, die eine Gesellschaft, die deutsche, bis an diesen Punkt ihrer Geschichte gebracht haben. Da waren Judenverfolgung und Judenmord in einen Blickwinkel zu nehmen, der aus dem Bereich der Ideologie herausführte und gesellschaftliche Interessen erfasste, die sich in der Zeit von der Vorbereitung des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs dominierend geltend machten.

Das sei weder Goldhagens Forschungsfeld noch -ziel gewesen? Er habe es mit den Tätern zu tun? Doch in diesen Prozessen, in denen diese Interessen bis in revolutionäre Formen umkämpft waren, lebten die künftigen Täter. In diesen Zeiten wuchsen sie heran, besuchten sie Schulen und Universitäten, schlossen sie sich Parteien und anderen politischen Organisationen an, waren sie die Mörder in der Uniform von kaiserlichen (deutschen und österreichischen) Soldaten, wirkten sie als Schläger und Fememörder der faschistischen und anderen gewalttätigen Bürgerkriegsorganisationen usw. usf.

Wie sich die vorherrschenden geistigen Prozesse in der deutschen Gesellschaft nicht auf den Antisemitismus verkürzen lassen, so auch die Biographien der Täter nicht darauf, im Antisemitismus unterwiesen worden zu sein und Judenfeindschaft praktiziert zu haben. Diese Feststellungen sind ebenso banal wie notwendig angesichts eines Verfahrens, das – nolens volens – daran erinnert, dass die bloße Feststellung von Tätern, die Ermittlung ihrer Zahl und ihrer Motive heute keiner sorgfältig arbeitenden polizeilichen oder juristischen Ermittlungsbehörde genügt, die den vergleichsweise einfachen Fall eines alltäglichen Gruppenverbrechens untersucht. Dessen Aufklärung ist dort auch mit der zweifelsfreien Feststellung vorhandener Täterinteressen nicht erledigt. Denn selbst wenn ein solches Interesse nachgewiesen ist, muss es nicht mit dem des denkbaren Auftraggebers identisch sein.

15. Von Ursachen und Interessen

In der Auseinandersetzung mit Goldhagen aber ist die Frage nach den „Tätern hinter den Tätern“ oder anders ausgedrückt: nach dem komplexen Ursprung des Verbrechens keineswegs scharf gestellt worden. Die einfältige These, das Verbrechen geschah, weil es massenhaft auf die Untat erpichte, sich zu ihr drängende Täter gab, wurde kaum mit einer Gegenthese konfrontiert, die das „Wozu“ und das „Warum“, die Fragen nach Absicht, Zweck und Ziel markant bezeichnet haben würde. Das mag zunächst einmal in der Schwierigkeit liegen, welche die Formulierung einer einprägsamen, unvereinfachten Antwort macht. Doch spiegelt sich in dem Mangel auch der Stand von Forschungen wider. Mehr noch: Mitunter wird derartiges Fragen überhaupt abgelehnt, weil es in Bezirke führe, in denen Antworten prinzipiell nicht zu erhalten wären. Daher scheinen die Begriffe „Ursache“ und „Interesse“ in der „Holocaust“-Forschung überhaupt selten auf. (Raul Hilberg macht mit seiner freimütigen Feststellung eine Ausnahme, dass die Aufklärung der Ursachen nicht in seiner Forschungslinie lag.)

Goldhagen hat eine Tätergruppe und ihre Handlungen von dem „Darüber“ weitgehend abgetrennt und dies mit der Feststellung gerechtfertigt, die Mordenden seien ihren eigenen Antrieben gefolgt, die von Staats wegen nur freigesetzt worden seien. Dies einen Moment als richtig unterstellt, bliebe doch die Anschlussfrage: Geschah dies zur bloßen Befriedigung dieses massenhaften Täterwunsches? Goldhagen hat den Blick in einer wichtigen Teilfrage geschärft, ihn auf das Generalthema aber auch vernebelt. Er ist nach einer Methode von Anatomen oder Pathologen verfahren, die aus einem toten Körper ein Organ sezieren und betrachten, nicht aber die des Historikers. Während die Mediziner unter Umständen konstatieren können, sie hätten die „Wurzel“ des Übels auf diese Weise gefunden, ist der Misserfolg eines Historikers, der analog verfährt, vorfixiert.

Angesichts des vereinfachenden Bildes vom Judenmord der Deutschen und dessen Wirkung stellt sich wieder die Frage nach der Überzeugungskraft des Gegenbildes. Ist es der Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Ablauf eines halben Jahrhunderts gelungen, ihre weit aufgefaserten For-

schungen zu den Hauptfragen der Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 zusammenzuführen? Jedes von Deutschen an Deutschen und den Angehörigen anderer Nationen, Völker und anderen Menschengruppen begangene Verbrechen weist seine Besonderheiten auf und macht es durch sie unverwechselbar. Das eine kann von allen anderen separiert werden: nach den Opfern und ihrer Anzahl, dem Zeitpunkt und dem Ausmaß, den Antrieben und den Folgen, der Täter- und der Mittäterschaft, nach Informierten, Mitwissenden und Ahnenden. Doch alle diese Verbrechen gehören in anderer Weise wieder zusammen und das nicht nur deshalb, weil sie sich in einer klar abgrenzbaren Phase deutscher Geschichte ereigneten und sich in einem von allen anderen deutlich zu unterscheidenden Staatswesen zutrugen. Auch kann diese Zusammengehörigkeit mit dem konjunkturellen Begriff „Rahmenbedingungen“ nicht erfasst werden.

Die Verbrechen des Regimes entsprangen seinem barbarischen Wesen und galten seinen menschheitsfeindlichen Zielen. Ideologie und Interessen sind zusammenzudenken und beide in ihrer Vielfalt. Vernichtung ist als ein, aber doch nicht als das „letzte“ Ziel zu begreifen – eine Verwechslung, die übrigens auch durch den Begriff vom „rassenideologischen Vernichtungskrieg“ begünstigt wird. Die Endsiegvorstellungen von einem dauerhaft unter deutscher Herrschaft existierenden kapitalistischen „Europa unterm Hakenkreuz“ und die bereits im Kriegsverlauf begonnenen und auch nach der Kriegswende weiter getriebenen Anstrengungen zu seiner Verwirklichung brachten den Judenmord hervor, wie sie acht Jahre zuvor die brutale Ausschaltung der antifaschistischen Kräfte der Arbeiter- und der – schwachen – demokratischen Bewegung gezeitigt hatten. Das kann und muss hier im Einzelnen nicht nachgezeichnet werden.

Davon aber weiß Goldhagen nichts. Doch an dieser „Blindstelle“ haben sich auch nicht wenige seiner deutschen Kritiker kaum aufgehalten und dieses Defizit meist widerspruchslos hingenommen. Wer von Interessen redet, gerät in der deutschen Zunft alsbald unter den Verdacht, er verfechte eine „ökonomische“ Erklärung des Verbrechens und reduziere es auf Gewinn und Profit in Reichsmark. Goldhagen hat, was immer er sich an Verdienst zurechnet und was ihm, das ist weniger, als Verdienst zugerechnet werden muss, die Schallmauer der „Holocaust“-Forschung nicht erreicht. Denn sie „verläuft“ dort, wo das interessengeleitete imperiale Gesamtprogramm der deutschen Eliten und dessen Beziehungen zu den Massentötungen untersucht und erfasst und zusammengeführt wird.

Was war der deutsche Faschismus an der Macht? Die Antwort auf diese Frage wird im nächsten Jahrhundert an deutschen Schulen mit großer Wahrscheinlichkeit lauten: ein judenmörderisches System. Auf dem Weg dahin liegt der Beitrag des amerikanischen Forschers im Trend. Doch da ist seine bohrende Frage nach den Deutschen und nach deren besonderen Wegen durch die Geschichte. Sie ergab den Stachel, der das nationale Fleisch plagt, das konservative und liberale und selbst das demokratische. Eine nationale Front scheint im Entstehen. Zwischen dem Streit der Jahre 1986/87 und der Gegenwart liegt das Jahr 1990. Nicht nur die „Mauer“ ist in Deutschland gefallen. Auch geistige Grenzverläufe haben sich verändert.

16. Sorgen um das Deutschlandbild

Beruhigt werden muss über das größere Deutschland vor allem das Ausland. Das tat in ihrem Aktionsfeld frühzeitig die Deutsche Botschaft in Washington. Im Mai 1996 gab sie an die deutschen Generalkonsulate und Konsulate in den USA Empfehlungen, wie „wir reagieren sollen“. Eine „aktive Informationspolitik, die die Diskussion nur anheizen würde“ sei nicht zu empfehlen. „Unverfänglich dagegen“ wäre eine „Berufung auf den Autor selbst“. Der habe nämlich geschrieben, „dass sich die Deutschen nach 1945 fundamental geändert“ hätten. Um diese Vorgehensweise zu unterstützen, stellte die Botschaft eine Reihe von einschlägigen Goldhagen-Zitaten zusammen.

Die Herrschenden in Deutschland und ihre Apparate beschäftigte das deutsche Ansehen schon immer mehr, als dass sie den beunruhigenden Ursachen über deutsche Zustände nachgegangen wären, die von In- und Ausländern zu verschiedenen Zeiten und aus unterschiedlichen Anlässen festgestellt wurden. Mitunter wurde gegen solchen Ansehensverlust mit erpresserischen Mitteln vorgegangen. Das drastischste Ereignis bildete der „Judenboykott“ am 1. April 1933, mit dem Kritiker des Naziregimes im Ausland zum Schweigen gebracht werden sollten. Darauf folgten Versuche, die Ver-

breitung des „Braunbuches gegen Reichstagsbrand und Hitlerterror“ im Ausland zu verhindern. Bemerkenswert, dass – nahezu ein Menschenalter später – wieder einmal um das Bild von Deutschland und Deutschen gehakelt und gerangelt wird. Mit einem Unterschied freilich: Damals – 1933 – ging es um die politische Kritik am sich eben blutig etablierenden System, heute – 1996 – um die historische Kritik, die jedoch noch immer eine politische Dimension besitzt.

17. Die Frage nach dem Zivilisationsbruch – ein Abweg?

Und nun und zum Schluss, nachdem so viel von den Herausforderungen, die sich aus Goldhagens Buch für die deutsche Geschichtswissenschaft entnehmen ließen und von den Schwierigkeiten gehandelt worden ist, die dem entgegenstehen, ein Wort darüber, worin eine Wirkung des Buches bestehen könnte, die – träte sie tatsächlich ein – sich unter allen als die negativste erweisen müsste. Indem Goldhagen – und noch einmal: das ist sein Verdienst – von deutschen Tätern schreibt, hat er doch das Verbrechen auf Deutschland und dessen Geschichte verkürzt. Dahin gehört es, aber dahin gehört es nicht allein. Gewiss, in keinem europäischen Land hätten nichtdeutsche Judenmörder verbrechen können, was sie taten, wären ihnen nicht zuvor durch die Deutschen ihre Handlungsräume eröffnet, zugewiesen und dann geschützt worden. So sind Haupturheberschaft und Haupttäterschaft und folglich auch Hauptverantwortung und Hauptschuld festgemacht. Doch weder intellektuelle Verweigerung noch politisches Kalkül können aus der Welt schaffen, dass der „Zivilisationsbruch“, den der Mord an Kranken und Hilflosen, an Juden, Zigeunern und Slawen darstellt, eine europäische Erscheinung war und das nicht nur, weil Deutschland in Europa liegt.

„Warum geschah es in Deutschland und warum taten es die Deutschen“, bleibt die eine, „Warum war es in Europa nahe der Mitte des 20. Jahrhunderts unter nicht erzwungener Beteiligung von so vielen Europäern möglich“, die andere der zu beantwortenden Fragen. Goldhagen hat richtig gefragt? Doch er hat auch den Blick in eine Richtung hochverbaut. Ash drückte in einem Beitrag die Sorge aus, die Annahme von Goldhagens Sicht und gar die Diffamierung jeder Differenzierung als Verharmlosung und Leugnung von Tatsachen könnte „alle bisherigen Versuche zunichtemachen“, neben den spezifisch deutschen Wurzeln der Shoah auch ihrem Ursprung in bestimmten Entwicklungen der Moderne Rechnung zu tragen.[105]

Andere wieder stehen dieser Frage- und Forschungsrichtung skeptisch und ablehnend gegenüber. Sie meinen, wenn „der Holocaust zu einer Chiffre der Moderne verdunkelt“ werde, würden die Opfer, die Täter und der deutsche Antisemitismus verschwinden.[106] Rainer Erb hat aber recht: Dass sich die „deutsche Perspektive“ erweitert (d. h. nicht: dass damit der deutsch-faschistische „Holocaust“ aus dem Blick oder auch nur an den Rand des Blickfelds geraten muss), ergibt sich unausweichlich daraus, dass das „Vertrauen in den Zivilisationsprozess“ durch eine Vielzahl von Tatsachen seit „Auschwitz“ immer wieder und nahezu jeden Tag aufs Neue erschüttert wird.[107]

Wenn deutsche Historiker die mehrfache Herausforderung des amerikanischen Forschers annehmen würden, erwürben sie sich auch die Legitimation, dessen Verbauung niederreißen zu helfen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, sie wollten damit zum Zwecke der Ablenkung auf „die Anderen“ zeigen. Goldhagens Buch muss sich also nicht als unüberwindbare Hürde erweisen, die zweite der beiden Fragen aufzunehmen und sich zu vergegenwärtigen, von welch fundamentaler Bedeutung es sein könnte, die Anstrengungen vieler auf ihre Beantwortung zu verwenden.

Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Bulletin Nr. 7. Thema: Daniel J. Goldhagens Buch und seine Kritiker. Edition Organon, Berlin 1996, S. 26-67.

---

105 Mitchell G. Ash: Die Debatte über Goldhagen im Internet, in: „die tageszeitung“, 16. Juli 1996.

106 So wird die Befürchtung Dan Diners referiert, ausgesprochen in einer Podiumsdiskussion in der Düsseldorfer Kunsthalle. S. den Bericht „Die Wiederkehr der Schuldfrage?“ In: Frankfurter Rundschau, 10. Mai 1996.

107 Rainer Erb, a. a. O., S. 832.

„Die Schattenseiten der deutschen Herrschaft“

Mit welchem Geschichtswissen ziehen deutsche Soldaten zum Balkan? Wie an einer Universität der Bundeswehr verharmlost wird

Das eben erschienene Buch lässt sich nicht aus der Hand legen, ohne dass sich die Frage einstellt, mit welchem Geschichtswissen Offiziere der Bundeswehr zum Balkan geschickt werden. Ist doch da aus der Feder eines Professors an der Bundeswehr-Universität in München zu lesen: Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien „sicherten sich Deutschland und Italien Grenzgebiete“ In Griechenland unternahmen die „deutschen Verwaltungsorgane anerkennenswerte Bemühungen“, um „das Land zu befrieden“ Dass dort die Bevölkerung unter der deutschen Vorherrschaft weithin hungerte, lag daran, dass „die englischen Getreidetransporte ausblieben“, und auch an den Partisanen, welche „die Transportwege von Deutschland über den Balkan“ gefährdeten. Dass das ganze Gebiet zwischen 1941 und 1944 nicht in Frieden lebte, verursachten nicht die Eindringlinge, sondern die „mörderischen Kämpfe, die zwischen den Balkanvölkern einsetzten“ Diese Formulierung lässt die Absicht nun schon mehr als durchscheinen. Wer, wie immer behelmt, 1995 nach Bosnien zieht, unternimmt eine Befriedungsmission, die zweite nach der missglückten unterm Hakenkreuz. Nach Ansicht des Dozenten Franz W. Seidler von der Bundeswehr-Universität erging es noch besser als den Südslawen deren weiter nördlich wohnenden Verwandten, den Tschechen. Und zwar zu einer Zeit, als Neurath, Heydrich und Frick auf der Prager Burg regierten. Sie seien das einzige in Mittel- und Osteuropa lebende Volk gewesen, dem „die völkische, kulturelle und wirtschaftliche Substanz fast im ganzen Umfang erhalten blieb.“

Keine Erinnerung an Massaker

Kein Gedanke wird auf das Schicksal des Dorfes Lidice in Böhmen verwendet. Keine Erinnerung existiert an die Massaker, welche nach dem Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor verübt wurden. Unbekannt die toten tschechischen Soldaten, die in Armeen der Alliierten gegen Nazideutschland kämpften.

Das Zitierte findet sich in einer Publikation, deren Gegenstand die Zusammenarbeit von Angehörigen einiger Nationen mit den Nazis während der Kriegsjahre und zur Zeit der Okkupation bildet. Die deutschen Eroberungen in Ost- und Südosteuropa, so lautet das Generalurteil von Seidler, bot allen, die bis dahin Autonomie oder Souveränität nicht erreicht hatten, letztmals die Chance, an bestehende Nationalstaaten ihres Volkstums angegliedert zu werden. Denn, nachdem im Frieden die „Sudetenfrage“ gelöst worden sei, die von den Volksdeutschen in Polen erwartete Befreiung durch die Wehrmacht eingetreten war, hätten auch die im zerschlagenen polnischen Staat lebenden Ukrainer, die „Gründung eines eigenen Staates erhoffen können“ – jedoch nur nach einem definitiven Sieg Deutschlands über Polen und die UdSSR.

In den okkupierten Staaten West- und Nordeuropas lebten die Einwohner geradezu idyllisch, als Terboven und Quisling in Oslo, Seyß-Inquart in den Haag, die deutschen Generale in Paris residierten: „Dem kleinen Mann gingen keine Vergnügungen ab: Sportveranstaltungen, Kinos und Theater gab es wie vor der Besetzung. In den Gasthäusern, Tavernen, Cafés, Bistros und Bars traf man sich wie bisher“. Mehr noch der Segnungen: „Ein erheblicher Teil der Bevölkerung wurde von dem geistigen Neuaufbruch mitgerissen, der nach der Niederlage einsetzte.“ Denn: „Jeder Übergriff eines deutschen Soldaten gegen die Landesbevölkerung wurde geahndet.“ In Frankreich ermöglichten die „fairen Waffenstillstandsbedingungen“ von Compiègne gar „eigene Initiativen.“ Selbst im besetzten Territorium der Sowjetunion wären es erst „die Zwangsmaßnahmen der deutschen Zivilverwaltung“ gewesen, die 1942 Ernüchterung eintreten ließen.

Zwangsmaßnahmen und Verfolgung sind das Äußerste an Begrifflichkeit, das dem Autor aus der Feder kommt, wo von Raub, Plünderung, Brandschatzung, Vertreibung, systematischem Massenmord geschrieben werden müsste. Kommt er schließlich auf den „Stimmungsumschwung der Bevölkerung der besetzten Gebiete“, zählt er Zwangsrekrutierung für den Arbeitseinsatz in Deutschland, Exilpropaganda, Erfolge der Alliierten, Druck der Widerstandsbewegungen als dessen Ursa-

chen auf, „und vieles mehr“. „Vieles mehr“, das sind seine Gleichwörter für Geiselnahme und Geiselmord, Vertreibung von Haus und Hof, Niederbrennen ganzer Dörfer, auch für Judenmord. Der solche Kennzeichnungen peinlich vermeidet, wenn es um Europa unterm Hakenkreuz geht, und mit Bezug auf die Jahre 1939 bis 1945 tatsächlich von den „Schattenseiten der deutschen Herrschaft in Europa“ schreiben kann, dem stehen Vokabeln beliebig zur Verfügung, sobald er von der Abrechnung der gepeinigten Bevölkerung mit denen handelt, die den deutschen Imperialisten und ihren Bütteln zur Hand gingen. Da konstatiert er „regelrechte Pogrome“, „Schauprozesse“, „Ausrottung“, „Vernichtungsorgien“. Genug.

Vorwarnung ist angebracht

Franz W. Seidler arbeitet als Professor für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozial- und Militärgeschichte an besagter Bundeswehr-Universität in Bayerns Hauptstadt. Dort wirkt er mit seinem Kollegen Michael Wolfssohn zusammen, dessen Kampfeslust andere Richtungen nimmt. Seidler forscht u. a. über „Fragen der personellen Bedarfsdeckung der Streitkräfte, der Militärgerichtsbarkeit und der historischen Legendenbildung“ Da nicht angenommen werden kann, dass er doppelzüngig den Kursanten der Hochschule in Lehrveranstaltungen eine andere Sicht anbietet, als er sie in diesem Buch niedergelegt hat, versteht sich das Vorstehende als eine Anzeige. Sie richtet sich zum einen an den Personalchef der Bundeswehr, der sich fragen sollte, ob der Mann zur „personellen Bedarfsdeckung“ wirklich notwendig ist. Und sie richtet sich an Redaktionen und Verlage in den einst von den Truppen des deutschen Faschismus eroberten Ländern. Sie könnten prüfen, ob es nicht nützlich ist, dem Inhalt dieses Buches in ihren Staaten eine gewisse vorwarnende Verbreitung zu sichern.

Sicher, ein biographisches Handbuch über die Kollaboration ist wünschenswert. Es müsste wohl aus internationaler Gemeinschaftsarbeit von Spezialisten entstehen. Faktenfehler wären auch dann nicht gänzlich auszuschließen. Solche wie in diesem Band aber gewiss. Dass Seyß-Inquart nie Gauleiter von Wien war, hätte sich ebenso leicht feststellen lassen wie das korrekte Datum des Endes der Deportationen der ungarischen Juden. Zehntausende von ihnen würden die Befreiung erlebt haben, wenn Horthy dem Verbrechen zu dem im Buch angegebenen Datum ein Ende gesetzt hätte.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 6./7. Januar 1996, S. 11.

„An Herrn Generalissimus Stalin ...“

Die Greußener Jungs – ein doppelter Leidensweg

An die Tragödien in Faschismus und Krieg reihten sich die im Nachkrieg. Diese folgten jenen nicht wie der Tag der Nacht. Das erweist sich auch an den Ereignissen, die dieses Buch dokumentiert. Sie betrafen direkt 38 Einwohner der nordthüringischen Kleinstadt Greußen, die zumeist den Geburtsjahrgängen zwischen 1921 und 1929 angehörten und den Krieg nur infolge von Glücksumständen überstanden hatten. Einige waren noch jünger. Zwei konnten schon all deren Väter sein.

Das Unheil begann für alle im Herbst und Winter 1945 mit den rasch aufeinanderfolgenden Verhaftungen, sämtlich unter der Anschuldigung, eine Werwolf-Organisation gebildet zu haben. Es setzte sich fort im Gefängnis der NKWD in der Kreisstadt Sondershausen, in dem auch die Farce eines Gerichtsprozesses stattfand, zu dem sogar einige Bürger der Stadt als Zeugen geladen waren. Es endete für die Mehrheit der Gefangenen tödlich im Sonderlager 7 in Sachsenhausen. Nur vierzehn überlebten dort, einige auch die Leiden in Gefängniszellen von Torgau und Bautzen.

Die Geschichte hatte schon Juliane Geick in dem 1994 uraufgeführten und zu wenig bekanntgewordenen Dokumentarfilm „Sechs Weihnachten“ (Ostfilm, Hoffmann & Loeser) berichtet. Da kamen vier Überlebende zu Wort. Nun sprechen Schriftstücke von einem doppelten Leidensweg, denn einen zweiten durchschritten die Eltern, Frauen und Freunde der Opfer. Sie kämpften über Jahre darum, ihre Söhne und Männer „wiederzubekommen“, von denen sie inzwischen nicht nur glaubten, sondern wussten, dass sie unschuldig waren. Einer der Initiatoren der Verhaftungswelle war, wie es in der Notiz auf einer Justizakte lapidar hieß, „ein Lump“ mit einem Parteibuch der KPD. Ihn trieben nicht Rachegelüste eines ehemaligen Häftlings der Nazis an. Nach eigener Aussage hatte er die Werwolfsspur gelegt, um auf sich aufmerksam zu machen und derart ein „Verdienst“ sich zu erwerben, dass bei seinem weiteren Einsatz berücksichtigt werden müsste.

Der Mann kam 1946 in Haft, wurde 1947 angeklagt und zu Gefängnisstrafe verurteilt, vorzeitig entlassen, jedoch, nachdem das Urteil kassiert worden war, 1949 wieder inhaftiert, erneut vor Gericht gestellt und diesmal zu Zuchthausstrafe verurteilt. Doch wird dieses Urteil nicht rechtskräftig. Nur Wochen nach der Gründung der DDR war der Täter auf freiem Fuß, der – was ihm da noch nicht bekannt ist – nicht allein, aber in (wenn auch für ihn nicht vorhersehbarer) Tatgemeinschaft das Leben von zwei Dutzend Menschen auf seinem Gewissen hat.

Über Jahre befassten sich Ministerpräsidenten und Minister der Regierung Thüringens, General- und Oberstaatsanwälte in Gera und Weimar, Funktionäre der politischen Parteien und der FDJ, die Justizverwaltung (später das Ministerium) in Berlin, immer wieder angestoßen durch die Initiativen der Eltern und deren Rechtsvertreter, mit dem Urheber des Unheils und der Aufklärung der Vorgänge. Permanent brachte der in Eisenach residierende Bischof Mitzenheim das Schicksal der Inhaftierten und Verschleppten gegenüber dem Chef der Sowjetischen Militär-Administration in Thüringen in Wort und Schrift in Erinnerung.

Nicht nur die in völliger Unwissenheit über den Aufenthalt ihrer Angehörigen gelassenen Greußener vermeinten, dass dem Unrecht am ehesten ein Ende gesetzt werden könnte, wenn die ganze gemeine Ungeheuerlichkeit des Ursprungs der Verfolgung gerichtsnotorisch gemacht sei. Das erschien als der einzig gangbare Weg, um schließlich diejenigen zu beeindrucken, die den „Jungen“ allein das Tor zur Freiheit öffnen konnten. Das war eine folgerichtige Überlegung und zugleich eine naive Vorstellung. Sie fand ihren Ausdruck schließlich in einem Gemeinschaftsbrief, dessen Adresse lautete „An Herrn Generalissimus Stalin ...

Es bleibt des Autors Geheimnis, warum er seine Dokumentation und deren knappe Zwischentexte abrupt abbricht. Geicks Film hatte noch eine Andeutung von den weiteren Wegen der Überlebenden gegeben und dadurch auch die Perspektive auf die biographischen und darüber hinaus auf die gesellschaftlichen Folgen des Unrechts eröffnet. Dessen Bilder vor Augen war die Frage unabweisbar, warum den Schuldlosen, nachdem manche Hilfeleistung für ihre Genesung unternommen wurde, zu DDR-Zeiten nie öffentlich Gerechtigkeit widerfuhr. Es hätten die Bescheide darüber zumeist an

Bürger der Bundesrepublik adressiert werden müssen. Die Geschichte der „Greußener Jungs“, die – der Untertitel führt in die Irre – gerade keine Werwölfe Hitlers waren, sucht einen Novellisten oder einen Balladendichter. Er könnte sich finden, bevor noch die in Moskau zu vermutenden Akten zugänglich sein werden.

Günter Agde, Die Greußener Jungs. Hitlers Werwölfe, Stalins Geheimpolizei und ein Prozess in Thüringen, edition reiher im Dietz Verlag Berlin 1995, 283 S.

Neues Deutschland, Freitag, 19. Januar 1996, S. 13.

Kein Schaum vorm Maul?

Ein neues Buch „eines erfahrenen Vergangenheitsbewältigers der Nach-Wende-Zeit“

Historiker wie Laien, auf das hier anzuzeigende Buch angesprochen, erklärten unumwunden, sie seien außerstande, es über die ersten Seiten hinaus zur Kenntnis zu nehmen. Die mir das sagten, bevor ich den Band selbst zur Besprechung erhielt, nehmen an jenem Prozess teil, der „Aufarbeitung deutscher Geschichte“, in anderem Munde „Vergangenheitsbewältigung“ genannt wird. Damit ist derzeit zumeist noch ausschließlich die Beschäftigung mit dem 1990 untergegangenen deutschen Staat gemeint.

Von ihm handelt auch Wolffsohns Buch vor allem. In seinen Kapiteln werden dessen antifaschistisches Vermächtnis und das Verhältnis von Geist und Macht erörtert, soweit es von Staatswegen bestimmt war. Der Autor befasst sich mit der Israel-, der Arabien- und der USA-Politikder DDR. Mit letzterer unter dem Gesichtspunkt, inwieweit die offene und umstrittene Frage der materiellen „Wiedergutmachung“ von Raub, Unrecht und Leid, die Juden im Nazistaat erlitten, der Normalisierung der Beziehungen zwischen der transatlantischen Weltmacht und demostdeutschen Staat hinderlich im Wege standen. Der Gegenstand des Buches kann es demnachnicht sein, der Verweigerung verursacht. Was dann?

Eine Antwort lässt sich in einer durchaus unvollständigen Aufzählung von Wörtern und Wortverbindungen ablesen, die der Professor an der Münchener Hochschule der Bundeswehr benötigt, um sich über Personen, Ereignisse und Prozesse der Geschichte auszudrücken. In den Buchseiten begegnen dem Leser „der gute Mensch aus Dresden“ und „ein Christenmensch“, „MfS-Normannen“, „Erich & Co“ und „Rotstein & Co“, der „Präsident der DDR-Juden“ unddder „Chef der Ost-Berliner Juden“, ein „jüdischer Hofnarr“ und ein „jüdischer Gruß-August“, ein Mann mit „jüdisch-preußischem Rückrat“ (so im Original) und ein „armer Tropf“, ein berühmter Romancier, der „Schreiber“ genannt, und ein weiterer, der als kein „zweiter Schiller“ apostrophiert wird. Anzutreffen sind ein „Kulturbonze“ und mehrere „jüdische Bonzen“: Ein „Spirituosenkaiser“, und „arabische Lüstlinge“ kommen vor. Ein „Rand-Israeli“ wird attackiert. „Selbsternannte Antifaschisten“ fehlen so wenig wie ein „Wendekommunist“, der „Politstar“ wurde. Und es fließt „Budapester Blut“.

Diese Art, Geschichte darzubieten, ist nicht jedermanns Sache. Wolffsohn wusste das. Nur: wiekam er auf den Gedanken, dass seine Art – eine drastischere Kennzeichnung sei vermieden – sich auszuschreiben, den Stilmitteln „distanzierte Ironie“ und „manchmal bissige Schärfe“ zuzuordnen ist? Wie gar, dass seine Art geeignet sei, „einen Schuss Spritzigkeit und sogar Witzigkeit in die Wissenschaftlichkeit zu bringen“? Ahnend, dass ihm diese Rubrizierung nicht allenthalben abgenommen werden würde, versetzte er vorsichtshalber „Akademikern“, den „verstaubten“, im gleichen Schreibzug einen disziplinierenden Hieb. Fehlende wissenschaftliche Ernsthaftigkeit biete sich so nicht dar. Vielmehr gäbe sich derart ein Historiker zu erkennen, dem schreibend der „Schalk im Nacken“ säße. Das schalkhafte „Budapester Blut“.

Dann wird dem Leser annonciert: „Die Wahrheit und nichts als die Wahrheit werden Sie finden.“ Es mögen auch penetrante Reklame und geschwätzige Belehrsamkeit sein, die mehr als Missvergnügen stiften. „In Deutschland wird Wissenschaftlichkeit oft mit strohtrockener Unleserlichkeit, Gestelztheit und Langeweile verwechselt.“ Das muss in dieser Allgemeinheit derAussage nicht bestritten werden. Doch fallen neuerdings auch andere Verwechslungen vor. Sierühren aus mangelhaftem Unterscheidungsvermögen zwischen den Wortsümpfen der Boulevardpresse und den Anforderungen an begriffliche Exaktheit her. Ohne diese kann zwar Propaganda, nicht aber Wissenschaft auskommen.

In der DDR hätten Autoren, bemängelt der Hochschullehrer zu Recht, sich nicht die Mühe gemacht, in einen Atlas mit einer Karte Israels zu sehen, als sie über das Land am Ostrande des Mittelmeers schrieben. Nur eben: auch in Bayern war wohl eine Autokarte Thüringens aufzutreiben,

um herauszufinden, dass das erwähnte Bad nicht Liebenau, was auch ein schöner Ortsname ist, heißt, sondern Bad Liebenstein.

Eine Wahrheitsprobe vorweg

Das Blut, das in Ungarn floss. Eher beiläufig kommt Wolffsohn auf „den eingefleischten Antisemiten“. Er wird mit der ebenso wenig ironischen wie distanzierten Bemerkung eingeführt, dass er „Kun und die Seinen verjagt“ habe. Da ist von Blut noch nicht die Rede, obwohl es bei dieser „Jagd“ bestialisch zuging. Weiter wird über den KuK-Admiral konstatiert: „Er weigertesich beharrlich, Hitler bei der Vernichtung der Juden zu helfen.“ Im Frühjahr 1943 tat er das noch, was Wolffsohn erwähnt. Ein Jahr später war es mit seiner Weigerung zu Ende, was unerwähnt bleibt. Wolffsohn weiß davon selbstredend: Von Mai bis in den Juli 1944 fuhren Todeszüge mit den ungarischen Juden nach Auschwitz. Da war Horthy Staatsoberhaupt.

Als seine „Beharrlichkeit“ wiederhergestellt war, hatte das kleine Kommando Eichmann mit ungarischer Hilfe etwa eine halbe Million Juden „weggeschafft“, teils direkt in das Vernichtungslager, teils zu Stätten lebensvernichtender Sklavenarbeit. Einhundertfünfzig Seiten weiter wieder eher nebenher – heißt es, darauf Bezug nehmend, dann, auf der „jüngsten Geschichtedes Magyaren-Staates [...] lagen dunkle nationalsozialistische Flecken“. Das Wort „lagen“ stimmt nachdenklich. Wie kommen Flecken von einer Staatsgeschichte? Sie liegen auf ihr, bleibend. Retusche ist möglich.

Der „rote Teufel“

Zur Geschichte der DDR gehören die Verwirklichung wie die Verletzung ihrer eigenen Prinzipien, das bekämpfte und das neugeschaffene Unrecht, die Unterdrückung und das Begehen von Verbrechen. Ohne all das ist die Geschichte dieses Staates nicht zu schreiben. Und vor allem: das eine wie das andere geriet in die Historie der vierzig Jahre nicht zufällig. Beides ist Menschenwerk, hervorgegangen aus dem Handeln einzelner Personen und ganzer Personengruppen. Es entstand nicht nur als Folge persönlichen Versagens, sondern während des Wirkens in gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, die Verhaltensweisen hervorriefen, begünstigten oder ermöglichten. Das Thema hat mithin nicht sein Bewenden, wenn Schuldbekenntnisse von einzelnen und -zuweisungen an einzelne vorgenommen werden. Der derzeitige Streit um diese Vergangenheit wurzelt zum einen in Unwissen und Unwillen, die teils verschuldet, teils unverschuldet angetroffen werden können. Zum anderen entspringt er dem politischen Interesse, ein totes soziales und staatliches System gleichsam mausetot zu schlagen.

Schreibt Wolffsohn über die DDR, kommt er sogleich auf den Teufel. Das Staatswesen gilt ihm als teuflisch, kriminell, Kriminelle hervorbringend, Verbrechen zeugend. Warum und woher der heilige Eifer, mit dem er sich anno 1995 auf diesen Leibhaftigen stürzt? Darüber braucht nicht gerätselt zu werden. Es ist dem Zeithistoriker der Untergang der DDR nicht wunschgemäß verlaufen. Das bezeugen ihm drei Großbuchstaben: PDS, die er frei als „umbenannte SED“ dekuvriert. Die Sprache ist auch ein Verräter. Wolffsohn schreibt, ein Wahlplakat dieser Partei variierend, von „Honeckers bunter Truppe“. So kommt „Witzigkeit auf. Dennoch: die Gründe für dieses gewendete Zitat möchte man, das letzte Politbüro der SED vor dem geistigen Auge, erklärt haben.

Die Existenz der PDS ist dem Autor Beweis schlechthin, dass der Teufel nicht tot sei. Galt einst in deutscher Geschichte „Schlagt ihre Führer tot“, so lautet die zivilisierte Abwandlung der Devise „Schlagt ihr Führer moralisch tot“. Keiner von ihnen soll übersehen werden. Nicht diejenigen, die dafür bloß gehalten werden, und nicht die Toten, könnten sie doch noch aus ihren Gräbern angerufen werden.

Wolffsohns Liste beginnt mit: Gregor Gysi, Stefan Heym, Markus Wolf, Stephan Hermlin, Anna Seghers.

Wer da jetzt nicht mittut, im Kampf gegen die DDR nicht stramm mitgetan hatte oder nun noch hindernd im Wege herumsteht, erhält Seitenhiebe. Die Liste derer ist länger. Auf ihr finden sich Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Egon Bahr, Günter Gaus und die „vielen, vielen anderen“ Unge-

nannten, weil sie „uns“ über die Nichtigkeit der Stasi-Papiere belehren würden. Edgar Bronfman, weil er „zeitweilig unfreiwillig eine Marionette der DDR-Propagandisten“ wurde. Heinz Galinski, weil er „mit der DDR ins antifaschistische Horn blies“. Hans Mommsen, weil er erklärt habe, dass die Wissenschaft über die Totalitarismus-Theorie, die rot und braun gleichsetze, hinausgelangt sei. Der Schlag verwundert, war einleitend doch versichert worden: „Streit über die Frage ‚Rot = Braun‘ beschäftigt uns hier überhaupt nicht“.

„Anmerkungen für Zweifler“

Dem „normalen Leser“, wer immer das sei, wird mitgeteilt, er brauche die Anmerkungen dieses Buches nicht zu lesen. Bestimmt seien sie für „die tatsächlichen, vermeintlichen und Möchtegern-Wissenschaftler“. Denn: „Unsere Fußnoten sind Belege, sie zeigen die Fundstellen an.“ Da ist sie wieder, die Art, die „Witzigkeit“, wenn auch nicht gerade in die Wissenschaftlichkeit, bringt. Und: Fußnotenkriege würden nicht geführt, wird nicht ohne Stolz und mit dem Zusatz beteuert, der „Verzicht fällt uns leicht“. Da mag sich mancher daran erinnern, dass auch der ausdauerndste Krieger eine Kampfpause braucht. Doch ganz wurde das Versprechen nicht eingehalten. Da und dort fügt Wolffsohn ein Lob an und – Krieg hin, Frieden her – ein Warnschuss entfährt ihm in der Etappe der friedlichen Fußnoten doch. „Vorsicht ist geboten“, fügt er einem Literaturhinweis hinzu. Sie wird – Begründung überflüssig – für das Buch eines Historikers angeraten, der Bürger im Reich des Teufels war und, befreit, noch immer forscht und publiziert.

Wenden wir uns in der unerlässlichen Kürze dem Haupttext zu. Und um uns nicht billiger Auswahl schuldig zu machen, der These, die der Autor an den Beginn seines Buches platziert. Sie soll die DDR gleichsam einführend charakterisieren und besagt, dass die Partei- und Staatsführung und in deren Auftrag der Geheimdienst im Nachbarstaat Bundesrepublik Deutschland die erste, weithin Aufsehen erregende antisemitische Untat organisierten. Gemeint sind die judenmörderischen Zeichen, die in der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 an die Synagoge in Köln geschmiert wurden. Sie seien dazu bestimmt gewesen, das Bild des demokratischen Staates weithin zu verdüstern.

Belege, keine Beweise

Wolffsohn wählte für seine Darstellung des Ereignisses die Hauptüberschrift „Roter Staat, Braune Jauche, Gelbe Farbe“ und setzte vor den einschlägigen Abschnitt „Rote Nazis? Liebesgrüße aus dem Osten: Hakenkreuze für den Westen“. Damals, erinnert der Autor, hätte die Bundesrepublik im „Höllenfeuer“ der internationalen Kritik schmoren müssen. Und wer setzte sie dahinein? Das wissen wir schon: der Teufel, der rote.

Das hätten Weitblickende damals schon festgestellt. „Heute wissen wir: Der Pinsel der Schmierfinken wurde von Stasi, KGB und anderen kommunistischen Geheimdiensten gelenkt.“ Ein paar Zeilen weiter wird diese These unerklärt auf „die Ostberliner Regie hinter den Kulissen“ reduziert. Und bald bekräftigend hinzugefügt: Die Spur führte „nach Ost-Berlin“. Von dort wurde die „NS-Keule“ gegen die Bundesrepublik geschleudert.

Wer war zuerst auf Urheberschaft und Zweck dieser Gemeinheit verfallen? Der hatte sie seinen Kabinettskollegen am 20. Januar 1960 enthüllt. Da war die Zahl der „antisemitischen Vorfälle“ seit dem 25. Dezember bereits dreistellig geworden. Sie belief sich bis zum 28. Januar 1960 auf insgesamt 470. Selbst am Regierungstisch wollten jedoch nicht alle, auch nicht der zuständige Bundesinnenminister, dieser Erklärung folgen. Der Außenminister verzichtete darauf, Botschaftern und Gesandten die Deutung des Kanzlers anzubieten. Er hielt sie offenkundig für untauglich, eine beruhigenden Auslandspropaganda zu tragen.

Einer besaß indessen schon damals Beweise: der Verteidigungsminister Strauß wusste, wie er dem Auswärtigen Amt im März 1960 (und uns Wolffsohn 35 Jahre später) mitteilte, dass bereits im Januar 1959 das (ganze – wie viele Mitglieder besaß das?) Zentralkomitee der SED beschlossen hatte, „Aktionskommandos zu bilden und sie nach Westdeutschland zu senden“. Nur kannte der Minister anfänglich den Zeitpunkt ihres Eintreffens nicht. Es war offenbar die Heilige Nacht. Fragt sich, aber fragt sich der Münchener Professor nicht, warum ein für die Verteidigung zuständiger Minister seinem Amtskollegen diese Erkenntnis mehr als ein Vierteljahr vorenthielt?

Jenseits des Atlantiks war schon wenige Tage nach der Untat in Köln ein Mann ebenfalls davonüberzeugt, „dass die antisemitische Welle aus dem Osten gelenkt wurde“. Botschafter Grewe. Zu seinem Leidwesen erfüllten die ihm aus Bonn gelieferten Erklärungen seine Erwartungen nicht. Es müsse, riet er, dieser „Tatbestand“ klar ausgesprochen und belegt werden. Damit aberhatte es seine Schwierigkeit damals, und hat es sie zu Wolffsohns Schreibzeiten noch immer.

Die Beweissumme seines Textes und seiner Fußnoten ist gleich Null. Seine „Belege“ belegen das Vorhandensein von Verdacht und Vermutung (S. Strauß, Grewe). Als deren Antrieb kann leicht der Wunsch ausgemacht werden, das eigene Staatsbild vor dem Ausland zu schonen und kritischer Durchsicht und Revision der Innenpolitik zu entkommen.

Was aber treibt dreieinhalb Jahrzehnte später einen Historiker, darauf eine indirekte Apologie zu liefern? Seine Sorge um die gegenwärtige Bundesrepublik, denn: „Die Stasi ist tot, aber ihre Seilschaften sind durchaus noch lebendig.“ Zwar habe man, wie uns ohne Zahlenangaben versichert wird, „die Täter antisemitischer und ausländerfeindlicher Verbrechen“, die seit 1990 begangen wurden, „meistens gefasst“. Doch wie steht es um die „möglichen Drahtzieher“? Die Rückschau soll die Wachsamkeit in den Tag schärfen. Geht eine Wohnung oder ein Heim von Ausländern in Flammen auf, verbrennen Menschen, dann sucht die Seilschaften des Erich Mielke. Doch stellt der Autor fragend die Möglichkeit in Rechnung: „Und wenn es die heutige Stasi-Nazi-Verbindung wirklich nicht gäbe?“ Und antwortet: „Dann hätten wir nur ein zusätzliches Detail der teuflischen DDR-Politik kennengelernt.“ Der Teufel, der beschlossen hat, kein Teufel mehr zu sein. Marxens Kommentar lautete in vergleichbaren Fällen: Mit größerer Majestät hat nie ein Verstand stillgestanden.

Doch noch einmal zurück zu jenem Weihnachtsabend des Jahres 1959, den zwei „Triebtätern“ im eigenen Staat und den „Drahtziehern“ im Zentralkomitee. Denn nicht unzitiert kann der kostbare Satz bleiben: „Dass sich Arnold Zweig und die anderen Unterzeichner (eines im Januar 1960 an die britische Regierung gerichteten Memorandums – K. P.) über NS-Schmierereien in Westdeutschland empörten, spricht nicht gegen sie.“ So schützt Wolffsohn seine Leser vor abwegigen Gedankengängen.

Die Akte mit dem klemmenden Deckel

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Hier geht es nicht um Billigung oder Verurteilung der Rolle und der Praktiken von Geheimdiensten. Im Besonderen nicht um Parteinahme für oder gegen die Staatssicherheit der DDR. In Rede steht ein Buch, dass den Anspruch wissenschaftlicher Seriosität marktschreierisch erhebt und im ersten Abschnitt des ersten Kapitels nicht mit einem einzigen Dokument beweist, was es zu beweisen vorgibt, ja nicht einmal für wahrscheinlich zu machen vermag, was es behauptet. Stattdessen werden Papiere von Politikern, deren Interessenlage zutage liegt, als Kronzeugnisse präsentiert. Die entsprechenden Fußnoten erfüllen den Tatbestand des Bluffs.

Diese „Deutschland Akte“, soviel Überwindung es kosten mag, sollte doch weithin zur Kenntnis genommen werden. Sie ist ein kulturgeschichtliches Zeitzeugnis besonderer Art. Sie zeigt, wohin eine Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul verkommt. Das politische Generalziel des Autors ist außerwissenschaftlich. Es zielt auf die Rechtfertigung der Aussage, die zeitlich *vor* aller kritischen und im überwiegenden Teil noch zu leistenden Erforschung der DDR-Geschichte lag. Sie lautet: der Antifaschismus dieses Staates war nichts als sein Etikett, ein Schwindel der Mächtigen. Dem stehen ein paar Tatsachen entgegen, die Wolffsohn kennt. Die einstigen Bürger des untergegangenen Staates schneiden bei Befragungen zu den Themen von Antisemitismus und Judenfeindschaft noch immer besser ab als diejenigen in den alten Bundesländern. Auch dafür hat Wolffsohn wieder eine spritzige Erklärung: die Bürger waren besser als der Staat, in dem sie leben mussten. Darüber ließe sich weiterreden. Es könnten zu dem nicht nur den Buchautor irritierenden Befund die Romane der Anna Seghers und des Arnold Zweig, auch die Stefan Heyms und Erzählungen und Verse Hermlins beigetragen haben, auch das Tagebuch des Victor Klemperer, die Denkmäler Fritz Cremers und die Filme Konrad Wolfs und der ganze verordnete und unverordnete Antifaschismus, dessen die roten Teufel nicht Herr werden konnten.

Darüber wird aber nach allen Selbstzeugnissen mit dem Autor dieses Buches nicht gestritten werden können. Sein Vorurteil ist betoniert: „Vom Antifaschismus ... der DDR bleibt nichts.“ Aus dem Satz sprechen Prophetie und Handlungsvorsatz. Was ihm als einzig als ein schwer zulüftendes Geheimnis erscheint, ist die Zählebigkeit jener Ansicht, die er die „Legende“ vom Antifaschismus dieses Staates [nennt]. Er zählt dies zu den „Meisterleistungen der politischen Mystifizierung“. Und fragt dann sich und seine Leser: „Wer hat sie vollbracht?“ Ratlos und gleichsam achselzuckend merkt er an: „Die Nennung der Namen Gysi und Heym reicht nicht aus.“ Womöglich hat das „Zentralkomitee“ auf seiner allerletzten Sitzung die Bildung von „Aktionsgruppen“ von Legendenbildnern beschlossen? Im Ernst und um dem Autor Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: Diese Art von Geschichtsdeutung gehört zu den herkömmlichen Praktiken konservativer deutscher Geschichtsschreibung. Unangenehme Tatsachen, weil sich an sie häufig noch unangenehmere Fragen knüpfen lassen, werden nicht – wie in der DDR praktiziert – versuchsweise totgeschwiegen, sondern in das Reich der Geheimnisse verwiesen, vor dessen Toren der Historiker schweigend und staunend niederkniet.

Die „Deutschland-Akte“, die eine vergleichende Geschichte von Deutschland-West und Deutschland-Ost über vierzig Jahre ermöglicht, ist noch zu öffnen. Derzeit klemmt ihr Deckel.

Michael Wolffsohn, Die Deutschland Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden. (UnterMitarbeit der) Forschungsassistenten: Douglas Bokovoy, Ulrich Brochhagen, Henry Leide, Stefan Meining, Christian Stiefler und Sylke Tempel. edition ferenczy bei Bruckmann, München 1995, 396 S.

konkret, 2/1996, S. 26.

Juden, Israel, DDR

Von Mosaiksteinen zu einem Bild

Noch schneiden die neuen Bundesländer bei Befragungen nach antisemitischen Vorurteilen und Judenfeindlichkeit deutlich besser ab als die alten, lautete eine Feststellung, mit der Professor Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, die Tagung einleitete. Ihr Thema lautete „Antizionismus in der DDR. Sozialistische Variante des Antisemitismus?“. Der Veranstaltung im Gebäude der Katholischen Akademie in Berlin-Mitte hätte man mehr Zuspruch gewünscht. Dem Niveau des Unternehmens tat das keinen Abbruch. Weder Schuldzuweisung noch Denunziation seien beabsichtigt, wenn – so weiter in der Einleitungsrede – gefragt werde, welche alten Feindbilder transportiert und tradiert worden seien, als Antizionismus einen Bestandteil der Staatsdoktrin der DDR gebildet habe.

Die Reihe der Referenten war kompetent: Historiker, Judaisten, Soziologen, Publizisten aus Deutschland und Israel. Chaim Schatzker (Haifa) leitete mit einem Überblick zum Thema Zionismus ein. Am Rande kam er auf die Darstellung Israels und der Juden in zwei Schulgeschichtsbüchern der DDR zu sprechen, worüber er auch publiziert hat. Diskussionsrednern schien diese Faktenbasis zu schmal. Es müsse das gesamte Material für Schüler und Lehrer kritisch durchgesehen werden. Barbara Schäfer (Berlin) befasste sich mit einer 1942 gegründeten antizionistischen Sekte in Israel. Sie führte ihren Gedankengang bis zu der Frage, ob über die Aufnahme von deren Argumenten durch Araber davon auch etwas in die DDR gelangt sei. Die geistige Linie schien weit hergeholt. Am kontroversesten ging es nach dem Referat von Peter Kirchner (Berlin), des langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin-Ost, zu. Die wichtigsten Vorwürfe gegen sie: Sie hätte ein Schattendasein geführt, ihre Tätigkeit sei staatlicherseits unerwünscht gewesen, sie sei mangelhaft unterstützt worden, ihre Funktionäre hätten sich als Staatsdiener aufgeführt, die Zuarbeit für den Staatssicherheitsdienst eingeschlossen. Dem wurden nüchterne Tatsachen entgegengehalten, die von der kulturellen Arbeit der Gemeinde bis zu Baumaßnahmen an der Synagoge und auf Friedhöfen, von Auslandskontakten bis zu Protesten gegen antijüdische und antiisraelische Artikel und Karikaturen reichten. Diese waren nicht sonderlich zahlreich. Der Redner konnte Zeitungstitel und -ausgabe anführen. Bemerkenswert war, dass katholische Teilnehmer, die aus eigener, anderer Erfahrung um die Probleme der Existenz einer Religionsgemeinschaft im realsozialistischen Staat wussten, sich gegen das Scherbengericht eines Diskussionsredners wandten. Teddy Preuß (Tel Aviv) informierte darüber, welche marginale Rolle die DDR in der Knesseth gespielt habe. Dort sei sie nach seinen Ermittlungen während der gesamten Zeit ihrer Existenz zwanzigmal erwähnt worden. Das Außenamt habe die DDR unter allen Ländern des Warschauer Vertrags als dasjenige bewertet, welches Israel am feindlichsten gegenüberstand. Es sei die Meinung vertreten worden, dass es zwischen diesen Staaten eine Arbeitsteilung gegeben habe, wobei der DDR die Rolle des Propagandisten zugefallen sei. Gegen die Aufnahme der DDR in die UNO wurde vorgebracht, diese sei voll von Nazis. Mario Keßler (Berlin), ausgewiesen durch Arbeiten über das Verhältnis der deutschen Arbeiterbewegung zu Judentum und Zionismus, analysierte die Darstellung des arabisch-israelischen Konflikts des Jahres 1967 in der Presse der DDR. Er griff über die DDR hinaus und zeigte, dass und wie der Krieg die „Linke“ gespalten habe. Die Schuldzuweisungen an Israel und das Bagatellisieren der Scharfmacher in den arabischen Staaten hätten, wie Dokumente zeigen, jedoch keine ungeteilte Zustimmung gefunden. Konstantin Goschler (Berlin), durch Forschungen zur „Wiedergutmachung“ hervorgetreten, schilderte das zuerst abweisende, dann taktierende Verhältnis der DDR bei Entschädigungszahlungen an den Staat Israel. Als die Beziehungen sich zu normalisieren begannen, war die Honecker-Zeit zu Ende, das Problem hatte sich erledigt.

Die Tagung zeigte, welche Forscherarbeit bevorsteht, wenn Klischees beiseitegeräumt werden sollen. Solange versucht wird über das Thema Antizionismus den untergegangenen Staat möglichst dicht an die Nazidiktatur heranzudrücken, wird differenzierende Forschung Gegenwind bekommen. Vorerst besitzen die Historiker Mosaiksteine, die sie zusammensetzen müssen. Umso mehr ist das Versprechen des Veranstalters zu begrüßen, auf seine Weise an der Erforschung festzuhalten.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 35. Jahrgang, Heft 137, 1. Quartal (März) 1996, S. 80, 82.

Mit den Waffen des Geistes gefochten

Kolloquium zu Ehren von Wolfgang Harich, Philosoph und Opponent gegen Willkür

Ein Jahr ist seit dem Tode des Mannes vergangen, der all das war: Zeitungsmacher in Kulturredaktionen, Universitätslehrer für Geschichte der Philosophie, Verlagslektor und Mitherausgeber einer Philosophischen Zeitschrift, produktiver Denker und Publizist in Sachen Philosophie, Literatur und Politik und am Ende seiner Tage, von denen ihm politische Verfolgung fast ein Jahrzehnt in der DDR gestohlen hatte, antreibender Vorsitzender einer Alternativen Enquête Kommission „Deutsche Zeitgeschichte“, in der er für ein wahrheitsgetreues Bild von deutscher Vergangenheit mit den Waffen seines vielfach geschärften Geistes focht und Gerechtigkeit für alle einforderte, die sie wissend und irrend, aber jedenfalls in humanistischer Absicht geprägt hatten. Die Teilnehmer des Gedenk-Kolloquiums, wie die Veranstalter die Zusammenkunft nannten, hatten folglich weite Gedankenwege zu gehen, wollten sie den Spuren Wolfgang Harichs folgen. Gesprochen wurde von seiner Sicht auf die Arbeit des Club of Rome und von seinem Einsatz für die Verbreitung der Ideen Hegels. Charakterisierung fanden sein Verhältnis zu Nikolai Hartmann, über den er ein Manuskript hinterließ, und seine Rezeption der Lehren Arnold Gehlens. Analysiert wurden seine nach dem 17. Juni 1953 unterbreiteten Vorschläge für eine anspruchsvolle, Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenartigen Denkens gewinnende Kulturpolitik und sein Memorandum und die Plattform von 1956, die ihn, den zum Feind des Sozialismus Deklarierten, vor die Schranken des Gerichts und ins Zuchthaus brachten. In Rede kam sein Briefwechsel mit Georg Lukács und seine Auseinandersetzung mit Jean Pauls heroischen Romanen.

Ein Jahr mochte manchen zu kurz scheinen, der erreichte Abstand noch zu gering, um den im ursprünglichen Sinne merkwürdigen Mann und sein Erbe, das auch als Vermächtnis apostrophiert wurde, ganz, auch kritisch, in den Blick zu bekommen. Zu Recht wurden die Fortsetzung begonnener Forschungen und zu deren Beförderung Veröffentlichungen aus dem Nachlass angeregt. Dann werden besetzte Plätze und Zusammenhänge deutlicher, wie etwa jene aus der Nietzsche-Diskussion, die diesmal noch in grotesker Schwarz-Weiß-Sicht – hie der grimmige Nietzsche-Töter, da dessen bornierte und reaktionäre Verteidiger – präsentiert wurde. Dass es im kommenden Herbst an der Universität, an der er als Lehrbeauftragter wirkte, ein Seminar über Harich geben wird, der sich einen „Nationalkommunisten“ nannte, entspringt der Initiative eines eben da noch Geduldeten: Prof. Siegfried Prokop wird sein letztes Semester nutzen.

Des Politikers Harich gedenken, heißt gegenwärtig vor allem die Arbeit fortzusetzen, auf die er von 1992 bis 1994 seine Kräfte richtete. Dafür haben die Mitglieder der Alternativen Enquête Kommission zeitangemessene Entscheidungen schon getroffen. Sie wird künftig im Ostdeutschen Kuratorium der Verbände ein Dach und Wirkungsmöglichkeit erhalten. Dort wird auch das Geschichtsforum, dessen Veranstaltungen die Berliner Stadtbibliothek weiter mitträgt, seinen Stützpunkt haben.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 23./24. März 1996, S. 5.

Helle Erinnerungen und düsterer Abgesang

Eine deutsche Familiengeschichte

Wie viele in Deutschland können Berge von Briefen durchsehen, in Reiseberichten und Tagebüchern schmökern, zeitweilige und letztwillige Verfügungen durchblättern, Heiratsannoncen, Haushaltsbücher und Rechnungen von Juwelieren und anderen Lieferanten studieren und sich derart in den Alltag und die Festtage ihrer Vorfahren hineindenken? Erich Kuby konnte das, er hat es mit spürbarem Vergnügen getan und sich mehr als nur ein Bild von Unwiederbringlichem gemacht. Er gibt Rechenschaft von mehr als zweihundert Jahren seiner Familiengeschichte. Aus der Masse papierner Überlieferung wählte er aus, stellte zusammen und kommentierte, was im Ganzen allgemeineres Interesse zu beanspruchen vermag und helfen kann, Geschichte besser zu verstehen. Es ist eine zu schwache und missverständliche Verlagsempfehlung, wenn geschrieben wird, es verrate dieser Text mehr über deutsche Geschichte als manches fachgelehrte Werk. Davon existiert zu verschiedenes, und Kuby steht doch ganz in einer in der Zunft nahezu ausgestorbenen Traditionslinie ...

Der Autor dieses in langen Passagen vollkommen unterhaltsamen Buches will das Beziehungsgeflecht transparent machen, durch das die begrenzte Welt seiner Vorfahren mit den Geschehnissen auf national- und weltgeschichtlicher Bühne verbunden war. Was verknüpfte das Leben dieser Kubys, die aus Schlesien stammten und in der Rheinpfalz lebten, der Vidals, die mit dem Strom der Hugenotten über den Rhein und nach Hamburg gelangt waren, und der württembergischen Süßkinds mit den Hauptereignissen in deutschen Kleinstaaten und später im „Reich“? Was haben sie mit ihren seltenen Ausflügen in die große Politik (wie jener Teilnehmer an den Kämpfen des Jahres 1848 im Badischen), was mit ihrem Wirken als Mäzene und Stifter, was durch ihre viel häufigeren Rollen als bloße Dabeigewesene bewirkt? Wie verteilten sich auf ihren Schultern Verdienste, und was hatten sie an Verantwortung und Schuld zu tragen?

Mit dem Urteil über das Letztere hält sich der Nachfahre zurück. Verglichen mit nicht so wenigen ihrer Zeitgenossen hätten sie, durchweg Angehörige des Besitz- und Bildungsbürgertums, die mit einer Ausnahme wohlhabend, nicht reich genannt werden, so schlecht nicht abgeschnitten. Das soll wohl heißen: Sie waren weder Adolf Eichmanns noch Horst Wessels noch irgendwelche aus der Schar von deren Vorläufern. Die beanspruchten alle und gerade für sich, „deutsche Patrioten“ gewesen zu sein. Solche Qualität erscheint Kuby aber anders: „Patriot ist, wer sein Vaterland liebt, und er liebt es, weil er annimmt, es stehe mit diesem Vaterland alles zum Besten.“ Damit ist keine Definition angeboten, doch eine Denk- und Gefühlswelt charakterisiert, freilich nicht gutgeheißen. Denn als die wichtigste staatsbürgerliche Pflicht betrachtet der Autor „die Kontrolle von Macht“, und als schwerste und folgenreichste aller Sünden, die Bürger auf dem Felde der Politik begehen können, gilt ihm die Unterlassungssünde. Solcherlei Ansprüchen haben weder die pfälzischen Weinhändler und hamburgischen Überseekaufleute mit Stützpunkten in Indonesien (spätere Kohlengroßhändler und Autoproduzenten), noch der Pariser Bankprokurist und Erlanger Brauereidirektor mit ihren musisch interessierten, musikalisch begabten, Fremdsprachen beherrschenden und mitunter nicht nur das Personal dirigierenden Ehefrauen, die eine gehörige Mitgift ins Geschäft brachten, genügt. Sie gingen meist einzig ihren einträglichen Tagewerken nach. Die unterbrachen sie durch Entspannungen und Vergnügungen, die nicht von ausschweifender Natur waren. Sie trugen auf ihre Weise – und für die meisten gilt in persona das „Schuldlos-schuldig“ – dazu bei, dass die deutsche Geschichte an den Chancen der Jahre 1848 und 1918 „vorbei“ und durch die Ereignisse von 1870/71, 1914, 1933 und 1939 gleichsam hindurchführte. Diese Spezies von Bürgern ist untergegangen. Kuby meint, das geschah nicht an der Jahrhundertwende, auch noch nicht 1914, sondern erst in den Stürmen der Inflation. Doch er weiß um die Tradierung der Verhaltensweisen in Staat und Gesellschaft. Jener patriotische Typ ist mit der entschwundenen Lebenswelt in Deutschland nicht abhandengekommen. Verändert hat sich der Schaden, den er in der Gegenwart und für die Zukunft stiftet. Daher klingt der „Abgesang“ dieses Buches dumpf und düster.

Erich Kuby: Lauter Patrioten. Eine deutsche Familiengeschichte. Carl Hanser Verlag, München Wien 1996. 240 S., geb., 36,00 DM.

Neues Deutschland, Donnerstag, 29. März 1996, S. 13.

Neue Antworten und alte Fragen

Auf den Spuren von Heydrichs Mörderschwadronen

Keine Fragen haben Spürsinn, Quellenkritik und Kombinationsgabe so vieler „Holocaust“-Forscher gleichermaßen herausgefordert wie diese: Wann und von wem wurde die Entscheidung über den Schritt von der Judenverfolgung zum Judenmord getroffen? Auf welchen Wegen und in welchen Schritten wurde aus diesem Entschluss dann ein Befehl, erteilt an Kommandeure und Mannschaften der Mörderschwadronen, die „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD“ hießen? Eine Dokumentenbasis, von der her die Antworten verlässlich gegeben werden könnten, fehlt für beide Stufen. Das Vorhandensein eines schriftlichen Befehls von Hitler wird seit langem nicht mehr angenommen. Von seinen Unterredungen mit Göring, Himmler und Heydrich, die diesem Thema galten, existieren weder Notizzettel noch auch nur Hinweise auf Orte und Daten. Die Ansprachen Bruno Streckenbachs und Heydrichs, die den Führern der „Einsatzgruppen“ gehalten wurden, bevor sie in die UdSSR einbrachen, sind auch in Aufzeichnungen von Hörern nicht überliefert. Was Himmler während seiner Besuche in den Kommandozentralen der Einsatzgruppen u. a. in Minsk und Mogilow sagte, als das Morden schon begonnen war, hat keiner der Anwesenden festgehalten. Das lässt Spielraum für Hypothesen, Vermutungen, Spekulationen.

Der Autor dieser Dissertation ist einen originellen Weg gegangen, auf den ihn sein Förderer Wolfgang Scheffler wies. Dieser machte seit langem und aus eigener intimer Kenntnis von Ermittlungs- und Prozessakten auf die Bedeutung der nach dem Kriege entstandenen Dokumente aufmerksam, die in Staatsanwaltschaften und bei Gerichten angehäuft wurden. Sie bildeten das Quellenfundament für die Arbeit Ogorrecks, der nach weitläufigen Forschungen aus den Aussagen der SS-Offiziere und einiger Mannschaftsdienstgrade zu erschließen versucht, wann ihnen definitiv der Befehl erteilt wurde, die im okkupierten Gebiet angetroffenen Juden samt und sonders umzubringen. Als dieser Zeitpunkt ergab sich ihm die erste Augusthälfte 1941.

Letzte Gewissheit ist nicht gewonnen, und Zweifel sind vor allem angebracht, weil diese Fixierung den Rechtfertigungsbedürfnissen vieler Täter am meisten dienlich zu sein schien. Vordem, so wollten sie es gesehen wissen, hatten sie „bolschewistische“ Funktionäre, Saboteure, Spione, allenfalls noch Verdächtige und Geiseln exekutiert, also vorgeblichen Kriegsnotwendigkeiten gehorcht. Dann wären sie ohne jede Vorahnung gleichsam in die nächstfolgende Stufe, den Judenmord ohne Ausnahme, „hineinbefohlen“ worden. Doch dieses Interesse und die widersprüchlichen Aussagen – mehrfach auch von ein und derselben wiederholt vernommenen Person – war es nicht allein, dass die Auswertung solcher unfreiwillig erteilten Zeugnisse problematisch machte. Fragwürdig erscheint vor allem der Rückschluss von den nicht völlig gesicherten Daten der Befehlserteilung oder -übermittlung auf die Tage oder den Zeitraum, da die generelle Entscheidung fiel. Die These, Hitler habe erst den Erfolg der Kriegshandlungen abgewartet, bis er den Judenmord befahl, überzeugt nicht angesichts der Siegesgewissheit, die allgemein an der Regimespitze vor dem 22. Juni herrschte. So bleibt die wohl definitiv nicht zu klärende Frage, ob der Entscheid, die „Endlösung“ zu beginnen, nicht mit weiteren Weisungen verbunden war. Sollten selbst die Tätergruppen nicht sogleich das ganze Ausmaß ihres Auftrags erfahren, sondern erst schrittweise informiert und eingesetzt werden? Derart wäre auch Mittätern und Zeugen des Geschehens, den Angehörigen der Wehrmacht, ein Gewöhnungszeitraum eingeräumt worden. Sie könnten am Tage nach dem Überfall noch glauben und billigen, dass „nur“ die als höchstgefährlich geltenden „Bolschewisten-Häuptlinge“ niedergemetzelt würden, während ihr oberster Befehlshaber und seine Vertrauten auch schon die schwangeren Frauen, hilflosen Greise, ahnungslosen Kinder und armseligen Geisteskranken – das „internationale Judentum“ – in ihrem und ihrer Büttel Visier sahen. Ogorreck hat sich am Ende seiner verdienstvollen Forschungen Zweifelsfragen nicht gestellt und daher nicht erörtert, ob es nicht auch „ganz anders“ gewesen sein könnte. Sicher aber wird sein Forscherweg die Debatte über Nutzen und Grenzen der Justizquellen beleben und – was nicht weniger wichtig wäre – dahin wirken, die teils von Zerfall und Vernichtung bedrohten Bestände zu sichern.

Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung“, Metropol Verlag Berlin 1996, 240 S. (= Dokumente, Texte, Materialien. Veröffentlicht vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 12).

Neues Deutschland, 28.-31. März 1996 Messe-Literaturbeilage, S. 14.

Auf allen Vieren

Brief an Wolfgang Schneider

Die Vorstellung ist nichts weniger denn verlockend. An jenem bevorstehenden Sonntag, dem 21. April 1996, würde die „führende Kraft der Deutschen Demokratischen Republik“ den 50. Jahrestag ihrer Parteigründung begehen. Mit Hochrufen begrüßt, beträte das Politbüro die Tribüne im festlich ausstaffierten Saal des Berliner Palastes der Republik. Der Generalsekretär hielte die ihm zustehende Festrede. Nach einer Pause folgte ein Kulturprogramm, von auserlesenen Künstlern bestritten. Die Mitgliedschaft hätte Gelegenheit, in häuslichen Fernsehsesseln dabei zu sein. Wem von den Überlebenden dieser einstmals 2 Millionen wird dies fehlen? Wer vermisst am 22. April die Parteizeitung, mit Rede und Begrüßungstelegrammen? Wer entbehrt das Studium der vom Zentralkomitee „gebilligten“ Thesen?

Und die Historiker der Parteigeschichte, die man sich als deren Schmiede zu denken hat? Vermissen sie diesen Auftrag? Bedenkt mancher, wie viele ihm bekannte geschichtliche Tatsachen er verschwiegen haben würde? Stellt er sich das politische Koordinatennetz vors Auge, das er berücksichtigt hätte? Z. B. die Beziehung zwischen der eigenen Partei und der SPD, die kein Wort historischer Kritik beschädigen dürfte. Beachtet haben müsste er auch die Bindung des letzten Generalsekretärs zu jenem Saarländer, der inzwischen an der Spitze des „Dialogpartners“ stünde. Vom Nachfolger in Berlin-Ost, ob Hinz, Kunz oder Krenz sein Name, würde sie doch zum Nutzen und in den Grenzen beiderseitigen Vorteils und unter Beachtung gewisser Weisungen aus dem Kreml weitergepflegt. Das fiktive Bild, das alle beiseite wischen können, die einer über das Jahr 1989 hinaus existierenden DDR die Kraft zu tiefgreifender sozialistischer Erneuerung zumessen, besitzt mehr als Unterhaltungswert. Es kann Einsichten in Veränderungen vermitteln helfen.

Frühzeitig in der Dezembermitte hat die PDS eine thesenhafte Erklärung zum Ereignis des Jahres 1946 publiziert. Das geschah noch vor dem Jahrestag der sog. Sechziger-Konferenz, bei der wenige Tage vor Weihnachten 1945 Abgesandte beider Parteien einen das Ziel weisenden Beschluss fassten. Eine Kommission wurde beauftragt, Entwürfe für Grundsätze und Ziele und das Statut einer Einheitspartei auszuarbeiten.

Der nun von der Historischen Kommission der PDS verabschiedete und vom Vorsitzenden Lothar Bisky vorgestellte Text „Zum Zusammenschluss von KPD und SPD“ (die Überschrift vermeidet den Begriff „Vereinigung“) lässt ebenso die Handschrift der Historikers Günter Benser, des letzten und in einer Aufbruchssituation von den Mitarbeitern des (bald darauf liquidierten) Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED gewählten Direktors, erkennen wie die engagierte Mitarbeit der mehrheitlich jüngeren Kommissionsmitglieder, die in den nun frei zugänglichen Bestände von Archiven forschten.

Unvorstellbar, dass diese Stellungnahme auch nur eine Vorstufe auf dem Weg ins Politbüro passiert haben könnte. Das zeigt schon ihr Stil an. Die Verfasser machen klar, dass sie wissen, aber dekretieren nicht. Eher zurückhaltend empfehlen sie Mitgliedern, Sympathisanten und Bürgern kritischen Umgang mit der „Geschichte des Zusammenschlusses“ wie überhaupt mit aller Historie. Sie geben zu bedenken und formulieren, was ihnen zu denken gab. Bestimmt aber warnen sie die PDS, sich in historischen Fragen Ultimaten stellen zu lassen. Das zielt auf die Vorstände.

Klar ist ausgesprochen, dass, wer vorgibt, die ganze Wahrheit zu besitzen, flunkert. Zum Forschungsstand 1995 wurde geschrieben: „Noch immer wissen wir weit mehr über die Vorgänge in den Chefetagen (von KPD/SPD – d. Verf.) als über Befindlichkeiten und Verhaltensweisen von Hunderttausenden Mitgliedern. Noch immer ist das Bild über die SED-Gründung überwiegend von den Vorgängen in Berlin geprägt.“ So eingeschränkt, ist das Gesamturteil zu lesen. Da es unzitiert im Zentrum des Streits steht, sei es in extenso wiedergegeben: „Eine bedeutende Minderheit (von KPD- und SPD-Mitgliedern – d. Verf.) trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine beachtliche Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluss mit der KPD. Die Mehrheit war

bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, dass Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wenngleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war."

Diese Formulierung mit ihren gewiss unbefriedigenden Angaben über Mengenverhältnisse („bedeutend", „beträchtlich", „beachtlich"), vermerken die Verfasser, käme der Wahrheit am nächsten. Das werden künftige Forschungen bestätigen, widerlegen oder relativieren. Von ihrer Beurteilung erhoffen die Autoren zudem – auch sie sind keine politikfernen Schreiber – dass sie „dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein" könnte. Darin drückte sich die Absicht aus, mit dieser Erklärung einen über die eigene Partei hinausreichenden diskussionsfähigen Standpunkt zu formulieren. Gedachter Partner: Sozialdemokraten, insonderheit deren historische Kommission.

Als Klimaforscher haben sich die Verfasser damit nicht ausgewiesen. Die Antwort auf Biskys Einladung erfolgte prompt. Vizevorsitzender Wolfgang Thierse lehnte ab. Die Erklärung der Kommission verschleiere den Vorgang mehr, als dass sie ihn offenlege. Sie ignoriere die Einschätzung aller seriösen Historiker, die laute: „Zwangsvereinigung". Irgendjemand hat den nicht ausreichend Belesenen dann aufmerksam gemacht, dass gerade unter dem von ihm in den Rang der Seriosität erhobenen Geschichtswissenschaftlern dieser Begriff durchaus umstritten sei. Das hat er denn kürzlich auch eingeräumt. Doch nur um sich in die Reihe aller zu stellen, die den halbherzigen Abschied von dem bereits vor dem SED-Gründungstag entstandenen Begriff, der alsbald zum Kampfknüppel wurde, zu verlängern. Denn der Streit besitzt Dimension.

Bleibt dem Aufbruch der Linkskräfte in Ostdeutschland, wie immer später ihre Visionen, Vorsätze, Pläne und Programme selbst- und fremdverschuldet verkamen, eine historische und politische Legitimation, dann bricht auch das so sorgsam errichtete und bis dato rundumverteidigte Gedankenbild vom „Unrechtsstaat" ab ovo zusammen. Die These von der „Zwangsvereinigung" soll daher das Trumpf-Ass im Kampf gegen die PDS bleiben, in dem die einen gleichsam in vorgeschobener Bastion sitzen, aber die Rückenstärkung vieler erfahren.

Doch müssen die Rückwärtigen nicht übertrieben besorgt sein. Vorerst werden Begriffe umgemodelt und Deutungen wortreicher, wird alter Wein in neue Schläuche gefüllt. Besonders gefällt Wolfgang Leonhards Vorschlag von der „diktatorischen Vereinigung". Parteiratsvorsitzender Harald Ringstorff, die PDS-Erklärung nicht so harsch zurückweisend, spricht von der Vereinigung, die „ohne den Zwang überhaupt nicht zustande gekommen" wäre. Solche Variationen gehen anderen zu weit, mögen ihnen gar als Vorbereitung folgenreicher Korrektur erscheinen. Für den Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, bleibt es bei „Zwangsvereinigung" und – Vergebung – Brigitte Seebacher-Brandt lehnt es rundweg ab, sich mit den „Lügen der PDS" auseinanderzusetzen.

Soviel zum Klima. Und nun zu den Ultimaten. Wolfgang Gehrcke, Vizevorsitzende der PDS, hat die Abforderung einer biblischen Antwort zurückgewiesen und dennoch gedanklich – merkwürdige Herangehensweise – die Vorteile des „Ja" zum alten Kampfbegriff erörtert. Es „wäre quasi das Eintrittsbillet in den Kreis der Demokraten, wie sie sich seit 1945 in der Bundesrepublik mehrheitlich definieren." Das aber sei, genau betrachtet, doch kein so verlockender Gewinn. Der ist gar nicht ausgesetzt, sondern bloß eingebildet. Vielmehr wurden die Folge-Ultimaten schon formuliert.

Thierse zeiht Hans Modrow, den Ehrenvorsitzenden der PDS, und Gregor Gysi des fehlenden Anstands, erwiesen durch die 1989 unterlassene Auflösung der SED. So spricht sich Trauer über den Zustand der eigenen Partei nicht nur in neuen Bundesländern aus. Da drängt es zum Gedanken, sich das Trumpf-Ass weiter in die eigenen Karten zu mischen.

Wie viele Forderungen würden den Vorsitzenden der konkurrierenden Partei noch präsentiert werden, bis sie in den hehren Kreis der Anständigen eintreten dürften? Das Verlangen nach Distanzierungen, Rehabilitierungen, Schuldbekenntnissen und Entschuldigungen könnten die Länge einer

Leporello-Liste annehmen. Und die sich anschickten, sich an ihr abzuarbeiten, würden nicht mehr zu singen vermögen „Ich kann nicht mehr“. Es wäre ihnen die politische Puste unterwegs ausgegangen.

Das bedeutet nicht, dass der PDS zu ihrer Vergangenheit, zu den Teilen ihres Erbes, die sie akzeptiert, und den anderen, die sie ablehnt, nichts mehr zu sagen bliebe.

Unmissverständlich haben sich die Verfasser der Erklärung zu den Behinderungen der Tätigkeit der Sozialdemokraten durch die Besatzungsmacht geäußert, die mitsamt der Favorisierung der KPD 1945 eine Chancenungleichheit des politischen Wirkens herstellten. Verwiesen wurde auf Versammlungsverbote, Vorladungen in sowjetische Kommandanturen, in denen psychischer Druck auf die lokalen und regionalen SPD-Funktionäre ausgeübt und – bist Du nicht willig – Gewalt angedroht wurde. Genannt werden Verhaftungen, Verschleppungen in Lager der Besatzungsmacht, in denen ein für viele tödlich endender Leidensweg begann.

Das genügt niemandem, der – wie schlecht verhohlen auch immer – der PDS doch schon längst den Garaus machen wollte oder ihr den Selbstmord auf Raten abverlangt. Auch niemandem, der die Debatte über die Vergangenheit auf jenem niedrigen Niveau halten will, von dem Heiner Müller 1993 schrieb, man könne sie dann „als in die DDR ‚Verstrickter‘ nur auf allen Vieren führen“. Dabei wurde, was von Parteitagen und gewählten Gremien der PDS über ihre Herkunft und Vorvergangenheit erklärt worden ist, nicht einmal nach altgermanischer Sitte „Spitze gegen Spitze“ entgegengenommen, sondern zweckdienlich übergangen.

Was der PDS zu tun bleibt, ist von ihrer Mitgliedschaft und deren gewählten Politikern zu entscheiden. Die erfolglosen Töter dieses Parteiprojekts haben sich mit ihrem inflationären Gebrauch des Begriffs von der „Nachfolge“-Partei die Köpfe für die Wahrnehmung vieler Veränderungen erschwert. Darunter diese: in der PDS bildet sich ein neues nicht konfliktscheues Verhältnis von Historikern zu Politikern heraus. Nicht mehr Mägdedasein, aber auch keine Übernahme von Stellvertretung und nicht die Anmaßung des Vormunds. Die Historische Kommission der PDS, für deren Mitglieder zumeist gilt, dass ihre oder ihrer Altersgenossen Väter und Großväter zu den Architekten des Zusammenschlusses von 1946 gehörten, versteht sich daher nicht als Büro für politische Distanzierungen. Sie meinen aber: Kein Christ brauche sich von Inquisition und Militärkirche zu distanzieren, kein Sozialdemokrat von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 und von der Rolle von SPD-Führern in der Novemberrevolution, kein Vertreter einer Bürgerbewegung davon, dass diese – welches immer ihre Pläne waren – dazu beitrug, die ostdeutsche Bevölkerung in die Zwänge einer sich zunehmend militarisierenden und entsolidarisierenden kapitalistischen Gesellschaft zu führen, *bevor, um und damit* er heute für durchgreifenden gesellschaftlichen Wandel eintreten, sich dazu Mitstreiter und Verbündete suchen darf. Für die PDS soll in diesem Punkte eine Sonderstellung gelten. Sie wird zum 50. Jahrestag der Gründung jener Partei, aus der sie hervorging, wieder aufgefordert, dem wahlberechtigten deutschen Michel den Struwwelpeter abzugeben.

Konkret, 3/1996, S. 28.

Instrument auf dem Weg an die Macht

Der Film in der Nazi-Zeit

Kaum ein spezielles Thema aus der Geschichte des deutschen Faschismus hat die Aufmerksamkeit so vieler Publizisten auf sich gezogen wie der Film im Nazireich. Kaufkräftige Interessenten fanden sich allemal. Dieses Buch indes wird einen schwereren Weg auf den Markt haben. In seinem Mittelpunkt stehen nicht Regisseure und Schauspieler, werden nicht Erinnerungen an Filme wiederbelebt. Die Rede ist vom Film als Instrument der NSDAP-Politik auf ihren Wegen an die Staatsmacht.

Darüber hat sich an Filmen und deren Entstehung begleitenden Schriften und Dokumenten mehr erhalten, als vermutet werden konnte. Der Autor hat sie in mühsamer Kleinarbeit ermittelt und gesichtet. Er kann zeigen, wie von den Tagen des Stummfilms an die Führung der Nazipartei in ihrem Verhältnis zum neuen Medium zwei Linien folgte. Zum einen richtete sie permanent ihre Attacken gegen den „jüdischen“ Film. Dabei schwang sie sich zur Interessenverfechterin der Betreiber kleiner Kinos auf, die von „fremdrassigen“ Verleihern über hohe Leihgebühren schamlos ausgebeutet würden. Zum anderen gab sie ihre „deutschen“ Streifen in Auftrag und setzte sie in immer größeren Umfang für Reklame-Zwecke ein. Auf letzterem liegt das Schwergewicht der Untersuchung, der leider eine gewiss schwer nachzuzeichnende Wirkungsgeschichte fehlt. Die ist leichter fassbar, wo Hanna-Daoud von den Attacken der NSDAP gegen den pazifistischen Spielfilm „Im Westen nichts Neues“ berichtet, mit denen sich die Partei auch zusätzliche Sympathien in Reichswehrkreisen und unter allen Anhängern des Militarismus und des Revanchegedankens erwarb.

Hochinformativ ist der Anhang mit der „Filmographie“ aller bis 1932 produzierten Filme der NSDAP, deren Inhalte angezeigt werden. Aufschlussreich allein schon die Titelliste, die 1922 einsetzt. Streifen von Parteitagen, SA-Aufmärschen, Kundgebungen wiederholen sich. Sie erfüllten auch die Funktion von Lehrfilmen, boten sie doch mit „Kampf um Berlin“ (1929), „SA-Dienst“ und „Tagebuch der SA“ (beide 1930) Zuschauern Anleitung für den Kampf um Mitglieder und Anhänger Den Höhepunkt erreichten Produktion und Verwendung von Filmen durch die Nazipropaganda 1932. Auch darin verrät sich, über wieviel finanzielle Mittel und Einfluss die NSDAP inzwischen verfügte. Die Themen wurden vielfältiger, die Zulassungspolitik der Innenministerien und Prüfausschüsse immer entgegenkommender ...

Das Buch ergänzt auch unser Wissen vom Einsatz der Technik für die Volksverdummung.

Thomas Hanna-Daoud: Die NSDAP und der Film bis zur Machtergreifung. Böhlau Verlag. Köln/Weimar 1996. 345 S., geb., 78,00 DM.

Neues Deutschland, 28. bis 31. März 1996, S. 14. Maximilian Reich, Pseudonym von Kurt Pätzold.

Hitlers Mörderschwadronen

Die „Genesis der Endlösung“

Keine Fragen haben Spürsinn, Quellenkritik und Kombinationsgabe so vieler „Holocaust“-Forscher gleichermaßen herausgefordert wie diese: Wann und von wem wurde die Entscheidung über den Schritt von der Judenverfolgung zum Judenmord getroffen? Auf welchen Wegen und in welchen Schritten wurde aus diesem Entschluss dann ein Befehl, erteilt an Kommandeure und Mannschaften der Mörderschwadronen, die „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD“ hießen? Eine Dokumentenbasis, von der her die Antworten verlässlich gegeben werden könnten, fehlt noch immer Das Vorhandensein eines schriftlichen Befehls von Hitler wird seit langem nicht mehr angenommen. Von seinen Unterredungen mit Göring, Himmler und Heydrich, die diesem Thema galten, existieren weder Notizzettel noch auch nur Hinweise auf Orte und Daten. Die Ansprachen Bruno Streckenbachs und Heydrichs, die den Führern der „Einsatzgruppen“ gehalten wurden, bevor sie in die UdSSR einbrachen, sind auch in Aufzeichnungen von Hörern nicht überliefert. Was Himmler während seiner Besuche in den Kommandozentralen der Einsatzgruppen u. a. in Minsk und Mogilow sagte, als das Morden schon begonnen hatte, hielt keiner der Anwesenden fest. Das lässt Spielraum für Hypothesen, Vermutungen, Spekulationen.

Der Autor dieser Dissertation ist einen originellen Weg gegangen, auf den ihn sein Förderer Wolfgang Scheffler wies. Dieser machte seit langem und aus eigener intimer Kenntnis von Ermittlungs- und Prozessakten auf die Bedeutung der nach dem Kriege entstandenen Dokumente aufmerksam, die in Staatsanwaltschaften und bei Gerichten angehäuft wurden. Sie bildeten das Quellenfundament für die Arbeit Ogorrecks, der nach weitläufigen Forschungen aus den Aussagen der SS-Offiziere und einiger Mannschaftsdienstgrade zu erschließen versucht, wann ihnen definitiv der Befehl erteilt wurde, die im okkupierten Gebiet angetroffenen Juden umzubringen. Als Zeitpunkt ergab sich ihm die erste Augusthälfte 1941.

Letzte Gewissheit ist nicht gewonnen, und Zweifel sind vor allem angebracht, weil diese Fixierung den Rechtfertigungsbedürfnissen vieler Täter dienlich zu sein schien. Vordem, so wollten sie es gesehen wissen, hatten sie „bolschewistische“ Funktionäre, Saboteure, Spione, allenfalls noch Verdächtige und Geiseln exekutiert, also vorgeblichen Kriegsnotwendigkeiten gehorcht. Dann wären sie ohne jede Vorahnung gleichsam in die nächstfolgende Stufe, den Judenmord ohne Ausnahme, „hineinbefohlen“ worden.

Die These, Hitler habe erst den Erfolg der Kriegshandlungen abgewartet, bis er den Judenmord befahl, überzeugt nicht. Sollten die Tätergruppen nicht sogleich das ganze Ausmaß ihres Auftrags erfahren, sondern erst schrittweise informiert und eingesetzt werden? Könnten der Oberste Befehlshaber und seine Vertrauten nicht schon vor dem 22. Juni 1941 Frauen, Greise und Kinder – das „internationale Judentum“ – ins Visier genommen haben?

Ogorreck hat sich am Ende seiner verdienstvollen Forschungen Zweifelsfragen nicht gestellt und daher nicht erörtert, ob es nicht auch „ganz anders“ gewesen sein könnte. Sicher aber wird sein Forscherweg die Debatte über Nutzen und Grenzen der Justizquellen beleben und – was nicht weniger wichtig, wäre – dahin wirken, die teils von Zerfall und Vernichtung bedrohten Bestände zu sichern.

Ralf Ogorreck: Die Einsatzgruppen und die „Genesis der Endlösung“ Metropol Verlag, Berlin 1996. 240 S., br., 32,00 DM.

Neues Deutschland, Donnerstag, 28. bis 31. März 1996, S. 14.

Das Spektakel am 21. März 1933

Wer von den Nachgeborenen verbindet noch eine Vorstellung mit dem „Tag von Potsdam“, an den die Zeitgenossen – die Mehrheit von ihnen ist nicht mehr am Leben – so ganz verschiedene Erinnerungen besaßen? Was mochte jenen Potsdamern 1945 in den Sinn kommen, die sich in ihrer von Bomben zerstörten Stadt daran erinnern mussten, dass sie an jenem 21. März 1933 zu Zehntausenden an Straßenrändern neugierig gaffend und nicht wenige auch jubelnd sich versammelt hatten, um Augenzeugen des Staatsspektakels zu werden, mit dem sich das neue Regime Glanz und Gloria aufzuschminken suchte? Wie aber erinnerten sich die anderen, denen damals ihre Niederlage in einem langen Kampf bewusst zu werden begann und sich doch nicht geschlagen geben wollten? Und welche Gedanken kamen den einst Gefangenen, die schon an diesem Tage sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern befanden?

Die wenigen noch lebenden Zeitzeugenkommen indessen in diesem Band nicht zu Wort. Klaus Scheel, ausgewiesener Kenner der Propagandapolitik des Naziregimes, hat sein Interesse auf die überlieferten Dokumente der ersten zwei Monate des „Dritten Reiches“ gelegt und ihnen eine Einleitung vorangestellt. Er hat darin das Spektakel in Potsdam in dessen Etablierungsprozess eingeordnet, die Absichten der Veranstalter ins Licht gerückt und – wohl zu wenig – Aufmerksamkeit dem Echo geschenkt, dass die Inszenierung im Ausland hervorrief. Lokal- wie Nationalgeschichte lassen sich über entscheidungsvolle Wochen da wieder nachlesen. Das Buch könnte alle nachdenklich stimmen, die den brandenburgisch-preußischen Adler wieder hochsteigen lassen wollen, würden sie nur lesen und nachdenken wollen. Nur: Ob dieser 21. März 1933 wirklich ein Datum im „Tagebuch Europas“ war, darf bezweifelt werden.

Klaus Scheel: 1933. Der Tag von Potsdam, Brandenburgisches Verlagshaus Berlin 1996, 156 S.

antifa, Juni 1996, S. 28.

Das Weißbuch, das nie erschien

Vor 35 Jahren: Beginn des Eichmann-Prozesses in Jerusalem

Entschließen sich Regierungen, eines der sogenannten Farbbücher in Weiß, Blau, Gelb, Grau herauszugeben, dann leitet oder plagt sie nicht selten ein Bedürfnis, ihre Politik zusätzlich und kompakt zu rechtfertigen. Solcherlei Drängen machte sich 1960 auch in Bonn spürbar Denn: Eichmann war gefangengesetzt, und der Prozess gegen ihn stand bevor, sollte im Frühjahr 1961 eröffnet werden. Da tauchte die Frage auf, welche Folgen das Gerichtsverfahren für Ansehen und Beurteilung der Politik des westdeutschen Staates nicht nur in Israel haben könnte. Auf die Fährte dieser Bedrängnisse hat sich eine Juristin begeben, die in ihrer Dissertation – ungeachtet ihres letztlich apologetischen Standpunktes – mancherlei aus Akten von Bonner Ministerien gehoben hat, für die inzwischen die dreißigjährige Sperrfrist abgelaufen ist.[1]

In einer an der Jahreswende zu 1961 im Auswärtigen Amt verfassten Analyse wurde mit dem Blick auf den noch nicht eröffneten Prozess in Jerusalem eine Reihe von vorbeugenden Maßnahmen vorgeschlagen. Am wichtigsten: Es soll in einem Weißbuch darlegt werden, „was bisher von der bundesdeutschen Justiz zur Strafverfolgung ehemaliger Kriegs- und NS-Verbrecher unternommen worden war“. Eine Statistik könnte gesondert ausweisen, welche Auslieferungsanträge die BRD an andere gerichtet habe.

Nun war mit dieser Idee freilich nicht gemeint, dass die Bundesrepublik vor der internationalen Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen solle, wieviel Geld sie für die Verteidigung von deutschen Kriegsverbrechern im Ausland bereits bis dahin aufgewendet hatte. Damit befasste sich eigens eine Rechtsschutzstelle, die anfänglich im Justizministerium, später im Auswärtigen Amt existierte. Da war man nicht kleinlich gewesen. Allein vier französische Verteidiger waren bezahlt worden, damit sie in Paris in einem Gerichtsverfahren wirkten, in dem u. a. der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Helmut Knochen angeklagt worden war Der Mann hatte mit Eichmann bei der Deportation der französischen Juden nach Auschwitz und zu anderen Vernichtungsstätten eng zusammengearbeitet. Drei italienische Anwälte wurden bezahlt, als in Rom der Prozess gegen Herbert Kappler stattfand, der u. a. wegen Geiselmord angeklagt und verurteilt wurde. Die Begründung für derlei Großherzigkeit auf Kosten des ungefragten Steuerzahlers lautete, es handele sich um die Vertretung „deutscher Interessen“.

Die Bundesrepublik wollte sich als ein Staat darstellen, der mit der „braunen“ Vergangenheit kritisch, gerecht und unnachsichtig umgegangen war Mit den vorbereitenden Arbeiten für die gedachte Rechtfertigungsschrift war das Justizministerium zu betrauen. Das richtete seine Anfrage an die Länderministerien, weil in deren Zuständigkeit die Strafverfolgung lag. Das Ergebnis war entmutigend. Ganze vier Länder waren imstande, in diesem Punkte über das Justizgeschehen vollständige Angaben zu liefern. Das bedeutete: Die Mehrheit der regionalen Justizministerien hatte es nicht für notwendig erachtet, sich darüber zu informieren, wie viele Prozesse gegen Kriegs- und Naziverbrecher in ihrem Zuständigkeitsbereich stattgefunden haben. Und das lässt wiederum den Schluss zu, dass sich auch das Bundesjustizministerium seit der Staatsgründung im Jahre 1949 nicht befleißigte, überblicksartige Mitteilungen darüber anzufordern, wer, wo, von wem angeklagt und verurteilt wurde, weil er sich zwischen 1933 und 1945 in Deutschland oder im besetzten Europa verbrecherisch betätigt hatte.

So wurden die Botschaften und Konsulate, für die das Weißbuch in erster Linie gedacht war, kurz vor Beginn des Eichmann-Prozesses mit lückenhaftem Material beliefert. Der Prozess hatte schon begonnen, als das Bundesjustizministerium dem Auswärtigen Amt im Juni 1961 eine Übersicht zuleiten konnte, aus welcher die Verfolgung der sogenannten NS-Straftaten hervorging, soweit sie in der Bundesrepublik geahndet worden waren. Das Auswärtige Amt, angesichts der Tatsache, dass

---

[1] Vgl. Christina Große: Der Eichmann-Prozess zwischen Recht und Politik, Peter Lang Verlag der Wissenschaften, Europäische Hochschulschriften, Reihe II, Rechtswissenschaft, Bd. 1753.

der Jerusalemer Prozess zur „Chefsache“ erklärt wurde, wollte das Unterfangen allein nicht verantworten. So kam der Entwurf der geplanten Veröffentlichung in das Bundeskanzleramt zur Stellungnahme und Billigung, und damit auf den Schreibtisch eines gewissen – Hans Maria Globke. Dort lag der in dreifacher Ausfertigung vorgelegte Text Monat für Monat, und man mag raten, warum. Erinnerungen und Mahnungen wurden glatt ignoriert.

Das Justizministerium gab schließlich auf. Erst im Dezember 1961 und nun eilig, denn die Urteilsverkündung stand in Israel bevor und erfolgte, händigte das Presse- und Informationsamt der Regierung an Journalisten zwar kein Weißbuch, aber ein informatorisches Material aus. Es sollte den Eindruck abschwächen, den im Prozessverlauf die Frage gemacht hatte, wo sich denn Eichmanns ihm untergebene Komplizen aufhielten und was ihnen geschehen sei. Einige von ihnen lebten in der Bundesrepublik legal und unbehelligt. Es waren der Druck des Eichmann-Prozesses, das Drängen einer sehr kleinen Minderheit von Juristen im eigenen Staate und die auch in diesem Punkte höchst unbequeme Nachbarschaft der DDR, die die Verfolgung von Naziverbrechern zwischen Elbe und Rhein in den 60er Jahren schleppend in Gang brachten. 1964 trat das Bundesjustizministerium zwar nicht mit einem Weißbuch, aber doch mit einer Broschüre „Die Verfolgung der nationalsozialistischen Straftaten nach 1945“ hervor.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 8./9. Juni 1996, S. 11.

Mehr als ein Geburtstagsgeschenk

Als sich kürzlich Genossen und Freunde nahe Marburg trafen, um gemeinsam mit Reinhard Kühnl, dem Schüler Wolfgang Abendroths, dem angesehenen Hochschullehrerund durch sein antifaschistisches Engagement in Wort und Schrift weithin bekannten Politikwissenschaftler und Historiker, dessen 60. Geburtstag zu begehen, wurde das Zusammensein auch zum Ort einer Buchvorstellung. Die neue Publikation ist in jenem Verlag erschienen, in dem der Jubilar veröffentlicht, seit ihm im Zeichen eines nur postulierten „Pluralismus“ frühere Möglichkeiten entzogen wurden, seine Manuskripte an die Leser zu bringen.

Mehr als 50 Freunde, Weggefährten und Mitstreiter Kühnls hatten sich zur Autorenschaft eines Sammelbandes zusammengeschlossen, in dem der vergangene wie der zeitgenössische Faschismus und ihnen verwandte Erscheinungen analysiert und mit Überlegungen zu Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Strategien verbunden werden. Die Beiträge sind von Politik-, Rechts-, Erziehungs-, Kultur- und Geschichtswissenschaftlern, von Philosophen, Psychologen, Kunsthistorikern und Ärzten geschrieben worden. Sechs der Autoren stammen aus den neuen Bundesländern, andere arbeiten in Israel, den USA, in Großbritannien und Italien. Es entstand, wie der Verlagstext formuliert, „eine Summe antifaschistischer Argumentation gegen den Zeitgeist der Beliebigkeit“.

Frank Deppe, Georg Fülberth, Rainer Rilling (Hrsg.): Antifaschismus. Distel-Verlag GmbH, Heilbronn 1996, 619 S. (Bd. 31)

antifa, Juli 1996, S. 27.

Material- und argumentationsreich

Die Fragen, wie und warum das faschistische System über Jahre hinweg in einer Weise funktionierte, die Zeitgenossen und Nachbetrachtern geradezu als perfekt galt, beschäftigt die Geschichtswissenschaft nach wie vor. Mehr noch: sie löst bis heute Kontroversen aus.

Im vorliegenden Band widerspiegelt sich vor allem eine von ihnen. Sie betrifft die Rolle der Gewalt im Nazistaat und namentlich des Apparats, der im System der Unterdrückung die zentrale Rolle spielte: die Gestapo. Weithin wird anerkannt, dass Repression bis zum Terror das grundlegende (keineswegs das alleinige) Instrument der Machthaber bei der Beherrschung der Massen und zu ihrer „Führung“ war. Mit dieser Ansicht – dies nebenbei – wird ein Bestandteil der vielgeschmähten „Dimitroffschen“ Definition (die „terroristische Diktatur“) gleichsam bestätigt.

Nun beginnen die Fragen aber eigentlich wie meist erst „hinter“ der generellen Feststellung. Neuerdings sind quellengesättigte Untersuchungen erschienen, die der Frage nachgingen, warum ein personell so geringfügiger Apparat wie es die Gestapo „vor Ort“ war, der mit einer Vielzahl von Forderungen der Zentrale überhäuft wurde und zudem keineswegs mit durchweg gutqualifizierten Geheimdienstlern besetzt werden konnte, eine so „effiziente“ systemstabilisierende Rolle spielen konnte. Die Antwort lag nahe und überraschte nicht: Weil sie über eine Unzahl von Helfern verfügte. Diese Helfer wurden in großer Zahl von Denunzianten gestellt. Sie erscheinen in manchen Arbeiten nun geradezu als die Pfeiler der Nazimacht. Dieses Bild bedient eine Charakteristik des Systems, die von seiner wirklichen Natur und Struktur jedoch weit abführt.

Doch besagt die denkbare Funktion einer Geschichtsversion nichts über ihren Wahrheitsgehalt. Der wurde von zahlreichen Forschern begründet angezweifelt, die weder die massenhafte Tatsache von Denunziation noch das Verdienst der Forscher geringschätzen, die sich auf die dokumentarischen Spuren von Zuträgerei aller Art begaben. Die Grundthesen des Dafür und Dawider können in dem ebenso material- wie argumentationsreichen Band nachgelesen werden, dessen Beiträge auf eine Tagung zurückgehen, die von der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung veranstaltet wurde. Sie hat es verstanden, was derzeit so häufig nicht vorkommt, „amtierende“ und „abgewickelte“ Fachleute zusammenzuführen, die unterschiedliche theoretische Zugänge der Geschichtsforschung verfechten und sie ebenso sachlich wie streitbar gegeneinander abwogen.

Der Wert des Buches besteht – zweitens – in der durch regionale Forschungen (Saargebiet, Brandenburg, Niedersachsen, Kärnten) neubelebten älteren Diskussion über den Lebensalltag unter den Bedingungen faschistischer Herrschaft. Dabei wurde die Bedeutung von Untersuchungen, die sich mit dem Produktionsalltag der deutschen Arbeiter und dessen Rückwirkungen auf ihr politisches (oder unpolitisches) Verhalten befassen, durch eine Studie über wirtschaftliche und soziale Veränderungen im engeren und weiteren Umfeld Berlins nachdrücklich unterstrichen. Nicht zu vergessen: Tagungs-Manuskripte wie dieses haben es derzeit besonders schwer, zum Druck zu gelangen. Sponsoren liegen dafür nicht auf der Lauer. Daher verdienen die Anstrengungen der Herausgeber besondere Erwähnung und ausdrücklichen Dank.

Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hrsg.): Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Westfälisches Dampfboot Münster 1995, 3468., DM 68,00.

antifa, Juli 1996, S. 29.

Seltene Begegnung in Wien

Symposium „NS-Prozesse und Geschichtswissenschaft“

In Deutschlands Osten begegneten sich Juristen und Historiker in den letzten Jahren vorwiegend vor Gericht. Die Rollen waren da sehr ungleich verteilt. Die einen fungierten als Richter und halfen, den anderen ihre Arbeitsplätze zu entziehen. Anders kürzlich in Wien. Dort traf sich eine internationale Gesellschaft von Juristen, vorwiegend Strafrechtlern und Staatsanwälten, mit Geschichtswissenschaftlern, die durchweg Spezialisten der Zeitgeschichte sind, um ein gemeinsames Anliegen zu beraten.

Eingeladen hatte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands zu einem Symposium, das nicht weniger als drei Bundesministerien und die Stadt Wien förderten. Sein Thema lautete: „NS-Prozesse und Geschichtswissenschaft“. Sein vorherbestimmtes Ziel war die Beantwortung der Frage, ob es nicht an der Zeit sei, ein Handbuch zu erarbeiten, das die juristische Auseinandersetzung mit dem Faschismus, seinen Verbündeten und Helfern übersichtlich und informativ darstellen könnte. Da die Fachleute sich in einschlägigen Archiven und Aktenbeständen durchweg auskannten, auch eine Zahl von Forschungsergebnissen schon publiziert hatten, die Bücherborde füllen können, saß mit dem Wissen auch Skepsis mit bei Tische.

Von den europäischen Nachfolgestaaten der UdSSR bis nach Frankreich und von Norwegen bis Griechenland wurden, als der deutsche Faschismus zur Strecke gebracht worden war (und in einigen wenigen Fällen schon vordem) Gerichtsprozesse gegen die deutschen Übeltäter und deren Kollaborateure geführt. Ihre papierne Hinterlassenschaft ist immens. Wo sie aufbewahrt wird, ist ihr Zustand nicht selten beklagenswert. Man denke allein an die Papierqualität der unmittelbaren Nachkriegszeit. Zudem sind die Akten auch in den einzelnen Ländern weit verstreut. Sie befinden sich an den einstigen Gerichtsorten, in Archiven und an Plätzen, die erst noch zu ermitteln wären. Auch wo Fund- und Aufbewahrungsorte bekannt sind, kann nicht immer mit freiem Zugang der Forschenden zu den Dokumenten gerechnet werden. In Frankreich existieren ungleich längere Sperrfristen als in anderen Ländern. Für Russland wurde befürchtet, dass sich der jetzt erleichterte Zugang wiederum verschlechtern könnte. Das Vorhaben also ein schöner Traum?

Das meinten die Diskutierenden aus Österreich, Ungarn, Russland, Polen, Griechenland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen, den USA und der Bundesrepublik denn doch nicht. Verlockt durch Reiz und Gewinn, den die Überlieferung für die wissenschaftliche Forschung bietet, wollen sie nicht vor einem Versuch schon kapitulieren.

Vermögen doch die Bestände dreifach Auskünfte über die Vergangenheit zu geben. Zum einen können mitunter nur mit ihrer Hilfe Tatsachen aus der Geschichte des deutschen Faschismus und seiner Herrschaft in vielen Ländern Europas ermittelt und Zusammenhänge erfaßt werden. Zum anderen zeugen sie von einer wirklich außerordentlichen geschichtlichen Etappe der Rechtsgeschichte in einzelnen Ländern wie auch in internationaler Sicht. Und drittens spiegelt sich in dieser Rechtsgeschichte der Umgang von Staaten und Gesellschaften mit ihrer freigewählten oder ihnen aufgezwungenen Vergangenheit.

Dieser Nutzen ist nicht mehr nur vermutet. Für ihn erbrachten die Vorträge, die in Wien gehalten wurden, sehr überzeugende Beweise. Sie reichten von der Praxis der österreichischen Volksgerichte (1945 bis 1955) über die Rolle der in Ludwigsburg existierenden Schaltstelle für die Verfolgung der NS-Verbrechen in der (Alt-)Bundesrepublik bis zu der von dem niederländischen Strafrechtler Christiaan F. Rüter seit Jahren vorangebrachten Sammlung aller in der BRD formulierten Urteilstexte, die sich auf „NS-Tötungsverbrechen“ beziehen. Nun kann und wird sie durch die entsprechenden Gerichtsdokumente aus DDR-Zeit ergänzt und abgeschlossen werden.

Ein Startzeichen wurde gegeben. Wie viele es hören und befolgen werden, ist fraglich. Förderer müssen her, geistige und solche, die über Geld verfügen, das erheblich mehr sein müsste als das aus den sprichwörtlichen Portokassen.

PS. Nur am Rande des Treffens kam der noch offenstehende quellengestützte Vergleich zwischen der Verfolgung der Naziverbrechen in Deutschland-West und Deutschland-Ost in Rede. Schnellippig ausgesprochene Thesen, denen zufolge es in der DDR „echte“ NS-Prozesse nicht gegeben habe, sondern nur die Mitwirkung der Justiz zur Liquidierung der Bourgeoisie als Klasse, erzeugten unaufgeregten Widerspruch und mehr noch Kopfschütteln. Gleiches galt für die Behauptung, wonach es den „Holocaust“ offiziell in der DDR nicht gegeben habe. Mit Gelassenheit lässt sich der Gegenüberstellung dieser Prozesse (ihrer Zahl und ihrer Grundlagen wie ihres Verlaufs und ihrer Urteilssprüche) entgegensehen. Sie wurden schon in den ersten Jahren nach Kriegsende gegen diejenigen geführt, die an Judenverfolgung und Judenmord beteiligt gewesen war Da wird sich die Legende vom „verordneten Antifaschismus“ samt ihren Urhebern noch einmal blamieren.

Neues Deutschland, 9. Juli 1996, S. 12.

Mörder in weißem Kittel

Euthanasie übersetzte die „Neue Revidierte Jubiläums-Ausgabe“ des Brockhaus am Beginn unseres Jahrhunderts mit Todeslinderung; der Begriff bezeichne „dasjenige Verfahren, durch welches der Arzt als unvermeidlich erkannten Tod für den Sterbenden möglichst leicht zu machen sucht“. Es bestehe „hauptsächlich in zweckmäßiger Lagerung, Fernhaltung aller äußeren Störungen, Linderung der Schmerzen durch anästhetische und narkotische Mittel, Sorge für frische Luft und zeitweiliges Einflößen von milden und labenden Getränken“.

Kein halbes Jahrhundert erfuhr „Euthanasie“ im Deutschen eine neue, grauenvolle Bedeutung. Das Wort stand nunmehr für den Mord an pflegebedürftigen, wehrlosen Menschen von der Hand derer, die auf ihren Eid genommen hatten, Leben zu schützen und zu erhalten. Diesen Bedeutungswandel erhielt „Euthanasie“ im Jahre 1940 oder auch: im Jahre eins des von den deutschen Imperialisten begonnenen und vermeintlich schon dem Endsieg entgegen geführten Zweiten Weltkriegs. „Unwertes Leben“ – so wurden die Insassen deutscher Heil- und Pflegeanstalten nach rassistischen Grundsätzen definiert. Das kam einem Todesurteil gleich. Im einzelnen bestimmten Gutachter und Obergutachter, wer in die Gaskammern gepfercht wurde.

Einer von ihnen war Otto Hebold. Ihm machte ein Gericht der DDR, nachdem er im Osten Deutschlands in der Kleinstadt Falkenberg bis zum Sanitätsrat aufgestiegen, 1964 spät entdeckt worden war, den Prozess. Das im Jahr darauf gefällte Urteil lautete auf lebenslängliche Haft und wurde verbüßt.

Joachim S. Hohmann, als Kenner der Materie zuletzt durch die von ihm 1993 herausgegebene Dokumentation zum Dresdener „Euthanasie“-Prozess von 1947 ausgewiesen, hat den Lebenslauf des Hebold nachgezeichnet. Er führte über ein Medizinstudium in Berlin und Rostock zu ärztlicher Tätigkeit in Wolfenbüttel, Eberswalde und Teupitz. Das NSDAP- und SA-Mitglied schon in Vorkriegszeiten wurde der verbrecherischen Teilnahme an Zwangssterilisationen nach den Nazigesetzen von 1933 bzw. 1935 schuldig. 1940 avancierte er in den Kreis der Mörder im weißen Kittel, die insgesamt mehr als 72.000 Menschen auf den Gewissen haben.“ Das DDR-Gericht hielt es für erwiesen, dass Hebold zwischen 1940 und 1943 an der Erfassung und Aussonderung von 31.000 Insassen von Heil- und Pflegeanstalten beteiligt war, von denen die meisten den Gastod starben.

Hohmann hat seine umfangreiche, auf Verhörprotokolle, Zeugenaussagen und Aufzeichnungen des Angeklagten sich stützende und dokumentierende Darstellung unbeeinflusst von allen Klischees über die DDR-Justiz geschrieben. Sachlich konstatiert er: Ohne Zweifel war das Hebold-Verfahren „von rechtsstaatlichem Charakter“ Daran ändere auch die Mitwirkung des Ministeriums für Staatssicherheit nichts. Von dem erfährt man – gleichsam nebenbei –, dass es sich auch mit der Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit befasste.

Die Studie von Günther Wieland, des unstreitig besten Kenners der DDR-Justizpraxis gegen die Naziverbrecher und auch der Rechtshilfe für Gerichte in anderen Staaten, bietet hierzu eine aufschlussreiche Ergänzung. Er vergleicht die Geschichte der Aufdeckung und Ahndung der Untaten zu Nazi-Zeiten, deren Opfer wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranke wurden, in den vier Besatzungszonen und später in den beiden deutschen Staaten. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch seine Feststellung über die relative Dichte der Verfolgung der „Euthanasie“-Verbrechen, die sich namentlich dann zeigt, wenn man sie den Verfahren gegenüberstellt, die sich in den vierziger und fünfziger Jahren gegen Teilnehmer am Judenmord richteten.

Joachim S. Hohmann/Günther Wieland, MFS-Operativvorgang „Teufel“. „Euthanasie“-Arzt Otto Hebold vor Gericht. Metropolo Verlag 1996, 320 S.

Neues Deutschland, 12. Juli 1996, S. 12.

Vorzeitig verlassener Kampfplatz

Zehn Jahre Historikerstreit. Eine Debatte, die noch immer schwelt

Vor einem Jahrzehnt entstand in den damaligen Grenzen der Bundesrepublik eine Auseinandersetzung, die alsbald „Historikerstreit“ hieß. Die Bezeichnung ging nicht nur in die Geschichte der Zunft ein. Die Kontroverse galt schwerwiegenden Fragen der neuesten deutschen Geschichte. Und sie bewegte sich in politischen Koordinaten, die durch die „Wenderegierung“ des Kanzlers Kohl gezogen wurden. Deren Geschichtspolitik hatte sich ein Jahr vor dem Ausbruch des Streits am deutlichsten im Spektakel auf dem Kriegerfriedhof zu Bitburg kundgetan. Das hatten die Großkopfeten der Historikerschaft zwischen Rhein und Elbe ohne Protest durchgehen lassen. Und nicht aus ihren Reihen kam das Signal, die geschichtsrevisionistische Tendenz ernst zu nehmen, die sich aus und in der Mitte der Gesellschaft mehr und mehr breitmachte.

Erst als der Sozialphilosoph Jürgen Habermas seinen alarmierenden Artikel veröffentlichte, erwachten auch die Fachleute auf den Lehrstühlen der westdeutschen Universitäten. Dann freilich wollte kaum jemand fehlen. Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehstationen hatten ihr Thema. Als das Semester wieder begann, wurde in überfüllten Hörsälen erhitzt debattiert.

Zwei Fragen traten ins Zentrum der Auseinandersetzungen. Die eine betraf die Geschichte des Mordes an den europäischen Juden. Der Berliner Universitätsprofessor Ernst Nolte hatte in einer abstrusen Konstruktion versucht, deren Ursprünge aus der deutschen in die sowjetische Geschichte zu verlegen. Er fragte, ob der „Klassenmord“ dem „Rassenmord“ nicht voraufgegangen sei und zwischen beiden – über Hitlers und anderer Ängste – eine ursächliche Beziehung bestehe. Im Kern besagte das: Ohne die Oktoberrevolution und den Bürgerkrieg könnten die etwa sechs Millionen umgebrachter Juden noch am Leben sein. Das hat entschiedenen Widerspruch hervorgerufen. Es folgte eine argumentationsreiche Ausbreitung der Tatsachenmasse, die den wirklichen „Weg nach Auschwitz“ markiert. Er war durch internationale Forschungen weitgehend rekonstruiert.

Die andere Frage betraf den Charakter des Zweiten Weltkriegs. Der Kölner Universitätsprofessor Andreas Hillgruber hatte ihn von dem Zeitpunkt an, da die sowjetische Armee das Reichsgebiet erreichte, gleichsam zu einem Verteidigungskrieg erklärt. Dagegen war gefragt worden, wofür Wehrmacht, SS, Volkssturm, auch Frauen und Hitlerjungen denn kämpften? Für die Verlängerung der ausbeuterischen Gefangenschaft von Kriegsgefangenen und Zwangsverschleppten? Für die Fortexistenz der Konzentrationslager und das Andauern des Judenmords auch nach der Sprengung der Vernichtungsstätten in Auschwitz? Für das Toben des Terrors gegen die nicht mehr kriegswilligen Deutschen? Für das Sterben bis „fünf Minuten nach zwölf“ im Hagel der Bombenangriffe? Für Dresdens Untergang?

Es war wiederum Habermas, der bemerkte, dass sich von den vehementen Attacken auf die Position Noltes die Zurückhaltung deutlich abhob, die gegenüber dem Bild geübt wurde, das Hillgruber von der Endphase des Krieges gegeben hatte. Das könnte, meinte der Outsider, an dem Einfluss liegen, den der Ordinarius besitze. Mitgespielt haben dürfte mindestens gleichermaßen der Umstand, dass die Verdienste des Weltkriegsforschers unbestritten waren. Sein neubezogener Standpunkt rief daher vielfach nur Kopfschütteln und nicht geharnischte Zurückweisung hervor Der Sache, die er vertrat, und ihrer Tragweite war das unangemessen. Als die Argumente erschöpft, die Streitenden ermüdet, die Medien desinteressiert, die Paperbacks mit den Extrakten gedruckt waren, herrschte die Ansicht, dass die „Antirevisionisten“ gesiegt hätten und ein kritisches Verhältnis zur deutschen Geschichte in der Öffentlichkeit hergestellt sei, Der „Historikerstreit“ wurde zum Thema, an dem sich Studenten in Seminararbeiten versuchen durften. Indessen: Hat dieses Urteil aus dem Abstand eines Jahrzehnts noch Bestand? Was bietet sich dem Blick auf die ausgedehnten Felder der deutschen Geschichtslandschaft heute?

In Hameln prangt inmitten der Stadt von der Fassade eines Privathauses ein Hakenkreuz, das dort im Jahre 1936 angebracht wurde. Eine Gruppe meist junger Antifaschisten fordert, dass es endlich verschwindet. Der Oberbürgermeisterin der Stadt ist das Zeichen auch „ein Dorn im Auge“. Doch das Institut für Denkmalspflege beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt hat sich der Auf-

fassung des Hausbesitzers angeschlossen, wonach das Zeichen aus der Zeit um 1600 stamme und als altgermanisches Symbol zu werten sei, zum Beispiel als „Sonnenrad oder Segensbringer“.

In Hildburghausen wurde von einer Gruppe des Vertriebenen-Bundes versucht, auf einem städtischen Friedhof ein Denkmal zu errichten, das an „Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg“ erinnern sollte. Der Bürgermeister war nicht einverstanden, dass die vor dem Naziregime Geflüchteten und von ihm Vertriebenen – das waren seit 1933 zunächst politische Gegner des Regimes und deutsche Juden – durch solche Inschrift absichtsvoll ausgegrenzt wurden. Mit Unterstützung der Stadtväter und von Stadtbewohnern setzte er sich durch.

In Heidelberg wurde eine Ausstellung gezeigt, die an die von deutschen und österreichischen Wehrmachtsangehörigen in Jugoslawien begangenen Verbrechen erinnerte. Der Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der CDU verlangte deren Schließung. Was planmäßig, zweckvoll und organisiert verbrochen wurde, wollte er als „Handlungen von Einzelpersonen“ hinstellen. Und: „Die weit überwiegende Zahl der Soldaten der Wehrmacht hat im Zweiten Weltkrieg ehrenvoll gekämpft“.

In Bonn diskutierte der Bundestag die wieder und wieder aufgeschobene Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung derjenigen, die den Eroberungskrieg als Soldaten nicht länger mitgemacht oder den Wehrdienst ganz verweigert hatten. Da erinnerte der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion „an die Verantwortung gegenüber den eigenen Kameraden und gegenüber ... denen, die in der konkreten Situation einer solchen Truppe anvertraut sind“. Das war ein wenig verklausuliert, aber doch zu entziffern. Wer Fanatisierten oder Abgestumpften, in der Nachbarschaft der SS oder unter dem Kommando ordensgeiler Offiziere nicht weiterschießen wollte, war kein verantwortungsvoller Kamerad. Die generelle Rechtfertigung für die Gefolgstreuen lieferte der Redner mit der Formel vom „Vernichtungskrieg Stalins„. Die Fraktion des Kanzlers zollte Beifall. Die Sprecher von PDS und Grünen widersprachen entschieden, derjenige der SPD „bedauerte“. Und was wird aus den Hochburgen der Buchproduktion gemeldet? Hoffmann und Campe legte das 1943 zuerst erschienene Buch „Jäger im Weltmeer“ vor, das damals mit einem Vorwort des Oberkommandierenden der U-Boote ausgestattet war. Der Propyläen-Verlag hingegen zog nach öffentlichen Protesten einen Band zur Geschichte des Nazireichs vom Buchmarkt zurück, das in Rezensionen schlechthin als „revisionistisches Machwerk“ bezeichnet worden war. Noch auf dem Markt hat Ullstein eine Übersetzung aus dem Englischen, in der ein kanadischer Historiker den Alliierten in toto gegenüber den Deutschen Vernichtungsabsicht unterstellt. Er behauptet, es seien nach dem Kriege 5,7 Millionen Deutsche – das ist exakt die im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess geschätzte Zahl der ermordeten Juden – dem Hungertod preisgegeben worden.

So erinnert die Gegenwart an die vor zehn Jahren nicht entschieden ausgetragene Kontroverse über den Charakter des Krieges und dessen Urheberschaft und verweist auf das am meisten gemiedene Thema der imperialistischen deutschen Kriegsziele, die, anders als in den Lehrbüchern des Landes zu lesen, eben nicht diejenigen Hitlers allein waren. Gewiss: Die Geschichtslandschaft Deutschland ist keine von den Revisionisten bestellte Monokultur Doch im Rückblick auf den „Historikerstreit“ kann nicht übersehen werden, dass das seinerzeitige Bild von den Siegern nicht stimmt. In der praktischen Politik wie auf geistigem Feld haben die Versuche nicht aufgehört, die deutsche Geschichte zu „entsorgen“, und sie haben sich nach 1990 keineswegs überraschend verstärkt. Daher ist zu fragen – wie unlängst in der Zeitung geschehen, die 1986 den Streit eröffnete – wie lange Historiker vom Fach dem Treiben „noch immer ungerührt zusehen“ werden. Wer oder was kann sie nach den Anstrengungen, denen sie sich im Vereinheitlichungsprozess unterzogen, auf den verlassenen Kampfplatz zurückrufen?

Neues Deutschland, 15. Juli 1996, S. 11.

Weitere Sicht auf den Eichmann-Prozess

Die Literatur über den Prozess gegen den „Judenreferenten“ im Reichssicherheitshauptamt füllt mittlerweile Bücherborde, wenngleich nach wie vor eine deutschsprachige Ausgabe des Prozessprotokolls von Jerusalem fehlt. Die eben gedruckte juristische Dissertation bewegt sich mit Fragen und Antworten im weiteren Umfeld des Gerichtsverfahrens und befasst sich insbesondere mit der Haltung, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Prozess und während seines Verlaufs einnahm. Informations- und aufschlussreich sind die Partien, in denen Ch. Große der Frage nachging, warum sich die Bundesregierung – anders im Falle früherer Prozesse gegen im Ausland angeklagte Naziverbrecher – 1961 weigerte, die Rechtsanwaltskosten für die Verteidigung des Angeklagten zu übernehmen. (Sie setzte ihre Ablehnung in drei Verfahren, die Robert Servatius angestrengt hatte, auch durch.) Ebenso lesenswert, was die Autorin über Auftrag und Rolle der Beobachterdelegation herausfand, die von Bonn nach Jerusalem entsandt worden war. Nebenbei: in den Akten erhielt sich auch die Kostenrechnung, die diese Gruppe verursachte. Sie belief sich total auf 426.756,11 DM. Die Zahl muss in den Maßstäben des Jahres 1961 gelesen werden. Den größten Posten bildete die F ernsprechstandleitung, die in Israel angemietet wurde, um die Verbindung nach Bonn in das Auswärtige Amt zu sichern. Demnach wurde die Summe selbstredend aufgebracht, um „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“. Und das bezog sich auch auf die Gefahr, die in Jerusalem für einen gewissen Hans Maria Globke und dessen bevorzugten Platz an der Seite des Bundeskanzlers entstehen konnte.

Christina Große, Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik. Peter Land. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a.M. 1995, 187 S. (Europäische Hochschulschriften, Reihe II, Rechtswissenschaft, Bd. 1753).

antifa, August 1996, S. 29.

Auf der breiten Spur der deutschen Täter

Anmerkungen zu Goldhagens Buch über Hitler, die Deutschen und den Judenmord

Er hat es sich aber auch schwer gemacht, dieser Daniel Jonah Goldhagen. Da tritt er vor einen Kreis von Fachleuten, sagt ihnen, dass ihre bisherigen Forschungen und Interpretationen in einem „empirischen Leerraum“ erfolgt wären und sie gegenüber schwerwiegenden Fragen ein „völliges Desinteresse“ gezeigt hätten – und muss sich über kopfschüttelnde Reaktionen nicht wundern. Zumal, wenn er ihnen eine „ganz neue Betrachtung“, eine „radikale Revision“ bisheriger Sichtweisen offeriert.

Die empörte Reaktion der deutschen Zunftgenossen auf das Buch des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen „Hitlers willige Vollstrecker“ ist dennoch verwunderlich. Zum einen: Leben sie doch alle in einer Gesellschaft, die sie tagtäglich zwischen der Reklame und den Produkten zu unterscheiden lehrt. Was ist die Ursache für den Mangel an Souveränität? Gekränkte Eitelkeit und Zorn über Ignoranz mögen im Spiele sein. Vielleicht war auch wesentlich, dass Kritiker dieses Buches nicht in erster Linie als Spezialisten, sondern als „Deutsche“ reagiert haben. Sei dem, wie es sei.

Vorweg und vor allem: Dass das Buch des amerikanischen Soziologen und Historikers nun in deutscher Übersetzung zugänglich ist, sollten hierzulande viele als Chance nutzen, ihre Kenntnisse über den von Deutschland ausgegangenen und von Deutschen verübten Massenmord an den europäischen Juden zu erweitern und eigene Vorstellungen zu überprüfen. Das erfordert mehr als angestrengte Lesearbeit. Was der Autor nach ausgedehnten Forschungen vor allem in den Akten (west-)deutscher Gerichtsarchive vorgelegt hat, wird den. einen wieder, und anderen erstmals nicht nur Fragen aufgeben. Es kann auch Gefühle wecken, die in den gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland sich geltend machen könnten. Das Buch verlangt Parteinahme. Es kommt hierher zur rechten Zeit, denkt man allein an die grassierende These, mit der sich schon die Hauptangeklagten in Nürnberg vor einem halben Jahrhundert (und die nicht nur gedanklich) herauszuwinden gedachten: „Die anderen auch.“

Goldhagen hat sich auf die breite Spur der deutschen Täter begeben, die das Verbrechen verübten. Er stellt fest, dass ihre Zahl – der Täter, Mittäter und Beihelfer – erheblich größer ist, als angenommen wird (wobei er – wie mehrfach – zwischen dem allgemeinen Bewusstsein und dem Befund der Wissenschaft nicht unterscheidet). Er hat unser Bild darüber vervollständigt, wie die Untat geschah, indem er die Rolle der mordenden Männer der Wachmannschaften in den Lagern, in den zur Ordnungspolizei gehörenden Polizeibataillonen, in den Begleitkommandos der auf die Todesmärsche getriebenen Juden darstellte.

Keinem dieser Themen hat er sich als erster zugewandt. Doch ist er zweifelsfrei im Recht, wenn er die Vernachlässigung der erst spät auf den Weg gebrachten Täterforschung vermerkt. Es genügt, daran zu erinnern, dass wir – dank Wolfgang Benz und einer internationalen Arbeitsgruppe – seit einigen Jahren eine dezidierte Untersuchung über die Zahl der jüdischen Opfer des „Holocaust“ besitzen, ein vergleichbares Werk über ihre Mörder aber nicht in Angriff genommen ist. Nach wie vor gehört die Verkürzung nicht nur dieser Untat auf den „Führer“ (Hitlers Befehle, Verbrechen, Ziele usw.) zum deutschen Medienalltag.

Kurzum: Goldhagens Buch zwingt in jenen Partien, in denen er das verbrecherische Geschehen ohne Beispiel rekonstruiert, stärker als andere Darstellungen über die Frage nachzudenken, die für die noch lebenden Zeitgenossen der deutsch-faschistischen Diktatur lautet: Was waren wir damals für Menschen? Und die für die Masse der nachgeborenen Deutschen heißt: Wer waren sie, unsere Vorfahren? Woran sich jeweils die schwierige Selbstprüfung anschließen könnte, wie weit sich denn jeder von seiner oder seiner Vorfahren geistiger und emotionaler Befindlichkeit entfernt haben mag. (Den Deutschen hat Goldhagen in mehreren Interviews diese Frage übrigens erlassen und ihnen attestiert, dass sie ganz andere Menschen geworden seien, so dass sie nicht einmal mehr Gesetze gegen Faschisten benötigen würden.)

Widerspruch erregte bisher vor allem, dass Goldhagen die Handlungen der Beteiligten monokausal erklärt. Die Deutschen waren „bösartig-eliminatorische Antisemiten“, und in diesem Zustand befanden sie sich bereits vor dem 30. Januar 1933. Faktisch lässt er zwischen der geistigen Verfassung Hitlers und der „vieler“ oder „der überwältigenden Mehrheit der Deutschen“ – obwohl er selbstredend um die Existenz von „Antisemitismen“ weiß – keinen ins Gewicht fallenden Unterschied gelten.

„Die Deutschen“ fand der „Führer“ gleichsam schon reif für den Judenmord vor Es war ihm und einigen Komplizen daher leicht, die Masse dieser Tatbereiten zu mobilisieren, sobald er seinerseits nur die Zeit dafür als gekommen ansah. Wer die Gaswagen fuhr, an den Gruben mit Gewehren und Pistolen niedermetzelte, die Mordkammern in Auschwitz bediente, als Wächter Juden in Ghettos zugrunde gehen ließ, das war nach Goldhagen ganz zufällig. Bereit, Mörder zu sein, waren sie alle.

Rekonstruktion von Geschichte in Raum und Zeit wird man das nicht nennen können. Was in dieses Bild nicht passt, hat der Autor auch einfach beiseitegelassen oder marginalisiert. Schon in den ersten Diskussionen über sein Buch in den USA ist ihm daher entgegengehalten worden, dass die Antriebe der Mörder sich nicht auf einen Faktor reduzieren lassen. Da alle und jeder einzelne Beweggrund aber exakt nicht ermittelt werden können, deren Mischung sich nicht quantifizieren lässt, wird der Streit über die Frage nach den Motiven langlebig bleiben. Er ist keineswegs – wie es scheinen könnte – von akademischer Natur Menschen können ihre Verhaltensweisen unter historischen Voraussetzungen in revolutionierten makro- und mikrosozialen Bedingungen sehr rasch verändern. Goldhagen könnte das, wenn er demnächst wieder nach Deutschland kommt, womöglich im Gespräch mit Soziologen erfahren, die sich mit den Wandlungen der Verhaltensweisen der Menschen in Ostdeutschland während der vergangenen sechs Jahre befassen. Und dies sind Veränderungen, die unter dem ganz „gewöhnlichen“ Druck kapitalistischer Verhältnisse stattfanden, also nicht innerhalb einer faschistischen Diktatur.

Mit deren Gesamtgeschichte hat sich der Buchautor freilich wenig befasst. Was soll man von Aussagen halten, wonach dieses Deutschland 1933 von feindlichen Mächten umgeben, ja dann von ihnen eingekreist gewesen sein soll? So las und hörte man es bei Hitler und seinem Goebbels. Obwohl Goldhagen postuliert, dass der „Holocaust“ nicht aus dem Antisemitismus erklärt werden kann, tut er gerade das. In endlosen Wiederholungen belehrt er die Leser darüber, dass der Judenmord das „Zentrum der staatlichen Politik“ gewesen sei, das „entscheidende Charakteristikum“ des Regimes, sein „zentrales“ und „kennzeichnendes Merkmal“ und schließlich ein „spezifischer Grundzug der gesamten deutschen Gesellschaft“ jener Jahre. Er ist tatsächlich der Meinung, dass Hitler eigentlich nichts anderes wollte, als die Welt ohne Juden zu schaffen und damit seine „private mörderische Wahnvorstellung“ zu verwirklichen. Nur beiläufig ist die Rede vom Krieg, von „revanchistischen Versprechungen“, mit denen die Machthaber angetreten seien, von unbezeichneten „anderen Politikbereichen“, von „Vorschlägen“ über die Veränderung Europas, den „Idealen“ Hitlers und seiner Komplizen entsprechend.

Den verwirklichten und schließlich gescheiterten imperialistischen Kriegs-Sieg-Plan und den Rassenmord an Juden, Slawen, Asiaten, Zigeunern vermag Goldhagen nicht in den Zusammenhang zu bringen, in dem sich beides befand. Ja, er hält ihn offenbar nicht für vorhanden. Der Krieg erscheint ihm – auch das ist freilich nicht seine Erfindung – einzig als die erkannte, gesuchte und genutzte Gelegenheit, die Juden umzubringen. Goldhagen wärmt auch wieder die Legende von der Priorität der judenmörderischen Maßnahmen auf, die bis zur Ignoranz gegenüber militärischen Erfordernissen gereicht habe. Wo eher nebenher auf Kriegsvorbereitung und Krieg Bezug genommen wird, finden sich Phantasien: Die Juden konnten vor 1939 nicht ermordet werden, denn dann hätte Hitler vorzeitig einen Krieg riskiert, und sie konnten 1939/1940 nicht umgebracht werden, weil sonst die UdSSR den Nichtangriffspakt gebrochen haben würde.

Das verkorkste Bild, das Goldhagen vom Wesen der deutsch-faschistischen Diktatur gibt, das nahezu vollständige Beiseitelassen der realen sozialen Interessen, die in der deutschen Gesellschaft der Jahre zwischen 1933 und 1945 sich geltend machten, geriet bisher kaum in das Fadenkreuz hierzu-

lande geübter Kritik. Vielleicht geschieht das noch. Denn erst von daher ist die Frage weiter zu beantworten, die sich auf das „Warum“ des Judenmords richtet. Goldhagen hat nur einen ihrer Aspekte gesehen und die Aufmerksamkeit auf die Frage gerichtet, warum sich Täter „fanden“. Die andere lautet, warum sie „gesucht“ wurden – und nicht nur im Interesse der Verwirklichung einer „privaten“ Weltsicht.

Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Aus dem Amerik. v. Klaus Kochmann. Siedler Verlag, Berlin 1996. 728 S., geb., 59,80 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 17./18. August 1996, S. 12.

„Zwangsvereinigung“

War das die Frage aller Fragen?

Der folgende Beitrag ist die gekürzte Version eines Referats, das am 22. Juni 1996 in Gotha vorgetragen wurde.

Wer sich ein sachlich-kritisches Bild von der Kampagne anlässlich des 50. Jahrestags der SED-Gründung und ihren Ergebnissen machen will, kommt nicht umhin, noch einmal von dem Ereignis selbst zu sprechen. Von beidem wird im Folgenden die Rede sein.

I. Die Entwicklung zur Sozialistischen Einheitspartei war ihrem Charakter nach eine Massenbewegung. Das gilt auch für das südlichste Land der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die Kommunistische Partei hatte vor 1933 13.000 Mitglieder in Thüringen gezählt (das ist, wie die Abrundung zeigt, offenbar eine ungefähre Zahl). Zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses wies sie ihre Mitgliederstärke mit 73.351 aus. Die Zahl der Ortsgruppen wurde mit 1373 beziffert, dazu kamen sog. Stützpunkte und Betriebsgruppen. Die Sozialdemokratische Partei hatte schon vor 1933 in Thüringen mehr Mitglieder rekrutiert als die KPD. Nun war sie von damals 42.857 Mitgliedern auf 91.831 angewachsen. Insgesamt waren in Thüringen also mehr als 165.000 Menschen an dem Prozess der Vereinigung direkt beteiligt gewesen.[1]

Doch die Mitgliederzahlen der beiden sich vereinigenden Parteien allein spiegeln den Tatbestand der Massenbewegung nicht ausreichend wider. Auch viele Menschen, die keiner dieser beiden Parteien angehörten, interessierten sich für Verlauf und Resultate der Debatten, die der Parteigründung voraufgingen. Manche machten davon ihre weiteren persönlichen Schritte abhängig und auch ihre Entscheidung, der neuen Partei beizutreten oder ihr fernzubleiben. Die Vereinigungsfrage war Gegenstand vieler öffentlicher Versammlungen und Kundgebungen in Betrieben und anderen Arbeitsstellen.

Damit aber nahm die Vorgeschichte der SED wie jede Massenbewegung auch ihre eigene Dynamik an. Die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien wollte, ihren Führungen folgend, zur Vereinigung hin, und sie sahen keinen Grund, sich damit übermäßig Zeit lassen zu müssen. Von den Problemen der Praxis in Nachkriegsdeutschland bedrückt und – was die von vielen übernommene Arbeitslast anging – nahezu erdrückt, gingen Kommunisten wie Sozialdemokraten davon aus, dass sich viele Fragen des Lebens und Wirkens der neuen Partei im Verlauf ihrer Existenz weiter klären würden. Der Gedanke, eigene Kräfte in permanenten Auseinandersetzungen mit der anderen Arbeiterpartei zu verbrauchen, hatte für niemanden etwas Verlockendes. Viel später, als in der SED Stalins „Geschichte der KPdSU (B) – Kurzer Lehrgang“ studiert wurde, ist in Lektionen oft ein von Lenin stammendes Wort zitiert worden, wonach Parteien sich, bevor sie und damit sie sich zusammenschließen könnten, zunächst voneinander abgrenzen sollten. Diese Vorgehensweise – den russischen Linken anempfohlen unter den Bedingungen der Illegalität vor dem Ersten Weltkrieg – wäre den Beteiligten des Vereinigungsprozesses 1945/46 absurd vorgekommen. Der Sozialismus galt ihnen als das ferne Ziel (und wer kann, mag sich an die verbreitete Überraschung erinnern, mit der jener Parteikonferenz-Beschluss 1952 zur Kenntnis genommen wurde, wonach jetzt die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut werden sollten). Die nächsten Aufgaben und Schritte aber verstanden sich für Menschen in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und des Kampfes gegen Faschismus und Krieg nahezu von selbst.

Fünfzig Jahre nach dem Ereignis, das ist der erste Punkt meiner Kritik an vielen Darstellungen, erschienen die zehn Monate zwischen dem legalen Wiederhervortreten der beiden Parteien und ihrer

---

[1] Da mir neuere verlässliche Zahlen für Thüringen nicht zur Verfügung stehen, wurde auf Angaben aus dem Jahre 1961 zurückgegriffen. S. Änne Anweiler, Nur vereint zwingen wir des Volkes Feind. 15 Jahre SED Hrsg. SED-Bezirksleitung Erfurt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Erfurt 1961, S. 79 ff. Die Bereinigung der Angaben über die jeweilige Mitgliederstärke dürfte noch Forschungen verlangen. Wolfgang Leonhard erklärte, die KPD habe zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages 140.000 Mitglieder „hinzugefälscht“. S. Die SED – eine Fehlkonstruktion? In: ND, 9. April 1996.

Vereinigung vor allem von einem Diskussions- und Streitprozess angefüllt. Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun, insbesondere nicht mit dem Leben derjenigen Mitglieder beider Parteien, die in den eben entstehenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorganen Pflichten übernommen hatten. Die Vorgeschichte der SED wurde, ähnlich wie ein einzelnes Organ aus einem Körper, gleichsam aus der Nachkriegsgeschichte seziert. Die Praxis der Wiederingangsetzung des Lebens und des antifaschistischen Aufbaus erhielt demgegenüber eine nur marginale Bedeutung oder wird auf Streit und Gerangel um Ämter und Posten, um Machtanteile und Einflusssphären reduziert.

Das geschieht beispielsweise auch in der lesenswerten Darstellung von Andreas Malycha[2], die den Eindruck macht, als habe es in jenen elf Monaten zwischen Befreiung und SED-Gründung Umsiedler, Wohnungsnot bis zum Wohnungselend, Seuchen, verirrte elternlose Kinder, hilflose Kranke und Alte, Hunger und Mangel an vielem Lebens- und Überlebensnotwendigen nicht gegeben oder: als hätten alle diese Tatsachen des Lebens im ersten Nachkriegsjahr für die kommunistischen und sozialdemokratischen Aktivisten der ersten Stunde und ihre Verhältnis zu einander, ihre Erfahrungen miteinander keine Bedeutung besessen. Malycha beruft sich bei seinem Bild auf Akten der Sitzungen von Gremien der SPD. Wie aber stellt sich das Bild dar, wenn die praktische kommunale und regionale Arbeit anhand ihres überlieferten schriftlichen Niederschlags mit herangezogen würde?

II. Zu den aktuellen Antrieben für Richtung und Tempo des Prozesses, der zum Zusammenschluss der beiden Parteien führte, gehörten aber nicht nur die erwähnten materiellen und im Wortsinn existentiellen Faktoren. Nicht weniger wirkten ideologische und politische und moralische Faktoren. Vor allem war da das Wissen, dass sich die beiden deutschen Arbeiterparteien von der Mitschuld am Aufkommen des Nazifaschismus nicht freisprechen konnten, ungeachtet aller Anstrengungen, die sie vor 1933 unternommen und ungeachtet aller Opfer, die sie im Kampf gegen das Unheil gebracht hatten. Ohne dass das Gegeneinander der beiden Parteien rekonstruiert worden wäre, ohne dass über dessen Ursachen Rechenschaft gegeben wurde, herrschte doch ausdrücklich oder stillschweigend Übereinkunft darüber, dass die deutsche Arbeiterbewegung – wie ein Befürworter des Einigungsprozesses an BBC London schrieb – vor der Welt etwas gutzumachen habe.

Nur idealtypische Vorstellungen können aus dem Halbjahrhundertabstand in die Forderung münden, die beiden Parteien hätten vor ihrer Vereinigung eine Bilanz der folgenschweren Jahre von 1929 bis 1933 – vom Ende der sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller über die Tolerierung der Brüning-Regierung und den Papenschlag in Preußen bis zur Aufrichtung der Nazidiktatur – ziehen sollen. Nur geschichtsfernes Besserwissen kann sich vorstellen, dass Kommunisten und Sozialdemokraten in jenen ersten Nachkriegsmonaten fähig gewesen wären, sich über die kommunistische Taktik der Schwächung der SPD, über die verhängnisvolle These vom „Sozialfaschismus“ und die Diffamierung von Sozialdemokraten als „kleine Zörgiebels“ kritisch zu verständigen. Obendrein wäre das eine Debatte zwischen einer Minderheit von Mitgliedern beider Parteien gewesen, denn in der SPD wie in der KPD überwogen an Zahl bald die hinzugestoßenen Mitglieder, darunter viele, die keinerlei eigene Erinnerung, geschweige denn Erfahrungen aus den Kämpfen am Ausgang der Weimarer Republik besaßen.

Alle Forderungen, wonach diese Aufarbeitungen der Vergangenheit der Vereinigung hätten voraufgehen müssen, mögen sie gemeint sein wie sie wollen, laufen deshalb logisch-historisch darauf hinaus, den Zusammenschluss als verfehlt anzusehen und ein Nebeneinander der beiden Parteien auf längere Zeit nachträglich gutzuheißen. Dessen Folgen, so wenig sie insgesamt „hochgerechnet“ werden können, lassen sich in Grenzen ausdenken. Eine SPD-Ost neben einer SPD-West, die schon 1945 dezidiert einen antisowjetischen Kurs verfolgte (was übrigens die Haltung der sowjetischen Militäradministration zu den Einheitsgegnern in einer im Einzelnen noch anhand von Dokumenten zu klärender Weise mitbestimmt haben dürfte), hätte zu Verfolgungen von Sozialdemokraten ganz anderer Art geführt, als sie eine beklagenswerte Minderheit von ihnen erleiden musste. Dass eine

---

[2] Andreas Malycha in: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen (Hrsg. Parteivorstand der SPD).

derart separate SPD in der sowjetischen Besatzungszone so etwas wie eine folgsame Blockpartei geworden wäre, wie jüngst wiederholt gesagt worden ist, scheint demgegenüber viel weniger wahrscheinlich.

Vor allem aber: die Mitglieder beider Parteien sahen sich 1945/46 tagtäglich den verschiedensten Erscheinungen des Postfaschismus konfrontiert, Auch davon ist in den neueren Darstellungen kaum noch die Rede. So kann der Eindruck entstehen, der Faschismus wäre in jenem Jahr eine vermodernde Leiche gewesen, um die sich niemand mehr zu scheren brauchte. Nun war zwar der zentrale und regionale Staatsapparat des Nazisystems rasch zerschlagen worden. Doch dieser deutschen Nachkriegsgesellschaft saß die Hinterlassenschaft des Regimes gleichsam noch in allen Poren. Jeder Tag bewies das, brachte es zutage, verlangte Entscheidungen und Arbeit. Man denke etwa an die Eröffnung der Schulen und die Frage, wem der Unterricht von Kindern und Jugendlichen anvertraut werden sollte angesichts der massenhaften Parteinahme der Lehrerschaft für die Naziherrschaft. Die praktische Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des verbrecherischen Regimes und die eigene und gruppenweise Auseinandersetzung mit der Naziideologie, für die sich die Mitglieder mitunter auch schon in gemeinsamen Bildungsabenden rüsteten, brachten einander näher und führten zusammen. In diesem Punkte existierten keine Meinungsverschiedenheiten. Der Nazismus sollte mit Stumpf und Stiel, so ist oft gesagt worden, beseitigt werden.

Auf diese Kampfstellung – ohne jede Übertreibung kann für sie nur dieser Begriff gelten – wurden die Mitglieder beider Parteien nicht nur durch ihre Grundüberzeugung verwiesen, sondern bald auch durch die Erfahrung, dass die beiden anderen Parteien – CDU und LDPD – in vielen praktischen Fragen der Überwindung des Nazierbes mindestens weniger konsequent waren, sich schwächer engagierten und keineswegs unnachsichtig zu Werke gehen wollten; ja, dass es in deren Reihen Kräfte gab, die offenkundig zu Verhältnissen hinzusteuern wünschten, die lediglich politisch juristische Korrekturen gegenüber den Zuständen der Weimarer Republik aufweisen sollten. Die Bedeutung dieser doppelten Konfrontation, der gegen den Postfaschismus und jener gegenüber den konkurrierenden bürgerlichen Parteien, bildete eine Antriebskraft im Vereinigungsprozess. Es ist der zweite Punkt meiner Kritik, dass die Erinnerung an diesen Zusammenhang mitunter ganz fehlte, keineswegs aber in einer der Realität angemessenen Weise erfolgte.

Diese verengte Sicht mag auch dadurch hervorgerufen und auch deshalb nicht zurückgewiesen worden sein, weil viele Mitglieder der PDS sich der Blockparteien nur als willfähriger Werkzeuge der Staatspartei erinnern und sich kaum vorzustellen vermögen, dass die Liberalen wie die Christdemokraten 1945/46 zwar im antifaschistisch-demokratischen Block wirkten, aber gerade dort keineswegs nur Flöten bliesen. Vereinigung zu einer sozialistischen Partei hieß im Verständnis der Verfechter dieser Idee und dieses Plans deshalb auch, dass damit ein eigener Gewichtszuwachs gegenüber den beiden damals noch bürgerlichen Parteien gewonnen werden konnte. Und dies umso mehr, als CDU wie LDPD ja selbst neuartige Parteien waren und allein durch ihre Existenz ein Bekenntnis zur Einheit von – wenn schon nicht Gleichgesinnten – so doch Gleichinteressierten darstellten. Mit der CDU-Gründung war, anders als 1918/19, die Bildung einer interkonfessionellen christlichen Partei gelungen. Und die liberale Partei stellte den Versuch dar, die nicht konfessionell orientierten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte – von den großen Kapitalisten bis zu den kleinen Warenproduzenten – zu sammeln und zu vertreten. Einheit galt den politischen Kräften in Nachkriegsdeutschland – lassen wir Bayern mit seinen spezifischen Traditionen beiseite – als positiver Wert. Damit war nicht die Einheit der Volksgemeinschaft oder der nazistischen Monopolpartei gemeint, weshalb die gegen die SED-Gründung gerichteten Argumente, die auf die Erfahrungen mit der NSDAP verwiesen, eher von der Unkenntnis und der Fehleinschätzung jener zeugten, die sie verbreiteten.

III. Geschichtliche Erfahrung war in jeder Phase des Weges zur SED-Gründung gegenwärtig. Vor allem aus der verheerenden Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung rührten starke Antriebe für den Vereinigungsprozess her. Es scheint nicht überflüssig zu sein, sich den Absturz des Jahres 1933 noch einmal vor Augen zu stellen: In dem damals zertrümmerten Staat hatten die Führer der Sozialdemokratie zeitweilig nicht nur Minister und Reichskanzler, sondern auch das Staatsoberhaupt ge-

stellt, sie waren auf regionaler und lokaler Ebene in den verschiedensten Institutionen verankert und übten als Oberbürgermeister, Bürgermeister, Polizeipräsidenten – gut oder schlecht, das spielt in unserem Zusammenhang keine Rolle – Macht aus. Und dann, 1933, fanden sie sich im Exil, andere in Gefängnissen und Konzentrationslagern, dritte in wirkungslosen illegalen Zirkeln auf sehr bedenklichem „freiem Fuß".

Und wenn auch nur wenige Kommunisten in kleinen Ortschaften Staats- oder Verwaltungsfunktionen innehatten, machtlos war ihre Partei, gestützt auf schließlich mehr als fünf Millionen Wähler, im Weimarer Staat nicht gewesen. Sie verfügte nicht nur über die Kraft ihrer Mitglieder und Sympathisanten, sondern besaß Immobilien, Zeitungen und Verlage, sie hatte eine erhebliche Zahl ihrer Funktionäre in Parlamente bringen können, den Reichstag eingeschlossen. Und dann: Schon wenige Monate nach der Aufrichtung der faschistischen Macht wurden in Hamburg vier Kommunisten mit dem Fallbeil ermordet. Untergrund, Haft, Exil, totale Enteignung folgten. Auf jeweils andere Weise waren beide Parteien aus Zuständen, in denen sie über Machtfaktoren geboten, in Verhältnisse ihrer Ohnmacht geraten.

Diese Erfahrung hat das Machtbewusstsein derjenigen, die sie erleiden mussten, aufs äußerste geschärft. Dieser Fall ins Bodenlose sollte sich ein zweites Mal nicht ereignen. Und damit ist der dritte Kritikpunkt benannt, der sich auf das Nachdenken über die Vereinigung bezieht. 1996 wurde ein Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten darin „entdeckt", dass die einen auf dem Wege zur Einheit sich als gewiefte Strategen und Taktiker gezeigt hätten, die anderen hingegen dem gegenüber hilflos gewesen wären, weil sie mit ihren auf die Einheit gerichteten Emotionen den Werbungen schließlich nicht widerstehen konnten. Nun wird niemand ernsthaft leugnen, dass Emotionen in diesen Prozess in erheblichem Umfang hineinwirkten. Sie existierten jedoch auf beiden Seiten; sie den Kommunisten absprechen zu wollen, heißt ihnen ebenso Unrecht tun wie den Sozialdemokraten, wenn man sie zu Tölpeln macht, deren Verhältnis zur Einheit sich auf Gefühle beschränkte.

Auch dieses wirklichkeitsferne Bild vom kalten Machtkalkül der einen und der warmen, aber blinden Einheitssehnsucht der anderen, von den „Politprofis" (Pieck/Ulbricht) hier und den in Sachen der großen Politik unerfahrenen „Kommunalpolitikern" (Grotewohl/Fechner) dort[3], mit dem die Fragen auf Personen und Personengruppen gelenkt werden, bietet 1996 manchen einen unbestreitbaren politischen Vorteil. Er ergibt sich für alle, die in eine historisch-kritische Debatte über die auf dem Wege zur SED ausgearbeitete und diskutierte Programmatik nicht eintreten wollen. Das Parteiprogramm, das in den Grundsätzen und Zielen der SED formuliert wurde, wurde in den vielen Veranstaltungen kaum erwähnt. Die praktisch-gesellschaftliche Tätigkeit, die der Vereinigung vorausging, wurde ebenso negiert wie jene, die ihr folgte und die ohne den Zusammenschluss schwerlich zu verwirklichen gewesen wäre.

Die Frage der Macht auf das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten im Innern der gemeinsamen Partei zu reduzieren, statt sich die grundlegendere Problematik der Vorherrschaft in der sich bildenden Nachkriegsgesellschaft vor Augen zu stellen, heißt an der Tatsache vorbeidenken, dass die Kommunisten wie die Sozialdemokraten gegenüber den bürgerlichen Kräften nach den Erfahrungen der Jahre 1932 und 1933 von tiefem Misstrauen erfüllt sein mussten. Denn wenn auch alle Entscheidungs- und Handlungsmacht zunächst in den Händen der Besatzungsorgane lag, deren Herrschaft würde, wie lange auch immer, nicht ewig dauern. Es musste unvermeidlich der Tag kommen, da die politischen Kräfte in Deutschland sich ohne den Rückhalt von Militärregierungen gegenüberstehen würden. 1996 aber wurden Vorherrschaftsansprüche, die sich auf die künftige deutsche Gesellschaft richteten, als eine Art Monopol der Kommunisten dargestellt. Demgegenüber seien die Sozialdemokraten von hehren und selbstverleugnenden demokratischen Grundsätzen bestimmt worden. Gewiss, die Kommunisten traten, beeinflusst vor allem durch Lenins Schriften und

---

3 So die Darstellung auf einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin veranstalteten Diskussion. Vgl. den Bericht in: *Neues Deutschland*, 22. April 1996.

mehr noch geleitet von ihrem Verständnis der Oktoberrevolution, am entschiedensten für den Machtgewinn der Linken ein und suchten ihn vorzubereiten. Dass aber den anderen politischen Kräften, sei es den Sozialdemokraten als Partnern, sei es den Liberalen und Christdemokraten als Partnern und Rivalen, der Machtgedanke fremd gewesen sei, gehört in das Reich der Legenden. So naiv waren glücklicherweise die gebeutelten und geschundenen Mitglieder der SPD nicht. Der tatsächliche Einfluss, den die SED als Machtfaktor im Osten Deutschlands nach 1946 gewann, bestätigte – obendrein vor dem Hintergrund der wenig Anziehungskraft besitzenden Oppositionsrolle der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik während der Jahre der Adenauerregierung – auch vielen Sozialdemokraten die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

IV. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeiterbewegung in Deutschland war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Teil einer nahezu europaweiten Bewegung und Gegenbewegung. Denn nicht nur in den Grenzen Deutschlands oder gar nur in dessen sowjetischer Besatzungszone wurde über das Verhältnis der Arbeiterparteien zueinander nachgedacht. Das war schon geschehen, lange bevor der Faschismus zur Strecke gebracht werden konnte. Solches Nachdenken, Vorausplanen, die Zukunft Projektieren ist bei Freund und Feind nachweisbar.

Auf Seiten der Konservativen wie der Liberalen existierte weder in Großbritannien noch in Frankreich und auch nicht in den westeuropäischen Kleinstaaten ein Zweifel darüber, dass ihnen die Rechnung für ihre Vorkriegs- und zum Teil auch für ihre Politik im Kriege nach Kriegsende noch präsentiert werden würde. In vielen Ländern konnten die Arbeiterparteien mit hoher Autorität in die Nachkriegspolitik eintreten. Besondere Befürchtungen richteten sich auf den gewachsenen Einfluss der Kommunisten, der nicht nur aus ihren Warnungen und ihren antifaschistischen Anstrengungen aus den Jahren vor 1939 herrührte, sondern mächtiger noch aus ihrem Anteil am Widerstandskampf gegen die deutschen Eindringlinge und Eroberer entstand. Keiner Hellsicht bedurfte es auch, um festzustellen, dass die Kommunisten weithin aus dem gewachsenen Ansehen der UdSSR zusätzlichen Gewinn würden ziehen können.

Die Frage nach den politischen Kräfteverhältnissen im Nachkrieg auf die deutsche oder gar nur auf die ostdeutsche Situation zu verkürzen, dazu bedarf es eines Gedankenschritts, den man ganz undenunziatorisch „Austritt aus der Geschichte“ nennen kann. Dennoch ist er weithin gegangen worden. Als Akteure des so aus allen Zusammenhängen gelösten Geschehens erschienen einzig drei Kräfte: die Führungen der KPD, der SPD und die hohen Offiziere der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD).

In Wirklichkeit und selbstredend waren der Interessenten und Akteure ungleich mehr und sie hatten sich – wie erwähnt – auf die Nachkriegssituation vorbereitet. Das geschah – um hier das Beispiel der nach der UdSSR einflussreichsten europäischen Macht heranzuziehen – in Großbritannien in erster Linie mit dem Blick ins eigene Land. Erinnert sei an die Tatsache, dass die Partei, die den Mann gestellt hatte, dessen Name 1940 zum Symbol des Widerstands gegen die deutsch-faschistische Bedrohung geworden war, wenige Monate nach Kriegsende so viel an Terrain einbüßte, dass Winston Churchill den Posten als Premier an einen Nachfolger aus der Labourpartei verlor. Doch gerade unter dieser Partei tat die britische Besatzungsmacht, was in ihren Kräften stand, die Einheitsbestrebungen in ihrer Besatzungszone in Deutschland zu blockieren. Es genügt zum Beweis dessen, sich die Sendungen zu vergegenwärtigen, in denen sich BBC London mit der Vereinigung befasste. Dafür richtete sie eigens eine „Sendung für Arbeiter“ ein, und in der Reihe „Funkbriefkasten“ konfrontierte sie Meinungen ihrer Hörer mit den Bestrebungen, die sich auf eine Einheitspartei richteten. In den Zuschriften drückte sich mitunter eine Denkweise aus, die aus dem soeben militärisch zerschlagenen Regime herstammte. Sie äußerte sich in Formulierungen wie: Deutschland dürfe den „Polypenarmen“ oder den „Würgearmen des Vampirs“ (der UdSSR) nicht überlassen, nicht an die Kommunisten ausgeliefert werden, die „charakterlose Menschengruppen“ seien. Neben den ernstzunehmenden Einwänden der alten Sozialdemokraten gegen eine deutsche Arbeiterpartei nach dem Muster der KPdSU wurden folglich auch ausgesprochen antisowjetische Ausfälle zugelassen, wenn es darum ging, Argumente gegen den Prozess der Verschmelzung der beiden Parteien anzuhäufen. Selbst noch die moderaten Abmahnungen aus dem Munde angesehener Kommentatoren der

deutschsprachigen Sendungen, die vielen deutschen Hitlergegnern aus der Kriegszeit bekannt waren, bezeugen ungewollt die Popularität des Einheitsgedankens. Gordon Walker fragte am 21. März 1946 pseudo-naiv: „Warum nicht Verbrüderung statt Verschmelzung?“ und drückte damit das Interesse an jeder „Lösung“ unterhalb der organisatorisch vereinten Arbeiterpartei aus.[4]

Es erschien in den Diskussionen der vergangenen Monate schon als eine den Blick öffnende Forderung, die Vereinigung von KPD und SPD im Osten Deutschlands mit späteren Prozessen in den sogenannten Volksdemokratien zu vergleichen. Doch warum sollte nicht auch ein Vergleich mit den Bestrebungen in West- und Südeuropa, die sich auf ein neues Verhältnis der linken Parteien richteten, angestellt werden und erkenntniserhellenden Nutzen eintragen? Dabei würde deutlich werden, dass die Befürworter der Einheitsbestrebungen im sozialdemokratischen Lager ihrerseits den Druck der Einheitsgegner zu spüren bekamen. Drastische Methoden wurden zu ihrer Disziplinierung eingesetzt. Wie Helmut Kohl in seiner Dissertation schreibt, nahmen am ersten Nachkriegsparteitag der Kommunistischen Partei in Hessen-Pfalz, der am 18./19. Mai 1946 in Ludwigshafen stattfand, auch SPD-Mitglieder aus Zweibrücken teil. Das taten sie entgegen „den ausdrücklichen Anweisungen der sozialdemokratischen Parteiführung“. Zwei Tage später wurde die Zweibrücker Gruppe der SPD vom Vorstand der pfälzischen Sozialdemokratie wegen „parteischädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen.[5] Diese Methoden waren unbestritten milder, ja human verglichen mit den Praktiken, deren Opfer eine noch zu ermittelnde Zahl von Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone wurde. Politisch, und d. h. hier: im Ziel, aber unterschied sich dieses Vorgehen im einen wie im anderen Falle nicht voneinander.

V. Zu dieser zeitgenössischen politisch-geographischen Dimension, die in den Erörterungen viel zu kurz kam, gehört ein weiterer historischer Aspekt. Zu diesem Zweck muss das Jahrhundert besichtigt werden. Betrachtet man es nur mit dem Blick auf die deutsche Geschichte, dann ergibt sich: Die Vorgeschichte der Apriltage 1946 reicht bis in jene Jahre zurück, da sich die Spaltung der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg anbahnte und dann in dessen Verlauf oder als dessen Folge auch organisatorisch vollzog. Was diese Spaltung bedeute, zuvor noch: wie sie nach ihren Ursachen, Folgen und in ihren Perspektiven zu bewerten sei, das hat wieder und wieder nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten beschäftigt. In ihren Reihen aber konnte die Frontstellung gegeneinander bis in das Jahr 1933 nie auch nur durchgreifend abgemildert werden. Ein erstes Zeichen eines Wandels, der sich dann nicht vollzog, ereignete sich 1933-35 im Saargebiet.

Vor dem verhängnisvollen Januar 1933 hat wohl keinen Demokraten der Zustand der deutschen Arbeiterbewegung mehr gequält als Carl von Ossietzky. Er sah die Folgen der Zerrissenheit für die Chancen des Faschismus klar und voraus. Doch war das nicht sein grundlegender theoretischer Gesichtspunkt. Ossietzky erblickte in den seit 1919 nebeneinander existierenden beiden großen Arbeiterparteien die Verkörperung zweier grundlegender Interessenlinien der Klasse, der reformistischen und der revolutionären, die beide auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft hinzielten und jede für sich ihre Existenz wohl begründen könnten. Heute ist diese Konstellation nicht mehr gegeben, denn die Sozialdemokratie ist von einer reformsozialistischen in eine reformkapitalistische Partei verwandelt und das Profil der PDS, das erst noch weiter bestimmt werden muss, ist jedenfalls weit von jener Revolutionstheorie entfernt, für die mit unterschiedlicher Berechtigung Marx und Lenin in Anspruch genommen wurden. Derzeit haben beide Parteien – wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen – Schwierigkeiten mit der Formulierung ihrer ferneren Ziele und deren überzeugender Begründung.

Nichtsdestoweniger: Das Verhältnis der Parteien, die andere Gesellschaftsprojekte vertreten als Konservative und Liberale, zueinander ist so akut wie eh und je, auch wenn kein mächtiger Faschis-

---

4 Die Hinweise auf die Aktivitäten des Londoner Rundfunks BBC verdankt der Autor Frau Dr. Ursula Adam, Berlin, aus deren Privatarchiv auch die Zitate aus den Sendereihen stammen.

5 Helmut Kohl, Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945. Phil. Diss. Heidelberg 1958, MS. 118 f.

mus darauf wartet, daraus seine Münze schlagen zu können. Da hat sich in den Debatten zum 50. Jahrestag doch Merkwürdiges ereignet. Während Vorherrschaftsbestrebungen der Kommunisten im Prozess des Zusammenschlusses, vor allem aber nach seinem Vollzug scharf kritisiert wurden, galten gleichsam im selben Atemzug die derzeitigen Bestrebungen sozialdemokratischer Führer, der PDS-Führung und ihrer Mitgliedschaft das Verhalten zu ihrer Geschichte und Vorgeschichte vorzuschreiben, als ganz und gar selbstverständlich und legitim. Verlangt wurde rundheraus und gebetsmühlenartig das Bekenntnis: Zwangsvereinigung. Das schien die Frage aller Fragen zu sein. Die einstigen Antriebe? Desinteresse. Die einstigen gesellschaftlichen Entwürfe? Erledigt. Der Vergleich zwischen den projektierten und gegangenen Wegen nach Soll und Haben? Überflüssig.

Die gegenwärtige Führung der Sozialdemokratie hat dem Ereignis vom April 1946 auch aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts keine Seite abgewinnen können, die ihr den freilich über Parteiinteressen hinausweisenden Gedanken an gegenwärtigen Nutzen nahegelegt haben würde. Die Sozialdemokraten, die den Weg zur Vereinigung ja nicht nur mitgingen, sondern ihn bereiteten, erscheinen den führenden „Enkeln“ als Abtrünnige, Leichtgläubige, Übertölpelte. Sie werden allenfalls an den Rand der Parteigeschichte gesetzt, besser noch sollen ihre Biographien ganz der Vergessenheit anheimfallen. Diese Haltung entlarvte sich an dem Datum, an dem die sozialdemokratische Parteispitze 1995 ihres Eintritts in die Nachkriegslegalität gedachte. Gewiss, dass die Terminwahl die Entschlüsse und das Handeln Zehn- und Hunderttausender Parteimitglieder in der sowjetischen Besatzungszone im Sommer 1945 missachtete, war eine Dummheit, aber sie war eben doch eine kennzeichnende Dummheit und sie erwuchs nicht nur aus Vergesslichkeit.[6] Nun wird über Terraingewinn im deutschen Osten neu nachgedacht.

Die PDS mit ihren Politikern ist in den Wochen vor dem 50. Jahrestag weitgehend auf das Eis tanzen gegangen, auf das sie eingeladen wurde. Den Esel hat sie dort nicht abgegeben, schon weil ihr dabei vorweg nicht recht wohl war. Doch es ist ihr auch nicht gelungen, die Fragen- und Gedankenfläche zu vergrößern, auf der die Auseinandersetzung um die Vergangenheit stattfand. Jedoch: Der Begriff „Zwangsvereinigung“ wird weithin – ungeachtet alles politisch interessierten Insistierens – als eine der geschichtlichen Realität unangemessene Verkürzung angesehen. Diejenigen, die das Bild vom Zwang als Hauptfaktor der SED-Gründung in grellen Farben malten und als das allein gültige offerierten, haben sich nicht durchzusetzen vermocht, obwohl sie so vollmundig in die Auseinandersetzungen eingetreten waren. Unter Berufung auf nicht weniger als „alle seriösen Historiker“ hatte Wolfgang Thierse behauptet, es habe sich um einen „mit Zwang, Repression, Drohung, Betrug, Täuschung durchgesetzten Prozess mit vielen Opfern gehandelt“.[7] Später hat sich der gleiche Autor auf den „größeren Teil der wissenschaftlichen Zunft“ berufen.[8] Fragen nach wahr und falsch, das wissen auch Laien, unterliegen in der Wissenschaft freilich keinen Mehrheitsentscheidungen. Einige Teilnehmer der Diskussionen gingen mit der Formel „Zwangsvereinigung“, deren erste Verwendung dem Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf zugeschrieben wird, wie Equilibristen um. Wolfgang Leonhard, der ihn ablehnt, bot zuerst den Ersatzterminus „diktatorische Vereinigung“ an und offerierte später den der „repressiven Vereinigung“.[9]

André Brie formulierte zunächst hochakademisch: „Es ist ein politisch und wissenschaftlich fragwürdiges Unternehmen, solch komplexe gegensätzliche (gemeint ist wohl: widersprüchliche – K. P.) Prozesse auf einen Begriff bringen zu wollen“, stürzte sich dann doch selbst in solches Unternehmen und erklärte den Vorgang („wenn ich es denn auf den einen Begriff bringen soll“) als „un-

---

6 Wie Egon Bahr beschönigend gemeint hat. Vgl. Man kann vor der Geschichte nicht davonlaufen. Als Reporter im Berlin der Jahre 45/46, Verschlungene, erzwungene Wege zur SED. In: *Freitag*, 12. April 1996.

7 Soll die PDS die Vereinigung von 1946 als Unrecht anerkennen? In: taz, 9. Februar 1996, S. 13.

8 Wolfgang Thierse, Täuschung, Zwang und Repression. Zuerst in: Presseservice der SPD, Bonn, Nr. 70/1996, 12. Februar 1996.

9 Unumwunden Jein. In: *Junge Welt*, 24. Januar 1996, S. 12 und: Die SED – eine Fehlkonstruktion? In: Neues Deutschland, 9. April 1996, S. 11.

demokratische Vereinigung ohne emanzipatorischen Charakter“.[10] Da wird obendrein ein weißer Schimmel gesattelt.

Mitunter kann der Widerwille den Neuformulierungen leicht abgelesen werden, mit dem das Eingeständnis einhergeht, sich von einer monokausalen Aussage trennen zu müssen.

Selten wird unumwunden zugegeben, dass auf allen Seiten positive und wohlerwogene Überzeugungen zugunsten des Zusammenschlusses wirkten und dass es in der Sozialdemokratie „Einheitsbefürworter“ gab, die „sowohl an der Basis als auch an der Spitze der SPD vorhanden waren“.[11] Die Einheit, formuliert beispielsweise einer dieser sich sträubenden Autoren, sei „gleichermaßen mit Zwang und Überzeugungskraft verwirklicht“ worden.[12] Überflüssig zu fragen, warum in dieser Aufzählung der Zwang an die erste, die Überzeugung an die zweite Stelle gesetzt werden. Überflüssig auch, weiter zu fragen, welche Beweise zur Verfügung stehen, die das Wort „gleichermaßen“ stützen, das doch besagen soll: in gleichem Maße, zu gleichen Anteilen. Wie aber wurden die gewogen und bemessen? Da die Faktoren quantitativ nicht exakt zu ermitteln sind, die einen historischen Prozess in eine bestimmte Richtung bewegen, bleibt – je willkürlicher die Methode der Untersuchung dieses Prozesses gewählt wird – der Streit erhalten.

VI. Das Thema „Zwangsvereinigung“ war nicht die Frage aller Fragen, aber es ist doch im öffentlichen Bewusstsein dazu gemacht worden. Es konnte diesen Platz aus mehrerlei Gründen gewinnen: Erstens und vor allem deshalb, weil über Jahrzehnte hinweg im Osten Deutschlands ein geschöntes Bild von der SED-Gründung gezeichnet wurde und eine Forschung auf diesem Felde ohne politische Vorgaben oder Begrenzungen unmöglich war. Zweitens, weil die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1996 dieses Thema favorisierte. Ob es zur Durchsetzung eigener aktuell-politischer und langfristiger Interessen wirklich geeignet war, wurde innerhalb der SPD durchaus nicht einheitlich gesehen. Doch setzten sich diejenigen durch, die aus dem Terminus „Zwangsvereinigung“ ihre politische Münze zu schlagen suchten, die sich gegen die PDS und gegen Projekte antikonservativer Bündnisse verwenden ließ. Ob, wie ein Beobachter gemeint hat, das sozialdemokratische Dasein zwischen „historischem Trauma und dem Wissen um die historische Realität“ zerreibende Wirkung besitzt, wird sich erst erweisen. Drittens war die PDS zu schwach, die Debatte thematisch zu verbreitern. Das hätte u. a. eine gründlichere Selbstverständigung vor und während der Kampagne anlässlich des Jahrestages vorausgesetzt. Zudem zeigten einige PDS-Politiker deutlich Wirkungen, die durch den permanenten ideologischen Druck erzeugt worden waren. Er ging mit vagen Angeboten von Belohnungen einher, würde die Hürde der „Zwangsvereinigung“ erst genommen. Endlos die Appelle, die Partei möge dieses oder jenes eingestehen, sich zu dieser oder jener Untat bekennen, sich für dieses oder jenes Vergehen oder Verbrechen entschuldigen usw. Mit dem Blick auf die PDS stellte Egon Bahr „noch eine offene Bringschuld“ fest, die in dem Widerruf der Beschuldigung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ bestehe.[13] Die mit dieser Beschimpfung bis 1933 operiert hatten, sind – von wenigen Hochbetagten abgesehen – allesamt ebenso tot wie diejenigen, gegen die sie sich richtete. Obendrein wurde in Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die zu DDR-Zeiten erschienen, mehrfach auf die Haltlosigkeit der Charakteristik und den Schaden verwiesen, den ihr Gebrauch stiftete. Gregor Gysi übertrieb nicht, als er auf die kuriose Situation aufmerksam machte, dass sich Fünfzigjährige bei Fünfzigjährigen dafür entschuldigen sollen, was vor fünfzig Jahren geschah.[14]

---

10 Undemokratische Vereinigung ohne emanzipatorischen Charakter. In: PDS-Pressedienst, Nr. 17/1996, S. 17 u. 19.

11 Gerd-Rüdiger Stephan, Zwischen Überzeugung und Nötigung. Rezension zu: Norbert Podewin/Manfred Teresiak, „Brüder in eins nun die Hände ...“. Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin. In: Das Parlament, 22./29. März 1996, S. III.

12 Medizin gegen politische Vereinfachung. Rezension von Ulrich Mählert zu Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996. In: *Das Parlament*, Nr. 13-14, 22./29. März 1996.

13 Egon Bahr, a. a. O.

14 Gregor Gysi, Das Dilemma der „Zwangsvereinigung“. In: Neues Deutschland, 20./21. April 1996.

Solcherlei Ansinnen und Bedingungen besitzen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ihre unheilvolle Tradition. Mehr noch: Hatte eine Partei sich kritisch zu ihrer vergangenen Politik geäußert, lautete das Echo der anderen: Das gehe nicht weit genug, sei halbherzig, ja unehrlich und nur taktischem Kalkül geschuldet. Kurt Schumacher erblickte gegen Widerspruch, der sich aus den eigenen Parteireihen erhob, die historische Schuld für den Sieg der deutschen Faschisten bei den Kommunisten.[15] Sie hätten dem, wie er glaubte, aussichtsreichen Kampf der Sozialdemokratie den Boden entzogen. Die selbstkritischen Worte, welche die KPD in ihrem Gründungsaufruf vom Juni 1945 formuliert hatte, seien nichts wert, das „echte Schuldbekenntnis“ stehe aus.[16]

Auch in vielen Erklärungen, die anlässlich des 50. Jahrestags der SED-Gründung veröffentlicht wurden, war ein erstaunliches Maß von Ignoranz gegenüber Tatsachen der eigenen Parteigeschichte festzustellen. Dies galt gerade für jene Fakten, die besonderen Stoff zum Nachdenken bis in die Gegenwart bieten. Ausnahmslos für alle Generationen der Mitgliedschaft versicherte der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD: „Sozialdemokraten ist die Einschätzung, dass sie oder ihre Partei immer Recht haben, fremd.“ Kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte, schrieb Bernd Faulenbach weiter, gehöre zur sozialdemokratischen politischen Kultur.[17] Das scheint sich mit generalisierenden Aussagen zu vertragen wie jener von Helga Grebing, wonach es „nur eine Partei“ gibt, welche stets die Prinzipien des demokratischen Sozialismus vertreten habe[18], oder mit jener Oskar Lafontaines, wonach „Freiheit und Demokratie ... für die SPD in ihrer langen Geschichte höchste Güter“ waren.[19] All das wird ohne jede Einschränkungen verkündet und soll den Anspruch begründen, das Monopol auf die Verfechtung demokratisch-sozialistischer Ziele zu gewinnen. Dieweil habe die PDS diese „Kultur“ erst noch sich anzueignen, doziert wieder . Sie müsse sich entschließen, nicht bei „halbherzigem Revisionismus“ stehenzubleiben oder gar in Apologetik zurück zu verfallen, wenn sie glaubwürdig sein wolle.[20] Und dann – siehe Helga Grebings Perspektive – glaubwürdig ins Grab der Geschichte mit ihr.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat aufs Ganze gesehen in der zurückliegenden Kampagne Nüchternheit und Gelassenheit bewiesen. Doch muss in ihren Reihen niemand die weitgetriebene Politik der verbalen Zugeständnisse, die im Widerspruch zu wissenschaftlichen Einsichten oder auch nur Erwägungen erfolgten, fortsetzen. Vor allem ist für keinen ihrer Politiker und Sprecher, für keine ihrer Politikerinnen und Sprecherinnen ein Grund ersichtlich, sich auf jene Ungleichbehandlung einzulassen, die sie und die gesamte Mitgliedschaft tagtäglich ohnehin durch Gegner, Rivalen und Konkurrenten erfahren. Die PDS sollte sich selbstkritisch zu ihrer Geschichte und Vorgeschichte (übrigens auch zu ihrer Gegenwart) verhalten. Das ist prinzipiell und also auf Dauer vonnöten. Dies setzt nicht nur, wie gemeinhin unterstellt wird, Bereitschaft zu Bekenntnissen voraus. Erforderlich sind dazu auch eigene Forschungen, die ihr u. a. durch die Verweigerung der Finanzierung einer parteinahen Stiftung erschwert werden. Und notwendig ist die vorurteilsfreie Kenntnisnahme dessen, was an Tatsachen auch von den erbittertsten Gegnern zutage gebracht wird. Die PDS sollte sich nicht dazu verleiten lassen, die eigene Geschichte gegen die Geschichte anderer Parteien aufzurechnen, denn das heißt stets: Ausflüchte und Entschuldigungen zu suchen und zu benützen, die leicht und billig zu haben, weil massenhaft zu finden sind.

Doch sie hat auch keinen Grund, die Verdienste, Leistungen, Träume von Generationen von Kämpfern zu verleugnen, auf deren Schultern sie trotz allem – Gewiss schwankend – steht. Der Tatbe-

---

15 Ulla Plener, Ein Bericht über die Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone am 3. und 4. Januar 1946 in Hannover. In: BzG 1/1996, S. 61.

16 Zitiert in: Egon Bahr, a. a. O.

17 Zur Diskussion um die Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1945/46. In: Materialien. Die Zwangsvereinigung und die Folgen. Die erzwungene „Vereinigung“ von SPD und KPD 1946. Hrsg. Parteivorstand der SPD, Historische Kommission, Februar 1996, S. 4.

18 Helga Grebing, Demokratischer Sozialismus – die Alternative zum Kommunismus. In: Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. (Hrsg. Parteivorstand der SPD), S. 48.

19 Oskar Lafontaine, Vorwort zu „Materialien“ (s. Anm. 17).

20 Interview mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach, „Prinzipiell bereit“. In: *Neues Deutschland*, 22. März 1996.

stand solcher Haltung scheint aber erfüllt, wenn im Pressedienst der PDS aus der Feder von André Brie just aus Anlass des Jahrestages der SED-Gründung geschrieben wird: KPD und SED „haben bei weitem mehr Schuld auf sich geladen, als umgekehrt zurecht auch der SPD für ihre Politik 1914,1918, in den 20er Jahren, 1933 oder auch nach 1945 entgegengehalten werden kann“. Bei weitem mehr, bei weitem weniger – was heißt das anderes, als eine Aufrechnung vornehmen, gegen die man sich soeben gewandt hat? Ohne einen Anflug von Selbstgerechtigkeit, aber auch ohne einen Anflug von Selbstverleugnung, das wäre eine Devise für den Weg auf einem schmalen Pfad. Ihre Befolgung könnte unser Nachdenken und Nachforschen verbessern helfen.

Marxistische Blätter, 5/1996, S. 74-81.

Das Ehrenmal in Laboe

Schandtaten Deutscher in zwei Weltkriegen werden als Großtaten gepriesen. Vor einem Jahrhundert war der kleine Ort mit einem Hafen und einer Fischräucherei am östlich gelegenen Ausgang der Kieler Förde so gut wie unbekannt. Heute ist Laboe ein Badeort, der jährlich eine sechsstellige Zahl von Übernachtungen ausweist, und vor allem bekannt durch das etwa 80 Meter hoch aufragende, direkt am Ostseestrand gelegene „Marine-Ehrenmal“. Dessen Besuch lässt kaum aus, wer in einem der nahegelegenen Bäder seinen Urlaub verbringt oder auch nur in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt gelangt.

Kiel war schon zu Zeiten des Norddeutschen Bundes zum Kriegshafen bestimmt worden. Dies entschied offenkundig auch über die Wahl Laboes zum Standort jenes Denkmals, für das 1927 des Kaisers Admiral Reinhard Scheer den Grundstein legte. Was es symbolisieren sollte, wurde zu drei Hammerschlägen markig formuliert: „Für deutsche Seemannsehr, für Deutschlands schwimmende Wehr, für beider Wiederkehr.“

Ein Jahr darauf starb Scheer an Land einen zivilen Tod. Als Flottenchef hatte er während des Ersten Weltkriegs auf den Einsatz der Großkampfschiffe gedrängt. Von den deutschen „Helden der See“, die er 1916 in die Skagerrak-Schlacht kommandierte, kamen beim Kräftemessen mit der Grand Fleet 3039 (nach anderer Quelle: 2545) elend um. Scheer selbst aber hatte die Kanonade den Admiralsrang und den Pour-le-Mérite-Orden eingetragen.

Etikettenschwindel perfidester Art

1936 war der Monumentalbau fertig. Zu dieser Zeit war die deutsche Kriegsflotte schon nicht mehr, wie im Versailler Vertrag bestimmt, auf 15.000 Mann begrenzt. Mit der Aufrüstung von Heer und Luftwaffe erfolgte die der Überwasserstreitkräfte. Auch der Neuaufbau der U-Boot-Waffe war begonnen. Ein Jahr zuvor hatte Großbritannien, um die Meinung seiner Kriegsverbündeten ganz unbekümmert, der maritimen Rüstung Deutschlands zugestimmt. Die Eigner der Werften an Ost- und Nordsee scheffelten nun satte Profite.

Für den Staatsakt der Denkmalweihe; wurde der Jahrestag der „größten Seeschlacht der Weltgeschichte“ auserkoren. Hitler erschien und schwieg. Er überließ Generaladmiral Erich Raeder die mordspatriotische Ansprache. Der redete vom „heldenhaften Seemannstod“, vom nun verfügbaren „nationalen Heiligtum“ und erging sich in einer penetranten Lobhudelei auf den „Führer“.

Von dieser Eröffnungszeremonie und ihren Staatsgästen ist heute in der Museumshalle, die zum Komplex gehört, nichts zu erfahren. Unbestimmt heißt es in der Broschüre, die der Besucher erwerben kann, es sei das Ehrenmal in einer „würdigen Feierstunde seiner Bestimmung übergeben“ worden. Vom Datum der Einweihung zum 1. September 1939 scheint es einen erwähnenswerten Bezug nicht zu geben. Und dann wird der Eindruck erweckt, es sei die Stätte gleichsam umgewidmet worden. Sie besäße heute internationalen Charakter und sei Gedenkort „für die auf See Gebliebenen aller Nationen und Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren“.

Diese Ankündigung erweist sich dem Besucher alsbald als unverfrorener Etikettenschwindel der Betreiber des Unternehmens. Das ist der 1891 gegründete Marinebund e.V. Nach der Freigabe durch die britische Besatzungsmacht übernahm er das Denkmal 1954 wieder. Da sammelten sich die alten Kameraden gerade. Sie erhoben einen von Hitler hochdekorierten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs zu ihrem Präsidenten. Von den deutschen Toten beider Weltkriege liest man auf Stein in unübersehbaren Lettern: „Sie starben für uns“.

Missverständnissen vorbeugend, sei hier gesagt: Viele Menschen hierzulande sind dazu erzogen, vor Gräbern zu gedenken und zu trauern. Sie wünschen sich auch für diejenigen ihrer Angehörigen eine ähnliche Stätte, die nie zu Grabe getragen wurden und deren Leben auf eine Art und Weise endete, die man sich lieber nicht vorstellen mag.

Was den Schaulustigen in Laboe jedoch geboten wird, hat mit Trauer, Besinnung oder gar mit Versöhnung nach Kriegen wenig oder nichts zu schaffen. Wäre das gewollt, würde nicht ein Gedenkstein fehlen, der an alle Opfer der Kriege, die Toten aus allen Nationen erinnern könnte. Also auch an die

Seeleute und Zivilisten, die von der Flotte des deutschen Aggressors und Eroberers umgebracht wurden. Auch an die Deserteure, die von den Marinerichtern ihren Mördern ausgeliefert worden sind. Nichts von alldem: Diese Steine strahlen Trotz und Trutz aus, sie sollen Erinnerung an Schandtaten wachhalten, die als Großtaten ausgegeben werden. „Weihehalle“, „Historische Halle“, „Flaggenraum“.

Was die Laboe-Eigner unter Internationalität verstehen, könnte kurios genannt werden. Angeblich und zuvörderst manifestiert sie sich durch eine ausgestellte Kanone. Sie wurde in China erobert, als Deutsche in einer internationalen Interventionstruppe den „Boxer“-Aufstand niederwarfen. Vom internationalen Charakter soll sodann eine Schiffsschraube des Kreuzers „Prinz Eugen“ zeugen, die im Zeichen des neuen Militärbündnisses 1979 nach Laboe gelangte. Zuvor hatte sie auf dem Grund des Pazifiks gelegen, da der Stahlkoloss zur Erprobung der Wirkung von Atombomben gedient hatte. Wen beides von neuer und friedlicher Weltoffenheit nicht überzeugt, der kann eine Tafel betrachten, mit der Amerikaner an ihre im Krieg umgekommenen U-Boot-Besatzungen erinnern. Sie sind so die Inschrift, „Still on Patrol“, schwimmen und tauchen also noch immer.

Aufschlussreich auch die Art und Weise des Bezugs auf den „Boxer“-Aufstand. Er wird als eine Bewegung von Fremdenfeindlichen charakterisiert, woran sich der Kommentar anschließt: Es möge dieser Blick zurück „das Verständnis für die Beurteilung von Krisenherden“ schärfen. Und also das Ja zu Einsätzen der Bundesmarine hervorbringen, mit denen wie einst bei Tsingtau das „Leid der Zivilbevölkerung“ gelindert wird ...

Den Kern des Komplexes bildet der Raum, der von der Darstellung der Schlachtengeschichte der deutschen Flotten beherrscht wird. Kein Wort davon, in welchen Kriegen mit welchen Zielen die kaiserliche und die Naziflotte schössen, torpedierten, verminten und versenkten. Stattdessen: Deutschland konnte nicht verteidigt werden, ohne dass Neutralitätsbrüche geschahen.

Stattdessen: Modelle, die aus kriegerischem Überfall ein „Norwegen-Unternehmen“ machen und dazu Zitate aus dem „Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht“. Stattdessen: die Reverenz vor jenem in der Skagerrak-Schlacht „gebliebenen“ Gorch Fock. Dessen unsägliche Geschichten, die den Ungeist des Nationalchauvinismus und Imperialismus atmeten, gehörten während der Nazizeit zum obligatorischen Schullesestoff. Doch der Mann, der zu Lebzeiten und über seinen Untergang hinaus an der todbringenden Seekriegsbegeisterung so vieler junger Deutscher mitschuldig wurde, heißt in Laboe schlicht „Dichter der See“. Überflüssig auch, nach einem Ausstellungsstück zu suchen wie der Erstausgabe von Theodor Pliviers Antikriegsroman „Des Kaisers Kulis“. Überflüssig, einen Hinweis auf Max Reichpietsch und Albin Köbis entdecken zu wollen.

Nicht nur ein Symbol von regionalem Belang

Es ist dieser Gedenkkomplex in seiner derzeitigen Gestalt ein überaus beredtes Zeugnis dafür, was von den wohlfeilen Politiker-Behauptungen zu halten ist, die Deutschen hätten gelernt und ein kritisches Verhältnis zu ihrer Geschichte gewonnen. Laboes Zeichen mahnt tatsächlich – und zwar an unterlassene Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte. Vor diesem Kriegerdenkmal stellen sich viele Fragen ein; Sie richten sich nicht; an die Führer des Marinebundes, sondern an die Regierenden im Land ebenso wie an die in dessen Hauptstadt. Sie wären auch an Angehörige der Kieler Universität zu adressieren, nicht allein, aber in erster Linie an deren Historiker. Wie fühlen sie sich in dieser Nachbarschaft?

Doch ist der letzterrichtete unter den monumentalen Heldengedenksteinen nicht nur ein Symbol von regionalem Belang. So mag auch nach der Legitimation jener Neuzeithistoriker gefragt werden, die sich mit so viel – wie es schien: angehäufter – Energie auf Neugestaltungen in den einstigen Nationalen Gedenkstätten der DDR warfen. Deren Aussagen waren einseitig, unvollständig, lückenhaft, widersprachen auch eigenen Ansprüchen, erforderten daher Kritik und Korrektur. Doch Schlachten und Kriege verherrlichten sie nicht. Warum haben die Neuerer über Jahrzehnte und bis heute keine Schwierigkeiten bekommen, mit dieser bemerkenswerten Anlage von Laboe zu leben?

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 31. August/l. September 1996, S. 3.

Tatbeitrag im Gerichtssaal

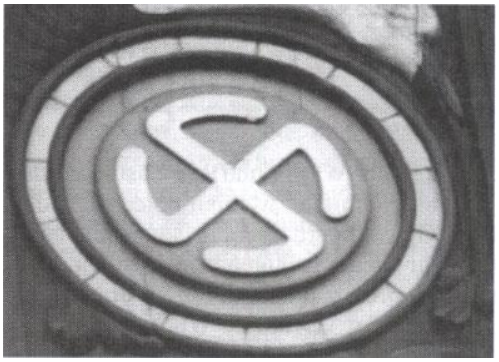
Die Rolle der deutschen Eliten im Prozess der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden, in den letzten Jahren zunehmend Gegenstand historischer Forschungen, erscheint bei weitem nicht aufgehellt. Was weiter zu tun bleibt, verlangt indessen in erster Linie Kärrnerarbeit. Sie muss in den überlieferten Massenakten von Archiven geleistet werden. Das zeigte auch ein Vortrag in der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Bernward Dörner gab einen Einblick in die Ergebnisse seiner seit Jahren angestellten Forschungen, die der Anwendung des nazistischen Heimtücke-Gesetzes auf einen Sonderfall gelten. Wie, so hat er gefragt, wurden durch die Justiz des „Dritten Reiches“ die Deutschen kriminalisiert, die sich in der Öffentlichkeit kritisch über die Deportationen und den Massenmord an den Juden aussprachen.

Das weit verstreute Aktenmaterial erlaubte ihm darauf eine Antwort: In den Jahren 1943 und 1944 wurden von Sondersenaten in den verschiedensten Oberlandesgerichtsbezirken Personen angeklagt, die sich öffentlich gegen das Verbrechen gewandt und in diesem Zusammenhang zumeist geäußert hatten, es werde eines Tages auf seine Urheber und Täter und überhaupt auf das deutsche Volk zurückschlagen. Jeder dieser „Fälle“, deren Aufdeckung zumeist durch Denunziation erfolgte, musste vorab dem Reichsjustizministerium gemeldet und dessen Entscheidung über das weitere Verfahren eingeholt werden. Dort, vielfach schon auf Vorschlag der informierenden Staatsanwaltschaften, wurde darüber befunden, ob gegen die „Täter“ Anklage zu erheben sei. Denn, so berichtete Dömer, der Sachverhalt stellte die Justiz vor ein unaufhebbares Dilemma. Wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, so trug es selbst bei knappsten Begründungen doch unvermeidlich dazu bei, die Aufmerksamkeit auf die gegen die Juden ergriffenen Willkürmaßnahmen und die Frage zu lenken, was mit den Deportierten tatsächlich geschehen sei. Blieb die Justiz hingegen untätig, wurde der Eindruck erweckt, es könne jedermann frank und frei über die Informationen oder auch Vermutungen reden, die er im Hinblick auf das Schicksal der Juden „im Osten“ besaß oder anstellte.

Die Entscheidungen darüber, wie die Staatsanwaltschaften und Senate verfuhren, erfolgten daher weder nach juristischen Maßstäben, noch wurden sie durch die Person der Täter bestimmt. Es regierten das taktische Kalkül und das Bestreben, die Erörterung des Themas in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. Das wurde jedenfalls auch mit Hilfe der Richter und Staatsanwälte erreicht, die auf diese Weise in den Gerichtssälen ihren Tatbeitrag zur Verschleierung des Massenmordes lieferten. Darüber wird sich mehr erfahren lassen, wenn die Forschungsergebnisse der Arbeit publiziert werden, die an der Technischen Universität Berlin angefertigt wird.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 35. Jahrgang, Heft 139, 3. Quartal (September) 1996, S. 51-52.

Sonnenrad und Segensbringer?



Dass an der Hausfassade Neue Marktstraße 21 zu Hameln ein Hakenkreuz (Foto) prangt, ist auch der Oberbürgermeisterin der Stadt „ein Dorn im Auge“, so schrieb sie vor mehr als Jahresfrist an die Organisation der Antifaschisten von Hameln-Pyrmont, eine aktive Gruppe mit vielen jungen Leuten. Christa Bruns bedankte sich in ihrem Brief auch ausdrücklich und herzlich für deren Arbeit, in der sie eine Ermutigung erblickt. Nur eben: Im Lande Niedersachsen kann einem privaten Hausbesitzer nicht auferlegt werden, ein derartiges Zeichen von der Fassade seines Anwesens zu entfernen. Die Arme der obersten Stadtmutter sind zu kurz, und es scheint, manche möchten sie ihr noch weiter verkürzen.

Denn das Institut für Denkmalspflege beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt hat sich der Auffassung des Hausbesitzers angeschlossen, wonach das Zeichen aus der Zeit um 1600 stamme und als altgermanisches Symbol zu werten sei, zum Beispiel als „Sonnenrad oder Segensbringer“. Über die Geschichtsferne dieser Argumentation sind Worte nicht zu verlieren. Doch ist nicht einmal das Entstehungsdatum gesichert. Erst eine aufwendige Untersuchung, so ist die Oberbürgermeisterin von beamteten Fachleuten beraten worden, könnte letzte Klarheit schaffen. Dafür sehen die Denkmalpfleger jedoch keinen Anlass, denn das Zeichen lasse ohnehin mehrere Interpretationen zu.

Faule Reden und Ausreden, hat inzwischen der Vorsitzende der PDS in Hameln nachgewiesen. Er übersandte der Oberbürgermeisterin eine aus einem Buch „Hameln – Bilder zur Erinnerung 1920-1970“ kopierte Fotografie, die nachweist, was der Fassade von unvoreingenommenen Spezialisten hätte abgelesen werden können: So war sie im Jahre des Unheils 1936 erst gestaltet worden (Foto). Das abgerissene Haus am gleichen Ort trug das „monierte Zeichen“ nicht. Von einer bloßen Restaurierung kann demnach die Rede nicht sein.

Was tun? Vielleicht sollte die Frau Bürgermeisterin gemeinsam mit den Bürgern, die in jeder Hinsicht für eine saubere Stadt Hameln sorgen wollen, die Gesetzgeber fragen, warum mittlerweile in Deutschland Nazis, die mit den Symbolen auftauchen, unter denen Europa versklavt und Millionen Menschen umgebracht wurden, bestraft werden können, ein Hausbesitzer aber straffrei ausgeht, wenn er sich nur und obendrein fälschlich darauf versteigt, ein harmloses Zeichen altgermanischen Segens erhalten zu wollen.

antifa, September 1996, S. 10.

Die „Weltkrieg-II-Lügen“ – von Ursprüngen, Methoden und Absichten

Die Deutschen besitzen kein Monopol auf die Verklärung ihrer Vergangenheit. Doch sie verfügen in diesem Punkte überreiche Erfahrung. Die macht sich bis heute geltend und richtet sich insbesondere auf die Darstellung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dessen Ende jetzt etwas mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt.

Überträgt man den Abstand von fünf Jahrzehnten auf vorausgegangene Kriege, dann gelangt man vom Jahre 1871 in das Jahr 1921. Wer interessierte sich da noch für die Zusammenhänge, aus denen der deutschfranzösische Krieg hervorgegangen war? Und wenn man den erwähnten zeitlichen Abstand auf das Jahr 1918 anwendet, dann kommt man in das Jahr 1968. Wen bewegten da noch Fragen, die sich auf die Entstehung des Ersten Weltkriegs bezogen? Das Grauen der vier Jahre zwischen 1914 und 1918 erschien als Vorspiel nur.

Nun, 1996, stellt sich der Rückblick anders dar und nicht nur, weil sich glücklicherweise im verflossenen Halbjahrhundert kein Dritter Weltkrieg zwischen die Gegenwart und den Zweiten gelegt hat. Drei Tatsachenkomplexe bewirken, dass der von Deutschland am Ende der dreißiger Jahre begonnene Krieg viele Menschen hierzulande weiter beschäftigt. Zum einen sind es die Taten der Deutschen, die der Machthaber wie die ihrer Gefolgschaft. Sie geben Fragen und mit ihnen Denkstoff schier ohne Ende auf. Zum anderen regiert das Interesse von Millionen Europäern, keinerlei Wiederholung zu erleben, die – wie nun ohne jede militärische Vorbildung erkannt werden kann – eben keine Wiederholung sein würde. (Dieses Motiv hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges und erst recht mit dem Ende der Blockkonfrontation abgeschwächt.) Und drittens macht sich die Absicht bemerkbar, die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert gegen dessen Ende gründlich zu „entsorgen“, wodurch für „deutsche Politik“ Freiräume gewonnen oder vergrößert werden sollen. (Dieser Faktor hat sich nach dem Jahre 1990 in Deutschland sicher verstärkt.)

Die „Entsorgungs“-Pläne bringen fortgesetzt das Bestreben hervor, an den Tatsachen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs herumzudeuteln, an ihre Stelle Legenden zu setzen oder den Blick auf die historische Wahrheit durch aus Lügen gebaute Sichtblenden zu verstellen. Natürlich ist das Interesse derer, die heute Deutschlands politische und ökonomische Führungsrolle erstreben und seine Streitkräfte zur gleichberechtigten Ausübung von allerlei Gendarmen-Funktionen in der Welt eingesetzt sehen wollen, nicht die einzige Triebkraft, die Verzerrungen und Verfälschungen der deutschen Geschichte befördert. In die gleiche Richtung wirken Gruppen- und individuelle Interessen von Bürgern dieser Bundesrepublik. Nicht nur manche Zeitgenossen der Ereignisse, die von Jahr zu Jahr zu einer immer zahlenschwächeren Minderheit schrumpfen, sperren sich gegen Beweise und Argumente. Inzwischen sind längst auch in den nachgewachsenen Generationen Bedürfnisse geweckt worden, „Deutschland“ gegen angeblich ungerechtfertigte Beschuldigungen zu verteidigen.

Und dennoch und trotz aller Anstrengungen bleiben da zwei solchen Initiativen Grenzen setzende Missetaten: der Zweite Weltkrieg und die in den Jahren dieses Krieges außerhalb von militärischen Kämpfen verübten Massentötungen. Wer also die deutsche Geschichte vollständig „entsorgen“ will, muss sich folgerichtig daran fälschend versuchen. Das geschieht tagtäglich. Während jedoch die „Auschwitz-Lüge“, die auf die Leugnung des Massenmords an den europäischen Juden zielt, nur begrenzte Wirkung im öffentlichen Bewusstsein zeitigt, unter juristische Strafandrohung gestellt ist und aus den Kreisen der politisch und ideologisch Herrschenden selbst und entschieden zurückgewiesen wird, steht es um die – ja, da fehlt schon das zusammenfassend-signalisierende Wort – „Weltkriegslüge“ anders. Sie besagt, dass die Deutschen für diesen am 1. September 1939 begonnenen Krieg nicht allein verantwortlich seien und behauptet, strikt im oben beschriebenen Sinne: „die Anderen auch“. Da es viele Anzeichen dafür gibt, dass diese Fälschung auf dem Vormarsch ist, von denen, die dazu über die Machtmittel verfügen, auch nicht mit gleicher Energie zurückgewiesen wird wie die „Auschwitz-Lüge“, soll sich das Folgende gerade auf die Versuche beziehen, den Schleier der Legenden und Lügen über den Krieg zu legen, über seine Verursachung und über die Art und Weise, wie ihn die Deutschen führten.

Im Kern geht es allen Beteiligten um etwas Gemeinsames:

Ein Geschichtsbild vorherrschend zu machen, das unsere Vergangenheit als „normal“ erscheinen lässt, so dass sie sich prinzipiell von jener anderer Nationen und Völker nicht unterscheidet. Gemeint ist, wir hätten auch in jenen Bereichen, die verschämt vorzugsweise die „dunklen“ Seiten der Geschichte genannt werden, im Wesen doch nichts aufzuweisen, was sich von der Geschichte „der Anderen“ drastisch und dramatisch abhebe.

Die Geschichte der nahen und fernen Nachbarn wird, um das zu beweisen, vorzugsweise nach Untaten und Verbrechen durchmustert.

Da findet sich mitunter bis auf unsere Tage viel.

Die Verfälscher der Weltkrieg-II-Geschichte geben sich wie die „Auschwitz-Lügner“ den Anschein, sie hätten neue Erkenntnisse über die Geschichte zu bieten. Deshalb scheint es nicht überflüssig zu sein, die Frage zu beantworten, wann und wo das Fälschen begann. Genau genommen geschah das schon vor Kriegsbeginn mit der These von der erneuten Einkreisung Deutschlands. Am meisten im Gedächtnis blieb vielen aber der Versuch, „das internationale Judentum“ für den Krieg verantwortlich zu machen. Doch war die Nazipropaganda auf diese Version, die später die dominierende Rolle spielte, nicht starr fixiert.

Im engeren Sinne begann die Fälschung der Kriegsursachen und die Einnebelung der Kriegsverantwortlichen am 1. September 1939 und sie dauerten bis in die Stunde der Kapitulation fort. Man mag sich den riesenhaften Aufwand verdeutlichen, der eingesetzt wurde, um die These „vom uns aufgezwungenen Krieg“ zu beweisen und zu bekräftigen. Die Anstrengungen, diese Lüge aus den Köpfen der Deutschen zu transportieren, verliefen in den beiden deutschen Staaten höchst unterschiedlich. Während im Osten versucht wurde, die sozialen Wurzeln des Krieges bloßzulegen, wobei das Interesse, „den Imperialismus“ anzuklagen“ manche Übertreibungen, Verkrampfungen und Einseitigkeiten zeitigte, erfolgte in den Westzonen die Verkürzung der Verantwortung auf eine Person. Dort setzte der negative Personenkult um Hitler ein. In beiden Fällen wurden die Deutschen von ihrer Verantwortung entbunden. Obwohl nicht nachgewogen werden kann, in welchem Grad das geschah, lässt sich leicht kontrollieren, dass in den Darstellungen, die in der DDR geschrieben und gedruckt wurden, die Mitverantwortung der Massengefolgschaft, wie immer sie charakterisiert und eingegrenzt wurde, jedenfalls nie verschwiegen worden ist. Die Aussage über das Massenverhalten schloss ein, dass die Deutschen sich zu Instrumenten des Regimes machen ließen, bevor auch sie in einem besonderen Sinne zu Opfern wurden.

Dann jedoch kamen die Monate des Nürnberger Prozesses. Ein Gremium von Juristen der vier Hauptmächte der Antihitlerkoalition wurde, obwohl das nicht ihre Aufgabe war, zu den ersten Geschichtsschreibern des Krieges in Europa. Von seiner Verursachung bis zu seinen Zielen, von den Verbrechen während der Kriegshandlungen bis zu denen im Kriege kamen die Themen zur Sprache, die bis zum heutigen Tage Historiker und nicht nur sie beschäftigen. Das Resultat dieser Arbeit wurde in 42 Bänden niedergelegt, in denen das Prozessprotokoll und die vom Gericht zugelassenen Dokumente enthalten sind. Ausgesprochen oder nicht: Alle Geschichtsschreiber stehen auf dem Tatsachen-fundament, das im Nürnberger Gerichtssaal von Richtern und Staatsanwälten und von deren Stäben geschaffen wurde.

Auch die bis heute dieses Fundament zerstören möchten, beziehen, direkt oder vermittelt, wissend oder ahnungslos, ihre verlogenen Argumente aus der gleichen Zeit. Nur sind ihre trüben Quellen die Ausflüchte der Angeklagten und die Versuche von deren Verteidigern, Zusammenhänge zu verdunkeln und schuldhafte Verantwortlichkeiten zu bestreiten. Wer auch nur die Schlussworte der Angeklagten liest, wird sich alsbald vorkommen wie beim Studium „(neo)nazistischer“ Blättchen aus unseren Tagen. Da findet sich der von Rudolf Heß, dem „Stellvertreter“, unternommene Versuch, zwischen den hehren Ideen des Nationalsozialismus und dessen angeblichen Entartungen zu unterscheiden, um derart die Naziideologie über ihren Totalbankrott hinwegzuretten. Er und Alfred Rosenberg, der Ideologe und Ostminister, wünschten die sozialen Werke des Regimes als dessen Wesen auszugeben. Da behauptete Joachim von Ribbentrop, der Reichsaußenminister, dass es keinerlei Pläne für einen Angriffskrieg oder gar für eine Weltherrschaft gegeben habe und wärmte die Be-

hauptung von den gemäßigten und berechtigten Forderungen Deutschlands an Polen wieder auf. Da sprach Wilhelm Frick, der Reichsinnenminister und spätere Reichsprotektor in Prag, lobend von der Rolle der ihm unterstellten Beamtenschaft, die nun nur wegen ihrer „Pflichterfüllung“ in von den Siegern errichteten Lagern festgehalten würden.

Aus diesem Arsenal verlogener Bilder, entworfen im Angesicht des Galgens, beziehen Fälscher bis heute ihre Argumente. Sie fordern nun unverblümt und mit der Unterstützung zumindest eines Teils der Herrschenden die Schuldbekenntnisse „der Anderen“ ein. In den Auseinandersetzungen um die deutsch-tschechische Erklärung mag mancher dieser Ewig-Sudetendeutschen von der Inbesitznahme des Eigentums der Väter träumen. Der unmittelbare Gewinn, der gewollt wird, soll das verwertbare Eingeständnis sein, „den Deutschen“ Unrecht getan zu haben. Den Deutschen? Jenen, die 1938 Hitler als ihren Befreier empfingen und Goebbels in Reichenberg/Liberec zujubelten, als der ausrief, dass der Friede gerettet worden sei, weil „wir mit dem Säbel gerasselt haben“. Jenen, ohne welchen die Tschechen nie in die Nazi-sklaverei geraten wären?

Wie es schon die Angeklagten in Nürnberg versuchten, werden heute die Folgen gegen die Ursachen aufgerechnet. Dem kommt sehr entgegen, dass das Fundament wie das Gerüst an Fakten, über das die Nachgeborenen verfügen, zumeist alles andere als stabil ist. Denn sie werden in der (Alt-)Bundesrepublik seit Jahr und Tag mit einer Geschichtskost versorgt, die von einem Diätkoch namens Schmalhans angerichtet sein könnte. „Hitlers Ideologie“, „Hitlers Krieg“, „Hitlers Ziele“ – mit diesen Lehr- und Leerformeln kann denen schwerlich begegnet werden, welche die „Entsorgungs“-Arbeit vorantreiben. Hitler war schon in Nürnberg nicht mehr der Streitpunkt. Von den Angeklagten suchten mehrere, alle Verantwortung auf ihn abzuschieben und überließen ihn ungerührt der Kritik. Sie gaben sich als seine Opfer aus, von ihm irregeleitet, getäuscht, ausgenutzt. Kein Zufall also, dass die Faschisten von heute sich den Mann, der sich per Selbstmord aus der Weltgeschichte verabschiedete, nicht zur Galionsfigur wählten. Kein Wunder, dass sie auf den „Stellvertreter“ zurückgriffen, der im Gerichtssaal vom reinen Nationalsozialismus faselte und sich als Märtyrer stilisieren und verehren ließ.

Die Streitpunkte von Nürnberg, auf die sich die Angeklagten bei ihrer Selbstverteidigung konzentrierten, betrafen: die Wehrmacht, die Beamtenschaft, die Deutschen und „die Gegenseite“, alias „die Anderen“. Und ihre immer wiederkehrende Ausrede war die Behauptung ihrer Unwissenheit, aus der sie, was die Massenverbrechen des Regimes betraf, erst im Nürnberger Gerichtssaal gerissen worden seien. Das sind Streitpunkte und Ausrede geblieben bis heute. Was die Deutschen angeht, so wird seit Jahrzehnten mit Erfolg die Fragestellung auf der niedrigsten der denkbaren Stufen festgehalten. Gefragt wird: Was haben sie gewusst? Selbst diese Frage wird sogleich dadurch entschärft, dass sie auf den Punkt „Auschwitz“ zentriert wird. Konnten die Deutschen etwas von den Gaskammern wissen? Die Frage nach dem Gewusst-haben dient dazu, die Kernfrage nach dem Getan-haben zu verstellen, die Auseinandersetzung auf ein Nebenfeld zu lenken. Und wenn dann einer von da wegführt, man mag über Goldhagens Buch und die wissenschaftliche Statur des Autors denken wie immer man will, dann erregt sich „die Nation“, weil ihr allein schon die Art bohrenden Fragens nicht gefällt. Göring hat nichts gewusst, Streicher war ahnungslos, Kaltenbrunner nur für Nachrichtendienst zuständig. Schuld waren die Selbstmörder Hitler, Himmler, Goebbels, der in Prag getötete Heydrich, der verschwundene Gestapo-Chef Müller und der nicht aufgefundene Eichmann ...

Die Verfälschung des Krieges im Zeichen des Hakenkreuzes endete mit dem letzten Wehrmachtsbericht. Die in Schleswig residierende politisch-militärische Führung um den Großadmiral Karl Dönitz gab am 8. Mai 1945 auch nicht einen Anflug von Besinnung erkennen.

Sie ließ ein Ruhmesblatt der „Leistungen und Opfer“ der deutschen Soldaten und der „Heimat“ anfertigen. Seine Aussagen gipfelten in der Feststellung: „Jeder Soldat kann die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen.“ Im gleichsam ritterlichen Kampfe nach festen Regeln einer Übermacht erlegen, so wünschten sich die Dönitz, Keitel und Jodl die Geschichtsschreibung über den eben zu Ende gegangen Krieg. Und, um es gleich hier anzufügen, wer heute durch die Ausstellung im Ehrenmal in Laboe im sozialdemokratisch regierten Schleswig-Holstein geht, der kann sich von der Existenz dieses Kriegsbilds augenfällig überzeugen. „Sie starben für uns“ lautet die von einer der Wände in Großschrift prangende Hauptaussage. Der Satz fehlte im letzten Wehrmachtsbericht. Er könnte in dessen Text bruchlos eingefügt werden.

Seit der Entstehung der größeren Bundesrepublik 1990 konzentriert sich die Auseinandersetzung aber spürbar auf die Rolle der deutschen Wehrmacht. Deren Triebkraft bildeten nur vordergründig die Ausstellungen, die antimilitaristische linke Kräfte organisierten und mit denen, vor allem in der vom Hamburger Institut für Sozialgeschichte veranstalteten, massiv gezeigt wird, dass und wie die Wehrmacht Massenterror und Massen-mord in den besetzten Gebieten organisierte und beging. Diese Ausstellungen bedeuteten die Antwort auf die seit Jahren betriebene Schönung der Rolle der faschistischen Streitkräfte. Und entsprechend waren die Reaktionen. Bis in den Bundestag wurde von der Partei des Staatsoberhaupts und des Regierungschefs das Hohe Lied der Wehrmacht angestimmt, die doch Millionen Deutsche vor dem Bolschewismus gerettet habe. In Nürnberg hat einer der Angeklagten die Alliierten der Zerstörung Dresdens in einem Moment geziehen, da sie den Krieg schon gewonnen hatten und wollte damit die Luftbombardements auf Warschau, Rotterdam und britische Städte als normale Kriegshandlungen hinstellen. Die Frage, ob eigene Verantwortung nicht spätestens zu dem Zeitpunkt, da die alliierten Armeen an den deutschen Grenzen standen, den Kriegsabbruch, die Kapitulation, verlangt hätten, stellte sich dem Naziführer nicht. Bei dieser bornierten Sicht ist es vielfach bis heute geblieben. Die den Krieg weiterführen mussten und ihn mit dem Wissen um Majdanek erbitterter noch auskämpften, erscheinen als die Verursacher von Tod und Trümmern, nicht diejenigen, die ihren militärischen Bankrott nicht eingestehen wollten. Der deutsche Befehl aus dem „Führerhauptquartier“, wonach nun auf die eigene deutsche Zivilbevölkerung während der Kampfhandlungen nicht mehr Rücksicht genommen werden könne, ist vergessen. Debattiert wird über „die Anderen“. Ungeschehene Geschichte kann in ihrem Verlauf nicht konstruiert werden. Doch erscheint es einen Moment der Überlegung wert, sich vorzustellen, wie sich der Einzug der Alliierten in Deutschland vollzogen haben könnte, wenn er nach einer Kapitulation an der Jahreswende 1944 zu 1945 erfolgt wäre: als Besetzung durch Einmärsche, nicht als Eroberung in Schlachten und Kämpfen, die noch einmal das Blut der Soldaten der Antihitlerkoalition verlangten, der in der sowjetischen Armee wiederum in Strömen.

Ribbentrop war der erste, der im Schlusswort das Thema „Auch die Gegenseite“ aggressiv anschlug und ungehindert sagen konnte, von ihr seien „Scheußlichkeiten größten Ausmaßes“ verübt worden. Hans Frank, der Generalgouverneur, sprach von „den riesigen Massenverbrechen entsetzlichster Art, die von Russen, Polen und Tschechen an Deutschen“ verübt worden seien. Damit wäre, so seine Schlussfolgerung, „jede nur mögliche Schuld unseres Volkes schon heute restlos getilgt“. Wieder und wieder schwangen sich die Angeklagten dazu auf, Verbrechen rundweg zu bestreiten. Generalstabschef Jodl verteidigte die „Ehre“ des deutschen Soldaten. Ernst Kaltenbrunner, SS-Obergruppenführer und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, sprach dreist von der „Ehre der allgemeinen SS, Waffen-SS und Beamtenschaft“.

Das Bild, das die Auseinandersetzung um die Geschichte Deutschlands und der Deutschen im Zweiten Weltkrieg heute bietet, ist nichts weniger als einheitlich. Hochspezialisierte Geschichtsforschung hat Fakten über Fakten über den verbrecherischen Charakter des Krieges beigebracht, den die herrschenden Kreise in Deutschland wollten und sonst niemand, ausgenommen Verbündete in ihrem Gefolge. Sie hat Tatsachenberge angehäuft, die für die völker- und menschheitsfeindlichen Ziele der deutschen Machthaber stehen. Mit dieser Forschung kontrastiert die im Alltag fortschreitende Einnebelung der Vergangenheit. Der Osten Deutschlands wird in diesem Punkte seit 1990 zügig auf das westdeutsche Niveau gebracht. Tagtäglich wird hierzulande beliebig die Wahrheit verbiegender Unsinn über die Jahre von 1939 und 1945 verbreitet, auf neu errichteten Gedenksteinen und -tafeln, in Büchern und auf Videos, und auch in Schulen. Ein Beispiel für viele: Ein Lehrer für Politik im Berliner Katholischen Gymnasium Theresienschule lädt als einen Zeugen der Zeit den Sohn des Martin Bormann zu seinen Schülern ein, jenes „Sekretärs“ Hitlers, der im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Abwesenheit angeklagt und zum Tode verurteilt wurde. Der Sohn wird nach der schlimmsten Tat seines Vaters gefragt und antwortet: „Seine schlimmste Tat war sein Irrtum“. Irren ist sprichwörtlich menschlich. Haben sich nicht Menschen zu allen Zeiten und in aller Welt geirrt? So kann „Normalität“ auch herbeigeschwatzt werden.

Es mag der geistige Kampf um die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg uns wie ein Kampf gegen die Windmühlen erscheinen und die ihn führen, dem Ritter von der traurigen Gestalt mitunter zum Verwechseln ähnlichsehen. Dennoch: Es gibt der Chancen, gegen die Verfälschung der Geschichte

anzugehen, hierzulande viele und dabei mehr Mitstreiter, als es flüchtigem Blick mitunter vorkommen mag.

antifa, Oktober 1996, S. 17-20.

Sachlich, fair, verantwortlich

Dem Historiker Manfred Messerschmidt zum 70. Geburtstag

Heute veranstaltet die Freiburger Universität ein Kolloquium zur deutschen Militärgeschichte. Es bewegt sich in den Zeitmarken, in denen das Forschungsinteresse des Mannes liegt, zu dessen Ehren es stattfindet. Manfred Messerschmidt hat sich mit der Rolle des deutschen Militärs vor allem zwischen 1871 und 1945 forschend beschäftigt.

Freiburg war seine hauptsächliche Arbeitsstätte. Hier wirkte er als Leitender Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und als Professor Im letzten Jahrzehnt seines Wirkens ist er über die Zunft hinaus weiter bekannt geworden, als durch seine vielen monographischen Arbeiten vorher. In diesen untersuchte er den Zusammenhang von Militärwesen und Gesellschaft in deren Wechselwirkungen, fragte nach dem Einfluss der Militärführer auf die Politik und ebenso nach dem Einwirken von Politikern auf die Armee in Frieden und Krieg. Früh wandte er sich der Geschichte der Wehrmacht zu. Dabei brachte er seinen Blick für Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur Geltung. Er bereicherte die Beweisführungen, die dafürstehen, dass der Geist der Aggressivität nicht erst durch und nach 1933 entstand, sondern Wurzeln hatte, die in Republik und Kaiserreich zurückreichen. Bestimmt wandte er sich dagegen, kriegerische und kriegstechnische „Leistungen“ ohne jeden Bezug zur Frage zu beurteilen, wofür Generale, Offiziere und Soldaten kämpften. Maßgeblichen Anteil gewann Messerschmidt an der Zerstörung verbreiteter und beliebter Legenden. Erst kürzlich wieder im Hinblick auf den angeblichen Befehlsnotstand, in dem sich Priebke befunden haben soll. Gerade für die Bewertung von historisch-juristischen Sachverhalten besitzt Messerschmidt, der Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft studierte, Voraussetzungen wie wenige. Folgerichtig gelangte er gedanklich in die noch immer andauernde Auseinandersetzung über Desertion und Deserteure im Zweiten Weltkrieg. Er unterstützt diejenigen, die den meist toten Opfern – den ermordeten wie den inzwischen eines natürlichen Todes verstorbenen – jener deutschen Richter in feldgrau, marine- und luftwaffenblau zu Gerechtigkeit und ehrendem Andenken verhelfen, den wenigen Überlebenden und Hinterbliebenen auch die materielle Anerkennung des Widerstands gegen den Krieg erstreiten wollen.

Schon 1987 stellte er sich dem internationalen Ausschuss zur Verfügung, der sich mit der Rolle Kurt Waldheims im Kriege befasste. Das differenzierende Resultat verriet deutlich auch Messerschmidts Handschrift. Nicht an Kriegsverbrechen teilgenommen habe der Wehrmachtsoffizier, doch von ihnen Kenntnis besessen und auch dort nicht eingegriffen, wo offenkundiges und zweifelsfrei erkanntes Unrecht vorlag. Da war keine Konzession an die politisch diktierten, um Fakten wenig bekümmerten Anklagen und auch kein Anflug von Beschönigung oder Vertuschung. So lesen sich Messerschmidts Darstellungen zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs generell. Fairness ist eine der Eigenschaften des Mannes, der sich übrigens früher als andere mit der Militärgeschichtsforschung der DDR befasste – beispielsweise mit ihren auf Liebknecht zurückgehenden Auffassungen über den Militarismus – und ihre Ergebnisse aus seiner Sicht erörterte und kritisierte, fernab aller Herablassung.

Was der Historiker über die Verantwortung anderer in der Vergangenheit feststellt, lässt er in der Gegenwart für sich gelten. Er wirkt öffentlich dort, wo die Kompetenz des Spezialisten nützlich oder unentbehrlich ist. Auch die für die Errichtung eines zentralen „Holocaust“-Museums in Deutschland sprechen, wissen ihn an ihrer Seite. Nach wohlgewogenem Urteil fehlt seinem Auftreten nichts an Bestimmtheit. Er nennt unerträglich, was er im Lande so empfindet. Dazu gehört die Tatsache, dass die Aufhebung des Urteils gegen Carl von Ossietzky noch immer nicht erfolgt ist. Die dafür eintreten, verdanken ihm den auch anhand britischer Akten geführten Nachweis, dass in der *Weltbühne* über die Reichswehr nichts veröffentlicht wurde, was dem Geheimdienst im Inselreich nicht schon bekannt, der Vorwurf der Spionage und des Landesverrats gegen den Herausgeber der Zeitschrift mithin haltlos war. Die deutsche Gesellschaft braucht Forscher wie Manfred Messerschmidt zunehmend. Deshalb alle guten Wünsche, und weil unsere erste gegenseitige Wahrnehmung sich auf polnischem Boden zutrug: Sto lat!

Neues Deutschland, Dienstag, 1. Oktober 1996, S. 11.

Eine dienstvolle Herausforderung

1969 und 1996 die beiden Daten zwischen dem Erscheinen des ersten und des dritten Bandes markieren einen langen Forscherweg. Auf ihm lagen Barrieren. Die selbstverständlichen bildeten die Masse der archivalischen Dokumente und nächst ihnen die unausgesetzt zunehmende Zahl von Publikationen aus der internationalen Forschung. Teilweise hindernd wirkten Aufträge, vor allem der zur Ausarbeitung der kriegswirtschaftlichen Kapitel des sechsbändigen Werkes „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“, das zwischen 1974 und 1985 erschien. Hinzukamen die Turbulenzen des Jahres 1989/1990 mit ihren Folgen. Schließlich noch die Auseinandersetzung mit einer sich zeitweise verweigernden Arbeitskraft. Dietrich Eichholtz hielt durch. Am Ende hatte er Geld aufzutreiben, ohne das aus dem Manuskript kein Buch hätte werden können.

Als vor einem Jahrzehnt der zweite Band vorlag, meinte ein Rezensent im fernen Missouri, er enthalte nichts Aufregendes. So haben Spezialisten, die dem deutsch-deutschen Brennpunkt der historischen Auseinandersetzungen räumlich näher waren und um deren politische Dimension in die Gegenwart wussten, die Sache nicht ansehen können. Daher auch wurde zu einer Zeit. als die westdeutsche Presse der DDR-Geschichtsschreibung kaum Aufmerksamkeit schenkte, bereits der Auftaktband des Werkes von ihr wahrgenommen. Wilhelm Treue gestand, seine Kritik an dieser Arbeit mache ihn doch nicht recht froh. Er hatte den Eindruck gewonnen, dass sie im Punkt der Punkte nicht überzeugend ausgefallen war. Der betraf aus seiner Sicht die aus archivalischen Funden unterbreiteten von deutschen Konzernen und Wirtschaftsverbänden fixierten Kriegsziel-Programme zur „Neuordnung“ Europas. Andere Rezensenten nannten den Band schlicht eine Herausforderung, niemand werde künftig an ihm „vorbeikommen“. Das dürfte mehr noch auf den abschließenden zutreffen.

Eichholtz schreibt, auf die Entwicklung seiner eigenen Forschungen und seine Kritiker bezugnehmend, dass sich seine Darstellung „durch eine Öffnung einer zu eng auf die ökonomisch wirkenden Kräfte konzentrierte Sicht“ gewonnen habe, weitwinkliger geworden ist. Das Raster seiner Untersuchung sei von Vergröberungen befreit worden. Darüber hätte man einführend gern mehr gelesen. Dann wird klargestellt: Unverändert bleibe das wesentliche Anliegen „die Untersuchung der materiellen Grundlagen für die deutsche Kriegführung und darüber hinaus der Gesamtheit jener ökonomischen Kräfte und Interessen, die dem imperialistischen Drang des Regimes nach Reaktion und Gewalt, nach Ausbeutung, Expansion, Eroberung und Krieg zugrunde lagen.“

Der in acht Kapitel gegliederte Band setzt mit dem Ende 1943 ein und endet im Frühjahr 1945. Er umfasst die noch einmal erreichten Höhepunkte, den Niedergang und die Agonie der Kriegswirtschaft. Keine bisherige Darstellung hat diese Periode auch nur annähernd in dieser Ausführlichkeit behandelt. Ausgehend von der Lage an der Ostfront, der Erwartung der Landung der Westalliierten in Frankreich, analysiert Eichholtz die Möglichkeiten und Pläne der Machthaber, den Krieg weiterzuführen und ihn modifiziert und reduziert so zu gestalten, dass Aussicht bestand, die eigene Niederlage zu vermeiden. Schritt für Schritt folgt die Abhandlung dann diesen Anstrengungen, vorangetrieben durch immer rücksichtsloseren Druck auch auf die eigene Bevölkerung, und führt sie bis zu dem Punkte, da die alle Kriegshandlungen erst ermöglichende Wirtschaft so bankrott war wie die Militärs mit ihren wechselnden Plänen, um die bedingungslose Kapitulation herumzukommen. Gezeigt wird, welchen unentbehrlichen Anteil die Wirtschaft daran besaß, dass der Krieg überhaupt bis in die Maitage 1945 fortgesetzt werden konnte. Dazu wird der verbissene Beitrag Albert Speers nachgewiesen. Das geht an die Legende vom Rüstungsminister als Retter deutscher „Werte“, hatte er doch vordem in Gemeinschaft mit Industrieführern durch seine ehrgeizige und zähe Arbeit an der Verlängerung des Krieges ungleich mehr zu den Zerstörungen beigetragen, die vor allem als Folge des Luftkriegs 1944/1945 eintraten.

Eichholtz hat wie schon im voraufgegangenen Band Spezialisten in seine Arbeit einbezogen, die umfangreiche Studien beisteuerten: Berthold Puckert (Potsdam) schrieb, bis in dessen Vorkriegsgeschichte zurückgreifend, über die Entwicklung des Außenhandels, Karl Heinz Roth (Hamburg) über die wirtschaftlichen Nachkriegsplanungen, Manfred Oertel (Stralsund) über die Kriegsfinanzierung,

wobei ebenfalls bis zum Kriegsbeginn zurückgegriffen wird. Hagen Fleischer (Athen) steuerte eine Dokumentation über den Besatzungsalltag auf Kreta bei. Dem Ende des Werkes hätte ein Fazit es wäre womöglich auf eine Zwischenbilanz eines Forscherlebens hinausgelaufen gut und zugestanden.

Wer sich an diesen mit 164 Tabellen gespickten Band macht, dem steht Arbeit bevor. Voraussetzungslos ist er nicht zu konsumieren. Das führt zu einer Frage an den Autor, die nach seinen Anstrengungen, das Material wie sich Friedrich Engels einmal ausdrückte „zusammenzutrommeln“, zu sichten, zu analysieren und zu einer Darstellung aufzubereiten, sich geradezu unverschämt lesen mag. Nichtsdestoweniger: Wünschenswert wäre es, dieses Forschungsresultat verdichtet einem breiteren Leserkreis zugänglich zu machen. Über die Notwendigkeit dieses Schrittes in einer Geschichtslandschaft, die wirtschaftliche Antriebe und Interessen im Hinblick auf die Geschichte der deutsch-faschistischen Herrschaft mehr und mehr ausblendet, wird man sich mit Dietrich Eichholtz nicht streiten müssen. Ihm soll an diesem Punkte seiner Arbeit vor allem ein Glückwunsch zugerufen werden.

Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Band III: 1943-1945. Unter Mitarbeit von Hagen Fleischer, Manfred Oertel, Berthold Puckert und Karl Heinz Roth, Akademie Verlag Berlin 1996.

Neues Deutschland, 2. Oktober 1996, S. 11.

Empfehlung zum kritischen Gebrauch

Stiftungsarbeit in Sachsen – frei von Ideologie?

Ausdrücklich für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit bestimmt ist dieser Band, der fünf im Freistaat Sachsen gelegene Gedenkstätten vorstellt, für deren Gestaltung und Tätigkeit die neue 1994 gegründete Stiftung zuständig ist. Das sind diejenigen in Pirna-Sonnenstein, Zeithain, Dresden (Münchner Platz), Torgau und Bautzen. Die Informationen über die Geschichte der ursprünglichen Schreckensorte wie der Gedenkstätte, über die Wandlung ihrer Ausgestaltung und deren Motive werde Lehrern willkommen seien, die sich mit ihren Schülern auf solches Terrain begeben. Als ausreichend wird das Dargebotene nicht angesehen. Spezielle wie allgemeine Literaturhinweise schließen sich an die in ihrer Aussagekraft unterschiedlichen Abschnitte an.

Deren wiederkehrende Daten hätte man sich – nach lexikalischen Vorbildern – auch in ihrer Anordnung übersichtlicher vorstellen können. Auf die Notwendigkeit weiterführender Forschungen wird mehrfach begründet aufmerksam gemacht.

Information nicht Ideologie – so lautet eine Devise der Stiftungsarbeit, die als Frucht der „Wende“ angesehen wird. Dem könnte hinzugefügt werden, dass dies nicht auf bloße Faktologie hinausläuft. Interpretationen werden geboten. Sie sollten korrekt und im Rahmen des Möglichen vollständig sein. Immer ist das nicht der Fall.

Im Aufsatz über Pirna-Sonnenstein heißt es, in der DDR war „man“ an der Thematisierung der „Euthanasie“-Opfer nicht sonderlich interessiert. Das wird damit begründet, dass sie nicht als politisch Verfolgte betrachtet wurden. Das waren die wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken, die als überflüssige Esser und nicht in die „arische“ Gemeinschaft hineinpassen, angesehen und deshalb ermordet wurden, in der Tat nicht. Doch weil sie aus ideologisch-politischer Zielstellung und mit ökonomischem Kalkül getötet wurden, hieß es von ihnen in der zu DDR-Zeiten meist verbreiteten Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes (Bd. 2, erschienen 1987): „Angeblich unheilbaren Kindern und Erwachsenen wurde durch Spritzen, Medikamente oder durch Vergasen der sogenannte Gnadentod gegeben. Auf diese Weise ermordeten die Faschisten in speziellen Anstalten, u. a. in Brandenburg, Bernburg, Grafeneck, Hadamar und Sonnenstein bis August 1941 ... über 70.000 Menschen, darunter Altersschwache Tuberkulose- und Krebskranke, politisch Unliebsame und solche, die ‚nicht deutschen oder artverwandten Blutes‘ waren“. Usw.

An anderer Stelle waltet die gleiche Tendenz. Es wird darauf hingewiesen, dass die Hinterbliebenen von „Euthanasie“-Opfern in der DDR keine Renten und Entschädigungen erhielten. Okay. Im Abschnitt über das Dokumentationszentrum in Torgau wird die Frage im Hinblick auf die Deserteure, welche die Teilnahme am verbrecherischen Krieg verweigerten, hingegen nicht aufgeworfen, wiewohl der Streit um deren Behandlung zuletzt vor wenigen Wochen die Parteien im Bundestag erneut konfrontierte. Die Informationen über die untergegangene und die über die amtierende Regierungspartei fallen da merkwürdig auseinander.

Es ist nicht Sache des Rezensenten, in diesem Punkte Ratschläge zu erteilen. Doch gewiss ist ihm, dass die notwendige kritische „Aufarbeitung“ der Geschichte der DDR um ihre Glaubwürdigkeit gebracht wird, wenn und wo im Vertrauen auf die Schwierigkeiten des Widerspruchs nach dem Motto verfahren wird: Je dunkler, die Nacht, umso klarer die Sterne.

Spuren suchen und erinnern. Gedenkstätten für die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Sachsen. Hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Gustav Kiepenneuer Verlag Leipzig 1996. 120 S., 26 Fotos, 20,00 Mark.

Deutsche Lehrer Zeitung-Special (DLZ), 2. Oktober 1996, Nr. 39/40, S. 20.

Analytisches, nicht Wunschdenken

Eindrücke von der ersten Konferenz des Marxistischen Forums

In der Bundesrepublik „angekommen“ sein? Bevor die Formulierung wie eine Wunderblume oder ein Giftpilz hin- und hergewendet wurde, hatte das „Marxistische Forum“ das Thema seiner ersten Konferenz bestimmt: „Die Sozialisten und die Machtfrage heute“.

Zu Wort kamen Ökonomen und Philosophen, Juristen und Sprachwissenschaftler, Theologen und Pädagogen. Der Bogen der herbeigerufenen Ansichten spannte sich von dem englischen Staatsund Rechtstheoretiker des 17 Jahrhunderts, Thomas Hobbes, bis zu Wolfram Friedersdorff, dem heutigen PDS-Bezirksbürgermeister in Berlin-Lichtenberg, der darüber sprach, wie sich Machtausübung aus der Sicht eines Kommunalpolitikers darstelle. Die Debatten-Themen betrafen die grundlegenden Machtsphären von Ökonomie, Politik und Geist, wobei deren Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen erörtert wurden. Unstrittig war, daher am Anfang das analytische Referat von Harry Nick über Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart, dass die Analyse der ökonomischen Machtverhältnisse unerlässlich sei, so wenig sie allein zur Bestimmung einer Politik ausreiche, die Gegenmacht mobilisieren wolle. Selbstbetrug auf diesem Felde müsse tödliche Folgen zeitigen – nicht nur für die Politik aller Linken, sondern im wahrsten Wortsinn. Sich die Mühe zu ersparen, Marx (und auch Lenin) wieder und neu zu lesen, wurde für ebenso töricht gehalten, wie jeder Versuch, die erfolgten Verdummungen durch die marxistisch-leninistische Orthodoxie nicht vollständig zu bilanzieren.

Auch die Ignoranz gegenüber dem, was nichtmarxistische Sozialisten über Wege und Zustände denken, die über die kapitalistische Gesellschaft der Gegenwarthinausführen sollen, müsse definitiv der Vergangenheit angehören. Ja, so Hermann Klenner, es könne sich nicht Marxist nennen, wer sozialistische Auffassungen, die aus anderen Überzeugungen sich herleiteten, einfach als defizitär ansähe.

Vom Reisen und vom Ankommen

Mehrfach wurde dafür plädiert, das sprachlich-begriffliche Gespinst, welches tagtäglich über die realen sozialen, politischen, ideologischen und moralischen Gesellschaftszustände gelegt würde, zu zerstören. Anstrengungen auf diesem Felde seien nicht geringzuschätzen. Die Antwort auf die Ausgangsfrage setze voraus, den Blick nicht nur in die Vergangenheit zu richten, sondern die divergierenden Interessen wahrzunehmen, welche frühere Bürger der DDR in den Staat Bundesrepublik mitbrächten, in dem sie schon heute eine sehr verschiedene Stellung einnähmen. Die „Reise“ eines Sozialisten könne kaum mit dem triumphalen Einzug desjenigen verwechselt werden, der seine Chance zur Ausbeutung anderer nun gefunden habe. Das Ankommen eines Sozialisten bemesse sich an der gewonnenen und stets neuzuentwickelnden Fähigkeit, die Zustände dieser Gesellschaft zu durchschauen, ihren Bewegungsformen auf den Grund zu kommen und derart den eigenen Platz in der Wirklichkeit zum Zwecke ihrer Veränderung zu bestimmen. Da schließt sich im Denken wie im Alltag der Auseinandersetzungen die Frage an, ob denn ein Subjekt existiere oder in Sicht sei, das Veränderungen wünsche und sich mit anderen für sie stark machen wolle. Zunächst, wurde gesagt, seien die Erfolge der Sozialisten ganz überwiegend, wie schon in deren Frühgeschichte und noch stets, auf dem Felde des Geistes zu erringen. Dafür bilde Selbstverständigung immer wieder den Ausgangspunkt. Je breiter sie erfolge, desto größer der Nutzen.

Diskussionsangebot wird veröffentlicht

Daran hapert s, wie eine Durchmusterung der Teilnehmer erkennen ließ. Sympathieerklärungen mit Erfolgswünschen aus der politischen Praxis gingen den Veranstaltern reichlich zu. Entfernte Wahrnehmung kann nicht ersetzen, was in Rede und Gegenrede vorangebracht werden müsste. Das Angebot des „Forums“ zur Diskussion um die Machtfrage wird in seiner Publikumsreihe (im GNN-Verlag) nachzulesen und zu prüfen sein.

Neues Deutschland, Donnerstag, 10. Oktober 1996, S. 5. Pseudonym: Maximilian Reich.

Martin Bormann, der dem Galgen entkam

Was Hitlers Patenkind Berliner Schülern über seinen Vater erzählte

Wie kürzlich der Meldung einer Nachrichtenagentur zu entnehmen war, hatte das Katholische Gymnasium Theresien-Schule in Berlin in den Politikunterricht einen besondere Zeitzeugen eingeladen. Schüler und Schülerinnen waren auf sein Kommen besonders vorbereitet. Was war die schlimmste Tat ihres Vaters? lautete eine ihrer Fragen. Überrascht haben konnte das Martin Bormann[1], das inzwischen sechsundsechzigjährige Patenkind Hitlers, schwerlich.

Doch leicht ließ sich darauf nicht antworten. Denn was der Mann, der zuletzt auch „Sekretär“ Adolf Hitlers war, in seinem Leben verbrochen hatte, besitzt die Länge einer Leporelloliste. An ihrem Anfang steht die Beihilfe zu einer Körperverletzung, 1923 begangen von Fememördern in Mecklenburg. Sie brachte Bormann, den „Geschäftsführer“ eines Gutsbesitzers, aufgrund eines Urteils des Leipziger Reichsgerichts ein Jahr ins Gefängnis und anderthalb Jahrzehnte später – 1938 – die Verleihung des „Blutordens“ der Nazipartei. Die Bezeichnung des Metalls charakterisierte die Untat treffend. Am Ende dieser Liste steht die Beihilfe zur Schaffung und zum Einsatz des Volkssturms, dem Männer an der Grenze zum Greisenalter und Halbwüchsige – Burschen wie die Schüler, die dem Sohn zuhörten – zum Opfer fielen. Dieses letzte Aufgebot hatte auch das Leben des Martin Bormann sen. verlängern helfen. Es wäre durchaus denkbar gewesen, dass die Antwort des „Zeugen“, in dieser Umgebung und durch sie angeregt, gelautet haben könnte: Das schlimmste Verbrechen meines Vaters bestand darin, junge Menschen in einen Moment, da der Krieg längst verloren war, in einen für sie sinnlosen Tod zu hetzen. Darüber hätte sich abwägend reden, kaum streiten lassen.

Bormann-Vater war im Testament Hitlers als „treuester Parteigenosse“ benannt und in die Liste der Regierung, die der Selbstmörder vor seinem Tode noch anfertigte, auf Platz drei gesetzt worden. Den gedachte Bormann, tatsächlich einzunehmen. Nachdem sein „Führer“ sich aus Leben und Verantwortung gestohlen hatte, versuchte er in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 der Gefangennahme durch die Rote Armee zu entgehen und aus Berlin Richtung Norden zu entkommen. Berichte über sein Verbleiben erschienen unzuverlässig und widersprüchlich. Deshalb entschieden die Juristen des Nürnberger Gerichtshofes am 17. November 1945 Bormann in Abwesenheit anzuklagen und in Abwesenheit verurteilten sie ihn auch zum Tode.

Dieses Urteil versahen sie mit dem Zusatz, dass, würde der Verurteilte gefunden, er zu seiner Verteidigung Gründe vortragen und so eine Überprüfung des Urteils bewirken könne. Dazu kam es nicht. Jahre später wurde ermittelt, dass ein Geschoß oder ein Granatsplitter dem Flüchtling noch in den Trümmern der Reichshauptstadt ein Ende gemacht haben musste und ihn vor dem Galgenstrick bewahrt hatte. Denn: Was hätte dieser alte Gefolgsmann des Faschismus, der nach einem Wort Joseph Wulfs zu „Hitlers Schatten“ wurde, zu seinen Gunsten vortragen können?

Nach dem Flug seines Vorgesetzten, des „Stellvertreters des Führers“, Rudolf Heß nach England war Bormann zum Leiter der Parteikanzlei aufgestiegen und hatte einen Platz in Hitlers ständiger Beratergruppe im „Führerhauptquartier“ eingenommen. Von da an „klebte“ er buchstäblich an der Seite des Diktators. Kaum ein verbrecherischer Entschluss, an dem er nicht – zuhörend, beratend oder ausführend – beteiligt gewesen wäre und dessen schriftlicher Ausfluss nicht über seinen Schreibtisch ging. Sei es der Raub von Lebensmitteln in den besetzten Ländern oder die Plünderung ihrer Kunstschätze, sei es die Behandlung der Kriegsgefangenen und der zivilen Zwangsarbeiter oder die vollständige Entrechtung der Juden und ihre Auslieferung an die Polizei.

---

[1] Martin Bormann wurde am 1. Oktober 1946 durch den Spruch des Internationalen Militärtribunals für schuldig befunden und in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Es wurde eingeräumt, dass er – würde man seiner habhaft werden – selbst Gelegenheit haben sollte, sich zur Anklage zu äußern und mildernde Umstände geltend zu machen. Von den elf gegen Angeklagte, die sich in Gewahrsam des Tribunals befanden, ausgesprochenen Todesurteilen wurden am 16. Oktober 1946 zehn vollstreckt. Hermann Göring hatte sich Stunden zuvor vergiftet.

Bormann wusste um die Kriegsziele. Er gehörte 1941 zu den Teilnehmern jener Beratung, in der die Halbinsel Kola wegen ihrer Nickelvorkommen ebenso wie das Gebiet von Baku wegen seines Erdölreichtums als künftige Teile des deutschen Weltreichs markiert wurden. Und er wusste um die Methoden der Kriegführung. Ausdrücklich verlangte er, dass gegen das Lynchen angloamerikanischen Flieger, die in Deutschland lebend ergriffen wurden, nicht eingeschritten werden solle.

Dieser Mann war in der Anklageschrift, die dem Internationalen Militärtribunal vorlag, auf Platz neunzehn (von ursprünglich vierundzwanzig) entschieden zu spät eingeordnet. Dass bis heute eine – wissenschaftlichen Ansprüchen genügende – Biographie Bormanns fehlt, begünstigt die falsche Vorstellung, er habe erst in der zweiten Phase des Krieges – nach dem Überfall auf die UdSSR – eine so einflussreiche Rolle gewonnen. Tatsächlich war er bereits Ende der zwanziger Jahre in die Münchener Reichsleitung der NSDAP aufgenommen worden und alsbald nach der „Machtergreifung“ zum Rang eines Reichsleiters gelangt, den höchsten, den Hitler an seine Gefolgsleute vergab. Vordem hatte ihn der oberste Parteiführer schon dadurch ausgezeichnet, dass er sich ihm als Trauzeuge zur Verfügung stellte – eine Geste, die auch der Braut, einer Tochter des obersten Parteirichters, galt.

Bormann wurde bereits früh mit besonders delikaten, d. h. hochgeheimen Aufträgen betraut. Er hätte dem Gericht in Nürnberg manches über die finanziellen Beziehungen von Kapital und NSDAP erzählen können, denn er verwaltete eine der einschlägigen Großkassen. Er wäre auch imstande gewesen, aus intimer Kenntnis über die erbetenen Gunstbeweise zu berichten, die der Familie Krupp vom „nationalsozialistischen Führer“ zuteilwurden und die ihr unter anderem eine Erbschaftssteuer in Millionenhöhe ersparten.

Aus dem Agenturbericht geht nicht hervor, ob und wieviel Martin Bormann, der bei Kriegsende fünfzehnjährig wie viele Familienangehörigen der Naziprominenz außerhalb des Schussfeldes lebte, seinen jungen Zuhörern über die früheren Beziehungen von wirtschaftlicher und politischer Macht erzählt hat und wie stark er sie dazu anregte, deren Wandel bis auf den heutigen Tag zu durchdenken. Vermerkt wurde hingegen, dass Klein-Martin von seinem Patenonkel gelegentlich Militärspielzeug geschenkt erhielt. Die Antwort auf die Frage nach der schlimmsten Tat des Vaters aber war kurz gewesen: Sie habe in seinem Irrtum bestanden, sich Hitler anzuschließen.

Damit war der Politik-Unterricht exakt auf jenes Niveau zurückgeworfen, auf die ihn auch die meisten der Angeklagten setzen wollten, in deren Reihen 1945 Bormann fehlte. Sie erklärten im „Zeugenstand“ und bei anderer Gelegenheit, dass sie sich in Hitler geirrt hätten, von ihm getäuscht worden wären und er sie ausgenutzt habe. Die Richter in Nürnberg ließen sich von dieser Version nicht überzeugen. Sie trauten den Dokumenten und den Tatsachen, die von der gemeinschaftlichen verbrecherischen Initiative der Naziführerschaft zeugten. Nun, 1996 und fünfzig Jahre nach dem Urteil von Nürnberg, wird die verharmlosende Irrtumslegende wieder aufgewärmt. Sie passt in den Generaltrend, die deutsche Geschichte zu „normalisieren“. Denn: Wann und wo in der Welt hätten sich Menschen nicht geirrt?

Deutsche Lehrer Zeitung, 1996/Nr. 41/42, 17. Oktober 1996, S. 12.

Zuviel Schuldzuschreibung?

Mai 1996, Rennsteigschule im thüringischen Suhl. Die Gruppe, die sich aus Schülern mehrerer Klassen zusammengesetzt, hatte bereits vier Stunden Geschichte der Nazidiktatur aus- und durchgehalten. Nur noch und zum Abschluss: Wie beurteilt ihr Schuld und Verantwortung der Deutschen?

„Die Deutschen sollten nicht wieder anfangen, sonst wird ihnen bloß zu viel Schuld zugeschoben." Der Ratschlag des aufgeweckten Jungen war mir sympathisch, seine Begründung merkwürdig. Wusste er um deren Nähe zu jenen, die seit Jahrzehnten die Legende verbreiten, den Deutschen seien nach dem Zweiten Weltkrieg Schuld und Bestrafung in einem Umfang zugemessen worden, den sie in Wahrheit nicht verdienten?

Begonnen hatten die Anstrengungen zur erneuten Geschichtsfälschung vor nunmehr exakt fünfzig Jahren im Justizpalast zu Nürnberg. Dort waren im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher von einem internationalen Tribunal zivile und militärische Führer des deutsch-faschistischen Staates angeklagt und abgeurteilt worden. Zwölf (einer in Abwesenheit) zum Tode durch den Strang. Sieben hatten ihre Zellen in Spandau zu beziehen.

Das Gericht ließ den Angeklagten nahezu alle Freiheiten der Argumentation. Das war von ihnen reichlich genutzt worden. Sie behaupteten übereinstimmend, alles Unheil wurzele nicht in ihren Handlungen, sondern seit dem Versailler Vertrag entsprungen. Demnach hatte nichts außer verletztes Nationalgefühl und erlittenes Unrecht Göring, Heß und alle anderen an Hitlers Seite geführt. Von dem seien sie obendrein getäuscht worden.

Doch da waren die Dokumente, die von den maßlosen Plänen zur Eroberung der Weltherrschaft zeugten. Vor allem: Warum musste dem Nationalgefühl dadurch Genüge getan werden, dass man Land um Land mit Krieg überzog, Millionen Juden und Kriegsgefangene tötete, Kranke vergaste, Zigeuner mordete und eine Blutspur durch Europa zog?

Zuviel Schuldzuschreibung? Angesichts der 1946 bekannten Tatsachen suchten die Angeklagten und Verteidiger ihr Heil im Gegenangriff. Hier erfolgte unter der Parole „Die anderen auch" und war begleitet von dem Versuch, die eigenen Handlungen als normale Taten im neuzeitlichen Krieg darzustellen.

Davon hat sich bis heute etwas in Deutschland erhalten. Es spricht gegen die jüngst im Bundestag zu hörende Generalaussage: Wir haben gelernt. Wer konnte diese dreisten Töne gegen die Ausstellung überhören, die Verbrechen der Wehrmacht dokumentiert? Wer die „deutschen" Zwischentöne in der Goldhagen-Diskussion? Wem blieben die Interessen verborgen, die sie im Streit um die deutsch-tschechische Erklärung geltend machen? Wie viele Deutsche haben die Lektion von Nürnberg gelernt? Wie viele sich ausreden lassen, was sie fast zu begriffen hatten.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1996/Nr. 41/42, 17. Oktober 1996, S. 2.

In Eichentruhe und auf Samt

Nochmals über das Dresdener Treffen und die Macht deutschen Zeitgeistes

Ende vergangener Woche sammelten sich in Dresden Träger des Ritterkreuzes zum 42. Jahrestreffen. Bürger der Stadt stoppten ihre Aktivitäten. Anmerkungen eines Historikers.

Wer im Zweiten Weltkriegs unter das Kommando eines Offiziers geriet, den es „am Halse juckte“, dessen Lebenserwartung war zusätzlich herabgesetzt. Im Kommissjargon war damit ein Vorgesetzter skizziert, der darauf aus war, mit dem Eisernen Kreuz dekoriert zu werden. Es wurde am Hals getragen und nannte sich „Ritterkreuz“.

Je länger der Krieg dauerte, umso mehr „Helden“ waren verlangt. Man erfand Ordensstufen. Am Ende gab es das Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Schwertern und Brillanten. Der Generalstäbler, den es während des gesamten Krieges an Hitlers Seite gehalten hatte, Alfred Jodl, ließ sich vom Großadmiral Dönitz mit dem Halsbandorden noch auszeichnen, als er die Kapitulation in Reims unterzeichnet hatte. Er endete am Galgen. Als Kriegsverbrecher.

Das Dresdener Treffen der „Seinen“ verlief nicht programmgemäß. Dies ließe sich mit Befriedigung vermerken. Allerdings war die Zusammenrottung nur eine Erscheinung.

Vor wenigen Wochen entdeckten die Betreiber der Gesellschaft für Münzedition, die in München residiert, in ihren Tresoren Exemplare ihrer „Edition 175 Jahre Eisernes Kreuz“ und offerierten sie. Vom schnöden Mammon wird in Kreisen nicht öffentlich geredet, die Käufer für „ein unvergängliches Dokument deutscher Weltgeschichte“ suchen und vor allem auf den „geschichtsbewussten Staatsbürger“ rechnen.

Das Ritterkreuz wurde an 7.200 Soldaten, darunter 430 Waffen-SS-Angehörige vergeben. Nach dem BRD-Ordensgesetz von 1958 darf das Blech (ohne Hakenkreuz) wieder getragen werden.

Feilgeboten wird in Eichentruhe und auf Samt eine Kollektion von einem halben Hundert Feinsilbermünzen. Ihre Motive entstammen der Kriegsgeschichte Preußens und des Deutschen Reiches seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Bezüge der Aufprägungen, wird versichert, seien sorgfältig und fachkundig gewählt.

Die fünfzig Münzen umfassende Reihe, die in den Befreiungskriegen beginnt und mit Lützow und Blücher einsetzt, lässt keinen Zweifel, welche Vorstellung von deutscher Vergangenheit gehegt und fünftausend Mal versilbert wurde: Eine Mischung von Kriegs-, Helden- und Waffenkult. Sie feiern in Bild und Kommentar „große Strategen und kühne Helden“, die „als Dank des Vaterlandes für vorbildliche Tapferkeit und selbstlose Pflichterfüllung das Eiserne Kreuz, ewiges Symbol des Ruhmes und der Ehre deutschen Soldatentums“ erhielten.

Und das sind sie: „Wilhelm II. im Felde“ und seine Generale Hindenburg und Ludendorff. Zwischen beiden platziert, Paul von Lettow Vorbeck, der nicht präsentiert werden kann, ohne dass seine „treuen Askaris“ erwähnt werden. Was dem Afrikahelden aus dem Ersten Weltkrieg recht ist, sei dem aus dem zweiten billig. Hitlers Erwin Rommel fehlt nicht. Sie alle hätten der Übermacht getrotzt und sich mitunter auch ihr beugen müssen. Doch besiegt worden seien sie nie. Vom Ende des Ersten Weltkriegs wird gesagt: „Im Felde unbesiegt kehrte die Truppe nach vier harten Kriegsjahren 1918 in die Heimat zurück.“

Exakt so hatten es diejenigen, die einen schon in der Weimarer Republik, die anderen im Nazistaat, in Schulbänken gelernt, die seit 1939 „auf allen Schlachtfeldern des 2. Weltkriegs“ nichts als „ihre Pflicht“ erfüllten. Daran schließt sich die Urlegende, ein Zitat aus dem letzten Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht, angefertigt in Flensburg: „Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll erlegen.“

Obwohl sie wie ihre Vorgänger immer die besten Waffen besaß. Die Auswahl fiel auf das Unterseeboot Nr. 9, das „Paris“-Geschütz, das Panzerschiff „Deutschland“ und den Messerschmitt-Raketenjäger, der „ein Schrecken der feindlichen Bomberstaffeln“ war. Die Linie wird gleichsam durchge-

zogen zum – nomen est omen – „Mehrzweck-Kampfflugzeug Tornado“, einem „Spitzenprodukt der internationalen Waffentechnik“ und dem die Münzserie abschließenden „Panzerkampfwagen Leopard II“ der Bundeswehr.

Just zu der Zeit, da die Offerte aus München versandt wurde, erklärte die Präsidentin des Deutschen Bundestages in Bezug auf Geschichte: „Wir haben gelernt.“ Das muss nicht für die Professorin, wohl aber in dieser Allgemeinheit bezweifelt werden. In deutschen Landen wird an der „vaterländischen Geschichte“ gearbeitet. Und das nicht nur in Münzwerkstätten. Die hartnäckige Verteidigung der Straßennamen in Berlin, die auf die „Kriegshelden“ aus dem Weltkrieg I verweisen, die Attacken gegen die Hamburger Ausstellung über die Wehrmachtsverbrechen, die Deserteur-Debatte im Parlament, der erneute Anlauf gegen das antimilitaristische Diktum des Kurt Tucholsky und eben auch der von einem Bundeswehrgeneral unternommene Versuch, den Neubürgern in Dresden die Ritterkreuzträger als willkommene Gäste zu bescheren – all das muss nicht zu einer konzertierten Aktion aufgewertet werden. In dem Trend macht sich deutscher Zeitgeist bemerkbar.

Neues Deutschland, Dienstag, 22. Oktober 1996, S. 6.

Das Seekriegerdenkmal Laboe – seit Jahren ein Ärgernis für Antifaschisten

Das hoch über der Kieler Förde aufragende „Ehrenmal“ wurde 1936 eingeweiht als Nationalheiligtum mit einer lobhudelnden Rede auf den anwesenden Hitler. Es hielt sie der später in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilte Generaladmiral Erich Raeder. Die Anlage bei Laboe war und blieb bis auf den heutigen Tag Zeugnis und Zeichen des maritimen deutschen Militarismus. Daher ist sie seit Jahrzehnten ein Ärgernis für alle Antifaschisten, Antimilitaristen und Pazifisten. Die Leitung des Marinebundes, des Eigentümers der Stätte mit „Weihehalle“, „Historischer Halle“, „Fahnenhalle“ war bis zum Beginn der neunziger Jahre offenbar der Meinung, sie könne die Kritik nach bekanntem Vorbild einfach aussitzen. Doch erneute die sich immer wieder, und nach einem Wechsel an der Bundesspitze erfolgte 1993 eine erste öffentliche Reaktion, die einräumte, dass über die Gestaltung der Räume und des sie umgebenden Geländes nachgedacht werden müsste.

So erfolgten Verlautbarungen, die der Beruhigung von Kritikern dienen sollten und zugleich verraten, wie halbherzig – das könnte schon eine Übertreibung sein – zu Werke gegangen werden soll. „Behutsame Ergänzung“, „Relativierung“ und „vielleicht“ auch Revision von Aussagen in einigen Bereichen der Ausstellung – lauten die völlig unverbindlichen Ankündigungen, mit denen über Inhalt und Zeitpunkt der Veränderungen nichts gesagt ist. Man stehe nicht unter Zeitdruck formuliert locker und unbeschwert Flottenadmiral a. D. Hansdieter Christensen. Freilich, mahnte Vizeadmiral Boehmer sogleich, „unmilitärisch“ dürfe die Gedenkstätte auch nicht gestaltet werden. Welch’ unbegründete Sorge!

Die hochgestellten „blauen Jungs“ mit dem Admiralslametta haben ihre Schwierigkeiten – oder sie schwanen ihnen wenigstens. Denn: Welche Charakteristik wollen sie dem Gorch Fock, der jetzt harmlos „Dichter der See“ heißt und doch ein hass- und wutschnaubender Imperialist war, behutsam geben? Wie werden sich die Roten Matrosen von Kiel, wie Max Reichpietsch und Albin Köbis neben diesem niederdeutschen Kriegssänger ausmachen? Leute, die man bisher in den Hallen von Laboe nicht erwähnt, so wenig wie die Auseinandersetzung um den Bau des Panzerkreuzers A im Jahre 1928, wobei die Rede von den konsequenten Kriegsgegnern und bis zum Umfall schwankenden sozialdemokratischen Regierungspolitikern sein müsste. Und wie werden, wenn nicht wie jetzt, Blindflecken der Historie bleiben sollen, die Admirale Erich Raeder und Karl Dönitz untergebracht werden, die vom Gerichtssaal in Nürnberg nach Spandau in das Kriegsverbrechergefängnis der Alliierten geschickt wurden?

Vor allem aber: Was soll aus der Grundaussage werden, die heute noch lautet „Sie starben für uns“. Soll es den Besuchern überlassen bleiben, sich die Frage zu beantworten, für wen Zehn- und Hunderttausende elend zugrunde gingen. Welche Sprache soll gewählt werden, um wegzukommen von der Phrase „Auf See geblieben“, die so verlogen ist wie der Terminus von den „Gefallenen“. Genug. Bleibt, was zu tun ist, den „alten Kameraden“ und ihrem Traditionspflegeverband überlassen, dann braucht man auf das Resultat kaum gespannt zu sein. Doch vielleicht fühlen sich Kritiker durch die Art, in denen ihnen nun geantwortet worden ist, mehr beunruhigt als durch das jahrelange Schweigen. Gründe dazu hätten sie.

Einen bildet die jüngst erschienene Veröffentlichung, der die Daten und Zitate entnommen sind. Thorsten Prange hat an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Kieler Universität eine Dissertation „Das Marine-Ehrenmal in Laboe. Geschichte eines Nationalsymbols“ vorgelegt. Läse man es nicht blau auf weiß, könnte man glauben, es sei diese Arbeit an einer Fakultät für künftige Buchhalter geschrieben und angenommen worden, in der nach dem Grundsatz gelehrt und studiert wird: Zu allererst äußere keine eigene Meinung zu Fragen, die Dein Chef noch nicht beantwortet hat. Besser noch: Bilde sie Dir nicht.

„Mit Denkmälern zu leben, so wie sie sind.“ lautet eine Forderung, ausgesprochen im Jahre 1994 vom Befehlshaber der BRD-Flotte, einem Vizeadmiral namens Hans-Rudolf Boehmer. Er redete auf einer gemeinsamen Gedenkfeier der Kriegsmarine und des Marinebundes, und er münzte seine Aussage auf das „Ehrenmal“ in Laboe bei Kiel

antifa, November 1996, S. 5.

Leute vom Baumschulenweg

Nicht nur eine Kiezgeschichte in einer Ausstellung

Wer heute die Baumschulenstraße entlang geht, schenkt dem unscheinbaren Gebäude mit der Nummer 34 kaum einen Blick. Es ist das älteste Gebäude im Straßenzug. Gebaut wurde es von dem Gärtner Wilhelm Mosisch. Das Haus war das erste am Orte, der damals den wenig einladenden Namen „Abladeweg“ trug.

Auf Spuren dieser und anderer Geschichten von Menschen, Bauten und Ereignissen hat sich eine Gruppe von Enthusiasten in einem eben wieder zu Ende gehenden ABM-Projekt begeben. Die graphisch prägnant gestaltete Ausstellung, der sie den Namen „Leute vom Baumschulenweg“ gaben, konnte ohne ausdauernde Forschungen nach Zeitzeugen, Dokumenten, Drucksachen und anderen Überlieferungen nicht entstehen. Nun zieht sie nicht nur Neugierige an. Kürzlich kamen die wenigen, noch Lebenden aus den Tagen des Sportvereins „Fichte“, die ihren Sportkameraden Walter Giese kannten, den Sozialdemokraten, der 1945 Ortsbürgermeister von Treptow wurde. Als Besucher stellen sich Schulklassen ebenso wie „Einzelgänger“ ein. Sie lernen die Geschichte von Lotte Bergtel kennen, die von den Machthabern als Widerstandskämpferin inhaftierte Bibliothekarin, zu deren Andenken es nahe ihrem Wohnort einmal eine schlichte Tafel gegeben hat. Das mag für den von den Nazis ermordeten Arbeitersportler Willi Sänger gelten und ebenso für den Pfarrer Heinrich Wiese, der 1951 starb. Andere leben nur noch in ihren Hinterlassenschaften. Darunter sind Bekannte und Unbekannte. Zu den ersteren gehört Franz Späth, der aus dem väterlichen Betrieb erst jene weithin bekannten Baumschulen machte, die Ortsteil und Bahnstation den Namen gaben. Und ebenso der geadelte Dorfschulmeistersohn, Emil von Behring, dessen Name vor allem mit dem Kampf gegen die Diphtherie verbunden bleibt.

Wer Bekanntschaft mit den Karikaturen der „Ulla“ Laudien erneuern, sich an den Maler Bruno Bernitz erinnern oder sich über Verse des seinerzeit bekannten und verehrten Dichters Ernst Ziel amüsieren will, der einmal Chefredakteur der „Gartenlaube“ war, hat dazu Gelegenheit. Die verdienstvolle Arbeit sucht ihren dauernden Platz. Das Rathaus des Bezirks wäre ein geeigneter.

Neues Deutschland, Donnerstag, 21. November 1996, S. 18.

„Vergesst uns nicht!“

Geschichte aus dem Brandenburgischen und einem Dreiländereck

Wie gelangen Bücher, die so unscheinbar daherkommen wie die beiden hier anzuzeigenden in die Hand jener Lehrer, in die sie vor allem gehören? Für das eine wären dies Pädagogen in Frankfurt an der Oder, in Golzow, Fürstenwalde/Spree, Guben, Prenzlau und Potsdam. Das andere sollte vor allem die Fachlehrer für Geschichte im sächsischen Vogtland und im Nordosten Bayerns erreichen, in Ortschaften von Adorf bis Wernesgrün und von Bad Steben bis Wunsiedel.

Das Heft, das Almuth Püschel zu danken ist, fußt auf Aktenstudien, die sich seit einiger Zeit besonderer Aufmerksamkeit von Historikern erfreuen. Deren „Entdeckung“ lautet: Das Denunziantentum hat bei der Bekämpfung nicht nur von Regungen des Widerstands, sondern auch der bloßen Unbotmäßigkeit gegenüber Herrschaftsforderungen eine erhebliche Rolle gespielt. Zeitgenossen, die dem System widerstanden oder widerstrebten, haben das Verwundern über diesen Quellenfund ihrerseits mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Sie erinnerten sich an eigene Erfahrungen. Die schienen aber selbst nachgeborene Spezialisten bis dahin nie recht ins Bewusstsein geraten zu sein. Nun wird an einer begrenzten Zahl von Fällen und mit aussagekräftigen Dokumenten gezeigt, welche Rolle bei der Vertreibung der Juden aus den kleinen Ortschaften, dann aus Deutschland – wenn sie denn dafür eine Chance sahen und sich zur Flucht aus der ihnen vergällten Heimat schließen konnten – die Bespitzelung durch „Arier“ spielte. Sie brachte Juden wegen nichtigen Vergehen vor Gerichte und in Haftanstalten, von denen dann für viele der Weg in die Konzentrations- und Vernichtungslager folgte.

Püschel hat anschaulich gezeigt, wo und wie das im Einzelnen geschah. Sie ist auch den Gründen nachgegangen, die Nichtjuden dazu antrieb, ihren Nachbarn oder Mitbewohner der NSDAP oder anderen Stellen zu denunzieren, weil sie gegen Gesetze („Rassenschande“) oder Verordnungen (Zwangsverpflichtung zu Kennzeichnung durch „jüdische“ Vornamen, Postverbote) verstoßen hatten. Der Untertitel ist treffend doppelsinnig: Denn die (Un-)Rechtsordnung des Nazireiches wirkte sich auf Juden wie auf Nichtjuden aus. Die einen machten sie zu Opfern, die anderen stachelten sie an, Täter zu werden.

Das zweite Heft, herausgegeben von antifaschistischen Organisationen in Deutschland und Tschechien, bietet eine Bestandsaufnahme von Denkmälern und Grabstätten und benennt auch jene, die vor allem in den letzten Jahren entfernt oder zerstört wurden. Es erinnert vor allem an Orte, durch die jene Todesmärsche führten, auf denen die Häftlinge im enger werdenden „Reich“ von Leidensort zu Leidensort getrieben wurden, an getötete oder verstorbene Zwangsarbeiter, Zivilisten wie Kriegsgefangene, an die Wohn- und Wirkungsstätten von Menschen, die aus politischen Gründen oder unter rassischen Vorwänden Opfer des Faschismus wurden, aber auch an deutsche Soldaten, die „fünf Minuten nach zwölf“ im Krieg umkamen.

An diese Publikation, deren Aufmachung man ansieht, dass den Autoren Geldgeber fehlten, schließt sich eine doppelte Hoffnung. Die eine: dass sich viele Lehrer finden, die ihren Schülern die Geschichte dieser Steine lebendig zu machen vermögen, die nicht nur von der Zeit bis zum Mai 1945 erzählen, sondern mit den Daten ihrer Errichtung auch etwas über die deutsche Nachkriegsgeschichte auszusagen verstehen. Und die andere: dass sich Menschen finden, die diese Stätten pflegen und jene wieder oder neu errichten, die Hass oder Unverstand beseitigten.

Vor allem aber ist „Vergesst uns nicht!“ ein Zeugnis der Zusammenarbeit über die deutsch-tschechischen Grenze hinweg. Denn es werden wie die in Deutschland gelegenen Orte auch diejenigen im benachbarten tschechischen Kreis Sokolov erfasst. Damit ist Stoff gegeben, über die Beziehung von Deutschen und Tschechen wieder und von einem Standpunkt nachzudenken, der geschichtliche Betrachtung mit den Ursachen beginnt, bevor sich den Folgen zuwendet.

Almuth Püschel, „... der Angeklagte ist Jude“. Die Auswirkungen der antisemitischen Gesetzgebung auf Bürger der Provinz Brandenburg. Brandenburgische Historische Hefte 2, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung. Potsdam 1996.

Peter Giersich, Emil Hruska u. a.: Vergesst uns nicht. Nezapomente! Denkmäler und Grabstätten für Opfer des Faschismus im Dreiländereck Sachsen, Böhmen und Bayern. Auerbach, Vogtland 1996.

Deutsche Lehrer Zeitung, 28. November 1996, Nr. 47/48, S. 15.

Editorial

Bevor sich im Sommer des Jahres 1996 Diskussionen in der PDS darauf zuspitzten, was es heiße, in Machtverhältnissen und Herrschaftszuständen der Bundesrepublik Deutschland „angekommen“ zu sein und die buntschillernde Formulierung hin- und hergewendet wurde – von den einen wie eine Wunderblume, von anderen wie ein Giftpilz – hatte das „Marxistische Forum“ das Thema seiner ersten Konferenz bestimmt: „Die Sozialisten und die Machtfrage heute“. Sie fand am 5. und 6. Oktober 1996 in Berlin-Lichtenberg statt. Eines ihrer Ziele war, analytisches gegen Wunschdenken zur Geltung zu bringen.

Zu Wort kamen Ökonomen und Philosophen, Juristen und Sprachwissenschaftler, Historiker, Theologen und Pädagogen. Der Bogen ihrer Beiträge, die sich ebenso auf theoretische Fundamente wie auf praktische Erfahrungen bezogen, spannte sich weit. Zitiert wurde Thomas Hobbes, der englische Staats- und Rechtstheoretiker des 17. Jahrhunderts, und es sprach Wolfram Friedersdorff, Bezirksbürgermeister in Berlin-Lichtenberg. Ihn hatten die Veranstalter für einen Vortrag darüber gewonnenen, wie sich zentrale und dezentrale Machtausübung aus der Sicht eines Kommunalpolitikers heute darstellen.

So war Vorsorge getroffen, dass die Debatte weder im untiefen Wasser strandete noch sich in wolkennahen Höhen verflüchtigte. Ihre Themen betrafen die grundlegenden Machtsphären von Ökonomie, Politik und Geist, wobei deren Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen erörtert wurden. Im Folgenden wird der Teil der Konferenzbeiträge abgedruckt, die von ihren Autoren schriftlich zur Verfügung gestellt werden konnten. Eine Auswahl wurde nicht getroffen. Geringfügige redaktionelle Kürzungen betreffen in keinem Falle grundlegende inhaltliche Aussagen. Wo die Autoren ihren Beiträgen keine Überschriften gegeben hatten, hat das die Redaktion getan.

Unstrittig war unter den Einberufenden, daher am Anfang auch das analytische Referat des Ökonomen Harry Nick über die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart, dass die Analyse der ökonomischen Machtverhältnisse unerlässlich sei, so wenig sie allein zur Bestimmung einer Politik ausreiche, die Gegenmacht mobilisieren wolle. Selbstbetrug auf diesem Felde müsse tödliche Folgen zeitigen – nicht nur für die Politik aller Linken, sondern im wahrsten Wortsinn. Sich die Mühe zu ersparen, Marx (und auch Lenin) wieder und neu zu lesen, wurde für ebenso töricht gehalten, wie jeder Versuch, die erfolgten Verdummungen durch die marxistisch-leninistische Orthodoxie nicht vollständig zu bilanzieren und sie zu bekämpfen.

Auch die Ignoranz gegenüber dem, was nichtmarxistische Sozialisten über Wege und Zustände denken, die über die kapitalistische Gesellschaft der Gegenwart hinausführen sollen, müsse definitiv der Vergangenheit angehören. Ja, so der Rechtsphilosoph und Rechtstheoretiker Hermann Klenner, es könne sich nicht Marxist nennen, wer sozialistische Auffassungen, die aus anderen Überzeugungen sich herleiteten, einfach als defizitär ansähe.

Mehrfach wurde dafür plädiert, das sprachlich-begriffliche Gespinst, welches tagtäglich über die realen sozialen, politischen, ideologischen und moralischen Gesellschaftszustände gelegt würde, zu zerstören. Anstrengungen auf diesem Felde seien nicht geringzuschätzen. Dies um so weniger, als auch in der PDS und im Kopfe manches sich als links verstehenden Theoretikers jener Begriffsapparat rasch adaptiert worden sei, der schon den Gedanken und folglich auch die Tat fessele. Zu den durch diese Entwicklung aufgeworfenen Fragen äußerten sich der Theologe Dieter Kraft und der Pädagoge Wolfgang Triebel.

Am Ende sollte frei von aufgeregter Polemik doch bestimmt werden, was denn das Bild besagen könne: Ein Sozialist sei in der Bundesrepublik „angekommen“. Die Antwort setze voraus, den Blick nicht nur in die Vergangenheit zu richten, sondern die divergierenden Interessen wahrzunehmen, welche frühere Bürger der DDR in den Staat Bundesrepublik mitbrächten, in dem sie schon heute eine sehr verschiedene Stellung einnähmen. Die „Reise“ eines Sozialisten könne kaum mit dem triumphalen Einzug desjenigen verwechselt werden, der seine durch oder in der DDR verlorene Chance zur Ausbeutung anderer nun gefunden habe. Das Ankommen eines Sozialisten, so nahm

Hermann Klenner das Bild auf, bemesse sich an der gewonnenen und stets neu entwickelten Fähigkeit, die Zustände dieser Gesellschaft zu durchschauen, ihren Bewegungsformen auf den Grund zu kommen und derart den eigenen Platz in der Wirklichkeit zum Zwecke ihrer Veränderung zu bestimmen.

Da schließt sich im Denken wie im Alltag der Auseinandersetzungen die Frage an, ob denn ein Subjekt existiere oder in Sicht sei, das Veränderungen wünsche und sich mit anderen für sie stark machen wolle. Zunächst, wurde gesagt, seien die Erfolge der Sozialisten ganz überwiegend, wie schon in deren Frühgeschichte und noch stets auf dem Felde des Geistes zu erringen. Dafür bilde offene und streitbare Selbstverständigung den immer wieder zu betretenden Ausgangspunkt. Sie machte sich auf der Veranstaltung auch in der Kritik geltend, die sich gegen unheilvolle Etikettierungen von Auffassungen wandte, die – zu Recht oder zu Unrecht – als falsch angesehen würden.

Es gelte: Je breiter diese Selbstverständigung mit offenen Visieren erfolge, um so größer der zu erwartende Nutzen. Daran hapert's, wie eine Durchmusterung der Teilnehmer erkennen ließ. Sympathieerklärungen mit Erfolgswünschen aus der politischen Praxis gingen den Veranstaltern reichlich zu. Doch konnte entfernte Wahrnehmung nicht ersetzen, was in Rede und Gegenrede vorangebracht werden muss. Umso erfreulicher, dass Genossen, die nicht an der Debatte teilnehmen konnten, Ansichten zum Thema und damit verbundenen Fragen den Veranstaltern zusandten. Im Anhang werden der gemeinsame Beitrag von Birgit Klaubert und Werner Grahn abgedruckt, die Erfahrungen auswerten, die auf den Oppositionsbänken des Thüringer Landtags gesammelt wurden. Am Schluss ist eine Äußerung des Historikers Günter Benser wiedergedruckt, die er vordem in „Lichtenberg Links“ veröffentlicht hatte.

Marxistisches Forum 11-12/1996, S. 1.

Wider Hetze und Ignoranz

Vor Jahresfrist, als sich die Tage der Befreiung zum 50. Mal jährten, wurde die Legende von „zweiten Mongolensturm“ über Schlesien verbreitet. Mit ihr wurde das Verdienst der Roten Armee um die Zerschlagung des deutschen Faschismus bestritten, das zugleich ein Verdienst um die Rettung einer nur zu schätzenden Zahl von Menschenleben, auch des Lebens vieler Deutscher war. Der Fälschung kam entgegen, daß es keinerlei eingehende Untersuchungen der Rolle der sowjetischen Truppen in jenen Monaten gab, in denen sie zuerst auf ostdeutschen Boden gelangten und rasch bis an den Unter- und Mittellauf der Oder vordrangen. Die Untersuchung die vorliegt, schafft den Beginn eines Wandels, der ohne die russische Geschichtsschreibung freilich vollständig nicht zu erreichen sein wird. Der Autor beschreibt die Erscheinungen der Verwilderung in sowjetischen Einheiten, als sie das Reichsgebiet erreicht hatten. Er stützt sich dabei unter anderem auf Einschätzungen sowjetischer Armeedienststellen, zitiert Befehle, die der Wiederherstellung der militärischen Disziplin dort dienten, wo sie den Kommandeuren entglitten waren. Was das Buch aber vor allem auszeichnet, ist der Versuch, die Ursachen zu ergründen, die Kriegsverbrechen gegen zivile und militärische Gegner hervorbrachten. Die vielfach anzutreffenden Behauptungen, sie hätten im Interesse der sowjetischen Führung gelegen, weist der Autor zurück. Er geht den Inhalten der Propaganda in der Armee nach und befragt sie auf ihre Wirkungen. Er benutzt Zahlenmaterial, das zeigt, wieviel junge Angehörige der Schützendivisionen in den Jahren deutscher Okkupation in den besetzten Gebieten die deutsche Herrschaft erlebt und erlitten hatten, Angehörige durch Ermordung und Verschleppung verloren hatten. Er kommentiert die Begegnung der Soldaten, die aus Trümmerwüsten kamen, mit dem vergleichsweisen „Reichtum“ im deutschen Gebiet. Schließlich verweist er auf die Wirkungen des mitunter – bis zu – ganze Einheiten lahmlegenden – Alkoholexzessen, die möglich wurden, als sich die vordringenden Truppen zurückgelassener Lager des Betäubungs- und Aufputschmittels bemächtigten. Wer künftighin über das Ende des Krieges im Osten urteilen, sich blindwütiger Hetze und ebenso blauäugiger Ignoranz entgegenstellen will, wird sich mit den Tatsachen und Interpretationen dieses Buches bekanntmachen müssen. Ein Einwand lässt sich einzig gegen den Untertitel des Bandes erheben. Es lohnt sich (und es wäre den „deutschen Vertriebenen“ besonders anzuraten, deren Bonner Kulturstiftung das Buch in Auftrag gab), der Vorstellung einen Moment nachzugehen, der Krieg hätte an Deutschlands Grenzen geendet und das Reichsgebiet wäre kampflos besetzt worden. Doch: es mußte immer wieder unter Opfern der Kämpfenden bis an die Elbe erobert werden.

Manfred Zeidler: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich der Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

antifa, Dezember 1996, S. 28.

Sind die Helden müde?

Zehn Jahre nach dem Historikerstreit

Manche erinnern sich trotz der vielen mitunter sich überstürzenden Ereignisse der Geschichte, die das letzte Jahrzehnt anfüllen, noch des Vorgangs, der im Sommer 1986 und dann nahezu ein Jahr lang Gemüter über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus erhitzte. Am 11. Juli 1986 veröffentlichte Jürgen Habermas seinen Artikel „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“.[1] Er erst löste mit Verspätung den „Historikerstreit“ aus, für den Anlässe seit längerem schon vorlagen. Vor allem hatte sie der Ordinarius an der Freien Universität Berlin, Ernst Nolte, gegeben. Auf ihn, aber auch auf Publikationen des Kölner Historikers Andreas Hillgruber bezog sich Habermas. Sein Angriff auf die beiden Geschichtsrevisionisten warf generelle Fragen auf: Wohin steuert die deutsche Geschichtswissenschaft? Mit welchen Bildern von deutscher Vergangenheit, namentlich jener zwischen den Jahren 1933 und 1945, sollen die Bundesbürger versorgt werden?

Aufmerksamkeit und Wirkung der von Habermas ausgesprochenen Keimzeichnung und Kampfansage können nur ermessen werden, wenn man sich daran erinnert, dass gerade ein Jahr seitdem in Bonn mit erheblichem staatspolitischen Aufwand begangenen 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vergangen war. Da hatten zum einen der Bundeskanzler und sein Gast, der Präsident der USA, Ronald Reagan, das Schauspiel von Bitburg inszeniert. Es symbolisierte die Absicht, über zwölf Jahre Vergangenheit wie über den Gräbern des Soldaten- (und 55-Angehörigen-) Friedhofs Gras wachsen zu lassen. Zum anderen hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker jene Rede gehalten, deren Text sich eindrucksvoll von Tendenzen der revisionistischen Geschichtsbetrachtung distanzierte. Nun, ein Jahr später, stellte sich die Frage, inwieweit die Erklärungen des Staatsoberhaupts als Zeichen eines gewandelten Geschichtsbewusstseins der Deutschen – wenigstens ihrer Mehrheit – genommen werden konnten.

Diese Frage erneuerte sich bis auf den heutigen Tag immer wieder. Bei seinem Israel-Besuch im Jahre 1995 sagte Bundeskanzler Kohl in Yad Vashem: „Für uns Deutsche ist das eine schreckliche Erinnerung und wir können nur mit Scham zurückblicken auf all das, was unschuldigen Menschen im deutschen Namen angetan ward.“[2] Der verquast-literarisierende Satz hebt nicht die beispiellos schreckliche Tat von Deutschen hervor, sondern deren schreckliche Erinnerung. Die Nachkommen der Täter erscheinen als die Leidenden.

Diese Sicht besitzt in Nachkriegsdeutschland eine nun bereits fünfzig Jahre alte Tradition. Schon die Massengefolgschaft des Naziregimes bedauerte 1945 vor allen anderen sich selbst. Für die ungezählten Belege dieser Gesinnungs- und Stimmungslage mag hier die Mitteilung Nr. 2 des Oberregierungspräsidiums Mittelrhein-Saar stehen, die alsbald nach Kriegsende an die „Landsleute“ publiziert wurde: „Wir wissen nun alle, dass wir durch den Krieg der Nazis Ungeheures verloren haben. Hitler hat unseren Boden und unsere Lebenskraft ausgesogen, um Granaten zu drehen. Die Granaten sind verschossen. Wir sind arm zurückgeblieben ...“[3] Da ist an Begrifflichkeit alles versammelt, was offenbar auch der Kanzler während seiner Schulzeit am Rhein in sich aufnahm: der Krieg der Nazis, der Schuldige Hitler und die arm zurückgebliebenen – gleichsam verwaisten – Deutschen. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, erwähnte in einem Fernsehinterview die „unterentwickelte Wahrheitsliebe unmittelbar nach 1945“.[4] Dieser Zustand ist schwer bestreitbar. Nur erklärte sie ihn nicht aus Klassen-, Gruppen- und Individualinteressen der

---

1 Der Artikel wurde mehrfach gedruckt, u.a. bei Reinhard Kühnl, Vergangenheit, die nicht vergeht. Die „Historiker-Debatte“. Darstellung und Kritik, Köln 1987, S. 42 ff.

2 Zit. in: Rachel Bendicha, „Bruder“ und „guter Freund“. Kohl im Nahen Osten, in: „*Tribüne“, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 10.

3 Zit. nach: Luitwin Bies, Günter Isberner u.a., Völklingen im Zweiten Weltkrieg, Völklingen 1995, 5. 125.

4 Zit. in: Anneliese Rabun, Deutsches Kaleidoskop ’95 (III), in: „*Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 32.

Nachkriegszeit. Dass in der BRD gegen keinen Richter des Volksgerichtshofes juristisch vorgegangen wurde, blutbefleckte Täter in der Justiz wieder oder weiterarbeiten konnten, erscheint als Resultat irgendeines – ebenfalls anonymen – moralischen Versagens.

Während des erwähnten Israel-Besuchs verwies der Bundeskanzler darauf, dass im deutschen Staat weniger als zwei Prozent der Wähler die Rechtsradikalen favorisieren würden – weniger als in anderen europäischen Staaten. Ezer Weizmann, Israels Staatsoberhaupt, ließ sich durch diese Mitteilung jedoch nicht abhalten, in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag dessen Abgeordnete aufzufordern, „jede Regung des Rassismus wahrzunehmen und jede Regung des Neonazismus (zu) zerschlagen". Die Parlamentarier sollten „diese Elemente mutig zu erkennen wissen und von der Wurzel herausreißen, auf dass sie nicht wachsen und Zweige und Wipfel bekommen."[5] Es ist keineswegs nur der „rechte Rand" der deutschen Gesellschaft, der solche Ermahnungen rechtfertigt. Immer wieder lässt auch der Blick in deren Mitte fragen, wie es zehn Jahre nach dem Historikerstreit hierzulande um das Geschichtsbewusstsein bestellt ist. Nicht nur und in erster Linie um das der kleinen Leute, sondern gerade in Kreisen, die sich den Eliten zuzählen.

Die einstigen Fronten und ihr Wandel

Zwei Fragen waren 1986 in das Zentrum der Auseinandersetzungen getreten. Die eine betraf den Charakter des 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen eröffneten Krieges. Hillgruber nahm eine Art Zweiteilung dieses Krieges vor. Er setzte eine Zäsur für den Moment, da sowjetische Truppen die Reichsgrenze erreicht hatten. Damit lieferte er den Deutschen, der Wehrmacht und insbesondere deren Befehlshabern eine Rechtfertigung für den Kampf bis in die vielberufenen „fünf Minuten nach zwölf". Die andere Frage, ungleich mehr und heftiger debattiert, galt dem Ursprung des Massenmords an den Juden. Nolte verlegte ihn aus der deutschen in die sowjetische Geschichte. Der „Klassenmord" in den Zeiten der russischen Revolution sei dem Rassenmord vorausgegangen. Ohne diese Vorgängerschaft, folgte aus dieser Betrachtung, wären sechs Millionen ermordeter Juden noch am Leben. Hitler erschien als ein von antibolschewistischen Ängsten geleiteter Missetäter. Das Verbrechen war nicht gerechtfertigt, aber es fiel jedenfalls im Hinblick auf seine Verursachung aus deutscher Geschichtstradition heraus. Es war gleichsam exportiert.

Die überzeugenden Argumente, die beiden Verfälschungen entgegengehalten wurden, lassen sich nachlesen. Bald erschienen Sammelbände, welche die Standpunkte und Argumente, die in der Tages- und Zeitschriftenpresse vorgetragen worden waren, zusammenhängend lesbar machten.[6] Wer diese Publikationen durchmustert, bemerkt, dass ein Band fehlte. Kein Verlag sammelte und publizierte die ausländischen Stimmen zum deutschen Historikerstreit, die buchstäblich von Finnland bis Australien wahrgenommen werden konnten. Auch darin äußerte sich wohl die Absicht, die Auseinandersetzung möglichst in den Grenzen der Bundesrepublik zu halten. Im Folgenden soll nicht der Verlauf der Debatte skizziert werden, so reizvoll das wäre. Angemerkt sei lediglich, dass am Streit nicht nur Historiker, Wissenschaftler benachbarter Disziplinen und historisch gebildeten Publizisten beteiligt waren. Auch Kanzler Kohl ließ sich zur Zeitgeschichte befragen. Andreas Hillgruber schlüpfte dazu in die ungewohnte Rolle eines Stichwortgebers. Dieses Interview wurde weitgehend übergangen, obwohl es aufschlussreiche Passagen enthielt.[7]

Die Kontroverse wurde über Monate in Zeitungen und Zeitschriften geführt. In Schrift und Wort überwog erkennbar das Wider das Für. Es entstand der Eindruck, dass die „Antirevisionisten" gesiegt hatten. Dabei wusste niemand mehr als die beteiligten Historiker, dass in geistigen Auseinan-

---

5 Mit dem Rucksack der Erinnerungen und dem Stab meiner Hoffnung, in: „*Frankfurter Rundschau*", 17. Januar 1996, S. 18.

6 Außer dem in Anm. 1 erwähnten Band von Reinhard Kühnl sei verwiesen auf: „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

7 Auch in dem Sammelband von Piper (vgl. Anm. 6) fehlte das Interview, während es bei Kühnl (vgl. Anm. 1), S. 105 ff., abgedruckt wurde. Ursprünglich erschien es in der Zeitung „*Die Welt*" am 1. Oktober 1986.

dersetzungen „Endsiege“ nicht errungen werden können. Denn: Es handelte sich, wie der Verlauf des Streits erwies, nicht um die Verirrungen zweier Forscher, wobei das Hervortreten Hillgrubers, der forschend viel zur Feststellung deutscher Verbrechen getan hatte, am meisten verwunderte. Neu war, dass im akademischen Bereich Fürsprecher von Auffassungen hervortraten, die vordem nur außerhalb der Zunft angetroffen werden konnten.

Nun ist ein Jahrzehnt verflossen. Wie stellen sich Sieg und Niederlage, Gewinner und Verlierer heute dar? Andreas Hillgruber, dem mancher zugetraut haben mag, dass er seine Position noch überdenken könnte, ist früh verstorben. Ernst Nolte, in der Geschichtswissenschaft seit eh und je Außenseiter, von dem kaum jemand erwartete, dass er Gegenargumente aufnehmen würde, wurde emeritiert. Martin Broszat, der seiner Wortmeldung die Überschrift gab „Wo sich die Geister scheiden“[8], ist nicht mehr unter den Lebenden. Manche Disputierende zogen inzwischen von Deutschland-West in das als befreit angesehene Deutschland-Ost. Sie übernahmen dort per Abwicklung oder auf andere Weise freigemachte Lehrstühle an Universitäten oder die Leitung von neugeschaffenen geschichtswissenschaftlichen Instituten. Jürgen Kocka wurde der Gründungsdirektor des Instituts für Zeithistorische Studien in Potsdam, das sich vorwiegend mit der Geschichte der DDR befasst. Inzwischen ist ihm Christoph Klessmann auf diesen Platz gefolgt. Heinrich August Winkler zog es von Freiburg an die Berliner Humboldt-Universität. Lutz Niethammer ließ sich von der Fernuniversität Hagen an die Universität Jena berufen. Weitere Historiker übernahmen zeitweilige Aufgaben im Vereinheitlichungsprozess. Die einen folgten dem Ruf des Staates und stellten sich für die Arbeit in den Struktur- und Berufungskommissionen zur Verfügung. Sie erledigten den Personalwechsel auf Lehrstühlen und im akademischen Mittelbau. Andere wirkten in Gremien wie denen zur Neugestaltung der Gedenkstätten auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager. Eberhard Jäckel saß der Kommission für die Gedenkstätte in Buchenwald vor. Bernd Faulenbach leitete die Kommission für die Gedenkstätten im Land Brandenburg. Lutz Niethammer publizierte über die Rolle der kommunistischen Funktionäre im Lager Buchenwald, so die Geschichtspolitik unterstützend.

All das wird hier lediglich als ein Teil der praktischen Folgen erwähnt, die sich aus der Wende deutscher Geschichte ergaben: Nicht nur Politiker und Kapitalisten wurden und blieben nach dem 3. Oktober 1990 zusätzlich vielbeschäftigt. Für sie hatte das Ende der DDR Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und Frontstellungen verändert. Der geistige Hauptfeind stand nun ostwärts in den Grenzen des eigenen Staates. Als solcher galten die Zunftkollegen in der „Wissenschaftswüste DDR“ und namentlich renommierte Verfechter marxistischer Geschichtsauffassung. Dabei war es zumeist gleichgültig, ob sie je dogmatische Positionen bezogen hatten oder nicht.

Für eine definitive Bilanz der Folgen des Jahres 1990 auf geistigem Feld ist es verfrüht. Manches deutet darauf hin, dass die veränderte Front- und Kampfsteilung vielen zugutegekommen ist. Offenbar konnte sie auch von jenen genutzt werden, die eine neue Welle nationalen Hoch- und Wonnegefühls entfachen und alles Neubedenken der Geschichte von 1933 bis 1945 in die nun zu vernachlässigende Vorvergangenheit abdrängen wollten. Dieser Absicht kam entgegen, dass zwischen die zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches und die Gegenwart die inzwischen abgeschlossene 40-jährige Periode der deutschen Teilung getreten war. Zudem hatten sich bereits vor 1989 in beiden deutschen Staaten immer mehr Wissenschaftler der Geschichte des eigenen Staates zugewandt. Diese Entwicklung erhielt 1990 einen mächtigen, aber einseitigen Impuls. Die Aktenmasse, welche Staat und Gesellschaft der DDR hinterlassen hatten, lag – mit Ausnahmen – für die Forschung offen.

Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist nicht die Frage, wie viele Wahrheiten und wie viele Halbwahrheiten, wie viele Erkenntnisse und Teilerkenntnisse über die Geschichte nach 1945 inzwischen zutage gefördert wurden. Die erfolgte Neuorientierung hat die Geschichte des deutschen Faschismus und des Zweiten Weltkrieges aus der ersten Reihe der Forscherarbeit verdrängt. Das ist

---

8 Reinhard Kühnl, (vgl. Anm. 1), S. 108 ff.

ein normaler, sich im Fortgang der Geschichte und zumal nach deren Wenden immer wieder vollziehender Vorgang. Nur ist dabei dreierlei im Blick zu behalten. Erstens: Vor der Periode der deutschen Zweistaatlichkeit existierte ein außergewöhnliches Staatswesen, ein Reich von beispiellos verbrecherischem Charakter. Zweitens: In Deutschland hat sich ein durchweg kritisches und stabiles Bild dieses Staates keineswegs überall durchgesetzt. Die Beweise dafür liefert nahezu jeder Tag, und zwar durch das Wort ebenso wie durch die Missetat. Drittens: Nach wie vor sind Politiker, Historiker und Publizisten bemüht, das Bild dieses Reiches zu schönen.

Zweierlei „Historisierung“

Als Vehikel für diese Versuche gilt nicht selten die Forderung nach der „Historisierung“ des Nationalsozialismus Zu ihrem Fürsprech hatte sich Martin Broszat gemacht. Die Art und Weise ihrer Aneignung zeigte bald, dass die Devise allzu bunt und mehrdeutig schillerte. In ihrer antirevisionistischen Auslegung, die Broszat meinte, sollte sie dem Prinzip Raum schaffen, die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 mit dem gleichen wissenschaftlichen Instrumentarium zu untersuchen und nach den gleichen wissenschaftlichen Theorien zu bewerten, die gemeinhin in der Geschichtswissenschaft gelten. Von Revisionisten gebraucht, erhielt die Forderung einen ganz anderen Sinn. Hier verbindet sie sich mit der Absicht der „Relativierung“ jener zwölfjährigen Geschichtsperiode auf dem Wege absichtsvoll angestellter Vergleiche, die sämtlich auf die Aussage zulaufen: „Die anderen auch“.

Geleugnet wird, dass kein zweiter Staat seit dem Beginn des kapitalistischen Zeitalters einen Krieg mit derart unmenschlichen Zielen begonnen und geführt hat wie eben dieses Deutsche Reich. Im Zentrum der „Entsorgung“ deutscher Geschichte steht der Versuch, die Verantwortung für den Krieg anderen Staaten aufzubürden. Der Angriff auf die UdSSR wird als Präventivkrieg dargestellt, der geführt werden musste, um einem spätestens für 1942 geplanten sowjetischen Angriff zuvorzukommen. Mit Vorliebe berufen sich die Vertreter der Konzeption, die Deutschlands Kriegsschuld negieren oder wenigstens herabmindern möchte, dabei auf ausländische „Autoritäten“, wie Viktor Suworow, der exakt weiß, dass Stalin am 19. August 1939 endgültig beschlossen habe, den Krieg gegen das Deutsche Reich am 6. Juli 1941 zu beginnen.[9]

Der prominenteste bundesrepublikanische Verfechter der Präventivkriegsthese ist der ehemalige Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, Joachim Hoffmann.[10] Er zielt, wie der Titel seines einschlägigen Werkes zeigt, nicht nur darauf, der UdSSR die Kriegsschuld aufzubürden, sondern bezichtigt sie, einen „Vernichtungskrieg“ geführt zu haben. Der Skandal dieser Publikation besteht indessen nicht allein in der erneuten Darlegung einer von der Mehrheit der Spezialisten im Forschungsamt nicht geteilten Geschichtsfälschung. Komplettiert wird er durch ein zustimmendes Vorwort, das der amtierende Leitende Archivdirektor des Bundesarchivs-Militärarchivs, Manfred Kehrig, beisteuerte. Darin wird – die Sprache ist auch verräterisch – Stalins „Vernichtungs- und Eroberungskrieg“ mit Hitlers „Feldzug gegen die Sowjetunion“ konfrontiert.

Mit gleicher Absicht wird neuerdings auch Polen und den Westmächten ein Übermaß an Verantwortung für den Weg zum 1. September 1939 angelastet. Die an ihre Regierungen gerichtete Kritik betrifft nicht das Versäumnis vorbeugender Abschreckung, sondern richtet sich auf deren angeblich nicht weit genug getriebene Befriedigung deutscher Ansprüche. Kein Wort fällt über die Unersättlichkeit der Herrschafts-, Macht- und Ausbeutungspläne der deutschen Imperialisten. Stattdessen werden die „Vorwürfe“ wiederholt, die schon die politische Clique um Hitler erhob: gegen Großbritanniens angebliche Einkreisungspolitik, gegen die von London und Paris bestärkte Unnachgiebigkeit der Regierung in Warschau gegenüber den Forderungen aus Berlin usw. Diese Deutungen führen hinter alle dokumentarischen Beweise zurück, die für das aus dem Weltherrschaftsprogramm der deutschen Machthaber hervorwachsende Kriegsinteresse beigebracht worden sind. Tief ver-

---

9 Viktor Suworow, „Der Tag M“, Stuttgart 1995.

10 Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, München 1995. Vgl. auch die Besprechungen in: *Die Zeit*, Nr. 46/1995 und Nr. 2/1996.

steckt werden soll die Tatsache, dass Ende der dreißiger Jahre in Europa nur ein Regime auf den Krieg hinarbeitete, ihn wollte und ihn auslöste: der deutsche Faschismus.

Den revisionistischen Publizisten in Deutschland waren und sind Veröffentlichungen hochwillkommen, in denen Ausländer ihren Fälschungen der Geschichte zustimmen oder – besser noch – sie durch eigene Thesen stützen. Autoren dieses Typs sind seit Jahrzehnten greifbar und finden in der BRD Übersetzer und Verleger. Seit jüngstem auch in Verlagen, denen solche Beihilfe noch vor Jahren nicht zugetraut worden war. Das neueste so auf den deutschen Markt geratene Machwerk stammt von einem Kanadier namens James Baque. Sein Verfasser wird vom Verlag als „kritischer Zeit-historiker" vorgestellt.[11] Er behauptet, der Völkermord sei im und vor allem nach dem Kriege vorsätzlich an den Deutschen begangen worden. Die Summe der von den Kriegsgegnern getöteten Deutschen übertreffe diejenige der Toten aus der Herrschaft des Hakenkreuzes über Europa. Kaum zufällig nennt Baque allein die Zahl von 5,7 Millionen Verhungerten; ist das doch exakt die zur Zeit des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses angegebene (geschätzte) Zahl der von Deutschen und deren Kollaborateuren ermordeten Juden. Dazu addiert er die in Kriegsgefangenschaft und auf der Flucht vor dem Krieg und den Siegern Umgekommenen, wobei er mit Zahlenangaben operiert, die sich jeder Nachprüfung entziehen.

Die revisionistische „Historisierung" entwirft auch von der Innenpolitik des Nazireichs ein partiell positives und normales Bild. Vollbeschäftigung, Maßnahmen zur Förderung von Eheschließungen und Kinderzeugung und weitere auf dem Felde der Sozial- und Wirtschaftspolitik werden ihrer Zusammenhänge entkleidet und – nicht anders als es die Machthaber selbst taten – als Errungenschaften bezeichnet. Deutschland habe sich im Zeichen des Hakenkreuzes auf einem (wie allenfalls zugegeben wird:

besonderen) Wege zu einem modernen Gemeinwesen befunden. Immer häufiger taucht in der Publizistik der Begriff „Schattenseiten der NS-Diktatur" auf, der den Gedanken an die „Lichtseiten" suggeriert. Es ist leicht zu erkennen, dass „Historisierung" hier nichts anderes darstellt als den sprachlichen Mantel für Verharmlosung und Verfälschung.

Zerfallsprodukt oder Signal?

Dieses Bild vom Faschismus hat sich im allgemeinen Geschichtsbewusstsein nicht durchgesetzt. Doch wird es im Ganzen wie in Teilen wieder und wieder in Wort und Schrift angeboten. Unlängst veröffentlichte der Ullstein-Verlag eine Gesamtdarstellung der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945[12], in der die Nazizeit im beschriebenen Sinne grob geschönt wird. Der Stammvater des darin gebotenen Faschismusbildes ist Ernst Nolte, der 1994 in einem Interview rundheraus und knapp erklärte: „Jedenfalls leugne ich nicht, dass es im Nationalsozialismus positive Elemente und positive Tendenzen gegeben hat."[13] In dessen Fußtapfen marschierte der Ullstein-Autor Weißmann. Seine Darstellung verweigert sich dialektischem Denken strikt. Zutage liegende Zusammenhänge von Wirtschafts-, Sozial-, Rüstungs- und Kriegspolitik werden unbekümmert ignoriert. Dass dieser Prozess nahezu widerstandslos vorankommt, ist auch Folge des weitverbreiteten Bestrebens, sich keinerlei Verdacht auszusetzen, auch nur eine einzige Anregung für Forschen und Nachdenken von Karl Marx bezogen zu haben.[14]

---

11 James Baque, Verschwiegene Schuld. Die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945, Berlin 1995. Rezension von Bernd Greiner, in: *Die Zeit*, Nr. 5, 26. Januar 1996, und von Peter Steinbach, in: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, Folge 126, Mai 1996, S. 8 ff.

12 Karlheinz Weißmann, Der Weg in den Abgrund: Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995. Zur Bewertung vgl. die Rezension von Ulrich Schneider, Der „wissenschaftliche" Weg in den Abgrund. Bin Geschichtsrevisionist in der renommierten Propyläen Geschichte Deutschlands, in: „Der rechte Rand", Nr. 39, März/April 1996, S. 6/7.

13 Zit. in: Ulrich Schneider, Geschichtsrevisionismus heute, Hrsg. VVN/Bund der Antifaschisten Hessen (Frankfurt a. M. 1994), S. 17.

14 Dazu ausführlicher: Karl Heinz Roth, Der historische Revisionismus in Deutschland – Zwischenbilanz und Perspektiven, in: „1999", H. 4/1994, S. 11.

Die Außenpolitik, für die Hitler stand, gilt als bloße Folge des Versailler Vertrags. Eine Kontinuitätslinie imperialistischer Eroberungsbestrebungen scheint die Forschung nie rekonstruiert zu haben. Gegenspieler und Opfer Hitlers seien die deutschnationalen Rivalen und Konkurrenten der Hitlerfaschisten gewesen. Die „Harzburger Front", die diese Aussage widerlegt, habe es „im eigentlichen Sinne" nicht gegeben, sie existierte angeblich nur in Hugenbergs Einbildung.[15] Damit wird nicht nur über das nach mehreren Anläufen schließlich 1933 zustande gekommene Bündnis der Rivalen hinweggetäuscht, sondern zugleich die zeitgenössische Rechte rehabilitiert. Sie wie deren geistige und politische Vorläufer trifft nicht der Schimmer eines Verdachts, in irgendwelchen gedanklichen und praktisch-politischen Verwandtschaftsbeziehungen zur äußerten Rechten gestanden zu haben.

Das Buch aus dem Ullstein-Verlag wurde als Produkt des Versagens und der Versäumnisse von Personen dargestellt. Selbst wenn – wie stets – Entscheidungen Einzelner im Spiel gewesen sein mögen, erhebt sich die Frage, warum solches Zufallsspiel ein revisionistisches Produkt hervorbringt und nicht (und es lässt sich wohl sagen: niemals) ein Werk „linker" Autoren zeitigt. Müssten daher nicht Erfolge der Revisionisten, (denn dass einer von ihnen den Band schreiben konnte, ist als Erfolg anzusehen[16]), als Indiz für gesellschaftliche Zustände genommen werden, wie Habermas bereits 1986 vermutete?

Es gehört und passt in diese Szene, dass sich – wiederum wie 1986/1987 – nun Stimmen hörbar machen, die der Beruhigung das Wort reden. Das tat der in Sachsen zu einer Professur gelangte Eckhard Jesse. Es könne keine Rede von einem Aufschwung rechts" sein, versichert er. Die u. a. von Hans-Ulrich Wehler konstatierte „Erosion der Abgrenzung nach rechts" gäbe es nicht. Auch sei es als Folge des Zusammenbruchs der DDR nicht zu einer „Aufwertung rechtsextremer Tendenzen" gekommen. Deren Vertreter befänden sich isoliert in der „intellektuellen Mehrheitskultur", könnten nicht salonfähig werden und spielten in der „intellektuellen Diskussion eine eher marginale Rolle". Jesse will den Eindruck erwecken, als bestünde auf geistigem Gebiet zwischen der „demokratischen" und der „extremen Rechten" eine scharfe und unübersteigbare Trennwand. Die Beunruhigung habe sich gegen die geistige Linke zu richten.[17]

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass neuerdings Autoren ganz unterschiedlicher Positionen gemeinsam in Sammelwerken auftauchen. In ihnen werden nicht Kontroversen ausgetragen, sondern der Leserschaft im Zeichen des Pluralismus koexistierende Beiträge angeboten. Diese Praxis bewirkt eine Aufwertung der Verfechter revisionistischer Auffassungen oder ihrer Beschützer. So vereinten sich unter der Herausgeberschaft von Roland Smelser, Rainer Zitelmann und Enrico Syring Autoren[18], die vor Jahren Entscheidungen über die Gesellschaft, in die sie sich begeben, anders trafen. Die Fernsehserie über Hitler, die 1995 im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik exakt in dem Augenblick ausgestrahlt wurde, da der 50. Jahrestag des Hauptkriegsverbrecherprozesses eine Blickerweiterung anbot, berief sich auf eine wissenschaftliche Beratergruppe, die bunter nicht zusammengesetzt sein konnte. Stets aber funktioniert die Abgrenzung gegen „links" nahezu perfekt. Sie bewährte sich auch während der „Abwicklung", bei der sozialdemokratische, liberale und konservative Historiker zusammenwirkten.

Geschichte im Alltag der Republik

Die Mehrheit der Bevölkerung dürfte von der verharmlosenden Sicht auf das Nazireich nicht durch Buch- und nicht einmal durch Fernsehproduktionen erreicht werden. Seit 1990 wird ihr die Relativierung der Verbrechen des Regimes aber permanent, eingängig und billig mit der These von den „zwei deutschen Diktaturen" und vom „verbrecherischen ostdeutschen Unrechtsregime" einge-

---

15 Zit. ebenda, S. 6.

16 Unabhängig von der inzwischen mitgeteilten Tatsache, dass der Verlag den Band aus den Buchhandlungen „zurückruft", wie das bei fehlerhaften Kraftwagen geschieht.

17 Eckhard Jesse, Aufschwung rechts? Merkwürdige Übungen beim Ausgrenzen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. Dezember 1995, S. 39.

18 Zu den Autoren von Die braune Elite, Bd. II, Darmstadt 1993, gehörten u. a. Ian Kershaw, Gerhard Paul, Hans-Werner Schmuhl, Jay W. Baird, Henry Ashby Turner jr., Harold James, Eckhard Jesse, Enrico Syring.

paukt. Die Herstellung enger Beziehungen zwischen der Nazidiktatur und dem System des „Realsozialismus“ (auch wenn zumeist beteuert wird, dass die angestellten „Vergleiche“ keine Gleichsetzung beabsichtigten) lässt Krieg und Massenmord als marginal erscheinen.

Gegen dieses Aneinanderrücken, für das auch die Legende vom „verordneten Antifaschismus“ ein Vehikel bildet, erhebt sich selten Widerspruch. Historiker, die es anders und besser wissen, schweigen. Gegner der Totalitarismus-Doktrin, an denen es nicht mangelt, beschränken sich auf akademische Erörterungen. Sie prüfen, inwieweit die Doktrin nicht in Grenzen“ als Denkmodell und Vehikel für Erkenntnisfortschritte dienen könne. Das fördert deren Wiederbelebung auch. Subjektiv stellt sich dies mitunter als ein Akt von Bußfertigkeit dar, wie Karl Heinz Roth bemerkte. Die Revitalisierung bezieht ihre Kräfte auch „aus der Feder von Leuten, die sich 25 Jahre zuvor mittels der kritischen Theorie um eine empirisch-analytische Schärfung des Blicks auf die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Faschismus bemüht haben“.[19]

Unlängst kam es in einer Tagung der Abgeordneten des Berliner Stadtbezirks Treptow zu einer Auseinandersetzung über das Ja und das Nein zur Fusion von Berlin und Brandenburg. Den Gegnern des einen Landes Berlin-Brandenburg wurde erklärt, sie hingen „in nostalgischer Weise dem faschistoiden System der DDR“ an. Wissenschaftliche Geschichtserkenntnis und öffentliches Geschichtsbewusstsein fallen offenkundig mehr und mehr auseinander. Es regiert – wie die Episode aus Treptow zeigt – weithin eine primitive, das meist komplizierte geschichtliche Geschehen bis zur Groteske und Farce vereinfachende und verunstaltende Propaganda, die sich mit „Argumenten“ aus der Vergangenheit schmückt. Diese Entwicklung schreitet ungeachtet der Tatsache fort, dass ständig Fortschritte in der Faschismus-Forschung erreicht werden. Jüngere Wissenschaftler setzen die Arbeit ihrer antinazistischen Lehrer fort. Mit sich spezialisierenden Untersuchungen des Systemganzen und durch regional- und lokalgeschichtliche Studien wird das Naziregime bis in viele seiner „Winkel“ ausgeleuchtet. Das gilt gerade auch für die Themen Judenverfolgung und Judenmord und für die Rolle der Wehrmacht in „Feindesland“.

Doch werden diese Arbeiten teils ignoriert, teils offen befehdet. Nichts legte das deutlicher bloß, als die Reaktion auf die unterbreiteten gesicherten Forschungsergebnisse über die deutschen Streitkräfte. Man denke an das Echo, das die in Hamburg gefertigte und (bisher) in acht Städten der Bundesrepublik und Osterreichs gezeigte Ausstellung über die Rolle der Wehrmacht in besetzten Gebieten und Staaten hervorrief.[20] Ähnliche Verweigerungen waren in der langwierigen Auseinandersetzung um die Namen von Bundeswehrkasernen zu beobachten. Nur dadurch, dass einzelne Fachwissenschaftler mit einer engagierten öffentlichen Minderheit zusammenwirkten, kam nach langem Streit der Bundesminister für Verteidigung nicht umhin, die Namen von Eduard Dietl und Ludwig Kübler tilgen zu lassen.

Die „Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen“ wird, wie das auch bei Weißmann geschieht, denjenigen zur Last gelegt, die sich gegen die Besetzung und Ausplünderung ihrer Länder, gegen Zwangsverschleppung und Ausrottungspolitik zur Wehr setzten. In der Sowjetunion hätte sich die Wehrmacht „mit der außerordentlich schwierigen militärischen Situation“ auseinandersetzen müssen, weil das Gebiet ausgedehnt und die Bevölkerung feindselig gewesen sei.

Der „ritterliche“ Offizier und der „ehrenhaft“ kämpfende Soldat in der „tapferen“ Wehrmacht – so die Geschichtslegende. Für deren Verbreitung wird nach wie vor vehement und „oftmals geradezu bösartig gestritten.[21] Beispielsweise wiederum anlässlich einer Ausstellung, die den Titel „Soldaten sind Mörder. Deutsche Kriegsverbrechen in Jugoslawien“ trug und im April/Mai 1996 in Heidelberg gezeigt wurde. Der Kreisvorsitzende der CDU in der Universitätsstadt, der zugleich Abgeordneter im

---

19 Karl Heinz Roth, a. a. O., S. 11.

20 Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1995. Vgl. die Rezension des Buches zur Ausstellung in Z 23, S. 217 ff. Zur Zwischenbilanz der Erfahrungen mit der Ausstellung vgl. Mittelweg 36, Nr. 1/1996.

21 Wehrmacht-Ausstellung: Der Katalog, in: „*Die Zeit*“, 12. April 1996, S. 16.

Deutschen Bundestag ist, verlangte augenblicklich, aber vergeblich, die „skandalöse“ Ausstellung zu schließen.[22] Dass Untaten begangen wurden, wo die Wehrmacht ihren Fuß hinsetzte, vermag auch er nicht zu leugnen, doch möchte er sie auf „Handlungen von Einzelpersonen“ reduziert wissen.

Dabei ist die ganze Wahrheit nicht einmal bezeichnet, wenn die Massenhaftigkeit der von der Wehrmacht, von Generalen, Offizieren und Mannschaftsdienstgraden, im Kriege begangenen Verbrechen eingestanden wird. Sie ist erst festgestellt, wenn der Charakter dieser imperialistischen Armee klar beschrieben ist, den sie nicht erst annahm, als Hitler ihr „Oberster Befehlshaber“ wurde. Das Angriffsinstrument des deutschen Imperialismus formierte sich seit den Tagen der eben erlittenen Niederlage von 1918. Bereits in der Reichswehr dominierte ein Geist gnadenloser Unversöhnlichkeit gegenüber den Gegnern, denen das kaiserliche Heer und die aus ihm übernommenen Militärs soeben unterlegen waren. Das Konzept, dem die Militärführung in der Republik folgte, war von einer Auswertung der „Lehren des Weltkriegs“ bestimmt, die keinerlei kritisches Verhältnis zu Nationalismus, Chauvinismus und Expansionismus gewann. Stattdessen wurde mit der „Dolchstoßlegende“ als dem zentralen Bild, das die Ursachen der Niederlage verfälschte und hinweglog, „der alte Feindbegriff intensiver gefasst und die Vorstellung vom deutschen Machtstaat weiterentwickelt“.[23] In dieser Söldnerarmee ging es nicht darum, schrieb Manfred Messerschmidt, „die Nation auf Zusammenhalt in einem sog. Verteidigungskrieg vorzubereiten, sondern um die Herstellung unbedingter Gefolgschaft bei offensiven und expansiven Unternehmungen zur Gewinnung der Groß-, ja Weltmachtposition.“[24]

Theodor Heuss hatte jedenfalls Recht, als er bei einer Ansprache 1952 in Bergen-Belsen sagte: „Wir Deutschen wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit ...“. An dieser Forderung ist auch mehr als vierzig Jahre später nichts zu deuteln, unabhängig davon, ob sich der Mann, der sie erhob, selbst daranhielt. Freilich, und das wird zu niemandes Entschuldigung oder auch Entlastung gesagt, die Mehrheit der Deutschen ist nicht gerade zu dieser „Tapferkeit“ erzogen oder auch nur angehalten worden. Vielmehr wurde und wird sie im Alltag darauf eingestellt, zwischen die Wirklichkeit des Naziregimes und das Bild von ihr eine die Schärfe der Abbildung mildernde Schablone zu legen. Dafür finden sich im öffentlichen Bereich massenhaft Beweise.

... und in der Sprache von Denkmälern

In der Universitätsstadt Göttingen ist an der Stelle, da die Synagoge stand, ein unübersehbares Denkmal gesetzt worden. Da können in einer Art Krypta die Namen der jüdischen Einwohner der Stadt, die umgebracht wurden, auf Tafeln gelesen werden. Der generelle Text besagt, das Verbrechen sei „in dunkler Zeit“ geschehen. Diese Formulierung ist gut verträglich, weil selbst dunkel. Nach- und Nebenwirkungen sind nicht zu befürchten. In der ständigen Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte umfassen Tafeln und Bilder über die Judenverfolgung und den Judenmord exakt so viel Raum wie die über die „Führerbesuche in Hamburg“, die direkt nebenan platziert sind. Tat – Tatzeit – Tatort – Opfergruppe und Opferzahl, soweit reichen die musealen Informationen dort und in aller Regel. In diesen gedanklichen Koordinaten bewegt sich auch der akzeptierte Entwurf für das Denkmal, das in Berlin-Grunewald von der Deutschen Bahn AG errichtet werden soll. Nach dessen Beschreibung werden dort die Daten der Transporte, die Anzahl der Deportierten und der – wie es in einem Zeitungsbericht wirklich heißt – jeweilige „Bestimmungsort“ vermerkt sein.[25]

---

22 „Skandalöse Ausstellung schließen. Forderung des Bundestagsabgeordneten Dr. Karl A. Lamers, in: *Rhein-Neckar Zeitung*, 12. April 1996.

23 Manfred Messerschmidt, Vordenker und Denker der Vernichtung, in: Mitteilung Nr. 2 der Initiative zur Gründung eines „Zentralmuseums gegen Verbrechen wider die Menschlichkeit. Arbeits-, Gedenk- und Forschungsstätte für Frieden und Humanität. Holocaust-Museum“ in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung. April 1996, S. 4.

24 Ebenda.

25 Bahn errichtet Denkmal in Grunewald. Erinnerung an Juden-Deportation, in: „*Neues Deutschland*“, 15. Mai 1996, S. 10.

Die Täter hingegen bleiben öffentlich (und anders als in den Monographien der Historiker) zumeist ganz im Dunkel der Zeit. Davon ausgenommen werden exponierte und ohnehin bekannte führende Faschisten. Das sind – wie beispielweise im Hamburger Museum – der Gauleiter und der Oberbürgermeister. Sie zählen nicht zu den „geschützten“ Personen. Unterhalb dieser Ebene existieren anonyme „Nationalsozialisten“, während doch, denkt man an die Pogromtäter der „Reichskristallnacht“, mühelos festgestellt werden könnte, dass es die Mitglieder des SA-Sturms oder der SA-Brigade X oder Y, begleitet von der SS-Einheit Z, aus der eigenen oder mitunter auch aus einer benachbarten Stadt oder Ortschaft waren, welche die Untat begingen.

Im Ganzen schlägt sich in dieser Spur der Steine, der Denkmäler und Gedenktafeln und in Museen nieder, was staatlich vorgegebene Geschichtsbetrachtung seit langem war und blieb. Sie ist da eingemeißelt und gegossen und aufgetafelt. Während im Hinblick auf gleichartige, nicht gleichwertige Zeugnisse im Osten Deutschlands, der bis 1990 Deutsche Demokratische Republik war, eine lärmende Korrektur (das ist ein sehr akademisches Wort für das Schleifen von Denkmälern und die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Betrieben usw.) erfolgte, erregt der milde und im Kern unwahre Umgang mit deutscher Vergangenheit im älteren Teil der Bundesrepublik anscheinend niemanden. Ausgenommen ein paar „Aktivisten“, die sich häufig diffamiert und manchmal auch physisch bedroht sehen.

Dennoch lässt sich fragen, ob diese in den öffentlichen Räumen des Landes weithin auffindbare Beschönigung das letzte Wort über diese Seite deutscher Vergangenheit bleiben soll. Es ließe sich einwenden, die Deutschen vermöchten ja auch mit Denkmälern wie dem auf dem Kyffhäuser oder mit der „Germania“ hoch über Rüdesheim oder der Ruhmeshalle über Kelheim zu leben, ohne davon Schaden an ihrer Seele zu nehmen. Doch das Argument würde sich doch nur wieder in jene historisierende und normalisierende Sicht einordnen, die keinen Raum für die Wahrnehmung des Besonderen frei lässt, das Faschismus war.

Die meist gut verträgliche „Sprache der Denkmäler“, die an die Jahre von 1933 bis 1945 erinnern, besitzt ihre komplementäre Erscheinung in der Sprache im eigentlichen Sinne, die in der Wissenschaft gebräuchliche eingeschlossen. Tiefer, weil unbewusst und kaum noch befragt, wirken die seit langem eingeschliffenen Regeln, deren Verletzung sofort vermerkt und kritisiert wird. Redet heute jemand vom „deutschen Faschismus“ und von „deutschen Faschisten“, wird er mit Sicherheit nach der Berechtigung dieser Kennzeichnung gefragt. Spricht ein anderer – Historiker oder Laie – von „Nationalsozialismus“ und „Nationalsozialisten“ hat er den Rückgriff auf den Etikettenschwindel nicht zu begründen. Während die Mängel des einen Begriffs diskutiert werden, werden die des anderen nicht einmal wahrgenommen. Doch haften sie beiden an. Das betrifft nicht nur ihre erkenntnisleitende oder missleitende Funktion, sondern mehr noch ihre bewusstseinsbildende. Im Kern besitzt die Kennzeichnung „Nationalsozialisten“ einen ähnlichen Wert wie die Floskel „in dunkler Zeit“. Wissenschaftlich sind sie wertlos.

Solange so viele Deutsche sich aber mit diesem die Wirklichkeit mehr verschleiernden als sie enthüllenden Umgang mit ihrer eigenen Geschichte zufriedengeben wollen, verdienen sie offenbar ab und an eine Aufmunterung zu gründlicherem Nachdenken. Die jüngste dieser Art kam aus den USA, und ihr Absender war der Historiker Daniel Jonah Goldhagen.[26] Als über dessen Buch und die in den USA darüber entstandene Diskussion zuerst berichtet wurde, knüpfte die „Zeit“ daran die Frage, ob sich nun ein zweiter „Historikerstreit“ entzünden werde. An Gründe, die massenhaft dafürsprechen, die Gegenstände des ein Jahrzehnt zurückliegenden Streits nicht für erledigt anzusehen, wurde in diesem Zusammenhang nicht erinnert.

Viel wird für die künftige Entwicklung des Geschichtsbewusstseins in Deutschland davon abhängen, ob Wissenschaftler, deren kritische Haltung zur Naziperiode außer Zweifel steht, ihr Schweigen gegenüber den permanenten Vorstößen der Revisionisten aufgeben. Sie könnten sich fragen,

---

[26] Hier ist nicht der Ort, dieses Buch zu rezensieren, noch dessen Vorankündigung in Deutschland zu bewerten. Der Autor hat sich dazu geäußert in: „junge Welt“, 5. und 27 13./14. Juli 1996.

wie es mit der Wahrnehmung jenes „Wächteramtes“ steht, zu dem sich vor zehn Jahren eine ansehnliche Gruppe vor allem von „Faschismus-Spezialisten“ bekannte. Schlecht, urteilt Wolfgang Wippermann, der sich seit langem mit der zeitgenössischen deutschen Historiographie befasst. Unbewegt, so scheint es, stehen die Be- und Gerufenen in Habt-Acht-Stellung in ihren Wächterhäuschen. Kürzlich fand auch ein Rezensent in der „Zeit“ es mehr als erstaunlich, „dass die seriösen Fachhistoriker diesem Treiben (von Revisionisten – K. P.) noch immer ungerührt zusehen“. Angesichts dieses Befunds mutet es als ein Realitätsverlust an, wenn Peter Steinbach sich und seine Kollegen in einem „inzwischen zehn Jahre währenden Historikerstreit“ wähnt und zudem meint, es gehöre zu dessen Nachwirkungen – „Nachwirkungen“ eines andauernden Streits sind sprachlich kostbar – dass sich „das Bild der NS-Zeit im Bewusstsein“ allmählich gewandelt habe.[27]

Nun mag sich mancher Vertreter der Zunft sagen, dass sein Wort, mache er es in jedem Scharmützel hörbar, an Lautstärke und Gewicht verloren haben würde, wenn es denn darauf ankomme. Die Frage ist nur, ob das Wort „Scharmützel“ die angemessene Kennzeichnung des Notwendigen wäre. Gewiss: Nicht gering geschätzt werden sollen die permanenten aufklärerischen Anstrengungen von Historikern und Museologen, wie sie etwa in Berlin von den Trägern des Unternehmens „Topographie des Terrors“ oder in der Gedenkstätte der Wannsee-Villa unternommen werden. Wer mit solcher Arbeit befasst ist, könnte sich wohl sagen, dass deren Resultate auf Dauer stärker ins Gewicht fallen werden, als die erneute Widerlegung von Fälschungen und Verzerrungen. Das kann so sein. Doch ist das nur eine Vermutung. Wie, wenn sie sich eines Tages nicht als richtig erwiese, weil „die Anderen“ an ihren Plätzen ungestört zum Zuge kamen?

Z. Marxistische Erneuerung, Nr. 28, 1. Dezember 1996, S. 117-130.

---

[27] Peter Steinbach, Der Historikerstreit, in: „*Tribüne“, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, *S.* 132.

Notwendige Erwiderung

Vom Reden der Ostdeutschen und vom Schweigen der *ZEIT* – Zur Kritik an Daniel J. Goldhagen

In einem Artikel der *ZEIT* (27.9.1996) war festgestellt worden, dass in der Debatte über das Buch von Daniel J. Goldhagen kein ostdeutscher Historiker „ernsthaft“ interveniert habe. Darauf übersandte der Ostberliner Forscher Kurt Pätzold der Redaktion am 8. Oktober 1996 eine Richtigstellung. Nach mehrmaligen Rückfragen, ob deren Abdruck beabsichtigt sei, wurde ihm am 3. Dezember vom Ressortleiter Politik mitgeteilt: „Wir haben die Goldhagen-Debatte in der ZEIT lange geführt und nun abgeschlossen. Das muss sie auch bleiben ...“ Pätzold hat uns seinen Artikel zur Verfügung gestellt, den wir gekürzt veröffentlichen.

Kein Historiker aus Ostdeutschland hat in der Goldhagen-Debatte ernsthaft interveniert. Hat der ritualisierte Antifaschismus sie alle verstummen lassen?“, fragt Gunter Hofmann in der *ZEIT* Streiten wir uns nicht mit ihm über seine Unterscheidung zwischen ernsthafter und unernster Einmischung in eine wissenschaftliche Diskussion, und halten wir uns nicht bei seinem Rückgriff auf den ritualisierten Antifaschismus auf, wenden wir uns nur der Behauptung zu.

Zuvor zwei Feststellungen. Die eine: Der Verlag, der die deutsche Übersetzung des Buches von Goldhagen herausgab, hat für dessen öffentliche Auftritte in Deutschland eine Route – (Hamburg-Frankfurt am Main-München) – gewählt, die um die neuen Bundesländer einen Bogen beschrieb. Ob der Autor an ihrer Bestimmung beteiligt war oder nicht, ist in unserem Kontext bedeutungslos. Denn, und dies die andere Feststellung: Auch ohne dass z. B. Leipzig, Dresden oder Weimar mit einer Veranstaltung bedacht wurden, hätte es sich einrichten lassen, dass „ostdeutsche“ Fachleute an einen der „westdeutschen“ Tische gebeten worden wären, an denen mit Goldhagen über sein Verdienst und über die von ihm aufgeworfenen und gemiedenen Fragen gestritten worden ist. Beides, die Wahl der Orte und die Auswahl der Diskussionspartner, war Ausgrenzung.

Aufgefordert oder aus eigenem Antrieb – Rundfunk- und Fernsehstationen verhielten sich nicht anders als der Verlag – haben sich „ostdeutsche“ Historiker, abgewickelte und „ordentlich“ entlassene, dennoch mehrfach zu Wort gemeldet. Ihre nachzulesenden Äußerungen waren nicht einhellig. Was geschrieben und gedruckt wurde, lässt sich hier nur verkürzt und komprimiert wiedergeben.

Erstens und vor allem haben sich die von der ZEIT vermissten Kritiker bei der Biographie des Autors, seinem Alter, seiner Herkunft und auch bei den Verdiensten, die er selbst sich zugemessen hat, nicht sonderlich aufgehalten. Sie nahmen das Buch wie andere vergleichbare auch an: als das von seinem Urheber abgetrennte materialisierte Resultat forscherischer und publizistischer Anstrengung, das für sich beurteilt zu werden verdient und – einmal „in die Welt“ gesetzt, sein Eigenleben zu führen beginnt. Das Objekt stand und steht in Rede. Das Subjekt kann demgegenüber ganz zurücktreten.

„Ostdeutsche“ Historiker haben – zweitens – den Deutschen nachdrücklich angeraten, dieses Buch zu lesen und dafür allgemeine und aktuelle Gründe benannt. Goldhagen habe das Tatsachenmaterial über die Praxis der Endlösung in erheblichem Maße vermehrt. Die von ihm herbeigezogenen und ausgebreiteten Dokumente verdeutlichten, dass die Zahl der deutschen Täter ungleich größer war als von Laien und womöglich auch von Historikern, die nicht mit dem Gegenstand forschend befasst sind, bisher angenommen wurde. Es wäre wünschenswert, ist geschrieben worden, dass nach dem von Wolfgang Benz herausgegebenen und unter internationaler Beteiligung entstandenen Werk „Dimension des Völkermords“, das die Zahl der Opfer akribisch untersuchte, nun ein analoges Werk über die Mörder entstünde.

Gegen das erwähnte Verdienst Goldhagens könne, so wurde argumentiert, rechtens nicht eingewandt werden, dass der Autor weder im Hinblick auf die Polizeibataillone und das mörderische Lagersystem noch mit seiner Darstellung der Todesmärsche im eigentlichen Sinne ein „Beginner“ ist. Wer Erkenntnisse vertiefe, verdichte und befestige, sie gegen „revisionistische“ und andere Fälschungen gleichsam klopffest mache, hilft insbesondere angesichts der nach wie vor in Deutschland unternommenen Versuche, die Rolle der deutschen Volksmassen auszublenden, oder zu schönen, die Wahrheit zu verbreiten.

In Rezensionen „ostdeutscher“ Historiker ist – drittens – hervorgehoben worden, dass die von Goldhagen bohrend gestellte Frage nach den Motiven der Täter die deutsche Geschichtswissenschaft anregen müsste, die Struktur der Antriebe und deren Herkunft zu untersuchen, die so viele Deutsche willig und rasch zu Mördern werden ließ. Die auch in diesen Besprechungen geäußerte Kritik bezog sich auf das in Goldhagens Erklärung sich ausdrückende monokausale Un- und Missverständnis. Doch ist bei allem Einwand nicht übersehen worden, dass die notwendige Relativierung der Aussagen vorerst zumeist nur auf dem Wege der methodologischen Argumentation gegeben wird. Mehr Überzeugungskraft kann nur durch weitere und fraglos weitläufige Forschungen gewonnen werden.

Im Übrigen hat die Bekanntschaft der ostdeutschen Historiker mit Forschungen von Georg Lukács ihnen wohl den konstruktiv-kritischen Zugang zu Goldhagens Interpretation erleichtert. Schon während seines Taschkenter Zwangsaufenthalts (und noch nicht in Kenntnis von Ausmaß und Systematik des Massenmordens) hat der ungarische Marxist 1941/1942 festgehalten, dass das Naziregime eine immer größere Zahl von Menschen zu Verbrechern mache, und zugleich begonnen, die Motive der Untäter zu analysieren.

In Stellungnahmen „ostdeutscher“ Historiker ist – viertens – schließlich hervorgehoben worden, dass Goldhagens Buch Deutschland und die Deutschen gleichsam zur rechten Zeit erreichte. Es helfe, Bestrebungen zu durchkreuzen, die sich auf den „sanften Schlussstrich“ unter die Geschichte der deutsch-faschistischen Diktatur richten. Es zerstöre das Bild von der „normalen“ deutschen Vergangenheit und mache die Devise „Die andern auch“ unglaubwürdig. Die Diskussion über dieses Buch habe zudem den Anspruch ad absurdum geführt, dass die Deutschen nun ihre „Schulaufgaben“ im Fach ihrer eigenen Geschichte erledigt hätten. Das alles mochte nicht in des Autors Absicht gelegen haben, der sein Buch ohnehin nicht für die Deutschen schrieb. Mehr noch: Wie seine späteren Äußerungen zeigten, hat er solche Wirkungen in Deutschland nicht einmal für nötig gehalten. Doch – siehe oben – das Objekt begann und führt sein Eigenleben.

Erst die hauptsächliche Kritik, die sich in ostdeutschen Äußerungen aussprach, macht sie – dies fünftens – unverwechselbar. Sie wandte sich gegen die von Goldhagen in der Art eines Anatomen vorgenommene Herauslösung und Präparierung von Antisemitismus und Judenmord aus wesentlichen Zusammenhängen deutscher Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. Hier mag sich bemerkbar machen, dass Goldhagen glaubte, Forschungen aus DDR-Zeit unbeachtet lassen zu können. Doch auch ohne deren Kenntnis hätte sich ihm die Frage nach dem Platz des Judenmords im sich bewegenden System faschistischer Herrschaft aufdrängen müssen. Der Judenmord besetzte einen Platz im Kriegszielbild der herrschenden Kräfte des Naziregimes. Hätte Goldhagen sich und die verfügbare Forschungsliteratur breiter befragt, wäre er nicht zu der einfältigen Antwort gelangt: Der Judenmord geschah, weil es massenhaft mörderisch gesinnte und mordende Deutsche gab. Er hätte sich zum Problem der wirkenden Interessen vorgearbeitet, die nicht allein im Bereich der Ideologie entstanden.

Nun stehen „ostdeutsche“ Historiker den Prozessen innerhalb der etablierten Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik inzwischen zumeist ferner als zu Zeiten, da Kontakte über Staatsgrenzen hergestellt wurden. Und das mag u. a. ein Grund dafür sein, dass sie sich dem Gedränge und Getümmel auf dem Markt der Meinungen über das Buch Goldhagens nicht in einer Weise beimengen wollten, die sie in Hofmanns Wahrnehmungszone gebracht haben würden.

Von den referierten Auffassungen hob sich wohl nur eine einzige „ostdeutsche“ Historikerstimme deutlich ab: „So erscheint mir der Zentralpunkt der europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts nicht Auschwitz zu sein, sondern es sind die Verbrechen zweier totalitärer Diktaturen, die unsere Zeit prägten. Diese Erkenntnis schien sich nach 1989 langsam Bahn zu brechen, jetzt könnte es damit vorbei sein – die (alte) Bundesrepublik kehrt zu ihrem Normal-Diskurs zurück.“ (der Ostberliner Historiker Rainer Eckert in: *Der Tagesspiegel*, 15.9.1996) Der freilich verspätete Vorschlag des an der Humboldt-Universität lehrenden Eckert lautete: Es wäre am besten gewesen, das Forscherresultat zu beschweigen. Ja, Goldhagens Buch, das sieht er richtig, blockiert die andauernden Versu-

che, Nazidiktatur und das Regime der SED auf den totalitären Nenner zu bringen, erschwert taschenspielerischen Umgang mit der DDR-Geschichte ...

Eine umfassende Analyse der Goldhagen-Diskussion findet sich im „Bulletin“ der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 7, zu beziehen über AVZ, Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, (18,00 DM, Abo: 12,50 DM).

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 7./8. Dezember 1996, S. 11.

Demokratie ohne französische Revolution?

Nun soll in Sachsens Schulen in Klassenstufe 10 ein Halbjahr lang über „Die Entstehung der Demokratie und Formen ihrer Umsetzung“ unterrichtet und den Geschichtslehrern ein Kunststück abverlangt werden: Die Geschichte der Demokratie darzubieten unter Umgehung von drei französischen Revolutionen – der von 1789 und denen von 1830 und 1848 –, von denen jede, vor allem aber die des Jahres 1830 ihren Wellenschlag bis ins Ferne Sachsenland besaß. Wo in aller aufgeklärten Welt haben die Autoren dieses Lehrerplantextes studiert? Und wo die Gutachter, während sich der zuständige Minister, wenn er sie denn gebraucht hätte, bedient haben müsste? Wie kennen sie sich in der Geschichte des deutschen Bundeslandes aus, für dessen Schulkinder sie ihr Konzept bestimmt haben? Pure Unwissenheit oder was immer schrieben da mit und hin. Aber wie interessant wäre es, wenn in Leipzig, Dresden und anderswo frühe Entwicklungen des Liberalismus ins Lehrer-Schüler-Gespräch gerieten und damit die Frage, welche Rolle Eigentum, Besitz und Geld in den Konstitutionen Sachsens im 19. Jahrhundert spielten und wie sich vergleichbare Beziehungen – wenn es sie denn noch gibt – heute darstellen?

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1996, Nr. 49/50, 12. Dezember 1996, Lesebrief, S. 10.

Judenfeindschaft

In keinem zweiten von Deutschen besetzten Gebiet Europas war der Prozentsatz der überlebenden Juden so gering wie in Litauen. Das konstatierte ein Kolloquium des Zentrums für Antisemitismusforschung „Juden und Judenfeindschaft in Litauen“, das Forscher aus Deutschland, Litauen, den USA und Israel in Berlin zusammenführte. Es vollzieht sich derzeit so etwas wie eine „Regionalisierung der Holocaust-Forschung“. Sie ist für lokales Geschichtsbewusstsein wichtig und nötig. Wie sehr, bekräftigte ein litauischer Teilnehmer, der bemerkte, dass seine Landsleute sich von der Schutzbehauptung lösen müssten, selbst nur Opfer gewesen zu sein – der Russen, Polen, Deutschen. Die deutschen Judenmörder trafen in Litauen eine besonders zahlreiche Gruppe von Helfern an. Die Frage nach auch diesen werde heute mit der Forderung erschlagen, vor allem über die Opfer des Kommunismus zu reden. Erschütternd war der Bericht des in Israel lebenden Solly Ganor, der als Knabe das Ghetto von Kaunas durchlitt und dessen bisher in englischer Sprache vorliegender Bericht 1997 auch in deutscher Übersetzung zu lesen sein wird. Er war es auch, der die litauischen Forscher fragte, was sie über die Zukunft der Juden in ihrem Lande dächten. Die Antworten klangen pessimistisch. Wie Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums, mitteilte, war dieses Kolloquium das erste einer Reihe von Tagungen, deren Thema die Geschichte des „Holocaust“ in einst deutschbesetzten Gebieten sei. Sie soll weiteren Aufschluss darüber geben, von welchen Interessen sich die Täter an den Schreibtischen und vor Ort leiten ließen und welche Formen des Widerstands die Opfer entwickeln konnten.

Neues Deutschland, Montag, 16. Dezember 1996, S. 10.

Vom hohen Lob bis zur totalen Verurteilung reicht die Reaktion auf Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“

Die Stimmen von Historikern und Publizisten vereint der rasch auf den Buchmarkt gebrachte Band, den der Potsdamer Geschichtsprofessor Julius Schoeps zusammenstellte, bevor noch die deutschsprachige Ausgabe von Daniel J. Goldhagens Arbeit erschienen war. Bis in den Juni 1996 lassen sich in einer – angesichts der Masse von Veröffentlichen – notwendigen Auswahl Stimmen nachlesen, die vom hohen Lob bis zur totalen Verurteilung des Resultats der Forscherarbeit reichen.

Dabei fällt auf, dass der bei aller Teilnahme doch vorherrschenden souveränen Gelassenheit amerikanischer Rezensenten eine davon abweichende Haltung deutscher Kritiker gegenübersteht. Einhellig anerkannt werden diesseits und jenseits des Ozeans aber die Meriten, die sich Goldhagen durch die von vielen hervorgehobene drastische und unverblümte Schilderung der Verübung des Mordhandwerks erwarb. Sie gibt mehr als eine Frage auf und fordert differenziertere Antworten, als sie in „Hitlers willige Vollstrecker“ gegeben wurden.

Dass freilich die Absicht des Autors in Zweifel gezogen wurde, überhaupt die Forschung voranbringen zu wollen, dass ihm unterstellt wurde, er habe einzig Provokation beabsichtigt, dass ihm schließlich in altmeisterlichem Ton Ratschläge niedergeschrieben wurden, die an einen üblen Stil von Lehrlingsausbildung erinnern – das erscheint samt und sonders als spezifisch (westdeutsche) Reaktion. Eine „ostdeutsche“, meinte kürzlich „Die Zeit“ zu wissen, habe es nicht gegeben. Würde sie in einem späteren Band miterfasst, ließen sich auch da aufschlussreiche Vergleiche anstellen.

Julius H. Schoeps: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, campe paperback Hamburg 1996, 252 S. 25,00 DM.

antifa, Januar 1997, S. 29.

Nach-, nicht unterbelichtet

Deutsche Fotosammlung. Wer lehrt solche Bilder „lesen"?

Das Buch ist eine der selteneren Früchte der deutschen Einheit. In einem Dresdner Verlag und unterstützt von dortigen neuen Freunden hat ein Lehrer aus Oldenburg einen Text-Bild-Band herausgegeben, der seinen Weg von einem Nazisoldaten zum überzeugten Kriegsgegner dokumentiert. Letzten Anstoß dazu gab dem einstigen Schüler der „Fürstenschule“ in Grimma eine Diskussion mit Schülerinnen seines „alten“ Gymnasiums, die seine Fotos aus der Zeit des zweiten Weltkriegs kommentierten.

Helmut Hoffmann hat schon seit Schülerzeiten auf Bildern festhalten wollen, was ihm bewahrenswert erschien. Er avancierte in der Hitlerjugend zum „Bannfotografen“. Appelle und Fahnenweihen gehörten zu seinen ersten Sujets. Doch darunter sind auch Schnappschüsse vom Boykott jüdischer Geschäfte in Grimma und von der Ruine der Dresdner Synagoge. Da war der laienhafte Bildreporte: schon Wehrmachtssoldat in einem Luftnachrichten-Regiment. Mit ihm führte sein Weg in die „befreiten“ Sudetengebiete und ins eroberte Prag. Er war dabei, als Polen geschlagen und Frankreich erobert wurde. Und dann auch beim Überfall auf die Sowjetunion.

Hoffmann zitiert aus Schriftstücken, Tagebuchnotizen und Briefen, die erhalten blieben. An das Militärfahrzeug, mit dem er im September 1939 „siegreich“ in die Garnisonsstadt Dresden zurückkehrt und von der Bevölkerung gefeiert wurde, hatte er gemalt „Dieser Feldzug war ein Schnellzug“. Und den Bruder grüßte er aus der französischen Hauptstadt, in der „jüdische Gazetten“ das Volk verdummt hätten, am Briefende mit „Heil Hitler“. Der Text belegt auch, dass er Hitlers Drohung vom Ende des Judentums kennt und billigt. In anderen Äußerungen drückt sich der Herrenmensch aus, der sich zugutehält, dass er die Franzosen „würdig“ behandelt. Nicht zufällig fotografiert er mit Vorliebe Kolonnen von Kriegsgefangenen. Noch 1942 verraten seine Eintragungen auf den Rückseiten seiner Fotos Siegesgewissheit.

In seinen nachträglichen Kommentaren gesteht Hoffmann, wieviel er an Wissen aus eigenem Erleben verdrängt hatte, als er 1947 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte und unter den wenigen war, die sogleich einen Studienplatz in Oldenburg erhielten und er so den Weg ins zivile Leben eines Sonderschullehrers fand. Dann hat er, davon zeugen die letzten Aufnahmen, Wiedergutmachungsarbeit begonnen – auf die einzige Weise, die diesen Namen verdient. Er begann zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht. Dabei hat er Mut bewiesen, Konflikte nicht gescheut, Anfeindungen ertragen.

Der schmale Band drängt Fragen auf. Eine lautet: Wie viele solcher Fotosammlungen, in Kisten aufbewahrt oder sorgfältig in Alben geordnet, existieren im Erbe von deutschen Familien, und wie viele davon gelangen in die Hand von Kindern, von Schülern? Und weiter: Welche Lehrer im Fach Geschichte oder Kunsterziehung lehren solche Bilder „zu lesen“? Etwa den Widerspruch zwischen ihren zeitgenössischen Beschriftungen und dem, was auf den Bilddokumenten wirklich gesehen, ja erkannt werden kann. Helmut Hoffmanns Bilder sind auch zu einer Ausstellung verwendet worden. Sie wurde in kirchlichen und weltlichen Räumen Niedersachsen und Sachsen gezeigt. Wer sich für sie interessiert, kann sich an den Autor wenden (Wiemkenhofsweg 32, 16125 Oldenburg/Old.

Helmut Hoffmann: nachbelichtet. ddp Goldenbogen, Oldenburg und Dresden 1995. 157 S., 22,00 Mark.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997/Nr. 1/2, 9. Januar 1997, S. 15.

Dem Galgen entkommen

Gestapo-Chef Heinrich Müller

Nach seinem nahezu spurlosen Verschwinden fand sich über fünf Jahrzehnte kein Historiker, der einen Versuch unternommen hätte, das verbrecherische Leben des Heinrich Müller darzustellen. Mit Martin Bormann und Adolf Eichmann war er der meist Gesuchte unter den exponierten deutschen Faschisten. Während aber des Reichsleiters Ende mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit festgestellt wurde und der Organisator des Judenmords aufgespürt und gehenkt werden konnte, blieb Ungewissheit über den Tod des Chefs der Gestapo. Er war zuletzt mehrfach auf dem Trümmergelände der Reichskanzlei gesehen worden, noch Stunden bevor die sowjetischen Truppen es besetzten. Auch eine in Berlin vorgenommene Exhumierung brachte keinen Aufschluss. Aus solchem „Stoff“ webt die Boulevardpresse ihre Serien, in denen die Geschichte des Regimes zum Unterhaltungsgegenstand verkommt ...

Andreas Seegers überarbeitete Dissertation zeichnet den Aufstieg des „Gestapo-Müller“ nach: aus der Polizei des Weimarer Staates, in die er 1919 mit Volksschulbildung, dem Lehrabschluss eines Flugzeugbauers und der Erfahrung eines Kriegsfliegers eintrat, bis hin zum Chef der Geheimpolizei im Nazireich von 1936 bis 1945. Als Triebkräfte seiner Karriere gelten dem Autor ein bis zur Besessenheit ausgeprägter Fleiß, Skrupellosigkeit gegenüber Konkurrenten, aber vor allem gegenüber wirklichen und vermeintlichen Feinden des Regimes sowie die Gier nach Einfluss und Macht. Hinzu kamen Zufälle: Müller war schon in seiner Ausbildungsphase der Politischen Polizei überwiesen worden. Dort befasste er sich, bevor die Faschisten zur Macht gelangten, mehr als ein Jahrzehnt mit der Beobachtung und Verfolgung der „Linksbewegung“. Was hätte ihn mehr für eine Verwendung zur Bekämpfung von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern favorisieren können? Zudem förderte Reinhard Heydrich, seit 1933 sein Vorgesetzter in München, seinen Aufstieg. Müller brachte es bis zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei. Aufgenommen ist die Spur von Müllers Wirken bei Einweisungen in das KZ Dachau über seine Rolle bei der Provokation am Gleiwitzer Sender und dem Venlo-Zwischenfall bis hin zu den Massenmorden an den europäischen Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen ...

Die Darstellung Seegers gewinnt allerdings in keinem Abschnitt den Atem der unlängst von Peter Black vorgelegten Biographie des Heydrich-Nachfolgers Ernst Kaltenbrunner oder der Arbeit von Ulrich Herbert über Müllers Amtskollegen Werner Best. Das mag auch den Voraussetzungen des Autors geschuldet sein, sicher aber der misslichen Quellenlage im „Fall Müller“. Dies allerdings entschuldigt nicht die Einordnung Müllers als „Polizeifachmann“, der eigentlich kein „Nationalsozialist“ gewesen sei; jenes Urteil entstammt wohl nach dem Krieg geäußerten Ansichten seiner Mitarbeiter, die natürlich auch keine „fanatischen Gefolgsleute Hitlers“ gewesen sein wollten.

Andreas Seeger: Gestapo-Müller Die Karriere eines Schreibtischtäters. Metropol Verlag, Berlin 1996. 227 S. br., 32,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 24. Januar 1997, S. 13.

Wir sind noch lange nicht quitt

Nach einem Gedenktag – Gekonnte Rituale oder kritische Bilanz?

Vor einiger Zeit sei in Polen eine Übersetzung von Hitlers Werbeschrift „Mein Kampf“ erschienen. Das habe in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung hervorgerufen. Die wiederum trug dann dazu bei, dass der Verlag, der das Hauptwerk des deutschen Faschisten auf den Markt brachte, pleite gegangen wäre. Es sei nämlich auf keine Nachfrage gestoßen. Was könne seine Landsleute schon an diesem Werk interessieren, zumal die meisten Polen obendrein – und fälschlich – meinten, sie wüssten über Hitler und die Nazis ohnehin alles. Der die Episode auf einer Veranstaltung im Centrum Judaicum in Berlin erzählte, war der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski. Er lobte, dass nun unter den Bedingungen der Demokratie in Polen endlich antisemitische Erscheinungen bekämpft werden könnten.

Neben dem katholischen Autor aus dem östlichen Nachbarland saßen im Podium Deutsche, die in Politik, Publizistik, Verlagswesen und Wissenschaft erfahren sind. Debattiert wurde mit dem Blick auf den „Auschwitz“-Tag über die Frage, ob es ein Recht auf Vergessen gäbe. Das zu beanspruchen, lag freilich allen Anwesenden fern.

Jedoch: Was kann dieser Gedenktag in der deutschen Gesellschaft über die üblichen Rituale und sich wiederholenden geistigen Pflichtübungen hinaus bedeuten und bewirken? Das scheint auch bei seinem zweiten Stattfinden nicht beantwortet. Und es war leider auch in dieser Veranstaltung einzig Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, dem die praktische Sinngebung für den 27. Januar weiterer Klärung bedürftig zu sein schien. Begrenze sich Interesse und Nachdenken, fragte er, nicht auf eine Minderheit der Gesellschaft? Träfen sich zu Gesprächen wie diesem nicht immer dieselben Kreise? Und wäre das zu erstrebende Ziel nicht erst erreicht, wenn an einem solchen Tage – und womöglich nicht nur an ihm – der „Vorsitzende der Bäckerinnung vor den Bäckern“ über die Vergangenheit spräche und nicht wieder und wieder geladene Spezialisten vor ohnehin informierten Zuhörern redeten?

Doch weder Michel Friedman vom Zentralrat der Juden, der sich über das zweite Stattfinden des Gedenktages für die Opfer des Faschismus in der Bundesrepublik freute, noch ein anderer wollte sich auf eine Bilanz einlassen, die den Umgang der Mehrheit der deutschen Gesellschaft mit der eigenen Geschichte und Vorgeschichte betrifft. Stattdessen verharrte das Gespräch lange bei der Frage, ob sich denn Täter oder Zuschauer noch finden ließen, die als Zeitzeugen vor Nachgeborenen kritisch über ihr einstiges Tun und Lassen sprechen könnten. Und mehr noch: Wieder einmal wurde nur über das Wer und das Wie des Vermittelns von Geschichte gesprochen und der Eindruck erweckt, als wäre das Was, wären Inhalte und Interpretationen längst Konsens. Das Gegenteil war erst jüngst – provoziert durch die „amerikanische“ Intervention – erwiesen worden. Dennoch kein Wort über die aus der Mitte der Gesellschaft hervorgehenden Bestrebungen, mit dem Mittel des „sanften Schlussstrichs“ von der Vergangenheit loszukommen, unter dem die Summe vermerkt werden soll: „Wir sind quitt“. Und schließlich bleibt nicht mehr als der abgehobene allgemeine Appell, es würde das historisches Wissen gebraucht, um Demokraten zu erziehen – gesprochen in einem Moment, da Politik- und auch Demokratieverdrossenheit weithin zunehmen, deren erkennbare Folge unausweichlich ein gestutztes Geschichtsinteresse ist.

Heiner Lichtenstein, Redakteur der in Frankfurt erscheinenden Zeitschrift für christlich jüdische Zusammenarbeit Tribüne, hatte eingangs der Veranstaltung im Centrum Judaicum schon mit dem Blick auf 1998 vorgeschlagen: In einem Podium wie diesem sollten künftig Teilnehmer aus den neuen Bundesländern nicht fehlen. Die (sicher nicht freiwillige) Abwesenheit jener mögen Teilnehmer später auch in dem ihnen mitgegebenen Heftchen „Leseempfehlungen“ bemerkt haben, das die Stiftung Lesen, die Bundeszentrale für politische Bildung und der Börsenverein des deutschen Buchhandels aus Anlass des Gedenktages an die Opfer des Faschismus herausgegeben haben. An Tagen, an denen so berechtigt für die Hinwendung zur Wahrheit plädiert wird, nimmt derlei Ignoranz sich besonders pikant aus – gleichwohl sie allerdings verblasst gegenüber der Tatsache, dass

die Erinnerung an den Judenmord auch nicht erwähnungsweise in Beziehung zum sozialen System, zum Krieg und seinen Zielen gesetzt wird.

Anders übrigens drei Tage zuvor, als aus gleichem Anlass sich um ein Podium im großen Hörsaal der „Rostlaube“ mehr als 600 Studenten der Freien Universität zusammengefunden hatten. Möglicherweise gewinnen solche öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, wenn an die Sprechertische Stühle für junge Leute gerückt werden, die nicht inquisitorisch, aber doch ein wenig bohrend zu fragen verstehen.

Neues Deutschland, Mittwoch, 29. Januar 1997, S. 9.

Entnazifizierung

Vortrag in Frankfurt a. O am 29. Januar 1997

Die Geschichtswissenschaft wendet sich mehr und mehr der Zeit nach 1945 zu. Dieser Vorgang bahnte sich in beiden deutschen Staaten bereits an und setzt sich gegenwärtig verstärkt fort.

Nach 1990 konzentrierte sich das Interesse jedoch vorwiegend auf die Geschichte der DDR und war zudem weniger von wissenschaftlichen, denn von politischen Interessen geleitet. Das ist bis heute der Fall, wenn sich auch, trotz manch weiterwirkender politischer Blockaden, mehr und mehr die nicht neue Erkenntnis verbreitet, dass sich die Geschichte des einen deutschen Staates ohne die des anderen nicht verstehen lässt. Das gilt auch für den Gegenstand unseres heutigen Vortrags, die Entnazifizierung genannte Kampagne der Jahre von 1945 bis 1948, die ein Teil der Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des Naziregimes bildete. Diese Auseinandersetzung erfolgte, nachdem die militärische beendet war, auf verschiedenen Ebenen. Eine davon betraf die handelnden Personen.

Es bleibt der Beschäftigung mit der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte aber und wohl für längere Zeit die Schwierigkeit, die sich aus der ungleichen Möglichkeit ergibt, an die Quellen zu gelangen. Nach dem Zusammenbruch der DDR liegt nahezu ihre gesamte dokumentarische Hinterlassenschaft der Geschichtsforschung offen. Ganz wenig wurde vernichtet, eigentlich nur Bestände des Ministeriums für Staatssicherheit. Die übergroße Masse, ausgenommen einige spezielle Dokumente, etwa die aus dem Bereich des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR –, können in Archiven von Forschern benutzt werden. Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es wie stets einen bevorzugten und also auch einen benachteiligten Kreis von Interessenten gibt.

Zu unserem heutigen Gegenstand:

Die einfältigste Äußerung, die in diesem Zusammenhang mitunter zu hören ist, lautet: Es sei doch schon das Wort „Entnazifizierung“ ein zu hässlicher Begriff. Damit soll gleichsam auf einem ästhetischen Wege, über das Sprachempfinden der Nachgeborenen, eine dem Urteil vorausgehende Abneigung gegenüber einem Vorgang erzeugt werden, der denkwürdig ist und das aus mehreren zu untersuchenden Gründen.

In der Tat der Begriff „Entnazifizierung“ assoziiert sprachlich andere wie: Entrümpelung, Entlausung, Entwesung, verweist also auf Tätigkeiten, die meist unbeliebt, schmutzig, gar gefährlich sind. Im Übrigen: der Duden (Bd. 7), der sich mit der Herkunft unseres Wortschatzes befaßt, kennt in seiner Ausgabe des Jahres 1989 das Wort „Entnazifizierung“ schon nicht mehr, auch nicht den Nazi, wohl aber den Nationalsozialisten. Wer den Begriff heute benutzt, muß erklären, wovon die Rede ist. Und er hat es dabei mitunter bereits mit allerlei höchst unvollständigen und durch Vorurteile geprägten Vorstellungen zu tun.

Noch einmal aber: Warum sollte ein Vorgang, der es mit einer so widerwärtigen Sache wie dem Nazismus zu tun hatte, auf dessen Überwindung zielte, eigentlich eine besonders wohllautende Bezeichnung erhalten? Denkbar wäre sie schon gewesen, doch ist kaum anzunehmen, dass andere angemessene Wortbildungen den Deutschen besser gefallen haben würden. Es hätte nämlich auch mit Recht gesagt werden können, es handele sich um die Rehumanisierung der Deutschen, also um die Überwindung ihres extrem antihumanistischen Gedanken- und Gefühlshaushalts, denn mit dem waren sie an den 8./9. Mai 1945 gelangt. Zwar atmeten die Deutschen damals auf, dass der Krieg beendet war. Mit einer deutlichen Distanzierung von der, wie seinerzeit häufig gesagt wurde, „braunen Vergangenheit“ ist das jedoch nicht gleichzusetzen, nicht einmal mit der Bereitschaft, sich über die eigene Rolle zwischen 1933 und 1945 Rechenschaft zu geben.

Erst im vergangenen Jahr schlugen die Wellen einer durch einen amerikanischen Bestseller, das Buch von Daniel J. Goldhagen, ausgelösten Diskussion hoch, das eine umstrittene Antwort auf die Frage gab, wie stark waren die Deutschen in ihren Gedanken und in ihrer Mentalität von einer Kernidee des deutschen Faschismus durchdrungen, dem Antisemitismus. Das Thema, ohne das es

so erörtert wurde, besitzt einen deutlichen Bezug zu jenem „Entnazifizierung“ genannten Vorgang. Bei dem ging es nicht um den Antisemitismus allein. Über Jahre waren die Deutschen vollgestopft worden mit der Ideologie ihrer Überlegenheit, mit den Lehren, wonach sie als „Rasse“, die sie nicht waren und nicht sind, höherwertig und daher bevorrechtigt seien, andere Länder erobern, andere Menschen sich unterwerfen, ihnen Lebensrechte zuteilen oder auch ganz entziehen, ja selbst sie ermorden könnten. Die Deutschen waren in allen ihren sozialen Klassen und Schichten „nazifiziert“, nun also sollten sie „entnazifiziert“ werden. Niemand besaß ein Rezept, wie das geschehen könnte.

Das Thema „Die Deutschen nach Hitler“ hatte zuerst die deutsche Emigration in ihren verschiedenen Teilen und Strömungen beschäftigt. Anfänglich war davon ausgegangen worden, dass die Mehrheit der Deutschen sich in diesem Regime selbst als Unterworfene und Beherrschte fühlten und wünschten, diese Führer loszuwerden. Die solche Vorstellungen hegten, wurden je länger das Regime dauerte, je mehr sich die Hoffnungen auf eine antinazistische Erhebung in Deutschland als glatte Illusion erwiesen, nicht nur enttäuscht. Sie mußten sich korrigieren und erkennen, dass es nicht nur darum gehen würde, eine sehr begrenzte Gruppe von Führern und die kleine Minderheit von deren Gefolgsleuten zur Verantwortung zu ziehen. Die Bindung der Deutschen an die Naziorganisationen bei Kriegsende gibt keine vollständige Auskunft über die Tiefe, mir der sie sich dem Regime verbunden, es gestützt, seine Aktionen erst ermöglicht hatten. Aber ein Indiz ist damit gewonnen, selbst wenn berücksichtigt wird, dass die Zahlen nicht völlig verlässlich sind und eine kritische Interpretation verlangen. In der erbeuteten Mitgliederkartei der NSDAP war ausgewiesen, dass 10, 7 Millionen Deutsche einmal der NSDAP angehört hatten. Gefunden wurden die Personalakten von 61.000 SS-Führern und 238.000 SS-Mitgliedern. Den Listen zufolge hatten 491.000 Personen dem NS-Lehrerbund angehört. 72.000 dem NS-Ärztebund. Die Bestandsaufnahme ergab, dass 15 Prozent der Bevölkerung der NSDAP angehört hatten, oder berücksichtigt man nur die erwachsene Bevölkerung, jeder sechste Deutsche.

In führenden Kreisen der Alliierten beschäftigte man sich schon im Verlaufe des Krieges, und lange bevor sie den militärischen Sieg errungen war, mit der Frage, in welcher Verfassung sich die Deutschen befänden und wie sie die Millionen Nazianhänger vorfinden würden, wenn die Truppen der Verbündeten nach Deutschland kämen und das Regime liquidiert haben würden. Klar war, dass sich eine erhebliche Zahl von Deutschen der verschiedensten Verbrechen schuldig gemacht hatte und ebenso klar war ausgesprochen worden, dass sie zur Verantwortung gezogen werden sollten. Über ihre Zahl wurden Schätzungen angestellt. In den USA rechneten Kenner mit einer Million solcher Täter. Schon die Frage, wie mit ihnen zu verfahren sei, war umstritten. Kurzer oder juristischer Prozess, das war zu entscheiden. Doch betraf das gleichsam nur die Spitze des Eisbergs.

Die auf Deutschland und die Deutschen betrafen zunächst die Sicherung der Besatzungsherrschaft. Leine der alliierten Mächte vermochte mit Sicherheit zu sagen, was sie in Nachkriegsdeutschland erwartete. Es gab frühe und irritierende Erfahrungen, als die ersten Truppen der Antihitlerkoalition deutsches Gebiet erreichten. In der Nähe von Aachen war es ein „Werwolf“-Kommando, dass einen Deutschen tötete, der sich bereit erklärt hatte, mit den amerikanischen Truppen zusammenzuarbeiten. Notwendig stellte sich die Frage: Wie stark würde dieser faschistische Untergrund sein, welche bewaffneten Aktionen waren zu erwarten? Erst in den April und Maiwochen 1945 wurde deutlich, dass es für eine derartiger Bewegung in keiner der besetzten Zonen einen Boden gab.

Zu keinem Zeitpunkt war die Frage leicht zu beantworten, wie das erklärte Kriegsziel erreicht werden sollte, Deutschland und die Deutschen für alle Zukunft kriegsunfähig zu machen. Da lagen die Lehren der Nachkriegspolitik des Ersten Weltkriegs zutage. Die bloße militärische Entwaffnung, Verbote gegen eine Wiederbewaffnung, Kontrollmechanismen der Siegermächte, das alles hatte nichts bewirkt, ausgenommen eine gewisse Verzögerung des Weges vom Ersten zum zweiten Weltkrieg. Diesmal sollte es einen deutschen Weg in den Dritten nicht geben. In diesem Zusammenhang lag die Grundsatzentscheidung der Siegermächte, die Staatsmacht in Deutschland zunächst und auf noch zu bestimmende Zeit selbst zu übernehmen. Deutsche Kräfte, die das tun könnten, waren zunächst nicht verfügbar und konnte allenfalls in einem, ebenfalls nicht voraussehbaren

Zeitraum formiert werden. Diesmal also wollten die Sieger sich nicht mit den Zielen Entwaffnung und Wiedergutmachung (Reparationen) zufriedengeben. Sie suchten politische Garantien gegen den deutschen Militarismus auf Dauer zu schaffen. Die aber konnten nur entstehen, wenn sich die deutsche Gesellschaft gründlicher veränderte, als sie es nach dem Ersten Weltkrieg in den Jahren der Weimarer Republik getan hatte.

Zunächst war auf diesem Kurs die Frage zu beantworten, wie mit den Deutschen und den zu unterscheidenden Kategorien von Aktivisten des Naziregimes zu verfahren sein würde. Die vielzitierte Formel Stalins, wonach die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibe, war viel zu grob. Wer waren „die Hitler"? In den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens von 1945 wurde formuliert: „Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken." Das war eine in der Richtung klare, im Einzelnen aber auch verschiedene Interpretationen zulassende Formulierung.

Faktisch wurden von den Siegermächten folgende Gruppen unterschieden:

1. die Führungsgruppe des Regimes, deren Angehörige gesucht, gefangengesetzt und gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden, um juristische Prozesse vorzubereiten. Das geschah in Deutschland und in den zeitweilig besetzten (und auch verbündeten) Staaten Europas von Frankreich bis in die UdSSR und von Norwegen bis Italien. Die juristische Verfolgung dieser Gruppe wurde mit dem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher eingeleitet, der 1945/1946 stattfand und heute gemeinhin als der Jahrhundertprozess bezeichnet wurde. Er besaß auch eine Signalfunktion und lieferte Orientierungen für das weitere Vorgehen. Zu den Folgeprozessen, die international Aufmerksamkeit fanden gehören die 12 Prozesse, die in Nürnberg vereinbarungsgemäß vor amerikanischen Gerichten stattfanden und die unter der Bezeichnung Fall I bis Fall XII bekannt wurden. Dazu gehörten weiter, um zugleich die „Größenordnung" der Prozesse aus dieser Kategorie anzudeuten, die in Polen geführten Prozesse gegen den Stellvertreter des Generalgouverneurs, Josef Bühler, gegen den mehrjährigen Kommandanten des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, Rudolf Höß, der vor einem französischen Gericht durchgeführte Prozess gegen den nazistischen Saarindustriellen Hermann Röchling u. a.

2. die nach ihrer Zahl nicht zu übersehenden Gruppe von Deutschen, die an den unterschiedlichsten Verbrechen an Nichtdeutschen beteiligt war. Auch nach ihnen wurde angestrengt gefahndet, auch sie wurden vor Gerichte gestellt und abgeurteilt. Zu den bekanntesten Prozessen gehörten die frühen gegen die Funktionäre und weitere Angehörige des Wachpersonals der Konzentrationslager, der sowjetische Sachsenhausen-Prozess und der vor einem amerikanischen Gericht stattfindende Buchenwald-Prozess. In den sechziger Jahren folgten in der BRD die weithin Aufsehen erregenden beiden Auschwitz-Prozesse und der Majdanek-Prozess. Bis heute besitzt die Geschichtswissenschaft keinen Überblick über die Zahl dieser Prozesse, der Angeklagten und der Verurteilten aus diesen Gerichtsverfahren. Ein internationales Handbuch dieser Prozesse existiert als ein gedankliches Projekt von Forschern, doch ist der Weg dahin weit und es ist noch fraglich, ob er überhaupt je beschritten werden kann.

3. die Gruppe der aktiven deutschen Faschisten, die zum Kernbestand der Gefolgschaft des Regimes gehörte und von der bekannt war, dass sie mit besonderer Energie dazu beigetragen hatten, die Politik der Führungsgruppe zu verwirklichen. Die Alliierten kamen darin überein, dass diese Personen zeiteilig isoliert werden sollten, ohne dass gegen sie juristische Anklagen erhoben werden müßten. Der Sinn dieser Maßnahme bestand nicht in der Bestrafung dieses Personenkreises, sondern in seiner zeitweiligen und vollständigen politischen Ausschaltung. Diese Naziaktivisten, so der damals sich einbürgernde Name, sollten keine Möglichkeit besitzen, auch nur auf die Meinungsbildung in Deutschland Einfluss zu nehmen, Komplizen Hilfe oder Unterschlupf zu gewähren, Tatsa-

chen zu verdunkeln usw. Das war die Absicht der Bildung von Internierungslagern Es lag in der Logik dieser Maßnahme, dass eines Tages entschieden werden mußte, wie mit den Gefangengesetzten weiter verfahren werden sollte: Wie lange sollten sie in den Lagern verbleiben, wie waren die Taten im Einzelnen zu ermitteln, deren sie sich schuldig gemacht hatten, wie zu beurteilen usw.

Umso gleich hier anzuschließen: Diese Maßnahme der Entnazifizierung ist in jüngster Zeit am stärksten in die Diskussion geraten und sie hat sich an der Praxis der sowjetischen Internierungslager in Deutschland, der sogenannten Speziallager entzündet. Das war unter anderem die Folge der Tatsache, dass auch aus dem Abstand von Jahrzehnten und nach dem Ende des Systems des Gulags in der DDR nie eine historisch-kritische Darstellung des Geschehenen erfolgte. So war und blieb der Weg frei, der nach ihrem Ende beschritten wurde und an die Stelle des Schweigens nicht nur Wissen, sondern auch Legenden setzte. Thesenartig sei gegen sie festgestellt: 1. das wird nicht bestritten, aber auch nicht durch umfassende Forschungen gezeigt, die Errichtung dieser Lager war kein Alleingang der UdSSR. 2. in diesen Lagern wurden überwiegend solche Naziaktivisten gefangen gehalten, für die diese Isolierung vorgesehen war. 3. eine Minderheit von Insassen dieser Lager gehörte nicht in sie. Das trifft zu auf eine noch zu bestimmende Zahl der dort gefangengehaltenen Jugendlichen und auch auf Menschen, die nicht wegen ihrer Taten in der Nazizeit oder wegen Anschlägen gegen die Besatzungsmacht dort gefangen gehalten wurden, sondern wegen politischer, nichtnazistischer Überzeugungen und Verhaltensweisen, die lediglich nicht mit den Interessen der sowjetischen Militärregierung übereinstimmten. 4. die Praxis dieser Lager war inhuman. Sie orientierte sich am sowjetischen Strafvollzug und Gulag-System. In einem entscheidenden und wichtigen Punkte aber tat sie das nicht. Die Gefangengehaltenen wurden in ihrer Masse nicht zur Arbeit eingesetzt. Das bedeutete eine psychische Folter. 5. die Inhumanität dieses Vorgehens zeigte sich aber vor allem darin, dass über Jahre keinerlei ernste und systematische Anstrengungen unternommen wurden, die Gefangenen auf ihre wirkliche Rolle hin zu überprüfen. Das war selbst noch nicht geschehen, als nach der Gründung der DDR ein erheblicher, nach Tausenden zählender Rest nicht auf freien Fuß gesetzt worden war, sondern den deutschen Behörden zur Aburteilung übergeben wurde. Die geschah dann in den sogenannten „Waldheim-Prozessen“, so genannt nach dem Ort, an dem die Übergebenen konzentriert wurden. Sie waren Prozessfarcen. Es genügt, sich die Tatsache zu vergegenwärtigen, dass Hermann Göring in Nürnberg zu seiner Verteidigung insgesamt mehr als 50 Stunden reden durfte, um sich zu verdeutlichen, dass die Praxis der Spez.-Lager keiner Kritik standhält und keinerlei „historische“ Argumente das Verfahren zu entschuldigen vermögen.

Weiter in unserer Aufzählung der gleichsam sortierten Gruppe von Deutschen:

4. war da die Gruppe der Gefolgsleute des Naziregimes, die zwar auf freien Fuß belassen wurden, über die aber, unter zunehmender Mitwirkung deutscher Organe, entschieden werden sollte, ob gegen sie weitere Ermittlungen anzustellen waren, womöglich aufgrund von Gerichtsurteilen gegen sie Haftstrafen ergehen würden, vor allem aber war darüber zu befinden, ob Angehörige dieser Gruppe, im Sinne des zitierten Beschlussteils der Potsdamer Konferenz für eine längere oder kürzere Zeit von bestimmten Ämtern, Funktionen, Tätigkeiten, ganz allgemein also von Rechten in der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollten.

Die Auseinandersetzung mit Angehörigen dieser Gruppe wird heute im engeren Sinne „Entnazifizierung“ genannt und ist damals auch als „Säuberung bezeichnet worden. Sie blieb vielen Zeitgenossen deshalb im Gedächtnis, weil von ihr die nach ihrer Zahl größte Menschengruppe erfaßt wurde. Selbstredend blieb denjenigen, die vor die mit verschiedenen Bezeichnungen operierenden Ausschüsse (in der sowjetischen Besatzungszone hießen sie „Entnazifizierungs“-Ausschüsse oder Kommissionen, in der amerikanischen wurden sie Spruchkammern genannt) geladen wurden, dieser Teil ihres Lebens in besonderer Erinnerung. Dort hatten sie Rede und Antwort zu stehen, sich Anklägern, auch Opfern ihrer Handlungen gegenübergestellt gesehen, für sie schmerzliche Entscheidungen entgegenzunehmen. Viele fühlten sich ganz ungerecht behandelt. Sie sahen sich selbst als Opfer und gar nicht als Täter. Sie betrachteten sich als Verführte, Betrogene, Ausgenutzte. Und häufig genug war an alledem etwas Wahres, ein Körnchen Wahrheit oder auch mehrere. Doch es blieb die Grundtatsache, dass in aller Regel diese Leute Instrumente der Herrschenden gewesen

waren, selbst ein Stück Herrschaft besessen und ausgeübt, nicht selten auch genossen hatten. Sie gehörten zu den Tätern.

Der Begriff bedarf womöglich einer Erläuterung, denn er ist weit und kann die Abstufungen verwischen. Täter, das bedeutet nicht auch Verbrecher in einem juristisch fassbaren und zu ahndenden Sinne. Täter, das meint hier eine historische Rolle, die Betätigung im Sinne, zum Nutzen, für die Ziele eines im Ganzen verbrecherischen Regimes, des unmenschlichsten, das die Weltgeschichte kennt. Es lag keineswegs im Interesse der Alliierten, diese Täterschaft über einen Leisten zu schlagen. das hatte bereits der Nürnberger Hauptkriegsverbrecher Prozess deutlich gemacht durch seine Abstufung der Strafen und durch seine Freisprüche, Freisprüche, die besagten, dass drei Personen, Hjalmar Schacht, Hans Fritzsche und Franz von Papen im Sinne der Anklage, also der vier Punkte der Anklageerhebung, von der Mehrheit der Richter nicht als schuldig angesehen wurden.

Auch in den Entscheidungen der Entnazifizierungs-Ausschüsse drückte sich deutlich dieser Wille zur unterscheidenden Gerechtigkeit aus. Die Beschlüsse differenzierten zwischen den Graden der sogenannten Belastungen. Es wurden im Besonderen die sogenannten „Mitläufer“ ausgesondert, ein Begriff, der deren Rolle vielfach eher unter- als übertrieb. Und es wurden differenzierte Strafen und Auflagen, die man Strafen nicht nennen kann, ausgesprochen. Was geschah dieser Gruppe von Deutschen, die derartigen Verfahren unterworfen wurden: Sie verloren einen Teil ihres Eigentums oder sie hatten Geldspenden zu entrichten, die für gemeinnützige Zwecke verwendet wurden. Sie verloren ihre Wohnungen und/oder ein Teil von deren Einrichtungen. Sie verloren ihre Arbeitsplätze und mußten sich in aller Regel um schlechter bezahlte und anstrengende Arbeiten kümmern. Sie verloren das Recht, politische und andere Funktionen auszuüben, zu wählen und gewählt zu werden. Sie hatten in den milderen Stufen von Auflagen einfach eine bestimmte Zahl von Stunden an Enttrümmerungs- und anderen öffentlichen Arbeiten teilzunehmen.

Das Hauptinteresse der Tätigkeit der Ausschüsse oder Kammern aber bestand darin, diejenigen zu finden, deren Einfluss in der Gesellschaft gemindert oder ganz ausgeschaltet werden sollte. Und zum anderen wurde darauf gezielt, durch das Verfahren und seine Entscheidungen die ganze Gruppe dazu zu bringen, über die eigene Rolle nachzudenken. Ob und inwieweit das zweite erreicht worden ist, läßt sich nicht entscheiden, zumal im beginnenden Kalten Krieg alsbald ideologische Gegenwirkungen einsetzten. Erreicht wurde jedenfalls, und auch das war von gesellschaftlicher Relevanz, eine hochgradige Verunsicherung der meisten Angehörigen dieser Gruppe von Naziaktivisten, und das war unter dem Gesichtspunkt, Freiräume für die ungehinderte Betätigung antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu schaffen, fraglos ein Gewinn.

Die Arbeit der Entnazifizierungs-Ausschüsse wurde in allen Besatzungszonen in erster Linie eine Sache der Deutschen, die selbstredend überall der besonderen Beaufsichtigung und Steuerung durch die Besatzungsorgane unterlag. Da daran Angehörige verschiedener antifaschistischer geistiger und politischer Richtungen beteiligt wurden, bildete diese Tätigkeit, nicht anders als jene in anderen Organen und Gremienzugleich ein Element ihres Zusammenschlusses, im Osten Deutschlands der Bildung des Blocks der demokratischen Parteien.

Wirkten in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren in erheblichem Grad zwischen den Alliierten noch gemeinsame Interessen, so fächerte sich doch die Praxis der „Entnazifizierung“ in den Besatzungszonen auf. Sie war anfänglich auch in den drei westlichen Zonen durchaus nicht einheitlich, so dass nicht wenige, die sich als Personen selbst einstuften, die eine solche Prozedur zu erwarten hatten oder ihr entgehen wollten, sich entschieden, in die eine oder die andere der westlichen Zonen zu gehen. Es kann nicht gut bestritten werden, denn die Zahlen liegen vor, dass in der sowjetischen Besatzungszone eine besonders nachhaltige und tiefgreifende Auswechslung des führenden Personals in der Gesellschaft erfolgte. Ein indirektes Eingeständnis dieses Sachverhalts erlebten viele jüngst, als es um die Rechtfertigung von Maßnahmen ging, mit denen in den neuen Bundesländern der Wiedereinzug des Kapitals notwendig verbunden war. Es wurde erklärt, dass man aus den Versäumnissen zu lernen habe, die nach 1945 beim Umbau der Gesellschaft im Westen unterlaufen seien. Diese Formulierung beschönigt die Vorgänge. Erstens und vor allem handelte es sich nicht

schlechtweg um Versäumnisse oder unerwünschte Resultate, die aus mangelnder Erfahrung hervorgegangen waren. Und zum anderen: Die Eliminierung der Nazis verband sich nach 1945 in den Westzonen mehr und mehr mit der Ausschaltung der Kommunisten und anderer auf tiefergreifende Umgestaltungen zielenden Personen und Gruppen. 1990 aber ging es ausschließlich darum, die Kommunisten oder auch die Personen, die dafürgehalten wurden, zu bestrafen und gesellschaftspolitisch im weitesten Sinne ins Abseits oder ins Aus zu drängen ...

In der sowjetischen Besatzungszone, von der im Folgenden vor allem die Rede sein soll, lassen sich, wie es auch Wolfgang Meinecke tut, vier Phasen der Entnazifizierung unterscheiden. Die erste und kürzeste fällt in die ersten Nachkriegsmonate und reicht bis zur Bildung der deutschen Landes- und Provinzialverwaltungen im Juli/August 1945. Hier agierten in Verbindung mit der Besatzungsmacht die antifaschistischen Komitees und sorgten für die, keineswegs vollständige, Entfernung der besonders belasteten Personen. Daran schließt sich die bis Ende 1946 reichende zweite Phase, in der die neugebildeten Personalabteilungen in Verwaltungen und Betrieben weitere Entlassungen von Personen vornahmen. Am 1. Januar 1947, wiewohl die Arbeit vor allem in allen Bereichen der Verwaltung und des öffentlichen Dienstes, man denke an die Lehrer, weit vorangeschritten war, erging eine sowjetische Weisungen, die eine Neuorganisation der Arbeit zur Überprüfung der Rolle einstiger Nazis bestimmte. Es wurden Entnazifizierungs-Kommissionen aus Vertretern der deutschen Parteien gebildet. Diese unterzogen das Personal von Verwaltungen, Industrie- und Handwerksbetrieben und anderen Zweigen des öffentlichen Lebens einer nochmaligen Durchsicht. Kamen die Kommissionen dabei Verbrechen auf die Spur, so war das weitere durch die sowjetische Militäradministration zu entscheiden. Aber unterhalb dieser Grenze erschienen die Kompetenzen nicht vollständig geklärt bis in der vierten und abschließenden Etappe der Prozess zu einem Ende kam. Sie wurde eingeleitet durch den Erlaß des Befehls 201 der SMAD vom 16. August 1947. Jetzt wurden als nominelle Mitglieder der NSDAP eingestuften Personen das Wahlrechtaktiv und passivwieder zugebilligt. Auch andere Beschränkungen ihrer Rechte wurden aufgehoben. Die Zahl der Entnazifizierungs-Kommissionen reduzierte sich, so dass in den Kreisen und kreisfreien Städten nur noch jeweils eine dieser Kommissionen tätig war.

Aufgrund eines weiteren Befehls der SMAD stellten die Kommissionen ihre Tätigkeit im März/April 1948 ein. Von da an regierten die Bestrebungen, die einstigen NSDAP-Mitglieder in die Bestrebungen zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzubeziehen. Das war freilich nicht identisch mit den vielen Wünschen und Anträgen, auf die alten Arbeitsplätze zurückkehren zu können. Doch faktisch galt als gesühnt, was sich die Betroffenen zu Schulden kommen ließen. NSDAP-Mitglieder konnten jetzt Mitglieder der Parteien des Blocks werden, die auch durch die Bildung der Nationaldemokratischen Partei (NDPD) vermehrt worden war, die eigens diese ehemaligen Mitglieder zu erfassen suchte.

In Zahlen stellte sich die Bilanz für die sowjetische Besatzungszone so dar: Mehr als eine halbe Million Menschen, 520.734, wurden aus ihren Tätigkeiten entlassen bzw. in sie nicht wieder eingestellt. Nicht wenige von ihnen kehrten in den folgenden Jahren auf verantwortungsvoll Posten zurück oder besetzten sie. Das galt namentlich für die verschiedensten Bereiche der Wirtschaft. Am strengsten blieben die Bestimmungen in den Bereichen des Justiz- und des Innenministeriums, der Polizei und später der Nationalen Volksarmee bzw. von deren Vorläufer. Auch an ihren Platz als Lehrer kehrte nur eine Minderheit der vollständig entlassenen NSDAP-Mitglieder zurück.

Heute, aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts wird die Entnazifizierung im engeren Sinne, also die Sondierung, Kategorisierung und Bestrafung (denn, wiewohl es sich nicht um Gerichtsurteile handelte, handelte es sich doch zumeist um eine Bestrafung oder um Sprüche, die zwangsweise Auflagen erteilten, die als Strafe empfunden wurden) vor allem als negativ, verfehlt, ja als den beabsichtigten Wirkungen entgegengesetzt angesehen. Der Frage, welche Alternative es zum seinerzeitigen Verfahren gab, wird zumeist ausgewichen. Die massenhafte Tatsache, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen unbußfertig war und zum Nachdenken über sich erst gezwungen werden mußte, bleibt ebenfalls außerhalb der Erörterung.

Fraglos war dieses Vorgehen mit einer erheblichen Zahl von Mängeln behaftet und die meisten von ihnen erscheinen nüchterner Betrachtung als unvermeidliche Begleiterscheinungen der Kampagne, denn es handelte sich um eine Kampagne, die überall, d. h. in allen Besatzungszonenschließlich rasch zu einem Abschluss gebracht werden sollte, bildete sie doch einen Unruheherd in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, der nicht unter allen Gesichtspunkten gewollt war. Zu diesen Mängeln zählt. und die Aufzählung mag unvollständig sein, aber doch das Wesentliche oder auch nur Nennenswerte erfassen:

1. das Vorkommen von Fehlurteilen und von Disproportionen zwischen den Entscheidungen der vielen an den Verfahren beteiligten Gremien,

2. das Auftauchen von Denunzianten, die nicht der Wahrheitsfindung voran helfen wollten, sondern irgendwelche jenseits der zu entscheidenden Fragen liegende Rechnungen zu begleichen wünschten,

3. die Unvollständigkeit der Überprüfungen der aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße geflohenen, vertriebenen oder ausgesiedelten Personen, deren jeweilige Rolle als Naziaktiven ungleich schwerer ermittelt werden konnte. (So kursierte etwa der Witz: „Waren Sie Mitglied der NSDAP?“ Antwort: „Nein. Ich komme aus Schlesien.“)

4. die unnötige Bürokratisierung von Verfahren wohlgemerkt: die unnötige, denn jeder grundlegende Umsturz einer neuzeitlichen Gesellschaft bringt bürokratische Verfahren hervor, deren bekanntestes Instrument der Fragebogen ist. (1933 wurde mittels Fragebogen zuerst nach den Juden gesucht, die Kommunisten und Sozialdemokraten, führende Pazifisten und andere Nazigegner waren ohnehin bekannt, 1945 wurde nach den Taten der Naziaktivisten gefragt, 1990 wurden per Fragebogen diejenigen gesucht, die für ihre gescheiterte Rolle bei dem geschichtlichen Versuch, über den Kapitalismus hinaus zu gelangen, bestraft und/oder von Plätzen in der Gesellschaft entfernt oder ferngehalten werden sollten.)

5. Im Osten Deutschlands wirkte in die Maßnahmen der Entnazifizierung auch das Interesse der Beteiligten hinein, mit den Angehörigen der herrschenden oder auch nur einflussreichen Oberschicht abzurechnen. Folglich hatten die Bourgeois schlechtere Chancen als die Arbeiter. Doch können erst weitläufige Recherchen aufklären, in welchen und in wie vielen Fällen einzelne Angehörige bürgerlicher Schichten dafür bestraft, dass die deutschen Eliten die Hauptverantwortung für das Aufkommen und Festigung des Naziregimes trugen.

Diskreditiert wurde das Verfahren dieser Entnazifizierung auf der untersten der vier genannten Ebenen aber vor allem anderen dadurch, dass auf der ersten und zweiten dieser Ebenen die juristische Ahndung von begangenen Verbrechen in den westlichen Besatzungszonen alsbald zum Erliegen kam. Zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Personen gelangten 1951 aufgrund von Entscheidungen des Hohen Kommissars der USA auf freien Fuß. Vor allem dadurch entstand in der Bundesrepublik nachträglich das Bild vollständiger Unangemessenheit der Maßnahmen gegen die sogenannten „kleinen“ Nazis. Doch gelangten diese, soweit sie nicht das Rentenalter erreicht hatten und ihre in der Zeit des Faschismus erworbenen Ansprüche durchsetzen konnten, in übergroßer Zahl wieder auf Arbeitsplätze, die mit ihren vorherigen nach Bedeutung und Entlohnung vergleichbar waren. Diese Regelungen zogen selbstredend auch Betroffene der Entnazifizierung aus der Sowjetischen Zone westwärts, die selbstredend später erklärten, sie seien aus der „Diktatur“ geflohen ...

Die Wirkungen der Entnazifizierung in die deutsche Gesellschaft werden gewiss weitere Untersuchungen der Historiker erfordern und hervorbringen. Im Kern sind überraschende Neuentdeckungen nicht zu erwarten. Doch müsste vor allem die schwierige Frage weiter aufgeklärt werden, wie dieser Prozess auf das Denken der Beteiligten, der Freiwilligen und der Unfreiwilligen zurückwirkte.

Von aktuellem Interesse

Den Hauptteil des Bandes machen 32 Dokumente aus, die aus den Aktivitäten des Sicherheitsdienstes der SS bei der Verfolgung der Juden in Deutschland in der Vorkriegsphase hervorgingen. Ihre Mehrzahl gehörte zum Beutegut der UdSSR und wurde, ohne dass ihr Verbleib bekanntgegeben worden wäre, nach Moskau gebracht. Jetzt sind sie dort in einem Sonderarchiv benutzbar. Nach den Jahren ihrer Entstehung (1934-1, 1935-2, 1936-5, die weiteren 24 Dokumente verteilen sich auf die Jahre 1937 und 1938) bezeugen die Schriftstücke die zunehmende Rolle des SD-Judenreferats bei der Konzipierung jener Politik, deren Ziel die Vertreibung der Juden aus dem Reich bildete. Dokumentiert werden die darauf zielenden Maßnahmen, einschließlich der Behandlung der jüdischen Organisationen, die Erwägungen über ihre Zweckmäßigkeit und Wirkung, sowie die Zusammenarbeit von SD und Gestapo. Zusätzliches aktuelles Interesse kann der Band dadurch beanspruchen, dass er die Untauglichkeit des neuerdings durch Daniel J. Goldhagen verbreiteten Begriffs des „eliminatorischen Antisemitismus“ belegt. Durch ihn werden die qualitativen Unterschiede einer verbrecherischen Judenverfolgung, die auf die Vertreibung der Juden aus dem eigenen „Lebensraum“ ausgeht, und deren Steigerung zur physischen Liquidierung der Juden als wie immer formierte und definierte Menschengruppe eingeebnet. Die unterbreiteten Dokumente machen diese Differenz. Es lässt sich an ihnen indirekt ablesen, welche geistige und psychische Entwicklung die deutsch-faschistischen Judenfeinde selbst binnen kurzem und dadurch durchliefen, dass sie den Mythos vom „Juden“ als dem Feind nicht nur deutscher, sondern jeglicher Menschheitsinteressen annahmen und zur Orientierung und Rechtfertigung ihres Handelns benutzten.

Die Judenpolitik des SD 1935 bis 19348. Eine Dokumentation. Herausgegeben und eingeleitet von Michael Wildt, R. Oldenbourg Verlag München 1995, 220 S. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71), DM 35,00.

antifa, Februar 1997, S. 27.

Überarbeitung geboten

Das Lexikon erschien 1982 als „Jugendlexikon Nationalsozialismus“, wurde 1992 in überarbeiteter Fassung vorgelegt und hat mit dieser Auflage das 20. Tausend überschritten. Die ursprünglich ins Käufer-Nutzer-Visier genommene Leserschaft ist dem Text anzumerken. Stichworte zur Geschichte der faschistischen Jugendorganisation finden sich über-zahlreich. Würde die Begriffsfülle (Pimpf bis Heimabend) durchforstet, ließe sich Platz für andere gewinnen, wie z.B. „Zigeuner (Sinti und Roma)“, „Bibelforscher“, „Deserteur“, „Homosexuelle“, die jetzt vergeblich gesucht werden.

Die Überarbeitung erfolgte teils nachlässig. Noch immer wird mit Bezug auf das Jahr 1982 Rudolf Heß als Insasse des Gefängnisses in Spandau angegeben. Was aber vor allem eine Neufassung des Lexikons erheischt, ist die weitgehende Vernachlässigung ökonomischer und sozialer Aspekte. Welche Überlegungen regierten, als Stichworte wie „Freundeskreis des Reichsführers SS“, „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“, „Reichsstand der deutschen Industrie“, „Rüstung“, „Reichsministerium für Bewaffnung und Munition“ ausgelassen wurden, lassen sich vermuten. Einen Hinweis liefert die Art, in der die „Arisierung“ behandelt wird. Kleine und mittlere Parteimitglieder erscheinen als deren hauptsächliche Nutznießer. Die Wehrmacht erscheint in einem eigenen und in mehreren Stichworten, deren Aussagen auf das Klischee von dem Verbrechen befehlenden und seine Ziele verfolgenden Hitler und seinen willfährigen Offizieren zugeschnitten sind.

Der Begriff „Kriegsziele“ fehlt. Dass die Autorinnen auf die Grenzen ihres handlichen Lexikons verweisen, ist berechtigt, eine so oft an den bloßen Erscheinungen haftende und das oberflächliche Bild ausmalende Verfahrensweise ist damit jedoch nicht gerechtfertigt.

Hilde Kammer, Elisabeth Barsch unter Mitarbeit von Manon Eppenstein-Baukhage, Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945. Rowohlt Reinbek bei Hamburg 1994, 284 S.

antifa, Februar 1997, S. 28.

Sie wurden nicht verbrannt

Rascher, als erwartet werden konnte, ist die „Lücke“ der vierzehn Jahre geschlossen worden. Sie tat sich gedanklich jedem auf, der wusste, dass auch für die Zeit der Weimarer Republik Tagebücher Victor Klemperers existierten. Wie erging es dem konvertierten Juden da? Was dachte er über Deutschlands Vergangenheit, seine Gegenwart und die Zukunftsaussichten des Landes, das ihm als unaustauschbares Vaterland galt? Umfangreicher noch ist diesmal die Auswahl geraten, die Walter Nowojski aus dem Typoskript treffen musste. Auf ein Nachwort hat er verzichtet. Das mag seine Gründe nicht nur in der Eile der vom Verkaufserfolg der Tagebücher für Jahre 1933 bis 1945 beflügelten Produktion gehabt haben. Das jetzt vorliegende Zeitdokument, Selbstzeugnis über einen Weg, der aus einem von vielen Hoffnungen getragenen Leben im Kaiserreich ins Elendsdasein unter der Nazi-Diktatur führte, gibt mehr Fragen auf, als sich anhand der Texte beantworten lassen.

Wie der demobilisierte Soldat in das Zivilleben der Republik eintrat, die er nicht miterkämpft hatte, lässt sich mit einiger Bestimmtheit sagen. Ihn bewegen die Auseinandersetzungen von Revolution und Gegenrevolution. Er nimmt sie wahr, notiert Gehörtes und Gesehenes mitunter ausführlich und berichtet einer Leipziger Zeitung über die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen in München. Doch sein Hauptinteresse gilt der eigenen Laufbahn als Hochschullehrer der Romanistik und als Literaturwissenschaftler. Er erstrebt einen Lehrstuhl und furchtet, dass ihm Antisemiten den Weg dahin verbauen werde.

Zu ermitteln, in welcher weltanschaulich-politischen Verfassung der Dresdner Professor an der Technischen Hochschule das Ende der Republik erlebte, bereitet Schwierigkeiten. Er sitzt im „Entscheidungsjahr 1932“ auf einem ungeliebten Platz fest, wird zunehmend von Krankheiten und körperlicher Schwäche geplagt, seine Frau leidet immer stärker psychisch. Wieder und wieder bezeugt er da seine Flucht in die Arbeit an Manuskripten für Bücher, Aufsätze, Vortragstexte, Rezensionen. Das Tagebuchschreiben wird vernachlässigt, ist ihm immer weniger wichtig, erzeugt sogar „steigend Widerwillen“ (14. Mai 1932). Er betrachtet Eintragungen als „Zeitvergeudung“ (24. April 1932) und mutmaßt, seinen Gesinnungswandel rechtfertigend, die Nutzlosigkeit dieser Beschäftigung.

Gelegentlich befällt ihn, wie am Tage, da Hindenburg wiedergewählt wird, Bedauern darüber, dass er die sich überstürzenden Ereignisse weder festhält noch kommentiert. Daran hinderte ihn auch sein Unvermögen, in den sich immer schärfer abzeichnenden Fronten und deren Kämpfen um Bestand oder Untergang der Republik geistige Orientierung zu gewinnen oder gar aktiv Partei zu ergreifen. Die Eintragungen in das Tagebuch, weiß er, erfordern „Selbst besinnen“. Dabei ist ihm nicht recht wohl.

Klemperer wählt Hindenburg. Er stimmt für die Demokratische Partei, von der er sich freilich nichts erhofft, denn er ist „ganz ohne Enthusiasmus für irgendeine Partei“. Nahezu beiläufig fragt er: „Hitler ante protas – oder wer sonst? Und was wird aus mir, dem jüdischen Professor?“ (20. Juli 1932). Er stünde, hatte er zwölf Jahre zuvor in München bekannt, doch der rechten Seite des Parteienspektrums näher als der linken. Von jener hat er sich entfernt, dieser ist er nicht nähergekommen. Die Sozialdemokraten sind ihm während des ganzen Jahres 1931 keiner Erwähnung wert, die Kommunisten nur, wenn er bei gelegentlichen Bezugnahmen auf die Nazipartei oder auf Mussolini beider Verwandtschaft glaubt festgestellt zu haben.

„Ich lese es nicht wieder, niemand liest es wieder, es wird irgendwann einmal verbrannt.“ (24. April 1932). Die Vorhersage ist nun total widerlegt. Nahezu fünfundsechzig Jahre später können die Nachfahren lesen, wie es einem deutsch-jüdischen Hochschullehrer in einer Republik erging, die nicht an jedem Tage gleichermaßen, aber doch dauernd existenzbedroht war.

Victor Klemperer: Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918-1924, 986 S. und Tagebücher 1925-1932, 893 S., Aufbau Verlag, Berlin 1996.

Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 36. Jahrgang, Heft 141, 1. Quartal (März) 1997, S. 198, 200.

Das hässliche Deutschland

Neuer Ärger mit dem Deutschland-Porträt

Noch hat sich die Aufregung über das Buch des Daniel J. Goldhagen nicht vollständig gelegt, da kommt neues Ärgernis über den Ozean. Und wieder in Gestalt eines Buches. Das Willkommen, das diesem in den Spalten eines Magazins bereitet wird, ruft Erinnerungen wach. So ähnlich war es eben dort vor etwa mehr als einem halben Jahr dem Verfasser von „Hitlers willige Vollstrecker" entgegengetönt. Jetzt ist zu lesen, die Autorin verbreite „reichlich viel Soße" und befleißige sich einer „dickfelligen Wortwahl". Ihre „haarsträubenden Deutungen" seien „ahnungslos oder absichtsvoll falsch" und ihr wäre die „moralische Kompassnadel abhandengekommen". Worauf sie ziele, seien nicht Einsicht und Erkenntnis, sondern ein „Zirkus".

Was verursacht solchen Gruß? Ist doch Tina Rosenberg eine überzeugte Anhängerin der Totalitarismus-Doktrin. Das war sie schon, bevor sie sich 1991 auf die Reise machte, um Polen, die Tschechoslowakei und (Ost)Deutschland zu besuchen und zu ergründen, wie Menschen, deren Verhältnisse sich grundstürzend verändert hatten, ihre Vergangenheit sehen, ob und wie sie sich mit ihr auseinandersetzen. Dafür erhielt sie ein Stipendium, reichlich Helfer und mehrere Jahre „Reisefreiheit".

Ihr Befund über die Vergangenheit Ostdeutschlands entspricht den hierzulande vorherrschenden Klischees: Das „kommunistische System" war von außen aufgezwungen und ein krimineller Staat; die Bürger, die in ihm leben mussten, wurden manipuliert, ihre Mentalität war die von Sklaven, sie lebten als Opfer des Regimes und handelten zugleich als dessen Kollaborateure. Nach Denkweise und Gefühlswelt seien sie so geprägt, dass sie eigentlich menschlich erst wieder werden müssten. Rosenbergs Bilder vom Alltag der DDR lassen erschaudern. Zwei Nahaufnahmen seien zitiert: „So durfte zum Beispiel kein Kind im Kindergarten seiner Mutter hinterherwinken; das Kollektiv war alles." Und: „Die DDR-Universitäten waren so rückständig, dass etwa die Bibliothek an der Juristischen Fakultät an der Leipziger Universität ihr letztes Buch vor der Vereinigung 1970 angeschafft hatte."

Welch ein Unsinn! Er entspricht jedoch dem Zeitgeist. Warum also die wütenden Angriffe auf ihr Buch in hiesigen Medien?

Tina Rosenberg hat in Gesprächen mit Menschen, die im realen Sozialismus lebten, herausgefunden, dass deren ganzes Leben nicht allein auf den Nenner Unterdrückung reduziert werden kann. Die weitverbreitete Akzeptanz des „Kommunismus in der DDR" habe ihre Wurzeln. Und dazu zählt sie: „Es gab keine Arbeitslosigkeit Die Kriminalitätsrate lag wesentlich niedriger als im Westen, und es gab keine Drogenprobleme. Luxusgüter wie Farbfernseher, Autos oder Parfüm waren teuer und mit langen Wartezeiten verbunden, doch die Menschen hatten gemütliche Wohnungen mit Heizung, Gärten und Wochenendhäuser Die Ostdeutschen aßen zu viel Fleisch. Sie mussten nicht besonders schwer arbeiten und brachten aus ihren Betrieben Werkzeuge und Material nach Hause, um an ihren Wochenendhäusern zu bauen." An mancher dieser pauschalen Feststellungen möchte man so wenig klopfen wie an einem baufälligen Fachwerkhaus, aber es wird nicht gesagt werden können, dass eine von ihnen den Geist der Nostalgie atme. „Viele DDR-Bürger wünschten sich, in der Gegenwelt im Westen zu leben, doch überraschend viele fühlten sich von der Ellbogenmentalität und dem Konsumdenken der Bundesbürger abgestoßen ..."

Neuentdeckungen sind das Gewiss nicht. Doch ausgesprochen von einer jungen Amerikanerin, die obendrein dafür noch mit dem Pulitzer-Preis und anderen Auszeichnungen in ihrer Heimat geehrt wurde, wirken sie frustrierend, werden als Fehltritt in den nationalen Fettnapf empfunden.

Da ist vor allem ihre Grundaussage: „Die deutsche Regierung machte sich ein falsches Bild von dem, was die Ostdeutschen wollten, und legte die übliche Blindheit von Großmächten gegenüber den Bürgern schwächerer Nationen an den Tag." Ostdeutschland sei „geschluckt" und seine Bürger von der Entscheidung über ihre Belange weitgehend ausgeschaltet worden. Ihre Betriebe seien „Opfer des Kapitalismus" geworden und also keineswegs bloß infolge maroder Zustände zugrunde gegan-

gen. Leute aus dem Westen seien scharenweise in den Osten eingefallen, in der Hoffnung auf lukrativere Jobs, kometenhaften Aufstieg und traumhafte Mehrung ihres Vermögens. Dies habe vorausgesetzt, dass die Einheimischen im Osten rigoros von ihren Arbeitsplätzen gedrängt wurden. Vor allem letztere Beobachtung wird von Tina Rosenberg wieder und wieder kritisiert und „Säuberung“ genannt. Bei der Entfernung der überflüssigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Ostdeutschland – von den Lehrern bis zu Mitarbeitern der Staatssicherheit (selbst bei Letzteren plädiert Tina Rosenberg für eine Einzelfallprüfung) – sei „mit der Subtilität eines Flammenwerfers“ vorgegangen worden. Sie spricht von faktischen Berufsverboten, „faire Verfahren“ zur Prüfung von Qualifikationen sieht sie nicht.

Was der Amerikanerin“ von keinem Selbstgerechten im deutschen Rechtsstaat je verziehen werden kann, das ist vor allem auch ihr Urteil über das Vorgehen der bundesdeutschen Justiz. Vor westdeutschen Richtern hätten Ostdeutsche nicht nur widerspruchlos Demütigungen hinnehmen müssen. Schon der erste Prozess gegen ehemalige Grenzsoldaten der DDR sei juristisch keineswegs einwandfrei gewesen, wie auch „die Prozesse gegen ehemalige ostdeutsche Staatsdiener in den meisten Fällen ungerecht waren“. Manche Gerichtsverfahren wären zum „Werkzeug des Machtmissbrauchs durch ein neues Regime“ geworden. Das gelte für die „Prozesse gegen Markus Wolf wegen Verrats oder Erich Mielke aufgrund problematischer Beweise“ (Fall Bülow-Platz; K. P.).

Es mag nicht verwundern, dass einer der eifernden Rezensenten Tina Rosenberg entgegenhielt, sie argumentiere, als „hätte sie sich vorwiegend in der Pressestelle der PDS aufgehalten“. Der Vorwurf erledigt sich – dies nebenbei – allein dadurch, dass von dort aus derzeit mit solch ätzender Schärfe nicht auf die Ankunft der Ostdeutschen in der Bundesrepublik geblickt wird.

Auch Tina Rosenberg hält – das sei hier betont – die Bundesrepublik für eine stabile Demokratie. Anders als Goldhagen belässt sie es aber nicht bei dieser Aussage, sondern fügt hinzu, dass diese auf eine ernsthafte Probe bisher nicht gestellt worden sei. Solch kühnen Worte erfüllen offenbar nach Ansicht nicht weniger deutscher Publizisten und Journalisten schon den Tatbestand der Einmischung. Daher und angesichts der Tatsache, dass die Buchautorin kürzlich in den Mitarbeiterkreis der nicht unwichtigen, in den USA meinungsprägenden New York Times aufgenommen worden ist, darf wohl auch erinnert werden, dass in deren Spalten schon einmal für eine „internationale Oberaufsicht über Bonn“ plädiert worden ist. Also ist – wieder – zu befürchten, dass man das Seinige tun werde, um der Dame ihre Auftritte in Deutschland gründlich zu vermasseln (es ist bis dato übrigens nur einer vorgesehen).

Ostdeutschen sei die Lektüre empfohlen. Sie könnten das Buch mit Gewinn lesen, wenn sie in ihm nicht nur nach der Bestätigung jüngster Lebenserfahrungen suchen. Dass Tina Rosenberg der Totalitarismusdoktrin anhängt und den Ideen des Sozialismus eine Chance weder gibt noch zu geben wünscht, brauchte kein Hindernis zu sein, sich über ihr Buch in ein Gespräch einzulassen.

Im Übrigen, Tina Rosenberg, die als Reporterin und recherchierende Politikwissenschaftlerin von 1985 bis 1990 Südamerika bereiste, ist dort Kommunisten begegnet, die sie in der überwiegenden Mehrzahl als „mitfühlende und idealistische Menschen“ charakterisiert. Ob sie auf diesen Typus in Deutschland nicht mehr stieß, ihn womöglich gar nicht gesucht hat, teilt sie in ihrem Buch leider nicht mit. Nahezu an dessen Ende aber findet man den bemerkenswerten Satz, dass das Gegenteil von Kommunismus, womit sie die untergegangene Welt zwischen Elbe und Stillem Ozean bezeichnet, nicht Antikommunismus sei.

Tina Rosenberg, Die Rache der Geschichte. Erkundungen im neuen Europa. Aus dem Amerikanischen von Udo Rennert. Carl Hanser Verlag, München 488 S., 49,80 DM.

Neues Deutschland, 20. Februar 1997, S. 13.

Theodor Dannecker. Ein Judenjäger in Aktion

Intern wurden sie „Judenberater“ genannt und hätte doch treffend nur Judenjäger heißen können. Sie residierten in Paris, den Haag, Brüssel und in den Hauptstädten von Verbündeten des deutschen Faschismus. Da gehörten sie zum Kommando der Sicherheitspolizei, dort besaßen sie diplomatischen Status. Überall erfüllten sie nur eine einzige Aufgabe: Sie erfassten und konzentrierten die Juden und sorgten, dass sie auf ein Signal hin, das aus der Berliner Kurfürstenstraße kam, in Züge verladen und „nach dem Osten“ auf den Weg zu ihren Mördern geschickt wurden. Theodor Dannecker war einer von diesem knappen Dutzend Männer, das im Apparat der „Endlösung“ eine treibende Rolle spielte. Das gelang ihnen nur, weil sie in den deutschen militärischen und zivilen Dienststellen aktionswillige Helfer und unter den Einheimischen skrupellose Kollaborateure fanden.

Wie gelangt man an solchen Platz? Durch welche Antriebe? Auf welchem Weg? Den Fragen geht die in Stuttgart angenommene Dissertation nach, auf der Spur des 1913 in Tübingen geborenen Kaufmannssohns, der sich 1945 in einem Gefängnis in Bad Tölz dem Strang dadurch entzog, dass er sich selbst erhängte. Sie war mühsam genug aufzunehmen, denn Danneckers nichtamtliche Hinterlassenschaft ist dürftig. Es gibt Schulzeugnisse, die auf eine gediegene Ausbildung auf einer Handelsschule hinweisen, dann einen Bericht von seiner etwa 1930 in Tübingen begangenen ersten Gewalttat gegen das Geschäft eines jüdischen Konkurrenten, unternommen in Gemeinschaft mit zwei Kumpanen, die schon Mitglieder der SA waren. Dann existiert die seit 1932 fortgeschriebene Personalakte des SS-Mitglieds. Zwei Jahre später gab er sein ziviles Dasein auf, mit ihm die Aussicht auf ein Leben hinter Ladentisch und über Rechnungen eines Textilgeschäfts, und trat in den aktiven Dienst in Himmlers Truppe. Er wird Wachmann im Berliner Columbia-Haus und im KZ Oranienburg. Nach einer Strafversetzung beginnt sein Aufstieg: 1935 Judenreferent beim Sicherheitsdienst in Stuttgart, 1936 Mitarbeiter im Judenreferat des SD-Hauptamtes in Berlin, Untergebener Heydrichs und Kumpan Eichmanns. 1939 gehört er zu den Organisatoren der dann abgebrochenen Deportationen von Juden aus dem Protektorat in den Osten des Generalgouvernements. 1940 bezieht er seinen ersten Posten als „Judenberater“ in der eroberten Hauptstadt Frankreichs. Als er sie 1942 verlässt – seine weiteren Stationen werden Bulgarien, Italien und Ungarn – sind etwa 42.000 Juden aus dem besetzten und auch aus dem unbesetzten Teil „abgeschafft“, die meisten von ihnen bereits im Gas in Auschwitz erstickt.

Danneckers Eifer, der Druck, den er ausübte und die vielfache Unterstützung, die er u.a. bei dem für das Transportwesen verantwortlichen Wehrmachtsgeneral fand, haben dieses grausige Resultat hervorgebracht. Er hatte sich erfolgreich auch über die schwachen Bedenken derer hinweggesetzt, denen die Judenjagd zu viel Unruhe und auch Komplikationen mit sonst dienstwilligen französischen Marionetten schuf und die mit Vorrang die Ausbeutung des Landes für rüstungswirtschaftliche Zwecke und seine militärische Sicherung und Nutzung betrieben. Kalt, jähzornig, arrogant, herrisch, bei der Ausarbeitung des jeweils nächsten Schritts der Judenverfolgung auch ideenreich stieg Dannecker bis zu einem Hauptmann vergleichbaren SS-Rang auf. Alkoholische Exzesse und Raufhändel bremsten seine Karriere nur kurzzeitig, sie wurden ihm nachgesehen oder lässig geahndet. So zahlreich verfügte Eichmann über ihm ergebene und eingearbeitete Leute auch nicht. Als letzte ihres Kommandos verließen die beiden Budapest beim Herannahen der Roten Armee, die auch die Judenjäger vor sich her und vertrieb.

Steurs Arbeit vervollständigt die anwachsende Zahl der Biographien, die jüngst über die Mörderbande aus dem Reichssicherheitshauptamt vorgelegt wurden: Peter Black über Ernst Kaltenbrunner, Ulrich Herbert über Werner Best, Andreas Seeger über Heinrich (Gestapo-) Müller. Das Bild der Täter auf der ersten und zweiten Ebene des Regimes – lange beschränkten sich Untersuchungen auf Himmler, Heydrich und Eichmann – wird breitet und schärfer, die Erforschung von Beweggründen und Antrieben kommt damit voran. Dazu trägt auch die anwachsende Zahl von Studien über die KZ-Kommandanten bei. Leider hat die Perspektive auf einen der Haupttäter die Autorin verleitet, selbst eine beispielsweise Schilderung der Schicksale von Danneckers Opfern zu unterlassen. Und wenig überzeugend, mitunter geradezu angepappt wirken Passagen, in denen in wörtlichen Wiederholungen abgeschrieben steht, es sei der „Judenmord Hitlers wichtigstes Ziel geworden“.

Claudia Steur, Theodor Dannecker. Ein Funktionär der Endlösung, Klartext Verlag Essen 1997, 251 S. 48,00 DM (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte. Hrsg. Gerhard Hirschfeld, Neue Folge, Bd. 6).

Neues Deutschland, Freitag bis Sonntag, 20. bis 23. März 1997, S. 14.

Besatzungsterror und Kapitalinteressen

„Europa unterm Hakenkreuz“ – Eine Dokumentation

Als die Historiker Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler sich Anfang der 80er Jahre in der DDR vornahmen, der sechsbändigen Geschichte „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ eine Dokumenten-Edition zur Nazi-Okkupationspolitik folgen zu lassen, konnten sie zum wenigsten die Klippen vorhersehen, auf die ihr Vorhaben stoßen würde. Sie waren des Zusammenwirkens erfahrener Geschichtswissenschaftler und Archivare sicher und konnten sich auf wissenschaftliche Einrichtungen stützen. Der VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften verfügte über die notwendigen personellen und finanziellen Mittel, das Unternehmen mitzutragen. Auch Interessenten fehlten nicht. Fachbuchpreise waren noch keine Barrieren.

Nun ist die Reihe abgeschlossen. Das Verdienst daran gebührt durchweg in der DDR ausgebildeten Fachleuten: Helma Kaden (zu Österreich/Tschechoslowakei), Werner Röhr (Polen), Ludwig Nestler (Frankreich und Belgien/Luxemburg/ Niederlande), Norbert Müller (Sowjetunion), Martin Seckendorf (Jugoslawien/Griechenland/Albanien/Italien/Ungarn), Fritz Petrick (Dänemark/Norwegen) und den vielen ihrer Mitarbeiter und Helfer Dass das große historiographische Unternehmen aber die „Wende“ überdauern konnte, die bis dahin erschienenen fünf Bände nicht als Torso belassen wurden, ist einem 1991 an der Spitze des Bundesarchiv getroffenen Entschluss zu danken. Dies ist vor allem dessen Präsidenten Friedrich B. Kahlenberg hoch anzurechnen. So konnte eine Edition zum Abschluss gebracht werden, die sich international sehen lassen kann und nebenbei die These von der „Wissenschaftswüste“ widerlegt, die im Osten Deutschlands existiert haben soll.

Die Dokumentation der faschistischen Okkupationsverbrechen und insbesondere des Besatzerterrors ist ein Schwerpunkt der Dokumentenauswahl. Der zweite, der die Spezifik der Anlage und Ausführung prägt, befasst sich mit der „Wirtschaftspolitik der Okkupanten“. Aufgedeckt wurden die Ausplünderung der eroberten Länder mit und ohne System, die Ausbeutung der Arbeiter vor Ort und ihre Zwangsverschleppung ins Reichsgebiet, die Praxis der Enteignungen, „Arisierungen“, aber auch der „friedlichen“ Durchdringung auf dem Wege der Kapitalverflechtung. Die Liste der deutschen Konzerne und anderen Großunternehmungen, die involviert waren, ist zu lang, als dass sie hier alle genannt werden könnten. Schon im Eröffnungsband erscheinen mit der IG Farben AG die Reichs-, die Deutsche und die Dresdener Bank, die Aktiengesellschaften der Mannesmann-Röhrenwerke, der Klöckner-Werke, der Gutehoffnungshütte, der Steyr-Daimler, Puch u. a.

Das ursprüngliche Anliegen des Ergänzungsbandes, „vergleichende Untersuchungen zur Okkupationspolitik der Achsenmächte in Europa 1938-1945“ zu bieten, scheiterte, da das personelle Hinterland nicht mehr vollständig vorhanden und das institutionelle vollends verloren gegangen war. Was stattdessen nun abschließend präsentiert wurde, ist jedoch mehr als ein Ersatz. Werner Röhr, der sich wie kein zweiter des Erbes annahm und es mehrte, eröffnet den analytischen Teil mit einer Übersicht über „Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik“. Daran schließt sich die Studie des Juristen Günther Wieland an über den „Beitrag der deutschen Justiz zur Ahndung der in den besetzten Gebieten verübten NS-Verbrechen“. Zur Quellenlage und zum Erschließungsstand der einschlägigen Archivalien äußert sich der polnische Historiker Czesław Madajczyk. Der Kärrnerarbeit, eine Auswahlbibliographie zusammenzustellen und die nach Personen-, Orten-, Behörden-, Firmen-, Institutionen- und Organisationen aufgeschlüsselten Register für die Gesamtedition zu erstellen, unterzogen sich Margarete Piesche und Heidemarie Kruschwitz.

Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register Bd. 8. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr. Hrsg. vom Bundesarchiv. Hüthig Verlag, Heidelberg 1996. 901 S., geb., 198,00 DM.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. April 1997, S. 15.

Bereicherung der „Holocaust“-Forschung

Nach dem Lesen dieses Buches möchte man noch einmal bedauern, dass Daniel J. Goldhagen während seiner Deutschland-Reise nicht mit jungen Forschern vor Zuhörersälen und Fernsehkameras diskutiert hat. Deren Arbeitsergebnisse erweitern und bereichern die „Holocaust“-Forschung derzeit in erfreulich großer Zahl. Solche Begegnungen hätten sich weniger in den Untiefen von Konzeptionen, sondern näher am „Material“ bewegt und nicht den Eindruck aufkommen lassen, es ginge darum, einen unwillkommenen Eindringling mit seinen Fragen zurückzuweisen und vergangene (übrigens von kaum jemandem außer von Goldhagen bestrittene) Verdienste im Bewusstsein zu halten.

Sandkühler hat über Jahre in deutschen, polnischen, ukrainischen und amerikanischen Archiven gearbeitet und Zeitzeugen befragt. So befähigte er sich, die Geschichte des Massenmords in jenem Territorium zu schreiben, in dem wie in keinem anderen Gebiet Europas sich jüdische Bevölkerung (unter Polen und Ukrainern) konzentrierte, in manchen Städten und Ortschaften die absolute Mehrheit der Einwohner bildete. Die Zahl der umgebrachten Juden in Galizien, das alsbald nach seiner Eroberung durch die Wehrmacht 1941 als eigener Distrikt dem „Generalgouvernement“ zugeschlagen wurde und das wegen seiner Erdöl- und Erdgasvorkommen für die Okkupanten auch besondere kriegswirtschaftliche Bedeutung besaß, beziffert der Autor auf 520.000.

Sandkühlers Studie führt in ungleich mehr Dimensionen als die von Goldhagen wieder aufgenommene Spur der Polizeibataillone. Er verfolgt das Verbrechen in Beziehung zu den ökonomischen, kriegsstrategischen (u. a. Bau der Durchgangsstraße IV) wie den Germanisierungsinteressen, erhandelt von der Rolle der Mördergruppen und von deren einheimischen Kollaborateuren ebenso wie von der Beteiligung der unterschiedlichsten Besatzungsorgane an Planung und Durchführung der Vernichtung. Und er kommt mit der Würdigung der Rolle von Berthold Beitz, der sich als junger Fachmann auf kaufmännischem und organisatorischem Gebiet zum Zivildienst im „Osten“ gemeldet hatte und der einer der wenigen deutschen „Judenretter“ wurde, auf die speziellen Interessenlager deutscher Großunternehmen zu sprechen, die sich auf Dauer in Osteuropa festzusetzen gedachten. Glorifizierungen liegen dem Autor so wenig wie Anklagen, die von den Bedingungen menschlichen Handelns in Gruppen oder als einzelne absehen. „Rettung durch Arbeit“ sei, ob sie von Judenräten oder von Deutschen versucht und erreicht wurde, „ab einer bestimmten Stufe nur durch die Beteiligung an Selektionen möglich, wer zu helfen versuchte, machte sich notwendigerweise auch mitschuldig. Der statische Begriff des ‚Judenretters‘ wird dieser komplexen Situation nicht gerecht.“

Diese Textstelle erinnert an die „akademische Art“, in der kürzlich über die „roten Kapos“ von Buchenwald diskutiert wurde. Das Buch schließt mit sorgfältig recherchierten Biographien der an der Judenvernichtung beteiligten deutschen Besatzungsfunktionäre vom in Lwów etablierten SS- und Polizeiführer Friedrich Katzmann bis zum Personal in Städten, Lagern und kleineren Stützpunkten des Territoriums. Sie erfassen mitunter auch deren Lebenswege nach 1945. Aus seiner Forschungsperspektive erscheint dem Verfasser der Judenmord als „ein vollständig sinnloses Verbrechen“. In einer Dimension, welche die Kriegsendziele einbezieht, wird sich diese Aussage überprüfen und mit Gründen zurückweisen lassen.

Thomas Sandkühler: „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1996, 592 S., DM 58,00.

antifa, Mai 1997, S. 26.

Schuld ist nicht erblich, aber ...

Eine Betrachtung nicht allein aus Anlass des 8. Mai.

Die Deutschen waren und sind sich über die Benennung des Tages uneins, der unauslöschlich in ihre wie in die europäische Geschichte geschrieben wurde und das – wie Winston Churchill 1940 den Briten den Weg dahin beschrieben hatte – mit Blut, Schweiß und Tränen. Die einen Sprechen vom Tag der Niederlage, andere vom Tage der Kapitulation, dritte wieder schlicht vom Ende des Zweiten Weltkrieges, eine Aussage, die nur für Europa zutrifft. Die Begriffe konkurrieren auch in den Geschichtsbüchern, die in den Schulen gebräuchlich sind.

Auf den ersten Blick erscheint es als eine aus Toleranz geborene Haltung, es jedem, der immer weniger werdenden Zeitgenossen und ebenso den Generationen der Nachgeborenen zu überlassen, sich überlegt oder auch einfach gedankenlos dieses oder jedes Terminus zu bedienen. Verordnen lässt sich denken ohnehin nicht. Genaueres Hinsehen mag dann aber doch die Erinnerung aufkommen lassen, dass sich die Deutschen in diesem Jahrhundert schon vor jenem Jahr 1945 einmal ganz und gar darüber verfeindet hatten, welches die rechte Art sei, auf einen von ihnen geführten Krieg zurückzublicken. Damals ging es um den ersten Weltkrieg. Die Auseinandersetzungen wurden buchstäblich mit allen erdenklichen Mitteln geführt. Als den Gefolgsleute Hitlers die Verfilmung von Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ gegen den mordspatriotischen Strich ging, traten sie mit Fäusten, Stinkbomben, Niespulver, weißen Mäusen und mit allen Radaugerät dagegen an. So weit sind wir 1997 Im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg nicht gekommen. Oder nur: noch nicht?

Die Wahl der Begriffe drückt eine Entscheidung aus, mitunter auch den Versuch, ins „Neutrale“ auszuweichen. Wer hat den umstrittenen Maitag 1945 Tag der Befreiung nennt, gibt zumindest eine bestimmte Einsicht in die Rolle zu erkennen, welche die Deutschen seit 1938 in der Geschichte vor allem, aber nicht nur Europas zu spielen begonnen hatten. Das taten sie vom Einmarsch in Österreich im März 1938 an mehr als sieben Jahre hindurch. Erst dann wurden sie von ihrer Rolle der anfänglich erfolgreichen und siegesgewissen, dann der gescheiterten Welteroberer definitiv befreit.

Wenn Schüler fragen ...

Das Thema kommt zwischen Oder und Saar seit Monaten in zwei Zusammenhänge immer wieder in Rede und Streit. Zuerst durch die Diskussion über das Buch des amerikanischen Soziologen Daniel J. Goldhagen. Dann und breiter noch durch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Weder durch jenes noch durch diese wurden die Deutschen gespalten. Buch wie Ausstellungen machten sichtbar, dass ein erheblicher Teil der Deutschen die Schwierigkeiten mit ihrer Geschichte nicht hinter sich gelassen hat, sondern sie erst noch bewältigen muss. Ob und wie das geschieht, darüber wird weiter auch in Schulklassen entschieden werden, weshalb die Frage, ob sich aus dieser gegenwärtigen Geschichtsdiskussion Konsequenzen für das Lehrer-Schüler-Gespräch ergeben, in Kollegin erörtert werden könnte.

Erfahrungen, die in ostdeutschen Schulen verschiedenen Typs gemacht werden konnten, deuten darauf hin, dass ein „Thema“ die Aufmerksamkeit auch von Schülern beansprucht, die der Beschäftigung mit der Geschichte besonderes Interesse nicht entgegenbringen: Wie und wodurch kamen Menschen ihre eigenen Vorfahren dahin, in der Geschichte, und d. h. gegenüber anderen Menschen, ihren Mitmenschen und den nahen und fernen Nachbarn, Schuld auf sich zu laden? Ist die Beobachtung richtig, dann würde sie auch zu einer erfreulichen Feststellung berechtigen: Die politischen Kräfte der äußersten Rechten, die jede Frage nach der Schuld zugleich als ein Akt unzeitgemäßer Deutschfeindlichkeit abtun möchten, hätten dann Gehör kaum gefunden.

Indessen ist der ersten eine zweite Beobachtung anzufügen: Es scheint gelungen zu sein, die Frage nach der Schuld in der Geschichte begrifflich hochgradig zu verwirren, so dass jede Erörterung über Täter- und Mittäterschaft damit beginnen muss, die Differenz zwischen juristischer und historischer Schuld herauszuarbeiten. Andernfalls, das zeigten die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“, kommen diejenigen zum Zuge, die behaupteten, es sollten alle deutschen

Soldaten des zweiten Weltkriegs zu Verbrechern, zu Killern erklärt werden, wogegen das Andenken der Vorfahren verteidigt und geschützt werden müsse.

Die Frage nach der juristisch fassbaren Schuld von Deutschen, entstanden in den Jahren zwischen 1933/1939 und 1945, hat deutsche und internationale Gerichte über Jahrzehnte beschäftigt. Aus dieser Arbeit sind Aktenberge hervorgegangen. Sie bilden inzwischen die Basis vieler spezieller Untersuchungen. Dennoch weiß bis heute niemand exakt zu sagen, wie viele Verfahren gegen Deutsche es von Frankreich bis in die Sowjetunion, von Norwegen bis nach Italien gegeben hat. Wie viele Urteile gefällt, wie viele vollstreckt wurden? Die Idee, ein internationales Handbuch der Nachkriegsprozesse zu erarbeiten, wurde 1996 in Wien geboren. Der Nutzen ist unbestritten. Ob das Unternehmen zustande kommen wird, erscheint fraglich. Was die beiden deutschen Staaten angeht, so war der Umgang ihrer Justizorgane mit den „Kriegs- und Naziverbrechern“ von Gemeinsamkeiten und von erheblichen Unterschieden gekennzeichnet. Darüber lassen sich inzwischen aus vielen Quellen auch sachliche Informationen beziehen.

Inzwischen ist die Feststellung der juristischen Schuld – die Fahndung nach Tätern, die Erhebung von Anklagen und der Auswurf von Urteilen – fast an ein Ende gekommen. Die Gruppe der Täter ist nahezu ausgestorben. Die überlebt haben, sind zumeist nicht mehr prozess-, in nahezu allen Fällen von Verurteilung nicht mehr haftfähig. Einer, der sich die Feststellung und Ergreifung von Mördern und Massenmördern, denen er selbst entronnen war, zur Aufgabe gemacht hat, Simon Wiesenthal, erklärte schon vor Jahren, dass es ihm nicht darum gehe, diese „alten Männer“ hinter Schloss und Riegel zu bringen. Jedoch – so seine Worte sinngemäß – sie sollten nicht das Recht haben, in Ruhe zu sterben.

Diesen Standpunkt mag man respektieren, vielleicht auch teilen. Gewiss ist: Der mehr als ein halbes Jahrhundert währende Zeitraum der juristischen Verfolgung der Täter geht zu Ende. Die Schuldigen neben ihrer Schuld – von ihnen einbekannt oder bestritten, nach menschlichen Bemessungen gesühnt oder ungesühnt – mit in ihre Gräber. Schuld vererbt sich nicht. Doch ist sie zu belastender Erinnerung von Nachgeborenen geworden, den direkten Nachfahren zumal. Und das sollten sie bleiben, aus – wie zu beschreiben sein wird – „praktischen“ und gegenwärtigen Gründen.

Historische Schuld, so wenig vererbbar wie die juristische, die sie nach nationalen und internationalen Rechtsnormen erfassen lässt, meint etwas anderes. Sie ist durch die Tatsache entstanden, dass Millionen und Abermillionen Deutsche, nahezu das ganze Volk, sich freiwillig oder nicht zum Instrument einer politischen Führungsgruppe machten, die nach Herrschaft über Europa und Vorherrschaft auf dem Erdball strebte und zur Erreichung dieses Ziels mit einer Skrupellosigkeit ohne jedes geschichtliche Beispiel zu Werke ging und zu Werke gehen ließ. So berechtigt es folglich ist, in dieser Beziehung von den Deutschen zu sprechen, so notwendig ist der Zusatz, dass die so entstandene geschichtliche Schuld am Tode und am Unglück von Menschen vieler Völker und Nationen abgestuft war. Das haben die Siegermächte durch ihr Vorgehen nach dem Kriege nicht nur im Prinzip anerkannt, wobei es eine Differenz zwischen dem Vorsatz und seiner Verwirklichung vielfach gab. Aber keine dieser Abstufungen führt aus dem Bereich jeder historischen Mitschuld heraus. Alle von Gruppen wie von Einzelpersonen unternommenen Fluchtversuche ins Land der Unschuld sind letztlich gescheitert. Das Schutzschild mit der Aufschrift „Ich bin’s nicht, Adolf Hitler ist es gewesen“ ist längst durchlöchert wie ein Sieb – nicht von Böswilligen, sondern durch Tatsachen, deren Kraft gerade auch die anerkennen, die sie ignorieren.

Versuch von Gleichmacherei

Wer von der schuldhaften Rolle der Zeitgenossen spricht, sieht sich zugleich vor der Notwendigkeit, sich gegen unausgesetzte Versuche von Gleichmacherei zu wenden, die sich nach wie vor auch in Wortwendungen wie denen von den Untaten „in deutschem Namen“ und „von deutscher Hand“ äußert. Die Hitler an die Macht haben wollten und ihn dahin brachten und der Junge, der, als das geschah, noch in den Kindergarten lief, dann aber alt und verbildet genug war, noch im Januar 1945 in der „Festung Breslau“ freiwillig zur Kampfgruppe Hitlerjugend zu laufen, um „Russen“ totzuschießen und vermeintlich das Vaterland zu retten, sind zu unterscheidende Akteure. Das auch nicht

absichtslose Gerede von „den (angeblich gleichermaßen schuldig gewordenen) Deutschen“, obendrein verbunden mit dem gleichzeitigen Protest gegen das Phantom von der „deutschen Kollektivschuld“, wirkt der Beschäftigung mit der Geschichte nicht weniger entgegen, wie das Bestreiten von Tatsachen, die kein schwarz-weiß-roter Regen übertünchen kann.

Die Rolle der Deutschen im Nazireich und während des Krieges wurde, wie etwa in den Protokollen des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses (von ihm war trotz mehrerer 50. Jahrestage in Deutschland merkwürdig wenig zu hören und zu lesen) nachgelesen werden kann, keineswegs über den sprichwörtlichen Leisten geschlagen. Doch wurden sie – jenseits von juristischer Verfolgung und Bestrafung von einzelnen – für das Geschehene und eben von ihnen Angerichtete in eine kollektive Haftung genommen.

Sie hat das Leben von Großgruppen wie von Individuen in sehr unterschiedlichem Maße geprägt, und es kann gar nicht die Rede davon sein, dass diese Haftung sich gleichermaßen oder gar angemessen auf die Deutschen verteilt hätte. Die Hinterpommern traf sie anders als die Saarländer, und die Bayern durchlebten die ihnen zugedachten Kriegsfolgen anders als die Helgoländer. Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Bergwerken der Ukraine oder Frankreichs arbeiteten, so einen sehr geringfügigen Teil der von ihnen verursachten Zerstörungen behebend. lebten in jenen Jahren anders als die deutschen Zivilinternierten in Dänemark. Und die zur erfinderischen Arbeit nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten, Wissenschaftler und Techniker hatten für die deutschen Kriegstaten anders einzustehen, als – wenn „einstehen“ hier überhaupt die Wirklichkeit trifft – die Rüstungsfanatiker, die von Peenemünde in die USA transportiert wurden.

Die Ostdeutschen, um von Großgruppen zu reden, hafteten mit Reparationsleistungen, von denen man lange im westdeutschen Staat nicht einmal reden wollte. Die Reichen gingen aus Krieg und Nachkrieg in aller Regel reich und manche reicher hervor. Und – nicht zu vergessen – im beschriebenen Sinne hafteten die einstigen, als „Mitläufer“ eingestuften Faschisten ebenso wie die Antifaschisten, die Jahre ihres Lebens hinter Gittern oder elektrisch geladenen Umzäunungen hatten verbringen müssen. Und diese beklagten sich nicht selten weniger darüber als jene ...

Schulden, die ungetilgt sind

Vererbt sich auch historische Schuld nicht, so gehört zur unerledigten Hinterlassenschaft jener Zeit ein von niemandem exakt bestimmtes Maß an Schulden. Die könnten im Verlauf des zurückliegenden Halbjahrhunderts von deren Verursacher längst beglichen worden sein. Während sich aber einstige Generale, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, Beamte des Nazistaates und weitere Diener des Systems mit Zahlungen versehen sahen, die aus ihren angeblich wohlerworbenen Ansprüchen herrührten, unterblieb die Bildung von Fonds, in die jene Gelder gehört hätten, die – soweit hier Wiedergutmachung überhaupt gedacht werden kann – an die nach Deutschland Zwangsverschleppten zu entrichten waren. Zahlungspflichtig wären vor allem die Eigentümer großer, mittlerer und kleiner Betriebe, der Staat und Private, Unternehmer aus Industrie, Handel und Landwirtschaft. Diese „Rechnung“ ist weitgehend offen, die Schulden sind ungetilgt. Die „Gläubiger“ sterben dahin, nicht wenige von ihnen leben in elenden Umständen. Derweil wird in Deutschland über die bestgeeignete Methode zur Behauptung des Standorts im Wohlstand gestritten. Schulden werden auch Gegenrechnungen präsentiert.

Bleibt die Frage nach der Verantwortung. Sie kann aus der Vergangenheit hergeleitet werden. Richtet sich aber – anders als juristische oder historische Schuld – doch ganz auf die Tatsachen und Prozesse der Gegenwart. Und: Verantwortung entspringt aus einem subjektiven Entschluss, d. h. sie kann, sie muss nicht übernommen und getragen werden.

Fragen nach der Verantwortung

Denkbar ist ein Standpunkt, der sich gegenüber den Abläufen deutscher Geschichte in den zwanziger bis vierziger Jahren so gleichgültig und beziehungslos verhält wie – sagen wir – zur Seeschlacht von Salamis und sich einfach auf die Feststellung zurückzieht: Es lagen diese Vorkommnisse vor meiner Geburt, sie entstanden ohne mein Zutun, folglich habe ich damit nichts zu schaffen. Eine

andere anzutreffende Haltung meint, für die nachgeborenen Deutschen ergäben sich aus dem Leben ihrer jüngsten Vorfahren in besonderem Grade Anstöße, ihre gegenwärtige Rolle mit und zwischen den Völkern zu bedenken und, was so gewonnen würde, müsste in die Bestimmung von heutigem Tun und Lassen wohl mit eingehen.

Die Schüler aller Schultypen in Deutschland sollten ihre Lehranstalten nicht verlassen, ohne dass dieses Thema angeschlagen und verdeutlicht wird, dass jeder diese Entscheidung für sich treffen muss. Für sich, d. h. in allererster Linie auch zu seinem eigenen Nutzen und nicht abgefordert von anderen. Das Thema hat an Aktualität noch gewonnen, und es wird umstritten. Ableitungen, die neuerdings aus den Jahren der Naziherrschaft und des Krieges vorgenommen werden, fallen weit auseinander. Was sollte das heißen: Dieses größere Deutschland müsse mehr Verantwortung in der Welt übernehmen? Die Antwort auf diese Frage kann „delegiert“ werden. Wer so verfährt, braucht noch einen Adressaten. Über die Nachteile dieses Verfahrens: siehe weiter oben.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 19/20, 15. Mai 1997, S. 16.

Zur Geschichte der sozialen Demagogie: das Beispiel des Nazifaschismus

In einer von den Jungen Nationaldemokraten herausgegebenen Flugschrift findet sich mit anderen auch die Parole „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“. Verfochten werde, so heißt es darin weiter, ein „volksbezogener Sozialismus“. Die Prägung und Verwendung des Begriffs zeigen zum einen, dass in einem Moment, da sozialistische Bestrebungen nach dem Scheitern des Realsozialismus weithin (und fälschlich) als historisch erledigt angesehen werden, Gruppen im äußersten rechten Winkel der Politik offenbar glauben, dass antikapitalistische Parolen nach wie vor ihre Zugkraft besitzen. Und zum anderen verweist die Wortwendung vom „volksbezogenen Sozialismus“ zurück auf ähnliche, sich vom „internationalen Sozialismus“ abgrenzende und ihm entgegengesetzte Begriffe. Unter denen gewann die Losung vom „nationalen Sozialismus“, zu „Nationalsozialismus“ verkürzt und so in den Parteinamen der NSDAP aufgenommen, unter Millionen Deutschen zu Beginn der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts die größte Anziehungskraft. Mit ihm wurde zugleich die ärgste Verwirrung geschaffen. Sie entstand aus der bis in den Antikapitalismus gesteigerten sozialen Demagogie. Wie sich zeigt ist sie nicht tot, nicht mit dem Ende des Dritten Reiches untergegangen.

„Volksbezogener Sozialismus“ – so wird erklärt – wende sich „gegen alle lebensfeindlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen“, woran die Forderung geknüpft ist: „Nicht der arbeitende Mensch darf als Ausbeutungsobjekt für das Kapital da sein, sondern das Kapital muss der Arbeit und dem arbeitenden Menschen dienen.“ Hier nun wird die Verwandtschaft zur Demagogie Hitlers und seiner Mitführer überdeutlich. Der „volksbezogene Sozialismus“, erfahren wir auf diese Weise, verträgt sich durchaus mit einer bestimmten „dienenden“ Spezies von Kapital. Da fehlt, würde man ein Reinheitsgebot als Maßstab anlegen, nur noch die wesentliche Unterscheidung, dass das „ansehe“ Kapital das dienende, das „jüdische“ hingegen das ausbeuterische sei.

Wenden wir uns von den Epigonen zu den Urhebern, von der Imitation dem Original zu, also der *Nationalsozialistischen* Deutschen Arbeiterpartei, die sich auf dem Weg an die Macht und an der Macht unausgesetzt der sozialen Demagogie bediente, also während der gesamten Zeit ihrer 25jährigen Existenz zwischen 1920 und 1945. Zuvor aber sei daran erinnert, dass, wer sich in der DDR kurz und knapp über die Bedeutung von Demagogie unterrichten wollte, von Nachschlagewerken im Stich gelassen wurde.

Dabei hätten doch die meisten Deutschen, würde man sie nach dem Jahre 1945 danach gefragt haben, mit dem Begriff des Demagogen vor allem die Figur Hitlers und einiger seiner Mitführer, vor allem die des Propagandaministers Josef Goebbels, des Führers der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley und einiger anderer in Verbindung gebracht haben. Nicht so selten wurde dieser gedankliche Bezug damals freilich auch aus dem Bedürfnis geboren, sich selbst als Verführte , als Opfer dieser Verführer, zu begreifen und auszugeben, die der Raffinesse des/der Demagogen zum Opfer gefallen sei. Nun ist das ganz gewiss massenhaft der Fall gewesen. Dennoch erschöpft sich die Beziehung zwischen der deutschfaschistischen Führungsgruppe und ihrer Gefolgschaft nicht auf Betrug.

Da aber im Folgenden vor allem davon die Rede sein wird, soll vorab wenigstens in aller Kürze daran erinnert, eigentlich eben nur erwähnt werden, dass die Unterwerfung der Massen unter die Diktatur und zwar zum Zwecke ihrer beliebigen Verwendung auf drei Fundamenten stand: Erstens auf dem des Terrors, zweitens auf dem der Demagogie und drittens auf dem der Korruption oder – wie sich auch und wohl besser sagen ließe – auf dem der Erfolgsbestechung, die nicht nur ein materieller, sondern ebenso ein immaterieller – zu denken ist an die späteren Erfolge der Außenpolitik – Vorgang war. Einmal an der Macht, wuchsen die Möglichkeiten der deutschen faschistischen Machthaber, sich dieser Instrumentarien zu bedienen. Zu ihrer Untersuchung ist durch die Geschichtswissenschaft der DDR nicht eben viel geleistet worden.

Unerlässlich ist es, sich mit der Struktur der NS-Demagogie zu befassen. Vier ihrer Elemente sind da unschwer zu erkennen und voneinander zu scheiden: Die Rassendemagogie, die nationale Demagogie, die soziale (oder sozialistische) Demagogie und schließlich die Friedensdemagogie, die ebenfalls zum festen Bestand des Repertoires Hitlers und der braunen Agitatoren gehörte und zwar – wie die Formel „vom uns aufgezwungenen Krieg“ belegt – auch während aller Kriegsjahre. Die Aufzählung allein macht deutlich, dass sich diese Elemente zu einander nicht widerspruchsfrei verhielten. Während die Rassendemagogie das Vorrecht der „arischen Rasse“ postulierte, sich andere angeblich nicht zur Staatsbildung, zur Kulturschöpfung etc. befähigte „Rassen“ zu unterwerfen und dienstbar zu machen, ja sie auch zu vernichten, behauptete die Friedensdemagogie, die deutschen Volksgenossen wünschten nichts anderes, als dass die anderen sie in Frieden ließen, damit sie in der von Goethe verhießenen Weise Sümpfe trocken legten – ihre eigenen – und Länder dem Meere abgewännen – an ihren eigenen Küsten.

Wenn von der Demagogie des Hitlerfaschismus, so auch der Titel einer Monographie von Joachim Petzold (mit dem Untertitel: Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur, 1982) , die Rede ist, so haben wir – wie bei allen geschichtlichen Erscheinungen von einiger Dauer – Etappen ihrer Entstehung und ihres Wirkens zu unterscheiden, sie in ihren Konstanten und Variablen, in ihrer der jeweiligen Situation und den Zielen angemessenen Anwendungsweise zu begreifen und zu analysieren. Zu unterscheiden sind vor allem die Jahre, in denen die NSDAP-Führer als die vorgebliche entschiedenste Opposition im Weimarer Staat agierten, und diejenigen der faschistischen Diktatur, als sie für die staatlichen und gesellschaftlichen Zustände zwar anfänglich noch immer ihre Vorgänger verantwortlich machten (das angeblich „marxistische System“), dann aber mehr und mehr für sich in Anspruch nahmen, was die „Volksgemeinschaft“ geschaffen habe.

Wer sich mit der sozialen Demagogie der Nazifaschisten – wie gesagt – einem Element ihrer Demagogie befasst, muss sich bewusst bleiben, dass dies mit einer nachträglichen gedanklich-gewaltsamen Herauslösung verbunden ist, einer Separierung, die in der politischen Praxis der Demagogen nie existierte. Die Elemente wurden ständig ineinander verwoben. Das Vorrecht der Rasse umfasste stets auch das Vorrecht besser zu leben, reicher zu sein, sich besser zu bekleiden, zu ernähren, zu behausen, einen Volkswagen zu besitzen, mit „Kraft durch Freude“ zu verreisen, kinderreich zu sein usw. Die nationale Demagogie, denken wir an die Hetze gegen den Versailler Friedensvertrag und die unausgesetzte Berufung auf die kettende „Tributpflicht“ gegenüber den Siegermächten – ein in vielen Variationen benutzter Begriff der Nazidemagogen – verwob sich immer auch mit dem Gedanken, es würde der „deutsche Aufstieg“ beginnen, wenn erst dieses „Joch“ abgeschüttelt wäre, in das die Deutschen vom „internationalen Bank- und Börsenkapital“ mit Hilfe einheimischer „Erfüllungspolitiker“ gepresst worden seien. Von der sozialen Grundkomponente der Friedensdemagogie war mit dem Verweis auf das Schlussbild des „Faust“ schon die Rede. Und später dann als zum äußersten Kriegseinsatz aufgehetzt wurde, verband sich auch das wieder mit Verheißungen vom glücklichen Endsieg in einem reichen Großdeutschland, in dem alle auch materiell gewonnen haben würden.

Die soziale Demagogie, die übrigens ein Kennzeichen aller faschistischen Bewegungen und Regime war und ihre jeweiligen nationalen Ausprägungen besaß, war keine Erfindung dieser Parteien und ihrer Führer und Ideologen. Was sie aber bald nach dem Beginn dieses 20. Jahrhundert neu in die Geschichte der Demagogie brachten, war deren Steigerung zur *sozialistischen* Demagogie, eine Aufgipfelung, deren Verfechter sich nicht scheuten, sich als Vorkämpfer für eine Revolution – in Deutschland der „deutschen“, im Gegensatz zur internationalen – und als Wegbereiter einer Überwindung des Kapitalismus auszugeben. Dabei bedienten sie sich eines Wortradikalismus, den es bis dahin nicht gegeben hatte.

Die soziale Demagogie der Faschisten war die an ihnen am meisten irritierende Erscheinung und in ihren Wirkungen galt sie denen, die auf Bündnisse mit der NSDAP-Führungsgruppe aus waren, dann mit ihr sich gar in Regierungen verbinden wollten, als der Unsicherheitsfaktor schlechthin. Gerätselt wurde, was Programm, was Etikett sei. Gemutmaßt wurde, ob Hitler ein Sozialist sei oder nicht eher dieser im „roten Berlin“ werbende Goebbels. Vor allem aber wurde gefragt, ob es diesen Führern, wenn sie vom Standpunkt der großen Bourgeois aus gesehen schon „gemäßigt“, „vernünftig“, „echt“ waren, gelingen würde, die mit sozialen Versprechungen vollgestopften Massen auch

dann noch unter ihren Fahnen zu halten, wenn die unausweichliche Ernüchterung eintreten müsste. Manche bezweifelten das ganz und gar. Anderen erschien das möglich, aber der Grad der Wahrscheinlichkeit unbestimmbar und das Risiko daher zu groß. Dritte beurteilten Hitler und seine Mitführer als gerissen genug, nicht in die Rolle des Zauberlehrlings zu geraten.

Für deren Weg an die Macht war es unerlässlich, dass sie die Mächtigen der Wirtschaft, da doch auf die sozialistische Phrase nie verzichtet werden konnte, zum einen von ihrer „Echtheit“ als Verfechter von innen- und außenpolitischen Kapitalinteressen überzeugten, zum anderen auch Vertrauen in ihre massenbeherrschenden Kräfte und Künste verbreiteten. Das erforderte ständige „Aufklärung“ in persönlichen Gesprächen und durch Reden, die nicht für die Ohren und Augen der Massengefolgschaft bestimmt waren, und auch Handlungen, er“ die als Beweis für solche Fähigkeit genommen werden konnte. Die 1930 erfolgende Trennung von Otto Strasser („Die Sozialisten verlassen die NSDAP“) galt als ein solcher als Nachweis und ebenso, was weniger bekannt ist, die 1930/31 geübte Regierungspraxis von Wilhelm Frick in Thüringen. Dort stimmte die em NSDAP-Landtagsfraktion sozialpolitische Anträge nieder, die sie aus der Opposition selbst gestellt hatte und die inzwischen von der Sozialdemokratie übernommen worden waren. Nur eben ein Land von der Größe Thüringens war nicht das Reich.

Indessen waren die Versprechungen der Faschisten doch nicht uferlos. Auf dem Weg zum 30. Januar 1933 wurden sie gegenüber denen aus den Startzeiten der NSDAP deutlich eingeschränkt. Und diese Reduzierung besaß ihre Ursachen und Antriebe. Am bekanntesten ist, dass Hitler selbst das angeblich für unabänderlich erklärte Programm durch eine „Konkretisierung“ ergänzte und sich vom Vorhaben einer Bodenreform distanzierte. Das geschah mit dem Blick auf die anders nicht zu gewinnende Unterstützung aus Kreisen des Großgrundbesitzes und des Adels, der wiederum mit der Militärkaste versippt und verfilzt war. Nun ging es also gegen den „jüdischen Grundbesitz“, von dem doch jeder Bauer wissen konnte, dass er auf dem Lande ganz geringfügig war. Und das führt wieder zu der bohrenden Frage, warum dieser Hitler und seine Werber ihre Glaubwürdigkeit nicht an einem Punkte ihres Wirkens einbüßten.

Die politischen Anklagen gegen die gesellschaftlichen Zustände, die in den Reden der braunen Demagogen erhoben wurden, könnten ein umfängliches Lexikon füllen. Man möchte meinen, dass da in der deutschen Sprache kaum noch etwas wirklich Neues hinzugefügt werden kann. Dabei erfolgte, wenn von Kapital und Kapitalismus gesprochen wurde, ein kräftiger Rück- und Zugriff auf die Terminologie, die in und aus der Arbeiterbewegung vielen geläufig war. Beliebter und gebräuchlicher aber als sachlich-nüchterne Kennzeichnungen waren den NSDAP-Reichs- und Gaurednern Wortwendungen, die eher Emotionen anheizen, denn Nachdenken herausfordern sollten. Gegenüber der Kennzeichnung Republik des Kapitals bevorzugten die Faschisten etwa den Ausdruck „Geldsackrepublik“ und anstatt der Analyse von Zuständen attackierten sie Personen und Personengruppen, die „Bonzen“ und vorzugsweise wieder und wieder die Juden.

Die zweite „Konkretisierung“ erfolgte nicht durch eine Ex-eathedra-Erklärung des obersten Führers, sondern durch eine permanente Interpretation dessen, was die Demagogen mit Kapitalismus und Sozialismus meinten oder zu verstehen behaupteten. Demnach war, um es kurz zu machen, das Elend der Massen nicht Resultat der Existenz des Kapitals, des Konkurrenzkampfes und der Profitinteressen der Kapitaleigner, sondern Ergebnis eines falschen, schädlichen, im Kern „jüdischen“ Gebrauchs des Kapitals. Es ließe sich dieser angebliche Missbrauch aber bei Weiterbestehen der Eigentumsverhältnisse abschaffen, wenn der Staat und die ihm gebietende Partei nur dazu gewillt und fähig seien. Damit war die antikapitalistische Spitze der Demagogie hinreichend abgestumpft und die Attacke wieder in erster Linie gegen die Juden und gegen das ausländische Kapital gerichtet.

Von den Anfängen ihres politischen Hervortretens kam den faschistischen Führern zugute, dass sie eine politische Bewegung repräsentierten, mit der es keinerlei politische Erfahrungen gab. Das galt für die Herrschenden wie für die Beherrschten, für die Ausbeutenden wie für die Ausgebeuteten, für diejenigen, die Adressaten und auch Opfer dieser Reklame waren, und für diejenigen, die schließlich ihre Nutznießer wurden.

Unter dem Druck der großbürgerlichen Förderer, und den Ratschlägen Schachts folgend, hat Hitler seit dem Frühjahr 1932 verstärkt Maßnahmen ergriffen, die mittelständischen Kräfte in seiner Partei zu zähmen, von denen fortgesetzt Initiativen ausgingen, ein Wirtschaftsprogramm der NSDAP zu formulieren und es für verbindlich zu erklären. Hitler selbst ließ sich gegenüber diesem Drängen

von dem Grundsatz leiten, dass je unbestimmter die Aussagen über die künftige Wirtschaftspolitik wären, umso weniger könnte die eine oder andere Gruppe, auf die seine Werbungen zielten, daran auszusetzen finden und umso weniger könnte später die Einhaltung konkreter Zusagen gefordert werden. Diese Haltung mündete in seiner nach der Machtübergabe im letzten Wahlkampf theatralisch-gebetsartig vorgetragenen „Bitte“, ihm vier Jahre Zeit für die „Rettung des Bauern“ und die „Rettung des Arbeiters“ zu geben.

Gewöhnlich und kurz wird der Inhalt der sozialen Demagogie des deutschen Faschismus mit den Worten beschrieben: Die Nazis haben allen alles versprochen. Das ist wahr und kann in dieser Allgemeinheit doch wieder missverstanden werden. Sie haben – gewiss – allen, die sie umwarben, das Versprechen gegeben, ihre soziale Lage zu bessern, sie von sozialen Ängsten zu befreien, sie aus dem Elend zu erlösen. (Die Differenz springt ins Auge: Sangen die Arbeiter, sie könnten sich aus dem Elend nur selbst erlösen, priesen die Agitatoren Hitlers ihren Führer als den Erlöser an.) Und sie versprachen, das rasch und gründlich und für immer zu tun. Kein kurzfristiger Aufschwung, keine zeitweilige Beruhigung, sondern das Dritte, das Tausendjährige Reich, eine geschichtliche Wende ohne Beispiel. Das „Reich“ als verheißungsvoller Gegenpol zum „System“, wie die Republik von Weimar verächtlich genannt wurde. Mit solchen „Lösungsangeboten“ konnte weder ein Kommunist noch ein Sozialdemokrat konkurrieren, der für seine Partei und deren Programm warb.

In diesem Sinne waren diejenigen Parolen die Besten, die so nichtssagend waren wie die von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ oder so buntschillernd wie die Losung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, eine Devise, die jedem Schrebergärtnerverein gelten kann. In sie ließen sich viele Erwartungen hinein-und ebenso viele Erklärungen herauslesen. Und also stellt sich wieder die Frage, die mit anderem, aber ähnlichem Bezug Kurt Tucholsky berlinisch so formuliert hat: Merkt Ihr nischt? Es greift zu kurz, wenn die Gefolgsleute Hitlers kurzerhand als dumm abgetan werden. Die Wirkung der sozialen Demagogie der Faschisten ist offenkundig nicht nur und womöglich gar nicht in erster Linie aus deren ebenso verwegenen wie unbestimmten Inhalten zu erklären, sondern in erheblichem Grad aus der Art und Weise, wie die Versprechungen und Verheißungen unter die Leute gebracht wurden. Die Entschlüsselung des Geheimnisses erfordert mithin mehr Aufwand als die bloße Aufzählung der Inhalte. Dazu weniger Bemerkungen, als eine eingehende Analyse erfordern würde.

Erstens – und das war zum wenigsten das Verdienst der faschistischen Demagogen – existierte in einem beträchtlichen Teil der Werktätigen ein Erlösungsbedürfnis und ein Erlöserglaube. Beides besitzt eine lange Geschichte. Und auch die kapitalistische Gesellschaft, an deren Wiege mit der Aufklärung sich die größten Hoffnungen auf die Kraft des menschlichen Verstandes richteten, produzierte in den Massen nicht Kraftbewusstsein, sondern in viel stärkerem Maße das Bewusstsein eigener Ohnmacht. Somit konnte eine Partei, die behauptete, sie besitze einen Mann, der die Macht hat, umstürzend zu wirken, von vornherein auf Aufmerksamkeit rechnen und dies umso mehr, wenn er vor der langen Reihe der wirklichen oder angeblichen Versager präsentiert wurde.

Zweitens: Die faschistischen Demagogen erwarben sich – je länger je mehr – genaue Kenntnisse nicht nur der allgemeinen Lage der werktätigen Schichten, sondern machten sich auf ihren Werbetouren auch mit den regionalen und lokalen Besonderheiten der Situation bekannt. So ausgerüstet, klagten sie die Zustände des „Systems“ konkret und auf die Gruppe bezogen an, an die sie sich wandten. (Die Schärfe und Genauigkeit dieser Anklagen unterschied sich von jener kaum, die auch Agitatoren der Arbeiterparteien vortrugen.) Auf diese Weise wiesen die Naziredner nach, dass sie sich mit den existentiellen Sorgen der Menschen befassten und sie beseitigen wollten. Das verschaffte ihnen Gehör und Zustimmung und erzeugte Vertrauen.

Drittens: Die faschistischen Führer verstanden es, und niemand verstand es so perfekt wie Hitler selbst, sich als Leute aus dem Volke darzustellen. Hitler log, er sei „auf dem Bau“ gewesen und verschwieg, dass er aus einer wohlsituierten österreichischen Beamtenfamilie stammte. Sauckel berief sich auf seine Zeit als Seemann. Und selbst wer sich solche Biographie nicht andichtete oder sie schönte, suchte sich doch wie ein Prolet oder ein Bauer zu geben. Das war auch die Funktion des schlichten Braunhemds, das sich erst später in eine Lamettabehängte Verkleidung verwandelte.

Erst wenn die Inhalte der Demagogie mit der politischen Personage und der Szenerie ihrer Auftritte zusammengedacht werden, lässt sich über die Ursachen urteilen, von denen die verheerenden Wir-

kungen ausgingen. Freilich: von der Dummheit kann nicht abgesehen werden, von der Verdummung in Schulklassen und in Kirchen, während der Jahre des Militärdienstes, durch die herkömmliche Presse und – in den Anfängen schon – auch durch moderne Medien.

Der Historiker ist nicht in der Lage zu sagen, zu wie vielen Anteilen die soziale Demagogie der Hitlerfaschisten ihren Erfolg sicherte. Das scheitert, ich kehre zu einem Gedanken des Anfangs zurück, allein schon daran, dass es soziale Demagogie in irgendeiner reinen Wirkungsform ja nie gegeben hat, sondern sie stets in Mischformen existierte und angewendet wurde. Auf sichererem Terrain sind wir indessen infolge weitläufiger Untersuchungen, wenn es um die Frage geht, wen die Werber auf dem Wege zur Macht überhaupt erreicht und gewonnen haben. Sie profitierten, das ist seit langem unbestritten, von der Weltwirtschaftskrise und der Geißel der Arbeitslosigkeit. Aber sie gewannen, wie lokale und territoriale Forschungen erwiesen, nicht die Arbeitslosen, jedenfalls nicht in einem prozentual erheblichen Maße. Die Masse ihrer Anhänger rekrutierte sich vor 1933 aus dem Mittelstand, weshalb auch die Versuche, die NSDAP in die Gruppe der sog. Volks-parteien einzuordnen, heute weitgehend auf Widerspruch stoßen. Die Angehörigen des alten wie des neuen Mittelstandes aber zeigten sich gerade für eine soziale Demagogie besonders empfänglich, die sich radikal gab, ohne radikal zu sein. Im Kern wollten sie wohl auch nichts als einen anderen Kapitalismus, in dem sie mit ihrer Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt gewinnen, auskömmlich leben und ihre Nachkommen eine vergleichbare Perspektive eröffnen konnten. Den anderen Kapitalismus haben sie bekommen, freilich wieder und ganz anders, als sie sich ihn vorstellten.

antifa, Juni 1997, S. 17-20.

Vom erneuten Tiefflug des Roten Adlers – diesmal über Treuenbrietzen

Nach dem Lesen eines Interviews

Eines Tages im kommenden Jahrhundert könnte ein Mann oder eine Frau aus einem Ort zwischen Brest und Wladiwostok auf den Gedanken kommen, sich die Stadt in Deutschland anzusehen, an dem einer ihrer Vorfahren im längst vergangenen Kriege, den man noch immer den zweiten (und nicht den letzten) Weltkrieg nennt, zu Tode gekommen ist. Nach der Überlieferung der Familie habe dieser Ort Treuenbrietzen geheißen und überlebende Kameraden hätten den Vorfahren einst berichtet, dass eben da eine Gedenkstätte mit einem Obelisken errichtet worden sei und noch gestanden habe, als die letzten Truppen Deutschland verließen. Dorthin also ginge die Reise in die deutsch-sowjetische Vergangenheit, eine Tour, die kein deutsch-amerikanisches Pendant kennt. Denn für die Toten der US-Army war und ist bestimmt, dass sie nicht auf dem Boden des Feindes begraben werden dürfen. So führt den, der aus den USA an die Grabstätte seiner Vorfahren reisen will, die Fahrt auf französischen Boden, wo er zwischen der Kanalküste und an die Grenze zu Deutschland in gepflegten Anlagen unübersehbare Reihen von Gräbern findet und womöglich auch dasjenige Grab, das er zu besuchen aufgebrochen ist.

So ist es und so wird es bleiben. Nicht aber für die Leute aus dem Osten, die sich kundig gemacht haben dürften, wo denn dieses Treuenbrietzen liegt und wie man es erreichen kann. Denn es wird die Stätte des Gedenkens, von der berichtet wurde, dort nicht mehr geben. Aus einem Raum des Stadtarchivs könnte vielleicht eben noch der Rote Stern herbeigeschafft werden, der sich einst an der Spitze des Obelisken befand. Indessen die Gedenkplatten, die an ihm befestigt waren, seien zwar erhalten, nur zurzeit nicht verfügbar. Ein Bild der Phantasie? Ja. Mit wenig Anstrengung stellt es sich jedoch dem her, der das Interview liest, das diese Zeitung kürzlich veröffentlichte.

Glaubt man dem in ihren Spalten zu betrachtendem Konterfei des Mannes, dann hatte er – dank der Gnade seiner späten Geburt – das Glück, dem Zweiten Weltkrieg nur nachgelebt zu haben. Aus Lehrermund und Schulbuch hat er vom Ereignis erfahren. Was er davon behalten, was vergessen hat, mag man zum wenigsten seinen Lehrern anlasten. „Hängen geblieben“ ist im offenkundig widerstrebenden Hirn: dieser Krieg sei „letztlich von uns begonnen worden.“ Daran wolle er nicht zweifeln. Und dann habe es in ihm noch „Gefallene der Roten Armee gegeben“ und „bestimmte unschöne Sachen“. Und auch daran wolle er weder deuteln noch deuteln lassen. Das ist generös und weitherzig gedacht. Und es reicht hin, um sich bei der Wahl für den Vorsitz im Heimatvereins durchzusetzen – in Treuenbrietzen. Und es langt zu, um in dieser Eigenschaft gleich mehrere Gründe dafür angeben zu können, warum besagter Obelisk – hier gerät der Mann sprachlich ins Stolpern – „ordnungsgemäß abgetragen“ werden wird. Denn vermieden werden sollen Vokabeln, die das Unternehmen als das erscheinen lassen könnten, was es in Wahrheit doch ist: eine Kultur schändende Tat. Nichts werde zertrümmert, nichts plattgemacht, manches Einzelteil „zunächst“ von der Stadt gar sichergestellt, womöglich bis die aufsichtführende Behörde zu Potsdam aus ihren Sammlungen eine Ausstellung anfertigt: Reste abgetragener Denkmäler der sowjetischen Armee zwischen Oder und Elbe.

Also die Gründe: Erstens ist der Obelisk über die Jahre baufällig geworden. Zweitens sieht er „von der Sache her sehr unschön aus“. Drittens geschehe ein Akt der Wiedergutmachung, habe „man“ bei seiner Errichtung eine ältere Anlage aus dem Jahre 1875 doch „vollkommen zerstört“. (Das könnte ein mordspatriotisches Kriegerdenkmal gewesen sein, welches an die Eroberung Elsass-Lothringens und von ein paar Millionen Kriegskontributionen erinnern sollte.) Viertens musste die Stätte bereits baupolizeilich gesperrt werden. Fünftens lasse sich der Obelisk nicht restaurieren ... An diesem Punkte kommt der Vorsitzende wieder ins Stolpern, räumt er doch ein, dass eine Wiederherstellung teuer werden würde und das lässt an der Aussage zweifeln, es sei eine Restaurierung ganz ausgeschlossen.

Aber, und nun wieder in flotter Rede folgt sechstens, es sei dies ja „ohnehin nicht gewollt“. Haben Worte einen Sinn, dann hat der Mann seiner Lüge vom nicht restaurationsfähigen Obelisken die Fortbewegungsmittel soeben selbst und sogleich amputiert. Indessen mag ihn das nicht kümmern.

Er kann versichern: Die Beseitigung des Denkmals steht bevor. Irgendein „man“ hat über dessen Liquidierung bereits entschieden und auch das Placet nicht näher bezeichneter „Denkmalbehörden“ läge vor. Der Plural verweist vermutlich auf die Obrigkeit, mit der sich die lokalen Autoritäten offenbar schon einig geworden sind.

Kurzum, der Mann, Ucksche übrigens sein Name, hat Leute hinter und vor sich und es auch in sich. Er weiß – nun über seine intime Kenntnis weit hinausgreifend –, dass allgemein bekannt ist, was in diesem Kriege geschah, und er ist in seinem Wissen durch keine Nachricht irritiert worden, die ihm von den Skandalen um die Wehrmachtsausstellung zugekommen sein könnte. Nur eben, greint er, mache es nicht viel Sinn – das Neudeutsche beherrscht er besser denn das Denken – stets „rum zu pochen, wir Deutschen seien immer die Schlimmen“. Da bläht sich die „junge Freiheit“. Und das „immer“ stinkt nach jenem sich erleichterndem Trutz, der endlich wieder Muskeln spielen lassen kann, über deren Opfer nahezu allwöchentlich – meistens montags – auch aus brandenburgischen Regionen berichtet werden muss.

Es werde in Treuenbrietzen eine „verbesserte“ Anlage entstehen, eine gemeinsame Gedenkstätte für die im Kriege umgekommenen sowjetischen und deutschen Soldaten geben. Täter und Opfer sollten damit nicht vermischt und vermanscht werden, nur eben – weiß der Heimatkundige – „der totale Krieg ist von allen Seiten geführt worden“. Auf die Differenz, dass die einen ihn „letztlich“ begannen, die anderen gezwungenermaßen sich gegen einen mordenden Eindringling wehren mussten und sich keineswegs aus freien Stücken auf den Weg nach Treuenbrietzen machen, kommt es nicht mehr an. Denn: Endlich sollten die deutschen Soldaten gleichbehandelt werden. Weil: „Im Tode sind alle gleich und haben eine Ehrung verdient“.

Da spricht sich der stupideste Einfall aller Geschichtsfälscher aus, denen im Bedarfsfall auch der „Tod“ willkommener Komplize war. Ihrem Denken erscheint der Tod nicht nur als der große Gleichmacher (als bedeute gleichtot auch gleichwert, als sei der tote Eichmann mit einem beliebigen seiner getöteten Opfer gleichsetzbar). Er dient ihnen als der Schwamm, der alles auslöscht, was in den Biographien der Einzelnen immer aufgefunden werden kann. Welche Ehre ist also gemeint? Welche Ehrung und wofür verdient? Das Interview bricht an dieser Stelle ab. Von diesem Haltepunkt aus könnte in Treuenbrietzen weitergeredet werden, nach den Ferien vor allem in den Schulen, unter Bürgern, im Heimatverein, im Stadtparlament.

Es würde da, über Geschichte und Politik geredet werden müssen. Es könnte gefragt werden – Vergesslichkeit der *„jungen Welt“* –, wer denn in dieser Stadt dafür verantwortlich war und ist, dass dieser Obelisk in einen derart verrotteten Zustand kommen konnte. Unvermeidlich müsste, weil es zu diesem Interview-Text gehört, auch von Dummheit die Rede sein. Und da wir diese Notiz mit einem Phantasiebild begannen: Ein aufgeweckter Schüler oder eine ebensolche Schülerin könnte womöglich, dem Unsäglichen eine Wendung ins Erträgliche gebend, als das Maß für Dummheit zum internen Treuenbrietzner Gebrauch die Größe „ein Uck“ vorschlagen. Die Idee wäre zu verwerfen, widersetzt sich maßlose Dummheit doch jeder Bemessung.

junge Welt, Donnerstag, 26. Juni 1997.

Ungeschminkte Wahrheit

Fritz Lettow: Arzt in den Höllen nazistischer KZ

Kommunist zu sein, ist in der deutschen Gesellschaft des Jahres 1997 keine Empfehlung. Auch Kommunist gewesen zu sein, kann in ihr Nachteile bereiten. Für Reklamezwecke ist solche Erwähnung jedenfalls ganz und gar ungeeignet. Aus diesem Grunde wohl hat der Verlag auf seinen Werbezetteln wie auf dem Umschlag des Buches verschwiegen, dass der Autor 1931 sich der KPD angeschlossen hatte – überzeugt, die richtige und einzig denkbare Entscheidung getroffen zu haben. Kritische Einstellung zur „feudalen Oberschicht“, der viele seiner Mitschüler auf dem Gymnasium entstammten, Widerwille gegen arrogantes Leben auf der Basis mühelosen Einkommens, Abscheu vor Luxus angesichts so viel Elends, Befreiung aus Selbsttäuschung und Selbstbetrug seiner Zunftkollegen – all das bildete die Motivation, die den Arzt Fritz Lettow an seinem politischen Entschluss festhalten ließ. Unbeirrt auch nach den 30. Januar 1933. Zwei Jahre später wurde er wegen Teilnahme an illegaler antifaschistischer Arbeit in Dresden verhaftet und nach Jahren im Zuchthaus Zwickau ins KZ Buchenwald „überwiesen“.

Der Verlag schickt Lettows unvergleichlichen Lebensbericht auf einer heute gern benützten Welle in die Tiefen bzw. Untiefen des Büchermarktes – als Zeugnis eines Juden. Indessen war der Verfasser, der ursprünglich Fritz Leo hieß, christlich erzogen und konfirmiert worden. Sein Vater, zwar jüdischer Herkunft, doch konvertiert, gehörte im August 1914 zu den freiwilligen „Vaterlandsverteidigern“ und starb im Großen Völkermorden. Von Fritz Lettow selbst gibt es in den vorliegenden Aufzeichnungen keinen Hinweis, dass er sich als Jude verstand. Es waren die faschistischen Rassisten, die ihn als „Halbjuden“ einstuften. Fritz Lettow nannte sich einen „Politischen“.

Statt nach der „Mode“ schielender Verlagsreklame hätte sich eine Bemerkung aus dem Nachwort Gerhard Leos gut zitieren lassen. Er sieht in dem Manuskript seines Cousins ein Zeugnis wider die mit „feindseliger Arroganz“ einhergehende Darstellung der Leidenswege und des Widerstands in faschistischen KZ-Höllen, wie man sie aus Kommentaren in der Dokumentensammlung des Jenaer Professors Lutz Niethammer kennt. In der Tat: Es gibt kaum einen Sachverhalt, der in jüngster verzerrter Sicht auf die Häftlingsgeschichte im KZ Buchenwald und die Rolle der Kommunisten strapaziert wurde, von dem nicht auch Lettow berichtet. Nichts ist bei ihm geschönt, nichts ausgelassen, aber auch nichts herabgewürdigt bzw. mit moralischem Impetus bewertet. Er beschreibt die Fassaden und Kostümierungen des Lagers und den Alltag des Schuftens, Sterbens, Tötens und Mordens, auch des Bangens und Hoffens. Er erinnert an die Aufrechten und an die Verräter Er erzählt von Solidarischen und von Egoisten. Beim Schreiben der Wahrheit habe sich ihm oft die Feder gesträubt, gesteht Fritz Lettow.

1945 hatte er den Bericht angefertigt. Er hat die Hürden der Zensoren aus dem Kreis der Widerstandskämpfer, der Verlagsleiter und -lektoren – namhaften und anonymen – nicht zu nehmen vermocht. Lettows Manuskript schlummerte über vierzig Jahre in einem Schub. Sein Text fügte sich nicht ein in das Bild vom antifaschistischen Widerstand, das aus unterschiedlichen Gründen bereinigt wurde. Er passte nicht in ein Denken, das der Masse der DDR-Deutschen – anfangs bestehend aus einstigen Gefolgsleuten des Naziregimes – nicht zutraute, die nackte Wahrheit über die nazistischen KZ-Höllen zur Kenntnis zu nehmen und zugleich und gerade deshalb Hochachtung vor den Antifaschisten zu gewinnen und zu bewahren. Lettow berichtet von Dingen, „unvorstellbar für alle, die nicht dabei“ waren. Und das war über Jahrzehnte nicht die Art, in der über das barbarische Hitler-Regime berichtet wurde. Wie auf anderen Feldern auch erfolgte die Zuteilung der „Wahrheit in Dosen“. Das war anti-aufklärerisch und am Ende tödlich.

Lettow, Zwangsarbeiter in Krankenrevieren, hat Buchenwald, Struthoff-Natzweiler, Sachsenhausen und Bergen-Belsen erlebt. Überall hat er, sich selbst gefährdend, getan, was ihm kommunistische Solidarität und ärztliches Ethos geboten und was ihm irgend möglich war. Er half Frommen und Heiden, Deutschen und Russen, Franzosen und Norwegern. Davon ist im Buch aber nur mit äußerster Zurückhaltung die Rede. Im „Epilog“ bedankt sich Lettow hingegen bei allen, die er „unsere politischen Kumpels“ nennt und die „mir und tausend anderen zu überleben geholfen haben“.

Mitte der 80er Jahre hatte Fritz Lettow die Hoffnung, dass sein Buch nun, wenn auch „spät, Jahrzehnte zu spät“, erscheinen werde. Indessen sollten noch einmal zehn Jahre vergehen, bis sich sein Wunsch erfüllte. Er erlebte es nicht mehr. 1989 ist der Arzt und Mitbegründer der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen, der Jahre an der Berliner Charité und dann als Chefarzt in der Orthopädischen Klinik in Neuruppin gewirkt hatte, verstorben.

„Zu spät“ ist sein Buch nicht erschienen.

Fritz Lettow: Arzt in den Höllen. Erinnerungen an vier Konzentrationslager. Edition ost, Berlin 1997. 232 S., geb., 39,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 27. Juni 1997, S. 13.

Mein evangelischer Kindergarten

Vorbemerkung der Redaktion:
Mit Leidenschaft und überzeugenden Argumenten, aber mit wenig Souveränität und mitunter auch verbissen reagierten in Stellungnahmen mehrere einstige Bürger der DDR auf die groteske These, die nach den Gründen für die bedrückenden Erscheinungen und die Untaten von Nazis in den neuen Bundesländern vorwiegend in den „Nachttöpfen“ von Kindergärten sucht, die sie einst besucht haben könnten. Unser Autor hat sich für das Thema einen eigenen und autobiographischen Zugang gewählt.

Der Verlauf meiner Einlieferung ist nur mündlich überliefert. Die Wahrhaftigkeit des Berichts steht indessen außer Frage. Ich wurde an Mutters Hand einer mir fremden Frau zugeführt, die sich merkwürdig uniformiert hatte. Aus einer schwarz drohenden Tracht und unter offenbar zu Tarnzwecken weiß gefärbter, helmähnlicher Haube sprach es meiner Mutter inquisitorisch entgegen: „Ist er sauber?“ Als das bejaht wurde, spielte das geforderte Mindestalter keine Rolle mehr. Sie hatten wieder einen, den sie nach ihrem Bilde modeln würden. Erst später wurde mir bewusst, wieviel mir erspart geblieben war, weil die noch zu Töpfenden in diese Anstalt nicht aufgenommen wurden. Was bis dahin aber an mir verpasst worden war, wurde nun nachgeholt. Und mit welchem Raffinement!

Nicht nur, dass mir die beiden jüngeren Helferinnen der Schwarzbekittelten in ziviler Tarnung begegneten. Es stand an jenem Tag, da sich mein Alltag so folgenschwer wendete, ein mit zwei Ponys bespanntes Gefährt vor unserer Behausung. Die hatte wie in jeder Kaserne üblich und mir sogleich beigebracht wurde, niemand eigenmächtig zu verlassen, es sei denn nach gehöriger Abmeldung durch berechtigte Aufsichtsführende männlichen oder weiblichen Geschlechts. Diesmal ging es zur Unzeit hinaus. Mir, dem Neueingefangenen, wurde der Ehrenplatz auf dem Bock neben dem auch freundlich tuenden Wagenlenker anbefohlen. Dann begann die Fahrt durch unseren Kietz am Stadtrand.

Indessen: Wer wie ich vermeinte, er könne einfach so vor sich hinglotzen, täuschte sich. Wir hatten lustig dreinzublicken, gelegentlich aufzujauchzen und, kam eine „Omi“ vorbei, heftig zu winken bis uns die Arme schmerzten. Das war mein Starttag. Die hatten es mit ihrer Bestechungstour auf Anhieb geschafft. Ich mußte anderntags nicht nur wieder hin. Ich wollte, und das, wenngleich wir, was mir genierlich war, gemeinsam zu festbestimmten Zeiten Blase und Darm zu entleeren hatten. Auch das Waschen der Hände war obligatorisch. Selbstbestimmung also ade.

Doch war das erst der Anfang. Weder wurde auf körperliche Schwäche noch auf momentane Unlust Rücksicht genommen. Wir mussten, wenn es das Wetter irgend zuließ, heraus vor unsere Baracke, nach Vorschrift Spiele betreiben oder sie uns selbst einfallen lassen. Nicht selten mit Leuten, die man so wenig mochte wie ein Muschkot seinen Feldwebel. Öfters wurde ich einer Ruth zugewiesen, die alle nur Tute nannten, weil sie bei jedem Dreck zu flennen anfing. Das verdarb mir und unseren Aufseherinnen die Stimmung und führte zu zusätzlichen Misshelligkeiten. Jedenfalls Ruhe zum Rumhängen bekamen wir nicht. Erst später, solcher Fähigkeit entwöhnt, hörte ich vom Recht auf Faulheit.

War die Herumhetzerei draußen nicht möglich, fand sie unterm Dach statt. Jemand hatte sich eine dämliche Kreisrutscherei in Strümpfen ausgedacht. Prompt plumpste ich hin und hatte mir das Schultergelenk einrenken zu lassen. Auch auf Gesundheit wurde mithin Rücksicht nicht genommen. Obendrein sah sich solcher Pechvogel als ungelenk befeixt. Den Höhepunkt erreichte der Terror – das sah der Firma ähnlich – in der Vorweihnachtszeit, die freie Kinder genießen dürfen. Wir wurden, kaum kam der erste Advent in Sicht, mit einem „goldenen“ und einem „schwarzen“ Buch traktiert, die an Wandhaken drohten. Wer was ausfraß, kam ins „schwarze“, wer sich eingekratzt hatte, ins „goldene“ Buch. Wie das wirkte – auf Lebenszeit. Augenblicklich war nach einem Vermerk im Schandbuch Blasendrang erzeugt.

Eintragungen durfte nur die Uniformierte vornehmen. Und die – und da sind wir wieder bei den miesen Methoden – brachte es fertig, dass, wenn Ruprecht eintraf, alle Vermerke im Schwarzbuch über diejenigen getilgt waren, die je ihrem Freiheitswillen Ausdruck verliehen hatten. Wenn der Knecht hereinpolterte,

und diese Rolle übernahm – na, wer wohl – die Buchhalterin selbst, war nichts gewesen außer eitel Artigkeit. Wir waren plötzlich die Besten, ebenso erleichtert wie verscheißert. So wurden wir in einer Zeit, in der alle Christenwelt Besserung gelobt, dazu erzogen, Schwindeleien heuchelnd hinzunehmen und uns als Menschengemeinschaft der Folgsamen zu präsentieren. Dann gab es Geschenke, selbst der Trutzigste bekam eins aufgedrängt.

Zu den Hinterhältigkeiten, denen wir ausgeliefert wurden, während unsere Eltern dankbar für Gewinn und Profit ihrer Arbeitgeber wirkten, gehörten Instruktionsstunden für unsere Mütter. Sie trafen sich im nahen Gemeindehaus, und wieder erhielt die Veranstaltung Tarnanstrich. Strickereien und Häkeleien durften mitgebracht werden. Während die Mamis Maschen zählten oder fallen ließen, wurde ihnen freundlichst verordnet, wie sie die Schnitzereien an unserem grünen Holze in den häuslichen vier Wänden fortzusetzen hatten. Von wegen der Geschlossenheit der Eltern- und Tantenfront.

Ein einziges Mal erhielten wir Teilnahme-, nicht Mitspracherecht. Wir sollten uns aufführen. Eine Kleintruppe unserer Besten hatte über eine Bühne zu stapfen und eines jener fröhlichen Lieder zu singen, bei deren Erlernen keiner gefragt wurde, ob es ihm gerade zum Jodeln war und der Text nicht womöglich quer zu seinem aktuellen Innenleben lag. Diesmal rühmten wir die Schornsteinfegerei und wurden einschlägig uniformiert, schwarze Zylinder aus Pappe, die Gesichter auf dreckig geschminkt. So sahen wir bei dieser Vorübung für unsere späteren Rollen in der Gesellschaft aus. Der Refrain lautete „Doch mein Herz ist froh und frei“. Das war wieder so ein Dreh. In Wirklichkeit mussten wir sorgen, dass wir bei unserem Zwangsmarsch nicht von der Bühne abkamen oder durch falsche Schwenkung hinter den Kulissen verschwanden, bevor wir unser eingepauktes Bekenntnis zur Arbeitsdisziplin zu Ende geschmettert hatten.

Genug. So wurden wir aus- und zugerichtet. Erst jüngst ist mir klar geworden, dass die eigentliche Infamie dieses „Gartens“ darin bestand, dass er als Einrichtung der evangelischen Kirche firmierte, während er doch in Wahrheit nichts anderes gewesen sein kann als eine von (damals illegalisierten) kommunistischen Kapos betriebene Abteilung.

PS.

Es hat mich eines Tages in die Stadt, die inzwischen Wroclaw hieß, und in die Gräbschener Straße gezogen. Die Bäume waren wirklich so mächtig wie in meiner Erinnerung. Unsere Baracke existierte nicht mehr. Ich bedauerte nicht zu wissen, wo sich „Tante“ Marthas Grabstätte befand. So konnte ich sie nicht dankbar schmücken.

Icarus. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte, 16. Heft, 5. Jahrgang 1999/2, S. 48-49.

Medienkurse und politische Rechtstendenzen

Was uns ganz nebenbei beigebracht wird, wenn wir vor der Glotze hocken

Christoph Butterwegge, Professor an der Fachhochschule Potsdam und dort zuständig für Sozialpolitik, hatte Sozialwissenschaftler aus Bremen, Essen, Hamburg, Paderborn und Berlin zu einer Vorlesungsreihe eingeladen. In der 50 Jahre nach dem 8. Mai 1945 von verschiedenen Beobachtungspunkten aus gefragt wurde, wie im verflossenen halben Jahrhundert mit jener „NS-Vergangenheit“ umgegangen wurde, von der die einen enttäuscht feststellen, dass sie „nicht vergeben will“, andere bestimmt fordern, dass sie nicht in Vergessenheit geraten dürfe. Mit den Verläufen und Methoden dieser geistigen Entwicklung, ihren Trägern, Interessenten und Blockierern wurden auch ihre (seltener) ein- und (meist) mehrdeutige Resultate erörtert.

Die erste Durchmusterung des Bandes lässt zwei Fehlstellen erkennen, die sich nicht gut meisterlicher Beschränkung zurechnen lassen. Ein Historiker hätte schon darlegen sollen, welche Ernten und Missernten die Meister seiner Zunft in den inzwischen vergangenen Jahrzehnten eingefahren haben. Denn, wie groß meint die Lücke zwischen der wissenschaftlich fundierten Rekonstruktion der Geschichte und den in der Öffentlichkeit offerierten Geschichtsbildern immer einschätzen mag, letztlich ist und bleibt Forschung der Ausgangspunkt aller Bilder (und Zerrbilder) von der Vergangenheit.

Von Schmalwinkligkeit der Bestandsaufnahme zeugt – zweitens – dass auf das Verhältnis der DDR zu NS-Vergangenheit gleichsam ausflugsweise Bezug genommen wird. Die beiden an dem Bande beteiligten Ostdeutschen, bei insgesamt 12 Autoren ergibt das einen über der „Norm“ liegenden Prozentsatz, wandten sich anderen Gegenständen zu. Jürgen Kuczynskis Text, der knappste unter allen dargebotenen, ist „Deutschland an der Jahrhundertwende – Sozialismus oder Barbarei?“ überschrieben und enthält Gedanken, die man vom Autor an anderer Stelle schon weitgreifender las. Ludwig Elms unter der Überschrift „DDR und ‚Drittes Reich‘ im Vergleich“ stehenden „kritischen Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit dem Totalitarismustheorem“ sind gedankenreich, polemisch und daher anregend. Nur eben stellen sie vom Ansatz her kein Pendant zu den beiden einleitenden Vorträgen (Jörg Wollenberg und Klaus Naumann) dar, in deren Blickfeld die BRD in den Grenzen von 1957 (Beitritt des Saarlandes) steht und in denen Soll und Haben und auch Gehabthaben, bilanziert werden. Denn, so wird in den Band mehrfach festgestellt, das einmal an Sicht und Einsicht Gewonnene kann, wird es nicht bewahrt und gegebenenfalls auch verteidigt, wieder verloren gehen. Und heute streiten Leute, die nicht zu den im nationalen Liebestaumel erblindeten Hagestolzen gehören, schon nicht mehr darüber, dass auf 3. Oktober 1989 in beiden „Regionen“ auch gedankliche Verluste gefolgt sind – von den einen herbeigewünscht, herbeigeredet und herbeigeschrieben, von anderen bloß registriert, von dritten wieder mit geringem Ertrag auch bekämpft.

Dieser dritte Typ, am Vorsatz der Aufklärung festhaltend, will und wird nicht aufgeben. Davon überzeugt der Beitrag des Herausgebers. Butterwegge inspizierte „Ethnisierungsprozesse, Mediendiskurse und politische Rechtstendenzen“ im vergrößerten Deutschland. Die Abhandlung kommt nicht so gestelzt daher wie ihr Titel. Ihr Autor hat sich massenwirksame deutsche Medien vorgenommen und sie nicht nur daraufhin analysiert, wie sie von den gemeinhin als „ausländerfeindlich“ bezeichneten Untaten in deutschen Landen berichteten, welche Bilder sie also von den Tätern, ihren Antrieben, von mikrosozialen Zuständen und gesamtgesellschaftlichen Bedingungen gaben (oder – was die letzteren anlangt – meist nicht gaben). Er hat zudem die politische Konzeption und Sprache dieser Institutionen darauf geprüft, wie sie durch ihre Berichte über Nichtdeutsche selbst Vorurteile verbreiten oder verfestigen. Mehr noch, Butterwegge weist nach, dass sie sich selbst zu einer spezifischen Art von Mittätern machen.

Das sollte insbesondere jeder Lehrer lesen, der es mit dem Unterricht in den Fächern Deutsche Sprache und Literatur, Geschichte, Politik, Ethik und Religion zu tun hat. Er gewänne daraus überzeugendes Material, mit dem er Schülern Ohren und Augen dafür öffnen könnte, was ihnen in einer einzigen Sendung oder mit einer einzigen Nachricht ganz nebenbei über „Ausländer“ beigebracht wird, wenn sie sich vor die Glotze hocken, und was ihnen auch an Wissenswertem permanent vor-

enthalten wird. So könnte an die Stelle der Erörterung einzelner Medienangebote der Versuch treten, ein Gespür für deren Wurzelgeflecht zu entwickeln.

Überzeugend ist im Beitrag des Herausgebers belegt, was in mehreren anderen auch postuliert wird. Die Gefahren lauern in und kommen aus der Mitte unserer Gesellschaft. Und diese Mitte reicht, um es mit den Titeln zitierter Zeitung zu sagen, von „Bild“ über „Die Zeit“ bis zum „Vorwärts“. Bloße Bestandsaufnahme war die Sache des Spezialisten für Sozialpolitik also nicht. Er sucht nach Abhilfe, schließt daher mit Vorschlägen für „Alternativen zur bisherigen Medienpraxis“ und weiß wohl, dass er damit das Ross „Rosinante“ besteigt, wofür er, brauchte es dafür eine Erklärung, den Hinweis parat hätte, dass ihm andere Fortbewegungsmittel derzeit nicht verfügbar sind.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997/Nr. 29/30, 24. Juli 1997, S. 15.

Paradiesruinen

Prora – Gedanken zur Zukunft einer ungeliebten Hinterlassenschaft

Der Sommer hatte sich erst noch angesagt, als sich eine Gruppe von Historikern und Museologen an der Küste Rügens traf. Eingeladen waren sie durch die Stiftung Neue Kultur und die Bundeszentrale für Politische Bildung mit der Aufforderung, sich zu einer Idee zu äußern, die ein Projekt werden könnte. An der Ostküste der Insel soll eine Ausstellung entstehen, die sich mit der Geschichte der steinernen Hinterlassenschaft befasst, die – zwischen Saßnitz und Binz gelegen – einst das „Seebad der 20.000“ werden sollte: Prora.

Der Name des Ortes verbindet sich indessen den Zeitgenossen nicht vor allem mit diesem Vorhaben, das 1936 in Angriff genommen und bei Kriegsbeginn abgebrochen wurde. Eine zehnstellige Zahl von Männern, die später dort ihren „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee der DDR“ versahen, besitzen von der Stätte andere Erinnerungen. Manche mögen sich heute den Fragen von Enkeln ausgesetzt sehen, die auf ein Foto oder ein anderes Zeugnis aus fernen Tagen gestoßen sind: Ja, warum haben sie damals wieder zu den Waffen gegriffen – einsichtig-freiwillig oder auch unter dem mehr oder weniger sanften Druck von Werbern, in deren Argumenten die internationale Lage, der Kalte Krieg und der Zwang, für den Frieden durch Abschreckung zu sorgen, eine erstrangige Rolle spielten? Lassen sich diese Geschichten erzählen, Motive, Gedanken, Empfindungen glaubhaft vermitteln?

Es gab gottverlassenere Standorte der NVA. Freilich, die Nähe der Urlauber, die seinerzeit in Sicht- und Hörweite sich am Strand tummelten, stimmte oft genug auch herab. Weniger tat das der Gedanke an den ursprünglichen Zweck der Behausungen als „Kraft durch Freude (KdF)“-Objekt. Prora war keine Urlauber-, sondern eine Militärkaserne geworden. Von der einstigen Bestimmung wurde – wie von manchem anderem Vergleichbaren – zu DDR-Zeiten wenig geredet. Dass das Berliner Gebäude, in dem sich später das Zentralkomitee der SED etablierte, einmal der Sitz der Reichsbank war, wussten nur „Eingeweihte“. Die Reste des vom Nationalrat der Nationalen Front genutzten Ministeriums von Joseph Goebbels vermochten selbst Geschichtsstudenten nur im Ausnahmefall als Hinterlassenschaft der Nazizeit auszumachen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Proras ursprüngliche Bestimmung führt zu dem Thema der „Erfolgsbestechung“. Sie verschaffte den Machthabern um Hitler in Kombination mit dem Terror eine stabile Massenbasis. Die mit dieser Erfahrung verbundenen Fragen erweisen sich für die Regierenden zu allen Zeiten als heikel. Ihre Erörterung gehört daher nicht zu den Wünschen, die von Politikern an Historiker adressiert werden. Das galt auch für die DDR. Druck und Drohung, Verfolgung und Abschreckung standen im Zentrum der Sicht auf die zwölf braunen Jahre deutscher Geschichte. Weniger dagegen Lockung und Verführung, materielle und geistige Bestechung. Ohne sie aber kann nicht erklärt werden, warum und wie sich die Millionengefolgschaft formierte. Ein Teil der Antwort liegt, steinern und ruiniert, auch in Prora. Und das, wenngleich kein einziger Urlauber jemals in die Häuserblöcke einzog.

Schon 1936 wurde auf Landkarten in der Inselbucht das „KdF-Seebad“ eingezeichnet. Da wurde mit seinem Bau gerade begonnen. Er stellte ein Propagandaobjekt ersten Ranges dar. Von Weither geholte Arbeiter, die in ausgedehnten Barackenkomplexen wohnten, trieben ihn voran. Robert Ley, in Personalunion Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Führer der „Deutschen Arbeitsfront“, besuchte die Baustelle wiederholt. In schier endloser Reihe erhoben sich alsbald die Rohbauten. Ihre Beschreibungen gab künftigen „KdF-Urlaubern“ schon einen Vorgeschmack. Jedes Zimmer mit Blick auf die See, Speisehäuser in die Ostsee hineinragend, Säle für Theater- und Musikdarbietungen, ein riesiger Festplatz, eine Mole für das Anlegen von Schiffen Nach dem 1. September 1939 wurde es um Prora still. Umso lauter ertönten die Kriegsberichte.

Es scheint absurd, ist aber mehr denn Gedankenspielerei, sich zu fragen: Wie könnte es in diesem Prora ausgesehen haben, wenn „Hitler den Krieg gewonnen“ hätte? Wer wären die Besucher dieses KdF-Bades gewesen? Woher wären sie mit ihren KdF-Wagen angereist, für die sie vor Kriegsbeginn zu sparen begonnen hatten? Wären dahin nur die Krauses – die Arbeiter und Angestellten –

gekommen? Wie hätten sie über die im benachbarten Binz privater und intimer lebenden „besseren“ Volksgenossen gedacht und geredet? Hätten sich die Krupps und die anderen Betriebsführer, die am 1. Mai, dem „Tag der nationalen Arbeit“, ihren Gefolgschaften voranmarschierten, ihrem „deutschen Arbeiter“ nicht propagandahalber wenigstens tageweise zugesellt? Wäre der „Führer“ – man denke an die Fotos von seiner Kurzreise auf einem der KdF-Schiffe – hier nicht in persona zur Staatsvisite erschienen? Und wären dann Politiker und Militärs nicht beflissen seinem Beispiel gefolgt, hätten sich zu einem Abstecher von ihren Nobelsitzen oder Gütern herbei- und herabgelassen?

Denn zu den Großlügen der Propaganda gehörte: „Es wird künftig in Deutschland nur einen Adel geben, den Adel der Arbeit“. Welche Privilegien hätten die realkapitalistischen deutschen Arbeiter hier während ihres Urlaubs am Südrande der Ostsee genossen? Wer hätte ihnen den „nationalsozialistischen“ Lebensstil und -Standard sichern müssen? Was hätten in Strandburgen und am Biertisch diejenigen zu erzählen gehabt, die von der Weichsel und vom Dnjepr gekommen wären oder aus anderen eroberten Gebieten? Oder wären die deutschen Aufseher in den Reichs- und Generalkommissariaten, Gouvernements und Protektoraten – wie an faschistischen Kaminen schon erörtert – auf kürzeren Wegen lieber in die Urlauberkasernen auf die wärmere Krim gefahren und hätten bei Ausflügen die inzwischen dort angesiedelten Südtiroler besucht? Wäre womöglich – weil auch der Mitsieger Italien so viele Offerten anzubieten hatte (schon 1938 war ein Abkommen über die Entsendung deutscher Urlauber geschlossen worden) – Prora bald in die zweite Reihe der Attraktionen gerückt oder gar eine Stätte für Langzeitaufenthalte von alternden Kriegerwitwen und Kriegskrüppeln geworden, gleichsam der Ort für den „Dauerdank des Vaterlandes“?

Der Blick auf eine ungeschehene Geschichte, auf den privilegierten deutschen Arbeiter, in das Leben eines „Herrenmenschen“, erscheint ausgedacht. Doch er ist dokumentenfest gegründet. Das Regime zielte darauf, die Masse für die Zwecke der dauerhaften „Neuordnung“ Europas und zum profitablen Nutzen imperialistischer Interessen einzusetzen. Davon sollten auch sie profitieren, dafür mussten sie fit gehalten werden. Die Absicht, die Arbeitermassen körperlich und psychisch für die von den Herrschenden bestimmten Zwecke in Form zu bringen, wurde in der KdF-Propaganda unumwunden und unverschämt verkündet. Der „Arbeiter der Faust“ sollte geölt werden, wie er selbst, ein Musterarbeiter in einem nationalsozialistischen Musterbetrieb, seine Maschine ölte. Und er müsste „von Zeit zu Zeit“ – eine exaktere Angabe wurde vermieden – „überholt“ werden, „genauso wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muss“. Der KdF-Urlauber hatte „gestärkt und neu ausgerichtet“ an seinen ihm vorgeschriebenen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Wie das ganze Unternehmen KdF, so diente mit dem Aufbau des Autowerks bei Fallersleben auch Prora der Friedensdemagogie der Machthaber. Vor solchem Hintergrund konnte Ley noch am 1. Mai 1939 die schöne Zukunft glauben machen: „Wir wissen, dass Gott die Welt nicht erschaffen hat, um aus ihr eine Hölle zu machen. Deshalb wollen wir unsere Welt erfüllen mit Lebensfreude und Lebenskraft ...“ Das entstehende „Seebad“ eignete sich auch, gegenüber Verbündeten, gewonnenen wie erst noch umworbenen, den deutschen Führungsanspruch auf dem Felde von Sozialpolitik geltend zu machen. Eine Wanderausstellung „Freude und Arbeit“ wurde seit dem 9. Oktober 1938 in Sofia, nach dem 21. Juni 1939 noch in Bukarest gezeigt.

KdF – das war Prophylaxe gegen jede Wiederkehr der Ideen von Klassenkampf und andere gesellschaftliche Zustände als die des „nationalen Sozialismus“. Erfahrbar werden sollte hingegen: Der „Führer“ baut die beste aller denkbaren deutschen Welten und dankt allen seinen „Mitarbeitern“, namhaften und namenlosen. Zuerst den SA-Männern, die schon 1933 Urlaubsfahrten antreten durften und damit auch ruhiggestellt wurden. Dann kamen die „Volksgenossen“ an die Reihe. Die Massenangebote waren bescheiden: KdF offerierte Kurzreisen von ein- bis zwei Tagen und zumeist Urlaubsfahrten, die nicht länger als eine, allenfalls zwei Wochen dauerten. Doch sie wurden angenommen, millionenweise. Und die gar mit KdF-Schiffen nach Madeira auf die Reise gingen, erlebten Ungeahntes. Ihnen wurde „die Welt“ gezeigt und sie selbst wurden „der Welt!“ vorgeführt. In Le Havre, wo Schiffe auf der Fahrt nach Madeira ankerten, sollten französische Proletarier sehen,

wie es sich im neuen Deutschland lebte und dass der Arbeiter jenseits des Rheins nicht anders als der Generaldirektor auf Weltreise gehen könne.

Die Wirkung der KdF-Reisen erstreckte sich in viele Richtungen, in erster Linie ins Landesinnere. In Dörfern des Thüringer und des Bayerischen Waldes, die bis dahin zu amtlich erfaßten Notstandsgebieten gehörten, brachten die Besucher aus den Städten auch Geld. Das Wort vom KdF-Rummel traf nicht. Menschen, die Jahrzehnte eines Arbeitslebens hinter sich hatten, gingen auf ihre erste Urlaubsreise. Bis dahin hatten sie Ferien auf einem Balkon oder auf einer Schrebergartenparzelle verbracht.

„Merkt ihr nischt?“ hätte Tucholsky vielleicht wieder gefragt, wäre er noch am Leben gewesen. Nein. Über Bauten wie denen in Prora wollten Millionen die ungleich zahlreicheren Kasernen- und anderen Militärbauten nicht wahrnehmen. Über den bunten Reklamebildern des KdF-Wagens nahmen sie die grauen Panzer nicht ernst. Die soziale Demagogie in Wort und Geste, in Stein und Stahl, kombiniert mit Beteuerungen des Friedenswillens, erwies sich als ein sicherer Griff in die Köpfe der Volksgenossen.

Kann dieser Vorgang sichtbar gemacht werden? Lässt er sich in Bildern, Gegenständen und Texten einer Ausstellung verdeutlichen, welche Urlauber anzieht, die an einem kühleren Tag der Weg nach Prora führen könnte? Damit befasste sich die Expertenrunde. Über den Gewinn, den eine auf die „Faszination“ des Regimes zielende Ausstellung darstellen könnte, gab es so wenig Meinungsverschiedenheiten wie über die Tücke des Objekts. Wieder erhob sich die Frage, ob überhaupt irgendwo vom „Nationalsozialismus“ gehandelt werden dürfe, ohne dass seine Gewalttätigkeit in Betracht käme. Das Problem schien lösbar. So entstand eine erste, in ihren Einzelheiten kontrovers gebliebene Ideenskizze davon, wie in einem Teil des inzwischen unter Denkmalschutz gestellten Gebäudekomplexes, in „Paradiesruinen“, sich eine Dauerausstellung einrichten ließe. Sie soll Vergangenheit sprechen machen, die inzwischen mehrfach veränderten Häuserreihen und die gesprengten und von den Zähnen der Zeit gezeichneten Bautenreste. Von der Entstehungs- und Baugeschichte müsste der Bogen über die Rolle von KdF und „Arbeitsfront“, bis in die Arbeitswelt der Proletarier reichen.

Die ursprüngliche Bestimmung Proras führt gedanklich unausweichlich in die Frühgeschichte des Massentourismus. Manchen Nachgeborenen mag sich das beklemmende Bild von zwanzigtausend versammelten Volksgenossen in den Häuserburgen und am Strand bei dem Gedanken abmildern, dass inzwischen an Europas Küsten Betonburgen anderen Charakters, aber vergleichbaren Ausmaßes, entstanden sind. Nahe liegt auch der Gedanke, dass die „Animation“ durch die KdF-Walter und -Walterinnen von eben jener wenig unterschieden gewesen wäre, die heute Markenzeichen vieler Urlaubsunternehmen ist und von Einfallslosen, weil Einfallsentwöhnten dankbar zahlend genutzt wird. Bedacht werden müssen also, wie bei jeder Ausstellung zur Geschichte, mit den Eigenheiten des Vergangenen auch die Wahrnehmungsgewohnheiten der Heutigen. Zu berücksichtigen wären Wünsche der Einwohner des Landstrichs und jener, die sie in Parlamenten vertreten. Von da wurden auch Einwände übermittelt. Es könne solche Ausstellung dem noch unsicheren Aufstieg der Insel zu marktwirtschaftlichem Glanz und dem ihrer Bewohner zu gutbezahlten Arbeitern der Urlaubsgeschäfte gar Schaden zufügen.

Die Teilnehmer der Tagung in Prora besaßen keine Illusionen über die Weite des Weges von der Idee zum Projekt und von diesem zu seiner Verwirklichung. Sie stimmten überein, dass an Proras exotisch erscheinender Frühgeschichte eines der Geheimnisse des Regimes bloßgestellt werden könnte.

Literaturhinweis: „Paradiesruinen. Das KdF-Seebad der Zwanzigtausend auf Rügen“ von Jürgen Rostock/Franz Zadnicek. Ch. Links Verlag Berlin, 1995.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 9./10. August 1997, S. 16.

Weder Parzival noch Tor – der Stellvertreter

Der Platz von Rudolf Heß in der faschistischen Diktatur

[Mitautor: Manfred Weißbecker]

Um keinen zweiten Nazi-Führer rankt sich ein solches Dickicht von Legenden wie um Rudolf Heß. Dies erklärt wohl auch, warum noch heute vorwiegend junge Leute sich ihn zur Galionsfigur auswählen. Die Geschichtswissenschaft der BRD hat nicht eben viel getan, mit Fakten wider die Verklärung anzutreten. Angesichts des zum 10. Todestag (17.8.) von Heß-Jüngern erneut angestimmten Geschreis um ihr Idol fragte ND zwei Faschismusforscher: Welche Rolle spielte Heß in der faschistischen Diktatur?

Der Masse der Deutschen war er bekannt, mehr aber auch nicht. Selbst der Volkswitz ignorierte ihn – bis ihn Hitler für nicht zurechnungsfähig erklärte. Das war nach dem spektakulären Abflug von Rudolf Heß nach Großbritannien am 10. Mai 1941. Nun flüsterte man sich hinter vorgehaltener Hand auch über diesen einen Witz zu: Rudolf Heß wird in London von Winston Churchill mit den Worten empfangen „Sie sind also der Verrückte?“ Worauf dieser antwortet: „Nein! Ich bin bloß der Stellvertreter.“ Hitler und Heß waren sich bereits 1920 in einer Versammlung der gerade gegründeten NSDAP begegnet. Heß studierte damals in München. Der väterlichen Bestimmung, Kaufmann zu werden und das seit Generationen in Familienbesitz befindliche Handelshaus im ägyptischen Alexandria zu übernehmen, wurde er durch den 1. Weltkrieg enthoben, mit dem das Unternehmen verloren ging. Dem Unternehmen trauerte Heß weniger nach als dem verlorenen Sieg, der nach seiner Meinung auf das Konto von Vaterlandsverrätern ging. Für Heß war klar, dafür musste Rache genommen werden. Das verband ihn mit Hitler, an dessen Putsch im November 1923 er sich denn auch beteiligte.

Immer an Hitlers Seite, von allem gewusst

Danach avancierte er bald zu dessen „Privatsekretär“. Er begleitete den „Führer“ auf Agitationsreisen und zu vertraulichen Besprechungen, die zu Beginn der dreißiger Jahre immer mehr Industrielle und auch Großagrarier mit dem Chef der NSDAP suchten. Heß regelte Hitlers Termine, erledigte die persönliche Post, empfing auch Besucher stellvertretend. Es war die Zeit, als die NSDAP-Reichsleitung – ermöglicht durch Spenden der Mitgliedschaft und Thyssens – in dem anfänglich als „Zentralheim“, dann als „Braunes Haus“ bezeichneten Palais im Zentrum Münchens residierte.

Als die abschließende Intrige gegen die Republik geschmiedet wurde, Hitler am 4. Januar 1933 in der Villa des Bankiers Kurt von Schröder mit Papen verhandelte, war Heß dabei. Er war damals Vorsitzender der Zentralkommission der NSDAP, die gebildet wurde, als es in der NSDAP kriselte und Gregor Strasser die Führung verließ. Im April 1933 wurde Heß zum „Stellvertreter des Führers“ für Angelegenheiten der NSDAP. Er sollte die bisher auf die Bekämpfung der Republik eingestellte Organisation neu ausrichten – auf den Dienst in der faschistischen Diktatur. Das Regime bedurfte der Massenbasis. Parteiführer- und Mitgliedschaft sollten deren absolut verlässlichen und stets mobilisierbaren Kern abgeben. In seiner neuen Eigenschaft wurde Heß zudem an die Spitze eines „Verbindungsstabes“ gesetzt, der sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Reichskanzlei in Berlin in der Wilhelmstraße etablierte und eine Doppelfunktion besaß. Zum einen war er als eine Überwachungsinstanz gedacht, die weite Teile des Regierungsapparats – ausgenommen das Außen- und das Reichswehrministerium – kontrollieren sollte. Zum anderen sollte er die Obersten Reichsbehörden, und das war in der Anfangsphase der Herrschaft besonders nötig, vor unbefugten Eingriffen diverser Dienststellen und Nazi-Führern auf mittlerer und unterer Ebene bewahren. Keine Frage, dass Heß an dieser Schaltstelle einer der bestinformierten und einflussreichen Politiker war. Diese Tatsache ist immer wieder bestritten worden: Nicht er, sondern sein Stabsleiter Martin Bormann sei der „Machtmensch“ gewesen. Heß habe sich an Büroarbeit geradezu desinteressiert gezeigt. Er sei eigentlich für nichts verantwortlich, was die Führungsgruppe befahl, anrichtete, verübte, verbrach. Die ganze Entwicklung sei ihm mehr und mehr gegen den Strich, gegen die eigene, eben „nationalsozialistische“ Überzeugung gegangen. Nichts davon ist wahr.

Tatsächlich hat Heß in der Etablierungsphase des Regimes die NSDAP und ihre Gliederungen neugeordnet. Er schuf einen ihm unterstellten verzweigten, von München und Berlin aus agierenden Apparat, der die Tätigkeit Hunderttausender Parteifunktionäre im Reich lenkte. Er wies sie an, wie die Macht auszubauen und die „Menschenführung“, d. h. die Mobilisierung der Deutschen für die Ziele des Regimes, voranzubringen war. Unter der Regie von Heß arbeiteten vor allem Schreibtischtäter-Planer der „Volksgesundheit“, die ebenso auf Kriegstüchtigkeit wie auf die „Ausmerze“ der angeblich Untüchtigen zielten, Strategen der Judenverfolgung, Führer der „Auslandsdeutschen“, die in verschiedenen Ländern nicht nur für Nazideutschland warben, sondern Spionage trieben, eifrige Schnüffler, die in den Fragebögen der Beamten nach „nichtarischen Ahnen“ fahndeten etc. Die Bestimmung, sein Amt müsse an allen Vorgängen beteiligt sein, die Auswahl und Ernennung von Beamten betrafen, und zu diesem Zweck „politische Beurteilungen“ erarbeiten, bot Heß auch reichlich Einfluss auf die Personalpolitik des Regimes. Einiger Aufgaben, die seinem Herrschaftsimperium zufielen, nahm er sich selbst intensiv an, so der tödlichen Intrige gegen die ČSR, die er durch, persönliche Kontakte mit dem Führer der sudetendeutschen Nationalchauvinisten früh plante.

Heß trug wie kein zweiter Parteiführer dazu bei, der Parteimitgliedschaft Ergebenheit gegenüber dem „Führer“ abzufordern und im Volke den Hitlerkult zu verbreiten. Himmler mochte Heß an Grausamkeit des Gedankens und der Tat übertreffen, Göring ihm als skrupelloser „Macher“ weit überlegen sein, Goebbels ihn in der List der Lüge in den Schatten stellen – ging es aber um blinde Unterwerfung unter den „Führer“, da ließ Heß niemandem den Vortritt. Er bediente sich hierzu unverhüllter Drohung wie religiöser Verherrlichung. Das Massaker 1934 unter SA-Führern und wirklichen oder vermeintlichen Regimegegnern hat er bereits fünf Tage zuvor in öffentlicher Rede rechtfertigt. Nicht ein einziges Zeugnis spricht dafür, dass Heß in dieser Frühphase des Hitlerregimes für diejenigen auch nur ein Ohr gehabt hätte, welche die „Machtergreifung“ mit der Vorstellung verbanden, es würde zu einer Neuverteilung der Macht zwischen Oben und Unten, Stark und Schwach, Reich und Arm kommen. Die Legende, er verkörpere die „reine Idee des Nationalsozialismus“ entbehrt jeglichen Belegs.

Heß wusste um die Geheimnisse der Diktatur. Auch die siebenstelligen Summen, die Industrielle im Februar 1933 für den Reichstagswahlfonds der Regierungsparteien gespendet hatten, waren zu einem erheblichen Teil an ihn adressiert. Skrupel plagten den „Stellvertreter“ nicht. Allein vor dem Hintergrund der raffgierigen anderen Paladine konnte er als bescheiden erscheinen. Er war nicht so eitel wie Göring. Er brachte sich nicht wie Goebbels als Weiberheld und nicht wie Ley als Säufer ins Gerede. Aber schon als „Sekretär“ verfügte er über ein Privatflugzeug. 1933 bezog er in einem Münchner Nobelviertel eine Villa, die wiederholt umgebaut wurde und deren Garagenpark für zehn Fahrzeuge bestimmt war. Heß baute nicht wie Bormann am Obersalzberg, kaufte sich andernorts in einem Alpental ein Refugium. Durch sein Amt gingen alsbald alle Gesetzesvorlagen und dann auch deren wesentliche Ausführungsbestimmungen. Das gab zusätzliche Möglichkeiten, politische Entscheidungen zu beeinflussen und politische Entwicklungen voranzutreiben. Besondere Initiative zeigte sein Amt bei der Verfolgung der Juden. Die Nürnberger Rassegesetze tragen seine Unterschrift. Fälschlicherweise gilt er dennoch als weitgehend unbeteiligt am Massenmord an den europäischen Juden, weil er das „Reich“ davor verließ.

Der „Stellvertreter“ hat in den Vorkriegsjahren jede Expansion nicht nur gutgeheißen, sondern sie vorab mit Drohreden vorbereitet. Am Vorabend des Krieges wurde er Mitglied eines „Ministerrates für die Reichsverteidigung“. Als Hitler den erfolgten Überfall auf Polen rechtfertigte, ernannte er Heß für den Fall, dass ihm und nach ihm auch Göring etwas „zustoßen“ würde, zu seinem zweiten Nachfolger Heß war beteiligt an der Zerstückelung Polens. Gutgelaunt sah man ihn im Walde von Compiègne, als die französischen Militärs kapitulierten. Danach glaubte er mit seinem „Führer“, es werde nur noch einiger Demonstrationen zerstörerischer Macht bedürfen, dann müsste auch Großbritannien, der letzte aktionsfähige Kriegsgegner, kapitulieren.

Hiermit ist noch längst nicht alles benannt, was sich auf der Liste der Verbrechen befand, die ihm in Nürnberg die Ankläger präsentierten. Und bei denen er keinen Bonus als „fliegender Parzifal“ hatte.

Sie sahen in ihm nicht den Friedensboten, wie er immer wieder genannt wurde. Denn Heß war es nicht.

Heß trat seine ungewöhnliche Reise an, um im Feindesland bestimmte Kreise aufzusuchen, von denen er glaubte, sie seien einflussstark und kapitulationswillig. Ihnen wollte er die deutschen Bedingungen überbringen, deren wichtigste knapp lautete: Überlässt uns unsere Beute und auf Dauer die Herrschaft über den Kontinent. Dieses „Verhandlungsangebot“ war mit der Forderung nach einem Regierungswechsel in London verbunden. Allein letzteres musste in England am Realitätssinn des uneingeladenen deutschen Politikers zweifeln lassen. Und da er obendrein keinerlei Legitimation besaß, wurde er folglich nicht als Parlamentär, sondern als Gefangener behandelt, in der Form, wie es vergleichsweise einem General zustand.

Was die Jünger mit ihrem Idol verbindet

Wie war aber der Nichtalkoholiker Heß auf die Schnapsidee gekommen, seinem Unternehmen könne ein knappes Jahr nach deutscher Okkupation von Westeuropa der gewünschte Erfolg beschieden sein? War er ein Tor? Dieses Bild wird wieder einmal in einer Würzburger Habilitationsschrift gezeichnet (s. Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß. „Botengang eines Toren?“, Econ Verlag, Düsseldorf 1967). Doch ein Tor war er nicht. Seine „fixe Idee“, die etliche abstruse Erklärungsvarianten provozierte, erklärt sich zuvörderst als die Emanation politischen Größenwahns, der in Heß manifest war seit 1918. Dieser „Parzival“ drohte gar, es würde, akzeptiere England nicht, ein Luftbombardement auf die Insel niedergehen, demgegenüber das bisherige harmlos erscheinen würde.

Die lange Zeit, die Rudolf Heß nach dem 10. Mai 1941 hatte, um über die faschistische Diktatur und seine Rolle in ihr nachzudenken, hat einen Sinneswandel nicht bewirkt. Ungerührt ließen ihn schon die Filmaufnahmen von den Leichenbergen hingemordeter Menschen, die ihm und seinen Mitangeklagten im Nürnberger Gerichtssaal gezeigt wurden. In seinem Schlusswort bekannte er sich zu seinem „Führer“: Stolz sei er, an dessen Seite gedient zu haben. Treue? Nein, sture Verweigerung, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Und das verbindet die Heß-Jünger von heute mit ihrem Idol.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 16./17. August 1997, S. 15.

Arm und Reich – ein tückischer Unterrichtsgegenstand

Eine Schulbuchlektüre

Von Sokrates wird berichtet, er habe, nachdem er über einen Markt gegangen sei, geäußert, nun wisse er, dass er alles nicht brauche. Das ist nicht die Art von Belehrtheit, nach der die Leute heutzutage Märkte verlassen sollen. Weder in Neugriechenland noch in Neudeutschland. Dort wie hier wird den Bürgern, groß oder klein, reich oder arm, klug oder dumm, „rund um die Uhr“ vorgeschrieben, eingeredet, angezeigt, zugelacht und zuplakatiert, kurzum eingeprägt, was alles entbehren, was ihnen schon seit langem fehlt, was sie ganz gewiss noch brauchen und wo deshalb dieses oder jenes – nein, nicht zu kaufen – zu „holen“ ist oder einfach „kennengelernt“ werden kann oder griffbereit als „Schnäppchen“ auf sie wartet. Niemand entgeht diesen stummen und lauten Käuferjägern, wenn auch nicht alle auf alle schießen. „Spar“ inseriert nicht in „Capital“, und „Capital“ wird nicht bei „Plus“ feilgeboten.

„Not und Überfluss leben nebeneinander“?

Der Bericht über die Äußerung des griechischen Philosophen fiel mir beim Lesen in einem Schullehrbuch wieder ein, auf dessen Seiten Fragen von Gesellschaft, Politik und Moral behandelt werden. Darin gibt es das Kapitel „Arm und Reich“. Wer wollte den Lehrer beneiden, der es mit seinen Schülern durchzuarbeiten hat? Doch umgehen lässt sich das Thema nicht mehr, und längst kann es nicht mehr in jener exotischen Weise abgehandelt werden, welches sich auf das Elend in weltenfern entlegenen Gegenden bezieht, dem der Luxus prassender Maharadschas und feister Mandarine gegenübergestellt wird. Soweit müssen Gedanken und Blicke nicht über den Erdball schweifen. Die Autoren besagten Kapitels wissen das und treffen die sachliche Feststellung, dass in Deutschland die Armut seit den achtziger Jahren zugenommen hat. Kaum einen Schüler wird das überraschen. Anders die erste der Unterüberschriften, die lautet: „Not und Überfluss leben nebeneinander.“

Das ist großräumig gedacht und doch mehr als eine Ungenauigkeit. Zumeist leben die reichen und die armen Menschen gerade nicht nebeneinander, sondern in ziemlicher Entfernung voneinander und außer Sichtweite. Um von einem alltäglichen Geschehen zu reden: Ein erheblicher Teil der berufstätigen Berliner Einwohner, jene, die morgens in ihrem Auto von ihrer Wohnstätte auf eingeübter Fahrstrecke zu ihrer Arbeitsstätte gelangen und am früheren oder späteren Nachmittag auf die gleiche Weise wieder zurückkehren, nimmt weder einen Bettler noch einen Obdachlosen oder sonst einen Menschen wahr, der auf den gesteinkalten Grund der Gesellschaft geworfen ist. Verarmten, Hungernden, Unbehausten begegnet er nicht in persona und eher zufällig. In Zeitungen oder Zeitschriften blättern und stößt er mitunter auf Bestandsaufnahmen des Elends, auf dessen desinfizierte Zusammenfassung die Statistiken genannt werden.

Sagen und verschweigen: Hilfe der Statistik

Zahlen- und statistisches Material werden auch und in nicht geringer Menge auf besagten Lehrbuchseiten geboten. Zu erfahren ist die tägliche Zahl der Eheschließungen und Sterbefälle, der Straftaten und der Verkehrsunfälle (die mitunter ja zusammenfallen), der Staatsausgaben und der -schulden, des nationalen Energieverbrauchs und des deutschen Hausmüllanfalls. Geliefert werden Angaben über die Antriebe, welche Menschen in Deutschland dazu bringen, zum Sozialamt zu gehen. Nach Herkunftsländern aufgelistet wird die Zahl derer, die sich in aller Welt auf der Flucht befinden. Über alle diese Angaben lässt sich nachdenken, mit ihnen kann gedanklich gearbeitet werden. Auch fehlen die Posten mit den dazugehörigen D-Mark-Angaben nicht, aus denen das weitmaschiger werdende „soziale Netz“ der Bundesrepublik geknüpft worden ist. Dem letzten folgt übrigens die Anregung, sich darüber Gedanken zu machen, in welchen Situationen „das soziale Netz geändert werden“ müsse. Das ist kein geringer Anspruch. Er könnte auf eine Art Vortraining von Bewerbern für den künftigen Beamtendienst in Finanz- und Arbeitsministerium zielen.

Die erwähnte Datenfülle weiß indessen zwei bemerkenswerte Lücken, auf die schwerlich jene Beschränkung zu Quelle haben dürften, in der sich (auch und gerade) der pädagogische Meister zeigen kann. Die mehr als anderthalb Dutzend Seiten liefern weder eine Angabe über die Zahl der Reichen

oder auch nur eine Gruppe von ihnen, etwa die der Millionäre, noch wird die Summe derjenigen angegeben, die unterhalb der Grenze des Existenzminimums leben. Die Darstellung erwähnt die Wohnungsnot, aber der Begriff Obdachlosigkeit taucht nirgendwo auf. In einem Zitat nur wird von 140.000 Familien geschrieben, die „keine eigene Wohnung haben“ und in „Ersatzunterkünften“ untergebracht seien. Die fehlenden Zahlen, manche mit Präzision gegeben, andere auf Schätzungen beruhend, stellen keine geheime Verschlusssache dar. Was immer sich die Autoren, wenn sie es getan haben, bei ihren Auslassungen dachten, sie vereinfachen und entschärfen ein Problem.

Indessen: Sie geben für den Mangel eine Erklärung. Sie heißt: „Es erweist sich allerdings als schwierig, die Armen von den ‚Nichtarmen‘ zu unterscheiden.“ Immerhin seien Kräfte, die mit „man“ vorgestellt werden, darum bemüht, „aus unterschiedlichen Blickwinkeln an das Problem heranzugehen“. Die einen, erfahren lesende Schüler, bedienen sich dazu des Existenzminimums, über dessen Feststellung und Bedeutung kein weiteres Wort fällt. Andere würden als Maßstab „die unterschiedlichen tatsächlichen Lebenslagen der Menschen“ benützen. Der Unterschied wird demnach durch den Unterschied bestimmt. Das heißt gemeinhin Tautologie, erklärt also nicht, was klargemacht werden soll, sondern wiederholt den schon benannten Sachverhalt. Und bin so klug als wie zuvor ... Jedoch: Es wird in einer Aufgabe den Schülern die Beantwortung der Frage abverlangt: „Wo würdet ihr jeweils die Grenze zur Armut oder zum Reichtum ansetzen?“

„Vielseitige Ursachen“ und Quellen des Gutlebens

Doch beginnen die Schwierigkeiten, welche die Autoren mit dem Thema offensichtlich haben, erst eigentlich dort, wo von den nicht zu übergehenden – so wieder eine der Überschriften – „Vielseitigen Ursachen“ des Reichtums und der Armut geschrieben werden muss. Die gedankliche Einstimmung geben Zitate von Henry Ford und Ovid, Martial und Dostojewski, Swift und Platon. Die illustre Reihe beschließt das Sprichwort, wonach jeder seines Glückes Schmied sei. Keine dieser Textstellen enthält auch nur eine Teilantwort auf die Frage nach den Quellen des Reichtums (und der Armut) in der bürgerlichen oder in einer anderen Gesellschaft? Gesagt wird, was Geld sei, bedeutet, bewirkt und welches Verhältnis Menschen zu ihm und zum Reichtum besitzen. Dabei ist das z. T. seit Jahrhunderten vorliegende Angebot an Antworten imponierend, das Ökonomen gegeben haben, die eben diesen Quellen mehr oder weniger tief auf den Grund gekommen sind. Es zu ignorieren ist ein Merkzeichen von Unkultur.

Die Autoren bieten im Weiteren ihre eigene Sicht auf die Ursachen sozialer Unterschiede an. Obwohl sie natürlich wissen, dass – von Ausnahmen abgesehen – die derzeit mehr als vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland in ihre Lage keineswegs aufgrund „persönlicher Ursachen“ geraten sind, beginnen sie exakt mit diesen. Sie wenden sich zunächst aber den Quellen des Aufstiegs zum Gutleben zu, den Begriff Reichtum hier nur vermeidend. Als solche gelten ihnen „Charakter“, „Handeln“, „großer Fleiß“ und Glücksumstände. Zu den letzteren zählen ein „Lottogewinn“ und „eine unerwartete Erbschaft“. Hier muss nun freilich eingehalten werden, die Kostbarkeit und Köstlichkeit des Beiwortes „unerwartet“ zu genießen. Sind denn, können Schüler fragen, die erwarteten Erbschaften keine Glücksfälle. Und geben nicht gerade sie, die im Voraus testamentarisch geregelten, die besonderen „Glücksumstände“ ab – jene, über die regelmäßig Zeitschriften berichten, die gemeinhin immer noch der „bunten Presse“ zugerechnet werden, wenngleich sie doch einer spezielle Kategorie der Dämlich-Machenden zugehören? Die Erwähnung jeder Hinterlassenschaft würde indessen doch in soziale Regionen führen, die aus der Betrachtung dieses Schulbuches ausgeblendet sind. Es kennt die Kategorie „Überfluss“. Höher wird nicht gegriffen, von luxuriösem und parasitärem Dasein nicht geschrieben, will man dafür vertretungsweise nicht die Abbildung einer Nobelvilla gelten lassen, die sich neben den in den eben erwähnten Periodika zu betrachtenden eher schäbig ausnimmt.

Schließlich muss doch von den beiden anderen gruppierten Ursachen sozialer Differenzierung gehandelt werden, den gesellschaftlichen und den politischen. Jene bestehen hier nur zuvörderst aus „Familienverhältnissen“. Deren Erwähnung gerät den Autoren zur unverschlüsselten Warnung. Von sozialem Abstieg gefährdet, ja schlecht lebe es sich in Familien mit hoher Kinderzahl, auch in de-

nen, die einen Drei-Generationen-Haushalt bilden, und ebenso als Alleinerziehende. In diesen Situationen sei Armut ein „schwerwiegendes Problem“. Die Anwendungen liegen zutage: Zu versorgende Kinder und zu betreuende Alte sind Barrieren gegen „gute Lebensumstände“, was doch nahelegt, jede zu verhindern und diese vom eigenen Haushalt und dessen Kasse möglichst fernzuhalten. Ansonsten wird in den Absätzen über die „gesellschaftlichen Ursachen“ nicht von ihnen gehandelt, sondern die Arbeitslosigkeit mit deren Folgen wiederholend geschildert, erneute Beschreibung statt einer Analyse geliefert, und so bleiben die Fragen gemieden, woher die Arbeitslosigkeit rührt, warum es sie nicht zu allen Zeiten gegeben habe und sie in aller nahen und fernen Zukunft eine Geißel bleiben werde.

„Die politischen Umstände“ – am schwersten beeinflussbar?

Schließlich folgt die Erwähnung der „politischen Umstände“ der Differenzierung in Arme und Reiche. Aber während in der Gesellschaft der Bundesrepublik – und dies nicht erst seit gestern, wenn auch neuerdings verstärkt und hartnäckiger – darüber gestritten wird, welche Politik die einen reicher und die anderen ärmer mache, wird den Schülern als Beispiel für negatives soziale Folgen politischer Entscheidungen der Umstrukturierung der Industrie in den östlichen Bundesländern genannt. Solche „Umstände“, wird versichert, seien „für den einzelnen am schwersten beeinflussbar“. Das ist nun nicht nur eine Unwahrheit, sondern drückt auch Geringschätzung der vielen einzelnen aus, die im Osten Deutschland durch ihre freie Wahl eben diese Entwicklung zweifelsfrei nicht nur beeinflusst, sondern erst ermöglicht, wenn auch zumeist nicht vorhergesehen und gewiss nicht gewollt haben. Es wäre diese erfolgte Beeinflussung „politischer Umstände“ hervorragend geeignet, als Lehrbeispiel dafür zu dienen, dass und wie weit Absichten verfehlen kann, wer deren Verfolgung nicht von Wissen leiten lässt.

Die einzelnen, und das kann hier auch gelesen werden: die Vereinzelten, können nach Ansicht der Autoren jedoch eine Gruppe von „Umständen“ vergleichsweise leicht beeinflussen: den eigenen Umgang mit ihrer Barschaft. Der soll denn auch, wie den Schülern vorgeschlagen wird, von ihnen an einer Art Pinnwand gedanklich trainiert werden, die mit Kurzangaben unter der Überschrift „Notwendige und entbehrliche Dinge in meinem Leben“ gespickt worden ist. Was brauche ich wirklich, mögen sie sich und sich gegenseitig fragen. Die angebotene Auswahl der zu treffenden Entscheidungen reicht von Alkohol bis Zigaretten, umfasst den mehrwöchigen Jahresurlaub und Flug- und Schiffsreisen ebenso wie Handy, PC, CD und WC, letzteres innerhalb der eigenen vier Wände, und sie mündet in die Aufforderung, gemeinsam eine „Liste mit den wirklich notwendigen Dingen zu erstellen“. Halten wir uns nicht bei dem Bürokratenwort „erstellen“ auf. Würdigen wir stattdessen, dass unter den mehr als 20 Stichworten, die Waren und Werte benennen ein „Ding“, Ware von besonderer Art, vergessen zu sein scheint. Mancher Schüler mag es nach auch nur flüchtiger Inspektion vermissen: Es fehlt die Angabe „Bücher“. Und bedenken wir dazu, dass dem gewiss unterhaltsamen Gedankenspiel ein zweites, ein wenig anstrengenderes leicht hätte beigestellt werden können, es hätte auf das Ermitteln von „Notwendigem und Entbehrlichem in unserer Gesellschaft“ gerichtet sein können. Darauf indessen wollten die Autoren sich offenbar nicht einlassen. Unerkaltete Eisen waren ihre Sache nicht.

Um ein denkbares Missverständnis zu vermeiden. Unbestritten bleibt der Wert der Erziehung zum frühzeitigen Bedenken eigener Bedürfnisse und – wichtiger noch – die praktische Einübung von ihren Entwicklungen wie deren Zügelung. Der Verfasser dieser Zeit erfreut sich einer kleinen, anspruchsvollen Enkelschar, die, auf welchen wegen auch immer – es ist nicht sein Verdienst –, etwas von jenem eingangserwähnten sokratischen Verhältnis zum Markt in sich aufgenommen und festgehalten hat. Ja, Widerstandsfähigkeit gegen jede Praxis zu erzeugen, die verfälschend „Konsumterror“ genannt wird (erfasst das Wort doch weder die Terrorisierenden noch die Terrorisierten), gehört in deutschen Landen zunehmend ins Familienleben vieler. In Grenzen mögen da diejenigen Lehrer Hilfestellung leisten können, von denen Schüler den Eindruck gewonnen haben, dass sie in diesem Punkte selbst eine gewisse Resistenz aufbringen und die bereit sind, über die Gesellschaft nicht zu schweigen, wenn sie von der Entstehung und Befriedigung persönlicher Bedürfnisse sprechen.

Nur eine Warnung vor der grassierenden Oberflächlichkeit

Genug und alles in allem: Was den Schülern auf den Seiten dieses Buches vorgesetzt wird, verdient eine geistige Bettelsuppe genannt zu werden, ist ein Zeugnis gedanklichen Armseins. Nun müssten Autoren und Titel und Verlag endlich benannt werden, die für den Text verantwortlich zeichnen? Sie werden verschwiegen, eingedenk und trotz des denkbaren Vorwurfs, der sich mit den Worten einer Gestalt des Bertolt Brecht ausdrücken ließe: Denen zufolge sei nichts passiert, solange keine Namen gefallen ist. Im Vorstehenden geht es jedoch nicht um die Attacke gegen einige Schulbuchverfasser, nicht um den Verriss eines Druckwerkes, auch nicht um das Bloßstellen eines Verlags. Beabsichtigt wird eine Warnung von einer sich geradezu epidemisch ausbreitenden Zeiterscheinung: der Oberflächlichkeit denkender Beschäftigung mit der Gesellschaft. Vorgeschlagen wird Lehrern, die sich mit ihr unterrichtend befassen und dafür Bücher für die Hand ihrer Schüler auszuwählen haben, sich die in ihnen zu findenden Passagen über „Arm und Reich“ anzusehen. Sie geben so etwas wie ein Lackmuspapier ab. Nach seiner Anzeige kann sicherer einem Grundgebot pädagogischer Arbeit genügt werden, das zugleich ein Grundverbot ist. „Du sollst deine Schüler nicht verdummen.“

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997, Nr. 33/34, 21. August 1997, S. 16.

Sein märchenhaftestes Jahr

An einem Junitag 1945 kehrten Victor und Eva Klemperer von ihrer lebensrettenden Flucht aus Bayern nach Dresden zurück. Sie bezogen in einem „kleinbürgerlichen Villenviertel“ am Stadtrand ihr ein wenig heruntergekommenes, aber intaktes Haus wieder. Da und dort setzen Klemperers Tagebuch-Notizen erneut ein. Sie vermitteln ein Bild ostdeutscher Nachkriegsentwicklung. Kaum ein gleichermaßen plastisches kann ihm an die Seite gestellt werden. Seit limitiert und gekürzt Teile dieser Aufzeichnungen in einem der „Dresdner Hefte“ erschienen waren, wünschten Leser das Ganze. Vor allem waren es diejenigen, die den Nachkrieg in der sowjetisch regierten Zone erlebt hatten und eigene Erfahrungen und Eindrücke mit denen des Chronisten vergleichen konnten.

Wie nahm Klemperer seine ihm so fremdgemachte Umwelt wahr, befreit von der täglichen Todesdrohung? Die Kraft, sich des Wandels zu erfreuen, gewann er nur langsam. Auf ihm lasteten die Alltagsnöte, unter denen der Hunger die schlimmste war, das Warten auf die Anstellung an der Technischen Hochschule, die Unruhe um ihn her, die geistige Konzentration schwer machte, Belästigungen ohne Ende durch „kleine“ Nazis, die den Glaubwürdigen ungehemmt um einen „Persilschein“ angingen, die Unverfrorenheit von intellektuellen Parteigängern des Faschismus, die weitermachen wollten, als seien sie an nichts beteiligt gewesen, schließlich die Unzuverlässigkeit der eigenen Gesundheit. Erst am Silvestertag resümiert er: „Immerhin: dieses Jahr! Doch wohl das märchenhafteste meines Lebens.“

Er und seine Ehefrau waren, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, auf die Seite derer getreten, die – wie er in einem dem Band beigegebenen Brief am 6. Januar 1947 schrieb – „den leidenschaftlichen Willen (gerettet haben), den Rest unseres Lebens daranzusetzen, dass es in Deutschland noch einmal menschlich werde“. Dazu sei notwendig, wie der Mann, der mit dem Wort umzugehen verstand wie wenige, sich im Sommer 1945 mehrfach notierte, zu „säubern“ und „auszumisten“. Das geschieht ihm lange zu sanft. Den Willen dazu sieht er am stärksten auf Seiten der Linken. Daher, trotz aller Wenn und Aber, die der „Freisinnige“ und „Demokrat“ nie loszuwerden vermag, schließt er sich ihr an. Er wird Mitglied der Kommunistischen Partei. Klemperer gehört zu den Gründern des Kulturbundes. Seine ersten öffentlichen Vorträge gegen den Faschismus versammeln Hunderte in den wenigen erhaltenen Sälen im Trümmerhaufen Dresden. Er, schließlich auch durch Zertifikat als Opfer des Faschismus anerkannt, wird ein stadtbekannter Mann, gesucht, und zu viel besucht, befragt – und das nicht ohne Misstrauen. Doch wie viele Antworten sucht er selbst noch vergeblich! Wie wird es sich entwickeln, das Verhältnis zwischen den kommunistischen Arbeiterfunktionären, ihm und den anderen Intellektuellen? Welche Perspektiven hat in diesem Nachkriegsdeutschland die Reaktion? Welche der Antisemitismus? Diesen fürchtet er vor allem als Produkt des ihm täglich begegnenden Unwillens der Deutschen, sich über ihre Rolle im Nazireich Rechenschaft zu geben. Und er vermutet, dass die wenigen überlebenden Juden, von denen einige als Antifaschisten in der Stadt öffentliche Positionen und Einfluss gewonnen haben, erneut nicht überwundene Judenfeindschaft anstacheln könnten.

Das Buch mag nicht nur Ostdeutschen den Wunsch des Weiterlesens erzeugen. Der Weg zur erweiterten Ausgabe dürfte steinig sein, soll das editorische Niveau der Tagebücher von 1918 bis 1945 vor allem im Anmerkungsapparat erreicht werden. Jetzt ist der noch ein Torso. Unerlässlich scheint, Nachrichten zu kommentieren, die Klemperer vom Hörensagen aufnahm und unüberprüft niederschrieb. Rasch hingegen kann der Missgriff getilgt werden, der „Das Reich“ als „Kulturzeitschrift“ des Propagandaministeriums bezeichnet.

Victor Klemperer, Und so ist alles schwankend. Tagebücher Juni bis Dezember 1945, herausgegeben von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1996, 255 S.

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums. 35. Jahrgang, Heft 143, 3. Quartal (September) 1997, S. 186-187.

Schlechte Nachricht aus Würzburg

Notizen zu einer Habilitationsschrift über Rudolf Heß

Während die Jünger des Rudolf Heß auf Straßen und Plätzen in Deutschland wieder auf sich aufmerksam machten, ist über ihr Idol ein weiteres Buch in die Regale der Buchhandlungen gelangt. Nein, geschrieben wurde es nicht mit schielendem Blick auf den 10. Todestag des Mannes, der alle überlebte, die wie er in der zweiten Reihe hinter dem „Führer“ regiert hatten. Das Buch fußt auf einer Arbeit, die 1996 an der Universität Würzburg als Habilitationsschrift angenommen worden war.

Der Historiker, anders als es die Käufer heischenden Untertitel vermuten lassen, hat seine Aufmerksamkeit nicht nur auf jenen Zeitmoment gerichtet, da der „Stellvertreter“ buchstäblich aus der Führungsgruppe um Hitler herausflog. In zwei lesenswerten Auftaktkapiteln verfolgt er den Lebensweg des Mannes. Der führte ihn aus seinem Geburtsort, dem ägyptischen Alexandria, in Internate Deutschlands und der Schweiz, von da auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs, anschließend zum Studium nach München. Dort geriet er an Hitlers Seite, mit diesem putschte er, musste untertauchen, saß schließlich eine Nobelhaft ab und wurde 1925 „Privatsekretär“ seines Idols, des „Chefs“. 1933 tritt er auf die Vorderrampe der deutschen Politik, wird „Stellvertreter des Führers“ in Parteisachen und Minister. Als man den 1. September 1939 schreibt, erhebt ihn Hitler zum zweiten seiner Nachfolger. Diese Bestimmung wäre auch bedeutungslos geblieben, hätte der getreue Paladin sich nach Görings Verstoßung und Hitlers Selbstmord am 1. Mai 1945 noch in Deutschland befunden. Da lebte er in britischem Gewahrsam, behandelt als Kriegsgefangener und wie ein General.

Bevor der Verfasser darstellt, warum und wie er dahin kam, gibt er ein Bild von der Denkweise dieses Faschisten und seiner Rolle im Herrschaftsimperium. En passant wird die Legende vom „nationalen Sozialisten“ ebenso erledigt wie dessen enge Verwandte, die Mär vom eigentlich an der Macht desinteressierten Idealisten. Die Rede ist von dem rachedürstenden Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, der Hitler auf dem Wege zur und an die Macht durch Intrigen und Blut begleitete. Dass die Verbrechen des Regimes (und Heß’ Beteiligung an ihnen) nicht 1941 beginnen, wird klargestellt. Dabei erweist es sich, dass es entgegen allen Dementis so etwas wie eine bürgerliche Geschichtsschreibung doch gibt. Das moralische Tief des Politikers wird mit den Morden an Bürgern und Aristokraten angesetzt. Da erst, mit dem 30. Juni 1934, habe Heß’ „fortschreitende Korrumpierung als getreuer Diener eines verbrecherischen Regimes“ begonnen? (69) Und die Morde an den Arbeitern, ihren Führern und Funktionären vorher?

Dann aber der Abflug! Kein Forscher ist beim Aufspüren und Sichten von Quellen, die über Vorgeschichte, Verlauf und Wirkung des Unternehmens Aufschlüsse geben könnten, im Wortsinn und gedanklich so weite Wege gegangen wie Schmidt. Indessen: Auch unter professionellen Historikern taucht immer wieder mal der Typus auf, der sich nach Interesse, Temperament und Fähigkeit in die Zunft nur verirrt hat, weil ihm niemand sagte, Du gehörst mit Deiner Spürnase in den Geheimdienst, Abteilung Spionageabwehr. Schmidt grub eine alte These, die mehrere und ganz verschiedene Urheber besitzt. Ihr Richtigkeit scheint ihm zur fixen Idee geworden wie weiland dem Heß der Vorsatz seines Schottlandfluges. Die These lautet: Es haben britische Spezialisten für Irreführung des Kriegsgegners in einem raffinierten Manöver den ahnungslosen „Stellvertreter“ auf die Insel gelockt. Winston Churchill erwartete ihn schon genüsslich, wenn er auch von diesem seinem Vorwissen nichts verlauten lassen durfte.

Der Verlag: es sei das „Geheimnis“ endlich entdeckt worden. Das genügt ihm zur Käuferwerbung nicht. Und so fragt ein Untertitel, ob der Reisende nicht in Wahrheit der Tor war, der sich zu einem Boten machte. Mit dem Buchinhalt hat dies nichts zu tun. Der Autor präsentiert die bekannten Argumente, dass es sich um ein Unternehmen auf eigene Faust handelte. Er überrascht hingegen mit der Behauptung, es habe einen Mitwisser aus dem Kreis der „alten Kämpfer“ gegeben. Der Chefideologe der Partei, Alfred Rosenberg, sei Stunden vor dem Start zum Feind mit Heß zusammengetroffen, um ihm die „letzten Anweisungen“ für seinen Flug zu überbringen. (273) Die habe der de-

signierte Reichsminister für die besetzten Gebiete der UdSSR aus dem britischen Luftfahrtministerium erhalten.

In einer frühen Phase der Schulausbildung wird Kindern im Mathematikunterricht ein Verfahren beigebracht, das „Gegenprobe“ hieß und mit dem sie sich der Richtigkeit ihrer Ergebnisse noch einmal versichern sollen. Geschichtsstudenten erhalten während ihrer Ausbildung den Rat, wenn sie von der Schlüssigkeit ihrer Rekonstruktion eines geschichtlichen Ablaufs und seiner Ursachen ganz fest überzeugt sind, sollten sie sich die Frage vorlegen: Könnte es nicht auch ganz anders gewesen sein? Könnte also nicht Rosenberg, der gerade mit den Instruktionen für seine Reichskommissare befasst war und für die Unterdrückung der Menschen und die Auspowerung des Landes einen erheblichen Personalbedarf zu decken hatte, mit Heß darüber gesprochen haben, wie viele Gehilfen er aus seinem Apparat entbehren könnte?

Die Geschichte vom hineingelegten „Stellvertreter“, der schließlich als Opfer in einem feingesponnenen Netz seiner Jäger zappelte, würde sich in einem Kriminalroman womöglich unterhaltend lesen. Dieses Gefühl kommt hier nicht auf. Heß ist längst die Galionsfigur am Bug eines braunen Schiffs, das durch die deutschen Zustände dümpelt. Seine Besatzung besteht aus brutalen Gesellen. Wer über den „Stellvertreter“ schreibt, kann das nicht gut ignorieren. Schlecht geht es aber. Indessen: Die Sprache ist auch ein Verräter.

Auf den Buchseiten erweist sie diese Eigenschaft an Wortwendungen, die das Bild von Heß als „Spielfigur“ britischer Geheimdienstler glaubhaft machen sollen. Eine Auswahl des Argumentationsstils: „Sicherlich nicht ohne Wissen“, „allem Anschein nach“, „ein erstes Indiz für die Vermutung“, „ergeben sich einige Indizien“, „so dass die Vermutung naheliegt“, „so liegt der Verdacht nahe“, „deutet daher alles darauf hin“, „ein weiterer Beleg, dass wahrscheinlich“, „nicht zuletzt erweist sich“, „so bleibt nur der Befund“, „so bleibt nur der Schluss“, „lässt sich nur erklären“. Der Autor mag noch glauben, er bewege sich auf festem Boden und ist doch längst im Bezirk der Mutmaßungen und Spekulationen angekommen. Das Heß vom MI 5 an den Haken genommen wurde, bleibt eine Konstruktion. Die wird auch – der Schriftsteller hat, wie in solchen Fällen meist, vor allen anderen sich selbst überzeugt – gegen Textende nicht durch Häufung apodiktische Feststellungen zu stützen: Heß sei vom britischen Geheimdienst „mit Falschinformationen über die Lage in England förmlich bombardiert“ worden. (272) Indessen wurde keine Bombe vorgewiesen. Seit November 1940 und „den ganzen Winter hindurch“ haben die Gerissenen in London mit Heß „eine streng geheime Korrespondenz“ geführt. (272) Nichts belegt das hinreichend. Mit dem Flug von Heß fand das „Spionagespiel“ dann „seinen krönenden Abschluss“. (277) Wenn Wiederholungen Beweise ersetzen könnten. Schmidt subsumiert das Geschehen in seiner Wirkung auf den angeblich Getäuschten unter die Begriffe der „persönlichen“ und „menschlichen Tragik“ des Schottlandfliegers.

Wer sich durch das Dickicht der Fakten und Anmerkungen arbeitet, ohne sich von den permanenten suggestiven Appellen Schmidts beeindrucken zu lassen, wird finden: Auch Heß hat, wie andere Führer um Hitler, deren Aufgabe die Außenpolitik nicht oder nur marginal war, auf diesem Felde gewirkt und dilettiert. Er ließ im September 1940 den ihn befreundeten Albrecht Haushofer an eine von einer Britin angegebene Adresse nach Lissabon einem Brief schreiben. Dem lag ein ebenfalls von Haushofer gezeichnetes Schreiben an den ihm gut bekannten Herzog von Hamilton bei, ein beziehungsreiches Mitglied des britischen Oberhauses. Darin wurde ihm, der als Offizier in der RAF diente, ein Treffen in der portugiesischen Hauptstadt vorgeschlagen. Es sollte nach der Idee von Heß dazu dienen, Informationen darüber zu erhalten, ob es in Großbritannien eine oppositionelle Gruppe gäbe, die sich an die Macht putschen könnte und bereit sei, den Krieg zu beenden. Dieser Brief gelangte in die Hände des britischen Geheimdienstes. Im März 1941 wurde er dem Herzog ausgehändigt und einige Wochen später mit ihm erörtert, ob er im Interesse des Dienstes der Einladung folgen wolle. Es sollte ausgelotet werden, was es mit ihr auf sich habe. Der Gedanke begeisterte den Aristokraten nicht, und er wurde auch aufgegeben. Soweit die Tatsachen.

An sie lassen sich Überlegungen knüpfen. Dass in der Zeit zwischen dem Abfangen des Briefes und seiner Aushändigung an den Empfänger die Geheimdienstler ohne dessen Wissen aktiv geworden waren, ist denkbar, aber von Schmidt nicht bewiesen. Dass eine dieser möglichen fingierten „Hamilton-Antworten“ Heß erreichte, lässt sich vorstellen. Damit wird aber an eine Vermutung nur eine weitere geknüpft. Dass auf solcher „Schiene“ gar „entscheidende Informationen“ gewechselt wurden, „die den Flug provozierten“, bleibt im höchsten Grad spekulativ. Darauf baut der Autor indessen nicht nur die Darstellung der folgenden Ereignisse, sondern auch deren Bewertung. Dem Heß-Flug von Augsburg nach Dungavil und den Ländereien der Hamiltons, leitet eine Traueranzeige ein: „Selten nur hat es in der Geschichte ein solches Maß an tragischer Verirrung und naiver Verbohrtheit, an heroischer Absicht und spektakulärem Scheitern gegeben.“ An anderer Stelle wird der Weg des „Stellvertreters“ ein „gescheiterter Opfergang“ (243) genannt.

Da darf der Leser sich schnäuzen und muss sich dann doch wieder fassen. Denn nun folgt die Geschichte von einem Unternehmen, das „eine persönliche Friedensmission“ (92), „eine „Friedensinitiative“ (144) heißt, immer wieder als „Vorstellung“ (156), „Plan“ (91), „Angebot“ eines Ausgleichs bezeichnet und als der Versuch charakterisiert wird, einen „grandiosen Plan“ (288) zu verwirklichen. Am besten, schreibt Schmidt, sich ein Zitat leihend, lasse sich Heß’ Ziel mit den Worten beschreiben. er habe einen „versöhnlichen Frieden zwischen ehrenhaften Leuten“ aushandeln wollen. Nur einmal scheinen Begriffe auf, die stutzig machen: Die Rede ist vom „Ausgleich mit England zu den deutschen Bedingungen“ (272) und dann gar vom „Friedensdiktat“ (240). Das geht nicht gut zusammen?

Spätestens hier kommt der Wunsch auf, einen Blick in die Gutachten zu werfen, um zu sehen, wie dieser Wertungssalat darin weggekommen ist. Es könnte sich da der Einwand finden, dass dieser „Friedensbote“ (209), wie im Anfangskapitel zu lesen, doch ehrenhaften Leuten nicht gut zuzurechnen ist. Ebenda ließe sich womöglich die Frage antreffen, ob der Begriff „Friede“ überhaupt für das gedachte imperialistische Komplott die angemessene Kennzeichnung sei. Schmidt sieht indessen die Heß-Offerte auch nicht unkritisch. Er nennt sie „unattraktiv“, „nicht verlockend“, ja, nicht einmal „substantiell“. (197) Und so fühlt er sich angeregt, sie gedanklich anzureichern, denn Heß sei nicht gerade ein strategischer Denker gewesen. Zumindest hätte er doch die Karte „Irland“ spielen und mit der Drohung argumentieren können, dass die Kriegsteilnahme der USA sie des Angriffs von Japan aussetzen, Großbritannien also nicht helfen werde. Wohin die Phantasie spazieren gehen kann, wenn jemand Entwürfe zur Aufteilung der Welt erst einmal „groß“ und „grandios“ findet.

Der Handel, den Heß seinem britischen Gegenüber vorschlug, lautete: Wir kriegen Europa und „unsere Kolonien“, ihr behaltet, was ihr noch habt. So dächte auch der „Führer“. Das Bild, das Schmidt von ihm zeichnet, besitzt in Preisschriften dieser Art noch Seltenheitswert. Hitler sei – 1941 – im Blick auf Großbritannien ein Mann der „Ausgleichsideen“ gewesen (11), was die Briten nur nicht begreifen wollten und ihnen der verzweifelte Heß auch durch einen Selbstmordversuch nicht klarzumachen vermochte. Selbst der habe sie kalt gelassen. Der Autor aber vermochte seit dem Frühjahr 1940 „eine ganze Kette Hitlerscher Verständigungsbemühungen“ zu entdecken. (266) Bereits nach dem Sieg in Polen hätte dieser Führer „den Westmächten sein erstes Friedensangebot“ unterbreitet (107), dem am 19. Juli 1940 ein erneuter „Friedensappell“ gefolgt sei, den Schmidt merkwürdigerweise in Anführungszeichen setzt, aber, wie aus dem Kontext hervorgeht, nicht in pejorative.

Apropos Gutachten: Wurde dem Kandidaten nachgesehen, dass er nicht vollkommen begriff- und bildfest ist? Er nennt die Transporte, die den leichtverletzten Heß auf direkten Wegen von Glasgow nach London und von da an den walisischen Ort seiner Gefangenschaft brachten, eine „Odyssee“ durch halb Britannien. Das weist ihn nicht gerade als Spezialisten der griechischen Sage aus. Er kann über einen verheerenden Luftangriff schreiben, die deutschen Bomber hätten „gründliche Arbeit geleistet“. (173) Dies lässt erkennen, dass ihm der Stil der PK-Berichterstatter von Jodl und Goebbels geläufig und nicht zuwider ist. Vielleicht aber sollte auch einfach eine Karriere nicht verbaut werden, die manches verspricht. Denn: Die Vereinbarung in Compiègne, mit der das Töten auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens beendet wurde, wird als „demütigender Waffenstill-

stand“ bezeichnet. (42) Die Münchener Räterepublik, heißt es, wurde von einer „Gruppe jüdischer Intellektueller und Kommunisten“ installiert. (42) Und vom Feldzug, der am 22. Juni 1941 begann, wird mitgeteilt, dass er „in Schlamm und Schnee versank“. (288) Es werden womöglich doch ostdeutsche Katheder wieder frei werden.

Warum kommen auf diesen Seiten, auf denen wieder und wieder vom Heß-Hitler-Frieden gehandelt wird, eigentlich die Betroffenen nicht vor. Nicht der Anflug eines Gedankens, was dessen Verwirklichung für Polen und Franzosen, Norweger und Griechen bedeutet haben würde: das Leben in Europa unter dem Kreuz mit dem Haken. Und die Inder? Und die Juden? Damit beschäftigen sich Graduierungsschriften an anderen Fakultäten? Na dann: Vorwärts unter dem Banner des Pluralismus! Vorwärts zum nächsten Gedenktag für die Opfer von Rudolf Heß, seiner Komplizen und ihrer Millionengefolgschaft.

Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß. „Botengang eines Toren“. Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf 1967, 384 S., 44,00 DM.

junge Welt, Mittwoch, 3. September 1997. Auch erschienen mit wenigen Änderungen in konkret, 1997, Heft 10, S. 60.

Die Legenden um Zeiss

Faschismusforschung zur Unternehmensgeschichte

Als ein „nationalsozialistischer Musterbetrieb“ galt dereinst das Zeiss-Unternehmen in Jena. Als im vergangenen Jahr der 150. Jahrestag der Firmengründung durch Carl Zeiss gefeiert wurde, war keine Rede davon, wurde das unangenehme Kapitel nur marginal bzw. in verharmlosender Art gestreift, wissenschaftliche Erfindungen und technische Neuerungen dieser Werkstatt bzw. dieses Betriebes hingegen umfänglich gewürdigt. Das politische Wohlverhalten der Manager, Wissenschaftler und Ingenieure in der Nazi-Zeit sei weit in den Hintergrund getreten, war denn auch der Befund des Jenaer Historikers Rüdiger Stutz, der zum Thema vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung sprach. Stutz hat sich verdienstvollerweise die Mühe gemacht, sich durch das Dickicht von Legenden zu schlagen, das auch dieses deutsche Unternehmen – wie vergleichsweise Volkswagen – umgibt. Da wird z. B. von einem angeblichen Widerstand der Vorstandsmitglieder gegen die Nazi-Diktatur berichtet. Wahr ist, dass es 1933/34 einige Konflikte gegeben hat: In den Zeiss-Werken existierte 1933 eine – verglichen mit dem Einfluss der Arbeiterparteien und der sozialdemokratischen Gewerkschaft – nur kleine Gruppe der sogenannten Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), die aber durch eine rege Aktivität und Radikalität mit sozialrebellischen Forderungen Einfluss zu gewinnen trachtete. Nach der von ihren Mitgliedern gründlich missverstandenen „nationalsozialistischen Machtergreifung“ präsentierten sie den Managern u. a. die Forderung, langjährige Gefolgsleute des Faschismus zu belohnen, indem sie im Werk auf besser entlohnte Plätze befördert werden, und vorzugsweise auch erwerbslose NSDAP-Mitglieder einzustellen. Um das durchsetzen, wünschten die NSBO-Aktivisten die Personalpolitik selbst zu bestimmen. Das bereitete den leitenden Managern zeitweilig Ungemach, zumal die Aufsässigen in lokalen und regionalen Parteiführern anfänglich einen Rückhalt besaßen. Allerdings nicht beim Reichsorganisationsleiter der Partei und Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, der bei seiner Antrittsvisite im Herbst 1933 auch Missstimmung erkennen ließ. Hatten doch die neuen Machthaber im Land den Kapitaleignern versichert, dass auf sie und die von ihnen formierten Eliten im „Dritten Reich“ nicht verzichtet werden würde, sie gar selbst diktatorische Vollmachten in ihren Betrieben gewinnen könnten.

Dennoch verbrachten die führenden Persönlichkeiten an der Werks- und Konzernspitze ein paar unruhige Monate, wie Stutz ausführte. Dazu trug auch die Rechtskonstruktion des Jenaer Unternehmens bei, für das die Weimarer Landesregierung und deren Volksbildungsminister statuarisch ein Aufsichts- und Kontrollrecht besaßen. Gehen mussten am Ende jedoch die anmaßenden unteren Funktionäre. Und gehen mussten die Juden, auch ein „jüdisch-versippter“ Manager. Wenn einige wenige Juden im „Geschäft“ verblieben, so nur, weil man auf sie, als, hochgradig, spezialisierte, Arbeitskräfte nicht verzichten und zugleich verhindern wollte, dass sie eventuell ins Ausland zur Konkurrenz „abwanderten“. Die daraus gestrickte Legende, das Zeiss-Unternehmen stand dem Antisemitismus der Nazis reserviert oder gar ablehnend gegenüber, gehört zu jenen abstrusen Verklärungsversuchen, die in der deutschen Unternehmensgeschichte nach wie vor kolportiert werden.

Stutz argumentierte quellengestützt und faktenreich: Der feinmechanisch-optische Rüstungsbetrieb in Jena war nicht, wie behauptet, von der Chefetage bis zur letzten Hofkolonne ein einziges antinazistisches Widerstandsnest; wohl aber wirkten hier einige der rührigsten kleinen illegalen antifaschistischen Gruppen, darunter als besonders aktive eine, die sich aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) zusammensetzte.

Der Arbeit der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung wünscht man eine größere Aufmerksamkeit, denn hier werden neuerdings immer häufiger interessante Forschungsarbeiten jüngerer Historiker vorgestellt.

Neues Deutschland, Donnerstag, 18. September 1997, S. 14.

Teaching the Holocaust

Eindrücke von einem pädagogischen Symposium im „Haus der Wannseekonferenz“

Seit ihrer Gründung im Jahre 1992 wird die Berliner Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ vorwiegend von Pädagogen und Schulklassen besucht. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres führte Annegret Ehmann, die Leiterin des Hauses 320 Besuchergruppen durch die Ausstellungsräume. Im gleichen Zeitraum bot sie mit 166 Seminaren Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Jetzt veranstaltet das Haus gemeinsam mit dem Institut für Erziehungswissenschaft und für Fachdidaktiken der Technischen Universität Berlin ein dreitägiges internationales Symposium zum Thema „How to teach about the Holocaust“.

Das Symposium führte Briten, Polen und Deutsche zusammen, die ihre pädagogischen Erfahrungen verglichen. Sie wurde mit Schülern erworben, die gerade zehn oder noch nicht ganz 20 Jahre alt sind. Gewiss: Es wurden keine neuen Fragen entdeckt. Doch die alten haben es ohnehin in sich, bieten auch Stoff für Kontroversen genug: Wie alt sollen Schüler mindestens sein, bevor mit ihnen über den Massenmord an den europäischen Juden gesprochen werden kann? Welche Zugänge vermitteln Erkenntnisse, welche versumpfen im Betroffenheitsrituale? Welche Bücher, Dokumente und Bilder gehören in welche Altersstufen? Welche Literatur führt die Hand der Schüler weckt Interesse an eigenem Weiterdenken? Wie kann vermieden werden, dass die Darstellung des Verbrechens ins Triviale abgleitet? In welchem Alter sollen Schüler eine der Gedenkstätten in einem der ehemaligen Konzentrationslager besuchen?

Definitive Antworten sind nicht zu bekommen, von Rezepten ganz zu schweigen. In jüngster Zeit häuft sich allein die Literatur, deren Gegenstand die Holocaust-Pädagogik bildet, beträchtlich, um nicht zu sagen bedrohlich an. Zur aktuellen Orientierung lässt sich eine Leseempfehlung „Verfolgung und Vernichtung unter nationalsozialistischer Herrschaft“ benutzen, herausgegeben 1997 von der Stiftung Lesen und der Bundeszentrale für politische Bildung, wenn beachtet wird, dass in ihr die zu DDR-Zeiten erschienene einschlägige Literatur komplett ausgelassen wurde.

Es muss gesagt werden, das „Warum?“ zu beantworten

Von den in Druckschriften vorliegenden Überlegungen und darin erörterten Vorschlägen profitierte auch diese Debatte. Einigkeit war rasch darüber zu erreichen, wie wichtig es ist, das Ziel exakt zu bestimmen, das mit den Schülern eine Altersstufe erreicht werden soll. Denn: In einer frühen Phase kann das Bekanntwerden mit den Biographien von Gleichaltrigen, die als junge Juden unter der Geißel des Hakenkreuzes leben mussten und den Mördern zum Opfer fielen, ebenso auf den Irrweg einer eingebildeten „Identifikation“ geleitet, aber auch zum Nachdenken darüber geführt werden, welche Verhaltensweisen von Menschen als richtig, welche als falsch angesehen werden. Das leitet schon zu einer Sicht über, die erst in einer späteren Phase – schwerlich früher als mit 16jährigen – erörtert werden kann. Sie richtet sich auf die Täter und die Mittäter, auf diejenigen, die sehend dabeistanden oder auch wegsahen und doch wussten, welchen Tatsachen sie sich verweigerten.

Dann muss gewagt werden, die Frage nach dem Warum zu beantworten. Sie stellt Geschichtslehrer vor eine außergewöhnliche Wahl. Sie können sich auf renommierte Holocaustforscher berufen, die unumwunden erklären, das Geschehen sei zwar zu beschreiben, aber eigentlich nicht zu ergründen. Doch ebenso ist es Pädagogin möglich, den Standpunkt jener anderen Wissenschaftler einzunehmen, die nicht bei der armseligen Feststellung stehen bleiben wollen, das Verbrechen geschah, weil sich Täter fanden, sondern nach den Interessen fahnden, aus denen die beispiellose Menschenvernichtung hervorwuchs und die Formierung der Mördergruppen erfolgte. Das führt in komplizierte Zusammenhänge von Ideologie und Politik, von Krieg und unverwirklichten, aber keineswegs einfach als abstrus abzutuenden Siegvorstellungen vom „großgermanischen Weltreich“. Sich auf sie einzulassen, setzt eine viel tiefere Beziehung zur Geschichte voraus, als die durch die Massenmedien auch in Schülerkreise weithin eingedrungene, die in der Vergangenheit nur den Stoff erblickt, mit dem ein höchst oberflächliches Unterhaltungsbedürfnis erst erzeugt und dann gestillt werden kann.

Eine Perspektive, auf die Briten verweisen

Über all das ist in Pädagogenkreisen oft gesprochen worden, und die bloße Wiederaufnahme bekannter Fragen konnte dem Zusammentreffen am Wannsee weder einen besonderen Reiz geben

noch den Ertrag seiner Gespräche bilden. Der ergab sich erst aus der Einnahme einer Perspektive, die vor allem die britischen Teilnehmer in das Gespräch einführten. Sie kommen aus einem Land, dessen Territorium – sieht man von den Kanalinseln Alderney, Jersey, Guernsey uns Sark ab – von den faschistischen Eroberern nicht besetzt werden konnte. Doch erinnert nicht nur das Schicksal der Juden, die auf Alderney in einem Zwangsarbeitslager umkamen, daran, was allen Juden in Großbritannien geschehen sollte. Eine geschätzte Zahl von jüdischen Bewohnern des Inselreiches – sie wurde mit 330.000 angegeben – war am 20. Jahr 1942 in der von Adolf Eichmann zusammengestellten, von Reinhard Heydrich vorgetragene Statistik aufgeführt und für die „Endlösung“ bestimmt gewesen. In diese Richtung aber blieben die Arme der Judenmörder zu kurz.

Doch sei es nicht diese „Besonderheit“, durch welche die pädagogische Situation Großbritanniens charakterisiert würde. Sie entstünde erst durch die Tatsache, dass in vielen Schulen Klassen unterrichtet würden, deren Zusammensetzung, verglichen beispielsweise mit der in Polen, ganz außergewöhnlich sei. Mitunter säßen unter 30 Schülern zwei „Weiße“. Sei das auch ein extremes Beispiel, so sei es doch häufig der Fall, dass die Mehrheit der zu unterrichtenden Mädchen und Jungen entweder selbst nicht in Großbritannien geboren wurde oder von Vorfahren abstamme, die aus sehr verschiedenen außereuropäischen überseeischen Ländern eingewandert sind. Das bedeutet aber zweierlei: Zum einen mag diese Schülermehrheit die Geschichte Europas recht fern liegen. Zum anderen besitzen die Kinder der Einwanderer eine völlig andere und nicht so selten aus eigener Erfahrung stammende Beziehungen zu Rassendiskriminierung. Wenn von den verfolgten Juden die Rede ist, denken sie an Benachteiligungen und Verfolgungen, die zu ihrer Familiengeschichte gehören. Und wenn einem Südafrikaner gesagt wird, wie viele Juden im Warschauer Ghetto über eine einzige Wasserquelle verfügten, dann fällt ihm ein, dass in den Ghettos im südlichsten Zipfel Afrikas die Zahl der so Vegetierenden etwa gleich groß war. Es waren diese offenen Worte, die dann auch eine Westberliner Lehrerin sagen ließen, dass nun, da die Mauer gefallen sei, sie mit ihrer Familie mehr Bewegungsfreiheit gewonnen habe, sich heute aber selbst scheue, die Stadt zu verlassen, weil sie in ihr einen gewissen Schutz verspüre, dessen sie anderwärts in deutschen Landen nicht mehr sicher sei.

Teaching the Holocaust, das war dadurch klargemacht, heißt, um die Geschichte wissen und einen Standpunkt in der Gegenwart beziehen. In welchen Zeiten also wird in den Staaten Europas über die Judenverfolgung unter rassistischen Vorwänden und über den Massenmord an sechs Millionen in Schulen und anderen pädagogischen Gedenk Gedenkstätten gesprochen? In einer Zeit, da ungeachtet aller Hochreden auf den kommenden vereinigten Friedenskontinent sich die Ideologien des Nationalismus und Rassismus ausbreiten und mit ihnen die Untaten, deren Opfer die „Ausländer“ werden.

Diese Entwicklung zeitigt eine Folge auch für den Schulunterricht: Mit ihr entstand die Möglichkeit und wächst sich die Gefahr aus, dass die Beschäftigung mit dem faschistischen Massenmord zu einer besonderen Art von Heuchelei verkommen kann. Wer, so ließe sich ein Diktum Horkheimers abwandeln, die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände im eigenen Land nicht der Kritik unterwerfen will, der solle gefälligst auch über den Holocaust schweigen. Und: Wer über den Holocaust redet, das solle auch die konkreten geschichtlichen Bedingungen darstellen, die ihn hervorbrachten. Das letzte erscheint schwieriger als das erste und es ist mit Gewissheit in Großbritannien und in Polen schwerer noch zu machen als in Deutschland. Denn wieviel Tatsachen und Zusammenhänge deutscher Geschichte sind einem 15jährigen Briten oder einer 16jährigen Polin zuzumuten, die sie doch kennen müssten, sollen sie sich die Frage schlüssig beantworten, wie es zu diesem Verbrechen ohne Beispiel kam (und dem Abweg entgehen, es als ein „nationales Projekt“ der antisemitischen Deutschen zu missdeuten)?

Wissen können und wissen wollen

Niemand widersprach, als festgestellt wurde, die Schule könne in eine Gesellschaft nicht der Vorreiter sein. Das ist wahre und erwiesen und kann doch leicht auch der Rechtfertigung für reduzierte eigene Anstrengungen und für opportunistische Verhaltensweisen dienen. Wer in Großbritannien

von „Auschwitz“ vor Schülern spricht, kann die Frage umgehen, warum Auschwitz nicht bombardiert wurde. Aber sollte er das? Wer ein Polen die Lager der „Aktion Reinhard“ erwähnt, kann über die Haltung der katholischen Kirche hinweggehen. Aber müsste er das tun? Wer in deutschen Schulen über den Holocaust unterrichtet, kommt unvermeidlich auf das Thema, was die Zeitgenossen von den Verbrechen gewusst haben. Und er dürfte dann nicht versäumen zu sagen, dass die Frage einen doppelten Aspekt besitzt. Der eine richtet sich darauf, was sie wissen konnten, der andere darauf, was sie wissen wollten. Das gilt für die Menschen in allen historisch-politischen Situationen. Und es betrifft natürlich auch die Lehrer des Jahres 1997 selbst.

Deutsche Lehrerzeitung (DLZ), 1997, Nr. 37/38, 18. September 1997, S. 3.

„Weiße Flecken“ auf der Landkarte des Holocaust verschwinden

Die 1994 an der Universität München verteidigte Dissertation verdichtete die in deutschen, polnischen und ukrainischen Archiven gehobenen Quellen in einer Darstellung, die eine Pionierarbeit ist und der sich ohne Risiko Bestand voraussagen lässt. Mit anderen (gleichzeitig vorangetriebenen) Forschungen erweitert Pohl unsere Kenntnis über die Praxis des Massenmords an den europäischen Juden in einem Gebiet, in dem er 1941 in den ersten Tagen nach dem Überfall auf die UdSSR begann.

Pohl setzt mit einem knappen Überblick über die Stellung der Juden in Ostgalizien vor dem Zweiten Weltkrieg ein. Er führt seine Darstellung bis zu der Frage, wie sich die Erinnerung an die Massaker im Bewusstsein der heute in diesem Gebiet lebenden ukrainischen Bevölkerung darstellt. Er bietet eine Bilanz der Verfolgung der Täter in der BRD, der DDR, in Polen und der UdSSR. Der eindrucksvolle biographische Anhang verweist erneut auf die Notwendigkeit, die Geschichte der Formierung der Tätergruppen zu erforschen, die in Deutschland bis in die Jahre der Weimarer Republik und den Terror der SA gegen ihre innenpolitischen Gegner zurückreicht. Analoge Forschungen über die Herkunft der Kollaborateure aus der ukrainischen Bevölkerung dürften einerseits bis in die Auseinandersetzungen zwischen Revolution und Gegenrevolution, andererseits in die Geschichte der nationalistischen ukrainischen Kräfte in Polen führen. Für letzteres enthält die Arbeit aufschlussreiche Angaben. Sie zu vervollständigen dürfte unter den Bedingungen des sich erneut ausbreitenden Nationalismus und der damit einhergehenden Verherrlichung aller möglichen „Unabhängigkeits- und Freiheitskämpfer“ auf neue Schwierigkeiten stoßen. Abgewogen erörtert der Verfasser die Frage, welchen Aussagewert seine regionalgeschichtlichen Forschungsergebnisse für die weitere Erhellung des Ganzen, der Pläne der deutschen Führungszentren zu Beginn und Ausweitung des Judenmords besitzen. Diese wie verwandte Studien, und das geht nicht zu Lasten ihrer Autoren, deuten jedoch mehr und mehr darauf hin, dass durch sie zwar das Bild der Geschehnisse gerade für die Teile des eroberten Europas ungemein vervollständigt, in denen die größte Zahl von Juden ermordet wurden, dass aber die möglichen Rückschlüsse auf die Antriebe der Machthaberbegrenzt bleiben. Als erledigt ansehen aber kann man alle Thesen, die den Judenmord aus „Verlegenheiten“, „Sachzwängen“, momentanen Entscheidungen usw. hervorgegangen glauben. Die Planmäßigkeit des Vorgehens von Anfang an setzt auch diese Studie außer jedem Zweifel. Pohls Studie erinnert erneut daran, dass die Rolle der Zivilverwaltungen und deren Kooperation mit der Sicherheitspolizei für die Praxis der „Endlösung“ bei weitem nicht hinreichend aufgeklärt ist. Die alsbald nach Kriegsende aufkommende These, welche „die SS“ als Alleintäter hinstellte, hat niemandem mehr geholfen, ihren eigenen Anteil zu verbergen, als jenen Hunderten von deutschen Okkupationsfunktionären, Beamten u. a., die „nach Osten versetzt“ worden waren.

Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens. Studien zur Zeitgeschichte 50, Hrsg. Institut für Zeitgeschichte, R. Oldenbourg Verlag München 1996, 453 S. DM 98,00.

antifa, Oktober 1997, S. 26.

Eine besondere Spezies in der Gruppe der Staatsdiener

Bedenkenswertes aus der Geschichte der Lehrerschaft

Wo Lehrer aus- oder weitergebildet werden, ist von der Geschichte der Pädagogik und dem Wirken ihrer herausragenden Persönlichkeiten die Rede. Demgegenüber tritt die Geschichte der sozialen Gruppen der Lehrer weit in den Hintergrund. Merkwürdig, dass ihre Herausbildung und Entwicklung so viel weniger Aufmerksamkeit findet als – vergleichsweise – die der Apotheker oder der Schauspieler. Das sollte nicht so bleiben, denn Denk- und Gesprächsstoff liefert diese Vergangenheit genug, namentlich für die Phasen, da die Lehrer als eine besondere Spezies in die weit größere Gruppe der „Staatsdiener“ eingeordnet waren. Der Begriff ist aus der Mode gekommen. Die Erscheinung, die er bezeichnete, nicht aus der Wirklichkeit.

Mit der gesamten Beamtenschaft befasst sich eine Schrift, deren Autorin aus der renommierten (nach 1990 abgebauten) Archivschule der Humboldt-Universität kommt. Aus ihr sind Botho Bachmann, Friedrich Beck und andere Hochschullehrer hervorgegangen, die selbst noch die Tradition der Vereinigung von Forschung, Archivarbeit und Lehre pflegten und – wie sich erfreut lesen lässt – auch weitergegeben haben. Sigrun Mühl-Benninghaus, heute im Bundesarchiv tätig, hat die Geschichte der Beamten streng genommen nur für einen Zeitraum von vier Jahren untersucht. Die liegen zwischen dem am 7. April 1933 beschlossenen Gesetz mit dem beirrenden Titel „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und dem „Deutschen Beamtengesetz“ des Jahres 1937. Da formierten die Machthaber jenes Korps, das eine Staatssäule war und bis in die Monate der Agonie des Regimes funktionierte. Dies wurde erreicht, weil entfernt wurde, wer der Republiktreue, sozialistischer Überzeugungen, des Pazifismus, der Freimaurerei oder als Jude verdächtig war. Die Hinauswürfe geschahen, wie nachgewiesen wird, in größerem Umfang als bisher angenommen. Das strategische Interesse der Machthaber und das Drängen der faschistischen Aktivitäten, die sich gut bezahlte Arbeitsplätze freimachen oder in der Hierarchie aufsteigen wollten, gab der Kampagne die gewünschte Schubkraft.

Der Vorgang betraf die Lehrerschaft in toto und also ist von ihr in der Arbeit immer wieder die Rede und, angesichts der Fragestellung der Untersuchung, ausnahmslos unrühmlich. Denn eine zweite Berufsgruppe hat nach dem 30. Januar 1933 so rasch den „Anschluss“ an die neuen Machthaber gesucht wie eben die Beamtenschaft und die Lehrer. Unter jenen, die sich nach der Bildung der Hitlerregierung eilends der NSDAP anschlossen, stellten sie die meisten.

Sie strömten buchstäblich zu Zehntausenden in die Partei, deren Programm nicht nur antisozialistisch und antidemokratisch, sondern deren Ideologie auch zweifelsfrei antiaufklärerisch war. In den drei Monaten zwischen Februar und April traten zu den 44.000 Beamten, die bereits vor der Machtübergabe der NSDAP angehört hatten, 179.000 hinzu. Und aus den 13.000 Lehrern, die Hitlers Einzug in die Reichskanzlei bereit mit dem Parteibuch gefeiert hatten, waren nun durch Neueintritte 84.000 geworden. Jeder fünfte Beamte, die Lehrer eingeschlossen, befand sich damit bereits in den Parteireihen, bevor er überhaupt durch irgendwelche wirklichen oder vermeintlichen Erfolge des Regimes umgestimmt, angelockt, überzeugt werden konnte.

Und wer, weil am l. Mai 1933 eine Aufnahmesperre der NSDAP verfügt wurde, nicht mehr rechtzeitig gekommen war, der schloss sich doch wenigstens einer ihrer Gliederungen an. Deren Türen waren weiterhin offen – durch sie ging es, wenn schon nicht in die kleinbürgerlich-plebejische SA und das exklusive NS-Kraftfahrerkorps, vor allem in den NS-Lehrerbund. Seit Oktober 1933 stand auch noch der neugegründete Reichsbund Deutscher Beamter zur Auswahl. Und, das führt über die vorliegende Arbeit hinaus, viele Lehrer wurden in dem Parteigefüge außerordentlich rührige Mitglieder. Mit anderen Teilen der Beamtenschaft gehörten sie in weit überdurchschnittlicher Zahl zu den „Hoheitsträgern“ und den Politischen Leitern. Sie bildeten das Gerüst der Organisationen in einem Maße, dass selbst den Parteistatistikern in der Reichsleitung Anfang 1935 darob leichte Bedenken kamen. Sie fürchteten das weitere Anwachsen der ohnehin bereits unübersehbaren Bürokratisierung der „nationalsozialistischen Bewegung“.

Was freilich in die vorzüglich recherchierte und quellensatte Arbeit gehört hätte, wäre eine vollständige Analyse der Antriebe, die diese „Wanderer“ leiteten. Der Versuch, sie zu ergründen, ist schwierig, und die Aussicht, dabei auf gut befestigtes Terrain zu geraten, nicht eben rosig. Doch beginnt er damit, sich über den geistigen Zustand. Und die politische Haltung dieser vielgegliederten Gruppe in der Krise der Republik ins Bild zu setzen. Das ist ausgespart worden, setzt womöglich weitergetriebene Vorarbeiten auch von anderen voraus. Doch ohnedies stehen hier Aussagen über die Motive der massenweisen Hinwendung und beflissenen Einordnung auf sehr schwachen Füßen. Mühl-Benninghaus benennt die freiwillige und durch Einschüchterung und Drohung erzwungene Anpassung und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Die hat es zweifelsfrei gegeben und wie in allen ähnlichen geschichtlichen Momenten nicht zu knapp. Das ideologische und das tatsächliche Antreten der Beamtenschaft unter dem Hakenkreuz aber darauf zu reduzieren, heißt – nolens volens – sie als Opfergruppe einer deutschen Geschichtswende erscheinen zu lassen. Dieses Bild wird durch Wiederholungen und dadurch, dass auch der Präsident des Bundesarchivs in seinem Geleitwort nur darauf abhebt, nicht überzeugender. Von der Prägung eines erheblichen Teils dieser beamteten Lehrerschaft durch Universitäten und die Lehrerbildungsseminare des Kaiserreichs, von ihrem vor allem dadurch tief gestörten Verhältnis zur Republik, von ihrem nationalistischen Gedanken- und Gefühlshaushalt, von ihren Vorstellungen über Führertum und Masse (die Masse ihrer Schüler an den Volksschulen eingeschlossen) ganz abgesehen – reproduziert nur das Selbstbildnis, das viele Beamte und Lehrer nach dem 8. Mai 1945 von sich gaben.

Sigrun Mühl-Benninghaus: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze (Schriften des Bundesarchivs). Droste Verlag, Düsseldorf 1996, 212 S., 58,00 Mark.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997, Nr. 39/40, 2. Oktober 1997, S. 16.

Ein seltenes Dokument

KZ-Notizen von Rudolf Wunderlich

Ein aus Luxemburg stammender Leidensgenosse bescheinigt ihm, dass er „jedem half, nicht nur seinem Kreis“. Gemeint war Rudolf Wunderlich, gelernter Schriftsetzer, Kommunist. Nach mehr als einem halben Jahrhundert ist ein Dokument veröffentlicht worden, das der aus einem Außenkommando des KZ Sachsenhausen 1944 Geflohene im illegalen Quartier niederschrieb. Er wisse nicht, heißt es darin, ob er das Kriegsende und den Faschismus überleben werde. Doch wolle er Zeugnis ablegen von dem, was er sah, erlebte oder aus verlässlichen Quellen hörte. Unverkennbar auch die Absicht, Namen und Untaten derjenigen künftigen Richter zu überliefern, die ihn und andere gepeinigt und Morde ohne Zahl verübt hatten.

Solcherlei Dokumente sind Raritäten. Auch Wunderlich glaubte seinen Text zunächst verloren und fertigte daher nach der Befreiung einen zweiten Bericht an, den der Band ebenfalls wiedergibt. So kann verglichen werden, wie streng sich der auch in Gerichtsverfahren als Zeuge auftretende ehemalige Häftling an die Tatsachen hielt und wie wenig er dazu neigte, sie durch Kommentare anzureichern. – Der „Urtext“ fand sich. Er war in einem Pfarrhaus versteckt worden. Davon und von den mutigen Menschen, die dem Gesuchten und durch Denunzianten permanent Gefährdeten in Berlin und in Leipzig Unterschlupf gewährten, hätte man in diesem Buch gern mehr erfahren. Auch von ihrem Leben nach dem Mai 1945. Die Herausgeber konzentrierten ihren Beitrag auf eine Biographie Wunderlichs, der zweifach gegen den Strom schwamm. Unter seinen eigenen Leuten, als er sich der Kommunistischen Partei (Opposition) anschloss, was ihm nach 1945 Verdächtigungen und einen Platz auf einem grotesken Kaderkarussell eintrug. Und vor allem: gegen die Faschisten. Sie warfen den damals 21jährigen 1933 das erste Mal für ein Jahr ins Zuchthaus. Kaum ein Jahr wieder auf freiem Fuß, wurde er erneut ergriffen. Nun hatte er eine dreijährige Zuchthausstrafe zu verbüßen. Darauf folgte die Verschleppung in das KZ bei Berlin. Den Band beschließt ein Kalendarium der Geschichte des KZ Sachsenhausen, das mit der ersten Besprechung des Bauplans 1936 einsetzt und mit dem Sachsenhausenprozess endet, der 1947 in Berlin-Pankow stattfand.

Joachim S. Hohmann/Günther Wieland: Die Aufzeichnungen des KZ-Häftlings Rudolf Wunderlich. Peter Lang Verlag, Frankfurt (Main) 1997, 132 S., geb., 19,80 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 10. Oktober 1997, S. 13.

Ein legitimer Versuch

Konferenz in Berlin: Oktober 1917 – ein unmöglicher Ausbruch aus der bürgerlichen Welt?

[Mitautorin: Karlen Vesper]

War die Oktoberrevolution eine Revolution gegen das Kapital? Selbstredend, wird da jeder sofort sagen. Aber war sie nicht auch eine Revolution gegen das berühmte Kapital mit Anführungszeichen? Also Marxens Bestseller? – Diese „freche“ Frage stellte Thomas Kuczynski auf einer wissenschaftlichen Konferenz am vergangenen Wochenende in Berlin, um sie sogleich mit einem noch frecheren „Ja“ zu beantworten. Seine Argumentation war schlüssig und stichhaltig.

Die PDS, ihre Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ sowie der Verein „Helle Panke“ hatten ins Haus am Köllnischen Park in Berlin eingeladen, um zu erörtern, ob der Oktober 1917 „ein unmöglicher Ausbruch aus der bürgerlichen Welt“ und von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen sei?

Marx und Engels sahen die Bedingungen für eine sozialistische Revolution in Russland lange Zeit nicht gegeben, konzentrierten zunächst ihre Hoffnung auf die entwickelten Länder des Westens. Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts allerdings richtete sich ihr Blick auch verstärkt gen Osten. Thomas Kuczynski verwies auf einen von der marxistisch-leninistischen Historiographie indes bewusst übersehenen konditionalen Halbsatz der beiden Altvorderen des Kommunismus: Ist die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so kann ... – Was aber, wenn die russische Revolution nicht zum Signal wird? Was dann?

Die Geschichte hat diese Frage, so möchte man meinen, mittlerweile beantwortet. Und dennoch ist sie weiterhin Streitpunkt unter Linken. Vor allem, da kluge Nachgeborene allzu schnell mit dem altklugen Statement bei der Hand sind, von Anfang an sei klar gewesen, dass mit diesem, in einem rückständigen Land begonnenen Sozialismus kein Blumentopf zu gewinnen sei.

Gegen dergleichen ahistorische Betrachtungsweisen polemisierte Thomas Kuczynski zu Recht. Wie würden wir heute reden, fragte der Wirtschaftshistoriker, wenn die Akteure in Russland in dem Moment, als die Hoffnung auf Ausweitung des revolutionären Prozesses nach Mittel- und Westeuropa zerstob, einfach aufgegeben hätten? Menschheitsgeschichte skizzierend, bemerkte er zudem, dass fortschrittliche Entwicklungen stets von den Peripherien ausgingen. Warum sollte da nicht auch im 20. Jahrhundert das „halbasiatische“ Russland zu einem Zentrum progressiver Entwicklung werden?

Thomas Kuczynski gab zu bedenken: Der Kapitalismus hat drei Jahrhunderte gebraucht, um sich als Gesellschaftsordnung fest zu installieren, seine technologische Grundlage durchzusetzen; erst die industrielle Revolution hat die mit den bürgerlichen Revolutionen in Holland und England begonnene Entwicklung irreversibel gemacht. Die unausgesprochene Botschaft. Dem Sozialismus möge man, bitte schön, auch entsprechende Reifezeit zugestehen.

Diese Erkenntnis freilich ist für viele die mit dem ersten tiefgreifenden Versuch, die Utopie einer gerechten, humanistischen Gesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen, ihr Leben verbanden, leichter rational denn emotional verdaut. Das war zuweilen selbst auf dieser Konferenz zu spüren, die sich ansonsten durch sachliche und nüchterne Analyse auszeichnete.

Ähnlich Thomas Kuczynski hatte bereits Wolfgang Küttler in seinem Eröffnungsreferat den Gedanken geäußert, dass der reale Sozialismus es nicht vermochte, eine neue Produktionsweise hervorzubringen. Daran sei er letztlich zugrunde gegangen. „Mit einem fordistischen Kapitalismus konnte der Sozialismus noch konkurrieren.“ Er hatte auch noch die Kraft, so Küttler, ein Wirtschaftssystem zu errichten, das relativ immun war gegen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt – weshalb er über Jahrzehnte große Attraktivität genoss. Doch seit Ende der 60er Jahre sei eine neue Umwälzung im Bereich der Produktionsweise zu erleben, mit der der reale Sozialismus nicht mithalten konnte und „von der wir heute noch nicht wissen, welche sozialen, ökonomischen,

kulturellen Folgen dieser Prozess haben wird, der mindestens so tief greift wie die industrielle Revolution seinerzeit“. Küttler plädierte für radikales Umdenken. Und gab sogleich selbst ein Beispiel, indem er einige, früher von ihm zu hörende und zu lesende Gedanken zur Formationstheorie revidierte.

Kritisch setzte sich der Geschichtstheoretiker vor allem mit der 1957 festgeschriebenen marxistisch-leninistischen Epochendefinition auseinander, die auf Wunschdenken basierte. Sein eigentliches Thema war der Revolutionszyklus. Er stellte die beiden russischen Revolutionen von 1917 in den Kontext des Niedergangs der Alten Welt im Schlachtengetümmel des Ersten Weltkrieges und zu den Aufständen der Kolonien gegen die Metropolen. Lenin und die Bolschewiki hätten die Interessen des Volkes artikuliert; sie und ihre Nachfolger hätten auf Gewalt jedoch nicht verzichten und damit den Ansprüchen einer Zivilgesellschaft und ihren eigenen nicht gänzlich gerecht werden können. Unbestreitbar sei, so Küttler, dass unser Jahrhundert geprägt wurde durch das Jahr 1917 Gleichwohl unbestreitbar auch, dass die Probleme, die der erste sozialistische Gesellschaftsversuch zu lösen angestrebt hatte, weiterhin auf der Tageordnung stehen.

Womit man in der Gegenwart war Und auch bei der berühmten Frage nach dem Subjekt einer erneuten Weltveränderung, deren Notwendigkeit keiner bezweifelt, doch für die es scheinbar keine Akteure gibt (Wo ist das klassische Industrieproletariat geblieben?) und auch keinen Ausgangspunkt (Befindet sich die revolutionäre Peripherie heute in Lateinamerika?). In Absage an voluntaristischen Vorstellungen war man sich auf der Konferenz nur in einem Punkt einig: Ein neuer Anlauf könne nicht herbeigeputscht werden. Und der Tenor der abschließenden grün-roten Podiumsdiskussion, die Michael Jäger, Frieder Otto Wolf und Wolfgang Gehrcke im Dialog mit dem Publikum bestritten, war: Mit Reformen fahren wir heute besser als mit Revolutionen.

Unterschiedlich hingegen fiel die Antwort auf die Frage aus, inwieweit überhaupt in unseren geographischen und politischen Breitengraden ein die tatsächliche Situation widerspiegelndes Krisenbewusstsein entwickelt sei. Einige sprachen von allgegenwärtiger Apathie. Da sei die weitverbreitete Meinung, am Gang der geschichtlichen Entwicklung könne man doch nichts ändern. Dementsprechend stehe die separate Sorge um das eigene Wohl und Wehe im Mittelpunkt.

Ist dieser Befund richtig, dann wäre heute die vorrangige Aufgabe für Linke, zunächst einmal solche Stimmungen und Haltungen aufzubrechen. Dann also müsste Veränderbarkeit, d. h. die Notwendigkeit und Möglichkeit der Humanisierung der gesellschaftlichen Zustände nicht nur postuliert, sondern erst überzeugend nachgewiesen werden. Reformen der Gesellschaft, die diese Kennzeichnung verdienen, wären dann nicht allein wegen ihrer Augenblickswirkung bedeutsam, sondern auch als „Mutmacher“ für künftige tiefgreifende Veränderungen und Umwälzungen.

Wie auch immer: Am Oktober 1917 und seinen Folgen hängen zu viele schwer errungene Erfahrungen, zu viele zeitweilig erfüllte und dann dauernd enttäuschte Hoffnungen. Es wurde mit zu viel Blut, Schweiß und Tränen gezahlt, als dass der Blick zurück jenen überlassen bleiben sollte, die in der Traditionsreihe der erbitterten Revolutionsgegner stehen. Auch nicht jenen, die sich ihnen neugewendet zugesellten und deren einziger Kommentar da lautet. Wer sich heute noch mit der Idee eines nichtkapitalistischen Weges befasse, will wieder zurück in „die Diktatur“. Um diesen schwachsinnigen Vorwurf wirkungsvoll zu begegnen, müsse sich, so der Politologe Jäger, die Kritik an den Institutionen der Kapitalherrschaft mit der ehrlichen Kritik an jenen des „realen Sozialismus“ verbinden. Immanent wichtig sei zudem, eine theoretische Vorstellung davon zu entwickeln, welche Einrichtungen sich Menschen schaffen müssten, die ihre Geschicke selbst und frei bestimmen wollten.

Und auch dieses Fazit erbrachte die Konferenz: Auf Visionen könne nicht verzichten, wer sich nicht hilflos und wundergläubig einem sogenannten schicksalhaften Geschichtsverlauf ergeben wolle, der wiederum eine nicht uneigennützige Erfindung von Apologeten der bestehenden Ordnung ist.

Neues Deutschland, Dienstag, 21. Oktober 1997, S. 11.

Innerdeutscher Pädagogentreff in Braunschweig

Wie steht es um die vielberufene Aufarbeitung eigener Lehrerbiographien?

Das war eine der selteneren Zusammenkünfte, die Ende September im Braunschweiger Altstadtrathaus stattfand. Mancher mochte das Vorhaben eine außergewöhnliche, ja, eine verrückte Idee nennen, dem sich der Heidelberger Geschichtsdidaktiker Lothar Steinbach verschrieben hat. Er ist seit längerem gemeinsam mit der Pädagogin Christine Dietrich (Potsdam) damit befasst, Lehrer und Lehrerinnen, die in den alten wie in den neuen Bundesländern Geschichte unterrichten, Hochschulpädagogen und Universitätsprofessoren auf ihre Biographien zu befragen. Das tut er vor allem unter dem Gesichtspunkt, was sie aus der jähen Wende erfahren und gelernt haben könnten, die sich in der deutschen Geschichte nach 1989/1990 vollzog. Nun hat er einen Teil seiner Gesprächspartner an einen Tisch gebeten und diskutieren lassen. Was kann bei solchem Unternehmen mehr „herauskommen“ als ein unterhaltsames Beisammensein, an dessen Ende die Beteiligten mit dem Eindruck auseinandergehen: So etwa haben wir uns die Lebensläufe „der anderen“ gedacht.

Etwas mehr hatte sich Steinbach/Dietrich doch versprochen, und ihre Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Gewiss: in der eröffnenden öffentlichen Veranstaltung, zu der sich ein gemischtes Braunschweiger Publikum eingefunden hatte, wie auch in den internen Debatten wurden Töne hörbar, die ganz gegen die oft erhobene Forderung stehen, die Deutschen möchten sich dadurch näherkommen, dass sie sich „ihre Geschichten erzählen“. Wenn die Geschichtsbücher, die in der DDR benutzt wurden, schlechthin als Dreck und Schrott bezeichnet werden, folglich Lehrer als so etwas wie Schrotthändler erscheinen, wenn die Wirklichkeit der DDR in den Begriffen „böse, arm und lächerlich“ subsumiert, die Tätigkeit der Neulehrer nur als eine Kette von blamablen Anekdoten begriffen wird (dies jeweils von Geschichtslehrer der Altbundesrepublik), kann das Echo der Provokation eigentlich nur der Protest sein. Die Pädagogen aus Deutschland-Ost verkniffen sich ihn aus dem Interesse, bei der Mehrheit des Publikums und ihrer Kollegen durch sachliche Information Zuhören und Nachdenken zu wecken.

Warum wechselte in der DDR ein Geschichtsprofessor auf dem Platz eines stellvertretenden Ministers für Volksbildung, wo er an Margot Honeckers Seite gelangte und nach deren Abtritt schließlich 1989 der letzte amtierende Minister wurde? Wie arbeitet eine Geschichtslehrerin heute in einer Schule, mit der sie einst Parteisekretär der SED war? Welche Erwartungen verknüpften „Ost“-Pädagogen mit der Wende und welche von ihnen ist erfüllt, wie viele sind enttäuscht worden? Wie erinnert sich eine einzige begeisterte Geschichtslehrerin an DDR-Zeiten, nachdem sie ihre Arbeit verlor, weil sie eine religiös gebundene Mutter nicht aus dem Elternaktiv hinauszudrängen bereit gewesen war?

Schwer zu sagen, ob Antworten auf diese Geschichten, Episoden zumeist, bei Altbundesbürgern Verständnis für Lebenswege hervorrufen konnten, die in einer Gesellschaft verliefen, die vom Kapitalismus wegdriftete und dauernd über ihn hinausführen wollte. Wer zuhörte, erfuhr etwas von geistigen und moralischen Antrieben und über Wegzeichen, die dann verloren gingen. Das Bild vom „Unrechtsstaat“ wurde dadurch so wenig gedeckt wie das von der „Wissenschaftswüste“. Zugleich zeigten nicht wenige Antworten, dass sie Zwischenbilanzen darstellten. Die Strecke ist noch weit, die von ostdeutschen Pädagogen zurückgelegt werden muss, bis sie mit sich und der Gegenwart gleichsam ins reine gekommen sein und ihren Platz in der ihnen neuen Gesellschaft gefunden haben werden, einen nicht nur glücklich behaupteten oder angewiesenen.

Noch immer werden Schuldbekenntnisse erwartet

Das gebar die Frage: Wie steht es denn mit der vielberufenen „Aufarbeitung“ der eigenen Biographien im Milieu der Lehrer. Sie, sagte ein Teilnehmer aus dem Osten, der sich noch auf dem Weg zum Lehrerberuf befindet, von den einstigen DDR-Pädagogen, würden über das Vergangene so wenig oder gar nicht nachdenken. Das mag wahr sein. Doch verband sich damit die Anschlussfrage, welche Bedingungen für den freimütigen Austausch über das Lehrersein in der DDR existieren. Die wären, denkt man an Vorgaben – etwa jene der bundesparlamentarischen Enquête-Kommission –

denkbar schlecht. Wer geschwiegen habe, sei nicht selten besser durch die „Turbulenzen“ der Wende gekommen als jene, die sprechen und streiten wollten.

Vor allem: Noch immer würden Schuldbekenntnisse erwartet. Und die wären auch deshalb nicht und schon gar nicht unisono zu haben, weil vorhandenes Schuldempfinden sich auf ganz unterschiedliche Aspekte richte: Frühere Bürger der DDR – wohl eine Minderheit – sehen ihre Schuld (oder mindestens Verantwortung) darin, sich an ein geschichtlich gescheitertes Großprojekt gebunden und dafür eingesetzt zu haben. Das lässt sie bis zu einem gewissen Grad als bedauernswert oder gar als Opfer erscheinen. Andere wieder erachten es als ihre Schuld, dass sie dieses Projekt nicht besser verfolgt, sondern auch durch eigenes Tun und Lassen zum Scheitern gebracht hätten. Mit dieser Haltung treffen sie auf Ablehnung und Desinteresse, werden der Unbelehrbarkeit geziehen. Wer aber will sich auch solchen Vorwurf noch einhandeln? So komm zur älteren Entscheidung die neue hinzu, doch besser auf den Kurs der schweigsamen Anpassung zu gehen.

An diesem Punkte aber wird das Verhalten von Lehrern, die aus Pädagogen der „realsozialistischen“ zu solchen der bürgerlichen Schule wurden, zu einem Faktor, der ihren Umgang mit den Schülern betrifft. Vielleicht wäre dies in Braunschweig noch deutlicher geworden, wenn Gymnasiasten, die mit ihren Geschichtslehrern in Potsdam oder Dresden über die zwei „Etappen“ ihrer Berufstätigkeit diskutiert haben – wenn es sie denn im Ausnahmefall gibt – mit am Tisch gesessen haben würden. Doch auch ohne sie wurde klar, dass Wendeerfahrungen und Wendeverhalten von Lehrern die Frage nach ihrer Fähigkeit betreffen, Menschen zu erziehen, die sich in Staat und Gesellschaft doch als Demokraten verhalten sollen.

Primitivformeln für Schüler?

In einer brandenburgischen Kleinstadt begegnet dem Schreiber dieses Berichts vor Monaten eine nicht mehr junge Lehrerin, die ihren Schülern den eigenen Schritt aus der DDR in die BRD einfach erklärt hatte: Wie sehr sei sie in der DDR verdummt worden, und wieviel haben sie nun, befreit, lernen können. Manches spricht dagegen, dass sie heute heranwachsende Schüler und namentlich jene, die über die gesellschaftlichen Zustände gründlicher nachdenken, sich mit derartigen Primitivformeln werden abspeisen lassen. Sie berühren ja nicht zuletzt auch das Verhältnis zu den eigenen Eltern. Und die mögen vielen Kindern wiederum nicht als derart verdummt vorkommen.

Die Lehrer, die in DDR-Zeiten ausgebildet wurden und unterrichteten und es weiter tun, besitzen gegenüber ihren Kollegen offenbar nicht nur nachteilige Erfahrungen. In einem Vorteil für ihre Tätigkeit ließe sich nicht nur die Tatsache verwandeln, dass sie sehr verschiedene soziale, politische und geistige Zustände selbst erlebt haben. Von Bedeutung könnte auch sein, dass sie sich erinnern, wie ihnen, einem Teil der DDR-Intelligenz, der Bezug zur Wirklichkeit selbst- und fremdverschuldet zunehmend verloren ging. Damit büßten sie vor ihren Schülern unaufhaltsam an Glaubwürdigkeit ein. Und dies könnte den Entschluss hervorbringen: „Das soll mir nicht ein zweites Mal passieren. Rede ich über die Geschichte, soll es keine weißen Flecken geben. Spreche über die Gegenwart, wird nichts unter den Teppich gekehrt.“ Ist diese Art Entschluss in der neuen Gesellschaft willkommen? Daran darf gezweifelt werden. Wird nicht im Hinblick auf Vergangenes und Gegenwärtiges die „Lehrformel“ bevorzugt: Sozialismus schlecht, „soziale Marktwirtschaft“ gut? Besitzt nicht Präferenz eben jeder „Erkenntnis“, mit der wir eine Mannheimer Rektorin schon zitierten: „DDR böse, arm und lächerlich“?

Die Braunschweiger Veranstaltung machte – wie nicht anders zu erwarten – auch deutlich, dass Wissenschaftler und Pädagogen in Deutschland-West nur im Ausnahmefall besonderen Drang verspüren, über Konsequenzen nachzudenken, die sich für ihre eigene Denkhaltung und pädagogische Arbeit aus dem Leben im größeren deutschen Staat ergeben könnten. Die Ostdeutschen erscheinen noch immer als die allein Lernverpflichteten. Die Frage, wie unterrichte ich Schüler in Heidelberg oder in Minden über einundvierzig Jahre Geschichte der DDR, schürzte sich für niemanden zum Problem. Die einzige Forderung, die zugunsten der Beseitigung von Ungleichgewichten hörbar wurde, lautete. es müssten ostdeutsche Spezialisten an der Ausarbeitung von Schulgeschichtsbüchern beteiligt werden.

Nur über Gehaltsfragen reden?

Nichtsdestoweniger war das Treffen in Braunschweig denkwürdig. Es bekundete den Willen, was Pädagogen als Zeitzeugen jüngster Geschichte erlebt hatten, für ihre Arbeit furchtbar zu machen. Wie aber dieser Vorsatz verwirklicht werden kann, das wurde zu knapp erörtert. Undiskutiert blieb die nur beiläufig erwähnte Frage: Welchen Platz räumt der Geschichtslehrer im Unterricht seiner eigenen Biografie ein? Rettet er sich in die strikt objektive Pose oder teilt er mit, dass er Subjekt in einem Prozess war und ist? Kommt er in Köln oder in Leipzig darauf zu sprechen, wie er den kalten Krieg erlebte? Oder verkürzt er das Thema auf Stacheldraht, Mauer und „Mauerschützen"?

Der zuständige Minister der Landesregierung in Hannover, der an der Eröffnungsrunde teilnahm, berichtete, von seiner Erfahrung mit 42 Lehrern, die „aus dem Osten" zum Land Niedersachsen gekommen seien. Eine Volksabstimmung im Kreis Neuhaus hatte es so entschieden. Bei einer Begegnung mit dieser Lehrergruppe sei er auf keine Bereitschaft gestoßen, Fragen der pädagogischen Arbeit zu besprechen. Die Kollegen hätten mit ihm nur über Gehaltsfragen reden wollen. Das mag ernüchternd gewesen sein und führt doch nur wieder zu der Frage zurück, warum Lothar Steinbach, der sich in geschichtliche und ganz persönliche Lebenssituation von Menschen hineinzuversetzen sucht, auf seinen Tonbänder Berichte, Geständnisse und Bekenntnisse einfangen konnte, der öffentliche Disput hingegen nicht so recht in Gang kommt. Die Differenz wird kein so großes Geheimnis. Der Heidelberger Geschichtsdidaktiker verdächtigt seine Kollegen nicht, die er sich zu Interviewpartnern gemacht hat. Er geht mit ihnen um, als stünden sie seit Jahren miteinander auf vertrautem Fuße.

Deutsche Lehrer Zeitung (DLZ), 1997, Nr. 43/44, 30. Oktober 1997, S. 16.

„Abwanderung mit allen Mitteln“

Die Abkürzung „SD“ ist auch denen, die sich mit der Geschichte der faschistischen Diktatur nicht forschend beschäftigen, geläufig. Zum einen durch die Bezeichnung jener Spezialeinheiten, die 1939 in Polen, seit 1941 vor allem in der Sowjetunion unter der Bezeichnung Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD halfen, ein blutiges Regiment zur Unterdrückung der Bevölkerung zu errichten und vor allem den Massenmord an den Juden verübten. Zum anderen aus der Biographie des Reinhard Heydrich. Als er sich 1931 der SS anschloss, erhielt er von Himmler den Auftrag, einen Nachrichtendienst aufzubauen, der eben als Sicherheitsdienst (SD) bezeichnet wurde. Nach dem 30. Januar 1933 wurde aus kleinen und geradezu unscheinbaren, der Öffentlichkeit unbekannten Anfängen zuerst ein Amt, dann ein Hauptamt der SS, das sich wie die ganze Führung der Organisation in Berlin etablierte, seinen Platz im Herrschaftsapparat suchte und fand. Im Bereich des SD-Inland entstand auch eine Abteilung, die sich langfristig mit der Verfolgung der Juden befasste und in Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei bestrebt war, auf deren Ausrichtung dominierenden Einfluss zu gewinnen, so etwas wie das zentrale Führungs- und Planungsorgan des praktischen Antisemitismus zu werden. Diese Tatsache und die auf dieses Ziel gerichteten Aktivitäten waren durch eine Vielzahl von Forschungen erwiesen. Nun kann das Bild dadurch vertieft werden, dass im Moskauer „Sonderarchiv“ lange als vermisst angesehene Aktenbestände auch aus der Hinterlassenschaft dieser Abteilung zugänglich wurden. Sie bilden die Masse der in dieser Dokumentation abgedruckten Protokolle, Berichte, Schreiben etc. Früher schon von der Forschung benutzte Stücke aus dem Bundesarchiv wurden ergänzend aufgenommen.

Michael Wildt hat ihnen eine konzentrierte Einleitung vorangestellt. Deren Hauptaussagen lautet: Diese SD-Leute, zu deren bekannteren Adolf Eichmann und Dieter Wisliceny gehören, der eine in Israel, der andere in Bratislava gehenkt, waren Treibende, die einem Konzept folgten, nicht die durch „Sachzwänge“ Getriebenen.

Doch eine Monopolstellung und die totale Koordinierung aller Maßnahmen konnten sie schon deshalb nicht gewinnen, weil es in diesem Herrschaftsapparat in allen Machtzentren Personen und Personengruppen gab, welche auf Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen erpicht waren, die den Juden in Deutschland das Leben erschweren, unerträglich machen und sie zur Flucht zwingen sollte.

In einem Ausblick verweist der Autor darauf, dass mit den „Judenspezialisten“ des SD sich die Spitzengruppe jener Verbrecher formierte, die alsbald die Schreibtischtäter der „Endlösung“ wurden.

Michael Wildt (Hrsg.) Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71, R. Oldenbourg Verlag München, 220 5., DM 35,00.

antifa, November 1997, S. 25.

Salut, Genosse Kurt!

Heute wird der Historiker Kurt Gossweiler 80

Unter den ungedruckten Dissertationen, die in der Bibliothek der Historiker der Humboldt-Universität eingesehen werden konnten, war die von Kurt Gossweiler 1963 verteidigte Schrift die bei weitem ramponierteste. Der Buchbinder, der das Kunststück fertigbrachte, das vielhundertseitige Skript zwischen zwei Rücken zu packen, konnte die Nachfrage nicht voraussehen. Diese Arbeit wurde in einer Hinsicht für alle weiteren aus Gossweilers Werkstatt charakteristisch. Er hatte sich schon bei der Themenwahl gleichsam die Latte hochgelegt. Dabei blieb er. Um ihn geistig herauszufordern, mussten geschichtliche Prozesse oder Ereignisse einen gewissen Schwierigkeitsgrad erkennen lassen. Am besten gar: Es hatten ihn andere bisher übersehen, versehentlich oder absichtsvoll.

Die „Röhm-Affäre“ bot das. Gossweiler war geistig in die vielen Schichten von widersprüchlichen Interessen und Zielen abgetaucht, die in der Etablierungsphase der deutschen Diktatur existierten, widerstritten und schließlich in jener Mordorgie gipfelten, bei der an der Rampe der historischen Bühne nur Hitler, Göring, Himmler, die SA und die SS zu sehen waren. Gossweiler leuchtete Hintergründe aus. Das Ergebnis seines keinen weiten Weg scheuenden Spürsinns wurde spät bei Pahl-Rugenstein gedruckt. Nicht zufällig „im Westen“. Namentlich junge Leute, Studenten zumal, wollten sich mit den einfachen Antworten auf Fragen nicht länger abspeisen lassen, die sie an die Jahre von 1933 bis 1945 richteten.

Heute begeht Kurt Gossweiler, der im Südwesten Deutschlands Geborene, den es in jüngsten Jahren an die Spree verschlug und der heute an der Dahme lebt, denkt und schreibt, seinen Achtzigsten. Vor seinem Studium der Geschichte lagen Kriegsjahre in der Wehrmacht und Nachkriegsjahre in sowjetischer Gefangenschaft. Was ihm dort erklärt wurde und er später anderen auseinandersetzte, war dem jungen Mann aus dem linken Arbeitermilieu, der bald zu den kommunistischen Pionieren gegangen war, nicht vollends neu. Die 1933 an die Macht gelangten, haben ihn nicht einen Moment für sich einzunehmen vermocht. Diese Gegnerschaft hat sein Leben und seine Vorhaben als Wissenschaftler bleibend geprägt. Geschichtsforschung und Klassenkampf gehören für ihn zusammen. Das merkt Ian Kershaw an, der exzellente britische Kenner der deutschen Historiographie. Er fand – welche Ausnahme –, wieviel er auch gegen dessen marxistische Geschichtssicht einwendet, in Gossweilers Arbeiten ebenso überzeugende Argumentation wie gutdurchdachte Darstellung und notiert das ohne alle Oberlehrermanier.

Solches Urteil hätte Gossweiler schwerlich geholfen, wäre er den Abwicklern noch als Hochschullehrer unter die Hände gekommen. Denen hätte genügt, dass Kershaw ihn zu den „führenden DDR-Historikern“ rechnete. Doch entging Gossweiler dem Anwurf, der Dimitroff zugeschriebenen Faschismus-Definition ein Verdienst zugeschrieben zu haben, nicht nur aus Altersgründen. Er hatte Ende der sechziger Jahre die Universität verlassen und war zum Akademie-Institut für Geschichte gewechselt. Die Gleichzeitigkeit von Lehre und Forschung war ihm mehr und mehr als ein unverträgliches Gegeneinander erschienen. Zum Nachteil von Studenten. Denn unter denen, die ihre Pflichten in Vorlesung und Seminar und bei der Begleitung von Graduierungsarbeiten ernst nahmen, ist mir keiner untergekommen, der ihn übertroffen hätte. Wie sein eigener Lehrer, der Sozialdemokrat, Kommunist, Brandenburg-Häftling Erich Paterna, es mit ihm praktiziert hatte, so ging Kurt mit Studenten deren Texte durch, fischte Oberflächliches und nicht zu Ende Gedachtes heraus, dass es seinem Gegenüber warm werden konnte und entließ doch jeden dieser Gesprächspartner ermutigt.

Dass Gossweiler den Alltag der Lehre mied, kam der materialistisch orientierten Faschismus-Forschung zugute. 1971 lag die Monographie vor, die sich mit der Geschichte der Großbanken, Industriemonopole und des Staates zwischen 1914 und 1932 befasste. 1982 folgte eine Untersuchung über Kapital, Reichswehr und NSDAP während der ersten fünf Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Darin haben Leser alsbald auch eine Teilbiographie des Mannes entdeckt, der vom unbekannten Gefreiten zum berüchtigten Führer aufstieg. 1986 erschien die Sammlung „Aufsätze zum Fa-

schismus“. Solches geschah Autoren zu DDR-Zeiten nicht eben oft. Genug der ohnehin unvollständigen Aufzählung. Wenn Kritiker der sich an der Marxschen Gesellschafts- und Kapitalismustheorie orientierenden Faschismus-Forschung befanden, „im Osten“ verliere das Bild von den Ursachen und Triebkräften des Faschismus seine Plakatfarben und werde plastischer und tiefenschärfer, dann hatte Gossweiler dazu beigetragen.

Streitend mit Kontrahenten wie mit Gesinnungsgenossen und nicht zuletzt mit sich selbst. Denkwürdig der Strauß, den er mit Verfechtern eines verengten Antifaschismus-Begriffs während einer der alljährlichen Forschertagungen in Jena ausfocht.

junge Welt, Mittwoch, 05.11.1997.

Der vergessene Jahrestag

Vor einem dreiviertel Jahrhundert entstand der italienische Mythos vom „Marsch auf Rom“

Die Frage wird schwer zu beantworten sein: Warum ist hierzulande, wo Redaktionen von Zeitungen und Rundfunk- und Fernsehstationen gemeinhin über verlässliche historische Kalender verfügen, so wenig aus Anlass dieses fünfundsiebzigsten Jahrestages zu lesen und zu hören gewesen? Weil alle auf den konkurrierenden achtzigsten fixiert waren? Weil das Ereignis in Petrograd eine denkwürdigere Spur in die Geschichte des Jahrhunderts gezogen hat als das in Rom? Und weil die einen an dieser tieferen Spur manipulieren, sie breittreten, verwischen, oder gar tilgen möchten, die anderen – wenigen – ihre Konturen neu und exakter aufnehmen wollen als sie selbst und andere es vordem getan hatten? Weil da also ein regelrechtes Gedränge entstand?

Also: die Rede sei vom „Marsch auf Rom“, jenem Ereignis vom Oktoberende 1922, zu dem die Anführungszeichen so gehören, wie zur „Machtergreifung“ ein reichliches Jahrzehnt später. Denn wie die Sturmabteilungen des deutschen Faschismus in Berlin erst marschierten, als Hitler vom Feldmarschall-Präsidenten zum Reichskanzler bereits berufen worden war, so kamen die – im wahrsten Wortsinn – Vorläufer auch erst in Rom an, als ihr Führer Mussolini die Urkunde schon erhalten hatte, mit der ihn Italiens König zum Ministerpräsidenten gemacht hatte. Schon die deutschen Zeitgenossen haben sich um diese Uraufführung zu wenig gekümmert. Zu ihrem Schaden. Sie war und ist aber des Erinnerns wert. Denn, und insbesondere im Vergleich mit der Erfahrung des Jahres 1933, vermittelt sie manche Einsichten über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Faschisten an die Staatsmacht gelangten. Apropos: Vergleich. Dieser hier ist derzeit wohl auch aus der Mode.

Mussolini wurde vom Führer einer (seiner) 1919/20 gegründeten Partei und deren militärisch organisierten Terroristen zum Staatsmann und „Duce“, nachdem sich die revolutionären Kräfte der Arbeiter und der Bauern in Italien erschöpft hatten und ein erheblicher Teil ihrer einstigen Parteigänger und Sympathisanten zum Faschismus übergelaufen war, weil er sich nun von ihm die Lösung seiner sozialen Probleme erhoffte. Er profitierte anfänglich von der großen Zahl der enttäuscht und ziellos aus dem Kriege zurückgekehrten Offiziere und Unteroffiziere, von deren Erbitterung darüber, dass Italien durch die Friedensverträge nicht gegeben worden war, was sie zu erobern gewünscht hatten, und von der Unfähigkeit des italienischen bürgerlich-liberalen Nachkriegsregimes, die politisch und sozial Herabgekommenen und Vagabundierenden aufzusaugen und zu neutralisieren. Den Massenzulauf gewann Mussolini, nachdem die sich schließlich in drei Strömungen und Parteien zersplitternde Linke in den Augen der Bauern und Landarbeiter, des städtischen Kleinbürgertums und vieler Arbeitsloser versagt hatte. Frei wurde ihm der Weg nach Rom, den er übrigens von Mailand in die Hauptstadt nicht an der Spitze seiner Marschierer, sondern in einem Schlafwagen der Eisenbahn zurücklegte, jedoch nicht durch diesen Massenzulauf. Auf Grün standen die politischen Signale für ihn erst, als die sozialen Oberschichten Italiens, Regierende, die Aristokratie der Beamten, Wirtschaftsmagnaten, Großgrundbesitzer, Militärs, der Klüngel um die „Krone“, sich davon überzeugt hatten, dass dieser Mann, der einmal Redakteur der Zeitung der Sozialisten gewesen war, sich auch von seinem ursprünglichen Programm als Führer der Kampfbünde vollkommen losgesagt hatte. Da waren noch Ziele wie die Bodenreform und die Nationalisierung der Rüstungsindustrie angegeben worden. Diese exklusiven Kreise hatten ein doppeltes Risiko abgemessen: die Gefahr, mit Mussolini auf das Gleis sozialer Experimente zu geraten, und die Möglichkeit, dass seine Berufung noch einmal zu schweren inneren Kämpfen führen werde. Gegen die nicht so große Wahrscheinlichkeit von Experimenten sollte seine Einbindung in eine Koalition mit den Nationalen, die Verbindung von Schwarz- und Blauhemden, wirken. Und eine erneute Erhebung der antifaschistischen Kräfte ließ sich nahezu ausschließen. Der Generalstreik, der im Sommer im Zeichen des Abwehrkampfes gegen die Faschisten stattfand, war kläglich geendet und wurde gar zum zusätzlichen Argument derer, die mit Mussolini endlich und vollständig „Ordnung“ schaffen wollten.

Selbst wer von dieser Vorgeschichte des ersten faschistischen Staates in Europa nicht mehr wahrgenommen hatte, als diese grobe Skizze, der konnte sich eigentlich schon gegen das Abrutschen in die Selbstberuhigung schützen, Deutschland könne nicht Italien werden. Doch war zu vielen nördlich der Alpen die Geschichte dieses Landes, das so „schnöde“ und wider deutsch-patriotisches Erwarten sich 1915 auf die Seite der Entente-Mächte geschlagen hatte, gedankliche Vertiefung nicht wert. Soweit mochte die Herablassung nicht gehen. Dabei konnte der Blick über den Brenner eine Erkenntnis eintragen, die so klar nicht einmal aus der Frühgeschichte des „Nationalsozialismus“ zu entnehmen war. Die Faschisten um Mussolini formierten sich als eine Gruppe der breiter gefächerten „Interventionisten“ mit der Forderung, endlich in dieses 1914 begonnene imperialistische Völkermorden einzutreten. Krieg war ihr buchstäblich erstes Wort gewesen wie Frieden das erste der proletarischen Revolution.

Doch bleiben wir bei dem Fünfundsiebzigsten: Das Ereignis in Rom hat den Hitler animiert, es seinerseits mit einem „Marsch auf Berlin“ zu versuchen. Mit dieser Absicht putschte er ein Jahr später in München. Der Start ging schief. Mussolini hatte für Machtverhältnisse ein besseres Gespür bewiesen. Er konnte, als er seine wenig bewaffneten, für einen Bürgerkrieg ungerüsteten Anhänger zu Marschformationen zusammenfasste, darauf rechnen, dass die Armee auf die Seinen nicht schießen würde. Mancherorts hatten die Führer der Schwarzhemden und die Militärs den Machtwechsel im Quirinal schon gemeinsam gefeiert, bevor er überhaupt stattgefunden hatte. Zudem konnte er seinen Kolonnen einige Generale voranmarschieren lassen. Nun erst legte sich Hitler Mussolinis Nase zu und nahm genauer Witterung.

Am Beginn der dreißiger Jahre ähnelte die Situation in Deutschland dann derjenigen, die in Italien existiert hatte, in einem Grad, der es aus der Retrospektive kaum verständlich macht, warum die Alarmglocken nicht wenigstens in allen Büros der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften Dauerton schrillten. Jetzt hatte auch die NSDAP Massenzulauf erhalten. Sie gewann von Wahl zu Wahl. Sie beherrschte im Norden Deutschlands ganze Ortschaften und Kleinstädte. Sie beutete die Enttäuschung über zehn Jahre Republik und die in ihr regierenden angeblich „marxistischen“ Parteien aus. Sie rekrutierte sozial nahezu exakt, wenn auch in anderen Anteilen, die gleichen Schichten wie vordem die Partei Mussolinis. Sie bediente sich der Stimmung gegen die „Schmach von Versailles“. Sie sah sich, wie ihr italienischen Vorgänger, mit immer mehr Sympathien aus Kreisen des Staatsapparats, das Militär eingeschlossen, bedacht. Spürbar war das vielverheißende Nachlassen der Bedenken gegen den Regierungseintritt von NSDAP-Führern, von Bedenken, die jenen ganz ähnlich waren, die auch in Italien überwunden worden waren. Und diese Führer wussten seit dem 20. Juli 1932, dem Staatstreich Papens in Preußen, das die denkbare Gegenwehr der Arbeiter zu besiegen sein würde. Der Generalstreik war hier – anders als ein Jahrzehnt zuvor – nicht einmal inszeniert worden und als Folge der Abwieglung die Demoralisierung von Arbeiterschichten schon weit vorangeschritten.

Alledem gegenüber fielen die Unterschiede nicht schwer ins Gewicht. Der Weg in die Wilhelmstraße verlief, so viele deutsche Antifaschisten (und auch an den politischen Kämpfen ganz Unbeteiligte) terrorisiert, zusammengeschlagen, ermordet wurden, im Vergleich zu der Spur von Gewalt, Zerstörung und Blut, welche die Kampfbünde Mussolinis durch Italien gezogen hatten, weniger brutal. (Das Bild änderte sich nach dem 30. Januar 1933 rasch.) Getötete Arbeiter- und Bauernfunktionäre, niedergebrannte Büros ihrer Organisationen, verwüstete Redaktionen von Zeitungen und Verlagen – das bildete die Fährte der Schwarzhemden, bevor sie sich zu dem Marsch zusammenrotteten, dessen theatralische Bedeutung größer war als seine erpresserische Wirkung.

Von dieser Grausamkeit des Terrors ist in das Bewusstsein der Deutschen bis heute wenig gelangt. Und das zeitigt Folgen bis in die Theorie und das Faschismus-Verständnis auch der Linken. Die Ablehnung des Begriffs „Faschismus“ für die deutschen Zustände und stattdessen die Benutzung des Etiketts „Nationalsozialismus“ stützt sich nicht zuletzt auf den auf Unwissen gegründeten Irrtum, es handele sich bei der von Mussolini geführten Bewegung und der Diktatur, die er repräsentierte, – verglichen mit dem „deutschen Fall“ – umso etwas wie eine gesittetere Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft. In diesem Missverständnis zählen die nach dem Anschlag auf den

italienischen Marschall Graziani in Adis Abeba Gemarterten und die niedergebrannten Hütten der Landeseinwohner weniger als die erschossenen und verschleppten Bewohner des total dem Erdboden gleichgemachten Lidice, weniger als die „Rache für Heydrich„. Nein, nicht weniger, sondern nichts, denn sie sind außerhalb allen Gedächtnisses. Der feine Unterschied, auf den in informierten Kreisen bestanden wird, ist jener zwischen dem „klassischen“ Kolonialmörder Mussolini und dem „modernen“ Rassemörder Hitler.

In der eben erschienenen „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“ lässt sich zwischen den Ausführungen zu den Stichworten „Faschismustheorien“ und „Faschismus“ ein manchen Leser verwirrender, andere wo möglich ermutigender Widerspruch entdecken. Dem Autor des ersten scheint es so, als sei der Faschismusbegriff nur mit der Studentenbewegung der 60er Jahre „noch einmal“ zurückgekehrt. Jetzt würde er als entbehrlich angesehen. Der Verfasser des zweiten hält ihn nicht für erledigt. Er meint, von einem deutschen Faschismus lasse sich „im Hinblick auf die strukturellen und entwicklungsgeschichtlichen Gemeinsamkeiten der faschistischen Regime“ sprechen, freilich nur „allenfalls“. Davon, von der gemeinsamen, nicht identischen Ideologie, von den gemeinsamen Entwicklungen (Herkünften, Wachstums-, Aufstiegs-, Erfolgs- und Siegesbedingungen) und von den Strukturen (gesellschaftlichen, staatlichen, solchen des Parteiengefüges u. a.) war doch aber unter denen, die sich mit dem Faschismus in Deutschland, Italien und anderswo befassten vor allem die Rede. Allerdings nicht allenfalls, sondern jedenfalls.

Die Beschäftigung mit dem „Marsch auf Rom“ und seinen Folgen spricht gegen den sich seit der Wende auch zwischen Elbe und Oder ausbreitenden gedankenlosen Gebrauch von „Nationalsozialismus“. Interessant auch, wie Hitler noch 1926 über den Vorteil seines späteren „Freundes“ Mussolini meditierte. Der habe eben doch die Unterstützung der italienischen Industriellen genossen, während er von den deutschen im Stich gelassen werde. Na, das blieb ja kein Dauerzustand, der Unterschied verlor sich, die Gemeinsamkeit trat auch in diesem Punkt der Punkte hervor.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß. Mit zahlreichen Abbildungen, Karten und Grafiken, Klett-Cotta Stuttgart 1997, 900 S. 98,00 DM.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 22./23. November 1997.

Von altem und neuem Geschichtskitt

Trennungsstrich zwischen Wehrmacht und Bundeswehr nie gezogen

Nachdem der mündige Bundesbürger ungefragt schon sein bescheidenes Steuerscherflein dazu beigetragen hatte, dass Neonazi Roeder in der Führungsakademie der Bundeswehr vortragen konnte, wird er nun noch einmal offen zur Kasse gebeten. Er hat die Kosten der Fahndung nach den „Verantwortlichen“ zu finanzieren, denn es ist nicht anzunehmen, dass sie der zuständige Minister aus seiner Privatschatulle begleichen wird. Die aber werden sich womöglich auf ein Vielfaches dessen belaufen, was für den Hamburg-Auftritt ausgegeben worden ist. So teuer müsste sich das Unternehmen aber nicht notwendig gestalten, brauchen die Antworten doch allzu weit nicht hergeholt zu werden. Mindestens ein Gutteil von ihnen findet sich griffbereit in der allen Mitgliedern des Bundestages vorliegenden Drucksache mit den Reden, die im Parlament gehalten wurden, als einige Abgeordnete dort eine zweimalige Debatte über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ beantragten und im zeitigen Frühjahr 1997 folgenlos erreichten.

Vor dem Hohen Hause hatte auch der für diesen Teil deutscher Geschichte in besonderem Maße zuständige Minister das Wort ergriffen und die Gelegenheit ausgelassen, zwischen der von ihm kommandierten Wehr und der vor seiner Zeit kommandierten Wehrmacht einen scharfen und definitiven Schluss- und Trennungsstrich zu ziehen. Denn war das nicht ein besonders günstiger, ja geradezu Effekt versprechender Anlass, endlich zu tun, was von den Gründern dieser Truppe seinerzeit nicht erwartet werden konnte? Die hatten keinen Anlass, sich wie Rumpelstilzchen, als seine Identität entdeckt worden war, in zwei Teile zu zerreißen. Ihre Namen und Orden, Ränge und Kommandos waren schon aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 bekannt, Rätselraten und Entlarvung demnach überflüssig.

Volker Rühe hat in besagter Rede auch die vielen Männer in der faschistischen Wehrmacht für die Soldaten und Offiziere in seiner Wehr als traditionsbildend bezeichnet, die tapfer und ehrenhaft im Fronteinsatz gestanden hätten. Diese Geschichtsbetrachtung ist spaltungsirre, ist es doch noch niemandem gelungen, unter diesen freiwilligen oder kommandierten Welteroberern auch nur einen einzigen nachzuweisen, der einen Krieg auf eigene und besondere Rechnung geführt hätte abseits von den verbrecherischen Zielen dieses imperialistischen Regimes. Warum wird derartiges Gedenken nicht abgeschafft? Weil die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr so wenig nach Sinn und Ziel ihres Auftrags fragen, sollen wie z. B. Oberst Mölders, dessen Name von bundesrepublikanischem Kriegsgerät prangt? Wer eine schlüssigere Erklärung für die hartnäckige Weigerung besitzt, sich von diesen Helden des „Führers“ zu trennen, mag sie anbieten.

Es ist nicht zuletzt und nicht zum wenigsten eben dieses – gewiss nicht total deckungsgleiche – Verhältnis zur deutschen Geschichte, das zwischen den Einladern in Hamburg und dem Geladenen eine Brücke bildet, die gelegentliche, wenn auch nicht öffentlich gemachte Kooperation trägt.

Wird nun also nach Vorgeschichten und Zusammenhängen gesucht und gekramt, dann sollten sich diejenigen, die wirklich fündig werden wollen, nicht an die Akten, sondern an die Köpfe halten und sich vor allem nicht aufschwatzen lassen, hier habe ein Verstoß gegen die Prinzipien jener geistig genannten Führung vorgelegen, die dem Staatsbürger in Uniform zugedacht sein soll. Roeder repräsentiert, was immer an ihm auszusetzen sein mochte, im Kern eben doch das wertvolle „Menschenmaterial“, nach dem in deutschen Armeen schon immer verlangt worden ist und auf das nicht verzichtet werden soll. Zum wenigsten in Zeiten, da Pazifisten sich mausig machen und zwar kein Schritt eines deutschen Soldaten über die eigenen Landesgrenzen hinaus verhindert, aber eben doch jeder kritisch kommentiert wird.

Das Diktum „Bonn ist nicht Weimar“ wird immer dann wiederholt, wenn „Einzelfälle“ gemeldet werden, die den Eindruck hervorrufen, es gäbe da vielleicht eine Verwandtschaft festzustellen, die Gefahren signalisiert. Schon gegen Ende jener kurzlebigen Republik kommandierte in ihr ein Reichswehr- und Reichsinnenminister namens Wilhelm Groener, der sich – insgeheim versteht sich – ein wenig mit Herrn Hitler getroffen hatte und danach am 11./12. Januar 1932 während einer Be-

sprechung mit den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern der Reichswehr vertraulich darüber berichtete. Der Mann habe ihm doch einen „sympathischen Eindruck“ gemacht. Er sei ein „bescheidener und ordentlicher Mensch, der Bestes will“.

Deshalb müsse man zwischen den Unruhestiftern in dieser NSDAP und diesem Manne unterscheiden. „Absicht und Ziele Hitlers sind gut,“ lautete das protokollierte, militärisch knapp formulierte ministerielle Generalurteil. Dem folgte die Ankündigung, dass nun allen NSDAP- und SA-Mitgliedern, wollten sie in Heer oder Marine eintreten, Gerechtigkeit zu widerfahren habe. Denn: Die „volle Legalisierung der Nazi wird in absehbarer Zeit kommen.“ Von einer an Goebbels gerichteten Einladung zu einem Vortrag in Reichswehrkreisen war aber da die Rede noch nicht.

Roeder ist nicht Hitler. Und die aktuellen Meldungen über eine bevorstehende Übereinkunft, die sich auf die Fernhaltung von Neonazis von der Bundeswehr richten, scheinen in eine ganz andere Handlungsrichtung zu weisen, als sie seinerzeit von Groener gewiesen wurde. Die lenken zudem davon ab, dass es nicht in erster Linie um die geht, die als Rekruten in die erwiesenermaßen ein wenig angebräunte Wehr hineinwollen, sondern um jene, die als Offiziere schon in ihr drin sind. Trotz aller Unterschiede weist der etwa ein Menschenalter zurückliegende Vorfall mit dem Ereignis in Hamburg, das schon ein wenig missdeutet ist, wenn von ihm als einem Skandal geschrieben wird, eine bedenkenswerte Parallele auf. Der Herr Groener und die ihm untergebenen Generäle und der Herr Hitler waren sich nämlich in ihrer nur durch die Niederlage getrübten Erinnerung an den Weltkrieg, der damals noch nicht der erste hieß, ganz und gar einig. Die Geschichte der Kriege, aus welcher der Kitt gemacht wird ...

junge Welt, Montag, 15.12.1997.

Salve, dem Historiker Kurt Gossweiler

Unter den deutschen Historikern, die sich nach 1945 auf die Fährte hefteten, welche der Faschismus in der Geschichte unseres Jahrhunderts hinterließ, war Kurt Gossweiler früh am Werk. In Jahrzehnte ausfüllender Arbeit hat er sich als Forscher, der Vergangenheit und Gegenwart mit den Augen des philosophischen Materialisten sieht, auf dem heftig umstrittenen Feld einen Namen gemacht. Redliche unter seinen Gegnern erwähnen ihn nicht gerade mit Beifall, aber doch mit deutlichem Respekt.

Wie Gossweiler, der dieser Tage sein achtes Lebensjahrzehnt vollendete, besagte Fährte aufnahm und verfolgte, das ergab sich nicht nur aus seinem theoretischen Standort. Wichtig waren ihm auch die geistig-politischen Frontverläufe, die sich bald nach Kriegsende scharf herausgebildet hatten: Dort die Verkürzung der Fragestellung auf Hitler, einige seiner Paladine, die Gestapo und die SS und – allenfalls – das tumbe Volk und also die Aufrichtung überdimensionaler Sichtblenden, hier der Versuch, die treibenden Interessen in jener Gesellschaft zu ergründen, die am 30. Januar 1933 gleichsam mit dem Reichskanzler Hitler niederkam. Das Ende der Republik, an die Gossweiler eigene antifaschistisch geprägte Jugenderinnerungen besaß, blieb das Thema des Mannes, der erst in der Mitte seiner dreißiger Jahre zu systematischen Studien gelangte, dann aber unbeirrt bei ihnen blieb. 1963 entstand jene Dissertation, mit der er in der Zunft sogleich bekannt wurde. In ihr wies er sich ebenso als ein penibler Erforscher der Tatsachen aus wie als ein Historiker mit ausgeprägt theoretischem Interesse und Verstand.

Mit diesem Erstlingswerk „Die Röhm-Affäre“ (1983 spät in Köln gedruckt) griff Gossweiler weit in die Endphase des Weimarer Staates zurück. Er spürte der Frage nach, was monopolkapitalistische Unternehmen und Gruppen getan hatten, um zuerst auf die an die Macht strebende Partei Einfluss zu nehmen und dann deren Politik am Staatsruder mitzubestimmen. In diesem Beziehungsgeflecht von politischen, militärischen und Wirtschaftsführern und deren Rolle hat sich der Forscher auch in seinen weiteren Arbeiten hauptsächlich gedanklich bewegt. So entstand die 1971 publizierte Monographie, welche das Verhältnis von Großbanken, Industriemonopolen und Staat vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis an das Ende der Republik untersuchte. Auf sie folgte eine weitere, in der er die frühen Kämpfe um Bestand oder Untergang der Republik analysierte, die im Münchener Putsch gipfelten und ein farcenhaftes Nachspiel vor dem „Volksgerichtshof“ in München hatten. Gossweiler hat sich nie mit der Besichtigung der Figuren zufriedengegeben, die gleichsam an der Rampe der historischen Bühne agierten und posierten. Dennoch hielt er sie nicht nur für Marionetten, wie seine Charakteristik Hitlers in jenen Jahren bezeugt, da dieser der „Führer“ erst noch werden wollte.

Wiederholt hat Gossweiler seinen Blick für Schwächen in der Forschungsströmung bewiesen, die er selbst voranbrachte. Das galt für den zu DDR-Zeiten nie behobenen Mangel an vergleichenden Untersuchungen über die faschistischen Bewegungen und Diktaturen, für die er anregende Überlegungen geschrieben hat. Streitfreudig, aber nicht streitversessen mischte er sich auch in Debatten über Themen, die nicht zu seinem engeren Forschungsfeld gehörten. Gegen diejenigen, die den Begriff und die Tat des „Antifaschismus“ eng an eine gegen Imperialismus und Monopolkapital gebundene Kampfstellung knüpften, hat er sich leidenschaftlich mit sachlichen Argumenten und antisektiererischem Instinkt gewandt. Die Position der Minderheit hat er nie gesucht, aber ausgehalten.

Von der Arbeit in größeren Kollektiven, die unvermeidlich mit Kompromissen verbunden war, hielt er sich fern. Für seine Bevorzugung loserer Formen der Gemeinschaftsarbeit stehen seine vielen wissenschaftlichen Artikel, die in Sammelbänden veröffentlicht wurden, und besonders seine gemeinsam mit Dietrich Eichholtz bestrittene Herausgeberschaft des Bandes „Faschismusforschung. Positionen – Probleme – Polemik“ (1980) Als eine Zwischenbilanz geschrieben, ließ sich dessen Texten Kontinuität und Wandel in der sich von Marx herleitenden DDR-Forschung erkennen. Wer sich gedanklich in die Geschichtswerkstatt des aus Schwaben stammenden Berliners versetzen will, der mag seine „Aufsätze zum Faschismus“ (1986) lesen. Daraus spricht seine Kompetenz ebenso wie die Sachlichkeit seines Vorgehens und Diskutierens. Dahinter ist seine, eigene Person immer zurückgetreten. Gossweiler erhielt viele Einladungen ins Ausland. Gereist ist er bis ins ferne Japan,

wo eine seiner Arbeiten in die Landessprache übersetzt worden war. Während an der „erneuerten“ Humboldt-Universität der Doktor honoris causa des Jahres 1987 unter die zu vergessenden schon eingeordnet ist, haben dem Jubilar viele an vielen Orten diesseits und jenseits der Grenzen ihr Salve zugerufen.

Unter dem Titel „Genosse Kurt Gossweiler: Achtzigster Geburtstag – wie die Oktoberrevolution.“ Neue Volksstimme, 1997 Nr. 6, 28. Dezember 1997.

Wo Lessing den „Nathan“ schrieb

Die Publikation aus Wolfenbüttel ist nicht taufrisch, und nur ein Zufall hat sie mir vor Augen gebracht. Ein Freund, mit dem ich vor mehr als einem halben Jahrhundert die Schulbank drückte, der später über Jahrzehnte im Strafvollzugsdienst der Bundesrepublik tätig war, brachte mir den Band mit den Grüßen seines Urhebers Wilfried Knauer. Der betreut die Gedenkstätte im Komplex der Justizvollzugsanstalt in der einstigen herzoglichen Residenzstadt. Sie konnte in einem schuppenähnlichen Gebäude eingerichtet werden, nachdem Pläne zu dessen Abriss 1986 definitiv aufgegeben worden waren. In ihm war zwischen dem 12. Oktober 1937 und dem 15. März 1945 eine bisher nicht exakt festgestellte Zahl von Menschen hingerichtet worden, nach sicherer Schätzung jedoch mehr als 500.

Zu den Getöteten gehörten Atheisten, Christen und Juden, Sinti und Roma, Deutsche und eine große Zahl von Ausländern, Belgier und Franzosen vor allem, die in den sogenannten Nacht-und-Nebel-Aktionen verhaftet und nach Deutschland verschleppt worden waren. Die Todesurteile gegen sie hatten ein Sondergericht in Braunschweig und Senate in anderen Orten des Deutschen Reiches ausgesprochen. Nachdem Tötungsstätten wie die in Hamburg durch Kriegseinwirkungen nicht mehr funktionstüchtig waren, wurde das Fallbeil in Wolfenbüttel immer öfter in Tätigkeit gesetzt.

Der Band mit dem Titel „Nationalsozialistische Justiz und Todesstrafe. Eine Dokumentation zur Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel“ enthält interessante Dokumente, die meist im Faksimile wiedergegeben sind. Er bezeugt auch, dass die beiden von Staats wegen zugelassenen Geistlichen nach Kriegsende Hinterbliebenen auf deren Anfragen Auskünfte über die letzten Stunden derer gaben, die vor ihrer Hinrichtung nach den Pfarrern gerufen hatten. Mehrere Zeugnisse, die den Abschluss der Publikation bilden, belegen Urteil und Urteilsbegründung gegen eine neunzehnjährige deutsche Arbeiterin, deren Gnadengesuch und dessen Ablehnung. Sie hatte nach einem Bombenangriff, bei dem sie selbst einen Teil ihrer Habe verlor, sich in einer Ruine das Eigentum anderer angeeignet. Die Richter fanden keinen Umstand, der sie hätte Milde walten lassen. Wegen Plünderung gelangte sie auf das Schafott.

antifa, Januar 1998, S. 27.

Wendezeit – Zeitwende. Bericht über einen Abbruch

In den siebenundsechzig Jahren meines Lebens haben sich die gesellschaftlichen Zustände und mit ihnen das geistige Klima in Deutschland zweimal grundlegend geändert. Als ich eben 15 Jahre alt wurde, kapitulierte der faschistische deutsche Staat. Das gesamte Land wurde besetzt. Die Alliierten übernahmen die Regierungsgewalt. Bald, nachdem ich meinen sechzigsten Geburtstag begangen hatte, endete die Geschichte der 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik. Ihr Gebiet wurde der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen. So hatte es die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer entschieden, die im März 1990 gewählt worden war. Nach einem Bewohner des „Dritten Reiches“ war ich für mehr als vier Jahre ein „Staatenloser“ gewesen. Dann verwandelte ich mich nach vierzig Jahren aus einem Bürger der DDR in einen ebensolchen der BRD. Keinen dieser Staaten hatte ich mir gewählt. In den ersten war ich hineingeboren worden. Von der Gründung des zweiten, der DDR, erfuhr ich aus den Nachrichten. Der Übergang in den dritten, die Bundesrepublik bezeichnete das Scheitern meiner Hoffnungen und Anstrengungen, ein sozialistisches Staatswesen zu schaffen und definitiv über die Epoche des Kapitalismus und die Zeitalter der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hinaus zu gelangen.

Zwei radikale Wendungen in einem Menschenleben in Deutschland sind nicht so viel, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Meine Großeltern wurden geboren, als das Deutsche Kaiserreich eben auf den Schlachtfeldern Frankreichs „gegründet“ wurde. Dann erlebten sie die Revolution von 1918 und die Weimarer Republik. Sie starben, als fünf und sechs Rentnerjahre in der Nazidiktatur hinter ihnen lagen. Doch immer verlief ihr Leben in den Bahnen der gleichen Gesellschaftsordnung. Ich hingegen wurde im kapitalistischen Deutschland geboren und lebte dann Jahrzehnte in einem Staatswesen, das über diese Verhältnisse hinausstrebte. Es hatte schon eine gewisse Entfernung von ihnen erreicht und ging dennoch mit dem ganzen „realsozialistischen System“ unter, das von der Elbe bis zum sowjetischen Fernen Osten gereicht hatte. So gelangte ich wieder in die Welt, aus der ich zuerst mit einer Minderheit, später in einer Gemeinschaft mit Millionen aufgebrochen war. Das Scheitern des Ganzen wie mein eigenes waren offensichtlich. Dessen Ursachen werden uns gedanklich beschäftigen solange wir leben. Zum einen deshalb, weil sie von sehr komplexer Natur sind, und zum anderen, weil es auf allen Seiten so viele Interessen gibt, schon die Fragestellung zu verwirren.

Manche meiner Zeit- und Weggenossen meinen heute, alle unsere Anstrengungen, und die waren zeitweilig nicht gering und überanstrengten nicht wenige von uns, seien vergeblich gewesen. Dem ist mit dem Blick auf das Ganze schwer widersprechen. Der Historiker aber neigt eher dazu, in Rechnung zu stellen, dass Investitionen in die Geschichte nie völlig verloren sind. Wer Trost sucht, könnte sich auf Byron berufen: „Der Freiheit Kampf, einmal begonnen, vom Vater blutend auf den Sohn vererbt, wird immer, wenn auch schwer, gewonnen.“ Indessen: Die Erblasser sind heute selbst über ihr Erbe auf das höchste verunsichert. Und es ist nicht erkennbar, dass sich sehr viele Erben melden, welche die Hinterlassenschaft überhaupt sondern und antreten wollen. Es sieht so aus, als könne nicht nur ein privates Erbe ausgeschlagen werden.

Während ich meine Erinnerungen aus der Studentenzeit niederschrieb, drängte sich mir immer wieder der Gedanke auf, ob ich mich in diesen längst vergangenen Jahren meines Lebens so lange aufhalten sollte. Schließlich würde mir die Feder irgendwann aus der Hand gleiten oder fallen, und es wäre das nicht zu Papier gebracht, was mir doch als wesentlicher erscheinen muss. Dass ich diesem Gedanken nicht früher folgte und die Perspektive eher wechselte, hat einen einfachen Grund. Noch immer mit geschichtswissenschaftlicher und publizistischer Tagesarbeit beschäftigt, spürte ich, dass es einen ungleich höheren Schwierigkeitsgrad darstellen würde, sich der Jahre dieser zweiten großen Lebenswende zu erinnern, als aus Nachkriegs- und Studentenjahren zu berichten. Und dass, wenngleich die erste nahezu ein halbes Jahrhundert hinter mir liegt, seit dem Beginn der zweiten hingegen gerade acht Jahre verflossen sind. Zudem lässt sich über die jungen Jahre mit einiger Berechtigung vielfach nachsichtig berichten. Das „entfällt“, wenn es um diejenigen geht, die als die reiferen angesehen werden. Da gerät man gegen sich selbst, wenn schon nicht in die Rolle des

Staatsanwalts, so doch unvermeidlich in die des Richters und ist zugleich versucht, auch den Platz des Verteidigers einzunehmen.

In Berlin fehlte mir zu alledem die Konzentration. Nun im Süden Frankreichs, in Les Adrets d'Estérel mit dem Blick auf die Hügel, Berge und Felsen des Estérel-Gebirges und an klaren Tagen bis zu jener Alpenkette, die ins Mittelmeer abfällt, eine halbe Busstunde vom exklusiven Cannes und dem Badestrand von Mondelieu, habe ich keine anderen Verpflichtungen, Zeit zum Nachdenken und Nachforschen in mir selbst. Allerdings verfüge ich hier auch über keinerlei Möglichkeiten, auch nur die wichtigsten Daten zu überprüfen, und über keine Dokumente, an denen entlang sich schreiben ließe. Das kann indessen mir auch einen Vorteil einbringen,

Dieser Bericht ist derart gar nicht verdächtig, eine Art geschichtswissenschaftliche Abhandlung anbieten zu wollen. Er ist in jeder Weise von einer persönlichen Sicht geprägt. Es muss sich zeigen, wie weit ich unter diesen Umständen mit ihm komme.

* * *

Es sind fast auf den Tag genau acht Jahre vergangen, seit ich Anfang Oktober 1989 Berlin verließ, um zunächst nach Oldenburg zu reisen. Dort fand ein dreitägiges Symposium über Leben und Wirken Carl von Ossietzkys statt, das von der dortigen Universität veranstaltet wurde. Mich hatte dazu eine Einladung erreicht, weil ich Jahre zuvor an der Herausgabe eines Bandes von politischen Schriften Ossietzkys beteiligt gewesen war. Ihr Titel zitierte die Überschrift eines Aufsatzes des Antifaschisten. Er lautete „Rechenschaft". Der Verlag, der mich um Mitwirkung gebeten hatte, war der Aufbauverlag. Der wiederum war durch einen Historikerkollegen, Fritz Klein, an mich geraten. Es ging um nicht mehr – aber auch nicht um weniger – als dem Leser der Texte die vielen Bezüge und Anspielungen in Anmerkungen zu erschließen. Mit ihnen waren die seinerzeit vor allem in der „Weltbühne" erschienenen Artikel Ossietzkys geradezu gespickt. Wie alle ähnlichen Unternehmungen wurde auch dieses eine kleine, aber abenteuerliche Entdeckungs- und Bildungsreise. Eine intelligente Studentin, Karin Jecht, – ich arbeitete damals schon an der Humboldt-Universität – half mir. Nach ihrem Examen verloren wir uns aus den Augen. Offenbar wollte sie es trotz ihrer Befähigung nicht in der Wissenschaft versuchen.

Einmal einbekannt, dass ich Ossietzky besonders verehrte und er mir als Vorbild eines aufrechten Menschen und glänzenden Publizisten gilt, kam gleichsam eins zum anderen. Peter Theek, der Chefredakteur der *„Weltbühne"*, bat mich, den Leitartikel für das Heft zu schreiben, das zum 75. Geburtstag der Zeitschrift, genauer: zu dem ihres Vorläufers mit dem Namen „Schaubühne", erscheinen sollte. Die Einladung kam mir wie eine Auszeichnung vor. Damit begann meine Mitarbeit am „Blättchen", die bis in das einundvierzigste Jahr der DDR dauerte. Genug, die Reise nach Oldenburg hatte also ihre lange Vorgeschichte.

Als die Tagung in der Stadt, deren Universität solange und lange vergeblich dafür eingetreten war, „Carl-von-Ossietzky-Universität" heißen zu dürfen, vorüber war, blieb mir noch genügend Zeit, vor einer darauffolgenden Verpflichtung nach Berlin zurückzukehren. Aber es war gerade das Ereignis, das in aller Munde war und im Staat für zusätzliche Nervosität sorgte, das mich davon abhielt. Am 7. Oktober sollte der vierzigste Jahrestag der DDR begangen werden und zwar pompöser als alle voraufgegangenen Jubiläen. Das war aberwitzig. Denn es gab in diesem Staatswesen zu vielem Grund und Ursache, aber zum wenigsten zu aufwendiger Festlichkeit. Seit Monaten befand es sich in einer Krise, die niemandem im Innern oder im Ausland mehr verborgen bleiben konnte. Ihr deutlichstes Zeichen bildete die Massenflucht vor allem junger Leute über die Grenze in die Bundesrepublik. Spektakulär war sie ohnehin, wurde es aber noch mehr durch die Wege, welche die Fluchtwilligen einschlugen. Die Bilder von den gestürmten, mit Menschen überfüllten Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Budapest gingen um die Welt. In der DDR gab es keine wichtigere Aufgabe, als sich darüber zu verständigen, wie dieser Staat, um weiter existieren zu können, seine inneren Verhältnisse stabilisieren sollte. Dazu war, um dies zu begreifen mußte niemand politisch besonders geschult sein, eine Verständigung zwischen den Regierenden und den Regierten darüber notwendig, wie die Regierten leben wollten. Die „realsozialistisch" genannte Gesellschaft bedurfte

einer tiefgreifenden Reform, wenn sie deutlich spürbare Erscheinungen der Stagnation auf den verschiedensten Lebensgebieten überwinden wollte. An deren Anfang gehörte das Geständnis, dass wir in eine Sackgasse geraten waren.

Stattdessen sollten, nachdem die Obrigkeit selbst jedweden den dramatischen Zuständen angemessenen Schritt verweigert hatte, lächerliche politische Muskel- und Feierspiele inszeniert werden. Da wollte ich nicht mitmachen, zumal Aufmärsche und Vorbeimärsche an Tribünen meine Sache schon in sehr viel jüngeren Jahren nicht gewesen war. Nun erschien mir das geplante Theater wie der Tanz auf dem Vulkan. Doch darum ging es gar nicht in erster Linie. Mehr wog, dass die eigene Hilflosigkeit gegenüber den Leuten am Staatsruder, die sich noch immer als Revolutionäre verstanden und vermeinten, niemand könne die Geschicke der DDR so erfahren und gut lenken wie sie, in den Trübsinn trieb. Ich entschloss mich, den sinnentleerten Feiertag, der sich schließlich als die Präsentation eines noch eben lebenden Leichnams erwies, bei Freunden in „Feindesland“ zu verbringen und danach auf meiner Weiterreise um die DDR einen Bogen zu machen.

In den Vorsatz mag hineingedeutet werden, dass ich damals schon, Ende September 1989, diesen Staat, auf dessen Aufbau ich nicht wenig eigene Kräfte verwendet hatte und dem ich nach wie vor verbunden war, aufgegeben hatte. Das war nicht der Fall. Aber ich besaß mit vielen meiner Freunde und Genossen keinerlei Vorstellung davon, wie ihm neue Lebenskraft verschafft werden könnte. Lebenskraft, nicht Überlebenskraft. Denn dass es schließlich um die letztere gehen würde, kam mir bei allen Bedenken über seine Zukunft doch nicht in den Sinn. Später, aber dann lebhaft erinnerte ich mich eines Treffens mit meinen Wickersdorfer Schulkameraden von einst, das uns im August 1989 auf der Insel Usedom im ausgedehnten Anwesen von Anneliese Störr und ihres Mannes, eines Professors der Geologie, zusammengeführt hatte. Da saßen und debattierten wir nahezu eine ganze Nacht lang, vielerfahrene Lehrer und Hochschullehrer, Professoren der Philosophie und der Ökonomie, des Völkerrechts und der Geschichtswissenschaft über „Gott und die Welt“, vor allem aber über die Zustände in der DDR und über deren notwendigen Wandel. Unser Fazit kann nur mit dem Begriff Ratlosigkeit bezeichnet werden. Ich zog es in dieser Schärfe auch erst Monate danach.

Am 6. oder 7. Oktober besuchte ich mit Hartmut Drewes und seiner Frau Fredeke auf deren Einladung in Bremen die Aufführung von Mozarts „Cosi fan tutte“ in der Halle eines ehemaligen Schlachthofes, wohin das Opernensemble der Stadt wegen Umbauarbeiten ausgewichen war. Die Inszenierung war ganz unverstaubt, aber nicht überkandidelt modernistisch, vom ersten bis zum letzten Takt erfrischend. Später tranken wir noch einen Tropfen auf den Jahrestag. Da hatten wir die vom Fernsehen gesendeten Bilder aus Berlin noch nicht betrachtet, die von den Protesten am Rande der offiziellen Demonstration berichteten.

Dann galten meine Gedanken schon der nächsten Reisestation: Wien. Dort fand, wiederum aus Anlass eines Jahrestags, eine Konferenz statt. Sie befasste sich mit dem fünfzig Jahre zurückliegenden Verträgen zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich, den am Vorabend und am Beginn des Zweiten Weltkriegs überraschend geschlossenen Abkommen. Dass die Perspektive der Erörterung auf der sowjetischen Seite liegen würde, war klar, zumal in der UdSSR die Debatte über die Vorgeschichte des Krieges schleppend in Gang kam. Niemand bestritt mehr, dass diese Abmachungen in schreiendem Widerspruch zu allem gestanden hatten, was während der Revolution von 1917 über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung postuliert und – etwa im Falle Finnlands, aber nicht in dem Fall Georgiens – zu Lenins Zeiten auch praktiziert worden war. Der polnische Staat, hatten Hitler und nicht anders Stalin mit seinen Beratern entschieden, besäße kein Lebensrecht. So befanden die beiden ungleichen Vertragspartner im September 1939. Nachdem er von der deutschen Wehrmacht überrannt worden war, drangen sowjetische Truppen von Osten in das Land hinein, um die der UdSSR schon vordem zugedachten Gebiete zu besetzen.

Ich stieß in Wien mit meinem Vortrag auf wenig Widerspruch. Meine Interpretation berücksichtigte den Zwang der sowjetischen Diplomatie, einer Bedrohung auszuweichen, und distanzierte sich von der unerzwungenen und auch nicht zu erzwingenden vollendeten Kollaboration, die der Kreml mit dem deutschen Regime eingegangen war. In der DDR hatte diese Seite der Vorgeschichte und des

Beginns des Zweiten Weltkriegs lange zu den Tabuzonen gehört. Zwar ließ sich über sie in Vorlesungen und Seminaren reden, aber weder eine Tageszeitung noch eine wissenschaftliche Zeitschrift wäre bereit gewesen, einen Artikel zu drucken, der auch nur die Fakten korrekt wiedergab. Diese Zeiten waren inzwischen vorbei. Für den Historikerkongress, der in Berlin Ende Januar/Anfang Februar 1989 tagte, hatte ich unter anderem mit Günter Rosenfeld, Siegfried Bünger und Heinz Köller einen Arbeitskreis vorbereitet, der sich mit der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, dessen Beginn sich bald darauf zum 50. Male jährte, befassen sollte. Dort war dann unter die lange Geschichte dieses Tabus ein später Schlussstrich gezogen worden. Wiederum kam das aber nur zur Kenntnis der Zunft. Die Zeitungen ignorierten den Vorgang, von dem mi Günter Rosenfeld nach dem Ende der Sitzungen erleichtert sagte, dahinter gäbe es nun keinen Schritt mehr zurück. Bald darauf konnte ich, da schrieben wir schon das 41. und letzte Jahr der DDR, in einem Heft der „Weltbühne“ die Texte der bis dahin in unserer Publizistik unterschlagenen Verträge mit einem Kommentar veröffentlichen.

Dennoch gab es in Wien, wo sich ein internationales Publikum versammelte, Streitpunkte genug. Die Vielfalt der Ansichten hatte sich noch vermehrt, seit auch sowjetische Historiker das Beschönigen und Beschweigen von Tatsachen der eigenen Geschichte aufgaben. Die teilten sich nun in zwei deutlich zu unterscheidende Gruppen. Die eine wünschte solide Ergebnisse ihrer neu begonnenen Forschungen und eigene Überlegungen vorzubringen. Die andere praktizierte eine vollständige Kehrtwende zu altbekannten undifferenzierten Verdikten, die nur aus der westlichen Literatur übernommen zu werden brauchten. Deutlich spürbar wurde so, dass unter einem Teil der sowjetischen Historiker das Wandern schon eingesetzt hatte. Es sollte in die „Salons“ der Wissenschaft des Westens führen. Unangenehmer noch fiel mir in Wien auf, dass einige österreichische Trotzkisten nun den freigewordenen Platz derer einzunehmen wünschten, die sich im Besitze der ganzen historischen Wahrheit gewähnt hatten. Sie wollten an der sowjetischen Außenpolitik nichts lassen, was als Reaktion und Echo auf Umstände und Bedingungen zu werten ist, die nicht durch Politiker und Diplomaten der UdSSR geschaffen worden waren. Stalin hätte schon immer beabsichtigt, mit diesem Hitler zu paktieren, war zu hören. Diese und ähnliche Thesen wurden auf schwachen Fundamenten, aber mit dem Anspruch vorgetragen, letztgültige Erkenntnisse zu bieten, gleichsam wie Bildhauer Monumente für die Ewigkeit zu errichten. Es war meine erste Begegnung mit kämpferisch gestimmten Anhängern Trotzkis, Ihr Auftreten erschien mir nicht sympathischer als das der Gefolgsleute seines Kontrahenten, der den Mordauftrag gegeben hatte, der im fernen Mexiko ausgeführt worden war.

Die Debatten dauerten zwei oder drei Tage. Ich hatte ein angenehmes Wiedersehen mit Erika Weinzierl, der Leiterin des Zeithistorischen Instituts an der Wiener Universität, die inzwischen emeritiert ist, und mit anderen Wiener Bekannten, vor allem mit dem vieljährigen Vorsitzenden der Gesellschaft Österreich-DDR, dem Professor für Patentrecht, Friedrich Epstein und seiner aus der DDR stammenden Ehefrau. Mit dem „Hofrat“ verband mich bis zu seinem frühen Tode ein sehr freundliches und persönliches Verhältnis.

Ich konnte mich noch immer nicht entschließen, die Rückreise anzutreten, verbrachte meine Tage in der Nationalbibliothek, sah mir wie bei früheren Besuchen Galerien an, wanderte in den Wiener Wald und genoss den Heurigen. In diesen Tagen bat mich eine Wiener Journalistin, die mich deshalb schon während der Tagung angesprochen hatte, um ein Interview. Als wir uns dazu trafen, stellte sich rasch heraus, dass es ihr nicht um Fragen der Geschichte und meine Meinung zu der eben zu Ende gegangen Konferenz zu tun war. Österreich war für die aus DDR via Budapest flüchtenden meist jungen Leute unfreiwillig zum Transitland geworden, und das lenkte die Aufmerksamkeit zusätzlich auf die Vorgänge im ostdeutschen Staat. Die Journalistin wünschte, von einem Geschichtsprofessor eine Distanzierung von der DDR auf ihr Tonband zu bekommen, um diese Beute alsbald in irgendeiner Magazinsendung verarbeiten zu können. Das gelang ihr trotz vieler Anläufe nicht. Ich war nicht bereit, hier zu sagen, was ich im Sommer in einer Parteiversammlung unserer SED-Grundorganisation an der Universität mit den Worten Cromwells im Hinblick auf die Mitglieder des Politbüros geäußert hatte: „Geht mit Gott, aber geht.“

Dass dies in doppelter Hinsicht folgenlos gesagt werden konnte, war zum einen ein Indiz für den Machtverfall der Parteiobrigkeit, zum anderen Beweis dafür, dass der engste Kreis der Führer die Krise auszusitzen gedachte, ungeachtet des wachsenden Unwillens in den eigenen Parteireihen. Noch wenige Monate vorher würde derlei „Ketzertum“ mit einem Parteiverfahren geahndet worden sein, das mit Sicherheit mit einem Hinauswurf geendet haben würde. Nun war für solcherlei Äußerung Mut schon nicht mehr nötig, mit ihr auch nicht mehr als die Luft des Versammlungsraumes bewegt. Aber die österreichische Journalistin bekam mich weder in den Beichtstuhl noch auf die Anklagebank. Wir schieden in sehr verschiedener Stimmung: Sie unzufrieden und verärgert und mir war bei dem Wissen unwohl, dass ich sie auf eine Weise und in einem Stil „abgespeist“ hatte, die mir eigentlich nicht lagen.

Schließlich mußte ich doch meine sieben Sachen packen und mich von der Metropole an der Donau nordwärts aufmachen. Das Studienjahr hatte schon begonnen und mit ihm die Lehrveranstaltungen. Ich wählte die raschere und bequemere Rückfahrtroute über Hannover. Als ich dort umgestiegen war und im Zug nach Berlin-Friedrichstraße saß, hörte ich aus dem Reiseradio die Mitteilung, Egon Krenz sei an die Stelle von Erich Honecker getreten. Es war der 18. Oktober 1989. Zu Hause angekommen, wurde ich mit der Frage begrüßt, ob ich schon ... Ich hatte und antwortete: „Die ihr hier eintretet, lässt alle Hoffnung fahren.“ Nur war auch das nicht mehr als eine weitere Äußerung von Ratlosigkeit. Wer denn außer dem „Kronprinzen“ hätte den freigemachten Platz besetzen sollen, solange die seit Jahrzehnten geltenden Herrschaftsregeln nicht außer Kraft gesetzt waren? Wer denn sonst, wenn weiter ein Dutzend Leute entschieden, wem die Parteispitze und die Staatsführung anvertraut wurde? Am nächsten Morgen in der Universität fertigte mich die Sekretärin unseres Bereichs im Vorübergehen mit dem Bemerken ab: „Immer, wenn was passiert, bist Du nicht da.“ Diesmal hatte ich nicht da sein wollen, freilich ohne das Vorwissen, welche Zuspitzung die politische Entwicklung erfahren werde. Noch war nicht absehbar und auch nicht entschieden, wie rasch die Dinge nicht nur dem Ende der DDR, sondern dem des gesamten Staatenverbundes zutreiben würden. Deutlich wurde jedoch, dass in Berlin kein Machtzentrum ihren Lauf mehr steuerte.

In den folgenden Tagen jagten sich die Ereignisse. Dreieinhalb Wochen nach meiner Rückkehr wurde die Kontrolle der Staatsgrenze in Berlin aufgegeben. Von diesem 9. November an zweifelte ich nicht mehr daran, dass die DDR ohne eine Chance des Überlebens war. Seit 1961, als die Flucht aus der Republik immer bedrohlichere Ausmaße angenommen hatte und sich die Gefahr des wirtschaftlichen Ausblutens des Staates abzeichnete, existierte die streng bewachte und illegal nur unter Todesgefahr zu überschreitende Grenze. Damals sollte der Exitus verhindert werden. Nun, da die Fluchtwelle alles vordem Gekannte weit übertraf, wurde sie geöffnet. Jetzt wurden gleichsam alle Adern und Venen geöffnet. Nein, prophetischer Gaben bedurfte es nicht, um zu begreifen, dass wir in kurzer Zeit im Osten der Bundesrepublik leben würden.

Indessen hielt sich bei vielen Bekannten in meiner Umgebung der Glaube an eine Erneuerung der DDR. Andere meinten, diese könne in der jetzt begonnenen Etappe, der im Wortsinn offenen Auseinandersetzung, noch eine eigenständige Rolle spielen und die Ergebnisse der Entwicklung zumindest mitbestimmen. Wer das für möglich hielt, vertraute darauf, dass die sowjetische Führung diesen ostdeutschen Staat nicht einfach wie eine Last abwerfen würde. Genau das aber war das Konzept der Führungsgruppe um den sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow. Als Ausgangsbedingung für eine Behauptung des Staates galt vielen meiner Genossen eine grundlegende Umwandlung der SED, deren Reform an Haupt und Gliedern. Während das wenig veränderte Politische Büro mit Krenz meinte, die Sache in die Hand nehmen zu können, drängten vor allem die Berliner Parteimitglieder auf einen Sonderparteitag, von dem sie sich einen Impuls für einen neuen Start erhofften. Die Forderung wurde unabweisbar auf einer abendlichen Kundgebung im Berliner Lustgarten erhoben. Auf ihr sprachen anders als vordem die Redner, alles Mitglieder der Partei, keineswegs mit einer Zunge. Ich traf in der Menge Heinz Pepperle, der mich, während der Prorektor der Universität Dieter Klein redete, mit dem Blick auf das Podium listig fragte: „Warum stehst Du denn nicht da oben? Du kannst das doch auch.“

Tatsächlich hatte mich während meiner Reise auch die Frage beschäftigt, ob ich nicht nach dreißig Jahren in die Politik zurückkehren sollte, in der nun wichtigere Entscheidungen sich ankündigten als in der Wissenschaft. Doch schon in Bremen, während eines Spaziergangs an einem sehr warmen Frühherbsttag an einem Weserarm, erhielt ich den mich auf Anhieb überzeugenden Rat, ich solle, was jetzt zu machen wäre, Jüngeren überlassen. Dabei bin ich geblieben. Versuchungen war ich nicht ausgesetzt. Bald gewann ich zur Tagespolitik eine zunehmende Distanz, die sich in dem Maße vergrößerte, wie sich mir erneut bestätigte, dass es nur zwei Möglichkeiten des Verhaltens gibt: Entweder man mischt sich aktiv ein und sucht in Funktionen, wachsenden Einfluss auf parteipolitische Entscheidungen zu gewinnen. Dahin zog es mich, wie gesagt, nicht. Oder man steht vor einer mehr oder weniger hohen Mauer, mit denen sich die hauptberuflichen Politiker und deren Ratgeber umgeben, und bemerkt, dass der Einwurf von Außenstehenden unerwünscht ist, zumal der von Wissenschaftlern, die doch mit dem Wissen stets auch Unsicherheit und Zweifel um sich verbreiten, vorausgesetzt, sie nehmen ihre Arbeit und Verantwortung ernst. Diese Erkenntnis verfestigte sich jedoch erst mit den Erfahrungen, die ich durch meine Teilnahme an Bildung und Tätigkeit der Partei des Demokratischen Sozialismus sammeln konnte. Wissenschaft und Politik – das bleibt ein Verhältnis voller Widersprüche auch unter den Linken, die einmal geglaubt hatten, dass sie in der Lage sein würden, diesen Widerspruch aufzuheben, mehr noch: die Wissenschaft zur Grundlage politischer Alltagsentscheidungen machen zu können.

Noch vor der Jahreswende, die Strudel der Entwicklung gewannen erst noch ihre dann alle Erwägungen hinwegschwemmende Gewalt, trat ich in Bad Schmiedeberg eine Kur an. Es war die dritte, nach den in den siebziger Jahren absolvierten in Stadtlengsfeld und in Bad Liebenstein in Thüringen, die mir damals geholfen hatten, die kritischen Vierziger, in deren Verlauf mehrere meiner Freunde sich nachhaltige Herz-Kreislauf-Erkrankungen zuzogen, bei hoher Arbeitsbelastung unbeschadet zu überstehen. Das Personal des Kurbades, von dem eine einzige Mitarbeiterin nach dem Westen gegangen war, betrieb ein intaktes Unternehmen. Alles wurde getan, um die mir lästiger werdenden Beschwerden an der Wirbelsäule zu lindern. Auf deren Abnutzung hatte mich schon fünf Jahre zuvor der Chef der Herz-Kreislauf-Klinik in Buch aufmerksam gemacht, als ich mich dort für eine Woche zu einer vorbeugenden Generaluntersuchung aufhielt. Nun war der Antrag für diese Kur zur Unzeit genehmigt worden. Doch wollte ich es mir durch einen Rücktritt nicht und womöglich auf Dauer mit der Gesundheitsbürokratie verderben.

So kam ich in die Universität zu kontinuierlicher Arbeit erst wieder zurück, als wir das Jahr 1990 schrieben. Dort befassten sich die Leitungen und die Angehörigen aller Fakultäten damit, eine Erneuerung der Hochschule von innen, aus ihren eigenen Kräften heraus, in Gang zu bringen und dadurch den Nachweis zu führen, dass sie selbst fähig wären, an einer Lehranstalt zu wirken, die ohne ideologische Vorgaben aus einem Parteizentrum funktionierte. Für diese vielfältigen Initiativen stand alsbald der Name des Theologen Heinrich Fink, den ich seit Jahren aus gemeinsamen Veranstaltungen der Lidice-Initiative näher kannte. Sie war zustande gekommen aufgrund des Wirkens von evangelischen Pastoren in Bremen, vor allem von Dr. Ernst Uhl und Hartmut Drewes. Diese hatten sich gemeinsam mit Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten der Hansestadt zu Vorreitern für eine Wende in den Beziehungen der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei gemacht. Mit den beiden Pastoren lernte ich früh Willi Hundertmark, einen aus dem Ruhrgebiet in die Hansestadt verschlagenen Kommunisten kennen und schätzen. Auch bei ihm und seiner Ehefrau war ich in deren Haus später zu Gaste, das sich in einem Viertel der Stadt befindet, in dem die Arbeiter der Werften wohnten, für die besondere Luftschutzbunker gebaut worden waren, sollten sie doch, selbst wenn ihre nicht eben widerstandsfähigen Bauten zerstört bei Bombardements oder beschädigt wurden, wieder für ihre kriegswichtige Arbeit verfügbar sein.

Zuerst war aus der DDR Heinrich Fink und durch ihn dann auch ich in diesen Kreis hineingezogen worden, deren Partner wiederum Angehörige verschiedener politischer Organisationen in der ČSSR bildeten. In Kladno-Lidice, Prag, Banská-Bystrica und bei Treffen in der Bundesrepublik, waren wir einander nähergekommen, nicht zuletzt in Diskussionen mit jüngeren Teilnehmern dieses interessanten Kreises, zu dem als Vortragender einmal auch Reinhard Opitz stieß. Fanden Zusammen-

künfte in der Bundesrepublik statt, geschah das in Bremen, wo die Initiative so viel Autorität besaß, dass sie vom Oberbürgermeister empfangen wurde. Auf diese Weise gelangte ich in das beeindruckende Bremer Rathaus und in den Saal, in dem die Schaffer-Mahlzeiten stattfanden, mit deren Tradition ich zum ersten Mal bekannt geworden war, als ich von den Umständen las, die den Bundespräsident Heinemann als Redner dahin geführt hatten. Er hatte sich damals denkwürdig für eine demokratische Geschichtsschreibung eingesetzt und sich damit gegen die konservative Fixierung auf die vergangenen Obrigkeiten gewandt. Nur ein einziges Mal war ein anderer Tagungsort gewählt worden. So lernte ich Marburg kennen, wo ich später in der Universität und privat mehrfach Gast von Reinhard Kühnl war.

Fink, als Rektor an die Spitze der Universität gestellt, meinte, dass der Humboldt-Universität innerhalb einer Entwicklung, für welche die Parole „Deutschland, einig Vaterland“ von Hans Modrow, dem Ministerpräsidenten der DDR-Regierung, bereits ausgegeben worden war, doch ein Spielraum für eine aus ihren eigenen Kräften hervorgehende Reform gelassen werden würde. Den müsse sie nutzen. Mehr noch: Er glaubte, dass sie, gestützt auf verflossene eigene und aktuelle internationale Erfahrungen ein Universitätsmodell werde schaffen können, das pluralistisches Forschen, Lehren und Studieren ermöglichte. Das war eine schöne Utopie. So großzügig ist mit Unterlegenen in der Geschichte nie verfahren worden.

Dennoch fand Finks Idee anfangs viele Anhänger, wobei dahingestellt bleiben muss, ob ein Antrieb für seine Gefolgschaft nicht darin bestand, böse Ahnungen, Befürchtungen und Ängste durch einen sie betäubenden Aktivismus zurück- oder auch ganz zu verdrängen. Es begann ein eifriges, auch hektische Formen annehmendes Beraten über demokratische Verfahren, veränderte Strukturen und neue Pläne für die Ausbildung der Studenten, das auch die Sektion Geschichte ergriff. Nicht nur, weil ich dem Gesamtunternehmen wenig Chancen gab, sondern auch, weil mich schon in den vielen Jahren zuvor das „Schmieden“ von Lehrplänen und -programmen wenig begeisterte, beteiligte ich mich daran mit wenig Lust. Mir schien die Bedeutung dieser Studienbürokratie und die Arbeit an derlei Papieren schon immer weit überschätzt zu werden. An ihr hielten sich aber mit Vorliebe Leute fest, die in die Hochschulpädagogik die Praxis der allgemeinbildenden Schulen übertrugen und die selbst auch an diesen besser als an der Universität tätig gewesen werden. Auf diesem Felde hatte ich seit meinem Wiedereintritt in die Universität im Jahre 1965 das Unumgängliche erledigt. Ein einziges Mal war ich wohl und dies gemeinsam mit meinem Jenaer Kollegen Manfred Weißbecker an der Anfertigung eines Lehrprogramms für den Zeitraum der deutschen Geschichte vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges beteiligt gewesen. Es wurde eine Art Fahrplan für die Hand der Studenten. Er besaß für meine eigenen Vorlesungen kaum Bedeutung. Nun also war für die Liebhaber von papiernen Weisungen für den Studiengang eine Art Wonnemonat angebrochen. Manchen mochte die Teilnahme an diesen Arbeiten auch als eine Art Investition erscheinen, die ihren Verbleib an der Universität und an ihrem Arbeitsplatz sichern könnte.

Was mich anging, die Verhältnisse an der Sektion hatten sich schon liberalisiert, verwendete ich Gedanken und Kräfte lieber auf Forschungsvorhaben und Publikationen und begann darüber nachzudenken, wie ich die Zeit, die mir an der Universität noch verblieb, nutzen könnte, um in Archiven zu arbeiten, für deren Besuch, dessen war ich sicher, mir alsbald von Staatswegen keinerlei Mittel mehr zur Verfügung stehen würden.

In einem anderen Bereich entging ich diesen reformatorischen Initiativen nicht, wenngleich mir auch da ihr Nutzen von vornherein zweifelhaft war. Seit Jahren gehörte ich als Mitglied und dann auch als wiederholt gewählter Prodekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität an, einer monströsen Schöpfung der sogenannten Dritten Hochschulreform. Damals waren auch organisatorische Maßnahmen getroffen worden, die bewirkten, dass die Wissenschaftler in ihren jeweiligen Disziplinen als Gruppe kaum noch eine gemeinsame und also gewichtige Stimme zu Spezialfragen ihres Faches und deren Weiterungen erheben konnten. Denn was wollte eine Universität selbst in ihren ureigenen Angelegenheiten befinden, wenn sich in einer Fakultät Philosophen und Juristen, Wirtschaftswissenschaftler und Sportpädagogen zusammenfanden? Nicht einmal mehr jeder ordentliche Professor konnte dieser Riesenfakultät als Mitglied angehören, wenn ihre Zusam-

menkünfte nicht in bloße Kundgebungen ausarten sollten. So war mit einem Schachzug im Jahre 1968 Inkompetenz formiert und geballte Kompetenz zerschlagen worden, was freilich nur gelang, weil sich die Hochschullehrer an der Humboldt-Universität – anders als die in Leipzig – diese Neuerung seinerzeit gefallen ließen.

Nun wurde diese Fehlgeburt wieder angemessen geteilt. In einer geheimen Abstimmung, der ersten mit Kandidaten und Gegenkandidaten seit Jahrzehnten, wurde ich zum Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät gewählt. Doch blieb deren Existenz bloße Episode. Noch im gleichen Jahr wurde der Humboldt-Universität mit dem bis dahin bereits für die Westberliner Hochschulen geltenden Rahmengesetz jene Struktur übergestülpt, welche die klassischen Fakultäten – Philosophische, Naturwissenschaftliche etc. – nicht mehr kannte. Das Dekanatsamt wurde ich folglich los, bevor ich es noch recht angetreten hatte. Doch erinnere ich mich weniger Senatssitzungen, an denen ich teilzunehmen hatte. Sie zeugten von dem Willen vieler, eine Universität zu schaffen, in der strikt demokratische Prinzipien herrschen sollten. Für die Studenten wurde ein Mitspracherecht vorgesehen, wie es vordem weder die nun rasch zerfallende FDJ-Organisation besessen hatte, noch den Studentenausschüssen an den Universitäten der Altbundesrepublik je eingeräumt worden war.

Überall wurden in diesen aufgeregten Zeiten Gremien neu gewählt. Leute, die nicht anders als die Mitglieder des Politischen Büros der SED an ihren Stühlen und Posten geklebt hatten, sahen entweder selbst ein, dass es Zeit war, sie zu räumen oder wurden mit Nachdruck zu Rücktritten veranlasst. Reformversuche erfassten auch die Historikergesellschaft der DDR, der ich angehörte und in der ich eine Arbeitsgruppe geleitet hatte, die sich mit der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945 befasste und Spezialisten zu Diskussionen zusammenführte. Während einer turbulenten Zusammenkunft, einer Generalmitgliederversammlung, die im Großen Saal der einstigen Parteihochschule am Köllnischen Park stattfand und in der sich der bisherige Präsident Heinrich Scheel der veränderten Situation wenig gewachsen zeigte, wurde Günter Vogler zu seinem Nachfolger gewählt. Im Verlauf der Diskussion machten sich auch die Gründer des Unabhängigen Historiker-Verbandes bemerkbar, der bald darauf als ein Zusammenschluss von Leuten ins Leben trat, die wirklich oder – in der Mehrzahl aller Fälle – vermeintlich in der DDR zurückgesetzt oder ungerecht behandelt worden waren. Tatsächlich hatten die meisten dieser sich von der Historikergesellschaft lautstark trennenden Wissenschaftler zumeist mittleren und jüngeren Alters in der DDR studieren und promovieren können. Jedoch waren sie zu verschiedenen Zeiten in politische Auseinandersetzungen geraten. Manchen von ihnen wurde zwangsweise eine Unterbrechung ihres Studiums zudiktiert und die Auflage, zeitweilig in einem Produktionsbetrieb zu arbeiten. Es war offenkundig, dass sich nun Gefühle der Abrechnung und der Rache geltend machten. Für eine gewisse Zeit waren die Aktivisten dieser Neugründung gefragt, um bei der Diffamierung der wissenschaftlichen Arbeit ihrer Kollegen und früheren Vorgesetzten als authentische Zeugen aufzutreten. Insbesondere halfen sie in der Behörde des Beauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit oder deren Umfeld mit, „Informelle Mitarbeiter“ zu enttarnen.

Diese „Opfer“ waren zu DDR-Zeit keineswegs Privatpersonen gewesen, denen Berufsverbote auferlegt wurden, sondern sie hatten sich in ungekündigten Stellungen in Instituten der Akademie befunden. Nun machten sie sich zu engagierten Sprechern von Berufsverboten gegen ihre einstigen Leiter und Arbeitskollegen. Nicht wenige meinten, sie hätten aber längst Dozenturen und Professuren an einer Universität beziehen müssen. Das ist in den verflossenen Jahren seit 1990 jedoch nur in einem einzigen mir bekannten Falle geschehen.

Ich wurde während dieser Versammlung der Historikergesellschaft mit dem (wie mir Kollegen Tage später sagten) höchsten Prozentsatz aller abgegebenen Stimmen in den Vorstand gewählt, wofür es schwerfällt, eine andere Erklärung zu finden als die, dass nun Leute gesucht wurden, denen die Mitglieder mit Fachkompetenz auch das Vermögen zutrauten, die Interessen der Zunft auf einem ungewissen Wege zu vertreten. Chancen dafür boten sich nur, wenn auf Seiten des Historikerverbandes in der Bundesrepublik die Bereitschaft bestand, für die weitere Tätigkeit von ostdeutschen Geschichtswissenschaftlern an ihren Arbeitsplätzen an Universitäten und Forschungseinrichtungen einzutreten und sich dem Regierungskurs zu widersetzen, der auf das „Auf- und Abräumen“ zielte

und damit dem Konkurrenzinteresse vollständig entsprach, das übrigens die meisten meiner Kollegen in seiner Wirkung auch nicht annähernd richtig abzuschätzen wussten. Das aber setzte sich ungehemmt durch und bewirkte eine „Freisetzung“ wissenschaftlicher Arbeitskräfte von der Philosophie bis zur Medizin, die in der deutschen Geschichte ohne Beispiel war.

So endete die Tätigkeit der Historikergesellschaft alsbald mangels einer Perspektive für ihr Wirken. Als Partner auf dem Wege in die Bundesrepublik wurde sie vom Historikerverband im Westen nicht akzeptiert. Deren Leiter duldeten keinen Gedanken, sich gleichberechtigt darüber zu verständigen, was das sein könnte: Geschichtswissenschaft im größeren Deutschland. Die westdeutschen Historiker ignorierten die Organisation der Ostdeutschen, verweigerten auch jeden kooperativen Beitritt zum Westverband und legten auf ihrer ersten Konferenz nach dem Anschluss den aus dem Beitrittsgebiet kommenden Fachleuten nahe, sich zunächst auch als Einzelpersonen mit Anträgen auf Mitgliedschaft zurückzuhalten. Das mag der Befürchtung entsprungen sein, solche Beitritte hätten, würden sie in größerer Zahl gestellt, womöglich eine unerwünschte Note in diese Gesellschaft tragen können. Sicher hat bei diesem Vorgehen auch mitgespielt, dass die Westdeutschen sich nicht mit jenen in einer Organisation treffen wollten, die demnächst ihre Arbeitsplätze verlieren würden und an deren Entfernung aus Akademie und Universitäten viele Historiker des Westverbandes noch so aktiv mitwirken sollten.

Die Ängste, es würden sich nach dem alsbald erklärten Ende der Historikergesellschaft der DDR viele um Mitgliedschaft „im Westen“ bewerben, erwies sich übrigens als überflüssig. Der Andrang hielt sich sehr in Grenzen, er ist auch in den folgenden Jahren nicht gewachsen. Zwischen der Mehrheit der von ihren Arbeitsplätzen entfernten Historiker im Osten und denen, die im Westen blieben oder sich auf Lehrstühle in Berlin, Leipzig, Jena und anderen Universitätsorten im Osten berufen ließen, entwickelte sich, was am Ehesten eine Nichtbeziehung genannt werden kann. Darüber konnten auch gelegentliche Begegnungen und Gesten nicht hinwegtäuschen. Eine gewisse Ausnahme davon machte einzig das Militärgeschichtliche Forschungsamt, eine Einrichtung der Bundeswehr, die von Freiburg nach Potsdam umzog. In diesem Falle schlug möglicherweise durch, dass erhebliche Teile der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr überführt worden waren, was eine andere Einstellung von Militärs oder in Militäreinrichtungen arbeitenden Zivilpersonen gegenüber ihren Historikerkollegen ermöglichte und nach sich zog, die in der DDR gearbeitet hatten. Was mich betraf, davon wird die Rede nah sein, so konnte ich mit den Fachleuten, die mir aus Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit her von Konferenzen und anderen Zusammentreffen her bekannt waren, sehr unterschiedlich und auch gegensätzliche Erfahrungen machen. Gegenüber meinen jüngeren Kollegen besaß ich – Vor- und Nachteil in einem – einen gewissen Bekanntheitsgrad unter jenen, deren wissenschaftliches Interesse Gegenständen und Themen galt, die auch mich beschäftigten.

Das „Willkommen“ im neuen Staat hatte sich schon abgezeichnet, als Historiker aus West und Ost das letzte Mal in getrennten, die Bundesrepublik und die DDR vertretenden Gruppen auf dem internationalen Kongress zusammentrafen, der im August 1990 im üblichen fünfjährigen Turnus stattfand. Diesmal, die beiden voraufgegangenen Zusammenkünfte hatten mich 1985 nach Stuttgart und 1980 nach Bukarest geführt, tagte er in Madrid. Wie stets waren die jeweiligen Nationalkomitees, das der DDR leitete der Direktor des Akademie-Instituts für Archäologie und Alte Geschichte Joachim Hermann, und deren Vertreter in den leitenden Gremien der weltweiten Organisation daran interessiert gewesen, die Leistungen von Wissenschaftlern des eigenen Landes in Referaten zu präsentieren. Dafür gab es angesichts des warenhausähnlichen Angebots, der das Kongressprogramm ausmachte, hinreichend Gelegenheit. Als die Vorbereitungen für Madrid begannen, hatte mir der Stuttgarter Historiker Eberhard Jäckel, den ich von einer „Holocaust“-Tagung, die er mit anderen 1984 ausgerichtet hatte, her kannte, einen Vortrag in einer Veranstaltung angetragen, die sich – noch einmal aus Anlass des schon erwähnten Jahrestages – mit der diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und insbesondere mit dem deutsch-sowjetischen Vertragssystems von 1939 befassen sollte. Also gehörte ich zu den DDR-Referenten des Kongresses, deren Gesamtzahl diejenige der Westdeutschen zum ersten Mal übertraf. Niemand konnte sich in den Tagen dieser

Veranstaltung vorstellen, dass wir ohne jeden Einspruch westdeutscher Kollegen alsbald zu Bewohnern der „Wissenschaftswüste DDR“ erklärt werden würden.

In Madrid trafen sich Tausende von Spezialisten der verschiedensten historischen Disziplinen und Interessen. Diese monströse Anlage von Kongressen hatte sich eigentlich schon überlebt. Ihr Ertrag war selbst in den thematisch begrenzteren Veranstaltungen ungleich geringer zu veranschlagen als die unspektakulären internationalen Zusammenkünfte von Fachleuten abseits der großen Städte oder in ihren eigenen Arbeitsbezirken an Hochschulen und Akademien. Zuerst war ich 1965 für den Kongress nominiert worden, der damals in Wien tagte. Doch fiel ich vor seinem Stattfinden in politische Ungnade, mußte das Akademie-Institut strafweise verlassen und wurde auch aus der Liste der nach Österreich Reisenden gestrichen. Fünf Jahre später in Moskau war ich zum ersten Mal Mitglied der aus der DDR entsandten Historikergruppe. und schon damals, als die Vorträge und Debatten in der Universität auf den Leninbergen stattfanden, konnte ich diesen Massenmeeting wenig abgewinnen. Von allen Kongressen blieb mir der Eindruck eines krassen Missverhältnisses von Aufwand und Ertrag, und von Moskau wie von Bukarest her wusste ich obendrein, dass die Hitze am Augustende, das jeweils als Zeitpunkt der Tagungen bestimmt wurde, die Chancen zu produktiver Arbeit noch zusätzlich herabsetzte.

Nun also und, wie mir gewiss war, zum letzten Mal: Madrid. Aus Gründen der Billigkeit des Flugs, noch vor dem Ende der DDR war die DM-Mark einheitliche deutsche Währung geworden, reiste unsere Gruppe via Budapest in die spanische Hauptstadt. Die Route brachte mir einen unvergesslichen Flug entlang der gesamten Alpenkette bei klarem Wetter. Und dann der Blick auf das weite Land Spaniens mit seinen vielfach abgestuften rötlichen Farben. Ich war entschlossen, meine Aufgabe zu erledigen und ansonsten mir von Madrid, seinen Museen und seiner Umgebung anzusehen, was erreichbar war. Als Tourist würde ich kaum wiederkommen.

Die Veranstaltung in einem Gebäude der Madrider Universität, in dem ich zu reden hatte, verlief weniger aufregend als jene in Wien ein knappes Jahr zuvor. Hitzige Debatten waren nicht die Sache der sich hier versammelnden Gelehrten, von denen manche ältere und edel gedresste Herren, die im Wissenschaftler- und Sprachengewimmel ein ihnen gewichtig erscheinendes Amt auszuüben hatten, geradezu aufzuleben schienen. Weniger amüsant war das deutlich spürbare Klima zwischen den Westdeutschen und denen, die in einigen Monaten ihre Mitbürger sein würden. Allein die Tatsache, dass wir überhaupt noch als eine besondere Gruppe erschienen waren und als solche akzeptiert wurden, fanden einige der westdeutschen Funktionäre unpassend und manche geradezu ärgerlich. Sie verlangten, Joachim Hermann, der Vorsitzende des Nationalkomitees der DDR-Historiker, sollte seinen Platz im internationalen Leitungsgremium der Gesellschaft sogleich räumen. Das verweigerte er mit Gründen und mit dem Rückhalt der Mehrheit unserer Teilnehmer, die nicht davon überzeugt waren, dass sie ein Stück DDR vorauseilend liquidieren sollten. Selbst dass wir wie ehedem noch gesondert zu Empfängen eingeladen wurden, wie ich zu einem in der ungarischen Botschaft, galt schon als unzeitgemäß. Keine Frage, es ging einer neuen Etappe der Beziehungen entgegen und die würde nicht durch Gleichberechtigung, sondern sollte durch Unterwerfung gekennzeichnet sein. Einige der maßgebenden Historiker der – wie sie alsbald genannt werden sollten – Alten Bundesländer bereiteten sich bereits auf ihre Rolle im beschlossenen Einigungsprozess und darauf vor, die Geschichtswissenschaft in den Neuen Bundesländern nach ihren Vorstellungen zu „erneuern“. Der Stichtag für den „Beitritt“ war festgesetzt. Es war der 3. Oktober 1990.

Im Kern musste denen, die sich als Sieger über den „Kommunismus“ sahen, unser Verhalten in Madrid auch wirklich als abwegig, wenn nicht als Vorzeichen von Ungehorsam erscheinen. Während wir keine Anstalten der Unterordnung machten, war auf einer Reihe von Gebieten der „Abbau der DDR“ bereits in vollem Gange. Das betraf nicht nur das Ende ihrer Währungshoheit und den im Osten massenweise begrüßten Zugriff zur D-Mark. In Madrid hatte auch unsere Botschaft die Fahne gleichsam schon auf Halbmast gezogen. Sie kooperierte mit jener der BRD, wie wir bemerkten, als für zwei unserer Teilnehmerinnen neue Personalpapiere zu besorgen waren, weil ihnen die in Berlin ausgestellten gestohlen worden waren.

Wie vorauszusehen war es in Madrid für einen Mitteleuropäer unerträglich heiß. Die Wirkung der Hitze schien sich noch zu verstärken, weil man auf den Hauptstraßen ständig an großen elektronischen Temperaturmessern ablesen konnte, wie sehr die Stadt aufgeheizt war. Deren Angaben begannen zeitig am Vormittag zwischen 38 und 39 Grad zu schwanken. So war der Prado, den ich zweimal besuchte, nicht nur wegen seiner Kunstschätze ein Anziehungspunkt, sondern wurde mir zusätzlich durch seine Klimaanlagen zu einer Erholungsstätte.

Mitglieder unserer „DDR-Gruppe“ unternahmen in mehr oder weniger zufälliger Zusammensetzung mit der Eisenbahn auch Ausflüge in die Umgebung Madrids. Ich sah Toledo und auch die aus der Franco-Zeit herrührende riesenhafte Gedenkanlage, die in einen Felsen in der Nähe des „Tals der Gefallenen“ gesprengt und gehauen worden war. Das Bild des Eingangs kannte ich von Filmaufnahmen her, die erst kürzlich das Fernsehen gesendet hatte. Sie zeigten die Zeremonie der Versöhnung zwischen einstigen Francisten und Republikanern, eine Inszenierung, die am 50. Jahrestag des Endes des Bürgerkrieges erfolgte. In einer der Hallen befindet sich das pompöse Grab des Caudillo Francisco Franco. Dort wurde überdeutlich, wie verschieden die faschistischen und halbfaschistischen Führer in Europa endeten – Mussolini gerichtet, Hitler durch eigene Hand, während dieser Spanier, dem beide erst den Weg nach Madrid freigemacht hatten, seine Geburtshelfer lange überlebte und hochbetagt in seinem Bett starb. Sein eben noch lebender Leichnam war über Wochen quasi galvanisiert worden, um den schwierigen Übergang von der Diktatur in eine monarchisch verbrämte Republik einzuleiten. Ganz ohne Anteil an seinem zivilen Ende war Franco nicht, denn – eben an die Macht geputscht – hatte er, so sehr es ihn nach den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs gelüsten mochte, sich Hitlers Einladung versagt, am Krieg der „Achsenmächte“ und ihrer Verbündeten teilzunehmen.

Vor dem Abschied von der westlichen europäischen Halbinsel machte ich mich noch in das Bad auf, das sich in der Nähe von Universitätsinternaten befand, in denen wir uns billig in Studentenbuden mit Doppelstockbetten einquartiert hatten. Eigentlich ließ es sich außerhalb von Klimaanlagen für mich wirklich nur im oder am Wasser aushalten. Am Abend vor unserer Abreise gerieten wir unversehens in ein Abenteuer, als zwei unserer Kolleginnen inmitten einer sich auf den Straßen bei nachlassenden Temperaturen erholenden Menschenmenge ihre Umhängetaschen geraubt wurden. Die bleibende Erfahrung der danach notwendigen Wege besagt, wie überflüssig es ist, sich in derart läppischer Angelegenheit an eine Polizeistation zu wenden. Zurück ging es wieder via Budapest.

Dann nahte das erste Studienjahr im Zeichen des Bundesadlers. Ich war sicher, dass meines Bleibens an der Universität nicht mehr lange sein würde. Auf die zusehends ins Leere laufenden Reformbestrebungen „aus eigener Kraft“ gedachte ich Zeit nicht zu verschwenden. Bei den Studenten wollte ich mich mit Anstand verabschieden. Sie waren – anders als wir und unverschuldet – zunächst in eine missliche, weil für ihre weitere Studien und ihren künftigen Beruf unübersichtliche Lage geraten. Weder wussten sie, und das bedrängte namentlich die in den höheren Semestern, welchen Anforderungen sie sich in Prüfungen künftig zu stellen hatten, noch besaßen sie eine Vorstellung über ihre sich aus den veränderten Verhältnissen ergebenden ferneren Aussichten. Ich vermochte mich nicht an den Gedanken zu gewöhnen, dass nun vor mir in Hörsaalbänken junge Leute saßen, die womöglich auch nach erfolgreich absolviertem Studium vergeblich auf Arbeitssuche würden gehen müssen und Tätigkeiten auszuüben hätten, die mit ihrem Wissen nur wenig zu tun haben könnten. Seit ich als Student nebenbei an der Jenaer Arbeiter- und Bauernfakultät unterrichtet hatte, war meine Arbeit stets mit dem Bewusstsein verbunden, dass niemand künftig auf einem Markte seine Fähigkeiten anzubieten brauchte, und kein Gedanke konnte aufkommen, dass diese womöglich nicht gebraucht werden könnten. Was sich abzeichnete, begann mich dem Dasein an der Universität mehr und mehr zu entfremden. Bald kostete es mich zunehmend Überwindung, mich auf meine Aufgaben einzustellen. Was sie mir erleichterte war, dass die Studenten – auch als die Nachfolger bereits zur Stelle waren – sich zu meinen und meiner Kollegen Lehrveranstaltungen einstellten, wiewohl sie ahnen oder wissen konnten, dass sie ihre Prüfungen vor anderen Personen und neuen Gremien würden abzulegen haben. Indessen: Mein Abschied vom Haus Unter den Linden sollte sich dann wider mein Erwarten in die Länge ziehen.

Noch bevor das Studienjahr 1990/1991 begann, war mit dem 3. Oktober klargestellt, dass von nun an alle grundlegenden Entscheidungen, welche die Universität und ihre Mitarbeiter betrafen, in Bonn oder durch den Westberliner Senat getroffen werden würden. Alle Entschlüsse und Pläne, die im letzten, dem 41. Jahr der DDR gefasst oder ausgearbeitet worden waren, standen zur Disposition oder waren einfach Makulatur. Indessen waren die Wandlungen während dieser zwölf Monate innerhalb des Hauses Unter den Linden, in den Instituten und Kliniken ungleich geringer ausgefallen als im Großen und Ganzen. Das wurde alsbald als „Reformunwilligkeit“ ausgelegt und für das Argument benutzt, dass eine Erneuerung von innen nicht zu erwarten sei. In Wahrheit aber standen sich verschiedene und miteinander unverträgliche Vorstellungen von „Erneuerung“ gegenüber. Die der neuen Machthaber lief darauf hinaus, den ostdeutschen Universitäten das westdeutsche System überzustülpen, dessen Tauglichkeit Kritiker in der Bundesrepublik anzweifelten, die keineswegs mit einer Stimme sprachen.

Insgesamt wurde für die Ostdeutschen das Signal auf Freie Fahrt ins „Deutschland, einig Vaterland“ seit dem Ausgang der Wahlen, die im März 1990 eine neue Volkskammer und die Regierung des CDU-Politikers Lothar de Maizière hervor und den Sozialisten den Verweis in die Opposition brachten, festgestellt. Die Masse der Deutschen knüpfte an die Veränderung die schönsten Illusionen. Die politische, vor allem die Parteienlandschaft hatten sich total verändert. Alte Organisationen wechselten ihr Programm, neue entstanden. Die Blockparteien verschwanden auf diese oder jene Weise, ausgenommen die SED. Aus ihr wurde in mehreren Schritten die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS). Von den mehr als zwei Millionen Mitgliedern der einstigen Einheitspartei verblieb nur ein weiter schwindender Bruchteil in der organisierten Linken. Zu dem gehörte ich, weil ich meine, eine sozialistische Überzeugung lässt sich nur in einer Verbindung mit anderen Gleichgesinnten gesellschaftlich geltend machen. Es sei die „Kombination der großen Zahl“, hatte Marx mit Bezug auf die Arbeiterklasse formuliert, aus der sie ihre Kraft zu schöpfen vermöchte. Von großen Zahlen war nun freilich nicht mehr die Rede. Und nach ihrer Zusammensetzung und ihrem Programm verstand sich die in einem langwierigen, bis heute nicht abgeschlossenen und auch umstrittenen Wandel befindende PDS auch nicht als parteipolitische Organisation der Arbeiterklasse. Ihre soziale Orientierung war und ist erst noch vorzunehmen.

Mit meiner Entscheidung zählte ich bald zu einer Minderheit, die aus vielerlei – und nicht zuletzt aus biologischen – Gründen in den folgenden Jahren weiter schrumpfte und an Einfluss noch mehr verloren haben würde, hätte ihr nicht die aggressive Politik der neuen Herren Anhänger, Sympathisanten, Zusammenhalt, Solidarität und Möglichkeit der Profilierung auf einem neuen Arbeitsterrain zusätzlich verschafft. Die meisten meiner Kollegen aus der Universität, die Professorenschaft voran, lösten sich von der Partei, der sie über Jahrzehnte, nicht wenige in beachteten Wahl- und anderen Funktionen angehört hatten. Das taten sie merkwürdigerweise in einem Augenblick, da in den Reihen der Sozialisten nun wirklich versucht wurde, ein demokratisches Miteinander zu schaffen, sich Meinungen der Mitglieder nicht nur taktischer Spielraum bot und die Zeit der auch die SED ergreifenden und lähmenden „Kommandowirtschaft“ endgültig vorbei war.

Nur wenige Professoren aus der einstigen Grundorganisation der Historiker an der Humboldt-Universität blieben und halfen in der sich formierenden ungleich kleineren Gruppe von PDS-Mitgliedern mit. Dazu gehörten der mir seit den früheren fünfziger Jahren bekannte Ernst Hoffmann, ein Kommunist und Widerstandskämpfer aus faschistischen Zeiten, der in der Tschechoslowakei und danach in Großbritannien als Emigrant hatte leben müssen, und Gerhard Engel, mit dem ich bei meinem Eintreten in die Humboldt-Universität 1965 kurze Zeit das Arbeitszimmer geteilt hatte und der von seiner Arbeit als einer der stellvertretenden Hochschulminister noch vor der Auflösung des Ministeriums in die Universität zurückgekehrt war. Andere meiner Professorenkollegen hielten mit uns Verbindung und manche stellten sich nach einer Zeit des Bedenkens an unserem Tische wieder ein. Es gab niemandem, der für diese „Auszeit“ nicht Verständnis aufgebracht hätte.

Eine überraschende und ermutigende Beobachtung jener Monate der tiefen Erschütterungen und des raschen Wandels bestand für mich darin, dass sich eine relativ größere Zahl von Kolleginnen unerschrocken gegen die Ungerechtigkeiten zur Wehr setzte, die ihnen widerfuhren und dass von ihnen

wiederum eine beträchtliche Anzahl ihren sozialistischen Überzeugungen weiter anhing. Ungleich mehr Männer, darunter solche, welche die mitunter beklemmende und unrühmliche Rolle der „Parteisoldaten“ der SED eingenommen und sich als unser aller Erzieher, vor allem aber vor den Genossen Studenten aufgeführt hatten, verwandelten sich ohne Aufheben in Parteilose.

Ich habe in DDR-Zeit mein Verhältnis zu meinen einstigen Kollegen wie zu meinen früheren Studenten nie davon abhängig gemacht, ob sie sich parteipolitisch banden, wie ich es getan hatte, oder nicht. Der letzte Doktorand, mit dem ich während seiner Assistentenzeit zusammenarbeitete und den ich, weil er sich erkennbar eng für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs interessierte, an das Akademie-Institut für deutsche Geschichte vermitteln konnte, wollte, wie er mir in einem Gespräch sagte, einer kleinbürgerlichen Familientradition folgend parteilos bleiben. Das hat seiner beruflichen Karriere keinen Abbruch getan. Erst nach 1990 verlor er seine Arbeit. Jetzt schlägt er sich außerhalb seines Berufes durch. Der letzte, den ich als Doktorand in eine wissenschaftliche Spur schicken konnte, blieb im Unterschied zu seiner familiären Herkunft ebenfalls außerhalb der SED. Er hat inzwischen an der Technischen Universität promoviert, Monographien und wissenschaftliche Aufsätze veröffentlicht und befindet sich auf dem Wege zu einer Habilitation.

Was immer alsbald angehäuft wurde, um meinen Hinauswurf aus der Universität zu begründen, dass ich die Förderung von klugen jungen Leuten an ihre Parteimitgliedschaft gebunden hätte, ließ sich nicht gut behaupten. Ich war ohnehin der Meinung gewesen, dass die sozialistische Partei, so wenig ich sie mir als Sekte oder als eine exklusive Elitetruppe vorstellte, längst überdimensioniert war. Sozialistische Überzeugtheit mußte sich nicht durch den Besitz eines roten Parteibuches ausweisen. Aber dass Historiker, die jahrzehntelang Mitglieder der SED gewesen waren, während ihrer Parteizugehörigkeit in Funktionen gewählt wurden und darin über ihre Wähler entschieden hatten, sich stillschweigend von ihren Genossen lösten, hat mir viel Stoff zum Nachdenken geliefert. Wie eng waren ihre geistigen und mentalen Bindungen an die sozialistische Idee eigentlich gewesen? Wie viele waren mit uns nur modisch mitgelaufen? Meine mildere Vermutung geht dahin, dass nicht wenige in den Monaten radikalen Umbruchs mit der Welt und mit sich derart uneins geworden waren, dass sie weder sprechen konnten noch wollten. Am leichtesten ließen sich noch mit Selbstmitleid untermischter und reiner Opportunismus und jene Haltung ausmachen, die Christa Wolf den Vergleich mit dem Wendehals anstellen ließ. Von diesem Typ hatte die einstige Sektion Geschichte nur einen Mann aufzuweisen, der in einem Artikel in einer Berliner Zeitung dreist log, was ins Konzept passte, und behauptete, er habe seine Vorlesungen vorab zur Kontrolle vorlegen müssen.

Damit bin ich bei einer Grunderfahrung aus jenen „Wendejahren“. Die hätte ich womöglich nach 1945 bereits machen können, wenn auch in anderer Weise. Doch gaben das Internat in Wickersdorf inmitten des Thüringer Waldes, zu dessen einheimischer Bevölkerung ich kaum Beziehungen besaß, und die kleine Gruppe unserer Lehrer selbst für einen politisch interessierten gerade Fünfzehnjährigen kein Studienfeld dafür ab, wie Menschen sich in einer Wendesituation verhalten. Nun aber beobachtete ich, dass die Mehrheit derer, die eben noch überzeugte DDR-Anhänger gewesen waren, eingeschlossen viele Angehörige der Intelligenz, die sich gemeinhin auf geistige Selbständigkeit und auf das Originelle der von ihnen vertretenen Meinungen etwas zugutehalten, nicht gegen den Strom zu schwimmen vermochte. Der aber floss seit den Märzwahlen 1990 erkennbar und nach dem 3. Oktober 1990 unverkennbar in Richtung auf die Restauration des Kapitalismus, wurde kräftiger und phasenweise auch reißend.

Noch bevor das geschah, hatten viele ihre neue Haltung bereits eingenommen. Unter solchen Eindrücken vermochte ich nun in Vorlesungen und Seminaren freier und belehrt über Ereignisse zu reden, nach denen ich von Studenten über Jahre mit Regelmäßigkeit gefragt worden war, wenn vom Januar 1933 und seinen Folgen gesprochen wurde. Wo waren damals die Millionen Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei geblieben? Das war nie ein Thema gewesen, mit dem sich die Erforscher der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an den Parteiinstituten der SED tiefer fragend auseinandergesetzt hatten. Resignation, Opportunismus und Überläufertum gehörten zu den tabuisierten Themen. Dass seinerzeit ganze organisierte Gruppen

der Linken sich auflösten, wenige geschlossen zur SA übergetreten waren, leugnete niemand. Doch blieb es allenfalls bei der beispielhaften Erwähnung dieser Tatsachen, ohne dass über das Ausmaß des Prozesses und seine Ursachen geschrieben und geurteilt worden wäre, in dem die Anhänger des Antifaschismus auf eine Minderheit zusammengeschrumpft waren.

Die Möglichkeiten des Frontenwechsels erwiesen sich 1990 als äußerst gering. Die SED-Mitglieder von einst wurden in den Reihen der Sozialdemokratie nicht gewollt. (Diese abweisende Haltung wurde übrigens später von ihren Urhebern als fehlerhaft angesehen). Das hatte ich schon während eines Kuraufenthaltes in Bad Schmiedeberg an einem Abend Ende 1989 erfahren, als ich aus Langeweile und Neugierde in einer Gaststätte die Gründungsversammlung der SPD-Ortsgruppe besuchte. Zornig stritt man dort über die Aufnahme eines früheren Mitgliedes der SED, das sich zurückgewiesen sah. So wurde in jenem Moment nicht das Überläufertum charakteristisch, sondern das leise Abwandern in den Nebel des Unpolitischen, ohne ein Wort der Erklärung selbst zu Freunden, mit denen man über Jahre doch „Seit' an Seit'" gegangen war. Ich machte mich darüber nicht zum Richter und erlebte in meinem eigenen engeren und weiteren Freundeskreis in jenen Monaten auch viel mehr Ermutigung als Enttäuschungen. In einer unserer Versammlungen schlug ich als Devise unseres Verhaltens vor, niemanden auch nur einen Millimeter weiter von uns weg zu stoßen, als er sich selbst von uns zu entfernen wünschte. Jeder müsse die Gründe für seine Entschlüsse in sich finden. Zugleich, so kam es mir vor, würde dann auch der Weg zurück leichter, der nach der Überwindung des erlittenen Schocks nicht auszuschließen war. Einige haben ihn später gefunden.

Obendrein hatten wir mit unserer eigenen Vergangenheit, unseren Biographien und der Neufindung unserer Standorte hinreichend zu tun und waren auf dem Weg zu demokratischen Parteigrundsätzen mit uns selbst reichlich beschäftigt. Keines der Prinzipien, die uns einst gegolten hatte, war unbesehen zu verwerten, viele unserer vergangenen Erfahrungen hatten sich als wertlos, politische Verfahren als schädlich erwiesen. Wir lebten in einer gänzlich neuen Situation. Die Mitglieder der PDS gehörten einer Partei an, deren Einfluss weiter im Schwinden begriffen und deren Existenz permanent gefährdet war. Sie wurde auf das schärfste angefeindet, von ihr im Inneren wie von außen die Selbstauflösung verlangt. Die Mitgliedschaft in dieser Partei, die bis heute von aller Konkurrenz in pejorativer Absicht „SED-Nachfolgepartei" genannt wird, galt im Staate Bundesrepublik nicht anders als dort seit Jahrzehnten die Zugehörigkeit zur Deutschen Kommunistischen Partei als Makel und Minuspunkt in jedermanns Biographie. Das belastete, und nicht wenige warfen die Last vorbeugend ab, bevor sie Nachteile verspürten. Von meinen Freunden in der DKP wusste ich, dass Mitglieder aus dieser Partei mit dem Bemerken ausgetreten waren, einer in der Familie müsse das Geld verdienen. Manche, die diesen Schritt taten, blieben jedoch mit den organisierten Linken in Kontakt und unterstützten sie auch finanziell weiter.

1990 hatten nicht nur in Ostdeutschland viele, die in der sozialistischen Bewegung nicht nur Schwemmsand gewesen waren, alle Orientierung verloren und lebten in einer krisenhaften Verfassung. Im Falle von Historikern mag das auf den ersten Blick womöglich weniger verständlich sein als bei Menschen, die nicht den Vorzug hatten, sich mit den Turbulenzen der Menschheitsgeschichte von Berufs wegen zu beschäftigen. Indessen macht es offenbar einen erheblichen Unterschied, sich gedanklich und forschend in Zustände zurück zu versetzen, andere über Wissen und Kenntnis zu unterrichten, als ähnlichen Verhältnissen, in die das eigene Ich schmerzhaft gestellt ist mit der gleichen nüchternen und analysierenden Urteilskraft gegenüber zu treten. Da kommen allzu menschliche Erwägungen hinzu. Vorteils- und Nachteilsüberlegungen sind nicht auszuschalten. Mich haben während dieser und bei ähnlichen Beobachtungen keine misanthropischen Anwandlungen befallen. Auch die Flucht in den Zynismus war und blieb mir fremd. Doch begann ich gründlicher über die Hoffnungen nachzudenken, die seit der Aufklärung in so vielen Generationen gehegt worden waren und sich auf menschengemäße Weltzustände gerichtet hatten. Von da kamen auch wir Marxisten her. Keine politische Strömung des 19. und 20. Jahrhunderts hat die gedachten radikal veränderten Weltzustände entschiedener und leidenschaftlicher zu erreichen gesucht. Unbeirrt glaubten wir, dass unser Ziel erreichbar sei. Diese Überzeugung leitete mich als Lehrender seit meinen Studententagen, als ich an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Jena unterrichtet hatte. Sie bilde-

te auch die Grundlage meiner jahrzehntelangen politisch-pädagogischen Tätigkeit, die mir schon lange vor jener Wende auch als ein Stück Narretei vorgekommen war, ohne die es aber nicht abgeht. Und das Bild des Sisyphus schreckte mich auch dann nicht, als mir bewusst geworden war, der gedachte Weg zum Sozialismus werde viel länger sein, als wir in unseren Wickersdorfer Knabenträumen angenommen hatten. Damals glaubten wir, am Jahrhundertende in einer weitgehend sozialistisch gestalteten Welt zu leben. Nun war es fasst erreicht und wir saßen vor einem historischen Scherbenhaufen.

Das herkömmliche Beziehungsgeflecht zwischen den Mitarbeitern der Sektion Geschichte begann sich nach dem 3. Oktober 1990 in sich beschleunigendem Tempo aufzulösen. Neue Distanzen wurden für mich spürbar. Erscheinungen des Rückzugs von allen Kontakten und Arbeiten, ausgenommen diejenigen, welche die Lehrtätigkeit erforderte, waren zu bemerken.

Bei Gesprächen schwand die bis dahin gewohnte Offenheit des Umgangs miteinander. Ein Prozess der Entsolidarisierung setzte ein. Am stärksten trieb ihn voran, dass nun Entscheidungen über Personen bevorstanden und Kollegen sie über ihre Kollegen treffen sollten. Bevor dafür noch staatliche Weisungen erteilt worden waren, wählten die Mitarbeiter der Sektionen sogenannte Personal-Struktur-Kommission (PSK), die als Instrumente der Erneuerung von innen gedacht waren. Ihnen wurde das schwierige Amt zugewiesen, der Universitätsleitung vorzuschlagen, wer an der Universität verbleiben und wer sie verlassen sollte. Dafür hatten zum einen wissenschaftliche Maßstäbe zu gelten. Sie zu finden und anzuwenden, bildete noch den einfacheren Teil der Aufgabe. Ich war seit langem der Meinung, dass wir an der Hochschule zu wenig wirkliche Qualitätskriterien besaßen, trotz der vielen Arbeitsberichte und Gutachten, die ständig angefertigt wurden, und ungeachtet der zahlreichen Prämien und Auszeichnungen, die permanent für irgendwelche Verdienste ausgeschüttet wurden. Seit die ebenso dumme wie gleichmacherische Parole ausgegeben worden war, Erfolg zu haben, sei Pflicht, war geradezu ein Zwang formuliert, jederzeit Erfolge auszuweisen. Mitunter hatte ich mich im Rat der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät gegen die Ernennung von Dozenten ausgesprochen, deren wissenschaftliche Leistungen mir allzu geringfügig erschienen, aber auf viel Papier vorgetäuscht waren. Das erwies sich stets als vergeblich, wenn eine politische Arbeit mit einer Dozentur belohnt werden sollte oder ein einflussreicher Leiter ein Interesse besaß, sich und seine Mitarbeiter ins rechte Erfolgslicht zu rücken. Doch jetzt konnten die längst überfälligen Entscheidungen und die wünschenswerte Überprüfung der Qualität des Universitätspersonals keineswegs zum wenigsten objektiv vorgenommen werden. Das hatte sehr verständliche Gründe. Vor Jahren hätten derlei Urteil bewirkt, dass als „zu leicht befundenen“ Mitarbeiter einen anderen Arbeitsplatz in der Gesellschaft zugewiesen erhielten. Nun aber bedeutete jeder Entlassungsvorschlag, den Betroffenen sozial ins Ungewisse zu stürzen. Soweit war das Auseinanderdriften der persönlichen Interessen noch nicht getrieben, und so robust ging es Ende des Jahres 1990 untereinander noch nicht her. Also blieb die Frage, wer aus politischen Gründen nicht länger an der Universität bleiben sollte. Unter den wenigen Kandidaten in unserer Sektion stand ich auf herausragendem Listenplatze.

Seit ich 1965 in die Berliner Universität eingetreten war, milde, aber doch empfindlich strafversetzt aus dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, hatte ich am wissenschaftlichen wie am politischen Leben der Fachrichtung Geschichte, die 1968 eine Sektion wurde, permanent Anteil genommen. Zuerst von den Mitgliedern meiner neuen Partei-Grundorganisation, die von den Auseinandersetzungen am räumlich benachbarten Geschichtsinstitut der Akademie wenig wussten, misstrauisch und interessiert beäugt, fand ich mich vor allem durch den freundlichen Joachim Streisand, der damals das Institut (später den Bereich) Deutsche Geschichte leitete, ohne alle Vorbehalte aufgenommen. Ich erledigte meine Arbeit als Oberassistent, die vor allem in der Leitung von Seminaren bestand. Alsbald wurde ich an der Ausarbeitung des Hochschullehrbuchs *Geschichte Deutschlands von 1933 bis 1939* beteiligt, einem Band jener Reihe, die von den Studenten wegen ihres gelbroten Schutzumschlags kurz die „Minolreihe“ genannt wurde. Zu den weiteren Autoren gehörten Gertrud Markus, Kurt Gossweiler und Werner Fischer. An unserer Arbeit wirkte rege auch der emeritierte und mit Herausgabe des Bandes beauftragte Erich Paterna mit, zu dem ich von jenen

Tagen an eine besondere Zuneigung wegen seiner bedingungslosen Aufrichtigkeit vor sich und anderen und seiner gelebten Bescheidenheit empfand.

1970, nach der dritten Hochschulreform war ich Dozent geworden, und drei Jahre später erfolgte meine Berufung zum Professor für Deutsche Geschichte. Da hatte ich meine Habilitationsschrift über die Geschichte der Judenverfolgung in Deutschland zwischen den Jahren 1933 und 1935 abgeschlossen und verteidigt und bereitete sie für den Druck vor. Zur gleichen Zeit, 1973, wurde ich auf den Posten des Direktors der Sektion berufen, den Streisand, der ihn seit der Sektionsgründung 1968 bekleidet hatte, etwas amtsmüde verließ. Möglicherweise waren da auch seine Kräfte bereits hochgradig verbraucht. Einige Jahre später starb er, eben sechzigjährig, an einer unheilbaren Krebserkrankung ganz plötzlich.

Diesen einflussreichsten Posten in meinem Arbeitsbereich, zu dem Historiker, Ur- und Frühgeschichtler, Volkskundler und Ethnographen, Archivare und Geschichtsdidaktiker gehörten, füllte ich etwas mehr als vier Jahre, die längste Zeit unter dem Rektorat des Anglisten Wirzberger, aus. Doch trat ich ihn mit dem festen Vorsatz an, mich vom Alltag der wissenschaftlich-organisatorischen Arbeit nicht auffressen zu lassen. Vorlesungen und Seminare wollte ich weiterführen und auch in der Forschung nicht untätig werden. Das gelang mir weitgehend. Zudem half mir die mit Manfred Weißbecker getroffene Abmachung, gemeinsam eine Geschichte der NSDAP zu schreiben. Gegen Ende dieses Direktorats begann ich die Arbeit daran. Als die vorgesehene Vierjahresfrist für diese leitende Tätigkeit hinter mir lag, beantragte ich meine Entpflichtung und schlug dem Pädagogen Helmut Klein, dem Nachfolger Wirzbergers im Amte des Rektors – auch ihn hatte ein Krebsleiden früh umgebracht – einen Kandidaten vor, der meinen Platz einnehmen sollte. Der Rektor schob die Entscheidung eine Weile vor sich her. Doch erleichterte ich sie ihm dadurch, dass ihm nicht verborgen blieb, wie sehr ich den kollegialen Ton seines Vorgängers an ihm vermisste. Anfang September 1977 wurde mir bei einer Abendveranstaltung in Teupitz, wo die Sektionsdirektoren sich jeweils vor Studienjahresbeginn für drei Tage versammelten, der Dank ausgesprochen. Die bei solcher Gelegenheit nahezu obligatorisch vergebene „Medaille für ausgezeichnete Leistungen“ wurde mir nicht zugedacht. Beim Wein sah ich mich den Fragen meiner in ihrem Amt verbleibenden Kollegen nach den Gründen ausgesetzt. Auf eine mir nicht durchsichtige Weise hingen sie damit zusammen, dass ich unsere Geschichtsdidaktiker und deren Forscherarbeit nicht mit den gleichen wohlwollenden Augen angesehen hatte, wie es Rektor Klein tat. Ich hatte vergeblich versucht, sie anzuregen, sich von mir eher formal erscheinenden zu den inhaltlichen Fragen des Geschichtsunterrichts hinzubewegen und ihnen beispielsweise vorgeschlagen, sich damit zu befassen, wann und wie Schülern welcher Altersgruppe die Geschichte der Verbrechen des Naziregimes nahegebracht werden könne. Das bildete ein in manchen Elternversammlungen unserer Schulen durchaus umstrittenes Thema. Jedenfalls galten die Beziehungen zwischen Historikern und Didaktikern an der Sektion als gestört und ich als ein dafür Mitschuldiger.

Ich trat 1977 wieder „ins Glied“ und da blieb ich die folgenden Jahre, von den schon erwähnten Aufgaben im Rat der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät abgesehen, die mich unter der Leitung der Dekaninnen Rita Schober, der Romanistin, und Waltraud Falk, der Wirtschaftshistorikerin, nicht übermäßig beanspruchten. Ich war gewiss, dass mir eine so zeitraubende Leitungsfunktion nicht wieder angetragen werden würde. Wer das fünfzigste Lebensjahr überschritten hatte – dieser Zeitpunkt nahte für mich – und nicht an der Partei- oder Staatsspitze arbeitete, wurde zumeist von der Neuübernahme strapaziöser Aufgaben verschont, wenn er sich nicht auf derartigen Platz drängte. Nach diesem Prinzip mussten auch in der Geschichtssektion jüngere Kollegen an die Reihe kommen. An ihnen aber mangelte es. Meine Nachfolger, zuerst Erich Nickel, der sich mit der Geschichte der Bundesrepublik befasste, dem Adolf Rüger, dessen Spezialgebiet die afrikanische und da namentlich die Kolonialgeschichte war, waren mit mir nahezu gleichaltrig.

Zunächst, dessen konnte ich sicher sein, stand mir jedenfalls eine längere Zeit zu forschender Arbeit zu. Denn das gleiche Prinzip des Rückgriffs auf Frauen und Männer, die sich im vierten und allenfalls im fünften Lebensjahrzehnt befanden, galt inzwischen auch, wenn es um Kandidaten für die Übernahme von Wahlfunktionen in der SED-Grundorganisation ging, zumal diese Arbeit als Folge

ihrer zunehmenden Formalisierung und Bürokratisierung, endloser Anleitungen und Belehrungen durch die jeweils höhere Leitung beträchtlichen Zeitaufwand erforderte. „Gestandenen“ Hochschullehrern, die im Wissenschaftsbetrieb besondere Verantwortung trugen und womöglich in wissenschaftlichen Institutionen und Gesellschaften außerhalb der Hochschule arbeiteten, war sie im Grunde nicht mehr zumutbar. Zudem hatte ich den Eindruck, dass die hauptamtlichen Funktionäre der Partei-Kreisleitung ungleich lieber mit Gleichaltrigen oder Jüngeren zusammenarbeiteten als mit Parteimitgliedern, denen sie nicht jeden Botendienst abfordern konnten.

In den frühen Jahren meiner Zugehörigkeit zur Humboldt-Universität war ich zum Parteiorganisator und dann auch zum Sekretär unserer Parteiorganisation gewählt worden. Anträge, für die Kreisleitung, das oberste Parteiorgan in der Universität, zu kandidieren, hatten mich nicht erreicht. Wer ihr angehörte, spielte zumeist nicht mehr als eine Statistenrolle. Die Entscheidungen fielen dort wie in allen gleichartigen Gremien nur selten im Plenum, sondern in einem gewählten Sekretariat, dessen Mehrheit im expandierenden Apparat der Partei hauptberuflich tätig war.

Seit der Berliner Bezirksparteisekretär Konrad Naumann, der nach 1989 im fernen Südamerika lebte und verstarb, an die Spitze der SED-Kreisleitung in der Humboldt-Universität einen solchen „Parteiarbeiter“ setzen ließ, der von Hochschullehre und Forschung unverschuldet keinerlei Ahnung besaß, machte diese Formalisierung der Parteitätigkeit weitere und besonders rasche Fortschritte. Der Mann, durch einen Vater, der Widerstandskämpfer gewesen war, in den Augen mancher parteigeadelt, besaß aber wie viele andere seines Amtes ein feines Gespür dafür, wer sich der ihm verliehenen Autorität unterordnete und wer auch nur mit Vorschlägen hervortrat, die seine eigene gedankliche Reichweite überforderten. So war ich mit manch anderem vor dem Ansinnen einigermaßen geschützt, in dem von ihm dirigierten Gremium sitzen zu müssen. Um ihn lauerte gleichsam beständig die Blamage, besonders wenn es um Fragen der Kultur ging. So wollte er in einer Sitzung des Sekretariats den Text, der auf einer Festveranstaltung vom Universitätschor gesungen werden sollte, bestätigen lassen. Es handelte sich um Beethovens berühmte Chorphantasie.

Erst 1989 bekam ich unverhofft mit diesem 1. Kreissekretär zu tun. Da wurde jemand gesucht, der sich mit dem Inhalt von zwei Artikeln auseinandersetzte, die in der sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* zur Geschichte der Arbeiterbewegung veröffentlicht worden waren. Auf sie, die sich mit der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung befassten, hatte mich Luitwin Bies, mein langjähriger saarländischer Freund, der damals in der Leitung der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Frankfurt am Main arbeitete, während eines Besuches in deren Büro in der Rossertstraße nahe dem Palmengarten aufmerksam gemacht. Ich entsann mich deutlich der Morgenlektüre und der Eindrücke, die sie mir vermittelte. Denn es war meine erste Bekanntschaft mit der Geschichtsschreibung der Moskauer Neubekehrten, die sich als Glasnost-Bahnbrecher zu profilieren suchten, sich aber nicht der Mühe unterzogen, an die Stelle der einseitigen Geschichtsbilder mit ihren weißen Flecken und Blindstellen wirklich tiefenscharfe zu setzen, die uneingeschränkt dem Prinzip der Wahrheitsfindung verpflichtet waren und den Handelnden Gerechtigkeit werden ließen.

Das Echo, welches das von höchster Stelle verfügte Verbot dieser Ausgabe der Zeitschrift hervorrief, kann wohl überhaupt nur vor dem Hintergrund der Tatsache verstanden werden, dass immer mehr Menschen innerhalb wie außerhalb der SED der Behandlung überdrüssig waren, die ihnen so viele Informationen über die Gründe von innenpolitischen Schwierigkeiten und alltäglich zu beobachtenden wirtschaftlichen Stagnationserscheinungen vorsätzlich vorenthielt. Zudem galten Moskau und die dortige neue Führung vielen als ein sprudelnder Quell von Tabubrüchen, Einfällen und Wahrheiten. Diese Stimmung legte dem Kreissekretär nahe, wenn schon die Maßnahme des Verbots der Zeitschrift selbst nicht vernünftig zu begründen war, zumindest eine sachliche Information, Darstellung und Kritik an den unterschlagenen Texten unter die eigenen Genossen zu bringen. Darauf bezog sich sein erster Appell an meine Mitarbeit. Dem habe ich mich nicht versagt, nachdem ich ihm und vor den rasch versammelten Sekretären der Grundorganisationen erklärt hatte, dass die Verbotsbegründung durch den Postminister erfolgen müsse. Der war in der knappen offiziellen Erklärung lügnerisch als die Instanz angegeben worden, welche die Auslieferung des Maga-

zins untersagt hatte, für das sich nun viel mehr Leute interessierten, als es je Leser besessen haben mochte. Ich gehörte auch nicht zu letzteren.

Nun sprach ich also vor wechselndem Publikum – unter anderem in der Grundorganisation der Chemiker – kritisch über die darin enthaltene Darstellung und Wertung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ausgang der Weimarer Republik. So viel in den offiziellen Darstellungen der Rolle der Kommunistischen Partei da auch vor allem dadurch beschönigt worden war, dass das Feindverhältnis zwischen den beiden großen Arbeiterparteien den sozialdemokratischen Führern wenn auch nicht allein, so doch weit überproportioniert angelastet wurde, so sehr hatte ich mich immer zu dem antifaschistischen Verdienst der Kommunisten bekannt. Es war durch strategische und taktische Fehler vermindert, aber nicht ausgelöscht worden. Und vor allem blieb es denkwürdig. Natürlich lieferte die Neudeutung aus sowjetischen Federn, die wiederum so neu nicht war, eine Begründung für die Empörung, welche die Texte bei jenen ausgelöst hatten, die „dabei“ gewesen waren und von denen einige – Alfred Neumann, Kurt Hager, Erich Honecker, Erich Mielke – jetzt im Politischen Büro der SED das Verbot entschieden und es öffentlich dem für die Liste der zugelassenen Zeitungen und Zeitschriften zuständigen „Postminister“ zugeschrieben hatten. In der Maßnahme drückte sich zum ersten Mal öffentlich und weithin wahrnehmbar ihr Protest gegen die Publikations- und Informationspolitik der UdSSR aus, die unter dem Signum einer als „Glasnost“ bezeichneten Politik erfolgte. Honecker und seine Sekretäre hatten mit dem an sich nebensächlichen Entscheid ein Signal in Richtung Kreml gegeben. Doch der Politik, die sich mit dem Namen des in der DDR weithin unkritisch gesehenen Gorbatschow verband, galten viele Sympathien von Intellektuellen, die durch sie einen Weg ins Freie eröffnet sahen, den Auftakt für unerlässliche Reformen des Sozialismus, den die „Altherrenriege“ im Zentralkomitee blockierte. Im Grunde ging es nicht um die deutsche Geschichte, sondern um die ostdeutsche Gegenwart und Zukunft.

Nicht, dass ich dabei mittun wollte, die politbürokratische Verweigerung gegenüber jeglicher Demokratisierung zu unterstützen. Doch zu den Bewunderern des sowjetischen Parteichefs, der mit so viel Vorschusslorbeeren versehen wurde und sich selbst versah, hatte ich, seit er als der neue große Mann in Moskau aufgetaucht war, nie gehört. Zum wenigsten hatte ich geglaubt, dass nach den Generalsekretären Breschnew, Tschernenko und Andropow nun plötzlich ein strahlender Stern am sowjetischen Himmel aufgegangen sei und ein Zufall uns einen „zweiten Lenin“ beschert hätte. Diese Distanz schloss eigene, jedoch von Anbeginn mit Skepsis gemischte Hoffnungen auf den Wechsel an der Spitze der KPdSU nicht aus. 1989 waren sie für mich schon erledigt. Hatte mich zuerst Gorbatschows Kampf gegen den Wodka, der ihm den Titel Mineralsekretär eintrug, an seinem Augenmaß zweifeln lassen und an vom Typ her ähnliche politische Parforceritte Chruschtschows erinnert, so waren es dann seine beschwörenden, nach innen und außen adressierten Appelle, denen es an Substanz der Analyse und klarer Orientierung – namentlich für die Innenpolitik – fehlte oder mangelte. Sie wiesen ihn mehr als beredten Agitator, denn als einen Mann der praktischen Führung und radikalen Reformierung der Apparate in dem Riesenreich aus. Peinlich wirkten die Beschwörungen namentlich, wo sie den Mangel an wirtschaftlicher Programmatik verdeckten. Selbst wer den Faktor Psychologie im Wirtschaftsleben eines Staates wie eines Unternehmens hochschätzt, konnte sich durch solche Anfeuerungen nicht ernsthaft imponieren lassen.

Mein letzter, an das „Sputnik“-Verbot geknüpfter Parteiauftrag in der SED, so fragwürdig er durch die Zusammenhänge war, in die er gehörte, gehört nicht zum Hauptgegenstand eigener Überlegungen darüber, was ich selbst dazu beigetragen hatte, dass wir an den Punkt gekommen waren, an dem Staat und Gesellschaft DDR unaufhaltsam in der Geschichte versanken. Ich hatte während des nahezu vollständigen Vierteljahrhunderts meiner Arbeit an der Berliner Universität wie vordem schon an vielen Entscheidungen teilgenommen, richtigen und falschen, durchdachten und flüchtigen, und, was die betroffenen Personen anging, an gerechten und ungerechten. Während der Jahre meines Direktorats bewirkte ich, dass eine Anzahl von Mitarbeitern, die ich für ungeeignet hielt, die Universität verließen, wodurch Plätze für jüngere und befähigtere Kräfte frei wurden. Das war eine notwendige, jedoch wenig angenehme Aufgabe, und ich kann nicht sagen, dass ich sie vollständig als gelöst betrachtete. Regelmäßig hatte ich über die Leistungen von Studenten zu entscheiden, Prü-

fungen und schriftliche Arbeiten zu bewerten. Das war mir von allen mit dem Hochschullehrerdasein verbundenen Aufgaben die unliebste. Je älter ich wurde, umso unsicherer wurde ich, welches Wissen Studenten eines bestimmten Studienabschnitts rechtens abgefordert werden konnte und mit welcher Note es zu bewerten sei. Ich galt dennoch alsbald nach meinem Eintritt in die Humboldt-Universität und dann von Studentenjahrgang zu Studentenjahrgang als ein „scharfer“ Prüfer. Wer die Wahl hatte, stellte sich lieber bei einem meiner Kollegen ein, etwa bei dem stets freundlichen und zeitig altersweisen Günter Rosenfeld, dem Spezialisten für russische und sowjetische Geschichte, der so viel Väterlichkeit ausstrahlen konnte. Ich war erleichtert, als ich ein Gutteil dieses Beisammenseins mit Studenten meinen beiden Mitarbeiterinnen Christa Olschewski und Erika Schwarz überlassen durfte. Beide waren mir, jede auf eigene Weise, auch in der Fähigkeit weit überlegen, nachlässige Studenten zum Arbeiten zu bringen. Ich hingegen empfand es zunehmend als eine besondere Form von Zudringlichkeit, Teilnehmer eines Seminars, selbst wenn sie permanent schwiegen, nach ihrem Wissen zu befragen. So war es auch in meiner eigenen Studentenzeit nicht zugegangen. Nur: das war eine andere Universität gewesen. Mit der inzwischen eingetretenen Verschulung kam ich nicht zurecht. Gern arbeitete ich mit Fernstudenten, und fruchtbar gestalteten sich wenige Seminare, in denen diese mit Direktstudenten aufeinandertrafen. Die letzteren waren meist belesener, die ersteren kamen mit ihren Fragen rascher auf den Kern der Probleme. Das gab eine anregende Ergänzung.

Es gehörte zum Leben der Grundorganisation der Partei an der Sektion Geschichte, der mehr als 90 Prozent der an ihr arbeitenden Professoren und anderen Mitarbeiter angehörten, dass Fragen der nationalen und internationalen Politik regelmäßig und mitunter leidenschaftlich diskutiert wurden. Ich hielt mich da nicht beiseite. Ja, hatte ich zu der Entscheidung des Jahres 1968 gesagt, in die ČSSR einzumarschieren, ein Entschluss, der heute als eine Wegmarke in den Untergang des sozialistischen Systems erscheint und als äußerster Ausdruck sowjetischen Macht- und Hegemoniestrebens gewertet wird. Ob der Weg unseres Nachbarstaates, in den mich 1956 meine erste Auslandsreise geführt hatte, den Aufbruch in einen besseren demokratischen Sozialismus bedeutet haben würde, darüber lässt sich wie über alle ungeschehene Geschichte nur mutmaßen. Mir erschien die Entscheidung damals von dem Augenblick an vertretbar, als in Prag die Weichen auf den Austritt aus dem östlichen Militärbündnis gestellt worden waren. So wenig sympathisch mir die Blockkonfrontation mit der permanenten Drohung eines atomaren Krieges sein konnte, sie galt mir in ihrer verfestigten und also für beide Seiten berechenbaren Form, als ein wenngleich unverlässlicher Garant dafür, dass keine Seite „anfangen“ würde. Änderte sich das Kräfteverhältnis aber dramatisch, würden sich die „Falken“ sogleich neue Erfolgs- und Siegeschancen ausrechnen.

Dass ich zu dieser Sicht gekommen war, daran besaß der aus der UdSSR nach Jena zurückgekehrte Kernphysiker Max Steenbeck einen frühen Anteil, der das atomare Patt nüchtern als ein Element der Friedenserhaltung bezeichnet hatte. Das war in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und ein durchaus neuer Ton. Denn zu Chruschtschows Zeiten wurde die Auffassung verbreitet, dass es in einem atomaren Krieg nur einen Sieger geben könnte: „uns“. Kopfschüttelnd hatte ich auf einem der SED-Parteitage seine Drohung mit angehört, im Falle eines solchen Krieges werde die BRD verbrennen wie eine Kerze. So ließ sich nur vor Leuten reden, die sich über die zugänglichen Daten der Wirkung auch nur einer dieser Atombomben nie informiert hatten. Viele Delegierte in Berlin gehörten offenkundig dazu.

Dass alles, aber auch alles zu unterbleiben habe, was das „Pulverfass“ auf dem wir doch über Jahrzehnte saßen, zur Explosion bringen konnte, leitete mich auch, als ich in einer unserer Parteiversammlungen über den Abschluss jenes koreanischen Verkehrsflugzeuges durch einen sowjetischen Jäger sprach, ein Ereignis, das uns wegen des Todes so vieler Unschuldiger alle aufwühlte. Später geriet ich über meinen Beitrag in Zweifel. Inzwischen scheint klargestellt, dass es sich nicht um einen Orientierungsverlust einer Maschine gehandelt hatte, sondern um eine politisch-militärische Provokation.

Jedenfalls gehörte ich in der Sektion mehr und mehr zu der Gruppe der meinungsbildenden Hochschullehrer, gleichgültig, ob ich irgendeine Funktion besaß oder nicht. Ich vertrat zu den gravieren-

den Ereignissen und Prozessen meine Ansichten, und ich sagte sie, gelegen oder ungelegen. Das letztere war der Fall, als der Schah von Persien, der schon einer Reihe sozialistischer Staaten seinen Besuch abgestattet hatte, nun auch in der DDR angekündigt war und durch die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität einen weiteren Ehrendoktortitel erhalten sollte. Vordem hatte er sich derlei „Hüte“ schon anderswo abgeholt. Ich erklärte, dass ich im Falle einer an sich notwendigen Abstimmung gegen diese Ehrung stimmen würde. Noch hätte ich aus meiner Schulzeit die damals auf der ersten Seite der sowjetischen Zeitung *„Täglichen Rundschau“* veröffentlichten Bilder von den Mitgliedern der Tudehpartei vor Augen, die, an Pfähle gebunden, niedergeknallt worden waren. Solcherlei Äußerungen gelangten rasch über den August-Bebel-Platz in das Gebäude der Bezirksleitung der Partei. Das Naumannsche Echo lautete, es sollten diejenigen, die Öl hätten, es bei dieser Leitung abliefern. Hier hatte sich Politik schon von jedweder moralischen Wertung gelöst. Dass ich auf diese Nachricht nicht zurückgerufen habe, werfe ich mir vor, wenn es auch nicht zum Staatsbesuch kam. Der Schah wurde gestürzt, bevor er seine Reise in die DDR antreten konnte. So unterblieb auch der adressierte Ordnungsruf, den ich sonst zu gewärtigen gehabt hätte. Aber viel später und zu spät erst wurde mir klar, dass wir durch die Duldung solcher Anmaßung der Regierenden das Boot DDR treiben ließen, wohin es steuerte. Wir saßen in ihm. wurden, ohne daraus eingreifende Folgerungen zu ziehen. Dass beide sich in Heinz Pepperles Sauna zutrugen, zeigt zudem, dass und wie wir krankten. Nicht, dass wir die Kammer im Keller in der Waldowallee aus Vorsichtsgründen zu vertraulichen und für andere Ohren nicht bestimmten Gesprächen genutzt hätten. Irgendwelche Vorsorge gegen ungebetene Mithörer habe ich in meinen privaten wie in meinen Arbeitszimmern nie getroffen. Doch war in der Abgeschiedenheit dieser Kammer Muße, schweißtriefend zu meditieren.

Heinz hat die Angewohnheiten eines guten Lehrers. Auch private Unterhaltungen beginnt er häufig mit Fragen und wenn auch die nach dem Warum erörtert ist, beendet er ein erschöpftes Thema mit einer Zusammenfassung, die nicht so selten aphoristisch ausfällt. Ein solches Fazit lautete: Auch im Sozialismus lässt sich nur gut leben, wenn er demokratisch ist. Und eine seiner besorgten Fragen hieß schließlich gegen Ende der DDR-Zeit: Sag mal, wollen uns „die da oben“ umbringen? Das war wohl schon zu Zeiten, da die politische Führung an der Staatsspitze nur noch so hieß, ihre Angehörigen in Wahrheit aber bereits in Sprach- und Handlungslosigkeit verfallen waren.

Versagt haben vor allem unsere Jahrgänge, die wir die antifaschistisch-demokratische Etappe im Nachkrieg noch erlebt hatten und um den Wandel wussten, der sich seitdem vollzog und den wir als bedrohliche Abirrung von ursprünglichen Zielen, wenn auch nicht als tödliche Verirrung ansahen. Unter Angehörigen der jüngeren Generationen hatte ich seit längerem bemerkt, dass sich ihnen mit dem Wort „sozialistische Demokratie“ nur die Regelung von Staatsangelegenheiten verband, nicht mehr aber ein erfahrenes Lebensgefühl. Heute denke ich erneut darüber nach, wie sich Menschen ein Bedürfnis nach Demokratie ausbildet. Jedenfalls stellt es sich nicht ein wie anderes Verlangen, etwa den Hunger und den Durst zu stillen oder sich vor Hitze und Kälte zu schützen. Menschliche Neigung zur Trägheit erleichtert allen das Geschäft, welche die Macht monopolisieren und bei ihrer Ausübung ungestört sein wollen. Hat uns, die wir den Vorzug hatten, von früh bis abends und das über Jahrzehnte bezahlt nachdenken zu können, diese Neigung auch zu einer Haltung des „Laissez faire, laissez aller“ bestimmt? Was mich angeht, und für wen sollte ich sonst eine Aussage treffen dürfen, so mache ich zwei Faktoren vor anderen dafür verantwortlich, mich nicht eingemischt zu haben, wo es längst notwendig gewesen wäre. Der eine steht, was seine Beurteilung nicht abmildert, in der Traditionslinie nicht nur der deutschen Intelligenz. Vor die Wahl gestellt, auf dem eigenen Forschungsgebiet sachkundig zu wirken und wenn schon nicht unanfechtbare, so zumindest doch verteidigungsfähige Ergebnisse vorzulegen oder in den aktuellen Fragen von Wirtschaft und Politik unsicher mitzureden, entschied ich mich für den sicheren Boden. Diese Haltung wurde durch das Wissen verstärkt, dass gerade die wichtigsten, für eigenständige Überlegungen notwendigen Informationen über die gesellschaftlichen Zustände weitgehend tabuisiert und meine eigenen Beobachtungen eher zufällig waren. Sachliche Inkompetenz und daraus folgend Enthaltsamkeit im Urteilen wurden durch das politische System hervorgebracht und von den Regierenden auch wissentlich or-

ganisiert. Dennoch bleibt, dass eben dieser Zustand zu attackieren und nicht nur hilflos mit der Klage zu kommentieren war: Warum hält sich, wozu braucht diese Obrigkeit eigentlich Tausende derart kostspieliger Gesellschaftswissenschaftler, wenn ihre Rolle als Berater der Politik so geringgeschätzt wurde oder gar unerwünscht war? Zu reagieren hätte bedeutet, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausgang nach vielen Erfahrungen nicht zweifelhaft sein konnte, wenn ihn ein Einzelner oder wenige begannen. Ihn dennoch zu beginnen, hätte vorausgesetzt, seine Bedeutung zu ermessen und sich von der jede Bodenhaftung verlierenden Hoffnung zu trennen, es brauche und sei Zeit für das so schwierige Vordringen in Neuland und mit ihr werde der Rat kommen.

Der zweite dieser Faktoren war das Ergebnis der über viele Jahre genossenen „Parteierziehung". Fraktionsbildung, wozu jede Verständigung einer Minderheit gezählt wurde, galt als das schlimmste Vergehen. (Erinnert man sich allein des einschlägigen Passus im Parteistatut der SED, wird die Lächerlichkeit der Behauptung deutlich, die PDS sei deren Nachfolger.) Diese Erziehung hatte nicht nur ein falsches Verständnis von Disziplin zu Erfolg, sondern rief auch einen Ermüdungseffekt hervor. Wer wie viele und ich mit ihnen einige Male in die Mühlen dieser Parteierziehung geraten war, mußte kein Duckmäuser und kein Papagei werden, aber er fragte sich doch nach dem denkbaren Ertrag einer Auseinandersetzung, die er riskierte und deren Ergebnis er auch in der Sache nur skeptisch betrachten konnte. Streitigkeiten, die ich unbeschwert in jungen Jahren ausfocht, etwa gegen Erscheinungen der permanenten ideologischen Verdächtigung der eigenen heranwachsenden Intelligenz, und die in den siebziger Jahren in ganz anderem Ausmaß hätten wieder ausgetragen werden müssen, mobilisierten mich nicht mehr. Obwohl das die Genossen in meiner Umgebung am wenigsten an mir beobachtet haben mögen, mir entging die Veränderung in mir selbst nicht: Mit fortschreitendem Alter begann sich eine Haltung einzustellen, die anderes Zeitmaß benutzte und bereit war, Jüngeren die erste Reihe zu überlassen. Die wollten oder konnten da aber nicht ein- und nicht nachrücken, jedenfalls nicht in ausreichender Zahl, und verließen sich auf uns Ältere. Die Tatsache, dass gerade viele dieser Jüngeren, die sich zumeist ohne Berechnung in die sozialistische Bewegung gestellt hatten, nach 1989 sich ihre individuellen Wege durch die Gesellschaft und in ihre ungewiss gewordene Zukunft suchten, wird auf ihre Ursachen hin erst durch künftige Untersuchungen aufgeklärt werden können. Sicher erscheint mir, dass in der DDR uns auch Bindeglieder zwischen den Generationen zunehmend verloren gingen.

Keine der Fragen, die im Falle einer echten Erneuerungsbewegung des Sozialismus ins Zentrum unserer Auseinandersetzungen gehört hätten, interessierte natürlich die neuen Machthaber, als gegen Jahresende 1990 die Personaldebatten an der Universität begannen. Schon die Tätigkeit der noch aus eigenem Entschluss und mit eigenen Kräften gebildeten Personal-Struktur-Kommission geriet augenblicklich unter den Aspekt, das Boot zu erleichtern, damit die Mehrheit seiner Besatzung in den bevorstehenden Stürmen im Trockenen blieb. Das war auch eine naive Vorstellung. Ich hatte nur Wochen vorher die Tatsachen selbst in Erinnerung gebracht, die es nun wenigen meiner Kollegen gerechtfertigt erscheinen ließen, mich „über Bord" gehen zu lassen. Als das Studienjahr 1990/1991 im Oktober begann, wurde eine Versammlung des Lehrkörpers einberufen, die im Kinosaal der Universität stattfand. Der Sektionsdirektor, auf meinen Nachfolger Erich Nickel war Adolf Rüger gefolgt, der sein Amt bereits über viele Jahre bekleidete, unternahm in einem Alleingang den ersten Versuch, sich kritisch mit der Geschichte unserer Sektion und insbesondere mit der Studentenpolitik auseinanderzusetzen. Solche Unternehmen werden gemeinhin und unpassend noch stets als „Aufarbeitung" der Geschichte" bezeichnet, ein Begriff, der mir vordem nur aus dem Elternhaus in Verbindung mit der Modernisierung alter Textilien bekannt und geläufig gewesen war. In einem Diskussionsbeitrag ging ich auf die strafweisen Exmatrikulationen von Studenten ein, an denen ich 1968 beteiligt gewesen war. Auf den hinteren Bänken des Saales hörten das einige Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes mit an, die sich als Gäste eingestellt hatten und – wie schon erwähnt – in den folgenden Monaten sich als nützliche „Saubermänner" hervortaten. Schon wenige Tage danach schrieb der Westberliner Historiker Götz Aly, von diesen mit Informationen versorgt, in der „tageszeitung" einen Artikel unter Verwendung der Tatsachen, über die ich gesprochen hatte. Dessen Spitze richtete sich zwar gegen mich, die Angriffe galten aber der Sektion

als Ganzer. Die Veröffentlichung bewirkte vor allem, dass von da an keiner meiner Kollegen Lust verspürte, in die eben begonnene Auseinandersetzung mit offenem Visier einzutreten.

So ergab sich in den folgenden Monaten eine kuriose Situation. Die gleichen Personen und Institutionen, die eine Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit unausgesetzt forderten, erstickten sie dadurch, dass sie jede kritische oder selbstkritische Äußerung sogleich zur Begründung von fristlosen Entlassungen aus der Universität auszubeuten trachteten. Diese Vorgehensweise und deren Folgen verschaffte ihnen immer aufs Neue das Argument, die Mitarbeiter der Universität seien nicht wirklich gewillt, in den Streit über die DDR-Jahre auch nur einzutreten. Daher bestehe auch keine Aussicht, die Anstalt in einem inneren Prozess zu erneuern.

Die im Oktober 1990 zuerst erwähnten Ereignisse, soweit sie mit meinen Entscheidungen zusammenhingen, haben 1991 noch in zwei öffentlichen Versammlungen im Senatssaal eine Rolle gespielt. Die gehörten schon nicht mehr in die Reihe jener Bemühungen um eine befreiende Erneuerung „von innen“, wiewohl gutwillige Teilnehmer das noch glauben mochten. Die Obrigkeit hatte ihr Urteil längst gesprochen und befunden, dass Kommissare, unter welcher tarnenden Bezeichnung auch immer, heranmussten, um das vorhandene Personal zu dezimieren, es von allen leitenden Plätzen zu verweisen und Wissenschaftler einzuführen, die bereit waren, diesen Kurs mit zu tragen und ihn bis zu Ende zu führen. Nun sollte einzig abgerechnet, Gericht gehalten und Rachebedürfnisse befriedigt und vor allem ausgenutzt werden. Zu diesem Zwecke mußte die abgrundtiefe ideologische und moralische Verderbtheit dieser „politischen“ und das sollte heißen: antiwissenschaftlichen Sektion Geschichte nachgewiesen werden. Von ihr wurde behauptet, sie sei nichts anderes als ein besonderes und auserkorenes Instrument des Zentralkomitees der SED zur Legitimierung von dessen Politik gewesen. Die Behauptung war zwar absurd, besaß aber den Charakter eines Bannfluchs. Übrigens war dieses Etikett anfänglich den Geschichtsinstituten der Akademie zugedacht, dann aber uns angeheftet worden, hatte es sich doch dort für das weitere Verfahren als unnötig und auch als unzweckmäßig erwiesen. Die Akademie-Institute ließen sich ersatzlos liquidieren, abwickeln, wie die bürokratische Fachsprache das nennt. Einer besonderen Begründung für die Entlassung der Mitarbeiter bedurfte es da nicht. Es genügte vollauf, die Einrichtung als nicht in den neuen Staat und dessen Wissenschaftslandschaft hineinpassend zu bestimmen.

Ich hatte mich den Diskussionen in den beiden erwähnten Versammlungen der Sektion gestellt, was anwesenden Journalisten zwar weiteres Futter lieferte, aber niemanden rechtens behaupten ließ, wir hätten uns Fragen und Anklagen verweigert, die Betroffene unserer früheren Entscheidungen vortrugen. Schon in der erwähnten Oktoberversammlung 1990 hatte ich auf zwei Ereignisse Bezug genommen, die nun wiederum die Auseinandersetzung um die Geschichte der Sektion beherrschten. Im Herbst 1968 waren aus einer Studentengruppe, deren Berater ich seit meinem Eintritt in die Universität drei Jahre lang gewesen war, vier Studenten strafweise exmatrikuliert und mit der Festlegung in Berliner Betriebe eingewiesen worden, sie könnten nach erfolgter Bewährung an die Universität zurückkehren. Als eine „Begleiterscheinung“ zu den Auseinandersetzungen um die Entwicklung in der ČSSR hatten sich in dieser Gruppe seit Monaten mehr oder weniger offen geführte politische Auseinandersetzungen entwickelt. Sie komplizierten sich dadurch zusätzlich, weil ihre Angehörigen nicht nur nach ihren Ansichten, sondern auch charakterlich und nach ihrer geistigen Befähigung soweit aus- und gegeneinanderlagen wie keine andere Studentengruppe, die ich vorher und nachher kennengelernt habe. Zum Eklat kam es in einer FDJ-Versammlung, an der ich wegen einer Grippe nicht teilgenommen hatte. In ihr war vorgeschlagen worden, eine Resolution gegen den Abriss der Potsdamer Garnisonskirche zu verabschieden. Walter Mohrmann, mit dem ich befreundet war, besuchte mich folgenden Tages und meinte, nun seien Disziplinarverfahren fällig. Sie fanden bald darauf statt. Ich sah sie als gerechtfertigt an und nahm wenig später an den Verhandlungen beim Direktor für Erziehung und Ausbildung teil, als deren Ergebnis die Exmatrikulationen vorgeschlagen wurden. Niemand war im Zweifel, dass es sich dabei um politische Entscheidungen handelte, deren Ziel es war, einen Sinneswandel der Betroffenen zu bewirken. Die Studenten konnten ihre Exmatrikulation, über die entschieden wurde, nur als eine disziplinierende Bestrafung und als in höchstem Grad ungerecht empfinden. Natürlich wurde sie nach dem Ende der DDR als ein

Beweis für die Existenz eines „Unrechtsstaates“ angeführt und diente zur Begründung für die Entfernung der an ihr Beteiligten von der Universität. In dieser Deutung findet sie das damals etwa 24 Jahre zurückliegende Ereignis auch in meinem von der Präsidentin der Universität 1992 ausgestellten Kündigungsschreiben.

Indessen kann das Zustandekommen des seinerzeitigen Urteils vollständig ohne die Betrachtung der Innenseite der Intelligenz- und Hochschulpolitik nicht verstanden werden, was nicht bedeutet, es auch zu rechtfertigen. Wer in der DDR studierte, hatte das ungeschriebene, aber sichere Recht auf einen seiner nachgewiesenen Befähigung angemessenen Arbeitsplatz. Für niemanden verband sich der Tag der Immatrikulation mit der Vorstellung, er würde sich am Tage seiner Exmatrikulation einem Millionenheer von Arbeitslosen zugesellen müssen, womöglich ohne einen anderen Anspruch als auf den Empfang von Sozialhilfe und damit einen Platz im „sozialen Netz“ eines Wohlfahrtstaates. Wer in der DDR sich für das Studium der Geschichte entschied und nicht Lehrer werden wollte, wie die Angehörigen der mir 1965 zur Beratung zugewiesenen Gruppe künftiger Diplomhistoriker, rechnete mit einem Arbeitsplatz an Universitäten, Hochschulen oder in wissenschaftlichen Instituten der Akademie, in Museen, kulturpolitischen Einrichtungen, Gedenkstätten oder auch, wenn es ihn oder sie in die Politik zog, in deren Organisationen. Darin bestand das Ziel dieser Ausbildungsrichtung. Niemand konnte im Zweifel sein, dass sich mit ihm eine herausragende Stellung verband. Sie wurde 1990 als „Staatsnähe“ vermessen und die sie aufwiesen, verfielen massenweise der Bestrafung. Die wurde vielen der Mitarbeiter zu teil, die an den Universitäten ausgebildet worden waren und danach in den genannten Einrichtungen gearbeitet hatten. Abgestraft wurden namentlich Historiker, weniger oder nicht Archivare. Die Hochschullehrer, aber auch nicht wenige ihrer Schüler verloren ihre Arbeitsplätze nach dem Anschluss der DDR – die einen früher, die anderen später.

Dass an den genannten Plätzen im wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Leben Leute wirken sollten, die zum Staat hielten, wird niemand nachträglich als verwunderlich ansehen können. Wer sich in diesem Punkte nicht festlegen wollte, entschied sich für ein den Bereich der Politik nicht oder weniger berührendes Studium und wandte sich den Naturwissenschaften oder der Medizin zu. In nicht wenigen Staaten verbindet sich mit Berufswegen und Tätigkeiten, wie sie sich für Historiker in der DDR abzeichneten, eine Beamtenlaufbahn, an die – beispielsweise in der Bundesrepublik heute – besondere Kriterien der Eignung und politischer Verlässlichkeit angelegt werden. Was die vier im Jahre 1968 zwangsweise exmatrikulierten und in Produktionsbetriebe verwiesenen Studenten der Geschichte anging, so waren an ihrer Loyalität gegenüber der DDR berechtigte Zweifel und mit ihnen die Frage entstanden, zu welchem Ende ihre Ausbildung unter den obwaltenden Bedingungen und angesichts der gesetzten Ziele denn führen sollte.

Das allein bestimmte meine Entscheidung jedoch nicht, zweierlei trat hinzu und gab den Ausschlag. Zum einen wurde das Verhältnis mehrerer Studenten dieser Gruppe zu einem erheblichen Teil des Lehrkörpers durch mehr oder weniger deutlich zur Schau getragenes Misstrauen und nicht oder kaum verhohlene Ablehnung gekennzeichnet. Jede Offenheit von Gespräch und Diskussion war verloren gegangen, wenn sie denn je existiert hatte. Daran waren die Studenten nicht in erster Linie schuld, aber nach meiner Beobachtung suchten sie auch unter den Angehörigen des Lehrkörpers niemanden, mit dem sie sich beraten hätten. Im Grunde ließen sich diejenigen, die dann von der Universität verwiesen wurden, geistig nicht mehr erreichen.

Zum anderen war die Praxis, bei vergleichbaren Konflikten junge Leute in eine Situation zu zwingen, sich die DDR von einer ganz anderen Seite als aus Schul- und Hörsaalbänken und von Seminarplätzen aus anzusehen, keine ad-hoc-Erfindung der späten sechziger Jahre. In meiner Jenaer Zeit hatte ich erlebt, wie mir nahestehende Genossen, darunter ein promovierter Philosoph, von ihren Arbeitsplätzen im Parteiapparat oder an der Universität auf unbestimmte Zeit entfernt und in Produktionsbetriebe geschickt worden waren, weil sie durch ihr Verhalten angeblich bewiesen hatten, dass sie keine Verbindung zur Arbeiterklasse mehr besaßen.

Nur glaubte ich an die These, wonach die tägliche praktische Beziehung zu Arbeitern eine veränderte Sicht auf Gesellschaft und Staat notwendig bewirken müsste, schon seit langem nicht mehr. 1956, als sich die SED eine Praxis Chinas abgesehen hatte, die mich zu einem einmonatigen Einsatz in ein kleines Jenaer Betonwerk führte, war ich in eine Gruppe von hauptsächlich un- und angelernten Arbeitern geraten. Die damals dort gewonnenen Erfahrungen waren politisch einzig geeignet, hinter die dogmatisierte These von der führenden Rolle der Arbeiterklasse ein Fragezeichen nach dem anderen zu setzen. Ähnliche Erfahrungen hatten sich bei anderen Gelegenheiten ergeben. Doch eine zeitlich begrenzte Zwangspause, die eine Denkpause nicht zu sein brauchte, wurde durch den Verweis von der Universität in einen Betrieb allemal geschaffen.

Zweierlei habe ich damals fiel zu gering veranschlagt. Zum einen die Erschütterung der Betroffenen über unsere Entscheidung und die denkbaren und unausdenkbaren Folgen für den Fall, dass sie nicht die Kraft hatten, die Urteile hinzunehmen und sich auf die Aussicht ihrer Rückkehr in die Sektion einzulassen. Zum anderen bedachte ich viel zu wenig, welche Wirkungen solche politisch motivierten Entscheidungen in die Universität und für unsere Arbeit notwendig zeitigen mussten. Sie konnten nur dazu beitragen, gerade diejenigen an freier Meinungsäußerung zu hindern, auf die es uns doch ankam: die Nachdenklichen und Zweifelnden. Mit dem Blick darauf, habe ich vor meinen Kollegen im Oktober 1990 gesagt und später wiederholt, dass unsere Entscheidungen nicht nur ungerecht im Hinblick auf die von ihnen betroffenen Personen, sondern zugleich so etwas wie Sargnägel für die DDR waren. Das erste erforderte eine Entschuldigung, die von einer Angehörigen dieser Gruppe, die nach dem Westen gegangen und an die meine Erklärung nicht gerichtet war, zuerst in einem Zeitungsartikel und dann auf einem Flugblatt, das in der Universität verteilt wurde, mit der Zurückweisung beantwortet wurde: „Wir nehmen Ihre Entschuldigung nicht an!“ Damit mußte ich rechnen und leben. Die Sargnägel waren nicht mehr zu ziehen ...

Die zweite Auseinandersetzung, in die ich in besonderem Grad als Akteur geriet, weil ich zu jener Zeit der Direktor der Sektion war, ereignete sich im Jahre 1978 und betraf einen Studenten, der zum Kreis um den Physiker Robert Havemann und Wolf Biermann gehörte. Die Ausbürgerung des dichtenden Liedersängers war ihm selbstverständlich zuwider. Keine Debatte, auch er gehörte einer Gruppe von Diplom-Historikern an, vermochte ihn von seinem Standpunkt abzubringen. Der „Fall“, eine Episode in der besonders unter Schriftstellern und Künstlern hochschlagenden Auseinandersetzung um die Entscheidung, erschien mir ungleich komplizierter als die eben geschilderten. Der Student war nicht nur ein theoretisch begabter und scharfsinniger junger Mann, sondern nach vieler Eindruck auch jemand, der es mit dem Sozialismus ernst meinte und – wovon ich mich später überzeugte – sich damals schon um dessen Gebrechen sorgte. Er war er der Sohn eines bekannten Publizisten, der nach dem Kriege als erster Parteisekretär der SED an der Humboldt-Universität gearbeitet hatte und sich vor allem zu wirtschaftspolitischen Fragen äußerte.

Ich war der letzte unter den vielen, die mit dem Studenten zu reden hatten. Am Ende mußte ich auch zu einem Entschluss kommen. Doch kannte ich ihn viel weniger als die Studenten, die 1968 exmatrikuliert worden waren und deren Bekanntschaft ich zuerst im Herbst 1965 auf einem brandenburgischen Kartoffelacker während der seinerzeit noch üblichen Ernteeinsätze gemacht hatte. Der Versuch vor der zu treffenden Entscheidung mit ihm in ein Gespräch zu kommen, an dem die für Studentenangelegenheiten zuständige Mitarbeiterin teilnahm und dessen Resultat den Hinauswurf hätte vielleicht noch vermeiden können, scheiterte komplett. Mein Gegenüber mag mich nach allen seinen jüngsten Erfahrungen eher verdächtigt haben, nur weitere Argumente gegen ihn sammeln zu wollen. Nach der in den Debatten verhärteten, ihn, den „Delinquenten“ auch zermürbenden Vorgeschichte konnte ein nochmaliges Abwägen des Dafür und Dawider in seinen Überlegungen nicht zustande kommen. Er und ich unterzeichneten ein Protokoll. Es enthielt die Festlegungen über sein Ausscheiden aus der Universität und die Bedingungen seiner Rückkehr. Darin wurde unter anderem festgelegt, dass er mit einem Professor der Sektion während seiner Arbeit in einem Berliner Betrieb in Verbindung bleiben solle. Damit war eine förmliche strafweise Exmatrikulation umgangen, zugleich aber ein weiterer Verbleib an der Sektion für den Studenten augenblicklich verschlossen. Was ihn antrieb, sich nach dieser Entscheidung noch einmal in einer meiner Seminarver-

anstaltungen einzufinden, kann nur er beantworten. Mir erschien das als trotzige und überflüssige Demonstration und Herausforderung. Ich forderte ihn auf, den Raum zu verlassen.

Später ist behauptet worden, ich hätte seinen Abgang vor den Seminarteilnehmern mit dem Liebermann-Zitat kommentiert, ich könne gar nicht so viel essen, wie ich kotzen möchte. Das machte sich in der Presse des Jahres 1991 eindrucksvoll und war eine Verleumdung. Liebermann hatte ich in einem früher geschriebenen Text für ein Hochschullehrbuch der deutschen Geschichte, dessen Gegenstand die Jahre zwischen 1933 und 1939 bildeten, mit diesen Worten in eben dem Zusammenhang zitiert, in dem die deftige Äußerung des Urberliners gefallen war. Sie hatte sich gegen die deutschen Zustände nach dem 30. Januar 1933 gerichtet. Ich hatte damals und während meiner gesamten Arbeit als Hochschullehrer weder Grund noch Veranlassung, mich gegenüber einem Studenten derart zu äußern. Auch der Inhalt des Textes, der über den Verweis des Studenten verfasst worden war, – er ist in allen späteren Auseinandersetzungen niemals herangezogen worden, hätte er doch die Behauptung von der Relegation widerlegt – sprach gegen den Kommentar, für den sich nie ein Zeuge oder eine Zeugin verbürgte. Doch passte die Version gut in das allgemeine Bild von den Verfolgungen, von Tätern und Opfern der SED-Herrschaft. Letztere hat es in der DDR, an der Universität und auch an der Sektion Geschichte durch das Eingreifen von Staatssicherheit und Justiz und im Ergebnis politischer Prozesse gegeben. Der Versuch, mich in deren Zustandekommen und Ergebnis zu ziehen, mußte aufgegeben werden. (Das hat nicht daran gehindert, dass Autoren eines Lexikons, einer Art Who was Who in GDR, eben behaupten, was bewiesen werden sollte, aber nicht bewiesen werden konnte. Wie andere Autoren ihres Interesses waren sie gewiss, dass sie übler Nachrede wegen keine gerichtlichen Auseinandersetzungen zu befürchten hatten.) Die an Auseinandersetzungen und Entscheidungen des Jahres 1972 hauptsächlich beteiligten Genossen, die damals im Sektionsdirektorat arbeiteten, waren inzwischen und früh verstorben.

Wie von den tatsächlichen Dokumenten und Texten, die von den etwa zwei Jahrzehnte und mehr zurückliegenden Entscheidungen zeugten, 1991 keine Rede war, so auch nicht davon, welche Folgen diese für die späteren Lebenswege der betroffenen Studenten besessen hatten. Es war den verfolgten Zwecken dienlich, das Geschehen unter den Begriff der „Relegationen“ aus politischen Gründen zu fassen und öffentlich den Eindruck zu erwecken, die über das Schicksal junger Leute befindenden Hochschullehrer wären von unmenschlichen Vorstellungen des Klassenkampfes, wie sie eben und nur Kommunisten eigen sind, geleitet gewesen und hätten hoffnungsvolle junge Leute dauernd in schwerstes persönliches Unglück gestürzt. Aus dem seien sie erst durch die Wende befreit worden.

Ich hatte weder Lust noch Absicht, über das den Exmatrikulierten weiter Geschehene vor dem Publikum der beiden schon erwähnten öffentlichen Versammlungen ein Wort zu verlieren. Das stand den seinerzeit gemaßregelten Studenten zu, wenn es ihnen berechtigter Weise nicht nur um ihre Person, sondern darüber hinaus auch um die Wahrheit über ein Stück Geschichte der DDR und ihres Hochschulwesens zu tun gewesen wäre. Einer von ihnen erklärte, ohne seine spätere Karriere zu schildern, er sei vergleichsweise glimpflich davongekommen. Ein anderer sagte, er könne mit einem Hochschullehrer Pätzold „leben“.

Hier also folgen die Tatsachen, die das Bild vervollständigen, ohne es zu beschönigen. Ich habe sie in einer an das Berliner Arbeitsgericht verfassten Stellungnahme niederlegte, nicht weil ich glaubte, das könnte dessen Entscheidung beeinflussen. Ich hielt das aber für die geeignete Gelegenheit, meine Sicht gleichsam zu Protokoll und zu den Akten in das Archiv der Universität wie dasjenige des Arbeitsgerichts zu geben.

Die fünf Studenten, an deren Exmatrikulation ich beteiligt gewesen war, sind an der Humboldt-Universität wieder immatrikuliert worden und haben an ihr den Hochschulabschluss in der von ihnen gewählten Studienrichtung erworben. Danach wurden zwei von ihnen Mitarbeiter von Berliner Instituten der Akademie der Wissenschaften. Der eine brachte es dort bis zum Professor, der andere hätte diese Ernennung mit hoher Wahrscheinlichkeit auch erreicht, doch wurde mit dem Ende des Instituts seine Karriere unterbrochen, wenn nicht beendet. Von den drei anderen wurde einer

nach seinem Studium auf eine Arbeitsstelle an der Viadrina, einem historisch-kulturellen Arbeitszentrum in Frankfurt a. O., vermittelt. Ein anderer war als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Sächsische Landesbibliothek gelenkt worden, vermeinte aber wohl, für eine ganz andere Laufbahn befähigt zu sein. Er forderte in einem Brief, den er an den Rektor richtete, meine Entfernung von der Universität. Keiner von den damals Gemaßregelten hatte sich, als 1989 jener Menschenstrom aus der DDR nach dem Westen einsetzte, ebenfalls dorthin gewandt. Nur einen der zeitweilig von der Universität verwiesenen Studenten verlor ich alsbald ganz aus dem Blickfeld. Ihm war seinerzeit, da er mit einer Gehbehinderung leben mußte, eine Arbeitsstelle im Staatsverlag der DDR zugewiesen worden. Wieder an die Universität zurückgekehrt, konzentrierte er sich auf sein zweites Fach, die Hungarologie. Von diesen fünf sind zwei später Kandidaten und Mitglieder der SED geworden. Einer bat mich für seine Aufnahme zu bürgen. Das habe ich getan. Beide Genossen übten an ihren Arbeitsstätten auch Wahlfunktionen innerhalb der Partei aus, einer wurde für einige Zeit Sekretär einer Grundorganisation.

Das sind Lebenswege, die bezeugen, dass die DDR eine Erziehungsdiktatur war. Dass von ihnen nicht geredet wird, weist auf die Scheu hin, sich auf die wirkliche Geschichte dieses Staates einzulassen und sich auf dessen pejorative Etikettierung zu beschränken, eine Verweigerung, die bis heute anhält, wofür die übergroße Mehrheit auch aller historiographischen Publikationen zur Geschichte des untergegangenen Staates steht.

Scheu ist womöglich ein zu schwaches Wort, regiert doch nach wie vor und allenthalben das Interesse, immer neue Täter und Opfer des „Unrechtsregimes“ zu präsentieren. Dass es jene wie diese gegeben hat, ist unbestreitbar. Und: Längst nicht alle, die sich als ungerecht Behandelte hätten zu Worte melden können, haben das getan. Ich habe, wovon 1991 nicht geredet wurde, nach dem militärischen Einmarsch in die ČSSR, als uns einer unserer Kollegen morgens mit den Worten begrüßte: „Na, nun geht Euch der Arsch auf Grundeis“, mit dafür gesorgt, dass er die Universität verlassen mußte. Für eine Tätigkeit mit Studenten hielt ich ihn nicht in erster Linie wegen seiner vielfach gespaltenen, im Kern nicht Sozialismus feindlichen politischen Ansichten für ungeeignet, sondern mehr noch aus dem charakterlichen Eindruck, den er mir machte. Mir schien ein junger Mann, der nachts seiner Marotte frönte und zwischen Berlin-Schönefeld und dem Berlin-Ostbahnhof die in den D-Zügen massenhaft von Reisenden liegen gelassenen leeren Getränkeflaschen einsammelte, um sich ohne Not mit dem Pfandbetrag ein Konto zu füllen, in hochschulpädagogischer Arbeit nicht recht am Platze. Doch war er ein eifriger und strenger Forscher. Meinem frühverstorbenen Freund Horst Bartel, dem Direktor des Akademie-Instituts für Geschichte, genügte mein mündliches Zeugnis, den nicht mehr ganz jungen promovierten Mitarbeiter einzustellen. Dort hat er auf seinem Spezialgebiet gearbeitet, es aber nicht dauernd ausgehalten und sich, wofür ich einen zweiten ähnlichen Fall eines Historikers in der DDR nicht kenne, als Forscher und freischaffender Mitarbeiter von Verlagen selbständig gemacht. Der Mann hätte Grund gehabt, auf das Jahr 1968 zurückzukommen, das hat er aber trotz seiner Fähigkeit zur Selbstdarstellung nicht getan. Er wusste wohl zu genau, in wessen Dienste er dabei unvermeidlich trat.

Wiederholt habe ich mir in den seit 1990 vergangenen Jahren überlegt, ob wir diese unsere Entscheidungen gegen Studenten und Mitarbeiter aufgrund der allgemeinen politischen Umstände, unter denen wir arbeiteten, nötig hatten. Wo lagen Alternativen, die Menschen nicht verletzt hätten und zugleich die vorhandenen Widersprüche in einer Richtung aufzulösen vermochten, die Gesellschaft und Staat zum erklärten Ziel voranbrachten? Konnten wir diese Minderheit in den Studentengruppen und diese Einzelgänger unter den Wissenschaftlern nicht „verkraften“? In einem Falle haben wir das getan. Das späte Ergebnis ist eher grotesk. Der so bevorzugt behandelte Mediävist, dem in der Sektion wie keinem Anderen Sonderrechte gewährt worden waren und dessen wissenschaftlich-publizistische Produktion trotz seiner Minderbelastung im Lehrbetrieb nahezu null betrug, hat sich später grundlos zu einem besonders lautstarken Ankläger gegen einen seiner – wie er parteilosen – Kollegen gemacht. Sein Auftreten bewies nur: Wenden wie jene des Jahres 1990 sind immer auch die Chance von psychopathischen Personen. In Pavel Kohouts Roman „Sternstunde der Mörder“ kann das anhand einer Geschichte aus Prag im Frühjahr 1945 nachgelesen werden.

Hätten wir, so lautete eine andere Überlegung, nicht Studenten, die wir für die Arbeit auf unserem Fachgebiet oder in Tätigkeiten, die mit ihm verwandt waren, für ungeeignet hielten, anbieten können, sich ein weniger mit politischen Ansprüchen und Forderungen befrachtetes Arbeitsfeld zu wählen, also zunächst in eine andere Ausbildungsrichtung zu wechseln? Das ließe sich jedenfalls denken, wenn dieses Vorgehen wohl auch von Betroffenen als Bestrafung empfunden, von ganz anderen und berechnenden Geistern als Chance genutzt worden wäre, über die Geschichte zum Studium der Medizin zu gelangen, wonach der Andrang so groß war, dass er die Zahl der gewünschten Studienplätze meist überstieg. Auch andere Schritte sind nachträglich vorstellbar, aber doch in die Wirklichkeit DDR kaum als praktikabel einzuordnen: Wir konnten Studenten nach erfolgtem Examen von der in manchen Jahren schwierigen Berufslenkung ausnehmen, wenn wir sie für keinen der vakanten Arbeitsplätze als geeignet ansahen. Das hätte sie gezwungen, sich mindestens zunächst eine ihrer Ausbildung fremde Arbeit zu suchen und wäre mit Sicherheit vielfach darauf hinausgelaufen, einen Antrag auf „Ausreise“ zu provozieren und der Bundesrepublik kostenfrei einen weiteren solide ausgebildeten Wissenschaftler zuzuführen.

Nein, wenn wir es uns auch so nicht einbekannten: Diese DDR, die wir als unseren Staat betrachteten und deren Bestand und Fortkommen wir zu sichern wünschten, war eine Erziehungsdiktatur und ihr lag ideologisch die Annahme zugrunde, dass jeder nur die Werte der sozialistischen Gesellschaft erfahren und erkennen müsse, um sie zu schätzen. Wer das noch nicht vermochte, mußte überzeugt werden, und wer sich als künftiger Angehöriger der Intelligenz mit Worten nicht überzeugen ließ, der eben sollte sich an der Basis der Gesellschaft, im Produktionsprozess arbeitend, neu orientieren und eines Besseren belehren lassen. Lese ich die Briefe, die der 1977 von der Universität gewiesene Student, als er in einem Berliner Großbetrieb arbeitete, demjenigen meiner Kollegen schrieb, mit dem er, wie vereinbart war, Kontakt halten sollte und auch pflegte, dann ist – es wurden keine berechnenden Kotaus vor einem alten Sozialisten geschrieben – unverkennbar, dass sich für ihn mit dem erzwungenen harten Wechsel der Perspektive tatsächliche Lernprozesse verbanden. Doch offenbar nur unter der Voraussetzung und im Ausnahmefall, dass eine innere Bindung zum sozialistischen Projekt und Ziel bereits hergestellt und die Bereitschaft vorhanden war, sich nachdenkend mit dem Verhältnis von Ideal und Wirklichkeit zu befassen.

Andere Lösungen von Konflikten als die erwähnten und die in den geschilderten Fällen praktizierten, sind mir auch nach Jahren des Nachdenkens nicht eingefallen. Doch der Kern der Sache lag auch hier in unserem begrenzten und höchst unvollkommenen Verständnis vom Weg in eine sozialistische Gesellschaft, von dessen Stufen und deren Charakteristika. In unserem Denken war für eine Opposition, die andere Wege und Methoden als die von der führenden Partei beschlossenen vorschlug, diese öffentlich diskutieren wollte und auf ihren Überzeugungen beharrte, kein Platz. Deren Auftauchen erschien eo ipso als systemgefährdend, mindestens nicht als systemförderlich. Alles Gerede vom Streit der Meinungen war letztlich hohl, sobald mehr als Randfragen der Politik in Rede kamen. Das galt auch für das verkündete Parteiprinzip, dass die Minderheit in Betracht zog und von ihnen lediglich verlangte, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Minderheitsmeinungen wurden in keiner Phase unserer Entwicklung gemocht und ihre Verfechter permanent daran gehindert, sich öffentlich zu artikulieren. Sie galten nur als Klotz am Bein unseres wegbewegten Jahrhundertschritts. Deshalb wurde sie bekämpft oder diszipliniert, letzteres hieß, auf die Linie gedrängt, die von den Parteiführern vorgezeichnet und als die einzig Richtige und Alternativlose markiert worden war. Konnte mir nicht früher die Einsicht werden, dass so das vielberufene Schöpfertum zur Einbildung wurde und die Berufung darauf zur bloßen Kulisse, hinter der sich Starrheit, Ideenarmut, schließlich Gedankenlosigkeit unvermeidlich anhäufen und verderbend türmen mußte?

Die Versuche, diese Frage verspätet zu beantworten, führt im engeren Sinne in die Geschichte meiner politischen Biographie und im Weiteren in die Vergangenheit der Arbeiterbewegung. Seit der Frühzeit sozialistischer Bestrebungen war erkannt, dass die Unterdrückten in der kapitalistischen Gesellschaft nur Aussicht besaßen, ihre Interessen zu verfechten, wenn sie sich sammelten und organisierten. Marx setzte, wie erwähnt, auf die „Kombination der großen Zahl“. Ebenso einsichtig war für die meisten Sozialisten, dass sie auf ihrem Weg ohne Führerschaft so wenig auskommen

würden wie jede soziale und politische Bewegung vor ihnen. Doch die unbezweifelbar richtigen Grundgedanken entarteten und verkamen. Frühe Formen des Führerkults entwickelten sich schon in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie und das nicht nur „von oben“, sondern auch „von unten“ her. Die Schwachen waren bereit, sich an den Starken zu orientieren und sich auf sie zu verlassen. Einheit und Geschlossenheit, wie es später in den Parteistatuten der Kommunisten hieß, galten als ein hoher Wert, Angriffe gegen sie als ein Vergehen, wenn nicht als ein Verbrechen an der Partei und der immer als imaginärer oberster Richter angerufenen Arbeiterklasse.

Die Generation, die an der Spitze der SED stand, war in der Weimarer Republik in diesem Geiste erzogen worden und hatte ihn in der KPD durchgesetzt. Mit „Abweichlern“ wurde rigoros verfahren. die Partei von ihnen mehrfach „gesäubert“. Die dauernde Konkurrenz und Konfrontation von Kommunisten und Sozialdemokraten tat auf beiden Seiten ein Übriges. Für die Linken war in der SPD so wenig Platz wie für die angeblichen „Rechten“ in der KPD. Dieser Umgang mit Genossen in den eigenen Reihen wurde auch in keiner späteren Phase einer kritischen Untersuchung und Überprüfung unterzogen. Im Gegenteil: Es galt die These, die Partei wachse und stärke sich, indem sie sich „reinige“. Hermann Matern hatte bereits in den frühen fünfziger Jahren in mehreren Lektionen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung während der Jahre der Weimarer Republik die uneingeschränkte Rechtfertigung dieser Praxis gegeben und sie als den einzigen Weg zum Wachstum der Parteikräfte charakterisiert. Das waren die frühesten Publikationen, mit denen auch mein Studium der Geschichte der deutschen Kommunistischen Partei begann.

Was später „Kultur des Meinungsstreites“ genannt wurde, lag außerhalb alles Denkens und aller Praxis in der SED. Aktiv wie passiv war ich Teilnehmer an Parteiverfahren, ausgelöst durch wirkliche oder vorgebliche politische Delikte, Denkweisen oder Handlungen, die als parteischädigend angesehen wurden. Namentlich zu Stalins Lebzeiten, aber auch noch in den Jahren nach dem XX. Parteitag der KPdSU ging es während dieser Verfahren rüde zu. Manche schienen mir geradezu absurd und selbst unserem Anliegen nur abträglich, andere wieder als gerechtfertigt. Zu den ersteren gehörten beispielsweise jene, die vollständig ignorierten, dass es in Deutschland einen nach Millionen zählenden Frauenüberschuss als Folge des Männersterbens im Kriege gab. 1952 in die Mühlen eines Parteiverfahren und unter die Anklage des „Antisowjetismus“ geraten, das ergab zu Lebzeiten Stalins keine komfortable Situation, und 1965 zum Haupt einer in anderer Weise als parteischädigend qualifiziertem Gruppe von Historikern erklärt, ohne dass darüber allerdings eine öffentliche Auseinandersetzung riskiert worden war, hatte ich selbst bemerkt, wieviel Willkür sich mit dieser im geheiligten Namen des Parteifortschrittes geübten Praxis von Verdächtigungen und Anschuldigungen verbinden konnte und wie hilflos und allein gelassen diejenigen meist waren, die sich an den Parteipranger gestellt sahen. Ähnliche Erfahrungen machten mindestens Zehntausende von Parteimitgliedern und in aller Regel nicht die anwachsende Zahl der „Mitläufer“, sondern diejenigen, die Probleme sahen und aufgriffen, nachdachten und eigene Ansichten vortrugen.

Was hinderte mich, solche Eindrücke und Erlebnisse wirklich bis zum Ende zu verarbeiten? Das vorgedachte Resultat und die Konsequenz, die aus solchem Denken erwachsen konnten? Nein, bedrückende Erlebnisse und quälende Erfahrungen wurden immer wieder dadurch verdrängt und kompensiert, dass es in dieser Partei so viele andere Eindrücke gab, vor allem diejenigen, die aus der kameradschaftlichen und sinnvollen Arbeit für ein gemeinsames, als gerecht empfundenes Ziel entstanden.

So schmerzlich die unverdienten Schläge waren, – 1965 verspürte ich ihre Wirkung auch physisch und bemerkte zum ersten Mal an mir, was das ist: der Blutkreislauf –, sie gerieten doch immer wieder in jene Denkschublade, auf der das Schild stand: Kinderkrankheiten, Schwierigkeiten eines großen Beginnens und individuelle, allzu menschliche Schwächen. Und schließlich war da die unabweisbare banale Tatsache, dass die Politik, auch die in der SED nach innen gerichtete, von Menschen gemacht wurde. Ich wehrte mich lange gegen die Argumente von Freund Horst, der aus eigener und näherer Anschauung als ich sie besaß, mir von den negativen Wirkungen des Parteiapparates, der Verführung durch Macht und deren Missbrauch sprach. Lange neigte ich dazu, alles, was mir als falsch erschien, auf das Fehlverhalten von Einzelnen zurückzuführen. Erst im Verlauf von

Generationen und deren Leben in nichtkapitalistischen Zuständen, meinte ich, würde eine wirkliche Gemeinschaft entstehen können, deren Mitglieder von den „Schlacken“ einer durch Konkurrenz, Zwietracht und Feindschaft geprägten und bis in graueste Vorzeiten zurückreichenden Vergangenheit befreit sein würden. Das war eine sehr blauäugige, aber tröstliche Sicht. Sie half, über Enttäuschungen hinwegzukommen und selbst Gemeinheiten zu ertragen.

Was Macht über Menschen und Wirken an einflussreichem, womöglich herausragendem und Respekt gebietendem Platz für manche meiner Genossen bedeutete, lernte ich geradezu schleppend. Sich in einer Stellung oder Funktion festzusetzen und an sie zu klammern, mit denen der Besitz solcher Macht oder auch nur der tägliche Kontakt mit Mächtigen verbunden war, lag außerhalb aller meiner Pläne. Das widersprach meinen eigenen Neigungen völlig. Ich habe in mehreren Phasen meines Lebens einen Anteil an dieser Macht besessen und eben fallweise und am negativen Beispiel darüber berichtet, wie ich sie gebrauchte. Doch sah ich jede dieser Funktionen stets als zeitweilig an und bin aus ihnen – zumeist erst nach mehreren vergeblichen Anläufen – wieder entlassen worden. Der 1960 an mich ergangenen Aufforderung, dauernd im Parteiapparat zu arbeiten, habe ich mich ohne irgendwelche Vorhaltungen und Auseinandersetzungen entziehen können. Der seinerzeitige Bezirkssekretär der SED in Gera, Paul Roscher, war ein einsichtiger Mann, mit dem sich sachlich und verständig reden ließ und der ohne viele Umschweife meinem Wunsch Rechnung trug, mir gründlichere Fundamente auf meinem Fachgebiet zu verschaffen, als ich sie nach vierundeinhalb Studienjahren besaß. Die Funktion des Sektionsdirektors, die ich von 1973 bis 1977 ausübte, wurde ich an der Humboldt-Universität nach zu bewältigenden Schwierigkeiten ebenso wieder und dann leicht und erleichtert los. Und ein späteres Gespräch, in dem meine Haltung zur Übernahme eines Prorektorats ergründet werden sollte, endete rasch, als ich abwinkte.

Erst als Breschnew auf seinem Stuhl klebte, dann der kranke Andropow und nach ihm der sieche Tschernenko auf ihn gehievt wurden, als kein einziges Mitglied des Politbüros der SED aus Altersgründen den Hut nahm, als immer mehr Abteilungsleiter im zentralen Parteiapparat die Grenze zum Rentenalter überschritten hatten und ihre Posten nicht räumten (während Hochschullehrerinnen im Alter von 60 Jahren obligatorisch emeritiert wurden), begann ich um- und über die Faszination der Macht und die von deren Inhabern erlangten Vorteile nachzudenken, immer noch kopfschüttelnd und ungläubig. Warum setzte niemand wenigstens von denen, die doch die Fähigkeit besaßen, aus ihrem wechselvollen und vielfach dramatischen Leben zu berichten und damit über eine Alternative zur politischen Tagesarbeit geboten, den Rückzug ins Private, an einen häuslichen Schreibtisch durch? Der Besitz von Macht ist für die einen, was für andere der Genuss von Alkohol oder Heroin ist, mit dem erheblichen Unterschied, dass wohl für jene, nicht aber für diese Entziehungskuren angeboten werden.

Mein Erkenntnisweg wurde in diesem Punkte überlang. Daran waren auch Prozesse der Verdrängung beteiligt. Selbst wer sich dafür nicht sonderlich interessierte, dem entging in der DDR doch nicht diese oder jene Nachricht von der Inanspruchnahme von Privilegien durch Partei- und Staatsobere. Als ich in den fünfziger Jahren selbst sechs Jahre im Parteiapparat der SED arbeitete und mit meiner Familie wiederholt Urlaub im einzigen Ferienheim der Bezirksparteiorganisation am malerischen Saalburger Stausee verbrachte, erholten sich dort Mitglieder des Politbüros und Mitarbeiter aller Rang- und Verantwortungsstufen noch gemeinsam. Auf der „Karl-Marx-Höhe“, einem Haus, das einem der Nazigrößen gehört hatte und in dem für etwa 30 Gäste bequem Platz war, ging es genossenschaftlich zu. Dort begegneten mir während mehrmaliger Aufenthalte Erich Mückenberger, der dem SED-Politbüro angehörte und schon seine „Schatten“ hinter sich herschleppte, der gesellige und unternehmungsfreudige Walter Fisch vom Parteivorstand der KPD, dem ich einen lebendigen Bericht über seine Exilzeit und den Zustand der Schweizer Gefängnisse verdanke und mit dessen Familie wir Stunden in Paddelbooten auf dem Stausee und an dessen Rand an abgelegener Stelle verbrachten, und viele „einfache“ Genossen vorwiegend aus der Thüringer Parteiorganisation und aus der Mitgliedschaft der westdeutschen Partei.

Diese Zeiten waren lange vorbei. In späteren Jahren habe ich nur noch einmal ein Parteiheim der niederen Stufe am Teupitzer See von innen gesehen, als wir dort an einigen Wintertagen zur Arbeit

am *Grundriss der deutschen Geschichte* versammelt wurden. Es stand wintersüber bis auf die Nutzung durch ein paar Witwen von Parteifunktionären leer. Ansonsten kannte ich die Innereien solcher Einrichtungen nur dadurch, dass ich den Vorsitzenden der DKP, Kurt Bachmann, zweimal in verschiedenen Heimen in der näheren Umgebung Berlins besuchte, die für die Erholung von Mitgliedern der westdeutschen Partei bestimmt waren. Damals hatte ich den Auftrag übernommen, einen Manuskriptentwurf zu schreiben, aus dem mit Ergänzungen Bachmanns und unter seinem Namen ein in der Bundesrepublik erscheinendes Buch wurde. Diese Heime waren intimer und erheblich besser ausgestattet als der Durchschnitt der FDGB-Heime. Ich hielt das wegen der dort einquartierten Besucher, Mitglieder einer Partei, die sich im eigenen Staate verschiedensten Benachteiligungen aussetzten, auch für gerechtfertigt.

Einen anderen Eindruck machte mir ein zufälliger Aufenthalt in einer Stadtvilla der Bezirksleitung der SED in Halle. In der Stadt an der Saale hatte eine Veranstaltung unserer Historikergesellschaft stattgefunden und für deren Referenten und weitere Akteure gab es ein Abendessen. Mehr als das nicht eben geschmackvolle Interieur bedrückte mich das Auftreten des Gastgebers, eines stellvertretenden Abteilungsleiters, mithin eines Mannes, der in der Leitungshierarchie nicht an der Spitze stand. Wir wurden zunächst überfüttert und uns zum abschließenden Höhepunkt des Treffens das eben in Halle produzierte „Sektpils“ angeboten, zum Beweis einer weiteren wirtschaftspolitischen Errungenschaft. So erlebte ich, was in diesen inzwischen abgehobenen Parteikreisen für Maßstäbe und Gewohnheiten sich entwickelt hatten und heimisch geworden waren. Ich fragte mich, wie es zuginge, wenn ehrenwertere Gäste einträfen und bewirtet wurden.

Gemessen an dem parasitären Leben der Schwerreichen in kapitalistischen Staaten mögen diese Tatsachen banal und ihre Erwähnung kleinlich anmuten. Doch der einzig heranzuziehende Maßstab, mit dem unser Anspruch und unsere Wirklichkeit rechtens verglichen werden konnten, ließ sie anders erscheinen. Uns hatte doch gegolten, dass wir gewiss keine Asketen, aber ebenso wenig die ersten Nutznießer des Weges aus kapitalistischen Zuständen sein wollten. An Tagen der Wiederbegegnung der Arbeitskollegen nach der langen Pause zwischen den Studienjahren wurde in der Universität wenig gearbeitet. Man redete über Ferieneindrücke und schwatzte. Kaum einer, der in den Grenzen der DDR nicht auf den Sitz eines Politbüromitglieds gestoßen war oder irgendwelche wahren oder auch übertriebenen Berichte davon gehört hatte. Insgesamt konnte nicht bezweifelt werden, dass immer häufiger und ungeniert in Staatstöpfe gegriffen wurde, von denen jeder die Finger zu lassen hatte, der sich sozialistischen Grundsätzen verpflichtet fühlte. Das Ansehen des Hans Modrow in Dresden gründete sich nicht zuletzt darauf, dass er gerade in diesem Punkte als eine Ausnahme angesehen wurde.

Ich selbst habe diese meine eigenen oder die mir verlässlich mitgeteilten Beobachtungen anderer nie weiterverarbeitet, sondern mich lieber und zunehmend gegen derlei Informationen abgeschottet. Nach einem dieser Eröffnungstage, mit den sich wiederholenden Gesprächsstoffen, fasste ich den Entschluss – wiewohl ich mich ohnehin nicht häufig in den Kreisen tratschender Männer aufhielt, von denen wir in der Sektion einige ausdauernde Exemplare besaßen –, künftig zu Studienjahresbeginn die Universität erst zu betreten, wenn es richtig losging. Diese Verweigerung gegenüber der Realität ermöglichte Konzentration auf die eigene Arbeit und vermied Missstimmung. Sie war auch bequem. Ich nahm als unabänderlich oder zumindest als unbeeinflussbar hin, was doch Einspruch verlangt hätte.

Gewiss: Die Gesellschaft, in der Einzelne oder Gruppen die Funktion einer allgemeinen Kontrollinstanz ausüben, ist noch nicht erfunden und sie mag, selbst wenn man sie sich demokratisch gegründet vorstellt, nicht sonderlich attraktiv erscheinen. (Wieviel Borniertheit regierte in der Zeit, von der hier die Rede ist, an den „Runden Tischen“ mit.) Wie abschreckend aber sind erst jene fundamentalistischen Tugendwächter im Iran und in Saudi-Arabien. Diese Fanatiker drangsalieren die Bevölkerung im Namen Allahs und zum Nutzen der Regierenden. Das ruft in weiten Teilen der Welt Abscheu und den Wunsch hervorruft, die Tage dieser brutalen Sittenpolizei möchten gezählt sein. Aber: Wenn Sozialisten jene moralischen Grundsätze – zu ihnen gehörte, dass die Partei im Dienste der Massen stand –, wahren wollten, Grundsätze, mit denen wir unsere Arbeit begonnen

und die Führung beansprucht hatten dann müssten wir doch demokratische Formen und Verfahren der öffentlichen Selbstkritik und Selbstkontrolle finden, erproben und so fest einrichten, dass von diesen Prinzipien nur bei Strafe abgewichen werden konnte. Dann mußte vor der Bevölkerung stets auch die Innenseite der sozialistischen Partei offengelegt werden können. In Wirklichkeit aber wurde der Blick dahin schon den eigenen Genossen durch vielerlei „Sichtblenden“ versperrt. Das sollte nicht wenig zu den tiefen Erschütterungen beitragen, die gerade in der Mitgliedschaft der SED eintraten, als 1990 noch vor dem Ende der DDR die Phase der wohlgezielten „Enthüllungen“ der Regierungspraktiken und des Lebens der Parteiführer begann.

Die Menschen seien ein Produkt ihrer Verhältnisse, heißt es. Letztlich überstieg es mein Vermögen, mir unter den Umständen unserer eigenen Schwäche eine demokratische Gestaltung von Gesellschaft und Staat zu denken, die von den obersten bis in die niedersten Etagen reichte, mir also eine Alternative zum praktizierten „realen Sozialismus“ zu denken. Danach sucht eine Minderheit heute erst und tut es unter der Last der Frage, ob es für ihre Verwirklichung je eine zweite Chance geben wird. Wir kennen jetzt den Weg in die Sackgasse, vermögen aber nicht zu sagen, ob und wann ein neuer, erfolgversprechender geschichtlicher Ausgangspunkt gefunden werden kann, von dem aus ein Pfad über die ausbeuterische, mit Ungerechtigkeiten und Elend, Armut und Hungertod gespickte Welt der Kapitalherrschaft hinausführen kann. -

Doch zurück zum Ablauf der Ereignisse nach jenem 3. Oktober 1990, dem Tag, der später durch Parlamentsbeschluss zum arbeitsfreien „Tag der deutschen Einheit“ erklärt wurde. Von da an galten Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik auch für alle, die in den Beitrittsgebieten des Ostens lebten. Wo Entscheidungen in die Landeshoheit fielen, mussten in den Neuen Bundesländern Verfassungen und weitere Gesetze erst angenommen werden, die Grundlagen und Richtlinien für staatliches und anderes politisches Handeln schufen. In Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beschlossen gewählte Länderparlamente Gesetze an, die eine neue Hochschulpolitik ermöglichten und juristisch rechtfertigten. Als Vorlagen dienten die in den alten Bundesländern gültigen. Dennoch brauchte das eine gewisse Zeit. Für den Osten Berlins, der dem Westteil der Stadt, dem Lande Berlin, angeschlossen wurde, lag die einschlägige Gesetzgebung hingegen komplett vor. Sie brauchte nur für alle im Ostteil befindlichen wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen und damit auch die Humboldt-Universität als verbindlich erklärt zu werden. Dazu waren einige Überleitungs- und Anpassungsgesetze zu beschließen. Dies erwies sich angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus, dem Landesparlament, als problemlos. Die ohnehin nicht einheitlich votierenden Parlamentarier aus den Ostbezirken der Stadt besaßen keine Chance, bestimmend einzugreifen.

Wichtiger als diese juristische Sachlage wurde, dass nun Politiker, Parteien und Medien eine geradezu hysterische Atmosphäre der „Reinigung“ und „Säuberung“ erzeugten, die von den wüsten und haltlosen propagandistischen Anklagen gegen Institutionen aus DDR-Zeit, gegen Personengruppen und Einzelpersonen begleitet und vorangetrieben wurde. In deren Zentrum gerieten selbstredend die ehedem Regierenden. Von ihnen wurde das Bild einer hochkorrupten Gruppe von Politikern gezeichnet, denen nichts anderes im Sinne gelegen habe, als unbegrenzter Machtbesitz, eigene Bereicherung und das Wohlleben ihrer Familien, weshalb sie sich verbissen und skrupellos an der Regimespitze behauptet und an ihre Plätze und Pfründen geklammert hätten. Als eine Art Kronzeugnis für dieses Bild galt das Ghetto, in dem die Mitglieder des Politischen Büros in Wandlitz gewohnt hatten. Tatsächlich besaßen die dortigen Häuser eine Ausstattung, mit der sich kaum ein durchschnittlich verdienender Handwerker in der Bundesrepublik zufriedengegeben hätte. Obendrein war diese Zusammenballung der Parteiführer an einem Ort, wie sehr sich die ganze Gruppe dadurch auch zusätzlich vom Leben der Bevölkerung isoliert hatte, den Steuerzahlenden jedenfalls billiger zu stehen gekommen, als der Sicherheits- und Bewachungsaufwand für Villen an vielen Enden oder am Rande der Stadt, – eine Rechnung, die aber gewiss bei der Entstehung dieses Sonderbezirks kaum eine Rolle gespielt haben dürfte, denn in anderer Hinsicht zeigte sich diese Führungsspitze wenig von Erwägungen der Sparsamkeit beeinflusst.

Den Ausschlag für die Wirkung der „Enthüllungen“ über das Privatleben der Mitglieder des Politbüros gab, dass sie sich mit eben jenen Waren aus dem Westen versorgt hatten, welche für die Masse der Bürger nur in Ausnahmefällen und für manche überhaupt nicht erreichbar gewesen waren. Und da für die Mehrheit der einstigen DDR-Bürger „Westwaren“ nicht einfach nur Gegenstände des Gebrauchs und Verbrauchs dargestellt, sondern den Charakter von Fetischen angenommen hatten, erwies sich das „Thema Wandlitz“ für die neuen Agitatoren als ein Volltreffer. Die Entscheidung, die Siedlung zuerst zur Besichtigung freizugeben und sie dann in eine Einrichtung des Gesundheitswesens umzuwandeln, zielte zusätzlich darauf, die neuen Staatszustände als bürgeroffen und human darzustellen. Auch auf diesem Felde folgte auf Hoffnung und Euphorie bald Er- und Ausnüchterung.

Kaum jemand hätte vorausgesagt, dass nächst den Personen an der Partei- und Staatsspitze medizinische Einrichtungen der DDR und in ihnen wirkende verdienstvolle Ärzte und Hochschullehrer ins Visier antikommunistischer Attacken geraten würden. Und dennoch geschah das. Chirurgen wurden bezichtigt, gleichsam mit gezückten Skalpellen neben Sterbenden gestanden zu haben, um deren Organe zur Verwendung für lebensbedrohte Prominente oder Privilegierte zu gewinnen. Gynäkologen sahen sich der Anklage ausgesetzt, sie hätten lebensfähige Frühgeborene in irgendwelchen Behältnissen verrecken lassen. Eine Zielscheibe dieser ebenso wahnwitzigen wie skrupellosen Angriffe war die Berliner Charité. Unmittelbar bewirkt wurde, dass Menschen, die plötzlich in einem Krankenhaus stationär behandelt werden mussten, ausdrücklich baten, nicht in die Universitätsklinik gebracht zu werden. Doch im Kern zählte dieses verlogene Vorgehen zu dem Versuch, den untergegangenen ostdeutschen Staat in die Nähe der faschistischen Herrschaft zu rücken und ihn so als die „zweite deutsche Diktatur“ zu verteufeln. Dazu war die Erfindung einer verbrecherischen Medizin ebenso bestimmt wie später die Behauptung von der antisemitischen DDR.

An dies und einige weitere Methoden, die Bevölkerung insbesondere gegen die wissenschaftliche Elite der DDR aufzuputschen, sie aufs höchste zu verunsichern und ihr das Gefühl zu geben, von bisher unerkannten Drohungen befreit worden zu sein, wollte sich alsbald niemand mehr erinnern, der am demagogischen Treiben beteiligt gewesen war. In Geschichtsbüchern über die „Wende“ findet sich davon nichts, wenngleich und gerade, weil sich daran erhellende Vergleiche knüpfen lassen. Würden diese doch die Wiederholung dessen bloßstellen, was sich in deutscher Geschichte tatsächlich schon einmal zugetragen hatte. Auch 1933 gehörten Horrormeldungen zur Methodik früher Staatsmachtbefestigung. Damals bezogen sie sich darauf, was die Kommunisten an Ungeheuerlichkeiten bis hin zu Akten des individuellen Terrors angeblich planten und verwirklicht haben würden, wären nicht Hitler und die Seinen an die Regierung gelangt. Diesmal war die Argumentation verschärft und nicht von beabsichtigten, sondern von angeblich begangenen Verbrechen die Rede.

In jenen Tagen sagte mir ein Bekannter gesprächsweise, es würde den neuen Herren angesichts der von ihnen erzeugten hysterischen Atmosphäre keine Schwierigkeiten bereiten, die hauptamtlichen Funktionäre der SED von einer gewissen Stufe oder Stellung an in Lagern gefangen zu setzen. Die Überlegung erschien mir nicht abwegig. Man hätte solche Isolierungsstätten ja nach österreichischem Vorbild schlicht „Anhaltelager“ nennen oder eine andere harmlos klingende Bezeichnung gewiss erfinden können. Nur stieß die Praxis der antisozialistischen Aufpulverung, gerade weil sie in der deutschen Geschichte keine Uraufführung war, offenkundig an zu beachtende Grenzen. Zudem schenkte das Ausland den Entwicklungen, die ins größere Deutschland führten, zu jenem Zeitpunkt eine Aufmerksamkeit, die nur mit der des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit vergleichbar war.

In dieser allgemeinen Atmosphäre begann auch die Abrechnung mit den Historikern an der Humboldt-Universität, die als eine Gruppe eingestuft und gekennzeichnet wurden, die nichts anderes getan habe, als das Loblied der Machthaber zu singen und die Studentenschaft zu dessen Mitsängern zu dressieren. Der für die DDR-Historie und auch für einige benachbarte Disziplinen gefundene pejorative Ausdruck lautete „Legitimationswissenschaft“. Insgesamt wurde der untergegangene Staat zu einer „Wissenschaftswüste“ erklärt, ein Bild, was zu dem Versprechen der „blühenden

Landschaften“ besonders gut und kontrastierend passte. Zudem wurde in Umlauf gesetzt, die von den Historikern veröffentlichten Arbeiten seien politische Schriften und wissenschaftlich wertlos, ihre Verfasser folglich entbehrlich, weil erwiesenermaßen zu keiner ernsthaften Forscher- und Gelehrtenarbeit befähigt. Die Nähe zu früheren Verfahren, nicht die Gleichheit des Vorgehens ist auch hier frappant. Einst hatte es für eine Gruppe von Wissenschaftlern, die deutschen Juden, geheißen, sie könnten nicht deutsch, sondern nur jüdisch denken. Nun wurde von tausenden, eben noch mit anderen als Brüder und Schwestern bezeichneten Ostdeutschen behauptet, sie könnten eigentlich überhaupt nicht wissenschaftlich denken. Folglich blieb nur noch zu entscheiden, wie wir mit dem Anschein gesetzlich gestützter Praktiken von unseren Arbeitsplätzen verdrängt und die Studenten von uns befreit werden könnten. Westdeutsche Nachfolger schienen ausreichend verfügbar. Nicht wenige sahen die nicht wiederkehrende Gelegenheit auf sich zukommen, eine Karriere zu machen, die sich ihnen in den Grenzen der alten Bundesländer niemals eröffnet haben würde.

Das Verfahren, das auch auf die Historiker der Humboldt-Universität Anwendung finden und sie für den Weg zu den Arbeitsämtern oder für den Vorruhestand freisetzen sollte, wurde schon erwähnt und hieß “Abwicklung“. Wir lernten einen alten Begriff, mit dem wir bisher meist nur eine manuelle Tätigkeit verbunden hatten, in einer neuen Bedeutung kennen. Ich interessierte mich ein wenig für dessen Geschichte und schrieb darüber auch in der *Weltbühne*. „Abgewickelt“ worden waren Einrichtungen in Österreich, nachdem es 1938 dem Reich, das sich nun Großdeutsches nannte, einverleibt worden war. „Abgewickelt“ hatte Reinhard Heydrich die Stadtgemeinde Theresienstadt/Terezín, als sie zum Ghetto für die Juden der Tschechoslowakei bestimmt wurde, in das später auch „privilegierte“ Juden aus Deutschland und anderen okkupierten Staaten verschleppt wurden. „Abgewickelt“ worden waren, las ich, Einrichtungen der kaiserlichen Streitkräfte, als diese nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg auf das Maß der Reichswehr reduziert werden müssten. Kurzum: „Abgewickelt“ bedeutete stets, dass Institutionen ersatzlos gestrichen wurden. Für die Regierungsorgane der DDR traf das uneingeschränkt zu und an den Universitäten sogleich die Sektionen Marxismus-Leninismus, deren Mitarbeiter die bis dahin obligatorischen Lehrveranstaltungen des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums bestritten hatten. Aber sollte im Hause Unter den Linden in Lehre und Forschung Geschichte fortan nicht mehr betrieben werden? Das wurde nicht beabsichtigt. Nichtsdestoweniger beschloß der Berliner Senat gemeinsam mit fünf weiteren Universitätseinrichtungen auch die Geschichtssektion „abzuwickeln“. Das geschah kurz vor Weihnachten 1990 und konnte sich auf keinerlei Gesetz stützen.

Der Zeitpunkt war gut gewählt. Die Studenten befanden sich zumeist außerhalb der Stadt. Der 30. Juni 1991 galt als der Tag, an dem wir arbeitslos werden würden. Alsbald erhielten wir Änderungsverträge zu unseren Arbeitsverträgen, die uns die Einwilligung zu diesem Verfahren abverlangten oder richtiger: abpressen sollten. Ich unterschrieb unter dem Vorbehalt der Rechtmäßigkeit des Senatsbeschlusses. Das taten auch manche meiner Kollegen. Die neue Lage bewirkte augenblicklich, dass die Entsolidarisierung, die eingesetzt hatte, nun von einer Gegenbewegung gebremst wurde. Wir saßen unversehens alle wieder in einem Boot. Die Empfehlungen der aus der eigenen Mitarbeiterschaft gebildeten Personal-Struktur-Kommission, ja deren Existenz waren gegenstandslos geworden. Zwischen Weihnachten und Neujahr fand im Marx-Engels-Auditorium eine Versammlung aller Mitarbeiter statt, die von diesem Verfahren betroffen oder bedroht waren.

Es wurde das persönliche Verdienst von Rektor Fink, dass er alle Rechtswege und Methoden überdachte, anwandte oder unterstützte, mit denen gegen den Beschluss vorgegangen werden konnte. Ihm wie vielen anderen war klar, dass die „Erneuerung von innen“, die gemeinsam mit Wissenschaftlern aus der alten Bundesrepublik verwirklicht werden sollte, durch diese Entscheidung des politischen Senats über die unmittelbar betroffenen Bereiche hinaus einen tödlichen Stoß erhalten mußte. Was manchen erst später zu Bewusstsein kam, war, dass gerade dies beabsichtigt wurde.

Fink strengte gegen den Beschluss eine Verwaltungsklage an. Er trat auch demonstrativ an die Seite jener studentischen Minderheit, die Unwillen und Widerstand gegen die Fremdbestimmung durch eine Mahnwache vor dem Hauptgebäude ausdrückte, die Tag und Nacht bei bitterer winterlicher Kälte aufrechterhalten wurde. Gemeinsam begleiteten wir am Morgen des 1. Januar 1991 den Zug

von Studenten, der sich auf eine Protestdemonstration über Potsdam bis nach Leipzig und zu dessen Universität begab. Mit Barbara Schloss ich mich dem Aufbruch bis nach Steglitz an. Wir unternahmen so wohl unseren längsten Fußmarsch durch die Berliner Innenstadtbezirke.

Dass sich dieser Strapaze nur wenige unterzogen, war verständlich. Dass sich aber schon zum Start Unter den Linden nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Angehörigen des Lehrkörpers einfand, konnte nur diejenigen ermutigen, die ihre Politik der Bevormundung und Unterwerfung durchsetzen wollten, dabei auf das Prinzip des Teile-und-herrsche setzten und für die der Beschluss über die auswahlweise „Abwicklung“ von Universitätsbereichen doch nur Auftakt ihres Vorgehens gegen den ganzen Lehrkörper war. Ich sagte Fink auf dem Wege, es sei notwendig, über das Geschehene wie über das Absehbare möglichst viele Wissenschaftler des Auslands sachlich zu informieren, da sie durch die offizielle Presse nur Beschluss würden. Zu diesem Zweck ließe sich eine eigens dafür bestimmte Zeitung etwa alle zwei Wochen herausgeben und versenden. So etwas werde schon überlegt, erfuhr ich. In ausreichendem Maße aber ist eine derartige Initiative wohl von den Angehörigen keiner ostdeutschen Universität unternommen worden. Das erwies sich als eine Unterlassung, die den neuen Herren ihre Vorhaben sehr erleichterte.

Finks Vorgehen erhielt in den folgenden Wochen keine angemessene Unterstützung aus der Universität selbst. Die Mitarbeiter in der Mehrheit aller Einrichtungen schienen nicht berührt und warteten ab. Doch auch die Angehörigen der Bereiche, deren Tage nun gezählt zu sein schienen, erwiesen sich nicht durchweg als seine Stützen. Die brauchte der Rektor umso mehr, als die von ihm getragene Klage ihn bei den Politikern des Berliner Senats zum am meisten gehassten Manne machte. Deren Antwort lautete: Gauck hilf! Eine Gruppe von Mitarbeitern in der von dem einstigen Pfarrer geleiteten Behörde, die sich mit der gegen Personen gerichteten Verwertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR befasst, wurde mit der Suche nach Dokumenten beauftragt, mit denen sich Fink belasten ließ. Dennoch dauerte es Monate, bis durch die Verwendung von Papieren, die von einstigen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit auch vor Gericht als ihre eigenen Fälschungen erkannt und bezeichnet wurden, eine Anklage zusammengebastelt war, mit der Fink zu Fall gebracht und als Rektor gestürzt wurde. Auch als Universitätsprofessor erhielt der Theologe seine Entlassung. Während diese Seiten in Druck gehen, befindet sich Finks Gegenklage, vor allen deutschen Gerichten abgewiesen, inzwischen auf dem langen Wege zu europäischen Rechtsinstituten. Deren Entscheidung, wie immer sie ausfallen mag, kann allenfalls einen freilich nicht gering zu schätzenden moralischen Wert besitzen.

Auch unter der Mehrheit meiner Historiker-Kollegen löste die neue Etappe der Auseinandersetzungen um aller Zukunft, in die wir seit Anfang 1991 gestellt waren, keinen kräftigen Impuls für eigenes Handelns und Gegenwehr aus. Protest oder Stillhalten, lautete die von jeder und jedem zu entscheidende Frage. Sehr verschiedene Einflüsse und Überlegungen bestimmten die Entschlüsse. Denn nun wurde ein Gremium geschaffen, dessen Tätigkeit für die Geschichtssektion und ihrer Angehörigen Bedeutung, und wie sich bald erwies, die ausschlaggebende gewinnen sollte. Die Erfindung erhielt den Namen Struktur-Berufungs-Kommission (SBK), Es etablierte sich eine von der Landesregierung, dem Berliner Senat, berufene Gruppe, die zum einen die künftige Struktur der Lehrstühle neubestimmen, sodann deren Ausschreibung veranlassen und schließlich die eingehenden Bewerbungen prüfen und den sogenannten Dreiervorschlag mit den zur Berufung Empfohlenen formulieren sollte, über die letztlich von Staats wegen entschieden werden würde. Derlei Kommissionen wurden für alle wissenschaftlichen Bereiche der Universität konstituiert und sollten die Neubesetzung aller Lehrstühle vorbereiten. Sie traten an allen ostdeutschen Hochschulen in Aktion. Beruhigend wurde erklärt, es könne sich jeder jetzige Lehrstuhlinhaber auf einen der ausgeschriebenen Plätze neu bewerben.

Um es vorweg zu sagen: Keine Bewerbung aus der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität führte dazu, dass einer meiner Kollegen „berücksichtigt“ wurde. Ein einziger gelangte aus politisch-kosmetischen Gründen bis auf den zweiten Platz eines Berufungsvorschlags, doch wurde auch ihm der auf Platz Eins gesetzte westdeutsche Bewerber vorgezogen. Dass Hochschullehrer für Geschichte, die zu den lang- oder mehrjährigen Angehörigen der Humboldt-Universität gezählt hatten,

dennoch einige Zeit, manche einige Jahre weiter beschäftigt wurden, war in einem Falle dem Scheitern einer allzu rasch geschriebenen Kündigung geschuldet, die auch das willigste Arbeitsgericht nicht als rechtens anerkennen konnte. In wenigen anderen Fällen erfolgte befristete Weiterduldung aus taktischen Gründen oder als Folge früh und leicht erkennbarer Anpassung. Aber selbst da blieb den Ausgewählten die Berufung in ein bundesrepublikanisches Rechtsverhältnis versagt. Sie figurierten ausdrücklich als „Professoren alten Rechtes“ und arbeiteten in einem minderen Status.

Schon die Besetzung der für unseren Universitätsbereich geschaffenen Kommission machte deutlich, worauf gezielt wurde. Vorsitzender und Stellvertreter wurden Hochschullehrer von westdeutschen Universitäten, die sich wie in ungezählten anderen Fällen für diesen Beitrag zur deutschen Einigung leicht finden ließen. Später hielten sie sich auf ihre Arbeit viel zu gute. Manche verteidigten sie öffentlich. Das tat auch der Vorsitzende der Kommission, die für die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zuständig gewesen war. Er gab vor oder glaubte wirklich, er habe nicht für einen Elitenimport, sondern für eine Erneuerung einer wissenschaftlichen Disziplin gesorgt.

Von den Geschichtsprofessoren der Humboldt-Universität war keiner für würdig befunden worden, dieser Kommission anzugehören, obwohl dafür, wollte man nicht auf amtierende Hochschullehrer zurückgreifen, einige Emeriti zur Verfügung gestanden hätten. So wurde die „ostdeutsche“ Seite der Kommission mit zwei renommierten Wissenschaftlern aus Akademie-Instituten der DDR besetzt, einem Althistoriker, der einmal an der Universität gelehrt hatte, und einen Neuzeitler. Der erste verstarb plötzlich, der zweite verließ das Gremium, ohne dass über die Gründe seines vorzeitigen Ausscheidens öffentlich etwas verlautete. Nachfolger wurden für beide nicht bestimmt. Das war juristisch anfechtbar, wie die ganze Tätigkeit der Kommission. Doch dass über die Rechtmäßigkeit der „Abwicklung“ nicht entschieden war, focht keinen der Mitwirkenden an. Die Rumpfgruppe arbeitete weiter an den Vorschlägen, für deren Durchsetzung die Staatsmacht schon sorgen würde.

Mitglieder der Kommission waren aus dem Kreis der Angehörigen der Sektion Geschichte neben einem Studenten einzig zwei Wissenschaftlerinnen, eine promovierte Mediävistin und eine habilitierte Ur- und Frühgeschichtlerin, aus dem sogenannten Mittelbau. Deren Mitwirkung schien weniger aus demokratischen – tatsächlich besaßen sie keine Chance, einen Berufungsvorschlag zu beeinflussen –, denn aus Gründen der Zweckmäßigkeit willkommen, sollte sich die Kommissare doch auch ein Bild über die Assistenten-, Oberassistenten- und Dozentenschaft sowie über die Lehrer im Hochschuldienst machen und deren Eignung für weitere Beschäftigung überprüfen. Wer die Praxis der westdeutschen Hochschulen kannte, konnte freilich nicht einen Moment annehmen, dass sich selbst bei positiver Bewertung ein nennenswerter Teil aus dieser Gruppe ihre Arbeitsplätze würde behaupten können. Die Neuberufenen würden sich ihre Mitarbeiter nach eigenem Gutdünken auswählen und sie nach Berlin mitbringen. Zudem wünschten auch genügend junge Leute in den westlichen Ländern, denen sich nach dem Ende ihrer Studien noch keine Berufs- und Arbeitschance geboten hatte, eine Anstellung im Beitrittsgebiet zu finden.

Während sich die meisten Professoren der Sektion, nachdem die neue Struktur, die eine vollständig ausgebaute Disziplin Geschichte zeigte, bekannt gegeben war, um die Berufung auf einen der ausgeschriebenen Lehrstühle bewarben, richteten sich die anderen Mitarbeiter auf Gespräche vor dieser Kommission ein, zu denen sie auf der Basis der Freiwilligkeit geladen wurden. Diese fanden wie übrigens alle Sitzungen nie in den Räumen der Universität statt und die Kommission vermied alle über diese individuellen Gespräche hinausgehenden Kontakte zur Mitarbeiterschaft der Sektion, von belanglosen schriftlichen Verlautbarungen abgesehen. Der Altbestand der Historiker wurde mit Missachtung behandelt, wie es sich offenbar für Leute gehörte, die Demokratie erst zu lernen hätten und obendrein verdächtig waren, Mitspracherechte bereits einklagen zu wollen, die ihnen allenfalls nach Bewährung zugestanden werden sollten.

Ich hatte keine Zweifel über die Behandlung meiner Bewerbung. Dass ich sie dennoch einreichte, ergab sich aus der Überlegung, dass ich meine Arbeitsstätte nicht ohne Wort und Geste verlassen wollte, wenn Möglichkeiten des Widerstandes schon nicht existierten. Fink hatte mir in einem Ge-

spräch unumwunden und ohne mich zu überraschen gesagt: Sie wollen Deinen Kopf. Und Erika Schwarz, ohne damit eine Bewunderung für die Erneuerer auszudrücken, kommentierte das mit der Bemerkung, diese hätten sich doch „den Richtigen“ ausgesucht. Das war so etwas wie die zweite bedeutende Hervorhebung, die ich in fortgeschrittenem Alter erfuhr. Keine vollen drei Jahre zuvor – im Oktober 1988 – geschah sie mir in den Zeiten der „Wissenschaftswüste“ durch die Verleihung des Nationalpreises der DDR. Dazu hatten mir zu meiner Überraschung auch westdeutsche Kollegen freundlich gratuliert.

Schon in dieser frühen Phase der Tätigkeit der Anschluss Politiker wären Interventionen von Wissenschaftlern aus der Altbundesrepublik sicher kein durchschlagender Erfolg beschieden gewesen, aber Modifikationen und Entscheidungen zugunsten einzelner und kleiner Gruppen hätten sie wohl bewirken können. Mich fragte, als alle Messen gelesen waren, in einer Live-Sendung des Rundfunks ein westdeutscher Journalist, wie sich denn diejenigen meiner Zunftkollegen im Westen verhalten hätten, die ich aus früheren Begegnungen kannte und die mich doch nicht zu Veranstaltungen eingeladen haben würden, damit ich sie politisch agitierte. Ich sagte ihm, sie hätten geschwiegen und die Kontakte seien ohne besonderen Anlass oder Grund abgerissen oder eingeschlafen. Dem fügte ich hinzu, dass ich für mancher Verhalten anfänglich ein gewisses Verständnis aufzubringen vermochte. Er müsse berücksichtigen, dass viele westdeutsche Kollegen fürchteten, dass exakt in dem Augenblick, da sie für einen Ostdeutschen eintreten würden, die Behörde von Pfarrer Gauck die Akte zog, die von dessen Zusammenarbeit mit dem verteufelten Staatssicherheitsdienst der DDR zeugte. Das wollte dem Manne nicht überzeugend einleuchten. Was hätte das mit der Wissenschaft zu tun, fragte er zurück.

Später, nach solcher Unterbrechung, haben sich diese Beziehungen zu westdeutschen Kollegen für mich nicht neu belebt. Eine Scheu, sich unter den veränderten Verhältnissen wieder zu begegnen, mag es auf beiden Seiten gegeben haben. Doch ging es hierbei offenbar nicht nur um mentale Faktoren. Wer an unserer Entfernung von den Arbeitsplätzen mitgewirkt hatte, für den galt doch, dass er sich als Mittäter handelnd auch veränderte. Und nicht zu vergessen: Die unumgängliche Frage „Wie geht es ihnen?“ konnte allein schon Peinlichkeit schaffen. Als sie mir bei einer Begegnung in privatem Kreis in einer Westberliner Wohnung von zwei Professoren gestellt wurde, die dort wie ich zu Gast waren, antworte ich mit der Gegenfrage: „Was meinen Sie, im Kopfe oder im Portemonnaie?“ Ich war damals arbeitslos und erhielt monatlich 2000,– D-Mark vom Arbeitsamt überwiesen. Damit könne man nicht leben, hörte ich darauf. Bevor die Mieten auf das „Westniveau“ angehoben wurden, sich also nahezu explosionsartig erhöhten, war das jedoch möglich. Viele meiner jüngeren Kollegen, die später als ich aus der Universität entlassen wurden, sollten alsbald viel schlechter dran sein und mit ihren Familien in materielle Existenzsorgen gestürzt werden. Kurzum: Während der heißen Phase des Anschlusses waren in Deutschland die persönlichen Verbindungen von Ost nach West weitgehend stillgelegt. Wo sie sich wieder herstellten, blieben sie auf einer formalen Ebene. Vor allem gab es kaum noch einen westdeutschen Universitätsprofessor, der einen ostdeutschen, der seinen Arbeitsplatz verloren hatte, zu einer Gastvorlesung eingeladen hätte.

Während all dieser Ereignisse bestritten meine Kollegen und ich unsere Lehrveranstaltungen weiter. Manchmal unter Störungen. Eine Fernsehgruppe, die vorher bei mir angefragt hatte, ob sie mich interviewen dürfe und die ich abschlägig beschieden hatte, weil einzig Live-Sendungen sicherten, dass nicht aus Gesprächspassagen eben das herausgeschnitten wurde, was nicht in die Absicht der politischen Dirigenten der Magazine passte, wollte dann Aufnahmen in einer meiner Vorlesungen machen. Dagegen hatte ich nichts. Doch kam es, wie vorauszusehen. Die Abgesandten des Senders bestürmten mich schon auf dem Wege zum Hörsaal mit Kamera, Mikrofon und den Fragen, die sie loswerden wollten, müssten ihren Überfall aber erfolglos aufgeben. Aus dem Hörsaal zogen sie bald ab, an dem desinteressiert, was dort gesagt wurde.

Meine Schwierigkeiten während der Begegnungen mit Studenten in Vorlesungen und in Seminaren waren jetzt von ganz anderer Art. Hörer und Teilnehmer mochten und mussten sich fragen, was testierte Besuche meiner Veranstaltungen, was von mir unterschriebene Seminarscheine mit darauf vermerkten Benotungen am Ende ihrer Studienjahre noch wert sein mochten. Dann nämlich wären

die Neuen eingezogen und Lehrpläne und Prüfungsordnungen noch einmal umgestülpt. Nicht wenige Studenten zeigten sich, ohne dass darüber viel gesprochen wurde, durch die Veränderungen verunsichert und manche auch bedrückt. Die Wende hatte in ihr Leben und das ihrer Familien tief eingriffen, wenn auch die Massenarbeitslosigkeit erst noch bevorstand. Mir kam immer öfter der Gedanke, dass ich nun das erste Mal in meinem Leben junge Leute ausbildete, von denen ich nicht wusste, ob sie nach ihrem Studium in dieser Gesellschaft einen ihrem Wissen und Können angemessenen Arbeitsplatz erreichen würden. Ich fragte mich, was ich vordem nie getan hatte, wie die westdeutschen Zunftkollegen diese Situation seit Jahren aushielten, und bemerkte, dass ich unter den so gründlich veränderten Umständen ungeeignet sein würde, unter den neuen Bedingungen zu tun, was ich gelernt hatte. Mir würde es, nicht anders als meinen Kollegen aus DDR-Zeit, zudem an jeder Beziehung fehlen, auch nur die besten Absolventen auf Plätze vermitteln zu helfen, die sie beanspruchen konnten.

Bevor das Frühjahrssemester 1991 zu Ende ging, entschied das zuständige Berliner Gericht die Unrechtmäßigkeit der Abwicklung auch für die Sektion Geschichte. Rektor Fink kommentierte das einem Rundfunkreporter spontan mit der Bemerkung, dass er darin einen Beweis sehe, nun im Rechtsstaat angekommen zu sein. Das war das erste Mal, dass ich Heiner nicht verstand. Unsere Beziehungen beeinträchtigte das nicht. Zwar sahen wir uns angesichts seiner Überlastung in den Räumen der Universität wenig, doch führte uns ein Zufall in Moskau zusammen. Dort fand aus Anlass des 50. Jahrestags des Einfalls der Wehrmacht in die Sowjetunion eine wissenschaftliche Konferenz statt, veranstaltet von der der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der KPdSU. Deren Leitung und die einer westdeutschen Evangelische Akademie, die im Ruhrgebiet etabliert war, hatten sich auf ein derartiges Unternehmen wohl zuerst verständigt. Dann war in Moskau jemand auf den Gedanken gekommen, es sollten dazu auch Vertreter von Kommunistischen Parteien Einladungen erhalten. Ich reiste mit der an Gregor Gysi, den Vorsitzenden der Partei des demokratischen Sozialismus, gerichteten. Es wurde eine Reise in die Vergangenheit.

Sie begann mit Schwierigkeiten, die ich selbst nicht hätte lösen können. Der Abgesandte, der mich auf dem Moskauer Flughafen abholen sollte, war im VIP-Raum postiert. Ich hatte den üblichen Ausgang gewählt und war darauf angewiesen, dass die Leiterin unseres Auslandsreferats, die zufällig das gleiche Flugzeug benutzt hatte, sich meiner annahm. Sie sprach perfekt russisch, kannte sich in der Stadt aus und schleuste mich nach vergeblich Anläufen bei einschlägigen Adressen gekonnt illegal in ein Internatsgebäude der Moskauer Universität auf den Leninbergen. Am nächsten Morgen fuhr ich an die Stätte der Konferenz. Zuvor holten wir Fink, der wegen anderer Verpflichtungen erst jetzt kommen konnte, auf dem Flugplatz ab.

Die Konferenz war für die Moskauer Veranstalter offenbar nicht mehr als eine Art Routineunternehmen. Ergebnisse neuer Forschungen wurden sowjetischerseits nicht vorgetragen. Sie waren auch von den Westdeutschen nicht zu bieten, unter denen sich kein eigentlicher Spezialist und nach meiner Erinnerung auch kein Militärhistoriker befand. Ich hielt meinen Beitrag, der sich mit Platz des Krieges im Zielkonzept der deutschen Faschistenführer befasste, ein vernachlässigtes Thema, dessen Dimension auch der in inflationären Gebrauch gekommenen Begriff vom „rassenideologischen Vernichtungskrieg“ vernebelt wird, weil der den Antrieb auf die Ideologie und Zwecke und Ziele auf die Vernichtung verkürzt. Es kennzeichnete die Atmosphäre, dass sich einige sowjetische Kriegsteilnehmer bei mir ausdrücklich für das Gesagte bedankten. Es hatte die Neubewertung des Krieges in der UdSSR-Historiographie bereits begonnen. Noch konnte sich niemand vorstellen, dass es Kriegsveteranen, -versehrten und -witwen wenige Jahre später auch materiell armselig ergehen würde.

Das vergleichsweise exklusive Innere der gut bewachten Parteiakademie, die perfekte, vielfach eingeübte Organisation, die Bewirtung, die Limousinen, die uns auf den Arbat zu einem kurzen Spaziergang fuhren, all das bezeugte einen intakten Apparat und kontrastierte mit meinen Eindrücken auf dem unserem Quartier nahen Markt, der den Namen nicht verdiente, und mit meinen Beobachtungen in der Innenstadt dermaßen, dass mich das schlechteste Gefühl ankam und ein ganz und gar ungutes Gewissen beschlich. So war ein zugrunde gehendes System beschaffen. Die Perestroika

zeigte sich im Angebot der nach dem Matroschka-Prinzip gefertigten Holzpüppchen. Nur dass jetzt Hitler, Stalin und Iraks Saddam Hussein ineinander verschachtelt waren.

Unwillkürlich erinnerte ich mich, dass ich dreiunddreißig Jahre zuvor das erste Mal in Moskau gewesen war, damals als Angehöriger einer Studiendelegation des Zentralkomitees der SED, die sich mit Gesetzen und Praktiken des sowjetischen Hochschulwesens bekanntmachte. Wir hatten damals auch ein Gespräch mit dem zuständigen Sekretär des Zentralkomitees, einem Mann – erinnere ich mich richtig – namens Muchitdinow, der wohl bald wieder aus dem Führungskreis verschwand. Von der Begegnung blieb mir eine Überlegung in Erinnerung, die er uns vorgetragen hatte: Wir würden die Überlegenheit über den Kapitalismus gewonnen haben, wenn in unseren sozialistischen Staaten mehr junge Leute aus der Dritten Welt studierten als in den Ländern des Kapitals.

So wurde in Zeiten gesprochen, da wir hofften, unser „Lager“ zu einem weltweit wirkenden Magneten machen zu können. Übrigens lebten wir schon während dieser Reise im November/Dezember 1958, die uns auch nach Leningrad und Charkow führte, luxuriös. Obwohl wir eine Fabrik besuchten und einen Boxländerkampf, übrigens den zwischen der UdSSR und der BRD, und auch das berühmte GUM besichtigten, hatten wir vom Leben der Bewohner nichts gesehen, geschweige denn verstanden. Damals war ich achtundzwanzig Jahre alt und ziemlich ahnungslos. Mich hatte insbesondere das Bild der Stadt Charkow bedrückt, das durch die nur von Trümmern beräumten Flächen noch so viele Wunden verriet, die ihr von Deutschen zugefügt worden waren. Doch wir sahen auch die Glanzstücke des Wiederaufbaus, in der ukrainischen Stadt das berühmte Traktorenwerk, in Leningrad den Betrieb, der Turbinen für die Kraftwerke an den sibirischen Stauseen herstellte.

In Moskau schlug Heinrich Fink bei einem Abendbrot zu zweit, „obwohl er der Jüngere“ sei, vor, wir sollten endlich zum vertrauteren Du übergehen. Die Anredeform hat für meine Beziehungen zu anderen Menschen nie Nähe oder Distanz ausgedrückt. Das Du war in der Partei üblich und besagte namentlich mit deren zahlenmäßigen Anwachsen wenig oder nichts. Finks Angebot aber hat mich ausgesprochen gefreut. In Moskau sagte ich ihm auch, dass ich mich im Rektorat einzig deshalb wenig sehen ließe, weil ich niemandem einen Anlass geben wollte, ihm zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten. Er hat später meine Kündigung nicht unterschreiben müssen, denn da war er schon von seinem Posten entfernt. Doch auch das hätte unsere Beziehungen nicht berühren können. Seine Politik als Rektor, ungeachtet der Tatsache, dass ich sie in ihrer Zielsetzung für illusionär hielt, bewirkte jedenfalls, dass nicht wenige Angehörige der Universität ihre Arbeitsplätze um Jahre länger behalten konnten, als sie es ohne den von Fink organisierten Widerstand und seinen Kurs auf die Erneuerung hätten tun können. Nur wenige scheinen sich das bewusst gemacht zu haben. Als er seine Arbeitsgerichtsprozesse durchstand und verlor, waren die wenigen Stühle im Gericht, auf die Mitarbeiter der Universität gehört hätten, beschämend leer, während ihm von außerhalb der Universität und von Leuten, die mit der Wissenschaft nicht befasst waren, ungleich mehr Sympathie, Zuspruch und Solidarität bekundet wurde. Ein moralisches Plus in den Reihen der Intelligenz habe ich in den Wendejahren nirgendwo feststellen können. Woher sollte es auch rühren? Und warum sollte ein stärkeres Solidaritätsgefühl gerade dort anzutreffen sein, wo Arbeitsprozesse und Lebensweise vielfach ins Individuelle wiesen?

Als das neue Studienjahr 1991/1992 begann, war die Kommission des Berliner Senats, also der Landesregierung, mit ihrer Aufgabe zügig vorangekommen, die größte Universität im nun bundesrepublikanischen Osten nach dem Ebenbild der bereits seit Jahren existierenden westdeutschen und Westberliner Hochschulen umzugestalten. Die Struktur war festgelegt und die staatlichen Mittel für die Einrichtung der Lehrstühle genehmigt. Der Ausschreibungspflicht war Genüge getan und über die ersten Dreiervorschläge entschieden worden. Die ersten aus dem Westen herbeigerufenen Professoren begannen Unter den Linden einzuziehen, vorerst meist als herbei geflogene Gäste für einige Vorlesungstage. Vor ihnen kamen Handwerker in die Räume, die sie sich als Diensträume hatten aussuchen können. Die wurden auf Westniveau gebracht. Noch war Geld ausreichend vorhanden, für die Ausstattung und Ausgestaltung der Räume, für großzügigste Arbeitsverträge, für die Gewährung von Mitteln für faktische Privatbibliotheken, für die vorläufigen Unterkünfte der berufenen Herren, – Damen waren für die Lehrstühle der Geschichtswissenschaften mit der Ausnahme einer

Ostberlinerin, die vordem an der Akademie der Wissenschaften der DDR beschäftigt gewesen war, nicht ausgewählt worden.

Wohin die für die Einheit aufgewendeten Mittel flossen, um die dann über Jahre hinweg so viel Lärm gemacht wurde, während die Hinterlassenschaft der ostdeutschen Gesellschaft einzig als Last erschien, werden später Wirtschafts- und Finanzhistoriker unter Schwierigkeiten ergründen können, denn die Organisatoren von Bevorteilung und Bestechung pflegen meist nur lückenhafte Akten zu hinterlassen.

Von nun an gab es Professoren nach „neuem“ und solche nach altem Recht. Es bildete sich eine Doppelstruktur und eine Doppel-, d. h. Überbesetzung. Mein „Nachfolger“ war einer der ersten, der zur Stelle war. Er gehört in jene Traditionslinie verbissener Antikommunisten mit sozialdemokratischem Parteibuch und erschien selbst manchem seiner Parteigenossen als eine Person, zu der man besser Distanz hielt. Als ein halbes Dutzend Lehrstühle neu besetzt worden waren und deren Inhaber Anfang 1992 in Berlin zu arbeiten begonnen hatten, ließ er sich von diesen zum Gründungsdirektor des Instituts für Geschichtswissenschaften wählen. Dem von uns, den „alten“ Mitarbeitern, zuvor in dieses Amt gewählte Ingo Materna wurde mitgeteilt, dass er zu weichen habe. Mitunter ließen sich Methoden der feindlichen Übernahme eben nicht vermeiden.

Nun begann eine andere Phase der „Erneuerung“ der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität „von innen“. Jedoch nicht, wie sie sich der damals noch amtierende Rektor Fink vorgestellt haben mochte, in einer Art von gemeinsamer Arbeit von ost- und westdeutschen Wissenschaftlern, sondern unter dem Diktat der aus dem Westen Neuberufenen, d. h. bei völliger Ausschaltung jeder Mitbestimmung, ja auch nur Mitwirkung der Mitarbeiter aus DDR-Zeit, die nach wie vor an der Ausbildung der Studenten beteiligt waren, gar deren Hauptanteil bestritten und mit gültigen und unbefristeten Arbeitsverträgen ausgestattet waren. Das unförmliche Erwachen nach der basisdemokratischen Episode begann.

Für meine eigene Weiterarbeit mit den Studenten hatte das alles praktisch wenig zu bedeuten. Es kündigte sich darin einzig an, dass sie ihrem sicheren Ende entgegenging. Davon zeugte auch, dass die Professoren „nach neuem Recht“ mit uns keine Kontakte wünschten und auch auf diese Weise verdeutlichten, dass sie uns und unsere Anwesenheit eben noch als geduldet betrachteten.

Die Situation entbehrte mitunter auch nicht des Komischen und Grotesken. Während an manchen Stellen des Universitätsbaus Handwerker sich sputeten, um die Arbeitsräume für die Neuberufenen gefällig auf „Westniveau“ einzurichten, wurde an den Arbeitsplätzen der „Alten“ kein Handschlag auch nur für die nötigste Instandhaltung mehr getan. Während die neu eingerichteten Büros mit moderner Technik bestückt wurden, standen bei uns die alten Gerätschaften weitgehend ungenutzt. Während die bisher beschäftigten Sekretärinnen, sofern sich ihnen dazu Gelegenheit bot, die Universität verließen, um sich besser bezahlte Tätigkeiten zu suchen, zogen mit den Neuen besser entlohnte technische Kräfte ein. Manche von ihnen gaben unseren bisherigen Angestellten zu verstehen, dass auch sie – offenbar als Strafe wegen ihrer Handlangerdienste für Kommunisten und weil sie sich den neuen Herren nicht wie erwünscht dienstbar zeigten, sondern noch immer etwas von der ausgesprochen kollegialen Atmosphäre bewahrt wissen wollten, die zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal geherrscht hatte – inzwischen einer minderen Klasse angehörten. Jetzt wurde eine „Hackordnung“ importiert. Das Ganze war ein Kommentar, still und beredt zugleich, zu der Devise, wonach zusammenwachsen sollte, was zusammengehöre.

Kein Wunder, dass sich von den „Alten“ in der Universität bald nur noch sehen ließ, wer dort etwas mit Studenten zu schaffen hatte. Sitzungen waren überflüssig, zu bereden und zu entscheiden gab es nichts, jedenfalls nichts von Gewicht. Der Gründungsdirektor schickte uns Rundschreiben, wenn ihm das die Regelung des Universitätsbetriebs notwendig erscheinen ließ. Damit war für alle und also auch für mich viel Zeit für eigene Vorhaben gewonnen, die sich auf Forschungen und Publikationen verwenden ließ. Gemeinsam mit Erika Schwarz begann ich an einer Darstellung und Dokumentation zur Geschichte der „Wannsee-Konferenz“ zu arbeiten, deren 50. Jahrestag im Januar 1992 bevorstand.

Ich konnte mich, nach der Aufmerksamkeit, die mir die Berliner Presse im Jahresverlauf mehrfach hatte zu teil werden lassen, Ende 1991 wundern, dass mir eine Kündigung meines Arbeitsvertrages noch nicht zugestellt worden war. Die Formulierung schien jedoch nicht nur in meinen Fall Schwierigkeiten zu machen. Die Entlassungen erledigten sich für die neuen Herren nur dann rasch, wenn Pfarrer Gauck, der Leiter der neuen Dienststelle, welche die papierne Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Dienststellen verwaltete, und dessen Mitarbeiter und Helfer fündig wurden. Auch in der Universität erwies sich der Vorweis eines Dokuments, das als Zeugnis für die Tätigkeit als Inoffizieller oder anderer Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes verwendbar war, als das bequemste und rascheste Mittel, eine Kündigung durchzusetzen, die vor jedem Arbeitsgericht Bestand hatte. Meist genügte es aber schon, den Betreffenden das „Instrument“ zu zeigen, um ihm oder ihr eine fristlose Auflösung des Arbeitsvertrages abzunötigen.

Doch verlief diese Praxis keineswegs immer problemlos, denn die Gauck-Behörde verfuhr großzügig und unterschlug mitunter wissentlich Akten, die gerade davon zeugten, dass DDR-Bürger den Anforderungen des Sicherheitsdienstes nicht nachgekommen waren. So kam es zu mitunter langwierigen Auseinandersetzungen vor Arbeitsgerichten. Die Verwaltung der Universität, verstärkt, rasch und komplikationslos auf ihre neuen Aufgaben umgestellt, konnte Vergleiche und Rückzüge nicht umgehen. Letztere mündeten jedoch stets nur in einem zweiten oder dritten Anlauf der „Säuberer“, mit dem sie schließlich an ihr Ziel gelangten. Doch insgesamt ging das Ausräumen des alten Personals aus der Universität denen, die es betrieben, viel zu langsam. Nicht nur, dass die Gauck-Behörde trotz ihres expandierenden Mitarbeiterstabes Zeit brauchte, um die gewünschten Prüfungen vorzunehmen und ihre Auskünfte zu erteilen. Sie wurde nicht nur im Hinblick auf die einstige Sektion Geschichte auch bei weitem nicht in dem erhofften Maße fündig.

Spätestens hier sollte ich von eigenen Erfahrungen mit dem Staatssicherheitsdienst und mit einer seiner Akten berichten. Denn, während die These von der Wissenschaftswüste bereits durch gelegentliche Entdeckungen von Oasen partiell und schweigend zurückgenommen wurde, auch die schamlos-gemeinen Angriffe auf Mediziner, da sie keiner ernsthaften Überprüfung standhielten, in Vergessenheit gebracht worden waren, blieb doch das Bild von der DDR als vom „Stasiland“. Es wurde mit einer Kette von Enthüllungen gestützt. Immer neue Opfer mussten her. Die DDR sei ein „Auschwitz der Seelen“ gewesen, fand ein Schriftsteller heraus. Die Existenz des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner regionalen und lokalen Dienststellen blieb der Hauptbeweis für die These vom „Unrechtsstaat“, einen Begriff, den weder Staats- noch Rechtswissenschaftler kennen und akzeptieren. Wer sich diesem Dienst verpflichtet oder irgendwann mit ihm zusammengearbeitet hatte, galt eo ipso als ein moralisch schlechter Mensch, als ein Spitzel und Denunziant, als ein Verräter seiner Nachbarn und Arbeitskollegen. Begonnen hatte die Kampagne schon im Herbst 1989 mit Losungen der DDR-Oppositionellen wie „Stasi in die Produktion“. Inzwischen ging es um die Abstrafung aller, die im Sicherheitsapparat gearbeitet oder mit ihm zusammengewirkt hatten. Verlust des Arbeitsplatzes war das Minimum. Die ältesten hauptberuflichen Mitarbeiter des Geheimdienstes traf wie viele andere „staatsnahe“ Personen die Strafrente auf Lebenszeit. Ein frühverstorbener österreichischer Hofrat und Universitätsprofessor, der Patentrecht lehrte, sagte mir nach dem Untergang der DDR in Wien über den Tisch in einem von ihm bevorzugten koreanischen Lokal wörtlich: „Das Einzige, was ich ihrer Staatssicherheit vorwerfe, ist deren absolute Ineffizienz.“ Auf diesen Nenner geht deren Tätigkeit aber aus mehreren Gründen nicht. Zum einen war sie auf Feldern, auf denen sie nichts anderes tat, als die vergleichbaren Dienste in allen Staaten, keineswegs völlig erfolglos. Zum anderen hatte sie sich auf anderen Feldern in einer Weise und mit Methoden betätigt, die schweres Unrecht schufen.

Als ich im gefüllten Saal des Deutschen Theaters den Bericht von Erwin Janka über seine Inhaftierung, Vernehmung und Haft von einem Schauspieler des Hauses vorgelesen bekam, waren darüber keine Zweifel mehr möglich. Als ich im Speisesaal der Universität in einer Veranstaltung des Bundes Demokratischer Juristen zwei Männer reden hörte, die Angeklagte in jenen Waldheimer Verfahren waren, die Gerichtsprozesse nicht zu nennen sind, mußte ich mich mit meinen ahnungsarmen Vorstellungen über diese Seite des eben entstandenen Staates DDR auseinandersetzen. Als ich mir

in Sachsenhausen die Berichte von vier Überlebenden aus der Gruppe der „Greußener Jungens“ anhörte, die im dortigen NKWD-Lager unschuldig gelitten hatten und danach noch in Haftanstalten der frühen DDR, sagte ich mir, ich hätte ebenso Opfer einer Verleumdung werden und es hätte mir ebenso ergehen können, wäre ich bei Kriegsende in diese Ortschaft an der Grenze zwischen Thüringen und Sachsen-Anhalt und nicht einige Kilometer weiter nördlich verschlagen worden.

Wer das nicht mitdenkt, soll über die Geschichte der DDR schweigen. Kein Staatsschutz (und keine Justiz) eines sozialistischen Staates durften so handeln. Dass sie es konnten, spricht gegen das System und die in ihm geltenden Prinzipien. Das Urteil gegen diese Praxis kann sich nicht allein davon herleiten, das, was als staatserhaltend galt, schließlich selbst staatstötend wirkte. Nirgendwo fielen Anspruch und Wirklichkeit des Unternehmens sozialistische Zukunft weiter auseinander als auf diesem Gebiet staatlicher Tätigkeit, die bis zur nahezu bevölkerungsdeckenden Überwachung pervertierte, zur Kontrolle von Millionen Menschen, denen gleichzeitig fortgesetzt bescheinigt wurde, sie seien die bewussten Erbauer des Sozialismus.

Das freilich war, wie jetzt dümmlich suggeriert wird, nicht die ganze Arbeit der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR. So wenig sich die einen Tätigkeitsbereiche gegen die anderen aufrechnen lassen, so wenig gerechtfertigt ist es, die einen über den anderen vergessen. Die Sicherheitsdienste waren ein Produkt des Klassenkampfes im Innern und nach außen. Sie blähten sich in der Zeit des Kalten Krieges auf, von der gerade dann nicht gesprochen wird, wenn ihre konkreten Auswirkungen in Rede kommen müssten. Dabei geht nicht allein um jene Abteilung, die lange Jahre von Markus Wolf geleitet wurde und die heute schon – wenn auch meist widerwillig – als ein Aufklärungs- oder Spionagedienst betrachtet wird, wie er in vielen Ländern existiert und arbeitet. Deren Methoden sind nirgendwo wählerisch und werden nicht früher als diese „Dienste“ abgeschafft werden können. Während der Jahrzehnte der deutschen Zweistaatlichkeit und Konfrontation wurde von beiden Seiten eine Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage betrieben, die umso mehr Instrumente zu deren Abwehr brauchte, als sie von deutschem Staat zu deutschem Staat besonders einfach zu bewerkstelligen war. Zu dieser Seite der Auseinandersetzungen gehörte die Abwerbungen von Spezialisten aus der DDR. In ihrem Ausmaß lange propagandistisch weit übertrieben, damit von den Gründen der „Republikflucht“ analysierend nicht geredet werden mußte, bildete sie eine Realität, aus der „dem Westen“ Vorteile massenhaft erwuchsen.

1956 gab es im ostdeutschen Staat Kleingruppen, die sich mit dem Gedanken trugen, nach ungarischem Vorbild den Aufstand zu proben und mit den Funktionären der SED zu verfahren, wie in Budapest geschehen. Der Leiter des Staatssicherheitsdienstes in Jena, wo ich an der Universität damals als Parteisekretär hauptamtlich arbeitete, erklärte mir, nachdem eine solche lokale Gruppe ermittelt und ausgehoben worden war, ich hätte auf deren Liste, die ich nicht gesehen habe, unter den Auszuschaltenden auf Platz eins figuriert. Dass mich die Inhaftierung der Autoren dieses Papiers nicht gerade gegen den Staatssicherheitsdienst aufbrachte, muss nicht begründet werden. Diese Gegner der DDR werden, da sie ja einen dem Naziregime an die Seite gestellten „Unrechtsstaat“, die „zweite deutsche Diktatur“ bekämpften heute als Opfer präsentiert und auch als Kronzeugen des angeblich permanenten Widerstands gefeiert. Der Leiter dieser illegalen Gruppe in Jena, der Medizin studierte, ein Mitglied der Hochschulgruppenleitung der FDJ war und nach seiner Haftverbüßung in der Bundesrepublik lebte, könnte zu einer objektiven Bewertung der Erscheinungen des Kalten Krieges beitragen. wenn er ungeschminkte Erinnerungen publizieren oder sich einer öffentlichen Diskussion stellen würde. Doch es ist natürlich kein Zufall, dass niemand, der auf diese Weise vor ein Gericht der DDR geriet, sich an der nahezu täglich geforderten „Aufarbeitung“ von deutscher Geschichte (Ost)“ beteiligt, sondern stattdessen die Heldenrolle bevorzugt wird. Andernfalls würde das Bild von den Beziehungen der beiden deutschen Staaten und von der Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Dienststellen differenzierter. Darüber müsste keine einzige, unschuldige Menschen in ihr Unglück stürzende Aktion, vergessen werden.

Und auch nicht jener schon erwähnte politische Schwachsinn der misstrauischen Überwachung der Bewohner des Staates, verbunden mit einem Aufwand an Menschen und Mitteln, der an vielen anderen Stellen bewirkt haben könnte, was er in Wirklichkeit zerstörte. Mit dieser Überwachung, die

sich beispielsweise auch um den Schutz von Minderjährigen nicht scherte, bin ich spät in Berührung gekommen, als mein Sohn Armin 1989 verdächtigt wurde, in einer Gruppe von jungen Leuten, einer „Clique“, den 100. Geburtstag Hitlers feiern zu wollen. An dieser den Wächtern über die Staatsicherheit zugegangenen Information war wenig, wenn nicht überhaupt, nichts wahr, ausgenommen, dass es in unserem Kietz Jugendliche gab, die in erklärter Distanz zu den schulischen und staatlichen Forderungen standen. Doch als wir die Vorladung und das Gespräch auf dem nächstgelegenen Polizeirevier hinter uns hatten, fragte ich mich: Und wie wäre hier der Besuch eines Vaters mit seinem Kind verlaufen, der es nicht verstünde, auf seine und seines Sohnes Rechte zu bestehen? Die Mitarbeiter und Helfer dieses Staatssicherheitsdienstes sind zu Zehntausenden bedrohlichen und gefährlichen Fährten gefolgt, die keine waren. Sie agierten für einen Staat, dessen Führer unausgesetzt ihre Einheit mit dem Volke beteuerten, Massen vor ihren Tribünen demonstrieren ließen und die doch von wachsendem Misstrauen gegen die eigne Bevölkerung erfüllt gewesen sein müssen. Es kann nur darüber spekuliert werden, ob dies eine Folge ihrer unverarbeiteten Eindrücke aus den Jahren war, die dem 30. Januar 1933 folgten, vermischt mit der falsch verstandenen und missinterpretierten Doktrin, dass man alles aus den Händen geben dürfe, nur nicht die einmal gewonnene „Arbeiter-und-Bauernmacht“. Kein Wunder, dass diese Massen, als sie erfuhren, wie sie bewacht, beschnüffelt, registriert und von Staats wegen insgeheim benotet worden waren, sich nach dieser Führerschaft nicht einmal mehr umdrehten, als sie abzutreten hatte. Die Erklärungen und Gesten der Obrigkeit, die Volksverbundenheit bezeugen sollten, waren im Kern unaufrichtig, Gerede und Getue. Aus dieser Tatsache hätten 1990 Themen für öffentliche Verhandlungen über diese politische Elite erwachsen können, hätte diese sich in einem sozialistischen Erneuerungsprozesses vor Bürgertribunalen verantworten müssen. Vor ihnen wären die zur Rede gestellten einstigen Führer politisch und moralisch ungleich schlechter weggekommen als in jenen Gerichtssälen, in die sie später durch die neuen Machthaber gezwungen worden sind. Das hätte eine andere Art von „Aufarbeitung“ ergeben als jene juristische, die individuelle wie historische Rachebedürfnisse befriedigte und im Kern eine Bestrafung dafür bot, dass sich Politiker an die Spitze einer geschichtlich legitimierten Bewegung gestellt hatten, die über den Kapitalismus hinausgelangen wollte. Nicht dies, sondern dass sie besondere Verantwortung dafür tragen, dass eine geschichtliche Chance vertan wurde, hätte im Zentrum solcher öffentlichen Veranstaltungen gestanden, die sich als eine Möglichkeit ostdeutscher Geschichte nur denken lassen, jedoch – wie sich die Kräfte und Interessen alsbald nach dem November 1989 entwickelten – nicht einen Moment Aussicht hatten, verwirklicht zu werden.

Auch die Rechnungen, die über die ostdeutsche Vergangenheit angestellt wurden, machten die neuen Machthaber auf und sie sorgten dabei durch die weitgehende Ausschaltung von DDR-Bürgern und die dementsprechende Besetzung von Untersuchungskommissionen und Instituten dafür, dass ihre Kreise nicht gestört wurden. Das sicherte den zweckentsprechenden Umgang mit den Dokumenten in den Händen, Regalen und Tresoren des Pfarrer Gauck. Sie werden mit einer Selbstverständlichkeit kritiklos zitiert und als Ausdruck von unabweisbaren Tatsachen genommen, als handele es sich um die Fusionsverträge großer Konzerne.

Mir brachte der Briefträger eines Tages die Kopie eines Schreibens ins Haus, dass aus einer dieser Akten stammte. Ein mir aus früheren Tagen gemeinsamer Arbeit befreundeter Kollege, der später in die Bundesrepublik gegangen war, hatte seine einschlägigen Papiere eingesehen und eben darin das kopierte Schriftstück gefunden. Es wies mich als das Haupt einer kleinen Gruppe aus, die sich in partei- und staatswidriger Absicht gebildet und unter anderem in meiner Wohnung getroffen haben sollte. Ein vorzügliches Dokument, mit dem sich widerständige Haltung belegen ließ. Kein Wort dieses Informationsberichts und seiner Einschätzung fußte auf Tatsachen. Als der Absender und ich uns, durch den Zufall meines Aufenthalts im Saarland nur wenige Tage, nachdem ich das Schriftstück erhalten hatte, nach Jahren wieder trafen, rätselten wir über den Urheber der phantastischen Nachricht. Wir kamen zu keinem Ergebnis. Interesse beanspruchte dieses Dokument aus dem Archiv der Gauck-Behörde nur in Verbindung mit der Frage, nach welcher Methode diese bergeweise Hinterlassenschaft dieser Staatssicherheit auf die Aussage „wahr“, „gefälscht“, „erfunden“, „erlogen“ usw. gesondert wird.

Davon konnte ich mir über mehrere Stunden ein Bild machen, als ich an drei Sitzungen des Arbeitsgerichts teilnahm, dass die Klage von Heinrich Fink gegen seine Entlassung verhandelt wurde. Es ging um die Frage, ob der mit der Anklage, ein Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheitsdienst gewesen zu sein, aus seinem Amt und seiner Arbeit gestürzte Theologe wirklich zu dieser Kategorie gehört hatte. Er bestritt das, und es war das Gericht, dass als Zeugen zwei ehemals hohe Offiziere des Staatssicherheitsdienstes herbei beorderte. Das waren nach Charakter und Haltung sehr verschiedene Leute. Beide berichteten aber überzeugend, dass die vorliegenden Papiere entstanden seien, als sie sich den „IM Heiner“ fabrizierten, um ihren Vorgesetzten einen weiteren solchen Mitarbeiter vorweisen und für ihn Einsatzgelder und selbst eine wiederum mit einer Geldsumme verbundene Auszeichnung zu erhalten. Fink hatte von alledem nichts gewusst. Was von seinen Aussagen in den Berichten dieses „Pappkameraden“ zusammengefasst worden war, hatten sich die Offiziere von ganz anderen Informellen Mitarbeitern besorgt, die mit dem Theologen einen mehr oder weniger vertrauten Kontakt besessen hatten. Die Darstellung der Zeugen war absolut überzeugend. Beschämend empfanden sie jetzt wohl auch die bürokratischen Praktiken, mit denen sie „Erfolge“ vorgetäuscht und, wenn nicht eigene Karrieren befördert, so doch eigenes Ansehen erhöht hatten. Das Gericht aber erklärte die Unglaubwürdigkeit der Zeugen und die Beweiskraft der Papiere. Zur Überraschung vermutlich aller im Saal anwesenden Zuhörer wies es die Klage Finks ab.

Bei der Verwendung der Dokumente der Gauck-Behörde durch die neuen Apparate, das erwies auch dieses Urteil, regierten der politische Nutzen und das erstrebte Ziel. Herausragend oder an nebensächlichem Platze tätig, wer in den Verdacht gebracht werden konnte, mit dem von Erich Mielke geleiteten Ministerien und dessen untergeordneten Dienststellen zusammengearbeitet zu haben, wurde abgestraft. Die erste, die das erfuhr, war die Sekretärin unseres Bereichs, die schon im 41. Jahr der DDR nach der Auflösung dieses Ministeriums und nach einer kurzen Tätigkeit in der Zollverwaltung zu uns gekommen war. Aus ihrem Fragebogen, den sie bei Arbeitsantritt ausgefüllt hatte, gingen ihre vorherigen Arbeitsstellen hervor. Daraus war auch ablesbar, dass sie aus einer Familie stammte, in der andere Angehörige im gleichen Apparat gearbeitet hatten. Sie war als Lehrling dort eingetreten, wohin sie offenkundig durch diese Beziehungen vermittelt worden war. Zudem hatte sie die Schreibmaschine in einer ziemlich nebensächlichen Abteilung betätigt und war nicht einmal irgendein Geheimnisträger. Doch gnadenlos erhielt sie ihre Kündigung. Wir konnten ihr, die zwei kleine Kinder allein erzog, damals noch rasch eine andere Arbeitsstelle besorgen. Wer, wie es mir unlängst auf dem Wege nach Frankreich auf einer Tagung in Braunschweig passierte, erstaunt fragt, warum die Ostdeutschen nicht öffentlich über die Vergangenheit redeten, kennt zu wenig Tatsachen der Wende oder hat davon zu viele vergessen.

Ende 1991 und dann mit dem Beginn des Jahres 1992 entstand für die Studenten der Geschichte eine außerordentliche Studiensituation. Sie sahen sich einem Überangebot an Lehrveranstaltungen gegenüber. Die Professoren neuen Rechts traten mit ihren Mitarbeitern in Aktion und zugleich boten die Alten entsprechend den an sie ergangenen Weisungen vielfach mehr Vorlesungs- und Seminarstunden an, als sie es in DDR-Zeiten getan hatten. Studierende erhielten für eine kurze Zeit so unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten. Meine Veranstaltungen waren besucht wie bisher und die mancher meiner Kollegen ebenso. Vereinzelt stellten sich auch Hörer aus der Freien und der Technischen Universität ein. Da der Zustrom zu dem Angebot der Professoren „neuen Rechts“ den Erwartungen nicht immer entsprach und die politischen Attacken keine Isolierung der bisherigen Hochschullehrer bewirkte, wurde gerüchteweise in die Welt gesetzt, es werde von ungenannten Kräften zur Sabotage des Vorlesungsbesuches bei Neuberufenen aufgefordert. Wie sollte derlei schwachsinniges Projekt, unterstellt, es habe existiert, eigentlich verfangen, da die Studenten doch wussten, dass sie mit unserem baldigen Abgang rechnen und sich anderen Prüfern stellen mussten? Jedenfalls auch unsere Hörsäle und Seminarräume leerten sich nicht, wie es doch offenbar gewünscht und erwartet worden war. Mit irgendeiner politischen Sympathie oder einem persönlichen Treuebekenntnis hatte das übrigens nichts zu tun. Aus dem Prokrustesbett obligatorischer Veranstaltungen befreit, gingen die Studenten einfach wie einst ich in Jena dorthin, wo sie etwas Anregendes und Nützliches aufnehmen konnten.

Mir gab die gewonnene Zeit, weder rief mich der Rat für Geschichtswissenschaft oder der Beirat für Geschichte beim Ministerium für Hochschulwesen, noch die Historikergesellschaft oder ein Universitätsgremium zu einer Sitzung, auch die Möglichkeit, meine letzten Lehrveranstaltungen mit Exkursionen zu verbinden. Vordem hatte mich vor allem der organisatorische Aufwand abgeschreckt, mich auf sie einzulassen. Die eine führte uns auf den Kyffhäuser zur Illustration der Geschichte deutscher monumentaler Geschichtsdenkmäler. Eine andere hatte im Rahmen eines Seminars zur „Endlösung der Judenfrage“ das tschechische Terezin, das einstige Theresienstadt, zum Ziele. Dort führte uns der stellvertretende Direktor Blodig, den ich von früheren Begegnungen und durch meinen guten Prager Bekannten Miroslav Kárný und seine Frau kannte. Die Kárnýs hatten beide Theresienstadt und Auschwitz überlebt. Er war der erste gewesen, der mir etwas von den illegalen Organisationen der Kommunisten und der Zionisten erzählte, die es in der Ghettostadt gegeben hatte. Daran mußte ich später oft denken, als die Auseinandersetzung um die Geschichte des Konzentrationslagers Buchenwald und der Rolle der dortigen kommunistischen Untergrundorganisation entbrannte, die eine Publikation eines nach Jena neuberufenen Professors ausgelöst hatte, der den Lehrstuhl besetzte, auf dem einst Manfred Weißbecker gearbeitet hatte. In Terezin, wo wir auf Ferienreise der Familie nach Ungarn eine Pause gemacht und die kleine Festung besichtigt hatten, die das zentrale Gestapo-Gefängnis im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“ gewesen war, wurde unsere Studiengruppe im einstigen Kommandantenhaus. Solche Nachtquartiere, auch das auf dem Buchenwald befindliche „Hotel“, hatte ich immer zu vermeiden gesucht. Glücklicherweise wuchs nun eine neue Generation der Nachgeborenen heran, die mit solchen Orten eigene Erinnerungen nicht mehr verbinden konnte.

Das Sommersemester 1992 wurde mein letztes. Bevor das folgende Studienjahr begann, wurde mir das Kündigungsschreiben der Universitätspräsidentin zugestellt, das mit einer freundlichen Wendung endete. Nachdem die Gauck-Behörde das nicht von mir verlangte „negative“ Gutachten unter allen Vorbehalten ausgefertigt hatte, mußte sich der Gründungsdirektor mit seinen Gehilfen nun doch daran machen, einen Text auszuarbeiten, der arbeitsgerichtsfest war. Er begann mit dem Versuch, meine wissenschaftliche Befähigung anzuzweifeln. Ich hätte noch in den siebziger Jahren die Dimitroffsche Definition des Faschismus vertreten hieß es. Wahr oder falsch, welcher Grund sollte gerade in diesem Jahrzehnt herausgefunden worden sein, sich von ihr völlig zu distanzieren? Doch wurde dann sogleich ausgeführt, dass eine generelle Bewertung meiner Forscherarbeit damit nicht erfolgt sei. Dann schlossen sich die Anklagen an, die sich auf meine Rolle bei „Relegationen“ bezogen. Sie dienten als die eigentliche Begründung dieser „ordentlichen“ Kündigung, die fristgerecht vorgenommen wurde.

Am 31. Dezember 1992 endete mein Arbeitsverhältnis mit der Humboldt-Universität. Strafversetzt war ich 1965 in sie eingetreten, strafweise wurde ich nun aus ihr entlassen. Während ich aber den Akademie-Rausschmiss siebenundzwanzig Jahre zuvor als einen Akt der Ungerechtigkeit empfand und ihn bis heute so beurteile, erschien mir dieser erneute und letzte als die selbstverständliche Folge des als Wende deutscher Geschichte bezeichneten Prozesses, der mit dem 9. November 1989 begonnen hatte. Wer sich über die Geschichte beschwert, macht nicht mehr als eine lächerliche Figur, ein Historiker zumal. Nicht diese Entscheidung und die vielen gleichen und ähnlichen waren anzuprangern, sondern es war die Heuchelei bloßzustellen, die mit ihnen einherging. Was da als Erneuerung bezeichnet wurde, war die Zurichtung der Universitäten auf die Bedingungen und Bedürfnisse einer kapitalistischen Gesellschaft. Ihr Pluralismus endete, wo Verfechter systemkritischer Theorien und Auffassungen auch nur in Sichtweite kamen. Die Herrschenden verhielten sich genauso, wie es die marxistische Gesellschafts- und Staatstheorie sagte und begründete. Nur die Akteure wollten das nicht wahrhaben, sondern erschienen in der Toga der Demokratie und der Gerechtigkeit, des Humanismus und der Wahrheitsliebe und bevorzugt beriefen sie sich auf ihre Rolle als Bahnbrecher der Freiheit der Wissenschaft und des Pluralismus. Unter ihnen mögen manche Überzeugungstäter gewesen sein. Am Sachverhalt änderte das nichts.

Mir schrieb der damalige Direktor des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichte, Vierhaus, mit dem ich vorher nie in bewussten Kontakt getreten war, in jener Zeit einen Brief, der sich auf einen

Artikel bezog, den eine Tageszeitung veröffentlicht hatte. Ich würde die Geschehnisse ganz falsch sehen. Nicht um die Vertreibung der Vertreter historisch-materialistischer Geschichtsauffassung von den Universitäten und aus allem wissenschaftlichen Leben handele es sich, sondern einzig darum, deren Monopol zu brechen und sie nun gleichsam dem frischen und belebendem Wind der Konkurrenz auszusetzen. Gegen meine Gewohnheit habe ich darauf nicht geantwortet. Jede Entgegnung schien mir nur einen überflüssigen und fruchtlosen Streit eröffnen zu können. Sollten die Jahre entscheiden. Es würde, meinte ich, nicht lange dauern, bis der Befund vorläge. Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Die geschaffenen Tatsachen haben den vermiedenen brieflichen Streit erledigt. Nach diesem Jahrfünft wollte ich Vierhaus an sein Schreiben erinnern. Dann aber unterließ ich auch das. Mir erschien eine verspätete Reaktion als späte und rechthaberische Geste überflüssigen. Verwunderlich blieb mir nur, dass ein so kluger Mann wie der renommierte Geschichtsforscher nicht bemerkt hatte, dass in seiner unmittelbaren Nähe, in Frankfurt a. M., das Flaggschiff der großbürgerlichen Presse gefordert hatte, es möchten mit den Ostdeutschen doch auch gleich diejenigen aus den Universitäten der Altbundesrepublik geräumt werden, die für die DDR einst Partei ergriffen hätten. Das richtete sich nicht nur gegen meinen guten Bekannten und Freund Reinhard Kühnl in Marburg, der namentlich benannt wurde. Indessen wurde dieser Vorschlag doch nicht aufgegriffen. Es wird auf das Ausscheiden derer, die nach den Ereignissen des Jahres 1968 Universitätsprofessuren erhalten hatten – unter ihnen ist an hessischen Universitäten eine Gruppe von Abendroth-Schülern – auf dem Wege der biologischen Lösung gesetzt.

Ich vervielfältigte den Text meines Kündigungsschreibens und versandte ihn an viele Adressaten in Deutschland und an solche im Ausland, von Israel bis in die USA. Das geschah nicht als Hilfeersuchen, sondern in informatorischer Absicht, wie ich es vergeblich und in viel weiterem Sinne während jenes Demonstrationsmarsches bis Steglitz schon angeregt hatte. Fürsprachen hatte es schon vordem gegeben. Interessant ist nur, wie sie vom Senat als der letztlich entscheidenden Stelle beantwortet wurden. Maurice Goldstein, der belgische Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, erhielt auf sein Schreiben zu meinen Gunsten, das von Widerstandskämpfern angeregt worden war, eine ausweichende und beruhigende Antwort. Bürokratisch korrekt ging es her, mit offenem Visier nicht. Gegenüber bedenklichen ausländischen Stimmen galt das Prinzip, Beruhigung zu verbreiten und sich durchzumogeln.

Blieb die Frage zu entscheiden, ob ich die Kündigung mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht beantworten sollte. Darüber hatten wir in einem kleineren Kreis der Betroffenen rechtzeitig gesprochen und waren zu dem Ergebnis gelangt, es solle, wer die Nerven und dazu eine Rechtsversicherung hätte, jedenfalls vor Gericht gehen. Nicht, dass wir glaubten, dadurch Arbeitsplätze verteidigen zu können, von denen Mitarbeiter verdrängt werden sollten. Unsere Rechnung war bescheiden und wirklichkeitsnahe: Müssten die Rechtsanwälte der Universität auf bereits erfolgte Kündigungen Klageerwiderungen verfassen und vor Gericht vertreten, würde das von der Zeit abgehen, die sie auf die Ausfertigung weiterer gleichartiger Papiere verwenden könnten. Auf diese Weise könnten manche von uns Zeit gewinnen und ihren aussichtsarmen Weg auf das Arbeitsamt aufschieben. Später stellte sich zudem heraus, dass die nicht immer gerichtsfesten Kündigungen den Betroffenen Gelegenheit gaben, ihre Arbeitsplätze zeitweilig zu behaupten oder die Universität zu zwingen, Vergleiche einzugehen. Schließlich hielt es der Senat für besser, Mitarbeitern, die er loswerden wollte, ein Verfahren anzubieten, dass sinnigerweise die Bezeichnung „Goldener Handschlag“ erhielt. Wer darauf einging, konnte seinen Arbeitsvertrag mit einer Abfindungssumme lösen.

Die Gerichtsverhandlung, die sich mit meiner Klage beschäftigte, fand am 29. Januar 1993 im Arbeitsgericht in der Lützowstraße statt. Freunde hatten mich an eine junge Rechtsanwältin verwiesen, die vordem auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in der Humboldt-Universität gearbeitet hatte und die Tochter einer älteren Bekannten und einstigen Redakteurin der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ ist. Wir waren uns über die Funktion der Klage einig, verwandten aber doch einige Sorgfalt auf die Formulierung des Widerspruchs. Der Richter eröffnete die Sitzung, die man Verhandlung nicht nennen kann, mit der Frage: „Wollen sie ein bitterböses Urteil oder ihre Klage zurückziehen?“ Wir wollten das Urteil. Darauf folgte zwischen dem Richter und der Anwältin ein kurzer Wort-

wechsel, aus dem hervorging, dass sich der Beamte auf die Erörterung der Kündigungsgründe unter keinen Umständen einlassen wollte. Dann diktierte der Arbeitsrichter den Beschluss, während die beiden neben ihm platzierten Beisitzer ihre Statistenrolle beibehielten. Es waren wenig mehr als zwanzig Minuten vergangen und die Prozedur, die eine Farce abgab, fand zur Verblüffung mancher meiner als Zuhörer und aus Sympathie anwesenden Kollegen ein Ende. Ich hatte mit diesem Verlauf gerechnet und fest zugesagt, am Abend in Weingarten nahe dem Bodensee zu sein, wohin ich zu einem Vortrag an der Katholischen Akademie eingeladen war. Ich brauchte mich zum Bahnhof Zoo nicht einmal zu sputen. Für ein Verfahren vor einer weiteren Instanz wollte ich die Gelder der Gewerkschaft Wissenschaft nicht erneut beanspruchen.

Meine siebenundzwanzig Jahre ausfüllende Arbeit an der Humboldt-Universität lagen definitiv hinter mir. Ich war froh, dass ich früher ausgeschieden war als meine beiden Mitarbeiterinnen Christa Olschewski und Erika Schwarz; jede andere Reihenfolge hätte mich zusätzlich belastet. Irgendetwas zu ihren Gunsten tun konnte ich ohnehin nicht mehr. Denn inzwischen hatte die Struktur-Berufungs-Kommission sich einer weiteren Aufgabe angenommen. Sie forderte alle alten Mitarbeiter auf, sich vor ihren Mitgliedern zu Gesprächen einzustellen. Die meisten der Angesprochenen taten das. Es erwies sich, dass diese Begegnungen darauf angelegt waren, Protokolle anzufertigen, in denen der Universitätsleitung Argumente für Kündigungen angeboten wurden. Eine Zeit lang noch mochten sich die westlichen Kommissionsmitglieder geziert haben, ausdrücklich namentliche Vorschläge für Entlassungen zu unterbreiten. Doch wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, auch sie galt, dass sie beim ersten Schritt frei, beim zweiten Knecht waren. Schließlich verrichteten sie, bevor sie abtraten, was von ihnen verlangt wurde. Dabei galt auch ihnen der Grundsatz, der, wo immer es irgend anging, im Umgang mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung in den neuen Bundesländern angewendet wurde. Die einen wurden aller Hoffnungen sogleich beraubt, andere hingegen durften noch hoffen, ihre Arbeitsplätze zu behaupten oder zumindest einen minderen zugewiesen zu erhalten. Teile und herrsche, das in Jahrhunderten bewährte Verfahren, versagte auch in den auf den 3. Oktober 1990 folgenden Jahren nicht. Die Politik, die später beschönigend Elitewechsel genannt wurde, während tatsächlich niemand ausgewechselt, sondern Zehntausende Angehörige der Intelligenz entlassen worden waren, ließ sich so ungestört durchsetzen. Während wie vorgesehen aus Professorenschaft und Mittelbau der einstigen Sektion Geschichte die einen entlassen wurden, sahen sich andere in mehr oder weniger lange, von zwei Ausnahmen abgesehen, befristete Arbeitsverhältnisse gestuft. Einige erhielten eine Beschäftigung, bis sie das Rentenalter erreicht hatten oder ihm so nahegekommen waren, dass ihnen die Regelung des Vorruhestandes blieb.

So kam die „Abwicklung“, wenn auch mit einer im Ganzen unwesentlichen, für viele Einzelne aber doch wichtigen Zeitverzögerung voran. Am Jahresende 1996 waren die einstigen Mitarbeiter der Sektion Geschichte bis auf einen selbst für das Innenleben des Instituts ganz unbedeutenden Rest beiseite geräumt. Auf Dauer wurden nur die beiden Kolleginnen angestellt, die seinerzeit in der vom Senat installierten Kommission mitgearbeitet hatten. Das entsprach einer generellen Regelung, die in der gesamten Universität praktiziert wurde. Natürlich ließ dieses Verfahren des Teilens und Herrschens auch die früheren Beziehungen von uns Mitarbeitern aus DDR-Zeiten nicht unberührt. Ganz vergiften konnte es sie nicht. Nur einer aus der über siebzig Mitarbeiter zählenden Sektion hat sich den neuen Herren skrupellos angedient. Anders lässt sich seine Mitwirkung in einer Kommission schwer benennen, die unter anderem beschloß, dass die hinter der Universität verlaufende Straße, die Clara-Zetkin-Straße hieß, nun wieder ihren ursprünglichen Namen, den der ersten preußischen Königin, erhielt. Wie auch hätte die sich auf ihren Umzug nach Berlin vorbereitende Parlamentariermehrheit in einem Reichstag verhandeln wollen, auf dessen Gebäude eine Straße mit dem Namen der Sozialistin einmündete, die als ein Mitglied führender Gremien der Kommunistischen Internationale gewirkt und in eben diesem Bau 1932 ihre letzte berühmte Rede als Alterspräsidentin gegen die deutschen Faschisten gehalten hatte?

Mir war der Abschied von dieser „erneuerten“ Universität nicht schwergefallen. Auf ihn hatte ich mich, vom November 1989 an gerechnet, zwei Jahre einstellen und vorbereiten können. Hinzu kam, dass mittlerweile mehr als vier Jahrzehnte pädagogische Arbeit hinter mir lagen. Ich begann sie

noch während meines Studiums, weil es an der Jenaer Arbeiter-und-Bauern-Fakultät an Lehrkräften gefehlt hatte. Wenn ich auch später nie wieder mit der gleichen Intensität – zwölf Wochenstunden, sechs am Mittwoch und sechs am Sonnabend, um an den anderen vier Wochentagen meinen Studienverpflichtungen konzentriert genügen zu können – unterrichtete, so hatte ich doch über lange Jahre einer Arbeit hinter mir, die unvermeidlich mit vielen Wiederholungen verbunden war. Je knapper aber die eigene Lebenszeit zu werden begann, umso stärker zog es mich zu Beschäftigungen mit Fragen und Problemen, die ich vordem selbst nicht durchdacht hatte und umso mehr widerstrebte mir das bei aller Überarbeitung von Vorlesungen infolge neu gewonnener Einsichten und Perspektiven doch unausbleibliche Wiederkäuen von allzu oft schon Gesagtem. Kurzum: Über Abnutzungs- und Ermüdungserscheinungen täuschte ich mich nicht, wenngleich ich versuchte, die Studenten das nicht spüren zu lassen.

Obendrein wirkte der Widersinn der Lehrplananforderungen. Mein Jenaer Lehrer Karl Griewank las seine Hauptvorlesungen in größeren Abständen. Jeder Student wusste, dass er in den etwa fünf Jahren seines Studiums zweimal Gelegenheit hatte, sie zu hören. Nach dem verschulten System der späten DDR-Jahre waren vergleichbare Veranstaltungen jedes Jahr zu absolvieren und dies schließlich auch noch gesondert für die Studenten mit der Ausbildungsrichtung Lehrer und die mit dem Ziel des Diplom-Historikers. Wie in der allgemeinbildenden Schule der Geschichtsunterricht hatten die Geschichtsvorlesungen bei der Menschwerdung zu beginnen und in chronologischer Folge bei Erich Honecker zu enden. Uns war kein Schaden daraus erwachsen, dass wir während unseres eigenen Studiums die Geschichte des Alten Orients und Lektionen über das Dreikaiserjahr 1888 gleichzeitig gehört hatten und uns zwischen beiden massenhaft Wissen noch fehlte. Unter meinen Kollegen waren manche, die sich in diesem wohl geordneten, verschulten System problemlos bewegten. Studenten, die anderes nicht kannten und an diese Art geistiger Schulfütterung gewöhnt waren, mochten sie nicht missen. Das spornte auch nicht an.

Bevor ich aber den Hochschulpädagogen auszog, hatte ich mich um einige Studenten zu sorgen, die sich für die Spezialisierung auf meinem engeren Fachgebiet entschieden hatten. Das waren zuletzt drei. Den einen hatte ich mit Erfolg zu der Inangriffnahme einer Doktorarbeit angeregt, die sich mit den antijüdischen Maßnahmen befassen sollte, die nach dem Pogrom von 1938 im Deutschen Reich ergriffen wurden, um Juden nicht den „Ariern“ zur Last fallen zu lassen. Daraus wurde eine gelungene Dissertation über das System der Zwangsarbeit, die unter anderem mit der Entdeckung vieler über ganz Deutschland verteilter Zwangsarbeitslager verbunden war. Als sie an der Technischen Universität verteidigt wurde, sagte mir Wolfgang Benz, der Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, ich könnte ihm von solchen Leuten noch mehr bringen. Doch war Wolf Gruner „mein Letzter“. Der andere der beiden befand sich noch in einer früheren Studienphase. Ich hatte ihn zu späten DDR-Zeiten mit Hilfe des Staatssekretariats für Kirchenfragen zeitweilig zu Studien an die Jüdische Hochschule in Heidelberg empfehlen können, denn die Jüdische Gemeinde Berlins besaß selbst keinen Kandidaten, der das Angebot annehmen konnte. Meine Idee war, dass er sich dort und später mit dem Ziel einer Doktorarbeit mit der Geschichte des Zionismus und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland während der Weimarer Republik beschäftigen sollte. Als ich für das in Jena erarbeitete Lexikon zur Geschichte der bürgerlichen Parteien und Organisationen den Artikel über diese Vereinigung schrieb, war mir aufgefallen, wieviel das Thema für das Verständnis auch der weiteren Entwicklung – einschließlich der aktuellen Auseinandersetzungen in Israel um Innen- und Außenpolitik – an Zugängen bot. Doch ging mein Plan nicht auf. Sein Interesse verschob sich unter Mitwirkung seiner polnischen Freundin ostwärts und auf die Geschichte der zionistischen Bewegung in Westpolen. Da mitzureden, fehlten mir auch alle sprachlichen Voraussetzungen, das Polnische ebenso wie das Jiddische und das Hebräische, dessen Erlernung ich von jedem der beiden mit der Begründung gefordert hatte, sie müssten sich schließlich auch durch ihre Sprachkenntnisse für ihre künftigen Aufgaben besser gerüstet zeigen, als ich mich unter anderen Umständen auf die meinen vorbereitet hätte. Dafür gab es an der Humboldt-Universität exzellente Möglichkeiten. Als ich mein Zimmer im zweiten Stock des Hauptgebäudes räumte, das ich mit meinen beiden Kolleginnen teilte, war auch dieser Student mit Hilfe von Westberliner Fachkolle-

gen, die ich bei verschiedenen Gelegenheiten schon während der DDR-Zeiten kennengelernt hatte und die sich seiner annahmen, für seinen weiteren Weg auf festen Grund gebracht.

Blieb Rita Röhr, die Tochter eines Kollegen, mit dem ich erst in den letzten Jahren durch unsere gemeinsame Arbeit in der kleinen neugegründeten Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in engere Beziehungen trat. Sie sprach polnisch und hatte sich für den Gedanken gewinnen lassen, auch das Tschechische sich anzueignen und damit Voraussetzungen zu gewinnen, sich künftig mit der Geschichte der deutschen Minderheiten in den beiden slawischen Nachbarländern zu befassen. Mir schien es seit langem unerträglich, dass wir das Thema ganz und gar Historikern – und nicht nur ihnen – in der Bundesrepublik überließen. Schon einmal, während meines Direktorats zwischen 1973 und 1977, war ich mit dem weiterzielenden Versuch gescheitert, in unserer Sektion eine Arbeitsstelle für die Geschichte Polens einzurichten. Zwar gelang es, zunächst einen Warschauer Gastdozenten zu uns zu holen. Doch der Plan, dass sich Eberhard Trczionka, der sich im Bereich Geschichtsmethodik nicht sonderlich wohl fühlte, von seinen Interessen und seinen Sprachfähigkeiten aber alle Voraussetzungen besaß, in die Materie einarbeitete, scheiterte. Er starb ohne jedes seinen Tod ankündigende Vorzeichen, als er eben damit begonnen hatte. Nun erledigte ein anderer Tod, das Ende der DDR, auch den Vorsatz, der sich auf Rita Röhrs Entwicklung gerichtet hatte. Nach einer befristeten Arbeit an der neugegründeten Universität in Frankfurt a. O. schlägt sie sich mit ihrer Familie derzeit wie viele andere mit gleicher oder ähnlicher Befähigung ohne eine langfristige Arbeitsperspektive durch.

Demgegenüber kam mir mit vielen anderen meiner Altersstufe die „Gnade der frühen Geburt“ zugute. Mit meinem Kündigungsschreiben meldete ich mich auf dem zuständigen Arbeitsamt und wurde in die rasch wachsende Gruppe der Arbeitslosen registriert. Das bedeutete, dass mir ab dem 1. Januar 1993 vierzehntägig 1000,– D-Mark auf mein Konto überwiesen wurden. Danach gelangte ich aus eigenem Entschluss, weil mir die dauernden sinnlosen Meldungen lästig wurden, in die Kategorie der Empfänger von Altersübergangsgeld, bis ich von dieser zu den Rentnern sortiert wurde. Die damit verbundenen Besuche in Verwaltungen und Ämtern, das Beschaffen der diversesten Zeugnisse und Dokumente hielt mich nicht allzu lange auf. Wiewohl mir jegliche Beschäftigung mit bürokratischen Papieren früh als gestohlene Lebenszeit vorkam und mir buchstäblich auf die Nerven ging, überstand ich diese Kraftprobe mit einer Art sportlichen Einstellung. Und das leitet mich zu der allgemeineren Frage über: Warum überstand ich diese hektischsten Jahre meines Lebens, denen es nicht an dramatischen Noten fehlte und die mit psychischen Belastungen und menschlichen Enttäuschungen verbunden waren, in denen ich mich Gerissenheit und Gemeinheit gegenüber und ausgesetzt sah, ohne Phasen der Depression und Resignation und auch ohne einen einzigen Ausbruch von Zorn und Wut, wozu ich ohnehin nicht neige? Warum gehörte ich zu denen, von denen ein Bibelwort sagt, das mir ein Bremer Freund, der Pastor Hartmut Drewes, schrieb und das ich mit eigenen Worten wiedergebe, sie seien erschüttert, aber nicht ertötet worden? Die Fragen verbinden sich für mich mit Gedanken an Freunde und Kollegen, die nicht so glücklich waren.

Zuerst begruben wir Wolfgang Schumann, der sich wie kein zweiter in der DDR um die Erforschung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs verdient gemacht hatte. Er hielt die Schwerstarbeit an dem sechsbändigen Vorhaben „Deutschland im Zweiten Weltkrieg“ durch, als seine physischen Kräfte schon immer mehr abnahmen. Das Resultat galt den westdeutschen Historikern als eine Herausforderung, mit deren Beantwortung die Geschichtswissenschaftler am Militärgeschichtlichen Forschungsamt bis heute nicht zu einem Ende gekommen sind. Vordem hatte Wolfgang sich mit anderen mehrfach durch die Edition von Dokumentenbänden hervorgetan, welche die Rolle von Konzernen, Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden im Nazireich charakterisierten. Wir kannten uns aus frühen Jenaer Studententagen. Unsere Ehefrauen unterrichteten zeitweilig in der gleichen Schule, unsere Kinder besuchten den gleichen Kindergarten. Wir verbrachten unvergessene Ferien im tief verschneiten Harz, als die Wege zum Brocken noch offen waren. Wir vergnügten uns auf Faschingsfeten. Vor allem suchten wir, wie das etwas feierlich-erhaben in einer FDJ-Parole genannt wurde, die „Höhen der Wissenschaft“ zu stürmen. Forschend kamen wir eng zusammen, als er mir 1960 anbot, mich an dem Unternehmen „Geschichte der Jenaer Zeiss-Werke“ zu beteili-

gen. Dann ging er früher nach Berlin als ich. Als er in das Akademie-Institut wechselte und die Leitung der Abteilung 1917 bis 1945 übernahm, führten uns gemeinsame Vorhaben und Reisen zu Konferenzen erneut zusammen. Dann versagten seine Nieren nach langer medikamentöser Behandlung einer Kreislauferkrankung den Dienst. Kurz vor seinem Tode besuchte ich ihn. Es wurde ihm gerade ein Gefährt gebracht, mit dem er sich in der Wohnung noch aus eigenen Kräften bewegen können sollte. Nur wenige Tage später verstarb er. Wir begruben ihn auf einem Friedhof in der Stadtmitte Berlins. Ich hielt ihm und uns die Rede. Sie ist alsbald in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ gedruckt worden.

Mit Manfred Kossok starb einer aus der nicht so kleinen Breslauer „Fraktion“ der Historiker und derjenige von uns, der als ein Schüler von Walter Markov international die größte Reputation erlangt hatte. Besonders angesehen war er in Fachkreisen Lateinamerikas. Dorthin reiste er noch, als er das mit der Vorsorge für die permanente Behandlung an einer künstlichen Niere verbinden mußte. Von da kam er, als wir uns am Ende des Kongresses in Madrid 1990 trafen. Erst die Wendezeiten, als wir weniger wurden, brachten uns einander näher. Ich schrieb ihm über Erfahrungen, die ich in Berlin mit den neuen Herren machte, er mir über die seinen in Leipzig. Seine Verdienste verschafften ihm keinen Bonus und den wünschte er auch nicht. Von der Beisetzungsfeier für seinen Kollegen, den Mediävisten Ernst Werner, kam er entkräftet nach Hause. Wenige Tage später war auch er tot.

In Baumschulenweg versammelten wir uns zur Beisetzung von Ludwig Nestler, der die Dokumentationsstelle im Innenministerium der DDR geleitet und bei Quelleneditionen mit Wolfgang Schumann über Jahre eng zusammengearbeitet hatte. Schon die Nachricht, das den stets freundlichen und zu jedem Spaß aufgelegten Mann, der herzlich laut lachen konnte, ein Krebsleiden gepackt hatte, war deprimierend. Es hat ihn, wiewohl es bei unseren letzten Begegnungen sich zum Besseren zu wenden schien, wie Schumann und Kossok lange „vor der Zeit“ umgebracht. Und wiewohl jeder dieser Lebensabschlüsse seine eigene medizinische Vorgeschichte besaß, bleibt die Tatsache, dass sie den neuen Belastungen der Wende nicht standzuhalten vermochten, denn jeder von ihnen erfuhr am eigenen Leibe, wie das mit dem deklarierten Zusammenwachsen verlief. Sie gehörten nicht dazu.

Am unverhofftesten traf mich die Nachricht vom Tode Gustav Seebers, des Leipziger Historikers und Spezialisten für die Geschichte des zweiten deutschen Kaiserreichs. Er hatte in Jena zu studieren begonnen, als ich damit schon fast an das Ende gekommen war. Mit seiner Frau teilte ich Wickersdorfer Schulerlebnisse und Jugenderinnerungen. Mit anderen aus der Leipziger Gruppe des Akademie-Instituts verbrachten wir diskutierend und feiernd in den sechziger und siebziger Jahren Stunden auf der Datsche von Horst Bartel in Neu Venedig. Damals befassten sie sich mit einer Biographie von August Bebel. Zuletzt sah ich Gustav wohl eine Woche vor seinem Tode, als er und Eva mich wieder einmal freundlich als Nachtgast einquartierten. Es war zu Zeiten der Buchmesse und wir folgten Evas Vorschlag, uns eine Veranstaltung mit Wolfgang Leonhard anzuhören. Er war der einzige, den ich je den Anspruch erheben hörte, er habe den Untergang der DDR exakt vorausgesagt. Nichts deutete an diesem Abend und als wir danach noch in der Hainstraße zusammensaßen darauf hin, dass Gustav Opfer eines Herzinfarkts werden könnte. Er galt als unverwüstlich, beim Arbeiten und auch, wenn wir uns zu einer Feier trafen. Doch er war seit Monaten ohne Nachricht auf ein Forschungsprojekt, das er nach der Abwicklung der Akademie-Institute eingereicht hatte und mit dem sich ihm Vorstellungen seiner Weiterarbeit als Wissenschaftler verbanden.

Im Nachdenken und Gedenken an Freunde bin ich der Zeit vorausgekommen, von der hier geschrieben wird, und doch bei der Frage geblieben: Wer und was half mir über die Krisenjahre? Zunächst und dauernd die Möglichkeit, Forschungen weiterzuführen und neue, wenn auch begrenzte, weil nur aus eigenen Mitteln finanzierbare in Angriff zu nehmen. Freilich wollte ich nicht für meinen Schreibtisch arbeiten. Das verhinderte zum einen die Bekanntschaft mit Wolfgang Benz, den ich vordem nur als Mitarbeiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte aus der Literatur wahrgenommen und im September 1989 flüchtig während einer Tagung in Pforzheim kennengelernt hatte, die aus Anlass des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges veranstaltet worden war.

Er hatte jüngst in Berlin die Nachfolge von Herbert Strauss angetreten, der aus den USA als Gründungsdirektors des Zentrums für Antisemitismusforschung nach Berlin gekommen und in die USA zurückgegangen war. Benz akzeptierte die Idee, eine Publikation zur Wannseekonferenz, die Erika Schwarz und ich in Angriff nehmen wollten, in einer Reihe des Metropol-Verlags zu publizieren. So lernten wir auch den Verleger Friedrich Veitl kennen, der sich wie Benz als ein Mann erwies, dem es um Wissenschaft und Aufklärung ging, dazu ein eigenes Urteil besitzt und sich von erfolgten und denkbaren weiteren politischen Angriffen auf seine Autoren nicht schrecken ließ. Ehrenerklärungen brauchten wir nicht abzugeben und Persilscheine nicht vorzuweisen.

Wir lieferten das Manuskript zur vereinbarten Zeit. So konnte es vor dem 50. Jahrestag des Stattfindens der ungeheuerlichen Veranstaltung erscheinen. Aus diesem Anlass wurde in den Räumen des Hauses am Großen Wannsee eine Gedenkstätte eingeweiht. Ein Rezensent – es war derselbe Historiker, der im Herbst 1990 mit seinem Artikel in der *„tageszeitung“* die Publikationen über mich und die politisch motivierten „Relegationen“ an der Sektion Geschichte eröffnet hatte – wir wären die einzigen, die das aktuelle Thema aufgegriffen und damit etwas für das Ansehen der Republik getan hätten. Möglicherweise brauchte er wie mancher an der Abwicklung beteiligte eine Erleichterung. Eine Rolle als Ehrenretter hatten Erika und ich nicht übernehmen wollen. Übrigens ließen wir dem Buch ein zweites, thematisch angrenzendes folgen. Sein Gegenstand war die Biographie des Mitarbeiters von Adolf Eichmann sowie die Gerichtsprozesse, die in Wien gegen ihn stattgefunden hatten, denn er war über Jahre für den Transport der jüdischen Opfer zu ihren Mördern zuständig gewesen und hatte seinen Auftrag verbissen und exakt ausgeführt.

Dann erhielten wir auf merkwürdigen Umwegen eine Einladung zum Mittun. Eine in München lebende Lektorin eines Verlags fragte mich, ob ich nicht bei der Herausgabe von Briefen mich beteiligen wollte, die jüdische Familien hinterlassen hätten. Geld für den notwendigen Druckkostenzuschuss würde zur Verfügung stehen. Das wollte ich entscheiden, wenn ich die Schriftstücke gesehen hätte. So lernte ich erst in Augsburg den Mann kennen, der die Hinterlassenschaft aus seinem Familienbesitz sorgfältig verwahrt hatte, und dann fuhren Erika und ich zu Hanne Hiob, um sie am anderen Ende Berlins in einem ihrer Anwesen zu besuchen. Die Tochter Brechts hatte sich wegen des Drucks der Briefe, für den sie sich engagierte, bereits mit mehreren Verlagen in Verbindung gesetzt, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Sie verdächtigte die Angesprochenen des Desinteresses. Dass sie zum Ziele nicht gekommen war, erklärte sich aber zumindest zu einem Teil aus ihrer Vorstellung, ein teilnehmendes Vorwort würde genügen, um die Hinterlassenschaft auf dem Buchmarkt präsentieren zu können. Dass Historiker solche Texte entschlüsseln könnten und müssten, leuchtete ihr aber bald ein. Wir schieden auf das Unternehmen verabredet. Ihm konnten wir umso mehr Interesse abgewinnen, als es sich um eine außerordentliche Überlieferung handelte. Die Absender der Briefe entstammten jüdischen Handwerkerfamilien aus Oberschlesien, und die Adressatin war ihre Verwandte, die nach Augsburg geheiratet hatte und dort ein kleines Schuhwarengeschäft betrieb, bis sie es als „Halbjüdin“ schließlich aufgeben mußte. Niemand von diesen Oberschlesiern, sofern er nicht rechtzeitig ins Ausland entkam, hatte überlebt. Die letzte Nachricht einer der Verwandten, vor ihrer Deportation mit ihrem Mann und dem Baby rasch auf eine Karte geschrieben, lautete knapp: „Wir verreisen.“ Das wurde der Titel des Buches, das im Hamburger Konkret-Verlag erschien und dem später eine weitere Ausgabe im Aufbau Verlag folgte. Seine Vorstellung fand in Augsburg statt. Erika und ich reisten hin. Der Kleine Goldenen Saal, der wohl vierhundert Menschen fasst, war bis auf den letzten Platz gefüllt. In der ersten Reihe saßen die lokalen Honoratioren und ein leibhaftiger bayerischer Staatssekretär. Furchtbar erkältet hielt ich meine Rede. Hatten wir wieder etwas für jemandes Ansehen getan? Im Grunde waren wir nur bei unserem Leisten geblieben. Die Deutschen sollten mit und auch aus ihrer Geschichte leben.

Das Gefühl, das ich nichts mehr zu tun hätte, konnte in mir nicht aufkommen. Noch immer brauchte ich nicht nur einen Abreißkalender. Die veränderte, aber verbliebene Nachfrage wirkte als das erste Hilfsmittel, um durch die widrigen Zeiten zu gelangen. Nicht weniger wichtig und wärmend empfand ich, dass mir nahezu alle meine Freunde geblieben waren. Die einen in Berlin, andere in räumlicher Entfernung. Jene, mit denen ich mich öfter sah und verständigte, und diese, zwischen Ostsee

und Thüringer Wald verstreuten, mit denen ich brieflichen Kontakt hielt. Darunter meine Wickersdorfer Mitschüler, für deren Unfähigkeit, sich den neuen Herren anzudienen, ich mein letztes Hemd verwettet haben würde. Jeder setzte sich nach Erkenntnis, Erfahrung und Temperament mit der Zeitwende auseinander, allesamt waren wir nachdenklicher geworden. Trafen wir uns, gingen wir nie ohne Gewinn auseinander. Natürlich kehrten die Gespräche immer zu der einen Frage zurück: Wie kam es zu diesem Ende eines geschichtlichen Weges, der zwischen Elbe und Stillem Ozean beschritten worden war, und wie steht es aus jenen vergangenen Zeiten um unser eigenes Soll und Haben und Gehabthaben? Welche Antworten enthält die Geschichte der DDR, welche die der Sowjetunion? Damit werden wir nicht ans Ende kommen. Doch hindert uns das nicht, den eigenen Platz in der neuen, der alten Gesellschaft zu bestimmen.

In jenen Jahren habe ich auch Freunde verloren, wenige. Das geschah leise, anfänglich unmerklich und undramatisch. Nicht, dass einer von ihnen sich mit fliegenden Fahnen den Brüdern und Schwestern an den Hals geworfen hätte, die ihre Arme ohnehin eher verschränkten denn ausbreiteten. Doch manche hatten einfach, ohne dass sie und ihre Familien von materieller Not bedroht gewesen wären, eine Heidenangst ins gesellschaftliche Abseits oder Aus zu geraten. Ich mußte spät lernen, in welchem Grad der Charakter Menschen regiert und über ihre womöglich besseren Einsichten zu triumphieren vermag. Gewiss, der eine oder die andere mögen vor und nach 1990 einzig sich angepasst und also sich eigentlich nicht verändert haben. Mancher, an den ich mich erinnere, mag aus solchem Weichholz immer schon gewesen sein. In den späteren DDR-Zeiten war das nicht zu erkennen gewesen. Doch wurde alle diese Erfahrungen auch wieder aufgewogen. An anderen, mit denen ich über Jahre unter dem gleichen Dach arbeitete, lernte ich Eigenschaften kennen, die ich bisher übersehen hatte. Manchmal fragte ich mich, warum ich sie nicht vorher „entdeckte“.

Mitunter rührte Hilfe aus kurzen Begegnungen wie aus jener, da mir wie selbstverständlich gesagt wurde: „Da fangen wir eben wieder von vorne an.“ Unwichtig, dass die Devise der Ratgeberin auf Dauer nicht galt, die sie sich vorsetzte und mir vorschlug. Nur bietet die Geschichte keine neue Runde und keine Revanche wie das „Mensch-ärgere-Dich-nicht“-Spiel. Wir suchen einen neuen Ausgangspunkt, von dem ein Weg in eine humanistische Gesellschaft führen könnte. Mit den Arbeitslosen wollen wir uns so wenig abfinden wie mit den Obdachlosen. Das parasitäre, die Reichtümer der Welt verprassende Leben der wenigen möchten wir ebenso aus er Welt schaffen wie das elende Hungersterben der anderen.

Wieder und wieder höre ich mit der Stimme des Schauspielers Kurt Böwe dieses „Wir sind hinausgegangen, den Sonnenschein zu fangen. Komm mit uns, versuch’ es doch selbst einmal.“ Das haben wir nach dem Kriege bei Wanderungen über die Wickersdorfer Höhen gesungen. Mit Inbrunst, gläubig, gewiss. Da können wir nicht wieder anfangen. Aber die Aufgabe ist doch geblieben. Zweimal ist sie mir ins Bewusstsein geraten. Zuerst mit dem Kommunistischen Manifest. Dann Jahrzehnte später während einer Indienreise, die mich bis Kalkutta führte. Den ätzenden Rauch und Gestank von mit Unrat genährten Feuern meine ich noch heute zu empfinden, erzeugt von Menschen, die unter freiem Himmel leben mussten und sich und für ihre Kinder etwas Essbares bereiten wollten, um zu überleben, während ich mich in mein Hotelbett verkroch.

Viel haben mir in jenen zwei Jahren Barbara und Armin geholfen. Das gäbe eine andere und lange Geschichte. Sie tat es im Gespräch und durch ihr Schweigen und auch dadurch, dass deren größere Sorgen von den meinen weglenkten. Barbara, selbst von der Abwicklung des Akademie-Instituts für deutsche Geschichte betroffen, hat aus dem Erzgebirge eine viel praktischere Einstellung zum Leben mitgebracht, als ich sie besitze. Ihr Vater hielt seinem Enkel, der in Kindheitstagen zur Aufgabe neigte und die mit den Worten „Geht nicht“ kommentierte, bestimmt entgegen: „Geht nicht, gibts nicht!“ In der Welt des Alltags ist das eine nützliche Parole.

Geht nicht, erklären mir heute viele, die ich schätze, wenn die Rede auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung kommt. Logisch-historische Argumente können den Resignierenden nicht entgegengehalten werden. Bezweifelbar ist auch, ob sich für einen zweiten Versuch des Ausbruchs aus der Welt der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen je ein Tor öffnen lassen wird. Noch im-

mer erinnere ich mich der langezurückliegenden Eisenbahnfahrt mit meinem ungarischen Kollegen Tokody von Jena nach Berlin, während der er mir in seinem korrekten und bedächtigen Deutsch auseinandersetzte: „Weißt Du, wir sind die Schuldigen. Hätten die Deutschen und die Ungarn damals nach dem Ersten Weltkrieg die Chance der Revolution nicht vertan ...“

Der obendrein langweilige, alle historische Erfahrung ignorierende und Phantasie arme Gedanke, dass die Geleise der Weltgeschichte endgültig gelegt sind, ist für mich abschreckend und das wegen der bereits erkennbaren Stationen, zu denen sie führen. Und dann gibt es da die Geschichte von jenen, die im Wissen, dass die Welt morgen untergehen werde, heute einen Baum pflanzen. Das erkläre den Sozialismus zu einer Glaubenssache? Bis zu einem gewissen Grad war er das schon immer.

Wendezeit – Zeitenwende. Bericht über einen Abbruch. Geschrieben für meine Kinder und Enkelkinder, Berlin 1998, [8]2001, 160 S.

Historikerstreit en miniature und nahezu intern

Im eben zu Ende gegangenen Jahr geriet ein Mann unverhofft in die Seiten der Tagespresse, der 1990, achtzigjährig, verstarb und von dem zu seinen Lebzeiten und bei seinem Tode in der Bundesrepublik über seine Zunft hinaus nur mit Hochachtung geredet worden war. Karl Dietrich Erdmann (geb. 29. April 1910, gest. 23. Juni 1990) wirkte ein Vierteljahrhundert an der Universität Kiel als Professor für Geschichte, war Dekan und Rektor, mehrere Jahre auch Vorsitzender des Verbandes der Historiker der Bundesrepublik und durch viele wissenschaftliche Werke und Editionen hervorgetreten. Lang ist die Liste seiner Verdienste und seiner internationalen Ehrungen. 1975 wurde er in das höchste Amt gewählt, das das Internationale Komitee der Geschichtswissenschaften (CISH) zu vergeben hat: Erdmann übernahm dessen Präsidentschaft. Was ihn aus der Reihe seiner gleichaltrigen und wenig älteren Kollegen[1] auf den westdeutschen Lehrstühlen herauszuheben schien, hatte ihm einer seiner Schüler in der *„Historischen Zeitschrift“* in einem Satz nachgerufen: „Er war nie Nationalsozialist, und anders als viele machte er auch keine Kompromisse.“[2]

Irrtum, lautet der Befund, der sich auf die 1996 gedruckte Arbeit zweier Historiker[3] gründet, die sich schriftliche Zeugnisse über Erdmanns Leben zwischen 1933 und 1945 unter die Lupe gelegt haben. Das Erscheinen dieser Untersuchung kommentierten Zeitungen von Hamburg bis Zürich und von Bonn bis München.[4] In der Zunft entstand ein Streit en miniature. Dessen Bühne war die Zeitschrift *„Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“*.[5] Erdmann hatte sie 1950 mitbegründet und bis 1989 zu ihren Herausgebern gehört. Was die Forscher ausgegraben hatten, ist gemessen an allem, was über die „Gründergeneration“ der westdeutschen Geschichtswissenschaft – die Lehrer derjenigen Historiker, die heute selbst die Emeritierungsgrenze nahezu erreicht oder schon überschritten haben – nicht sensationell. Die einschlägigen bekannten Biographien sind längst in die Schubladen „Irrungen und Wirrungen“ und „Jugendsünden“ abgelegt. Nur eben: Dieser Mann hatte in seiner Generation als eine Ausnahmeerscheinung gegolten, und nun lässt sich das Aufgefundene in sein ganz ohne Brauntöne gemaltes Bild nicht einpassen.

Erdmann hat, als er 1933/34 als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Paris lebte, zuvor während eines Lehrgangs im Köpenicker Schloss für diesen Aufenthalt ausgerichtet, an der Seine für das neue Regime in Deutschland sein Stimmchen propagandistisch erhoben. Das klang gewiss viel weniger weit als die gleichzeitigen Verlautbarungen deutscher

---

1 Vor allem von Theodor Schieder (1908-1984), der 1935 Leiter einer „Landesstelle für Nachkriegsgeschichte“ in Königsberg wurde, und von Werner Conze (1910-1986), der 1943 eine Professur an der „Reichsuniversität Posen“ bezog. Beide gehörten nach einem Urteil Hans-Ulrich Wehlers in Westdeutschland zu den „gestandenen Großordinarien“ und beide standen als dessen gewählte Vorsitzende zeitweilig an der Spitze des westdeutschen Historikerverbandes.

2 Eberhard Jäckel, Karl Dietrich Erdmann 1910-1990. In: Historische Zeitschrift, Bd. 252 (1991), S. 530.

3 Martin Kröger/Roland Thimme, Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik, München 1996. Nach einer Auskunft der Autoren verlief der Weg des Manuskripts zum Buch nicht geradlinig. Die Absicht, den Band in der Reihe der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ erscheinen zu lassen, scheiterte an der Weigerung von deren Herausgebern. S. Götz Aly, Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 156, Anm. 3 Ferner die Rezension von Werner Berthold, der den Namen eines Autors versehentlich verfälscht angibt. In: „Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung“, 1996, H. 5/6, S. 262 ff., der auch eine knappe Darstellung der Verdienste Erdmanns gibt, die er sich um die Herstellung von Beziehungen des wissenschaftlichen Gedankenaustausches zwischen Historikern unterschiedlicher und gegensätzlicher methodologischer Strömungen erwarb.

4 Besprechungen des Buches druckten u. a. „*Bonner Generalanzeiger*“, „*Neue Züricher Zeitung*“, „*Rheinischer Merkur“, „Süddeutsche Zeitung“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“*.

5 Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus mit einer einleitenden Bemerkung Winfried Schulzes und dem Abdruck von dessen Vorwort zu Kröger/Thimme (s. Anm. 2) sowie mit den Stellungnahmen Eberhard Jäckels und Agnes Blänsdorfs, GWU, 44. Jg., H. 4, S. 220 ff. und der Replik von Kröger/Thimme, Karl Dietrich Erdmann im „Dritten Reich. Eine Antwort auf Eberhard Jäckel und Agnes Blänsdorf. Ebenda, H. 7/8, S. 462 ff. Alle folgenden, nicht ausdrücklich ausgewiesenen Zitate entstammen den Darlegungen der Teilnehmer an dieser Debatte.

Großunternehmen, die durch ihre Auslandsvertretungen mitteilen ließen, dass sich niemand durch die neuen Zustände in Deutschland beunruhigen und von seinen Geschäften mit deutschen Firmen abhalten lassen solle. Doch war die Bürgschaft des frisch Promovierten jedenfalls kein Zeugnis der Zurückhaltung gegenüber den Machthabern um Hitler, zumal er von sich und seinen Mitstipendiaten beiläufig als „Nationalsozialisten“ sprach. Zurückgekehrt begann Erdmann, da sich sein Wunsch, Lehrerbildner zu werden, nicht erfüllen ließ, die vorgeschriebene Laufbahn eines Gymnasiallehrers.

Seinem Vorgesetzten erschien er 1937 als geeigneter Autor für eine anstehende Neufassung der Geschichtslehrbücher. Partiell von seinen Lehrerpflichten in Köln, denen er anfänglich am Evangelischen Oberlyzeum, dann am Gymnasium in Köln-Deutz nachgekommen war, freigestellt, stürzte sich Erdmann in die Aufgabe, zumal die gesetzte Frist kurz bemessen war. Zu denken, er habe nicht gewusst, was ihm da an völkischer und rassistischer Ausdeutung deutscher Vergangenheit abverlangt wurde, hieße die außergewöhnliche Intelligenz des Mannes bestreiten. Die war gar nicht einzusetzen, der Titel der Reihe lautete „Erbe der Ahnen“ und sagte genug.

Die Frage, welche Passagen dieses Buches, das in einem Probedruck vorliegt, aus Erdmanns Feder stammen, welche von anderer Hand hinzugefügt worden sein könnten, lässt sich nicht klären. Das Urmanuskript ist nicht überliefert oder nicht verfügbar. Jedoch existieren Zeugnisse, die besagen, dass Erdmann auch später von der durch und durch nazistischen Endfassung nicht in Konflikte gestürzt worden war. 1938 aus nicht eindeutig rekonstruierbaren Gründen aus dem Schuldienst geschieden, wurde er 1942 zum Studienrat ernannt. Da hatte er bereits eine zweite Karriere erfolgreich begonnen. 1939, noch vor Kriegsbeginn, war er Berufsoffizier geworden. 1944 hatte er den Rang eines Majors erreicht. Das wäre für ihn, der noch im Frühjahr 1945 zu einem Regimentsführerlehrgang kommandiert wurde, das Ende seines Aufstiegs noch nicht gewesen. Den verdankte er dem Sieg der Alliierten. Wie er den sah, davon wird die Rede noch sein.

Wenn sich diese frühe Biographie des Mannes, der in der intellektuellen Elite Westdeutschlands so hochaufstieg und auch mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert wurde, so nahtlos in das Gesamtbild der Zunftgeschichte einfügt, weshalb entstanden da Aufgeregtheit und auch eine gewisse Peinlichkeit? Sind die Altbundesbürger nicht längst daran gewöhnt, dass tieferes Eindringen in die deutsche Geschichte der Jahre zwischen 1933 und 1945 kaum noch stille Helden des Widerstehens zu Tage fördert, sondern zumeist weitere Täter und Mittäter? Zum einen war da die Tatsache, dass dem Buch ein Vorwort eines Geschichtsprofessors vorangestellt ist. In ihm wird mit leisem, aber deutlichem Bedauern ob der „Entdeckung“ bestimmt verlangt, es müsse die Wahrheit herfür. Das gebiete allein die allgemeine Pflicht des Historikers und obendrein seine besondere, der er gerade dann nachkommen müsse, wenn es um die eigene Zunft gehe.[6] Die Forderung nach rückhaltloser Offenheit besitze aber auch einen aktuell-politischen Grund. Hätten sich nicht Geschichtswissenschaftler aus den alten Bundesländern soeben an der Entfernung vieler ihrer ostdeutschen Kollegen, die nach dem 3. Oktober 1990 freilich Kollegen nicht mehr waren, von deren Arbeitsstätten beteiligt? Sei folglich nicht zu besorgen, dass sie durch diese ihre jüngste Rolle unglaubwürdig würden, wenn sie sich nicht um Reinlichkeit an ihren Stammtischen mühten? Schulze schrieb: „Ein Verschweigen oder Verdrängen dieser Tatsachen (aus der Biographie Erdmanns – K. P.) hätte dem notwendigen personellen Wechsel nach 1989 (an den Ostdeutschen wissenschaftlichen Einrichtungen – K. P.) vollends jede Legitimation entzogen.“[7] Kostbar ist in diesem Satz vor allem das Wörtchen „vollends“. Doch gibt Schulze keine Auskunft darüber, welche anderen Vorgänge den „personellen Wechsel“ schon vordem um einen Teil der Rechtfertigung gebracht hatten, dessen Rest er jetzt behauptet wissen will.

---

6 Dieses Verlangen mag sich als allzu selbstverständlich, ja banal ausnehmen. Doch vgl. die Antwort Götz Alys auf eine Kritik Christoph Dippers. In: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997. Hier: Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – in eigener Sache. S. 153 ff.

7 Kröger/Thimme, Vorwort S. 9.

Der Mann weiß jedenfalls, wovon er redet. Er amtierte als Stellvertretender Vorsitzender jener Kommission, die, nachdem an der Humboldt-Universität die Abwicklung am Urteil eines Verwaltungsgerichts gescheitert war, kräftig half, das vorgegebene Ziel doch zu erreichen. Winfried Schulze rückte sogar auf den Platz des Vorsitzenden jener Abwicklungs-Ersatz-Kommission vor, als dessen erster Inhaber, der Münchener Historiker Gerhard A. Ritter, das Seinige getan zu haben glaubte. Die Begründung, das Bild des toten Erdmann müsse auch deshalb öffentlich korrigiert werden, weil anders die Erfüllungsgehilfen der Bonner Regierungspolitik in ein schlechtes Licht geraten könnten, darf man sich auf der Zunge zergehen lassen. Immerhin: Wenn die Untat wider die Wissenschaft zum Anstoß für rückhaltlose Wahrheitsliebe geworden ist, ließe sich über die Täter dann nicht nachsichtiger urteilen?

Indessen sind Schulze Mitkämpfer nicht zur Seite getreten. Stattdessen begaben sich Schüler Erdmanns zu dessen Verteidigung in die Kampfbahn. Von ihnen hatten sich die Autoren, die Erdmanns Biographie vervollständigten, eine Lektion über Quellenkritik anzulesen. Das Verfahren ist erprobt. Zurückbleibt auf den Kritisierten der Vorwurf unprofessioneller Arbeit, wenn sich gegen sie nicht der Verdacht richtet, außerwissenschaftlichen politischen Interessen dienen zu wollen. Die Kritiker hingegen tun sich als gewiefte Interpreten und Kenner aller Zeitverästelungen hervor, als Verfechter von Gerechtigkeit und Fairness und – nicht zuletzt – als die Besitzer von historischem Einfühlungsvermögen. Ein wenig zur Sache musste aber doch gegangen, will sagen: die Tatsachen konnten nicht ignoriert werden, freilich nur um sie umzudeuten. Das dabei angewendete Verfahren lässt sich mit einem ein wenig abgewandelten Reklameslogan kennzeichnen: „Zwingt altbraun raus, zwingt bundesweiß rein“.

Eberhard Jäckel fand es in seiner Replik völlig abwegig, dass die Buchautoren auf den Gedanken gekommen waren, es hätte Erdmann, statt sich auf die Biographien anderer zu beziehen, in den 45 Jahren seines Lebens nach 1945 sich kritisch zur eigenen Biographie öffentlich äußern sollen. Er blieb dabei: Erdmann war „frei von irgendeiner Nähe zur Ideologie des Nationalsozialismus“ und nie Nationalsozialist, fügte dem jetzt aber immer das Wort „überzeugter“ hinzu, und bestand darauf, sein Lehrer habe die Jahre der faschistischen Diktatur „höchst achtbar hinter sich“ gebracht. Ja, er begrüßte den „Anschluss“ Österreichs „aus vollem Herzen“, war freudig Soldat und wollte es auch bleiben. Aber wofür, fragt er empört, hätte sich sein Lehrer, der Schuld nicht auf sich geladen habe, denn entschuldigen müssen? Da fällt jemandem, der in dem Teil Deutschlands lebt, dessen Bewohnern heute fortgesetzt derlei Forderungen gestellt werden, allerlei ein. Zum Beispiel bei den Bewohnern der Länder, in die er uneingeladen als Führer seiner Soldaten eindrang, bei West- und Osteuropäern also. Zum Beispiel und im Besonderen bei den Franzosen, die ihn zuerst noch zu deutschen Republikzeiten aufnahmen. Damals hatte der evangelische Christ in einem Marburger Blatt – man schrieb 1932 – drucken lassen, „dass alles Töten, auch im Krieg, unheilige Vernichtung des Lebens ist“[8], ein Wissen, das ihm später irgendwie abhandengekommen war. Zum Beispiel auch bei den von ihm kommandierten jüngeren deutschen Soldaten, womöglich an deren Gräbern, vor jenen, die von der Welt ohne Hitler so viel weniger wussten als er, die nicht in einer Republik gelebt hatten, Programme anderer Parteien nie lasen, das friedliche Paris nicht sahen und auch nie etwas von der Existenz und den Argumenten der deutschen Emigranten gehört hatten.

Zum Beispiel auch bei manchen seiner Schülerinnen und Schülern in Köln, denen er eine Sicht in die Geschichte beigebracht hatte, von der seine späteren Tagebuchaufzeichnungen eine Vorstellung vermitteln können. Denn als der Major am 12. April 1945 zu jenem Lehrgang sich begab, der ihm die Befähigung zum Regimentskommandeur eintragen sollte, da notierte er im Angesicht der unabwendbaren Niederlage, nun sei die Chance der „eigenständigen Entwicklung Europas“ unter deutscher Führung vertan.[9] Und als ihn die Nachricht erreichte, Hitler bleibe in der „Festung Berlin“, sah er ihn dort den Soldatentod suchen, womit ihm der „untilgbare Anspruch Deutschlands auf Le-

---

8 „*Marburger Blätter*“, Juli 1932. Zitiert in: Jäckel, Erdmann, S. 530.

9 Kröger/Thimme, GWU, 1997, H. 7/8, S. 475.

ben und Ehre gewahrt“ zu sein schien. Unbekümmert philosophierte er über „unsere Lebensrechte“, nachdem er den Nachbarvölkern die ihren jahrelang streitig gemacht hatte. „Weder Nazi noch Nationalist“, hieß es in jenem Nachruf.[10] Das wird sich nicht fortschreiben lassen, und Gründe für Entschuldigungen, wenn es denn um sie und nicht mehr noch um Aufklärung ginge, mussten nicht an den Haaren herbeigezogen werden.

Erdmann wusste selbst um die Schwierigkeit des aufrichtigen Abschieds von der Geschichte. In einem Festvortrag aus Anlass des 40. Jahrestags der Bundesrepublik sagte er im Kieler Schloss: „Aber die distanzierte Kenntnisnahme objektiver Sachverhältnisse ist etwas anderes als die Bereitschaft zur individuellen Selbstprüfung.“[11] Und dazu merkte er an, es sei den meisten Deutschen doch nach Kriegsende angesichts des Mangels an Nahrung, Wohnung, Arbeit und Brot „wenig Spielraum für die Anstrengung einer ehrlichen kritischen Rückschau“ geblieben.[12] Auch er hatte diese Anstrengung nicht aufzubringen vermocht. Dafür sollte Jäckel nicht diejenigen schelten, die jetzt und spät diese Nachricht überbrachten.

Was aber mag Erdmann daran gehindert haben? Zwei Eintragungen könnten auf denkbare Antworten hinweisen. Am 7. Juni 1945, zurzeit, da er der kurzen amerikanischen Gefangenschaft[13] entkam, notierte er: „Endlose Propagandamühle über deutsche Gräueltaten in Konzentrationslagern. Propagandistische Vorbereitung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands.“[14] Und 1947 verlangte er, „die Frage der politischen Kriegsschuld und der persönlichen Ehrenhaftigkeit des einzelnen Soldaten“ streng auseinander zu halten.[15] Das liest sich wie viele Leserzuschriften zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Die Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Erdmanns Verweis auf die existentiellen Nöte der Deutschen bei Kriegsende enthielt nicht einmal die halbe Wahrheit. Die Barriere gegen die „ehrliche kritische Rückschau“ lag in den Köpfen, nicht in den Mägen.

Die Verteidigung ihres Lehrers übernahm auch Agnes Blänsdorf. Ihre Argumente und die Jäckels ähneln einander zum Verwechseln. Er hatte seinen Lehrer als ein „Produkt seiner Zeit und seiner Sozialisation“ bezeichnet, der sich „der nationalsozialistischen Grundstimmung seiner Umgebung nicht entzog“. Sie sah mit dem Blick auf die Pariser Reden eine Verharmlosung und Unterschätzung des Nationalsozialismus und fand gar in den „Vergröberungen und ideologischen Vereinfachungen“, die sie vor allem anderen in Heinrich Manns Essay „Der Hass“ ausgemacht hatte, eine Erklärung dafür, dass der Stipendiat die deutschen Zustände verteidigte. Er konstatierte, dass sich sein Lehrer bemühte, „dem Zeitgeist zu entsprechen“. Sie fand heraus, dass dieser sich „Nationalsozialist“ nur auf Anweisung genannt habe. Er referiert den freiwilligen Eintritt Erdmanns in jene Wehrmacht, die in Wien schon einmarschiert und Prag schon besetzt hatte, als Ausdruck des Willens, „an der Seite seines Volkes“ zu stehen. Sie vermag in des Lehrers Begeisterung über den Erfolg des Feldzugs im Westen auch nur die Teilhabe an der allgemeinen Volksfreude zu erblicken, denn auch er empfand nur, „was nach dem Sieg über Frankreich national gesinnte Deutsche“ bewegte. Und damit die Tatsache, dass er es bis zum Major gebracht hatte, nicht den Eindruck der Übereinstimmung mit den Zielen der politischen und militärischen Führung erwecke, bemerkt sie, Erdmann verdanke seine Auszeichnungen und Beförderungen „seiner militärischen Tüchtigkeit“. Da ist er wieder, der Inhalt und der Stil jener die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ Leserbriefe, deren Autoren meinen oder vorgeben, gegen Pauschalisierung und für Differenzierung zu plädieren und die doch nur die elementare Wahrheit nicht akzeptieren wollen, dass die deutschen Soldaten keinen ehrenhaften Privatkrieg neben dem verbrecherischen „Krieg Hitlers“ geführt haben.

---

10 Jäckel, Erdmann, a. a. O., S. 531.

11 Die Rede trug den Titel „Vierzig Jahre Bundesrepublik – geteilte Nation im geteilten Europa“ und wurde am 29. November 1989 gehalten. Wortlaut in: GWU, 44. Jg. 1991. Hier: S. 258.

12 Ebenda, S. 259.

13 Der Lehrgang für Regimentsführer, der am 11. April 1945 in Grafenwöhr begonnen hatte, war Ende April in Mittenwald aufgelöst worden.

14 Zitiert in: Kröger/Thimme, GWU, 1997, H. 7/8, S. 478.

15 Zitiert in: Kröger/Thimme, GWU, 1997, H. 7/8, S. 475.

Kein Argument ist den Quellenkritikern zu vordergründig: Erdmann habe Ende 1934 eine Aufforderung zurückgewiesen, in die SA einzutreten. Ein paar Monate nach der Ermordung von Röhm und Genossen und dem Aufstieg der SS war das kein sonderlich verführerisches Angebot und es ließ sich ohne Nachteile abweisen. Ende 1944 habe er ein Kommando zu einem Lehrgang für NS-Führungsoffiziere ausgeschlagen. Da gilt das gleiche, denn wer wollte denn noch in diesen mit jedem Kriegstag um alle rationalen Endsiegargumente gebrachten Haufen und prompt folgte auf diese Weigerung ja auch ein anderer als ehrenvoll geltender Auftrag. Er sei nur im Nationalsozialistischen Lehrerbund Mitglied gewesen. Doch die Kennzeichnung „Nationalsozialisten" kam 1945 nicht nur denen mit dem Mitgliedsbuch der NSDAP zu, wovon die Alliierten bei ihren Maßnahmen der „Entnazifizierung" – richtig und falsch, erfolgreich und fehlgeschlagen – jedenfalls zu Recht ausgingen.

Genug: die Argumente der Schüler beanspruchen 1997 mehr Interesse als das Verhalten ihres Lehrers sechzig und mehr Jahre zuvor. Sie lassen erkennen, wie dringend es wäre, dem nächsten Historikertag eine Sitzung zu widmen, die das Tabuisierte aus der Geschichte der Historikerzunft in den Jahren der faschistischen Herrschaft zur Sprache bringt. Hans-Ulrich Wehler hat das vorgeschlagen.[16] Die Folgen müssten da nicht ausgespart werden. Allzu viel wird man sich nach der Aufnahme des Buches zur frühen Biographie Erdmanns davon freilich nicht versprechen dürfen. Dass die Schüler „schmerzlich berührt" und „betroffen" sind und die Entdeckungen aus dem Leben ihrer Lehrer als „irritierend genug" empfinden, wird ihnen geglaubt werden. Doch daraus erwachsen merkwürdig subjektive Herangehensweisen an das doch über die jeweiligen Personen hinausweisende Thema. Gefragt wird, ob es sich bei den Mitgliedern der NSDAP wirklich um „hundertprozentige" Nazis gehandelt habe und nicht vielleicht um 99,9prozentige oder ob sie gar nicht einfach wie Spieler „auf die falsche Karte gesetzt" hatten. Das beharrliche Verschweigen der eigenen Vergangenheit scheint durch „eine Art stille Wiedergutmachung" kompensiert worden zu sein. Dass man sich „Persilscheine schrieb und bestellte, wird als „natürlich" eben erwähnt. Und das Schlussurteil reicht nicht weiter als bis zu der Feststellung, es sei von diesen Historikern „Tribut gezahlt" worden „an den Geist und die Sprache der Zeit". Die Wirkungen Theodor Schieders und Werner Conzes – zu diesen beiden äußerte sich der frühere Schüler und Assistent Conzes – in die Zeit, von der Legitimation des verbrecherischsten Regimes der deutschen Geschichte, dem sie mit Begründungen und Rechtfertigungen für die deutsche Expansion und die Vertreibung von Menschengruppen (Juden und Polen) dienten, treten gegenüber diesen entschuldigenden und abwiegelnden Deutungen weit in den Hintergrund.

Nein, an ein Podium dieser Art lassen sich Hoffnungen auf eine strikte Hinwendung zur Offenheit vorerst wohl nicht knüpfen. Und zum wenigsten kann erwartet werden, dass die für die Erinnerung an die eigenen Lehrerschaft eingeklagte, durch menschliche Fairness und geschichtliches Einfühlungsvermögen geprägte Urteilsweise zu der Frage vordringt, wie mit Historikern im Osten Deutschlands verfahren wurde, die – anders als Erdmann – in einen Staat und eine Gesellschaft hineingeboren wurden, ohne andere politische und soziale Zustände zu kennen, die in diesem Staat nicht einmal auf die Idee kommen konnten, Schulbücher nach nationalistischen und rassistischen Vorgaben schreiben zu wollen, die nicht freiwillig an einem Eroberungs- und Vernichtungskrieg teilgenommen hatten und sich – nicht alle, aber viele – dennoch und öffentlich der Diskussion darüber stellen, was von ihnen getan, was unterlassen wurde. Nein, zu diesem Vorstoß wird es nicht kommen – wie unterschiedlich Sicht und Urteil über Erdmanns frühe Jahrzehnte auch bleiben mögen. In puncto der strikten Verweigerung eines naheliegenden redlichen Vergleichs werden sich die Reihen schon fest schließen lassen.

Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Wissenschaftliche Halbjahreschrift. Edition Organon, Berlin 1998, Heft 10, Thema: Albert Speers Neugestaltung der Reichshauptstadt auf Kosten der Juden, S. 53-61.

---

16 „Viele Historiker sind Duckmäuser". Interview mit Hans-Ulrich Wehler. In: „*Kölner Stadt-Anzeiger*", 8./9. Mai 1997. Wehler äußerte sich vor allem zu den frühen Biographien von Theodor Schieder und von Werner Conze. Alle direkt folgenden Zitate entstammen diesem Text.

In Memoriam Daniel J. Goldhagen?

Jahresrückblick auf einen brisanten Historikerstreit

In der Jahresmitte 1997, schon gegen Ende einer Reihe von Colloquien, die sich an der Universität Potsdam mit Themen befassten, die sich auf das eben heiß diskutierte Buch Daniel J. Goldhagens bezogen, war auch der Mann zu Tisch und Rede gebeten worden, mit dessen Namen sich der Beginn der Debatte verband. Mancher in der Runde hatte geglaubt, es werde nun eine Führung durch die Hamburger Redaktionsküche geben. Doch sah er sich von Volker Ullrich unversehens aufs Plüschsofa in der guten Besucherstube platziert und musste sich brav die langweilige Geschichte vom journalistischen Streben nach Wahrheit und nichts als der Wahrheit anhören. Er wäre danach schließlich verwirrt die Stiege vom Boden des Moses-Mendelssohn-Instituts gestiegen, hätte er sich nicht früher gewonnener Eindrücke entsonnen, die ihm bezeugten, dass Menschen – und unter ihnen selbst Zeitungsmacher – Bedürfnisse und Interessen haben, die sich weit fächern können und sich nicht nur auf die Sehnsucht nach der ungeschminkten Geschichte reduzieren lassen.

Von letzteren ist nun auch in Bilanzen die Rede, die dem Erscheinen und dem Wirken (und noch nicht dem Schwinden des Interesses an ihm) jenes Buches gelten, das in Deutschland wie lange kein zweites Produkt einer Historikerarbeit Aufsehen erregt und Streit verursacht hatte. Als der sich auf dem Höhepunkt befand, hätte da in dieser Zeitung junge Welt geschrieben werden können, das Druckwerk sei „ein katastrophales Buch“? Wahrscheinlich, aber mit welchem Echo! Erst, als die Wogen sich längst geglättet hatten, war diese Feststellung in diesen Spalten zu lesen gewesen, und sie erregte keinerlei aufgebrachte Proteste mehr. So rasch ändern sich Zeiten und Stimmungen.

Wer schweigt, scheint zuzustimmen

Denn es waren in hohem Grad auch Stimmungen, die sich in der Diskussion geltend gemacht hatten. Sie bliesen den Kritikern gleichsam in die Papiere. Die einen bemerkten, dass ihre Einwände in Redaktionen von Zeitschriften und bei Herausgebern von Bänden, die vorgaben, den Streit zu dokumentieren, ungedruckt blieben. Andere, die sich ihre Meinung auch schon gebildet hatten und sie auch zu begründen vermochten, unterließen es lieber, überhaupt auf dem Kampfplatz hervorzutreten, sondern verblieben zunächst in einer Beobachterrolle. Das galt auch für den Mann, der ohne Zögern der Nestor der „Holocaust“-Forschung genannt werden kann – Raul Hilberg. Er, von dem die zitierte Kurzcharakteristik des Buches stammt, erklärte sein anfängliches Schweigen aber nicht mit dem Klima der Debatte, sondern mit seinem fortgeschrittenen Alter. Erst als er wahrgenommen habe, dass sein Verhalten nach der Redewendung, wer schweigt, scheint zuzustimmen, missdeutet werden konnte, habe er sich zu Wort gemeldet.

Wenn jemand wusste, wie stark politische Interessen in die Erforschung der Geschichte des Massenmords an den Juden seit eh und je hineinspielen, dann war es dieser „Altmeister“. Er hat inzwischen die Geschichte des langwierigen und verschlungenen Weges seines Hauptwerkes von der Entstehung des Manuskripts bis zu seiner Drucklegung im Jahre 1961 erzählt. Anfänglich wollte es weder in den USA noch in Israel ein Verlag herausgeben. Wer Hilbergs „Unerbetene Erinnerung“ gelesen hatte, mochte sich fragen, warum dreieinhalb Jahrzehnte später ein Buch, dessen Fragestellung so viel weniger ausgreift und das keine Pionierarbeit darstellt, mit derartigen Feierlichkeiten zuerst auf den amerikanischen und dann auf den deutschen Büchermarkt gelangen konnte. Wurde damit nur dem gewandelten Interesse von Lesern der alten Generationen und den Fragen der hinzugekommenen jüngeren Rechnung getragen?

Nun ist auch öffentlich gemacht worden, dass gegen dieses außergewöhnliche Verfahren in den USA wenigstens intern früh Bedenken von Spezialisten zu hören gewesen waren, die sich aber nicht durchzusetzen vermochten. Der Buchstart wurde an dem Ort vollzogen, der wie kein anderer Aufmerksamkeit sicherte, im Holocaust Memorial zu Washington. Dort schon war das Publikum auf Seiten des Autors, klatschte ihm Beifall zu und „saß auf den Händen“, wenn seine kompetenten Kritiker ihre – man denke an die kollegiale und wohlwollende Stellungnahme Christopher Brownings – Ansichten vortrugen. Der Reklame- und Verkaufsfeldzug begann. Goldhagen und sein Buch

gerieten nicht in aller, aber in vieler Munde. Wie viele suchten zu erweisen, dass sie mitreden konnten. Zum wenigsten konnte der deutsche Bildungsbürger da als ein Unbedarfter abseitsstehen.

Als Goldhagen in Deutschland einzog, schlugen ihm vom Publikum, das seine Auftritte besuchte, Sympathiewellen entgegen. Deren Herkunft hat er nicht verstanden. Sie entsprangen namentlich bei einem erheblichen Teil seines jüngeren Publikums einer Haltung, die auf ein rückhaltlos offenes und kritisches Verhältnis zur Geschichte des deutschen Faschismus zielte. Dieses schien Goldhagen zu verkörpern, während seine Kritiker, die einen zu Recht, die anderen zu Unrecht, in den Verdacht gerieten, auf diesem Pfad nicht mitgehen, sondern ihn blockieren zu wollen.

Goldhagen obsiegte nicht nur, weil er die eingängigeren, maßlos vereinfachten Antworten anbot und seine Kontrahenten die verwickelteren, die ohne äußerste Anstrengung nicht aufzunehmen sind. Seinem Triumph kam entgegen, dass die für ihn ausgewählten Tischpartner nicht zu verdeutlichen vermochten, dass ihre Kritik an den deutschen Zuständen der Jahre 1933 bis 1945 und an deren Vorgeschichte jedenfalls tiefer griff als die des Gefeierten.

Erst später wurde von denen, die sich durch Goldhagens Position vertreten glaubten, bemerkt, dass der Mann in der historisch-politischen Auseinandersetzung darüber, wie die Deutschen in der größer gewordenen und nach Größerem strebenden Bundesrepublik mit ihrer Vergangenheit umgehen, nicht der vermutete Partner und Bundesgenosse war. Er schrieb und redete die Zustände hierzulande schön.

Zumindest, als die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in München ankam, hätte er doch allen Grund gehabt, seine Eindrücke von diesen Zuständen zu korrigieren und womöglich – verwegener Gedanke – sich nach Deutschland einfliegen zu lassen, um sich unter diejenigen zu mischen, die den bornierten Verteidigern ihrer Großväter, von denen sie nichts oder kaum etwas wissen, Paroli boten. Schon ein knappes Grußtelegramm hätte es auch gemacht. Denn in der Tat ging es in „Hitlers willige Vollstrecker“ und auf den Bildern und in den Dokumenten der Ausstellung doch um das gleiche Thema: Die Deutschen und ihre Rolle in diesem ihrem verbrecherischen „Dritten Reich“, sei es, dass sie in ihm Angehörige der SS, der Polizei oder der Wehrmacht gewesen waren.

Sich in derartige Niederungen politischer Kämpfe auch nur mit einem Wort zu begeben, sei nicht jedes Historikers Sache? Goldhagen begab sich in andere, nachdem die Diskussion über die in seinem Buch aufgeworfenen und behandelten Fragen dorthin gelangt war, wo sie für andere Erzeugnisse historiographischer Arbeit gemeinhin beginnt: in die wissenschaftlichen Zeitschriften. Das geschah mit einer gewissen Verzögerung, denn nicht nur einzelne, sondern auch Redaktionen hielten es angesichts des Drucks der manipulierten öffentlichen Meinung für geboten, sich mit kritischen Äußerungen nicht zu übereilen.

So gelangte auch die Kritik Dieter Pohls verspätet in die Seiten der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, die so etwas wie das Flaggschiff unter den deutschsprachigen Periodika zur Zeitgeschichte darstellen. Sie erschien im ersten Heft des 1997er Jahrgangs. Pohl hatte sich mit seiner Monographie über die „Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens“ (München 1996) ausgewiesen, in dem er sich anhand einer erst jetzt zugänglich gewordenen Quellenmasse weithin mit Tatsachen und Abläufen befasste, die auch Goldhagen untersucht hat.

Dann folgte im März dieses Jahres das in Cambridge erscheinende *The Historical Journal* (ebenfalls Heft 1/1997) mit einem von deren Redaktion erbetenen Beitrag, den die Leiterin der „War Crimes and Crimes Against Humanity“-Sektion im kanadischen Justizministerium Ruth Bettina Birn unter der Überschrift „Revising the Holocaust“ geschrieben hatte. Die Historikerin war schon vor Jahren mit einer Studie über die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) bekannt geworden. Sie gehört zu den intimen Kennern jener Ludwigsburger Archivbestände, aus denen auch Goldhagen vor allem geschöpft hatte.

Pohl wie Birn haben der grundlegenden Kritik, die bereits vordem an „Hitlers willige Vollstrecker“ geäußert worden war, thematisch keine weitere Seite hinzufügen müssen. Doch sie stellten diese Kritik auf ein ungleich festeres Fundament. Denn sie wiesen im Detail nach, dass sich Goldhagen, was ihm schon während der Diskussion in Hamburg gesagt worden war, gegenüber Tatsachen, die er aus den Akten oder der Literatur entnahm, wenn sie seinem Konzept widersprachen, nicht verhalten hat, wie das in der Wissenschaft gemeinhin gefordert werden muss. Nun kamen Weg- und Auslassungen ans Licht, die Fragen nach der Redlichkeit und – allgemeiner gesprochen – nach dem Ethos des Wissenschaftlers aufwarfen.

Platzhirsche und ihre angestammten Reviere

Die Spannung, mit der den Erwiderungen Goldhagens entgegengesehen wurde, war nicht eben groß. Die kritischen Kommentare lasen sich hieb- und stichfest. Sie ließen noch einmal den Gedanken aufkommen, wie die öffentlichen Debatten in Berlin, Hamburg und München sowie die Fernsehdiskussion mit ihm verlaufen wären, wenn dem Autor kompetente, mit ihm etwa gleichaltrige Fachleute konfrontiert worden wären, so dass sich jenes Hutverhalten nicht hätte geltend machen können, mit dem der Schäfer sich um ein Lämmerlein sorgt, das eben erst auf die Beine gekommen ist. An solchen Spezialisten fehlte es nicht. Als solche hatten sich mit den schon genannten empfohlen: der Bielefelder Thomas Sandkühler (Jg. 1962) durch seine Arbeit über die „Endlösung“ in Galizien, erschienen 1996, Knut Stang (Jg. 1963), der seine Arbeit über die Ermordung der litauischen Juden mit Unterstützung der kanadischen War Crimes Section schrieb, die 1996 als Buch vorlag, der Berliner Wolf Gruner (Jg. 1960) durch seine bereits verteidigte Dissertation über die Ausbeutung und Drangsalierung der deutschen Juden im „geschlossenen Arbeitseinsatz“, die 1997 gedruckt wurde, die Hamburgerin Gudrun Schwarz, (Jg. 1948) mit ihrer 1990 zuerst herausgegebenen Untersuchung über die „nationalsozialistischen Lager“. Ihre Beteiligung hätte bei niemandem den Eindruck aufkommen lassen können, hier würden Platzhirsche ihre angestammten Reviere verteidigen.

Wichtiger noch erscheint die Anmerkung, dass die genannten und weitere einschlägige Arbeiten über den Kreis der Spezialisten hinaus in Deutschland kaum wahrgenommen werden.

Goldhagen hat auf Birns Aufsatz, der freilich wie der Pohls Peinlichkeit erzeugen mag, über einen Londoner Rechtsanwalt reagiert. Dieser trat mit Unterlassungsforderungen an die Autorin heran. Der Gegenstoß ging ins Leere und dort möge er sich, wie zu hoffen ist, auch verlieren. Doch kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Kritisierte, der die Kritikerin der „Beleidigung und Schmährede“ zeiht, tatsächlich versucht, vor den Kadi zu ziehen. Das kann nur wünschen, wer sicher ist, dass dem Kläger auf diesem Wege die wohlverdiente Abfuhr zuteilwird. Diese Art der Auseinandersetzung kann wiederum nicht wünschen, wer daran interessiert ist, dass eine Wirkung von „Hitlers willige Vollstrecker“ erhalten bleibt: die Herausforderung, über der Untersuchung von Voraussetzungen, Bedingungen und Strukturen des Massenmords die Geschichte der Tätergruppen wie der Einzeltäter und ihrer geistigen und praktischen Formierung in historischen, soziologischen und biographischen Studien weiter und neu zu untersuchen. Damit ist die dafür in besonderem Maße zuständige deutsche Geschichtsschreibung nicht nur im Hinblick auf den Judenmord keineswegs am Ende.

Zu den bisher noch nicht untersuchten Themen gehört die Rolle der nach Tausenden zählenden Deutschen, welche als Zivilisten oder in quasi-militärischer Stellung in den Okkupationsbehörden tätig waren, die sich im eroberten „Feindesland“ etablierten. Dazu gehören die regionalen und lokalen Beamten in Bezirken, Kreisen und Städten, Eisenbahner, Zöllner, Förster und viele andere. Unter ihnen befanden sich massenhaft mehr oder weniger langjährige Mitglieder der NSDAP, die in sogenannten „Arbeitsbereichen“ der Partei zusammengefasst wurden. Wie es dort zuging, das überliefern stenographische Mitschriften der Reden des Generalgouverneurs Hans Frank. Er sagte in einer Großkundgebung der NSDAP des Standortes Galizien, die im Opernhaus zu Lemberg stattfand, unter der im Protokoll ausdrücklich verzeichneten Heiterkeit und dem Beifall seiner Zuhörer im August 1942: „Das ist ja das Schöne an diesem Krieg, dass, was wir einmal haben, wir nie wieder hergeben.“ Und wenig später, in einer Jahresmitgliederversammlung der NSDAP in Krakau,

triumphierte er, wieder unter „lebhaftem Beifall“ der Versammelten: „Und wo sind die Juden heute? Man sieht sie kaum mehr. Wenn man sie sieht, dann arbeiten sie.“

Dahin also sind in der deutschen Geschichtsschreibung noch Scheinwerfer neu und scharf einzustellen, und ebenso in der österreichischen, von der ein Kenner unlängst erst vermerkte, wie wenig auch dortzulande bisher über die wirtschaftlichen und anderen materiellen Interessen von Judenvertreibung und Judenmord geforscht und geschrieben worden sei. Das führt zu einem Nebeneffekt von Goldhagens Buch, der dem Autor nicht anzulasten ist. Dass er seine Fragen, wie schlicht sie dann immer beantwortet wurden, auf die Täter vor Ort (in den Polizeibataillonen, den verschiedensten Kategorien der Lager, in den Begleitmannschaften der „Todesmärsche“) richtete, bediente die Interessen derjenigen, die sich nach wie vor weigern, mit ihrem Forschungsinstrumentarium in die oberen Etagen der Gesellschaft zu ziehen oder, wenn sie es denn tun, dann unter dessen mehr oder weniger geschickter Verwendung für apologetische Zwecke.

Ein neues Arbeitsthema

Diese Praxis bezeugten erneut die im zu Ende gegangenen Jahr stilvoll gefeierten Firmenjubiläen. In aus diesen Anlässen gehaltenen Reden und publizierten Druckschriften wird jetzt endlich auch denen Gerechtigkeit gewährt, die sich im Osten Deutschlands so lange den Attacken der Soldschreiber der SED ausgesetzt sahen. Nun kann unzensiert klargestellt werden, dass den Managern der deutschen Rüstungsfirmen die Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlinge und andere Herbeigeschleppte, von Staatswegen aufgenötigt werden mussten. Und überall findet sich auch noch ein „Vorzeigejude“, der als Kronzeuge dafür präsentiert werden kann, dass man gerade in den „besseren“ Kreisen im Unterschied zum „Plebs“ den Antisemitismus abgelehnt habe.

Auf diese Weise ergibt sich gleichsam en passant ein neues Arbeitsthema: der Vergleich jener Darstellungen der Geschichte des Zeiss-Konzerns, die im Zeichen von Hammer und Zirkel geschrieben wurden, mit denen, die jüngst unter dem Bundesadler angefertigt worden sind. Wer sich an solche Aufgabe vorurteilsfrei begeben würde, sollte freilich wissen, dass mit ihrem denkbaren Resultat eine Historikerkarriere zwischen Kiel und Konstanz derzeit schwer zu begründen sein würde.

Es war das Verdienst dieser Zeitung, dass in ihren Spalten in extenso darauf hingewiesen worden war, dass die braunen, schwarzen, feldgrauen und zivilfarbenen Täter vollständig ins Visier der Historiker und in das geschichtliche Bewusstsein der Deutschen gehören. Diese Täter konnten sich zu Zeiten, in denen sie arbeitsteilig agierten, von niemandem vertreten lassen. Sie waren in ihren unterschiedlichen, aber durchweg notwendigen Rollen und an ihren jeweiligen Plätzen eingespielt und eingeübt. Also sollte, dem Rechnung tragend, auch in keinerlei Richtung – weder „nach unten“, wie meist, noch auch „nach oben“ schielend – eine Stellvertreter-Geschichtsschreibung praktiziert werden.

junge Welt, Donnerstag, 08.01.1998.

Streit unter den Clio-Jüngern

Die Geschichtsbilder von Karl E. Erdmann und die Probleme deutscher Historiker

Im eben zu Ende gegangenen Jahr geriet ein Mann unverhofft in die Zeitungsspalten, der 1990 80jährig verstarb und von dem nur mit Hochachtung geredet worden war. Karl Dietrich Erdmann wirkte ein Vierteljahrhundert an der Universität Kiel als Professor für Geschichte, war Dekan und Rektor, mehrere Jahre auch Vorsitzender des Verbandes der Historiker der BRD, hat bleibende Werke hinterlassen und wurde 1975 Präsident des Internationalen Komitees der Geschichtswissenschaften (CISH). Was ihn aus der Reihe seiner etwa gleichaltrigen Kollegen auf westdeutschen Lehrstühlen herauszuheben schien, hatte ihm einer seiner Schüler in der „Historischen Zeitschrift" in einem Satz nachgerufen: „Er war nie Nationalsozialist, und anders als viele machte er auch keine Kompromisse."

Irrtum, lautet der Befund zweier Historiker, die sich schriftliche Zeugnisse über Erdmanns Leben zwischen 1933 und 1945 unter die Lupe gelegt haben. Das Erscheinen dieser Untersuchung kommentierten Zeitungen von Hamburg bis Zürich und von Bonn bis München. In der Zunft entstand ein Streit en miniature. Dessen Bühne war die Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht". Erdmann hatte sie 1950 mitbegründet und bis 1989 zu ihren Herausgebern gehört. Was die Forscher ausgegraben hatten, ist gemessen an allem, was man über die „Gründergeneration" der westdeutschen Geschichtswissenschaft weiß, nicht sensationell. Nur eben: Gerade Erdmann hatte in seiner Generation als eine Ausnahmeerscheinung gegolten, als nicht einst braungetönt.

Doch bereits 1933/34 hat dieser sich als Stipendiat des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Paris propagandistisch für das neue Regime in Deutschland engagiert. Er sprach von sich selbst als einem „Nationalsozialisten". Nach der Rückkehr Gymnasiallehrer. in Köln, wurde er 1937 als Autor für eine Neufassung der Geschichtslehrbücher auserwählt. Der Titel der Reihe lautete „Erbe der Ahnen". Es existieren Zeugnisse dafür, dass Erdmann auch später deren nazistische Endfassung nicht in Konflikte gestürzt hatte. 1939, noch vor Kriegsbeginn, wurde Erdmann Berufsoffizier, 1944 war er Major Im Frühjahr 1945 wurde er zu einem Regimentsführerlehrgang abkommandiert. Die frühe Biographie des Mannes, der in der intellektuellen Elite Westdeutschlands so hoch aufstieg, fügt sich nahtlos in das Gesamtbild der Zunftgeschichte ein. Weshalb also entstand da unter gegenwärtigen Historikern solche Aufgeregtheit? Müssten doch zudem gerade sie wissen, dass tieferes Eindringen in die deutsche Geschichte 1933 und 1945 kaum noch stille Helden des Widerstandes, sondern zumeist weitere Täter und Mittäter hervorbringt. Es war das Vorwort des Buches über Erdmann. In ihm wird mit leisem Bedauern ob der „Entdeckung" über dessen unrühmliche Vergangenheit immerhin rückhaltlose Offenheit gefordert – und zwar auch aus aktuell-politischem Grunde. Hatten sich doch Geschichtswissenschaftler aus der Alt-BRD nach 1990 eifrig an der Entfernung vieler ihrer ostdeutschen Kollegen von deren Arbeitsstätten beteiligt. Würden sie da nicht unglaubwürdig, wenn sie sich nicht um Reinlichkeit an ihren Stammtischen bemühten? So in etwa die Argumentation des Vorwort-Schreibers Winfried Schulze. Er weiß es, denn er amtierte als Stellvertretender Vorsitzender jener Kommission, die an der Humboldt-Universität kräftig half, das vorgegebene „Abwicklungs"-Ziel zu erreichen. Schulze rückte sogar auf den Platz des Vorsitzenden jener Abwicklungs-Ersatz-Kommission vor, als dessen erster Inhaber, der Münchener Historiker Gerhard A. Ritter, das Seinige getan zu haben glaubte.

Mitkämpfer sind Schulze bei seinem vorsichtigen Anliegen nicht zur Seite getreten. Stattdessen begaben sich Schüler und Freunde Erdmanns zu seiner Verteidigung in die Kampfbahn. Eberhard Jäckel fand es in seiner Replik völlig abwegig, dass die Buchautoren verlangten, es hätte Erdmann sich nach 1945 kritisch zur eigenen Biographie äußern sollen. Wofür? fragt er empört. Da fällt einem allerlei ein: z. B. bei den Bewohnern der Länder, in die er mit seinen Soldaten eindrang, aber auch bei seinen Schülern in Köln, denen er eine Sicht in die Geschichte beigebracht hatte, von der Tagebuchnotizen eine Vorstellung geben.

Am 7. Juni 1945 schrieb Erdmann: „Endlose Propagandamühle über deutsche Gräueltaten in Konzentrationslagern. Propagandistische Vorbereitung der militärischen, politischen und wirtschaftli-

chen Versklavung Deutschlands.“ Zwei Jahre später, 1947, verlangte er, „die Frage der politischen Kriegsschuld und der persönlichen Ehrenhaftigkeit des einzelnen Soldaten“ streng auseinander zu halten. Das liest sich wie viele Leserzuschriften zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“.

Kein Argument ist den Verteidigern Erdmanns zu vordergründig. Verwiesen sei beispielgebend auf dieses: Erdmann habe Ende 1934 eine Aufforderung zurückgewiesen, in die SA einzutreten, heißt es rechtfertigend. Aber: Ein paar Monate nach der Ermordung von Röhm und Genossen und dem Aufstieg der SS war das ja auch kein sonderlich verführerisches Angebot. Die Argumente der Schüler und Freunde verdienen mehr Interesse als das einstige Verhalten ihres Lehrers. Sie lassen erkennen, wie dringend es wäre, dem nächsten Historikertag eine Sitzung zu widmen, die das Tabuisierte aus der Geschichte der Historikerzunft in den Jahren der Nazi-Herrschaft zur Sprache bringt. Hans-Ulrich Wehler hat das vorgeschlagen. Allzu viel wird man sich nach der Aufnahme des Buches freilich nicht versprechen dürfen. Und zum wenigsten kann wohl erwartet werden, dass menschliche Fairness und geschichtliches Einfühlungsvermögen zu der Frage vordringen, wie mit den jungen Historikern im Osten Deutschlands verfahren wurde, die nicht Schulbücher nach nationalistischen und rassistischen Vorgaben schrieben und auch nicht freiwillig an einem Eroberungs- und Vernichtungskrieg teilgenommen hatten.

Martin Kroger/Roland Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. R. Oldenburg Verlag, München 1996. 160 S., geb. 58,00 DM. Die Kontroverse über das Buch findet sich in „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“, Jg. 1997, Heft 4 und Heft 7/8.

Neues Deutschland, Freitag, 9. Januar 1998, S. 13.

Goldhagens ungefeierte Rückkehr in die deutsche Presse

Als der amerikanische Soziologe Daniel J. Goldhagen vor einem Jahr nach Deutschland kam, um in sein den USA von vielen Zeitungen von der West- bis zur Ostküste gelobtes Buch vorzustellen, war hierzulande dem mündigen Bürger gerade erklärt worden, dass in Deutschland außerwissenschaftliche Interessen in der Historiographie nur dort dominiert hätten, wo kommunistische Machthaber die Intellektuellen bevormundeten und ihnen ihre Ergebnisse vorgaben. Damit war es ja nun zu Ende gegangen. Die ostdeutschen Lehrstühle und Institute hatten inzwischen Leuten besetzt, denen die Wahrheit und nichts als die Wahrheit Richtschnur aller ihrer Wissenschaftlerarbeit usw.

Nun ist auch im Hinblick auf Goldhagen und sein Buch, entstanden im freisten Land der schon immer freien Welt, von Interessen die Rede. Beide sind, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie vor einem reichlichen Jahr, in deutsche Zeitungen und Zeitschriften zurückgekehrt, aber nun klingen die Töne anders, jedoch nicht weniger schrill. Wer sich der nicht eben vergnüglichen Aufgabe unterzieht, die Mitteilungen über den neu entbrannten Streit zu lesen, erfährt manches Erhellende aus dem „gewöhnlichen“ Wissenschaftsbetrieb. Es ist wenig geeignet ist, das Ansehen der Historikerzunft zu heben, was doch nötig und nützlich wäre, denkt man an die Zurückhaltung von nicht so wenigen Geschichtswissenschaftlern und -pädagogen, die spätestens ihre Sachkunde hätten zur Geltung bringen können, als die Legende von der „sauberen“ Wehrmacht in Deutschland wiederum unfröhliche Urständ’ feierte.

Um Neuigkeiten handelt es sich für alle diejenigen nicht, die schon im Frühjahr 1996 beobachtet hatten, dass in die wissenschaftlichen Belange der „Goldhagen-Debatte“ von Anfang an erhebliche finanzielle, ideologische und politische Interessen hineinspielten – jenseits und alsbald auch diesseits des Ozeans. Die Unvereinbarkeit jener mit diesen war in den USA schon beim Erscheinen des Buches deutlich geworden. Gegensätzliche Auffassungen entstanden darüber, ob und wie es überhaupt präsentiert werden sollte. Einige Wissenschaftler meinten, es gäbe keinen Grund, die Arbeit anders „auf die Welt“ gelangen zu lassen, wie dies mit Erzeugnissen gleicher oder ähnlicher Art immer üblich gewesen sei. Andere – und sie setzten sich durch – arrangierten eine außergewöhnliche wissenschaftliche Auftakt-Veranstaltung am Holocaust Memorial in Washington. Sie geriet aber keineswegs zu einer einzigen Feier des Autors und seines Buches. Doch hatten die Kritiker schon dort einen schweren Stand. Sprachen sie, saßen die Zuhörer „auf den Händen“, war Lob zu hören, ertönte Beifall im Saal, erzeugt von Zuhörern, die sich so wenig durch die Hunderte von Seiten des Buches gelesen haben konnten wie später die Mehrheit derer, die in deutschen Städten die Säle füllten. Dann erfolgte die Veröffentlichung der gehaltenen Reden durch die Veranstalter in einer Auswahl. Beiträge wurden ausgelassen, deren Autoren die von der öffentlichen Parteinahme, der zumeist keinerlei Kompetenz zukam, unbeeindruckt geblieben und ihre Einwände geäußert hatten. Wer sich die Vorgänge nüchtern vor Augen hielt, musste sich fragen, wohin diese Praxis der Präsentation, wenn sie denn um sich griff, führen und welche Folgen sie für eine sachliche Verbreitung von Forschungsresultaten zeitigen würde.

Die Vorgänge in Deutschland vom Herbst 1996, als Goldhagen sein Buch hierzulande vorstellte, sind in besserer Erinnerung geblieben. Erwähnt seien einzig zwei Details, weil sie wenig Aufmerksamkeit fanden. Der Weg des Autors führte ihn nicht in die neuen Bundesländer, wiewohl deren Bewohnern doch gerade und fortdauernd nachgesagt worden war, dass sie in puncto „Nationalsozialismus“ besonders aufklärungsbedürftig wären und gegenüber ihren Brüdern und Schwestern im Westen viel nachzuholen hätten. Und – zweitens – auf den Podien mit den Debattierenden war kein ostdeutscher Historiker und auch kein anderswo beheimateter Verfechter eines historisch-materialistischen Standpunktes zugelassen. Auf diese Weise wurde dafür gesorgt, dass sich sowohl Stimmen aus der Öffentlichkeit wie aus einem Teil der Fachschaft nicht geltend machen konnten. So war unter anderem Vorsorge getroffen, dass die von Goldhagen gestellte Frage nach den deutschen Tätern nicht ausuferte, etwa in jene Bereiche, in denen vom Judenmord ansehnlich und bleibend profitiert worden war.

Heute wird unumwunden geschrieben und von einer Zeitung gedruckt, die sich an ihm beteiligte, dass sich seinerzeit ein „öffentlicher Rummel“ (Götz Aly) um den Verfasser und sein Werk entwickelte. Gewiss: darin erschöpfte sich die Reklametour nicht. Doch auch hierzulande – nicht anders denn zuvor in den USA – wirkte das Getön zum Nachteil einer, soweit bei diesemGegenstand davon gesprochen werden kann, emotionsarmen Aufnahme der Tatsachen und einer emotionsfreien Kenntnisnahme der Thesen, die in den Kapiteln des Buches ausgebreitet wurden. Der Werbung für den Autor und der Buchreklame kam entgegen, dass Goldhagen in der Nachbarschaft von Kontrahenten außerordentlich sachlich und überzeugend wirkte, gleichsam entlang der Tatsachen argumentierte und zudem niemanden gedanklich überforderte. Der Lack ist ab.

Wie zu erwarten war, setzte sich die Auseinandersetzung um die Tatsachenbasis, die Thesen und die Methode des Forschers Goldhagen in den wissenschaftlichen Zeitschriften fort, also dort, wo sie nach dem abgewiesenen Vorschlag von Fachleuten hätte beginnen sollen. Der öffentliche Jubel für das Buch hat, wie wir jetzt auch wissen, manchem Kritiker zusätzliche Zurückhaltung auferlegt oder ihn spät zu Wort kommen lassen. Raul Hilberg, der berühmte Wegbereiter der „Holocaust“-Forschung, bekannte, er habe sich erst geäußert, als er in Rechnung zu stellen hatte, sein Schweigen könne als Zustimmung gedeutet werden. Dass er anfänglich gemeint hatte, er solle sich aus der Kontroverse aus Altersgründen ganz heraushalten, verwundert. Das wird man ihm aber glauben müssen. Dieter Pohl, Autor einer hervorragenden Monographie („Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation undDurchführung eines staatlichen Massenverbrechens“, München 1996), sah seine fundierte Kritik zu Goldhagens Buch in den renommierten Münchener „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“verzögert im ersten Heft des Jahrgangs 1997 veröffentlicht. Dann folgte im März dieses Jahres das in Cambridge erscheinende „Historical Journal“ (ebenfalls Heft 1/1997) mit einem von deren Redaktion erbeteten Beitrag, den Ruth Bettina Birn geschrieben hatte. Die in Kanada arbeitende Historikerin war vor Jahren mit einer Studie über die in den besetzten Gebieten der UdSSR tätigen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) bekannt geworden. Sie gehört zu den intimen Kennern jener Archivbestände, aus denen auch Goldhagen in Ludwigsburg vor allem geschöpft hatte. Pohl wie Birn haben der grundlegenden Kritik, die bereits vordem an „Hitlerswillige Vollstrecker“ geäußert worden war, thematisch keine weitere Seite hinzufügen müssen. Doch sie stellten diese Kritik auf ein ungleich festeres Fundament und wiesen vor allem im Detail nach, dass sich Goldhagen gegenüber Tatsachen, die er aus den Akten oder der Literaturentnahm, wenn sie seinem Konzept widersprachen, nicht verhalten hat, wie das in der Wissenschaft gemeinhin gefordert werden muss. Darauf war auch bereits hingewiesen worden, doch nun kamen Weg- und Auslassungen ans Licht, die Fragen nach der Redlichkeit und – allgemeiner gesprochen – nach dem Ethos des Wissenschaftlers aufwarfen.

Goldhagen hat darauf auch über einen in London angeheuerten Rechtsanwalt reagiert, der an Ruth Bettina Birn mit Forderungen herangetreten ist. Diese erinnern nun wiederum an jene anmaßende Haltung, die sich schon in des Professors Buch an Stellen finden ließ, wo Verdienstevon Historikern zu vermerken waren, die sich früher forschend auf dem von ihm neu betretenen Felde betätigt hatten. Der Gegenstoß ging, was die Adressatin anlangt, ins Leere und dort möge er sich hoffentlich auch verlieren. Doch kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Kritisierte, der die Kritikerin der „Beleidigung und Schmährede“ zeiht, tatsächlich versucht, vor den Kadi zu ziehen. Das kann nur wünschen, wer sicher ist, dass dem Kläger auf diesem Wege die wohlverdiente Abfuhr zuteilwird.

Dass Goldhagen die Fähigkeit abging, die Einwände und Hinweise selbst seiner wohlmeinenden Kritiker aufzunehmen, war rasch bekannt geworden. Nun spricht vieles dafür, dass er zudem nicht vermochte, die Motive des Beifalls, der ihm wurde, nüchtern zu analysieren, geschweige denn, sie zu gewichten. Das gilt auch für die nach Lobreden überreichten Preise, mit denen er und seine (und ihrer eigenen Interessen) Förderer inzwischen bedacht wurden. Es ist Goldhagen offenbar entgangen, dass seine überwiegend jungen Sympathisanten in Deutschland nicht zum wenigsten von der Absicht geleitet wurden, durch ihre Parteinahme für sein Buch eine rückhaltlos offene Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte einzufordern. (Wie berechtigt diese Haltung war und ist, zeigte sich nur wenige Monate später beim „Eintreffen“ der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der

deutschen Wehrmacht 1941-1944“ in der bayerischen Metropole.) Doch paarte sich diese ehrenwerte Haltung keineswegs mit wissenschaftlicher Urteilskraft. Und den Goldhagen in öffentlichen (und Fernseh-) Debatten konfrontierten Wissenschaftlern gelang es nicht, der Zuhörerschaft zu verdeutlichen, dass sich ihr Anliegen doch in seiner rückhaltlos aufklärerischen Absicht von dem der Zuhörer nicht unterschied. (Manche scheinen diese Schwierigkeit auch unterschätzt zu haben, wie sonst konnten sie sich in die Gesellschaft des E. Mende begeben.) Vor allem vermochten sie nicht, das Publikum in Berlin, Hamburg und München 1996 davon zu überzeugen, dass Goldhagen, so viel Einzelnes Laien an ihnen Unbekanntem aus dessen Buch immer entnehmen konnten, der Autor zugleich eine Barriere gegen das Verständnis von Vorgeschichte und Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden errichtet und eine Sichtblende gegen einen Tiefenblick in die Geschichte des deutschen Faschismus geschaffen hatte. Die einfachen und maßlos vereinfachenden Antworten Goldhagens erwiesen sich als eingängiger denn die meist schwer verständlich referierten Zusammenhänge, mehr ver-, denn entwickelt von seinen Kontrahenten, die obendrein mitunter ihre Empörung über den unbelehrbaren Simplifikateur kaum zurückhalten konnten.

Jetzt gelangen auch ins deutsche Publikum Urteile über „Hitlers willige Vollstrecker“, die noch vor Jahresfrist erbitterte Antworten geweckt haben würden, heute aber gelesen werden wie ein ewig gleicher und schon erwarteter Wetterbericht. Hilberg sprach von der irreführenden und verheerenden Wirkung des Buches, als er unlängst – er war aus Anlass der schon erwähnten Ausstellung „Vernichtungskrieg“ nach Marburg eingeladen worden – interviewt wurde. Das Buch sei „eine Katastrophe“. Der amerikanische Politologe Norman Finkelstein schrieb in der britischen Zeitschrift „*New Left Review*“ eine vernichtende Kritik als ein „Nicht-Experte“, der vor allem die logischen Widersprüche und Ungereimtheiten aufs Korn nahm. Er nannte Goldhagens Buch „als Forschungsarbeit wertlos“. Das liest sich vermessen, erscheint jedoch als das Echo auf die nicht weniger vermessenen Ansprüche, mit denen der Autor sein Werk reichlich versehen hatte. Der „*Spiegel*“ (Nr. 34/1997) machte seine Leser mit Finkelsteins Artikel auszugsweise bekannt. Goldhagens Entgegnung erfolgte in der „Frankfurter Rundschau“ (18. August 1997). Sie fiel schwach aus, bediente sie sich doch weniger wissenschaftlicher, denn politischer Argumente. Der als Antizionist geschmähte Finkelstein legte darauf auch zu und nannte vier Tage später an gleicher Stelle die umstrittene Arbeit kurz einen „fadenscheinigen Schwindel“.

Wie werden deutsche Leser diesen Nachschlag in Sachen Goldhagen verdauen? Wird ganz vergessen werden, dass sein Buch unabhängig von allen Absichten seines Verfassers für die Deutschen und namentlich für die deutschen Historiker eine Herausforderung darstellte? Auch Finkelstein, mit dem in der Bundesrepublik anhaltenden und in Abständen aufflammenden Streit über die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, offenbar nicht hinreichend vertraut, wunderte sich darüber, dass diese Arbeit überhaupt eine Debatte auszulösen vermochte. Zur Erinnerung: Verdeutlicht worden war in den Auseinandersetzungen des Frühjahrs und Sommers 1996 die Notwendigkeit, ja die Dringlichkeit der (Wieder-) Aufnahme eines – wie auch und gerade der erneut ausgebrochene Streit um die Wehrmacht bezeugt – ungeliebten Themas. Es betrifft die aktive und passive Rolle der Deutschen (nicht der undefinierten „Nationalsozialisten“) in den Jahren zwischen 1933 und 1945. Wünschenswert ist der definitive Abschied von einem Rückblick in die eigene Geschichte, der über und in den Strukturen, hinter den behaupteten und wirklichen Sach- und Befehlszwängen die handelnden, keineswegs alternativlosen, und daher verantwortlichen, schuldhaften Subjekte nicht mehr erkennbar werden lässt. Das Interesse an dieser Blickwendung rührt nicht aus dem Bedürfnis nach Strafe oder Rache her, gleich in welcher Form sie auch immer gedacht wäre. Es bildet sich aus dem offenkundig ungestillten Bedürfnis, Sicherungen für ein „Nie wieder!“ zu gewinnen und aus der aus neueren Erfahrungen gespeisten Erkenntnis, dass sie keineswegs in ausreichender Zahl existieren. Die Fragen, die in der „Goldhagen-Kontroverse“ diskutiert wurden, führen dann, wenn sie konsequent bedacht werden, weiter zu den nach mehr als einem halben Jahrhundert vor allem interessierenden: Wodurch und wie gelangten Menschen in jene Verfassung und in jene Situationen, von denen auch Goldhagen und er mit besonderer Eindringlichkeit berichtet hat. Jede Vereinfachung und Begradigung der Lebens- und Entwicklungswege der deutschen Akteure (auch ihrer nichtdeut-

schen Mittäter) des Massenmords an den angeblich oder wirklich unheilbar Kranken, den Juden, den Sinti und Roma, den Angehörigen slawischer Völker, an all diesen nach faschistisch-imperialistischem Maßstab Lebensunwerten, verfehlt die eigentliche Warnung, die aus den Geschehnissen zu uns, den Zeitgenossen, sprechen könnte.

Der Autor unseres Beitrags hat seine Meinung zur Kontroverse über das Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ mehrfach, am eingehendsten in seinem Beitrag „Die verweigerte Herausforderung. Daniel J. Goldhagens Buch und seine Kritiker dargelegt. In: Bulletin der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung Nr. 7, 1996.

Marxistische Blätter, 1/1998 (20.01.1998), S. 10-12.

„... aber ausgerechnet den?“

Vor 65 Jahren zog Hitler als Reichskanzler in die Wilhelmstraße

In Hitlers programmatischen Reden als Reichskanzler fehlte selten eine Passage, die mit den Worten begann: „Als ich im Jahre 1933 die Macht übernahm.“ Konkrete und nachprüfbare Angaben über den Weg dahin fehlten, ausgenommen der glorifizierte „Marsch zur Feldherrnhalle“, der 1923 einen Putsch in Bayern einleiten und auf den nach römischem Vorbild der „Marsch auf Berlin“ folgen sollte. Zwischen diesem misslungenen und dem letzten gelungenen Versuch, vom Parteiführer zum Staatsführer zu werden, lagen vier gescheiterte. Im Oktober 1931, nach dem Übergang zur Legalitätstaktik, wurde versucht, die Regierung Brüning durch ein Reichstagsvotum zu stürzen und eine Koalition von „Nationalsozialisten“ und Deutschnationalen zu bilden, natürlich mit Hitler als Reichskanzler. Im März/April 1932 trat Hitler gegen Hindenburg im Wahlkampf um das höchste Staatsamt an. Der Reichspräsident Hitler würde den Reichskanzler Göring, das war der wahrscheinlichste Kandidat, berufen. Ein Vierteljahr darauf wollte Hitler durch einen Reichstagswahlsieg seine Beauftragung mit der Regierungsbildung erzwingen. Doch wurde ihm nur der Vizekanzlerposten geboten. Drei weitere Monate später, im November 1932, schien er kurz vor dem Ziel zu stehen. Doch seine denkbare Berufung zum Regierungschef war an die Bedingung geknüpft, eine Reichstagsmehrheit zu formieren.

Hitler hatte nicht die Absicht, mit einer Verbeugung vor dem Parlament zu beginnen. Wieder kam der Handel nicht zustande. Der sechste Anlauf führte ans Ziel, man schrieb den 30. Januar 1933. Hitlers Weg an die Staatsspitze verlief viel weniger spektakulär, als es beim Blick auf die Siegesfeiern erscheinen mag. Nachdem er sich 1919 entschieden hatte, eine Karriere in der Politik zu versuchen, musste er zuerst in einer Partei auf sich aufmerksam machen, sich in ihr durchsetzen. Er hatte die NSDAP nicht gegründet, doch erwies er sich gegen schwache Konkurrenz rasch als ihr zugkräftigster Agitator, als der lauteste Trommler.

Funktionäre und Mitglieder hielten ihn bald für unentbehrlich. Er wusste das und festigte seine Stellung. Hitler gewann die politische Führung, und schon beim Münchener Putsch am 9. November 1923 konnte er den Anspruch geltend machen, in der gedachten (und schon plakatierten) Regierungsmannschaft der Reichskanzler zu sein.

Die Niederlage führte zu einer Krise auch der NSDAP. Wie nach allen Schlappen einer Partei spitzten sich innere Auseinandersetzungen zu. Hitler aber saß als Nobelhäftling in Landsberg. Nun bewies er eine Fähigkeit, ohne die kein politisches Führertum von Dauer denkbar zu sein scheint. Er ließ die Konkurrenten streiten und hielt sich aus deren Kämpfen heraus. Für Hitler galt das in der Festung im doppelten Sinne. Als er Ende 1924 auf freien Fuß kam, gründete er die Partei neu. Keine Frage, dass er in ihr den Spitzenplatz beanspruchte. Doch auch da war seine Stellung dauerhaft noch nicht gefestigt. Mit dem reichsweiten Ausbau der NSDAP formierten sich in Nordwestdeutschland Gauleiter, die sich seinem diktatorischen Regime nicht unterwerfen wollten.

In dieser Situation bewies Hitler eine andere Fähigkeit, die sich nicht nur bei ihm finden lässt. Er vermochte, die Opposition aufzuweichen und zu spalten. Der Rest, karriere- und erfolgssüchtig wie er, gab klein bei. Wer sich unterwarf, dem wurde nicht nur vergeben, er wurde gar belohnt. Goebbels gibt dafür ein Beispiel. Hitler erkannte die Fähigkeiten des Demagogen. Er erhielt den Auftrag, das „rote Berlin“ für die braunen Herrschaftsaspiranten zu erobern. In diesen Jahren lernte Hitler zunächst innerhalb der Partei Kräfteverhältnisse einzuschätzen und Vorteile und Nachteile auszurechnen, die ihm erwuchsen, wenn er redete oder schwieg, entschied oder abwartete, sich einmischte oder zurückhielt. Die Maßstäbe für seine Entschlüsse waren einfach: Was festigt meine Position? Was öffnet den Weg an die Staatsmacht? Für die Beantwortung der Fragen standen ihm Ratgeber, später ganze Beraterstäbe, seit 1930 auch außerhalb der NSDAP aus Kreisen der Industriellen, der Bankiers, der Großagrarier, zur Verfügung. Von deren Empfehlungen war öffentlich keine Rede, umso mehr von Hitlers und seiner Mitführer „Glaube“.

Freilich: In der nach dem Führerprinzip gebauten Partei musste am Ende doch er allein entscheiden. Dabei unterliefen ihm auch in taktischen Fragen keine bemerkenswerten Fehler, und ebenso wenig

irrte er sich bei der Auswahl seiner engsten „Mitkämpfer“. Keiner von ihnen machte ihm seine Stellung streitig, nicht Hermann Göring, sein wichtigster, gerissener und rabiater Vertrauter, nicht Goebbels, der schlitzohrige, absolut folgsame Paladin, nicht der „getreue Heinrich“, der SS-Führer Himmler. Selbst noch in der Opposition des 20. Juli 1944 fehlen die „alten Kämpfer“ mit Ausnahme des Grafen Helldorf, des Kommandeurs der Berliner SA und späteren Polizeipräsidenten. Gregor Strasser hatte sich zwar kurz vor dem Sieg vom „Führer“ getrennt, doch keine Opposition formiert. Und auch SA-Stabschef Ernst Röhm rüttelte nicht an Hitlers Thron.

Hitler entwickelte seine strategischen und taktischen Fähigkeiten als Parteipolitiker binnen einem Jahrzehnt. Dafür wenige Zeugnisse: Er entschied, das Parteiprogramm sei unabänderlich, und unterband damit jede Diskussion über die Parteiziele. Er setzte durch, dass die Putschtaktik aufgegeben wurde und hielt den neuen Kurs trotz aller Rückschläge durch. Er lehnte ab, für den Reichstag zu kandidieren – was ihm nach dem 25. Februar 1932 als deutscher Staatsbürger möglich gewesen wäre – und wich auch dadurch jeder direkten Konfrontation mit ihm intellektuell überlegenen Führern anderer Parteien aus. Er entschloss sich, gegen Hindenburg anzutreten, weil jedes andere Aufgebot aus seiner Partei seine Führerstellung nach innen wie nach außen beschädigen musste. Er bestand darauf, die Regierung nur mit einem schwächeren Verbündeten zu bilden und sich nicht auf eine schwerer beherrschbare Koalition einzulassen. Die Mitglieder und Wähler der NSDAP waren Hitlers Faustpfand. Doch deren Millionengefolgschaft war unfähig, die Ernennung ihres Idols zum Regierungschef zu bewirken.

Dies geschah im Ergebnis von politischen und wirtschaftlichen Kalkulationen innerhalb der Führungskräfte des Reichs. Eine Minderheit hatte sich davon überzeugt, dass der Mann, gestützt auf eine stabile Basis im Volke, ein innen- und außenpolitisches Programm vertrat, das sich mit den eigenen Vorstellungen vom Wiederaufstieg Deutschlands zur Groß- und Weltmacht weitgehend deckte. Zwar verband sich mit der Entscheidung für diesen Politiker wegen der Neuartigkeit und Unberechenbarkeit der von ihm geführten bewaffneten Formationen ein schwer einschätzbares Risiko.

Doch waren auch andere Möglichkeiten mit Unwägbarem behaftet. Mit der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Belebung und zum Zwecke ihrer Ausnutzung sollte die Arbeiterbewegung geschlagen und aus jedweder Mitbestimmung ausgeschaltet sein. Die Wahl Hitlers versprach die erwünschte Ruhe und Ordnung.

Immer wieder wird auch von Historikern behauptet, Hitlers Kanzlerschaft sei ein Produkt der Angst der Bourgeoisie vor der Revolution gewesen. Ängste verursachte das permanente Anwachsen der Stimmen der KPD ebenso wie die Unzufriedenheit in den SPD-Reihen, auf deren stille Dienste dauernd kein Verlass war. Doch nicht Revolutionsfurcht, sondern der Plan der autoritären Herrschaft und die sich mit ihr verknüpfenden Vorsätze einer neuen Außenpolitik trieben die Großunternehmerschaft um. Die These von der Bourgeoisie, die sich Hitler als bloßem Schild gegen den „Kommunismus“ in die Arme und an den Hals warf, ist ohnehin kein Produkt wissenschaftlicher Analyse, sondern Erfindung von Angeklagten aus den ersten Jahren nach 1945, ein Trick, der die Absolution von Klassen- und Standesgenossen jenseits der Grenzen, von den Siegern, eintragen sollte.

junge Welt, Montag, 26.01.1998.

Hitler und Mussolini waren keine historischen Exoten

Faschismus oder Nationalsozialismus – Nur akademischer Streit um Begriffe?

NS-Diktatur, NS-Regime, NS-Staat – so lautet hierzulande das verschämte Kürzel, mit dem man bezeichnet, was sich vor 65 Jahren, am 30. Januar 1933, in Deutschland staatlich zu institutionalisieren begann und eine Blutspur bisher nicht dagewesenen Ausmaßes in der Geschichte hinterließ, deren Opfer heute in der Bundesrepublik gedacht wird (zum dritten Mal). Allgemein gängig ist, vom Nationalsozialismus zu reden. Derart jedoch wird Etikettenschwindel fortgeführt. Hitler selbst hat in vertrauten Gesprächen besorgte Angehörige der Oberschichten stets zu beruhigen gewusst, sie möchten sich an der Mitverwendung von „Sozialismus“ nicht stoßen.

Warum wird hierzulande – im Gegensatz zu anderen Ländern – das Wort „Faschismus“ geflissentlich vermieden? Gebraucht für deutsche Zustände 1933 bis 1945 wurde es jüngst gar im Gerichtssaal gerügt. Doch was spricht dagegen?

Es handele sich um einen politischen Begriff, hört man. Das bestreitet niemand. Es sei dies ein Kampfbegriff gewesen, heißt es. Niemand stellt das in Abrede. Es sei mit ihm wieder und wieder Missbrauch betrieben worden. Auch das ist unstrittig. Doch wieviel Missbrauch wurde und wird mit Begriffen wie „Frieden“ und „Demokratie“ getrieben. Und war der Missbrauch mit dem Wort „Nationalsozialismus“ nicht allemal größer?

Zu den Vorwürfen gegen die „Linke“, die den Begriff „Nationalsozialismus“ nicht bzw. nicht ohne Anführungszeichen verwendet, gehört: Sie beanspruche das Monopol auf „Sozialismus“ und beabsichtige so etwas wie ein Reinheitsgebot durchzusetzen. Derlei Argumente bewegen sich außerhalb der Wissenschaft. Wirklich kontrovers ist, ob es sich bei dem Begriff „Faschismus“ um eine echte Abstraktion handelt und er insbesondere zur Kennzeichnung von Tatsachen und Zuständen deutscher Geschichte berechtigt, für deren Verständnis geeignet ist.

Der Kernpunkt des Streits lautet: Besitzen die Bewegungen, die nach dem Ersten Weltkrieg vor allem in Staaten Europas entstanden waren und sich unterschiedliche Namen zugelegt hatten, Gemeinsamkeiten im Wesen, hinsichtlich ihrer politischen und geistigen Herkunft und Triebkräfte, ihrer sozialen Verwurzelung, der von ihnen verfochtenen Interessen und erstrebten Ziele, die eine verallgemeinernde Kennzeichnung rechtfertigen? Oder überwiegen die – von keinem seriösen Historiker und Soziologen bestrittenen – Unterschiede?

Die Frage war unabweisbar geworden, als der 1922 siegreiche italienische Faschismus in Deutschland einen erstarkenden Zeitgenossen bekam, der zum Vergleich herausforderte. Dass die neue Partei in ihr Namensschild den „Sozialismus“ eingebaut hatte, war unschwer als Versuch zu erkennen, ihr Popularität zu verschaffen. Doch was hatte es mit der NSDAP wirklich auf sich? Was mit ihrem Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft und zum bürgerlichen Staat, die sie zu bekämpfen vorgab? Antworten gaben vor allem Theoretiker, die der sozialdemokratischen oder der kommunistischen Bewegung nahestanden.

Die Entscheidung, diesen Konterpart der Revolution nicht nur in Italien „Faschismus“ zu nennen und dessen Personage „Faschisten“, gründete sich auf gesicherte Erkenntnisse des Gemeinsamen: die Feindschaft gegen Aufklärung, Liberalismus, Republik und Demokratie sowie alle Strömungen der Arbeiterbewegung, die Forderung nach der Diktatur des Staates, die Propagierung einer extrem nationalistischen und rassistischen Ideologie und der Anspruch auf Expansion. Der brutalen Ideologie und dem skrupellosen Machtwillen der Führer entsprachen die Kampfmethoden: Provokation reihte sich an Provokation, Terror und Mord gehörten zum Alltag.

Spätestens in der Mitte der 30er Jahre, als sich Italien und Deutschland auch außenpolitisch annäherten, sich erst zur „Achse“ und dann im „Stahlpakt“ verbanden, war unübersehbar, wie wesensverwandt die Regime gewesen sind. Seit 1940 suchten sie, gemeinsam ihre imperialistischen Vorsätze zu verwirklichen. Die Machthaber Italiens wollten aus dem Mittelmeer das italienische machen, in Afrika und im Nahen Osten Ländereien gewinnen und eine moderne Sklaverei aufrichten.

Und die in Deutschland sahen sich als die europäische und Weltvormacht, als Herren von Protektoraten, Generalgouvernements, Reichskommissariaten auf dem Kontinent und in Übersee. Ihre Verbündeten strebten ihrerseits nicht gerade bescheidene Ziele an: Großungarn, Großrumänien, Großfinnland ... Warum reichen diese Gemeinsamkeiten der Innen- und der Außenpolitik nicht, die Wesensverwandtschaft der Parteien und Staaten zu erkennen und sie auf den Begriff zu bringen? Zum einen hindert das Bestreben, jede dieser Erscheinungen für sich als historisch-exotisch darzustellen und sie aus den Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft und der Tradition des eigenen Landes mehr oder weniger herausfallen zu lassen. Zur prinzipiellen Abgrenzung der Regime voneinander dient die Aufwertung von unbestrittenen nationalen – darunter auch ideologisch bedingten – Unterschieden wie etwa die Ausprägung der Staatsformen, das Verhältnis zu Kirchen, der Umgang mit Kunst und Literatur, der Grad ihrer Stabilität. Es genügt, diese „Abweichungen“ aufzuzählen, um sie als sekundär zu erkennen.

Doch wie steht es mit dem Hauptargument, das die angebliche Dominanz der Unterschiede auf das Ausmaß der Verbrechen gründet und daran die politische Anschuldigung knüpft, wer mit Bezug auf Deutschland von „Faschismus“ spreche, wolle die Untaten der „Nationalsozialisten“ verkleinern? Im Italien Mussolinis gab es nichts, was „Auschwitz“ gleichgesetzt werden könnte. Richtig, doch verbirgt sich hinter dieser Feststellung auch eine weit verbreitete Unkenntnis dessen, was italienische Faschisten verbrochen haben: auf dem Weg zur und an der Macht, an den Völkern Afrikas, vor allem Äthiopiens, an den Partisanen, an den an Deutschland ausgelieferten Juden ... Wieviel Menschen muss ein Regime umbringen, bei wie vielen Morden Gehilfe sein, um mörderisch genannt zu werden?

Wer hierzulande von „Nationalsozialismus“ spricht, schwimmt im Mainstream und ist nicht erklärungspflichtig. Wer „Faschismus“ sagt, hat das zu begründen. Wer „Nationalsozialismus“ benutzt, verhält sich schullehrbuchgemäß und wie amtlich empfohlen. Wer „Faschismus“ anwendet, steht in Verdacht, links zu denken. Wenn er in den neuen Bundesländern gelebt hat, wird vermutet, dass er seine Irreführung aus DDR-Zeit nicht überwunden hat. So meinte Ralph Giordano, das Fortleben einer stalinistischen Sprachregelung zu erkennen (in einem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Kalaschnikow“, Nr. 3/1997).

Der Verdacht ist schwer begründbar. Es finden sich der selbständigen Köpfe viele, die Faschismus für eine echte Abstraktion hielten. Unter ihnen war früh der weithin vergessene Professor des öffentlichen Rechts Hermann Heller. Er schrieb, dass der Nationalsozialismus „realsoziologisch“ von den gleichen Kräften getragen werde „wie der italienische Fascismus der ersten Stunde“ („Europa und der Fascismus“, Berlin und Leipzig 1929). „Der ersten Stunde“ – das bezog sich auf Wandlungen dieser Bewegung, die nach seinem Urteil auch in Deutschland, je näher für sie der Griff nach der Staatsmacht rückte, desto stärker sich in die kapitalistische Richtung entwickle. Wie sehr das ins Schwarze traf, hat er nicht mehr wahrnehmen können. Aus Deutschland vertrieben, starb er 1933 in Madrid, Jahre, bevor die spanischen Faschisten die Stadt eroberten.

Neues Deutschland, Dienstag, 27. Januar 1998, S. 12.

„Deutschsein“ unter Flammenzeichen

Bevor über die deutschen Großstädte Feuerstimme hinwegrasten, deren Lichtschein noch in der folgenden Nacht den Flugzeugen der strategischen Bomberflotten der Alliierten den Weg ans Ziel ihres zweiten Angriff weisen konnten, hatten in den Vorkriegsjahren mehrfach andere Brände davon eine Vorankündigung gegeben. Ihre Zeichen waren von den meisten Zeitgenossen jedoch nicht verstanden worden.

In der Nacht vom 27 zum 28. Februar 1933 verwandelte ein Feuer inmitten Berlins das Gebäude des Reichstags in eine Ruine. Am 10. Mai des gleichen Jahres züngelten in vielen deutschen Städten die Flammen aus Bücherhaufen. Mehr als fünf Jahre darauf loderten die Flammen aus den Synagogen. Jedes dieser Ereignisse besaß seine unverwechselbaren Besonderheiten. Der flüchtige Blick mag das Unterscheidende sogar als das Wesentliche wahrnehmen. Der Reichstagsbrand bildete das Signal für die augenblicklich einsetzende Kommunistenverfolgung. Die Bücherverbrennung signalisierte, welche Überzeugungen und Meinungen in Deutschland künftig verfolgt werden würden. Die Pogromnacht leitete den abschließenden Angriff auf die materiellen Existenzgrundlagen der Juden dar und markierte den Übergang zur forcierten Stufe der Judenvertreibung. Die drei barbarischen Aktionen besaßen unterschiedliche Adressaten, verschieden waren die Opfer der Untaten.

Und dennoch: Besaßen sie nicht alle etwas Gemeinsames? Ja, sie waren miteinander verbunden durch die erklärte Kampfstellung der Täter gegen die „ Undeutschen“. Als solche galten die Kommunisten wegen ihres Bekenntnisses zum Internationalismus, Schriftsteller, Publizisten und Wissenschaftler, wegen der menschen- und völkerfreundlichen Ansichten, die sie in ihren Werken geäußert hatten, und die Juden „von blutswegen“. Allesamt wurden sie von den Machthabern und deren Bütteln als Feinde „deutscher“ Gesinnung und Gesittung eingestuft, und wegen des Fehlens „deutscher“ Haltung und eben dieses „deutschen“ Blutes verfolgt.

Der Mehrheit der Deutschen mochte es 1933 wie 1938 scheinen, dass ihnen die Aktionen nicht gegolten hatten. Dieser Irrtum vereinfachte die doppelte Zielstellung der Akteure. Denn durch jeden dieser drei Gewaltakte gegen Personen und Sachen wurden den „Unbeteiligten“ absichtlich vorgeführt, wie sich ein Deutscher nicht zu verhalten hatte. Leicht ließ sich diese Unterweisung durch Blut und Flammen ins „Positive“, wenn der Ausdruck nicht als wertend missverstanden wird, dolmetschen. Dann besagten die Lektionen: Ein echter Deutscher hat kein Internationalist zu sein und kein Sozialist, kein Demokrat und kein Republikaner, kein Antimilitarist und kein Pazifist, und er muss sich vergewissern, dass seit mindestens 100, besser aber seit 200 Jahren in den Adern aller seiner Vormütter und Vorväter nur dieses „deutsche“ Blut geflossen war. Derart legten die Machthaber mit jedem ihrer Feuer vor die Augen von Millionen gleichsam eine flammende Folie, hinter der sich die faschistischen Verhaltensnormen deutlich ablesen ließen. Nach ihnen hatte sich auszurichten, wer „ein Deutscher“ oder „eine Deutsche“ sein wollte.

Insofern ist die vor allem durch das vielzitierte Diktum bekanntgewordene These, dass von den Attacken der Faschisten anfänglich nur diese, dann die nächsten, dann die dritten und jeweils andere betroffen gewesen wären, unvollständig, denn sie erfasst nur die direkten Zielgruppen. Sie ist ergänzungsbedürftig durch die Feststellung, dass die zu „Ariern“ erklärte Masse der Deutschen stets der Mitadressat der terroristischen Aktionen war. Viele, die schon bemerkten, dass da auch an sie eine „Botschaft“ erging, die einem Befehl gleichkam, wollten sich indessen nicht eingestehen, dass sie sich immer mehr und schließlich vollständig den Normen anpassten, die ihnen an den drei Tagen demonstrativ vorgegeben wurden – eindringlicher als durch Gesetzestext oder Nazigebot.

Warum an diesen Aspekt der drei Tage erinnert wird? Weil sie Lehrstücke dafür abgeben können, wie ein ohnehin (bereits in der Republik von Weimar) revanchistisch verhunztes Nationalbewusstsein zu National- und Rassenchauvinismus gesteigert werden kann, und weil sie Beispiel und Warnung dafür bieten, dass sich solche Aufgipfelung rasant zu vollziehen vermag. Auf derartige Vorgänge mit einer national-nihilistischen Haltung zu reagieren, auf sie mit Schreien wie „Scheiß-Deutschland“ zu antworten, bezeugt nur totale Hilflosigkeit. Da sich aus der nationalen Gebundenheit nicht so leicht aussteigen lässt wie aus einem falschgewählten Zug, solange der steht, kann den

Gefahren nur das geistig und praktisch versammelte „andere Deutschland“ entgegenwirken. Seinerzeit ist diese Sammlung misslungen. Heute gibt es für ihr Zustandekommen ebenso wenig Sicherheiten. Die Fortsetzung unseres Versuchs ist die Sache wert.

anti, Februar 1998, S. 2.

Der rechte Rand – Herkunft und Perspektiven[1]

Jedes Jahr im Januar richten sich die Blicke eines Teils der deutschen Gesellschaft aus einem doppelten Grund in die deutsche Vergangenheit. Der eine gilt der Ermordung der beiden namhaftesten Begründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, der andere der Aufrichtung der faschistischen Diktatur, geschehen 14 Jahre nach der Untat. Neuerdings wird zwischen diesen beiden Daten mit dem „Holocaust"-Gedenktag – dem 27. Januar – auch jenes Verbrechens gedacht, das eine und die entsetzlichste Folge aus jener Traditionslinie wurde. Der definitive Bruch mit ihr – das ist auch der Kern des Themas, das uns heute hier beschäftigen soll. Äußert sich ein Historiker dazu, dann tut er das sicher anders als ein Politiker oder ein Soziologe. Seine – also meine – gedanklichen Bezüge auf geschichtliche Tatsachen und Prozesse werden womöglich zahlreicher sein als diejenigen eines Referenten oder einer Referentin, die sich forschend stärker mit der Gegenwart befassen. Deshalb sei gesagt: Die Beschäftigung mit der Geschichte ist immer auch mit Gefahren verbunden. Sie kann die Vorstellungen über die Gegenwart zweifach missleiten. Im einen Falle, in dem sie die Erwartungen zu sehr und zu starr an eine bloße Wiederholung des Vergangenen bindet, im anderen Falle, in dem sie der Phantasie die Zügel zu weit schießen lässt.

Zur Sache: Wer hätte sich in den neuen Bundesländern vor einem Jahrzehnt vorstellen können, dass eine erhebliche Zahl von Eltern und Großeltern sich heute ernsthaft darum sorgt, wohin sich ihre Kinder politisch orientieren und ob sie nicht in Fänge der Werber geraten, die mit nationalistischen und rassistischen Parolen um Einfluss konkurrieren und ihre Reihen auffüllen wollen? Das ist eingetreten, und die Angehörigen der älteren Generationen sind auf die damit verbundenen Herausforderungen weithin nicht vorbereitet. Gedanklich nicht und nicht in ihrem Gefühlshaushalt.

Als angesichts von Äußerungen des Nationalismus und des Rassismus gegen Ende der DDR, die in ihrem Ausmaß mit den heutigen nicht vergleichbar sind, in ihrem Wesen aber damit durchaus verglichen werden können, eine Mobilisierung der Gesellschaft möglich war, ist sie unterblieben. Das Informationsmonopol der Machthaber wurde dazu missbraucht, der Bevölkerung Tatsachen vorzuenthalten; die sie hätte wissen müssen, um sich ein wirklichkeitsnäheres Bild machen zu können. In den Berliner Schulen gab es, als auf den Schulhöfen und in Klassenzimmern „Judenwitze" erzählt wurden, keine Instruktionen für die Lehrer, mit denen sie in anderer Weise überhäuft wurden. Damals schon zeigte sich Wegsehen, Wegdenken, Hilflosigkeit, man erinnere sich an die Juristen und ihre umstrittenen Urteile, die seinerzeit gegen jugendliche Straftäter gefällt wurden.

Die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit stand unter der Devise „den Imperialismus anklagen". Über die Masse jener Deutschen, die den Faschisten folgten, wurde wenig geredet. Das Thema schien nichts mehr herzugeben. Zum 40. Jahrestag der Zerschlagung des mörderischen Regimes, also im Jahre 1985, wurde von der Redaktion des früheren ND ein Artikel angefordert, für den eine Vorgabe erfolgte: Er sollte zur Hälfte sich mit dem Zustand der Deutschen vor diesem 8. Mai 1945 und zur anderen mit ihrem einsetzenden Wandel nach dem Befreiungstag befassen. In dem dann angefertigten Manuskript stand unter anderem ein Satz aus einem Brief Wilhelm Piecks an seinen Sohn Arthur Piecks. Er war geschrieben worden unter dem Eindruck des ersten Besuchs in einem deutschen Kriegsgefangenenlager in der UdSSR. Eine Stelle lautete: „So sehen also die Deutschen aus. Schauderhaft!" Der Artikel erschien nie.

Über die Ursachen dieses ignoranten Verhaltens gegenüber Grundtatsachen deutscher Geschichte wird viel spekuliert. Gewiss können die Historiker sagen, dass sie in ihren Entscheidungen nicht frei waren, aber eine Aktie an diesem Zustand besitzen wir auch. Gegenüber einer annähernd geschlossenen Gruppe, die für eine Wende eingetreten wäre, hätten es Ideologen schwerer gehabt, die meinten, es müssten alle, die mit den Jahren 1933 bis 1945 befasst wären, über den antifaschistischen Widerstand forschen und reden. Warum sich an der Humboldt-Universität an der Sektion Geschich-

[1] Vortrag in einer Veranstaltung der Kommunistischen Plattform der PDS im ND-Gebäude am 14. Januar 1998.

te gleich zwei Historiker mit den herrschenden Kräften im Nazireich beschäftigten, fragte die Direktorin der Parteihochschule damals und erhielt zur Antwort, ja es müssten doch einige Leute wissen, wogegen die Antifaschisten seinerzeit eigentlich gekämpft hätten.

Soviel zur Einstimmung und um daran zu erinnern, dass die neuen Bundesländer, von denen hier hauptsächlich die Rede ist, wiewohl wir es mit einer gesamtdeutschen und – mehr noch – einer internationalen Erscheinung zu tun haben, für die Auseinandersetzung mit dem „rechten Rand", mit Rechtsextremisten, mit Neofaschisten, an denen viel faschistisch, aber wenig „neo" ist, nicht eben gut gerüstet sind. Wer sich diese Ausgangslage kurz und knapp klarmachen will, der frage sich, was er über den Rudolf Heß weiß. Der gibt aber die Galionsfigur eines Teils dieser Rechten ab.

Welches Bild bietet sich demjenigen, der das Verhalten der heutigen Gesellschaft gegenüber dem Anwachsen der provozierenden und gewalttätigen Umtriebe der äußersten Rechten durchmustert?

Erstens: die Masse der deutschen Bevölkerung hat sich an diese Erscheinungen gewöhnt. Sie macht sich über die täglichen Meldungen nicht mehr, sondern womöglich weniger Gedanken als über den Wetterbericht. Von denen, die sich noch Gedanken machen, vermeint ein erheblicher Teil jedoch, man müsse sich mit diesen organisierten und spontanen Zusammenschlüssen abfinden. So sei eben die Gesellschaft. Selbst sei man davon ja nicht betroffen. Die Gewöhnung vermischt sich mit erklärter Resignation und allenfalls mit dem Ruf nach den „Ordnungshütern".

Zweitens: eine nach Weltanschauung und politischer Verortung weitgefächerte Minderheit ist nicht bereit, sich mit diesen Erscheinungen abzufinden und sucht ihre Kräfte zu mobilisieren. Sie besitzt keine einheitliche Vorstellung, welche Maßnahmen geeignet und erfolgversprechend sein könnten, dem Übel beizukommen. Ihre Aktionen reichen von Protestzeichen in sogenannten Lichterketten bis zum gewalttätigen Angriff und Gegenangriff, von eindrucksvollen Demonstrationen bis zur alltäglichen sozialpädagogischen Arbeit unter Menschen, die sich diesem „rechten Rand" zugesellt haben oder gefährdet sind, es zu tun.

Drittens: eine andere Minderheit der Bevölkerung bringt den Initiatoren dieser Umtriebe – und Umtriebe heißt nicht Losungen, Märsche, Propagandamaterial aller Art, sondern Brandstiftung, Körperverletzung, Mord in einer nicht mehr abreißenden Kette – Verständnis und Sympathie entgegen, ohne alle Aktionen zu billigen. Vom gleichsam fließenden Übergang zeugte im vergangenen Jahr vor allem der Schulterschluss politischer Kräfte anlässlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg", und der erfolgte demonstrativ in München, aber weniger spektakulär eben nicht nur in Bayern. Ideologisch und mit vielen seiner Losungen ist dieser rechte Rand nicht durch einen Graben von ungleich zahlreicheren und einflussreicheren Leuten abgetrennt, die behaupten, zur politischen Mitte der Gesellschaft zu gehören. Die Charakteristik „Extremismus der Mitte" meint eben das. Argumente, die bei den beiden Debatten im Bundestag über die Hamburger Ausstellung vorgetragen wurden, waren von denen auf den Straßen und an den Stammtischen mitunter nicht zu unterscheiden.

Damit *viertens*: die Politiker der regierenden Parteien – das meint mit dem Blick auf die Länderregierungen alle mit Ausnahme der PDS – verhalten sich gegenüber diesen Umtrieben und Untaten unterschiedlich. Verbreitet ist der immer wiederkehrende Versuch, die Erscheinungen kleinzureden, sie zu marginalisieren. Die Stichworte lauten: Einzelfälle, Einzeltäter. Sie sind zunehmend unglaubwürdig und daher vernutzt. Abhilfe wird neuerdings versprochen. Wie die mitunter aussieht, davon wird manches aus der Bundeswehr ruchbar. Vereinfacht, aber nicht wirklichkeitswidrig lautet die Antwort: Spindkontrolle statt des notwendigen Gesprächs, der überfälligen Schulung, der Öffnung der Armee hin zu jenen Teilen der Gesellschaft, die sich nicht gewöhnen wollen und nicht resignieren. Eingestandenermaßen mangelt es aber an Vorgesetzten, die den demokratisch-erzieherischen Umgang mit jungen Leuten verstehen, und es mangelt nicht an anderen, die sich davor, aus welchen Gründen auch immer, drücken.

Abhilfe wird neuerdings von Politikern, aber mehr und mehr auch als Selbsthilfe der Bürger, verstanden und abgefordert. Während von diesen weithin im Staate Stillhalten gefordert wird, sollen

sie in diesem Punkte, der Konfrontation gegen die Rechtsextremen, gegen deren Gewalttätigkeiten gegen Schwächere, gegen Ausländer, Behinderte, Jüngere und Alte auch gegen Sachen nun aktiv werden. Jüngst hat dazu ein Brandenburgischer Minister und SPD-Vorsitzender aufgerufen. Seine beschwörenden Argumente waren bunt: Jeder Brandenburger müsse sich engagieren und die Ehre Brandenburgs verteidigen. Und: Es sollten die Frankfurter doch bedenken, dass die bei ihnen an der Viadrina studierenden Ausländer aus den Staaten Osteuropas eines Tages über die Kooperation mit Deutschland, über Aufträge und Investitionen entscheiden würden und wie würden sie dann entscheiden, wenn sie usw. Diese Art der Überzeugungsarbeit ist mit akademischen Worten nicht zu charakterisieren. Ansehen, und immer wieder Ansehen erstens wegen des Ansehens und zweitens wegen des Profits und der Arbeitsplätze der Zukunft. Das Deutschlandbild, das Brandenburgbild, das Hauptstadtbild wird beschworen, als gäbe es da nicht Argumente genug, die schlicht und einfach aus Traditionen des Christentums, der Aufklärung und – horrible dictu – aus dem Marxismus zu beziehen wären.

Soviel zur Bestandsaufnahme. Lässt sie sich, widersprüchlich wie sie ist, auf einen kurzen und also vereinfachenden Nenner bringen? Er könnte lauten: Diese Gesellschaft ist gegenüber denjenigen, die sie reaktionär verändern, das tun sie heute bereits mit jedem Tag und das betreiben sie nicht nur als Vorsatz, weitgehend hilf- und ratlos, in ihren Antworten uneinig und uneinheitlich und auch zerstritten. Doch sind Regierende wie Regierte, Herrschende wie Beherrschte dadurch miteinander verbunden, dass jene wie diese keinerlei geschlossenes Programm besitzen, wie dem Übel des sich ausbreitenden Rechtsextremismus beizukommen, wie es zu bekämpfen, auch nur zurückzudrängen ist. Die Analysen über dessen Herkunft füllen mittlerweile viele Bücherregale und unter ihnen sind grundsolide Arbeiten. Doch ein Papier, in dem die Möglichkeiten und Aktionsrichtungen zusammengefasst wären, existiert nicht einmal als ein Vorschlag. So war das auch gegen Ende der Weimarer Republik, ließe sich sagen. Und häufig wird angesichts der gegenwärtigen Erscheinungen und der Parallelen, die sich zu früheren Entwicklungen leicht auffinden lassen, gefragt, ob es wieder „so weit ist“.

Nein, äußere Ähnlichkeiten missleiten. „Bonn ist nicht Weimar“, diese vielzitierte Feststellung lässt sich akzeptieren, wenn ihr hinzugesetzt wird, der Umbau dieser Bonner-Berliner Republik droht derzeit nicht von den Kräften des „rechten Randes“. Er ist überhaupt keine Drohung, sondern eine Tatsache, denn er wird bereits täglich vorgenommen und ist nicht von rechtsaußen oder angetrieben. Die umbauenden Kräfte bezeichnen sich als „Mitte“. Ihre Instrumente sind von parlamentarischer Natur, er erfolgt mittels Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsakten, gedeckt durch Gerichte verschiedenen Typs und Ranges, also legal. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der Konfrontation zu den Parteien en miniature, den Organisationen und Grüppchen, den Redaktionen und Verlagen der äußersten Rechten nicht um so etwas wie einen Nebenplatz der eigentlichen politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Republik handelt und ob es nicht diesen Akteuren des Umbaus unter manchem Gesichtspunkt, nicht unter allen Aspekten, willkommen ist, wenn sich die Kräfte der Linken auf eben diesem Platz aufbrauchen.

Diese Frage könnte als ein versteckter Appell zur Ganz- oder Teildemobilisierung der „gegen rechts“ gerichteten Kräfte missverstanden werden. Dazu wird nicht geraten. Denn es bleibt eine Tatsache, dass die politische Linke sich aus politischem wie aus moralischem Interesse doppelt herausgefordert sieht. Sie muss nach ihrem Selbstverständnis sowohl gegen diesen „rechten Rand“ Front machen, und sie will besagten Umbau der Gesellschaft aufhalten, dessen Pläne nicht in den Hinterzimmern irgendwelcher rechtsorientierter Kneipenwirte geschmiedet werden, sondern in den Zentralen von mächtigen Wirtschaftsvereinigungen, von Konzernen und von politischen Großparteien.

Mehr noch: In der Bekämpfung der Kräfte des „rechten Randes“ muss, soll sie erfolgreich sein, der Schulterschluss mit Politikern und Parteien, mit Menschen aus den Kirchen und religiösen Gemeinschaften gesucht werden, die diesen besagten Umbau nicht verhindern wollen, ja, mit solchen, die ihn für notwendig oder unausweichlich halten, daher verteidigen und auf manchen Plätzen des Staates sogar mit betreiben. Maximalprogramme und Minimalprogramme, Kompromisse, Konzessio-

nen, nüchterne Beurteilung der begrenzten eigenen Potentiale – das Thema hatten die Linken schon des Öfteren und mit ihm hatten sie schon mehrfach ihre intellektuellen und emotionalen Schwierigkeiten.

Deren Überwindung wird auch deshalb verlangt, weil es zwischen dem Umbau aus der Mitte der Gesellschaft und der Existenz ihres „rechten Randes“ eine Ursache-Wirkungs-Beziehung gibt. Dieser Umbau mit seinen Folgen bläst den äußersten Rechten unausgesetzt und verstärkt Wind in die Segel, weil er ihnen hilft, ihre Anhänger aus einem Teil derjenigen zu rekrutieren, denen die Lasten dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgebuckelt und aufgehalst werden. Denn dieser „Rand“ wurde der Gesellschaft nicht von außen und nicht aus deutscher Vergangenheit auf- und angepappt, sondern er ist ihr ureigenes Produkt und entsteht aus ihren inneren und aus gegenwärtigen Prozessen. Damit nun besitzen die Deutschen eine warnende geschichtliche Erfahrung. Die heißt: Notverordnungen der Regierung Brüning aus den Jahren 1930 bis 1932. Wieviel der Zentrumskanzler damals auch immer getan hat, Hitler in das politische Kalkül einzubeziehen, die stärkste Förderung haben die Nazis erhalten durch die alltägliche politische Praxis des Abbaus der Löhne und Gehälter, der staatlichen Begünstigung der Krisenrationalisierung mit der zusätzlichen Vermehrung der Erwerbslosigkeit, der Reduzierung der Unterstützung für Arbeitslose, des dadurch erzeugten Elends und der Hoffnungslosigkeit, der Ängste und des schließlich immer lauter werdenden Rufes nach einem „Erlöser“ und „Befreier“. Erst vor diesem Hintergrund gelang der NSDAP der definitive Durchbruch zur Massenpartei, kam ihr scheinbar unaufhaltsamer Aufstieg in Gang. Die Parole „... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“ ergriff nur eine Minderheit, die Masse wurde von ihr nicht erreicht. Sie wollte erlöst werden, rasch und vollständig.

Soweit sind wir nicht. Dagegen existieren Dämme, wird gesagt. Die Demokratie sei diesmal tief verwurzelt, sagen die Politiker und lassen es sich gern von Ausländern bescheinigen. Die Probe ist indessen nicht gemacht. Rückversicherungen existieren nicht. Und in mancher Hinsicht ist die Lage auch erkennbar schlechter als in den Krisenjahren der Weimarer Republik. Damals orientierte sich ein erheblicher Teil der Arbeitslosen, das haben gerade neuere Forschungen von Historikern einwandfrei erwiesen, auf die Linke, namentlich auf die Kommunistische Partei. Sie war, was die DDR-Geschichtsschreibung bestritt, in der Tat zu einem erheblichen Teil, und das war zum wenigsten eine Schande, die Partei der Arbeitslosen und der Ärmsten. Heute besitzt die Linke diese Anziehungskraft aus bekannten Gründen nicht annähernd. Andererseits verfügt die äußerste Rechte nicht über große geschlossene Organisationen, besitzt keinen charismatischen Führer, nicht annähernd so mächtige Apparate, wie sie die NSDAP – immer gemessen an den Möglichkeiten der Zeit – sich schaffen konnte. Aus dem Blick in die Geschichte lassen sich Beruhigung wie Beunruhigung gewinnen, je nachdem, ob das eine oder das andere gesucht wird. Insgesamt gibt es keine Garantien gegen jähe Wendungen. Auf Goldhagen und die ihn preiskrönten ist kein Verlass.

Zu den sozialen Auswirkungen mit ihren Ängsten kommt als eine Quelle für die Formierung der äußersten Rechtskräfte die ideologische Verfassung, in die ein Teil der Bevölkerung gebracht wurde und von der auch zunehmende Teile der neuen Bundesrepublikaner ergriffen werden. In diesem Punkte scheint sich der Vereinigungsprozess schneller und vollständiger zu vollziehen als auf jedem anderen. Die Grundtatsache der nationalen Befindlichkeit der Deutschen weit über die Aktivisten des „rechten Randes“ hinaus lässt sich in einen Satz zusammenfassen: Von der Mehrheit der Bürger dieser Republik wurde bis heute kein eindeutiger und scharfer Trennungsstrich gegenüber dem Regime gezogen, das am 8. Mai 1945 nach unsäglichen Anstrengungen von Millionen zur Strecke gebracht wurde.

Die Beweise für diese Tatsache werden unausgesetzt neu geliefert. Vorgestern durch die Aufnahme von „Hitlers willige Vollstrecker“. Gestern und bis auf den heutigen Tag durch das Echo auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg“. Heute und morgen durch das Willkommen, das dem „Schwarzbuch des Kommunismus“ entgegengebracht wird, dessen Veröffentlichung in deutscher Sprache bevorsteht (Die Fragen, die mir gestern von einer Gruppe junger Leute in Berlin-Marzahn gestellt wurden, lauteten unter anderem: War der Versailler Vertrag nicht an allem schuld, was dann kam? Haben Sie über die Vertreibungsverbrechen an den Deutschen geforscht? Wie beurteilen sie den

Flug von Heß nach England? Warum darf David Irving in Deutschland nicht reden? Passt das mit der Demokratie zusammen?). Zur Auseinandersetzung mit dem „rechten Rand“, die nichts weniger denn eine Kampagne ist, gehört deshalb vor allem die bedingungslose Klarstellung der Grundtatsachen deutscher Geschichte und deren Verursachung im Verlauf des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Viele, die das tun wollen, stehen vor der Notwendigkeit, ihre eigenen Argumente zu vervollkommnen oder auch aufzufrischen. Denn: Unter denen, die sich da formiert haben, befinden sich – anders als vor 1933 – nicht wenige (es sind nicht alle), die bereit sind, nicht nur zu reden, sondern auch zuzuhören. Darin besteht im Osten Deutschlands ein gewisser Unterschied zur Situation von vor 1933. Wer seinerzeit einmal in der SA war, der ging in Versammlungen der Linken nur wegen des Krawalls, den er dort inszenieren wollte. Heute finden sich da noch Leute ein, die nach Antworten suchen und sie bisher aus der falschen Richtung beziehen. Der Notwendigkeit, sich gegenseitig mit Argumenten gegen diejenigen der Rechtsextremen, vor allem gegen deren Verfälschung der Geschichte, zu versorgen, müsste im Alltag politischer Arbeit weit mehr Rechnung getragen werden.

Dazu gehört – und das Jahr, in dem auf die vor 150 Jahren in deutschen Landen ausgebrochene Revolution zurückgeblickt wird, gäbe dafür einen besonderen Anlass –, dass die Auseinandersetzung mit den pseudonationalen, in Wirklichkeit nationalistischen und nationalchauvinistischen Argumenten erfolgt, die offensichtlich Konjunktur haben. Diejenigen, die dieser Verirrung und Aufhetzung mit der Parole „Scheißdeutschland“ begegnen und sich mit ihr ungeheuer revolutionär vorkommen, beweisen nur, wie wenig sie von tatsächlichen geschichtlichen Vorgängen verstanden haben, und vermögen nicht einmal bis an ihre Fußsohlen zu blicken, an denen doch ihr Deutschsein hängt und haftet, das sie nicht loszuwerden vermögen – es sei denn, sie verließen dieses Land und würden sich auf einen langwierigen, in seinen Ergebnissen nicht vorhersehbaren Assimilationsprozess einlassen. Der Kreuz- oder der Prenzlauer Berg kommen als solche Fluchtorte nicht in Betracht. Das Thema „die Deutschen und ihre Nation“ darf aber auch deshalb nicht auf einen derart gedanken- und hilflosen Protest reduziert werden, weil es eine hochaktuelle Frage ist, sich darüber Rechenschaft abzulegen, mit welchem geistigen und emotionalen Gepäck sich die Deutschen (und übrigens auch alle anderen beteiligten Nationen) auf den Weg nach Europa machen. Gegen diese Frage tönt derzeit laut eine andere, deren Bedeutung und Wirkungskraft nicht unterschätzt werden kann. Sie gilt nicht der Frage, was die Deutschen in ihren Köpfen in eine größere Gemeinschaft einbringen, sondern wie viel sie in ihren Geldbörsen und auf ihren Geldkonten behalten haben werden, wenn die Mark eine Währung mit Erinnerungs- und Sammlerwert geworden sein wird.

Ob die Formierung der äußersten Rechten in Deutschland eine Perspektive hat, hängt – das ist damit gesagt – nicht nur und nicht automatisch von den wichtigen sozialen und politischen Bedingungen, den sogenannten objektiven Faktoren ab, die sie vorfindet und die jedenfalls rasch doch nicht zu ändern sind. Diese Aussichten sind hochgradig von der tatsächlichen, nicht der bloß deklamatorischen Mobilisierung der Gegenkräfte abhängig. Wie wieder die Geschichte am Ende der Weimarer Republik erweist, haben die Vorläufer der Heutigen profitiert: von ihrer weitgehenden Unterschätzung, von ihrer aus taktischen Überlegungen hervorgegangenen Begünstigung, die sie von den Herrschenden erfuhren, also, wie man heute wohl sagen würde, von ihrer Instrumentalisierung, von der Spaltung, Feindschaft und Zerstrittenheit ihrer Kontrahenten, von der Hoffnung, dass sich die ganze braune Bewegung eines Tages doch als eine Art Modeerscheinung totlaufen müsse. Heute existiert diese Zerstrittenheit auch.

Umstritten ist, ob dieser Gewalt der militanten Gruppen des „rechten Randes“ nicht mit einer ebensolchen und natürlich überlegenen Gegengewalt entgegengetreten werden muss. Die Haltungen schwanken von der ausgesprochenen oder nur praktizierten Wiederaufnahme der Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ bis zur eindeutigen Ablehnung jeder gewalttätigen Gegenwehr. Offenkundig liegt die Wahrheit in der Mitte, sie ist keine allgemeine, will sagen: für alle Fälle geltende, sondern, sie muss vorsorglich oder akut, planmäßig oder auch spontan von Fall zu Fall getroffen werden. Ein in seinem Wesen so friedfertiger Mann, Pazifist und Antimilitarist wie Carl von Ossietzky hat in der „Weltbühne“ den Wiener Juden ausdrücklich Beifall gezollt, die Hitlerjungen,

die sie überfielen, eine geharnischte handgreifliche Abwehr zukommen ließen. Der Kommentar lautete, es habe das womöglich mehr gewirkt als eine Anzahl von Zeitungsartikeln, die gegen diese Nazis geschrieben würden. Nur bedeutete das kein Votum für die Favorisierung dieser Art von Verteidigung, wie die Geschichte der alten „Weltbühne“ bis zu ihrem Verbot beweist.

Schwieriger noch scheint die Verständigung darüber, welche Forderungen von den Demokraten und Republikanern in diesem Lande an die Staatsmacht zu stellen sind. Die einen halten solche Forderungen für völlig aussichtslos und begründen sie mitunter mit dem abstrusen Argument, dieser Staat sei selbst schon faschistisch, andere rechtfertigen hingegen ihre eigene Untätigkeit damit, alle Forderungen der Bekämpfung des „rechten Randes“ an die Staatsmacht zu richten, insbesondere kräftigeres Zuschlagen der Polizei mit den Knüppeln und der Justiz mit ihren Urteilen zu fordern. Diejenigen, die den Druck auf die Politiker und die Organe des Staates für aussichtslos halten, übersehen aber zweierlei. Zum einen gibt es unter ihnen Personen und Kräfte, die aus eigenen und anständigen Gründen dafür sind, dass in dieser Republik der geistige und praktische Raum für Rechtsextremisten eingeengt wird. Zum anderen gibt es unter ihnen Politiker und Kräfte, die zwar in diesem Punkte höchst unsichere Kantonisten sind und es bleiben werden, aber aus taktischem Kalkül, das sich beispielsweise auf ihr Ankommen in diesem projektierten Europa richtet, sich doch auch durch die Umtriebe der rechten Gewalttäter gestört sehen. Manchmal vermischen sich diese Gründe in ein und derselben Person. Das bedeutet aber: Die Idee, die Potenzen, die nur der Staat besitzt oder die nur er mobilisieren kann, richtet sich keineswegs ins Leere, sondern sie kann sich bis zu einem gewissen Grade auf reale, wiederum verschiedene Interessen gründen. Folglich sollte versucht werden, den Druck auf die Politiker und die Organe des Staates zu verstärken.

Es fehlt im Staatsapparat dieser Republik offenbar nicht an Stellen, die diesen „rechten Rand“ beobachten, wohl aber an solchen, die dessen Mitarbeiter befähigen, ihren Teil zur geistigen und praktischen Auseinandersetzung mit dessen Aktivisten und Anhängern beizutragen. Das beginnt bei den Bürgermeistern und Stadträten und endet bei den Lehrern noch keineswegs. Statt allgemeiner Appelle sind verbindliche Weisungen notwendig, die Verordnung des Möglichen und Nötigen ebenso wie die Kontrolle seiner Ausführung. Statt des hirnlosen Geredes über den verordneten Antifaschismus zu DDR-Zeiten ist ein verpflichtendes und ein fakultatives Angebot von Veranstaltungen nötig, das Beamte, Angestellte und Arbeiter im Staatsgefüge und in seinen vorgelagerten Instanzen in den Stand setzt, in die Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit den Anspruch auch zu verfechten, dass diese Republik eine andere sei als jene von Weimar. Denn diese war zunehmend von Staatsdienern unterwandert, die zu Republik und Demokratie keine inneren Bindungen besaßen und sich zu einem erheblichen, wenn auch nicht zahlenmäßig fassbaren Teil auf die gedankliche Wanderung nach rechts, zur NSDAP hin, begeben hatten, bevor sie um deren Mitgliedsbuch ersuchten. Es wäre eine Sache der Parlamentarier der PDS und ihrer Wähler und Sympathisanten, einen solchen Aktionskatalog auszuarbeiten und vorzulegen.

Kurzum und für unsere Debatte: Mein Plädoyer in dieser Sache lautet, (1.) dass wir uns auf eine langwierige Auseinandersetzung einzurichten haben, in der es unter den Bedingungen dieser Gesellschaft keinen totalen oder Endsieg geben kann, (2.) dass wir in dieser Auseinandersetzung die Gemeinschaft mit allen suchen und herbeiführen müssen, die zu ihr beitragen können, (3.) dass wir zu diesem Zweck das gesamte geeignete Instrumentarium der ideologischen und politischen Mittel einsetzen müssen und (4.) dass es darauf ankommt, bei jeder Aktion unser humanistisches Anliegen zu verdeutlichen: Verteidigung und Schutz für die Verfolgten und Bedrohten, Verunsicherung, Zurückweisung, Einschüchterung, politische und wenn nötig auch physische Isolierung der Aktivisten dieses „rechten Randes“ und Gewinnung derjenigen, die sich den falschen Führern zugesellt haben und hinter den historisch längst zerschlissenen Fahnen marschieren. Auf diese Weise wird sich entscheiden lassen, wer welche Perspektiven besitzt.

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS. 9. Jg., 1998, H. 2, S. 4-11.

Germania docet, und Marianne will nicht lernen

Vom hiesigen Echo auf ein „Schwarzbuch“

Wieder ist ein Buch in die Schlagzeilen deutscher Zeitungen geraten, bevor es hierzulande in die Hand der Leser gelangt ist. Erst für den Jahresverlauf 1998 hat Piper die Übersetzung des in Paris im November 1997 erschienenen Buches angekündigt. Sein Titel: Le livre noir du communisme. Crimes, Terreur, Répression. Seine elf Autoren arbeiteten unter dem Dach des staatlichen Forschungsverbunds Frankreichs (CNRS) zusammen. An der Spitze des Unternehmens stand Forschungsdirektor Stéphane Courtois. Dessen Beiträge eröffnen und beschließen den Band. Schon vor seinem Erscheinen entstanden zwischen ihm und einigen Autoren erhebliche Differenzen. Sie betrafen die Art, in der Courtois die Aufsätze „verklammerte“, und berührten wissenschaftliche wie politische Aspekte. Das wurde durch Erklärungen von Nicolas Werth bekannt, der den umfänglichsten, mehr als ein Drittel des Textes beanspruchenden Beitrag, den zum Thema UdSSR, beisteuerte.

Keine Frage und kein Zweifel war wohl unter den beteiligten Historikern daran möglich, dass ein Buch über die Zahl der Toten, die auf das Schuldkonto des „Kommunismus“ geschrieben werden müssen, sehr verschiedene Interessen bedienen kann. Während aber Herausgeber und Verlag diese Wirkung beabsichtigten – und Courtois, der selbst einmal der französischen Linken zuzurechnen war, erklärte, es werde nach dem Erscheinen des Bandes eine Französische Kommunistische Partei nicht mehr geben, zumindest werde diese ihren Namen wechseln müssen –, versicherten andere Teilnehmer, ihnen lägen derlei politische Ambitionen fern.

Nun lassen sich schon über das Projekt selbst, das unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur waghalsig genannt werden kann, unvereinbare Standpunkte denken. Seine Forschungspfade führten mehrere Autoren permanent am Rande des Sumpfes der Spekulation entlang, denn die ganz unterschiedliche Quellenlage ist in mancher Hinsicht geradezu katastrophal. Während Archive aus UdSSR-Zeit inzwischen vergleichsweise weit geöffnet wurden, einschlägige in der Tschechischen Republik teilweise benutzt werden können, ist an die in China kein Herankommen – um schon von Afghanistan und Mozambique zu schweigen. Schätzungen und Hochrechnungen erweisen sich in solcher Lage als unvermeidlich. Deren Resultate beanspruchen die Glaubensfähigkeit der Leser hart.

Gleiches oder Ähnliches wäre über den Stand historiographischer Forschungen zu sagen. Für einige Staaten kann von ihnen ernsthaft keine Rede sein, während für andere verlässliche Vorarbeiten vorliegen, die eine Zwischenbilanz ermöglichen und wünschenswert erscheinen lassen. Doch fehlt es auch an strukturellen Analysen. Das erleichtert es sehr, den Begriff „Kommunismus“ – der im Marxschen Sinne auf kein System angewendet werden kann, dem sich die Autoren zuwandten – zu überdehnen. Die Subsumierung wird noch fragwürdiger, wenn Kambodscha und Lateinamerika aus der Liste der Beiträge des Bandes nachgetragen werden.

Großzügiger Umgang mit Fakten und Zahlen

Unter diesen Voraussetzungen mussten Arbeitsresultate von ganz unterschiedlichem Niveau entstehen. Diese werden weiter dadurch beeinträchtigt, dass sich die Autoren offenkundig darüber nicht verständigen konnten, nach welchen Kriterien die in den untersuchten Staaten umgekommenen Menschen erfaßt werden sollen, und wer ihnen überhaupt zuzurechnen sei. So lassen sich dann Zahlen fern aller historisch konkreten Differenzierung addieren. Jede Hungersnot und Epidemie ist selbstredend von „Kommunisten“ in menschenvernichtender Absicht gemacht, meint Courtois und hat daran sogar ein Spezifikum „kommunistischer“ Politik entdeckt, was nur beweist, wie wenig er über die Funktion der Ghettos und den Lebensmittelentzug in den Konzentrations- und Arbeitslagern der deutschen Faschisten nachgedacht hat.

Wie mit qualitativen, so geht er auch mit quantitativen Angaben um. Er „rundet“ die Zahlen der Toten auf die Summe von 100 Millionen und offeriert sie mit dem Bemerken, dies sei die vierfache Zahl dessen, was an Toten auf das Konto der deutschen Faschisten zu setzen sei. Mit dieser Summe „wirbt“ nicht einmal der Verlag, der durch die Aufmachung des Bandes dem gesuchten Käufer die

Zahl 85.000.000 ins Auge springen lässt. Wem es aber auf 15 Millionen Tote mehr oder weniger nicht ankommt, immerhin ein Viertel der heutigen Bevölkerung Frankreichs, der sollte sich von Forschungen über Menschen, die erschossen, erhängt und auf vielerlei andere Weise umgebracht wurden, die verhungerten, während Deportationen, in Lagern und bei Zwangsarbeit umkamen, die ihr Leben in Bürger- und Interventionskriegen verloren, lieber fernhalten.

Unwillkürlich wird man bei diesem Unternehmen an ein anderes, international betriebenes Projekt erinnert, das Wolfgang Benz leitete. Es erschien unter dem unspektakulären Titel „Dimension des Völkermords“ und richtete sich auf die exakte Ermittlung der Zahl der während des „Holocaust“ getöteten Juden. Das Resultat bestand in einer Eingrenzung auf minimal 5,29 Millionen bis maximal (und wahrscheinlich) mehr als sechs Millionen Opfer der Massenmörder. Von der Kraft der in diesem Projekt beigebrachten Beweise und von der geringen Unsicherheitsspanne konnten die Autoren des „Schwarzbuches“ mit wenigen Ausnahmen nicht einmal träumen.

Dem Unternehmen von Wolfgang Benz lag ein wissenschaftliches Anliegen ebenso wie eine politische Absicht zugrunde. Die letztere zielte gegen die „Auschwitz-Leugner“, denen ihr stinkendes Wasser abgegraben werden sollte. Diese und die Ignoranten, die „nach 60 Jahren Fixierung auf den Nazi“ (so in einem von der FAZ veröffentlichten Leserbrief) nun endlich vom „roten Holocaust“ – eine Formulierung, welche „Zeit“-Redakteure angemessen fanden – reden möchten, meldeten sich in Frankreich wie in Deutschland nach dem Erscheinen des „Schwarzbuches“ prompt zu Wort. Deren Ausbeute ist den Forschern nicht anzulasten. Der Herausgeber besitzt daran jedoch deshalb eine Aktie, weil er, anstatt die Ergebnisse der Arbeit von Land zu Land, System zu System und in den wechselnden Zeiten seriös zu vergleichen, die Herstellung von gedanklichen Verbindungslinien zwischen den Untaten der Faschisten und jenen von „Kommunisten“ bevorzugte.

Die Oktoberrevolution als Vorläufer des Faschismus?

Dabei hat sich Courtois bei Ernst Nolte mehr bedient, als er wahrhaben wollte. Nach seiner Version hätten sich die braunen Verbrecher von den Herrschaftspraktiken in der UdSSR „inspirieren“ lassen. Dagegen waren schon vor etwa einem Jahrzehnt während des Historikerstreits Argumente vorgetragen worden. Die These, der zufolge der Ursprung des „Holocaust“ in Moskau zu suchen und der 30. Januar 1933 einzig das Produkt bourgeoiser Angst sei, die vom russischen Oktober 1917 herrührte, galt seitdem als erledigt. Doch nun ist die verrostete antisozialistische Allzweckwaffe wieder hervorgekramt worden. Und auch die von Nolte her bekannte Methode „unschuldigen“ Fragens. Ohne sich auf die Differenz von Idee und Wirklichkeit einzulassen, fragt Courtois im Hinblick auf den Kommunismus „Wieso ist die Ideologie unschuldig?“, um sich danach sofort als Spezialist des Gartenbaus zu geben und über Bäume und Früchte zu schwadronieren.

Die Hamburger Wochenschrift hat das Buch noch im Monat seines Erscheinens in Paris von einem Neuberliner warm bewillkommnen lassen. Die Uhren Frankreichs, zitierte der, gingen anders. Dem wurde, nach teutonischer Sitte um grenzüberschreitende Benotung nicht verlegen, hinzugefügt, sie gingen in diesem Falle – sozusagen ausnahmsweise – richtig. Dreierlei könne die Publikation in Deutschland anregen: Das Aufholen des Rückstands, der in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Kommunismus“ zu bemerken und vor den französischen Fortschritten nun augenfällig geworden sei. Sodann vermehrte Anstrengungen, um die hartnäckigen Ostdeutschen zu belehren, die sich noch immer von den Geschichtsbildern aus DDR-Zeiten nicht freigemacht hätten, endlich aber auf das Niveau alt-bundesrepublikanischer Geschichtssicht hinaufmüssten.

Schließlich die Auslösung eines west- und ostdeutschen Historikerstreits, der den Durchbruch zum einheitlichen, von allen marxistischen Lehren auf immer befreitem Bild von deutscher und anderer Vergangenheit gelingen lasse. Das letzte klingt etwas mysteriös. Will sich der Neue tatsächlich mit den zumeist Abgewickelten auf ein derartiges Abenteuer einlassen? Jedoch, ein altrussisches Sprichwort sagt: „Der Hungrige denkt nur ans Brot.“

Dieses Echo unterscheidet sich von der Mehrheit der Töne, die sonst aus dem deutschen Blätterwald zu vernehmen waren. Da dominiert andere Sorge als die um geistig widerborstige Ostdeutschen, denen siebenjährige Erfahrung manche Erinnerung an seinerzeit genossene, oft ungeliebte

Unterweisung über Kapital und Kapitalismus aufgefrischt hat. Sie gilt dem Befinden des Nachbarn im Westen, der ausgerechnet beim Erscheinen dieses Buches wieder erkennen ließ, dass ihm auf dem Wege nach Europa ein wenig deutscher Gleichschritt beigebracht werden müsste. Der Ärger über den einstigen Erbfeind entstand, weil der Versuch, die Neuerscheinung sogleich gegen das Kabinett zu verwenden, in dem drei FKP-Mitglieder Ministerämter bekleiden, vom Regierungschef in der Nationalversammlung abgeschmettert wurde. Jospins Erwiderung auf seine Gegner war von einer Haltung und Klarheit, die – da seien deutsche Politiker von Kohl bis Fischer und noch deren Kinder und Enkel vor – niemand von der Regierungsbank eines deutschen Parlaments vernehmen soll, nicht mehr in diesem und auch nicht im nächsten Jahrhundert. Jospin, samt seiner Partei der Gemeinschaft mit Politikern geziehen, die sich von Massenverbrechern nicht distanziert hätten, machte den Provokateuren im wahrsten Wortsinn Beine, als er ihnen entgegenhielt: „Die Revolution von 1917 gehört zu den großen Ereignissen unseres Jahrhunderts. Die Sowjetunion, was man auch immer über Stalin meinen kann, war unsere Verbündete gegen Nazideutschland. Ja, der Gulag und der Stalinismus müssen en bloc verurteilt werden, und womöglich haben die französischen Kommunisten dies zu spät getan. Aber für mich hat der Kommunismus zu tun mit der Volksfront, den Kämpfen der Résistance, den Regierungen von 1945 und 1981. Ich bin stolz, dass der Kommunismus in meiner Regierung vertreten ist.“

Die Sätze – horribile dictu [Schrecklich zu sagen] – haben dem Premier von der Parlamentsmehrheit gar stehenden Beifall eingetragen. Schlimmeres noch wurde berichtet, Leute, die sonst auch in das Horn der abgefertigten Abgeordneten gestoßen hätten, würden fortan schweigen. Ja, in Frankreich gehen die Uhren noch anders. Da wirkt auch die spanische Nachbarschaft. Manch Kämpe gibt auf, wenn er unter sich eine Rosinante verspürt und vor sich die Windmühlen wahrnimmt. Einfältig, einem Volke, das so viele Pioniere der Aufklärung hervorbrachte, ausreden zu wollen, dass auch die kommunistischen Ideen von Marx wie die Ideen anderer Verfechter sozialer Gleichheitsvorstellungen in eben dieser Aufklärung wurzeln und mithin zu Frankreichs besseren Traditionen führen.

Was erweisen die Kommentare deutscher Zeitungen und ihrer Kritiker vor allem? Es gibt kein zweites Volk in Europa, dem die deutschen Oberlehrer so gern ein wenig die Ohren auswaschen möchten wie diesen französischen Nachbarn. Warum gerade denen und warum gerade die Ohren? Damit für sie Worte wie „Kommunismus“ und „Antifaschismus“ jenen deutschen Klang annehmen, der sich zwischen Rhein und Oder ausbreitet. Hier wird inzwischen Klarheit geschaffen: Wer auch nur mit einem Gedanken spielt, der über den Kapitalismus hinausweist, macht sich als Demokratiefeind erkennbar und ist ein potentieller Mörder, weil jedes Eintreten für die Idee sozialer Gleichheit in Diktatur und Massenmord enden müsse. Und wer „Antifaschismus“ noch für Kommunisten gelten lässt, richtet ihnen nur ein Schutzschild auf, weshalb der verdächtige Begriff am besten aus dem Sprachgebrauch getilgt werden solle.

Offene Fragen erfordern weitere Forschung

Missbilligung erregt, dass sich die resistenten Kerle jenseits der Vogesen das nicht einmal von ihren eigenen Leuten einreden lassen. Und also erst recht nicht „auf gut deutsch“. Denn: Es ist ihnen nicht entgangen, dass der Verlag, der nun auch die deutsche Übersetzung dieses Buches herausbringen wird, eben erst François Furets Buchtitel „Le passé d’une illusion“ absichtsvoll in „Das Ende der Illusion“ vermurkst hat. Sie haben die großbürgerlichen Kommentare gegen den Streik der französischen Lastkraftwagenfahrer so wenig vergessen wie die jüngsten über die Aktionen ihrer Arbeitslosen. Nein, Marianne zeigt sich gegenüber diesen Lektionen störrisch. Ihr leuchtet, und das eben ist die Grundtendenz von Courtois und die Ursache des ihm gespendeten Beifalls, die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus nicht ein. Sie hat Furet schon nicht abgenommen, dass der Judenmord „ein Zweck in sich gewesen sei“, sondern sich an Okkupation und Eroberung erinnert und daran, dass die Untat den festesten Kitt zwischen Eroberern und Kollaborateuren schuf.

Viele Franzosen wissen aus täglichem Umgang mit Kommunisten und deren Sympathisanten – insgesamt zehn Prozent der Wählerschaft –, darunter mit Abgeordneten und Bürgermeistern, dass das „Stalinismus“-Verdikt an diese falsch adressiert wäre.

junge Welt, Mittwoch, 04.02.1998.

Germania docet oder: Wie es wirklich nicht gewesen ist

Nun also ist das exportreife Hitlerbild des öffentlich-rechtlichen Fernsehens fertiggestellt. Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des „Führers“ wird es auf den Markt gebracht. In die Stuben der Deutschen gelangt es justament in den Tagen, da sich der Beginn des Nürnberger Tribunals zum 50. Male jährt.

Die Hinwendung zu diesem Ereignis hätte einen Panoramablick auf die Führungsgruppe des Naziregimes eröffnen können – auf Politiker und Diplomaten, Parteiführer und Geheimdienstler, Militärs und – in persona des Hjalmar Schacht und des nur infolge seiner schweren Krankheit der Anklage entkommenen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach – auch auf Bankiers und Großindustrielle.

Überflüssig von all denen zu reden. Denn: in Mainz trug sich ein Wunder zu. Einem Fernsehjournalisten „hat sich offenbart, dass nicht der Krieg der eigentliche Sündenfall des zwanzigsten Jahrhunderts war“. Das konnte er nicht für sich behalten. Lassen wir das unschuldige Jahrhundert beiseite. Es wird immer dann angerufen, wenn von Menschen und Mächten die Rede sein müsste. Jedenfalls werden sich die letzten Zeitgenossen des Zweiten Weltkriegs und insbesondere alle, die zwischen Nordkap und Kreta, zwischen Biskaya und Wolga ohne ihre Männer und Söhne leben mussten, ohne ihre Väter oder Großväter aufgewachsen sind, alle Nachgeborenen, die, schlecht ernährt und gekleidet, Kindheit und Jugend in Trümmerwüsten verbrachten, endlich beruhigt finden. Der Krieg war nicht das „Eigentliche“ ...

Die Irreführung liegt nicht im Detail. Da gibt es sie auch, beispielsweise in Gestalt der Legende von Hitler, dem Wiener Obdachlosen. Sie soll durch Großaufnahmen von Männern glaubhaft gemacht werden, die in unseren Tagen auf dem tötenden Grunde der Gesellschaft angekommen sind. Dort befand sich Hitler nie. Er lebte in der Hauptstadt der Monarchie die längste Zeit in einem Männerheim. Das war kein Idyll, aber so ansehnlich, dass ihm Kaiser Franz Joseph höchstselbst eine Visite abstatten konnte, um nach den Landeskindern zu sehen.

Ein Geschöpf aus Raffinesse und Dummheit?

Nein: Die Täuschung liegt in einer Darstellung, die behauptet, von Hitler *das* Bild der heutigen Wissenschaft zu liefern. Zwar gibt es nur eine reale Biographie des politischen Verbrechers, aber davon existieren abweichende und konkurrierende Bilder. Angeboten wird eines von ihnen. Das ist von der methodisch konservativsten Strömung innerhalb der deutschen Geschichtsschreibung produziert. Mit der hatte es schon der Schüler Hitler zu tun. Er lernte bei seinem Lehrer, dass es die „großen Männer“ seien, welche die Geschichte nach ihrem Willen gestalten. Später sah er sich ebenso und glaubte, den Gang der Weltgeschichte nach seinen Vorstellungen bestimmen zu können.

Übereinstimmung herrscht unter Historikern nur darüber, dass einzelne Personen auf geschichtliche Prozesse einen überragenden Einfluss gewinnen konnten. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen jenseits von dieser Feststellung. Auf ihre Fährte gelangt, wer fragt: Warum war diesen Einzelnen das möglich? Von der Existenz dieser Frage hatten die Mainzer gehört. Ihre Antwort lautet für den „Fall Hitler“: weil die Deutschen ihm folgten. Und warum folgten sie ihm? Weil er sie beinahe restlos „um den Verstand“ brachte. Und warum gelang ihm das? Weil er so raffiniert und sie in Not und verführungslüstern waren und nach einem Retter suchten. Hitler als die Hervorbringung der dummen Deutschen, die sich im Elend nicht richtig zu orientieren verstanden und sich den falschen „Erlöser“ heraussuchten.

Geschichtseintopf à la Mainz

Die in diesen Tagen geschichtlichem Denken naheliegende Frage, warum Schacht, Reichsbankpräsident in der Weimarer Republik und dann wieder im Nazistaat, auf die Anklagebank gelangte, wo er in den vier Punkten der Anklage (nicht generell) freigesprochen wurde, und warum Krupp dort Platz nehmen sollte – beide als Personen und zugleich auch stellvertretend – führt weiter. Aber sie führt in „ungeliebte“ Bezirke der Analyse des Naziregimes, seiner Entstehung, seines Wesens und seiner Funktionsweise. Dann nämlich kommt die Rede auf Unterschiede in den Anteilen an Ver-

antwortung und Schuld, die aus dem sehr verschieden großen Einfluss auf Entscheidungen und Handlungen im Regime herrühren. Dann kann von denen, welche die Kollektivschuldthese attackieren, nicht gleichzeitig jene „Volksgemeinschaft“ wieder beschworen und den Müllers und Schulzes, die sich in den dreißiger und vierziger Jahren selbst genug aufgepackt hatten, nicht zusätzlich aufgeladen werden, was den „Schachts“ und den „Krupps“ zusteht.

Dämon oder Imperialist?

Das historische Eintopfgericht ist so wenig originell wie der Versuch, die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 letztlich für unerklärbar auszugeben und Hitler zum Dämon aufzuputzen. Das tut die „Bilanz“, und so endet sie dort, wo hilflose Geschichtsschreiber 1945 in Deutschland sich mit Vorliebe tummelten: im Reich des Mystischen. Schon sie setzten sich mit ihren Deutungen den Juristen im Nürnberger Justizpalast entgegen. Die strengten sich samt ihren Stäben an, ein wirklichkeitsnahes Bild von deutscher Geschichte und dem Platz der Angeklagten in ihr zu rekonstruieren – einschließlich der Rolle Hitlers, des fehlenden Mannes auf Platz eins der doppelreihigen Anklagebank.

Die erneute Anrufung der Dämonie Hitlers mündet in die Verkürzung des Imperialisten auf den Judenmörder. Denn der Krieg war das „Eigentliche“ nicht. Von dem Moment an, da ihn der „Führer“ angeblich verloren gab, habe er sich ganz darauf konzentriert, zumindest mit dem Judenmord an sein Ziel zu gelangen. Die Funktion der Kriegführung hätte sich, so wird die Erfindung ausgesponnen, nun darauf reduziert, die Vollendung dieses Verbrechens, des „Eigentlichen“, zu ermöglichen.

Legendenspur zu Streicher

Das las man schon bei Sebastian Haffner in dessen „Anmerkungen zu Hitler„. Der gab den Zeitpunkt des Wandels mit der Schlacht vor Moskau an. Nun wurde er verlegt, „spätestens“ zur verlorenen Schlacht bei Stalingrad. Da war das systematische Massaker schon mehr als ein Jahr in Gang gesetzt. Dies allein gäbe Grund zu der Frage, ob Krieg und Judenmord nicht in anderer Weise zusammengehören.

Nun ist die legendenhafte These wie viele andere über das Naziregime nicht aus Forschungen hervorgegangen. Dass Hitler, der den Kriegssieg nicht mehr für erreichbar ansah, alternativ den Judenmord in Gang setzte, hat schon einer der Nürnberger Angeklagten behauptet. Er hieß Julius Streicher. Was als Bilanz der Wissenschaft vorgestellt wird, deckt sich mit der Deutung des *„Stürmer“*-Herausgebers und Hitler-Duzfreundes. Das könnte Skepsis begründen.

Die Entscheidung über die „Endlösung der Judenfrage“ fiel im Moment der Siege 1941. Das drängt zu Überlegungen, ob und wie sich der Massenmord der Vernichtungsstrategie gegenüber Slawen und anderen Bewohnern Osteuropas zuordnete. Wer dem nachgeht, stößt auf das imperialistische Generalkonzepts und sehr materielle, auf Land, Arbeitssklaven, Rohstoffe zielende Vorstellungen der Eroberer, auf deren Bild von der Welt nach dem deutschen Endsieg. Das war entsetzlich, aber keineswegs rätselhaft, abscheulich, aber mit den unverkennbaren Zügen räuberischsten Eroberertums. Hitler trug sich mit ihm, aber eben nicht er allein.

Das Thema ist zu meiden. Und das kann weitgehend durchgesetzt werden: Zum einen als Frucht der „konzertierten“ Abwicklung der Fernsehsender in Berlin-Adlershof und einiger Historiker, die des Verdachts verdächtig waren, dass sie nicht abschwören würden. Zum anderen als Folge des Schweigens „amtierender“ Geschichtswissenschaftler, die es zwar besser wissen mögen, aber vor der Allmacht der Legendenbildner kapituliert zu haben scheinen.

junge Welt, Montag, 9. Februar 1998.

Tabuzonen eintrainiert

Hochinformativ, aber ungenau: Band über süddeutsche Nazi-Führer

Die Regionalisierung der historischen Forschungen, derjenigen zur Geschichte des Faschismus in Deutschland in besonderem Grad, ist en vogue. Selten jedoch, dass eine auf ein begrenztes Territorium zielende Forschungsstelle mit der Bezeichnung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ ihre Perspektive buchstäblich um 180 Grad wechselt. Das tat die seit 1992 bestehende Einrichtung für den „deutschen Südwesten“, die an der Universität Karlsruhe existiert. Sie hat sich mit ihrem erheblichen Aufgebot auf die Erforschung von Machthaber-Biographien geworfen und die Lebensläufe von Männern und einigen Frauen untersucht, die aus der Region hervorgingen, an verschiedenen Plätzen des Regimes Herrschaft ausübten oder in den beiden südwestlichen Ländern des Reiches verblieben und da regierten, kommandierten, anwiesen und anführten. Es kann nur darüber spekuliert werden, warum – nachdem sich frühere Forschungen auf den 20. Juli 1944 und den Widerstand gegen die Judenverfolgung richteten – nun das in dieser Gedankenlinie liegende und anstehende Thema des Arbeiterwiderstands nicht aufgenommen worden ist.

Sei dem wie immer: Es ist eine verdienstvolle wissenschaftliche Arbeit entstanden. Sie umfasst die Biographien von etwa einem halben hundert Führern und Funktionären des faschistischen Regimes. Manche stiegen hoch auf. Zu ihnen gehörten der Reichsaußenminister und spätere „Reichsprotektor“ in Böhmen und Mähren, Konstantin Freiherr von Neurath, der SS-Obergruppenführer und Leiter des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, der Führer der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD, Franz Stahlecker, sowie der Reichsstudentenführer und spätere Gauleiter von Salzburg, Gustav Adolf Scheel. Die meisten der in den Band aufgenommenen Personen machten jedoch Karriere im Lande ihrer Herkunft. Sie waren Gauleiter und Reichsstatthalter, Ministerpräsidenten und Minister, bekleideten höchste Ämter in der Justiz, wirkten als Parteifunktionäre. Das wie üblich in sehr unterschiedlichem Grad zur Verfügung stehende Quellenmaterial ist durchweg eingehend und akribisch aufgearbeitet worden, der Informationswert des Bandes hoch.

Im Hinblick auf den soziologischen Befund auch dieser Führerclique werden die bisherigen Urteile bestätigt: Ihre Angehörigen kamen in aller Regel aus bürgerlichen und kleinbügerlichen Verhältnissen und hatten – anders als Hitler – eine Karriere bereits begründet oder sie sich zumindest bereits eröffnet. Sie mussten sich als Glücksritter nicht in die faschistische Politik begeben.

Eine Besonderheit des Bandes besteht darin: Seine Autoren, 23 Historiker, Archivare, Bibliothekare und Journalisten, unter ihnen elf Frauen, waren zum Zeitpunkt ihrer Teilnahme an dem Forschungsprojekt zu einem erheblichen Teil Doktoranden und Studenten, die ihre Magisterarbeiten anfertigten. Sie erhielten Gelegenheit, ihr Vermögen als Forscher eindrucksvoll auszuweisen. Durch die Dichte ihrer Mitarbeit wird zugleich auch erkennbar, was an westdeutschen Universitäten offenbar immer weniger gelernt wird: die Fähigkeit, Lebenswege von Menschen, die in der Geschichte eine Rolle spielten, in das System zu stellen, das sie (zumeist) mit zu installieren halfen, später stärkten und in dem sie führend tätig blieben. Mit der Kennzeichnung der sozialen und politischen Verhältnisse hapert es total. Dafür fehlt bereits jede wissenschaftliche Begrifflichkeit.

Angeboten werden beispielsweise: der „zentralisierte Einheitsstaat Adolf Hitlers“, das „Terrorsystem Hitlers“, „die Pläne Hitlers und Himmlers“. Mit ihnen muss selbst der neumodische Begriff „Unrechtsstaat“, den weder ein Jurist noch ein Historiker sauber definiert hat, eine Krücke abgeben, an der die Verfasser sich um jede präzise Kennzeichnung des Herrschaftssystems herumhumpeln. Auch von dessen Zielen und mithin denen, welche diese Nazi-Elite verfocht, ist kaum die Rede. Wo der Begriff „imperialistisch“ fällt, erscheint er aus unerfindlichem Grunde in Anführungszeichen.

Anstelle jeder Anstrengung, die Handelnden in realen gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Interessenlagen mit deren Widersprüchen zu zeigen, bleibt die Fragestellung auf jener banalen Ebene von Ehrgeiz und Eitelkeit, Karrierewillen und Machtgelüst, wird des Langen und Breiten davon gehandelt, wer wessen Förderer, Freund, Rivale, Konkurrent oder Feind gewesen war.

Am kuriosesten wird die Flucht vor jeder tiefer lotenden Analyse in den Biographien der Wirtschaftsminister, in denen doch die Vernichtung der Gewerkschaften, die Rolle der Arbeitsfront, die Herstellung der Betriebsführerschaft auf der Grundlage des Arbeitsordungsgesetzes, die Tätigkeit von Industrie- und Handelskammern und der Wirtschaftsvereinigungen in Rede kommen müsste und mit ihnen weitere Tatsachen, die für den idealen Verwertungsprozess des Kapitals grundlegende Bedeutung besaßen. Doch da wird von den Tagen des württembergischen Wirtschaftsministers Oswald Lehnich berichtet, dass er „fleißig im Lande, aber auch in der Welt umherreiste, Vorträge hielt, Werke besichtigte, Messen eröffnete und sich für die ‚Ostland'-Kolonisierung stark machte". Na, was eben Wirtschaftsminister hierzulande in diesem Jahrhundert so zu tun bekamen und bis auf den heutigen Tag verrichten.

Jedenfalls werden die Tabuzonen dieser Geschichtsforschung früh eintrainiert, so dass ihre Beachtung womöglich schon in jungen Jahren nicht einmal mehr wahrgenommen wird. Ein heikles Thema war in den biographischen Skizzen freilich nicht zu umgehen. Es betrifft das Weiterleben dieser faschistischen Politiker, Polizeibeamten und -kommandeure, Juristen, Ideologen, Parteiführer nach 1945. Da mag bei letzter Durchsicht der Texte dem Leiter der Forschungsstelle, Professor Rudolf Lill, ein wenig blümerant geworden sein. Im Vorwort erklärt er den Nachweis, dass die Entnazifizierung keineswegs durchweg gescheitert sei, zu einem Nebenergebnis dieser Arbeit. Da die drei aufgrund von Urteilen der Alliierten Hingerichteten dafür ebenso wenig stehen können wie die drei anderen, die vorzogen, selbst Hand an sich anzulegen, und auch zwei weitere nicht, die in den Jahren der Internierung starben, vereinfacht sich die Nachprüfung. Von Berger war schon die Rede. Der Vorsitzende eines der blutbesudelten Sondergerichte kam 1950 auf freien Fuß. Der berüchtigte Rassenkundler Professor Günther wurde zuerst als „Minderbelasteter", im Berufungsverfahren sodann als „Mitläufer" eingestuft. Ein weiterer Vorsitzender eines Sondergerichts gelangte in die Kategorie „nicht belastet".

Lehnich, an Goebbels' Seite zeitweilig Präsident der Reichsfilmkammer, wurde ein „Minderbelasteter". Der württembergische Ministerpräsident, Mitglied der NSDAP von 1922, galt als „Hauptschuldiger", kam dennoch 1949 aus Internierungshaft und 1953 zu Versorgungsbezügen eines Studienrats „im Wege der Gnade". Usw. usf.

Welcher Maßstab mag Lills Urteil zugrunde liegen? Offenbar nur die Tatsache, dass diese regionalen Führer keine Verwendung à la Globke, Oberländer, Kiesinger fanden. Und warum war der Beschönigungsversuch überhaupt vonnöten? Es wurde doch, wie immer wieder betont, seit 1990 die Gelegenheit genutzt, alle Lehren aus allem Versäumten zu ziehen, so dass es wirklich keinen Grund gab, auf die alten Geschichten auch nur en passant wieder zurückzukommen.

junge Welt, Freitag, 13.02.1998.

Joseph Goebbels – Selbstzensor seines Tagebuchs

„NS-Staat“, „Hitler-Staat“, „totalitäre Diktatur“ – das Angebot zur Kennzeichnung des Macht- und Herrschaftssystems, das sich 1933 in Deutschland für 12 Jahre etablierte, gleicht dem eines mittleren Selbstbedienungsladens. Etiketten gefällig? Nur eben: jedes der angebotenen lässt den Betrachter im Stich, der wissen will, was wirklich in der Flasche drin war. Und damit er sich nicht anderweitig wegen einer Auskunft umsieht, wird er meist auf die vorgebliche Schmutzkonkurrenz verwiesen, die im minderen Angebot für Faschismus so billige und irreführende Beschriftungen hätte wie: Diktatur des Finanzkapitals. „Nach 1945 wurde aus dem westdeutschen Geschichtsbild die Rolle der Macht- und Besitzeliten herausretuschiert“, lautet ein Befund von Wolfgang F. Haug, der fortfährt: „Es bedurfte der Studentenbewegung, um Teile der Gesellschaft dazu zu bringen, die Interessenzusammenhänge des NS zu lernen und zu diskutieren.“ Dieser partielle Wandel liegt lange zurück. Inzwischen müssen die erwähnten „Teile“ bereits mit der Lupe gesucht werden.

„Interesse“ – so lautet der Begriff, der wie kein anderer verpönt ist, geht es nur um die Geschichte des Faschismus. Irrtum, Versagen, Fehlleistung, Naivität, Blindheit, Dummheit und dergleichen seien anzutreffen gewesen. Als deren Folge wären Hitler und seine Clique an die Staatsmacht gelangt. So lässt sich beispielsweise in der 1994 veröffentlichten „Deutschen Geschichte 1918-1933“ des Mannheimer Professors Gottfried Niedhart mit Bezug auf das Jahr 1932 vom „Nachlassen der Berührungsskrupel“ lesen, die in den sozialen Oberschichten gegenüber den NSDAP-Führern vordem existiert haben sollen. Als sei dem Komplott die schmerzhafte Überwindung moralischer und ästhetischer Barrieren vorangegangen. Zugestanden wird allenfalls, dass nun „verschiedene Großindustrielle auf die NSDAP zu setzen“ begannen[1] und „einige Wirtschaftsführer und prominente Rechte“ Hitler wirklich „wollten“.[2] Da könnte der Leser sich wieder an die Worte erinnert fühlen, die Brecht einer seiner Figuren in den Mund legt „Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert“. Wäre da nicht Hjalmar Schacht erwähnt. An der Biographie des vor- und nachmaligen Präsidenten der Deutschen Reichsbank, kommissarischen Reichswirtschaftsministers (seit 1934) und Generalbevollmächtigten für die Hochrüstung (seit 1935) scheitert jedweder apologetische Rettungsversuch kläglich. Nur: der Mann *wollte* den Hitler nicht nur, sondern war außerhalb der Parteireihen dessen wichtigster taktischer Berater während der bewegten Monate vor dem 30. Januar 1933.

Es scheint, als hüteten die Soziologen des ausgehenden Jahrhunderts das Geheimnis nicht weniger streng wie es Hitler und seine Mitführer auf dem Wege zur Macht und dann als deren Inhaber taten. Der Wahrung des Geheimnisses kam entgegen, dass diejenigen, die es zu enthüllen trachteten, selbst Angriffsflächen boten. So wurden die politischen (und finanziellen) Fäden und Stränge, die aus dem Münchener Brauen Haus und der zweiten Parteizentrale, dem Berliner Hotel „Kaiserhof“, in die schwerreichen Kreise der deutschen Gesellschaft verliefen, in vulgärmaterialistischen Darstellungen mitunter grob und ganz einseitig rekonstruiert. Es entstand das vielzitierte Zerrbild von den Naziführern als den willenlosen Marionetten, die von einigen sie führenden „Spielern“ aus den sozialen Oberschichten bewegt worden wären. Das bot die willkommene Möglichkeit von der Entstellung, nicht aber von der real existierenden Sache zu reden. So erst entstand die den Marxisten samt und sonders zugeschobene „Marionettentheorie“. Diesen ihren Pappkameraden gaben seine Erzeuger als gedankliche Essenz alles historisch-materialistischen Nachforschens aus- und ihn für jeden Einfaltspinsel zum Abschuss frei.

Das Ziel des Verfahrens besteht darin, endlos über den Faschismus zu schwadronieren, ohne vom Kapitalismus zu reden. Wer das dennoch tut, wird zum Anhänger einer vorgefassten Meinung, eines politischen Vorurteils erklärt und zum Dogmatiker deklariert. Henry Ashby Turner jr., der wie kein zweiter nichtdeutscher Historiker sich als Apologet des deutschen Kapitalismus der zwanziger bis

---

1 Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart 1994, S. 136.

2 Ebenda, S. 140.

vierziger Jahre hervorgetan hat, erwähnte viele (ungenannte) Gründe, deretwegen der „industrielle Großkapitalismus des 20. Jahrhunderts zu tadeln sei“, doch „die Verantwortung für das Dritte Reich ist ihm nicht anzulasten“.

Merkwürdig nur, warum die Führer des deutschen Faschismus eine so extreme Empfindlichkeit zeigten, wenn ihre Rivalen und Gegner auf eben diese Beziehung verwiesen. Merkwürdig auch, warum sie selbst als sie bereits die Hebel der Staatsmacht bedienten, peinlich darauf achteten, dass davon nichts ins Bewusstsein ihrer Anhänger drang. Wer sich davon überzeugen will, kann zu einem der meist gedruckten, Aufstieg und Sieg der Hitlerclique dramatisierenden und verherrlichenden Buch greifen. Es erlebte Auflage nach Auflage und war seinerzeit auf dem Bücherbord jedes Nazis zu finden war, der etwas auf sich hielt, ob er da schon „dabei gewesen“ oder erst später zur Bewegung gestoßen war. Autor der Schrift: Joseph Goebbels, Reichspropagandaleiter der NSDAP, Gauleiter von Berlin und – seit März 1933 – Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, ihr Titel „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“, das Ganze gewidmet „dem Führer“. Goebbels legte vor, was er als sein Tagebuch für den Zeitraum vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 ausgab. Der Text kann seit einigen Jahren passagenweise mit den Aufzeichnungen des Originals verglichen werden. Und das führt das Nachdenken in eben jene Richtung, in der sich eine Antwort auf die Frage finden lässt, „was in der Flasche wirklich drin war“.

Wovon hat der „Doktor“ seine Propagandaschrift bereinigt? Von allen ursprünglichen Eintragungen, die von seinen permanenten Kontakten mit der Krethi und Plethi der sozialen Oberschichten und von seinem zunehmenden materiellen Wohlleben zeugten. Das beginnt mit dem Besuch der „Herren von Merces“ (31. Mai 1932), die ihm sein neues Cabriolet vor die Haustür brachten und von denen inzwischen nachgewiesen ist, dass sie damals schon in der Führungsschicht der Faschistenpartei um den Autonarren Hitler nicht nur zahlungsfähige Abnehmer fanden. Denen gewährten sie aus politischer Sympathie selbstredend Preisnachlässe, die honorierten, dass die Inhaber bei ihren eigenen Reklametouren gleichsam nebenbei für die Allgegenwart der Firmenmarke sorgten.

Der Streichung fiel selbstredend die Visite zum Opfer, die Goebbels, sich im „Volksbad“ Heiligendamm von den Strapazen eines Wahlkampfes erholend, der Familie des Bankiers von Stauß, eines der frühesten und wichtigsten Förderer der NSDAP unter den deutschen Bankiers, auf dessen Motorjacht machte. Dabei wurde en passant aus dem Druckmanuskript getilgt, dass sich die illustre Gesellschaft gemeinsam besuchsweise auf das naheliegende Kriegsschiff „Schlesien“ begab, wo sie von den auf die Republik vereidigten Seeoffizieren herzlich empfangen wurde. (16. und 18. August 1932) Der Urlaubstag, an dem dieser Arbeiterführer einen Besuch auf dem nahegelegenen Schloss einer Familie von Langen machte (19. August 1932), und der folgende, an dem die Frau Baronin im Nobel-Bad zum Gegenbesuch erschien (20. August 1932), sind in der publizierten Fassung als unerheblich ganz ausgelassen worden.

Als nicht der Erwähnung wert wurden durchweg die Treffen mit Prinzen aus dem Hause Hohenzollern gestrichen, sowohl das Gespräch mit dem jugendlichen Hubertus (21. August 1932) wie das gemeinsame Essen mit Hitler und dem Exkaisersohn August Wilhelm (5. Oktober 1932), der NSDAP-Mitglied war und unter dem volkstümlichen Namen „Auwi“ sich auf vielen Kundgebungen vorzeigte. Ein wenig schwerer mag es dem eitlen Pfau gefallen sein, seine Aufenthalte im Salon der Victoria von Dirksen zu unterschlagen, einer politisierenden Diplomatengattin, bei der er Blaublütige im Konzentrat antraf (16. Januar 1932, da auch Schacht, Heinrich Freiherr von Gleichen Rußwurm, Hrsg. „Der Ring“), wie die Prinzessin Siegesmund und eine Gräfin, die Konja geheißen haben könnte. (18. Januar 1933) Namentlich der Eintrag „Frau von Dirksen arbeitet mächtig“ (22. Januar 1933), vorgenommen acht Tage vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und eben darauf zielend, war für die Druckfassung völlig ungeeignet. Denn zum wenigsten konnte das doch aus dem Glauben erwachsene Ereignis des 30. Januar 1933 als Resultat auch nur der Mitwirkung einer Salondame erscheinen.

Gestrichen auch die Namen des Grafen von (11. Januar 1933) ich, der auf seinem Schloss Vinsebeck, und des Barons von Oeynhausen, der in seinem bescheidenen „uralten“ Anwesen den Wahl-

kämpfern Hitler, Göring, Ley, Goebbels im Januar 1933 Obdach und abendlich Platz am wärmenden Kamin geboten hatte. Dessen war die Nazicreme bedürftig, drängelten sie sich doch im extrem strengen Winter im Ländchen Lippe, einem Anachronismus, um in einem für sich genommenen bedeutungslosen Wahlkampf die reichsweite Wahlschlappe des Novembers wett- und sich auch selbst danach und nach der Strasser-Krise neuen Mut zu machen.

Ist von diesem Beisammensein, die keine Chronik verzeichnet, die Rede, wird in erster Linie ans Geld gedacht. Doch selbst in der Panzerschrankfassung seines Tagebuchs hatte Goebbels es vermieden, sich darüber zu äußern, wie die sich als Folge der immensen Ausgaben der Partei immer wieder einstellende finanzielle Verlegenheit gemeistert werden konnten. Da bleibt es bei der vagen Feststellung des Habens, Gehabthabens und Wieder-Haben-Wollens, um die eigene Gefolgschaft bei der Fahnenstange und aktiv zu halten und immer aufs neue Mittel in die einander jagenden Wahlkämpfe werfen zu können. Einzig erwähnt hatte der Berliner Gauleiter, dass ihm in den für die Partei kritischen Wochen des Jahresendes 1932 die Freifrau von Schröder in Stellvertretung des Weihnachtsmannes – erschienen war, um ihm einen vergleichsweise kleinen Scheck in Höhe von 2.000,- Mark zu überreichen. Die Spende war willkommen, konnte der sorgende Gauleiter mit ihr doch ein paar Geschenke kaufen, die er seinen gestressten und vom letzten Wahlergebnis noch immer enttäuschten Getreuen unter den Gabentisch zu legen wusste. Nur, auch über die Herkunft dieses Betrags sollte in der Veröffentlichung, der im Vorwort schlicht die Devise „So war es!“ vorangestellt wurde, besser Aufschluss nicht gegeben werden. So gelangte auch die Freifrau unter den Rotstift.

So wichtig indessen der Zugriff der Faschistenführer auf die Finanzhilfe einer wachsenden Zahl von Reichen war, nicht weniger bedeutsam waren die strategischen und taktischen Ratschläge, die ihnen aus diesen Bekanntschaften und Begegnungen erwuchsen. Dies hat Goebbels im „Urtext“ erwähnt, aber in eigenartiger Verzeichnung festgehalten. Er erfreut sich wiederholt an der ihm ausgesprochenen „Zustimmung“ zur Haltung, die Hitler und seine Mitführer in den kritischen Monaten einnahmen, da sie ge- und manchmal entnervt auf dem Sprung in das Regierungsviertel waren. Meist wird der Schlauberger Schacht erwähnt, denn „der ist (4. Dezember 1932) auf unserer Seite“, und wenn er meint, es könnten an der NSDAP-Spitze aus lauter Ungeduld falsche Entscheidungen fallen, dann „(1. Dezember 1932)“ er auch. Derart wurde die Führungsgruppe um Hitler, wie Goebbels seinem Buch voranstellte, auf dem Wege zum Sieg „von Gottes Hand sichtbarlich geleitet“ (12).

Schon in dem nur für seine Zwecke bestimmten Buch hatte sich Goebbels äußerst zurückgehalten, wenn er auf die faktische Mentoren-Rolle von Kapitaleignern zu schreiben kam. So notierte der Geschwätzige nach einem Gespräch knapp „Man rät uns.“ (16. November 1932) Wer? Das bleibt ungenannt. Was? Bruder Namenlos empfahl, sich nicht mit halben Regelungen zufrieden zu geben, sondern in der Wilhelmstraße die ganze Macht zu verlangen. So redeten die Herren, die viel später beanspruchten, sie hätten Hitler und die NSDAP-Minister einrahmen wollen, um „das Schlimmste“ zu verhüten. Wahr ist, dass sie die verbrecherische Clique damals schon in der Haltung des „Alles oder Nichts“ bestärkten.

Warum von alledem in der landläufigen Geschichtsliteratur nicht nur wenig, sondern immer weniger zu lesen ist? Weil das doch auch der organisierten, von Regierung und Bundestag großzügig finanzierten Konjunktur der Totalitarismus-Doktrin hochabträglich wäre. Weil sich „rot“ und „braun“ eben nicht zur gefälligen Deckung bringen lassen, wenn von den Hohenzollern, den von Dirksens, von Schroeders, von Oeynhausen, von Metternichs und einigen weiteren gehandelt würde. Na, Goebbels hat für alle (ihm undenkbaren) Fälle ja schon ein wenig vorgearbeitet. So gesehen muss es zumindest als überlegenswert erscheinen, ein auf die Erforschung des Totalitarismus ausgerichtetes Institut oder eine einschlägige Stiftung demnächst nach ihm zu benennen. Freilich: Dagegen spräche viel. Jedoch, was die Verschwiegenheit im Hinblick auf Klassen-, Schichten- und Gruppeninteressen angeht, wird inzwischen heftig nach seiner Methode gearbeitet.

Dr. J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in tagebuchblättern. Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933, 23. Auflage, bis zum 370.000 München 1937.

junge Welt, Montag, 9. März 1998.

Nützlich und ergänzungsbedürftig zugleich

Das Buch wendet sich an Geschichtslehrer, aber nicht an sie allein. Von seiner Benutzung können Pädagogen im Fach Deutsch ebenso profitieren wie in den Fächern Politik, Ethik, Religion. Es ist Lese- und Nachschlagewerk in einem. Es übermittelt Erfahrungen der „Holocaust"-Pädagogik aus den Jahren der (Alt-)Bundesrepublik. Es unterbreitet Vorschläge für die Behandlung des Themas, das wohl wie kein zweites für jeden Lehrer eine Herausforderung darstellt. Es spricht Ermutigungen aus und Warnungen. Es liefert nahezu auf der Hälfte seiner Seiten Dokumente, die der Arbeit von Lehrern und Schülern dienen können. Es enthält knapp kommentierte Literaturempfehlungen für die Pädagogen, Schulbibliothek und Schüler. Und es zählt (mit den Telefonadressen) Museen, Sammlungen, Mahn- und Gedenkstätten auf, in Auswahl auch solche außerhalb Deutschland.

Wo die Autoren die Geschichte der Auseinandersetzung mit Faschismus/Nationalsozialismus und dem Holocaust knapp schildern, sagen sie über den jetzt erreichten Zustand: „Die Bemühungen um Identifikation mit den Opfern hat zumeist die stärker theoretisierende und strukturierende Betrachtungsweise abgelöst. Gelegentlich mündeten die Bemühungen der Lehrer in eine ‚Betroffenheitspädagogik' ... Diese geht gewiss auch zu Lasten von Lehrern. Doch folgt diese Entwicklung im Schulunterricht denn der ganzen Gesellschaft dicht auf." Darüber hat soeben Richard Chaim Schneider seine provozierende Analyse vorgelegt. Denn was da keineswegs nur in den Schulklassen gedanklich „abgelöst" worden ist, betrifft zu einem erheblichen Teil die Frage nach dem Warum?

Abram/Heyl plädieren nicht dafür, diesem Zustand abzuhelfen. Auch ihr Buch nimmt das Großverbrechen aus den Zielvorstellungen des Regimes heraus, setzt es nicht in die – gewiss ohne abstrahierende Anstrengung nicht zu erfassende – Beziehung zu dem Bild vom „Germanischen Weltreich" des deutschen Imperialismus. Das unerörterte Thema scheint ganz am Ende des Bandes einmal auf. In einem Zitat aus einem USA-Schulbuch. Da steht der Satz: „Obwohl beide Ereignisse, der Holocaust und der zweite Weltkrieg geographisch zusammenfallen, sollte zwischen beiden getrennt werden." Darauf folgt die Begründung. Es habe keinen militärischen oder politischen Grund gegeben, die Juden zu vernichten.

Was dieser pädagogischen Handreichung aber am meisten fehlt ist eine Bezugnahme auf die Kategorie „Interesse". Statt vieler Worte: Hinweise für die Behandlung der „Arisierung" werden nicht gegeben. Sie „kommt nicht vor", will man dafür nicht ein Dokument gelten lassen, das sich auf den 1. April 1933 bezieht und in dem sich ein Satz findet, aus dem das Konkurrenzinteresse von Kleinhändlern herausgelesen werden kann. Merkwürdig auch, dass der Begriff „Enteignung" in einer Überschrift des Inhaltsverzeichnisses erscheint, aber in den Dokumenten dann keine Entsprechung besitzt.

Ido Abram/Matthias Heyl: Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH Reinbek b. Hamburg 1996, 352 5., DM 16,90.

Richard Chaim Schneider: Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung – verdrängt und vermarktet, Kindler München 1997, 287 S.

antifa, April/1998, S. 28.

Zu vergangenen und aktuellen Streitfragen über das theoretische Verständnis des Faschismus

Vortrag in einem Seminar der Kommunistischen Partei Österreichs in Reichenau b. Linz, 4. April 1998

Obwohl die Definition des Faschismus, die 1933 in der Kommunistischen Internationale entstanden war und später Georgi Dimitroff zugeschrieben wurde, von der übergroßen Mehrheit der Historiker abgelehnt wird, gibt es doch kaum eine Beschäftigung mit dem Gegenstand, die nicht so oder so, offen oder indirekt gerade auf diese, häufig auch abwertend „Dimitroff-Formel“ genannte Wesensbestimmung des Faschismus an der Macht Bezug nehmen würde. Den einen gilt sie als instrumentalistisch, anderen schlechtweg als dogmatisch, vielen eigentlich als indiskutabel.

Jedoch haben auch die meisten Soziologen, die sich an einer historisch-materialistischen Geschichtsauffassung orientieren, ihrerseits über Jahrzehnte hinweg eine kritische Debatte der 1935 durch den VII. Weltkongress gleichsam bestätigten Definition nicht vorgenommen. Die Wissenschaftler in der DDR machten da keine Ausnahme, wenngleich sie wie andere mit ihren konkreten Untersuchungen über diese Charakteristik hinausgelangt und längst nicht mehr im Zweifel waren, dass diese – in den Kämpfen der Zeit entstanden und formuliert in der Absicht, die antifaschistischen Kämpfe zu befördern – ein Produkt sich überlappender wissenschaftlicher und politischer Interessen gewesen war. Denn es lag in der Traditionslinie Marxschen Denkens, dass diese Wesensbestimmung des Faschismus 1. auf die eigene Orientierung in den veränderten Klassenverhältnissen zielte, 2. der Abgrenzung von anderen Auffassungen diente, die als falsch oder fehlerhaft und auch einfach als politisch schädigend angesehen wurden und 3. eine geistige Grundlage für den Kampf gegen den Faschismus abgeben sollte.

Nach der Zerschlagung des faschistischen Mächteblocks in den Jahren 1943 bis 1945 richtete sich das Bestreben in vielen Staaten darauf, ein Wiederaufleben oder eine Wiederkehr des Faschismus unmöglich zu machen. Das praktische Interesse prägte sich ungleich stärker aus als das rückwärtsgewandte theoretische. Dazu mochte beitragen, dass der Faschismus als vollständig und dauerhaft diskreditiert galt. Eine solche Schlussbilanz wurde auch in den Reihen der Kommunisten nicht angestrebt, deren Theoretiker und Ideologen sich am frühesten, schon zur Zeit des Aufkommens und des Sieges der Faschisten in Italien, eingehend mit der damals ganz neuartigen und daher schwer zu entschlüsselnden Erscheinung befasst hatten. Die zwölf Jahre zuvor – also 1935 – vorgenommene Wertung, galt als richtig und es wurde postuliert, dass sie sich auch politisch gesehen als fruchtbar erwiesen und bewährt hatte. Ein Defizit im Hinblick auf das Verständnis des Geschehenen wurde nicht empfunden oder jedenfalls nicht öffentlich ausgedrückt. Hinzu kam, dass niemand so recht und bohrend fragen wollte, inwieweit sich in der Kommunistischen Internationale die eigene Einschätzung des Faschismus eigentlich durchgesetzt hatte und ob sie wirklich zur Grundlage der Politik der Weltorganisation geworden war. Wäre das geschehen, hätte die Fragestellung allein auch zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung führen müssen. Denn die von Stalin und seinen Mitführern verfochtene Politik hatte im August und September 1939 buchstäblich mit einigen Federstrichen Molotows die gesamte Faschismusbewertung ausgetilgt. Dimitroff hatte sich den Entscheidungen unterworfen. Dieses Geschehen kam im Grunde einem Widerruf gleich, der hartnäckig beschwiegen werden sollte und totgeschwiegen werden konnte, weil ja nach 1941 Prozesse in Gang gekommen waren, die es erlaubten, diese Vorgänge in den Hintergrund zu verdrängen.

So also, aufgrund eines ganzen Ursachenkomplexes und seiner Wirkungen, unterblieb die Beantwortung vieler Fragen, die sich nach dem zum Teil vorhergesehenen, in vieler Hinsicht aber überraschenden Gang der Ereignisse aufdrängten: Dass dieses Regime extrem terroristisch war, hatte sich auf vielfache und furchtbare Weise bestätigt. Doch war es auch, wie 1933 unter dem unmittelbaren Eindruck der eben entstandenen Konzentrationslager, der bestialischen Morde an Antifaschisten, der ersten Todesurteile, beschlossen von „ordentlichen“ Gerichten, des Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen Dimitroff und Genossen festgestellt wurde, wirklich offen terroristisch? Hatte es sich nicht für eine gewissen Zeit ein gesitteteres Äußeres aufzuschminken gewusst? Wie

war doch dieses Deutschland 1936 von den Teilnehmern und Besuchern der Olympischen Spiele wahrgenommen worden? Waren sie alle nur auf eine geschickt angeordnete Kulisse hereingefallen?

Weiter: Gewiss hatte sich erwiesen, dass es sich beim Faschismus an der Macht um ein extrem imperialistisches Regime handelte, aber bedeutete das gegenüber früheren Regimen nur eine Steigerung im Quantitativen? Musste nicht das Verhältnis dieses Herrschaftssystems zu seinen Vorgängern nach Kontinuität und Diskontinuität erst noch bestimmt werden? Und wiederum weiter: Gewiss hatte es sich bei dem Faschismus an der Macht um eine Kapitalherrschaft gehandelt, aber was bedeutete die Verkürzung auf „Diktatur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals“? Die Großmächtigen der Wirtschaft hatten doch die politische Herrschaft nicht in Persona an sich gerissen, wenn es auch im deutschen Naziregime mit Alfred Hugenberg, Kurt Schmitt und Hjalmar Schacht insgesamt fünf Jahre lang Personen auf dem Platze des Reichswirtschaftsministers gegeben hatte, die dem Großkapital zugerechnet werden mussten. Wie also verhielt es sich konkret mit der Ausgestaltung des staatlichen Systems und dem Verhältnis von politischer und wirtschaftlicher Macht?

Sicher: Eine Definition ist immer ärmer als die Theorie und eine Theorie wiederum ärmer als die Wirklichkeit. Aber ließ diese Definition von 1933/35 nicht doch zu viele Fragen offen oder im Unbestimmten? Und vor allem: Waren in dem Jahrzehnt zwischen dem VII. Weltkongress und der Zerschlagung der faschistischen Hauptmacht Deutschland nicht Entwicklungen sichtbar geworden oder erst eingetreten, die eine theoretische Verarbeitung bis hin zu erneuerten Begriffsbestimmungen verlangten? Zu nennen waren in dieser Hinsicht mindestens drei Tatsachen- und Ereigniskomplexe, welche von den Theoretikern der Komintern damals nicht gesehen wurden oder nicht vorhergesehen werden konnten: 1. die extreme Stabilität der Massenbasis der faschistischen Regime in Italien, nicht anders als in Deutschland. Hätte der Kongress des Jahres 1935, der wie bekannt ohnehin mit einjähriger Verspätung einberufen worden war, auch nur ein dreiviertel Jahr darauf stattgefunden, etwa im zeitigen Frühjahr 1936, dann hätte das Urteil in diesem Punkte schon anders ausfallen können. Italien hatte den Krieg gegen Abessinien begonnen und diese gleichsam verspätete kolonialimperialistische Aktion, die sich gegen einen Staat richtete, der Mitglied des Völkerbundes war, wurde in Massenkundgebungen in italienischen Großstädten gefeiert und hysterisch bejubelt und löste keinerlei Systemkrise aus. In Deutschland hatte sich das Regime im März 1936 zum ersten von seinen Führern durchaus als abenteuerlich empfundenen militärischen Schritt entschlossen und die Truppen der im Aufbau befindlichen Wehrmacht in die demilitarisierte Rheinlandzone und also vor die Grenzen Frankreich und Belgiens rücken lassen, die aufgrund der Erfahrungen von 1914 am stärksten am Status quo interessiert sein müssten. Diese offene Nichtachtung einer wesentlichen Entwaffnungsbestimmung des Versailler Vertrags war von der deutschen Bevölkerung weithin als eine nationale Tat gutgeheißen und von ihr teils enthusiastisch begrüßt worden. An der Jahreswende 1935/1936 wurde deutlich, dass sich die faschistischen Regime festigten. Sie verankerten sich in den Volksmassen tief, und ließen Politiker in Staaten der parlamentarischen Demokratie nicht ohne Neid über die jeweiligen Grenzen blicken. Zugleich wurden die Machthaber in Berlin und Rom dreister.

Mehr noch: Es waren nicht nur nationalistische und nationalchauvinistische Aktionen, von der jeweiligen Propaganda als Großtaten gepriesen, die den Diktaturen und den Diktatoren Sympathien und Gefolgsleute eintrugen. In beiden Staaten gab es bis in die Arbeiterklasse hinein Nutznießer der Regime. Mithin waren nicht nur die Hoffnungen auf zeitnahe innere Krisen der faschistischen Regime zu begraben, sondern die Ursachen dieser für unmöglich gehaltenen Entwicklung zu untersuchen, das unterblieb. Es genügt die Geschichte des antifaschistischen Exils in den Blick zu nehmen, um sich davon zu überzeugen, wie sehr diese Gefolgstreue der Deutschen gegenüber diesem Führer und dem Regime die Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler quälte, die über die deutschen Zustände nachdachten. Bis in das Frühjahr 1945 hinein erlosch die Hoffnung nicht vollständig, es würden sich doch Deutsche finden, die sich gegen das System erhöben und zu seinem Sturz beitrügen. Das war nicht geschehen und das Faktum verlangte wie andere der Erklärung.

In dem Jahrzehnt zwischen 1935 und 1945 hatte sich namentlich in Deutschland erwiesen, dass – um ein viel zitiertes Wort Lenins abzuwandeln – die reaktionäre Idee nicht anders als die fortschrittliche

zur materiellen Gewalt werden kann, wenn sie die Massen ergreift. Die Millionen deutscher Soldaten und die Millionen von Zivilisten im „Hinterland“, Frauen wie Männer, erwiesen sich durch den Faschismus in relativ kurzer Zeit als hochgradig und stabil ideologisch ausgerichtet. Nicht, dass sie die Lehren der Hitler, Rosenberg, Streicher und der anderen Ideologen des deutschen Faschismus systematisch studiert hätten, obwohl es in den NSDAP-Organisationen permanent Schulungen und abgestufte Schulungssysteme gab. Aber sie hatten doch die Hauptlosungen akzeptiert und verinnerlicht, mit denen die eingeschlagene Politik begründet und gerechtfertigt wurde. Viele glaubten, dass sie einen gerechten, ihnen aufgezwungenen Krieg führten und dass er ihnen den Weg zu einem besseren und reicheren Leben eröffnen müsste. Viele waren von der Überlegenheit der Deutschen und mindestens der geringeren Wertigkeit anderer Völker und Nationen überzeugt. Charakterisierte diese hochgradige geistige Inbesitznahme von Massen nicht ebenfalls die faschistischen Regime? Und die Tatsache, dass diese Millionenbasis schließlich in den Etappen der Agonie rasch brüchig geworden und zerbrochen war, sprach doch nicht dagegen, dass sie furchtbare Jahre lang im wahrsten Wortsinn existiert und gewirkt hatte.

Von der spezifischen Ideologie aber war bei der Wesensbestimmung des Faschismus nicht ausdrücklich die Rede gewesen, wenn auch, was nicht geringgeschätzt werden soll, beispielsweise Dimitroff 1935 darauf verwies, in welchem Grad die Verfälschung der eigenen nationalen Geschichte für die Zwecke der Regime genutzt wurde. Diese Ideologie war nicht nur kolonialistisch und imperialistisch, nicht allein antimarxistisch und antibolschewistisch, sondern im vollständigsten Sinne antiaufklärerisch. Gedanklich führte sie hinter die historisch-politische Zäsur des Jahres 1789 und hinter die Epoche der Aufklärung zurück. Sie stellte eine Art modernes Dunkelmännertum dar und lieferte mit der äußersten Zuspitzung sozialdarwinistischer, geopolitischer und vor allem rassistischer und da wieder rassistisch-antisemitischer Doktrinen das geistige Fundament für Massen- und Völkermord.

Das führt zu dem Argument, das bei allen Auseinandersetzungen und allen Angriffen auf die Dimitroff zugeschriebene Faschismusdefinition an die Spitze gesetzt wird. Zwischen 1935 und 1945 lag, zu verantworten und organisiert vom deutschen Faschismus, durchgeführt mit Hilfe von kollaborierenden Faschisten und anderer Reaktionäre in vielen verbündeten Staaten und besetzten Gebieten, der Massenmord an großen Menschengruppen. Das Verbrechen begann im Reich mit der Tötung der wirklich und vermeintlich unheilbar Kranken, die als unnütze Esser und die Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft störende angebliche „Ballastexistenzen“ vernichtet wurden. Es wurde fortgesetzt durch den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die ebenfalls als unnütz galten und die von den Angehörigen der Wehrmacht dem Hunger-, Kälte-, Krankheits- und Seuchentod preisgegeben wurden. Es gipfelte in den Massenmord an den Juden und den Zigeunern, den Sinti und Roma, die auch als unbrauchbar, schädlich, gar gefährlich eingestuft und ausnahmslos getötet werden sollten. Es geschah durch die begonnene Vernichtung von Slawen und Angehörigen anderer osteuropäischer Völker, die in den Expansions- und Siedlungsplänen der deutschen Eroberer als Überflüssige figurierten und deshalb zu „... zig Millionen“, wie es in einem Dokument hieß, deportiert und dezimiert werden sollten, um Platz für die neuen Herren zu schaffen und deren System funktionstüchtig zu gestalten. Dieser Völkermord gehörte zu diesem Faschismus. Er hatte der treffenden Charakteristik des Systems als barbarisch jedoch seit den Jahren 1939/1941 eine Dimension gegeben, die unvorhersehbar gewesen war. Wer Faschismus sagte, hatte doch fortan „Auschwitz“ mitzudenken.

Meine Zwischenbilanz lautet: Die Kritik an der Theorie des Faschismus und der aus ihr hervorgewachsenen Definition, wie sie sich uns in Gestalt der Referate und Diskussionsbeiträge des Jahres 1935 darstellt, kann sich nur als eine historische Kritik legitimieren. Anders entartet sie zur Besserwisserei und zur Nörgelei. Die Kongress-Delegierten waren keine Hellseher. Aber als historische Kritik, im Sinne der Feststellung und Untersuchung der seinerzeitigen objektiven und subjektiven Erkenntnisgrenzen und vor allem der Analyse dessen, was seitdem „hinzugekommen“ war, wurde diese Kritik fällig und mit den Jahren und Jahrzehnten, die nach 1945 verflossen, geradezu überfällig. Wenn von Unterlassenem die Rede ist, bezieht sich dies folglich in erster, zweiter und dritter

Linie auf die historisch-materialistisch orientierten Wissenschaftler der Nachkriegszeit und da wiederum insbesondere auf diejenigen, die in den entstehenden und sich etablierenden Staaten des realsozialistischen Typs und Systems zwar nicht unter idealen, aber doch ihrer Arbeit nicht durchweg hinderlichen Bedingungen tätig sein konnten, freilich erst Jahre nach Stalins Tod und selbst nicht sogleich nach dem XX. Parteitag der KPdSU.

Doch heute stehen wir auch vor der traurigen Tatsache, dass es zu einer theoretisch anspruchsvollen internationalen Zusammenarbeit auf dem Felde der Geschichte des Faschismus nicht einmal zwischen den Historikern in den Forschungsinstituten der sozialistischen Länder gekommen ist. Zur „Hinterlassenschaft“ aus jener Zeit gehören viele grundlegende Arbeiten zu Themen dieser Zeitepoche, von denen heute die einen bereits totgeschwiegen, andere unberechtigt herabgesetzt werden, die aber nichtsdestoweniger in der Wissenschaftsgeschichte Bestand haben können, wenn die aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb herausgedrängten Gesellschaftswissenschaftler die Kraft aufzubringen vermögen, weiter zu arbeiten und Gelegenheit finden, zu publizieren. Nur eben: eine Gemeinschaftsarbeit zur Faschismustheorie und ein Gemeinschaftswerk zur Faschismus-Geschichte, das damals Untersuchungen zur Rolle der „Nationalsozialisten“, der „Pfeilkreuzler“, der „Eisernen Garde“, der Ustaschi umfassen konnten, entstand nicht und diese Arbeit ist heute nicht mehr „nachholbar“.

Kein Staat und keine Historikerschaft in den realsozialistischen Staaten hatte so viel Grund und – denkt man an die Archive – so viele Gelegenheit, die Faschismusforschungen voranzutreiben wie die DDR. Und in der Tat ist die Liste der Ergebnisse vieler forscherischer Initiativen und Produktionen lang. Jedoch gab es in der DDR kein einziges wissenschaftliches Institut, das sich – wie das Institut für Zeitgeschichte in München, das die Hochzeit seiner Produktivität unter Martin Broszat erlebte – ganz der Faschismusforschung gewidmet und sich als wissenschaftliche Einrichtung internationale Anerkennung auf diesem Teilgebiet historiographischer Arbeit erworben hätte. Die Erörterung der inneren und staatenübergreifenden Ursachen dafür würde eine eigene Abhandlung erfordern. Jedenfalls entstand im realsozialistischen System so auch kein Anziehungs-, Ausbildungs- und Ballungszentrum für Wissenschaftler, die in den Kommunistischen Parteien und deren Umfeld außerhalb der sozialistischen Staaten wirkten und ihrerseits sich mit der Geschichte des italienischen, des französischen und anderer, nicht zuletzt der österreichischen Faschismen befassten.

Diese Entwicklung und diese unbefriedigende Lage traten ein, wiewohl in der internationalen Auseinandersetzung zwischen den Strömungen des historischen Idealismus und den historisch-materialistisch orientierten Wissenschaftlern die Geschichte des Faschismus unausgesetzt und entgegen allen anderen Erwartungen an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewann. Dieser Zeitraum deutscher und europäischer Geschichte lieferte geradezu die Kronzeugen für die Behauptung, dass die „Marxisten-Leninisten“ unfähig seien, dieses Jahrhundert zu entschlüsseln. Insbesondere erwiesen sie sich angeblich gegenüber den Fragen als völlig hilflos, welche sich aus dem Genozid und seiner zentralen Erscheinung, dem Judenmord, ergeben würden.

Die nie bis an die Wurzel bekämpften Erscheinungen des Dogmatismus und ganz vulgärer Engstirnigkeit äußerten sich auf Seiten der Marxisten-Leninisten vor allem und greifbar in der Verweigerung, den ganzen Reichtum materialistischer Beschäftigung mit der Geschichte des Faschismus auf und anzunehmen, einen Reichtum, zu dem Kommunisten und Sozialdemokraten – denn es gab unter den Sozialdemokraten der zwanziger bis vierziger Jahre nicht wenige, denen die Methodologie von Marx für die Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit wegweisend war und blieb – und unter den Kommunisten, nicht zuletzt Trotzkisten, Anarchisten und auch Personen beigetragen hatten, die sich später wieder der Sozialdemokratie zugewandten. Die aber blieben als Renegaten, Abweichler bewertet und wurden als Theoretiker eingeordnet, von denen eo ipso nichts Bedenkenswertes, geschweige denn Wahres zu erfahren sei. So blieben deren Anstrengungen und Verdienste, die nie anerkannt wurden, der Vergessenheit anheimgegeben, wieviel immer von Schöpfertum geredet und meist auch geschwafelt wurde. Hier wäre im wahrsten Wortsinn zu schöpfen gewesen, aus schon Geleistetem. Ein erinnernswertes Gegenbeispiel gab in den sechziger und siebziger Jahren in der (Alt-)Bundesrepublik die linke Studentenbewegung, die seinerzeit versuch-

te, sich des Vergessenen zu erinnern. Das fand seinen Niederschlag auch in einer Reihe von wiedergedruckten älteren, in Deutschland vordem nie bekanntgewordenen Arbeiten zur Faschismustheorie.

Nun sind die Zeiten und mit ihnen die Chancen gründlich verändert. Wer sagt, dass heute die materialistischen Sichten auf den Faschismus und seine Geschichte marginalisiert sind, der trifft nicht einmal die ganze Wahrheit. Deren Methoden und Ergebnisse sollen nun aus ganz anderen Gründen vollständig in Vergessenheit gebracht werden. Da der Kapitalismus wie in Deutschland so in ganz Europa das Feld beherrscht, verfügt er selbstredend auch über die Macht, jede Erinnerung daran zu tilgen, dass auf und es der Boden eben dieser Gesellschaft war, auf dem die faschistischen Bewegungen und Staaten wuchsen und stark wurden. Mehr und mehr setzt sich die auf Hitler und seine Clique konzentrierte und reduzierte Betrachtung des deutschen Faschismus durch. Das Scheinwerferlicht richtet sich auf Personen und Personengruppen, die gleichsam an der Rampe der historischen Bühne agierten, und allenfalls wird von deren Interessen an Macht und Gewinn gehandelt. Die verbreitete Verabschiedung von jedem Versuch, Geschichte theoretisch zu durchdringen, zeigt auch die in der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit, vor allem in den Schulen weitgehend durchgesetzte Praxis an, nicht vom Faschismus zu sprechen, sondern vom Nationalsozialismus und ihn als eine einzelne deutsche und nur-deutsche Erscheinung darzustellen. Die Argumente, die dieses Verfahren begründen, wenn es überhaupt begründet wird, sind buchstäblich an den Haaren herbeigezogen. Faschismus sei kein wissenschaftlicher, sondern ein Kampfbegriff und obendrein vielfach politisch missbraucht worden. Als ob nicht, wenn das wahr wäre, die gleichen Argumente und mit mehr Recht gegen die Benutzung des Begriffs „Nationalsozialismus“ sich vortragen ließen.

Kurzum: Zeitcharakteristisch ist, wenn man über die Zunft im engeren Sinne hinausblickt, aber selbst noch in deren Reihen, nicht eine seriöse Auseinandersetzung mit dieser oder jener Interpretation des Faschismus, sondern eine sich ausbreitende Verflachung des geschichtstheoretischen Denkens, seine hochgradige Verlotterung. Davon zeugt auch die verbreitete Flucht ins liebevoll untersuchte und ausgebreitete Detail, dem man in vielen Dissertationen begegnet. Und darüber kann nicht hinwegtäuschen, dass sich gelegentlich Diskussionen gerade an sensationell wirkenden und zudem aufgeputzten Thesen entzünden, wie im Falle des Erscheinens des bekanntgewordenen Buches von Daniel J. Goldhagens oder – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – wie durch die Behauptung eines deutschen Wissenschaftlers, nun den Befehl Hitlers zur Vernichtung der Juden auf den Tag genau festgemacht zu haben. Von den Hauptfragen, die an Staat und Gesellschaft des Faschismus zu stellen sind, entfernt sich die Forschung mehr und mehr hin zu Rand- und vergleichsweise exotische Fragen. Das geschieht nicht, weil es im „Zentrum“ alles schon aufgeklärt wäre, dort also neue Einsichten und Erkenntnisse nicht gewonnen werden könnten, sondern weil die Vertiefung in die Kernfragen keine Karriere eines Geschichtswissenschaftlers zu begründen vermag.

Das Ende der DDR und mit ihr das Ende der staatlichen und anderen wissenschaftlichen Institute haben das Feld in der deutschen Historiographie und Geschichtspublizistik nahezu ganz für den Rückfall in jene frühen Nachkriegszeiten freigemacht, in denen die apologetischen Interessen von Klassen, Gruppen und Klüngeln bedient wurden. Das zeigen beispielsweise die neuere Jubiläumsschriften an, die anlässlich von Gründungstagen von Universitäten herausgegeben worden sind. Da findet sich kaum noch eine Spur davon, dass es Ende der sechziger Jahre Studenten waren, die endlich eine kritische Sicht in die Geschichte dieser Lehr- und Forschungsanstalten erzwangen, so dass besondere Vorlesungsreihen zur Rolle der einzelnen Disziplinen im Nazireich gehalten werden mussten. Das gleiche Zurückfallen in überwunden geglaubte Zeiten kann an den Festveranstaltungen, in den Ausstellungen und Publikationen beobachtet werden, die anlässlich von Jahrestagen namhafter deutscher Unternehmen stattfinden. Die Tendenz ist im Hinblick auf die Zeiss-Werke in Jena, die sich kürzlich – 1997 – des 150. Gründungstages der Werkstatt des Carl Zeiss erinnerten, nicht anders als bei dem entsprechenden Jubiläum des Siemenskonzerns. Es lebt die glatte und unverschämte Verfälschung der Rolle der deutschen Großkonzerne wieder auf, wie sie schon der erste Präsident der Bundesrepublik 1961, zwei Jahre nach dem Ende seines Amtes, als Festredner beim 150-jährigen Gründungsjubiläum der Firma Krupp in Essen praktizierte. Damals log er frech, Al-

fried Krupp sei wegen der Erzeugung von Waffen von einem amerikanischen Militärgericht verurteilt worden, wegen einer Tat, wie Heuss behauptete, die nichts anderes dargestellt habe als die der Eigener und Manager bei Vickers-Armstrong oder bei Bethlehem Steel oder bei Schneider-Creuzot. Schon damals wurde darauf vertraut, dass die große Masse die Tatsachen nie kannte oder sich an sie nicht erinnerte, und dass diejenigen, die es exakt wissen, besser schweigen würden und denen, die das nicht tun wollten, nur Publikationsmöglichkeiten von sehr begrenzter Reichweite zu Gebot ständen.

Es ist die komplementäre Erscheinung dieser Weißwäscherei an Unternehmen und Personen des Bank- und Industriekapitals, wenn gleichzeitig – auch das keine neue Praxis – versucht wird, den Volksmassen die Verantwortung für das Aufkommen und den Sieg und dann die verheerende Rolle des Faschismus allein anzulasten. Wie faschistisch waren die Deutschen, das bildete die Diskussion zu Goldhagen und ebenso zur Ausstellung „Vernichtungskrieg“. Differenzierungen, die nicht die Zahl betreffen – also: wie viele, wie wenig, scheinen ganz überflüssig zu sein. Mit einer einzigen, freilich nicht zu umgehenden Ausnahme. Sie betrifft die antifaschistischen Widerstandskämpfer. Deren aktivsten Teil, und das war anerkanntermaßen der kommunistische, wird wegen seiner wirklichen oder erdichteten Ziele politisch und die Akteure und deren Motiven moralisch herabzusetzen. Die von Lutz Niethammer in vorgelegte Arbeit über die „roten Kapos“ in dem KZ Buchenwald besaß da eine signalisierende Wirkung für die Forschungen vieler junger Historiker, die derzeit die Geschichte von Konzentrationslagern erforschen und neu schreiben und sich vor allem dafür interessieren, die Widersprüche zwischen den Häftlingsgruppen und deren Auseinandersetzungen aufzuspüren, und die den Kommunisten anlasten, wie es der Jenaer Professor vorgegeben hatte, sie hätten sich in den Lagern nur um ihr eigenes Überleben und danach nur um den Lohn für ihr eigenes Leiden geschert.

Ist das ein zu düsteres Bild von der Beschäftigung mit der faschistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik? Es wird nicht einen Deut aufgehellt, wenn man sich der ja nicht beendeten Debatten um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ vergegenwärtigt. In ihnen ging es nicht einmal um eine begrenzte theoretische Auseinandersetzung, nicht einmal um das grundlegende Verständnis, was dieser Krieg nach seinen Absichten und Zielen war. Ja, man könnte sagen, dass die Verwendung des Haupttitels „Vernichtungskrieg“, was freilich ganz außerhalb des Interesses der Urheber lag, das Verständnis des Wesens dieses Krieges mehr verbarrikadiert als es dafür eine Öffnung schafft. Denn welcher Krieg hätte nicht vernichtet? Und vor allem: Vernichtung war ja nicht das Endziel dieses massenmörderischen Unternehmens, sondern eines der Mittel, um es durchzusetzen und zu den gedachten, wirklichen Endsiegzielen zu gelangen, die bereits im Kriege praktisch in Angriff genommen wurden, weil das Kriegsgeschehen dafür Gelegenheit, Rechtfertigung und Tarnung in einem bot und der Triumph als sicher galt.

Nein, bei dieser Ausstellung ging es zunächst und nur um die bloße Anerkennung von Tatsachen, um das Wissen über das tatsächliche Geschehen, um dessen uneingeschränkte und unbeschönigte Kenntnisnahme. Dabei sind nicht die Totalverweigerer die eigentlich interessante und die deutschen Zustände charakterisierende Gruppe, sondern der Verlauf der beiden Debatten im Deutschen Bundestag, die Weigerung, die Ausstellung in seinen Räumen zu zeigen, die buchstäblichen Affentänze von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in mehreren Ländern, die aufgeführt wurden, als es darum ging, Räume für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen oder zu deren Eröffnung zu erscheinen. Wo war, gerichtet gegen diese Total- und Teilverweigerer, die Stimme der (west-)deutschen Historiker, die doch vordem – beim Ende der DDR – auf einer ihrer alljährlichen Tagungen sich politischen Stellungnahmen nicht verweigerten und den ostdeutschen Kollegen, die in diesem Moment keine Kollegen mehr waren, dringend und öffentlich rieten, sich doch eine Karenzzeit aufzuerlegen und sich nicht sogleich um die Mitgliedschaft im nunmehr gesamtdeutschen Verband zu bewerben? Wo war denn ein bestimmtes Wort der in besonderem Maße zuständigen Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, dessen Historiker seit Jahren zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs wichtige Werke vorlegen, von denen sie aber selbst wissen und sagen, dass deren Inhalt über die Zunft hinaus nicht sehr weit zur Kenntnis genommen wird?

Es hat sich in der deutschen Öffentlichkeit und namentlich bei den Haupt- und Staatsaktionen in der Bundesrepublik eine geschwätzige, ewige Betroffenheit zur Schau stellendes Verhältnis zur Geschichte des deutschen und internationalen Faschismus und dessen Verbrechen durchgesetzt, das nach Zeiten und Plätzen für weitere Demonstrationen verlangt und sie sich schafft. Noch haben sich die Absichten, die Erinnerungskultur und insbesondere die Erinnerungsarchitektur aus DDR-Zeit an Faschismus und Antifaschismus vollständig zu schleifen, nicht durchsetzen können. Doch aufgegeben sie sind nicht und zu ihrer Rechtfertigung muss das Argument vom instrumentalisierten Umgang mit der Vergangenheit herhalten, als käme nicht jeder, der nur ein wenig darüber nachdenkt, alsbald darauf, dass die Abschaffung der Instrumentalisierung von Geschichte die Abschaffung der Politik voraussetzen würde. Gefragt werden kann ernsthaft heute nur, welchen Zwecken der Rückgriff auf die Geschichte in Wort und Schrift, Lied und Stein jeweils dienstbar gemacht wird.

Was bedeutet dieser Befund? Der geistige Kampf um die Frage „Was war der Faschismus“ muss offenbar auf einem sehr weiten und ganz elementaren Feld geführt werden. Und er verbindet sich derzeit vor allem mit der Auseinandersetzung, die durch die Revitalisierung der Totalitarismus-Doktrin notwendig geworden ist. Sie ist im Munde und in der Feder vieler zu dem Knüppel geworden, der jedwede Idee an eine über den Kapitalismus hinausführende Gesellschaft zerschlagen und deren Verfechter mundtot machen soll. Zur Begründung dieser Doktrin wird national und international jede Anstrengung unternommen. Die nächste und mit Sicherheit wirkungsvoll wird das Erscheinen des „Schwarzbuches des Kommunismus“ in deutscher Übersetzung darstellen, das für die Mitte des Monats Mai vom Verlag angekündigt wurde. Der Absicht, über den Zahlenvergleich der Verbrechen Faschismus und „Kommunismus“ als wesensgleiche „totalitäre Regime“ auszuweisen, sie letztlich gleichzusetzen, den „Kommunismus“ als das noch schlimmere, weil in noch höherem Maße menschenmordende System hinzustellen, sie jedenfalls gleichermaßen als verbrecherisch und unmenschlich zu verdammen, kann nur entgegengewirkt werden, wenn von der Theorie der beiden Gesellschaften und nicht nur von Macht- und Herrschaftsapparaten gehandelt wird, wenn die jeweiligen Ursprünge, Antriebe, Widersprüche und Ziele der Bewegungen, Systemen und Staaten analysiert werden und auch Herkunft und Inhalt ihrer Ideologien nicht ausgeschlossen bleiben.

Es mögen sich Studenten in Universitätsseminaren mit dieser oder jener speziellen Theorie über den Faschismus befassen, sich mit deren Verästelung bis ins Detail beschäftigen und daran ihren Verstand schulen, sie mögen darüber erneut und lange streiten, wie modern oder wie unmodern diese oder jene Variante des Faschismus gewesen sei und in diesem oder in jenem Lande gewirkt habe, ob der Nazifaschismus einen deutschen Sonderweg in die Moderne darstellte, welcher Politiker diese oder jene Seite des Faschismus stärker oder weniger repräsentiert habe usw. Im Mittelpunkt der zeitgenössischen Auseinandersetzungen in der deutschen Gesellschaft und wohl nicht nur in ihr steht, die Bedeutung aller anderen Streitfragen weit überragend, das Totalitarismus-Thema. Wissenschaftlich und erkenntnistheoretisch geht es dabei um eine Frage: Handelt es sich bei der Subsumierung der faschistischen und der kommunistischen Parteien und Regime unter den Begriff Totalitarismus um eine echte Abstraktion oder um eine die Wirklichkeit ganz oder teilweise verfehlende Konstruktion, also um das Resultat eines gedanklichen Irrweges. Diese Frage kann und muss unabhängig von der unstrittigen Tatsache entschieden werden, dass die meisten Verfechter der Totalitarismus-Doktrin doch darauf zielen, jedes Individuum, jede Partei, ganz allgemein jede Bestrebung, die über das parlamentarisch verfasste System der Kapitalherrschaft, vulgo die (soziale) Marktwirtschaft, hinaus und in sozialistische Zustände zu gelangen suchen, als potentielles Verbrechertum zu markieren und sie folglich entsprechend zu behandeln. Denn letztlich soll mit dieser Doktrin nicht mehr und nicht weniger nachgewiesen werden, als dass jeder Versuch, den Bannkreis des Kapitalismus zu verlassen, doch nur bei einem Stalin und dem System des Gulags enden werde, weil er dort enden müsse. Damit ist aber nur die verbreitete Funktion der Doktrin bezeichnet und nichts über ihren Wahrheitsgehalt gesagt.

Vortrag in einem Seminar der Kommunistischen Partei Österreichs in Reichenau bei Linz am 4. April 1998). Weg und Ziel (Wien), 1998/H. 3, S. 38-42.

Gewohnheitsmacht

ZDF will auch in „Hitlers Helfer“ nicht vom Faschismus reden

Niemand besitzt in Deutschland mehr Macht, die unbestreitbar notwendige Aufklärung über das „Dritte Reich“ zu betreiben, als die Stationen des Fernsehens, die vieleingeschalteten Sender zumal. Die Stunden, die auf das endlose Thema verwendet werden, summieren sich Jahr für Jahr zu einem erklecklichen Endergebnis. Wer nichts auslässt, hat zu Ultimo mehrere Tage vor Lektionen verbracht.

Darunter vor jenen Bildern und Texten der neuesten „Staffel“ von Geschichtsstunden, die Guido Knopp derzeit im ZDF verabreicht. Es lässt immer wieder in die reichlich gefüllte Kiste mit jenen Leichen von politischen Verbrechern hineinlangen, die es bei weitem noch nicht geleert hat.

Diesmal gerieten den Greifern für den Beginn einer weiteren sechsteiligen Folge Adolf Eichmann und Joachim von Ribbentrop zwischen die Finger. Die Erwähnung beider Namen macht das Bild von der Kiste freilich schief, wurde dieser wie jener, nachdem sie am Galgen aufgeknüpft worden waren, der eine in Jerusalem, der andere 16 Jahre zuvor in Nürnberg, doch verbrannt und ihre Asche an geheimen Orten verstreut, wo sie unauffindbar bleiben sollten, damit diese nicht zur Wallfahrtstätte dienen konnten.

Nichtsdestoweniger: Die beiden wurden doch „aufgeknoppt“. Wie sehen sie sich auf dem Bildschirm jetzt an? Und: Was „lernen“ sie uns? Dass die deutsche und die europäische Geschichte zeitweilig in die Hände von Bösewichten geraten war, die aus Deutschland und aus Österreich stammten und zu solchen Wichten erst wurden, weil sie mit ein paar unter den Menschen zu verschiedensten Zeiten verbreiteten, gemeinhin als „negativ“ bewerteten Eigenschaften stärker ausgestattet waren als der Durchschnitt. Karriere wollten sie um jeden Preis machen, in den Glanz der besseren Kreise geraten, in einer Nobellimousine herumkutschieren, Schlösser bewohnen und dergleichen. Dafür brachten sie Fähigkeiten mit, die solchen Plänen Gunst und Erfolg verhießen. Der eine war der geborene Befehlsempfänger und kam dienernd voran, der andere ein bezaubernder Walzertänzer, dem eine reiche Einheirat gelang usw.

Unbestritten, dass Geschöpfe dieses Typs zu allen Zeiten leben und ihre Aufstiege suchen. Nur eben: Wer fragt, warum ihre Chancen nicht immer gleich groß waren und sind, warum sie sich in einer geschichtlichen Situation in diese, in einer anderen in jene Richtung auszuleben vermögen, der darf nach den einleitenden Sequenzen der Serienteile getrost abschalten. Denn von den „Zeiten“ wird im Weiteren nicht gehandelt, wenn man nicht vorgetäuscht tiefsinnige Deutungen dafür nehmen will wie die hirnlose Kennzeichnung „Stunde der Niedertracht“.

Worüber durch die Masse des beeindruckenden, teils von weither geholten Filmmaterials und durch geschickt verwertete nachgestellte Szenen hinweggetäuscht wird, ist die Tatsache, dass diese Sendungen auf die Begrenzung des Fragens, die Erwähnung oder das Unterschlagen von Personennamen, die irreführenden Benennungen von Ereignissen in einer Weise und mit einer Exaktheit berechnet und abgezirkelt sind, die mit der Arbeit jenes Konstruktionsbüros getrost verglichen werden kann, das unlängst die längste aller bisher errichteten Hängebrücken fertigstellen konnte.

Zu den Beispielen und zuerst zum Umgang mit den Personen: Eichmann besaß zwar vier namentlich benannte Vorgesetzte (Müller, Heydrich, Himmler und Hitler), aber die Männer seines Kommandos gehörten sämtlich zur Kategorie der namenlosen Brüder. So kann niemand auf die Frage verfallen, was denn aus den Günther, Novak, Krumey und Wisliceny geworden ist.

Ribbentrops Beamte besaßen, wie erwähnt wird, einen nicht entbehrlichen Anteil am Massenmord an den Juden, aber ein überlieferter Name war auch für keinen von ihnen auszumachen gewesen. Und die einstigen Mitarbeiter Ribbentrops im Auswärtigen Amt, die sich seit Jahrzehnten ihrer wohlerworbenen Renten erfreuen und vor die ZDF-Kameras gebeten wurden, um belanglose, aber als Kronzeugenschaft benutzte Kommentare abzugeben, gehören sämtlich jener Spezies von diplo-

matischen Unschuldsengeln an, die auch in der Uniform mit dem Hakenkreuz nur für den Völkerfrieden gewirkt hat.

Dass Ribbentrop, in den höheren Kreisen der deutschen Gesellschaft angekommen und in einer Berliner Villa lebend, als Rat- und Quartiergeber für die Inszenierung der Intrige eine Rolle spielte, mit welcher die Weimarer Republik zur Strecke gebracht wurde, damit ließ sich angesichts der eindeutigen Tagebuch-Eintragungen seiner Gattin nicht gut umgehen. Doch ergab sich da, auf dass niemand auf falsche Gedanken verfalle, die Gelegenheit einzuflechten, dass sich der Hitler an dem Sektfabrikanten gerade deshalb so sehr erfreute, weil der „Führer“ aus dessen Schichten, die nebenher noch als die gebildeten charakterisiert werden, selbst bis zum 30. Januar 1933 nur wenige Förderer hatte gewinnen können. Ja, wer Geschichtsbetrachtung so anstellt, der muss zwei Fähigkeiten besitzen: die der Ignoranz oder – wenn die ihm nicht gegeben ist – mindestens die der Vergesslichkeit, am besten aber beide. Denn dann lässt sich, kaum dass ein Guckloch auf überindividuelle Interessen und Antriebe geöffnet wurde, doch leicht wieder auf das Menschliche zurückkommen. Und schließlich: In welcher Klasse oder Schicht hätte es nicht zu allen Zeiten den einen oder den anderen missratenen Sohn gegeben?

Und was die Ereignisse angeht: Wenn die Regierung Großbritanniens 1935 mit dem Deutschen Reich ein Flottenabkommen abschließt, das Möglichkeiten zur Seerüstung gibt, die auf Jahre hinaus von den deutschen Werften nicht ausgeschöpft werden können, dann wurde damit nur der Weg zu deutscher „Nachrüstung“ geebnet.

Vom gezielten Schlag gegen die Politik der kollektiven Sicherheit, die damals noch chancenreich war, muss in diesem Zusammenhang nicht geredet werden. Wenn Stalin, als sich 1939 die Aussichtslosigkeit der Revitalisierung dieser Politik herausgestellt hatte, Verträge abschließt, dann bilden diese nicht nur in ihrem ebenso verwerflichen wie prinzipienlosen und kurzsichtigen, auf Polens Vernichtung zielenden Teil, sondern im Ganzen einen Teufelspakt. Und der Diktator im Kreml heißt von da an „Freund“ und „Komplize“ des Diktators in der Wilhelmstraße, eine Charakteristik, deren Maßstab vordem für Chamberlain nicht angewendet wird und den britischen Premier deutlich benachteiligt.

Wo die Autoren dieser Darstellung der Vorgeschichte und Geschichte des Zweiten Weltkriegs stehen, macht ein einziges Wort deutlich. Als vom Besuch des sowjetischen Außenministers in Berlin 1940 in Bild und Wort gehandelt wird, lautet der Kommentar: „Stalin wollte jetzt keinen Krieg.“ Mit diesem „Jetzt“ macht sich die Nähe zu einer Gesellschaft von Fälschern kenntlich, die der Führungsgruppe der UdSSR noch immer andichten will, was Hitler und Goebbels ihr schon zur Rechtfertigung ihres unprovozierten Einfalls andichten wollten, einen eigenen Plan des Krieges gegen Deutschland. Nicht nur das kann den Adressaten gefallen, welche die weit nach rechts schielenden Autoren offenbar mit im Visier haben. Wenn festgestellt wird, dass der Krieg gegen die UdSSR schlecht läuft, wird der Vorstellung der Zuschauer mit wohlausgesuchten Großaufnahmen von Wehrmachtsfahrzeugen aufgeholfen, die im Schlamm versinken. Da sieht man sie wieder, die saubere Truppe, dreckig nur durch den nicht vorhersehbaren osteuropäischen Morast, und besiegt nur durch den „General Schlamm“, den wir aus den frühen Erinnerungen deutscher Feldmarschälle und Generale schon kennen.

Wer da glaubt, dies hätten die Deutschen hinter sich, der irrt. Das soll erst richtig losgehen, nachdem die Einigung uns vom Widerpart in Geschichtsinstituten der DDR befreit hat. Die Historiker aus altbundesrepublikanischen Landen zeigen sich demgegenüber gespalten. Während die einen am lukrativen Geschäft teilnehmen und sich natürlich für die Endfassungen der Sendungen nicht in Anspruch nehmen lassen, scheinen diejenigen, die diese Fälschungen nicht nur nicht mittragen, sondern einen Teil des wissenschaftlichen Materials zu ihrer Entlarvung längst geliefert haben, zunehmend zu resignieren.

Wäre es aber nicht an der Zeit, dass sich über theoretische und methodologische Grenzen hinweg ein Zusammenschluss jener Geschichtswissenschaftler gründet, der, wenn er schon keine Wende erreichen kann, denjenigen ein wenig das Handwerk erschwert, die ihre politischen und anderen

ganz herkömmlichen Geschäfte mit der Historie machen? Ohne sich organisierende Gegenwehr wird das munter so weitergehen mit Wirkungen intra et extra muros [innerhalb und außerhalb der Mauern]. Denn eingedenk der deutschen Weltoffenheit und Verantwortung für Europa kam in dem Unternehmen auch der Sohn Benito Mussolinis zu Worte, der weiß, dass sein Vater von Hitler zum Kriege verführt wurde, aber von den Gelüsten seines Erzeugers nach dem Mittelländischen als dem Italienischen Meer ebenso wenig je etwas gehört hat wie von dessen Kriegen gegen Libyer und Äthiopier. Es würden diese Sendungen zur Geschichte zwischen Saar und Oder als ein Skandal wahrgenommen werden, bildeten sie nicht den Alltag dieser Republik und hätten sich deren Bürger, die einen seit langem, die anderen seit kürzerem, nicht an solcherlei unterhaltsamen Aufkläricht gewöhnt.

junge Welt, Mittwoch, 22.04.1998.

Bubis' Buch neben braunen Elaboraten

Verbreitung des neuen nationalen Geschichtsbildes

Soziologen mehrerer Disziplinen, Psychologen und weitere Spezialisten verdienen derzeit mehr oder weniger sauer ihr Geld damit, dass sie diese deutsche Gesellschaft auf die Quellen hin untersuchen, aus denen der Rechtsextremismus quillt oder gespeist wird. Sie gehen dabei weite Gedankenwege. Manche werden auf ihnen wieder und wieder in die DDR-Zeit geführt. Das geschieht insbesondere, wenn es gilt, aufzuhellen, warum im Umfeld Berlins die Umtriebe vorwiegend junger Gruppen von Rechtsextremisten, die hier und zu Recht längst keiner – à la Bundeswehr – mehr als Einzelfälle abtun kann, ein eine zunehmende Zahl von Menschen beängstigendes Ausmaß annehmen. Die sich auf solche Arbeit einlassen, gehen mitunter am Nächstliegenden vorbei, das ihre Aufmerksamkeit doch verdiente. Und sie verkehren womöglich zu wenig in Buchverkaufsstellen, die auch mancherlei Aufschluss zu geben vermögen. Wie also wäre es mit einem gelegentlichen Besuch an solchem Ort? Beispielsweise bei „Presse und Buch" in einem Berliner Bahnhof, wo sich Jung und Alt vor einer Reise ins Brandenburgische mit der rechten Lesart deutscher Vergangenheit versorgen kann?

Also: Nur hurtig herangetreten an das Regal mit der Kennzeichnung „Geschichte", aus dem doch das von stehenden und bewegten Bildern wohlvertraute Gesicht des Ignatz Bubis entgegenschaut. Das indessen erweist sich nicht als ein Markenzeichen für seine Partei. Seine Betrachtungen über Juden und Deutsche scheinen sich an diesen Platz schlechtweg verirrt zu haben, falls sie nicht überhaupt als Folge eines Kalküls in diese Gesellschaft geraten sind. Das wiederum möchte man bei einem zweiten Buch nicht annehmen, das selbst für mittelwüchsige Personen nur mit einer Trittleiter erreicht werden kann. Sein Autor, Jost Hermand, sein Titel „Der alte Traum vom neuen Reich". Dass die kritische Untersuchung des in den USA arbeitende Germanisten und Soziologen hierher geraten ist, rührt zweifelsfrei aus einem Missverständnis her. Er schien in die keineswegs nur rückwärtsgewandten Träumereien der Autoren zu passen, deren Bücher nicht nur die Regalreihen füllen, sondern in anderen Exemplaren auf dem schwer zu umgehenden Eingangstisch feilgeboten werden. Da findet sich dann, was wirklich zusammengehört: Paul Carell, James Baque, David Irving und ein halbes Dutzend weiterer Schreiber. Deren Elaborate behandeln sämtlich ein Thema: die Deutschen als eine Leistungs- und Opfergemeinschaft des Zweiten Weltkriegs. Für die Leistung stehen hier vorzugsweise die U-Boot-Kommandanten und ihre „Männer", deren Lebensberichte gleich in mehreren Ausgaben zu haben sind. Einer lockt mit dem Titel „Fackeln auf dem Atlantik" und das meint brennende Schiffe. Diesen Helden machen nur die Staffelkapitäne der Luftwaffe den Rang streitig, die nicht etwa ihre vernichtende Fracht über den von menschenbewohnten Städten abluden, sondern den „Krieg der Bomber" führten. Und so setzt sich das schon verlogen aufgemachte Angebot fort. Am 22. Juni begann nicht der Einfall einer Millionenarmee in ein weiteres Land, dessen Bewohner den Krieg so wenig suchten wie die Regierenden, sondern der „Marsch nach Russland". Nacherlebt werden sollen auch nicht die Tragödien der Menschen in den mit Krieg und Eroberungsgelüsten überzogenen Ländern, sondern die „Tragödie der deutschen Luftwaffe". Das Opfer ist der Okkupant, zumal der in Kriegsgefangenschaft geratene, sei für ihn in den Lagern der USA doch nach der beweislos vorgetragenen Behauptung Baques der Tod „geplant" gewesen.

Genug? Genug! An diesen Geschenken der deutschen Einheit wird nicht vorbeisehen können, wer wissen will, woher jenes sich in den neuen Bundesländern ausbreitende verhunzte Geschichtsbild rührt. Dem Einfall von Schund stehen obendrein nicht wenige Lehrer in den Schulen, ob sie „vom Fach wegen" oder sonst mit seinen das Denken verwüstenden Folgen zu tun haben, hilflos gegenüber. Die älteren von ihnen brauchten sich mit dieser Literatur nicht intensiv auseinanderzusetzen. Die jüngeren kommen derzeit nach sechs oder siebenjähriger Ausbildung von Hochschulen, in denen – zumindest – die Ausstattung mit Argumenten gegen die Geschichtsverfälscher der Rechten kaum eine Rolle spielt und weit hinter der Aufgabe rangiert, mit der „kommunistischen" Geschichtsschreibung fertig zu werden. Ausstellungen wie die des Hamburger Instituts für Sozialforschung kommen, werden gesehen, umstritten, begrüßt, befeindet und wieder abgebaut. Dieses

Buchangebot bleibt. Zwischen ihm und der vielerorts anzutreffenden neuen Sicht auf das „deutsche Schicksal“ sind die Übergänge fließend. Wer, um im Brandenburgischen zu bleiben, sich in Kloster Zinna nur über die Geschichte des frommen Ortes und des friderizianischen Weberdorfes informieren will, dem wird am Ende einer Ausstellung doch mitgeteilt, dass die „Russen“ 1945 anders als 1813 „nicht als Verbündete“ ins Land gekommen und dann gar bis 1992 hiergeblieben wären. Das mag man sich auf der Zunge zergehen lassen. Auf welche Assoziationen zielt dieser Satz, schuldlos gewandet als objektive Information? Wer sich in einer Buchhandlung von der oben erwähnten Art versorgt hat, wird ihn unschwer als weiteren Beleg für die Geschichte von der deutschen Tragödie lesen können. Fazit: Es geht nicht nur um das Angebot in Buchverkaufsstellen, sondern auch um das in Ausstellungen und an vielen anderen Orten, in denen Besucher das eine oder andere vom neuen nationalen Geschichtsbild „mitbekommen“. Und die Ausstellung über die „Wehrmachtsverbrechen“, was nicht gegen deren Autoren und Verdienste spricht, ist aufs Ganze der Gesellschaft gesehen nicht einmal die eine Schwalbe, von der ohnehin gesagt wird, sie könne einen Sommer nicht machen.

junge Welt, Freitag, 24. April 1998.

Es geschah in Garsden am 22. Juni 1941

Die Untat, mit welcher der Massenmord an den Juden auf dem Territorium der UdSSR begann, der wiederum der Auftakt für das Gesamtverbrechen wurde, ereignete sich am dritten Tag des zweiten – am 22. Juni 1941 begonnenen – Ostfeldzugs der Wehrmacht. Sie geschah in der kleinen grenznahen Ortschaft Garsden in Litauen und ist seit Ende der fünfziger Jahre durch die Verhandlungen im sogenannten Ulmer Einsatzgruppen-Prozess dicht dokumentiert. SD, Gestapo und Polizei aus Tilsit und Memel stellten die Täter und Mittäter.

Doch bis vor kurzem war das gesamte Geschehen in der südlichsten der drei damaligen baltischen Sowjetrepubliken insgesamt schlecht untersucht. Das lag vor allem am fehlenden Interesse der die Forschungen lenkenden, finanzierenden und gegebenenfalls auch eingrenzenden Instanzen der UdSSR und an dem für Ausländer kaum möglichen Zugang zu den einschlägigen Quellen in deren Archiven. Hier ist seit 1990 ein rascher und spürbarer Wandel eingetreten. Schon Ende Dezember 1996 veranstaltete das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin eine Wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Juden und Judenfeindschaft in Litauen“ unter Beteiligung deutscher, litauischer, us-amerikanischer und israelischer Forscher.

Nun hat Knut Stang mit seiner Monographie das Bild der Kette von Verbrechen und der an ihnen beteiligten Formationen und deren Kommandeure erheblich vervollständigt, die buchstäblich bis in die letzten Stunden der deutschen Besetzung ihre Blutspur durch Litauen zogen. Zentren der Massaker waren die Städte Kaunas, Riga und Vilnius. Doch erstreckten sie sich über das gesamte Land, in dem die mörderische „Erfolgsquote“ mit etwa 220.000 Toten und geschätzten 95 Prozent der jüdischen Bevölkerung höher lag als in jedem anderen okkupierten Territorium. Da Stangs Untersuchung das Zusammenwirken der Einheiten der Einsatzgruppe A mit den zur sogenannten Hilfspolizei formierten litauischen Kollaborateuren exakt rekonstruiert, wird deutlich, dass die einheimischen Judenhasser, die mancherorts noch vor dem Eintreffen der Wehrmachtstruppen Pogrome inszeniert hatten, erst vollends zum Zuge kamen, ja ihnen erst Richtung und Räume des Handelns gewiesen wurden, als die Deutschen sie unter ihre Befehle stellten. Die Darstellung der Geschehnisse macht auch klar, dass selbst die Fotografien von den grausigsten Untaten hinter der Wirklichkeit erheblich zurückbleiben und dass sie vor allem das Täterbild nicht erfassen, jene plündernden, vergewaltigenden, schießenden, sich immer wieder hochgradig alkoholisierenden Haufen, die als Menschen zu bezeichnen schwerfällt.

Knut Stang: Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden. Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/M. 1996, 286 S., DM 79,00.

antifa, Mai/1998, S. 29.

Ende, Abschied oder Neubeginn?

Die Mischung von persönlicher Erinnerung an DDR-Erfahrungen und sachlicher Erörterung, zudem weitschweifig dargeboten, mag am Beginn eines „Arbeitsbuches“ nicht sehr einladend wirken. Auf dessen Inhalt macht auch der Buchtitel nicht eben neugierig. Er wandelt die Überschrift eines gemeinsam mit zwei weiteren Beiträgen (Richard von Weizsäcker, Ralph Giordano) wiederabgedruckten Artikels von Walter Markov ab, der 1947 an entlegener Stelle erschien. Er war „Ende des Antifaschismus“ überschrieben und sein Autor hatte hinter die drei Wörter ein Fragezeichen gesetzt. Der Text stimmt bis heute nachdenklich, wurde in ihm doch gefragt, was Antifaschismus in gründlich veränderten Zeiten noch und weiterhin bedeuten und bewirken könne.

Darüber müssten sich ausnahmslos alle die Deutschen nach einer erneuten Wende ihrer Geschichte klarzuwerden suchen, die sich – um nur dies zu nennen – nicht damit abfinden wollen, dass Neonazis in ihrer Mitte ihr Unwesen treiben. Doch, wird mitgeteilt, dieses Buch sei „besonders mit dem Blick auf die Leser in den neuen Ländern entstanden“. Ihnen müht sich Wittich, das Wort „Abschied“, gefühlsüberladen wie es nun einmal daherkommt, zu interpretieren, es zu „Ankunft“ in positive, zu „Abkehr“ in negative Beziehung zu setzen, seine Verwendung gegen Missdeutungen zu schützen und kann sein Anliegen doch nicht recht klarmachen. Denn es besitzt diese Einführung zu wenig Bodenberührung mit der konkreten Geschichte der DDR und ihres jahrzehntelangen direkten westlichen Widerparts und auch zur Gesellschaft, in der er und wir leben. Vieles liest sich schlicht mysteriös. Die Rede ist vom „historischen Versagen des deutschen Staates“, ohne Auskunft, welcher eigentlich gemeint ist. Konstatiert wird eine „Vereinigungskrise zweier deutscher Gesellschaften“, deren Entstehung allein deshalb zweifelhaft bleibt, weil doch von niemand ernsthaft versucht werden konnte, die Gesellschaft der BRD mit jener der DDR zu vereinigen. Behauptet wird, Nazigegner und Mitläufer des deutschen Faschismus wären sich nach 1945 im Vergessenwollen einig gewesen, und ungesagt bleibt, dass jene ganz anderen Taten und Tatsachen zu vergessen suchten als diese vergessen wollten usf.

Traumtänzerei ist das letzte, was der seit Jahren geführten Diskussion über den Antifaschismus voran helfen kann. Dass sich in ihr von Anbeginn Interessen geltend machten, hat sie mit allen anderen politisch beziehungsreichen Geschichtsdebatten gemeinsam und diese müssen nicht notwendig ertragsmindernd sein. Das Unbehagen, das sie verbreitet, rührt denn auch von einer ganzen Reihe anderer Einflüsse und Faktoren her: aus der – auch im vorliegenden Buch sich widerspiegelnden – nationalen Enge des geschichtlichen und aktuellen Fragens, aus ihrer weitgehenden Einschränkung auf den vergleichsweise am besten untersuchten kommunistischen Antifaschismus, der jedoch weitgehend isoliert betrachtet und nur ausnahmsweise in Beziehung zu den anderen, ihm verwandten, aber auch feindlichen Strömungen gesetzt wird, aus der (mit Ausnahme des Antifaschismus hinter Mauern und Stacheldraht) ausgeblendeten Frage nach dem Alltag des Kampfes gegen die Mächtigen dieses „Dritten Reiches“ und der Vorliebe für das Zitieren und Referieren von Parteibeschlüssen, Reden von deren Autoren, zentralen Parolen, Demonstrationen, Kundgebungen und anderen „Haupt- und Staatsaktionen“.

Mittlerweile fehlt auch eine Zwischenbilanz der Debatte. Von deren Notwendigkeit kann sich ein Bild machen, wer die nützliche, etwa 250 Angaben umfassende Bibliographie durchsieht, die dem Band beigefügt ist. An ihr ist u. a. ablesbar, dass der Auseinandersetzung um Vergangenheit und Gegenwart des Antifaschismus publizistische Mittelpunkte ebenso fehlen wie das streitbare Gegen- und Zueinander derer, die zu Wort, Feder oder Computer griffen. So gefächert, um nicht zu sagen: aufgesplittert, die Antifaschisten agieren, so wenig konzentriert auch die Erörterungen über ihre Herkunft und ihre Zukunft.

Die Autoren der Einleitung haben sich in diese sich gedanklich und organisatorisch gleichsam verlaufende Auseinandersetzung nicht sonderlich tief hineinbegeben. Das mag ihrer Absicht geschuldet sein, dem Benutzer vor allem Material für sein eigenes Urteil zu liefern. Das bieten die den Hauptteil des Buches ausmachenden Abschnitte „Interviews und Berichte“, der den umfänglichsten Teil des Buches bildet und in dem mit anderen Heinrich Fink, Harald Hauser, Hans Modrow, Karl

Schirdewan zu Worte kommen, sowie „Bilder Menschen, Assoziationen“, in dem sich Texte von und über Wolfgang Mattheuer, Willy Brandt, Georg Kolbe, Fritz Cremer und Max Beckmann finden. Da ist viel wieder und manches neu zu entdecken.

Doch dieses Angebot kann eine Analyse jener Verhaltensweisen und Vorgänge nicht ersetzen, welche die Diskussion um den Antifaschismus in der Bundesrepublik nicht einfach begleiten, sie nicht allein zusätzlich mit Emotionen beladen, sondern sie dominieren. Das ist nicht in erster Linie der Mangel an Lernfähigkeit von Antifaschisten, der gewiss immer wieder anzutreffen ist, gegen den aber die Bereitschaft gerade auch vieler an Jahren durchweg hochbetagter Teilnehmer des Widerstandskampfes steht, ihr Zeugnis abzulegen, das in Offenheit und Ehrlichkeit demjenigen des Victor Klemperer gleichkommt. Auf dem Vormarsch ist vielmehr die fortschreitende Demontage der Erinnerung an diesen Kampf in der Öffentlichkeit unserer Straßen und Plätze, in Gedenkstätten und Museen. Sie ordnet sich dem weithin verwirklichten Vorsatz zu, dem auch die denunziatorische Formel vom „verordneten Antifaschismus“ nützt, gerade unter jungen Leuten jede, auch eine grundkritische Beschäftigung mit der Hinterlassenschaft jenes legendären Kampfes zu blockieren und sie so dahin zu bringen, ein Erbe zu missachten und auszuschlagen, das gebraucht wird. Die Minderheit, die sich dahin nicht treiben lassen will, könnte von Orientierungshilfen profitieren. Die müssten weniger behäbig angelegt sein.

Kurt Faller/Bernd Wittich, Abschied vom Antifaschismus, Frankfurter Oder-Editionen, Frankfurt/O. 1997, 488 S. DM 29,80.

Neues Deutschland, 8. Mai 1998, S. 12.

„Sie haben den Dolch unter dem Talar getragen“

Zum Tode von Telford Taylor, Chefankläger in Nürnberg

Es erweckte seinerzeit, in frühen DDR-Zeiten, großes Interesse: ein zweibändiges Werk, das vor 40 Jahren in (Ost-)Berlin von Rütten & Loening verlegt worden ist. Es bot Protokolle und Dokumente aus dem „Nürnberger Prozess“, dem Gerichtsverfahren, das 1945/46 gegen die „Hauptkriegsverbrecher“ stattfand. Wer sich darüber vor der Herausgabe des Zweibänders informieren wollte, musste in eine der wenigen Spezialbibliotheken gehen, in denen das 42bändige deutschsprachige Protokoll der Verhandlungen einzusehen war. Das Verdienst, dessen Konzentrat vor die Augen einer breiteren Leserschaft gebracht zu haben, gebührte Friedrich Karl Kaul. Im Vorwort erwähnte der Völkerrechtler auch Arbeit und Haltung eines Mannes, der als einer der letzten kompetenten Zeugen des Geschehens am vergangenen Sonnabend, am 23. Mai, kurz nach seinem 90. Geburtstag, in New York verstarb: Telford Taylor, Historiker, Jurist, Staatsbeamter, Offizier und General, Hilfsankläger beim ersten Nürnberger Prozess und danach Chefankläger in den zwölf weiteren Verfahren, die in der fränkischen Stadt – einst die der Reichstage, zuletzt „der Reichsparteitage“ – bis 1948 vor amerikanischen Gerichtshöfen stattfanden. Taylor war eine Persönlichkeit aus jenem liberalen Urgestein, das schon am Beginn dieses 20. Jahrhunderts Rarität zu werden begann und an dessen Ende in unserer Gesellschaft gesucht werden muss wie die sprichwörtliche Stecknadel im Heuhaufen. Der 1908 im Staate New York Geborene war so bemittelt, dass er in den Jahren der Großen Krise seinem Studium der Geschichte ein weiteres der Jurisprudenz anschließen konnte. Und er war so befähigt, dass er beide mit einem Erfolg abschloss, der ihm eine rasche Karriere ermöglichte. In Deutschland etablierten sich die Faschisten, als der Jurist in Washington sich in Regierungsdienste begab. Im Krieg trat er in die Armee ein. 1943, als sich die Westalliierten auf den Sprung über den Kanal vorbereiteten, leitete Taylor eine Dienststelle der militärischen Abwehr in London.

Nach der Zerschlagung der faschistischen Mächtekoalition holte ihn Robert H. Jackson, der mit der Vorbereitung der juristischen Abrechnung beauftragte Mitarbeiter des US-Justizministeriums, in seinen Stab. Taylor fiel unter anderem die Formulierung der Anklage gegen die führende Institution des deutschen Militarismus, den Generalstab, zu. Er war der Mann, der sich bleibendes Verdienst dadurch erwarb, dass er als einer der ersten die friedensbrecherische Rolle der Wehrmachtsbefehlshaber nachwies. Noch bevor die Urteile über Göring, Keitel, Jodl und Co. gesprochen waren, wusste Taylor, dass er nicht wie sein Vorgesetzter Nürnberg würde verlassen können, wo übrigens auch seine Ehefrau in der Spezialbehörde arbeitete, welche die erbeutete Dokumentenmasse sichtete und auf ihren Aussagewert für die Anklage prüfte. Taylor wurde Jacksons Nachfolger und Leiter der Abteilung, die sich in der amerikanischen Militäradministration mit der Verfolgung von Naziverbrechen befasste. Von ihm auch stammte die Idee, ein eigenes Gerichtsverfahren gegen die höchsten deutschen Justizbeamten anzusetzen. Es machte akten- und gerichtskundig, dass es nicht nur die SS und die Polizei waren, die jeden Widerstand gegen das verbrecherische Regime blutig verfolgten. Die Anklage im „Juristenprozess“ eröffnete er selbst. Er sagte seinen „Fachkollegen“ offen ins Gesicht: „Sie haben den Dolch unter dem Talar getragen.“

Es konnte Taylor so wenig wie dem ihm befreundeten Robert M. W. Kempner, einem seiner Stellvertreter, entgehen, dass das Interesse an den Prozessen, darunter gegen deutsche Industrielle (IG-Farben-, Flick-, Krupp-Prozess), in der Regierung der USA zunehmend sank. 1947 wurde ihm bedeutet, er hätte auf das Budget zu achten. Wenige Jahre später, wieder in die Staaten zurückgekehrt und dort nicht erneut in staatliche Dienste aufgenommen, sah sich der Ankläger in die Rolle des Verteidigers gedrängt. Er nahm diesen Platz mit denkwürdiger Zivilcourage ein. Im Nachruf auf seinen zu früh gestorbenen (1954) Kollegen Jackson setzte er sich, nicht ohne Anflug von Resignation, mit der Tatsache auseinander, dass es inzwischen so weit gekommen war, dass „Nürnberg als kommunistisch inspiriert“ charakterisiert wurde.

Taylor ging alle Befähigung zu opportunistischer Anpassung ab. Er war einer der ersten, der sich gegen jenes in den USA um sich greifende antidemokratische Klima wandte, für das der Name des Senators McCarthy stand. Später – nunmehr Professor an der Columbia-Universität – protestierte er

gegen den skandalösen Umgang von US-Juristen mit dem Massaker von My Lai und überhaupt gegen die Bombardements in Vietnam. Bis zu seinem Tode blieb er von einer Sorge umgetrieben: Die große Frage sei heute nicht, „ob die Nürnberger Prinzipien stichhaltig sind, sondern ob die Menschheit nach ihnen leben kann und ob sie andernfalls überhaupt noch leben kann“. Taylor sollte auch und gerade im Gedächtnis der Deutschen bleiben. Kaum ein Ort erscheint für die Benennung nach dem Brigadegeneral geeigneter als eine Kaserne der Bundeswehr.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 30./31. Mai 1998, S. 15.

Die Köpfe weiter in den Sand?

Der Erfolg der Rechtsextremen bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zeichnete sich ab, wenn auch niemand ihn in dieser Größenordnung Voraussagen wollte. Was hingegen geschah, bevor die Wahllokale noch eröffnet worden waren, das bis heute anhält, betrifft die Schuldzuweisungen. Wenn junge Leute, vorwiegend männliche, sich zu einer massenhaften Wahlgefolgschaft der DVU zusammenschließen, dann sei dies eine Folgeerscheinung ihrer Kindheits- und Jugendjahre in DDR-Zeit. Das lässt sich bequem und gefahrlos daherreden und würde kaum eine Erwiderung verdienen, wäre damit nicht eine Rechtfertigung dafür geliefert, Köpfe weiter in den Sand zu stecken und Hände in den Schoß zu legen. Denn diese Argumentation schließt logisch ein, man müsse diese Gruppe von Gefolgsleuten des Herrn Frey nur für längere Zeit den heilenden Wirkungen der urdemokratischen Gesellschaft Bundesrepublik aussetzen, dann würde sie sich auflösen wie eine geringfügige Verunreinigung in einem sauerstoffgesättigten Strom.

Zwischen 1990 und 1998 liegt ein sozialer und staatlicher Umbruch mit geistigen und mentalen Folgen, wie sie in der deutschen Geschichte beispiellos waren. Die Zeiten unterscheiden sich von jenen vor 60 und mehr Jahren nicht zuletzt in einem Punkte: Für die meisten dieser Hoffnungsarmen oder Hoffnungslosen scheint es heute und auf Dauer überhaupt kein Angebot von Seiten der Linken mehr zu geben. Die ist nicht nur durch die Vergangenheit von SED und DDR nachhaltig diskreditiert. Es ist seit 1990 mit Bonner System dafür gesorgt worden, dieser Linken gleichsam den Rest zu geben. Kein Mittel der demagogischen Herabsetzung war dafür zu niedrig und zu gemein.

Die Delegitimierung der DDR, die Darstellung ihrer Geschichte als ein einziger (undeutscher) Abweg, die Kampagnen gegen die „roten Kapos“, die immer wieder erzählte Legende vom verordneten Antifaschismus – wohin haben sie geführt? Zudem Versuch, das Wort „Antifaschismus“ aus dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauch zu tilgen, es in den Rang einer Sondersprache einer unbelehrten Minderheit abzudrängen und es mit dem Beigeschmack zu versehen, es diene nur einer Tarnung von etwas abgrundtief Schlechtem, dem Streben nach Sozialismus, das unvermeidlich in schwärzester Diktatur und menschenmordendem Gulag enden müsse. So erst ist auch in einem Lande, das die prozentual höchste Rate an Erwerbslosen in Deutschlandaufweist, der Boden bereitet worden, auf dem der Zuruf „Köpfe rechts“ eine solche Befolgung finden konnte. Bereitet haben ihn auch alle mit, die sich im Grunde daran gewöhnt haben, den Rechtsextremismus den (bedauerlicherweise zu entrichtenden) Preisen für die Freiheit zuzurechnen.

Die nun unabweisbar gewordenen Fragen nach Ursachen und Verantwortung werden sich auch die Regierung in Magdeburg und die bisher an ihr beteiligten oder sie tolerierenden Parteien gefallen lassen müssen. Wie stand es um die Politik zur Arbeitsbeschaffung und zur Verminderung der Erwerbslosigkeit? Was ist von den Inhabern der Staatsgewalt geschehen, um ihre eigenen Kräfte, Beamten- und Lehrerschaft, Polizisten und Juristen, Offiziere der Bundeswehr, zu orientieren und zu aufklärerischer Aktion zu bündeln? Was wurde getan, um die nichtstaatlichen Institutionen, Organisationen und Vereine, deren Tätigkeit sich gegen nationalistischen und rassistischen Ungeist richtet, zu stützen, zu fördern und auch materiell auszustatten? Was wurde unternommen, um eine Stimmung zu erzeugen, die es beispielsweise unmöglich werden lässt, dass manche Buchhändler den Verkauf revisionistischer Literatur als ein Geschäft ansehen wie jedes andere? Warum ist zugelassen worden, dass „Ordnungshüter“ vor Paraden der Rechtsextremen vor allem planen, wie sie deren Gegner vom Orte solcher werbenden Skandale fernhalten können? Siehe Leipzig und den 1. Mai.

Erforderlich ist, anstatt sich auf den toten Erich Honecker und die Kindergärtnerinnen der DDR herauszureden, eine redliche Bilanz. Sie könnte die Basis eines Katalogs von Maßnahmen bilden, die an einem runden oder eckigen Tisch ohne Ansehen der Person und der Parteizugehörigkeit vereinbart würden und an dem Platz erhalten müsste, wer gegen Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus angehen will. Ohne parlamentarischen und außerparlamentarischen Druck wird derartige Initiative nirgendwo zustande kommen Denn vorläufig haben die bekannten Zu- und Abweisungen von Schuld wieder Konjunktur. Unschwer auch vorherzusagen, dass bereits Überlegungen

angestellt werden, wie sich die Stimmen, die diesmal von den Rechtsextremen eingefangen wurden, demnächst für die Rechten gewinnen lassen. Erfahrungen und Vorschläge aus Bayern liegen dafür bereits vor.

antifa. Juni 1998, S. 2.

Wenn hinten, weit in der Türkei

Zwei Bücher sind anzuzeigen, die den Geschichtshorizont hierzulande erheblich zu erweitern vermögen. Denn zu recht konstatiert Taner Akçam, sein Buch einleitend, dass die Ereignisse, die er erforscht hat, im Gedächtnis der Deutschen keine besondere Bedeutung erlangt hätten. Dabei waren, wenn auch nur in geringer Zahl, aber in bedeutender Stellung deutsche Diplomaten und kaiserliche Offiziere im Lande, als die Massaker des Kriegsverbündeten an den Armeniern einsetzten und mit mörderischer Konsequenz eine nicht mehr exakt feststellbare Zahl von Frauen, Kindern und Männern umgebracht wurden: erschossen, erhängt, ins offene Meer geworfen und ertränkt, in Höhlen verbrannt, auf „Deportationsmärschen“ zusammengebrochen, in Lagern und am „Ziel“ dieser Vertreibungen verhungert, verdurstet und von Krankheiten dahingerafft. Die „Feindmächte“, Großbritannien und Frankreich, erhoben ihre Proteste im Mai 1915 sofort, nachdem sie die Nachrichten von dem Geschehen erhalten hatten. Die Verbündeten in Berlin und Wien legten die Berichte ab, die dann in die Archive gelangten, wo sie lange Zeit wenig interessierte Forscher fanden. An die Eingangsfrage hätte sich freilich auch die abschließende gefügt, wie es die Türken in diesem Punkte mit ihrem Geschichtsgedächtnis halten. Der Verfasser beschränkt sich auf den Nachweis, dass die Regierungen in Ankara bis in die jüngste Zeit alles versucht haben, diesen ersten Völkermord in der Geschichte des zu Ende gehenden Jahrhunderts in Vergessenheit geraten zulassen. Was davon in türkischen Geschichtsbüchern gelesen werden kann, bleibt unerörtert. (Warum konnte das Buch nicht den seinem Inhalt angemessenen Titel erhalten: „Die Türken und der Völkermord an den Armeniern“?)

Akçam, ins 19. Jahrhundert zurückführend, stellt die Vorgeschichte und den Verlauf des Verbrechens dar und konzentriert sich sodann auf die Prozesse, die bald nach Kriegsende gegen verantwortliche Akteure der Ausrottung stattfanden. Sie waren vor allem Konzessionen an Forderungen der Siegermächte, in erster Linie der britischen Regierung. Erhalten gebliebene Schriftstücke, die einen Einblick in Verlauf (darunter die Zeugenvernehmungen) und Urteile der Gerichtsverfahren geben, beanspruchen mehr als die Hälfte des Bandes.

Das Thema das Akçams Buch füllt, besetzt in dem von Yves Tenon ein umfängliches Kapitel. Denn der französische Arzt, als Historiker bereits bekannt, setzt sich im zentralen (dritten) Teil seines 1995 in Frankreich erschienenen Werkes mit den „Genoziden des 20. Jahrhunderts“ auseinander. Er erörtert sie jedoch nicht in chronologischer Folge, sondern beginnt mit dem Judenmord der Jahre 1941 bis 1945. Dann greift er in die türkische Geschichte zurück, um sich danach den Völkermorden in Kambodscha und Ruanda zuzuwenden. Diesen Buchteil schließt sein Kapitel „Völkermorde in der Sowjetunion“ ab, eine Überschrift, hinter die ein Fragezeichen gesetzt wurde. Es soll anzeigen, und das wird begründet, dass die Verbrechen in der Geschichte Sowjetrusslands und der UdSSR mit den vorher behandelten nicht uneingeschränkt auf einen Nenner gebracht werden können, sondern eine schwer zu sondernde Mischung von Untaten ausmachen.

Tenons Buch kann es angesichts seiner Fragenbreite an Genauigkeit der historischen Rekonstruktion von Abläufen mit dem Akçams natürlich nicht aufnehmen. Vor allem aber wagt jener sich an Themen, die bisher nicht einmal von den Fakten her eingehend untersucht werden konnten und ungleich stärker noch als Juden- und Armeniermord von politischen Interessen, solche der schamlosen Vertuschung eingeschlossen, überlagert werden.

Beide Autoren gehen, in ihren Grundaussagen übereinstimmend, auf das ebenso schwierige wie hochaktuelle Problem ein, wie die Souveränitätsrechte von Staaten mit dem Recht zur Intervention in Einklang zu bringen seien, das sie unter ausgewiesenen Bedingungen zum Schutze von existenzbedrohten ethnischen und nationalen Minderheiten bejahen, dessen Problematik ihnen jedoch bewusst ist. Und beide bewegen sich, das muss mit den vorzüglichen Arbeiten in Kauf genommen werden, nahezu ausschließlich auf dem Felde politischer, ethnischer und nationaler Vorgänge und Zusammenhänge, rekonstruieren Entscheidungen von Staats- und Parteiführungen.

Die sozialen Verwurzelungen der Massen-morde, die sich in ihnen direkt oder gebrochen ausdrückenden Interessen ihrer Urheber und Hauptakteure, deren Leugnung viel leichter ist als die der

„bloßen“ Tat, sind nicht Sache der Autoren. Da sind Defizite auszufüllen, was sich deutlich im Abschnitt in Akçams Buch zeigt, der die Genozide an Juden und Armeniern vergleicht und in die fragwürdige Feststellung mündet, jener sei „ein nutzloser Mord“ gewesen, dieser hingegen habe dem türkischen Staat genützt.

Taner Akçam: Armenien und der Völkermord. Die Istanbuler Prozesse und die türkische Nationalbewegung, 420 S., DM 48,00.

Yves Tenon: Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert. Aus dem Französischen von Cornelia Langendorf, 342 S., DM 58,00.

Beide bei: Hamburger Edition, Hamburg 1996.

antifa. Juni 1998, S. 28.

Gauck an alle ...

... vornehmlich aber an die westdeutsche Linke. Ein Kommentar zur deutschen Ausgabe des „Schwarzbuch des Kommunismus“

Dass die französischen Herausgeber des Schwarzbuches gegen den Kommunismus, Leute aus einem deutschen Nachbarland, ihr Werk auf den Büchermarkt brachten, ohne von den Zuständen in der DDR zu handeln, hätte unter Deutschnationalen zu anderer Zeit Erbfeindgefühle anstacheln können. Diesmal unterdrückte sie deren aufs Ganze gerichtete Beifall. Und für die deutsche Übersetzung ließ sich die Lücke ja problemlos schließen. Der Verlag wollte es amtlich haben und vergab den Auftrag zur unverzichtbaren Ergänzung an Bundesbeauftragten Gauck. So bekam der die Chance, dem Band gleichsam das Schlusswort zu schreiben.

Eigentlich, so erzählt uns der Staatsmann, wollte er zunächst gar nicht mitwirken und habe gezögert. Denn was könne er denn mit einer „erneuten Analyse des Stasi-Systems“ Neues beisteuern, was über das hinausreiche, was schon in den letzten Jahren zutage gefördert worden sei? Schließlich hat er dem Wunsche dann doch entsprochen und einen „Essay aus ostdeutscher Sicht“ beigesteuert. Warum ist der Mann seiner ersten Eingebung nicht gefolgt? Weil er die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen konnte, eine Botschaft „für einige meiner Landsleute aus der DDR“ loszuwerden. Die adressierte er jedoch gleichzeitig an „bestimmte Kreise im Westen“. Die Formulierung zeigt an, dass der Autor – wann immer – die mitunter geheimnisvoll-verschlüsselte Sprache der Reden und Kommuniqués des Politischen Büros der SED verinnerlicht hat.

Auf eine eingängige Losung verkürzt lautet die Forderung des Beauftragten: Schluss mit der Einäugigkeit bei der Betrachtung der DDR und des ganzen Kommunismus! Blickt zweiäugig! Denn dass in deutschen Landen überhaupt noch über die Menschenfeindlichkeit des Kommunismus gestritten würde, das eben kann sich Gauck anders nicht erklären denn als das Ergebnis einer partiellen Blindheit. Und die wiederum sei ein Erbe aus DDR-Zeiten. Das wisse der Behördenchef aus eigener Erfahrung, die er mit Millionen teile. Ihm seien die Schwierigkeiten beim Umgang mit der Wahrnehmung indessen bewusst geworden, und die wolle er zu allgemeinem Nutzen doch mitteilen.

So setzt der einstige Kirchenmann mit einem mea culpa ein und bekennt, auch ihn hätten die Kommunisten zeitweilig eingewickelt. In dieser Lage sei er unter viel Gesellschaft gewesen. Denn mit einer offenbar gezählten, aber in Ziffern nicht gesondert ausgewiesenen Masse von Bürgern des untergegangenen Staates habe auch er sich auf einen „Minimalkonsens“ und zu einer „Minimalloyalität“ gegenüber dem Regime eingelassen, dessen verbrecherischen Charakter er sich nicht habe eingestehen wollen. Freilich, unbeliebt gemacht hätten sich die Kommunisten ihm schon im Kindesalter, unter anderem als er erfuhr, dass sie „den Verlust der deutschen Ostgebiete guthießen“.

Dann aber war da die Verführung. Sie ergab sich unter anderem aus einer Haltung der Kommunisten, die ihn daran erinnerte, dass es doch „Jesus Christus selbst“ gewesen war, der die Armen seliggepriesen hatte. Aus „positiven Motivschichten“ sei zu DDR-Zeit das „Akzeptieren, Teilnehmen, Mitgestalten und Mitverantworten“ entstanden.

Lesen sich derlei Passagen auch, als hätte sich ihr Autor beim Schreiben mit der rechten Hand am linken Ohr gekratzt, sie bezeugen doch eins: Es hat sich jedenfalls in der Chefetage des Sonderbeauftragten herumgesprochen, dass das Geschichtsbild vom „KZ DDR“ den Erfahrungen von Millionen einstigen Bürgern dieses Staates widerspricht.

Deshalb ist es von ihnen in das Fach für Geschichtslügen abgelegt worden, wo manches sich schon befindet, denn im Umgang mit diesen besitzen auch sie einen gewissen Grad von Vertrautheit. Als ihnen in den Wirren des 41. Jahres der DDR erzählt wurde, es hätten die Chirurgen mit gezückten Messern neben noch Lebenden gestanden, weil sie ihnen das Material für Organtransplantationen entreißen wollten, als ihnen weisgemacht wurde, Gynäkologen seien verkappte Kindesmörder gewesen, da fehlte es ihnen allerdings noch an Erfahrungen mit den Klopffechtern der neuen Macht.

Nun sind Jahre ins Land gegangen. Die Lehrer des Antikommunismus haben es nicht mehr mit Abc-Schützen zu tun. Wie lässt sich Fortgeschrittenen also die richtige Sicht beibringen?

Gauck misstraut der primitiven Gleichsetzung von „Nationalsozialismus“ und „Kommunismus“, fällt doch auch ihm „die Unterschiedlichkeit der Ideologien ... sofort ins Auge“. Und beim Vergleich der „Staatsformen, der Staatsorgane und des geschriebenen Rechts“ ist er auf größere Differenzen denn auf Übereinstimmungen gestoßen. Ähnlichkeiten und nicht mehr erblickt er hingegen in der „konkreten Herrschaftstechnik“, bei der „dienstbaren Rolle des Rechts“, beim „permanenten Einsatz von Terror“ und im Hinblick auf „die Folgen staatsterroristischer Herrschaft“. Das letzte betrifft nach seinem Urteil namentlich die Seelen, und da ist der Beauftragte Fachmann von Graden.

Wenn er auch nicht das erinnerliche Wort vom „Auschwitz der Seelen“ aufnehmen will, so ist ihm doch sicher, dass die „totalitäre Herrschaft“ der Kommunisten wie die der „Nationalsozialisten“ jeweils eine Spur von „Zerstörung in den Seelen der Überlebenden“ hinterlassen hat. Damit ist der gemeinsame Nenner, auf den sich die „beiden deutschen Diktaturen“ setzen lassen, doch wieder gefunden und die ein wenig verfeinerte, in Bereiche des Irrationalen getauchte Totalitarismusdoktrin gerettet. Unbewältigte Probleme hinterlässt diese Ausdeutung wegen erheblicher neuer Wahrnehmungsdefizite dennoch. Sie lässt nämlich die „toten Seelen“ unberücksichtigt, die der Juden, der Sinti und Roma, der sowjetischen Kriegsgefangenen, der Einwohner von Oradour und der Männer von Lidice und die von weiteren Hunderttausenden. Im Eingeständnis der „Unterschiede“ und „Differenzen“ kommen diese „toten Seelen“ nicht vor, geraten sie ganz unchristlich in die Kategorie der „vergessenen Seelen“.

Dieses Verfahren könnte dem Anliegen unförderlich sein, in das der „Essay“ ausmündet. Der wendet sich – nun wird die sprachliche Verfahrensweise des Politbüros doch abgelegt – schließlich an die westdeutsche Linke. Ihr wird dringend geraten, Schluss zu machen mit der Kapitalismus-Kritik und sich der des Sozialismus nicht länger zu verweigern. Die jahrelang geübte Praxis habe schon in den Seelen der (Alt-)Bundesbürger Schäden genug angerichtet und namentlich deren politisches Selbstbewusstsein an einer denkbaren und gerechtfertigten Ausprägung gehindert. Nun aber sollten der Analyse des Kommunismus nicht länger Zügel angelegt werden. Dazu bedürfe es der Bereitschaft, Hilfe zu erteilen und anzunehmen. An ersterer zweifelt der Sonderbeauftragte nicht. Um sich in den Stand zu setzen, der antikommunistischen Rosinante endlich die Zügel schießen zu lassen, müsse man sich nur mit den Ostdeutschen beraten. Die hätten den „Kommunismus“ schließlich erlebt und vermöchten über ihn mehr auszusagen als bloße Dokumente. Die in seinem eigenen Büro erwähnt Joachim Gauck in diesem Zusammenhang zwar nicht ausdrücklich, doch nimmt er sie auch nicht aus.

So endet die deutsche Ausgabe des „Schwarzbuchs“ wiederum mit einem Aufruf zum west-ostdeutschen Dialog über die Vergangenheit, aus der wir herkommen. Hier liegt ein auszulotender Berührungspunkt mit an der deutschen Geschichte interessierten einstigen DDR-Bürgern und selbst mit den vielgeschmähten demokratischen Sozialisten unter ihnen. Diese Ostdeutschen, Gewiss eine Minderheit, wollen die Debatte auch. Nur kommen sie von ihren dialektischen Schulungen nicht los, möchten nicht nur über den untergegangenen, sondern auch über die Vergangenheit des deutschen Nachkriegsstaats sprechen, in dem sie angekommen sind. Sie haben keine Schwierigkeiten mit einer Feststellung, die sich im zweiten der Originalausgabe beigefügten Beiträge aus „ostdeutscher Sicht“ findet. Diese lautet lapidar: „Der Kommunismus war nicht allein auf der Welt ...“. Diese Ergänzung der Dienststelle des Sonderbeauftragten verdient eine gesonderte Betrachtung.

junge Welt, Dienstag, 02. Juni 1998.

Auschwitz, Gulag und die kleinere Variante

Geschichte aus dem Hause Gauck

Der deutschen Ausgabe des Schwarzbuches gegen den Kommunismus hat nicht nur der Sonderbeauftragte für die Stasi-Unterlagen einen abschließenden Beitrag angefügt, wovon wir berichteten, sondern auch einer seiner Mitarbeiter. Beide Aufsätze sind unter die gemeinsame Überschrift „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ gestellt. Der Untertitel des Aufsatzes von Ehrhart Neubert schränkt das Vorhaben ein, er benennt die „Politischen Verbrechen“ als seinen Gegenstand, zielt aber auf ein Gesamtbild des untergegangenen Staates.

Neuberts Beschäftigung seit Jahren setzt ihn wie jeden anderen Spezialisten der Gefahr der Blickverengung aus. Dem kann in Abhängigkeit von der Bereitschaft, sich den eigenen Platz in einem Forschungsprozess klarzumachen, entgegengewirkt werden. Gauck scheint auf das Problem gestoßen worden zu sein, indem er sich klarmachte, dass das in seinem Hause produzierte Bild von der DDR sich dermaßen weit von den Erfahrungen der Masse einstiger Bürger befindet, dass es von ihnen schlichtweg abgelehnt wird. Wie weit aber sind seine Mitarbeiter gekommen? Hat er sie an seinen prinzipiellen oder taktischen Überlegungen zur DDR-Vergangenheit nicht beteiligt? Ein Vergleich der beiden Schwarzbuch-Beiträge zeigt, dass in ihnen kein vollständig deckungsgleiches Geschichtsbild entworfen wird. Während der Oberleiter sich mittlerweile differenzierendem Denken nicht völlig versagt, sperrt sich der kleine Leiter dagegen mit allen Kräften. Während jener zwischen der Ideenwelt des Kommunismus und der Wirklichkeit DDR unterscheidet, postuliert dieser deren Totalidentität. Während jener Phasen in DDR-Gesellschaft und -Staat wahrnimmt, erklärt dieser, sie seien zu aller Zeit aus einem Guss gewesen. Während jener den Vergleich der faschistischen Staatsmacht mit der DDR inhaltlich problematisiert, sucht dieser nachzuweisen, die DDR sei die schlimmere der „beiden Diktaturen“ gewesen.

Neuberts Ruf lautet: In die Hölle mit den Kommunisten, die wo und wann immer einzig von einem über Leichen gehenden Machtgelüst und Herrschaftswahn geleitet wurden. Sie seien Feinde der Menschheit, die in der Welt nichts wollten und nichts anrichteten als Zerstörung. Zwei Kostproben? „Das zynische Mordverlangen ist die Vernunft des Kommunismus.“ Die „kommunistischen Revolutionen“ seien „eine Metapher zur Veredelung von Verbrechen.“ Wer den Beitrag dieses Staatsbediensteten in die Geschichte des Antikommunismus einordnen will, kann zu Reden greifen, die 1936 auf dem „Reichsparteitag der NSDAP“ gehalten wurden. Aus diesen wie aus jenem spricht vor allem Hass. Die ihn im Braunhemd predigten, fürchteten, es werde die Sowjetunion ihnen mit der Politik kollektiver Sicherheit in die Eroberungspläne kommen. Was fürchtet der einstige Kirchenmann? Dass die Idee, über die kapitalistische Gesellschaft hinaus und zu solidarischen, sozialistischen Formen menschlichen Zusammenlebens zu gelangen, sich als unausrottbar erweisen könnte? Ganz sicher ist ihm nicht, dass es für Marx, dessen Mitstreiter und Konkurrenten Gründe gab, die Welt revolutionieren zu wollen, sich diese aber seitdem erledigt hätten.

Einleitend befasst sich Neubert mit dem Verhältnis der Kommunisten zur Menschheitsgeschichte. Dessen Schöpfer hätten „den Ausstieg aus der Geschichte proklamiert“. Später vermochten ihre Anhänger sich „aus der Geschichte zu stehlen“. Ganz muss ihnen das nicht gelungen sein, denn sie hätten zusätzlich eine besondere „Flucht aus der europäischen Geschichte“ antreten müssen. Schließlich seien sie obendrein aus der „eigenen Geschichte“ geflohen. Wenn dieses Geschwätz einen Sinn hat, dann lautet er: Dem Kommunismus und den Kommunisten gehören die Geschichte nicht. Er sagt ihnen nach, wo sie auftraten, hätten sie nicht vorgefundene soziale Verhältnisse liquidiert, sondern gleich „die Gesellschaft“. Kommunisten, lehrt er, sind Gesellschaftsfeinde. Mit seinem Trick, den Begriff „Kapitalismus“ durch „Gesellschaft“ zu ersetzen, verbindet sich der durchsichtige Versuch, soziales Denken auch sprachlich-begrifflich gleichsam dauernd einzupferchen. Wo die Rede auf die DDR kommt, zielt Neubert auf den lückenlosen Nachweis, dass es in ihr nichts gegeben habe, was nicht dem Machtgelüst der Regierenden entsprang und auf Unrecht, Gewalt und Verbrechen zu reduzieren wäre. Aus dieser Sicht stellt er bereits die Vorgeschichte des ostdeutschen Staates dar, dessen Territorium – Revanchisten aufgemerkt – von ihm gelegentlich auch das

von den Sowjets besetzte Mitteldeutschland genannt wird. Von der Revolutionierung der Besitzverhältnisse und bei Erwähnung der Bodenreform heißt es: „Fast alle Enteignungen waren Unrecht ...“. Von der Auseinandersetzung mit den Nazi- und Kriegsverbrechern wird geschrieben, sie wäre nicht dem Interesse entsprungen, mit Tätern juristisch abzurechnen, sondern dem nach Herrschaft und Unterdrückung und der Absicht, dem Westen etwas entgegenzustellen. Grotesk wird es, wenn der Autor, der zu DDR-Zeit doch offenbar ernährt und behaust worden ist, auf die Rolle der materiellen Arbeit zu sprechen kommt. Die sei den Herrschenden Mittel zur Erziehung und Bestrafung der Beherrschten gewesen, denn für Kommunisten reduziere sich das Menschliche auf die Ökonomie und der einzelne Mensch auf die Arbeit. Zerstörung also überall. Gegolten habe sie zuerst dem „genuin Politischen“, was immer das sein mag, dann den Eigentumsverhältnissen, der Wissenschaft, Kultur und Religion. Die materiellen Zerstörungen, welche die DDR hinterlassen habe, seien schlimmer als die der Flächenbombardements der Kriegsjahre.

Die nationalsozialistische Ideologie stelle – verglichen mit der kommunistischen – nichts anderes dar als „Kinderbuchphantasien von Kleinbürgern“. Das verniedlicht den National- und Rassenchauvinismus der Faschisten und ebenso die imperialistischen Welteroberungspläne. Von ihnen hat Neubert nie etwas gehört. Als die UdSSR angegriffen wurde, geschah das nicht, um der Reichtümer des Riesenlandes willen, Hitler „segelte im Wind des Antikommunismus“ ostwärts. In Deutschland besitzt die Verteufelung des Kommunismus ihren speziellen Preis. Neubert entrichtet ihn wie alle seine Vorgänger, die dem Geschichtsrevisionismus zuarbeiteten oder ihn bedienten. Keine Verleumdung ist ihm zu schäbig, als dass er sie nicht ungeprüft übernähme. Die gewalttätigen Exzesse von Angehörigen der Roten Armee auf dem Territorium des zerschlagenen Reiches seien von der Führung in Moskau gewollt gewesen. Neubert hätte sich anhand neuerer Literatur ebenso eines anderen belehren können wie durch den Besuch der Ehrenburg-Ausstellung, die kürzlich im Museum in Berlin-Karlshorst zu sehen war.[1]

Keine Frage, dieser DDR-Staat soll als furchtbarere Diktatur erscheinen als die der Faschisten und als die finsterste Herrschaft des Stalinismus: Er war ein Gefängnis. In ihm tobte von 1945 bis 1989 ein permanenter Bürgerkrieg. In seinen Grenzen wurden nahezu alle politisch motivierten Verbrechen begangen. In ihnen fanden pogromartige Verfolgungen statt. Zeitweilig existierte „ein kleiner deutscher Gulag“, in dem selbst die Vernichtung von Menschen durch Arbeit gewollt worden sei. Wer seine Interessen mit denen des Kommunismus im Einklang sah, postuliert Neubert, der gab „menschliche Maßstäbe“ dahin. Welche galten denen dann? Tierische? Teuflische?

„Auschwitz, der Gulag und deren kleine Varianten“, auf diesen Nenner will Neubert die Geschichte der DDR gesetzt sehen. Doch plagen ihn die Fragen: Warum lassen sich viele nicht vom „Mythos Antifaschismus“ abbringen? Warum haben „die Mythen des Kommunismus“, zu denen er weiter die vom „Sozialstaat“ und von der „Frauenemanzipation“ zählt, ein so langes Leben? Warum – da schimmert die „asiatische Tat“ doch wieder durch – erweist sich „Ostdeutschlands Rückkehr in die europäische Zivilisation“ als derart schwierig? Schuld daran seien die Nachwirkungen kommunistischer Beeinflussung. Obendrein gäbe es aus den Jahrzehnten der DDR „Glückserfahrungen“, zwar individuelle nur, aber selbst die erwiesen sich nun auf dem Weg in die „offene Gesellschaft“ als hinderlich.

Apropos „Aufarbeitung“: der Begriff bezeichnete lange eine Tätigkeit, mit der ein abgetragenes, aber noch nicht gänzlich unbrauchbar gewordenes Kleidungsstück, ein alter Hut etwa, wieder tragfähig gemacht wurde. Die Sprache lebt, und Begriffsinhalte wandeln sich. Manchmal wird man an ihren Ursprung dann doch wieder erinnert. Neubert geht es eingestandenermaßen nicht um die Analyse deutscher Geschichte. Der These von den „Verbrechen beider deutscher Diktaturen“, so bekennt er, komme „eine besondere politische Bedeutung“ zu. Der Wahlkampf illustriert das täglich. Für ihn wird dieser Beitrag den Kohl und Hintze, den Waigel und Stoiber rechtzeitig geliefert. Vor

---

[1] Bis hier in der „*jungen Welt*“ abgedruckt. Der nachfolgende Text ist abgedruckt in „*Marxistisches Forum*“, Heft 20/21/1998, S. 23-24.

die redliche Erforschung der DDR-Geschichte, die auch um die Darstellung der Rolle von Gewalt, Unrecht und Verbrechen keinen Bogen macht, deren Ausmaße, Quellen, Antriebe und Ziele feststellt, Akteure und Opfer benennt, ist mit diesem Aufsatz eine weitere Barriere gelegt. Und das geschah kaum unbeabsichtigt.

junge Welt, Mittwoch, 03. Juni 1998.

Partielle Sichtblenden, halbe Wahrheiten

Das Für und Wider des Begriffs „Vernichtungskrieg“ Als Propagandaminister Goebbels die geheimen Meldungen gelesen hatte, in denen von der Aufnahme der Morgennachricht des 22. Juni 1941 durch die deutsche Bevölkerung berichtet wurde, notierte er in seinem Tagebuch: „Im Volke ist eine leicht deprimierte Stimmung ... jeder neu aufgemachte Kriegsschauplatz bereitet ihm Sorge und Kummer“. Doch hoffte er bald darauf, dass auch diesmal wieder ein Gewöhnungseffekt sich einstellen werde und die Siegesmeldungen ihre Wirkung tun würden. Um Depressionen zu beseitigen, wollte er das Nötige anweisen. Geographische Großkarten der UdSSR sollten in den Zeitungen nicht veröffentlicht werden, denn: „Die weiten Räume können unser Volk nur erschrecken.“

Für den Krieg, den die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 mit dem unprovozierten Einfall in die UdSSR begann, bürgert sich nach einem halben Jahrhundert im Deutschen der Begriff „Vernichtungskrieg“ ein. Die Ausstellung, die unter der gleichen Bezeichnung in deutschen und österreichischen Städten gezeigt wird, dürfte mit ihren Text- und Bilddokumenten zu dessen Verfestigung beitragen. Seine Berechtigung ist unbestreitbar Es genügt – um nur an ein Beispiel der gegen Menschen und deren in Generationen geleistete Arbeit gerichteten Vernichtungsabsicht und Zerstörungspraxis zu erinnern – die Weisung zu zitieren, die Admiral Fricke, Chef der Seekriegsleitung, ergehen ließ: „Es ist beabsichtigt, die Stadt (Leningrad) eng einzuschließen und durch Beschuss mit Artillerie aller Kaliber und laufenden Lufteinsatz dem Erdboden gleichzumachen. Sich aus der Lage der Stadt ergebende Bitten um Übergabe werden abgeschlagen werden ... Ein Interesse an der Erhaltung auch nur eines Teiles dieser großstädtischen Bevölkerung besteht in diesem Existenzkrieg unsererseits nicht ...“

Für die Kennzeichnung „Vernichtungskrieg“ existieren Gründe massenhaft. Dennoch besitzt sie auch ihre Grenzen und – mehr noch – ihre Tücken.

Seit Kriege geführt werden, wurden in ihrem Verlauf Menschen und Dinge vernichtet. Darauf nahmen die Bezeichnungen, welche die Kriege in Politik und Geschichtsschreibung erhielten, meist keinen Bezug. Sie gaben entweder die Kriegsdauer an (der Hundertjährige, der Dreißigjährige, der Siebenjährige usw.), sie erinnerten an die Beteiligten (der Russisch-Japanische, der Deutsch-Französische) oder bedienten sich erreichter oder vorgetäuschter Kriegsziele (Befreiung, Einigung). Von Vernichtung war nie die Rede. Dabei steigerte sich in den Kriegen mit der Vergrößerung der Heere, mit der Vervollkommnung der Waffen und mit der Brutalisierung der Methoden, die angewendet wurden, auch deren vernichtende Wirkung. Diese war, bevor und als der erste Schuss in den sogenannten modernen Kriegen fiel, häufig nicht oder nur sehr lückenhaft absehbar Das galt insbesondere für den Ersten Weltkrieg. Wer besaß an seinem Beginn eine Vorstellung von der Millionenzahl der Menschen, die in ihm umkommen sollten? Vor wessen Auge standen schon die Bilder der verstümmelten französischen Ort- und Landschaften, die zu sehen waren, als die fälschlich „Materialschlachten“ genannten Kanonaden beendet waren?

Der Krieg, der am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen begann, übertraf dann alles Dagewesene. Von Anfang an gehörte die rücksichtslose Vernichtung von Menschen zur Kriegspraxis der deutschen Militärführer Die Toten und die Trümmer Warschaus bezeugten das. Der Schrecken „aus der Luft“, verbreitet durch kalt befohlene Bombardements, sollte dem Erscheinen der Erdtruppen vorauseilen und die gegnerischen Kräfte lähmen. Die neue Qualität, welche die Vernichtungspraxis aber seit dem 22. Juni 1941 gewann, ergab sich nicht nur aus dem Kalkül einer vollkommen enthemmten Kriegführung, sondern aus deren Kombination mit den vorgefassten Kriegszielen. Ausschlaggebend wurde der Vorsatz, bereits im Verlauf der Kampfhandlungen und noch im Kriegsverlauf den Feind – als solcher galt der kämpfende Soldat ebenso wie der Kriegsgefangene und der Zivilist – zu dezimieren. Derart sollte dem erstrebten „Friedenszustand“ im Großgermanischen Weltreich vorgemordet werden.

Das lässt sich ebenso knapp wie klar aus der von Martin Bormann angefertigten Niederschrift über eine von Hitler geleitete Sitzung entnehmen. Sie fand nur wenige Wochen nach dem Überfall, am 16. Juli 1941, statt. Vor Göring, dem „Ostminister“ Rosenberg, dem Chef des Oberkommandos der

Wehrmacht, Feldmarschall Keitel, und dem Chef der Reichskanzlei, Lammers, wurde in einer etwa fünfstündigen Sitzung entwickelt, wie Kriegspraxis und Kriegsziel miteinander verbunden werden sollten. Es käme darauf an, so der Oberste Befehlshaber, „nichts für die endgültige Lösung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten“. Noch bevor der Gegner vollständig besiegt sei, sollte in den eroberten Gebieten alles getan werden, was deren dauernde Beherrschung, Verwaltung und Ausbeutung sicherstellte. Erschießen, ausrotten, aussiedeln, also vernichten, lautete die Devise. Zugleich aber wurden auch schon die geographischen Vorstellungen von der Inbesitznahme und „Germanisierung“ exakt formuliert: die „deutsche Krim“, das „deutsche Baltikum“, die „deutsche“ Halbinsel Kola wegen ihrer Nickelvorkommen, sodann das Gebiet um Baku wegen seines Erdölreichtums.

Damit sind die Grenzen des Begriffs „Vernichtungskrieg“ bezeichnet, der diese Pläne für den gedachten Endsieg und deren schon im Sommer 1941 einsetzende Verwirklichung nicht trifft. Diese Grenzen werden zusätzlich verengt, wenn wie selbstverständlich von „irrsinnigen“ Plänen, „sinnlosem Krieg“ und kranken Hirnen einiger „nationalsozialistischer“ Führer geschrieben wird. Dies mündet – häufig nebenbei – darin, das Diskontinuierliche in der geschichtlichen Stellung dieses Krieges zu verabsolutieren und ihn als einen totalen Bruch gegenüber aller voraufgegangenen (und aller darauffolgenden) Geschichte misszuverstehen. Verloren geht, dass das Vernichten von Millionen Menschen, ihrer Siedlungen und aller anderen materiellen Existenzgrundlagen nie Selbstzweck war, sondern als Teil einem umfassenderen Zielgeflecht zugehörte. Der Krieg, den die Deutschen von 1939 bis 1945 führten, war ein imperialistischer Eroberungskrieg.

Nun muss, wer „Vernichtungskrieg“ sagt und schreibt, diese Totale, die den Blick auf allgemeine soziale Antriebe und Interessen freigibt, nicht ausblenden wollen. Er kann – wie die Autoren der nützlichen Ausstellung – auf eine spezielle, furchtbare Erinnerung zielen, deren Wahrheit noch immer bestritten wird und deshalb, auch für die Nachgeborenen, einen festen Platz besetzen sollte. Es kann der Begriff „Vernichtungskrieg“ aber auch als eine partielle Sichtblende verwendet werden. Denn er erweist sich als geeignet, das Fragen und Nachdenken einzig auf dem Feld des Moralischen und Amoralischen einzupflocken.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 20./21. Juni 1998, S. 15.

Plädoyer für den „aufrechten Gang“

Wer sich nur etwas in der Überfülle der Literatur zur Pädagogik, Erziehung und dem Schulwesen unter der faschistischen Herrschaft auskennt und das unausgesetzte Anwachsen der Masse von Detailuntersuchungen beobachtet – deren Themen reichen von der Geschichte einzelner Lehranstalten bis zu Erinnerungsberichten früherer BDM- und HJ-Führer –, der wird diese gedanklich weitgreifende und doch kompakte und übersichtliche Gesamtdarstellung besonders willkommen heißen.

Keim setzt nach einer knappen Skizze der „Grundlagen der nationalsozialistischen Erziehungspolitik“ mit der pädagogischen Situation in der Endzeit der Weimarer Republik ein und endet mit der in der (Alt-)Bundesrepublik lange ausgebliebenen Auseinandersetzung auch mit diesem Teil deutscher Vergangenheit.

Immer wieder neue Beweise häufend, kehrt er zu seinem hauptsächlichen Befund zurück: Das Verhalten der Pädagogen erklärt sich während der Nazi-Diktatur nicht aus Anpassungsdruck und Terror allein und nicht einmal in erster Linie, sondern es war das Resultat einer hochgradigen Affinität, die erzieherische Ideen, pädagogische Systeme und deren Träger zur deutsch-faschistischen Ideologie bereits vor dem 30. Januar 1933 aufwiesen. Damit war die Vorbedingung für den massenhaften Vollzug der Selbstgleichschaltung geschaffen. Die wog schwerer als die Befolgung der von den Machthabern abgeforderten oder erzwungenen Gleichschaltung.

Im Zentrum des Überblicks aber bleibt der Nachweis, welchen Anteil die Masse der Pädagogen daran besaß, die deutsche („arische“) Jugend ideologisch und moralisch fest in den Griff der Machthaber zu bekommen, sie mit dem Gift des Rassismus und der Lehre vom Herrenmenschen zu infizieren und sie derart auf ihre Rolle im Kriege vorzubereiten. Keim legt am Ende seiner Darstellung klar, was aus der Beschäftigung mit der Nazi-Pädagogik bis und für heute zu gewinnen ist. Er sieht die Aufgabe, überzeugte Demokraten, Menschen, die menschenfreundliche Überzeugungen besitzen und für sie einstehen, keineswegs als gelöst an, ja sie nicht einmal schon auf festes Fundament gegründet. Er ist davon überzeugt, dass die rückhaltlos offene Auseinandersetzung mit dem Anteil wie mit dem Weg- und Vorbeisehen an den Ungerechtigkeiten und Verbrechen, die sich während der Jahre 1933 bis 1945 ereigneten, sodann mit der Selbstgerechtigkeit, der Unbußfertigkeit und dem Lernunwillen der Nachkriegsjahre notwendig ist, um solche demokratische Erziehung fest und unwiderruflich in der Gesellschaft zu verankern.

Dieses Buch liegt in mehr als in einem Punkte nicht im Hauptstrom. Der Autor brauchte offenkundig nicht der Anfechtung zu widerstehen, Parallelen zwischen der west- und der ostdeutschen Nachkriegspädagogik kunstvoll zu konstruieren, um daran faule Ausreden zu knüpfen. Keim plädiert mit Ernst Bloch für den „aufrechten Gang“ der Erzieher, so kommt er auch selber daher.

Wolfgang Keim: Erziehung unter der Nazi-Diktatur. Bd. 1: Antidemokratische Potentiale, Machtantritt und Machtdurchsetzung, 218 Seiten Bd. 2: Kriegsvorbereitung, Krieg, Holocaust. 505 Seiten, Primus Verlag Darmstadt, je DM 49,80.
antifa, Juli 1998, S. 26.

Kritik nach rechts und links

Essays zur Zeitgeschichte – Haffners Denkanstöße

Nachdem, um Jahrzehnte verspätet, erst kürzlich des Autors Buch „Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet“ eine deutsche Übersetzung erlebte, lässt der Verlag nun eine Aufsatzsammlung folgen. Sie trägt einen beirrenden Titel und beginnt mit einem wenig erhellenden Vorwort. Wer hat die Auswahl besorgt und gerade diese Arbeiten vereint, die in den fünf Jahrzehnten zwischen 1941 und 1991 vorwiegend in deutschen und britischen Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind? Welche Urteile, gefunden und niedergeschrieben in Tagen, die mitunter von äußerster politischer Spannung erfüllt und durch rascheste Ereignisfolgen gekennzeichnet waren, haben im Rückblick Bestand? Welche Antriebe verursachten mitunter schroffe Wendungen in der Parteinahme des Mannes, der 1938 aus Deutschland floh, 1954 in die Bundesrepublik zurückkehrte und dort alsbald den Platz eines den Herrschenden hochunbequemen, weil einflussreichen Publizisten einnahm – einen Ort, an dem es nicht eben viel Gedränge gab?

Uwe Soukups Vorwort bezeugt eine kritiklose Verehrung für Haffner Doch wäre dessen Verdienst um die geistige und mentale Entfernung vieler Deutscher weg vom Jahre 1945 und der Hinterlassenschaft nicht nur des faschistischen Staates, sondern auch der Weimarer Republik um kein Jota geschmälert, würde deutlich benannt, wo der Mann irrte, der sich selbst als „bürgerlichen Geschichtsdenker“ bezeichnete. Dessen Geschichtsbilder überzeugen durch ihren logischen Bau ebenso wie durch die Eindringlichkeit ihrer Sprache. Hinzu kommt, dass Haffner seine Leser nie gedanklich überforderte. Er transformierte ihnen verwickelte historische Zusammenhänge ins Allgemeinverständliche. Sie konnten so den festen Eindruck gewinnen, „jetzt“ hätten sie es ganz verstanden. Oft mochte das der Fall sein. Mitunter erhielten sie aber eine Vereinfachung vermittelt, die erst durch souveräne Nichtachtung historischer Forschungen und selbst von Tatsachen entstanden war Beispielsweise: Dass Hitler im Kriegslazarett beschlossen hatte, Politiker zu werden, war eine Legende, und man fragt sich, warum der Mann, der den obersten Faschistenführer doch auch für einen ausgemachten Lügner hielt, diesem gerade die berechnete autobiographische Dramatisierung abnahm. Die Antwort ist einfach: Sie passte trefflich in sein eigenes Bild von der Novemberrevolution, deren Scheitern ihm als Wurzel aller folgenden Übel vorkam. Alternativen nach dem Mai 1919 ließ er nicht mehr gelten. Die Gleise waren gelegt, Weichen existieren nicht mehr.

Haffners herausragende Fähigkeit ist sein Spürsinn, für das, was aus geschichtlichen Erlebnissen und Erfahrungen in einem Volke sich verhängnisvoll festzusetzen vermag, wenn sie nicht verarbeitet werden. Eine Demokratie, so seine Überzeugung, könne in Deutschland nicht entstehen, wüssten die Bürger nicht, woher sie und ihre Väter und Mütter kommen. Da er – jedenfalls seit den 60er Jahren – für die sichere und dauerhafte Begründung kapitalistischer Zustände auf die deutschen Liberalen und deren Bündnis mit einer „neuen Linken“ setzte, war und blieb deren Geschichte, namentlich die der Sozialdemokratie, bevorzugter Gegenstand seiner Publikationen. Die Hartleibigkeit, mit der sich hingegen Führer und Ideologen der SPD jedes befreienden Wortes zur Vergangenheit ihrer Partei verschlossen, befeuerte seine Attacken zusätzlich. Die „Erben“ wiederum haben sie ihm, das Vorwort bietet eine knappe Sammlung davon, auf ihre Weise heimgezahlt.

Der Mann, der seine Beiträge in der „*Welt*“ und im „*Stern*“, im „*Spiegel*“ und in „*konkret*“ drucken ließ, scheute sich nicht, gegen den Strom anzuschreiben. Das Jahr 1949 galt ihm mit der Beschlussfassung über das Grundgesetz als dasjenige, von dem an zu den Grundrechten der Bürger nichts mehr hinzukam, sondern die „Abzüge“ begannen. Er verlangte, dass über schmälernde Eingriffe in die Verfassung nicht die Parlamentarier, sondern die Bürger zu entscheiden hätten. Er verurteilte die RAF-Terroristen aufs schärfste, markierte sie als die schlimmsten Feinde der politischen Linken und bestand dennoch auf der Schuld derjenigen, die durch Politik und Hetze dazu beigetragen hätten, dass ein ursprünglich demokratisches Anliegen blutig pervertierte. Er verwies frühzeitig darauf, dass die rechte Gefahr sich nicht auf die NPD reduzieren lasse. Er forderte von der Regierung in Bonn die Anerkennung der DDR und der bestehenden europäischen Grenzen. Er zeigte keine moralische Empörung darüber, dass Revolutionen ohne Gewalt nicht auskommen, vorausgesetzt nur, es handelte sich wirklich um Revolutionen.

Haffners Name steht deutlich in der Geschichtspublizistik Nachkriegsdeutschlands. Der studierte Jurist nahm (und nimmt) nie für sich in Anspruch, Historiker zu sein. Er verfocht seine Ansichten, um Begründungen nie verlegen, die – richtig oder auch falsch – jedenfalls zum Nachdenken herausfordern. Das wiegt gegenwärtig, da deutsche Geschichte von Parlamentariern vorgeschrieben wird, noch schwerer als zu der Zeit, da seine Artikel zum ersten Mal gedruckt wurden.

Sebastian Haffner, Zwischen den Kriegen. Essays zur Zeitgeschichte. Verlag 1900, Berlin 1997 255 S., geb., 29,80 DM.

Neues Deutschland, Dienstag, 17. Juli 1998, S. 13.

Bewältigungsprobleme

Ein neuaufgelegter Band versammelt Analysen zur Geschichte des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime

Als sich in den achtziger Jahren die Beziehungen zwischen den Historikern in der DDR und der BRD zum besseren entwickelten, war gelegentlich zu hören, die wissenschaftliche Diskussion miteinander sei möglich geworden, weil sich die Fragestellungen gleichsam aufeinander zu bewegen würden. Das wurde beispielsweise für die Erforschung des Widerstands gegen das Naziregime in Deutschland festgestellt. Im Westen war das Ereignis des 20. Juli 1944 Ausgangspunkt des Interesses gewesen, der Arbeiterwiderstand aber ignoriert oder in seiner Bedeutung herabgesetzt worden. Umkehrt ließ sich vom Osten sagen, dass hier die Erforschung des politischen Widerstands einer Minderheit der Arbeiterklasse und in ihr wieder die des von Kommunisten geleisteten bei weitem überwog, während die „Männer des 20. Juli“ unter dem Gesichtspunkt abgetan wurden, es habe sich im Kern um ein reaktionäres Projekt gehandelt, das über den sich bereits als unabwendbar abzeichnenden Untergang des faschistischen Staates die Herrschaft der alten Eliten habe hinwegretten wollen. Deren ohnehin schwer denkbarer Sieg hätte nur so etwas wie eine Barriere für einen wirklichen Aufbruch zu neuen geschichtlichen Ufern dargestellt. Nun beruhte diese Aussage auf keiner bloßen Absicht, die Verschwörer vor der Geschichte ins Unrecht zu setzen. Eine bekannte (west-)deutsche Publizistin, sagte mir gesprächsweise: „Wenn die seinerzeit gesiegt hätten, wäre noch eine Revolution notwendig gewesen, um bis in die sozialen und politischen Zustände der Bundesrepublik zu gelangen.“

Nur eben litt die vieljährige aber marginale Beschäftigung mit der Geschichte der Verschwörung zu DDR-Zeit an der Dominanz des politischen Urteils und mithin und wie meist an erheblichen methodischen Mängeln. Erst 1984, am vierzigsten Jahrestag des Ereignisses, setzte sich in der Geschichtsschreibung und Geschichtspublizistik im ostdeutschen Staat eine Betrachtung durch, die zunächst einmal ins Visier nahm, dass die Beseitigung Hitlers und seiner Führungsclique, so ungewiss auch über deren Folgen geurteilt werden kann, jedenfalls den Krieg verkürzt haben würde. Dies allein ergab Zustimmung zur mutigen, das Leben einsetzenden Tat. Es genügt an die Zahl der toten Soldaten der letzten nahezu zehn Kriegsmonate, die deutschen eingeschlossen, zu denken, an die Opfer unter den Zivilisten, an die in den Lagern Ermordeten usw. Mit dieser Betrachtung war von der Kritik an den Plänen für die Gesellschaft nach Hitler, wie sie etwa Carl Goerdeler entworfen hatte, nichts zurückgenommen. Zugleich aber wurde eine sozialistische Entwicklung nach dem Ende des Faschismus nicht als die einzige angesehen, die zu rechtfertigen war. Es verschwand auch die stets mitschwingende Beschuldigung, die Verschwörer hätten sich nicht an die Massen gewandt. Denn es setzte sich das Eingeständnis durch, dass es in der Bevölkerungsmasse an jeder Bereitschaft zu einer Partnerschaft fehlte.

Dem Wandel war vorgearbeitet worden. Niemand hatte das mehr getan als der Potsdamer Historiker Kurt Finker mit seinen Arbeiten über den Kreisauer Kreis und zur Biographie Stauffenbergs. Zusammen mit Ines Reich ist er der einzige aus den neuen Bundesländern gewesen, der eingeladen wurde, an einem weiteren Band über den „20. Juli“ mitzuwirken, an dem insgesamt 17 AutorInnen beteiligt waren. Dieses Buch ist nicht mehr taufrisch: Es erschien zuerst 1994. Doch wer würde nicht begrüßen, wenn Paperbacks wissenschaftliche Literatur für studentische und bei ähnlicher Kasse befindliche Käufer erreichbar machen. Gegenüber dem ersten Erscheinen sei eine Überarbeitung und teilweise Aktualisierung erfolgt, schreibt der Herausgeber. Die bleiben hinter dem Wünschbaren zurück. Allein die Debatte um die Ausstellung „Wehrmachtsverbrehen“, seit dem zeitigen Frühjahr 1997 geführt, hätte dazu viel Stoff geboten, denn die zähe Verteidigung der faschistischen Streitkräfte durch Bürgermassen auf der Straße, in Leserzuschriften an Zeitungen und Zeitschriften und durch Redner im Bundestag zeugte beredt davon, was die Leute über Stauffenberg und alle dachten, die den endlich als verbrecherisch erkannten Befehlen nicht länger Folge leisten wollten.

Das heißt jedoch nicht, dass der Band an informativen und orientierenden Nutzen ein Jota verloren hätte. Wie immer finden sich in derart breit angelegten Sammlungen auch Beiträge von der Kategorie der Nieten. Kopfschüttelnd nur liest ein Historiker, der in der DDR arbeitete, dass das Fach Geschichte das wichtigste Unterrichtsfach an den Schulen dieses Staates gewesen sei. In Wirklichkeit wurde es noch zu Zeiten Walter Ulbrichts, der sich in seinem dritten Beruf als Historiker sah, über die Köpfe der Geschichtswissenschaftler hinweg für die Abiturklassen völlig abgeschafft. Auch der Einspruch der fachkundigen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften vermochte daran nichts zu ändern. Erst für 1990 hatte das noch von Margot Honecker geleitete Ministerium einen Wandel vorbereitet. Die Lehrbücher dafür wurden in einem Not-Druck hergestellt und gehören heue zu den Rara aus dem 41. Jahr der DDR, dem ihres Abbruchs.

Der Band setzt mit einer Übersicht über die Haltung der Siegermächte (die Westalliierten, die Sowjetunion, Frankreich, Polen) zum deutschen Widerstand seit dem Jahre 1944 ein. Daran schließt sich die Analyse von Historiographie und Bildungsarbeit in Deutschland nach 1945. Im dritten Teil wird vom Widerstand als „Bewältigungsproblem“ in besonderen Berufsgruppen und Bereichen der Gesellschaft gehandelt. Der darin platzierte Beitrag über die Bundeswehr hätte eine besondere Überarbeitung verdient. Herausgeber Ueberschär hat die Situation in einem einzigen Verweis aber scharf charakterisiert. Es hätte, dachte er sich, das Verschwinden der Namen von Dietl und Kübler von deutschen Kasernentoren doch genutzt werden können, um ein deutliches Zeichen einer Wende zu geben und sie nach Widerstandskämpfern zu benennen. Stattdessen sei man in Füssen wie in Mittenwald auf die Landschaft ausgewichen und habe sich für Allgäu und Karwendel entschieden. Und das geschehe, um „jedem politischen Streit und jeder umstrittenen Einordnung des Widerstands aus dem Wege zu gehen.“ So also darf damit gerechnet werden, dass – erfolgreiches Angehen republikanisch gesinnter Bürger gegen die Kriegshelden Hitlers verherrlichende Namen an Bundeswehrtoren vorausgesetzt – wir demnächst auch eine Oderbruchkaserne bekommen werden.

Der abschließende Teil bietet neue Forschungsansätze und einen Blick in geschichtlich wie politisch gleichermaßen wichtige Diskussionen, die andauern. Wer sich der Mühe nicht unterziehen kann, das ganze Buch zu lesen, der sollte sich wenigstens den abschließenden Beitrag von Manfred Messerschmidt zu Gemüte ziehen, der sich mit neueren Debatten um Opposition und Verweigerung von Soldaten (Deserteure, Zersetzer, Verweigerer) im Zweiten Weltkrieg befasst. Der Beitrag verfolgt die einschlägigen politisch-zaristischen Entscheidungen bis zu dem Ende 1997 gefassten Kabinettsbeschluss. Seinen Standpunkt ohne einen Anflug überflüssiger Polemik vertretend, zeigt des Militärhistoriker und vieljährige Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, was diejenigen letztlich treibt, die allein durch die Methode der Einzelfallprüfung zunächst einmal jeden moralisch verdächtig machen, der in dieser Wehrmacht nicht weiter mittun wollte. Im Kern gehe es bei diesem Vorgehen um nichts anderes, als um das hartnäckige Ausweichen vor dem ungeschminkten Eingeständnis, um, welcher Ziele willen dieser Kriege geführt wurde und dass allein diese Ziele einen völlig hinreichenden Grund abgaben, ganz gleich wann und wo, besser früher denn später, sich von dieser Truppe zu entfernen. Nur en passant erwähnt Messerschmidt, dass – anders als im Hinblick auf die Wehrmacht – jedem Deserteur aus den Reihen der DDR-Armee die hehrsten und vollständig akzeptable Beweggründe unbesehen unterstellt wurden. Ja, die Geschichtssicht, wonach die DDR die schlimmere der beiden Diktaturen war, ist keine Erfindung der „Nachwendezeit“. Sie kündigte sich in derlei unterschiedlicher Bewertung der Flucht von der Hakenkreuz- und der Hammer-und-Sichel-Fahne bereits seit langem an.

Gerd R. Ueberschär, Der 20. Juli. Das andere Deutschland in der Vergangenheitspolitik nach 1945, Elefanten Press Berlin 1998, 439 S.

junge Welt, Montag, 20. Juli 1998.

In den Koordinaten deutscher Geschichte

Ein verspäteter Rückblick auf die Fußball-WM 1998

Das Championat in Paris wäre rascher selbst von den hinteren Seiten der Tagespresse verschwunden, hätte nicht diese oder jene Nachricht Erinnerungen heraufbeschworen. Das tat auch die Meldung, es habe sich der Trainer der deutschen Mannschaft, nachdem ihm dies dringend angeraten worden sei, für seine Äußerungen, getan nach dem Ausscheiden seiner schwarzweißen Elf, nun beim ersten Mann der internationalen Organisation entschuldigt, die das Spektakel ausrichtete. Dieser habe erklärt, für ihn sei „diese Angelegenheit“ seitdem als sehr angenehm bezeichneten Gespräch erledigt.

So ehrenhaft, edel und nachsichtig behandeln sich Sportsmänner untereinander. Nun mag der FIFA-Präsident ja eine Adresse sein, an die eine solche Erklärung zu richten war. Aber doch nicht die einzige! Wie steht es mit dem geschmähten norwegischen Schiedsrichter? Und wie mit den nach sicherer Schätzung in die Millionen gehenden Deutschen, die sich zu ihren und ihrer Landsleute Niederlagen einen objektiveren Standpunkt längst erarbeitet haben und zu deren ungebetenem Anwalt sich der Teamchef aufschwang? Dieses Klagen, Jammern, Verdächtigen und Sichgroßtun in einem, das von den deutschen Medien zuerst aufgenommen und dann mit dem Bemerken abgetan worden ist, mit dem Fernsehauftritt des Mannschaftschefs sei dem „deutschen Ansehen“ ein schlechter Dienst erwiesen worden, verdient indessen, gründlicher betrachtet zu werden. Es besitzt diese Haltung nämlich eine lange Vorgeschichte, älter als die Lebenszeit aller in diesem Wettkampf Geschlagenen.

Erinnern wir uns also jenes Auftritts und des ersten Echos der Boulevardpresse auf nichts anderes als auf eine im sportlichen Wettstreit erlittene Niederlage, deren einzige Besonderheit darin bestand, dass ihr Zustandekommen von einigen zehntausend auf den Tribünen als Zuschauer und weltweit von einigen Millionen an den Fernsehgeräten gesehen worden war. Es hieß: Nein, das haben sie und wir nicht verdient. Diese Reaktion gehört in eine umfassendere Denktradition**,** der zufolge die Deutschen in ihrer Geschichte nie eine Niederlage und niemals deren Folgen verdient haben – nicht das Diktat von Versailles und nicht das Potsdamer Abkommen, nicht die Niederlage bei Stalingrad und nicht die bei El Alamein. Und nun auch nicht die in Lyon.

Denn: Unsere Männer haben sich wie immer so angestrengt, verausgabt, bewährt, sich nie aufgegeben, gekämpft bis zum letzten, sind über das noch hinausgewachsen, was sie vordem schon Außergewöhnliches geleistet hatten usw. (Als hätten sich die elf Rivalen auf dem grünen Rasen zum gemütlichen und erholsamen Blumenpflücken versammelt.) Und folglich können sie unsere Helden bleiben, ungeachtet, ja vielmehr gerade wegen und in ihrer Niederlage müssen sie es auch. So sind unsere Vorfahren schon mit den Fast-Siegern vom Skagerrak und denen vor der La-Plata-Mündung verfahren. Denen wollen wir uns würdig erweisen und also auch die Beinahegewinner von Lyon in unsere Heldenschreine aufnehmen, für die in dem schon reichlich gefüllten Ehrensaal mit der Überschrift „Deutsche Tragödien“ sich Platz noch finden lässt. Deutsche haben zu den ihren zu stehen, in Notzeiten zumal, wie einst der Kaiser Wilhelm und dann der Führer Hitler und jetzt der Mehrkämpfer Kohl.

Trauer wurde, kaum dass der Abpfiff erfolgt war, der Nation verordnet, aber stolze, und Protest, aber lauten. Denn wieder einmal waren diese Deutschen um den wie immer ihnen zukommenden Sieg betrogen worden. Diesmal nicht vom Schicksal, das hätten wir uns notfalls noch gefallen lassen, nicht von den Generalen Schlamm oder Winter, sondern von einem absoluten Befehlshaber, gegen den unsere Männer nicht ankamen. Sein Name war – siehe oben – Schiedsrichter. So lautete der Tagesbefehl, mit welchem die Nation noch am Tatort Blickrichtung und Frontstellung erhielt und ihr Feindbild. Nicht genug damit, hatte der Oberanführer der geschlagenen Eliteeinheit, die per definitionem nur unverdient besiegt werden konnte, dieses Feindbild nicht auf den einen Akteur mit Pfeife und farbigen Karten begrenzt. Er behauptete, es gäbe mehrere, denen die Deutschen auf den Kampfplätzen, die noch Fußballfelder heißen, zu groß geworden wären, weshalb sie schon mehr-

mals benachteiligt wurden. Wenn schon unterliegen, dann einer verschwörerischen Übermacht. Viel Feind', viel Ehr'.

Auch das, wie gehabt. Da wurde es Zeit, endlich Fraktur zu reden, nicht wahr? Sind die Deutschen in Europa doch nicht nur viele, sondern wieder WER. Also können sie sich auch in dessen Sportarenen nicht protestlos auf einen Rang einrangieren lassen, der nicht einmal exakt zu benennen ist, jedenfalls aber hinter dem vierten liegt.

Dieser Auftritt vor den Fernsehkameras war kein Lapsus, und er erhielt dadurch zusätzliches Gewicht, dass sich nicht ein einziger der beteiligten oder als Ersatz bereitstehenden deutschen Spieler, soviel manche von ihnen sonst gefragt oder ungefragt daher schwadronieren, dazu entschloss, dieser Feindbildversion klar entgegenzutreten. Damit wurde ein Zustand bezeichnet, der mit einer sehr verspäteten, auf dem Instanzenweg vorgebrachten Entschuldigung sich eben nicht erledigen lässt. Denn er stellt eine Gefährdung dar. Und das nicht für das vielberufene „deutsche Ansehen", sondern für die Deutschen. Dass der Mann, der doch nicht nur für das Können und Verhalten der Akteure im Nationaltrikot auf dem Sportfeld verantwortlich ist, nach der Niederlage von einem Reporter devot und mitleidend gefragt wurde, ob er nicht etwa selbst schon an Konsequenzen denke, lenkte die Fragen der deutschen Fernseher gewollt oder ungewollt, gekonnt oder zufällig in eine falsche Richtung. Der Mann muss nicht nach und wegen der Niederlage weg, er muss nicht entfernt werden nach der Methode, mit der Hitler – übrigens nicht durchweg – mit seinen einschlägig belasteten Generalen verfuhr, sondern wegen der Art, in der er diese Niederlage kommentierte. Und das nicht aus einer Augenblicksverfassung heraus, sondern aus Tiefen seiner deutschnationalen Verfassung. Sie begründet den Verdacht, dass er die jüngeren Burschen, auf die jetzt zurückgegriffen werden muss, nicht anders denn die abtretenden älter gewordenen nach seinem Bilde zu formen vermag und gewillt ist: Unfähig zu jeder tiefergreifenden Selbstkritik, unwillig eine Niederlage von Deutschen auch nur zum Teil als selbstverschuldet anzusehen; bereit, Sündenböcke zu beladen, nicht um sie nach biblischem Vorbild in die Wüste zu schicken, sondern sie dem „Fans" genannten Mob in den Rachen oder zwischen die Fäuste zu liefern.

Vogts Auslassungen erfüllten den Tatbestand einer aufhetzenden Mobilmachung gegen die „Anderen", gegen die den Deutschen angeblich Missgünstigen, gegen jene, die diesen Deutschen ihre Erfolge nicht nur neiden, sondern sie auch hinterhältig verhindern würden. Darüber nachzudenken und dazu sich zu äußern müsste der Mann aufgefordert werden, wäre da die Spur einer Chance, ihm Völkerverständigung als ein Ziel sportlichen Aufeinandertreffens verständlich zu machen.

Wir leben inzwischen in einem Lande, in dem unter Juristen- und Polizeischutz Demonstrationen und Kundgebungen stattfinden können, auf denen Redner Menschen als Pest bezeichnen und sie irgendwelcher antideutschen Verschwörung zeihen. Das hatten wir auch und mehrfach schon. Von diesem Kontext kann nicht abgesehen werden, wenn von jenem unsäglichen, schlichtweg vom schwarz-weiß-roten Geist getränkten Interview des Mannes geschrieben wird. In der Studiodekoration jenes Abends fehlte die Reichskriegsflagge. Das Beklagen und Verurteilen des barbarischen Auftretens aus Deutschland angereister Totschläger erweist sich als pure Heuchelei, wenn und solange nicht von den deutschen Zuständen die Rede ist. Das wünscht nur eine Minderheit. Die Mehrheit interessiert allein die Frage, wer geeignet ist und garantiert, dass den Franzosen die eben errungene Trophäe in vier Jahren abgenommen werden kann, auf die Germania vom Niederwald begierig westwärts glotzt.

junge Welt, Montag, 20.07.1998.

Proarabisch, antiisraelisch

Eine Studie erhellt die Grundlagen der problematischen Beziehungen der DDR zu Israel

Den untergegangenen DDR-Staat konnte kein schlimmeres Verdikt treffen als das, er sei so etwas wie das „zweite deutsche Auschwitz“ gewesen. Einfach ließ sich solcher Nachruf nicht begründen. Dennoch zielten manche „Grabreden“ exakt dahin. Ein Schlaukopf kam auf die Wendung vom „Auschwitz der Seelen“. Sonderliche Glaubwürdigkeit hat dieses Bild nicht erlangt. Doch blieb das Anliegen, das implodierte Staatswesen im Kern für antisemitisch (in der DDR, S. 17, 160) zu erklären und damit den Schlussstein für das frisch aufgeputzte Gebäude der Totalitarismus-Doktrin zu setzen, lebendig.

Geht es um die Geschichte der DDR, dann sind nach wie vor „mediengerechte Kürzel“, „politische Pauschalurteile“ und die „Verkehrung alter Bilder in ihr bloßes Gegenteil“ en vogue. Angelika Timm, einst selbst Bürgerin der DDR und in ihr eine Spezialistin für „Israelwissenschaft“ geworden, wusste worauf sie sich mit dem Projekt einließ, die Beziehungen zwischen der DDR und Israel zu erforschen (zu den konstituierenden Faktoren dieses Verhältnisses, S. 48), darüber eine Monographie vorzulegen und dies von der nahezu zeitgleichen Gründung der beiden Staatswesen an bis in das Jahr 1990. Zumal sie nicht beabsichtigte, eine bloße Diplomatie-Geschichte im traditionellen Sinne zu schreiben. Die hätte, angesichts eines Verhältnisses, das sie im herkömmlichen Verständnis auch als „Nichtbeziehung“ bezeichnen konnte, sehr kurz sein können. Keine der wechselnden Regierungen in den beiden im Wesen konstanten Regimen besaß je ein Interesse daran, die gegenseitige Einrichtung diplomatischer Missionen anzustreben. Als im 41. Jahr der DDR-Existenz Verhandlungen in diese Richtung zielten, befand sich der ostdeutsche Staat im Zustand der Agonie und seine Tage waren bereits gezählt. Die Autorin hat an den folgenlosen Gesprächen, die in Kopenhagen stattfanden, als Dolmetscherin teilgenommen.

„Hammer, Zirkel, Davidstern“ greift weit aus. Die Betrachtung beginnt mit dem Verhältnis von Marx und von Lenin zu Judentum und (S. 42, 47) und fragt, welche Vorstellungen sie von der „Befreiung“ der Juden, dem Ende des Antisemitismus und der Rolle des Zionismus in den Kämpfen ihrer Zeit besaßen. Damit schafft die Autorin sich und ihren Lesern ein Fundament, von dem aus verstanden werden kann, wie es um das ideologische Gepäck derjenigen aussah, die als Parteifunktionäre in der Arbeiterbewegung gewirkt hatten und im Osten Deutschlands an die Staatssteuer gelangten. Von dem aus vermochten sie (nicht aus freien Stücken und zum wenigsten unter selbstgeschaffenen Bedingungen) die Weichen der Beziehungen zu jenem Staat am Ostrand des Mittelmeers zu stellen, der nicht nur, aber in den Koordinaten seiner Entstehung im Wesentlichen eine Antwort auf „Auschwitz“ war. Timm konstatiert und wiederholt mehrfach, dass die Regierenden im DDR-Staat für diesen politisch-moralischen Zusammenhang ein wenig oder auch ein gänzlich unsensibles Verhältnis besaßen. Sie schildert, wie und wie bald in deren politischem Urteil und in der Staatsagitation aus Israel nichts anderes wurde als die „Speerspitze des Imperialismus“, des amerikanischen zumal. Den Bürgern der DDR sei der „Antizionismus“ wirklich verordnet worden, den die Autorin aber nicht als einen getarnten Antisemitismus der Staatsführung qualifiziert, wenn sie sich auch bewusst ist, dass die alle israelische Politik verteufelnde Doktrin Antisemiten recht kommen und in deren Denkweise und Argumentation eingepasst werden konnte.

So wenig Timm davon absieht, dass in die Entscheidungen der Männer an der DDR-Spitze sich richtige und falsche Vorstellungen über Israel und ebenso solche über die arabischen Staaten mischten, so wenig ist sie bereit, deren Politik auf den Irrtum zu reduzieren. An der Humboldt-Universität, wo sie ausgebildet wurde und im Jahre 1976 ihre Dissertation zu dem Thema „Nationalismus und Sozialreformismus in den jüdischen Arbeiterorganisationen Europas und Palästinas bis 1930“ verteidigte, hat sie gelernt und später gelehrt, dass sich jede Geschichtsanalyse blamiert, die von den realen Interessen der Handelnden absieht. So deckt sie Bedingungen und Antriebe für die (sich zunehmend versteifende) Haltung auf, welche die DDR-Führer im Kielwasser sowjetischer Diplomatie zu Israel schon zwei Jahre nach dessen Gründung einzunehmen begannen. Diese Haltung wurde schließlich gänzlich dem Kampf gegen die Doktrin Hallsteins untergeordnet, die mit verbalen und

dann verwirklichten Drohungen den Alleinvertretungsanspruch der BRD durchsetzte und über Jahre zementierte. Dass sich unter den arabischen Staaten des Nahen Ostens Chancen ergaben, diese Barriere zu durchbrechen, was schließlich gegen Ende der sechziger Jahre auch gelang, schob die Außenpolitik der DDR auf ein proarabisches und antiisraelisches Gleis. Dass es dabei nicht nur und nicht in erster Linie um das Staatsprestige ging, hätte ein denkbarer Exkurs über die materiellen Nachteile sehr verdeutlicht, die für den Außenhandel und damit für die wirtschaftliche Lage der DDR aus der erpresserischen Durchsetzung besagter Doktrin erwuchsen.

Wodurch sich das Buch Timms aber vor allem auszeichnet, ist die permanente Verbindung der Erörterung außenpolitischer Fragen mit innenpolitischen Situationen und Interessen, wobei deren Wechselwirkungen ins Bild kommt. Das ließ sich für die DDR aufgrund des zugänglichen dokumentarischen Materials überzeugend nachweisen. Immer wieder – d. h. auch: Wiederholungen nicht scheuend – erörtert die Autorin, wie sich das Interesse an der DDR-Spitze geltend machte, sich der eigenen Bevölkerung als den vor allem auch moralisch besseren deutschen Staat darzustellen, der den Krieg strikt ablehnt, antiimperialistische Solidarität erweist, Naziverbrecher verfolgt und verurteilt. Das letzte wird eindrucksvoll am Beispiel der außenpolitischen und agitatorischen Initiativen der ostdeutschen Politiker während des Jerusalemer Eichmann-Prozesses veranschaulicht. Hier ist womöglich eine Lücke im extrem weitwinkeligen Blick Timms in Aktenbestände der DDR, der BRD, Israels und der USA erkennbar. Denn inzwischen ist an den zugänglichen westdeutschen Archivalien ablesbar, welche Befürchtungen der herannahende Prozess in Bonn und namentlich in dessen Auswärtigen Amt auslöste, wie sich die Diplomaten des AA buchstäblich in die Startlöcher begaben, um „schlimme“ Rückwirkungen für die eigene Politik zu bekämpfen. (Der teuerste Posten in der später gerügten Kostenrechnung der Beobachterdelegation, welche die Regierung aus Bonn nach Jerusalem entsandte, betraf die als unentbehrlich angesehene telefonische Standleitung.)

Nicht nur, wer künftig sich ein Urteil über die Israelpolitik der DDR wird bilden wollen, sondern auch wer sich über die Beziehungen des Staates zu den kleinen jüdischen Gemeinden in seinen Grenzen ins Bild setzen will, wird zu diesem Buch greifen müssen. Das lassen allein die 68 – aus den Jahren zwischen 1947 und 1990 stammenden – archivalischen Dokumente geraten sein, die ca. 140 Druckseiten des Bandes füllen. (Der Vf. waren kurzzeitig Dokumente aus dem MfAA der DDR zugänglich, Sommermonate 1990, S. 21) Dessen Bedeutung reicht über seinen Gegenstand hinaus. So kann, wenn nur die gesicherten Regeln historischen Forschens respektiert werden, auch über die Geschichte der DDR geschrieben werden. Da wird niemandes Hosianna gesungen, aber auch nicht nach dem Kreuz und den Knechten mit den Hämmern, Nägeln und Stricken gerufen. Sollte es in nächster Zeit zu einer kritischen Evaluierung des Lehrstuhls von Michael Wolffsohn an der Hochschule der Bundeswehr kommen, worauf freilich nichts hindeutet, so hätte Angelika Timm mit ihrem Buch en passant ihre Anwartschaft auf dessen qualifizierte Neubesetzung geltend gemacht.

Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bouvier Verlag Bonn 1997, 640 S., DM 68,00.

konkret, 1998, Heft 8, S. 30.

Hitlers Feldwebel

Die Geschichte des Verlegers Amann

Wenn heute auf Straßen in Deutschland Zeichen und Fahnen gezeigt werden, die bei Angehörigen der älteren Generation schlimme, bei Manchen grauenvolle Erinnerungen hervorrufen, wenn auf polizeigeschützten Kundgebungen Redner andere Menschen als „Kroppzeug“ und „Pest“ bezeichnen dürfen, dann ist derartigem Treiben häufig das Placet vorausgegangen, das von Juristen gesprochen wurde. Haben diese geschlafen oder geschwänzt, als während ihrer Studien an Universitäten über die neuere deutsche Rechts- und Justizgeschichte gesprochen wurde oder gehörte dies gar nicht zu ihrem Lehrprogramm? Man schrieb das Jahr 1928. Der Verlag Franz Eher Nachf., dessen Alleinbesitzerin die NSDAP war, lieferte einen Abreißkalender und ein Liederbuch aus, vor allem bestirnt für die Mitglieder der Sturmabteilungen (SA). Im Jahr darauf musste sich damit ein Schwurgericht beim Landgericht München befassen, zusammengesetzt aus drei hochkarätigen Juristen und sechs Geschworenen. Angeklagt waren der Geschäftsführer des Verlages, Max Amann, ein Parteiführer der Nazis und mit Hitler bekannt, seit er im Weltkrieg dessen Feldwebel in der kaiserlichen Armee gewesen war Die Anklage lautete auf fortgesetzte Anreizung zum Klassenkampf und war damit ungenau charakterisiert. Verhandelt wurde nämlich über jenen Teil der Liedtexte, der zu Judenhatz und Judenmord aufrief. Die Strophen und Verse waren eindeutig.

Im Lied „Die Sturmkolonnen“ hieß es: „So stehn die Sturmkolonnen zum Rassenkampf bereit. Erst wenn die Juden fliehen, erst dann sind wir befreit.“ In einem anderen lauteten die Verse, die sich gegen die vorgebliche Herrschaft von „Marxistenbonzen“ und „Juden noch viel mehr“ wandten: „Heraus den blanken Stahl. Sie solln uns kennenlernen ...“ Ein „Sturmlied“ schließlich prangerte diejenigen an, die sich mit „Halb-Blut“ paaren und verlangte: „Niederrass’ger Bande faden Völkerbrei, jagt aus dem deutschen Lande! Nur die Tat, macht frei.“

So sangen die Braunhemden also 1928 in Deutschland schon das ganze Programm der Judenverfolgung, mit dessen Verwirklichung sogleich mit Hitlers Machtantritt 1933 begonnen wurde. Den mörderischen Liedern folgten die mörderischen Taten ...

Wie aber nun haben die Juristen und Geschworenen in München entschieden? Sie haben Amann von der Anklage „mangels genügenden Nachweises“ freigesprochen und der Staatskasse die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Ausdrücklich wurde dem Verleger bescheinigt, dass er – wiewohl er die Texte durchweg kannte – sich eines Verstoßes gegen das Strafgesetzbuch nicht bewusst gewesen sei, keine Ahnung hatte, dass in diesen Texten eine Anreizung zu Gewalttätigkeiten liege. Zu seinen Gunsten wurde obendrein in Rechnung gestellt, dass einige der Lieder bereits vordem an anderer Stelle gedruckt worden waren, ohne dass sie jemand beanstandet hätte. Verlangt wurde von Amann lediglich, die Lieder mit den zitierten Stellen in allen Exemplaren und auch auf den betreffenden Druckplatten unbrauchbar zu machen. Unbeanstandet und für weitere Ausgaben zugelassen blieb der vollständige Text eines Liedes mit dem Titel „Hessenweckruf“: „Brich Alljudas Frondienstketten ...“ Die Fassung dieses Liedes, hieß es in der Urteilsbegründung, schließe die Möglichkeit nicht aus, „dass hier ein Kampf mit nur geistigen Waffen gemeint sei“.

Sollten die Programme, die heute zur Zurückdrängung des „Rechtsextremismus“ leider mehr beredet denn verwirklicht werden, nicht auch eine historische Unterrichtung deutscher Verwaltungs- und Strafjuristen umfassen? Was dies bewirken könnte, steht dahin. Gesichert wäre jedoch, dass Rechtsgelehrte sich nicht mehr in Unkenntnis unheilvoller historischer Traditionen flüchten könnten.

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 15./16. August 1998, S. 16.

Zeitgeist. Was ist das?

Ein höchst schwammiger Begriff geistert durch Beiträge und Kommentare von Presse, Rundfunk und Fernsehen: der „Zeitgeist“. Er steht für eine verabscheuungswürdige Untat aus Geldgier und Hass ebenso wie für politische Untaten, die als solche vor Jahren noch gebrandmarkt worden wären, nun aber als legitim gelten. Der „Zeitgeist“ drückt die Erwartungen des „kleinen Mannes“ aus und lässt Politiker die kühnsten Salti mortali machen ... Es gibt also recht viele „Zeitgeister“. Eine nähere Definition zwecks Unterscheidung wäre recht nützlich.

Da der „Duden Etymologie“ letzter Hand zwischen „Zeitalter“ und „Zeitgenosse“ den „Zeitgeist“ noch nicht ausgemacht hat, kann man sich aushilfsweise mit Kurt Tucholsky beraten. Der schrieb 1930 einen Artikel unter der Überschrift „*Die Zeit*“, dass von zwei Worten, die in einer beliebigen Zeitung am meisten zu finden seien, das eine „Zeit“ heiße. Die Menschen, fuhr er fort, verkröchen sind hinter ihm wie „hinter einer Kulisse“. Dabei sei es vorwiegend „der mondäne Geistige“, der sich „auf seine Zeit“ beruft, während in Wahrheit das, „was der Mensch tut, unter welchen Umständen auch immer ... der Ausdruck seiner selbst oder Ausdruck seiner Klasse“ sei. Denn: „Das, was die Herren Zeit zu nennen belieben, ist oft nur die Dominante eines zahlenmäßig kleinen Kreises, der sich gern als den Vorläufer der großen und groben Massen denkt.“ Heute übrigens lassen sich die Nachfahren jenes Kreises gern als „Vordenker“ poussieren.

Tucholsky beließ es nicht bei dieser Bloßstellung. Er benannte, was nach seiner Überzeugung im genannten Kontext die Kennzeichnung „Zeit“ allein verdiene. Wer durch die Zeit einen Querschnitt ziehe, der stoße auf „vielerlei Schichten“. Er treffe auf die Schicht „schon“, also die soeben entstandene, auf die darunter liegende „noch“, die demnächst vergehen oder absterben oder vernichtet werden wird, dann auch auf die „alte“ und die „ganz alte“. Und sie alle existieren nebeneinander Das Resümee lautete: „Nur, was allen diesen Schichten gemeinsam ist: das macht die Zeit aus.“

Was dieses Gemeinsame an Gedankenwelt und Gefühlshaushalt, Verhaltensweisen und Verweigerungen heutzutage sei, darüber darf gerätselt, nachgedacht und auch gestritten werden. Jedoch: Wie 1930 zu entschlüsseln war, was hinter der handlichen Verwendung von „Zeit“ sich verbarg, das könnte auch 1998 auf verständliche Begriffe gebracht werden: was hinter dem „Zeitgeist“ interessiert oder gedanken- und absichtslos versteckt wird. Dann ließe sich auch, so nötig, korrekter gegen „unguten Zeitgeist“ anschreiben.

Neues Deutschland, Montag, 17. August 1998, S. 11.

Das Treffen in der Londoner Stern Hall

Denkwürdige Erklärung zur Wiedergutmachung an den Juden

Bescheidener war die Aufmachung der 24seitigen Druckschrift schwer denkbar. Die sie verfasst und „Zur Frage der Wiedergutmachung an den Juden“ betitelt hatten sowie für deren Verbreitung sorgten, waren nichts weniger denn Krösusse. Die Rede ist von den Mitgliedern des Freien Deutschen Kulturbundes, einer Organisation deutscher Emigranten in Großbritannien. In ihr spielten deutsche Kommunisten eine wichtige, keine kommandierende Rolle. Am 15. November 1942 hatten sie sich mit Gästen zu einer Versammlung in der Londoner Stern Hall zusammengefunden.

In diesen Wochen war es – wenn auch das Ausmaß der Untaten noch nicht ermessen werden konnte – zur entsetzlichen Gewissheit geworden, dass die deutschen Machthaber und deren Helfer „Polen zum Schlachthaus der Juden Europas“ gemacht und auf dem Territorium der UdSSR bereits tausende Juden hingemordet hatten. Die „Freien Deutschen“, denen sich die Mitglieder des Bundes zuzählen konnten, verlasen auf jener dem Gedenken an die Pogromnacht 1938 gewidmeten Veranstaltung eine Erklärung. Ihr Kernstück war die Forderung nach „Wiedergutmachung“. Die Verfasser versicherten, sie würden nach der Zerschlagung des Naziregimes für ein Gesetz eintreten, das sich eben darauf richten müsse. Und sie formulierten dessen Kernaussagen: Aufhebung aller Ausnahmegesetze, Strafandrohung gegen Rassenhetze, Wiederherstellung der Staatsbürgerschaft für die Ausgebürgerten, Finanzierung der Rückkehr der Vertriebenen auf Staatskosten, Wiederaufbau der Synagogen, Rückerstattung des geraubten Gemeindeeigentums, besondere Maßnahmen zur Schaffung jüdischer Schulen, Unterstützung der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates im Rahmen einer internationalen Regelung. Im kommenden Deutschland müssten spezielle Gesetze erlassen werden, die materielle Wiedergutmachung sowohl für die „Rückkehrer“ wie für die „Weiterwanderer“ zu bestimmen hätten. Das sei, hieß es in einem Kommentar, auch eine „moralische Verpflichtung des deutschen Volkes“, das dafür Mittel und Wege finden könne und werde. Man werde sich an alle, welche die Juden ausgeplündert hatten, und vor allem an jene halten, die das am schamlosesten und erfolgreichsten getan hätten.

Unter denen, die als Angehörige des Klubvorstands die Deklaration unterschrieben, befanden sich Namen, die später weithin bekannt wurden: John Heartfield der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski, der Historiker Alfred Meusel, der Musikwissenschaftler Ernst Hermann Meyer, der Schriftsteller Max Zimmering. Unter dem Text findet sich auch die Unterschrift des Bildhauers Heinz Worner, der heute hochbetagt in Berlin lebt.

Die Erklärung erregte Aufmerksamkeit und fand Zustimmung. Oberrabbiner J. H. Hertz richtete an den Vorsitzenden des Bundes, Johann Fladung, am 24. Dezember 1942 Worte des Dankes und der Hoffnung im Hinblick auf einen „siegreichen Frieden“. Rabbiner L. Gerald Graf schrieb ihm, es sei in der „Erklärung“ die „Redeweise jener Menschen wiedererwacht, die einst für das Recht und die Gleichberechtigung der deutschen Juden ihre Stimme erhoben“.

Andere bezogen mit ihrer Zustimmung zu Themen und Fragen Stellung, die mit der Äußerung des Kulturbundes aufgeworfen worden waren. Strittig war, ob aus Deutschland vertriebene Juden, nach allem, was ihnen und ihren Angehörigen geschehen war, je wieder in das Land zurückkehren könnten und sollten. Walter Eisen wandte sich gegen die Annahme, „dass gerade das deutsche Volk besondere, es von allen anderen Völkern abhebende schlechte Eigenschaften habe“. F. Demut, einer „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Exil“ zugehörend, bemerkte, dass die Wiedergutmachung nicht nur den Betroffenen gelte, sondern auch der Wiederherstellung „der Ehre und des Anstands der ganzen Menschheit“. Max Breslauer machte sich Gedanken über eine internationale Zentralstelle für Wiedergutmachung, für deren und einer künftigen deutschen Regierung Aufgaben auch die von den Faschisten ins Ausland verbrachten Geldbeträge und anderen Werte herangezogen werden könnten.

Die Druckschrift des Bundes, kleiner als ein Oktavheft, wurde durch zwei – in meiner Ausgabe inzwischen rostig gewordene – metallene und durch zwei geistige Klammern zusammengehalten.

Am Anfang stand Johannes R. Bechers Ballade „Der Jude“. Sie erzählt die Geschichte eines Juden, dessen Peiniger von ihm die Entwürdigung seiner selbst fordern und der, niederbrechend schon, den Mördern nicht sagt, was sie aus ihm herausprügeln wollten, sondern: „Ich bin ein Mensch!“ Am Ende der Texte wird aus einer Rede zitiert, die der von der Nazipropaganda verteufelte Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Rabbiner Stephen S. Wise, in Mexiko als Gast der Organisation „Menorah“, eines Zusammenschlusses antifaschistischer Juden deutscher Sprache, gehalten hatte: „Wäre ich ein deutscher Jude, ich würde mich meines deutschen Charakters nicht berauben lassen durch Hitler und Goebbels. Deutschland, das deutsche Volk werden weiter bestehen bleiben und werden Hitler um Jahrhunderte überleben.“

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 29./30. August 1998, S. 15.

Von bewundernswerter Sachlichkeit

Saul Friedländer hatte, eben eingeschult, den deutsch-faschistischen Antisemiten aus Prag, wo er geboren wurde, noch entkommen können. In Frankreich überlebte er nur, weil es gelang, ihn in einem katholischen Internat mit falscher Identität zu verstecken. Seine Eltern fielen den Mördern in die Hände. Bald nach der Befreiung und dann in einer jüdischen Familie in Paris lebend, verließ er Frankreich wenige Tage, bevor er seine Abiturprüfung ablegen sollte. Er ging nach Palästina mit der Absicht, für Israel zu kämpfen.

Ein außergewöhnliches Buch ist anzuzeigen. Sein Autor, Inhaber von Geschichtsprofessuren in Israel und den USA, unter seinen Fachgenossen seit langem als herausragender Kenner der Geschichte der Juden und der Judenverfolgung in Europa geschätzt, fand auch in Deutschland über diesen Kreis hinaus Leser und dies durch sein zuerst 1978 in Frankreich erschienenes, ein Jahr darauf in Deutschland publiziertes Buch „Wenn die Erinnerung kommt“.

Es ist nun in erneuter Auflage greifbar und gehört unter den Büchern, in denen Überlebende des „Holocaust“ von sich und ihren ermordeten Familien und Freunden erzählen, zu denen, die durch eine bewundernswerte Sachlichkeit der Schilderung so viel dazu beitragen zu erfahren, „wie es wirklich gewesen ist“, und die zugleich unvergessbar einprägen, was der Menschheit und mit ihr geschah, als die Machthaber in Deutschland den Judenmord in Gang brachten und dafür Täter und Mittäter im Überschuss fanden.

Friedländers neue Monographie wird in der Masse der Bücherwände füllenden internationalen Literatur über die Verfolgung und Liquidierung der deutschen Juden lange einen der ersten Plätze einnehmen. Das vorherzusagen, verlangt keine prophetische Gabe. Darauf verweisen mehrere Gründe.

Es gibt, soviel Erhellendes über dieses Thema geschrieben wurde, kein Buch, das wie dieses eine doppelte Perspektive einnehmen würde. Friedländer enträtselt, soweit das möglich ist, und mit Interpretationen, die sich der Kritik stellen werden, die Ideologie, die Überlegungen, die Entschlüsse, die Befehle und die Handlungen der Täter und schildert nicht nur deren Wirkung auf die Opfer, sondern zugleich deren eingetretene oder unterbliebene Reaktion.

Der zweite Vorzug dieses Buches besteht darin, dass sein Autor bei aller Bestimmtheit seiner Deutungen und Urteile, bleibende Zweifel und ungelöste Fragen anmerkt und dadurch und durch den Stil seiner Darstellung dazu einlädt, mit- und weiterzudenken und gleichsam seine Sichten und Schlussfolgerungen gedanklich zu diskutieren.

Dazu trägt bei, dass Friedländer sich mit expliziten Polemiken, für die sich ihm massenhaft Stoff geboten hätte, weitgehend zurückhält. Seine Schilderung der Geschichte der Judenverfolgung im Vorkrieg bietet beispielsweise eine komplette Widerlegung der Grundthesen des kürzlich noch mit so viel Lob bedachten Daniel J. Goldhagen. Doch Friedländer verliert keine Manuskriptseite darauf, dies herauszukehren. (Wie wenig öffentliche Aufmerksamkeit heute irgendeinen Rückschluss auf die Qualität einer geistigen Leistung zulassen, kann ein Vergleich der Buchpräsentationen beider in Deutschland sehr einprägsam zeigen.) Und schließlich: Friedländer hat über seinen Gegenstand, ohne ihn zu vereinfachen, in einer Weise geschrieben, die jede zusätzliche Komplizierung vermied, eine Erscheinung, die mehrfach die Reichweite von Produktionen deutscher Historiker begrenzte und die der Knopps vergrößerte.

Dadurch und durch die durchgehaltene Verbindung von chronologischer Abhandlung mit der Erzählung wohl ausgewählter, charakteristischer Episoden, die Verhaltensweisen, Haltungen und Schicksale einzelner Menschen einfangen, hat der Text an Lesbarkeit für gewonnen, freilich nur für diejenigen, die Anstrengungen über einem Buch nicht scheuen. Das Kapitel, das von den Nürnberger Gesetzen handelt, beginnt mit dem knappen Bericht über eine davor liegende Entscheidung Hitlers, durch die sechs jüdische Professoren der Leipziger Universität, bis dahin „privilegiert“, von ihren Arbeitsplätzen entfernt wurden.

Es wird durch diese Vorgehensweise das Einzelne oder Besondere mit dem Allgemeinen glücklich verbunden und der intellektuelle Reiz verstärkt, der von dem immer wieder Abscheu und Entsetzen wachrufenden Gegenstand auch ausgeht.

Manche Kontroversen, darunter seit Jahren geführte, könnte Friedländers Buch neu beleben. Das gilt für sein Urteil über die Rolle Hitlers im Prozess der Judenverfolgung und schon während der Etappe, deren Ziel die Vertreibung war. Es trifft mehr noch zu auf sein Urteil über die antreibenden und die bremsenden Faktoren, die auf Entschlüsse und Handlungen der Machthaber wirkten.

Die hemmende Wirkung, die den Einflüssen konservativer Politiker zunächst auf das Vorgehen der rabiaten antisemitischen Rassisten zugeschrieben wird, ist wenig faktengestützt und überzeugt daher nicht.

Anders die Verweise auf die macht-, wirtschafts- und finanzpolitischen Kalküle, welche die Entscheidungen an der Regimespitze prägten oder beeinflussten.

Die Gratulation an den Autor verbindet sich mit einem ungläubigen Kopfschütteln über den beklagenswerten Zustand des (Personen) Registers, das, würde es Torso genannt, zu vornehm charakterisiert wäre.

Der zweite Band wird vom Verlag schon angekündigt.

Saul Friedländer: Wenn die Erinnerung kommt. Aus dem Französischen von Helgard Oestreich, C. H. Beck, Becksche Reihe BsR 1253, München 1998. 192 Seiten, DM 19,80.

Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer, C. H. Beck München 1998, 458 Seiten, DM 58,00.

antifa, September 1998, S. 28.

„... so viel Leichen wie möglich ...“

Das „Schwarzbuch des Kommunismus“ im Widerstreit

„Der Mann von Kopf schaut ins Ganze“
Wilhelm Ludwig Wekhrlin

Am 6. November 1997 wurde in Paris das „Schwarzbuch des Kommunismus“ ausgeliefert.[1] Darin wird dem „Kommunismus“ eine historische Last von nahezu 100 Millionen Toten auferlegt.[2] Das Werk ist aus der Arbeit von sechs Hauptautoren und einigen weiteren Mitarbeitern hervorgegangen. Mit vier französischen Historikern wirkten ein tschechischer Spezialist und ein polnischer Politologe zusammen. Auf die bis 1953 geführte einleitende Abhandlung zur Geschichte der UdSSR folgt ein Teil, der von der Komintern und dem Spanien des Bürgerkriegs handelt. In einem weiteren sind die Entwicklungen in Polen und in Staaten Mittel- und Südosteuropas zusammengefasst. Dann – in den Teilen vier und fünf – werden China, Nordkorea, Kambodscha bzw. die „Dritte Welt“ von Kuba über Mozambique bis Afghanistan abgehandelt. Wer nicht mehr kennte, als diese Gliederung, und auch nur eine ungefähre Vorstellung von den sehr unterschiedlichen Möglichkeiten besäße, der Quellen und insbesondere verlässlicher Dokumente habhaft zu werden, mit denen sich der Wahrheit auf die Spur kommen ließe, der würde bedenkenlos jede Wette darauf eingehen, dass das Unternehmen unvermeidlich ins Abenteuerliche führen musste.

1991 hat Wolfgang Benz mit einer ebenfalls international zusammengesetzten Gruppe von Wissenschaftlern einen Band „Dimension des Völkermords“ vorgelegt, in dem nach langwierigen Recherchen und gestützt auf nahezu ein halbes Jahrhundert intensiver Forscherarbeit die Zahl der von den deutschen Faschisten und ihren Kollaborateuren ermordeten Juden Europas zwischen zwei Angaben eingegrenzt worden ist.[3] Das Werk kann eine Vorstellung davon geben, was jenen an Arbeit bevorsteht, denen nicht die Devise gilt „... so viel Leichen als möglich“ (Lothar Baier).

Noch bevor das „Schwarzbuch“ in die Buchhandlungen gelangt war, hatte eine Medienkampagne begonnen. Die erhielt zusätzliche Aufmerksamkeit, als bekannt wurde, dass zwei Autoren – es waren die beiden, deren Beiträge über die UdSSR und China den zentralen Platz im Unternehmen besetzen – die politischen und ideologischen Absichten nicht mittrugen, die sich für den Herausgeber und den Verleger mit dem Buch verbanden. Nur die Drohung des Verlages, so wurde berichtet, bei einem Ausscheren aus dem Unternehmen „einen gigantischen Schadenersatz“ einzufordern, habe den Weg vom Manuskript zum Druck freigemacht. Insbesondere wandten sich Niklas Werth und Jean-Louis Margolin gegen den im Vorwort vorgenommenen Vergleiche zwischen „Faschismus und Kommunismus“. Der habe nicht in ihrem Forschungsprogramm gelegen. Für seine Durchführung seien weitere Untersuchungen und Diskussionen notwendig.

Am 27. März 1998 erschien die deutsche Übersetzung. Darauf war die Öffentlichkeit nicht nur durch Kommentare vorbereitet, die in der deutschen Presse bereits anlässlich des Erscheinens der Originalausgabe veröffentlicht worden waren. Die Zeitung *„Bild“* druckte längere Passagen vorab. Ihre Texte seien dem „wichtigsten politischen Buch des Jahres“ entnommen. Eine Episode belegt, wie sehr es Redakteure danach gehungert hatte, diese Munition gegen den „Kommunismus“ nun zwischen Oder und Rhein verschießen zu können. Zur Illustration des Schreckens wurde ein Foto benutzt, das Kinder hinter einem Stacheldrahtzaun zeigte; es sei 1943 in einem „sowjetischen Arbeitslager“ aufgenommen worden. Tatsächlich zeigte es Kinder in einem Lager, welches von Deutschen im Zweiten Weltkrieg bei Petrosawodsk eingerichtet wurde. Die Fälschung war vordem be-

---

1 Stéphane Courtois, Nicolas Werth u. a. Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Erhart Neubert, Piper Verlag GmbH, München 1998. (fortan: Schwarzbuch)

2 Schwarzbuch, S. 16.

3 Wolfgang Benz (Hrsg.) Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte Bd. 33).

reits von der Wochenzeitschrift *„Die Zeit“* benutzt und schon als solche bloßgestellt worden.[4] Das Bilddokument hatte beiden Redaktionen offenkundig besonders gut zu einer Passage des „Schwarzbuches“ gepasst, die der Herausgeber Stéphane Courtois formuliert hatte: „Der Tod eines ukrainischen Kulaken-Kindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.“[5] Der Satz bezeugt dreierlei: die schlampige Übersetzung, die Parallelisierung von „Kommunismus!“ und deutschem Faschismus und den unbekümmerten Umgang mit Fakten, denn es gilt nicht als erwiesen, dass der Hunger von den Machthabern in der UdSSR als politische Waffe gegen Gruppen der eigenen Bevölkerung eingesetzt worden ist.

Nichts wurde in deutschen Zeitungen begieriger aufgenommen als die vom „Schwarzbuch“-Herausgeber erörterten Vergleiche zwischen dem „Kommunismus“ und dem Naziregime. Nach der Methode, mit der zuvor die Debatte über das Buch Daniel J. Goldhagens fragend auf die „Kollektivschuld“-These – „Waren alle Deutschen so schlimm wie Hitler?“ – missleitet worden war, wurde nun in Großaufmachung gefragt, waren die Kommunisten „Schlimmer als Hitler?“[6] Als Antwort fand sich eine Formel, die der diffamierenden Absicht vollständig Genüge tat: „Vielleicht waren die Nazis schlimmer, aber die Kommunisten waren ganz bestimmt nicht besser.“ (Thierry Chervel)

Die deutsche Ausgabe ist um zwei Beiträge vermehrt, die sich mit der „Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ befassen.[7] Der Verlag hatte als deren Autoren zwei staatsbeamtete Theologen, die leitend in der Bundesbehörde des Beauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR tätig sind. Was Herausgeber und Verlag in Frankreich veranlasst hatte, den untergegangenen ostdeutschen Staat als Thema auszulassen, blieb ungeklärt. Die Vermutung, es sei „schlicht vergessen“ (Wolfgang Wippermann) worden, scheint eher unglaubhaft.[8] Doch ist auch nicht sicher, ob den Autoren wirklich Bedenken dagegen gekommen waren, Ereignisse und Prozesse in der DDR und in Kambodscha auf den gemeinsamen Nenner „Kommunismus“ zu bringen und im Wesentlichen gleichzusetzen. Die deutschen Verfasser des Nachtrags hatten jedenfalls keine Skrupel zu schreiben, es habe in Ostdeutschland „nahezu alle politisch motivierten Massenverbrechen“ des „Kommunismus“ gegeben.

Seit dem Erscheinen des Bandes haben Kritiker viele Einwände gegen dessen Solidität und Wert vorgetragen. Wolfgang Wippermann riet: „Kaufen Sie dieses Buch nicht! Es ist ein schlechtes Buch!“ Das dürfte dem Verkaufserfolg wenig abträglich gewesen sein wie das gleichlautende Urteil, das der Stuttgarter Eberhard Jäckel über Goldhagens Arbeit abgegeben hatte. Tatsächlich reichte der Reklameaufwand nahezu an denjenigen heran, der „Hitlers willige Vollstrecker“ zum Bestseller gemacht hatte. Noch bevor sich ein einziger Käufer seine Meinung bilden konnte, hatte ihn eine „orchestrierten Medienkampagne“ (Pierre Broué) geistig in den Griff genommen. Die Befürchtung, die aufgrund der Erfahrungen mit der Monographie des amerikanischen Soziologen und Historikers geäußert wurde, es könnten beachtenswerte wissenschaftliche Unternehmen es fortan immer schwer haben, die öffentliche Aufmerksamkeit zu finden, erwiesen sich als vollauf berechtigt.

Einwände der Kritik

Die Einwände der Kritiker, in deren Zentrum der Beitrag Stéphane Courtois geriet, die sich aber auch auf die Anlage des Gesamtwerkes und den Inhalt vieler Einzelbeiträge richteten, summierten sich inzwischen zu einer langen Liste. Es ist weder beabsichtigt, noch möglich, sie im Folgenden auszubreiten. Doch sollen sie knapp in Erinnerung gebracht werden.

---

4 S. die Ausgaben der *jungen Welt* vom 26. und vom 30./31. Mai 1998.

5 Schwarzbuch, S. 21.

6 Die Woche, 29. Mai 1998.

7 Auf deren Betrachtung wird im Einzelnen verzichtet. Der Autor dieses Beitrags hat sich zu ihnen in gesonderten Artikeln geäußert: Gauck an alle, in: *junge Welt*, 2. Juni 1998, und Auschwitz, Gulag und die kleinere Variante, ebd., Ausgabe vom 3. Juni 1998.

8 Dagegen spricht auch die Bezugnahme auf das „vereinte Deutschland“. S. Schwarzbuch, S. 41.

(1.) Der erste aller Einsprüche richtete sich gegen den Anspruch, mit diesem Buch einen Zugang zur Geschichte der Regime und Parteien geschaffen zu haben, von denen in ihm gehandelt wird. Die Annäherung an eine geschichtliche Epoche ist von den verschiedensten Seiten (oder Einstiegen) her möglich, aber sie wird, welcher auch immer gewählt wird, doch eine Vorstellung vom Ganzen anstreben müssen. Hier aber seien historischen Fakten ausgebreitet worden, „eher losgelöst von den bodenlos schwierigen Umständen, in denen sie (die Kommunistischen Parteien – K. P.) agierten".[9]

(2.) Mehrfach erscheinen Begriffe, Thesen und Schlüsse nicht als Frucht wissenschaftlicher Abstraktionsverfahren, sondern als Resultat des Bestrebens, zu politisch verwertbaren Geschichtsbildern zu gelangen. Dies beginnt mit der Wahl des Buchtitels. Herausgeber und Autoren wissen natürlich, dass sich im Marxismus mit dem Begriff „Kommunismus" die Vorstellung einer gedachten, aber von keinem der untersuchten Staaten je erreichte Stufe gesellschaftlicher Entwicklung verbindet. Nichtsdestoweniger schreibt der Courtois, 1917 habe sich „der erstmals auftretende moderne Kommunismus" etabliert.[10] Offenkundig kam es dem Herausgeber darauf an, nicht allein eine vergangene und noch existierende Wirklichkeit zu kritisieren, sondern eine Utopie zu treffen und zu diskreditieren, die sich als nicht vollständig ausrottbar zu erweisen scheint.

(3.) Kritisiert wurde die Einführung neuer, Tatsachen und Zusammenhänge mehr verschleiernder, denn erhellender Begriffe. Das trifft vor allem auf den Begriff „Klassen-Genozid" zu. Seine Konstruktion nimmt einen in den Sozialwissenschaften und der Historie eingeführten Begriff (Genozid) auf, mit dem die Praxis der Ausrottung von Menschengruppen bezeichnet und als Verbrechen an der gesamten Menschheit charakterisiert wird, und verunstaltet ihn zu einem Begriff, der nichts Reales spiegelt. Der gegen Millionenmassen gerichtete Terror der Stalinzeit hatte gerade nicht eine einzelne Klasse oder Schicht zum Ziel, wie sehr er auch mit „klassenkämpferischen" Argumenten bemäntelt und gerechtfertigt wurde. Damit ist ein weiterer prinzipieller Einwand angedeutet. Er betrifft die praktizierte Methode des Vergleichens. Sie ist weithin von dem Interesse diktiert, den Massenmord an den europäischen Juden und die Verbrechen, die den Gegenstand dieses Buches bilden, möglichst zur Kongruenz zu bringen.

(4.) Ein wiederholter Einspruch betrifft die Vernachlässigung selbst von zutage liegenden Zusammenhängen der terroristischen Politik mit ihren inneren und äußeren Voraussetzungen und Bedingungen, Impulsen und Antrieben. Am augenfälligsten macht das die „Vernachlässigung" der Existenz des faschistischen Mächteblocks. Darauf wird zurückzukommen sein.

(5.) Hinter diesen Einwänden verblasst dann nahezu der Nachweis, dass die Berechnungen, mit denen die 100, dann die 80 Millionen Toten „des Kommunismus" ermittelt wurden, unseriös genannt werden müssen. Diese Arithmetik rief empörte Reaktionen hervor. Pierre Broué erklärte in einem Interview: „Ich habe ohne besonderes Vergnügen die traditionellen Methoden der Fälscher gefunden. Jeder weiß, dass man nicht Möhren und Kohl addieren kann, aber man kann sie durcheinander rühren und eine Suppe daraus kochen; genau das haben sie gemacht."[11]

(6.) Andere Zweifel an der Redlichkeit des Vorgehens knüpften sich an die Tatsache, dass in wissenschaftlichen Arbeiten Streitfragen in aller Regel gekennzeichnet werden. Das scheint umso mehr geboten, wenn Historiker sich an eine breite Öffentlichkeit wenden. Im „Schwarzbuch" aber wird – wie erwähnt – das absichtsvolle Verhungernlassen von Menschenmassen als ein Mittel „kommunistischer" Politik bezeichnet, und unterschlagen, dass gegen diese Deutung Kenner der Materie längst mehr als nur ihre Skepsis geäußert haben. Doch hätte die bloße Erwähnung dessen einen erheblichen Teil der Rechnung mit den Millionen Toten mit einem Fragezeichen versehen. Nicht anders verhält es sich mit der Behauptung, Lenin habe die Ermordung der Zarenfamilie „organisiert".

---

9 Martina Achenbach, Trauer und Bußreflexe, Freitag, 19. Juni 1998.

10 Schwarzbuch, S. 795.

11 Zitiert in: *junge Welt*, 28. April 1998.

Insgesamt lautet das Urteil vieler Kritiker, es sei dieses Unternehmen verdorben dadurch, dass in ihm immer das Interesse des Herausgebers, einem politischen Ziel zu dienen, regiert habe. Von ihm wurden auch die Beiträge der Autoren „eingerahmt“, die nicht durch außerwissenschaftliche Absichten vorfixiert waren. Es war diese politische Zielsetzung, die ein für wissenschaftliche Publikationen ungewöhnliches Interesse an der Biographie des Stéphane Courtois weckten. Kritiker meinten, in dessen „linkem“ Vorleben die Quelle für seine eifernde Pose und seinen aggressiven Stil gefunden zu haben. Diesen Zusammenhang mag es geben. Manche stellten ihn auch her, um ihn auszubeuten. Die Geschichte vom Saulus, aus dem ein Paulus geworden ist, rührt im christlich geschulten und gebildeten Europa noch immer. Obendrein hat Courtois an diesem Bilde mitgezeichnet. Als ihn vor Hamburger Publikum ein Journalist fragte, was er von den Tatsachen, zu denen er sich äußere, 1968 gewusst habe, erklärte er: „Nichts“. An den Universitäten Frankreichs sei das Thema ein Tabu gewesen. Das mag man ihm glauben oder nicht. Ein Zeugnis von wenig Neugierde wäre es allemal, wenn der Mann, wenn er schon nicht bereit war, die Literatur seines „Klassenfeindes“ zu lesen, sich nicht einmal für den XX. Parteitag der KPdSU und Nikita Chruschtschows Rolle interessiert hatte. Anmaßend aber ist Courtois’ Behauptung, dass bis zum Erscheinen dieses Werkes kaum gründlicher über seinen Gegenstand geforscht und publiziert worden sei. Das widerlegen gefüllte Bücherregale, ohne deren Inhalte die Arbeit am „Schwarzbuch“ schwerlich hätte riskiert und abgeschlossen werden können. Natürlich erhöht es das Selbstwertgefühl, wenn man sich als Beginner sieht.

Vielfacher Gebrauch

Von dem „Schwarzbuch“ wurde seit seinem ersten Erscheinen vielerlei Gebrauch gemacht. Den wird man, nicht durchweg, seinen Autoren anschreiben können, sei es positiv oder negativ. Die Auslieferung der deutschen Übersetzung fiel in den beginnenden Wahlkampf zum Bundestag. Wer sich der Sicht Courtois anschließe, hieß es in einer Pressestimme, „hat keine Argumente für wahltaktisches Geplänkel mit den SED-Nachfolgern“.[12] So kurzzeitig will die Mehrheit jedoch den Nutzen des Werkes nicht bemessen wissen. Ihr erscheint das Buch als die geistige Zuchtrute gegen alle, die sich noch immer nicht von dem Gedanken losgesagt haben, es könne aus den kapitalistischen Zuständen ein Weg in eine für alle Menschen würdige Gesellschaft entdeckt und begangen werden. Nicht, dass so viele bürgerliche Zeitungen diesen Wunsch aussprechen, verwundert, wohl aber der Nachdruck, mit dem er wenige Jahre nach dem Ende des „realsozialistischen“ Staatensystems geäußert wird. So erhält der Verdacht Nahrung, die Sieger seien sich ihres Endsiegs nicht sicher und müssten ihn erst noch ideologisch befestigen. Dazu dienen die Thesen: Soziale Utopien an sich sind schlecht. Der Versuch, sie zu verwirklichen, zeitigt notwendig Massenverbrechen. Zum Beweis dessen dient die Geschichte des zu Ende gehenden Jahrhunderts und insbesondere die Erfahrung des „Nationalsozialismus“ und des „Kommunismus“. Dass sich diese Erkenntnis noch nicht vollends durchgesetzt habe, wird Unverbesserlichen angelastet, welche die Schreckensbilanz des Jahrhunderts entweder nicht zur Kenntnis nehmen wollen oder von ihr nicht einmal erschreckt werden. Die naheliegende Frage, ob es nicht die Wirklichkeit selbst sein könnte, die an der Schwelle zum neuen Jahrhundert immer aufs Neue Menschen auf den Gedanken an besser verfasste soziale Gemeinschaften verfallen lässt, wird nicht zugelassen.

Das Willkommen, das dem Unternehmen „Schwarzbuch“ weithin geworden ist, rührt aus der Annahme her, nun sei gleichsam erschlagend bewiesen, dass jeder Versuch, über den Kapitalismus hinaus zu gelangen, gesetzmäßig in eine Welt des Massenterrors führen müsse. Ein auch mit der Absicht als antikommunistischer „Aufklärer“ zu wirken in den Osten gekommener Geschichtsprofessor hofft, nun würden auch die bisher Unbelehrten, „die den Kommunismus noch immer für eine gute Idee halten, die leider nur schlecht durchgeführt wurde“, zur Einsicht kommen.[13]

---

12 *Die Welt*, 27. Mai 1998.

13 Heinrich-August Winkler, in*: Süddeutsche Zeitung*, 17. Juni 1998.

Die Botschaft, der „Kommunismus“ war überall verbrecherisch (und jeder künftige Versuch würde es wieder sein), wird vor allem durch die Anwendung der infamen Doppelmethode vermittelt, sich jeder Unterscheidung von Phasen in der Geschichte der Staaten zwischen Oder und chinesischem Meer zu verweigern und sie alle – die Gesellschaft und Staat im Kuba Fidel Castros und in Pol Pots Kambodscha, im Ungarn Kádárs und im Korea Kim Il Sungs als „kommunistisch“ zu verklammern und als Gebilde aus einem Guss darzustellen. Das ist wahrlich Geschichtsschreibung großen und groben Stils. Zu ihr gehören sprachlich-begriffliche Zauberkunststücke. Margolins Beitrag zu dieser Version gefiel einem deutschen Journalisten besonders gut, so dass er dessen Kondensat sogleich zitierte, demnach sei das Regime Pol Pots die enthüllende Karikatur der kommunistischen Utopie gewesen.[14] Die generelle Erkenntnis, die aus der Lektüre des „Schwarzbuches“ gewonnen werden soll, lautet: „Mag der Kapitalismus seine Gebrechen haben – die Alternative hat/ist Verbrechen.“[15]

Zweifelhafte Gegenrechnung

Mitunter wird geglaubt, dieser These sei mit einer Gegenrechnung beizukommen. Mehrfach wurde angeregt, ein „Schwarzbuch des Kapitalismus“ zu schreiben. Für den gedachten Zweck [sei] aber solch [ein] Unternehmen völlig untauglich. Denn was wäre bewiesen, würden die Leichenberge des Kapitalismus, seiner Kolonialpolitik und seiner Kriege, addiert? Was wäre mit der Übernahme einer Methode gewonnen, welche nicht nur von deutschen Revisionisten praktiziert wird, die, um von den Verbrechen der Deutschen während der Jahre der faschistischen Herrschaft abzulenken, unausgesetzt rufen „Die anderen auch ...“? Zudem fehlt es an „Schwarzbüchern“ des Kapitalismus nicht. Man denke allein an wissenschaftliche und andere literarische Werke, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit den mörderischen Folgen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals befassten, beispielsweise – um eine der bekanntesten Schriften zu nennen – an Friedrich Engels’ Schrift über die Lage der arbeitenden Klassen in England.

Zudem ist es nicht notwendig, geht es um die bloße Feststellung von Tatsachen, erneut Bücher zu füllen. Es genügt, die Feststellungen zu treffen und die Fragen zu stellen, die der Kubaner Fidel Castro am Beginn der Sitzung aussprach, die aus Anlas des 50. Jahrestags der Gründung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einberufen worden war. Nachdem er daran erinnert hatte, dass das Kindersterben alles übertreffe, was bisherige Kriege und Völkermorde geleistet hätten: „Warum haben 800 Millionen (der Erdbewohner – K. P.) keine gesundheitliche Versorgung? Warum sind 200 Millionen Kinder unter fünf Jahren unterernährt? Warum müssen 250 Millionen Kinder arbeiten? Warum gehen 100 Millionen nicht einmal auf eine Grundschule? Wie kann es sein, dass in einer Welt, die jährlich 30 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben?“[16] Der Nachweis dessen, was der Kapitalismus in der Vergangenheit verbrach und was er in der Gegenwart verübt, so notwendig er in den politischen Auseinandersetzungen unserer Tage ist, führt das Nachdenken der Linke in dem Punkte, in dem sie durch ihre eigene Vergangenheit herausgefordert sind, nicht einen Gedankenschritt weiter.

Wie weit die Linken in dieser Hinsicht gekommen sind, darüber werden immer wieder Befunde niedergeschrieben, die freilich kaum auf verlässlichen Daten fußen, sondern sich meist auf Beobachtungen des politischen Alltags stützen. An sie werden dann Vorschläge angeschlossen, die sich auf eine Beschleunigung des schwierigen Prozesses richten, in dem Millionen lernen, sich mit einer so rasch und gründlich veränderten sozialen Weltwirklichkeit auseinanderzusetzen. Denn: Der geläuterte Gedanke muss der Tat vorausgehen, soll sie irgend Erfolg zeitigen. Wohl in erste Linie mit Bezug auf die Linke in Deutschland ist festgestellt worden, es gäbe in ihren Reihen „immer noch gar nicht so wenige“, die nicht bereit seien, auch nur die schrecklichen Tatsachen „kommunistischer Geschichte“, da ist – dies nebenbei – der Nenner „kommunistisch“ schon übernommen, zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Zustand müsse überwunden werden und die Linke werde „das Kunst-

---

14 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. Juni 1998.

15 André Brie, Die Mühen einer Diskussion. In: *die tageszeitung*, 11./12. Juli 1998.

16 Zitiert in: *konkret*, Nr. 6, 1998.

stück fertigbringen müssen, ihre Selbstkritik an tiefschwarzen Seiten ihrer Geschichte öffentlich und ohne Verdrängung führen zu müssen, ohne zu prokapitalistischer Apologetik beizutragen.“[17]

Das „Kunststück“ der Linken

Der Satz bietet Stoff für Fragen und Überlegungen: Ob die besagten Seiten der Geschichte schlechtweg und ausnahmslos „der Linken“ als ihre eigenen zugeschriebenen werden können, ist fraglich und hängt davon ab, wer ihr zur in Rede stehenden Zeit zugerechnet wird. Zweifel sind nach aller Erfahrung auch anzumelden, ob wirklich erreicht werden kann, dass „die Linke“ sich insgesamt zur gedachten Selbstkritik durcharbeiten oder sollte es treffender heißen: durchschinden kann. Wer sich Tatsachen verweigert, die – wenn auch bei weitem nicht in ihrem vollständigen Ausmaß – von Leuten ausgesprochen und eingestanden worden sind, die zu ihren Urhebern gehörten, und eben das geschah auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, dem wird vier Jahrzehnte später kaum zu helfen sein. Die „Endlösung“ dieser Aufgabe gibt es nicht, und deshalb wird die „Linke“ wohl damit leben müssen, dass ihr auch weiterhin Lernunfähige und Lernunwillige fortgesetzt präsentiert werden, um ihr insgesamt anzulasten, sie verschließe sich besseren Wissens und dessen unausweichlichen *Schlussfolgerungen.*

Jeder redliche Maßstab kann nur darin bestehen, zu beurteilen, ob das geistige Klima innerhalb der „Linken“, und da geht es in Deutschland in erster Linie um die Partei des Demokratischen Sozialismus, von Leuten bestimmt wird, die diese „Selbstkritik“ vornehmen und gegen innere und äußere Widerstände verfechten oder ob dieses Klima durch die Vorherrschaft von Uneinsichtigen bestimmt ist. Hieran schließt sich der erste Einwand gegen die in der Sache vollständig berechtigte Forderung, sich den Tatsachen zu stellen und deren Verursachung auf den Grund zu kommen. Er rührt aus der Benutzung des Futurums. „Die Linke wird ...“. Das ist aus einer Sicht formuliert, der zufolge nun, nach dem Erscheinen des „Schwarzbuches,“ begonnen werden müsse, öffentlich selbstkritisch hervorzutreten. Darin äußert sich eine schwer verständliche Geringschätzung alles dessen, was linke Autoren über den unerschöpflichen Gegenstand, über Irrtum, Versagen, Gewalt, Terror, Unrecht, Verbrechen und Massenmord in ihrer Geschichte inzwischen geschrieben haben. Im Bundestag, in dem die Abgeordneten der Partei des Demokratischen Sozialismus ihre Reden selten ohne dümmliche Störungen halten können, ging am 17. Juni 1998 immerhin die Feststellung unkommentiert durch: „Es gibt keine einzige Partei (in Deutschland – K. P.), die so viel über ihre Vergangenheit und Geschichte nachdenkt wie unsere – mit Grund, das ist wahr.“[18]

Man mag beklagen, dass vieles, was als dessen Frucht gedruckt wird, die Schwelle, die über die bloße Beschreibung hinausführt, nicht überschreitet und mitunter nicht frei ist von Tributen an den modischen Enthüllungsduktus. (An diesem Zustand ist selbstredend auch beteiligt, dass die Deskription von Tatsachen und deren analytische Verarbeitung mit sehr unterschiedlichen Anforderungen verbunden ist.) Doch bildet die bedrückende und traurige Bestandsaufnahme der historischen Tatsachen eine notwendige Durchgangsstufe zu tieferen Einsichten, sofern sie nicht schon als das zu erreichende Ziel angesehen wird. Jedenfalls wurde Arbeit getan und Verdienste sind erworben. Der Anfang auf einem langen Weg ist gemacht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Worin aber besteht, um zu dem zweiten Einwand zu kommen, denn aber „das Kunststück“? Darin, die „Linie“ zu halten, die diese „Selbstkritik“ nicht zur Apologie zugunsten des Kapitalismus missraten lässt? Gegen die Ausbeutung einer kritischen und selbstkritischen Geschichtsschreibung „der Linken“ zum Zwecke ihrer Bekämpfung gibt es keinen Schutz. (Dieses Faktum wurde und wird denjenigen noch immer zum brüchigen Argument, die glauben, Zukunft lasse sich mit Teil- oder Unwahrheiten gewinnen.) Das „Kunststück“ ergibt sich zu einem erheblichen Teil aus den äußeren Bedingungen, unter denen „die Linke“ sich heute mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen muss. Was unter Bedingungen, da sie nicht nur in der DDR über wissenschaftliche Großinstitute gebot, denkbar, aber nicht möglich war, weil die Machthabenden es politisch verbarrikadierten und die

---

17 André Brie, a. a. O.

18 Uwe-Jens Heuer, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 240. Sitzung.

Gesellschaftswissenschaftler es nicht einforderten, soll heute in widrigen Verhältnissen geleistet werden. Und es ist durchaus offen, ob das bewerkstelligt werden kann. Denn die Zustände haben sich nur in dem Punkte geändert, dass die Machthabenden diese „Aufarbeitung“ von den Linken nun zwar permanent fordern, ihnen gleichzeitig aber selbst bescheidene Mittel verweigern, die zur Erfüllung dieser Forderung eingesetzt werden könnten. Die Behandlung, die Parlament und Justiz dem Verlangen der Partei des Demokratischen Sozialismus, ihre parteinahe Stiftung nach den Grundsätzen auszustatten, die für die anderen Parteien im Bundestag gelten, macht klar, was von „der Linken“ einzig erwartet und angenommen wird: Schuldbekenntnis und Widerruf. Während die mit den Interessen der politischen Kaste konform arbeitenden Institute der Förderung sicher sein können, ist an Arbeitsmöglichkeiten für Wissenschaftler nicht gedacht, die vom Forschen unter dem Zwang politischer Vorgaben ein für alle Mal geheilt sind. (Sie werden in Ausnahmefällen akzeptiert, namentlich dann und dort, wo sie durch auf das Faktologische gerichteten und begrenzten Untersuchungen den Stoff vermehren helfen, mit dem das Gespenst „Kommunismus“ immer wieder prall gestopft werden soll.)

Warum?

Der vielberufene Pluralismus hat seine Grenzen dort, wo befürchtet wird, es könnte der Frage vorurteilslos nachgegangen werden, auf die letztlich alle erhellende Beschäftigung mit der Geschichte zielt. Sie lautet: Warum? So oft und so gern die Verbrechen des „Kommunismus“ mit denen des deutschen Faschismus verglichen werden, es scheint nahezu niemandem dieser Spezialisten in den Sinn zu kommen, dass, obwohl seit der Zerschlagung des Nazireiches mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen ist, die Antwort auf die Frage nach dem „Warum“ in Hinsicht auf den Massenmord an den europäischen Juden in der Wissenschaft umstritten geblieben ist, sehr verschiedene Antworten miteinander konkurrieren oder koexistieren und es wohl niemanden gibt, der eine von ihnen als vollständig befriedigend ansieht. Dieser Zustand ist nicht allein das Resultat der vielschichtigen Interessen, die in die Erforschung des Judenmords hineinwirken. In ihm drückt sich auch ein Schwierigkeitsgrad aus. Forscher, deren Verdienste um die „Holocaust“-Forschung hoch zu bemessen sind, haben unumwunden erklärt, sie hielten die Frage nach diesem „Warum“ für unbeantwortbar.

Wie gesagt, davon kein Wort, aber ein anhaltendes und unausgesetztes Wortgeprassel, das den Anspruch erhebt, über die Ursachen für die Verbrechen derer, die unter kommunistischer Flagge herrschten oder sich ihrer auch nur bedienten, alles zu wissen. Ideologie ohne Moral, eine alles rechtfertigende Utopie, Machtbesessenheit von Führern – so lauten die Schlüsselworte, mit denen angeblich jede Gedankentür geöffnet und die Sicht auf das letzte aller Geheimnisse gewonnen werden kann. Fragen, die das Klischee vom „Kommunismus aus einem Guss“ bloßstellen, werden wissentlich beiseitegelassen. Niklas Werths Darstellung endet mit dem Tode Stalins, und für diese zeitliche Begrenzung besaß er wohlerwogene Gründe. Doch bedient sie ungewollt das Anliegen derer, die sich mit der Tatsache nicht auseinandersetzen wollen, dass die Herrschaftspraktiken Stalins, Chruschtschows und Breschnews für die verwirklichte Möglichkeit von Alternativen stehen. Wie man die Praxis der Nachfolger Stalins auch immer beurteilen und mit welchen Gründen man sie ablehnen mag, sie lassen sich nicht auf den Nenner schreiben, auf dessen Zähler 100 oder die „reduzierten“ 80 Millionen Toten des „Kommunismus“ stehen.

Courtois hat an das Ende der französischen Ausgabe denn auch einen Exkurs zur Frage „Warum“ gesetzt. Auf ihn sind wenige Kritiker zu sprechen gekommen. Der Textteil, der auf die Frage „Warum“ folgt, erweist die Überschrift in den längsten Passagen als irreführend. Erneut ist seitenlang von den Praktiken des Terrors und seiner Rechtfertigung sowie auch von den zustimmenden und ablehnenden Äußerungen von Zeitgenossen zu lesen. Wo von Ursachen und Antrieben die Rede ist, werden sie auf eine bösartige Ideologie und bösartige Menschen reduziert und vor allem auf den Bösewicht Lenin. Ein Vergleich mag zeigen, wie Courtois sein Leninbild zimmert. Wolfgang Ruge beschreibt die Reaktion des siebzehnjährigen Wladimir auf die Nachricht von der Hinrichtung seines Bruders Alexander, der 1881 am Attentat auf den Zaren teilgenommen hatte, so: „Erschüttert erkannte dieser (Lenin – K. P.), dass auch der Weg der Narodnowolzen nicht zum Ziele führte und

beschloss, sich in eine andere Richtung zu begeben.“[19] Bei Courtois ist nach der Erwähnung der Hinrichtung des Bruders zu lesen: „Lenins Hass auf das Zarenregime war tief verwurzelt. Er persönlich beschloss und organisierte ohne Wissen des Politbüros 1918 die Ermordung der kaiserlichen Familie.“[20] Derart wird die Erschießung des Zaren und seiner nächsten Angehörigen unter den Verdacht eines persönlichen Racheaktes Lenins gestellt und obendrein als Fortsetzung der Praxis des individuellen Terrors ausgegeben.

Lenin erscheint als ein Mann ohne jede menschenfreundliche Regung, die Welt und das in den Strudel der Revolution gezogene Russland als bloßes Laboratorium betrachtend, in dem er seine Utopie zu verwirklichen trachtete, die mit der russischen Realität keine Bodenberührung besessen habe.[21] Ihm hätte die Devise gegolten: „Wer gegen mich ist, muss sterben.“[22] Die Utopie an der Macht sei zur mörderischen Utopie geworden.[23] Kamen jemandem Bedenken oder Skrupel, so wurden diese „vom Furor Lenins hinweggefegt.“[24] Er sei der „irrigen Hypothese“ gefolgt, „Böses sei mit Bösem zu bekämpfen.“[25]

Courtois hat seinen Unhold und mit einem Bindestrich sucht er diesen und Stalin auf eine Stufe zu stellen: Im Bürgerkrieg habe sich jene „leninistisch-stalinistische Mentalität zusammengebraut“, die eine „Mischung aus idealistische Exaltation, Zynismus und unmenschlicher Grausamkeit“ gewesen sei.[26] Nicht nur dass Courtois die Entstehung dieses Bürgerkrieges im „wesentlichen“ den Bolschewiki anlastet, er befindet auch, dass sie in ihm die moralisch Verwerflichsten gewesen seien, denn sie hätten gar „eine Theorie des Bürgerkriegs“ besessen.[27] Hier wird auf andere Weise und zu anderem Zwecke, aber im Kern die gleiche Geschichtsauffassung reproduziert, die Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU zur „Erklärung“ des Missetäters Stalins und seiner Gehilfen Jagoda, Jeschow u. a. m. anbot. Die Gründe, die im einen wie im anderen Falle dazu führten, dass von der Gesellschaft als Ganzer nicht gesprochen oder geschrieben wurde, sind obendrein miteinander entfernt verwandt: Alternativen sollten nicht in Rede kommen. Bei Chruschtschow hätten sie zum Nachdenken über die gefürchtete Frage nach einer Reform des Sozialismus an Haupt- und Gliedern geführt. Bei Courtois hätten sie das Bild vom „Kommunismus aus einem (leninistisch-stalinistischen) Guss“ zerstört.

Nun müssen die Vorstellungen Lenins wie alle an führendem Platz wirkenden russischen Revolutionäre des Jahres 1917 unzweifelhaft ebenso erforscht werden wie die wirkliche oder vermeintliche Rechtfertigung ihres Geschichtsbildes durch das Erlebnis des Ersten Weltkriegs. Und ebenso notwendig ist es, die Jahre der Geburt Sowjetrusslands darauf hin zu befragen, wie die Führungsgruppe ihre neuen Erfahrungen mit den wenigen Ermutigungen und den schwerwiegenden Enttäuschungen gedanklich und praktisch-politisch verarbeitete. Inzwischen existieren nicht wenige Monographien, die von diesen geschichtlichen Ausgangspunkten her fragen, wo der Abweg vom gegenrevolutionären Terror zu den an Millionen begangenen Verbrechen der dreißiger Jahre begann. Lenins Denken und Urteilen über Herrschaft und Macht, Recht und Terror, Revolution und Moral und die Ratschläge und Weisungen, die er erteilte, sind da nicht ausgenommen worden. Doch geschah das im Kontext auch jener Ereignisse, die zum wenigsten aus Entschlüssen des Revolutionsführers hervorgegangen waren. Courtois aber macht Lenin zum Schöpfer der Geschichte. Er belebt den Personen-

---

19 Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991, S. 33. In einer vom Verfasser durchgesehenen und mit einem Personenverzeichnis ergänzte Auflage in: Friedrich-Martin Balzer, „Wolfgang Ruge für Einsteiger und Fortgeschrittene“, Bonn 2019. Anm. d. Hrsg.

20 Schwarzbuch, S. 798.

21 Vgl. Schwarzbuch, S. 805 u. 806.

22 Ebd. S. 816.

23 Ebd. S. 807.

24 Ebd. S. 813.

25 Ebd. S. 802.

26 Ebd. S. 812.

27 Ebd. S. 811/812.

kult um ihn, nur eben mit dem negativsten aller denkbaren Vorzeichen. Der Bürgerkrieg entstand angeblich, weil Lenin ihn aus seinem Machtkalkül heraus wollte und provozierte.

Was in dieses Konzept nicht passt, wird weggelassen. Von Interventionsmächten und deren militärischen Aktionen hat Courtois offenbar nie etwas gehört. Dass das Schicksal der geschlagenen Revolutionäre in Deutschland, in Ungarn oder in Italien, das Ende der Liebknecht, Luxemburg und Tausender Arbeiter für die Entscheidungen in Moskau irgendetwas bedeutete haben könnte, kommt dem Historiker nicht in den Sinn. Die feindliche Umwelt, wenn auch nicht stets so kriegslüstern wie in der Sowjetpropaganda behauptet, war doch keine bloße Erfindung zur Disziplinierung und Verfolgung, Niederhaltung und Mobilisierung der Massen. Courtois spricht für die Jahre 1937/38 gar von einer für die UdSSR „außenpolitisch friedlichen Phase.“[28] Als hätte es München nie gegeben. Um nicht missverstanden zu werden: Diese Umwelt ließ zu keinem Zeitpunkt den Mächtigen im Kreml nur eine Entscheidungsmöglichkeit. Sie war weder die Quelle, wohl aber eine Bedingung des Massenterrors. Und sie konnte sie auch nicht eine einzige der begangenen Missetaten rechtfertigen.

Was den Kapitalismus und seine Wirkungen in die Weltgeschichte der ersten Jahrhunderthälfte angeht, so bevorzugt der Herausgeber des „Schwarzbuches“ nicht nur das Schweigen. Er ist, das bildet nur die komplementäre Seite zur Verteufelung des „Kommunismus“, unter die Weißwäscher des Kapitals gegangen. Über den Ersten Weltkrieg vermag er zu schreiben, als hätte es die Forschungen Fritz Fischers, der ihm als unverdächtig gelten könnte, nie gegeben. Den bolschewistischen Führern, die über die „Schrecken des Krieges“ in Unkenntnis geblieben wären, weil sie „paradoxerweise“ nicht an dem Mordgeschäft teilgenommen hatten, kreidet Courtois an, dass sie dem Kapitalismus „die Verantwortung für das Massaker“ zugeschrieben, den „nationalen beziehungsweise nationalistischen Aspekt des Ersten Weltkrieges“ übersehen hätten. Eine geistige Anleihe bei Furet aufnehmend, behauptet Courtois nicht Interessenlagen, sondern Leidenschaften hätten diesen Krieg hervorgerufen. Die wären in den Massen mit solcher Gewalt ausgebrochen, dass die sozialistischen Parteien gar nicht anders hätten handeln können, als sich geschlossen hinter ihre Regierungen zu stellen. Und was tat Lenin? Nicht dass er die Ursachen des Krieges bloßgelegt hätte, „er verlegte sich auf eine theoretische Flucht nach vorn.“[29] Diese Passagen, die gar nicht im Kernbezirk der Geschichtsdeutungen des „Schwarzbuch“-Herausgebers liegen, wurden hier zitiert, weil sie sein argumentatives Niveau charakterisieren. Sie könnten diejenigen unter den Rezensenten Recht geben, die Courtois noch immer in der Besorgnis sehen, sich nicht als vollständig Bekehrter ausgewiesen zu haben.

Die Frage nach dem „Warum“ bleibt denen, die von einer an Marx orientierten Weise geschichtlichen Forschens und Denkens ausgehen. Erste Antworten sind gegeben. Wolfgang Ruge, selbst in das System des Gulag gezwungen und es überlebend, hat 1991 in einer in den Turbulenzen des Jahres zu wenig beachteten Schrift „Stalinismus“ seine Analyse gegeben, die objektive und subjektive Faktoren einbegreift, nach Ideologien und Denkmustern fragt, der Rolle von Persönlichkeiten, deren Mentalität und Charaktereigenschaften ebenso nachspürt wie dem Verhalten von Führergruppen, Parteien und Apparaten und die Handelnden in einem historischen Prozess sieht, der nicht auf Gewalt und Verbrechen reduziert werden kann. Auf diesem Felde muss die „Linke“ weiterarbeiten und nach Wegen suchen, über Ländergrenzen hinweg in Permanenz eine Debatte zu führen, deren Teilnahme für alle offen ist, deren Denken nicht auf das „Ende der Geschichte“ fixiert ist. Die Aufgabe duldet wenig Aufschub. Denn erst in dem Maße wie „die Linke“ ihre Antworten findet, kann sie sich von der Auseinandersetzung mit der Geschichte ihrer Irr- und Abwege eine befreiende Wirkung erhoffen. Courtois wollte ihr nur die Litanei zu einem Begräbnis liefern.

Stéphane Courtois, Nicolas Werth u. a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert, Piper Verlag GmbH, München 1998, 987 S.

Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 35, 1. September 1998, S. 110-123.

---

28 Ebd., S. 813.

29 Ebd., S. 802 u. 805 f.

Von kindischen und ernsten Reaktionen

Am 6. November 1997 wurde in Paris das „Schwarzbuch des Kommunismus“ ausgeliefert, pünktlich zum 80. Jahrestag des Ereignisses, das die offizielle Bezeichnung „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ erhalten hatte. Am 27. März 1998 gelangte die deutsche Übersetzung auf den Buchmarkt diesseits des Rheins. Seitdem haben Kritiker in Rezensionen und Interviews Einwände gegen wissenschaftliche Solidität und Wert des Werkes erhoben. Die haben den Erfolg des Reklameaufwands kaum geschmälert, mit dem das Buch inzwischen in mehreren Ländern unter die Leser gebracht wurde. Er reichte nahezu an denjenigen heran, der eben erst Daniel J. Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ zum Bestseller gemacht hatte. Die damals geäußerte Befürchtung, es könnten ungleich beachtenswertere Publikationen, würde diese Verlagspraxis sich durchsetzen, es schwer haben, die ihnen gebührende öffentliche Aufmerksamkeit zu finden, erwies sich als ganz und gar berechtigt.

Die Erkenntnis, die aus dem „Schwarzbuch“ nach der Absicht von Verlag und Herausgeber gewonnen werden soll und die ihm auf der politischen Rechten so viele Willkommensgrüße eintrug, hat André Brie (Die Mühen einer Diskussion, *„die tageszeitung“*, 11./12. Juli 1998) treffend mit den Worten charakterisiert: „Mag der Kapitalismus seine Gebrechen haben – die Alternative hat/ist Verbrechen.“ Natürlich musste das „die Linke“ auf den geistigen Kampfplatz rufen. In ihren Reihen wird mitunter geglaubt, es sei an der Zeit, der Rechnung, angestellt nach der Devise „so viel Leichen wie möglich“ (Lothar Baier) mit einer Gegenrechnung beizukommen. Mehrfach wurde von den einen angeregt, von anderen angedroht, ein „Schwarzbuch des Kapitalismus“ zu schreiben. Der Vorschlag erscheint mir kindisch und erinnert an das Verfahren: Haust Du meine Tante, hau’ ich Deine Tante. Wichtiger ist: Für den gedachten Zweck wäre solches Unternehmen absolut untauglich.

Denn was wäre eigentlich bewiesen, würden die Leichenberge des Kapitalismus, auch nur diejenigen, die in den Jahrhunderten seiner Kolonialpolitik angehäuft wurden und die im Verlauf seiner Kriege entstanden, zu Riesensummen addiert? Was wäre mit der Anwendung der vor allem von den deutschen Revisionisten praktizierten Ablenkungs- und Vernebelungsmethode „Die anderen auch ...“ gewonnen? Zudem fehlt es an „Schwarzbüchern“ des Kommunismus nicht, die freilich anders angelegt wurden als jenes von Stéphane Courtois und seinen Mitautoren. Es genügt an die wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Werke zu erinnern, die sich mit den mörderischen Folgen der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals befassten, beispielsweise – und um eine der bekanntesten Schriften zu nennen – an Friedrich Engels „Lage der arbeitenden Klassen in England“. Schließlich ist es nicht notwendig, geht es um die bloße Feststellung von Tatsachen und Zahlen, erneut Bücher zu füllen. Der gegenwärtige Zustand der Weltbevölkerung, die in kapitalistischen oder vom Kapitalismus zu verantwortenden Zuständen lebt, ist statistisch hinreichend erfasst. Es genügt, die Feststellungen zu treffen und die Fragen zu stellen, die der Kubaner Fidel Castro am Beginn der Sitzung aus Anlass des 50. Jahrestags der Gründung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aussprach. Nachdem er daran erinnert hatte, dass das Kindersterben alles übertreffe, was bisherige Kriege und Völkermorde geleistet hätten, fragte er: „Warum haben 800 Millionen (der Erdbewohner – K. P.) keine gesundheitliche Versorgung? Warum sind 200 Millionen Kinder unter fünf Jahren unterernährt? Warum müssen 250 Millionen Kinder arbeiten? Warum gehen 100 Millionen nicht einmal auf eine Grundschule? Wie kann es sein. dass in einer Welt, die jährlich 30 Billionen Dollar an Waren und Dienstleistungen produziert, 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben?“ (Zitiert in: *konkret*, Nr. 6, 1998)

Doch der Nachweis, dass schon das Wort von den „Gebrechen“ des Kapitalismus eine Beschönigung der Wirklichkeit ist, die kaum bloßer Unkenntnis zugeschrieben werden kann, führt das Nachdenken der Linken nicht einen Gedankenschritt weiter. Um ihn zu bewirken, sind ernstzunehmendere Vorschläge unterbreitet worden, als der erwähnte. Ihnen wurden mitunter Befunde darüber zugrunde gelegt, wie sich „die Linke“ bisher gegenüber den Tatsachen verhalten haben, die nun in dem „Schwarzbuch“ ausgebreitet wurden und von den Verfassern in Zusammenhänge gebracht

wurden. Nun wären diese Befunde, will man sich nicht wie Courtois sogleich dem Vorwurf der vorschnellen Verallgemeinerung aussetzen, nach den vielen Parteien, Gruppierungen und Strömungen der Linken und dann wiederum in ihnen zu differenzieren. Selbst wer diese Bestandsaufnahme besäße, hätte Schwierigkeiten mit einem Gesamtbild.

Wohl in erste Linie mit Bezug auf die Situation „der Linken“ in Deutschland hat A. Brie in dem schon erwähnten Beitrag festgestellt, es gäbe in ihren Reihen „immer noch gar nicht so wenige“, die nicht bereit seien, auch nur die schrecklichen Tatsachen „kommunistischer Geschichte“ zur Kenntnis zu nehmen. (Hier wird – dies nebenbei – „kommunistisch“ in einer Verwendung übernommen, die sich an jene anlehnt, die absichtsvoll schon vom Titel des „Schwarzbuch“ prangt.) Dieser Zustand müsse überwunden werden. „Die Linke“, so lautete die abschließende Forderung des Artikels, werde „das Kunststück fertigbringen müssen, ihre Selbstkritik an tiefschwarzen Seiten ihrer Geschichte öffentlich und ohne Verdrängung führen zu müssen, ohne zu prokapitalistischer Apologetik beizutragen.“

Der Satz bietet Stoff für viele Überlegungen: Ob die erwähnten Seiten der Geschichte „der Linken“ unterschiedslos und weltweit als ihre eigene zugeschriebenen werden können, ist fraglich und hängt davon ab, wer ihr zur in Vergangenheit und Gegenwart zugerechnet wird und wie Kontinuitäten und Brüche gesehen werden. Zweifel sind nach aller Erfahrung anzumelden, ob wirklich erreicht werden kann, dass „die Linke“ sich insgesamt zur gedachten Selbstkritik durchzuarbeiten oder sollte es treffender heißen: durchzuschinden vermag. Wer sich Tatsachen verweigert, die – wenn auch nicht in ihrem vollständigen Ausmaß – von Leuten ausgesprochen und eingestanden worden sind, die zu ihren Urhebern gehörten, und eben das geschah auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956, dem wird vier Jahrzehnte später kaum zu helfen sein. Diese Feststellung wäre nur banal, käme ihr in den politischen Kämpfen der Gegenwart und insbesondere in Deutschland eine Bedeutung zu: Denn es werden „der Linken“ wirklich oder vermeintlich Lernunfähige und Lernunwillige fortgesetzt präsentiert, um ihr insgesamt anzulasten, sie verschließe sich gegen besseres Wissen und den aus ihm unausweichlich abzuleitenden Schlussfolgerungen. Gefragt wird nicht, was doch den einzig vernünftigen und realitätsnahen Maßstab abgeben könnte, wer das geistige Klima innerhalb der „Linken“ bestimmt, sondern es werden die Uneinsichtigen vorgeführt und Dogmatiker präsentiert und mit ihnen „bewiesen“, dass die PDS, denn sie stellt die Masse dieser Linken in Deutschland, eine undemokratische Partei ist, die endlich verboten werden müsste.

Das führt zum ersten Einwand gegen die zitierte in der Sache berechtigte Forderung Bries. Er rührt aus der Benutzung des Futurums. „Die Linke wird ...“ – das erweckt den Eindruck, sie müsse nun nach dem Erscheinen des „Schwarzbuches“ *beginnen*, öffentlich selbstkritisch hervorzutreten. Darin spricht sich eine, um das Mindeste zu sagen, Geringschätzung alles dessen aus, was linke Autoren über den unerschöpflichen Gegenstand, über Irrtum, Versagen, Gewalt, Terror, Unrecht, Verbrechen und Massenmord in ihrer Geschichte inzwischen geschrieben haben. Im Bundestag, in dem die Abgeordneten der Partei des demokratischen Sozialismus ihre Reden selten ohne dümmliche Störungen durch Zwischenrufer halten können, ging am 17. Juni 1998 die Feststellung unkommentiert durch: „Es gibt keine einzige Partei (in Deutschland – K. P.), die so viel über ihre Vergangenheit und Geschichte nachdenkt wie unsere – mit Grund, das ist wahr.“ (Uwe-Jens Heuer, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, 240 Sitzung)

Man mag beklagen, dass vieles, was als dessen Frucht gedruckt wird, die Schwelle, die über die bloße Beschreibung hinausführt, nicht überschreitet und manches davon wiederum dem modischen Enthüllungsduktus Tribut zollt. Doch bildet die bedrückende und traurige Bestandsaufnahme der historischen Tatsachen eine notwendige Durchgangsstufe zu tieferen Einsichten, sofern dieses Zwischenresultat nicht selbst schon fälschlich als das zu erreichende Ziel angesehen wird. Jedenfalls wurde Arbeit getan und Verdienste sind erworben. Der Anfang auf einem langen Weg ist gemacht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Der zweite Einwand betrifft die Charakteristik des erwähnten „Kunststücks“? Besteht es darin, die „Linie“ einzuhalten, die diese notwendige „Selbstkritik“ nicht zur Apologie des Kapitalismus miss-

raten lässt? Gegen die Ausbeutung einer kritischen Geschichtsschreibung „der Linken“ für die Zweck ihrer Bekämpfung gibt es keinen Schutz. Nein, das „Kunststück“ machen die widrigen Bedingungen notwendig, unter denen „die Linke“ sich heute mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen hat. Was zu Zeiten, da sie nicht nur in der DDR über wissenschaftliche Großinstitute gebot, denkbar, aber nicht möglich war, weil die Machthabenden die Wahrheit politisch verbarrikadierten und die Gesellschaftswissenschaftler sich murrend oder nicht mit diesem Zustand abfanden, kann heute nur in auf andere Weise widrigen Verhältnissen geleistet werden. (Und es ist durchaus offen, ob es bewerkstelligt werden kann.) „Gebessert“ haben sich die Zustände insoweit, als die heute Machthabenden von den Linken die „Aufarbeitung“ ihrer Geschichte permanent fordern. Gleichzeitig und berechnend verweigern sie ihr aber die Mittel, die zur Erfüllung dieser Forderung eingesetzt werden könnten. Die Behandlung, die Parlament und Justiz dem Verlangen der Partei des demokratischen Sozialismus, ihre parteinahe Stiftung nach den Grundsätzen auszustatten, die für die anderen Parteien im Bundestag gelten, macht klar, was von „der Linken“ einzig erwartet und angenommen wird: Schuldbekenntnis und Widerruf. Während die mit den Interessen der politischen Kaste konform arbeitenden Institute der Förderung sicher sein können, ist an Arbeitsmöglichkeiten für Wissenschaftler nicht gedacht, die vom Forschen unter dem Zwang politischer Vorgaben ein für alle Mal geheilt sind.

Der vielberufene Pluralismus hat seine Grenzen dort, wo befürchtet wird, dass der Frage vorurteilslos nachgegangen werden könnte, auf die letztlich alle erhellende Beschäftigung mit der Geschichte zielt. Sie lautet: Warum? Erst in dem Maße wie die Linke auf sie Antworten findet, kann sie sich von der Auseinandersetzung mit den Geschichten ihrer Irr- und Abwege eine befreiende Wirkung erhoffen. Denn erst dann könnte an die Stelle des sich auf Hoffnungen stützenden Glaubenssatzes, dass doch ein demokratischer Weg entdeckt und begangen werden kann, der über den Kapitalismus hinausführt, zwar keine Gewissheit, aber so etwas wie eine durch historische Analyse gestützte Prognose entstehen.

Kalaschnikow, Heft 2, (Herbst 1998), S. 46-47.

Ein „neuer Sternburg“

Titel wie Untertitel dieses hier spät angezeigten Buches hätten dem Leser – 1996 – auch eine Auseinandersetzung mit dem damals gerade auf den Markt gekommen Buch Daniel J. Goldhagens anzeigen können. Wilhelm von Sternburg hatte sich mit dessen Werk schon bekanntgemacht, doch ist seine Arbeit nicht als eine Streitschrift gegen die These des amerikanischen Soziologen und Historikers angelegt worden, derzufolge der Holocaust ein „nationales Projekt“ der Deutschen gewesen sei. Die Fragestellungen der beiden Autoren aber ähneln sich und auch Sternburg holt weit in die deutsche Geschichte aus. Er vergleicht sie mit der anderer europäischer Länder und stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede fest, um sich immer wieder zu fragen: Warum nicht die Franzosen oder die Engländer, in deren Vergangenheit es auch und immer wieder die Barbarei der kolonialen Eroberungen und Behauptungen gegeben hat, sondern warum meine Landsleute, die massenmordenden, als ich, 1939 Stolp/Pommern geboren, eben heranwuchs?

Sternburgs Herangehensweise wird durch die Überschrift des 1. Kapitels charakterisiert, die lautet: „Die Rolle der Ideologien“. Darauf folgt eine Erörterung über die durch das Buch Goldhagens erneut und von den ersten deutschsprachigen Teilabdrucken in der „Zeit“ an absichtsvoll wiederbelebte These von der „deutschen Kollektivschuld“, – ein Thema, zu dem schwerlich noch etwas Neues nachgetragen werden kann. Doch, um es gleich hier anzumerken: Kritik an Büchern, deren Thema der „Holocaust“ ist, greift dann zu kurz, wenn sie einzig nach deren Neuigkeitswert beurteilt werden. Sternburg, der Volkswirtschaft und Geschichte studierte und sich bei Hör- und Fernsehfunk einen Namen machte, vermochte durch seine allgemeinverständlichen vorwiegend biographischen Arbeiten (zu Konrad Adenauer, Arnold Zweig, Lion Feuchtwanger und – ebenfalls 1996 erschienen – Carl von Ossietzky) ein festes Leserpublikum zu gewinnen. So kann er Leuten Fragen und Antworten nahebringen, die von anderen Verfassern nicht erreicht werden. Dies auch zu der gelegentlich zu hörenden Meinung, wir – die Deutschen – besäßen doch nun wirklich hinreichend Literatur zum „Holocaust“-Thema, eine Ansicht, die auch davon absieht, das Literatur nicht selten deshalb gelesen wird, weil diese Autorin oder jener Verfasser sie geschrieben hat.

Im dritten Kapitel räumt Sternburg knapp mit der nach wie vor in deutschen Landen herumgeisternden Vorstellung auf; es seien die Verbrechen des deutschen Faschismus das Werk Hitlers und einiger weniger seiner Mitführer und Büttel gewesen. Auch dies erneut zu begründen, macht Sinn, hat doch das bornierte Echo nicht nur derjenigen mit der Reichskriegsflagge auf die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ erneut ans Tageslicht gebracht, dass die Verweigerung gegenüber den Tatsachen nach wie vor massenhafte Anhänger besitzt. Erst nachdem die Hälfte seines Textes geschrieben war, kommt im 4. Kapitel der „Durchstoß“ zum eigentlichen Kernpunkt des Anliegens, das Sternburg verfolgt. Er benennt seinen Standpunkt wieder in der Überschrift: „Der deutsche Weg – eine verhängnisvolle Zuspitzung“. Das will, wie dann ausgeführt wird, besagen, die Deutschen hätten in ihrer Geschichte nicht eigentlich einen Sonderweg zurückgelegt (diese These lasse sich nicht belegen), aber in auf ihrem Wege namentlich durch das 19. und in das 20. Jahrhundert habe sich „zugespitzt“, was auf denen anderer vergleichbarer Nationen auch angelegt gewesen sei. Diese Aussage führt ihn weiter zu der Frage: Womit und warum kam es zu solcher „Zuspitzung“? Die Antwort sei nicht in der politischen, der Wirtschafts- oder einer anderen Seite der Geschichte zu suchen, sondern in seiner „inneren“, ein Begriff, mit dem sich wenig anfangen lässt. Sternburg konkretisiert den Gebrauch, den er davon macht: die gemeinte Zuspitzung betreffe Denk-strukturen und Verhaltensmuster. Erst, wenn die „ideologischen und mentalen Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft“ aufgedeckt und analysiert würden, ergebe sich die Antwort auf die Frage „Warum die Deutschen“. Und wieder weiter: „Erst in der Vermischung von strukturieren Momenten – Industrialisierung, Urbanisierung, konjunkturelle Depressionen – und ideologischer Radikalisierung wird ein deutscher Weg erkennbar, der zu Zuspitzungen führt, die bei unseren Nachbarn nicht auftraten oder rechtzeitig und erfolgreich abgewehrt wurden.“ Diese Erklärung bleibt weit hinter dem Konsens zurück, der zwischen sehr verschiedenen Strömungen der Geschichtswissenschaft inzwischen erreicht ist. Die nämlich fragen, warum in Gesellschaften mit gleichen Eigentums- und Produktionsverhältnissen sich so unterschiedliche staatliche Strukturen und in ihnen wieder so gegensätzliche

Programme zur Verwirklichung der realer Interessen von Menschen und Menschengruppen entwickeln konnten. Da muss die Rede auf den deutschen Imperialismus in seinen Ausprägungen zwischen 1890 und 1945 kommen, auf die „Zuspitzung“ seiner Pläne ins Ungeheuerliche und Anachronistische.

Sich in diese Materie zu vertiefen, hält Sternburg aber für überflüssig. Grotesk seine Bemerkung über Nazideutschland: „Weil alles dem kommenden Krieg und der germanischen (warum steht hier die Himmlerscher Verbrämung sehr realen Eroberungsziele und Endsiegvorstellungen – K. P.) Hegemonie in Europa zu dienen hatte, war es im Grunde belanglos, dass die Eigentumsverhältnisse – außer bei Juden und Regimegegnern – unangetastet blieben.“ Nun gibt, zur Vermeidung von Missverständnissen sei es noch einmal festgestellt, das auf die Weltvorherrschaft gerichtete imperialistische Programm der deutschen Eliten um Hitler für sich keine Antwort auf die Frage, warum der ‘Weg nach Auschwitz“ führte. Und selbst die unerlässliche „Einführung“ der spezifischen barbarischen Ideologie des Faschismus in die Analyse tut das nicht. Es ist unerlässlich, die Spur des Antisemitismus und der Judenfeindschaft vom März/April 1933 an zu verfolgen, wenn verständlich gemacht werden soll, warum die Deutschen den Massenmord an den europäischen Juden begannen und die Mörder ihn vorantrieben, bis die Alliierten der beispiellosen Untat ein Ende setzten. Das anerkennen, führt zu einer wenig populären, aber nicht unbedingt elitären Schlussfolgerungen: Allzu starke Verkürzung der Antworten, wie sie Unternehmen wie das Sternburgs vornehmen müssen, gehen nicht einfach das Risiko vieler Einwände ein, sondern entlassen ihre Leser unvermeidlich mit mehr Fragen denn mit Antworten. Das muss einen Schaden nicht notwendig anrichten. Und tut es dann nicht, wenn sich mit den erkannten Fragen das Bedürfnis einstellt, sich der anstrengenden Geistesarbeit zu unterziehen, dem Geschehen auf den Grund zu kommen, soweit sich die Geschichtsschreibung dahin eben vorgearbeitet hat. Ohne solche Anstrengung, das musste gerade nach den einleuchtenden, leicht zu merkenden, aber kritischer Prüfung nicht standhaltenden Antworten Goldhagens mehr denn vordem betont werden, sind tiefere Einsichten nicht zu haben. Jeder Nichtfachmann auf dem Felde von Physik oder Medizin weiß oder erkennt bald, dass das Eindringen in einen komplizierteren Zusammenhang auf dem Felde dieser Disziplinen heißt, einen weiten Arbeitsweg zu gehen. Im Hinblick auf die Geschichtswissenschaft aber hält sich hartnäckig die Vorstellung, dass sich jedermann vor seinem Fernseher oder während seines Urlaubs ein gemeinverständliches Buch lesend, auch in den kompliziertesten Fragen geistig rasch besatteln kann.

Sternburgs lesenswertem Buch vertrüge bei einer Neuauflage einige Korrekturen. Rasch wäre zu erledigen, dass das Wort vom „Bruder Hitler“, vom Autor Heiner Kipphardt zugeschrieben, ein von dem benutztes Zitat ist, das auf Thomas Mann zurückgeht. Mehr Aufwand des Verfassers würde es verlangen, die verabsolutierte These zu korrigieren, derzufolge Hitler nichts von seinen Absichten und Plänen verheimlicht habe. Wahr ist, dass er aus taktischen Gründen, ins Reichsinnere ebenso kalkulierend wie auf das Ausland, seine kriegerischen Vorhaben nicht nur verheimlichte, sondern seine früheren – „Mein Kampf“ – Aussagen geradezu widerrief. Ohne die Friedensdemagogie in die Betrachtung einzubeziehen, wird die Frage nach den Gründen für die rasch formierte Millionengefolgschaft des Mannes und des Regimes jedenfalls nicht vollständig beantwortet werden können.

Im abschließenden Kapitel „Kontrolle der Macht“ gibt der Autor seine Schlüsse aus der geschichtlichen Erfahrung und fragt nach Sicherungen gegen deren Wiederholung. So wichtig, wie ihm die Befestigung demokratischer Strukturen in der Gesellschaft ist, sie erscheinen ihm allein doch nicht ausreichend. „Kapitalismus pur als einzige Antwort ist so fundamental wie der Ruf nach dem Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen“. Kapitalismus pur als einzige Antwort – die Formulierung ist mehrdeutig. Soll sie in dem Sinne verstanden werden, dass es eine andere, eine alternative Antwort gäbe? Oder ist sie richtig interpretiert, wenn sie dahin verstanden würde, es sei dieser Antwort eine andere hinzuzusetzen, sodass ein Cocktail à la capitalism entstünde? Sternburgs Buch ist ein Appell gegen den Schlussstrich. Möge er gelesen und angenommen werden.

Wilhelm von Sternburg, Warum wir? Die Deutschen und der Holocaust. Hrsg. von Wilhelm von Sternburg, Aufbau Taschenbuch Verlag 1996,110 S., 12,00 DM.

Süße Spenden für das Ostheer

Stollwerck-Museum. Braune Schokolade und schwarz-weiß-rote Geschichte

Als die Fondant-Etappe in der ostdeutschen Süßwarenproduktion schon zu Ende und der Kakaoschalentee nahezu vergessen war, hatte es mit der Produktion von Schokoladen in der DDR doch weiter seine Schwierigkeiten. Die waren in hochwertiger Qualität nicht ohne gehörige Kakaoanteile herzustellen, die dafür notwendige Bohne wiederum nicht ohne Devisen zu haben. Denn die Pflanze gedeiht gut nur in einem einige 100 Kilometer nord- und südwärts des Äquators verlaufenden Streifen. Westpakete enthielten Gaumenfreuden aus fremdländischer, vorwiegend niederländischer, schweizerischer und anderer Produktion. Doch zu ihnen zählten auch, und nicht nur in Kindermündern, die aus ganz anderer Richtung herbeigeschafften Mischkas, die Reisende oder Freunde in Moskau ergattert hatten. Nun kommt aus östlichem Lande andere Lieferung. „Alpengold“ ist „nach einem Original deutsch-schweizerischen Rezept“ in einer Stadt im Gebiet Wladimir von einer Fabrik hergestellt worden, die weder „Junger Pionier“ noch „Alter Bolschewik“ heißt, sondern „Stollwerck Rus“.

Von deren Existenz war im Kölner Schokoladenmuseum kürzlich noch nichts zu erfahren gewesen. Indessen gehört dieses aufwendig gestaltete Museum zu den ebenso unterhaltenden wie belehrenden Industrie- und Firmenmuseen, von denen Deutschland nicht eben viele hat und in denen man etwas über deutsche Geschichte lernen kann. Beim Verlassen des Gebäudes aber führt kein Weg an der Verkaufsabteilung vorbei ...

„Von der Bohne“ an lässt sich in dem mehrstöckigen Bau viel über den weiten Weg zur Schokolade erfahren: von den Arbeits- und Lebensbedingungen der Kakaobauern über die ersten Konservierungs- und Verarbeitungsschritte vor Ort bis hin zu dem Automaten, an dem sich der Weg von der breiig warmen Masse bis zum Endprodukt verfolgen lässt. Lernen kann man hier unter anderem auch, dass „Vernichtung durch Arbeit“ nicht erst eine deutsche Erfindung des 20. Jahrhunderts ist, sondern bereits am Beginn der kapitalistischen Kolonialepoche auf lateinamerikanischem Boden praktiziert wurde. Nachschub für die „verschlissene“ einheimische Bevölkerung kam über den Ozean auf den Sklavenschiffen aus Afrika, woher der Nachschub unbegrenzt gesichert schien.

Dem Schokoladenmuseum geht es mit der Werbung für eine „Weltfirma“ zuvörderst um deren Ruhm. Die beging 1989 ihr 150jähriges Firmenjubiläum. Das Gründungsdatum muss nicht auf die Apothekerwaage gelegt werden. Es begann nämlich mit einer Mürbebäckerei, die Franz Stollwerck nach den Wanderjahren in seiner Heimatstadt eröffnete.

1843 hatte er begonnen, sich auch als Bonbonfabrikant zu betätigen. Dies geschah mit dem Ehrgeiz, ein Mittel auf den Markt zu bringen, mit dem sich die Wirkungen der zunehmenden Erkrankungen der Atmungsorgane – eine Folge der anwachsenden Belästigung durch Dreck, Staub und Ruß – zumindest lindern ließen. Dazu pröbelte er sich nicht selbst irgendeinen Sud zusammen, sondern begab sich zu einer Adresse, die zu jener Zeit auch andere Unternehmer bevorzugten: an die Universität. Gefunden wurde ein Mediziner und Hofrat, der die Kräutermixturen zusammenstellte und sich mit seinem Namen für deren Wirkung verbürgte. Alsbald bestätigten weitere Ärzte, Geburtshelfer und Operateure die Güte der Ware. Um 1867 nannte sich das Unternehmen „Dampf-Schokoladen-, Bonbon, Dragees-, Marzipan-, Tragant- und Zuckerwarenfabrik“.

Da Stollwerck einen preußischen Prinzen bewegt hatte, seine „Brustkaramellen“ zu lutschen, durfte er sich seit 1847 zudem Hoflieferant nennen. Keine Ware warf in den folgenden beiden Jahrzehnten so großen Gewinn ab wie diese. Der erst stützte den Beginn der Herstellung des Erzeugnisses, das Stollwerck dauernd zu einem über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Firmennamen werden ließ: Schokolade. Deren Siegeszug und dominierende Stellung begann vollends, als die ältesten der fünf Söhne des Gründers, die sich dem strengen Regiment des Vaters nicht länger zu unterwerfen bereit waren, mit dem Werk „Gebrüder Stollwerck“ einen eigenen Betrieb eröffneten. Das geschah im Jahre der Reichsgründung und mit erklecklichem Rückgriff auf gehabte Kriegsgewinne.

Ins größere preußisch-deutsche Reich zogen die Stollwerck-Brüder als stramme Monarchisten. Vergessen waren die Zeiten, da der Vater in seinem Kölner Kaffee zu Beginn des 1848er Revolutionsjahres das Namensschild „Royal“ gegen „Deutsches Kaffeehaus“ tauschte und sich Republikaner und Demokraten in seinem Etablissement getroffen und Pläne geschmiedet hatten. Im Kriegsjahr 1870/1871 waren die Tafeln mit der Schokolade aus Köln mit den Bildern „Deutsche Heerführer“ versehen worden. Seit 1874 firmierte das Unternehmen als „Kaiserlich-Königliche-Hof-Schokoladen-Fabrik“.

Die Produktion des inzwischen von allen fünf Brüdern gemeinsam geleiteten Werkes expandierte rasant. Nun wurden nicht nur Konditoren und zu ihren Tätigkeiten angelernte Frauen – die „Stollwerckmädchen“ hießen und 1875 etwa die Hälfte der Belegschaft bildeten ... beschäftigt. Schreiner, Buchdrucker und Schlosser, die den Maschinenpark in Gang hielten, gehörten dazu. Dann legte sich das Unternehmen als erster unter den deutschen Lebensmittelherstellern ein firmeneigenes Labor zu. Es warf mit „Dr. Michaelis Eichel Kakao“ ein diätetisches Produkt auf den Markt, das als Mittel gegen die grassierenden Brechdurchfälle bei Kindern angeboten wurde. Später folgte die verdauungsfördernde Schokolade „Chocolin“.

1894 zählte die Belegschaft in Köln 1700 Personen. Zu ihr gehörten Konstrukteure und Arbeiter einer Maschinenfabrik, die Spezialfertigungen für den eigenen und fremden Bedarf erzeugten. Deren Fabrikate fanden auch Absatz in Russland, Spanien und Frankreich. Der Arbeitstag dauerte von Montag bis Sonnabend von 6 bis 20 und sonntags von 6 bis 12 Uhr Bei Stollwerck wurden um die Jahrhundertwende so schlechte Löhne gezahlt, dass dessen Leiter in der expandierenden Stadt und in deren Umgebung ausreichend weibliche Arbeitskräfte nicht mehr anwerben konnten. Auch deshalb wurde 1900 eine Berliner Dependance gegründet.

Stollwerck beteiligte sich an der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft und offerierte die „Deutsche“ Kolonialschokolade und einen ebensolchen Kakao mit dem Hinweis, sie seien unter „ausschließlicher Verwendung von Kakaobohnen deutscher Kolonien“ fabriziert worden. Gleichzeitig machten die Kölner ihre Geschäfte mit der Kolonialtruppe und eine Erfahrung, die ihnen nach dem August 1914 erst vollends nutzen sollte. Sie ließen vanilliierte „Proviantschokolade“ für die Beschaffungsstelle des Reichs-Kolonial-Amtes anfertigen.

Nichts brachte die Leute im wahrsten Wortsinn mehr mit dem Unternehmen in Berührung als Schokoladenautomaten, die das Unternehmen seit 1887 im Reich postieren ließ. 5000 dieser Apparate standen 1893 im Deutschen Reich. Die Stollwercks erfanden, ließen erfinden oder bedienten sich auch freihändig. Das hatte schon der Vater getan, als er seine ersten Schokoladen, das ältere Renommee eines Konkurrenten aus der Elbestadt ausnutzend, kurzerhand als „Dresdner Schokolade“ deklarierte. Abgesehen hatten sich die Unternehmer auch, dass sich mit Bildbeigaben zu ihren leckeren Erzeugnissen die Kauflust zur Sammellust steigern ließ. Zu denen, welche die besten ihrer Bilderserien entwarfen, gehörten berühmte deutsche Maler Adolph von Menzel lieferte gegen das Sümmchen von 120.000 RM Zeichnungen mit den bunten Uniformröcken der friderizianischen Armee. Die Originale schenkten die Stollwercks ihrem Kaiser Der hieß inzwischen Wilhelm II.

Wuchs auch der Käuferkreis der „Konsumschokoladen“ in Kleinbürgertum und Proletariat, so blieben doch die „gehobenen“ Schichten die zahlungsfähigsten Verbraucher der Kölner Erzeugnisse. Davon überzeugen allein schon Aufzug und Gesichter der Kinderlein, die auf den Verpackungen lächelten und hinter deren Rücken man stets die Kinderfrau vermutete. „Gold“ und „Silber“ wurden die Renner unter den in den letzten Vorkriegsjahren angebotenen Sorten. Bald erhielten diese Markennamen eine Ergänzung. Sie hießen nun „Kriegs-Gold“ und „Kriegs-Silber“.

Die Stollwercks ließen es an Mordspatriotismus umso weniger fehlen, als der Krieg sich zunächst augenblicklich absatzfördernd auswirkte. Die Gebrüder Stollwerck, begeistert von den Siegen des Ostheeres, ließen 1915 an deren Oberkommando eine tonnenschwere Spende ihrer Erzeugnisse abgehen. Dafür erhielten sie ein Dankschreiben Hindenburgs, das heute eine Museumswand ziert. Im gleichen Jahr verzeichnete das seit Jahrhundertbeginn in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Familienunternehmen die höchsten Reingewinne seiner Geschichte. Dazu hatte auch der Verkauf

der nur 50 Gramm wiegenden Tafeln beigetragen, welche exakt in die noch portofreien Feldpostbriefe hineinpassten.

1917 machte sich Ludwig Stollwerck, der agilste unter den Brüdern, bereits Gedanken über die Friedensproduktion. Kaum war der letzte Schuss gefallen, wurde ein Teil der Kriegsgewinne für den Ankauf des Areals einer benachbarten Baumwollspinnerei und -Weberei aufgewendet. Ein anderer Teil floss in die vergleichsweise späte Umstellung der Kraft-Systeme auf Elektroenergie. Das Unternehmen überstand Niederlage und Revolution gut, wenn seine Leiter auch nicht sogleich für ihre verlorene New Yorker Fabrik entschädigt wurden. Doch die Politiker an der Spitze der Republik wussten, wessen Kriegswunden sie zu salben hatten. Die Summe wurde aus der Staatskasse verfügbar Die Empfänger verweigerten indessen jede Gegenleistung. Sie blieben stramm monarchistisch. Eine Arbeiterzeitung berichtete, dass Angehörige des Reichsbanners bei Einstellungen abgewiesen, solche des Stahlhelms aber mit Vorliebe beschäftigt würden.

Doch waren die Stollwerck-Brüder nicht nur politisch in den Zeiten der Monarchie stecken geblieben. Sich auf ihre Stellung als Branchenführer in Deutschland berufend, sahen sie sich auf mehreren Gebieten von schweizerischer, aber auch niederländischer Konkurrenz überholt. Die Gewinne schrumpften, Bilanzen wurden geschönt. Nicht die Sonne, sondern die 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise brachte die drohende Pleite an den Tag. Als Retter erschien: die Deutsche Bank. Von 1931 an, so die Unternehmensgeschichte, „begleitet“ sie die Geschicke des Traditionsunternehmens. Den Aufsichtsrat besetzten Bankdirektoren, das Kapital wurde „zusammengelegt“. Die Sanierung gelang rasch. Da hieß der Reichskanzler Hitler.

Deutsche Firmengeschichten werden zumeist wortkarger, wenn das Jahr 1933 passiert ist. Die Stollwercksche in den Texten an den Wänden des Museums zeichnet das düstere Bild eines Opfers von Kräften, die geheimnisvoll wie die Kölner Heinzelmännchen aufgetaucht seien, nur eben in böser Absicht. Aber der Firma und ihren Aktionären erging es unter dem Hakenkreuz gut. 1937 erfolgte die Auszeichnung des Kölner Hauptwerks als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“.

Waren 1945 auch Teile des Hauptwerkes in Köln ruiniert, so fand sich in und zwischen den Trümmern doch hinreichend Kapital in Gestalt eines Maschinenparks, der sich als funktionstüchtig erwies oder rasch wieder brauchbar gemacht werden konnte. An eine Wiederaufnahme der traditionellen Produktion ließ sich zunächst freilich nicht denken. Es begann mit – Nudeln. Dann ging es über die Stufen und Sprossen des Wirtschaftswunders zunächst aufwärts. Opa Adenauer lutschte keine Brustkaramellen, sondern verteilte weitsichtig kleine Stollwercktäfelchen an die künftigen Wähler von Kiesinger und Kohl. Dann aber musste der Konzern zu Beginn der 70er Jahre ein zweites Mal saniert werden.

Imhoff heißt der Mann, den die Deutsche Bank für diese Schwerarbeit gewann. Auf den Fahnen vor dem Museum prangt gemeinsam mit dem von Stollwerck sein Name. Der vielgefeierte Retter, dem die erste deutsche Privatuniversität ihr erstes Ehrendoktorat verlieh, hat seinen Optimismus im Jubiläumsband 1989 prägnant ausgedrückt. Sich auf einen Jahresumsatz von 1,3 Milliarden Mark und weltweit 4500 Angestellte und Arbeiter in deutschen, schweizerischen, belgischen und israelischen Werken berufend, schrieb er „China, die Sowjetunion, die Dritte Welt – sie sind uns näher denn je.“ Zunächst – 1990 – etablierte sich der Konzern im einstigen „zweiten Deutschland“, wo im thüringischen Saalfeld Mauxion und später ein VEB produziert hatten. 1993 wurde ein Werk in Budapest in Betrieb genommen. 1995 ein weiteres in Poznań. Und nun also wird auch im Oblast Wladimir ...

Neues Deutschland, Sonnabend/Sonntag, 26./27. September 1998, S. 16.

München 1938

Komplott der satten und der hungrigen Räuber

Zu den großen Städten des Erdballs, in denen im Verlauf ihrer Geschichte diplomatische Treffen von Bedeutung stattfanden, gehörten in unserem Jahrhundert Helsinki, noch erinnerlich, Bandung, nahezu vergessen, und – München. Dessen zweifelhafter Ruhm datiert aus dem Jahre 1938. Denn in der zur „Hauptstadt der Bewegung“ erklärten bayerischen Metropole beschlossen die Regierungschefs Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens, die Tschechoslowakische Republik tödlich zu amputieren. Sie verlangten von ihr die Hergabe ihrer Grenzgebiete an das Deutsche Reich.

„Münchener Politik“ – das wurde das Synonym für das Zurückweichen vor einem dreisten, erpresserischen Aggressor. Denn es verging nach jenem späten Septembertag kein volles Jahr, und die Politiker der beiden Westmächte, Neville Chamberlain und Édouard Daladier, bekamen den Krieg, den sie hatten vermeiden wollen. Sie hatten ihren Kontrahenten nicht befriedigt, sondern ermuntert. Der Gröfaz sprach von den beiden Ministerpräsidenten später vor den führenden deutschen Militärs als von „Würmchen“. Das sollte heißen, sie, die von ihnen regierten Staaten und deren Armeen seien nicht zu fürchten.

Die allem Völkerrecht hohnsprechende Vereinbarung der vier Staatsmänner wie die Folgen ihres Komplotts sind vor allem von Historikern der beteiligten Länder hin und her gewendet worden. Das Thema ist ausgeleuchtet. Im allgemeinen Bewusstsein erscheint München 1938 jedoch merkwürdig reduziert. Es gilt der auf Personen fixierten Historiographie als Ereignis, das durch eine illusionäre, kurzsichtige, eigensüchtige Politik zweier Männer möglich wurde, die diesem gerissenen Hitler nicht gewachsen gewesen wären. Doch so Gewiss die Entscheidung des britischen und des französischen Premiers auch von Fehlberechnungen bestimmt war, ebenso Gewiss kann sie auf diese nicht begrenzt werden. Denn die Preisgabe der Tschechoslowakei und das damit bekundete – wenn auch mit Einschränkungen versehene – Desinteressement an deutscher Expansion nach Osteuropa wurde geleitet von nüchternem Kalkül.

Großbritannien und Frankreich, die beiden größten Kolonialreiche des Erdballs, waren territorial vollständig saturiert. Sie wünschten ihre Weltstellung zu behaupten und auszubeuten. Sie wollten und mussten, was sie hatten, zunehmend verteidigen gegen die Befreiungsbestrebungen der Unterdrückten und – gegen die USA. Ein Krieg gegen Deutschland, bei dem sie zugunsten ihrer Weltstellung nichts gewinnen konnten, würde sie von deren Sicherung nur ablenken. Zudem waren sie vergleichsweise schlecht gerüstet. Daher auch trug die Mehrheit der herrschenden Kreise in beiden Staaten die „Münchener Politik“ mit. Zumindest ließ sich aus ihr ein Zeitgewinn errechnen. Selbst Pessimisten bemaßen ihn freilich nicht nur auf elf Monate. Die Minderheit um Winston Churchill kam nicht zum Zuge.

Die „Münchener Politik“ bezeichnet folglich mehr als die ohnehin schandbare Preisgabe eines bürgerlich-parlamentarischen Staates, der obendrein ein militärischer Verbündeter Frankreichs war. Sie steht für ein imperialistisches Komplott der satten mit den hungrigen Räubern. Das betraf schon einen wunden Punkt während der Verhandlungen des alliierten Gerichtshofes in Nürnberg 1945/1946, als die Rede unvermeidlich auf Ereignisse im Vorkrieg kam. Nun ist vor diese Tatsache seit Jahrzehnten ein Nebelvorhang gezogen worden. Das besorgte jene Geschichtspublizistik, die das Ereignis personifiziert und es fälschlich zu einem Irrtum unbegabter Politiker herabstuft.

Die Verzeichnung begünstigte auch die aktuelle Ausbeutung der „Münchener Politik“ während des Kalten Krieges sehr. Während dieser Jahrzehnte gab es kein zweites Ereignis aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, auf das sich Politiker und Ideologen so oft bezogen, um ihre oder ihrer Verbündeten außenpolitische Entscheidungen zu rechtfertigen. So verfestigte sich die Vorstellung, es hätten sich damals die Friedfertigen und die Kriegslüsternen, die Gerissenen und die Naiven, die Vertrauensseligen und die Hinterhältigen gegenübergesessen. Vor dieser zweckdienlichen Geschichtskulisse ließen sich konventionelle und atomare Auf- und Hochrüstung, das No und das Njet bei diplomatischen Verhandlungen und nicht zuletzt die Bekämpfung von Pazifisten im jeweils ei-

genen Lande gelehrt begründen. München wurde zu so etwas wie eine Schulbank für Feinddenken: „Man habe ja gesehen, wo mangelnde Wachsamkeit hinführe.“

Insbesondere die wahrlich vertrauensseligen und friedfertigen Franzosen und Briten, die ihre Politiker 1938 wegen deren Versprechen gefeiert hatten, von den Herren Hitler und Mussolini den „Frieden für unsere Zeit“ mitgebracht zu haben, wurden als Warnung bemüht. Pazifisten erlebten auch in der (Alt-)Bundesrepublik im besten Falle ihre Einstufung als politische Einfaltspinsel, im schwereren als Helfershelfer oder als verkappte kommunistische Agenten. In dieser Hinsicht ist der Kurs- und Lehrwert der „Münchener Politik“ seit den weltgeschichtlichen Veränderungen am Beginn der neunziger Jahre deutlich gesunken.

Das Nachdenken über München 1938 führt aber doch auch in dessen Vorgeschichte. Und die ist politisch-geographisch nicht nur westwärts des Rheins und auf den britischen Inseln zu verfolgen. Zu einem erheblichen Teil ereignete sie sich im Sudetenland, in den einstigen Städten und Ortschaften derer, die heute „Heimatrecht“, „Rückkehrrecht“ und „Entschädigungsrecht“ einklagen. Das verbindet sich mit einem an die Regierenden in Prag gerichteten offenen Erpressungsversuch. Nur wenn sie diese „Rechte“ gewähren, sollen sie an die Fleischtöpfe der Europäischen Union gelangen.

Vergessen gemacht wird aber: Die heutigen Mitglieder der Sudetendeutschen Landsmannschaft (oder in vielen Fällen deren Vorfahren) lieferten 1938 als Mitglieder oder Gefolgsleute der Sudetendeutschen Partei, dirigiert aus Berlin und München, durch ihre hysterischen nationalistischen, antitschechischen Kundgebungen, Provokationen, Überfälle auf Sachen und Menschen jenes Material, mit dem sich Hitler, der Anführer der deutschen Expansionisten, den Weg nach München pflastern konnte. Von den Sudetenländern hat er das Argument bezogen, es müssten die Deutschen in der Tschechoslowakei angeblich vor ihrer Ausrottung durch das „hussitisch-bolschewistische“ Regime geschützt werden.

Haben sich diese Totengräber der einzigen Republik, die es in Osteuropa damals gab, die Verursacher von so viel Elend, das Tschechen, Juden, Sinti und Roma und deutsche und österreichische Emigranten traf, je entschuldigt? Sie glauben nicht nur, sie seien quitt, sondern sie meinen, dass ihnen die Tschechen aus der historischen Gesamtrechnung noch etwas schuldig wären. Darin werden sie von vielen bestärkt: Vom deutschen Kanzler, der den Kongress des Bundes der Vertriebenen mit seinem Grußwort bedenkt, vom Bonner Kabinett und dessen Finanzminister, der mit Zuwendungen nicht geizt, vom Ministerpräsidenten Thüringens, der sich als „Festredner“ einstellt, vom Ministerpräsidenten Bayerns, der sich als Schutzheiliger des vierten Bayernstammes wähnt, und natürlich von der zur gleichen Parteielite gehörenden Vorsitzenden des anachronistischen Bundes, die nicht vergessen kann, wie sie einst im Kinderwagen westwärts gekarrt wurde.

Dem Vorsitzenden einer Arbeitsgemeinschaft für den Vertriebenen-Nachwuchs, selbst ein „Blutsvertriebener“ also, kam unlängst eine Erleuchtung: „Wenn der zweite Weltkrieg nicht gewesen wäre, wäre ich doch in Nordböhmen großgeworden.“ Eben! Von da müsste ein wenig weiter zurückgedacht werden, etwa bis zu der Kundgebung in Reichenberg/Liberec, der damaligen Gauhauptstadt des Sudetengaus. Damals jubelten ihre Väter und Großväter dem Joseph Goebbels zu, als er erklärte: „Weil wir mit dem Säbel gerasselt haben, haben wir den Frieden gerettet!“ Auf das Rasseln folgte das Ziehen, auf das Ziehen das Schlagen, auf das Schlagen, das Geschlagenwerden und auf das Geschlagensein die Präsentation der Abrechnung, die zu begleichen war und die doch nicht zu begleichen ist, selbst wenn sich eines Tages in deutschen Landen eine Mehrheit fände, die sich dazu bereit erklärte.

junge Welt, Donnerstag, 01. Oktober 1998.

Vom Weggehen, Ankommen und Zusammenwachsen in der Geschichtswissenschaft

Notizen beim Lesen der Papen-Biographie von Joachim Petzold

In der Fülle der Bücher, die zur deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts geschrieben werden, erhält manche Neuerscheinung nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdient. So ist es der ersten wissenschaftlichen Biographie über Franz von Papen nicht ergangen. Dem Autor ist hohes Lob zuteilgeworden. Das geschieht denen nicht so oft, die solange in der ostdeutschen Wissenschaftswüste leben mussten. Der Berliner Historiker Joachim Petzold hat sich Lob für ein Ergebnis jahrzehntelanger Forscherarbeit verdient, von dem er mitteilt, dass sie obendrein stets neben seiner jeweiligen Hauptaufgabe verrichtet wurde. Wer in die Verlegenheit käme, den Autor in die Reihe derer einzuordnen, die sich in DDR-Zeiten mit der Geschichte der WeimarerRepublik befassten, würde ihn wohl in die Nähe von Wolfgang Ruge setzen, den Altmeister imFache. Mit ihm hat der Papen-Biograph lange Zeit am Geschichtsinstitut der Akademie der Wissenschaften zusammengearbeitet. Dass nun in Text und Anmerkungsapparat kein Verdienst, auch kein Gedanke Ruges erwähnt werden, mag verwundern. Es sollte dem Autor nachgesehen werden, könnte sich darin doch auch ein Rest von Scham ausdrücken.

Papen war 1932 sechs Monate Reichskanzler und leitete ein Ministerkollegium, auf das der Name „Kabinett der Barone“ passte. An Hitlers Seite wirkte er siebzehn Monate im wiederbelebten Amt des Vizekanzlers, das nach seiner Demission nicht erneuert wurde. Danach wurde er an abgelegeneren, aber wichtigen Plätzen verwendet und verfocht die expansiven und kriegerischen Interessen des Regimes als Botschafter in Wien und Ankara. Nach dessen Zerschlagung hatte er auf der Anklagebank des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher Platz zu nehmen. Jedoch verließ er den Nürnberger Gerichtssaal als freier, im Sinne der Anklage nicht schuldig gesprochener Mann. Zeitgenossen mögen der Person dieses Aristokraten sonderliches Interesse nicht abgewinnen können. Diese Biographie kann es aus mehreren Gründen beanspruchen. Ihr Autor hat dieses „deutsche Verhängnis“, wie er den Politiker im Untertitel des Buches nennt, im vollständigsten Sinne ausgeleuchtet. Er konnte sich dabei auf seine früheren Forschungen über den Staat von Weimar und zur Ideologie und Politik des Konservatismus stützen. Er hat seine weitläufigen Archivstudien bis in die erst jüngst zugänglichen Moskauer Bestände getrieben. Er sichtete Akten in Konzernarchiven, die lange auch nicht zugänglich waren oder als „verloren“ galten. Damit hat er sich in den Stand gesetzt, ein im besten Sinne quellengesättigtes Werk zu schreiben. Wer sich insbesondere mit der Rolle deutscher Kapitaleigner und -manager bekanntmachen will, der wird in dem Band eine Masse von Unbekanntem entdecken, das aus Briefen, Aufzeichnungen, Protokollen zitiert oder auf dessen Fundstellen verwiesen wird. Der Autor hat Dokumente angehäuft, deren separate und vollständige Veröffentlichung wünschenswert wäre. Das gilt allein schon für die Schriftstücke, die sich auf die Entstehung, Verwaltung und Verteilung des Wahlfonds beziehen, den führende Industrielle für die Reichstagswahl am 5. März 1933 schufen.

Und – um einen weiteren Hinweis auf den vielseitigen Gewinn zu geben, den der Band bietet: Die Analyse von Vorgeschichte, Inhalt und Wirkung der berühmt gewordenen Papen-Rede in der Marburger Universität könnte Gegenstand eines Universität-Proseminars sein. Dessen Teilnehmern würden sich Ansprüche an die Quellenarbeit des Neuzeithistorikers mit Sicherheit einprägen. Jedoch sollen hier weder Würdigung noch Kritik im Detail fortgesetzt werden. Nichtweniger Aufmerksamkeit erweckt das Buch, weil in seinem zentralen Kapitel eine bemerkenswerte Sicht auf den 30. Januar 1933 und die Beziehungen gegeben wird, welche die an die Staatsmacht gelangte Politikergruppe und führende deutsche Industriellen zueinander eingingen. Die darin berührten Fragen bilden nach wie vor einen Gegenstand von Kontroversen.

Vorweg dies: Es ist das Recht und mehr noch die Pflicht jedes Wissenschaftlers, seine eigenen Erkenntnisse immer wieder selbst kritischer Beurteilung zu unterwerfen. Das geschieht auch tagtäglich. In diese mitunter auch schmerzhafte Situation sind genau genommen nur diejenigen Forscher nicht gekommen, die früh starben. Es gehört indessen *nicht* zu den Pflichten von Vertretern, gleich

welcher Disziplin, ausdrücklich auszuweisen, wo sie sich früher geirrt, was sie ausgelassen, was sie nicht beachtet haben, in welchen Fragen sie sich also vollständig und partiell korrigieren. Solcher Aufschluss mag im Falle von Geschichtsbüchern den Lesern, die früher aus gleicher Feder Publiziertes kennen, den Zugang zu Verändertem mehr oder weniger erleichtern. Doch der Wahrheitsgehalt einer wissenschaftlichen Arbeit ist davon gänzlich unabhängig, ob ihr Autor in früherer Zeit andere Ansichten vertreten oder gar verfochten hat und ob er sich aus der Rücksicht darauf ausdrücklich bezieht oder nicht. Das festzustellen erscheint banal und ist es auch. Es wird hier aber vorangesetzt, weil heutzutage namentlich Wissenschaftlern, die in der DDR arbeiteten, fortgesetzt Erklärungen zu ihren früheren Arbeiten abverlangt werden. Das geschieht in der durchsichtigen Absicht, ihre jetzigen herabzusetzen. Petzold verweist auf die eine und die andere seiner früheren Publikationen, an manche mag er womöglich nicht erinnert werden. Er summiert sie in einem merkwürdig verquasten Satz seines Vorworts als „die Betrachtungsweise in ihrer Entstehungszeit“. Das soll wohl heißen als Stationen auf seinem Forscherweg. Wohin hat er ihn geführt?

Zum ersten zu einer zu bezweifelnden Kennzeichnung eines Schlüsselereignis der deutschen Geschichte im zu Ende gehenden Jahrhundert. Der 30. Januar 1933, wird behauptet, habe „in Deutschland zu einer noch nie dagewesenen totalitären Parteiherrschaft“ geführt. (164) Wenig später, dies bekräftigend, heißt es: „die Herrschaft ging an eine Partei – die NSDAP, K. P. – über“. (164). Zu deren Charakteristik wird Hindenburg zitiert und dessen Urteil mit dem Wort „richtig“ versehen: diese NSDAP sei ganz „einseitig gegen Andersdenkende eingestellt“. Das mag dem Amt und dem Alter des Reichspräsidenten nachgesehen und als dessen Vorliebe für einen Pluralismus der Meinungen gelesen werden. Ein Historiker muss sich dabei wohl zensierend nicht aufhalten.

Die These von der Parteiherrschaft erscheint dem Papen-Biographen so selbstverständlich, dass er sie keiner näheren Erläuterung für werthält. Das wäre sie aber. Diese Partei zählte schon 1933 ihre Mitglieder weit über der Millionengrenze, und sie wuchs sich gegen Ende ihrer Existenz zu einem nicht nur in deutscher Geschichte beispiellosen Gebilde von geschätzten etwa 10 Millionen Menschen aus, die ihr eingeschriebener Massen angehörten. Welchen Anteil besaßen diese Millionen jeweils an der Herrschaft? Die Frage musste sich zuerst nicht Historiker, sondern die Juristen der vier Mächte in Nürnberg stellen. Sie hatten zu entscheiden, welche Organisationen des Regimes sie als verbrecherisch einschätzten. Ihre negative Antwort im Hinblick auf die Partei als Ganzes ist bekannt. Im Prozessverlauf wurde aber nachgewiesen, dass die Millionen von NSDAP-Mitgliedern einen besonderen Anteil an der Errichtung der faschistischen Diktatur und an allem besaßen, was die Deutschen in Europa und über dessen Grenzen hinaus anrichteten. Auf die Idee, diese Millionen hätten gemeinschaftlich in Deutschland geherrscht, kam jedoch niemand. Darauf scheint auch der Autor ernsthaft nicht zu beharren. Denn nach nur wenige Seiten verändert sich sein Befund. Zwar sei die NSDAP gewachsen, doch hätte das die Ausbildung einer anderen Herrschaft nicht behindert. Im Verlauf des Jahres 1933 steigerte sich „die Allmacht Hitler weiter“. (192) Wenn Worte einen Sinn haben, dann wäre – wie gewonnen, so zerronnen – der Parteimitgliedschaft die Macht nur Monate später vom obersten Führer wieder entrissen worden? Auch dieser Vorgang erscheint der näheren Erläuterung bedürftig. Das gilt ebenso von der Erwähnung einer *weiter gesteigerten* „Allmacht“, dürften doch selbst intime Bibelkenner Schwierigkeiten haben, damit eine Vorstellung zu verbinden.

Obwohl die Machtfrage in dem sich etablierenden Staate auf so einfache und klare Weise abgetan werden kann, sieht der Biograph doch Gründe, wieder und wieder auf sie zurückzukommen. Einen erwähnt er ausdrücklich. Es seien von der „offizielle Geschichtswissenschaft der DDR“ die Industriellen als die „wahren Herren Deutschlands“ bezeichnet worden. Die Formel ist gewiss nachweisbar, sie vereinfachte grob. Doch lässt sich die nahe Verwandtschaft zur Formel von der Partei als Deutschlands Herr(schaft) auch und unschwer erkennen. Zudem kann Petzold nicht entgangen sein, dass über die Jahre die Historiker der DDR sich eine andere Rekonstruktion der Machtverteilung in der faschistischen Diktatur erarbeiteten. Er war daran ja beteiligt, und das entwickelte Geschichtsbild, das Einheit und Widersprüche im Verhältnis von „Politik“ und „Wirtschaft“ zu erfassen suchte, musste nicht geheim gehalten werden.

Wie dem auch im Einzelnen gewesen sein mag. Dies ist nun das Bild des Biographen: Hitler habe, als er erst noch Reichskanzler werden wollte, den Industriellen – erwähnt wird namentlich Thyssen – keinerlei Versprechungen gemacht. Nach dem bewussten Januartag wurde in der Wirtschaftspolitik die „Linie der NSDAP“ befolgt. Über sie hätte die „NSDAP-Führung“ und „im hohen Maße“ allein entschieden, allenfalls ihr genehme Großunternehmer heranziehend (201). Weder wird die Zusammensetzung dieser Führung entschlüsselt, noch ist über die erwähnte Parteilinie etwas zu erfahren.

Nun genügt die Kenntnis der Rede Hitler vom 26. Januar 1932, um zu wissen, dass der Führer der NSDAP den Zuhörern der exklusiven Veranstaltung in Düsseldorf ein klares Bild von der Stellung gab, die sie im Dritten Reich einnehmen würden. Das hatte den Charakter eines Versprechens. Hitler hatte es nicht vergessen. Es war kein Lippenbekenntnis, nicht einmal ein Zugeständnis, sondern entsprach seinem Weltbild. Obendrein hätte ihm seine Generalzusage, die absolute Stellung der Wirtschaftsführer in ihren Imperien wieder herzustellen, auf dem Wege in die Reichskanzlei nur bei Strafe seines Scheiterns entfallen können. Als er dort angekommen war, betraf die Einhaltung des Versprechens seine „Allmacht“.

Eigentlich, so ist aus dem Papen-Buch zu erfahren, wollten die Industriellen, den Staat aber nicht, mit dessen Aufbau am 30. Januar 1933 begonnen wurde. Die industriellen Förderer wünschten „eine politische Ordnung jenseits der parlamentarischen Demokratie“, offenbar etwas fiel weniger Schlimmes als diese Diktatur, für die Petzold aber eine Bezeichnung nicht besitzt. Und was bekamen sie? Zustände, die sie sich in ihren schlimmsten Befürchtungen nicht hätten träumen lassen. Schon als sie am 20. Februar in das Reichspräsidentenpalais gebeten wurden, war die Szene von Göring und Hitler ganz auf ihre Einschüchterung gestellt. Nicht dass am Eingang des Gebäudes, wie später vor der Kroll-Oper am 23. März die Abgeordneten, die Gäste durch ein drohendes Spalier von SA- und SS-Leuten hätten marschieren müssen. Aber Gastgeber und Redner kamen zu spät, Göring eine Viertelstunde und Hitler noch nach ihm. (170) Wie bekannt, haben die des Wartens Ungewohnten aber die Ungehörigkeit durch Abzüge auf ihren Schecks nicht bestraft. Wochen später musste Krupp dann erleben, was ihm oder seinesgleichen mit den Vorgängern Hitlers in der Wilhelmstraße nie widerfahren war: Es fiel selbst ihm nicht leicht, auch nur einen Gesprächstermin beim Kanzler zu bekommen. (182) Zwar waren die Wirtschaftsführer, da ist wieder eine Verlegenheit der Wortwahl, mit der „eingetretenen Entwicklung“ zufrieden. Zwar billigten sie die „Ausschaltung der Arbeiterbewegung“ und die „Überwindung des Parlamentarismus“. Zwar wurden sie von den Gewerkschaften befreit und glaubten darob einen Sieg feiern zu können. Aber wie teuer bezahlten sie und insbesondere die Ruhrindustriellen den „Triumph“ mit dem Anwachsen der NSDAP! (192) Ihre Lage wurde zunehmend bedauernswert: Wer von ihnen Mitglied der NSDAP geworden war – wir erinnern uns: also zur zeitweilig herrschenden, dann aber durch ihren Chef entmachteten Partei gehörte – musste sich der Parteidisziplin unterwerfen. Die anderen, Nichtmitglieder, wurden wieder und wieder „zur Kasse gebeten“ und hatten nur noch in diese eine mit dem Hakenkreuz zu zahlen. Dritten gar, Demokraten und Juden, blieb nur der Weg in die Emigration. (191)

Wie suchten sich die in Deutschland ausharrenden „Arier“ ihre missliche Lage zu erleichtern? Nicht anders als es die Unterworfenen zu allen Zeiten taten. Sie richteten an den Allmächtigen ihre „Dankadressen“ und Ergebenheitserklärungen“. (190) Sie geizten, in ihrer Angst, auch weiterhin nicht mit Geldspenden. (182) Sie „demütigten“ sich gar. Sie taten, was von ihnen verlangt wurde. Sie schrieben, als sie ihre jüdischen Standesgenossen „fallen ließen“, eines der „düstersten Kapitel der deutschen Unternehmergeschichte“. (184) Jedoch soll ihnen zugebilligt werden: Sie mussten um sich selber immer mehr besorgt, immer vorsichtiger sein, das Abhören ihrer Telefonate mindestens vermuten und besser auf schriftliche Aufzeichnungen verzichten. (203) Nur konspirativ konnte noch versucht werden, eine einzige Zeitung, das letzte Sprachrohr, vor dem Bankrott zu bewahren. (204) Krupp sah sich schon genötigt, Briefe an seinesgleichen mit der Grußformel „Heil Hitler“ zu beenden. Ja, inzwischen – die Darstellung ist im April 1934 angekommen – war „man“ wie von einer „Hydra umklammert“. (204) Am schlimmsten aber: Viele Angehörige der früher herrschenden oder doch einflussstarken Eliten hätten „nicht unbegründet“ fürchten müssen, ihre Positionen zu verlie-

ren. (201) Das ist an der Spitze der Verbände mehrfach passiert, doch, wie wir wissen, von wenigen Ausnahmen und altersbegründeten Veränderungen abgesehen, in den ureigenen Machtbezirken der Bosse dann doch nicht geschehen. Goebbels, Darré, Backe, Reischle, die der Autor in diesem Zusammenhang nennt, sind Aufsichtsrats- oder Vorstandsvorsitzende nicht geworden weder bei der IG Farben AG, noch bei Siemens oder Mercedes.

In der Tat: Es wird dem Leser auf den Seiten dieses Kapitels ein Geschichtsbild geliefert, das eine von Dauerfurcht umgetriebene, zwischen Ängsten und Hoffnungen lebende Großunternehmerschaft zeigt. In so kräftigen Farben war es vordem noch nicht zu besichtigen. Jedoch – und merkwürdigerweise – das Bild machen andere Mitteilungen wieder unstimmig. Von Krupp wird geschrieben, die NSDAP-Führung, wer immer das gewesen sein mag, habe ihn „umworben“ (190). Da mag sich die Frage einstellen, ob das denn wirklich nötig gewesen ist. Der Reichsminister und Preußische Ministerpräsident Göring habe sich (1933!) bemüht, in den Kreisen der Ruhrindustriellen als „vertrauenswürdig zu gelten“. Was, wie der Kontext zeigt, nicht gemeint wie geschrieben und vor allem eine Erfindung ist. Denn Göring hatte in einer mit Hitler abgestimmten Arbeitsteilung seit dem Beginn des Jahres 1930 zu führenden Kapitalisten feste persönliche Beziehungen hergestellt. Und wenn sich gegen irgendeinen der Mitführer an der Seite des „Führers“ kein Verdacht erhob, er könnte ein nur braun gefärbter Sozialist sein, dann war das eben dieser erste unter den Paladinen. Schade übrigens, dass ihn die Richter in Nürnberg nach diesen Beziehungen nicht weiter fragten, obwohl er sie bei der Skizzierung seines Lebenslaufs selbst beiläufig erwähnte. Und der „Allmächtige“ selbst? Im Jahre zwei der Diktatur, es wird der 30. Juni geschrieben, tut er nicht, was seine unzufriedenen Gefolgsleute in der SA verlangen, sondern exakt das, was die Industriellen und die Reichswehrgeneralität von ihm erwarten. (222/223) Er schafft „Ordnung“ und befiehlt den SS-Leuten seiner Leibstandarte zu diesem Zwecke die Störenfriede und einige, die nur des Verdachts verdächtig sind, niederzuknallen, eben jene, welche die Ursache der Unruhe auch unter der Großunternehmerschaft bildeten.

Da Papen nur Wochen nach dem Ereignis die durch die Mordaktion nicht mehr vollständig besetzte Vizekanzlei räumt, ist sein Biograph der Pflicht enthoben, der Fährte der Beziehungen und der Bestimmung der Machtanteile zwischen den politischen und den Wirtschaftsführern weiter zu folgen. Er verlässt das Thema, als die letzteren erst so richtig „Erleichterung“ empfinden können. (222) Das könnte als eine zu schwache Kennzeichnung ihres Wohlbefindens erscheinen, wissen wir doch durch einen Kommentar des Reichswehrministers Blomberg, dass sich in den Reihen des Offizierskorps die „Erleichterung“ derart ausdrückte, dass es dem General notwendig schien, Mäßigung anzuraten. Jedenfalls brauchte entlang des Lebenswegs des Botschafters der Frage nicht mehr nachgegangen werden, ob sich für die Industriellen ein Retterfand, der nach dem Beispiel des Herakles der Hydra die Köpfe abschlug und dann auch noch deren Halsstümpfe ausbrannte, oder ob sie auf die Tötung des Ungeheuers durch die Rote Armee und deren Alliierte warten mussten.

Zur Vermeidung von Missverständnissen: Dieser 30. Januar 1933 brachte alle Verhältnisse zum Tanzen und verlangte die Einrichtung modifizierter und auch neuer Beziehungen zwischen den Führungsspitzen von Politik und Industrie. Die in den Jahren der Republik eingespielten Bahnen des Zusammenwirkens waren beseitigt. Neue mussten gelegt, erprobt, gleichsam eingefahren werden. Das konnte zum wenigsten die überraschen, welche die Vernichtung der bürgerlich-parlamentarischen Zustände gewünscht und mit herbeigeführt hatten. Da diese faschistische Diktatur so etwas wie eine „Nullserie“ darstellte, ergab sich für alle Beteiligten eine Zeitspanne des Beobachtens, Finassierens, Abtastens – bis auch praktisch zusammenwuchs, was zueinander gewollt hatte, will sagen: was sich über Wege, Ziele und Methoden einig war oder doch zu Recht daraufsetzen konnte, sich einig zu werden. Misstrauen, Missverständnisse und Misserfolge, Hoffnungen und Zweifel, Befürchtungen und Erleichterungen, Befriedigtsein und Irritiertwerden gehörten in diese Etappe, zumal sich in ihrem Verlauf nicht nur zwei Elitegruppen – „Politik“ und „Wirtschaft“ – aufeinander einspielten und einschworen, sondern in jeder von ihnen auch untereinander Rang-, Vorherrschafts- und Vernichtungskämpfe ausgetragen wurden. Wie aus alledem, genauer: dessen Niederschlag in den Quellen auf den Seiten der Papen-Biographie das Bild von den einfluss- und exis-

tenzbedrohten Großkapitalisten geworden ist, das könnte mit Gewinn auch zum Gegenstand eines weiteren historiographischen – vielleicht eines Ober-Seminars gemacht werden. Sein Thema würde lauten: quellennahe Apologie.

An einige zusätzliche Fakten wäre in dessen Verlauf zu erinnern. Wie sich zuerst Papen und später sein Biograph überzeugen konnten, war der Chef des Rückversicherungsanstalt für Industrielle Hitler. Der hatte Anfang Juli 1933 den Reichs- und Gauleitern der NSDAP erklärt, dass man an das Ende der „nationalsozialistischen Revolution“ gekommen sei. Diese Rede wird zitiert. Doch ganz unerwähnt bleibt, dass es der „Führer“ nicht bei bloßen Worten ließ. Er gab den Auftakt für die erste Kampagne zur Disziplinierung des aktivsten Teils der Massengefolgschaft, der SA, und vollzog in Gemeinschaft mit Heß, Ley u. a. im Parteigefüge eine Reihe von bemerkenswerten organisatorischen Veränderungen. Die ohnehin nur mit seiner widerwillig gegebenen Zustimmung geschaffene, manchen Unternehmern viele Ungelegenheiten bereitende Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation wurde in die DAF eingegliedert und damit der entscheidende Schritt getan, ihre Mitglieder einer schärferen Kontrolle zu unterwerfen und die Linie des Wirtschaftsfriedens zugunsten der Ausbeuter, denn das war die „Parteilinie“, strikt durchzusetzen. Der erst Ende 1932 gegründete Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes verlor seine Selbständigkeit total. Irgendein Organ oder eine Abteilung, die in der Münchener Parteizentrale, noch strategische Fragen der Wirtschaft bearbeitet, gar entschieden hätten, gab es nicht mehr. Die etwa gleichzeitige Berufung des Managers aus der Versicherungsbranche, Kurt Schmitt, auf den Posten des Reichswirtschaftsministers war, anders als die seines Vorgängers Hugenberg, Hitlers eigene Wahl. Sie bekundete, wie vordem schon die Re-Inthronisation Schachts auf den Posten des Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums, sein Interesse, die Führungsgruppe um ihn mit den Führern der Wirtschaft auf das engste zusammenwirken zu lassen. Von diesen „beruhigenden“ Tatsachen ist nichts oder wenig zu lesen. Das Arbeitsordnungsgesetz mit seiner Fixierung des Führer-Gefolgschafts-Prinzips „kommt nicht vor“. Dass Hitler an seiner Seite als Wirtschaftsberater Keppler in die Reichskanzlei geholt hatte, einen Mann des Vertrauens der Großindustrie, Röhm sich als Wirtschaftsberater für die SA einen Spezialisten aus dem Führungsapparat der IG Farben AG engagierte, der „Stellvertreter des Führers“ zur gleichen Verwendung Albert Pietzsch auserkor, bleibt unerwähnt. Dass diese Politikergruppe wünschte, dass die Wirtschaftsführer ungestört wirkten, damit der politische Sprengstoff Arbeitslosigkeit entschärft wurde, erscheint auch eine Bewertung nicht zu erfordern. Doch ergab gerade dieses Ziel ein Interessenband, dass die an der Staatsmacht und die profitorientierten Anderen an den Hebeln der Konzerne noch zusätzlich, aber fest zusammenhielt. Freilich, die Analyse dieser und anderer Fakten und Zusammenhänge hätte von dem Bild der „Hydra“ nichts übriggelassen.

Wo also hat der Forscherweg den Papen-Biographen hingeführt? Auf keinen originellen Pfad. Henry Ashby Turner jr., an dem Petzold sich gelegentlich sanft reibt, ist ihm da vor langem vorangegangen. Auf Seite 201 steht ein Satz, dessen Aussage dem Selbstbewusstsein der Ruhrindustriellen, auf die er gemünzt ist, Unrecht tun mag. Nachdenklich stimmt er doch sehr: „Die Angst der einen, verdrängt zu werden, wurde durch den immer hektischeren Eifer der anderen, sich durch Anpassung behaupten zu können oder überhaupt zur Geltung zu kommen, gesteigert.“ Hier mag eine Verwechslung von treffenden Beobachtungen vorliegen, die an anderem Ort und in anderen Zeiten gemacht worden sein könnten.

Bulletin. Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung, Berlin 10/1998, S. 57-63.

Festschrift für Hans Mommsen

In einem Interview hat Hans-Ulrich Wehler im vergangenen Jahr davon gesprochen, dass viele Historiker „eher Duckmäuser“ seien. Zu diesen wird man den Mann nicht zählen, dessen 65. Geburtstag nahezu ein halbes Hundert Historiker, Museologen, Archivare und auch in der Politik tätige Fachleute zum Anlass nahmen, einen Teil ihrer hochspezialisierten Kenntnisse in einem Sammelband zu vereinigen. Der ist ein mehr als 750 Seiten starker Wälzer geworden, dessen Druck gleich drei renommierte Stiftungen und die Kasse des Bundeslandes, in dem der Jubilar lehrt, finanziell ermöglicht haben. Die zweideutige Überschrift, die dem Band gegeben wurde, meint offenbar, denkt man an das des Adressaten eigenes historisches und politisches Engagement, die Freiheit als Aufgabe.

So weit wie die gedankliche Spanne der Interessen des Historikers Hans Mommsen, so weit gefächert auch die Themen der Beiträge, die von den einladenden Herausgebern vorab strukturiert wurden, um ein vollständiges thematisches Auseinanderdriften der Beiträge zu verhindern. Sie gelten vorwiegend Themen und Fragen der Geschichte des 19. und des 20. Jahrhunderts und der Geschichte der Historiographie. Der Kernbestand der Themen bezieht sich auf die Komplexe „Die Linke und die Nation“, „Die Rechte und die Demokratie“, „Zerstörte Freiheit“ und „Vergangenheitspolitik und Neuorientierung“, die zugleich die besonderen Interessen des Bochumer Hochschullehrers reflektieren. Zu den Autoren gehören neben deutschen Wissenschaftlern solche aus den USA, Großbritannien, Israel und – wie es in der knappen Vorbemerkung der Herausgeber tatsächlich heißt – „den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie“, womit zwei Beiträge aus der österreichischen und ein weiterer aus der Tschechischen Republik apostrophiert sind.

Unmöglich, die Bedeutung der Aufsätze, von denen die einen im streng wissenschaftlichen, andere in essayistischem Stil verfasst sind, auch nur andeutungsweise zu würdigen. Ungerecht würde jede Auswahl ausfallen müssen. Überflüssig zu sagen, dass dieser wie kein anderer Festband auch – und nicht wenige – Beiträge enthält, deren Inhalt vordem oder nachher zumindest teilweise in anderen Publikationen gelesen werden konnte. Signifikant, dass die Liste der Autoren jeden Namen mit einer Institution verbinden kann, ausgenommen die der beiden Mitwirkenden, die einmal Historiker in der DDR waren. Da wird die Identifizierung durch den knappen Zusatz „Berlin“ ergänzt.

Eine Würdigung des Anteils von Hans Mommsen an der Entwicklung der Geschichtswissenschaft haben die Herausgeber nicht unternommen. Das könnten viele Argumente begründen, nicht zuletzt, dass der Mann – wie er nach seinem 65. Geburtstag durch seine Teilnahme an der „Goldhagen-Debatte“ auch einer großen deutschen Fernsehgemeinde verdeutlichte – sich längst aufs Altenteil nicht gesetzt hat. Schade ist der unterlassene Versuch einer Gesamtwürdigung, die eine Zwischenbilanz wäre, dennoch, denkt man allein an die heute Studierenden der Geschichte. Für diejenigen, die ihn im Hörsaal, bei Tagungen oder einem seiner vielen „Ausflüge“ zu Gastvorträgen an anderen Hochschulen nicht selbst erlebt haben, namentlich in Kontroversen, wäre ein Bild des Vollbluthistorikers gewiss von Nutzen für eigene Orientierung im Pro und Kontra gewesen. Als ungleichwertiger Ersatz kann die vielseitige „Bibliographie Hans Mommsen„ inspiziert und genutzt werden, an deren Zusammenstellung allein 13 Mitarbeiter beteiligt waren, sowie die Liste der von ihm betreuten Promotionen (die auch ein Rätsel aufgibt, führt sie doch einen Autor mit seiner Dissertation gleich zweimal – 1992 und 1994 – auf).

„Geduckt“ – wenn das Wort nicht auf die Apothekerwaage gelegt wird – hat sich Hans Mommsen vergleichsweise nur ein wenig in den Zeiten des „Anschlusses“ der DDR, als daran gegangen wurde, auch aus der „Wissenschaftswüste“ eine jener blühenden deutschen Landschaften zu machen. Davon zeugt auch die Aufzählung seiner unter der Rubrik „Zu aktuellen Kontroversen“ zusammengefassten Publikationen, soweit sie die Jahre 1990 bis 1995 betrifft. Aus jenen Jahren finden sich Stellungnahmen zu Auseinandersetzungen, die sich um seine eigene Arbeit an der VW-Geschichte entspannen, zu Meinungsverschiedenheiten, die anlässlich des 50. Jahrestags des Attentats auf Hitler entstanden, die u.a. unter Titeln wie „Mehr Hochachtung und Toleranz im Umgang mit dem Widerstand“ und „Ein wenig mehr Toleranz gegenüber dem kommunistischen Widerstand“ ge-

druckt wurden. Dass der Mann zu Kontroversen, zu denen er geschwiegen hat, keine Meinung besäße, wird niemand vermuten.

Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995. Hrsg. von Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weissbrod, Akademie Verlag 1995, 758 S.

Bulletin. Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung, Berlin Heft 10, 1998, S. 105-106.

Marx als Wegweiser

Wer sich gegen Ende dieses turbulenten Jahrhunderts – das anders zu Ende geht, als man es sich noch vor einem Jahrzehnt vorstellte – über Leistungen, Grenzen und Perspektiven der Geschichtswissenschaft Rechenschaft geben will, wird dafür in dem neuen Buch von Eric Hobsbawm (Jg. 17) Anregungen die Menge finden. Der Brite, der sich in der Weltgeschichte auskennt wie andere nicht in ihrer Westentasche, bekennt, dass er die materialistische Geschichtsauffassung nach wie vor für den bei weitem besten Wegweiser zur Geschichte hält. So nachzulesen im knappen Vorwort des hier vorzustellenden Bandes (S. 9). Und an anderer Stelle formuliert er noch schärfer: Es ist keine ernsthafte Diskussion über Geschichte möglich, die sich nicht auf Marx bezieht, oder, genauer noch, die nicht von denselben Prämissen ausgeht wie er (S. 51) Deshalb ist es ihm wichtig, Marx und den Marxismus innerhalb und außerhalb der Geschichtswissenschaft gegen politische und ideologische Angriffe zu verteidigen (S. 219). Hobsbawm betont, wer den Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit erforschen wolle, müsse zumindest die Fragen stellen, die schon Marx gestellt hat (S. 216). Dieser Standpunkt wird begründet, diskutiert, präzisiert – in insgesamt 21 Kapiteln.

Die Geschichte, so eine Grundüberzeugung des Gelehrten, nimmt in unseren Tagen in der Gesellschaft bei weitem nicht den Platz ein, der ihr zukommen könnte und sollte. Dieser Befund liegt fernab jeder Berufseitelkeit. Hobsbawm weiß aus Forschung und Erfahrung, dass das Verständnis von Gesellschaft das Verständnis von Geschichte voraussetzt. Jeder, der ohne sie auf die Zukunft blickt, ist nicht nur blind, sondern gefährlich, vor allem in der Ära der High-Technology (S. 77). Er fordert seine Zunftgenossen auf, Ursachen und Antriebe für den Wandel von gesellschaftlichen Zuständen aufzudecken sowie deren Dynamik und Transformation zu ergründen. Was wir wissen möchten, ist nicht nur das Was, sondern auch das Warum. (S. 273)

Es gelte, so Hobsbawm, Gesetzmäßigkeiten und Verallgemeinerungen zu finden. Eine Geschichtsforschung tauge nicht viel, wenn sie nicht verallgemeinert. Hobsbawm erwartet aber von einem Historiker auch die Fähigkeit, zwei Zustände, die bei oberflächlicher Betrachtung scheinbar gleich sind, zu unterscheiden (S. 48). Gerade hier freilich stellen sich im Hinblick auf aktuelle deutsche Verhältnisse Zweifel ein, wird doch gerade daran gearbeitet, via Totalitarismus-Doktrin ganze Jahrzehnte auf einen Differenzen einebnenden Nenner zu bringen. Damit ist auch schon die zweite Quelle der Besorgnisse benannt, die Hobsbawm hinsichtlich heutiger Geschichtswissenschaft hegt. Weithin sei sie Instrument einer nationalen oder anderweitigen Identitätspolitik, würden von ihr legitimierende Mythen statt kritischer Geschichte verlangt und geliefert. – Hobsbawms heilsam nüchterne Bilanz sollten alle Historiker aufmerksam studieren.

Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? Carl Hanser Verlag, München/Wien 1998. 359 S., geb., 49,80 DM.

Neues Deutschland, Dienstag, 7.-12. Oktober 1998, S. 12.

Eine heilsame Einmischung

Hitler-Biographie – Der Brite Ian Kershaw erntete in Berlin plumpe Vorwürfe

Keine Frage, hieß es, sei dem Verlag vor Erscheinen des Buches so oft gestellt worden wie die: Wozu noch eine Hitler-Biographie? Zwei Journalisten, die sich zur Pressekonferenz in Berlin zur Vorstellung der deutschen Übersetzung von Ian Kershaws Werk eingefunden hatten, nörgelten weiter: Warum etwa 2.000 Buchseiten, für deren Lesen Zeit ja nicht mitgeliefert werde, warum zwei Bände?

Die Kritik am Umfang erledigte der Professor an der Universität Sheffield, einer der besten Kenner des deutschen Faschismus, mit wissenschaftlichen und politischen Argumenten. Wer dieser Person beikommen wolle, könne sie nicht aus sich selbst erklären. Er habe von der Zeit zu handeln, die den Mann hervorbrachte, und davon, wie er in sie zurückwirkte. Individuum und Gesellschaft müssten zusammengedacht und in ihren Wechselwirkungen dargestellt werden. Die 1952 erschienene Biographie seines Landsmanns hätte darauf nicht gezielt: Alan Bullock habe den Diktator, nicht die Diktatur im Visier gehabt. Und Joachim Fests Arbeit von 1973 glänzte zwar durch die Schilderung von Hitlers Charakter und Psyche, doch die Verantwortung von dessen engsten Mitführern in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft überschattete die damals in der BRD noch vorherrschende „Überpersonalisierung“ Hitlers. Zum anderen sei nicht nur in Deutschland zu beobachten, dass von dieser Figur nach wie vor eine Faszination ausgehe. Sie beschäftige viele stärker als andere Gestalten unseres Jahrhunderts: Churchill oder Kennedy, Stalin oder Mao. Mit Hitler verbinde sich die beunruhigende Tatsache, dass der Staat von Weimar, der doch eine Höhe der Kultur repräsentiert habe, binnen kurzem durch ein barbarisches Regime ersetzt werden konnte ...

Kershaws Arbeit dürfte Debatte und Forschung anstoßen. Er beschäftigte sich vorrangig mit der deutschen nationalkonservativen Elite und den Volksmassen, die beide auf unterschiedliche Weise Hitler erst zu einer weltgeschichtlichen Figur machten. Anders als Hans Mommsen aber sieht Kershaw in Hitler nicht den „schwachen Diktator“, sondern bei diesem alle Fäden zusammenlaufen. Man darf gespannt auf den zweiten Band dieser „sozialgeschichtlich orientierten Biographie“ sein, angekündigt für 1999.

Als das Buch auch noch in der Berliner „Urania“ einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ließen viele Fragen eine Tendenz erkennen: Deutschland hätte den Krieg nicht gewollt, und wie stehe es eigentlich mit Großbritanniens Haltung in München und Evian? Da war der Vorwurf herauszuhören, dass „Ausländer“ sich in Geschichte und Gegenwart der Deutschen nicht einmischen, sondern vor eigener Tür kehren sollten. Kershaws Antworten waren bestimmt, gleichwohl er ein zurückhaltender Typ ist. Große Worte und bedeutungsvolle Selbstdarstellung gehen dem Manne ab, er unterscheidet sich wohltuend von den bekannten Marktschreiern in seiner Branche. Der Wissenschaftler verlässt sich auf die Logik seiner Arbeit. Es ist auch nicht seine Sache, den Bezug zwischen dem Stoff in seinem Buch und der deutschen Gegenwart herzustellen. Es war der FU-Professor Jürgen Kocka, der in seiner Einführung anmerkte, dass Hitler sich noch nicht in die Geschichte „abschieben“ ließe und vor dessen verfrühter Historisierung warnte. Er erinnerte an ein Vorhaben des Deutschen Historischen Museums in Berlin, kommentarlos Fotos des Leibfotografen Hitlers zu zeigen, was dank breiter Proteste scheiterte. Als ein gewichtiges Argument hätte er auch die zwei Millionen Stimmen der DVU, Republikaner, NPD und anderer Parteien gleicher Couleur in der jüngsten Bundestagswahl anführen können...

Ian Kershaw: Hitler 1889-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998. 972 S., geb., 88,00 DM.

Neues Deutschland, Freitag, 16. Oktober 1998, S. 13.

Schön, schöner, am schönsten

Zehn Sätze Nonsense über den 9. November 1938 in der Zeitschrift der GEW Berlin

Es naht der 9. November und damit ein Datum, das wie kein zweites in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts geschichtsbeladen ist. Es bietet, Kenner erinnern sich, mithin mehrerlei Chancen, die eigene Fähigkeit zur Geschichtsbetrachtung zu blamieren. War dieses Wissen Antrieb für die Monatszeitschrift der Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaft Berlin blz in ihrer Oktober-Ausgabe den Lehrern in Berliner Schulen wegen des bevorstehenden Tages vorsorglich eine „Unterrichtsservice“ genannte Hilfe anzubieten? Ihr Text wird ausdrücklich als Kopiervorlage gekennzeichnet und scheint so auch für die Hand von Schülern bestimmt. Vor deren Benutzung müssen die einschlägigen Klassenstufen gewarnt werden. Denn das „sowieso Pressebüro“, das die Zusammenstellung verantwortet, war dabei nicht nur von allen guten, sondern von jeglichen Geistern verlassen. Die Jahreszahlen und Ereignisse, zu denen der Novembertag Bezug besitzt, lauten: 1918 Revolution, 1923 Putsch gegen die Republik, 1938 Pogrom gegen die Juden, 1989 Aufhebung des staatlich limitierten, kontrollierten Verkehrs an der Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik. An die Aufzählung der Daten knüpft sich die Feststellung: „Das schönste dieser Ereignisse geschah 1989“. Schön, schöner, am schönsten – da mag sich jeder, da das schönste schon vergeben ist, entscheiden, wohin er den Hitlerputsch und wohin den Pogrom auf seiner privaten Skala sortiert. Was zu Letzterem gesagt wird, verdient indessen nähere Betrachtung.

1. Satz: „Das Jahr 1938 ist geprägt von Zwangsmaßnahmen gegen Juden ...“. Das ist zumindest unvollständig. Es ist das Jahr der beginnenden Expansionen und der forcierten Kriegsvorbereitung, und erst wenn das ins Blickfeld gerät, eröffnet sich auch die Möglichkeit, die unausgesetzte Steigerung der Judenverfolgung historisch einzuordnen. 2. Satz: „Eine Hetzrede am Jahrestag seines (?) misslungenen Putsches von 1923 löst ein landesweites Judenpogrom aus.“ Das ist nicht nur wegen des unklaren Bezugs verschwommen, sondern auch irreführend. Nach einer Absprache zwischen Hitler und dem Leiter der Propaganda in Staat und NSDAP, Joseph Goebbels, hielt dieser eine in ihrem Inhalt unmissverständliche, in ihrer Wirkung kalt vorherberechnete Rede, nach der die SA-Führer von München aus telefonisch den Befehl zum Losschlagen weiterleiteten. 3. Satz: „In ganz Deutschland gehen SA-Schlägertrupps gegen jüdische Geschäfte und Synagogen vor.“ Das ist falsch. Es handelte sich gerade nicht um besondere „Schlägertrupps“, sondern um die ganz (also stink-)normalen Mitglieder dieser Sturmabteilungen, die Frau, Kind und Heim verließen, sich zu ihren Sammelplätzen und von da zur Untat aufmachten. 4. Satz: „91 Juden wurden getötet, tausende Warenhäuser, Geschäfte und Wohnhäuser zerstört oder abgebrannt.“ Richtig ist, dass die während der Gewaltaktion getöteten Juden mit 91 ermittelt wurde. Größer war die der in den Selbstmord getriebenen und in der KZ-Haft oder an deren Folgen zu Tode gekommenen Verfolgten. Verwüstet wurden Gebäude, Häuser und Wohnungen, in denen Juden lebten oder die ihnen gehörten. Doch „abgebrannt“ wurden sie schon deshalb nicht, weil sie schließlich „Ariern“ zukommen sollten. Es brannten, wo das nicht Nachbargebäude verboten, die – in dieser Aufzählung vergessenen – Synagogen. 5. Satz: „Auf Befehl Hitlers werden in dieser Nacht etwa 35.000 Juden in Konzentrationslagern zusammengetrieben.“ Das ist unrichtig. Der Befehl wurde nicht bei Nacht ausgeführt, sondern am helllichten Tage, und die Züge der Gefangenen konnten von den Passanten gesehen und auch fotografiert werden. 6. Satz: „Um einem schrecklichen Schicksal zu entgehen, können sie sich mit hohen Summen ‚freikaufen‘.“ Das ist irreführend und falsch. Die Verhaftungen erfolgten, um jenen äußersten erpresserischen Druck auszuüben, der die Juden in Panik versetzen und zur Massenflucht aus Deutschland zwingen sollte. Frei kam, wer nachweisen konnte, dass er sich Papiere besorgt hatte, die ihm den Weg über die Grenze legal ermöglichten. 7. und 8. Satz: „Ein noch größeres Geschäft machten die Nationalsozialisten mit Schadensersatzzahlungen. Sie verpflichteten alle Juden im Reich, als eine Art ‚Buße‘ insgesamt eine Milliarde Reichsmark aufzubringen.“ Da es sich im ersten Fall nicht um ein Geschäft handelte, konnte das Folgende kein „größeres“ sein. Es fand aber in dem hier gemeinten Sinne keinerlei „Geschäft“ statt, mit dem sich, wie betrügerisch es immer verlaufen mag, doch die Vorstellung eines Handels und die Mitwirkung eines Verkäufers und eines Käufers verbindet. Vor allem aber machten den räuberischen Gewinn nicht „die Nationalsozialis-

ten“, sondern der faschistische Staat, und der steckte das Geld, nachdem es seine Machthaber seit langem gelüstete, wie beabsichtigt in die Hochrüstung, so dass sich ein Teil davon in Profite der Rüstungsindustriellen verwandelte. 9. Satz: „Allein an den Schaufenstern aus Kristallglas sind Schäden von mehreren Millionen Mark entstanden.“ Hier wäre für die „sowieso“-Historiker zunächst eine kurze Unterweisung in Glaschemie anzuraten, die ihnen erklärt, dass Glas für durchsichtige Zwecke gerade aus anderem Material und in besonderem Fluss hergestellt werden muss. 10. Satz: „So entsteht der verharmlosende Name ‚Reichskristallnacht‘ für diese Nacht des Schreckens.“ Damit schließt die Handreichung mit einer Erfindung. Sind doch bisher alle Versuche von Wissenschaftlern gescheitert, überzeugend zu erklären, wie und von wem das Verbrechen diese Bezeichnung erhielt und wie sie sich verbreitete. Wieviel Nonsens lässt sich in zehn Sätzen unterbringen! Doch geht es nicht allein darum. Wichtiger ist, dass die Betrachtung deutscher Geschichte wieder auf den Einzigen Adolf und seine braunen Gehilfen zurückgeführt wird. Darüber war die Geschichtsschreibung der (Alt-) Bundesrepublik in ihrem Hauptstrom seit den siebziger Jahren endlich hinausgelangt. Wer das schon nicht weiß, könnte sich doch erinnern, dass die Debatte, die von Daniel J. Goldhagens Buch vor zwei Jahren ausgelöst wurde, gerade die Frage betraf, dass „er“ und einige wenige Deutsche es nicht allein waren. Dass nun ausgerechnet in der Lehrergewerkschaft der alte Hut aufgearbeitet wird, überrascht doch. Dabei könnte sie in ihrer Mitgliedschaft auf Fachleute zurückgreifen.

junge Welt, Donnerstag, 29. Oktober 1998.

Der Pogrom des 9./10. November 1938.

Voraussetzungen – Ursachen – Interessen

Wer sich für die Geschichte Deutschlands in den Vorkriegsjahren des Zweiten Weltkriegs interessiert, vermag nahezu jedem der fünf Jahre zwischen 1933 und 1938 ein herausragendes Ereignis zuzuordnen, das über die Reichsgrenzen hinaus Aufmerksamkeit erregte. 1933: Reichstagsbrand und der gleichnamige Prozess. 1934: das Massaker, das die Bezeichnung „Röhm-Affäre“. 1935: die „Nürnberger Gesetze“. 1936: die Olympischen Winter- und Sommerspiele. 1938: der reichsweite Pogrom gegen die Juden.

Sieht man von dem Sportereignis ab, so kennzeichnete sich das Regime durch Vorkommnisse, die auf sein verbrecherisches Wesen hinwiesen, auf Untaten, begangen an Angehörigen der Arbeiterbewegung, an Konkurrenten und Rivalen in den eigenen Reihen und immer wieder an Juden. Wie nimmt sich vor diesem Hintergrund aus, wenn soeben ein Buch erscheint, in dem die Frau eines Bundeswehrgenerals, sich ihrer Jugend im Nazireich erinnernd, schreibt, sie fände es schlecht, wenn das Gute aus jener Zeit unter den Teppich gekehrt werde?*

* * *

Eine Forderung, nicht nur an die Historiker zu stellen, lautet in Worten Eric Hobsbawms: Wer sich mit der Vergangenheit befasst, müsse wenigstens die Fragen des Karl Marx stellen. Zu diesen gehörten unabdingbar die nach dem „Warum“ eines geschichtlichen Ereignisses oder Prozesses und die nach den Interessen, die diesen zugrunde liegen. Warum also kam es zu diesem Pogrom? Was waren seine Voraussetzungen und Bedingungen? Welche Interessen brachten das Verbrechen hervor?

Kein Forscher bestreitet, dass Judenverfolgung und Judenmord im faschistischen Deutschland ihre geistigen oder – wem das ein zu positiv besetzter Begriff ist – ideologischen Voraussetzungen besaßen, ohne deren Vorhandensein der Weg nicht nach Auschwitz hätte führen können. Die extrem anti-aufklärerische Weltanschauung der Faschisten, die den Juden das Menschsein absprach und sie auf eine Stufe nahe dem Tierreich setzte, stellt nach aller Überzeugung die conditio sine qua non dieses massenmörderischen Antisemitismus dar. In den Bezirk der Wissenschaft wurde das Klischee, wonach einzig und allein materielle und namentlich wirtschaftliche Interessen zu Judenverfolgung und Judenmord führten, nur hineingedichtet. Der wirkliche Streit bezieht sich auf die Frage, welche „Faktoren“ an der eskalierenden Praxis des Antisemitismus beteiligt waren und zu welchen Anteilen. Das letzte erzeugt den Historikern Verlegenheit, besitzen sie doch keine Waage, mit der sie diese „Faktoren“ gewichten könnten. Ganz eindeutige Antworten gehören daher zu den Raritäten. Um dafür ein Beispiel zu geben: Dass in das als „judenrein“ erklärte Reich jüdische Menschen gegen Kriegsende zurücktransportiert wurden, war einzig kriegswirtschaftlichem Interesse geschuldet, sie in den Rüstungsbetrieben und bei der Errichtung von Verteidigungsbauten auszubeuten. Deshalb wurde ihre Ermordung aufgeschoben.

Wie aber steht es mit den Ereignissen des 9./10. November 1938? Da wirkte ein Bündel von Interessen, das ohne seine Vorgeschichte nicht zu entwirren ist. 1933 kamen Politiker an die Macht, die der Rassenpolitik und als deren Kernbestand der Judenverfolgung programmatische Bedeutung zumaßen. Schon aus den 25-Punkte-Programm der NSDAP konnte entnommen werden, dass die jüdischen Deutschen aus dem Lande gedrängt werden sollten. Dieser Entschluss wurde nach dem 30. Januar 1933 von den zu Staatsmännern aufgestiegenen Parteiführern öffentlich geleugnet. Das tat auch Hitler bei seiner Ansprache anlässlich der Beschlussfassung über die „Nürnberger Gesetze“. Wie er schon in „Mein Kampf“ spielten sich die NS-Ideologen als Theoretiker der Rasse auf. Sie gaben vor, allein aus objektiven Gründen für die biologische Scheidung von „Ariern“ und Juden einzutreten. Die Idee eines Pogroms, verkündete selbst Streicher, läge außerhalb ihrer Absichten. Doch entlarvte sich dieses Gerede durch die ungehemmte Hetzpropaganda. Sie bediente sich aller

---

* Diese zwei Absätze befinden sich nicht in der antifa-Ausgabe. *Die Herausgeber*.

Fälschungen und Verteufelungen, die in der langen Geschichte des Antijudaismus und der kürzeren des Antisemitismus produziert worden waren. Das Wirken der Ideologen und Politiker um Hitler bildete die *erste* Voraussetzung für den Weg zum 9. Novembertag 1938.

Diese Machthaber stützten sich auf Hunderttausende von Aktivisten, die sich bereits vor dem 30. Januar 1933 bei von ihnen angezettelten antijüdischen Demonstrationen und Krawallen hervorgetan hatten. Diese Massengefolgschaft mochte von den Motiven und Zielen ihrer obersten Führer wenig verstanden haben. Dass diese aber Juden und Marxisten – beide demagogisch verbunden in Feindformeln vom „jüdischen Bolschewismus“ und „marxistischen Judentum“ – als Erzfeinde betrachteten und bekämpften, das wusste jeder SA- oder SS-Mann, auch wenn nicht jede Führerrede die bejubelten Hasstiraden enthielt. Hochgeschraubt waren die Erwartungen der antisemitisch aufgepulverten Kohorten nach dem Sieg. Die Existenz dieser Masse aktivistischer Faschisten bildete die *zweite* Voraussetzung dafür, dass der Weg zum Pogrom eingeschlagen werden konnte.

Die Formierung der Antisemiten in der Weimarer Republik hatte nicht am Nullpunkt begonnen. Die Führer der NSDAP konnten die „Vorarbeit“ judenfeindlicher Theoretiker, Politiker und Organisationen nutzen. In allen sozialen Schichten waren gegen Juden gerichtete Denk- und Verhaltensweisen vorhanden. Diese reichten von unbestimmtem, durch Vorurteile geprägten Unbehagen bis zu verfestigter Feindseligkeit. Es erwies sich nach der Errichtung der Diktatur als nicht nötig, jeden Anhänger dieses vielgefächerten Antisemitismus ideologisch auf das Niveau der Nazis zu bringen. Der Antisemitismus des Hjalmar Schacht, war mit dem Hitlers oder Himmlers nicht kongruent. Doch reichte er hin, dass der konservative Reichswirtschaftsminister während der Frühphase der Judenvertreibung alle staatlichen Gesetze mittrug. Das Mitmachen dieser Judengegner stellte die *dritte* Voraussetzung für den Weg zum Novemberpogrom dar.

Es fehlte in der Weimarer Republik nicht an Menschen und Kräften, die aufklärerischen Ideen anhingen und sich gegen Rassismus und Judenfeindschaft wandten. Nur selten fanden sie jedoch zu gemeinsamem Handeln. Häufig galt als ausgeschlossen, dass der Antisemitismus der Hitlerleute Regierungsprogramm werden könnte. Jedoch wurden diese Kräfte und Bestrebungen 1933 rasch illegalisiert und in der Öffentlichkeit zum Schweigen gebracht. Das bildete die *vierte* der notwendigen Voraussetzungen dafür, dass die Verfolgung bis zur Pogromstufe gesteigert werden konnte.

Keiner dieser Voraussetzungen war ein Zufallsprodukt. Sie wurzelten in einer krisengeschüttelten Gesellschaft, die von kapitalistischen, kleinbürgerlichen und anderen Konkurrenzinteressen geprägt wurde. Sie erst bewirkten, dass sich der Antisemitismus entfalten konnte, dass Unterschiede und Abweichungen, die zwischen seinen Strömungen und Schattierungen vorhanden waren, ihre praktische Bedeutung verloren und die radikalsten unter den Judenfeinden führen konnten. Gewiss: Nicht jeder Kapitalist wollte seinen jüdischen Konkurrenten im Konzentrationslager wissen. Nicht jeder Kleinhändler wünschte sich den seinen ins Ghetto. Nicht jeder deutschnationale Universitätsprofessor war für die Entfernung des jüdischen Kollegen von der Hochschule. Nicht jeder Student stimmte in den Ruf seiner SA-Kommilitonen ein „Juden raus“. Doch Millionen Deutsche hießen einen – wie sie es sahen – gemäßigten Antisemitismus gut. Damit war den Verfechtern aggressiver Judenfeindschaft für ihren Start kein Hindernis bereitet. Denn dieser „Mäßigung“ erschienen Maßnahmen, die Juden der Gleichberechtigung beraubten, sie im Beruf zurücksetzten, ihnen Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten nahmen oder einschränkten, für gerechtfertigt.

So ermöglichte die geistige wie die mentale Situation von Millionen Deutschen den neuen Machthabern die sofortige Inangriffnahme von Schritten der Judenverfolgung. Berücksichtigt werden musste einzig, welche zweckmäßig waren und welche negativen Folgen zeitigen konnten. Der aktivste Teil der NSDAP-Gefolgschaft in den Sturmabteilungen (SA), Schutzstaffeln (SS) und im Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes war erpicht, dass ihm die Stoßrichtung gegen „Alljuda“ freigegeben würde. Dies traf sich mit dem Interesse der Politiker, Erfolge des Machtgewinns vorweisen zu können. Hitlers rassistisch-antisemitische Besessenheit schloss taktisches Kalkül ein; er wollte seinen Gefolgsleuten die Genugtuung vermitteln, „die nationalsozialistische Revolution“ voranzutreiben.

Indessen verbot die labile Wirtschaftssituation die Fortsetzung der zunächst spontanen Angriffe auf das jüdische Bankkapital. Stattdessen trafen die Attacken die Schwachen und Vereinzelten, die jüdischen Besitzer von Ladengeschäften und Betrieben des Handwerks, die von keiner übergeordneten Rücksicht geschützt wurden. Gegen sie richtete sich der Boykott des 1. April 1933. Gleichzeitig setzten Maßnahmen gegen Richter und Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare, Ärzte und Hochschullehrer und weitere jüdische Deutschen im Staatsdienst oder in den freien Berufen ein. Aus diesen Eröffnungszügen der Judenverfolgung erwuchs den zu „Ariern“ erklärten Deutschen weit über den Kreis der Naziaktivisten hinaus Vorteil. Die Verfolgung entfaltete eine Werbewirkung.

In der antijüdischen Politik, die auf den 30. Januar 1933 folgte, überlappten und verstärkten sich mehrere Interessen. Das politisch-ideologische Interesse, den aufgespeicherten Judenhass zu entladen, das Herrschaftsinteresse, aus dieser Entladung Machtbefestigung zu gewinnen, das wirtschaftliche Interesse, die Konkurrenz zu schwächen oder zu vernichten, und das ebenfalls materiell dominierte Interesse Arbeitsplätze oder Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten. Dabei musste nicht jeder Nutznießer auch Akteur der Verfolgungen sein, und – umgekehrt – nicht jeder Akteur ein Nutznießer im direkten, zählbaren Sinne.

Die Stunde der großen „arischen“ Kapitaleigner schlug erst später. Und sie schlug auch nicht laut, sondern unskandalös. Dennoch begann die Schwächung der in jüdischem Eigentum befindlicher Bank-, Handels- und Industrieunternehmen bereits 1933, was in Einzelfällen nicht ausschloss, dass sie zunächst vom Ende der zyklischen Krise profitierten. Wer die Wirtschaftsteile großbürgerlicher Zeitungen las, konnte sich bald anhand knapper Meldungen über die fortschreitende „Arisierung“ informieren. Deren rühmten sich die Gewinner damals so wenig wie später, Denn dass ihre erst durch die Staatspolitik ermöglichten Geschäfte anrüchig waren, blieb keinem Käufer verborgen.

Der Antisemitismus entfaltete sich zwischen 1933 und 1938 auf drei Linien. *Erstens* als Antisemitismus der Straße, also der gewalttätigen Aktion. Dieser begann spontan im März 1933, wurde aber von den Führungen der NS-Organisationen mehr und mehr beherrscht und kanalisiert, aktiviert, gebremst oder auch unterbunden, je nach seiner Zweckmäßigkeit. *Zweitens* als Antisemitismus der Staatslenker und Gesetzgeber und in deren Gefolge und Auftrag der Autoren und Exekutoren von ministeriellen Verordnungen und Erlassen. *Drittens* als Antisemitismus der Staats- und Verwaltungsbürokraten, die ihre erfinderischen Energien darauf richteten, den Rahmen der Gesetze überschreitende Benachteiligungen, Demütigungen und Schikanen zu ersinnen und zu praktizieren.

In seiner Summe führte dieser Antisemitismus zur Vertreibung von immer mehr Juden aus dem Reich. Er entsprang zum einen aus unstillbarer Judenfeindschaft. Zugleich ordnete es sich dem Vorhaben zu, die Volks- und Kriegsgemeinschaft der Deutschen zu schaffen, die als eine dicht geschlossene Marschkolonne gedacht war, welche jeden Führerbefehl befolgte. Auf dem Wege zu Krieg und Eroberung, der sich gegen Ende 1937 in den Köpfen der politischen und militärischen Führer konkretisierte, wurden weitergehende Maßnahmen erwogen, wie die Juden aus Deutschland hinausgedrängt werden könnten, zumal die Zahl der bis dahin Geflohenen weit hinter den Erwartungen der Vertreibenden zurückblieb.

Das führt in die unmittelbare Vorgeschichte des Pogroms vom 9./10 November 1938. Der war nicht von so langer Hand vorgedacht wie die Maßnahmen, die auf ihn folgten. Doch wann immer die Idee eines Pogroms während dieser ersten Novemberdekade zuerst aufkam und sich zum Plan verdichtete, es besteht kein Zweifel, dass Hitler und Goebbels den Zeitpunkt für eine solche Aktion jetzt als gekommen ansahen. 1937/38 war im Apparat der von Reinhard Heydrich befehligten Sicherheitspolizei eine Planungsgruppe entstanden, die ihren Ehrgeiz darin setzte, alle judenfeindlichen Maßnahmen so zu koordinieren, dass sie den Druck hin zur Fluchtbewegung maximal verstärkten. Ihren größten praktischen Erfolg erreichte diese Gruppe nach dem März 1938 in Wien. Sie war entschlossen, ihn auf das ganze Reichsgebiet auszudehnen. In Wien war auch erprobt und praktiziert worden, wie sich Vertreibung und Beraubung am gewinnbringendsten miteinander verbinden ließen. Zur gleichen Zeit hatten andere Reichsbehörden Initiativen ergriffen, die Juden in eine hoffnungslose Lage zu stürzen.

1938 folgte Erlass auf Erlass, die Leben und Arbeit der Juden erschwerten. Eine Kategorie von Maßnahmen betraf Verbote für die Tätigkeit an Börsen, als Vermessungsingenieur, Waffenhändler, Versteigerer, in Auskunfteien und Bewachungsbetrieben, als Makler, Heiratsvermittler, Hausverwalter, Fremdenführer, Arzt, Krankenpfleger, Rechts- und Patentanwalt. Eine andere Gruppe reihte Schikanen der verschiedensten Art aneinander: Wegfall der Steuerermäßigung für Kinder, Isolierung der Patienten in Krankenhäusern, Verbot des Aufenthaltes in Kurorten, Aufhebung der Kündigungsfrist für Mieter, Umbenennung der nach Juden benannten Straßen. Eine dritte bezeugte, dass die Rücksichten fielen, die bisher noch gegenüber dem religiösen Leben der Juden genommen worden waren. Die Synagogen in München und Nürnberg wurden abgerissen. Die jüdischen Gemeinden verloren die Vorteile von Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Die vierte diente der Erfassung aller Juden und ihres Vermögens. Diese Gruppe wies am deutlichsten auf die bevorstehende Enteignung und materiellen Ruinierung der Juden hin. Dazu gehörte das Verbot der Namensänderung, die Verordnungen gegen die „Tarnung“ jüdischer Betriebe, über die Anmeldung jüdischen Vermögens ab 5000,– RM, die Genehmigungspflicht für Rechtsgeschäfte mit „Ariern“, die Registrierung und Kennzeichnung aller jüdischen Gewerbebetriebe, der Kennkartenzwang für Juden, die Einführung von Zwangsvornamen, die Einziehung der Pässe und ihre Zuteilung mit dem Aufdruck „J“. Unter der Beteiligung von Tausenden und Abertausenden Angehörigen der Beamtenschaft und von Staatsangestellten führte die verpreußte deutsche Staatsbürokratie Schlag auf Schlag gegen die „Nichtarier“.

Die Kette der Gesetze, Durchführungsverordnungen und Erlasse ließ keinen Zweifel mehr, dass den Juden das Leben zur Hölle gemacht werden sollte. In den zehn Monaten vor dem Pogrom wurden terroristische Maßnahmen angedroht und verwirklicht. Wer als Juden aus dem Ausland zurückkehrte, dem drohte das Konzentrationslager. Dorthin wurden am 15. Juni etwa 1.500 Juden verschleppt, die aus zumeist nichtigen Gründen straffällig geworden waren. Am 28. Oktober begann der Zwangstransport von 15.000 bis 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit an die deutsch-polnische Grenze, wo sie im Niemandsland ausgesetzt wurden. Bis in die Jahrhunderte des Mittelalters musste zurückdenken, wer vergleichbare Akte der Willkür und der Gewalt in deutscher Geschichte auffinden wollte. Am 9. November 1938 war dann ein Anlass gefunden, die Strategie der Judenvertreibung zu forcieren. Der Pogrom stellte keinen Wendepunkt dar, sondern markierte den Beginn der abschließenden Phase der 1933 begonnenen Politik. Dass sie nicht zum gedachten Endpunkt kam, verursachte der Krieg, der Vorrang besaß und eine neue Situation schuf.

Welche Bedeutung die materiellen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen der Judenvertreiber 1938 besaßen, verdeutlichen zwei Feststellungen: Zum einen befand sich die Rüstungsfinanzierung in einer sich zuspitzenden Krise. Zum anderen besaßen die Juden ein Vermögen von 8,531 Mrd. Reichsmark, von denen 1,195 Mrd. RM in Form von Betriebsvermögen existierten und 4,88 Mrd. in hauptsächlich in liquiden Wertpapieren. Der dritte Teil, 2,5 Mrd. RM, bestand in Grundbesitz. Die Begierde der Machthaber richtete sich seit längerem darauf, an dieses Vermögen zu gelangen. Als eine geeignete Methode erschien eine Sondersteuer, die Hitler bereits 1936 gebilligt hatte und wofür 1937 ein Gesetzentwurf existierte. Befürchtungen wegen ausländischer Reaktionen führten jedoch nicht zu seiner Verabschiedung. Wie sehr es Göring, Chef der Vierjahresplanbehörde, nach diesem Vermögen gelüstete, lässt sich dem Protokoll ablesen, das von der Sitzung existiert, die unter seiner Leitung am 12. November 1938 stattfand.

Doch brachte sie keine grundsätzlich neuen Überlegungen hervor. Was vorgedacht oder eingeleitet war, wurde gebündelt und seine Ausführung beschleunigt. Göring hatte schon auf der Besprechung, die sich am 14. Oktober mit der „Arisierung“ befasste, erklärt: „Die Juden [...] müssen jetzt aus der Wirtschaft raus die aus der „Arisierung“ entstehenden Gewinne in die Staatskasse. Als diese Sitzung höchster Beamter der Reichsministerialbürokratie zusammentrat, waren im Jahresverlauf bereits wesentliche Betriebe in „arische Hand“ gelangt, darunter so besonders lukrative Stücke wie der Julius-Petscheck-Braunkohlen-Konzern und alteingesessene Bankhäuser.

So greifen alle Darstellungen der „Reichskristallnacht“, die allein auf die Rolle der Ideologie oder einzelner Personen abheben, zu kurz. Was für die Judenverfolgung seit 1933 zutrifft, gilt auch für

dieses Verbrechen. Es entstand aus einem Interessen- und Zielknäuel. Die Juden sollten aus Deutschland herausgedrängt werden, bevor der Krieg begann. Denn ein Zurück und ihre Mobilisierung als Kriegskraft, die sie im Ersten Weltkrieg dargestellt hatten, gab es nicht mehr. Die Entscheidung dagegen fiel definitiv 1935, als „Nichtarier“ bei der Einführung der Wehrpflicht für wehrunwürdig befunden worden waren. Nach allem, was den Juden angetan wurde, konnte niemand erwarten, dass die gepeinigte Minderheit den Kriegssieg der Machthaber wünschen konnten.

Die Interessenlage des Regimes, das mit den Expansionen begonnen hatte und sie im Kriege fortsetzen wollte, ergab sich ebenso aus materiellen wie aus immateriellen Faktoren. Ideologisch wurde die Auseinandersetzung mit dem angeblich bolschewistischen und plutokratischen Judentum und dessen angeblichen Plänen für die Weltherrschaft benutzt, die Volksgemeinschaft zu festigen und die Militarisierung voranzutreiben. Nichts diente stärker dazu, den „Volksgenossen“ das Gefühl ihrer Hochwertigkeit und ihrer Überlegenheit zu vermitteln als das antisemitische Gegenbild.

Innenpolitisch gingen von der mörderischen Aktion mehrere unterschiedlich adressierte Signale aus. Den antijüdisch aufgepulverten Tätern wurde eine Befriedigung verschafft und bewiesen, dass sie unentbehrlich waren. Der Bevölkerungsmehrheit sah die Macht des Regimes drastisch vor ihren Augen. Ihr wurde gezeigt, dass die Sturmabteilungen (SA) als terroristisches Instrument in Takt geblieben war und funktionieren wie 1933. Die Dreistigkeit, mit der die These vom spontan sich entladenden Volkszorn verbreitet wurde, erneuerte den Befehl „Maulhalten“. Dessen Empfänger wussten sich belogen und nahmen es hin. Die Demoralisierung der Nation schritt weiter voran.

Wie die Judenverfolgung und die sie begleitende „Ariersuche“ der Disziplinierung der Volksmassen diente, so tat das auch der Pogromtag. Eine Gesellschaft, die solche Untat, an der direkt eine Minderheit beteiligt war, geschehen ließ, konnte nach deren Stattfinden nicht mehr die gleiche sein wie vordem. Das war von den Machthabern auch gewollt. Die „Volksgenossen“ sollten, wie Hitler, als die Synagogen noch rauchten, vor dem ausgesuchten Kreis von nazistischen Presseleuten in München erklärte, auf Gewalt eingestellt werden und schließlich nach ihr schreien.

antifa, 1998, Nr. 11, S. 17-20.

Soll und Haben

Nazistische Judenverfolgung im DDR-Schulbuch

Von den Deutschen, die heute in den neuen Bundesländern leben, wird behauptet, sie wären über nazistische Judenverfolgung und Judenmord in der Schule und während ihres weiteren Bildungsweges schlecht oder nicht unterrichtet worden. Der These widersprach zwar ein 1990 festgestelltes, von den Ermittlern nicht erwartetes Ergebnis, wonach sich unter Ostdeutschen erheblich weniger Antisemiten befanden als unter (Alt-)Bundesbürgern. Doch tat das der Legendenbildung kaum Abbruch.

Was nun also konnten heute 25jährige, vor zehn Jahren in der DDR in der 9 Klassenstufe, vom Novemberpogrom 1938, von dessen Vorgeschichte und Folgen erfahren? Welche Tatsachen und Zusammenhänge blieben unerwähnt?

1988 war für die 9 Klasse ein überarbeitetes Lehrbuch eingeführt worden. Die Autoren waren Historiker eines DDR-Akademieinstituts. Der Darstellung von Tatsachen und Abläufen ging eine knappe Skizze über die faschistische Rassenlehre von den „Herren-“ und den „Untermenschen“ mit der Aussage voraus, dass sich die „ganze Brutalität“ dieser Doktrin im Antisemitismus äußerte, der an die Judenfeindschaft vergangener Jahrhunderte anschloss und sich zu „grausamen und bestialischen Judenverfolgungen und zur Judenvernichtung“ steigerte. Ausgangspunkt der Erörterung bildeten Ideologie und Demagogie, die Sündenbockfunktion der Judenhetze, und nicht – wie den von Marx herkommenden Interpretationen nachgesagt wird – das materielle, (rein-) ökonomische Interesse. Im Gegenteil, eher ließe sich kritisieren, dass bei der Abhandlung über die ersten antijüdischen Aktionen und Gesetze des Jahres 1933 dieser Aspekt keine Erwähnung fand.

Wo die chronologische Darstellung zum Jahr 1938 gelangt, wird in Wort und Bild vom Pogrom berichtet. Der Aufzählung der Opfer und Schäden der „Kristallnacht“ folgt die Erwähnung der „Arisierung“, wie in der Nazi-Sprache der Raubzug von Staat, Konzernen, Großbanken sowie vieler Nazifunktionäre genannt wurde, der reichlich Profit und Gewinn auf Kosten der enteigneten, vertriebenen, deportierten Juden eintrug. In diesem Zusammenhang fällt indes nur der Name Flick. Aussagekräftig aber das Foto, das eine von SS-Leuten eskortierte Gruppe jüdischer Männer zeigt, die in Konzentrationslager verschleppt wurden. Am Rande einer belebten Straße gaffen Männer und Kinder.

Die Informationen über die sich „vervielfachende“ Judenverfolgung werden mit dem Verweis auf den Weg Deutschlands in den Krieg verbunden. Der Gelbe Stern, die Verfolgungen in den besetzten Gebieten der UdSSR, die „Wannsee-Konferenz“ sind erwähnt. Eine Karte der KZ hebt die Vernichtungsstätten Chełmo, Auschwitz und die der „Aktion Reinhard“ im Osten des Generalgouvernements hervor Die Zahl der jüdischen Opfer wird mit sechs Millionen angegeben. Erneut verweist der Text auf die Bereicherung von Konzernen und Staat, diesmal an der todbringenden Ausbeutung der Gefangenen. Nun werden mehr Namen genannt: Heinkel, Siemens, BMW, die IG Farben, Junkers, Auto-Union und die Mitteldeutschen Stahlwerke.

Ein faires Urteil kann nicht umhin, zu konstatieren: Die Verbrechen wurden in diesem DDR-Schulbuch klar gekennzeichnet. Was aber wird über diejenigen gesagt, die sie begingen? Nazifunktionäre wurden benannt und auf – namentlich nicht bezeichnete – Manager von ausgewählten Großbetrieben verwiesen. Die Akteure des Pogroms heißen „SA-Horden“, die des Judenboykotts am 1. April 1933 „Nazipartei und SA“, die barbarischen Liquidatoren des Aufstands im Warschauer Ghetto firmieren als „SS“. Nur einmal spricht das Schulbuch von „aufgeputschten Studenten“, die im März/April 1933 „die Vorlesungen jüdischer Hochschullehrer boykottierten“. Das unerfüllte Soll: Die Mehrheit der Deutschen ist entlastet. Wie viele Deutsche nahmen in den Uniformen von Waffen-SS, Wehrmacht und Polizei an Verbrechen teil? Wie viele waren am Pogrom 1938 beteiligt? Wie viele hatten bei Plünderungen zugegriffen?

Die weißen Flecken dieses letzten Schulbuches für den Geschichtsunterricht in der DDR, das wie üblich vom Ministerium für Volksbildung „bestätigt“ worden war, verantworten nicht allein die

Autoren. Sie entsprachen – was uns DDR-Historiker nicht der Selbstkritik enthebt – dem Mainstream damaliger Betrachtung der Vergangenheit, die diese Jahre deutscher Geschichte nicht als einen „Stoff“ begriff, der eine Herausforderung bietet, über Aufklärung und Dunkelmännertum, Zivilcourage und Opportunismus, Menschentum und Barbarei, über „uns und die anderen“ nachzudenken und zu streiten. Eine Herausforderung noch heute. Deshalb wurde hier an dieses Schulbuch erinnert. Aber auch, um Lehrer, Schüler, Eltern und Großeltern zur Prüfung anzuregen, wie es um „Soll und Haben“ in den Lehrmitteln steht, die heute gedruckt, ausgewählt und benutzt werden.

Neues Deutschland, Donnerstag, 5. November 1998, S. 12.

Alte Kameraden

Wie die ARD die Waffen-SS von der Wehrmacht unterscheidet

Zur besten Sendezeit und bevor der Nikolaus eintrifft, schickt die ARD den Millionen, die von dieser Art Geschichtsunterweisung noch nicht genug haben, einen Dreiteiler ins Haus: „Die Waffen-SS“. Nach dem Ansehen von Teil I können sich jedenfalls die „alten Kameraden“ des Heeres in die Sessel zurücklehnen und sich ein wenig vorfristig den nächsten weihnachtlichen Leckerbissen zwischen die Prothesen schieben. Eben erinnern sie sich noch, dass in der kürzlich verabreichten Serie „Soldaten für Hitler“ die Waffen-SS rücksichtsvoll „ausgespart“ worden war, als hätten deren Divisionen nicht fest eingegliedert und als deren Teil im Wehrmachtsheer gekämpft. Nun wird den Kameraden zuzüglich von zwei einstigen britischen Soldaten, die 1940 nur durch Zufälle ein grausiges Massaker, verübt von Angehörigen der Waffen-SS bei der Eroberung Frankreichs, überlebt hatten, in beeindruckenden Worten bescheinigt, dass diese Uniformierten jedenfalls gar keine richtigen Soldaten waren, sondern phantasierte Verbrecher. Seinen Ekel vor solcher Untat drückt auch ein Wehrmachtsoffizier aus.

Derart wird der „alte Abstand“ wieder hergestellt, den soeben und immer noch die Ausstellung „Wehrmachtsverbrechen“ fragwürdig und in vieler Hinsicht auch hinfällig gemacht hat. Die mit den beiden Runen seien eine besondere Truppe gewesen. Dass es sich bei ihnen und dem Heer um eine Streitmacht handelte, die für die gleichen Interessen und Ziele manchmal gemeinsam, manchmal arbeitsteilig funktionierte, fällt nicht ins Gewicht. Dass die einen wie die anderen schossen, zerstörten, verwüsteten, töteten, das rechnen die Autoren der Streifen offenbar der geschichtlichen Vorbildung aller Deutschen zu, weshalb über Zusammenhänge wie üblich geschwiegen werden kann. Gleiches gilt für den Vorteil, den die gesamte faschistische Streitmacht daraus zog, dass sie über – geliebt oder ungeliebt – sengende und mordende Haufen verfügte, die im Hinterland die Friedhofsruhe herstellten und fanatisch in die Schlachten zogen.

Zum Auftakt der Serie wird weit zurück in die Frühgeschichte jener militärischen Verbände gegriffen, die als Vorläufer der Einheiten gelten müssen, die seit dem Frühjahr 1940 auch offiziell durch einem Wehrmachtsbefehl die Bezeichnung Waffen-SS erhielten. Ein paar Leute, die dabei waren, als 1933/34 die ersten kasernierten SS-Formationen entstanden, wurden aufgespürt und dürfen erklären, dass sie nur der Ödnis der Arbeitslosigkeit in Richtung auf ein angenehmes und gesichertes Leben in schöner Uniform entfliehen wollten. Ihresgleichen wird beim Turnen (weiland „Leibesübungen“), an Sonnenwendfeuern, bei Paraden und Vereidigungen vorgeführt. Dann ist auch – mit Zeugenaussagen von drei deutschen KZ-Häftlingen (Max Hollweg, Herbert Morgenstern, Heinz Junge) – die Rede von den Totenkopfsoldaten in den Lagern mit den Nazigegnern, von den Morden bei der „Röhm-Affäre“ und den Untaten während und nach der Pogromnacht.

Bei einer Voraufführung wurde kritisch angemerkt, es entstünde ein wenig der Eindruck, es hätten sich bei den Schwarzen ziemlich unbedarfte Leute gesammelt. Als daran sich die Nachfrage schloss, warum denn – da jede Darstellung dieser SS doch auch in ein Stück Geschichte der deutschen Intelligenz hineinführe, weil aus deren Reihen ein erheblicher Teil des schwarzen Offizierskorps sich rekrutiert habe – diese Führer nicht auftauchten, lautete die Antwort: Es könne natürlich keine vollständige Geschichte der SS gegeben werden und das Lesen von Büchern sei durchs Fernsehen nicht zu ersetzen. Wie wahr! Danach wollte schon niemand mehr an den ebenso spendenfreudigen wie berechnenden „Freundeskreis des Reichsführers SS“ erinnern und auch nicht an die gehobene Gesellschaft der anderen „Fördernden Mitglieder“ der SS. Vom „Freundeskreis“ indessen wird nicht geschwiegen – im Begleitband.

Der bietet hauptsächlich informative Dokumente aus dem schriftlichen Nachlass des SS-Imperiums. Und unter ihnen findet sich auch ein Auszug aus dem 1936 geschriebenen Briefes des Mitinhabers des Bankhauses J. H. Stein und Otto Steinbrinks, Direktor der zum Flick-Konzern gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke, an die Angehörigen dieses Kreises, die erneut zu Spenden für außerhalb des SS-Etats liegende Aufgaben aufgefordert werden. Sieben Jahre später kommt der Bankier noch einmal mit einem Glückwunschschreiben zu Himmlers Ernennung zum Reichsinnenminister zu

Wort, woran sich die Mitteilung über eine weitere Überweisung in Höhe von etwa 1 Million RM anschließt. Im Bildteil fehlen auch die Herren der IG Farben nicht, einmal in der Gesellschaft Himmlers auf dem Gelände des Hoechst-Werkes, dann auf dem Terrain des KZ Mauthausen. Die Praxis ist inzwischen eingeübt. Es gibt eine Reihe von Personen- und Firmennamen, die bereits in den vor amerikanischen Tribunalen verhandelten Prozessen fielen und an denen jeder Rettungsversuch scheitern müsste, so dass er lieber unterlassen wird.

Nun also: Wenn schon nicht die ganze, dann eben „die Waffen-SS“. Die wieder hervorgeholte Frage „Helden oder Mörder“ sei, wurde erläutert, freilich eine Provokation. Wer sich zu der Aussage „Keine Helden“ entschließt, erscheint vor dieser Alternative bereits als ein demokratisch erleuchteter Geschichtsexperte. Und wer sich zum „Nicht alle Mörder“ bekennt, mag sich in der Traditionslinie des Konrad Adenauer und diesen gar übertreffend als ein versiert differenzierender Kopf wähnen. In Wahrheit werden mit der Fragestellung Gedanken von Anbeginn in eine Sackgasse manövriert und obendrein der Eindruck wachgerufen, als könnte für einen einzigen deutschen Soldaten dieses Zweiten Weltkriegs überhaupt das Prädikat „Held“ vergeben werden. Wo aber ließe sich dieser Typus in jener Zeit wirklich entdecken, wenn nicht in den lichten und sich lichtenden Reihen derer, die sich gegen eben diesen Krieg stellten? Nicht anders steht es mit der im Begleitband auch präsentierten Alternative „Elitetruppe oder Verbrecherbande“. Ist nicht, und nicht nur für die Jahre zwischen 1939 und 1945, mehrfach erwiesen, dass das keine Gegensätze bilden muss?

Als brauchte es keinen Kommentar und versenkt in die Bildermasse, ist einmal flüchtig davon die Rede, die früh infanteristisch bewaffneten SS-Formationen (insbesondere die SS-Verfügungstruppe) einen für den Einsatz im nicht ausgeschlossenen Bürgerkrieg bestimmt gewesen sei. Da hätte sich auf die Novemberrevolutionäre zurückgreifen lassen, gegen die 1918 zunächst verlässliche Einheiten in ausreichender Zahl nicht zu Gebot standen. Das sollte sich unter Hitler, der immer wieder und nahezu beschwörend auf den 9. November 1918 zurückkam, nicht wiederholen. Die gedachte Verwendung war dann auch nicht notwendig. Die Masse der Deutschen parierte. So brauchte diese Truppe nicht auf die eigenen widerwilligen Volksgenossen loszugehen, wofür sie sich – nach der Vorstellung Heinrich Himmlers – hinreichend erst legitimiert hätte, wenn von ihr während eines Feldzugs einige nichtdeutsche Feinde umgebracht worden wären. Die Erwähnung, dass die nicht eröffnete „Kampffront Innerdeutschland“ es ermöglichte, die mörderische schnelle Eingreiftruppe, deren Bildung bis auf Revolutionserfahrungen des Jahres 1848 zurückgeht, jenseits der Grenzen zu verwenden, lässt sich nachholen. Denn schon war zu hören, dass am nächsten Mehrteiler gearbeitet wird. Dessen Thema werde die „Heimatfront“ sein.

Wer auch nur einigermaßen hinhört, dem wird das Geschichtsbild, das diese Serie entwirft, nicht einfach verpasst werden können. Von denen, die nun ins Scheinwerferlicht gerückt sind, heißt es, sie seien „Hitlers schwarzer Orden“ gewesen. Die anderen, die Mehrheit waren im Unterschied dazu die Angehörigen der „deutschen Wehrmacht“. Und die beiden sollen, mit welcher Verrenkung auch immer, prinzipiell und weit auseinandergerückt werden. Wörtlich: „Auch wenn die Soldaten der Waffen-SS im Fronteinsatz dem Oberkommando des Heeres unterstellt sind, ihr eigentlicher Dienstherr bleibt bis zuletzt der Reichsführer SS.“ Grotesk, dass diese Argumentation als Abgrenzung von der These angeboten wird, es seien die SS-Leute „Soldaten wie andere auch“ gewesen.

Als der SS-General, Paul Hausser, diesen Slogan bald nach Kriegsende in der Bundesrepublik schon im Titel seines Buches unter die Leute bringen konnte, diente er dem Versuch, ihre verbrecherische Rolle abzustreiten. Nun aber soll die feine Unterscheidung von Oberkommando und Dienstherr einer Apologie dienen, mit der die Wehrmachtsgenerale möglichst weit von der Verantwortung für die Verbrechen der SS-Divisionen (und der späteren Armeekorpse) abgerückt werden, die doch unter ihrem Befehl standen. Feiner gesponnen ist das schon und obendrein gegen Einwände vor Publikum gesichert. Denn sollte es nach den Sendungen zur Debatte bei Fernsehtische kommen, dann wird man sich mit den Erfahrungen der Kollegen vom Nachbarsender dienen lassen können.

Am Ende ihres Begleitbandes formulieren die Verfasser, diese Waffen-SS sei „zuletzt zum Herrn über weite Teile des von Deutschland besetzten Europa“ geworden. Zeitlich ist das nicht in Ord-

nung, denn „zuletzt“ waren, wenn sie sich nicht verkrochen hatten, die „Helden“ ja wohl in Gefangenschaft. Und sachlich wäre zu fragen: Ja, wären die anderen ungebeten in weiten Teilen Europas „anwesenden“ Deutschen da nicht eigentlich überflüssig gewesen?

Die Waffen-SS. Das Buch zur Serie zum Ersten. Rowohlt Berlin 1998, 208 S.

junge Welt, Dienstag, 24. November 1998.

Die Faschismustheorie der Kommunistischen Internationale

Vortrag in der Rosa-Luxemburg-Gesellschaft e. V. Leipzig am 1. Dezember 1998

Die Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943) und insbesondere die Entwicklung des theoretischen Denkens in ihr sind schlecht erforscht. Das mag angesichts der Tatsache verwundern, dass über Jahre Parteien existierten, die sich in deren Traditionslinie sahen, in den Ländern des Realsozialismus und des Kapitalismus über erheblichen Einfluss verfügten und eigene Forschungszentren besaßen. Doch birgt dieser „Widerspruch“ keinerlei tieferes Geheimnis. Die Bereitschaft, sich der eigenen Geschichte zu stellen, war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der kommunistischen Bewegung weithin gering. Zu Stalins Lebzeiten konnte nicht daran gedacht werden, die Komintern-Geschichte kritisch zu erforschen. Doch auch nach seinem Tode (1953) und dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) trat in diesem Punkte keine nachhaltige Wende ein, sondern es folgten stillschweigende und halbherzige Korrekturen. In der DDR-Geschichtswissenschaft blieb es bei einer Hochschätzung und Überbewertung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale, ohne dass gefragt wurde, welche praktisch-politische Bedeutung diese Beschlüsse über Faschismus und Antifaschismus gewannen, die 1935 in Moskau angenommen worden waren.

Gegenüber einer zeitweilig aufgekommenen kritischen Sicht auf die Haltung der KPD in der Endphase der Weimarer Republik machten sich immer stärker restaurative Tendenzen geltend, die sich einer quellengestützten Forschung verweigerten. Die uneingeschränkte Benutzung der in der DDR befindlichen im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus lagernden Dokumente blieb einer Auswahl von Forschern, den Mitarbeitern der ZK-Institute, vorbehalten und für die Mehrheit der Historiker weiter verschlossen. Und die einschlägigen in Moskau befindlichen Dokumente wurden auch erst seit 1991 dem wissenschaftlichen Zugriff zugänglich. Seitdem setzte ein Ansturm von Historikern ein.[1]

Kein anderer Sektor litt zu DDR-Zeit unter dem Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik stärker als die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Kommunistischen Partei. Wer sich auf sie einließ, bekam es früher oder später mit Zensoren besonderen Typs zu tun. Da das bekannt war, ergab sich für dieses Spezialgebiet auch eine negative Auslese des Nachwuchses an Spezialisten. Die Absolventen der DDR-Universitäten wussten, wo die relativ größeren Freiräume für das Forschen und Denken zu finden waren. Die klügsten bevorzugten Arbeitsplätze an Akademie-Instituten und an den Hochschulen. Da die PDS aus der SED herkommt, ist auch sie von den Nach- und Auswirkungen dieses Zustands nicht verschont geblieben. 1989, als das Manuskript des siebten Bandes der Deutschen Geschichte, der die Geschichte der Weimarer Republik umfasste – er ist nicht mehr erschienen – diskutiert wurde, zeigten sich unter den beteiligten Herausgebern und Autoren unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über die Darstellung der Geschichte der KPD in der Endphase der Republik. Eine mehr oder weniger unverhüllt apologetische Position stand einer anderen gegenüber, die sich an die Tatsachen hielt und sie kritisch zu interpretieren suchte. Der letzte Grund für diesen Zustand scheint mir daran gelegen zu haben, dass einige aus dem Bewusstsein, die „Sieger der Geschichte“ zu sein, den Schluss zogen, es gäbe keinen Grund mehr, die Sonde der Kritik an die Parteigeschichte tief und vorbehaltlos anzusetzen. Das war offenbar keine auf die DDR beschränkte Erscheinung. In keinem der „realsozialistischen“ Staaten wurde die naheliegende Aufgabe gelöst oder auch nur in Angriff genommen. Es existiert aus den Jahrzehnten der Existenz dieser Staaten mit ihren gut ausgestatteten Geschichtsinstituten kein Buch, das sich heute einem Studenten als Lektüre empfehlen ließe. Das Grundproblem, dass die in der Politik führenden „Marxisten-Leninisten“ mit der Geschichtswissenschaft (wie mit anderen Wissenschaften auch) offenkundig hatten, betraf nicht das Wahrheitsproblem, sondern es ergab sich aus dem Wunsch, aus der Wissenschaft vor allem Vergewisserung, Bestätigung, Optimismus zu beziehen.

---

[1] Reiner Tosstorff, „Die Geschichte der Komintern im Licht neuer Dokumente“ (d. i. ein Bericht über eine Konferenz in Moskau, die vom 20. bis 22. Oktober 1994 tagte). In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 31. Jg., 1995, Heft 1, S. 55.

Doch es gehört geradezu zum Wesen der Wissenschaft, dass sie eben das allein nicht bereithält, sondern immer wieder Zweifel sät und Verunsicherung schafft.

Zu dieser Grundhaltung sind andere Faktoren hinzuzuzählen, die gerade auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung wissenschaftsfremd und auch -feindlich wirkten. Dazu gehörte das falsche Bewusstsein, die kommunistische Weltbewegung habe die Lehren aus ihrer Frühgeschichte gezogen, weshalb über Irrtümer und Irrwege, Fehler und Versagen nicht des Langen und Breiten noch zu reden sei. Hier tat sich, wenn auch auf andere und verschämte Weise eine Haltung kund, die Franz Josef Strauß für die Nationalgeschichte vorgeschlagen hat: das Heraustreten aus dem Schatten und der Schritt auf die Sonnenseite. Anders ausgedrückt: Es wurde der Beschäftigung mit den Niederlagen der Partei und der Arbeiterbewegung und mit deren Ursachen, soweit sie nicht allein anderen Kräften als den eigenen zugeschrieben werden konnten, kein aktueller Erkenntniswert mehr zugemessen, ungeachtet aller gegenteiligen Beteuerung, wonach es darauf ankam, aus der Geschichte immer wieder zu lernen. Hier könnte von Kennern der einschlägigen Parteiliteratur darauf verwiesen werden, an wie vielen Stellen sich – beispielsweise in der noch unter dem Generalsekretär Walter Ulbricht entstandenen achtbändigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kritische Anmerkungen zu finden sind. Kenner des Zustandekommens dieser Passagen wissen, wie an deren sprachlichen Formulierung kunstvoll herumgebastelt wurde, so dass am Ende Aussagen zustande kamen, die mit dem Sprichwort „Wasch' mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" durchaus treffend gekennzeichnet sind.

Manche, die seinerzeit Forschungen und Klartext blockierten, mochten aber auch gut wissen, dass die vorurteils- und vorgabenfreie Untersuchung der Komintern-Geschichte bedeutete, in Tiefen hinabzusteigen und an Fragen zu rühren, an die sie nicht gerührt wissen wollten. Allein schon die Tatsache, dass jede unverfälschte Darstellung an eine Vielzahl von Personen und deren Verdienste erinnern musste, die Opfer des Stalin'schen Terrors geworden waren, wirkte offenkundig gegenüber Fragen an die Geschichte verbarrikadierend. Der Halbherzigkeit der politischen Rehabilitierungen durch das Zentralkomitee bzw. seine zuständigen Kommissionen entsprach der unaufrichtige Umgang mit ihnen in der offiziellen Geschichtsschreibung. Stereotyp und kritiklos hieß es von den in den Lagern umgekommenen und von Kommandos erschossenen Genossen noch in dem Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, das 1970 in der DDR erschien, sie seien unter falschen Anschuldigungen verhaftet worden und in der UdSSR „gestorben".[2] Da lag der 20. Parteitag aber schon nahezu anderthalb Jahrzehnte zurück.

I.

In der Bezugnahme auf die Geschichte der Komintern spielte nach deren Auflösung kein Ereignis eine größere Rolle als der Kongress, der 1935 in Moskau stattgefunden hatte und dem bis zur Auflösung der Weltorganisation kein weiterer mehr folgte. In der DDR waren die drei Hauptreden dieses Kongresses, der Rechenschaftsbericht, von Wilhelm Pieck gegeben, und die Referate Georgi Dimitroffs und Palmiro Togliattis, zum ersten Mal 1957 veröffentlicht worden[3] und zwar in einer gekürzten Fassung. Ihr lag der Text einer 1939 in Moskau erschienenen Publikation zugrunde. Erst 1975, aus Anlass des 40. Jahrestages des Kongresses, folgte eine Ausgabe, die auf die ursprünglichen Manuskripte bzw. die stenographischen Mitschriften zurückging. Auf Auslassungen des achtzehn Jahre zuvor erschienenen Drucks wurde verwiesen, jedoch wurden sie nicht kenntlich gemacht. Auch die Gründe blieben unerörtert, die das Verfahren verursacht hatten. Die Ausgabe von

---

[2] Eine Ausgabe des Lexikons, das im Institut für Marxismus-Leninismus verfasst worden war, die sich über das Schicksal der Verfolgten deutlicher aussprach, wurde, nachdem sie schon in einzelne Buchhandlungen gelangt war, wieder eingezogen.

[3] Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, Berlin 1957. Zuvor wurden die Referate in einem Lehrmaterial von der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED veröffentlicht. Die Kommunistische Internationale. Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongress bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale, 1928-1943. Berlin, Januar 1956 (fortan: KI-Auswahl).

1975 enthielt zudem die Resolutionen zu allen Referaten. Im knappen Vorwort geht die verbale Hervorhebung der Bedeutung des Kongresses mit einer Marginalisierung der Korrekturen einherging, die an der Generallinie der Komintern vorgenommen worden waren. Ein einziger Satz besagte: „Dogmatische und sektiererische Ansichten innerhalb der kommunistischen Bewegung wurden einer offenen Selbstkritik unterzogen und überwunden".[4] Er bestätigte die erwähnte Haltung, der zufolge es sich nicht lohnte, darüber weitere Worte zu verlieren und nachzudenken.

Der Kongress von 1935, der in der nur knapp ein Vierteljahrhundert umfassenden Geschichte der Organisation als Höhepunkt ihres theoretischen und politischen Denkens nach Lenins Tod bezeichnet wurde, dürfte noch für längere Zeit Forschungsaufgabe und Streitpunkt für Auseinandersetzungen über die Theorie und Politik der Komintern bleiben. Seine Teilnehmer trafen in Moskau im Haus der Gewerkschaften zusammen. Sie begannen ihre Arbeit am 25. Juli und beendeten sie am 21. August 1935. Die Vertreter von 76 kommunistischen Parteien und Organisationen befassten sich, legt man den Ablauf der Tagesordnung zugrunde, am längsten mit dem Bericht der Exekutive und dem Referat Dimitroffs, des Komintern-Vorsitzenden, das die Überschrift trug: „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus".

Weder im Hinblick auf seine Vorgeschichte, noch auf Fragen, die an seinen Verlauf zu richten sind, und vor allem nicht mit Bezug auf seine Folgen bewegt sich momentan auf sicherem Grund, wer sich mit diesem Treffen befasst. Lange Zeit war jegliches forscherische Interesse auf die zeitgenössischen Zeitungen und Zeitschriften sowie auf Broschüren und Bücher verwiesen, in denen sich die Beschäftigung führender Theoretiker und Praktiker der kommunistischen Bewegung mit den Zeitfragen spiegelte. Die internen Dokumente aus der Vorbereitungsphase sind bis heute nicht publiziert, abgesehen von Dimitroffs wichtigem Brief mit der Liste der zu überdenkenden Fragen. Die Auseinandersetzung, die in den vorbereitenden Gremien dem Kongress vorausging, lässt sich daher kaum an Primärquellen rekonstruieren. Auch die konkreten Gründe, die seine am 5. September 1934 vom Präsidium beschlossene Verlegung bewirkten – sie stellte einen Verstoß gegen das Statut von 1928 dar –, lassen sich ebenfalls nur vermuten.

Bis dahin hatten bereits mehrere Sitzungen des Vorbereitungskomitees stattgefunden. Sie waren am 14. Juni 1934 mit einer Zusammenkunft eröffnet worden, auf der man über den Bericht an die Delegierten beriet. Schon während dieser Beratung hatte Bronisław Bronkowski vorgeschlagen, die Einschätzungen der XIII. Tagung des Exekutivkomitees vom Dezember 1933, sie blieb übrigens die letzte Zusammenkunft dieses gewählten Gremiums bis zur Einstellung der Tätigkeit der Komintern und sie lag kaum ein halbes Jahr zurück, zu überprüfen. Bronkowskis Fragen betrafen unter anderem die Festigkeit des Faschismus in Deutschland, seine Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse und die Bewertung der Chancen des antifaschistischen Kampfes.[5] Zusammen mit der Entwicklung in Deutschland mussten die Massenaktionen im Kampf gegen den Faschismus in Frankreich und die Februar-Kämpfe in Österreich, in deren Verlauf im ersten Halbjahr 1934 neue Erfahrungen gewonnen worden waren, analysiert werden. Erfolge und Niederlagen in den ausgetragenen Kämpfen standen sich gegenüber.

---

4 VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, (fortan: KI, 1975) Berlin 1975, S. 6.

5 Elfriede Lewerenz, Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale. Die Aufdeckung von Wesen und Funktion des Faschismus während der Vorbereitung und Durchführung des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale (1933-1935). Berlin 1975, S. 76. So gewiss wie die 1971 verteidigte Dissertation einen Fortschritt in der Publizistik über die Geschichte der Komintern darstellte, so unverkennbar atmet sie auf nahezu allen Seiten die Hindernisse, die einer Forschung ohne politische Vorgaben seinerzeit im Wege standen. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen innerhalb der vorbereitenden Gremien wurden mehr angedeutet als entwickelt. Personen, die auf der Liste der Unliebsamen standen, weil ihre einstigen Genossen an sie nicht erinnert werden wollten und die Leser an sie keine Fragen knüpfen sollten, kamen im Text nicht vor. So tauchte Hermann Remmele einzig in den Anmerkungen auf.

Doch war es nicht nur, worauf in früheren Darstellungen mit Vorliebe und mysteriös hingewiesen wurde, die „komplizierte Lage“, die den Vorstoß zu neuen Einsichten erschwerte. Nicht minder machten sich starre Vorstellungen geltend, die den Verlauf der Geschichte im Allgemeinen und die Bedingungen der Weltrevolution im Besonderen betrafen. Vor allem blieb es in der Geschichtsschreibung bei dem – lange immer wieder fortgeschriebenen – Bild, wonach der Erkenntnis- und Fortschrittsprozess der kommunistischen Parteien ständig über die Auseinandersetzung mit Fraktionen und Strömungen führte und notwendig führen musste. Waren deren Vertreter nicht bereit, zu widerrufen, mussten sie ausgeschlossen werden. Nur war es im UdSSR-Exil nicht bei derartigen Maßnahmen geblieben. In der Parteiliteratur der SED wurden als Verfechter eines sektiererischen Kurses in der KPD erwähnt: Hermann Schubert, Kandidat des Politbüros seit 1932, und Fritz Schulte, Mitglied des Politbüros seit 1929. Der eine war 1937, der andere im Jahr darauf verhaftet worden. Schubert kam 1938, Schulte 1943 in Gefangenschaft um. Dem parteioffiziellen Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zufolge waren sie „gestorben in der UdSSR“.

Dimitroffs Fragekatalog trug den inneren Hemmnissen und Vorbehalten gegen eine Neubestimmung der Politik, die nicht nur in der deutschen Partei existierten, Rechnung. Doch er war mit deutlicher Tendenz und zugleich mit äußerster Vorsicht formuliert. Deren Ursachen sind unschwer aufzufinden. In diesen Fragen drückte sich eine Denkrichtung aus, die nicht nur Auffassungen einzelner Funktionäre kommunistischer Parteien in Frage stellte, die nicht nur eine immanente Polemik gegen bisher von der Mehrheit vertretene Positionen enthielt, sondern die auch Positionen betraf, die sich Stalin zu eigen gemacht und in Umlauf gesetzt hatte. Die Rolle des „großen Steuermanns“ im Prozess der Vorbereitung des Kongresses von 1935 ist indessen bis heute ganz ungeklärt. In den Gremien, in denen die Entwürfe der Referate und Beschlüsse diskutiert wurden, agierten Vertreter der sowjetischen Partei, die nicht ohne Instruktionen Stalins gehandelt haben dürften. Der aber schwieg sich öffentlich aus. Als der Kongress dann zusammentrat, ließ er sich von den Delegierten kultisch feiern. Doch würdigte er sie nicht einmal einer kurzen Begrüßungsrede. Mit Rücksichten auf seine faktische Doppelrolle als Partei- und Staatsführer kann das nicht hinreichend erklärt werden. Stalin maß der Veranstaltung so viel – oder genauer: so wenig – Bedeutung bei, dass sie in der später nach seinen Weisungen geschriebenen „Stalin-Biographie“ nicht einmal erwähnt wurde.

Hartnäckig beschwiegen wurde in der Parteigeschichte der SED aber vor allem das letztlich wichtigste Thema, das sich im Zusammenhang mit dem Kongress stellte. Es betraf seine Folgen und Wirkungen in die kommunistische Bewegung. Wie tief waren die neugewonnenen Erkenntnisse in das Bewusstsein der führenden Persönlichkeiten gedrungen? Welchen Platz besetzten sie im Denken und im Handeln der Massen ihrer Mitglieder? Einen Gradmesser für die Beantwortung dieser und weiterer Fragen liefern die Ereignisse des September 1939. Die Bewertung des Krieges, die wenige Tage nach seiner Eröffnung durch die deutschen Imperialisten vorgenommen wurde, bedeutete die vollständige Abkehr von den richtigen Erkenntnissen und den zutreffenden Voraussagen des Jahres 1935. Dieser Krieg schien urplötzlich von gänzlich anderem Charakter zu sein, als derjenige, den der Kongress vorausgesagt, vor dem er gewarnt, den zu bekämpfen er aufgerufen hatte und gegen den die Kommunisten so vieler Länder sich mit ihren Aktionen gewandt hatten.

Die Grundsätze der Strategie und Taktik für den Kampf gegen den Faschismus wurden umstandslos über den Haufen geworfen, die faschistischen und die nichtfaschistischen kapitalistischen Staaten hinsichtlich ihrer Verantwortung für den Krieg auf ein und dieselbe Stufe gestellt und die Haltung sozialdemokratischer Parteien zur geradlinigen Folge des August 1914 erklärt und von Verrat der Arbeiter- und Friedensinteressen gesprochen.[6] Die englische kommunistische Partei, die eine differenzierte Einschätzung besaß und daraus ihre Taktik in den ersten Kriegstagen und -wochen abgelei-

---

[6] Diese Erklärungen wurden von den ersten Veröffentlichungen zur Komintern-Geschichte an unterschlagen. In dem Lehrmaterial der Parteihochschule (s. Anm. 1) folgte am Schluss des Bandes auf einen Beschluss zum 1. Mai 1939 die Mitteilung über die Auflösung der Organisation von 1943. Das Dazwischenliegende blieb ein blinder Fleck.

tet hatte, wurde zur Ordnung gerufen. Sie musste auf die Linie einschwenken, die Stalin vorgegeben hatte und die von Dimitroff akzeptiert worden war. Ihr Generalsekretär wurde ausgewechselt. Ohne Übertreibung: Vier Jahre nach dem Kongress verhielt sich die Führung der Komintern als hätte es den VII. Kongress mit seiner Bewertung des Faschismus und der Rolle der faschistischen Staaten nie gegeben.

In der Geschichtsschreibung der DDR umgingen die Spezialisten die Wendung nach dem 1. September 1939 schamhaft. Mehr noch: Sie behaupteten, die Komintern habe ihre auf dem VII. Kongress „entwickelte Strategie und Taktik kontinuierlich" fortgesetzt.[7] Dem widersprechende Reden und Erklärungen aus der ersten Phase des Krieges wurden entweder glatt unterschlagen oder auswahlweise und damit verfälschend zitiert. Die dogmatische Bestimmung des Charakters des Krieges als eines allseits imperialistischen Krieges erfuhr auf dieser Linie ihre nachträgliche Rechtfertigung. Das erzwungene Einschwenken der Führung der Komintern auf den von Stalin und dem sowjetischen Politbüro diktierten Kurs blieb ausgeblendet. Das Schicksal Polens, seiner Partei und deren Führung – und dieses „Schicksal" gehörte doch in eben diesen Zusammenhang – wurde keiner wertenden Analyse unterzogen. Der seinerzeitige Beschluss über die Auflösung der Partei wurde eben mitgeteilt und als falsch bezeichnet. Bis an das Ende der DDR-Geschichtsschreibung zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung blieben die Darstellung unredlich und verlogen. Von der wichtigen Tagung des Sekretariats des EKKI am 9. November 1939, der das Gespräch Stalins mit Dimitroff vorausgegangen war, hieß es noch in einer Publikation des Jahres 1986, sie habe in ihren Thesen zum Kriege „jedoch nicht genügend die diesem Kriege zugleich innewohnende Befreiungstendenz" berücksichtigt. Und von dem im Juni 1938 gefassten Beschluss des Präsidiums des EKKI über die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens wurde lediglich gesagt, er sei aufgrund ungerechtfertigter Beschuldigungen zustande gekommen.[8] Kein Wort über seine verheerenden Folgen, stattdessen aber die Beschwichtigung, die polnischen Kommunisten hätten in Massenbewegungen weiter an der Spitze des antifaschistischen Kampfes gestanden.[9]

Alle diese Unterschlagungen von Tatsachen, später ihre nur marginale Erwähnung, die Verheimlichung von Dokumenten und selbst deren Verfälschung geschahen zweckvoll: Es war der Eindruck gewollt, dass es vom VII. Kongress und der auf ihn folgenden Parteikonferenz der KPD zur 1943 erfolgten Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und von da zur Orientierung auf eine antifaschistisch-demokratische Ordnung einen kerzengeraden Weg der Erkenntnisse und des praktischen Fortschreitens gegeben habe. War die Kritik, die 1935 an der Politik der Komintern geübt worden war, schon nicht zurückzunehmen, so sollte doch für die folgende Periode gelten, dass die Partei klargesehen und sich ohne irgendwelche bemerkenswerten Fehler orientiert hatte.

Die nicht zu allen Zeiten gleichstarke, aber nie überwundene Praxis der Begradigung und Beschönigung der Komintern-Geschichte, die sich in den achtziger Jahren erneut verstärkte und die ihre Hauptverfechter an der Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED und im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED besaß, äußerte sich auch in der These, es habe 1935 – anders als von den Delegierten selbst gefeiert – gar keine neue Generallinie, mithin auch keine tiefgreifende Korrektur gegeben. Diese Kennzeichnung, so wurde in internen Debatten argumentiert, sei nur gebraucht worden, um die Bedeutung der Beschlüsse zu unterstreichen. Dominiert habe in Wahrheit stets die Kontinuität. Die Parteigeschichtsschreibung bediente sich formelhafter Ausflüchte, mit denen eine wissenschaftliche Analyse umgangen wurde. Zu diesen Formeln zählte die erwähnte Betonung der „Kompliziertheit der Lage", der banale Verweis auf die Tatsache, dass Orientierung in veränderten Verhältnissen Zeit brauche, die Vermeidung des Begriffs „Korrektur" und die Kenn-

---

7 So in dem Sammelband, den das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED unter dem Titel „Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale" (Berlin 1974) herausgab. Siehe dort insbesondere S. 128.

8 Darüber hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in ihrer Schriftenreihe den polnischen Historiker und Zeitzeugen Ryszard Nazarewicz zu Worte kommen lassen: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten der Kommunistischen Internationale, Leipzig 1998.

9 Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1986, S. 343 und 336.

zeichnung alles Neuen als „Weiter-“ und „Höherentwicklung“. Die Selbstkritik, von Wilhelm Pieck in aller Schärfe auch auf der dem Komintern-Kongress folgenden Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 vorgetragen, fand sich in den Geschichtsdarstellungen, wenn sie überhaupt erwähnt wurde, in bis zur Unkenntlichkeit abgeschwächter Form wieder.

Dabei waren die Aussagen in Piecks Referat selbst äußerst widersprüchlich und noch nicht zu einem schlüssigen Bild zusammengeführt. Einerseits hatte er darauf bestanden, dass in den Jahren vor dem 30. Januar 1933 sich der „Weg der KPD“ als richtig erwiesen hatte, während der „Weg der SPD“ versagte. Andererseits hatten Sätze in seinen Bericht Eingang gefunden, die gerade diese Aussage für die KPD in Frage stellten. „Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie.“ Und wenig später, dies bekräftigend und verschärfend, hieß es: „Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.“ Aus diesem Referat konnte wer wollte das eine oder das andere zitieren.

Die Vorlesungen zur Geschichte der KPD, die an der Parteihochschule der SED 1978 gehalten und von ihr publiziert wurden, enthielten hingegen die Kernaussage, es habe in der KPD auch vor der Brüsseler Konferenz „niemals einen Zweifel daran gegeben“, dass „der Hauptstoß des Kampfes gegen ihn (den Faschismus – K. P.) gerichtet werden musste.“[10] Auf diese Weise wurde die These gerechtfertigt, der zufolge die Partei immer recht gehabt habe und auch für Gegenwart und Zukunft der Wahrheitsanspruch erhoben. Diese Art von Umgang mit der Komintern-Geschichte hat das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt. Das tatsächliche Verdienst der Bewegung wurde unglaubwürdig, weil maßlose Lobpreisung es verstellte.

Heute, unter ideologisch besseren, materiell aber ungleich schlechteren Bedingungen, muss erneut nach der Wahrheit gegraben werden. Hindernd macht sich dabei – wie früher schon – der (nun übermächtig gewordene) Druck derer bemerkbar, die eine geschichtliche Endabrechnung mit der antikapitalistischen Bewegung betreiben, ihr Feuer gegen Geschichte und Existenz der kommunistischen und sozialistischen Parteien richten, sich nicht scheuen, sie zum Urquell aller Übel im zu Ende gehenden Jahrhundert zu erklären, und ihnen zumindest eine enge Verwandtschaft mit den faschistischen Organisationen andichten. In dieser Situation liegt ein Quell für das Verharren mancher in einer ideologischen Festungsmentalität, die in den Jahren des kalten Krieges entstanden war. Zudem lässt sich wiederum und zum eigenen Schaden die Methode anwenden, aus den antikommunistischen Entstellungen der Geschichte die hirnlosesten herauszusuchen, sie zu widerlegen und auf diese bequeme Weise einer an die Wurzeln reichenden Selbstkritik zu entgehen.

II.

Wer der Geschichte der linken Bewegungen in unserem Jahrhundert Interesse entgegenbringt, indessen vom VII. Kongress der Kommunistischen Internationale wenig weiß, hat doch irgendwann die von ihm in seine Beschlüsse aufgenommene Definition des „Faschismus an der Macht“ [11] zur Kenntnis genommen. Weniger bekannt ist, dass diese Definition schon existierte, als der Kongress tagte. Sie findet sich vordem in einem vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale im Dezember 1933 angenommen Beschluss.[12] Sein Wortlaut wurde von Dimitroff in sein Referat mit dem ausdrücklichen Hinweis übernommen, dass es sich um ein Zitat handelte. Nichtsdestoweniger wird die Charakteristik häufig als die „Dimitroff’sche Faschismus-Definition“ bezeichnet. Der

---

10 Die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933-1945). Vorlesungen zur Geschichte der SED, Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED (Berlin 1978).

11 Referate, S. 87.

12 Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien (Thesen, angenommen vom XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Dezember 1933), in: KI-Auswahl, S. 282 ff.

bulgarische Kommunist befand sich jedoch im Dezember 1933 in Deutschland und in der Gewalt der faschistischen Machthaber, aus der er erst im Februar 1934 durch sowjetische Intervention befreit werden konnte. Als Autor der Bestimmung kommt Dimitroff also nicht in Betracht. Er hat sie 1935 aber mit dem Klang seines Namens, der durch den Leipziger Prozess und den Kampf um seine und seiner Genossen Rettung weltweit bekanntgeworden war, und der Autorität seiner Stellung an der Spitze der Internationale versehen.

Jedenfalls ist der Autor (oder sind es Autoren?) der Definition unbekannt geblieben. Ob diese in ihrer Endfassung auf einen Vorschlag eines einzelnen Genossen im Apparat der Komintern zurückging oder von einer Gruppe von Kommunisten formuliert wurde, stellt ein eher bizarres Detail dar. Unstreitig ist demgegenüber, dass die Definition die Frucht einer langen geistigen und vor allem praktisch-politischen Auseinandersetzung mit den aufkommenden (und in Italien an die Macht gelangten) faschistischen Bewegungen darstellte. Sie war das Ergebnis eines von Fortschritten, Irrtümern und Rückschlägen begleiteten Erkenntnisprozesses, der sich bis in die Entstehungszeit der faschistischen Organisationen zurückverfolgen lässt. Er macht deutlich, dass die Kommunisten die neuartige Erscheinung zeitig zu begreifen suchten, die sie als Gefahr und Herausforderung ansahen. Dieses Verdienst wird von Historikern, die Geschichte nicht durch die Brille des Antikommunismus betrachten, nicht bestritten. Ian Kershaw urteilte: „Den ersten ernsthaften Versuch einer theoretischen Erklärung des Faschismus unternahm in den zwanziger Jahren die Komintern.“[13]

Fortschritte der Analyse dieses neu in die Szene der sozialen und politischen Kämpfe getretenen Gegners zeigten sich in der Wahrnehmung der Besonderheiten seiner Organisation und seiner Methoden, seiner Strategie und Taktik, seiner Ideologie. Rückschläge offenbarten sich später auch an der Ignoranz gegenüber diesen Besonderheiten. Die äußerte sich in der Behauptung von erfundenen Verwandten. Erscheinungen, die nicht von faschistischer Natur waren und deshalb nicht faschistisch genannt zu werden verdienten, verfielen diesem schärfsten aller Verdikte. Kennzeichnungen wie „Sozialfaschismus“, „Brüning-Faschismus“, „Papen-Faschismus“ kamen in Gebrauch. Das Kampf- und Schimpfwort von den „Sozialfaschisten“ ging mit der haltlosen These von den „Zwillingsbrüdern“ einher, als die Faschisten und Reformisten hingestellt wurden. Es entsprang der Verbitterung über arbeiterfeindliche Maßnahmen, die sozialdemokratische Politiker als Mitglieder der Reichsregierung ergriffen oder mitgetragen hatten. Dennoch bezeugte diese diffamierende Charakteristik der Rivalen um den dominierenden Einfluss in der Arbeiterklasse einen Tiefstand theoretischen Denkens in der kommunistischen Bewegung. Zugleich steht das Verfahren für eine Verkommenheit der Kampfmoral, deren Bewertung sich dadurch nicht ändern kann, dass die sozialdemokratischen Führer ihrerseits keine Skrupel hatten, Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten als ihre Feinde ebenfalls auf eine Stufe zu stellen.

In dem hier erörterten Zusammenhang interessiert vor allem, dass die Kennzeichnung der Reformisten als „Sozialfaschisten“ jeden wissenschaftlichen Zugriff auf den realen Faschismus verbarrikadierte und sich mindestens tendenziell mit dessen Unterschätzung verband.

Erst als 1935 der Abschied vom inflationären und wirklichkeitswidrigen Gebrauch des Begriffs „Faschismus“ erfolgte und dieser nicht mehr als Keule gegen jeden aktuellen Gegner und Rivalen benutzt wurde, konnte von einer wirklichen Wende die Rede sein.[14] So drückte sich in der Bezugnahme auf dieses Jahr und in der Zuschreibung der Definition an Dimitroff das – wenn auch nicht leicht zu entschlüsselnde – Eingeständnis aus, dass sich der EKKI-Beschluss des Jahres 1933, der zehn Monate nach der Machtübergabe an die Regierung Hitler gefasst worden war, noch keine einschneidende Korrektur der bis dahin betriebenen Politik markierte. Das Denken in der Komintern war nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland nur zögernd und schwerfällig in Bewegung ge-

---

13 Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, S. 55.

14 Definitiv war dieser Abschied indessen nicht, wie der Gebrauch des Begriffs Faschismus in der DDR während der Jahre des Kalten Krieges und auch die Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ für die notwendigen Maßnahmen zur dauernden Kontrolle des Personen- und Sachverkehrs an der Grenze zur BRD zeigte.

raten. Ende 1933 hatte die Definition des „Faschismus an der Macht“ noch mit der Charakteristik der Sozialdemokratie als der Hauptstütze der Kapitalherrschaft auch in den Ländern als vereinbar gegolten, in denen sie wie im Deutschen Reich verboten worden war und in Resten ein tief legalisiertes Dasein führte.[15]

Die berühmt gewordene und bis heute befeindete Definition[16], die den „Faschismus an der Macht“ als „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ charakterisierte, erfolgte nicht als Ausfluss der Arbeit einer wissenschaftlichen Institution, sondern durch eine politische Bewegung und verband sich mit deren aktuellen Interessen. Die Formulierung trug politischen Absichten Rechnung. Leicht kann ihr abgelesen werden, dass sie auf eine deutliche Abgrenzung von anderen Faschismus-Auffassungen zielte, namentlich von jenen, von denen gemeint wurde, dass sie den Kampf gegen diese Regime fehllenkten oder behinderten.

Diese Feststellung sagt nichts über den Wahrheitsgehalt der gefundenen Bestimmung des Wesens jener Diktaturen aus, die in Italien und in Deutschland entstanden und gefestigt waren. Dennoch soll auf diese Herkunft aus den Kämpfen der Zeit und die Absicht, in sie verändernd hineinzuwirken, ausdrücklich verwiesen werden, weil der pragmatische Aspekt der theoretischen Arbeit lange ignoriert worden ist. Er schien auch deshalb nicht weiter erwähnenswert, weil sich in der kommunistischen Bewegung weithin die Ansicht hielt, der zufolge Wissenschaft und Politik durch sie und in ihr zu einer widerspruchsfreien Einheit gelangt seien. Es wurde angenommen, dass die Führungsorgane der Komintern und der einzelnen kommunistischen Parteien selbst Stätten seien, in denen sich diese vermeintliche Einheit verkörperte.

Den Ausgangspunkt für das kommunistische Verständnis des Faschismus als politische Bewegung, Ideologie und Staatsmacht bildete Lenins Imperialismus-Theorie und namentlich die nicht allein in seiner Analyse gewonnene Erkenntnis, dass aus der Existenz des Monopolkapitals eine permanente gegen bürgerlich-demokratische Herrschaftsformen gerichtete Tendenz zu diktatorischer Machtausübung hervorwachsen würde. Der nach dem Ersten Weltkrieg auf der politischen Bühne erscheinende und in Italien 1922 an die Staatsmacht gelangte Faschismus galt als diejenige Kraft, in der sich diese Tendenz am Krassesten manifestierte. Diese Sicht führte zu einer geschichtlichen Einordnung des Faschismus als spezifischer Erscheinung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus, das als dessen Endstadium angesehen wurde. Damit erfolgte eine Abgrenzung von Auffassungen, die den Faschismus als einen nahen Verwandten früherer Diktaturen ausmachen wollten, die anderen historischen Epochen angehörten. Der Faschismus wurde als der entschiedenste Versuch gewertet, gegen alle auf die Überwindung der Ausbeutergesellschaft gerichteten Kräfte eine dauerhafte Barriere zu errichten und zu diesem Zweck nicht nur die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu zerschlagen, sondern auch deren Führungskräfte auszuschalten oder physisch zu vernichten.

Damit waren wesentliche Charakteristika der neuartigen Erscheinungen zutreffend bestimmt, wenn auch – wie wir heute wissen – eine temporäre Krise der kapitalistischen Gesellschaft am Ende des Ersten Weltkriegs, die sich dann in einzelnen Staaten unterschiedlich lange hinschleppte, fälschlich als die Stunde ihrer Agonie angesehen wurde. Die Theoretiker der Komintern konzentrierten ihre Argumentation vor allem gegen Auffassungen, die den Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus und dem Faschismus leugneten oder seine Bedeutung auch nur abschwächten. Im Eifer der dabei

---

15 „Die Sozialdemokratie“, hieß es in den Thesen vom Dezember 1933, „spielt auch weiter die Rolle der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, auch in den Ländern der offenen faschistischen Diktatur“, woraus die Forderung folgte, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und die „Einheitsfront von unten“ zu erstreben. KI-Auswahl, S. 268 und 276.

16 Kurt Gossweiler hat jüngst geschrieben, es handele sich gar nicht um eine Definition, „sondern (lediglich um) die Kennzeichnung eines einzigen Aspektes des Faschismus, nämlich seines Klassencharakters“, die mit einem „Satz“ gegeben worden sei. Das erscheint eher als eine Ausflucht. Nach ihrer Struktur und mehr noch nach dem Gebrauch, der von dieser Bewertung gemacht wurde, kann kein Zweifel daran aufkommen, dass es sich tatsächlich um eine Definition handelte, die anderen Definitionen entgegengesetzt wurde.

ausgetragenen geistigen Gefechte verwandten sie wenig Aufmerksamkeit darauf, nach den Elementen der Wahrheit zu fragen, die in abweichenden Charakteristika enthalten waren. Das Aufkommen des Faschismus galt als der Beweis schlechthin, dass die Monopolbourgeoisie zum gleichsam letzten Mittel griff, über das sie im Kampf gegen die Arbeiterklasse gebot. Wer das nicht anerkannte, hatte nicht begriffen, was und wem die Stunde schlug. Die erste Formulierung der Faschismus-Definition war mit der Vorstellung verbunden, „dass gegenwärtig die Welt dicht an einen neuen Turnus von Revolutionen und Kriegen herangetreten ist“.[17]

Mit Vorrang distanzierte sich die Komintern von Auffassungen, die an die Bonapartismus-Theorie anknüpften, mit der Marx und Engels die Entstehung der Herrschaft Napoleons III. erklärt hatten. Die Feststellung, dass die neuartige Staatsmacht nicht über den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft stehe, war begründet. Aber die Formulierung, der zufolge der Faschismus „die Macht des Finanzkapitals selbst“ sei, verriet, dass eine genauere Bestimmung des Verhältnisses von Kapital- und Staatsmacht nicht erreicht war. Das nicht so kleine Korn Wahrheit, das sich im Ansatz der Bonapartismus-Theorie finden ließ, betraf den besonderen Charakter, den das faschistische Regime dadurch besaß, dass der Staatsapparat einen ungleich höheren Grad von relativer Selbständigkeit gewann, als ihn alle kapitalistischen Regime vordem aufgewiesen hatten. Was war – um es auf Personen zuzuspitzen und in zwei Namen zu fassen – selbst die Machtfülle eines Bismarck verglichen mit der Hitlers? Der war seit 1932 der Führer der mitglieder- und wählerstärksten Partei der deutschen Geschichte und verfügte über die paramilitärischen Verbände von SA und SS, er war seit 1933 Regierungschef, seit 1934 Staatsoberhaupt und Oberster Kommandierender der Reichswehr bzw. Wehrmacht und keinerlei parlamentarischer, ja nicht einmal einer funktionierenden Kontrolle durch die Regierung unterworfen.

Manche Formulierungen in der Resolution, die 1935 zu Dimitroffs Referat angenommen wurde, gingen an dieser Besonderheit glatt vorbei. Das trifft auf die These zu, es handele sich bei der faschistischen Macht um eine „Agentur“ des Finanzkapitals und ebenso auf die verwandte Behauptung, der Faschismus „spiele die Rolle eines Lakaien der Großbourgeoisie“.[18] Bis heute beißen sich Gegner der materialistischen Faschismus-Theorie an derartigen irreführenden Bildern und Klischees fest und verdichten sie zu der Unterstellung, die Komintern habe nichts als eine läppische „Marionetten-Theorie“ geschaffen und verfochten.

Jeder ernsthafte Faschismusforscher weiß hingegen, dass das Verhältnis von – wie meist formuliert wird – „Wirtschaft und Staat“, genauer: zwischen den großen Kapitaleignern und der Politikergruppe um Hitler zu den kompliziertesten Gegenständen gehört und dass es bis heute viele aktuelle politische Bezüge besitzt. Somit existieren zwei sich mitunter verwebende Gründe, dass die Charakteristik dieses Verhältnisses verfehlt oder der Gegenstand überhaupt gemieden wird. Jede Definition des Faschismus wäre überfordert, sollte sie alle Seiten dieses Verhältnisses erfassen und ausdrücken. Die von der Komintern getroffene Bestimmung machte vor allem klar, dass die 1933 errichtete Diktatur in Deutschland ähnlich wie die elf Jahre zuvor in Italien entstandene, die Interessen der größten und aggressivsten Unternehmer (des Bankwesens und der Industrie) ins Zentrum ihrer Politik und ihrer Ziele stellte und nicht, wie behauptet, der Verfechterin von Interessen der „Nation“ oder der „Volksgemeinschaft“ war. Diese Imperialisten waren Mitschöpfer einer Zusammenballung von staatlicher und nichtstaatlicher Macht, die ihr eigenes Gewicht besaß und vermehrte. Die Großen Bourgeois und Landeigner hatten sich durch die von ihren politisch aktivsten Kreisen herbeigeführte Entscheidung des 30. Januar 1933 auch nicht in die Rolle des Zauberlehrlings manövriert, der die von ihm gerufenen Geister nicht mehr zu bannen vermochte. Sie hatten auf eine Politikergruppe gesetzt, die sich schon binnen weniger Monate nach ihren Maßstäben als durchaus verlässlich auswies und die mit der Liquidierung der Gewerkschaften und dem Beschluss über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit ideale Bedingungen für die Kapitalverwertung schuf. Freilich: Diese Machthaber ließen sich nicht auswechseln wie eine von Parlamentsmehrheiten abhängige Regie-

---

17 KI-Auswahl, S. 286.

18 KI 1975, S. 305.

rungskoalition. Hitler konnte man nicht loswerden wie man 1930 den sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller ausgebootet hatte. Doch stellte sich in den führenden Kreisen der deutschen Wirtschaft dieses Bedürfnis, sieht man von der Endphase des Krieges ab, auch nie ein. Dass sich das Eigengewicht der politisch-militärischen Führungsgruppe um Hitler auf den Kriegspfad, auf den sich die deutschen zivilen und militärischen Eliten verständigt hatten, vergrößerte, konnte auch niemanden verwundern. Kriegspläne und Kriegserklärungen waren nicht nur in der deutschen Geschichte niemals kollegial entworfen und beschlossen worden.

Weder war das faschistische Regime, also die Macht des Finanzkapitals selbst, noch eine von dieser völlig abgehobenen eigenständigen Macht. Zwischen Staatsmacht und Kapitalmacht existierten ebenso gleichgerichtete Interessen wie Konflikte erzeugende Spannungen. Die Wahrnehmung der Interessen und der Ausgleich der Spannungen vollzogen sich jedoch auf andere Weise als unter den Bedingungen der Republik. Den weiterblickenden Führern des Kapitals war bewusst, dass die Machtfülle, die am 30. Januar 1933 in die Hände Hitlers und seiner Führungsgruppe gelangte und erweiterungsfähig war, auch Probleme und Nachteile mit sich brachte. Sie hatten sich darauf einzustellen. Die bisherigen Methoden, mit denen sie ihren Einfluss über Parteien, Abgeordnete, Parlamente und Parlamentsausschüsse – in eingefahrenen und eingespielten Bahnen also – durchgesetzt hatten, waren entwertet. Neue Beziehungen mussten geschaffen werden. Der Grad, in dem das den Eignern großer Unternehmen gelang, war unterschiedlich. Die einen, die frühen Förderer des Faschismus besaßen bereits am 30. Januar 1933 Stränge zu den Personen, die jetzt die Schalthebel der Staatsmacht betätigten. Andere mussten sich beeilen, solche Verbindungen herzustellen. Die Formulierung von der „Macht des Finanzkapitals selbst“ verfehlte diese neue Wirklichkeit.

Die Definition diente weiter auch der Abgrenzung von Auffassungen, die das Wesen der faschistischen Diktatur in deren Massenbasis erblickten und den Faschismus als Herrschaft von kleinbürgerlichen Kräften missdeuteten. In die Begriffsbestimmung wurde jedoch die Massenbasis als ein spezielles Charakteristikum des siegreichen Faschismus nicht aufgenommen. 1935 existierten nach wie vor Zweifel, ob die Diktatur ihre Basis in der Bevölkerung weiter würde stabilisieren können oder ob diese Basis nicht als Folge der erwarteten, bisher aber ausgebliebenen Desillusionierung von Millionen zerfallen müsste. Im Hinblick auf keine andere Frage erwies sich der Wunsch als so übermächtig, dass er zum Vater des Gedankens werden konnte. Solche Bewertung wird sich freilich gerecht erst beurteilen lassen, wenn man sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigt, die einer nüchternen Bestandsaufnahme über die innere Lage Deutschlands prinzipiell und für die versammelten Kommunisten entgegenstanden. Wer, der aus der illegalen Arbeit im Reichsgebiet kam, wollte sich des Rufes aussetzen, zu resignieren? Wer gab sich auch nur vor sich selbst Rechenschaft davon, wie isoliert er und seine verbliebenen Mitstreiter waren? Weltweit kursierten während aller Jahre zwischen 1933 und 1945 Illusionen über das Verhältnis dieser Deutschen zur faschistischen Macht. In jiddischen Zeitungen New Yorks wurde nach dem Pogrom vom November 1938 die Auffassung gedruckt, es würden die Deutschen gegen dieses Regime aufstehen, gäbe man ihnen nur in geeigneter Weise zu verstehen, wie sehr sie international ob ihrer bisherigen Haltung geächtet seien. Dafür wurden dann Vorschläge unterbreitet. Auch dann und dort wirkte, dass niemand eingestehen wollte, wie wehrlos er gegenüber den Initiativen der Machthaber im Reich geworden war. „Wir sind nicht wehrlos“ und „Wir schlagen zurück“, lauteten die an die Juden in den USA gerichteten Parolen, die sich mit falschen und vollkommen überfrachteten Hoffnungen auf das Eingreifen der Mächtigen – insbesondere Chamberlains und Roosevelts – in den bürgerlich-demokratischen regierten Großstaaten verbanden. In diesem Punkte urteilten die Kommunisten stets nüchtern. Womöglich unterschätzten sie in diesen Staaten sogar die Möglichkeiten des öffentlichen Drucks auf die Orientierungen, der freilich nur durch einen die Organisationen übergreifenden Verbund antifaschistischer Kräfte hätte entstehen können.

In der Resolution zum Referat Dimitroffs hieß es ohne Bezug auf einen bestimmten faschistischen Staat: „Die Massenbasis des Faschismus zersetzt sich und schrumpft zusammen.“[19] In dieser Weise

---

[19] KI 1975, S. 306.

war in der Komintern-Führung bereits die Situation nach der „Röhm-Affäre“ im Sommer 1934 gedeutet worden. In Wirklichkeit vollzogen sich gegenläufige, schwer zu gewichtende Prozesse. Einerseits ließ das blutige Vorgehen, das sich diesmal nicht gegen die revolutionären und anderen Kräfte der Arbeiterschaft gerichtet hatte, Bürger auf Distanz zum Regime gehen. Andererseits wurde die Aktion aber in weiten Kreisen, die bis dahin noch nicht Partei für das „Dritte Reich“ ergriffen hatten, als der erwünschte Schlag gegen die ungeliebte, weil sozialrebellische SA-Masse gesehen und begrüßt. Für den Sommer 1935, den Zeitpunkt des KI-Kongresses, konnte mit Bezug auf Deutschland von einem Schwinden der Massenbasis des Regimes nicht die Rede sein. Konflikte mit nicht systemkonformen Kräften oder auch solchen, die lediglich im Verdacht standen zu opponieren, wurden von den Machthabern zwar provoziert, dann aber wieder gedämpft, jedenfalls im Ganzen beherrscht.

Auch im Hauptreferat des Kongresses war das Phänomen der massenhaften Gefolgschaft des deutschen Faschismus und seiner sozialen Basis nicht tiefer erklärt und analysiert worden. Das Problem blieb auf die erkennbaren Wirkungen der sozialen und nationalen Demagogie reduziert, deren Erfolg wiederum auf die elende Lage der Massen in der Weltwirtschaftskrise und die abgrundtiefe Enttäuschung über die Politik aller anderen bürgerlichen Parteien zurückführbar schien. Während sich die Bewunderer des Führers Hitler in allen Bevölkerungskreisen vermehrten, der Austritt aus dem Völkerbund, die „Heimkehr“ des Saargebiets, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht als kühne und als fällige Schritte deutscher Politik begrüßt wurden, während die Nazipartei mit ihren Gliederungen bereits in Kernschichten der Arbeiterklasse einzudringen begann, lautete die sich dieser Wirklichkeit verweigernde Einschätzung, es seien „manche Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats“, die der Faschismus mit sich gerissen habe. Ignoriert oder als gefälscht angesehen wurden die offiziellen Angaben über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Zahlen über die wirtschaftliche Entwicklung in den faschistischen Diktaturen fehlten in den Referaten völlig. Der Faschismus habe den Erwerbslosen „noch größere Hungerqualen, Sklavenarbeit, Zwangsarbeit“ gebracht.[20] Wenn das der Fall war, dann verdiente die Massenbasis nicht als ein dauerndes Charakteristikum des Regimes angesehen zu werden. Dann war die Erwartung zu begründen, sie würde, so rasch wie sie gewonnen war, auch wieder zerrinnen. Nur eben: Die Befunde stimmten nicht.

Der deutsche Faschismus besaß im Sommer 1935 bereits eine feste, in weiteste Volkskreise reichende Basis. Die Angliederung des Saargebiets und die permanente Anti-Versailles-Kampagne, die – erwähnte – Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, der demonstrative Aufbau der Luftwaffe und die von Großbritannien im Flottenvertrag sanktionierte Verstärkung der maritimen Rüstung hatten dazu ebenso beigetragen wie der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Was den italienischen Faschismus anlangte, so stand die Erfahrung, in welchem Grad ein faschistisches Regime Massen imperialistisch und kriegerisch aufzupulvern vermochte und um die Führung zusammenschließen konnte, noch bevor. Doch gaben die hysterischen Massenkundgebungen, die aus Anlass des Überfalls auf Abessinien in italienischen Städten stattfanden, darüber kurz nach dem VII. Weltkongress beredten Aufschluss. Später stellten sie sich als Vorläufer der Siegesfeiern dar, die in deutschen Städten nach dem militärischen Triumph über Frankreich 1940 veranstaltet wurden.

Am weitschauendsten erwiesen sich die vor dem VII. Kongress geschriebenen Einschätzungen Palme Dutts. Er verlangte in seinem Buch „Fascism and Social Revolution“ eine sorgfältigere Auseinandersetzung mit der Massenbasis des Faschismus und warf die Frage auf, ob ihre Charakteristik nicht zu den definitorischen Erfordernissen gehöre. In diese Richtung wies sein Vorschlag, nicht „einfach auf der Basis dieser Definition (aus dem Jahre 1933 – K. P.) stehen zu bleiben“. Um den Unterschied der neuen Diktaturen von anderen reaktionären Diktaturen vollständig hervorzuheben und beide unverwechselbar zu machen, regte er an, dem „besonderen sozialpolitischen Mechanismus“ dieses Herrschaftssystems zu charakterisieren.[21]

---

20 Referate, S. 88 und 92.

21 Die Zitate entstammen Elfriede Lewerenz, Die Analyse [...], S. 130/131.

Jedoch blieb es auf dem Kongress bei der unveränderten Wiederholung der Formulierung von 1933. Schon damals spielte die Überlegung eine Rolle, die antiimperialistische Spitze der Definition nicht durch eine Erweiterung abzustumpfen. Politisch mochte sich das rechtfertigen lassen. Doch noch Historiker in der DDR machten sich das politische Argument zu eigen, dass „nicht durch eine Vielzahl von Besonderheiten“ das Wesentliche verloren gehen dürfe. Dutts Anregung blieb auch nach 1945 noch unberücksichtigt, als an den verheerenden Wirkungen der Massengefolgschaft der faschistischen Regime nicht mehr gezweifelt werden konnte. Das schwierige und wohl auch ungeliebte Thema hatte auch die Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935 beschäftigt. Von der Denkrichtung, in der das geschah, zeugte Piecks rückblickende Bewertung der Feststellungen, die das Politbüro im Januar und Mai 1935 über die Lage in Deutschland getroffen hatte. In einer Resolution vom 7. Mai hatte es u. a. geheißen, dass es dem Faschismus gelungen sei, „*vorübergehend* (Hervorhebung von mir – K. P.) die Differenzen in den eigenen Reihen, im Lager der Bourgeoisie und die Unzufriedenheit auch unter einigen Teilen der Werktätigen abzuschwächen.“ Dem lag die richtige Beobachtung zugrunde, dass sich das Regime gegenüber der Situation am Vorabend der Röhm-Affäre, also binnen Jahresfrist, stabilisiert hatte. Pieck bezeichnete diese Bewertung nun aber, im Oktober 1935, als falsch und griff sie mit dem merkwürdigen Einwand an: „Schließlich machen wir doch keine Analyse für den Tag, sondern für eine größere Zeitspanne.“[22] Analyse und Prognose gingen hier munter durcheinander. Wieder schlug die Hoffnung durch, dass Schwierigkeiten des Regimes die Bedingungen für seine Bekämpfung verbessern würden.

Indessen wird historische Kritik auch berücksichtigen müssen: Die nüchterne Einschätzung der Lage und Stimmung unter den arbeitenden Massen in Deutschland fiel im Herbst 1935 schwerer als noch im Sommer. Als Folge des angeschlagenen hohen Rüstungstempo und des extremen Einsatzes von Devisen für den Import rüstungswichtiger Güter hatte sich die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln verschlechtert. Es wurde angenommen, dass sich dieser Konflikt fortsetzen werde und die illegale Partei ihn ausnutzen könne. Dass Hitler selbst entscheiden und Schacht beauftragen würde, die Verwendung von Devisen zu korrigieren, war in einem Denken nicht vorgesehen, das ohnehin starre Vorstellungen von politischen Prozessen und geschichtlichen Abläufen verfestigt hatte. Dem faschistischen Regime wurde eine länger währende innere wirtschaftliche und politische Krisenfestigkeit nicht zugetraut. Ob einzelne Führer der Komintern und Delegierte des internationalen Kongresses und der folgenden Beratung von Funktionären der KPD davon abweichende Ansichten vertraten, muss mindestens solange eine offene Frage bleiben, wie die Forschungen an den unpublizierten Materialien nicht weiter gediehen sind.

Wer sich mit der Faschismus-Definition der Komintern heute kritisch auseinandersetzt, hat jedoch nicht allein ihre aktuellen politischen Dimensionen des Jahres 1935 zu berücksichtigen. Er muss bedenken, dass die begriffliche Erfassung einer so komplizierten Erscheinung, wie sie der Faschismus an der Macht darstellt, eine hochgradige Abstraktion bedeutet und also unvermeidlich das Weglassen des weniger Wesentlichen einschließt. Folglich ist jede Definition ärmer als die Theorie, mit der doch versucht wird, die Erscheinung zur Gänze zu erfassen, und diese Theorie ist selbst wieder ärmer als die Wirklichkeit. Daran wird hier nur erinnert, weil eine Argumentationsmethode der Gegner jeder materialistischen Kennzeichnung des Faschismus darin besteht, den Eindruck zu erwecken, über die fünfzehn Worte der von ihnen geschmähten Definition hinaus hätten die Kommunisten zum Faschismus an der Macht nichts zu sagen gewusst. Das mag in einem Fall das bloße Nachplappern von Angelesenem sein, in anderem ist es wohl auch eine Spekulation auf Unkenntnis. Zudem: Vor dem Hintergrund behaupteter Plattheit erscheinen die eigenen Auslassungen zum Thema dann geradezu wie gedankliche Gebirgszüge. Es erfordert hingegen nicht viel Aufwand, sich anhand der aktuellen wissenschaftlichen Literatur davon zu überzeugen, welche Schwierigkeiten diejenigen Historiker mit der theoretischen Analyse des Faschismus haben, die sich nicht in den scheinbar gut befestigten Gräben der Totalitarismus Doktrin verschanzen. Kershaw, der um histori-

---

22 Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 3.-15. Oktober 1935, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Mammach, Berlin 1975, S. 85-86.

sche Gerechtigkeit auch gegenüber den Verdiensten materialistischer Denker bemüht war, gab im eben erschienenen ersten Band seiner Hitlerbiographie so etwas wie eine Kapitulationserklärung ab. Er bietet für die Jahre der faschistischen Herrschaft das Bild eines gleichsam kopfstehenden Kapitalismus an, wenn er schreibt: Der Kapitalismus blieb zwar „unangetastet, fungierte aber als Gehilfe des Staates." Und dann meint er, es habe wenig Zweck, für ein solches „Wirtschaftssystem" Begriffe zu dessen Beschreibung zu erfinden.[23]

Die Komintern hat sich seit den frühen zwanziger Jahren mit der Bewertung des Faschismus befasst. Der Fortschritt im theoretischen Denken zeigte sich vor allem darin, dass die neuartige Bewegung und dann die Staatsmacht nicht als Interessenverfechterin der gesamten Bourgeoisie, sondern des Finanzkapitals und – genauer – eines Teils davon angesehen wurde. Diese Differenzierung stellte nicht einfach eine „nachholende" Erkenntnis dar. Sie erfasste und begleitete eine Entwicklung, die mit den faschistischen Bewegungen und namentlich mit der NSDAP sich tatsächlich vollzog. Die von Hitler geführte Partei war in ihrer Anfangsphase keineswegs – wie später – von den einflussstärksten Kräften des Bank- und Industriekapitals begünstigt, gefördert oder gar favorisiert worden. Es waren eher exotisch erscheinende Bourgeois und Angehörigen in den durch die Revolution geschockten Oberschichten Münchens, die als Geldgeber für die Privatschatulle Hitlers oder der Parteikasse auftraten. Aus diesen Kreisen, deren Rekonstruktion im Einzelnen wohl unmöglich ist, haben sich wenige Namen erhalten, von denen der des Verlegers Lehmann und des Piano-Fabrikanten Bechstein sich noch einen begrenzten Bekanntheitsgrad erhalten haben.

Erst im Verlauf der Weltwirtschaftskrise stieg die von Hitler angeführte Partei zum Favoriten von Mächtigen der deutschen Wirtschaft auf. Doch gehörten beider Beziehungen selbstredend und beiderseits zu den bestgehüteten Geheimnissen. Anders hätte die NSDAP schwerlich als Arbeiterpartei und ganz allgemein als die Partei der kleinen und armen Leute auf Stimmenfang gehen können. Nicht nur KPD und SPD, auch die konkurrierenden bürgerlichen Parteien wie beispielsweise das Zentrum nahmen gelegentlich den programmatischen und praktischen Zusammenhang von Nazipartei und großem Kapital ins Visier. Erfolg gegenüber den Anhängermassen der NSDAP vermochten sie mit derartigen Enthüllungen kaum zu erzielen. Die Gefolgschaft nahm den „Führer" Hitler als ihren Erlöser an. Wurden Fäden dennoch sichtbar, folgten dreiste und demagogische Dementis wie nach der Zusammenkunft Hitlers mit Papen in der Kölner Villa des zum Bankhaus Stein gehörenden Baron von Schröder am 4. Januar 1933. Hitler beeilte sich, seinen Mitgliedern offiziell zu erklären, dass er die Partei keineswegs „verkauft" habe. Nach dem 30. Januar 1933 präsentierte sich die faschistische Staatsmacht als der Verfechter der Interessen aller, als die Schöpferin einer „Volksgemeinschaft", die aus der Versöhnung der „Arbeiter der Stirn und der Faust" und der Besinnung von Reichen wie Armen auf ihre Zusammengehörigkeit als Deutsche, erforderlichenfalls auch aus erzieherischen Maßnahmen der Partei hervorgehen werde. Dieses Lügenbild wurde durch viele Maßnahmen gestützt und von Millionen angenommen.

Die politische Absicht der Faschismus-Definition der Komintern lag folglich in erster Linie darin, adressiert an die Millionen Anhänger des Faschismus in Italien und Deutschland, aber ebenso an die Parteigänger aufstrebender faschistischer Bewegungen in anderen Ländern, zu erklären: Das ist nicht Eure Macht, sie verficht Euch fremde und feindliche Interessen. In einem Moment, in dem die Arbeitslosigkeit – sie war wie heute für Millionen das Hauptkriterium für die Bestimmung ihres Verhältnisses zur Staatsmacht – in Deutschland drastisch zurückging, kam das einem Ruf in die Wüste gleich. Zudem waren die Mittel geringfügig, die kommunistischen Stimme überhaupt noch hörbar zu machen. Viele Dokumente aus den Kreisen des Widerstands besagen, dass das Argument, „... aber sie haben Arbeit geschaffen", von vielen eingestandene Einwände in den Hintergrund drängte. Die allmähliche Verbesserung des materiellen Lebens von Millionen und die sich daran fälschlich knüpfenden Hoffnungen bildeten den eigentlichen Propagandaschlager des Regimes.

---

23 Ian Kershaw, Hitler 1889-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1998, S. 569.

Nicht nur – um dafür ein Beispiel zu benennen – die unverdaute nationale Frage ließ Millionen Österreicher 1938 die einmarschierende Wehrmacht und den Führer enthusiastisch als Retter begrüßen, sondern nicht weniger die Hoffnung, nun in einen wirtschaftlichen aufstrebenden Staat zu gelangen und die 400.000, wahrscheinlich aber 600.000 Arbeitslosen beseitigt zu sehen.

Haben sich die Komintern und ihre Parteien auch in der Bestimmung der Perspektiven der faschistischen Mächte wieder und wieder vertan, so entsprach doch die Kennzeichnung des Klassencharakters der Macht und die Bloßstellung von deren Zielen den realen Tatsachen und Tendenzen. Die Entwicklung der zehn Jahre zwischen 1935 und 1945 hat das furchtbar bewiesen. Wer konnte zehn Jahre nach dem VII. Komintern-Kongress, da tagte die Potsdamer Konferenz der Siegermächte und bald darauf trat der Internationale Militärgerichtshof in Berlin und Nürnberg zusammen, noch bezweifeln, dass in Deutschland die Kräfte des Finanzkapitals regiert hatten, die das am meisten imperialistische Programm verfolgt hatten, ein Programm mit Vorläufern, aber ohne Vorbild und Beispiel? Wer konnte da diesen Bestandteil der Definition noch anfechten, wofür Palmiro Togliatti in seinem großen und denkwürdigen Referat die Begründung gegeben hatte? Untersuchungskommissionen der USA legten damals Berichte vor, die sich wie eine einzige Beweiskette für eben diese Charakteristik des Faschismus lasen. Die Nachfolge-Prozesse vor US-Gerichtshöfen gegen die Manager der IG Farben AG, gegen Flick und Krupp und deren Konzerndirektoren, gegen Röchling vor einem französischen Tribunal förderten massenhaft Tatsachen ans Licht, die von der interessengeleiteten Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Großmacht zeugten.

Später erst legten Historiker – unter hervorragender Beteiligung von Forschern in der DDR und auch solchen in der BRD, für die hier der Name von Reinhard Opitz stehen mag – die in Archiven aufgefundenen „Neuordnungs-Programme“ der deutschen Konzerne, Wirtschaftsverbände und -institute vor. Es begann ein zäher Kampf um deren Interpretation, Ein- und Zuordnung, der bis zum heutigen Tage fortdauert. Immer ging es dabei um den Wesenskern des Faschismus an der Macht. Stets betraf der Streit letztlich die „Dimitroff'sche Definition“, wobei es nicht um deren Korrektur- und Ergänzungsbedürftigkeit ging, sondern um deren leichthändige Zurückweisung verbunden mit der These, eigentlich sei sie nicht einmal diskussionswürdig.

Nach Jahrzehnten währenden Auseinandersetzungen ist gegenwärtig ein neues Kräfteverhältnis der Kontrahenten hergestellt. Es entstand nicht als Folge geistiger Auseinandersetzungen. Es ist das Resultat von dramatischen politischen Veränderungen in Deutschland. Die Verfechter historisch-materialistischer Geschichtsauffassungen wurden im Zeichen eines Pluralismus aus den Universitäten nahezu vollständig entlassen. Dass erleichtert es sehr, die materialistische Faschismusdefinition zum bloßen Kampfbegriff herabzustufen, dem Wahrheitsgehalt nicht zukommt. Als Beweis für Widerwissenschaftlichkeit figuriert sie groteskerweise auch in Kündigungsschreiben für Historiker. Das hat eine Situation geschaffen, in der weithin nicht mehr vom Kapitalismus gesprochen wird, wenn das Wort Faschismus fällt. Kommt die Verantwortung für den Faschismus und dessen Politik zur Sprache, dann ist entweder noch immer hauptsächlich von Hitler oder neuerdings verstärkt und undifferenziert von „den Deutschen“ die Rede. Die Zustimmung, die dem Spielfilm vom judenrettenden Kapitalisten „Schindlers Liste“ kürzlich ungeteilt wurde, spricht Bände. Es steht nicht zu erwarten, dass ein Film gedreht wird, der in der Traditionslinie von „Rat der Götter“ stünde und im Einklang mit unseren heutigen gesicherten Erkenntnissen zeigen würde, wie viele profitierende Kapitalisten und Manager sich an jüdischen und nichtjüdischen Arbeitskräften, an der Ausbeutung von Kriegsgefangenen und Zivilisten bereicherten und sich erforderlichenfalls durch neue und möglichst frische Menschenware bedienen ließen.

So werden in der Geschichtswissenschaft in Deutschland und nicht anders in der politischen Publizistik die Jahre deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 zumeist als „nationalsozialistische Diktatur“ bezeichnet. Das greift auf jenes irreführende Reklame-Etikett zurück, das die Machthaber benutzten. Mitunter – und wie es scheint zunehmend – bedienen sich Gesellschaftswissenschaft und Politik des Kürzels „NS-Diktatur“, das offenbar eine gewisse Distanz gegenüber der Selbstkennzeichnung der deutschen Faschisten ausdrücken soll und das Wort Diktatur stärker hervorhebt. In jedem Fall wird der Begriff „faschistisch“ in seiner Anwendung auf das System abgelehnt. Er gilt

als eine falsche, unechte Abstraktion, weil in ihm Erscheinungen subsumiert würden, die nicht als wesensgleich (oder auch nur als eng wesensverwandt) eingestuft werden könnten. Deren jeweilige Besonderheiten würden sie stärker charakterisieren als ihre unübersehbaren, aber ganz unterschiedlich beurteilten Gemeinsamkeiten. Schon das durch Mussolini repräsentierte und geführte Regime in Italien und das Hitler-Regime in Deutschland müssten wegen ihrer gravierenden Unterschiede begrifflich strikt auseinandergehalten werden. Diesen Thesen und deren Begründungen wird von manchen ihrer Vertreter hinzugefügt, dass die Erfassung beider Diktaturen mit einem Begriff obendrein die deutschen Zustände beschönigen würde, die umso vieles verbrecherischer gewesen seien als die italienischen.

Diese Argumente werden auch außerhalb der Wissenschaft weithin als überzeugend akzeptiert. In der Bundesrepublik in den alten Grenzen hat sich der Begriff „Nationalsozialismus“ mit seinen Ableitungen seit Jahrzehnten nahezu konkurrenzlos durchgesetzt. Er wurde von der Mehrheit der Bürger mit der Schullektüre aufgenommen. Folglich wird – so zeigten mir etwa Buchvorstellungen in den alten Bundesländern – keine Frage häufiger gestellt als die nach den Gründen für die Verwendung des Begriffs „deutscher Faschismus“. Zweifel an seiner Berechtigung werden zum einen dadurch begünstigt, dass über den italienischen Faschismus in Deutschland kaum verlässliche Kenntnisse existieren. Sie erscheinen zum anderen allen gerechtfertigt, denen der Massenmord an Millionen Menschen und insbesondere der an den Juden Europas als das Hauptcharakteristikum des „NS-Regimes“ und auch als sein Hauptziel („Vernichtungskrieg“) gilt. Manches deutet daraufhin, dass in nicht zu ferner Zukunft die verbreitetste Antwort auf die Frage „Was war der Faschismus?“ lauten könnte: „Er war ein menschenmordendes, insbesondere judenmörderisches Regime“. Diese Kenntnis wird niemand geringschätzen, denn sie bietet ein Warnsignal, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Hingegen macht sie keinen einzigen wesentlichen Zusammenhang erkennbar. Mehr noch: Da das unvorstellbare Massaker der Jahre zwischen 1939/1940 und 1945 an den in die Gewalt des deutschen Faschismus geratenen Juden zugleich als rätselhaft dargestellt oder einzig als Folge blindwütigen Judenhasses ausgegeben wird, kann damit gerechnet werden, dass der Faschismus als Ganzes wieder dorthin „transportiert“ wird, wohin ihn interessierte Kreise schon bald nach 1945 schaffen wollten: in eine Dunkelkammer, in der keinerlei Entzifferung der Geschichte mehr möglich ist. Dafür liehen ja früh auch Historiker ihre Mithilfe, wenn man etwa an Friedrich Meineckes Buch „Die deutsche Katastrophe“ denkt.

Diese Aussicht zwingt, auf die Entstehungsbedingungen, den geschichtlichen Platz und die Ziele des Faschismus zurückzukommen: Das Mussolini- wie das Hitlerregime (und nicht anders die ihnen verwandten, nicht zu ihren Zielen gelangten faschistischen Bewegungen in anderen europäischen Staaten) waren Produkte der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie stellten den (in Deutschland und Italien vollendeten, in anderen Fällen geplanten und unterschiedlich weit getriebenen) Versuch dar, dieser Gesellschaft, wo sie erschüttert und von inneren Krisen geschüttelt war, durch einen Umbau des politischen Systems neue und dauernde Festigkeit zu geben: durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, sei sie revolutionär oder reformerisch, und durch die Vernichtung aller demokratischen und liberalen Bestrebungen, durch die Schaffung eines „starken Staates“ mit einer breiten Massenakzeptanz. Um an dieses Ziel zu gelangen, bedienten sich die Bewegungen schon auf dem Weg in die Staatsmacht und dann als deren Inhaber des brutalen Terrors. Der Grad der Gewaltanwendung im Innern war von dem Grad des tatsächlichen oder auch nur des befürchteten Widerstands der Gegner dieser Politik abhängig. Zudem diente der Terrorismus der Disziplinierung der ganzen Bevölkerung.

Diese innenpolitischen Ziele verbanden sich von Beginn dieser Bewegungen an mit expansiven außenpolitischen Plänen, auch wenn sich die Faschisten nicht überall und nicht unausgesetzt als aggressiv und kriegerisch erkennbar machten, sondern sich zunächst als „Wölfe im Schafspelz“ zu tarnen suchten. Je nach der politischen Festigkeit ihrer Systeme, nach ihrer wirtschaftlichen Kraft, nach ihrer demographischen Basis, also nach der Masse von Kriegern und Rüstungsarbeitern, die sie allenfalls aufzubieten vermochten, und nicht zuletzt nach den Traditionen der Staaten unterschieden sich die imperialistischen Programme der faschistischen Parteien und Regime. Doch auf

Eroberungen waren sie alle aus. Die italienischen Faschisten wollten das Mittelmeer zum „Mare Italiano“ machen. Die deutschen Faschisten zielten auf ein „Europa unterm Hakenkreuz“, da sich bis an den Ural und zum Kaukasus erstrecken sollte. Auf dem Balkan geisterten die Losungen von „Großungarn“ und „Großrumänien“ und auch sie blieben nicht bloße Parolen. Ungarn bereicherte sich zeitweilig auf Kosten der Tschechoslowakei, Rumäniens, Jugoslawiens und war dabei, sich auch aus der gedachten Erbmasse der UdSSR zu bedienen. Die rumänischen Machthaber hofften, Odessa und weite Gebiete an der Nordküste des Schwarzen Meeres in Besitz nehmen zu können. Im äußersten Norden gab es Aspiranten auf ein „Großfinnland“. Die Ziele dieser Räuber nehmen sich verglichen mit jenen Deutschlands und Italiens zwergenhaft aus, doch ändert das nichts am Charakter ihrer Außenpolitik. Dass der spanische Faschismus nicht entschiedener mit seinen Ansprüchen hervortrat, die übrigens mit den italienischen kollidierten, besaß seine Ursache in den Folgen des langwierigen Bürgerkriegs, der erst wenige Monate vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges endete, in der wirtschaftlichen Instabilität des Franco-Regimes sowie in der geographischen Lage des Landes, die es für Schläge der denkbaren Kriegsgegner besonders empfindlich machte.

Kurzum: die Gemeinsamkeiten der faschistischen Bewegungen in ihren innenpolitischen Zielen, die in der Etablierung einer neuartigen Staatsform gipfelten, liegen ebenso zutage wie ihre aggressive kriegerische Außenpolitik, die sich in der imperialistischen Mächtekoalition manifestierte. Diese erwähnten Gemeinsamkeiten wurden in Dimitroffs Grundsatzrede auf dem VII. Weltkongress herausgearbeitet. Gleichzeitig ging der Komintern-Generalsekretär auf die unterschiedlichen Formen („Spielarten“) der faschistischen Diktaturen und Bewegungen ein, die er jedoch gegenüber den Gemeinsamkeiten als sekundär einstufte. Diese Kennzeichnung verband sich mit einer partiellen Neubewertung der bürgerlich-parlamentarischen Staatsformen und der Forderung an die Kommunisten, gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften für den Sturz dieser Regime zu kämpfen und die Machtübergabe an Faschisten in weiteren Ländern zu verhindern.

Gerechnet von jenem VII. Weltkongress an existierten faschistische Mächte in Europa noch knapp ein Jahrzehnt. Es kann gefragt werden, ob sich in diesem Zeitraum deren Charakter und Ziele dermaßen differenzierten, dass sie gegenüber dem Zustand des Jahres 1935 wesensverschieden wurden. Ohne dass sie ihre Besonderheiten einbüßten, rückten sie, namentlich was ihre Außenpolitik anlangte, enger zusammen. Zwischen Deutschland und Italien entstand, das war im Sommer 1935 vor dem Beginn des Abessinien-Krieges noch nicht absehbar, die von Mussolini als „Achse“ bezeichnete Liaison, die 1939 zum Abschluss des „Stahlpaktes“ und ein Jahr später Italien an Deutschlands Seite in den Krieg führte. Dann machten sich Ungarn, Rumänien sowie die Slowakei und Kroatien, die im direktesten Sinne Geschöpfe des deutschen Faschismus waren, zu dessen Verbündeten.

Diese Klein- und Mittelstaaten im Osten und Südosten Europas waren Diktaturen, in denen mehr oder weniger starke faschistische Kräfte wirkten und an die Spitze der Regime drängten. Die Politiker in Deutschland interessierten sich indessen nicht in erster Linie für den größeren oder alleinigen Einfluss der ungarischen Pfeilkreuzler oder der rumänischen Eisernen Garde auf die Staatsmacht. Wichtiger waren ihnen Stabilität und Bündnistreue ihrer Partner. (In diesem Punkte galt ihnen schon die monarcho-faschistische Konstruktion in Italien als weniger stabil als ihre eigene, ganz auf die Zusammenballung der letzten Entscheidungen in einer Person ausgerichtete.) Erst als sie die Gefolgschaft der kleinen Verbündeten gefährdet sahen, die angesichts der sich abzeichnenden Kriegsniederlage aus dem Bündnis ausbrechen wollten, griffen die Machthaber in Berlin ein, wo sie noch eingreifen konnten. In Finnland war ihnen das unmöglich. In Ungarn taten sie es 1944 zugunsten der Faschisten („Pfeilkreuzler“) und brachten sie – freilich für Monate nur – in die Schlüsselpositionen des Staates.

Da die – nur graduell unterschiedliche – kriegerische Aggressivität aller faschistischen Regime kaum in Abrede gestellt werden kann, wird die These von ihren dominierenden Unterschieden in erster Linie auf den „Holocaust“ genannten Massenmord an den europäischen Juden gestützt. Es scheint, dass dessen bloße Erwähnung genügt, um den Faschismus-Begriff in seiner allgemeinen, also außeritalienischen Verwendung als unhaltbar zu erweisen. Nun wird von niemandem bestritten, dass die deutschen Faschisten die Verfechter eines barbarischen Rassismus und Antisemitismus

waren, dem zwar Kollaborateure zu Hilfe kamen, der aber weder geschichtliche Vorläufer noch ein zeitgenössisches Pendant besaß. Die Befehle, mit dem organisierten, hocheffektiven Morden an den Juden zu beginnen, gingen von Berlin aus. Ihnen fiel eine inzwischen klar eingegrenzte Zahl von Menschen – minimal 5,29 Millionen, wahrscheinlich aber mehr als 6 Millionen – zum Opfer. In Berlin wurden auch die Pläne zur Massenausrottung der Slawen entworfen und beschlossen, in deren Verlauf mehr als 3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene umkamen. Im deutsch-besetzten Hinterland wurden weitere Hunderttausende (nichtjüdische) Einwohner, Zivilpersonen, umgebracht, andere starben infolge des Mangels an medizinischer Versorgung, verhungerten oder erfroren. In den Machtzentralen des deutschen Faschismus entschieden und befahlen auch die Mörder der Sinti und Roma und der wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken.

Dieses deutsche Regime übertraf alle anderen durch die grenzenlose Barbarei seiner Herrschaft. Demgegenüber nehmen sich die Verbrechen anderer faschistischer Regime und Satellitengebilde vergleichsweise und fälschlich geringfügig aus. Doch gilt, was Dimitroff schon im Leipziger Reichstagsbrand-Prozess sagte: Der Faschismus ist überall eine grausame Macht. Die rücksichtslose Aufdeckung dieser Wahrheit wurde nach 1945 unter anderem dadurch behindert, dass sich die internationale Verfolgung – durch die Justiz der Mächte der Anti-Hitler-Koalition – auf die Hauptverbrecher konzentrierte. Hinzu kam ein von „nationalen“ Interessen geleitetes Bestreben, die eigene Geschichte zu beschönigen. Es prägte sich besonders deutlich in Österreich aus, das 1943 als das erste „besetzte“ Land bezeichnet und derart als Opfer eingestuft wurde. Letztlich in solchen Zusammenhängen wird man auch das Desinteresse daran wurzeln sehen, eine institutionalisierte vergleichende Faschismusforschung in Angriff zu nehmen. Auch Versuche, Historiker der realsozialistischen Staaten zu einem derartigen Schritt zusammenzuführen, gediehen nicht weit.

Wenn vom deutschen Faschismus geschrieben und gesprochen wird, besetzt heute in Deutschland der Massenmord an den europäischen Juden im Gedächtnis der Nachwelt den ersten Platz. Daran besitzen Schriftsteller und Künstler, Historiker, Politiker und Publizisten in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik ein besonderes Verdienst. Mit dieser Erinnerung aber geht eine Verzeichnung des deutschen Faschismus einher. Denn der Platz, den das Verbrechen im Gedächtnis der Nachgeborenen eingenommen hat und behalten soll, und derjenige, den es im Zielsystem der Täter einnahm, sind nicht gleichzusetzen. Die Liquidierung von Millionen war Bestandteil eines imperialistischen Eroberungs- und Versklavungsprogramms. Sie entsprang ideologisch einem mörderischen Antisemitismus, der seine tiefen Wurzeln in der jahrhundertealten Geschichte der Diffamierung, Verfolgung und Vertreibung von Juden besaß und nahezu alle seine infamen Argumente aus dieser Geschichte bezog. Doch er erhielt seine Antriebe keineswegs nur aus dieser abstrusen antisemitischen Weltsicht, die sich die Juden zum universellen Sündenbock machte, sondern ebenso von realen Macht- und ökonomischen Interessen. Der Judenmord nicht anders als der Slawen- und Krankenmord ordnete sich in rationale „bilanzierte“ imperialistische Zukunftsvorstellungen ein. Der Massenmord war nach den Absichten seiner Urheber und Planer kein Parallel- oder gar Konkurrenzprogramm zu Krieg und Eroberung, sondern deren Bestandteil. Die angeblich unaufhebbaren Widersprüche, die zwischen den „Endlösungs“-Praktiken und den Kriegserfordernissen existiert haben sollen, erweisen sich bei genauerer Prüfung als nachträglich konstruiert.

Daraus folgt für die Kennzeichnung des deutschen Faschismus aber: Der Schritt zur planmäßigen Vernichtung der Juden und anderer Menschengruppen gab dem politischen System keinen neuen Charakter. Doch prägte er dessen imperialistisches, menschenfeindliches Wesen in einer Weise aus, die 1935 für niemanden absehbar war. Die Juden wurden in Deutschland durch SA, SS und Hitlerjugend auf offener Straße verfolgt, in Presse und Propaganda unausgesetzt diffamiert und ihr Leben durch eine judenfeindliche Gesetzgebung immer unerträglicher gestaltet. Doch stand damals die rigorose Vertreibung der Juden aus ihren wirtschaftlichen Positionen erst noch bevor. Selbst diejenigen, die sechs Jahre später den Massenmord organisierten, konnten sich ihre spätere Rolle noch nicht vorstellen. Die Frage, ob die Judenvernichtung und die Ausrottung weiterer Menschengruppen in eine Definition des Faschismus gehört, richtet sich demnach an diejenigen, die sich nach der Zerschlagung der Mächtekoalition mit dem Faschismus analysierend befassten.

Faktisch aber wurde die Definition des Jahres 1933/1935 gleichsam eingefroren. Die Befürchtung, eine Erweiterung der Definition würde ihre Kernaussage verwässern oder entwerten, behinderte die Aufnahme des Erbes des VII. Weltkongresses der Komintern, das nicht preisgegeben, wohl aber kritisch und weiterführend ergänzt werden sollte. Neu durchdacht werden muss die Frage nach Allgemeinem und Besonderem von faschistischen Regimen und Parteien. Einheit und Vielgestalt sind wahrzunehmen. Dadurch kann sich auch der Blick in die Gegenwart schärfen und Orientierung für die Beantwortung der mit dem Blick auf den „historischen“ Faschismus meistgestellten Frage gewonnen werden, aus der die Sorge spricht, Herrschaftsstrukturen vom faschistischen Typ könnten wiederkehren.

Dieser Text ist eine Überarbeitung von „Vielzitiert, meistgeschmäht und eingefroren – die Faschismus-Definition der Kommunistischen Internationale 1933/1935“.

In leicht veränderter Form abgedruckt in: Marxistische Blätter, Heft 5, 1995, S. 57-67.

Knopps Bombe

Atomkrieg im Film – das gab's schon mal

Was Menschen neu begegnet, suchen sie sich zumeist anhand von schon Bekanntem klar und verständlich zu machen. So geschah es auch mit dem neuesten Machwerk des Guido Knopp. Es wurde in die Zeiten und Ereignisse des Kalten Krieges sortiert. In diesen kam eine Filmgesellschaft schon einmal auf die Idee, einen Spielfilm herzustellen, in dem Atombomben fallen. Er geriet in der Mitte der sechziger Jahre in einer deutschen Version unter dem Titel „Angriffsziel Moskau" in die Kinos der Bundesrepublik. Filmhistoriker werden Idee, Hersteller, Regisseur und Schauspieler, Aufführungsländer, Besucherzahlen und Wirkung des Erzeugnisses bestimmen können. Darauf kommt es hier weniger an als auf die Handlung, die dem Film zugrunde lag, in dem auch reale historische Figuren „gegeben" wurden, der amerikanische Präsident ebenso wie der sowjetische Generalsekretär.

Also: In einer Beobachtungsstation der USA identifizieren Militärs ein sich dem Territorium des Landes näherndes Flugobjekt als sowjetische Trägerrakete, die atombewaffnet sei. Der Alarm löst den vom Präsidenten gegebenen Befehl aus, die im Nordmeer einsatzbereit kreisenden, Atombomben tragenden Flugzeuge auf das „Angriffsziel Moskau" in Marsch zu setzen. Dieser Befehl, einmal erteilt, kann nicht widerrufen werden, auch nicht, als klar wird, dass sich die Auswertung der Beobachtung als ein Irrtum herausgestellt hat. Darauf entbrennt in der US-amerikanischen Oberbefehlszentrale ein Streit darüber, ob das Oberkommando der UdSSR gewarnt und über das Versehen unterrichtet werden soll. Das geschieht. Doch vermögen die „Sowjets" – pikantes Detail – die herannahenden Maschinen nicht rechtzeitig zu vernichten, obgleich ihnen aus den USA dafür schließlich alle geheimen Daten zur Verfügung gestellt werden. Nun entscheidet der Präsident, um definitiv glaubhaft zu machen, dass die Eröffnung des Atomkrieges nicht beabsichtigt sei, in Moskau anzubieten, einen Atomschlag auf die USA zu richten. Die Offerte betrifft die Stadt, in der sich die Präsidentengattin gerade zum Einkaufen aufhält.

Schlusssequenz des Filmwerks: Zwischen Hochhäusern fliegen Tauben auf. Und deshalb wird beim Happy-end ...? Charakteristisch war für diesen Streifen nicht so sehr die Verbreitung der Vorstellung, dass die USA einen Atomkrieg gewinnen könnten. Ungleich stärker prägte sich ein, dass ein derart geführter Krieg, obwohl ihn weder die Führung in Moskau noch die in Washington wünschte, durch ein „Versehen" entstehen könnte. Dann würde es in den militärischen Führungsstäben – wie in der Filmhandlung vorgeführt – zu einem Streit zwischen den „Falken" und den „Tauben" unter den Generalen kommen, dessen Ausgang über Eskalation oder Begrenzung des „Zwischenfalls" entscheiden müsste. Bemerkenswert auch, dass der die Katastrophe auslösende Irrtum nicht den Militärs der Sowjetarmee, sondern den eigenen angelastet wurde. Im Grunde ließ dieser makabre Film, dessen Herstellern pazifistische Absichten nicht unterstellt werden müssen, nur eine Konsequenz zu: Wer den Atomtod vermeiden will, muss für die Abschaffung der Atomwaffen eintreten.

Selbst in den kältesten Zeiten des Kalten Kriegs gab es nicht nur in den Reihen der aktiven Gegner des Atomkrieges ein paar Leute, die den Verstand nicht völlig verloren hatten. Könnte in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nicht jemand auf den Gedanken kommen, an sie und daran zu erinnern, zumal zwar der Krieg zwischen den beiden Supermächten nicht ausbrach, die Drohung aber nicht aus der Welt geschafft ist? Wäre es nicht nötig, die Europäer, die sich in ihren veränderten Zuständen in einer unbegründeten Gewissheit wähnen, vor atomarer Bedrohung – geht sie nicht von Kraftwerken aus – sicher zu sein, ein wenig (wieder) zu erwecken? Eher ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr?

Jedenfalls scheint das Knopp-Werk mit einer pauschalen Zuordnung in die Zeiten des Kalten Krieges, also in geschichtliche Koordinaten, kaum richtig zugeordnet. Es ist als bloßer Rückfall in historisch vergangene Zeiten oder als deren Nachwirkung missverstanden. „Verteufelung für alle Zeit" lautet die Devise, nach der das Bild über den gescheiterten Realsozialismus zu malen ist. Die ideologischen Vorbereitungen und Verordnungen für die anstehenden Denk- und Gedenktage des Jahres 1999 haben begonnen.

junge Welt, Sonnabend/Sonntag, 05. Dezember 1998.

Urteile im Vergleich

Neue Editionen über NS-Verbrechen

Über die Blutspur, die deutsche Ärzte in der Geschichte hinterließen, ihre Verbrechen zur Zeit des Hakenkreuzes, ist im letzten Jahrzehnt viel publiziert worden. Die archivalische Hinterlassenschaft blieb jedoch zum Großteil in geschlossenen Aktenordnern. Erst jetzt werden vollständig Anklageschrift, Verhandlungsprotokoll, sämtliche von Anklägern und Verteidigern vorgelegte Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses 1946/47 vom Hamburger Institut für Sozialgeschichte herausgegeben. Das Institut, das sich jüngst unter die Fittiche der Bremer Universität begab, wagt nach seinem mit der Ausstellung über Wehrmachtsverbrechen für bundesdeutsche Verhältnisse kühnen Vorstoß ein weiteres, manchen Zeitgenossen sicher unliebsames Unterfangen.

Über das Vorhaben, dessen Bedeutung für Historiker, Juristen, Ärzte sowie in Kranken- und Pflegeanstalten Tätige nicht überschätzt werden kann, berichtete die am Projekt beteiligte Angelika Ebbinghaus auf einer Veranstaltung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung. Der Dokumentation der Akten wird ein kommentierender Band mit einer Einführung in die Geschichte des Prozesses sowie einer Wertung unter allgemein- sowie medizinhistorischen Gesichtspunkten beigegeben. Es ist verständlich, dass am Anfang die Frage stand, ob sich die für dieses Großprojekt notwendigen Finanzen würden auftreiben lassen. Die zuerst um Unterstützung gebetene Bundesärztekammer sagte Nein, womit sie jedoch keinen Anklang bei ihren Untergliederungen fand. Mehrere Landeskammern stellten erhebliche Mittel bereit. Es gibt Mediziner, die – von jeder Schlussstrichmentalität unbeeindruckt – meinen, es sei die begonnene kritische Durchforstung deutscher Medizingeschichte fortzusetzen.

Wie wichtig dies ist, verdeutlichten die Einblicke, die Angelika Ebbinghaus in die Herangehensweise der Kommentatoren der Dokumentation gab sowie die sich darauf entzündende, teils kontroverse Debatte. Es gilt, sich auch mit der Mentalität der im Nürnberger Ärzteprozess angeklagten Mediziner zu befassen. Wie konnte es zur Herausbildung jener allgemeinen ideologischen und moralischen Verfassung kommen, die derartige Verbrechen ermöglichte? Sind Ärzte im besonderen Maße anfällig, wie kurz ist unter Umständen der Schritt zur „Vernichtungsmedizin“? Da werden brisante Probleme berührt, die nicht nur die Zunft bzw. einige Fachleute tangieren. Umso erfreulicher war zu hören, dass die Ergebnisse des Projektes nicht nur in Spezialbibliotheken zu finden sein werden. Angekündigt ist neben der umfangreichen Dokumentation auch ein referierender Band, der auch für Studenten erschwinglich sein soll.

Nicht so leicht erschwinglich ist eine Edition, die in ihrer Art einzigartig ist und bleibt. Da muss man gar wissenschaftlichen Bibliotheken den entsprechenden Etat wünschen, dass sie sich dieses unverzichtbare Quellenwerk zulegen können. Wer sich mit der Geschichte der Prozesse befasst, die in der Bundesrepublik gegen NS-Täter stattgefunden haben, der kennt sicher die seit 1968 erscheinende und nunmehr bis zum 22. Band angewachsene Sammlung der Urteile gegen Nazi- und Kriegsverbrecher, die vom niederländischen Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht C. F. Rüter begründete worden ist. An der Reihe wirken international namhafte Wissenschaftler und Juristen mit. Die Sammlung ist auf insgesamt 50 Bände konzipiert und wird vollständig in etwa zehn Jahren vorliegen. Band 23 soll im Januar erhältlich sein.

Für alle jene, die nicht die Zeit haben, sich durch das gesamte Opus durchzuarbeiten, sei darauf verwiesen, dass die Urteils-Sammlung nun auch über eine CD-ROM erschließbar ist. Zudem kam als Begleitband eine Überblicksdarstellung über westdeutsche Strafverfahren wegen NS-Tötungsverbrechen heraus. Zeitlich endet diese mit dem noch nicht rechtskräftigen Urteil, das vom Landgericht Köln im Jahre 1997 gegen einen Angeklagten wegen der Erschießung von 19 jüdischen Kindern auf dem Territorium der UdSSR gesprochen worden ist.

In chronologisch geordneten Tabellen sind Tatland, Tatort, Tatzeit, Dienststelle oder -einheit des Täters, die Opfer, deren Nationalität, der Tatkomplex bzw. der Gegenstand des Verfahrens und –

soweit ergangen – dessen Urteil verzeichnet. Mehrere Register ermöglichen direkte Wege zu den Namen der Angeklagten, den entscheidenden Gerichten und weiteren Suchzielen.

Für nächstes Jahr hat Rüter eine Übersicht über die einschlägigen Verfahren aus DDR-Zeit angekündigt. Dann werden auch die entsprechenden Bände mit diesen Urteilstexten folgen. Das dürfte die vergleichende Erforschung der Geschichte der beiden deutschen Staaten auf eine solide Grundlage stellen und das Kolportieren von Vorurteilen erschweren. Solchen ist Rüter schon während einer internationalen Konferenz in Wien entgegengetreten. Auf ihr riskierte eine (west-)deutsche Oberstaatsanwältin, deren Verdienst um die Ahndung von NS-Verbrechen unbenommen ist, die These, es habe im eigentlichen Sinne in der DDR eine Verfolgung von Naziverbrechen nicht gegeben. Was so genannt werde, soll sich auf die Enteignung von Kapitalisten, die Verfolgung von „Antikommunisten“ und auf andere Ziele gerichtet haben. Mit dem Zerpflücken dieses Klischees hat sich die Spezialistenrunde nicht lange aufgehalten, wie nun auch im Konferenzband „Keine Abrechnung. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945“ (Akademische Verlagsanstalt Leipzig) nachzulesen ist.

Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1999 22 Bde. inkl. Registerband mit CD-ROM und Register APA Holland University Press und K. G. Saur Verlag. Subskriptionspreis bis 31. Dezember 5.710 DM, Subskriptionspreis für folgende Bände auf ein halbes Jahr 362 DM. C. F. Rüter/D. W. de Mildt: Die westdeutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1997. Ebenda erschienen, 323 S., geb., 45,00 DM.

Neues Deutschland, Mittwoch, 16. Dezember 1998, S. 10.

Der Platz des Führers

Erstmals versucht ein Historiker, das Leben Adolf Hitlers und die Geschichte der Deutschen zusammenzuführen. Über Ian Kershaws Hitler-Biographie

Wer heute das Amphitheater in Aspendos unweit der türkischen Mittelmeerküste besichtigt, dem bleibt nur der Eintritt über die Bühne. Darauf mag er sich mit etwas Phantasie mitten unter den Mimen wähnen. Ähnlich ergeht es dem Historiker, der sich entschieden hat, für die „Besichtigung" der deutsch-faschistischen Herrschaft den biographischen Einstieg zu wählen. Nolens volens gelangt er mitten unter die „Hauptdarsteller".

Dieser Weg hat immer auch Skepsis erzeugt. „Der biographische Ansatz kann eine extreme Personalisierung komplexer Prozesse nicht vermeiden und reduziert solche Probleme auf Fragen zu Hitlers Persönlichkeit und Ideologie", schrieb Ian Kershaw 1988. Damals heftete sich der britische Historiker auf die Spur zweier konkurrierender Sichtweisen, die „intentionalistische" und die „strukturalistische". Deren Vertreter lagen im Clinch. Kershaw erörterte Vor- und Nachteile ihrer Resultate. Auch zur Bestimmung der Rolle Hitlers hätten „Strukturalisten", als deren Häupter Martin Broszat und Hans Mommsen angesehen wurden, das meiste beigetragen.

Dennoch sah Kershaw die Aufgabe darin, eine Synthese von „Intention" und „Struktur" zu versuchen. Das war kein Rat zu Versöhnlertum oder Eklektizismus. Kershaw stimmte Tim Mason zu, dass das „Dritte Reich" einen klassischen Beweis für den Marxschen Satz liefere: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen." Damit war der Verkürzung, Hitler und dessen Weltanschauung als alleinige Quelle des Geschichtsprozesses vorzuführen, deutlich abgesagt.

Nun ist Kershaw selbst unter die Hitlerbiographen gegangen und wird an den Grundsätzen gemessen, die er vor einem Jahrzehnt für die Hitlerforschung formuliert hatte. Auf sein Vorhaben habe er sich nur zögernd eingelassen. Nochmaliges Lesen der Biographien Bullocks (1952) und Fests (1973) überzeugten ihn jedoch, dass Platz für eine „neue Biographie" wieder geworden sei. Nicht, dass Historiker über neue Quellen gebieten könnten. Zu den lange bekannten seien als Bedeutende nur die Goebbels-Tagebücher und die Hitler-Reden aus den Jahren bis 1933 hinzugekommen. Doch wäre der Fortschritt der Forschungen enorm. Er rege neue Interpretationen an. Sein Buch nennt Kershaw eine „sozialgeschichtlich orientierte Biographie".

Dem vorliegenden Band hat Eberhard Jäckel, der sich in der auf Hitler zentrierten Historiographie einen Namen machte, hochlobendes Willkommen bezeugt. Dieser Text wird auf dem Buchumschlag zur Reklame verwendet. Offenbar sollte niemand vom Kauf abgeschreckt werden. Auch Kershaw, bei einer Buchvorstellung, konturierte seine Position gegen andere Biographien nicht scharf. Aber Blickverengung auf Hitlers Eigenschaften, Fähigkeiten, Psyche, Charakter, Krankheiten, Lebensgewohnheiten und die „Schlüsselloch-Perspektive" (Christopher Browning) sind seine Sache nicht. Prompt folgte aus dem Munde von deren Liebhabern die Benotung „nichts nennenswert Neues", der Vorwurf „Materialschlacht der Stoffhuberei" und der Ruf: Lest Fest.

Hitler, der vor 1914 in der Politik des Reiches undenkbar gewesen sei, könne nicht „aus Hitler" erklärt werden, schreibt Kershaw einleitend. Er ließe sich nur in jenen deutschen Zuständen begreifen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten und ein Jahrzehnt später in ihre tödlich endende Krise gerieten. Hitler wäre das Produkt einer Epoche gewesen. Für sie findet sich bei Kershaw kein Name. Er sagt von ihr, Hitler habe sie auch zerstört. Doch wäre der Mann nicht nur der Abdruck von Zeitkräften gewesen. Er sei weder als „schwacher Diktator" (Hans Mommsen) noch als „allmächtiger Meister" zu begreifen. Seine Spur in der Geschichte des Jahrhunderts bilde keine Episode. Das erweise die Faszination, die von ihm bis heute ausgehe. Sie überträfe selbst jene von Stalin, Kennedy, Churchill oder Maos. Hitler wäre aus der Geschichte des deutschen Faschismus nicht herauszunehmen, ohne ihn kein „Polizeistaat à la Himmler", kein Krieg von diesem Ausmaß, kein „Holocaust".

Kershaw sah sich wie jeder Biograph Hitlers vor der Hürde, dass sich sein Subjekt, seit er zum Parteiführer wurde und von da bis an sein Lebensende, um es in dem eingangsbenutzten Bilde zu sagen, zwar auf der Bühne beobachten lässt, aber jeder Zugang in seine Garderobe versperrt ist. Kein Privatbrief, keine flüchtige Aufzeichnung in einem Tage- oder Notizbuch, kaum eine Randbemerkung auf Briefen, keine Zeichnung, kein Gemälde von seiner Hand mehr, nicht einmal eine von ihm „geknipste“ Fotografie. Das hat zu dem Urteil geführt, wer sich auf diesen Mann einlasse, befasse sich mit einer Unperson. Während sich für manche Politiker sagen ließe, dass ihr Privatleben in die Politik hineinrage und aus ihm auch öffentliche Verhaltensweisen erwachsen wären, gelte – so Kershaw – für Hitler das Umgekehrte, er habe sein privates Dasein politisiert. So konnte auch Kershaw Hitler vor allem durch dessen Entscheidungen, Handlungen und Wirkungen „vorführen“. Zudem wird die Bestimmungen des spezifischen Anteils des „Führers“ dadurch erschwert, dass Lebensbeschreibungen über Göring, Heß, Goebbels, Schacht und weitere seiner Mitführer, die hohen Ansprüchen genügen, noch fehlen.

Kershaws zentrale Fragen lauten: Wie konnte dieser Mann auf seinen Platz gelangen? Wer und was ermöglichte ihm die Verwirklichung seines spätestens 1924 gefassten Vorsatzes, der „Führer“ nicht nur einer Partei, sondern der „Nation“ zu werden und in die Geschichte einzugehen? Die Antworten lägen zum geringeren Teil in Hitlers Person. Daraus leitet sich der erste in der Geschichtsschreibung unternommene Versuch her, Entwicklung und Aufstieg der Person und die Geschichte der Deutschen zusammenzuführen. Er befreit Leser aus der misslichen Lage, anhand von mindestens zwei Büchern zusammenzudenken, was die Historiker bisher nicht zusammen zu bringen vermochten. Dieses Verfahren hat seinen Preis nicht nur im Buchumfang. Passagenweise gerät Hitler in den Hintergrund der Abhandlung und muss aus ihm erst wieder hervorgeholt werden. Der Gewinn aber überwiegt weit.

In den einleitenden Kapiteln erörtert Kershaw bekannte und bis ins letzte nicht aufklärbare Fragen: Was nahm Hitler an weltanschaulicher Prägung aus Wien nach München mit? Wann wurde er Antisemit? Wie bildeten sich seine Lebensgewohnheiten heraus? Wie und wo entdeckte er seine Fähigkeit als Redner? Doch hält sich Kershaw dabei, gemessen an der Vorliebe anderer, nicht übermäßig lange auf. Vor der „Machtergreifung“ sind es die beiden dramatischen Phasen der Karriere, welche die Höhepunkte der Darstellung ausmachen: der Putsch 1923 und die Entscheidungen an der Jahreswende 1932/1933. Wie Kershaw nachweist, dass jener nicht nur „Hitlers Putsch“ war, so lässt er keinen Zweifel, dass diese zum wenigsten seine eigenen waren. Ohne die antirepublikanischen Kräfte in den Schichten der Reichen und Einflussreichen kein Kanzler Hitler, betont der Biograph.

Nur mit der Benennung der Beteiligten hat er im Einzelnen wie in der Gruppe seine Schwierigkeiten. Gewiss: da werden Schacht, Kirdorf und Thyssen beim Namen genannt, Figuren, an denen jeder Rettungsversuch nur blamabel enden würde. Doch seien sie für die Großunternehmer nicht repräsentativ gewesen. (450) Die komplementäre Frage, wer das in persona gewesen sei, bleibt ungestellt. Obendrein sind die drei tot. Unerwähnt bleibt beispielsweise das Vorstandsmitglied der quicklebendigen Deutschen Bank, Emil Georg von Stauß, und wo die Abhandlung nach Harzburg gelangt, heißt es nach Schacht, es hätten „auch andere Wirtschaftsvertreter die Veranstaltung besucht“. (449) Solches kontrastiert mit der viele Ereignisse illustrierenden Detailliebe, die dem Buch so viel Farbe zu geben vermag. Immer wieder erwähnt Kershaw die Skepsis und den Argwohn der Großmächtigen gegenüber dem Projekt Hitler (568), ohne deren Quelle zu analysieren. Diese Teile haben einen Mentor, ohne dass die Einwände gegen Henry A. Turners Apologie in Betracht gezogen werden.

Wo die Biographie das Jahr 1933 passiert und der Autor sich mit dem Reichskanzler, Staatsoberhaupt und obersten Wehrmachtsbefehlshaber zu befassen hat, verliert sie an Tiefgang. Das gilt nicht für Felder, wo der Biograph auf seine früheren Untersuchungen über das Verhältnis der Bevölkerung zum Naziregime und die Entstehung des Hitlermythos zurückgreift. So verweist er zu Recht auf die breite Akzeptanz des Antikommunismus. (578) Kershaw scheut aber, den Staat und die Gesellschaft klar zu charakterisieren, der nun entsteht. Er macht klar, dass das Regime von Anbeginn auf Krieg aus war, weshalb die Aufrüstung schon 1933 höchste Priorität erhielt. Er beschreibt die

Zufriedenheit derer, welche die Zerschlagung der Republik und die Vernichtung der Arbeiterbewegung gewollt hatten. Er benennt, dass im neuen Staat hervorragende Bedingungen für das Profitmachen hergestellt wurden. Aber er hat schon Schwierigkeiten, die Nutznießer auch nur gemeinschaftlich beim Klarnamen zu nennen. Sie erhalten ihre Bezeichnung durch beständige Kombination von sieben Worten: etabliert, konservativ, traditionell, Elite, Macht, Gruppe und Partner.

So zahllos die Tatsachen, die im Band Platz fanden: Dass Großkapitalisten 1933 vorgeschlagen hatten, Hitler möge das Wirtschaftsministerium selbst übernehmen, kommt nicht vor. Dass Hitler als Hugenberg-Nachfolger einen Manager eines Versicherungskonzerns auf dessen Kabinettsplatz setzte, bleibt unerwähnt. Dass Schacht 1934 diesen Posten kommissarisch und zusätzlich zu dem des Reichsbankpräsidenten erhält, erfährt keine Wertung. Da fühlt man sich an den Satz einer Brecht-Figur erinnert: Solange kein Name gefallen ist, ist nichts passiert. Geht es um das Verhältnis zwischen Hitler und den „Eliten“, so scheint auch bei Kershaw das Klischee vom Führer und den Verführten, vom Betrüger und den Getäuschten (allenfalls: den Sich-Täuschenden) durch. Ja, sie hätten den Mann gebraucht. Warum? Wegen ihrer eigenen Schwäche. (553) Worin bestand die? In ihrem Unvermögen, die Massen zu gewinnen. So kam es zur „Entente“. Aber: Sie hätten doch nicht gewollt, was er gewollt habe. Sie waren auf die „Gegenrevolution“ aus, er habe die „Rasserevolution“ (Hitler: er kenne nur eine Revolution, die Revolution der Rasse – das ist die Aufwertung einer Phrase Hitlers zum geschichtswissenschaftlichen Begriff) gewollt, die den „Weg zu weltweitem Krieg freimachte“. (554) Marx ist vergessen und auch dessen Mitstreiter Engels, der das Bild vom Kräfteparallelogramm zur Kennzeichnung der Richtung benutzte, welche die Geschichte infolge des Wirkens gleichgerichteter, benachbarter oder widerstreitender Kräfte einschlägt. Und ebenso, dass sich das Resultat dieses Prozesses nie oder nur in den seltensten Fällen völlig mit einem der vorgedachten deckt.

Gleichermaßen bedient werden die führenden Militärs, die mit Hitler einen „Pakt“ schlossen (562), von dem sie jedoch dann „auf unbekanntes Terrain“ geführt worden wären. (566) Als hätten diese einstigen Offiziere des Kaisers nie etwas von Weltmachtinteressen gehört und dafür nicht bereits auf unteren Rängen Abertausende ihrer Soldaten in Schlacht und Tod kommandiert. Hitlers anachronistische Weltmachtträume, an denen sich Goebbels begeisterte, dienen als Messlatte, an der abgelesen werden kann, dass alle anderen schuldbeladene, aber im Grunde harmlose Typen waren. Keine Rede ist mehr von weitgehender Kongruenz der Anschauungen, welche die Gemeinschaftsaktion erst ermöglichten. Großindustrielle ließen sich von Hitler, Göring und Schacht Millionen abpressen (567), Krupp beugte sich dem Druck (568), als er Juden hinauswarf, die Reichswehr wurde Hitlers „Werkzeug“ (656). In derlei Denkbahn fügt sich die Formulierung von der „der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ (570), wodurch ein gleichsam kopfstehender Kapitalismus entstand. Denn: Der Kapitalismus blieb zwar „unangetastet, fungierte aber als Gehilfe des Staates.“ Es habe wenig Zweck, für ein solches „Wirtschaftssystem“ Begriffe zu dessen Beschreibung zu erfinden. (569) Hitlers Ziel sei eine „neue deutsche Gesellschaft“ gewesen, die im Ergebnis eines siegreichen Krieges entstehen sollte. Der Lebensstandard der Deutschen sollte „auf dem Rücken der versklavten Völker der eroberten Länder entstehen“. Kershaw betrachtet das als ein „imperialistisches Konzept aus dem 19. Jahrhundert, angepasst an das technologische Potential des 20. Jahrhunderts“. (569) Dieses Konzept hatte die deutschen Imperialisten bereits ihrer Politik zugrunde gelegt, die in den Ersten Weltkrieg führte. Hitler hatte es gleichsam „überarbeitet“, so dass sich in ihm Kontinuität und Bruch fanden. Neu bzw. modifiziert waren die Lage und die Ausdehnung des gedachten Imperiums und auch die Grundsätze und Methoden, nach denen es gestaltet und beherrscht werden sollte. Doch ähnelte es der „alten“ kapitalistischen Gesellschaft viel mehr, als dass es sich von ihr unterschied, so dass die These von der „neuen“ und das heißt noch in diesem Kontext immer einer nichtkapitalistischen Gesellschaft überzogen erscheint.

An der Spitze des namenlosen Systems kann kein „richtiger Politiker“ stehen, und Kershaw lässt Hitler auch als solchen nicht gelten. Er vermag in ihm weiterhin nur den Propagandisten und – allenfalls – einen Ideologen zu sehen (so schon 218). Des Autors Sicht ist am Regierungsstil der Männer gebildet, die vor Hitler auf dem Reichskanzlerstuhl saßen oder als seine Rivalen etwa in

Downing Street arbeiteten. Diese „Richtigen“ werden zu festgesetzter Zeit an ihrer Residenz vorgefahren. Sie beziehen ihr Arbeitszimmer, wo der wartende Sekretär die Post bereitgelegt hat. Dann werden Berater herbeigerufen, Besucher eingelassen, Sitzungen eröffnet. Solchem Kriterium genügte Hitler nicht. Und so lesen wir wieder, dass er sein Bohemien-Dasein nicht aufzugeben vermochte, in die Tage hineinlebte, den Morgen verschlief und die Nächte hindurch schwadronierte, sich am Obersalzberg herumtrieb usw.

Und nebenbei hat der Tagedieb binnen kurzem ein heilloses Durcheinander im Regierungsapparat angerichtet, um dann hoch, allein, total und seit 1938 absolut über dem Chaos zu thronen. (629: Ende 1934 noch nicht die totale Macht) Wer das wo immer schon las, fragte sich: Und um diesen desolaten Staatsladen mit diesem Staatsarbeitsverweigerer zur Strecke zu bringen, brauchten die gelernten Staatslenker wohlgeordneter Staatsregime – wie viele Jahre Krieg, bitte? Irgendetwas an dieser Geschichte beleidigt den gesunden Menschenverstand wie einst schon das Bild vom Teppichbeißer. In den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft war Hitler in der Reichskanzlei erschienen und hatte das ungeliebte Zimmer bezogen, in dem einst Bismarck residierte und der Reichshund Tyras knurrte. Auf dessen Schreibtisch wurden Hitler Briefe gelegt, die später keiner seiner Sekretäre gewagt hätte, vor des „Führers“ Auge zu bringen. Auf einem dieser Schreiben, eine archivalische Kostbarkeit, die Marginalie: „Diese Dame ist eine Lügnerin“.

Wenn ER, der schon in München den Bürobetrieb gemieden hatte, sich darauf einließ, würde er „Deutschlands Retter“ nicht werden können. Das konnten und mochten andere erledigen. Wer sich mit den extremsten Expansionszielen von 1914/1915 nicht zufrieden gab, konnte sich nicht mit Beschwerden über die Behandlung von Juden befassen. Hitler hat seinen Regierungsstil den Vorsätzen zugeordnet, die ihn leiteten. Dass er ihn durchzusetzen vermochte, bezeugt, dass die seinen nicht die seinen allein waren. Gewiss: Wie jeden anderen Regierungschef bestimmten auch ihn Vorlieben und Abneigungen gegenüber Verpflichtungen des Amtes. Gern bewegte er sich in Industriebetrieben, um die Waffenproduktion zu besichtigen, auf Werften, wenn ein Panzerschiff vom Stapel lief. Schwer denkbar aber, dass er sich in Stallungen eines bei der „Ernteschlacht“ besonders bewährten Erbhofbauern eingefunden hätte. Da bevorzugte er den Massenauflauf am Bückeberg beim Reichserntedankfest.

Hitler konzentrierte sich auf die Außenpolitik und die Aufrüstung, wie Kershaw entwickelt. Er vermerkt sein diplomatisches Geschick, dass sich bereits bei frühen Begegnungen mit hochrangigen Ausländern gezeigt habe. Wie Kershaw aber zu der Auffassung gelangt, der Diktator habe sich um die Innenpolitik nicht gekümmert, bleibt rätselhaft. Sicher ist, dass er diese nur als die Voraussetzung für seine Mission ansah. Doch konnte ihn das nicht zu Desinteresse verleiten. Zum einen waren in der Innenpolitik von ihm ausgewählte verlässliche „Mitkämpfer“ tätig. Das galt für Frick und Schacht ebenso wie für Heinrich Himmler, den – seit 1936 – Chef der Polizei. Zum anderen schaltete sich Hitler in die Innenpolitik ein, sobald Schwierigkeiten auftraten und Fragen von nachhaltiger Bedeutung umstritten wurden. Um nicht wieder von seiner Rolle bei der Abfassung und Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ zu reden: Er setzte, als sich 1934 Beschwerden über Preissteigerungen häuften, einen Reichspreiskommissar ein. Er nahm bestimmt Himmlers Partei, als sich 1935 Bestrebungen bemerkbar machten, das KZ-Regime partiell unter juristische Aufsicht zu stellen und damit dessen Drohung abzuschwächen. Er beauftragte, um die Stimmung zu verbessern, Schacht 1935/1936 entgegen dessen Konzept, für die Aufrüstung bestimmte Devisen zum Kauf von Nahrungsgütern bereitzustellen.

Kershaw kennt dieses Eingreifen, erwähnt es, aber wertet es nicht als Verfahren, geschuldet der zähen Verfolgung der strategischen Ziele. Wiewohl er Gegenargumente selbst liefert, bleibt er dabei, Hitler habe nur die „ideologischen Gebote“, die allgemeine „Aktionsrichtung“ angegeben. Weit gefehlt. Hitler entwickelte die Fähigkeit, sich aus dem Alltag des Regierens und Verwaltens weitgehend herauszuhalten. Er verbrauchte seine Arbeitskraft nicht an Aufgaben und in Auseinandersetzungen, die auf seiner Prioritätenliste weiter unten rangierten. Vielfach dem Tageslärm entrückt, spielte er die Varianten seines Vorgehens gedanklich bis in die Einzelheiten immer wieder durch. Was später als „genialer“ Einfall erschien, war erarbeitet, auf andere Weise als in Rede und Gegen-

rede an Beratungstischen. Wo er in Details eingriff, tat er das vielfach präzise: Angefangen von dem 1933 verlangten Gesetz, dass die Hinrichtung van der Lubbes ermöglichte.

So sehr Hitler Kundgebungen, Paraden und Aufmärsche genoss, sie waren ihm notwendige Erfüllung einer zentralen innenpolitische Aufgabe, die Massen für Regimeziele zu mobilisieren, die ihnen wahrheitsgemäß oder – meist – verlogen bezeichnet wurden. Wirklich und angestrengt gearbeitet habe Hitler, so Kershaw, eigentlich nur, wenn er Reden vorbereitete. Doch zielten sie nicht auf die Festigung und die Funktionstüchtigkeit der Macht? Und blieb Hitler nicht bewusst, dass die NSDAP den Kern der Massenbasis ausmachte? Kershaw übernimmt ein Urteil von Hitlers Pressechef, demzufolge sich der „Führer“ ab Mitte der dreißiger Jahre kaum um die „Parteiarbeit“ gekümmert habe. Wem galten dann die zeitaufwendigen Auftritte in Nürnberg und in München und anderswo zugerechnet? Bei allem, was im Staate geschah, sei es Hitler immer nur um die Wirkung zu tun gewesen, schreibt der Biograph. Eben! Kershaw kommt von einer regierungsbürokratischen Hitlerkritik nicht los. Er charakterisiert ihn als den Urheber der „sich ausbreitenden Unordnung“ (437), des „großen Durcheinanders“, als Zersetzer der „offiziellen Regierungsbürokratie“. Was wäre in Ordnung gewesen, hätte sich der Mann täglich pünktlich in die Wilhelmstraße kutschieren lassen? Wären die Nazideutschen dann auf die britische Insel gekommen oder doch bis in den Kreml?

Indessen bleibt Kershaw die Antwort auf die Frage nicht schuldig, woher das Regime seine Wucht nahm. Dafür habe er bei einem drittrangigen NS-Funktionärs so etwas wie den Schlüssel gefunden. Der Nazi hatte 1934 die Aufgabe aller Partei- und Volksgenossen gestelzt formuliert: sie alle hätten dem Führer „entgegenzuarbeiten“. So ähnlich hatten andere Mitführer Hitlers sich auch ausgedrückt. Das meinte immer, die Deutschen sollten die Anstrengungen ihres Kopfes nicht verwenden, um die Wirklichkeit und darin ihre Interessen zu ergründen, sondern des „Führers“ Intentionen erfassen, am besten noch bevor er sie selbst schlüssig formuliert hatte. Eine Neuentdeckung wird man diesen Text Fund nicht nennen können. Es handelt sich um das Aha-Erlebnis eines Forschers, und damit ist es ein eigen Ding. Niemand bestreitet, dass Millionen Deutsche, NSDAP-Mitglieder oder nicht, begeistert, gläubig, übereifrig oder einfach folgsam sich als Diener des Willens des Führers verstanden. Doch sicher ist ebenso, dass sie sich damit nicht von ihnen gesetzten Zielen zuordneten. So unentbehrlich diese Millionen waren, sie funktionierten nach den Plänen anderer, auf deren Zweckdienlichkeit sie vertrauten. Diese Zuarbeiter konnten auf einer Generallinie, beispielsweise der Judenverfolgung, zusätzlich vorwärtstreibend wirken. Sie vermochten in Einzelfällen den vorgegebenen Rahmen zu überschreiten, aber nur, wenn die und vor allem der Führer schon dabei waren, ihn zu erweitern.

Da Kershaw diesen Zusammenhang nicht ausleuchtet, gerät er – nolens volens – in eine Modelinie der Forschung, die nach der jahrzehntedominierenden Erklärung Hitlers zum Allesbeweger nun die Massen als das tragende und bewegende Element der faschistischen Diktatur entdeckt zu haben meint. Dieser Betrachtung erscheint u. a. das widerwärtige Denunziantentum von gleichgewichtiger Bedeutung wie der Heydrich’sche Polizeiapparat. Derart werden die realen politischen, ökonomischen und ideologischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse neu eingenebelt. Es wird nicht gefragt, in wessen Interesse das System der Konzentrationslager funktionierte, sondern ergründet, wer seinen geschwätzigen Nachbarn hinter Stacheldraht brachte. (Und neuerdings vorzugsweise: Wie sich die Häftlingsgruppen zueinander verhielten und ob der Turm des Buchenwalddenkmals eine Anleihe bei der Naziarchitektur darstelle.)

Das macht Kershaw nicht mit. Dass es hinter und um diesen Hitler einflussstarke Interessenten die Menge und nicht nur diesen massenhaft anzutreffenden Typus der „Entgegenarbeiter“ gab, weiß er und beschreibt er. Wie tut er das? Zumeist nebenbei. Als Beispiel ein Vorfall, der zu den öfter referierten gehört: Hitler hatte 1934 einer von Robert Ley vorgeschlagenen Verordnung zugestimmt, welche den Platz der „Arbeitsfront“ näher bestimmen sollte, so dass deren Funktionäre und die „Treuhänder der Arbeit“ gegenüber den kapitalistischen „Betriebsführern“ einen stärkeren Rückhalt erhielten. Dies stieß in Industriekreisen auf Widerspruch, denen Hitler versprochen hatte, er werde ihr Führertum so wiederherstellen, wie sie es in den glücklichen Vorweltkriegszeiten als „Herrn im

Hause“ genossen hatten. Der Dolmetsch des Einspruchs war Schacht, dem Hitler 1934 „nahezu diktatorische Kontrollvollmachten über die Wirtschaft“ übertragen hatte. Kershaw schreibt: „Da Hitler sich weder den Finanzexperten ... noch die Industriellen zu Gegnern machen durfte, musste er dem Druck nachgeben.“ An anderer Stelle ist es „die politische Vernunft“, die Hitler diktierte, „die von Schacht geführten konservativen Kräfte nicht zu übergehen“. An dritter werden „die wirtschaftlichen Machtbastionen“ erwähnt, gegen welche „der Fanatismus der SA“ kaum eine Chance besessen habe. In keinem Fall schließt sich daran eine tiefere Erörterung der Machtfrage.

Bedeuten die Einwände in ihrer Summe einen Widerruf dessen, was über das Verdienst des Autors gesagt wurde? Der Rat, Kershaw zu lesen, lässt sich zumindest auf die Feststellung eines Rezensenten – von ihm liehen wir uns die Überschrift für diesen Artikel – stützen, es sei das Werk „allemal besser“ als die Biographien, deren Autoren sich auf die Persönlichkeit fixierten, psychologisierten oder sich aufs Irrationale zurückzögen. Ein vollständigeres Urteil über Kershaws Leistung wird 1999 möglich werden, wenn der abschließende Band vorliegt.

Ian Kershaw, Hitler 1889-1936. Aus dem Englischen von Jürgen Peter Krause und Jörg W. Rademacher, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1998, 972 S., DM 88,00.

konkret, 1999, Heft 1, S. 56.

„Wann ist Weihnachten?“

Der Behindertenmord als Auftakt des Genozids

Wem der Verfasser dieses Buches auch nur flüchtig begegnete, der mochte ihn augenblicklich als einen jener Forscher erkennen, die hinter der Sache, um die es ihnen geht, die eigene Person ganz zurücknehmen. Dabei wären vielen neue Erkenntnisse zugekommen, hätte sich Henry Friedlander nach der Beendigung seiner bedeutenden Arbeit auf eine Tour zu deutschen Universitäten aufgemacht. 1930 in Berlin geboren, Überlebender von Auschwitz und anderen Konzentrations- und Vernichtungslagern, hat er über Jahrzehnte sich mit der Frühgeschichte des deutsch-faschistischen Menschenmordens beschäftigt und in Beziehung zu setzen gesucht, was gemeinhin noch immer separiert und von manchen auch in besondere Schubladen sortiert wird. Schon 1981 trug Friedlander vor einer Jahresversammlung der amerikanischen Historikergesellschaft die Ergebnisse seiner Forschungen vor, die sich auf das Material stützten, das durch die Gerichtsprozesse angehäuft war, in denen die Täter der „Euthanasie“-Verbrechen angeklagt worden waren. Das begann mit dem Prozess gegen Beteiligte an den Kranken- und Behindertenmorden in der berüchtigten Anstalt in Hadamar und dem ersten der Nürnberger Nachfolgeprozesse, dem „Ärzteprozess“.

Trotz dieses mehrfachen juristischen Auftakts, in dessen Verlauf eine aus hunderttausenden Gliedern bestehende Kette von heimtückischen Untaten an vollkommen Wehrlosen bloßgelegt wurde, hat sich die Geschichtswissenschaft mit dem Gegenstand lange nicht befasst. Das mag nicht zuletzt daran gelegen haben, dass das Thema stärker noch als die Massenmorde an den militärisch bewachten Orten der Vernichtung von Kriegsgefangenen, Juden und Zigeunern augenblicklich in Fragen ausmündete, die sich nicht nur an das Personal von Wehrmacht, SS, Gestapo und Sicherheitspolizei richteten. Hier musste die Rede sein von Universitätsprofessoren der Medizin, von Ärzten, Pflegern und Verwaltern in Stätten, die fälschlich nur noch den Namen von Heil- und Pflegeanstalten führten, weiter vom Personal sog. Gesundheitsgerichte und -ämter und nicht zuletzt auch von Eltern derjenigen, die durch Nahrungsentzug, mittels verabreichter Überdosen von Medikamenten, durch tödliche Injektionen und in Gaskammern umgebracht wurden. Und die Orte der Verbrechen besaßen keine fremdklingenden Namen, hießen nicht Sobibor oder Belzec, sondern Kaufbeuren und Stadtroda, nicht Chełmno und Treblinka, sondern Grafeneck und Bernburg.

Friedlander gelangte zu der Überzeugung, dass die Morde an den Anstaltspatienten „als Auftakt zum NS-Genozid zu untersuchen seien“. Schrittweise überwand er den Trennungsstrich, der nicht nur von Geschichtswissenschaftlern zwischen dem Judenmord und der Tötung anderer Menschengruppen gezogen worden war, während das Regime doch drei dieser Gruppen systematisch hingemordet hatte, „die Behinderten, die Juden und die Zigeuner“. Und zwar beginnend in eben dieser Reihenfolge, wobei später die Untaten zeitlich parallel fortgesetzt wurden. Die Praxis der Vernichtung der Kranken und Behinderten, konstatiert Friedlander, gab das Modell für „sämtliche Vernichtungsaktionen“ ab. Diese Tatsache wie die erwähnte Vernachlässigung des Themas, dem sich erst in den letzten etwa anderthalb Jahrzehnten auch deutsche Forscher der jüngeren Generation zuwandten, veranlassten Friedlander, es in den Mittelpunkt seiner Forschung zu setzen.

Nun verdanken wir dem seit 1947 in den USA lebenden Professor für Zeitgeschichte am Brooklyn College, City University of New York, eine detaillierte Untersuchung, die nach einem Blick in die „Ausgangslage“ des Jahres 1933, die vorwiegend wissenschaftliche, ideologische und moralische Befunde aufnimmt, das zwischen 1933 und 1941 Geschehene chronologisch rekonstruiert. Sie setzt mit der Gesetzgebung und Praxis der Sterilisierung wirklich oder vermeintlich Erbkranker ein und führt über die Darstellung des Mordes an behinderten Kindern und Erwachsenen zur Ausgrenzung der Zigeuner und weiter zur (ebenfalls weitgehend aus dem Blickwinkel geratenen) Tötung der behinderten Juden. Sie schließt mit einem summarischen Ausblick auf den Beginn und die Methodik der einsetzenden systematischen Ermordung der europäischen Juden ab.

Dabei wechselt die Darstellung von der nüchternen Wiedergabe der Entschlüsse und Ereignisse, von der Aneinanderreihung bürokratischer Maßnahmen, durch welche die Täter gewonnen und formiert und die Opfer erfaßt und herbeigeschafft wurden, von der Wiedergabe der Lebensläufe der

Schreibtischmörder und der Täter vor Ort, von denen die einen SA- und SS-Uniformen oder Zivil trugen, die anderen sich in weißen Kitteln tarnten, immer wieder zu einprägsamen Detailbildern, die vom Schicksal der Opfer handeln. Mit ihnen räumt Friedlander am eindrucksvollsten die später vor Gericht immer wieder gehörten Rechtfertigungen beiseite, die Beteiligten hätten sich von wissenschaftlichen Erkenntnissen und humanen Erwägungen leiten lassen. Versessen auf die „biologische Säuberung“ ließen sie beispielsweise die gemeldeten Kandidaten für eine zwangsweise Sterilisierung fragen „Wer war Bismarck?“ „Wer entdeckte Amerika“ oder „Wann ist und was bedeutet Weihnachten?“ Doch auch wer darauf laut Protokoll „überraschend prompte Antworten“ geben konnte, war gegen das Urteil „Debilität“ und die Folgen nicht gesichert.

Friedlander lässt als Antriebe der Verbrecher ideologische und nichtideologische Beweggründe gelten. Quantifizierend sind sie voneinander nicht zu trennen. Die Mörder der Kranken, Behinderten, Juden, Zigeuner mochten sich ausschließlich von menschenfeindlichen rassistischen Idealen leiten lassen. Was sie taten, ordnete sich nichtsdestoweniger einem über die bloße Vernichtung von angeblich Lebensunwerten und von vorgeblichen Feinden weit hinausgehenden Gesamtentwurf imperialer Zukunftsplanung zu, für die sich beim Blick in die deutsche Geschichte Tradition und Bruch auffinden lassen. Die wissenschaftliche Darstellung dieses Zusammenhangs erweist sich als immer dringender.

Henry Friedländer, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Aus dem Amerikanischen von Johanna Friedmann, Martin Richter und Barbara Schaden, Berlin Verlag Berlin 1997, 640 S.

junge Welt, Montag, 21. Dezember 1998.

Personenregister

A

Abendroth, Wolfgang 10, 13, 469, 652
Abram, Ido 697
Adenauer, Konrad 342, 753, 757, 779
Akçam, Taner 717, 718
Altman, Ilja 392
Alvensleben, Busso Graf von 163
Aly, Götz 352, 628, 672
Amann, Max 735
Anacker, Heinrich 71
Anderl, Gabriele 209
Andropow, Juri Wladimirowitsch 625, 636
Antonescu, Ion 392
Apitz, Bruno 361, 362, 363, 374, 382, 401
Arad, Yitzhak 393
Arendt, Hannah 199, 380, 385
Ash, Mitchell G. 442, 447
Augstein, Rudolf 430

B

Bach, Johann Sebastian 87
Bachmann, Botho 589
Bachmann, Kurt 637
Backe, Herbert 763
Baeck, Leo 208
Bahr, Egon 453
Baier, Lothar 741, 750
Baque, James 520, 708
Baraki, Matin 9
Bartel, Horst 633, 656
Bartel, Walter 350, 367, 368, 381
Bartov, Omer 431
Bauer, Yehuda 322, 323
Bayern, Rupprecht von 114
Bebel, August 627, 656
Becher, Johannes R. 738
Bechstein, Edwin 793
Beck, Friedrich 589
Beck, Józef 64
Becker, Johannes M. 9
Becker, Sophinette 324
Beckmann, Max 712
Beethoven, Ludwig van 87, 624
Beitz, Berthold 551
Bejarano, Esther 354
Benser, Günter 461, 514
Bensing, Manfred 417
Benz Wolfgang 654, 656, 657
Benz, Wolfgang 457, 477, 526, 530, 534, 688, 741
Berger, Gottlob 692, 693
Bergtel, Lotte 510
Bernitz, Bruno 510
Bernstein, Eduard 50
Bernstein, Richard 431
Best, Werner 533, 548
Besymenski, Lew Alexandrowitsch 121
Beyer, Frank 361, 376, 382, 386, 401
Biermann, Wolf 631
Bies, Luitwin 10, 11, 624
Birn, Ruth Bettina 666, 667, 672
Bisky, Lothar 461, 462
Bismarck, Otto von 417, 421, 789, 805, 809
Bittermann, Klaus 431
Black, Peter 533, 548
Blänsdorf, Agnes 663
Bleicher, Willi 362, 381
Bloch, Ernst 726
Blodig, Vojtěch 651
Blomberg, Werner von 763
Bock, Fedor von 169, 170
Boehmer, Hans-Rudolf 509
Bohle, Gottfried 191
Böhme, Hans Joachim 171
Bondy, Ruth 209
Bormann, Martin 67, 76, 497, 504, 505, 533, 572, 573, 724
Bormann, Martin jun. 504, 505
Botz, Gerhard 291
Bouhler, Philipp 76
Böwe, Kurt 658
Bracher, Karl Dietrich 23
Brack, Viktor 34
Brandler, Heinrich 145
Brandt, Helmut 181
Brandt, Willy 712
Brauchitsch, Walther von 74, 80
Braun, Eva 77
Brecht, Bert 57, 246, 311, 361, 417, 578, 657, 804
Breker, Arno 74
Brendler, Gerhard 417
Breschnew, Leonid Iljitsch 625, 636, 747
Breslauer, Max 737
Brie, André 486, 489, 750, 751
Bronfman, Edgar 454
Bronkowski, Bronisław 783
Broszat, Martin 15, 17, 165, 166, 313, 334, 518, 519, 701, 802
Broué, Pierre 742, 743
Browning, Christopher R. 429, 438, 665, 802
Brüning, Heinrich 143, 146, 263, 277, 481, 787
Bruno, Giordano 283
Bruns, Christa 493
Bubis, Ignatz 708
Bühler, Josef 190, 191, 195, 197, 204, 205, 234
Bullock, Alan 768, 802
Bülow, Bernhard von 417
Bünger, Siegfried 611
Burger, Anton 209
Busse, Ernst 351, 368, 369
Butterwegge, Christoph 567

C

Caesar, Gaius Julius 149
Carell, Paul 708
Castro, Fidel 745, 750
Chamberlain, Neville 61, 62, 64, 82, 758, 790

Chervel, Thierry 742
Christensen, Hansdieter 509
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 139, 154, 264, 625, 626, 744, 747, 748
Churchill, Winston 61, 167, 339, 484, 552, 572, 580, 758, 768, 802
Conze, Werner 664
Coughlin, Ellen K. 433
Coulondre, Robert 68
Courtois, Stéphane 687, 688, 689, 742, 743, 744, 747, 748, 749, 750, 751
Cremer, Fritz 361, 455, 712
Cromwell, Oliver 611

D

Dähn, Ewald 371
Dahrendorf, Gustav 486
Daladier, Édouard 132, 758
Daluege, Kurt 198, 286
Dannecker, Theodor 548
Darré, Walther 763
Demut, Fritz 737
Dietl, Eduard 522
Dietl, Helmut 329, 730
Dietrich, Christine 594
Dietrich, Sepp 76
Dimitroff, Georgi 152, 153, 240, 256, 260, 276, 277, 278, 470, 598, 651, 698, 700, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 789, 790, 794, 796, 797
Diner, Dan 354
Dirksen, Herbert von 696
Dirksen, Victoria von 695
Dohna-Schlobitten, Friedrich Ferdinand Alexander zu 238
Dönitz, Karl 274, 284, 329, 402, 496, 507, 509
Dörner, Bernward 492
Dostojewski, Fjodor Michailowitsch 576
Drewes, Fredeke 610
Drewes, Hartmut 10, 610, 613, 655
Dreyfus, Alfred 323
Dürkop, Marlies 273
Dutt, Palme 791, 792
Düx, Heinz 13

E

Ebert, Friedrich 68
Eckert, Erwin 9
Eckert, Rainer 527
Edelheit, Abraham J. 427, 428
Eher, Franz 735
Ehrenburg, Ilja 392
Eichholtz, Dietrich 328, 329, 500, 501, 605
Eichmann, Adolf 20, 21, 160, 161, 165, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 199, 201, 202, 203, 204, 205, 215, 216, 219, 220, 221, 224, 225, 226, 227, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 266, 267, 268, 269, 291, 297, 354, 359, 360, 380, 385, 389, 428, 439, 453, 459, 467, 468, 496, 533, 548, 562, 586, 597, 657, 705, 734
Eisen, Walter 737
Eisner, Kurt 16
Elm, Ludwig 567
Engel, Gerhard 619
Engelberg, Ernst 12, 417
Engels, Friedrich 42, 242, 416, 419, 501, 592, 745, 750, 789, 804
Enzensberger, Hans Magnus 167
Epstein, Friedrich 611
Epstein, Paul 209
Erb, Rainer 426
Erbach-Erbach, Alexander Graf zu 163, 164
Erdmann, Karl Dietrich 660, 661, 662, 663, 664, 669, 670
Erzberger, Matthias 16, 417
Eschwege, Helmut 245, 254, 401

F

Falk, Waltraud 623
Faulenbach, Bernd 462, 488, 518
Fechner, Max 483
Federn, Ernst 361
Feldstein, Otto 389
Fest, Joachim C. 418, 423, 768, 802
Feuchtwanger, Lion 102, 105, 753
Fink, Heinrich 10, 249, 270, 271, 272, 273, 324, 406, 407, 408, 613, 614, 640, 641, 642, 644, 645, 646, 650, 711
Finkelstein, Norman 673
Finker, Kurt 729
Fisch, Walter 636
Fischer, Fritz 749
Fischer, Joseph (Joschka) 689
Fischer, Werner 622
Fischer-Schweder, Bernhard 171
Fladung, Johann 737
Fleischer, Hagen 501
Flick, Friedrich 17, 713, 776, 794
Florin, Wilhelm 139
Fock, Gorch 509
Ford, Henry 576
Franco, Francisco 45, 62, 75, 92, 294, 618, 796
Frank, Hans 16, 26, 29, 30, 33, 34, 36, 190, 197, 292, 497, 667
Franken, Isa von (d. i. Bella Fromm) 290
Franz Joseph I. 690
Freisler, Roland 181, 224, 235
Frey, Gerhard 715
Frick, Wilhelm 67, 85, 280, 344, 558, 805
Fricke, Kurt 98, 724
Friedersdorff, Wolfram 503, 513
Friedländer, Albert 208
Friedlander, Henry 808, 809
Friedländer, Saul 739, 740
Friedman, Michel 324, 325, 534
Friedrich I. (Barbarossa) 109, 110, 111
Friedrich II. 70, 82, 83, 111, 249, 417
Friedrich, Jörg 329, 330, 331
Fröhlich, Elke 334
Fromm, Bella (d. i. Isa von Franken) 290
Fuchs, Emil 9
Fuchs, Jürgen 434
Fuchs-Kittowski, Klaus 9
Fülberth, Georg 9

Funk, Walther 163, 260
Furet, François 689, 749

G

Gafencu, Grigore 64, 69, 80
Galinski, Heinz 454
Gall, Lothar 426
Ganor, Solly 530
Ganzenmüller, Albert 218, 220, 221
Gass, Karl 312
Gauck, Joachim 272, 641, 643, 647, 649, 650, 651, 719, 720, 721
Gaus, Günter 453
Gehlen, Arnold 458
Gehrcke, Wolfgang 462, 593
Geick, Juliane 450
Geiger, Hansjörg 272, 273
Geiger, Nicolaus 111
Genscher, Hans-Dietrich 313
Gentzen, Felix-Heinrich 185
Geschonneck, Erwin 361, 364, 375
Giese, Walter 510
Giesecke (Domainen- und Ordens-Kammerrat) 238
Giesler, Hermann 74
Gilsenbach, Reimar 239
Ginsberg, Ernst 11
Giordano, Ralph 324, 678, 711
Globke, Hans Maria 162, 224, 302, 468, 476, 693
Glotz, Peter 429, 433
Goebbels, Joseph 16, 22, 23, 45, 53, 55, 65, 66, 69, 70, 71, 74, 85, 96, 97, 99, 100, 104, 135, 167, 168, 169, 198, 292, 314, 329, 334, 335, 336, 337, 344, 388, 478, 496, 556, 557, 569, 573, 582, 675, 676, 693, 695, 696, 706, 724, 738, 759, 763, 769, 773, 802, 803, 804
Goerdeler, Carl 155, 729
Goethe, Johann Wolfgang von 87, 557
Goguel, Rudi 401
Goldhagen, Daniel Jonah 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 477, 478, 479, 496, 506, 524, 526, 527, 531, 536, 546, 547, 551, 552, 665, 666, 667, 668, 671, 672, 673, 702, 703, 739, 742, 750, 753, 754,765, 770
Goldhagen, Erich 15
Goldschlag, Stella 296, 297
Goldschmidt, Henriette 296
Goldstein, Kurt 11, 367, 385
Goldstein, Maurice 652
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 134, 154, 612, 625
Göring, Hermann 16, 18, 30, 35, 36, 71, 76, 104, 117, 160, 161, 189, 194, 196, 198, 202, 224, 228, 229, 230, 231, 235, 280, 291, 292, 299, 344, 359, 396, 402, 419, 460, 465, 496, 506, 539, 573, 580, 598, 675, 676, 696, 713, 724, 762, 763, 774, 803, 804
Goschler, Konstantin 457
Gossweiler, Kurt 242, 418, 598, 599, 605, 622
Graf, Gerald 737
Grahn, Werner 514
Grass, Günter 430
Grau, Günter 288
Graziani, Rodolfo 602
Grebing, Helga 488
Greifelt, Ulrich 205
Greiser, Arthur 29, 30, 34, 37
Grewe, Wilhelm 455
Griewank, Karl 185, 654
Groehler, Olaf 410
Groener, Wilhelm 603, 604
Gromyko, Andrej Andrejewitsch 121
Große, Christina 476
Grossman, Wassili 392
Grotewohl, Otto 483
Gruner, Wolf 654, 667
Grzesinski, Albert 144
Guderian, Heinz 138
Gudopp, Wolf-Dieter 9
Günther, Hans Friedrich Karl 693, 705
Günther, Rolf 266
Gutman, Israel 427
Gutsche, Willibald 388, 417
Gysi, Gregor 453, 456, 462, 487, 644

H

Haber, Fritz 42
Habermas, Jürgen 474, 516, 521
Haffner, Sebastian 213, 415, 418, 424, 691, 727, 728
Hager, Kurt 248, 283, 418, 625
Halder, Franz 98
Hallstein, Walter 304, 306, 733
Hamilton, Douglas Douglas-Hamilton, 14. Duke of 581, 582
Hanna-Daoud, Thomas 464
Harich, Wolfgang 458
Harns, Robert 431
Hartenberger, Richard 291
Hartmann, Nikolai 458
Haug Wolfgang F. 694
Hauser, Harald 711
Haushofer, Albrecht 581
Hausser, Paul 779
Havemann, Robert 631
Heartfield, John 422, 737
Hebold, Otto 473
Hecker, Thomas 14
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 87, 458
Heiden, Konrad 418
Heim, Susanne 352
Heinemann, Gustav 614
Heinrich I. 111
Heise, Wolfgang 244
Heitmann, Steffen 324
Helldorf, Wolf-Heinrich Graf von 676
Heller, Hermann 678
Henderson, Nevile 68
Henkell, Otto 284
Hentschel, Paul 180, 181, 182
Herbert, Ulrich 533, 548
Hermand, Jost 708
Hermann, Joachim 616, 617
Hermann, Max 42
Hermlin, Stephan 90, 453, 455
Hertz, Joseph Hermann 737

Heß, Rudolf 70, 71, 196, 402, 495, 504, 506, 544, 572, 573, 574, 580, 581, 582, 583, 682, 685, 764, 803
Heuer, Uwe-Jens 751
Heuss, Theodor 523, 703
Heydrich, Reinhard 16, 18, 19, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 53, 67, 159, 160, 161, 162, 168, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 207, 214, 215, 216, 220, 223, 224, 225, 226, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 266, 279, 280, 286, 289, 291, 301, 358, 359, 360, 428, 439, 460, 465, 496, 533, 548, 586, 587, 597, 602, 640, 705, 773, 806
Heyl, Matthias 697
Heym, Stefan 453, 455, 456
Heymann, Stefan 241, 242, 244, 362, 387
Hilberg, Raul 355, 357, 445, 665, 672, 673
Hillgruber, Andreas 15, 474, 516, 517, 518
Himmler, Heinrich 16, 18, 23, 26, 32, 34, 35, 70, 85, 86, 115, 135, 160, 189, 201, 216, 220, 221, 229, 279, 291, 301, 327, 358, 359, 414, 428, 460, 465, 496, 548, 573, 598, 676, 692, 705, 754, 772, 778, 779, 802, 805
Hindenburg, Paul von 88, 113, 114, 141, 146, 203, 277, 417, 419, 420, 421, 545, 675, 676, 756, 761
Hintze, Peter 722
Hiob, Hanne 657
Hirsch, Rudolf 248
Hitler, Adolf 15, 16, 17, 18, 20, 22, 23, 32, 33, 34, 35, 39, 41, 44, 45, 47, 49, 50, 55, 56, 57, 58, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 93, 94, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 114, 115,117, 121, 122, 124, 125, 128, 129, 130, 132, 133, 134, 135, 137, 141, 143, 146, 147, 148, 155, 157, 160, 162, 165, 167, 168, 169, 170, 177, 178, 189, 195, 196, 201, 202, 213, 214, 216, 218, 221, 228, 229, 233, 235, 237, 242, 246, 251, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 262, 263, 264, 267, 269, 274, 277, 278, 284, 286, 287, 290, 291, 292, 294, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 307, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 327, 329, 330, 335, 336, 338, 339, 344, 345, 346, 347, 356, 357, 358, 359, 396, 402, 403, 413, 414, 415, 416, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 427, 428, 434, 435, 438, 440, 441, 443, 444, 451, 453, 460, 465, 474, 475, 477, 478, 495, 496, 497, 504, 505, 506, 507, 509, 516, 517, 519, 521, 523, 531, 532, 533, 534, 537, 538, 544, 545, 548, 552, 553, 556, 557, 558, 559, 563, 569, 572, 573, 580, 581, 582, 583, 589, 598, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 610, 611, 618, 639, 645, 649, 661, 662, 663, 666, 667, 672, 673, 675, 676, 677, 684, 685, 690, 691, 692, 694, 695, 696, 700, 702, 705, 706, 707, 722, 724, 727, 729, 730, 731, 732, 735, 738, 739, 740, 742, 750, 753, 754, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 768, 769, 771, 772, 773, 774, 775, 778, 779, 787, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 797, 802, 803, 804, 805, 806, 807
Hobbes, Thomas 503, 513
Hobsbawm, Eric 13, 767, 771
Hoffmann, Andrea 450
Hoffmann, Heinrich 76
Hoffmann, Helmut 532
Hoffmann, Joachim 519
Hofmann, Gunter 526, 527
Hofmann, Otto 196, 197, 204, 205, 225, 233, 234
Hohenzollern, Prinz Ferdinand von 238
Hohmann, Joachim S. 239, 473
Hollweg, Max 778
Holz, Hans Heinz 9, 13
Honecker, Erich 157, 251, 303, 417, 434, 453, 457, 612, 625, 654, 715
Honecker, Margot 594, 730
Horkheimer, Max 586
Horthy, Miklós 56, 142, 449, 453
Höß, Rudolf 428
Hugenberg, Alfred 137, 147, 148, 258, 260, 277, 278, 699, 764, 804
Hundertmark, Willi 613
Hundrieser, Emil 111
Hussein, Saddam 167, 645

I

Imhoff, Hans 757
Irving, David 237, 685, 708

J

Jäckel, Eberhard 429, 616, 662, 663, 669, 742, 802
Jackson, Robert H. 713
Jäger, Michael 593
Jagoda, Genrich Grigorjewitsch 748
Jakowlew, Alexander Nikolajewitsch 121
Janka, Erwin 647
Jeschow, Nikolai Iwanowitsch 748
Jodl, Alfred 329, 496, 497, 507, 582, 713
Joffe, Josef 431, 440
Jogiches, Leo 16
Jong, Louis de 175
Jospin, Lionel 689
Junge, Heinz 778
Junkers, Hugo 410

K

Kádár, János 745
Kaden, Helma 550
Kahlenberg, Friedrich P. 274, 550
Kahn, Siegbert 241, 242, 244, 245
Kaienburg, Hermann 439
Kalckreuth, Eva von 163
Kaltenbrunner, Ernst 191, 279, 496, 497, 533, 548
Kant, Immanuel 87
Kapp, Wolfgang 104
Kappler, Herbert 467
Karl der Große 67
Kárný, Margita 651
Kárný, Miroslav 208, 651
Katzmann, Friedrich 551
Kaul, Friedrich Karl 713
Kautsky, Benedikt 364
Kautsky, Karl 50, 242
Kehrig, Manfred 519
Keim, Wolfgang 726

Keitel, Wilhelm 74, 80, 329, 496, 713, 725
Kempner, Robert M. W. 192, 198, 199, 204, 223, 224, 232, 235, 279, 360, 403, 713
Kennedy, John F. 768, 802
Keppler, Wilhelm 260, 764
Kershaw, Ian 598, 768, 787, 802, 803, 804, 805, 806, 807
Keßler, Mario 457
Kiesinger, Kurt Georg 302, 693, 757
Kipphardt, Heiner 754
Kirchner, Peter 457
Kirdorf, Emil 17, 803
Klaubert, Birgit 514
Klaus, Josef 391
Klein, Helmut 609, 612, 623
Klemperer, Eva 136, 579
Klemperer, Victor 12, 136, 378, 404, 455, 545, 579, 712
Klenner, Hermann 503, 513, 514
Klessmann, Christoph 518
Klopfer, Gerhard 196, 198, 206
Klowski, Daniel 362, 387, 400
Klowski, David (Vater von Daniel Klowski) 362
Knauer, Wilfried 607
Knochen, Helmut 467
Knopp, Guido 423, 424, 705, 739, 799
Köbis, Albin 491, 509
Kocka, Jürgen 768
Kogon, Eugen 350, 366, 367, 368, 369, 379
Kohl, Helmut 163, 313, 340, 474, 485, 516, 517, 689, 722, 731, 757
Kohout, Pavel 633
Kolbe, Georg 712
Köller, Heinz 611
Kopelew, Lew Sinowjewitsch 432, 444
Kossok, Manfred 656
Krämer, Walter 351
Kraus, Karl 277, 278
Kreisky, Bruno 391
Krenz, Egon 461, 612
Kritzinger, Friedrich Wilhelm 192, 196, 198, 205, 224, 225, 235
Krosigk, Lutz Graf Schwerin von 163, 280, 345
Krüger, Wilhelm 26, 33, 34, 190, 191
Krumey, Hermann Alois 705
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 703, 713, 794
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 402, 570, 690, 762, 763, 804
Kruschwitz, Heidemarie 550
Kübler, Joerg 730
Kübler, Ludwig 522
Kuby, Erich 459
Kuczynski, Jürgen 283, 567, 737
Kuczynski, Thomas 592
Kühnl, Reinhard 9, 413, 434, 443, 444, 469, 614, 652
Kun, Béla 453
Kunkel, Werner 163, 164
Kustosch, Brigitte 11, 12
Küttler, Wolfgang 592, 593

L

Lafontaine, Oskar 12, 488
Lammers, Hans Heinrich 191, 196, 725
Lang, Jochen von 289
Langbein, Hermann 352, 372, 379, 385
Lange, Rudolf 161, 195, 196, 197, 205, 224, 234, 235
Lanzinger, Hubert 73
Lassalle, Ferdinand 42
Laudien, Ulla 510
Lederer, Emil 40
Leeb, Wilhelm Ritter von 169, 329
Lehnich, Oswald 693
Leibbrandt, Georg 196, 198, 205
Leisewitz, André 14
Leitner, Franz 362
Lenin, Wladimir Iljitsch 125, 304, 480, 483, 485, 503, 513, 610, 617, 625, 644, 699, 733, 743, 747, 748, 749
Leo, Fritz 563
Leo, Gerhard 563
Leonhard, Wolfgang 462, 486, 656
Less, Avner 160, 161, 192, 226, 359, 360
Lettow Vorbeck, Paul von 507
Lettow, Fritz 563, 564
Levi, Primo 379, 383
Leviné, Eugen 16
Ley, Robert 74, 314, 556, 569, 570, 573, 584, 696, 764, 806
Lichtenstein, Heiner 439, 534
Lieberam, Ekkehard 9
Liebermann, Max 632
Liebknecht, Karl 16, 113, 749
Lill, Rudolf 693
Limbach, Jutta 516
Lippert, Julius 65
List, Wilhelm 74
Loeser, Tony 450
Lubbe, Marius van der 806
Ludwig, Emil 416
Lukács, Georg 438, 458, 527
Luther, Martin (Reformator) 417
Luther, Martin (Unterstaatssekretär) 196, 197, 204, 205, 224, 225, 235
Luxemburg, Rosa 10, 16, 50, 113, 749

M

Madajczyk, Czesław 328, 550
Maizière, Lothar de 619
Malinowski, Rodion Jakowlewitsch 337
Malycha, Andreas 481
Mann, Erika 44, 45, 46, 47, 48
Mann, Heinrich 64, 77, 83, 663
Mann, Klaus 45
Mann, Thomas 44, 45, 55, 56, 61, 83
Manoschek, Walter 440
Mao Tse-tung 768, 802
Margolin, Jean-Louis 741, 745
Margry, Karel 209
Markov, Walter 656, 711
Markus, Gertrud 622
Martial, Marcus Valerius 576
Marx, Karl 10, 50, 156, 242, 408, 416, 485, 503, 513, 520, 592, 605, 619, 634, 636, 640, 689, 701, 721, 733, 749, 767, 771, 776, 785, 789, 804

Maser, Jonny 209
Mason, Tim 802
Matern, Hermann 635
Materna, Ingo 646
Mattheuer, Wolfgang 712
Mayer, Alfred 235
Mayer, Gustav 42
McCarthy, Joseph 713
Mehring, Franz 54, 90, 113, 242, 416
Meinecke, Friedrich 795
Mende, Erich 673
Mendelssohn, Moses 665
Menzel, Adolph von 70, 756
Menzel, Herybert 71
Messerschmidt, Manfred 499, 523, 730
Messerschmitt, Willy 507
Metternich, Clemens Wenzel Lothar von 696
Meusel, Alfred 737
Meyer, Alfred 196, 197, 198, 204, 205, 224, 234
Meyer, Alwin 354
Meyer, Ernst Hermann 737
Meyer, Gert 9
Meyer-Hetling, Konrad 327
Mielke, Erich 270, 455, 547, 625, 650
Mittenzwei, Ingrid 417
Mittenzwei, Werner 417
Mitterand, François 338
Mitzenheim, Moritz 450
Modrow, Hans 398, 462, 614, 637, 711
Mohrmann, Walter 629
Mölders, Werner 603
Möller, Horst 334
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 84, 121, 122, 127, 128, 130, 131, 132
Mommsen, Hans 422, 454, 765, 802
Morgenstern, Herbert 778
Moser, Jonny 291
Mosisch, Wilhelm 510
Muchitdinow, Nuritdin Akramowitsch 645
Mückenberger, Erich 636
Mühl-Benninghaus, Sigrun 589, 590
Mulisch, Harry 354
Müller, Hanfried 13
Müller, Heiner 463
Müller, Heinrich (Gestapo-Müller) 193, 194, 196, 197, 205, 224, 226, 360, 533, 548, 705
Müller, Hermann 144
Müller, Norbert 174, 550
Müller, Peter 440
Müller, Rolf-Dieter 330
Müller-Mertens, Eckhard 407
Müntzer, Thomas 417
Mussolini, Benito 56, 63, 67, 82, 137, 294, 318, 319, 320, 545, 600, 601, 602, 618, 678, 707, 759, 795

N

Napoleon I. 168
Napoleon III. 789
Naumann, Klaus 567
Naumann, Konrad 624, 627
Nestler, Ludwig 175, 274, 550, 656
Neubert, Ehrhart 721, 722
Neumann, Alfred 625
Neumann, Erich 198, 204, 205, 224, 234, 235
Neurath, Konstantin Freiherr von 286, 345, 692
Nick, Harry 503, 513
Nickel, Erich 623, 628
Niedhart, Gottfried 694
Niethammer, Lutz 349, 351, 361, 382, 383, 384, 385, 386, 518, 563, 703
Nietzsche, Friedrich 458
Nili, Keren 209
Nitsche, Paul 178
Nolte, Ernst 87, 516, 517, 518, 520
Nothnagel, Hans 371
Novak, Franz 220, 221, 266, 267, 268, 269, 291, 705
Nowojski, Walter 404, 545
Nuschke, Otto 181

O

Oberländer, Theodor 693
Oeding (Commissarius Krieges-Rath) 238
Oertel, Manfred 500
Oetker, August 254
Oeynhausen, Adolf von 695, 696
Ogorreck, Ralf 460, 465
Olden, Rudolf 55
Olschewski, Christa 626, 653
Opitz, Reinhard 613, 794
Orsenigo, Cesare 69
Ossietzky, Carl von 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 323, 421, 485, 499, 609, 685, 753
Ovid 576

P

Papen, Franz von 114, 145, 146, 147, 164, 257, 262, 281, 419, 421, 422, 481, 540, 760, 761, 762, 763, 764, 787, 793
Paterna, Erich 261, 598, 622
Pätzold, Armin 11, 649, 658
Pätzold, Barbara 11, 13, 641, 658
Pätzold, Sabine 11
Paul, Jean 458
Paulus, Friedrich 337
Paulus, Günter 263, 278
Peix, Karl 351
Pepperle, Heinz 612, 627
Petersdorff, Jutta von 10
Petrick, Fritz 289, 550
Petscheck, Julius 774
Petzold, Joachim 557, 760, 761, 762, 764
Pieck, Arthur 681
Pieck, Wilhelm 139, 483, 681, 782, 786, 792
Piesche, Margarete 550
Pietzsch, Albert 764
Pilatus, Pontius 260
Planck, Max 41, 407
Platon 576
Plechanow, Georgi 304, 416
Plivier, Theodor 491
Plutarch 149
Pohl, Dieter 588, 666, 667, 672
Porsche, Ferdinand 74

Pot, Pol 745
Prange, Thorsten 509
Preller, Hugo 185
Preuß, Teddy 457
Preußen, August Wilhelm von 695
Preußen, Eitel Friedrich von 114
Preußen, Wilhelm von 110, 111, 112, 114, 115
Priebke, Erich 499
Prokop, Siegfried 458
Przybylski, Peter 165
Puckert, Berthold 500
Püschel, Almuth 511

Q

Quisling, Vidkun 448

R

Rademacher, Franz 31, 32, 36
Raeder, Erich 74, 80, 329, 490, 509
Rahm, Karl 209
Raim, Edith 209
Rasche, Karl 79, 245
Rathenau, Walther 16
Reagan, Ronald 516
Reich, Ines 729
Reichpietsch, Max 491, 509
Reinefarth, Heinz 389
Reinhard, Wilhelm 115
Reinhardt, Max 277
Reinicke, Hermann 330
Reischle, Hermann 763
Reitlinger, Gerald 200, 266, 355
Remak, Robert 42
Remarque, Erich Maria 552
Reschke, Erich 351, 368, 369
Ribbeck, Friedrich-Carl von 163
Ribbentrop, Joachim von 68, 97, 121, 122, 124, 127, 128, 130, 131, 132, 133, 192, 205, 284, 495, 497, 705, 706
Ridder, Helmut 13
Riedl, Ralf 14
Ringelblum, Emanuel 285
Ringstorff, Harald 462
Ritter, Gerhard A. 669
Roeder, Manfred 603, 604
Röhm, Ernst 277, 346, 418, 598, 605, 664, 670, 764, 771, 778, 791, 792
Röhr, Rita 655
Röhr, Werner 550
Römer, Peter 9
Rommel, Erwin 507
Roosevelt, Franklin D. 63, 64, 77, 790
Roscher, Paul 636
Rosenberg, Alfred 16, 72, 85, 87, 135, 424, 495, 580, 581, 700, 724
Rosenberg, Arthur 43
Rosenberg, Tina 546, 547
Rosenfeld, Günter 407, 611, 626
Rosenkranz, Herbert 291
Rössler, Mechthild 327
Roth, Karl Heinz 327, 500
Rothkirchen, Livia 208
Rübenach, Paul Freiherr Eltz von 345
Rudenko, Roman Andrejewitsch 122
Ruge, Wolfgang 9, 12, 13, 417, 418, 747, 749, 760
Rüger, Adolf 623, 628
Rühe, Volker 603
Rundstedt, Gerd von 169
Rußwurm, Heinrich Freiherr von Gleichen 695
Rust, Bernhard 45
Rüter, Christiaan F. 471, 800, 801

S

Safrian, Hans 267, 291
Sakowska, Ruta 285
Sandkühler, Thomas 551, 667
Sänger, Willi 510
Sauckel, Fritz 85, 165, 215, 371, 559
Savonarola, Girolamo 283
Schacht, Hjalmar 17, 165, 260, 345, 402, 540, 690, 691, 694, 695, 696, 699, 764, 772, 803, 804, 805, 807
Schäfer, Barbara 457
Scharnhorst, Gerhard von 74
Schatzker, Chaim 457
Scheel, Gustav Adolf 692
Scheel, Heinrich 615
Scheer, Reinhard 490
Scheffler, Wolfgang 219, 460
Schieder, Theodor 664
Schilfert, Gerhard 407
Schiller, Friedrich 87, 409
Schindler, Oskar 332, 333, 383, 794
Schinkel, Karl Friedrich 342
Schirach, Baldur von 117
Schirdewan, Karl 712
Schirrmacher, Frank 430
Schleicher, Kurt von 141, 146, 147, 257, 258, 262
Schlesinger, Georg 42
Schmach, Baldur von 70
Schmidt, Hans-Dieter 443
Schmidt, Helmut 453
Schmidt, Rainer Friedrich 574, 580, 581, 582
Schmidt, Walter 10
Schmitt, Kurt 699, 764
Schmitt, Walter 230
Schmitz, Bruno 110
Schmundt, Rudolf 74
Schneider, Friedrich 185
Schneider, Richard Chaim 697
Schober, Rita 623
Schoeps, Julius 531
Schöngarth, Eberhard 197, 205, 224, 234, 235
Schönherr, Albrecht 324
Schoppman, Claudia 288
Schottlaender, Rudolf 41, 42, 43
Schreiner, Albert 421
Schröder, Edith Freifrau von 696
Schröder, Gerhard (CDU) 302
Schröder, Kurt Freiherr von 257, 572, 793
Schrödinger, Erwin 40
Schroeder, Wilhelm 696
Schubert, Fritz 784

Schubert, Hermann 784
Schuder, Rosemarie 248
Schulte, Fritz 784
Schulze, Winfried 661, 662, 669
Schumacher, Kurt 488
Schumann, Wolfgang 11, 175, 185, 186, 187, 188, 243, 410, 550, 655, 656
Schwarz, Erika 10, 159, 626, 643, 646, 653, 657
Schwarz, Gudrun 439, 667
Schwarzburg-Rudolstadt, Günther Victor von 111
Schwarzschild, Leopold 77
Seckendorf, Martin 274, 550
Seebacher-Brandt, Brigitte 462
Seeber, Gustav 410, 656
Seeger, Andreas 533, 548
Seghers, Anna 453, 455
Seidel, Siegfried 209
Seidler, Franz W. 448, 449
Seldte, Franz 141
Semprún, Jorge 350, 367, 369, 379
Senfft, Heinrich 434, 435
Servatius, Robert 165
Seyß-Inquart, Arthur 448, 449
Shakespeare, William 149
Shirer, William L. 63, 75
Sholem, Gershom 385
Silbermann, Alphons 293
Slánský, Rudolf 369
Smelser, Roland 521
Sode-Madsen, Hans 209
Sokolowsky, Kay 14
Sokrates 575
Soukup, Uwe 727
Späth, Franz 510
Speer, Albert 65, 66, 69, 74, 76, 218, 420, 422, 439, 500
Spoo, Eckart 10
Stahlecker, Franz 692
Stahlecker, Walter 171
Stalin, Josef 84, 121, 122, 127, 128, 129, 130, 133, 134, 182, 264, 303, 304, 350, 416, 450, 475, 480, 538, 610, 611, 635, 645, 689, 698, 701, 704, 706, 743, 747, 748, 768, 781, 782, 784, 785, 802
Stang, Knut 667
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 729
Stauß, Emil Georg von 695, 803
Steenbeck, Max 626
Stein, Johann Heinrich 778
Steinacker, Harold 73
Steinbach, Lothar 594, 596
Steinbach, Peter 525
Steinbrink, Otto 778
Steiniger, Peter Alfons 437
Steinmetz, Max 185, 388, 417
Stelling, Johannes 178
Sternburg, Wilhelm von 753, 754
Steur, Claudia 548
Stoiber, Edmund 722
Stollwerck, Carl 755, 756
Stollwerck, Franz 755
Stollwerck, Ludwig 755, 756, 757
Störr, Anneliese 610
Strasser, Gregor 572, 676
Strasser, Otto 558
Straubel, Rudolf 88
Strauß, Franz Josef 454, 455, 782
Strauss, Herbert A. 657
Streckenbach, Bruno 460, 465
Streicher, Julius 16, 22, 85, 86, 135, 165, 415, 419, 428, 496, 691, 700
Streisand, Joachim 388, 622, 623
Stresemann, Gustav 417
Stuckart, Wilhelm 162, 193, 198, 204, 205, 224, 225, 233, 234, 235
Stutz, Rüdiger 584
Sung, Kim Il 745
Suworow, Viktor 519
Swift, Jonathan 576
Syberberg, Hans 423
Sybill, Claus 289
Syring, Enrico 521
Szczypiorski, Andrzej 534
Szymczak, Ludwig 351

T

Taylor, Telford 713, 714
Tenon, Yves 717
Terboven, Josef 448
Thalheimer, August 145, 390
Thälmann, Ernst 147, 157, 304, 371, 417
Thalmann, Rita 17, 323
Theek, Peter 609
Thierse, Wolfgang 462, 486
Thomas, Georg 351
Thompson, Dorothy 290
Thorak, Josef 74
Thyssen, Fritz 17, 572, 803
Timm, Angelika 733, 734
Tirpitz, Alfred von 63
Tiso, Jozef 69
Todt, Fritz 439
Togliatti, Palmiro 782, 794
Tokody, Gyula 659
Toland, John 74
Traube, Wilhelm 42
Treue, Wilhelm 500
Trotzki, Leo Dawidowitsch 611
Trzcionka, Eberhard 655
Tschammer und Osten, Hans von 65
Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch 625, 636
Tucholsky, Kurt 308, 508, 559, 571, 736
Turner jr., Henry Ashby 258, 694, 764, 803

U

Ucksche, Wolfgang 562
Ueberschär, Gerd R. 730
Uhl, Ernst 613
Ulbricht, Walter 163, 251, 303, 483, 730, 782
Uljanow, Alexander Iljitsch 747
Ullrich, Volker 665

V

Veitl, Friedrich 657
Vesper, Karlen 592

Vogel, Volkmar 14
Vogler, Günter 417, 615

W

Wagner, Richard 148
Waigel, Theo 722
Waldheim, Kurt 499
Wandres, Thomas 354
Weber, Hermann 139, 341
Wecker, Konstantin 12
Wehler, Hans-Ulrich 521, 664, 670, 765
Weidenreich, Peter, d. i. Peter Wyden 296
Weinzierl, Erika 291
Weiß, Konrad 324
Weiss, Peter 116
Weißbecker, Manfred 9, 10, 249, 312, 413, 430, 444, 572, 614, 623, 651
Weißmann, Karlheinz 520, 522
Weizmann, Ezer 517
Weizsäcker, Ernst von 97, 192
Weizsäcker, Richard von 453, 516, 711
Wendelborn, Gert 13, 417
Werle, Gerhard 354
Werner, Ernst 656
Werth, Niklas 741, 747
Wessel, Horst 459
Westphal, Alfred 111, 112
Wieland, Günther 11, 473, 550
Wiese, Heinrich 510
Wiesel, Elie 431
Wiesenthal, Simon 553
Wildenbruch, Ernst von 110
Wilhelm I. 110, 112
Wilhelm II. 111, 112, 507, 731, 756
Winkler, Heinrich August 518
Wippermann, Wolfgang 328, 434, 525, 742
Wirzberger, Karl-Heinz 623
Wise, Stephen S. 738
Wisliceny, Dieter 24, 36, 217, 220, 597, 705
Wittich, Bernd 711
Wolf, Christa 620
Wolf, Frieder Otto 593
Wolf, Fritz 350
Wolf, Konrad 455
Wolf, Markus 453, 547, 648
Wolff, Karl 220
Wolffsohn, Michael 430, 434, 452, 453, 455
Wollenberg, Jörg 567
Wood, 1. Earl of Halifax, Edward 64
Worner, Heinz 737
Wulf, Joseph 504
Wunderlich, Rudolf 591
Wyden, Peter (d. i. Peter Weidenreich) 296, 297

Y

Young, Owen D. 144, 259

Z

Zeiss, Carl 702
Ziegler, Adolf 74
Ziel, Ernst 510
Zimmering, Max 737
Zimmermann, Moshe 442
Zitelmann, Rainer 521
Zörgiebel, Karl 481
Zschäbitz, Gerhard 417
Zuckermann, Moshe 10
Zweig, Arnold 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 248, 307, 455, 753
Zweig, Stefan Jerzy (Juschu) 362, 363, 382, 401